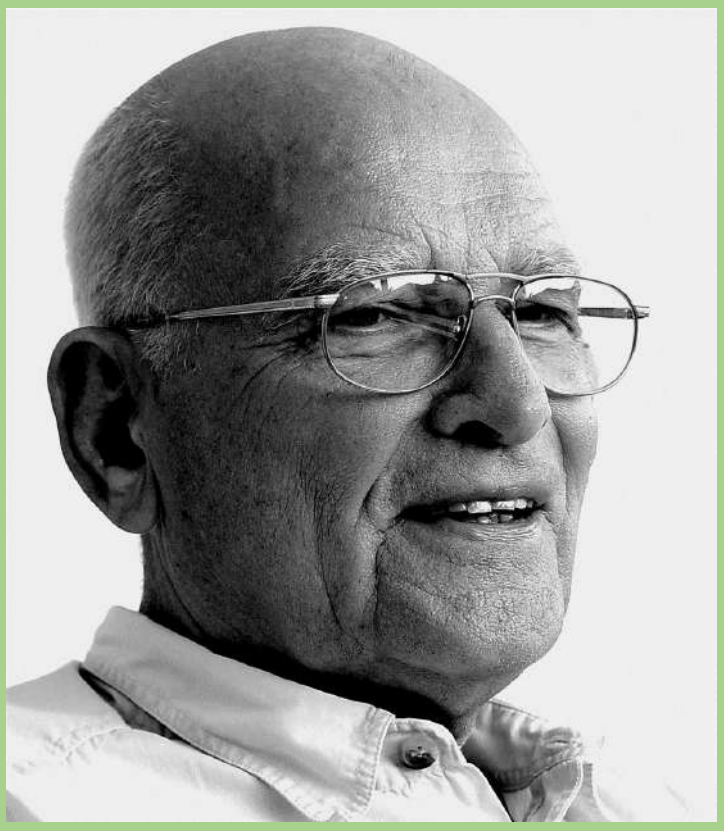
Kurt Pätzold

Vorwärts und nicht vergessen



Reden, Vorträge, Aufsätze,
Rezensionen, Glossen
aus dem Nachlass
Band 3: 2004-2009

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer
Marburg 2024

Kurt Pätzold
(1930-2016)

Vorwärts und nicht vergessen

Reden, Vorträge, Aufsätze, Rezensionen, Glossen aus dem Nachlass

Band 3: 2004-2009

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer

in Zusammenarbeit
mit dem Max-Stirner-Archiv Leipzig

Marburg 2024

Für Dr. Barbara Pätzold mit herzlichem Dank für Ihre Genehmigung von Veröffentlichungen aus dem Nachlass.

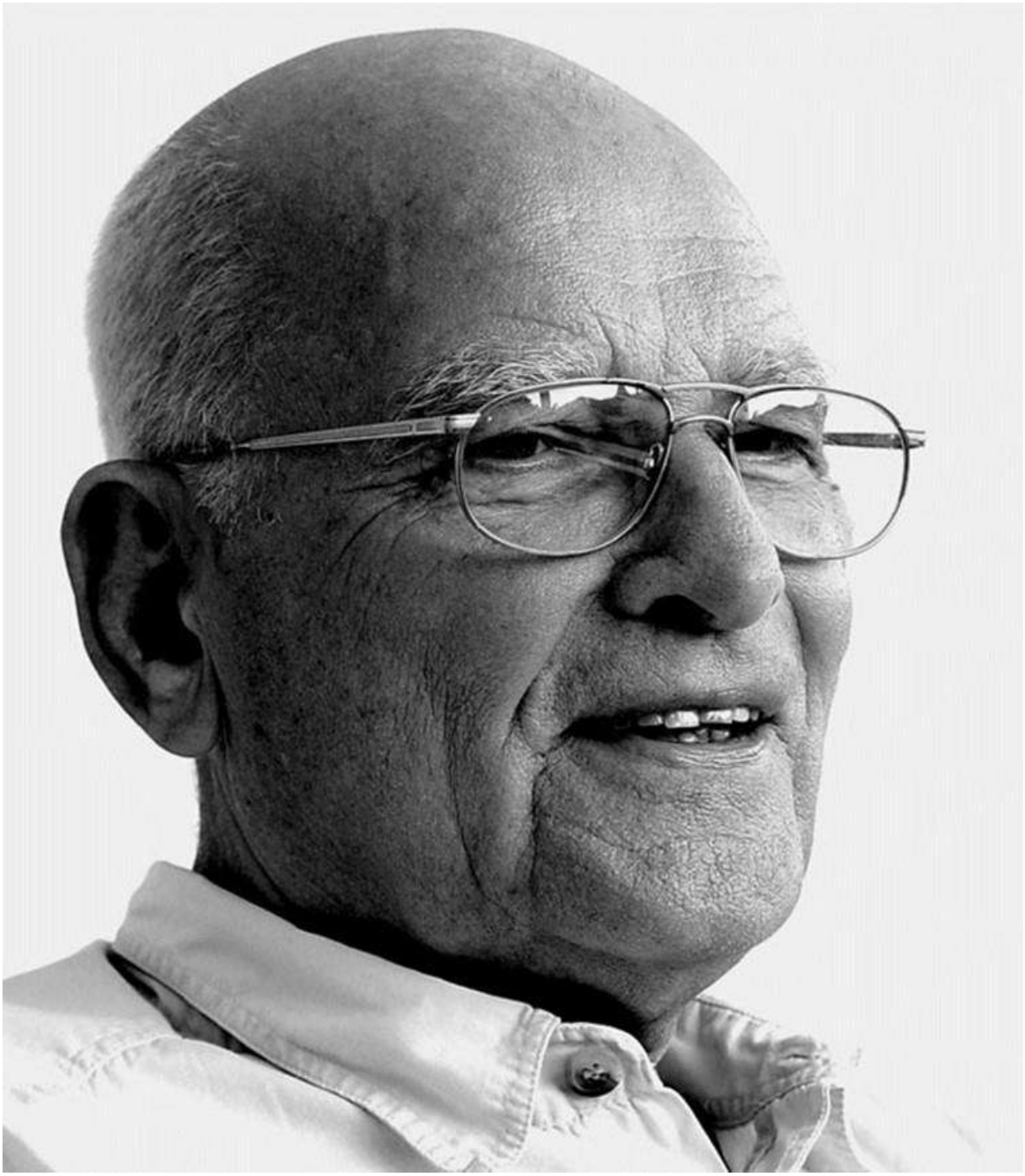


Foto: Friedrich-Martin Balzer

Inhalt Band 3

Der Zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR 12
Kurzfahrt nach Wunsiedel 20
Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage – Die Debatte über den „Bombenkrieg“ 22
Unabgewickelt, quicklebendig 35
Vom Unglück überrumpelt? 36
Ein emsig Arbeitender 38
Das Fremde und das Eigene 39
Die Macht der Bilder 40
Nicht nur Wilhelm II. 43
Sprache der Nebelmaschine 45
Provinzialität oder Staatsräson? 47
Wie man Mitglied der NSDAP wurde 48
Nach dem Schiffe versenken 49
Rückzug im Osten 51
Eine Posse in Berlin 53
Am Arbeitstisch Stalins 56
Die Glaubwürdigkeitslücke 57
Nach langem Tauziehen 61
Ein Reformer und sein Staat 63
Merkwürdiger Zulauf 64
„Edle Soldatentugenden ...“ 65
Ein unvorstellbarer Preis 67
Heer über Heeresverbrechen 69
Zufälle über Zufälle 70
Buch & Deckel 72
Klartext 73
„Big Week“ 74
Wahnwitz im Ganzen 76
Barbarossa light – Vor einem Jahrestag 77
Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht 81
Vor einem Jahrestag 84
Streitmacht ohnegleichen 85
Schießbefehle 87
Zweckpropaganda 89
Si vis pacem 91
„... mit größter Ruhe“ 92
Ende statt „Endsieg“ 94
„Der Führer ist glücklich und aufgekratzt“ 98
Heuchler an Frankreichs Küste 100
Operation „Bagration“ 102
Alle Jahre wieder 104
Ein Leben in der zweiten Reihe 108
Qualifikation 109
Gedächtnis und Interesse 110

Denken soll man ... 114
Von Robespierre zu Goerdeler? ... 115
„Todesfabrik“ entdeckt ... 116
„... ich lebe und bin gesund“ ... 118
Asche oder Warnung? ... 120
Wo ist die Großlage? ... 123
Demontiertes Erbe ... 125
„Dieser Hass glühe ...“ ... 127
Im Westen nichts Neues ... 131
Ab in den Bunker! ... 135
Bleibendes Gegengewicht ... 137
Neue Mode, Kriege zu gewinnen ... 139
In alten Atlanten geblättert ... 141
Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft ... 142
Beispiel ohne Beispiel ... 149
Deutscher Mythos 2004 ... 151
Nahezu unglaubwürdig, aber aktenkundig ... 153
Heldenbrei angebräunt ... 154
Mit der Geschichte nicht im Reinen ... 155
Kriegserinnerung an einem runden Jahrestag – 1924 ... 160
Häftlingsgesellschaft ... 172
60 Jahre nach Hitler oder Die Endlösung der Faschismusfrage ... 182
Eine vertane Chance? ... 240
D-Day und Befreiungstag ... 255
Der Krieg kehrte nach Deutschland zurück ... 266
Die FAZ stellt richtig ... 270
Es „tobt“ die Schlacht ... 271
Die soziale Demagogie der Rechtsextremen ... 275
Besucher im Nazireich ... 280
Das Leben ist unser ... 281
Die erste Patrouille ... 282
Neues vom Schwarzbuchmarkt ... 286
Der Schwanz des Löwen ... 288
Wie Hitler genannt werden darf ... 292
Zukunft der Besiegten ... 293
Einmal Moskau und zurück ... 297
Was? Wie? Warum? ... 298
Augen zu und durch? ... 299
Dresdens Untergang 1945 und seine Urheber ... 301
Buch & Deckel ... 305
Aussichtslos im Kessel ... 306
„Das beständige Gefühl, weniger wert zu sein“ ... 310
Über Reste ... 312
Der Mittelteil eines Triptychons ... 313
Gesucht und gefunden ... 314
Scharfsichtig ... 315

Dem Jahrestag entgegen ... 316
„Berliner Operation“ ... 318
Flucht vor der Wahrheit ... 322
Zweierlei Barbarei ... 324
Und tausend Nebenlager ... 325
Absichtsvolles Verdunkeln ... 326
Weitermachen ... 328
Watching the krauts ... 330
Nachlese vom 8. Mai ... 333
Abgänge ... 335
„Da ist es einfach schön“ ... 336
Von deutscher Zerstörungskraft ... 338
Eine hochwillkommene Offerte zur „Lösung der Faschismusfrage“ ... 339
Ein Heldenvergleich ... 342
Zukunft der Besiegten ... 344
Ungebrochen produktiv ... 349
Schuldig: die Strukturen? ... 350
Auf Wiedersehen im Himmel ... 352
Nürnberg 1935 ... 353
Entsagung, Mut, Treue ... 355
Kein Weißwäscherkongress ... 356
Der lange Weg nach Nürnberg ... 357
Ein Hauch von Kälte ... 362
Das Beispiel Balkan ... 364
Weißwäsche ... 365
Gericht der Sieger und der Völker ... 367
Vor dem ersten Verhandlungstag ... 370
Anklage im Namen der Menschlichkeit ... 375
Die Deutschen und der Jahrhundertprozess ... 379
Klatsch und Tratsch ... 383
Eine zeitgemäße Anregung ... 385
Der erste Kronzeuge ... 386
Recht, nicht Rache ... 390
Zur Einführung: Von den Urteilen zur „Gnadenarie“ ... 393
Über die Produktion von Geschichtsbildern ... 396
„Wenn sie die Gräber in Polen finden ...“ ... 401
Massenmörder im Zeugenstand ... 404
Schminkmeister des Naziregimes ... 409
„Meine eigenen Gefangenen“ ... 420
Der kleine und der böse Mann ... 421
Machthaber, Stützen und Büttel ... 423
Bericht vom Hofe ... 425
Made in China ... 427
Adel vernichtet ... 428
Lehren aus der Niederlage ... 430
Einfache Einsichten ... 434

Kampfansage an Comrade Stalin 436
Ausflüchte des „zweiten Mannes“ 438
Langmut und Bedenken 443
Manfred Wekwerth 445
Auf Hochtouren 448
Hitlers Präventivkriegslüge – in Variation aufgewärmt 451
Und Rügen muss hessisch werden 454
Eine Schule in Kassel 455
„Ich frage die Deutschen ...“ 457
WIR und SIE und 10 Fragen 461
Stratege der Aufrüstung 463
Auf Gedeih und Verderb 468
Friedwillige vor dem Kadi 470
Alles muss raus 471
Hitlers Nachfolger im Kreuzverhör 473
Ohnmächtiges Schreiben 477
Joseph Wulf 478
Unsterbliche Idee 479
Die Veteranen und die Enkel 481
Eine höhere Form des Tötens 483
Langer Traum, kurzes Erwachen 486
Fahne vor dem Kopf „Der Untergang“ in seiner Wirkung auf Schüler 487
Julias Rache 488
Braun – Schwarz – Feldgrau 489
Chronik des Holocaust 494
Hat Tucholsky das verdient? 496
Die ungestellte Frage 498
Imperialistisch 499
An der Schwelle des Kalten Krieges 500
Der Gewinn der Niederlage 502
Sein Kampf 504
Schuldig – nicht schuldig 506
Das Urteil der Völker 511
Die verweigerte Bilanz 513
Keine Kollektivschuld 515
Ein Schlaglicht aufs Ganze 520
Die zweite Schuld 522
Die verlogenen „Führer“ 524
Braune Geschichtslügen 526
Auf undeutlicher Spur 528
Zur Partei gezwungen 530
Ulbricht, der Liedermacher 533
Aufklärer und Mythenbildner 535
Mörder in Weiß 538
Kaltes Herz, erste Liebe 542
Nürnberg und die Deutschen im Jahre 1946 (und heute) 543

Bericht und Kommentar 554
Das kürzeste Verfahren 555
Mein Name ist Hase 560
Ein Pionier 563
Profitabler Massenmord 564
Jenseits aller Vorstellungskraft 569
„Denkwürdiges Datum“ 572
Gehen oder bleiben 575
Loyal bis zuletzt 577
Mörder in Roben 578
Oscar für Marianne Birthler? 583
Und noch ein Adel 584
„Die Flucht“ – besonders vor einigen Wahrheiten 586
Heute wenig die Rede 589
Demokratie kommt erst noch 591
Achthundert Seiten Preußen 592
Wer Hindenburg wählt 596
Du sollst nicht falsch Zeugnis geben 598
Fehlurteile gegen Flick & Konsorten 600
Knopps Kramkiste 605
Die Glaubwürdigkeitslücke 608
Diktat des Vergessens 610
Faschistische Kolonisatoren 611
Karteikartenspiel, Grundregeln 616
Milde Urteile 618
Vor dem Tor zur Macht 623
Die Masse Mensch 625
Herausforderung Demokratie 627
Großes Erbe 629
Geschäft mit dem Tod 630
Der Fund und der Feind 635
Eine Unbeugsame 637
Großdeutschland ohne Führer? 639
Das Korps der Mörder 641
Verdienstvolle Kärrnerarbeit 646
Kinder ohne Gameboy 648
Völkermord statt Holocaust 649
Kurt Goldstein 651
Nichts für die Doofen 652
Drohende Jahrestage 653
Noch 100 Tage bis Hitler 654
Bekennender Optimist 656
Hier log Hans Fritzsche 660
Nazis in Nadelstreifen 662
Revolutionsfurchtlegende 667
Die dringliche Bitte von Schacht & Co. 669

Denkzettel für Hindenburg ... 672
Weg nach links ... 677
Alles in einem Band ... 679
Auf den Grund gehen ... 680
Unwillkommenes Wissen ... 682
Installateure und Profiteure der braunen Macht ... 684
Knopps Generale ... 689
Wahrsagerei oder Gedächtnisexperiment? ... 691
„Gesundheitlich geht es mir soweit ...“ ... 693
Missbrauchtes Urteil ... 698
Unheilvoller Pakt ... 703
Das Geschichtsbild der Sieger in Nürnberg und seine Erben ... 707
Im Reich der Legenden ... 717
Die DDR im Geschichtsbuch ... 720
Nützliche Legenden ... 722
Blick auf einen Jahrestag ... 727
Bei den Generälen ... 728
Eine Nachlese. ... 731
Terror und Gegenwehr ... 736
Flammendes Menetekel ... 738
Familie im Geist ... 740
Betrügerische Farce ... 742
Der letzte Vortrag ... 744
Bis zum bitteren Ende ... 746
Hitlers Diener ... 748
Antifaschistische Sisyphosarbeit ... 750
Diffamiert und entrechtet ... 755
Arbeiten für den Krieg ... 760
Der Heuchler ... 765
Mehr als eine Zwischenstation ... 770
Geben und Nehmen ... 771
Vom Umgang mit der Linkspartei ... 774
Der Prozess in Ulm ... 775
Freuden und Pflichten ... 780
Goebbels’ Wunschfilm ... 781
Kreuz und Hakenkreuz ... 783
Eislinger Kompromiss ... 787
Mit geschulter Vorsicht ... 788
Hitler, mauselebendig ... 790
„Erzeugungsschlacht“ ... 792
Plattmacherei im Schwabenland ... 795
NS-Gaue ... 796
Achtung, Populist! ... 798
Interessenwandel ... 800
Lernen und vertrauen ... 802
Der Menschenverächter ... 803

Rufschädigend für die Residenz? 805
Zerfetzt, erstickt 806
Reden wir vom Eigentum 807
Neue Stufe des Terrors 808
Der ferne Erste Weltkrieg 813
Auf Kriegskurs 818
Rote Karte aus Blois. 821
Freiheit gebracht, Uhren genommen 823
Mehr als ein Definitionsstreit 826
Wieviel Wahrheit? 831
Churchill muss schuld gewesen sein 833
Papier ist geduldig – diplomatisches im Besonderen 834
Hitlers meistzitierter Satz 836
Kriegsidealismus 838
Eine Losung fehlt noch 839
Fall für die Schulaufsicht 841
Die Guten und die Bösen 844
Gut verträglich 848
Heroisierter Soldatentod 849
„Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“ 851
Hakenkreuz über dem Hradschin 852
Kein Spiel ohne Grenzen 854
Wer solche Gewerkschafter hat, braucht keine Gestapo 855
Der Faschismus – eine Herrschaftserfahrung 856
Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges 860
Aufgewärmte Legenden 867
Auf Heldensuche 869
Von Wegen, Abwegen und Irrwegen 871
Jüngst entdeckt 894
Nachruf 895
Befehl: Maulhalten 896
„Ich danke Dir, Mutter! Vergib mir!“ 898
Steigerungsfähig 900
Sozialdemokratische Zivilcourage 901
Verantwortung im Export 903
Namenloses Gift 906
Noch Fragen? 907
Einer, der Neugier weckt 908
Führer und Gefolgschaft 910
Von Dämonen und Historikern 919
Gauck war schon getoppt 920
Pakt ohne Alternative? 921
Hinterlassenschaften 926
Wie der Wissensstand wächst 927
Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges 928
Nebelwand Deutschland 936

Im Hause des Henkers 938
Wie die Deutschen an den Krieg gewöhnt wurden 940
Tiefer in den Krieg 945
Geschichtschirurgen 948
Es ist kein Zwang erkennbar 949
Unentbehrlich 951
Nicht „bereuen“, aber nachdenken 952
Glücksbringerin Germania 955
Leben auf der Folter 957
Kurt Tucholsky, die Massen und der deutsche Faschismus 958
Juden im Zeugenstand 975
„Fügung der Vorsehung“ 977
Schmerzhafte Spuren 980
Streitobjekt DDR 982
Tucholsky im Schulbuch 987
Tucholsky in Rheinsberg 989
Fliege über Berg und Tal 990
Befehl? Denken Sie doch selber! 995
Personenregister 997

Der Zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR[1]

Mit zwei Vorbemerkungen knüpfe ich an zwei kürzlich erschienen Publikationen an. In einem Aufsatz in dem Periodikum *Rundfunk und Geschichte* werden Walter Heynowski und Gerhard Scheumann als die produktivsten deutschen Dokumentaristen der letzten Jahrzehnte benannt, die sich auch international Geltung zu verschaffen wussten. Der Autor fährt unmittelbar anschließend fort, dass die Arbeiten, und das will hier heißen die Verdienste der beiden, „im vereinten Deutschland kaum noch wahrgenommen werden".[2] Die andere Vorbemerkung betrifft ein der Arbeit des Filmdokumentaristen nicht unverwandtes Gebiet, das der Museologen. Über eine Monographie, welche die frühen Jahre des (ostberliner) Museums für deutsche Geschichte zum Thema hat, schrieb Fritz Klein, der an diesen Anfängen beteiligt war, in einer Rezension in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*: „Was im Museum konkret gearbeitet wurde, interessiert den Autor nicht."[3] Wer sich heute zu Fragen der DDR-Geschichte äußert, hat einen nicht zufällig eingetretenen Wahrnehmungsverlust und eine ebenso wenig zufällige Wahrnehmungsverengung in Rechnung zu stellen.

Der Weltkrieg, der 1945 zu Ende ging, blieb in allen Teilen Deutschlands über Jahrzehnte der erstrangige historisch-politische Bezugspunkt, auf den in Wort und Schrift, starren und bewegten, fotografierten, gefilmten und gemalten Bildern immer wieder zugegriffen wurde. Das geschah mit ganz unterschiedlichem Verständnis des Geschehenen und verband sich mit verschiedenen politischen und anderen Absichten und Zielen. So verschieden die Entwicklungen in den Jahren der Zweistaatlichkeit auch verlaufen mochten, überall herrschte das Interesse, den Nachweis zu erbringen, man habe sich von diesem Punkte deutscher Geschichte zunehmend und definitiv entfernt, so dass irgendeine Art von Wiederholung vollkommen ausgeschlossen sei. Zugleich blieben die Jahre 1939 bis 1945 mit ihrer Vorgeschichte die ja nur im engeren Sinne 1933 begann, eine Herausforderung für alle, die versuchen, Triebkräfte der Geschichte und Motive der Handelnden zu verstehen.

An diesem Prozess geistiger Auseinandersetzungen waren Wissenschaft, Kunst, Literatur, Publizistik und Politik die Reihenfolge ist keine Rangfolge permanent beteiligt. Wird der Masseneinfluss gemessen, den Darstellungen und Interpretationen gewannen, so stehen Theater, Film und Fernsehen mit ihren Produktionen gewiss an der Spitze und das selbst, wenn man an Bestseller denkt wie etwa an die Memoiren und anderen Publikationen von Feldmarschällen Generalen und Offizieren der Wehrmacht oder Bestseller wie Konsaliks *Der Arzt von Stalingrad* und Dieter Nolls *Die Abenteuer des Werner Holt*, beide übrigens in der BRD bzw. der DDR verfilmt und Nolls Roman in der DDR gar zum Kanon des Deutschunterrichts gehörend.

Wenige Bemerkungen Informationen zuvor über die frühesten Anfänge des Dokumentarfilms, die in die Jahre der Vorgeschichte der DDR fallen. Seit, und das begann 1946, in der sowjetisch besetzten Zone Filme wieder gedreht werden konnten, richtete sich die Aufmerksamkeit auch und insbesondere auf die Filmgattung Dokumentarfilm Sie war bis in die letzten Tage des eben zerschlagenen Naziregimes hochgradig diskreditiert so dass gefragt wurde, was mit ihr angesichts von verbreiteter Skepsis und Ablehnung überhaupt noch bewirkt werden könne. Nicht weniger bedrängend War die Frage, und sie betrifft unser Thema direkt, was den Deutschen an Wahrheiten über die jüngste, von ihnen mitgestaltete und also auch mitzuverantwortende Geschichte zugemutet werden könne. Darüber wurde in Veranstaltungen des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und bei

---

1 Informatorischer Beitrag auf der Tagung „Der Zweite Weltkrieg in Fernsehdokumentationen" veranstaltet vom deutschen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Mainz, 20.121 Juni 2003. Ich danke ausdrücklich den Mitarbeitern des Bundesarchivs, Filmarchivs, Berlin, Fehrbellinerplatz 3, für die kurzfristige und großzügige Unterstützung, die mir die erneute Bekanntschaft und Durchsicht der meisten im Text genannten (und weiterer) Filme ermöglichte.

2 Rüdiger Steinmetz: Ein neues Bild von der Auflösung des DDR-Dokumentaristen-„Studios H & S" 1982. In: Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Informationen aus dem deutschen Rundfunkarchiv, 28 (2002) 3-4, S. 139.

3 Fritz Klein: Rezension zu Stefan Ebenfeld: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955), Marburg 2001. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51(2003), 5, S. 485.

anderer Gelegenheit debattiert und gestritten: Doch konnten für beide Fragen Antworten kaum an Beratungstischen gefunden werden, an denen mit den eben in Aktion tretenden Filmemachern, unter denen Kurt Maetzig[4] bald eine herausragende Stellung gewann, der aus der Schweizer Emigration zurückgekehrte Schauspieler und Theaterregisseur Wolfgang Langhoff, die aus Mexiko gekommene Anna Seghers, der Überlebende des sowjetischen Exils Friedrich Wolf und Stephan Hermlin teilnahmen und sich so scharfsinnige Leute zu Worte meldeten wie der Mediziner Theodor Brugsch. Eine kritische Position bezog die Seghers, die in einer Debatte 1947 erklärte, dass „nach ihrer Meinung die sowjetischen Genossen unnötig befangen sind, die Frage nach der Verantwortung nicht nur der ‚Führungsschicht' sondern auch des Volkes für die Aggression scharf zu stellen, das sei für die Selbstreinigung unbedingt notwendig" Ähnlich argumentierte Hermlin und kritische Eintragungen Brechts in sein Arbeitsjournal aus dem Jahre 1948 gingen in die gleiche Richtung. Indessen hatte Langhoff, Intendant am Deutschen Theater, schon früh, im September 1946, Scylla und Charybdis bezeichnet: Die kommenden deutschen Dokumentarfilme dürften „weder bußpredigerhaft sein, noch mit dem Zeigefinger des Oberlehrers" den Deutschen gegenübertreten, die er als Folge ihrer jüngsten Vergangenheit als verstört und verstockt bezeichnete[5].

In jenen Jahren der Vorgeschichte der DDR sind im Ganzen vier Dokumentarfilme entstanden, die sich mit der Geschichte von Faschismus und zweitem Weltkrieg auseinandersetzten. Der eine war ein Auftragswerk der Militäradministration, das den Titel *Berlinskij proces* (Der Berliner Prozess) erhielt und nur in einer russischen Fassung überliefert ist. Dokumentiert wurde der erste Sachsenhausen-Prozess gegen Personal des Konzentrationslagers. Die drei anderen waren für die Verwendung vor deutschem Publikum bestimmt. Der erste mit dem Titel *Todeslager Sachsenhausen* (Regie: Richard Brandt (Jg. 1887, von 1946 bis 1949 Produktionsleiter der DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge*, dann in gleicher Funktion bis 1956 beim DEFA-Spielfilm), für den Karl Schnog, der sich als Häftling fünf Jahre in Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald befunden hatte, den Text lieferte, dokumentierte die Geschichte des Konzentrationslagers und führte bis zur Vernehmung eines gefangengenommenen SS-Aufsehers durch sowjetische Offiziere[6]. Der zweite mit dem Titel *Der Totenwald von Zeithain*, der auf jeden Kommentar verzichtete und nur gegen Ende Musik unterlegte, zeigte die Exhumierung der Leichen von vor allem sowjetischen Kriegsgefangenen, die infolge von Seuchen und Hunger zugrunde gegangen waren. Auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes in Sachsen waren schließlich 35.000 Schädel entdeckt worden. Zu dieser Produktion des Jahres 1946 ist im weiteren Sinne eine Serie von Dokumentaraufnahmen zu rechnen, die im Auftrag er Zentralverwaltung für Volksbildung entstanden und jeweils am Beginn der DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge* (Nr. 7-11/1946) zu sehen waren. Sie führten in den Nürnberger Gerichtssaal und mahnten in der Ankündigung *Vergesst es nie!,* eine Forderung, die jedoch mit der Fortsetzung „schuld sind sie" den Blick, entgegen der später formulierten Segherschen Position, auf die „Führungsschicht" lenkte.

Erst 1948 folgte *Mahnung und Verpflichtung,* ein Streifen, dessen Entstehung auf einen Auftrag der Organisation Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zurückging. Er setzte mit Bildern von der Berliner antifaschistischen Kundgebung im September, die in DDR-Zeit Tradition gewann, ein und thematisierte die Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Doch das Fazit jener frühen Bestrebungen floss Kurt Maetzig auf einer Konferenz im September 1948 in das Urteil, dass es anders als in der UdSSR, den USA und in Großbritannien bis dahin nicht gelungen sei, bedeutende Dokumentarfilme zu schaffen[7]. Bis dahin sollten freilich noch viele weitere Jahre vergehen.

---

4 Maetzig war nach den faschistischen Maßstäben „Halbjude" 1944 zum Widerstand gestoßen und Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands geworden. In der DEFA wurde er Mitglied ihres Vorstandes, künstlerischer Direktor und Chefredakteur der Wochenschau *Augenzeuge*.

5 Zitiert bei Günter Jordan: DEFA-Wochenschau und Dokumentarfilm 1946-1949. Neuer deutscher Film in der Nachkriegsgesellschaft zwischen Grundlegung und Wandel von Selbstverständnis, Funktion und Gestalt, Humboldt-Universität, Philosophische Fakultät, Diss. A 1990, S. 80.

6 Eine eingehende Würdigung des Films gibt Günter Jordan: Die frühen Jahre 1946 bis 1949. In: Schwarzweiß und Farbe. DEFA-Dokumentarfilme 1946-1992, hrsg. vom Filmmuseum Potsdam, Redaktion: Günter Jordan/ Ralf Schenk, Berlin 1996, S. 21 f.

7 Jordan, DEFA-Wochenschau, S. 166.

Die Filmproduktion in der DDR, das gilt für die Dokumentarfilme nicht anders denn für die Spielfilme und insbesondere für diejenigen, die sich mit der Geschichte befassten oder sie zum Hintergrund hatten, geschah seit ihren Anfängen in staatlichen Einrichtungen und unterlag staatlicher Kontrolle. An ihre Hervorbringungen wurden ideologische, innen- und außenpolitische, strategische und taktische und weitere Kriterien angelegt, manche nachvollziehbare und andere, die nur Kopfschütteln erregen. Für Dokumentarfilme galt, dass sie das offizielle Geschichtsbild tragen, verbreiten und emotional vertiefen sollten. Das besaß, was den zweiten Weltkrieg anging, einige Fixpunkte, die wissenschaftlicher Kritik standhalten konnten. Erstens gehörte dazu die strikte Ablehnung der Verkürzung der Kriegsursache auf eine Person, die Hitlers, die damals in der Bundesrepublik noch dominierte. Zweitens wurde dieser Krieg in eine Beziehung zum ersten Weltkrieg gesetzt, in gewisser Weise als dessen Fortsetzung begriffen und betont, dass das Deutsche Reich, das kaiserliche wie das faschistische für die Entstehung beider Kriege die hauptsächliche und – was den Weltkrieg 2 anlangt – die alleinige Verantwortung trug. Diese Sicht hat sich in Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nach dem Erscheinen von Fritz Fischers *Griff nach der Weltmacht* durchzusetzen begonnen. Indessen sind im Hinblick auf den Krieg von 1914 bis 1918 gegenwärtig auch Zurücknahmen von gewonnenen Einsichten zu beobachten. Charakteristischer noch ist die Ausblendung größerer Zusammenhänge aus der Betrachtung der Kriege, der Verzicht auf die Beantwortung der Frage nach Kriegsursachen und mitunter selbst nach Kriegszielen. Drittens wurde stets auch nach den Interessen gefragt, die auf die Wege zu den Kriegen und dann in sie hinein führten.

Dieser Herangehensweise begegnet dem Historiker schon im ersten der wirklich bedeutenden Dokumentarfilme aus der DEFA-Produktion, der 1956 in die Kinos kam und mit einem für damalige Möglichkeiten ganz außergewöhnlichem personellen und materiellen Aufwand hergestellt worden war. *Du und mancher Kamerad* (ursprünglicher Arbeitstitel *Krieg oder Frieden)* – weder der schließlich gewählte noch der ursprüngliche waren dem Inhalt des Films adäquat – war eine Arbeit von Annelie und Andrew Thorndike, die über die Grenzen der DDR hinaus bereits durch Dokfilme bekannt geworden waren, deren Gegenstand die Biographien der früheren Wehrmachts- und späteren Bundeswehrgenerale Adolf Heusinger und Hans Speidel gebildet hatten und die, was immer man über die Stichhaltigkeit der Dokumente im Einzelnen sagen mochte, doch die berechtigte Frage in den Raum stellten, ob die beiden Militärs für einen Traditionsbruch stehen also eine neue Tradition begründen könnten. Diese Arbeiten mögen dazu beigetragen haben, dass, als *Du und mancher Kamerad* in Oberhausen gezeigt werden sollten, Eingriffe und Verbote bundesrepublikanischer Stellen erfolgten.

Der Film setzte im Kaiserreich mit der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges ein und begann mit einer Spielszene, die Friedrich Engels während seiner letzten Rede vor deutschen Arbeitern zeigte. Die Achse des Films bildete die Frage nach den materiellen Antrieben des Expansionsstrebens, das Deutschland in zwei Weltkriege geführt hatte. Zugespitzt wurde diese Argumentation auf die Geschichte der Familie Krupp, aber nicht auf sie allein. Die abgeleitete Lehre lautete: Erst wenn die aus Eigentums- und Herrschaftsinteressen entspringenden Motive, in der Welt zu rauben, zu erobern und zu herrschen, der Vergangenheit angehören würden, seien friedliche Zustände gesichert. Folglich erschien die DDR als der deutsche Staat, der mit seiner Eigentumspolitik, namentlich der Enteignung der Monopolkapitalisten, aus zwei Kriegen die richtige Lehre gezogen habe. Diese Wiedergabe des Wesentlichen mag das falsche Bild eines vordergründig agitatorischen Films wachrufen. Doch das würde dem Charakter des Films, der an die Zuschauer den Anspruch stellte, sich in auf ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte einzulassen, kaum gerecht.

Eine zweite Achse des Films bildete die Hervorhebung der Arbeitsleistungen der deutschen Proletarier, das passagenweise überhöhte, lobende Bild der deutschen Facharbeiter („die goldenen Hände unseres Volkes“), die mit ihren Fähigkeiten ein ganz anderes Deutschland hätten entstehen lassen können als jenes, das geschichtsmächtig wurde und das diese Arbeiterschaft doch in ihrer Rolle als Produzent von Waffen und Kriegsgerät erst möglich gemacht hatte. Eher nur angedeutet war hingegen die Rolle der Millionen deutscher Männer, Angehöriger aller Klassen und Schichten, als Soldaten in den Weltkriegen. Immerhin: Vor den Bildern der Verwüstungen und des tödlichen Unheils (u. a. der Sterbenden und Toten im Warschauer Ghetto), das die Eroberer verursacht hatten, lautete der

Kommentar: „Und so zogen wir (die Deutschen) durch Europa." Erinnert wird an die Zwangsarbeiter, die im Reich schuften mussten. Klar auch die Aussage, ganz Deutschland habe nicht so viel Städte, wie auf dem Territorium der UdSSR zerstört worden seien, die sich gegen das Selbstbild von Deutschen richtete, sie – nicht die „Andern" – seien am Ende hauptsächliche Opfer des Krieges geworden und gewesen.

Kaum eine Information aber war dem Kommentar des Dokumentarfilms über die Gründe zu entnehmen, warum Millionen Deutsche denen Gefolgschaft geleistet und zugearbeitet hatten, die sie in Krieg, Niederlagen und Massenelend führten. Die Antwort, dass dieser konfliktträchtige Stoff ausgespart werden sollte, liegt nahe, aber greift doch womöglich zu kurz. Hier war wohl auch Hilflosigkeit im Spiel, die wir selbst nach den großen Fortschritten historiographischen Forschung keineswegs ganz hinter uns gelassen haben. Gesprochen wird von den „Ahnungslosen" dem Unvermögen, den eigenen Feind zu erkennen, von Unwissenheit, vom Verfallen in einen Siegesrausch in den Jahren der militärischen Erfolge. Denkanstöße waren das gewiss. Wiewohl der Film mit dem Blick auf die Armeen schließt, die in den beiden deutschen Staaten inzwischen existierten, entließ der Film die Zuschauer mit einer optimistischen Botschaft. Aus den deutschen Zuständen war deren Begründung nicht geholt und daher wirkte sie aufgesetzt.

Um Vorgaben und Tabus waren die Thorndikes bei aller Unterstützung nicht herumgekommen Den abgelösten Litwinow konnten sie ins Bild bringen, den Molotow-Ribbentrop-Pakt hingegen nicht. Stalin oder auch nur einer der sowjetischen Generale kamen nicht ins Bild, denn der Streifen wurde im Jahr des 20. Parteitages der KPdSU mit der berühmten Chruschtschow-Rede fertig, als das offizielle sowjetische Geschichtsbild über den zweiten Weltkrieg wieder einmal aufgearbeitet wurde. So ergab sich nebenbei, dass Eisenhower der einzige führende Militär der Alliierten war, der in dem Streifen auftauchte. Auch das Thema 20. Juli 1944 blieb unerwähnt. Wo von Kriegsgegnern die Rede war, fielen die Namen von Bästlein, Saefkow, Husemann, Kapelle, Breitscheid, Schulze-Boysen, Kuckhoff, der Schumachers, von Hanno Günther, den Scholls und von Paul Schneider, und es hieß im Kommentar ganz gegen die Wirklichkeit „Wie viele Helden". Der Dokumentarfilm der Thorndikes *Du und mancher Kamerad* war womöglich jener der DDR mit der stärksten Langzeitwirkung die durch die Verwendung seiner Bilder und Texte im Unterrichtsfilm der DDR-Schule und später in vielen Schulsendungen des Fernsehens erzielt wurde. In dieser Weise wurde von ihm schon 1957 Gebrauch gemacht, als der Unterrichtsfilm *Der zweite Weltkrieg* entstand[8].

Der zweite Dokumentarfilm, an den hier erinnert werden soll, gehörte zu den frühen Werken von Karl Gass (Jg. 1917), der 1948 aus der britischen in die sowjetische Besatzungszone übergesiedelt war und für diesen Film mit Karl-Eduard von Schnitzler zusammengearbeitet hatte, dem meist gehassten Fernsehjournalisten der DDR. Die Arbeit entstand 1964 aus Anlass des 20. Jahrestages des Attentats auf Hitler, eines Ereignisses, das in Ost und in West und vor allem zwischen ihnen heiß, ja hitzig umstritten wurde. Der Streifen hieß *Revolution am Telefon* und schon dieser Titel, der weder dem Ereignis noch seiner filmischen Darstellung gerecht wurde, verriet die pejorative Bewertung. Aus einer Kampfstellung heraus, die sich bald nach dem Ereignis in der Endphase des Krieges gebildet hatte, erfuhr der Anschlag, dem Hitler knapp entging, eine Einschätzung, die sich wesentlich aus den Zielen herleitete, die Carl Goerdeler nach der Stalingrader Schlacht in einer Denkschrift formuliert hatte, also aus Vorstellungen, die jene konservativ und strikt antidemokratisch eingestellten Verschwörer für Nachkriegsdeutschland hegten.

Zudem war nach Kriegsende die Haltung zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 auf DDR-Seite weniger durch das Ereignis selbst als durch den Versuch geprägt, den in der Geschichtsschreibung und -publizistik der Bundesrepublik verbreiteten Bild entgegenzutreten, das die oppositionelle Kleingruppe von Militärs in den Rang der einzig relevanten, mit Erfolgsaussicht handelnde Gruppe des deutschen

---

[8] Ohne dass die Autorin das in jedem Falle bemerkt hat oder ausweist, wird diese fortgesetzte Verwendung des Films deutlich, wenn die von ihr zitierten oder beschriebenen Passagen aus Unterrichtsfilmen und für den Geschichtsunterricht bestimmten Fernsehsendungen mit dem Original verglichen werden. Karin Kneile-Klenk: Der Nationalsozialismus in Unterrichtsfilme und Schulfernsehsendungen der DDR, Weinheim 2001 (= Schriften zur Geschichtsdidaktik 12, hrsg. von Uwe Uffelmann, Bernd Mütter u. a.), hier; S. 268.

Widerstandes erhob. Wiewohl Graf Stauffenberg und wie der Kommentar sagte „seine Freunde“ im Film als eigene Gruppe charakterisiert (und in die Nähe der Konzeption des Nationalkomitees Freies Deutschland gerückt) wurden, folgte der Autor einer historischen Sicht, welche Tat und Täter, wäre ihr Vorhaben gelungen, nur als – wenn auch ungewollte – Wegbereiter von Kräften erscheinen ließ, die einen einseitigen Frieden nach dem Westen hin abschließen, Volkinteressen nicht zum Zuge kommen lassen und auf die Mitgliedschaft im antisowjetischen Bündnis kapitalistischer Großmächte zusteuern wollten, das Jahre später in der NATO verwirklicht geworden sei. So ergab sich unterm Strich eine Traditionslinie, die von Goerdeler über Himmler, der ja bei Kriegsende auch Kontakte zu den Westmächten gesucht hatte, bis zur Außenpolitik der Bundesrepublik gezogen wurde.

In der Würdigung Stauffenbergs und seiner Genossen aber scheint der Film aus dem Jahre 1964 der DDR-Uhrzeit voraus gewesen zu sein, was sich insbesondere der Zeugenschaft des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer zeigte, eines einstigen Stuttgarter Mitschülers des Grafen. Bauer sprach über Antriebe, die der Oberst aus Schillers *Wilhelm Tell* oder von Stefan George bezogen haben könnte. Die Autoren differenzierten zwischen den Teilnehmern der Verschwörung bis hin zu ihrem Auftreten vor Gericht. Erst zwanzig Jahre später 1984, am 40. Jahrestag der Verschwörung – wurde in Historiographie wie Geschichtspublizistik der DDR und dann definitiv jene Sicht aufgegeben, die den 20. Juli von seinen denkbaren Resultaten und aus der Personenliste deutete, die Goerdeler für die künftige Staatsspitze ins Auge gefasst hatte. Davon kann man sich anhand der Dokumentarfilme überzeugen, die Hans Bentzien, vordem Kulturminister der DDR und inzwischen einer der Leiter des DDR-Fernsehfunks, für das Fernsehen produzierte und die wesentlich von den Interviews lebten, die er mit Witwen von Teilnehmern der Verschwörung führen konnte.

An *Revolution am Telefon* wirkte der Potsdamer Historiker Kurt Finker mit, der wiederholt ins Bild und zu Worte kam. Er hat sich als Stauffenberg-Biograph und mit Monographien zur Geschichte des 20. Juli 1944 einen Namen gemacht. (Später wurden im Abspann von Dokumentarfilmen die Historiker Olaf Groehler und Laurenz Demps als Berater genannt.) Zu den Kuriosa des Filmes gehörte, dass in ihm mehrfach zustimmungsfähige Urteile von Autoren verlesen wurden, die vom „Klassengegner“ stammten (so solche von Gerhard Ritter und von Allan Welsh Dulles), und aus Büchern zitiert wurde, die in der DDR nur Spezialisten in Fachbibliotheken zugänglich waren.

Welchen Weg die Dokfilmproduktion der DDR in den folgenden Jahren zurücklegte, machte der ebenfalls von Karl Gass in Gemeinschaft mit dem kürzlich verstorbenen Klaus Wischnewski geschaffene Film *Das Jahr 1945* deutlich, einer von mehreren Streifen, mit denen sich Gass mit der Geschichte des zweiten Weltkrieges auseinandersetzte Seit dem Ende des Krieges waren 40 Jahre vergangen. In der Sowjetunion war Michail Gorbatschow Generalsekretär geworden und propagierte sein utopisches Friedensprogramm. Der kalte Krieg war beendet. In seiner denkwürdigen Rede aus Anlass dieses Jahrestages – sie ist heute, da sich die Bilder von Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung erneut in den Vordergrund der Geschichtsbilder drängen, zu Unrecht nahezu vergessen – sprach Richard von Weizsäcker von Befreiung.

Das Jahr 1945 setzt ein mit Bildern sowjetischer Soldaten, die an einem Straßenrand einen ihrer Kameraden begraben und gipfelt in den überwältigenden Feiern von Millionen aus Anlass des Kriegsendes und des Sieges in Moskau, Paris, Washington und London. Er zitiert Bildstreifen, die den Hass gegen Deutschland und die Deutschen verdeutlichen (eine Aufschrift in russischer Sprache „Hier beginnt das verfluchte Deutschland“ und die Verfluchung aller Deutschen durch eine Polin am Rande einer Grube, in welche Leichen gesenkt werden). Er nennt wiederum zitierend – die Deutschen die „Klassiker des Faschismus“, erklärt, dass sie massenhaft aus Anhängern zu Mittätern wurden, die erst spät Opfern geworden seien und macht deutlich, wie ganz anders sie den Mai 1945 erlebten. Er zeigt den mi April 1945 vom US-amerikanischen Kommandanten Weimars in antifaschistischer Absicht verordneten Zug von Bürgern der Stadt auf das Gelände des KZ Buchenwald[9]. Er kontrastiert das

[9] Diese Passagen Zitieren den US-amerikanischen Dokumentarfilm *Die Todesmühlen* der 1946 im März in allen Kinos der Besatzungszone der USA gezeigt wurde und im Rahmen der Politik der Umerziehung der Deutschen Von allen erwachsenen Bürgern besucht werden sollte.

vielgezeigte Foto einer deutschen Frau, die mit einem sowjetischen Soldaten um ihr Fahrrad kämpft, mit einem Bild, das einen Soldaten der gleichen Armee auf einem ebensolchen Vehikel zeigt, auf dem er zwei Kinder offenbar spazieren fährt. Er verweist auf die sogenannten Rheinwiesenlager. Er rückt die materielle Hinterlassenschaft des Regimes mit Bildern von der Trümmerwüste Dresdens ins Bild, ohne ein Wort der Anklage gegen die angloamerikanische Luftkriegführung[10].

Auch *Das Jahr 1945* mündet in Bildfolgen aus, die vom Neubeginn in der sowjetisch besetzten Zone zeugen, und erinnert – dies nebenbei – mit einem Standfoto an den damals in der Ära Honecker – schon weithin vergessenen Walter Ulbricht. Wäre auf irgendeine Weise das Datum der Entstehung dieses Dokumentarfilms verloren gegangen, es würde sich doch bestimmt sagen lassen, dass er geschaffen wurde, als die Eiszeit des kalten Krieges vorbei war. Polemisch ist er nur gegen Faschismus und Krieg. Die geschichtliche Erkenntnis, die der Film im Schlusskommentar einzuprägen sucht, lautete: Nicht im Mai 1945 liegt die Katastrophe, sie liegt mindestens zwölf Jahre zurück. Und dann unumwunden: „Das muss in die Köpfe".

So ließ sich ein anderer, 1987/88 entstandener Film von Karl Gass nicht gestalten. Sein Titel: *Eine deutsche Karriere*, sein Thema: die Biographie des Großadmirals und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz, der in der Bundesrepublik 1981 nahezu neunzigjährig verstorben war. Dönitz' Lebensweg wurde von der Wiege bis zur Bahre verfolgt, vom Eintritt in die kaiserliche Flotte über seinen weiteren Aufstieg in der Reichsmarine der Weimarer Republik bis auf den Posten des Oberkommandierenden der Kriegsmarine im Nazireich ein Weg, der nach zehn Haftjahren in Berlin-Spandau in Westdeutschland mit Auftritten vor Traditionsverbänden und einer politisch-dramatische Folgen zeitigenden Rede des Unbelehrt-Störrischen vor Schülern des Gymnasiums in Geesthacht endete und den ein demonstrativ ehrendes Begräbnis beschloss. Dönitz wird als ein Propagandist des Faschismus vorgeführt und so pars pro toto die Lüge von den unpolitischen Militärführern attackiert. Er wird im Angesicht der unausweichlichen Niederlage als skrupelloser Demagoge entlarvt, der auch noch die Angehörigen der jüngsten Jahrgänge kriegsfähiger Jungen in seine Einmanntorpedos haben will und ihnen mit markig-demagogischen Sprüchen wie „dem Teufel den Bart abschneiden" und „den Teufel aus der Hölle holen" suggerierte, was sie als Soldaten des Führers noch erreichen könnten. Mehrfach verweist der Text auf die Kontroverse, die zwischen Dönitz und Speer während der Jahre ihrer Gefangenschaft in Spandau über die Beurteilung der Vergangenheit entstand, wobei der Architekt und Rüstungsminister gleichsam zum Verbündeten der Filmemacher wird und zu gut wegkommt.

Auch *Eine deutsche Karriere* nahm die inzwischen alte Frage nach der Haltung der Massen zum Regime wieder auf. Unabweisbar stellte sie sich angesichts der Bilder, vom Empfang eines hochdekorierten U-Boot-Kommandanten in seiner Heimatstadt durch eine jubelnde Bevölkerung, die keinen Gedanken auf den Tod der Seeleute wendet, die Opfer dieses Kriegshelden wurden. Dann, als der Krieg auf sie zurückschlug, hätten die Deutschen Angst bekommen Warum, wird gefragt, bekamen sie Angst nicht zur rechten Zeit? Die Filmemacher nehmen eine Bemerkung von Karl Marx auf wonach Scham eine Art von Zorn sei, eine Weise, sich in sich selbst zurückzuziehen, um Kraft für einen Sprung zu sammeln.

Drei Jahre vor dem Erscheinen von *Das Jahr 1945*, also 1982, hatte Gass sich mit *Zwei Tage im August – Rekonstruktion eines Verbrechens* einen Namen als filmkünstlerischer Dokumentarist des zweiten Weltkrieges gemacht. Der Streifen war nicht länger als eine knappe Viertelstunde. Seinen

---

[10] Solche Darstellung wäre in früheren Jahren kaum durchgegangen in denen dieser Teil des Krieges zum Beweis für die Skrupellosigkeit und Barbarei des US-amerikanischen Imperialismus diente. Im Lehrplan für die Schulen von 1951 wurde als ein zu behandelndes Thema angegeben „Die Terrorangriffe der anglo-amerikanischen Bomber auf die Zivilbevölkerung." 1970 schon wurde auf den Begriff „Terror" verzichtet, 1988 dann die Behandlung der ‚sinnlose(n) Zerstörung Dresdens und anderer deutscher Städte durch anglo-amerikanische Bomber" verlangt. Siehe Kneile-Klenk S. 298. Die Autorin weist (S. 288) auch auf den Kommentar zur Zerstörung Dresdens und anderer Städte im Reich im Unterrichtsfilm *Der zweite Weltkrieg* von *1957* hin, doch ist die zitierte Stelle nicht dessen Autoren zuzuschreiben, sondern ebenfalls eine Übernahme aus *Du und mancher Kamerad* sie lautet: „Und über dies todwunde Land fallen amerikanische und englische Bombengeschwader her. Tag für Tag. Nacht für Nacht."

Gegenstand bildeten die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 8. August 1945 sowie die ihm in den USA vorausgehenden Auseinandersetzungen um das Ja und das Nein zum Einsatz der Atombombe gegen Japan. Einstein, Szillárd, Oppenheimer kamen zu Wort Eisenhower wurde zitiert und die Abwürfe schließlich als der militärische Auftakt des kalten Krieges gewertet. Der hochaktuelle Bezug lag zutage. Ein Jahr zuvor und nahezu exakt an den Jahrestagen der Abwürfe hatte Präsident Ronald Reagan entschieden bzw. bekannt gemacht (6. und 9. August 1981), dass die Vereinigten Staaten die Neutronenbombe bauen würden. Mit diesem Hinweis schloss der Film ohne weiteren Kommentar.

Dieser lückenhafte informatorische Bericht über den Dokumentarfilm in der DDR kann nicht gut geschlossen werden, ohne zwei Filme wenigstens zu erwähnen, deren Gegenstand die Ermordung der europäischen Juden war. Darauf wurde in Sequenzen in mehreren Filmen verwiesen. Von *Du und mancher Kamerad* war in diesem Zusammenhang schon die Rede. Wo in *Revolution am Telefon* ein Bild von der barbarischen Gesinnung Hitlers gegeben wird, ist der erste Redebeleg der Ansprache Hitlers am 30. Januar 1939 mit der viel zitierten Ankündigung der Vernichtung der Juden entnommen. Karl Gass schuf 1986 einen Film, der die Frage stellte, was die deutschen „Arier“ denn von der Deportation der Juden Wissen 7 konnten und der im Titel die Antwort gab: *Jeder konnte es sehen.*

Gerhard Scheumann (Jg. 1930) und Walter Heynowski (Jg. 1927), die durch ihre Fernsehproduktion *Der lachende Mann* (1966) über den deutschen Legionär „Kongo-Müller“ einen außergewöhnlichen Erfolg und Bekanntheitsgrad erlangt hatten, legten 1988 den Streifen *Die Lüge und der Tod* vor, der zu den bedeutendsten Erzeugnissen des DDR-Dokumentarfilms gezählt werden kann. An ihm wirkte Stephan Hermlin mit, der die Texte schrieb und sprach. Der Film zeigt kommentarlos zwei Streifen, die wenn nicht auf Initiative, so zumindest mit Wissen und Billigung der Gestapoleitstelle Stuttgart entstanden. Der erste der beiden gehörte in eine Reihe von den Stadtvätern angeregter Filmdokumente, in denen besonders denkwürdige Ereignisse aus den Kriegsjahren festgehalten werden sollten. Zu sehen waren abgrundtief verlogene Bilder von der reichlichen Belieferung eines in einer einstigen „Gastwirtschaft zum Kriegsberg“ eingerichteten Verkaufsstelle, der einzigen, die von den Juden der Stadt aufgesucht werden konnte. Lebensmittel aller Art werden angeliefert und der Kommentar behauptet dreist, die Juden würden nicht anders versorgt als alle anderen Deutschen. Der zweite Filmstreifen, den die Gestapo wohl auf direkte eigene Veranlassung drehen ließ, zeigt die Versammlung und „Abfertigung“ der Juden auf dem Gelände der ehemaligen Reichsgartenschau auf dem Stuttgarter Killesberg, die am 1. Dezember 1941 „auf Transport gingen“, also zu den Mördern geschafft wurden. Auf die Darbietung dieser beiden Dokumente folgt die Kommentierung einzelner ihrer Bilder, sie wieder aufnehmend, zergliedernd, auch vergrößernd. Ohne dass darüber ein hinweisendes Wort fällt, werden die am Verbrechen Beteiligten, wenn auch bei weitem nicht vollständig, erkennbar. Der verdienende Betreiber des Geschäfts, von dem nahezu nebenbei berichtet wird, er habe sich nach 1945 einige Monate im Gefängnis befunden, sodann der Inhaber eines Transportunternehmens, der das gefilzte Gepäck der Opfer zum Bahnhof bringt, weiterhin die Bürokraten, die Berichte schreiben, in denen sie „besondere Vorkommnisse“ festhalten, selbstredend die Gestapo. Aufgeworfen wird die Frage nach der Rolle der Jüdischen Kultusgemeinde in dieser Phase der Verfolgung[11]. Der Forderung, mit den Dokumentarfilmen dem Zuschauer weder als Bußprediger noch als Oberlehrer gegenüber zu treten, ist *Die Lüge und der Tod* wohl am stärksten gerecht geworden.

Die Filmdokumentaristen in den Studios der DEFA und des Fernsehens haben mit ihren Werken historisch-politischen Ziele dienen wollen und das einbekannt. Diese Ziele waren unverordnet, wenn auch die Art und Weise, wie sie verfolgt wurden, Spuren von Gängelung, Überwachung und Zensur aufweisen. Die haben in den meisten Fällen die Qualität und Überzeugungskraft der Filme um das mindeste zu sagen nicht gehoben, sie häufig erkennbar einfach auch überladen, doch das Anliegen insgesamt nicht aufheben können. Es richtete sich auf die Verbreitung der Idee eines allgemeinen

---

[11] Auch diese beiden Dokumentarfilme stehen für die Haltlosigkeit der seit 1990 immer wieder vorgetragenen These: „Auch im Konzept des zunehmend instrumentalisierten kämpferischen Antifaschismus war in der DDR kein Platz für die jüdische Leidensgeschichte.“ Hier zitiert bei Kneile-Klink, S. 277, doch so oder ähnlich zitierbar aus einem Überangebot an Quellen.

Friedens, auf die Warnung vor dem Atomkrieg, auf die Vermittlung von Einsichten in geschichtliche Zusammenhänge, die Deutschland und nicht nur Europa von einem Weltkrieg in den anderen geführt hatten, und auf die Begründung und Rechtfertigung des alternativen Weges, der in Ostdeutschland, die gesellschaftlichen, vor allem der Eigentumsverhältnisse umstürzend, beschritten wurde, um Imperialismus, Faschismus und Krieg in die Vergangenheit zu verbannen.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 22, Thema: Die Makkabäer von Warschau, Berlin 2004, S. 71-81.

Kurzfahrt nach Wunsiedel

Diesmal brauchten die Organisatoren des alljährlichen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ nicht bis vors oberste Verwaltungsgericht der Bundesrepublik zu ziehen, um grünes Licht zu bekommen. Die Justiz, durch Erfahrungen aus dem Jahre 2003 belehrt, knickte schon auf unterer Hierarchiestufe ein. Dort wurde der Verbotsantrag, den der Bürgermeister von Wunsiedel im Sinne der Mehrheit der Stadtbewohner gestellt hatte, zurückgewiesen. Der Friede am Orte sei nicht gestört. Den Braunen wurde auferlegt, Bezüge zu Adolf Hitler nicht herzustellen. Das ist, als würde eine Geburt gefeiert, ohne dass über die Mutter geredet werden dürfte, oder eine Beerdigung veranstaltet, bei der es verboten wäre, den Verstorbenen zu erwähnen.

Die Podiumsdiskussion, zu der mich bayerische Antifaschisten eingeladen hatten, gehörte zum Programm gegen die Nazikundgebung; sie ging auf einen Beitrag zur Heß-Biografie zurück. Die Leute von der Berliner Antifaschistischen Aktion hatten in ihrem Bus gerade noch einen Sitz frei. Wir gelangten flott bis vor die kleine Stadt im Fichtelgebirge. Dort wurde, wie erwartet, Halt geboten. Ein halbes Dutzend Uniformierte besetzten den Gang des Fahrzeugs. Ein Offizier, in Redewendung und Tonhöhe erkennbar auf ein konfliktloses Aufeinandertreffen aus, verlangte Kooperation, dann dauere „es“ nicht so lange. Personalausweise wurden verlangt und eingesammelt. Als der nächste Bus heranrollt, wird geheißen, sitzen zu bleiben und nicht aufzustehen, um die Ankömmlinge in Augenschein zu nehmen. Die Antwort auf die Frage „Warum nicht?“ lautet: „Weil sonst ein Chaos entsteht und weil ich das sage.“ Schon da beschleicht mich leise Bewunderung.

Dann dauert es doch. Ich denke an die Maschinerie, deren sich DDR-Kontrolleure bei Ein- und Ausreisen am Flughafen in Schönefeld und anderswo bedienten. Soweit hätten es die Hiesigen nicht gebracht, ist zu erfahren. Per Hand werde abgeschrieben und dann erst „abgeglichen“. Kaum zu glauben. Das Warten verkürzt ein Filmoperateur. Offenbar wird den Konterfeis misstraut, mit denen sich die Ausstellenden der amtlichen Ausweise zufriedengegeben haben. Richtig versiert ist der Kamerad mit der Kamera in deren Umgang noch nicht. Ein Vorgesetzter hilft ihm. Er erfüllt vor allem die Aufgabe, jedem Träger einer modischen Kappe diese für die Porträtaufnahme abzunehmen. Bis auf einen Fall kann er das geübt und auch da nur gegen eine eher symbolische Gegenwehr erledigen. Meine Bewunderung nimmt zu. Dann kommt doch die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage der Film hergestellt werde. Die militärisch knappe Antwort: „Das weiß ich doch nicht.“ Die so Beschiedenen lachen. Ich wurde übrigens unerklärt vergünstigt behandelt und durfte meine kretische Fischermütze aufbehalten. Wieder warten.

Schließlich wird einzeln zum Aussteigen aufgefordert. Zur Visitation von Körper, Kleidung und Gepäck. Jetzt, darauf wird hingewiesen, muss noch ein Engpass gemeistert werden. Da es dem Trupp an weiblichen Mitwirkenden fehlt (die Zusammensetzung der Busreisegesellschaft hingegen scheint zu bezeugen, dass das Interesse von Mädchen und jungen Frauen an Antifaschismus und Antifaschisten das für den Überwachungsdienst an Deutschland übertrifft), werde es auch in dieser Etappe unseres Zusammenseins noch etwas Zeit brauchen. Wer geprüft ist, darf weiter Luft schnappen und in einen von den Uniformierten locker umstellten Kreis treten. Das schützt vor der Gefahr, von vorbeigelotsten Fahrzeugen gerammt zu werden.

Ein Uniformierter hat einen jungen Mann vor, inspiziert dessen Geldbörse und lässt, was er darin befingert hat, Stück für Stück auf die Straße flattern. Der Inhaber sieht wortlos zu. Meine Bewunderung, gesteigert, schlägt partiell in Neugier um. Ich frage den Akteur, ob er für diese Sonderbehandlung einen Grund gewusst habe. Antwort: Er brauche Bewegungsfreiheit, außerdem wolle er mit mir darüber nicht sprechen. Das tut ein paar Minuten später der Leier des Einsatzes, der bei seinem Ton geblieben ist und in der Sprache, von der er glaubt, dass sie in diesem Kreis gebraucht werde, den Männern inzwischen erlaubt hat, auf die nahe Wiese „zu schiffen“. Mir sagt er: Sie haben Recht.“ Er habe die Szene beobachtet. Sie würden mit diesem ihrem Mann reden, wenn sie den Einsatz auswerten. Vorbeugung oder Vorsatz? Ich verabschiede mich mit dem Bemerken: „Wenn auch Sie und Ihre Leute sich gegen den Heß-Marsch stellen würden, könnten Sie 2005 einen freien Samstag mehr haben.“

Es fehlen noch ein paar Minuten, dann haben wir uns hier zwei Stunden aufgehalten. Hätte ein Kommando eine Order strikt befolgt, sich Zeit zu lassen, hätte es nicht anders verlaufen können. Doch sollen Schlamperei und Schlendrian nicht ausgeschlossen werden. Dann kommen wir unter Geleit doch ans Ziel. Die Stadt sehe anders aus in den Jahren vorher, sagen uns unsere Gastgeber. Davon sprechen Transparente wie „Bunt statt braun“ und andere Sprüche, gespannt über eine Straße im Zentrum. Bewohner kommen zahlreich zu einer Kundgebung. Auf der spricht der Bürgermeister gegen die ungebetenen Heß-Marschierer. Er sei kein Rechtsprofessor, aber es müsse doch in der Bundesrepublik eine Möglichkeit geben ..., meint und hofft er. Die Antifaschisten schreiben sich am Wandel Verdienst zu. Vor Jahren wurden sie noch offen befeindet. Vielleicht stellt sich der erstrebte Erfolg ein, wenn eines Jahres an den Stadtzugängen steht: „Wir begrüßen unsere Helfer von nah und fern. Die Bürger von Wunsiedel.“ Dafür müsste auf beiden – im wie immer motivierten Anliegen doch gleichgerichteten – Seiten manches noch geregelt werden. Das könnte eines Tages eine Abschiedsfeier ergeben. Denn auch die Leute von der Berliner Antifaschistischen Aktion machen mir nicht den Eindruck, als wären sie auf Wunsiedel abonniert. Sie verfolgen noch ein paar andere Ziele.

Ossietzky, Nr. 18/2004, S. 624 f.

Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage – Die Debatte über den „Bombenkrieg“

„Ein Krieg ist kein präziser und wohlerwogener Vorgang wie eine Operation oder ein Prozess. Bei der Zerstörung dessen, was zerstört werden muss, werden viele Dinge, die intakt bleiben sollen, vernichtet: Menschenleben, kulturelle Werte, die guten Dinge des Lebens, Emotionen. Abgesehen von seinem erwünschten Ergebnis hat ein Krieg viele äußerst unerwünschte indirekte Auswirkungen.“
Sebastian Haffner, Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet. Zuerst erschienen 1940 in England.

„Wir bombardieren euch und eure Städte eine nach der anderen und immer fürchterlicher, damit ihr nicht mehr die Möglichkeit habt, den Krieg fortzusetzen.“
Flugblatt, im britischen Air Ministry 1942 verfasst und mit der Unterschrift von Arthur Harris versehen über Deutschland abgeworfen.

Der Autor dieses Textes lebte während des Zweiten Weltkrieges die längste Zeit in jenem Teil des Deutschen Reiches, der damals die Bezeichnung „Reichsluftschutzkeller“ erhielt. Schlesien war vor Angriffen der britischen und US-amerikanischen Luftflotten nahezu sicher. Auf dem platten Lande kamen ostwärts „evakuierte“ Mütter mit ihren Kindern unter. Dort lebten sie in Nächten ohne Sirenengeheul und Bombenkrachen, freilich in Sorge um ihre zurückgebliebene Habe und – mehr noch – um ihren dort oder an einer Front befindlichen Ehemann und Vater.

Durch einen Zufall entging ich dem Angriff auf Dresden. Die Görlitz verlassenden Eisenbahnzüge mit den vor der herannahenden Ostfront Flüchtenden waren am Abend jenes 12. Februar hoffnungslos überfüllt. Die Umkehr aus dem Menschenstau erwies sich als lebensrettend. Später ging ich durch die Trümmerschluchten Dresdens, nahm von Leipzigs Hauptbahnhof aus den Feuerschein über dieser brennenden Stadt wahr, hockte in einem so genannten Splittergraben auf dem Bahnhofsgelände von Halle. Immer kam ich davon. Schließlich sah ich die Pulks der nach Berlin fliegenden „Festungen“ am Nachthimmel über einer sachsen-anhaltinischen Kleinstadt. Dann waren US-amerikanische und britische Landtruppen da und die Gefahr gebannt, von einer sich gleichsam verirrenden Bombe getroffen zu werden. Ein wenig, vergleichsweise sehr wenig weiß ich vom „Bombenkrieg“.

Schon die Begriffe „Bombenkrieg“ oder „Krieg der Bomber“, die das Geschehen auf die Bezeichnung eines Kriegsgerätes bzw. einer Waffe verkürzen, können zur Falle werden. Denn das war bei allen seinen grausigen Besonderheiten kein separater Krieg, sondern Teil des Krieges der Koalition gegen das beispiellos barbarische Naziregime. Er war grausam wie der gesamte Krieg und alle Kriege davor und danach. Drastisch hatte sich das Zahlenverhältnis von Getöteten und Verletzten zwischen Militärangehörigen und Zivilisten zuungunsten der Nichtkämpfenden verändert. Goebbels glaubte übrigens, dass dieser Teil des Krieges sich nach dem Endsieg besonders gut für propagandistische Zwecke verwenden lassen werde und gab deshalb 1943 Weisung, Filmaufnahmen herzustellen, die zunächst nicht zur Verwendung bestimmt waren, sondern auf Halde gelegt werden sollten.

1. Der „Bombenkrieg“ in der DDR

Rückblickend wird mit Bezug auf die Bundesrepublik in ihren ursprünglichen Grenzen festgestellt, dass der Luftkrieg gegen Deutschland über Jahrzehnte mit Rücksicht auf die neuen Verbündeten nicht zum Gegenstand historischer Forschung, Erörterung und Erinnerung gemacht worden sei. Jüngst war zu lesen, dass „seit der Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985“, also 18 Jahre lang, die deutsche Täterseite „fast den ganzen öffentlichen Raum eingenommen“ habe.[1] Derlei behauptete Rücksichtnahme galt im anderen deutschen Staat, der DDR, Teil eines anderen Bündnissystems, nicht. Die UdSSR hatte am strategischen Luftkrieg gegen das Reich nicht teilgenommen. Ihre Luftstreitkräfte unterstützten vor allem die Landtruppen. Verheerende Angriffe auf Städte ereigneten sich folglich nur vereinzelt, wie im Verlauf von Kampfhandlungen um die „Festung Breslau“ gegen Kriegsende 1945. Dennoch war das Thema auch in der DDR umstritten, wenn auch nicht in aller Öffentlichkeit, so doch in Gesprächen und auch in Veranstaltungen mit Studierenden. Und seine Behandlung besitzt eine Geschichte.

---

1 Bernd Ulrich, Alle Deutschen werden Brüder, in: Die Zeit v. 30.10.2003.

Lange prägte die ideologische Atmosphäre des Kalten Krieges die Darstellungen, die später während des Vietnam-Krieges auch von den Nachrichten über die US-amerikanischen Bombardements beeinflusst wurden. Die Schriftstellerin Ruth Seydewitz, die gemeinsam mit ihrem Ehemann Max Seydewitz mit Publikationen über Dresden und dessen Kunstschätze hervorgetreten ist, sprach, wie sie 1962 in ihrem Buch „Wenn die Madonna reden könnte“ berichtete, mit jungen Leuten über den der sächsischen Metropole geltenden und sie ruinierenden „angloamerikanischen Terrorangriff in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945“.[2] Anderen galt die Zerstörung Dresdens als Akt „imperialistischer Kriegsbarbarei“. Olaf Groehler, Spezialist der Geschichte des Luftkrieges, verwandte Kennzeichnungen wie „Luftterror“, „Terrorschläge“ und „Massaker aus der Luft“. Er nannte Dresden in einer Publikation von 1975 in einer Reihe mit Rotterdam und Coventry ein „Synonym imperialistischer Luftkriegsbarbarei“.[3] Von dieser Bewertung hat sich der Historiker später distanziert, ohne seine aufgegebene Ausdeutung zu vermerken.[4] Diese lag auf einer früh eingenommenen „Linie“. 1951 verlangte der Lehrplan Geschichte für die Schulen in der DDR, das Thema „Die Terrorangriffe der anglo-amerikanischen Bomber auf die Zivilbevölkerung“ zu behandeln. Im Kommentar zur Zerstörung Dresdens und anderer Städte im Reich hieß es im Unterrichtsfilm „Der Zweite Weltkrieg“ von 1957: „Und über dies todwunde Land fallen amerikanische und englische Bombengeschwader her. Tag für Tag. Nacht für Nacht.“ Dieser Text zitierte den Dokumentarfilm der DEFA-Produktion „Du und mancher Kamerad“ von Annelie und Andrew Thorndike, der im Jahr zuvor in die Kinos gekommen war.

In einem weiteren Geschichtslehrplan für die Schulen aus dem Jahre 1970 wurde auf den Begriff Terror verzichtet. In Karl Gass’ Film „Das Jahr 1945“, der zum 40. Jahrestag der Befreiung in die Kinos gelangte, wurden Bilder des zertrümmerten Dresden mit den Worten kommentiert, dass hier ein Krieg geführt wurde, den Hermann Göring, der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, fünf Jahre zuvor begonnen hatte. Gegen Ende der DDR, 1988, fand der Begriff Terror im neugefassten Lehrbuch Geschichte für die 9. Klasse auf die Luftkriegführung der Deutschen Anwendung, so bei Erwähnung des Bombardements auf Warschau im September 1939. Die Attacke wurde „als der erste große Terrorangriff aus der Luft während des Zweiten Weltkrieges“ bezeichnet, bei dem 60.000 Einwohner der Stadt umgekommen oder verletzt worden seien.[5] Sodann wurde auf die im September 1940 erfolgte, angesichts der eigenen Verluste alsbald abgebrochene „Bomberoffensive gegen Großbritannien“ verwiesen und die Zahl der getöteten britischen Zivilisten mit 40.000 angegeben. Militärische oder politische Ergebnisse hätten die „Nazis“, hieß es weiter, dadurch nicht erreicht, jedoch seien 3.000 eigene Flugzeuge verloren gegangen.[6] Schließlich erwähnte der von Gerhart Hass geschriebene Text, dass die Westmächte in den letzten Kriegsmonaten den Bombenkrieg, über den zuvor nichts weiter mitgeteilt worden war, verstärkten, und dass „der sehr schwere Verwüstungen anrichtete und viele Todesopfer forderte.“ Weiter hieß es: „Mit diesen Luftangriffen wollten die USA und Großbritannien die Vernichtungskraft ihrer Fliegerkräfte demonstrieren und damit auch die UdSSR beeindrucken. Ohne militärische Notwendigkeit wurde am 13. und 14. Februar 1945 die von Flüchtlingen überfüllte Kunststadt Dresden bornbardiert (das letzte in Fettdruck). Dabei kamen mehr als 35.000 Menschen um, und unwiederbringliche Kunstschätze versanken in Schutt und Asche.“[7]

Im letzten Lehrplan aus DDR-Zeit, ebenfalls von 1988, wurde, damit übereinstimmend, die „sinnlose Zerstörung Dresdens und anderer deutscher Städte durch anglo-amerikanische Bomber“ als ein zu behandelndes Thema angegeben.[8] Der Begriff „Terrorangriffe“ war in seiner bisherigen Verwendung aufgegeben. Nirgendwo jedoch wurde die strategische Luftoffensive gegen Deutschland in ihrer wirtschaftlichen und politisch-psychologischen Bedeutung dargestellt. Den Gedanken „Die anderen auch“ schlossen solche Passagen nicht aus. Doch war das Gedenken an die Zerstörung Dresdens und

---

2 Ruth Seydewitz, Wenn die Madonna reden könnte, Berlin 1962, S. 14. Ebenso S. 19.
3 Olaf Groehler, Geschichte des Luftkrieges, Militärverlag der DDR Berlin (Ost) 1975, S. 677.
4 Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Akademie Verlag Berlin 1990, S. 450 f.
5 Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9, Berlin (Ost) 1988, S. 15.
6 Ebenda, S. 155.
7 Ebenda, S. 192.
8 Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule: Geschichte Klassen 5 bis 10. Ministerium für Volksbildung der DDR, Berlin 1988, S. 75.

dessen umgekommene Bewohner, das in der DDR jedes Jahr in eindrucksvollen Kundgebungen stattfand, von der Warnung vor Kriegen und der Forderung geprägt, sich für die Bewahrung des Friedens einzusetzen.

2. Gegenwartsdebatten über den Luftkrieg

Nun ist 2002/2003 der Luftkrieg über Deutschland zu einem bundesrepublikanischen Thema geworden und die Art seiner Behandlung – signalisiert durch Zeitungsüberschriften wie „War Churchill ein Kriegsverbrecher?“ – hat ein Echo vor allem in Großbritannien gefunden. Das angebotene Geschichtsbild über diesen Teil des Zweiten Weltkrieges scheint jenem in frühen DDR-Jahren und während der Eiszeit des Kalten Krieges verbreiteten nicht unverwandt. Doch hat das Thema nicht erst durch das 2002 erschienene Buch Jörg Friedrichs „Der Brand“[9], das Massenauflagen erlebte, breiteste Aufmerksamkeit erregt. Die Behauptung freilich, mit ihm sei ein befreiender Tabubruch erfolgt, spekulierte auf Erinnerungslücken, ja auf ein bloßes Kurzzeitgedächtnis. Denn das Fernsehen der BRD hatte 1985 eine fünfteilige Serie „Der Krieg der Bomber“ gesendet. Sie begann mit Bildern vom deutschen Angriff auf Warschau und führte bis zu dem der Alliierten auf Dresden, bei dessen Erwähnung der Kommentar von Massakern sprach – wie 17 Jahre später Friedrich wieder. Eine andere Erläuterung besagte, der Sieg der Antihitlerkoalition wäre mit weniger Verwüstungen erreichbar gewesen. 2002 folgten, ebenfalls im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, weitere Sendungen über den Luftkrieg zuerst über den über England, dann über Deutschland. Schon sie richteten den Blick verstärkt auf die deutschen Opfer. Friedrichs Bestseller gab dann den Auftakt zu einer geschichtspropagandistischen Kampagne, die teils mit der aus Anlass des 60. Jahrestages der Stalingrader Schlacht zeitlich parallel verlief. Am 4. Februar 2003 strahlte das ZDF die Sendung „Der Bombenkrieg“ aus. Zwei Monate später nahm Spiegel-TV das Thema auf. Der „Spiegel“ ließ eines seiner speziellen reich bebilderten Hefte drucken, dessen Texte inzwischen auch in einem Buch verbreitet wurden. Die bundesrepublikanische Gesellschaft hatte nach Stalingrad ein weiteres Thema deutscher Geschichte gefunden: die Leiden der Deutschen, vornehmlich der Frauen, Kinder und Greise im Hagel der Bomben.

Sich die immerhin vorstellbare Sicht einer Mutter im amerikanischen Mittelwesten vor das eigene Auge zu bringen, die einen ihrer Söhne am Rhein bei den Landtruppen, einen anderen in einem dieser Bombenflugzeuge wusste, überstieg die Vorstellungskraft selbst noch nach nahezu sechs Jahrzehnten: Die hatte nur wünschen können, diese Deutschen möchten endlich klein beigeben, damit jener lebend nach Berlin und beide unversehrt wieder über den Ozean heimkämen. Dieser Perspektive verweigern sich deutsche Historiker und Publizisten noch immer, jene eingeschlossen, die meinen, es müsse gerade der „eigentliche“ Krieg beschrieben werden, von dem sie, Zusammenhänge marginalisierend oder missachtend, behaupten, es sei jener der „kleinen Leute“ gewesen. Als Gegenspieler in Luftschutzkellern hockender deutscher Meiers und Krauses werden der über Leben und Tod gebietende britische Premier und Oberste Befehlshaber der britischen Streitkräfte Winston Churchill und Arthur Harris markiert, der das britische Bomberkommando seit Februar 1942 befehligte und dem spät, 1992 in London, ein Denkmal gesetzt wurde. Auf deren Konto gehen die toten Berliner, schrieb ein Lehrer an die Redaktion der Berliner Morgenpost[10] auf deren Aufruf, das eigene Erleben in den Bombennächten zu schildern. Da weiß man, was Schülern über jene Jahre beigebracht wurde. Die in der deutschen Hauptstadt erscheinende Tageszeitung, die im ehemaligen Westteil mehr gelesen wird als im einstigen Osten, gab in einer siebenseitigen Beilage 13 Zuschriften wieder und ließ dann in einem Sammelband insgesamt 70 drucken, die bei der Redaktion eingegangen waren. Wenn an den Texten wesentliche Kürzungen oder Streichungen nicht vorgenommen worden waren, hatte kein Absender das Erlebte in größeren Zusammenhang gestellt oder sich historisch-kritisch besonnen. In der Einleitung der Herausgeber wurde die Sammlung der „Debatte“ zugeordnet, die über „unschuldigen

---

9 Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, München 2002. Zum Echo in einem Staat, dessen Gebiet seinerzeit zum Deutschen Reich gehörte und ebenfalls dem Bombenkrieg ausgesetzt war, s. die Rezension in: DÖW Mitteilungen, Folge 161, April 2003, S. 7 f.

10 Als die Tage zu Nächten wurden. Berliner Schicksale im Luftkrieg. Berliner Morgenpost und Giebel Verlag 2003, S. 121.

Deutschen zugefügte Gewalt“ in Gang gekommen sei.[11] Dass unter den Getöteten sich Faschisten und deren Gegner befanden, dass die einen vor 1933 Hitler gewählt, ihm dann zugejubelt, die Siege der Wehrmacht gefeiert, andere das Regime abgelehnt hatten, wurde in diesen Betrachtungen keiner Erwähnung für Wert befunden. Gelegentlich wurde darauf verwiesen, dass bei Angriffen auch Zwangsarbeiter umgekommen waren, was mehr dem Nachweis ihres Widersinns galt als der Verdeutlichung einer der vielen tragischen Seiten des Zweiten Weltkrieges.

Herausgeber und Journalisten verschiedener Medien messen sich, indem sie Zeitzeugen in Wort und Schrift sich äußern lassen, die Rolle von „Erlösern“ und „Heilern“ bei, die sie sich mitunter auch ausdrücklich bestätigen lassen. Eine Berlinerin, die einfach nichts gelesen hatte, teilte der Redaktion mit und die hob es dankbar und unkommentiert hervor: „Ich habe darunter gelitten, dass so lange überhaupt nichts darüber öffentlich wurde. Das ist jetzt wie eine Erlösung.“[12] Dabei wissen die Herausgeber der Berliner Morgenpost, wie die am Ende ihres Bandes angefügte Auswahlbibliografie zeigt, wie viel in den beiden deutschen Staaten allein über den Verlauf und die Folgen des Luftkrieges gegen Berlin publiziert worden ist. Darunter sind Bücher, die chronologisch und statistisch genau erfassen, wann die Angriffe erfolgten, wie viele Menschen getötet und welche Stadtgebiete und Bauten besonders schwer getroffen und vernichtet wurden. Es erschienen Tagebücher u. a. von Ursula von Kardorff[13] , Hans Georg von Studnitz[14], Marie Wassiltschikow[15]. Publiziert wurden später aufgezeichnete Erinnerungen, unter ihnen die 1946 verfassten Aufsätze von Schulkindern aus dem Bezirk Prenzlauer Berg.[16] Schon 1970 erschien eine pur faktologisch angelegte Darstellung in einem Stuttgarter Verlag, welcher sich auf zusammenhanglose Ereignisgeschichte spezialisiert.[17] 1978 publizierte Laurenz Demps in Berlin-Ost einen informativen dokumentarischen Bericht.[18] Noch immer werden Dokumente entdeckt oder veröffentlicht, die ein Bild vom Leben der „Reichshauptstädter“ in den Bunkern und Kellern geben, in denen sie Schutz suchten und in die sie sich, als die US-amerikanischen und britischen Angriffe geendet hatten, wiederum verkrochen, um im April/Mai 1945 die letzten Tage und Stunden des Krieges zu überleben. Einen besonders eindrucksvollen Bericht von der „Zwangsvolksgemeinschaft“ in diesen Verliesen, ihren nächtlichen Gesprächen, Ängsten und Hoffnungen gab eine damals etwa dreißigjährige Frau, Mitarbeiterin eines Berliner Verlages, die bald nach Kriegsende ihre Notizen zu einem Text verarbeitete, der in der BRD 1959 erschien, vorher schon in den USA und Großbritannien gelesen werden konnte, sodann in den Sprachen der nordeuropäischen Staaten herauskam, auch ins Spanische, Italienische und Japanische übersetzt wurde.[19]

3. Beschwiegener und tabuisierter „Bombenkrieg“?

Die Behauptungen vom Beschweigen dieser Seite des Krieges und des angeblich erfolgten Tabubruchs, den Autor und Verlag von „Der Brand“[20] zuerst in Anspruch nahmen und die ungeprüft nachgeplappert und abgeschrieben wurden, bilden eine dreiste Erfindung, die Unkenntnis, das Sensationsgelüst potentieller Käufer und die Erfahrung nutzen, dass anspruchsvollere und vor allem in ihren Urteilen abwägendere Literatur viel weniger und nur von viel Wenigeren gelesen worden war. Denn was für Berlin festgestellt werden kann, gilt auch für das Kriegselend, das andere deutsche Städte mit den Attacken der strategischen Luftflotten der RAF und der USAAF traf. In der DDR war Walter Weidauers, ehemals

---

11 Ebenda, S. 28.
12 Ebenda, S. 10.
13 Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen 1942-1945, München 1962.
14 Hans-Georg von Studnitz, Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943-1945 Stuttgart 1963.
15 Marie Wassiltschikow, Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikow Berlin 1987.
16 Annette Gröschner (Hrsg.), „Ich schlug meiner Mutter die brennenden Funken ab“. Berliner Schulaufsätze aus dem Jahr 1946, Reinbek bei Hamburg 1977.
17 Werner Girbig, ... im Anflug auf die Reichshauptstadt. Die Dokumentation der Bombenangriffe auf Berlin, Stuttgart 1970.
18 Laurenz Demps, Die Luftangriffe auf Berlin. Ein dokumentarischer Bericht, in: Jahrbuch des Märkischen Museums Berlin (Ost) 1978 VI und VII, S 27-68 u. 7-44.
19 Anonyma, Eine Frau in Berlin. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945. Mit einem Nachwort von Kurt W Marek, Frankfurt a Main 2003.
20 Vgl. Anm. 9.

Oberbürgermeister von Dresden, publizierte Darstellung der Angriffe auf die Stadt an der Elbe ein viel gelesenes, mehrfach aufgelegtes Buch.[21] Vordem waren Erlebnisse während den Angriffe am 13. Februar und Szenen wie die Leichenverbrennung auf dem Dresdner Altmarkt bereits in anderen Veröffentlichungen geschildert worden.[22] Zum gleichen Thema erschien 1977 die Studie von Götz Bergander.[23] Die Liste der über Jahrzehnte erschienenen Publikationen ist länger, als dass sie hier auch nur annähernd vollständig angemerkt werden könnte. Die Aufzählung soll nicht mehr verdeutlichen, als dass es an deutsch- wie englischsprachiger Literatur zum Thema nicht mangelte.[24] Allein zwischen 2000 und 2002 gelangten Darstellungen in Erst- oder Nachauflagen in den Buchhandel, die sich in Überblicken mit dem Luftkrieg oder in speziellen Abhandlungen mit einzelnen Angriffen gegen Ziele wie Bad Kreuznach, Münster am Stein, Nordhausen, Braunschweig, Crailsheim, Hamburg, Frankfurt am Main, Mainz, Berlin, Jülich, Aachen und weiteren befassten.

Nur kopfschüttelnd lässt sich daher der Anspruch Jörg Friedrichs lesen, das „erste Buch" geschrieben zu haben, „das sich den Bombenangriffen auf Deutschland und damit dem größten Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges zuwendet". Nicht weniger anmaßend und offenkundig wider eigenes besseres Wissen folgt die Behauptung, dass „die akademische Geschichtsforschung das Thema beharrlich ignoriert hat", während „es stets Privatforscher" gegeben habe, „die auf eigene Faust Fakten gesammelt und Erkenntnisse gewonnen haben."[25] Bei den Ergebnissen der ersteren hat sich Friedrich durchaus belesen. Und was die Privatforscher anlangt, so gehören zu dieser Gruppe mehrere Publizisten, was eine Erwähnung durchaus nötig gemacht hätte, die zu den Geschichtsrevisionisten gerechnet werden müssen oder deren Anliegen bedienten.

Neu waren nicht Gegenstand und Themen, sondern die Art und Weise und die äußerste Zuspitzung, in der sie nun in Kreisen aufgenommen und abgehandelt wurden, die bisher nicht im Bezirk der Geschichtsrevisionisten ausgemacht worden waren. Und neu auch der Kontext, in dem die „Debatte" stattfand. Sie wurde in Beziehung zur Stalingrader Schlacht, zu Vertreibung und Flucht der ostdeutschen Bevölkerung bei und nach Kriegsende gesetzt, Ereignisse, für die auch gilt, dass sie seit Jahrzehnten – in der Bundesrepublik ungleich mehr als in der DDR – in Publikationen von der Monographie bis zur Dokumentation dargestellt worden waren, anfänglich – was Flucht und Vertreibung betrifft – mit großzügiger Förderung durch das Bonner Vertriebenen-Ministerium und mit millionenstarkem Rückhalt in den ebenfalls vom Staat unterstützten Vertriebenen-Verbänden. Zudem hatte Günther Grass das Thema in der Novelle „Im Krebsgang" wieder aufgenommen, in deren Handlungszentrum der Untergang der von einem sowjetischen Unterseeboot in der Ostsee torpedierten „Will-

---

21 Walter Weidauer, Inferno Dresden, Berlin 1965 (zuletzt: 8., gekürzte Auflag Berlin 1990)

22 Ruth Seydewitz, Wenn die Madonna reden könnte, a. a. O., S. 14 ff.

23 Götz Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977.

24 Klaus A. Maier, Der operative Luftkrieg bis zur Luftschlacht um England in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 329-341; ders. Die Luftschlacht England in: Ebenda, S. 375-408; Alfred Price, Der härteste Tag. 18. August 1940. Die Luftschlacht um England, Stuttgart 1981; Helmuth Euler, Als Deutschlands Dämme brachen. Die Wahrheit über die Bombardierung der Möhne-Eder-Sorpe-Staudamm 1943, Stuttgart 1984; Len Deighton, Luftschlacht über England, München 1985; Alfred Price, Luftschlacht über Deutschland. Angriff und Verteidigung 1939-1945, Stuttgart 1985; Jochen von Lang, Krieg der Bomber. Dokumentation einer deutschen Katastrophe, Frankfurt am Main/Berlin 1988; Richard Overy, Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit. München 1990; Gerd E. Ueberschär, Freiburg im Luftkrieg 1939-1945, Freiburg/Würzburg 1990; Wilfried Beer, Kriegsalltag an der Heimatfront. Alliierter Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Schadensbegrenzung dargestellt für den Raum Münster, Bremen 1990; Martin Rüther, Köln, 31. Mai 1942. Der 1000-Bomber-Angriff, Köln 1992; Horst Boog (Hrsg.), Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Herford/Bonn 1993; Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg, Stuttgart 1994 Matthias Griebel (Hrsg.), Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens, Dresden 1994; Stephen A. Garrett, Ethics and airpower in World War II: the British bombing of German cities, New York 1996; Richard Overy, Bomber Command 1939-1945, London 1997; Michael Krause, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen" im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943-1963, Düsseldorf 1997; Max Hastings, Bomber Command, London 1999; Winfried G. Sebald, Luftkrieg und Literatur, München/Wien 1999; Martin Middlebrook, The Berlin Raids. RAF Bomber Command Winter 1943-44, London 2000; Helmut Schnatz, Tieffflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2000; Sven Lindqvist, A history of bombing, New Press 2001; Walter Kempowski, Der rote Hahn. Dresden im Februar 1945, München 2001.

25 So in einem Spiegel-Online-Interview mit Jörg Friedrich v. 27.2.2003.

helm Gustloff“ stand. So ergab sich auf eine in ihren Antrieben schwer zu rekonstruierende Weise im Jahre 2002/2003 rasch aufeinander folgend, sodann einander überlappend die grelle Ausleuchtung von Kriegserlebnissen, dargestellt aus den Leidensperspektiven deutscher Soldaten der 6. Armee in den eisigen Verliesen unter den Ruinen Stalingrads, deutscher Zivilisten in stickigen als Luftschutzraum (LSR) bezeichneten Kellerlöchern, in denen sie Schutz vor den Bomben suchten, und anderer vor der herannahenden Ostfront fliehender Zivilisten, welche auf das Schiff gerieten, das sie sinkend mit sich und in den Tod riss.

Wer sich mit der Geschichte des strategischen Luftkrieges gegen Deutschland in den Jahren 1942 bis 1945 befasst, kann nicht an der Tatsache vorbei, dass sich – wie angedeutet – des Themas mit Vorliebe längst auch Rechtsextreme und Nazis angenommen haben. Die taten das in der Absicht nachzuweisen, dass es nicht nur deutsche Kriegsverbrechen gegeben habe, und behaupteten, dass die Untaten der „Anderen“ diejenigen von Deutschen weit übertreffen würden. Der Luftkrieg galt ihnen als Feld, das sich für ihr Vorhaben besonders gut eignete, denn die Zahl der im Reichsgebiet getöteten Menschen übertrifft die der zivilen Luftkriegstoten, die auf das Konto der Wehrmachtsluftwaffe gehen. Das Vorhandensein dieser Darstellungen und Deutungen legen jedem, der nicht in diese Gesellschaft geraten will, Abgrenzung nahe. Als Jörg Friedrich aber gefragt wurde, ob der ihm gemachte Vorwurf zutreffe, dass er Hitler und Churchill auf eine Stufe stelle, lautete seine Antwort „Wer hat den Bombenkrieg denn sonst befehligt? ... Der Unterschied bestand darin, dass Hitler so gut wie gar nicht vorbereitet war, während Churchill ihm um einiges besser gerüstet und mit langfristigen Strategien gesegnet nachfolgte.“ Aus dem gleichen Text stammt der auf jede Differenzierung verzichtende, demagogische Satz: „Es gibt anscheinend gute Massaker und böse Massaker.“[26] Dass die Luftangriffe in einem Fall den Weg in das „Großgermanische Weltreich“ mit Herren- und Untermenschen, eines Gebildes von imperialistischer Qualität, freibomben sollten, im anderen dazu beitrugen, genau diesen Plan zunichte zu machen, verdiente in den Augen dieses Autors keine Beachtung. Das prägt die aktuellen Erörterungen weithin.

4. „Sinnloser Terror der Alliierten“?

Der Krieg der strategischen Luftflotten der beiden westlichen Großmächte, der USAAF mit ihrer 8. Luftflotte und der RAF, gegen Deutschland wird wieder und wieder, so beispielsweise in einer Fernsehreklame, als „ungleicher Kampf“ charakterisiert. Da „Terroristen“, hier Opfer, da Schwerstbewaffnete, hier Wehrlose. Ereignet habe sich ein „Kampf der Bewaffneten gegen die Unbewaffneten“, dozierte auch Friedrich bei einem Vortrag in Leonberg. Die Verwandtschaft solcher Kennzeichnungen zu der Bewertung einer deutschen Faschistin liegt zutage, die an Goebbels von den „wehrlosen und kostbaren deutschen Menschen“ schrieb, die „von den Terrorfliegern feige und bestialisch gemordet“ würden.[27] Suggeriert werden Bilder von Männern in unangreifbaren „fliegenden Festungen“, ohne Skrupel ihre Befehle ausführend, die, nur Stunden nachdem sie ihre todbringende Fracht über einer Stadt entladen haben, sich beim Whiskey erholend im Casino oder Pub eines Feldflughafens auf der britischen Insel sitzen, derweil die Deutschen in Trümmern und Ruinen verzweifelnd nach Überlebenden graben. Dass ein mörderischer Krieg tobte, ausgetragen zwischen der Fliegerabwehr am Boden und den Geschwadern der deutschen Nachtjäger und den eindringenden Besatzungen von Bombern und den sie begleitenden Jägern, von denen allein aus den Reihen der RAF insgesamt 55.000 vorwiegend ganz junge Männer abstürzend jämmerlich umkamen, wird kaum mitgedacht.

Selbst wer sich nicht vergegenwärtigen will, wer und warum in den Krieg zog, könnte doch auf den Gedanken verfallen, dass die deutsche Zivilbevölkerung diesem Luftkrieg durch Fehlrechnungen der eigenen Führungsspitze ausgeliefert war. Deren Vorstellung, die UdSSR 1941 binnen weniger Monate besiegen zu können, bewirkte, als sie als bloßer Wunsch entlarvt war, dass weiterhin ein erheblicher Teil der deutschen Luftstreitkräfte an der Front im Osten eingesetzt war und dort gebunden blieb. Indessen werden weithin nicht die gescheiterten Wehrmachtsstrategen für die Wende im Luftkrieg und deren grausige Folgen verantwortlich gemacht, sondern die britischen. Bis zu welchen Kapriolen die

---

26 Jörg Friedrich in dem bereits erwähnten Spiegel-Online-Interview v. 27.2.2003.

27 Zitiert bei Nicholas Stargardt, Opfer der Bomben und der Vergeltung, in: Lothar Kettenacker (Hrsg.), Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2003, S. 67.

Zuordnung der Verantwortlichkeit getrieben wird, bezeugt die These, wonach Churchill den Bombenkrieg führen ließ, um Stalin, der auf die Eröffnung der zweiten Front drängte, zu beruhigen. Derart wird die letzte Verursachung des Elends dorthin transportiert, wohin sie in deutscher Tradition gehört, zu den Kommunisten. Aus dem gleichen Geiste wurde geschrieben: die US-amerikanische und britische Luftwaffe habe dem „Übel Stalin“ doch „eine breite Einflugschneise“ gebombt.[28]

In den Erörterungen wurde mehrfach das alttestamentarische Bild vom Wind säen und Sturm ernten angerufen. Doch auch der Verweis auf die Spirale von Gewalt und Barbarei reduziert den Zusammenhang von Ursache und Folge. Wie anstrengend und weithin vergebens ist es, in der Literaturmasse nach unumwundener Aussage zu fahnden, dass die Deutschen exakt jenen Krieg erlebten, den ihre Militärs und Politiker bald nach ihrer Niederlage von 1918 vorzubereiten begonnen hatten. Mit dem Unterschied, dass diese glaubten, sie und nicht ihre Gegner würden über die verheerendsten Instrumente des Massentötens gebieten und mit ihnen triumphieren können. Die Kriegstechnik, die an Hitlers 50. Geburtstag, dem 20. April 1939, stundenlang durch Berlins Zentrum dröhnte, sollte mit geschütz- und scheinwerferbewehrten Fliegerabwehreinheiten den Eindruck erwecken, den Reichshauptstädtern könne künftig nichts auf den Kopf fallen.[29]

Damals wunderte sich ein US-amerikanischer Beobachter der Szene, dass Hunderttausende am Straßenrand dieser Mordmaschinerie zujubeln konnten. Ein Jahr später sangen die einen in Uniform, andere in Zivil „Bomben auf Engelland“. Das Lied wurde bereits populär, bevor der Luftkrieg im August 1940 gegen zivile und militärische Ziele auf der Insel intensiv eröffnet war. Es erklang in dem schon im April mit außergewöhnlichem Werbeaufwand in die deutschen Kinos gebrachten Dokumentarfilm „Feuertaufe“, der die Taten der Luftwaffe während des Feldzuges gegen Polen darstellte und verherrlichte. Die Kinos waren überfüllt. Die Zuschauer sahen auf das von Bomben zertrümmerte Warschau, hörten am Filmende großsprecherisch Göring reden und bekamen in Trickaufnahmen Kampfflugzeuge zu sehen, die sich auf eine geographische Landkarte niederstürzten, welche Großbritannien darstellte. Im Bericht des Sicherheitsdienstes vom 14. Mai 1940,[30] da hatte die Offensive im Westen eben begonnen, analysierten die Autoren die Wirkung von „Feuertaufe“ und erwähnten Bewunderung, Genugtuung und Stolz des Publikums, auch das gestärkte Gefühl eigener Sicherheit angesichts der Verfügbarkeit einer solchen Luftwaffe. Groß sei die Wirkung auf Jugendliche gewesen, die ebenfalls solche „Helden der Luft“ werden wollten. Am Schluss wurden jedoch auch Stimmen von Frauen erwähnt, die Mitleid mit den Polen gezeigt hätten und durch die „Schrecken des Krieges“ bedrückt und verängstigt gewesen wären. Nur Monate später erhofften sich viele Deutsche, die Bilder deutscher Angriffswucht vor Augen, von den ihre tödliche Fracht über den Kanal transportierenden Besatzungen der Junkers-, Messerschmitt- und Heinkel-Kampfflugzeuge die Demoralisierung der Briten, die im Krachen der Bomben – „Immer feste druff“ – doch einsehen müssten, dass sie angesichts deutscher Übermacht besser heute Morgen die Waffen zu strecken hätten. Jede Bombe, gleich wen sie auf der Insel traf, schien 1940 den Endsieg näher zu bringen.

Wie sich die Vorstellungen glichen! Eben das galt auch als Ziel RAF. Deren Auftrag, am 14. Februar 1942 formuliert, lautete, „die Moral der gegnerischen Zivilbevölkerung, insbesondere die der Industriearbeiterschaft“ zu brechen. Offenkundig handelte es sich um ein allgemeines, bis in Vorstellungen von Nichtmilitärs hinein verbreitetes Denkmuster, dass die rücksichtslose Führung des Krieges aus der Luft gegen das wirtschaftliche und moralische Rückgrat des Feindes dessen Kapitulation herbeizwingen werde. Der britische „Daily Mirror“ schrieb am 12. September 1940, an diesem Tage warf die deutsche Luftwaffe laut Wehrmachtsbericht[31] Bomben auf London, Bexhill, Brighton, Banbury und weitere Orte der Insel: „Die Erfindung des Bombenflugzeuges hat alle Ritterlichkeit abge-

---

28 Cora Stephan, Wie man eine Stadt anzündet, in: Lothar Kettenacker (Hrsg.), Ein Volk von Opfern?, a. a. O., S. 100. Es handelt sich um einen Beitrag, der zuvor in der Zeitung „Die Welt“ gedruckt worden war.

29 Vgl. Kurt Pätzold, Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939, in: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.) Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Berlin 1989, S. 309-344.

30 Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 4, Herrsching 1984, S. 1131 f.

31 Die Wehrmachtberichte 1939-1945. Bd. 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941, München 1985, S. 303 (Bericht vorn 13. September 1940).

schafft.“ Nur ließ sich Vorgang rechtens nicht der Erfindung zuschreiben, denn zwischen ihr und ihrer Anwendung lagen die Entschlüsse von Menschen. Waren die aber gefallen, ergab sich alles weitere gleichsam folgerichtig. Weil die Arbeiter in ihren Wohnquartieren, zumeist in dicht besiedelten Innenstädten gelegen, eher zu treffen waren als auf Werks- oder Werftgeländen (und in Kohlegruben überhaupt nicht), richtete sich das Vernichtungswerk darauf. Und also – wiederum in dieser Logik – bestanden die zu lösenden Probleme darin, Flugzeuggeschwader exakt in das Zielgebiet zu lenken, dort größte Verwüstungen mit möglichst vielen Toten und Verletzten anzurichten, so das Arbeitskräftepotential des Gegners zu reduzieren und dabei die Verlustrate an eigenem Mannschaftsbestand und Kriegsgerät möglichst gering zu halten. Dass dies erstrebt und inwieweit es erreicht wurde, füllt die Bücher über den Luftkrieg gegen Deutschland[32] ebenso wie die schon 1967 erschienene Publikation über die Zerstörungen in der „Ostmark“[33]. Begonnen hatte das Inferno mit dem Angriff auf Lübeck am 29. März 1942. Mit ihm wurde für die Einwohner deutscher Städte – Monate bevor Propagandaminister Joseph Goebbels ihn ausrief – der totale Krieg eröffnet.

5. Neue deutsche Opferdiskurse?

Mit diesem „Bombenkrieg“ also befassen sich Deutsche aus der Minderheit der Zeitzeugen wie aus der Mehrheit von Nachgeborenen seit 2002, durchmustert man die Verkaufszahlen von Büchern und Zeitschriften und dazu die Einschaltquoten von Fernsehsendungen, mit vordem nie gekannter Intensität und Leidenschaft. Wie gelangten sie zu dieser kollektiven Beschäftigung? Analoge Fragen stellten sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts mehrfach. Da waren die „Goldhagen-“, darauffolgend die „Wehrmacht-Debatte“, jüngst erst das „Stalingrad-Gedenken“ und nun der „Bombenkrieg“. Die Abläufe gleichen einander: Ein Verlag beginnt massive Reklame für ein Buch seiner Produktion, eine Fernsehredaktion wirbt für ihre Sendung zum selben Thema, das Presse-Echo mit Stimmen von Historikern, Militärs und Schriftstellern folgt, Diskussionen in Talkshows und anderswo schließen sich an. Das Geschäft Witternde reichen eilig Zusammengeschriebenes nach. Vergessenes wird neugedruckt, – in unserem Fall Hans Erich Nossacks 1943 geschriebener, 1948 zuerst publizierter Bericht über den Untergang Hamburgs.[34] Bislang unbeachtet gebliebene ausländische Autoren werden entdeckt und übersetzt. Bald dokumentiere Sammelbände den Streit, ohne den dem Ganzen Attraktivität und intellektuelle Würze fehlen würden. Soeben wieder geschehen mit dem von Lothar Kettenacker herausgegebenen Band[35], der Artikel deutscher und britischer Autoren, u. a. des Militärhistorikers Horst Boog, von Ralph Giordano, Richard Overy, Martin Walser vereint, die vordem zumeist in Zeitungen erschienen waren.

Also: Geschäft und Betriebsamkeit as usual? Es scheint, dass derlei Kampagne dennoch nicht beliebig sich erzeugen lässt. Als kürzlich versucht wurde, die Deutschen für den – vorgeblich gelungenen – Nachweis von Hitlers Homosexualität zu interessieren, ließ sich ein Buchgeschäft erzielen, aber die Aufmerksamkeit für die aufwändige Inszenierung verflog rasch. Die Deutschen sind offenkundig bereit, sich mit sich selbst und ihren Altvorderen zu befassen. Ihr Interesse an Hitlers Geschlechtsleben scheint hingegen gedämpft, zumal dies doch nur wieder zur ungeliebten Frage führt, warum ihre Vorfahren in Massen ausgerechnet auf den Mann und die von ihm geführte Partei so trügerische, in eine geschichtlich beispiellose Katastrophe mündende Hoffnungen setzten.

Für die Thematisierung von Bombenkrieg, Flucht, Vertreibung – also für den Blick auf die Deutschen als riesige Opferkolonne – wäre die Zeit einfach reif geworden, wird behauptet. Die Jahrzehnte der Tabus seien vorüber. Gelogen, wurde dagegengehalten. Es habe derlei selbstverordnete Denk-,

---

32 Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990. Die jüngste umfassende Darstellung stammt von Horst Boog, Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943-1944, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7: Das Deutsche Reich in der Defensive (von Horst Boog/Gerhard Krebs/Detlef Vogel), Stuttgart 2001, S. 3-415. Vgl. auch den Beitrag von Horst Boog, Kolossalgemälde des Schreckens, in: Lothar Kettenacker (Hrsg.), Ein Volk von Opfern?, a. a. O., S. 131-137.

33 Johann Ulrich, Der Luftkrieg über Osterreich 1939-45. Militärhistorische Schriftenreihe 5/6, Wien 1967.

34 Hans Erich Nossack, Der Untergang. Mit einem Nachwort von Siegfried Lenz. Suhrkamp Verlag Frankfurt a. M. o. J. (dort: Erste Auflage 1976).

35 Lothar Kettenacker (Hrsg.), Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2003.

Schreib-, Druck- und Filmverbote nie gegeben. Und das ist wahr nicht nur für den Bombenkrieg. Was sich an den Zeiten wirklich geändert hat, war der Schritt ins größere Deutschland und die Neuverwendung seiner Streitkräfte. Der Wandel hieß Jugoslawien und heißt Afghanistan und Irak. Insbesondere der dort erteilte aktuelle „Anschauungsunterricht“ in Sachen Luftkrieg mag ein Element sein, das animierte, über deutsche Vergangenheit nachzudenken und das unter Verwendung aus dem Tagesgeschehen neugewonnener Argumente. Unschuldsvoll wird gefragt, ob mit dieser Vergangenheit bislang nicht zu einseitig, ja „unhistorisch“ umgegangen wurde.

Was wir erleben sind keine Ur-, sondern Wiederaufführungen und Neuinszenierungen. Nachdem „unsere hochberühmte deutsche Nation“ (Martin Luther), als die Rücksichten des Kalten Krieges gefallen waren, nicht umhin kam, sich – konfrontiert mit der Geschichte der Zwangsarbeiter und den Fotografien und Texten der „Wehrmachtsaustellung“ – als einstige Täterkolonne wahrzunehmen, vollzieht sich augenblicklich die Rückkehr zu jener Selbstbetrachtung, die in der Bundesrepublik Jahrzehnte hindurch die ungestörte Normalität ausmachte: Wir, die Opfer Hitlers und seiner Clique und – nun mit dem Zusatz – ebenso auch seiner brutalen, barbarischen, nicht minder verbrecherisch handelnden Gegenspieler in London und Washington. Diese – nationales Selbstmitleid produzierende – Art von Geschichtsbetrachtung könnte Veranstaltungen in den Jahren 2004 und 2005 leiten, an denen der 60. Jahrestage der Zerstörung von mehr als eineinhalb Hundert deutscher Groß- und Mittelstädte zu gedenken ist. Daran ließe sich – das ist schon eingeleitet – gut die Erinnerung an die deutschen Kriegsgefangenen, die „deutsche Trümmerfrau“ und die „Aktivisten der ersten Stunde“ schließen. Groß im Leiden. Groß im Schaffen. Groß? Unübertroffen! Schon ist errechnet worden, dass der Angriff auf Pforzheim, bei dem ein Drittel seiner Einwohner umkam, prozentual mehr Tote zur Folge hatte als der Abwurf der Atombombe auf Nagasaki.

Beschrieben werden mit grellstem, dennoch hinter aller Wirklichkeit zurückbleibendem Vokabular die Leiden der Lübecker, Rostocker, Hamburger, Kölner, der Bewohner des Ruhrgebietes und der Berliner in jenen Nächten, da ihre Städte ruiniert wurden.[36] Ungehemmt ist dazu auch fotografisches Material im Band „Brandstätten“[37] versammelt worden, zu dem angemerkt wurde, dass – verschärft durch das Missverhältnis von Bild und Text – Fragen nach Kriegsursachen und Kriegszielen ganz ungestellt bleiben. Das lähmende Grauen als Nebelwand und – von denen, die es erneut erzeugen, verlogen herausgekehrt – Weg zur angeblich bisher tabuisierten nun endlich möglichen Trauer. Geht das so fort, und das ist angesichts der geringfügigen Gegenwehr selbst der von ihrem Fach her Zuständigen zu befürchten, so werden die Nachgeborenen in der BRD eines Tages „alles über diesen Krieg“ wissen, ausgenommen, warum er geführt wurde. Nicht ganz. Sie werden nachsagen können: Weil Hitler die Juden ermorden wollte, auch die im Kaukasus, weshalb er dahin wollte.

Gegen diese Schonkost und Missleitung machen sich aus der Zunft der Historiker nur einzelne Stimmen hör- oder lesbar. So die des Leiters des Antisemitismus-Zentrums an der TU Berlin, Wolfgang Benz, der, nach seiner Meinung über die Bildsammlung „Brandstätten“ befragt, auf die Frage, ob aus Gräuelbildern zu lernen sei, knapp antwortete: „Nein, sie haben keinen Erkenntniswert.“ Und weiter: „Die Würde der Opfer wird durch das Zeigen ihrer verkohlten Körper in Blechwannen beschädigt. Denn man gibt sie so dem Voyeurismus preis. In dieser Frage sehe ich keinen Unterschied zwischen den Opfern der KZs und den Opfern des Luftkrieges.“[38] Auf Wert und Unwert des Aneinanderreihens von (damals: Sprach-) Bildern des Grauens hatte sich schon 1995 während der „Goldhagen-Debatte“ ein Aspekt der Kontroverse gerichtet, in der Hans Mommsen zugespitzt formulierte: „Es bedarf ... der Beschreibung der Verbrechen im Einzelnen nicht, und die Aufgabe des analysierenden Historikers kann sich in der Schilderung der unvorstellbaren Gewaltmaßnahmen und Verbrechen gegen die jüdischen Bürger nicht erschöpfen, sondern es muss versucht werden, die Ursachen zu bestimmen.“[39]

---

36 Neuerdings wieder: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg gegen die Deutschen, in: Spiegel Spezial 1/2003.

37 Jörg Friedrich, Brandstätten. Der Anblick des Bombenkriegs, München 2003.

38 Die Welt v. 27.10.2003.

39 Zitiert in: Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003, S. 520.

Derartige Äußerungen prallen ab. Eine Wochenschrift wie *Die Zeit* druckt wirklich den läppischen Satz: „Die Bombenkriegsbücher von Jörg Friedrich sind zwar historisch nicht falsch, und es ist gut, dass es sie gibt; dennoch wirken sie etwas zu dick und zu groß und verkaufen sich etwas zu gut.“[40] Indessen ist über diese Bücher alles Notwendige gesagt und geschrieben worden. Verkürzt lauten die wesentlichen Einwände, den Lesern solle das Bild eines an den Deutschen verübten Massenmordens nahegebracht werden, das auch durch das dazu benutzte Vokabular („größte Bücherverbrennung aller Zeiten“, „Einsatzgruppen“, „Massaker“, „Krematorium“, „Gaskammern“) die Luftattacken der Alliierten in die direkte Nachbarschaft der Untaten der deutschen Machthaber rückt, den Genozid an den Juden eingeschlossen. In den Beschreibungen scheinen zudem „nur Deutsche die Bombardierungen erlebt zu haben“.

Der Eindruck entstand, als würde das individuelle Leid der Deutschen „nur deshalb evoziert, um die Skala historischer Schuld zu verändern, als könne man unterschiedliche Arten des Gemetzels sammeln, bemessen, einteilen und dann gegeneinander aufrechnen, wie man es mit finanziellen Schulden tut.“[41] Ralph Giordano schrieb jüngst: „Wie schon in ‚Der Brand‘ wird auch in Friedrichs ‚Brandstätten‘ absichtsvoll zentriert, der historische Rahmen und Kontext aber so gut wie ignoriert. Das eigentlich Unzulässige beider Bücher ist die Beschränkung auf das selbst gestellte Thema ... Daraus ist Schwarz-Weiß pur geworden, auch wenn die ersten Flächenangriffe aus der Luft 1939 auf Polen und 1940 auf England den Deutschen alibihaft zugeordnet werden. Die Bösen sind eindeutig die Abgesandten des Bomber Command, die Piloten, Nautiker und Bordschützen all dieser waffenstarrenden Lancasters und Wellingtons der Royal Air Force oder der US-Luftwaffe mit ihren Flying Fortresses.“[42]

Bezeichnungen, die vom „neuen“ Streit um den Bombenkrieg sprechen, gehen fehl. Der ist nahezu so alt wie die militärische Aktion selbst und schon an deren Beginn wurden bereits die Fragen gestellt, die gegenwärtig die Debatte beherrschen. Das militärische, juristische und moralische Dafür und Dawider dieser Kriegführung war – bis in das britische Parlament – umstritten, als die RAF Nacht für Nacht ins Reich flog. Wiederholt wird, was heute niemand leugnet, dass die Bombardements wie der Krieg im Ganzen eine moderne Form der Barbarei darstellten. Wieder wird konstatiert, diese Methode, Krieg zu führen, verstieß gegen international vereinbartes Kriegsrecht. Ohne ein wenig mehr an Geschichte ist jedoch nicht auszukommen, wenn es um ein geschichtliches Urteil gehen soll.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges wurde die Zerstörungsgrenze, die der Kriegsausdehnung bis dahin durch die Reichweite der Artilleriegeschütze gezogen war, aufgehoben. Die Deutschen, die Bomben aus Zeppelinen und Flugzeugen vom Typ „Gotha“ auf London warfen, wussten das von den Erfolgsmeldungen ihrer Heeresberichte her und hatten von den ersten Abwürfen auf deutsche Städte erfahren, die nur zur Erlebniswelt einer sehr kleinen Minderheit gehörten. Über die Aussichten des Wandels im Kriegsgeschehen urteilten Militärs verschieden. Zum einen, weil der sich schlecht abschätzen ließ. Zum anderen spielte wie immer eine Rolle, dass die Verfechter neuartiger Waffen auf den gleichen Staatshaushalt zugriffen wie die Traditionalisten. Deutschland, dem nach 1918 eine Luftwaffe durch die Versailler Bestimmununtersagt war, umging das Verbot. 1939 verfügte es über einen Rüstungsvorsprung. Was seine Bombenflugzeuge vermochten, kannte die Welt durch die Bilder Guernicas.

Im Wissen um das Mögliche, das Kommende vorausahnend, hielten sich die politischen und militärischen Spitzen Großbritanniens nach Kriegsbeginn 1939 mit dem Einsatz ihrer Luftwaffe zurück. Sie warf Flugblätter über deutschem Gebiet ab, suchte Hafen- und Werftanlagen zu zerstören, attackierte Schiffe im Seekriegsgebiet, verminte Gewässer und erwies bei alledem, wie wenig der Bombenabwurf bei erheblichen eigenen Verlusten vorerst zu bewirken in der Lage war. Dann kam nach Frankreichs Niederlage der gescheiterte deutsche Versuch, diesen letzten Gegner, eine Invasion vermeidend, durch bis dahin ungekannte Luftattacken kapitulationsreif zu bombardieren. Doch es folgte auf Coventry die Revanche. Als die Angriffe auf deutsche Städte seit dem Frühjahr 1942 immer ver-

---

40 Die Zeit v. 30.10.2003.

41 Nicholas Stargardt, Opfer der Bomben und der Vergeltung, a. a. O., S. 60 f.

42 Ralph Giordano, Das mag begreifen, wer will, in: Die Welt v. 1.11.2003.

heerender wurden, hofften deren Bewohner, dass sie nach dem noch erwarteten Sieg im Osten die dort eingesetzten Flugzeuge zu ihrem Schutz zurückerhielten und so wuchtige „Vergeltungsangriffe“ gegen britische Städte geflogen werden könnten, so dass der Gegner wenigstens diese Kriegführung aufgeben müsste. Das blieben Wünsche.

6. Ursachen und Folgen des „Bombenkrieges“

Was in der gegenwärtigen Kampagne deutscher Publizisten glaubhaft gemacht werden soll, ist das Bild vom „Bombenkrieg gegen die Deutschen“, der nichts gewesen sei als sinnlos-verbrecherisches Töten, erwachsen aus dem durch keine moralische Hemmung korrigierten Irrglauben, den Krieg auf diese Weise rasch beenden zu können. Dies verbindet sich mit der Behauptung, kriegswirtschaftlich und ganz allgemein militärisch sei diese Barbarei folgenlos geblieben, habe also die schlimmste aller denkbaren Formen angenommen. Im Reich wäre die Waffenproduktion sogar noch gestiegen. Der Krieg sei nicht verkürzt, sondern eher noch verlängert worden. Die Zerstörungen hätten der NSDAP und ihren Gliederungen die Gelegenheit gegeben, als Helfer der „schwer geprüften“ Einwohnerschaft hervorzutreten und ihr gesunkenes Ansehen aufzubessern. In der Bevölkerung, vermutet Hans Mommsen,[43] sei eine Trotz- und Trutzhaltung entwickelt worden, die sie enger noch mit den Führern verbunden habe.

Dem sind längst Tatsachen entgegengehalten worden. Zutage liegt, dass es nächst den Nachrichten von der Ostfront gerade der Bombenkrieg war, der Siegeshoffnungen schwinden ließ. Nachgewiesen sind der gebremste, schließlich rasch absinkende Ausstoß an Kriegsgerät und die nicht mehr zu meisternde Schwierigkeit, das Produzierte selbst an nahe Fronten zu transportieren. Zählbar auch der Aufwand an Menschen und Material für die Luftabwehr und Luftschutz, für die Evakuierung und die Herrichtung von nicht völlig Zerstörtem, für den Bau von Notunterkünften usw. Wenn sich auch all das nicht in eine Zahl von Wochen umrechnen lässt, um die der Luftkrieg die Kapitulation früher herbeiführte, so ist die Tatsache der Verkürzung des Krieges doch unbestreitbar.

Richard Overys in die Debatte gegebene, in anderem Zusammenhang (im Hinblick auf das Tempo der sowjetischen Offensiven) auch früher schon angestellte Überlegung, ob eine längere Kriegsdauer in Europa nicht eine deutsche Stadt zum Ziel des ersten Atombombenangriffs hätte werden lassen, ist nicht als bloße Phantasie abzuweisen.[44] Freilich kann, diese Frage stellen, nicht heißen: Seid froh, dass ihr mit Dresden wegkamt. Die Stadt an der Elbe, angegriffen als die deutsch-sowjetische Front etwa 100 Kilometer entfernt bei Lauban in Niederschlesien verlief, und nicht weniger die Zerstörung von Mittelstädten von Würzburg bis Potsdam im März und April 1945 lässt fragen, ob nicht angesichts des nahen Sieges der Alliierten Flächenangriffen ein Halt geboten werden musste.

Diese Frage wurde im März 1945 in den Stäben Großbritanniens aufgeworfen. Folgenlos. Der auf Hochtouren gebrachte Vernichtungsapparat funktionierte weiter. Nicht nur automatisch. Da waren Luftmarschälle und deren Berater, die bis zum letzten Kriegstag beweisen wollten, wie stark ihr Anteil am Sieg sei. Von Angriff zu Angriff führten sie vor, dass und wie präzise sie ihre wachsenden Mittel einzusetzen verstanden. Und da waren die Besatzungen der Flugzeuge, die wünschten, dass es endlich zu Ende ginge. Robin Neillands hat sie bis zu ihren Ängsten zu Worte kommen lassen.[45] Und da war, dokumentarisch schwer greif-, aber unbezweifelbar das Bedürfnis, den eigenen Beitrag zum Sieg zu bekräftigen gegenüber dem herausragenden Beitrag, den sowjetische Armeen geleistet hatten.

Mehrfach wurden Vermutungen über weitere Faktoren ausgesprochen, die das Bombardement in die Endphase des Krieges fortdauern ließen. Sie betreffen die Wirkung einer frühzeitigen Einstellung des Luftkrieges auf die diesen Teil der Kriegsanstrengungen gewährleistende Industrie der USA und Großbritanniens sowie deren Umsätze und Profite. Weiterhin richten sie sich auf die Zerstörung von Städten und Industrieanlagen in jenem Teil des Reiches, der vereinbartermaßen zur sowjetischen

---

43 Vgl. dessen Beitrag: Moralisch, strategisch, zerstörerisch. in: Lothar Kettenacker (Hrsg.), Ein Volk von Opfern?, a. a. O., S. 145-151.

44 Richard Overy, Barbarisch, aber sinnvoll, in: Ebenda, S. 183 ff.

45 Robin Neillands, Der Krieg der Bomber. Arthur Harris und die Bombenoffensive der Alliierten 1939-1945, Berlin 2002, insbesondere das Kapitel: Die Flugzeugbesatzungen, 1940-1943, S. 97-125.

Besatzungszone gehören würde. Sie schließen sich an die Tatsache an, dass in den letzten Kriegswochen bis dahin völlig unzerstörte oder nahezu unbeschädigte Werke angegriffen wurden, die wie die weltberühmten Jenaer Zeiss-Werke bekannte Konkurrenzunternehmen ausländischer Firmen waren. Während wir jedoch aus der deutschen Kriegsgeschichte Dokumente kennen, mit denen Konzerne den Militärs Interesse an der Übernahme intakter sowjetischer Werke signalisierten, existieren keine vergleichbaren, die ähnliches im Hinblick auf die Zerstörung deutscher Industrieanlagen aus dem Kalkül der Konkurrenz belegen würden.

Es habe, vermerkten Autoren, in der Endphase des Krieges bis hin zum Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki dem sowjetischen Alliierten gezeigt werden sollen, worüber man in Washington und London gebot. Nichts von alledem mag völlig abwegig erscheinen. Der ausschlaggebende Faktor, der das Fortdauern der Flächenbombardements bestimmte, dürfte aber in dem klaren Ziel zu bestimmen sein, mit diesen Deutschen fertig zu werden, um welchen Preis, den seit der Erringung der absoluten Luftherrschaft ja nun nahezu sie allein zu zahlen hatten, auch immer. Nachdem Bilder von Majdanek 1944, von Auschwitz 1945 um die Welt gingen, nach dem Bekanntwerden der an US-amerikanischen Soldaten während der Ardennen-Offensive begangenen deutschen Kriegsverbrechen dürfte es keinen Grund gegeben haben, die eigenen Mittel skrupulös noch einmal auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Auch mit den Toten des Bombenkrieges, deren Anzahl zwischen 450.000 und 600.000 Menschen geschätzt wird, bezahlten die Deutschen – die Beteiligten, aber eben auch jene, die ohne oder gar gegen ihr Zutun oder als Kinder und Jugendliche in die barbarischen Zustände geworfen worden waren – die „schwache Stunde“, in der sie sich zu Millionen dem Faschismus auslieferten und ihre Hoffnungen auf ihn setzten. Dass Geschichte ihre Zahltage hat, ist Grund für Beunruhigung und für wenig Hoffnung in einem. Zu häufig zahlen an derlei Tagen die Falschen, zu selten werden die Zahlungspflichtigen gefunden und gestellt.

7. Täter und Opfer

Mit der jüngst in der Bundesrepublik aufgekommenen Sicht auf Ereignisse und Abläufe wie die Stalingrader Schlacht, den Luftkrieg und die Flucht und Vertreibung von Deutschen aus ihren Wohnsitzen in Gebieten, die heute zu Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien bzw. dessen Nachfolgestaaten, Ungarn und Rumänien gehören, geht – von vielen Adressaten wohl unbemerkt – die Vermittlung einer Geschichtsbetrachtung einher, die Grenzen verwischt und Kategorien unscharf macht. Als Albert Camus bald nach Kriegsende die französisch besetzte Zone bereiste und über seine Eindrücke einen Artikel in „Combat Magazine“ der Beilage zum von ihm seit dem 21. August 1944 legal und als Tageszeitung herausgegebenen „Combat“ verfasste, schrieb, er vom „unglücklichen, in Opfer und Henker geteilten Europa.“[46] Diese Unterscheidung soll nun offenkundig aufgegeben werden. Verabschiedet werden müsse, war beispielsweise zu lesen, das Täter-Opfer-Schema. Es gäbe weder ein Täter- noch ein Opferland. Und: Niemand sei früher sicher gewesen (so wenig wie er es heute sein könne), auf der richtigen Seite zu sein. Kriege verwickelten alle in Schuld usw. Propagiert wird der Verzicht auf politische, historische und juristische Begriffe und deren Bestimmungen, die bislang als unverzichtbar galten. In Wirklichkeit hat es das Klischee vom Täter- und Opferland nie gegeben. Keinen Augenblick machten die Sieger die These von der Kollektivschuld der Deutschen zur Grundlage ihrer Besatzungspolitik, wenn sie auch die Deutschen für das, was sie angerichtet oder zugelassen oder nicht verhindert hatten, in Haftung nahmen.

In Frankreich, wo es während der Besatzungsjahre 1940 bis 1944 nicht wenige Kollaborateure gab, wurde mit ihnen „abgerechnet“ und später entstand eine Debatte darüber, ob mit ihnen nach der Befreiung gerecht umgegangen worden sei. Die Helfershelfer und mörderischen Mittäter deutscher Judenmörder, die sich in vielen Ländern fanden und von den Eroberern rekrutiert wurden, insbesondere in den besetzten Gebieten der UdSSR, bilden ebenso wenig eine neue Entdeckung. Der Name des Norwegers Vidkun Quisling wurde zum Gleichwort für einen Landesverräter.

---

[46] Idyllisches Totenland. Bilder aus dem besetzten Deutschland Zuerst in deutscher Übersetzung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.4.2003.

Geschichtsbetrachtung, die sich je nach Bedarf nationaler, völkischer oder anderer Gut-Böse-Klischees bedient, dominierte – so viele „weiße Flecken“ namentlich in Schulgeschichtsbüchern bis in die der Schweiz und Schwedens existierten, sich mitunter auch bis heute erhalten haben – in keinem Lande. Jedoch wurde auf einigen Grundtatsachen bestanden. Zu diesen gehörte, dass, beginnend mit den Tschechen 1938/1939, viele Völker Europas Opfer der auf weiteste und massenmörderische Ziele gerichteten Aggression des deutschen Imperialismus geworden waren und dass an dieser allgemeinen Wahrheit keine Gemeinheit und kein Verbrechen eines Kollaborateurs etwas zu ändern vermag, der obendrein nie zum Zuge gekommen wäre, ohne dass die Wehrmacht und in ihrem Gefolge weitere Besatzer in das jeweilige Land eindrangen. Tausend Quislinge machen aus keinem dieser Völker ein Täter-Opfer-Mix. Die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfert besitzt ihre Entsprechung in der Wirklichkeit, aus der sie gewonnen ist.

Nichtsdestoweniger wird an der Aufhebung dieses Gegensatzes, nicht erst seit 2002, sondern bereits seitdem die größere Bundesrepublik existiert, angestrengt gearbeitet. Das begann mit Lutz Niethammers Darstellung der Rolle der „roten Kapos“ im Konzentrationslager Buchenwald, jener kommunistischen Funktionshäftlinge, die in einer extremen Situation lebten, entschieden und – nicht alle – überlebten. Sie wurden post festum und vielfach auch post mortem in ein Zwielicht gerückt, gleichsam mit einem neuen Winkel versehen, der sie als Opfer und Täter in einem kennzeichnen sollte. Inzwischen ist diese Geschichtsschreibung dabei angelangt, als Täter Winston Churchill, Sir Arthur Harris und britische und US-amerikanische Flugzeugbesatzungen zu markieren, die befehlend oder ausführend den strategischen Luftkrieg nach Deutschland trugen. Sie und nicht Hitler, Göring, Jeschonnek und von Richthofen und die deutschen Flieger, die 1940/1941 etwa 40.000 Briten töteten, geraten ins Zentrum der Kritiker. Nachträglich wird Politikern und Militärs der einstigen Kriegsgegner dezent nahegelegt, wie sie aus dem Krieg gegen Deutschland als edle Ritter hätten hervorgehen können und müssen.

Wieder einmal: Germania docet.

Michael Klundt (Hrsg.), Heldenmythos und Opfertaumel. Der zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs, PapyRossa Verlag Köln 2004, S. 14-40.

Unabgewickelt, quicklebendig

JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, herausgegeben von einem Förderverein, gedruckt in der edition bodoni, leben, wie das 3. Heft des Jahrgangs 2003 eindrucksvoll bezeugt. Dessen 24 Autoren wohnen in Berlin, Leipzig, Bonn und Münster. Manche Ortsangabe beweist, dass die „Randwanderung“ einstiger Ostberliner keinen Rückzug aus der Wissenschaft bedeutete. Die Beteiligung von José Cademártori, Wirtschaftsminister in der Regierung Allende, markiert mit Beiträgen von Helma Chrenko und Olaf Kaltmeier den Schwerpunkt: Die Analyse einer unvergessenen Etappe der Geschichte Chiles.

Thematisch ist das Heft breit angelegt. Der Hinweis auf eine Studie zur Partnerwahl im Braunschweiger Arbeitermilieu 1900 bis 1933 (Stefan Bajohr) und der Forschungstipp auf die Vernehmungsprotokolle der „Russlandrückkehrer“, die sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden, (Wilhelm Mensing) mag das andeuten. Unmöglich, hier dem versammelten Forscherverdienst gerecht zu werden. Was tun? Ich begnüge mich mit der Erwähnung von Beiträgen, die in der Gruppe „Dokumente“ ganz oder weitgehend unbekannte Quellen bieten. Zwei führen ins umkämpfte Sachsen und Thüringen des Jahres 1923 (Josef Schwarz). Der Abdruck einer Aufzeichnung Sinowjews und der von Tenner, Neubauer und Korsch unterzeichneten Erklärung anlässlich ihres Austritts aus der Regierung in Weimar kann der auch in junge Welt wieder geführten Debatte über Sektierertum in den Reihen von Kommunisten Tiefenschärfe geben. Übersetzt, leider mangelhaft kommentiert, wird ein jüngst veröffentlichter Brief Lenins an den Emir von Afghanistan gedruckt, der wegen der Erwähnung einer denkbaren Grenzkorrektur zugunsten Afghanistan ebenso interessant ist wie wegen der Zusage, dem Staat, wenn gewollt, militärisch zu helfen, sich gegen die vertriebenen Kolonialherren zu behaupten (Renate Herzfeld). Anrührend zwischen Januar und Mai 1933 in der UdSSR geschriebene Briefe von Max Hoelz, der, seiner Möglichkeiten zu wirken beraubt und wie ein Feind bespitzelt, aus dem, Lande „wegkommen“ will (Ulla Plener). Lesenswert der zwischen zwei Haftstrafen verfasste Brief August Bebels an Carl Hirsch von 1883 (Ursula Herrmann), mit dem Satz, der den Optimismus des Mannes bezeugt: „Anstelle des Kampfes der Cliquen und Personen wird mehr der Kampf um Prinzipien treten & das kann unserer Sache nur von Vortheil sein.“ Mithin Lese-, Lern- und Denkstoff die Menge.

JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003/III., 218 S., 10,00 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 17.01.2004, S. 6.

Vom Unglück überrumpelt?

Die Historiker und der Holocaust – eine Studie selten genug, dass ein Buch überwiegend mehr bietet, als sein Titel verspricht. Nicolas Berg bringt die Historiografie über den Massenmord an den europäischen Juden in ihren Zusammenhang mit der Geschichte des „Nationalsozialismus“. In seinem verdienstvollen Werk lässt sich nachlesen, wie diese Jahre wiederum in den Gang der deutschen Geschichte eingeordnet wurden, oder auch versuchsweise aus ihr hinausexpediert werden sollten.

Die Beschränkung auf die Arbeiten westdeutscher Historiker, deren Tätigkeit Berg in einem beständigen, über die Fachschaft hinausreichenden Konflikt zwischen der Angst vor einem „Zu wenig“ und der Sorge vor dem „Zu viel“ erblickt, war gewiss klug. Denn über die ostdeutsche Situation vermag der Autor wenig zu sagen, lediglich abzuschreiben, dass „Forschen über jüdischen Themen in der DDR nahezu unmöglich“ gewesen wäre. Ansonsten befleißigt er sich eigener Urteile. Sein Buch liest sich mit Gewinn, auch wenn man mit ihm nicht darin übereinstimmt, dass der Holocaust „ein jüdisches Thema“ sei.

Durchmustert wird – basierend auf einer immensen Lektüre und der Arbeit in Historikernachlässen – ein halbes Jahrhundert Forschung und Publizistik über die Verfolgung und Ermordung der Juden, wobei der Schwerpunkt auf den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten liegt. Begriffe wie „Drama“, „Katastrophe“, „Tragödie“, „Schicksal“, „Abgrund“, „Zufall“, „Krankheit“ und „Wahn“, die damals Konjunktur hatten, charakterisierten die Weigerung, sich auf die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Entwicklung einzulassen ebenso wie die Praxis, Erklärungsversuche in die Bereiche von Morallehre, Anthropologie, Medizin und Psychopathologie abzuschieben. Hitler, der gar nicht „zu unserer Rasse“ gehöre, und wenige andere hätten eine politische Mafia gebildet und die Deutschen „überwältigt“, „überrumpelt“, „unterworfen“, gar in „Geiselhaft“ genommen. Dieses Bild war den Nachkriegsdeutschen, wie Berg schreibt, angenehm. Es machte ihnen kein schlechtes Gewissen. Um die Großverbrechen des Regimes wurde ein mehr oder weniger weiter Bogen geschlagen. Wer kritisch fragte, wurde diffamierend in die Kategorie der „Radikalinsky-Historie“ (Friedrich Meinecke) eingeordnet, gegen deren Verunglimpfungen sich die Zunft zur Wehr setzen müsse. Und wenn immerhin die Deutschen und deren Verantwortung in der einen oder anderen Darstellung ins Blickfeld gerieten, dann nur als Ahnungslose, die das kommende „Unglück“ nicht hatten abschätzen können.

Erst gegen Ende der fünfziger Jahre und danach, mit den aus Anlass des Frankfurter Auschwitzprozesses entstandenen juristischen Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte stellte sich ein Wandel ein. An der Tätigkeit der Münchner Forschungseinrichtung kritisiert Berg aber, dass in deren Arbeiten Irrtum, Verführung und Gewalt eine überbetonte Rolle gespielt hätten, während die verinnerlichte Ideologie von Millionen gering bewertet oder vernachlässigt worden sei, so dass die Masse der Mitläufer auch mit dieser Interpretation gut hätte leben können. Mag sein. Das Verdienst entschiedener Frontstellung des Münchner Instituts gegen den „Hitlerismus“ scheint mir in Bergs Arbeit indes nicht ausgewogen gewürdigt.

Zu den hervorstechenden Passagen des Buches gehört die Darstellung der Arbeiten von Joseph Wulf und von Hannah Arendt, über deren öffentliche und interne Aufnahme durch die westdeutsche Zunft viel Erhellendes ausgeführt wird. Mit in den siebziger Jahren vorgelegten Publikationen wurden Fenster zur Wahrnehmung der Verbrechen an den Juden (Uwe Dietrich Adam, Hans Heinrich Wilhelm) und auch an den sowjetischen Kriegsgefangenen (Christian Streit) weit geöffnet. Dass die Autoren trotz ihrer „großen Arbeiten“ weder an Universitäten berufen wurden, noch ihr Geschichtsbild weit über die Zunft hinausdrang, erscheint Berg „erklärungsbedürftig“. Doch unternimmt er in diese Richtung keinen Versuch. Freilich wäre er dann auf die Frage gekommen, welche Arbeiten heutzutage Karriere fördernd, welche hemmend wirken.

Berg spannt den Bogen bis zur Stuttgarter Konferenz von 1984, deren Thema die Entscheidungen an der Staatsspitze, sich dem Holocaust zuzuwenden, inspirierte, und greift mit Ausblicken auch in die neunziger Jahre (Goldhagen-Debatte). Dort verliert jedoch sein Text an Dichte. Das Buch besitzt keinen richtigen Schluss. Dahin hätte eine Zwischenbilanz gehört, welche an den Holocaust zu

richtende Fragen bereits weitgehend beantwortet wurden, welche noch eingehender Untersuchung harren, welche bevorzugt, welche vernachlässigt wurden. Dies hat sich Berg wohl nicht mehr zugetraut.

Bergs Buch, in dem der Eintritt von Martin Broszat in die NSDAP nebenbei mitgeteilt wird, hat – kaum auf dem Markt – in der Presse eine Debatte darüber ausgelöst, ob der renommierte langjährige Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte 1944 als ein vom Regime faszinierter 17-jähriger Hitlerjunge nur einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt hatte, oder ob er wirklich in deren Reihen aufgenommen worden war. Darüber hat Broszat 1946, als er sich in der sowjetischen Besatzungszone für ein Universitätsstudium in Leipzig bewarb, selbst keinerlei Auskunft gegeben. Die aktuelle (auch Schriftsteller betreffende) Diskussion regte Norbert Frei zu einem Aufsatz an, der über die Bräuche bei Parteiaufnahmen bis in die Endphase des Regimes Auskunft gibt. Viel spricht dafür, dass der Versuch, die moralische Integrität des Wissenschaftlers Martin Broszat herabzusetzen, vor allem seinen ausgezeichneten, klar positionierten Büchern gilt – in einer Zeit, da von Fernsehsendung zu Fernsehsendung der „Hitlerismus“ wieder auf dem Vormarsch ist und nachsichtig über Vergehen und Verbrechen anderer Kräfte hinweggegangen oder geurteilt wird.

Nicolas Berg: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Wallstein Verlag, Göttingen 2003, 768 S., geb., 46,00 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. Januar 2004, S. 21.

Ein emsig Arbeitender

Zum Tod von Günter Wieland

Wann wir – an verschiedenen Plätzen und doch zum gleichen Thema arbeitend – einander erstmals wahrnahmen, vermag ich nicht zu sagen. Näher gekommen sind wir uns vor mehr als 20 Jahren auf einer Reise und einer Konferenz in Warschau, veranstaltet zum 40. Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Ghettoaufstandes. Die Gastgeber ermöglichten Teilnehmern auch eine Fahrt nach Chełmno, in das einstige Kulmhof, jene erste Vernichtungsstätte, in der Juden aus der Umgebung und vor allem aus dem Ghetto Łódź in so genannten Gaswagen erstickt wurden. Günther Wieland fuhr mit, wiewohl ihm wegen einer körperlichen Behinderung jeder Einstieg in einen Bus und die Fahrt selbst enorme Anstrengungen abverlangten. Zur Konsequenz des Mannes gehörte, dass er sich auferlegte, was er für seine Pflicht hielt.

Bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR war er über Jahre mit der Feststellung der Verbrechen der faschistischen Diktatur im Reichsgebiet und in den besetzten Ländern befasst. Akribisch und beharrlich hat er eine einmal entdeckte Spur zu den Tätern und deren Taten aufgenommen und verfolgt. Er erwarb sich auf internationaler Ebene Vertrauen bei Juristen, die mit der gleichen Aufgabe befasst waren. Daraus erwuchs Kooperation. Besonders häufig arbeitete er mit Kollegen in der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Naziverbrechen zusammen. Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelten sich auch Verbindungen namentlich zu den in Ludwigsburg auf gleichem Felde tätigen Juristen. Wielands Kontakte zu Alfred Streim, dem früh verstorbenen Leiter der dortigen Dienststelle, waren mehr als nur sachdienlich korrekt.

Wieland wirkte u. a. auch an der vom niederländischen Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht C. F. Rüter an der Universität Amsterdam geleiteten Redaktion der Sammlung ostdeutscher Strafrechtsurteile wegen NS-Tötungsverbrechen mit, die 2002 unter dem Titel „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“ zu erscheinen begann. Von bleibendem Wert ist auch sein gemeinsam mit dem Berliner Historiker Klaus Drobisch 1993 im Akademie Verlag vorgelegtes Buch „System der Konzentrationslager“. Respekt verdient nicht minder Wielands Arbeit in der Rehabilitierungskommission für die Opfer des Stalinismus bei der SED/PDS 1989/90.

Früh von einer Krankheit befallen, die ihn, den Aufrechten, beugte und jede Bewegung immer schwerer machte, war er zeitlebens ein emsig Arbeitender. Wer Auskunft suchte, konnte sein außerordentlich verlässliches Gedächtnis in Anspruch nehmen. Der Tod von Günther Wieland reißt eine schmerzhafte Lücke.

Neues Deutschland, Dienstag, 20. Januar 2004, S. 11.

Das Fremde und das Eigene

Vom Stalingrad-Gedenken zum Streit um die Jens-Biographie. Ein Jahresrückblick

So oft im eben zu Ende gegangen Jahr 2003 wieder gefordert wurde, die Deutschen sollten endlich aus dem „Schatten der zwölf Jahre“ heraustreten: Die Debatten über die Vergangenheit konzentrierten sich doch immer wieder auf eben diesen Zeitraum. Das Gedenken an die Stalingrader Schlacht im Januar/Februar 1943 entwickelte sich im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Ereignisses. Die Debatte zum „Bombenkrieg“ der Alliierten flammte nach einer Buchveröffentlichung auf und wurde durch die Jahrestage der Zerstörung deutscher Städte zusätzlich genährt. Flucht und Vertreibung, das Lieblingsthema der Rechten und Rechtsextremen, kam durch eine literarische Erzählung erneut auf die Tagesordnung. Die Auseinandersetzung entzündete sich dann vor allem an der Forderung, in Berlin ein Zentrum zu schaffen, das sich dem Thema widmen solle. Die Rolle der Deutschen in Faschismus und Krieg kam in Rede, als ein Bundesabgeordneter sich auf seine antijüdische Weise gegen die haltlose These vom „Tätervolk“ wandte. Dann führte die Entdeckung eines Details aus der frühen Biographie des Rhetorikprofessors Walter Jens zu Erörterungen darüber, wie Deutsche Mitglieder der NSDAP wurden, namentlich in der Phase der Agonie des Systems und der faschistischen Partei. Im Einzelnen mögen Gegenstände und Themen zufällig gebildet worden sein, im Ganzen aber nichts weniger als das.

Dieses Land hat jenen „zwölf Jahren“ gegenüber zweifelsfrei keine Souveränität gewonnen. Es fehlt an Anstrengungen, den Platz dieser Jahre im Verlauf seiner Geschichte aufklärend und befreiend zu bestimmen. Das Eingeständnis, dass die Deutschen der Epoche nicht entronnen sind, aus der jenes Regime hervorging, das die Völker in den Zweiten Weltkrieg stürzte, wird schlicht verweigert. Mit diesem Regime verwirklichte sich eine Möglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Also wäre darüber zu forschen und zu streiten, unter welchen Umständen das geschah und wie wahrscheinlich das Entstehen ähnlicher Konstellationen heute ist.

Unterdessen zeigte sich vor einem Jahr wenig Aufmerksamkeit für den wichtigsten aller aus deutscher Geschichte entnommenen „runden“ Jahrestag: den 70. des Beginns der Errichtung der Nazidiktatur. Stattdessen drängten mit aller Medienmacht andere Fragen in den Vordergrund. Hat Hitler allein die Sechste Armee auf dem Gewissen? Müssen Polen und Tschechen sich bei Vertriebenen noch entschuldigen, und sind jene diesen etwas schuldig? Usw.

Darüber lässt sich reden wie über tausend andere Fakten und Fragen auch. Aber nicht gut „anstatt“. Dies umso weniger, wenn die Gegenwart von einem sich unausgesetzt verschärfenden Gegensatz von reich und arm, von inzwischen massenhafter Abkehr von der Politik, von Ratlosigkeit der Experten gegenüber den sozialen Problemen gekennzeichnet ist, wenn sich die Kaste der Politiker von der Entdemokratisierung der Gesellschaft Vorteile verspricht, statt sich darüber beunruhigt zu zeigen oder sich gar Verantwortung dafür zuzumessen.

Ein wesentliches Problem für Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten besteht darin, den geistigen „Vorgaben“ derer nicht beständig nachzulaufen, die schon den Horizont des Fragens einengen wollen. Wer sich geschichtlicher Erfahrungen im eigenen Interesse versichern will, muss eigene Fragen an die Geschichte formulieren – ohne jedoch die Teilnahme an den öffentlichen Debatten zu verweigern, die bevorstehen und sich 2004 auch auf Jahrestage wie den der Invasion in der Normandie und des Attentats auf Hitler richten.

Wahr oder falsch, wesentlich oder unwesentlich, aktuell oder verjährt, darauf sind Aussagen über die Geschichte zu prüfen. So wenig die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ohne die Heranziehung der Tatsachen auszukommen vermag: Es lässt sich der Gewinn, der aus dieser Arbeit erwachsen kann, auch in einer Unmasse von Fakten ersticken, deren Zusammenhänge dann weit in den Hintergrund treten und unkenntlich werden. Das ist die Methode, nach der die Konstrukteure von „Knopps Hitlerland“ verfahren.

junge Welt, Mittwoch, 21.01.2004, S. 15.

Die Macht der Bilder ...

... und die wachsende Ohnmacht der Historiker. Bemerkungen über eine Streitfrage: Hätten die Alliierten nicht doch Auschwitz bombardieren müssen?

Es gibt Fragen an die Geschichte, die kehren zurück wie ein Bumerang. Manchmal tun sie das mit solch einer Verzögerung, dass sie erst spätere Generationen treffen. Eine von ihnen lautet: Hätte das von den deutschen Faschisten errichtete Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von den strategischen Luftflotten der Alliierten nicht doch bombardiert werden müssen? Viele Gedanken und Emotionen schwingen da mit. Manche fragen, ob es dann nicht weniger Opfer gegeben hätte. Andere meinen, Politikern und Militärs in London und Washington Mitverantwortung, wenn nicht Mitschuld an der grausigen Bilanz zuschreiben zu müssen.

Den jüngsten Anlass zu dieser immer mal wieder aufgeworfenen Frage gab die Mitteilung, dass das britische Nationalarchiv fünf Millionen Luftaufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg ins Internet gestellt hat, unter ihnen solche, die Flugzeuge der Royal Air Force (RAF) vom Lager Auschwitz-Birkenau gemacht hatten. Das löste eine unblutige Schlacht um den ersten Zugriff auf dieses Quellenmaterial aus. Dabei war es seit langem zugänglich, wenn auch nur mit erheblich größerem Aufwand erreichbar. Die Aufnahmen lagen, nachdem die Militärs sie freigegeben hatten, wenig benutzt in der Universität Kent in der Verantwortung des zivilen Archivwesens. Zudem: Aus großen Höhen gemachte Fotografien des Vernichtungslagers waren bekannt, da sie in vielen Büchern und Zeitschriften vordem schon veröffentlicht worden.

Bekannt ist auch die vor einigen Jahren in Archiven der USA und Großbritanniens gemachte Entdeckung, dass britische Spezialisten bereits den Code der deutschen Ordnungspolizei geknackt hatten, der von deren Einheiten im eben eroberten Gebiet der UdSSR benutzt wurde, und somit in der Lage waren, wenn auch nicht alle, so doch eine erhebliche Zahl von Funksprüchen zu entschlüsseln. Daraus konnten Kenntnisse über die Orte der Massaker und die Zahl der Ermordeten gewonnen werden. An die Funde schlossen sich Fragen an: Wer hatte diese Informationen bekommen? Wie waren sie interpretiert worden? Vor allem: Welche Konsequenzen haben die über das Decodierte Unterrichteten daraus gezogen?

Bedeutet die Mitteilung über das Vorhandensein weiterer Luftaufnahmen von Auschwitz-Birkenau auch keine Sensation, so wird den jetzt präsentierten doch eine besondere Schärfe zugeschrieben. Eine Deutung, der von Kennern der Materie sogleich widersprochen worden ist, behauptete, auf einem der Bilder seien brennende Haufen von Leichen zu erkennen. Die Tendenz der These ist unmissverständlich: Nicht einmal brennende Menschenleiber hätten zum Handeln geführt. Die Klage wird zur Anklage verschärft. Unkenntnis verschafft ihr Zuspruch, denn: „Wenn sie nur gewollt hätten, hätten sie auch gekonnt ...“

Wer sich nicht an Mutmaßungen beteiligen will, muss sich Tatsachen vergegenwärtigen. Von den Flughäfen der anglo-amerikanischen Luftflotten aus lag Auschwitz hinter dem „Reichsluftschutzkeller“. Schlesiens Städte wie Breslau und Oppeln mit nicht weniger attraktiven Zielen als die in Mittel- und Westdeutschland blieben, bis sie der Bodenkrieg erreichte, unzerstört. Auch Angriffe auf das industrielle Ballungsgebiet Oberschlesien verblassen nahezu gegenüber jenen, die sich gegen das Ruhrgebiet und Berlin richteten. Doch diese geographische Lage allein gibt nicht schon Antwort auf die vielgestellte Frage. Die Geschwader der Alliierten vermochten derlei Entfernungen zu überwinden. Und sie konnten, seit die Rote Armee sich westwärts voran gekämpft hatte, in Osteuropa sowjetische Landeplätze nutzen und so den Rückflug verkürzen.

Anders stand es mit der Möglichkeit, Ziele punktgenau zu bombardieren. Trotz großer Schritte in der Entwicklung der Kriegstechnik haben die Kriege der NATO und der USA gegen Jugoslawien und den Irak sowie die Angriffe der israelischen Luftwaffe auf palästinensisches Gebiet gezeigt, dass bis heute keineswegs nur getroffen wird, was zerstört werden soll.

Einer der frühesten „Punktangriffe“ auf Ziele im Reich war der britische gegen Talsperren des Ruhrgebiets. Die Bomberbesatzungen hatten ihre Aufgabe trainiert. Von drei Talsperren wurde eine

zerstört, mit verheerenden Folgen für Mensch und Vieh infolge der herabstürzenden Wassermassen. Doch nicht das war eigentlich beabsichtigt, sondern die Lähmung der Wasserversorgung für die Industrie des Ruhrgebiets. Die hatte sich nicht bewirken lassen.

Wer meint, die Mordstätte, vor allem die Gaskammern hätten zerbombt werden sollen, nimmt den Gedanken in Kauf, dass dabei nicht nur stahlbewehrte Gebäude aus Beton zertrümmert, sondern eine nicht vorauszuberechnende Zahl von Menschen getötet worden wäre, in erster Linie die dorthin verschleppten Juden aus vieler Herren Länder. Das Argument, die wären sowieso von der SS umgebracht worden, ist nicht sehr überzeugend. Zudem bleibt es eine offene Frage, wie die Judenmörder auf derlei Zerstörung reagiert haben würden. Unvorstellbar erscheint, dass sie darauf keine Antwort, und zwar eine mörderische, gefunden haben würden.

Wenn also nicht das Lager selbst, dann wenigstens die Zufahrtswege, Bahnhöfe, Stellwerke und Gleisanlagen der Reichsbahn? Auch noch 1944 zeigte sich, dass die Folgen von Angriffen auf das Verkehrsnetz relativ rasch beseitigt oder Aushilfen geschaffen werden konnten. Zu irreparablen Schäden kam es erst im Mai/Juni 1944 vor der Invasion, als konzentrierte Attacken auf die Zufahrtsstrecken zum Landungsraum in der Normandie erfolgten, als tiefffliegende Jagdbomber die nahezu absolute Luftherrschaft ausnutzen konnten und französische Widerstandskämpfer ihren „Schienenkrieg“ führten.

Indessen berühren diese Erwägungen Fragen, die inmitten der Kriegsereignisse nach unseren bisherigen Kenntnissen in keinem militärischen Gremium der Alliierten bis in ihre Verästelungen debattiert wurden. Alle Informationen, die über das heute Holocaust genannte Verbrechen vorlagen, hätten an einem Punkte zusammengeführt, geprüft und bewertet werden müssen. Das waren nicht wenige. Sie stammten von aus Auschwitz Geflüchteten oder aus dem Widerstand, sie waren geheimdienstlich gewonnen worden, sie gingen auf Informationen von Personen aus neutralen Ländern zurück, die im Reich lebten oder sich dort zeitweilig aufhielten, sie lagen nicht nur als Luftbilder vor, sondern seit Juli 1944 auch durch die Entdeckung, welche die sowjetische Armee machte, als sie das unzerstörte Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek nahe Lublin erreichte. Eine derartige Zusammenfassung und Analyse alles Verfügbaren gab es nicht. Ob sie zu anderen Überlegungen und Entscheidungen geführt haben würde, steht dahin.

Wer zu einem der geschichtlichen Situation angemessenen Urteil gelangen will, wird sich auch fragen müssen, was die Spezialisten denn sahen, die als erste das jetzt bequem zu Betrachtende vor sich und auszuwerten hatten. Dass Beobachter derlei Vorlagen nur unter Voraussetzungen deuten können, bedarf besonderen Beweises nicht. Wer keine Vorstellung von einem Werk zur Herstellung von synthetischem Benzin besitzt, wird es auf einem Foto nicht identifizieren können. Etwas Auschwitz Vergleichbares aber hatte kein Betrachter des Jahres 1944 vordem gesehen. Über das heutige Wissen vieler über Beschaffenheit und Funktionsweise des Lagers verfügten sie nicht.

Wer sich wirklich in die Zeitgenossen versetzen will, muss alles aus seinem Gehirn abziehen, was aus Nachkriegswissen herrührt. Und wer sich aus Kindertagen an die Betrachtung sogenannter Suchbilder erinnern kann, weiß auch, dass nur wahrgenommen wird, was gesucht werden soll. Was aber hatten jene Auswertenden laut Auftrag zu suchen? Militärische oder sonstige kriegswichtige Objekte, die Ziele künftiger Angriffe sein könnten oder deren Zerstörungsgrad nach erfolgter Bombardierung ermittelt werden sollte.

Das führt zum Kern des Problems, denn wichtiger noch als die Resultate der Bildauswertung war das in den Stäben der Alliierten allen Entscheidungen zugrunde liegende Axiom: Auf Schlachtfeldern muss der Sieg errungen werden, nur mit ihm wird den Verbrechern ihr Hand werk gelegt, das in seinem Charakter, nicht in seinen Ausmaßen bekannt war und das – ohne Beispiel – alles Vorstellungsvermögen überanstrengte.

Waren aber nicht dennoch Möglichkeiten gegeben, vor der bedingungslosen Kapitulation, der Entwaffnung und Verbringung von Millionen Männern in Gefangenenlager Chancen nutzbar zu machen, die den Mördern ihre Erfolge schmälerten? Wie stand es mit der öffentlichen Bekanntgabe dessen,

was sie verübten? In der eigenen Presse wie in Zeitungen der Neutralen, über den Rundfunk, durch Massenabwurf von Flugblättern über dem Reich und in Staaten der Satelliten? Unstreitig hätte eine solche Kampagne als Warnung wirken können. Für diejenigen, die trotz aller Nachrichten und Gerüchte noch nicht glauben wollten oder konnten, was ihnen bevorstand. Das mag vor allem für die Großgruppe gelten, die als letzte in die Gewalt der Mörder geriet, die Juden Ungarns. Möglicherweise wäre mancher, aufs äußerste mobilisiert, durch vermehrte Anstrengungen den Mördern entkommen. Und es hätte eine Warnung an Kollaborateure bedeutet. Auch die Möglichkeit einer solchen Aktion ist offenkundig dort nie intensiv erwogen worden, wo sie in Gang zu setzen war.

Erst wenn dieses Bündel von Fakten und Zusammenhängen – und es ist hier nicht vollständig entwickelt, zählt zu ihm doch auch die Zugehörigkeit von jüdischen Soldaten und Offizieren zu den Armeen der Alliierten – gedanklich durchgearbeitet ist, kann die Frage beantwortet werden, ob Auschwitz-Birkenau hätte bombardiert werden müssen. Was wäre in der kürzlich geführten deutschen Debatte zum „Bombenkrieg“ gegen deutsche Städte über Churchill und Arthur Harris noch geschrieben worden, hätte zu deren Befehlen gehört, das Vernichtungslager mit Bomben zu belegen?

Über die hier diskutierte Wirkung hinaus dürfte der Schritt des britischen Nationalarchivs weitere Folgen zeitigen. Sie künden sich an. Zu erwarten steht, dass Eigentümer ähnlicher Sammlungen dem Beispiel folgen. Das wird die Rolle von Bildern, starr oder bewegt, bei der Erzeugung von Vorstellungen über die Vergangenheit weiter erhöhen. Dieser Prozess hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Ausmaß und Tempo gewonnen. Wie ein Blick in die Presse erkennen lässt, wie gedruckte und billig zu erwerbende Bildbände zeigen, wie Fernsehdokumentationen bezeugen, wird das Angebot an Geschichte mit immer spärlicheren, teils armseligen Kommentaren versehen. Wer wird sich der Verführung entziehen, sich nach solcherlei geistigem Umgang als informiert einzustufen, denn: Man habe es ja gesehen. Angeschaut aber hat man Bilder, die in aller Regel mit ganz anderen Absichten entstanden als aus dem Interesse, Einsichten in geschichtliche Zusammenhänge zu vermitteln. Verkaufszahlen und Einschaltquoten machen das Ziel aus. Das wird unumwunden eingestanden. So von Mitarbeitern der ZDF-Geschichtsserien, die während einer Konferenz in Mainz 2003 erklärten, wer in der Hauptsendezeit vier Millionen Zuschauer vor die Apparate holen wolle, dürfe nicht auf Zusammenhänge und Ursachen aus sein.

Zudem: Quellenkritisches „Lesen“ von Bilddokumenten steht bislang nur ausnahmsweise in Programmen für die Ausbildung von Historikern und Geschichtslehrern. Und auch nicht in Schullehrplänen, wiewohl die Kinder einer Art Dauerbeschuss mit Bildchen ausgesetzt sind. Über die direkte, sich aus den Gegenständen und Themen der Luftaufnahmen ergebende Herausforderung weit hinaus liefert die Nachricht von der Aktion des britischen Nationalarchivs Denkstoff für alle, die sich über die schwieriger werdenden Bedingungen geschichtswissenschaftlicher Aufklärung klarwerden und auf sie reagieren wollen.

Die Luftbilder der RAF sind zu finden unter: www.evidenceincamera.co.uk

junge Welt, Sonnabend, 31.01.2004, S. 14.

Nicht nur Wilhelm II.

Ein Wissensspeicher von außergewöhnlichem Format: Die „Enzyklopädie Erster Weltkrieg“ im Ferdinand Schöningh Verlag

Nur wenige Monate trennen uns vom 90. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, den Deutschland mit seinen Kriegserklärungen an Russland und Frankreich begann, der sich durch die prompte Antwort Großbritanniens ausweitete und für das Kaiserreich zu einem Mehrfrontenkrieg entwickelte. Dieser verlief jedoch anders als gedacht. Viele Historiker datieren damit den Beginn einer neuen Epoche europäischer Geschichte, die sich weltweit auswirkte. Von wenigen Exoten unter Geschichtsschreibern abgesehen, die den Krieg als Szene ansehen, auf der ein im Menschen angeblich angelegter „Todestrieb“ befriedigt werde, wird heute kaum bestritten, dass seit 1914 kapitalistische Staaten und Staatenbünde um Macht- und Vormachtstellung kämpften. Meinungsverschiedenheiten knüpfen sich an die Frage, wessen Interessen zu Kriegen führten und warum sie sich durchzusetzen vermochten.

Die Geschichtsschreibung über den Weltkrieg von 1914 bis 1918, über Jahrzehnte in den am Kriege beteiligten Staaten separat und meist aus „patriotischer“ Sicht betrieben, war in der Weimarer Republik vorwiegend auf die These ausgerichtet, das deutsche Heer sei unbesiegt geblieben. Die gegen diese Legende anschrieben, wurden 1933 zum Schweigen gebracht. Von seriöser Historiographie zur Kriegsgeschichte konnte keine Rede sein. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich die Forschungen auf diesen jüngsten Krieg, neben dessen Ausmaß, Leiden, Grauen und Opfern alles Vorangegangene zu verblassen schien. Wo von der Vorgeschichte des Weltkriegs II gehandelt wurde, ging der Blick meist nicht weiter zurück als bis zum 30. Januar 1933.

Hingegen wurde in den Bahnen der materialistischen Imperialismus-Theorie in der DDR früh auf Kontinuitäten in der Geschichte der Weltkriege, ihrer Ursprünge und Ziele verwiesen. In der Bundesrepublik schlug der Hamburger Historiker Fritz Fischer das Thema akzentuiert an. 1961 veröffentlichte er sein Werk „Griff nach der Weltmacht“ und attackierte eine lange gepflegte, verengte Sicht, die Deutschlands Anteil am Zustandekommen des ersten großen Völkermordens im 20. Jahrhundert leugnete oder viel zu gering bemaß und seine räuberischen Kriegsziele verschwieg. Die Gegnerschar, die er damit auf sich zog, war beträchtlich. Denn die Forderung, die sich erhob, war für jedermann zu entziffern: Hört auf, nur von Wilhelm II., Hitler oder anderen einzelnen Personen und deren Entscheidungen zu reden und wendet euch den sozialen Zuständen und ökonomischen Interessen zu.

Seit einigen Jahren wenden sich Historiker wieder dem ersten der beiden Weltkriege forschend zu. Welcher Wandel sich in Fragestellungen und Interesse vollzog, machte Michael Jürgs’ Buch deutlich, dessen Gegenstand nahezu märchenhaft anmutende, makabre Ereignisse bilden, Verbrüderungen deutscher, britischer und französischer Soldaten Weihnachten 1914 an der Westfront. Sie stellten die Kriegshandlungen auf eigene Faust ein, begegneten sich zwischen den Frontlinien und verhielten sich für Stunden nur, in anderen Fällen für Tage, wie Menschen, die nichts gegeneinander auszufechten hatten.

Nun ist ein enzyklopädischer Band erschienen, der sich hierzulande mit Gewissheit einen Platz in allen anspruchsvolleren Bibliotheken erobern wird und Laien wie Spezialisten gleichermaßen als Informationsquelle zu dienen vermag. Unter den deutschsprachigen Wissensspeichern über Kriege sucht er seinesgleichen. Der Verlag übertreibt nicht, wenn er das Buch als „einzigartiges Lese- und Nachschlagewerk“ kennzeichnet. Es könnte zum Vorbild für nachfolgende Unternehmen – vor allem zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges – werden. Die Herausgeber mobilisierten das Wissen von Forschern aus 15 Ländern. Auf 26 Aufsätze folgen mehr als 650 Stichworte, die den eigentlichen Lexikonteil bilden. Häufig wurden sie mit knappen Literaturverweisen versehen. Schon auf den ersten Blick werden die Veränderungen in der Militär- und Kriegsgeschichtsschreibung deutlich. Dass sich im Band die Namen von Feldzügen, Schlachtorten und Gefechten, von Politikern, Feldherren und Offizieren, von Organisationen und Verträgen, von Formationen und Waffen finden, ist selbstverständlich. Kaum eine Suche dürfte da ins Leere gehen. Doch unter den Stichworten finden sich auch: Aberglaube, das August- und generell das Kriegserlebnis, Barbaren, Denkmal, Epidemien, Er-

nährung und gesondert das Kriegskochbuch, sodann das Kriegsspielzeug. Weder Totenkult noch Ungeziefer fehlen. Zwischen Kriegsdeutungen und Kriegszielen mag der Benutzer Kriegsursachen vermissen. Wer sich darüber belesen will, ist auf den spät plazierten Beitrag von Jost Dülffer „Der Weg in den Krieg“ verwiesen, der auf Abhandlungen über die wichtigsten am Kriege beteiligten Staaten und die „Gesellschaft im Kriege“ folgt und Aufsätze zum „Kriegsverlauf“ einleitet. Abschließend äußern sich die Herausgeber zur „Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg“, aus der diejenige in der DDR ausgekoppelt wurde. Fritz Klein, dem das Hauptverdienst am dreibändigen Werk „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ zukommt, hat darüber gesondert geschrieben.

Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz in Zusammenarbeit mit Markus Pohlmann (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2003, 1001 S., 78,00 Euro.

Michael Jürgs: Der kleine Frieden im Großen Krieg. Westfront 1914: Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten. C. Bertelsmann Verlag, München 2003, 351 S., 22,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 04.02.2004.

Sprache der Nebelmaschine

Zur Wahl des „Unwortes“ 2003: Hätte es statt „Tätervolk“ nicht „Reform“ sein müssen?

Wie seit 1991 üblich wurde den Deutschen von Sprachwissenschaftlern und anderen Experten im Januar wieder mitgeteilt, welche Wahl ihre Kommission getroffen hatte, die das „Unwort“ des jeweils vergangenen Jahres sucht und sich dafür aus dem Volke Vorschläge machen lässt. Für 2003 fiel die Entscheidung „zugunsten“ des Begriffes „Tätervolk“. Diese Konstruktion war ins Bewusstsein breiterer Kreise erst gegen Jahresende gelangt, nachdem ein Bundestagsabgeordneter in einer anlässlich des 3. Oktober gehaltenen Rede am Beispiel von Deutschen und Juden erörtert hatte, ob es überhaupt ein Volk gäbe, das diese Kennzeichnung verdiene. Dabei war er nach der Ausbreitung einer Mischung antijüdischen und antikommunistischen Unrats (wovon in der Öffentlichkeit nur der antisemitische zurückgewiesen wurde), zu dem Ergebnis gelangt, nein, nicht ganze Völker brächten das Unheil in die Welt, sondern es gehe immer nur von den Gruppen ihrer Ungläubigen aus.

In weiteren Sprachgebrauch war das Wort nicht gedrungen, wenn auch die Denkweise, die es ausdrückt, nicht nur in kleinen Kreisen herrscht. Aktiv aber gehört es zum Instrumentarium derer, welche die Deutschen nationalistisch aufpulvern möchten. Da sich genügend reale Feindschaft nicht auffinden lässt, phantasieren sie sich für ihre politische Reklame Gegner zusammen, die alles Deutsche fortgesetzt beleidigen, sie in ihrer Ehre treffen, gar an den Geschichtspranger stellen wollten usw.

Die Wahl von „Tätervolk“ fand weithin Zustimmung. Denn wer auch nur ein wenig mit der Geschichte von Völkern vertraut ist, weiß natürlich, dass es zu allen Zeiten in ein und demselben Volke Kontrahenten gab und geschlossene „Volksgemeinschaften“ immer nur als Wunsch der Herrschenden existierten, selbst in Momenten, in denen Massenwahn um sich griff. Über die Vorstellung vom „Tätervolk“ war gedanklich also schon hinweggegangen, wer die Welt unverblendet ansah. Folglich ließ sich über die Kommissionsentscheidung nicht viel sagen. Sogleich konnte das Sammeln des Materials für das nächste Jahr beginnen. Besondere Findigkeit erwies sich wiederum als nicht erforderlich. Ein Kandidat, aus den Kreisen um das nationale Wohl besorgter Industriebosse in die Debatte gebracht, ist der „Arbeitszeitkorridor“, der „geöffnet“ werden soll. Es handelt sich um die Beseitigung von Hindernissen, die das Recht der Ausbeuter begrenzen, die Verlängerung der Arbeitszeit zu verordnen. Also: um eine weitere „Reform“.

„Reform“ solo und in vielerlei Kombinationen war übrigens der Favorit unter all den Vorschlägen, die der Kommission für das Jahr 2003 zugegangen waren. „Reform“ hieß 2003 das Sprachgeschoss, mit dem Millionen eine zu ihren Lasten gehende Politik, wenn nicht schmackhaft, so doch wenigstens unverdächtig gemacht werden sollte. Doch konnten sich die Gutachtenden nicht entschließen, der Mehrheit zu folgen. Das bezeugte ihr unabhängiges Urteil und geistig-politische Umsichtigkeit obendrein.

Das Wort „Reform“ ist im Sprachgefühl der Deutschen samt aller Abwandlungen (Reformer, nicht jedoch Reformist) seit langem positiv besetzt. Man denke nur an die eben wieder in Rede gekommene Bodenreform. Erinnert werden häufiger auch Schritte der – ebenfalls ostdeutschen – Schulreformen. Ältere Bürger kennen noch die Aufschrift „Reformhaus“ über den Eingängen und Schaufenstern von Läden, in denen es allerlei wirklich oder vermeintlich Heilung bringendes oder Gesunderhaltendes gegen bare Münze zu erwerben gibt. So existierten im Bewusstsein viele Vergleichsmöglichkeiten. Das führte zu der Erkenntnis, dass diesmal vom Worte Reform ein ganz anderer Gebrauch gemacht wird und zwar einer, der nur betrügerisch genannt werden kann. Ohne diese verbreitete Erkenntnis wären jene Vorschläge nicht vor die Kommission gelangt.

Gut, die wollte – in den eingeübten Bahnen der nach Oben hin meist friedfertig gestimmten deutschen Intelligenz – die Politiker nicht in zusätzliche Schwierigkeiten bringen. Klar war aufgrund vieler Erklärungen: Vom Nebelwort „Reform“ sollte weiter Gebrauch gemacht werden. Es zum „Unwort“ zu erklären, hätte bedeutet, dass vielen Deutschen das salbungsvolle Gelaber des Kanzlers und der Minister und derer, die sie demnächst beerben werden, saurer aufgestoßen wäre.

Zudem war und bleibt für die Gutachter eine Schwierigkeit: das Abwägen. Sollen sie das Wort als „Unwort“ herausstellen, das die Wirklichkeit am ärgsten und bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Oder sollen sie den Maßstab gelten lassen, dass auf den Spitzenplatz gehört, was beim Versuch des Volksbetrugs mit den kräftigsten Mitteln und erheblicher Wirkung eingesetzt wurde? Die Frage ließe sich in Tausenden von Schulklassen diskutieren. Denn in den Fächern Deutsch, Gemeinschafts- oder Gesellschaftskunde ist eine Unterweisung zum Thema „Volksbetrug durch Einsatz sprachlicher Mittel“ längst überfällig, will Schule wirklich dem Anspruch genügen, junge Leute auf das Leben im Staate Bundesrepublik vorzubereiten. Dann erst könnte sich das Wirken der „Unwort“-Kommission, was immer sich zu ihren Entscheidungen sagen lässt, segensreich vervielfachen.

junge Welt, Mittwoch, 04.02.2004, S. 12.

Provinzialität oder Staatsräson?

Marx-Büste in Jena unerwünscht

Offenbar weil sie die Kräfte, die dafür im Universitätssenat gewonnen werden könnten, als zu schwach einschätzt, hat die PDS-Fraktion im Stadtparlament zu Jena beantragt, der Oberbürgermeister der Stadt möge mit der Universität „verhandeln“, um eine Schandtat jüngster Geschichte der Salana wieder gutzumachen. Es solle die Büste von Karl Marx auf dem Gelände des Hauptgebäudes wieder aufgestellt werden. Sie war im Gefolge der Ereignisse 1989/1990 weggeschafft worden.

Die Büste für den Mann, der in Jena 1841 seine Dissertationsschrift zum Thema „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie“ eingereicht hatte und als Externer promoviert wurde, war 1953 an dessen Geburtstag aufgestellt worden. Damals beging der ostdeutsche Staat ein „Karl-Marx-Jahr“ – zwanzig Jahre zuvor hatten sich die deutschen Verhältnisse so gewandelt, dass Marxens 50. Todestag niemand ungefährdet gedenken konnte. Und ein gewisser Hermann Göring prophezeite damals, es werde in 100 Jahren niemand mehr dessen Namen kennen. Es begann die „Ausrottung des Marxismus“. Die Aufstellung 1953 war mithin auch so etwas wie eine Wiedergutmachung und eine Tat der Abgrenzung von der Nazidiktatur.

Fortan blickte der Philosoph auf die Goetheallee, die heute wieder Fürstengraben heißt. Die Büste war ein Werk des Bildhauers Will Lammert und hatte nichts Beherrschendes an sich. Verglichen mit den benachbarten Büsten, die an bedeutende und berühmte Gelehrte erinnern, nahm sie sich vor der Nordmauer des Universitätsgebäudes, beschirmt von mächtigen Bäumen, eher bescheiden aus. Und täte dies auch heute – erst recht im Vergleich mit dem unweit von diesem Standort wieder errichteten Burschenschafts-Denkmal. Gegen solche Nachbarschaft hätte sich Freund Engels, Autor von Schriften mit dem Titel „Deutsche Zustände „, etwas einzuwenden gehabt. So viel zu Geschichte und Vorgeschichte.

Die Fraktionen der beiden Großparteien, die derzeit auf dem Wege sind, die Sozialpolitik ins 19. Jahrhundert zurück zu „reformieren“, haben den Vorstoß der demokratischen Sozialisten im Keim erstickt. Der Oberbürgermeister, ein Freidemokrat, erklärte, es gebe für Marx in Jena keinen Platz. Rektor und Senat blieb es erspart, auf eine Aufforderung des Stadtparlaments zu reagieren. Die dort gegen die Wiederaufstellung der Marx-Büste vorgetragenen Argumente sind so niveaulos, dass sich Erwiderungen erübrigen. Verdeutlichen diese einen „Abstieg ins Provinzielle“, wie eine Landeszeitung meinte? Nein, die Leute zeigten Staatsräson – so sind die „deutschen Zustände“.

Neues Deutschland, Freitag, 6. Februar 2004, S. 5.

Wie man Mitglied der NSDAP wurde

Für diejenigen, die den 8. Mai 1945 als deutsche Zivilisten oder als Soldaten in Kriegsgefangenschaft erlebten, ergab sich in Besatzungsgebieten und Lagern der Zwang, sich zu fragen, was sie in jenem Regime getan oder unterlassen hatten, dessen Verbrechen nun zu Tage kamen. Dieser Zwang rührte zum wenigsten aus dem Bewusstsein von Verantwortung und Schuld her, sondern zumeist aus bevorstehenden Befragungen oder entstand im Vis-à-vis mit einem Fragebogen, der für eine Gutachter- oder Bewerbungskommission ausgefüllt werden musste. Entschieden wurde: Was war unumgänglich einzugestehen, was ließ sich verschweigen? Nach Kriegsende in Weimar hörte ich dort den Witz: „Waren Sie Mitglied der NSDAP?“ Antwort: „Nein, ich komme aus Schlesien.“

Was von der papiernen Hinterlassenschaft der Nazibürokratie sich erhalten hatte, war weithin unbekannt. Wer seine alte Umgebung verlassen hatte und in eine fremde geraten war, war nie in einer Uniform oder mit dem Hakenkreuzzeichen gesehen worden. Das ließ Lügen lange Beine wachsen. Als sich Möglichkeiten der Prüfung ergaben, wurden Mitglieder der SED in Parteiverfahren wegen Fragebogenfälschens belangt – eine ostdeutsche Besonderheit.

Nach Jahrzehnten ist das Thema wieder in die Öffentlichkeit geraten. Von Personen aus der geistigen Prominenz der Bundesrepublik, Toten und Lebenden, wurde festgestellt, dass sie Mitglieder der NSDAP waren, dem Regime Konzessionen gemacht und diese oder jene gefälligen Dienste geleistet hatten, was wiederum Rückschlüsse auf ihre frühe geistige und mentale politische Verfassung zuließ. Über Verwunderung und Enttäuschung auf Seiten derer, die jene Personen bisher für „unbescholten“ gehalten hatten, weit hinaus führten die Entdeckungen zu der Frage, wie jemand damals Parteimitglied werden konnte, insbesondere ob das ohne die Unterschrift unter einen von ihm gestellten Antrag möglich gewesen sei. Die im Gesamtzusammenhang eher marginale Frage kam auf, weil erwogen wurde, ob die als Parteigenossen Ermittelten überhaupt von ihrer Mitgliedschaft gewusst hatten, und weil in einem Falle diese Unwissenheit ausdrücklich beteuert wurde. Dahinter trat das tatsächliche Verhalten in der Nazizeit zurück. Dieses Herangehen an Biographien war eben im großen Stil eingeübt an Tausenden „Informeller Mitarbeiter“ des Staatssicherheitsdienstes der DDR, bei denen auch nicht ergründet wurde, was sie getan, geschweige denn, unter welchen Umständen sie sich so verhalten hatten und anders hätten verhalten sollen.

Dabei gäben die präsentierten Fälle von Martin Broszat bis Walter Jens Anlass zu eben diesen Fragen. Warum haben sich junge Intellektuelle aus bürgerlichen Kreisen – denn die Benannten stehen dafür und für viele – so anfällig gezeigt gegenüber Ideologie und Werbung der Machthaber? Was davon geht auf ihr Konto, was auf das ihrer Elternhäuser und Lehrer, die Angehörigen einer Generation und Großgruppe, die unbelehrt, uneinsichtig bis zur Verstocktheit aus dem Ersten Weltkrieg gekommen war? Das würde von Biographien zu Zuständen weiterführen und womöglich zur Frage, wie es mit den Entscheidungsspielräumen heute hierzulande steht und ob und wie sie von der heute heranwachsenden oder etablierten Intelligenz genutzt werden. Geschrieben wird über Gruppendruck, als wäre der heute unvorstellbar und gehörte in eine weit entfernte Vergangenheit.

Apropos Zustände. Ahnungslos kam ich im vorletzten Kriegswinter mit einer Gruppe junger Burschen auf den Kamm des Isergebirges, um, wie man uns gesagt hatte, das Schilaufen zu erlernen. Empfangen wurden wir von einem frontdienstuntauglichen Scharführer der Waffen-SS, einem „Ostmärker“. Der hatte sich, ob auf Befehl oder aus Eigenem ist mir unentscheidbar, in den Kopf gesetzt, dass jeder der ihm dort Ausgelieferten vor der Abreise ein Papier unterschrieb, auf dem er versprach, sich später freiwillig zur Waffen-SS zu melden. Einen nach dem anderen nahm er in die Mangel, worauf er sich verstand. Wie das insgesamt ausging, weiß ich nicht zu berichten. Dass ich seiner Aufforderung nicht folgte, verdanke ich dem Einfluss meiner linkssozialdemokratisch eingestellten Eltern. Mich zog nichts in den Krieg, aber ich dachte mir vor allem, selbst wenn es angesichts der Kriegslage nicht mehr zur Einlösung solcher Unterschrift kommen werde, ich könnte sie ihnen nicht antun.

Das geistige Leben der Bundesrepublik macht auf den ersten Blick den Eindruck einer fortgesetzten ernsthaften Durcharbeitung der Geschichte. Dabei hat deren Steuerung einen Punkt erreicht, wo nahezu jede historisch relevante Diskussion, die ins Aktuelle weist, auf Nebenfragen abgelenkt wird.

Ossietzky, 2004/3, 7. Februar 2004, S. 90 f.

Nach dem Schiffe versenken

Aus der Geschichte eines Schrotthaufens: Was ist das für ein deutsches Kriegsschiff, das in Montevideo gehoben werden soll?

Die „Spee“ war ein deutsches Panzerschiff, dessen Wrack seit 1939 in acht Metern Tiefe vor der uruguayischen Hauptstadt Montevideo vor sich hin rostet und nun gehoben werden soll, um eine touristische Attraktion zu werden. Ihr Name leitet sich von einem deutschen Reichsgrafen und Vizeadmiral der kaiserlichen Marine namens Max ab. Es ist nur eine Legende, dass zu DDR-Zeiten zur Bekundung äußerster Friedenswilligkeit ein Waschmittel auf den kriegerisch geprägten Namen „Spee“ getauft wurde.

Als das Schiff 1932 auf Kiel gelegt wurde, versprach es ein sattes Geschäft für Werfteigner und Zulieferer. Im Krisenjahr, auf dem Höhepunkt von Arbeitslosigkeit und Elend, war im Staatshaushalt immer noch genug Geld für den Bau eines Panzerschiffes übrig. Um das letzte Projekt dieser Art war 1928 noch ein starker politischer Wirbel entstanden. Im Reichstagswahlkampf hatten sozialdemokratische Führer Kinderspeisung versprochen, dann aber die Mittel für den Panzerkreuzer A bewilligt. Als vier Jahre später der Bau eines weiteren Schiffes dieses Typs begann, brauchten diejenigen, die A gesagt hatten, B und C nicht mehr zu sagen. Sie waren nicht mehr in der Regierung. Schon die Entstehungsgeschichte des Schiffs, das heute im Südatlantik liegt, hat es in sich: Sie erinnert daran, dass sich auch in schlechtesten Zeiten Geld für „deutsche Wehr“ in irgendeiner Kasse fand und Sozialdemokraten sich gegen dessen Einsatz nicht sperrten.

Als das Schiff 1936 in Dienst gestellt werden konnte, erhielt es den Namen „Admiral Graf Spee“. Aus der Reichs- war die Kriegsmarine geworden, an deren Masten wehte die Reichskriegsflagge mit dem Hakenkreuz, und der nächste Krieg, Fortsetzung des Ersten Weltkrieges, war fest im Visier. Was hätte dies treffender ausdrücken können, als die Wahl eines Heldennamens aus dem letzten Krieg? Graf Max war in einem Seegefecht, das am 8. Dezember 1914 nahe den Falklandinseln stattfand, auf seinem Flaggschiff „S. M. S. Scharnhorst“ mit dem Ostasien-Geschwader (nur ein Kreuzer entkam) umgekommen. Mit ihm zwei seiner Söhne. Schon 1915 wurde ein Schiffsneubau begonnen, der den Namen des toten Vizeadmirals erhielt. Die Taufe nahm eine Gräfin dieses Namens vor. Der Koloss kam nicht mehr zum Einsatz, und sein Bau wurde endgültig 1923 abgebrochen. Dass deutsche Kriegsschiffe überhaupt im Ersten Weltkrieg in jenen fernen Gewässern stationiert waren, war Folge und Ausdruck deutscher Weltmachtpolitik. Dies zeigt, wie wenig wir uns von jenen nahezu ein Jahrhundert zurückliegenden Zeiten entfernt haben.

Bevor Polen überfallen wurde und angesichts einer nicht auszuschließenden britischen Antwort wurde die „Spee“ im August 1939 in den Südatlantik befohlen. Am 26. September erhielt auch sie den Befehl zum Krieg gegen die Handelsschifffahrt. Nach anfänglichen Erfolgen wurde das Panzerschiff von britischen Kreuzern im Südatlantik gestellt. Nach einem wechselvollen Gefecht entschloss sich der Kommandant, der erlittenen Schäden wegen in die La-Plata-Mündung einzulaufen und den Hafen von Montevideo zu Reparaturzwecken aufzusuchen. Selbst wenn das Notwendige hätte geleistet werden können, was in der verfügbaren Frist nicht möglich war, stand der Besatzung der „Spee“ ein aussichtsloser Kampf bevor. Jede ihrer Bewegungen wurde um die Welt gefunkt. Nach 72 Stunden musste sie nach internationalem Recht die neutralen Gewässer verlassen. Die 36 im vorhergehenden Gefecht gefallenen Seeleute wären an Land beigesetzt worden.

Das Auslaufen, von Massen von Schaulustigen beobachtet und von Beobachtern gemeldet, erfolgte mit dem Vorsatz, das Schiff zu versenken. Das geschah, kaum dass die Drei-Meilen-Zone verlassen war, indem die unverschossene Munition zur Explosion gebracht wurde. Das Schiff sank brennend, Teile der Aufbauten ragten vor der La-Plata-Mündung aus dem flachen Wasser. Noch Tage sei die Rauchsäule zu sehen gewesen. Das kampflose Ende hatten 40 Angehörige der „Spee“ und deren Kommandant Hans Langsdorff ins Werk gesetzt. Sie begaben sich danach an Land, wo sie auf die zurückgelassenen mehr als 1.000 Mann Besatzung trafen. Geschlossen ließ man sich im nahen Argentinien internieren. Der amtliche Bericht des Oberkommandos vom 18. September 1939 log: Hitler habe „dem Kommandanten den Befehl gegeben, das Panzerschiff außerhalb der Hoheitsgewässer

selbst zu sprengen“. Langsdorffs Name blieb da und später unerwähnt. Denn Hitler hielt nichts von der Selbstversenkung. Unabdingbar und brutal wie später auch in Stalingrad lautete die Forderung: Kampf bis zum letzten Mann und zur letzten Patrone. Langsdorff rettete den ihm unterstellten Offizieren und Mannschaften das Leben. Er ließ dem durchdachten Rückzug einen mordspatriotischen Entschluss folgen und erschoss sich, auf einer Reichskriegsflagge liegend.

junge Welt, Mittwoch, 11.02.2004, S. 12.

Rückzug im Osten

Vor 60 Jahren: Landung in der Normandie. Die Vorgeschichte der Zweiten Front (1)

Das Jahr 1943, das fünfte Kriegsjahr, hatte eine nicht mehr wegzuredende Wende des Geschehens an den Fronten gebracht. Die amtlichen Wehrmachtsberichte an der Jahreswende zu 1944 verzichteten daher auf jede zusammenfassende Darstellung der Situation. Irgendwo an der Ostfront, teilten ihre Verfasser am letzten Tag des alten Jahres mit, sei eine „Frontlücke“ geschlossen, an anderer Stelle seien „zahlreiche Ortschaften“ und „beherrschende Höhen zurückerobert“ worden. „Schwere Abwehrkämpfe“ und eigene „Gegenangriffe“ waren die am häufigsten gebrauchten Vokabeln dieser Berichte geworden. Die Deutschen gewannen keine Provinzen mehr, sie verloren sie. Am 1. Januar 1944 wurde berichtet, die Stadt Shitomir sei „aufgegeben“ worden.

Im Osten befand sich die Wehrmacht seit Monaten auf dem Rückzug. Die letzte eigene Offensive bei Kursk war rasch zusammengebrochen. Jetzt verlief die Front erheblich weiter westlich. Im Süden war die Linie entlang dem Dnjepr nicht behauptet und Kiew im November von der Roten Armee zurückerobert worden. In Nordafrika hatte der Krieg auf tunesischem Boden mit dem vollständigen Sieg der verbündeten westalliierten Truppen geendet. Danach waren sie nach Sizilien übergesetzt und hatten die Insel in ihre Hand gebracht. Von jetzt an konnten sie auf das italienische Festland vordringen. Das Mussolini-Regime war daraufhin zerbrochen und mit ihm die vielgerühmte „Achse Berlin – Rom“. Deutschland hatte seinen ältesten Verbündeten verloren und seine Truppen darauf verwenden müssen, auch dort eine Frontlinie zu verteidigen und ein Besatzungsregime zu errichten. Und die deutschen Städte und Industriezentren lagen im Bombenhagel der strategischen Luftflotten Großbritanniens und der USA.

Jede nüchterne Bilanz führte zu dem Resultat, dass der Krieg verloren war. Jede Regierung und jede Generalität, die gegenüber dem eigenen Volk und den Millionen Soldaten auch nur einen Funken von Verantwortung verspürt hätte, hätte nach Wegen aus dem Krieg suchen müssen und zwar nach kurzen. Doch in Hitlers Kopf geisterten noch immer Vorstellungen vom Sieg, und auch die Militärs in seiner Umgebung verweigerten sich der Wirklichkeit und waren zu keinem Schritt bereit, der den „Führer“ unter Druck gesetzt oder beseitigt hätte. Als sein engster Berater im Wehrmachtführungsstab, Generaloberst Alfred Jodl, am 7. November 1943 in München vor den Reichs- und Gauleitern der NSDAP, die dort wie alljährlich zum Jahrestag des Putsches von 1923 versammelt waren, über die Lage sprach, sagte er: „Wie dieser Krieg einmal enden wird, das kann kein Mensch vorhersagen.“ Das war nach dem Endsieggerede ein völlig neuer, wenn auch auf andere Weise wieder falscher Ton.

Vor diesem Kreis gab der Generaloberst zu, dass die Initiative des Handelns an die Gegner übergegangen war. Sie seien an allen Fronten so stark, dass „wir kaum in der Lage sind, mehr als eine örtliche Überlegenheit zustande zu bringen“. Und im Hinblick auf Westeuropa gestand er ein: „Wo der Gegner zum Entscheidungsschlag (der Landung – K. P.) ansetzt, wissen wir nicht.“ Wenn es aber da nicht gelingen werde, einen Brand sofort zu löschen, dann könne er nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden. Jodl, der die weitere Mobilisierung aller verfügbaren Männer für die Wehrmacht ankündigte, verlangte die rücksichtslose Ausbeutung aller Arbeitskräfte, auf welche die Machthaber Zugriff besaßen. Er rechne, sagte er der versammelten obersten Bonzenschaft, „mit der Möglichkeit weiterer schwerer Krisen“.

Im Führerhauptquartier war Anfang 1944 jeder Gedanke an eine Offensive aufgegeben worden. Im Vordergrund der Planungen stand die Frage, wie das Eroberte im Osten behauptet werden konnte und – mehr noch – wie der Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Frankreich, der absehbaren Errichtung der „Zweiten Front“ begegnet werden sollte. Bei Kriegsbeginn hatte Hitler sich gerühmt, dass der Krieg, anders als 1914, nicht als Zweifrontenkrieg gegen Großmächte – damals gegen Frankreich und Großbritannien im Westen und gegen das zaristische Russland im Osten – geführt werden müsse, eine Konstellation, die schon nach Wochen in militärische Schwierigkeiten gemündet hatte. 1939 machte die rasche Niederwerfung Polens die Konzentration nahezu aller deutschen Kräfte an einer Front möglich. Der 1940 überraschend schnell errungene Sieg auf dem Boden Frankreichs und

die Flucht der britischen Truppen über den Kanal auf die Insel erschien den deutschen Militärs noch immer als die schönste Zeit dieses Krieges.

Nun wurde gehofft, den anlandenden Truppen ein zweites Mal eine Niederlage bereiten zu können. Nur konnte keine Rede davon sein, dass sich die Hauptkräfte des Heeres und zu ihrer Unterstützung die der Luftwaffe im Westen zum „Empfang“ der Invasoren bündeln ließen. Das verbot die permanent prekäre Lage an der deutsch-sowjetischen Front. Dennoch gewann, da spätestens im Frühjahr 1944 mit einer Landung gerechnet wurde, der Westen schon in den Planungen gegen Jahresende 1943 ein neues Gewicht. Während im Osten immer noch ohne entscheidende Folgen für den „Lebensnerv“ Gebiet preisgegeben werden könne, hieß es in der Weisung Nr. 51 des deutschen Oberkommandos vom 3. November 1943, habe man auf französischem Boden keine Bewegungsräume, und folglich sei mit unabsehbaren Folgen zu rechnen, falls der landende Gegner sich festsetzen könne. Es müsse daher gelingen, so die Forderung, „die Ausweitung einer Landung zu verhindern und den Feind ins Meer zurückzuwerfen“.

Von Wünschen geleitet wie dieser Text waren auch die weiteren Vorstellungen der politischen und militärischen Führer Deutschlands zu Jahresbeginn 1944. Würde den Westmächten eine erneute Niederlage bereitet, ergäbe sich die Chance, mit ihnen zu einer Verständigung zu gelangen, um dann die Kräfte wieder gen Osten konzentrieren zu können und über den „Bolschewismus“ zu siegen. Dafür waren alle realen Chancen längst entschwunden. Dennoch: Das faschistische Reich verfügte zu Jahresbeginn über eine nach wie vor gewaltige militärische Streitmacht. Sie besaß nicht mehr die Qualität wie im Sommer 1941, als die Wehrmacht in die UdSSR eingefallen und „vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ vorwärtsgestürmt war. Bisher war mehr als eine Million deutsche Soldaten in den Kämpfen umgekommen, unter ihnen 57.000 Offiziere und viele Angehörige der bestausgebildeten Formationen des Heeres und der Luftwaffe. Doch in absoluten Zahlen gebot das Oberkommando noch immer über 10,5 Millionen Männer, von denen etwa 4,4 Millionen zum Feldheer gehörten. Und nicht nur Hitler war entschlossen, sie bis „fünf Minuten nach zwölf“ in Schlacht und Tod zu befehlen.

junge Welt, Sonnabend, 14.02.2004, S. 14.

Eine Posse in Berlin

„Die Würde“ zurück?

Die Idee und die sich an sie knüpfende Vorstellung waren makaber: Im Festsaal des Roten Rathauses zu Berlin versammelt sich eine dreistellige Zahl von Hochschullehrern, Professoren, deren Berufung einst in DDR-Zeit erfolgte. Gekommen sind sie, eine späte Dankrede zu hören, die ihnen, da es einen Minister für das Hochschulwesen in diesem Staate nicht gibt und die Kultur Ländersache sein soll, der Senator für Wissenschaft der Bundeshauptstadt hält. Einer von dessen Vorgängern hat vor nahezu anderthalb Jahrzehnten die hier Zusammengerufenen vor der Zeit, d. h. vor dem Erreichen des Emeritierungsalters, entlassen. Ohne viel Umstände. Eine Minderheit auf dem Wege der „Abwicklung“ der Einrichtungen, an denen sie gearbeitet hatten, die Mehrheit auf dem der „ordentlichen“ und außerordentlichen Kündigung unter Verwendung unterschiedlicher Begründungen.

Der Instrumente beraubt

Soweit es darüber zu Auseinandersetzungen vor den Arbeitsgerichten gekommen war, hatten die Richter sich als treue Staatsdiener und karrierebewusst erwiesen und die Hinauswürfe, denn darum handelte es sich durchweg, für rechtens erklärt. Das führte die einen zu den Arbeitsämtern, andere in den Vorruhestand, dritte sogleich in die Rente. Manche mussten ihre größeren Wohnungen verlassen. Bücherkauf war anders als vordem zu bedenken. Eine soziale Katastrophe wurde das für keinen der Betroffenen, es waren ihnen aber die „Instrumente“ genommen worden. Wer mit seinen Forschungen auf mehr denn Literatur angewiesen blieb, sah sich in einer schwierigen Lage und vor unlösbare Probleme gestellt. Selbst wer „nur“ auf in Archiven aufbewahrte Papiere zurückgreifen musste, hatte die Hürde der Reisekosten zu überwinden.

Nicht anders als frühzeitig entlassene Arbeiter wurden manche mit der neuen Situation geistig und psychisch nicht fertig. Zur Geschichte der Wende gehören auch aus diesem Kreis Suizide. Die Diffamierungen in der Öffentlichkeit hatten dazu beigetragen, zum Beispiel die Erklärung von Geburtshelfern zu Mördern von Frühgeborenen oder die von Chirurgen zu Leuten, die mit gezücktem Werkzeug auf den eintretenden Tod eines Patienten warteten, um ihm dieses oder jenes Organ zu entreißen, damit es einem „Prominenten“ transplantiert werden könnte. Apropos Instrumente: Bevor der Senator also die noch Lebenden endlich „entpflichten“, ihnen also amtlich bescheinigen würde, dass sie tatsächlich seit Jahren für nichts mehr Verantwortung tragen, was in ihrem einstigen Arbeitsfeld geschieht, würde ein Orchester spielen und danach den über die roten Teppiche Abgehenden noch die Begleitmusik liefern.

Eine verdienstvolle Entscheidung

Doch gemach: Es wird dazu nicht kommen. Im Berliner Senat, dessen Kennzeichnung merkwürdigerweise noch immer mit den Wörtchen rot-rot vorgenommen wird, hat sich Einvernehmen über die Idee nicht herstellen lassen. Kaum dass sie geäußert war, erklärte der Regierende Bürgermeister von der roten Sozialdemokratie seinem Amtsbruder, dem roten demokratischen Sozialisten, für dessen Vorhaben stünde das Rote Rathaus nicht zur Verfügung.

Diese Entscheidung kann nur ein Verdienst genannt werden. Welche Komplikationen, wie viele Arbeitsstunden, wie viele verwickelte Entscheidungen hat das Stadtoberhaupt dadurch sich, seinen Senatoren und einer Kompanie von Beamten vorsorglich – um es mit einem Wort zu sagen, das seine Haupttätigkeit charakterisiert – gespart. Allein die Zusammenstellung der Liste der Einzuladenden wäre schwierig genug geworden. Am einfachsten noch die Klärung der Frage: Wer ist inzwischen verstorben und braucht also nicht mehr berücksichtigt zu werden, sofern nicht Witwen oder Nachkommen ersatzweise geladen werden sollen. Alsdann wäre die Gruppe der in irgendeine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit Verwickelten zu erfassen gewesen, aus der natürlich niemand zu Saale gebeten worden wäre. Da lauerten jedoch Irrtümer, denkt man an die unvollendete Arbeit an den sogenannten Rosenholz-Dateien. Auch mit diesem Schritt hätte man die Auszusondernden noch nicht lückenlos ermittelt gehabt. Wie hätte mit denen verfahren werden sollen, die seinerzeit Sympathien mit der Idee und dem Projekt das Sozialismus laut geäußert und diese gar begründet hatten? Soweit

es sich um Wiederholungstäter gehandelt hätte, Unbelehrbare, Betonköpfe und dergleichen, wären Entscheidungen einfach gewesen. Sie wären von Einladungen unbedacht geblieben. Doch wäre die so weit getriebene Sondierung hinreichend gewesen? Was hätte mit den Nostalgikern werden sollen? Bis zum letzten Moment hätte selbst nach alledem am friedlich-versöhnlichen Bild der Versammlung gebastelt werden müssen. Es wären leerbleibende Stühle wegzuräumen gewesen, damit die nicht während der Feier gegähnt hätten. Denn es hätte nicht damit gerechnet werden können, dass alle Gebetenen auch gekommen wären. Erich Kästner war in der DDR ein viel gelesener Mann und dessen Vers über den Kakao vielfach eingeprägt.

„… und siehe, es war gut“

Nein, diese verwickelten Fragen werden sämtlich nicht auf Bürotische gelangen. Und so ließe sich hier, hätte sich die begrabene Idee einsam wie ein Kreuz auf weitem Feld erhoben, unsere Betrachtung schließen. Hat sie aber nicht. Sie war Teil einer erneuten Erörterung jener Geschehnisse, die vor anderthalb Jahrzehnten sich in Berliner Einrichtungen der wissenschaftlichen Lehre und Forschung ereignet hatten. Den Auftakt dazu gab die in der Bundeshauptstadt erscheinende Sozialistische Tageszeitung, über die sich vieles sagen lässt, nur nicht rechtens, dass sie ihren Lesern nicht gelegentlich auch jene und mitunter in extenso vorführt, denen Schaum vors Maul kommt, sobald sie bemerken, dass die Parteigänger des großen Kapitals in Deutschland noch nicht vollständig unter sich sind. Also fand in Neues Deutschland ein Interview mit jenem Senator Platz, der seinerzeit den Prozess der Entfernung der Ostberliner Hochschullehrer und weiteren Personals dirigiert und durchgesetzt hatte. So weitgehend, dass drei von vier wissenschaftlichen Mitarbeitern an der Humboldt-Universität entlassen wurden. Gefragt, was er heute darüber denke, erhielt der Redakteur eine ein wenig anders formulierte, in ihrem Kern aber biblisch-mosaische Antwort, die lautete: „… und siehe, es war gut“.

Das lesend, wurden Betroffene mobilisiert und drangen mit ihren Einwänden auf Leserbriefseiten vor. Nein, gut sei das nicht gewesen und nicht gelungen. Verwunderlicher Protest. Warum fragten die sich da äußernden geschulten Leute nicht: Für wen denn gut, für wen denn schlecht? Fragen, deren Beantwortung ja im Blick auf den Ausgang nicht nur militärischer, sondern auch ökonomischer, geistiger und selbst politischer Kämpfe gelegentlich von Nutzen sein soll. Stattdessen begegnete Lesern dieser Zuschriften als Maßstab für gut und schlecht „das heilige Deutschland“ in säkularisierter Abwandlung. In einer der Zuschriften heißt es, „… das frisch vereinte Deutschland“ hätte doch „dank vereinter Kräfte überall zulegen müssen“. So das Urteil eines Professors der Wirtschaftswissenschaften, dessen Institut samt der Hochschule für Ökonomie der Abwicklung verfallen war. Das empört den Mann, der an einer Einrichtung wirkte, deren erklärter Auftrag die Ausbildung von Kadern für eine sozialistische Wirtschaft war, insgesamt und speziell, weil er den seinerzeitigen Senator mit Vorschlägen für seine Indienstnahme und die seines Instituts versorgt hatte. Die liefen darauf hinaus, die Kenntnisse, welche gerade DDR-Wissenschaftler besaßen, für die „Entwicklung Osteuropas und (von) Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen“ zu nutzen, d. h. für den Neueinzug des Kapitals in den nun wieder freien Teil des Kontinents bis hin zu den Höhen des Ural und des Kaukasus und derart – dies bot der Experte als Forschungsschwerpunkt an – „die Gestaltung gesamteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen“ voranzubringen.

Wer hat eigentlich was verloren?

Dieser Rückblick eines tief und nachhaltig Gekränkten führt noch einmal zu der gedachten Posse zurück. Der Streit um die Idee geriet nämlich bis in das Berliner Abgeordnetenhaus. Dort verteidigte der aktuelle Senator – vergeblich – seinen Vorschlag gegen arge Verdächtigung. Er wies die Unterstellung als absurd zurück, er wolle klammheimlich Stasi-Mitarbeiter rehabilitieren und erläuterte sein positives Ziel. Es solle den Spätentpflichteten „ihre Würde“ zurückgegeben werden. Wo dieser Verlust angemeldet worden war, sagte er nicht. Ungeklärt blieb auch, ob er von einem der Geschädigten oder überhaupt erst bei Senatsarbeiten bemerkt worden ist. Zudem erscheint zweifelhaft, ob der Begriff Würde das Verlorene treffend bezeichnet oder ob es sich nicht um ein zwiefaches Abhandenkommen handelt, das von Überzeugung und Charakter – vorausgesetzt, dass Verlust nicht überhaupt nur betrügerisch vorgetäuscht war. Kurzum, es hätte vor solcher Veranstaltung sicher festge-

stellt werden müssen, wer eigentlich was verloren hatte, damit nichts in falsche Hände geriete. Dazu wäre die Inanspruchnahme von nicht näher zu beschreibenden Diensten erforderlich gewesen, denn es handelte sich ja schließlich nicht um den – vergleichsweise – leichten Fall eines vermissten Fahrrades.

In der Zuschrift eines anderen Professors wird hellsichtig die Möglichkeit angemerkt, dass der gewesene Wissenschaftssenator mit seinen Maßnahmen gegen die ostdeutschen Wissenschaftler womöglich genau das erreicht habe, was er beabsichtigte. Ein dritter ist darüber nicht in Zweifel und kennzeichnet das Geschehene als Methode „kolonialistischer Vernichtung“. Jedoch: Wo immer portugiesische, spanische, niederländische, britische und andere Kolonisatoren ihren Fuß hinsetzten, Universitäten und Ansammlungen von Professoren, die marxistisch gebildet oder doch geschult und auf das Wirken für eine sozialistische Gesellschaft verpflichtet waren, haben sie zu keiner Zeit irgendwo angetroffen. Das Geschichtsbild trifft die Wirklichkeit so wenig wie der vordem schon mehrfach herangezogene Vergleich mit der Vertreibung jüdischer Wissenschaftler aus Deutschland 1933. Und das nicht nur wegen der Unterschiedlichkeit der Gründe. Als diese Verfolgten ins Exil gingen, stand Ersatz nicht bereit, und Hitler fertigte den darob warnenden Max Planck mit dem Bemerken ab, dann werde man eben ein Jahrzehnt ohne diese Spezialisten auskommen. Musste man 1990 nicht. Die Konkurrenz saß in den Startlöchern und alsbald auf den freigemachten Leerstühlen. Die Patienten medizinischer Kliniken, die Ärzte, von denen sie gestern noch behandelt worden waren und denen sie vertrauten, nicht mehr antrafen, interessierten nicht. Wissenschaftliche Arbeiten, die in hoffnungsvollen Stadien abgebrochen wurden? Machen wir selbst und besser.

Nein, so wenig wie den Organisatoren des Anschlusses im Großen und Ganzen wesentliche Fehler unterlaufen waren, so wenig auch ihrem nach Berlin gerufenen Wissenschaftssenator. Geirrt haben mag er sich – und auch er sich nicht allein – in der Anpassungsbereitschaft eines nicht zu bestimmenden Teils der DDR-Intelligenz. Von schwerwiegender Folge war das jedoch für das Konzept nicht. Und was seinen Nachfolger angeht, so könnte der sich fragen, ob die Streiks von Berliner Studierenden an der Humboldt-Universität mit so wenig Solidarität der Hochschullehrer abgelaufen wären, wenn er es noch mit einem ins Gewicht fallenden ostdeutschen „Altbestand“ zu tun gehabt hätte. Nochmals nein. Das Unternehmen ist gelungen und rechtfertigt sich an seinen gewollten politischen Konsequenzen und selbst an den nicht im Voraus zu bedenkenden Spätfolgen.

Was tatsächlich ansteht

Auf der Tagesordnung steht nicht Rückgabe von Würde und dergleichen Firlefanz, sondern zweierlei vor allem. Erstens, soweit es Hochschullehrer anlangt, die Korrektur der Strafrentenpraxis. Das meint nicht diejenigen, denen eine besondere Ostrentenregelung zudiktiert wurde, wenngleich deren Höhe in vielen Fällen für Westberliner Kollegen nicht ausreichen würde, deren Wohnungsmieten zu bezahlen. Es meint jene, die unter besondere und diffamierende Normen gestellt wurden, weil sie in Einrichtungen und Organisationen forschten und lehrten, die den Anschlusspolitikern in besonderem Grad verhasst waren und blieben. Und zweitens und wichtiger noch: Die vollständige Herstellung von Gleichberechtigung bei Bewerbungen jener Wissenschaftler, die ihre Ausbildung, Lehr- und Forschertätigkeit zu DDR-Zeit begonnen haben. Nun notwendig unter Berücksichtigung der unverschuldeten Nachteile, die ihnen in anderthalb Jahrzehnten durch das Abschieben in Arbeitslosigkeit, in zeitweilige, prekäre Arbeitsverhältnisse und vielfach durch von ihren Fachkenntnissen weit entfernte Tätigkeiten entstanden sind.

Wie sich hingegen die denkbaren, an Zahl und Tiefe indessen nicht zu überschätzenden Probleme jener beheben lassen, die seinerzeit als „Gutachter“ an der vielfach würdelosen Evaluierungsprozedur teilnahmen und damit zumeist Material für Entlassungsschreiben herbeischafften, soll hier nicht erörtert werden. Entschuldigungen nicht anders als Entpflichtungsakte nebst Danksagungen würden die Heuchelei fortsetzen, deren Feststellung übrigens keinen besonderen Vorwurf enthält, gehört sie doch zum politischen Alltag.

junge Welt, Donnerstag, 26.02.2004, S. 10.

Am Arbeitstisch Stalins

ZfG veröffentlicht Mitschrift eines Gesprächs mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht im April 1948

Über ihren ständigen Leserkreis hinaus dürfte die jüngste Ausgabe der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Interessenten finden. Dafür spricht vor allem die darin in deutscher Übersetzung vorgelegte Mitschrift eines nahezu vierstündigen Gesprächs, das Stalin in Anwesenheit Molotows und weiterer Experten mit Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner, der offenbar auch als Dolmetscher fungierte, im Dezember 1948 führte. Die russischsprachige Fassung des Originals war kürzlich in einem in Moskau erscheinenden Periodikum zu lesen. Damit existiert eine an sehr verschiedenen Stellen gedruckte nahezu vollständige Überlieferung von Mitschriften, Notizen und anderen Papiere, die auf Treffen deutscher SED-Spitzenfunktionäre mit Stalin zurückgehen. Es läge nahe, sie zusammenfassend und textkritisch zu edieren.

Auch die hier in Rede stehende Wiedergabe gibt Einblick in Charakter und Stil dieser politischen Beziehungen, konkret aber in die strategischen Überlegungen Stalins wie der deutschen Politiker über den weiteren Weg Ostdeutschlands und Deutschlands insgesamt. Zumal die Skala der berührten Fragen denkbar breit ist. Sie reicht vom Zustand der SED und ihrer Spitzengremien als der politischen Kräfte, auf die der sowjetische Führer seine Hoffnungen setzte, über die Chancen der Block- und Bündnispolitik, Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus (Lebensmittelversorgung, Mangel an industriellen Rostoffen) bis zu dem noch vage debattierten Aufbau einer ostdeutschen Armee. Stalin gibt im Verlauf des Gesprächs mehrfach den überlegenen Taktiker und den zu Besonnenheit ratenden und stets das Mögliche nüchtern abmessenden Politiker. Erkennbar wird, dass er, vorinformiert und vorberaten, zu Grundproblemen mit festen Standpunkten in das Treffen ging (das betrifft die Eigentumsverhältnisse, die er vorerst in der Zone auf dem gegenwärtigen Stand belassen sehen will, und auch die Beziehungen der SED zu den Kommunisten in Westdeutschland), über andere sich jedoch erst in dessen Verlauf zu informieren und klarzuwerden suchte. In der folgenden Ausgabe der ZfG wird der Schluss des Beitrags mit der Übersetzung der Mitschrift des Treffens veröffentlicht werden, das im April 1952 stattfand.

Aus dem Berichtsteil der Zeitschrift erscheint der informativ-kritische Kommentar über eine Tagung hervorhebenswert, die in Oranienburg die Erforschung der Außenlager der KZ Sachsenhausen und Ravensbrück zwischenbilanzierte.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 2/2004, 96 S., 12,00 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 28.02.2004, S. 6.

Die Glaubwürdigkeitslücke

Gedanken zu Jürgen Kockas Zwischenbilanz von Forschungen zur DDR-Geschichte

Zwischen dem 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 und dem 75. Geburtstag des Mannheimer Historikers Hermann Weber lag eine hinlängliche Zeitdistanz. Sie erlaubte es einem der Festredner, Jürgen Kocka, sich auf eine Zwischenbilanz der DDR-Forschung einzulassen, ohne das Risiko einzugehen, auch nur eine der in ihrer Qualität höchst unterschiedlichen Publikationen zum Thema „Volksaufstand" in ein Zwielicht zu rücken. Das hätte geschehen können, denn sein Urteil, das damals aufgeworfene Fragen nicht ausließ, fiel bei allem vergebenen Lob doch kritisch aus. Die Erstveröffentlichung des Vortrags[1] rief auch Widerspruch hervor, weil die Bilanz „düster" ausgefallen sei. Dies kam aus Kreisen, die sich nach wie vor von Kocka zur Sprache gebrachten Einsichten verschließen und in der Doppelrolle von Richtern und Staatsanwälten auftreten, aber nicht in deren Berufskleidung, sondern im Zivil von Historikern.

Versuchen wir uns das Problem – um nicht zu sagen: den Ärger – mit der DDR-Geschichte anhand einer vor kurzem erfolgten Vorstellung eines Buches zu verdeutlichen. Es behandelt ein Thema aus dieser Geschichte, ein sehr spezielles aus dem weiten Bereich von Kultur- und Literaturpolitik und -produktion und kann auf ein massenhaftes Lesepublikum gewiss nicht rechnen. Vorgelegt wurde eine Geschichte des DDR-Verlages Volk und Welt.[2] Auskunft darüber gab in einer Rundfunksendung Simone Barck, eine Autorin der Monographie, die auf der Basis ausgewiesener Expertenschaft und des, man muss wohl sagen, geretteten Verlagsarchivs entstand. Frühere Mitarbeiter der Einrichtung habe sie durchaus stolz auf ihre Arbeit gefunden und, so lautete ein Urteil der Verfasserin, dafür besäßen sie Grund. Zu ihren Verdiensten gehört, dass sie in Gemeinschaft mit Übersetzern, mitunter Schwierigkeiten mit der Staatsaufsicht überwindend, aber keineswegs im Dauerclinch mit heute unverständlich anmutender Borniertheit sich befindend, Hunderttausende von Lesern mit dem Reichtum der Weltliteratur bekannt gemacht hätten.

Hic Rhodus, hic salta. Bürger im „Unrechtsstaat", keine Trümmerfrauen der frühen Nachkriegsjahre, denen zu nichts verpflichtende Verbeugungen gemacht werden können, nein Büchermacher, die auf ihre Arbeit in einem inzwischen auch nicht mehr existierenden Verlag, an einem Abschnitt, der damals zur „ideologischen Front" gezählt wurde, stolz sein, dieses Gefühl auch ausdrücken und hoffen können, dass ihre Hinterlassenschaft in den Turbulenzen der Wende nicht aus allen öffentlichen und manchen Privatbibliotheken entfernt worden und auf Müllkippen und in Papierfabriken gelandet ist. Diese Verdienste und Gefühle von Ostdeutschen und Ostberlinern beim Rückblick auf ihre Lebensarbeit kamen in der kenntnisreichen Rede Kockas nicht vor und mithin auch nicht das sich damit für die Geschichtsschreibung verbindende Problem. Das war mehr als nur schade.

Zunächst benannte der Redner die großen Gegenstände und Themenfelder, auf denen unter den Bedingungen des ungehinderten Zugangs zu überreichen archivierten Quellen und großzügiger finanzieller Förderung aus vielen Staats- und Stiftungstöpfen wichtige Ergebnisse erzielt werden konnten. Heute schon wüssten wir viel mehr über diese Gesellschaft und den Staat DDR als bei seinem Zusammenbruch erwartet worden sei. Dies beträfe zum ersten die Darstellung der Herrschaftsgeschichte, darunter die „grausamen Aspekte" der Diktatur, die schwerlich auf den Begriff zu bringen wäre. Was freilich zu erfassen nicht gelungen und zu ermitteln schwer sei, wären die „Wirkungen" der Diktatur, eine Bemerkung, die auf gewisse nicht näher beschriebene methodologische Schwierigkeiten hindeutet und die Frage provoziert, ob diese sich angesichts der (Noch)Antreffbarkeit von Millionen Zeitzeugen nicht meistern ließen. Vorausgesetzt, keiner der mit dieser Materie Befassten vertritt die Auffassung, der Zeitzeuge sei der Hauptfeind des Historikers.

Sodann wäre die Geschichtswissenschaft auf der Forschungsroute „Opfer – Resistenz – Widerstand" gut vorangekommen. Da hätte sie sich in der Lage gezeigt, Anschluss an die Geschichte der Proteste,

---

1 Der Blick über den Tellerrand fehlt. Frankfurter Rundschau, 22. August 2003. Die Welt überschrieb ihren Kurzbericht über die Veranstaltung, auf der auch Rainer Eppelmann sprach, mit „DDR-Forschung dreht sich zu oft um sich selbst". Ausgabe vom 25. August 2003.

2 Simone Barck (Hrsg.), Fenster zur Welt: eine Geschichte des DDR-Verlages Volk und Welt, Berlin 2003.

der Emanzipation und der Freiheit im 20. Jahrhundert zu finden, was am überzeugendsten im Zusammenhang mit den Arbeiten zum 17. Juni gelungen sei. Die gipfelten, wie erinnerlich, in der Einordnung des Tages in eine Traditionslinie, die an einem Julitag im Jahre 1789 in Paris mit dem Bastille-Sturm begonnen haben soll, was sich wiederum mit einer späten Selbstkritik von Bürgerbewegten verband, die sich vorwarfen, diesen weltgeschichtlichen Zusammenhang nicht gesehen und sich deshalb nicht auf das Jahr 1953 bezogen zu haben.

Schließlich wäre Wichtiges bei der Erforschung der Sozial-, Kultur- und Alltagsgeschichte an den Tag gebracht worden, Ergebnisse, denen allerdings jene „Meisterzählung" zum Opfer gefallen sei, der zufolge die ganze Gesellschaft von der Obrigkeit geleitet, kontrolliert, eben beherrscht (oder wie es modisch heißt: durchherrscht) worden wäre. Zwischen Herrschaft und Widerstand sei in der DDR-Gesellschaft vieles geschehen, was weder dieser noch jenem zugeordnet werden könnte.

Wie wahr! Und wie wenig originell, gibt es doch seit Menschengedenken und bis in „graue Vorzeit" keine Gesellschaft, in der das nicht der Fall gewesen wäre. Es scheint, dass manche Forscher im Hinblick auf die DDR, nachdem sie sich unter dem Druck der Quellen und Fakten vom politisch vorgegebenen Klischeebild partiell befreit haben, doch zu Einsichten zurückfanden, die sie besser nicht hätten aufgeben sollen. Oder anders ausgedrückt: Sie scheinen sich der Erkenntnis anzunähern, dass Gesellschaft und Staat der DDR, will man ein Geschichtsbild gewinnen, statt eine Karikatur zu zeichnen oder ein Horrorgemälde anzufertigen, mit eben jenem geschichtswissenschaftlichen Instrumentarium erforscht und analysiert werden müssen, das auch in jedem anderen analogen Falle angewendet wird und sich bewährt hat.

Dazu drängt, wie Kocka im Weiteren mitteilte, auch die – das sind freilich seine Worte nicht – Glaubwürdigkeitslücke, die es zwischen bisherigen Forschungsresultaten und den aus ihnen entworfenen Bildern und denen gibt, die in der unverklärten Erinnerung der Bürger des untergegangenen Staates fortexistieren. Von diesem Dilemma war mehrfach schon die Rede, so in der Formulierung vom Leben, das den „Ehemaligen" mit den staatsgefälligen Geschichtsdarstellungen gleichsam gestohlen würde. Ein unbeabsichtigter Coup, der aber misslang. Denn anders als bei den bekannten Formen von Diebstahl und Raub, die mit der deutschen Einheit einhergingen und sich aufs Materielle gerichtet hatten, war das mit den Biographien nicht zu machen.

So häuften sich Rätselraten und Pröbeln, wie man den Neubürgern ein Erweckungserlebnis verschaffen und ihnen doch erklären könne, in welch gesellschaftlichen und staatlichen Zuständen sie eigentlich gelebt hätten, ohne es recht gemerkt zu haben. In diesem Zusammenhang wurde die Geschichte mit den Nischen gefunden, die heute – soweit und nur soweit es das Bild angeht – auch der Vergangenheit angehört, denn es vermochte sich die Mehrheit der Ostdeutschen an derlei halbverstecktes Dasein auch wieder nicht zu erinnern.[3] Kocka spitzte sein Nachdenken in das einprägsame Bild zu, dass die Geschichtswissenschaftler, die sich mit der DDR-Geschichte befassen, inzwischen zwar in der Lage seien, sich den Untergang der DDR zu erklären, nicht aber deren vierzigjährige Existenz, die doch von einer relativen Stabilität zeuge. Eine Zeitspanne übrigens, die sich schärfer bewusst machen lässt, wenn man sich daran erinnert, dass es die faschistische Diktatur auf etwas mehr als 12, die Weimarer Republik auf etwas mehr als 14 und das deutsche Kaiserreich auf knapp 47 Jahre Dauer gebracht haben. Dieses Dauern spräche von Zustimmung, Akzeptanz und Tolerierung und diese wiederum wären ohne Leistungen und Erfolge nicht zu erreichen gewesen.

Das zwingt, wird es ernst genommen, die Mehrheit der an der Anfertigung der DDR-Bilder Beteiligten, sich die Augen zu reiben, die Brille zu putzen und mehr oder weniger von vorn zu beginnen und vor allem, sich definitiv von jenen 1990 formulierten politischen Vorgaben und Klischees zu verabschieden, die mit Wissenschaft nichts zu tun hatten, sondern der Treuhand, den Abwicklern – zu denen auch Kocka gehörte – und Bankiers, Industriellen und Großhändlern die Einzugswege nach Ostdeutschland ebneten. Davon, über den unheilvollen Einfluss der Politik auf die Geschichtswissenschaft in puncto DDR-Geschichte, die sich mit jenen des Politbüros in seinen am stärksten von

---

[3] Zur Reanimierung dieses Bildes durfte jüngst auch Manfred Krug öffentlich mit dem Bemerken beitragen: „Selbst in einem riesigen Gefängnis gibt es mitunter Lichtblicke." In: Neues Deutschland v. 10. Oktober 2003.

Dogmatismus geprägten Zeiten durchaus messen kann, wollte der Redner freilich nicht vorrangig sprechen. Zunächst machte er für den kritischen Zustand Gründe innerhalb der Zunft selbst geltend. Die DDR-Geschichtsforschung würde in einer derart hochgradigen Spezialisierung betrieben, dass offenkundig nicht zusammengedacht werden kann, was zusammengehört. In der Tat ist die Geschichte dieser deutschen Gesellschaft und des ostdeutschen Staates für viele Forschende das erste Thema, an dem sie ihre Fähigkeiten erproben. Sie würden, so auch die provozierende Überschrift des Redeabdrucks, nicht über den Tellerrand blicken. Derlei – mit Verlaub: undialektische – provinzielle Forschungsweise kann nur die Aufhellung der Vergangenheit eines Feuerwehr-vereins in einem Ort bei Königsberg hingehen, im vorliegenden Fall führt sie ins Blamable. So wurde denn auch in einer die Analyse ergänzenden Zuschrift verlangt, dass sich die DDR-Forschung von der „Regionalisierung“ lösen und dieser Staat als ein europäischer begriffen und also in die Geschichte des Kontinents eingeordnet werden müsse. Auch keine Erleuchtung, aber immerhin.

Ohne Vergleiche, sagte Kocka, wäre die Forschung zur DDR nicht voranzubringen und nannte – oh unbewältigter Geist der Wende – prompt den mit der Nazidiktatur an erster Stelle, sodann den mit der Bundesrepublik und den mit anderen osteuropäischen Staaten in deren volksdemokratischer oder realsozialistischer Periode. Dass dies zu neuen Fragen und Erkenntnissen führe, wurde an dem schon bei einem sehr flüchtigen Vergleich auszumachenden Faktum illustriert, dass die DDR verglichen mit ihren osteuropäischen Nachbarn Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn eine „konfliktarme“ Geschichte aufweise, jedenfalls doch, wenn dabei an dramatische politische und soziale Zuspitzungen gedacht wird. Das müsse auch weiter ergründet werden und wird – dies nebenbei – dann auch den Ereignissen des Jahres 1953 seinen angemessenen geschichtlichen Ort geben.

Dann kam der Redner doch auf außerwissenschaftliche Einflüsse, die im Hinblick auf die Erforschung der DDR-Geschichte besser wenn auch nicht durchweg widerwissenschaftliche genannt zu werden verdienen. Von den finanziellen Segnungen war schon die Rede. Doch die „mächtigeren“ Interessen, die weder im Detail erörtert noch auf den Begriff gebracht wurden, wirkten auch schädigend. Dazu wurde auch von Kommentatoren und Kritikern später Ergänzendes nicht angefügt. Daher: Es wird ohne die erklärte Abwendung von jeder Forderung nicht abgehen, die sich an die Devise des Klaus Kinkel, Außenminister in der Kohl-Regierung, knüpft, wonach die geistigen Anstrengungen auf die „Delegitimierung“ der DDR gerichtet werden müssten. Es wird innerhalb der Forschung nicht vorangehen ohne die auch nicht nur klammheimlich vorzunehmende Verabschiedung von der diffamierenden These von der „zweiten deutschen Diktatur“, die Verdammungsurteil, Hass und Ekel, angesammelt beim Blick auf die Naziherrschaft, auf den ostdeutschen Staat lenken soll und die bis heute öffentlich im Schwange ist. Ein Beispiel: „In einer (Fernseh-)Sendung unter dem Titel ‚Unsere Besten‘ haben Kriegsverbrecher gegangenen Gesellschaft den Obrigkeiten nur abzutrotzen gewesen, hätten sich nur auf dem Wege der Verweigerung, des Rückzugs ins Private usw. erreichen lassen, gehört zu den Zerrbildern, gepflegt von – auch da nicht allen – „Revolutionären des Jahres 1989“, die übrigens im Unterschied zu Antifaschisten und Juden nach 1945 in der BRD ihre Leidensgeschichten vor sich her trugen, die ihre äußerste Aufgipfelung in der Wendung vom „Auschwitz der Seelen“ fand.

An diesen Barrieren führt kein Schleichweg vorbei. Dass sie nicht einmal benannt werden, zeigt, dass selbst der Anlauf noch nicht genommen ist, über sie hinweg zu gelangen. Solange Verweigerungen vorherrschen, wird die Glaubwürdigkeitslücke nicht geschlossen werden können und die Geschichtswissenschaft dazu beitragen, die Ostdeutschen beim Blick auf ihre Geschichte sich selbst zu überlassen. Kocka sagte: „Der Ort der DDR in der Geschichte der deutschen Nation und des deutschen Nationalstaates ist noch lange nicht ausdiskutiert.“ Das ist wahr, scheint mir aber nicht nur auf dem Wege von Diskussionen erreichbar. Das Aufzuklärende muss von seinem Beginn, nicht von seinem Ende her untersucht werden, die DDR von ihrer Entstehung aus, nicht von der Perspektive ihres Untergangs her und zudem in dem Bewusstsein, dass Sieger mit dem Verständnis von Geschichte meist die größeren Schwierigkeiten hatten.

Mit jener der DDR sind auch Verlierer, und dies im wahrsten Wortsinn, befasst – entlassene, abgewickelte, strafberentete Historiker, Wirtschaftshistoriker, Soziologen u. a. Von deren Mühen und Ergebnissen, erarbeitet unter der Last des Wissens um das eigene und teils selbstverschuldete Scheitern,

entstanden auf einem meist argen Weg der Erkenntnis, gewonnen ohne wohlwollende Förderung, publiziert häufig an abseitiger Stelle, hat Kocka bei diesem Anlass zu reden für überflüssig gehalten.[4] Verständlich ist das, aber nicht klug und wissenschaftlichem Verhalten unangemessen. Übrigens hat der Festredner sich am Ende gefragt, ob aus der DDR-Geschichte etwas zu lernen sei und ein Schelm, der da gleich ans Stramm-Sozialdemokratische denkt – auf die Sozialpolitik des ostdeutschen Staates verwiesen, die eine Quelle seines Scheiterns gewesen sei.

Zum Schluss: Wer heute über das Geschichtsbild von der DDR redet, muss über den Fernseh-Klamauk nicht sprechen, der jüngst mehrfach veranstaltet worden ist. Mitzudenken hat er ihn schon. Denn zum einen werden sich Neubürger mit dem, was „Banalisierung“ und „Humorisierung“ – wie merkwürdig auseinanderlaufend sind Vorstellungen von Humor – ihrer Vergangenheit genannt worden ist, auch nicht abspeisen lassen. Zum, anderen und wichtiger noch sind Reaktionen auf dieses Angebot. Es ertönten Alarmglocken. Selbst diese unsägliche Art und Weise, sich auf Geschichte zu beziehen, erregte schlimmsten

Verdacht: Hier solle ein geschöntes Bild der „Diktatur“ raffiniert unter die Leute gebracht werden. Diese, so wettert *Die Welt*, solle verniedlicht, Terror und Furor vergessen gemacht, „die doppelte totalitäre Erfahrung entsorgt, die Erinnerung an ein System ausgelöscht werden, „das Tausende verfolgte, einsperrte, zersetzte, tötete“. Auch der zweite Mann in der bundesdeutschen Staatshierarchie, Bundespräsident Wolfgang Thierse, einst DDR-Bürger und Mitarbeiter ihrer Akademie der Wissenschaften, besteht nach seinen Fernseheinblicken in der Zeitung der Katholischen Akademie in Berlin darauf, dass Glück für ihn bis 1989 nur im Privaten zu haben war, jenseits davon „war eine grimmige Idylle“.[5] Da begegnet er uns wieder: der Staatsanspruch an die Wissenschaft. Kinkel lebt. Und die Geschichtswissenschaft hat sich dazu zu verhalten bei Strafe ihrer gesellschaftlichen Nichtachtung durch die Ostdeutschen, ausgenommen Zwangsbeschulte, die Verordnungen unterliegen.

Z. Marxistische Erneuerung, Nr. 57, 1. März 2004, S. 159-165.

---

4 Bei anderer Gelegenheit hat er in einer Fußnote herablassend auf die „minderheitlichen Positionen“ verwiesen und gönnerhaft bemerkt, es handle sich um eine „durchaus interessante Literatur, (entstanden), im Umkreis der Leibniz-Societät, der „Hellen Panke“, des Luisenstädtischen Geschichtsvereins und ähnlicher Initiativen (!)“. Wer sich darüber sachlich informieren will vermag, das u. a. anhand des Artikels von Stefan Berger, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands. In: Zeitschrift nur Geschichtswissenschaft, 50 (2002), S. 1016-1034. Und beispielhaft nur die Debatten um Methodologie und Wege weiterer Forschungen sei erwähnt: Forschungsfeld DDR-Geschichte. Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Rolf Badstübner. Berlin 1999. (Pankower Vorträge, 15).

5 Wolfgang Thierse, Die DDR als Idylle missverstehen. In: Programm. Zeitung der Katholischen Akademie in Berlin e.V., 2. Jg. Nr. 4, 2003.

Nach langem Tauziehen

Serie zur Landung in der Normandie vor 60 Jahren. Die Vorgeschichte der Zweiten Front (2)

„Wir haben volle Übereinstimmung über den Umfang und die Termine der Operationen erreicht, die von Osten, Westen und Süden her unternommen werden sollen." So steht es in der Deklaration, die Präsident Franklin D. Roosevelt, Premierminister Winston Churchill und J. W. Stalin, sie alle auch als Oberbefehlshaber ihrer Streitkräfte, am Ende ihres Treffens in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) unterzeichneten. Das wichtigste Wort des Satzes lautete „Westen". Es besagte, dass es – zum ersten Mal aufgrund einer zu dritt getroffenen Vereinbarung – in Westeuropa einen „Kriegsschauplatz" geben werde, für den seit langem der Begriff „Zweite Front" eingeführt war. Für den Beginn der Operation „Overlord" war der Mai des folgenden Jahres festgesetzt worden. Das war ein Versprechen. Dass Papier geduldig war, hatte sich in den Jahren zuvor bereits mehrfach erwiesen.

Doch diesmal ließ sich den Worten mehr Glauben schenken. Zum einen hatte sich das Interesse der beiden Westmächte an ihrem Eingreifen auf dem Kontinent an einer entwicklungsfähigen Front verstärkt. Und zum anderen war der Plan, den Churchill noch in Teheran durchzusetzen versucht hatte, zu den Akten gelegt worden. Er betraf die „Balkanstrategie" und hatte sich auf die Eröffnung einer Front in Jugoslawien und Griechenland gerichtet, von wo ein britisches Expeditionskorps 1941 vertrieben worden war. Sein Verfechter suchte damit den traditionellen Interessen Englands im östlichen Mittelmeer Rechnung zu tragen und den sowjetischen Truppen in Südosteuropa zuvorzukommen.

Stalins Aufgabe, die Partner in Teheran von der Notwendigkeit der Errichtung einer Front auf französischem Boden zu überzeugen, war folglich nicht mehr schwer, zumal er in Roosevelt einen Verbündeten besaß. So wurde ein Schlussstrich unter ein phasenweise dramatisches Kapitel der Beziehungen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition gezogen.

Seit die USA im Dezember 1941 in den Krieg in Europa gezogen worden waren, hatten sie zu entscheiden, wie wirksam sie an ihm teilnehmen würden. Schon 1942 wurde in Verhandlungen zwischen London und Washington die Frage einer Zweiten Front aufgeworfen. Sie kam auch bei den zunächst separat geführten Treffen sowjetischer Politiker mit denen der USA und Großbritanniens zur Sprache, war doch niemand mehr an der Entlastung der überstrapazierten eigenen Kräfte interessiert als die Führung in Moskau. Doch blieb es dabei, dass die UdSSR in dieser Phase des Krieges in Europa die Last nahezu allein tragen musste.

An der schmalen Front im Norden Afrikas standen sich vergleichsweise geringe militärische Kontingente gegenüber. Obendrein schlugen deutsch-italienische Truppen im Frühsommer 1942 ihre Gegner und drangen nach Ägypten bis El Alamein vor. Schon schien der Suezkanal greifbar nahe. Das lieferte Churchill während der Verhandlungen mit den USA ein zusätzliches Argument, statt einer Fronteröffnung auf dem Kontinent in die nordwestafrikanischen Kolonien überzusetzen und diese von ihrer Bindung an das Vichy-Regime loszureißen. Zustande kam die Operation „Torch", ein Eröffnungszug, der dazu führte, dass das deutsche Korps und die italienischen Truppen auf ihrem Rückzug in Tunesien in eine Zange gerieten. Doch die Kapitulation zog sich bis in den Mai 1943 hin. Da hatte die Rote Armee, ohne dass ihr eine spürbare Entlastung zuteilgeworden war, die Krise des Sommers und Herbstes 1942 überstanden und bei Stalingrad die Kriegswende erkämpft.

Von Churchill war im August 1942, als er in Moskau mit Stalin verhandelte, die enttäuschende, aber wohl erwartete Nachricht überbracht worden, dass es im Jahresverlauf keine Zweite Front in Westeuropa geben werde, diese sei für 1943 geplant. Nachdem der britische Premier und Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca das weitere Vorgehen beraten hatten, wurde nach Moskau mitgeteilt, nun könne die UdSSR im August/September damit rechnen, dass der Angriff über den Ärmelkanal erfolgen werde. Das wurde jedoch noch vor Sommerbeginn wieder abgesagt.

Am 10. Juli 1943 landeten die anglo-amerikanischen Truppen an der Südostküste Siziliens, am 3. September setzten sie sich in Kalabrien auf dem italienischen Festland fest. Von da kämpften sie sich durch den „weichen Bauch der Achse", wie Churchill Mussolini-Italien genannt hat, kombiniert mit

weiteren Landeunternehmen nordwärts. Erst im Mai 1944 war Süditalien in ihrer Hand, am 4. Juni wurde Rom befreit. Der Frontstreifen zwischen der Adria und dem Tyrrhenischen Meer konnte nicht als „zweite Front“ gelten. Zudem erwiesen die Kämpfe zwischen und an Gebirgsketten, die bis in Höhen von mehr als 2.000 Meter emporragen, zu niemandes Überraschung, dass über die Alpen Deutschland kaum zu erreichen war.

Es blieb dabei, dass die direkte Hilfe der beiden Westmächte, vor allem der USA, für die UdSSR in Lieferungen von Kriegsmaterial (Flugzeugen, Panzern, Lastkraftwagen, Munition u.a.) und Nahrungsmitteln (Getreide, Fleisch u.a.) bestand. Hinzu kam der strategische Luftkrieg gegen deutsche Städte und Industrieanlagen.

Anfang April wurde der sowjetische Generalstab informiert, die Landung werde in Frankreich am 31. Mai erfolgen, ein Termin, der sich geringfügig verschieben könne, abhängig von Witterungsbedingungen. Die Mitteilung sollte der Roten Armee für deren eigene Planungen dienen, denn es war vereinbart, dass zum Zeitpunkt des Angriffs von Westen her Operationen an der Ostfront es unmöglich machen sollten, Wehrmachtstruppen nach Frankreich zu verlegen.

junge Welt, Sonnabend, 06.03.2004, S. 15.

Ein Reformer und sein Staat

Dass Kinder Märchen brauchen, wird kaum bestritten. Doch nicht nur sie. Auch das treukatholische Kirchenvolk braucht sie. Davon ist jedenfalls Programm, die Zeitung der Katholischen Akademie für Berlin e.V., fest überzeugt. Sie teilt ihren Lesern in ihrer Ausgabe 1-2/2004 mit, wozu sie den Staat eigentlich benötigen: „Der Staat garantiert den Frieden, sichert die Menschenrechte und schützt die Schwachen und Erfolglosen gegen Verarmung und Entrechtung."

Diese Fachauskunft hat sich die Redaktion bei einem Professor der Universität Heidelberg geholt, der dort das Institut für Finanz- und Steuerrecht leitet und von 1997 bis 1999 Richter am Bundesverfassungsgericht war.

Am Tage, da mir diese Aufklärung in den Briefkasten geschickt wurde, meldeten Tageszeitungen, dass sich laut einer Befragung 62 Prozent der Deutschen vom Staat ungerecht behandelt fühlen und noch ein paar Prozent mehr die Ansicht teilen, hierzulande habe der Sohn eines Rechtsanwalts mehr Chancen, Firmenchef zu werden, als der Sohn eines Lastwagenfahrers. Da haben wir die Differenz zwischen dem Staat des Paul Kirchhof und dem von der Bürgermehrheit gefühlten Staat.

Der Gewährsmann der Katholischen Akademie wurde übrigens von einer „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" zum „Reformer des Jahres 2003" gewählt. Ihr ist für die Aufklärung darüber zu danken, welcher Sinn den Wörtern Reform und Reformer inzwischen beigelegt worden ist.

Ossietzky, 5/2004, 6. März 2004, S. 175.

Merkwürdiger Zulauf

Ist Ihnen schon einmal ein Hund zugelaufen? Nein, dann haben Sie sich die Suche nach Herrchen oder Frauchen oder den Weg zu einem Tierheim erspart. Und wie steht es mit einem Fahrzeug? Sie sind gerade nicht zu einem Ulk aufgelegt? Es ist keiner. Solches passiert hierzulande, ohne dass eine der Panoramaseiten Ihrer Tageszeitung Sie informiert, die Sie doch gewöhnlich mit allerlei Merkwürdigkeiten auf dem Laufenden hält und so von den Ärgernissen des Alltags, die auf den anderen Seiten des Blattes stehen, ein wenig abzulenken versteht.

Wenn Sie sich über einen merkwürdigen Zulauf verlässlich informieren wollen, greifen Sie zur Zeitschrift *Soldat und Technik* und trauen Sie Ihren Augen, wenn Ihnen deren Redaktion in der Februar-Ausgabe 2004 mitteilt: „Die ersten Fahrzeuge sollen noch in diesem Jahr der DSO *zulaufen*." Welche? Solche mit dem Namen „Mungo". Wem? Der Bundeswehr, genauer: deren Division Spezielle Operationen (so löst sich die Abkürzung DSO auf). Von wem? Von einer Firma namens Krauss-Maffei-Wegmann. Und nun gar: Deren Devise lautet nicht „Rückgabe und Finderentschädigung". Sie fordert den ihr entlaufenen „Mungo" nicht zurück. Die Speziellen dürfen ihn dauernd behalten. Freilich und vorausgesetzt: Struck lässt zahlen. Wen? Die deutschen Michel, genannt Steuerpflichtige. Sie werden gleichsam Miteigentümer eines „luftverladbaren, geschützten, geländegängigen und universell einsetzbaren Transportfahrzeugs". Und das wird besonders zu schätzen wissen, wer demnächst einen Umzug plant. Auf den Straßen unseres terrorbedrohten Landes ist Ihre Habe gut geschützt. „Mungo" würde einem Angriff mittels Schützenminen widerstehen, ja selbst ein Beschuss mit der 7,62-mm-NATO-Standardmunition könnte ihm nichts anhaben. Versicherungsgelder ließen sich also sparen.

Wenn Ihnen beim Lesen und Überdenken der Meldung Lust auf weitere Nachrichten gekommen ist, die Sie womöglich betreffen und Ihre Dispositionen angehen, dann werden Sie weiterlesen und erfahren: dass die norwegische Marine, der unseren verbündet, sechs Schnellboote der Skjold-Klasse modernisiert, die schwedische das mit ihrem U-Boot „Södermanland" schon geschafft hat, vier griechischen Schnellbooten ähnliches bevorsteht, die südkoreanische Luftflotte sich ein mit einer Kanone ausgerüstetes Kampfflugzeug zulegen wird, Irland mit Genehmigung der US-Regierung das Panzerabwehrlenksystem „Javelin" erwirbt, das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung sich in Schweden 600 Flugkörper bestellt hat, die als autonome Punktzielwaffe langer Reichweite verwendet werden sollen, die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG die Korvette „Isandlwana" an die Marine Südafrikas übergeben konnte, das britische Verteidigungsministerium einen Vertrag über den Ausbau des Hubschraubersimulationszentrums geschlossen hat und vom Iveco-Werk Ulm 42 harmlose Pritschenwagen an die Bundeswehr ausgeliefert wurden. Die niederländische Marine, auch das kommt vor, hat sich mit der Flugzeugbestellung übernommen und ist mit nicht näher bezeichneten Sparplänen in Konflikt geraten. Indessen heißt es in der Meldung beruhigend: „Deutschland wäre ein interessierter Abnehmer."

Wenn Sie das bunte Heft aus der Hand legen, werden Sie ausschnittweise Einblick ins internationale Waffengeschäft erhalten haben und davon überzeugt sein, dass die Losung „Sparen, sparen und nochmals sparen", die Ihnen vom früh bis spät eingeprägt wird, ihre vielen Gründe hat. Und womöglich werden Sie – das Einzelheft von *„Soldat und Technik"* kostet 7 Euro – die Redaktion Ihrer Tageszeitung anregen, Sie über diese Zusammenhänge ständig und ein wenig besser zu unterrichten, damit Sie Ihre Besitztümer kennen und sich eine Vorstellung davon machen können, was Ihnen, wenn auch nur anteilmäßig, so zuläuft.

Ossietzky, 6/2004, 20. März 2004, S. 206 f.

„Edle Soldatentugenden ...“

In Hans Bentziens Stauffenberg-Biographie stören Euphemismen und häufen sich sachliche „Irrtümer“

Der 60. Jahrestag des Attentats, das auf Adolf Hitler in Ostpreußen verübt worden war und fehlschlug, rückt näher und wirft eine umfängliche Film- und Buchproduktion voraus. Zu letzterer gehört eine erhebliche Zahl von Nachauflagen, von denen keinesfalls jede – eine sich ausbreitende Unsitte – als solche deklariert wird. Das trifft auch für die Biographie des Claus Schenk Graf von Stauffenberg zu, die Hans Bentzien, zeitweilig Kulturminister der DDR und inzwischen als Verfasser mehrerer Bücher über sehr weit auseinanderliegende Ereignisse sowie über Personen der Geschichte bekanntgeworden, zum Verfasser hat. Der war mit seinem Helden schon während seiner Tätigkeit im Fernsehfunk der DDR befasst. Manches, was auf seine damalige Initiative in den achtziger Jahren über die Ostbildschirme flimmerte, ließe sich mit Gewinn für die Nachgeborenen wieder zeigen. Dazu gehören eindrucksvolle Interviews, die damals mit Hinterbliebenen und Angehörigen der Verschwörer gesendet wurden.

Ganz in der Tradition biographischer Darstellungen setzt der Autor mit Stauffenbergs früher Kindheit ein, die der Sohn des Oberhofmarschalls beim König von Württemberg im Stuttgarter Schloss verbrachte und verfolgt von da an die Spur des Grafen bis zu seiner Erschießung und der Verbrennung seines Leichnams. Im Anhang findet sich eine Aufzeichnung der Mutter Stauffenbergs, die für ihre Enkel Erlebtes aus den Zeiten der Verfolgung und des frühen Nachkriegs aufgeschrieben hat.

Wie kam es, dass ein junger Mann, hochintelligent, an Kunst und Literatur interessiert, mit einer offenkundig außergewöhnlichen Ausstrahlung, den man sich auch als Arzt oder wie einen seiner Brüder als Juristen hätte vorstellen können, sich in der Weimarer Republik entschloss, die Laufbahn eines Offiziers einzuschlagen, sie dann in der Wehrmacht fortsetzte und eine Karriere machte, die ihn bis in den Heeresgeneralstab führte? Quellen, die darauf eine vollständig gesicherte Antwort ermöglichen, existieren nicht. Das gilt für weiteres auch und hat allen Biographen Stauffenbergs ebenso Fragen und Rätsel aufgegeben wie Spielräume für Deutungen gelassen. Wie nahe stand der Mann vor 1933 den Gegnern der Republik und dann dem Naziregime? Welche zweifelsfrei mehrschichtigen Faktoren bewirkten seinen Sinneswandel und ließen ihn an die Spitze der militärischen Frondeure treten?

Bentzien ist erkennbar bemüht, ihm frühzeitig mehr als nur Einwände, Bedenken und Zweifel gegen die Nazis, die deutsch-faschistische Ideologie und die Person Hitlers zu attestieren. Das lässt ihn Sätze schreiben wie: Stauffenberg „sah wohl, dass zu den Juden ein falsches Verhältnis (der Nazis – K.P.) vorlag, aber das hatte es bei anderen schon gegeben“. Später wird der Autor die Übeltaten der braunen Faschisten am 9. November 1938 „Übergriffe der SA“ nennen. Schließlich aber, aus Briefen an die Gattin zitierend, wird deutlich, wie begeistert und unbekümmert der damalige Hauptmann nach Frankreich einfiel, von wo er schreibt: „Uns geht es köstlich. Wie sollte es auch anders sein bei solchen Erfolgen ... viel sehr guter Rotwein, weißer Burgunder und Sekt.“ Und später: „... die Vorräte des Landes genießen wir in vollen Zügen ... herrlicher Bordeaux, Burgunder und Heidspeck, so dass sich das Sprichwort ‚Leben wie der Herrgott in Frankreich‘ durchaus bewahrheitet.“ Für den Fall, dass die Engländer nicht klein beigeben, bemerkt er, „müssen wir zum Vernichtungskampf antreten.“ Für den „Entscheidungskampf im Osten“ will er „die ganzen Kräfte der Nation einfangen“. Als dort „Rückschläge“ eintreten, müssen die eben „in Gottes Namen überwunden werden“.

Nicht nur im Blick auf seinen Helden hat Bentzien Schwierigkeiten, die Dinge auf den Punkt zu bringen. Die Reichswehr, meint er, sei von Hitler an die Kandare gelegt worden. Die führenden Militärs wären die ersten gewesen, die gleichgeschaltet wurden. Die spätere Verweigerung von Generalen, sich den Verschwörern anzuschließen, schreibt er deren Feigheit zu. Forschungen, die von der geistigen Verwandtschaft der Nazi- und der Militärelite berichten, die vor das Jahr 1933 zurückreicht, hat der Autor nicht zur Kenntnis genommen.

Auf anderer Ebene liegt seine Bewertung der Tätigkeit Stauffenbergs im Generalstab, mit der dieser nach dem Einfall in die UdSSR zur Formierung sowjetischer Bürger als Hilfskräfte der Wehrmacht beitrug. Gewiss fehlt auch da die Kenntnis, welche Rolle diese Einheiten etwa bei der „Bandenbekämpfung“ und marodierend und raubend im deutsch-besetzten Hinterland gespielt haben. Warum diesen bewaffneten Kollaborateuren und den unbewaffneten „Hiwis“ einen weiteren Kranz winden, anstatt es den damit befassten Politikern und Ideologen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu überlassen?

Bentzien hat auf jeden Beleg für Zitate verzichtet, jene eingeschlossen, die für seine Urteile eine gewichtige Bedeutung besitzen. Das mögen er und der Verlag mit Rücksicht auf Leser beschlossen haben, die durch Anmerkungen abgeschreckt werden oder sich durch sie nicht ablenken lassen wollen. Dass diese Praxis im vorliegenden Fall Unbehagen erzeugt, rührt aus der Häufung sachlicher „Irrtümer“ her.

Hier die unvollständige Liste derer, die das Jahr 1932/1933 betreffen. Kurt von Schleicher war weder Chef der Reichswehrführung noch Befehlshaber der Reichswehr, Posten, die es – dies nebenbei – nicht gab, sondern Reichsminister. Das von der Papen-Regierung aufgehobene SA-Verbot existierte nicht seit zwei Jahren, sondern nur wenige Wochen. Bei Hitlers erster Zusammenkunft mit Generalen gab es keine Offiziere, die als Schriftführer gewirkt hätten. Die bürgerlichen Parteien wurden 1933 nicht verboten, sondern lösten sich mit Aufrufen an ihre Mitglieder auf, sich hinter die „nationale Regierung“ zu stellen. Und so weiter. An der Verwechslung von Teilstreitkräften und Truppenteilen oder der Bezeichnung von Luftlandetruppen als „massenhaft abspringende Infanteristen“ und an der zeitlichen Vorverlegung des verpflichtenden „Hitlergrußes“ für Wehrmachtsangehörige mögen sich nur Militärspezialisten stoßen, mehr Leser womöglich an Formulierungen wie „edle Soldatentugenden“, „Ehre“ von Nationen oder „Ehre Frankreichs“, auch an dem Euphemismus „im Felde geblieben“, mit dem deutsche Militaristen die tausend Arten von elenden Toden vernebeln, die sie Millionen sterben ließen. Andere werden sich fragen, warum Carl von Ossietzky wieder zu den Juden gerechnet wird, und wissen, dass nach dem Pogrom 1938 keineswegs nur die „Vorstände der jüdischen Gemeinden“ in die Konzentrationslager verschleppt wurden.

Bentzien hat mit viel Sympathie über einen Mann geschrieben, der aus seiner Kaste ausbrach und einen verbrecherischen Krieg beenden wollte, für den das „Ich hab's gewagt“ gilt und der in deutscher Geschichte einen Platz beansprucht, der sich bis heute mit einer Herausforderung verbindet. Doch ließ sich das Buch nicht aus der Hand legen, ohne an den auf so vielen geistigen Feldern bestens beheimateten Peter Hacks zu denken, der, begab er sich auf ein Terrain, auf dem er sich nicht ganz zu Hause fühlte, Rat suchte und fand. So verfahren, wäre Bentzien wahrscheinlich auch vorgeschlagen worden, in seiner Literaturauswahl das Verdienst des Potsdamer Historikers Kurt Finker nicht auszusparen.

Hans Bentzien: Claus Schenk Graf von Stauffenberg – Der Täter und seine Zeit. Das Neue Berlin, Berlin 2004, 368 S., 17,50 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 20.03.2004, S. 6.

Ein unvorstellbarer Preis

Frei von bundesdeutscher Historikerbefangenheit beleuchtet der Brite Richard Overy die Geschichte der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg

Mit diesem Buch, schrieb der in Freiburg lehrende Wolfram Wette, sei eine Aufgabe bewältigt worden, „an die sich so bislang noch kein einzelner russischer oder deutscher Historiker herangewagt hat." Die Rede ist von Richard Overys 1998 in Großbritannien erschienenem Werk „Russia's War 1941-1945". Wie andere Bücher des publizistisch hochproduktiven Spezialisten für die Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges liegt auch dieses nun in deutscher Übersetzung vor. Ein deutscher Berufskollege des seit nahezu einem Vierteljahrhundert am King's College in London lehrenden Historikers hätte seine Perspektive kaum so gewählt. Auch einzelne Sätze des Buches sind aus bundesrepublikanischer Feder schwer vorstellbar, z. B. „Die Sowjetunion war nicht wie Westeuropa, und es gab keinen Grund, warum sie es hätte sein sollen." Oder die Wendung: „der wahre Charakter des deutschen Imperialismus", denn diese wird zwischen Oder und Rhein gemeinhin als Erkennungsmarke für Marxisten, „Linke" und dergleichen angesehen und daher, auch um Gleichsetzung und Verwechslung vorzubeugen, nicht benutzt. Solche Befürchtungen scheren den Briten nicht.

Overy hatte bereits in einem seiner früheren Bücher gefragt „Warum die Alliierten den Krieg gewannen", und er konzentriert sich in dem jetzt zu lesenden auf die Beantwortung der Frage, warum dies der UdSSR gelang, von der er im dritten Satz seines Textes sagt: „Heute würde wohl kaum jemand bestreiten, dass sie (die sowjetischen Kriegsanstrengungen, K. P.) der wichtigste – wenn auch nicht der einzige – Grund für die deutsche Niederlage waren." Der hierzulande vorherrschende Blickwinkel führt hingegen meist nicht weiter als bis zu der Frage: Warum hat Deutschland den Krieg verloren? Das ist nicht einfach die sprichwörtliche Kehrseite der Medaille. Denn die Antworten lauten wie bekannt: Weil Hitler und nicht die Generale das Sagen und Befehlen hatten, weil das Wetter im Osten so kalt, der Schlamm so tief und die Wege so weit waren, weil sich eine Übermacht formierte und die eigenen Kräfte überdehnt wurden usw. Auf diese Weise wird nicht nur die Beziehung von Kriegszielen und Kriegsniederlage ausgeblendet, sondern auch von jener vielen noch immer unbequemen Sicht abgelenkt, aus welchen Quellen sich die gegnerischen Kräfte speisten.

Im Hinblick auf die UdSSR haben in der bürgerlichen Historiographie seit Jahrzehnten jene Deutungen Konjunktur, die es vor allem der russischen Seele, der Genügsamkeit und Leidensfähigkeit der Völkermassen des „Ostens" zuschreiben, dass das Land dem faschistischen Ansturm standhielt. Dem werden nachdrückliche Verweise auf drakonische Maßnahmen, mit denen der Kriegseinsatz erzwungen wurde, und auf die Partei- und Staatspropaganda hinzugefügt, die als Vorbilder für den Heroismus der Massen wirklich oder vermeintlich ruhmvolle Seiten der „vaterländischen" Geschichte anrief. Overy, als Kenner wirtschaftsgeschichtlicher Fragen ausgewiesen, zeigt sich mit diesem inzwischen zum Klischee verhärteten und auch von russischen Geschichtsschreibern übernommenen Bild nicht zufrieden. Nicht, dass er diese Eigenschaften und Faktoren unerwähnt lassen würde. Doch er sieht sie nicht als ausreichend an und wertet sie nicht als ausschlaggebend. Wenn ein Staat eine derartige Krise, wie sie 1941/1942 entstand, zu überleben vermag, dann müsse nach seinen und den in der Gesellschaft vorhandenen ökonomischen, politischen und anderen Kräften und Potentialen gefragt werden, die mobilisiert werden konnten. Und dies umso mehr, als die Bürger der UdSSR im Vorkrieg im Innern des Riesenreiches Geheimpolizeiterror und Staatsverbrechen in einem ungeheuren und unvorstellbaren Ausmaß erlebt hatten, Unsicherheit, Misstrauen, Furchtsamkeit und deren lähmende Folgeerscheinungen zwar das diktatorische Regime festigten, die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft (die Streitkräfte eingeschlossen) aber in einem nicht nachmessbaren Grad schwächten.

Die antikommunistischen Tabus ebenso ignorierend wie die (vor allem ehemaligen) kommunistischen, fragt Overy nach der Rolle der Partei, der Staatsmacht und ihrer Kader und jener der Volksmassen und deren jeweiligem Beitrag zum Sieg. Auch dem Stalins, den er übrigens bis zu dessen letztem Atemzug begleitet. Weder die Leistungen an den Fronten noch die im Hinterland und insbesondere die bis heute unwahrscheinlichen in der nach Osten verlagerten Industrie hätten sich allein

durch Drohung, Druck und Bestrafung erzielen lassen. Der Historiker lässt den einen die Vaterlandsliebe, den anderen ihre kommunistische Überzeugung, dritten das Gemisch aus beidem.

Overy beherrscht die Kunst der Geschichtserzählung meisterhaft, die mehrfach auch an anderen Werken aus anglo-amerikanischer Produktion hervorgehoben und deutschen Historikern als Vorbild anempfohlen worden ist. Doch verliert er sich nicht im Detail (die ihm dort unterlaufenen Irrtümer sind zahlenmäßig gering und betreffen beispielsweise die Chruschtschow-Rede von 1956, die nicht vor dem ZK, sondern vor den Delegierten des XX. KPdSU-Parteitages gehalten wurde, oder die Art der diffamierenden Markierung der „Ost"-Arbeiterinnen und -Arbeiter). Vieles konnte in anderen Darstellungen schon gelesen werden, auf die sich der Autor mehr stützt denn auf eigene Archivstudien, was auch bewirkt, dass die Benutzbarkeit und Verlässlichkeit seines Anmerkungsapparates eingeschränkt sind, weil er die „Urquelle" selten erkennen lässt.

Das scharf konturierte Gesamtbild, das Overy ermöglicht, macht sein Buch zu einer Glanzleistung. Die Völker der Sowjetunion hätten für den Sieg einen „unvorstellbaren Preis" zahlen müssen, schreibt Overy. In diesem Punkte greift er sicher viel zu kurz. Denn sie zahlten nicht nur bis zum Tode Stalins. Die Bewertung – zu bemessen ist er ohnehin nicht – des „Preises", also: der Folgen der Befeindung, der Bedrohung, dann des Krieges und des Sieges werden die Historiker noch lange beschäftigen.

Richard Overy: Russlands Krieg 1941-1945. Aus dem Englischen von Hainer Kober. Rowohlt Verlag, Reinbek 2003, 555 S., 24,90 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 25.03.2004, S. 4.

Heer über Heeresverbrechen

Das Schweigen der Täter

Sachlich statt provozierend, differenzierend statt pauschal, korrekt statt polemisch, wissenschaftlich, nicht denunziatorisch, weniger Betroffenheit, mehr Distanz – lobend zu Gunsten der Neuschöpfung wurden in Wort und Schrift die „Wehrmachtsausstellungen“ verglichen, von denen die erste zwischen 1995 und 1999 durch 33 deutsche und österreichische Orte reiste, und die zweite, die 2001 folgte, diese Woche in Hamburg ihre Pforten schließt. Danach wird sie in die Magazine des Deutschen Historischen Museums in Berlin kommen, während ihre Vorgängerin vom Urheber-Institut in Hamburg aufbewahrt werden soll.

Hannes Heer, der die Arbeit an der ersten Exposition leitete und begleitete, bis er – nicht nur wegen Entdeckung weniger nachweislich falscher Bildunterschriften, sondern unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten – entlassen wurde, zieht Bilanz. Er fragt, woher das nahezu einhellige Lob der bürgerlichen Presse für die zweite Ausstellung rührt. Er zeigt, inwiefern sich die Konzeptionen beider unterschieden und verweist auf die Wirkung, die sich aus der Halbierung des Bildbestandes und die Umrahmung des Restes durch Textmassen ergab. Heer prüft, ob die Grundaussage der so viel befeindeten ersten Darstellung, wie behauptet wurde, wirklich erhalten geblieben ist – ein Eindruck, den die Proteste der Rechtsextremen und Nazis zu bekräftigen schienen. Sein Fazit: Ohne dass das Urteil der zwischen den beiden Ausstellungen tätig gewesenen historischen Kommission es gefordert hätte, sei das „Wendemanöver „einer „einschneidenden Korrektur“ erfolgt, wären „Akzentverschiebungen“ vorgenommen worden, die bei einem mehr von neu verwendeten, großenteils aber bekannten Bildern ein Weniger an Zusammenhängen zur Folge hatten. Vor allem sei der konkrete, die Gesichter erkennbar machende Bericht von Tätern und Mittätern in den Hintergrund getreten. Verursacht wurde der Wandel, meint der Autor, durch einen Entschluss des Institutschefs, der den Attacken aus der Mitte der Gesellschaft nicht standzuhalten vermochte. So erscheint der Weg von der ersten zur zweiten Ausstellung als Rückzug. In weiteren Kapiteln begründet Heer anhand von Briefen und Tagebüchern deutscher Soldaten und durch Aussagen von Ausstellungsbesuchern noch einmal die feste Basis, auf der die Zurückweisung der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ steht. Rückgriffe in die Geschichte des seit dem Ende des Weltkrieges währenden Streits um die Rolle und den Anteil der deutschen militärischen Verbände an Kriegs- und Menschheitsverbrechen verdeutlichen, wie das Wurzelgeflecht aus Lügen und Mythen entstand. Anhand von Jörg Friedrichs „Der Brand“ analysiert der Autor, wie auf die inzwischen erreichte Unabweisbarkeit historischer Tatsachen reagiert wird: Weniger die Tatsachen denn die Zusammenhänge werden beschwiegen, geleugnet, marginalisiert oder verfälscht. Und für die Deutschen wird nach den Juden Rang zwei auf der Kriegsopferliste beansprucht. In den gewiss fortdauernden Auseinandersetzungen um die Beschaffenheit der deutschen Gesellschaft in den Jahren von 1933 bis 1945 und um Tun und Unterlassen von Wehrmachtsangehörigen und Zivilisten führen von Heer verwendete Kennzeichnungen wie das „deutsche Täterkollektiv“ und „die Volksgemeinschaft als Organ des NS-Regimes“ jedoch eher auf Nebenfelder. Leicht werden Leser in den neuen Bundesländern bemerken, dass der Autor die Westdeutschen meint, wenn er von Deutschen spricht, und als „deutsche“ Historiker nur westdeutsche apostrophiert.

Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Aufbau-Verlag, Berlin. 395 S., geb., 22,90 Euro.

Neues Deutschland, 25. bis 28. März 2004, S. 15.

Zufälle über Zufälle

Auf den ersten Blick mag es wie eine Anhäufung bloßer Zufälle erscheinen. Ein Historiker, der mit den Wegen bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung, im Besonderen der Durcharbeitung der Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden, befasst ist, entdeckt, dass der langjährige Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Martin Broszat, als Mitglied der NSDAP geführt wurde. Germanisten, beschäftigt mit der Arbeit an einem biographischen Lexikon, finden heraus, dass Walter Jens als Mitglied der NSDAP registriert war. Ein anderer Historiker stößt bei Recherchen auf biographische Fakten aus dem Leben des Historikers Fritz Fischer, die von dessen NSDAP-Mitgliedschaft zeugen und ihn als Mann ausweisen, der den Machthabern ideologisch in deren Konzept geredet und geschrieben hat.

Das Detail, welches die Biographie von Broszat angeht, wurde in einer Monographie bekannt gemacht, von deren Existenz nur Spezialisten Kenntnis genommen haben würden. Die Fakten aus Fischers Vita fanden sich in einer Fachzeitschrift, deren Leserkreis enger noch angesetzt werden kann. Anders die Angaben über Jens, gerieten die doch in die Presse, bevor das Nachschlagwerk, das auch nur in die Regale weniger Spezialisten und wissenschaftlicher Bibliotheken gelangen dürfte, auf den Buchmarkt kam. Wo auch immer der Urquell, Redakteure von Zeitungen unterzogen sich wieder einmal der Pflicht, die Öffentlichkeit zu informieren und für Fragen zu interessieren, die den verbildungshungrigen Bürger, dem die Republik und die Art, in der sie regiert wird, so recht nicht mehr gefallen wollen, den gehäuften Ärgernissen seines Alltags gedanklich ein wenig entrückt und ihn ins moralgetränkte Grübeln führt.

Das macht die Zufallsvermutung noch nicht hinfällig, gäbe es da nicht eine Merkwürdigkeit. Denn eben noch waren die gleichen Zeitungen ausdauernd damit beschäftigt, das Dasein der Deutschen als Opfer von Krieg und Nachkrieg auszubreiten. Und nun, welch Wendung, werden aus diesem anonymen Millionenbrei eins zwei drei Personen herausgehoben und als politische Mitläufer, gar als ideologische Mittäter des Regimes entlarvt, freilich als solche aus letzter oder vorletzter Reihe der Kolonne. Warum das und warum gerade diese drei, die, das weisen ihre Lebenswege nach dem Mai 1945 aus, jeder für sich und jeder anderes Verdienst sich erwarben, das auf den fürs Vorzeigen geeigneten Seiten der Bundesrepublik steht?

Martin Broszat kommt neben vielen Leistungen als Forscher und Leiter eines Instituts, dessen Arbeiten der Bundesrepublik zu internationalem Ansehen verhalfen, vor allem das Verdienst zu, sich gegen jene – lange Jahre vorherrschende – Hitlerwelle gestellt zu haben, deren Erzeuger alle Antworten auf Fragen an die Jahre von 1933 bis 1945 aus der Person des „Führers“ herleiten wollten. Der Geschichtsschreiber, früh verstorben, war in einem erheblichen Teil der Zunft hoch angesehen. Ein Jahr nach seinem Tode gedachte ein Kolloquium seiner. Es fand am Deutschen Historischen Institut in Rom statt.

Fritz Fischers Verdienst um die Durcharbeitung deutscher Geschichte ragt noch markanter aus einem gesellschaftlichen Prozess, der als arger Weg der Erkenntnis nur schwach benannt ist. Es verknüpft sich mit seinem 1961 erschienenen – gemessen am damaligen Geschichtsverständnis der Bundesrepublik bahnbrechenden – Werk *Griff nach der Weltmacht. Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918*.

Fischers Darstellung der Rolle des Deutschen Reiches auf dem Weg Europas in den Ersten Weltkrieg brach mit der 1914 vom Reichskanzler Bethmann Hollweg verkündeten Lügenformel vom „uns aufgezwungenen Krieg“, die Hermann Göring am 1. September 1939 im Nazireichstag erneut benutzt hatte. Die Rede war von der Verantwortung der Eliten dafür, dass auf dem Kontinent „die Lichter ausgingen“, von realen Interessen, die in das mörderische Abenteuer mit den imperialistischen Zielen führten.

Das war eine Herausforderung. Sie wurde angenommen und führte zur „Fischer-Kontroverse“, die ihre Schärfe vor allem aus der These bezog, dass der Faschismus und der von ihm vom Zaune gebrochene Zweite Weltkrieg so wenig wie der erste Zufallsprodukte waren. Diese Art über Vergangenes

nachzudenken, hier liegt Gemeinsames in den Herangehensweisen von Fischer und Broszat, führte über die Feststellung persönlicher Schuld, die gemeinhin milde als aus Irrtümern und Fehlern herrührend interpretiert wird, hinaus und eben auf das nach Ansicht ihrer Kontrahenten besser nicht zu betretende Minenfeld sozialer, auch ökonomischer Interessen und deren Herausbildung.

Die beiden Historiker konnten sich zu den sie betreffenden biographischen Entdeckungen nicht äußern. Wie sie das getan hätten, steht unaufklärbar dahin. Gewiss nur, dass ihre Reaktionen allein schon deshalb anders hätten ausfallen können, weil sie zwei Generationen angehören.

Fischer, 1908 geboren, hatte die Krise und den Untergang der Weimarer Republik im Alter von wie immer geprägter Urteilsfähigkeit erlebt, Broszat lernte da gerade das Lesen und das Schreiben. Der eine wurde 1937 Mitglied der NSDAP, was für ihn keinen Bruch mit seiner Haltung davor bedeutete, und dies ebnete ihm den Weg zu sozialem Aufstieg. In welchem Grad der Schritt durch Erziehung, ideologische Prägung, Anpassungsbereitschaft und Karrierekalkül verursacht war, hätte wohl auch er selbst exakt nicht anzugeben vermocht. Die Tatsachen weisen auf ein Gemisch von alledem hin und auf einen massenhaft anzutreffenden Vorgang. Jedenfalls waren Fischers politische Entscheidungen in ungleich höherem Maße seine eigenen als der dokumentarisch nicht sicher festzumachende Entschluss des Jüngeren, der ohne den üblichen gymnasialen Schulabschluss gegen Kriegsende zum letzten Wehrmachtsaufgebot gehörte und hochwahrscheinlich nie an einer Parteiaktion teilgenommen hat.

Über Broszat wurde geschrieben, er habe, ohne auf eine Bewerbung um NSDAP-Mitgliedschaft im Jahre 1944 je zu sprechen gekommen zu sein, aus seiner nazistischen Beeinflussung kein Hehl gemacht.

Dass die beiden nach dem Mai 1945 und später, als sie durch und mit ihren Arbeiten in die Öffentlichkeit traten, ihre Biographien nicht auf den Märkten der Bundesrepublik ausbreiteten, Tatsachen verschwiegen (Broszats NSDAP-Eintritt bleibt als Faktum zudem mit Fragezeichen versehen), teilen sie mit Millionen ihrer Zeitgenossen. Das bessert nichts. Doch was sie von Millionen unterschied, war ihr Anteil an der Aufklärung deutscher Geschichte, der Fischer mehr als Broszat in eine Lage brachte, die nichts weniger als bequem war, und bezeugt für beide, dass sie kein zweites Mal bereit waren, den Pfad der Anpassung zu nehmen.

In diesem Jahr wird Anlass sein, der Arbeiten des einen wie des anderen sich zu erinnern. Wie des 90. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges gedacht werden wird, dürfte zeigen, was von Fischers Darlegungen ins öffentliche Bewusstsein geraten ist. Und der 60. Jahrestag des Attentats auf Hitler kann ähnliches für Broszats Hinterlassenschaft bewirken. Da der hierzulande sich ausbreitende „kollektive Gedächtnisschwund“ nicht allein das Geschichtlich-Faktische erfaßt, sondern hinter Fortschritte der historiographischen Nachkriegsarbeit zurückgeführt hat, stehen uns wohl in keinem Falle erfreuliche Überraschungen bevor.

Und Walter Jens, der einzige, den die geworfenen Steine zu Lebzeiten getroffen haben? Über seine Verdienste als Germanist steht mir ein Urteil nicht zu. Seine stückweis gegebenen Antworten auf die Bezichtigungen waren kläglich. Dass er aber zu denen gehört, die sich dafür einsetzten, Geschichte mit Humanität bewirkendem Nutzen durchzuarbeiten, dass er für die einzig mögliche Art von Wiedergutmachung wirkte, ist unbestreitbar. Sie bestand darin, dass „es“ nicht wieder geschieht – bis Jugoslawien 1999. Und nun?

Zum Beispiel Fritz Fischer, Martin Broszat, Walter Jens. Vom Stöbern in Biographien zum Rückbau von Erkenntnissen? konkret 2004, Heft 4, S. 37 f.

Buch & Deckel

„Tief-, Flach-, Hoch-, Missions-, Prominenten-, Mutter-und-Kind-, Operations-“ und schließlich gar „Kreiß-Bunker“ – das und weiteres wie das „Luftschutzbett“, der „Oberbunkerbaurat“ und das sich in der Gegenwartssprache behauptende „bombensicher“ gehören zum Sondervokabular, das dem Leser in einem Buch begegnet, das nur auf den ersten Blick, zu der Welle von Büchern zu gehören scheint, die jüngst zum Thema „Bombenkrieg“ in den Buchhandel geschwemmt wurde. Leser der Berliner Lokalpresse werden schon auf das Wirken des 1997 gegründeten Vereins „Berliner Unterwelten“ gestoßen sein, aus dessen Mitgliedschaft die Autoren dieses Bandes kommen, der eine eigene Perspektive auf die damalige Reichshauptstadt im Krieg nimmt. Die richtet sich auf die Geschichte der Idee, des Baus und der Nutzung von Luftschutzbunkern. Nur anfänglich ist der „Luftschutz“ zu stark an das Wirken der NSDAP und zu wenig an in die Jahre der Weimarer Republik reichende Planungen der Reichswehr geknüpft. Im weiteren Fortgang aber wird nachgewiesen, mit welchem Propagandaaufwand und mit wie geringem faktischen Ergebnis *von Staatswegen* Vorkehrungen für einen Krieg getroffen wurden, der die Zivilbevölkerung in schwere Mitleidenschaft zu ziehen drohte. Bei Kriegsbeginn existierten für kaum fünf von hundert Berlinern Anlagen, die allenfalls als Luftschutzräume gelten konnten.

Wie die „Schutzbauten“ dann nach Kriegsbeginn a tempo vor allem durch die Heranziehung von Fremd- und Zwangsarbeitern sowie von Kriegsgefangenen entstanden, wie die Bautätigkeit aber als Folge des Scheiterns des Blitzkrieges im Osten Anfang 1942 weitgehend zum Erliegen kam, wie sich das nächtliche Dasein in den Stahlbetonhöhlen gestaltete, das wird aus einer Fülle schriftlicher Quellen, insbesondere der Hinterlassenschaft des Generalbauinspekteurs Speer, und auch aus Zeitzeugenberichten rekonstruiert. Beeindruckend am Band-Ende das Bunkerverzeichnis.

Das Bild von der nationalsozialistischen Volks- und Kriegsgemeinschaft konterkarieren Informationen über die Errichtung von Privatbunkern für alle Reichsminister, für hohe Militärs wie den Großadmiral Karl Dönitz und für als besonders schützenswert geltende Staatsdiener wie den Chirurgen Ferdinand Sauerbruch und den Dirigenten Wilhelm Furtwängler. Derlei ließ im Volke fiel unzufriedenes Gerede entstehen. Nur am Rande erwähnen die Autoren, welche Profitquelle die Bunkerbauten für Großfirmen wie die Philipp Holzmann AG oder die Dyckerhoff & Widmann KG darstellten.

Verwendung, Sprengung und (teilweise) Beseitigung der Reste dieser Bunker machen den zweiten Teil des Buches aus, dessen Faktenreichtum künftigen Darstellungen der Kriegs- wie der frühen Nachkriegsgeschichte Berlins sehr zugute kommen wird.

Dietmar Arnold, Reiner Janick u. a.: Sirenen und gepackte Koffer. Chr. Links, Berlin 2003, 216 S., 34,80 Euro.

konkret, 2004, Heft 4, S. 58 f.

Klartext

„Leute, die im Wahlkampf die Wahrheit sagen, werden nicht gewählt“

Die Deutschen schreiten im sogenannten Superwahljahr in Richtung Wahlkabinen. Die Wahlkampfreklame soll vermitteln, es ereigne sich besonders Wichtiges. Zunächst wird in den Parteien jedoch um vordere Plätze auf Kandidatenlisten und mithin um Abgeordnetendiäten gerungen, gestritten und gefeilscht. Danach kann der „Zivilgesellschaft“ im Kasernenhofton gemeldet werden, die Figuren seien gut aufgestellt.

Wieviel Wahlvolk die Sozialdemokratie noch zusammenbekommen kann, nachdem Schröder sie an den Rand des Ruins gebracht hat, mag Statistiker und Historiker interessieren. Wieviel Gefolgschaft die Christdemokraten formieren, kann partiell nur erneut zeigen, wie zahlreich unter den Deutschen die Kälber sind, die unter ihren Metzgern die mit den längeren und schärferen Messern bevorzugen. Die Demokratischen Sozialisten, die sich als Kristallisationskern einer linken Protestbewegung bislang als ungeeignet erwiesen haben, könnten schon im Prozess der Aufstellung die faule Ausrede benutzen, dass Spalter ihr Vorankommen behindern, und so weiter die Wunden verdecken, die sie sich in Schwerin und Berlin selbst zufügen.

Die Fragen, ob, wie, wie weit und wie schnell der Abriss jenes Gebildes fortschreitet, das einmal Sozialstaat genannt worden ist, werden nicht in Wahlkabinen und nicht mit ein paar Strichen beantwortet. Darüber könnte aber in Berlin nicht anders als in Rom und Paris auf den Straßen entschieden werden. Einfach vorzustellen ist das nicht. Die zählenden Gewichte beginnen bei den siebenstelligen Zahlen. Wieviel Aussicht besteht, dass die zustande kommen? Das werden wir unter anderem am 3. April sehen, der so etwas wie eine Generalprobe sein könnte.

Wer sich noch nicht entschlossen hat, möge sich letzten Rat von einem so unverdächtigen Sozialdemokraten wie dem im Norden Brandenburgs, in Neuruppin, agierenden Landrat Christian Gilde holen. Dem wurde 2003 die Frage vorgelegt, wie sich denn die jüngsten Beschlüsse des SPD-Parteitages in Berlin zur Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der auch von ihm vor der letzten Bundestagswahl benutzten Werbung vertragen. Zu ihr hatte der Spruch gehört „Mehr soziale Sicherheit wagen“. Das hat den Mann nicht einen Augenblick aus der Fassung oder auch nur in Verlegenheit gebracht, sondern ihn, wie der Ruppiner Anzeiger meldete, gelassen sagen lassen: „Leute, die im Wahlkampf die Wahrheit sagen, werden nicht gewählt“.

Also: Kommen Sie lieber nach Berlin Unter die Linden oder dorthin, wo sonst in diesen Tagen Menschen sich versammeln, die noch nicht resigniert haben.

junge Welt, Freitag, 02.04.2004, S. 3.

„Big Week“

Vor 60 Jahren: Landung in der Normandie. Die Vorgeschichte der Zweiten Front (3)

Das deutsche Oberkommando teilte in den Tagen zwischen dem 21. und dem 27. Februar 1944 in seinen Berichten mit, dass faktisch zu jeder Tageszeit Orte in allen Teilen Deutschlands angegriffen worden waren. Neben der unbestimmten Erwähnung „einiger Städte“ waren Leipzig (mehrfach), Schweinfurt (bei Tag und Nacht), Gotha, Augsburg, Regensburg und Fürth genannt worden. Angeblich seien wieder Wohnviertel das Ziel der Bomber gewesen. Anders im Tagebuch des Joseph Goebbels. Der Minister erwähnte ausdrücklich „Industriewerke“.

Nach einem Beschluss des vereinigten Stabes der britischen und der in Europa eingesetzten 8. und 15. US-amerikanischen Luftflotten kam es zu einer Kette von Angriffen auf Flugzeugmotoren- und Flugzellenwerke. Zu den im OKW-Bericht unerwähnten Zielorten gehörten auch Anlagen in Tutow/Mecklenburg, Posen, Braunschweig, Halberstadt, Oschersleben, Bernburg, von denen manche schon vordem angegriffen worden waren. Die Befehlshaber wiesen die Aktion ausdrücklich als Teil der Vorbereitungen auf die Invasion aus. Bis zu deren Beginn sollten die deutschen Luftstreitkräfte nachhaltig geschwächt werden, um das Übersetzen und Anlanden der Truppen zusätzlich gegen Schläge aus der Luft zu sichern. Das Februar-Unternehmen, an dem 3800 Flugzeuge der Alliierten beteiligt waren und bei dem 266 Bomben- (das waren 6,9 Prozent) und 28 begleitende Jagdflugzeuge (weniger als ein Prozent) verlorengingen, erhielt später die Bezeichnung „big week“.

Was waren seine Resultate? Die deutsche Flugzeugproduktion sank im Februar gegenüber dem Januar 1944, stieg aber nach einem erheblichen zusätzlichen Einsatz von Kräften für Aufräumungs-, Reparatur- und Produktionsaufgaben bereits im März wieder an, ohne die vorgesehenen Zahlen zu erreichen. Wichtiger noch war, dass sich trotz der Verluste der Angreifenden der Begleitschutz namentlich der US-amerikanischen Pulks erheblich verbessert hatte und deren Jagdflugzeuge den deutschen Jagdstaffeln schwere Verluste zufügt hatten. Vor allem der Ausfall getöteter und verwundeter Besatzungen konnte nicht ausgeglichen werden. Der rasch ausgebildete „Nachwuchs“ war nicht fähig, die Lücken zu schließen – eine Erscheinung, die für die Wehrmacht insgesamt galt. Wochen später erklärte der Inspekteur der Jagdflieger, Generalleutnant Adolf Galland, angesichts des Verlustes von täglich 50 Flugzeugen binnen weniger Tage im April: „Es ist jetzt so weit, dass man sagen muss, es besteht die Gefahr des Zusammenbruchs unserer Waffe.“ Das war ein böses Omen angesichts der erwarteten Invasion.

Zeit ließen sich die Strategen der alliierten Luftstreitkräfte mit Angriffen gegen den zweiten Schwachpunkt der gegnerischen Luftwaffe, die Anlagen für die Treibstoffproduktion. Sie waren im Generalstab Görings erwartet worden, hieß es doch in einer dort entstandenen Ausarbeitung vom April 1944: „Mit der Zerstörung unserer wenigen großen Raffinerien und Hydrierwerke könnte er (der Gegner – K. P.) einen Erfolg erringen, der tatsächlich die Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges durchaus in Frage stellen würde.“ Das brauchte zu diesem Zeitpunkt den US-amerikanischen Strategen schon niemand mehr zu raten. In Italien stationierte US-amerikanische Verbände hatten bereits am 5. April mit systematischen Bombardements auf das rumänische Erdölgebiet begonnen. Dann, am 12. Mai, waren die Hydrierwerke in Leuna, Böhlen, Lützkendorf, Zeitz und Brüx, später die in Ruhland, Espenhain und Pölitz in Vorpommern (heute Police) das Ziel ihrer Bomber. Das reduzierte augenblicklich die Treibstoffproduktion um 36 Prozent, die um Flugbenzin gar um 56 Prozent.

Am 19. Mai erstattete Rüstungsminister Albert Speer, nachdem er in den Leunawerken mit Fachleuten das „Gewirr zerrissener und verbogener Rohrsysteme“ besichtigt und sich einen Gesamtüberblick verschafft hatte, Hitler auf dem Obersalzberg Bericht. Doch wusste er nach diesem Debakel, wie er sich in seinen Memoiren später zitierte, dem „Führer“ nichts anderes zu sagen als: „Wir haben nur noch die Hoffnung, dass auch die andere Seite einen Generalstab der Luftwaffe hat, der so planlos denkt wie der unsre!“ Dabei war, wie eben erwiesen, gerade das nicht der Fall. Der Gegner hatte, wenn auch spät, eine der verwundbarsten Stellen der Rüstungsproduktion gefunden, die zu treffen freilich die Fähigkeit zu Präzisionsangriffen voraussetze.

Vier Tage später fanden sich führende, vielfach mit Kriegsverdienstkreuzen ausgezeichnete Rüstungsindustrielle bei Hitler, Göring, Keitel und Speer ein, u. a. Carl Krauch, der Generalbevollmächtigte für die Chemieindustrie, Paul Pleiger vom Hermann-Göring-Konzern, Heinrich Bütefisch und Ernst Rudolf Fischer von der IG Farben AG. Es wurde die Bildung eines weiteren Sonderstabes beschlossen, der mit außerordentlichen Vollmachten für die Wiederingangsetzung der Produktion zu sorgen hatte und der immer neue Aushilfen finden sollte, denn die Angriffe auf die Treibstoffwerke wurden auch nach Beginn der Invasion fortgesetzt. Abhilfe war durchgreifend nicht zu schaffen, denn diese Anlagen, anders als die der Jagdflugzeugproduktion, ließen sich weder dezentralisieren noch in Wäldern verstecken oder unter die Erde verlegen. Mit letzterem war unter der Leitung eines „Jägerstabes“ begonnen worden, der die Fortsetzung dieses Teils der Rüstung sichern sollte. Er trieb sein Programm unter brutaler Ausbeutung der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern voran, gelangte aber dennoch nicht zum Ziel. Großprojekte wie die im bayerischen Kaufering waren bei Kriegsende nicht annähernd funktionsfähig, hatten sich aber unter der Regie von Baufachleuten, Militärs und SS-Personal als ein Moloch erwiesen.

Die deutsche Bevölkerung, von der Nazipropaganda ebenso angestachelt wie hingehalten und vertröstet, hoffte indessen auf „Vergeltung“ für die Angriffe, unter denen sie litt. Damit verband sich die Vorstellung, vernichtende Schläge auf britische Städte würden zum Nachlassen der Luftattacken gegen das Reich führen. In Wirklichkeit sank mit der Umstellung des Flugzeugbauprogramms auf die Jagdwaffe die Fähigkeit für Einsätze der eigenen Bomberflotte. Die Führung suchte Enttäuschung und Rachegelüste schließlich durch die in einem am 28. Mai 1944 im Völkischen Beobachter veröffentlichten Artikel „zum Luftterror“ enthaltene Aufforderung von Goebbels ein Ventil zu schaffen, abgeschossene oder notgelandete Flugzeugbesatzungen Auge um Auge und Zahn und Zahn selbst zu bestrafen.

Doch weithin griff Resignation um sich. Ein Zeugnis äußersten schwarzen Humors jener Zeit gibt die Antwort auf die Frage, wie die Vergeltung kommen werde: „Goebbels sitzt am Kanal und streckt den Briten die Zunge heraus.“ Die Erfahrung Luftkrieg führte der Zivilbevölkerung tagtäglich ernüchternd vor Augen, wie es um das Kräfteverhältnis stand, wenn sie auch in den nicht lediglich überflogenen Gebieten sah, dass sich bei Tage feindliche Flugverbände am Himmel „tummelten“. Das ließ die Siegeszuversicht dahinschwinden und einzig noch auf Wunder hoffen.

junge Welt, Sonnabend, 03.04.2004, S. 14.

Wahnwitz im Ganzen

Wie es sich in jenen Septembertagen des Jahres 1914 für eine Dame ihres Standes gehörte, machte sich auch die Großherzogin Hilda, Ehefrau Friedrichs II. von Baden, auf den Weg, um einige der tapferen Krieger, die sich schon in den mörderischen ersten Kriegswochen leicht blessiert in einem Heimatlazarett befanden (die schweren „Fälle“ wurden den patriotischen Blicken empfindsamer Damen doch besser vorenthalten), durch ihren Besuch und einige Aufmerksamkeiten zu erfreuen und so dafür zu sorgen, dass sie bald wieder auf die Beine und vor den Feind kamen.

„Wo sind Sie verwundet?“ habe sie Mann für Mann auf ihrem Rundgange gefragt, und ein biederer Landwehrmann habe ihr wahrheitsgemäß geantwortet: „Am Arsch, Königliche Hoheit“, worauf Hilda interessiert tiefer geforscht habe: „So? Wo ist denn das?“ Karl Hampe, Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte, der uns diese Episode in seinen Tagebuch-Aufzeichnungen überliefert, bemerkt dazu, die damals fünfzigjährige Großherzogin sei ja etwas schwerfällig und habe in der präzisen Angabe wahrscheinlich einen Berg oder dergleichen vermutet.

Freilich: Wer zu den ausführlichen, Tag für Tag angefertigten Notizen des Historikers in dem eben erschienenen Band greift, der mit einer hochinformativen, analytischen Einleitung und vorbildlichen Anmerkungen und Registern versehen ist, darf sich nicht auf Unterhaltsames einstellen. Er lernt einen Gelehrten kennen, der, so sehr er auf seinem Forschungsgebiet Scharfsinn längst bewiesen hat, von den Ereignissen wie benebelt ist, vom Morgen bis in den Abend nach Erfolgsnachrichten von den Fronten geradezu lechzt, auf die Einnahme von Frankreichs Hauptstadt spannt und nach Siegesmeldungen ein Fähnlein aus dem Dachfenster seines Hauses flattern lässt.

Das lesend und dadurch Einblick nicht nur in die Familie des Gelehrten, sondern darüber hinaus in die Geschichte der Heidelberger Hochschullehrerschaft und die Atmosphäre der Universitätsstadt gewinnend, mag man noch heute, neunzig Jahre später, Bedrücktheit spüren. Und sich fragen, welche Zustände hergestellt werden müssen, um diese gespaltene Verfasstheit – Klarblick im Einzelnen und Wahnwitz im Ganzen – hinter uns zu lassen.

Karl Hampe: „Kriegstagebuch 1914-1919“, hrsg. von Folker Reichert und Eike Wolgast, R. Oldenbourg Verlag München, 1020 S., 118,00 Euro.

Ossietzky, 8/2004, 17. April 2004, S. 278 f.

Barbarossa light – Vor einem Jahrestag

Von der Maas bis an die Memel, von Joschka Fischer bis Erika Steinbach – mit der am 1. Mai in Kraft tretenden EU-Erweiterung zeigt Deutschland, dass sich Osteuropa auch zivil erobern lässt. Beiträge von Ralf Schröder, Rainer Trampert und Kurt Pätzold über die EU-Erweiterung als deutsches Projekt vor einem wieder geglätteten historischen Hintergrund.

Jahrestage, die auf historische Ereignisse verweisen, werden von denen, die an ihnen nicht vorbeikommen, grob nach gelegenen und ungelegenen unterschieden. Zur ersten Kategorie gehörte beispielsweise der 100. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, der im Kaiserreich 1913 begangen wurde. Eine für die „Eigenen" siegreich verlaufene, wieder und wieder verherrlichte Schlacht, wenngleich ausgetragen gegen einen durch den Russlandfeldzug schon sehr geschwächten Gegner. Was für ein Geschenk für eine Machtelite, die den nächsten Krieg fest im Visier hatte! Der Gedenkrummel wurde mit außergewöhnlichem Pomp inszeniert. Daran, dass der „deutsche Patriotismus" (Der König rief und alle, alle kamen! Das Volk steht auf, der Sturm bricht los! Gold gab ich für Eisen! usw.) und der Franzosenhass damals nicht alle trunken machte, Truppen des Königreichs Sachsens noch an Napoleons Seite kämpfen sollten, aber in der Schlacht massenhaft überliefen, musste nicht besonders erinnert werden. Aus Anlass des Jubiläums errichtete Großbauten wie die Jahrhunderthalle in Breslau (heute: Wroclaw) und der Denkmalkoloss inmitten des erst später zur Heldenstadt deklarierten Leipzig haben mehrerlei Bomben und Granaten überdauert und Kulissen für sehr verschiedene politische Unternehmen abgegeben.

Und nun? Diesmal zwar kein 100., aber auch ein „runder". Seit Jahresbeginn kündigt sich an, dass der 6. Juni 2004 besonders begangen werden wird. Der Grund: Es jährt sich zum 60. Mal eines der bewegendsten Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, von den einen als D-Day, von anderen als Invasion bezeichnet, von dritten als Beginn der Errichtung der Zweiten Front in die Geschichte des Zweiten Weltkriegs eingeordnet. „Overlord" lautete der Tarnname für das See-, Luft- und Landeunternehmen ohne Beispiel. Soldaten aus Großbritannien, den USA und Kanada waren daran beteiligt, auch Formationen, gebildet aus Angehörigen von Nationen, deren Bewohner Opfer der deutschen Aggression geworden waren: Polen, Tschechen, Franzosen.

Zeitgenossen haben das Geschehen in der Normandie gebannt verfolgt und Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges daran geknüpft. Eine Stimme jener Tage ist die Louis Fürnbergs, der aus Jerusalem an den in Haifa lebenden Arnold Zweig schrieb: „Nun ist ja die Zweite Front gestartet, und ich denke, wir werden endlich mit unserem Optimismus recht behalten." Zweig antwortete: „Ich sage mir bloß immer wieder: ‚Groß ist die Diana der Epheser.'" Aus dem Rückblick notierte Konstantin Simonow, ein an den Fronten wie im sowjetischen Hinterland weit Herumgekommener, der wie wenige aus eigenem Augenschein die Leiden kannte, die Millionen seiner Landsleute seit dem 22. Juni 1941 ertrugen: „Das, was sich jetzt in der Normandie abspielte, hatten wir in den verzweifelten Tagen des Jahres 1942 erwartet und im stürmischen Frühjahr 1943 vor Beginn der deutschen Sommeroffensive. Mit keinem anderen Begriff waren in den vorangegangenen Jahren bei uns so viele enttäuschte Hoffnungen verknüpft wie mit dem der zweiten Front. Umso deutlicher erinnere ich mich daran, wie ich die Landung in der Normandie aufnahm. Endlich war ernsthaft in einem Ringen um Leben und Tod – eine zweite Front geschaffen! Zumindest ich persönlich durchlebte damals glückliche Tage."

Dieses Gefühl kann sich nach Jahrzehnten schwerlich wieder einstellen. Die Erinnerungen der Zeitgenossen, der damals beteiligten Soldaten, junge Burschen zumeist, die heute das neunte Lebensjahrzehnt nahezu erreicht oder überschritten haben, bleiben gespalten. Genugtuung über den eigenen Beitrag, die Wehrmacht geschlagen, den Faschismus zur Strecke gebracht zu haben, verbindet sich wie im Jahr zuvor beim Gedenken an die Schlacht von Stalingrad mit der Erinnerung an die Kameraden, die nicht überlebten. Die Zahl derer, die allein am ersten Tage der Invasion starben, vermisst oder verletzt wurden, wird mit mehr als 10.000 angegeben, meist US-Amerikaner, umgekommen in den mörderischen Kämpfen am Küstenabschnitt „Omaha Beach".

Wer von den „Ehemaligen" die Kraft noch besitzt, dorthin zu reisen, wo er dem Tode entkam, wird wieder auf den nahe beim einstigen Schlachtfeld gelegenen Friedhof gehen mit den endlos langen Reihen der streng ausgerichteten weißen Steine, darauf Christenkreuze und Davidsterne. Zu betrauern

sind mit den Angehörigen der alliierten Armeen Zehntausende französischer Zivilisten, die in Ortschaften und Städten während der Kämpfe, vor allem bei Luftbombardements getötet wurden, als ihnen ihre Befreiung schon greifbar nahe und nur noch eine Frage von Stunden zu sein schien.

Und die Deutschen? Mit Genugtuung meldeten hierzulande Nachrichtenagenturen zur Jahreswende 2004, der Präsident der Republik Frankreich habe den Bundeskanzler zu Feierlichkeiten geladen, die aus Anlass des Jahrestags in der Normandie stattfinden würden. Ein Regierungssprecher in Berlin sah dadurch bewiesen, dass sich die Zeiten „tatsächlich geändert" haben. Kommentatoren vermerkten, zum ersten Male sei ein deutscher Kanzler zur Teilnahme gebeten worden. Erinnert wurde daran, dass Helmut Kohl zehn Jahre zuvor noch zu Hause bleiben musste, und dass, obwohl er – weitere zehn Jahre zurück – auf Einladung François Mitterands sich mit diesem gemeinsam schon auf dem Schlachtfeld von Verdun hatte zeigen dürfen. Doch hatte der französische Präsident 1994 ein Trostpflaster bereit. Er bat nur wenige Wochen nach dem Gedenken in der Normandie Kohl nach Paris, damit er die deutschen Panzer nicht nur per Fernsehbild zu sehen bekam, als sie am Nationalfeiertag waffenbrüderlich über die Champs-Elysées paradierten.

Nun endlich sind die Deutschen auch in der Normandie nicht länger unerwünscht! Der Schlussstrich unter Geschichte und Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs verlängert und verdickt! Dabei wird er nur mit einer weiteren Arabeske versehen, denn mitschießen durften die Deutschen ja schon. Dennoch soll das schmückende Beiwerk nicht geringgeschätzt werden. Bleibt einzig der nicht tilgbare Bei- und Nachgeschmack, dass der Regierungschef sich an einen Ort begibt, an dem es nicht einmal einen siegreichen Auftakt – wie 1942 in der Schlacht zwischen Don und Wolga – gegeben hatte und die deutschen Divisionen sogleich auf die Verliererstraße und ihre Soldaten in eine verzweifelte Lage geraten waren. Hilflos und vergeblich hatten deutsche Infanteristen an Frankreichs Küste nach eigenen Flugzeugen Ausschau gehalten, damit den zermürbenden Luftattacken der Gegner und dem Feuer ihrer Schiffsgeschütze ein Ende gemacht würde. Demonstrierten diese doch seit der ersten Stunde der Schlacht die absolute kriegstechnische Überlegenheit der Alliierten und ließen jeden Gedanken an den Endsieg ersterben.

Wie dem auch war: Nun steht der deutsche Kanzler Seit' an Seit' mit den Siegern von einst. Ähnliches hatten wir schon und hatten es seinerzeit und wiederholt kritisch zu vermerken, als Ulbricht und Honecker sich in die Reihen des sowjetischen Siegers schlichen und die Ostdeutschen nach sich zogen. Die, so erzählt es die seit 1990 verbreitete Legende, stahlen sich, statt ihre und ihrer Väter Rolle in Weltkriegszeiten zu begreifen, klammheimlich aus der deutschen Geschichte davon. Anders hingegen, dieser Lesart zufolge, die Westdeutschen, die sich auf dem argen Weg der Erkenntnis vorwärts geschunden haben. Mit welchem Ergebnis, das machen die Vorbereitungen auf den 6. Juni deutlich.

Zum Beispiel im Städtchen Obernburg am Main. Da agiert eine Reservistenkameradschaft der Bundeswehr, und die rüstet zur Gruppenfahrt gen Westen. Dafür besitzt sie schon ein Programm. Es verrät, auf welchem Niveau der „Erinnerungskultur" sich das Unternehmen gestalten soll. Zunächst wollen sich die Fachleute das einst umkämpfte Gelände „aus der Sicht der Verteidiger" ansehen, sich also vermutlich fragen, was die alten Kameraden vielleicht besser hätten machen können. Sodann sollen „natürlich auch die Probleme der Angreifer" in Augenschein genommen werden. Nicht ausgelassen werden darf folglich die Besichtigung von Batterien, „die den Amerikanern ernstliche Schwierigkeiten bei der Landung machten und einige Schlachtschiffe versenkten". Angekündigt wird Teilnehmenden ein Kennerblick auf die „perfekt in die Landschaft eingepassten Bunkerwerke" des Westwall II, der dann großkotzig in „Atlantikwall" umgetauft wurde. Besucht werden soll der deutsche Soldatenfriedhof in La Cambe, der nach dem deutsch-französischen Abkommen von 1954 entstand und die herbeigeschafften Überreste von mehr als 20.000 Toten birgt. Von einem der amerikanischen Friedhöfe oder dem englischen bei Bayeux, wohin die Reise ebenfalls führen wird, ist keine Rede. Nicht auszuschließen, dass der Abstecher einem Reisenden als Ergänzung ja noch einfallen könnte.

Diese Obernburger Kleingruppe gehört zur größeren Reservisten-Kameradschaft der Bundeswehr im Kreis Aschaffenburg, und diese wiederum hat einen Militärhistorischen Arbeitskreis Ratingen. Dessen Leiter, ein diplomierter Ökonom, sieht auf die Kämpfe in der Normandie und den Krieg insgesamt

aus dem Jahr 2004 so zurück: „Leistung und Opfer der deutschen Frontsoldaten wird (sic!) immer geschmälert von einem auf Eroberung abzielenden und letzten Endes verlorenen Krieg.“ Dieses Ärgernis, welches den Nachgeborenen (Motto: „Wir waren Soldaten und bleiben Kameraden“) die Ehrung der Heldenväter vermiest, ist nicht das einzige, denn weiter heißt es: „Dass dies alles unter Hitler geschah, war die Tragik des deutschen Soldaten“, denn sie „würden es verdient gehabt haben, in besseren Zeiten einem edleren Herren zu dienen“. Der, so der Wortsinn, „edle Hitler“ hat nicht gereicht, eines edleren waren sie würdig.

Verlassen wir Unterfranken und begeben uns nach Mönchengladbach. Dort residiert ein mit der deutschen Kriegsgräberfürsorge kooperierendes Reisebüro. Das bietet aus gleichem Anlass, doch mit abgewogenen Texten Normandie-Reisen an. Die kürzere führt auch zu vier deutschen und einem US-amerikanischen Soldatenfriedhof, während die längere den Besuch von fünf deutschen Begräbnisplätzen vorsieht, Mitfahrenden aber keinen Halt an einem britischen oder US-amerikanischen Friedhof zumutet. Hingegen wird Sainte-Mère-Église berührt werden, wo – wie spaßig – „ein Fallschirmjäger bei der Alliiertenlandung am 6. Juni 1944 an der Kirchturmspitze hängen blieb“. Auch Friede und Versöhnung erwähnt das Programm im Weiteren ausdrücklich.

Jahrestage wie dieser geben, kaum dass sie in Sicht kommen, Anstöße für Forscher, das Ereignis neu zu befragen, auf das sich die Erinnerung richtet. Nun ist „Overlord“ seit Jahrzehnten Gegenstand intensiver wissenschaftlicher Arbeit von Historikern gewesen, an der vor allem Experten in den damals direkt beteiligten Staaten mitgewirkt haben. Kriegstagebücher der beteiligten Armeen wurden ausgewertet, andere, wie das des noch 1945 bei einem Flugzeugabsturz umgekommenen britischen Admirals Bertram Ramsay, des Oberkommandierenden der Landungsflotte, sind vor Jahren schon publiziert worden. Ebenso Papiere aus der Hinterlassenschaft Dwight D. Eisenhowers, des obersten Befehlshabers des gesamten Unternehmens. Dazu kommt die Vielzahl von biographischen Studien, die Militärs gewidmet wurden, die Armeen, Luft- und Seeflotten befehligten. Auch Erinnerungsberichte „einfacher“ Soldaten sind gesammelt und publiziert worden. Die Entdeckung von Dokumenten, die zu eingreifenden Korrekturen bisher gewonnener Vorstellungen und Bilder zwingen würden, stand nicht zu erwarten. Dem kürzlich gemeldeten, noch nicht ausgewerteten Fund von Luftaufnahmen, die Auskunft geben über den Hergang der Landung, dürfte voreilig und unbegründet eine solche Wirkung zugesprochen worden sein.

Keine Biographie eines Teilnehmers hat jedoch mehr Aufmerksamkeit gefunden als die Erwin Rommels, und dies nicht, weil ihm 1944 militärische Operationen gelungen wären, die seinen vom Afrika-Feldzug herrührenden Feldherrnruhm mehrten. Doch ging der Generalfeldmarschall, von dessen Oberbefehl über die an der Atlantikküste befindliche Heeresgruppe sich Hitler die Abwehr der Invasion versprochen hatte, als das Vorhaben gescheitert war, einen Schritt, den vor ihm deutsche Generale schon einmal angesichts ihres Bankrotts an der Westfront gegangen waren. 1918 hatten sie der politischen Führung des Reiches nahegelegt, über Verhandlungen einen Weg aus dem Krieg zu suchen, bevor die Front in Frankreich völlig zusammenbrechen und das Heer an die Reichsgrenze zurückfluten würde. Damit kam Rommel jedoch beim „Führer“ schlecht an. Als bekannt wurde, dass er zu den Mitwissern der Verschwörung gegen Hitler gehörte, wurde er vor die Wahl Volksgerichtshof oder „Freitod“ gestellt.

Nahezu verstummt ist der zeitweilig unter dem Einfluss des Kalten Krieges angeheizte Streit darüber, welcher Platz der Schlacht in der Normandie in der Geschichte des schwer errungenen, ein knappes Jahr später erreichten Sieges über Deutschland und seine Verbündeten zukommt. Weder die Feststellung, dass das Oberkommando der Wehrmacht im Osten seit 1941 seine kampfstärksten Divisionen schon verloren hatte und, sollte nicht zur Verhinderung des einen ein anderes Debakel riskiert werden, der Umgruppierung der eigenen Kräfte nun enge Grenzen gesetzt waren, noch die unstreitige Tatsache, dass die Wende des Krieges von der Roten Armee bereits erkämpft worden war, bevor der erste Soldat der Westalliierten seinen Fuß auf das Festland setzte, schmälern das Verdienst eines Offiziers oder Soldaten, eines Partisanen oder Widerstandskämpfers, der zum Erfolg von „Overlord“ beitrug. Von da an rückte der Sieg der Alliierten in greifbare Nähe. Nach weiteren elf Monaten war er erkämpft.

Das Niveau der Erinnerung 2004 besitzt einen Maßstab. Es wird sich an der Antwort auf zwei Fragen erkennen lassen: Wird an jenem 6. Juni auch der sowjetischen Soldaten gedacht werden, die – wie zwischen den Stäben der Alliierten vereinbart – 16 Tage nach dem Beginn der Landung im Mittelabschnitt der Ostfront in eine die westlichen Verbündeten entlastende Offensive befohlen wurden? Diese führte zum totalen Zusammenbruch der deutschen Heeresgruppe Mitte, zur Befreiung von etwa 6.000 im Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek bei Lublin zurückgelassenen Häftlingen und die Rote Armee bis an den Mittellauf der Weichsel. Oder werden die Totalitarismus-Doktrinäre die Scheinwerfer so aufstellen, dass die Befreiung der Deutschen als Ergebnis eines Doppelschrittes der Jahre 1945/1989 erscheint?

Möglicherweise wird sich die Ausbeutung der Geschichte für politische Zwecke auf einen einzigen Aspekt konzentrieren, und die Regisseure des Gedenkens werden die Linie von „Overlord“ zu jenem anglo-amerikanischen Gemeinschaftsunternehmen des Jahres 2003 durchziehen, vom Krieg gegen Hitler zu dem gegen Saddam Hussein, der keine Völkerschlacht wurde, sondern mit einem Zerwürfnis einherging, das bis heute Reparaturen erforderlich macht, für deren Erledigung die Gelegenheit besonders günstig erscheinen mag. Schließlich bleiben die Mächtigen der reichen Länder dieser Erde mannigfach aufeinander angewiesen. Die Erinnerung an der Atlantikküste könnte so eine Funktion erhalten, die im Volksmund „Schwamm drüber“ heißt. So genutzt, wird der Jahrestag auch wieder zum Geschenk. Die Toten der Eröffnung der Zweiten Front können sich gegen eine Einordnung, in welche Traditionsreihe immer, nicht wehren. Vielleicht, aber wenig wahrscheinlich, tut das für sie einer der letzten Überlebenden.

PS: Für die Stolzdeutschen, denen das ganze Erinnern an eine verlorene Schlacht unpatriotisch und das Gedenken folglich gar widerwärtig ist: Sie könnten es einfach übergehen, sich ein Jährchen gedulden und am 6. Juni 2005 den 100. Jahrestag der Eheschließung des Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern mit der Herzogin Cecilie zu Mecklenburg gedenken. Gelegenheit zur Vorbereitung wird schon jetzt geboten. In Potsdam ist eine Ausstellung zu besichtigen, die an die adlige Dame erinnert, die es zwar bis zur Kaiserin nicht geschafft hat, doch ein freundliches und unkompliziertes Wesen besessen, sich weithin großer Beliebtheit erfreut haben und deren Küchengeschirr ansehenswert sein soll. So viel deutsche Geschichte, so viel Auswahl.

konkret, 2004, Heft 5, S. 41 f.

Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht

Detlef Nakath, Gerd Rüdiger Stephan (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Klaus Höpcke – Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages, GNN Verlag Schkeuditz 2004, 256 S. (14,90 Euro) (Rezension)

Wer wie der Rezensent die Veranstaltung versäumen musste, sollte zu diesem Buch greifen, das die Reden dokumentiert, die in den Räumen der Berliner „Hellen Panke“ aus Anlass von Klaus Höpckes 70. Geburtstag gehalten wurden. Sie bilden alles in allem ein Angebot, sich mit der Geschichte der DDR auseinander zu setzen, natürlich unter dem besonderen Gesichtswinkel, den der Anlass des Treffens prägte. Mehr noch: mancher Beitrag fordert dazu kräftig heraus.

Dies freilich wird auch schon im Gedruckten bestritten. Durch Wolfgang Leonhard, einen der Teilnehmer und Redner, der seinem Text einen Nachtrag angefügt hat, in dem er Unbehagen über den Verlauf des Kolloquiums ausdrückt. Erstens sei es im Hinblick auf die DDR viel zu unkritisch, ja beschönigend zugegangen. Und zweitens hätten wiederholte Bezugnahmen auf Initiativen, die sich darauf richteten, im ostdeutschen Staate mehr Demokratie zu wagen, diesen eine Bedeutung zugemessen, die ihnen in Wirklichkeit nicht zugekommen sei.

Selbst wer die Berechtigung dieser Kritik nicht bezweifeln würde, hätte zweierlei zu bedenken. Unabhängig von ihrem Ausmaß und ihrer Wirkung bleiben alle Bestrebungen, der neuen Gesellschaft eine breite Basis in allen Schichten und Klassen dauerhaft zu schaffen, denkwürdig und aufbewahrenswert. Sie könnten ja noch von Nutzen sein. Mit Hacks gesprochen: Heute nicht. Morgen doch. Sodann zur generellen, zweimal ausdrücklich an den mit seinen Erinnerungen befassten Jubilar gerichteten Forderung, es müsse, um einen Dichter ganz anderer Herkunft und Tradition zu bemühen, an die Betrachtung der DDR doch mehr roter Pfeffer gegeben werden. Es soll dem Kritiker nicht geraten werden, sich einer der Veranstaltungen auszusetzen, in denen blinder Hass gegen die DDR die Atmosphäre bestimmt. (Man braucht nach ihnen nicht lange zu fahnden.) Er muss sich auch nicht ein einziges Elaborat jener massenhaft verfügbaren Literatur antun, in der einstigen DDR-Bürgern ein vertanes Leben angedichtet wird und eingeredet werden soll, sie hätten nur in gesellschaftlichen Nischen und geschützt vor der Obrigkeit kurze freudvolle Momente erlebt. Er könnte einzig bei nüchterner Überlegung und ohne Überanstrengung von Phantasie darauf kommen, dass von den Teilnehmenden in Pankow so wenig wie sonst anderswo Eindrücke aus ihrer soeben erlebten Gegenwart an der Garderobe abgegeben werden konnten. Dazu gehören: die Haltung der Regierung der Bundesrepublik zu Ansprüchen, die aus der Bodenreform herrühren, die Bestimmungen über die Ostrenten und die Fortdauer der Strafrenten, am Orte selbst die Haltung des Berliner Senats und der Abgeordnetenmehrheit, die der wissenschaftlichen Leibniz-Societät eine Jahreszuwendung von – sage und schreibe – 30.000 Euro, die in erster Linie darauf verwendet würden, wissenschaftliche Arbeiten zu publizieren, nicht nur verweigern, sondern zu diesem Entscheid noch diffamierende Sprüche liefern, und vieles andere und ähnliches mehr. Das muss unvermeidlich auch seinen wie immer gebrochenen Niederschlag in einer Veranstaltung finden, selbst wenn sie der Heiterkeit eines Jubiläums nicht entbehrt. Wen kann das ernstlich verwundern? Die Rede ist von einer „Geschichte, die noch qualmt“. Wie edel hat sich die eine Seite zu verhalten, wenn Dreckschleudern auf der anderen auf Dauerfeuer gestellt sind? Sie muss und darf in ihrem eigenen Interesse Gleiches nicht mit Gleichem zurückgeben. Und das tut sie auch nicht. Etwas Erstaunen wäre angebracht angesichts von Gelassenheit und Souveränität, mit der Gesellschaftswissenschaftler und Schriftsteller, auch Politiker und Publizisten versuchen, sich mit der Vergangenheit des untergegangenen Staates, der gescheiterten Gesellschaft und mit ihrer Rolle darin zu befassen, auch sich mit ihr abzuschinden.

DDR-Geschichte war an diesem Tage durchaus nicht der Gegenstand aller Reden. Die Veranstalter hatten für die Wahl der Themen weite Spielräume geöffnet. Während sich die älteste, von Moskau angereiste Teilnehmerin, Jewgenija Kazewa, ihrer Begegnungen mit dem Jubilar erinnerte und darüber sprach, was sie auf dem jeweiligen Feld der Editionspolitik zum Nutzen von Literaturinteressierten erreicht hatten, erörterte die jüngste Gratulantin, Sahra Wagenknecht, die Alternativen und Perspektiven der demokratischen Sozialisten. Während Schriftsteller neuere Texte bekannt gaben und Hermann Kant aus seinem Privatarchiv einen Brief beisteuerte, den er 1989 an Erich Honecker

geschrieben hatte, um die Absetzung Höpckes als stellvertretender Kulturminister zu verhindern, beteiligte sich der frühere stellvertretende PDS-Vorsitzende Diether Dehm mit einer Nachdichtung des Liedes der italienischen Partisanen „Bella ciao“. Genosse Höpckes Mitstreiter aus dessen „Thüringer Zeit“ sprachen zu Entwicklungen im CDU-beherrschten Freistaat, und Steffen Kachel, dort ein Landtagsabgeordneter, griff gar noch hinter das Geburtsjahr des Geehrten zurück und erörterte das sozialistische Reformprojekt in Thüringen 1921-1923, worüber sich gewiss Näheres in seiner Dissertation erfahren lassen wird. Lothar Bisky und Hans Modrow, jener Vorsitzender, dieser Ehrenvorsitzender der PDS, erinnerten sich wiederum an die Gründungszeit der Partei, in der Höpcke ebenso eine aktive Rolle spielte wie in späteren Programmdebatten.

Auch mit der Überschrift „Beiträge zu einer Biografie des Jubilars“ wären die Texte mithin nicht falsch deklariert gewesen. Der wird manchen für seine autobiografische Arbeit heranziehen, zu der er wegen der Übernahme anderer Verpflichtungen immer wieder auch gedrängt werden muss. Ein Sammelsurium also? Kein Leipziger, aber ein Berliner Allerlei, so dass die Erörterung des großen und immer wieder heiß und auch erbittert umstrittenen Demokratiethemas sich nur auf Zufallstreffer reduzierte? Das verhinderte nicht die Regie, sondern der „roten Faden“, den das Wirken Höpckes als FDJ-Funktionär, „Bücherminister“ und „Transformator“ auf dem steinigen Weg von der SED zur PDS abgab. Da stellte sich ihm, seinen Genossen und Mitstreitern die Frage „Wie hältst du es mit der Demokratie“ permanent und auch, insbesondere während seiner Jahre als Landtagsabgeordneter in Erfurt, die komplementäre „Wie halten es die Anderen mit ihr“. Die russische Germanistin, Übersetzerin und Herausgeberin Kazewa hat zur Generalaussage, die im Thema getroffen war, leise, aber deutlich einen Einwand angemeldet. Der besagt etwa: Auch wenn die Zustände widrig und wenig oder nicht demokratisch sind, müsse versucht werden, das Vernünftige zu tun, aufklärend zu wirken. Erst am Resultat werde man erkennen können, ob „es geht“ und „wie viel gegangen ist“. Das konnte nicht nur als Erfahrung aus ihrer früheren Arbeit und Bekenntnis zu einer in der Vergangenheit liegenden Haltung gehört, sondern auch auf die Gegenwart der Bundesrepublik bezogen werden, in der demokratische Forderungen, die Volkes Stimme und Interesse geltend machen wollen, auf mehr Gegen- als Rückenwind stoßen.

Höpcke wurde mehrfach lobend bestätigt, dass er den Literaturbetrieb in der DDR bis zu deren Ende zu demokratisieren, von ideologischen, politischen und bürokratischen Fesseln zu befreien suchte. Seine eigene Sicht auf Vorgänge und Ergebnisse dieser aufreibenden – auch seine Gesundheit treffenden und gefährdenden – Bestrebungen dürfte in manchem kritischer sein als die ihm vorgetragene. Denn zu wenig wurde akzentuiert, wie viele Kräfte verbraucht wurden, wie viele denkbare Erfolge der Gesellschaft unerreicht blieben, weil unbegründete Sorgen, ja Angst um den Machterhalt (und nicht selten einfach Unwissenheit bis zur Dummheit) lähmend, abstoßend, zerstörerisch wirkten. Nur eben, darauf haben mehrere der Gratulanten bestanden, über dem Elend vieler Alltage, dem sich ein erheblicher Teil der Forschungen zur DDR-Vergangenheit heute vorzugsweise und mit Scheuklappen zuwendet, darf nicht vergessen werden, dass im ostdeutschen Staat eine Literatur entstand, die Millionen mit Gewinn für ihr eigenes Denken und Verhalten lasen und über deren nationalen und internationalen Rang das „letzte“ Wort schwerlich aus dem Blickwinkel der „Sieger der Geschichte“ gesprochen werden wird.

Also kein theoretischer Tiefgang im Kolloquium? Dann hätte, was gelegentlich schon passiert ist, Uwe-Jens Heuer ferngehalten werden müssen. Undenkbar, angesichts des Zusammenwirkens beider im Marxistischen Forum, jener Gruppierung in der PDS, deren Mittuende selbstbewusst meinen, ihre Partei besitze ohne eine marxistische Strömung in ihr keine Aussicht auf dauerhafte Existenz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Heuers Thema „Können Politiker Demokraten sein?“ war zwar leichthändig formuliert und seine Antwort „In Ausnahmefällen ja“ verwies auf Klaus Höpcke. Doch begann der Rechts- und Staatswissenschaftler seine tour d’horizon mit einer Kritik an den Auffassungen von Marx und Engels und einem Verweis auf ungelöste Widersprüche in deren Auffassungen über den künftigen Staat und die Fehlprognose von dessen raschem Absterben.

Im Anhang des Bandes sind Dokumente gedruckt, die aus der Tätigkeit des Jubilars herrühren oder in diesem Zusammenhang entstanden, sodann eine Bibliografie seiner Aufsätze und Artikel. Den

Schluss bildet eine Sammlung von Zeitungsbeiträgen, die aus Anlass von Höpckes Geburtstag erschienen und in denen über das Kolloquium berichtet wurde.

Utopie kreativ 163, Mai 2004, S. 472-474.

Vor einem Jahrestag

In der diesjährigen Kette der 60. Jahrestage, die an herausragende Ereignisse des Zweiten Weltkrieges erinnern, steht ein besonders bedeutsamer bevor. Am 6. Juni 1944 landeten anglo-amerikanische Truppen an der Küste der Normandie zwischen Le Havre und Cherbourg. Es begann die Eröffnung der Zweiten Front. Das Ende des Krieges in Europa kam in Sicht.

Das Unternehmen „Overlord“, so der Tarnname, auch bekannt unter der Bezeichnung D-Day (D für decision, Entscheidung), gehört zu den von Historikern – vor allem in den Ländern, deren Truppen an ihm beteiligt waren – nahezu erschöpfend untersuchten Großereignissen des Krieges. Das bedeutet indessen nicht, dass bei seiner mehrfachen Würdigung auf die Menge der Forschungsergebnisse zurückgegriffen worden ist. Auch nicht beim Erinnerungstreffen 1994 anläßlich des 50. Jahrestags. Wie da mit Grundtatsachen der Kriegsgeschichte umgegangen wurde, ließ Bernd Wegner, einem Erforscher und Kenner der Militär- und Kriegsgeschichte, der an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg arbeitet, gleichsam die Galle überlaufen, zumal er, gewiß ein wenig leichtgläubig, offenbar erwartet hatte, nach dem definitiven Ende des Kalten Krieges und dem eben erfolgten Untergang der Sowjetunion werde sich auch „im Westen“ eine den Fakten angemessene Betrachtung durchsetzen können. In seinem Beitrag auf einer Internationalen Tagung, die im Oktober 1994 in Koblenz stattfand und vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr veranstaltet wurde, liest man: „Die grandiose Einseitigkeit, mit der vornehmlich die angelsächsische Welt den fünfzigsten Jahrestag des ‚D-Day‘ zelebrierte und die zeitgleichen, nicht weniger dramatischen Erfolge der sowjetischen Streitkräfte (vor allem gegen die deutsche Heeresgruppe Mitte) ignorierte, bietet allein schon Anlass genug, daran zu erinnern, dass Deutschland seinen Krieg gegen die Welt mehr denn irgendwo sonst auf dem Boden der Sowjetunion verlor ...“ Es gebe, sagte und beklagte Wegner, auch ein halbes Jahrhundert danach noch immer keine „wissenschaftlichen Standards entsprechende Monographie über die Ereignisse an der Ostfront während jener Sommermonate 1944“. Über die Gründe dafür lasse sich nur spekulieren. Für diejenigen, die möglicherweise auf Seiten der deutschen Historiker, seiner Kollegen, mitwirkten, brachte er „das Desinteresse der Militärs an Niederlagen“ in Erwägung.

Wie weit die Kalte-Kriegs-Historiographie, nachdem uns ein weiteres Jahrzehnt vom Ereignis trennt, hinter uns liegt und Vorurteilslosigkeit auch Politikerreden bestimmt, werden wir am 7. Juni wissen. Es dürfte sich lohnen, darauf zurückzukommen.

Ossietzky, 9/2004, 1. Mai 2004, S. 322 f.

Streitmacht ohnegleichen

Vor 60 Jahren: Landung in der Normandie. Vorgeschichte der Zweiten Front (4)

Am 14. Februar 1944 wurde General Dwight D. Eisenhower offiziell Oberbefehlshaber der Invasionsstreitkräfte, die sich auf den Angriff auf den „Atlantikwall“ vorbereiteten. Ihren Kern bildeten Truppen der USA, Kanadas und Großbritanniens, doch waren auch Offiziere und Soldaten aus dem Empire sowie Formationen aus Franzosen und Polen beteiligt, Freiwillige aus Staaten der Antihitlerkoalition. In Erinnerungen von Militärs, diejenigen des Obersten Befehlshabers eingeschlossen, mögen die Risiken des Unternehmens und heimlich gehegte Zweifel an seinem Gelingen mitunter zu hoch veranschlagt worden sein. Unzweifelhaft aber stand eine Aufgabe bevor, die in der Kriegsgeschichte kein Beispiel hatte. Bei aller eingetretenen Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Kriegsparteien konnte nicht davon die Rede sein, dass die Landungskräfte den Sieg in der Tasche hatten, bevor sie von der Insel ablegten. Nicht nur der Gesamterfolg galt als offen. Auch der Preis, der für ihn erbracht werden musste. Er betraf die Zahl der Toten und Verwundeten, welche die Kämpfe fordern würden. Jede Fehlplanung musste diesen Preis zusätzlich erhöhen.

Anfang 1944 bedeutete die Berufung Eisenhowers auf einen Platz, der ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit einen weiteren in der Weltgeschichte eintragen würde – fraglich war dessen Vorzeichen –, keine Überraschung. Dabei war der General seit Kriegsbeginn, damals gerade 51 Jahre alt geworden, in einer Weise aufgestiegen, die Biographen kometenhaft nennen. In Friedenszeiten besaß er selbst unter seinesgleichen keinen besonderen Bekanntheitsgrad. Eisenhowers Karriere hatte wie viele in der Akademie von West Point begonnen. Er schloss dort als 61. von 164 Absolventen seines Jahrgangs ab. Im Ersten Weltkrieg blieb der junge Offizier entgegen seinem Wunsch mit Aufgaben in den USA betraut. 1922 wurde er in die Panamakanalzone befohlen. Danach folgten weitere Ausbildungen und Einsätze in den USA. 1935 wurde er an der Seite von Douglas MacArthur nach den Philippinen kommandiert. Seit 1940 wieder in den USA, bekleidete er den Posten des Generalstabschefs einer Armee und brachte es zum Brigadegeneral. 1941 sah sich Eisenhower von George C. Marshall in den Generalstab der US-Streitkräfte gerufen, wo er mit Planungen für den Fernen Osten befasst wurde. Bis dahin hatte er längere Zeit an Schreibtischen gearbeitet denn als Truppenkommandeur verbracht.

Als entscheidende Weichenstellung erwies sich seine Entsendung nach London im Frühjahr 1942, wo er das Kommando über die in Europa eingesetzten US-Kräfte übernahm. Denn darauf folgte das Oberkommando über die anglo-amerikanischen Truppen, die in Nordwestafrika landeten, nach Tunesien vorstießen, auf die Insel Sizilien und bei Salerno auf das italienische Festland übersetzten. So erfolgreich der Feldzug insgesamt verlief, so war er doch eher mühsam als ruhmvoll gewesen. Inzwischen Vier-Sterne-General, wurde Eisenhower im Dezember 1943 wiederum nach London gesandt, diesmal um die Vorbereitungen für die Errichtung der „Zweiten Front“ zu befehligen.

Inzwischen besaßen Truppen der Alliierten mannigfache Erfahrungen bei Landungsoperationen größerer Truppenkontingente. Sie waren in Afrika und im Mittelmeer, von US-amerikanischen Einheiten auch während der Kämpfe mit den Japanern um Inseln Südostasiens gesammelt worden. Verglichen mit dem Bevorstehenden wirkte das alles jedoch miniaturhaft. Notwendig war die Planung des Zusammenwirkens von Land-, See- und Luftstreitkräften in einem unbekannten Ausmaß beim Angriff auf einen Gegner, der um ein Vielfaches stärker sein würde als die bis dahin besiegten. Nach aller Überzeugung handelte es sich um eine Operation, die den Kriegssieg entscheidend näherbringen und zum Ende der Kämpfe in Europa überhaupt führen sollte. Gewiss ging es nicht mehr um die Entscheidung der Frage, wer diesen Krieg gewinnen werde, aber doch darum, unter welchen Umständen, in welchem Tempo und mit welcher abschließenden Konstellation er enden würde. Ausschlaggebend war, das Kräfteverhältnis auf dem Schlachtfeld, bevor es überhaupt betreten wurde, in hohem Maße zu Ungunsten der Wehrmacht zu gestalten. Verhindert werden sollte, dass die Deutschen gegen die anfänglich im Landungsraum zusammengedrängten Kräfte eine Übermacht aufboten, mit der sie die Invasoren vertreiben konnten.

Das Problem wurde in den Stäben nach allen Richtungen durchgearbeitet. Wichtig war die Auswahl der Angriffszone, eine Entscheidung, mit der dem Gegner eine Überraschung bereitet werden sollte. Unerlässich die Sicherung des Schutzes der Trägermittel, mit denen die Kampfeinheiten auf das Festland gelangen sollten, in der Hauptsache Schiffe, in erheblicher Zahl aber auch Transportflugzeuge, die Fallschirmjäger und Luftlandetruppen absetzten. Am geringsten erschien die Gefährdung der Armada, die von der Insel zum Festland gelangen solle, durch deutsche Seestreitkräfte, insbesondere U-Boote. Die Schlacht, die mit letzteren auf dem Atlantik mit wechselndem Verlauf geführt worden war, hatte 1943 für Deutschland angesichts der überlegenen technischen Mittel der Gegner mit so hohen Verlusten geendet, dass sie faktisch entschieden war. Damit war eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, dass die für die Invasion bestimmten Streitkräfte der USA unbeschadet über den Ozean und zu ihren Basen und Ausgangsstellungen gelangten.

Anders stand es mit den Luftstreitkräften, als Eisenhower den Oberbefehl erhielt. Gerieten die Deutschen auch da immer weiter ins Hintertreffen, so war doch erst sicherzustellen, dass die Invasoren weder, solange sie sich auf den Schiffen befanden, noch dann an Land, das sie sich zu erobern hatten, vernichtenden Luftattacken ausgesetzt sein würden. Dagegen war am besten durch die Konzentration einer eigenen Übermacht vorgesorgt und zugleich durch nachhaltige Schwächung der deutschen Luftwaffe. Dafür boten sich zwei Vorgehensweisen an. Zum einen die weitgehende Zerstörung der Produktionsanlagen sowohl für Flugzeuge wie für Flugbenzin. Zum anderen die Verschlechterung ihrer Operationsmöglichkeiten in Frankreich selbst. Schon im Februar 1944 konzentrierten die US-amerikanischen Bomberverbände ihre Tagesangriffe gegen die deutsche Flugzeugindustrie. Im April folgten Attacken gegen das rumänische Erdölgebiet bei Ploieşti. Im gleichen Monat setzte die Bombardierung der Flugplätze in Belgien und Frankreich ein, von denen die Starts deutscher Flugzeuge im Invasionsfall zu erwarten waren. Dann bildeten Eisenbahnanlagen im Reich und in Frankreich die Ziele, um Nachschubwege unbrauchbar zu machen. Im Mai waren die Treibstoffwerke an der Reihe.

Während dieser Monate wurden die für die Invasion bestimmten Einheiten auf der britischen Insel über ihre Aufgaben unterrichtet und für sie praktisch trainiert. Die Führungsgruppe um Eisenhower und dessen Stellvertreter, dem britischen Luftmarschall Arthur Tedder, und dem Oberkommandierenden der US-amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa Carl A. Spaatz – jeder von ihnen besaß Erfahrungen aus Kämpfen mit deutschen Streitkräften – konnte mit den Vorbereitungen für den D-Day zufrieden sein. Keine der Maßnahmen war durch deutsche Interventionen gefährdet oder gar gelähmt worden. Das Risiko blieb freilich. Seine Größe ließ sich nicht bestimmen. Doch handelte es sich um mehr als ein Restrisiko.

junge Welt, Sonnabend, 15.05.2004, S. 14.

Schießbefehle

Ausstellung „Blockade Leningrads“ im deutsch-russischen Museum in Berlin-Karlshorst eröffnet

Über Jahrzehnte hinweg erhielt sich in der Bundesrepublik die Version, die deutschen Frontsoldaten hätten auf ihrem Feldzug gegen die Sowjetunion zwar gewusst, dass dabei wie stets und überall in Kriegen während der Kämpfe Verwüstungen entstünden, aber eigentlich nie erfahren, was sie darüber hinaus im eroberten Lande anrichteten. Hatten schon die Fotos der sogenannten Wehrmachtsausstellung diese Vorstellung als Ausflucht bloßgestellt, so tut das seit Freitag auf andere Weise eine Ausstellung, die im Museum Berlin-Karlshorst, am Ort der Unterzeichnung der deutschen Kapitulation, zu sehen ist und die, wiewohl kleiner als vorangegangene, durch die Qualität, Auswahl und Darbietung der Zeugnisse, den Ruf des Hauses als eine Stätte vorurteilsfreier geschichtlicher Erinnerung und Bildung nur bekräftigen kann.

Zeitgenössische Fotografien, Zeichnungen, Plakate, geografische Karten, Faksimiles von deutschen und sowjetischen Befehlen, auch von Ankündigungen von Konzerten und Theateraufführungen, dazu Lesemappen mit Briefen und Dokumenten, hörbare Texte geben ein eindrucksstarkes Bild von jenen unvergleichlichen Tagen, welche die Bevölkerung Leningrads während der Belagerung der Stadt von 1941 bis 1943/44 durchlebte und durchlitt, von Schrecken und Qualen, die sie zu Hunderttausenden nicht überlebte.

Was mit und in der Newastadt geschah, fällt in keinem Detail unter die Kategorie Kollateralschäden. Es war von der deutschen Führung gewollt und wurde von der die Stadt abriegelnden deutschen Armee gehorsam ausgeführt. Das betonte in einer einleitenden Ansprache Daniil Granin, Autor einer der frühesten Darstellungen der Blockade in einem Text, der in den siebziger Jahren bis zum Druck zuerst in Moskau und dann auch in Berlin einem hürdenreichen Weg zurückzulegen hatte. Es gab Gefangene, Überläufer, Spione die den Belagerern berichteten, was in der Stadt geschah. Davon zeugen u. a. Lagemeldungen der 269. Infanteriedivision, die in Auswahl nachgelesen werden können. Im Februar 1942 wurde das Hauptquartier darüber informiert, dass unter den Eingeschlossenen die seit Wochen schon andauernde Hungersnot zu einem Massensterben geführt hatte. Das lag auf der Linie, welche das Oberkommando des Heeres verfolgte. Es hatte seit dem Erreichen des Vorfelds von Leningrad und nachdem dessen Einnahme aus der Bewegung sich als unmöglich erwies, einen verlustreichen Häuserkampf – wie er später die Kämpfe in Stalingrad prägte – vermeiden wollen und daraufgesetzt, den „Rest“ durch Bombardements der Luftwaffe, den Fernbeschuss durch Landartillerie und eben durch Aushungerung erledigen zu können. Dafür steht der vom Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, am 23. August 1941 erlassene Befehl mit dem Titel „Betr. Abschließung der Stadt Leningrad“, gerichtet an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord und der 18. Armee und abgezeichnet von „F. d. R. Heusinger“, jenem Offizier im Führerhauptquartier, der später an die oberste Spitze der Bundeswehr gelangen sollte.

Um dieses Vorgehen, zu dem der Befehl gehörte, auf Frauen und Kinder zu schießen, die durch die deutschen Linien in das Umland gelangen wollten, wussten auch die deutschen Soldaten an der Front vor der Stadt. Das bezeugte an jenem Eröffnungsabend in einem berührenden Bericht die Tochter eines Leutnants, die sich durch die (in Auswahl ausgelegten) Briefe ihres Vaters gelesen hatte, eines Mannes, der im Zivilberuf Lehrer und zugleich ein Hitlerjugendführer gewesen war. Ihn hatte sie, damals ein Kleinkind und also ohne eigene Erinnerung an ihren Erzeuger, spät als Typus des überzeugten Nazis und seelen- und gnadenlosen deutschen Herrenmenschen zu identifizieren vermocht, der ausdrücklich billigte, was den Bewohnern geschah. Und von dieser „Taktik“ wussten auch Millionen deutsche Zivilisten, hatte Hitler sich doch in seiner Rede in München am 9. November 1941, die in Auszügen in der Ausstellung gehört werden kann, lauthals, brutal und triumphierend gebrüstet, wie er Leningrad zur Strecke bringen werde.

Der Direktor des Hauses, Peter Jahn, charakterisierte einführend die Blockade als ein beispielloses, aber keineswegs einmaliges Verbrechen dieses Krieges gegen die UdSSR. Hier begegne dem, der wissen wolle, in einer äußerst konzentrierten Form, was tausendfach geschah und Bestandteil eines

generellen Planes der Vernichtung von Millionen Menschen gewesen sei. Zugleich erinnerte er an Hellmuth Stieff, der später zu den Verschwörern des 20. Juli gehörte und hingerichtet wurde. Angeekelt distanzierte sich Stieff im September 1941 in einem Brief an seine Frau von jener barbarischen Praxis der Kriegführung, von der er schrieb, sie würde einen Dschingis Khan erblassen lassen. Doch sollten sich, sagte Jahn, die Deutschen heute nicht hinter jenen „einzelnen Personen verstecken", bittere und lehrreiche Erkenntnisse nicht durch „falsche Identifikationen" umkurven.

Es war schließlich Granin, der von den Verteidigern sagte, sie hätten für ihr Land einen gerechten Krieg geführt, und sich so en passant auch von jenen Kritikern distanziert, die neunmalklug, aber unwissend, behaupten, es hätte sich das Sterben von geschätzten 800.000 Leningradern vermeiden lassen, wenn die Stadt preisgegeben worden wäre. Welche der im Oberkommando schon in einer Vortragsnotiz vom 21. September 1941 diskutierten Varianten die Eroberer auch nach der Einnahme der Stadt praktiziert haben würden, es war deren Einwohnern Vertreibung, Verderben, Tod, Untergang bestimmt.

„Geh und sieh", mit dem Titel dieses denkwürdigen sowjetischen Films sei allen, die nicht ohne das Wissen um Grunderfahrungen des 20. Jahrhunderts blind durch die Gegenwart taumeln wollen, angeraten, sich auf den kurzen Weg von Berlins Mitte nach Karlshorst zu machen und in Zeiten, da zu Recht an die Eröffnung der Zweiten Front erinnert wird, sich mit einem Kapitel ihrer Vorgeschichte an der ersten zu befassen.

junge Welt, Montag, 17.05.2004, S. 12.

Zweckpropaganda

Vor 60 Jahren: Landung in der Normandie. Vorgeschichte der Zweiten Front (5)

Seit das Oberkommando der Wehrmacht nach dem Sieg in Frankreich die Idee aufgegeben hatte, über den Kanal zu setzen und die Insel zu erobern, und auch der Plan fehlgeschlagen war, Großbritannien kapitulationsreif zu bomben, existierte auf der deutschen Seite kein Konzept mehr, wie der Krieg gegen dieses Land siegreich zu beenden sei. Umgekehrt drohte zunächst auch vom geschwächten und allein gegen das Reich stehenden Gegner keine Gefahr. Die entstand, als der Krieg gegen die UdSSR sich kräftezehrend hinzog und die Briten mit den USA Ende 1941 einen dritten mächtigen Verbündeten erhielten. Von da an zeichnete sich die Möglichkeit der Rückkehr der Engländer auf das Festland ab, das sie 1940 fluchtartig verlassen hatten. Im Angesicht dessen wurde der Bau von Verteidigungsanlagen entlang der französischen Ärmelkanal-Küste befohlen und seit 1942 intensiviert. Der „Neue Westwall", später „Atlantikwall", war ein fragwürdiges Unterfangen angesichts der Länge der zu sichernden Küste, die vom Nordkap bis zur spanischen Grenze reichte, und der Begrenztheit der verfügbaren Mittel an Eisen, Beton, Waffen, Arbeits- und Verteidigungskräften.

Dennoch mochten die Bauten den Deutschen die Vorstellung von der „Festung Europa" vermitteln. Zudem standen ihnen Bilder der Flucht des britischen Expeditionskorps aus Dünkirchen auf die Insel (Juni 1940) und die Masse der erbeuteten Waffen noch vor Augen. Das ließ viele glauben, eine Landung würde nicht anders enden. Niemand bestärkte diesen Glauben mehr als Hitler. Schon in einer Rede am 31. Januar 1941 tönte er: „Ich las nun einige Male, dass die Engländer die Absicht haben, mit einer großen Offensive irgendwo zu beginnen. Ich hätte hier nur den einen Wunsch, dass sie mir das vorher mitteilen würden. Ich wollte dann gerne das Gebiet vorher räumen lassen. Ich würde ihnen alle Schwierigkeiten der Landung ersparen, und wir könnten uns dann wieder vorstellen und noch einmal aussprechen – und zwar in der Sprache, die sie wohl allein verstehen." In diesem Stil ging es nach dem mit schwachen Kräften unternommenen gescheiterten Landeunternehmen der Briten bei Dieppe am 19. August 1942 weiter: „Ob Herr Churchill nun den ersten Platz, an dem er die zweite Front starten wollte, geschickt und militärisch klug ausgewählt hat oder nicht ... ich kann ihm jedenfalls versichern: Ganz gleich, wo er sich den nächsten Platz aussucht, er kann überall von Glück reden, wenn er neun Stunden an Land bleibt." Vorhersehen könne man die Entscheidungen dieses Gegners nicht, habe man es doch mit „Geisteskranken oder ständig Betrunkenen" zu tun. Auch Führern und Diplomaten verbündeter Mächte versicherte Hitler wortreich die Unüberwindlichkeit des Walls.

Indessen unterliefen ihm und nicht nur ihm allein, bevor das erste Landungsboot der Invasoren am 6. Juni die Küste erreicht hatte, drei folgenreiche Denkfehler. Der erste bestand in dem Glauben, dass die Westalliierten die Invasion nicht vorrangig unter militärischen Erwägungen vorbereiteten, sondern unter dem Druck des sowjetischen Verbündeten und um des Bündnisses willen handeln müssten. Die Nazizeitung Der Angriff versah noch die Meldung über die Invasion mit dem Kommentar, sie erfolge auf „Befehl Moskaus". Die zweite und dritte Fehlrechnung: Hitler, wiederum nicht er allein, glaubte, dass der Landung der Hauptkräfte eine Täuschung, ein Nebenunternehmen, vorausgehen werde, auf das die deutsche Führung nicht hereinfallen dürfe. Schließlich wurde angenommen, dass die Alliierten einen Hafen – vermutet wurde Cherbourg oder Brest – oder dessen unmittelbare Nähe als ihr erstes Ziel auswählen müssten. Gerade das taten sie nicht. Ihre Vorbereitungen für die Errichtung eines künstlichen Hafens vor dem Landungsabschnitt blieben unerkannt. Jeder dieser Irrtümer erwies sich als folgenschwer.

Seit Anfang Mai 1944 bearbeiteten die deutsche Presse und der Rundfunk die Bevölkerung im Reich verstärkt, um sie auf die Invasion einzustimmen. „Das Kommende" beherrschte die Gespräche, die genährt wurden durch Artikel mit Überschriften wie: „Churchills letzte Karte", „Englands falsche Spekulation", „Im Zwang der Entscheidung", „Was treibt die Feinde zur Invasion?", „Das Gesicht der Invasion" usw. Der Sinn der Kampagne war mehrschichtig. Sie sollte vorbeugend einem denkbaren Schock entgegenwirken, die Deutschen zu größten Arbeitsleistungen antreiben und eine Stim-

mung erzeugen, dass im Westen Siege unmittelbar bevorstünden, welche die Kriegslage zugunsten Deutschlands verändern würden.

Die Manipulation von Gedanken und Stimmungen zielte auf den Eindruck: Diese Invasion kommt uns gerade recht, um den Westmächten eine nachhaltige Abfuhr zu erteilen. Berichte über die militärischen Vorkehrungen sollten diese Gewissheit vermitteln und Bilder von Inspektionen des „Atlantikwalls“ durch Generalfeldmarschall Rommel, dessen Bewunderung aus Zeiten verjährter Erfolge in Afrika verbreitet noch anhielt, Siegeszuversicht erzeugen. Es stünden, hieß es, zum Empfang der Invasoren in Frankreich mehr Panzer bereit, als Deutschland 1940 dort eingesetzt habe. Diese Propaganda war zweischneidig. Sie erweckte verbreitet den Eindruck, dass in den nächsten Wochen Kriegsentscheidendes bevorstehe und der Friede bald greifbar nahe sein werde. Goebbels, die Erwartungen dämpfend, schrieb Ende Mai: „Von einer Kriegsentscheidung ist weit und breit noch nicht das geringste Anzeichen zu entdecken.“

Vertraut man Berichten des Sicherheitsdienstes der SS, so wünschten sich im Frühjahr 1944 Deutsche massenhaft, dass der Kampf auf französischem Boden nach Anlandung von gegnerischen Truppen wieder entbrennen möge und waren erleichtert, als sie erfuhren, dass dies „endlich“ geschehen sei. Erleichtert angesichts der Tatsache, dass nun die bisher in relativer Sicherheit lebenden deutschen Besatzungssoldaten in Westeuropa in blutige Kämpfe geraten würden? Freilich war es für Andersdenkende nicht opportun, Ängste zu äußern, noch gar die Überzeugung auszudrücken, dass bald auch im Westen ein Debakel zu erwarten wäre. So lässt sich schwer sagen, wie viele Deutsche in dieser Situation eine Wende erhofften. Waren diese, wie Historiker vermuten, wirklich von einem kommenden „zweiten Dünkirchen“ und davon überzeugt, dass sich daraus ihnen günstig erscheinende Perspektiven ergeben könnten? Oder war es nicht das Gefühl, dass es so nicht weitergehen könne, ohne Erfolg im Osten und in Italien und inmitten der täglichen Luftangriffe, die nun auch von Tieffliegern erfolgten? Schien ihnen der Krieg nicht vielmehr an einem toten Punkt angekommen zu sein? War da nicht jede Bewegung besser als dieser Zustand?

Verlässlich ist das nicht zu entscheiden. Gewiss nur, dass in Berichte des Sicherheitsdienstes stets hinreichend Optimismus gemischt werden musste und sich in ihnen auch die Wünsche der Autoren ausdrückten. Dennoch gestanden sie ein, dass Befürchtungen im Volke wuchsen, Deutschland könne den Krieg nicht auf noch längere Dauer durchhalten. Die Zeit arbeite für die Gegner. „Vereinzelt“ werde geäußert, dass der Krieg in diesem Jahr „so oder so ausgehen“ müsse. Das war offenkundig die äußerste öffentlich mögliche Formulierung, die sich noch in die Kategorie der „Besorgnisse“ einordnen ließ und die nicht sogleich in die andere des Defätismus fiel.

junge Welt, Sonnabend, 22.05.2004, S. 14.

Si vis pacem ...

Vergessene Fronten und Fragen: Zur Eröffnung der 46. Internationalen Tagung für Militärgeschichte

„Si vis pacem, para bellum!“ Den in Nazizeiten Latein Studierenden, die um den markigen Spruch kaum herumgekommen sind, nach ihren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg jedoch an dessen Wert zumindest zweifelten, schlug der Jenaer Theologieprofessor Erich Hertzsch eine Abwandlung der Devise vor: „Si vis pacem, para pacem!“ Also: Wenn du den Frieden willst, dann musst du ihn und nicht den Krieg auch vorbereiten.

Die eine Wortwendung schillert so bunt wie die andere. Gleiches gilt auch für eine Variation, mit der die Teilnehmer der am Montag in Berlin eröffneten 46. Internationalen Tagung für Militärgeschichte begrüßt wurden: „Wenn du den Frieden willst, dann lerne den Krieg verstehen!“ Welchen oder welche Kriege vor allem? Und was ist am dringendsten zu verstehen, wenn Bestrebungen zum Frieden davon Nutzen haben sollen?

Konkret: Warum wurde mit Blick auf den bevorstehenden 90. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges zum Konferenzthema „Die vergessene Front – der Osten 1914/15“ gewählt? Warum mithin der Auftakt dieses Krieges, als sich – wie die deutschen Strategen meinten: feingesponnene – Pläne für Siege und Triumph alsbald als Makulatur erwiesen? Und warum nicht der Osten 1917/18, mit den – auch ganz unvorhergesehen – Soldatenverbrüderungen und einem Kriegsende, an dem sich nicht der siegreiche kaiserliche Vetter aus Berlin und der unterlegenen Verwandte aus Petersburg die blutige Hände zur Versöhnung reichten, sondern deutschen Unterhändlern statt der Vertreter des Zarenreiches in Brest-Litowsk Abgesandte einer revolutionsgeborenen Regierung gegenübersaßen, die einen universellen Aufruf zum Völkerfrieden als ihr erstes Wort gesprochen hatte? So viele Entscheidungen.

Den Eröffnungsvortrag hielt Hew Strachan, Brite, Inhaber eines schon von den vorherigen Inhabern berühmtgemachten Lehrstuhls für Kriegsgeschichte in Oxford und hochgradig spezialisiert auf die Geschichte eben des Ersten Weltkrieges, wovon bereits der erste, eben auch in deutscher Übersetzung (Originaltitel: „To the arms“) erschienene Band einer auf drei Bände konzipierten Gesamtdarstellung dieses Krieges zeugt. Dieser wurde nach seinem Erscheinen in Großbritannien in höchsten Tönen gelobt und mit der nicht ernst zu nehmenden Note „A book to end all books“ versehen.

Ein Blick auf das Programm der dreitägigen Veranstaltung bezeugt eindrucksvoll, mit welcher Intensität und Breite Forscher, die keinerlei Erinnerungen an diesen Krieg und nicht einmal mehr an seine unmittelbaren Folgen haben, sich der Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 zuwandten – mit deutlich erkennbaren, erweiterten und neuen sozial-, mental- und kulturgeschichtlich geprägten Fragestellungen, zu denen sich Historiker aus Russland, Polen, Österreich, Großbritannien, den USA und weiteren Ländern äußern werden. Das Spektrum der Themen reicht von den Kriegshandlungen über die Feindbilder bis zu den Wahrnehmungen des Krieges durch die Soldaten der beteiligten Armeen, von seinen Spiegelungen in der Literatur bis zur Erinnerungskultur auf Friedhöfen, in Ausstellungen und Museen.

Unverkennbar: Mit den Gewinnen gehen auch Verluste einher. In keinem Titel der angekündigten etwa 20 Beiträge tauchen Begriffe wie Motive, Ursachen oder Ziele des Krieges auf, den das Hohenzollern- und das Habsburgerreich gegen das der Zaren führte. Schwer zu glauben, dass mit diesen verknüpfte Fragen als hinreichend beantwortet und erledigt angesehen werden. Was dann lässt Veranstalter um ihre Erörterung einen Bogen machen? Zu den bedenkenswerten Worten der Eröffnung gehörte, dass sich gerade die Militärgeschichte, die mit erheblichem gesellschaftlichem Aufwand betrieben werde, durch Leistungen zu rechtfertigen habe, sonst würde berechtigt gefragt werden, warum die von ihr beanspruchten Mittel nicht für die Krebsforschung ausgegeben würden.

junge Welt, Mittwoch, 26.05.2004, S. 13.

„... mit größter Ruhe“

Vor 60 Jahren: Landung in der Normandie. Vorgeschichte der Zweiten Front (6)

Am 22. Mai 1944, 14 Tage vor Beginn der Invasion, bedankte sich Generalfeldmarschall Erwin Rommel in einem Rundscheiben bei allen ihm unterstehenden Heeresverbänden für das, was ihre Angehörigen in den letzten Monaten geleistet hatten, um sich auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten. Der Text schloss so: „Trotz der starken feindlichen Luftüberlegenheit können wir mit größter Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen.“

Nirgend wann und nirgendwo war es Sache militärischer Befehlshaber gewesen, öffentlich Zweifel in die Lösbarkeit der Aufgabe zu streuen, die ihnen und ihren Untergebenen gestellt wurde. Doch darf bezweifelt werden, dass der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, auf welche die Hauptlast der Verteidigung fallen würde, den siegreichen Ausgang als gesichert ansah. Mehrfach hatte er selbst den Wechsel des „Kriegsglücks“ erfahren. Auf die leicht errungenen Siege des Jahres 1940 in Frankreich waren die wechselvollen Kämpfe an der Nordküste Afrikas gefolgt, die ihm Ruhm, Popularität und den Rang des Feldmarschalls eingetragen hatten. Diese endeten jedoch mit Rückzug, Flucht und Kapitulation – allerdings war Rommel dabei nicht zugegen, denn Hitler ließ ihn, als das Ende abzusehen war, nicht wieder zu seinen Truppen zurückkehren. Er hob ihn gleichsam auf. So war sein Nachfolger in Tunesien in Gefangenschaft geraten, während Rommel sich erneut mit jenen Generalen des Gegners konfrontiert sah, denen gegenüber er schon einmal das Nachsehen hatte.

Rommel war bewusst, seit er sich Anfang 1944 mit der Situation an der Atlantikküste in den Niederlanden, Belgien und Frankreich bekannt gemacht hatte, dass es angesichts der grundsätzlichen Überlegenheit der Angreifer nur einen kurzen Moment geben würde, an dem die Deutschen ihnen mit einer Übermacht und also mit Erfolgsaussichten entgegenzutreten vermochten. Schon die ersten Stunden nach der Landung mussten als entscheidend angesehen werden: In ihnen kam es darauf an, auf dem nicht präzise vorherbestimmbaren Kampfplatz mehr und stärkere eigene Kräfte zu bündeln, als die Alliierten über See anlanden und aus der Luft absetzen konnten. Was daraus folgen musste, lag klar zutage. Es waren Vorkehrungen zu treffen, um den Weg der Landungsboote an die Strände möglichst zu erschweren und deren Besatzungen beim Herannahen hohe Verluste zuzufügen. Und es war zu sichern, dass die verfügbaren Reserven rasch an die kritischen Punkte gelangten, um den nur kurzzeitig herzustellenden Vorteil zu gewinnen und auszunutzen.

Diese Rechnung vermochten auch die Alliierten aufzumachen. Sie durchkreuzten die deutschen Abwehrpläne bereits vorbeugend, indem sie systematisch Verkehrsknotenpunkte und insbesondere Brücken – nicht nur im Hinterland des Invasionsstreifens, denn das hätte verräterisch gewirkt – angriffen und zerstörten. Rommel sagte angesichts der in Westfrankreich täglich zu erwerbenden Erfahrungen niemandem Überraschendes, als er formulierte: „trotz der starken feindlichen Luftüberlegenheit“. Sie war der schwächste Punkt des gesamten Abwehrplanes. Denn als die Probe auf dessen Funktionieren gemacht werden musste und deutsche Panzerdivisionen aus ihren Bereitstellungsräumen auf das Schlachtfeld beordert wurden, konnten sie sich kaum bei Tage bewegen, ohne schutzlos vernichtenden Angriffen aus der Luft ausgeliefert zu sein. Es musste die Flucht in die Dunkelheit angetreten werden, was Verzögerungen und folgenreiche Verspätungen nach sich zog. Schließlich bekam Rommel später am eigenen Leibe zu spüren, was dieser Nachteil bedeutete: Bei einem Tiefflliegerangriff wurde er am 17. Juli 1944 so schwer verwundet, dass er außer Gefecht gesetzt war.

Zudem ergab sich aus der Erkenntnis über den entscheidenden Charakter der ersten Stunden nach dem Beginn der Schlacht: Sollten die Wehrmachtstruppen überhaupt eine Chance besitzen, sie zu gewinnen und die Eindringlinge zu vertreiben, mussten die Befehlswege klar und direkt bestimmt und die Führung entsprechend strukturiert werden. Während die Alliierten, die doch Großverbände aus zwei Staaten zu koordinieren hatten, in diesem Punkte klare Verhältnisse schufen, gab es kein mit dem Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF), von dem Befehlslinien zu den Land-, Luft- und Seestreitkräften ausgingen, vergleichbares deutsches Befehlszentrum in Frankreich. Seine Installierung hätte Hitlers Praxis widersprochen, Entscheidungen bis hin zum Einsatz einzelner Divisionen und darunter an sich zu reißen. Die beiden in Frankreich stationierten Heeresgruppen und

somit Rommel in persona unterstanden dem Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, dessen Hauptquartier sich in Paris befand. Dieser, inzwischen am Ende seines siebten Lebensjahrzehnts stehend, war bei Kriegsbeginn reaktiviert worden, hatte während der Feldzüge in Polen, Frankreich und der Sowjetunion Heeresgruppen befehligt und 1942 den Oberbefehl über die Truppen in Frankreich erhalten. Der Vorgesetzte und sein Untergebener unterschieden sich sehr nach Herkunft, Ausbildung, Kriegserfahrung und Temperament. Auch Rundstedt, der Rommels Vorbereitungen lange skeptisch gegenüberstand, da er die Entscheidung in offener Feldschlacht erwartete, war nicht autorisiert, über alle in Frankreich befindlichen Heeresverbände zu verfügen. Gerade die kampfstärksten Panzerdivisionen wurden ausschließlich durch das Führerhauptquartier freigegeben. Dieses befand sich, als es ernst wurde, in Berchtesgaden. Am 6. Juni, als die Nachrichten über den Beginn der Invasion zusammengeführt, bewertet und in Befehle umgesetzt werden mussten, zeigten sich die Nachteile dieser Struktur. Speer berichtet, dass der „Führer“ selbst zehn Stunden nach der Luftlandung der ersten Invasionstruppen noch nicht geweckt worden war, weil Zweifel behoben werden sollten, ob es sich nicht um ein Ablenkungsmanöver handelte. An der Situation änderte sich auch im Folgenden nichts. Hitler weigerte sich, das vorbereitete Hauptquartier in Frankreich zu beziehen. Er begab sich aus den Alpen wieder in die nordostdeutsche Wolfsschanze.

Indessen: Seit Ende 1943 waren Maßnahmen zur Verstärkung der deutschen Streitkräfte in Westeuropa getroffen worden. Allein in Rommels Heeresgruppe mit der 15. und der 7. Armee – im Verteidigungsstreifen der letzteren fand der Angriff statt – befanden sich 209.101 bzw. 177.976 Mann (März 1944), eine Zahl, welche die Verteidiger kurzzeitig in Vorteil setzen konnten. Im Bereich des Korps, das zuerst auf die Invasoren stoßen sollte, kamen auf einen Kilometer Küstenstreifen im Durchschnitt 114 Soldaten. Aber nach deren Ausbildung, Zahl und Charakter ihrer Bewaffnung, Munitions- und sonstiger Bevorratung waren Mängel unübersehbar. Im rasch ausgebauten Atlantikwall, der weitere Bunker, befestigte Stellungen, im Küstenbereich Minenfelder, Vorstrandhindernisse gegen Anlandungen, Sperren an Land gegen das Eindringen von Luftlandetruppen erhielt, klafften erhebliche Lücken, je weiter westwärts er reichte. Die größte Kraft stellten die verstärkten Panzerdivisionen dar, die an Brennpunkte der Schlacht gebracht werden sollten. Ihnen fehlte es jedoch an modernen Panzern. Ungeachtet aller Schwächen, Mängel und Lücken hatte die Wehrmacht in Frankreich eine Streitmacht – etwa ein Sechstel ihrer verfügbaren Kräfte – versammelt, die erst geschlagen werden musste, um den alliierten Invasionstruppen den Weg nach Deutschland freizumachen.

junge Welt, Sonnabend, 29.05.2004, S. 14.

Ende statt „Endsieg“

Am 6. Juni 1944 begann die Errichtung der Zweiten Front. Serie (7)

Es gibt wohl kein zweites Ereignis aus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Europa, das in einem Spielfilm so detailgetreu rekonstruiert worden ist wie das Geschehen des 6. Juni 1944 an jenem Abschnitt der französischen Atlantikküste, der für den Angriff der anglo-amerikanischen Invasoren auf die Verteidigungsfront der Wehrmacht bestimmt worden war. Hollywood bot für den 1962 in die Kinos – bald auch die westdeutschen – gelangten Schwarzweißstreifen „Der längste Tag“ alles auf, was Namen, Rang und vor allem Fähigkeiten besaß, die ehrgeizige Aufgabe zu lösen, bei der Ken Annakin, Bernhard Wicki und Andrew Marton gemeinsam Regie führten. Wie liest sich allein die Liste der Schauspieler, deren Namen nicht nur durch dieses Unternehmen bis heute bekannt geblieben sind und die einen Platz in der Filmgeschichte besitzen: Sean Connery, Henry Fonda, Gert Fröbe, Curd Jürgens, Robert Mitchum, John Wayne. Die bald folgenden Nominierungen für den begehrten Oscar betrafen aber nicht einen aus dieser Reihe, sondern die jeweils zwei Kameraleute und die Projektanten der sogenannten Spezialeffekte, ohne die das Geschehen kaum in die Nähe der Wirklichkeit hätte gerückt werden können, sowie den Schnittmeister. Wohlgemerkt: In die Nähe, letztlich in eine illusionäre, zwischen der und den wirklichen Abläufen doch Welten blieben. Allein am ersten Tag der Invasion verloren etwa 10.000 Angehörige der alliierten Streitkräfte ihr Leben, wurden verwundet oder vermisst gemeldet. Die höchsten Verluste hatte die 1. US-amerikanische Armee erlitten.

Strategen von „Overlord“

Unter dem Oberbefehl des damals 55jährigen US-General Dwight D. Eisenhower und seines Stabschefs Walter Bedell Smith setzte sich am 5./6. Juni 1944 unter der Bezeichnung „Overlord“ eine bis dahin nicht gesehene Streitmacht in Bewegung, um die Zweite Front zu eröffnen. Die Invasionsarmee umfasste insgesamt etwa 2,9 Millionen Soldaten, dazu eine unvorstellbare Masse an Kriegsmitteln und -material. Zu den Seestreitkräften, befehligt vom britischen Admiral Bertram Ramsay, gehörten insgesamt 6939 Einheiten, in der Mehrzahl Landungsboote. Aus den südenglischen Häfen Dartmouth, Portland, Southampton, Portsmouth und Shoreham und weitere Basen liefen Kriegs- und Transportschiffe aus, darunter drei Flugzeugträger, sieben Schlachtschiffe, 21 Kreuzer, 58 Zerstörer. Eine Armada, der die deutsche Seekriegsleitung nur wenige Zerstörer, U-Boote und Kleinkampfmittel entgegenzusetzen hatte. Das Ziel war ein schmaler Küstenstreifen der Normandie zwischen den Häfen von Cherbourg und Le Havre, einer der vielen Abschnitte, aber nicht der Ort, an dem die deutsche Führung die Invasion für möglich gehalten hatte.

Nahezu gleichermaßen überlegen waren die Luftstreitkräfte unter dem britischen Marschall Trafford Leigh-Mallory. Von den Flugplätzen erhoben sich Schwärme von Transportern, Bombern, Jägern und Lastenseglern. Eine britische und zwei US-amerikanische Luftlandedivisionen, insgesamt 18.000 Soldaten, sollten die Landungsräume nach Osten abschirmen. Ihre Soldaten waren die ersten, die bald nach Mitternacht auf französischem Boden landeten. Dann begann die Beschießung der deutschen Küstenbefestigungen von See und deren Bombardierung aus der Luft. Im Morgengrauen gingen Soldaten aus den Landungsbooten an die Strände.

An der Spitze der Armeegruppe mit der US-amerikanischen 1. und der britischen 2. Armee standen erfahrene Militärs. Ihr Oberbefehlshaber Bernard L. Montgomery hatte die deutsch-italienischen Truppen aus Ägypten, Libyen und Tunesien vertrieben und war an der Landung in Italien beteiligt gewesen. Das galt auch für den ihm unterstehenden Befehlshaber der aus Briten und Kanadiern bestehenden Armee, der zudem polnische Einheiten angehörten, Miles C. Dempsey, und für den Befehlshaber der Kanadier, Henry D. Crerar. Omar N. Bradley, an der Spitze der 1. US-amerikanischen Armee, die zur ersten Welle gehörte – übrigens ein Jahrgangskamerad von Eisenhower von der West Point Academy –, besaß ebenfalls Erfahrungen aus den Feldzügen in Afrika, Sizilien und Italien. Kriegserfahren war auch George S. Patton, Befehlshaber der 3. US-amerikanischen Armee, die mit einer weiteren Welle auf das Festland gelangte, sich mit ihren Panzern um den Durchbruch zu weiträumigen Operationen verdient machte und die später bis Weimar und Buchenwald vordrang.

Die ersten Tage der Invasion

Die Truppen des Expeditionskorps, die an fünf nebeneinander liegenden Abschnitten an Land gingen und die erkämpften Räume bald vereinigen sollten, trafen auf unterschiedlichen Widerstand von Einheiten der dort stationierten deutschen Infanteriedivisionen. Während die britischen Formationen vergleichsweise rasch den Strand überwinden und vordringen konnten, entstand als Folge ungenügender Aufklärung des Gegners, widriger Brandung und starker Gegenwehr bei einem Teil der US-amerikanischen Verbände schon bei der Entladung aus den Transportfahrzeugen und den Kämpfen an den Stränden ein Chaos, in dem hohe Verluste eintraten.

Bis in die Mittagsstunden und teils noch später war sich die deutsche Führung, der es an Informationen mangelte, was bereits beim Herannahen der Armada auf See deutlich war, nicht darüber klar, ob sie es mit dem erwarteten Hauptschlag oder einer Teilaktion der Invasoren zu tun hatte. Anfänglich fehlgeleitete Panzereinheiten griffen folglich verspätet ein. Der erste Tag des Angriffs, der noch nicht über den Ausgang des gesamten Unternehmens entschieden hatte, verlief zugunsten der Westalliierten. Am Abend des 6. Juni befanden sich in der Normandie insgesamt 156.000 Soldaten ihrer Truppen. Den „Atlantikwall“ hatten sie an mehreren Stellen durchbrochen, wenn auch der Weg in die Tiefe nicht geöffnet war, manche Truppen sich in kritischer Situation befanden und die gesteckten Ziele nicht erreicht waren. Hinter denen blieben sie auch in den folgenden Tagen zurück, doch scheiterten die mit neu herangeführten Truppen, insbesondere den Panzerdivisionen unternommenen Versuche der faschistischen Wehrmacht, den gebildeten Landekopf zu liquidieren.

Langsam und in anfangs wechselvollen Kämpfen kamen die Invasionstruppen vorwärts. Vor allem vermehrten sich ihre Kräfte zusehends. Zu ihren Trümpfen gehörten auch die französischen Partisaneneinheiten und weitere Gruppen der Widerstandsbewegung, die bereits in Erwartung der Invasion ihre Aktivitäten verstärkt hatten und deutsche Besatzungsformationen banden. Die Zerstörung oder Blockade von telefonischen Verbindungen, von Verkehrswegen und -bauten verlangsamten die Heranführung von Truppen und Nachschub zusätzlich. Der Verlauf der Kämpfe der ersten Tage entschied sich vor allem infolge der geringen Wirksamkeit der wenigen verfügbaren deutschen Seestreitkräfte und des nahezu vollständigen Versagens der Luftwaffe, die – trotz des übereilten und unvorbereiteten Aufgebots von Verstärkungen – über zu wenig Flugzeuge und Startplätze verfügte und deren Bodenorganisation ebenfalls versagte. Demgegenüber fügte der Masseneinsatz der alliierten Jagdbomber und Bomber, die mehrfach auf Wehrmachtsstellungen nach dem Beispiel der deutschen Angriffe auf englische Städte „Bombenteppiche“ legten, den ihnen hilflos ausgelieferten Landtruppen nicht nur schwerste Verluste zu und erzeugte bei ihnen Zermürbung und Entmutigung. Der Generalinspekteur der Panzertruppen, Heinz Guderian, sprach gegenüber Hitler vom nicht zu ersetzenden „Ausfall von zwei Wehrmachtsteilen“.

Bereits am 9. Juni starteten zum ersten Mal seit 1940 von französischem Boden aus wieder Flugzeuge der Alliierten. Tags darauf hatten deren Truppen entlang der Küste einen zusammenhängenden Streifen von etwa 80 Kilometern unter ihrer Kontrolle, der eine Tiefe von 13 bis 18 Kilometer aufwies. Versuche der Deutschen, in ihn einzubrechen und die Landungstruppen durch einen massierten Angriff aufzuspalten und zu vernichten, scheiterten. Was an Verstärkung bei der Heeresgruppe B und ihrer am stärksten strapazierten 7. Armee eintraf, konnte dafür nicht formiert, musste vielmehr stattdessen augenblicklich, um Lücken zu schließen und Durchbrüche abzuwehren, in die Schlacht geworfen werden. Das Heft des Handelns lag nach wenigen Tagen auch taktisch bereits in den Händen der Alliierten. Am 14. Juni traf General Charles de Gaulle bei den an der Landung beteiligten französischen Truppen ein. An diesem Tage, dies ein Zeichen für die Festigung und Beherrschung des eroberten Gebiets, besuchte auch der britische König Invasionstruppen. Rommel schrieb unter dem gleichen Datum: „Die Übermacht des Gegners nimmt jeden Tag unbarmherzig zu.“ Keine Rede war mehr von „größter Ruhe“. Am 18. Juni hatten die Alliierten 557.000 Mann mit 81.000 Fahrzeugen auf französischem Boden und das, ohne im Besitz eines einzigen natürlichen Hafens zu sein.

Tags zuvor war Hitler mit dem OKW-Stab nur für Stunden nach Margival nahe Soissons gekommen, um sich mit Rundstedt, Rommel und weiteren Generalen vor Ort zu beraten. Eine Zusammenkunft,

auf der angesichts der entstandenen Lage nur Rat- und Hilflosigkeit herrschte. Vor allem der alliierten Luftüberlegenheit konnte nichts entgegengesetzt werden. Auch der Verweis auf die seit einigen Tagen in Richtung Großbritannien gestarteten neuen Flugkörper, die aus Propagandagründen die Bezeichnung V 1 (V für Vergeltung) erhielten, war ein Zeichen für die Konzeptionslosigkeit der faschistischen Führung, denn auf dem Schlachtfeld waren sie wegen ihrer Treffungenauigkeit völlig unbrauchbar.

Zu einem Brennpunkt der Ereignisse entwickelte sich in der zweiten Hälfte des Monats Juni die nordwestfranzösische Halbinsel Cotentin, auf der US-amerikanische Truppen insgesamt etwa 40.000 Soldaten umfassende deutsche Einheiten, darunter eine „bodenständige“, d. h. technisch schlecht ausgerüstete und vor allem aus Soldaten älterer Jahrgänge bestehende Division, abgeschnitten hatten. Noch vor Monatsende war die Halbinsel erobert. Zuletzt kapitulierten 6.000 deutsche Besatzer des zur Festung erklärten Cherbourg in einer in einen Trümmerhaufen verwandelten Stadt. Zuvor hatte Hitler sie aufgerufen, ihr Leben zu opfern und befohlen, gegen Unwillige schärfstens vorzugehen. Von der Liquidierung der Zweiten Front konnte man im OKW nur noch träumen.

Angesichts dieser Situation wurde Rundstedt und Rommel nach Berchtesgaden gerufen. Bei den Beratungen am 28./29. Juni musste von ihnen eingestanden werden, dass die Methode, den Gegner durch Angriffe zu schwächen, zurückzuwerfen und schließlich zu vertreiben, gescheitert und wegen der massenhaften Verluste eigener Kräfte aufzugeben war. Die eigenen Truppen sollten zur Verteidigung übergehen. Wie die Dinge lagen, war dies ein hoffnungsloses Unterfangen. Wohl nicht nur Rommel war klar, wie das enden würde: Mit dem Beginn des aus dem gesicherten Landekopf geführten Angriffs der Alliierten in die Tiefe, dem wiederum erfolgversprechender Widerstand nicht entgegengesetzt werden könnte. Rommel jedenfalls gab Hitler zu verstehen, dass nun wieder die Politik am Zuge sei. Die aber hätte die bedingungslose Kapitulation erklären müssen. Der „Führer“ hingegen machte sich auf die Suche nach Schuldigen und nicht mehr Geeigneten, wechselte einige Heerführer aus, den Oberbefehlshaber West, von Rundstedt, den Befehlshaber der Panzergruppe West und fand Nachfolger für die unlösbare Aufgabe. Während in Berchtesgaden beraten wurde, erschoss sich am 29. Juni Generaloberst Dollmann, Befehlshaber jener 7. Armee, die vor allem im Invasionsabschnitt operiert hatte und zu großen Teilen nicht mehr existierte. Er erwartete wegen eines vom Hauptquartier ungedeckten Rückzugsbefehls ein Kriegsgerichtsverfahren. Von alledem erfuhr die deutsche Bevölkerung nichts.

Vorahnungen

Die Nachricht, dass deutsche Truppen am 4. Juni Rom kampflos geräumt hatten, brachte die Kriegsstimmung in Deutschland auf einen neuen Tiefpunkt. Obwohl die Räumung als eine Kulturtat offeriert und von einer Erklärung des „Führers“ begleitet war, dass der Feind natürlich bei seiner Invasion alsbald vernichtend geschlagen würde. Als zwei Tage später eine Sondermeldung die Anlandung und den Absprung der alliierten Verbände verkündete, war dennoch die Hoffnung auf Siege verbreitet. Hoffnungsträger in den Augen vieler Deutscher waren Hitler, Feldmarschall Rommel und die sogenannten Wunderwaffen, deren Einsatz wieder und wieder versprochen worden war. Doch herrschte diese Hoffnung nicht ungeteilt.

Die Stimmungsberichte des „Sicherheitsdienstes“ (SD) unterschieden zwischen den Reaktionen von politisch geschulten, politisch bewusst denkenden und gutwilligen Volksgenossen, von Aktivisten, in „positiven Kreisen“, bei Besonnenen, aber auch bei Zaghaften und „ängstlichen Gemütern (Frauen)“, solchen in Intelligenzkreisen und bei „einigen Intelligenzlern“. Sie registrierten mehrere Tage hindurch so viel Optimismus wie öffentlich in den OKW-Berichten von der Normandie-Front verbreitet wurde. Doch mischte sich in die wohlgesetzten Texte aus dem Hauptquartier auch Bedrohliches. Erwähnt wurden „überlegene feindliche Verbände“, die „überlegene Luftwaffe“ des Gegners, der zur See „vielfach überlegenen Feind“, „schwere Luftkämpfe“, schließlich auch, als bereits um und in Cherbourg gekämpft wurde, der „weit überlegene Gegner“. Selten nur wurde das Eingreifen deutscher U-Boote genannt, hingegen mehrfach das Eintreffen von immer neuen Verstärkungen für die Alliierten über See. Rasch verschlechterte sich die Stimmung. Enttäuschung und Bedenken wuchsen,

„Ernüchterung, trübe Gedanken und gemischte Gefühle“ griffen um sich, Zweifel wurden an der Möglichkeit der Vertreibung der Invasoren geäußert, kaum dass die Kämpfe zehn Tage dauerten. In der „breiten Masse“, berichteten die SD-Leute, seien „Neigungen unverkennbar, die Lage kritisch und pessimistisch zu betrachten“.

Dazu trugen nicht nur die Nachrichten aus dem Westen bei. In Italien befanden sich die eigenen Truppen weiter auf dem Rückzug nach Norden. Die Luftangriffe auf das Reichsgebiet, wegen des Abzugs von Kräften für die Invasion zeitweilig zurückgegangen, verstärkten sich erneut. Die sowjetische Offensive an der Ostfront, am 22. Juni zur Entlastung der neuen Westfront begonnen, brachte sofort Erfolge. Nach wenigen Tagen waren Orscha und Witebsk von der deutschen Heeresgruppe Mitte aufgegeben, und die Erwähnung von Kämpfen in der Nähe der Beresina mochte Erinnerungen an Napoleons Rückzug 1812 wecken, ein Thema, das für alle nachfolgenden Generationen zum Pflichtstoff an deutschen Schulen gehört hatte.

Einem erheblichen Teil der Deutschen war, obwohl sie natürlich um die „Unplanmäßigkeit“ seines Verlaufs wussten, seit mehr als eineinhalb Jahren entgangen, dass dieser Krieg von ihnen nicht mehr gewonnen werden konnte. Sie hatten sich gar einreden lassen, dass mit der Invasion die Entscheidungsschlacht im Westen kommen und nach dem Sieg dort die Lage im Osten „bereinigt“ werden würde. Nun war der Gedanke unabweisbar geworden, dass die eigenen Truppen es an allen Fronten mit überlegenen, nicht zu besiegenden Gegnern zu tun hatten und Rückzug auf Rückzug sich ereignete. Wer nicht an Wunder glaubte, konnte sich der Einsicht nicht länger verschließen, dass es dem Ende, aber nicht dem „Endsieg“ entgegenging.

junge Welt, Sonnabend, 05.06.2004, S. 10.

„Der Führer ist glücklich und aufgekratzt“

Vor 60 Jahren begann die Operation Overlord

„Es fängt an sicherer und sicherer zu werden, dass die Invasion in diesem oder womöglich im nächsten Monat erfolgen wird.“ Das notierte der Häftling Odd Nansen heimlich im KZ Sachsenhausen am 6. Januar 1944. Wie der Norweger wünschten sich Hunderttausende seiner Leidensgenossen, Millionen von Zwangsarbeitern, in deutsche Kriegsgefangenschaft geratene Soldaten der alliierten Armeen, aber ebenso die Millionen Kämpfer in den Reihen der sowjetischen Streitkräfte und Widerstandsbewegungen sehnlich die Eröffnung der Zweiten Front herbei. Die Hoffnung erwies sich mehrfach als verfrüht. In Moskau soll ein herber Witz erzählt worden sein. Stalin habe auf dem Roten Platz einen Bettler in betender Pose angetroffen und ihn gefragt, wofür er denn bete. „Für die Zweite Front“, erhielt er zur Antwort. „Und was bekommst du?“ Der Bettler: „Zehn Rubel am Tag.“ Darauf Stalin: „Das ist sehr wenig.“ Wieder der Bettler: „Gewiss, Väterchen, aber es ist eine Dauerstellung.“

Die umfassendste See-Land-Operation der Kriegsgeschichte, die den Decknamen „Overlord“ erhalten hatte, wurde auch vom Oberkommando der Wehrmacht seit 1943 erwartet. In einer Weisung Hitlers hieß es, dass sich der Schwerpunkt der militärischen Kämpfe von Osten nach dem Westen verlagern werde und diese dort unter gänzlich veränderten Bedingungen stattfinden müssten. Während in Osteuropa noch Bewegungsräume für Rückzüge und Gegenoffensiven existieren würden, gelte das in Westeuropa nicht. Die Aufgabe laute folglich, die Invasionsstreitmacht müsse augenblicklich auf dem Strand zerschlagen und daran gehindert werden, sich auf dem Kontinent festzusetzen. Demgemäß begann eine Umgruppierung der deutschen Verbände, die sich jedoch als sehr schwierig erwies angesichts der begrenzten Verfügbarkeit neu aufgestellter Divisionen und der Notwendigkeit, an der Ostfront kein Debakel zu riskieren. Zugleich bereitete die deutsche Propaganda die Bevölkerung auf die Invasion vor, sprach großspurig von der „Festung Europa“, verwies auf die Stärke des „Atlantikwalls“ und wollte glauben machen, dem Gegner stehe ein zweites Dünkirchen bevor.

In den ersten Stunden des 6. Juni war Goebbels, der sich bei Hitler im wieder einmal nach Berchtesgaden auf den Frontfernen Obersalzberg verlegten Hauptquartier befand, auf Grund eingehender Meldungen gewiss, dass die Invasion unmittelbar bevorstand. Da waren jedoch US-amerikanische und britische Fallschirm- und Luftlandetruppen schon auf französischem Boden. Im Morgengrauen überschütteten Schiffsgeschütze und Flugzeuge die deutschen Truppen im Küstenstreifen der Normandie mit Granaten und Bomben. Diesem Moment hatte der Propagandaminister, so wenig militärischen Sachverstand er auch besaß, mit Unbehagen entgegengesehen. Von nirgendwo gab es auch nur beruhigende Nachrichten. An der Ostfront herrschte die Ruhe vor dem nächsten Sturm. Dass dem nicht standzuhalten sein werde, war Goebbels klar. In Italien standen die Gegner unmittelbar vor der Einnahme Roms. Die Hauptstadt des abtrünnigen Verbündeten war verloren und das bedeutete jedenfalls einen hohen Prestigeverlust.

Was Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der im Westen das Wunder vollbringen und die Angreifenden ins Meer zurücktreiben sollte, berichtete, war gleichfalls eher alarmierend. Seine Divisionen der Heeresgruppe B besaßen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geringeren Kampfwert als die an der Ostfront. Ihre Ausbildung war so lückenhaft wie ihre Ausrüstung mit Waffen und Munition. Und sie würden die Hauptlast der Schlacht zu tragen haben. Denn die Luftwaffe hatte bereits total versagt, als die Alliierten vorbereitend ihre Bombardements auf Verbindungswege konzentrierten, um Umgruppierungen und Nachschub zu erschweren, sobald die Anlandungen begannen und mit ihnen der Invasionsplan decouvriert werden würde.

Überdies tappte die deutsche Führung nach wie vor im Dunkeln. Weder über den Ort des Hauptangriffs noch über den Zeitpunkt existierten sichere Informationen. In den Stäben konkurrierten verschiedenste Prognosen. Wie die Luftwaffe, so hatte auch die deutsche Feindaufklärung schon vor dem 6. Junitag im Grunde verloren. Für letzteres standen die Urteile der beiden hauptverantwortlichen Feldmarschälle. Gerd von Rundstedt, der in Paris stationierte Oberbefehlshaber West, meinte noch am Tag vor dem Angriff, die Invasion sei unmittelbar nicht zu befürchten. Rommel hatte gar

sein Hauptquartier verlassen, um im württembergischen Hechingen den Geburtstag seiner Frau zu feiern. Von da wollte er sich zu Hitler begeben.

Der hatte an jenem Junitag vor dem D-Day (D für decision, Entscheidung) seinen Propagandaminister locker unterhalten. Bei erster Gelegenheit, prahlte der Oberste Befehlshaber, werde er England einen Todesstoß versetzen – eine Aussage, zu der Goebbels in seinem Tagebuch vermerkte, wie das geschehen solle, sei ihm „im Augenblick noch unerfindlich“. Die deutsche Millionenarmee wurde von einem Mann samt dessen Stab befehligt, der sich beim Spaziergang in der Alpenwelt in Träumereien erging – die in den folgenden elf Monaten bis zum Kriegsende noch Zehntausenden deutschen Soldaten und Zivilisten den Tod bringen werden. Als Goebbels Hitler am nächsten Tag wieder traf, fand er ihn ob der Nachricht von der Invasion „glücklich und aufgekratzt“. Derweil geriet die in der Normandie stationierte 7. Armee in den Bomben- und Granatenhagel.

Aus dem Rückblick mag, was folgte, wie das Ablaufen eines verlässlichen Uhrwerks erscheinen: Die Anlandungen der US-amerikanischen und der britischen Verbände, in die auch kanadische Truppen eingefügt waren, an den vier vorbestimmten Küstenabschnitten. Die Entfaltung der gewaltigen Übermacht der See- und Luftstreitkräfte mit ihrer vernichtenden und hochgradig demoralisierenden Wirkung. Die Sicherung des Eintreffens weiterer Truppen in den Brückenköpfen mittels der Anlage künstlicher Häfen. Die Versorgung mit Munition und mit Treibstoff, letzteres durch eine eigens von der Insel gelegte Leitung. Die Mobilisierung der Partisanen und anderer Widerstandskräfte Frankreichs. Das Oberkommando Dwight D. Eisenhowers, der die Vorbereitungen von „Overlord“ geleitet hatte und das Unternehmen nun führte, hatte Präzisionsarbeit geleistet. Indes: Vollkommen ohne Risiko war die Invasion auch zu diesem späten Termin nicht. In einer an Dauer schwer zu bestimmenden Anfangsphase würden die alliierten Truppen jedenfalls an Zahl die Schwächeren sein. Und es blieb ein Unsicherheitsfaktor im Hinblick auf das Tempo, in dem die Deutschen ihre Kräfte, namentlich die Panzerdivisionen, auf das Schlachtfeld bringen könnten.

Doch schon wenige Tage nach der Landung der ersten Welle der Invasoren war klar, dass diese vom Kontinent nicht mehr vertrieben werden konnten. Fraglich war, wann sie die deutschen Linien durchstoßen und in das Innere Frankreichs sowie in Richtung auf die deutsche Grenze vorstoßen könnten. Der Preis war hoch. Die Kette von Soldatenfriedhöfen unfern der Küste bezeugt das bleibend. Zu den Opfern jener Tage gehören auch ca. 2700 französische Widerstandskämpfer und Tausende französische Zivilisten, die in den umkämpften Dörfern und Städten kurz vor der Befreiung noch ihr Leben verloren. In die Hunderttausende ging die Zahl der zerstörten oder beschädigten Gebäude. Le Havre, die größte Hafenstadt im Kampfgebiet, war zu vier Fünfteln in Trümmer gelegt.

Die deutschen Soldaten, die sich in einer aussichtslosen Situation befanden, sahen sich einem Flugblatt der Alliierten mit der Überschrift: „Eine Minute, die dir das Leben retten kann“ zum Nachdenken aufgefordert, ob es nicht besser sei, die Hände zu heben. Darin war knapp formuliert: „Mit dem Fehlschlag im Westen und dem Zusammenbruch im Osten ist die Entscheidung gefallen: Deutschland hat den Krieg verloren.“ Inzwischen war im Mittelabschnitt der deutsch-sowjetischen Front die Offensive der Roten Armee begonnen worden, welche die deutschen Armeen in eine noch größere Katastrophe trieb, als es die Stalingrader Schlacht gewesen war.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 5./6. Juni 2004, S. 24.

Heuchler an Frankreichs Küste

Die Bezugnahmen auf den 60. Jahrestag der Invasion begannen zeitig im Jahre 2004. Eine der frühen Verlautbarungen zum geglückten beispiellosen kriegerischen Unternehmen an der Atlantikküste verband sich zu Jahresanfang mit einem bemerkenswerten Schritt der Französischen Republik. Einem, wohl dem letzten lebenden Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli, Philipp von Boeselager, wurde in Paris in einem Festakt der Offiziersgrad der Ehrenlegion verliehen. Ein Berater der für die Ehrung zuständigen Europaministerin wurde gefragt, was der Antrieb für diese späte Heraushebung des Verdienstes eines deutschen Widerständlers gewesen sei. Die Antwort stellte eine Verbindung zu dem Tag her, der den Bewohnern des besetzten Frankreichs als der Eröffnungszug ihrer Befreiung von mehr als vierjähriger nazideutscher Besatzung galt: „Wir fragten uns, wie wir den Franzosen vermitteln könnten, dass auch viele Deutsche den 6. Juni als Beginn der Befreiung empfinden können."

Die Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung,* die den schillernden Satz zitierte, hat ihn unschwer als einen Halbedelstein ausgemacht, der in jenes Geschichtsbild eingepasst werden konnte, das derzeit mal leise, dann wieder tönend zwischen Saar und Neiße vertrieben wird: Die Befreier kamen aus dem Westen, die Besatzer aus dem Osten. Der Beginn der Befreiung auch der Deutschen datiert folglich nicht von der in Osteuropa zwischen Dezember 1941 und Januar 1943 erkämpften Wende des Krieges her, sondern erst von der Landung zwischen Le Havre und Cherbourg.

Nun also fand dort eine Zeremonie statt, die alle seit 1954 veranstalteten an Reklame, Aufwand, Pomp und auch Kosten weit übertraf. Nahezu zwei Dutzend Staats- und Regierungschefs waren in der Normandie zu Gaste. Zum ersten Mal nahm ein deutscher Bundeskanzler teil. Hatte sein Vorgänger 1994 noch gemeint, an einem solchen Tage würden Deutsche nichts zu feiern haben, gilt jetzt, sie hätten das doch, und zwar die „Geburtsstunde Westdeutschlands". Das schließt die Ostdeutschen nicht völlig aus. Mehrfach wurde erwähnt, dass sie zum Kreis der Glückhaften ja dazugestoßen seien, halt – bedauerlicherweise – erst mit großer geschichtlicher Verspätung.

Die früh an Schröder ergangene Einladung wurde gefeiert als ein Schritt zur Normalisierung. Was ließe sich darunter begreifen? Im verflossenen Jahrzehnt hatte sich manches ereignet, was gewandeltes und erhöhtes Interesse an dem Tag entstehen ließ und den einen Anlass zur Beschwörung des Ereignisses gab, anderen zum Nachdenken über dessen Bedeutung. In Europa war wieder Krieg geführt worden – gegen Jugoslawien. Auch in den vorderen Orient, der nach den Plänen der deutschen Militärs als Kriegsschauplatz im Jahre 1942 (nach „Barbarossa") vorgesehen war, es dank der Widerstandskraft der UdSSR dann doch nicht wurde, hatten die USA mit ihrem Verbündeten Großbritannien und weiteren europäischen Unterstützern Krieg getragen. Sie scheuten sich nicht, die Aggression gegen Bagdad mit Verweis auf den 6. Juni 1944 propagandistisch zu verbrämen, also von den Kämpfen an der französischen Atlantikküste zur Besetzung des Irak kühn eine Traditionslinie zu ziehen.

Es war diese Demagogie, welche die Voraussage risikolos machte, die „gigantische Show" in der Normandie werde leider auch ein Fest der Heuchelei werden. Das schrieb der Wiener *Standard*. Andrei Steven Markovits formulierte im *Tagesspiegel* sein Missvergnügen am Tage zuvor so: „Im Großen und Ganzen bin ich über die diesjährigen Feierlichkeiten zum D-Day betrübt. Kein einziges der hohen Tiere findet meine politische oder emotionale Zustimmung." In beiden Fällen knüpfte sich das Unbehagen in erster Linie, aber nicht ausschließlich an den Gast im Mittelpunkt: Georg W. Bush. Markovits, US-Staatbürger, nannte ihn, den er niemals als seinen legitimen Präsidenten betrachten werde, den „womöglich schlechtesten Präsidenten in der Geschichte unserer Republik". Und das Wiener Blatt meinte, Bush, der „mit solcher Anmaßung und mithilfe von falschen oder gefälschten Informationen über Massenvernichtungswaffen sein Land in den Krieg mit dem Irak" führte, habe mehr als jeder andere dazu beigetragen, „die moralische Autorität der Vereinigten Staaten zu verspielen".

Innerlich knurrend und greinend mag der Präsident dem Rat gefolgt sein, in seinen Reden in Frankreich das Wort Irak am besten nicht in den Mund zu nehmen. Selbst für die Wahlpropaganda im

eigenen Lande hat es offenbar das Verfallsdatum inzwischen überschritten. Doch half das dem Ansehen des Politikers wenig. Die Auslassung wertete niemand als Ausdruck schlechten Gewissens oder gar veränderter Gesinnung. Zumal auch die letzten noch lebenden Veteranen der Schlacht, Männer, die als junge Burschen die Zweiten Front eröffneten und nun zumeist im neunten Lebensjahrzehnt angelangt sind, sich durch Komplimente, diverse Ehrungen und späte Auszeichnungen für die Ziele der Machthabenden nicht durchweg als bloße Statisten in Anspruch nehmen ließen. Einer von ihnen, der in den USA lebende einstige Infanterist Art Wardlow bestand darauf, dass der Krieg gegen den Irak, den die USA angezettelt hätten, „ohne verdammten Grund“ geführt worden sei. Der „Marsch auf Bagdad“ sei kein gerechter Krieg gewesen, sondern eine Schande. Es bleibe nur ein Weg, der, den sein Land in Vietnam schon einmal gegangen sei: „Abhauen“.

Es wäre interessant zu ermitteln, in welchen in Deutschland gedruckten Zeitungen oder Zeitschriften der 84jährige und ihm Gleichgesinnte mit derlei Äußerungen zu Worte gekommen sind. Wetten könnten da schwer verloren werden. Im Überangebot waren die Geschichten von der Versöhnung der Oberen wie der kleinen Leute unter-, aber vor allem miteinander. Dem Volke soll die Religion schließlich erhalten bleiben.

Ossietzky, 12/2004, 12. Juni 2004, S. 402 ff.

Operation „Bagration“

Am 22. Juni 1944 begann eine der größten Schlachten des Zweiten Weltkrieges

„Noch ist kein Feind in Deutschland drin ... Und wenn wir den Russen in Masuren schlagen müssen, aber wir schlagen ihn.“ Diese Sätze stammen aus einem Feldpostbrief eines SS-Untersturmführers vom 23. Juli 1944. Doch hieß es darin auch, dass im Umfeld des Absenders alles „bedrückt und niedergeschlagen“ sei. So die Stimmung einen Monat nach Beginn jener strategischen Operation der sowjetischen Armeen, die im Mittelabschnitt der deutsch-sowjetischen Front zu einem vernichtenden Debakel für die Wehrmachtstruppen geführt hatte.

Das Unternehmen, am 3. Jahrestag des Kriegsbeginns gegen die Sowjetunion mit gewaltsamer Aufklärung der gegnerischen Verteidigung begonnen, war unter dem Tarnnamen „Bagration“ vorbereitet worden – eine Bezeichnung, die Erinnerungen an die Zeit des Kampfes gegen die napoleonischen Eindringlinge wachrief. Pjotr Iwanowitsch Bagration, ein aus einem georgischen Fürstengeschlecht stammender General in den Diensten der Zaren, war nach einer am 7. September 1812 in einer Schlacht erlittenen Verwundung verstorben, ohne den Rückzug der Eindringlinge aus Moskau noch erlebt zu haben.

Die sowjetische Operation war für weitere Schlachten im Norden und Süden von entscheidender Bedeutung. Sie entsprach den Verabredungen zwischen den Alliierten, war mit ihrem Beginn doch definitiv entschieden, dass das Oberkommando der Wehrmacht außerstande sein würde, eigene Formationen von der Ostfront nach dem Westen zu verlagern, wo sich die Invasionsarmeen an der französischen Atlantikküste in schweren Kämpfen in einem Brückenkopf festgesetzt hatten und die Vorbereitungen für den Übergang zum Bewegungskrieg und der Vertreibung der Deutschen aus Frankreich trafen.

Die sowjetische Offensive, die bis Mitte September andauerte, führte zur Befreiung Belorusslands. Dessen Hauptstadt Minsk wurde zurückerobert, sodann auch Vilnius und Kaunas im benachbarten Litauen. Die Truppen erreichten bald die Weichsel und setzten sich auch dort in Brückenköpfen am Westufer fest. Sie drangen in die östlich des Stromes gelegene Warschauer Vorstadt Praha ein. Schon am sechsten Tage der sowjetischen Offensive wurde Generalfeldmarschall Ernst Busch, der die deutsche Heeresgruppe Mitte befehligte, durch Walter Model ersetzt, der so wenig wie sein Vorgänger in der Lage war, die Front zu stabilisieren und die Vordringenden von der Reichsgrenze fernzuhalten, wiewohl er die deutschen Soldaten zur äußersten Anstrengung aufrief: „Der Feind steht an Ostpreußens Grenze. Jetzt gibt es kein Zurück mehr.“ Das war die gleiche Diktion, deren sich auch J. W. Stalin bedient hatte, als die Rote Armee bis zur Wolga zurückgeschlagen worden war. Die Rollen waren vertauscht. Das galt ebenso für die Kampfmoral. In deutschen Formationen kam es während der „Absetzbewegungen“, wie man das Fluchtergreifen verhüllend nannte, „vorübergehend zu Auflösungserscheinungen“, worauf das Oberkommando die abschreckenden Strafandrohungen gegen die eigenen Soldaten verschärfte. Die Rechte der „Gerichtsherren und Standgerichte“, Todesurteile zu fällen und unverzüglich vor angetretener Mannschaft vollstrecken zu lassen, wurden auf Weisung Hitlers erweitert. Im Osten wie im Westen nahmen die Verluste der Wehrmacht rasant zu. Albert Speer bot Hitler am 12. Juli weitere Rüstungsarbeiter zur Mobilisierung an, wenn an ihre Stelle italienische Militärinternierte und mehr Frauen treten würden.

Zwei Ereignisse machen die Schlacht am Mittelabschnitt der Ostfront im Sommer 1944 besonders denkwürdig. In ihrem Verlauf fanden sich deutsche Offiziere, die die ihnen unterstellten Truppen nicht mehr, wie gefordert, bis zum „letzten Blutstropfen“ kämpfen ließen, sondern in militärisch aussichtsloser Lage sowjetische Kapitulationsangebote annahmen. Solches Verhalten blieb indessen bis in den Mai 1945 hinein die Ausnahme, weshalb die Haltung des deutschen Generalleutnants Vincenz Müller aus dem der führenden Militärs herausragt. Östlich von Minsk mit den von ihm befehligten Truppen eingeschlossen, ließ er den Kampf einstellen. Auch darauf war die Reaktion an der Wehrmachtsspitze eindeutig. Müller wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Denkwürdiger noch, dass die sowjetischen Truppen, in deren Verband auch eine polnische Armee kämpfte, am 17./20. Juli das Territorium Polens erreichten, Tage später Lublin befreiten und dort auf

das Gelände des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek gelangten. Es war auf einen drei Jahre zuvor ergangenen Befehl Heinrich Himmlers hin errichtet worden, unmittelbar zum Zwecke der Unterdrückung des polnischen Widerstands, zugleich aber mit der Bestimmung, das umliegende Territorium für die „Germanisierung“ freizumachen und die polnische Bevölkerung so von Westen und Osten her „in die Zange“ zunehmen. In Majdanek waren Hunderttausende umgebracht worden, Menschen aus 28 Ländern, Polen, sowjetische Kriegsgefangene und immer wieder Juden im rassistischen Programm der „Endlösung“. Das Lager, aus dem die Nazis die Mehrzahl der Insassen zuvor verlegt oder getötet hatten, sollte vor dem Eintreffen der sowjetischen Armee zerstört werden, was aber nur teilweise gelang. Neben Resten wie der Gaskammer und den Gefangenenbaracken fanden die Befreier Überlebende vor. Eine sowjetisch-polnische Kommission nahm die Untersuchungen auf. Fotos gingen als erste authentische und aktuelle Bilddokumente um die Welt. Die nazistische Gräuelpropaganda kam, wie ihr Oberbefehlshaber Goebbels nüchtern feststelle, in eine nicht mehr zu behebende Defensive.

„Nichts würden wir mehr begrüßen als das Ende des Krieges“, schrieb ein Wehrmachtssoldat am 16. Juli 1944 an eine Adressatin in Niederösterreich. „Vielleicht geht noch manchem ein Licht auf, wenn er bedenkt, dass der Russe beinahe an unserer Grenze steht.“ Dort, in Ostpreußen kam die Offensive zum Stehen, die Kräfte der Armeen waren erschöpft, die sowjetischen Soldaten brauchten eine Ruhepause. Doch Berlin war schon in Sicht, wenn auch nicht entschieden war, wer von ihnen den Tag des Kriegsendes erleben würde.

junge Welt, Sonnabend, 19.06.2004, S. 15.

Alle Jahre wieder

Eintauchen ins nationale Gewissensbad des 20. Juli.

Zu Jahresbeginn schien es, als würde es für den Blick zurück auf den Zweiten Weltkrieg – die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ wurde eben zum letzten Mal gezeigt und war nach dem gescheiterten Versuch, sie dauerhaft auf der Wevelsburg zu präsentieren, zur Einmottung im Deutschen Historischen Museum schon bestimmt – aus deutscher Sicht nichts Wichtigeres geben, als die Hebung eines Schrotthaufens: des 1939 – vor der Mündung des Rio de la Plata – gesunkenen Panzerschiffs „Admiral Graf Spee“.

Der Schein trog. Im Visier hatten die Regisseure und Profiteure geschichtlichen Tamtams längst den Tag, der – alle Jahre wieder – als nationale Denkwürdigkeit begangen wird und sich, so die vorherrschende Ausdeutung, mit einer der nicht allzu zahlreichen Freiheitsaktionen in der deutschen Vergangenheit verbindet: die Verschwörung, die am 20. Juli 1944 zum Attentat auf Hitler führte, scheiterte und in einem Blutbad der Machthaber endete. Spiel- und Dokumentarfilme für Fernsehsendungen waren schon in Arbeit. Ende Februar, da hatte das ZDF seine Serie „Sie wollten Hitler töten“ bereits parat, präsentierte die ARD ihre Produktion „Stauffenberg“ und verzeichnete 7,5 Millionen Zuschauer, von denen allerdings nur weniger als eine halbe Million unter 30 Jahre alt war. Die Aufführung gab zur Debatte, ob das Ereignis den Heutigen etwas „zu sagen“ habe, kaum Anlass. Beifällige Kommentare der Feuilletons atmeten Mühe und Müdigkeit. Menschliche Beweggründe seien nicht ausreichend gewürdigt worden. Auch Zusammenhänge nicht. Hergebetet wurde das eingeübte Deutungsvokabular: Gewissen, Mut, Selbstverleugnung, Mahnung, Überzeugungstreue. Damit derlei niemandem in den falschen Hals geriete, wurde Regisseur Jo Baier schon in der Vorschau mit der Bemerkung zitiert: „Wir leben in einer gut installierten Demokratie, die Menschen in diesem Land sind gottseidank in der Mehrheit gegen Krieg, sind also friedlich und lieben ihre individuelle Freiheit.“ Die häufigste Reklameparole tönte „Zivilcourage bleibt aktuell“.

Zu Jahresanfang waren Geldmittel bei Bund und Ländern für verschiedenste Projekte längst eingeworben und verteilt. Eines davon nennt sich „Stauffenberg – heute“ und gruppiert sich um die Aufführung des Schauspiels *Stauffenberg. Die Tragödie des 20. Juli 1944*. Vor zwanzig Jahren publiziert, von der Literaturkritik ignoriert, fand sich bis dato kein Theater für eine Aufführung bereit. Nun war das Stück auf der Bühne des Berliner Schiller-Theaters zu sehen, wo der todesmutige Graf gleichsam auf die berühmte Couch gelegt wurde, denn – so die Ankündigung – „das Drama spielt sich im Innern des Attentäters ab“. Nicht ganz. Am Ende des 3. Aktes werden dem zur Erschießung bestimmten Stauffenberg in seiner Ansprache an Mitverschworene prophetische Worte in den Mund gelegt. Danach sieht er bei Kriegsende aus Osten und Westen „Aasgeier“ sich auf den „gequälten Leib“ des deutschen Volkes stürzen. Doch Gott werde dessen Wunden heilen. Dann folgt die Mahnung: „Deutschland, erkenne deine Stunde! Erst jetzt ist sie da! Höre auf deine Propheten, auserwähltes Volk!“

Das Unternehmen finanziert der Steuerzahler via Europäische Union, Bundesrepublik und Berliner Senat. Mehr als 30 Aufführungen sind geplant, darunter auf dem Gelände der Topographie des Terrors, auf Rügen in den Proraer „Kraft-durch-Freude“-Ruinen und in Polen auf dem Terrain der einstigen „Wolfsschanze“. Dazu gehören sieben Symposien, deren erstes sich mit der Frage befassen wird: „Warum ließ Gott Hitler zu?“

„Da ziehen wir mal die Linie durch“, sagte der Geschichtsprofessor Hugo Preller seinen Jenaer Studenten einst; als wären die Produzenten und Verordner frommer Erinnerungsbilder seine Hörer gewesen, haben sie die deutsche Geschichtslinie vom 20. Juli 1944 über den 17. Juni 1953 bis in den November 1989 gelegt und die mit diesen Daten verbundenen Ereignisse als Großtaten markiert, geboren aus einem gediegenen antitotalitären Gewissen. Lang, bunt und namhaft liest sich die Liste der Vortragenden, die sich vor Mikrophonen, in Festsälen, im Ehrenhof im Berliner Bezirk Tiergarten und an der einstigen Hinrichtungsstätte Plötzensee als Ausdeuter des Attentats bereits hervortaten. Vor einem Jahr verursachte dann auch der von den demokratischen Sozialisten gestellte Bürgermeister von Berlin, Senator Harald Wolf, keinen politischen Stilbruch, als er die Linie durchzog von der

Opposition gegen den Nationalsozialismus zu der gegen Ulbricht und Honecker. Sein Text bezeugte die punktgenaue geistig-moralische Ankunft, fehlten in ihm doch weder die „fortschrittlichen preußischen Traditionen“ noch die Versicherung, „dass es den Frauen und Männern des 20. Juli nicht um Macht ging, wie so oft bei anderen Putschversuchen. Es war allein die Macht des Gewissens, die sie zu jener Tat trieb.“ Vom Kriege, dessen sofortige Beendigung jedenfalls zu den Zielen eines Teils der Verschwörer gehört hatte, war die Rede nicht ausdrücklich.

Historiker stören da. Einmal kam bei der Staatsfeier einer aus ihrer Zunft zu Wort, der Berner Professor Walther Hofer. Als aber 1998 in Frankfurt a.M. die Ausstellung „Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945“ eröffnet wurde, lud man den bereits zum Eröffnungsredner bestimmten Hans Mommsen, Verfechter einer legendenfreien Sicht auf die Verschwörung, wieder aus. Forschungsergebnisse, gewonnen aus einer Haltung, die nach politischer Opportunität nicht fragt, sind hinderlich. Längst ist an den naturgemäß lückenhaften Quellen gezeigt worden, dass sich mit der Verschwörung unterschiedliche Biographien und – mehr oder weniger klar formuliert – weit voneinander abweichende gesellschaftliche und politische Ziele verbanden. Also sollte bloße Gewissensnot niemandem angedichtet oder abgesprochen werden. Im Einzelnen undeutlich, konnte das Gesamtbild der Ereignisse doch konturiert werden. Es zeigt Akteure, die nicht länger Werkzeuge eines verbrecherischen Unternehmens sein wollten, ebenso wie Politiker, die kalt berechneten, wie Deutschland am Tage nach der geforderten bedingungslosen Kapitulation aussehen würde, und die glaubten, es ließe sich der eine oder andere Schaden, den es zu nehmen drohe, doch noch irgendwie vermeiden. Manches Handeln war von Interessen dominiert, die, frei von jeder moralischen Erwägung, auch mit „Demokratie“ nichts im Sinn hatten.

So bruchstückhaft die ersten Informationen über das Attentat, so zurückhaltend auch die zeitgenössischen Reaktionen des Auslands, von Regierenden wie von deutschen Exilanten. Bert Brecht schrieb am 21. Juli 1944 ins Tagebuch: „als etwas über die blutigen vorgänge zwischen hitler und den junkergenerälen durchsickerte, hielt ich für den augenblick hitler den daumen, denn wer, wenn nicht er, wird uns schon die verbrecherbande austilgen?“ Brechts Urteil verwandt, jedoch untermischt mit einem durchaus nicht gerechtfertigten Optimismus, war dasjenige von Manfred George, der im New Yorker „Aufbau“ am 28. Juli schrieb: „Wir wissen nicht, ob das Attentat von Himmler gestellt oder echt oder ob es eine Mischung beider Tatsachen war. Aber wir stimmen überein, dass die gegenseitige Vernichtung von Junkern und Nazis den Weg zur wahren Vernichtung des deutschen Militarismus freimacht.“ Und: „Die Opfer könnten nie so erbarmungslos mit ihnen umgehen, wie sie, die an Grauen Gewöhnten, einander nun in ihrer Verzweiflung an die Kehle springen werden.“ Ähnlich sahen dies Beobachter in den Regierungen der Alliierten. Dort wurde die Ablehnung der Verschwörung auch von der Überlegung bestimmt, dass die Durchsetzung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und die Übernahme der Regierungsgewalt erschwert werden könnte, wenn man es mit einem Nach-Hitler-Regime zu tun bekäme.

Dem im Verlauf von Jahrzehnten geformten Geschichtsbild des 20. Juli 1944 hat die historische Forschung jüngst nur wenig hinzufügen können. Anlässlich des 50. Jahrestages erschienene Publikationen sind nicht veraltet. Manches wurde nun wieder aufgelegt. Schon im Vorjahr erschien unverändert die umfängliche Stauffenberg-Biographie des Schweizers Christian Müller. Nach wie vor auf dem Buchmarkt ist die 2002 im Todesjahr des Autors publizierte Stauffenberg-Biographie Christian Graf von Krockows, der mit seinen Büchern zur preußischen und deutschen Geschichte und über Friedrich II., Bismarck, Wilhelm II. u. a. sich eine Lesergemeinde rekrutiert hatte. Er schreibt, seinem Stande gemäß und den Tatsachen fern den „alten Eliten“ eine besondere Prädisposition für den Widerstand zu. Besieht man ihre Lebenswege, haben sich die meisten von ihnen lange und erfolgreich gegen diese Prädisposition gewehrt.

Wieder herausgegeben wurde die Monographie des in Montreal wirkenden Peter Hoffmann über Stauffenberg und dessen Brüder: Sie war 1992 in deutscher Sprache erschienen, 1995 mit dem Untertitel *A Family History* auch auf Englisch. Schon 1997 lag die jetzt wiedergedruckte Schilderung geplanter und unternommener Attentate auf Hitler von Will Berthold vor, der bei seiner Zählung bis auf 42 gekommen war. Erneut gedruckt auch Joachim Fests zuerst 1994 erschienene Abhandlung

Staatsstreich. Gleiches gilt für die 1997 in den USA erschienene Monographie von Theodore S. Hamerow *On the Road to the Wolf's Lair. Geman Resistance to Hitler*, deren Untertitel zu viel verspricht, kommt doch der Arbeiterwiderstand darin nicht vor. Die schon 1999 publizierte deutsche Ausgabe verwies mit dem Untertitel *Von der Kollaboration zum Widerstand* genauer auf den Inhalt des Buches, das mit einer Betrachtung des Gedenkens in Deutschland endet: „Die Bundesrepublik feierte den fehlgeschlagenen Staatsstreich mit nicht weniger Inbrunst als das kaiserliche Deutschland die Reichsgründung."

Ungleich betagter ist Bodo Scheurigs Von-Tresckow-Biographie aus dem Jahr 1973. Hinzugefügt wurden ihr lediglich zwei Seiten Vorwort. Anstatt sich mit Forschungen auseinanderzusetzen, in denen, das betrifft nicht nur den General selbst, die Rolle von Verschwörern als funktionierende Militärs im Vernichtungskrieg untersucht wurde, flüchtet Scheurig zu Etikettierungen wie „nicht kritikwürdig", „indiskutabel", „unseriös", „ideologische Voreingenommenheit". Das war der Umgangston bei der Charakterisierung von Büchern aus der DDR und ihren Autoren, der nun umso stärker auffällt, als inzwischen selbst in Guido Knopps unter Mitwirkung von Historikern entstandenem Band *Sie wollten Hitler töten* kein Hehl aus der vielfach dokumentierten Tatsache gemacht wird, dass und in welchem Grad die späteren Verschwörer nicht nur am Verbrechen des Krieges, sondern auch an Verbrechen im Kriege beteiligt waren.

Neuaufgelegt wurde das Dokumente, Erinnerungen und Studien bietende Buch über Carl-Hans von Hardenberg von 1994, dessen Selbstmordversuch unmittelbar vor seiner Verhaftung missglückte und dem ein kommunistischer Landarbeiter vom Gut der Familie im KZ Sachsenhausen überleben half. Aus Erinnerungen des Grafen und seiner Ehefrau werden zum Jahrestag des Attentats im brandenburgischen Schloss vier ihrer Nachkommen lesen. Eine eigenartige Bereicherung biographischer Literatur bietet die zeitlich wie thematisch in die Familiengeschichte ausgreifende Erzählung über das Leben des in Plötzensee hingerichteten Hans-Georg Klammroth, die seine Tochter Wibke Bruhns verfasst hat und die seit Wochen obere Plätze auf der Bestsellerliste einnimmt.

Gerd R. Ueberschär hat zum ARD-Film „das Buch" beigesteuert, womit die Arbeit des Historikers nicht eben in gute Gesellschaft gerückt ist. Doch gehört es zum Informativsten, das auf den Markt gelangte. Es setzt mit einer den Ereignissen des 20. Juli von Stunde zu Stunde folgenden Chronik ein, führt in die Geschichte der Umsturzpläne zurück, bietet biographische Skizzen der Beteiligten und ihrer Frauen, spannt den Bogen bis zur Rezeption der Verschwörung und enthält eine vorzügliche Bibliographie. Von anderen Publikationen hebt es sich auch durch die Erörterung der Beziehungen der Verschwörer zu den „übrigen deutschen Widerstandsgruppen" ab und durch die kenntnisreiche Zurückweisung von Legenden. Heroisierungen und die Verbreitung der Version von der Militäropposition vom Beginn des Nazireiches an seien „aufgrund der Forschungsergebnisse beider deutscher Historiographien" obsolet geworden.

Kein Rückblick auf den 20. Juli ohne die Frage, warum die Verschwörer scheiterten. Peter Steinbach schreibt in der „Welt", es sei der Zufall in Gestalt einer Kleingruppe von Stauffenbergs „Kameraden" gewesen, „die sich am Abend des 20. Juli plötzlich auf ihren Eid besannen – und Stauffenberg verrieten". Diese Verratsthese ist von der Wirklichkeit so weit entfernt wie die einst als historisch-materialistische Erkenntnis ausgegebene Behauptung, Volksfremdheit und Revolutionsfeindlichkeit seien es gewesen, die das Unternehmen scheitern ließen. Als hätten die Deutschen darauf gewartet, zum Aufstand gegen Hitler und den Krieg gerufen zu werden. Steinbachs These verdunkelt das durch viele Recherchen belegte Faktum, dass die übergroße Mehrheit der Wehrmachtsgeneralität, und gerade ihre exponiertesten Personen – man denke an den später mit Bundeswehr-Ehren begrabenen Erich von Manstein –, sich gegen Stauffenbergs Werbungen resistent gezeigt hatten oder ihre Haltung je nach Erfolg oder Misserfolg des Vorhabens bestimmen wollten.

Insgesamt gilt: Mit solcherlei Jahrestagen verbinden sich immer deutlicher politische Dienstleistungen, gemischt mit kommerziellen Interessen, kaum jedoch Anstrengungen zur Transformation geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse ins allgemeine Bewusstsein. Bezugnahmen auf Geschichte werden zur Verzierung einer Politik, die in ihrer Nacktheit nur einfältig und zugleich infam erschei-

nen würde. Die Verkleidung erfüllt ihren Zweck freilich nur, wenn die wirkliche Geschichte gründlich eingenebelt wird.

Literatur:

Will Berthold: *Die 42 Attentate auf Adolf Hitler*. VMA, Wiesbaden 2004, 256 S., 9,95 Euro.

Philipp von Boeselager/Hans Sarkowicz: „Der 20. Juli 1944“. Audiobuch FÜR 2, 2 CDs, 22,90 Euro.

Wibke Bruns: *Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie.* Econ, München 2004, 360 S., 22,00 Euro

Joachim Fest: *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*. Goldmann, München 2004, 414 S., 10,00 Euro.

Theodore S. Hamerow: *Die Attentäter. Der 20. Juli – von der Kollaboration zum Widerstand.* DTV, München 2004, 464 S., 15,00 Euro.

Günter Agde (Hrsg.): *Carl-Hans Graf von Hardenberg.* Aufbau, Berlin 2004, 292 S., 8,95 Euro.

Peter Hoffmann: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*. DVA, Stuttgart 2004, 672 S., 16,90 Euro.

Guido Knopp: *Sie wollten Hitler töten.* C. Bertelsmann, München 2004, 352 S., 24,90 Euro.

Christian Graf von Krockow: *Eine Frage der Ehre. Stauffenberg und das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944*. Rowohlt, Berlin 2003, 208 S., 14,90 Euro.

Christian Müller: *Stauffenberg. Eine Biographie.* Droste, Düsseldorf 2003, 632 S., 16,95 Euro.

Bodo Scheurig: *Henning von Tresckow. Ein Preuße gegen Hitler*. Propyläen, Berlin 2004, 288 S., 22,00 Euro.

David Sternbach: *Stauffenberg. Die Tragödie des 20. Juli 1944*. Dieve, Neufahm 2003, 227 S., 10,50 Euro.

Gerd R. Ueberschär: *Stauffenberg – Der 20. Juli 1944*. S. Fischer, Frankfurt a. M. 2004, 276 S., 19,90 Euro.

konkret 2004, Heft 7, S. 30.

Ein Leben in der zweiten Reihe

Dass Politiker der ersten Reihe, bevor sie noch aus ihren Ämtern geschieden sind, Lebenserinnerungen schreiben oder anfertigen lassen, gehört zu den Alltagserscheinungen des heutigen Büchermarktes. Es handelt sich meist um Reklameschriften. Trotz aller Werbung erklimmen diese auf Bestsellerlisten selten obere Plätze. Restbestände der Massenauflagen sind bald billig zu haben. Naturgemäß sinkt mit dem intellektuellen Niveau dieser Kastenangehörigen und ihrer Charakterstatur auch der Wert dessen, was sie da präsentieren. Zwischen Lügen in der Politik und diesem Buchtyp existiert eine direkt proportionale Beziehung. Und wer will sich in gleicher Sache zweimal nasführen lassen.

Weniger mediale Aufmerksamkeit erheischen Erinnerungen von Autoren, die einmal in den so viel längeren zweiten und dritten Reihen der Politik agierten. Zu Unrecht. Sind auch sie von Rechtfertigungsbedürfnissen nicht frei, so doch in den meisten Fällen davon ungleich weniger geprägt. Aus dieser Gruppe gelangen, zumeist in Ostdeutschland und gewöhnlich nur von Spezialisten für die Zeitgeschichte gelesen, jüngst zahlreiche Druckwerke an die Öffentlichkeit. Frühere Protagonisten der sozialistischen Bewegung und Mitarbeiter im Staatsapparat der DDR berichten aus ihrem Leben. In die Kategorie der Rara gehören hingegen Publikationen, mit denen sich Forscher der Biographie von Personen dieser Politiker- und Funktionärsstufe zuwenden. Geschieht das, ergeben sich häufig Nahaufnahmen und Geschichtsbilder von einer Tiefenschärfe, die, wenn die Scheinwerfer der Klio weiter oben aufgestellt werden, nicht zu erzielen sind.

Bewiesen hat das eindrucksvoll Katharina Riege mit einem Lebensbild des Hans Mahle, dessen Name nur in der Gründergeneration der DDR und noch in jener Kleingruppe Erinnerungen wachruft, die sich in der Frontstadtatmosphäre Westberlins zum Sozialismus bekannte: Der Funktionär im Kommunistischen Jugendverband erlebte das sowjetische Exil nicht ohne schwere Enttäuschungen, entging aber dem Gulag. Er arbeitete als Redakteur und Sprecher deutschsprachiger Sendungen und versuchte, Kriegsgefangene auf neue Wege zu führen. Dann hilft er, den Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone aufzubauen. Eines Tages fällt er – wie viele – die Funktionärstreppe herunter auf einen Leiterposten in der Konsumgenossenschaft in Mecklenburg, wird jedoch wieder als Redakteur gebraucht und zum Chef der Westberliner SED-Zeitung Die Wahrheit gemacht. Nach 1961 siedelt er in den Westteil der Stadt über und wirkt dort, solange das seine Kräfte zulassen. Diese Geschichte voller Wechsel, Spannungen und Widersprüche lässt in ein Leben blicken, zu dem Überzeugung, Risikobereitschaft und ein Schuss Abenteuerlust gehörten. Einfühlsam geschrieben verhehlt das Buch nicht die Schwierigkeiten im Verständnis von Generation zu Generation, vor allem, wenn zwischen dem Leben der Schreibenden und der Beschriebenen dramatische Wandlungen liegen.

Katharina Riege: „Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie“, VSA Verlag, 470 S., 25,00 Euro.

Ossietzky, 13/2004, 26. Juni 2004, S. 465 f.

Qualifikation

In einer Sonderausgabe des Uni-Journal Jena, das der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität herausgibt, stellt sich die „Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert“ vor, die mit dem Blick auf das herannahende Jubiläumsjahr 2008 berufen wurde. In einem der darin gedruckten Beiträge wird im unverkennbaren Ton anhaltender Genugtuung an die im März 1992 begangene Schandtat erinnert, einen Beschluss des akademischen Senats befolgend die Karl-Marx-Büste, die in DDR-Zeit neben dem Eingang zum Hauptgebäude der Hochschule errichtet worden war, zu demontieren und – wie es heißt – „in den zu Keller der Kustodie“ zu verbannen. Der Autor, verrät der Kontext, hält Marx offenkundig für den Erfinder des marxistisch-leninistischen Grundstudiums, was ihm nachgesehen werden mag. Aber qualifiziert ihn diese Privatentdeckung, in den Expertenkreis der „Kooperierenden Mitarbeiter und Stipendiaten“ der Senatskommission aufgenommen zu werden?

Ossietzky, Nr. 14/2004, 03.07.2004.

Gedächtnis und Interesse

Das Gedenken an den Kriegseintritt der Westalliierten in der Normandie. Eine Nachbetrachtung

Als der Kalte Krieg mit dem Untergang der realsozialistischen Staaten beendet worden war, hegten Historiker in der Bundesrepublik Hoffnungen, das werde sich auf hierzulande verbreitete Geschichtsbilder dahingehend auswirken, dass sie feste Verbindung mit den Tatsachen gewönnen. Die Ernüchterung kam bald. Einer, der ihr nicht ohne erkennbare Empörung 1994 Ausdruck gab, war Bernd Wegner, Professor an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg. In seinem Beitrag zu einer internationalen Tagung, die 1994 nur wenige Monate nach dem 50. Jahrestag des Beginns der Errichtung der Zweiten Front in Koblenz stattfand und vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr ausgerichtet wurde, war zu lesen: „Die grandiose Einseitigkeit, mit der vornehmlich die angelsächsische Welt den fünfzigsten Jahrestag des ‚D-Day' zelebrierte und die zeitgleichen, nicht weniger dramatischen Erfolge der sowjetischen Streitkräfte (vor allem gegen die deutsche Heeresgruppe Mitte) ignorierte, bietet allein schon Anlass genug, daran zu erinnern, dass Deutschland seinen Krieg gegen die Welt mehr denn irgendwo sonst auf dem Boden der Sowjetunion verlor ..." Es sei, beklagte Wegner damals, ein halbes Jahrhundert danach noch keine „wissenschaftlichen Standards entsprechende Monographie über die Ereignisse an der Ostfront während jener Sommermonate 1944" zur Hand. Das gilt bis heute. Sie vorzulegen, wäre selbstredend in erster Linie Sache der sowjetischen Militärhistoriographie gewesen. Warum sich deutsche Spezialisten der Aufgabe nicht angenommen haben, darüber kann nur spekuliert werden. Wegner zog „das Desinteresse der Militärs an Niederlagen" in Erwägung, „zumal an solchen, denen das heroische Ambiente der Stalingrader Vorgänge fehlt".

Das Bedürfnis, die Geschichte des ersten Versuchs, über den Kapitalismus hinauszugelangen, zu verunglimpfen und sie als ein Abirren vom Hauptweg der Menschheit darzustellen, ist auch über die Jahrhundertwende hinaus offenbar ungestillt. Dem System soll kein Verdienst gelassen werden. Der Absicht steht nichts stärker im Wege als die Rolle, die die Sowjetunion und ihre Armeen von 1941 bis 1945 gespielt haben. Da leistete sie den Hauptbeitrag zur Zerschlagung der faschistischen Staatenkoalition und verhinderte, dass aus Europa ein Kontinent unter dem Hakenkreuz wurde. Zu keinem Zeitpunkt seit 1917 besaß das Land größeres Ansehen, in keinem Moment seiner Existenz war der Antisowjetismus stärker in die Defensive gedrängt als im Frühjahr 1945, als die Rote Fahne über der Ruine des Reichstagsgebäudes wehte.

Mehr als ein halbes Jahrhundert später war die Zahl der Zeitgenossen dieses Krieges, die die Besatzungs- und Ausrottungspolitik der deutschen Eroberer erlebt und erlitten hatten, in raschem Schwinden begriffen. Das Wissen der übergroßen Mehrheit der Europäer über den Zweiten Weltkrieg speist sich heute aus Erzählungen, Büchern, Filmen und Ausstellungen. Und es verringert sich ungeachtet der Masse des Angebots an Informationen. Doch das Interesse der Nachgeborenen an der Geschichte dieses Krieges ist noch immer hoch: Es sind Ereignisse unserer Gegenwart, die viele fragen lassen, ob wir den Kriegen und Katastrophen in einem geschichtlichen Sinne wirklich entronnen sind. So existieren günstige Bedingungen für jene, die ihre Geschichtsbilder auf Märkten feilbieten. Deren Mangel an Wahrhaftigkeit nimmt zu und hat eine neue Qualität gewonnen. Unübersehbar wurde das, als vor vier Wochen erneut des 6. Juni 1944 gedacht wurde.

Tabuwort Zweite Front

Bereits im Vorfeld dieses Jahrestages wurde die Frage, ob an der zehn Jahre zuvor praktizierten Art des Gedenkens eine Korrektur vorgenommen werden würde, eindeutig negativ entschieden. Schon 1994 wurden die Feierlichkeiten begangen, als habe es nur eine, die an diesem Tage in Westeuropa eröffnete Landfront gegen die Wehrmacht gegeben, als sei der Faschismus durch seine Niederlage erst dort und von da an auf die Verliererstraße gezwungen worden. Das Verfahren bedurfte einer sprachlichen Regelung und der Tabuisierung eines früher gebräuchlichen Begriffs. Er lautet: Zweite Front, eine Bezeichnung, die das Vorhandensein einer ersten assoziiert.

Wer den Begriff benutzt, greift auf einen vielen Zeitgenossen des Ereignisses geläufigen Ausdruck zurück. Mit ihm, lange vor der Eröffnung dieser Front geprägt, verband sich die Hoffnung von Millionen auf Frieden. Zweite Front! So lautete eine Forderung in den westlichen Staaten der Antihitlerkoalition, in der sich Ungeduld und Unzufriedenheit mit dem Beitrag der eigenen Armeen zum Kampf gegen das Naziregime äußerten. Später bezeichnete der Begriff in Geschichtsbüchern verschiedenster Sprachen lange und exakt auch das Ziel des Ansturms auf die deutschen Verteidigungsanlagen entlang der Atlantikküste.

Das sollte sich ändern. Deshalb wird nun nur noch von der „Landung" gesprochen, vom „D-Day" oder von der „Operation Overlord". Jeder dieser Begriffe benennt einen Aspekt des Ereignisses, doch nicht seinen Rang im Kriegsverlauf. Wo jüngst in den Medien noch von der Zweiten Front die Rede war, heftete man diesem Terminus in der Regel so etwas wie einen kommunistischen Makel an und verwies darauf, dass allein Stalin und die Sowjetunion auf deren Entstehung gedrängt hätten.

Falsche Etiketten

In den ersten Junitagen dieses Jahres überboten sich die Redakteure von Radio- und Fernsehsendern der Bundesrepublik in Bewertungen der Schlacht in der Normandie, die in die Kategorie der Geschichtsfälschung gehören. Hier eine Auswahl: „der Tag, der die Wende im Zweiten Weltkrieg bringt", „die Operation, die den Untergang des Dritten Reiches einleitet", „das Ereignis, das als Anfang vom Ende Nazideutschlands gilt", „der Tag, der den Sieg über Nazideutschland einleitet", „der vielleicht folgenschwerste Tag des 20. Jahrhunderts". Ein Reisebüro warb für eine Fahrt in das Gebiet der „berühmtesten Militäroperation der Geschichte". Spiegel-Redakteure entschieden sich auf dieser Linie für den Titel „... als die Amerikaner Europa retteten".

Und aus dem Hause des ZDF-Historikers Guido Knopp hieß es: „Die erste Stunde der Befreiung schlug an den Klippen der Normandie". Und weiter: „Befreit wurde das nationalsozialistische Deutschland nur im Westen." Das propagandistische Dauerfeuer richtet sich gegen die geschichtliche Tatsache, dass die Befreiung Europas das gemeinsame Werk der Soldaten der Antihitlerkoalition und der Widerstandskämpfer und Partisanen war. Die Summe der Sprachbilder ergibt die Formel: Von Westen kamen „unsere" Befreier, von Osten die Besatzer. Dies soll nicht nur für die Deutschen gelten, sondern auch für alle ost- und südosteuropäischen Völker, obgleich auch für sie die Naziherrschaft 1944/45 mit dem Vorkämpfen der sowjetischen Armee zu Ende ging.

Diese Sicht ist inzwischen Lehrmeinung geworden, die künftigen Pädagogen beigebracht wird. Das bezeugt ein Interview, das der Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität der Berliner Zeitung gab. Der 6. Juni, wird da doziert, sei „nicht für alle Europäer zum Beginn des Befreiungsprozesses" geworden. Eine Formulierung, die diejenigen Europäer schlicht nicht zur Kenntnis nimmt oder sie unausgesprochen in Nazimanier als „Asiaten" abtut, die in sowjetischen Ortschaften schon vor diesem Junitag die Soldaten der eigenen Armeen als ihre Befreier begrüßt hatten. Sich zum Sprecher aller Deutschen machend, erklärt der Mann anschließend, „dass auch wir in diesem Tag den Beginn der Befreiung sehen".

Vom Kanzler, seinem Parteifreund, erwartete der Historiker, dieser werde sich auf seiner Reise in die Normandie „bewusst sein, dass er für die spricht, die damals militärisch besiegt wurden". Keinen Gedanken verschwendet er offenbar daran, dass es auch diejenigen Deutschen gab, für die eben dies nicht zutraf: Menschen, die sich 1944 in den Fängen der deutschen Machthabenden befanden – in Konzentrationslagern, in Sippenhaft, als Deserteure oder „Hochverräter" in Militärgefängnissen. Auch die ins Exil Getriebenen dürften sich seinerzeit keineswegs besiegt gefühlt haben.

Kanzlerreise

Auch der Bundeskanzler, der seiner Einladung an die Atlantikküste „historische Bedeutung" beimaß und in ihr den Beweis erblickte, dass „die Nachkriegszeit endgültig vorbei" ist, schloss sich schon vor seiner Abreise in einem Interview der Version an, die den sowjetischen Partner der Koalition von der Befreier-Rolle ausschließt. Ohne die Erste Front zu erwähnen, ließ er verlauten: „Der 6. Juni markiert den Beginn der Militäroperation, die für die Befreiung Europas von der Nazidiktatur ent-

scheidend wurde.“ Und erklärte das Ereignis zum „Ausgangspunkt für das Europa von heute“. Dass es unter den Kämpfenden und bei Millionen von Europäern Vorstellungen von der Nachkriegswelt gab, die sich von der heutigen erheblich unterschieden – und dass die erste Sorge der Politiker in West- und in Südeuropa die möglichst rasche Entwaffnung der Widerstandsbewegungen und die politische Ausschaltung der Sozialisten unter ihnen war, soll gänzlich der Vergessenheit anheimgegeben werden. Wie auch die Tatsache, dass für dieses Ziel in Griechenland der massive Einsatz militärischer Kräfte das Mittel der Wahl war.

So zieht man die historische Gerade vom Strand der Normandie ins Jahr 2004 und zur inzwischen erreichten besten aller denkbaren Ordnungen – zu deren Realität stetig steigende europäische Rüstungsaufwendungen, gegen die jene Nazideutschlands miniaturhaft wirken könnten und die schwer auf erheblichen Teilen der Bevölkerung lasten, der NATO-Krieg gegen Serbien, Flugplätze und anderes als Basis für den anglo-amerikanischen Krieg gegen den Irak gehören.

Das Gebiet entlang der Küste, in dem die Kämpfe um die Errichtung der Zweiten Front stattfanden, ist von Militärfriedhöfen und anderen Gedenkorten übersät. Die Reiseplaner des Kanzlers hatten zu entscheiden, wohin sich Gerhard Schröder begeben werde. Des Auftritts von Helmut Kohl in Bitburg eingedenk sorgten sie sich darum, die „richtigen“ deutschen Soldatengräber auszumachen. La Cambe ist ein Ort, den kaum ein deutsches Reiseunternehmen bei seinen einschlägigen Angeboten auslässt. Nach einem westdeutsch-französischen Abkommen von 1954 wurde hier ein großer Friedhof für die Überreste von mehr als 20.000 deutschen Soldaten angelegt – unter ihnen nicht wenige Angehörige von Waffen-SS-Formationen. Deshalb fiel die Wahl auf die Gräberstätte in Ranville, nahe der lange umkämpften Stadt Caen. Dort wurden vor allem Briten und Angehörige von Commonwealth-Staaten, aber auch Deutsche bestattet.

Politiker der Opposition und auch ehemalige Bundeswehrgeneräle haben dem Kanzler diese Entscheidung umgehend angekreidet. Für sie sind Angehörige der Waffen-SS, dem Slogan eines ihrer Führer folgend, noch immer „Soldaten wie andere auch“. Mit dem Blick auf die nahende Europawahl und weitere Wahlgänge schielten sie auf die äußerste Rechte, die seit Jahren „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ fordert und das auf Deutschlands Straßen auch öffentlich tun darf. Der Kanzler ließ seinen Regierungssprecher kurz von „kleinlichen Streitereien“ und einer „wenig sensiblen Auseinandersetzung“ reden und in vornehmer Zurückhaltung erklären: Die über seine Friedhofswege „von wenigen angezettelte Debatte ist nicht nur sachlich falsch, sondern auch rückwärtsgewandt“. Klartext zu reden hätte hier bedeutet, die Sprache auf den rechten Rand der deutschen Gesellschaft zu bringen, auf neue Nazis, auf sogenannte Vertriebenenverbände, auf Antisemiten. Doch gerade das sollte in den Tagen der definitiven Versöhnung und der schattenlosen Einordnung der Bundesrepublik in die Reihe der Sieger der Geschichte nicht geschehen.

Versöhnung?

Der 60. Jahrestag des „D-Day“ wurde als bombastisches politisches Spektakel inszeniert. Akteure waren nahezu zwei Dutzend Staatsoberhäupter und Regierungschefs, an ihrer Spitze US-Präsident George W. Bush, der britische Premierminister Anthony Blair und natürlich der gastgebende französische Präsident Jacques Chirac. Dazu Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin, wenngleich letzterer ein wenig im propagierten Geschichtsbild störte. Denn es stand nicht zur erwarten, dass er sich für die Teilnahme der Sowjetunion am Zweiten Weltkrieg entschuldigen und um deren Nichterwähnung nachsuchen würde. Es war dann auch Chirac, der die „heldenhaften Soldaten“ der sowjetischen Armeen in Erinnerung rief, eine Passage, die in einigen deutschen Zeitungen noch erwähnt wurde, während eine konforme Aussage des deutschen Kanzlers den Redaktionen keinen Vermerk wert war.

Versöhnung lautete das Hauptwort der Berichterstattung. Welche? Die versammelten Regierenden hatten noch eine kleine Rechnung offen. Keiner der Anwesenden hatte die von Bush vorgenommene Einteilung der Europäer in „Willige“ und „Unwillige“ vergessen. Welch schöne Gelegenheit, sich ganz wiedervereint zu zeigen, die Episode am besten unerwähnt zu lassen und sich aufs Gemeinsame zu besinnen. So geschah’s. Auch, weil die demagogische Praxis von Bush, die denkwürdige Schlacht

in der Normandie und den Feldzug der Westalliierten bis an die Elbe zur Rechtfertigung des Krieges gegen den Irak und der Politik im Nahen und Mittleren Osten auszubeuten, in den USA selbst auf – zunehmende – Ablehnung stieß.

Nicht nur aus Sicht der Bundesregierung, sondern auch aus der ihrer bürgerlichen Opposition ist diese Versöhnung und das Vergessen der Differenzen von 2003 indes eher ein Nebenprodukt. Was sie jenseits aller Quengeleien einträchtig feierten, ist ihres Kanzlers Empfang als Belohnung für den Weg, der mit der deutschen Teilnahme an dem verschleiernd „Kosovo-Einsatz“ genannten Krieg auf dem Balkan und an weiteren Militäraktionen bis zum Hindukusch eingeschlagen worden ist. Den Geschichtsstudenten der Humboldt-Universität wird das als folgerichtiger Schritt nach der 1990 wiedergewonnenen Souveränität und als Ende des „außenpolitischen Sonderwegs Deutschlands“ dargestellt. Der alliierten Soldaten wird nun mit der Bemerkung gedacht, dass es eine besondere deutschen Friedenspflicht nicht mehr gibt.

junge Welt, Mittwoch, 07.07.2004, S. 2.

Denken soll man

Retter in Uniform: Zum Erscheinen eines bemerkenswerten Buches

Im Jahre 2002 gelangte Roman Polanskis Film „Der Pianist“ in deutsche Kinos. Er lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die seinem Drehbuch zugrundeliegenden, bald nach der Befreiung geschriebenen Erinnerungen Władisław Szpilmans „Mein wunderbares Überleben“, die 1998 in deutscher Übersetzung erschienen waren. Zugleich machten die Deutschen, flüchtig nur, Bekanntschaft mit dem Leben eines deutschen Offiziers, einem – so hat Wolfram Wette sie im Titel eines Buchs genannt – „Retter in Uniform“. Ohne Wilm Hosenfelds Haltung und Wagnis wäre der polnische Jude Szpilman Opfer der Vollstrecker der „Endlösung“ geworden, hätten auch andere in die Gewalt der faschistischen Eroberer Gefallene nicht überlebt ...

Nun hat Thomas Vogel, Mitarbeiter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Tagebücher, Briefe und Notizen Hosenfelds herausgegeben, die sich im Privatbesitz von dessen Kindern befanden, und einleitend dessen Leben vorgestellt. Der 1895 in einer kinderreichen katholischen Familie in einem Rhöndorf Geborene zieht, eben zum Lehrer ausgebildet, in den Weltkrieg, wird Vizefeldwebel, entkommt, weil schwerverwundet, der Mörderei jedoch 1917. Dann unterrichtet er in Dorfschulen. Mit dem Eintritt in die SA 1933 und in die NSDAP 1935 bewies er, wie wenig er aus der Kriegserfahrung zu lernen vermocht hatte. 1939 ging es wieder in einen Krieg, diesmal nicht an die Front. Er leitet ein Kriegsgefangenenlager. Dann kommt er nach Warschau zur dortigen Oberfeldkommandantur. 1944 während des Warschauer Aufstandes vertritt er den leitenden Abwehroffizier und ist an Vernehmungen Gefangener beteiligt. Anfang 1945 gerät er, inzwischen Hauptmann und Kompanieführer, in sowjetische Gefangenschaft und wird als Kriegsverbrecher verurteilt. Versuche, ihn unter Nachweis seiner tatsächlichen Rolle zu befreien, scheitern. Hosenfeld stirbt 1952 entkräftet in einem Kriegsgefangenstraflager bei Stalingrad.

Die Buchpremiere fand soeben im Bundesministerium für Verteidigung statt, möglicherweise ein Schritt auf dem langen Wege zur Neubestimmung des Traditionsverständnisses der Bundeswehr. Die hätte in Hosenfeld gewiss keinen Helden, auch nicht, was sich uneingeschränkt ein Vorbild nennen ließe, doch einen Mann, dessen Biografie und Verdienst „Bürger in Uniform“, die auf dem Balkan, in Asien oder auf Weltmeeren nach sozialdemokratischer Weisung Verantwortung übernommen haben, nachdenklich stimmen könnte. Denn: Ungeteilte Zustimmung zur Politik des Naziregimes war dem Dorfschullehrer schon im Vorkrieg abhandengekommen, wegen dessen Kirchenpolitik, 1938 vermehrt wegen der Kriegsdrohung gegen die Tschechoslowakei und des Judenpogroms. In Konflikt mit seinen Befehlsgebenden vom direkten Vorgesetzten bis hinauf zum „Führer“ geriet der Offizier dann, weil er sein und das anderer Tun und Lassen an eigenen Maßstäben prüfte. Einen gab ihm, dem frommen Katholiken, sein christlicher Glaube, einen anderen das Kriegsvölkerrecht, das ihm als verbindlich galt, ein dritter erwuchs ihm aus seiner Fähigkeit des Mitleidens, gespeist etwa aus der Vorstellung, es könne seinen fünf Kindern ergehen wie jenen polnischen, die mit ihren Eltern aus dem zur Germanisierung bestimmten „Warthegau“ vertrieben werden. Er billigte, was er im „deutschen Fall“ für Patriotismus hält, auch Polen zu. Spät erst erkannte er Zusammenhänge wie diesen: „Die Gräuel hier im Osten ... sind nur die geradlinige Fortsetzung dessen, was anfangs mit den politischen Gegnern in Deutschland geschah.“ Vordem schon hatte er angesichts beobachteter Verbrechen geschrieben: „Denken darf man nicht ...“ Die Texte aus seinem Nachlass, ein außerordentliches Zeitzeugnis, verweisen auf etwas anderes: Man soll das Denken sich weder verbieten lassen, noch es aus freien Stücken, um eigenen Vorteils und eigener Bequemlichkeit willen suspendieren – nicht ohne und nicht in Uniform. Und vor allem: Man soll sich die eigenen Handlungsspielräume nicht wegdenken.

Wilm Hosenfeld: „Ich versuche jeden zu retten“. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Thomas Vogel. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2004, 1194 S., 29,90 Euro.

Wolfram Wette (Hrsg.): Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Nazis. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2002, 247 S., 13,90 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 10.07.2004, S. 14.

Von Robespierre zu Goerdeler?

Zum Platz des. 20. Juli im europäischen Bewusstsein

Mit dem Thema der Tagung „Der 20. Juli im europäischen Bewusstsein“ hatten sich die Veranstalter eine Hürdenstrecke aufgebaut. Die ergab sich vor allem aus dem Mangel an repräsentativen Fakten über das Wissen oder Nicht-Wissen, Interesse oder Nicht-Interesse an einem Ereignis, von dem nicht begründet werden kann, dass es von europäischem Rang sei (dies wäre allenfalls bei einem Erfolg des Staatsstreichs denkbar). Geladen hatten das Militärgeschichtliche Forschungsamt, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie die Stiftung 20. Juli. Ans Pult und aufs Podium traten auch Gäste aus Frankreich, Polen, Russland und Ungarn.

So interessant das Mitgeteilte im Einzelnen war, so wenig gab es für Vergleich und Analyse her: Beobachtungen über den Besuch einer Ausstellung „Deutsche gegen Nazis“, die in Paris gezeigt wurde; Stichproben über das einschlägige Literatur- und Internetangebot in Moskau; die Wirkung von Filmen da und dort; der Verweis auf rechtsradikale Kreise in Ungarn und deren Parteinahme für ein Denkmal des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki, ein maßgeblich Mitwirkender an antijüdischen Rassegesetzen. Wenig vergleichende Fakten wurden für die Kennzeichnung der Bewusstseinslage in der Bundesrepublik herangezogen. Das Verhältnis der Bundeswehr zu den Verschwörern äußere sich in den alljährlichen Gelöbnissen am Gedenktag und in der Benennung von Kasernen, war zu hören. Informiert wurde, dass 80 Prozent der deutschen Schüler den Namen des Attentäters vom 20. Juli kennen. Mehr als sieben Millionen hätten in diesem Jahr den Stauffenberg-Film der ARD gesehen. Aufschlussreicher wären – leider hier nicht erwähnte – Beispiele gewesen wie die Arbeiten von Schweriner Schülern einer 8. Klasse, die sich mit dem Leben der Elisabeth von der Schulenburg und der Geschichte des Schlosses Trebow befassten, in dem sich deren Bruder und Stauffenberg einst trafen. Dem Zuhörer der Tagung stellte sich nach all den Referaten auch die Frage, warum sich Nachgeborene in Stalingrad, Lidice, Lublin, Coventry oder Caen überhaupt auf die Biografien der Männer und Frauen des 20. Juli einlassen sollten? Dürften junge Franzosen – wenn sie sich denn mit der Geschichte der Deutschen und den Faschismus befassen – die aus Deutschland vertriebenen Gegner des NS-Regimes und jene Deutschen, die in der Resistance kämpften, nicht eher interessieren? Was lässt sich gegen die in Nachbarländern anzutreffenden Bilder einwenden, wonach die 20.- Juli-Leute Spätgekommene und „Versager“ waren? Ist für einen jungen Polen das Wissen über den Warschauer Aufstand und die polnischen Soldaten in den Streitkräften der Alliierten nicht wichtiger? Ob Kenntnisse über den 20. Juli aus geschichtlichen Erfahrungen herrührende Vorurteile gegen Deutsche abbauen können, ist fraglich.

Fraglich erschien auch der während dieser Tagung unternommene Versuch, den 20. Juli in einem kühnen Weitwurf in die Geschichte europäischer Freiheitsbewegungen einzuordnen und ihm Anspruch auf einen Platz im Bewusstsein der Bewohner des alten Kontinents zu verschaffen. Dafür wurde der inzwischen in der Wissenschaft als grobschlächtig charakterisierte Versuch neu belebt, die Motive der Attentäter auf Gewissensnot zu reduzieren – womit das Geschehen partiell enthistorisiert wird. Schwer vorstellbar ist jedenfalls, dass Franzosen die Freiheitslinie von Robespierre zu Goerdeler verständlich gemacht werden könnte.

Neues Deutschland, Mittwoch 14. Juli 2004, S. 9.

„Todesfabrik“ entdeckt

Vor 60 Jahren erreichte die Rote Armee das Gelände des Konzentrationslagers Majdanek

Am 23. Juli 1944 befreiten sowjetische Truppen Lublin. An dessen Rand gelangten sie auf das Gelände des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek, das, direkt an der Straße nach Zamość gelegen, niemandes Blicken verborgen war. Es war das erste Lager dieser Art, das von Einheiten der alliierten Armeen erreicht wurde. Informationen über die Existenz und Funktion von Konzentrationslagern waren schon 1933 durch Gefangene, die aus ihnen und dem Reichsgebiet entkommen konnten, ins Ausland gelangt und verbreitet worden – freilich ohne zu einer Ächtung der Naziherrschaft zu führen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hans Beimler, der aus Dachau geflohen war, hatte darüber in „Mörderlager Dachau“ (Moskau 1933) berichtet. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gerhart Seeger schrieb nach seiner Flucht in die Tschechoslowakei „Konzentrationslager Oranienburg“, ein schmaler Band, der 1934 in Karlsbad mit einem Vorwort von Heinrich Mann erschien. Wolfgang Langhoff, gefangen gehalten in einem der Emslandlager und auf der Lichtenburg bei Torgau, verfasste, in die Schweiz gelangt, sein in Zürich gedrucktes Buch „Die Moorsoldaten. 12 Monate Konzentrationslager“. Später schrieb er: „Was ist das Börgermoor mit allen seinen Leiden 1933/34 verglichen mit den Gaskammern von Auschwitz, den Folterhöhlen und Hungergräbern von Bergen-Belsen, Buchenwald und Mauthausen, zehn Jahre später? – Eine Idylle.“

Von diesen oft auch als Hölle bezeichneten Einrichtungen faschistischer Herrschafts- und Ausrottungspolitik war dann auch während des Krieges auf verwickelten und verschwiegenen Wegen Kunde über den deutschen Machtbereich hinausgelangt. Sie stammte aus den Berichten der wenigen, denen es gelungen war, die elektrisch geladenen Einzäunungen und die Postenketten zu überwinden, Unterschlupf und Verbindungen zu gewinnen, über die sie ihr Wissen bekanntmachen konnten, in der Absicht, dass die Anstrengungen im Kampf gegen das massenmörderische Regime vermehrt würden.

Majdanek bestätigte die Wahrheit dessen, was vielfach nicht geglaubt, häufig als übertrieben eingestuft worden war. Die flüchtenden Herren des Lagers, die Baracken und das Krematorium in Brand gesetzt und die sie entlarvenden und belastenden Dokumente vernichtet hatten, waren mit der Verwischung ihrer Spuren nicht zu Ende gekommen. Gefangenenbaracken und Lager waren erhalten geblieben, ebenso die Gaskammern, und nicht transportfähige Häftlinge im weitgehend von seinen Insassen geräumten Lager zurückgelassen worden. Teile der aufgefundenen Habe der Getöteten und Ermordeten – noch heute im Museum zu sehen – gaben ein grausiges Zeugnis von der Masse der hierhin einst verschleppten und umgebrachten Menschen.

Lublin, die polnische Hauptstadt der gleichnamigen Wojewodschaft, war den Truppen der deutschen Wehrmacht gegen Ende des Feldzugs am 18. September 1939 in die Hände gefallen und in ihr etwa 120.000 Menschen, ein Drittel davon Juden. In den Germanisierungsplänen, ausgearbeitet und vorangetrieben vom SS-Hauptamt mit dem beirrenden Namen „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“, nahm die Region einen besonderen und Unheil verkündenden Platz ein. Wenige Wochen nach dem Überfall auf die UdSSR hatte Heinrich Himmler dort den Bau eines Konzentrationslagers angeordnet, das zunächst (bis Februar 1943) „Kriegsgefangenenlager der Waffen-SS Lublin“ hieß, in Wahrheit zugleich und zunehmend Bestandteil des Programms der „Endlösung der Judenfrage“ wurde und auch der Entsiedlung des Gebietes von polnischen Bewohnern diente.

In Majdanek, wo die ersten Häftlinge im Oktober 1941 eintrafen und dessen Insassenzahl insgesamt etwa eine halbe Million betrug, starben etwa 250.000 Menschen aus 28 Ländern eines gewaltsamen Todes. Schätzungen besagen, dass 60 Prozent von ihnen infolge von Hunger und Krankheiten zugrunde gingen oder durch Folter und Massenerschießungen umgebracht wurden, während 40 Prozent in Gaskammern erstickten. Unter den Gefangenen und Toten hatte sich – verglichen mit anderen Lagern – eine besonders große Zahl von Kindern und auch von Säuglingen befunden. Kurz nach der Befreiung Lublins begann eine außerordentliche sowjetisch-polnische Kommission mit der Rekonstruktion der Geschichte des Lagers und der begangenen Verbrechen und legte darüber ein Kommuniqué vor.

Wenige Tage nach der Befreiung des Lagers kam der sowjetische Kriegskorrespondent und Schriftsteller Konstantin Simonow nach Majdanek. Er erinnerte sich: „... am ersten Tag glaubte ich wahnsinnig zu werden ... Mein Bleistift glitt über das Papier, während sich mein Kopf noch sträubte zu glauben, was ich schrieb.“ Und angesichts der SS-Beute: „Das Schrecklichste: Zehntausend Paar Kinderschuhe, Sandalen, Pantoffeln, Schnürschuhe von Zehnjährigen, von Einjährigen ...“ Sein Bericht erschien in einer Serie in der Moskauer Krasnaja Swesda. Johannes R. Becher hat das Gedenken an die Ermordeten in seiner Ballade „Kinderschuhe aus Lublin“ bewahrt.

Noch im gleichen Jahr erschien Simonows Text auch in Großbritannien, dort unter dem Titel "The death factory near Lublin". Ebenfalls 1944 war der sowjetische Dokumentarfilm „Majdanek – Friedhof Europas“ fertiggestellt, in dem überlebende Zeugen und ihre gefangengenommenen Peiniger ins Bild und zu Wort kamen. 1946 fasste der im Regierungsauftrag hergestellte US-amerikanische Dokumentarfilm “Death Stations” Aufnahmen von der Befreiung der Konzentrationslager zusammen, in dem auch die von Majdanek gezeigt wurden. Auf dem Gelände des Lagers wurde 1944 mit der Einrichtung eines Museums begonnen, das bis heute die Zeitschrift Zeszyty Maidanka herausgibt, die bisher 22 Bände umfasst.

Schon im November 1944 fand in Lublin ein Prozess gegen sechs gefangengenommene SS-Männer statt, von denen zwei sich das Leben nahmen, gegen die vier anderen Todesurteile verhängt und vollstreckt wurden. Doch wie im Fall vieler anderer Lager wurde nur ein Bruchteil der Beteiligten von der Justiz zur Rechenschaft gezogen. Die im KZ Majdanek als dessen Kommandanten aufeinander folgenden SS-Offiziere kamen nicht davon. In zwei Fällen, dem von Karl Koch, zuvor Kommandant in Buchenwald, und Hermann Florstedt, war den alliierten Richtern die Arbeit abgenommen worden. Die SS hatte diese Kommandanten nach Gerichtsverhandlungen exekutiert, da sie sich selbst nach deren Maßstäben an der Habe von Ermordeten bereichert hatten. Max Koegel wurde von einem britischen, Martin Weiß, vordem Kommandant in Dachau und später bis zum Inspekteur aller KZ aufgestiegen, von einem US-amerikanischen, Arthur Liebehenschel, ehemals auch Kommandant in Auschwitz, von einem polnischen Gericht zum Tode verurteilt. In allen Fällen wurden die Strafen auch vollstreckt.

Mitte der siebziger Jahre klagte ein Schwurgericht in Düsseldorf eine 15köpfige Gruppe aus dem früheren SS-Personal an, das während der Gesamtdauer des Lagers auf etwa 1300 Männer und auch Frauen berechnet worden ist. Die sieben im Urteil vom 31. Juni 1981 (!) ausgeworfenen Strafen bewegten sich zwischen lebenslänglich (einmal, für eine in den USA ermittelte, dort verheiratete, erst nach Jahren schließlich an die bundesdeutsche Justiz überstellte Aufseherin) und einer Haft zwischen zwölf und drei Jahren.

junge Welt, Sonnabend, 24.07.2004, S. 14.

„... ich lebe und bin gesund“

„Höhle“ heißt das Gleichwort für Deutschland, gelegentlich mit dem Zusatz „faschistische“. Deren Bewohner, die uniformierten und bewaffneten zumal, werden „Räuber“, „Untiere“, „Tiere in Menschengestalt“ „Bestien“, „Scheusale“, „Banditen“, „Kreaturen“, „Diebe“, „Gesindel“, auch „Ausgeburten der Menschheit“ genannt oder einfach die „Fritzen“ und letzteres bedeutet mehr als nur Gegner oder Feind oder selbst „Boche“. Das ist die Sprache von Rotarmisten in Briefen, die sie in die Heimat schicken, als sie Ende 1944 die Grenze des Hitler-Reiches erreicht haben und Berlin nicht mehr nur ihr fernes Ziel ist. Geschrieben wurden die Texte in Gräben und Erdlöchern, manche in Zimmern von Bauernhäusern, vor und nach Märschen und Schlachten, häufig im Zustand bleierner Müdigkeit infolge des seit Tagen fehlenden Schlafes. Die Absender waren Schlosser oder Steinmetz, Buchhalter oder Kolchosbauer, Lehrer oder Universitätsdozent, auch Berufssoldaten darunter. Die Jüngsten kamen von der Schulbank zur Armee, manche besuchten, bevor sie an die Front gelangten, militärische Spezialschulen. Sie sind nun Majore, Hauptleute oder auch Soldaten, gehören zu Infanterie-, Panzer-, Artillerie- oder Luftwaffeneinheiten. Manche, die Ältesten, haben die Mitte ihres fünften Lebensjahrzehnts erreicht und mögen schon Soldat im Ersten Weltkrieg oder im Bürgerkrieg gewesen sein. Ihre Heimatorte liegen Tausende von Kilometern auseinander, viele waren vor kurzem noch von der Wehrmacht besetzt. Die Fähigkeit und das Bedürfnis, sich schreibend mitzuteilen – und dies in Situationen und Augenblicken, die kein Mitfühlender einem Mitmenschen wünschen kann –, sind ganz unterschiedlich entwickelt.

„Ich lebe, bin gesund“, so beginnen und so enden die meisten dieser Briefe, gerichtet an Vater und Mutter, Schwester, Frau, Braut oder Freundin, an Kriegskameraden oder Arbeitskollegen. Aus ihnen spricht die Sehnsucht nach dem Ende des Krieges und der Wunsch, dann unter den Überlebenden zu sein. Die Vorstellung verbindet sich mit der Eroberung der Hauptstadt des fremden und feindlichen Landes, dessen „verfluchte“ und „verbrecherische Erde“ sie dann verlassen wollen. Zurück in die Heimat: „Wir werden wieder wie früher leben,“ hofft und verspricht einer der Briefschreiber.

Vorerst aber schleppen sie westwärts mit sich die auf ihren langen Wegen gewonnenen Bilder der zerstörten Dörfer und Städte, des massenhaften Leides und Elends ihrer Familien, der gestohlenen Jahre, der zerstörten Hoffnungen, der toten oder von Verwundungen für ihr Leben gezeichneten Mitkämpfer, der Verwitweten und der Verwaisten. Und manche wissen, dass es nie mehr sein kann wie früher. In diesen Tagen gerinnen ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu einem Entschluss: mit den „Räubern“ und „Untieren“ abzurechnen, Vergeltung zu üben, Rache zu nehmen. Einer, dessen Leben als Achtzehnjähriger bei Königsberg/Ostpreußen enden wird, schreibt: „Du hast ganz recht, dass der Krieg die Menschen nicht zärtlich macht, sondern umgekehrt, er macht sie verschlossen, etwas grob und sehr böse.“ Und weiter: „Wenn du wüsstest, was ich gesehen habe, als ich über die Felder unseres lieben Belorusslands und Litauens lief ...“ Er schrieb wirklich: *lief*, seiner Schwester ersparend, was an Eindrücken und Strapazen hinter ihnen lag.

Mitleid kam da beim Blick auf – brennende – deutsche Dörfer und auf die Züge der bei Angriffen und Vormärschen eingeholten Kolonnen verängstigt flüchtender deutscher Zivilisten nicht auf. Eher stellte sich ein Gefühl der Genugtuung ein, dass der Krieg jetzt dorthin gelangte, von wo er in ihr Land getragen worden war. Endlich sind die Rollen vertauscht. Nun fliehen nicht die eigenen, sondern jene, die – wie ein Ukrainer, im Zivilberuf Schlosser, an seine Frau schreibt – geglaubt haben, „dass der Krieg so ein Ausflug in fremde Länder ist, verheerend für andere Völker, ein Leid für Frauen und Kinder beliebiger Nationalität, nur nicht der deutschen“.

Ein Rezensent des *Deutschlandfunks* hat sich nach dem Lesen dieser Brieftexte nur die Bemerkung abquälen können, es handle sich um ein „nützliches Buch“, und zudem seine Geduld durch die „extrem wissenschaftlichen“ Kommentare der Herausgeberin strapaziert befunden. Elke Scherstjanoi hat die in diesem Buch gedruckten Briefe vorbildlich quellenkritisch erschlossen – mit Behutsamkeit, das heißt auf besonderer Hut vor vorschneller Verallgemeinerung und Überdehnung von Schlussfolgerungen. Der zweite Teil klärt in Aufsätzen deutscher und russischer Historiker das geschichtliche

Umfeld auf. Ich habe seit langem kein Buch gelesen, das mich derart mit der Frage bedrängt hätte, wie es in die Hände und vor die Augen vieler kommen könnte. Denn dagegen steht eine Barriere: sein Kaufpreis. Doch ist vorstellbar, dass es transformiert, in Teilen oder Auszügen vielleicht, vor allem zu jungen Leuten gelangt. Mit dem Blick auf den 60. Jahrestag der Befreiung ließe sich derlei im Publikationsprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung und sodann im Geschichtsunterricht deutscher Schulen denken. Es würde das Lesen dieser Briefe die einen schweigen lassen, in anderen das Bedürfnis zu reden wecken und bei allen, die nicht antikommunistisch vernagelt sind, das Nachdenken über Geschichte schärfen, vor allem über jenen Teil davon, der unsere war und bleiben wird.

„Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen“, Hrsg. von Elke Scherstjanoi und dem Institut für Zeitgeschichte, K. G. Saur Verlag, 449 S., 110,00 Euro.

Ossietzky, 16/2004, 7. August 2004, S. 551-553.

Asche oder Warnung?

Vor 90 Jahren begann der Erste Weltkrieg

Historische Ereignisse von Gewicht oder gar Schwergewicht werfen ihre „Schatten“ voraus – heutzutage in Gestalt von Zeitschriftenserien, Büchern, Fernsehsendungen, Ausstellungen, Programmen und Einladungen für staatliche Festakte, wissenschaftliche Konferenzen und dergleichen mehr. Das bestätigt sich gegenwärtig erneut in den Wochen vor dem 90. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges. Zwei Meldungen mögen die Spannweite der Bezugnahmen verdeutlichen: Aus Wien wird gemeldet, dass als Dauerleihgaben in das Heeresgeschichtliche Museum nun die mutmaßliche Waffe des Attentäters und das blutige Hemd des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand gelangt sind, der in Sarajewo am 28. Juni 1914 erschossen wurde. Und aus Leipzig war zu erfahren, dass der dortige Universitätsverlag die Herausgabe eines Reprints des Werkes *Deutschland im Ersten Weltkrieg* vorbereitet. Die letzte Nachricht verlangt einige Aufmerksamkeit, wird doch eine Darstellung der Geschichte des Weltkrieges I demnächst wieder in Buchhandlungen vorrätig sein, die in der Erforschung dieses weltgeschichtlichen Ereignisses einen besonderen Platz beanspruchen kann, namentlich in der deutschen Geschichtsschreibung.

Ausflüchte und Legenden

Von der deutschen Historiographie konstatierte Bertolt Brecht, sie habe es zu einer Darstellung dieses Krieges nicht gebracht, bevor der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war. Das traf vollkommen zu, denkt man an eine Durcharbeitung der Geschehnisse, die wissenschaftlichem Anspruch genügen und einen hohen Wahrheitsanspruch erheben konnte. Dabei handelte es sich, wie eben wieder in einem „Buch zum Film“, den die ARD zeigen wird, falsch zu lesen war, keineswegs um einen „vergessenen Krieg“. An bedrucktem Papier, auf dem das Thema behandelt wurde, fehlte es schon in der Weimarer Republik nicht. Nur war, was aus der Feder der geschlagenen deutschen Generale und Generalstäbler, hauptsächlich produziert im sogenannten Reichsarchiv in Potsdam, floss, in der Fragestellung begrenzt auf die militärischen Ereignisse im engen und engsten Sinne, also vor allem auf Feldzüge und Schlachten. Und es war hochgradig gekennzeichnet durch Verzeichnungen der Wirklichkeit, bot Legenden, wies die verschiedensten Rücksichtnahmen auf handelnde Personen auf, deren Ansehen im Interesse der Klasse oder Kaste, der sie entstammten oder angehörten, nicht beschädigt werden sollte.

Vom „vergessenen Krieg“ konnte auch mit dem Blick auf die für das Volk bestimmte Literatur nicht ernsthaft die Rede sein. Die Filmindustrie nahm sich des Themas – meist unkritisch – an. In Massenauflagen erschienen Kriegserinnerungen, Divisions- und Regimentsgeschichten, Erlebnisberichte und den Krieg verherrlichende Romane. Einen weiten Verbreitungsgrad erreichten gleichzeitig Schriften gegen den Krieg, wenn sie sich auch – trotz „Bestsellern“ wie Remarques *Im Westen nichts Neues* – an prägendem Einfluss auf die Gedanken- und Gefühlswelt der Deutschen mit den Elaboraten der Mordspatrioten nicht messen konnten. In den Jahren zwischen 1927 und 1931 erschienen, um nur einige der Antikriegsromane zu nennen, die einen beträchtlichen Bekanntheits-, ja, Berühmtheitsgrad erreichten, Arnold Zweigs *Der Streit um den Sergeanten Grischa*, Ludwig Renns *Krieg*, Theodor Pliviers *Des Kaisers Kulis*, Adam Scharrers *Vaterlandslose Gesellen*, Wolfgang Koeppens soeben wieder aufgelegter *Heeresbericht*. Diese Literatur gelangte 1933 auf die Verbotsliste, wurde aus Bibliotheken entfernt und vernichtet, ihre Verfasser ins Ausland getrieben. Auf dem Wege in den neuen Krieg waren Bücher über die deutschen Helden zu Lande, zur See, in der Luft und in den Kolonien geistige und psychische Wegbereiter. Mit ihr wuchsen Millionen auf, deren Leben vor Moskau, bei Stalingrad, an der Küste der Normandie, in den Ardennen und selbst noch in den Trümmern Berlins endete.

Aus einer neuen Perspektive

Wo Zeitgeschichtsinteresse existierte, wandte es sich nach 1945 in erster Linie dem Zweiten Weltkrieg zu, der mit seinen Grausamkeiten, seinen Toten und Zerstörungen und seinen verheerenden Folgen den Ersten noch weit übertraf. Doch in den Kreisen der Geschichtswissenschaft – gegen Widerstände in ihren eigenen Reihen – brach sich die Erkenntnis Bahn, dass dieser Krieg der Jahre 1939

bis 1945 weder in seinem Zustandekommen noch in seinem Verlauf zu „verstehen“ war, ohne dass seine Vorgeschichte untersucht wurde. Zu ihr gehörte vor allem sein Vorgänger.

Gegen die Thesen vom „Hineinschlittern“ in den Ersten Weltkrieg, vom Faschismus als „Betriebsunfall“ und von „Hitlers Krieg“ erhoben Historiker ihren quellengestützten Einspruch. In der Bundesrepublik tat das, erbittert befeindet, der Hamburger Geschichtsprofessor Fritz Fischer mit seinem Werk *Griff nach der Weltmacht*. In der DDR entstand die erwähnte, nun bald wieder verfügbare Gesamtdarstellung als Gemeinschaftsarbeit von jüngeren Wissenschaftlern, die nach Kriegsende studiert hatten und sich in den sechziger Jahren an ein Unternehmen wagten, mit dem sie internationale Aufmerksamkeit erregten und Anerkennung fanden. Geleitet wurde es von Fritz Klein, der einen der drei Bände auch als Redakteur verantwortete. Ihm zur Seite standen die inzwischen früh verstorbenen Willibald Gutsche und Joachim Petzold, und diese drei wiederum stützten sich auf eine Gruppe kenntnisreicher Mitarbeiter.

Deutschland im Ersten Weltkrieg - der Titel des Werkes, der später von den Verfassern für die ebenfalls am Akademie-Institut für Geschichte entstandenen sechs Bände der Geschichte des Zweiten Weltkrieges unter der Leitung von Wolfgang Schumann angepasst übernommen wurde, drückte knapp aus, dass es den Autoren um mehr als um das Umschreiben der mit traditionellen Legenden gespickten Militär- und Kriegsgeschichte ging. Sie legten das Bild eines Staates und einer Gesellschaft im Kriege bloß und vor allem: sie suchten auch den Kräften gerecht zu werden, die sich gegen das Völkermorden gewandt hatten, diffamiert und verfolgt worden waren.

Deutschland im Ersten Weltkrieg – diese Arbeit ostdeutscher Historiker steht auch gegen das Schlagwort von der „Wissenschaftswüste DDR“, das 1990 im Umlauf gebracht wurde, um die später verhüllend und verlogen „Elitentausch“ genannte Entfernung von Wissenschaftlern aus Akademie- und Hochschulinstituten zu rechtfertigen, die eine von der Theorie und Methode des Karl Marx geleitete Geschichts- und insbesondere Imperialismus-Forschung betrieben hatten. Deren Einstufung als Erfüllungsgehilfen von Politikern, die angeblich an keine wissenschaftlichen Arbeitsprinzipien gebunden gewesen wären und, als Verfasser reiner Agitationsschriften, die auf Müllhalden oder in Papiermühlen gehörten, charakterisiert wurden, ist inzwischen zunehmend aufgegeben worden, hat einer „gerechteren“ Beurteilung Platz gemacht. Diese ist hervorgerufen durch die Preisgabe von Vorurteilen und den Erwerb von Kenntnissen, aber nicht minder dadurch, dass der Zweck erfüllt, das Ergebnis – irreversibel – ja erzielt ist. Nicht nur der sprichwörtliche Mohr kann gehen, wenn er seine Schuldigkeit getan hat, auch die Argumente können und sollen das, und sie mögen zudem am besten ganz vergessen werden, denn sie zieren ihre Urheber nicht. Fritz Klein wird für die Reprint-Ausgabe von *Deutschland im Ersten Weltkrieg* ein Vorwort schreiben. Man darf gespannt sein, was er als der genaueste Kenner der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte aus dem Rückblick zu sagen haben, wie er die Frage danach, was geblieben ist, beantworten wird.

Begriffe, Erkenntnisse und Kontroversen

Ist heute vom Ersten Weltkrieg die Rede, dann fallen unweigerlich Begriffe, die auf seinen Platz in der Geschichte des zurückliegenden Jahrhunderts zielen: „Urkatastrophe“ soll besagen, dass mit ihm eine Kette von katastrophalen Ereignissen einsetzte, zu der das Aufkommen und der Sieg des Faschismus (Nationalsozialismus) in Deutschland und der Zweite Weltkrieg gehören. Manche sehen diese Entwicklungen fortgesetzt noch in dem Weg zum Kalten Krieg und dessen langes Dauern in der zweiten Jahrhunderthälfte. Damit hat sich eine dialektische Sichtweise durchgesetzt, die zusammendenkt, was geschichtlich in einen Ursache-Folge-Zusammenhang gehört. Sie spricht auch aus der Kennzeichnung „Zeitalter der Weltkriege“ und aus dem – übrigens nicht neuen, sondern schon im Fluss der Ereignisse geprägten – Sprachbild vom „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“.

In den Bezirken der Wissenschaft und zwischen ihren Strömungen wird über eine Vielzahl von lang gemiedenen Themen geschrieben und einst erbittert umkämpfte Fragen sind aus den geistigen Frontlinien geraten. Dazu gehören unter anderem die besondere Verantwortung der deutschen Staatsführung für den Weg in den Krieg, die Skrupel- und Gnadenlosigkeit, mit der die deutschen Generale die Soldaten als „Kanonenfutter“ in Schlacht und Tod trieben, die von den deutschen Armeen in

Belgien, aber nicht nur dort begangenen Verbrechen an der Zivilbevölkerung, das dramatische Auseinanderklaffen von Reich und Arm im Hinterland mit der massenhaften Folge von Überleben oder Hunger- und Krankheitssterben, die Tatsache horrender Kriegsgewinne durch die Ausbeutung von besonders schlecht bezahlten Frauen, Kriegsgefangenen und zur Zwangsarbeit Herbeigeschleppten, die Kriegszieldenkschriften und die Pläne zur Expansion des Reiches namentlich in Richtung Osten auf Kosten Polens und Russlands, die Belebung des Antisemitismus im Kriege und nach seinem Ende, die Brutalisierung politischer Auseinandersetzungen in den am Kriege beteiligten Staaten, namentlich in Deutschland, in den Nachkriegsjahren als Folge des einst gefeierten „Fronterlebnisses“ und so weiter. Kein Streit herrscht heute auch mehr darüber, dass sich im Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich vorbildete, was sich im Zweiten als Praktiken der Kriegführung, der Eroberungs- und Besatzungspolitik vollständig ausprägte und bis zum Massenmord fortentwickelte.

Geblieben sind die Auseinandersetzungen um Kriegsursachen und Kriegsverantwortliche. In der Geschichtspropaganda wird auch das Bild vom „Hineinschlittern“ in den Ersten Weltkrieg wiederbelebt und – da dies nicht zu leugnen – die Vorstellung erneut genährt, es sei deutschen Kapitalisten und Großagrariern der Appetit auf Eroberungen erst gekommen, als der Krieg begonnen hatte und die anfänglichen Siege errungen waren. Der Begriff *Kriegsursachen* hat die Chance zu einer Art Tabuwort zu werden. Während Namen von Generalen und auch von herausragenden Wissenschaftlern in neueren Geschichtsbüchern und -artikeln gelesen werden können, befällt Autoren häufig schwerer Erinnerungsverlust, wenn es um die Benennung der deutschen Bankiers und Industriellen geht, die sich als Fürsprecher von Krieg und Eroberung hervortaten. Dann werden „die Industrie“ oder „die Verbände“ genannt und man fühlt sich an Brechts Wort aus dem „Puntila“ erinnert, wonach nichts passiert ist, solange kein Name gefallen ist.

Kurzum: Das Interesse, den Zusammenhang zwischen Profit- und Expansionsinteresse und Krieg unerörtert zu lassen, ihn zu marginalisieren oder ganz zu bestreiten, lebt fort. Wie sollte es auch verloren gehen, solange die Gesellschaft dauert, die es hervorbringt? Deren Existenz und aktuelle Erfahrungen mit der US-amerikanisch geführten Weltpolitik der Großmächte drängen das Nachdenken über den Ersten Weltkrieg und seinen Platz in der europäischen und Weltgeschichte zu der Frage hin, wieweit sich die Menschheit aus jenen Zeiten wirklich fortgearbeitet hat. Horrorbilder, gebildet an einer nur rückwärtsgewandten Phantasie, gehen in die Irre, erschrecken und wecken niemanden. Phrasen vom „auf ewig geeinten Europa“, von der „atlantischen Gemeinschaft“, vom „Bündnis der freien Völker“ usw. täuschen den gesicherten Weg in eine schöne Zukunft vor, beruhigen, verpflichten die Adressaten zu nichts und werden folglich gern aufgenommen. Hier liegt auch eine psychologische Barriere für das Wirken derjenigen, die beim Blick auf den Ersten Weltkrieg nach wie vor eine Warnung wahrzunehmen vermögen.

Mitteilungen der KPF der PDS, Heft 8/2004, 7. Aug. 2004, S. 18-21.

Wo ist die Großlage?

Abteilung „imperiale Gestaltungsräume für Generationen“: Wie Jörg Friedrich für Die Welt den Ersten Weltkrieg gewann

Keine Niederlage der deutschen Imperialisten auf den Schlachtfeldern von Weltkriegen, nach der sich nicht Militärs und Zivilisten gefunden hätten, die gedanklich durchspielten, wie der Sieg zu haben gewesen wäre. Und selbstredend erklärten, wie knapp er den Deutschen entgangen sei. Das hob das Selbstbewusstsein wieder, für künftige Zwecke.

Auf das Verfahren besaß die äußerste Rechte kein Monopol. 1924, es wurde des 10. Jahrestags des Weltkriegsbeginns gedacht, behauptete die Vossische Zeitung, ein zumeist von sich für liberal haltenden Angehörigen der Intelligenz gelesenes Blatt, dass den Deutschen eigentlich ein „sicherer Sieg“ gewinkt habe, hätten sie sich nicht zufällig beim Griff zum Kriegsplan vertan. Nein, das Kaiserheer durfte nicht nach Westen stürmen, sondern musste die vergleichsweise kurze Front am Rhein gegen Frankreich verteidigen und mit seiner Hauptmacht zuerst das Zarenreich niederwerfen. Dann hätte es geklappt.

Achtzig Jahre später hat nun Die Welt entdeckt, dass die Deutschen diesen inzwischen als Ersten bezeichneten Weltkrieg tatsächlich bereits gewonnen hatten. Welche Tragik, dass sie es nicht bemerkten! Darauf legt Jörg Friedrich Wert, auf zwei Druckseiten in der Ausgabe vom Mittwoch, den 4. August. Aber wann bitte sollen die Deutschen den Krieg gewonnen haben? Es sei das der Moment gewesen, da 1917 der Zarismus abtreten musste, das Reichsheer weiteste Teile des Riesenreiches vom Baltikum bis an den Kaukasus kampflos besetzen konnte und der Sowjetmacht den Brester Frieden aufzuzwingen in der Lage war. Da hätten die deutschen Politiker und Militärs den Gedanken an den Siegfrieden auch im Westen aufgeben müssen. Die in Frankreich stehenden Truppen hätten sich auf die Reichsgrenze zurückziehen müssen, auch Belgien wäre zu räumen, dazu das 1871 gewonnene Elsass-Lothringen preiszugeben gewesen. Das alles würde Friedenswilligkeit signalisiert und den Gegnern jeden Grund zur Weiterführung des Krieges genommen haben. Und dann? Alle Energie nach Osten gewendet: „Da lagen imperiale Gestaltungsräume für Generationen. Und diese würden, blockadefest, von riesigen Waffenbergen herab und unzähligen U-Booten hinauf mit den perfiden Briten und den geschäftigen Yankees abrechnen.“

Das heißt: Der rechtzeitige Abbruch des Weltkrieges im Westen hätte den Deutschen die Chance auch für den Sieg im zweiten eröffnet. Eine „unwiederbringliche Stunde“ wurde verpasst. Und das druckt die Welt-Redaktion 2004 ohne jeden Anflug von Distanz. Im Gegenteil: Stolz prangt auf der Seite eins die Schlagzeile „Als Deutschland den Ersten Weltkrieg gewann ...“, darunter ein großes Foto von 1916 mit Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff. Begeistert von den Möglichkeiten im „mitteleuropäischen Zwischengürtel“, in den „Randstaaten vom Eismeer bis zur Krim“, werden die denk-, aber nicht erreichbaren Eroberungen in Frankreich und Belgiens Osten als „magere Ziele“, als „Brachen“ bezeichnet, die man schadlos hätte fahren lassen können. Unerwähnt bleibt, wie sehr es die deutschen Schlotbarone an Rhein, Ruhr und Saar nach den Bodenschätzen dieser Gebiete gelüstete. Freilich, geschickt hätte man vorgehen müssen. Für direkte Annexionen sei das Territorium im Osten zu gewaltig gewesen. Vasallenstaaten mussten geschaffen werden, die sich unter deutschen Schutz gestellt haben würden, gedrängt von Ängsten vor Sowjetrussland und so weiter und sofort.

Und wem ist anzulasten, dass diese Aussicht Aussicht blieb? Zunächst der deutschen Führung, die zu der „unfasslichen Wende des Winters 1917/18“ blind war oder der es beim Blick auf das vor ihr liegende „Landmeer“, beim Gedanken an einen „eurasischen Kontinentalblock“ schwindelte. Dann aber war da die schuldige transatlantische Großmacht, in den Krieg eingetreten aus Geschäftsgründen, einzig, um ihre im Falle einer Niederlage gefährdeten Großbritannien und Frankreich gewährten Kredite, realisiert in Gestalt immenser Lieferungen von Waffen, zu sichern. Diesen USA lässt Die Welt eine von ihrem Kriegseintritt 1917 herrührende Schuldrechnung, angehäuft durch dessen Folgen für den ferneren Verlauf des Jahrhunderts, präsentieren: „Ohne den USA-Eingriff hätte es keinen Versailler Siegfrieden gegeben, keinen Stalin, keinen Hitler.“ Und die deutschen Großkapitalisten und -agrarier hätten sich konkurrenzlos der Profite erfreut, die sich im Osten erzielen ließen. Nur

eben: die Deutschen haben das Angebot nicht unterbreitet und die US-Amerikaner die Nachfragesituation in London und Paris zunichte gemacht, indem sie den Alliierten aus der Bredouille halfen.

Jörg Friedrich, der im Auftrag der Welt diese Überlegungen anstellt, ist als Spezialist für das Ausspinnen kontrafaktischer Geschichtsabläufe ausgewiesen. Er hatte in seinem Buch über den Luftkrieg der Westalliierten zwischen 1941 und 1945 dargestellt, wie die hätten vorgehen müssen, um, das Leben deutscher Zivilisten achtend, anständig zum Frieden zu gelangen. So zimperlich geht er mit den Millionen Einwohnern im Osten des Kontinents nicht um. Die kommen in seinen Überlegungen nicht vor. Nebenbei nur schließt er nicht aus, bezweifelt aber, dass sich die „Vasallität“, also die deutsche Oberherrschaft entwickelt haben könnte wie das Kolonialherrentum im Kongo.

Geschichtliche Ereignisse so ins Visier zu nehmen, mag auf den ersten Blick nur abstrus erscheinen. Das ist es, aber es ist das nicht allein. Der Welt-orientierte Leser bekommt eingeprägt: Nimm stets Witterung der Großlage auf! Sorge dafür, dass Deutschland nicht wieder seine Chancen verpasst! Bedenke auch, dass US-amerikanisches Kapitalinteresse dem deutschen schon einmal gründlich dazwischengekommen ist! Und zum anderen enthebt solche Betrachtung die Rückblickenden jeder Nachfrage nach den Ursachen des Krieges, von dem da die Rede war.

junge Welt, Freitag, 13.08.2004, S. 12.

Demontiertes Erbe

Der reduzierte Fritz Fischer. Wie es derzeit um die Darstellung der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges steht

Vier Jahrzehnte trennen uns vom Erscheinen des Buches „Griff nach der Weltmacht“, in dem der Hamburger Historiker Fritz Fischer die Resultate seiner Forschungen über den Ersten Weltkrieg unterbreitete. Es löste in der Bundesrepublik einen Streit aus, der weit in die Öffentlichkeit drang und heftiger verlief als die bis dahin flauen Auseinandersetzungen über den Zweiten Weltkrieg. Das hatte Fischers entschlossener Bruch mit den zählebigen Legenden über Deutschlands Weg in den Krieg bewirkt und seine quellengestützte Aussage, dass die deutsche Politik für dessen Entstehen die Hauptverantwortung trüge. Und mehr noch taten das die Zurückweisung des Bildes vom Faschismus als „Betriebsunfall“ und der Nachweis der Kontinuität imperialistischer Politik. Fischer erntete Proteste und wurde übel befeindet. Seine Sicht, entwickelt in den Zeiten der scharfen Konfrontation mit der DDR, wies obendrein Verwandtschaft zu Forschungen auf, wie sie eine jüngere Historikergeneration – Fischer hatte seine Professur in der Nazizeit erhalten – in der DDR vorantrieb. Diese mündeten in der Publikation „Deutschland im Ersten Weltkrieg“.

Kein seriöser Rückblick auf Weltkriegsgeschichte und -geschichtsschreibung kann Fischers Verdienst unerwähnt lassen. Für das im ostdeutschen Staat erworbene gilt das nicht. Umso bemerkenswerter, dass der Leipziger Universitätsverlag das dreibändige Werk soeben auf den Buchmarkt gebracht hat.

Wie es derzeit in der BRD um die Darstellung der Entstehungsgeschichte des Krieges steht, soll an zwei jüngst erschienenen Publikationen deutlich werden, einem Buch zur ARD-Fernsehserie „Der Erste Weltkrieg“ und die unter dem Titel „Der 1. Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ erschienenen Spiegel-Beiträge. In ihnen kommen Universitätshistoriker ebenso zu Wort wie freischaffende Publizisten und in Medienunternehmen Tätige. Im Buch zur Fernsehserie wird festgestellt: „Wenn wir diesen Krieg nicht verstehen, wird uns das gesamte Jahrhundert ein Rätsel bleiben“ und eine als neu bezeichnete Perspektivenwahl herausgehoben: „Jetzt steht die Geschichte der Menschen im Mittelpunkt, der Frontsoldaten, der Frauen und Kinder in der Heimat“, und das erweise sich als Fortschritt gegenüber früherer „Geschichte der Staatsmänner und Feldherren“. Das wird gelten lassen, wer nie einen der „Weltkriegs“-Romane von Arnold Zweig, Ludwig Renn, Erich Maria Remarque oder Wolfgang Köppen las.

Zudem würden nun „Erinnerungsorte“ in den Blick genommen: Tannenberg, Verdun, „die Heimat“. Was kann finden, wer sich dort gleichsam niederhockt? Den Kriegsalltag mit seinem elenden Vegetieren, Sterben und Morden. Nur wer von da sich fragend wegbewegt, gelangt aber in Bezirke, die Verständnis ermöglichen. Das scheint nicht beabsichtigt. Eingeladen wird zu einer Fahrt auf einer historischen Geister- und Gruselbahn, gezielt auf Entsetzen, Abscheu, auf das in wenigen Wörter gerinnende Fazit: sinnlos, absurd, irrsinnig. Doch Erkenntnis geschichtlicher Zusammenhänge lässt sich auf keinem Schlachtfeld, in keinem Schützengraben oder Dreckloch gewinnen. Der Ausflug zu den geschichtsträchtigen Orten, annonciert als Suchen der Nähe, erweist sich als Entfernung von dem Woher und Warum dieses Krieges.

Die Frage „Wie kam es zu diesem Kriege?“ wird, wenn überhaupt gestellt, an einzelne Personen, den österreichischen und den deutschen Generalstabschef, den Kaiser, den Reichskanzler adressiert. Ja, es habe Befürworter deutscher Kolonial- und Flottenpolitik gegeben, Verfechter pompöser Weltpolitik. In Frankreich wirkte die Demütigung von 1871 und erzeugte Revanchegelüste: In Berlin fehlte Gespür für Gefahr und Risiken. „Wo die Dinge auf den Punkt gebracht werden müssten“, lautet eine mit Vorliebe benutzte Vokabel. „Jetzt wollte man auch weltpolitisch und militärisch ganz vorne mitspielen“, heißt es von den deutschen Eliten. Und: „Man wollte den Frieden nicht mehr.“

Freilich, die Dokumente lassen sich nicht mehr in Aktenschränke zurückbefördern, beschriftet mit „Nur für Mitglieder des Ordens der Trappisten“. Kriegszieldenkschriften, hergestellt in Kreisen der Regierung und von Industriellen, bezeugen Expansions- und Annexionsprogramme. Doch werden

die gleichsam in die Kategorie „Menschliches, allzu Menschliches“ sortiert. Demnach ist ein paar Figuren der Szene, wie beim Essen erst der Appetit, so beim Siegen erst die Begierde gekommen. Damit ist die Erwähnung der grassierenden Armut und der „gigantischen Rüstungsgewinne“ im Beitrag „Schlachtfeld Heimat“, der ein plastisches Bild vom Kriegsalltag in Bremen gibt, nicht geringgeschätzt. Absurd hingegen die Feststellung, die „Kriegswirtschaft“, womit hier einzig der unterschiedliche Zugriff auf Lebensmittel gemeint ist, habe zu einer „neuen Klassengesellschaft“ geführt, die durch privilegierte Militärangehörige und Rüstungsarbeiter auf der einen und „Kriegsuntüchtige“ auf der anderen Seite gekennzeichnet gewesen sei.

Jedoch: Lange vor Kriegsbeginn in den herrschenden und regierenden Kreisen gehegte Gelüste, die für den Volksgebrauch das Propagandabild vom „Platz an der Sonne“ erhielten, werden als Großsprecherei eingestuft, in der sich keine politische Strategie ausgedrückt und die keine Beziehung zu gesellschaftlichen Strukturen, keine soziale Bodenhaftung besessen habe. Zeitgenossen und Forscher aus späterer Zeit, die den Zusammenhang von Politik und realen materiellen Interessen von Kapitaleignern bloßgelegt haben, werden der Vergessenheit anheimgegeben oder – nein, nicht mehr so rüde wie zu ihren Lebzeiten behandelt – in der Ehrenhalle der Wissenschaftlergemeinde gelagert.

Letzteres ließ Der Spiegel von einem britischen und einem US-amerikanischen Historiker mit Fritz Fischer besorgen. Dessen Nachweis, den der Spiegel Schlussfolgerung nennt, dass im Kaiserreich mehr als in jedem anderen Staat auf einen Krieg als Mittel zur Erlangung von Weltmacht hingearbeitet wurde, „gilt heute als überzogen“. Der Forscher stand wegen seiner Biographie in der Nazizeit unter „Bekennerzwang“ und habe „überzogen“, meint auch der Konrad H. Jarausch, der die radikalisierten Thesen Fischers „dem Einfluss seiner Doktoranden“ zuschreibt. Mit einer präzisen Aussage, was an Fischers Bild von der Rolle des Reiches zu korrigieren sei, wartet indessen keiner der Kritiker auf. Stattdessen: Um zu verstehen, „warum der erste Weltkrieg ausbrach (!)“, sei Fischers „Fixierung auf Deutschland zu überwinden“, fordert der Oxford-Professor Hew Strachan und schreibt: „Als der Krieg erst einmal begonnen hatte, führten ihn alle Seiten nicht aus Gründen imperialistischer Aggression, sondern zur nationalen Selbstverteidigung.“

Da sind wir wieder wie einst beim „Ausbrechen“, „Hineinschlittern“ und Hereinstolpern“. Es habe durch die Fischer-Kontroverse in Deutschland, behauptet Jarausch, sogar einen „Überschuss an Lernen“ gegeben, der sich in der „Verweigerung“ gegenüber dem Thema „Machtpolitik“ äußerte. Die Aussage ist gegen die Interpretation, mit ihr würden deutsche Historiker für eine Unterstützung der US-amerikanischen Irak-Politik geworben, ungeschützt, es sei denn, es solle dafür die unbestimmte Aufforderung gelten, über Zähmung und Reglementierung von Machtpolitik in Nachdenken zu versinken.

junge Welt, Sonnabend, 21.08.2004, S. 14.

„Dieser Hass glühe ...“

Waterloo – Sedan – Verdun – Compiègne. Aus der Geschichte einer Erzfeindschaft. Ein Essay aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung von Paris

„Ich will den Hass gegen die Franzosen nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit. Ich will ihn für immer ... Dieser Hass glühe als Religion des deutschen Volkes ...“, schrieb Ernst Moritz Arndt 1813 und reimte: „Das ist des Deutschen Vaterland, wo Zorn vertilgt den welschen Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind.“ Das war eine, aber wohl die prominenteste und in keiner Sammlung deutscher Kriegslyrik fehlende Aufforderung, die von der napoleonischen Besetzung herrührende Feindschaft gegen Frankreich von Generation zu Generation weiterzugeben. Sie erfüllte zugleich die Funktion einer Barriere gegen das Eindringen französischer Erfahrungen, deren gefürchtetste die der Revolution von 1789 war. Entsprechend war die Hoffnung von Karl Marx, eines Tages werde das Schmettern des „gallischen Hahns“ Europa wachkrähen und auch den deutschen Auferstehungstag verkünden.

Die erste Besetzung 1814

Ein Jahr, nachdem Arndt seine Tirade wider die westlichen Nachbarn geschrieben hatte, standen preußische Truppen unter dem Kommando Leberecht von Blüchers gemeinsam mit russischen, die Michael Andreas Barclay de Tolly befehligte, vor Paris, insgesamt etwa 100.000 Bewaffnete. Man schrieb den 29. März 1814, und Napoleon I. war definitiv auf die Verliererstraße gedrängt. Tags darauf kam es zu kurzem Kampf mit den Truppen der Provisorischen Regierung und schon in der folgenden Nacht zu deren Kapitulation. Mit 36.000 Mann rückten Zar Alexander I. von Russland und König Friedrich Wilhelm III. mit den jeweiligen Garden in die Stadt ein, die bald darauf auf dem Marsfeld einen Appell der Sieger veranstalteten. Die Besatzungszeit endete für die Pariser am 1. Juni 1814, nachdem die Friedensverhandlungen abgeschlossen worden waren. Um ein Geringes verfrüht begannen die Feiern des „herrlichsten von Helden errungenen Sieges über den Welttyrannen“, so zeitgenössische Kennzeichnungen.

Rascher als wohl von irgendeinem Zeitgenossen gedacht, waren preußische Truppen wieder in Frankreichs Hauptstadt. Napoleon war von der Mittelmeerinsel Elba zurückgekehrt, doch wurden seine Truppen am 18. Juni 1815 in der Schlacht bei Waterloo besiegt. 14 Tage darauf standen die Preußen unter Blücher wieder vor Paris. Die Stadt war am 3. Juli noch einmal kurzzeitig umkämpft, dann wurde der Abzug der wiederum von Marschall Louis Nicolas Davout befehligten französischen Truppen vereinbart, die sich hinter die Loire zurückzogen. Am 6./7. Juli rückte preußisches und englisches Militär erneut in die Stadt ein, dem Napoleon-Nachfolger König Ludwig XVIII. den Weg frei machend. Darauf soll am 8. Juli eine Parade der Sieger stattgefunden haben, noch nicht vor der Kulisse des Arc de Triomphe, dessen Bau 1806 begonnen worden war, aber erst dreißig Jahre später fertiggestellt wurde. Soweit diese Ereignisse auch zurückliegen, an sie wurde kürzlich merkwürdig erinnert. In St. Petersburg eröffnete im militärhistorischen Museum eine Ausstellung aus Anlass des 190. Jahrestages der (ersten) Besetzung von Paris 1814.

„Fern bei Sedan ...“ – 1870/71

55 Jahre später standen deutsche Truppen wieder vor Paris. Danach verkürzten sich die Abstände zwischen den deutsch-französischen Waffengängen auf 43, dann gar auf nur knapp 21 Jahre. Nun leben Deutsche und Franzosen schon nahezu sechs Jahrzehnte nebeneinander, ohne aufeinander zu schießen, eine Tatsache, die sich uneingeschränkt feiern ließe, hätten die beiden Nationen nicht kürzlich in Gemeinschaft mit anderen und unter fadenscheinigen Vorwänden Serbien bekriegt und dort mit ihrer überlegenen Militärtechnik nachhaltige Verheerungen angerichtet

1870 also standen nach dem bei Sedan errungenen Sieg am 19. September deutsche Truppen in Stärke von nahezu 150.000 Infanteristen und Kavalleristen vor Paris. Sie schlossen es anfangs nur locker ein, ohne dass die Belagerten bei Ausfällen im September und Oktober erfolgreich gewesen wären. Die preußisch-deutsche Streitmacht wurde währenddessen vor allem mit Festungsartillerie ausgerüstet. Sie trat am 27. Dezember in Aktion und beschoss vor allem die Forts, aber auch Wohngebiete der

Stadt, die Tote und Verwundete zu beklagen hatte. Die Eingeschlossenen gerieten in eine aussichtslose Lage.

Am 28. Januar 1871 kam es zur Vereinbarung des Waffenstillstands. Am folgenden Tage besetzten preußisch-deutsche Truppen die Befestigungsanlagen, betraten aber die Stadt zunächst nicht. Ohne militärische Notwendigkeit rückten dann doch am 1. März 30.000 Mann des Siegers unter dem General Georg Arnold Karl von Kameke in die Stadt, von der sie jedoch nur die in einem Abkommen bestimmten westlichen Teile besetzten. Festgelegt worden war zudem, dass deutschen Soldaten unter der Führung eines Offiziers gestattet sein sollte, im unbesetzten Gebiet die Galerien des Louvre und den Invalidendom zu besuchen. Als das tags darauf eine Gruppe unternahm, kam es in der Bevölkerung zu Unruhe, und weitere Unternehmen dieser Art wurden unterlassen. Auch der König von Preußen, Wilhelm I., eben zum deutschen Kaiser ausgerufen, begab sich – aus Versailles kommend – lediglich bis zur Rennbahn von Longchamps, um bayerische und preußische Truppen an sich vorbeimarschieren zu lassen, deren Ziel das Stadtgebiet war. Eine militärische Notwendigkeit für dieses Eindringen lag nicht vor. Doch sollte die in Bordeaux tagende Nationalversammlung gedrängt werden, die von Otto von Bismarck und Louis Adolphe Thiers am 26. Februar unterzeichneten Friedenspräliminarien zu akzeptieren. Das tat sie an jenem 1. März, und so räumten die Truppen die Hauptstadt bereits am 3. März wieder, behielten aber Forts im Osten und Norden der Stadt in ihrem Besitz und damit eine Linie, durch die sie später Regierungstruppen zur Niederschlagung der Pariser Kommune in die Stadt eindringen ließen. Am 16. Juni 1871 gab es einen pompösen Einzug der preußischen und weiterer deutscher Truppen in Berlin, deren Zug vom Tempelhofer Feld bis in den Lustgarten führte. Es war ein hochaufwendiges und -kostspieliges Siegesfestspektakel ohne Beispiel, mit Glockengeläut, Jubelgesang, Ehrenbogen, Ehrensäulen, Ehrenjungfrauen, Siegesmasten und der Präsentation eroberter Fahnen und Geschütze.

In den Schlachten des deutsch-französischen Krieges waren aufseiten der Deutschen 1 058 Offiziere und 47 320 Unteroffiziere und Soldaten umgekommen. Noch im Zweiten Weltkrieg sangen deutsche Schüler das rührselige „Fern bei Sedan“ mit der üblichen Verklärung des Kriegssterbens.

1914 gescheitert

Im August 1914 sollte es wieder nach Paris gehen. Doch der Kriegsplan des einstigen Generalstabschefs Alfred Schlieffen ließ sich nicht verwirklichen. Er hatte vorgesehen, dass die deutsche Streitmacht von Norden her, die Neutralität Belgiens missachtend, in das Feindesland einfallen, die französische Hauptstadt westlich weit umfassen, die Masse der gegnerischen Streitkräfte im Rücken attackieren, gegen Osten drängen und sie vernichten werde. Das Kräfteverhältnis gestaltete sich nach Anfangserfolgen jedoch anders. Paris, das Ziel der Begierde, das greifbar nahe schien, blieb unerreichbar. Dieses Scheitern anderthalb Monate nach Beginn des Krieges erwies sich als unkorrigierbar.

Auf Jahrzehnte hinaus besaßen Militärtheoretiker, -historiker und Strategen an deutschen Stammtischen ihr Thema. Und noch in einer Veröffentlichung des Jahres 2004 erörtert der Autor Jörg Friedrich in der Welt, ob 1914 Paris nicht doch hätte eingenommen, der Krieg nicht doch hätte gewonnen werden können. Seine Antwort: Ja, vorausgesetzt, die kaiserliche Armee hätte einen Feldherrn vom heldischen Typ besessen, der alles auf eine Karte gesetzt haben würde. So erscheint das „Wunder an der Marne“ als Ergebnis einer Fehlentscheidung und nicht als das einer Fehlrechnung und eines abenteuerlichen militärischen Planens ohne Alternativen.

Am 3. September 1939 befanden sich Deutschland und Frankreich wieder im Kriegszustand. Diesem „Fall“ hatten deutsche Generale mit Unbehagen entgegengesehen. Nach dem „Blitzkrieg“ gegen Polen fürchteten entscheidende Militärs, eine Offensive an der Westfront werde zu keinem anderen Ergebnis führen als jene von 1914. Ihre Erfahrungen von einst, als sie noch zu den unteren Rangstufen des Offizierskorps gehört hatten, hemmten die Angriffslust. Zwei der drei Generale, die im Frühjahr 1940 auf den Schlachtfeldern Westeuropas siegten, suchten über den Heereschef Hitler zu bewegen, auf ein Abenteuer zu verzichten, das wieder nur in einem Stellungskrieg enden werde.

Das war vergessen, als am 14. Juni 1940 eine Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) bekanntgab: „Soeben findet der Einmarsch der siegreichen deutschen Truppen in Paris statt." Zuvor hatten sich deutsche Luftangriffe auf Industrieanlagen und Vororte der französischen Metropole gerichtet, bei einem von ihnen war auch die Frau des deutschen Schriftstellers Bruno Frei umgekommen. Anna Seghers, die aus der Stadt geflohen war, im Chaos aber schließlich in sie zurückkehrte, schrieb von „einer schrecklichen Woche". Im OKW-Bericht vom 15. Juni hieß es, die Stadt sei „besetzt und durchschritten". Triumph sprach aus dem Satz: „Über dem Schloß von Versailles, in dem 1871 deutsches Schicksal gestaltet und 1919 deutsche Schmach besiegelt wurde, weht die Reichskriegsflagge." Und welche Erleichterung lässt sich aus einer weiteren Sondermeldung des gleichen Tages ablesen: „Stadt und Zitadelle der im Weltkrieg schwer umkämpften Festung Verdun (sind) von uns genommen."

Hitler stattete am 23. Juni der eroberten Stadt für nur wenige Stunden einen Besuch ab, begleitet von den Architekten Albert Speer und Hermann Giesler sowie dem Bildhauer Arno Breker. Er fuhr zum Gebäude der Großen Oper, entlang der Champs-Élysées zum Eiffelturm und Triumphbogen, zum Invalidendom an die Grabstätte Napoleons I. und zum Panthéon und abschließend auf den Montmartre zu Sacré-Cœur. Er ließ sich u. a. vor dem Hintergrund des Eiffelturms fotografieren. Das Bild zierte bald den Einband des in Massenauflage erscheinenden Buches „Mit Hitler im Westen", ein Fotodokument, das einen vermeintlich weltgeschichtlichen Moment festhalten sollte. Eine Parade großen Stils, die Militärs erwarteten, fand auch später nicht statt. Ungewiss ist, ob das Militärspektakel wegen befürchteter britischer Luftangriffe unterblieb oder weil nicht der verfrühte Eindruck des Kriegsendes hervorgerufen werden sollte. Es könnte aber auch nicht in das Konzept gepasst haben, in Frankreich Kollaborationswillige zu gewinnen und im Lande Ruhe zu haben, um dessen Ressourcen für die Weiterführung des Krieges ausnutzen zu können. Über die Rüstungswerke von Citroën, Renault, Schneider-Creuzot u. a. mussten sich die Eroberer nicht erst vor Ort informieren.

Hitler ließ es bei der Zeremonie der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 21./22. Juni 1940 an eben jener Stelle im Wald von Compiègne in der Picardie bewenden, an der am 11. November 1918 deutsche Delegierte die von den Alliierten präsentierte Urkunde der Kapitulation hatten unterzeichnen müssen. Dort war inzwischen eine Gedenkanlage errichtet worden, die an den französischen Sieg im Ersten Weltkrieg erinnerte. Der geschichtsträchtige Salonwagen wurde als Trophäe nach Berlin gebracht, wie einst die Quadriga von Berlin nach Paris.

Die Nachricht, Paris befände sich in deutschem Besitz, so berichteten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, „versetzte die Bevölkerung in allen Teilen des Reiches in eine bisher in diesem Maße noch nicht erlebte Begeisterung. Auf vielen Plätzen und Straßen kam es zu lauten Freudenkundgebungen und Begeisterungsszenen". Victor Klemperer hingegen notierte, er und die Seinen durchlebten „qualvollste Zeit". Als Wehrmachttruppen in ihre heimatlichen Garnisonsstädte zurückkehrten, brach dort wiederum hysterischer Siegestaumel aus, nirgends stärker als bei der Rückkehr Hitlers in die Reichshauptstadt am 6. Juli 1940. In einem vom Propagandaministerium inszenierten Triumphzug fuhr er vom Anhalter Bahnhof in die nahe Reichskanzlei in der Wilhelmstraße, wo sich eine jubelnde Menschenmenge drängte. Viele meinten, der Krieg wäre gewonnen, denn auch Großbritannien würde nun kapitulieren müssen. Der Abschlussbericht des OKW über den Feldzug strich die vergleichsweise geringfügigen deutschen Opfer heraus, wobei Zahlen der Jahre von 1914 bis 1918 mit denen der Monate Mai und Juni 1940 verglichen wurden. 27.074 Tote und 18.346 Vermisste, insgesamt also 45.422 Mann eigene Verluste, wurden genannt, dazu mehr als 110.000 Verwundete. Nun, hieß es da noch einmal und als wäre der Krieg um dieses Zieles willen geführt worden, sei „die Schmach von Versailles getilgt". Näher an der Wahrheit lag Goebbels mit der betreffenden Eintragung in sein Tagebuch am 16. Juni 1940: „Die Welt wird neu verteilt ..."

Den überraschenden Sieg feierte auch das bald entstandene Lied des deutschen „Afrika-Korps", es begann mit den Versen: Über die Schelde, die Maas und den Rhein stießen die Panzer nach Frankreich hinein. Husaren des Führers im schwarzen Gewand, so haben sie Frankreich im Sturm überrannt!"

Sofort war dem Geschehen das Etikett „der größte Feldzug aller Zeiten“ aufgeklebt. Wilhelm Keitel, dem OKW-Chef, wird die Charakteristik Hitlers als dem „größten Feldherrn aller Zeiten“ zugeschrieben. Goebbels notierte in sein Tagebuch: Hitler sei „das größte geschichtliche Genie, das wir je besessen haben“. Das Geschehen erzeugte nicht nur im Kopfe Hitlers ein Denken, das sich nach der Eroberung von Jugoslawien und Griechenland in dem Satz äußerte: „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.“

Die Militärelite an der Wehrmachtspitze verstand nicht, was geschehen war. Wie nach 1918 ihre Vorgänger gegenüber der Herausforderung versagt hatten, sich die Gründe ihres Scheiterns einzugestehen, so diesmal die Nachfolger gegenüber der erneuten, sich die Ursachen ihres Sieges klarzumachen. Letzteres mündete in extremsten Größenwahn mit seinen mörderischen und selbstmörderischen Folgen.

Streiks und Aufstand

Fünfzig Monate waren seit der Besetzung der französischen Hauptstadt vergangen, da klangen die OKW-Berichte anders. Am 25. August 1944 wurden Kämpfe am westlichen Stadtrand von Paris gemeldet, am 26. Straßenkämpfe im Südteil der Stadt, am 28. lautete die Nachricht, es verteidigen sich noch „zahlreiche deutsche Stützpunkte“ in der Stadt. Dass Paris den deutschen Besatzern verlorengegangen war, konnten sich die Hörer und Leser hinzudenken. Von da an tauchte der Name der Stadt nur noch in den OKW-Berichten der drei folgenden Tage auf, er bezeichnete die Gegend der Rückzugskämpfe.

Was hatte sich tatsächlich ereignet? Mit ihren Offensiven vom 25. und 31. Juli – den deutschen Niederlagen in den Kämpfen gegen US-amerikanische Truppen westlich von Saint-Lo und bei Avranches – hatten die Westalliierten die Linien durchbrochen, die von der Wehrmacht bis dahin gehalten werden konnten und vor denen die Gelandeten in ihrem Brückenkopf eingeschnürt bleiben sollten. Diese Wendung hatte sich abgezeichnet. Es begannen Rückzug und Flucht der deutschen Divisionen und Dienststellen aus Frankreich. In dessen Hauptstadt hatten am 10. August Streiks begonnen, die sich rasch ausweiteten. Am 19. August erhob sich die Pariser Bevölkerung zum Aufstand, an dem verschiedene Widerstandskräfte beteiligt waren. Ganze Bezirke der Stadt wurden für die deutschen Besatzer unbetretbar und diese zunehmend zu Gefangenen der Situation. Hitlers am 23. August erteilter Befehl, die Stadt und den Brückenkopf über die Seine unter allen Umständen und unter Einsatz brutaler Mittel zu behaupten, war durch die Entwicklung bereits überholt. Am Abend des 24. erreichte die im Verband der von George S. Patton geführten 3. US-amerikanischen Armee kämpfende 2. französische Panzerdivision unter Generalmajor Jacques Philippe Marie Leclerc Paris. Tags darauf war die Stadt befreit. Die Reste der deutschen Besatzung kapitulierten, ohne das befohlene Zerstörungswerk verrichtet zu haben, das u. a. die mehr als 60 Brücken über die Seine treffen sollte.

Charles de Gaulle wurde in Paris am 26. August begeistert begrüßt, und sein Einzug bedeutete die Demonstration eines Führungsanspruchs in Nachkriegsfrankreich. Drei Tage später, so den Anteil der US-amerikanischen Truppen an der Befreiung der Stadt klarmachend, fand in deren Zentrum eine Parade der Truppen der 28. Infanterie-Division statt, die von Dwight D. Eisenhower in Anwesenheit der Generale Omar N. Bradley, Leonard T. Gerow, Charles de Gaulle und Leclerc abgenommen wurde. Der geladene britische Feldmarschall Bernhard Law Montgomery ließ mitteilen, er sei zu beschäftigt. Paris feierte die Befreiung nach einer Besatzungszeit, die mehr als vier Jahre gedauert hatte.

junge Welt, Mittwoch, 25.08.2004, S. 10.

Im Westen nichts Neues

Der Beginn des Ersten Weltkriegs wird in Deutschland gebührend begangen – die zahlreichen Neuerscheinungen zum Thema erhellen meist wenig.

Zu Jahresanfang 2004 berichteten Zeitungen, in der Bibliothek des US-amerikanischen Kongresses sei ein Privatbrief Winston Churchills gefunden worden, geschrieben unter dem Eindruck des Balkankrieges 1912. Sich gegen eine zu frühe Beruhigung wendend, verwies der Erste Lord der Admiralität auf Europa weiterhin drohende Gefahren: „Es braucht nur ein wenig Pech, um einen weitaus größeren Konflikt herbeizuführen." Dies wurde als besonders weiser Blick auf Kommendes zitiert. Ähnliches gab es bereits reichlich und früher. Darunter Tieferlotendes, wie etwa die vielzitierte und zum Beweis für die prophetische Potenz Marx-Engelscher Analysen benutzte und missbrauchte Vorhersage von Friedrich Engels aus dem Jahre 1887: „Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen." Sie schloss: „... absolute Unmöglichkeit vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird." Hier mischten sich Gewissheit und eingestandenes Unwissen über künftige Entwicklungen.

Konturen des Weltkrieges zeichneten sich im Fall des Ersten ebenso früh ab wie im Fall des Zweiten. Zwanzig Jahre vor dessen Beginn am 1. September 1939 wiegten sich die Architekten des Versailler Vertrags im Glauben, Deutschland sei auf Dauer geschwächt und seine Rüstung begrenzt, so dass von ihm auf lange Zeit nichts zu befürchten sei. Indessen fehlte es nicht an Stimmen, die dies als Fehlkalkulation ansahen und einen neuen Weltbrand befürchteten. Die Weltkriege des 20. Jahrhunderts, das gehört zu ihren Gemeinsamkeiten, ließen sich vorhersagen. Warum das so war, welches Instrumentarium und welche Weltbilder dazu taugten, das wäre Stoff für ein Forschungsprogramm. *Weltbilder* – denn dasjenige des 1887 67jährigen alten Engels war natürlich ein anderes als das des 1912 38 Jahre alten Churchill.

Die meisten Forscher aber interessieren sich 90 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs weniger für die „Prophetien" und deren Zustandekommen als für seinen Verlauf, seine Wirkungen und Folgen. Ebenfalls auffällig: In mehr als 40 Beiträgen eines für weitere Studien unentbehrlichen Bandes, der die beiden „großen" Kriege miteinander vergleicht und vom Potsdamer Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr herausgegeben wurde, finden sich die Begriffe *Kriegsursachen* oder *Kriegsziele* in keinem Aufsatztitel. Dabei gibt es kaum Themen, in die Historiker, Politiker und Publizisten mehr Verwirrung hineingebracht hätten als in eben diese.

Im zeitlichen Vorfeld des Jahrestages erschien in deutscher Übersetzung und unter dem Haupttitel *Der falsche Krieg* das 1998 in Großbritannien gedruckte Buch *The Pity of War* des in Oxford lehrenden Professors für Politik und Finanzgeschichte Niall Ferguson. Welch ein Geschenk wird da über die Nordsee gereicht! Dem Deutschen Reich attestiert der Autor eine Notlage, die Einkreisung durch seine Gegner. Mit dem Krieg sei Deutschland bloß den anderen zuvorgekommen. In der Einleitung eines anderen Buches, das Geschichten aus der Kindheit versammelt, heißt es: „Der Krieg ist nicht von Deutschland angezettelt, doch er wird als Angriffskrieg gegen die Nachbarn geführt." Zeitzeugen erinnern sich, wie 1914 der Krieg „ausgebrochen" sei (eine Wendung, zu der Brechts Ziffel in den *Flüchtlingsgesprächen* bemerkt: „Das Wort ‚ausgebrochen' besagt alles. Man gebraucht es hauptsächlich für Seuchen, und es liegt darin, dass die keiner gemacht hat und nur keiner hat verhindern können.")

Auch in der jüngst erschienenen *Enzyklopädie des Ersten Weltkrieges*, der unter den Nachschlagewerken ein besonderer Rang sicher ist, finden sich die Begriffe „Ursachen" und „Ziele" in keiner der Überschriften der insgesamt 26 Beiträge. Immerhin gibt es einen Aufsatz „Der Weg in den Krieg"; im lexikalischen Teil zwar kein Stichwort *Kriegsursachen*, doch wenigstens eines, die *Kriegsziele* betreffend. Dort weiß Wolfgang J. Mommsen folgendes zu berichten: „Keine der europäischen Mächte verfocht vor Kriegsbeginn konkrete territoriale Annexionsziele, welche ihre Entscheidung, zu den Waffen zu greifen, maßgeblich beeinflusst haben." Der Appetit muss beim Essen gekommen sein, nur so lässt sich der Auswurf an Kriegszieldenkschriften aus den Kreisen der deutschen Wirtschaftselite im Jahr 1915 erklären. Aber Mommsen hat ja auch nur von *konkreten* Zielen vor Kriegs-

beginn gesprochen. Wie war es denn um die *allgemeinen* bestellt? Da war z. B. der Wunsch nach dem „sonnigen Plätzchen“. Den hatte ein deutscher Außenminister 1897 vor dem Reichstag so formuliert: „Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront – diese Zeiten sind vorüber ... wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Mommsen sei zugegeben: Ein *konkretes* Ziel ist das nicht, doch man verstand, was gemeint war. Drei Wochen zuvor hatten kaiserliche Marinesoldaten das Gebiet von Kiautschou (Jiaozhou) okkupiert. Wer als bildungsbeflissener Untertan dazu die zur Jahrhundertwende erschienene Jubiläumsausgabe des „Brockhaus“ befragte, erfuhr viel über die Vorzüge des Gebietes, das Deutschland China in einem „99-Jahre-Pachtvertrag“ abgepreßt hatte: Bucht mit gesundem Klima, fruchtbares Hinterland, reiche Kohlelager.

Nein, einen Aufschwung historiographischer – gar vergleichender Imperialismus-Forschung – musste im Zusammenhang mit dem Jahrestag 2004 niemand befürchten. Dennoch: Einiges über den Hergang hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten offenbar herumgesprochen. Dazu gehört, dass Deutschland am Zustandekommen dieses Krieges einen besonderen Anteil hatte, seine Militärs ihn von Anbeginn rücksichtslos führten (auch gegen die eigenen Soldaten) und dass die Beziehung zwischen diesem Krieg und dem folgenden nicht nur in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge besteht. Unleugbar inzwischen auch, dass es in diesem Krieg nicht nur Verlierer gab, sondern auch Nutznießer, Rüstungs- und Kriegsgewinnler. Letzteres ist heikel, verbindet sich mit diesem Wissen doch die Frage, ob dies eine Besonderheit des Ersten Weltkriegs war oder ob derlei Gewinn nicht immer wieder lockt und einer Gesellschaft den Impuls zum Krieg gibt, solange sich in ihr dieses Geschäft machen lässt.

Hans-Ulrich Wehler, der im Februar eine Serie des „Spiegel“ zum Thema eröffnete, hat sich entschieden, den schnöden Mammon unerwähnt zu lassen. In den drei Beiträgen des Heftes findet sich, was deutschen Bürgern an Informationen allenfalls zugemutet werden darf. Erwähnt sind ein Weltmachtanspruch und dazu das Streben nach europäischer Vormachtstellung, das vor allem Wilhelm II. und Personen seiner politischen und militärischen Umgebung beherrscht habe. Der Kaiser wird dann von seinem eifrigsten Biographen der „Verschwörung zu einem Angriffskrieg“ geziehen. Formulierungen wie „Krieg des Kaisers“, „Wilhelms Schlachten“ oder der „Machthunger des deutschen Kaisers“ bezeugen die Rückkehr zur Personalisierung des Geschichtsdenkens – mit Blindstellen. Wehler erwähnt eine Menge von Personen, die den Krieg begrüßten, verherrlichten, priesen; Ideologen, Theologen, Kirchenführer. Wo er aber von „Imperium“ und „Imperialismus“ spricht, wollen ihm keine Namen einfallen. Die treibenden Kräfte waren dann die „deutsche Öffentlichkeit“, ominöse „Interessenverbände“ oder einfach „die meisten Parteien“. Er gibt zu, dass es wohl zwischen der Staatsbürokratie, der „Großwirtschaft“ und diesen „Verbänden“ schon vor dem Krieg ein, wie auch immer geartetes, Zusammenspiel gab, das Wehler „Korporativismus“ nennt. Dahinter vermutet er aber nicht die Indienstnahme des Staates und seiner Armee durch das Bank-, Industrie- und Agrarkapital zum Zwecke kriegerischer Expansion, sondern bloß staatliche Wirtschaftsplanung.

Nach 1918 war es dann eine „allgemeine Sehnsucht“, die die „Revisionshoffnung“ habe aufkeimen lassen. Der Gedanke eines „Revisionskrieges“ hatte „eine perverse Faszination“ und breitete sich deshalb über „nahezu alle politischen Lager hinweg“ aus. – Welches war das Lager, in dem er sich nicht ausbreitete? Bei Wehler erfährt man das nicht. Es entfällt jeder Seitenblick auf ein paar Millionen Pazifisten und andere Kriegsgegner, die nur einmal ins Zentrum deutscher Geschichtsrückblicke getreten waren: während der Jahrzehnte der DDR, in der die sozialdemokratische Linke und mit ihr die Vorgeschichte der Kommunistischen Partei erforscht wurden. Das ist vorbei.

1940/1941 schrieb Bertolt Brecht in Finnland: „Der zweite Weltkrieg ist ausgebrochen, bevor ein einziges geschichtliches Werk über den ersten hat erscheinen können.“ Das meinte: ein einziges, *nicht* von apologetischem Interesse diktiertes. Denn die deutsche Militärkaste hatte es nach 1918 verstanden, die Kriegsgeschichtsschreibung ganz an sich zu ziehen, und sich auch die Entscheidung darüber vorbehalten, wem sie Zugriff auf die Akten gewährte. Das änderte sich nach 1945. Verfügbar wurden und sind Abrisse von Historikern (Volker Berghahn, Michael Salewski, Karl Dietrich Erdmann u. a.) ebenso wie Analysen von Publizisten (Sebastian Haffners *Die 7 Todsünden des Deutschen Reiches*

im 1. Weltkrieg) und mit ihr jene Literatur, die Männernerven prickeln lässt: Erzählungen blutiger Schlachten (Verdun, Isonzo), Berichte über Kämpfe von Spezialtruppen (Alpen- und Marinekorps) und Darstellungen abenteuerlich anmutender Unternehmungen. Nicht zu vergessen die neuartigen Waffen: U-Boote und Großkampfschiffe; Zeppeline und andere Flugapparate; Panzer und Gaskrieg.

Was kam 2004 Lesbares hinzu? Mächtig angewachsen ist das Genre der Tagebücher. Die Zahl derjenigen, die ein solches führten, war bei Kriegsausbruch sprunghaft gestiegen, entschlossen sich doch Zeitgenossen, den großen Augenblick, den sie zu erleben glaubten, für sich und ihre Nächsten festzuhalten. Hinzugekommen sind Aufzeichnungen des Heidelberger Professors für mittelalterliche und neuere Geschichte, Karl Hampe. Sie geben Zeugnis vom Denken und der Rolle deutscher Hochschullehrer und lassen einen Mann erkennen, der vom ersten Kriegstag an nach Siegesmeldungen hechelt, Paris in deutscher Hand wissen will, dem Vaterland als Hilfskrankenträger beisteht, am Gymnasium für eingezogene Lehrer einspringt und gemeinsam mit seiner kinderreichen Gattin überall für Helden- und später für Durchhaltestimmung sorgt.

Mordspatriotisch gesinnt und gestimmt meldete sich Edlef Köppen 1914 freiwillig „ins Feld“. Zum Leutnant befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, beendete er den Krieg, den er nicht länger mitmachen und -verantworten wollte, vorzeitig in der Nervenabteilung eines Mainzer Feldlazaretts. Sein Buch *Heeresbericht*, das in die Reihe ihm eng verwandter Publikationen von Renn, Remarque, Plivier und Arnold Zweig – alle erschienen zwischen 1927 und 1931 – gehört, ist ein Aufschrei gegen das Völkermorden, sein Neudruck ein verlegerisches Verdienst ebenso wie der Faksimile-Druck von Ernst Friedrichs *Krieg dem Kriege* von 1924, das lange nur in Spezialbibliotheken verfügbar war. Dessen Plädoyer für Antikriegskampf und Friedenserziehung, das seine Eindringlichkeit vor allem aus dem Fotomaterial von den Fronten und von den grausigen Bildern von Kriegstoten und Schwerstverletzten bezieht, gipfelt im Appell, sich zur Abwehr des noch furchtbareren nächsten Krieges auf einen Generalstreik einzustellen, eher ins Gefängnis zu gehen als auf Schlachtfeldern „für das Kapital zu morden und zu sterben“. In diesen Aussagen sieht der Autor des Vorworts, Gerd Krumeich, lediglich „politische Agitation“.

Die Wienerin Brigitte Hamann hat einen Band vorgelegt, der sich auf ein reichhaltiges Familienarchiv und eine Bildsammlung (Postkarten, Karikaturen, Plakate, Fotos) stützt, daneben versammelt er Auszüge aus Tagebüchern (Arthur Schnitzler, Käthe Kollwitz u. a.). Mit ihm möchte sie den Kriegsalltag an den Fronten und im Hinterland „Laien vorstellbar machen“. Zugleich konzentriert sie ihr Material auf frühe Praktiken der Massenmanipulation für den Kriegseinsatz bis zum verklärten „Opfertod“ und schärft so den Blick für die inzwischen auf diesem Felde erzielten Fortschritte. Der Band lässt die Kriegsgewinnler, die sich u. a. an der Ausbeutung von Kriegsgefangenen bereicherten, nicht aus und erwähnt stellvertretend Krupp, Daimler sowie Erzherzog Friedrich, Oberbefehlshaber der k. u. k. Armee und zugleich als Großgrundbesitzer der reichste Heereslieferant.

Zur obligatorischen ARD-Fernsehserie wird es das obligatorische Buch geben, verfasst von Autoren im Umfeld der Rundfunk- und Fernsehanstalten und unter Rückgriff auf die Fachliteratur – bei Auslassung des (eben vom Leipziger Universitätsverlag als Reprint angekündigten) Werks *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, das im Geschichtsinstitut der DDR-Akademie der Wissenschaften entstand. Während sich bei Hamann Text-Bild-Seiten zu *Revolution in Russland* und *Oktoberrevolution* finden, kommt das „Buch zum Film“ ohne den Begriff (und das Ereignis) *Revolution* aus, der offenbar unbeschädigt für „deutsche“ Daten wie den 30. Januar 1933 oder den November 1989 reserviert bleiben soll. Zweifelhaft ist, ob manche Wertung einzig auf sprachliches Unvermögen zurückzuführen ist. Etwa wenn im Hinblick auf deutsche Eroberungsgelüste von „völlig überzogenen Forderungen“ gesprochen wird – eine Formulierung, die den Gedanken an *angemessene* Forderungen zulässt. Oder wenn es über den Frieden von Brest-Litowsk heißt: Militärisch habe das Reich „einen Sicherheitsgürtel geschaffen, der es von dem bedrohlich wirkenden Koloss Russland abschirmte“. Drohte er oder wirkte er nur? Und wenn er nur wirkte: auf wen tat er dies? Derlei Undeutlichkeit ist gewollt und wird Mode. Denn man kann darauf vertrauen, dass Leser und Hörer, geistig schon entsprechend zugerichtet, sich das Richtige (nämlich das Falsche) denken, also die Brücke vom zaristischen zum

bolschewistischen Koloss schlagen und akzeptieren, dass Deutschland selbstverständlich einen Sicherheitsgürtel brauchte, damals wie heute.

Literatur:

Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2003, 1001 S., 58,00 Euro.

Christine Beil, Werner Biermann u. a. Der Erste Weltkrieg. Das Buch zur ARD-Fernsehserie. Rowohlt, Berlin 2004, 256 S., 19,90 Euro.

Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2002, 862 S., 45,00 Euro.

Ernst Friedrich, Krieg dem Kriege. Deutsche Verlagsanstalt, München 2004, 240 S., 29,00 Euro.

Brigitte Hamann: Der Erste Weltkrieg. Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten. Piper, München 2004, 191 S., 29,90 Euro.

Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914 – 1919. Oldenbourg, München 2004, 1.020 S., 118,00 Euro.

Michael Jürgs: Der kleine Frieden im Großen Krieg. Westfront 1914: Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten. C. Bertelsmann, München 2003, 351 S., 22,90 Euro.

Edlef Köppen Heeresbericht. Deutsche Verlagsanstalt, München 2004, 402 S., 19,90 Euro.

„Der Spiegel“: Serie: „Der zweite Dreißigjährige Krieg 1914-1945“, Nr. 8 ff./2004.

Jürgen Kleindienst (Hrsg.): Zwischen Kaiser und Reich. Kindheit in Deutschland 1914-1933. 47 Geschichten und Berichte von Zeitzeugen. JKL Publikationen Berlin 2002, 344 S., 18,90 Euro.

Typisch deutsch

Ihre Freundschaft, angebahnt in den Tagen ihrer Studien in Oxford, zerbrach bereits in der Vorkriegskrise. Das machte eine Meinungsverschiedenheit, die nicht nur diese beiden entzweite. Sie vermochte ihn nicht zu überzeugen, dass der einzig verlässliche Weg, die deutschen Machthaber an einem Eroberungszug zu hindern, in strikter Zurückweisung von deren Forderungen und dem Aufbau einer abschreckenden Front bestand. Er hingegen vermeinte, es werde die Ankündigung (oder auch nur das Scheinangebot) weiterer Zugeständnisse an die Faschistenführer deren Konzept zum raschesten Kriegsbeginn verderben, womit Chancen für deutsche Hitlergegner entstünden.

Diese Idee entwickelte Adam Trott zu Solz am Anfang seiner diplomatischen Tätigkeit – sie begann 1939, bevor er noch 1940 in die Informationsabteilung des Außenministeriums eintrat – in Cliveden, dem Sitz der Astors, dem britischen Außenminister Lord Halifax und kurz darauf auch dem Premierminister Neville Chamberlain. Die Appeasementpolitik war da, die Deutschen hatten das Münchener Abkommen schon gebrochen und waren in Prag einmarschiert, wenn auch noch nicht aufgegeben, so doch faktisch gescheitert. Der Autor der Biographie Trotts, nennt die Denkweise, die dessen Vorschlägen zugrunde lag, typisch deutsch, was Folgen für die Zuordnung all jener Deutschen im Reich und im Exil hat, die dem Frieden in Europa nur eine Chance gaben, wenn die am Kriege desinteressierten Großmächte sich öffentlich und drohend zu gemeinsamen politischen und militärischen Antworten verbündeten.

Trott, Sohn des letzten preußischen Kultusministers, war in der Gruppe der Hitlergegner im Kreisauer Kreis der jüngste und derjenige, der die meisten Verbindungen ins Ausland besaß und diese, gedeckt durch seine Funktion, noch nach Kriegsbeginn bis in die USA aufrechterhalten, dazu neue gewinnen konnte. Von anderen, die wie er einen noch schlimmeren Absturz Deutschlands als den von 1918 zu vermeiden und Hitler zu beseitigen suchten, unterschied er sich dadurch, dass er dem System nie jubelnd Sympathie bezeugt hatte. Doch verteidigte er es mehrfach gegenüber ausländischer Kritik, sah dessen Entwicklung „in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht durchaus vielversprechend“, und dieses Nazideutschland schien ihm „auch zu einer gedeihlichen internationalen Zusammenarbeit“ entschlossen. Es fehlte ihm jede Vorstellung von dessen verbrecherischer Potenz. An Abenteuerlust und an Vertrauen auf seine überdurchschnittliche geistige Beweglichkeit hat es ihm hingegen nicht gemangelt. Wohl aber und stark an der Fähigkeit zu illusionsfreier Analyse von Situationen und Alternativen. Das ist bewiesen durch sein starres Festhalten an der Idee, gegen das von so wenigen einzelnen Personen gedeckte Versprechen und die vage Ankündigung wachsenden antinazistischen Widerstands ließe sich in London und Washington die bestimmte Zusage erhalten, mit den gedachten Hitler-Nachfolgern – in deren Kreis ihm die Rolle eines Staatssekretärs des Auswärtigen vorbestimmt war – einen „gerechten Frieden“ auszuhandeln.

Der Biograph konzentriert sich auf diese (schwierig zu rekonstruierenden) Initiativen seines Helden, die Trott im Kriege in die Schweiz, die Türkei, nach Schweden und Italien führten, hat kritische Distanz dazu aber nicht gefunden. Und das, obwohl er den aus der Todeszelle geschriebenen Brief Trotts an seine Frau kennt und zitiert, in dem dieser von seiner „fast zu einseitiger Konzentration auf seine (d. h. Deutschlands; K. P.) außenpolitische Behauptung“ spricht, freilich ohne den Gedanken weiter zu erörtern. Einen abwägenden Zugang zum Thema hätte der Autor durch Arbeiten des Historikers Kurt Finker gewinnen können. Doch den verbarrikadierte ihm seine Denkweise – die aktuell „typisch deutsche“.

Henric L. Wuermeling: Doppelspiel. Adam von Trott zu Solz im Widerstand gegen Hitler. DVA, München 2004, 237 S., Euro

konkret, 2004, Heft 9, S. 37.

Ab in den Bunker!

Wie man die Deutschen auf den Hitlerfilm „Der Untergang“ vorbereitet

„In der ehemaligen ‚Hauptstadt der Bewegung‘ München hat gestern Abend der Kinofilm ‚Der Untergang‘ über Hitlers letzte Tage im Führerbunker Weltpremiere gehabt“, vermeldete Die Welt am Freitag, um dem Thema „Hitler und die Deutschen“ ihre ersten drei Seiten zu widmen. Offiziell läuft das Unternehmen, das 13,5 Millionen Euro verschlungen hat, am nächsten Donnerstag an. Kinogängern wird viel versprochen: Sie werden einen Hitler sehen, dem „ein Gesicht“ gegeben wurde (Die Welt), den Menschen hinter der Bestie erkennen (Berliner Morgenpost u. a.), überhaupt „Menschen im Bunker“ begegnen (Süddeutsche Zeitung) und endlich erfahren, wie der Führer eigentlich so gewesen ist. Denn „Mehr Hitler war nie“ (Die Zeit). Wieder werde ein Tabu gebrochen. Statt Vorverurteilung, Dämonisierung nun der ungetrübte Blick auf die Wirklichkeit.

Was das jenseits der Werbephrase konkret bedeutet, vermerkte eine russische Stimme: Nun werde Hitler als Mensch gezeigt, „der Schokoladentorten liebt“. Der Korrespondent des Daily Mail urteilt, Hitler erscheine als „der nette Tatteronkel von nebenan“, ordnet den Film in die vorherrschende Geschichtsbetrachtung ein und sieht ihn als Endpunkt einer Entwicklung an, in deren Verlauf mit der Darstellung der Leiden der deutschen Soldaten (Stalingrad) und unter dem Bombenkrieg, der Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft die Opferrolle der Deutschen hervorgehoben wird und sich vor die Frage nach der Kriegsschuld schiebt.

Nach Ansicht des Hitler-Darstellers Bruno Ganz werden die Deutschen ab dem 16. September mit dem „Führer“, für einen Moment, Mitleid empfinden können, der doch ein „erbärmlicher Mensch“ und „armseliger“ Mann gewesen (Die Welt). Ein Vorbericht trug den Titel „Ohne Herz mit Seele“ (Frankfurter Rundschau). Wen diese Aussichten schrecken, der wird beruhigt. Nicht nur die ominöse Zeit war für diesen Film reif, wie Drehbuchautor und Produzent Bernd Eichinger versichert (Süddeutsche Zeitung), auch die Deutschen sind es geworden. Sie könnten sich mit dem Hitler jetzt „auf Augenhöhe“ einlassen und, ihm „in die Augen schauen“ (Die Welt). Sie und ihr „Land sind gefestigt genug, den Film auszuhalten“, stehen sie doch fest in Lehren, die sie „aus ihrem politischen Versagen“ gezogen haben sollen (Die Welt). Wer sich für eine Filmlänge im Bunker der Reichskanzlei niedergehockt hat, werde besser verstehen, was das war, das Naziregime, versichert Eichinger, der in 200 bis 250 Büchern, die er zu Hause griffbereit hatte, „nachschaute“. Nichts von allem war ihm so hilfreich, wie ein Buch Joachim Fests und die Äußerungen der Hitler-Sekretärin Traudl Junge. Die kannte den Führer als Menschen, der zu Frauen immer so nett sein konnte.

„Der Untergang“ – der Titel des Films ist von Fest übernommen, und, indem er an Erdbeben, Flut- und Schiffskatastrophen erinnert, gibt er dem Geschehen ein hinreichend weit von der historischen Wirklichkeit abgehobenes Etikett. Offenherzig Eichinger: „Irgendwann hat sich das Interesse mehr und mehr auf die Person konzentriert, weg von dieser allgemeinen Betrachtung von Terrorsystemen“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagzeitung). Ein Regisseur, der sich „ins Innerste der Geschichte“ begeben will, „wo sich ihr die Sinnfrage nicht mehr stellt“ (Süddeutsche Zeitung). Das ist Gelaber. Die Geschichte stellt sich keine Frage. Die nach ihrem Sinn haben Menschen formuliert und zu beantworten gesucht. Wer wann und wo immer sich mit Geschichte befasste, tat das „von außen“. Was haben die Hitlerfilmer dafür mitgebracht? Den Entschluss, nichts zu kommentieren und zu interpretieren, sich jeder Botschaft zu enthalten. Das wird als Vorzug angesehen. „Wenn der Film einen Wert hat“, so Eichinger, „dann ist es der, dass er keine Wertung hat“ *(Frankfurter Allgemeine Sonntagzeitung)*. Eben erzählen, wie es so im Führerbunker gewesen ist – düster, schaurig, gespenstisch. Wer an dieser Hand geht, wird ins Staunen geraten, sich verwundern, das ihm Gezeigte unbegreiflich und sinnlos finden. Es wird ihm kein Maß angeboten, mit dem er feststellen könnte, wie nah oder wie fern er den Zuständen ist, die da aufscheinen.

Damit reiht sich das Werk in die vorherrschende Tendenz, mit der das verflossene Jahrhundert in Büchern und Fernsehfilmen betrachtet wird. Doch wird Objektivität nur vorgetäuscht. Selbst wenn der Film „in den wesentlichen Passagen nichts erklärt“, werden Inhalte „dazugeschmuggelt“ *(Frankfurter Rundschau)*. Indessen: Rerum cognoscere causa – das war einmal. Die eingebunkerten fluch-

würdigen Gestalten, die Ende April 1945 ihr Leben um Stunden zu verlängern wünschten und gegen die der Film gewiss Abscheu und Ekel erzeugt, sind der deutschen Gesellschaft ja ohnehin weit genug entrückt. Deren Mehrheit scherte sich um den Hitler schon nicht mehr. Die Szenen von draußen, vom Sterben in den Straßen der gewesenen Reichshauptstadt, holen von der Realität der Nazigesellschaft nichts Erhellendes auf die Leinwand.

Das Verfahren, sich den Fragen nach Zusammenhängen und Ursachen zu verweigern, hat freilich einen großen Haken. Nicht jeden sättigt geistige Schmalkost. Und Politiker tun viel, um Leute auf die Frage nach dem Woher und dem Warum zu stoßen. Wer, kaum dass er seine Lehre abgeschlossen hat, sich in Arbeitslosigkeit geworfen sieht, mag sich in Wittenberg oder Wittenberge fragen, warum die Väter und Großväter erspart blieb, kann ins Nachdenken über Geschichte geraten und sich mit der Beschreibung von Wandlitz nicht mehr zufriedengeben und eben auch nicht mit dem Blick in den Führerbunker.

„Dieses Deutschland, in dem Hitler möglich war, erscheint dem Zuschauer gänzlich verschwunden“ *(Zeit)*. Ein Film mit diesem Thema bedürfe auch der „Rekonstruktion der politischen Strukturen“. Es folgt ein Appell an „alle Historiker“, die sich empören müssten, weil sie doch „hoffen und wünschen, dass aus der verbrecherischen Entgleisung (na ja, K. P.) eines ganzen Landes doch etwas gelernt und gezogen werden müsse, und sei es nur eine erhöhte Empfindlichkeit für Tendenzen, die abermals zu vergleichbaren Verbrechen führen könnten“. So notwendig der Ruf, so notwendig der Zusatz, dass derartige Verbrechen täglich geschehen, und so wenig wahrscheinlich, dass er gehört werden wird. Aber und frei nach Peter Hacks: Heute nicht – morgen doch?

junge Welt, Sonnabend, 11.09.2004, S. 12.

Bleibendes Gegengewicht

„Was bleibt?“ hat die Historikerin Helga Schulz in einem Artikel, den eine österreichische Zeitschrift veröffentlichte, bald nach dem Ende der DDR mit dem Blick auf die Arbeit ihrer Zunft gefragt. Deren Angehörige sahen sich damals dem ihre Abwicklung begründenden Vorwurf ausgesetzt, Reklametrupp des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei gewesen zu sein und eine Wissenschaftswüste hinterlassen zu haben. Eine Antwort darauf kam dieser Tage aus dem Leipziger Universitätsverlag. Dort ist das dreibändige Geschichtswerk „Deutschland im ersten Weltkrieg“ wieder gedruckt worden, an dem in einer von Fritz Klein geleiteten Arbeitsgruppe vor allem Spezialisten des – nicht mehr existierenden – Geschichtsinstituts der Akademie der Wissenschaften gearbeitet hatten. Die Bände waren schon zu DDR-Zeit vergriffen, zumal Nachauflagen wegen begrenzter Papierkontingente Wartezeit für andere Text bedeuteten.

Die Forschungen der Ostdeutschen liefen zeitlich mit jenen parallel, die Fritz Fischer und seine Schüler in Hamburg leisteten. Eine Achse des Interesses bildete hier wie dort die Rolle des Deutschen Reiches auf dem Weg in den Krieg. Die quellensatten Urteile darüber fielen nicht identisch aus, doch wiesen sie erkennbar Verwandtschaft auf. Sie machten der Kriegsunschuldslüge und der Legende vom „Hineinschlittern“ in diesen Krieg ein klägliches Ende. Nachgewiesen wurde der besondere Anteil der Führungsschichten des Reiches am letzten Schritt in den mörderischen Abgrund – auf einem von ihnen schon seit längerem projektierten Kriegspfad. Während Fischer, der mit dem berühmt gewordenen Buch „Griff nach der Weltmacht“ aus der Zunft und eigenen früheren Denkbahnen ausbrach, sich von Seiten der Meinungsführer rüder Befeindung ausgesetzt sah, wurden die Autoren der Weltkriegsbände, Angehörige der ersten in SBZ und DDR ausgebildeten Wissenschaftlergeneration, mit Ehrungen bedacht. Herausgeber, Bandredakteure und zwei weitere Mitarbeiter, Baldur Kaulisch und Johanna Schellenberg, erhielten 1969 den Staatsorden „Banner der Arbeit“. Ihr Werk, an dem mehr als 20 Autoren beteiligt waren, galt als Beweis gewonnener und Vorbote wachsender Leistungskraft und auch für Konkurrenzfähigkeit auf nationalem wie internationalem Feld.

In der Bundesrepublik aber sei, so war jüngst rückblickend in *Der Spiegel* zu lesen, Schaden gestiftet worden: „Die harten Urteile, mit denen ostdeutsche Wissenschaftler die Politik des Kaiserreichs verdammten, tabuisierten die Kriegsschuldfrage unter bundesdeutschen Historikern zusätzlich.“ Wie abstrus! Es war nicht die Härte von Urteilen – ein Charakteristikum, das in der Justiz, nicht in der Historiographie seinen Platz haben mag –, sondern die verkrustete Haltung erzkonservativer, auf ihr Kompetenz- und Objektivitätsmonopol pochender Zunftbürger, die das Fortschreiten hemmte.

Fritz Klein, dem das Hauptverdienst an den Weltkrieg-I-Forschungen in der DDR zukommt, stellte dem Nachdruck ein Vorwort voran, das er Willibald Gutsche und Joachim Petzold, den beiden wichtigsten Mitarbeitern, Frühverstorbenen, in dankbarer Erinnerung gewidmet hat. Dieser Text ist bekenntnishaft und kritisch und macht keine Konzession an die Mode, sich für die DDR im Ganzen und die eigene Rolle darin zu entschuldigen. Das 1969 vorgelegte Werk, erinnert sich Klein, sei von der internationalen Geschichtswissenschaft überwiegend positiv aufgenommen worden. Als fruchtbringend habe sich der in den Denkbahnen Lenins gewonnene „grundsätzlich imperialismuskritische Blick“ erwiesen. Das Resultat sei möglich geworden, weil marxistische Historiker in Deutschland erstmals ungehinderten Zugang zu Archiven besaßen, und rühre auch aus einem über den Verfasserkreis hinausreichenden offenen Diskussionsprozess her.

Bestimmt weist Klein die Legende zurück, jeder geschichtswissenschaftliche Fortschritt habe der DDR-Obrigkeit abgetrotzt werden müssen. Zwischen den Antifaschisten am Staatsruder und den Forschenden, entgegnet er, habe es in vielem Grundsätzlichem einen Konsens gegeben. Wenn Differenzen aufgetreten seien, dann nicht über den Inhalt, sondern über den Ton – die Sprache der Wissenschaft ist nicht die der Agitation oder Reklame.

Als hervorhebenswerte Mängel, die den Texten anhaften, nennt Klein drei: einen ökonomischen Reduktionismus, ungerechtfertigt rigorose Urteile über Kräfte und Entwicklungen in der Arbeiterklasse und ihrer politischen Bewegung und abstrakte Gesetzmäßigkeitsvorstellungen. Schließlich zählt er Gründe auf, die den Wiederdruck eines Werkes rechtfertigen, das 35 Jahre nach seinem Erscheinen

naturgemäß in vieler Hinsicht überholt ist. Nicht allein, dass die Bände eine wichtige Stufe der Forschungen markieren. Sie könnten, meint Klein, mit ihrer Konzentration auf Politik und Ökonomie auch ein Gegengewicht gegen „manchmal überbordende“ kulturgeschichtliche Ansätze bilden. Und sie würden nützen, da sich jüngst Tendenzen bemerken ließen, hinter bisher als gesichert geltende Einsichten – so die von der „Hauptverantwortung Deutschlands für den Krieg“ – zurückzugehen.

Die Art, wie in den Medien des 90. Jahrestages des Weltkriegsbeginns gedacht wurde, bestätigt diese Beobachtung.

Deutschland im ersten Weltkrieg. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein; Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche; Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, zusammen 1524 S., Leipziger Universitätsverlag 2004, 140,00 Euro.

Ossietzky, 19/2004, 18. September 2004, S. 664-666.

Neue Mode, Kriege zu gewinnen

Hegen und Pflegen: Ein nationaler Mann auf Heldensuche – im Ersten Weltkrieg

Den Autor trieb Sorge um. Er arbeitete für die FAZ, die Süddeutsche und zuletzt als Chef bei der Badischen Zeitung und hat nun seine Rentnertage genutzt, um sich in die Lage von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz hineinzuversetzen. Dabei ist er auf die Frage gekommen: Sind diese Kämpfer gegenüber ihresgleichen aus anderen Staaten nicht arg benachteiligt? Diese – US-Amerikaner, Briten und Franzosen vor allen anderen – könnten sich bei ihrem Handwerk auf Vorbilder aus zwei großen Kriegen besinnen, an Gedenktagen Siege feiern, sich an ihren Helden orientieren und in harten Stunden womöglich an ihnen aufrichten. Unsere deutschen Jungs hingegen?

Der Mann begab sich in neuerer deutscher Geschichte auf Heldensuche und, da es mit dem Weltkrieg zwo auf diesem Gebiet seine besonderen Schwierigkeiten hat, ist er im Ersten Weltkrieg fündig geworden. Sein Ergebnis stellt er nicht im Befehlston, etwa „Antreten zum Heldenempfang“ vor, sondern eingedenk von Gegenpositionen in moderatem Stil. Lasst uns doch mal auch darüber reden und hört auf, die militärischen Leistungen, vollbracht von Deutschen im 20. Jahrhundert, weiter zu tabuisieren. Das ist das derzeit modische Verfahren, erfolgreich praktiziert jüngst auch von Jörg Friedrich im Rückblick auf den „Bombenkrieg“. Über das Notwendige ist der Suchende aber nicht im Zweifel: die „Reaktivierung der alten Helden“, die den Deutschen in Jahren der Heldenunfreundlichkeit verlorengingen.

Acht Vorschläge werden dem Leser zur Auswahl präsentiert: In der Einführung ist es der U-Boot-Kommandant Otto Weddingen wegen der 1914 gelungenen Versenkung dreier britischer Kriegsschiffe älterer Bauart, womit die Möglichkeiten dieser neuen Waffengattung zum ersten Mal nachgewiesen worden seien; und im Epilog der kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg wegen der Schlacht von Tannenberg. In das Zentrum seiner Texte sind gestellt: Vizeadmiral Franz (Ritter von) Hipper, 1916 Oberkommandierender der Aufklärungsflotte in der Skagerrak-Schlacht und später in der Weimarer Republik ein zurückgezogen lebender Staatspensionär; Erwin Rommel, für sein Draufgängertum in der 12. Isonzo-Schlacht mit dem Pour le Mérite dekorierter Infanterieoffizier Seiner Majestät, 1941 Führer des „Afrika-Korps“ und 1944 als Generalfeldmarschall Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, die die Invasion abwehren sollte, Kolonialkrieger Paul von Lettow-Vorbeck, der seine deutschen und einheimischen Untergebenen in Afrika während aller Weltkriegsjahre wieder und wieder in sie dezimierende Schlachten und Gefechte befahl; Felix Graf Luckner, der auf einem kriegerisch umgerüsteten Segelschiff gegnerische Handelsschiffe jagte, aufbrachte und versenkte und betagt 1953 noch mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert wurde; Ernst Udet, Jagdflieger an der Westfront, späterer Kunstflieger und Filmheld, der Generalluftzeugmeister der Nazi-Luftwaffe wurde. Außerdem der einst aus „Stahlgewittern“ davongekommene Ernst Jünger, die ihm als Besatzungsoffizier in Paris, beim zweiten Griff nach der Weltmacht, erspart blieben.

Aus dieser Reihe mögen sich die Leser bedienen und auch die Zuständigen für die Innere Führung der Bundeswehr, vorausgesetzt, es gelüstet sie überhaupt nach Helden und sie teilten die Maßstäbe, an denen der Autor Heldentum misst. Dafür hat er sich ein Gerüst gefertigt aus einschlägigen Zitaten, entliehen bei Homer und aus dem Hildebrandlied, der Nibelungensage und bei Thomas von Aquin, bei Shakespeare, Schiller und Jacob Grimm, auch bei George Bernhard Shaw. So den Bildungsbürger hervorkehrend, labert er sich von Heldentum zu Tapferkeit und von da zu den Elementen, die diese hervorbringen und kennzeichnen würden. So läuft er der Frage davon, ob sich der Begriff des „Helden“ samt seiner Verwendung aus historischen Koordinaten herauslösen und nur auf das Thema des Kopf-und-Kragen-Riskierens – es sind zumeist die Köpfe der Untergebenen – eindampfen lässt.

Zu alledem kommt der Autor noch auf das Lieblingsthema geschlagener deutscher Generäle: Wie hätten dieser oder der andere der beiden Weltkriege doch gewonnen, mindestens aber so geführt werden können, dass sein Ausgang weniger schmerzlich oder vielleicht gar – „für Deutschland“ – glücklich gewesen wäre? Sein Befund ist so klar wie unoriginell: 1914 musste an der Marne ein echter Feldherr her, der alles auf eine Karte setzte, das größte Risiko einging – dann hätte sich womöglich Paris erreichen, der Krieg im Westen doch gewinnen lassen. Dass der Mann damals nicht befehligte,

hat einigen zehntausend deutschen Soldaten das Leben zwar nicht gerettet, es jedoch für die meisten – ein wenig nur – verlängert.

Jürgen Busche, Heldenprüfung. Das verweigerte Erbe des Ersten Weltkriegs. Deutsche Verlags-Anstalt München 2004, 196 S., 18,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 22.09.2004, S. 12.

In alten Atlanten geblättert

Als Beitrag für eine Deutsch-französische Woche, die im Oktober in Stuttgart und Umgebung begangen wurde, hat das dort befindliche Hauptstaatsarchiv tief in seine kartographischen Schätze gegriffen, zudem Leihgeber gewonnen und eine Ausstellung veranstaltet, die zeigt, wie sich die Beziehungen der beiden Staaten in Schulatlanten spiegelten. Das erste der ausliegenden Exemplare, ein früher Nachdruck des in Nürnberg zuerst 1719 erschienenen Atlas methodicus, womit in deutschen Landen die Geschichte der Schulatlanten beginnt, lässt von den durch Frankreichs Westausdehnung geprägten Zeiten wenig erkennen. Doch im Verlauf des 19. Jahrhunderts, besonders nach dem deutsch-französischen Krieg, politisierten sich die geographischen Werke zusehends. „Beikarten“ verwiesen zurück auf die antinapoleonischen Kriege und setzten den Siegeszug preußisch-deutscher Truppen ins Nachbarland bis vor Paris 1870/71 ins skizzierte Bild.

Ließen sich auf den Karten, die im Kaiserreich Schüler belehrten, die gewonnenen Gebiete jenseits des Rheines erkennen, so in Atlanten der Weimarer Republik die verlorenen Provinzen. Die Autoren leisteten auch auf diesem Felde gleichsam Vorarbeit – nicht unter dem Zwang obrigkeitlicher Vorgaben, sondern aus eigenem Trieb, wie ein in Leipzig vom Lehrerverein herausgegebenes Kartenwerk erkennen lässt, das solche Wegweisung zur Revanche unterließ.

Nach 1933 werden andere Töne angeschlagen. Der Große Schulatlas von Harms bietet 1938 Karten zum „Kampf um die Westgrenze“, stellt die „Verwelschung der Westmark“ dar und erinnert durch die Kennzeichnung der Besatzungsgebiete von Franzosen, Belgiern, US-Amerikanern und Briten an die Zeit, da „Feinde am Rhein“ standen. Weiterhin Feinde ringsum suggeriert auch der „Heimatatlas der Südwestmark Baden“ herausgegeben 1937, in dem ins Bild gesetzt wird, dass feindliche Flugzeuge binnen zwei Stunden von Frankreich, Polen, Belgien und der Tschechoslowakei her jede beliebige Stadt im Reich zu erreichen vermögen.

Als der „Erbfeind“ 1940 geschlagen, die Grenze nach Westen aber nicht definitiv bestimmt war und noch um das Vichy-Regime als Verbündeten geworben wurde, herrschte auch unter den Kartographen Unsicherheit. Während die einen die Einzeichnung des Grenzverlaufs vom Norden Luxemburgs bis zur schweizerisch-deutschen Grenze einfach unterbrachen, gaben andere Elsass und Lothringen schon als Reichsteile an und hatten alle französischen Ortsnamen getilgt.

1945 hieß es in der französischen Zone, da die Besatzungsmacht über die Druckerzeugnisse wachte, umlernen und Straßburg Strasbourg schreiben. Doch blieb der Lernprozess eingeschränkt. Wer sich dem rechten Rand der präsentierten Karten zuwendet, bemerkt die verweigerte Anerkennung der Veränderung im Osten. Da wird das Reich noch immer in den Grenzen des Jahres 1937 dargestellt. Ganz in der Tradition der ersten deutschen Demokratie von Weimar verwies die zweite von Bonn auf die offene Wunde jenseits von Oder und Neiße. Nicht nur bei Westermann hieß Wrocław nach wie vor Breslau und – wie dann auch besungen – erschien Łódź als Lodsch. Die vaterlandsvergessenen Moskowiter in Pankow hingegen ließen 1948 im Verlag Volk und Wissen schon vor dem Abschluss des Görlitzer Abkommens und mehr als vier Jahrzehnte vor dem vertraglichen Ja zur Ostgrenze durch die Regierung der Bundesrepublik einen Schulatlas erscheinen, der – werbewirksam war das nicht – harten Realitäten Rechnung trug und revanchistische Illusionen abwehrte.

Ossietzky, Nr. 22/2004, 30. Oktober 2004, S. 785-786.

Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft

„Ich will den Hass gegen die Franzosen nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit. Ich will ihn für immer ... Dieser Hass glühe als Religion des deutschen Volkes ...“ schrieb Ernst Moritz Arndt 1813 und reimte *Das ist des Deutschen Vaterland, wo Zorn vertilgt den welschen Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind* ... Das war eine, aber wohl die prominenteste und in keiner Sammlung deutscher Patrioten- und Kriegslyrik fehlende Aufforderung, die aus den Jahren der napoleonischen Besetzung herrührende Feindschaft gegen Frankreich von Generation zu Generation weiter zu geben. Es war die Forderung nach Erbfeindschaftspflege, die nicht nur eine äußere Funktion besaß, sondern zugleich eine Barriere gegen das Eindringen französischer Einflüsse und Erfahrungen darstellte, denn deren wichtigste war die Revolution der Franzosen von 1789. Entsprechend die Hoffnung des Karl Marx, dass eines Tages das Schmettern des „gallischen Hahns“ Europa wachkrähen und auch den deutschen Auferstehungstag verkünden werde.[1]

Ein Jahr, nachdem Arndt seine Tirade wider die westlichen Nachbarn geschrieben hatte, standen preußische Truppen unter dem Kommando Leberecht von Blüchers gemeinsam mit russischen, die Michael Andreas Barclay de Tolly befehligte, vor Paris, insgesamt etwa 100.000 Bewaffnete. Man schrieb den 29. März 1814. Tags darauf, am 30. März, kam es zu kurzem Kampf mit den Truppen der Provisorischen Regierung, aber schon gegen Abend zu deren Kapitulation. Die Einnahme der Stadt war erleichtert durch den Abfall Marschall Marmonts.[2] Mit 36.000 Mann rückten Zar Alexander I. von Russland am 31. März und nach ihm Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, mit den jeweiligen Garden in die Stadt ein. Die Royalisten jubelten und die Mehrheit der Einwohner war der Kriege und ihrer Lasten müde und fragte sich, ob die Sieger nun Rache für Moskau nehmen würden. Am 10. April gab es vor den Majestäten auf dem Marsfeld einen Appell der Sieger. Napoleon I., vom Senat, der eine „Provisorische Regierung“ gebildet und Talleyrand an deren Spitze gesetzt hatte, am 1. April bereits für abgesetzt erklärt, gab die Idee einer Rückeroberung von Paris auf. Er war auf der Verliererstraße und erklärte seinen Thronverzicht. Die Besatzungszeit endete für die Pariser erst am 1. Juni 1814, nachdem am voraufgegangenen Tage die Friedensverhandlungen abgeschlossen worden waren. Am 3. Juni begab sich auch der „Zar der Zaren“, Alexander I., aus Frankreich auf die Rückreise gen Osten. Jedoch: die Feiern des „herrlichsten von Helden errungenen Sieges über den Welttyrannen“, so zeitgenössische Kennzeichnungen, waren um ein Geringes verfrüht inszeniert, Triumphlieder zu zeitig gedichtet und gesungen worden.

Rascher als wohl von irgendeinem Zeitgenossen gedacht, waren preußische Truppen wieder in Paris. Zuerst war Napoleon I. aus seinem ersten Verbannungsort, der ihm überlassenen Mittelmeerinsel Elba, zurückgekehrt und nach einem Siegeszug von nur zwanzig Tagen am 20. März 1815 wieder in der Hauptstadt eingetroffen. Doch wurde er mit seinen Truppen am 18. Juni 1815 in der Schlacht bei Waterloo besiegt. Die Niederlage war diesmal definitiv. 14 Tage darauf, Napoleon hatte seine zweite Abdankung bereits verkündet, standen die Preußen unter Blücher wieder vor der französischen Hauptstadt. Schon am 30. Juni – 8 Tage zuvor war Napoleons zweite Abdankung erfolgt – hatte Gneisenau an seine Frau geschrieben: „Wir sind in schnellem Fluge bis vor die Tore von Paris gekommen und sind, außer der Hauptstadt und den Festungen, die Herren von Frankreich.“ Noch war nicht klar, ob die Stadt nur durch Gewalt in den Besitz der Verbündeten gebracht werden könnte, zumal sich in ihr Kräfte befanden, der Briefschreiber nannte sie den bewaffneten Pöbel und die „Jakobinerrotte“, die bereit waren, sich gegen diese „Befreiung“, welche die erneue Inthronisation der Bourbonen bedeutete, zu wehren. Jedoch wurde sie am 3. Juli nur kurzzeitig umkämpft, dann in einer mit Blücher und Wellington getroffenen Militärkonvention der Abzug der wiederum von Marschall Louis Nicolas Davout befehligten französischen Truppen vereinbart, die sich hinter die Loire zurückzogen. Am 6./7. rückte preußisches und englisches Militär in die Stadt, dem Napoleon-Nachfolger

---

1 MEW, Bd. 6, S. 7-12.

2 Die Truppen Auguste Frèdéric-Louis Viesse de Marmonts waren in der Schlacht bei Fère-Champonoise, 70 km östlich von Paris, am 25. März geschlagen und der Verlauf des Kampfes war auch als Zeichen dafür gedeutet worden, dass die Marschälle und Generale die Sache Napoleons bereits verloren gegeben hatten. Marmont diente später den Bourbonen bis zu deren Sturz in der Julirevolution 1830.

König Ludwig XVIII. den Weg frei machend. Darauf soll am 8. Juli eine Parade der Sieger stattgefunden haben, noch nicht vor der Kulisse des Arc de Triomphe de l'Étoile (heute: Place Charles de Gaulle), dessen Bau auf Napoleons Geheiß nach der Schlacht bei Austerlitz im Jahre 1806 begonnen worden war, der aber erst dreißig Jahre später fertig gestellt wurde. Soweit diese Ereignisse vom Beginn des vorvorigen Jahrhunderts auch zurückliegen, an sie wurde kürzlich merkwürdig erinnert. In St. Petersburg eröffnete im dortigen militärhistorischen Museum eine Ausstellung, die aus Anlass des 190. Jahrestages der (ersten) Besetzung von Paris 1814 gezeigt wurde.

55 Jahre später standen deutsche Truppen wieder vor Paris. Danach verkürzten sich die Abstände zwischen den deutsch-französischen Waffengängen. Bis zum nächsten vergingen nur 43 Jahre, dann waren er gar nur knapp 21. Nun leben die Deutschen und die Franzosen schon nahezu sechs Jahrzehnte, ohne aufeinander zu schießen, eine Tatsache, die vor diesem geschichtlichen Hintergrund sich besser noch würdigen lässt. Ja, sie ließe sich uneingeschränkt feiern, hätten die beiden Nationen aufgrund der Entscheidungen ihrer Regierungen nicht kürzlich in Gemeinschaft mit anderen und unter fadenscheinigen Vorwänden Rest-Jugoslawien bekriegt und im Lande mit ihrer überlegenen Militärtechnik nachhaltige Verheerungen angerichtet.

1870 also, um unseren Faden noch einmal aufzunehmen, standen nach dem bei Sedan am 1. September errungenen Sieg und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. am 19. September deutsche Truppen in Stärke von nahezu 150.000 Infanteristen und Kavalleristen vor Paris. Sie schlossen es anfangs nur locker ein, ohne dass die Belagerten unter dem Festungsgouverneur (seit 17. August 1870) General Louis Jules Trochu, der zugleich Präsident der Regierung der Nationalen Verteidigung war, bei Ausfällen im September und Oktober erfolgreich gewesen wären. Die preußisch-deutsche Streitmacht wurde bis zum 21. Oktober und mit dem Ziel des Sturmes auf die Stadt noch einmal um nahezu 90.000 Mann vermehrt und vor allem mit Belagerungs-(Festungs-)Artillerie ausgerüstet. Bismarck, aus politisch-diplomatischen Erwägungen an der baldigen und vollständigen Niederwerfung Frankreichs interessiert und sich in die Planungen des Generalstabs einmischend, drängte auf den Einsatz der Artillerie und schlug generell eine entschiedenere und brutale Fortsetzung der Kriegshandlungen vor.

Mit dem preußischen Generalleutnant Georg Arnold Karl von Kameke wurde ein Spezialist für den Einsatz des so genannten Ingenieurkorps zum Befehlshaber der Belagerungstruppen ernannt. Ziel des Beschusses, der am 27. Dezember begann und wobei auch so genannte 42-Pfünder verwendet wurden, waren vor allem die Forts, aber auch Wohngebiete der Stadt, die Tote und Verwundete zu beklagen hatte. Regelmäßig erhielt das Hauptquartier Berichte über Ziele, Dauer und die Intensität des Artilleriefeuers.[3] Die Eingeschlossenen, sich in aussichtsloser Lage befindend, versuchten mehrfach aber vergeblich Ausbrüche, hinter denen zudem wenig Entschlossenheit und Zielstrebigkeit stand. Der letzte wurde am 19. Januar 1871 unternommen. Neun Tage später, am 28. Januar, kam es zum Abschluss des Waffenstillstands, dessen Bedingungen Bismarck seit dem 23. Januar mit Jules Favre, dem Außenminister der Provisorischen Regierung, ausgehandelt hatte. Am folgenden Tage besetzten preußisch-deutsche Truppen die Befestigungsanlagen, betraten aber die Stadt zunächst nicht. Bis auf eine Division wurden die gegnerischen Linientruppen entwaffnet, nicht aber die Nationalgarde. Die Artillerie musste den Siegern ausgehändigt werden. Am 26. Februar war auch der Vorfriede ausgehandelt, der für Frankreich den Verlust von Elsass-Lothringen und eine Kriegskontribution bestimmte sowie in Artikel III die Besetzung von erheblichen Teilen des Landes festlegte.

Ohne militärische Notwendigkeit rückten dann doch am 1. März 30.000 Mann des Siegers unter dem General von Kameke in die Stadt und durch den Arc de Triomphe de L'Étoile. Doch wurden, wie Sieger und Besiegte in einem weiteren Übereinkommen bestimmt hatten, nur exakt eingegrenzte Teile der Stadt besetzt, deren westliche, vorwiegend von situierten Bürgern bewohnte, so dass die Truppen mit dem Pariser Proletariat und Kleinbürgertum und mit den bewaffneten Nationalgarden kaum in Berührung kamen. Festgelegt worden war zudem, dass deutschen Soldaten unter der Führung eines Offiziers gestattet sein sollte, im unbesetzten Gebiet die Galerien des Louvre und den Invaliden-

[3] Doch ist es schlicht Unsinn, wenn Jörg Friedrich behauptet, Molke hätte die Stadt 1870 „mit Artillerie zerhämmert". Jörg Friedrich: Der Brand, Berlin 2002, S. 64.

dom zu besuchen. Als das tags darauf eine Gruppe unternahm, kam es in der Bevölkerung zu Unruhe und weitere Unternehmen dieser Art wurden unterlassen. Auch der König von Preußen, Wilhelm I., eben zum deutschen Kaiser ausgerufen, Moltke und Bismarck betraten die Stadt nicht. Seine Majestät hatte sich, aus Versailles kommend, lediglich bis zur Rennbahn von Longchamps im Bois de Boulogne begeben und dort bayerische und preußische Truppen inspiziert und an sich vorbeimarschieren lassen, deren Ziel das Stadtgebiet war. Dessen Besetzung sollte die in Bordeaux tagende, Anfang Februar rasch gewählte Nationalversammlung drängen, die am 26. Februar unterzeichneten Friedenspräliminarien zu akzeptieren. Das tat sie an jenem 1. März auch und so räumten die Truppen die Hauptstadt bereits am 3. März wieder. Sie behielten aber Forts im Osten und Norden der Stadt in ihrem Besitz und damit eine Linie, durch die sie später Regierungstruppen zur Niederschlagung der Pariser Kommune in die Stadt eindringen ließen. Weniger ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geriet, dass Bismarck schon vordem angewiesen hatte, private Bankfachleute nach Paris zu entsenden, die als seine Berater und Helfer die technischen Details der französischen Reparationszahlungen regeln sollten.

Am 6. März räumte der preußische Generalstab Versailles, am 12. März verließen das berühmte Schloss auch die deutschen Truppen. Der deutsch-französische Krieg war beendet. Sein diplomatischer Schlussakt fand am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages statt, der alle früheren Abmachungen zu Ungunsten Frankreichs bekräftigte. Am 16. Juni 1871 gab es einen pomphaft gestalteten Einzug der preußischen und weiterer deutscher Truppen in Berlin, deren Zug vom Tempelhofer Feld auf weitem Weg durch das Brandenburger Tor bis zum Schloss und in den Lustgarten führte. Es war ein hochaufwändiges und kostspieliges Siegesfestspektakel ohne Beispiel, hinter dem die vergleichbaren Kundgebungen im Lustgarten am 21. September 1866 nach dem preußischen Sieg über Österreich verblassten, mit Glockengeläut, Jubelgesängen, Ehrenbogen, Ehrensäulen, Ehrenjungfrauen, Siegesmasten und der Präsentation eroberter Fahnen und Geschütze. Der letzte deutsche Soldat, die Besatzungstruppen hatten sich etappenweise aus dem Lande zurückgezogen, verließ Frankreich am 16. September 1873, nachdem die Kontributionszahlungen vor der Frist vollständig geleistet worden waren.

In den Schlachten des deutsch-französischen Krieges waren auf Seiten der Deutschen 1058 Offiziere und 47.320 Unteroffiziere und Soldaten, Gemeine, wie sie damals genannt wurden, umgekommen. Auf die Kämpfe und die Toten wurden noch im Zweiten Weltkrieg in deutschen Schulen rührselige Lieder gelernt und gesungen wie das „Volkslied“ *Fern bei Sedan* mit der üblichen Verklärung des Kriegssterbens. In deutschen Dörfern und Gemeinden erinnern bis heute eine Vielzahl von Denkmälern und Gedenktafeln an sie. Mit ihnen erhielt sich über die Wende ins 20. Jahrhundert die Vorstellung von leicht errungenen Siegen und die wurde in die Zukunft projiziert, wie sich im August 1914 zeigte, als die „ins Feld Rückenden“ glaubten, sie wären Weihnachten oder schon, wie Kaiser Wilhelm II. versprach, wenn die Blätter fallen, wieder zu Hause.

Dann sollte es wieder nach Paris gehen. Doch der längst fertige und nun modifiziert befolgte Kriegsplan, entworfen von dem 1913 verstorbenen einstigen Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen und unter dessen Namen bekannt, ließ sich nicht verwirklichen. Er hatte vorgesehen, dass die deutsche Streitmacht von Norden her, die Neutralität Belgiens missachtend, in das Feindesland einfallen, die französische Hauptstadt westlich weit umfassen, die Masse der gegnerischen Streitkräfte im Rücken attackieren, gegen Osten drängen und sie vernichten werde. Durch Belgien kamen die deutschen Eindringlinge, wenn auch langsamer als gedacht, noch voran und veranstalteten ihre Siegesparade in Brüssel. Das Kräfteverhältnis gestaltete sich nach Anfangserfolgen jedoch alsbald planwidrig anders und manifestierte sich im angeblichen „Wunder an der Marne“. Das Ziel der Begierde, das vermeintlich greifbar nahe Paris, aus dem die Regierung am 2. September 1914 bereits nach Bordeaux geflüchtet war, blieb unerreichbar. Dieses Scheitern anderthalb Monate nach Beginn des Krieges erwies sich in den folgenden vier Jahren als unkorrigierbar. Einzig ein deutscher Zeppelin kam am 21. März 1915 noch über das Stadtgebiet und lud seine verheerende Last ab, ohne dass ein militärisches Ziel auch nur hätte ins Visier genommen werden können. Das gleich geschah mit Flugzeugen zwischen März und September 1918, wobei wegen der verbesserten Abwehr nur eine geringe Zahl der Angreifenden bis in das Stadtinnere vorzudringen vermochte. Anders hingegen der etwa zur gleichen Zeit

erfolgende Beschuss des Stadtgebiets mit dem so genannten „Paris-Geschütz“, einer neu entwickelten Waffe der Artillerie, deren Reichweite 130 km betrug, jedoch eine Trefferstreuung besaß, die jedes exakte Zielen unmöglich machte, sodass ihr Einsatz von vornherein nur dem Zweck diente, Furcht, Schrecken und Chaos zu erzeugen, irgendwelche Zerstörungen zu bewirken und Menschen, gleichgültig wen, zu töten.

Auf Jahrzehnte hinaus besaßen Militärtheoretiker und -historiker, namentlich die schließlich unterlegenen und geschlagenen Akteure, und mit ihnen die Stammtischstrategen in Deutschland ihr Thema. Noch jüngst in einer Veröffentlichung des Jahres 1944 erörtert der Autor die Frage, ob 1914 Paris nicht doch hätte eingenommen, der Krieg nicht doch hätte gewonnen werden können. Und die Antwort, die er seinen Lesern gibt, lautet: Ja, vorausgesetzt, die kaiserliche Armee hätte einen wirklichen Feldherrn besessen, inspiriert von Heldentum, der alles auf eine Karte gesetzt, das äußerste Abenteuer gewagt haben würde. So erscheinen der Rückzug der 1. und 2. Armee als das Ergebnis einer Fehlentscheidung und nicht als das einer Fehlrechnung, die bereits in sich abenteuerlich war, und als das Resultat eines militärischen Denkens und Planens, das keine Alternative kannte und vorsah. Knapp fünf Jahre später hatte das Deutsche Reich nahe Paris, im Schloss von Versailles, die Niederlage zu quittieren. Wohin sich in Deutschland das Denken vieler in den folgenden Jahren der Republik entwickelte, das charakterisierte Heinrich Mann in seiner Ende 1932 erschienenen Schrift „Bekenntnis zum Übernationalen“: Der Nationalhass gegen Frankreich wäre früher maßvoll gewesen, „verglichen mit dem, der jetzt in den künstlich verdunkelten Köpfen festsitzt.“[4]

Am 3. September 1939 befanden sich Deutschland und Frankreich wieder im Kriegszustand, nachdem die Regierung in Paris gemeinsam mit der in London auf den Einfall der Wehrmacht in Polen mit einem Ultimatum und dann mit der Kriegserklärung geantwortet hatten. Diesem „Fall“ hatten die Spitzen der deutschen Generalität mit Unbehagen entgegengesehen. Und nach dem „Blitzkrieg“ gegen Polen fürchteten viele und gerade entscheidende Militärs, dass eine Offensive an der Westfront zu keinem anderen Ergebnis führen werde wie jene dem modifizierten Schlieffen-Plan folgende von 1914. Die Erfahrungen, die sie im Ersten Weltkrieg, damals noch auf unteren Rangstufen des Offizierskorps gemacht hatten, Erlebnisse, die sich mit Namen und Begriffen wie Marne, Somme, Flandern, Verdun verbanden, saßen tief und hemmten die Angriffslust. Zwei der drei Generale, die im Frühjahr 1940 auf den Schlachtfeldern Westeuropas siegten, suchten über den Heereschef Walther von Brauchitsch Hitler zu bewegen, auf ein Abenteuer zu verzichten, das, so meinten sie, nach Geländegewinn, wieder nur in einem Stellungskrieg enden werde.

Das war vergessen, als am 14. Juni 1940 in einer Sondermeldung des OKW bekannt gegeben werden konnte: „Soeben findet der Einmarsch der siegreichen deutschen Truppen (es waren die der 18. Armee unter dem Befehl des Generals der Artillerie Georg von Küchler, der es später bis zum Generalfeldmarschall brachte) in Paris statt.“[5] Von Küchler nahm gemeinsam mit Fedor von Bock, dem Oberbefehlshaber der deutschen Heeresgruppe B, auch eine Parade ab, die in der Nähe des Arc de Triomphe – und, dies gewiss nicht zufällig, entlang der Avenue Foch – inszeniert wurde. Der Oberkommandierende der französischen Truppen, General Maxime Weygand, einer der „Helden Frankreichs“ im Ersten Weltkrieg, hatte Paris zur offenen Stadt erklärt. Zuvor hatten sich, beginnend mit dem 3. Juni, deutsche Luftangriffe auf Industrieanlagen und Vororte der Metropole gerichtet, bei einem von ihnen war auch die Frau des deutschen Schriftstellers Bruno Frei umgekommen. Anna Seghers, die aus der Stadt geflohen war, im Chaos aber schließlich in sie zurückkehrte, schrieb von „einer schrecklichen Woche“. Im OKW-Bericht vom 15. Juni hieß es, die Stadt sei von deutschen Truppen „besetzt und durchschritten“ worden. Triumph sprach aus dem Satz: „Über dem Schloss von Versailles, in dem 1871 deutsches Schicksal gestaltet und 1919 deutsche Schmach besiegelt wurde, weht die Reichskriegsflagge.“[6] Und welche Erleichterung lässt sich aus einer weiteren Sondermeldung des gleichen Tages ablesen: „Stadt und Zitadelle der im Weltkrieg schwer umkämpften Festung

---

4 Heinrich Mann: Der Hass. Deutsche Zeitgeschichte. Mit einem Nachwort von Werner Herden, Berlin und Weimar 1983, S. 20.

5 OKW-Berichte I, S. 210.

6 Ebenda, S. 211.

Verdun (sind) von uns genommen.“[7] Am 18. Juni erklärte Winston Churchill im Parlament, die Niederlage unumwunden bekannt gebend, was General Weygand die Schlacht um Frankreich genannt habe, sei vorüber, aber die um Großbritannien habe erst begonnen.

Hitler verzichtete, anders als vordem im eroberten Warschau, wo er am 5. Oktober 1939 eine Siegesparade abgenommen hatte, auf eine ähnliche Veranstaltung in Paris, obwohl er, glaubt man den Erinnerungen Speers,[8] den Gedanken erwogen und mit dem Oberst Hans Speidel, der ihn während seines am 23. Juni nur wenige Stunden dauernden Besuches in der eroberten Stadt begleitete, auch erwogen haben soll. Diese Blitzvisite gemeinsam mit den Architekten Albert Speer und Hermann Giesler sowie dem Bildhauer Arno Breker führte ihn zum Gebäude der Großen Oper, entlang der Champs Elysées zum Eiffelturm und Triumphbogen, sodann zum Invalidendom an die Grabstätte Napoleons I. und zum Pantheon und abschließend auf den Montmartre zu Sacré Cœur. Auch seinen Leibfotografen hatte Hitler bei sich, der ihn hoch über der Stadt auf dem Montmartre und mit dem Hintergrund des Eiffelturms aufnahm. Letzteres Bild zierte den Einband des bald darauf in Massenauflage erscheinenden Bild-Text-Buches *Mit Hitler im Westen*, ein Fotodokument, das einen vermeintlich weltgeschichtlichen Moment festhalten sollte. Nur Tage nach seinem „Führer“ reiste auch Goebbels in die besetzte französische Hauptstadt, dort auf Hitlers Spuren die Stadt besichtigend und nicht anders wie dieser sie mit dem Gedanken verlassend, was geschehen müsse, um die Reichshauptstadt anziehender noch als die Metropole Frankreichs zu machen. „Was“ – stöhnte Goebbels gleichsam vor sich hin – „müssen wir noch aus Berlin machen!“[9]

Eine Parade großen Stils, mit der Militärs wohl rechneten, fand in Paris indessen nicht statt. Für diesen Fall war von deutschen Offizieren vage ein Attentat erwogen worden, das den auf der Tribüne postierten „Führer“ töten sollte. Ungewiss ist, ob das Militärspektakel wegen befürchteter britischer Luftangriffe unterblieb oder weil nicht der verfrühte Eindruck des Kriegsendes hervorgerufen werden sollte. Goebbels hatte sich nach einer Nachricht vom „Führer“ sogar schon einen Termin, den 28. Juni, dafür notiert; erfuhr später aber in einem Gespräch mit Göring, dass der von der Absicht wegen möglicher Luftangriffe nichts hielt,[10] eine Gefahr die nahe lag angesichts der täglichen Angriffe der britischen Luftwaffe auf deutsche Städte, die zwar noch nicht die Wucht späterer Attacken besaßen, aber doch klarmachten, dass dieser Gegner nicht bereit war zu kapitulieren. Es könnte eine solche Demonstration deutschen Triumphes aber auch nicht in das Konzept gepasst haben, in Frankreich Kollaborationswillige mit Einfluss zu gewinnen, im besetzten wie im unbesetzten Teil des Landes Ruhe zu haben, um dessen Kräfte für die Weiterführung des Krieges ausnutzen zu können. Über den Wert von Rüstungswerken wie denen von Citroën, Renault, Schneider-Creuzot und weiteren mussten sich die Eroberer nicht erst vor Ort informieren.

Hitler ließ es bei der Zeremonie der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 21./22. Juni 1940 an eben jener Stelle im Walde von Compiègne in der Picardie bewenden, an der am 11. November 1918 deutsche Delegierte die ihnen vom Oberkommandierenden der Alliierten, dem französischen Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Urkunde der Kapitulation hatten unterzeichnen müssen. Dort war inzwischen eine Gedenkanlage errichtet worden, die an den französischen Sieg im Ersten Weltkrieg erinnerte. Der geschichtsträchtige Salonwagen wurde als Trophäe nach Berlin gebracht wie einst die Quadriga von Berlin nach Paris.

Die Nachricht, Paris befände sich in deutschem Besitz, so berichteten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, „versetzte die Bevölkerung in allen Teilen des Reiches in eine bisher in diesem Maße noch nicht erlebte Begeisterung. Auf vielen Plätzen und Straßen kam es zu lauten Freudenkundgebungen

---

7 Ebenda, S. 213.

8 Albert Speer: Erinnerungen, Berlin 1976 (14. Auflage), S. 186 ff.

9 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: 1923-1941, Bd. 8: April – November 1940, S. 200 und 202, wo der Vorsatz „Umbau von Berlin“ genannt wird.

10 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 182. Das Gespräch mit Göring fand beim Zusammentreffen in der Reichkanzlei nach der Rückkehr Hitlers aus seinem Hauptquartier im Schwarzwald statt. Goebbels notierte: „Von einer Führerparade will er (Göring, K. P.) nichts wissen, zu leicht englischen Luftangriffen ausgesetzt.“ S. 209.

und Begeisterungsszenen.“[11] Victor Klemperer aber notierte in sein Tagebuch, er und die Seinen durchlebten „qualvollste Zeit“.[12] Als Wochen später deutsche Truppen, die am Westfeldzug teilgenommen hatten, in das Reich und ihr heimatlichen Garnisonsstädte und Kasernen zurückkehrten, brach dort wiederum hysterischer Siegestaumel aus. Zentrum dieser Veranstaltungen war die Rückkehr Hitlers in die Reichshauptstadt am 6. Juli 1940. In einem vom Propagandaministerium inszenierten Triumphzug fuhr er vom Anhalter Bahnhof in die nahe Reichskanzlei in der Wilhelmstraße, wo sich auf dem gleichnamigen Platz eine jubelnde Menschenmenge drängte. Viele meinten, der Krieg wäre gewonnen und der „Endsieg“ errungen, denn auch Großbritannien würde nun kapitulieren müssen. Der Abschlussbericht des OKW über den Feldzug strich die vergleichsweise geringfügigen deutschen Opfer hervor, wobei die Zahlen der Jahre von 1914 bis 1918 mit denen der Monate Mai und Juni 1940 verglichen wurden. 27.074 Tote und 18.346 Vermisste insgesamt also 45.422 Mann eigene Verluste wurden genannt, dazu mehr als 110.000 Verwundete.[13] Nun, hieß es da noch einmal und als wäre der Krieg um dieses Zieles willen geführt worden, sei „die Schmach von Versailles getilgt“.[14] Viel näher an der Wahrheit, nimmt man die Absichten der deutschen Führung, lag Propagandaminister Goebbels mit seiner schon am 16. Juni 1940 vorgenommenen Eintragung in sein Tagebuch: „Die Welt wird neu verteilt ...“[15]

Den überraschenden Sieg feierte auch das bald entstandene Lied des deutschen so genannten Afrika-Korps, es begann mit den Versen: *Über die Schelde die Maas und den Rhein / stießen die Panzer nach Frankreich hinein. / Husaren des Führers im schwarzen Gewand, / so haben sie Frankreich im Sturm überrannt!* Sofort war dem Geschehen auch das Etikett der „größte Feldzug aller Zeiten“[16] aufgeklebt. Von Wilhelm Keitel, dem OKW-Chef, stammt die Charakteristik vom „größten Feldherrn aller Zeiten“. Goebbels notierte in sein Tagebuch, Hitler sei „das größte geschichtliche Genie, das wir je besessen haben“.[17] Es erzeugte nicht nur im Kopfe Hitlers ein Denken, das sich nach der Eroberung von Jugoslawien und Griechenland in dem Satz äußerte: „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.“ Die Militärelite an der Wehrmachtsspitze erwies sich als unfähig, zu verstehen, was geschehen war. Wie nach 1918 ihre Vorgänger gegenüber der Herausforderung versagt hatten, sich die Gründe ihres *Scheiterns* einzugestehen, so diesmal die Nachfolger gegenüber der erneuten, sich die Ursachen ihres *Sieges* klar zu machen. Letzteres mündete im extremsten Größenwahn mit seinen mörderischen und selbstmörderischen Folgen. Die deutschen Besatzungssoldaten in Paris wie in Frankreich überhaupt mochten sich darüber während der längsten Zeit ihres Dortseins wenig Gedanken machen. Sie waren, namentlich seit massenhaft auf dem Eroberungszug gen Osten gestorben wurde, froh, sich weit vom Schuss zu befinden und mancherlei Privilegien zu genießen. Eine davon hat Bert Brecht in seinem berühmten Gedicht vom „Soldatenweib“ festgehalten, in dem es in einer Strophe heißt: „Und was bekam des Soldatenweib / Aus der Lichterstadt Paris / Aus Paris bekam sie das seidene Kleid / Zu der Nachbarin Neid das seidene Kleid.“

Fünfzig Monate waren seit der Besetzung der französischen Hauptstadt vergangen, da klangen die OKW-Berichte anders. Am 25. August 1944 wurden Kämpfe am westlichen Stadtrand von Paris gemeldet, am 26. Straßenkämpfe im Südteil der Stadt, am 28. lautete die Nachricht, es verteidigen sich noch „zahlreiche deutsche Stützpunkte“ in der Stadt. Dass Paris den deutschen Besatzern verloren gegangen war, konnten sich die Hörer und Leser hinzudenken. Dann tauchte der Name der Stadt nur noch in den OKW-Berichten der drei folgenden Tage auf, er bezeichnete nun die Gegend der Rückzugskämpfe.

Was hatte sich tatsächlich ereignet? Mit ihren Offensiven vom 25. und 31. Juli – mit den deutschen Niederlagen in den Kämpfen gegen US-amerikanische Truppen westlich von Saint-Lo und bei Avran-

---

11 Meldungen aus dem Reich, Bd. 4, S. 1261.
12 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995, S. 534.
13 OKW-Berichte I, S. 244.
14 Ebenda, S. 241.
15 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 175.
16 OKW-Berichte, a. a. O., S. 241.
17 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 106.

ches – hatten die Westalliierten die Linien durchbrochen, die von Wehrmachtseinheiten bis dahin gehalten werden konnten und die Gelandeten in ihrem Brückenkopf festhalten sollten. Diese Wendung hatte sich abgezeichnet. Es begannen Rückzug und Flucht der deutschen Divisionen und Dienststellen aus Frankreich. In dessen Hauptstadt hatten am 10. August Streiks begonnen, die sich rasch ausweiteten. Am 19. August erhob sich ein Aufstand, an dem verschiedene Widerstandskräfte, unter ihnen auch deutsche Antifaschisten[18] beteiligt waren und der ganze Bezirke der Stadt für die deutschen Besatzer unbetretbar und diese zunehmend zu Gefangenen der Situation machten. Hitlers am 23. August erteilter Befehl,[19] die Stadt und den Brückenkopf über die Seine unter allen Umständen und unter Einsatz brutaler Mittel zu behaupten, war durch die Entwicklung bereits überholt. Am Abend des 24. erreichte die im Verband der von George S. Patton geführten 3. US-amerikanischen Armee kämpfende, dem XV. Korps unter General Wade H. Haislip zugewiesene 2. französische Panzerdivision unter Generalmajor Jacques Leclerc (eigentl. Philippe François Marie de Hautecloque), die sich seit dem 1. August auf heimatlichem Boden befand, Paris. Tags darauf war die Stadt befreit. Die Reste der deutschen Besatzung unter General Dietrich von Choltitz, dem der Ruhm des Eroberers von Sewastopol nachging und der – als verlässlich geltend – am 7. August nach dem Attentat in der Wolfsschanze und der Aufdeckung der Verschwörer in Paris, zum Wehrmachtsbefehlshaber von Groß-Paris und vier Tage später zudem zum Festungskommandanten der Stadt ernannt worden war, kapitulierten, ohne das befohlene Zerstörungswerk verrichtet zu haben, das unter anderem die mehr als 60 Brücken über die Seine treffen sollte. Über diese Episode hat er schon 1950 in einem Buch ... *brennt Paris* (Mannheim 1950) berichtet, bevor er, schon im Titel ganz dem berechnend-gleichmacherischen Zeitgeist der ersten Nachkriegsjahre verhaftet, seine Erinnerungen *Soldat unter Soldaten* vorlegte.

Charles de Gaulle wurde in Paris am 26. August begeistert begrüßt und sein Einzug bedeutete die Demonstration eines Führungsanspruchs in Nachkriegsfrankreich. Drei Tage später, so den Anteil der US-amerikanischen Truppen an der Befreiung von Paris klarmachend, fand im Stadtzentrum eine Parade der Truppen der 28. Infanterie-Division statt, die von Dwight D. Eisenhower in Anwesenheit der Generale Omar N. Bradley, Leonard T. Gerow, Charles de Gaulle und Leclerc abgenommen wurde. Der geladene britische Feldmarschall Bernard Law Montgomery ließ mitteilen, er sei zu beschäftigt. Paris feierte die Befreiung nach einer Besatzungszeit, die mehr als vier Jahre gedauert hatte.

Es gehörte zu den Akten blinder Rache, dass am 26./27. August 111 deutsche Bomber des IX. Fliegerkorps die Stadt heimsuchten, wobei 213 Menschen zu Tode kamen. Am 8. September wurden dann auch noch A4-Waffen, die so genannte V1 auf Paris gerichtet und von 21 Raketen erreichten 19 auch ihr Ziel.[20] Die deutschen Truppen wurden auf die Reichsgrenze zurückgeworfen. Französische Einheiten waren an den Kämpfen zur Zerschlagung der Wehrmacht beteiligt. Frankreich erhielt eine eigene Besatzungszone in Südwestdeutschland, wo in Freiburg seine Soldaten am 28. Oktober 1945 vor General de Gaulle paradierten, und es bekam einen Besatzungssektor in Berlin.

UTOPIE kreativ, H. 169 (November 2004), S. 965-974.

---

18 Deutsche bei Befreiung von Paris. Peter Gingold erinnert sich, in: antifa, August/September 2004, S. 22.

19 19 Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 5, Berlin 1986, S. 667 (dort im Faksimile).

20 Olaf Groehler: Der Luftkrieg, Berlin 1975, S. 450.

Beispiel ohne Beispiel

Aus der Frühgeschichte des U-Boot-Krieges: Ein Buch zum Untergang der „Lusitania“, was in deutscher Übersetzung nicht „Vorsätzlicher Mord“ heißen darf

Mit dem Namen „Lusitania“ werden seit dem 7. Mai 1915 Begriffe wie „Tragödie“, „Katastrophe“ oder auch „Zwischenfall“ verbunden. An diesem Tag wurde das britische Schiff, dessen Name auf die römische Provinz im äußersten Westen des Kontinents zurückging, südlich von Irland, etwa elf Seemeilen von der Küste entfernt, von dem deutschen Unterseeboot U 20 torpediert. Der 1907 in Dienst gestellte Passagierdampfer war der Stolz der britischen Cunard-Linie. Er befand sich auf einer Fahrt von New York nach Liverpool und versank in einer knappen Viertelstunde. Von den insgesamt 2000 Passagieren ertranken 1198, hauptsächlich britische, aber auch US-amerikanische Staatsbürger.

Obwohl auf ähnliche Weise bereits eine erhebliche Zahl von Kriegs- und Handelsschiffen im ersten Jahr des Ersten Weltkrieges versenkt worden war, war das Ereignis ohne Beispiel. Es erregte weithin Aufmerksamkeit, bezeichnete es doch eine neue Stufe der Kriegsbarbarei, die unter der Bezeichnung „uneingeschränkter U-Boot-Krieg“ in die Militärgeschichte einging. Ein Mann, Walther Schwieger, Kommandant von U 20, hatte, sich auf einschlägige Befehle des Admiralstabes stützend, mit seinem Kommando „Torpedo los“ über Leben und Tod von Nichtkombattanten entschieden.

So geläufig der Name des Schiffes den Zeitgenossen wegen der Umstände seines Untergangs und dessen Folgen war – stärker im Gedächtnis von Deutschen ist der eines anderen Luxusliners geblieben, der „Titanic“ – jenes Ozeanriesen, der zwei Jahre vor Kriegsbeginn auf der Jagd nach dem Blauen Band für die schnellste Ozeanüberquerung mit einem Eisberg kollidiert und gesunken war. Deren Ende ließ sich gegen die „Plutokraten“ auf der Insel kehren, denen Reklame, Ruhm und Geld so viel wichtiger seien als Menschenleben. Von dieser Möglichkeit wurde in Deutschland namentlich in den Zeiten der „Volksgemeinschaft“ reichlich Gebrauch gemacht. Nur der 1942 fertiggestellte Spielfilm, der das auf Kriegsmobilisierung gerichtete Interesse („Gott strafe England“) ins bewegte und bewegende Bild setzte, passte mit seinen Szenen todesgeängstigter Menschen dann doch nicht mehr in die deutsche Wirklichkeit der Bombennächte. Erst Jahre nach Kriegsende war er in Kinos der Bundesrepublik zu sehen.

Auch der Untergang der „Lusitania“ wurde derart ausgebeutet. Um das Geschäft wäre es den Schiffseignern auch bei dieser Überfahrt gegangen, die in erklärtes Kriegsgebiet führte. Zudem hätten sich im Schiffsrumpf Munitionskisten und in der 1. Klasse Reisende in Sachen Kriegsgeschäfte befunden. Für die propagandistische Rechtfertigung der Torpedierung wurde das genutzt. Dazu passte die nach dem Prinzip „Auge um Auge“ verfasste Erklärung, der U-Boot-Krieg sei eine Antwort auf die britische Hungerblockade gegen deutsche Frauen und Kinder. Die zeitlich parallel einsetzende Verwertung des Geschehens in Großbritannien und den USA, gerann in die Schlagworte „Hunnen“, „Vandalen“, „Barbaren“, die mit phantasievollen Bildern von Frauen illustriert wurden, die, ihr Kind in den Armen, in den Wellen versanken.

Doch die ärgste aller vom Kaiserreich befürchteten Folgen, die Kriegserklärung aus Washington, trat zunächst nicht ein. Gemeinsam mit den gleichzeitig verbreiteten Nachrichten von deutschen Kriegsgräueln in Belgien und der erstmaligen Verwendung von Giftgas an der Westfront geriet Deutschland jedoch international politisch-moralisch zunehmend auf die Anklagebank. Es erwies sich als Vorreiter bei der weiteren Barbarisierung des Krieges und der Missachtung völkerrechtlich fixierter Grundsätze, nach denen im Kriege allein vorgegangen werden sollte.

Die Geschichte der „Lusitania“ ist seit Jahrzehnten wieder und wieder erzählt und auch ausgeschmückt worden. Die ersten Bücher dazu erschienen noch 1915. Die Darstellung der Fahrt und des Untergangs, des Streites über die Rolle der Admiralstäbe, über das Verhalten der Schiffskommandanten, über den Hergang der Torpedierung, die Beeinflussung der Untersuchungen des „Vorfalls“ füllt Hunderte Buchseiten. 2001 erschien in New York und London von dem in Kalifornien lebenden David Ramsay eine Prüfung der Sagen und Mythen, die um den Schiffsuntergang entstanden waren. Manche Kontroverse war inzwischen durch Untersuchungen am Schiffswrack erledigt worden,

vorgenommen mit immer perfekterem technischem Gerät, zuletzt im Jahre 1995. Darüber schrieben der US-amerikanische Naturwissenschaftler und Ozeanforscher Robert B. Ballard („Exploring the Lusitania. Probing the Mysteries of the Sinking That Changed History“, New York/London 1995, dt. 2000) und der irische Tauchspezialist Patrick O'Sullivan („Lusitania. Unravelling the Mysteries“; dt. 1999). Nun hat die englische Historikerin Diana Preston zum Thema ein weiteres Buch vorgelegt. Es erschien 2002 in London unter dem Titel „Wilful Murder. The Sinking of the Lusitania“ und bezeugt einmal mehr, dass die Autorin die Tradition pflegt, historische Stoffe lebendig und spannend zu erzählen, wenn auch die Ausbreitung der Biographien so vieler Reisender und deren Leben an Bord nicht jeden Leser packen mag. Die deutsche Übersetzung sollte dann doch nicht den Titel „Vorsätzlicher Mord“ tragen. Was sich hinter der am Ende des Bandes gegebenen Verlagsmitteilung verbirgt, es handele sich bei ihr um eine „leicht abgewandelte Überarbeitung“ des Originals, werden vergleichende Studien noch ergeben. Da die Autorin, die sich zwar auf umfassende Studien in Archiven und Museen stützt, aber auf die Geschichte vorheriger Forschungen keinen Bezug nimmt, klafft für den Leser eine bedauerliche Informationslücke.

Diana Preston, „Wurden torpediert, schickt Hilfe“. Der Untergang der Lusitania 1915. Aus dem Englischen von Udo Rennert und Peter Torberg, Deutsche Verlags-Anstalt München 2004, 548 S., 24,90 Euro.

junge Welt, Freitag, 05.11.2004, S. 12.

Deutscher Mythos 2004

Derzeit ist in Berlin im Deutschen Historischen Museum die Ausstellung „Mythen der Nationen 1945“ zu besichtigen. Mit dem Titel haben deren Gestalter sich und dem Publikum eine Gedankenspur gelegt: Der Begriff Mythen weist ins Legenden- und Sagenhafte, zu Erdichtetem, jedenfalls weit weg von historischer Wirklichkeit und Wahrheit. Man versteht: Hier soll Verklärung, Verdrehung, politische Instrumentalisierung des historischen Siegs über den Faschismus thematisiert werden, wofür es unbestreitbar viele Beispiele gibt. Was aber haben in der Ausstellung dann Verweise auf „Sterne“ (DDR) und „Geh und sieh“ (UdSSR) und Zitate aus ihnen zu suchen, auf Werke der Filmkunst, mit denen doch gerade bewusst gemacht und gehalten wurde, was das gewesen war: Europa und in ihm Millionen seiner Bewohner unter der Geisel des Hakenkreuzes. Mythen?

Die Ausstellung, gewollt oder nicht, gehört zum Vorprogramm des 60. Jahrestages der Befreiung. Sie bietet ein mit beeindruckendem Aufwand an Kenntnissen, Spürsinn und Kosten zusammengetragenes Material, das die Arbeit, Erinnerungen wachzuhalten; zu pflegen, sie lebendig weiterzugeben, in deren Ergebnissen anschaulich macht. Präsentiert werden Plakate und Fotos, Zeichnungen und Gemälde, Münzen und Briefmarken, seltener Plastiken, häufig Filmsequenzen. Staat für Staat des europäischen Kontinents wurde durchmustert, auch die Schweiz ist nicht ausgelassen, dazu die USA und Israel. Eine Auswahl selbstredend. Doch nichts Wesentliches aus Initiativen von Staats wegen, von Militärs, Künstlern, Publizisten, Schriftstellern scheint unberücksichtigt geblieben zu sein. Die Ausstellung zieht ein internationales Publikum an.

Zwei Aussagen sollen sich dem Besucher einprägen. Die erste: Mit dem Blick in das letzte Kriegsjahr, in dem die Alliierten die Eroberer zurück ins Reich trieben und sie dort endlich entwaffneten und entmachteten, wird verkündet: Von Westen kamen die Befreier, von Osten die Besatzer. Die Interpretation ist nicht neu. Dogmenhaft formuliert wurde sie jüngst so: „In der Normandie begann die Befreiung Europas.“ Da machen die Museologen weiter. Sie leisten ihren Beitrag zur Neuverwendung des Begriffs Befreiung, zwanzig Jahre nachdem Richard von Weizsäcker, damals Bundespräsident, den nun als gescheitert anzusehenden Versuch unternahm, den Bürgern der Republik angemessen zu erklären, was den deutschen Zeitgenossen in letztlich von ihnen verursachten Zuständen 1945 widerfuhr.

Ihrer volkspädagogischen Idee folgend lassen die Gestalter den Rundgang mit den USA beginnen, die als Boten und Installateure von Freiheit und Demokratie gezeigt werden, während den Beschriftungen der Exponate zufolge die Befreiung Osteuropas nur in Einbildungen, Ansprüchen und in der Propaganda existierte. Die sowjetischen Armeen befreiten Millionen Menschen Ost- und Südosteuropas – in besetzten Staaten wie der Tschechoslowakei und Polen und in Ländern der einstigen Bündnispartner des Naziregimes – nicht wirklich vom Faschismus, wie wir hier erfahren. Diese Millionen samt ihren Nachfahren wurden „durch die Sowjetunion gezwungen“, sich deren Sicht zu eigen zu machen. Erst „nach dem Krieg wurden aus diesen Staaten vom Faschismus befreite Länder“, wird behauptet. Das Denkmal im Zentrum der Hauptstadt Österreichs, das an die im Kampf um Wien umgekommenen Sowjetsoldaten erinnert, nennt der Text das „sogenannte Befreiungsdenkmal“ und „Russendenkmal“.

Die zweite: Das Ende des sozialistischen Staatensystems wird als die Öffnung eines Tores dargestellt. Danach sei nun auch im Osten des Kontinents der Weg zu undiktierter Darstellung der Geschehnisse in Krieg und Nachkrieg nicht länger verbarrikadiert. Indessen werde er noch nicht hurtig beschritten und der „kategorische Erinnerungsimperativ des Westens“ – was immer in dieser Worthülse sich verbergen mag – bisher nicht angenommen. Ist das aber geschehen, dann, so versteht man, werden alle Kriegsgegner Deutschlands von ihren letzten noch besetzten hohen Sockeln heruntergestiegen sein und sich der eigenen Kollaborateure, ihrer Brutalität, ihrer Grausamkeiten und Verbrechen erinnert haben und bekennen müssen: „Wir auch.“ Dann ist das vereinende, auch für die Deutschen zwischen Rhein und Oder akzeptable europäische Geschichtsbild über den Zweiten Weltkrieg geschaffen.

„Dank euch, ihr Sowjetsoldaten“? Dank ohne Ausnahme allen, welcher Nation, welcher Hautfarbe, welchen Glaubens, welcher Weltanschauung, welchen Sinnes auch immer, die ihr die Gefahr eines Europa unter Hitler und Göring, Himmler und Goebbels und den ausbeutungshungrigen Flick, Krupp und Co. abgewendet habt? Kein Gedanke daran, kein Gefühl dafür kann die Ausstellungsmacher beschlichen haben. Außerhalb ihrer Phantasie lag die Welt derer, denen mit dem Anblick des ersten Soldaten der alliierten Truppen das Leben ein zweites Mal geschenkt wurde, ein Moment, den viele erschütternd – und unter diesen vielen Primo Levi unvergesslich – beschrieben haben. Mit dieser Ausstellung bestätigt das Deutsche Historische Museum: Die größere Bundesrepublik hat auch den „Kampf um die Geschichte“ auf- und hier schon „mehr Verantwortung“ übernommen.

PS. Den ostdeutschen Besuchern, die sich der Lebensmitte nähern und eigene Erinnerungen an ihre Jahre in der DDR besitzen, steht im Souterrain des Pei-Baus darüber hinaus noch eine Begegnung bevor, die sie sich umso eher zumuten können, als sie auf derlei inzwischen trainiert sind: Im knappen Text zu den Exponaten wie in dem voluminösen zweibändigen Begleitbuch werden sie von zwei hauptberuflichen Mitarbeiterinnen des veranstaltenden Hauses verfasste Sätze lesen wie: „In der Sowjetischen Besatzungszone musste man vergessen, was wirklich im Kriege geschehen war.“ Oder „Der Völkermord wurde nicht thematisiert.“ Oder im Text zum Plakat des schon erwähnten Konrad-Wolf-Films: Mit dem Thema Holocaust „beschäftigte man sich in der DDR nur, wenn es im Zusammenhang des Antifaschismus stand“. Hier äußert sich Unkenntnis. Oder wird vielleicht auf sie gar spekuliert? Es kann auch – muss aber nicht – als Einstimmung auf die Dauerausstellung zur deutschen Geschichte gedacht sein, an der im Gebäude Unter den Linden gearbeitet wird.

Die Ausstellung wird bis zum 27. Februar 2005 gezeigt. Begleitband: „Mythen der Nationen 1945. Arena der Erinnerungen“, herausgegeben vom Deutschen Historischen Museum, zwei Bände, 970 S., Verlag Philipp von Zabern, Museumsausgabe 50,00 Euro, im Buchhandel 128,00 Euro.

Ossietzky, Nr. 23/2004, 13. November 2004, S. 816-818.

Nahezu unglaubwürdig, aber aktenkundig

Bei seinen Recherchen zur Erstveröffentlichung des schriftlichen Urteils im Frankfurter Auschwitz-Prozess stieß der Marburger Historiker Friedrich-Martin Balzer auf ein Manuskript aus der Feder des Juristen Heinz Düx. Es berichtet von den mehr als 40jährigen Erfahrungen eines Mannes, der Altbundesbürgern, namentlich älterer Jahrgänge, sofern sie konsequent demokratischen und antifaschistischen Bestrebungen voran helfen wollten, mit seinen Verdiensten nicht vorgestellt zu werden braucht. Wie Düx in den kleinen Kreis demokratischer Juristen gelangte, der sich für das Aufspüren und Verfolgen der in der Bundesrepublik reichlich vorhandenen NS-Täter einsetzte und dazu den Kampf gegen die Mehrheit der alten Kameraden, bald auch gegen deren Nachwuchs führen musste, wer ihn auf den Platz des die Voruntersuchung betreibenden Richters für den Auschwitzprozess (1963-1965) setzte, mit welchen Widerständen er es bei dieser wie bei der anschließenden Tätigkeit als Vorsitzender Richter beim Frankfurter Entschädigungssenat zu kämpfen hatte, erfährt der Leser aus seinen autobiographischen Aufzeichnungen. Was der Jurist im Kampf für die Bestrafung von Verbrechern aus Nazizeit und während seines Eintretens für die Entschädigung von deren Opfern erlebte, erschiene, wäre es nicht aktenkundig, vielfach unglaubwürdig. Diese Kurzgeschichten könnten ein anderes als das Knopp'sche Fernsehen zu Dokumentationen anregen, die ins Nachdenken statt ins Wundern, Gruseln und Kopfschütteln brächten. So etwa die Geschichte jenes polnischen Zwangsarbeiters, dessen Anspruch auf eine Entschädigung vom BGH mit der Begründung abgewiesen wurde, er sei doch nicht als Pole verhaftet und verschleppt worden, „sondern allein deshalb, weil das nationalsozialistische Deutsche Reich zur Fortsetzung des Krieges unter allen Umständen Arbeitskräfte benötigte". Gleiche und ähnliche Benachteiligungen und Diskriminierungen kennt Düx aus seiner Praxis im Hinblick auf Kommunisten, Sinti und Roma, Wehrdienstverweigerern, die schwer gesundheitsgeschädigte Tochter von KZ-Insassen, eine Jüdin aus der Ukraine, u. a. Selten hat eine so anschauliche Darstellung über die bundesdeutsche Justiz als Sammelbecken für NS-belastete Juristen und die richterliche Zivilcourage weniger einzelner demokratischer Juristen vorgelegen. Im Anhang findet sich (S. 83-171) eine kleine Auswahl seiner publizistischen Tätigkeit, die 1975 und 1982 u. a. dazu führte, dass die CDU in Hessen „dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen" gegen Düx einforderte. Wer die Texte liest, von dem man sich wünschen könnte, er würde zu einer Biographie gestaltet, für den hat sich ein weiteres Mal die Frage erledigt, warum der Vorschlag, eine vergleichende Geschichte der beiden deutschen Staaten zu schreiben, bei jenen auf taube Ohren stößt, die Kräfte und Mittel besitzen, ein solches Unternehmen auf den Weg zu bringen.

Heinz Düx, Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Bonn, Pahl-Rugenstein Verlag, 2004, 171 S, 14,90 Euro.

Ossietzky 24/2004, 27. November 2004, S. 878.

Heldenbrei angebräunt

Die militärischen Leistungen der Deutschen im 20. Jahrhundert seien noch nie so tabuisiert gewesen wie heute, beklagt der nicht erwähnenswerte Autor eines 2004 in der Deutschen Verlags-Anstalt erschienenen Buches. Abhilfe zu schaffen, begab er sich in der Armee Wilhelms II. auf Heldensuche und wurde – nach seinen Maßstäben – in den Zeiten des Ersten Weltkriegs fündig. Die Gefundenen (unter ihnen Paul Lettow-Vorbeck, Felix Graf Luckner, Ernst Udet, Erwin Rommel, Ernst Jünger) präsentierend, möchte er für die an Auslandseinsätzen teilnehmenden Soldaten der Bundeswehr die heldenlose Zeit beenden. Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagt das zu. Aber es genügt ihr nicht, wie in der Ausgabe vom 19. November 2004 nachzulesen ist. Die Rezension schließt mit zwei Fragen: „Und wie war das im Zweiten Weltkrieg? War nur der Widerstandskämpfer ein Held?“

Nach dem Opferbrei à la Kohl, verabreicht an der Neuen Wache in Berlin Unter den Linden, wird den Deutschen nun Heldenbrei angerichtet. Sie brauchen nur zu schlucken, zu schlucken und immer zu schlucken.

Ossietzky, Nr. 24/2004, 27. November 2004.

Mit der Geschichte nicht im Reinen

Wie die Deutschen auf den 8. Mai des Jahres 1945 zurückblicken. Ein Streit um Worte und mehr im Vorfeld des 60. Jahrestages 2005

Mit dem Blick auf den 8./9. Mai 1945, von dem uns alsbald exakt sechs Jahrzehnte trennen werden, entbrennt erneut eine Debatte darüber, wie das Ereignis angemessen zu benennen sei. Die wiederauflebende Kontroverse darf als ein Zeichen dafür angesehen werden, dass die Deutschen mit diesem Datum ihrer Geschichte noch immer nicht im reinen sind. Dabei geht es nicht nur um Wörter, sondern um deren Bedeutung und um die Vorstellungen, die sich mit ihnen verbinden oder auch durch sie wachgerufen oder lebendig erhalten werden sollen. Manche Wahl bedient einzig gegenwärtige politische Interessen. Diese und nicht Schwierigkeiten des Erkennens und Beurteilens verursachen die Zählebigkeit eines Streits, der im deutschen Weststaat, der Bundesrepublik Deutschland, zunächst beendet zu sein schien, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 versuchte, die Bürger des Landes davon zu überzeugen, dass ihnen, auch wenn sie das nicht wussten und aufgrund ihrer eigenen augenblicklichen Lage nicht empfinden konnten, eine Befreiung widerfahren war.

Kriegsende

Die konkurrierenden Kennzeichnungen lauten: Kriegsende, Kapitulation, Niederlage, Zusammenbruch, Stunde null, Besetzung, Befreiung. Es lohnt, jeden dieser Begriffe auf seinen Gehalt abzuklopfen, zumal keiner von ihnen gleichsam ohne Bodenberührung, ohne realen geschichtlichen Gehalt existiert. Keiner stellt eine bloße Erfindung zum Zwecke der Irreführung dar, wie das für die hierzulande nach wie vor gebräuchliche Bezeichnung Nationalsozialismus gilt, die von der faschistischen Bewegung und Diktatur in Deutschland benutzt wurde und vor allem ein Etikettenschwindel zu Werbezwecken war.

Das Wort Kriegsende ist als Bezeichnung für den denkwürdigen Maitag unstrittig. An ihm endete der Zweite Weltkrieg, allerdings nur in Europa. In Asien dauerte er fort, bis sich auch der japanische Imperialismus geschlagen geben musste. Dass der Krieg, der am 1. September 1939 durch den Angriff des faschistischen Deutschen Reichs auf Polen ausgelöst worden war, zu einem Ende kam, hatte sich die Mehrheit der Deutschen seit längerem schon gewünscht. Freilich hatten sie von diesem Ende lange Zeit eine ganz andere Vorstellung. Zunächst glaubten sie an einen deutschen Sieg. Vor allem als Frankreich 1940 kapitulierte, schossen in Deutschland Hoffnungen auf ein nahes Kriegsende ins Kraut und zwar in einem solchen Grad, dass die Machthaber dem propagandistisch entgegenwirkten.

Als ein Jahr später der Überfall auf die UdSSR folgte, war der mit einer argen Enttäuschung über die Ausweitung und Verlängerung des Krieges verbunden, wenn auch nach den anfänglichen militärischen Erfolgen bald wieder Hoffnungen keimten, „es werde nicht mehr so lange dauern“. Nach Stalingrad jedoch und mit den Rückzügen und Fluchten im Osten begann sich das Bild vom Kriegsende einschneidend zu wandeln. Bis es schließlich bis zu jener Haltung geriet: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Dass sich die Deutschen auf eine höchst ungewisse Zukunft einzustellen hatten und ihnen am „Tage danach“ eine Rechnung präsentiert werden würde, die anders aussah als die des Jahre 1919, dessen waren sie sicher. Gerichtshöfe und Henker warteten auf diejenigen, die den Deutschen einpeitscht hatten, den Krieg „bis zum letzten Mann und zur letzten Patrone“ fortzusetzen oder, wie Hitler es gesagt hatte, „bis fünf Minuten nach zwölf“.

Kapitulation

Der Begriff bezeichnet einen anderen Aspekt des gleichen Tages. Wie oft hatte Hitler in Reden beschworen, „er“, und das sollte auch immer heißen seine deutsche Gefolgschaft mit ihm, werde nie kapitulieren. Für ihn galt das, denn zuvor floh er aus aller Verantwortung. Anders seine Militärs unter dem Nachfolger, Großadmiral Karl Dönitz. Sie kamen nicht umhin, jene Kapitulation zu unterzeichnen, die ihnen seit dem Januar 1943 nach einer in Casablanca getroffenen US-amerikanisch-britischen Vereinbarung, der sich die UdSSR anschloß, angekündigt worden war, und vor der es kein Entkommen mehr gab: eine Kapitulation ohne Bedingungen (unconditional surrender). Die Urkunde bestimmte, dass das deutsche Oberkommando allen Streitkräften befehlen werde, am 8. Mai um 23.01

Uhr sämtliche Kampfhandlungen einzustellen, an ihren Orten zu verbleiben und ihre Waffen und alles Kriegsgerät unzerstört zu übergeben.

Der denkwürdige Ort, an dem die drei Vertreter des deutschen Oberkommandos das Papier zu unterzeichnen hatten, war Berlin-Karlshorst, wo sich heute ein Museum befindet. Natürlich hielt ein Filmstreifen, der später oft gezeigt wurde, die Szene fest. Für den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, den Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, einen der engsten militärischen Mitarbeiter Hitlers, war das bis auf weiteres der letzte öffentliche Auftritt. Den nächsten hatte er im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess.

Der letzte Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht, ausgefertigt am 9. Mai, suchte das klägliche und schändliche Scheitern der Welteroberer zu beschönigen. Sein Text sprach von einem „heldenhaften Ringen“, von „großen Siegen“ und „schweren Niederlagen“, von „einmaliger Leistung von Front und Heimat“. Was Wehrmachtspropagandisten, die damit ihre Arbeit beenden mussten, an geistigen Nebelwerfern noch besaßen, ließen sie feuern. Die Deutschen, die einst nach den Erfolgsmeldungen der OKW-Berichte gelechzt hatten, waren an dessen Inhalt inzwischen nicht mehr interessiert. In ihrer Mehrheit fragten sie sich, wie sie weiterleben könnten und müssten, wo sie eine Bleibe fänden und wie sie sich ernähren könnten. Millionen führte der Weg nach Osten und Westen in die Kriegsgefangenschaft.

Niederlage

Und diese Mehrheit, je stärker sie zeitweilig auf den Sieg gehofft hatte, empfand das Geschehen in der Tat als Niederlage, ärger als die des Kaiserreichs. Daran konnte niemand zweifeln. Denn als die Kriegshandlungen des Ersten Weltkrieges im November 1918 mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde im Walde von Compiègne in Frankreich zu Ende gegangen waren, befanden sich keine Soldaten der Gegner auf deutschem Boden. Die Front lag von der Reichsgrenze im Westen weit ab, und erst später wurden, in Übereinstimmung mit dem Wortlaut des Friedensvertrages von Versailles Teile des westlichen Reichsgebiets von militärischen Einheiten der Siegermächte besetzt. Nun aber waren die Gegner kämpfend bis ins Reichsinnere vorgedrungen. Ihre Truppen befanden sich in Berlin, München, Hamburg, Leipzig. Eine deutsche Regierung gab es nicht mehr oder, was sich dafür ausgab und an der dänischen Grenze etablierte, erhielt einzig eine Galgenfrist. So war es nicht einmal nach der preußischen militärischen Katastrophe im Jahre 1806 zugegangen, als Napoleons Truppen gesiegt hatten. Der Begriff Niederlage erhielt in der deutschen Geschichte einen neuen Inhalt. Er verband sich mit der zusätzlichen Kennzeichnung: total.

Diese Charakterisierung dieses Kriegsendes als Untergang spielte im landläufigen Sprachgebrauch kaum eine Rolle. Doch tauchte sie in politischen und geschichtspublizistischen Veröffentlichungen auf, setzte sich aber auch dort nicht durch. Geschrieben wurde beispielsweise vom Untergang des Deutschen Reiches, das 1871 gegründet worden war; ein Bild, das die Wirklichkeit verfehlte. Denn dieses Reich war in der faschistischen Gestalt, die es seit 1933 angenommen hatte, mit einem geschichtlich beispiellosen Aufwand an militärischen und sonstigen personellen und materiellen Mitteln zerschlagen worden. Untergang – das Wort wurde diesen Anstrengungen nicht entfernt gerecht. Nachdem es sich nur noch marginal finden ließ, hat ein 2004 in die Kinos gelangter Film ihm wieder Leben eingehaucht. Doch selbst die wenigen Bilder, mit denen das Kriegsgeschehen in den Trümmern Berlins in den dramatischen April- und Maitagen in diesem Spielfilm gezeigt wird, machten deutlich, was wirklich geschehen war, und veranschaulichten die Unangemessenheit der Wortwendung vom Untergang, mit der gewöhnlich ein naturgeschichtliches Ereignis benannt wird.

Zusammenbruch

Die unter den Deutschen noch längere Zeit nach Kriegsende in Gesprächen gebräuchlichste Bezeichnung für das Geschehene lautete: Zusammenbruch. Noch rückblickend und als die schlimmsten Kriegsfolgen schon überwunden waren, wurde als feststehende und keiner weiteren Erläuterung bedürftige Zeitangabe die Redewendung „nach dem Zusammenbruch“ gebraucht. Das war auf umgangssprachlichem Gebiet womöglich die deutlichste, fast ließe sich sagen verräterische Kennzeichnung des eigenen einstigen und keineswegs schon kritisch durchgearbeiteten Denkens, Wünschens

und Hoffens. Denn: Was war da eigentlich zusammengebrochen? Das meinte nicht nur Häuser und Brücken, Wassertürme und Gasbehälter, Fabrikschlote und Förderanlagen, Kirchen und Theater. Auch nicht nur ein Staatswesen, das zwölf Jahre gedauert hatte, aber mit dem Anspruch auf 1.000 Jahre angepriesen worden war. In Trümmern lag ebenso die Gedanken- und Gefühlswelt der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Millionen empfanden schmerzlich, dass ihre Lebenspläne, die sie mehr oder weniger bewusst und eng an den Faschismus und Hitler verbunden hatten, restlos zerstört waren. Ratlosigkeit, Resignation, Depressionen und deren Folgen bis hin zu Selbstmorden charakterisierten die Stimmung und die Lage. Nur wenige konnten diesen Zusammenbruch schon als die geschenkte Chance eines Aufbruchs begreifen. Zunächst waren das nur jene, die als politische Gegner und Verfolgte das Ende der Nazizeit herbeigesehnt und versucht hatten, dieses Ende herbeizuführen oder es doch zu beschleunigen.

Stunde null

Die Wortwendung und das einprägsame Bild von der Stunde null ist in Sprache und Denken erst Jahre nach dem Kriege aufgetaucht, dann aber ist es populär geworden. Nicht zum geringsten durch Filme und Bücher, in deren Titeln diese Kennzeichnung verwendet wurde. In der DDR kam 1969 „Meine Stunde null“, die abenteuerliche Geschichte der Wandlung eines jungen Wehrmachtsoldaten, in die Kinos, ein Streifen, der bis heute von Fernsehsendern gelegentlich ausgestrahlt wird. Null – das markierte so viel wie die Unterste der denkbaren Lebensstufen, einen Abstieg bis zu einem Punkt der Leere und des Unwerts, zugleich aber auch einen Standort, von dem aus es tiefer nicht mehr hinabging. Stunde null kam in Gebrauch, als der damit bezeichnete Zustand schon Geschichte war und einzelne, Familien und andere Gemeinschaften mit neu erworbenem Verdienst auf eine einschneidende Wende zurückblicken konnten.

Indessen hat der Begriff, wird er allzu wörtlich genommen und auf die deutschen Zustände des Mai 1945 angewendet, auch einen mächtigen Haken. Die Geschichte kennt keinen Nullpunkt. Jeder ihrer Momente enthält Kontinuität und Diskontinuität, Fortgang und Wandel bis zum Bruch. So war das auch bei Kriegsende 1945. Dem einzelnen mochte es so vorkommen, als stünde er vor dem Nichts. Die Exponenten der sozialen Klassen und Schichten besaßen hingegen ihre Interessen, mehr oder weniger ausgereifte Pläne, modifizierte oder neue Ziele und selbst Vorstellungen von ihrer künftigen Strategie und Taktik. Verzweifeltes Dahindösen der einen war benachbart mit nüchternster Klarsicht von anderen.

Besetzung

Deutschland ist nach der Kapitulation von den Armeen der Siegermächte vollständig besetzt worden und auf Jahre hinaus besetzt geblieben. Es erhielt einen alliierten Kontrollrat mit dem Sitz in Berlin und in den vereinbarten vier Besatzungszonen Militärregierungen, ohne deren Zustimmung kein Schritt bei der künftigen Gestaltung des Landes gegangen werden konnte. Deutschland – wie anfänglich auch Österreich, doch dies erheblich kürzer – wurde ein besetztes Land. Diese Praxis entsprang dem Entschluss der vier Großmächte, Faschismus und Militarismus mit der Wurzel auszurotten und Deutschland für immer unfähig zu machen, seine nahen und fernen Nachbarn mit Krieg zu überziehen. Die Bestrebungen der Sieger, dahin zu gelangen und den Deutschen im Falle eines grundlegenden Wandels die Rückkehr in die „Völkergemeinschaft“ zu ermöglichen, wiesen anfangs in die gleiche Richtung, wenn sie auch nach Inhalt und Methoden nicht gleich waren. Erst der Schritt in den Kalten Krieg schuf eine neue Situation, beendete unter anderem die juristische Verfolgung von Straftätern des Faschismus durch die Besatzungsmacht USA und ließ aus US-amerikanischen Gefängnissen Verurteile frühzeitig freikommen. Dies und vieles weitere bezeichnete die Rückkehr der regierenden Kreise der kapitalistischen Großmächte zu jener antisowjetischen Politik, die durch den Sieg des Faschismus, die Bildung des faschistischen Staatenblocks und den Zweiten Weltkrieg unterbrochen worden war.

Befreiung

Auf ihrem schwer errungenen Weg von den Ufern der Wolga und den Küsten der Normandie in das Innere des Deutschen Reiches hatten die Soldaten der Alliierten Millionen Menschen aus der Gewalt

der Eroberer befreit, Franzosen und Russen, Belgier und Weißrussen, Luxemburger und Balten, Niederländer, Ukrainer und Polen. Für sie alle hatte das Wort Befreiung einen unzweideutigen, im Wandel ihres Alltags sofort spürbaren Sinn. Von vielen war die Last der Jahre währenden Todesdrohung genommen. Manche sagten, ihnen sei das Leben ein zweites Mal geschenkt worden.

Indessen veränderte sich die Situation für die Befreier, als sie die Reichsgrenzen überschritten. Bis dahin waren sie begrüßt, gefeiert, von frommen Menschen bekreuzigt und gesegnet worden. Nun also Deutschland, das Land, dessen Politik, gestützt auf die Massenaktion seiner Bewohner, so viel Unheil angerichtet hatte. Über die Grenzen wurden Gefühle des Hasses, der Revanche und der Rache mitgenommen, in ihrem Grad vielfach abhängig von dem Leid, das denen und ihren Nächsten widerfahren war, die nun hoffen konnten, dass sie den Tag des Sieges erleben würden.

Und die Deutschen? Wenn sie nicht wussten, so ahnten sie doch, was ihnen geschehen würde, wenn nun eine Abrechnung erfolgte, die den Finger auf jeden Posten legte und Gleiches mit Gleichem vergalt. Das Gefühl des Befreitseins konnte nicht aufkommen. Nicht bei denen, die Haus und Hof hatten verlassen müssen, nicht bei den anderen Millionen, die den Weg in die Kriegsgefangenschaften anzutreten hatten, nicht bei den Millionen „kleinen“ oder sich nun kleinmachenden Nazis, die damit rechnen mussten, dass von ihrer Rolle die Rede sein würde und nicht folgenlos. Und selbst jene, die von Krieg und Kriegsfolgen kaum etwas zu spüren bekommen hatten, sahen ungewiss und beklemmt in die Zukunft.

Wer diese subjektive Befindlichkeit des Frühjahrs 1945 zum Maßstab für die Beurteilung des Geschehens nimmt, dem mag der Begriff Befreiung nur für die Insassen von Konzentrationslagern, die politischen Häftlinge in Zuchthäusern und Gefängnissen und für die im Reich befindlichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeiter taugen. Und so und nicht anders wurde er auch in der Bundesrepublik über Jahrzehnte allein gelten gelassen, während in der DDR der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zum staatlichen, das hieß, zum arbeitsfreien Feiertag erklärt wurde und das blieb, bis er beim Übergang zur Fünf-Tage-Arbeitswoche wieder aufgehoben wurde.

Eine gewisse Hoffnung

Im ostdeutschen Staat galt die Zerschlagung des Naziregimes als die aus eigenen Kräften nicht erreichte Befreiung aus dem Leben in einem verbrecherischen Staat (und das bedeutete, wo Widerstand nicht geleistet wurde, Mitwirken), als die Aufhebung der Perspektive, in dieser oder jener Weise Täter zu sein bei der Errichtung eines Europa unterm Hakenkreuz, zu funktionieren und – in welchem Umfang auch immer – zu profitieren vom Sklavendasein von Menschen anderer Völker, denen Lebensrechte und -möglichkeiten nach faschistischen (rassistischen) Maßstäben und Nützlichkeitserwägungen zugemessen oder völlig entzogen werden würden.

Befreiung wurde hier von mehr und mehr Menschen verstanden und als Kennzeichnung in dem Grad angenommen, wie sich Wissen und Einsichten in die Geschichte verbreiteten, ohne dass viel von deren „Bewältigung“ dahergeredet wurde. So blickte auch eine Minderheit in der Bundesrepublik, aufgeklärte, insbesondere antifaschistisch gesonnene und aktive Kreise, in das Jahr 1945 zurück. Und der 40. Jahrestag des Kriegsendes gab dem seinerzeitigen Staatsoberhaupt der westdeutschen Republik Anlass und Gelegenheit, in einer vielbeachteten Rede über die bis dahin vorherrschende Enge und Subjektivität des Geschichtsverständnisses hinauszugehen.

Zwanzig Jahre später hat diese Betrachtung eine Modifikation erfahren, die sie partiell zurücknimmt. Der Begriff Befreiung wird von vielen seiner ehemaligen Gegner inzwischen nicht mehr befeindet, vorausgesetzt, er wird ausschließlich für die Rolle der Westalliierten (Befreier) und die Bewohner der von ihnen besetzten Zonen (Befreite) angewendet. Die seit 1990 staatsoffizielle Geschichtslegende von den kommunistisch unterworfenen Deutschen im Osten, die aus einer Diktatur in die nächste geraten seien und sich erst mit einer 45 Jahre betragenden Verspätung durch eine „friedlichen Revolution“ (die Helden von Leipzig) zu befreien vermochten, soll nicht beschädigt werden, und das erforderte die Unterscheidung zwischen Befreiten und Besetzten. Die Konjunktur, die dieses Bild seit anderthalb Jahrzehnten erlebt, scheint indessen im Abflauen begriffen. So besteht eine gewisse Hoff-

nung, dass sich die Auffassung von der Befreiung aller Deutschen, bewirkt freilich nahezu ausnahmslos ohne ihr Zutun und massenhaft gegen ihren Willen und ihr Hoffen, doch durchsetzen wird.

junge Welt, Mittwoch, 01.12.2004, S. 10.

Kriegserinnerung an einem runden Jahrestag – 1924

Dafür, dass ich Sie für die kurze Dauer eines solchen Beitrags gedanklich in das Jahr 1924 zurückführen will, lassen sich drei Gründe angeben. Den ersten ergibt der Anlass unseres Kolloquiums, das einem Manne gilt, der in jenem Jahr geboren wurde. Der zweite rührt aus der Tatsache her, dass Reinhard Brühl, den wir heute ehren, sich in seinen Forschungen mit jenen Jahren der Weimarer Republik unter dem Gesichtspunkt der seinerzeitigen Tätigkeit von Militärhistorikern und -schriftstellern forschend besonders beschäftigt hat. Und drittens wurde in diesem Jahr zum ersten Mal an einem so genannten runden Jahrestag des Kriegsbeginns von 1914 gedacht und an die für die deutsche, die europäische, ja die Weltgeschichte schwerwiegenden Daten zwischen Ende Juni und Anfang August 1914 zurückgeblickt. Aus einem Abstand von nur zehn Jahren.

Wir taten Ähnliches jüngst auch, nur das zu der zehn eine 80 hinzugekommen war. Das mag der Erinnerung an den einstigen Rückblick aus einer besonderen Nähe einen eigenen Reiz geben, und daraus lässt sich dann ein Vergleich und eine Antwort auf die Frage gewinnen, wie weit es denn mit den Einsichten in Ursachen und Zusammenhänge gebracht ist, die in den Ersten Weltkrieg mündeten. Dieser Vergleich wird aus Zeitgründen hier nicht durchgeführt werden können. Auch ist es nicht möglich, selbst nur in Thesen die Grundaussagen jener reichen Literatur aneinander zu reihen, die in den ersten sechs Jahren nach dem Kriegsende allein auf den deutschen Büchermarkt gebracht wurden. Es ist das auch überflüssig, bei Reinhard Brühl kann man sich darüber kompakt belesen.

Hier wird die Rede einzig von dem Bild und dessen Farben sein, dass die öffentliche Erinnerung an den Krieg in jenen Sommerwochen des Jahres 1924 abgab. Es entstand zum einen durch die Veranstaltungen, die dem Jahrestag galten, und hernach durch das, was die deutsche Presse – noch sind wir in den frühesten Rundfunk- und Vorfernsehzeiten – unter die Leser brachte.

Es waren vor allem zwei Ereignisse, die kurz vor dem zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns die Aufmerksamkeit im In- und Ausland auf sich zogen. Aus den Reichstagswahlen am 4. Mai war die sich als deutschnational deklarierende Rechte als Sieger hervorgegangen. Sie – Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und Landbund zusammengenommen – stellte mit 106 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Und schon am darauffolgenden Sonntag, an einem so genannten Deutschen Tag, trafen sich zu einer Kundgebung in Halle an der Saale die Stahlhelm-Organisationen aus dem gesamten Reichsgebiet zu einem Aufmarsch vor Weltkriegsgeneralen und Hohenzollernprinzen. Die Teilnehmerzahl wurde mit 100.000 angegeben. Gleichzeitig fanden die zähen Verhandlungen über ein die deutschen Reparationszahlungen regelndes internationales Übereinkommen statt und – das mag freilich ein Zufall gewesen sein – just vor dem Tage, an dem Deutschland zehn Jahre zuvor Frankreich den Krieg erklärt hatte, ging in der Berliner Wilhelmstraße die Einladung ein, die deutschen Vertreter mögen sich am 5. August in London zu den abschließenden Verhandlungen einfinden, deren Ergebnis unter dem Namen Dawes-Abkommen bekannt ist.

Der nach der Wahl erneut mit der Regierungsführung beauftragte Reichskanzler Wilhelm Marx sowie Außenminister Gustav Stresemann und Finanzminister Hans Luther saßen somit gleichsam auf gepackten Koffern und in dem Bewusstsein, dass sie bei der ihnen bevorstehenden Erinnerung an den Weltkrieg in Großbritanniens Hauptstadt – anders als bei den Gedenkfeien in Deutschland – nicht die Regie führen würden.[1]

Der Reichspräsident und der Reichskanzler, letzterer für die Regierung, gaben mit dem Datum des 3. August 1924 einen Aufruf heraus und erklärten, das deutsche Volk habe im Kriege „kein anderes Ziel erstrebt als die deutsche Freiheit“ und „die Unversehrtheit des Vaterlandes“. Der kurze Text mündete in einem Appell an die „Volksgenossen“, sie möchten in einer Sammlung das nötige Geld für die

---

[1] Die eigentliche Reparationskonferenz fand vom 6. bis zum 16. August 1924 statt. Die Dawes-Gesetze wurden im Reichstag am 29. August 1924 angenommen. Deutschland hatte demnach eine in den nächsten fünf Jahren auf 2,5 Milliarden Mark ansteigende Summe zu zahlen, ohne dass die Gesamthöhe der Zahlungen und damit deren Ende bestimmt waren.

Errichtung eines zentralen Denkmals aufbringen, mit dem an den Krieg und die deutschen Toten, „unsere Helden“, erinnert werden solle.[2]

Diese Aufforderung wurde während einer Kundgebung bekräftigt, zu der die Regierung die Berliner für den gleichen Tag vor den Reichstag gerufen hatte. An der dem Königsplatz zugewandten Seite des Wallotbaus prangte in großen Lettern auf einem Spruchband „Dem lebenden Geiste unserer Toten“. Die ins Zentrum der Kundgebung gerückte Gedenkrede hielt Reichspräsident Friedrich Ebert. Zum künstlerischen Programm gehörte das von einem großen Chor gesungene Lied Max Bruchs „Heldenfeier“[3]. Es passte zur Hervorhebung der „Heldentaten unseres Volkes“ durch den Reichspräsidenten. Dieser gedachte derer, die den „Soldatentod gestorben“ waren, „damit Deutschland lebe“. Er beteuerte, jedes Kriegsziel und jedes Kriegsinteresse deutscherseits leugnend: „Nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat hat Deutschland vor zehn Jahren die Waffen erhoben.“[4] So ähnlich hatte es auch Kaiser Wilhelm II. gesagt, als es „losging“.

Zu den Versammelten hatten zunächst ein evangelischer und ein katholischer Militärgeistlicher gesprochen. Ein Rabbiner war, wiewohl etwa 100.000 deutsche Juden im Kriege Soldat waren und 12.000 von ihnen umkamen, als Sprecher nicht gebeten worden, wozu sich die Veranstalter erklären mussten. Es verlautete nun und wenig überzeugend, die Kundgebung läge in der Regie der Reichswehr, in der es Militärrabbiner nicht gäbe. Diese Regelung wurde von den einen kritisiert, von der äußersten Rechten hingegen durch eine andere journalistische Stimme ausdrücklich und obendrein mit einem antisemitischen Ausfall begrüßt. Wiederum eine andere Zeitung vermerkte kühl die Zurückweisung des „patriotischen und religiösen Eifers der jüdischen Bourgeoisie.“[5]

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hatte zu einer eigenen Veranstaltung auf den Weißenseer Friedhof gerufen. Die musste verlegt werden, da es während der Kundgebung vor dem Parlament keine zeitgleiche geben sollte. Auf dem Friedhof sprachen Rabbiner Leo Baeck, der in dieser seiner Eigenschaft auch am Krieg teilgenommen hatte, und vom Reichsbund Alfred Wiener. Das erst vor kurzem gegründete sozialdemokratisch geprägte republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte dazu eine Abordnung gesandt, die einen Kranz zum Gedenken an die jüdischen Kriegskameraden niederlegte.

Anwesenheit oder Boykott des staatlichen Gedenkens war in mehreren Organisationen debattiert worden. Die Vaterländischen Verbände lehnten ihr Kommen trotz des militärischen Gepränges (Parade, „Ich hatt’ einen Kameraden“, „Wir treten zum Beten“[6]) ab, weil sie sich mit den geschmähten „Erfüllungspolitikern“ nicht gemein machen wollten. Mit Bezug auf die zu erwartende Dominanz von Schwarz-Weiß-Rot und der verschiedensten unfriedlichen Kriegs- und Feldzeichen hatten die Berliner Organisationen der Sozialdemokratie und der Arbeiter- und der Angestelltengewerkschaften ihre Mitglieder aufgerufen, der Kundgebung fern zu bleiben. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hingegen sammelte seine Mitglieder zu geschlossener Beteiligung.[7] Manche Kameraden verweigerten sich dem. Die Kommunisten beteiligten sich mit der Absicht, ihren Einspruch deutlich zu machen,

---

2 Text des Aufrufes in: Germania, Nr. 321, 3. August 1924.

3 Es handelte sich um das von Max Bruch kurz nach Kriegsbeginn (beendet 22. Januar 1915) geschaffene, im Oktober 1915 uraufgeführte Lied, dessen Text von Margarethe Bruch stammte. Es erhielt 1962 einen neuen Text, wurde bearbeitet und erhielt dann den Titel „Totenfeier“.

4 Vorwärts, Nr. 363, 4. August 1924.

5 Die Rote Fahne – Nr. 84, 1. August 1924 – hob vor allem hervor, dass auf diese Weise – mit der Begründung für die Nichteinladung eines Rabbiners – klargestellt werde, dass die Reichswehr der eigentliche Veranstalter der Staatskundgebung sei.

6 Der inbrünstigste Gesang dürfte vor allem jenen Versen des so genannten niederländischen Dankgebets gegolten haben, die in der Dichtung Karl Buddes von 1897 lauteten: „... er lässt von den Schlechten die Guten nicht knechten ...“

7 Das mag der Rücksichtnahme auf das in dieser Organisation eingegangene Bündnis geschuldet gewesen sein, das keinem Belastungstest unterzogen werden sollte. „Die Rote Fahne“ interpretierte den Schritt unsinnigerweise als Ausdruck eines „Freundschaftsverhältnisses zu den Faschisten“ – Die Rote Fahne am Montag, 2. Jg., Nr. 10, 4. August 1924.

wogegen die Polizei einschritt. Den Angehörigen der Reichswehr war übrigens vorbeugend bestimmt worden, sie sollten nur an behördlichen und an keinen anderen Veranstaltungen teilnehmen.

Wie in Berlin so gab es am 3. August auch in vielen anderen deutschen Großstädten Veranstaltungen, bei denen an den Kriegsbeginn erinnert wurde. Manche waren von lokalen Autoritäten einberufen worden, andere von politischen Organisationen und Verbänden. Eine Minderheit von ihnen nahm die seit einiger Zeit in der sich formierenden Friedensbewegung gebrauchte Parole auf, die lautete „Nie wieder Krieg!“ Unter dieser Losung fand in Wien, der – so der „Vorwärts“ – „stärksten sozialdemokratischen Großstadt des Erdenrunds“, vor dem Rathaus mit 100.000 Teilnehmern eine Kundgebung statt. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie hatte auf eine ähnliche Demonstration verzichtet, wiewohl sich der gleiche 28. Juli dafür anbot, hatte doch Berlin an diesem Tag zehn Jahre zuvor eine sozialdemokratische Demonstration gesehen, an der ebenfalls 100.000 Kriegsgegner teilnahmen ... In Österreichs Hauptstadt waren Sozialisten vieler Länder zu Wort gekommen, unter anderem Delegierte eines Internationalen Kongresses von Metallarbeitern, der dort gerade tagte, und auch die deutschen Sozialdemokraten Robert Dißmann und Toni Sender.[8]

In Paris wurde am 31. Juli auf einer sozialistischen Antikriegskundgebung im Saal des Trocadero der zehn Jahre zurück liegenden Ermordung von Jean Jaurès gedacht, als deren Hauptredner Léon Blum fungierte und auf der auch der deutsche Sozialdemokrat Paul Löbe redete. Er vermeinte, das Licht des Friedens, das Jaurès einst bereits gesehen habe, erstrahle schon über Europa.[9] Nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie knüpften sich an die jüngsten Regierungswechsel in Paris und in London – die Sozialisten Édouard Herriot und James Ramsay MacDonald waren an die Spitze von Kabinetten gelangt, die sich übrigens beide als kurzlebig erwiesen – beträchtliche Hoffnungen. Sie richteten sich auf ein nahes Ende der durch die strikte Durchsetzung des Versailler Vertrages geprägten unmittelbaren Nachkriegszeit und knüpften sich zudem an das Antreten von Politikergruppen, die nicht mehr mit jenen der Kriegszeit identisch waren. Doch sollten sich derlei Erwartungen, insbesondere was die Reparationsfrage anlangte, als sehr verfrüht erweisen.

Natürlich gab es keine deutsche Zeitung, die den Jahrestag des Weltkriegsbeginns ignoriert hätte. Beginnen soll diese Inspektion des Gedruckten jedoch mit einem Außenseiter unter den deutschen Publizisten und seiner Weise, sich auf die geschichtliche Spur zu begeben. 1924 hielt sich Kurt Tucholsky mehrere Monate in Paris auf, von da deutschen Zeitungen und Blättern Artikel über seine Eindrücke von der französischen Hauptstadt liefernd. Anfang Juli reiste er nach Verdun. Er sah sich in der noch vom Krieg gezeichneten Stadt um, besuchte die Zitadelle, stand in dem Raum, der Hénri Philippe Pétain als Unterschlupf gedient hatte, fuhr dann auf das ausgedehnte Schlachtfeld, besichtigte Forts, Friedhöfe oder Stätten, die nur so genannt worden waren, stand an der Tranchée des Baïonettes. Kein Ort beeindruckte ihn offenbar stärker als das Verlies im 1916 schwer umkämpften, im Juni von den Deutschen eroberten, im November wieder in französischen Besitz gelangten Fort Vaux, das einst als Verbands-, Operations- und Sterberaum gedient hatte. In seinem Artikel „Vor Verdun“, den er auch in den 1928 erschienenen Band „Mit 5 PS“ aufnahm, lesen wir: „An den Wänden kleben die Schreie – hier wurde zusammengeflickt und umwickelt, hier verröchelte, erstickte, verbrüllte und krepierte, was oben zu Grunde gerichtet war.“[10] Deutlicher noch der Schrei, der sich in einem am 5. Juli 1924 an Mary Gerold, die er wenig später heiratete, nach Deutschland geschriebenen Brief findet:

---

8 Der Zehnjahrestag. In: Vorwärts, Nr. 351, 28. Juli 1924.

9 Vorwärts, Nr. 358 und 359, jeweils 1. August 1924. Löbe hatte in seine Rede eine moralische, aus den Kriegszerstörungen herrührende (sich also nicht aus einer Kriegsschuld ergebende) Verpflichtung Deutschlands zu Reparationszahlungen erwähnt, was ihm die Kritik der Rechtspresse eintrug. Indessen ließ auch eine liberale Zeitung mit einem Ministerialrat einen hohen Regierungsbeamten zu Wort kommen, der diese Pflicht ebenfalls bestritt und von Deutschland als dem nur „angeblich“ Mindergeschädigten schrieb – Kurt Häntzsch: Sachverständigen-Gutachten und Kriegsschuldlüge. In: Vossische Zeitung, Nr. 356, 29. Juli 1924. Der Autor wandte sich vor allem gegen den von rechts erhobenen Vorwurf, mit der Annahme des Gutachtens würde Deutschland nun freiwillig die „Kriegsschuldlüge“ akzeptieren.

10 Kurt Tucholsky: Vor Verdun. In: Ders.: Mit 5 PS. Bd. 3, Auswahl 1924 bis 1925, Berlin 1970, S. 85.

„Da ist im Fort Vaux ein Verbandsraum ... wenn da einer nicht als Pazifist rauskommt, dann ist er eben ein Schwein.“[11]

Tucholskys Verdun-Artikel mündet in eine scharfe Anklage gegen alle, die seit August 1914 die öffentliche Meinung mit ihren mordspatriotischen Appellen traktiert hatten. „Gibt es eine Zeitung“, fragt er, „die heute noch, immer wieder, ausruft: ‚Wir haben geirrt! Wir haben uns belügen lassen?‘ Das wäre noch der mildeste Fall. Gibt es auch nur eine, die nun den Lesern jahrelang das wahre Gesicht des Krieges eingetrommelt hätte, so wie sie ihnen jahrelang diese widerwärtige Mordbegeisterung eingebläut hat? ... Habt ihr einmal, ein einziges Mal nur, wenigstens nachher die volle, nackte, verlaust-blutige Wahrheit gezeigt? Nachrichten wollen die Zeitungen; Nachrichten wollen sie alle. Die Wahrheit will keine.“[12] Auf die Zeitspanne, die seit dem Ende des Krieges vergangen ist, nennt er wenig später, in einem am 5. Februar 1925 in Paris geschriebenen Text, die Deutschen „eine seit sechs Jahren verhetzte Nation, die heute noch nicht anerkennen will, dass sie den Krieg verloren hat.“ Deutschland, so sein Befund, hat sich „nicht gewandelt.“[13]

Riskieren wir also, vorgewarnt, einen Blick in die Ausgaben deutscher Tageszeitungen aus eben jenen Tagen. Fragen wir, ob Tucholsky nicht verbittert übertrieb, ob es ihm nicht an Unterscheidungsvermögen mangelte. Selbstredend: Zehn Jahre nach Beginn und kaum mehr als fünf nach dem Ende dieses Krieges konnte in Deutschland – und nicht nur hier – niemand öffentlich nach Revanche und neuem Krieg rufen, so viele es auch danach gelüsten mochte. Das verbot sich angesichts der außenpolitischen ebenso wie der innenpolitischen Situation und wäre unter militärischem Gesichtspunkt mehr als lächerlich gewesen. Die Betonung lag in der liberalen, republikanischen und in der sozialdemokratischen Presse auf der Beteuerung, das Volk will keinen Krieg, und es hätte auch 1914 keinen Krieg gewollt. Pazifistische Töne dominierten. Bilder eines kommenden Europas des Friedens und der Verständigung wurden aufgerufen, wenn auch durchaus in leisen Tönen. Kämpferisch anmutende Forderungen wie „Nie wieder Krieg!“ oder „Krieg dem Kriege!“, Letzteres Titel des im gleichen Jahr 1924 erscheinenden Foto-Text-Buches von Ernst Friedrich[14], tauchten in den Balkenzeilen und den Texten der Zeitungen, sieht man von den erwähnen Berichten des „Vorwärts“ über die Veranstaltungen in Wien und Paris ab, nicht auf. Den Frieden stellte man als eine Aufgabe dar, die zugleich die Erfüllung eines Vermächtnisses der Toten, die meist Gefallene genannt wurden, bedeute. Diese Traditionslinie wurde auf bemerkenswerte Weise gezogen. Die deutschen Weltkrieger hätten für eine glückliche Zukunft Deutschlands gekämpft, nun müsse ihr Ziel unter schwierigen Bedingungen durch Arbeit im Frieden angestrebt werden. Arbeit für den Wiederaufstieg Deutschlands und dazu Einigkeit aller Deutschen, wie im Kriege bewährt, das wären weitere Vermächtnisse. Die Toten hätten etwas begonnen, hieß es, was“ wir“ nun vollenden müssten.[15] Die Herstellung dieser Verbindung zwischen den Handelnden und ihrer Tat und einem ihnen zugeschriebenen – also nicht schriftlich oder sonst glaubhaft überlieferten und folglich nicht nachprüfbarem – Vermächtnis erweist sich stets als anfällig. Denn: Zu ihren Gunsten können Beweise nicht angeführt werden, und so kommen „andere“ mit einer abweichenden, ja entgegengesetzten Deutung, wie auch in diesem Fall geschehen, und erklären, es sei die verpflichtende Erbschaft der toten Frontkameraden, den Krieg bei erster günstiger Gelegenheit wieder aufzunehmen. Diese sprach 1924 in einem gewiss für die Art des Erinnerns – man möchte sagen: noch – untypischen Beitrag. die Zeitung ;,Fridericus“ aus. Sie veröffentlichte auf ihrer Frontseite ein Gedicht unter dem Titel Mutterklage[16], das in den Versen endete:

„Und wenn zurück er käme
Und dann wie damals nähme
So stolz das Schwert zur Hand
In schmerzlichem Umfassen

---

11 Ders.: Brief an Mary Gerold vom 5. Juli 1924. In: Ders.: Briefe. Auswahl 1913 bis 1935, Berlin 1983, S. 139.
12 Tucholsky: Vor Verdun, S. 89.
13 Tucholsky: Zwischen den Kriegen. In: Kurt Tucholsky, Bd. 3, S. 458, 462.
14 Das außergewöhnliche Buch ist eben wieder erschienen – Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege, München 2004.
15 Germania, Nr. 331, 3. August 1924.
16 Fridericus, Nr. 31, 1. August 1924.

Würd' ich ihn wieder lassen
Für's heilge Vaterland."

Derart gruselige Vorstellung, deren Pflegerinnen Tucholsky „Zuhälter des Vaterlandes"[17] nannte, war wohl nur wenigen Witwen und auch den Müttern nicht zuzumuten, die ihre Söhne vielfach physisch und mehr noch an ihrer Seele verletzt aus dem Krieg zurückbekommen hatten.

Der Ruf nach Einigkeit, laut ergangen auf der Staatskundgebung in Berlin, gesteigert in die Beschwörung des „Volksgeistes von 1914"[18], der wiederbelebt werden müsse, betraf ein fernes Wunschbild. Er erging in ein sozial, politisch und geistig tief gespaltenes Land. Denn über kein Großthema waren die Deutschen uneiniger als über diesen Krieg, seine Ursachen und die Kriegsschuldigen, die Gründe der Niederlage und deren Folgen.

Aus den Auseinandersetzungen um dieses unauslöschlich im Bewusstsein der Mehrheit lebende Ereignis suchten unterschiedliche politische Kräfte ihren Vorteil zu schlagen. Der zehnte Jahrestag führte natürlich nicht zur Einstellung der Kämpfe, er nährte und belebte sie vielmehr zusätzlich. Sie kreisten insbesondere um die Frage nach der Kriegsschuld und deren Festschreibung durch die Sieger im Versailler Vertrag und – dies aber deutlich weniger – um die Legende vom Dolchstoß.

Nur ganz vereinzelt und aus taktischem Kalkül entstanden, waren in Deutschland bürgerliche Stimmen aus der politischen Mitte zu vernehmen, die sich gegen das permanente und herausfordernde Hochspielen der Kriegsschuldfrage wandten, weil sie sich davon wenig Gewinn im Ausland versprachen. Im Gegenteil: Die Attacken der Deutschnationalen gegen den einschlägigen Artikel des Versailler Vertrages würden geradezu bewirken, dass deutsche Interessen Schaden nähmen. In der in diesem Zusammenhang präsentierten Vorrangliste figurierte die Kriegsschuldenfrage vor der Kriegsschuldfrage, was doch besagte, die Bedingungen, unter denen das deutsche Kapital produzieren, handeln und profitieren konnte, waren vor allem zu bessern, und dafür notwendige Verhandlungen mit den Siegern. sollten nicht durch die zweitplatzierte Forderung erschwert oder zum Scheitern gebracht werden.

Die so argumentierten und verlangten, behutsam und mit Vorsicht vorzugehen, meinten zudem, dass ein Wandel in der Haltung der einstigen Kriegsgegner Zeit brauche. Diese seien doch selbst Gefangene der in ihren jeweiligen Staaten seit den Tagen des Kriegsbeginns verbreiteten Version eigener vollkommener Unschuld; und dieser Glaube solle natürlich Briten und Franzosen erhalten bleiben. Verwiesen wurde auf Stimmen in Frankreich und in Großbritannien, die dort für eine wahrheitsgemäße Erforschung der Kriegsursachen eintraten und die die eigene Regierung von der Frage nach der Kriegsschuld nicht ausnahmen. Auch würden die Dokumente aus den Archiven der Kriegsgegner eines Tages sprechen.[19]

Im Reich dominierte nichtsdestoweniger die Verwertung des Themas in den Parteikämpfen, und das sicherte ihm Bestand. So stellte im bayerischen Landtag die Rechte mit Bezug auf die in London bevorstehenden Reparationsverhandlungen den Antrag, die deutsche Delegation solle dabei die Kriegsschuldfrage aufrollen. Der Vorstoß scheiterte indessen am Votum der sozialdemokratischen, kommunistischen und von Abgeordneten der Freien Vereinigung.[20]

Militante Gruppen traten gerade in den Tagen der Erinnerung an den Kriegsbeginn demonstrativ gegen Bekundungen der Versöhnung mit den einstigen Gegnern auf, so in Hagen/Westfalen, wo eine Veranstaltung mit dem Generalsekretär der französischen Liga für Menschenrechte stattfinden sollte,

---

17 Mary Gerold-Tucholsky/Fritz J. Raddatz (Hrsg.): Kurt Tucholsky. Gesammelte Werke, Reinbek 1975, Bd. 5, S. 268 f.

18 „Die Demokratie zum 3. August", so die Überschrift eines Aufrufes der Deutschen Demokratischen Partei, unterzeichnet von Erich Koch (Weser), Vorsitzender der Reichstagsfraktion, Anton Erkelenz, Vorsitzender des Parteivorstandes, und Hermann Fischer, stellvertretender Vorsitzender. In: Vossische Zeitung, Nr. 365, 2. August 1924.

19 Die Kriegsschuldfrage. In: Ebenda, Nr. 306, 29. Juni 1924.

20 Ebenda, Nr. 362, 1. August 1924.

zu der die Deutsche Friedensgesellschaft eingeladen hatte. Sie konnte angesichts gewalttätiger Drohungen der Vaterländischen Verbände nicht stattfinden.[21]

Bei allen Kontroversen und Kämpfen um das Kriegsbild wich die Art und Weise der Rückblicke nicht vollständig voneinander ab. Es äußerte sich in der Presse, von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen, trotz aller Fehden und Beschimpfungen auch stillschweigendes Übereinstimmen, das freilich von den Konsumenten der Zeitungen weniger bemerkt worden sein mag, denn es war die Einigkeit im Weglassen. Sie betraf – um an Tucholskys Wortwendung zu erinnern – die „volle, nackte, verlaust-blutige Wahrheit" über den Kriegsalltag. Keine Zeitung, die geschildert hätte, in welches elende Dasein die Millionen deutscher Männer und Jünglinge gestürzt worden waren. Keine Zeichnung, kein Foto, die davon Zeugnis gegeben hätten. Es mag sich darin subjektiv in Redaktionen in diesen Tagen eine Art von Rücksichtnahme, von Pietät geäußert haben, die objektiv aber auf das Unterschlagen der Wahrheit hinauslief und in manchen, unbestimmbaren Fällen doch auch rechtens als beabsichtigt vermutet werden darf. Nicht, dass von Toten, Verkrüppelten, Verwundeten nicht geschrieben worden wäre. Die zehn Millionen Toten des Krieges wurden ebenso erwähnt wie die zwei Millionen hervorgehoben, die davon Deutsche waren. Doch diese Leichen der Schlachtfelder oder auch die von ihnen nur existierenden, begrabenen oder verscharrten Reste wurden mit einem Wortschwall für die einen sanft zugedeckt, für andere ohne allzu großes Erschrecken oder Entsetzen wahrnehmbar gemacht. Es waren das nämlich „unsere Helden", unsere „Söhne, die ihr Leben im Kampf für das Vaterland hingaben", die ‚;Heldentum" bewiesen hatten, deren in „stolzer Trauer" zu gedenken war, im Bewusstsein der „Größe ihres Opfers", des „hohen Zieles, dem sie ihr Leben weihten", so der Wortschwall des Leitartikels der Zeitung des Zentrums „Germania".[22] Schon am Tag zuvor hatte das Blatt religiös eingefärbten Trost gespendet, als es andeutete, dass dieses wie alles geschichtliche Geschehen doch Teil eines „höheren Weltenplans" gewesen sei.[23]

In das politische Zentrum der Beiträge war und blieb die Kriegsschuldfrage gerückt, in der sich zwei Meinungen voneinander abhoben. Die eine leugnete jeden deutschen Anteil am Zustandekommen des Krieges, dessen Beginn meist mit der Vokabel „Kriegsausbruch" bezeichnet wurde, eine Kennzeichnung, zu der Bertolt Brecht das Nötige gesagt hat, als er Ziffel, einem der Partner aus den „Flüchtlingsgesprächen", die Bemerkung in den Mund legte: „Das Wort ‚ausgebrochen' besagt alles. Man gebraucht es hauptsächlich für Seuchen, und es liegt drin, dass die keiner gemacht hat und nur keiner hat verhindern können." Hier nun allerdings wurden Macher benannt, ausnahmslos Nichtdeutsche. Die andere räumte einen Anteil der Kriegsschuld ein, der dem kaiserlichen Deutschland gehöre. Deren Verfechter vergaßen nie das „Die-anderen-auch". Niemand hingegen sprach dem Reich und dessen Führungsschichten einen besonderen, gar herausragenden Beitrag zum Weg in die Kriegskatastrophe zu, den sie in Wahrheit doch geleistet hatten. Verbreitet waren auch Darstellungen, mit denen die Vorgeschichte des Krieges wortreich in Nebelwolken gehüllt wurde, wofür als Beispiel die Darstellung der „Germania" stehen mag, es habe „ein kranker Geist", und zwar der „Geist des Misstrauens", die Völker in den Krieg – das war eine auch von David Lloyd George gebrauchte Formulierung – hineinstolpern lassen.[24]

Die Leugner jedweder deutschen Kriegsschuld waren diejenigen, die einst das Kriegsgeschrei am lautesten hatten ertönen lassen, unverfrorenste Eroberungspläne verfochten und lange Zeit die größten Illusionen über die Erreichbarkeit des Siegfriedens gehegt hatten. Ihre Position wurde in der Tageszeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) besonders aggressiv vertreten, einem Tagblatt, das sich schon durch seinen Namen „Der Deutsche" von den sich als Internationalisten verstehenden Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) abgrenzte. Auf den Krieg hätten die „Kriegstreiber des Panslawismus" und Deutschlands „gefährliche und gerissene Gegenspieler" hingearbeitet, die einmal den Namen „panslawistisch-französische Clique", dann wieder die Bezeichnung „die russische Großfürstenclique" erhielten und für die wohl stellvertretend auf die

---

21 Ebenda Zeitung, Nr. 376, 9. August 1924.
22 Germania, Nr. 321, 3. August 1924.
23 Hughes Leitartikel. In: Ebenda, Nr. 319, 2. August 1924.
24 Geist des Misstrauens. Leitartikel. In: Ebenda.

Rolle von Théophile Delcassé[25], Raymond Poincaré[26] und Alexander P. Iswolski[27] verwiesen wurde. Deutschland hingegen habe ein „zielbewusster kriegerischer Angriff“ vollkommen fern gelegen. Was im Kaiserreich an Erklärungen aus Vorkriegszeiten von imperialistischem Eroberungsgelüst zeugte, wurde als unbedachte und tönende Worte deutscher Führer eingestuft, Äußerungen, die gleichsam nie ernst gemeint gewesen wären. Diese Führer seien freilich für ein „schlechtes deutsches diplomatisches System“ verantwortlich gewesen, das mit seinen Fehlern und Unterlassungen den kriegsinteressierten Feinden die Verwirklichung ihres Vorhabens erleichtert und es ihnen zudem noch ermöglicht hätte, das Reich obendrein in der Wahrnehmung des Auslands als den Staat erscheinen zu lassen, der den Krieg begonnen habe. In Wahrheit wäre ein deutscher „Notwehrkampf“ unvermeidlich geworden, der nach einem „Notwehrkriegsplan“, das meinte das Konzept des früheren Generalstabschefs Alfred von Schlieffen, geführt worden sei.[28] Das war exakt das Vokabular der ersten Kriegstage, wie es etwa der damalige Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gebraucht hatte.

Am folgenden Tag wurde in „Der Deutsche“ gleichsam nachgelegt und eine totale Apologie auf jene Schritte abgedruckt, mit denen Deutschland den Krieg eröffnet hatte. Die Bedrohungssituation, in der es sich befunden habe, wurde nun so beschrieben: „Man war in der Lage eines Jägers, auf den von der einen Seite ein Bär zugetrottelt kommt, während unmittelbar neben ihm auf der anderen Seite ein Wolfliegt, der im Begriff ist, aufzuspringen.“ Der Bär stand, wie üblich, für Russland, während der gallische Hahn, der als Räuber nicht gut hingehen konnte, in einen Wolf umgewandelt worden war. Nun hätte sich Deutschland, da dieser behänder als jener, natürlich zuerst des Wolfes erwehren und also seine Offensive gegen Frankreich richten müssen. Jeder diplomatische und militärische Akt sei in jenen zeitigen Augusttagen jedenfalls folgerichtig und anders gar nicht denkbar gewesen, die Kriegserklärung an Russland als Auftakt, das an Frankreich gerichtete Ultimatum und schließlich das Eindringen in Belgien.[29] So habe sich entwickelt, was in einer folgenden Ausgabe der „Notsturm der Augusttage“ hieß.[30] Schließlich mischten die christlich-nationalen Publizisten in ihre Rechtfertigung eine aufs Taktische begrenzte Kritik. Die Reichsführung hätte in dieser Situation rascher handeln müssen. Zu spät habe sie auf die russische Mobilmachung mit der Formierung ihrer eigenen Kräfte reagiert, was doch wohl bedeutete, es hätte früher in Belgien eingefallen, entschlossener auf Paris zumarschiert werden müssen, dann wäre der Wettlauf, als der die Kriegseröffnung dargestellt wurde, gewonnen worden. So der Leiter der Zentral, stelle zur Erforschung der Kriegsursachen.[31]

Die kaiserliche Regierung kam in diesen Betrachtungen, was ihre Taktik zwischen Ende Juni und Anfang August 1914 anlangte, nicht gut weg. Die deutsche Politik sei nach Bismarcks Ausscheiden und bis 1914 „spottschlecht“ und „dilettantisch“ geführt worden, habe ihre Absicht, für den Frieden zu wirken, „mit verkehrten Mitteln“ verfolgt und „beinahe Friedenspolitik um jeden Preis“ betrieben, „die sich gerade dadurch um jeden Preis in den Krieg hineinmanövrierte“.

So der badische Minister für Kultur und Unterricht.[32] Wieder und wieder beteuerten Autoren die völlige Abwesenheit von Kriegswille und Kriegsabsicht auf der deutschen Seite, der, nicht ohne

---

25 Théophile Delcassé war von 1897 bis 1905 Außenminister Frankreichs und ein Fürsprecher der Revanche für 1870/71. In Erwartung eines kriegerischen Konflikts mit Deutschland wurde er einer der Architekten des Bündnisses zwischen Frankreich und Großbritannien. Die 1904 zwischen den beiden Staaten geschlossene Entente cordiale galt den deutschen Nationalisten als eine der Ursachen für Deutschlands Kriegsniederlage.

26 Raymond Poincaré war von 1913 bis 1920 Staatspräsident Frankreichs, vordem kurzzeitig Ministerpräsident, und hatte der Festigung der französisch-russischen Beziehungen und der Entente besonderes Augenmerk geschenkt. Er war dann maßgeblich an der Fixierung der Bestimmungen des Versailler Vertrages beteiligt. Als solcher gehörte er zu den in deutschnationalen Kreisen meist gehassten Politikern des Nachbarlandes und des Auslands überhaupt.

27 Alexander Petrowitsch Iswolski war zwischen 1906 und 1910 russischer Außenminister.

28 Die Krise der letzten Julitage 1914. In: Der Deutsche, Nr. 178, 31. Juli 1924.

29 Bugen Fischer: Die Kriegserklärung an Russland. In: Ebenda, Nr. 179, 1. August 1924.

30 Leitartikel. In: Ebenda, Nr. 181, 3. August 1924.

31 Alfred von Wegerer. In: Ebenda, Nr. 180, 1. August 1924.

32 Willy Hellpach: Dies bis ater. In: *Vossische Zeitung*, Nr. 304, 28. Juni 1924.

eigenes Verschulden, aber die Rolle des Angreifers zugeschoben wurde.[33] Bemüht wurde das Bild von der Falle, in welche die deutschen Politiker hineingetappt wären. Auch Theodor Wolf, Chefredakteur des *„Berliner Tageblattes“*, das der Deutschen Demokratischen Partei nahestand und vor allem von liberal gesinnten Angehörigen der Intelligenz gelesen wurde, zeigte auf die Tölpel, auf die Iswolski und Poincaré nur gewartet hätten.[34]

Die Frage, ob es im Reich in den Vorkriegsjahren Gruppen und Kasten gegeben habe, die den Krieg als ein Mittel betrachtet hätten, ihre Interessen und Ziele durchzusetzen, blieb ungestellt. So wurde an diesem Jahrestag nur fortgeschrieben, was Wochen vorher schon Zeitungsspalten füllte. Denn am 28. Juni, der Tag war geschichtlich in jüngster Zeit doppelt besetzt worden als Datum der Ermordung des österreichischen Erzherzogs in Sarajewo 1914 und als Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles 1919, hatten mehrere Redaktionen sich mit dem so genannten Kriegsschuldparagraphen des Diktats befasst.

Anlässlich des fünften Jahrestages der Unterzeichnung durch die herbei beorderten deutschen Delegierten hatte im Plenarsaal des Reichstags eine Kundgebung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände stattgefunden, an der auch Reichskanzler Marx und Außenminister Stresemann teilnahmen. In einer Entschließung wurde die „Lüge von der deutschen Schuld am und im Kriege“ zurückgewiesen, die wie „ein Fluch auf der Welt laste“, und erklärt, dass den deutschen Politikern die Unterschrift „in einer wehrlosen Stunde abgepresst“ worden sei.[35]

Die Presse der Liberalen formulierte nicht anders, wenn sie von der „infamen Kriegsschuldklausel“ und der „ungeheuerlichsten Geschichtsfälschung“ schrieb, die der Vertragstext enthalte, und sich jeder wägenden Stellungnahme enthielt.[36] Während das Dokument in der „Germania“ ein „Unrechtsmonstrum“[37] hieß, bezeichnete es der „Vorwärts“ als „unmoralisch“, schrieb von „angeblicher Schuld am Kriegsausbruch“, attestierte der deutschen Regierung, dass sie „gar nicht kriegslustig“ gewesen sei und übernahm das Bild des später zum Großadmiral ernannten Chefs des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz, wonach Deutschland in den Krieg hineingeschlittert wäre.

Wiewohl in der deutschen Sozialdemokratie der Geist materialistischer Analyse geschichtlicher Entwicklungen noch nicht vollständig erloschen war, reduzierte auch deren führendes Organ die Darstellung des Vorkriegs ganz auf den Bereich des Politischen und der Diplomatie und drang allenfalls bis zu Strukturfehlern auf der Staatsebene des Kaiserreichs vor, die sich allerdings verhängnisvoll auf Entscheidungen von großer Tragweite ausgewirkt hätten. Das Licht der Scheinwerfer und die Vergrößerungsgläser wurden auf Personen gerichtet, auf „Unverantwortliche“, die irgendwelche nicht benannten Verantwortlichen vorwärts gestoßen hätten.

Ja – das ließ sich in mehreren Artikeln verschiedener Zeitungen lesen – das Deutsche Reich hätte es versäumt, die Politik des österreichischen Verbündeten zu bremsen, unter dessen Politikern den Außenminister Leopold Graf Berchtold[38] und den Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf.[39] eine besondere Schuld träfe. Und – zurückkehrend zum Anliegen des Beitrags – hieß es, „Hetzer und

---

33 Albert Ritter: Die Rolle des Angreifers. In: Ebenda, Nr. 363, 1. August 1924. Zugleich ließ das Blatt seinen Autor die Frage erörtern, wie Deutschland gesiegt haben könnte. Dessen Antwort unter Berufung auf eine Aussage Bismarcks über Moltke d. Ä.: Wenn es nicht dem Schlieffen-Plan gefolgt, sondern sich im Westen verteidigt und im Osten offensiv geworden wäre.

34 Theodor Wolf: Vor zehn Jahren. In: *Berliner Tageblatt*, Nr. 32, 7. August 1924.

35 *Berliner Tageblatt*, Nr. 27, 29. Juni 1924. Vgl. auch Der Tag von Versailles. In: Vossische Zeitung, Nr. 307, 30. Juni 1924.

36 *Vossische Zeitung*, Nr. 304, 28. Juni 1924. Gelegentlich wurde, wie in der Ausgabe Nr. 306, 29. Juni 1924, in einem „Die Kriegsschuldfrage“ überschriebenen Artikel erwähnt, Deutschland sei nicht von jeder Schuld frei, ohne jedoch darüber in nähere Erörterung einzutreten.

37 Der 28. Juni 1919. In: *Germania*, Nr. 159, 28. Juni 1924.

38 Berchtold, vordem Botschafter in mehreren Hauptstädten Europas, bekleidete das Amt des Außenministers der k. u. k.-Monarchie von 1912 bis 1915 und besaß maßgeblichen Anteil an der auf den Krieg gegen Serbien zielenden provokatorischen Politik, die in den Weltkrieg mündete.

39 Conrad von Hötzendorf war von 1912 bis 1917 Generalstabschef der k. u. k.-Armee und gehörte zu jener Gruppe am Wiener Hof, die die Weichen 1914 auf Krieg stellte.

Intriganten“ habe es „in allen Lagern“ gegeben. Etwas überraschend kam der Autor zu dem Schluss, dass das Reich eine erhebliche Mitschuld am Kriegsausbruch träfe, was die „schärfste Verurteilung des alten Systems“ rechtfertige.[40]

In diese Kerbe – Deutschland sei am Kriege keineswegs allein schuld – schlug des Weiteren ein Artikel Eduard Bernsteins, der indessen auch nicht nach Kriegsursachen lotete, sondern zur Zurückweisung der Alleinschuldthese einzig eine Kriegserinnerung an einem runden Jahrestag – 1924 ausländische Stimme in extenso präsentierte.[41] Nur drei Tage später konnten die Leser des „Vorwärts“ im Leitartikel aus der Feder eines zum Friedensanhänger gewordenen Weltkriegsoffiziers wieder anderes lesen und dort auf die kryptische Wendung stoßen, der Krieg sei über uns gekommen „wie der Dieb in der Nacht“.[42]

Nur mit Wehmut mochten belesene Sozialdemokraten an die Analysen denken, die Karl Marx und Friedrich Engels über die Ursachen geschrieben hatten, aus denen die Kriege hervorgegangen waren, zu deren Zeitgenossen die beiden gehört hatten – der Krimkrieg, der Bürgerkrieg in den USA, die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 und weitere. Daran erinnerte, schwach, der die erste Seite füllende Aufmacher des „Vorwärts“ unter der Balkenüberschrift „Den Toten des Weltkrieges“. Es habe, wurde da bemerkt, auf deutscher Seite „wahnsinnige Eroberungspläne“ gegeben, als deren Autoren und Verfechter die Alldeutschen genannt wurden. Wucherer und Kriegslieferanten wurden apostrophiert, die sich im Kriege bereichert hätten, ohne dass die Kriegskredite erwähnt wurden, aus deren Kasse sich doch diese erst hatten bedienen können. „Kreise“, die nicht bei ihren Namen genannt wurden, hätten so „Schuld am Volke“ auf sich geladen. Erinnert wurde, ohne dass der Begriff Revolution fiel, an die Hoffnungen, die sich mit dem Sturz des Kaiserreiches verbunden hatten. Indessen sehe man sich nun dem Kapital gegenüber, das mächtiger konzentriert sei als 1914 und obendrein gelernt habe, „auch die demokratische Republik seinen Zielen nutzbar zu machen“. Apodiktisch war dann formuliert: „Ohne Sozialismus kein Friede, ohne Herrschaft der Arbeiterklasse keine Verhinderung neuer Kriege.“ Als Bekenntnis zu grundstürzenden gesellschaftlichen Umwälzungen mögen solche Sätze in der Parteimitgliedschaft gelesen worden sein, doch waren sie damit weit überinterpretiert, denn im Weiteren wurde das „aktive Eingreifen in die Staatsgeschäfte“ als Weg zur Ausrottung der Kriege bezeichnet.[43]

Während in diesen Beiträgen des *„Vorwärts“* die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie Ende Juli/Anfang August 1914 auch nicht in einem Nebensatz erwähnt wurde, nahm dann doch ein Artikelschreiber dieses Thema auf. Philipp Scheidemanns Text begann mit einer grotesk anmutenden Interpretation der antisozialdemokratischen Vorkriegshetze der damaligen Machthaber. Die Diffamierung der Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen hätte den Feinden Deutschlands geradezu als eine Einladung geklungen, wäre ihnen so doch der Gedanke suggeriert worden, dass ein Drittel der Deutschen sich dem Kriegsdienst verweigern würde. Dann habe sich im „unglückseligen Krieg“ anderes gezeigt. Die deutsche Arbeiterschaft durfte nicht zulassen, dass Deutschland Kriegsschauplatz wurde, die „russische Dampfwalze“ hereinbrach und Russen und Franzosen sich in Berlin getroffen hätten. Also, mochte sich ein kritischer Leser denken, blieb den deutschen Proletariern nichts anderes übrig, als den Krieg über die Grenzen in das Land ihrer Klassengenossen zu tragen. Von der Landesverteidigung zum Verständigungsfrieden und von da zu Niewieder-Krieg, so charakterisierte Scheidemanns Totalapologie die strategische Linie der Sozialdemokratie, an die sie sich auch gehalten hätte, wie durch ihre Friedensinitiativen bewiesen sei. Das offizielle Presseorgan des Parteivorstands der Sozialdemokratie stellte sich mit seinen Weltkriegsbildern wie ein Selbstbedienungsladen dar, in dem sich die Genossen geistig mit dem ihnen jeweils Passenden versorgen konnten.

---

40 *Vorwärts*, 28. Juni 1924.

41 Eduard Bernstein: Morel und die Kriegsschuld. In: *Vorwärts*, Nr. 354, 30. Juli 1924.

42 Hermann Schützinger: Der Anfang und das Ende. Zum Tage des Kriegsbeginns. In: Ebenda, Nr. 361, 2. August 1924.

43 Den Toten des Weltkrieges. In: Ebenda, Nr. 362, 3. August 1924.

Was die Presse von deutschnational rechts bis zu sozialdemokratisch links nebst der Praxis des Weglassens und der Verweigerung tieferer sozialer Analysen auch noch „einte“, war die absolute Verweigerung jedweder kritischen Untersuchung der eigenen Rolle in Vorkriegskrise und im Krieg. Nicht, dass das Pensum dasselbe, nicht, dass die geschichtliche Last gleich schwer gewesen wäre. Aber jedes und jede für sich genommen gab Denkstoff doch genug. Diese Haltung wurde begünstigt, wenn nicht erst ermöglicht dadurch, dass auch die deutschen Historiker jede Kritik an der Rolle des Reiches unterließen, damit ihre eigene Haltung während des Krieges wahrend und verteidigend. Und das setzte sich im etablierten Teil der Zunft bis in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg fort.[44] Tucholsky hatte uneingeschränkt Recht, als er das Ausbleiben auch der mildesten Form eines selbstkritischen Bekenntnisses konstatierte. Ja, es wurde nicht einmal ein Irrtum eingestanden. Diese Haltung, die Christen Unbußfertigkeit nennen und die deutschnationaler Geist als Trotz und Trutz feierte, hatte am 3. August auch die erwähnte Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude geprägt. Mit dem Blick auf derlei Kontinuitäten, die sich im Denken und in Taten erkennen ließen, konnte Tucholsky urteilen, Deutschland hat sich „nicht gewandelt“.

Und dann waren da noch die Kommunisten, die bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 nahezu 3,7 Millionen Wählerstimmen gewonnen hatten, von denen sie bis zu der noch im gleichen Jahr im Dezember erfolgenden erneuten Wahl eine Million verloren, und ihre Parteizeitung „Die Rote Fahne“. Nicht nur gemessen an dem begrenzten Platz, den ihre Ausgaben, verglichen mit anderen Zeitungen, aufwiesen, sondern auch absolut befasste sich Ende Juli/Anfang August 1924 keine andere deutsche Tageszeitung derart intensiv mit dem Rückblick in die Tage des Kriegsbeginns. Dabei standen dieser Redaktion geschulte Spezialisten, die sich in die Flut der Dokumenten- und anderen Publikationen beruflich vertieft hatten, als Autoren nicht zur Verfügung. Die Zeitung hielt sich auch bei Details (wer in den kritischen Wochen wann, wem, was gesagt, geschrieben oder verschwiegen hatte) nicht auf. Dass an dem Zustandekommen dieses Krieges alle beteiligten Mächte Schuld trugen, dass für ihn „Großkapitalisten, Militaristen, Sozialpatrioten“ verantwortlich zu machen seien[45], war unter Kommunisten keiner weiteren Begründung bedürftig; und die eigenen Leser zur Auseinandersetzung mit subtilen Verzerrungen und Verfälschungen zu rüsten, lag außerhalb des Redaktionsplans. In der Zeitung, auch. das unterschied sie von der Presse anderer Parteien, wurden Erinnerungen einstiger Weltkriegssoldaten gedruckt, die ihre Erlebnisse und mit ihnen das Kriegselend ungeschminkt darstellten.[46] Veröffentlicht wurden Texte Lenins aus den Kriegsjahren, die das Geschehen kommentierten und analysierten.[47] August Thalheim er schrieb einen ganzseitigen Artikel.[48] Auf vier Druckseiten wurden Auszüge aus Beiträgen .wieder bekannt gemacht, welche die sozialdemokratische Presse, der „Vorwärts“ und „Der wahre Jakob“, zwischen 1914 und 1918 publiziert hatte.[49]

Zwei geistige Stoßrichtungen traten hervor: Die eine wies gegen beruhigende Erklärungen über die Tendenz der internationalen, namentlich der europäischen Entwicklung und betonte, dass die Grundsituation, die in den August 1914 geführt habe, geschichtlich nicht überwunden sei. Hoffnungen auf Verständigung der Großmächte und den Völkerbund würden in die Irre führen. Die Kriegsgefahr in doppelter Gestalt existiere fort. Sie bestehe zum einen in der Möglichkeit eines gemeinsamen Angriffs der kapitalistischen Mächte gegen die UdSSR, aber zum anderen auch in der eines „interkapitalistischen Konflikts“, wobei beider zeitliche Nähe übertrieben kurz bemessen wurde.[50] Die andere galt den einem Abschluss entgegen gehenden Verhandlungen über die Reparationsfrage und der

---

44 Darauf hat neuerdings auch Konrad H. Jarausch im Interview mit dem „Spiegel“ verwiesen, wenn auch seine Erklärung auf das Erlebnis der Generationen abhebt und die aus dem Kaiserreich überkommene Grundhaltung der Ablehnung jeder Kritik an der Regierung zu kurz greift und die Übereinstimmung mit der herrschenden Ideologie und den Beitrag zu deren Entwicklung und Verbreitung nicht in Rechnung stellt. In: Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, München 2004, S. 257.

45 Aufruf der KPD „Gegen den imperialistischen Krieg“. In: *Die Rote Fahne*, Nr. 80.

46 Ebenda, Nr. 85, 2. August 1924.

47 Ebenda, Nr. 86, 3. August 1924.

48 August Thalheimer: Spartakus und der Weltkrieg. In: Ebenda.

49 Ebenda.

50 Ebenda. Die Redaktion schrieb von der „unmittelbaren Nähe“ solcher Kriegsmöglichkeiten.

Bewertung der Interessen, aus denen die, später Dawes-Abkommen genannten, Abmachungen hervorgehen würden. Sie wurden als die Unterwerfung Europas unter die Diktatur des US-amerikanischen Imperialismus charakterisiert und die in Deutschland arbeitenden Menschen als diejenigen, zu deren Lasten die Verwirklichung der Vereinbarungen ausschlagen müsste.[51] So verband sich die Forderung, gegen einen erneuten Krieg zu kämpfen, mit der Konfrontation gegen die Abmachungen, die das Kapital zu treffen im Begriff stand.

Keine andere Zeitung informierte derart ausführlich über die verschiedensten Initiativen im In- wie im Ausland, die sich mit dem Jahrestag verbanden. Derart wurde deutlich, wie zersplittert und zerfasert die auf den Frieden gerichteten Bestrebungen waren. Neben den gleichsam regierungs- und behördlichen Veranstaltungen gab es solche der Sozialdemokraten, von pazifistischen Organisationen und eben die eigenen der Kommunisten. Letztere trugen offenkundig nichts bei, ideologische und politische Scheidewände nieder zu reißen, die nicht unüberwindbar zu sein schienen.

Die kommunistische Losung lautete „Krieg dem Kriege!“, und die könne nur auf dem Wege des Bürgerkriegs mit dem Ziel der proletarischen Revolution erfolgreich zu Ende gebracht werden.[52] Es sei die harte Wahrheit, dass eine andere Chance, Kriege abzuschaffen, nicht bestehe, ausgenommen diese, die als „proletarische Lösung“ bezeichnet wurde. Notwendig sei, erklärte ein zum bevorstehenden Jahrestag weisender Aufruf der kommunistischen Parteiführung, in Deutschland „den Weg der russischen Revolution“ zu gehen.[53]

Gegenüber der eigenen Losung „Krieg dem Kriege!“ wurde die von nichtkommunistischen Kriegsgegnern benutzte Parole „Nie wieder Krieg!“ brüsk abqualifiziert. Man rechnete sie einem Pazifismus zu, den entweder „bewusste Lügner“ oder „betrogene Betrüger“ verbreiten würden. Letzteres galt aktuell den verschiedenen Verfechtern des Friedensgedankens, die sich in Berlin in einem Aktionsausschuss zusammen geschlossen hatten und mit namhaften Rednern – Carl von Ossietzky, Stefan Großmann, Walther Schücking, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und Aktivist in der Deutschen Liga für Völkerbund und im Deutschen Friedenskartell – zu Kundgebungen einluden. Eine davon, sie hatte in der Brauerei Friedrichshain stattgefunden, erhielt in der kommunistischen Zeitung ohne Begründung das Prädikat „interessant“. Auf ihr hatte Ignatz Wrobel gesprochen. Seine – d. i. Kurt Tucholskys – Distanz zur staatsoffiziellen Feier und zu deren Redner war zwar verklausuliert, aber so deutlich ausgefallen, dass daran auch mit dem strengen Maß der starren Antikriegsstrategie der Kommunisten nichts auszusetzen war.

Die revolutionäre Partei hatte in Berlin in Moabit und anderen Stadtbezirken in den ersten Augusttagen für eine Kette von Veranstaltungen die größten Säle gemietet und diese dann auch gefüllt. Mehrfach – vordem schon in Hamburg – sprach Henri Barbusse. Weitere französische und andere ausländische Gäste kamen zu Wort. Die Aktionen der Kommunisten während der Staatsfeier vor dem Reichstag – das Werfen von Flugblättern, das Absingen der Internationale u. a. – bewertete die Zeitung als großen Erfolg, was, denkt man an die dortigen Kundgebungsteilnehmer, eher zweifelhaft erscheinen musste. Es sei durch den Verlauf des Tages bewiesen, so dessen Bilanz, dass sich das deutsche Proletariat nie wieder zum Kanonenfutter eines Krieges machen lassen werde[54], eine Behauptung, die den Eindruck erweckte, als habe die Mehrheit der Arbeiterklasse zu den Ereignissen des Jahres 1914 und dem Verhalten der Sozialdemokratie bei Kriegsbeginn eine kritische Distanz schon gewonnen. Indessen war die politische Stoßrichtung der Kommunisten gerade dieser, ihr Rivale, die Sozialdemokratie.

Mehrfach wurde dem „Vorwärts“ vorgehalten, dass er die Erklärung der Parteien der II. Internationale zum Jahrestag des Kriegsbeginns noch nicht veröffentlicht hatte, was schließlich am 29. Juli geschah, mit Kürzungen, die deren Autoren selbst für möglich, jedoch nur kleineren sozialistischen

---

51 Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. In: *Die Rote Fahne*, Nr. 82, 30. Juli 1924.

52 Die Aufmachung der Ausgabe vom 3. August 1924 lautete denn auch: Bürgerkrieg gegen imperialistischen Krieg. Ebenda, Nr. 86, 3. August 1924.

53 Ebenda, Nr. 80, 27. Juli 1924.

54 *Die Rote Fahne* am Montag, 4. August 1924.

Zeitungen als denkbar empfohlen hatten. Auch der Hinweis darauf, dass sich die deutsche Partei und ihre Zeitung mit Berichten über Aktivitäten verwandter ausländischer Parteien zurückhielt, war gerechtfertigt, u. a. durch die dem Ereignis keineswegs angemessene kurze Berichterstattung über die größte Kundgebung, die eine sozialistische Partei in Europa zustande gebracht hatte – die schon erwähnte in Wien. Nun waren in der Erklärung der so genannten Amsterdamer die Regierungen der Kriegsgegner Deutschlands keineswegs zu Friedenswilligen geschminkt, sondern ihnen zugeschrieben worden, dass sie ebenfalls fähig gewesen wären, den Krieg zu beginnen: Doch im Einklang mit dem Faktischen hatte es dann unmissverständlich geheißen, dass es die entscheidenden Kreise in der k. u. k.-Monarchie und im deutschen Kaiserreich gewesen waren, „eine Verbrecherbande", die „mit kalter Berechnung die Lunte ans Pulverfass gelegt" hätten.[55] Das war die Sprache der Führer der deutschen Sozialdemokratie nicht. Selbst dort, wo der Text der II. Internationale der von den Kommunisten verfochtenen Ansicht nahe kam, ja mit ihr identisch war, wie beispielsweise in der Aussage, die Menschheit befände sich noch immer an jenem Abgrund, in den sie 1914 hinabgestürzt sei, wussten diese damit nichts anzufangen.[56] Die II. Internationale galt in der III. Internationale als „Filiale der internationalen Börse".[57] Basta. Und auch das Verdienst der österreichischen Sozialisten diente der kommunistischen Zeitung einzig als Kontrastbild zur Tatsache, dass die Deutschen Vergleichbares nicht unternommen hatten, und wurde ansonsten unter „pazifistische Phrasen" abgetan.[58]

Fazit: Die Momentaufnahme, die sich von der eben fünf Jahre alten Weimarer Republik herstellen lässt, wenn die Erinnerung an den Weltkriegsbeginn in deren Zentrum gerückt wird, versprach für die Zukunft der deutschen Gesellschaft wenig Verheißungsvolles. Die Kräfte, die kritische Sicht auf den Krieg forderten und zum Ausgangspunkt der Politik machen wollten, zeigten sich in einer Minderheit, waren in sich uneins und trugen ihre Fehden aus. Der 3. August 1924 erfuhr auch die Kennzeichnung als „Opfergedenktag", und in ihr drückt sich, womöglich unbeabsichtigt, aus, dass von den Taten und ihrer Vorgeschichte nicht viel Aufhebens gemacht werden sollte. Helden und Opfer, Ehre und Ehrfurcht, Mahnung und Verpflichtung, letztere häufig mit einer Unschärfe behaftet, die jede Auslegung zuließ – so lauteten die (Ver-)Leitvokabeln jener Tage.

Detlef Nakath/Lothar Schröter (Hrsg.), Militärgeschichte – Erfahrung und Nutzen. Beiträge zum 80. Geburtstag von Reinhard Brühl (= Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik, 6) Schkeuditz 2005, S. 61-80.

55 *Die Rote Fahne*, Nr. 82, 30. Juli 1924.
56 Siehe den Verweis auf den Aufruf der II. Internationale in: Ebenda, 27. Juli 1924.
57 Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen-Internationale. In: Ebenda, Nr. 82, S. 30.
58 Ebenda, Nr. 81, 29. Juli 1924.

Häftlingsgesellschaft

Der Begriff und seine Problematik

„Häftlingsgesellschaft“ und ebenso die seltener anzutreffenden Begriffe „Häftlingszwangsgesellschaft“[1], „Häftlingsgemeinschaft“[2], „KZ-Gesellschaft“ und „Lagergesellschaft“ wurden während der Zeit der Existenz der Konzentrationslager weder vom Kommandantur-, Verwaltungs- und Wachpersonal noch von den Insassen gebraucht. Eugen Kogon, Häftling im KZ Buchenwald, verwendete ihn in seinem frühen Bericht. Andere Autoren bevorzugen den Begriff „Lagergemeinschaft“.[3] Als neutrale Kennzeichnung ist vereinzelt „Häftlingsgesamtheit“[4] anzutreffen.

„Häftlingsgesellschaft“ wurde in Zeugenberichten gebraucht, um die Gefangenen in jener „Welt für sich, aus der die natürlichen Gesetze jeder menschlichen Gesellschaft verbannt“ waren (Hermann Langbein), auf einen Begriff zu bringen. Erst als dieser Begriff auch in die Sprachlaboratorien der Geschichtswissenschaft und der Soziologie eingedrungen war, fand er weitere Verbreitung. Er gilt meist als keiner Interpretation bedürftig. Seine Bildung und Benutzung stellen jedoch eine Ausnahmeerscheinung dar. Gewöhnlich bedient sich die Historiografie jener Begriffe, die in den in Rede stehenden Zeiten entstanden und gebräuchlich waren. Wie in anderer aus der Rückschau getroffener Wort- und Begriffswahl, mit der Existenzbedingungen der Konzentrationslager charakterisiert werden, spiegelt sich auch im Begriff Häftlingsgesellschaft die Schwierigkeit, deren Wirklichkeit sprachlich angemessen auszudrücken.

„Häftlingsgesellschaft“ meint jene Menschengruppe eines Konzentrationslagers, um deren Verfolgung, Bestrafung, Isolierung und Terrorisierung willen die Lager 1933 geschaffen und später zum System ausgebaut wurden. Der Begriff grenzt die Insassen der Lager von den drei anderen Bestandteilen ab, von der Kommandantur mit ihrem SS-Personal, der im Lager etablierten Gestapo-Abteilung und den Wachmannschaften der SS-Totenkopfverbände. Das Leben in ihnen wurde wesentlich durch deren Absichten und Ziele bestimmt. Die Häftlingsgesellschaften entstanden als Folge von Willkür, Gewalt und Terror. Alle Gesetze und Normen, die außerhalb ihrer Zäune und Mauern zwischen 1933 und 1945 noch galten, waren dort außer Kraft gesetzt. Hinter elektrisch geladenem Stacheldraht vollzog sich das Leben der Gefangenen nach Weisungen der dafür gesondert geschaffenen Zentralbehörden und Befehlen der Kommandanten und ihrer Untergebenen. Dennoch existierten in dieser Häftlingsgesellschaft – in einer Umprägung, die sie unverwechselbar macht – auch Verhältnisse, die sich in der Gesellschaft ringsum (selbst in ihrer zivilisatorischen Prägung) ebenfalls antreffen ließen. Dazu gehörten: Herrschaft und Unterordnung, Arbeit und Ausbeutung, Organisiertheit und Spontaneität, Ordnung und Chaos, Privilegien und Benachteiligungen, Sattheit und Hunger, Vorteilsnahmen und Verbrechen von Bestechung und Korruption bis zu Denunziation, Diebstahl, Körperverletzung und Totschlag, aber auch gegenseitige Hilfe, Solidarität und Widerstand. Für alle Menschenfeindlichkeit und Unmenschlichkeit in dieser Häftlingsgesellschaft trugen letztlich die Installateure und Schergen der Lager die Verantwortung. Für alles, was in ihnen an Mitmenschlichkeit bewahrt, an Menschenwürde behauptet werden konnte, kommt das Verdienst jenen Häftlingen zu, die sie lebten und vorlebten und unter Umständen auch mit selbst wiederum drakonischen Mitteln erzwangen, sodass aus der Häftlingsgesellschaft nicht nach dem Willen der SS eine Wolfsgesellschaft entstand.

---

1 Werner Röhr, Absolute oder abgeleitete Macht? Funktionshäftlinge im Konzentrationslager zwischen Kollaboration und Widerstand, in: Werner Röhr/Brigitte Berlekamp (Hrsg.), Tod oder Überleben? Neue Forschungen zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück, Berlin 2001, S. 239.

2 Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der Konzentrationslager, München 91980. Dort findet sich der Begriff unter anderem auf S. 389. Wolfgang Sofsky (Analyse des Schreckens. Eugen Kogons „Der SS-Staat“ und die Perspektiven der KZ-Forschung, Wiesbaden 1995) benutzt den Begriff schon in der Inhaltsangabe seines Buches, S. 15.

3 So bei Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993. Dabei sind den Verfassern die Spannungen und Kämpfe zwischen Häftlingsgruppen bewusst, wovon deren zurückhaltende Schilderung (S. 315 ff.) zeugt.

4 Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978, S. 56.

H. G. Adler, Gefangener in Theresienstadt, sprach im Untertitel seines Buches vom „Antlitz einer Zwangsgemeinschaft“ und gab seine Darstellung von deren Geschichte, Soziologie und Psychologie.[5] Diese Bezeichnung liegt zum einen mit ihrer Hervorhebung des Zwangscharakters näher bei der Realität, doch wird sie mit der Bezeichnung „Gemeinschaft“ den vielfältigen, partiell feindlichen Beziehungen zwischen Gruppen von Lagerinsassen wiederum nicht gerecht. Ihr Vorzug besteht indessen in dem so mitzudenkenden Verhältnis zwischen den Zwingenden und den Gezwungenen, zwischen den über Leben und Tod Herrschenden und den ihnen Ausgelieferten. Der Begriff Häftlingsgesellschaft besitzt demgegenüber den Nachteil, dass er dieses Verhältnis nicht erfasst, und seine Tücke besteht darin, dass die Häftlinge zu sehr als Subjekte und Gestalter dieser Gesellschaft angesehen werden.

Ungeachtet dieses Mangels hat sich der Begriff „Häftlingsgesellschaft“ in Geschichtswissenschaft und Publizistik durchgesetzt, er findet sich in Texten und Buchüberschriften[6] ebenso wie als Thema von wissenschaftlichen Veranstaltungen und Vorträgen. Meist wird mit ihm die Gesamtheit der in ein Konzentrationslager verschleppten Menschen bezeichnet. Mitunter wird der Begriff jedoch enger gefasst und zwischen dem befehlsmächtigen SS-Personal und der Häftlingsgesellschaft eine besondere dritte Gruppe konstruiert, die der so genannten Funktionshäftlinge, die zwischen beiden existiert und gewirkt habe. Der Platz dieser Gruppe in den KZ ist auch als „intermediäre Instanz“ bezeichnet,[7] ihre Bestimmung als die eines notwendigen Gliedes zwischen SS und der Masse der Lagerinsassen vorgenommen worden. Jedoch führen Definitionen in die Irre, welche ignorieren, dass diese Minderheit, die auf etwa ein Prozent der KZ-Insassen geschätzt wurde, bei aller Sonderfunktion und -stellung Teil der Häftlingsgesellschaft blieb. Deren Zugehörige waren weiterhin wie jeder andere Häftling rechtlos den Entschlüssen der SS oder von Beamten der Gestapo-Dienststellen unterworfen, in der ihnen zugewiesenen Rolle häufig stärker gefährdet als „normale“ Lagerinsassen. Von der Anwendung der infamen Skala der Bestrafungen waren sie nicht ausgenommen: Kostentzug, Postsperre, Strafexerzieren, Prügelstrafe, „Pfahlbinden“, Arrest im Bunker, Absetzung und Zuordnung zu einem Kommando, das besonderen Gefährdungen ausgesetzt war, Versetzung in den Strafblock oder in die Strafkompanie, Abtransport in Lager mit extrem schlechten Lebens- und Überlebensbedingungen, Ermordung oder Tod durch fortgesetzte Schikanen.

Die grundlegende Beschaffenheit der Häftlingsgesellschaft, die sich von KZ zu KZ mehr oder weniger stark unterscheiden konnte, war in keinem Teil das Ergebnis von Regelungen, die von Häftlingen getroffen werden konnten, sondern von ihren Anfängen her das projektierte Werk der Machthabenden. Sie ergab sich aus Entscheidungen darüber, wer in die Lager (auch wer in welches Lager) eingeliefert wurde und aus Zweckmäßigkeitserwägungen darüber, wie die Masse der Herbeigezwungenen beherrscht und verwertet werden konnte, ohne dass dazu sehr viel SS-Personal aufgewendet werden musste. Schon in den frühen Lagern wurden Häftlingen unter Bezeichnungen wie Lager-, Burg-, Haus-, Truppälteste, Arbeitsfeldwebel u. a. besondere Aufgaben übertragen. Mit der Zunahme der Funktionen des KZ-Systems und dem Anwachsen der Zahl der Lagerinsassen vervielfältigte und komplizierte sich die Struktur der Häftlingsgesellschaft. Sie unterlag von der Errichtung der ersten Lager im März 1933 über die Herausbildung eines streng reglementierten KZ-Systems als Teil des SS-Imperiums bis zur Befreiung 1945 binnen zwölf Jahren einem erheblichen Wandel.

Wesentliche Prozesse dabei waren die Veränderungen der Zahl und Zusammensetzung der Insassen – zuerst wurden die politischen Häftlinge aus dem Reich eine Minderheit, weil seit 1935/36 „Berufsverbrecher“, Homosexuelle, die „Bibelforscher“ genannten Zeugen Jehovas, „Arbeitsscheue“ und „Asoziale“ hinzukamen. Im KZ Dachau wurde eine Großgruppe von Geistlichen, vor allem katholische Priester, gefangen gehalten und vielfach zusätzlich schikaniert, deren Angehörige aus Gewis-

---

5 H. G. Adler, Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte, Soziologie, Psychologie, Tübingen ^{2}1960.

6 Robert Streibel/Hans Schafranek (Hrsg.), Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und GULag, Wien 1996; Christa Schikorra, „Asoziale“ Frauen. Ein anderer Blick auf die Häftlingsgesellschaft, in: Forschungsschwerpunkt Ravensbrück: Beiträge zur Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers, Berlin 1997, S. 60-70.

7 Wolfgang Sofsky, Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt a. M. 1993, S. 152 f.

sensgründen in Predigten, Unterweisungen und anderen Verlautbarungen Kritik an der Ideologie und Praxis des Regimes geübt hatten.

Als Folge der 1940 einsetzenden Herbeischleppung von Angehörigen anderer Nationen aus eroberten Gebieten wurden die Deutschen insgesamt zur Minorität. Eine weitere einschneidende Veränderung stellte der 1937/38 beginnende gezielte Arbeitseinsatz der Häftlinge dar, der vor dem Hintergrund des Mangels an deutschen zivilen Arbeitskräften seit 1941/42 zum Prinzip erhoben wurde und zum Einsatz der Mehrheit der Gefangenen außerhalb der dann so genannten Stammlager in Rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben führte. Er übersäte das Reich und die von Deutschland besetzten Gebiete mit Außenlagern. Als Folge deutscher Kriegsverluste erhöhte sich das Interesse an dauernd verfügbaren Arbeitskräften der KZ unausgesetzt. Das bewirkte einerseits eine bessere, keineswegs aber pflegliche Behandlung von Häftlingen, andererseits und solange der Nachschub an Gefangenen unerschöpflich zu sein schien, ging die Ausbeutung mit der „Vernichtung durch Arbeit" genannten Praxis einher. Das Entstehen von Außenkommandos und -lagern bei Rüstungswerken, auf landwirtschaftlichen Gütern und bei militärischen und sonstigen Anlagen hob die Isolierung der Häftlinge nicht auf, lockerte sie aber mitunter unvermeidlich.

Die Entstehung der horizontalen Struktur

Die horizontale Gliederung der Häftlingsgesellschaft entstand in den Vorkriegsjahren als Folge der Bestimmung jener Gruppen, die dem Regime als politische Feinde oder als Gefährdung einzelner Interessen und Ziele galten. Auf die Inhaftierung der politischen Gegner, die im März 1933 einsetzte und anfänglich vor allem Kommunisten sowie Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre erfasste, folgte die von Homosexuellen, Zeugen Jehovas, „Gewohnheits-" bzw. „Berufsverbrechern", Sinti und Roma („Zigeunern") und von „Asozialen". Zu Letzteren gehörten wiederholt straffällig gewordene Kleinkriminelle, Suchtkranke, Obdachlose, Nichtsesshafte („Landstreicher"), Prostituierte, Zuhälter und Bettler, Unterhaltsverweigerer oder „pflichtvergessene" Mütter. In die KZ gerieten selbst Menschen, die als Querulanten eingestuft waren, auch Alkoholiker, sexuell Freizügige, „Arbeitsscheue" und Geistliche beider christlichen Konfessionen.

Aufgrund der erweiterten Funktion der Konzentrationslager die 1933 ungeregelt und schleichend einsetzte und anfänglich zwischen Institutionen der Macht umstritten war, dann aber durch Vereinbarungen zwischen SS, Polizei und Justiz systematisiert wurde, wandelte sich die Häftlingsgesellschaft gründlich. Sie war eine Ansammlung von Männern und – gesondert – Frauen mit völlig verschiedenem Vorleben, unterschiedlichen Denk- und Verhaltensweisen, weltanschaulichen, politischen, religiösen und anderen moralischen Bindungen und Grundsätzen, folglich voller Gegensätze und Widersprüche, Rivalitäten und Befeindungen. Diese Situation erschwerte das Leben der Häftlinge und erleichterte deren Beherrschung, u. a. durch die Installierung eines Netzes von Spitzeln aus Insassen der Lager.

Die Lager dienten nicht mehr allein der Bestrafung, Einschüchterung und Ausschaltung von Gegnern (und in ihrer Außenwirkung der Drohung und Abschreckung), sondern waren zudem Instrument zur Formierung, Disziplinierung und „Reinigung" der Volksgemeinschaft, insbesondere mit dem Ziel, diese für Aufrüstung und Krieg zu formieren. Sie gewährleisteten, wiewohl das zunächst ein Nebenzweck blieb und mit dem Arbeitsvermögen der Häftlinge vielfach eher schikanös denn rationell umgegangen wurde, die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte.

Die Häftlingsgesellschaft rekrutierte sich aus allen sozialen Schichten und, solange die „Politischen" an Zahl dominierten, vorwiegend aus Angehörigen der Arbeiterklasse. Doch die Herkunft der Häftlinge spielte in den Lagern nur eine begrenzte, wenn auch mitunter für das Leben und Überleben hochwichtige Rolle. Besondere handwerkliche und andere gefragte (sanitäre, medizinische, bürokratische) Fähigkeiten konnten über den Platz und die Stellung von Lagerinsassen im Verhältnis zur SS wie zu Mitgefangenen entscheiden. Indessen erscheint es verfehlt, wie in der Literatur anzutreffen, von einer eigenen „sozialen Struktur" der Häftlingsgesellschaft zu sprechen, das Lager als ein „soziales System" anzusehen oder den Häftlingen einen „sozialen Stand"[8] zuzusprechen. Alle Insassen waren aus ihren

[8] Pingel, Häftlinge, S. 39. Der Autor meint, dass die Zugehörigkeit zu verschiedenen Arbeitskommandos den „sozialen Stand" der Häftlinge kennzeichnen würde.

sozialen Verhältnissen gerissen. Sie bildeten, nach den Gründen ihrer Gefangennahme und nach Nützlichkeitserwägungen der SS gegliedert, insgesamt eine Gruppe von total Abhängigen. Wenn sie nach ihrer Arbeitstätigkeit Klassen oder Schichten der Gesellschaft zugeordnet werden konnten, so waren sie, sofern sie für Produktions- und Dienstleistungszwecke verwendet wurden, Arbeitern, Landarbeitern, Handwerkern (früh etwa in lagereigenen Werkstätten) oder Angestellten (in den Schreibstuben der Lagerbürokratie) vergleichbar. Eine soziale Struktur ergab das nicht, denn die den Häftlingen während des Arbeitsprozesses zukommende Eigenschaft – anders denn bei freien Arbeitern – verlor sich in dem Moment, da sie ihre einzeln oder gruppenweise verrichtete Tätigkeit beendet hatten und wieder nichts als Teil und Nummer in der grauen Masse der Häftlinge wurden. Die Häftlingsgesellschaft gliederte sich horizontal in ihrer Masse auf andere Weise, nach politischen und – einsetzend 1938/39 – auch nach nationalen Gruppen, durch die von Interessen geleitete Formierung von Cliquen, in alte Insassen und Neuzugänge, auch in Freundeskreise. In den KZ existierten Häftlingsgruppen oder *Häftlingskategorien*, der Begriff Häftlingsklasse trifft die Realität hingegen nicht.

Eine einschneidende Erweiterung der horizontalen Struktur der Lager vollzog sich nach Kriegsbeginn. Von da an kamen in die vorhandenen und in neu errichtete Lager bald massenhaft Menschen aus den besetzten Staaten und Gebieten. Es gab kein erobertes Land, aus dem nicht Männer und auch Frauen in KZ inhaftiert wurden; selbst Kinder wurden in sie verbracht.[9] Auch aus nicht am Krieg beteiligten Staaten gerieten Menschen, so Spanier, die am Bürgerkrieg teilgenommen hatten und nach dem Sieg der Francisten nach Frankreich geflohen waren, in die Lager. Die Gründe der Verschleppung waren vielfältig. Anfänglich erfolgte sie vor allem wegen bewaffneten oder anderen Widerstands gegen die Eindringlinge und Besatzer, doch genügte auch schon der bloße Verdacht solchen Widerstandes. Auf die Verhaftung einzelner Personen folgte die Verhaftung ganzer Gruppen, wovon sich die Eroberer die dauerhafte Befestigung der Okkupationsregime erhofften. Aufgrund des „Nacht-und-Nebel-Erlasses“ vom 7. Dezember 1941 wurden tausende Personen in den besetzten Gebieten – größtenteils Franzosen – bei „Nacht und Nebel“ deportiert und entweder vor ein Sondergericht gestellt oder in die Konzentrationslager verschickt. Dann bildeten ausländische Arbeiter, die in das Deutsche Reich gelockt oder gezwungen worden waren, einen wachsenden Teil der Inhaftierten; sie hatten versucht zu fliehen oder sich den Forderungen für das Verhalten während oder nach der Arbeit nicht unterworfen. Aus gleichen oder ähnlichen Gründen wurden entgegen den Bestimmungen des Völkerrechts und der Haager Landkriegsordnung von 1907 Kriegsgefangene in Konzentrationslager gebracht. So wurden die Lager Orte der gewaltsamen Ansammlung von Menschen vieler europäischer Nationen und Völker. In ihnen konnte ein norwegischer Widerstandskämpfer ebenso angetroffen werden wie ein albanischer muslimischer Geistlicher. Zu den Exoten unter den Lagerinsassen gehörten auch Bürger aus neutralen Staaten wie der Türkei und der Schweiz, aus Schweden, Portugal, Libyen, Irak und dem Jemen.

Schon 1933 waren exponierte Politiker und geistige Führer der deutschen Sozialdemokratie – so der vormalige Oberbürgermeister von Magdeburg Ernst Reuter, der Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, das Mitglied des Vorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Wilhelm Leuschner u. a. – in Konzentrationslager verbracht worden. Der Rechtsanwalt Ernst Eckstein, Mitglied des Vorstands der Sozialistischen Arbeiterpartei, erlag den Quälereien der SA-Leute im Konzentrationslager Breslau-Dürrgoy schon im Mai 1933. Deutsche Angehörige der sozialen Ober- und Eliteschichten, des Großbürgertums, des Adels und des Militärs waren in der Häftlingsgesellschaft lange nicht anzutreffen. Das änderte sich 1938. In Dachau wurden nach der Liquidierung Österreichs Erzherzog Joseph Ferdinand und die Herzöge Maximilian und Ernst von Hohenberg, beides Söhne des 1914 ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, inhaftiert. Mit ihnen kamen auch weitere exponierte Gegner des „Anschlusses“ in das KZ, u. a. Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg, Minister,

---

9 Rosemarie Hofmann, Das Schicksal der Kinder und Jugendlichen des Konzentrationslagers Buchenwald. Reflexion in der Literatur, in: Kinder und Jugendliche als Opfer des Holocaust. Dokumentation einer internationalen Tagung in der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz 12. bis 14. Dezember 1994, Heidelberg 1995, S. 145-163; Robert J. Büchler, Am Ende des Weges: Kinderblock 66 im Konzentrationslager Buchenwald, in: Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema Nationalsozialismus, München 1994, S. 104-117.

Staats- und Hofräte, Diplomaten und Offiziere. Nach dem am 20. Juli 1944 erfolgten Attentat auf Hitler wurden Beteiligte, deren Familienangehörige und der Mitwisserschaft verdächtigte Personen in KZ verschleppt und dort unter besonderen Bedingungen und meist getrennt von den anderen Häftlingen gefangen gehalten.

Die Häftlingsgesellschaft, zu deren Erfahrung und Last Totschlag und Mord durch bestialische Angehörige des SS-Personals und das Sterben von Häftlingen in den schon damals zeitweilig überfüllten und von Krankheiten und Seuchen heimgesuchten KZ gehört hatte, erlebte seit September 1939, dass die Lager eine weitere Funktion erhielten. Sie wurden zu getarnten Hinrichtungsstätten, in die Kriegsgegner einzig zu dem Zweck gebracht wurden, sie dort sofort umbringen zu lassen. Dem folgte die Tötung von nicht mehr arbeitsfähigen oder der SS missliebigen Häftlingen in den „Reviere“ genannten Krankenabteilungen der Lager durch Giftinjektionen. Seit Herbst 1941 erfolgte die Selektierung anderer „Unbrauchbarer“ und deren Transport in mit Gaskammern ausgestattete Vernichtungsstätten (Pirna-Sonnenstein, Bernburg/Saale, Hartheim). Sodann wurden in Gefangenschaft geratene sowjetische Offiziere, vor allem politische Kommissare und Juden, in KZ gebracht und u. a. in besonderen Genickschuss-Anlagen getötet. Schließlich erfolgte in einigen Lagern der Bau von Gaskammern, um Insassen kurzerhand zu ersticken. Dieses Morden musste, auch wenn nicht jeder Insasse von allen Verbrechen wusste – „während die einen jede Einzelheit der Lager-Interna erfuhren, lebte die Masse der Häftlinge von Parolen, Gerüchten, Geschwätz“[10] – und nicht alle zu jedem Zeitpunkt gleichermaßen todesbedroht waren, die Interessen- und Überlebenskämpfe innerhalb der Häftlingsgesellschaft zwischen Einzelnen und Gruppen unvermeidlich weiter verschärfen, die „furchtbare“ und „grauenhafte“ Formen annahmen.[11]

Dies umso mehr, als die SS – wie schon vor dem Kriege die verschiedenen deutschen – nun die nationalen Häftlingsgruppen spürbar unterschiedlich behandelte. Hierbei waren neben rassenideologischen Vorurteilen die mentale Einstufung der Gefangenen nach dem Grad ihrer Gegnerschaft und Widerstandskräfte gegen die deutschen Herren mitbestimmend. Überall erfuhren Juden die äußerste Willkür und den Hass der Peiniger am stärksten, sie wurden besonderen physischen und psychischen Martern ausgesetzt, ihre Gesundheit und ihr Leben waren permanent extrem gefährdet, bis sie aufgrund eines generellen Befehls in Vernichtungslager überstellt wurden. Erst als die Arbeitskräfte immer rarer wurden, kamen Juden, die dort überlebt hatten oder – wie die ungarischen – erst spät ergriffen worden waren, in die vordem „judenfrei“ gemachte Häftlingsgesellschaft in das Reich zurück. Rassendünkel und -hass richteten sich weiter in besonderem Grad gegen Angehörige slawischer und anderer Völker des Ostens, besonders gegen die der Sowjetunion und gegen die Polen, die in der Hierarchie der Häftlingsgesellschaft auf den untersten Stufen standen. Dorthin wurden seit 1943 auch jene eben noch verbündeten Italiener gesetzt, die nach dem Ausscheren ihres Landes aus der Koalition in KZ verbracht worden waren.

Doch bildeten sich in der Lagergesellschaft auch sehr verschiedene Beziehungen zwischen den Häftlingsgruppen heraus, die von der bewussten Nichtwahrnehmung oder Verachtung, denen etwa Frauen, die als Prostituierte in Ravensbrück gefangen gehalten wurden, ausgesetzt waren, und offener Feindschaft und Bekämpfung bis zu Solidarität reichten. Ausgeprägt waren Verhaltensweisen der gegenseitigen Hilfe vornehmlich in Gruppen politischer und anderer Gefangener (etwa bei Gruppen junger Zionisten und unter „Bibelforschern“), die bereits in Freiheit miteinander solidarisch umgegangen waren. Sie konnten auch innerhalb nationaler Gefangenengruppen angetroffen werden. Mitunter grenzten sich diese Gruppen nach außen scharf ab, was sowohl pragmatisch (Schutz vor Denunziationen, Begrenztheit der Hilfsmöglichkeiten), aber auch politisch-ideologisch (z. B. Nachwirkungen von Rivalitäts- und Feinddenken zwischen Gruppen der politischen Arbeiterbewegung) oder psychologisch (Fremdheit, verstärkt durch Sprach- und kulturelle Barrieren, und daraus erwachsendes Misstrauen bis hin zu Verdächtigungen) begründet sein konnte. Kristallisierte sich in solchen Gruppen aber ein von Prinzipien des Internationalismus geleiteter Kern heraus, konnte der zum Initiator von übergreifenden Kontakten und praktischer Hilfe werden, wie sie sich beispielsweise im KZ

---

10 Eugen Kogon, SS-Staat, S. 335.

11 Ebenda, S. 347 und 392.

Buchenwald bei der Einlieferung von Juden nach dem Pogrom 1938 und sowjetischer Kriegsgefangener 1941 zeigte. Dies war auch generell gegenüber neu eintreffenden Leidensgefährten der Fall, die, wenn sie den Schock der ersten Tage und Wochen in den KZ überstanden, höhere Überlebensaussichten besaßen. Waren gefährliche Erscheinungen der Isoliertheit und Vereinzelung unter Häftlingen der Gruppe der „Asozialen" charakteristisch, so für die der „Berufsverbrecher" Cliquenbildungen und mafiaähnliche Strukturen.

Die vertikale Struktur und ihre Bedeutung

Die Schaffung vertikaler Strukturen in der Häftlingsgesellschaft diente der Beherrschung der Lager, ihrer effektiven Organisation und dem Arbeitseinsatz. Sie besaß ihr Vorbild im System der Kalfaktoren in Gefangenenanstalten der Justiz und ermöglichte es, das Aufsichts- und Kontrollpersonal der SS gering zu halten. Zudem bediente diese Regelung dessen Wunsch, bequem zu leben. Bald nach der Errichtung der ersten Lager waren Häftlinge mit Ordnerfunktionen beauftragt worden, was sie aus der Masse der Insassen heraushob. Sie wurden mit- oder alleinverantwortlich, Tagesabläufe und das Zusammenleben in den Baracken zu regeln, die Ausgabe der Verpflegung vorzunehmen oder zu beaufsichtigen, Ordnung zu halten, Normen der Sauberkeit und Hygiene durchzusetzen, Häftlinge bei Appellen antreten zu lassen u. a. m. Die Aufzählung verdeutlicht, dass die delegierten Aufgaben ein Interessengemisch darstellten und die Gefangenen an ihrer Erledigung ein – wenn auch mit dem der SS nicht identisches – Interesse besaßen.

Der von der SS geschaffenen Organisationsstruktur entsprechend wurden von ihr Stubendienste, Block- und (in manchen Lagern zuweilen mehrere) Lagerälteste ausgewählt und bestimmt. Unvermeidlich mussten diesen, damit sie ihre Aufgaben zu erfüllen imstande waren, Rechte – nicht gegenüber der SS, deren Befehle sie empfingen – gegenüber den anderen Häftlingen zugebilligt werden. Die Angehörigen dieser mit der Zahl der Lagerinsassen anwachsenden Sondergruppe werden meist als „Funktionshäftlinge" (in Erinnerungsberichten wie in wissenschaftlicher Literatur findet sich auch die eher irreführende Bezeichnung „Häftlingsfunktionäre"[12]) bezeichnet. Zu ihr gehörten in einem weiteren Sinne auch die in den Lagern so genannten *Kapos*, eine Bezeichnung, deren Herkunft umstritten ist, die sich aber wohl vom italienischen „capo", Haupt oder Vorstand, herleitet und auch Verwandtschaft zum französischen „caporal" aufweist. Das waren zu Leitern von Arbeitskommandos bestimmte Häftlinge, zu deren Gehilfen wiederum Vorarbeiter bestellt werden konnten. Kapos standen weiterhin an der Spitze von Häftlingsgruppen, die im Krankenrevier, in der Wäscherei und in der Effektenkammer tätig waren.

Die Bestimmung zum Funktionshäftling stellte eine Heraushebung dar. Die exponierte Stellung, deren Inhaber durch beschriftete Armbinden kenntlich gemacht wurden, war mit Rechten und Vorteilen verbunden, zu denen die Befreiung von der Arbeit in Kommandos und Unterkünften, das Tragen einer besseren, vor peinigenden und schwächenden Klima- und Witterungseinflüssen schützenden Kleidung, eine eigene Schlafstätte und weitere gehören konnten. Solche Funktionen rückten Häftlinge als Person aber zugleich permanent in das Blickfeld der SS, in das zu geraten die Masse der Lagerinsassen am besten mied. Der Blockälteste war dem SS-Blockführer, der Lagerälteste dem SS-Schutzhaftlagerführer, der Kapo im Krankenrevier dem SS-Lagerarzt usw. zugeordnet. Das gab wiederum die Möglichkeit, die Eigenheiten des SS-Personals kennen zu lernen und sie zu Zwecken der Bestechung und der Erpressung zu nutzen. Mit Gefährdungen boten diese Stellungen häufig ein Mehr an Überlebenschance. Ältesten und Kapos eröffneten sich Möglichkeiten, sich auch illegal zu bevorteilen, so u. a. bei der Ausgabe der Verpflegung. Kapos konnten von Mitgefangenen bestochen werden. Funktionshäftlinge vermochten im Alltag des Lagers, bei der Verteilung von Essen und Bekleidung, der Zuweisung von Arbeitsplätzen und Diensten zu begünstigen oder zu benachteiligen. Sie konnten Mithäftlinge schonen, schikanieren oder bestrafen, den einen kameradschaftlich behandeln, einen anderen durch Misshandlung zugrunde richten. Kurzum: Diese mit besonderen Funktionen beauftragten Gefangenen standen vor der Alternative, die ihnen zugestandenen Rechte und ihre

[12] Harry Naujoks, Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten, Berlin 1989, S. 229-241.

Handlungsspielräume zugunsten oder gegen einzelne Häftlinge oder ganze Häftlingsgruppen zu nutzen. Folglich waren Letztere daran interessiert, soweit das in ihren Möglichkeiten lag, diese Funktionen mit ihr Vertrauen genießenden Personen oder auch – im Falle von sich organisierenden Kriminellen – mit Komplizen zu besetzen. Das verlangte Einfluss auf SS-Leute und setzte den Nachweis voraus, dass Angehörige der jeweils eigenen Gruppe in besonderem Grad fähig wären, sich als verlässliche Hilfskräfte der SS zu betätigen.

Wegen der unverkennbaren Bestimmung dieser Einrichtung war unter politischen Häftlingen die Übernahme von Funktionen umstritten. Doch setzte sich die auf bittere Erfahrung gestützte Erkenntnis durch, dass Verweigerungen gegenüber diesem Ansinnen der SS von Nachteil für alle waren. Dies umso mehr, als entweder Politische diese Plätze in der Hierarchie einnahmen oder diese, was in manchen Lagern kurzzeitig, in anderen über Jahre der Fall war, an „Berufsverbrecher“ und andere „Grüne“ gerieten oder bei diesen verblieben. Welches Interesse die IKL und Kommandanturen vor Ort verfolgten, zeigte sich im Kriege, als in Lagern für ausländische Gefangene deutsche Kriminelle zu Funktionshäftlingen gemacht wurden. Mit dieser Bestimmung schickte die SS 30 „Grüne“ aus Sachsenhausen nach Auschwitz in das für Polen bestimmte KZ, bevor diese noch dort eintrafen. Andere Häftlinge aus dieser Gruppe spielten im KZ Natzweiler bei der Drangsalierung von Franzosen und anderen „Nacht und Nebel“-Gefangenen eine verbrecherische Rolle. Doch hatte diese Praxis ihren Preis, denn unter dem Hilfsregime Krimineller grassierten Korruption, Bestechung, Erpressung und entwickelten sich mancherorts mafiaähnliche Zustände. Die SS hatte zwischen der Mithilfe von Häftlingen bei der brutalen Herrschaft über das Lager und ihrem gleichzeitigen Interesse an der Vermeidung von Unruhe, Sicherung von Disziplin, später der Gewährleistung von Effektivität und Qualität der Arbeit abzuwägen.

Das eröffnete politischen Häftlingen eine Chance, die einen höheren Grad an Zusammenhalt erkennen ließen, organisatorische Erfahrungen und verschiedenste berufliche Fachkenntnisse besaßen. Es entwickelte sich ein Konkurrenzkampf um die Besetzung von Häftlingsfunktionen, in dem die in manchen Lagern gut organisierten kommunistischen mit anderen politischen Insassen siegten, manchmal aber auch unterlagen.[13] Selten arbeiteten „rote“ und „grüne“ Funktionshäftlinge jedoch auch zusammen; so hielten die beiden „Politischen“, die als Lagerälteste in Sachsenhausen fungierten, die Besetzung des dritten Postens mit einem Häftling aus der Gruppe der Träger der grünen Winkel für zweckmäßig und setzten sie durch. Zu den denkwürdigsten gruppenübergreifenden solidarischen Aktionen gehörte die im KZ Mauthausen von „Grünen“ geleistete Überlebenshilfe für Kommunisten, die aus Sachsenhausen dorthin mit der erklärten Absicht ihrer Vernichtung strafversetzt worden waren.

Die Biografien von Funktionshäftlingen weisen Verhaltensweisen auf, die Von der aufopfernden Betätigung tief menschlicher Solidarität für einzelne Lagerinsassen, über die Mithilfe bei der Verwirklichung von Überlebensstrategien für ganze Gefangenengruppen bis zur Teilnahme an Aktionen des Widerstandes reichen. Aber ebenso bezeugen sie reines Bütteldasein für die SS und äußerste Verkommenheit bis hin zum Ausleben sadistischer Neigungen und zu Untaten, die selbst jene der SS-Leute übertrafen. Darauf wurde, ergab sich die Gelegenheit, von Häftlingen zu ihrem eigenen Schutz schon während der Lagerzeit auch mit der Tötung der zu Verbrechern gewordenen Lagerinsassen reagiert. Kogon schrieb über seine Erfahrungen in Buchenwald: „Leuchtend hebt sich aus den Scharen verkommener Gestalten, die als Kapos fungiert haben, eine Reihe von Häftlingen hervor, die [...] vom Anfang bis zum Ende des Lagers ein Beispiel der Sauberkeit, Menschlichkeit und des persönlichen Mutes gegeben haben“, wofür er das Wirken der kommunistischen Kapos Robert Siewert und Jean-Baptist Feilen als Zeugnis benennt.[14]

Wurden den einen nach der Befreiung Hochachtung entgegengebracht und über ihren Tod hinaus Verehrung zuteil, so gerieten andere vor Gerichte der Alliierten oder in ihren Heimatländern. Angeklagte erhielten Haftstrafen zugesprochen oder wurden zum Tode verurteilt.

---

13 Ebenda, S. 338 ff.

14 Kogon, SS-Staat, S. 89.

In den Erinnerungen wie in der historiographischen Literatur wird, beginnend mit Kogons frühem Bericht, in dem sich für die Gruppe der Funktionshäftlinge Kennzeichnungen wie „Häftlingslagerleitung“[15] und „interne Lagerleitung“[16] finden, zur Charakteristik von deren Rolle und Befugnissen der Begriff „Häftlingsselbstverwaltung“ (auch „Lagerselbstverwaltung“) gebraucht.[17] Der Begriff, der schon von der SS verwendet worden sein soll,[18] ist inzwischen in der Literatur fest etabliert,[19] aber irreführend, wenn sich an ihn das Bild einer kommunalen Gemeindeverwaltung mit deren Rechten und Aktionsmöglichkeiten knüpft. Wie im Fall der Häftlingsgesellschaft gilt auch in diesem, dass kein Begriff das aussagt, was er in der „anderen Wirklichkeit“[20] benennt.

In neueren Publikationen wird folgerichtig die Bezeichnung „Lagerverwaltung“ benutzt und erläutert, dass unter dem Kommando und der Aufsicht der in ihr tätigen SS-Leute Häftlinge arbeiteten, die in diesen Dienststellen – etwa beim Rapport- oder beim Arbeitsdienstführer – die Mehrheit der Kräfte ausmachten. Neben und nach der Lagerkommandantur mit ihren von SS-Offiziers- und Mannschaftsdienstgraden besetzten Apparaten und Büros existierte keine zweite nachgeordnete Instanz vergleichbaren Typs, die nach eigenen Entschlüssen vorzugehen vermochte. Die mit besonderen Aufgaben betrauten Häftlinge hatten, das war eine Bedingung ihrer Verwendung, als Hilfsinstrument der Kommandantur zu fungieren. In einem 1944 vor Wehrmachtsgeneralen gehaltenen Vortrag, in dem Heinrich Himmler von den Insassen der Konzentrationslager als „Untermenschen“, „Verbrecher“, „Volk der Asozialen“ und „Pöbel aller Völker“ sprach, nannte der Reichsführer SS die zur Ausübung von Funktionen herangezogenen Häftlinge zynisch sein „Unteroffizierskorps“ und rühmte die Praxis, eine nationale Häftlingsgruppe gegen die andere zu stellen und so das Prinzip des Teilens und Herrschens zur Geltung zu bringen.[21]

Diese ruhmredige Erklärung traf die Wirklichkeit der Lager jedoch nicht mehr vollends. Seit 1941/42 hatte die Zahl der Lagerinsassen in den Stamm- und Außenlagern dramatisch zugenommen. Als in Stamm- und Außenlagern Zehntausende zu den verschiedensten Zwangsarbeiten eingesetzt wurden, mussten 1944 allein in der dafür zuständigen Arbeitsstatistik in Buchenwald etwa 75, in Sachsenhausen 40 bis 50 Häftlinge tätig sein, deren Arbeit sich vielfach der Nachprüfung im Einzelnen entzog. Die Situation wurde für das SS-Personal unübersichtlich, was Häftlinge in Funktionen neue Handlungsspielräume eröffnete, sodass, wiederum nach einem Urteil Kogons, „in deren Hände mehr und mehr die interne Macht überging“.[22] Befugnisse, die bis dahin noch beim SS-Personal gelegen hatten oder deren Ausführung zumindest streng kontrolliert worden war, gelangten an Gefangene, ein Vorgang, den Kogon als Übergang der „eigentlichen Macht“ an die Funktionshäftlinge beschreibt. Sie konnten Einfluss auf Entscheidungen der SS gewinnen oder vergrößern, vermehrte Chancen des Eingreifens in den „normalen organisatorischen Ablauf“ nutzen und so „zahlreiche Möglichkeiten der Verhinderung von noch Schlimmerem und zur Besserung der Verhältnisse da und dort“ in die Tat umsetzen.[23] Solch „kollektive interne Häftlingsmacht“, auch bezeichnet als „Macht im Lager“, entstand in der Endphase des Regimes nur in KZ, in denen eine politisch geprägte „Führung der Häftlingsselbstverwaltung“ funktionierte.[24] Diese späte Entwicklung bedeutete indessen nicht, dass die grauenvolle Gesamtbilanz sich hätte mehr als nur minimal vermindern lassen; davon zeugen exzess-

---

15 Ebenda, S. 350. Der Begriff findet sich u. a. auch in der Übersetzung der Zeugenaussage eines französischen Häftlings. Zit. bei Bernhard Brunner, Auf dem Weg zu einer Geschichte des Konzentrationslagers Natzweiler. Forschungsstand – Quellen – Methode, Stuttgart 2000, S. 73.

16 Kogon, SS-Staat, S. 331, 393 und 396.

17 S. deren Darstellung bei Falk Pingel, Häftlinge, S. 159-166. Einen eigenen Abschnitt „Häftlings-Selbstverwaltung“ widmet dem Thema auch Hermann Langbein, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a. M. 1980, S. 31-43.

18 So, ohne dafür einen Beleg beizubringen, bei Drobisch/Wieland, System, S. 317.

19 Beispielsweise bei Bernhard Brunner, Auf dem Weg, S. 80.

20 Kogon, SS-Staat, S. 334.

21 Rede Himmlers vor Generalen der Wehrmacht, gehalten in Sonthofen am 21. Juni 1944. Zit. in: Pingel, Häftlinge, S. 164.

22 Kogon, SS-Staat, S. 299.

23 Ebenda, S. 337.

24 Ebenda, S. 331, 334, 343 und 337.

artig verübte Massenmorde, das Massensterben in den chaotischen Zuständen der Endphase und die Erschießungen auf den Todesmärschen.

Wer als Häftling in die Übernahme einer Funktion einwilligte, musste bereit sein, mit der Verantwortung „Schuld auf sich zu nehmen“,[25] denn seine Möglichkeiten, Mitgefangenen zu helfen, waren häufig geringer als der Zwang, an Maßnahmen gegen Häftlinge mitzuwirken. Um sie eindeutig als den verlängerten Arm der SS zu kennzeichnen und sie bei den anderen Lagerinsassen zu kompromittieren, wurden Lager- und Blockältesten Prügel- und Henkersdienste befohlen; nicht alle führten sie aus, und manche wurden für ihre Weigerung schwer bestraft. Zugleich erhielten Funktionshäftlinge teils schwerwiegende Befugnisse übertragen, die sie vor einen „grauenhaften Entscheidungszwang“[26] stellten. Dazu gehörte u. a. die Tätigkeit in dem in manchen Lagern existierenden „Lagerschutz“ (auch als „Lagerpolizei“ oder „Häftlingsordnungskräfte“ bezeichnet), als Kapo, Arztschreiber oder Hilfssanitäter in Häftlingskrankenrevieren und -blocks oder in der „Arbeitsstatistik“. Umstritten war in der Literatur der neunziger Jahre insbesondere die kommunistischen Funktionshäftlingen in Buchenwald zugeschriebene Streichung von Häftlingsnamen, die auf Transportlisten in besonders gefürchtete Kommandos mit geringen Überlebenschancen standen. Ebenso war es in diesem Verwaltungsbereich möglich, Häftlinge, deren Gesundheit oder Leben im Stammlager als extrem gefährdet angesehen werden musste, den Augen und dem Zugriff der SS zu entziehen, indem sie Transporten in Außenlager zugeordnet wurden. Beides verband sich unausweichlich mit der Aufnahme oder Streichung anderer Lagerinsassen und ist nachträglich als „Opfertausch“ bezeichnet worden.

Indessen gilt: Alles, was im Rahmen des Reglements delegierter Befugnisse und der Über- und Unterordnung von Gefangenen an Nützlichem und ihrem Leben und Überleben Dienlichem geschah, gehört zum Verdienst der daran beteiligten Funktionshäftlinge. Für alles, was in ihm sich an Niedrigkeit bis zum Verbrechen, die des Totschlags und des Mordes eingeschlossen, zutrug, war – so Kogon – „im Grunde [...] das nationalsozialistische System verantwortlich zu machen“, das in KZ verschleppte Menschen in Situationen versetzte und vor Entscheidungen stellte, sie Tätigkeiten verrichten sowie Denk- und Verhaltensweisen lernen ließ, die ihnen in Freiheit nie begegnet und zugemutet worden wären oder die sie dort aus eigenem Entschluss hätten folgenlos von sich weisen können. Die SS forderte von Häftlingen, nicht nur von denen, die Funktionen besaßen, doch von diesen zugleich in sie diffamierender und an das Terrorsystem bindenden Absicht, das Begehen und die Mitwirkung an Verbrechen bis zum Mord, sie provozierte die Untaten sogar.[27]

Funktionshäftlinge gewannen, namentlich wenn sie im Umkreis des Kommandanturstabes und der zentralen Verwaltung tätig waren, Kenntnis über das SS-Personal. Sie wussten über Befehle, Pläne und Absichten Bescheid, die das Lager insgesamt oder einzelne Gruppen und Personen betrafen, erhielten weitere Informationen von Ereignissen und Entwicklungen in der Außenwelt oder konnten sie sich illegal verschaffen. Für den Wirkungsgrad der Lager- und Blockältesten aus der Gruppe der „Roten“, die ihre Möglichkeiten zugunsten der Häftlingsgesellschaft nutzten, sowie für das gesamte Binnenklima in den Lagern war von großer Bedeutung, ob in ihnen größere Gruppen von Häftlingen zusammenhielten oder sich illegal zu organisieren vermochten. Diese waren dann auch imstande, Einfluss auf das Verhalten und die Tätigkeit von „Ältesten“ und Kapos zu nehmen, sie zu beraten und zu stützen. Zu mehr oder weniger gefestigten Zusammenschlüssen kam es vor allem unter politischen Gefangenen, aber auch in der Gruppe der „Bibelforscher“. Ihre Bildung wurde begünstigt, wenn Menschen aufeinandertrafen, die sich aus früherer gemeinsamer Arbeit kannten. In gleicher Weise wirkte die Anwesenheit von Parteifunktionären (ehem. Reichstags-, Landtagsabgeordneten, Inhabern von Wahlfunktionen in Arbeiterorganisationen u. a.), die vielen Inhaftierten bekannt und geachtet waren. In mehreren Lagern bildeten Teilnehmer des Spanischen Bürgerkrieges (SS-Bezeichnung: „Rotspanier“), unter denen sich Spanier, Deutsche, Polen, Tschechen, Österreicher, Ungarn, in erheblicher Zahl auch Juden befanden, feste Kleingruppen, die vorbildlich Solidarität praktizierten

---

25 Ebenda, S. 390.

26 Walter Poller, Arztschreiber in Buchenwald – Bericht des Häftlings 996 aus Block 36, Offenbach 1960, S. 92 f.

27 Brunner, Auf dem Weg, S. 58.

und wegen ihres eingeübten internationalistischen Verhaltens auch Verbindungen zwischen den nationalen Häftlingsgruppen herzustellen verstanden. Während es in den KZ Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau solche illegalen Strukturen gab, sich in Buchenwald im Februar 1944 sogar ein Volksfrontkomitee bildete, existierte in Mauthausen ein besonders aktiver Zusammenschluss von Spaniern und in Ravensbrück ein verlässliches Netz, das die österreichischen politischen Häftlinge verband. In Auschwitz wirkten Widerstandskreise polnischer Offiziere, die intensive Verbindungen mit der Außenwelt gewannen. Die Ausstrahlung solcher Gruppen auf die Häftlingsgesellschaft war abhängig von den jeweiligen Lagerbedingungen, aber ebenso vom Selbstverständnis, das ihre Mitglieder leitete und deren Verhalten bestimmte.

Was Funktionshäftlinge in manchen Lagern in Verbindung mit illegalen Strukturen allenfalls zu erreichen vermochten, war die Gewährleistung eines sehr relativen Schutzes für die Gefangenen. Der konnte für einzelne Häftlinge oder eine Kleingruppe von ihnen, nie aber für alle in die Häftlingsgesellschaft gezwungenen Männer, Frauen, Jugendlichen und Kinder lebensrettend sein. Allein schon, wenn dem SS-Personal weniger Gründe für rücksichtsloses oder brutales Eingreifen gegeben wurden, ihm weniger Anlass und Gelegenheit zum Ausleben von Willkür, Hass, Sadismus blieb, sein Raum für die Betätigung von Unfähigkeit, die zusätzlich Unheil stiftete, eingeengt wurde, konnten die Verhältnisse in einem Lager ins Erträgliche gebessert werden. Je mehr Zusammenhalt in der Gruppe der Funktionshäftlinge existierte, je mehr Autorität und Unterstützung sie sich bei Lagerinsassen erwarb, umso näher kam sie ihrem freilich nie zu erreichenden Ziel, eine „undurchdringliche Mauer“ oder „elastische Trennungswand“ gegenüber der SS zu schaffen.[28] Zusammen mit den Eigenschaften und Fähigkeiten des einzelnen Gefangenen (Selbstbewusstsein, körperliche und geistige Widerstandskräfte, vor allem Lebenswille, berufliche Qualifikation und Arbeitsvermögen, Nutzung der schrumpfenden, im Kriegsverlauf kaum noch existierenden Möglichkeiten zur Entspannung u. a.) und häufig in Abhängigkeit von einer Kette von Zufällen entschied der begrenzte Einfluss der Funktionshäftlinge auf den inneren Zustand eines Lagers, wie hoch die Überlebenschancen waren. Nichtsdestoweniger: Die Tätigkeit von Gefangenen in den Lagerverwaltungen und an anderen, ihnen von den Machthabenden zugewiesenen exponierten Plätzen blieb bis zum Ende der Lager janusköpfig. Diesen Charakter verlor sie erst, als sich beim Herannahen der alliierten Truppen der SS-Apparat auflöste. Dann bewährten sich Erfahrungen, die während der abgestimmten Anstrengungen der Selbstbehauptung und des Überlebens gewonnen worden waren, auch auf dem ersten Schritt in die Freiheit. So fanden Truppen der USA bei ihrem Eintreffen im von der SS verlassenen KZ Buchenwald ein intaktes Internationales Lagerkomitee vor, das in dieser kritischen Umbruchphase das Entstehen regelloser Zustände verhinderte und vielen Elenden Überlebenshilfe gab.

Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band I: Die Organisation des Terrors. Hrsg. v. Wolfgang Benz und Barbara Distel. Redaktion: Angelika Königseder. Verlag C. H. Beck München 2005, S. 110-125.

[28] Kogon, SS-Staat, S. 327 und 329.

60 Jahre nach Hitler oder Die Endlösung der Faschismusfrage

I. Auf der Schwelle zum letzten Kriegsjahr (1. Januar 1945)

Wie lange dieser Krieg dauern werde, hatte sich noch an der letzten Jahreswende nicht sagen lassen. Manche Prognosen legten sich damals auf 1946, andere auf 1947 fest. Nun, am Beginn des Jahres 1945, ließ sich absehen, dass die Völker Europas die Schwelle zum letzten Kriegsjahr überschritten, der Sieg der Alliierten und mit ihm der Friede waren erkennbar näher gerückt. Ablesbar war das auch an der militärischen Karte des Kontinents, die sich im eben zu Ende gehenden Jahr entscheidend verändert hatte. In Minsk, Bukarest, Sofia, Athen und Belgrad, in Rom, Paris und Brüssel wehten keine Hakenkreuzfahnen und keine Reichskriegsflaggen mehr. Finnland, Rumänien und Bulgarien, allesamt Verbündete des deutschen Faschismus waren aus dem Krieg ausgeschieden. Die beiden Balkanstaaten waren auf die Seite von Deutschland Kriegsgegnern getreten. Auch Ungarns provisorische Regierung, das vollständig noch nicht befreit war, ging diesen Schritt.

Am 11. September überschritten Truppen der Westalliierten die deutsche Reichsgrenze bei Trier, Aachen war am 21. Oktober besetzt worden. Sowjetische Einheiten hatten die ostpreußische Grenze erreicht. Der Krieg kehrte nach Deutschland zurück, von wo er ausgegangen war. Prekär geworden war die Lage der deutschen Rüstungsindustrie, des Rückgrats der Wehrmacht. Das Erdölgebiet von Ploesti in Rumänien war verloren. Dies und gezielte Angriffe auf Hydrierwerke im Reich machten vor allem die deutsche Luft- und Panzerwaffe immer weniger einsatzfähig. Nun sank auch das Niveau der Ernährung der deutschen Bevölkerung sank rapide, was deren Lasten zusätzlich vermehrte.

Dennoch lag auch über dem anbrechenden Jahr viel Ungewissheit. Louis Fürnberg wünschte aus Jerusalem dem in Haifa lebenden Arnold Zweig „ein neues Jahr, wie wir es uns erträumen." Er meinte:" Es wird viel besser werden, als wir glauben, trotz – trotz ...". Düster hingegen am 31. Dezember 1944 die Stimmung und die Notiz Victor Klemperers, des im Zugriffsbereich der Gestapo in einem Dresdener Judenhaus Lebenden: „Der Zukunft stehe ich mit geringer Hoffnung und stumpf gegenüber. Es ist sehr fraglich, wann der Krieg zu Ende sein wird." Denn in Polen, Ungarn, in der Slowakei, in Italien und den Niederlanden wehrten sich deutsche Armeen nach wie vor gegen das Unvermeidliche: ihre definitive Niederlage und die bedingungslose Kapitulation. Dänemark und der größte Teil Norwegens wurden nach wie vor besetzt gehalten. Von Westen her gelang es den Alliierten nicht, weiter so rasch voranzukommen, wie sie Frankreich hatten befreien können. Und im Mittelabschnitt der Ostfront erfolgte seit Monaten keinerlei Bewegung. Die Befreie brauchten hier wie dort eine Atempause. Eben noch hatten Truppen der Wehrmacht eine Offensive begonnen, die sie – so der Plan – bis Antwerpen führen und die westlichen Truppen der Anti-Hitler-Koalition in eine prekäre Lage führen sollte.

Die ungewisse und unaufklärbare Situation belastete Häftlinge in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnisse und die wenigen im Reich noch lebenden Juden am meisten. Sie wussten, wie sehr ihr Überleben von dem Tempo abhängig war, in dem die Kapitulation des Reiches erreicht werden konnte. Und sie hatten zu fürchten, dass die Machthaber sie womöglich in einer Orgie des Mordens umbrächten, in einem Moment, da die Rettung schon nahte. Zu denen, die solche Ahnungen beschlichen, ihnen gehörte auch Victor Klemperer, der aufgrund seines Schwächezustands von der Zwangsarbeit zwar befreit worden war, aber nun erwartete, dass er beim Herannahen der Front und einer Evakuierung Dresdens „als nutzloser Judengreis fraglos beseitigt" werden würde. Zwischen Hoffen und Bangen notierte er in sein Tagebuch, vielleicht werde der Krieg „in ein paar Monaten, vielleicht in zwei Jahren" enden.

Hitler, der aus der ostfrontnahen „Wolfsschanze" unfern des ostpreußischen Rastenburg hatte fliehen müssen, war mit seinem Hauptquartier dazu selbst in die Nähe der Armeen gereist, die den Angriff im Westen vortragen sollten. Er hatte ein für ihn und seinen Stab seit langem eingerichtetes Gelände bei Ziegenberg im Taunus bezogen. Dort rief er am 28. Dezember 1944 die beteiligten Befehlshaber zusammen, um ihnen zu erklären, dass es nicht auf die Verwirklichung der Operationsidee, die inzwischen selbst ihm als unerreichbar gelten musste, nicht auf Geländegewinn ankomme, sondern einzig auf das Weiterkämpfen, wofür er jedoch ein überzeugendes Ziel nicht mehr angeben konnte. Dessen

ungeachtet taten die Generale, was ihnen befohlen wurde, und schickten die Landser, Angehörige immer jüngerer Jahrgänge, die rasch ausgebildet worden waren, in das tödliche Feuer. Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, vom Oberbefehlshaber einmal favorisiert, dann wieder abgelöst, inzwischen siebzigjährig, hatte sich ein weiteres Mal reaktivieren lassen und war an die Spitze dieser Offensive in den Ardennen getreten, jener Gegend, aus der die deutsche Streitmacht 1940 in Belgien und nach Frankreich eingefallen war. Von dieser Militärelite war nicht zu erwarten, dass sie unternahm, was ihre Vorgänger 1918 getan hatten, als sie ihren Bankrott eingestanden und von den Politikern des Kaiserreiches das Suchen und Begehen von Wegen zum Waffenstillstand verlangten. Aus diesen Kreisen würde auch kein zweiter Stauffenberg hervorgehen. Sie waren bereit, „bis fünf Minuten nach zwölf“ und „bis zur letzten Patrone“ schießen zu lassen und auch den letzten Soldaten zu Opfern.

Tatsächlich führte das Abenteuer im Westen nur zu einem sehr begrenzten und für die Gesamtentwicklung unbeträchtlichem Erfolg. Wer den Wehrmachtsbericht zwischen den Zeilen las, entnahm der Ausgabe vom 1. Januar 1945, dass das Unternehmen bereits gescheitert war. Die deutschen Truppen verteidigten sich in einem „Einbruchsraum“ genannten Gebiet und kamen keinen Kilometer mehr voran. Diese erste offizielle Verlautbarung aus dem Oberkommando im Neuen Jahr 1945 meldete auch von vielen anderen Fronten auf ungarischem, slowakischen und italienischem Territorium Kämpfe, in denen sich die eigenen Truppen durchweg der Angriffe ihrer Gegner zu erwehren hatten. Nur von einem Frontabschnitt hieß es, dort sei der vergangene „Tag ohne besondere Ereignisse“ verlaufen. Das betraf die lange Linie zwischen der Slowakei und dem Fluss Memel, an der sich deutsche und sowjetische Armeen gegenüberlagen. Hier war der Krieg seit September/Oktober gleichsam noch einmal erstarrt und doch führte gerade von da der direkteste Weg in das Reichsgebiet, nach Ostpreußen und Pommern, in die Mark Brandenburg und nach Schlesien, ohne dass dort größere natürliche Hindernisse der Wehrmacht zusätzliche Chancen der Abwehr noch eröffnet hätten. Und nach Berlin, zur deutschen Hauptstadt, mit deren Eroberung sich wie mit keinem zweiten Städtenamen für die Soldaten der Koalition die Vorstellung vom Triumph und Kriegsende verband.

Hitler hielt zum Eintritt in das neue Jahr eine Rundfunkansprache, deren einziger Zweck war, das Schwinden der Zuversicht und des Glaubens der Deutschen an eine Wende des Kriegsverlaufs aufzuhalten. Dafür hatte der „Führer“ Konkretes nicht zu bieten. Victor Klemperer, der den Text in einer Zeitung las, die ihm, dem Juden, Bekannte zugesteckt hatten, die legalisiert waren, die Presse zu abonnieren, vermerkte, dass darin nicht einmal die Offensive im Westen auch nur erwähnt wurde. Stattdessen war die Rede von neu entstehenden bewaffneten Kampfeinheiten, während doch beim Anblick der seit dem Herbst formierten Volkssturm-Bataillone niemandem entgangen sein konnte, dass jetzt nach Alter, Kräften und Bewaffnung buchstäblich das allerletzte Aufgebot formiert und gegen einen Feind geschickt wurde, der seine technische Überlegenheit allabendlich durch seine Luftwaffe am Himmel über deutschen Städten demonstrierte.

In gleicher Weise wie sein Idol suchte Goebbels den Durchhaltewillen anzupeitschen, wozu er einen Artikel schrieb, den er in der Wochenzeitung *Das Reich* drucken ließ, die während des Krieges eigens zur Orientierung und Beeinflussung der geistigen und anderer Eliteschichten gegründet worden war. Der Propagandaminister hatte mit sicherem Gespür wahrgenommen, dass der schleichende Verlust an Vertrauen in die übermenschlichen Kräfte Hitlers, der mit seiner Person und seinen Handlungen lange außerhalb jeder Kritik gestanden hatte, die letzte moralische Stütze wegbrechen lassen würde, die viele Gläubige noch befähigte, auf eine Wende zu hoffen und weiterzumachen. Und so versicherte der Demagoge in einem Artikel unter der Überschrift „Der Führer“, Hitler sei, wiewohl von den Anstrengungen der Kriegsjahre gezeichnet, im Vollbesitz seiner Arbeitskraft. Vergleichend rief er die Erinnerung an Friedrichs II. von Preußen, den „alten Fritz“ an, der in den Krisen des Siebenjährigen Krieges ein sich auf einen Krückstock stützender greisenhafter Schlachtenlenker gewesen war, ein Bild das den Deutschen aus den Fridericus-Rex-Filmen wohlbekannt war. Die Botschaft war klar, wenn der geniale Preußenkönig in diesem Zustand schließlich als Sieger aus dem Kriege hervorgegangen sei usw.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Mehrheit der Deutschen den Krieg längst satt. Als die regelmäßigen geheimen Berichte des Sicherheits- und Spitzeldienstes, die Informationen über die Stimmung unter der deutschen Zivilbevölkerung gegeben hatten und nur einem kleinen Kreis in der Führung zugänglich gewesen waren, beständig von deren Verschlechterung berichteten, wurden sie eingestellt. Diesem „Boten“ konnte nicht der Kopf abgeschlagen, er konnte per Weisung zum Schweigen gebracht werden. Nichtsdestoweniger blieb den Machthabern nicht verborgen, dass die Gefolgschaft schwankte. Von SS-Verbänden, die im rheinländischen inzwischen frontnahen Kreis Düren, einer Stadt zwischen Aachen und Köln stationiert waren, hörte der Reichsführer SS Heinrich Himmler beispielsweise, dass die Bevölkerung „absolut feindlich und abweisend“ gesinnt sei. „Der Gruß ‚Heil Hitler’“, schrieb er am 26. Dezember 1944 an Reichsleiter Martin Bormann in das Führerhauptquartier, „ist dort absolut unbekannt, selbst bei manchen örtlichen Hoheitsträgern (also NSDAP-Bonzen – K. P.)“.

In diesem Verhalten drückte sich kaum politisch bewusste Gegnerschaft zum Regime, sondern zumeist der Wunsch aus, dass die eigene Ortschaft, das eigene Dorf und Anwesen nicht in den letzten Stunden infolge von Kriegshandlungen fanatisierter SS- und Wehrmachtstruppen in Trümmer gelegt wurden. Dies ließ in den kommenden letzten Monaten und Wochen des Krieges – freilich viel zu wenige – Deutsche Schritte ergreifen, um wenigstens eben das zu verhüten und die eigenen Lebensgrundlagen zu erhalten. Kennzeichnend nicht nur für Himmlers Denken war der seine Mitteilung an Bormann abschließende Satz: „Vielleicht lassen sich die Verhältnisse durch Einsetzung eines besonders tüchtigen Kreisleiters ändern.“ Man müsse, wurde geglaubt, nur brutale und hemmungslos menschenverachtende Macher an die Spitze setzen, um Herr der Situationen und Lagen zu werden. Aus dieser Haltung heraus war auch Himmler, dem es dafür an jeder militärischen Vorbildung und Erfahrung fehlte, von Hitler zu einem hohen Militärbefehlshaber ernannt und an die Spitze einer Heeresgruppe gesetzt worden, eine Praxis, in der sich Ratlosigkeit und wachsendes, aber in seinem Kern unbegründetes Misstrauen gegen die Generalität ausdrückten.

Die bedrückende Frage, der die Historiker bis heute nachspüren, lautet: Warum haben die Deutschen, Militärangehörige und Zivilisten, die an einen Sieg doch immer weniger und dann nicht mehr glauben und sehen konnten, dass die Hinterlassenschaft dieses Krieges mit jedem Tag, den er länger dauerte, ärger und grausiger wurde, den Befehlen der Machthaber weiter Folge geleistet? Warum hat Hitler mit seiner von ihm im Stil eine Beschwörung ständig wiederholten Voraussage, es werde einen „zweiten 9. November“, also eine revolutionäre Erhebung gegen den Krieg und für die Herstellung des Friedens, nicht geben, Recht behalten? Und dies, obwohl die Stimmung im Volke nachweisbar verfiel, wovon als eine eigene Quellengruppe auch die heimlich und nur unter einander Vertrauten erzählten politischen Witze zeugten. Zunächst wurde auf die Frage, wie lange der Krieg noch dauern werde, nur unter Anspielung auf die sich verschlechternden Lebensmittelrationen gesagt: „Wenn dem Göring die Hose von Goebbels passt.“ Das war nicht mehr als eine Kritik daran, dass – bis in die letzten Kriegstage und gerade in denen – die Entbehrungen innerhalb der vielberufenen Volksgemeinschaft keineswegs gerecht verteilt wurden. Ende 1944, um ein Beispiel aus vielen zu erwähnen, erteilte Himmler die Weisung, aus den Beständen, über die er verfügte, den Kommandierenden Generalen und Divisionskommandeuren in seinem Namen eine „Weihnachtsgabe“ zu senden. Die Aufstellung des Inhalts umfasste „1 Flasche Rotwein, 1 Flasche Weißwein, 1 Flasche Cognac (Delly), 2 Pfund Kaffee, 100 Zigaretten“ und sie endete mit „1 Kamm, 2 St. Seife“. Auch die Industriellen und Bankiers aus dem „Freundeskreis des Reichsführers SS“ blieben nicht unbedacht. Himmler befahl, jedem 3 Pfd. Kaffee zukommen zu lassen.

Nun waren die Flüsterwitze herber geworden und bezeugten, dass viele Deutsche über den letzten Tag des Krieges hinauszudenken begannen. Ein auf berlinisch erzählter belegt jene Haltung, deren Grundmotiv es war, durch eigenes Verhalten zu sagen, dass man diesen Tag auch erleben könne: „Eher det ich mir meine Riebe abhacken lasse, eher jlobe ich am totalen Sieg“. Ein anderer verhieß: „Sofort nach dem Kriege gibt es genug Butter. Dann werden sämtliche Führerbilder entrahmt.“ Der erste enthält eine Teilantwort auf die Frage, warum der nun auch auf dem Territorium des Reiches geführte Krieg andauerte. Die Drohung an die Soldaten im Falle einer Befehlsverweigerung oder

auch nur von Anzeichen des Defätismus von einem Erschießungskommando niedergemacht zu werden oder am Galgen zu enden, tat ihre Wirkung. Der Terror, der am Beginn des Regimes offen tobte, später, um dem Regime ein gesittetes Äußere zu geben, seine öffentlichen rohen Formen verlor, wurde nun zum Zwecke der Abschreckung vor aller Augen praktiziert. Als die schlesische Metropole Breslau Ende Januar „Festung“ werden sollte, wurde der stellvertretende Oberbürgermeister der Stadt, weil er sich nicht strikt an ergangene Weisungen gehalten hatte, nach kurzem Prozess auf den Treppen des Rathauses erschossen. Einwohner von Görlitz, als „der Russe“ nahe bei Lauban stand, die morgens über den Postplatz zur Arbeit gingen, fanden da wenige Meter vom Gehweg auf dem Rasen zwei Leichen von „Verrätern“ ausgelegt. Und so vielerorts. Wer den Kopf behalten wollte, hielt den Mund und funktionierte weiter.

Wenn, wie das Sprichwort sagt, Hoffen und Harren manchen zum Narren macht, so machten sich tatsächlich auf eben diese Weise noch auf der Schwelle in das Jahr 1945 viele andere Deutsche zu Narren. Sie klammerten sich an Wunder, denen überraschende Wenden folgen würden, sie setzten selbst noch auf den Führer und dessen vermeintliche Genialität bei der Lösung von Krisen, sie spekulierten auf Zwietracht unter den Alliierten, die Deutschland neue Chancen eröffnen würden, sie hatten den Glauben an Wunderwaffen noch nicht aufgegeben. Und diese Unwilligkeit, sich den Tatsachen zu stellen, mischte sich mit der „Furcht vor den Bolschewisten“, die ihnen in Filmen und Romanen, auf Bildern, Karikaturen und Plakaten, wieder und wieder in Meldungen als Ungeheuer und Bestien dargestellt worden waren. Die doppele Furcht – vor den Eigenen wie vor den Siegern – und der Irrglaube, das wurden die Antriebe, die das Verhalten der Deutschen bestimmten und auch sie immer tiefer in die Katastrophe geraten ließen. Dazu die Resignation, am Lauf der Dinge doch nichts verändern zu können und das Fehlen selbst einer vagen Vorstellung von einem alternativen Weg.

In dieser Situation, in der das Naziregime in die Phase der Agonie überging, erwies sich auch die Wirksamkeit jener praktischen Lehre, welche die Machthaber 1933 und in den folgenden Jahren aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zogen. Sie hatten nicht nur die Organisationen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in eine tiefe Illegalität getrieben und sie so von ihren früheren Anhängern und Wählern isoliert. Erzwungen worden war zudem die Einstellung der Tätigkeit aller anderen politischen, kulturellen Zusammenschlüsse, die in der Weimarer Republik oder schon im Kaiserreich entstanden waren, sofern sie sich den Faschisten nicht bedingungslos eingliederten. Damit existierte in der Endkrise des Nazistaates kein Kristallisationskern, um den sich Menschen hätten sammeln und von dem aus sie tätig werden konnten, um zur beschleunigten Herbeiführung des Kriegsendes beizutragen. Der Sicherheitsdienst, die Gestapo, die Zivil- und Militärgerichte und insbesondere die Standgerichte hingegen blieben weiter in Takt.

12. Januar 1945: Von der Weichsel zur Oder

Seit Mitte Dezember, das hieß: nun schon seit mehr als einem Monat, begannen die täglichen amtlichen Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht mit Nachrichten von den Kämpfen gegen die westlichen Alliierten. Die Texte sprachen von einer Schlacht, als deren Orte der Raum zwischen Mosel und Maas angegeben wurde. Dann wieder wurden Südostbelgien und Mittel-Luxemburg genannt oder von der Winterschlacht in den Ardennen berichtet. Schließlich musste, den Wechsel der Situationen und das Scheitern der deutschen Offensive eingestehend, im Januar 1945 gemeldet werden, dass einer Abwehrschlacht im Gange sei und die eigenen Truppen an einzelnen Frontabschnitten gezwungen waren, erobertes Terrain wieder aufzugeben. Während dieser Wochen vollzog sich am wichtigen Mittelabschnitt der Ostfront, von wo durch Tiefebenen der direkteste Weg ins Reich führte, keine Bewegung.

Ruhe vor dem Sturm

Konstantin Simonow, der Schriftsteller und Kriegskorrespondent, der in den Kriegsjahren wie wenige an den Fronten ebenso wie tief im sowjetischen Hinterland herumgekommen war, schrieb in seinen Erinnerungen, er sei während des ganzen Krieges nie beauftragt worden, „die Vorbereitungen einer Offensive zu beschreiben“. Immer war er erst am Beginn einer Angriffsoperation an die Fronten ge-

langt. Dennoch besaß er eine klare Vorstellung davon, was in „jenen anstrengenden Tagen und Wochen“ geschah, „wenn sämtliche Organe der Front (gemeint sind die den deutschen Heeresgruppen vergleichbaren organisatorischen Einheiten – K. P.) und der Armeen – Kriegsräte, Politabteilungen, Stäbe, rückwärtige Dienste – alles in ihren Kräften Stehende tun, um die objektiven Voraussetzungen für einen erfolgreiches Anlaufen der Offensive zu schaffen.“ Dann sei es nicht nur um die Konzentration der Kampftechnik, die Bereitstellung von Munition, Lebensmitteln, Treibstoffen und Transportmitteln gegangen. Es wurde das Beabsichtigte auf Stabskarten vorausgeplant, erörtert und geprüft, Übungsschießen durchgeführt, das Übersetzen über Flüsse geprobt, die Infanterie darin geschult, hinter der Feuerwalze herzulaufen. Die Menschen, „die ins Feuer sollten“, schrieb Simonow, mussten auch moralisch auf das Kommende eingestellt werden.

So ging es auch zu, als sich die sowjetischen Truppen der 1. Bjelorussischen und der 1. Ukrainischen Front an der Jahreswende 1944/1945 darauf vorbereiten, die Winteroffensive zu eröffnen. Ihnen war die Hauptlast der Operation zugedacht, während weiter nördlich die 2. und 3. Bjelorussische Front Ostpreußen erobern und nach Pommern vorstoßen sollten. Geführt wurden die im Zentrum eingesetzten Truppen von den kriegserfahrenen Marschällen Georgi Konstantinowitsch Shukow, der Stalins Berater im Hauptquartier und dessen Stellvertreter als oberster Befehlshaber war, und Iwan Stepanowitsch Konew – Namen, die in der DDR lange gegenwärtig blieben, u.a. dadurch, dass Schulen, die im Gebiet des einstigen Kampfweges von Armeen der 1. Ukrainischen Font lagen, so eine in Berlin-Treptow und die Sorbische Oberschule in Ralbitz den Namen Konew, der auch Ehrenbürger von Berlin-Ost war, trugen, bis die Wende diese Erinnerungen auslöschte. Zudem erschienen beider Memoiren in DDR-Verlagen in deutscher Übersetzung und fanden eine erhebliche Zahl von Lesern. Nicht nur diese beiden Marschälle wussten, welche Bedeutung der Offensive für das gesamte weitere Kriegsgeschehen zukam, dass ihr erfolgreicher Verlauf auch die Armeen der Westalliierten entlasten und zur Festigung des Bündnisses der Alliierten beitragen sollte.

Die Eröffnung der Schlacht

Am 12. Januar 1945 schickte ein deutscher Hauptmann, der seit Jahren ungefährdet an Leib und Leben als Besatzungsoffizier in Warschau stationiert war, seiner Frau nach einem Besuch in der Kantine, in der es „allerlei Sachen zu kaufen“ gegeben hatte, einige dort erworbene Kämme, von denen er meinte, dass sie in der Familie, als Geschenke oder auch als Tauschobjekte gebraucht werden könnten. Die beiliegende knappe, nur wenige Zeilen umfassende Nachricht schloss mit den Worten: „Mir geht es gut.“ Fünf Tage später befand sich Wilm Hosenfeld, dessen Name und Biographie kürzlich durch den Spielfilm „Der Pianist“ und mehr noch durch den veröffentlichten Band mit seinen Kriegsbriefen bekannt wurde, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, die er nicht überlebte. Dass Warschau sich nicht mehr in deutscher Hand befand, teilte der Wehrmachtsbericht im Klartext nicht einmal mit. Das machten andere Angaben über Kampforte unzweifelhaft. An jenem 12. Januar hatte die sowjetische Offensive an der Ostfront begonnen.

Drei Tage später, in der Nacht zum 15. Januar 1945 hörte Victor Klemperer von einem Leidensgenossen, mit dem er wegen eines weiteren Fliegeralarms im Judenhaus in Dresden im Luftschutzkeller zusammenhockte, der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht habe gemeldet, dass die Ostfront im Mittelabschnitt wieder in Bewegung geraten sei. Aus britischer Quelle wusste sein informierter Gesprächspartner, dass sowjetische Truppen auf Krakau und in Richtung Oberschlesien vorstießen. Die amtliche Mitteilung aus der OKW hatte am 13. Januar, nachdem von Kämpfen in den Ardennen, im Elsass und in Italien berichtet worden war, mitgeteilt: „An der Weichselfront hat die lange erwartete Winteroffensive der Bolschewisten begonnen.“ Es seien bei Baranow „nach außergewöhnlich starker Artillerievorbereitung ... erbitterte Kämpfe“ entbrannt. „Nebenangriffe“ wären zerschlagen worden. Wer solche Sätze zu lesen verstand, und viele Deutsche waren darin inzwischen doch geübt, entnahm, dass im Gelände des Hauptangriffs nichts ähnliches erreicht worden war und sich die eigenen Kräfte auf dem Rückzug befanden.

Nur noch an den folgenden drei Tagen wurde die Ostfront an hinterer Stelle der Berichte erwähnt. Dann rückte sie auf Platz eins vor. Am 17.1.: die Lage habe sich verschärft, 18.1.: Kämpfe von

„unverminderter Heftigkeit“, 19.1.: es „tobt“ die Schlacht. Nun fielen Städtenamen, die über das Desaster keinen Zweifel mehr ließen. Eine Woche nach dem Beginn der Offensive war der gleichen Quelle zu entnehmen, dass bereits in den Straßen von Krakau, der Hauptstadt des von den Faschisten 1939 errichteten Generalgouvernements, und in Litzmannstadt gekämpft werde, dem polnischen Lódž, das im Osten des dem Reich zugeschlagenen „Warthegaus“ lag. Am 20. Januar wurde eingestanden, beide Städte befänden sich in der Hand der sowjetischen Truppen.

Feldmarschall „Heldenklau“

Hitler reagierte schon auf die ersten Meldungen von den Rückzügen und Fluchten wie er es seit den ersten Misserfolgen und Rückschlägen an der deutsch-sowjetischen Front im Jahre 1941 getan hatte, als er den Oberbefehlshaber des Heeres ablöste, sich selbst auf diesen Posten setzte und auch Oberbefehlshaber von Heeresgruppen, die den Blitzsieg nicht hatten erringen können, in die Reserve versetzte. Nun stellte er Ferdinand Schöner, der bis dahin die von sowjetischen Truppen eingeschlossenen deutschen Truppen in Kurland befehligt hatte, an die Spitze der Heeresgruppe Mitte, deren Armeen und Korps sich weitgehend in Auflösung befanden. Damit war ein Militär vom Typ „Heldenklau“ an die nun kritischste Stelle der Ostfront beordert. Mit dessen Oberbefehl ist die Geschichte der zeitweiligen Stabilisierung der Front und damit der Verlängerung des Krieges verbunden, mehr noch Erinnerung an einen der brutalsten Generalfeldmarschälle (dazu ernannte ihn Hitler am 5. April 1945) des Zweiten Weltkrieges, der nicht nur die Soldaten bedenken- und gnadenlos in aussichtslose Schlachten und Gefechte hetzte, sondern sie vor die Wahl des möglichen Todes im Kampf, des sicheren Sterbens durch Kugeln eines Erschießungskommandos oder aber hängend am Strick eines Galgens oder eines Straßenbaums stellte. Marschall Schörner aktivierte das blutige Regiment der Feldgerichte.

Der Mann, der den Tod Tausender Soldaten auf dem Gewissen hatte, wurde wegen seines Regimes als Wehrmachtsbefehlshaber im Jahr 1957 in der Bundesrepublik, und das wollte etwas heißen, zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er zwei Jahre auch absaß. Schörner fiel, auch weil er bei Kriegsende in Zivil sich hatte davonstehlen wollen, während seine Soldaten in Gefangenschaft transportiert wurden, aus aller Traditionspflege der Bundeswehr heraus, und vorsorglich informierte das Bundesverteidigungsministerium, als der Militarist mehr als 80jährig starb, darüber, dass die Teilnahme von Angehörigen der Bundeswehr an seiner Beisetzung auch in Zivil unerwünscht sei. Jedoch: auch dieser Feldherr hatte nur bremsen, nicht aufhalten können, was sich zwischen Weichsel und Oder vollzog.

Frauen und Kinder aus dem Schussfeld

Immer häufiger lasen die Deutschen in den Berichten ihnen vertraute Orts- und Städtenamen: masurische Seenplatte, Rominter Heide, Gumbinnen, Insterburg, Tilsit, das Kurische Haff. Am 22. Januar informierte der Bericht von Kämpfen, die östlich von Oppeln in Schlesien stattfanden. Damit hatte die Offensive den Oberlauf der Oder nahezu erreicht. Klemperer in Dresden quälte die Frage, ob sie noch einmal zum Stehen gebracht würde. „Todesnähe und Erlösungsnähe: die Russen vor Krakau, die anglo-amerikanischen Bomber über uns, die Gestapo hinter uns,“ lautete seine Eintragung vom 18. Januar 1945.

Kein Wort enthielten die amtlichen Nachrichten aus dem Führerhauptquartier in all diesen Tagen darüber, was mit der deutschen Zivilbevölkerung geschehen sei, deren Wohnorte sich nun im Kriegsgebiet befanden oder schon in des Gegners Besitz gelangt waren. Briefe von Soldaten bezeugen die grassierende Besorgnis um das Geschick der eigenen Ehefrau, der Kinder und Eltern, wenn sie diese dort gewusst hatten, wo nun „der Russe“ stand. Fluchtartig oder organisiert hatten sich die deutschen Zivilisten nach Aufrufen der Wehrmacht und der örtlichen Führer der NSDAP und staatlicher Behörden westwärts aufgemacht, dem Tod während der Kämpfe und den „Bolschewisten“, die ihnen die Propaganda seit Jahren als Verbrecher dargestellt hatte, zu entkommen. Später sind diese Züge als Rettungstaten dargestellt worden. Das waren sie nach den Antrieben derer, die sie in Bewegung setzten, zum wenigsten. Inmitten deutscher Kinder und Frauen ließ sich schlecht schießen. Und wo sich die Wehrmacht „absetzte“, sollte dem Feind menschenleeres Gebiet überlassen bleiben, in dem er auf keinerlei Hilfskräfte traf.

Zudem gaben Massenflucht und -deportation das Argument her, an der Front müsse fanatisch weitergekämpft werden, um Frauen und Kinder zu schützen. Deren lebenserhaltender Schutz wäre das Eingeständnis der Niederlage und das Angebot des Waffenstillstands und der Kapitulation gewesen, eine viele Tausende und Zehntausende Menschenleben rettende Tat, zu der freilich nur ein Weg führte, der über Hitlers Leiche. Doch auch jetzt fand sich in seiner Umgebung und unter jenen, die sonst zu ihm Zutritt hatten, niemand, der dies auch nur geplant haben würde. Vom Führerhauptquartier bis in die Schützengräben und Luftschutzkeller erhielt sich eine Atmosphäre des Gehorchens und Funktionierens, der Stumpfheit und Dumpfheit des Weitermachens. Und nicht wenige hatten sich vom Wunderglauben noch nicht abgewendet. Zudem entstanden im Verlauf der Offensive an einzelnen Frontabschnitten für die Angreifer auch ungünstige Kräfteverhältnisse und Lagen.

Propagandarummel um Lauban und Kolberg

An den Ufern der Lausitzer Neiße tobten langwierige Kämpfe um die jeweiligen Brückenköpfe. Seit dem 18. Februar wurde der Name der niederschlesischen Stadt Lauban Tag für Tag im deutschen Wehrmachtsbericht genannt. Obwohl ihr Verlust nicht bekannt gegeben worden war, hieß es am 8. März überraschend: „Die Stadt ist befreit.“ Die Propaganda beutete das für die Gesamtentwicklung unbedeutende Ereignis augenblicklich aus. Minister Goebbels begab sich mit Kameraleuten zu einem Kurzbesuch nach Lauban, um dort Soldaten, darunter Milchgesichtige, mit Orden zu dekorieren und fuhr von da ins nahe Görlitz, wo er vor herbeibeorderten Getreuen in einer Stadthalle seine – übrigens letzte – öffentliche Rede hielt. Die Wochenschau übernahm sie, um den Streifen im verbliebenen Teil des Reiches den weniger werdenden Kinobesuchern vorzuführen. Ungleich mehr dürften die gespenstisch anmutende Szene erst lange nach Kriegsende in Ausschnitten als Teil von Dokumentarfilmen gesehen und bemerkt haben, dass die Aufnahmen, verglichen auch nur mit denen von der Kundgebung „Wollt ihr den totalen Krieg“ 1943, eine veränderte Atmosphäre festhielten. Ärmlich gekleidete, abgehärmte Männer, insgesamt nur das Grau-in-grau dieser Tage vermittelnde Bilder waren zu sehen und dazu ein Redner, der vor ihnen Muskeln spielen ließ, die er nie und das Regime jetzt nur noch als Reste besaß.

Denn, während die Hauptmacht der sowjetischen Truppen bis zur Oder in deren Mittellauf und zur Lausitzer Neiße vorgedrungen war, wurden auch die weiter nördlich sich befindenden deutschen Verbände in eine hoffnungslose Lage gebracht.

Am 18. März wurde das ebenfalls zur Festung erklärte Kolberg erobert, die im 3. schlesischen Krieg, dem so genannten Siebenjährigen 1761 schon einmal von russischen Truppen in Besitz genommen worden war. Dann wurde die Stadt, um die sich Geschichten und Legenden aus dem Krieg von 1806/07 rankten, als sie den Namen Festung noch verdiente, anders als die Festungen Erfurt, Stettin, Küstrin und Magdeburg gegen napoleonische Truppen bis nahe an das Kriegsende verteidigt. Freilich: Ohne dass damit an der kompletten Niederlage Preußens etwas abzuändern gewesen wäre. Das störte indessen Propagandaminister Goebbels nicht. Er regte an, diese Episode, sie verklärend und verfälschend, massenwirksam auf die Leinwände der Kinos zu bringen. Der Spielfilm, es wurde der mit dem größten bis dahin betriebenen Aufwand, sollte den Durchhaltewillen zum Äußersten anstacheln.

Die Produktion begann im Sommer 1943. Am 30. Januar 1945 fand in Berlin die Uraufführung statt und zudem wurde eine Kopie durch ein Flugzeug über der eingeschlossenen „Festung La Rochelle“ an der französische Atlantikküste abgeworfen. Dort vermochten sich Wehrmachtstruppen zu halten, weil sich die Alliierten mit der Eroberung eines Terrains, welches – aufs Kriegsganze gesehen – bedeutungslos war, nicht aufhielten. Auch in den eingeschlossenen Städten Breslau und Danzig wurde der Film noch gezeigt. Doch die von Goebbels gedachte Wirkung ließ sich mit dem historischen Rührstück nicht mehr erreichen. Die Kinos, wenn sie nicht in Trümmern lagen, lockten immer weniger Zuschauer. Und der Streifen war vollends entwertet, als der Wehrmachtsbericht zum letzten Mal meldete, dass die Verteidiger der Stadt sich der „feindlichen Übermacht“ erwehrten. Dann verschwand auch Kolberg ohne weiteren Kommentar aus den OKW-Meldungen. Dessen Verlust bedeutete, dass die weiter östlich stehenden deutschen Divisionen von ihren Landverbindungen nach Westen abgeschnitten waren. Am 30. März wurde der Widerstand der Wehrmachtstruppen in Danzig, am 9. April auch in Königsberg restlos gebrochen.

Wie weit ist das Ende?

Wie schon bei der Sommeroffensive, die 1944 nach einem Desaster der Wehrmacht im Mittelabschnitt der Ostfront bis an die Weichsel und an die ostpreußische Grenze geführt hatte, so tauchten auch jetzt wieder überzogene Erwartungen auf wie: der Angriff werde nirgendwo mehr Halt machen, erst in Berlin enden und binnen kurzem die deutsche Kapitulation erzwingen. Derlei Vorstellungen entstanden aus laienhaften Bildern vom Krieg. Die Offensive, die im Januar 1945 begann, trug weiter, als die Planungen der sowjetischen Stäbe gereicht hatten, die ihr zugrunde lagen. Ihnen zufolge sollte eine Linie Bromberg, Posen (Poznań), Krakau (Kraków) erreicht werden. Schon an der Wende vom Januar zum Februar aber war die Truppen der 1. Bjelorussischen Front bis an die Oder in deren Mittelabschnitt vorgedrungen, hatten Küstrin erobert und vermochten, Brückenköpfe am Westufer des Flusses zu erkämpfen. Doch Offiziere und Soldaten der Armeen waren nach den extremen Strapazen ihres Vordringens gegen einen noch immer kampfstarken Gegner erschöpft und ausgelaugt. Die Nachschubwege wurden mit jedem Kilometer eigenen Geländegewinns länger. Sie führten durch unbekanntes, vielfach absichtsvoll zerstörtes Terrain. Bis März verteidigten sich in dem zur Festung erklärten Posen noch deutsche Truppen und blockierten so eine der wichtigsten Versorgungslinien in Mittelpolen. Die gleiche Rolle war der schlesischen Metropole Breslau zugedacht; deren Besatzung ergab sich gar erst wenige Tage vor der Generalkapitulation am 6. Mai.

Trotz des großen Sieges: Das sowjetische Oberkommando war durch die Erfahrungen der Ardennen-Offensive gewarnt. Das Risiko auch nur eines begrenzten und zeitweiligen militärischen Rückschlags gedachte es nicht einzugehen. Folglich mussten die eigenen Kräfte erst auf den letzten Schlag vorbereitet werden, der in die Hauptstadt des „verfluchten Deutschland“ führen sollte. Auch dieser Entschluss hatte seinen Preis. Die Wehrmachtstruppen erhielten – letztmalig – eine Atempause und die wurde genutzt, sich auf den nächsten Ansturm vorzubereiten. Ihm vorzeitig entgegenzuwirken, dazu existierte keine Chance mehr.

27. Januar 1945: Auschwitz

Am 29. Januar 1945 hörte Victor Klemperer von einem ihm vertrauten Bekannten, Thomas Mann habe in einer Rede davon gesprochen, allein in Auschwitz seien anderthalb Millionen Juden vergast und deren Knochenreste als Dünger verwandt worden. Tatsächlich hatte der Romancier in einer seiner an deutsche Hörer gerichteten Rundfunkansprachen, die am 14. Januar gesendet worden war, gesagt, dass zwischen dem 15. April 1942 und dem 15. April 1944 in Auschwitz und in Auschwitz-Birkenau 1.715 000 Juden ermordet wurden. Die Angabe beruhte auf unbezweifelbaren Informationen, die Grundlage für die Schätzungen waren. Was Auschwitz wirklich war, enthüllte sich der Welt erst, nachdem Truppen der 1. Ukrainischen Front am 27. Januar die Stadt und das Gelände des verzweigten Lagerkomplexes erreicht hatten. Und danach auch nicht binnen Tagen, sondern erst in einem längeren Prozess des Nachforschens.

Der sowjetische Frontstab, dessen Armeen in wenig mehr als zwei Wochen ein Hauptziel der im Südabschnitt auf polnischem Boden vorgetragenen Offensive, das oberschlesische Industrierevier mit seinen Gruben und Werken, erreicht hatten und die Einheiten der Wehrmacht vor sich hertrieben, hatte damit gerechnet, dass es in den dortigen Städten zwischen Industrieanlagen und in den Straßen zu langwierigen Kämpfen kommen könnte. Um sie zu vermeiden, waren die Divisionen an den Rändern dieses Gebietes vorbei gestoßen und hatten die deutschen Verbände gleichsam eingesackt. Doch ließen sie ihnen einen Fluchtweg nach Westen, den diese auch nutzten. So kam das industrielle Ballungszentrum durch Erdkämpfe unversehrt in den Besitz der Vordringenden und später in die Hände des wieder errichteten Polen. Rüstungsminister Albert Speer, der sich die Folgen des Verlustes zu errechnen wusste und vergeblich versucht hatte, Hitler zu drängen, durch die Verlegung von weiteren Wehrmachtstruppen von der Westfront gerade diesen Abschnitt im Osten zu stabilisieren, musste auf seiner Reise nach Kattowitz umkehren, wollte er nicht Gefahr laufen, in Gefangenschaft zu geraten.

Auf dem Wege ihres Vordringens in das Industrierevier hatten sowjetische Truppen etwa 60 km von Krakau entfernt das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz erreicht. Es stellte einen ganzen Komplex von Lagern dar. Zu dem 1940 in einer Kaserne aus K. u. K.-Zeit errichteten KZ, be-

stimmt für die Isolierung und Terrorisierung von Polen, die der Besatzung Widerstand leisteten oder dessen auch nur verdächtig waren, wurde 1941 mit der Errichtung des Lagers Auschwitz-Birkenau (auch Auschwitz II) genannt, begonnen, das als Vernichtungslager entstand, in dem Juden, Zigeuner und Menschen aus allen Teilen des okkupierten Europas, Zivilisten wie Kriegsgefangene, ermordet wurden. Dem folgte die Errichtung des Lagers Monowitz (auch als Auschwitz III bezeichnet), in dem als Arbeitskräfte für Rüstungsbetriebe ausgesonderte und zur Vernichtung durch Arbeit bestimmte Häftlinge konzentriert waren. Zudem existierten Nebenlager, die der SS-Kommandantur Auschwitz unterstanden und ebenfalls zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen geschaffen worden waren.

Auschwitz in Nürnberg

Was Auschwitz war, davon hatten die fotografischen und Filmaufnahmen, die von den Befreiern gemacht wurden, ein grausiges und doch nur unvollkommenes Bild zu vermitteln vermocht. Es bekam mehr Schärfe und konnte gerichtsnotorisch gemacht werden, als in Nürnberg 1945/1946 gegen führende Personen des Nazireiches Anklage erhoben wurde, u.a. gegen den Nachfolger Reinhard Heydrichs an der Spitze des Reichssicherhauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, und gegen Formationen und Organisationen des zerschlagenen Regimes wie gegen die Gestapo und die SS.

Es waren zwei ganz unterschiedliche Zeitzeugen, die in diesem Zusammenhang von der Anklage bzw. der Verteidigung dem Gericht präsentiert wurden. Die französische Journalistin und Abgeordnete Claude Vaillant-Couturier, einst Häftling in Auschwitz II und Ravensbrück, und der Kommandant des Lagers Auschwitz SS-Obersturmbannführer Rudolf Höß. Im Verlauf der Befragungen beider entstand ein tiefenscharfes Bild von den Verbrechen und vom Mordregiment in Auschwitz, von der Arbeitsqual, den Leiden und dem Sterben der Deportierten, an dem später, soviel Informationen durch Erinnerungsberichte und andere Quellen gewonnen wurden, nichts korrigiert werden musste – auszunehmen davon sind lediglich Zahlenangaben, bei denen sich alle Befragten damals nur auf eigene oder fremde Schätzungen berufen konnten.

Vaillant-Couturier, als Widerstandskämpferin an die Deutschen ausgeliefert, durch Gefängnisse in Frankreich geschleppt und im Januar 1943 nach Auschwitz transportiert, vom französischen Vertreter der Anklage befragt, gab einen lückenlosen Bericht vom Dasein der Häftlinge vom Eintreffen bis zum Weg in die Gaskammern, von deren Lebens- und Arbeitsbedingungen, von Experimenten an Häftlingen und davon, was Schwangeren, Kindern und eben Geborenen geschah. Sie sprach von Mengele, vom Fleckfieber und den Ratten, die sich an aufgehäuften Leichen mästeten, vom Mädchenorchester und vom Lagerbordell, von der Zwangsarbeit in der Fabrik, von der sie nur den Namen „Union“ kannte und die sie keinem Eigentümer zuzuordnen vermochte, und vom Bunawerk in Monowitz. Sie musste sich, vom Gericht ungerügt, von einem Verteidiger die unverschämten Fragen gefallen lassen, warum sie sich so gewandt ausdrücken könnte und nach dem Erlebten in gutem Gesundheitszustand sei.

Höß, der an den Tatsachen der Massenvernichtung nichts abschwächen konnte und deren Hergang schilderte, sich aber als bloßer Befehlsempfänger Heinrich Himmlers ausgab und mit den Opfern sogar Mitleid empfunden haben wollte, und ein weiterer Offizier, der beim SS-Gericht mit der Untersuchung von nach Nazimaßstäben strafwürdigen Vergehen von SS-Leuten in Konzentrationslagern beauftragt gewesen war, wurden von der Verteidigung vorgeführt um zu bekunden, dass die SS und insbesondere die Waffen-SS insgesamt mit den Verbrechen nicht in Verbindung stand. Hier machte sich jene Strategie und Taktik deutlich, mit der alsbald in der Bundesrepublik nicht nur vor Gerichten, sondern auch in Presse und Literatur versucht wurde, an der Wahrheit herumzudeuteln.

Ein Interesse bestand darin, sich durch die Täter bestätigen zu lassen, dass ihr Mordhandwerk, das so freilich nicht genannt wurde, nach außen hin hermetisch derart abgeschirmt worden sei, dass niemand davon etwas wissen konnte. Selbst die Bewohner der Stadt Auschwitz hätten nicht erfahren können, was in Birkenau geschah, wären sie doch nicht imstande gewesen, den Gestank verbrannten Fleisches als das Ergebnis der Verbrennung von Leichnamen gemordeter Juden auszumachen.

Die abgekarteten Partien von Zeugenbefragungen galten unmittelbar den Naziführern auf der Anklagebank, die als ahnungslos und unwissend erscheinen sollten. Darüber hinaus zielten sie auf Freisprüche für die Deutschen (die Verteidiger eingeschlossen) insgesamt. Ein Versuch, der misslang. Denn Vaillant-Couturier schilderte dem Gericht aus eigenem Wissen, auf wie vielen Wegen Nachrichten über Auschwitz aus dem streng bewachten Bezirk doch hinausgelangt waren: durch versetzte oder ausscheidende SS-Aufseherinnen, entlassene Häftlinge, Treffen von Häftlingen mit Menschen außerhalb des Lagers während der Arbeit, in Nebenlager kommandierte Insassen usw.

Unverfroren und aussichtslos auch das Bestreben, die SS-Leute im Lager als strikt an Weisungen zur korrekten Behandlung der Häftlinge gebunden zu zeigen, so dass es nur ausnahmsweise zu „Übergriffen“ gekommen sei, während die eigentlichen Sadisten im Lager die Kapos gewesen wären. Der Reinwaschung der SS sollte auch dienen, ihr innerhalb der Lagergrenzen handelndes Personal zu Angehörigen einer zahlenmäßig geringfügigen Ausnahmeformation zu erklären und darauf zu verweisen, dass die weit größere Zahl von SS-Leuten, die jenseits des Lagers dessen Bewachung sicherten, zu erheblichen Teilen oder vorwiegend nicht deutscher Nationalität und Staatsbürgerschaft gewesen sei.

Der Gipfel der Bemühungen, den deutschen Anteil am Verbrechen zu minimieren, war erreicht, als Höß die Zustände, welche die Alliierten in den Lagern vorfanden und die von US-amerikanischen Dokumentaristen auf Filmen festgehalten und die im Gerichtssaal gezeigt wurden, dem zerstörten Bahnnetz und den Bombardierungen des Reiches zuschreiben wollte, wodurch die Versorgung der Lager mit Lebensmitteln nicht mehr hätte gewährleistet werden können. Auch das ließ sich das Tribunal ungerührt bieten, was hier nur angemerkt wird, da es noch immer als „Gerichtshof der Sieger“ apostrophiert wird, eine Kennzeichnung, mit der die Vorstellung von Willkür suggeriert werden soll.

Räumung und Befreiung

An das SS-Kommando in Auschwitz erging im November 1944 der Befehl, die Gaskammern und Krematorien in Birkenau zu zerstören und zu sorgen, dass nichts von den tatsächlichen Vorgängen mehr erkennbar blieb, ein Vorhaben, das sich restlos nicht verwirklichen ließ. Das galt ebenso für den weiteren Befehl, der beim Herannahen der sowjetischen Truppen gegeben wurde, alle gesunden oder auch nur transportfähigen Häftlinge westwärts zu schaffen mit dem Ziel Buchenwald bei Weimar, Mauthausen bei Linz und weiterer im Innern des Reiches gelegener Konzentrationslager. Das war unter entsetzlichen Umständen – auf Fußmärschen und in offenen Eisenbahnwaggons bei klirrender Kälte – weitgehend, aber nicht vollständig geschehen. Die zurück gelassenen Kranken umzubringen, dazu fand die SS-Mannschaft angesichts des Tempos des Herannahens der sowjetischen Truppen keine Zeit mehr. So blieben – hilflos sich selbst überlassen – mehrere Tausend Häftlinge im Komplex der Auschwitz-Lager zurück, u.a. im Krankenbau Monowitz etwa 800, zumeist in elendem und vom Tode gezeichneten Zustand. Die Mehrheit erfror oder verhungerte, bevor die Befreier und Retter zur Stelle waren.

Primo Levi, italienischer Widerstandskämpfer, 1943 verhaftet und nach Auschwitz verschleppt, wo er sein Überleben vor allem seinen Fachkenntnissen als Chemiker verdankte, hat Jahre später in seinem Buch *Die Atempause* (ital. La tregua 1958, dt. 1991) jene Szene beschrieben, die ihn und wenigen seiner Leidensgenossen dem Leben zurückgab: „Die erste russische Patrouille tauchte gegen Mittag des 27. Januar 1945 in Sichtweite des Lagers auf... Es waren vier junge Soldaten zu Pferd; vorsichtig ritten sie mit erhobenen Maschinenpistolen die Straße entlang, die das Lager begrenzte. Als sie den Stacheldraht erreicht hatten, hielten sie an, um sich umzusehen, wechselten scheu ein paar Worte und blickten wieder, von einer seltsamen Befangenheit gebannt, auf die durcheinanderliegenden Leichen, die zerstörten Baracken und auf uns wenige Lebende.“

Das Dämonischste der Verbrechen

Die Verbrechen, die in Auschwitz begangen wurden, und mehr noch die Leiden und das Sterben der Opfer, bleiben unvorstellbar, so oft sie auch in Schrift und Wort von Überlebenden geschildert worden sind. Das gilt vollends für die Praxis, besonders ausgewählte jüdische Männer einem Sonderkom-

mando zuzuteilen, das im abgesonderten Komplex der Vernichtungsanlagen, auch „Todeszone“ genannt, untergebracht und dort zu jenen Tätigkeiten gezwungen wurde, welche die SS, aus Gründen der Kräfteersparnis und weil sie „Herrenmenschen“ dafür nicht abstellen wollte, nicht selbst verrichtete: das Verbrennen und Verwerten der Getöteten und die spurlose Beseitigung aller menschlichen Überreste. Levi hat dies das dämonischste Verbrechen der deutschen Faschisten genannt. Wer in solchen Sonderkommandos arbeitete, erwarb nicht mehr als eine Galgenfrist, und er verlor, wenn er als Mitwisser beseitigt wurde und seinen Platz andere einzunehmen hatten, – wiederum Levi – das Bewusstsein der Unschuld. Angehörige dieser Kommandos versuchten am 7. Oktober 1944 einen verzweifelten Aufstand gegen die SS, wobei sie wie die Kämpfer im Warschauer Ghetto wohl wussten, dass sie nicht ihre Rettung erreichen, sondern nur die Art ihres Sterbens bestimmen konnten. Sie wollten sich nicht widerstandslos abschlachten lassen.

Die Praxis, Juden zu Mittätern zu machen, sie war nur die teuflischste unter vielen anderen, war auch frühzeitig bekannt und geschildert worden. Zuerst durch den rumänischen Pathologen Miklós Nyiszli, der im Krematorium I dem Sektionskommando zugeteilt worden war und das Buch „Im Jenseits der Menschlichkeit“ veröffentlichte. Diese Praxis allein hätte weltweit die äußerste Mobilisierung aller Kräfte auslösen müssen, die Mörder von Auschwitz aufzuspüren und ihren Richtern zu übergeben. Doch die Geschichte der Fahndungen, Ermittlungen und Prozesse verlief anders.

Von den drei Kommandanten, die in Auschwitz geherrscht hatten, wurde der gefangene Rudolf Höß, (der als Zeuge auch im Gerichtssaal stand, als US-amerikanische Tribunale während der so genannten Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen den Amtschef des Wirtschafts-und-Verwaltungshauptamtes der SS, Oswald Pohl, und gegen Manager der IG Farben AG verhandelten), an Polen überstellt, in Krakau von einem Gericht zum Tode verurteilt und am Orte seiner Verbrechen gehenkt, im Lager Auschwitz I, das unter seiner Leitung im Mai/Juni 1940 eingerichtet worden war. Sein Nachfolger Arthur Liebehenschel, ebenfalls von einem polnischen Gericht verurteilt, endete 1948 in Krakau am Galgen. Der letzte Kommandant Rudolf Baer hatte untertauchen und bis 1960 in der BRD nahe Hamburg auf freiem Fuß leben können. Entdeckt und gefangengesetzt, starb er 1963 in Untersuchungshaft. In diesem Jahr begann in Frankfurt a.M. der – weltweit – Aufsehen erregende (erste) Auschwitzprozess, dessen Zustandekommen vor allem dem Generalstaatsanwalt des Landes Hessen, Fritz Bauer, zu danken war. Doch wie gering ist die Zahl der juristisch Belangten geblieben, gemessen an der Zahl der im Konzentrations- und Vernichtungslager mörderisch tätig gewordenen SS-Leute, Männer wie Frauen.

Name, Symbol, Synonym, Warnung

Auschwitz, der Name steht für jene geschichtlich einzigartige Verbrechensserie, der die Nazis den Tarnnamen „Endlösung“ gegeben hatten und die heute – außerhalb Israels – zumeist Holocaust genannt wird, eine Bezeichnung, die durch den Titel des US-amerikanischen Spielfilms verbreitet wurde, der Ende der siebziger Jahre um die Welt ging. An keinem anderen Ort im faschistisch beherrschten Europa wurde auch nur eine annähernd so große Anzahl von Menschen so vieler Nationen und Völker umgebracht wie dort. Wie viele es waren, konnte nur geschätzt werden. Zwischen 1,1 und 1,2 Millionen schwanken die am häufigsten genannten Angaben über die Opfer.

Der Tag der Befreiung von Auschwitz ist in der Bundesrepublik zum Gedenktag an die ermordeten Juden und zugleich an alle Getöteten bestimmt worden, an die Sinti und Roma, die Behinderten, die Millionen Angehörige slawischer und anderer osteuropäischer Völker, wo und wie immer sie auch umgebracht wurden. Mit dieser Fixierung des Gedenkens ging gleichzeitig aber auch eine Instrumentalisierung von „Auschwitz“ einher, die ihren bisherigen Tiefpunkt mit der Anrufung des dort begangenen Verbrechens zum Zwecke der Rechtfertigung eines anderen erreichte. Der 1999 unter Beteiligung der Bundesrepublik geführte Krieg gegen Jugoslawien wurde von deren Außenminister als unausweichlich und eine beherzigte zwingende Lehre aus der Erfahrung Auschwitz dargestellt. Dieser Missbrauch profitierte von der – nicht nur in Deutschland-West – bereits seit Jahrzehnten betriebenen Enthistorisierung von „Auschwitz“. Das Programm der „Endlösung“ wurde aus seinem geschichtlichen Zusammenhang mit dem imperialistischen Eroberungskrieg und aus der Beziehung herausge-

löst, die es zum „Endziel“-Programm der deutschen Machthaber besaß. Es erscheint so als Ausfluss bloßer Wahnideen, für die und für deren Verfechter keine Bodenhaftung mit der Gesellschaft und den in ihr dominierenden Interessen festgestellt werden könnte, in der aus Ideen Projekte, aus Projekten Pläne, aus Plänen Befehle, aus Befehlen Taten entstanden waren.

Auschwitz steht nicht für eine Gesetzmäßigkeit, aber für eine verwirklichte Möglichkeit einer kapitalistischen Gesellschaft, wie der GULag für eine verwirklichte Möglichkeit einer antikapitalistischen steht, ohne eine Gesetzmäßigkeit des Sozialismus zu bezeichnen. Zwischen beiden Verbrechen lässt sich rechtens kein Gleichheitszeichen stellen, das ohnehin in die Mathematik gehört und in der Geschichtswissenschaft nichts zu suchen hat. Was die Untaten Wirklichkeit werden ließ, ist mit dem begründeten Hinweis auf die Abwesenheit jeder demokratischen Kontrolle von Macht- und Herrschaftsapparaten allein nicht erklärt, wiewohl diese eine ihrer unabdingbaren Voraussetzungen bildete. Die Differenz in den Geschichtsbildern unserer Tage besteht darin, dass Sozialisten – viele schweren Herzens – das in der Geschichte ihrer Kämpfe Geschehene ohne ein Wenn und ein Aber sich und öffentlich eingestehen, wiewohl sie mit den Antworten auf das quälende Warum zu keinem Ende gekommen sind. Anders ihre Gegner, die Auschwitz gedanklich aus der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft exportieren möchten. Aber wohin? In das Reich, in dem es nur Gute und Böse gibt.

4.-11. Februar 1945: Jalta

Das Neue Jahr 1945 war erst einen Monat alt und doch hatte sich in dessen Verlauf an den Fronten in Europa schon Entscheidendes verändert. Die sowjetischen Truppen standen am Ober- und Mittellauf der Oder. Auch die der Westalliierten waren nach der gescheiterten deutschen Ardennen-Offensive wieder Herren der Lage und näherten sich dem Rhein. Das besagten Meldungen, die Franklin D. Roosevelt erhielt, als er sich am 23. Januar 1945 an Bord des Kreuzers „Quincy“ und auf eine weite Reise begab. Es sollte seine letzte werden. Von Schwäche und Krankheit schon gezeichnet, nahm er die Strapazen des Weges in die UdSSR auf dem See- und teils auf dem Luftweg auf sich. Zum ersten Mal reiste ein Präsident der USA in dieses Land. Irgendwo unterwegs mochte ihm von Hitlers Radioansprache zum 12. Jahrestag der „Machtübernahme“ berichtet worden sein, in der dieser vom Mongolensturm, der abzuwehren sei, und vom deutschen Endsieg gefaselt hatte.

Reiseziel: Krim

Roosevelts Ziel war der Ort einer weiteren Zusammenkunft der „Großen Drei“, wie die Oberbefehlshaber der Hauptmächte der Antihitlerkoalition genannt wurden: Winston Churchill, der Premierminister Großbritanniens, Josef W. Stalin, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, und eben er, das Oberhaupt der Vereinigten Staaten. Zuletzt hatten sie sich ein reichliches Jahr zuvor im persischen Teheran getroffen. Damals standen Fragen der Kriegführung im Zentrum ihrer Beratungen. Nun, im Angesicht des greifbar nahen Sieges und nach der Befreiung vieler von den deutschen Faschisten okkupierter Länder, richtete sich die Blicke auf die Zeit nach Deutschlands Kapitulation und die Schaffung einer stabilen Friedensordnung. Auf dem Weg zu seinem Ziel machte Roosevelt in Malta Zwischenstation, wo er sich am 2. Februar mit Churchill traf.

Für das Treffen zu dritt hatte die sowjetische Seite die Halbinsel Krim ausgewählt, einen Landesteil, der noch bis vor wenigen Monaten teilweise in der Hand der Wehrmacht gewesen war. Der letzte Bericht des deutschen Oberkommandos, der von Landkämpfen auf der Krim berichtete, stammte vom 14. Mai 1944 und teilte im Stil einer Erfolgsmeldung mit: „In einer einzigartigen Übersetzbewegung haben Einheiten der deutschen und rumänischen Kriegs- und Handelsmarine sowie Transportverbände der Luftwaffe gegen starke feindliche Abwehr die auf der Krim eingesetzten verbündeten Truppen auf das Festland zurückgeführt.“

In den langdauernden Kämpfen, zuerst ausgetragen 1941/42 während der Eroberung der Halbinsel durch Wehrmachtstruppen unter dem General Erich von Manstein, dann 1943/1944 während der zu deren Befreiung geführten Operationen, wurde das Territorium weithin verwüstet. Nicht jedoch jener einstige Zarensitz nahe Jalta, der Stadt, die der Konferenz den Namen geben sollte. Der Bau des

Liwadija-Palastes war im Jahre 1911 beendet und von Zar Nikolaus II. bezogen worden. Dort ließ sich in idyllischer Landschaft zwischen Bergen und dem nahen Meer das erholsame Sommerklima am Nordrand des Schwarzen Meeres genießen. Allerdings für den Bauherren und Eigentümer nicht lange. Sechs Jahre später war er vom Thron gestürzt. Heute, wie die gesamte Halbinsel Teil der Ukraine, ist das ausgedehnte Anwesen, durch das Zusammentreffen des Jahres 1945 berühmt gemacht, u. a. Museum und Magnet für Touristen.

Zukunft der Besiegten

Im Zentrum der Konferenz, die am 4. Februar begann und eine Woche dauerte, stand Deutschlands Kapitulation, Besetzung und Überwachung samt deren Zielen und seine Pflicht zur Wiedergutmachung. Bei den Beratungen der militärischen Lage hielten sich die Hauptpersonen der Konferenz nicht lange auf. Zur Eröffnung nahmen die Stabschefs das Wort. Die nächsten Schläge sollten so geführt werden, dass dem Nazistaat und der Wehrmacht vollends der Garaus gemacht werde. Es ließ sich voraussetzen, dass alle Beteiligten dafür keinen Ansporn mehr brauchten. Stalin erfragte, wann die Westmächte zu ihrer nächsten Offensive ansetzen würden und erhielt die Antwort: März. Von Interesse waren sowjetische Erfahrungen beim Forcieren großer Flüsse, denn noch musste der Rhein überwunden werden. Stalin verwies auf die Praxis der Sowjetarmee, zur Eröffnung von Großoperationen Artillerie in äußerster Stärke und Konzentration einzusetzen, wie an der Weichsel wiederum erprobt und bewährt. Die Militärs erörterten das Nähere separat.

Am zweiten Konferenztag wurden die – Deutschland betreffenden – Fragen debattiert. Nichts geändert wurde an der Forderung einer bedingungslosen Kapitulation, der keine Verhandlung mit einer deutschen Regierung, wie immer diese beschaffen sei, vorausgehen würde. Erst wenn die Waffen gestreckt wären, sollten die darauffolgenden Schritte bekannt gemacht werden. Einigkeit herrschte über die Besetzung des Reiches, die Aufteilung in Zonen und darüber, dass ein gemeinsamer zentraler Kontrollrat existieren und Frankreich eine Besatzungszone erhalten werde.

Offen blieb die Frage einer künftigen Aufteilung Deutschland, ein Gedanke, dem sich Churchill und Roosevelt nicht abgeneigt zeigten, wobei einmal von einem Nord- und einem Südstaat, dann von weiteren ungenannten Teilen die Rede war. Doch kam es darüber zu keiner Abmachung. Vollständig stimmten die Chefs der Regierungen im Ziel der Besetzung überein. Der deutsche Faschismus und Militarismus mussten ausgerottet und Deutschland dauernd unfähig gemacht werden, einen nahen oder fernen Nachbarn zu überfallen. Ebenso einmütig war die Ansicht über die Pflicht der Deutschen, Wiedergutmachung zu leisten, die angesichts der angerichteten Schäden ohnehin nur teilweise erfolgen könne. Höhe und Verteilung der Reparationen sollte eine Kommission bestimmen. Eingedenk von nach dem Ersten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen, würden diese, nicht in Geld- sondern in Warenform und in Arbeitsleistungen zu erbringen sein. Doch sollten die Gesamtlasten für die Deutschen erträglich bleiben, sie nicht noch weiter in Chaos, Elend und Hunger stürzen. Vielmehr wurde ihnen in Aussicht gestellt, in eine Völkergemeinschaft zurückzukehren, wenn sie sich definitiv auf neue Wege ihrer Geschichte begeben hätten. Viele spezielle Fragen erforderten weitere Klärungen, darunter so wichtige wie die Zukunft des Saar- und des Ruhrgebietes sowie das Vorgehen gegen die Kriegsverbrecher.

Die Hürde Polen

Soviel Fragen im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands in Jalta offengelassen und zur Beratung künftigen Außenministerkonferenzen zugewiesen wurden, nicht sie bildeten das Problem der Konferenz. Das betraf die Zukunft Polens, das nach der Tschechoslowakei zweite Opfer der deutschen Aggression. Und es hatte seine tiefen historischen Wurzeln. Als der Staat, gelegen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrussland, 1918 sich nach einer langen Phase der Teilung des Landes konstituierte, erfolgte das in der Absicht, ihn als einen Pufferstaat zu festigen, der das Übergreifen revolutionären Bestrebungen nach Zentraleuropa verhindern sollte. Die Beziehungen zwischen Warschau und Moskau blieben denkbar schlecht. Sie verbesserten sich nicht, als sich zwischen dem eben geschaffenen faschistischen Deutschland und Polen veränderte Beziehungen anzubahnen schienen, die

sich 1934 in einer Nichtangriffserklärung manifestierten und auf antisowjetischer Grundlage ausbaufähig zu sein schienen.

Polen sperrte sich im Frühjahr und Sommer 1939 in einer Politik, die suizidale Züge trug, gegen den Versuch der UdSSR, doch noch eine die deutschen Imperialisten abschreckende Front kollektiver Sicherheit zu formieren. Und dann hatte Stalin, während die deutsche Wehrmacht Polen zerschlug, seine Rechnung mit dem Nachbarn aufgemacht, sich aus Polen eine Landmasse herausgeschnitten und war in einem Akt grober Verletzung allen Völkerrechts zu einer Komplizenschaft übergegangen, die unvergessen blieb, auch wenn jetzt sowjetische Armeen unter schweren Opfern die Eindringlinge aus polnischen Landen vertrieben. Die Wunde war nicht vernarbt, selbst wenn nicht bestritten wurde, dass die Sowjetunion 1939 gewaltsam jene Gebiete an sich gebracht hatte, die ostwärts der Curzon-Linie lagen und in denen mehrheitlich Weißrussen und Ukrainer lebten.

In der in London existierenden Exilregierung Polens waren Politiker versammelt, die sich Moskau als Herren im Nachbarstaat schwer wünschen konnte. Eben noch hatte deren Machtübernahme durch den Warschauer Aufstand vorbereiten werden sollen. Der sowjetische Gegenzug war die Installierung einer provisorischen polnischen Regierung in dem Augenblick, da die Wehrmacht aus der ersten größeren Stadt Polens vertrieben war. Die Lubliner waren folglich schon da, während die Londoner noch saßen, wohin sie hatten fliehen können. Der schließlich gefundene Kompromiss bestimmte nun, dass in Warschau eine neue Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit gebildet werden solle, auf einer breiteren Grundlage als die in Lublin geschaffene, mithin erweitert durch demokratische Persönlichkeiten aus Polen selbst und aus dem Ausland, und dass diese zu einem baldigen Termin demokratische Wahlen anzuberaumen hätte.

Der Ausgang von Konferenzen wird in der Politik nicht anders als in der Wirtschaft am stärksten durch das Kräfteverhältnis ihrer Teilnehmer bestimmt. Stalin befand sich dank der Leistungen der Sowjetarmeen in einer starken Position. Diese standen in Polen und näher vor Berlin als die Westalliierten. Und dann war da noch der Krieg der USA gegen das ferne Japan, an dem teilzunehmen Washington Moskau umwarb, womit es in Jalta erfolgreich war. Polen bildete Anfang 1945 einen Punkt auf der Agenda, Niemand wollte der Weltöffentlichkeit auch nur in diesem einen den Eindruck der Zwietracht vermitteln. Daher ging die Beratung nicht ohne eine Übereinkunft auseinander.

Polens und Deutschlands Grenzen

Keine Entscheidungen hat nach 1945 Politikern, Publizisten, Ideologen und Historikern auf der westlichen Seite der Kalten-Kriegs-Front mehr dazu gedient, die Konferenz in Jalta als verderblich zu charakterisieren und die Politiker der Westmächte der Kapitulation vor Stalin zu zeihen, als die über die polnisch-russische und die künftige polnisch-deutsche Grenze. Die Regelung ist später als „Westverschiebung Polens“ bezeichnet worden und jeder Blick auf historische Karten bestätigt dies. Erklärt war damit nichts. Die drei Politiker stimmten überein, dass Polen aus diesem Kriege nicht als Verlierer hervorgehen dürfe und dass es in Nachkriegseuropa als ein starker Staat existieren sollte. Die Vorstellung, über dessen innere Beschaffenheit und Rolle gingen freilich weit auseinander.

Wenn Polen aber in absehbarer Zeit wieder ein Faktor europäischer Politik werden sollte, dann musste das unvorstellbar zerstörte Land wirtschaftlich auf festen Füßen stehen, eine industrielle Basis ebenso erhalten wie Grundlagen für die Ernährung seiner Bevölkerung, die sich durch Aussiedlungen von Polen vom sowjetischen Territorium noch vermehren würde. Dass sich die Sowjetunion auf Neuverhandlung ihrer Westgrenze einlassen würde, war auszuschließen. So blieb nur, Polen „auf Kosten Deutschlands zu entschädigen“ (Stalin), das durch eine Amputation seiner Ostgebiete auch ökonomisch nachhaltig geschwächt werden konnte. Denn dass dieser Nachkriegsstaat wieder eine Großmacht werde, lag in niemandes Interesse, der am Jaltaer Verhandlungstisch saß. Herrschte soweit Übereinstimmung, war noch zu entscheiden, wo die Grenze Polens und des zunächst besetzten Deutschlands verlaufen solle. Strittig blieb, ob die Glatzer oder die Görlitzer Neiße der Grenzfluss sein werde. Stillschweigend wurde unterstellt, dass es im neuen Polen eine starke deutsche Minderheit nach den mit ihr gemachten trüben Vorkriegserfahrungen nicht wieder geben werde.

Das war der Kern der Überlegungen und Rechnungen. Alles andere, was ihm später rechtfertigend gleichsam angelagert wurde, ist Gischt und Schaum. Das gilt für die Version von der „historisch gerechten“ Grenze, die sich zeitweilig in Losungen wie „Wir sind zurückgekehrt“ äußerte. Warum dann nicht an die Elbe-Saale-Linie, wo dereinst germanische und slawische Stämme aneinandergrenzten? Dahin gehört auch die These, wonach die Grenze so hätte gezogen werden müssen, um eine Wiederholung deutscher Ostexpansion auszuschließen. Grenzen werden kriegerisch nicht wegen ihres Verlaufs attackiert, sondern weil hinter ihnen Ländereien und Reichtümer liegen, an deren Besitz Interessen existieren, die wiederum in sozialen und politischen Zuständen verwurzelt sind. Das galt für die feudalen Ostexpansionen wie für die imperialistischen. Scheiterten sie, musste bezahlt werden. Die Rechnung von Jalta lautete: „Die drei Regierungschefs erkennen an, dass Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muss.“ Dessen Umfang werde die Friedenskonferenz endgültig bestimmen.

Spekulationen des Joseph Goebbels

Zu den aufmerksamsten Lesern aller Nachrichten, die über die Konferenz der „Großen Drei“ zu erhalten waren, gehörte der deutsche Propagandaminister. Davon zeugen seine täglichen Diktate aus der ersten Februarhälfte. Goebbels machte seinem Ärger Luft, dass der Geheimdienst und die Diplomatie des Reichsaußenministers, den er beständig mit schlechtesten Noten bedachte, dabei versagt hätten, etwas Genaues zu erfahren. Er fürchtete, die Gegner könnten von der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abgehen, dies bekannt geben und so ein weiteres Absinken der Kriegsstimmung im Reich bewirken. Da irrte er. Auch sonst blieb er tagelang auf Spekulationen angewiesen, die zudem seiner Selbstberuhigung dienten. Er setzte darauf, dass es zwischen den Alliierten zu Meinungsverschiedenheiten komme, aus denen sich Vorteil ziehen ließe. Er hoffte auf das Umsichgreifen antisowjetischer Ängste und eine unbehebbare Krise in den Beziehungen der Gegner, deren Bündnis „im Verlauf des Jahres aufplatzen“ werde. Noch Wochen später verfolgte er in Zeitungen Großbritanniens, der USA und des neutralen Auslandes das Echo auf die bekannt gewordenen Ergebnisse und registrierte jeden Einwand. Als Churchill vor dem Unterhaus und Roosevelt vor dem Kongress ihre Berichte gaben, suchte er die Stärke der Oppositionellen zu ermessen, kam aber zu dem enttäuschenden Ergebnis, dass sich nichts gezeigt hätte, was verwertbar wäre.

Zu dieser Zeit beschäftigte Goebbels stark die Frage, ob und wie die deutschen Machthaber den Krieg glimpflich loswerden könnten. An einen militärischen Sieg war nicht mehr zu glauben. Folglich sollten politische Initiativen her. Eitel schrieb Goebbels sich den Besitz eines „außenpolitischen Programms“ zu und meinte, wie er aber nur diesen Seiten anvertraute, er sei der Geeignete, der eine Verständigung einleiten könne. Dabei setzte er auf Großbritannien, wo er die Bolschewistenfurcht für ungleich größer hielt als in den USA. Den Gedanken an eine dahin zielende Initiative, für die der Zeitpunkt nicht verpasst werden dürfe, suchte er auch dem widerstrebenden Hitler nahe zu bringen und war hocherfreut festzustellen, dass dieser dem nicht mehr vollkommen abgeneigt war. Nur eben, dies leuchtete dem gehorsamen Minister ein, könne ein diplomatischer Schritt erst unternommen werden, wenn wieder ein militärischer Erfolg errungen worden wäre. Dauerten die Niederlagen an, machte er sich klar, dann war keine Hoffnung zu schöpfen.

Roosevelts Bericht und Vision

Roosevelt trat die Rückreise in die USA, wie er gekommen war, auf dem Kreuzer „Quincy“. Er traf sich im Vorderen Orient mit dem König von Ägypten, Farouk, und mit Ibn Saud von Saudi-Arabien und noch einmal in Kairo mit Churchill, wo sie die Koordinierung der Kriegshandlungen gegen Japan besprachen. Am 1. März informierte er den Kongress über die Konferenz. Er gab seinen Rechenschaftsbericht, erbat die Zustimmung der Abgeordneten, gerade auch für jene Vereinbarungen, von denen er wusste, dass sie nicht ungeteilt Befriedigung hervorriefen, also für die Bestimmungen, die Polen und dann auch dessen Westgrenze betrafen. Letztere kennzeichnete er ausdrücklich als Kompromiss.

Der Präsident stellte nicht nur das politisch-diplomatische Fazit dar. Er berichtete auch über seine Eindrücke. Er schilderte, wie er die Stadt Jalta vorfand, die einst ein von Aristokraten bevorzugter

Ort für deren Vergnügungen gewesen, dann Kur- und Erholungszentrum für die Bevölkerung des Landes geworden war, nun aber, obgleich ohne militärische Bedeutung, weithin zerstört sei. Einen ebenso nachhaltigen Eindruck hatte auf ihn die Trümmerwüste Sewastopol gemacht. Dieser Teil seiner Rede gipfelte in dem Satz: „Und ich weiß, dass der deutsche Militarismus und christliches Verhalten auf der Erde nicht gleichzeitig existieren können."

Es war das eine denkwürdige Ansprache. Der Präsident starb am 12. April an den Folgen einer Gehirnblutung. In vieler Hinsicht enthielt dieser Text sein Vermächtnis. Roosevelt entwickelte seine Vision von den künftigen Beziehungen der Staaten und dem Zusammenleben der Völker in Wohlstand. Es müsse, so sein Wunsch und Vorsatz, „ein Weg gefunden werden, uns miteinander zu vertragen." Den Deutschen, denen die Nazipresse die auf der Krim formulierten wirklichen Ziele der Alliierten im Hinblick auf ihr Land unterschlug, sagte er, dass sie weder vernichtet noch versklavt werden sollten. Nach sechs Jahrzehnten lesen sich seine Worte, dass der künftige Friede weder ein britischer, noch ein russischer und auch kein amerikanischer sein könne, sondern nur aus einer Übereinkunft und gemeinsamen Anstrengungen aller hervorgehen könne, als wären sie in unsere Tage gesprochen. Sie wären geeignet, in Großlettern über dem Weißen Haus zu stehen und müssten von dessen Bewohnern verstanden werden.

13. Februar 1945: Dresdens Untergang und seine Urheber

Dresden, 13. Februar 1945. Der Name der Stadt und das Datum bezeichnen eine der großen Tragödien des Zweiten Weltkrieges. Eine von Tausenden und Zehntausenden. Eine der Ungezählten jenes Krieges, den die deutschen Imperialisten am 1. September 1939 begonnen hatten.

Die Zahl der im Bombenhagel dreier Luftangriffe in der Elbestadt umgekommenen Menschen konnte nur geschätzt werden. Sie wird heute zwischen 25.000 und 40.000 Toten eingegrenzt und entspricht damit etwa der Zahl der Opfer jener Kette von Angriffen, die 1943 Hamburg zertrümmerte. Dieses Ungefähr wird auch die in Dresden kürzlich berufene Kommission von Experten nicht zu beseitigen vermögen. Sie wurde im vergangenen Jahr gebildet, um den immer wieder zu Betrugszwecken zusammen spekulierten Angaben entgegen zu wirken. Von manchen Opfern blieben nur unkenntliche Überreste. Dass am Abend zuvor der Bahnsteig, von dem in Görlitz ein Eisenbahnsonderzug mit aus dem Osten Flüchtenden abfuhr, hoffnungslos überfüllt und nicht mehr betretbar war, bewahrte mich vor der Fahrt mit den Ahnungslosen. Für viele ihrer letzten. Ein halbes Jahrhundert später erzählte mir ein Mitschüler, der in der brennenden Stadt lebend davongekommen war, seine Mutter sei nach dem Angriff unauffindbar gewesen und geblieben. Vor dem Hintergrund solcher Biographien muss die Parole „No tears for krauts", inzwischen auch abgewandelt in „Keine Träne für Dresden", was immer mit ihr an berechtigter Kritik, gerichtet gegen obrigkeitliche Ausbeutung der Geschichte und gegen nur vorgetäuschte Betroffenheit vorgetragen und provoziert werden soll, als ebenso herzlos wie politisch dumm, weil sektiererisch erscheinen.

Zwecklegenden um „Elbflorenz"

60 Jahre nach Hitler suchen in Deutschland vor allem Nazis das Geschichtsfeld Dresden zu besetzen und aus einer grausigen Erinnerung ihre politische Münze zu schlagen. Dreist nennen sie das einen Kampf gegen die Lüge und für die Wahrheit. Als diese stellen sie den Versuch hin, Dresden und Auschwitz zu parallelisieren und gleich zu gewichten. So wollen sie „die Deutschen wieder den aufrechten Gang lehren". Der Anspruch ist richtig gelesen, wenn hinzugedacht wird: und den anderen ihre Rechnung präsentieren, gerichtet an „Massenmörder". Denn als „Völkermord" denunzieren sie den Luftangriff auf Dresden.

Die Verbreitung dieser Version besitzt ihre lange Vorgeschichte nicht nur in den Reihen der Nazis und anderer äußerster Kräfte der Rechten, sondern ebenso in der vielberufenen Mitte der Gesellschaft. Zu der dürfte sich das Deutsche Historischem Museum zählen, in dessen – bis heute angebotenem – Abriss „Bombardierung von Dresden" die Signalwörter lauten: „die ungeschützte Stadt, die über keinerlei Luftabwehr verfügte" (als wäre das den Alliierten anzulasten), die „weder über kriegswichtige Verkehrs- noch Industrieanlagen verfügte" (was sich mit einem einzigen Blick auf die zeitgenössi-

sche Eisenbahnkarte des Reiches schlicht als unwahr erweist), der Angriff, der „keinerlei militärisches Ziel verfolgte“ (als hätte sich nicht nur ca. 100 km entfernt eine schwer umkämpfte Front befunden, zu der die Wehrmacht Nachschub nur aus dem Westen erhalten konnte) und der folglich das „Massaker von Dresden“ genannt wird. Erhellend ist ein Vergleich dieses Textes mit dem aus dem gleichen Museum stammenden über die „Luftschlacht um England“, worin bei der Erwähnung der Angriffe auf London Anfang September 1940 jedes Wort der Kritik an der Ausweitung der Bombenabwürfe auf Wohnviertel und Zivilisten fehlt und erwähnt wird, dass so die Moral der Bevölkerung gebrochen werden sollte.

Diese Art von Geschichtsunterricht hat mit Begriffen wie Dresden, „die Kunststadt“, „die Barockstadt“, „die Residenzstadt“ und die „unschuldige Stadt“ weite Verbreitung und Akzeptanz gefunden. Das gilt auch für den Verweis auf die am Angriffstag in der Stadt stationierten Massen von Flüchtlingen, als klage auch diese Tatsache die Besatzungen der Flugzeuge an. Der Name Zeiss-Icon, eines der größten deutschen feinmechanisch-optischen Rüstungswerke, muss in derlei Aufzählungen nicht gesucht werden.

Späte Belehrung über Kanal und Atlantik

Gleichsam gegen den Strich gelesen ergeben Kritik und Verurteilung eine Liste von Bedingungen, die gegeben sein mussten, damit Dresden zum Ziel eines Bombenangriffs werden durfte. Es hätte von strategischer Bedeutung sein, in der Kriegszone liegen, keine Kunstschätze besitzen, keine Flüchtlinge beherbergen und die Front der Landtruppen bei Stalingrad oder jedenfalls weit im Osten verlaufen müssen. Hier eine faschistisch geprägte Kriegführung, der kein Kriegsrecht galt und die kein Mittel verwarf, wenn es ihr nur zur Errichtung eines zusammengeraubten Weltreiches tauglich erschien – und da die schließlich obsiegenden Gegenkräfte, denen mehr als ein halbes Jahrhundert danach erklärt wird, wie sie ihren Kampf hätten führen und beenden sollen: gerüstet und bewaffnet, aber nicht blutbefleckt, wie Pallas Athena in dem Moment erschien, da sie dem Haupte des Zeus entstieg. Welch geschichtsfernes Bild! Und welche Anmaßung zugleich!

Das jetzt – nach 60 Jahren – verübte Attentat von Demagogen auf die Gedanken und Gefühle von zumeist Generationen nachgeborener Deutscher kommt nicht so plötzlich und überraschend, wie es aufgeregte Reaktionen, Appelle und Proteste derer erscheinen lassen, die sich eben wieder ihres „Anstands“ besonnen haben und zum Aufstehen aufrufen. Als Jörg Friedrich vor mehr als zwei Jahren in seinem Buch „Der Brand“ über das geduldige Vehikel der Sprache seinen Anschlag gegen ein aufgeklärtes Geschichtsdenken über Faschismus und Krieg unternahm, schwafelten Medien landauf landab vom Verdienst eines Tabubruchs, trieb Reklame sein Buch zum Bestseller hoch, während sich die besonders zuständigen deutschen Historiker mit zu wenigen Entgegnungen begnügten, die nicht in das Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung durchschlugen. Erst als seine Sicht verdichtet in die Vokabel vom „Bombenholocaust“ auf Transparenten durch deutsche Städte getragen, die Alliierten in einem deutschen Landtag „Massenmörder“ genannt, von den Nazis und deren Verwandten Begriffe wie „Terrorflieger“ und „Terrorgefallene“, auch „Menschheitsverbrechen“ in öffentlichen Umlauf gebracht wurden und darob wie schon 2002 im Ausland (trotz fortdauerndem Krieg gegen den Irak, verbreiteter Terrorismushysterie, Flutkatastrophe im fernen Südostasien) Aufmerksamkeit entstand, da galt es wiederum „Schaden vom deutschen Volke“ abzuwenden. Das soll die Massenansammlung deutscher Michel nun gemeinsam und angestrengt erledigen. „Wir alle“, sagt der Bundeskanzler und vergisst hinzuzufügen, dass das Reinemachepersonal in seinem Amt dazu nicht die gleichen Möglichkeiten besitzt wie er und ein Arbeiter am Band einer Autofabrik nicht die gleichen wie eine Lehrerin.

... und ein Buch von jenseits des Kanals

Frederick Taylor hat sein jüngst erschienenes „Dresden-Buch“ (Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? Aus dem Englischen übertragen von Friedrich Grise, C. Bertelsmann, München 2004, 539 S.) nicht vorsätzlich in diese Auseinandersetzung hineingeschrieben, die hierzulande eine gesellschaftliche erst noch werden müsste. Doch kommt er notwendig auf jede der seit langem umstrittenen Fragen. Wer sich in dem halben Tausend Seiten beliest, wird an ihrer Dis-

kussion sachkundiger sich beteiligen können. Und: Dass sich die braunen und die angebräunten Demagogen auf Friedrich und nicht auf ihn beziehen und die Bildzeitung den Briten beschimpfte, kann zweifelsfrei als zusätzliche Empfehlung gelten. Nicht minder des Verfassers Sicht, der im verwüsteten Dresden 1945 „ein Symbol für das Übel des Luftkrieges, des totalen Krieges“ erblickt, „in dessen Zeitalter wir leider noch immer leben“. Das machen in diesen Tagen auf Dresdens Straßen auch Plakate mit den Namen von Städten sinnfällig, die Ziel von Luftattacken waren, darunter die Namen Guernicas, Coventrys und Bagdads.

Taylor holt in seinem Buch weit aus, greift zurück in die Geschichte Sachsens und der Stadt, beschreibt ihr Leben und ihre Schönheit in Vorkriegstagen. Erst im 13 (von 40) Kapiteln kommt er im engeren Sinne zu seinem Thema und lässt sogleich von der Legende, mit der Dresden als einer Großstadt dargestellt wird, die von Faschismus und Krieg kaum berührt und jedenfalls nicht geprägt worden sei, nichts übrig. Er handelt vom Industriestandort und den Rüstungsbetrieben, von deren Produktion und den ausgebeuteten Zwangsarbeitern (Tschechen, Polen, Juden u. a.), von Geschichte und Bedeutung des Verkehrsknotenpunktes und vom Hinrichtungsort, an dem Deutsche, Polen und Tschechen unter der Guillotine starben.

Dann schildert er Vorgeschichte und Vorbereitung des Großangriffs. Er dokumentiert dessen Ziele: chaotische Zustände in einem Verwaltungs-, Verkehrs- und Industriezentrum, das zudem Durchgangsstation für Flüchtlingsströme geworden war, und Unterbindung oder zumindest Erschwerung des Nachschubs an Truppen und Kriegsmaterial für die Ostfront. Dass der sowjetische Alliierte die Fortdauer des Luftkriegs billigte, wovon die in Jalta getroffene Abmachung über die Linie (Berlin, Dresden, Wien) zeugt, bis zu der er ostwärts vorgetragen werden sollte, ist unzweifelhaft. Sekundär hingegen und fraglich blieb, ob Dresden während des Treffens auf der Krim als Angriffsziel ausdrücklich genannt worden ist.

Bombenstopp?

Taylor lässt keine schriftliche oder mündliche Quellengruppe aus, um zu schildern, was in den wenigen Minuten jener Bombenabwürfe auf Dresden am 13. und 14. Februar in der Stadt geschah, und stellt dar, was die Britischen und, tags darauf, die US-amerikanischen Staffeln hinterließen. Und er benutzt, um diese Seite des Krieges ohne einen Rest von Rücksicht oder gar Schminke zu charakterisieren, Begriffe wir „Gemetzel“ und „Massaker“, was ihm einen Bonus derer nicht eintrug, die das Geschehen nicht anders und als Kriegsverbrechen qualifizieren, darauf vertrauend, dass die löchrigen und mitunter fadenscheinigen Normen des Kriegs- und insbesondere des Luftkriegsrechts kaum bekannt sind. Taylor, das vor allem hat ihm Beschimpfungen eingetragen, besteht hingegen darauf, dass der Angriff auf Dresden, der sich nicht nach Anlage und Absicht, jedoch im Ausmaß seiner grauenvollen Folgen von vielen Attacken auf andere deutsche Städte unterscheiden und nicht rechtfertigen, sondern moralisch nur verdammen lässt, dennoch legitim war. Zudem: Auch in den Stäben des Bomberkommandos waren „alle normalen Hemmungen menschlichen Verhaltens durch Jahre des totalen Krieges aufgebraucht“. Zwischen den *Methoden der Kriegführung* und den *Zielen des Krieges* unterscheidend, bezieht Taylor seine Leser gegen Schluss des Bandes ausdrücklich in die Überlegung ein: „Beim Gedanken an Dresden ringen wir mit den Grenzen dessen, was selbst im Sinne der allerbesten Sache erlaubt ist.“ Der „allerbesten Sache“ – eben daran vorbeizudenken, dahinein sollen die Deutschen gezogen werden.

Überzeugend wendet sich der Autor gegen das Star-Argument derer, die den Angriff als „sinnlos“ bezeichnen. Es lautet: die Deutschen hatten den Krieg doch schon verloren. Ja, gewinnen konnten sie ihn nicht mehr. Aber: dieser Krieg war noch nicht beendet und seine Fortdauer nicht abzusehen. Taylor verweist auf den „Ardennen-Schock“, das unerwartete und nur um den Preis vieler toter US-Amerikaner zu beseitigende Debakel. Er erinnert an die unentschiedene und unbeantwortbare Frage, welche Widerstandskräfte dieses Nazideutschland noch zu mobilisieren vermöchte, bis es die Waffen strecken würde. Was sollte in diesem Moment in den militärischen Stäben der Alliierten für einen „Bombenstopp“ sprechen? Es war nicht nur die Dynamik eines auf hohe Touren gebrachten militärischen Apparats, der mit erfinderischer, technischer, organisatorischer Intelligenz aufgebaut worden

war und unterhalten wurde, die das Bomberkommando weiter planen, befehlen und Ziel auf Ziel vernichten ließ. Der Krieg lieferte für diesen unmodifizierten und ungebremsten Einsatz todbringender Gewalt selbst täglich noch Argumente.

Messlatten für den Grad an Barbarei?

In Pressegesprächen hat Taylor gegenüber deutschen Journalisten das Ansinnen abgelehnt, Großbritannien möge sich, etwa durch die Stimme der Queen, offiziell für den Angriff auf Dresden entschuldigen. Wie solle das, so sein aktuell-pragmatisches Argument, in einem Lande verständlich gemacht werden, in dessen Hauptstadt Menschen um Zehntausende ihrer Toten trauern, die Opfer jener Angriffe wurden, mit denen die deutsche Luftwaffe 1940 den Gegner kapitulationsreif bomben wollte? Wobei sie ihre rücksichtslose Kriegführung mit Schlagern wie „Bomben auf Engelland" besingen ließ. Wie in einer Stadt, auf deren Einwohner noch 1945 die V2-Raketen gnadenlos niedergingen? (Die letzte explodierte in London am 27. März 1945.) Verwunderlich, dass der Historiker sich dabei auf das Argument einließ, die Engländer hätten „bis Dresden" auch vielen Deutschen als Praktikanten einer in allen Lagen bewahrten Fairness gegolten. Dieses Bild hatte die Nazipropaganda unter anderem mit Filmen wie „Ohm Krüger" und „Titanic" schon weithin niedergerissen.

Die Zerstörung Dresdens in historische Koordinaten hineinzustellen und den Hergang von Legenden zu befreien, heißt nicht, diesen Akt des Krieges anders anzusehen, denn als Barbarei. Aber was in diesem Kriege verdient die Bezeichnung „zivilisiert"? Wir soll zwischen Graden der Barbarei unterschieden werden? Was ihr Maß sein? Die Zahl der Toten? Die Tonnenmasse der Trümmer? Der materielle oder ideelle Wert zerstörter Kulturgüter und Kunstschätze? Die Art des Tötens und Sterbens, von Kugeln niedergestreckt, von Granaten oder Bomben zerfetzt, verbrannt oder erstickt? Der Platz des Ereignisses in der Chronik des Krieges? Hätte die Barbarei dann erst nach dem 1. September 1939 begonnen und wann exakt?

Es bleibt zwischen den Kriegshandlungen der Beteiligten nur eine begründete letzte Unterscheidung, die sich ergibt, wenn auch ihre Kriegsziele in Betracht genommen werden. Darauf hat der Theologe Karl Barth, den die Faschisten aus Deutschland vertrieben, in einem am 13. April 1945 aus Basel an einen Freund gerichteten Brief mit Nachdruck bestanden: „Sie neigen im Augenblick dazu, das ganze heutige Weltgeschehen unter dem Gesichtspunkt eines circulus vitiosus zu sehen: eine Unmenschlichkeit, eine Gewaltsamkeit gegen die andere, Mord gegen Mord. Ist die Sache so einfach?" Es existiere eine Differenz, entwickelte er sodann seine Position, zwischen jenen, die das „Attentat gegen die Menschheit" unternahmen und dabei millionenfach Menschen sich zu ihren Instrumenten machen konnten, und ihren Gegnern, die dieses Attentat kriegerisch abwehrten, dabei Mittel benutzend und nach Methoden verfahrend, die auch grausam und abscheulich waren und vor denen später selbst diejenigen erschraken, die sie angewendet hatten.

Wessen Schuld?

Wenn im Zusammenhang mit dem „Tod von Dresden" oder dem tausend- oder auch zehntausendfachen von Magdeburg (16. Januar 1945), Berlin (3. Februar 1945), Pforzheim (23./24. Februar), Dortmund (12. März) und weiteren Groß- und Mittelstädten, die in der Endphase des Krieges durch Bombenangriffe erstmals oder wieder furchtbar verwüstet wurden, die Schuldfrage gestellt und nicht engstirnig oder absichtsvoll in die Militärstäbe der Alliierten exportiert wird, dann wird sie hierzulande zumeist Hitler und seinen braunen Paladinen angelastet. Das ist nicht falsch, aber doch unvollständig. Denn wie steht es mit den „Feldgrauen"? Was die Mehrheit der Deutschen in der Endphase des Krieges litt, als sie nicht mehr nur Instrument des Systems war, sondern zu Millionen auch seine Opfer wurde, verantworten mit dem Führer in erste Linie die deutschen Feldmarschälle, Generale und Generalstäbler, die im sicheren Wissen um die Unabwendbarkeit der militärischen Niederlage befahlen, weiter zu kämpfen, anstatt – wie es ihre Vorgänger 1918 getan hatten – die Erklärung der Kapitulation spätestens in dem Augenblick zu verlangen, da die gegnerischen Truppen im Osten wie im Westen an der Reichsgrenze standen. Dann wäre nach den Verwüstungen Hamburgs, Kölns und weiterer deutscher Städte denen gleiches erspart geblieben, die erst 1945 Ruinenfelder wurden. Dann auch hätte sich die kampflose Besetzung Deutschlands anders vollzogen als seine Eroberung. Die Trüm-

merwüsten, entstanden in den letzten Monaten des Krieges, besaßen ihren Ursprung in den Entscheidungen von Deutschen über die Weiterführung des Krieges „bis fünf Minuten nach zwölf“, wie Hitler angekündigt hatte, was praktisch bedeutete „bis fünf Minuten nach Dresden, nach Chemnitz, Potsdam usw.“ Die diese Entscheidungen trafen, trugen auf ihre Schultern güldene und gewirkte Epauletten und an ihren Hosen rote Biesen. Aber nicht sie, die das uneingeschränkt verdient hätten, vereinen nazistische Publikationen zu einem Verbrecher-Album, sondern deren Widerpart. Und übrigens: Keiner aus der elitären deutschen Politiker- und Militärclique wurde Opfer eines der verheerenden Bombardements, deren Zugehörige zudem die eigenen Frauen und Kinder zumeist in sicheren und angenehmen Evakuierungsorten oder sonst weitab vom Luftkrieg wussten. Nur Roland Freisler, der blutbesudelte Vorsitzende des so genannten Volksgerichtshofes, der in Berlin bei einem derartigen Angriff umkam, bildete eine Ausnahme. Der Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Sachsens, Martin Mutschmann, hatte sich im mit Schutzbauten völlig unzureichend ausgestatteten Dresden einen „Befehlsbunker“ im Garten seiner Villa bauen lassen. Auch diesen Teil des Krieges erlebte die deutsche Volksgemeinschaft im (neuerdings wieder entdeckten) „Volksstaat“ auf höchst unterschiedliche Weise. Worüber in unseren eben anbrechenden neupatriotischen Zeiten, in denen wir uns wieder einmal auf den Weg – diesmal aber auf den in eine zivilisatorische – Volksgemeinschaft machen sollen, auch meist geschwiegen wird.

Zum gleichen Thema siehe den Beitrag: Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage. Die Debatte über den „Bombenkrieg“. In: Michael Klundt (Hrsg.) Heldenmythos und Opfertaumel, PapyRossa Verlag Köln 2004.

10. März 1945: Über den Rhein – ostwärts

„Über die Schelde, die Maas und den Rhein, ziehen wir siegreich nach Frankreich hinein“, hatten die deutschen Soldaten im Frühjahr 1940 gesungen. Zugleich griffen sie Belgien, die Niederlande und Luxemburg, die Neutralität der drei Staaten verletzend, an. Der Wehrmachtsbericht vom 10. Mai log, das sei angesichts der bevorstehenden Ausweitung des Krieges durch die Gegner und zum Schutze des Ruhrgebiets geschehen. So gelangte die Gegend im Westen des Reiches das erste Mal in eine Tagesmeldung des OKW – als ein besonders schützenswertes Objekt. Das war nahezu fünf Jahre her.

Nun schickten sich die Soldaten der Alliierten an, über den Rhein zu ziehen, ostwärts – ins Reich und zu der seinen Machthabern noch verbliebenen Rüstungsschmiede. Auf dem Wege dahin wurde ein Bauwerk bekannt, von dem in Deutschland, geschweige denn außerhalb seiner Grenzen kaum jemand je besondere Notiz genommen haben würde, wies es doch, eindrucksvoll zwar, keine herausragende architektonische oder technische Besonderheit auf: die Brücke, die bei Remagen, einem Ort am westlichen Rheinufer zwischen Bonn und Koblenz, den Fluss überspannte.

Die Brücke von Remagen

Dass die stählerne Brücke dennoch Berühmtheit erlangte, mag dem wenn auch nicht vollständigen Versagen der Sprengladungen zugeschrieben werden, die sie hatten zerstören sollen, nachdem die letzten Wehrmachtssoldaten sie als Rückzugsweg genutzt haben würden. Ob falsche Berechnung, unzweckmäßige Anbringung oder die Zerstörung von Zündschnüren bewirkten, dass das Vorhaben misslungen war, blieb letztlich ungeklärt. Der stählerne Koloss, als Eisenbahnbrücke erbaut in den Jahren des Ersten Weltkriegs, war so konstruiert, dass er zugleich einen Fußgängerverkehr von Ufer zu Ufer zuließ. Er konnte auch für andere Gefährte nutzbar gemacht werden, wenn der Schienenweg mit Bohlen überdeckt wurde. Ursprünglich war die Brücke dazu bestimmt gewesen, den Nachschub für das deutsche kaiserliche Heer in Belgien und Frankreich hinreichend zu sichern. 1918 eingeweiht hatte sie jedoch, anders als gedacht, wenig später den Rückzug von Formationen des geschlagenen Kaiserheeres ins Reich erlebt. Nun erbebte sie an einem Märztag des Jahres 1945 unter der Wucht der Explosion zwar, aber ihre Segmente stürzten nicht wie gewollt in den Strom. Das tat das Bauwerk erst am 17. März, Soldaten der 9. US-Armee mit sich in die Fluten und manche von ihnen in den Tod reißend.

Bis dahin hatte sie, freilich ohne auf ihre Tauglichkeit verlässlich geprüft worden zu sein, den Vordringenden als unerwartetes Geschenk gegolten und willkommener Zugang zum Ostufer gedient, wo

der Schienenweg zunächst in einem Tunnel verlief. In den Tagen nach der Inbesitznahme entstand auf dem Ostufer des Rheins ein Brückenkopf, der hartnäckig umkämpft wurde, den Wehrmachtstruppen jedoch nicht mehr zu liquidieren vermochten und der für den Zweck beständig erweitert werden konnte, aus ihm den Angriff nach Osten vorzutragen. Ebenso wenig war der deutschen Luftwaffe in sofort einsetzenden Aktionen gelungen, die „Ludendorff-Brücke“, sie hatte ihren Namen nach dem kaiserlichen General erhalten, der zudem Ehrenbürger Remagens geworden war, durch Bombenangriffe untauglich zu machen.

Ein mörderisches Exempel

Hitler befahl, die für den Verlust des intakten Flussübergangs verantwortlichen Offiziere, als solche wurden fünf ermittelt, zu erschießen. Vier von ihnen starben in einem kleinen Ort im Westerwald durch Kugeln aus Gewehrläufen ihrer „Kameraden“, nachdem sie ein Schnellgericht verurteilt hatte. Unter ihnen der Adjutant des für diesen Bereich zuständigen Befehlshabers des LXVII. Armeekorps, General Otto Maximilian Hitzfeld, ein Major, der von seinem Vorgesetzten mit dem Sonderauftrag in den Brückenabschnitt entsandt worden war, die Brückenzerstörung zu gewährleisten. Nur einer, da er sich bereits in Kriegsgefangenschaft befand, entging dem mörderischen Zugriff. Hitzfeld, ein Durchhaltegeneral, kam hingegen ungerügt davon. Er wurde am 9. Mai, noch einen Tag nach der Generalkapitulation der Wehrmacht also, bei dessen letzter Ausgabe mit einem der höchsten Militärorden dekoriert.

Die Brücke von Remagen, an deren Existenz heute nur noch Stümpfe einstiger Pfeiler am Rheinufer erinnern, kam in den Ruf, so etwas wie das Tor in des Reichsinnere gewesen zu sein. Allein war sie das nicht, denn die in der letzten Märzdekade mächtig einsetzende Offensive der britischen und US-amerikanischen Truppen wurde aus mehreren Brückenköpfen und Übersetzstellen vorgetragen. Doch an diese Zufallsbeute ließen sich Legenden knüpfen und ihr Bekanntheitsgrad konnte jedenfalls in den Staaten der Westalliierten mit jenem der Elbbrücke bei Torgau durchaus konkurrieren. Dazu trugen geschichtliche Schilderungen bei, zuerst die in den USA 1957 erschienene von Ken Hechler, der als ein Army Combat Historian bald nach der Inbesitznahme der Brücke daran beteiligte US-amerikanische Soldaten gesprochen und befragt hatte. Sein Buch diente 1968 zur Vorlage für den in den USA hergestellten Spielfilm „Die Brücke von Remagen“, der mit dem Ereignis frei umging, es nichts weniger als nachstellen wollte und dessen Außenaufnahmen teilweise an einer dafür geeigneten Brücke über die Moldau gedreht worden waren. Das Geschehen lieferte Stoff für viele Schilderungen und zudem für einen Roman.

Vorwärts in das Ruhrgebiet

Als die von Dwight D. Eisenhower geführten Truppen nahezu das gesamte westliche Ufer des Rheins von Koblenz, das am 21. März besetzt wurde, nordwärts bis zur Reichsgrenze in ihren Besitz gebracht hatten, lag vor ihnen das Ruhrgebiet als eines ihrer nächsten Hauptziele. Wurde es erobert, dann war nach der schon im Januar 1945 erfolgten Inbesitznahme des oberschlesischen Industriereviers durch sowjetische Armeen die deutsche Rüstungs- und Verkehrswirtschaft – genauer: was von ihr nach den Bombardements noch übrig und funktionstüchtig geblieben war – am Ende.

Wie es Marschall Konew im Fall der Rüstungsschmiede im Osten getan hatte, so gedachte auch Eisenhower nicht, seine Truppen in langwierige Kämpfe in Städten und zwischen Industrieanlagen des Ballungsgebietes zu schicken. In einer Nachricht für die sowjetische Führung schrieb er am 28 März, er beabsichtige „die das Ruhrgebiet verteidigenden feindlichen Truppen einzuschließen und zu zerschlagen und dieses Gebiet vom übrigen Deutschland zu isolieren“. Dazu werde er das Gebiet im Norden und im Süden – dort weiträumig von Frankfurt am Main über Kassel – umgehen lassen. Er plane, dass „diese Operationsphase Ende April, vielleicht auch früher, abgeschlossen sein wird“. Letzteres erwies sich als eine ziemlich genaue Vorausberechnung.

Als diese Informationen den Empfänger erreichten, war die Offensive bereits begonnen und die nach ihren Niederlagen am westlichen Rheinufer geschwächte Heeresgruppe B, die das Ruhrgebiet verteidigen sollte, wiederum auf die Verliererstraße gezwungen. Boden- und Luftlandetruppen kamen im

Norden voran, während die im Süden, wie der OKW-Bericht am 28. März mitteilte, das obere Siegtal erreicht und sich Kämpfe zwischen Dillenburg und Wetzlar entwickelt hatten. Tags darauf befanden sich die Angreifenden im „Raum Gießen- Marburg“.

Aussichtslos im Kessel

Die deutsche Heeresgruppe geriet in eine bedrohliche Lage. Blieb sie, wo sie war, drohte ihr die Einschließung. Die vollzog sich rascher als erwartet. Am 1. April konnten sich die beiderseits des Ruhrgebietes weit nach Osten vorgestoßenen, dann sich nach Norden bzw. Süden aufeinander zu bewegenden US-amerikanischen Armeen bei Lippstadt vereinen und den Ring schließen. Im so genannten Ruhrkessel befand sich etwa eine Viertel Million Wehrmachtssoldaten, die deutsche Zivilbevölkerung, eine erhebliche Zahl von Zwangsarbeitern, die in den Rüstungsbetrieben hatten schuften müssen, dazu Kriegsgefangene mehrerer Nationen.

Befehligt wurde die Heeresgruppe von Generalfeldmarschall Walter Model, einem Militär, dem Hitler und das OKW besonders vertraute, wofür es Gründe besaß. Der Berufssoldat, der nach seinem Abitur in das Kaiserheer eingetreten war, als Leutnant in den Ersten Weltkrieg zog und ihn im Hauptmannsrang beendete, sodann in der Weimarer Republik seine Karriere in der Reichswehr fortsetzte, hatte es am Beginn des Zweiten Weltkriegs bis zum Generalmajor und Stabschef einer Armee gebracht. Nach den Feldzügen in Polen, in Frankreich und der Ukraine sollte er im Dezember 1941 an der Spitze eines Panzerkorps Moskau erobern. Dabei scheiternd, erwarb er sich in den folgenden Jahren den Ruf eines befähigten Abwehrstrategen, und noch nach dem Kriege verband sich sein Name mit dem Ruhm eines „Feuerwehrmannes“.

In dieser Rolle sollten er und seine Heeresgruppe auch noch im zeitigen Frühjahr 1945 funktionieren. Dazu fehlten alle Mittel. Auch die Kampfmoral der ihm Unterstellten war weitgehend dahin. Die an der Ostfront wirkende „Bolschewistenfurcht“ existierte hier nicht. Model ließ wie seinesgleichen zunächst ungeachtet der aussichtslosen Lage weiterkämpfen und wäre dabei schon früher an das Ende seines Lateins gelangt, hätten Eisenhower und seine Generale ihre Aufmerksamkeit auf ihn und nicht vielmehr auf ihr weiteres Vorankommen nach Osten gerichtet, wo sie in Mitteldeutschland mit den sowjetischen Truppen zusammenzutreffen hofften.

Das Ende der Heeresgruppe B

Das deutsche Oberkommando verschwieg Tag für Tag, in welcher Situation sich die Heeresgruppe eigentlich befand. Die Rede war erst am 11. April von einer „Abwehrschlacht im Ruhrgebiet“. Als Kampforte wurden da und in den folgenden Tagen Wanne-Eickel, Gelsenkirchen, Bochum, Essen und Lüdenscheid u.a. genannt. Am 17. April räumte der Bericht ein, dass nur zwei inzwischen gespaltene Gruppen sich dort noch verteidigen würden. Zugleich konnte der übliche Abgesang gelesen werden: „schwerster Kampf“, „überlegener Gegner“, „zäh und verbissen“, „jeden Meter Boden“, „konzentrisch angreifender Feind“. Tags darauf gab es diese Gegend im Bericht schon nicht mehr. Einen weiteren Tag später wurde geschrieben: „Der Kampf zwischen Ruhr und Rhein ist beendet. In wochenlangem Ringen haben Truppen aller Waffengattungen unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls Model“ usw.

Einen ähnlichen Vorfall, da sich eine halbe Million Soldaten der Wehrmacht, andere Angaben über die Zahl der Eingeschlossenen liegen noch erheblich höher, in Gefangenschaft begaben, verzeichnet die Geschichte der Kämpfe an der Ostfront nicht. Im eingeschlossenen Breslau währten die Kämpfe bis in die ersten Maitage. Einzig der Kommandant der „Festung“ Königsberg gab frühzeitig und ohne Einwilligung durch das Oberkommando, die ihm freilich verweigert worden wäre, auf, was ihm in Abwesenheit die Verurteilung zum Tode eintrug.

... und eines Generalfeldmarschalls

Nun – in der Aprilmitte – konnte im Führerhauptquartier nicht einmal mehr auch nur angedeutet werden, was an der Ruhr wirklich geschehen war. Der Marschall hatte nicht bis zum letzten Mann und der letzten Patrone kämpfen lassen, sondern den Entschluss gefasst, was von seiner Heeresgruppe

noch existierte „aufzulösen“. Da sie dieser famosen Konstruktion zufolge als geschlagener Verband nicht mehr existierte, brauchte sie auch als Ganze nicht förmlich zu kapitulieren und die Waffen zu strecken. Model, der Mann mit dem Monokel, vermied einen Schritt und eine Unterschrift, die er in seiner Biographie nicht verzeichnet wünschte.

Die schloss er am 21. April, als er sich in einem Walde in der Nähe von Düsseldorf erschoss. Später wurde er auf einem Soldatenfriedhof südöstlich von Aachen, wo er seine Untergebenen Ende 1944 in die aussichtslose Ardennenschlacht befohlen hatte, beigesetzt. Seine Verehrer und Verklärer haben Models Ende später als „Tod an der Front“ umlügen wollen und den Schritt als eine respektable Tat hinzustellen gesucht. Für diese Wertung kam er viel zu spät. Ohne seinen letzten Entschluss und dessen Verwirklichung wäre Model der erste Generalfeldmarschall Hitlers in westlicher Gefangenschaft gewesen, was ihm nach der Gefangennahme von Friedrich Paulus Anfang 1943 in Stalingrad eine gewisse Aufmerksamkeit eingetragen haben würde – nur für kurze Zeit freilich. Denn nur Wochen später existierte in der „Westgefangenschaft“ schon ein Überfluss an Militärs dieses höchsten Ranges, da die Herren nahezu alle erfolgreich gesorgt hatten, gerade dorthin zu gelangen.

Mordorgien ohne Sühne

Wie anderswo in Deutschland auch hatte die kriegsmüde Bevölkerung des Ruhrgebiets in diesen Wochen gewünscht, dass „Schluss“ sei. Hier waren die Bewohner von Städten und Siedlungen schon seit Jahren von den Kriegsereignissen besonders betroffen worden. Als die Bürger in anderen Gegenden des Reiches die Luftschutzsirenen nur von Probealarmen her kannten, wurde das Ruhrgebiet von einfliegenden Gruppen britischer Flugzeuge schon erreicht und es war nachgewiesen, dass deren Abwehr vor den Grenzen des eigenen Luftraums ein leeres Versprechen dargestellt hatte. Die anfänglichen, 1940 verbreiteten Berichte des Oberkommandos, in denen noch der Typ der gesichteten oder abgeschossenen feindlichen Maschine genannt wurden, einzelne Schäden und selbst eine zerstörte Scheune erwähnt worden waren, gehörten lange der Vergangenheit an. Die Gegend war weithin eine Trümmerwüste.

Noch bis in die Tage unmittelbar vor dem Beginn der Offensive, die zur Einschließung des Gebietes geführt hatte, erfolgten wiederum intensive Luftangriffe, die den Bodentruppen das Vordingen erleichtern und deren Verluste verringern sollten. Tags wie nachts beherrschten die RAF und die USamerikanischen Bomberverbände und deren Begleitschutz den Himmel über dem Reich. Ziel von Attacken waren in der Mitte des März u.a. wieder Essen und Dortmund, von dem mitgeteilt wurde, dass es besonders getroffen worden sei. Längst hießen die Angreifenden in den Berichten des Oberkommandos „Terrorflieger“. Und die Zeiten, in denen am Schluss solcher Nachrichten regelmäßig die Zahl der abgeschossenen Gegner bekannt gegeben wurden, waren vorbei, was den faktischen Zusammenbruch der deutschen Luft- und Bodenabwehr bezeugte.

Nichtsdestoweniger war von den Naziführern im Ruhrgebiet zum Endkampf aufgerufen worden. Die Berliner Zentrale der Geheimem Staatspolizei hatte schon nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive und in Erwartung des Herannahens der alliierten Armeen dem Sicherheitspersonal vor Ort befohlen, sich auf das Ergreifen schärfster Maßnahmen einzurichten, mit denen die Disziplin als unerlässliche Voraussetzung für die Weiterführung des Krieges aufrechterhalten werden sollte. Zu diesem Zweck wurden den Gestapoleitstellen Rechte übertragen, die sie bisher erst nach Genehmigungen aus Berlin hatten wahrnehmen können. Am 24. Januar 1945 erhielten die Gestapostellen in Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster die Weisung: „Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen.“ Dagegen sei „sofort zuzuschlagen. Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA (Reichssicherheitshauptamt – K. P.) Sonderbehandlung zu beantragen.“

Im eingeschlossenen Gebiet fanden sich hinreichend Kräfte, die noch in den letzten Wochen und selbst als die alliierten Truppen nur noch wenige Kilometer entfernt waren, deutsche Nazigegner und ausländische Zwangsarbeiter, die sie vordem schon in ihre Gewalt gebracht hatten, in wahren Mordorgien umbrachten. Traurige Berühmtheit erlangten in Dortmund der Rombergpark und die Bitter-

mark: Dort töteten Gestapo-Leute und andere fanatische Faschisten ihre Opfer durch Schüsse und verscharrten sie dann an Ort und Stelle u. a. in Bombentrichtern.

Stunden darauf suchten die Urheber und Organisatoren dieser Verbrechen zumeist das Weite und sich der Gefangennahme zu entziehen. Vergeblich tauchte der amtierende NSDAP-Gauleiter von Essen unter falschem Namen ab. Er wurde alsbald doch entdeckt und später zu nicht mehr als fünf Jahren Haft verurteilt. Sein Kompagnon, der Gauleiter von Westfalen-Süd, hatte noch Ende März Maßnahmen vorgeschlagen, um die Zwangsarbeiter, die im sich ausbreitenden Chaos immer weniger kontrolliert werden konnten und von denen manche die Gelegenheit zur Flucht gesucht und gefunden hatten, wie Kriegsgefangene in Lager zu bringen und streng zu bewachen. Doch waren die Möglichkeiten der Faschisten schon zu sehr geschrumpft, als dass seine Vorschläge noch hätten verwirklicht werden können. Auch er machte sich aus der Gefahrenzone, wurde erst im Oktober 1945 aufgespürt, kam vor zwei britischen Militärgerichtshöfen straffrei davon, erhielt dann aber durch ein Spruchkammerverfahren eine Haftstrafe von 4 Jahren und einigen Monaten zugesprochen. 1950 waren die beiden Naziführer wieder auf freiem Fuß.

In den Jahren 1950/1952 fanden Gerichtsprozesse gegen 27 an den Morden beteiligte Faschisten statt, denen in Dortmund eine nur geschätzte Zahl von etwa 300 Menschen und in Hagen, bei Warstein, in Solingen weitere Deutsche und Ausländer zum Opfer gefallen war. Die Mehrheit der Angeklagten, die ohnehin nur einen Bruchteil der Täter repräsentierten, blieb ungestraft. Die ausgeworfenen Strafen fielen durchweg milde aus und lauteten zwischen 2 und 6 Jahren Haft. Einzig ein ehemaliger Kommunist, der sich zum Büttel der Peiniger und Verräter von Leidensgenossen hatte machen lassen, erhielt eine 10jähigen Haftstrafe zugesprochen.

16. April: Von der Oder zur Elbe

Unter dem 16. April 1945 war in den Geheimen Tagesberichten, die im Oberkommando der Wehrmacht für interne Informationen angefertigt wurden, vermerkt: „An der Front der 9. Armee trat der Feind heute zum erwarteten Großangriff an.“ In der zur öffentlichen Verbreitung bestimmten Version lautete die Nachricht im Wehrmachtsbericht: „Nach vergeblichen Vorstößen am gestrigen Tage traten die Bolschewisten in den heutigen Morgenstunden zwischen der Neißemündung und dem Oderbruch nach heftigem Trommelfeuer mit starken Infanterie-, Panzer- und Luftwaffenkräften zum Großangriff an.“

Die Zeit der relativen Ruhe an der Front im Osten war vorüber. Über Richtung und Ziel der Operation konnte kein Zweifel sein. Es hieß: Berlin. Die deutsche Hauptstadt gab dem Unternehmen auch ihren Namen. Es ging als „Berliner Operation“ in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ein. Die sowjetische Führung hatte den Angriff, die Erfahrungen bei der Eröffnung früherer Offensiven verwertend, auf einzigartige Weise vorbereitet. 16.000 bis 20.000 Geschütze und Raketenwerfer feuerten auf die Geländestreifen, über die Infanterie und – nach deren Erfolg – Panzertruppen nach Westen vordringen sollten. An Stellen, die für den Durchbruch bestimmt worden waren, beleuchteten Scheinwerfer mit einem Durchmesser von 1,40 m das Schlachtfeld und sollten die Wehrmachtssoldaten in den ersten Verteidigungslinien blenden und ausschalten.

Vor dem nahen Ende

Zum Zeitpunkt, da die sowjetische Offensive begann, lag das Nazireich in seinen letzten Zügen, doch noch gebot es auf dem verbliebenen Territorium über nach Millionen zählende bewaffnete Wehrmachtseinheiten, die einen verwickelt in Rückzugskämpfe mit US-amerikanischen und britischen Streitkräften, die anderen gruppiert um den Ansturm der sowjetischen Armeen abzuwehren. Letzteren wurde noch Anfang April in Aufrufen Mut gemacht, die von der Wende des Krieges, vom Sieg und davon kündeten, dass der Gegner beim Angriff auf Berlin verbluten werde. Dass die Mehrheit der deutschen Soldaten daran noch glaubte, ist zu bezweifeln. Es genügte, den eigenen Wehrmachtsbericht zu hören oder zu lesen, um eine Vorstellung vom nahen Ende zu gewinnen.

Als die Offensive vom Nordrand der Sudeten entlang der Lausitzer Neiße und der Oder bis zum Stettiner Haff losbrach, hatten die Westalliierten südöstlich von Magdeburg die Elbe forciert. Bei Bernburg an der Saale wurde gekämpft und weiter südlich davon in Thüringen um Saale-Übergänge

zwischen Jena und Saalfeld. Angriffe richteten sich auf Bitterfeld, gekämpft wurde um Chemnitz und im Vorfeld von Leipzig. Im Führerhauptquartier, in der Bunkerwelt unter der Reichskanzlei, waren bereits Weisungen für den erwarteten Fall, dass der Rest des Reiches in eine nördliche und eine südliche Hälfte zerfiel, ausgearbeitet und gegeben worden.

Auch die Gegend, in der die gegnerischen Truppen in Mitteldeutschland einander begegnen würden, war unschwer zu bestimmen. Den kürzesten Weg hatten die sowjetischen Armeen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konew zurückzulegen, um im Süden Brandenburgs oder im Norden Sachsens auf die Dwight D. Eisenhowers, des Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Streitkräfte, zu treffen. Damit war ein Ziel der „Berliner Operation“ gegeben, wobei die Truppen Konews, sollten sich Schwierigkeiten für das Vorankommen des direkt angrenzenden Frontnachbarn im Norden ergeben, den Befehl hatten, ihren weiteren Vorstoß auch nach Nordwesten zu richten und die Hauptstadt westwärts weiträumig zu umgehen.

Operationsziel: Berlin

Dieser Nachbar war die 1. Bjelorussische Front, befehligt von Marschall Shukow. Ihr war die Hauptaufgabe zugedacht, die Eroberung Berlins, die am 12. Angriffstag erfolgen sollte, ungeachtet der Erwartung, dass sich die Wehrmachtstruppen die zur Verteidigung der Reichshauptstadt aufgeboten wurden, besonders hartnäckig widersetzen würden. Diese gehörten zu jener Heeresgruppe, die im Januar 1945 gebildet worden war und bis vor kurzem noch von Heinrich Himmler befehligt wurde, aufgrund einer Entscheidung Hitlers, die, wie in einem Flugblatt des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmachtssoldaten konstatiert wurde, jedermann verriet, dass der Führer auch bei der Auswahl seiner Heerführer inzwischen gleichsam auf dem letzten Loch pfiff.

Noch immer trug der zusammengewürfelte Großverband aber die Bezeichnung „Heeresgruppe Weichsel“, obwohl er längst über die Oder zurückgeworfen war. Doch stand nicht mehr Himmler an seiner Spitze, sondern seit März Generaloberst Gotthard Heinrici, der indessen, was seinen Gehorsam gegenüber den Befehlen Hitlers anlangte, Himmler nicht nachstand und der noch zu kämpfen befahl, als der Reichsführer SS sein Heil schon in der Anknüpfung geheimer Verbindungen zum Feind suchte. Innerhalb der Heeresgruppe sollte die 9. Armee unter dem General Theodor Busse den Hauptstoß des Gegners auffangen, der aus Brückenköpfen über die Oder nördlich und südlich von Frankfurt erfolgte, das zur Festung erklärt werden war.

Die schwersten Kämpfe und eine der größten Landschlachten, die 1945 im Reichsgebiet ausgetragen wurden, entwickelte sich nördlich von Frankfurt mit dem Sturm auf die den Oderbruch nach Westen begrenzenden Seelower Höhen. Dort verlief die zweite deutsche Verteidigungslinie, in die ein erheblicher Teil der deutschen Truppen zurückgezogen worden war, um sie nicht dem erwarteten Schlag der sowjetischen Artillerie auszusetzen. Der Kampf um den Besitz der Höhen war zwar nach nur drei Tagen entschieden, doch auch um den Preis hoher Verluste der angreifenden Divisionen, zu einem Teil geschuldet Fehlbeurteilungen der Kräfte und Möglichkeiten, über welche die Wehrmachtstruppen noch verfügten. Jedoch aufzuhalten vermochte die 9. Armee die Vordringenden nicht.

Was ostwärts von Berlin geschah, ließ sich allein an den Bezeichnungen ablesen, welche die Schlacht in den offiziellen deutschen Berichten erhielt. Am 17. April wurde sie noch als „Schlacht zwischen Frankfurt an der Oder und der Freienwalder Senke“ bezeichnet. Tags darauf hieß sie die „Abwehrschlacht an der Oder“. Am 19. April war es die „Abwehrschlacht vor Berlin“ und vier weitere Tage später sprachen die Meldungen von der „Schlacht um die Reichshauptstadt“. Da befanden sich die Reste der Armee, die Berlin hatte verteidigen sollen, im Südosten der Stadt vor ihrer vollständigen Einschließung. Versuche, sich nach Berlin durchzuschlagen und Verbindungen mit der heran geführten 12. deutschen Armee zu gewinnen, scheiterten. Das gelang nur kleinen Kontingenten.

Der „Schöpfer“ von Halbe

General Busse, dessen Divisionen sich in aussichtsloser Lage befanden, ließ das ihm unterbreitete sowjetische Kapitulationsangebot dennoch ablehnen und verdiente sich damit den „Ruhm“, der eigentliche Schöpfer des riesigen deutschen Soldatenfriedhofs zu sein, auf dem nahe Halbe seit 1951

Tote, Tausende Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS und auch Zivilisten, häufig nur deren unkenntliche Überreste beigesetzt wurden. Sie waren nach der Schlacht meist, wo man sie auffand, unter die Erde gebracht worden. Der Durchhaltegeneral selbst aber kam lebend davon, entging jedoch nicht einer nur zweijährigen Gefangenschaft. Anders als Tausende der von ihm befehligten Soldaten verbrachte er in der Bundesrepublik einen angenehmen Lebensabend, nach dem Ritterkreuz Hitlers nun auch 1966 mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert. Zwanzig Jahre darauf verstarb er im biblischen Alter, 99-jährig.

Die in den OKW-Berichten erwähnten Ortsnamen machten, ungeachtet aller lobenden Erwähnungen von kriegerischen Leistungen, tagtäglich klar, dass sich die deutschen Truppen im Osten von Berlin auf einem Rückzug ohne Halt befanden. 20. 4.: Märkisch-Buchholz, 21. 4.: Strausberg und Bernau, 22. 4.: südlich von Königs Wusterhausen. Am siebten Tag der Offensive wurde um den Bahnhof von Köpenick, in Friedrichsfelde, auf der „Linie“ Lichtenberg – Niederschönhausen – Frohnau gekämpft. Am 24. April schloss sich der Ring um das zur Festung erklärte Berlin. Wie während der Planungen erörtert, hatten sich Truppen der beiden sowjetischen Fronten westwärts Berlin bei Potsdam vereint. Von da an dauerte es bis zur Kapitulation der Reichshauptstadt, die nach den Luftbombardements nun auch durch Erdkämpfe vollends zur Trümmerwüste geworden war, noch eine Woche.

Fanatismus und Bolschewistenfurcht

Was veranlasste die deutschen Soldaten in dieser Situation die Waffen noch immer nicht zu strecken und die eigene Haut, ihr Leben zu retten? Eine bündige Antwort darauf kann die Geschichtswissenschaft nicht geben. Befragungen nach Motiven für den andauernden Befehlsgehorsam erfolgten nicht und sind auch nach der Gefangennahme nicht unternommen worden, zumal sie doch schwerlich wahrheitsgemäße Aussagen erbracht haben würden. Doch die Elemente, die Hitlers Vorhersage, es werde bis fünf Minuten nach 12 ausgehalten werden (eine Vorstellung, die sich allerdings mit dem Endsieg verband), lassen sich ermitteln.

Ein nicht zu bestimmender Teil, gewiss aber eine Minderheit der deutschen Soldaten trieb ein von Hass geleiteter Fanatismus zu weiterem Schießen und Feuern, der sich vollkommen verselbständigt hatte, sinnentleert war und kein Ziel mehr anzugeben vermochte. Das traf vor allem auf die Angehörigen von Waffen-SS-Divisionen zu und unter diesen wiederum insbesondere auf jene aus Freiwilligen formierten, die in besetzten Ländern geworben worden waren. So waren zur Verteidigung Berlins u.a. niederländische Faschisten eingesetzt. Auch bei den jüngsten Soldaten und den unausgebildet mobilisierten Hitlerjungen, dumm, aber verhetzt wie sie waren, ließ sich diese als Heldentum verklärte und missverstandene Haltung feststellen. Deutsche Generale gingen 1945 zeitlich jenen voraus, die heute in Afrika und Asien Kinder bewaffnen, ahnungslos in den Tod schicken oder zu einem Leben als armselige Krüppel verdammen.

Gegenüber den sowjetischen Armeen, denen insgesamt erkennbar härterer Widerstand entgegengesetzt wurde als den Truppen der westlichen Alliierten, wirkte die den Soldaten tief eingeprägte „Bolschewistenfurcht“ und damit verbunden die Hoffnung, auf irgendeine Weise der sowjetischen Gefangenschaft zu entgehen, die mit Gründen mehr gefürchtet wurde als die US-amerikanische oder britische. Die Aussicht, kämpfend soweit westwärts zu gelangen, dass ihr Vorhaben sich verwirklichen ließ, verdrängte vielen den Gedanken, dass dieser Rückzug, nicht nur tödliches Risiko bedeutete, sondern ihnen auch wirklich, das war tausendfach der Fall, nur Tage vor Kriegsende den Tod bringen konnte. Die Befehlshaber hingegen, die ihre Untergebenen in die Schlacht gegen die hochüberlegenen Kräfte der Sowjetarmeen hineingehetzt hatten, verfügten zumeist über die Mittel, ihre Gefangennahme an der Ostfront zu verhindern und sich am Ende unversehrt den westlichen Kriegsgegnern auszuliefern. Das gelang auch Heinrici, der sich im Mai in der Nähe von Flensburg in britische Gefangenschaft begab, in ihr drei Jahre verblieb und der in Württemberg kurz vor seinem 85. Geburtstag verstarb.

Terror und Kameraderie

Ein anderes Element, das die Disziplin aufrechterhielt, war der immer brutaler geübte Terror, den Vorgesetzte mit Hilfe von Feld- und Standgerichten ausübten. Von der Atmosphäre der Gnadenlosig-

keit zeugte auch ein Befehl Hitlers vom 21. April, gerichtet an den SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Felix Steiner, der eine Armee-Abteilung befehligte und mit ihr von Norden her die Verbindung zu den bei Werneuchen stehenden Truppen gewinnen und die Verteidigungsfront wieder herstellen sollte. Es hieß darin: „Ein Ausweichen nach Westen ist für alle Teile ausdrücklich verboten." Offiziere, die dies nicht befolgten, seien augenblicklich zu erschießen. „Sie selbst mache ich mit ihrem Kopf für die Durchführung dieses Befehls verantwortlich." Dieser war wie andere, die in diesen Tagen aus dem Führerhauptquartier ergingen, nicht zu befolgen. Das verhinderte nicht der Unwille der Empfänger, sondern die hoffnungslose Unterlegenheit der verfügbaren Mittel. Steiner behielt übrigens seinen Kopf, auch er, der sich um den Aufbau der Waffen-SS früh besonderes Verdienst erworben hatte, erreichte die Gefangennahme durch die Engländer, war nach zwei Jahren wieder auf freiem Fuß, betätigte sich in der BRD schriftstellerisch, bemüht um den Nachweis, dass die Waffen-SS „Soldaten wie andere auch" vereint habe, schrieb Kriegsromane und verstarb 70jährig in München.

Er wie die Befehlshaber und Kommandeure der Wehrmacht konnten sich bis in die letzten Tage auch auf die in den Kriegsjahren unter den Soldaten ausgebildete und erprobte Landknechtsgesinnung verlassen. Sie gebar einen festen Zusammenhalt und eine verlässliche Kameraderie, die nach dem Wozu und dem für Wen nicht fragte und war mit dem zum Teil auf Erfahrung gestützten Glauben verbunden, dass es sich in der „Truppe" eher davonkommen und überleben ließ denn als ein Einzelner. Man blieb beim „Haufen" und machte abgestumpft weiter, wie befohlen.

Begegnung an der Elbe

Am Tage, nachdem sich der Ring um Berlin geschlossen hatte, begegneten sich am 25. April sowjetische und US-amerikanische Soldaten in der Nähe von Torgau an der Elbe, jener Stadt, die zwei Gefängnisse der Wehrmacht beherbergt hatte, Erschießungsstätte für zum Tode Verurteilte Militärangehörige und 1943 zudem Fluchtort des aus Berlin verlagerten Reichskriegsgerichtes geworden war. Die von Westen Kommenden gehörten der 69. US-Division an, die über Leipzig vorgedrungen war. Vier GIs, sie befanden sich auf einer Patrouillenfahrt, entdeckten auf der anderen Flussseite ihre Verbündeten, die zur 58. Schützendivision gehörten. Auf den Trümmern einer gesprengten Stahlbogenbrücke trafen und begrüßten sich ein US-amerikanischer Leutnant William Robertson und ein sowjetischer Sergeant, Alexander Silwaschko. Ein Teilnehmer der Patrouille drückte auf einen Foto-Apparat. So entstand die einzige authentische Fotografie dieser Begegnung (spätere und bekannter gewordene wurden zur Erinnerung gestellt), die genau genommen doch nicht die erste war, denn die hatte ein wenig entfernt und von dieser getrennt ein paar Stunden früher wenige Kilometer stromaufwärts bei Strehla stattgefunden. Doch verband sich der Begriff Begegnung an der Elbe fortan mit der von Torgau und das Bildzeugnis diente 50 Jahre später einem Grafiker in den USA zur Vorlage für eine Briefmarke, die zu einem Block gehörte, mit dem an diesen Krieg erinnert wurde. Die geschichtliche Bedeutung des Moments war augenblicklich erkannt und wurde gebührend gewürdigt. Dwight D. Eisenhower befahl die vier Soldaten in sein Hauptquartier nach Paris, sprach mit ihnen und beförderte sie um einen Dienstgrad.

Das Zusammentreffen der Alliierten von West und Ost symbolisierte, dass das Reich nun vollends in zwei Teile gespalten war und es nur noch eine Frage von Tagen sein konnte, bis die Kapitulation erzwungen sein werde. Zugleich enttäuschte es auch die letzten Deutschen, die noch geglaubt haben mochten, dass die Verbündeten ausgerechnet im Moment ihres größten Triumphes gegeneinander in Streit geraten würden. Offiziere und Soldaten beider Armeen versammelten sich an Ort und Stelle, um das Ereignis zu feiern. Bald nach Kriegsende erinnerten Künstler daran. In der UdSSR entstand der Spielfilm „Begegnung an der Elbe", der in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands am 26. Juni 1949 erstaufgeführt wurde. Dimitri Schostakowitsch komponierte zu dessen Filmmusik eine Suite (op 80a), die den gleichen Titel hat.

Ein amerikanischer Träumer

Joseph (Joe) Polowsky, Nachkomme jüdischer Einwanderer aus der Ukraine, gehörte zu jenen, die in diesen glücklichen Stunden dabei waren. Zeitlebens hat er, dann ein Taxifahrer in Chicago, versucht, den Geist jenes Augenblicks wach zu halten, selbst und gerade in den Jahren des Kalten Krieges.

Vergeblich versuchte er die UNO davon zu überzeugen, den 25. April zu einem Weltfriedenstag zu erklären. Mehrmals ist er nach Torgau zurückgekehrt, hat da und in der UdSSR sowjetische Kriegsteilnehmer wieder gesehen, sich an Politiker und Diplomaten gewandt und bestimmt, dass er nach seinem Tode in Torgau beigesetzt werde. Das ist, als er einem Krebsleiden erlegen war, 1983 auf dem städtischen Friedhof geschehen. 1987 wurde ein später preisgekrönter Dokumentarfilm gezeigt, der ihn im Titel einen „amerikanischen Träumer“ nannte. Heute trägt in der sächsischen Stadt ein Gymnasium seinen Namen. Die 1895 errichtete Brücke über die Elbe, auf der die Begegnung stattfand und die zu einem Symbol eines schwer erkämpften Friedens geworden war, wurde nach der Wende, in der die DDR unterging, gegen vielstimmige Proteste in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gesprengt. Die internationale Presse vermerkte das übel.

8. Mai 1945: Hitler kaputt

Gott und eure Waffen seien gepriesen, siegreiche Freunde!
Das ist unser Tag, der Bluthund ist tot.

Diese Zeilen soll Winston Churchill, der Premierminister und Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte, zitiert haben, nachdem er die Nachricht von Hitlers Tode und der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches erhalten hatte. Sie entstammen William Shakespeares *Tragödie König Richards III*. und gesprochen wurden sie natürlich im Original: „God and your arms be prais’d, victorious friends! The day is ours, the bloody dog is dead.“

In der Tat: Hitler war tot, wie sowjetische Fahnder nach der Kapitulation der „Festung Berlin” mit einigem Aufwand hatten feststellen können, als Vernehmungen und die Analysen der Leichenreste möglich wurden. Er hatte sich am 30. April 1945 umgebracht, nachdem in der Meldung aus dem deutschen Oberkommando am gleichen Tage von dem „am Anhalter Bahnhof, entlang der Potsdamer Straße und in Schöneberg eingebrochenen Feind“ berichtet worden war. Hitler sah die Gefahr, in Gefangenschaft zu geraten. Da zog er den Selbstmord vor.

Tod und Verklärung

Ließ sich die Nachricht vom Tode des „Führers“ zweifelsfrei bestätigen, so deren heroische Ausschmückung ebenso einwandfrei dementieren. Widerlegt wurde die im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 2. Mai zu lesende Behauptung, er sei „an der Spitze der heldenmütigen Verteidiger der Reichshauptstadt gefallen“. Verlogen wie er selbst war noch diese „Todesanzeige“ formuliert worden, die indessen nicht mehr auf sein Konto gehörte. Sie diente nicht so sehr der Verklärung seiner Person, denn dass diese Lüge besonders kurze Beine haben würde, konnte kaum bezweifelt werden. Jedoch sollten die allerletzten Fanatiker, die Widerstand gegen den Gegner im Osten leisteten, noch einmal zusätzlich aufgeputscht werden. Mit dieser Absicht hatten die Autoren im Hauptquartier, das nun kein „Führerhauptquartier“ mehr war, verbreitet, Hitler hätte sich geopfert, um „sein Volk und Europa vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu erretten“. Allen Soldaten habe er ein Vorbild gegeben, das sie verpflichte „getreu bis zum Tode“ zu sein.

Dass auf die Nachricht von Hitlers Tode die im Nordzipfel des Reiches um seinen Nachfolger Großadmiral Karl Dönitz versammelte Militärclique nicht sofort mit dem Befehl reagierte, die Kämpfe einzustellen, sprach einzig für ihr Interesse, Zeit zu gewinnen, und sei es nur die von Stunden, um auf irgendeine Weise im Moment der unvermeidlichen Kapitulation glimpflich davon zu kommen. Die Rechnung ging nicht auf, verursachte aber unter Soldaten wie Zivilisten weitere sinnlose Opfer, während die Generale und Admirale, soweit sie sich nicht selbst die Kugel gaben, und dies taten nur wenige, mit dem Leben davon und in Gefangenschaft kamen.

Von der Anbetung zum Fluch

Die Aufmerksamkeit der Deutschen, die sich in ihrer Mehrheit schon in von alliierten Truppen besetzten Gebieten des Reiches befanden, für die Meldung von Hitlers Tode war gering. Noch knapp 10 Monate zuvor hatte die Kunde vom Attentat im Führerhauptquartier nicht nur Treueschwüre seiner Paladine, Militärs wie Zivilisten, bewirkt, sondern Gefühle der Ablehnung der „Verräter“ und der Anteilnahme mit dem Überlebenden auch in den Kreisen so genannter einfacher Leute geweckt.

Später erst, zeitig im Jahr 1945, war die Stimmung umgeschlagen, wie noch die letzten Berichte des Sicherheitsdienstes vermerkten. Dass der „Führer“ Wunder zu vollbringen vermöchte, glaubte kaum jemand mehr.

Dann, beim Herannahen der Alliierten, wurden die Hitlerbilder und -büsten, die Hakenkreuzfahnen und was man sonst an Devotionalien des zertrümmerten Reiches besaß, in Öfen oder im Freien verbrannt oder einfach in Mülltonnen entsorgt. Anhand solcher Zeugnisse wollte sich denn doch niemand als Nazi überführen und belangen lassen. Und in vielen Fällen waren es nicht Angst und Vorsorge allein, die so handeln ließen. Die Deutschen waren massenhaft, inmitten von Trümmern lebend, mit geringer Habe aus ihren im Osten gelegenen Dörfern und Städten geflohen, allein mit ihrer Rat- und Hilflosigkeit, von Ungewissheiten die Menge geplagt, mit diesem „Führer“ wirklich fertig. Nicht wenige schickten ihm einen Fluch nach. Nur selten dürfte die Zerstörung der Bilder von einem Anflug von Scham begleitet gewesen sein oder gar schon vom Gedanken des „Lerne zeitig klüger sein“.

Bluthund, das ist eine der treffenden Bezeichnungen für den Mann, mit dessen Namen sich der Lauf der Jahre von 1933 bis 1945 in erster Linie verbindet und der, was über ihn immer gesagt worden und noch zu sagen ist, eines erreicht hatte: er hat sich in die deutschen Geschichtsbücher auf nicht absehbare Dauer unauslöschbar eingeschrieben und nicht nur in die deutschen. Wo von der Geschichte Europas im eben verflossenen Jahrhundert die Rede ist, fällt bis heute sein Name unweigerlich und häufiger als jeder andere. In den Zeiten seiner kultischen Verehrung war er für Hunderttausende seiner Untergebenen „Mein Führer“. Millionen Deutschen galt er als eine außergewöhnliche, ja geschichtlich einzigartige Persönlichkeit in der Reihe der Großen, die mit Friedrich II. begann und über Otto von Bismarck direkt zu Hitler führte. Er überragte die ihm zugeschriebenen Vorläufer noch und wurde nach dem militärischen Sieg über Frankreich im Frühjahr 1940 auch zum „größten Feldherrn aller Zeiten“ erklärt. Dieser Ruhm welkte rasch, vor Moskau und Stalingrad.

Fünf Jahre später, als ihnen von den Alliierten die Rechnungen über Faschismus und Krieg präsentiert wurden, erhielt Hitler in den Vorstellungen der Deutschen einen neuen Platz. Die einen markierten den Toten als Alleinverantwortlichen für alles, was seit 1933 in Deutschland geschehen und von Deutschen in Europa und über dessen Grenzen hinaus angerichtet worden war. Sie inszenierten nun so etwas wie einen negativen Kult um diesen Führer. War ihm einst alles Heil zugeschrieben und zugeschrieben worden, so nun alles Unheil. Er war der Sündenbock, der in die Wüste gejagt wurde.

Ein neues Tabuwort

Andere, und sie bildeten wohl die Mehrheit der Deutschen, wollten am liebsten an Hitler nicht erinnert werden, ein Verhalten, das Martha Dodd, die ihren Vater, den Historiker und US-amerikanischen Botschafter 1933 nach Deutschland begleitet hatte, in ihren Erinnerungen schon 1939 prophezeite. Schon die Erwähnung seines Namens genügte, Millionen daran zu mahnen, dass sie auf diesen Mann gesetzt, ihn bewundert und verehrt hatten und ihm gläubig gefolgt waren. Doch so sie nun an ihn dachten, sahen sie sich nicht als Gefolgsleute, sondern als seine und des Krieges arme Opfer.

Dass sie sich zu seinen Instrumenten gemacht hatten, war freilich vollends nicht zu bestreiten, wurde aber damit erklärt, dass es angeblich zur Gefolgschaftstreue keine Alternative gegeben habe (wogegen freilich und leibhaftig die überlebenden Antifaschisten standen). Nein, man solle sie mit diesem Hitler in Ruhe lassen. Viele suchten und fanden irgendetwas, was sie gegen ihn und seine Politik einzuwenden gehabt hätten, aber natürlich nicht laut äußern durften. Schuld? Wenn der einstige Vizekanzler, Franz von Papen, und der frühere Reichminister, Hjalmar Schacht, der wie kein zweiter deutscher Bankier von sich sagen konnte, er habe Hitler in die Wilhelmstraße verholfen, vor einem internationalen Gericht schon 1946 mit Freisprüchen davonkamen, was traf dann sie? Bald charakterisierte das Verlangen nach dem kräftigen Schlussstrich die Stimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Politiker trugen dem aus mehrfachem, nicht selten auch aus ihrer eigenen Biographie herrührendem Interesse Rechnung.

Nur wenige versuchten, ihre Hitlerbilder – die in ihren Köpfen – zu erhalten. Sie wollten in dem Faschistenführer selbst ein Opfer sehen. Er hätte die falschen Berater besessen und wäre von seiner

Umgebung mit seinen hehren Ideen vom Nationalsozialismus im Stich gelassen worden. Das knüpfte an die zu seinen Lebzeiten verbreitete den „Führer“ vor jeder Beschädigung schützende Behauptung an, die sich in der Wendung „Wenn das der Führer wüsste“ ausgedrückt hatte, mit der gemeint worden war, wüsste er dieses oder jenes, dann würde es nicht länger geschehen. Jedoch: Dokumente sind auch ein hartnäckig Ding. An ihnen scheiterte nicht nur die Version von den Wissenslücken des Führers. Sie belegten seine Rolle bei der Initiierung und der Steuerung jener Großverbrechen, denen Millionen zum Opfer gefallen waren, zweifelsfrei.

Nicht zu entsorgende Fragen

Allen Anstrengungen der Verdrängung trotzend blieben zwei Fragen. Die erste lautete: Wie konnte dieser Hitler auf seinen Platz gelangen, zuerst den des Parteiführers, darauf den des Regierungschefs (1933), sodann den des Staatsoberhauptes (1934), schließlich den des Oberkommandierenden der Wehrmacht (1938) und zudem des Oberbefehlshabers des Heeres (1941). Und wie kam es dazu, dass er bis in das Jahr 1945 so mächtig blieb, dass die nationale Katastrophe dieses unvorstellbare Ausmaß annehmen konnte? Die Fragen stellen, hieß von „Mitwirkenden“ reden, von ideellen und materiellen Förderern und von einflussreichen Wegbereitern, von Ideenspendern und vertrauten und ergebenen Mitarbeitern, von Hofschranzen in Frack und in Uniform. Die Rede kam notwendig auf die Gesellschaft und da vor allem auf ihre gemeinhin als Elite apostrophierten Oberschichten.

Denn dass der gemeine Mann den Hitler in die Berliner Wilhelmstraße gebracht hatte, ließ sich nach den Wahlergebnissen Jahres 1932 nicht sagen, bei denen die NSDAP im Reichsdurchschnitt die 40 Prozentmarke nie hatte erreichen können. Und auch nicht, dass die Masse der Deutschen den Krieg nicht lange sattgehabt hätte, bevor er tatsächlich endete. Doch die Angehörigen der Eliten wünschten nicht, dass von ihnen in einem Atemzuge mit Hitler geredet würde. Und sie hatten so viel Macht behauptet oder nach Kriegsende bald wieder gewonnen, dass sie die Prüfung und Erörterung ihrer Rolle nach anfänglichen Turbulenzen – mit einigen Ausnahmen – in der Bundesrepublik Jahrzehnte lange mit Erfolg verhindern konnten. Denn – wie gesagt – die Millionen der „kleinen“ Gefolgsleute wollten das Gespräch auf ihren Anteil auch nicht kommen lassen, wenngleich sie, was Hitlers Aufstieg und Rolle anging, ungleich weniger auf dem Kerbholz hatten. Das ergab stillschweigend eine Einigung von Oben und Unten, Reichen und Armen, Weitreichenden und Kurzarmigen darauf, unter einem Diktator gelebt zu haben, vor dessen Befehlen es kein Entrinnen gegeben habe. Gehorsam oder Konzentrationslager, Unterwerfung oder Tod, so habe die Alternative gelautet. Basta. Wer anderes Zeugnis aus eigener Biografie abzulegen vermochte und den aus solcher Übereinkunft entstehenden verlogenen Seelenfrieden störte, die Überlebenden der Lager, musste marginalisiert werden. Der Kalte Krieg schuf dafür ideale Bedingungen.

Hitler, der Rätselhafte?

Indessen waren der tote Hitler (und die sich mit seinem Namen verbindenden Zustände) so wenig wie es der Lebende gewesen war so etwas wie eine „innerdeutsche Angelegenheit“. Die Erfahrung, die mit ihm gemacht worden war, blieb weithin lebendig. Historiker und Publizisten vieler Länder nahmen sich seiner Person an. Er tauchte in Kino-, später in Fernsehfilmen und in Werken bildender Künstler und von Schriftstellern auf – als Trottel und Teppichbeißer, als Scharlatan und Popanz, als Bestie und Monster, als Kuriosität und Groteske. Er ist „Bruder Hitler“ genannt und in der Werkstatt des Teufels in einem Kessel siedend gezeichnet worden. Wer diese Produktion durchmustern wollte, stünde vor einer Lebensarbeit und würde sie zu keinem Ende bringen können. Sie besitzt aufs Ganze gesehen einen Vorzug: Sie ist – unabhängig vom Willen derer, die sich mit dem Manne forschend und aufklärend beschäftigen und häufig auch im Gegensatz zu deren Absicht – *verwirrend*. Sie macht für viele aus ihm ein unlösbares Rätsel. Es verleitet zum Aufgeben.

Gesellschaftsanalyse, die Voraussetzung dafür, dass Menschen in ihrer Zeit vernünftig und ihren Interessen gemäß zu handeln und sich zu verhalten vermögen, ist hierzulande ohnehin in keinem Bildungssystem Unterrichtsgegenstand. Verbreitet wird mit Medienmacht: Läuft in der Gesellschaft aktuell etwas schief, sind es die Trägheit oder der Unverstand der Massen, die daran Schuld tragen. Sie – angeblich – lähmen in den Demokratien Politikern immer wieder die Flügel. Was ist eine tibetani-

sche Gebetsmühle gegen die beständige Wiederholung der Behauptung: In der bundesrepublikanischen Gegenwart, fehlt es den Massen an Einsicht in das unabweisbar und alternativlos Notwendige und folglich vor allem an Reformmut, Reformbereitschaft und Reformfreudigkeit, existierten sie, hätte sich, worum es in der Gesellschaft schlecht steht, schon längst zum Besseren gewendet.

Bilderflut und Bildermangel

Diese Interpretation zielt nicht entfernt auf das Hitler- und das Faschismusbild, aber sie kommt ihm in der Rückprojektion sehr zugute. Fällt der Name Hitler, soll automatisch sich der Begriff und das Bild von den Massen und dem Unverstand der Vorfahren einstellen. Dafür wird seit Jahrzehnten gesorgt und diese Vorstellung muss einfach nur lebendig erhalten werden. Die Bild- und Filmarchive des Landes verwahren im Überfluss Zeugnisse des den Hitler begeistert, ja hysterisch umtobenden Volkes: der Führer über Tausenden, die sich auf dem Berliner Wilhelmplatz versammeln, unter den Bauern auf dem Bückeberg, unter den ihn feiernden Zuschauern des Olympia-Stadions, bei der Autofahrt durch eine Stadt, wo sich ihm Hände über Hände entgegenstrecken, über den jubelnden Wienern auf dem Heldenplatz, allüberall Sieg-Heil umtost auf den Tribünen über den Aufmarschfeldern des Reichsparteitages in Nürnberg, sodann im Triumph in die Reichshauptstadt heimkehrend nach siegreichen Feldzügen in Ost- und Westeuropa mit Blumen überschüttet. Jedes dieser Bild und jeder Bildstreifen sind bedrückend, aber sie beweisen nicht, was mit ihnen bewiesen werden soll: dass diese ihn kultisch verehrenden Massen ihm die Staatsmacht ausgeliefert haben und seine Politik bestimmt hätten.

Hitlers Weg in die Staatsmacht ist ohne die Millionengefolgschaft, die er in der Weimarer Republik rekrutiert hatte, undenkbar. Doch dieses Gefolge besaß den Schlüssel für die Reichskanzlei nicht. Der ist ihm, und erst das ermöglichte auch die Meisterung der letzten Wegstrecke zum Ziel, in einer Intrige ausgehändigt worden. Übergeben wurde ihm das Instrument, das ihm die Pforte in das Zimmer öffnete, in dem einst Bismarck gearbeitet hatte, durch dessen Besitzer Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Wer aber hatte den, der seinen Untergebenen, einen Gefreiten (!), aus Weltkriegstagen lange nicht sonderlich mochte, dazu bewegt?

Davon und von den Beziehungen der Mächtigen der deutschen Gesellschaft zu dem Emporkömmling, der eine Macht in sich vereinte, die mit keinem seiner Vorgänger in deutscher Geschichte gleichzusetzen ist, existieren ungleich weniger Bildzeugnisse und diese lassen keine Jubelnden, keine Fanatisierten erkennen. Sie überliefern einen Redner und Zuhörende in einem Klub, einen Besucher und seine Gastgeber in einem Industriewerk, gesittete und bedächtige Männer von Rang bei ihren alltäglichen Geschäften. Derlei gab es in jedem modernen Staat und geschieht bis auf den heutigen Tag. Und diese historischen Dokumente, sofern sie überhaupt für zeigenswert angesehen werden, besagen so wenig wie die vergleichbaren Aktuellen. Wie oft ist den Nachgeborenen der „Befreier seiner Heimat“ auf dem triumphalen Einzug in Wien schon in Bild und Ton vorgeführt worden und wie oft wurde ihnen das Foto gezeigt, das im Jahr zuvor ihn im Kreise von zwei Dutzend österreichischen Wirtschaftsführern festhielt, Wegbereitern hin zum „Anschluss“.

Hitler verbunkert

Hitler samt dessen Mitführern und die Mächtigen der kapitalistischen Gesellschaft als ein Gegensatzpaar darzustellen, das blieb ein Grundzug der Darstellung des „Dritten Reiches“. Die Verschiedenheit der Plätze und Rollen wurde zur Unvereinbarkeit von Interessen und Zielen umgedeutet. Dies glaubhaft zu machen, erschwerte für Jahrzehnte die DDR mit ihren Mitteln und namentlich mit den Beiträgen von Historikern, Schrifttellern – man denke allein an den herausragenden Beitrag Bertolt Brechts zur Enthüllung des Wesens und der Funktionsweise des Faschismus –, Regisseuren und Schauspielern von Theatern und Filmen.

Doch auch nach dem Untergang des ostdeutschen Staates und der ungehemmten Herabsetzung historisch-materialistischer Methoden der Gesellschaftsanalyse, die beweislos als beschränkt, primitiv, ökonomistisch, monokausal abgetan werden, gelangte das Thema doch noch einmal, wenn auch nur in einer seiner vielen Facetten, auf die Tagesordnung. Verursacht war das durch die Forderung, die

nach Deutschland verschleppten und in der deutschen Kriegsindustrie schamlos ausgebeuteten Zwangsarbeiter wenigstens zu einem Teil zu entschädigen. Die Geschichte der Auseinandersetzung um dieses Verlangen und die Art seiner Erledigung hatte ihre Wurzel nicht so sehr im Geiz der Reichen, sondern in dem Versuch, das für das eigene Ansehen unentbehrliche Bild unbeschädigt zu lassen, wonach die deutschen Großindustriellen von Hitler und seinen Mitführern nicht weniger kommandiert worden wären wie ihr letzter Arbeiter in einer Hofkolonne.

Die Mehrheit der Deutschen besitzt 60 Jahre, nachdem der Ruf „Hitler kaput" nicht mehr nur Zielangabe, sondern Wirklichkeit geworden war, kein Hitlerbild, das ihnen den Eintritt dieses Führers in die deutsche Geschichte und darin seinen – Unheil ohne Maß und Zahl – bringenden Aufstieg begreifbar machen würde. Sonst hätte ihnen der jüngst gezeigte Film „Der Untergang" über Hitlers letzte Tage nicht vorgesetzt werden können. Seine Reklame, seine Rezensenten und Kommentatoren, seine Auf- und Hinnahme haben einen Zustand offengelegt. Denn: Auf keine Weise ließ sich der Mann weiter und vollständiger aus der deutschen Gesellschaft entrücken als eben dadurch, dass er als Tattergreis im Bunker der Reichskanzlei vorgeführt wurde, zu einem Zeitpunkt, da vom Reich nur noch Trümmerreste existierten, umgeben von einigen hohen Militärs, SS-Offizieren und Naziführern, mit nur Seitenblicken auf die „draußen", auf arme, verzweifelte Menschen, die im Chaos umherirren, während andere wie schießende Maschinen weiter funktionieren. Niedriger war der geistige Anspruch an einen Film über dieses Thema nicht anzusetzen, geringer der Sehschlitz nicht zu bemessen, der dem Blick auf Hitler da gelassen wurde. Mehr Hitler sei nie gewesen, schrieben Filmkritiker. Weniger Aufklärung über Ursachen und Zusammenhänge auch nicht.

II. Zeitgenössische Kontroversen

Befreiung – zu einem umstrittenen Begriff[*]

Kommt die Rede und richtet sich der Blick auf das Jahr 1945, und das ist in diesen Tagen vor dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa oft der Fall, dann konzentriert sich diese wie jener zumeist auf dramatische Vorgänge, wie die Massenflucht aus dem Osten, die Bombardierung einer Stadt oder den Kampf um eine Region im Reich, oder sie wenden sich handelnden Personen zu. Sich in dieser Weise zu erinnern oder zu besinnen, scheint faszinierender, als sich mit dem historischen Platz des Ereignisses zu befassen. Dem nachzuspüren, mutet vielen als zu ernüchternd, Distanz nehmend, und vielleicht gar staubtrocken an. Indessen ist nicht zu übersehen, dass in der Geschichtspublizistik von den Zeitungen bis in das Fernsehen die Fakten und Details, vielfach von Emotionen überfrachtet, in den Vordergrund drängen und darüber deren Analyse weit in den Hintergrund gerät. Es prägen sich so Sprach- und andere Bilder von Trümmern, Flüchtenden, Verführern und Verführten – denkt man an die bewaffneten milchbärtigen Hitlerjungen-, von Leidenden und Toten ein. Verstanden aber wird von den Geschehnissen immer weniger. Wenn nicht überhaupt nur Neugierde befriedigt, Unterhaltung und Ablenkung bewirkt und Gruseln erzeugt wird, so erscheinen die Ereignisse selbst Fragenden letztlich äonenfern und unbegreiflich. So werden sie auch kommentiert.

Die Frage nach dem historischen Ort des 8. Mai 1945, des Endpunktes einer Entwicklung und des Ausgangspunktes einer neuen, befriedigt nicht nur ein Ordnungsinteresse, ohne dessen Verwirklichung der Blick in die Vergangenheit auf ein Chaos fällt. Ihre Beantwortung zielt noch immer darauf, sich zu dem Datum selbst in eine Beziehung zu setzen und aufzuklären, woher wir kommen und wie weit wir uns sicher von jenen Zuständen entfernt haben, die sich mit idem Ereignis verbinden. Dass die Aufgabe auch 60 Jahre später nicht gelöst ist, zeigt allein die Tatsache an, dass die Bezeichnung des geschichtlichen Tages in Deutschland umstritten blieb. Während er in den Staaten der einstigen Anti-Hitler-Koalition als Tag des Sieges über den deutschen Faschismus, die Hauptmacht einer Mächtekoalition, bezeichnet und begangen wird, wechseln die Benennung hier und das nicht zufällig, sondern mit einem mehr oder weniger klar erkennbarem politischen Hintergrund. Hier ist die Reihe der Wörter und Begriffe, die in Rede steht: *Kapitulation, Niederlage, Zusammenbruch, Kriegsende, Katastrophe, Stunde null, Besetzung, Erlösung, Befreiung.*

[*] Vortrag, gehalten in Berlin, Russisches Haus, 16. März 2005.

Die letzte dieser Kennzeichnungen ist die bis heute umstrittene. Veranstaltungen werden unter dem Thema angekündigt *Niederlage oder Befreiung*. Indessen handelt es sich bei den zitierten sprachlich-begrifflichen Bestimmungen nicht um Konkurrenten, sondern um Sichten aus verschiedenen, jeweils realen Perspektiven auf ein und dasselbe Ereignis. Keiner dieser Begriffe ist verfälschend, jeder erfasst objektive wie subjektive Seiten dieses 8. Mai. Eine gelungene Verbindung hat der Verlag Papy-Rossa für sein kürzlich erschienenes Buch gefunden, als er ihm den Titel *Ein Untergang als Befreiung* (Hrsg. Michael Klundt, Köln 2005) gab. Jeder dieser Begriffe ist zudem mehr oder weniger gefühlsbeladen, was den Auseinandersetzungen um des Kaisers Bart eine besondere Färbung gibt.

Doch sind die sprachlichen Charakteristika nicht gleichrangig, bezeichnen sie doch verschiedene Stufen des Wahrnehmens und Erkennens. Kapitulation markiert nicht mehr als einen verbindlichen Rechtsakt, das definitive Waffenstrecken der deutschen Wehrmacht vor den militärischen Siegern. Befreiung hingegen sagt etwas über den Zustand der Deutschen vor dem 8. Mai und dessen sich mit diesem Datum verbindende Veränderung. Mit ihm wird eine Wertung gegeben und die ist positiv. Befreiung bezeichnet einen Gewinn. Der eben wurde und wird bestritten. Heute von den einen für alle Deutschen, von anderen für die Ostdeutschen.

Auch im Hinblick auf ihre Haltung zum 8. Mai wiesen die beiden deutschen Staaten während der gesamten Zeit ihrer Existenz eine deutlich zu unterscheidende Geschichte auf. Das gilt nicht nur für die offizielle Lehrmeinung, die gleichsam amtliche Geschichtsschreibung, die ihren Niederschlag in den an staatlichen Schulen zugelassenen und benutzten Geschichtsbüchern findet. Der 8. Mai als Tag der Befreiung war in der DDR nicht nur zeitweilig Staatsfeiertag (bis im Zusammenhang mit dem Übergang zur Fünftagewoche eine Neuordnung der arbeitsfreien Tage erfolgte). Als Ergebnis einer historisch-materialistischen Darstellung von Faschismus und Krieg (die heute als verordneter Antifaschismus abgetan wird) hatten die Bürger des Landes weithin zu erkennen begonnen und begriffen, dass diese Kennzeichnung richtig benennt, was ihnen selbst oder ihren Vorfahren, Eltern und Großeltern, damals geschah. Denn: das Wissen darüber, was Faschismus war (und das bedeutet eben mehr als nur seine für jedermann sichtbare und nicht zu bezweifelnde verheerende materielle Hinterlassenschaft), war und bleibt Voraussetzung dafür, die Bedeutung seiner Zerschlagung auch für die Deutschen zu erfassen und zu bewerten. Und dazu gehört auch, sich darüber Rechenschaft zu geben, welche Perspektiven dieser Faschismus im Falle seines Sieges den Deutschen bot.

In der Bundesrepublik in ihren alten Grenzen hat erst die denkwürdige Rede von Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes den Begriff Befreiung als treffende Charakteristik des Ereignisses benutzt und populär zu machen gesucht. Mit welchem langzeitlichen Ergebnis lässt sich zwanzig Jahre später beurteilen. Dass die äußerste Rechte den Begriff nach wie vor ablehnt, braucht hier nicht erörtert zu werden. Jedoch: In der Mitte der Gesellschaft haben sich gegen ihn Argumente ebenso erhalten. Die mildere Form der Einwände begegnet uns in zweierlei Gestalt. Es wird gesagt: Die Mehrheit der Deutschen habe sich 1945 nicht befreit gefühlt. Das ist unbestreitbar. Und: Die Alliierten seien kämpfend nicht in erster Linie nach Deutschland gekommen, sie hätten Berlin nicht erstürmt, um die Deutschen zu befreien, sondern um zu siegen und zu triumphieren. Das ist auch unbestreitbar, hat man das direkte Ziel der Mächte der Anti-Hitler-Koalition vor Augen, gilt aber schon nicht, wenn ihre ferneren Ziele in Betracht kommen. Diese Gegenreden wollen das subjektive Befinden der Handelnden zum Kriterium für die Bezeichnung des Geschehens machen. Sie ignorieren die Tatsache, dass die Realität und ihre Wahrnehmung, ihre Abspiegelung in den Köpfen, nur in seltenen Fällen zusammenfallen.

Um von den Empfindungen der Deutschen in jenen Tagen zu reden: Wie sollte eine Frau, die mit ihren Kindern, das eigene vertraute schlesische Dorf inzwischen unerreichbar fern hinter sich wissend, irgendwo in Bayern untergekommen war, in diesem Moment sich „befreit“ fühlen? Wie ein Soldat, der den Weg in eine ungewisse Kriegsgefangenschaft von einer unbestimmten Länge antreten musste? Wie die Masse der kleinen und nicht so kleinen Nazis, die damit zu rechnen hatten, dass die Rede auf ihre Rolle und das nicht ohne Folgen für ihr Leben kommen werde? Usw.

Angesichts dieser Tatsachen, die in der Bundesrepublik in Wort, Schrift und Bild seit langem ausgebreitet wurden, denn es ist eine Legende, dass über gegen ihre Erwähnung ein Tabu existiert hätte,

wurde der Begriff Befreiung in der Bundesrepublik lange nur gelten gelassen für bis dahin in Konzentrationslagern und Zuchthäusern inhaftierte Häftlinge, für ins Reich verschleppte Zwangsarbeiter, für kriegsgefangene Franzosen, Briten, Sowjetsoldaten, US-Amerikaner usw., für die Illegalen, darunter die wenigen im Untergrund überlebenden Juden. Und die Deutschen in ihrer Mehrheit? Sie waren nach diesen Bildern nicht mehr als Besiegte in einem besetzten und fremd regierten Land geworden. Diesem düsteren Bild hat von Weizsäcker sein helleres entgegengesetzt und den Tag als das charakterisiert, was er war, als Chance für eine Wende, für einen Aufbruch, für einen Neubeginn.

Dieses Bild ist inzwischen doppelt differenziert worden. Erstens im Hinblick auf die Vorgeschichte und Geschichte der Befreiung. Die gerann 2004 in den Satz *Die Befreiung begann in der Normandie* und der besagt, dass die Rolle von Befreiern einzig den Armeen der Westalliierten zugestanden wird. Dies verbindet sich mitunter mit Kritik an diesen Befreiern, weil sie nicht früher und nicht rascher erschienen, um die „Russen“ von Berlin und dem deutschen Osten fernzuhalten. Zweitens wird erklärt, die Deutschen erlebten nur in jenen Teilen Deutschlands eine Befreiungsstunde, die Besatzungszone oder -gebiet der Westmächte wurden. Im Osten hingegen wären sie von einer totalitären Diktatur in die nächste, von der nationalsozialistischen in die kommunistische, geraten. Diese Betrachtungsweise gewinnt in diesen Wochen an Terrain und wird nicht nur von Publizisten vertreten, denen, sobald sie sich zur Geschichte Ostdeutschlands nach 1945 äußern, Schaum vors Maul tritt. Und sie wird einzig noch durch politische Rücksichten gegenüber Russland gedämpft, auch ganz aktuellen, reist doch der Bundeskanzler am 9. Mai 2005 als Gast nach Moskau. Zwei Beispiele: Ein Verlag, der nicht zu der Verlegergruppe am äußersten rechten Rand gehört – die Rede ist vom Propyläen Verlag der zu den Ullstein-Buchverlagen gehört –, kündigte für Ende März das Buch eines Hubertus Knabe unter dem Titel *Keine Befreiung* an und versandte dessen Fahnen an Rezensenten. Wenige Wochen später ließ er mitteilen, dass sich der Buchtitel geändert habe und nun laute: *Befreiung?* Eine Begründung wird nicht mitgeteilt, doch ist ersichtlich, dass der Wandel im Etikett keinem Wandel des Textes folgt. Entweder war der erste Titel falsch gewählt, was sich nach einem Blick in den Inhalt ausschließen lässt, oder, was vermutet werden kann, die Provokation wurde abgeschwächt, um nicht erkennbar in jene politische Gesellschaft zu geraten, die als unangenehm gilt. Der neue Titel ist jedenfalls eine Täuschung, denn für den Autor ist der Begriff Befreiung nicht fraglich, aus seiner Sicht hat sie im Osten nicht stattgefunden. Nicht anders – und dies erst zeigt an, wohin die Gedankenreise im Lande BRD gehen soll, sehen die Dinge zwei renommierte Militärhistoriker der Bundesrepublik, Gerd R. Ueberschär und Rolf-Dieter Müller, die in ihrem eben erschienenen Buch 1945. Das Ende des Krieges Primus Verlag Darmstadt 2005) davon sprechen, dass für die Ostdeutschen 1933 eine Odyssee begann, die 1990 endete. Den 60. Jahrestag ihrer Befreiung, einen anderen, hätten Ostdeutsche demnach erst im Jahre 2050 zu begehen.

Der Band verdeutlicht, wohin Fragestellungen in Historikerkreisen der Bundesrepublik inzwischen weisen. Gab es damals „einen anderen Weg, der die letzte Konsequenz – die Bereitschaft, Stalin notfalls mit Waffengewalt in die Knie zu zwingen und so den Zweiten Weltkrieg um eine weitere Runde (Ring frei – K. P.) fortzusetzen – ausschloss?“ Das sei eine Schlüsselfrage, meinen die Autoren, die jetzt einmal aufgeworfen werden müsse. Ihre Antwort lautet: „Die westlichen Demokratien waren 1945 nicht stark genug, beide totalitären Diktaturen und Hitler und Stalin gleichzeitig zu beseitigen ...“ Ein „Fortsetzungskrieg“ mit dem „befreienden“ Einsatz von Atombomben ist nicht die erste Wahl. Was aber dann? Sollten die anglo-amerikanischen Mächte ihrem Verbündeten, einem gemarterten, ausgeplünderten und verwüsteten Land, das Messer des Wirtschaftskrieges an die Kehle setzen? Und, wenn das sich als stumpf erwies, dann doch zur letzten Konsequenz greifen? Ins späte Bedauern über in seinen denkbaren Mitteln von ihnen nicht näher bestimmtes Versäumtes mischen die Verfasser Trost. Denn, so das Schlussbild am Band-Ende, es sei „die 1945 von vielen erträumte ‚eine Welt‘ nunmehr zum Greifen nahe gerückt“ sei. Der Sinn dieser Betrachtung ist klar: Der 8. Mai 1945 wird nicht mehr in erster Linie als Triumph über ein menschenfeindliches und -mörderisches Regime, den Faschismus, gesehen, sondern als eine Etappe in der Auseinandersetzung mit den „totalitären Systemen“, als das Unvollendete, das 1990 zur Vollendung erst gelangte.

Wer sich dieser Sicht mit Gründen entgegenstellen will, muss also noch einmal dartun, was dieser Begriff Befreiung für die Mehrheit der deutschen Zeitgenossen bedeutete, welche Tatsachen für ihn sprechen und ihn ausfüllen.

1. Die Deutschen waren am 8. Mai 1945 – Millionen schon in den Wochen und Monaten vorher – endgültig befreit von den Schrecknissen des Krieges. Die Liste ihrer Toten und ihrer Krüppel war damit noch nicht geschlossen, viele starben noch in den Zeiten danach oder kamen in ihnen zu schwerem Schaden. Doch die Masse von ihnen konnte sagen: Wir haben den Krieg überlebt und unsere Chancen, davon gekommen zu sein, wachsen von nun an mit jedem Tag. Auch wenn der Moment, von dem an das Leben wieder lebenswert genannt werden konnte, für viele fern lag und unerkennbar war. Diesen Wendepunkt in ihrer kollektiven Biographie wie auch in ihren persönlichen Lebensläufen hatten die meisten von ihnen ohne ihr Zutun erreicht, ja sie hatten ihn bis dahin durch ihr freiwilliges oder erzwungenes Verhalten immer wieder noch hinausgeschoben. Für Millionen galt, dass sie das, was sie an materiellem Besitz noch gerettet hatten, nun wohl nicht mehr verlieren würden. Das hieß nicht, das die Deutschen an diesem 8. Mai von Zwängen und Ängsten befreit gewesen wären, aber sie hatten auch nicht nur die einen gegen andere vertauscht, ihre Beängstigungen und Besorgnisse besaßen zumeist keinen ihr Leben bedrohenden Charakter mehr.

2. Dieser 8. Mai hat die Deutschen definitiv von der schändlichsten Rolle befreit, die sie in ihrer Geschichte bis dahin gespielt hatten. Sie waren, an sehr verschiedenen Plätzen und mit krass zu unterscheidenden Anteilen die modernen Sklavenhalter für Millionen und Abermillionen Europäern geworden. Kriegerisch hatten sie deren Länder verwüstet und verheert, deren Einwohner zu Millionen umgebracht und ihnen unsagbares Leid zugefügt, Trümmerhaufen von ungeheuren Ausmaßen hinterlassen, Lebenspläne und Hoffnung zerstört, Länder ausgeplündert und ausgeraubt. Nie zuvor war das Ansehen Deutschlands und der Deutschen auf einen derartigen Tiefpunkt heruntergewirtschaftet worden. Als sowjetische Soldaten die Reichsgrenze erreichten, errichteten sie Schilder, auf den zu lesen war: Hier beginnt das verfluchte Deutschland.

3. Und dieser Siegestag der Alliierten hat die Deutschen auf Generationen hinaus von der Möglichkeit einer schandbaren Zukunft befreit. Was ein Sieg der faschistischen Eroberer bedeutet hätte, ist mehrfach beschrieben worden, ohne dass dafür besondere Phantasie notwendig gewesen wäre. Die Pläne für ein Europa unterm Hakenkreuz, namentlich was das erstrebte riesige Kolonialreich im Osten anlangte, sind fixiert worden und überliefert. Die Deutschen dauerhaft als Herren und Unterdrücker der slawischen und anderen Völker Osteuropas, ihnen nach eigennützigem Kalkül Lebensrecht zubilligend oder verweigernd, Erhebungen und Aufstände der Unterdrückten brutal niedermachend. Aber es muss auch ein Blick auf das Innere, die gedachte Gestaltung des Kerns dieses Imperiums geworfen werden, um zu erkennen, was den „Herrenmenschen“ in ihrer Masse selbst bevorstand und was ihnen erspart blieb: ein Zustand der geistigen Uniformierung ohne Beispiel, die aufgeschobene Endlösung der Kirchenfrage, die Durchsetzung rassistischer Auswahlprinzipien, zu schweigen von Bildern wie das von der deutschen Architektur nach den Entwürfen Speers wie vom gesamten Zustand deutscher Literatur und Kunst nach dem Geschmack der Hitler und Göring. Brecht dichtete 1933: „O Deutschland, bleiche Mutter! / Wie sitzest du besudelt / Unter den Völkern. / Unter den Befleckten / Fällst du auf.“ Wer hätte Worte für die Rolle gehabt, die den Deutschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach dem Endsieg zugedacht wurde? Brechts Gedicht endet mit de n Versen: „O Deutschland, bleiche Mutter! / Wie haben deine Söhne dich zugerichtet /Dass du unter den Völkern sitzest / Ein Gespött oder eine Furcht!“

Nun also, 8. Mai 1945, war Deutschland keine Furcht mehr, aber es war, angesichts dessen was an Grauen Zug um Zug erst noch zu Tage kam, auch nicht mehr ein Gespött. Denn wie hatten seine Söhne inzwischen nicht nur Deutschland zugerichtet.

Der 8. Mai 1945 – sein Platz in der Geschichte

Die Frage nach dem historischen Ort des 8. Mai 1945, Endpunkt einer Entwicklung und Ausgangspunkt einer neuen, befriedigt nicht nur ein Ordnungsinteresse, ohne dessen Verwirklichung der Blick in die Vergangenheit auf ein Chaos fällt. Ihre Beantwortung zielt noch immer darauf, sich zu dem

Datum in eine Beziehung zu setzen und aufzuklären, woher wir kommen und wie weit wir uns sicher von jenen Zuständen entfernt haben, die sich mit dem Datum un seinem Davor verbinden. Dass die Aufgabe 60 Jahre später nicht gelöst ist, zeigt allein die Tatsache an, dass die Bezeichnung des geschichtlichen Tages in Deutschland umstritten geblieben ist.

Der 8 Mai 1945 steht dennoch fest als Datum der deutschen, europäischen und Weltgeschichte. Er dürfte seinen herausragenden Platz auf lange Zeit unangefochten behaupten, wie das auch der Tag der letzten Schlacht gegen Napoleon im Jahre 1815 getan hat. In beiden Fällen erfolgte seine Bestimmung jedoch zu verschiedenen Zeiten und durch kontroverse Kräfte unterschiedlich. Die eine erwies sich als zutreffend, eine andere hat sich überholt, ist mehr oder weniger lange erledigt, wurde als bloßer Wunsch erkennbar, als Ausfluss auch eines unbegründeten historischen Optimismus.

1. Der 8. Mai bezeichnet die definitive Abwendung eines, wie sich der Theologe Karl Barth es in einem Brief vom 13. April 1945 ausdrückte, „Attentats gegen die Menschheit“, eines Sieges, der mit Mitteln errungen war, die selbst partiell barbarisch genannt werden müssen. Der Tag bedeutete in der Geschichte Europas das Ende der faschistischen Mächtekoalition. Der Zweite Weltkrieg war in dieser Weltregion abgeschlossen, die Hauptmacht, das faschistische deutsche Reich, militärisch zerschlagen. Der Tag brachte zwar noch nicht das Ende der Regime dieses Typs, denn er lebte in Spanien und Portugal noch Jahre weiter, aber in einer für andere Völker ungefährlichen Form. Diese Regime besaßen auch keine Möglichkeit oder Perspektive, auf andere europäische Mächte eine Anziehungskraft auszuüben und zu einem Sammelpunkt für faschistische Bestrebungen zu werden, wie das im Falle Deutschlands und Italiens geschehen war. Im Gefolge der Entscheidung des Jahres 1945 mit ihren Wirkungen gingen diese beiden „Überbleibsel“ zugrunde, wenn es auch lange dauerte bis in Spanien die letzten Huldigungen an Franco verschwanden. Denn erst im November 2004 beschloss das Parlament in Madrid, die verbliebenen Erinnerungen an den Diktator und die Diktatur zu beseitigen, was schließlich im März 2005 dazu führte, dass das Reiterstandbild für den Caudillo im Norden der Hauptstadt entfernt wurde.

Das Ende der beiden Diktaturen auf der Pyrenäen-Halbinsel war jedoch nicht auch das Ende faschistischer Ideen, Bewegungen und Parteien, die sich in mehreren Ländern erhielten oder neu bildeten. Doch waren die Völker zum einen gewarnt, zum anderen konnte die kapitalistische Gesellschaft in Europa Kräfte der Stabilisierung und des Widerstands hervorbringen, welche die Nachfrage nach faschistischen Helfern oder Rettern stark sinken und nie wieder den Grad erreichen ließ, der in den Krisen in Italien und Deutschland geschichtsmächtig geworden war. Noch einmal zu Brechts Gedicht, in dem es von den Kapitalisten jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches heißt: „Die Ausbeuter loben das System, das in deinem Hause ersonnen wurde!“ Inzwischen waren andere Systeme der Herrschaftsbehauptung ersonnen und niemand wollte an das einst laut oder verhalten gespendete Lob mehr erinnert werden.

2. Das Jahr 1945 hat neue und lange Zeit stabile, wenn auch nicht unumstrittene Grenzen in Europa geschaffen. Das betraf vor allem die Grenzen Polens und Deutschlands. An der deutschen Westgrenze wurde der Streit um Elsass-Lothringen und das Saargebiet (-land) dauerhaft begraben. Weder die Bundesrepublik noch die DDR stellten an ihre Nachbarn Gebietsansprüche. Die Bundesrepublik glaubte bei wechselnden Regierungen jedoch lange, eine Grenzfrage gegenüber Polen offen halten zu sollen. Erst 1990, dann um den Preis ihrer Vergrößerung auf Kosten der liquidierten DDR, willigte sie in einen Rechtsakt, den diese DDR bereits 1950 mit dem Abkommen über die Oder-Neiße-Grenze gegangen war, nicht leichten Herzens, aber so ein neues Verhältnis zu einem Nachbarn anbahnend wie das der Weststaat im Hinblick auf Frankreich tat. Begraben wurde ebenso das großdeutsche Denken in Bezug auf Österreich und in Österreich selbst. Auch die neuen Grenzen auf dem Balkan mit dem Widerruf der so genannten Wiener Schiedssprüche blieben unangetastet. Die Landkarte Europas veränderte sich erst nach 1990 mit dem Zerfall der UdSSR, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. Bis dahin war sie in den Nachkriegsjahrzehnten nur in einem Detail und am Rande von den politischen Geographen zu korrigieren gewesen. Er betraf Zypern.

3. Der 8. Mai markiert unter Millionen Deutschen den Beginn eines neuen Nachdenkens über Krieg und Frieden. Keine Parole war nach den Jahren der Kriegsrufe populärer als das *Nie wieder Krieg*. Die Jungen vor allem sangen andere Lieder, etwa in den Reihen der Freien Deutschen Jugend wie das Weltfriedenslied: Für den Frieden der Welt steht die Menschheit auf Wacht, denn die Brandstätten warnen und mahnen. Friedrich Schillers: „Friede sei dein erst Geläute“ und Beethovens Schlusschor nach Schiller „Alle Menschen werden Brüder“ gewannen einen neuen tiefempfundenen Sinn und der bezeugte die Hinwendung, ja das Bekenntnis zu einer Friedensutopie und dem Willen, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Vergessen waren die mordspatriotischen Gedichte und Lieder über die Kriegshelden, die nach 1813, 1870/71 und nach 1914 entstanden waren und in Schulen gelernt und gesungen wurden – vom *Morgenrot*, das zum frühen Tod leuchtet, über *Fern bei Sedan* bis zum *Argonnerwald*. Die Reaktion auf das Erleben dieses Krieges der Jahre 1939 bis 1945 war gänzlich anders als die nach dem Ersten Weltkrieg und nicht nur, weil die Besatzungsmächte jeden Gedanken an Revanchismus unterdrückten. Selbst die schärfsten Verfechter der Konfrontation mit der UdSSR und dem Verbund sozialistischer Staaten, die Prediger der äußersten Maßnahmen im Kalten Krieg erlangten in der Bundesrepublik keine Popularität. Der Slogan *Lieber tot als rot* mochte als Agitationslosung hingenommen werden, aber den Rang einer Aktionslosung erreichte er nicht. Die Deutschen hatten erfahren, dass der Zweite Weltkrieg mit eben jenen Waffen geführt worden war, mit denen er Erste geendet hatte und es gab keinen Zweifel daran, dass dies im Falle eines Dritten nicht anders sein würde. Zudem erkannten sie in beiden Staaten, dass sie ohne Krieg erlangen konnten, was viele von ihnen sich als Resultat des Krieges erträumt haben mochten: einen Wohlstand, der sich vor der Erinnerung an Krieg und Nachkrieg umso wohltuender abhob.

Nun könnte es scheinen, dass dieses Verhältnis zu Krieg und Frieden jedenfalls in einem Teil der deutschen Bevölkerung instabil und unverlässlich und teilbar geworden ist. Wird er weitab geführt und als Krieg gegen den Terror deklariert, dann findet derzeit eine Politik Unterstützung, die ihre Wurzeln in Vor- und Weltherrschaftsbestrebungen besitzt, die aus keiner anderen Motivations- und Interessenlage hervorwachsen als jene, die in die beiden Weltkriege führten. Werden Kriege und kriegerische Einsätze weitab – also out of area – ausgetragen oder unternommen, erweisen sich die Verluste als gering und zahlenmäßig nicht einmal so groß wie bei Verkehrsunfällen im eigenen Lande, spürt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung nichts von ihren Kosten, wird hingenommen, was zwar nicht unmittelbar verhängnisvolle Folgen zeitigt, aber das noch tun könnte. Ein erheblicher Teil der Deutschen akzeptiert die Richtung Weg mit dem Wegweiser: *Pax Americana*. Das ist fraglos eine erneute Wende, hin zu einem neuen Kriegsdenken. Ja, es wird dieser Weg gar als eine Vollendung des Zweiten Weltkrieges hingestellt. Die damals verfehlte eine Welt werde nun hergestellt, mit Krieg und Kriegsdrohung, also mit der schärfsten aller außenpolitischen Erpressungen.

4. Das Jahr 1945 bezeichnet, woran in letzter Zeit aus mehrfachen Gründen (Jugoslawien, Irak) erinnert wurde, die Geburt eines neuen Völkerrechts, das ebenfalls eine Neubewertung des Krieges brachte. In den Verhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg waren die beteiligten Staaten nicht weiter gelangt als bis zum so genannten Kriegsächtungspakt (oder auch, nach seinen Schöpfern Briand-Kellogg-Pakt genannt). In er Einleitung zum Vertrag hieß es, die Zeit sei gekommen, „einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug internationaler Politik auszusprechen“. Dann wurde im Artikel I der Krieg als solches Mittel verurteilt und eine Verzichterklärung abgegeben. Kriege waren damit geächtet, ohne dass diejenigen, die sie begannen auch mit Strafe bedroht wurden oder ihnen irgendwelche Sanktionen angekündigt worden waren. Praktisch blieb dieser Vertrag folgenlos und dennoch war er gedanklich und diplomatisch hin ein Schritt zu jenen völkerrechtlichen Bestimmungen, die 1945 getroffen wurden und ihren Niederschlag in der Vorbereitung des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses und bei der Gründung der Vereinten Nationen, die selbst auch eine Frucht der bitteren Erfahrungen mit Faschismus, Imperialismus und Krieg darstellte.

Freilich: Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. Und: Selbst da, wo Kläger und Richter sind, erweisen sich deren Arme zu kurz, wenn es keine Exekutivorgane gibt, die ihnen die des Rechtsbruch verdächtigen vor das Tribunal bringen.

5. Das Jahr 1945 galt im Urteil vor allem marxistischer Historiker und Soziologen lange als der Beginn einer Etappe weltgeschichtlicher Entwicklung, als ein weiterer Schritt in eine Epoche, die dichterisch auch als da „Kapitel II“ der Weltgeschichte bezeichnet worden ist. Die Entstehung von Staaten in Europa und Asien, die nach ihren Zielen über den Kapitalismus hinausgelangen wollten, alsbald nach Kriegsende, die Geburt eines neuen Kuba, Hoffnungen und Entwicklungen in den nachkolonialen Staaten Afrikas ließen in dieses Jahr zurückblicken als den Auftakt für die Entstehung einer Welt von Dauer ohne Ausbeuter und Ausgebeutete und ohne Kriege. Zuerst zerschlugen sich Erwartungen, die auf ein rasches Fortschreiten dieser Umwälzung gerichtet waren. Dann auch jene, die auf den Nachweis der Überlegenheit der nichtkapitalistischen Gesellschaften auf allen Gebieten gesetzt worden waren. 1990 unterlag diese andere Welt in der Konkurrenz der beiden Systeme. Das zieht eine Neubewertung auch des Kriegsendes 1945 nach sich, ohne dass die von da ausgehenden, historisch nicht tragfähigen und nicht nachhaltigen Veränderungen einfach aus der Weltgeschichte gestrichen werden oder nur als eine Fußnote angesehen werden könnten. Welche Stellung und Bedeutung die Erfahrungen der Jahre 1917 bis 1990 für künftige weltgeschichtliche Entwicklungen gewinnen werden, ist ungewiss.

6. Nur eben erwähnt werden soll, dass die Wirkungen, die vom Sieg über den Hitlerfaschismus ausgingen, weit über die europäische Geschichte hinausreichten. Die Entstehung des Staates Israel, das bedarf keines Beweises, ist ohne die Liquidierung des mörderisch-rassistischen Systems des deutschen Faschismus undenkbar. Verwickelter sind die Zusammenhänge zwischen diesem Sieg des 8. Mai 1945 und den Wirkungen in die ausgedehnten Kolonialgebiete der europäischen Mächte (Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Portugal). Doch die Genugtuung der europäischen Völker darüber, dass sie die faschistische Fremdherrschaft und Besatzungszeit beendet hatten, blieb nicht ohne Folgen für die antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika und im arabischen Raum, wie auch der Triumph übe den japanischen Imperialismus ähnliche Wirkungen in Süd- und Ostasien auslöste. Diesmal ließen sich die Völker, die am Kampf gegen die faschistischen Mächte in Europa teilgenommen hatten, wie beispielsweise die Inder, nicht wieder – wie nach dem Ende des Ersten Weltkriegs geschehen – um die Versprechungen betrügen, die ihnen als Verbündete gemacht worden waren.

Es fehlt mithin nicht an Gründen, sich den Ereignissen vor 60 Jahren zu erinnern und sie danach zu befragen, ob sich aus ihnen gedanklich und praktisch Nutzen gewinnen lässt. Das betrifft auch die Erinnerung an jene großen Bewegungen, die bei Kriegsende entstanden und die später aus verschiedenen Gründen keinen Bestand hatten: die Weltfriedensbewegung, die weltweiten Zusammenschlüsse der Gewerkschaften, der Frauen und der Jugend, auch der Studenten. Die Ideen der Völkersolidarität für sozialen Fortschritt und Frieden und des Internationalismus waren im Nachkriegsjahrzehnt weit verbreitet. Die daraus hervorgegangen Organisationen und Kämpfe bilden mehr als nur ein Dekor der Geschichte jener Jahre. Ihr Anteil daran, dass die Ideen von 1945 lebendig blieben, wenn sie auch an Einfluss verloren, ihr Beitrag zur Gestaltung der unmittelbaren Nachkriegswelt ist es wert, der Vergessenheit entrissen zu werden und dies umso mehr, da die sich heute schürzenden Weltprobleme ohne das Entstehen neuer Massenbewegungen unlösbar erscheinen. (17. März 2005)

Die Deutschen als Opfer

Zu einem verzeichneten Rückblick auf Faschismus und Krieg

Die Geschichte werde fortgesetzt umgeschrieben, wird von Laien, die nach fester und bleibender Orientierung suchen, Historikern wieder und jüngst vermehrt entgegengehalten. Was also ist richtig, was falsch? Was war wahr, was verlogen? Worauf ist Verlass? Jüngst in einer Diskussion in Strausberg, an der auch eine Gruppe junger Rechtsextremer teilnahm, wurde aus ihr gefragt: Warum eigentlich ist *unser* Geschichtsbild nicht richtig? In manchen Äußerungen wird ein Ansehensverlust der Geschichtswissenschaft erkennbar, entstanden aus der häufig nicht vorgenommenen Unterscheidung von zweierlei Antrieben für das Umschreiben von Geschichte. Der eine – er verbindet diese mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen – ist geboren aus Erkenntnisinteresse und bezeugt ein Fortschreiten von weniger zu mehr Wissen. Der andere entspringt außerwissenschaftlichem, meist

politischem Interesse, ist nicht auf die Erhellung, sondern auf die Benutzung von Geschichte für aktuelle Zwecke gerichtet. Mit ihm geht häufig eine mehr oder weniger große Verzeichnung oder Verdunkelung der historischen Wirklichkeit einer.

Diesen „Fall zwei" erleben wir derzeit in der Bundesrepublik alltäglich im Hinblick auf die Geschichte der DDR. Doch handelt es sich bei diesem Umschreiben nicht um ein auf Deutschland begrenztes Phänomen. Die grundstürzenden Veränderungen an der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren ließen in mehreren europäischen Ländern von der Elbe bis zum Ural und in den Kaukasus neue Machtverhältnisse und Herrschaftsinteressen entstehen. Diese verlangen nicht nur nach politischer, militärischer, polizeilicher und geheimpolizeilicher Befestigung, sondern auch nach ideologischer. Wie stets gerät die Geschichtswissenschaft in solchen Situationen in das Zentrum des Sogs. Verdammung und Anspruch sind immer die gleichen: Was gestern über Geschichte gesagt und geschrieben wurde, sei Lüge gewesen und habe Zerrbilder ergeben, was heute verbreitet wird, setzt an dessen Stelle rückhaltlos – die Wahrheit.

„Im heutigen Serbien kommt es zu einer fast kompletten Umwertung der Vergangenheit. Antifaschismus ist in Serbien seit der Wende des Jahres 2000 nicht nur unpopulär, sondern wird zunehmend kriminalisiert. Diejenigen, die im kommunistischen Diskurs als Opfer des Faschismus galten, sind im heutigen Diskurs zu Tätern, also Verbrechern, geworden. Und umgekehrt: Die serbischen Kollaborateure der deutschen Wehrmacht werden heute rehabilitiert." So lautet das Urteil von Todor Kuljic, Professor an der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad, dessen Buch *Vergangenheitsbewältigung. Ursachen und Richtungen der Veränderungen des Geschichtsbildes am Ende des 20. Jahrhunderts* 2003 in Belgrad erschienen ist.[1] Ähnliche Urteile ließen sich über Entwicklungen in anderen Staaten Ost- und Südosteuropas fällen. Wie in Serbien General Milan Nedic, Präsident der serbischen Kollaborationsregierung während der Besatzungszeit, und Dimitrije Ljotic, Führer einer serbischen faschistischen Organisation, zu Rettern und Patrioten erklärt werden und, sofern sie nach der Befreiung zur Verantwortung gezogen wurden, den Rang von Opfern der Kommunisten zugeschrieben erhielten, so wird in anderen der neu- oder wiedergegründeten oder umgewandelten Staaten verfahren. Ein „Opfertausch" findet statt, der Begriff, in Auseinandersetzungen über die Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwalds benutzt, wurde früh und falsch vergeben.

Gebrauch und Missbrauch von Begriffen

In Deutschland wird seit etwa einem Jahrzehnt über den Zweiten Weltkrieges eine unbeendete Debatte geführt, in der die Begriffe Täter und Opfer einen herausragenden Platz besetzen. Es lohnt sich, einen Moment bei ihnen zu verweilen. Während Geschichtswissenschaft und -publizistik den Begriff *Opfer* kennen, im Hinblick auf das vergangene Jahrhundert ihn vor allem in der Verbindung mit Faschismus und Krieg verwenden, ist der Begriff *Täter* in ihnen keineswegs beheimatet gewesen. Er gehörte zur Sprache der Juristen, in der Begriffe wie Tat und Täter, Täterschaft und Täterbeschreibung, Mittäter und Tatbeteiligte, Tatbeistand und Tateinheit, Tathergang, Tatgeschehen und Tatbericht geläufig und unentbehrlich sind. Doch belassen es Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht beim Begriff des Täters, mit dem sie in dieser Allgemeinheit doch wenig oder nichts anzufangen wüssten, sondern operieren mit einer Vielzahl von Unterscheidungen vom Kindes- und Raubmörder bis zur Scheckbetrügerin.

In den Auseinandersetzungen über das Handeln und Unterlassen von Deutschen während der Nazizeit wurde nach deren Ende der Begriff Täter nicht oder nur ausnahmsweise benutzt. Die Rede war von Kriegsverbrechern, von Naziaktivisten, von Minderbelasteten und von Mitläufern. Die „Täter" brachten aus der eben verflossenen „Tatzeit" ihre Bezeichnungen, ihre Dienstgrade, Dienstränge und Titel mit, vom Oberregierungsrat bis zum KZ-Kommandanten, vom SS-Obersturmbannführer bis zum NSDAP-Ortsgruppenleiter usw. Rollen wurden unterschieden, zwischen Tatanteilen differenziert und so vermieden – die Nürnberger Richter gaben das Beispiel – alle und alles über einen Leisten zu schlagen. Der Begriff Täter in seiner derzeitigen Verwendung für die Geschichte von Faschismus und

---

[1] Originaltitel: *Prevladavanje proslosti. Uzroci i pravci promene slike istorije krajem 20. veka* Das Zitat entstammt einem Interview, veröffentlicht in: ak - analyse + kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 475/ 15.08.2003.

Krieg gerät hingegen zunehmend zum Brei, zu einem Gemansche und bedient das Interesse der Vernebelung durch Gleichsetzung und Gleichmacherei. In der Kopplung mit Volk zu *Tätervolk*, ist er Rechtsradikalen und Nazis willkommen, die – wie der Bundestagsabgeordnete Hohmann – mit empörter Stimme und Geste erklären, dass es, was niemand, der ernst genommen werden wollte, je behauptet hat, ein „Tätervolk" gar nicht gibt, zugleich das Unwort aber benutzen, mit dem sie den furor teutonicus anzustacheln wünschen.

Mit dem Begriff *Opfer* steht es in seiner neudeutschen Verwendung nicht sehr viel anders, wovon am deutlichsten die umgestaltete Neue Wache in der Straße Unter den Linden in Berlin zeugt. Jetzt, diese Stimmung wurde seit Jahren weithin verbreitet, müsste doch endlich auch von den Deutschen als Opfern geredet werden (und nicht nur, wie da hinzugedacht werden soll, von den Juden). Dem hilft auf, wenn von Nichtdeutschen bestätigt wird, wie ausdauernd die Deutschen angeblich über ihr Opfersein geschwiegen hätten. Das tat der Péter Esterházy in seiner Rede anlässlich der Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, in der er seine ungarischen Landsleute kritisierte, die – was unbestritten ist – sich gern lediglich als Opfer sehen würden, während sie und ihr Land doch Verbündete Deutschlands waren. Dann fuhr er fort: „Die Deutschen haben die eigenen Verbrechen beim Namen genannt, die eigenen Leiden haben sie nicht beim Namen genannt."[2] Das zweite bezeugt schlicht Uninformiertheit.

Die Legende vom Tabubruch

Historiker, Publizisten, dazu neuerdings auch Filmfachleute, präsentieren sich dennoch als Tabubrecher. Welch ein Betrug! Der Krieg war eben zu Ende, da erging aus dem Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar eine Mitteilung, die mit folgenden Worten begann: „Landsleute! Wir wissen nun alle, dass wir durch den Krieg der Nazis Ungeheures verloren haben. Hitler hat unseren Boden und unsere Lebenskraft ausgesogen, um Granaten zu drehen. Die Granaten sind verschossen. Wir sind arm zurückgeblieben ..."[3] Abgesehen von der Groteske – Hitler als Granatendreher – wird hier fraglos in Umrissen ein großes Opfergemälde erkennbar. So ging es in den Nachkrieg.

Wie viele Deutsche scherten die Opfer der anderen denn damals? In Berlin-Ost, wo davon die Rede doch war, dauerte es bis 1949, dann riefen Antifaschisten die Bevölkerung zu einer Kundgebung an das Ehrenmal im Treptower Park, um der sowjetischen Opfer, der Befreier, zu gedenken. Und wen scheren diese Opfer heute? Jörg Friedrich, den Autor von „Der Brand" jedenfalls nicht, sonst wäre er nicht auf den Vorschlag verfallen, die Alliierten hätten den Krieg auch ohne den Einsatz ihrer strategischen Bomberflotte zu Ende führen können, freilich um den – ihn nicht schreckenden – Preis von Hunderttausenden Soldaten ihrer Landheere, auf die er das Mehr an Toten auf den Schlachtfeldern im Reichsgebiet geschätzt hat.

In Deutschland besitzt die Frage, wer den Opfern zuzuzählen ist, eine eigene Färbung. Dass die Bevölkerung in den okkupierten Ländern – von Kollaborateuren abgesehen – Opfer der Eindringlinge war, unterliegt keinem Zweifel. Gleiches gilt für die getöteten und ermordeten Soldaten in den Armeen der Alliierten, für Partisanen und Widerstandskämpfer, für Kriegsgefangenen und all jene, die Konzentrationslager, Zuchthäuser, Deportation, Zwangsverschleppung nicht überlebten. Aber die Deutschen? Dass Faschismus und Krieg sie zu Millionen zu Opfern gemacht haben, ist nie bestritten worden. Doch wir erleben den Versuch, diese auf die verschiedenste Weise zu Tode gekommenen Deutschen mit den Opfern aller anderer Nationen und Völker gleichzusetzen, wozu einfältige Argumente herhalten sollen. Das platteste lautet: Tot ist tot. Kultivierter und ganz auf das unadressierte Einklagen des niemandem verwehrten Rechtes zu Trauern abgestimmt, ließ Ralph Giordano (in einem Spiegelinterview 29. Juli 2003) verlauten: „Ich will über das Leid, das den Deutschen angetan worden ist, genauso erschüttert sein wie über das Leid, das von Deutschen über andere gebracht worden ist." Einem Mann seines Sprachvermögens möchte man eine derart allgemeine, ganz im Bereich der Emotionen verharrende und vieler Auslegung fähige Erklärung nicht zutrauen. Gefühle lassen sich nicht

---

2 Zitiert bei Irmgard Gutschke, Geistesblitze und Gelächter. In: Neues Deutschland, 11. Oktober 2004, S. 2.

3 Den Aufruf unterzeichnete für das Oberregierungspräsidium Dr. Heimerich. Zitiert in Luitwin Bies/Günter Isberner u.a.: Völklingen im Zweiten Weltkrieg, Völklingen 1995, S. 125 (= Völklinger Bücher, Bd. 1).

verbieten. Die Frage ist ob Geschichte zu einer Quelle einzig für sie, ihre Pflege oder Erweckung benutzt wird oder auch als ein Gegenstand des Nachdenkens über menschliche Erfahrungen, individuelle und kollektive, und als ein Anstoß und ein Maßstab der Selbstprüfung.

Gefühle und Gedanken

Ein Jahr später sind wir hierzulande einen Schritt weiter und bereits bei der – so jedenfalls die Absicht des Darstellers – einem Millionenpublikum von zumeist nachgeborenen Deutschen schauspielerisch vermittelten Fähigkeit zum Mitleiden angekommen, gerichtet auf Adolf Hitler. Am Ende ist der Oberführer – zwar Rassist, Antisemit, Menschenverächter, gar das eigene Volk hassend – aber eben doch auch gebeugt, gealtert, von Gedanken gequält, von Gefühlen zerrissen, ohne Zufluchtsort wie die Deutschen millionenweise. Irgendwie – das sind Zitate aus deutschen Zeitungen, die den Film vorankündeten – einer von uns, ein „erbärmlicher Mensch“ und ein „armseliger Mann“.

Das Kriegsschluss- und Kriegsfolgenbild, das die Deutschen als Opfer abgeben, schiebt sich so vor das andere, an dem die aktive Rolle der deutschen Bevölkerungsmehrheit erkennbar gemacht werden kann. Nachdem der Film auch in Frankreich gezeigt wurde (hier unter dem Titel „La Chute“ – „Der Sturz“) schrieb „*Le Monde*“, er reihe sich in eine Art der „Vergangenheitsbewältigung“ ein, bei der die Mitverantwortung der Deutschen für die Untaten der Nazi-Regimes in den Hintergrund gedrängt und ihre Rolle als Opfer in den Mittelpunkt gestellt wird. Und „*Liberation*“ urteilte, der Film sei „symptomatisch für das Streben, die Deutschen mehr und mehr als Opfer des Zweiten Weltkrieges darzustellen“. Bissig und in dieser Verallgemeinerung auch unzutreffend und angreifbar meinte in der britischen Boulevardzeitung *Daily Mail* deren Berliner Korrespondent Alan Hall, der Film „Der Untergang“ bezeichne den Endpunkt einer Entwicklung, die damit begann, dass sich die Deutschen vor einiger Zeit „in einer Opferrolle“ zu „suhlen“ anfingen und „ihre Kriegsschuld abwarfen, indem sie ihre Leiden während des Zweiten Weltkrieges in den Vordergrund stellten – alliierte Bombardements, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen.“ Die Folge sei nun „Nazi Light“, die Vereinnahmung des Dritten Reiches als museale Tour, die sich vom Besuch einer mittelalterlichen Burg kaum unterscheide.

Dieser Vorgang vollzieht sich zu einem Zeitpunkt, da Erinnerung und Wissen über die Jahre von 1933 bis 1945 geringer werden. Ein Forschungsinstitut in Österreich ist dem jüngst nachgegangen. Demnach konnten in unserem Nachbarlande, indem etwa noch 8 – 9 Prozent der Bevölkerung eigene Erinnerungen an die Zeit des Faschismus und des Krieges besitzen, 90 Prozent der Befragten mit dem Namen Hitler, aber nur 50 mit dem Stauffenbergs etwas anfangen, und das, nachdem gerade vom 20. Juli 1944 dicht berichtet worden war. 70 Prozent seien in der Lage, in etwa zu erklären, was es mit KZ und Holocaust auf sich habe und was Stalingrad bedeute. 56 Prozent vermöchten das beim Stichwort Invasion. In 52 Prozent der österreichischen Familien werde so gut wie nie über den Zweiten Weltkrieg gesprochen und von den unter 30jährigen geben 54 Prozent freimütig und unbeschämt zu, dass ihr Wissen über jene Zeit gering sei, was sie zumeist nicht als Mangel empfinden. Von Geschichtsversessenheit, die den Deutschen wiederholt attestiert worden ist, zeugt das nicht. Indessen besitzen wir keine aktuelle analoge Befragung aus der Bundesrepublik. Die Einschaltquoten bei Spielfilmen wie dem über Stauffenberg – mehr als 7 Millionen Fernsehzuschauer – mögen eindrucksvoll sein, aber sie sind eine begrenzte Auskunftsquelle.

Wo die Reihe der Opfer beginnt

Jede seriöse Darstellung der deutschen Opfer von Faschismus und Krieg braucht, wenn sie nicht nur der Trauer dienen – und selbst dann -, sondern Gedanken in Gegenwart und Zukunft anregen soll, eine Unterscheidung. Die kann nach ihrer Zahl und ihrem Geschlecht und ihrem Alter erfolgen und dann gibt sie einen Blick auf die Totalität des Krieges. Gleiches wird erreicht, wenn die Gruppierung nach der Art ihres Todes vorgenommen wird. Doch das alles abstrahiert von den Konkreta, vom Prozess des Opferwerdens und eröffnet nur einen eng begrenzten Blick in die Vergangenheit, dem Tiefenschärfe fehlt. Die Geschichte der deutschen Opfer des Faschismus beginnt mit jenen, die in den Kämpfen gegen die aufkommende Nazibewegung in der Weimarer Republik gebracht worden sind und heute allzu leicht als Ergebnis blutiger Händel zwischen Extremen abgetan werden. Sie setzt

sich nach dem 30. Januar fort: beginnend mit Kommunisten, Sozialdemokraten, Angehörige kleinerer Arbeiterparteien, Gewerkschaftern, Pazifisten, Widerstand Leistenden aus allen Kreisen der Bevölkerung, sodann Pfarrern und Laien der beiden großen christlichen Kirchen, Bibelforschern, sog. Asozialen, Juden. Allesamt aber doch eine Minderheit.

Bis weit in den Krieg hinein war keine Rede von der Masse der Deutschen als Opfer dieses Regimes und seiner Eroberungspolitik. Millionen waren, bevor auch sie Opfer wurden – und das unterscheidet sie von den Menschen in den okkupierten Staaten und Gebieten – Instrumente der Machthaber und als solche hatten sie, in welchem Grad auch immer, mitverschuldet, was ihnen widerfuhr. Wobei, ist von Mitverantwortung und Mitschuld die Rede, immer auch zu berücksichtigen sein wird: „Die Schuld des einzelnen ist fast stets ganz gering – und es fällt nachher auf ihn das ganze Malheur. So viel hat er nicht angerichtet, wie er im Kriege (immer für alle) büßt.“[4] Das schrieb Kurt Tucholsky 1935, als es nach seiner festen Überzeugung unausweichlich dem Kriege entgegen ging, und er schrieb es mit dem Blick auf das Verhalten der Menschen vor dem Kriege. Dass sich diese Schuld nicht gleichmäßig verteilt, dem hatte, gerade mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg auch ein Mann wie Tucholsky gewiss zugestimmt, der zwischen den Mächtigen und den kleinen Leuten zu unterscheiden wusste, ohne die letzten nur als Objekte der Geschichte zu sehen.

Um es in Adressen und geographischen Begriffen auszudrücken: Die Geschichte der deutschen Opfer beginnt nicht 1941 vor Moskau, nicht bei Stalingrad, nicht in Lübeck und Hamburg, sondern im Columbia-Haus in Berlin, auf dem Gelände der Stettiner Vulkanwerft, auf dem Heuberg, in Dachau und an den vielen anderen Orten, an denen die Faschisten Konzentrationslager errichteten, in die sie ihre Gegner verschleppten. Und sie setzt sich, ebenfalls 1933 einsetzend, fort mit den vertriebenen Juden, denen Arbeits- und Lebensgrundlagen in ihrer Heimat entzogen wurden. Erst später kamen diejenigen hinzu, die heute gemeint werden, wenn der Begriff Opfer mit Bezug auf die Deutschen fällt. All diese Opfer zu einer einzigen Kolonne zu formieren, die sie zu Lebzeiten nie waren, heißt die geschichtliche Wirklichkeit nicht abbilden, sondern vergewaltigen.

Tot ist tot – Massaker gleich Massaker?

Und diese deutsche Kolonne wird dann in die größere europäische eingeordnet. So geschehen in Sequenzen einer Fernsehsendung aus der Mainzer Produktion, in deren Serie, ausgestrahlt anlässlich des 60. Jahrestages der Stalingrader Schlacht, Bilder der Geleise und des Torhauses des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz in direkte Beziehung zu Aufnahmen von Soldaten der Wehrmacht im Schneesturm gesetzt wurden, von – wie der Sprecher erklärte – den Angehörigen der Stalingrad-Armee. Dass Wehrmachtssoldaten Zehn- und Hunderttausende, die in Auschwitz und anderen Mordstätten getötet wurden, durch ihre Eroberungen erst in die Gewalt ihrer Mörder gebracht hatten, ist keines Gedankens und keiner Erwähnung wert.

Was im Fernsehen mit der Sprache der Bilder geschah, betrieb Jörg Friedrich mittels der Sprache der Wörter, als er das Grauen des Bombenkrieges und das Elend seiner Opfer mit Kennzeichnungen beschrieb, die bis dahin einzig für die Darstellung des mörderischen Geschehens in Konzentrations- und Vernichtungslagern benutzt worden waren. Diese Gleichsetzung, die in der deutschen Publizistik grassiert, ist nicht exportfähig, wie der deutsche Bundeskanzler – unter Protesten von Rechten – vorgeführt hat, als er vor seiner Reise zu den Feierlichkeiten in der Normandie abwägen ließ, welches dort der geeignete Soldatenfriedhof für seinen Besuch sei.

Die Einebnung der unterschiedlichen Gründe, Bedingungen und Zeiten, unter denen Deutsche Opfer wurden, besitzt ihre Folgen. Sie assoziiert die Gleichsetzung von Handelnden, der „Täter“, mögen die einen für, die anderen gegen den Faschismus eingetreten sein und gekämpft haben. Zu „Tätern“ erklärt wird der US-amerikanische Bombenflieger ebenso wie der sowjetische Bewacher eines Kriegsgefangenenlagers von Deutschen oder der Pole, der sich nach Kriegsende an Umsiedlung oder

---

4 Kurt Tucholsky: Die Q-Tagebücher 1934-1935. Hrsg. Mary Gerold-Tucholsky und Gustav Huonker, Reinbek b. Hamburg 1978, S. 309. (Eintragung vom 9. November 1935).

Vertreibung von Deutschen beteiligte. Sie waren allesamt so etwas wie Opferproduzenten. Sie stehen für Behauptungen wie „Die anderen auch“ und das daraus Hergeleitete „Wir sind quitt“.

Es kann zur Tagesordnung 2005 übergegangen werden. Auf der fehlt dann zumeist ein Thema: Die Opfer von nazistischen Gewalttätern, die heute unter uns leben. Wer sich über das Leben von Schulkindern mit nichtweißer Hautfarbe im sächsischen Pirna und dessen Umgebung informiert hat, weiß um eine der ekelhaftesten Tatsachen aus dem Alltag dieser Republik, die das kaum oder nur kurzzeitig zur Kenntnis nimmt, in der das viele schweigend billigen und durch die kein Aufschrei geht. Stattdessen: Verabreichung von Beruhigungspillen. Aus Protest hätten Sachsen und Brandenburger die Rechtsextremen gewählt? Ja, warum haben deren fernere Vorfahren denn den Hitler gewählt? Weil sie ihn charmant und schnieke fanden, wie uns die drei neuen Sterne am Historikerhimmel Hirschbiegel, Eichinger und auch Gantz im Zusammenhang mit der Uraufführung ihres Hitler-Filmes dieser Tage erklären wollen?

Moral und Ideologie

Ein Wort zur Art, wie hierzulande auch an die Kämpfer gegen Faschismus und Krieg erinnert wird. Wenn, und das geschieht in diesem Staate ja gelegentlich noch offiziell, derer gedacht wird, die sich der verbrecherischen Partei und dem mörderischen Regime entgegenstellten, geschieht das häufig in einer ihr Leben reduzierenden Weise. Rituale und Reden nehmen auf deren Opferstatus Bezug, weniger oder nicht auf ihr Leben als aufrechte Humanisten und am wenigsten auf die Motive, die sie leiteten und antrieben. Eine charakteristische Ausnahme bildet die Verschwörung des 20. Juli, für deren Teilnehmer das Prädikat „Aufstand des Gewissens“ reserviert zu sein scheint, das allenfalls noch benutzt wird, wenn sich Erinnerung auf einzelne christliche oder pazifistisch gesinnte Hitlergegner richtet. Ohne dass dies ausdrücklich so formuliert worden ist, wird der Eindruck vermittelt, dass für das Verhalten der proletarischen und anderer häufig atheistisch gesinnter Nazigegner allgemeinmenschliche Gewissensgründe wie die Achtung vor dem Leben aller Menschen, Liebe zum Frieden, eigene Glückssehnsucht keine Rolle gespielt hätten. „Linke“ Antifaschisten scheinen demzufolge nur aus Ideologie bestanden zu haben, ihr ganzer Gefühlshaushalt auf Klassenhass reduziert gewesen zu sein. So werden sie Nachgeborenen fremd gemacht.

Kürzlich, um dafür wenigstens ein Beispiel zu geben, wurde im Berliner Roten Rathaus eine Ausstellung eröffnet, die Leben und Kampf der französischen Resistance und insbesondere den Anteil von Deutschen in ihren Reihen dokumentiert. Der Sprecher des Senats würdigte das Verdienst, bekannte, dass er davon bislang wenig bis nichts wusste, und fügte dann hinzu, die Aufrechten waren freilich im Irrtum der Kommunisten befangen. Sie hatten gleichsam einen Mangel, auf ihn wurde verwiesen, nicht aggressiv, dezent, aber klar distanzierend. Die härtere Aussage ist bekannt und lautet: Diese Nazigegner waren Verfechter eines anderen Totalitarismus, bloße Konkurrenten der Nazidiktatoren.

Erinnern wir an alle Opfer von Faschismus und Krieg. Reden wir aber vor allem vom Leben, vom Kampf, von den Ideen und Zielen jener, denen sich die Gegnerschaft gegen den Faschismus mit dem Glauben und der festen Überzeugung verband, dass eine andere Welt möglich ist. Und so wenig wir jetzt über deren Konturen wissen mögen, so wenig wir uns den Weg in sie vorzustellen in der Lage sind, so viele Zweifel uns beschleichen und anfechten: Bis ein besserer Name gefunden ist, werde ich mich nicht zu sagen scheuen, dass diese andere Welt ohne von Sozialisten vorgedachte, verfochtene und erprobte Prinzipien nicht einmal vorstellbar ist. (2./3. Oktober 2005)

Vom aufrichtigen Erinnern und Gedenken

Die geistigen Auseinandersetzungen auf dem Wege zum 60. Jahrestag der Befreiung hat ein Historiker, Norbert Frei, bis vor kurzem lehrend in Bochum, nun in Jena tätig, eine „Erinnerungsschlacht“ genannt. Der Begriff wirft Fragen auf: Wer erinnert sich hierzulande. Und Woran? Und Warum? Zu erinnern vermag sich an die Ereignisse des Frühjahrs 1945 im eigentlichen Sinne des Wortes nur eine Minderheit der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik, insgesamt etwa 10 Prozent ihrer Einwohner. Die übergroße Mehrheit hingegen kann sich, wenn sie dazu bereit ist, Wissen über und Verständnis für diese Zeit, die ihre Eltern, Großeltern und nun schon Urgroßeltern erlebten, aneignen.

Das wird sie nur tun, wenn sie meint oder davon überzeugt werden kann, dass dies von einigem Nutzen für sie selbst sein könnte.

Und dann Schlacht! Wer trägt sie gegen wen aus? Und mit welchen Zielen? Die Geschichtsversessenen gegen die Geschichtsvergessenen? Von beiden ist mit Bezug auf Deutschland die Rede. Geht es um eine Annäherung an die geschichtliche Wirklichkeit und Wahrheit? Gegen deren Vernebelung oder Verklärung? Wer spielt dabei welchen Part? Wer bedient sich dieser, wer jener Mittel und Methoden? Mehr Fragen, als sich in einem halbstündigen Vortrag beantworten lassen.

Unbezweifelbar ist, dass durch Presse, Fernsehen und Filmproduktionen, durch eine erhebliche Menge von Büchern die Aufmerksamkeit von Millionen, im Ganzen aber wohl einer starken Minderheit von Deutschen, auf die Geschehnisse der ersten vier Monate des Jahres 1945 gelenkt werden. Kein Abend, an dem nicht auf irgendeinem Sender ein Spiel- oder Dokumentarfilm oder eine Mischung aus beiden gezeigt wird, dessen Gegenstand Ereignisse dieses Jahres sind. Kein Tag, da Zeitungen und Zeitschriften nicht von diesem oder jenem geschichtlichen Ablauf oder Vorkommnis berichten. Doch nur selten kann das Präsentierte den Anspruch der Aufklärung erheben. Vieles gehört in den Bereich bloßer Unterhaltung, lenkt ab vom Alltag, hilft Zeit totschlagen, erzeugt Gruseln oder Kopfschütteln. Die heutige Ausgabe der *Westfälischen Rundschau* liefert dafür einen weiteren Beweis. Sie druckt einen der vielen Artikel, die momentan nach dem Erscheinen eines entsprechenden Buches der Frage gelten: Besaß Hitler die Bombe? Das meint Atomwaffen. (Woran sich dann Überlegungen knüpfen lassen wie: Hätte nicht doch ...) Und in einer Vorankündigung eines 10-teiligen Fernsehfilms ist in der gleichen Ausgabe zu lesen: „Eine Serie die unter die Haut geht“, was doch heißt, die Hersteller zielen auf die Gefühlswelt der Zuschauer und nicht auf deren Köpfe und Gehirne. Und in der Tat, wird weitergeschrieben: „Krieg wird gezeigt, wie er ist – brutal, grausam, menschenverachtend. Hier gibt es keine Sieger, hier gibt es nur Verlierer.“ Und schon einleitend und kritiklos wird mitgeteilt: „Große geschichtliche Zusammenhänge sucht man hier vergebens.“ Wahrlich: So ist die Dutzend- und die Massenware beschaffen. Zusammenhänge werden nicht erfragt, Ursachen und Wirkungen meist im Dunkeln gelassen, jedenfalls nicht ausgelotet. Geschichte erscheint als eine Mischung individuellen Erlebens, aus dem jeder seine geschichtliche Wahrheit bezieht.

Das Fazit dieser Art von Beschäftigung mit Geschichte wurde in der *Neuen Züricher Zeitung* vom 16. Februar 2005 treffend zusammengefasst: „Nur darf man sich keine Illusionen über die Geschichtskenntnisse machen. Die deutsche Öffentlichkeit hat keinen scharfen Begriff vom NS-System, ihre klaren moralischen Verdikte beruhen nicht aus ebenso klaren Einblicken in Genese und Funktion der nationalsozialistischen Herrschaft. Der derzeitige Trend zum individuellen Opfergedenken ist nicht frei von einer gewissen Privatisierung und man könnte sich fragen, ob und wie wohl diese Privatisierung irgendwann auf das offizielle Geschichtsbild zurückschlägt.“

Nun wächst das Erinnern der Zeitgenossen des Kriegsendes, der heute Siebzig- und Achtzigjährigen, aus einem natürlichen Bedürfnis hervor. Sie blicken auf ihr Leben zurück und manche möchten mit sich ins Reine kommen, ihre Gedanken ordnen, Herr ihrer Gefühle werden. Was sie betrifft, liegen Motive zu tage. Wie steht es aber mit den Nachgeborenen, von denen sich ein Teil zweifelsfrei ernsthaft und angestrengt mit den Zeiten befassen, die sie zu ihrem Glück nicht erlebt haben? Da mögen die Antriebe vielfältiger sein. Einer könnte darin bestehen, dass sie von dem Wissen geleitet oder auch nur der Ahnung beschlichen werden, dass diese Zeiten nicht so fern sein können, wie es auf den ersten Blick anmuten mag. Kriege, sofern sie von den deutschen Grenzen und von Europa geführt werden oder drohen, dazu die Erklärung der einzigen Supermacht des Erdballs, dieses oder jenes Regime mit Gewalt disziplinieren zu wollen, richten das Fragen an Vergangenes, rücken es den Heutigen wieder näher.

Vor 10 Jahren, als des 50. Jahrestags des Kriegsendes gedacht wurde, meinten manche, das werde das letzte Mal sein, dass sich so viel Aufmerksamkeit den Maitagen 1945 zuwenden würde. Weit gefehlt. Damals, 1995, wurde die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1945“ gezeigt, die dann in mehr als einem halben Hundert Städten der Bundesrepublik und auch in Österreich zu sehen war und in die Hunderttausende strömten, mitbewirkt durch die heftigen, auch auf Straßen und

Plätzen ausgetragenen Meinungen über ihren Inhalt. Was Historiker mit ihren Publikationen nicht erreicht hatten, gelang. Es veränderte sich das Bild von den deutschen Verbrechen in den besetzten Ländern und es konnte nicht länger bezweifelt werden, dass es nicht die SS allein gewesen war, die sie verübt hatte. Polizeibataillone, Wehrmachts- – und andere militärische – Einheiten waren an ihnen beteiligt. Das war, wie gesagt keine Entdeckung und in Büchern konnte das zuvor längst beweiskräftig nachgelesen werden. Doch war es dort, weil unbequem, lästig und das Selbstverständnis vieler störend, nicht zur Kenntnis genommen worden. Nun kam die Rede auf die deutschen Täter, ein Wort, das auch Missverständnisse erzeugte und Chancen zur Gleichmacherei ließ. Die Alliierten hatten gegen Kriegsende aus guten Gründen solche Nivellierungen vermieden. Es gab eine ganze Skala von Bezeichnungen für den zu unterscheidenden Grad an Beteiligung, an Belastung mit Verantwortung und Schuld. Sie reichte von den Hauptkriegsverbrechern bis zu den Minderbelasteten und den Mitläufern. Nun aber entstand so etwas wie ein Täterbrei und von dem ging es konsequent zum Opferbrei.

Denn die Geschichtsdebatte in Deutschland veränderte sich 2002 grundlegend. Sie wechselte die Perspektive. Den Anstoß dafür gab die Besinnung auf die Stalingrader Schlacht, deren Beginn sich im Sommer jenes Jahres zum 60. Male jährte. Nahezu gleichzeitig erschien Jörg Friedrichs „Der Brand“, das zum Bestseller hochgespielte Buch über den Bombenkrieg über Deutschland. Andere Veröffentlichungen befassten sich mit dem Geschehen unter dem Stichworten Flucht und Vertreibung. Keines dieser Themen war neuentdeckt. Der behauptete Tabubruch war eine Legende, mehr noch, eine glatte Lüge, denn die von ihm sprachen, sei es aus Reklame- oder aus politischen Gründen, wussten es besser.

Niemand hatte den Deutschen in den Jahren vorher das Recht bestritten, sich ihrer Opfer zu erinnern. Zu nehmen war es ihnen ohnehin nicht. Und sie – wir – hatten dazu der Gründe viele, millionenfach. Denke ich darüber nach, wer mir selbst und zuerst in den Sinn kommt, wenn von den deutschen Opfern von Faschismus und Krieg gesprochen wird, dann sind es Kinder im Vorschulalter, die 1945 in einem Kinderheim auf dem Thüringer Wald lebten. Sie waren irgendwo aufgriffen worden, hatten ihre Eltern im Chaos der Endphase des Krieges verloren. Manche wussten ihre Namen nicht und hatten, damit sie angesprochen und gerufen werden konnten, Namen erst erhalten. Sie gehörten zu jenen Deutschen, von denen sich uneingeschränkt sagen ließ, sie waren an dem, was ihnen an Schrecklichem widerfahren war, ohne jede Schuld. Für die Mehrheit der Deutschen aber galt das nicht. Sie erfuhren in jenem letzten Kriegsjahr drastisch und mehr als in allen voraufgegangenen Jahren seit dem 1. September 1939, dass die Geschichte ihre Zahltage kennt.

Es geht folglich nicht darum, die Existenz der Millionen deutscher Opfer zu ignorieren, sie klein zu reden, zu marginalisieren oder sie zu Kriegsopfern zweiter Klasse zu erklären. Doch hat es mit ihnen eine besondere Bewandtnis, die aufklärt werden muss und das aus einem doppelten Grunde. Zum einen aus Respekt vor eben diesen Opfern, zum anderen mit Rücksicht auf uns selbst, denn das Anrichten eins Opferbreis ist einzig geeignet, Gehirne zu verkleistern, während es doch darum zu tun sein muss, Gedanken zu schärfen. Soll also das Gedenken an die deutschen Toten des Zweiten Weltkrieges nicht einen unangenehm bitteren Beigeschmack haben oder such in bloßem Betroffensein (um die Lieblingsvokabel derer zu zitieren, die einzig auf ihr und unser Seelenheil zielen) leerlaufen, dann muss von Zusammenhängen die Rede sein.

Aufrichtig ist das Gedenken nur, wenn beim Blick auf die Opfer von Faschismus und Krieg nicht daran vorbeigesehen wird, dass deren lange Reihe mit jenen zumeist aus Arbeiterkreisen stammenden Antifaschisten beginnt, die sich in den Jahren der Weimarer Republik den aufkommenden Faschisten entgegenstellten, nicht immer mit angemessenen Mitteln, aber immer in der Absicht, nicht nur für sich selbst Unheil abzuwenden. Es ist falsch und unredlich, diese Konfrontationen und deren Opfer als bloße Händel von politisch extremen Gruppen abzutun. Diese erste Reihe der Opfer setzt sich nach dem 30. Januar 1933 fort. In sie gehören Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und andere Gegner des sich etablierenden Regimes. Diese Reihe wurde in den Vorkriegsjahren lang und länger, in Jahren, in denen die Mehrheit der Deutschen eben dieses Regime unterstützte oder sich mit ihm arrangierte und abgefunden hatte.

Aufrichtig ist das Gedenken an die deutschen Opfer nur, wenn auch davon gesprochen wird, dass diese Mehrheit sich nach 1933 und eben bis in da Ende des Krieges hinein, die einen freiwillig und begeistert, die anderen widerwillig und widerstrebend, zu Instrumenten einer Diktatur gemacht hatte, die einem Krieg entgegensteuerte und ihn dann gegen nahezu ganz Europa und die USA führte. Für Millionen begann diese Rolle bereits in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. 38 Prozent der Deutschen wählten im Hochsommer 1932 die NSDAP und setzten auf diesen Hitler. Mehr als 50 Prozent waren es in den norddeutschen, evangelisch dominierten Landen, aber auch in katholisch geprägten Gebieten war die Gefolgschaft teils erschreckend hoch. In Pforzheim, der Stadt, die im Februar 1945 zehn Tage nach Dresden in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde, gaben damals 45 Prozent der Wähler den Nazis ihre Stimme – absolut etwa so viele, wie dann im Bombenhagel umkamen. Der deutsche Faschismus und sein Führer wäre für diejenigen, die ihn an die Staatsmacht brachten, das waren nicht die Wählerstimmen, völlig uninteressant gewesen, ohne diesen Millionenanhang Und noch im Jahre 1933, viel rascher als es Mussolini in Italien gelungen war, hatte sich eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter die „nationale Regierung“ gestellt, was vor allem durch Zutreiberdienste von bürgerlichen Parteien, vielerlei Organisationen und Vereinigungen und auch der großen Kirchen bewirkt worden war. Und dieser Faschismus hätte den Weg in den Krieg, so wenig seine Anhänger ihn wollten, nicht gehen können, wäre er nicht seiner Macht im Innern so sicher gewesen, wie er es angesichts der Volksstimmung sein konnte. Die Deutschen waren in ihrer Mehrheit, bevor auch sie Opfer des Faschismus wurden, dessen Instrumente gewesen. Und jenes hat dieses nicht aufgehoben oder gar aufgewogen, wenn die Deutschen nach 1945 auch massenhaft meinten, sie wären durch die Ereignisse selbst bestraft genug und hätten so gebüßt, dass über das Davor nicht mehr geredet werden müsse.

Zur Erinnerung an die Opfer gehört unablösbar der Gedanke, dass die Mehrheit der Deutschen in den Jahren von 1939 bis 1945, als sie nahezu ganz Europa mit Krieg überzogen und auf dem Wege waren, diesen Kontinent unter das Hakenkreuz zu zwingen, die schändlichste Rolle spielten, die sie je in ihrer Geschichte eingenommen und ausgefüllt hatten. Dieses Land war auf den tiefsten Punkt seines intentionalen Ansehens heruntergewirtschaftet worden, nicht von Hitler allein, nicht nur von den Führern der zivilen und militärischen Eliten, sondern unter Mitwirkung von Hunderttausenden und Millionen Deutscher aller Klassen und Schichten. Als sowjetische Truppen 1944 die Reichsgrenze erreichten, richteten sie Schilder auf, auf denen in kyrillischer Schrift zu lesen stand: Hier beginnt das verfluchte Deutschland.

Der Sinn des Wortes Befreiung der Deutschen ist mit dem Verweis auf das Ende der Schrecken des Bombenkrieges, auf die Befreiung der Insassen von KZ und Zuchthäusern, des Endes der an die Soldaten gerichteten Befehle, sich in erneute Schlachten und den Tod zu stürzen, nicht ausgefüllt. Befreiung – das bedeutete aktuell wie geschichtlich, dass für die Deutschen eben diese Rolle, anderen Völkern „eine Furcht“ (Brecht) zu sein, zu Ende ging, ohne, das gilt für die übergroße Mehrheit, ihr eigenes Zutun.

Aufrichtig ist das Gedenken an die deutschen Opfer von Faschismus und Krieg folglich nur, wenn es nicht zur nationalen Nabelschau verkommt. Als die Mehrheit der Deutschen vom Kriege noch kaum etwas merkte und meinte, er würde ganz anders verlaufen als der Erste Weltkrieg, befanden sich Polen, bald darauf Franzosen auf der Flucht vor der von den Wehrmachtstruppen erzeugten Kriegswalze, gingen Bomben der Stukas auf Menschen unseres östlichen Nachbarn nieder, begannen in dessen Städten Massaker. Dann entlud sich der Bombenhagel auf London und andere britische Städte. Es folgte der unprovozierte Einfall in die Sowjetunion mit den unvorstellbaren Folgen an Toten, Ermordeten, Verhungerten, an Zerstörungen. Wer nur an das Kriegsleid der eigenen denkt, wer auf Reisen nur auf deutsche Soldatenfriedhöfe geht und die der Alliierten meidet, wem die Male und Tafeln des Gedenkens für die Partisanen und Widerstandskämpfer in Städten und Ortschaften Italiens, Frankreichs und in anderen Ländern stumm bleiben, der soll von „Bewältigung“ deutscher Vergangenheit und seinem Beitrag zur Verständigung der Völker schweigen. Doch die Nabelschau ist hierzulande noch immer modisch, wie die Reiseofferten des Bundes der Kriegsgräberfürsorge auch für das Jahr 2005 wieder ausweisen. Schon im Vorjahr war das Angebot für Fahrten in die Normandie

so gestaltet, dass kein Teilnehmer seinen Fuß auf eine Gräberstätte der einstigen Kriegsgegner setzen musste.

Aufrichtig ist das Gedenken an die deutschen Opfer von Faschismus und Krieg nur, wenn jede primitive Gleichsetzung unterbleibt, die mit der Feststellung *Tot ist tot* jedes Nachdenken darüber, wie die einen und wie die anderen zu Tode kamen, erledigt. Der deutsche Fallschirmjäger, der auf Kreta niederging, hatte eine andere Funktion als der britische Soldat, der die Insel vergeblich zu verteidigte suchte. Der griechische Bauer kam aus anderen Gründen um als der deutsche und italienische Eindringling. Weithin sichtbar, denn an exponierter Stelle, hat Bundeskanzler Kohl in Berlin Unter den Linden jene Geschichtsbetrachtung, die Differenzen nicht gelten lässt oder als unwesentlich erachtet, in einer Tafel festschreiben lassen. Ob Mörder oder Ermordeter, Eroberer oder Unterworfener, Sklavenhalter oder Versklavter, Rassist oder Humanist, Jude oder Antisemit – irgendwie sind sie am Ende angeblich alle Opfer gewesen. Auch Hitler, wie eben in einem Spielfilm gezeigt wurde: der Führer gebrechlich und gebrochen, zitternd und gekrümmt sich in seiner Bunkerhöhle dahinschleppend. Ein Elender, ohne Zufluchtsort. Ein wenig zu bemitleiden, wie sein Darsteller ihn erklärtermaßen auch vorführen wollte. Demgegenüber ist darauf zu bestehen, dass die Menschen jener Kriegszeit zu Millionen zweierlei Rollen einnahmen. Die einen verübten, das ist eine Formulierung des Schweizer Theologen Karl Barth, der 1935 von seinem Lehrstuhl und aus Deutschland vertrieben worden war, ein „Attentat gegen die Menschheit“ und die anderen wehrten dieses Attentat ab.

Den besonderen Anlass dieses Treffens in Dortmund bilden die Kriegs- und anderen Verbrechen, die unter dem Begriff Verbrechen der Endphase gefasst worden sind. Es ist verständlich, dass der Blick auf sie besondere Gedanken und Empfindungen wachruft. Zugleich mag in dieser Hinsicht ein Element des Ungerechten liegen. Die polnischen Toten des 1. September 1939, etwa jene, die in der Stadt Wielun das Opfer deutscher Bombenangriffe wurden, verdienen unsere Erinnerung nicht weniger als jene, die nur Stunden vor dem Ende der Kriegshandlungen umkamen. Und dennoch. Diese späten, diese letzten Toten der Kriegstage (nicht des Krieges, denn das Sterben dauerte noch lange) lassen fragen: Warum auch die noch? Konnte das Töten und Sterben nicht früher enden, konnten nicht wenigstens sie noch lebend davonkommen? Wer so fragt, mag sich der Tatsache erinnern, dass die kaiserlichen deutschen Militärs 1918, als sie am Ende ihres militärischen Lateins waren und es absehbar wurde, dass es nur noch kurze Zeit dauern werde, bis die Fronten brachen, der politischen Führung des Reiches erklärten, nun müsse sie einen Ausweg, einen Weg zu Kapitulation und Frieden suchen und rasch beschreiten. Keine Gruppe deutscher Feldmarschälle und Generale hat 1945, als sie den Krieg militärisch längst verloren wussten, diesen Schritt getan. Der Oberbefehlshaber West, Erwin Rommel, bildete eine Ausnahme. Diese deutschen Militärführer konnten einen Krieg beginnen, aber sie zeigten sich weder willens noch fähig, ihn nicht beenden, als sie geschlagen waren und keine Aussicht auf eine Kriegswende mehr existierte. Sie haben noch unwissende, milchbärtige Hitlerjungen in die Frontlinie und in den Tod gehetzt. Hier und nicht bei Personen wie Winston Churchill, dem verteufelten „Bomber Harris“ oder den sowjetischen Heerführern und Soldaten ist die Adresse für Schuldzuweisungen. Auf das Konto der Keitel, Jodl, Schörner, Dönitz, Busse und anderer gehen letztlich auch die in Trümmer gelegten Städte Dresden, Pforzheim, Hildesheim, Würzburg und viele weitere, die in den letzten Kriegsmonaten zerstört wurden. Wären die Truppen der Alliierten von Ostpreußen und dem Saarland in ein Deutschland einmarschiert, das kapituliert hatte, dann wäre auch das kein Vergnügen für die Deutschen gewesen, aber das Kriegsende hätte für viele von ihnen dann anders ausgesehen und Zehntausende hätten es noch erlebt.

* * *

Gestatten Sie mir am Ende eine persönliche Bemerkung. Sie knüpft an eine Äußerung des vormaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an, der 1985 aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes eine denkwürdige Rede hielt und kürzlich *(Berliner Zeitung, 26./27. Februar 2005)* gefragt worden ist, wie er rückblickend über seinen damaligen Auftritt denke. Schließlich wollte der Interviewer wissen, ob von Weizsäcker im 8. Maitag einen Grund zum Feiern erblicke. Das nicht, lautete die Antwort, aber er empfinde an diesem Tage „historische Freude“. Nun weiß ich, nachdem ich den Vorzug genoss, mich seit vielen Jahrzehnte mit der Geschichte studierend und forschend beschäftigen

zu können, was ein historisches Ereignis oder eine historische Persönlichkeit ist. Mit der Kennzeichnung historische Freude hat es Schwierigkeiten. Folglich: Ich werde am bevorstehenden 8. Mai 2005 ein paar Freunde und Kollegen einladen und sie bitten ein Glas Wodka und ein Glas Whisky zu leeren, so das Andenken aller aus Ost wie aus West ehrend, die diesen historischen Tag herbeiführten. Ihnen schulde ich auch eine besondere Danksagung. Denn, hätten sie ihre Anstrengungen nicht in jenem Tempo unternommen, in dem sie es taten, wäre ich schwerlich am Kriege so vorbeigeschrammt, wie mir das eben noch möglich war und die Einladung, hier zu reden, hätte sich an eine andere oder einen anderen richten müssen.

Kein bloßer Streit um Hitlers Bart

Über den wissenschaftlichen Wert und – was mitunter nicht unterschieden wird – den Gebrauchswert der Begriffe „Nationalsozialismus“ und Faschismus machen sich in deutschen Landen in Gesprächen, in Zeitungen und öffentlichen Debatten nach wie vor Meinungsverschiedenheiten hör- oder lesbar. Erweisen sich solche als langwierig, lässt sich mit einiger Sicherheit auf einen besonderen Schwierigkeitsgrad der zu entscheidenden Frage oder aber auf lebende Interessen schließen, die eine Verständigung erschweren oder nicht zulassen.

Kein Streit ist darüber denkbar, dass der Begriff Nationalsozialismus und dessen Verwendung bis in das Jahr 1945 den Tatbestand des Etikettenschwindels erfüllte und sich in ihm, so wenig wie im Anspruch, Revolutionäre zu sein, nicht die wirklichen Ziele der Hitlerpartei ausdrückten. Das Aushängeschild verbarg diese vielmehr und das sollte es auch. Die Kennzeichnung, zu Werbezwecken gewählt, ließ zweierlei erkennen. Sie bezeugte die Popularität der Idee des Sozialismus, und sie markierte, dass diese neue politische Richtung sich den internationalistisch gesonnenen Sozialisten konfrontierte, die sie als undeutsch, jüdisch oder zumindest als jüdisch gelenkt herabzusetzen trachtete. In der Bundesrepublik ist seit Jahrzehnten ein anderer Schwindel in den politischen Verkehr gebracht. Die Bezeichnung Nationalsozialisten wird für die Hitlerfaschisten benutzt, um sie zu einer legitimen Spielart des Sozialismus zu erklären und über diese sprachlich-begriffliche Brücke alle Sympathien für den Sozialismus in ihren praktischen Konsequenzen als verbrecherisch zu diskreditieren.

Wer sich jenseits dieser Absicht ideologischer Falschhändler des Begriffs Nationalsozialismus heute bedient und den alten (und neuen) Schwindel stillschweigend auf sich beruhen lässt, vertraut darauf, dass jede und jeder ihn durchschaut. Wer Missdeutungen vermeiden will, sieht sich einem erheblichen Erklärungsbedarf gegenüber. Einzig Neofaschisten, an denen wenig „Neo“ zu ermitteln ist, bedienen sich des Begriffs bejahend, wobei sie, da sich viele Menschen der Erfahrungen der Jahre von 1933 bis 1945 erinnern oder über sie unterrichtet worden sind, sich und anderen die Existenz eines „echten“ und hehren Nationalsozialismus (mit dessen Helden Rudolf Heß) zurechtfaseln, der angeblich gewollt und nur verfehlt worden sei. Die Schriften von Hitler, Alfred Rosenberg, Josef Goebbels und übrigens auch die wenigen Texte des Rudolf Heß belegen, dass dieser Nationalsozialismus ein Phantom ist, ein Hirngespinst. Ohne Ausnahme atmet diese Hinterlassenschaft Antihumanismus, in ihr spricht sich eine in ihrem Kern schwerverbrecherische Gesinnung aus.

Unstrittig ist auch, dass der Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen – als Idee, Partei, Bewegung und Staat – Feind des Liberalismus, Demokratismus, Pazifismus, Sozialismus und jedweder kommunistischen Bestrebung war. Allen diesen Strömungen des Denkens und politischen Handelns erklärten die Faschisten den Krieg bis zur Ausrottung (das war in mehrerlei Sinn ein Lieblingswort Hitlers und seiner Clique). Wo sich Faschisten formierten, wollten sie die Weltgeschichte nicht nur hinter das Jahr 1917, sondern auch hinter das Jahr 1789 „zurückdrehen“. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren ihnen Fremdwörter.

Über diesen Gemeinsamkeiten wird häufig vergessen, wenn es auch nicht bezweifelt werden kann, dass die Faschisten überall unter den Nationalisten die extremste Spielart darstellten und strebten, für ihre jeweiligen Länder kriegerisch-imperialistische Eroberungen zu machen. Natürlich in Abhängigkeit von den Möglichkeiten, die ihnen ihre Wirkungsfelder boten, folglich bedingt von deren geographischer Lage, demographischem Potential, wirtschaftlicher und militärischer Potenz und auch von deren Tradition. Begriffe wie Großdeutschland und das Vorhaben, das Mittelmeer zum italienischen

Meer zu machen, kündigten das für die beiden faschistischen Achsenpartner programmatisch an. In den Köpfen von Faschisten in anderen Staaten geisterten Ziele wie Großungarn oder Großrumänien. Diese wurden verfolgt, was durchweg in Katastrophen endete. Auch die spanischen Francisten gelüstete es nach einem größeren Reich, nur waren sie – so sehr der deutsche Führer den spanischen Caudillo in die Kriegsfront zu locken versuchte – im Inneren nach Jahren des Bürgerkrieges, in dem sie mit fremder Hilfe gesiegt hatten, zu schwach, um an die Seite der Aggressoren treten zu können.

Der Begriff Faschismus wird heute in mehrerlei Weise benutzt. Die einen lassen ihn nur für Italien gelten. Andere verwenden ihn für eine Anzahl von weiteren, vor allem südosteuropäischen Parteien und Ländern, in denen Gemeinsames mit dem südeuropäischen Ursprungsland dieser politischen Bewegung erkannt wird, nehmen aber die NSDAP und Deutschland nach 1933 von dieser Bestimmung aus. Eine dritte Gruppe hingegen schließt Deutschland ein und erblickt im „Nationalsozialismus“ *eine* Erscheinungsform des Faschismus. Zu ihr zählen keineswegs nur Marxisten, wobei Nichtmarxisten die Rechtfertigung eines so weiten Faschismusbegriffs ausschließlich oder vor allem in ideologischen Übereinstimmungen und miteinander eng verwandten staatlichen Strukturen erblicken.

Die hierzulande in Wissenschaft und Publizistik und auch in den Schulbüchern anzutreffende Ablehnung des Begriffs Faschismus für die deutsche Geschichte (und die Benutzung von Nationalsozialismus), sofern eine Begründung dafür überhaupt noch für notwendig gehalten wird, beruft sich meist auf eine Einzigartigkeit des deutschen Regimes, von der behauptet wird, dass sie sein Wesen ausmache: seinen extremen, mörderischen Judenhass und den „Holocaust“. Nun leugnet kein ernstzunehmender Mensch, dass der Massenmord an den europäischen Juden, so viele Kollaborateure dafür mobilisiert werden konnten, ein deutsches Unternehmen war: nach seinem geistigen Ursprung, nach den Kalkülen, die ihm zugrunde lagen, nach dem Führungspersonal, von dem das Verbrechen beschlossen und geleitet wurde, nach der Organisation seiner Durchführung und den eingesetzten technischen Mitteln.

Wer vermeint, der Judenmord mache Wesen und Ziel des „Nationalsozialismus“ aus und habe Denken und Handeln Hitlers und seiner Führungsgruppe beherrscht und gelenkt, wird den Faschismus-Begriff für den „deutschen Fall“ als ungerechtfertigt ansehen. Mehr noch: die dies tun, zeihen jene, die ihn anwenden, der Verharmlosung des Regimes, das im Deutschen Reich zwölf Jahre existierte, und wenden ein, dem Massenmord an den Juden werde damit nicht der Platz zugemessen, der ihm im Geschichtsbild und als Warnung für alle Zukunft gehört.

Doch stand der Judenmord wirklich im Zentrum der deutsch-faschistischen Politik? Wie war das mit dem Ziel, Revanche für Versailles zu nehmen? Und nicht nur Revanche, sondern das Vorhaben zu verwirklichen die Ziele zu erreichen, die im Kriege 1914 bis 1918 so gründlich verfehlt worden waren? Und nicht nur diese Ziele, sondern mehr noch – das Großgermanische Weltreich zu schaffen, dessen Basis im Osten bis zum Ural und zum Kaukasus reichen sollte? Gehört das Massenmorden an den Juden und an Angehörigen slawischer Völker nicht in die Koordinaten dieses extremen Imperialismus, dessen Projektanten vermeinten, sie könnten nach einer Kette von siegreichen Kriegen dem Erdball gleichsam die Bewegung diktieren? Wird der Judenmord nicht nur aus einem Missverständnis, sondern auch deshalb ins Zentrum des „Nationalsozialismus“ gestellt, damit vom Imperialismus nicht weitergeredet werden muss und Hitler, Himmler, Goebbels, Streicher u.a. als Bestien erscheinen können, die mit der deutschen Gesellschaft keine tiefere Bodenberührung besaßen?

Die Durchmusterung der vielen überlieferten Dokumente, veröffentlichte und geheim gehaltene, aus denen sich die „nationalsozialistische“ Utopie rekonstruieren lässt, führt komplikationslos zu dem Ergebnis: Dieses Morden bildete, das nimmt der Untat nichts von ihrer Ungeheuerlichkeit, schmälert Abscheu und Ekel vor jenen, die sie begingen, kein Jota, nicht das „Endziel“ der politischen Führungsgruppe um Hitler und der auf sie setzenden und mit ihr kooperierenden wirtschaftlichen, militärischen und anderen Eliten. Nicht die grausigen Gruben mit zu Tausenden niedergemachten Juden standen im Zentrum der Visionen der Machthabenden, sondern die grenzenlosen Weiten eroberter Länder, in denen, wer als brauchbar galt, für die Herrenrasse zu schuften hatte.

Deutschland als weltbeherrschende Macht, diese Vorstellung war wahnhaft, was jedoch nicht bedeutete, dass Hitler und seine Mitführer im medizinischen Sinne krank und vom Bösen Besessene waren. Sie verkörperten einen historisch eigenen Typus von imperialistischen Kolonialherren. Er wies mit seinen Vorgängern viele Gemeinsamkeiten auf und brachte zugleich nach seinen Mitteln und Zielen Neues, bis dahin nicht Praktiziertes in die Weltgeschichte Jedoch konnte er sich nicht bis zu jenem Punkte voran morden, da er die Welt von einem Europa unterm Hakenkreuz aus zu regieren vermochte, gestützt auf eine jedem Befehl folgende deutsche Herde, (ein Begriff, der sich bei dem „Nationalsozialisten“ Hitler in „Mein Kampf“ mehrfach findet), einer Volksgemeinschaftsherde, die auf Kosten der Unterworfenen auch gut gefüttert werden sollte.

Der Judenmord, die Austilgung einer Menschengruppe, des – angeblichen, eingebildeten oder auch vorgetäuschten – Hauptfeindes, gefährlichsten Konkurrenten und Gegners „von Blutswegen“, wurde angetrieben durch ein Gemisch irrationaler und rationaler Motive. Er galt als Schritt auf dem Wege zum „Endziel“. So unablösbar Antisemitismus und seine bis zu einer nicht mehr ausdehnungsfähigen Grenze getriebene Praxis zum deutschen Faschismus gehören, dieser ist fehlbestimmt, wenn der „Holocaust“ als dessen Kern angesehen wird. Nicht die „Endlösung“ war das „Endziel“, sondern das Weltreich – ohne Juden und nicht nur ohne sie.

Kurzum: der Streit um die Verwendung des Begriffs, der den deutschen Zuständen der Jahre 1933 bis 1945 angemessen ist, besitzt nicht nur eine politische Quelle und Dimension, auf die häufig verwiesen wird, sondern auch eine theoretische. Das sichert ihm Dauer. [24. März 2005]

Götz Alys Endlösung der Faschismusfrage

I.

Der Erkenntnisgewinn, der sich aus de, neuem Buch des Historikers Götz Aly beziehen lässt, wird dem Leser im Titel des Werkes auch nicht andeutungsweise verraten, sodass, wer ihn am Ende sich zu eigen gemacht hat, fragen mag, ob es dem Autor eigentlich um dessen Vermittlung zu tun gewesen sei. Darauf kann der freilich nur allein antworten. Jedenfalls hat der Forscher, der sich durch seinen Beitrag zur Darstellung der Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord ein bedeutendes Verdienst erwarb, sein Interesse an der weiteren Aufhellung von Themen aus den Zeiten von Faschismus und Krieg ausgedehnt. Ins Zentrum seines Fragens und Recherchierens, wie er bekennt, angestoßen durch seine früheren Untersuchungen zum Mord an den ungarischen Juden, ist das Thema getreten: Wie wurde dieser Krieg des Deutschen Reiches in der Phase seiner Vorbereitung und der seiner Führung eigentlich finanziert? Damit haben sich vor ihm Wirtschafts- und Finanzhistoriker schon befasst. Aly aber, von der Erforschung des Holocaust herkommend, hat die Scheinwerfer vorzugsweise auf jene Quelle der Kriegsfinanzierung gerichtet, die schlicht Raub genannt werden muss. Ausraubung auf dem Wege in den Krieg zunächst der deutschen Juden und sodann Fortsetzung dieses Verbrechens im Kriege seit dessen ersten Wochen, also einsetzend in Polen, der Juden und dann nicht nur der Juden, aber dieser besonders rabiat und in der Absicht und weitgehend auch in der Verwirklichung: total, in den besetzten Staaten und Ländern. Auch dies ist nicht neu und folglich nicht überraschend. Neu ist das Gesamtbild, das Aly von diesem Vorgang zu geben vermag, gestützt auf weitläufige Studien in deutschen und ausländischen Archiven. Neu ist die vervollständigte Liste der an diesem Raubzug beteiligten Institutionen und Personen. Ins grelle Licht gerät das Reichsfinanzministerium mit seinem glimpflich davon gekommenen Minister Schwerin von Krosigk und dem als Staatssekretär tätigen Altnazis Fritz Reinhardt. Gehandelt wird von der Rolle der Reichsbank, des Reichsrechnungshofes, der Vierjahresplanbehörde und weiteren staatlichen Organe des Reiches sowie vielen da beschäftigten in die besetzten Gebiete delegierten Beamten, die mit der Gründlichkeit der Bürokraten zu werke gingen und „ihre Pflicht“ taten. Nachgewiesen wird die Rolle der Wehrmachtsdienststellen, die nicht nur die unmittelbaren Nutznießer dieser Räuberei waren, sondern auch deren Akteure. Und selbstredend kommt wiederum die Rolle der Apparate der SS ins Visier. Klargemacht wird, dass diese Besatzungspolitik ihre Helfer brauchte und in Kollaborateuren fand.

Aly geht die Staaten und Länder durch, so das gemeinsame im Vorgehen der Eroberer herausarbeitend wie die Differenzen in den praktizierten Methoden, die jedoch immer auf das gleiche, schon bei

der schrittweisen Enteignung der deutschen Juden verfolgte Staatsziel hinausliefen, die eigenen finanziellen Möglichkeiten zu vergrößern und sie für die Vermehrung des Kriegskräfte einzusetzen. Folglich wurde mit Argusaugen darüber gewacht, dass möglichst keine Reichsmark oder ein Gegenstand, der sich in sie umwandeln ließ, dem Zugriff der Besatzer entging, kein Betrag in Nebenkanälen abfloss und an irgendwelchen Stellen versiegte. Ganz ließ sich das freilich nicht vermeiden. Aly versucht die Summen zu errechnen, die in den einzelnen Ländern auf diese Weise zusammengekommen sind und schließlich den Anteil zu errechnen, den diese Quellen an den Gesamtkosten des Krieges ausmachten. Das vorgelegte Resultat ist schon auf Ein- und Widerspruch von Experten gestoßen und die Antwort des Buchautors überzeugt nicht, der abgesehen von allen rechnerischen Ansätzen einräumt, dass er die Quellen nur unvollständig und lückenhaft durchzusehen vermochte, behindert auch durch das offenbar nach wie vor existierende – so in Ungarn erlebte – Interesse, über die Kollaboration weiter Gras wachsen zu lassen. Gewiss ist beim gegenwärtigen Stand der Forschungen und der Debatte nur, dass Alys Arbeit weitere Forschungen anregen wird. Wünschenswert vor allem, dass sie in den ehemals besetzten Staaten von Forschern fortgesetzt werden, zumal unter den einschlägigen Historikern wohl kein Polyglott ist, der all die Sprachen beherrschte, in denen von dieser Seite der deutschen Besatzungspolitik Zeugnisse zu finden sind.

Von der Darstellung des Geraubten gelangt der Autor zur Frage, welche finanziell und politisch bedeutsamen Möglichkeiten sich aus der Erschließung und Unterhaltung dieser sprudelnden Quelle der Kriegsfinanzierung für die Machthabenden im Reich eröffneten. Die Antwort lautet: Deren Segnungen kamen der Masse der Deutschen, Zivilisten wie Soldaten, auf verschiedenen Wegen zugute. Diese seien dadurch die eigentlichen Nutznießer des Raubes, die Kriegsgewinnler geworden. Dazu machten sie die Regierenden und nicht etwa nur aus taktischen Erwägungen oder unter dem Druck unausweichlicher Zwänge. Nein, sie, der Hitler und dessen Mitführer, waren Politiker, die programmatisch das Volkswohl wollten. Es ist erst diese Antwort, die einem Buch, das sonst wie viele andere historiographische Monographien im Feuilleton der Zeitungen einzig mit einer Rezension bedacht worden wäre, eine außerordentliche Beachtung zukommen ließ. Aly, sich unter die Faschismus-Theoretiker begebend und deren Interpretationen lediglich mit einigen abwertenden Erwähnungen bedenkend, offerierte eine neue Sicht auf das Wesen dieses Regimes. Der galt die Aufmerksamkeit und das Interesse. Sie wurde als reklamewürdig eingestuft. Denn sie bot für die Bourgeoisie so etwas wie eine Offerte zur Endlösung der verdammten Faschismusfrage. Mehr noch: Indem Aly die deutschen Naziführer zu nationalen Sozialisten erklärte, tat er allen recht, denen die Abrechnung mit dem internationalen Sozialismus noch nicht vollkommen gelungen scheint und die jeglichen in der Geschichte reichlich auffindbaren Unrat als ihre Munition nutzen, sobald jemand auch nur das Wort Sozialismus unabfällig im Munde führt. Und indem er Hitler und die Seinen zu Architekten des Sozialstaates erklärte, lieferte er ein Argument zugunsten einer aktuell betriebenen Politik, die ihn demontiert, und die derart geradezu als antinazistisch erscheint.

II.

Dass Regime, seien sie demokratisch oder diktatorisch verfasst, nicht erst in unseren Zeiten nach verlässlicher Unterstützung, besser noch nach der Gunst von Volksmassen streben, und dass dies wegen der Formierung einer stabilen Gefolgschaft und zum Zwecke der Festigung der Herrschaftsverhältnisse geschieht, hat sich weit herumgesprochen. Es gehört inzwischen vielerorts zum Lehrstoff des Geschichtsunterrichts. Um es an einem Beispiel zu belegen: Im einschlägigen Schulbuch für die 9. Klassen, das 1988 gedruckt und in der DDR benutzt wurde, war über die Praxis und das Resultat dieses Werbens der machthabenden Faschisten zu lesen: „Die Mehrheit (der Werktätigen, K. P.) war zufrieden, dass sich die Lebenslage merklich verbesserte... Zu den vielfältigen Mitteln, den Massen das Leben unter dem Faschismus schmackhaft zu machen und sein wahres Wesen zu verschleiern, gehörten verschiedene sozialpolitische Verbesserungen.“ Das wird im Weiteren in einer gewiss unvollständigen, aber signifikanten Aufzählung konkretisiert, die auf praktische Maßnahmen auf den Feldern von Kultur, Sport, Unterhaltung, Urlaub und auf die geschickt arrangierte Zukunftskulisse vom immer besseren Leben im „Nationalsozialismus“ verweist. Doch ließ der Text keinen Zweifel darüber aufkommen, dass dies nicht geschah, weil sich Hitler und seine Mitführer wirklich um das

Wohl und Wehe der Deutschen sorgten. Die Volksgemeinschaft, die sie sich kneteten, das war ein Ausdruck von Joseph Goebbels, die Herde, die sie anführten, das war eine Wendung, die Hitler schon in „Mein Kampf“ gebrauchte, sollte als Kriegsgemeinschaft standhalten, anders als im Weltkrieg, an den nicht nur Hitler beim Gedanken an den Munitionsarbeiterstreik 1917, an Hungerunruhen, an kampfesmüde und kampfunwillige Soldaten und die Revolution von 1918 mit Grauen zurückdachte. Diesen Zusammenhang vor Augen, kam unter den Historikern und Soziologen, so verschieden ihr Urteil über die Nazidiktatur bis heute auch ausgefallen ist, doch niemand auf den Gedanken, das faschistische Regime eine „Gefälligkeitsdiktatur“ zu nennen und den NSDAP-Führern die Gloriole wieder winden, die sie sich einst selbst als vorgebliche Verfechter des deutschen „nationalen Sozialismus“ auf die Häupter gesetzt hatten.

Dann kam das Jahr 2005 und Götz Alys Buch „Hitlers Volksstaat“, in dem sich im einleitenden Teil die Angabe des eigenen Standorts lesen lässt. Sich als Wortschöpfer betätigend, schreibt der Autor, der die faschistische Diktatur in Deutschland auch als „Jugenddiktatur“ (14) ausgemacht hat, er betrachte „die NS-Herrschaft aus einem Blickwinkel, der sie als Gefälligkeitsdiktatur zeigt.“ (Diese Kennzeichnung gleichsam steigernd, wird dem Regime an anderer Stelle „Fürsorglichkeit“ attestiert.) In Wahrheit ist der Satz in mehrerlei Hinsicht irreführend, denn aus keinem Blickwinkel „zeigt sich“ das Wesen eines von Klassenherrschaft geprägten Staates. Es muss ergründet, erforscht und charakterisiert werden. Die Bestimmung *Gefälligkeitsdiktatur* ist nicht durch bloßes An- oder Draufsehen gewonnen, sondern stellt ein den Nazistaat wertendes Urteil dar. Was als Blickwinkel ausgegeben wird, ist Ergebnis, richtig oder falsch, der Beschäftigung mit dem Gegenstand. Der ist durch Scheuklappen eingeschränkt, lässt er doch einzig die Sicht auf „Gefälligkeiten“ – worum, es sich wirklich handelt, das wird zu bezeichnen noch sein – frei, die Millionen kleiner Leute zugeteilt wurden, damit sie sich den Machthabenden zu Millionen strikt und am besten gläubig unterordneten und dienstbar machten.

Von „Gefälligkeiten“ des Regimes für die Minderheit der Ausbeuter, vor allem für die Großkapitalisten der Industrie, der Banken und des Handels sowie für Großagrarier, wird hingegen nur nebenbei gehandelt, beispielsweise, da es sich bei Erwähnung der Rüstungspolitik nicht gut vermeiden lässt, von den aus ihren blühenden Geschäften mit der Wehrmacht erwachsenden Gewinnen der Eigentümer einschlägiger Werke. Jedoch geschieht das dann nach dem Prinzip, die Gewinner anonym zu lassen und auch nicht – pars pro toto – eine Vorstellung von den Segnungen zu geben, die den Produzenten der Flugzeuge, der Kriegsschiffe und der Heereswaffen aus der Reichskasse wurden. Der Autor bezeichnet erkennbar sorgfältig, was Körperschaften in Form von Steuern in die Reichskasse zahlten, doch bleibt, was sie aus ihr „entnahmen“ nur allgemein und ohne Adresse der Empfänger erwähnt. Bertolt Brechts *Puntila* lässt grüßen: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert.

Damit ist schon bezeichnet, warum „Hitlers Volksstaat“, dessen Erscheinen seit Jahren Artikel des Autors, seitengroß gedruckt in überregionalen Zeitungen, vorausgingen, in den bürgerlichen Medien ein lautstarkes Willkommen zuteilwurde, so dass er sich alsbald auf der Bestsellerliste des *Spiegel* befand. Ähnlich wie 2002 im Falle von Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“ wurde der Eindruck vermittelt, in dem Band würde ein bisher vernachlässigtes Thema angeschlagen und Antworten auf Fragen gegeben, denen andere Forscher absichtlich ausgewichen wären oder die sie einfach nicht wahrzunehmen vermochten. Nicht anders als jener erhebt dieser den Anspruch, Bahnbrechendes geleistet und endlich eine bisher unbeantwortete Frage geklärt zu haben. Welche? „Wie konnte das geschehen?“

Dazu ist, dies vorweg, eine Bibliotheksräume füllende Literatur geschrieben worden. Niemand behauptet jedoch, die Wissenschaft sei mit der Aufklärung der Probleme, die ihr Aufkommen, Sieg und verbrecherischer Weg des deutschen Faschismus aufgeben, am Ende. Jedoch ist das Vorliegende nicht so leichtgewichtig, dass ein Forscher berechtigt wäre, die Auseinandersetzung mit dem Herausgefundenen zu unterlassen. Stattdessen erfolgt unter der Überschrift „Hinweise zur Lektüre“ sogleich Alys Abstieg in die gedanklichen Niederungen des – man möchte nahezu sagen – armen Daniel J. Goldhagen, der, einseitig und neuerungsträchtig wie dieser sein Kontrahent, leicht abgefertigt und beiseite getan werden kann. Nicht, dass Aly sich nicht auf Arbeiten beziehen würde, deren Material

er verwendet, aber er vermeidet es, sich kritisch auf jene wissenschaftlichen Interpretationen einzulassen, die im Hinblick auf die Entstehung, Bedeutung und Entwicklung der Breitenbasis und Massengefolgschaft des Regimes ein geschlossenes Angebot liefern. Denn: Demgegenüber das seine bei aller ausgebreiteten Faktenmasse als reduziert und weithin monokausal erscheinen lassen.

Zur Sache

Aly nennt den 1933 errichteten, 1945 nach unsäglichen Anstrengungen durch den Sieg der Alliierten beseitigten deutschen Staat einen *Volksstaat*. In endlosen sprachlich-begrifflichen Variationen sucht er den Lesern geradezu einzuhämmern, Hitler und die Politikerclique wäre dabei gewesen, ein neues gesellschaftliches System zu schaffen und nicht nur die Weimarer Republik zu liquidieren, sondern mit ihr deren kapitalistischen Zustände. Für dieses System bevorzugt er die Bezeichnung, die auch die Demagogen an seiner politischen Spitze benutzten: nationaler Sozialismus. Mit dessen Errichtung seien Hitler, der „Repräsentant des sozialen Aufstiegs“ (20) und seine Mitführer sogar erheblich weit vorangekommen. Aly zweifelt nicht daran, dass sie nach dem militärischen Endsieg, was er als ihr Ziel angibt, auch ernsthaft erreichen wollten. Denn sie waren allesamt geleitet von einer „völkisch-sozialstaatlichen Beglückungsideologie“. (353) Schon im Vorkrieg hätten sie den „Rückbau der Klassenschranken“ bewerkstelligt, der sich im Kriege, nach dessen Beginn ein „Kriegssozialismus“ (358) etabliert wurde, noch beschleunigte. Da hätten die „besseren Leute“, meint Aly, eine (!) sozialdemokratische Stimme aus dem Jahre 1940 anführend, praktisch aufgehört, das Leben besserer Leute zu führen. (358) Beweis? Die Rationierung von Waren. Die Lebensmittel- und die Textilkarte als der große soziale Gleichmacher, als der Hebel zur Herstellung für einen Sozialismus besonderer Art. Ja, welches Regime hätte es sich denn leisten können, die Zuteilung von Lebensmitteln in Abhängigkeit von der sozialen Stellung der Kartenbezieher vorzunehmen, einem Fabrikbesitzer mehr zuzubilligen als seinem Kraftfahrer oder seiner Putzfrau? Von den tatsächlichen nach wie vor klassenbedingten Unterschieden im Lebensalltag, von den Grenzen zwischen Reich und Arm, Oben und Unten, Werkseigentümern und Werktätigen, Gutsbesitzern und Landarbeitern, der geld-, einfluss- und beziehungsreichen Minderheit und der Mehrheit der Bevölkerung, die in den Kriegsjahren keineswegs nivelliert waren, besitzt dieser Autor keine Vorstellung.

Aly stellt das Dasein der Masse der Deutschen in Nazizeit als ein Leben in glücklicher Zeit dar und das bis lange in den Krieg hinein. Kräftig sind die sprachlichen Farben des Autors, mit denen dieser Zustand benannt wird. Es war das ein „materiell üppiges Sein“, gekennzeichnet durch die „Fürsorglichkeit des Regimes“, eine „Politik der sozialen Gerechtigkeit“. (37 f.) Blasser werden hingegen seine Farben, kommt es auf Fakten, die derlei vollmundige Behauptungen glaubhaft machen sollen. Dies wird uns im Einzelnen noch beschäftigen. Hier geht es zunächst um die Gesamtaussage seines Buches, mit der zugleich der Platz des Naziregimes in der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmt, nein aus dieser Geschichte herausgenommen werden soll. Die lautet: Die Führungsgruppe des „Dritten“ Deutschen Reiches besaß mit ihren politischen und geistigen Vorläufern im kaiserlichen „Zweiten Reich“ keine gemeinsame oder auch nur verwandte Zielsetzung. Sie ging den Schritt in den Zweiten Weltkrieg aus vollkommen anderen Gründen als diese es 1914 bei der Auslösung des Ersten getan hatten. 1939 sei ein Krieg begonnen worden, der zwar – wie noch jeder Krieg zuvor – im Staatsinneren der Befestigung der politischen Herrschaft, also in diesem Fall der Naziführer dienen, ihren Ruhm und auch ihren Reichtum mehren sollte. Aly spricht in diesem Zusammenhang von einem während der zwölf Jahre „stets gefährdeten Gleichgewicht“ (352) oder von einer „stets gefährdeten Balance“ (353) zwischen Führung und Volksmasse, die folglich ein beständiger Gegenstand der Besorgnisse der Machthaber und auch Antrieb gewesen wäre, das Volk mit „Gefälligkeiten“ zu bedenken und es bei Stimmung zu halten. Insgesamt übertreibt dieses Bild, denn ab in jenen Jahren Zeiten, in denen das Regime eine verlässliche Stabilität aufwies

Ist das eine Übertreibung. Charakteristisch aber war ein Anderes, dass er nämlich als ein Krieg im Volksinteresse begonnen und ausgetragen wurde, geführt um das Volk, den gemeinen Mann und die einfache Frau, zu beglücken und so deren Zufriedenheit dauernd sicher zu sein. Wieder und wieder zitiert Aly öffentliche Verlautbarungen und interne Erklärungen von Nazigrößen, die nichts anderes belegen, als dass sie den Deutschen nach dem Endsieg die goldensten Zeiten versprachen. Ihm aber

gelten sie, ignorierend, dass Versprechen die wohlfeilste Münze der Politiker waren und sind, als eherne Zeugnisse des Wünschens und Wollens der nazistischen Führungsgruppe. Ihm dient noch die im Januar 1945 auf das Abstützen der sinkenden Durchhaltestimmung gerichtete Phrase eines Altnazifunktionärs, gedruckt in Goebbels *Berliner Zeitung* „Der Angriff", zum Beweis für die wahren Ziele dieser skrupelfreien Politikergruppe. So wenn er den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt mit den Worten zitiert, es werde nach dem Endsieg ein „starkes, politisch, wirtschaftliche und finanziell gesundes Großdeutschland als erster Sozialstaat der Erde entstehen". (360) Aly gibt sich davon überzeugt, dass sich in derlei kaum noch jemanden beeindruckender Zukunftsmalerei *das Ziel* der Machthaber ausdrückte.

Mit diesem Ziel vor Augen hätten Deutsche massenhaft den Krieg auch akzeptiert und unterstützt: „Nicht wenige steigerten sich in eine Goldgräberstimmung, in das Gefühl einer sehr nahen Zukunft, in der das Geld auf der Straße liegen würde." Sie glaubten an eine Zukunft, „in der Milch und Honig fließen würden. Und der Krieg selbst habe ihnen „einen Vorgeschmack darauf (gegeben), Wie angenehm das Leben danach sein, welche Genüsse es dann bieten würde". (361) Quellen, die diese Verallgemeinerung rechtfertigen würden, fehlen. Dass sich die im besetzten Land spottbillig eingekauften Waren den Millionen deutscher Wehrmachtssoldaten und der Inhalt der hochwillkommenen Feldpostpakete deren Empfängerinnen in die phantastische Vorstellung von einem künftigen Dasein als wohllebenden Herrenmenschen verwandelt hätte, die nach Kriegsende nicht mehr in Fabriken, die ihnen nicht gehörten, und auf Feldern und Äckern, die ihnen zu einem großen Teil auch nicht gehörten, würden arbeiten müssen, ist absurd und kann durch die Erwähnung der Ansicht, wonach man erspartes Geld nach dem gewonnenen Krieg gut gebrauchen könnte (361), doch nicht einmal wahrscheinlich gemacht werden. Das indessen stört den Kenner der Träume der kleinen Leute nicht. Er behauptet: „Soldatenbräute träumten zu Hunderttausenden von Rittergütern in der Ukraine" (29) und stützt diese Zahlenangabe – auf die Belege des Autors wird noch einzugehen sein – mit einer Textstelle aus einem Brief des Wehrmachtssoldaten Heinrich Böll, der von sich und seinen Zukunftsgedanken spricht und mit einigen Sätzen zweier Autorinnen aus einer *gedachten* Kinderfibel, über deren Druck, Erscheinen und Verbreitung er nichts mitteilen kann.

Kurzum: nach Aly wurde der Zweite Weltkrieg deutscherseits von faschistischen Sozialrevolutionären und -utopisten um des kleinen (deutschen, „arischen") Mannes willen geführt, dessen Schlaraffenlanddasein ermöglicht und erreicht werden sollte. Alle Eroberung „bezweckte am Ende immer das Eine: die Aussicht auf ein nicht selbst zu erarbeitendes Wachstum des allgemeinen deutschen Wohlstands, und das innerhalb kürzester Zeit". (353) Diese Deutung liefert, gewollt oder nicht, berechnend oder – schwer zu glauben – naiv, ein Angebot zur Endlösung der Faschismusfrage im Sinne all derer, auf die seit den Tagen der in Nürnberg vor einem US-amerikanischen Gerichthof geführten Prozesse gegen Eigentümer und Manager deutscher Konzerne (Flick, Krupp, IG-Farben) und bis hin zur Debatte über die gestenhafte Entschädigung ausländischer Zwangsarbeiter die Rede trotz aller ablenkenden Versuche doch wieder und wieder gekommen ist. Aly plädiert unumwunden, die Offenheit mag man ihm im Gegensatz zu ähnlich interessierten, aber anders vorgehenden Apologeten des großen Kapitals zugutehalten, dafür, Fragen nach Kontinuität und Diskontinuität deutscher imperialistischer Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der Bundesrepublik zuerst scharf formuliert und beantwortet von Fritz Fischer, nicht mehr zu stellen, und sich an den Fern- und Endzielen des Regimes desinteressiert zu zeigen und sie zu beschweigen. Ausgenommen, es werde ihr wahrer Charakter in der Zuordnungsweise Alys akzeptiert, wonach alle Vorhaben, die sich auf den eroberten Osten richteten, „nicht zum Vorteil von Junkern und Monopolisten geplant (wurden), sondern als konkrete Utopie für jedermann." (30) Nicht für Krupp, sondern für Krause also. So geschrieben im einleitenden Teil während am Schluss des Bandes die Bedeutung langfristiger Planungen des „Führers", wenn nicht generell bestritten, so mindestens in Frage gestellt werden. Es heißt: Hitlers Entscheidungen ließen sich „am ehesten dann zutreffend analysieren, wenn sie ... auf ihre kurzfristig entstandenen Motive und *auf die für die nahe Zukunft beabsichtigten Effekte* hin untersucht" werden. (357, Hervorhebung von mir, K. P.) Hitler als eine besondere Art von Flickschuster, angewiesen und daher beständig schielend auf seine (Volks)Kundschaft, nicht entfernt verwandt oder verbandelt mit den Strategen des deutschen

Imperialismus an der Spitze der deutschen Bank- und Industriewelt. Geredet werden müsse von „den Vorteilen Millionen einfacher Deutscher“, gezogen aus eben dieser auf sie ausgerichteten Politik Hitlers und des Nationalsozialismus. (362) Diese Deutung des Faschismus würde Aly, besäße der Bundesverband der deutschen Industrie eine eigene Historikervereinigung, darin den Ehrenvorsitz sichern. Doch wird derlei nicht gegründet werden, weil nicht gebraucht, solange Wissenschaftler das Geschäft separat und unabhängig erledigen.

Wie der Autor den – zumeist doch – Nachfahren der Nutznießer diese „Vorteile“ vor- und zusammenstellt und vorrechnet, davon gleich. Zunächst aber kurz und eingedenk der Wahrheit, dass man dem Wesen einer Sache auf die Spur gerät, wenn man ihre Geschichte chronologisch ins Auge fasst, dies: Hätte Aly die inneren Auseinandersetzungen in der zur Macht strebenden NSDAP zu Kenntnis genommen, die gut und lange erforscht sind, unter anderem in frühen Arbeiten von Reinhard Kühnl, Auseinandersetzungen mit den „Linken“ im sich formierenden braunen Partei- und SA-Heer, hätte er die Geschichte der Entschärfung der antikapitalistisch klingenden Programmpunkte der Partei nicht ignoriert, es würde ihm gedämmert haben, dass und wie sich die führende Politikergruppe um Hitler (ohne ihrem einzig für Reklamezwecke dienen und den Tatbestand eines Etikettenschwindels erfüllenden Programm mehr als eine Anmerkung hinzuzufügen) an das Großkapital und den Großgrundbesitz mit System heranschleimte und zwar im Wissen, welchen Einfluss und welche Macht diese bei der Vergabe des Schlüssels in die Wilhelmstraße besaßen. Bei diesem ihrem Vorgehen täuschten sich die Naziführer nicht, aber auch nicht die von ihnen umworbenen Großkopfeten der kapitalistischen Gesellschaft, die, anders als die Massen der Gefolgschaft der NSDAP frei waren von jedweder Vertrauensseligkeit und jedem Erlöserglauben und die lediglich ein gewisses eigenes Restrisiko vor dem 30. Januar 1933 nicht zu beseitigen vermochten. Es bezog sich auf die Frage, wie die Massengefolgschaft der Hakenkreuzler sich verhalten werde, wenn sie bemerken müsste, dass sie keine „nationalsozialistische Revolution“ in Gang gesetzt, sondern geholfen hatte, die Gegenrevolution des Jahres 1918/19 zu vollenden. Die Sorge waren die Installateure der braunen Diktatur am 30. Januar 1934 definitiv los. Diese aufschlussreiche Seite der Vor- und Frühgeschichte von Hitlers *Volksstaat* hat Aly, wie manches andere, das sein Bild als eine Erfindung bloßstellen könnte, lieber ganz beiseitegelassen.

Der Begriff Volksstaat ist bejahrt und von den verschiedensten politischen Kräften benutzt und folglich auch ganz unterschiedlich erklärt oder definiert worden. Die einen suchten einen Staat so zu kennzeichnen, den sich das Volk selbst schaffen sollte und in dem dessen nach demokratischen Prinzipien gefundene und beauftragte Vertreter einzig dessen Interessen zum Ausgangspunkt, deren Befriedigung zum Ziel aller Politik machen würden. Das Wohl des Volkes sollte in diesem Staat aus seiner Arbeit unter Bedingungen hervorgehen, die weder Ausbeuter noch Ausgebeutete kennen würden. Gegen dieses Bild vom Staat des ganzen Volkes, das in der frühen deutschen Arbeiterbewegung entstand, haben Karl Marx und Friedrich Engels begründete Einwände erhoben. Es verband sich ihnen mit einer Verzeichnung des geschichtlichen Wesens und des politischen Charakters des Staates.

Alys Begriff vom Volksstaat, den er auch *Volkwohlstaat* nennt, weist inhaltlich mit dieser Verwendung keine Berührung auf. Er meint mit Bezug auf die Faschistenführer um Hitler etwas anderes. Ohne sich aus ihnen Demokraten zu machen, stellt er sie als diktatorische Politiker dar, die als ihr Ziel des Volkswohls, das Wohl der Volks*massen* verfolgt und es mit Mitteln der Gewalt und auf Kosten von zu Volksfeinden Erklärter und anderer Völker hätten erreichen wollten. Dieses Bild von Hitler, Göring, Goebbels, Ley und tutti quanti brauchte Aly nicht durch Forschungen zu gewinnen. Es ist in seinem Kern eine Übernahme. So hatten sich die Naziführer schon selbst dargestellt. Hitler erzählte in „Mein Kampf“ rührselig die erfundene Geschichte seines Leidens „auf dem Bau“, damit vortäuschend, er sei einer aus jener Masse der armen Teufel dieser Gesellschaft gewesen, in der es so ungerecht zugehe, und habe sich, ihr trotzend, in ihr durch ausschließlich eigenes Verdienst dennoch, schwer arbeitend, nächtens lernend, emporgearbeitet.

Nun verallgemeinert Aly diese Hitlerstory und behauptet gar, die ganze Gruppe dieser NS-Führer sei aus der Gesellschaft von ganz unten gekommen und habe daher mit dem Volke eine besondere, aus ihren Biographien erwachsene Verbundenheit bezogen. (Wörtlich: „Die NSDAP- und SS-Führer

waren Leute aus dem Volk.“) Das ist für die maßgebliche Führungsgruppe schlicht falsch und ebenso für viele aus der zweiten und dritten Reihe. Hitler war wie der Sohn eines gut situierten Beamten, der im österreichischen Zoll eine sichere Beschäftigung besaß, Hermann Göring der eines höheren Kolonialbeamten, Joseph Goebbels der eines Angestellten und Robert Ley der eines Kleinbauern. Rudolf Heß, in Ägypten geboren, hatte einen begüterten Auslandskaufmann zum Vater. Himmlers Vater war bayerischer königlicher Hauslehrer und Reinhard Heydrichs nahm die Stellung des Direktors eines Konservatoriums ein und war Komponist. Fricks und Streichers Väter waren Lehrer. Dass, wie Aly an einer Stelle behauptet, in diesen Familien der Gerichtsvollzieher nicht nur vom Namen her bekannt gewesen sei (20), ist eines der Produkte der reichen, sich jenseits quellengestützter Tatsachen bewegenden Phantasie des Autors.

Aly hat auch noch eine weitere Quelle für die angeblich sozialistische Grundeinstellung von Nazigrößen ermittelt. Im zufolge hatten „nicht wenige“ in der Weimarer Republik „kommunistisch-sozialistische Erfahrungen gesammelt“ (15), die sie dann offenbar in ihre Nazilebensperiode mitnahmen. Zum Beweis dessen wird eine Aussage Adolf Eichmanns herbeigezogen und ein Schriftsteller namens Wolfgang Hillers zitiert und letzterer als ein „repräsentative(r) Mann“ präsentiert. Diese beiden stehen für „nicht wenige“ oder genauer: für das Autors Weise, seine Behauptungen zu „belegen“. In vielen Biographien wurde dargetan und in zahlreichen Lexika kann nachgelesen werden, dass das Spitzenpersonal der NSDAP in Wahrheit nicht den Ober-, aber auch nicht den die übergroße Masse der Deutschen ausmachenden Unterschichten der deutschen Gesellschaft entstammte. Es besaß auch in keiner nennenswerten Größe eine Lebensvorgeschichte in der sozialdemokratischen oder kommunistischen deutschen Linken. Zu den Antrieben dieser zumeist kleinbürgerlich geprägten Bonzokratie gehörte, dass sie allesamt karrieresüchtig waren und in Staat und Gesellschaft ganz nach oben wollten und das ist ihnen auch gelungen.

Aly indessen unterschiebt ihnen edelste (freilich nur auf die deutschen „Arier“ gerichtete) Motive. Ihr Sinnen und Trachten habe der materiellen und sozialen Hebung der Massen gegolten, wozu gehört habe, dass deren Befähigten „Chancengleichheit“ hätten geschaffen und gesichert werden sollen. Zu ihren sozialpolitischen „Grundsätzen“ zählte angeblich, dass die deutschen Arbeiter „im Grünen“ leben könnten. Die Frucht dieser Politik, postuliert der Autor, sei gewesen: „Den einfachen Leuten ging es im Nationalsozialismus gut.**“** Das meint die Vorkriegszeit und auch viele Kriegsjahre. Diese These wird nicht mit gesicherten statistisch aufgearbeiteten Massendaten über Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse belegt. Um sie glaubhaft zu machen, werden vielmehr willkürlich herausgegriffene, geschickt arrangierte, freilich nur Laien düpierende Fakten illustrierend dargeboten, auf die sodann in wortreichen Variationen die immer gleiche interpretatorische verallgemeinernde Behauptung angeschlossen wird: Zielgruppe der Herrschenden seien die Massen, Ziel deren Wohl gewesen. Ein anderes besaßen, ja kannten diese Volksbeglücker nicht.

Ihren Gipfelpunkt erreicht die Ausschmückung des Bildes vom Wohlleben der Deutschen unterm Hakenkreuz mit der Darstellung des Lebens der im Nazi-Lied besungenen „tapferen kleinen Soldatenfrau“. Ihr sei der Krieg lange Zeit prima bekommen. Vom Staat reichlich mit Geld versorgt, vom Ehemann in Feldpostpaketen und während Urlaubsaufenthalten mit herbeigeschleppten Geschenken überhäuft, habe sie ein selbstbestimmtes Leben führen können, denn dieser Ehemann, nur gelegentlicher Gast, hätte ihr weder beim Kochen noch beim Kaufen hineinreden, sie nicht kommandieren und ihr nirgendwo in ihrer Lebensplanung dazwischenkommen können. (Dieses Bild gefällt übrigens jenem Männertypus hierzulande, der ohnehin und namentlich nach dem Lesen von statistischen Angaben darüber unsicher ist, wann und wie oft ihm ihre Gattinnen Hörner aufgesetzt haben.) In dieser Passage wird es zynisch. Trennung vom wichtigsten Lebensgefährten, Einsamkeit, allein zu tragende Verantwortung für Betreuung und Erziehung der Kinder, zudem mitunter auch von Angehörigen der Elterngeneration, vermehrte nicht nur körperliche Hochbelastung der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen, beim Eintreffen der Nachricht vom Beginn des nächsten Feldzuges Sorge wegen der Versetzung des Mannes zur „kämpfenden Truppe“, Ungewissheit über die Dauer dieses Daseins? Alles scheint aufgewogen durch die Feldpostsendungen und die Mitbringe der „Butterfahrer“, wie Aly die deutschen Soldaten auch nennt.

Zurück in die Wirklichkeit. Zunächst die der Vorkriegsjahre: Nach einer Anfangsphase der Naziherrschaft, in der unter anderen auch die Losung „Deutschland arbeitet“ propagiert wurde und die Demagogen vorgaben, aus gemeinsamen ehrlichen Anstrengungen unterschiedslos aller Deutschen werde ein Reich von völlig neuem und historisch einzigartigem Typ hervorgehen, folgte ein Generalschwenk und die Erklärung, auf diese Weise könnte das angeblich überbevölkerte Land durch nicht zu Wohlstand gelangen. Es fehle den Deutschen an Raum und Bodenschätzen, um dieses Vorhaben zu verwirklichen und, da die Anderen beides im Überfluss hätten und obendrein nicht zu nutzen verstünden, jedoch auch nur einen Teil davon aber nicht hergeben wollten, müsse man es sich kriegerisch versorgen. Als dann die militärischen Erfolge sich häuften, wurden Reichtum und Wohlleben allen deutschen Volksgenossen als Frucht des greifbar nahen Endsiegs vor Augen gestellt.

Dieses Selbst- und Propagandabild der Führungsclique ist durch Quellen massenhaft belegt, inzwischen von Historikern analysiert, auf seine Zwecke hin geprüft und vielfach dargestellt worden. Es ist unumstritten. Was Reklame, was Wirklichkeit war, was den Herrschafts*mitteln* zugehörte, was Herrschafts*ziel* genannt werden muss, wurde gesondert. Verwunderlich ist nicht, dass dennoch ein Autor auftritt, der sich als Neuerer geriert, sondern dass dieser von einer Rezensenten-Schar lautstark beklatscht wird wie ein Zirkusclown, der, obgleich er nur die ältesten Stückchen aufführt, sicher sein kann, dass das Völkchen, das gezahlt hat, belustigt werden will.

Ist der Beifall in diesem Falle leicht erklärbar, muss er in jenem auf seine Ursachen erst geprüft werden. Jedoch: Geduld. Sehen wir uns die Argumente an mit denen Aly seine Kennzeichnung der Nazidiktatur, die auch „Gefälligkeitsdiktatur“ (was doch wohl besagen soll, die Führer hätten dem Volke gefällig sein wollen und es deshalb mit Gefälligkeiten überhäuft) stützt. Wie schildert er das Leben des Volkes in Vorkrieg und Krieg? Was sind die von ihm einen nationalen Sozialismus der Tat belegenden Maßnahmen und Schritte des Regimes vor dem 1. September 1939? Dazu gibt es im Buch keine analytische Darstellung, etwa einen Vergleich der Arbeits- und Lebensbedingungen großer Gruppen der Gesellschaft, sondern eine bunte Aneinanderreihung von Gesetzen, Verordnungen, Vorschriften usw., denen in ihrer Summe zugeschrieben wird, dass sie eben diesen – übrigens an keiner Stelle gekennzeichneten oder gar definierten – Sozialismus belegen würden. Hier ist eine diese Reihung charakterisierende Auswahl: Übergang zur lateinischen Normalschrift, Auflösung der Eigentumsform der Fideikommisse, Besserstellung von Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen und Ledigen, Einführung des Urlaubs und Geburt des Massentourismus, Beschränkung der Gläubigerrechte zugunsten von Schuldnern, Mietschuldnerschutz (zeitweilig im Kriege), Pfändungsfreiheit für bestimmte Lohnanteile und gewisse Renten. Sie genügt, um zu verdeutlichen, dass keine dieser Änderungen an bis dahin geltenden Rechte und Bestimmungen die Interessen der Oberschichten, geschweige denn des großen Kapitals verletzte, ja sie zumeist nicht einmal berührte. Merkwürdig, das mit dem Begriff des Sozialismus zu belegen oder mit ihm auch nur entfernt in Verbindung zu bringen. Jede dieser Neuregelungen mag von einem, jeweils unterschiedlichem Teil der Bevölkerung begrüßt und auch darauf berechnet worden sein, ihn für die Politik des Regimes partiell eingenommen haben, aber – Sozialismus?

Ein Wort zur Methode, mit der Aly diese Maßnahmen beleuchtet und aufwertet. Wählen wir dazu den auch von ihm erwähnten Propagandaschlager der Urlaubsreisen (KdF). Er zitiert dazu aus einer Werbebroschüre der Deutschen Arbeitsfront (DAF) aus dem Jahre 1938, wonach eine 14tägige Reise innerhalb Deutschlands „komplett zwischen 40 und 80 Reichsmark“ gekostet habe. (S. 19) Das ist komplett nichtssagend, solange keine Angabe über den Wochenlohn eines Arbeiters daneben gestellt wird. Mehr noch, der Kontext erweckt den Eindruck, als sei es nun nur noch darauf angekommen, dass die DAF-Führer die Arbeiter davon überzeugten, dass Urlaub auch etwas für sie sei. Nun hätte Aly aber auch aus dem folgenden Jahr 1939 den Brief von Rudolf Heß „An den Führer“, einer unzweifelhaften Quelle, zitieren können, in dem der Stellvertreter ein anderes, freilich nur für interne Zwecke bestimmtes Bild vom Entwicklungsgrad des „Nationalsozialismus“ gibt. Offenbar ging es den einfachen Leuten doch nicht so gut, wie Aly sich das zurechtgelegt hat, damit das Bild von den Volksstaatführern stimmt.

Alys Standort wurde in Zeitungen und Zeitschriften in kritischen Rezensionen mehrfach der materialistischen Geschichtsschreibung zugeschrieben. Der *Spiegel* machte eine Rezension schon mit der Überschrift *Engstirniger Materialismus* auf, im Vertrauen darauf, dass seine Leser an westdeutschen (Hoch)Schulen schwerlich Kenntnis von einem „weitstirnigen“ gewonnen haben könnten. So fiel nebenher noch ein Foul an den Verfechtern jener geschichtsphilosophischen Richtung ab. Hans-Ulrich Wehler, der zunächst auch so verfährt, präzisiert im Weiteren doch, dass es sich in Wahrheit um eine Ausgeburt eines „anachronistischen Vulgärmaterialismus“ handelt. Denn in der Tat haben historisch-materialistische Forscher, bei aller provozierten Frontstellung gegen jene verkürzten Interpretationen, die einzig in Ideen und Personen als deren Träger zu Ursachen und Antrieben geschichtlicher Abläufe erklären, nie bestritten, dass Rassenwahn und Judenhass *notwendige* Bedingungen für jenes mörderische Vorgehen darstellten, aus dem die unverwischbare Spur des Kriegszuges für die Errichtung eines imperialen Riesenreiches entstand.

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, S., Fischer Frankfurt a. M. 2005, 464 S., 22,90 Euro.

Idylle unterm Hakenkreuz oder Götz Alys „Endlösung der Faschismusfrage“. Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, 2005, Heft 25/26, S. 34-50.

Entwurf einer Broschüre. Erstveröffentlichung.

Eine vertane Chance?

„An einem gefährlichen Wendepunkt der Geschichte“
(Romain Rolland, 1935)

I.

„Jahre, als Europa (aber noch nicht die Welt) der Katastrophe entgegenschlitterte“, so erinnert sich der britische Historiker Eric Hobsbawm der Zeit, in der er am King’s College in Cambridge als junger Kommunist sich mit dem Studium der Geschichte befasste. Dieser Abschnitt seines Lebens begann 1936. Von ihm schrieb er weiter: „Wir wussten in unserem Innersten, dass ein Zweiter Weltkrieg bevorstand, und wir rechneten nicht damit, ihn zu überleben.“[1]

Wenden Überlebende jener Zeit oder Angehörige aus den Generationen der Nachgeborenen heute den Blick in das Europa der dreißiger Jahre zurück, dann mag sich ihnen, ob Laie, ob Historiker, die Frage aufdrängen: Konnte die Geschichte des „alten“ Kontinents nicht eine andere Richtung nehmen als die tatsächlich eingeschlagene, gab es nicht einen Weg „vorbei“ an jenem 1./3. September 1939, auf die der 22. Juni 1941 folge. Der Gedanke führt zu den vielen, im einzelnen unvorstellbaren „verschenkten“ Möglichkeiten, die eine unkriegerische Entwicklung in Europa geboten haben würde. Jüngst – wir schrieben 2003 – hat der Präsident der USA George W. Bush, erklärt, der Zweite Weltkrieg mit allen seinen furchtbaren Erscheinungen und Folgen hätte durch einen Präventivkrieg gegen Hitlerdeutschland verhindert werden können, und den unterlassenen Griff zu den Waffen als einzige damals Erfolg versprechende alternative Möglichkeit hingestellt. Der Antrieb zu diesem Geschichtsbild entstammte vermutlich der eigenen Politik, die eine Rechtfertigung für einen als vorbeugend markierten Krieg – den gegen den Irak – brauchte und diese durch eine genehme Deutung der Geschichte zusätzlich auch historisch legitimieren und als vollkommen unausweichlich ausweisen wollte.

Wer über die begangenen und verschmähten Wege durch die dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts frei von solchem Interesse nachdenkt und nicht sogleich in den Sumpf von Spekulationen geraten will, hat die widersprüchliche und uneindeutige Wirklichkeit jener Zeit unter zwei Aspekten zu analysieren. Der eine betrifft die Antriebe, Entschlüsse und Maßnahmen jener Kräfte, die sich durchsetzten und geschichtsmächtig wurden, und der Betreffende hat diese zu befragen, warum sie erfolgreich waren. Der andere Aspekt hat sich auf deren Kontrahenten zu richten, die sich als die schwächeren erwiesen, und sie daraufhin zu durchmustern, warum sie unterlagen. Denn, dies darf als eine der wenigen Übereinstimmungen der Historiker über den Weg in den Zweiten Weltkrieg angesehen werden: Es existierten wirklich zwei hauptsächliche Tendenzen, von denen die eine in das erneute Völkermorden wies und trieb, die andere dies zu verhindern trachtete. Dabei gingen – auch darüber ist angesichts der Faktendichte kein Streit möglich – die Motive für das jeweilige Verhalten und Handeln nicht nur auf den einander entgegenstehenden Fronten auseinander, sondern auch innerhalb der eigenen Linien. Allein aus Gründen des Platzes, den dieser unseren Band einleitende Beitrag beanspruchen kann, wird die Inspektion lückenhaft und verkürzt ausfallen.

Jedoch kann unser Vorgehen mit „doppelter Perspektive“ sich nicht auch auf die innerdeutsche Situation richten. Da fehlt ihr das „Material“. Wiewohl die Mehrheit der Deutschen einen erneuten Krieg ablehnte, ja ihn eingedenk der noch nicht zwei Jahrzehnte zurückliegenden Erfahrung des Weltkriegs, wenn nicht verabscheute, so doch fürchtete, fehlte im Lande jede organisierte Kraft, die diesen Willen hätte ausdrücken, bündeln und zur Geltung bringen können. Von einander bekämpfenden Fronten kann im Reich keine Rede sein. Die Deutschen hatten sich und waren nun ihrer Staatsführung ausgeliefert. Der hochgeschlossenen Front der Machthaber und ihrer ahnungsarmen oder -losen Riesengefolgschaft standen verstreute Gruppen und Grüppchen gegenüber, die sich, von der Gestapo und ihren Spitzeln dauernd gejagt, bald nach 1933 auf Rückzügen und in Deckungen befanden, von wo sie nicht mehr als eine Art Störfeuer abzugeben vermochten, das momentan nichts bewirkte. Die Warnungen und Alarmrufe aus dem antifaschistischen Exil erreichten nur wenige.

---

[1] Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert. Aus dem Englischen von Udo Rennert, München 2003, S. 144.

Das Regime war zwei Jahre nach seiner Errichtung gefestigt. Sein Konsolidierungsprozess hatte sich ungleich rascher vollzogen als der des Mussolini-Staates in Italien. Millionen Deutsche glaubten Adolf Hitler und seinen wohlfeilen Erklärungen eines unwandelbaren Friedenswillens blind und dann bis tief in die Vorkriegskrise hinein. Sich darauf beziehend, schrieb ein im Reich arbeitender niederländischer Journalist von liberaler Gesinnung in einem informatorischen Bericht an seine Regierung, abgefasst schon am 9. Dezember 1935, die Deutschen würden erst nach einer sie aufschreckenden „Katastrophe“ in Aktion treten und die Freiheit des Handelns zurückgewinnen. Doch die sei nicht in Sicht.[2]

II.

Wo die Spur, die in den Zweiten Weltkrieg führte, aufgenommen wurde, hat sich der Blick häufig in die letzten Monate vor dem Beginn des Krieges gerichtet und insbesondere auf die seit dem Frühjahr 1939 angebahnten diplomatischen Verhandlungen zwischen der UdSSR auf der einen, Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite. Deren Scheitern und die alternative Entscheidung des Kremls für einen Nichtangriffspakt mit Deutschland sind als der „Sündenfall“ angesehen worden. Da sei Hitler „grünes Licht“ für seinen Überfall auf Polen gegeben worden, denn er konnte nun – angesichts der Schwäche Polens – sicher sein, dass er einen Zweifrontenkrieg von Dauer nicht bekommen werde.

Gegen diese Darstellung, die eine Möglichkeit der Kriegsabwendung „fünf Minuten vor 12“ für denkbar hält, ist einzuwenden, dass besagtes Scheitern selbst kein Zufall war. Es bezeugte, dass im Augenblick der akuten Kriegsdrohung, da bereits über die Verteilung der Rollen nach dem ersten Schuss verhandelt werden musste (wozu die britischen Militärs und in ihrem Gefolge auch die französischen weder befugt noch bereit waren), die Partner eine Hürde zu nehmen hatten, die für sie zu hoch geworden war. Diese bestand aus vielerlei „Material“, aus Vorteils- und Nachteilsrechnungen, Erwartungen und Spekulationen und unter anderem und nicht zum wenigsten aus einem gerüttelten Maß an Misstrauen auf jeder der beiden Seiten. Letzteres war in den Jahren seit den Interventionskriegen, die der Oktoberrevolution folgten, aufgehäuft worden. Wallte man sich zur gemeinsamen politisch-militärischen Abwehrfront, einer wirksamen Drohkulisse gegen den Aggressor, formieren, brauchte es, um einen in der Diplomatie wohl erst später aufgekommenen Ausdruck zu benutzen, *Vertrauen bildender Maßnahmen* und Erfahrungen. Die waren allein durch Gespräche und Versicherungen an Konferenztischen nicht zu erlangen. Nicht nur, dass schon zu viel Zeit untätig dahin gegangen war, es waren seit 1933 auch – wiederum Zweifel, Skepsis und Misstrauen anhäufende – Schritte unternommen worden. Dazu gehörten Versuche, den erkennbaren Absichten des Deutschen Reiches, kriegs- und kriegssiegfähig zu werden, im begrenzten eigenen, nicht im gemeinsamen Interesse zu begegnen. Einzelgänge auf Kosten Dritter. Diese ließen die Hürde noch höher werden. Deren Wirkung wird vollends erst erkennbar, wenn das im Wesen doch feindliche Grundverhältnis zwischen der revolutionsgeborenen Sowjetunion und den kapitalistisch-imperialistischen Großmächten mitbedacht wird. Es kam angesichts der von Deutschland ausgehenden universellen Bedrohung darauf an, eine Neubeurteilung und Neubestimmung dieses Verhältnisses vorzunehmen, eine Wende zu vollziehen – eine Aufgabe ohne Beispiel, für deren Lösung es Politiker von außergewöhnlichem Format brauchte. Von Seiten Großbritanniens geschah das - aber erst und mit schwerwiegender Verspätung in Churchills berühmter Rede, die er am Abend des 22. Juni 1941 im britischen Rundfunk hielt. An jenem Tage, da das faschistische Reich die Sowjetunion überfiel, befand sich Großbritannien seit nahezu 22 Monaten im Krieg. Die Wehrmacht hielt acht europäische Staaten besetzt und die Eroberer hatten eine beherrschende Stellung zwischen Nordkap und Mittelmeer gewonnen. Wenn für das Jahr 1939 aber eine unter dem Gesichtswinkel der Kriegsverhinderung schon tief und fest verfahrene Situation festgestellt und konstatiert wird, dass sich in der kurzen Zeitspanne bis zum ersten Septembertag nicht nachholen ließ, was in Jahren versäumt worden war, dann lässt sich fragen, ob es zuvor überhaupt einen geschichtlichen Augenblick gab, an dem eine andere Weichenstellung für die

---

[2] Autor war der Berichterstatter des *Nieuwe Rotterdamsche Courant* H. J. Noordewier. S. Geheimberichte aus dem Dritten Reich 1933-1935. Hrsg. von Paul Stroop, Berlin 1990, S. 198.

europäische Geschichte erfolgen konnte, nachdem seit 1933 in Deutschland mit den Faschisten eine Kraft regierte, zu deren Programm die Revanche gehörte und mehr: die Wiederaufnahme des Kampfes um eine Weltstellung, der erneute „Griff nach der Weltmacht“. Auf der Suche fällt der sich zurückwendende Blick auf das Jahr 1935, einen Moment, da die deutsche Aufrüstung zum einen noch in den Kinderschuhen steckte, zum anderen aber so auf Touren gelangte, dass sich deren Drehzahl bereits ablesen ließ.

Im März dieses Jahres wurde eine der wesentlichen militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages herausfordernd annulliert und die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. Im gleichen Monat entschlossen sich die deutschen Machthaber, zum ersten Mal den inzwischen fortgeschrittenen Aufbau ihrer Luftwaffe öffentlich bekannt zu machen und deren Formationen zu demonstrieren. Zu den paramilitärischen Maßnahmen gehörte die Einführung eines für alle männlichen Jugendlichen obligatorischen Arbeitsdienstes. Das Reich militarisierte sich wahrnehmbar für jedermann, mochte er in dessen Grenzen leben oder sich nur im Ausland und von Feme informieren können. Erklärungen, die Aufrüstung erfolge aus Gründen der Gleichberechtigung und einzig um der Verteidigungsfähigkeit des Landes willen, konnte niemand ernsthaft Glauben schenken. Das war Tünche. Erhob doch niemand gegenüber Deutschland irgendwelche Ansprüche. Kein Staat bedrohte es.

Kurzum: Der Blick ins Reich musste die Regierungen der Nachbarstaaten geradezu dazu drängen, sich zu fragen, ob ihre Außenpolitik der sich nach der Zerstörung der Weimarer Republik rasch verändernden Lage noch angemessen war und ob verlässliche Sicherungen existierten, mögliche Gefahren abzuwenden. Nicht, dass die Politiker von regierenden und oppositionellen Parteien europäischer Mächte und der USA so blind gewesen wären, nicht zu sehen, dass sich die internationale Szene durch die Existenz Nazideutschlands verändert hatte. Doch die Meinungen über die Größe des drohenden Unheils und die Verfahren, ihm zu begegnen, gingen erheblich auseinander. Vor allem irrten sich viele darüber, wie viel Zeit sie hätten, sich auf eine Antwort einzurichten.

Gewiss konnte niemand voraussehen, dass es vom entscheidenden Schritt zum Aufbau einer Massenarmee, eben dem Frühjahr 1935, bis zum Kriegsbeginn gerade einmal viereinhalb Jahre dauern würde. Hitler selbst erklärte den Militärs noch Ende 1937, dass die Jahre zwischen 1942 und 1945 der Zeitpunkt wären, an dem das Deutsche Reich den Krieg beginnen könne und müsse. Doch kommt für eine Analyse nicht in erster Linie das Tempo in Betracht, in dem die Staaten der späteren Kriegsgegner und Kriegsopfer handelten, sondern die Unterlassungen ihrer verantwortlichen Politiker und – mehr noch – die Irrwege, die sie zu verantworten haben. 1935 hatte das unaufhaltsame Schlittern in die Katastrophe, um Hobsbawms Bild einer Eisbahn noch einmal aufzunehmen, noch nicht begonnen. Noch hatten Frankreich und Großbritannien den Marsch auf dem Weg des Appeasements nicht gemeinsam angetreten. Noch war Italien unter Mussolini seinen eigenen Wendeweg nicht bis zur „Achse Berlin-Rom“ gegangen. Noch gab die Sowjetunion nicht jenes unheimlich-abstoßende Bild der Willkür, des Grauens und der Unberechenbarkeit, das sie sich ein Jahr darauf mit den inszenierten Prozessen selbst gab und das die Antikommunisten und Gegner einer Politik der kollektiven Sicherheit geradezu mästete. Um es mit Bezug auf unsere Krieg-oder-Frieden-Frage zu sagen: Noch lebten die Marschälle und das Offizierskorps der Sowjetunion. Erst der verhängnisvolle „Weg nach München“ und die Mordorgien des Kremls an den eigenen Militärs (und nicht an diesen allein), dazu die Verfolgungen auch der Elite der Rüstungsforscher und -techniker, konstituierten jenes Klima, das niemanden und nichts mehr begünstigte als die deutschen Aspiranten auf Krieg und Eroberung mit ihren zunächst noch nicht fest fixierten Vorhaben.

III.

Das Jahr 1935 begann mit einem – dem ersten – außenpolitischen Prestigeerfolg des faschistischen Regimes in Deutschland. Am 13. Januar 1935 ergab die Abstimmung über die Zukunft des Saargebietes, die entsprechend den Festlegungen des Versailler Vertrages stattzufinden hatte, einen klaren Erfolg der sogenannten Deutschen Front, die auf die Parole „Heim ins Reich“, in der Mundart des Landes „Nix wie hemm“ oder auch „Deutsche Mutter, heim zu Dir“ gesetzt hatte. Der Erfolg kam nicht überraschend, wohl aber das triumphale Ausmaß, das erkennen ließ, wie viele, die jüngst bei den

Landtagswahlen noch sozialdemokratisch oder kommunistisch gewählt hatten, nun sich zum Anschluss an Nazideutschland bekannten, aus dem die Führer und Funktionäre der beiden Parteien, wenn sie nicht im Zuchthaus oder KZ saßen, hatten fliehen müssen. Groß war die propagandistische Bedeutung dieses Erfolgs, denn wieder war eine Bestimmung des Friedensdiktats außer Kraft gesetzt. Größer noch die ökonomische, denn das schwerindustrielle Rüstungspotential des Reiches gewann dadurch erheblich an Gewicht.

Wichtiger noch war, dass nach zwei Jahren faschistischer Herrschaft alle Hoffnungen auf die Kurzlebigkeit des Regimes sich ebenso zerschlagen hatten wie andere, auf eine innere Dauerkrise gerichtete. Ein halbes Jahr nach der Aktion gegen eine Minderheit von SA-Führern in der Jahresmitte 1934, die, was immer diese dachten und beabsichtigten, jedenfalls keinen Putsch gegen Hitler planten, war der Zusammenschluss der Eliten, insbesondere das Zusammenrücken der politischen und der militärischen Führungsgruppe, offensichtlich. Deutlich wahrnehmbar auch die Zufriedenheit der Führerschaft der deutschen Bank- und Industriekonzerne, deren Befürchtungen über die Unberechenbarkeit und Unlenkbarkeit der politischen Regimespitze weitgehend zerstreut worden waren. In der Person Hjalmar Schachts wirkte ein Wirtschaftsdiktator – er vereinigte auf sich die Funktionen des Präsidenten des Direktoriums der Deutschen Reichsbank, des kommissarischen Reichswirtschaftsministers und bald auch des Generalbevollmächtigten für die wirtschaftliche Aufrüstung –, der das Vertrauen des Monopol- und Großkapitals genoss.

Europa hatte sich offenkundig auf ein längeres Zusammen- oder Nebeneinanderleben mit diesem Regime einzurichten. Von ihm ging in seiner momentanen Verfassung zwar noch keine akute Kriegsgefahr aus, aber es holte gleichsam Atem und ließ keinen Zweifel, dass es den feurig wieder ausspeien werde. Dafür stand – wie erwähnt – vor allem das am 16. März verkündete „Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht“[3], mit dem handstreichartig die Allgemeine Wehrpflicht, die Deutschland 1919 untersagt worden war, wieder eingeführt wurde. Zunächst war der Aufbau eines Heeres von 550.000 Mann – der Vertrag hatte die Reichswehr auf 100.000 limitiert – als Ziel angegeben worden. Dieser Schritt allein, gegen den das Ausland „lendenlahm“ protestierte[4], ist von wachen Beobachtern als Menetekel wahrgenommen worden. Lion Feuchtwanger schrieb am 17. März, als er Zweig seine Pläne auseinander setzte, nahezu beiläufig einschränkend: „... wenn kein Krieg ausbricht“[5] und drei Monate darauf: „Der alte Krieg ist fern genug, der neue leider nahe genug.“[6] Doch wollte er, so bezeugt in einem Brief vom 20. September, „an den baldigen Ausbruch eines Weltkrieges“ nicht glauben, im Wissen, dass „dies nicht durch irgend eine logische Erwägung gestützt“ werden könne, denn es ließen sich „ebenso viele Argumente dafür wie dagegen anführen“.[7]

Auf die deutsche Herausforderung hatten vor allem die Hauptsignatarmächte des Versailler Vertrages zu reagieren. Die Antwort fiel kläglich aus. Am 11. April erklärten Großbritannien, Frankreich und Italien, deren Vertreter im italienischen Stresa zusammengekommen waren; ihr Bedauern über den einseitigen Schritt Deutschlands und bekräftigten – zum wievielten Male? – ihr Interesse an einer internationalen Verständigung über die Begrenzung der Rüstungen. Dafür waren die Aussichten zu keinem Zeitpunkt seit Abschluss des Versailler Vertrages schlechter gewesen. Die Verlautbarungen blieben folgenlos und – schlimmer noch – nach kaum zwei Monaten, davon wird zu handeln sein,

---

3 Reichsgesetzblatt, 1935 Teil I, Nr. 28, S. 375.

4 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995, S. 190. (Eintragung vom 17. März 1935) Dieses Urteil korrigierte Klemperer wenig später und schrieb nach „Stresa und dem Verdikt des Völkerbundes“ von leiser Hoffnung, „doch noch den Sturz der Regierung zu erleben“. S. 194 f. (Eintragung vom 22. April 1935)

5 Lion Feuchtwanger/Arnold Zweig: Briefwechsel 1933-1958, Bd. 1: 1933-1948, Berlin 1984, S. 75.

6 Brief vom 20. Juni 1935. Ebenda, S. 83. Die Mitteilung, dass die Wehrpflicht wieder eingeführt werde, ließ offenbar an vielen Orten Diskussionen darüber entstehen, wie nahe ein Krieg sei. In Dresden notierte sich Klemperer, der am Tage zuvor in einer kleinen Gesellschaft gewesen war: „Im Ausland rechne man mit dicht bevorstehendem Krieg. Ich kann es nicht glauben. Das Ausland hat keinen Krieg nötig, und selber anfangen wäre sogar für die jetzige Regierung zu dumm.“ Klemperer Tagebücher, a. a. O., S. 199. (Eintragung vom 7. Mai 1935)

7 Ebd., S. 97.

wurden sie durch die Londoner Regierung aus freien Stücken selbst ignoriert. Auf die Äußerungen in Stresa folgte nur sechs Tage später eine Resolution des Völkerbundes, die Deutschlands Eigenmächtigkeit ebenfalls verurteilte, wobei es auch damit sein Bewenden hatte.

Hatten die europäischen Mächte keine Chance, anders zu antworten? Eine Strafaktion, wie sie Frankreich gemeinsam mit Belgien 1923 unternommen hatte, als, um die Bestimmungen des Vertrages durchzusetzen, ihre Truppen in weitere Gebiete Deutschlands vordrangen und diese als Faustpfänder nahmen, lag zwölf Jahre später außerhalb aller berechenbaren Möglichkeiten. War es auch unwahrscheinlich, dass es dadurch zu einem Kriege kam, so hätten sich die Besatzer, die Deutschland inzwischen bis 1930 etappenweise verlassen hatten, angesichts der inzwischen im Reich bestehenden Stimmung und der Stärke der Sturmabteilungen (SA) auf Pulverfässer gesetzt. Der Gedanke, derart militärisch zu antworten, ist ernsthaft auch nirgendwo erwogen worden. Gleiches galt für den Einsatz wirtschaftspolitischer Waffen, gegen deren Anwendung sich stets zumindest die kapitalistischen Kreise wandten, denen das eine direkte Einbuße von Profit und Einfluss brachte.

Möglich waren hingegen die Anwendung politisch-diplomatischen Drucks auf das damals international noch weitgehend isolierte und von Misstrauen umgebene Regime und der Aufbau einer stark abschreckenden Gegendrohung, die so beschaffen sein musste, dass sie kriegerische Gelüste der Machthaber in Berlin erstickte und in deren Kreisen Zweifel am außenpolitischen Kurs bewirkte. Das bedeutete nicht unbedingt ein gesteigertes Wettrüsten, denn die verfügbaren Kräfte der Nachbarstaaten Deutschlands waren, wurden sie abgestimmt formiert und auf diese Aufgabe eingestellt, Modernisierungsschritte eingeschlossen, dafür ausreichend, eine deutsche Wehrmacht auf Jahre in Schach zu halten und deren Befehlshaber, die doch nicht auf eine zweite Niederlage erpicht waren, zu Zurückhaltung und Mäßigung zu zwingen. Der ohnehin kriegsunwilligen Bevölkerungsmehrheit im Reich konnte so ins Bewusstsein gerückt werden, wohin sie ein Friedensbruch führen würde. Kurzfristig vermochte ein solcher kollektiver Schritt Hitler und den Seinen freilich politisch die Segel blähen und ihnen Propagandamaterial für eine Trotz-und-Trutz-Gemeinschaft liefern. Doch nicht zu mehr. Das Wissen, dass die „Anderen“ in Gemeinschaft stark und stärker waren, hatte sich in weiten Kreisen mit den noch frischen Erinnerungen an den Ersten Weltkriegs erhalten. Das Schlachtwort „Viel Feind', viel Ehr'“ war außer Kurs gesetzt worden.

In der Tat kam es im Mai 1935 in der europäischen Diplomatie zu Schritten, die als aussichtsreiche kollektive Reaktion auf die deutsche Politik angesehen werden konnten. Beteiligt waren die Sowjetunion, Frankreich und die Tschechoslowakei. Seine Vorgeschichte hatte das Geschehen in einer Wandlung der sowjetischen Außenpolitik, die selbst eine Reaktion auf die Wende in Deutschland darstellte. Mit dem Vordringen der Faschisten an die Staatsmacht ging das „Kapitel Rapallo“ definitiv zu Ende. Mit diesem braunen Diktator, der Revolution und Sozialismus hasste, hatte sich die politische Partnerschaft erledigt, die 1922 eingegangen worden war. Auch die militärischen Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee wurden eingestellt. Nun hatte die permanente – wenn auch nicht permanent militärisch-kriegerische – Bedrohung der UdSSR neue Gestalt angenommen. Die sowjetische Außenpolitik sah sich vor der Frage, ob und wie sie die veränderte Struktur und Tendenz der internationalen Widersprüche in Europa ausnutzen konnte. Ihr neuer Kurs ist unter der Bezeichnung „Politik der kollektiven Sicherheit“ in die Geschichte eingegangen, freilich auch als ein schließlich vollständig gescheiterter Versuch, den deutschen Imperialismus und dessen Verbündete zu bändigen.

Indessen war Moskau zunächst die einzige Regierung geblieben, die eine derart konsequente Überprüfung ihrer Europapolitik vornahm und das Ruder ihrer auswärtigen Beziehungen herumwarf. Bis 1933 hatte ihr unter allen europäischen Staaten Frankreich im Verein mit Großbritannien als der drohende Hauptfeind gegolten, nicht zuletzt wegen dessen Unterstützung für die strikt antisowjetisch ausgerichteten Kleinstaaten vor der Westgrenze der UdSSR. Offenkundig führten auch der Weg zu entspannten Beziehungen mit diesen Staaten und die Abwendung der Gefahr, dass sie sich auf die Seite Nazideutschlands schlugen, über Paris und den Quai d'Orsay.

Zugleich konnte die sowjetische Diplomatie auf ein Interesse in kapitalistischen Kreisen rechnen, sie in das außenpolitische Kräftespiel zu holen, in dem als Folge der Entstehung und der erkennbaren

Pläne des „Dritten Reiches“ eine neue Partie eröffnet wurde. Das äußerte sich in der Einrichtung diplomatischer Beziehungen: mit den USA noch 1933, sodann mit Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Albanien im Verlauf von 1934. Mehr noch belegte das die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund am 18. September 1934, die mit einem Sitz im Völkerbundsrat verbunden war. Zur Hauptfrucht dieser Politik aber wurden die beiden Verträge, die zwischen der UdSSR und Frankreich[8] am 2. Mai in Moskau und der Tschechoslowakei[9] am 16. Mai 1935 in Prag geschlossen werden konnten.

Ihrem Charakter nach handelte es sich um Beistandspakte. Sie enthielten die Verpflichtung, dem Partner unverzüglich zu Hilfe zu kommen, falls gegen dessen Territorium ein unprovozierter Angriff erfolgen sollte. Jedoch wurde die gegenseitige Beistandspflicht im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag daran gebunden, dass Frankreich seinen Verpflichtungen ebenfalls nachkam. Damit war Deutschland, würde es den Nachbarn Tschechoslowakei überfallen, ein Zweifrontenkrieg angedroht. Diese Schritte konnten Hoffnung auf die Bildung eines „regionalen Sicherheitssystem in Osteuropa“ wecken, zu dem es jedoch nicht kam. Auch die naheliegende und nötige Schlussfolgerung, den politischen Verbund durch verbindliche militärische Absprachen zwischen den Generalstäben der drei Armeen funktionstüchtig zu machen, unterblieb, obwohl die Militärführung der UdSSR verschiedenste Schritte unternahm, die Vertragspartner von ihrem Willen und ihrer Fähigkeit zu überzeugen, in Mitteleuropa mit ihren Kräften einzugreifen.

Zu diesem Zweck ergingen Einladungen an die neuen Verbündeten, als Beobachter an Manövern auf sowjetischem Boden teilzunehmen, die auch angenommen wurden. Dabei demonstrierte die sowjetische Armee ihre Luftlandetruppen und die Fähigkeit, der Tschechoslowakei, ohne auf ein Durchmarschrecht Polens oder Rumäniens angewiesen zu sein, auf deren Boden Unterstützung zu gewähren. Wenn auch, wie üblich, die Gefahrenquelle, deren Trockenlegung beabsichtigt war, in den Vertragstexten unbenannt blieb, und sie darüber hinaus als eine alternative Maßnahme ausgegeben wurden, gewählt, nachdem es vorerst zu mehrseitigen Sicherheits- und Beistandspakten (insbesondere einem sogenannten Ostpakt unter Einbeziehung Deutschlands, der baltischen Staaten und Polens) nicht gekommen war, so bestand doch kein Zweifel, dass es die Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands waren, auf die reagiert wurde. Entsprechend fielen die Reaktionen der Nazipresse aus. Sie behauptete, sich auf Reden Hitlers berufend und Bilder der Vorkriegspropaganda von 1914 aufnehmend, die „Einkreisung“ des friedfertigen Deutschlands und veröffentlichte geographische Skizzen, die augenfällig machen sollten, dass sich gegen das Reich eine bolschewistisch inspirierte Verschwörung vorbereite.

Das sowjetisch-französisch-tschechische Vertragssystem war einen Monat alt, als am 18. Juni ·das deutsch-britische Flottenabkommen[10] geschlossen wurde. Es entsprang einem Alleingang der britischen Politik, signalisiert vordem schon durch den Besuch des britischen Außenministers John Simon in Berlin, den der Schatzkanzler Anthony Eden begleitete. Das Treffen, es hatte ungeachtet der eben beschlossenen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gegen Ende März stattgefunden, ließ Kurt Tucholsky im fernen Schweden fragen, ob England – anders als 1914 – im Begriffe sei, „Frankreich im Stich zu lassen“.[11] Auch anderer Blicke richteten sich seit dieser britischen Demonstration von Bereitschaft, Deutschlands herausfordernde Eigenmächtigkeit mit der Aussicht auf Zugeständnisse zu belohnen, wieder und wieder nach London – besorgt und enttäuscht. „Wenn England sich auf Deutschland stützt, wenn die Regierung eine Anleihe von den Engländern bekommt, dann ist kein Ende der Schmach abzusehen“, notierte Victor Klemperer in sein Tagebuch.[12]

---

8 Text in: Handbuch der Verträge. Verträge und andere Dokumente aus er Geschichte der internationalen Beziehungen, hrsg. Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin 1968, S. 275.

9 Ebd., S. 276.

10 Ebd., S. 276-278.

11 Kurt Tucholsky: Die Q-Tagebücher 1934-1935. Hrsg. Mary Gerold-Tucholsky und Gustav Huonker, Reinbek b. Hamburg 1978, S. 235. (Eintragung vom 17. April 1935).

12 Klemperer, Tagebücher, a. a. O., S. 222 (Eintragung vom 5. Oktober 1935 unter dem Eindruck der Meldung über den begonnenen Krieg gegen Abessinien).

Das deutsch-britische Flottenrüstungsabkommen wog umso schwerer, als es im Versailler Vertrag festgeschriebene Bestimmungen außer Kraft setzte, die doch keineswegs nur zwischen Großbritannien und Deutschland getroffen worden waren und nicht nur diese beiden Staaten und deren Interessen betrafen. Die Regierung Baldwin-Chamberlain hatte dem einseitigen Akt der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Deutschland einen ebenso einseitigen Schritt folgen lassen, der den voraufgegangenen indirekt sanktionierte. Das Diktat, das den Weltkrieg beendet hatte, wurde von einer der beiden maßgeblichen Siegermächte – nicht anders als es die deutsche Regierung wiederholt schon getan hatte – wie ein wertlos gewordener Fetzen Papier behandelt. Hitlers Prestige stieg so weiter an und festigte, nach Victor Klemperers Urteil, dessen Stellung „aufs bedeutendste". Der Reichskanzler und Parteiführer konnte sich erneuten Erfolgs rühmen, mit dem die „Schmach von Versailles" getilgt, die „Ketten von Versailles" zerbrochen, ein weiterer Punkt des NSDAP-Programms erfüllt worden sei usw. Die nationalsozialistische Propaganda entfaltete nach dem Vorbild der kaiserlichen um die Seerüstung („unsere blauen Jungs") aus Anlass von Stapelläufen und Jungfernfahrten nationalistischen Lärm und Pomp, der dem Regime im Inneren zusätzlich Anhänger warb. Die zu der erneuten deutschen Aufrüstung zur See ihre Hand reichten und gegen alle ihre Beteuerungen dem Wettrüsten neue Schubkraft gaben, ignorierten die von 1914 bis 1918 gesammelten Kriegserfahrungen ebenso wie sie nicht entfernt glauben mochten, dass ihnen schon in wenigen Jahren die dann entstandene deutsche Flotte, vor allem mit ihren Unterwasserstreitkräften, dermaßen zusetzen würde, wie dies bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein geschah.

Dass dieses Abkommen die Marinerüstung begrenzte, indem es Verhältniszahlen zwischen den Überwasser- und den Unterwasser-Seestreitkräften Großbritanniens und Deutschlands im Verhältnis 100 zu 35 festsetzte, konnte niemand im Ernst annehmen. Die deutschen Werften würden Jahre brauchen, bis sie den vereinbarten Rahmen durch Neubauten vollständig ausgeschöpft haben würden. Warum England dazu seine Hand gereicht und Deutschland insbesondere eine U-Boot-Tonnage in der gleichen Größe wie seine eigene zugebilligt habe, sei ihm schleierhaft, vermerkte der US-amerikanische Korrespondent William L. Shirer in seinem Tagebuch.[13] In seiner Langzeitwirkung kam der Vertrag einem Todesurteil gegen Tausende nicht nur britischer Seeleute gleich, dessen Vollstreckung einige Jahre später erfolgte. Und das, obwohl es an frühen Warnungen nicht fehlte. Nur wenige Tage nach dem Abschluss des Abkommens wurde in Paris der internationale Kongress der Schriftsteller eröffnet. Einer der ersten Redner, Edward Morgan Forster aus Großbritannien, sagte: „... wenn die Nationen weiter Waffen aufhäufen, werden sie nicht mehr anders können, als ihren Unrat von sich zu geben ... Gedanken an einen kommenden Krieg versetzen mich häufiger in Unruhe als Gedanken an meinen eigenen Tod."[14]

Was hatte die Regierung der britischen Konservativen geritten, den deutschen Machthabern und namentlich den Militärs dieses Entgegenkommen zu zeigen? Sie mochten darauf spekulieren, dass die deutsche Flotte ihnen auf längere Zeit ungefährlich sein und sich einzig zum Einsatz in der Ostsee gegen die Sowjetunion eignen werde. Sie konnten damit rechnen, dass die Bindung nicht nur der deutschen Werften, sondern auch vieler Zulieferer an die Aufträge der Reichsmarine die eigene Position auf dem Weltmarkt begünstigte. Politisch aber bedeutete der Schritt eine Distanzierung von dem französischen Hauptverbündeten aus Weltkriegstagen und eine Entgegnung auf dessen Außenpolitik. Von ihr ging ein ermutigendes Signal an jene französischen Politiker und Parteien aus, die Gegner der Maiverträge waren und jede Annäherung und Verbindung mit der UdSSR zum Zwecke der Herstellung kollektiver Sicherheit ablehnten. Wie Ian Kershaw bereits im Hinblick auf den März-Besuch der britischen Regierungsmitglieder bei Hitler bemerkt, hatte die „Appeasement-Politik" ihren Anfang genommen.[15] Darüber erfreut nannte der deutsche Gesandte in Bern, Ernst von Weiz-

---

13 William L. Shirer: Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941, Leipzig 1991, S. 45.

14 Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente. Mit Materialien der Londoner Schriftstellerkonferenz 1936. Einleitung und Anhang von Wolfgang Klein, Berlin 1982, S. 45 f.

15 Ian Kershaw: Hitler 1989-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Stuttgart 1998, S. 697.

säcker, England ironisch das „Land unserer neuen Freundschaft“.[16] Die in London regierenden Kreise wurden nicht nur von einer Fehleinschätzung der deutschen Politik geleitet, sondern in einem – quantitativ unbestimmbaren Grade – von der Erfahrung des Weltkrieges, die besagte, dass Großbritannien wenig gewänne, wenn es seine Kräfte, die es zur Behauptung seiner imperialen Position im weltweiten Empire benötigte, in einem weiteren Kriege mit Deutschland verbrauchte. Das war, wie die Nachkriegsgeschichte des Zweiten Weltkrieges zeigte, eine durchaus reale Einschätzung. Nur hatten die britischen Politiker ihre Fähigkeiten weit überschätzt, sich die erneute kriegerische Herausforderung durch den deutschen Imperialismus auf diplomatischem Wege und auf Kosten Dritter gleichsam vom Halse zu halten. Als ihnen daran selbst Zweifel kamen, war es zu spät. Hitler ging das Risiko eines Krieges mit Großbritannien ein. Er fühlte sich durch die verspäteten Maßnahmen Großbritanniens (Beschluss über ein neues Rüstungsprogramm April 1938, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Mai 1939) in seinen Entschlüssen über den Zeitpunkt des Kriegsbeginns eher vorangetrieben als in Zweifel gestürzt. Hatte er noch im Mai 1939 vor der Generalität das Vorhaben des Krieges gegen Polen an eine Konstellation geknüpft, in der „der Westen aus dem Spiele bleibt“, wenn er das auch nicht als sicher darstellte[17], so bereitete er die führenden Militärs im August 1939 ohne Wenn und Aber darauf vor, dass „auch ... im Westen Krieg ausbricht“. Er verlangte, jeder müsse „die Ansicht vertreten, dass wir von vornherein auch zum Kampf gegen die Westmächte entschlossen waren“, und gab, offenbar um Bedenken zurückzudrängen, eine übertriebene Darstellung des Schwankens und der Schwächen Großbritanniens.[18]

Es war einer der striktesten Antikommunisten und Gegner der Sowjetunion unter den britischen Konservativen, der das Flotten-Abkommen für hochverderblich hielt und das auch sagte. Vier Tage nach dessen Abschluss erklärte er am 22. Juni 1935: „Meines Erachtens wird sich dieses isolierte Vorgehen Großbritanniens für die Sache des Friedens nicht als günstig erweisen.“[19] Dahinter stand die Überzeugung, dass Hitler weder zu bändigen noch die deutsche Aggressionskraft zu kanalisieren sei und England sich in Europa, darunter im Mittelmeer, wie in Asien neuen Verwicklungen ausgesetzt sehen könnte. Doch Churchill war damals ein Außenseiter und die Ereignisse im Verlauf von 1935 stärkten seine Stellung im Lande nicht, sondern schwächten sie vielmehr. Sein Ehrgeiz, mit dem ersten Sprung in das Kabinett, mit einem zweiten auf den Platz des Premierministers zu gelangen, besaß keine Erfolgschancen. Er blieb ein zwar gehörter, 1935 bei den Unterhauswahlen auch wieder gewählter, aber zunächst einflussarmer Politiker. Für die Entwicklung der europäischen Politik wurde das zum Nachteil, wenn sich auch nicht sagen lässt, welche Schritte der buntschillernde Konservative als Herr in Downing Street 10 eingeleitet haben würde, verfocht der doch eine sehr widersprüchliche, den italienischen Imperialismus bei der Eroberung Abessiniens begünstigende, den deutschen aber stoppende taktische Linie.

Großbritanniens Plazet zur Seerüstung Deutschlands zerstörte im Frühsommer 1935 Erwartungen und widerlegte frühzeitige optimistische Urteile, die an die Anbahnung von Schritten zur kollektiven Sicherheit in Europa geknüpft worden waren. So auch die des Botschafters der USA in Deutschland, William E. Dodd, eines „etwas naiven Liberalen“[20], aber unwandelbaren Gegners des Faschismus und Warners vor einem Kriege. Am 19. April hatte er in sein Tagebuch geschrieben: „England, Frankreich, Italien und Russland sind sich einig, zu kämpfen, wenn Deutschland irgendwie einen feindseligen Vorstoß machen sollte. Sie würden selbst für ein völlig aufgerüstetes Drittes Reich ein harter

---

16 In einem Brief vom 20. Juni 1935. S. Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Hrsg. Leonidas E. Hill, Frankfurt a. M. 1974, S. 90.

17 Aufzeichnung des Chefadjutanten der Wehrmacht bei Hitler, Oberstleutnant Rudolf Schmundt über die Ansprache Hitlers vor Befehlshabern und führenden Offizieren der Wehrmacht am 23. Mai 1939 in der Reichskanzlei. In: IMT, Bd. XXXVII, S. 547 ff.

18 Rede Hitlers vor Befehlshabern und führenden Offizieren der Wehrmacht am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg. In: IMT, Bd. XXVI, S. 338 f.

19 Winston Churchill: Der Zweite Weltkrieg, Bd. 1/1, S. 176 f. Zitiert in: W. G. Truchanowski, Winston Churchill. Eine politische Biographie, Berlin 1972, S. 287.

20 So das Urteil von Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J. K. vom Kommunisten zum Wissenschaftler, Berlin 1973, S. 311.

Gegner sein.“ Auf Seiten der Westmächte stünden auch Belgien, die Niederlande, Norwegen, Schweden und das „zitternde Dänemark“. Würden sich auch Österreich, die Tschechoslowakei und die Balkanstaaten durch einen entsprechenden Zusammenschluss gegen Interventionen sichern, dann wäre Deutschland „hilflos, und wenn es weiter aufrüsten sollte, könnte ein wirtschaftlicher Boykott einsetzen.“[21] An dieser Bewertung hielt der Diplomat und Historiker fest, der sich am 6. Mai notierte: „Im Augenblick bereiten Italien, Frankreich, England und Russland ihr Bündnis zur Eindämmung Deutschlands vor.“ Zwar hätte Großbritannien zunächst gezögert, die Sowjetunion einzubeziehen, doch die „gegenwärtige Haltung Deutschlands ist geeignet, England zur Kooperation zu bewegen.“[22] Am 15. Mai schrieb Dodd: „... jetzt, da die Eindämmung Deutschlands durch sogenannte Pakte erfolgt ist“.[23] Wünsche verdarben sein sonst meist nüchternes Urteil.

Schon bald sah sich die europäische Situation auch für ihn viel weniger eindeutig, viel widersprüchlicher an. Zum einen zog sich in Frankreich die Auseinandersetzung über den mit der UdSSR geschlossenen Vertrag hin, worin sich ausdrückte, dass in den herrschenden Eliten über die Beurteilung der Situation und zu ergreifende Maßnahmen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten existierten. Während die Ratifikationsurkunden zum sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag schon am 8. Juni ausgetauscht worden waren, fand die Abstimmung im französischen Parlament erst im folgenden Jahr statt und am 27. März wurden die entsprechenden Papiere überreicht. Da war die Wirkung des Schrittes zu einem Teil bereits verpufft und die Lage weiter zugunsten derjenigen Staaten verbessert, die auf einen Krieg hinarbeiteten. Deutschland war nur Tage zuvor mit seiner Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands eingerückt und hatte damit eine weitere Bestimmung des Versailler Vertrages verletzt und praktisch ausgelöscht. Italien hatte einen Krieg bereits begonnen, nicht auf dem Kontinent, aber im Osten Afrikas. Dass beides straflos geschah, zeigte die Kapitulationsbereitschaft von London und Paris und die Hilflosigkeit des Völkerbundes an, in dem die westeuropäischen Großmächte die Führungsrolle besaßen.

Italiens Truppen waren am 3. Oktober 1935 in Abessinien, einem souveränen Staat und Mitglied des Völkerbundes, eingefallen. Für niemanden überraschend, war doch die Absicht, den eigenen Kolonialbesitz am Osthorn Afrikas auszudehnen, in Rom vordem mehrfach einbekannt worden. Viele sahen den bevorstehenden Schritt als Flucht des Regimes vor ungelösten inneren Problemen an. Im Voraus und insgeheim wurde die Frage von „Zugeständnissen“ erörtert, die dem Aggressor gemacht werden könnten. Prinzipienlose Kalküle gebaren den Plan, indem man Mussolini gewähren ließe, ihn von einem Bündnis mit Deutschland abzuhalten und als Partner an der Seite der Westmächte zu halten. Vom Völkerbund ohnehin halbherzig verhängte Sanktionen versandeten. Es vollzog sich ein weiterer Rückzug gegenüber den Ansprüchen eines faschistischen Staates.

Der Kurs der faktischen Befriedung Deutschlands und Italiens, ihrer Ruhigstellung und – in manchen Köpfen – ihrer Ablenkung nach Ost- und Südosteuropa, gewann an der Wende von 1935 zu 1936 seine Konturen, wenn auch die Entscheidungen darüber, wie weit er alsbald getrieben werden sollte, noch nicht vorhergesehen werden konnten. In England waren die gegen diesen Kurs Opponierenden schwach und wenig aussichtsreich. So war es die Haltung Frankreichs, das sich direkt und stärker von einem deutschen Angriff bedroht sah, an der sich das „Schicksal“ der Idee und der Politik der kollektiven Sicherheit entscheiden musste und die sie schließlich auch zum Scheitern brachte, sie gleichsam in der Wiege erstickte.

Und die fernen Vereinigten Staaten, die 1917/18 in Europa spät geholfen hatten, den kaiserlichen deutschen Militarismus zu schlagen? Was würden sie tun, angesichts des Aufkommens des faschistischen? Franklin D. Roosevelt, seit 1932 Präsident der USA, sah eine Situation entstehen, die

---

21 Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933-1938, hrsg. von William E. Dodd jun. und Martha Dodd mit einer Einführung von Charles A. Beard, Berlin o. J. (5. Auflage), S. 270 f.

22 Ebd., S. 275.

23 Ebd., S. 277.

„Elemente“ enthielt, „welche zu der Tragödie eines allgemeinen Krieges führen“.[24] Doch er kannte und berücksichtigte – 1936 stand erneut eine Wahl bevor und er bewarb sich wiederum um das höchste Staatsamt –, dass die Isolationisten stark waren und sich auf eine verbreitete Stimmung in der Bevölkerung zu stützen vermochten, die besagte, ihr Land sollte sich aus künftigen Kriegen heraushalten und seine Söhne nicht wieder auf Schlachtfelder Europas schicken. Am 2. Oktober 1935, einen Tag vor dem erwarteten Überfall Italiens auf Abessinien, hatte Roosevelt in einer Rede in San Diego/Kalifornien erklärt: „Das amerikanische Volk besitzt nur die eine Sorge und ist lediglich von einem Gefühl beseelt: Was auch in den überseeischen Kontinenten geschehen möge, die Vereinigten Staaten von Amerika werden und müssen sich ... von Verpflichtungen freihalten und frei bleiben ... uns treibt eine harte Entschlossenheit an, solchen Gefahren auszuweichen, die unseren Frieden mit der Welt stören können.“[25] Das war eine Absage an die Politik der kollektiven Sicherheit. Die Regierung in Washington mied jede öffentliche Parteinahme. Ihr Botschafter in Berlin, dem es vor Hitler auch im buchstäblichen Sinne ekelte und der sich über die deutschen Pläne nicht einen Moment einer Illusion hingab, musste sich davon überzeugen, dass er hier nichts auszurichten vermochte, was seine Befürchtungen gemildert haben würde. Es verlangte ihn, seinen fruchtlosen Posten zu verlassen und damit eine Rolle loszuwerden, die auf jene eines bloßen Registrators von Ereignissen und Entwicklungen eingeschränkt blieb. Aus der Rückschau erschien Dodd der Moment, da die Mächte 1935 Italien gewähren ließen, als die vertane Chance: „Wenn unser Land, England und Frankreich im Oktober 1935 gemeinsam gehandelt hätten, hätte Hitler keine Allianz mit Mussolini abschließen können.“[26] Als dies geschrieben wurde, war die deutsch-italienische Allianz bis an den „Stahlpakt“[27] heran gediehen, der die beiden Regime mit dem Blick auf den kommenden Krieg auf Gedeih und Verderb auch militärisch aneinander band.

Auf eine knappe Formel brachte Albert Einstein 1939 rückblickend seine Sicht auf die Ursachen für die „sonderbare Haltung“, die England und Frankreich eingenommen hatten: „Klassen-Interesse vor Staats-Interesse“,[28] Erst dies gab dem außenpolitisch aggressiven Generalkurs der vorgeblich „jungen“ Staaten, als die sich Deutschland und Italien ausgaben, Perspektive. Von dessen vielen Beschreibungen lautete eine aus niederländischer Feder gegen Jahresende 1935 gegebene treffend: „Deutschland wird sich in dem Maße, in dem es weniger zu befürchten braucht, immer weniger gefallen lassen und davon abhängig – unter Kriegsandrohung – höhere Forderungen stellen. Und diese Methode ist sehr gefährlich.“[29] Das Gefühl, dass sich in diesem Jahr 1935 folgenschwere Entscheidungen vollzogen, war verbreitet. Romain Rolland schrieb an die Kameraden und Freunde, die sich zum Internationalen Schriftstellerkongress in Paris versammelt hatten, „zur Verteidigung alles Lebenden“ aufrufend: „Wir befinden uns an einem gefährlichen Wendepunkt der Geschichte ...“[30]

Die Blicke, derer, die das Jahr 1935 durchlebten, mündeten nicht selten in pessimistische Betrachtungen. Ein düsteres Urteil formulierte Kurt Tucholsky, bruchstückhaft und, wie alles, was er damals zu Papier brachte, nicht mehr für die Öffentlichkeit bestimmt. Gewiss, es war auch geprägt von quälenden Krankheitszuständen des im schwedischen Exil lebenden Mannes, der Scharfblick in seinen Veröffentlichungen in den Jahren der Weimarer Republik so vielfach bewiesen hatte. Jetzt, meinte er gelegentlich, sehe er die Welt dunkler und hoffnungsloser noch, als sie in Wahrheit sei.[31] Doch behielt er mit seinen Voraussagen über die künftige Entwicklung Europas recht, wenn er sich auch über die Reihenfolge täuschte, in der sich die Ereignisse später zutrugen. Tucholsky glaubte, es werde – wie

---

24 Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Hrsg. Edgar B. Nixon, Bd. 3, Cambridge 1969, S. 153. Zitiert in: N. N. Jakowlew: Franklin D. Roosevelt. Eine politische Biographie, Berlin 1977, S. 297 f.

25 Ebd., S. 13. Zit. ebd., S. 296 f.

26 Brief W. E. Dodds an Jürgen Kuczynski vom 9. Mai 1939. In: Jürgen Kuczynski, Memoiren, a. a. O., S. 311 f.

27 Text des Bündnisvertrages zwischen Deutschland und Italien vom 22. Mai 1939 in: Reichsgesetzblatt 1939, Teil II, S. 826 f.

28 Brief Albert Einsteins an Jürgen Kuczynski vom 4. Mai 1939. Jürgen Kuczynski, a. a. O., S. 310.

29 Geheimberichte aus dem Dritten Reich, a. a. O., S. 200.

30 Zitiert in: Paris 1935. A. a. O., S. 40.

31 „So negativ ist die Welt nicht, sie sieht nicht einmal so aus, sie sieht für mich jetzt so aus.“ Tucholsky, Tagebücher S. 309 (Notiz vom 9. November 1935).

es ja auch Hitler und die militärische Führung in Deutschland planten und teils faktisch erreichten – nicht zu einem „Generalmassacre“, sondern zu einer Kette von lokalisierten Kriegen kommen[32], die in Osteuropa einsetzen, Polen, die baltischen Staaten und die UdSSR treffen würden. Die Großmacht im Osten könne diesen Krieg, in dem Großbritannien neutral bleiben werde, nur verlieren und der Sieger werde sich „mit Blut vollsaugen“. Erst danach würden die deutschen Eroberer sich mit gestärkter Wucht gegen Westen wenden „und dann wehe Frankreich!“[33]

Schon an der Wende zum Jahr 1935, von dem er voraussagte, es werde „Deutschland einen großen außenpolitischen Aufschwung bringen“[34], glaubte Tucholsky nicht mehr daran, dass dieser Weg Hitlers verbarrikadiert werden könnte. In den beiden Jahren zuvor schienen ihm die Chancen dafür schon vertan. Er hatte sie in einer deutlichen Konfrontation, nicht in der Vorbereitung eines Präventivkrieges erblickt.[35] Ein konsequenter Boykott von der Wirtschaft bis zu den Olympischen Spielen im Jahr 1936 schien ihm geeignet, den Plänen des Naziregimes, dessen innere Widersprüche, namentlich zwischen NSDAP/SA und den Militärspezialisten er ein wenig überschätzte[36], kräftig entgegen zu wirken. Doch nirgendwo sah er in den ausschlaggebenden Hauptstädten Europas – London, Paris, Moskau – dafür Entschlossenheit.

Tucholskys Befund entstammte nicht allein der Beobachtung der Staatspolitik und der Diplomatie der beiden Großmächte im Westen des Kontinents, er gründete sich ebenso auf die Haltung der Volksmassen in diesen Ländern. Denn, meinte er, diese könne nicht betrieben werden, wie es geschehe, wenn jene das nicht zuließen. Wobei er das Desinteressement von Millionen an Maßnahmen zur Bändigung oder vollkommenen Abwendung der Gefahren auch – und namentlich in Frankreich – durch eine als Folge des Weltkriegs noch verstärkte fehlgerichtete Friedensliebe und Kriegsfurcht verursacht sah. Ihm selbst hingegen wurde der Pazifismus als Grundhaltung fragwürdig.[37]

Zwiespältig und auch unschlüssig blieb sein Urteil über die sowjetische Politik, von der er offenbar, und ohne die denkbaren Folgen zu erwägen, meinte, sie müsse auch im Alleingang gegenüber Deutschland die Haltung des Totalboykotts beziehen. Eine Forderung, die mit der in anderem Zusammenhang zu lesenden Bemerkung kontrastiert: „Ich weiß, dass man ohne Kompromisse nicht leben kann. Ich weiß, dass es auch dummen Heroismus gibt, dämliches Heldentum. Mit dem Kopf bummbumm immer an die Wand – das gibt es.“[38] Die Außenpolitik der UdSSR, die sich mit dem Namen Litwinows verband[39], missverstand er dennoch als vollständige Abwendung von den Interessen der arbeitenden Massen in den kapitalistischen Ländern, während doch die Bestrebungen nach einem System kollektiver Sicherheit – die, wie er sah, aber auf den Grund nicht zu analysieren vermochte, freilich nicht ohne problematische Folgen beispielweise für die Politik der französischen Kommunisten blieb[40] – eben auch deren Grundinteresse Rechnung trug.

---

32 Ebd., S. 105, 151.

33 Ebd., S. 207, 209, 234, 236.

34 Ebd., S. 71 (Notiz vom 15. November 1934).

35 „Ich habe einen Interventionskrieg stets für wahnsinnig gehalten ... Zwischen diesem Krieg und einer energischen und klaren Haltung aller Mächte Europas ist noch ein großer Unterschied.“ Ebd., S. 183 (Notiz vom 16. März 1935).

36 Ebd., S. 210 (Notiz vom 3. April 1934).

37 Zur scharf pazifistischen Haltung der Volksschullehrer in Frankreich, die er konstatierte, notierte er am 25. April 1935: „Inwieweit das nun heute richtig ist; wie weit ihre Politik Deutschland gegenüber klar sieht - das ist eine andere Frage.“ Ebd., S. 261.

38 Ebd., S. 319 (Notiz vom 14. November 1935).

39 Tucholsky schrieb in einer Notiz vom 9. April 1935 von den „Drehungen Litwinows ... Die mir übrigens recht armselig vorkommen.“ S. 218. Wie er sich die sowjetische Außenpolitik, abgesehen von der Forderung eines Totalboykotts gegen Deutschland, selbst vorstellte, kann den Tagebuchblättern nicht entnommen werden.

40 Ebd., S. 229. (Notiz vom 12. April 1935). Dort: „Es muß nicht leicht sein, außerhalb Rußlands Kommunist zu sein ... was soll ein französischer Kommunist eigentlich tun? Demonstriert er gegen die zwei Jahr Dienstzeit (die in der französischen Armee eingeführt wurden – K. P.), so können ihm doch die Gegner sagen, und sie tun das auch: Aber wir schließen ja mit Russland, mit Eurem Rußland, ein Militärbündnis, also habt ihr doch ein Interesse daran, uns so stark wie nur möglich zu machen ... Es muß schwer sein.“

Mehr noch enttäuscht war Tucholsky von der Haltung der „westlichen Demokratien“. Hier fand er keine Idee, keinen Charakter, keine Würde, keine Tat, wie er wieder und wieder beklagte. Nicht einmal Instinkt.[41] Folgt man seinen Aufzeichnungen, so hat er einem „russisch-französischen Bündnis“, dessen Möglichkeit er am 30. November 1934 erwähnte, wenig Wirkung zumessen können, sich aber strikt dagegen gewandt, dass sich die britische Politik, die sich stattdessen „mit ihren Dominions abgeben“ solle, bremsend einmischte.[42] Doch bald erloschen auch all seine Hoffnungen, die er einst auf Frankreich und die Franzosen gesetzt haben mochte. Selbst als der sowjetisch-französisch Beistandspakt geschlossen war, sah er die Politik des Quai d’Orsay ohne festen Kurs und unter Laval in alle Richtungen schwanken. „Die Franzosen“, so im Frühherbst 1935 sein Fazit, „gibt es in außenpolitischer Hinsicht schon lange nicht mehr.“[43] „Es ist“, heißt es an anderer Stelle, „wie wenn die Lebenskraft der Franzosen als Weltmacht erlischt ... Frankreich ist nicht, wie die Ochsen sich einbilden, degeneriert, aber müde.“ Wer als Warner auftrete, gelte als Kriegshetzer.[44]

Die Politik des Appeasements, das sah Tucholsky schon nach ihrem Auftakt mit dem Besuch Simons und Edens in Berlin voraus (auf den die Gratulation von George V. zu Hitlers 46. Geburtstag folgte[45]), werde von Stufe zu Stufe hinabführen: „Memel? Danzig? Österreich gefällig? Etwas Korridor? Etwas Russland?“ so notiert er am 28./29. März 1935. „Die Engländer sind das Verderben Europas“, schrieb Tucholsky gegen Jahresende 1935 angesichts der britischen Haltung zu Italiens Eroberungen in Äthiopien.[46] Derlei Scharfsinn und Verzweiflung bezeugende Befunde sah der vor allem auf Zeitungsmeldungen Angewiesene, wie erwähnt, auch seiner Lage und seinem elenden Zustand geschuldet. Doch enthielten sie mehr als ein Körnchen Wahrheit. So auch seine Feststellung: „Man kann sich aber nur aggressiv verteidigen, das ist so, und das ist das, was das im Grunde tief friedliche französische Volk nicht begreift.“[47]

Bevor noch das Jahr zu Ende ging, am 21. Dezember, schied Tucholsky aus dem Leben. Ob er sein Bild von der Perspektive des Krieges und des Friedens mit einem anderen noch verglichen hat, das – anders als sein eigenes – aus höchstem Interesse an eingreifender Politik entstand, ist unbeantwortbar und wohl zweifelhaft. Es wies mit dem seinen Übereinstimmendes und Unterscheidendes auf und wurde im Sommer 1935 auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale gegeben, der in Moskau tagte. Vorgetragen hat es der italienische Kommunist Palmiro Togliatti, der damals im sowjetischen Exil lebte, und versehen wurde es von ihm mit der Kennzeichnung „flüchtige Analyse“[48] , die weit untertrieb, denn der Rede lag wie üblich doch eine Gedankenarbeit zugrunde, an der jedenfalls erfahrene Politiker mehrerer Zungen und auch sowjetische Diplomaten beteiligt gewesen sein dürften. Der Vortrag bot den Extrakt davon.

Wie Tucholsky ging auch Togliatti davon aus, dass Europa einem Krieg entgegensteuerte und das deutsche faschistische Regime die Entwicklung dahin vorantrieb, „der Hauptfeind des Friedens“ sei.[49] Dass der Krieg verhindert werden könne, galt beiden als unmöglich. Die Machthaber in Berlin strebten nach der Hegemonie in Europa[50] und seien von diesem Plan nicht abzubringen, noch sei – diese Möglichkeit wurde gar nicht erörtert, ja nicht einmal erwähnt –, auf ihren Sturz durch innere Kräfte zu rechnen. Nach dem Befund der Kommunisten war der Krieg nahe, der Zeitpunkt seines Beginns jedoch unbestimmbar und dieser allenfalls hinauszuschieben, unsagbar auch, für wie lange.

---

41 Ebd. S. 189 f. (Notiz vom 31. März 1935).
42 Ebd., S. 86 (Notiz vom 30. November 1934).
43 Ebd., S. 300 (Notiz vom 9. Oktober 1935).
44 Ebd., S. 334 f. (Notiz vom 11. Dezember 1935).
45 Der lapidare Kommentar in den Aufzeichnungen: „Stolzes England – stolzes England.“ Ebd. S. 258.
46 Ebd., S. 336 (Notiz vom 11. Dezember 1935).
47 Ebd., S. 300 f (Notiz vom 9. Oktober 1935).
48 Palmiro Togliatti, Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. In: Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront und gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin 1957, S. 210.
49 Ebd., S. 205.
50 Ebd., S. 198.

Doch ihnen verband sich diese Erwartung mit zwei sehr verschiedenen Möglichkeiten: dem Krieg einer Staatengruppe, als deren mögliche Teilnehmer an Polen, südosteuropäische und baltische Staaten gedacht wurde, unter Führung des Deutschen Reiches gegen die UdSSR[51] oder einem Krieg der imperialistischen Mächte gegeneinander, der jedoch, wie immer er begänne, „zwangsläufig die Tendenz haben wird, sich zu verbreitern und unbedingt auf einen Krieg gegen die Sowjetunion hinauslaufen wird.“[52]

Wiewohl betont wurde, dass den Faschisten der sozialistische Staat als der Hauptfeind galt, wurden keine Aussagen über den Wahrscheinlichkeitsgrad des einen oder des anderen Falles getroffen. Dass in erster Linie an einen Krieg gedacht wurde, dessen Gegner die Sowjetunion sein werde, könnte aus dem Kontext indirekt geschlossen werden, doch lässt sich dieser Eindruck auch aus dem Hauptinteresse der Kommunisten erklären, das „Vaterland der Werktätigen“ als die wichtigste Errungenschaft jenes weltrevolutionären Prozesses zu behaupten, den sie mit dem Jahre 1917 begonnen sahen. Wie sich Kommunisten in einem solchen Falle zu verhalten hätten, das wurde bis in Details – der Befolgung der Einziehung in die Armeen der kapitalistischen Staaten und das Überlaufen zur sowjetischen Armee – bestimmt.

Der andere Fall, der bei Gelingen einer kollektiven Sicherheitsfront doch eintreten musste, jedoch sechs Jahre später im Kriege 1941 als Folge von Entscheidungen an der Spitze der deutsch-faschistischen Führung Wirklichkeit wurde, blieb ohne näheren Verhaltenskodex genannt. Davon ausgenommen war nur die Erörterung der inzwischen als Folge der Maiverträge in Frankreich und der Tschechoslowakei umstrittene Frage – auch Tucholsky hatte sich auf sie bezogen -, wie Kommunisten sich in Parlamenten gegenüber der Forderung zu verhalten hätten, dem Militäretat zuzustimmen.[53]

Entscheidende Differenz der beiden Zukunftsbilder aber ergab die mehrfache Hervorhebung Togliattis, dass es in Europa keine lokalisierten Kriege geben[54], sondern, wie immer die militärische Auseinandersetzung begänne, sie sich zu einem allgemeinen, einem Weltkrieg ausweiten werde. Zugleich gab der Kommunist in Umrissen nur, aber doch klar erkennbar eine Vorstellung davon, was ein solcher Krieg angesichts der Entwicklung der Militärtechnik für die Bevölkerung der beteiligten Länder, Frauen und Kinder eingeschlossen, mit sich brächte. Er sprach von einem „Vernichtungskrieg“, in dem es einen Unterschied mehr zwischen Front und Hinterland geben und der alles zerstören werde, „was die Grundlage des Lebens einer modernen kultivierten Nation bildet.“[55]

Deutlich charakterisiert, und hier stimmten die Sichten wieder überein, war die Politik Großbritanniens, die auch auf dem Kongress in Moskau als Deutschlands Pläne begünstigend und den Weg in den Krieg verkürzend bezeichnet wurde. In einem Teil der britischen Bourgeoisie sitze die Feindschaft gegen die Sowjetunion so tief, dass ihre Deutschlandpolitik von dem Interesse geprägt sei, den Faschismus aufzurüsten und ihn gegen die Sowjetunion zu lenken. Was Tucholsky als Mangel an Idee, Charakter und Würde erschien, war hier auf das regierende Interesse zurückgeführt. Dieser Kurs werde freilich nicht bewirken, dass sich das Land aus dem Kriege heraushalten könne. In Frankreichs Bourgeoisie hingegen existierten Kräfte, die an der Erhaltung des Status quo interessiert seien, doch sei auf deren Konsequenz, auch dies sollte sich bestätigen, kein Verlass.[56]

Die Frage von Krieg und Frieden, das drückte nun das geistige und politisch-moralische Fazit der Togliatti-Rede aus, müsse im Denken und Handeln der Kommunisten einen neu bestimmten Platz einnehmen. Das Eintreten für den Frieden sei in den Mittelpunkt zu rücken[57], dem Kampf gegen den Krieg Massenbasis zu verschaffen und deshalb zu den Nichtkommunisten, auch den solange bespöttelten und befeindeten Pazifisten, eine veränderte Beziehung des Zusammenwirkens herzustellen.[58]

---

51 Ebd., S. 202 f.
52 Ebd., S- 205 und 222.
53 Ebd., S. 232 f.
54 Ebd., S. 209 u. 216.
55 Ebd., S. 262.
56 Ebd., S. 210.
57 Ebd., S. 219.
58 Ebd., S. 243.

Jeder Zeitraum, um den der Beginn eines Krieges hinausgeschoben werde, stelle einen Gewinn dar: für die Menschen, gleich wo auch immer, die ihn verabscheuen, für die Sowjetunion, die sich zu stärken vermöge, und auch für das revolutionäre Interesse, das zu seiner Verwirklichung keinen Krieg brauche. Waren Tucholskys Zukunftsbild und auch sein Verhalten von einer tiefen Resignation und von Pessimismus geprägt, so ließ sich, auch wenn manche Kennzeichnung des ablehnenden Verhaltens von Volksmassen zum Faschismus, insbesondere in Italien, übertrieben war, auch aus Togliattis Rede allzu viel Hoffnung nicht schöpfen. Der Satz „Unser Kampf für den Frieden ... hat alle Aussichten auf Erfolg", wofür als Begründung die „Macht der Sowjetunion" und die Behauptung standen, diese habe bereits Kriege verhindert[59], verlor sich im Text der Rede nahezu, die den Eindruck machte, dass bei ihrer Abfassung unterschiedliche Bewertungen der existierenden Möglichkeiten mitgewirkt und auch taktische politische und sowjetdiplomatische Überlegungen in sie hineingespielt hatten. Nimmt man alles in allem, dann war nicht Verhinderung des Krieges, sondern der Aufschub seines Beginns als das allenfalls erreichbare Ziel angegeben. Und dann, wenn das Ungewollte eintrat, sollte der Kampf nach bolschewistischem Vorbild für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg entbrennen.

Was aber, wenn der Krieg einen anderen Charakter besaß? Wenn es doch zu gemeinsamer militärischer Front des sozialistischen Staates mit kapitalistischen Mächten käme? Auch dann waren, hieß es allgemein, „größte Prinzipientreue mit größter Manövrierfähigkeit und größter Elastizität zu verbinden."[60] Dass in Moskau im Hochsommer 1935 dem Paktsystem zwischen der UdSSR, Frankreich und der Tschechoslowakei mit seinen Beistandsverpflichtungen eine besondere Perspektive und den Aggressor zügelnde Kraft zugemessen worden wäre, lässt sich nicht erkennen.

IV.

Der Blick zurück in das Jahr 1935 macht deutlich, dass es in der Geschichte Weichenstellungen gibt, deren verheerende Wirkungen und Folgen sich erst im weiteren Gang der Geschehnisse einstellen, nicht unähnlich dem Missgriff in einem Stellwerk der Eisenbahnen, auf den der katastrophale Zusammenstoß zweier Züge erst später und entfernt folgt. In Europa bahnte sich eine Entwicklung an, der die am Frieden auf dem Kontinent interessierten Staaten nur noch nach dem Grundsatz Einhalt gebieten konnten: „Si vis pacem, para bellum". So unpopulär wie der heute sich darstellt und wie hohl und verlogen zeitgenössische Friedensbeteuerungen und dazu die Begründungen zur Rechtfertigung von Rüstungen, vor allem durch das Aufblasen von Gegnern zu gigantischen „Mächten des Bösen", auch immer sein mögen: Nachdem die Politikergruppe um Hitler sich im Deutschen Reich durchgesetzt hatte und deren Zusammenarbeit mit den Militärs perfekt gemacht war, existierte zur militärisch gestützten politischen Abschreckung keine Alternative. Besänftigung, Befriedung, Versuche, die Träger der Brandfackel vom eigenen Haus auf das anderer abzulenken – das waren keine angemessenen Antworten. Und gegen einen Wirtschaftsboykott, der 1933 als Protest gegen die einsetzende Judenverfolgung versucht und gescheitert war (später auch als inkonsequente und vergebliche Reaktion auf Italiens Überfall auf Abessinien) und der die Hochrüstung Deutschlands womöglich nur verlangsamen konnte, standen Interessen zu vieler Kapitalisten, die aus dieser direkt oder indirekt Vorteile zogen.

Eric Hobsbawm, um am Ende dieses Beitrags noch einmal zu seinen Überlegungen zurückzukehren, schrieb von den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, sie seien „eine für die Linke fast ununterbrochene Katastrophenserie" gewesen. Und nicht nur für sie allein. Für dieses Urteil stehen der Sieg des Faschismus in Deutschland, die Durchsetzung der Appeasement-Politik in England und Frankreich, der späte und inkonsequente Übergang der Kommunisten zu einer Volksfrontpolitik, deren Echo schwach blieb, die verhängnisdrohende innere Entwicklung in der UdSSR, die Niederlage der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg, die erfolgreichen Kriege der italienischen und japanischen Eroberer in Afrika bzw. in Asien. Als eine solche Serie wurde die Entwicklung von jenen, die mitten in den Ereignissen handelten, und das trifft auch für Hobsbawm und seine Genossen in der britischen

---

59 Ebd., S. 219.
60 Ebd., S. 265.

kommunistischen Partei zu, nicht wahrgenommen. Und so fragt sich der britische Historiker, die gute Laune, die er und seine Mistreiter trotz Enttäuschungen und Niederlagen nicht verloren, vor Augen und ohne sich zum Fürsprech von Resignation zu machen: „... hätten wir nicht ein wenig verzweifelter sein müssen?“ Wenn diese Rückbesinnung auf eine Wegscheide europäischer Geschichte, die welthistorische Bedeutung gewann, etwas hergibt, dann die Frage, ob wir mit dem Krieg gegen Jugoslawien und jüngst mit dem nicht beendeten gegen den Irak nicht erneut eine Kreuzung schon hinter uns haben und das wiederum ohne zu wissen, was die gefallenen Entscheidungen noch zeitigen werden. Hätten wir also nicht den Mut der Verzweiflung zusammenzunehmen und in die Waagschale zu werfen?

Eine vertane Chance? Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935 – eine nicht genutzte Chance. Dem Historiker Manfred Weißbecker zum Siebzigsten, PapyRossa Verlag Köln 2005, S. 9-33.

D-Day und Befreiungstag

Jahrestage werfen nicht nur hierzulande ihre Schatten voraus, namentlich, wenn ihnen politische Relevanz zukommt oder zugemessen wird. So auch geschieht es dem bevorstehenden 8./9. Mai 2005, an dem sich zum 60. Male der Tag jähren wird, da der Zweite Weltkrieg in Europa *endete*. Kriegsende, – das ist nicht anders als Kriegsbeginn – eine allgemeine und nichtssagende Bezeichnung zur zeitlichen Fixierung jenes Ereignisses, das die Chroniken der Weltgeschichte für alle denkbaren Zeiten vermerken werden. Wie eine Einordnung oder Wertung vermeiden will, belässt es dabei. Der Erste Weltkrieg begann, der Zweite Weltkrieg endete. Das bietet die „absolute" Wahrheit und bezeugt Verweigerung gegenüber jedem tieferen Blick und Gedankenarmut. Im Hinblick auf Deutschland konkurrieren zur Kennzeichnung dieses Maitages des Jahres 1945 mehrere Begriffe, die jeweils bestimmte Aspekte erfassen: Niederlage, Kapitulation, Besetzung, Vernichtung, Zerschlagung, auch Erlösung und – und zeitweilig wohl am weitesten verbreitet – Zusammenbruch. In Ostdeutschland bürgerte sich früh der Begriff Befreiung ein. In Westdeutschland verbreitete sich diese Kennzeichnung und auch das nur in Grenzen, nachdem sie 1985 Richard von Weizsäcker in einer Rede als Staatsoberhaupt gebraucht und aus seiner Geschichtssicht interpretiert hatte.

Der 8. oder der 9. Mai sind in vielen Ländern besonders Gedenktage geblieben. Im westlichen Nachbarland Frankreich ruht an diesem Tagen nach wie vor die Arbeit. Zeitweilig, bis diese Regelung beim Übergang zur Fünf-Tage-Woche 1967 aufgehoben wurde, war der 8. Mai – wie der auf ihn folgenden Tagen in der UdSSR – auch in der DDR ein staatlicher, also arbeitsfreier Feiertag. Indessen wird die Erinnerung an den Sieg über den Hitlerfaschismus nicht nur an diesem Tage in vielen Staaten gepflegt. Ende Mai 2004 wurden im Zentrum Washingtons eine Denkmalanlage eingeweiht, die an die mehr als 400.000 US-amerikanischen Soldaten erinnert, die in Europa und in Asien im Zweiten Weltkrieg ihr Leben ließen. Von den 16 Millionen Angehörigen der Streitkräfte fanden sich aus diesem Anlass noch Hunderttausende in der Hauptstadt ein. Es wurde errechnet, dass täglich in diesem Lande 1100 einstige Kriegsteilnehmer sterben. Die Jahre, in denen noch Menschen leben werden, die sich an die Kriegszeit zu erinnern vermögen, lassen sich zählen.

In der Bundesrepublik Deutschland, die sich auf ihre Erinnerungskultur viel zugutehält, und in der Historiker mehrerer Generationen eine akribische Forschung zur Geschichte von Faschismus und Krieg geleistet haben und weiter betreiben, der zu recht internationale Anerkennung zuteilwurde, vergeht kein Gedenktag, ohne dass ein Streit mit politischem Bezug oder Hintergrund provoziert wird oder wenigstens der Versuch gemacht würde, ihn anzuzetteln. Kaum war bekannt gemacht, der Bundeskanzler werde aus Anlass des Maitages im Jahre 2005 nach Moskau reisen, wurde gefragt, was er dort an diesem Datum wolle.[1] Das erinnerte mich an ein Vorkommnis aus dem Frühjahr 2004. In Strausberg bei Berlin fragte in einer Diskussion ein Mitglied einer rechtsextremen Gruppe Jugendlicher, die sich unter den Teilnehmern eingefunden hatte, was ein Deutscher eigentlich auf einem britischen oder sowjetischen Friedhof zu suchen habe. Zunächst erklärte ich, warum ich auf der Insel Kreta den deutschen wie den britischen Soldatenfriedhof besucht hatte: Hätten sich die Alliierten bei der Niederringung der Wehrmacht nicht beeilt, wäre ich der Einberufung zuerst zu eben dieser Wehrmacht und dann womöglich ins nach Millionen zählende „graue Heer" nicht entgangen, von dem die Mordspatrioten, den elenden Tod auf den Schlachtfeldern verklärend und verherrlichend, immer behaupten, es ruhe sich von seinen Heldentaten verdientermaßen aus. Das könnte freilich das Motiv des Fragenden und seiner Mitgesellen nicht sein. Doch vielleicht ein anderes: wenn diese Armee nicht gesiegt haben würden, sondern die deutsche von einst, dann wäret ihr heute wahrscheinlich im Ural oder im Kaukasus Kolonialsoldaten des deutschen Imperialismus und kaum in anderer Lage als es die US-amerikanischen Besatzer es im Irak sind. Ob ihm das so gefallen würde wie manchem gefährlich lebenden, dabei gutverdienenden Söldner aus den Vereinigten Staaten und deren Verbündeten, wollten die so Angesprochenen in diesem Kreis nicht sagen.

---

[1] Dazu und zur Entgegnung des Regierungssprechers s. Ralf Klingsieck, 17 Staatschefs, 800 Veteranen, in: *Neues Deutschland* v. 5./6.6.2004 sowie ebenda, Schröder ehrt deutsche Tote.

Zwischen der Frage nach den Antrieben für den Besuch auf einem Friedhof der einstigen Kriegsgegner und der nach den Gründen für eine Reise des deutschen Regierungschefs nach Moskau am Tage des Sieges liegt eine erkennbare Verwandtschaft. Sie bezeugt den geistigen Schulterschluss von rechts zu Rechtaußen. Zwar sind die Kappen oder – aktuell – die Haartrachten verschieden, darunter aber haust, fest eingekapselt, die gleiche Geschichtsvorstellung und in deren Zentrum die verweigerte Anerkennung der Tatsache der Befreiung auch der Deutschen, jedenfalls in ihrer übergroßen Zahl, unter Einschluss der noch nicht Geborenen. Damit hat es nicht sein bewenden. Die Frage beginnen gleichsam erst dahinter und sie mehren sich dort: Befreiung – wovon, wodurch und wozu?

Löste das Reiseziel Moskau augenblicklich Einwände aus, so war das bei der Teilnahme des deutschen Kanzlers an den Gedenkveranstaltungen aus Anlass des Jahrestages der Landung, der am 6. Juni 2004 begangen wurde, nicht der Fall. Die ergangene Einladung, kein Inhaber dieses Amts vor ihm war dorthin gebeten worden, wurde als weiteres Zeugnis deutscher Gleichberechtigung und als Verlängerung des Schlussstrichs unter Vergangenes gewertet. Einzig die Wahl, die der Bundeskanzler für den Besuch eines Soldatenfriedhofs – insgesamt 27 ausländische mit 115.311 Gräbern – hatte treffen lassen, machte Gegenstimmen hörbar. Sie, die auf den vor allem von britischen, aber auch von deutschen Kriegsgräbern geprägten Friedhof in Ranville bei Caen fiel, trug dem Regierungschef von Seiten des Parlamentarischen Geschäftsführers der Landesgruppe der CSU den Vorwurf mangelnder Vaterlandsliebe ein. Der Anspruch und die Schutzbehauptung der alten Waffen-SS-Kameraden, „Soldaten wie andere auch“ gewesen zu sein, erwies sich so als keineswegs erledigt.

Prolog in der Normandie

Charakteristischer als diese Episode am Rande der Normandie-Fahrt war ein Anderes, in Rückblicken kaum Erwähntes. In der deutschen Presse wie auch in den anderen Medien gab es und erhielt sich in diesen Tagen ein Tabuwort. Es heißt: Zweite Front und weist auf die erste, die sowjetisch-deutsche. Zweite Front – der Begriff war den Zeitgenossen geläufig und er ging auch in die Termini der Geschichtswissenschaft ein. Denn die Nummerierung besaß ihre guten Gründe. Die lange Frontlinie im Osten Europas – „vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ hatte es auch im „Russlandlied“ der faschistischen Wehrmacht geheißen, das prompt zum Überfall 1941 popularisiert wurde – war nicht die erste Front des Krieges, aber die erste, an der die Eroberer geschlagen wurden. Dass diese stillschweigend vorgenommene Sprachregelung in einer Gesellschaft, die sich des Pluralismus im Denken rühmt, ungeachtet der bekannten Einwände aus der Wissenschaft gegen Ignoranz, strikt befolgt wurde, ließ für die Art, in der sich der Blick auf den 8. Mai zurück richten würde, einiges erwarten.

Das tat auch die Berichterstattung von den Feierlichkeiten an der französischen Atlantikküste. Die deutschen Tageszeitungen, die allesamt am 7. Juni 2004 mit Berichten vom Ereignis aufmachten, unterschlugen ihren Lesern, aus den dort gehaltenen Ansprachen zitierend, dass zwei Redner unter den gewürdigten Verdiensten der Soldaten der Anti-Hitler-Koalition auch das große der sowjetischen Armee genannt hatten. Das taten der französische Staatspräsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler. Damit war die alsbald in russischen Publikationsorganen kritisierte Nebenrolle, mit der Wladimir Putin sich während seines Aufenthalts auf den einstigen Schlachtfeldern offenkundig einverstanden erklärt hatte, kaum kaschiert. Überhaupt schienen die Berater im Kreml nicht antizipiert zu haben, was sich auf russische Kosten an Geschichtsverbiegung bei dieser Gelegenheit tun werde. Diese gerann in einen Satz: „Die Befreiung Europas begann in der Normandie“. Moskau 1941? Stalingrad 1942/43? Kursk 1943? Oder die sowjetische Großoffensive mit der Bezeichnung „Bagration“, die 14 Tage nach dem Beginn der Operation „Overlord“ wie vereinbart einsetzte, jede Truppenverlagerung von Osten nach Westen unmöglich machte, die Situation der noch in einem Brückenkopf festgehaltenen Briten, US-Amerikaner, Kanadier erleichterte, der deutschen Wehrmacht im Mittelabschnitt der Ostfront ein Debakel größer als das der Stalingrader Schlacht bereitete und bis vor das geschundene Warschau und an die Grenze Ostpreußens führte? Keiner Erwähnung wert.

Nach dem 6. Juni 2004 gehörte keine prophetische Gabe mehr dazu vorherzusagen, in welche Koordinaten der 8./9. Mai 2005 manipuliert werden würde. Denn: die geglückte Landungsoperation wurde

„nicht für alle Deutschen, nicht für alle Europäer zum Beginn des Befreiungsprozesses.“[2] Das Klischee war gefertigt: *Von Westen die Befreier und von Osten – die Besatzer*. Und es erwirbt derzeit in der Bundesrepublik den Rang eines antitotalitären Grundbekenntnisses, das jeder abzulegen hat, der als Demokrat gelten will: „Von einer Befreiung kann man nur reden, wo die Westalliierten standen. Bei der Roten Armee hat sie nie wirklich stattgefunden.“[3] Was also hat ein deutscher Politiker in Moskau zu suchen, nähme er nicht die Reise zum bloßen Anlass, die Interessen der deutschen Bankiers und Industriellen am Russlandgeschäft weiter zu fördern?

Dass die schändliche Frage nach Reisegründen überhaupt gestellt wurde, mag „Ewig-Gestrigen“, und das meint die im Geiste, angelastet werden. Aber die Reaktion darauf – und wo wäre sie angemessen zu finden gewesen – geht auf das Konto der Gesellschaft und ihrer Gedenkkultur. Denn in deren Mitte wird von den formenden Kräften seit Jahr und Tag einem Geschichtsbild zugearbeitet, das mit dem Begriff Sowjetarmee nichts anderes verbindet als wie Nebelschwaden wabernde Vorstellungen von der Flucht und der Vertreibung von deutschen Frauen, Greisen und Kindern, von Schiffsuntergängen in den eisigen Fluten der Ostsee, von vergewaltigten deutschen Frauen, von Massentransporten deutscher Soldaten nach „Sibirien“ in lange, harte und ungerechte Kriegsgefangenschaft. (Daran wird in diesem Jahr noch besonders erinnert werden, denn mit ihm naht auch der 50. Jahrestag des Adenauer-Besuchs in Moskau vom 9. bis 13. September 1955 und die verwirklichte Abmachung über die Freilassung der noch in der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen einschließlich der verurteilten Kriegsverbrecher, die den Rest der ihnen zugemessenen Strafen nicht zu verbüßen brauchten.) Was vorausging, ist erledigt. Schließlich hatten wir die beiden Wehrmachtsausstellungen.

Kann gegenüber der Macht jener geschichtlichen Information, die das Land wie Sturzwellen überspült und deren Urheber sich auf Ursache und Wirkung nicht einlassen, ein 2004 erschienenes Buch wie „Rotarmisten schreiben aus Deutschland“[4] etwas bewirken, dessen Briefdokumente Aufschluss über den Gedanken- und Gefühlshaushalt der Soldaten der sowjetischen Armeen geben, die 1944/45 die Reichsgrenze kämpfend überschritten? Es könnte Leser zu jener bangen Frage zurück fuhren, die sich Zehn-, ja Hunderttausende von Deutschen 1945 stellten: „Wenn die Sieger mit uns das machen, was wir mit ihnen getan haben, dann werden von uns nicht viele übrigbleiben.“ Die Zeitgenossen wussten, was es bedeutete, würde die Rechnung gnadenlos aufgemacht. So wurde sie den Deutschen zu ihrem Glück nicht präsentiert. Die Demontagen und die Lieferungen an Reparationsgütern, um nur an sie – hauptsächlich erarbeitet und bezahlt von Ostdeutschen – zu erinnern, waren nur ein Posten darin und wie verhielt der sich gegenüber dem Unmaß an Zerstörungen, das von der Wehrmacht angerichtet und noch auf ihren Rückzügen planvoll vorgenommen wurde? Heute wird dem Irrglauben jeder Vorschub gegeben, wir seien „quitt“.

Eine Träne für Hitler

Die deutsche Gedenkkultur, nimmt man nicht deren Organisation, Ausschmückung, Selbstinterpretation und erreichte Routine zum Maßstab, sondern ihren Inhalt, ist weitgehend auf dem Hund. Einen Beweis dafür hat gleichsam auf dem Wege zum 8. Mai 2005 der Spielfilm „Der Untergang“ geliefert, der begleitet von einem, wie mehrfach festgestellt wurde, „gigantischen Rummel“ in die Lichtspieltheater gelangte. Bevor das geschah, hatte Joachim Fest nach seinen Aussagen bereits 57 Interviews gegeben. Auch was zum Film kritisch zu sagen war, wurde bereits geäußert, bevor er am 16. September 2004 in den Kinos anlief,[5] ging aber zumeist in der inflationären Vergabe höchster Noten und Lobe unter.

---

2 So der Historiker und Hochschullehrer an der Berliner Humboldt-Universität Heinrich August Winkler im Interview mit der Berliner Zeitung vom 4. Juni 2004, welcher an gleicher Stelle, sich gegen den Vorwurf des Ignorantentums schützend, das Bild von zweierlei Befreiung anruft: „Politisch aber steht die Landung der Westalliierten für eine andere Befreiung als Stalingrad.“ Für welche Befreiung Stalingrad steht, lässt Winkler offen.

3 So die Fassung des Filmproduzenten Bernd Eichinger in einem Interview, das Katharina Dockhom für den Evangelischen Pressedienst (Film 10/2004) mit ihm führte.

4 Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen, hrsg. von Elke Scherstjanoi und dem Institut für Zeitgeschichte, München 2004.

5 Tags darauf lief er mit 40 Kopien auch in Österreich an. Schon zuvor – am 14. September – hatte er seine internationale Premiere auf einem Filmfestival im kanadischen Toronto.

Das galt etwa für einen Kommentar Hans Mommsens, der in einer Rundfunksendung u. a. erklärt hatte, die Rekonstruktion bloßer Fakten ergebe keine Geschichte und „Die Reduktion von Geschichte auf reine Personengeschichte ist überhaupt nicht geeignet, um ein Verständnis der großen historischen Prozesse zu transportieren“.[6] Mit „Geschichtserhellung“, schrieb Thomas Schmid, habe der Film nichts zu tun. Er „ist ein Schinken, nicht mehr und nicht weniger, weder Emanzipation noch Sündenfall, sondern recht belanglos“, in die durch die „endlosen Fernsehserien und Dokumentationen“ längst schon gebildete Reihe „unaufklärerischer Unternehmen“ gehörend[7]. Hätten Einsichten vermittelt werden sollen, dann durfte man sich nicht diesen Bunkertagen[8] zuwenden, entwickelt der Autor weiter, sondern „Lebensabschnitten des Diktators, aus denen zu erkennen war, wie es denn hat kommen können“, so dass eine Frage gestellt und beantwortet würde, die durch die bisherigen Produktionen zugeschüttet“ worden wäre.[9]

Dieses Urteil hat das konservative Flaggschiff der deutschen Zeitungswelt nur drei Tage stehen lassen. Dann nahm einer seiner Herausgeber[10] das Wort, um das „große Kunstwerk“, das „Meisterwerk“ zu rühmen und es als „wichtiges Datum unserer Verarbeitungsgeschichte“ zu feiern.[11] Der Film wurde zur Befreiungstat erklärt und das mit einer höchst mystischen Argumentation. Er behandle irgendetwas vom Rezensenten Unbenanntes, das „uns bis heute verfolgt“. Es würden nämlich die „Überreste des Adolf Hitler“ hineinragen „in unsere Zeit“. Mehr noch: der Autor weiß aus Quellen, die er geheim hält, „dass Hitler auf Nachkriegsdeutschland schaut“. Welche Verfolgung und welchen Verfolger die Deutschen los sein werden, wenn die 13,5 Millionen Euro, die der Film gekostet hat, und dazu ein gehöriges Plus via Kinokassen auf das Konto des Produzenten gespült sind, ist nicht zu erfahren. Zwar sei gesagt worden, der Streifen leiste nichts zum Verständnis des „Dritten Reiches“. Doch da solle abgewartet werden. Könne er doch zum Anstoß eines neu geweckten Lesehungers der Deutschen werden, der sich dann bei Fest, Ian Kershaw oder Sebastian Haffner befriedige.

Der letzte der drei Genannten ist zu vieler Bedauern für immer verstummt. Dem britischen Historiker Kershaw hingegen, Autor der kenntnisreichen und umfänglichsten Hitler-Biografie[12], der als wissenschaftlicher Berater bei anderer ähnlicher Filmproduktion schon mittat, konnte der Film in Birmingham eigens vorgeführt werden und er tat, was erwartet wurde: „ein Triumph“, ein „grandioses historisches Drama“, „glänzender Erfolg“. Diese Urteile wurden den Lesern nur einen weiteren Tag später nahezu ganzseitig präsentiert und mit deutlicher Entgegensetzung zu der Ansicht Schmids. „Hitlers Ende bietet sich für eine Verfilmung geradezu an – sehr viel mehr übrigens als seine Machtergreifung“ schreibt Kershaw ohne jede Begründung. Doch stellt er zugleich lapidar fest: „Hitler kurz vor dem Selbstmord zu sehen, trägt nicht zu einem Verständnis des Phänomens Hitler bei. Von einem Film

---

6 So zitiert der Wiener Standard am 16. September 2004 den emeritierten Bochumer Hochschullehrer, Historiker und Nationalsozialismusforscher, dessen extreme Minimierung der Rolle Hitlers in der Geschichtswissenschaft umstritten blieb.

7 Vom falschen Ende her. „Der Untergang“ ist weder Befreiungstat noch Sündenfall. Sondern ein Film, der dem Rätsel Hitler ausweicht, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 12.9.2004.

8 Das hatten vor „Der Untergang“ bereits andere Filmproduzenten getan: 1972 wurde auf der Grundlage des Berichtes des „Rittmeisters a.D. Boldt“, wie die Reklame hervorhob, „Hitler – die letzten Tage“ gezeigt (mit der Hitlerdarstellung durch Alec Guinness) und 1980 „The Bunker“ (mit Anthony Hopkins). Der Regisseur Hirschbiegel gewann für die Hauptrolle den Schweizer Bruno Ganz. – Das Auftauchen Hitlers in Filmen unterschiedlicher Genres als Haupt- oder auch als Nebenfigur beginnt mit dem denkwürdigen „Der große Diktator“ Charlie Chaplins (1940). Aufsehen erregten im frühen Nachkrieg auch „Der letzte Akt“ (BRD 1955) von Georg Wilhelm Pabst mit Albin Skoda als Hitler und der gesamten auch im „Untergang“ wiederauftauchenden Personage von Goebbels, Himmler, Bormann und Keitel bis zu Fegelein und vordem schon der sowjetische Spielfilm „Befreiung“ (Hitler: Fritz Diete).

9 Schmids hier nicht zu erörternder Alternativvorschlag zielt freilich auch nicht auf mehr als auf eine Darstellung Hitlers als der Führer und Verführer von Massen.

10 Frank Schirrmacher, Die zweite Erfindung des Adolf Hitler. Bernd Eichingers Risiko und Lohn. Sein Film „Der Untergang“ macht das sichtbar, was uns bis heute verfolgt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15.9.2004.

11 Er wurde als der teuerste in der BRD gedrehte Film seit Wolfgang Petersens „Das Boot“ bezeichnet. An seiner Finanzierung aus Steuergeldern waren die bayerische Filmförderung und die ARD beteiligt.

12 Ian Kershaw, Hitler 1989-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Stuttgart 1998 u. ders., Hitler 1936-1945. Aus dem Englischen von Klaus Kochmann, Stuttgart 2000

über Hitlers letzte Tage darf man das auch nicht erwarten."[13] Was denn aber dann? Derlei Einschränkungen hinderten die Werber nicht zu behaupten, es sei „das wichtigste Kapitel deutscher Geschichte" auf die Kinoleinwand gebracht und wieder ein „Stück Aufarbeitung" der Vergangenheit geleistet.[14]

Ärger noch als selbst die ärgste Lobhudelei eines Rezensenten war indessen, was Hersteller und Mitwirkende des Films vorab und begleitend an Geschichtsverständnis über Nationalsozialismus und Hitler äußerten. Das begann mit dem schon zum Reklamerepertoire vieler Autoren und Verleger gehörenden Anspruch, einen weiteren Tabubruch – dazu zu denken die Benotung: Mut – vorgenommen zu haben und setzte sich mit einer Kette von Versuchen fort, dem eigenen Werk außergewöhnliche Verdienste zuzusprechen, vor allem das des tiefen Eindringens in eben noch verborgene Geheimnisse der „braunen" Vergangenheit, ja des Vordringens zu den letzten noch unbeantwortet gebliebenen Fragen, auf welche die weithin geschichtsversessenen Deutschen eine Antwort längst hätten erhalten wollen.

Welcher Mix von Geschäftssinn und Eitelkeit präsentierte sich da, manchmal untermischt mit einem Bedürfnis nach Rechtfertigung! Der Regisseur des Films sagte einem Journalisten: „Ich bin ein Kenner der Geschichte des Dritten Reiches und habe, nachdem ich mich einige Jahre nicht mit dem Thema beschäftigt habe, notgedrungen mein Material wieder vorgeholt: ich habe Joachim Fests Buch ‚Der Untergang' gelesen und die Erinnerungen von Hitlers Sekretärin ..." Diese so erworbene Expertenschaft ermächtigt ihn sodann zu dem Urteil: „In Deutschland wird die Sicht auf das Dritte Reich seit sechzig Jahren pädagogisch konditioniert – das führt nur in die Stagnation."[15] Der Autor des Drehbuches Bernd Eichinger überrascht die Historikerzunft mit der Erkenntnis, „dass erst der Mensch Hitler, der onkelhafte Spinner, der mit dem Hund spielt und Eva Braun küsst, dass erst dieser Mensch verstehbar macht, warum die Deutschen auf den Nationalsozialismus eingegangen sind."[16] Den Deutschen scheint, unerwartet, eine Gruppe von Geschichtsdozenten erstanden, welche die Arbeit der Zunft endlich voranbringt. Diese Neuerer bieten, befand ein anderer Rezensent, nicht nur Erkenntnis, sondern Trost, denn: *Der Untergang* soll den Deutschen „die tröstliche Hoffnung vermitteln, dass sie, auch im Angesicht ihrer extremen Geschichte, eine normale Gegenwart leben können".[17]

Untergang – diese Bezeichnung für die Zerschlagung des Naziregimes, die historisch zugleich auch das 1871 gegründete Deutsche Reich traf, war schon gebräuchlich, bevor sie Joachim Fest zum Titel seines Buches wählte, auf den die Filmemacher zugriffen. Der Begriff, zur Charakteristik der Schlussphase anderer Reiche wie zum Beispiel des Römischen eingeführt, assoziiert zum einen schicksalhaftes Geschehen, zum anderen erinnert er an Naturkatastrophen wie den Untergang Pompejis und Herkulanums oder den freilich auch von Menschen verursachten der „Titanic". Der Begriff richtet Gedanken auf die Betroffenen, die den Untergang erlitten haben. Also können mit ihm Gefühle des Mitleidens erzeugt werden.

Genau das war auch beabsichtigt und zwar in einem Ausmaß, das eine Steigerung nicht mehr denken lässt, sollte doch ein wenig Mitleid der Zuschauenden auch auf den Führer gelenkt werden. Denn „im Moment des Untergangs" war der Oberführer – zwar Rassist, Antisemit, Menschenverächter, gär das eigene Volk hassend – eben doch auch gebeugt, gealtert, von Krankheit geplagt, von Gedanken gequält, von Gefühlen zerrissen, ohne Zufluchtsort wie die Deutschen zu Millionen. Irgendwie – das sind Zitate aus deutschen Zeitungen, die den Film vorankündigten – einer von uns, ein erbärmlicher

---

13 Ian Kershaw, Der Führer küsst, der Führer isst Schokolade. Nach der Premiere: „Einen besseren Film über Hitlers letzte Tage kann ich mir nicht vorstellen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17.9.2004. Ein anderer Rezensent hingegen hat durch die Darstellung des Hitler durch Bruno Ganz gar „etwas von der Struktur des Nationalsozialismus sichtbar" gemacht bekommen, verrät jedoch den Lesern nicht, was das gewesen sei. Gunnar Decker, Wer war eigentlich Hitler? „Der Untergang – ein Film zeigt Geschichte seitenverkehrt, in: Neues Deutschland v. 16.9.2004

14 So in der Berliner Kinoreklameschrift Start v. 16. 9. 2004, S. 28 f.

15 Daher kommen wir. Der Regisseur Oliver Hirschbiegel über seinen Film „Der Untergang", in: *Berliner Zeitung* v. 11./12.9.2004.

16 Zitiert von Bert Rebhandl, Das Experiment. Der Schauspieler Bruno Ganz war festgelegt auf die Rolle des Sensiblen, Einsamen, Melancholischen. Jetzt spielt er Adolf Hitler, in: *Berliner Zeitung* v. 16.9.2004.

17 Andreas Krause, Bleiben Sie übrig. Warm werden wie Hitler: „Der Untergang" von Oliver Hirschbiegel und Bernd Eichinger, in: *Berliner Zeitung* v. 13.9.2004.

Mensch“ und „eine armselige Gestalt“ (beides J. Fest). Der Führer im nationalen Elend selbst ein Elender.

Eine Träne für Hitler erlaubt auch der Rezensent einer „sozialistischen Tageszeitung“ den Filmzuschauern ausdrücklich. Mehr noch, er macht dosiert fließendes Augenwasser zum Kriterium für „humane Substanz“. Das liest sich am Ende seines Beitrages so: „Mitleid mit dem Verbrecher? Wenn man angesichts des Todes irgendeines Menschen – und sei er der größte Verbrecher – bloß in Begeisterung ausbräche und vor Genugtuung johlte (als wäre das die Alternative – K. P.), dann hat man selbst an humaner Substanz eingebüßt.“[18] Wem wäre das in den Sinn gekommen, als die Zwangsverschleppten so vieler europäischer Nationen in ihre Heimat zurückfuhren, die viele nicht wieder erkannten und die manche nicht wiederfanden? Wem, als die Alliierten die Tore der Konzentrationslager öffneten und Bulldozer in Bergen-Belsen die Leichenhaufen in Gruppen schoben? Was soll das heißen, die Deutschen seien jetzt reif, Hitler „auf Augenhöhe“ oder „Auge in Auge“ gegenüber zu treten? Wie viel soll, wie viel muss vergessen werden, um derlei Gefühle aufkommen zu lassen? Und: Welch ein Gelaber! Seit Jahrzehnten, konstatierte ein anderer Rezensent[19], wäre über das Dritte Reich nicht so viel gefaselt worden, und bestätigt meine Aussage sogleich selbst ein weiteres Male. Zudem trägt der Film en détail zu neuer Legendenbildung bei. Sie betrifft vor allem die Darstellung des Chemikers und Arztes, SS-Standartenführer (das entsprach dem Rang eines Obersten der Wehrmacht) Ernst Günther Schenck, der nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1955 seine mehrfach retuschierte Biographie präsentiert hatte.[20]

Treffend die Feststellung eines Kritikers[21], gedruckt, einen Tag bevor der Film in deutschschweizerischen Kinos anlief: „... der wahre Untergang hatte anderswo stattgefunden – in Stalingrad und in der Normandie, in den Todeslagern von Auschwitz und Bergen-Belsen, in den Bombennächten von Dresden und Hamburg, im Alltag quer durchs Land. *Gegen diesen Sog erscheint der Abgang unter der Reichskanzlei durchaus peripher, auf obszöne Weise belanglos, gegenüber dem Leid von Millionen irrelevant*.“ Und der Filmhistoriker und -kritiker Georg Seeßlen schrieb: „*Der Untergang* schildert das Ende des Krieges nicht als Befreiung, sondern als tragische Abfolge von Selbstzerstörung, Opfer und Wiedergeburt. Das ist eine große Lüge, selbst wenn sie aus lauter kleinen Wahrheiten zusammengesetzt ist. Der Faschismus hat keinen Untergang, der Faschismus ist Untergang. Von jenem Anfang an, dessen Ausblendung das Ende in falschem Schicksalsglanz leuchten lässt.“[22] Derlei Wertungen haben nicht gehindert, dass der Film inzwischen in die lange Spur geschickt worden ist, an deren Ende – am 27. Februar 2005 in Los Angeles – die Verleihung des begehrten Oscar für den besten nicht-englischsprachigen Film stehen soll.

Eine dürftige und trübe Quelle

Wohin es mit dem Geschichtsverständnis von Deutschen gebracht ist, davon gibt Auskunft, dass diese Gruppe der filmkünstlerischen Elite der Bundesrepublik – sich an ein Millionenpublikum wendend, ohne dass ihnen ein angewidertes Gelächter entgegenschlägt – die Schrift der Traudl Junge, dereinst Sekretärin Hitlers, als eine von zwei wesentlichen Quellen für ihr Produkt benennen kann. Das und nur das und nicht die stumme Nebenrolle, die die Frau zwischen ihrem 22. und 25. Lebensjahr im Führerhauptquartier gespielt hat, macht ein paar – unter anderen Umständen überflüssige – Worte über ihr Buch nötig.[23]

---

18 Gunnar Decker, Wer war eigentlich Hitler? a. a. O.

19 Frank Rauscher, Bleierne Endzeitstimmung. „Der Untergang“ von Oliver Hierschbiegel wird als eine der wichtigsten deutschen Filme für Diskussionen sorgen, in: *Märkische-Oder-Zeitung* v. 16.9.2004.

20 Zu deren Korrektur s. Christoph Kopke, Der gute Mensch in Hitlers Bunker? Die Rolle des Arztes Ernst Günther Schenck im „Untergang“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 20.9.2004.

21 Martin Mayer, Gleichschritt in den Opfertod, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 22.9.2004. (Hervorhebung von mir; K. P.)

22 Der Untergang, in: Evangelischer Pressedienst Film (10/2004). Zur Stellung des Films „Der Untergang“ in der langen Reihe der Hitlerfilme s. auch Georg Seeßlen, Mensch, Hitler. Vom Scheitern eines Mediums an einem Subjekt. Anlässlich einer herbstlichen Häufung von Filmen über das Dritte Reich, in: *Berliner Zeitung* v. 7.9.2004.

23 Gertraud Junge, wie die Münchenerin nach ihrer Verheiratung mit einem SS-Offizier, einem Diener und Adjutanten Hitlers, den sie im Führerhauptquartier kennen gelernt hatte, im Jahre 1943 hieß, verstarb vor der Präsentation

Mit einer Geschwätzigkeit, die Hitler während der langen Abende bei Rastenburg in Ostpreußen und im bayerischen Berchtesgaden praktizierte, hat Junge Details aus dem Alltag einer Machtzentrale berichtet, die diesen Namen von Stunde zu Stunde immer mehr einbüßte. Für das, was außerhalb des Bunkers tatsächlich geschah, sind ihre Erinnerungen ohne jede Relevanz. Sie bieten auch kaum etwas, was nicht zuvor schon mehrfach berichtet worden wäre.[24] Nichts, das auch nur der längst rekonstruierten Gedankenwelt Hitlers eine unbekannte Facette hinzugefügt haben würde. Stattdessen erfährt der schon seit längerem auf solche Kost gesetzte Leser, dass Heinrich Himmler charmant und liebenswürdig plaudern konnte, dass das auch die Frau des Reichs- und Gauleiters Baldur von Schirach besonders reizend vermochte, dass Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop eine „gute Erscheinung", Rüstungsminister Albert Speer nie betrunken und des Führers Hund Blondi klug war.[25] Der Zeitzeugin ist eine Formulierung gelungen und die am Text Mitwirkenden haben sie zum Druck stehen lassen, die – wäre sie denn nötig – jede zu ihren Gunsten vorgebrachte Entschuldigung rechtfertigen könnte: Wo sie von Hitlers Wirkung auf seine Ratgeber, Generale und Mitarbeiter berichtet, schrieb sie, dass diese „*weiser* waren als ich".[26] Wie sich der Name auch nur eines einzigen Wehrmachtsgenerals an der Seite dieser Führerruine mit dem Gedanken an Weisheit verbinden lässt, mag und muss getrost weiter verborgen bleiben.

Was die Autorin aus dem Führerhauptquartier in den Nachkrieg mitnahm und wie wenig sie – glaubt man dem Entstehungsdatum ihrer Aufzeichnungen 1947/48 – von den Enthüllungen des Nürnberger Prozesses berührt worden ist, das mögen zwei Textstellen verdeutlichen, die dem Lektorat entgangen zu sein scheinen. Im Tone des Bedauerns berichtet Junge von der Erfolglosigkeit des Kurzbesuches, den der Führer dem Duce 1943 in Italien abstattete. „Leider" schrieb sie, „erwies sich Hitlers Besuch bei Mussolini als ziemlich wirkungslos, denn kaum vier Wochen später saß Mussolini als Gefangener in einer anderen Villa und der Faschismus krachte in allen Fugen."[27] Tatsächlich: Leider. Und ihr Kommentar zur Ankündigung ihres Chefs, er werde den Briten die Zerstörungen deutscher Städte durch ihre strategische Luftflotte heimzahlen, liest sich so: „Leider haben sich diese Drohungen nie erfüllt."[28] Da wurde auch nachträglich nicht ein Gedanke, nicht ein Gefühl auf die Briten und die Italiener gewendet, die – Gott sei Dank – überlebten, weil sich des Führers Arme seit 1943 gleichsam beständig verkürzten.

Dass diese Erinnerungen als Kronzeugnis genannt werden, dass die Filmperson Traudl Junge die Sympathien der Zuschauer des Films auf sich zieht, das funktioniert nur, wenn sie als die vollkommene Ahnungslosigkeit hingestellt wird, ahnungsloser noch, als sie sich selbst in ihrem und ihrer Mithelfer Buch vorführte. Auf dessen Seiten kann Glaubwürdigkeit nur über den Ausdruck erheischt, nicht wie im Film durch Mimik und Gestik verstärkt oder hergestellt werden. Und so wird im Buch-

---

ihres Buches, das 2002 erschien. Zu ihrer Biographie s. vor allem die Beiträge von Melissa Müller in: Traudl Junge, Bis zur letzten Stunde. Hitlers Sekretärin erzählt ihr Leben unter Mitarbeit von Melissa Müller, Berlin 2004 sowie Nils Minkmar, Wer war Traudl Junge? Sie hat es sich nie bequem gemacht im Verschweigen der Sympathie für ihren „besten Chef": Auf den Spuren von Hitlers Sekretärin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15.9.2004. Freunde und Bekannte bezeugen, dass sie unter den Folgen ihrer Rolle im Führerhauptquartier schwer gelitten, eine lebenslange Leidensgeschichte durch- und Jahrzehnte nur mit Psychopharmaka überlebt habe. Ihr einen „einzigartigen Mut zur Wahrheit" zuzuschreiben, scheint freilich durch die wiederholt und auch am Eingang des Films zitierte Äußerung, sie könne sich die Jahre nicht verzeihen, nicht gedeckt. Der Autor wurde – dies zum Vergleich – vor Jahren zu einem Gespräch mit einer Sekretärin, die im Apparat Adolf Eichmanns und gelegentlich auch für ihn gearbeitet hatte, in Wien mit dem Bemerken empfangen: „Ich fühle mich schuldig". Vordem hatte sie vor einem österreichischen Gericht als Zeugin erklärt, sie habe gewusst, was den Juden geschehe. Über Erika Scholz und ihre Aussagen vor Gericht s. Kurt Pätzold/Erika Schwarz: „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof". Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994, S. 28, 79 ff., 167 ff, 170 ff.

24 So geschehen seit dem Erscheinen von: Gerhard Boldt, Hitler – die letzten zehn Tage, dessen erste Ausgabe schon 1947 vorlag. Zuletzt vor allem, das Gedruckte kritisch sichtend: Anton Joachimsthaler, Hitlers Ende. Legenden und Dokumente, Augsburg 1999.

25 Traudl Junge, Bis zur letzten Stunde, a. a. O., S. 97, 100, 106 f., 108.

26 Ebenda, S. 123.

27 Ebenda, S. 128.

28 Ebenda, S. 135.

text denn mitgeteilt, dass diese oder jene Information über „Erschießungen, KZ und solche Dinge (! – K. P.)“[29] auch an das Ohr der jungen Frau drangen. Doch werden solche „Geständnisse“ überdeckt durch die bestimmteste Aussage: „Der Regisseur allein kannte das Stück“.[30] Was besagt: Erst als der Vorhang fiel, begann allen andern zu dämmern, woran sie mitgewirkt, was sie aufgeführt hatten.

Das ist der Anspruch auf ein „Nicht mitschuldig“. So bringt *Der Untergang* das Selbstbild Millionen deutscher Zeitgenossen des Krieges und nun schon das Geschichtsbild von Generationen der Nachgeborenen wieder auf das im unmittelbaren Nachkrieg vorherrschende Niveau zurück, wie es beispielsweise aus einer Mitteilung spricht, die unmittelbar nach Kriegsende aus dem Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar erging und mit folgenden Worten begann: „Landsleute! Wir wissen nun alle, dass wir durch den Krieg der Nazis Ungeheures verloren haben. Hitler hat unseren Boden und unsere Lebenskraft ausgesogen, um Granaten zu drehen. Die Granaten sind verschossen. Wir sind arm zurückgeblieben ...“[31] Abgesehen von der Groteske – Hitler als Granatendreher – wird hier fraglos in Umrissen ein großes Gemälde erkennbar, das uns Opfer über Opfer zeigt.

Hitler, so bildet ihn auch diese Mitteilung ab, als Blutsäufer, Monster, Bestie. Das Bild war den Adressaten nicht ungeläufig, nur dass das Ungeheuer bisher die Gestalt des „ewigen Juden“ und des „jüdischen Bolschewisten“ besessen hatte. Die Filmemacher von Der Untergang halten sich etwas darauf zugute, dass es ihnen gelungen sei, das Bestien-Klischee zu vermeiden und Hitler als Menschen darzustellen. Als wäre je ernsthaft geglaubt worden, dass dieser Mann nicht zur Gattung Mensch gehörte. Charakteristiken wie Bestie oder Monster rückten ihn allerdings aus dieser Gattung fälschlich heraus.[32] Doch mit der bloßen Feststellung Mensch, sind die Fragen nicht beantwortet, da beginnen sie erst und die schwerwiegendste lautet: Wie kam dieser Mann an den Platz, den er besetzte, und wie zu der Macht, die er und die sich in ihm verkörperte? Das ist, in einer gewissen begrifflichen Hilflosigkeit, das „Phänomen Hitler“ genannt, in der Geschichtswissenschaft durch Martin Broszat auch als der „Faktor Hitler“ bezeichnet worden.

Freilich: Wer sich für zwölf Tage, die letzten des „Dritten Reiches“ in den Bunker unter der Reichskanzlei begibt, der vermag über diese Gesellschaft – greift er nicht zu Retrospektiven – nichts auszusagen, von ihr nichts zu erfassen. Er legt sich Scheuklappen an und das wiederum passt in die modische Art, sich auf keine tiefer greifende oder gar bohrende Analyse gesellschaftlicher Zustände einzulassen. Sie begegnet jedem, der noch wachen Auges durch die Bundesrepublik geht, auf Schritt und Tritt. Auf den Spielfilm über Hitlers letzte Tage folgte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ein dreiteiliger Dokumentarfilm über seinen Propagandaminister Joseph Goebbels, über dessen Machart ein Kritiker[33] bemerkte: „Um den einen Menschen herrscht gähnende zeitgeschichtliche Leere.“ Und weiter „Das Böse fällt in diesen Sendungen vom Himmel, vielmehr es steigt aus einer Hölle auf, die keinen Ort in der Zeit und im Raum hat.“ Der Rezensent schließt: „In zehn, zwanzig Jahren werden Medienhistoriker diese Produktionen[34] untersuchen, und kein Mensch wird mehr verstehen, warum

---

29 Ebenda, S. 107.

30 Ebenda, S. 118.

31 Den Aufruf unterzeichnete für das Oberregierungspräsidium Dr. Heimerich. Zitiert in Luitwin Bies/Günter Isberner u. a., Völklingen im Zweiten Weltkrieg, Völklingen 1995, S. 125

32 Das tut auch der Titel „Hitler – der Nichtmensch“, unter dem Joachim Fests Hitlerbiografie in Israel übersetzt erschien, was der Autor als vollkommen gegen seine Intention gerichtet bezeichnet hat (vgl. Die Welt v. 13.10.2004). Auf der gleichen Ebene lag die Bezeichnung Monster im Eröffnungsplädoyer des israelischen Generalstaatsanwalts Gideon Hausner für Adolf Eichmann im Prozess des Jahres 1961.

33 Lorenz Jäger, Der fatale Fuß und das Böse in Menschengestalt. Um einen Lenin für Deutschland bittend: Andrea Morgenthaler verfehlt Joseph Goebbels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 4.10.2004. Die Titel der Teile der im Oktober gesendeten Serie lauteten: Teil 1 „Der Scharfmacher“, 2: „Der Propagandachef“, 3: „Der Einpeitscher“.

34 Sie würden sich allein aus den Tagen des Jahres 2004/2005 einem massenhaften Stoff gegenübersehen. Am 24. und 25. September 2004 strahlte RTL den Zweiteiler „Hitler – Aufstieg des Bösen“ (Regie: Christian Dugay) aus, von dem ein Rezensent schrieb, es handelt sich um „Weltklasse-Kitsch“ (siehe Dietmar Dath, Der schon wieder, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24.9.2004). Angekündigt ist für das Frühjahr 2005 u. a. ein dreiteiliger Film des WDR, den die ARD senden wird, über Albert Speer unter dem Titel „Speer und er“ (Heinrich Breloer), eine Mixtur aus Dokumenten, Interviews und Spielszenen mit dem Hitler-Darsteller Tobias Moretti,

man in ein Minimum an historischer Information einmal so viel Geld investiert hat.“ Diese Vorhersage darf bezweifelt werden. Denn: Äußerste intellektuelle Genügsamkeit ist nicht nur anzutreffen, wo es um die Geschichte von Nationalsozialismus und faschistischem Regime geht, womit sich die hier nicht zu erörternde Frage nach ihren Wurzeln stellt.

Belassen wir es bei wenigen Belegen für den Zustand: Anfang August 2004 wurde an den 90. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges erinnert. Er „brach aus“. Niemand hatte ihn eigentlich gewollt. Alle schlitterten und stolperten in ihn hinein. Da wurden Bilder wieder aufgerufen, die seit den bahnbrechenden Arbeiten Fritz Fischers und den parallelen Forschungen in der DDR[35] überwunden zu sein schienen.[36] Am Beginn der sehenswerten Ausstellung von Schätzen der National- und Universitätsbibliothek Strasbourg, die im Herbst 2004 in Stuttgart gezeigt wurde[37], begrüßt den Besucher der Satz: Mit dem Krieg von 1870 und dem Aufstieg Preußens habe zwischen Deutschland und Frankreich eine „Epoche der Missverständnisse“ („une periode de tensions“) begonnen. Die Geschichte samt der nach Hunderttausenden zählenden Toten zweier Kriege – ein Missverständnis. Wer immer auf die Idee kam, es sei in diesen Kriegen um Macht, Einfluss, Vorherrschaft, um Kohle- und Erzlager, um Profite gar gegangen und derlei Antriebe als Faktoren Geschichte bildender Prozesse wertete, wer sich in die Niederungen menschlicher Interessen begibt, erscheint vor solchen „Entdeckungen“ als ein in Dogmen Befangener. Alles war ein Irrtum. Die Tatsache, dass Irren menschlich ist, und die Menschheit wie der Einzelne folglich keinen Schritt gehen kann, ohne dass auch Irrtum im Spiel ist, wird hier aufgeblasen zu einer Epoche bestimmenden Erscheinung. Geschichtswissenschaft: Gute Nacht.

Joachim Fest provoziert diesen Gruß auf seine Weise. Er nennt Hitler in einem Interview[38], in dem er nach seinen Hitlerforschungen und den Film *Der Untergang* befragt wurde: eine „anthropologische Möglichkeit“. Basta. Warum sich derlei Möglichkeit verwirklicht, welche Umstände und Bedingungen aus der Möglichkeit eine Wirklichkeit machen, wird nicht einmal gefragt. Ohne diese Vorgehensweise und deren Beherrschung hat in der Naturwissenschaft niemand etwas zu suchen und zu bestellen. Und so wirkt es kurios, wenn Fest im gleichen Zusammenhang erklärte: „Ich betrachte Hitler ... wie ein Naturwissenschaftler unter dem Mikroskop ein seltsames Reptil.“

Das Ambiente der Bunkerhöhle und der Zeitpunkt, da ist das Reich nicht mehr gab, im Wehrmachtsbericht des 20. April[39], da setzt der Film ein – werden Frankfurt a. O., Seelow, Wriezen, Görlitz, Weißwasser, Bautzen, Spremberg, Soltau, Lüneburg, Magdeburg, Dessau, Bitterfeld, Halle, Leipzig, Chemnitz, Hof, Plauen, Nürnberg, Ansbach als Kampforte benannt, die Mehrheit der Deutschen bereits in den jeweiligen besetzten Gebieten lebte, sich einzig um den morgigen Tag und um das Schicksal von Vermissten und Gefangenen sorgte und an Hitler, der Clique und den Hofschranzen jegliches Interesse verloren hatte, gab – gewollt oder nicht – die Möglichkeit, alle Fragen zu unterlassen, die an die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 und deren Vorgeschichte zu stellen sind zu stellen bleiben. Deren letzte heißt „Warum?“.

---

deren Gesamtkosten übrigens mit 12 Mill. annonciert werden. Womöglich früher schon wird im Winter 2004/2005 „Das Goebbels-Experiment“ (Lutz Hachmeister), eine Gemeinschaftsproduktion von ZDF, Spiegel TV und HMR zu sehen sein, wozu historische Filmdokumente und als Text Auszüge aus den Tagebüchern des Propagandaleiters und -ministers verwendet werden.

35 Deutschland im ersten Weltkrieg. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein; Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche; Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, soeben wieder aufgelegt vom Leipziger Universitätsverlag 2004.

36 Im Einzelnen siehe dazu die Beiträge des Autors: Bleibendes Gegengewicht, in: *Ossietzky* 19/2004, S. 664 ff. und Im Westen nichts Neues, in: *Konkret* 9/2004, S. 37 ff.

37 La Bibliothèque Nationale de Strasbourg in der Württembergischen Landesbibliothek (geöffnet bis zum 23. Dezember 2004).

38 Interview mit Christoph Amend: Was für ein Land? in: *Die Zeit* v. 7.10.2004.

39 Der Wehrmachtsbericht 1939-1945. Bd. 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 547 ff.

Der Film *Der Untergang* ist zwischen der Erinnerung an den D-Day, mit dem die totale Niederlage der Wehrmacht auf 1945 datierbar wurde, und der Erinnerung an den elf Monate später erreichten Befreiungstag auch so etwas wie ein Menetekel. Die Deutschen scheinen zu Millionen reif gemacht für eine anspruchslos glotzende Beschäftigung mit dem, was ihnen als rekonstruierte Geschichte angerichtet und vorgesetzt wird und mit den hehren Absichten der Aufklärung nichts zu tun hat. Dabei wurde ihnen erklärt, sie bekämen einen Film ohne Deutungen zu sehen. Derlei wird sich von einer Ausstellung nicht sagen lassen, die am 2. Oktober 2004 im Deutschen Historischen Museum eröffnet worden und ebenfalls zum Vorprogramm des Jahrestages zu zählen ist. Ihr Haupttitel: „Mythen der Nationen 1945“ mit dem an Kenntnissen, Spürsinn und Kosten zusammengetrommeltes Material, das sinnfällig macht, wie im Wandel der Jahrzehnte in europäischen Staaten, auch die Schweiz wird nicht ausgelassen, in den USA und Israel, an Krieg und Kriegsende erinnert wurde – durch Maßnahmen der Staaten, durch Militärs, Künstler, Publizisten, Schriftsteller. Plakate, Fotos, Zeichnungen und Gemälde, Münzen und Briefmarken, seltener Plastiken, häufig Filmsequenzen erwecken den Eindruck, da sei nichts Wesentliches ausgelassen worden.

Die Berliner Ausstellung, die ein internationales Publikum anzieht, wird durch zwei Aussagen charakterisiert: Erstens verkündet auch sie das Dogma: *Von Westen die Befreier, von Osten die Besatzer*. Während die USA, mit ihnen beginnt der Rundgang, gemäß ihren Kriegszielen als Überbringer und Installateure von Freiheit und Demokratie gezeigt werden, existierte die Befreiung Osteuropas nur in Einbildungen, Ansprüchen und in der Propaganda der Sowjetunion – sie sah sich als „Befreier dieser Länder“. Die sowjetischen Armeen befreiten, wo sie die Wehrmacht vertrieben, Millionen Menschen, die einen in besetzten Staaten wie der Tschechoslowakei und Polen, die anderen in Ländern der einstigen Bündnispartner des Naziregimes, nicht wirklich vom Faschismus, sondern erst „durch die Sowjetunion gezwungen“ und „nach dem Krieg wurden aus diesen Staaten vom Faschismus befreite Länder“.[40] Das Denkmal im Zentrum der Hauptstadt Österreichs, das an die in den Kämpfen um Wien umgekommenen Sowjetsoldaten erinnert, heißt das „sogenannte Befreiungsdenkmal“ und das „Russendenkmal“.

Zweitens wird das Ende des sozialistischen Staatensystems als die Öffnung eines Tores dargestellt, so dass nun auch im Osten und im Südosten des Kontinents der Weg zur Überwindung von „Verdrängung und Mythen“ und zu befreiender Darstellung der Geschehnisse in Krieg und Nachkrieg nicht länger verbarrikadiert wäre. Indessen werde er noch nicht hurtig beschritten, der „kategorische Erinnerungsimperativ des Westens“ – was immer in dieser Worthülse verborgen sein mag – bisher nicht angenommen. Wenn das aber geschehen sein wird, werden alle einstigen Kriegsgegner Deutschlands von ihren letzten noch besetzten hohen Sockeln heruntergestiegen sein, sich ihrer Kollaborateure, ihrer Brutalität, ihrer Grausamkeiten und Verbrechen erinnert haben und bekennen müssen „Wir auch“. Dann ist das alle vereinende, auch zwischen Rhein und Oder akzeptable europäische Geschichtsbild über den Zweiten Weltkrieg geschaffen.

„Dank euch, ihr Sowjetsoldaten“, Dank allen, welcher Nation, welcher Hautfarbe, welchen Glaubens, welcher Weltanschauung auch immer, die ihr die schrecklichste Herrschaft der Moderne zerschlagen, die Gefahr eines Europas unter dem Hakenkreuz abgewendet habt? Kein Gedanke daran, kein Gefühl dafür kann die Ausstellungsmacher beschlichen haben. Die Welt derer, denen mit dem Anblick des ersten Soldaten der alliierten Truppen, die Aussicht auf Überleben und Leben wieder geschenkt wurde, ein Moment, den Primo Levi unvergesslich beschrieben hat[41], diese Welt lag außerhalb ihrer Phantasie. Mit dieser Ausstellung bestätigt das Deutsche Historische Museum: die größere Bundesrepublik hat den „Kampf um die Geschichte“ aufge- und auch da „mehr Verantwortung“ übernommen.

Zudem: Wer Erinnerungen an die DDR besitzt, dem wird erneut die strikte Befolgung eines Hauptsatzes der dominierenden Geschichtspropaganda in der Bundesrepublik auffallen. Er lautet: Je dunkler

---

40 So im Flyer der Ausstellung.

41 Primo Levi, Ist das ein Mensch? Autobiographischer Bericht. Italienisch zuerst 1947, deutsch 1961 und dann in vielen Ausgaben u. a. dtv-Taschenbuch.

die Nacht der DDR, umso heller die Sterne der Bundesrepublik. Im knappen Text zu den Exponaten wie in dem aus zwei Bänden bestehenden Begleitbuch mit nahezu 1.000 Druckseiten haben zwei Autorinnen, hauptberufliche Mitarbeiter des veranstaltenden Hauses, Sätze geschrieben wie: „In der Sowjetischen Besatzungszone musste man vergessen, was wirklich im Kriege geschehen war.“[42] Oder „Der Völkermord wurde nicht thematisiert.“[43] Oder zum Filmplakat: Mit dem Thema Holocaust beschäftigte man sich in der DDR nur, „wenn es im Zusammenhang des Antifaschismus stand.“

An anderer Stelle ist von anderer Autorenschaft generalisierend zu lesen: „Bis in die späten 70er Jahre gab es keine gedankliche Trennung zwischen Zweitem Weltkrieg und Völkermord.“ Der Kontext macht die Auffassung erkennbar, dass die dann vollzogene Trennung als Fortschritt angesehen wird. In Wahrheit aber zerreißt sie, wo sie vorgenommen wurde, für Geschichtswissenschaft und -publizistik in der DDR gilt das übrigens nicht, was zusammengehört und bewirkt, was auf anderen Feldern im Hinblick auf Faschismus und Krieg ebenso zu beobachten ist: Verzicht auf die Benennung der realen Zusammenhänge, der Geheimnisse erzeugt, wo keine sind.

Der 8./9. Mai 1945 ist der Tag, an dem Europa die Schwelle vom Krieg zum Frieden überschritt. Die Waffen schwiegen, nachdem die Kapitulationsurkunden in Reims/Frankreich und in Berlin-Karlshorst unterzeichnet worden waren. Es war erreicht, was die Alliierten vereinbart hatten: Unconditional surrender [Bedingungslose Kapitulation]. Die deutschen Militärführer hatten ihren letzten öffentlichen Auftritt. Für einige, die exponiertesten von ihnen, war ihr nächster der als Angeklagte vor Tribunalen der Siegermächte. Millionen Deutschen galten die Tage des Frühjahrs 1945 später als ihre „Stunde null“, eine Bezeichnung, die sich auch mehrfach als Spielfilmtitel findet. Sie drückte die geistige und mentale Verfassung vieler aus, die – vor den Trümmern ihrer Ideale – neue Lebensziele noch nicht gefunden hatten und deren materielles Dasein ihnen kaum einen Ausweg zu einem als normal angesehenen Leben zu lassen schien. Das Bild von der „Stunde null“ blendet aus, dass der geistigen Leere und Ratlosigkeit bei den Einen, bei den anderen hellwache Reaktionen gegenüberstanden, die bereits zu festen Vorhaben, Planentwürfen und selbst bis in Programme geronnen waren. Wie Großkapital und Großgrundbesitz über das Kriegsende hinweggerettet werden könnten, was 1918 schon einmal gelungen war, beschäftigte diese, wie die „Fehler von 1918“ diesmal vermieden werden könnten, jene. „Deutschland – so oder so“ hatte in der Endkrise der Weimarer Republik ein Buchtitel des US-amerikanischen Journalisten Hubert R. Knickerbocker gelautet.[44] Die Frage, in anderer Alternative, war wieder zu entscheiden.

60 Jahre später könnte der Jahrestag der Befreiung auch Deutschlands und der Deutschen Anlass sein, kritisch zu prüfen, was aus den seinerzeitigen Entwürfen für ein anderes, ein neues Deutschland geworden ist. Dieses Vorhaben würde der nahe liegenden, sich im zeitlichen Vorfeld bereits abzeichnenden Gefahr begegnen, sich selbstgefällig zu versichern, wie herrlich weit wir es doch gebracht haben. Dagegen stehen jüngst auch Erfahrungen der Mehrheit der Ostdeutschen, denen bisher nicht eingeredet werden konnte, dass für sie die Stunde der Befreiung mit jahrzehntelanger Verspätung erst 1989/90 geschlagen habe. Welches Vater- und Mutterland, welches Europa, welche Welt existierte in Hoffnungen, Wünschen, Projekten, Illusionen und Utopien des unmittelbaren Nachkriegs? Was ist aus ihnen geworden? Was gelungen, was gescheitert? Und immer wieder: Warum? Wer sich diesen Fragen stellt, auf den mögen Gefahren von Resignation und Geschichtspessimismus lauern. Werden sie jedoch nicht gestellt, könnten die Folgen weit schlimmer sein.

D-Day und Befreiungstag. In: Michael Klundt (Hrsg.) Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai 1945 und seine Folgen, PapyRossa Verlag, Köln 2005, S. 50-72.

Eine gekürzte Fassung dieses Aufsatzes wurde in Marxistische Blätter, Heft 2/2005, S. 26-33 abgedruckt.

---

42 Mythen der Nationen 1945. Arena der Erinnerungen. Hrsg. Deutsches Historisches Museum, Begleitband zur Ausstellung in 2 Bde., S. 173.

43 Ebenda, S. 187.

44 Der Einband des 1932 in Deutschland erschienen Buches des durch seine Berichte aus der Sowjetunion bekannt gewordenen Reporters, der seine Reiseeindrücke schildert und ein lebendiges Bild von den sozialen Verhältnissen im Deutschen Reich gibt, zeigte eine Hakenkreuz- und eine Fahne mit Hammer und Sichel.

Der Krieg kehrte nach Deutschland zurück

Auf dem Wege nach Karlshorst. Die Befreiung der Deutschen vor 60 Jahren. Auf der Schwelle zum letzten Kriegsjahr: 1. Januar 1945 (Teil 1)

Wie lange dieser Krieg noch dauern werde, hatte sich an der Jahreswende 1943/1944 nicht sagen lassen. Manche Prognosen legten sich damals auf 1946, andere auf 1947 fest. Nun, am Beginn des Jahres 1945, ließ sich absehen, dass die Völker Europas die Schwelle zum letzten Kriegsjahr überschritten, der Sieg der Alliierten und mit ihm der Friede waren erkennbar näher gerückt. Ablesbar war das auch an der militärischen Karte des Kontinents, die sich im eben zu Ende gehenden Jahr entscheidend verändert hatte. In Minsk, Bukarest, Sofia, Athen und Belgrad, in Rom, Paris und Brüssel wehten keine Hakenkreuzfahnen und keine Reichskriegsflaggen mehr. Finnland, Rumänien und Bulgarien, allesamt Verbündete des deutschen Faschismus, waren aus dem Krieg ausgeschieden, Rumänien und Bulgarien inzwischen auf die Seite von Deutschlands Kriegsgegnern getreten. Auch die provisorische Regierung Ungarns, das noch nicht vollständig befreit war, ging diesen Schritt.

Am 11. September hatten Truppen der Westalliierten die deutsche Reichsgrenze bei Trier überschritten; Aachen war am 21. Oktober besetzt worden. Sowjetische Einheiten hatten die ostpreußische Grenze erreicht. Der Krieg kehrte nach Deutschland zurück, von wo er ausgegangen war.

Prekär geworden war die Lage der deutschen Rüstungsindustrie, des Rückgrats der Wehrmacht. Das Erdölgebiet von Ploeşti in Rumänien war verloren. Dies und gezielte Angriffe auf Hydrierwerke im Reich machten die deutsche Luft- und Panzerwaffe immer weniger einsatzfähig. Nun sank auch das Niveau der Ernährung der deutschen Bevölkerung rapide, was deren Lasten zusätzlich vermehrte.

Zwischen Hoffen und Bangen

Dennoch lag auch über dem anbrechenden Jahr viel Ungewissheit. Louis Fürnberg wünschte aus Jerusalem dem in Haifa lebenden Arnold Zweig „ein neues Jahr, wie wir es uns erträumen“. Er meinte: „Es wird viel besser werden, als wir glauben, trotz – trotz ...“. Düster hingegen am 31. Dezember 1944 die Stimmung und die Notiz Victor Klemperers, des im Zugriffsbereich der Gestapo in einem Dresdener Judenhaus Lebenden: „Der Zukunft stehe ich mit geringer Hoffnung und stumpf gegenüber. Es ist sehr fraglich, wann der Krieg zu Ende sein wird.“ Denn in Polen, Ungarn, in der Slowakei, in Italien und den Niederlanden wehrten sich deutsche Armeen nach wie vor gegen das Unvermeidliche: ihre definitive Niederlage und die bedingungslose Kapitulation. Dänemark und der größte Teil Norwegens wurden nach wie vor besetzt gehalten. Von Westen her gelang es den Alliierten nicht, weiter so rasch voranzukommen, wie sie Frankreich hatten befreien können. Und im Mittelabschnitt der Ostfront erfolgte seit Monaten keinerlei Bewegung. Die Befreier brauchten hier wie dort eine Atempause. Eben noch hatten Truppen der Wehrmacht eine Offensive begonnen, die sie – so der Plan – bis Antwerpen führen und die westlichen Truppen der Antihitlerkoalition in eine prekäre Lage führen sollte.

Die ungewisse und unaufklärbare Situation belastete Häftlinge in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen sowie die wenigen im Reich noch lebenden Juden am meisten. Sie wussten, wie sehr ihr Überleben von dem Tempo abhängig war, in dem die Kapitulation des Reiches erreicht werden konnte. Und sie hatten zu fürchten, dass die Machthaber sie womöglich in einer Orgie des Mordens umbrächten, in einem Moment, da die Rettung schon nah war. Zu denen, die solche Ahnungen beschlichen, gehörte Victor Klemperer, der aufgrund seines Schwächezustands von der Zwangsarbeit zwar befreit worden war, aber nun erwartete, dass er beim Herannahen der Front und einer Evakuierung Dresdens „als nutzloser Judengreis fraglos beseitigt“ werden würde. Zwischen Hoffen und Bangen notierte er in sein Tagebuch, vielleicht werde der Krieg „in ein paar Monaten, vielleicht in zwei Jahren“ enden.

„Weiterkämpfen!“

Hitler, der aus der ostfrontnahen „Wolfsschanze“ unfern des ostpreußischen Rastenburg hatte fliehen müssen, war mit seinem Hauptquartier Ende 1944 in die Nähe der Armeen gereist, die den Angriff im Westen vortragen sollten. Er hatte ein für ihn und seinen Stab seit langem eingerichtetes Gelände

bei Ziegenberg im Taunus bezogen. Dort rief er am 28. Dezember die beteiligten Befehlshaber zusammen, um ihnen zu erklären, dass es nicht auf die Verwirklichung der Operationsidee, die inzwischen auch ihm als unerreichbar gelten musste, nicht auf Geländegewinn ankomme, sondern einzig auf das Weiterkämpfen, wofür er jedoch ein überzeugendes Ziel nicht mehr angeben konnte. Dessen ungeachtet taten die Generale, was ihnen befohlen wurde, und schickten die Landser, Angehörige immer jüngerer Jahrgänge, die rasch ausgebildet worden waren, in das tödliche Feuer.

Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, vom Oberbefehlshaber einmal favorisiert, dann wieder abgelöst, inzwischen siebzigjährig, hatte sich ein weiteres Mal reaktivieren lassen und war an die Spitze dieser Offensive in den Ardennen getreten, jener Gegend, aus der die deutsche Streitmacht 1940 in Belgien und nach Frankreich eingefallen war. Von dieser Militärelite war nicht zu erwarten, dass sie unternahm, was ihre Vorgänger 1918 getan hatten, als sie ihren Bankrott eingestanden und von den Politikern des Kaiserreiches verlangten, Wege zum Waffenstillstand zu suchen. Aus diesen Kreisen würde auch kein zweiter Stauffenberg hervorgehen. Sie waren bereit, „bis fünf Minuten nach zwölf“ und „bis zur letzten Patrone“ schießen zu lassen und auch den letzten Soldaten zu opfern.

Tatsächlich führte das Abenteuer im Westen nur zu einem sehr begrenzten und für die Gesamtentwicklung unbeträchtlichen Erfolg. Wer den Wehrmachtsbericht zwischen den Zeilen zu lesen vermochte, entnahm der Ausgabe vom 1. Januar 1945, dass das Unternehmen bereits gescheitert war. Die deutschen Truppen verteidigten sich in einem „Einbruchsraum“ genannten Gebiet und kamen keinen Kilometer mehr voran. Diese erste offizielle Verlautbarung aus dem Oberkommando im neuen Jahr 1945 berichtete auch von den Fronten auf ungarischem, slowakischem und italienischem Territorium über Kämpfe, in denen sich die eigenen Truppen durchweg der Angriffe ihrer Gegner zu erwehren hatten.

Nur von einem Frontabschnitt hieß es, der vergangene Tag sei „ohne besondere Ereignisse“ verlaufen. Das betraf die lange Linie zwischen der Slowakei und dem Fluss Memel, an der sich deutsche und sowjetische Armeen gegenüberlagen. Hier war der Krieg seit September/Oktober gleichsam noch einmal erstarrt, und doch führte gerade von da der direkteste Weg in das Reichsgebiet, nach Ostpreußen und Pommern, in die Mark Brandenburg und nach Schlesien, ohne dass dort größere natürliche Hindernisse der Wehrmacht zusätzliche Chancen der Abwehr noch eröffnet hätten. Und nach Berlin, zur deutschen Hauptstadt, mit deren Eroberung sich wie mit keinem zweiten Städtenamen für die Soldaten der Koalition die Vorstellung vom Triumph und Kriegsende verband.

Ansprache zum neuen Jahr

Hitler hielt zum Eintritt in das neue Jahr eine Rundfunkansprache, deren einziger Zweck es war, das Schwinden der Zuversicht und des Glaubens der Deutschen an eine Wende des Kriegsverlaufs aufzuhalten. Dafür hatte der „Führer“ Konkretes nicht zu bieten. Victor Klemperer, der den Text in einer Zeitung las, die ihm, dem Juden, Bekannte zugesteckt hatten, die Zeitungen abonnieren durften, vermerkte, dass darin die Offensive im Westen nicht einmal erwähnt wurde. Stattdessen war die Rede von neu entstehenden bewaffneten Kampfeinheiten, während doch beim Anblick der seit dem Herbst formierten Volkssturmbataillone niemandem entgangen sein konnte, dass jetzt nach Alter, Kräften und Bewaffnung buchstäblich das allerletzte Aufgebot formiert und gegen einen Feind geschickt wurde, der seine technische Überlegenheit allabendlich durch seine Luftwaffe am Himmel über deutschen Städten demonstrierte.

In gleicher Weise wie sein Idol suchte Goebbels den Durchhaltewillen anzupeitschen, wozu er einen Artikel schrieb, den er in der Wochenzeitung Das Reich drucken ließ, die während des Krieges eigens zur Orientierung und Beeinflussung der geistigen und anderer Eliteschichten gegründet worden war. Mit sicherem Gespür hatte der Propagandaminister wahrgenommen, dass der schleichende Verlust an Vertrauen in die vermeintlich übermenschlichen Kräfte Hitlers die letzte moralische Stütze wegbrechen ließ. Und so versicherte der Demagoge in einem Artikel unter der Überschrift „Der Führer“, Hitler sei, wiewohl von den Anstrengungen der Kriegsjahre gezeichnet, im Vollbesitz seiner Arbeitskraft. Vergleichend rief er die Erinnerung an Friedrich II. von Preußen, den „alten Fritz“ an, der in den Krisen des Siebenjährigen Krieges ein sich auf einen Krückstock stützender greisenhafter

Schlachtenlenker gewesen war, ein den Deutschen aus den Fridericus-Rex-Filmen wohlbekanntes Bild. Die Botschaft war klar: Wenn der geniale Preußenkönig in diesem Zustand schließlich als Sieger aus dem Kriege hervorgegangen sei, könne das Blatt sich auch jetzt noch wenden.

Gefolgschaft schwankt

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Mehrheit der Deutschen den Krieg längst satt. Als der geheime Sicherheits- und Spitzeldienst, der einen kleinen Kreis in der Führung regelmäßig über die Stimmung unter der deutschen Zivilbevölkerung informierte, beständig von der Verschlechterung der Stimmung sprach, wurden die Berichte eingestellt. Diesem „Boten" konnte der Kopf nicht abgeschlagen werden, so wurde er per Weisung zum Schweigen gebracht.

Nichtsdestoweniger blieb den Machthabern nicht verborgen, dass die Gefolgschaft schwankte. Von SS-Verbänden, die im frontnahen Kreis Düren, einer rheinländischen Stadt zwischen Aachen und Köln, stationiert waren, hörte der Reichsführer SS Heinrich Himmler beispielsweise, dass die Bevölkerung „absolut feindlich und abweisend" gesinnt sei. „Der Gruß ‚Heil Hitler'", schrieb er am 26. Dezember 1944 an Reichsleiter Martin Bormann in das Führerhauptquartier, „ist dort absolut unbekannt, selbst bei manchen örtlichen Hoheitsträgern." (also NSDAP-Bonzen – K. P.)

In solchem Verhalten drückte sich kaum politisch bewusste Gegnerschaft zum Regime, sondern meist nur der Wunsch aus, dass nicht die eigene Ortschaft, das eigene Dorf und Anwesen in den letzten Stunden von fanatisierten SS- und Wehrmachtstruppen in Trümmer gelegt wurden. Dies ließ in den kommenden Monaten und Wochen des Krieges – freilich viel zu wenige – Deutsche Schritte ergreifen, um wenigstens die eigenen Lebensgrundlagen zu erhalten. Kennzeichnend nicht nur für Himmlers Denken war der seine Mitteilung an Bormann abschließende Satz: „Vielleicht lassen sich die Verhältnisse durch Einsetzung eines besonders tüchtigen Kreisleiters ändern."

Man müsse, so wurde offenbar immer noch geglaubt, nur brutale und hemmungslos menschenverachtende Macher an die Spitze setzen, um Herr der Situationen und Lagen zu werden. Aus dieser Haltung heraus war auch Himmler, dem es dafür an jeder militärischen Vorbildung und Erfahrung fehlte, von Hitler zu einem hohen Militärbefehlshaber ernannt und an die Spitze einer Heeresgruppe gesetzt worden, eine Praxis, in der sich neben Ratlosigkeit auch wachsendes Misstrauen gegen die Generalität ausdrückten.

Wenn Goebbels Hose Göring passt ...

Die bedrückende Frage, der die Historiker bis heute nachspüren, lautet: Warum haben die Deutschen, Militärangehörige und Zivilisten, die an einen Sieg immer weniger glauben konnten, den Befehlen der Machthaber weiter Folge geleistet? Warum hat Hitler recht behalten mit seiner ständig wiederholten Beschwörung, einen „zweiten 9. November", also eine revolutionäre Erhebung gegen den Krieg und für die Herstellung des Friedens, werde es nicht geben? Und dies, obwohl die Stimmung im Volke nachweisbar verfiel, wovon die heimlich und nur unter Vertrauten erzählten politischen Witze zeugten. Zunächst wurde auf die Frage, wie lange der Krieg noch dauern werde, unter Anspielung auf die sich verschlechternden Lebensmittelrationen gesagt: „Wenn dem Göring die Hose von Goebbels passt." Das war nicht mehr als eine Kritik daran, dass bis in die letzten Kriegstage hinein die Entbehrungen innerhalb der vielberufenen Volksgemeinschaft keineswegs gerecht verteilt wurden. Ende 1944, um ein Beispiel von vielen zu erwähnen, erteilte Himmler die Weisung, aus den Beständen, über die er verfügte, den Kommandierenden Generalen und den Divisionskommandeuren in seinem Namen eine „Weihnachtsgabe" zu senden. Die Aufstellung des Inhalts umfasste „1 Flasche Rotwein, 1 Flasche Weißwein, 1 Flasche Cognac (Delly), 2 Pfund Kaffee, 100 Zigaretten" und sie endete mit „1 Kamm, 2 Stck. Seife". Auch die Industriellen und Bankiers aus dem „Freundeskreis des Reichsführers SS" blieben nicht unbedacht. Himmler befahl, jedem „3 Pfd. Kaffee" zukommen zu lassen.

Wer den Kopf behalten wollte ...

Nun waren die Flüsterwitze herber geworden, und sie bezeugten, dass viele Deutsche über den letzten Tag des Krieges hinauszudenken begannen. Ein berlinisch erzählter ging so: „Eher det ick mir meine

Riebe abhacken lasse, eher jlobe ick am totalen Sieg.“ Ein anderer verhieß: „Sofort nach dem Kriege gibt es genug Butter. Dann werden sämtliche Führerbilder entrahmt.“ Der erste enthält eine Teilantwort auf die Frage, warum der nun auch auf dem Territorium des Reiches geführte Krieg andauerte. Die Drohung an die Soldaten, im Falle einer Befehlsverweigerung oder auch nur von Anzeichen des Defätismus von einem Erschießungskommando niedergemacht zu werden oder am Galgen zu enden, tat ihre Wirkung. Der Terror, der am Beginn des Regimes offen tobte, später seine rohen Formen verlor, um dem Regime in der Öffentlichkeit ein gesittetes Äußeres zu geben, wurde nun zum Zwecke der Abschreckung vor aller Augen praktiziert. Als die schlesische Metropole Breslau Ende Januar „Festung“ werden sollte, wurde der stellvertretende Oberbürgermeister der Stadt, weil er sich nicht strikt an ergangene Weisungen gehalten hatte, nach kurzem Prozess auf den Treppen des Rathauses erschossen. Als „der Russe“ nahe bei Lauban stand, fanden Einwohner von Görlitz, die morgens über den Postplatz zur Arbeit gingen, wenige Meter vom Gehweg auf dem Rasen zwei Leichen von „Verrätern“ ausgelegt. Und so vielerorts. Wer den Kopf behalten wollte, hielt den Mund und funktionierte weiter.

Glaube an Wunderwaffen

Hoffen und Harren machen manchen zum Narren, sagt das Sprichwort. Tatsächlich machten sich noch an der Schwelle des Jahres 1945 viele Deutsche zu Narren. Sie klammerten sich an Wunder, denen überraschende Wenden folgen würden, sie setzten noch immer auf den Führer und dessen vermeintliche Genialität bei der Lösung von Krisen, sie spekulierten auf Zwietracht unter den Alliierten, die Deutschland neue Chancen eröffnen würden, sie hatten den Glauben an Wunderwaffen noch nicht aufgegeben. Diese Unwilligkeit, sich den Tatsachen zu stellen, mischte sich mit der „Furcht vor den Bolschewisten“, die ihnen in Filmen und Romanen, auf Bildern, Karikaturen und Plakaten, wieder und wieder in Meldungen als Ungeheuer und Bestien dargestellt worden waren. Die doppelte Furcht – vor den Eigenen wie vor den Siegern – und der Irrglaube, das wurden die Antriebe, die das Verhalten der Deutschen bestimmten und sie immer tiefer in die Katastrophe geraten ließen. Dazu die Resignation, am Lauf der Dinge doch nichts verändern zu können und das Fehlen selbst einer vagen Vorstellung von einem alternativen Weg.

In dieser Situation, in der das Naziregime in die Phase der Agonie überging, erwies sich auch die Wirksamkeit jener praktischen Lehre, welche die Machthaber 1933 und in den folgenden Jahren aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zogen. Sie hatten nicht nur die Organisationen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in eine tiefe Illegalität getrieben und sie so von ihren früheren Anhängern und Wählern isoliert. Erzwungen worden war zudem die Einstellung der Tätigkeit aller anderen politischen, kulturellen Zusammenschlüsse, die in der Weimarer Republik oder schon im Kaiserreich entstanden waren, sofern sie sich den Faschisten nicht bedingungslos eingliederten. Damit existierte in der Endkrise des Nazistaates keinerlei Kristallisationskern mehr, um den Menschen sich hätten sammeln und von dem aus sie hätten tätig werden können, um zur Herbeiführung des Kriegsendes beizutragen. Der Sicherheitsdienst, die Gestapo, die Zivil- und Militärgerichte und insbesondere die Standgerichte blieben hingegen intakt.

junge Welt, Montag, 03.01.2005, S. 10.

Die FAZ stellt richtig

Nein, derart in einem Irrtum befangen wollte die Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ihre Leser nicht über die Schwelle des Neuen Jahres gehen lassen. Wenn sie auch nicht ausdrücklich und nicht um Entschuldigung bittend mitteilen ließ, welchen Anteil sie selbst an seiner Verbreitung besaß, sie hat doch stillschweigend einbekannt, dass die wochenlang bezeugte warmherzige Teilnahme an den politischen Auseinandersetzungen in der Ukraine anders motiviert war, als sie den Deutschen dargestellt wurde.

Sie erinnern sich schon nicht mehr? Also: Es ging den Ratgebern und Abgesandten, den Berichterstattern und Beobachtern, den Kommentatoren und ins Land geschickten Rednern, den Helfern und Kontrolleuren einzig darum, dass die Werte der westlichen Demokratie und Zivilisation den Dortigen nicht länger vorenthalten, dass fremde Einmischungen abgewehrt, Wahlbetrügereien künftig verhindert würden, also am Dnjepr des Volkes Wille herrschen und befreiende Ordnung einkehren könne. Danach, so die Verheißung, könnten sich auch die Deutschen mit dem fernen Land aussöhnen und befreunden, aus dem – wie nicht vergessen – mancher Sohn 1945 mit einem Sowjetstern an der Mütze, schießend, sogar im Panzerfahrzeug in Deutschland eingedrungen, Frauen vergewaltigt und sich auch sonst wenig zivilisatorisch benommen hatte.

Konrad Schuller hat in der FAZ in einem Beitrag „Westwärts in Kiew“, der den Untertitel „Widerruf“ oder, wenn das zu scharf, „Richtigstellung“ hätte vertragen können, klargestellt: „So, wie sich Russland entwickelt, ist es besser für Europa, wenn die Ukraine nicht zu dessen Vormachtbereich gehört. Die EU kann kein Interesse an einem ‚einheitlichem Wirtschaftsraum‘ im Osten haben, wenn nicht klar ist, ob er nicht eines Tages zu einem Reservat der Oligarchenwirtschaft wird. (...) Russland ist zwar nicht die Sowjetunion, doch dass die ukrainische Steppe nie wieder zur Aufmarschfläche für westwärts gerichtete Panzerkeile werden darf, ist ein konstantes geopolitisches Interesse Europas. Moskau ohne Kiew ist besser für den Kontinent als Moskau mit Kiew.“

Und so ist uns Lehre geworden. Und die Redaktion, Verfechterin europäischer Wirtschafts- und Friedensinteressen, konnte erhobenen Hauptes und ganz frei von Gewissensbissen eintreten ins Jahr 2005.

Ossietzky, 1/2005, 8. Januar 2005, S. 37.

Es „tobt“ die Schlacht

Auf dem Wege nach Karlshorst. Die Befreiung der Deutschen vor 60 Jahren. Von der Weichsel zur Oder – 12. Januar 1945 (Teil 2)

Seit Mitte Dezember begannen die täglichen amtlichen Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) mit Nachrichten von den Kämpfen gegen die westlichen Alliierten. Die Texte sprachen von einer Schlacht, als deren Orte der Raum zwischen Mosel und Maas angegeben wurde. Dann wieder wurden Südostbelgien und Mittelluxemburg genannt oder von der Winterschlacht in den Ardennen berichtet. Schließlich musste, den Wechsel der Situationen und das Scheitern der deutschen Offensive eingestehend, im Januar 1945 gemeldet werden, dass eine Abwehrschlacht im Gange sei und die eigenen Truppen an einzelnen Frontabschnitten gezwungen waren, erobertes Terrain wieder aufzugeben. Während dieser Wochen vollzog sich am wichtigen Mittelabschnitt der Ostfront, von wo durch Tiefebenen der direkteste Weg ins Reich führte, keine Bewegung.

Ruhe vor dem Sturm

Konstantin Simonow, der Schriftsteller und Kriegskorrespondent, der in den Kriegsjahren wie wenige an den Fronten ebenso wie tief im sowjetischen Hinterland herumgekommen war, schrieb in seinen Erinnerungen, er sei während des ganzen Krieges nie beauftragt worden, „die Vorbereitungen einer Offensive zu beschreiben“. Immer war er erst am Beginn einer Angriffsoperation an die Fronten gelangt. Dennoch besaß er eine klare Vorstellung davon, was in „jenen anstrengenden Tagen und Wochen“ geschah, „wenn sämtliche Organe der Front und der Armeen – Kriegsräte, Politabteilungen, Stäbe, rückwärtige Dienste – alles in ihren Kräften Stehende tun, um die objektiven Voraussetzungen für ein erfolgreiches Anlaufen der Offensive zu schaffen“. Dann sei es nicht nur um die Konzentration der Kampftechnik, die Bereitstellung von Munition, Lebensmitteln, Treibstoffen und Transportmitteln gegangen. Die beabsichtigten Ziele wurden auf Stabskarten vorausgeplant, erörtert und geprüft, Übungsschießen durchgeführt, das Übersetzen über Flüsse geprobt, die Infanterie darin geschult, hinter der Feuerwalze herzulaufen. Die Menschen, „die ins Feuer sollten“, schrieb Simonow, mussten auch moralisch auf das Kommende eingestellt werden.

So ging es auch zu, als sich die sowjetischen Truppen der 1. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front an der Jahreswende 1944/1945 darauf vorbereiten, die Winteroffensive zu eröffnen. Ihnen war die Hauptlast der Operation zugedacht, während weiter nördlich die 2. und 3. Belorussische Front Ostpreußen erobern und nach Pommern vorstoßen sollten. Geführt wurden die im Zentrum eingesetzten Truppen von den kriegserfahrenen Marschällen Georgi Konstantinowitsch Shukow, der Stalins Berater im Hauptquartier und dessen Stellvertreter als Oberster Befehlshaber war, und Iwan Stepanowitsch Konew – Namen, die in der DDR lange gegenwärtig blieben, u. a. dadurch, dass Schulen, die im Gebiet des einstigen Kampfweges von Armeen der 1. Ukrainischen Front lagen, so eine in Berlin-Treptow und die Sorbische Oberschule in Ralbitz den Namen Konew trugen, der auch Ehrenbürger von Berlin-Ost war, bis die Wende diese Erinnerungen auslöschte. Zudem erschienen beider Memoiren in DDR-Verlagen in deutscher Übersetzung und fanden eine erhebliche Zahl von Lesern. Nicht nur diese beiden Marschälle wussten, welche Bedeutung der Offensive für das gesamte weitere Kriegsgeschehen zukam, dass ihr erfolgreicher Verlauf auch die Armeen der Westalliierten entlasten und zur Festigung des Bündnisses der Alliierten beitragen sollte.

Die Eröffnung der Schlacht

Am 12. Januar 1945 schickte ein deutscher Hauptmann, der seit Jahren ungefährdet an Leib und Leben als Besatzungsoffizier in Warschau stationiert war, seiner Frau nach einem Besuch in der Kantine, in der es „allerlei Sachen zu kaufen“ gegeben hatte, einige dort erworbene Kämme, von denen er meinte, dass sie in der Familie, als Geschenke oder auch als Tauschobjekte, gebraucht werden könnten. Die beiliegende knappe, nur wenige Zeilen umfassende Nachricht schloß mit den Worten: „Mir geht es gut.“ Fünf Tage später befand sich Wilm Hosenfeld, dessen Name und Biographie kürzlich durch den Spielfilm „Der Pianist“ und mehr noch durch den veröffentlichten Band mit seinen Kriegsbriefen bekannt wurde, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, die er nicht überlebte. Dass

Warschau sich nicht mehr in deutscher Hand befand, teilte der Wehrmachtsbericht im Klartext nicht einmal mit. Das machten andere Angaben über Kampforte unzweifelhaft. An jenem 12. Januar hatte die sowjetische Offensive an der Ostfront begonnen.

Drei Tage später, in der Nacht zum 15. Januar 1945, hörte Victor Klemperer von einem Leidensgenossen, mit dem er wegen eines weiteren Fliegeralarms im Judenhaus in Dresden im Luftschutzkeller zusammenhockte, das OKW habe gemeldet, dass die Ostfront im Mittelabschnitt wieder in Bewegung geraten sei. Aus britischer Quelle wusste sein informierter Gesprächspartner, dass sowjetische Truppen auf Krakau und in Richtung Oberschlesien vorstießen. Das OKW hatte am 13. Januar, nachdem von Kämpfen in den Ardennen, im Elsass und in Italien berichtet worden war, amtlich mitgeteilt: „An der Weichselfront hat die lange erwartete Winteroffensive der Bolschewisten begonnen." Es seien bei Baranow „nach außergewöhnlich starker Artillerievorbereitung [...] erbitterte Kämpfe" entbrannt. „Nebenangriffe" wären zerschlagen worden. Wer solche Sätze zu lesen verstand, und viele Deutsche waren darin inzwischen geübt, entnahm, dass im Gelände des Hauptangriffs nichts erreicht worden war und sich die eigenen Kräfte auf dem Rückzug befanden.

Nur noch an den folgenden drei Tagen wurde die Ostfront an hinterer Stelle der Berichte erwähnt. Dann rückte sie auf Platz eins vor. Am 17. Januar: Die Lage habe sich verschärft, 18. Januar: Kämpfe von „unverminderter Heftigkeit", 19. Januar: Es „tobt" die Schlacht. Nun fielen Städtenamen, die über das Desaster keinen Zweifel mehr ließen. Eine Woche nach dem Beginn der Offensive war der gleichen Quelle zu entnehmen, dass bereits in den Straßen von Krakau, der Hauptstadt des von den Faschisten 1939 errichteten Generalgouvernements, und in Litzmannstadt gekämpft werde, dem polnischen Łódź, das im Osten des dem Reich zugeschlagenen „Warthegaus" lag. Am 20. Januar wurde eingestanden, beide Städte befänden sich in der Hand der sowjetischen Truppen.

Feldmarschall „Heldenklau"

Hitler reagierte schon auf die ersten Meldungen von den Rückzügen und Fluchten wie er es seit den ersten Misserfolgen und Rückschlägen an der deutsch-sowjetischen Front im Jahre 1941 getan hatte, als er den Oberbefehlshaber des Heeres ablöste, sich selbst auf diesen Posten setzte und auch Oberbefehlshaber von Heeresgruppen, die den „Blitzsieg" nicht hatten erringen können, in die Reserve versetzte. Nun stellte er Ferdinand Schörner, der bis dahin die von sowjetischen Truppen eingeschlossenen deutschen Truppen in Kurland befehligt hatte, an die Spitze der Heeresgruppe Mitte, deren Armeen und Korps sich weitgehend in Auflösung befanden. Damit war ein Militär vom Typ „Heldenklau" an die nun kritischste Stelle der Ostfront beordert. („Heldenklau" nannte der Wehrmachtsjargon einen Offizier, der versprengte Soldaten zu neuen Kriegseinsätzen zwang.) Mit dessen Oberbefehl ist die Geschichte der zeitweiligen Stabilisierung der Front und damit der Verlängerung des Krieges verbunden, mehr noch, der Erinnerung an einen der brutalsten Generalfeldmarschälle (dazu ernannte ihn Hitler am 5. April 1945) des Zweiten Weltkrieges, der nicht nur die Soldaten bedenken- und gnadenlos in aussichtslose Schlachten und Gefechte hetzte, sondern sie vor die Wahl des möglichen Todes im Kampf, des sicheren Sterbens durch Kugeln eines Erschießungskommandos oder aber hängend am Strick eines Galgens oder eines Straßenbaums stellte. Marschall Schörner aktivierte das blutige Regiment der Feldgerichte.

Der Mann, der den Tod Tausender Soldaten auf dem Gewissen hatte, wurde wegen seines Regimes als Wehrmachtsbefehlshaber im Jahr 1957 in der Bundesrepublik, und das wollte etwas heißen, zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er zwei Jahre absaß. Schörner fiel, auch weil er bei Kriegsende sich in Zivil hatte davonstehlen wollen, während seine Soldaten in Gefangenschaft transportiert wurden, aus aller Traditionspflege der Bundeswehr heraus. Als der Militarist mehr als 80jährig starb, informierte das Bundesverteidigungsministerium vorsorglich darüber, dass die Teilnahme von Angehörigen der Bundeswehr an seiner Beisetzung auch in Zivil unerwünscht sei. Aber auch dieser Feldherr hatte nur bremsen, nicht aufhalten können, was sich zwischen Weichsel und Oder vollzog.

Frauen und Kinder auf der Flucht

Immer häufiger lasen die Deutschen in den Berichten ihnen vertraute Orts- und Städtenamen: masurische Seenplatte, Rominter Heide, Gumbinnen, Insterburg, Tilsit, das Kurische Haff. Am 22. Januar informierte der Bericht von Kämpfen, die östlich von Oppeln in Schlesien stattfanden. Damit hatte die Offensive den Oberlauf der Oder erreicht. Klemperer in Dresden quälte die Frage, ob sie noch einmal zum Stehen gebracht würde. „Todesnähe und Erlösungsnähe: die Russen vor Krakau, die anglo-amerikanischen Bomber über uns, die Gestapo hinter uns“, lautete seine Eintragung vom 18. Januar 1945.

Kein Wort enthielten die amtlichen Nachrichten aus dem Führerhauptquartier in all diesen Tagen darüber, was mit der deutschen Zivilbevölkerung geschehen sei, deren Wohnorte sich nun im Kriegsgebiet befanden oder schon in des Gegners Besitz gelangt waren. Briefe von Soldaten bezeugen die grassierende Besorgnis um das Geschick der eigenen Ehefrau, der Kinder und Eltern, wenn sie diese dort gewusst hatten, wo nun „der Russe“ stand. Fluchtartig oder organisiert hatten sich die deutschen Zivilisten nach Aufrufen der Wehrmacht und der örtlichen Führer der NSDAP und staatlicher Behörden westwärts aufgemacht, dem Tod während der Kämpfe zu entkommen sowie den „Bolschewisten“, die ihnen die Propaganda seit Jahren als Verbrecher dargestellt hatte. Später sind diese Züge als Rettungstaten dargestellt worden. Das waren sie nach den Antrieben derer, die sie in Bewegung setzten, zum wenigsten. Inmitten deutscher Kinder und Frauen ließ sich schlecht schießen. Und wo sich die Wehrmacht „absetzte“, sollte dem Feind menschenleeres Gebiet überlassen bleiben, in dem er auf keinerlei Hilfskräfte traf.

Zudem gaben Massenflucht und -deportation das Argument her, an der Front müsse fanatisch weitergekämpft werden, um Frauen und Kinder zu schützen. Deren lebenserhaltender Schutz wäre das Eingeständnis der Niederlage und das Angebot des Waffenstillstands und der Kapitulation gewesen, eine viele Tausende und Zehntausende Menschenleben rettende Tat, zu der freilich nur ein Weg geführt hätte, der über Hitlers Leiche. Doch auch jetzt fand sich in seiner Umgebung und unter jenen, die sonst zu ihm Zutritt hatten, niemand, der dies auch nur geplant haben würde. Vom Führerhauptquartier bis in die Schützengräben und Luftschutzkeller erhielt sich eine Atmosphäre des Gehorchens und Funktionierens, der Stumpfheit und Dumpfheit des Weitermachens. Und nicht wenige hatten sich vom Wunderglauben noch nicht abgewandt. Zudem entstanden im Verlauf der Offensive an einzelnen Frontabschnitten für die Angreifer auch ungünstige Kräfteverhältnisse und Lagen.

Rummel um Lauban und Kolberg

An den Ufern der Lausitzer Neiße tobten langwierige Kämpfe um die jeweiligen Brückenköpfe. Seit dem 18. Februar wurde der Name der niederschlesischen Stadt Lauban Tag für Tag im deutschen Wehrmachtsbericht genannt. Obwohl ihr Verlust nicht bekanntgegeben worden war, hieß es am 8. März überraschend: „Die Stadt ist befreit.“ Die Propaganda beutete das für die Gesamtentwicklung unbedeutende Ereignis augenblicklich aus. Minister Goebbels begab sich mit Kameraleuten zu einem Kurzbesuch nach Lauban, um dort Soldaten, darunter milchgesichtige, mit Orden zu dekorieren und fuhr von da ins nahe Görlitz, wo er vor herbeibeorderten Getreuen in einer Stadthalle seine – übrigens letzte – öffentliche Rede hielt. Die Wochenschau übernahm sie, um den Streifen im verbliebenen Teil des Reiches den weniger werdenden Kinobesuchern vorzuführen. Ungleich mehr dürften die gespenstisch anmutende Szene erst lange nach Kriegsende in Ausschnitten als Teil von Dokumentarfilmen gesehen und bemerkt haben, dass die Aufnahmen, verglichen nur mit jenen von der Kundgebung „Wollt ihr den totalen Krieg?“ 1943, eine veränderte Atmosphäre festhielten. Ärmlich gekleidete, abgehärmte Männer, insgesamt nur das Grau-in-grau dieser Tage vermittelnde Bilder waren zu sehen und dazu ein Redner, der vor ihnen Muskeln spielen ließ, die er nie besaß.

Denn, während die Hauptmacht der sowjetischen Truppen bis zum Mittellauf der Oder und zur Lausitzer Neiße vorgedrungen war, wurden auch die weiter nördlich sich befindenden deutschen Verbände in eine hoffnungslose Lage gebracht.

Am 18. März wurde das ebenfalls zur Festung erklärte Kolberg erobert, das im 3. schlesischen Krieg, dem sogenannten Siebenjährigen, 1761 schon einmal von russischen Truppen in Besitz genommen worden war. Im Krieg von 1806/07, als die Stadt den Namen Festung noch verdiente, wurde sie gegen napoleonische Truppen bis nahe an das Kriegsende verteidigt. Freilich: Ohne dass damit an der kompletten Niederlage Preußens etwas abzuändern gewesen wäre. Das störte indessen Propagandaminister Joseph Goebbels nicht. Er regte an, diese Episode, sie verklärend (und verfälschend), massenwirksam auf die Leinwände der Kinos zu bringen. Der Spielfilm, es wurde der mit dem größten bis dahin betriebenen Aufwand, sollte den Durchhaltewillen zum Äußersten anstacheln.

Die Produktion begann im Sommer 1943. Am 30. Januar 1945 fand in Berlin die Uraufführung statt und zudem wurde eine Kopie durch ein Flugzeug über der eingeschlossenen „Festung La Rochelle“ an der französischen Atlantikküste abgeworfen. Dort vermochten sich Wehrmachtstruppen noch zu halten, weil sich die Alliierten mit der Eroberung eines Terrains, welches – aufs Kriegsganze gesehen – bedeutungslos war, nicht aufhielten. Auch in den eingeschlossenen Städten Breslau und Danzig wurde der Film noch gezeigt. Doch die von Goebbels gedachte Wirkung ließ sich mit dem historischen Rührstück nicht mehr erreichen. Die Kinos, wenn sie nicht in Trümmern lagen, lockten immer weniger Zuschauer. Und der Streifen war vollends entwertet, als der Wehrmachtsbericht zum letzten Mal meldete, dass die Verteidiger der Stadt sich der „feindlichen Übermacht“ erwehrten. Dann verschwand auch Kolberg ohne weiteren Kommentar aus den OKW-Meldungen. Dessen Verlust bedeutete, dass die weiter östlich stehenden deutschen Divisionen von ihren Landverbindungen nach Westen abgeschnitten waren. Am 30. März wurde der Widerstand der Wehrmachtstruppen in Danzig, am 9. April auch in Königsberg restlos gebrochen.

Wie weit ist das Ende?

Wie schon bei der Sommeroffensive, die 1944 nach einem Desaster der Wehrmacht im Mittelabschnitt der Ostfront bis an die Weichsel und an die ostpreußische Grenze geführt hatte, so tauchten auch jetzt wieder die überzogenen Erwartungen auf, der Angriff werde nirgendwo mehr halt machen, erst in Berlin enden und binnen kurzem die deutsche Kapitulation erzwingen. Derlei Vorstellungen entstanden aus laienhaften Bildern vom Krieg. Die Offensive, die im Januar 1945 begann, trug weiter, als die ihr zugrundeliegenden Planungen der sowjetischen Stäbe gereicht hatten. Ihnen zufolge sollte eine Linie Bromberg, Posen, Krakau erreicht werden. Schon an der Wende vom Januar zum Februar aber war die Oder auch im Mittelabschnitt bei Frankfurt und Küstrin erreicht und an deren Westufer Brückenköpfe gebildet worden.

Doch Offiziere und Soldaten der Armeen waren nach den extremen Strapazen ihres Vordringens gegen einen noch immer kampfstarken Gegner erschöpft und ausgelaugt. Die Nachschubwege wurden mit jedem Kilometer eigenen Geländegewinns länger. Sie führten durch unbekanntes und vielfach absichtsvoll zerstörtes Terrain. Bis März verteidigten sich in dem zur Festung erklärten Poznań (Posen) noch deutsche Truppen und blockierten so eine der wichtigsten Versorgungslinien in Mittelpolen. Die gleiche Rolle war der schlesischen Metropole Breslau zugedacht worden; deren Besatzung ergab sich gar erst wenige Tage vor der Generalkapitulation am 6. Mai.

Trotz des großen Sieges: Das sowjetische Oberkommando war durch die Erfahrungen der Ardennen-Offensive gewarnt. Das Risiko auch nur eines begrenzten und zeitweiligen militärischen Rückschlags gedachte es nicht einzugehen. Folglich mussten die eigenen Kräfte erst auf den letzten Schlag vorbereitet werden, der in die Hauptstadt des „verfluchten Deutschland“ führen sollte. Auch dieser Entschluss hatte seinen Preis. Die Wehrmachtstruppen erhielten – letztmalig – eine Atempause und die wurde genutzt, sich auf den nächsten Ansturm vorzubereiten. Ihm vorzeitig entgegenzuwirken, dazu hatten sie keine Chance mehr.

junge Welt, Mittwoch, 12.01.2005, S. 10.

Die soziale Demagogie der Rechtsextremen

Die Bauart ist faschistisch. Wie einst im Zeichen des Hakenkreuzes gehört es zur Werbemethode der äußersten Rechten, soziale und andere Ängste zu vermehren, Schreckensszenarien auszumalen und sich selbst als Retter aufzuführen

Gekürzter Text eines Vortrags auf der Konferenz der VVN/BDA am 8. Januar 2005.

Die Parteien der äußersten Rechten haben im verflossenen Jahr auf kommunaler und landespolitischer Ebene zum Teil beträchtliche Erfolge erreicht. Die Devise, dass die Parlamente einer ihrer Kampfplätze seien, hat neue Bedeutung gewonnen. Wenige Zahlen mögen das illustrieren: Am 13. Juni 2004 fand die Wahl zum Europäischen Parlament in Strasbourg statt, mit einer in den (alten) EU-Staaten auf 47,7 Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung. Der vom Vorstand der NPD unternommene Versuch, die Parteien der äußersten Rechten auf einen gemeinsamen Wahlkampf zu verständigen, scheiterte. Die getrennt Auftretenden mobilisierten insgesamt nahezu eine Million Wähler, 3,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, von denen mehr als die Hälfte von den Republikanern gewonnen worden war.

Dann folgten Kommunalwahlen in mehreren west- und ostdeutschen Ländern. Da ließen die Ergebnisse in einigen Städten aufhorchen, so in Rheinland-Pfalz mit für die Republikaner abgegebenen 10,2 Prozent in Pirmasens, 8,8 in Ludwigshafen, 7,3 in der Landeshauptstadt Mainz. Im Saarland zog die NPD bei den Stadtratswahlen in Völklingen, wo ihr Stimmenanteil 9,6 Prozent betrug, mit fünf Abgeordneten in das lokale Parlament ein. In Mecklenburg-Vorpommern gelang ihr erstmals der Sprung in Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte. Ähnliche Fortschritte gab es in Sachsen-Anhalt, wo das Ergebnis des Burgenland-Kreises mit mehr als fünf Prozent herausstach.

Hatten schon die Europa-Wahlen die Parteien der äußersten Rechten auf ihre besonderen Chancen im Lande Sachsen hingewiesen (9,8 Prozent für die Republikaner in Chemnitz, für die NPD 7,7 in Riesa-Großenhain, 7,0 in der Sächsischen Schweiz, 6,6 in Annaberg und 5,5 in Görlitz), so wurde das in den Kommunalwahlen bestätigt. In Chemnitz gewannen die Republikaner mehr als zehn Prozent. Das spektakulärste Ergebnis konnte in Dresden erreicht werden, wo rechtsextreme Parteien und Gruppen sich zu einem „Nationalen Bündnis Dresden“ zusammengeschlossen hatten, 20 564 Stimmen erhielten, damit vier Prozent erreichten und zum ersten Mal in das Stadtparlament einer Großstadt einzudringen vermochten.

NDP-Fraktion im Landtag Sachsens

Das verstärkte die vordem bereits erkennbare Tendenz, Sachsen die Rolle zuzuweisen, die in den zwanziger Jahren Bayern beim Aufstieg der NSDAP gespielt hatte. Das Land gilt als diejenige Region des Ostens, die den AnSchluss des Jahres 1990 noch am besten überstanden hat. Doch was bedeutete der für einen erheblichen Teil der Bevölkerung? Hier existiert eine hohe Arbeitslosigkeit, die aktuell (Dezember 2004) bei 18 Prozent ausgewiesen wird. Zu der wirtschaftlichen und sozialen Bilanz gehört, dass immer weniger Sachsen von eigener Arbeit leben, 2004 nur noch 38,9 Prozent. Im gleichen Jahr existierten 9,7 Prozent der Bevölkerung von Arbeitslosengeld oder -hilfe und weitere 1,4 Prozent überwiegend von Sozialhilfe. In manchen Gegenden gibt es etablierte Strukturen von Rechtsextremen. Riesa war zum Sitz des Verlages und der Zeitung der NPD gewählt worden. In Sachsen, seit mehr als einem Jahrzehnt von der CDU allein regiert, war für die Aufnahme von „nationalen“ Parolen gut vorgearbeitet worden. Die NPD schickte ihre erste Garnitur auf Dauer oder zu besonderen Einsätzen los.

Die NPD gewann 9,2 Prozent der Stimmen, was 191.000 Wähler bewirkten und sich in einer Fraktion von zwölf Abgeordneten niederschlug. Ergebnisse in Wahlkreisen wie Freiberg, Görlitz, Meißen, Bautzen lagen noch über diesem Durchschnitt. Die Spitzenwerte verbuchten Riesa-Großenhain 2 mit 13,9, Annaberg mit 14, der Wahlkreis Sächsische Schweiz 2 mit 15,1 Prozent. In Brandenburg, um das Bild abzurunden, wurden von der DVU im Durchschnitt 6,1 Prozent der Wähler mobilisiert, der Spitzenwahlkreis Oberspreewald-Lausitz kam auf das Doppelte (12,2).

Wiewohl sich zwischen Arbeitslosigkeit und Wahlergebnis der rechtsextremen Parteien nicht durchgängig eine lineare Beziehung herstellen lässt, kann nicht übersehen werden, dass die südbrandenburgischen, an Sachsen grenzenden Wahlkreise mit einer noch über dem hohen Durchschnitt des Landes liegenden Arbeitslosigkeit auch die höchsten Resultate zugunsten der DVU aufwiesen. Von einer „Randerscheinung“ oder Ansammlung der „Ewig-Gestrigen, die nie aussterben“, lässt sich nicht mehr reden. Im Gefühl des Aufwindes schickt die NPD einen aus dem Saarland stammenden Rechtsanwalt, der u. a. Geschäftsführer ihrer sächsischen Landtagsfraktion ist, in Leipzig ins Rennen der Oberbürgermeisterwahl. Wenn man davon ausgeht, dass Arbeitslosigkeit, die Armut einer wachsenden Zahl von Bürgern, die Zukunftsängste vieler, die tägliche Erfahrung sozialen Unrechts, der Zorn über Bereicherung, Bürokratie, Misswirtschaft und Korruption zunehmen, dann erstirbt der Kinderglaube, dass es über kurz oder lang die Konjunktur schon richten wird. Jüngste Befragungen besagen, dass die Zahl derer, die meinen, in Deutschland lebten zu viele Ausländer, jetzt auf 60 Prozent (2002: 55) angewachsen ist und dass 40 Prozent der Befragten eine Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation erwarten (2002: 24 Prozent).

Wo die Parteien der äußersten Rechten in den Parlamenten Fraktionsstärke erreichten, haben sie Rechte, die in den Verfassungen fixiert sind, gewonnen, die Einblicke und Kenntnisse verschaffen, welche ihnen bisher verwehrt waren und neue Möglichkeiten des Agierens und Reagierens eröffnen. Die Erfolge sind auch für das Innenleben dieser Parteien nicht gering zu schätzen. Sie bilden Argumente, die jenen entgegengehalten werden können, die allein auf den „Kampfplatz Straße“ setzen.

In Sachsen und Brandenburg haben die Parteien der äußersten Rechten ihre Erfolge zu einem guten Teil durch Absprachen erreichen können. Dieser Deal hat langjährige Konkurrenten einander nähergebracht und ist nicht ohne Folgen für Planungen zur Bundestagswahl 2006 geblieben. Wie weit die neue Freundschaft tragen wird, ist offen. Sicher ist hingegen zweierlei: Da wenig so sehr besticht, wie der Erfolg, und die eine wie die andere Partei nach für sie kritischen Zeiten des Mitglieder- und Einflussverlustes erfolgshungrig ist, erscheint das geschaffene Bündnis nicht von vornherein als aussichtslos. Zweitens übt diese neue Verbindung eine Sogwirkung auch in den Reihen jener aus, die bei ihrem sektenähnlichen Dasein bleiben wollen. Da könnte es bröckeln und Überläufer geben. Zudem locken bezahlte Plätze in den Apparaten, denn mit den Wahlerfolgen sind Staatsgelder in die Parteikassen gebracht worden und Arbeitsplätze bei Fraktionen entstanden.

Anleihe auf Anleihe bei Hitlerpartei

Was vor sich geht, verweist gedanklich in die Vor- und Frühgeschichte der NSDAP in den zwanziger Jahren. Auch damals konkurrierten zunächst viele Gruppen und Grüppchen gegeneinander, wiewohl ihre Programme und Projekte so weit auseinander nicht lagen. Wenn sich, wie in Sachsen, ein etwa zehnprozentiger Wahlerfolg einstellt, fangen Leute im Ausland an, in Medien zu erörtern, wohin Deutschland gehen könnte. Es ist dann ein gewisser Staatsaufwand nötig zu beruhigen. Verwiesen wird u.a. darauf, dass diese Parteien im Bundesdurchschnitt die Fünfprozenthürde erst noch überspringen müssten, um in den Bundestag zu gelangen.

So wenig wie damals beunruhigt heute die Existenz der Parteien der äußersten Rechten die herkömmlichen politischen Eliten. Die 2.000 zum Aufstand der Anständigen aufriefen, mögen das, wenn sie es nicht überhaupt vergessen haben, als erledigt ansehen. Die Welt ringsum steht im Bann des „Kampfes gegen den Terrorismus“. Damals wie heute erscheinen Staatsbürger, welche die äußersten Rechten wählen, den Herrschenden als ungleich weniger gefährlich als Parteigänger von Sozialisten. Jene ließen sich, wie Erfahrungen zeigen, leichter wieder in den rechten Rand der großen „Volksparteien“ und so in die angebliche Mitte der Gesellschaft zurückholen, als Wähler der Linken von Parteien des Kapitals heimgeholt werden können.

Schädigender Selbststilisierung suchen die Parteien der äußersten Rechten zu entgehen. Auf Schritt und Tritt trachten sie den Eindruck zu erwecken, dass sie im Staate das Unterste zuoberst kehren wollen und umgekehrt. Dabei wird Anleihe auf Anleihe von der Partei Hitlers genommen, und skrupellos die Tatsache genutzt, dass die Adressaten des nicht neuen Schwindels den alten nicht kennen

und also nicht wissen, dass sie dabei sind, auf den gleichen Leim zu gehen wie schon die Groß- und Urgroßväter.

„Es reicht“, rief es von Wahlplakaten der NSDAP in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. Das „übersetzen“ die Nachfolger nun in „Schnauze voll“. In beidem drückt sich Protest und Zorn aus. Gleiches fing die auf die Stimmen der Alten zielende Wahlparole „Gegen Rentenklau“ ein. Dies mag mitbewirkt haben, dass Anhänger der Parteien der äußersten Rechten weithin als „Protestwähler“ bezeichnet wurden. Das waren sie so gewiss wie diejenigen, die einst Hitler wählten und in ihm einen Erlöser erblickten.

Opiate der Rassendemagogie

Die Werber der Parteien der äußersten Rechten haben zweifelsfrei auf die Bäuche gezielt, Stimmungen erkannt – das war nach „Hartz IV“ nicht schwer – und ausgeschlachtet, unter anderem, indem sie sich Demonstrationen gegen die antisoziale Regierungspolitik anschlossen. Doch sie betätigen sich, wiederum wie ihre Vorgänger und Vorbilder, zugleich zunehmend im „Kampf um die Köpfe“, von dem sie wissen, dass auf diesem Felde errungene Erfolge dauerhaftere Bindungen zeitigen, als sie durch bloße Stimmungen entstehen. Die soziale Demagogie, die – soweit ist die NSDAP-Spitze nicht gegangen – bis zur Losung „Gegen Kriegseinsätze – für Arbeitsplätze“ reicht, ist eine Einstiegsdroge. Mit ihr werden die beiden anderen verabreicht, die – wie einst – im Angebot sind: die Opiate der nationalen und der Rassendemagogie. Was Protest ist, erhält ideologisches Fundament und dessen Bauart ist die faschistische. Der soziale Schwindel verschmilzt mit den anderen Bestandteilen der Demagogie unauflöslich, wie allein schon an der Losung „Arbeit zuerst für Deutsche“ ablesbar ist, was doch im Klartext heißt: Arbeitsplätze nicht für Türken und andere Ausländer.

Zur Demagogie der Hitlerfaschisten gehörte, sich als eine antikapitalistische Partei auszugeben, schon durch die Wahl des Namens. Wenn sich die Agitatoren der äußersten Rechten heute auch meist nicht als Sozialisten bezeichnen, was auch mit dem Attraktivitätsverlust des Sozialismus als Zukunftsbild zusammenhängt, so verzichten sie doch nicht darauf, sich als unabhängig und allein den Interessen der deutschen Arbeitenden verbunden darzustellen, während alle „bürgerlichen Parteien“ und auch die PDS als „Interessenvertreter der Konzerne“ und – allgemein – „des Kapitals“ dargestellt werden.

Der NPD-Kandidat für den sächsischen Ministerpräsidenten erklärte in seiner Bewerbungsansprache im Sächsischen Landtag, seine Politik werde sich „nicht als globaler Entwicklungshelfer des Kapitals verstehen“. Ähnlich produzierte sich der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende der Gesamtpartei, der sich als Spezialist der politischen Ökonomie ausgab und linken Abgeordneten vorwarf, sie kennten sich in Marx nicht aus, um dann zu dozieren, „die deutsche Sozialordnung (sei dadurch) bis auf die Grundfesten geschleift“ worden, dass ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt wurden. Sie hätten den früheren Segen der knappen Arbeitskräfte zunichte gemacht, das Absinken der Löhne und die Arbeitslosigkeit von Deutschen bewirkt. Die Schlussfolgerung: Abschottung gegen jede Zuwanderung und „Rückführung“ der Ausländer.

Kein Wort gegen die Strategie der deutschen und internationalen Großunternehmen, die unverhohlen die sozialen Systeme schleifen. Was bei den alten Nazis hieß „Die Juden sind unser Unglück“, wird – anders formuliert – heute gegen Ausländer gerichtet. Was auf Straßen und am Stammtisch „Türken raus“ genannt wird, äußert sich im mehr oder weniger „Hohen Haus“ in gesitteter Verkleidung in Attacken gegen den „Terror der Einwanderungsideologie“ oder die Politik der „global entgrenzten Arbeitsmärkte“. Das von der Gefolgschaft benutzte höhnische „Gute Heimreise“ erhält im Dresdner Stadtrat die Formulierung, es sei erklärtes Ziel der NPD, „dass die in Deutschland lebenden Ausländer in ihre angestammte Heimat zurückgekehrt werden müssen“, eine infame Formulierung, die an die Beseitigung von Unrat erinnern soll. Zur Begründung wird behauptet, die Integrationspolitik sei gescheitert und zum Beweis auf eine Äußerung eines als kenntnisreich und unverdächtig geltenden Kronzeugen verwiesen, des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

Der Erfolg der sozialen Demagogie wird begünstigt durch die permanente Gesundbeterei, die längst als leer erfahrenen Versprechen und das Lügen (denn es handelt sich nicht nur um Irrtümer) der Regierenden. Diese Praxis erstreckt sich nicht nur aufs soziale Feld, sondern bevorzugt auch das demographische. Die Wirkung dieser Agitation sollte in den „neuen Bundesländern“ angesichts der Abwanderung junger Arbeitssuchender, des Schrumpfens der Zahl der Einwohner in Dörfern und Städten mit allen ihren spür- und sichtbaren Folgen und des Alterns der Bleibenden nicht unterschätzt werden. Kein Wort darüber, wiederum in einer Rede des NPD-Sprechers im Landtag von Sachsen, dass diese Region einmal ein kinderfreundliches Land war und das, was nun geschieht, zu einem erheblichen Teil Dauerfolge der 1990 beim Anschluss des Ostens eingeschlagenen Strategie des Kapitals ist, das die Wirtschaftsstruktur der DDR zu Nutz und Frommen der eigenen Werke und Profite zerschlagen ließ. Stattdessen der Fingerzeig auf die Ausländer und die Drohung, Dresden werde wie alle Großstädte in der Bundesrepublik im Jahre 2050 keine deutsche Bevölkerungsmehrheit mehr haben. Dazu die Attacke gegen die Vertreter des angeblichen „Allparteienkartells“, denen gleichgültig sei, „ob die deutsche Bevölkerung [...] ausstirbt oder ob sie schon in wenigen Generationen von einer nichtdeutschen Bevölkerung ersetzt wird.“ Schlussfolgerung: Auch deshalb müssen die Ausländer heraus. Parlamentsgerecht heißt das Plädoyer: Ausrichtung „rückhaltlos an den Lebensinteressen der Einheimischen“.

Es ist nicht ausgemacht, welche politische Karte den Parteien der äußersten Rechten als der wichtigste ihrer Trümpfe gelten wird. Manches deutet darauf, dass dies in der öffentlichen Agitation der aggressive Deutschnationalismus bleiben wird, der sich in der angeblich notwendigen Verteidigung gegen die Fremden äußert. Die Ausländer werden als existentielle Bedrohung in dreierlei Gestalt ausgegeben: erstens als Schmutzkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, als Lohndrücker und (mit ihren Großfamilien) als Schmarotzer am „deutschen Sozialsystem“, zweitens und vermehrt als Herd des Terrorismus, drittens als Urheber eines „Krieges der Kulturen“ und des „multikulturellen Bürgerkriegs“, in dem die deutsche Kultur und Lebensweise verdrängt und vernichtet werden sollen.

In Sachsen und nicht nur dort machen sich die Rechtsextremen die Erfahrung zunutze: Man muss nicht unter Juden leben, um Antisemit zu sein, ja Antisemitismus und Judenhass lassen sich vielfach umso leichter verbreiten, wenn Bedrohungen nicht erfahren, sondern angekündigt und ausgemalt werden. Die „krummen Nasen“ sind durch die „dunklen Bärte“ ersetzt, die Tonlage und die Absicht sind wie gehabt. Aufgerufen wird zum Kampf gegen den „Terror der Einwanderungsideologie“, „deutsche Integrationsfanatiker“ und gegen „multikulturelle Besoffenheit“.

Pulverfass und Zeitbombe

Im gleichen Stil werden die Ausländer für Terrorbedrohung und Kriminalität verantwortlich gemacht. Seit Jahrzehnten schon ticke eine „Zeitbombe“, und „jetzt haben wir die Terrorbedrohung“. Aus ausländischen Mitbürgern, zwischen denen „der Deutsche“ keine Differenzierung, keinen Unterschied zwischen friedfertigen Muslimen und aggressiven Islamisten wahrzunehmen vermag, seien „Schläfer“ und „potentielle Terroristen“ geworden. „Gewaltkriminalität“, „Rauschgiftmilieu“, „Menschenhandel“ werden ihnen angelastet. Keine Frage, hier wird – Pulverfass, Zeitbombe – den „Einheimischen“ Angst eingejagt und zugleich von den Problemen abgelenkt, die in den kapitalistischen Strukturen dieser Gesellschaft wurzeln. Ihr Haupt- und Grundproblem besteht demnach in der Anwesenheit von Ausländern, und die Hauptmethode seiner Lösung gerinnt in zwei Worte: „Ausländer raus“.

Die Parteien der äußersten Rechten präsentieren sich als die einzig wahren Deutschen und die Alleinverfechter deutscher Interessen. Sie nennen sich die „nationale Opposition“, die sie wiederum als „einzige Anwältin unseres Volkes“ bezeichnen. Sie heißen sich „bekennende deutsche Patrioten“, die sich den „geifernden Verächtern“ unseres Volkes entgegenstellen. Sie sind die Vorkämpfer eines „nationalen Aufbruchs“ und führen – Baldur von Schirach lässt grüßen – eine „junge Erneuerungsbewegung“. Sie sind auch die Saubermänner, die mit den „Politbonzen“ aufräumen wollen. Wie die Hitlernazis erklären sie sich zu Gegnern des nicht näher charakterisierten Systems und bekämpfen die „Systemparteien“. Aus jeder dieser Selbstkennzeichnungen tröpfelt und trieft es braun. So auch, wenn sie sich als die einzigen gerieren, die unbeirrt nach Wahrheit streben, während alle anderen sie

vor dem Volke verheimlichen und entweder selbst Lügen verbreiten oder auf sie hereinfallen. Und, das darf nicht fehlen: Sie sind die zu Unrecht verfolgten, würden verleugnet, von Terror bedroht und müssten davor geschützt werden. Dieses Opfertheater ist auch längst und zwar von einem gewissen Hitler aufgeführt worden, der, wenn ihm oder Abgeordneten der NSDAP die Bluttaten der SA vorgehalten wurden, seine braven nationalen Kämpfer als Leute in Notwehr darstellte. Mit gleicher Unschuldsmiene demonstrieren Rechtsextreme mit Transparenten „Gegen Terror durch Antifa".

Es sind drei Dinge, welche die NPD und die ihr verwandten Parteien fürchten. Zum einen die Konkurrenz von Rechtsaußen in den christlichen Parteien, die wiederholt eine viele Fragen betreffende politische Seelenverwandtschaft mit den Politikern am äußersten, rechten Flügel des Parteienspektrums erwiesen und daher Aussicht haben, diesen Wähler mit Erfolg dadurch streitig zu machen, dass sie sich als die besseren und Einflussreicheren Verfechter der gleichen Ziele darstellen.

So tritt beispielsweise der Ministerpräsident des Landes Sachsen auf, der sich als forscher Anhänger der Abschottung gegen alle ausländischen Arbeitskräfte darstellte, sofern sich daraus nicht deutscher Nutzen erwarten lässt. Da lässt sich erkennen, was von dem im sächsischen Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD formulierten Satz zu halten ist: „Deutschland ist ein Einwanderungsland". Die These, dass die Ausländer den Deutschen auf der Tasche liegen und deren Steuergelder verbrauchen, stützt der Regierungschef mit der Behauptung, es habe seit 1973 „überwiegend eine Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme gegeben".

Zweitens sehen die Parteien der äußersten Rechten für sich Nachteile aus dem gemeinsamen Handeln gegnerischer Kräfte erwachsen, wie es sich in den Aktionen von lokalen Bündnissen unter den verschiedensten Devisen (wie „Bunt statt braun") bewährt hat, die sich leider in zu wenigen Städten und Orten erhalten haben. Zwar brüstet sich der Fraktionsvorsitzende der NPD im Dresdner Landtag, „die Antifa-Front von PDS bis CDU" würde sie nur stärker machen („Viel Feind, viel Ehr"), doch in Wahrheit wissen sie gut, was ein gesellschaftliches Klima bedeutet, in dem ihnen die Luft dünn wird. Vielfach waren linke Kräfte, Antifaschisten, im Bund organisiert oder nicht, die Initiatoren solcher Zusammenschlüsse und vermochten durch ihre Ausdauer deren Bestand zu sichern.

Im „Deutschen Reichstag" sitzen

Folgerichtig versuchen die Rechtsextremen, deren Bestrebungen zu verdächtigen: Dieser Antifaschismus sei nur das Trojanische Pferd und seine Anhänger verfolgten in Wahrheit andere Ziele. Der Antifaschismus sei ein Betrug, und niemand solle auf ihn hereinfallen, riefen sie beispielsweise im sächsischen Landtag den Abgeordneten der CDU zu. Zur Taktik, die konsequentesten Gegner zu isolieren, gehört es, sie mit weiteren Verdächtigungen und unflätigen Beschimpfungen zu überhäufen und als die wahren Störer des gesellschaftlichen Friedens hinzustellen. Die Krawallmacher sind demnach die „Antifa". Die Warnung vor Gefahren, die von den Parteien und Organisatoren der äußersten Rechten für die Gesellschaft ausgehen, wird als „Geisterbeschwörung", „Gespensterjagd", „antifaschistische Hysterie" denunziert.

Entschieden fürchten NPD samt Verbündeten und Verwandten auch die zeitweilig vorangetriebenen, inzwischen erheblich reduzierten oder versandeten staatlichen und nichtstaatlichen Maßnahmen der Aufklärung, die sie zum „Unfug" einer „antideutschen politischen Indoktrinierung" und zur „Geldverschwendung" erklären. Nun nutzte die Fraktion die Naturkatastrophe in Südostasien und beantragte zwei Millionen Euro, deren Einsatz die regierenden Parteien für ein Aufklärungsprogramm für „Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie" beschlossen, für die Flutopfer zur Verfügung zu stellen.

Die nächsten Ziele hat die NPD deutlich abgesteckt. 2005 will sie, wenn am 20. Februar dort gewählt wird und die Prognosen sprechen zu ihren Gunsten, in den Landtag von Schleswig-Holstein gelangen und 2006 nach den Bundestagswahlen, wie sich ihr Vorsitzender ausdrückt, im „Deutschen Reichstag" sitzen. Das sind keine Hirngespinste. Nur gemeinsame Anstrengungen ihrer Gegner haben Aussicht, den ansteigenden Einfluss der Parteien der äußersten Rechten zu stoppen.

junge Welt, Sonnabend, 15.01.2005, S. 10.

Besucher im Nazireich

Zu Zeiten, da Thomas, Heinrich und Klaus Mann, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Bert Brecht, Johannes R. Becher und viele andere schon längst hatten emigrieren müssen, reisten Max Frisch, Albert Camus, Thomas Wolfe, Samuel Beckett nach Deutschland. Nicht alle kamen in der Absicht, sich eigenen Auges von der Wahrheit der Berichte zu überzeugen, die deutsche Hitlergegner über das Nazi-Reich geschrieben hatten, und auch nicht mit dem Vorsatz, aus selbst erworbenem Wissen denen beizutreten, die in Europa und jenseits des Kontinents ihre Warnungen ausriefen.

Was in dem Band „Reisen ins Reich 1933 bis 1945“ zusammengetragen worden ist, war zudem nur zum Teil für die Öffentlichkeit bestimmt. Manches erschien alsbald in Zeitschriften oder Zeitungen oder in selbständigen Reiseberichten. Anderes ist späteren Publikationen entnommen, wurde verarbeitet in Erinnerungen, Romanen oder Novellen, entstammt Tagebüchern oder Briefen, die sich in Nachlässen fanden. Das Gebotene ist von höchst unterschiedlichem Wert. Manches von nur marginalem Interesse hätte sich verlustlos aussondern lassen. (Was haben mit Erfindungen angereicherte Aufzeichnungen eines schwedischen SS-Freiwilligen über den „Endkampf“ in Berlin in dem Band zu suchen?)

Dass sich die die Reisenden durch das Studieren von Informationen, die über dieses Deutschland im Ausland erreichbar waren, auf ihre Fahrt besonders vorbereitet hätten, geht aus den Texten kaum hervor. Viele, mit dem Land der Dichter und Denker wohlvertraut, kamen und suchten nach deren Spuren in den Köpfen und im Verhalten der Deutschen, ein Unterfangen, das bei der Zufälligkeit der Wege und Begegnungen nicht weit führen konnte. Sie wollten erforschen, ob die Deutschen von den Nazis unterworfen oder hypnotisiert oder durch die Umstände zu deren Gefolgschaft gedrängt worden seien. Selten nur spricht sich eine Stimmung wie in Becketts Notiz vom 15. Januar 1937 aus: „Bald werde ich wirklich zu kotzen beginnen. Oder nach Hause gehen.“

Mit dem Krieg verringert sich die Zahl der Reisenden, und nachdem auch den USA der Krieg erklärt ist, sind es noch Journalisten aus Schweden, der Schweiz, aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern Dänemark und Norwegen und dem bis 1943 verbündeten Finnland, die aus dem Reich berichten oder sich später an die dort verbrachte Zeit, namentlich im zunehmend durch Bomben verheerten Berlin, erinnern. Was sie lieferten, sind nahezu ausschließlich Beschreibungen. Eine der wenigen Analysen, die aus dem Jahre 1941 und der Feder des US-amerikanischen Journalisten Howard Smith stammt, betrifft die Frage, warum die Deutschen diesem Regime Gefolgschaft leisteten, und kann als eine der frühesten Vorhersagen für die Antriebe gelten, die es den Machthabern ermöglichten, einer Wiederholung des 9. November 1918 zu entgehen. Zwar, so Smith, spiele die Gestapo bei der Disziplinierung des Volkes eine große Rolle, doch die Hauptursache, „warum sich die Deutschen am Schwanz des Löwen festklammern“, seien die sie wie ein Alptraum quälenden Fragen: „Wie wird es ihnen ergehen, wenn sie den Krieg nicht gewinnen? Was werden ihre Feinde, die so lange unter ihnen leiden mussten, mit ihnen tun? Wie werden die gemarterten Völker, ... die Tschechoslowaken, die Polen, die Franzosen reagieren ...? Dieses Volk erstarrt vor Angst, wenn es daran denkt, welches Schicksal ihm bevorsteht, falls es aus dem Abenteuer, in das die Nazis es gestürzt haben, nicht siegreich hervorgehen sollte.“

„Reisen ins Reich 1933 bis 1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland“, zusammengestellt und eingeleitet von Oliver Lubrich, Eichborn Verlag, 427 S., 30,00 Euro.

Ossietzky, H. 2/2005, 21.01.2005, S. 74-75.

Das Leben ist unser

Madame Marie-Claude Vaillant-Couturier – und Auschwitz

Auf dem gregorianischen Kalender stand der 27. Januar, und man schrieb das Jahr 1943. Am kalten Morgen des Tages wurde eine Gruppe von etwa 250 Französinnen in das Lager Auschwitz getrieben. Als sie die ersten Bilder des Elends um sich herum aufgenommen hatten, begannen sie die „Marseillaise“ zu singen, um einander Mut zu machen.

Eine der Gefangenen war Marie-Claude Vaillant-Couturier. Sie war 31 Jahre alt, als Teilnehmerin am Widerstandskampf in ihrem Lande verhaftet, den Deutschen ausgeliefert, zunächst in Gefängnisse des Landes verbracht, nun mit Leidensgenossinnen hierher transportiert worden. Von ihnen lebte nach wenigen Monaten nur noch jede Fünfte. Vom Tage ihrer Ankunft bis zum Tage, da sowjetische Truppen das Terrain des Vernichtungslagers erreichten und die wenigen der dort von der SS zurückgelassenen, vielfach vom Tod unwiderruflich gezeichneten Häftlinge befreiten, vergingen noch exakt zwei Jahre.

Ein weiteres Jahr später, und wiederum fast auf den Tag genau – am 28. Januar 1946 – wurde Marie-Claude in den Nürnberger Gerichtssaal gerufen, in dem der Internationale Militärgerichtshof gegen die so genannten Hauptkriegsverbrecher verhandelte. Sie hatte Auschwitz und auch Ravensbrück, wohin sie „überstellt“ worden war, überlebt, war nach Frankreich zurückgekehrt, dort inzwischen Abgeordnete der konstituierenden Nationalversammlung geworden. Als Zeugin, befragt von einem französischen Mitglied der Anklagevertretung, berichtete sie über das Vernichtungslager. Was sie sagte, gab davon nicht die erste Kunde. Aber allein der Anlass und der Ort, an dem sie Auskunft gab, sicherten ihren Worten weithin Aufmerksamkeit und mehr als nur dies.

Ihr Zeugnis war knapp und präzise. Es ließ kaum etwas aus: nicht den Moment des Eintritts in das Lager Auschwitz-Birkenau, die Schikanen der Appelle, die Qual der Arbeit, den Ekel angesichts von Zuständen, die der Bezeichnung Hygiene nur spotteten, die Brutalität der Aufseherinnen und ihrer Helfer aus den Reihen der Häftlinge, das Grassieren der Seuchen, die Zustände im Revier, die Sterilisationsverbrechen, die Misshandlungen und Tötung von Zwillingen, den Kindermord, das System von Bestrafungen, das Bordell, das Mädchenorchester, das Elend des Zigeunerlagers, die Extraschikanen, denen die nicht sogleich ermordeten Juden ausgeliefert waren, die Selektionen, die Täuschung der Opfer und die Morde in den Gaskammern, die Verwertung und Beseitigung der Leichen, der Umgang mit dem Gepäck, den Kleidungsstücken und aller Hinterlassenschaft.

Marie-Claude schloss ihre Aussage mit den Worten: „Für Monate und Jahre hatten wir nur einen Willen, dass nämlich einige von uns lebend herauskommen mögen, um der Welt zu verkünden, was diese Zuchthäuser der Nazis waren.“ Ihre Worte und dieser Schluss haben den Verteidiger ausgerechnet des Angeklagten Julius Streicher, der sich „Antisemit Nr. 1“ genannt hatte, nicht gehindert zu fragen, warum die Zeugin sich so gewandt auszudrücken vermöge und sie „in so gutem Gesundheitszustand zurückgekommen“ sei.

Der Gerichtshof hat diese Unverschämtheiten ungerügt durchgehen lassen. Und die Gefragte hat sich nicht provozieren lassen. Monate nach ihr, am 15. April 1946, sagte – auf Befragung durch den sowjetischen Ankläger – Severina Schmaglewska über das Schicksal der Kinder in Auschwitz aus. Als sie geendet hatte und der Gerichtsvorsitzende, an die Verteidiger gewandte, wissen wollte, ob noch jemand eine Frage hätte, schwiegen sie.

Madame Vaillant-Couturier hat in den Nachkriegsjahrzehnten in der Weltfriedens- und in der nationalen und internationalen Frauenbewegung eine herausragende Rolle gespielt. Sie war lange Abgeordnete des französischen Parlaments und zeitweilig dessen Vizepräsidentin. Bis ins hohe Alter hat sie vor jungen Franzosen über ihre Erlebnisse und Erfahrungen gesprochen. Sie verstarb 84-jährig 1996.

In jungen Jahren war sie als Journalistin und Fotoreporterin in Nazideutschland gewesen. Jedoch ist von ihrer damaligen Arbeit wenig geblieben. 1936 hatte sie in einem Dokumentarfilm mitgewirkt, dessen Titel eine Devise für alle Verteidiger der Humanität sein könnte. Er lautete: „La vie est à nous.“ Das Leben ist unser.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. Januar 2005, S. 22.

Die erste Patrouille

Auf dem Wege nach Karlshorst. Die Befreiung der Deutschen vor 60 Jahren. Auschwitz – 27. Januar 1945 (Teil 3)

Am 29. Januar 1945 hörte Victor Klemperer von einem ihm vertrauten Bekannten, Thomas Mann habe in einer Rede davon gesprochen, allein in Auschwitz seien anderthalb Millionen Juden vergast und deren Knochenreste als Dünger verwandt worden. Tatsächlich hatte der Romancier in einer seiner an deutsche Hörer gerichteten Rundfunkansprachen, die am 14. Januar gesendet worden war, gesagt, dass zwischen dem 15. April 1942 und dem 15. April 1944 in Auschwitz und in Auschwitz-Birkenau 1.715.000 Juden ermordet wurden. Die Angabe beruhte auf unbezweifelbaren Informationen, die Grundlage für die Schätzungen waren. Was Auschwitz wirklich war, enthüllte sich der Welt erst, nachdem Truppen der 1. Ukrainischen Front am 27. Januar die Stadt und das Gelände des verzweigten Lagerkomplexes erreicht hatten. Und danach auch nicht binnen Tagen, sondern erst in einem längeren Prozess des Nachforschens.

Oberschlesien verloren

Der sowjetische Frontstab, dessen Armeen in wenig mehr als zwei Wochen ein Hauptziel der im Südabschnitt auf polnischem Boden vorgetragenen Offensive, das oberschlesische Industrierevier mit seinen Gruben und Werken, erreicht hatten und die Einheiten der Wehrmacht vor sich hertrieben, hatte damit gerechnet, dass es in den dortigen Städten zwischen Industrieanlagen und in den Straßen zu langwierigen Kämpfen kommen könnte. Um das zu vermeiden, waren die Divisionen an den Rändern dieses Gebietes vorbei gestoßen und hatten die deutschen Verbände gleichsam eingesackt. Doch ließen sie ihnen einen Fluchtweg nach Westen, den diese auch nutzten. So kam das industrielle Ballungszentrum durch Erdkämpfe unversehrt in den Besitz der Vordringenden und später in die Hände des wieder errichteten Polen. Rüstungsminister Albert Speer, der sich die Folgen des Verlustes zu errechnen wusste und vergeblich versucht hatte, Hitler zu drängen, durch die Verlegung von weiteren Wehrmachtstruppen von der Westfront gerade diesen Abschnitt im Osten zu stabilisieren, musste auf seiner Reise nach Kattowitz umkehren, wollte er nicht Gefahr laufen, in Gefangenschaft zu geraten.

Auf dem Wege ihres Vordringens in das Industrierevier hatten sowjetische Truppen etwa 60 Kilometer von Krakau entfernt das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz erreicht. Es stellte einen ganzen Komplex von Lagern dar. Zu dem 1940 in einer Kaserne aus K. u. K.-Zeit errichteten KZ, bestimmt für die Isolierung und Terrorisierung von Polen, die der Besatzung Widerstand leisteten oder dessen auch nur verdächtig waren, wurde 1941 mit der Errichtung des Lagers Auschwitz-Birkenau (auch Auschwitz II) genannt, begonnen, das als Vernichtungslager entstand, in dem Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene wie Zivilisten aus allen Teilen des okkupierten Europas ermordet wurden. Dem folgte die Errichtung des Lagers Monowitz (auch als Auschwitz III bezeichnet), in dem als Arbeitskräfte für Rüstungsbetriebe ausgesonderte und zur Vernichtung durch Arbeit bestimmte Häftlinge konzentriert waren. Zudem existierten Nebenlager, die der SS-Kommandantur Auschwitz unterstanden und ebenfalls zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen geschaffen worden waren.

Was Auschwitz war, davon hatten die Fotografien und Filmaufnahmen, die von den Befreiern gemacht wurden, ein grausiges und doch nur unvollkommenes Bild zu vermitteln vermocht. Es bekam mehr Schärfe und konnte gerichtsnotorisch gemacht werden, als in Nürnberg 1945/1946 gegen führende Personen des Nazireiches Anklage erhoben wurde, u. a. gegen den Nachfolger Reinhard Heydrichs an der Spitze des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, und gegen Formationen und Organisationen des zerschlagenen Regimes wie gegen die Gestapo und die SS.

Es waren zwei ganz unterschiedliche Zeitzeugen, die in diesem Zusammenhang von der Anklage bzw. der Verteidigung dem Gericht präsentiert wurden. Die französische Journalistin und Abgeordnete Claude Vaillant-Couturier, einst Häftling in Auschwitz II und Ravensbrück, und der Kommandant des Lagers Auschwitz, SS-Obersturmbannführer Rudolf Höß. Im Verlauf der Befragungen beider entstand ein tiefenscharfes Bild von den Verbrechen und vom Mordregiment in Auschwitz, von

der Arbeitsqual, den Leiden und dem Sterben der Deportierten, an dem später, so viele Informationen durch Erinnerungsberichte und andere Quellen auch gewonnen wurden, nichts korrigiert werden musste; auszunehmen davon sind lediglich Zahlenangaben, bei denen sich alle Befragten damals nur auf eigene oder fremde Schätzungen berufen konnten.

Vaillant-Couturier, als Widerstandskämpferin an die Deutschen ausgeliefert, durch Gefängnisse in Frankreich geschleppt und im Januar 1943 nach Auschwitz transportiert, vom französischen Vertreter der Anklage befragt, gab einen lückenlosen Bericht vom Dasein der Häftlinge vom Eintreffen bis zum Weg in die Gaskammern, von deren Lebens- und Arbeitsbedingungen, von Experimenten an Häftlingen und davon, was Schwangeren, Kindern und soeben Geborenen geschah. Sie sprach von Mengele, vom Fleckfieber und den Ratten, die sich an aufgehäuften Leichen mästeten, vom Mädchenorchester und vom Lagerbordell, von der Zwangsarbeit in der Fabrik, von der sie nur den Namen „Union“ kannte, und die sie keinem Eigentümer zuzuordnen vermochte, und vom Bunawerk in Monowitz. Sie musste sich von einem Verteidiger der Täter die unverschämten und vom Gericht ungerügten Fragen gefallen lassen, warum sie sich so gewandt ausdrücken könnte und nach dem Erlebten in gutem Gesundheitszustand sei.

Höß, der an den Tatsachen der Massenvernichtung nichts abschwächen konnte und deren Hergang schilderte, sich aber als bloßer Befehlsempfänger Heinrich Himmlers ausgab und mit den Opfern sogar Mitleid empfunden haben wollte, sowie ein weiterer Offizier, der beim SS-Gericht mit der Untersuchung von nach Nazimaßstäben strafwürdigen Vergehen von SS-Leuten in Konzentrationslagern beauftragt gewesen war, wurden von der Verteidigung vorgeführt, um zu bekunden, dass die SS und insbesondere die Waffen-SS insgesamt mit den Verbrechen nicht in Verbindung standen. Hier kündigte sich jene Strategie und Taktik an, mit der alsbald in der Bundesrepublik vor Gerichten wie in Presse und Literatur versucht wurde, an der Wahrheit herumzudeuteln. Dies galt auch für das Interesse der Verteidiger, die Angeklagten im Zeugenstand bestätigen zu lassen, das Lager sei hermetisch derart abgeriegelt gewesen, dass außerhalb von Mauern und Stacheldraht niemand vom Morden etwas hätte wahrnehmen oder erfahren können. Selbst die Bewohner der Stadt Auschwitz hätten nicht wissen können, was in Birkenau geschah, wären sie doch nicht imstande gewesen, den Gestank verbrannten Fleisches als das Ergebnis der Verbrennung von Leichnamen gemordeter Juden auszumachen.

Frühe Reinwaschung der SS

Die abgekarteten Partien dieser Zeugenbefragungen galten unmittelbar den Naziführern auf der Anklagebank, die als ahnungslos und unwissend erscheinen sollten. So gab sich selbst Ernst Kaltenbrunner, der erst spät von Himmler erfahren haben wollte, was in Auschwitz geschah. Darüber hinaus zielte diese Darstellung auch darauf, die Deutschen insgesamt, die Verteidiger eingeschlossen, vor dem Vorwurf zu schützen, sie hätten wissentlich einem verbrecherischen Regime gedient oder sich ihm untergeordnet. Der Versuch misslang.

Denn Vaillant-Couturier schilderte dem Gericht aus eigenem Wissen, auf wie vielen Wegen Nachrichten über Auschwitz aus dem streng bewachten Bezirk doch hinausgelangt waren: durch versetzte oder ausscheidende SS-Aufseherinnen, entlassene Häftlinge, Treffen von Häftlingen mit Menschen außerhalb des Lagers während der Arbeit, in Nebenlager kommandierte Insassen usw.

Unverfroren und aussichtslos auch das Bestreben, die SS-Leute im Lager als strikt an Weisungen zur korrekten Behandlung der Häftlinge gebundene Menschen darzustellen, wobei es nur ausnahmsweise auch zu „Übergriffen“ gekommen sei, während die eigentlichen Sadisten im Lager die Kapos gewesen wären. Der Reinwaschung der SS sollte auch dienen, ihr innerhalb der Lagergrenzen handelndes Personal zu Angehörigen einer zahlenmäßig geringfügigen Ausnahmeformation zu erklären und darauf zu verweisen, dass die weit größere Zahl von SS-Leuten, die jenseits der Grenze des Lagers dessen Bewachung sicherten, zu erheblichen Teilen oder vorwiegend nicht deutscher Nationalität und Staatsbürgerschaft gewesen sei.

Der Gipfel der Bemühungen, den deutschen Anteil am Verbrechen zu minimieren, war erreicht, als Höß die Zustände, welche die Alliierten in den Lagern vorgefunden und auf Filmen festgehalten hatten, die im Gerichtssaal gezeigt wurden, dem zerstörten Bahnnetz und den Bombardierungen des Reiches zuschreiben wollte, wodurch die Versorgung der Lager mit Lebensmitteln nicht mehr hätte gewährleistet werden können. Auch das ließ sich das Tribunal ungerührt bieten, was hier nur angemerkt wird, da es noch immer als „Gerichtshof der Sieger“ apostrophiert wird, eine Kennzeichnung, mit der die Vorstellung von Willkür suggeriert werden soll.

Räumung und Befreiung

An das SS-Kommando in Auschwitz war im November 1944 der Befehl ergangen, die Gaskammern und Krematorien in Birkenau zu zerstören und dafür zu sorgen, dass nichts von den tatsächlichen Vorgängen mehr erkennbar blieb – ein Vorhaben, das sich restlos nicht verwirklichen ließ. Ein weiterer Befehl, der beim Herannahen der sowjetischen Truppen gegeben wurde, verlangte, alle gesunden oder auch nur transportfähigen Häftlinge westwärts zu schaffen – nach Buchenwald bei Weimar, Mauthausen bei Linz und weiteren im Innern des Reiches gelegenen Konzentrationslagern. Das geschah unter entsetzlichen Umständen – auf Fußmärschen und in offenen Eisenbahnwaggons bei klirrender Kälte. Die zurückgelassenen Kranken umzubringen, dazu fand die SS-Mannschaft angesichts des Tempos des Herannahens der sowjetischen Truppen keine Zeit mehr. So blieben – hilflos sich selbst überlassen – mehrere tausend Häftlinge im Komplex der Auschwitz-Lager zurück, u. a. im Krankenbau Monowitz etwa 800, zumeist in elendem und vom Tode gezeichneten Zustand. Die Mehrheit erfror oder verhungerte, bevor die Befreier und Retter zur Stelle waren.

Primo Levi, italienischer Widerstandskämpfer, 1943 verhaftet und nach Auschwitz verschleppt, wo er sein Überleben vor allem seinen Fachkenntnissen als Chemiker verdankte, hat Jahre später in seinem Buch „Die Atempause“ (ital. La tregua 1958, dt. 1991) jene Szene beschrieben, die ihn und wenigen seiner Leidensgenossen dem Leben zurückgab: „Die erste russische Patrouille tauchte gegen Mittag des 27. Januar 1945 in Sichtweite des Lagers auf [...] Es waren vier junge Soldaten zu Pferde; vorsichtig ritten sie mit erhobenen Maschinenpistolen die Straße entlang, die das Lager begrenzte. Als sie den Stacheldraht erreicht hatten, hielten sie an, um sich umzusehen, wechselten scheu ein paar Worte und blickten wieder, von einer seltsamen Befangenheit gebannt, auf die durcheinanderliegenden Leichen, die zerstörten Baracken und auf uns wenige Lebende.“

Das teuflischste aller Verbrechen

Vor dem Nürnberger Tribunal sagte Thomas J. Dodd, Ankläger der USA, im Jahre 1946: „Die Flut der gegen das jüdische Volk begangenen Verbrechen ist zu groß, als dass der menschliche Verstand sie fassen könnte.“ In der Tat: Die Verbrechen, die in Auschwitz verübt wurden, und mehr noch die Leiden und das Sterben der Opfer, sind unvorstellbar geblieben, so oft sie seitdem auch in Schrift und Wort von Überlebenden geschildert wurden. Das gilt vollends für die Praxis, besonders ausgewählte jüdische Männer einem Kommando zuzuteilen, das im abgesonderten Komplex der Vernichtungsanlagen, auch „Todeszone“ genannt, untergebracht und dort zu jenen Tätigkeiten gezwungen wurde, welche die SS, aus Gründen der Kräfteersparnis und weil sie „Herrenmenschen“ dafür nicht abstellen wollte, nicht selbst verrichtete: das Verbrennen und Verwerten der Getöteten und die spurlose Beseitigung aller menschlichen Überreste.

Levi hat dies das dämonischste Verbrechen der deutschen Faschisten genannt. Wer in solchen Sonderkommandos arbeitete, erwarb nicht mehr als eine Galgenfrist, und er verlor, wenn er als Mitwisser beseitigt wurde und seinen Platz andere einzunehmen hatten, – wiederum Levi – das Bewusstsein der Unschuld. Angehörige dieser Kommandos versuchten am 7. Oktober 1944 einen verzweifelten Aufstand gegen die SS, wobei sie wie die Kämpfer im Warschauer Ghetto 1943 wohl wussten, dass sie nicht ihre Rettung erreichen, sondern nur die Art ihres Sterbens bestimmen konnten. Sie wollten sich nicht widerstandslos abschlachten lassen.

Die Praxis, Juden zu Mittätern zu machen, sie war nur die teuflischste unter vielen anderen, war auch frühzeitig bekannt und geschildert worden. Zuerst durch den rumänischen Pathologen Miklos Nyiszli,

der im Krematorium I dem Sektionskommando zugeteilt worden war und das Buch „Im Jenseits der Menschlichkeit“ veröffentlichte. Diese Praxis allein hätte weltweit alle Kräfte mobilisieren müssen, die Mörder von Auschwitz aufzuspüren und ihren Richtern zu übergeben. Doch die Geschichte der Fahndungen, Ermittlungen und Prozesse verlief anders.

Von den drei Kommandanten, die in Auschwitz geherrscht hatten, wurde der gefangene Rudolf Höß (der als Zeuge auch im Gerichtssaal stand, als US-amerikanische Tribunale während der Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen den Amtschef des Wirtschafts-und-Verwaltungshauptamtes der SS, Oswald Pohl, und gegen Manager der IG Farben AG verhandelten), an Polen überstellt, in Krakau von einem Gericht zum Tode verurteilt und am Orte seiner Verbrechen gehenkt, im Lager Auschwitz I, das unter seiner Leitung im Mai/Juni 1940 eingerichtet worden war. Sein Nachfolger Arthur Liebehenschel, ebenfalls von einem polnischen Gericht verurteilt, endete 1948 in Krakau am Galgen. Der letzte Kommandant Rudolf Baer hatte untertauchen und bis 1960 in der BRD nahe Hamburg auf freiem Fuß leben können. Entdeckt und gefangengesetzt, starb er 1963 in Untersuchungshaft. Im gleichen Jahr begann in Frankfurt am Main der – weltweit – Aufsehen erregende (erste) Auschwitzprozess, dessen Zustandekommen vor allem dem Generalstaatsanwalt des Landes Hessen, Fritz Bauer, zu danken war. Doch wie gering ist die Zahl der juristisch Belangten geblieben, gemessen an der Zahl der im Konzentrations- und Vernichtungslager mörderisch tätig gewordenen SS-Leute, Männer wie Frauen.

Auschwitz, der Name steht für jene geschichtlich einzigartige Verbrechensserie, der die Nazis den Tarnnamen „Endlösung“ gegeben hatten und die heute – außerhalb Israels – zumeist Holocaust genannt wird, eine Bezeichnung, die durch den Titel des US-amerikanischen Spielfilms verbreitet wurde, der Ende der siebziger Jahre um die Welt ging. An keinem anderen Ort im faschistisch beherrschten Europa wurde auch nur eine annähernd so große Anzahl von Menschen so vieler Nationen und Völker umgebracht wie dort. Wie viele es waren, konnte nur geschätzt werden. Zwischen 1,1 und 1,2 Millionen schwanken die am häufigsten genannten Angaben über die Opfer.

Name, Symbol, Warnung

Der Tag der Befreiung von Auschwitz ist in der Bundesrepublik zum Gedenktag an die ermordeten Juden und zugleich an alle Getöteten bestimmt worden, an die Sinti und Roma, die Behinderten, die Millionen Angehörige slawischer und anderer osteuropäischer Völker, wo und wie immer sie auch umgebracht wurden.

Mit dieser Fixierung des Gedenkens ging gleichzeitig eine Instrumentalisierung von „Auschwitz“ einher, die ihren bisherigen Tiefpunkt mit der Anrufung des dort begangenen Verbrechens zum Zwecke der Rechtfertigung eines anderen erreichte. Der 1999 unter Beteiligung der Bundesrepublik geführte Krieg gegen Jugoslawien wurde von deren Außenminister Joseph Fischer als eine zwingende Lehre aus der Erfahrung Auschwitz dargestellt.

Dieser Missbrauch profitierte von der – nicht nur in Deutschland-West – bereits seit Jahrzehnten betriebenen Enthistorisierung von „Auschwitz“. Das Programm der „Endlösung“ wurde aus seinem geschichtlichen Zusammenhang mit dem imperialistischen Eroberungskrieg und aus der Beziehung herausgelöst, die es zum „Endziel“-Programm der deutschen Machthaber besaß. Es erscheint so als Ausfluss bloßer Wahnideen, für die und für deren Verfechter keine Bodenhaftung mit jener Gesellschaft (und den in ihr dominierenden Interessen!) festgestellt werden könnte, in der aus Ideen Projekte, aus Projekten Pläne, aus Plänen Befehle, aus Befehlen Taten entstanden waren. So soll Auschwitz gedanklich aus der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft exportiert werden. Aber wohin? In das Reich, in dem es nur Gute und Böse gibt.

junge Welt, Donnerstag, 27.01.2005, S. 10.

Neues vom Schwarzbuchmarkt

Über die letzten Versuche, literarische Pranger zu errichten

Farblich kategorisierte Bücher bilden eine eigene Gruppe von Publikationen mit einer bis ins 19. Jahrhundert reichenden Tradition. Selten handelt es sich dabei um so zweckdienliche Druckwerke wie das *Blaubuch* der Bundesregierung, das kulturelle Gedächtnisorte erfaßt, denen sie eine besondere „nationale Bedeutung" zuerkennt. Ob als Rot-, Grün-, Braun- oder Schwarzbuch offeriert – Farbbücher treten in der Regel mit einem forcierten Wahrheitsanspruch auf. Das gilt namentlich für jene Druckwerke, mit denen kriegführende Mächte sich Friedfertigkeit, ihren Gegnern aber Kriegs- und Eroberungssucht nachzuweisen trachteten. Während die Franzosen Dokumente zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zum *Livre Jaune* zusammenstellten – schon am Beginn des Ersten Weltkrieges war ein französisches *Gelbbuch* erschienen –, kam aus Ribbentrops Berliner Produktionsstätte 1939 ein besonders verlogenes *Weißbuch* (ein Titel, der sich nicht nur die Bedeutung von weiß gleich sauber, sondern zudem die phonetische Übereinstimmung von „weiß" und „ich weiß" zunutze macht). Für beider Erscheinen würde es schwerlich einen Grund gegeben haben, hätten die europäischen Regierungen 1933 die Warnung begriffen, die das berühmteste Farbbuch aussprach, das Deutsche je geschrieben haben: Das *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror* wurde in 26 Ländern gedruckt und etwa ins Finnische, Flämische und Japanische übersetzt.

Unter den Farbbüchern signalisieren Schwarzbücher meist, dass sich Autoren mit extrem kritikwürdigen, ja skandalösen oder scheußlichen Tatsachen befassen (oder solchen, die ihnen auch nur so vorkommen), und dass in ihnen Sünden- und Verbrechensregister von besonderer Qualität und Länge nachzulesen sind. Jedoch ist auf diese farbliche Kennzeichnung kein Verlass, wie das Rotbuch der kommunistischen Ideologie (Konrad Löw) und ein anderes über Stalin und die Juden (Arno Lustiger) zeigen. Schwarzbücher, soviel kann als gewiss gelten, errichten, nachdem der mittelalterliche abgeschafft, moderne Pranger.

Wer wurde jüngst da nicht alles angekettet! Der Kommunismus und dieser nun schon doppelt in einem soeben erschienenen zweiten Band (Stéphane Courtois u. a.), der Kapitalismus (Robert Kurz), die Globalisierung (Jerry Mander/Edward Goldsmith), die USA (Eric Frey) und der Dschiad (Gilles Kepel). Auf den Markt gelangten ein „Schwarzbuch Deutsche Bahn AG" (Antje Henniger/Gusti Steiner) mit dem Untertitel „Handbuch der Ignoranz", sodann das als gefürchtet markierte „Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler", welches die „öffentliche Verschwendung" dokumentiert.

Auch an einem „Schwarzbuch der Rache" (John Punisher, d. i. Christian Riesen) fehlt es nicht. Es handelt nicht, wie hierzulande vermutet werden könnte, von der Gefühlswelt der Ostdeutschen fünfzehn Jahre nach ihrem Anschluss, sondern von alltäglichen Gemeinheiten, mit denen Kollegen, inzwischen verfeindete einstige Paare, Vorgesetzte und Untergebene sich zu überraschen wissen. Wir lernen dort: „In jedem Menschen steckt ein kleiner Rächer, auch wenn es nur bei Rachegedanken bleibt". Und dann: Das „Schwarzbuch der Markenfirmen", das mit dem Versprechen lockt: „Dies Buch wird Sie wütend machen". Verfasser von derlei Werken stellen sich häufig dar, als wollten sie Revolutionen anstiften, – wenigstens im Verkehrs- oder Steuerwesen, lieber aber weltweit.

Letzteres kann dem Autor des wieder aufgelegten „Schwarzbuch der Weltgeschichte" (zuerst München 1973) nicht nachgesagt werden. Hans Dollinger, der sich um Verbreitung und Pflege des Werkes des Oskar Maria Graf verdient machte, lässt in seinem aktualisierten Buch (die letzten Daten entstammen dem Sommer 2004) beim Blick auf „menschliche Mordlust" das Gruseln lernen, bemerkten Rezensenten, die von einer „Enzyklopädie des Grauens" und einer „Abschreckungsfibel" schrieben und diese der pazifistischen Literatur zuordneten. Nicht jener Richtung, die wie Ernst Friedrichs nach dem Ersten Weltkrieg herausgegebenes „Krieg dem Kriege" leidenschaftlich zum Aufstand gegen das Völkermorden aufrief und auf dessen Ursachen in der kapitalistischen Gesellschaft verwies. Dollinger analysiert nichts. Er schildert das ewige, angeblich in der Menschennatur liegende Morden und Totschlagen: „Eingeschlagene Schädel aus der Urzeit der Besiedlung der Erde ausgegraben, beweisen uns, dass bereits der Vormensch vor Millionen von Jahren seinen andersartigen Bruder erschlug. Nach ihm taten dies alle seine Nachfahren bis heute, wenn sie mit anderen Stämmen und

Rassen zusammentrafen.“ Womit klargestellt ist, warum US-amerikanischen Soldaten sich mit den Bewohnern des Zweistromlandes, mit denen sie „zusammentrafen“, nicht vertragen können und es im Irak zugeht, wie selbst in gefilterten Beiträgen im Fernsehen zu besichtigen. So wallte Stammes- und Rassenblut, wir erinnern uns an die Nazilesart, einst schon im Falle von Deutschen und Juden [...] „Ein Körnchen historisches Bewusstsein könnte uns dabei helfen, das Geschehene und das Kommende zu verstehen“, schrieb die gegen Jahresende 2004 verstorbene Susan Sontag nach dem Terrorakt gegen das New Yorker Welthandelszentrum. Dollinger zitiert den Satz (und vergräbt ihn in einer Zitatenflut), hat ihn aber nicht als Aufforderung gelesen, die an ihn selbst gerichtet sein könnte.

„5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind“ lautet der Untertitel. Darauf bezogen sich Empfehlungen des Bandes mehrfach. Indessen haben deren Schreiber Thomas Hobbes auf den römischen Stückeschreiber Titus Maccius Plautus zurückgehende Wendung vom „homo hominem lupus“, und die weitere vom „bellum omnium contra omnes“, die ebenfalls schon bei Autoren des klassischen Altertums angetroffen werden kann, nur irgendwo aufgeschnappt, aber nicht verstanden oder vergessen, dass der Philosoph, dies für den Urzustand menschlicher Beziehungen hielt, der sich erhalten habe, ihn aber nicht als unabänderlich ansah. Zu Hobbes’ Vorschlägen, darüber hinaus zu gelangen, kamen in den seit dessen Tode vergangenen 325 Jahren weitere hinzu, die Hoffnungen auf den Wandel nicht allein an Vernunft und Staat knüpften. Und dazu von Massen getragene Versuche, der Weltgeschichte eine Wende zum Frieden zu geben. Als gäbe es diese in Jahrtausenden entstandene Literatur darüber, wie Krieg und Gewalt aus der Menschheitsgeschichte verbannt werden können, nicht, spreizt sich der Dollinger, geehrt durch die Auszeichnung „München leuchtet“, mit dem Vorschlag: „Wir müssen uns Gedanken machen über den Aufbau einer menschlicheren Welt ...“

Brauchten wir nicht ein Farbbuch, dass die Geschichte der Friedensgedanken, der auf Völkerfrieden gerichteten Bestrebungen und der Völkersolidarität darbietet? Es würde mehrere Bände umfassen und darüber, ob es als Rot- oder Grünbuch deklariert werden soll, müsste kein Streit entstehen. Stoffmangel wäre nicht zu fürchten. Es würde von Menschen erzählen, die Utopien entwickelten und Visionen hatten, und von den vielen, die der Menschen Freund waren, Zuständen und Befehlen trotzend, die aus all ihnen Wölfe machen sollten. Gewiss: Es wäre das auch eine Geschichte des Scheiterns, doch würde diese von dessen Ursachen handeln. Und sie könnte so nicht mit Kommentaren erledigt werden, die Dollingers Buch auslöste: wie der Mensch darauf gekommen ist, gegen seinesgleichen zu wüten, wie schrecklich doch menschliche Gehirne denken können, wie fürchterlich der Blick in die Abgründe der menschlichen Zivilisation und auf die Kehrseite der Menschheitsgeschichte sei und was an derlei Tränen und Trauer vortäuschendes Gelaber sonst noch zu lesen war.

Hans Dollinger, Schwarzbuch der Weltgeschichte. 5000 Jahre der Mensch des Menschen Feind, area verlag gmbh Erftsadt 2004, 744 S.

konkret, 2005, Heft 2, S. 31.

Der Schwanz des Löwen

In den Neuerscheinungen zum 60. Jahrestag des 8. Mai 1945 dominieren emotionsbefrachtete Geschichtsbilder, in deren Zentrum die Deutschen als Opfer stehen.

Warum haben wir den 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa nicht schon längst hinter uns? Die triviale Antwort: Weil dieser Krieg erst 1945 und nicht schon einige Jahre zuvor endete. Oder: Weil Hitler, so viele seiner Vorhersagen sich auch als leere Versprechen erwiesen, mit einer recht behielt. Es werde, hatte er mehrmals gesagt, in der deutschen Geschichte keinen zweiten 9. November 1918 geben, sich also jene Situation nicht wiederholen, da die Massen bekundeten, dass sie den Krieg satthatten. Er, Hitler, höre immer erst fünf Minuten nach zwölf auf. Es wurde dann noch später. Warum aber? Die Antwort verlangt die Bestimmung der Gründe, die dem Regime Gefolgschaft bis in den Zusammenbruch sicherten. Diese Gründe lassen sich bestimmen, jedoch nicht gewichten. Schätzungen immerhin sind möglich.

Eine frühe Analyse stammt von Howard Kingsbury Smith (1914-2002) und kann jetzt in einem Band wieder nachgelesen werden, der Reiseeindrücke bietet, die ausländische Besucher und Gäste (u. a. Max Frisch, Albert Camus, Thomas Wolfe, Samuel Beckett) während mehr oder weniger langer Aufenthalte im Nazireich vor und in den Kriegsjahren sammelten und beschrieben. Smith, tätig gewesen für US-amerikanische Agenturen, Sender und Zeitungen, 1941 nach der deutschen Kriegserklärung an die USA der Internierung entkommen und in die Schweiz gelangt, (die er nicht verlassen konnte, bis Frankreich befreit war), schrieb dort sein Buch Last Train from Berlin. An Eye-Witness Account of Germany at War. Es wurde in den USA ein Bestseller und erschien 1943 auch in London. Eine deutsche Übersetzung war 1982 greifbar. Smith hatte schon im Oktober 1941 begriffen, dass der Feldzug im Osten fehlzuschlagen drohte und fragte sich, was die Deutschen dazu brächte, dies sein Bild, den Schwanz des Löwen dennoch festzuhalten. Er befand: Das geschehe nicht, weil sie die Nähe des Löwen so toll fänden, sondern weil sie fürchteten, was passieren könne, wenn sie losließen. Im Klartext analysierte Smith die Antriebe der Gefolgschaftstreue so: Es existiere gewiss Angst vor der Gestapo, doch bilde Terror nicht die Hauptursache für das Funktionieren der Deutschen. Das erwachse aus bangen, den Deutschen wie ein Alptraum im Nacken sitzenden Fragen: „Wie wird es ihnen ergehen, wenn sie den Krieg nicht gewinnen? Was werden ihre Feinde, die so lange unter ihnen leiden mussten, mit ihnen tun? Wie werden die gemarterten Völker, [...] die Tschechoslowaken, die Polen, die Franzosen reagieren ...?“ Diese Deutschen, schließt Smith seine frühe Charakteristik einer Situation, die bis in das Frühjahr 1945 fortdauern sollte, erstarren vor Angst, wenn sie daran dächten, was ihnen bevorstehe, falls sie aus dem Abenteuer, in das die Nazis sie gestürzt haben, nicht siegreich hervorgehen sollten.

Die Frage, warum dieses Regime selbst 1945 nicht als Folge eines Mangels an Gefolgsleuten zerfiel, wird auch in der Einleitung des Bandes „Vormittags die ersten Amerikaner“ gestellt. Er enthält Auszüge aus Briefen, Tagebüchern und anderen Aufzeichnungen. Sie stammen von Deutschen, die sich noch im Restreich befanden, und anderen, die sich bereits im besetzten Gebiet aufhielten, von Emigranten, die das Geschehen aus dem Ausland beobachteten, von deutschen und ausländischen Insassen von Konzentrationslagern und von (wenigen) Bürgern in Staaten der Antihitlerkoalition. Lesbar wird ein Kaleidoskop von Gedanken und Stimmungen, von denen die Schreibenden, Schriftsteller (ihre Texte dominieren), Redakteure und Künstler, Juristen und Theologen, Soldaten und Zivilisten, Christen und Juden, Hausfrauen und Schüler, in jenen letzten Kriegsmonaten beherrscht wurden. Das Notierte bezeugt Resignation und Verzweiflung, Desinteresse und Zynismus, Klagen, Fragen und Hoffnungen. Deutlich tritt die Abhängigkeit der Wahrnehmungen von der jeweiligen Grundhaltung gegenüber dem Faschismus hervor, aber auch vom Lebensort. Atmen Aufzeichnungen, angefertigt im kriegsabgelegenen Ort in Tirol, noch Gemächlichkeit, so die hinter den Mauern von Dachau geschriebenen die Furcht, vor dem Eintreffen der Befreier hingemordet zu werden.

Über die Auswahl lässt sich wie stets streiten. Zweifelhaft erscheint, dass oberhalb des Hauptmannsranges kein Militär eine vergleichbare Niederschrift anfertigte und auch niemand aus dem Kreis der Wirtschaftsführer, denn einen in die USA geflohenen Bankpräsidenten wird man dafür stellvertretend

nicht substituieren können. Bemerkenswerter der Rahmen, den der einführende Text der Herausgeber, die sich mit der Aufschließung von Andeutungen und Bezugnahmen nicht viel Arbeit gemacht haben, schafft und der durch die für Historiker sonderbare Herangehensweise charakterisiert wird, jedes tiefere Fragen danach zu vermeiden, wie und wodurch sich die Deutschen in jene Lage brachten, in der sie sich im Frühjahr 1945 befanden. Will man dafür nicht den Eröffnungssatz nehmen: „Der zweite Weltkrieg ... geht vor allem auf das Konto eines Mannes, Adolf Hitler." Und dann so weiter: Die Deutschen führten den Krieg ihres „Führers", der ihn vom Zaune gebrochen hatte. Sie kämpften für die „Realisierung von Hitlers rassenideologischen Utopien".

Ja, er habe „Satrapen" und „Komplizen" besessen. Doch im Moment des „Zusammenbruchs", der „Untergangs", des „Verlustes" machten nicht nur diese, sondern auch „viele redliche Frauen und Männer" sowie die von den deutschen „im Osten begangenen Massenverbrechen ... nicht direkt betroffenen (das meint offenbar, an ihnen unbeteiligten, K. P.) Soldaten und Offiziere" der Wehrmacht Bekanntschaft mit einer „enthemmten Soldateska der Roten Armee". So schreibt ein angesehener Weltkriegsforscher der Bundesrepublik, der natürlich zwischen Aktion und Reaktion unterschieden wissen will, in kausale Zusammenhänge aber noch nicht so weit eingedrungen ist, dass sich dies auch in seiner Wort- und Begriffswahl niedergeschlagen hätte.

Die Perle des Bandes bildet ein von dem aus Deutschland vertriebenen Theologen Karl Barth am 13. April 1945 aus Basel nach Agra bei Lugano an einen Freund geschriebener Brief, zu dessen Standpunkt er bemerkt: „Sie neigen im Augenblick dazu, das ganze Weltgeschehen unter dem Gesichtspunkt eines circulus vitiosus zu sehen: eine Unmenschlichkeit, eine Gewaltsamkeit gegen die andere, Mord gegen Mord." Daran schließt Barths Frage: „Ist die Sache so einfach?" Gerade so einfach macht es sich ein erheblicher Teil der Deutschen bis heute oder wieder. Dem hat der Theologe entgegengehalten: Auch wenn die Deutschen nun am Ende des Krieges selbst besonders schwer an den Kriegsopfern beteiligt wären, sollten diejenigen unter ihnen, die billig und würdig dächten, dies nicht zum Anlass nehmen „jenes Attentat (gegen die Menschheit) und den zu seiner Abwehr geführten Krieg in einen Topf zu werfen." Die Opferrolle, welche sich Deutsche zumessen und ausmalen würden, sei geeignet, sie „bereits wieder relativ ins recht" zu setzen.

Walter Kempowski hat seine Echolot-Reihe mit dem Abgesang '45 wohl wirklich geschlossen. Texte, die aus den vier Tagen „Führers Geburtstag", Begegnung an der Elbe, „Führers" Selbstmord und dem der Kapitulation stammen oder auf sie Bezug haben, sind in wilder Mischung zitiert. Es beginnt mit dem bedeutungsschweren Satz von Hitlers Flugkapitän: „Der letzte Geburtstag Hitlers verlief trübe und traurig." Und für den Epilog ist u. a. eine Rede Harry S. Trumans ausgewählt worden, wonach es gelte „den bösen Geist zu zertreten, der die Welt im letzten Jahrzehnt überschattet hat." Das passt gut in unsere Tage, führen die USA doch noch immer den Kampf mit dem Bösen, vorgeblich in der Tradition ihrer ruhmvollen Jahre.

Dokumente und Rückbesinnungen auf Erlebtes scheinen mit dem Blick auf diesen Jahrestag den Verlagen als verkaufsträchtig gegolten zu haben. Davon zeugt auch die Sammlung Als der Krieg zu Ende war, die Erinnerungen an den 8. Mai 45 in Texte bietet, die der Hessische Rundfunk 1995 gesendet hatte. Wer zu Worte kam, musste eine gewisse Prominenz vorweisen können. Schriftsteller, Journalisten, Politiker, Wissenschaftler und weitere Angehörige der Intelligenz, geboren zwischen 1904 und 1930, die Professoren, Ärzte, Kaufleute, Gutsbesitzer, Bankdirektoren zu Vätern hatten (zwischen denen sich ein Malermeister und ein Buchbinder exotisch ausnehmen), treten in den Zeitzeugenstand. Sie berichten, wie sie als Offizier in Kopenhagen, Diplomat in Tokio, Emigranten in Mexiko-Stadt, Zürich und Marseille, Illegaler in Hamburg das Kriegsende oder ihr Zusammentreffen mit Soldaten der Anti-Hitler-Koalition im Reich erlebten. Kaum jemand besitzt eine Erinnerung, die sich direkt an den historischen Maitag knüpft. Dass Deutsche ihn gefeiert hätten, wird für das bayerische Starnberg berichtet und liest sich unwahrscheinlich. Spätere Einsichten flossen in die Kurzgeschichten nur vereinzelt ein. Der Theologe Heinz Zahrnt sprach von Scham über Schweigen und Wegsehen, Hildegard Hamm-Brücher von grauenhafter Schuld, Scham und Verantwortung. Wo von Ursachen die Rede sein müsste, die zum Tiefpunkt deutscher Geschichte führten, wird es selbst im Ideologischen einfältig dünn. Einen „folgenschweren Größenwahn", Perversion des Nationalbewusstseins, vermerkt die

spätere FDP-Politikerin. Annemarie Renger weiß, dass sich „Hitler selbst zum ‚Führer' gemacht hatte, um die Welt nach seinen rassistischen und ideologischen Wahnvorstellungen zu ordnen." Ein verbreiteter Irrtum und ein einziger Mann. So hat es die Sozialdemokratin bei ihrer „demokratischen Selbstfindung" ermittelt, die, wie sie bemerkt, im Osten nicht erlaubt war. Apropos Osten: Mit Günter Kunert kommt im 31 Beiträge umfassenden Band ein (zeitweiliger), mit Stefan Hermlin ein vieljähriger (1952 bis 1990) Bürger der DDR zu Wort.

Wieder aufgelegt wurde die deutsche Ausgabe des 1950 in den USA erschienenen Bandes Ten Days to Die, einer frühen, weit ausgreifenden Schilderung der letzten Tage Hitlers und des zivilen und militärischen Personals im Führer-Bunker. Der Autor Michael Musmanno (1897-1968), Offizier der US-Marine, 1945 bekannt geworden durch seine Verdienste als Mitglied der Anklagevertretung im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hatte mehrere Jahre hindurch Generale und Nazifunktionäre, Kraftfahrer, Schreibkräfte, Diener und andere Personen aus der Umgebung Hitlers interviewt. Dass das Buch damals wie heute für die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich wichtig sei, behauptet der Historiker Hermann Graml, ohne einen Beweis zu geben, in seinem gedankenarmen Vorwort, in dem nichts über Forschungsfortschritte gesagt wird. Auch der Hinweis fehlt, dass Musmanno vom sowjetischen Verbündeten, den Eroberern Berlins, bereits deutlich in der Sprache des Kalten Krieges handelt („weibergierige Steppensöhne" und „grinsende Asiaten"), in einem Stil, der jedwede Konkurrenz mit der Nazipresse bestehen konnte. Damit kontrastiert sein abschließender Ruf nach Verständigung der Menschheit.

Unter diesen Eroberern war der deutsche Emigrantensohn Stefan Doernberg, Offizier in der sowjetischen Armee, später in DDR-Zeit Historiker und Diplomat. Er gab den bereits 1967 im DDR-Militärverlag erschienene Bericht von Jelena Rschewskaja neu heraus, die in den Trümmern der einstigen Reichshauptstadt einem Spezialkommando als Dolmetscherin zugeteilt wurde, das nach Hitlers Leiche fahndete und, als deren Überreste gefunden waren, für die einwandfrei festzustellen hatte, dass eine Verwechslung ausgeschlossen war. Doernberg stellte dem Text eigene Erinnerungen voran, war er doch Übersetzer bei der Begegnung General Wassili Tschuikows mit dem von „Reichskanzler" Goebbels entsandten Unterhändler. Er stellt – wie andere vor ihm wiederum vergeblich – Mutmaßungen darüber an, was Stalin bewogen haben könnte, den offiziellen Bericht des Geheimdienstes über den unbezweifelbaren Tod Hitlers nicht veröffentlichen zu lassen. Beide Zeitzeugen, Rschewskaja auch über die Atmosphäre in den Straßen Berlins im Moment, da die Waffen schwiegen, haben knapp mehr berichtet als das redselige Nazipersonal aus dem Führerbunker.

Einem weiteren Filmprojekt hat Guido Knopp einen Band vorausgeschickt, dessen Untertitel Hitlers Ende ernst genommen werden muss, denn der „Führer" wird auf deutscher Seite wiederum als der Allesbewegende vorgeführt, wenngleich auch von der Schuld der „Generale seiner Umgebung" gesprochen werden müsse. Es sei aber nichts denn ein „verabsolutierter Gehorsamsbegriff" gewesen, der sie gehindert habe, gegen „diesen Wahnsinn", den „zerstörerischen Wahn" eben dieses einen Mannes zu revoltieren. Dass höchste Militärs weitab vom Bunker der Reichskanzlei ebenso „weitermachten" und einer von ihnen, Theodor Busse, der Befehlshaber der 9. Armee, der sich westwärts absetzte, der Architekt des Halber Soldatenfriedhofs war, wird nicht geschrieben. Womöglich wegen der später beim Aufbau der Bundeswehr erfolgten Wiederverwendung einer Auswahl dieser auch gegenüber den eigenen Soldaten gnadenlosen Fachleute.

Auf den Buchseiten lässt sich jedoch ein Bild vom Leben der Berliner in jenen Tagen gewinnen, da Bezirke und Viertel der Reichshauptstadt Straßenzug für Straßenzug und Haus für Haus erobert werden mussten. Vorausgesetzt, den Lesenden wird bei Sätzen wie „Alte Kommunisten fahndeten (nach dem Eintreffen der sowjetischen Truppen – K. P.) nach ihren gut versteckten oder gar vergrabenen Parteibüchern" oder „Der ‚Raubzug' (von sowjetischen Kriegerinnen – K. P.) in Eva Brauns Kleiderschrank fand keinen Eingang in die Annalen der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung" nicht übel. Knopps Vorwort endet mit der Frage, ob nicht vielleicht die „richtige Verarbeitung" jener Zeit „erst jetzt wirklich" anfange. An seiner führenden Hand ...

Diese „Verarbeitung“ sieht der eben an die Jenaer Universität berufene Historiker Norbert Frei hingegen an einem Punkte angekommen, der von Erkenntnissen der Wissenschaft weit entfernt liegt. In seinem auch den Buchtitel gebenden Beitrag 1945 und wir, der eine Sammlung seiner in den vergangenen zehn Jahren geschriebenen Aufsätze zur Geschichtspublizistik in der Bundesrepublik einleitet, zeigt er, dass sich schwer emotionsbefrachtete Geschichtsbilder, in deren Zentrum die Deutschen als Opfer stehen, vor die Analysen von Abfolgen, Zusammenhängen und Ursachen von Faschismus und Krieg geschoben haben und unverbindliches Moralisieren an die Stelle einer herausfordernd kritischen Geschichtsbetrachtung getreten ist. Die zumeist außerakademischen und -universitären Kräfte, die diesem Prozess entgegen zu wirken trachten, bleiben außerhalb seines Blickfeldes.

Unter den Büchern, die dieser Jahrestag auf den Markt schwemmte, fehlt eins, das den Wirkungen der vor zwei Jahrzehnten vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker gehaltenen Rede anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes nachgespürt. Wurde der 1985 – im späten Nachzug gegenüber der Bestimmung des Tages in der DDR – benutzte Begriff Befreiung angenommen? Wird er in Schulgeschichtsbüchern benutzt? In welchem Sinne wird er verwandt, mit welchem Inhalt wird er ausgefüllt? Derartige Fragen sind hierzulande unbeliebt. Doch würden die gefundenen Antworten untrüglich Antwort darauf geben, wie weit die Deutschen ihre Geschichte durchgearbeitet haben. Hingegen wurde dem Buchhandel zeitig im Jahr 2005 ein Buch Kein Tag der Befreiung. Das Kriegende in Ostdeutschland angekündigt. Auf die Versendung des Fahnensatzes folgte Wochen später die Verlagsmitteilung, „der Titel des Buches hat sich jedoch geändert und lautet nun Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland. Eine Begründung wird nicht mitgeteilt, doch ist ersichtlich, dass dieser Wandel im Etikett keinem Wandel des Textes folgt. Entweder war der erste Titel falsch gewählt, was sich nach einem Blick in den Inhalt ausschließen lässt, oder, was vermutet werden kann, die Provokation wurde abgeschwächt, um nicht erkennbar in eine politische Gesellschaft zu geraten, die als unschicklich gilt. Der neue Titel ist jedenfalls eine Täuschung, denn für den Autor ist der Begriff Befreiung nicht fraglich, aus seiner Sicht hat sie im Osten nicht stattgefunden. Wird der Kanzler, wenn er am Tag des Sieges nach Moskau reist, seinen Gastgebern mitteilen, dass diese Geschichtslüge in dem Lande, aus dem er kommt, auf dem Vormarsch ist? Oder werden die Einladenden, denen das nicht entgangen sein kann, so unhöflich sein, ihn danach zu fragen?

Hans Sarkowicz (Hrsg.): „Als der Krieg zu Ende war ...“ Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2005, 232 S., 8,50 Euro

Norbert Frei: 1945 und wir. C. H. Beck, München 2005, 224 S., 19,90 Euro

Stefan Doernberg (Hrsg.): Hitlers Ende ohne Mythos. Neues Leben, Berlin 2005, 128 S., 9,90 Euro

Walter Kempowski: Das Echolot. Abgesang ’45. Knaus, München 2005, 494 S., 49,90 Euro

Walter Kempowski/Walter Adler: „Der Krieg geht zu Ende.“ 7 CDs. Hörverlag, München 2005, 39,95 Euro

Hubertus Knabe: Tag der Befreiung? Das Kriegende in Ostdeutschland. Propyläen, Berlin 2005, 384 S., 24,00 Euro

Michael A. Musmanno: Hitlers letzte Zeugen. Edition Erik Droemer, München 2004, 320 S., 22,90 Euro

Oliver Lubrich (Hrsg.): Reisen ins Reich 1933 bis 1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland. Eichborn, Frankfurt a. M. 2004, 428 S., 24,90 Euro

Gerhard Hirschfeld/Irina Renz (Hrsg.): „Vormittags die ersten Amerikaner“. Klett-Cotta, Stuttgart 2005, 208 S., 19,00 Euro

Guido Knopp: Die letzte Schlacht. Hitlers Ende. Hoffmann & Campe, Hamburg 2005, 256 S., 26,00 Euro.

konkret, 2/2005, S. 38.

Wie Hitler genannt werden darf

Von deutschem Feuilleton und deutscher Bildung

Kein Name fiel in deutschen Feuilletons und verwandten Bezirken in den letzten Monaten häufiger als der des Adolf Hitler. Das hat Kommentatoren zu der Bemerkung veranlasst, 2004 sei ein Hitler-Jahr gewesen. Dieses Etikett könnte zu früh vergeben worden sein. Unbestreitbar blieb: Was der Mann war, erfährt die Nachwelt aus Zeitungen, Zeitschriften und Texten, die Fernsehbilder erklären, und ungleich weniger aus Büchern, zumal solchen, die wissenschaftlichen Anspruch erheben. Dies verschafft Kennzeichnungen, die dem deutschen Politiker in Artikeln und Sendungen verpasst werden, ein gewisses Interesse. Lässt sich daraus doch eine Vorstellung bilden, wie künftig eine deutsche Geschichtsstunde verlaufen und Antworten auf die Frage eines Lehrers lauten könnten, die, kaum gestellt, sich im Kopf der Befragten in das Bedrängnis verwandelt: „Hitler? Verdammt, wer war das?“

Also: Nach überwundener Schrecksekunde mag in einem klugen Oberstübchen auch schon das Sortieren begonnen haben, und es perlt und sprudelt das zusammengelesene Angebot aus Schülermund heraus: „aufgestiegener Tramp“, „Postkartenmaler“, „weltgrößter Verbrecher“, „Ideologe“, „Scharlatan“, „Vagabund“, „Idol der Spießer“, „Aufsteiger“, „Kleingeist der Expansionisten“, „Wicht“. Hier von Lehrers Stimme unterbrochen, protestiert der Hochinformierte. Er habe bis hierhin nur aus einem einzigen Artikel seiner sozialistischen Tageszeitung zitiert und käme jetzt zu einem süddeutschen Blatt, in dem er für Hitler wiederum in einem einzigen Beitrag „Massenmörder“, „Potentat“, „Revolutionär“ und „klassischer Stimmungspolitiker“ als offenbar erlaubt gefunden habe, während ihm in anderer Lektüre begegnet sei: „Versager“, „Asylbewohner“, „Diktator“, „Welteroberer“, „Unmensch“, „Bluthund“, „Monster“, „Bestie“. Da wird er härter gestoppt.

Das führt zu weit und ins Nichts, hat der geschulte Didaktiker erkannt. Zudem droht die Glocke, die alsbald das Ende der Stunde künden wird. Rettender Einfall! Perspektivenwechsel hin ins Einfachere, Begrenzte! „Wie“, fragt der Maitre nun, „darf Hitler hierzulande nicht genannt werden?“ Ratlosigkeit auf den Gesichtern. Dann bricht, ein wenig gequält und verärgert, eine Stimme das Schweigen: „Ja, woher sollen wir das wissen, wenn der so nicht genannt werden darf?“ Beglückendes Lehrererlebnis! Die Stunde ist mit Schülerhilfe gerettet. Die Braven haben sich selbst mit einer Frage entlassen. Schule, die zum Nachdenken erzieht – und nichts mehr verordnet.

Quelle: Gunnar Decker: Traum eines lächerlichen Menschen. Zur Wiederaufführung von Chaplins „Der große Diktator“, ND, 30.12.04.

junge Welt, Sonnabend, 29.01.2005, S. 15.

Zukunft der Besiegten

Auf dem Wege nach Karlshorst. Die Befreiung der Deutschen vor 60 Jahren. Jalta, 4. bis 11. Februar 1945 (Teil 4)

Das Jahr 1945 war erst einen Monat alt und doch hatte sich an den Fronten in Europa schon Entscheidendes verändert. Die sowjetischen Truppen standen am Ober- und Mittellauf der Oder. Auch die Westalliierten waren nach der gescheiterten Ardennen-Offensive der Wehrmacht wieder Herren der Lage und näherten sich dem Rhein. Das besagten Meldungen, die Franklin D. Roosevelt erhielt, als er sich am 23. Januar 1945 an Bord des Kreuzers „Quincy" auf eine weite Reise begab. Es sollte seine letzte werden. Von Schwäche und Krankheit schon gezeichnet, nahm er die Strapazen des Weges in die UdSSR auf dem See- und teils auf dem Luftweg auf sich. Zum ersten Mal reiste ein Präsident der USA in die Sowjetunion. Irgendwo unterwegs mochte ihm von Hitlers Radioansprache zum zwölften Jahrestag der „Machtübernahme" berichtet worden sein, in der dieser vom „Mongolensturm", der abzuwehren sei, und vom „deutschen Endsieg" gesprochen hatte.

Reiseziel: Krim

Roosevelts Ziel war der Ort einer weiteren Zusammenkunft der „Großen Drei", wie die Oberbefehlshaber der Hauptmächte der Antihitlerkoalition genannt wurden: Winston Churchill, der Premierminister Großbritanniens, Josef W. Stalin, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, und eben er, das Oberhaupt der Vereinigten Staaten. Zuletzt hatten sie sich ein reichliches Jahr zuvor im persischen Teheran getroffen. Damals standen Fragen der Kriegführung im Zentrum ihrer Beratungen. Nun, im Angesicht des greifbar nahen Sieges und nach der Befreiung vieler von den deutschen Faschisten okkupierter Länder, richteten sich die Blicke auf die Zeit nach Deutschlands Kapitulation und die Schaffung einer stabilen Friedensordnung. Auf dem Weg zur Krim machte Roosevelt in Malta Zwischenstation, wo er sich am 2. Februar mit Churchill traf.

Für das Treffen zu dritt hatte die sowjetische Seite die Halbinsel Krim ausgewählt, einen Landesteil, der noch wenige Monate zuvor überwiegend in der Hand der Wehrmacht gewesen war. Der letzte Bericht des deutschen Oberkommandos, der von Landkämpfen auf der Krim handelte, stammte vom 14. Mai 1944 und teilte im Stil einer Erfolgsmeldung mit: „In einer einzigartigen Übersetzbewegung haben Einheiten der deutschen und rumänischen Kriegs- und Handelsmarine sowie Transportverbände der Luftwaffe gegen starke feindliche Abwehr die auf der Krim eingesetzten verbündeten Truppen auf das Festland zurückgeführt."

In den langdauernden Kämpfen, zuerst ausgetragen 1941/42, als Wehrmachtstruppen unter General Erich von Manstein die Halbinsel eroberten, dann 1943/1944 während der zu deren Befreiung geführten Operationen, wurde das Territorium weithin verwüstet. Nicht jedoch jener einstige Zarensitz nahe Jalta, der Stadt, die der Konferenz den Namen geben sollte. Der in eine idyllische Landschaft zwischen Bergen und dem nahen Meer gebaute Liwadija-Palast war im Jahre 1911 fertiggestellt und von Zar Nikolaus II. bezogen worden. Allerdings nicht für lange. Sechs Jahre später wurde der Bauherr vom Thron gestürzt. Heute gehört die Krim der Ukraine. Das ausgedehnte, durch das Treffen der drei im Winter 1945 berühmt gewordene Anwesen ist heute ein Museum und Touristenmagnet.

Einig im Ziel der Besetzung

Im Zentrum der Konferenz, die am 4. Februar begann und eine Woche dauerte, standen Deutschlands Kapitulation, Besetzung und Überwachung sowie seine Pflicht zur Wiedergutmachung. Bei den Beratungen der militärischen Lage hielten sich die drei Hauptpersonen nicht lange auf. Zur Eröffnung nahmen die Stabschefs das Wort. Die nächsten Schläge sollten so geführt werden, dass dem faschistischen Deutschland und seiner Wehrmacht vollends der Garaus gemacht werde. Stalin fragte, wann die Westmächte zu ihrer nächsten Offensive ansetzen würden und erhielt die Antwort: März. Von Interesse waren sowjetische Erfahrungen beim Forcieren großer Flüsse, denn noch musste der Rhein überwunden werden. Stalin verwies auf die Praxis der Sowjetarmee, zur Eröffnung von Großoperationen Artillerie in äußerster Stärke und Konzentration einzusetzen, wie an der Weichsel wiederum erprobt und bewährt. Militärs erörterten das Nähere separat.

Am zweiten Konferenztag wurden die – Deutschland – betreffenden Fragen debattiert. Nichts geändert wurde an der Forderung einer bedingungslosen Kapitulation, der keine Verhandlung mit einer deutschen Regierung, wie immer diese beschaffen sei, vorausgehen würde. Erst wenn die Waffen gestreckt wären, sollten die folgenden Schritte bekannt gemacht werden. Einigkeit herrschte über die Besetzung des „Reiches“, seine Aufteilung in Zonen und darüber, dass ein gemeinsamer zentraler Kontrollrat existieren und Frankreich eine Besatzungszone erhalten werde.

Offen blieb die Frage einer künftigen „Aufteilung“ Deutschland, ein Gedanke, dem sich Churchill und Roosevelt nicht abgeneigt zeigten, wobei einmal von einem Nord- und einem Südstaat, dann von weiteren ungenannten Teilen die Rede war. Doch kam es darüber zu keiner Abmachung. Vollständig stimmten die Chefs der Regierungen im Ziel der Besetzung überein. Der deutsche Faschismus und Militarismus mussten ausgerottet und Deutschland dauernd unfähig gemacht werden, einen nahen oder fernen Nachbarn zu überfallen. Ebenso einmütig war die Ansicht über die Pflicht der Deutschen zur Wiedergutmachung, die angesichts der angerichteten Schäden ohnehin nur teilweise erfolgen könne. Höhe und Verteilung der Reparationen sollte eine Kommission bestimmen. Eingedenk von nach dem Ersten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen würden diese nicht in Geld-, sondern in Warenform und in Arbeitsleistungen zu erbringen sein. Doch sollten die Gesamtlasten für die Deutschen erträglich bleiben, sie nicht noch weiter in Chaos, Elend und Hunger stürzen. Vielmehr wurde ihnen in Aussicht gestellt, in eine Völkergemeinschaft zurückzukehren, wenn sie sich definitiv auf neue Wege ihrer Geschichte begeben hätten. Viele spezielle Fragen erforderten weitere Klärungen, darunter so wichtige wie die Zukunft des Saar- und des Ruhrgebietes sowie das Vorgehen gegen die Kriegsverbrecher.

Die Hürde Polen

So viele Fragen im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands in Jalta offengelassen und zur Beratung künftigen Außenministerkonferenzen zugewiesen wurden, sie alle bildeten nicht das Problem der Konferenz. Das betraf die Zukunft Polens, dem nach der Tschechoslowakei zweiten Opfer der deutschen Aggression.

Das polnische Problem hatte tiefe historische Wurzeln. Als der Staat, gelegen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrussland, 1918 sich nach einer langen Phase der Teilung konstituierte, erfolgte das in der Absicht, ihn als einen Pufferstaat zu festigen, der das Übergreifen revolutionärer Bestrebungen nach Zentraleuropa verhindern sollte. Die Beziehungen zwischen Warschau und Moskau blieben denkbar schlecht. Sie verbesserten sich nicht, als sich zwischen dem eben geschaffenen faschistischen Deutschland und Polen veränderte Beziehungen anbahnten, die sich 1934 in einer Nichtangriffserklärung manifestierten und auf antisowjetischer Grundlage ausbaufähig zu sein schienen.

Polen sperrte sich im Frühjahr und Sommer 1939 in einer Politik, die suizidale Züge trug, gegen den Versuch der UdSSR, doch noch eine die deutschen Imperialisten abschreckende Front kollektiver Sicherheit zu formieren. Und dann hatte Stalin, während die deutsche Wehrmacht Polen zerschlug, seine Rechnung mit dem Nachbarn aufgemacht, sich aus Polen eine Landmasse herausgeschnitten und war in einem Akt grober Verletzung allen Völkerrechts zu einer Komplizenschaft übergegangen, die unvergessen blieb, auch wenn jetzt sowjetische Armeen unter schweren Opfern die Eindringlinge aus polnischen Landen vertrieben. Die Wunde war nicht vernarbt, selbst wenn nicht bestritten wurde, dass die Sowjetunion 1939 gewaltsam jene Gebiete an sich gebracht hatte, die ostwärts der Curzon-Linie lagen und in denen mehrheitlich Weißrussen und Ukrainer lebten.

In der in London existierenden Exilregierung Polens waren Politiker versammelt, die sich Moskau als Herren im Nachbarstaat schwer wünschen konnte. Eben noch hatte deren Machtübernahme durch den Warschauer Aufstand vorbereitet werden sollen. Der sowjetische Gegenzug war die Installierung einer provisorischen polnischen Regierung in dem Augenblick, da die Wehrmacht aus der ersten größeren Stadt Polens vertrieben war. Die Lubliner waren folglich schon da, während die Londoner noch saßen, wohin sie hatten fliehen können. Der schließlich gefundene Kompromiss bestimmte nun, dass in Warschau eine neue Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit gebildet werden solle, auf einer breiteren Grundlage als die seit dem 21. Juli 1944 in Lublin tätige, mithin erweitert

durch demokratische Persönlichkeiten aus Polen selbst und aus dem Ausland, und dass diese zu einem baldigen Termin demokratische Wahlen anzuberaumen hätte.

Der Ausgang von Konferenzen wird in der Politik nicht anders als in der Wirtschaft am stärksten durch das Kräfteverhältnis ihrer Teilnehmer bestimmt. Stalin befand sich dank der Leistungen der Sowjetarmeen in einer starken Position. Diese standen in Polen und näher vor Berlin als die Westalliierten. Und dann war da noch der Krieg der USA gegen das ferne Japan, an dem teilzunehmen Washington Moskau umwarb, womit es in Jalta erfolgreich war. Polen bildete Anfang 1945 einen Punkt auf der Agenda. Niemand wollte der Weltöffentlichkeit auch nur in diesem einen Punkt den Eindruck von Zwietracht vermitteln. Daher ging die Beratung nicht ohne Übereinkunft auseinander.

Polens und Deutschlands Grenzen

Keine Entscheidungen haben nach 1945 Politikern, Publizisten, Ideologen und Historikern auf der westlichen Seite der Kalten-Kriegs-Front mehr dazu gedient, die Konferenz in Jalta als verderblich zu charakterisieren und die Politiker der Westmächte der Kapitulation vor Stalin zu zeihen, als die über die polnisch-russische und die künftige polnisch-deutsche Grenze. Die Regelung ist später als „Westverschiebung Polens“ bezeichnet worden und jeder Blick auf historische Karten bestätigt dies. Erklärt war damit nichts. Die drei Politiker stimmten überein, dass Polen aus diesem Kriege nicht als Verlierer hervorgehen dürfe und dass es in Nachkriegseuropa als ein starker Staat existieren solle. Die Vorstellung, über dessen innere Beschaffenheit und Rolle gingen freilich weit auseinander.

Wenn Polen aber in absehbarer Zeit wieder ein Faktor europäischer Politik werden sollte, dann musste das unvorstellbar zerstörte Land wirtschaftlich auf festen Füßen stehen, eine industrielle Basis ebenso erhalten wie Grundlagen für die Ernährung seiner Bevölkerung, die sich durch Aussiedlungen von Polen vom sowjetischen Territorium vermehren würde. Dass sich die Sowjetunion auf Neuverhandlung ihrer Westgrenze einlassen würde, war auszuschließen. So blieb nur, Polen „auf Kosten Deutschlands zu entschädigen“ (Stalin), das durch eine Amputation seiner Ostgebiete auch ökonomisch nachhaltig geschwächt werden konnte. Denn dass dieser Nachkriegsstaat wieder eine Großmacht werde, lag in niemandes Interesse, der am Jalta Verhandlungstisch saß. Herrschte soweit Übereinstimmung, war noch zu entscheiden, wo die Grenze Polens und des zunächst besetzten Deutschlands verlaufen solle. Strittig blieb, ob die Glatzer oder die Görlitzer Neiße der Grenzfluss sein werde. Stillschweigend wurde unterstellt, dass es im neuen Polen eine starke deutsche Minderheit nach den mit ihr gemachten trüben Vorkriegserfahrungen nicht wieder geben werde.

Das war der Kern der Überlegungen und Rechnungen. Alles andere, was ihm später rechtfertigend gleichsam angelagert wurde, ist Gischt und Schaum. Das gilt für die Version von der „historisch gerechten“ Grenze, die sich zeitweilig in Losungen wie „Wir sind zurückgekehrt“ äußerte. Warum dann nicht an die Elbe-Saale-Linie, wo dereinst germanische und slawische Stämme aneinandergrenzten? Dahin gehört auch die These, wonach die Grenze so hätte gezogen werden müssen, um eine Wiederholung deutscher Ostexpansion auszuschließen. Grenzen werden kriegerisch nicht wegen ihres Verlaufs attackiert, sondern weil hinter ihnen Ländereien und Reichtümer liegen, an deren Besitz Interessen existieren, die wiederum in sozialen und politischen Zuständen verwurzelt sind. Das galt für die feudalen Ostexpansionen wie für die imperialistischen. Scheiterten sie, musste bezahlt werden. Die Rechnung von Jalta lautete: „Die drei Regierungschefs erkennen an, dass Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muss.“ Dessen Umfang werde die Friedenskonferenz endgültig bestimmen.

Spekulationen des Joseph Goebbels

Zu den aufmerksamsten Lesern aller Nachrichten, die über die Konferenz der „Großen Drei“ zu erhalten waren, gehörte der deutsche Propagandaminister. Davon zeugen seine täglichen Tagebuchdiktate aus der ersten Februarhälfte. Goebbels machte seinem Ärger Luft, dass der Geheimdienst und die Diplomatie des Reichsaußenministers, den er beständig mit schlechtesten Noten bedachte, dabei versagt hätten, Genaueres zu erfahren. Er fürchtete, die Gegner könnten von der Forderung nach bedin-

gungsloser Kapitulation abgehen, dies bekanntgeben und so ein weiteres Absinken der Kriegsstimmung im Reich bewirken. Da irrte er.

Auch sonst blieb er tagelang auf Spekulationen angewiesen, die zudem seiner Selbstberuhigung dienten. Er setzte darauf, dass es zwischen den Alliierten zu Meinungsverschiedenheiten komme, aus denen sich Vorteil ziehen ließe. Er hoffte auf das Umsichgreifen antisowjetischer Ängste und eine Krise in den Beziehungen der Gegner, deren Bündnis „im Verlauf des Jahres aufplatzen“ werde. Noch Wochen später verfolgte er in Zeitungen Großbritanniens, der USA und des neutralen Auslandes das Echo auf die bekanntgewordenen Ergebnisse und registrierte jeden Einwand. Als Churchill vor dem Unterhaus und Roosevelt vor dem Kongress ihre Berichte gaben, suchte er die Stärke der Oppositionellen zu ermessen, kam aber zu dem enttäuschenden Ergebnis, dass sich nichts gezeigt hätte, was verwertbar wäre.

Zu dieser Zeit beschäftigte Goebbels stark die Frage, ob und wie die deutschen Machthaber den Krieg glimpflich loswerden könnten. An einen militärischen Sieg war nicht mehr zu glauben. Folglich sollten politische Initiativen her. Eitel schrieb Goebbels sich den Besitz eines „außenpolitischen Programms“ zu und meinte, wie er aber nur seinem Tagebuch anvertraute, er sei der Geeignete, der eine Verständigung einleiten könne. Dabei setzte er auf Großbritannien, wo er die Bolschewistenfurcht für ungleich größer hielt als in den USA. Den Gedanken an eine dahin zielende Initiative, für die der Zeitpunkt nicht verpasst werden dürfe, suchte er auch dem widerstrebenden Hitler nahezubringen und war hocherfreut festzustellen, dass dieser dem nicht mehr vollkommen abgeneigt war. Nur eben, dies leuchtete dem gehorsamen Minister ein, könne ein diplomatischer Schritt erst unternommen werden, wenn wieder ein militärischer Erfolg errungen sei. Dauerten die Niederlagen an, war keine Hoffnung zu schöpfen.

Roosevelts Bericht und Vision

Roosevelt trat die Rückreise in die USA, wie er gekommen war, auf dem Kreuzer „Quincy“ an. Er traf sich im Vorderen Orient mit dem König von Ägypten, Farouk, und mit Ibn Saud von Saudi-Arabien und noch einmal in Kairo mit Churchill, wo sie die Koordinierung der Kriegshandlungen gegen Japan besprachen. Am 1. März informierte er den US-Kongress über die Konferenz. Er gab seinen Rechenschaftsbericht, erbat die Zustimmung der Abgeordneten, gerade auch für jene Vereinbarungen, von denen er wusste, dass sie nicht ungeteilt Befriedigung hervorriefen, also für die Bestimmungen, die Polen und dann auch dessen Westgrenze betrafen. Letztere kennzeichnete er ausdrücklich als Kompromiss.

Der Präsident stellte nicht nur das politisch-diplomatische Fazit dar. Er berichtete auch über seine Eindrücke. Er schilderte, wie er die Stadt Jalta vorfand, die einst ein von Aristokraten bevorzugter Ort für deren Vergnügungen gewesen, dann Kur- und Erholungszentrum für die Bevölkerung des Landes geworden war, nun aber, obgleich ohne militärische Bedeutung, weithin zerstört sei. Einen ebenso nachhaltigen Eindruck hatte auf ihn die Trümmerwüste Sewastopol gemacht. Dieser Teil seiner Rede gipfelte in dem Satz: „Und ich weiß, dass der deutsche Militarismus und christliches Verhalten auf der Erde nicht gleichzeitig existieren können.“

Es war eine denkwürdige Ansprache. Der Präsident starb am 12. April an den Folgen einer Gehirnblutung. In vieler Hinsicht enthielt dieser Text sein Vermächtnis.

Roosevelt entwickelte seine Vision von den künftigen Beziehungen der Staaten und dem Zusammenleben der Völker in Wohlstand. Es müsse, so sein Wunsch und Vorsatz, „ein Weg gefunden werden, uns miteinander zu vertragen“. Den Deutschen, denen die Nazipresse die auf der Krim formulierten wirklichen Ziele der Alliierten im Hinblick auf ihr Land unterschlug, sagte er, dass sie weder vernichtet noch versklavt werden sollten. Nach sechs Jahrzehnten lesen sich seine Worte, der künftige Friede könne weder ein britischer, noch ein russischer und auch kein amerikanischer sein, sondern nur aus einer Übereinkunft und gemeinsamen Anstrengungen aller hervorgehen, als wären sie in unsere Tage gesprochen. Sie wären geeignet, in Großlettern über dem Weißen Haus zu stehen und müssten von dessen Bewohnern verstanden werden.

junge Welt, Freitag, 04.02.2005, S. 10.

Einmal Moskau und zurück

Auf den Märkten, auf denen Erzeugnisse aus Geschichtswerkstätten feilgeboten werden, herrscht ein Überangebot an Historiengemälden, die in Schock- und Schreckfarben zeigen, was den Ostdeutschen vier Jahrzehnte hindurch aus der Sowjetunion an Unheil zugekommen ist. Beginnend in den Tagen, da die Soldaten sowjetischer Armeen die Reichsgrenze kämpfend überschritten. Die Spätbefreiten sollen das Erreichte endlich richtig schätzen. Die Kauflust ist gering. Nach alternativen Offerten, die mit differenzierten, realistischen Bildern aufwarten, muss freilich gesucht werden. Eine unterbreitet der Berliner Historiker Gerd Kaiser. Als Frucht eigener Erinnerungen sowie vieler Gespräche und Studien in Lebensberichten hat er ein Büchlein über deutsche Studenten an sowjetischen Universitäten geschrieben – in Moskau und bald auch in weiteren Städten des geschundenen Landes, kaum dass seit dem Kriege sechs Jahre vergangen waren. Der Autor gehörte zur ersten unter komfortablen Bedingungen in die Hauptstadt der UdSSR reisenden Gruppe junger DDR-Bürger. Wo sein Bericht vom Allgemeinen zum Individuellen gelangt, spricht er zuerst vom Schock, den die Einweisung in Säle eines Wohnheims auslöste, dessen hygienische Bedingungen selbst an die Gewöhnungsfähigkeit der Unverwöhnten einige Ansprüche stellten. Kaiser verklärt nichts. Er berichtet von Bewährung und Versagen während der Ausbildung und, da er von der Arbeit der Absolventen nach der Rückkehr wenigstens in Umrissen handelt, auch von politischen Schwierigkeiten, die nicht wenige hatten, wenn sie auf ihren Fachgebieten ungefragte Wege beschreiten wollten. Doch er besteht auf zweierlei: zuvörderst auf dem Verdienst, das sich Professoren von Universitäten und speziellen Hochschulen (der Medizin und der Technik, des Bergbaus, der Künste und der Musik), unter ihnen international hoch angesehene Gelehrte, um die Ausbildung der Gaststudenten erwarben – und das betrachtet er nach der deutsch-sowjetischen Vorgeschichte zum wenigsten als selbstverständlich. Und auf dem Anteil der Rückkehrer als Minister, Diplomaten, Hochschullehrer, Betriebsdirektoren an wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und kulturellen Prägungen des ostdeutschen Staates, gegen deren Totalverteufelung sich neue Erinnerung eben bildet.

Gerd Kaiser: „Arbeit hat bittre Wurzel ... aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslandsstudiums deutscher Studenten in der UdSSR“, edition bodoni Berlin, 154 S., 12,80 Euro.

Ossietzky, H. 3/2005, 5. Februar 2005, S. 110-111.

Was? Wie? Warum?

Manfred Weißbecker zum 70. Geburtstag

Die Geschichte hat den am 8. Februar 1935 im sächsischen Chemnitz Geborenen schon in früher Kindheit weiter herumgewirbelt, als es in Friedenszeiten der Fall gewesen wäre. Vom Schlesischen gelangte er ins Dänische und von dort erst 1947 zurück und dann nach Weimar. Aus dieser Erfahrung entstand das Interesse, die Vergangenheit zum Gegenstand eigener beruflicher Beschäftigung zu machen.

Manfred Weißbecker studierteGeschichte, richtete seine Aufmerksamkeit früh auf jene Zeit, deren Ende ihm noch erinnerlichwar, und wurde Historiker. Er blieb in Jena. Und Thüringen, das grüne, früh gebräunte Herz Deutschlands, lieferte ihm auch die ersten Themen für seine forschende Arbeit über die Nazijahre und deren Vorgeschichte, die ihren spektakulärsten Akt in der Ernennung des später in Nürnberg gehenkten Wilhelm Frick zum Innen- und Volksbildungsminister des Landes besaß.Da hatte seine Lehrtätigkeit an der Salana schon begonnen, der Generationen von Studenten und viele Doktoranden über die Lehre hinausreichende Orientierung und Anregung danken.

„Wie konnte es geschehen?“, fragte sich Weißbecker beständig. Und gelangte sodann zur Anschlussfrage: „Kann sich, was geschah, wiederholen?“ Also über die magische Marke des Jahres 1945 hinaus auch in die jüngere Zeitgeschichte der Bundesrepublik. Einen Löwenanteil besitzt er am Zustandekommen des „Lexikon der politischen Parteien und Verbände“ (4 Bde., erschienen 1983-1986), das in keiner Fachbibliothek fehlt, vorausgesetzt, sie wird nicht von DDR-Ignoranten geleitet. Die Geschichte der NSDAP (1982, neu 1998) bildet bis heute die einzige Gesamtdarstellung über die Partei des deutschen Faschismus. Dieses wie anderes Verdienst haben ihn 1990 nicht vor der Abwicklung geschützt, ihn vielmehr dafür empfohlen. Hausgarten hieß seine Alternative nicht. Aus seiner Feder stammen Biografien über Hitler (1995) und Rudolf Heß (1999, inzwischen auch polnisch), ein gemeinsam mit in- und ausländischen Kollegen entstandenes Buch über die zum Tode verurteilten Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses (1996, auch übersetzt ins Rumänische) und viele weitere Publikationen. Ohne ihn sind Gründung und Wirken des Jenaer/Thüringer Forums für Wissenschaft und Bildung (heute Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen) undenkbar. Als deren langjähriger Vorsitzender kamen ihm Erfahrungen zugute, die er gesammelt hatte, als er viele Jahre Spezialisten der Faschismusforschung, darunter manchen aus der BRD, in die Saalestadt rief. Wege der Faschismusforschung im ostdeutschen Staat sind dort im Austausch der Gedanken und im sachlichen Streit stärker bestimmt worden als durch Parteibeschlüsse.

Manfred wird heute 70. Beste Grüße ins Jenaer Mühltal.

Neues Deutschland, Dienstag, 8. Februar 2005, S. 12.

Augen zu und durch?

Offiziell fünf Millionen Arbeitslose: Bundesregierung und Medien ereifern sich über Stoibers Äußerungen zu den Ursachen für das Erstarken der NPD. Zu Unrecht

Im Januar 2005 hat die offizielle Arbeitslosenzahl die Fünf-Millionen-Grenze überschritten. Solche Nachricht hätte wohl jeden Oppositionspolitiker auf den Gedanken gebracht, ob diese sich nicht ein wenig gegen die Regierenden ausbeuten ließe. Edmund Stoiber dachte und setzte diese Tatsache in Beziehung zu einer anderen aktuellen Erscheinung – dem erkennbar gewachsenen Einfluss nazistischer Kräfte. Seine Thesen lauten: Die Massenarbeitslosigkeit ist Nährboden für das Anwachsen der äußersten Rechten. Schuld daran, mithin also auch am Wachstum der NPD und deren Anverwandten, sei die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Die Situation erinnere an das Jahr 1932.

Politische Wirkungen

Dass Arbeitslosigkeit als Realität und Drohung tiefe Spuren nicht nur in den Alltag und das Alltagsbewusstsein der Betroffenen ziehen, sondern Wandlungen in deren Gedanken- und Gefühlshaushalt hervorrufen, bestreitet niemand, der sich damit hat befassen müssen. Diese betreffen auch das politische Verhalten von Menschen. Manche werden in diesen Zuständen politisiert und suchen nach Kräften, mit denen sie sich gemeinsam wehren können. Dabei können sie sich den wirklichen Gegnern der sie plagenden Verhältnisse anschließen oder auf Demagogen hereinfallen. Andere resignieren, sehen sich von allen Seiten belogen und betrogen, treten den Rückzug ins Private an.

Diesen Vorgang illustriert deutsche Geschichte der frühen dreißiger Jahre wie der Gegenwart vielfältig. Die Feststellung Stoibers, ergänzt durch Jörg Schönbohm, ist keine Entdeckung. Diese Wahrnehmung wurde von verschiedenen Analytikern längst gemacht, jüngst etwa vom DGB-Vorsitzenden in Sachsen, Hanjo Lucassen und vom israelischen Soziologen und Historiker Moshe Zuckermann.

Zuständigkeit

Unbestritten ist, dass Regierungen kapitalistischer Staaten auf das wirtschaftliche Geschehen Einfluss nehmen. Entscheidungen, oft als das Setzen des Rahmens für die Wirtschaft bezeichnet, beeinflussen auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wenn der Bundeswirtschaftsminister meint, die „Unternehmer“ würden mit Steuern zu hoch belastet, wird er wohl entsprechende Maßnahmen durchsetzen. In einem solchen Falle werden sich auf den Konten des Kapitals (weitere) Beträge befinden, die bislang in die Staatskasse flossen. Sehr wahrscheinlich fließen sie von dort in die „Modernisierung“ von Produktionsabläufen, Maßnahmen zur Rationalisierung, die letztlich weitere Arbeitskräfte „freisetzen“. Dabei hat doch der Wirtschaftsminister nur die Konkurrenzsituation des Kapitals gegenüber dem Ausland weiter verbessern, Arbeitsplätze sichern und, wie er beschwor, „Schaden vom deutschen Volke abwenden“ wollen.

Pose der Schuldlosen

Schuldlos an der Arbeitslosigkeit, vollkommen unschuldig folglich an der Ausbreitung nazistischer Gesinnung und Aktivität, sieht sich die SPD/Grünen-Regierung. Mehr noch: nicht schuldfähig, weil zwischen jener und dieser ja gar kein Zusammenhang existiere. So sucht sie sich jedes Verdachts zu entledigen, auch nur geringe Mitverantwortung für die Ausbreitung von Armut zu tragen. Sie verlangt zudem von allen bürgerlichen Parteien, die Reihen fest zu schließen und mit „Schuldzuweisungen“ aufzuhören. Befestigen soll diese Abwehrfront die These, nazistische Gesinnung und Verhaltensweise entsprängen einzig einem falschen Weltbild, das durch Demagogen in die Köpfe derer gerate, die dann die Zivilgesellschaft nicht zu schätzen und sich in ihren demokratischen Möglichkeiten nicht zu bewegen wüssten.

Nun hat niemand, der sich mit den Quellen des Faschismus vorurteilsfrei befasste, je behauptet, es existiere davon nur eine einzige und die läge im Materiellen. Die Wege hinein in einen politischen Verbund, der extrem reaktionäre Ideen und Pläne verficht, antiaufklärerisch, antiliberal, antidemokratisch und nicht zuletzt antisozialistisch agiert, sind vielfältig. Monokausale Erklärungen sind mithin verfehlt. Aber dass der Durchbruch beispielsweise der NSDAP aus einer Existenz am Rande der

Gesellschaft in deren Mitte in einem Gebiet wie Thüringen 1929/1930 begann und die Nazis sich dort auf Wähler aus den – gewiss auch geistig und kulturell – rückständigen Armuts- und Elendsgebieten stützten, ist belegt. Marxisten und Kommunisten haben den Kampf gegen Faschismus stets auch als einen Kampf um die Köpfe angesehen und nicht nur als einen um die Straße. Gegen eine Erklärung, die letztlich die braune Anhängerschaft nur als zufällige zusammengelaufene Horde ansieht, deren Zugehörige von geheimnisvollen Kräften gedrängt sich fürs falsche Weltbild anfällig gezeigt hätten, haben sie stets begründete Einwände erhoben.

Tabujahr 1932

Großes Missfallen hat in Regierungskreisen die Stoibersche Erwähnung des Jahres 1932 erregt. Sie sei unsinnig. Das wäre sie, würde man behaupten: Damals stand Hitler ante portas, heute klopfe Hitler II. an. Jener Vergleich besitzt in anderer Perspektive indessen mehr als nur Berechtigung. 1932 regierte bis in den Mai Reichskanzler Heinrich Brüning, ein Führer der katholischen Zentrumspartei, mit Notverordnungen. Längst herrscht unter Wirtschaftshistorikern Einhelligkeit, dass die Politik der Brüning-Regierung die Ausweitung von Arbeitslosigkeit und mit ihr des Elends bewirkte, woraus die Hitlerleute ihr Kapital schlugen. Deren Aufstieg wurde durch diese Wirtschaftspolitik mehr begünstigt als durch politische Maßnahmen. Deshalb sind die Erinnerungen daran durchaus denkwürdig.

Der Kanzler möge eine Erklärung zur Lage der Nation abgeben und in deren Mittelpunkt eine die Arbeitslosigkeit bekämpfende Politik stellen, lautet die aktuelle Forderung Stoibers. Derlei mag aus München am wenigsten erwartet worden sein. Umso harscher die Entgegnung, die mangels Argumente mit Vokabeln wie hirnrissig, pervers, eitel, profilierungssüchtig und Verdächtigungen operierte und an der nur richtig war, dass die Vorwürfe aus dem Glashaus kamen. Kein Streit, ran an die Arbeit, ruft der Kanzler. Nach vorn schauen, rufen seine Parteifreunde. In der DDR hieß dergleichen in Situationen, in denen nüchterne Bilanzen verlangt und verweigert wurden: „Keine Fehlerdiskussion!“

Da bleibt nur die Frage: Wie können Ostdeutsche ihren Brüdern und Schwestern im Westen ihren Erfahrungsvorsprung übermitteln?

junge Welt, Freitag, 11.02.2005, S. 9.

Dresdens Untergang 1945 und seine Urheber

Nach 60 Jahren

Dresden, 13. Februar 1945. Der Name der Stadt und das Datum bezeichnen eine der großen Tragödien des Zweiten Weltkrieges. Eine von Tausenden und Zehntausenden. Eine der ungezählten jenes Krieges, den die deutschen Imperialisten am 1. September 1939 begonnen hatten.

Die Zahl der im Bombenhagel dreier Luftangriffe in der Elbestadt umgekommenen Menschen konnte nur geschätzt werden. Sie wird heute auf 25.000 bis 40.000 eingegrenzt und entspricht etwa der Zahl der Opfer jener Kette von Angriffen, die 1943 Hamburg zertrümmerte. Dieses Ungefähr wird auch die in Dresden kürzlich berufene Kommission von Experten nicht zu beseitigen vermögen, um immer wieder zu Betrugszwecken zusammenspekulierten Angaben entgegenzuwirken. Von manchen Opfern blieben nur unkenntliche Überreste. Dass am Abend zuvor der Bahnsteig, von dem in Görlitz ein Eisenbahnsonderzug mit aus dem Osten Flüchtenden abfuhr, hoffnungslos überfüllt und nicht mehr betretbar war, bewahrte mich vor der Fahrt mit den Ahnungslosen. Ein halbes Jahrhundert später erzählte mir ein Mitschüler, der in der brennenden Stadt lebend davongekommen war, seine Mutter sei nach dem Angriff unauffindbar gewesen und geblieben. Vor dem Hintergrund solcher Biographien muss die Parole „No tears for krauts“, inzwischen auch abgewandelt in „Keine Träne für Dresden“, was immer mit ihr an berechtigter Kritik, gerichtet gegen obrigkeitliche Ausbeutung der Geschichte und gegen nur vorgetäuschte Betroffenheit vorgetragen und provoziert werden soll, als ebenso herzlos wie politisch dumm erscheinen.

Zwecklegenden

60 Jahre nach Hitler suchen in Deutschland vor allem Rechte das Geschichtsfeld Dresden zu besetzen und aus einer grausigen Erinnerung politisches Kapital zu schlagen. Dreist nennen sie das einen Kampf gegen die Lüge und für die Wahrheit. Als diese stellen sie den Versuch hin, Dresden und Auschwitz zu parallelisieren und gleich zu gewichten. So wollen sie „die Deutschen wieder den aufrechten Gang lehren“. Der Anspruch ist richtig gelesen, wenn hinzugedacht wird: und den anderen ihre Rechnung präsentieren, gerichtet an „Massenmörder“. Denn als „Völkermord“ denunzieren sie den Luftangriff auf Dresden.

Die Verbreitung dieser Version besitzt ihre lange Vorgeschichte nicht nur in den Reihen der Nazis und anderer äußerster Kräfte der Rechten, sondern ebenso in der vielberufenen Mitte der Gesellschaft. Zu der dürfte sich das Deutsche Historische Museum zählen, in dessen – bis heute angebotenem – Abriss „Bombardierung von Dresden“ die Signalwörter lauten: „die ungeschützte Stadt, die über keinerlei Luftabwehr verfügte“ (als wäre das den Alliierten anzulasten), die „weder über kriegswichtige Verkehrs- noch Industrieanlagen verfügte“ (was sich mit einem einzigen Blick auf die zeitgenössische Eisenbahnkarte des Reiches schlicht als unwahr erweist), der Angriff, der „keinerlei militärisches Ziel verfolgte“ (als hätte sich nicht nur rund 100 Kilometer entfernt eine schwer umkämpfte Front befunden, zu der die Wehrmacht Nachschub nur aus dem Westen erhalten konnte), und der folglich das „Massaker von Dresden“ genannt wird. Erhellend ist ein Vergleich dieses Textes mit dem aus dem gleichen Museum stammenden über die „Luftschlacht um England“, worin bei der Erwähnung der Angriffe auf London Anfang September 1940 jedes Wort der Kritik an der Ausweitung der Bombenabwürfe auf Wohnviertel und Zivilisten fehlt und erwähnt wird, dass so die Moral der Bevölkerung gebrochen werden sollte.

Diese Art von Geschichtsunterricht hat mit Begriffen wie Dresden, „die Kunststadt“, „die Barockstadt“, „die Residenzstadt“ und die „unschuldige Stadt“ weite Verbreitung und Akzeptanz gefunden. Das gilt auch für den Verweis auf die am Angriffstag in der Stadt stationierten Massen von Flüchtlingen, als klage auch diese Tatsache die Besatzungen der Flugzeuge an. Der Name Zeiss-Icon, der eines der größten deutschen feinmechanisch-optischen Rüstungswerke, muss in derlei Aufzählungen nicht gesucht werden.

Späte Belehrung

Gleichsam gegen den Strich gelesen ergeben Kritik und Verurteilung eine Liste von Bedingungen, die gegeben sein mussten, damit Dresden zum Ziel eines Bombenangriffs werden durfte. Es hätte von strategischer Bedeutung sein, in der Kriegszone liegen müssen, keine Kunstschätze besitzen, keine Flüchtlinge beherbergen dürfen und die Front der Landtruppen hätte bei Stalingrad oder jedenfalls weit im Osten verlaufen müssen. Hier eine faschistisch geprägte Kriegführung, der kein Kriegsrecht galt und die kein Mittel verwarf, wenn es ihr nur zur Errichtung eines zusammengeraubten Weltreiches tauglich erschien – und dort die schließlich obsiegenden Gegenkräfte, denen mehr als ein halbes Jahrhundert danach erklärt wird, wie sie ihren Kampf hätten führen und beenden sollen: gerüstet und bewaffnet, aber nicht blutbefleckt, wie Pallas Athene in dem Moment erschien, da sie dem Haupte des Zeus entstieg. Welch geschichtsfernes Bild! Und welche Anmaßung zugleich!

Als Jörg Friedrich vor mehr als zwei Jahren in seinem Buch „Der Brand“ über das geduldige Vehikel der Sprache seinen Anschlag gegen ein aufgeklärtes Geschichtsdenken über Faschismus und Krieg unternahm, schwafelten Medien landauf, landab vom Verdienst eines Tabubruchs, trieb Reklame sein Buch zum Bestseller hoch, während sich die besonders zuständigen deutschen Historiker mit wenigen Entgegnungen begnügten, die nicht in das Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung durchschlugen. Erst als seine Sicht verdichtet in die Vokabel vom „Bombenholocaust“ auf Transparenten durch deutsche Städte getragen, die Alliierten in einem deutschen Landtag „Massenmörder“ genannt, von den heutigen Faschisten und deren Anverwandten Begriffe wie „Terrorflieger“ und „Terrorgefallene“, auch „Menschheitsverbrechen“ in öffentlichen Umlauf gebracht wurden und darob wie schon 2002 im Ausland (trotz fortdauerndem Krieg gegen den Irak, verbreiteter Terrorismushysterie, Flutkatastrophe im fernen Südostasien) Aufmerksamkeit entstand, da galt es wiederum „Schaden vom deutschen Volke“ abzuwenden. Das soll die Massenansammlung deutscher Michel nun gemeinsam und angestrengt erledigen. „Wir alle“, sagt der Bundeskanzler und vergisst hinzuzufügen, dass das Reinemachepersonal in seinem Amt dazu nicht die gleichen Möglichkeiten besitzt wie er, und ein Arbeiter am Band einer Autofabrik nicht die gleichen wie eine Lehrerin.

Ein Buch aus England

Frederick Taylor hat sein jüngst erschienenes „Dresden-Buch“ („Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror?“ Aus dem Englischen übertragen von Friedrich Grise, C. Bertelsmann, München 2004, 539 S.) nicht vorsätzlich in diese Auseinandersetzung hineingeschrieben, die hierzulande eine gesellschaftliche erst noch werden müsste. Doch kommt er notwendig auf jede der seit langem umstrittenen Fragen. Wer sich in dem halben Tausend Seiten beliest, wird sich an ihrer Diskussion sachkundiger beteiligen können. Und dass sich die braunen und die angebräunten Demagogen auf Friedrich und nicht auf ihn beziehen und die Bild-Zeitung den Briten beschimpfte, kann zweifelsfrei als Empfehlung gelten. Nicht minder die Sicht Taylors, der im verwüsteten Dresden 1945 „ein Symbol für das Übel des Luftkrieges, des totalen Krieges“ erblickt, „in dessen Zeitalter wir leider noch immer leben“. Das machen in diesen Tagen auf Dresdens Straßen auch Plakate mit den Namen von Städten sinnfällig, die Ziele von Luftattacken waren, darunter die Namen Guernicas, Coventrys und Bagdads.

Taylor holt in seinem Buch weit aus, greift zurück in die Geschichte Sachsens und der Stadt, beschreibt ihr Leben und ihre Schönheit in Vorkriegstagen. Erst im 13. (von 40) Kapiteln kommt er im engeren Sinne zu seinem Thema und lässt von der Legende nichts übrig, die Dresden als eine Großstadt darstellt, die von Faschismus und Krieg kaum berührt, jedenfalls nicht geprägt worden sei. Er schreibt vom Industriestandort und den Rüstungsbetrieben, von deren Produktion und von den ausgebeuteten Zwangsarbeitern (Juden, Polen, Tschechen u. a.), von Geschichte und Bedeutung des Verkehrsknotenpunktes und vom Hinrichtungsort, an dem Deutsche, Polen und Tschechen unter der Guillotine starben.

Dann schildert er Vorgeschichte und Vorbereitung des Großangriffs. Er dokumentiert dessen Ziel: chaotische Zustände in einem Verwaltungs-, Verkehrs- und Industriezentrum, das zudem Durchgangsstation für Flüchtlingsströme geworden war, und Unterbindung oder zumindest Erschwerung des Nachschubs an Truppen und Kriegsmaterial für die Ostfront. Dass der sowjetische Alliierte die

Fortdauer des Luftkriegs billigte, wovon die in Jalta getroffene Abmachung über die Linie (Berlin, Dresden, Wien) zeugt, bis zu der er ostwärts vorgetragen werden sollte, ist unzweifelhaft. Sekundär hingegen und fraglich blieb, ob Dresden während des Treffens auf der Krim als Angriffsziel ausdrücklich genannt worden ist.

Bombenstopp?

Taylor lässt keine schriftliche oder mündliche Quellengruppe aus, um zu schildern, was in den wenigen Minuten jener Bombenabwürfe auf Dresden am 13. und 14. Februar in der Stadt geschah, und stellt dar, was die Britischen und, tags darauf, die US-amerikanischen Staffeln hinterließen. Und er benutzt, um diese Seite des Krieges ohne einen Rest von Rücksicht oder gar Schminke zu charakterisieren, Begriffe wie „Gemetzel“ und „Massaker“, was ihm einen Bonus derer nicht eintrug, die das Geschehen nicht anders und als Kriegsverbrechen qualifizieren, darauf vertrauend, dass die löchrigen und mitunter fadenscheinigen Normen des Kriegs- und insbesondere des Luftkriegsrechts kaum bekannt sind. Taylor, das vor allem hat ihm Beschimpfungen eingetragen, besteht hingegen darauf, dass der Angriff auf Dresden, der sich zwar nicht nach Anlage und Absicht, jedoch im Ausmaß seiner grauenvollen, unvergessenen Folgen von vielen Attacken auf deutsche Städte unterscheiden und nicht rechtfertigen, sondern moralisch nur verdammen lässt, dennoch legitim war. Zudem: Auch in den Stäben des Bomberkommandos waren „alle normalen Hemmungen menschlichen Verhaltens durch Jahre des totalen Krieges aufgebraucht“. Zwischen den Methoden der Kriegführung und den Zielen des Krieges unterscheidend bezieht Taylor seine Leser gegen Schluss des Bandes ausdrücklich in die Überlegung ein: „Beim Gedanken an Dresden ringen wir mit den Grenzen dessen, was selbst im Sinne der allerbesten Sache erlaubt ist.“ Der „allerbesten Sache“ – eben daran vorbeizudenken, dahinein sollen die Deutschen gezogen werden.

Überzeugend wendet sich der Autor gegen das Starargument derer, die den Angriff als „sinnlos“ bezeichnen. Es lautet: Die Deutschen hatten den Krieg doch schon verloren. Ja, gewinnen konnten sie ihn nicht mehr. Aber dieser Krieg war noch nicht beendet und seine Fortdauer nicht abzusehen. Taylor verweist auf den „Ardennen-Schock“, das unerwartete Debakel, das viele US-Amerikaner das Leben kostete. Er erinnert an die unentschiedene und unbeantwortbare Frage, welche Widerstandskräfte dieses Nazideutschland noch zu mobilisieren vermochte, bis es die Waffen strecken würde. Was sollte in diesem Moment in den militärischen Stäben der Alliierten für einen „Bombenstopp“ sprechen? Es war nicht nur die Dynamik eines auf hohe Touren gebrachten militärischen Apparats, der mit erfinderischer, technischer, organisatorischer Intelligenz aufgebaut worden war und unterhalten wurde, die das Bomberkommando weiter planen, befehlen und Ziel auf Ziel vernichten ließ. Der Krieg lieferte für diesen unmodifizierten und ungebremsten Einsatz todbringender Gewalt selbst täglich noch Argumente.

Messlatte für die Barbarei?

In Pressegesprächen hat Taylor gegenüber deutschen Journalisten das Ansinnen abgelehnt, Großbritannien möge sich, etwa durch die Stimme der Queen, offiziell für den Angriff auf Dresden entschuldigen. Wie solle das, so sein aktuell-pragmatisches Argument, in einem Lande verständlich gemacht werden, in dessen Hauptstadt Menschen um Zehntausende ihrer Toten trauern, die Opfer jener Angriffe wurden, mit denen die deutsche Luftwaffe 1940 den Gegner kapitulationsreif bomben wollte. Wobei sie ihre rücksichtslose Kriegführung mit Schlagern wie „Bomben auf Engelland“ besingen ließ. Wie in einer Stadt, auf deren Einwohner noch 1945 die V-2-Raketen gnadenlos niedergingen? (Die letzte explodierte in London am 27. März 1945.) Verwunderlich, dass der Historiker sich dabei auf das Argument einließ, die Engländer hätten „bis Dresden“ auch vielen Deutschen als in allen Lagen fair gegolten. Dieses Bild hatte die Nazipropaganda unter anderem mit Filmen wie „Ohm Krüger“ und „Titanic“ schon weithin zerstört.

Die Zerstörung Dresdens in ihre historischen Koordinaten hineinzustellen und den Hergang von Legenden zu befreien heißt nicht, diesen Akt des Krieges anders anzusehen denn als Barbarei. Aber was in diesem Kriege verdient die Bezeichnung „zivilisiert“? Wie soll zwischen Graden der Barbarei unterschieden werden? Was ihr Maß sein? Die Zahl der Toten? Die Tonnenmasse der Trümmer? Der

materielle oder ideelle Wert zerstörter Kulturgüter und Kunstschätze? Die Art des Tötens und Sterbens, von Kugeln niedergestreckt, von Granaten oder Bomben zerfetzt, verbrannt oder erstickt? Der Platz des Ereignisses in der Chronik des Krieges? Hätte die Barbarei dann erst nach dem 1. September 1939 begonnen, und wann exakt?

Es bleibt zwischen den Kriegshandlungen der Beteiligten nur eine begründete letzte Unterscheidung, die sich ergibt, wenn auch ihre Kriegsziele in Betracht gezogen werden. Darauf hat der Theologe Karl Barth, den die Faschisten aus Deutschland vertrieben, in einem am 13. April 1945 aus Basel an einen Freund gerichteten Brief mit Nachdruck bestanden: „Sie neigen im Augenblick dazu, das ganze heutige Weltgeschehen unter dem Gesichtspunkt eines Circulus vitiosus zu sehen: eine Unmenschlichkeit, eine Gewaltsamkeit gegen die andere, Mord gegen Mord. Ist die Sache so einfach?“ Es existiere eine Differenz, entwickelte er sodann seine Position, zwischen jenen, die das „Attentat gegen die Menschheit“ unternahmen und dabei millionenfach Menschen sich zu ihren Instrumenten machen konnten, und ihren Gegnern, die dieses Attentat kriegerisch abwehrten, dabei Mittel benutzend und nach Methoden verfahrend, die auch grausam und abscheulich waren und vor denen später selbst diejenigen erschraken, die sie angewendet hatten.

Wessen Schuld?

Wenn im Zusammenhang mit dem „Tod von Dresden“ oder dem tausend- oder auch zehntausendfachen von Magdeburg (16. Januar 1945), Berlin (3. Februar 1945), Pforzheim (23./24. Februar), Dortmund (12. März) und weiteren Groß- und Mittelstädten, die in der Endphase des Krieges durch Bombenangriffe erstmals oder wieder furchtbar verwüstet wurden, die Schuldfrage gestellt und nicht engstirnig oder absichtsvoll in die Militärstäbe der Alliierten delegiert wird, dann wird die Schuld hierzulande zumeist Hitler und seinen braunen Paladinen angelastet. Das ist nicht falsch, aber doch unvollständig. Denn wie steht es mit den „Feldgrauen“? Was die Mehrheit der Deutschen in der Endphase des Krieges litt, als sie nicht mehr nur Instrument des Systems war, sondern zu Millionen auch sein Opfer wurde, verantworten mit dem „Führer“ in erster Linie die deutschen Feldmarschälle, Generale und Generalstäbler, die im sicheren Wissen um die Unabwendbarkeit der militärischen Niederlage befahlen, weiterzukämpfen, anstatt – wie es ihre Vorgänger 1918 getan hatten – die Erklärung der Kapitulation spätestens in dem Augenblick zu verlangen, da die gegnerischen Truppen im Osten wie im Westen an der Reichsgrenze standen. Dann wäre nach den Verwüstungen Hamburgs, Kölns und weiterer deutscher Städte denen Gleiches erspart geblieben, die erst 1945 Trümmerwüsten wurden. Dann auch hätte sich die kampflose Besetzung Deutschlands anders vollzogen als seine Eroberung.

Die Trümmerwüsten, entstanden in den letzten Monaten des Krieges, besaßen ihren Ursprung in den Entscheidungen von Deutschen über die Weiterführung des Krieges „bis fünf Minuten nach zwölf“, wie Hitler angekündigt hatte, was praktisch bedeutete bis fünf Minuten nach Dresden, nach Chemnitz, Potsdam usw. Die diese Entscheidungen trafen, trugen auf ihren Schultern güldene und geflochtene Epauletten und an ihren Hosen rote Biesen.

Aber nicht sie, die das uneingeschränkt verdient hätten, vereinen nazistische Publikationen zu einem Verbrecheralbum, sondern deren Widerparte. Und keiner aus der elitären deutschen Militärclique wurde Opfer eines der verheerenden Bombardements. Wer zu dieser „Elite“ gehörte, wusste zudem Frau und Kind zumeist in sicheren und angenehmen Evakuierungsorten oder sonst weitab vom Luftkrieg. Nur Roland Freisler, der blutbesudelte Vorsitzende des sogenannten Volksgerichtshofes, der in Berlin bei einem derartigen Angriff umkam, bildete eine Ausnahme. Der Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Sachsens, Martin Mutschmann, hatte sich im mit Schutzbauten nur völlig unzureichend ausgestatteten Dresden einen „Befehlsbunker“ im Garten seiner Villa bauen lassen. Auch diesen Teil des Krieges erlebte die „deutsche Volksgemeinschaft“ auf höchst unterschiedliche Weise. Worüber in unseren eben anbrechenden neupatriotischen Zeiten, in denen wir uns wieder einmal auf den Weg – diesmal auf den in eine „zivilisatorische Volksgemeinschaft“ – machen sollen, meist geschwiegen wird.

Zum gleichen Thema siehe den Beitrag unseres Autors: Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage. Die Debatte über den „Bombenkrieg“. In: Michael Klundt (Hrsg.): Heldenmythos und Opfertaumel. PapyRossa Verlag, Köln 2004.

junge Welt, Sonnabend, 12.02.2005, S. 10.

Buch & Deckel

Angehende Marineoffiziere, ist aus der auf akribischen Recherchen fußenden Einleitung dieses Bandes zu erfahren, waren während ihrer Kadettenzeit in der kaiserlichen Marine amtlich verpflichtet, Tagebuch zu führen. Manche von ihnen behielten das bei. Albert Hopman (1865-1942) in extenso. Zudem war er ein eifriger Briefeschreiber und auf den Posten, die er bekleidete, ein fleißiger Verfasser von Berichten und Denkschriften, gerichtet an seine Vorgesetzten, Wilhelm II. eingeschlossen. Was nun davon in Auswahl vorgelegt wurde, bildet eine Quelle von Rang, wenngleich der Autor nicht bis in die erste Reihe der Militärelite gelangte. Doch war er u. a. Navigationsoffizier eines Linienschiffes im Geschwader, das die Landung der deutschen Truppen sicherte, die den „Boxer"-Aufstand in China niederschlugen, Offizier im Admiralstab, Beobachter des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05, Kommandant eines Kleinen Kreuzers bzw. eines der modernsten Linienschiffe, Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamtes (das war so viel wie das Kriegsmarineministerium), Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte der Ostsee, Marineberater im Osmanischen Reich und Chef der Nautisch-technischen Kommission im besetzten Odessa.

Das erste der gedruckten Dokumente, ein Brief an seine Ehefrau aus dem Jahre 1901 und in Hongkong geschrieben, lässt den Seeoffizier als einen Mann erkennen, der weiß, dass sein Kriegsschiff Tausende von Kilometern vom Heimathafen entfernt nicht nur auf Meeren herumschippert, weil das Reich mehr „Verantwortung übernehmen" möchte. Er schreibt mit dem Blick ins „Reich der Mitte", bei dessen vollständiger Kolonisierung Deutschland nicht zu spät kommen will: „Für die Ausbreitung unserer Machtsphäre und die Vergrößerung unseres Geldbeutels ist der Krieg wie geschaffen." Und was die Perspektiven angeht, ist er am Jahrhundertanfang voller Optimismus. Noch eine Phase der Hochrüstung zur See, und das Kaiserreich wäre in der Weltgeltung vor England auf Platz 1 angelangt.

Das letzte Schriftstück des ausgezeichnet edierten Bandes ist ein Brief des Admirals an seinen ältesten Sohn, den er zwanzig Jahre später schrieb, am so oft gefeierten Tag des inzwischen exakt 50 Jahre zurückliegenden deutschen Sieges bei Sedan. Aus diesem Text spricht Katzenjammer und zugleich das Bestreben, sich als ein echt deutscher Mann und Offizier nach der Kriegsniederlage 1918 nicht gehenzulassen. Zwar gehöre er einer Generation an, die „voller Bitterkeit ins Grab gehen wird", doch verpflichtete er seinen Ältesten, für Deutschlands Wiederaufstieg einzutreten hin zu der ihm zustehenden „führenden Rolle" in den „Vereinigten Staaten von Europa mit Zollunion usw." Mit dieser Denkweise kann der großdeutsche Hopman uns wie ein Zeitgenosse derer anmuten, die im kaum verhohlenen Befehlston den „Ruck durch Deutschland" fordern, „Deutsche zuerst" skandieren oder im Stil des besorgten Altenpflegers dem Volke „Zuversicht" predigen. Sie vermögen – wie einst der Admiral und die Herren seiner Crew – das Land, das sie als ihr eigenes betrachten, nirgendwo sonst zu sehen als an der Spitze, sei es im Warenexport oder auf dem Fußballplatz. Andernfalls ist die Weltordnung gestört und muss wiederhergestellt werden.

Hopman starb im März 1942. Im letzten überlieferten Brief aus dem September des Vorjahres sah er England in der Schlacht im Atlantik ebenso wie Sowjetrussland vor dem Zusammenbruch.

Albert Hopman: Das ereignisreiche Leben eines „Wilhelminers". Oldenbourg, München 2004, 1.232 S., 49,80 Euro.

konkret, 3/2005, S. 64.

Aussichtslos im Kessel

Serie. Auf dem Wege nach Karlshorst. Die Befreiung der Deutschen vor 60 Jahren. Über den Rhein – ostwärts (Teil 5)

Über die Schelde, die Maas und den Rhein, ziehen wir siegreich nach Frankreich hinein“, hatten die deutschen Soldaten im Frühjahr 1940 gesungen. Zugleich griffen sie Belgien, die Niederlande und Luxemburg, die Neutralität der drei Staaten verletzend, an. Der Wehrmachtsbericht vom 10. Mai log, das sei angesichts der bevorstehenden Ausweitung des Krieges durch die Gegner und zum Schutze des Ruhrgebiets geschehen. So gelangte die Gegend im Westen des Reiches das erste Mal in eine Tagesmeldung des „Oberkommandos der Wehr macht“ (OKW) – als ein besonders schützenswertes Objekt. Das war nahezu fünf Jahre her.

Nun schickten sich die Soldaten der Alliierten an, über den Rhein zu ziehen, ostwärts – ins Reich und zu der seinen Machthabern noch verbliebenen Rüstungsschmiede. Auf dem Wege dahin wurde ein Bauwerk bekannt, von dem in Deutschland, geschweige denn außerhalb seiner Grenzen, kaum jemand je besondere Notiz genommen hätte, wies es doch, obgleich eindrucksvoll, keine herausragende architektonische oder technische Besonderheit auf: die Brücke, die bei Remagen, einem Ort am westlichen Rheinufer zwischen Bonn und Koblenz, den Fluss überspannte.

Die Brücke von Remagen

Dass die stählerne Brücke dennoch Berühmtheit erlangte, mag dem (wenn auch nicht vollständigen) Versagen der Sprengladungen zugeschrieben werden, die sie hatten zerstören sollen, nachdem die letzten Wehrmachtssoldaten sie als Rückzugsweg genutzt hatten. Ob falsche Berechnung oder die Zerstörung von Zündschnüren das Misslingen des Vorhabens bewirkten, blieb letztlich ungeklärt. Der stählerne Koloss, als Eisenbahnbrücke erbaut in den Jahren des Ersten Weltkriegs, war so konstruiert, dass er zugleich einen Fußgängerverkehr von Ufer zu Ufer zuließ. Er konnte auch für andere Gefährte nutzbar gemacht werden, wenn der Schienenweg mit Bohlen überdeckt wurde. Ursprünglich war die Brücke dazu bestimmt gewesen, den Nachschub für das deutsche kaiserliche Heer in Belgien und Frankreich hinreichend zu sichern. 1918 eingeweiht, hatte sie jedoch, anders als gedacht, wenig später den Rückzug von Formationen des geschlagenen Kaiserheeres ins Reich erlebt. Nun erbebte sie an einem Märztag des Jahres 1945 zwar unter der Wucht der Explosion, ihre Segmente stürzten jedoch nicht wie gewollt in den Strom. Das tat das Bauwerk erst am 17. März, Soldaten der 9. US-Armee mit sich in die Fluten und manche von ihnen in den Tod reißend.

Bis dahin hatte sie, freilich ohne auf ihre Tauglichkeit verlässlich geprüft worden zu sein, den Vordringenden als unerwartetes Geschenk gegolten und als willkommener Zugang zum Ostufer gedient, wo der Schienenweg zunächst in einem Tunnel verlief. In den Tagen nach der Inbesitznahme entstand auf dem Ostufer des Rheins ein Brückenkopf, der hartnäckig umkämpft wurde, den Wehrmachtstruppen jedoch nicht mehr zu liquidieren vermochten und der für den Zweck beständig erweitert werden konnte, aus ihm den Angriff nach Osten vorzutragen. Ebenso wenig war es der deutschen Luftwaffe in sofort einsetzenden Aktionen gelungen, die „Ludendorff-Brücke“ – sie hatte ihren Namen nach dem kaiserlichen General erhalten, der zudem Ehrenbürger Remagens geworden war – durch Bombenangriffe untauglich zu machen.

Ein mörderisches Exempel

Hitler befahl, die für den Verlust des intakten Flussübergangs verantwortlichen Offiziere – als solche wurden fünf ermittelt – zu erschießen. Vier von ihnen starben in einem kleinen Ort im Westerwald durch Kugeln aus Gewehrläufen ihrer „Kameraden“, nachdem sie ein Schnellgericht verurteilt hatte. Unter ihnen war der Adjutant des für diesen Bereich zuständigen Befehlshabers des LXVII. Armeekorps, General Otto Maximilian Hitzfeld, ein Major, der von seinem Vorgesetzten mit dem Sonderauftrag in den Brückenabschnitt entsandt worden war, die Sprengung zu gewährleisten. Nur einer, da er sich bereits in Kriegsgefangenschaft befand, entging dem mörderischen Zugriff. Hitzfeld, ein Durchhaltegeneral, kam hingegen ungerügt davon. Er wurde am 9. Mai, noch einen Tag nach der Generalkapitulation der Wehrmacht also, mit einem der höchsten Militärorden dekoriert.

Die Brücke von Remagen, an deren Existenz heute nur noch Stümpfe einstiger Pfeiler am Rheinufer erinnern, kam in den Ruf, so etwas wie das „Tor ins Reichsinnere“ gewesen zu sein. Allein war sie das jedoch nicht, denn die in der letzten Märzdekade mächtig einsetzende Offensive der britischen und US-amerikanischen Truppen wurde aus mehreren Brückenköpfen und Übersetzstellen vorgetragen. Doch an diese Zufallsbeute ließen sich Legenden knüpfen und ihr Bekanntheitsgrad konnte jedenfalls in den Staaten der Westalliierten mit jenem der Elbbrücke bei Torgau durchaus konkurrieren. Dazu trugen geschichtliche Schilderungen bei, zuerst die in den USA 1957 erschienene von Ken Hechler, der als ein Army Combat Historian bald nach der Inbesitznahme der Brücke daran beteiligte US-amerikanische Soldaten gesprochen und befragt hatte. Sein Buch diente 1968 zur Vorlage für den in den USA hergestellten Spielfilm „Die Brücke von Remagen“, der mit dem Ereignis frei umging, es nichts weniger als nachstellen wollte und dessen Außenaufnahmen teilweise an einer dafür geeigneten Brücke über die Moldau gedreht worden waren. Das Geschehen lieferte Stoff für viele Schilderungen und zudem für einen Roman.

Vorwärts in das Ruhrgebiet

Als die von General Dwight D. Eisenhower geführten Truppen nahezu das gesamte westliche Ufer des Rheins von Koblenz, das am 21. März besetzt wurde, nordwärts bis zur Reichsgrenze in ihren Besitz gebracht hatten, lag vor ihnen das Ruhrgebiet als eines ihrer nächsten Hauptziele. Wurde es erobert, dann war nach der im Januar 1945 erfolgten Inbesitznahme des oberschlesischen Industriereviers durch sowjetische Armeen die deutsche Rüstungs- und Verkehrswirtschaft – genauer: was von ihr nach den Bombardements noch übrig und funktionstüchtig geblieben war – am Ende.

Wie es Marschall Konew im Fall der Rüstungsschmiede im Osten getan hatte, so gedachte auch Eisenhower nicht, seine Truppen in langwierige Kämpfe in Städten und zwischen Industrieanlagen des Ballungsgebietes zu schicken. In einer Nachricht für die sowjetische Führung schrieb er am 28. März, er beabsichtige „die das Ruhrgebiet verteidigenden feindlichen Truppen einzuschließen und zu zerschlagen und dieses Gebiet vom übrigen Deutschland zu isolieren“. Dazu werde er das Gebiet im Norden und im Süden – dort weiträumig von Frankfurt am Main über Kassel – umgehen lassen. Er plane, dass „diese Operationsphase Ende April, vielleicht auch früher, abgeschlossen sein wird“. Letzteres erwies sich als eine ziemlich genaue Vorausberechnung.

Als diese Informationen den Empfänger erreichten, war die Offensive bereits begonnen und die nach ihren Niederlagen am westlichen Rheinufer geschwächte Heeresgruppe B, die das Ruhrgebiet verteidigen sollte, wiederum auf die Verliererstraße gezwungen. Boden- und Luftlandetruppen kamen im Norden voran, während die im Süden, wie der OKW-Bericht am 28. März mitteilte, das obere Siegtal erreicht und sich Kämpfe zwischen Dillenburg und Wetzlar entwickelt hatten. Tags darauf befanden sich die Angreifenden im „Raum Gießen- Marburg“.

Der Ring schließt sich

Die deutsche Heeresgruppe geriet in eine bedrohliche Lage. Blieb sie, wo sie war, drohte ihr die Einschließung. Die vollzog sich indes rascher als erwartet. Am 1. April konnten sich die beiderseits des Ruhrgebietes weit nach Osten vorgestoßenen, dann sich nach Norden bzw. Süden aufeinander zu bewegenden US-amerikanischen Armeen bei Lippstadt vereinen und den Ring schließen. Im sogenannten Ruhrkessel befand sich etwa eine Viertel Million Wehrmachtssoldaten, dazu die deutsche Zivilbevölkerung, eine erhebliche Zahl von Zwangsarbeitern, die in den Rüstungsbetrieben hatten schuften müssen, und Kriegsgefangene mehrerer Nationen.

Befehligt wurde die Heeresgruppe von Generalfeldmarschall Walter Model, einem Militär, dem Hitler und das OKW besonders vertraute, wofür sie Gründe besaßen. Der Berufssoldat, der nach seinem Abitur in das Kaiserheer eingetreten war, als Leutnant in den Ersten Weltkrieg zog und ihn im Hauptmannsrang beendete, sodann in der Weimarer Republik seine Karriere in der Reichswehr fortsetzte, hatte es am Beginn des Zweiten Weltkriegs bis zum Generalmajor und Stabschef einer Armee gebracht. Nach den Feldzügen in Polen, in Frankreich und der Ukraine sollte er im Dezember 1941 an der Spitze eines Panzerkorps Moskau erobern. Dabei scheiternd, erwarb er sich in den folgenden Jahren den Ruhm eines befähigten Abwehrstrategen und „Feuerwehrmannes“.

In dieser Rolle sollten er und seine Heeresgruppe auch noch im zeitigen Frühjahr 1945 funktionieren. Dazu fehlten alle Mittel. Auch die Kampfmoral der ihm Unterstellten war weitgehend dahin. Die an der Ostfront wirkende „Bolschewistenfurcht“ existierte hier nicht. Model ließ wie seinesgleichen zunächst ungeachtet der aussichtslosen Lage weiterkämpfen und wäre dabei schon früher an das Ende seines Lateins gelangt, hätten Eisenhower und seine Generale ihre Aufmerksamkeit auf ihn und nicht vielmehr auf ihr weiteres Vorankommen nach Osten gerichtet, wo sie in Mitteldeutschland mit den sowjetischen Truppen zusammenzutreffen hofften.

Das Ende der Heeresgruppe B

Das deutsche Oberkommando verschwieg Tag für Tag, in welcher Situation sich die Heeresgruppe eigentlich befand. Die Rede war erst am 11. April von einer „Abwehrschlacht im Ruhrgebiet“. Als Kampforte wurden da und in den folgenden Tagen Wanne-Eickel, Gelsenkirchen, Bochum, Essen, Lüdenscheid u. a. genannt. Am 17. April räumte der Bericht ein, dass nur zwei inzwischen gespaltene Gruppen sich dort noch verteidigen würden. Zugleich konnte der übliche Abgesang gelesen werden: „schwerster Kampf“, „überlegener Gegner“, „zäh und verbissen“, „jeden Meter Boden“, „konzentrisch angreifender Feind“. Tags darauf gab es diese Gegend im Bericht schon nicht mehr. Einen weiteren Tag später wurde geschrieben: „Der Kampf zwischen Ruhr und Rhein ist beendet. In wochenlangem Ringen haben Truppen aller Waffengattungen unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls Model ...“ usw.

Einen ähnlichen Vorfall, dass sich eine halbe Million Soldaten der Wehrmacht – andere Angaben über die Zahl der Eingeschlossenen liegen noch erheblich höher – in Gefangenschaft begaben, verzeichnet die Geschichte der Kämpfe an der Ostfront nicht. Im eingeschlossenen Breslau währten die Kämpfe bis in die ersten Maitage. Einzig der Kommandant der „Festung“ Königsberg gab frühzeitig und ohne die Genehmigung durch das Oberkommando, die ihm freilich verweigert worden wäre, auf, was ihm in Abwesenheit die Verurteilung zum Tode eintrug.

... und eines Generalfeldmarschalls

Nun – in der Aprilmitte – konnte im „Führerhauptquartier“ nicht einmal mehr auch nur angedeutet werden, was an der Ruhr wirklich geschehen war. Der Marschall hatte nicht bis zum letzten Mann und der letzten Patrone kämpfen lassen, sondern den Entschluss gefasst, was von seiner Heeresgruppe noch existierte „aufzulösen“. Da sie dieser famosen Konstruktion zufolge als geschlagener Verband nicht mehr existierte, brauchte sie auch als Ganze nicht förmlich zu kapitulieren und die Waffen zu strecken. Model, der Mann mit dem Monokel, vermied einen Schritt und eine Unterschrift, die er in seiner Biographie nicht verzeichnet wünschte.

Die schloss er am 21. April, als er sich in einem Walde in der Nähe von Düsseldorf erschoss. Später wurde er auf einem Soldatenfriedhof südöstlich von Aachen, wo er seine Untergebenen Ende 1944 in die aussichtslose Ardennenschlacht befohlen hatte, beigesetzt. Seine Verehrer und Verklärer haben Models Ende später als „Tod an der Front“ umlügen wollen und den Schritt als eine respektable Tat hinzustellen gesucht. Für diese Wertung kam er viel zu spät. Ohne seinen letzten Entschluss und dessen Verwirklichung wäre Model allerdings der erste Generalfeldmarschall Hitlers in westlicher Gefangenschaft gewesen, was ihm nach der Gefangennahme von Friedrich Paulus Anfang 1943 in Stalingrad eine gewisse Aufmerksamkeit eingetragen haben würde – nur für kurze Zeit freilich. Denn nur Wochen später existierte in der „Westgefangenschaft“ schon ein Überfluss an Militärs dieses höchsten Ranges, da die Herren nahezu alle erfolgreich gesorgt hatten, gerade dorthin zu gelangen.

Mordorgien ohne Sühne

Wie anderswo in Deutschland auch hatte die kriegsmüde Bevölkerung des Ruhrgebiets in diesen Wochen gewünscht, dass „Schluss“ sei. Hier waren die Bewohner von Städten und Siedlungen schon seit Jahren von den Kriegsereignissen besonders betroffen worden. Als die Bürger in anderen Gegenden des Reiches die Luftschutzsirenen nur von Probealarmen her kannten, wurde das Ruhrgebiet von einfliegenden Gruppen britischer Flugzeuge schon erreicht, und es war nachgewiesen, dass deren Abwehr vor den Grenzen des eigenen Luftraums ein leeres Versprechen dargestellt hatte. Die anfäng-

lichen, 1940 verbreiteten Berichte des Oberkommandos, in denen noch der Typ der gesichteten oder abgeschossenen feindlichen Maschine genannt wurden, einzelne Schäden und selbst eine zerstörte Scheune erwähnt worden waren, gehörten lange der Vergangenheit an. Die Gegend war weithin eine Trümmerwüste.

Noch bis in die Tage unmittelbar vor dem Beginn der Offensive, die zur Einschließung des Gebietes geführt hatte, erfolgten wiederum intensive Luftangriffe, die den Bodentruppen das Vordringen erleichtern und ihre Verluste verringern sollten. Tags wie nachts beherrschten die Royal Air Force und die US-amerikanischen Bomberverbände und deren Begleitschutz den Himmel über dem Reich. Ziel von Attacken waren in der Mitte des März u. a. wieder Essen und Dortmund, von dem mitgeteilt wurde, dass es besonders getroffen worden sei. Längst hießen die Angreifenden in den Berichten des Oberkommandos „Terrorflieger“. Und die Zeiten, in denen am Schluss solcher Nachrichten regelmäßig die Zahl der abgeschossenen Gegner bekannt gegeben wurden, waren vorbei, was den faktischen Zusammenbruch der deutschen Luft- und Bodenabwehr bezeugte.

Nichtsdestoweniger war von den Naziführern im Ruhrgebiet zum Endkampf aufgerufen worden. Die Berliner Zentrale der Geheimen Staatspolizei hatte schon nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive und in Erwartung des Herannahens der alliierten Armeen dem Sicherheitspersonal vor Ort befohlen, sich auf das Ergreifen schärfster Maßnahmen einzurichten, mit denen die Disziplin als unerlässliche Voraussetzung für die Weiterführung des Krieges aufrechterhalten werden sollte. Zu diesem Zweck wurden den Gestapostellen Rechte übertragen, die sie bisher erst nach Genehmigungen aus Berlin hatten wahrnehmen können. Am 24. Januar 1945 erhielten die Gestapostellen in Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster die Weisung: „Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen.“ Dagegen sei „sofort zuzuschlagen. Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA (Reichssicherheitshauptamt – K. P.) Sonderbehandlung zu beantragen.“

Im eingeschlossenen Gebiet fanden sich hinreichend Kräfte, die noch in den letzten Wochen und selbst als die alliierten Truppen nur noch wenige Kilometer entfernt waren, deutsche Nazigegner und ausländische Zwangsarbeiter, die sie vordem schon in ihre Gewalt gebracht hatten, in wahren Mordorgien umbrachten. Traurige Berühmtheit erlangten in Dortmund der Rombergpark und die Bittermark: Dort töteten Gestapoleute und andere fanatische Faschisten ihre Opfer durch Schüsse und verscharrten sie an Ort und Stelle u. a. in Bombentrichtern.

Stunden darauf suchten die Urheber und Organisatoren dieser Verbrechen zumeist das Weite und sich der Gefangennahme zu entziehen. Vergeblich tauchte der amtierende NSDAP-Gauleiter von Essen unter falschem Namen ab. Er wurde alsbald doch entdeckt und später zu nicht mehr als fünf Jahren Haft verurteilt. Sein Kompagnon, der Gauleiter von Westfalen-Süd, hatte noch Ende März Maßnahmen vorgeschlagen, um die Zwangsarbeiter, die im sich ausbreitenden Chaos immer weniger kontrolliert werden konnten und von denen manche die Gelegenheit zur Flucht gesucht und gefunden hatten, wie Kriegsgefangene in Lager zu bringen und streng zu bewachen. Doch waren die Möglichkeiten der Faschisten schon zu sehr geschrumpft, als dass seine Vorschläge noch hätten verwirklicht werden können. Auch er machte sich aus der Gefahrenzone, wurde erst im Oktober 1945 aufgespürt, kam vor zwei britischen Militärgerichtshöfen straffrei davon, erhielt dann aber durch ein Spruchkammerverfahren eine Haftstrafe von vier Jahren und einigen Monaten zugesprochen. 1950 waren die beiden Naziführer wieder auf freiem Fuß.

In den Jahren 1950/1952 fanden Gerichtsprozesse gegen 27 an den Morden beteiligte Faschisten statt, denen in Dortmund eine nur geschätzte Zahl von etwa 300 Menschen und in Hagen, bei Warstein, in Solingen weitere Deutsche und Ausländer zum Opfer gefallen war. Die Mehrheit der Angeklagten, die ohnehin nur einen Bruchteil der Täter repräsentierten, blieb ungestraft. Die ausgeworfenen Strafen fielen durchweg milde aus und lauteten zwischen zwei und sechs Jahren Haft. Einzig ein ehemaliger Kommunist, der sich zum Büttel der Peiniger und Verräter von Leidensgenossen hatte machen lassen, erhielt eine zehnjährige Haftstrafe zugesprochen.

junge Welt, Sonnabend, 05.03.2005, S. 10.

„Das beständige Gefühl, weniger wert zu sein“

Leiden Arbeitslose Not? Herrschen wieder Weimarer Verhältnisse? – Eine Antwort auf die Thesen des Historikers Hans Mommsen

„Die Arbeitslosigkeit ist heutzutage nahezu unsichtbar.“ Solche Sätze im Stuttgarter-Zeitung-Interview mit dem Historiker Hans Mommsen haben heftigen Protest provoziert. Heute widerspricht ihm sein Kollege Kurt Pätzold. Damit beenden wir die Debatte.

„Die Massenarbeitslosigkeit Anfang der dreißiger Jahre und jetzt sind überhaupt nicht vergleichbar“, behauptet Mommsen. Verweigerung von Vergleichen mag hier zu Lande als Vorzug erscheinen, denkt man daran, dass tagtäglich Nationalsozialismus und Kommunismus, Hitler und Stalin, Dresden und Hiroshima usw. usf. verglichen werden. Ist der hier in Rede stehende Vergleich aber wirklich abwegig, einzig politisch intendiert und wissenschaftlich unergiebig? Wie steht das mit der Frage nach den Ursachen der Krise, die 1929 ausbrach, und denen der Krisenerscheinungen unserer Tage? Wie, wenn nach der Rolle des Staates gefragt wird, nach Taten und Unterlassungen der Regierung Brüning und denen des Kabinetts Schröder? Führten diese Vergleiche tatsächlich nur zu einem Resultat wie der Vergleich zwischen einem Ozeandampfer und einer Rasierklinge, der immerhin noch die Feststellung hergibt, dass zu beider Produktion Stahl erforderlich ist?

Die Weigerung, einen Vergleich der Massenarbeitslosigkeit 1932 und 2005 anzustellen, erscheint mir gar nicht ernst gemeint. Denn ihr folgt prompt ein Vergleich der materiellen Lage der Arbeitslosen vor 75 Jahren mit jener heute. Das geschieht unter zwei Gesichtspunkten, dem des Magens und dem des Obdachs. Dabei stellt Mommsen fest, um wie viel besser es doch den heute aus dem Arbeitsprozess Geworfenen gehe. Er verweist auf unbestreitbare Unterschiede und darauf, dass gegenwärtig ein großer Teil von der Arbeitslosenversicherung zu profitieren vermag, was damals nicht oder je länger je weniger der Fall gewesen sei. Arbeitslosigkeit habe seinerzeit „eine klare Notlage“ bedeutet, was so nicht mehr zutreffe. Das Leben der heute Arbeitslosen besorgt ihn nicht, sterben diese doch nicht Hungers, leben diese doch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht ohne Obdach.

Wie stellt sich die Situation der Betroffenen und ihrer Familien aber wirklich dar? Wenn man nach finanziell bedingter Fehlernährung fragt, nach unterlassener Vorsorge für die Gesundheit, nach eingesparten Arztbesuchen bei Krankheit? Vollends außer Acht lässt Mommsen die psychischen Folgen, die Arbeitslosigkeit hervorruft. Erwähnen will ich nur ein Beispiel: in welchem Grad Kinder betroffen sind. Ist etwa nicht bekannt, welche Maßnahmen in vielen Schulklassen dieser reichen Republik nötig sind, wenn ein Ausflug bevorsteht, der Kosten verursacht, um auch Kinder der Armen mitnehmen zu können? Fehlt es etwa an der nötigen Fantasie sich vorzustellen, dass solche Erfahrungen das Befinden von Heranwachsenden schwer und nachhaltig schädigen können.

An den seelischen Folgen des Lebens als Arbeitsloser, am beständigen Gefühl, ausgegrenzt und weniger wert zu sein, an der wachsenden Hoffnungslosigkeit kann doch nicht gut vorbeidenken, wer sich zum Leben dieser Menschen äußert. Mommsen plagt die Sorge, wie lange der Staat diese Arbeitslosenmasse aushalten kann. Letzteres beschäftigte wenige Tage später auch den Leitartikler der Stuttgarter Zeitung, der darauf verwies, dass sich diese Gesellschaft auf die zunehmende Zahl von Armen, einen Prozess den er für unaufhaltsam fortschreitend ansieht, einzurichten habe. Wenn Leute, die allmonatlich auf ihrem Privatkonto das 10- und 20fache von dem gebucht finden, was die Regierung Arbeitslosen überweisen lässt, derlei Texte schreiben, wenn sie Betroffenen versichern, dass sie mit dem ihnen Zugeteilten auskommen könnten, dann nenne ich das kaltherzig und nehme es als Zeichen des Verfalls der individuellen Moral, als Zeugnis einer in ein moralisches Tief hinsteuernden Gesellschaft.

Wir Historiker sind gewöhnt, über Ereignisse und Prozesse zu schreiben, die zeitlich weit außerhalb unserer eigenen Erlebniswelt liegen. Wir müssen nicht dabei gewesen sein. Es ist nicht notwendig, einen langzeitarbeitslosen Sohn mit Familie zu haben und so aus direkter Anschauung zu wissen, was es bedeutet, sich wieder und wieder vergeblich um eine bezahlte Arbeit bemüht zu haben, um sich kompetent über das Leben von Arbeitslosen zu äußern. Es ist keine Voraussetzung, eine Schülerin zu haben, die sich an der Hochschule als Lehrerin bewährt hat und durch ihre Publikationen eine

ausgewiesene Historikerin ist, der eben das Arbeitsamt einen Ein-Euro-Job im Tätigkeitsbereich „Sonstige Abfallbeseitigung“ anbietet, um die Lage der aus dem Arbeitsprozess Geworfenen erfassen zu können.

Das Mommsen-Interview wirft Fragen auf, deren Diskussion sich lohnte – wie etwa die, wann Hitler und die NSDAP vom Rande der Gesellschaft in deren Mitte durchbrechen konnten. Doch beende ich hier diesen ohnehin lang gewordenen Brief.

Der Historiker Kurt Pätzold (75) galt in der DDR als renommierter Faschismus-Forscher. 1973 hatte er sich in seiner Habilitationsschrift mit „Antisemitismus und Judenverfolgung“ im Dritten Reich beschäftigt, was unter realsozialistischen Verhältnissen lange ein Tabuthema war. Pätzold wurde 1992 von der Berliner Humboldt-Universität entlassen, verfasste später eine Hitler-Biografie. Die linke *„Tageszeitung“* schmähte ihn gelegentlich als „SED-Geschichtspropagandist“.

Stuttgarter Zeitung, Nr. 58, Freitag, 11. März 2005, S. 42.

Über Reste

Ist der „Bluthund“ wirklich tot? Die Erinnerungen Jelena Rshewskajas an die Suche nach Hitlers Leichnam

Mehr als zwei Jahrzehnte waren seit der Eroberung Berlins und dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa vergangen, als Jelena Rschewskaja in einem schmalen Bändchen sich an jene aufregenden Tage erinnerte, die sie damals in den Trümmern der einstigen Reichshauptstadt erlebt hatte. Beschäftigt mit der Ausführung eines Befehls, der uneingeschränkt einmalig genannt werden kann. Sie, Dolmetscherin und Leutnant in einer Spezialeinheit der Roten Armee, hatte sich in einer Gruppe auf die Suche nach dem Leichnam Hitlers begeben und versucht, damit das Relikt herbeizuschaffen, mit dem die Nachricht bestätigt werden sollte, die der deutsche General Krebs aus dem Führerbunker in das Hauptquartier Wassili Tschuikows, Befehlshaber der 8. Gardearmee, gebracht hatte: Demnach war der „Führer“ verschieden. Bei diesem Zusammentreffen war, ebenfalls als Dolmetscher und im Leutnantsrang, Stefan Doernberg zugegen, der später Historiker und zeitweilig auch DDR-Diplomat wurde.

Im Vorwort des nun wieder herausgegebenen Bändchens schreibt er, er sei wohl der erste Deutsche außerhalb jenes Bunkerbezirks unter der Reichskanzlei gewesen, der von Hitlers Tod erfahren habe. Inzwischen hatte dessen Nachfolger, Großadmiral Karl Dönitz, in einem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht die Lüge vom „Heldentod“ Hitlers verbreiten lassen. Es gab mithin mehrere Gründe, der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Wie das gelang, Zeugen befragt, weitere aufgefunden wurden, das hat Rschewskaja, die heute hochbetagt als Schriftstellerin in Moskau lebt, konzentriert geschildert, in einem Text, der auch die Atmosphäre lebendig werden lässt, auf die das Spezialkommando auf seinen Wegen durch Berlin in jenen ersten Maitagen stieß. Doernberg hingegen hat einleitend bekannt, mit welcher Naivität er seinerzeit die Tatsache einordnete, dass es keinen authentischen Bericht über Hitlers Ende aus Moskau gab. Noch einmal, und vergeblich wie alle Vorgänger, wirft er die Frage auf, was Stalin bewogen haben könnte, den ihm vorliegenden Bericht nicht veröffentlichen zu lassen und – mehr noch – auch selbst den Eindruck zu erwecken, Hitler könne geflohen, untergetaucht und noch am Leben sein. Es bleibt alles im Reich der Mutmaßungen. Anders die Aneinanderreihung der Orte, an welche die Überreste von Hitlers Leichnam nach 1945 gelangten, bis sie schließlich zu Asche verbrannt und in alle Winde verstreut wurden. Die beiden einstigen Leutnante der sowjetischen Armee bieten auf wenigen Seiten mehr Anregungen zum Nachdenken an als die ungleich umfangreicheren Druckwerke der Hofschranzen, die im Bunker unter der Reichskanzlei überlebten.

Stefan Doernberg (Hrsg.): Hitlers Ende ohne Mythos. Jelena Rschewskaja erinnert sich an ihren Einsatz im Mai 1945 in Berlin. Verlag Neues Leben, Berlin 2005, 128 S., 9,90 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 17.03.2005, S. 4.

Der Mittelteil eines Triptychons

Im Kampf um einen möglichst hohen Anteil vom Buchmarkt versprechen Verlage und Autoren in Titeln und Untertiteln ihrer Produkte immer häufiger mehr, als sie eigentlich anbieten. Wohltuende Bescheidenheit ziert hingegen die Aufmachung dieses Bandes, der nicht, wie sich vermuten ließe, eine Sammlung von Biographien enthält, sondern ein veritables Lexikon darstellt. Ein Unternehmen zudem, für das es keinen Vorläufer gibt – merkwürdigerweise, denkt man an die Konzentration von Verlegern, Publizisten, Schriftstellern und Geisteswissenschaftlern, die in mehreren Generationen zum Berliner Judentum gehörten. Dessen Geschichte harrt in vielen Aspekten nach wie vor der Erforschung und mehr noch der Verbreitung. Aus teils komplizierten Recherchen hervorgegangen und auf ein breiteres Nutzerpublikum zielend, ist dieses Buch Bestandteil der Reihe „Juden in Berlin“, die drei Bände umfassen soll. Der voraufgegangene, ein Überblick, 2001 erschienen, ist inzwischen auch ins Englische übersetzt und wird, wenn die für den Druck erforderlichen Mittel aufgetrieben sind, auch in Russisch herauskommen. Der nachfolgende soll Dokumente bieten und ist für das nächste Jahr angekündigt.

Auf wen kann ein Suchender auf den Seiten des vorliegenden treffen? Das berührt die für alle Unternehmen dieser Art schwierige Frage der Auswahl, denn weit mehr als die hier vereinten nahezu 2.000 Personen wären in Kurzbiographien zu erfassen, vorausgesetzt, es ließe sich das Material zusammentrommeln. Das erweist sich namentlich für viele jener deutschen Juden als extrem weitläufig, die seit 1933 von den Nazis vertrieben wurden. Nächst dem Kriterium, dass Lebende nicht berücksichtigt werden sollten, war für die Aufnahme bestimmend, dass die Erwähnten eine Beziehung zum „Jüdischen“ besaßen und dass sie im Leben Berlins eine mehr oder weniger deutliche Spur hinterlassen haben. Es musste also in der Stadt weder geboren noch gestorben sein, wer mit seinen Lebensdaten, Titeln seiner Schriften oder Werke (maximal drei) und weiteren Fakten, so Verweisen auf Biographien, Aufnahme fand. Daher fehlen im Band weder die Rabbiner und führenden Gestalten der Gemeinde noch Atheisten beispielsweise aus dem Autorenkreis der Weltbühne.

Die Herausgeber und Autoren des Nachschlagewerkes, zu denen Studenten und Doktoranden des Moses-Mendelssohn-Zentrums der Potsdamer Universität gehören, hoffen, mit ihm einen Anstoß für fortführende Arbeiten zu geben, und sie erbitten Ergänzungen ebenso wie Korrekturen.

„Juden in Berlin. Biografien“, Hrsg. Elke-Vera Kotowski, Henschel Verlag, 304 S., 25,00 Euro.

Ossietzky, H. 6/2005, 17. März 2005, S. 222 f.

Gesucht und gefunden

Auf den Spuren jüdischer Biografien in Berlin: Eine publizistische Pioniertat im Henschel Verlag

Warum ist eigentlich niemand auf den Gedanken gekommen, eine Studentin oder einen Studenten auf das Podium zu setzen, als kürzlich im bis auf den letzten Platz gefüllten Seminarraum des Centrum Judaicum ein Buch vorgestellt wurde, an dem eine erhebliche Anzahl von Studierenden des Moses-Mendelssohn-Zentrum der Potsdamer Universität mitgewirkt haben? Erwähnt jedenfalls wurde ihr Anteil lobend. Sie waren beteiligt an der Entstehung eines Lexikons, das die Biografien von etwa 2.000 jüdischen Persönlichkeiten erfaßt, die eine Spur in Berlin hinterlassen haben. Die dafür notwendigen Recherchen – das Unternehmen besitzt keinen Vorläufer – kann man sich kaum weitläufig genug vorstellen. Manche von ihnen endeten (vorerst) mit nicht befriedigendem Ergebnis. Denn tatsächlich ist die Zahl derer, die in einem derartigen Band Aufnahme finden könnten, um ein Vielfaches größer als die nun Berücksichtigten. Nun hoffen Herausgeber, Redakteure und Autoren darauf, dass die von ihnen gegebenen Impulse ihnen womöglich weiterführende Informationen in die PCs spülen werden, wofür sie ihre Adresse angeben (jiblexikon@rz.uni-potsdam.de).

Lexika sind keine Lesebücher, doch können sie auch alles andere als eine trockene Materie darstellen. Das wird bestätigt finden, wer sich nur durch einige Seiten des Bandes blättert, der übrigens das Mittelstück einer dreibändigen Reihe darstellt, die mit einer überblicksartigen Darstellung der Geschichte der Berliner Juden 2001 eröffnet wurde und mit einem Dokumentenband 2006 enden soll. Schon da lassen sich Denkanstöße und Anregungen zum Weiterlesen finden. Beschränkt auf drei Titel, werden Werke und Schriften der mit ihren Lebensdaten Aufgenommenen genannt, und es wird auf Biografien und andere Schriften über sie verwiesen. Nicht nur, wer in Berlin lebt, wird der beigefügten Liste von Straßennamen Interesse entgegenbringen, die auf jüdische Persönlichkeiten zurückgehen. Sie erfaßt nicht nur auch diejenigen Straßen, die heute nicht mehr existieren, sondern sie vermerkt auch die Um- und Zurücktaufen samt Jahreszahlen.

Elke-Vera Kotowski. Redaktion: Helen Thein/Moritz Reininghaus (Hrsg.). Unter Mitarbeit von Catharina Günther/Mario Huth / Christina Mestrom: Juden in Berlin. Biografien. Henschel Verlag, Berlin 2005, 304 S., 25,00 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 17.03.2005, S. 4.

Scharfsichtig

Sechzig Jahre nach Hitler fallen die unter der Mehrheit der Deutschen umlaufenden Geschichtsbilder über die Zeit von Faschismus und Zweitem Weltkrieg und die in historiographischer Arbeit erreichte Rekonstruktion jener Jahre immer weiter auseinander. Das ist der ernüchternde Befund, mit dem Norbert Frei niemanden überrascht, der sich mit dem Verhältnis beider befasst hat.

Die Rede eines Staatsoberhauptes (Richard von Weizsäcker 1985), Besuche eines Bundeskanzlers (Helmut Kohl in Verdun und in Bitburg, Gerhard Schröder in der Normandie und demnächst zum Jahrestag des Sieges in Moskau), lange vordem die Geste eines Regierenden (Willy Brandt in Warschau), via Fernsehen wieder und wieder Millionen vor Ohr und Augen gebracht, vermögen in Zustimmung oder Ablehnung mehr zu bewirken als ein Stapel geschichtswissenschaftlicher Monographien, und seien sie noch so allgemein verständlich geschrieben. Nichtsdestoweniger bleiben die Engagiertesten unter den Jüngern der Clio dabei, aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein unter die Leute zu bringen. Frei selbst ist einer von ihnen. Unbekümmert um das Geschwafel über die „Instrumentalisierung von Geschichte“ bekennt er sich zu deren Erforschung auch aus dem Antrieb, politisch zu nützen. Wahr oder verfälscht, das ist die eigentliche Frage. Und: Welchen Zwecken dienend. Eines kann vom anderen nicht getrennt werden, denn auch Wahres lässt sich den miesesten Absichten dienstbar machen.

Der einleitende Beitrag wurde mit dem Blick auf die Vorgeschichte des 60. Jahrestages geschrieben. Konstatiert wird darin die alsbald grundlegend veränderte demographische Situation mit ihren Rückwirkungen auf die Betrachtung der Geschichte. Die Zeitzeugen der faschistischen Diktatur, ob Täter, Opfer, Mitläufer oder wie immer genannt, seien erst seit 1995 dominierend zu Worte gekommen. In der „Dekade der Zeitzeugen“, so Frei, hätten sich mit den Menschen und ihren individuellen Schicksalen, die zudem zum authentischen Geschichtsbild summiert wurden, Emotionen in den Vordergrund gedrängt, „politische und gesellschaftliche Zusammenhänge“ wären hingegen in den Hintergrund getreten. Der Nationalsozialismus werde als „Summe der retrospektiven Selbsterklärungen“ durch seine Zeitzeugen vorgeführt. Hinzugefügt sei: nicht ohne Nutznießer.

Dies, so Frei weiter, habe zur Verschiebung der Sicht von den Opfern der Deutschen hin zu den Deutschen als Opfer von Faschismus und Krieg geführt. Unterscheidungen von Abfolgen, Ursachen und weiteren Spezifika seien weitgehend verloren gegangen. Der Autor weiß, wenn er es auch anders formuliert, dass dies zudem Folge der staatsoffiziellen Lehre von den „zwei deutschen Diktaturen“ ist.

Hinter der Darstellung des „Gezeitenwechsel“ im Umgang mit der Vergangenheit – eine Kennzeichnung, die wie alle Übertragung naturwissenschaftlichen Vokabulars in die Historiographie ihre Tücken besitzt – tritt die Frage nach den ihn verursachenden und begünstigenden Kräften zurück. Nicht durchweg. Vermerkt wird, dass sich mit dem Abschied von „zu viel“ selbstkritischer Geschichte politische Hoffnungen und auch Hoffnungen in der Wirtschaft verbinden, wo der „Weg zu fürderhin ungestörten Geschäften mit dem Ausland“ seit der „erzwungenen Zwangsarbeiterentschädigung“ ohnehin freigemacht zu sein scheint.

Inzwischen sind wir schon einen Schritt weiter: Die Hervorhebung der Leistungen der Vorväter und -mütter vom Stalingradkämpfer bis zur Trümmerfrau gelten (die einen mit leicht negativem, die anderen mit stark positivem Vorzeichen) als wegweisend im deutschen Standortkampf. Leider äußert Frei sich nicht über gegen derlei Entwicklungen mobilisierbare Gegenkräfte, etwa zur denkbaren, aber nicht angenommenen Rolle der Mehrheit seiner Zunft. Der Autor des in allen Teilen anregenden Buches, dessen Themen zeitlich vom Jahr 1933 über den „Mythos Stalingrad“ bis zum 20. Juli reichen, ist übrigens soeben von der Ruhr-Universität nach Jena gewechselt.

Ein Gewinn vor allem für Geschichtsstudenten an der Salana, womöglich auch für ihn selbst, denkt man an die vom Orte gebotene Chance differenzierender Wahrnehmung deutscher Geschichte in Zeiten der Zweistaatlichkeit.

Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. C. H. Beck Verlag, München. 224 S., geb., 19,90 Euro.

Neues Deutschland, 17. bis 20. März 2005, S. 11.

Dem Jahrestag entgegen

Das waren noch Zeiten! Als die Deutschen von Tilsit bis Freiburg und von Regensburg bis Oldenburg nahezu einträchtig ihre geschichtlichen Gedenktage feierten und nur die Sozis sich dem Eintauchen ins nationale Weihwasser verweigerten. Wie reckten sich die Rücken der Veteranen bei den alljährlichen Sedantagen, vor denen die Bratenröcke gebürstet und die Orden geputzt wurden! Welcher Aufwand, als die Jahrhundertfeier der Völkerschlacht bei Leipzig begangen wurde! Wirkliche oder selbst vermeintliche Schlachtensiege nach einem insgesamt verlorenen Krieg ließen sich die Mordspatrioten, freilich zusammengeschmolzen auf die Unentwegten, nicht entgehen. Des Tages der Skagerrakschlacht musste gedacht werden. Heldengedenken! Helm oder Zylinder ab zum Gebet!

Nun stehen die Deutschen wieder vor einem Tag, der markant in ihren Geschichtsbüchern verzeichnet ist und auch in den Biographien einer Minderheit, die ihn im Jahr 1945 erlebte und die Grenze zum Rentenalter längst überschritten hat. Doch die Schwierigkeiten mit ihm sind immens. Es beginnt mit der Benennung. Kriegsende? Zusammenbruch? Niederlage? Kapitulation? Erlösung? Stunde null? Oder gar: Befreiung?

Die Begriffe konkurrieren nicht, sie bezeichnen verschiedene Perspektiven auf ein und dasselbe Ereignis. Doch sind sie in unterschiedlichem Grad emotional befrachtet. Und während die einen nur eine Tatsache beschreiben, geben andere eine Bewertung. Befreiung sagt etwas über das Davor und das Danach. Das ergibt die umstrittene Charakteristik. Sie erinnert an das Geschichtsbild der Ostdeutschen und daran, dass diese – bis zur Einführung der Fünftagewoche in der DDR – sich über den 8. Mai gar als verordneten arbeitsfreien Tag zu ärgern hatten. Und sie lässt an die lange währende auch offizielle Verweigerung im Weststaat denken, die Tatsache zu benennen, dass die Deutschen an diesem Maitag die Chance erhielten, sich von jenem Platz wegzuarbeiten, auf dem sie, wie Bertolt Brecht schon 1933 gedichtet hatte, den Völkern eine Furcht geworden waren.

Dann redete 1985 Richard von Weizsäcker und sprach von Befreiung. Was manchen als ein Durchbruch kritischen Geschichtsdenkens in der Bundesrepublik vorkam und noch immer so erscheint, kann sich bei genauerer Prüfung anders darstellen. Denn was ist mit Befreiung gemeint?

Ein Haus der Verlagsgruppe Ullstein (Springer-Konzern) kündigte zeitig das Erscheinen eines Buches an, das sich mit dem Jahrestag befasst. Es gehört zu einer ganzen Gruppe von Publikationen, die aus den Druckereien derzeit in die Buchhandlungen gelangen. Doch mit diesem Band schien sich ein Unikat anzuzeigen. Sein Titel: „Kein Tag der Befreiung!“ Dann wurde dem zugesandten Fahnensatz die unkommentierte Bemerkung nachgereicht, der Titel des Werkes habe sich geändert und laute nun: „Tag der Befreiung?“ Inhaltliche Änderungen wurden nicht angemerkt. So kann ausgeschlossen werden, dass der Verfasser über seine Bewertung inzwischen in Zweifel geraten ist. Was lässt sich dann vermuten? Rechnet der Verlag mit einem vermehrten Absatz, wenn er Käufern mit der Frage im Titel eine abwägend-diskutierende Haltung vortäuscht? Oder ist es schlicht die Nähe zu einer (neo)nazistischen Gesellschaft, die er vermieden wissen will? Will er gar staats- und regierungstreu den Kanzler nicht in Schwierigkeiten bringen, der wie 1944 an die Küste der Normandie in diesem Jahr an die Ufer der Moskva reist und, wenn dort der Tag des Sieges gefeiert wird, doch schwerlich jenes Druckwerk präsentieren kann, um die Art zu belegen, in der bei ihm zu Hause dieses unauslöschlichen Eintrags in die Weltgeschichte gedacht wird? So viele Fragen, so viele Möglichkeiten.

Auch ein anderes Erzeugnis passt schwerlich in das Reisegepäck des Regierungschefs. Die Militärhistoriker Gerd R. Ueberschär und Rolf-Dieter Müller haben ihr bereits 1995 vorgelegtes Buch über das Kriegsende in erweiterter und überarbeiteter Form wieder drucken lassen. Gab es damals, fragen sie, „einen anderen Weg, der die letzte Konsequenz – die Bereitschaft, Stalin notfalls mit Waffengewalt in die Knie zu zwingen und so den Zweiten Weltkrieg um eine weitere Runde (Ring frei; K.P.) fortzusetzen – ausschloss?“ Was doch in Klartext heißt: Hätte sich die Sowjetunion, nachdem sie die Hauptlast des Krieges getragen und ihre Armee der Wehrmacht das Genick gebrochen hatte, nicht mit der bloßen, aber deutlichen Drohung der Atombombe in Kombination mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen das ausgehungerte und ausgeplünderte Land beseitigen lassen?

Diese „Schlüsselfrage“, meinen die beiden Autoren, müsse doch einmal aufgeworfen werden.

Sicher sind sie sich hingegen in ihrem Urteil, dass dieser 1939 begonnene Krieg „erst 1990 wirklich zu Ende gegangen“ sei oder einschränkend an anderer Stelle: „In Osteuropa ging der Zweite Weltkrieg erst 1990 wirklich zu Ende“. Denn: Befreit worden seien im ersten Schritt nur die Deutschen, die in das Besatzungsgebiet der Westmächte gerieten. Für die Ostdeutschen, so ihr Bild, endete die Odyssee, die 1933 begann, erst 1989/90.

Dann gibt es in den Neuen Bundesländern für die Alteingesessenen und deren Nachfahren demnächst nichts zu feiern. Ausgeschlossen werden Ostberliner, Dresdener und Rostocker und alle die vielen bundesrepublikanischen Neubürger also am kommenden 8. Mai auf die Brüder und Schwestern in ihrer Mitte blicken, die als starke Minderheit, bestehend aus zugewanderten Regierenden, Beamten, Verwaltern und Helfern aller Sorten, sich ihrer oder ihrer Vorfahren Befreiung vor sechs Jahrzehnten erinnern dürfen. Doch wo Leiden sind, da ist meist auch Trost. 2050 werden sie ja dann mit einem, mit ihrem Sechzigsten an der Reihe sein.

Nichtsdestoweniger: Das waren noch Zeiten – siehe oben.

Ossietzky, 6/2005, 2. April 2005, S. 240-241.

„Berliner Operation“

Auf dem Wege nach Karlshorst. Die Befreiung der Deutschen vor 60 Jahren. Von der Oder zur Elbe. Beginn der sowjetischen Offensive auf die Reichshauptstadt am 16. April 1945 (Teil 6)

Unter dem 16. April 1945 ist in den Geheimen Tagesberichten, die im Oberkommando der Wehrmacht für interne Informationen angefertigt wurden, vermerkt: „An der Front der 9. Armee trat der Feind heute zum erwarteten Großangriff an.“ In der zur öffentlichen Verbreitung bestimmten Version lautet die Nachricht im Wehrmachtsbericht: „Nach vergeblichen Vorstößen am gestrigen Tage traten die Bolschewisten in den heutigen Morgenstunden zwischen der Neißemündung und dem Oderbruch nach heftigem Trommelfeuer mit starken Infanterie-, Panzer- und Luftwaffenkräften zum Großangriff an.“

Die Zeit der relativen Ruhe an der Front im Osten war vorüber. Über Richtung und Ziel der Operation konnte kein Zweifel bestehen. Es hieß: Berlin. Die deutsche Hauptstadt gab dem Unternehmen auch ihren Namen. Es ging als „Berliner Operation“ in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ein. Die sowjetische Führung hatte den Angriff, die Erfahrungen bei der Eröffnung früherer Offensiven verwertend, auf einzigartige Weise vorbereitet. 16.000 bis 20.000 Geschütze und Raketenwerfer feuerten auf die Geländestreifen, über die Infanterie und – nach deren Erfolg – Panzertruppen nach Westen vordringen sollten. An Stellen, die für den Durchbruch bestimmt worden waren, beleuchteten Scheinwerfer mit einem Durchmesser von 1,40 Meter das Schlachtfeld; sie sollten die Wehrmachtssoldaten in den ersten Verteidigungslinien blenden und ausschalten.

Vor dem nahen Ende

Zum Zeitpunkt, da die sowjetische Offensive begann, lag das Nazireich in seinen letzten Zügen, doch noch gebot es auf dem verbliebenen Territorium über nach Millionen zählende bewaffnete Wehrmachtseinheiten; die einen verwickelt in Rückzugskämpfe mit US-amerikanischen und britischen Streitkräften, die anderen gruppiert, um den Ansturm der sowjetischen Armeen abzuwehren. Letzteren wurde noch Anfang April in Aufrufen Mut gemacht, die von der Wende des Krieges, vom Sieg und davon kündeten, dass der Gegner beim Angriff auf Berlin verbluten werde. Dass die Mehrheit der deutschen Soldaten daran noch glaubte, ist zu bezweifeln. Es genügte, den eigenen Wehrmachtsbericht zu hören oder zu lesen, um eine Vorstellung vom nahen Ende zu gewinnen.

Als die Offensive vom Nordrand der Sudeten entlang der Lausitzer Neiße und der Oder bis zum Stettiner Haff losbrach, hatten die Westalliierten südöstlich von Magdeburg die Elbe forciert. Bei Bernburg an der Saale wurde gekämpft und weiter südlich davon in Thüringen um Saale-Übergänge zwischen Jena und Saalfeld. Angriffe richteten sich auf Bitterfeld, gekämpft wurde um Chemnitz und im Vorfeld von Leipzig. Im „Führerhauptquartier“, in der Bunkerwelt unter der Reichskanzlei, waren bereits Weisungen für den erwarteten Fall, dass der Rest des Reiches in eine nördliche und eine südliche Hälfte zerfiel, ausgearbeitet und gegeben worden.

Auch die Gegend, in der die gegnerischen Truppen in Mitteldeutschland einander begegnen würden, war unschwer zu bestimmen. Den kürzesten Weg hatten die sowjetischen Armeen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Iwan Konew zurückzulegen, um im Süden Brandenburgs oder im Norden Sachsens auf die Truppe von Dwight D. Eisenhower, des Oberbefehlshabers der US-amerikanischen Streitkräfte, zu treffen. Damit war ein Ziel der „Berliner Operation“ gegeben, wobei die Einheiten Konews, sollten sich Schwierigkeiten für das Vorankommen des direkt angrenzenden Frontnachbarn im Norden ergeben, den Befehl hatten, ihren weiteren Vorstoß auch nach Nordwesten zu richten und die Hauptstadt westwärts weiträumig zu umgehen.

Schlachtfeld Seelow

Dieser Nachbar war die 1. Belorussische Front, befehligt von Marschall Georgi Shukow. Ihr war die Hauptaufgabe zugedacht, die Eroberung Berlins, die am zwölften Angriffstag erfolgen sollte – ungeachtet der Erwartung, dass sich die Wehrmachtstruppen, die zur Verteidigung der Reichshauptstadt

aufgeboten waren, besonders hartnäckig widersetzen würden. Diese gehörten zu jener Heeresgruppe, die im Januar 1945 gebildet worden war und bis vor kurzem noch von Heinrich Himmler befehligt wurde – aufgrund einer Entscheidung Hitlers, die, wie in einem Flugblatt des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmachtssoldaten konstatiert wurde, jedermann verriet, dass der Führer auch bei der Auswahl seiner Heerführer inzwischen gleichsam auf dem letzten Loch pfiff.

Noch immer trug der zusammengewürfelte Großverband aber die Bezeichnung „Heeresgruppe Weichsel“, obwohl er längst über die Oder zurückgeworfen war. Doch war nicht mehr Himmler an seiner Spitze, sondern seit März Generaloberst Gotthard Heinrici. Der stand indessen, was seinen Gehorsam gegenüber den Befehlen Hitlers anlangte, Himmler nicht nach und befahl noch zu kämpfen, als der Reichsführer SS sein Heil schon in der Anknüpfung geheimer Verbindungen zum Feind suchte. Innerhalb der Heeresgruppe sollte die 9. Armee unter General Theodor Busse den Hauptstoß des Gegners auffangen, der aus Brückenköpfen über die Oder nördlich und südlich von Frankfurt erfolgte, das zur Festung erklärt worden war.

Die schwersten Kämpfe und eine der größten Landschlachten, die 1945 im Reichsgebiet ausgetragen wurden, entwickelte sich nördlich von Frankfurt mit dem Sturm auf den Oderbruch nach Westen begrenzenden Seelower Höhen. Dort verlief die zweite deutsche Verteidigungslinie, in die ein erheblicher Teil der deutschen Truppen zurückgezogen worden war, um sie nicht dem erwarteten Schlag der sowjetischen Artillerie auszusetzen. Der Kampf um den Besitz der Höhen war zwar nach nur drei Tagen entschieden, doch auch um den Preis hoher Verluste der angreifenden Divisionen. Geschuldet waren die zu einem Teil Fehlbeurteilungen der Kräfte und Möglichkeiten, über welche die Wehrmachtstruppen noch verfügten. Aufzuhalten vermochte die 9. Armee die Vordringenden jedoch nicht.

Was ostwärts von Berlin geschah, ließ sich allein an den Bezeichnungen ablesen, welche die Schlacht in den offiziellen deutschen Berichten erhielt. Am 17. April wurde sie noch als „Schlacht zwischen Frankfurt an der Oder und der Freienwalder Senke“ bezeichnet. Tags darauf hieß sie die „Abwehrschlacht an der Oder“. Am 19. April war es die „Abwehrschlacht vor Berlin“ und vier weitere Tage später sprachen die Meldungen von der „Schlacht um die Reichshauptstadt“. Da befanden sich die Reste der Armee, die Berlin hatte verteidigen sollen, im Südosten der Stadt vor ihrer vollständigen Einschließung. Versuche, sich nach Berlin durchzuschlagen und Verbindungen mit der herangeführten 12. deutschen Armee zu gewinnen, scheiterten. Das gelang nur kleinen Kontingenten.

Der „Schöpfer“ von Halbe

General Busse, dessen Divisionen sich in aussichtsloser Lage befanden, ließ das ihm unterbreitete sowjetische Kapitulationsangebot dennoch ablehnen und verdiente sich damit den „Ruhm“, der eigentliche Schöpfer des riesigen deutschen Soldatenfriedhofs zu sein, auf dem nahe Halbe seit 1951 Tausende Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS und auch Zivilisten, häufig nur deren unkenntliche Überreste, beigesetzt wurden. Sie waren nach der Schlacht meist, wo man sie auffand, unter die Erde gebracht worden. Der Durchhaltegeneral selbst aber kam lebend davon, entging jedoch nicht einer – allerdings nur zweijährigen – Gefangenschaft. Anders als Tausende der von ihm befehligten Soldaten verbrachte er in der Bundesrepublik einen angenehmen Lebensabend, nach dem Ritterkreuz Hitlers nun auch 1966 mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert. Zwanzig Jahre darauf verstarb er im biblischen Alter, 99jährig.

Die in den OKW-Berichten erwähnten Ortsnamen machten, ungeachtet aller lobenden Erwähnungen von kriegerischen Leistungen, tagtäglich klar, dass sich die deutschen Truppen im Osten von Berlin auf einem Rückzug ohne Halt befanden. 20.4.: Märkisch-Buchholz, 21.4.: Strausberg und Bernau, 22.4.: südlich von Königswusterhausen. Am siebten Tag der Offensive wurde um den Bahnhof von Köpenick, in Friedrichsfelde, auf der „Linie“ Lichtenberg – Niederschönhausen – Frohnau gekämpft. Am 24. April schloss sich der Ring um das zur Festung erklärte Berlin. Wie während der Planungen erörtert, hatten sich Truppen der beiden sowjetischen Fronten westwärts Berlin bei Potsdam vereint. Von da an dauerte es bis zur Kapitulation der Reichshauptstadt, die nach den Luftbombardements nun auch durch Bodenkämpfe vollends zur Trümmerwüste geworden war, noch eine Woche.

Hassgeleiteter Fanatismus

Was veranlasste die deutschen Soldaten, in dieser Situation die Waffen noch immer nicht zu strecken und die eigene Haut, ihr Leben zu retten? Eine bündige Antwort darauf kann die Geschichtswissenschaft nicht geben. Befragungen nach Motiven für den andauernden Befehlsgehorsam erfolgten nicht und sind auch nach der Gefangennahme nicht unternommen worden, zumal sie doch schwerlich wahrheitsgemäße Aussagen erbracht haben würden. Doch die Elemente, die Hitlers Vorhersage, es werde bis fünf Minuten nach zwölf ausgehalten werden (eine Vorstellung, die sich allerdings mit dem „Endsieg“ verband), lassen sich ermitteln.

Ein nicht zu bestimmender Teil, gewiss aber eine Minderheit der deutschen Soldaten trieb ein von Hass geleiteter Fanatismus zu weiterem Schießen und Feuern, der sich vollkommen verselbständigt hatte, sinnentleert war und kein Ziel mehr anzugeben vermochte. Das traf vor allem auf die Angehörigen von Waffen-SS-Divisionen zu und unter diesen wiederum insbesondere auf jene aus Freiwilligen formierten, die in besetzten Ländern geworben worden waren. So waren zur Verteidigung Berlins u. a. niederländische Faschisten eingesetzt. Auch bei den jüngsten Soldaten und den unausgebildet mobilisierten Hitlerjungen, dumm, aber verhetzt, wie sie waren, ließ sich diese als Heldentum verklärte und missverstandene Haltung feststellen. Deutsche Generale gingen 1945 zeitlich jenen voraus, die heute in Afrika und Asien Kinder bewaffnen, ahnungslos in den Tod schicken oder zu einem Leben als armselige Krüppel verdammen.

Gegenüber den sowjetischen Armeen, denen insgesamt erkennbar härterer Widerstand entgegengesetzt wurde als den Truppen der westlichen Alliierten, wirkte die den Soldaten tief eingeprägte „Bolschewistenfurcht“ und damit verbunden die Hoffnung, auf irgendeine Weise der sowjetischen Gefangenschaft zu entgehen, die mehr gefürchtet wurde als die US-amerikanische oder britische. Die Aussicht, kämpfend soweit westwärts zu gelangen, dass ihr Vorhaben sich verwirklichen ließ, verdrängte bei vielen den Gedanken, dass dieser Rückzug nicht nur tödliches Risiko bedeutete, sondern ihnen auch wirklich – das war tausendfach der Fall – nur Tage vor Kriegsende den Tod bringen konnte. Die Befehlshaber hingegen, die ihre Untergebenen in die Schlacht gegen die hochüberlegenen Kräfte der Sowjetarmeen hineingehetzt hatten, verfügten zumeist über die Mittel, ihre Gefangennahme an der Ostfront zu verhindern und sich am Ende unversehrt den westlichen Kriegsgegnern auszuliefern. Das gelang auch Heinrici, der sich im Mai in der Nähe von Flensburg in britische Gefangenschaft begab, in ihr drei Jahre verblieb und in gesegnetem Alter kurz vor seinem 85. Geburtstag in Württemberg verstarb.

Terror und Kameraderie

Ein anderes Element, das die Disziplin aufrechterhielt, war der immer brutaler geübte Terror, den Vorgesetzte mit Hilfe von Feld- und Standgerichten ausübten. Von der Atmosphäre der Gnadenlosigkeit zeugte auch ein Befehl Hitlers vom 21. April, gerichtet an den SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Felix Steiner, der eine Armee-Abteilung befehligte und mit ihr von Norden her die Verbindung zu den bei Werneuchen stehenden Truppen gewinnen und die Verteidigungsfront wiederherstellen sollte. Es hieß darin: „Ein Ausweichen nach Westen ist für alle Teile ausdrücklich verboten.“ Offiziere, die dies nicht befolgten, seien augenblicklich zu erschießen. „Sie selbst mache ich mit Ihrem Kopf für die Durchführung dieses Befehls verantwortlich.“ Dieser war wie andere, die in diesen Tagen aus dem Führerhauptquartier ergingen, nicht zu befolgen. Das verhinderte nicht der Unwille der Empfänger, sondern die hoffnungslose Unterlegenheit der verfügbaren Mittel. Steiner behielt übrigens seinen Kopf, auch er, der sich um den Aufbau der Waffen-SS früh besonderes Verdienst erworben hatte, erreichte die Gefangennahme durch die Engländer, war nach zwei Jahren wieder auf freiem Fuß, betätigte sich in der BRD schriftstellerisch, bemüht um den Nachweis, dass die Waffen-SS „Soldaten wie andere auch“ vereint habe, schrieb Kriegsromane und verstarb 70jährig in München.

Er wie die Befehlshaber und Kommandeure der Wehrmacht konnten sich bis in die letzten Tage auch auf die in den Kriegsjahren unter den Soldaten ausgebildete und erprobe Landsknechtsgesinnung verlassen. Sie gebar einen festen Zusammenhalt und eine verlässliche Kameraderie, die nach dem

Wozu und dem für Wen nicht fragte und war mit dem zum Teil auf Erfahrung gestützten Glauben verbunden, dass es sich in der „Truppe“ eher davonkommen und überleben ließ denn als ein einzelner. Man blieb beim „Haufen“ und machte abgestumpft weiter, wie befohlen.

Begegnung an der Elbe

Am Tage, nachdem sich der Ring um Berlin geschlossen hatte, begegneten sich am 25. April sowjetische und US-amerikanische Soldaten in die Nähe von Torgau an der Elbe, jener Stadt, die zwei Gefängnisse der Wehrmacht beherbergt hatte, Erschießungsstätte für zum Tode Verurteilte Militärangehörige und 1943 zudem Fluchtort des aus Berlin verlagerten Reichskriegsgerichtes geworden war. Die von Westen Kommenden gehörten der 69. US-Division an, die über Leipzig vorgedrungen war. Vier GIs, sie befanden sich auf einer Patrouillenfahrt, entdeckten auf der anderen Flussseite ihre Verbündeten, die zur 58. Schützendivision gehörten. Auf den Trümmern einer gesprengten Stahlbogenbrücke trafen und begrüßten sich ein US-amerikanischer Leutnant und ein sowjetischer Sergeant. Ein Teilnehmer der Patrouille drückte auf einen Foto-Apparat. So entstand die einzige authentische Fotografie dieser Begegnung (spätere und bekannter gewordene wurden zur Erinnerung gestellt), die genau genommen doch nicht die erste war, denn die hatte ein wenig entfernt und von dieser getrennt ein paar Stunden früher stattgefunden. Doch verband sich der Begriff Begegnung an der Elbe fortan mit der von Torgau, und das Bildzeugnis diente 50 Jahre später einem Graphiker in den USA zur Vorlage für eine Briefmarke, die zu einem ganzen Block gehörte, mit dem an diesen Krieg erinnert wurde. Die geschichtliche Bedeutung des Moments war augenblicklich erkannt und wurde gebührend gewürdigt. Eisenhower befahl die vier Soldaten in sein Hauptquartier nach Paris, sprach mit ihnen und beförderte sie um einen Dienstgrad.

Das Zusammentreffen der Alliierten von West und Ost symbolisierte, dass das Reich nun vollends in zwei Teile gespalten war und es nur noch eine Frage von Tagen sein konnte, bis die Kapitulation erzwungen ist. Zugleich enttäuschte es auch die letzten Deutschen, die noch geglaubt haben mochten, dass die Verbündeten ausgerechnet im Moment ihres größten Triumphes gegeneinander in Streit geraten würden. Offiziere und Soldaten beider Armeen versammelten sich an Ort und Stelle, um das Ereignis zu feiern. Bald nach Kriegsende erinnerten Künstler daran. In der UdSSR entstand der Spielfilm „Begegnung an der Elbe“, der in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands am 26. Juni 1949 erstaufgeführt wurde. Dimitri Schostakowitsch komponierte zu dessen Filmmusik eine Suite (op 80a), die den gleichen Titel hat.

Ein amerikanischer Träumer

Joseph (Joe) Polowsky, Nachkomme jüdischer Einwanderer aus der Ukraine, gehörte zu jenen, die in diesen glücklichen Stunden dabei waren. Zeitlebens hat er, dann ein Taxifahrer in Chicago, versucht, den Geist jenes Augenblicks wachzuhalten, selbst und gerade in den Jahren des Kalten Krieges. Vergeblich versuchte er die UNO davon zu überzeugen, den 25. April zu einem Weltfriedenstag zu erklären. Mehrmals ist er nach Torgau zurückgekehrt, hat da und in der UdSSR sowjetische Kriegsteilnehmer wiedergesehen, sich an Politiker und Diplomaten gewandt und bestimmt, dass er nach seinem Tode in Torgau beigesetzt werde. Das ist, als er einem Krebsleiden erlegen war, 1983 auf dem städtischen Friedhof geschehen. 1987 wurde ein später preisgekrönter Dokumentarfilm gezeigt, der ihn im Titel einen „amerikanischen Träumer“ nannte. Heute trägt in der sächsischen Stadt ein Gymnasium seinen Namen. Die 1895 errichtete Brücke über die Elbe, auf der die Begegnung stattfand und die zu einem Symbol eines schwer erkämpften Friedens geworden war, wurde nach der „Wende“, in der die DDR unterging, gegen vielstimmige Proteste auch aus dem Ausland in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gesprengt.

junge Welt, Sonnabend, 16.04.2005, S. 10.

Flucht vor der Wahrheit

Tod im Führerbunker – zum hundertsten Male rekapituliert

Seit 1947 eine kleine Schrift erschien, die sich mit den letzten Tagen des Krieges in der Bunkerwelt unter der Reichskanzlei in Berlin befasste („Die letzten Tage der Reichskanzlei“, Gerhard Boldt), ist das Interesse wieder und wieder auf diese Betonhöhle und deren Insassen gelenkt worden, so durch „Hitlers letzte Zeugen“ (Michael A. Musmanno) „Der Tod des Adolf Hitler“ (Lew Besymenski), „Die Katakombe“ (James O’Donnell und Uwe Bahnsen), „Das Ende der Reichskanzlei“ (Olaf Groehler), „Hitlers Tod“ (Ulrich Völklein), „Mythos Führerbunker“ (Sven Felix Kellerhoff) u. v. a. Es waren vor allem Journalisten, die es wieder und wieder an jenen Ort zog, der glücklicherweise so gründlich zerstört und nahezu unauffindbar ist, dass er keinen Anziehungspunkt für Berlin-Besucher mehr abzugeben vermag.

Zu den Büchern der Journalisten kamen früh die der Dabeigewesenen, sei es, dass sie bis zur Kapitulation sich in diesem letzten Führerhauptquartier aufgehalten, sei es, dass sie es nur für kürzere Zeit besucht hatten. Generale und Adjutanten, der Kraftfahrer und der Flugkapitän, der Diener und die Sekretärinnen Hitlers, der Telefonist und selbst ein Laufbursche gaben mit ihren Schriften, mit Äußerungen in Interviews oder durch Papiere aus ihrem Nachlass die häufig trüben Quellen her, deren Ausfluss längst zu stehenden Tümpeln wurde – in denen aber wieder und wieder gerührt und aus denen weiterhin geschöpft wird. Mit Anton Joachimsthalers „Hitlers Ende. Legende und Dokumente“ (1995, wieder aufgelegt 2004), hätte das Kapitel definitiv geschlossen werden können. Indessen: Da ist noch was zu holen, meinten offenbar mehrere Verleger.

Auch Siedler. Und so kam dort soeben ein neuer „Tod im Führerbunker“ heraus. Der Autor hat eine Chronik des Geschehens zwischen dem 20. April und dem 1. Mai 1945 zusammengestellt, in deren Zentrum Vorkommnisse im Bunker stehen, in die aber auch solche aus Hauptquartieren in Zossen und Potsdam, dem Befehlsstand Marschall Shukows auf dem Reitweiner Sporn u. a. aufgenommen sind.

Wer nur Monate nach dem Reklame-Rummel um den Spielfilm „Der Untergang“ ein solchen Vorstoß auf den überfüllten Büchermarkt unternimmt, muss behaupten, dass er erstens etwas Wichtiges und zweitens etwas vom Vorliegenden Abweichendes oder doch darüber Hinausführendes anbietet, am besten auch einige Richtigstellungen. Beides geschieht. Was die Korrekturen angeht, so sind diese von der Art: Goebbels und seine Frau erschossen sich nicht, wie im Spielfilm gezeigt, sondern nahmen Gift. Und: Die Ministergattin ermordete ihre Kinder nicht eigenhändig, sondern ließ das Hitlers letzten Begleitarzt machen, der sich wenig später ebenfalls mit Blausäure umbrachte.

Die zentrale Reklamethese lautet: Die letzten Tage im Bunker seien ein „historisches Ereignis“. Denn, so heißt es schon auf dem Einbandrücken: „Solange er (Hitler) am Leben war, konnte das Reich nicht untergehen.“ Wie das – als sich der „Führer“ aus dem Leben und der Verantwortung stahl, um Gerichtsprozess und Galgenstrick zu entgehen, existierte „das Reich“ noch? Magdeburg und Nürnberg, Dresden und Frankfurt (Main) in den Händen alliierter Truppen, die auf kleine Bezirke des Reichsgebiets zusammengedrängten deutschen Truppen, schlecht bewaffnet und mit Munition versorgt, weitgehend demoralisiert, den letzten vernichtenden Schlag erwartend, das Waffenstrecken hier eine Frage von Stunden, dort allenfalls von Tagen. Und das Reich habe existiert? Merkwürdige Vorstellung. Umgekehrt: Angesichts seiner Trümmer machte sich der Mann davon.

Die Behauptung, es habe dieses Reich bis zum Tode Hitlers existiert, stützt ein Geschichtsbild. Es schreibt dem siechen Tattergreis im Berliner Edelbunker bis zu seinem letzten Auftritt magische, ja hypnotische Kräfte zu und macht glauben, erst als diese nicht mehr wirkten, wäre der Weg der „Hinterbliebenen“ zu eigenen Entschlüssen frei gewesen. Diese Vorstellung vom Banne Hitlers, die in Dutzenden von Aussagen und Publikationen bis heute gepflegt wird, entlastet mehr oder weniger alle, die den Krieg in den Wochen und Monaten fortsetzten, da er längst nicht nur verloren, sondern auch deutlich war, dass es aus ihm kein glimpfliches Entkommen geben würde. Die Rede wird nicht darauf gebracht, welche mehrschichtigen Motive und Antriebe Feldmarschälle, Generale und Generalstabsoffiziere leiteten und an diesen Oberbefehlshaber banden.

Nicht anders als jener wünschten sie, den Tag hinauszuschieben, an dem sie in die Hände der Alliierten gerieten, gewiss, dass sie dort Fragen zu beantworten haben würden, nicht nur vor Vernehmungsoffizieren, sondern auch vor Richtern. Nicht geheime Kräfte Hitlers, sondern der Kitt der gemeinsam begangenen Untaten, der Verbrechen hielt sie an Hitlers Seite, ja, ließ sie selbst dann noch weitermachen, als sie von dessen Tod sicher wussten. Dann flohen die einen, wenige folgten ihrem „Führer“ nach Walhalla, die anderen trachteten wenigstens der sowjetischen Gefangenschaft zu entkommen und in westliche zu gelangen, die französische aber meidend – eine Verhaltensweise, die deutlich verriet, dass sie wussten, wo sie wie gehaust hatten.

Die Antwort auf die Frage, warum dieser Krieg erst am 8. Mai 1945 zu Ende ging, liegt nicht in der Person Hitlers allein, sondern auch im Verhalten der Militärführer, von denen keiner aus Rücksicht auch nur auf die eigenen Soldaten befahl: Schluss jetzt! Jedenfalls nicht, bevor die Situation einen anderen Ausweg nicht mehr zuließ. Keiner entschloss sich, die Fanatiker mit und ohne SS-Uniform in ihrer Umgebung hinter Schloss und Riegel zu setzen und dem Morden und Sterben ein Ende zu machen.

Wie Hitler in den Bunker im Zentrum der Trümmerwüste Berlin floh, so treten Bücherschreiber und Filmemacher gedanklich diese Flucht wieder und wieder an – um Fragen zu entkommen, denen sie sich auf weiten und offenen Feldern sonst zu stellen hätten. Die deutsche Geschichtspublizistik und Propaganda durchmusternd, kam ein Journalist der „Neuen Züricher Zeitung“ unlängst zu dem Fazit: „Nur darf man sich keine Illusionen über die Geschichtskenntnisse machen. Die deutsche Öffentlichkeit hat keinen scharfen Begriff vom NS-System, ihre klaren moralischen Verdikte beruhen nicht aus ebenso klaren Einblicken in Genese und Funktion der nationalsozialistischen Herrschaft.“ Es wird gesorgt, dass das so bleibt.

Mario Frank: Der Tod im Führerbunker. Hitlers letzte Tage. Siedler-Verlag, München 2005. 288 S., geb., 22,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 28. April 2005, S. 15.

Zweierlei Barbarei

Die Militärhistoriker Gerd R. Ueberschär und Rolf-Dieter Müller haben ihr vor zehn Jahren erstmals erschienenes Buch über das Jahr 1945 wieder vorgelegt. Damals hieß es Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, nun heißt es 1945. Das Ende des Krieges. Bemerkenswert ist an dem instruktiven allgemeinverständlichen Überblick, der mit Dokumenten angereichert und mit der Versicherung vorgestellt wird, er sei aktualisiert worden, welchen Platz er in der gegenwärtigen Geschichtspropaganda einnimmt, zu deren Kennzeichen die Wendung des Blicks weg von den Opfern der Deutschen hin zu den Deutschen als Opfer gehört. Der 60. Jahrestag lud zur direkten oder indirekten Parteinahme ein, zumal die Bestrebungen anhalten, die Deutschen unmittelbar hinter den Juden als die einzustufen, welche die meisten Opfer gebracht hätten.

Keine Frage, dass die beiden Experten bei ihrem Blick in die letzten Kriegsmonate von deren Vorgeschichte nicht absehen können. Dass es beim kriegerischen Versuch der Deutschen, die Weltherrschaft zu erringen, brutal und barbarisch herging, wird klar gesagt; dass auf das Konto der Aggressoren „Plünderungen, Vergewaltigungen, willkürliche Erschießungen“ und weitere Verbrechen gehen, nicht verschwiegen. Diese Untaten im Gedächtnis zu halten, sei notwendig, betonen die Verfasser, um Erklärungen dafür zu gewinnen, was geschah, als die Truppen der Alliierten von Osten her das Reichsgebiet erreichten. Ursachen und Folgen werden so geordnet. Wer das unterlassen würde, stellte sich außerhalb der internationalen Geschichtsschreibung. So weit, so gut und eigentlich auch einfach, handelt es sich doch um die plane Anerkennung von Tatsachen. Das wiegt auch nicht schwerer, wenn in Rechnung gestellt wird, wie lange sich die Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik dem verweigerte und wie viele sich dem auch heute noch verweigern.

Indessen: Kommen die deutschen Opfer, deren Zahl gegen Kriegsende und noch danach steilanstieg, in Rede, wird auf vielen Seiten ein deutlicher Wechsel im Sprachgebrauch merkbar, denn nun ändert sich das Vokabular. War bisher von der „Hitlerschen Eroberungspolitik“, „Hybris des Reiches“, „menschenverachtender Besatzungsherrschaft“ und auch von den Millionen Sowjetbürger geschrieben worden, die „ums Leben gekommen waren“, von einer „von Hitler ausgelösten Lawine von Gewaltexzessen“, und drückten die Autoren mit diesen Begriffen Ablehnung und Abscheu aus, so wird die Schreibweise beim Blick auf die Deutschen als Opfer strikt anklagend und verurteilend: „sowjetische Gräueltaten“, „barbarische Schreckensherrschaft“, „furchtbare Szenen“, „vergewaltigt, verstümmelt, gemordet“, „Mord und Gräueltaten“, „aufgehetzte Sowjettruppen“, „Hasspropaganda“, „Übergriffe und Morde“, „teilweise rachedurstige und verwilderte sowjetische Soldateska“. So geht es fort, wenn von der Vertreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei gehandelt wird: „Vergeltung, Rache, Hass“, „teilweise grässliche Ausschreitungen und grauenvolle Exzesse“, „hilflose Frauen, alte Männer und unschuldige Kinder“, „Massaker“, „Pogrome“.

Was die beiden Historiker richtig den Beginn einer „Orgie von Gewalt und Vernichtung“ nennen und auf den Kriegsanfang und dann vor allem auf den Zeitpunkt des Überfalls auf die UdSSR datieren, erfährt über das Vehikel der Sprache eine deutliche Unterscheidung. Und diese bezeichnet eine neue Stufe des in der Bundesrepublik vorherrschenden Unterrichts im Fach Geschichte. Was Ueberschär/Müller praktizieren, gehört im Fernsehen längst zum Tagesgeschäft, wenn – beispielsweise – im ZDF eine Zeitgenossin aus den Jahren der deutschen Besetzung weiter Teile der Sowjetunion bewegend, doch zurückhaltend, ja sparsam in Sprache und Geste von ihren Erlebnissen einen Kurzbericht gibt und wenig später, wiederum bewegend, in längeren Sequenzen mit tränenerstickter und versagender Stimme eine deutsche Greisin sich erinnert und ihren Landsleuten ans Herz greift.

Die Autoren des Buches geben mehrfach ihren Eindruck wieder, dass die Betrachtung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges im letzten Jahrzehnt differenzierter geworden sei. Das lässt sich aus vielen Gründen sehr bezweifeln. Sie aber haben das Beispiel einer Differenzierung gegeben, die schwerlich als Fortschritt anzusehen ist. Es mag ihnen zugutegehalten werden, dass sie das nicht aus Berechnung taten, weil ihre Ausdrucksweise ihnen gleichsam in Fleisch und Blut sitzt. Das machte ihre Unterscheidung zwischen zweierlei Barbarei aber nicht besser.

Gerd R. Ueberschär/Rolf-Dieter Müller: 1945. Das Ende des Krieges. Primus, Darmstadt 2005, 240 S.

konkret, 2005, Heft 5, S. 40.

Und tausend Nebenlager

Sechs Jahrzehnte nachdem Anfang Mai 1945 in Bayern und der Ostmark auch die letzten Überlebenden der Konzentrationslager von Truppen der Alliierten befreit worden waren, existiert eine unübersehbare vielsprachige Literatur über die Geschichte dieser Lager, verfasst von Forschern mehrerer Generationen, vor allem aber geschrieben von denen, die in ihnen gelitten haben. Dennoch sind die Historiker mit ihrer Arbeit, auf diesem Felde „weiße Flecke“ zu tilgen, noch nicht am Ende. So Barbara Distel, bekannt vor allem durch die „Dachauer Hefte“, kürzlich bei der Vorstellung des ersten Bandes eines Vorhabens, das einen vollständigen Überblick über das Netz dieser Lager vermitteln soll: von Deutschland über die Grenzen sich ausdehnend bis in die okkupierten Gebiete. Während Namen wie Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Ravensbrück und andere geläufig sind – sie gehören zu den knapp zwei Dutzend sogenannten Haupt- oder Stammlagern, die es 1944 gab –, bestehen kaum hinreichende Vorstellungen auch nur über die Topographie der etwa 1.000 Außen- oder Nebenlager. Mit deren Kenntnis erledigt sich übrigens das Argument des Nichtwissens, lebte doch kaum ein Zeitgenosse an einem Ort des Reiches, in dessen Nähe sich nicht eines dieser Lager befunden hätte. Sie alle sollen in dem auf insgesamt sieben Bände geplanten Werk dargestellt werden.

Das setzt schwierige Recherchen voraus, nicht nur im Hinblick auf kleinere Lager, über die häufig im wahrsten Wortsinn Gräser und mitunter stattliche Wälder gewachsen sind. Es trifft auch auf größere Lager zu wie das von Kraków-Płaszów, an das erst der Film „Schindlers Liste“ wieder erinnert hat. Diese Forschungen werden, da die Außenlager meist mit der Absicht errichtet wurden, die Rüstungswerke und andere kriegswichtige Unternehmen mit Arbeitskräften – zudem billigen – zu versorgen, noch einmal tief in die gemeinhin als „Verstrickung“ verharmloste Rolle der deutschen Industriellen in jenem verbrecherischen System der Menschenschinderei bis auf den Tod hineinleuchten. Dem Auftaktband, der Querschnittsthemen wie Häftlingskategorien, Bewachung, Zwangsarbeit, Frauen in KZ (Opfer und Täterinnen) erfasst, werden jährlich zwei Bände folgen, in denen, nach der Zeit ihrer Entstehung geordnet, die Haupt- und ihre Außenlager abgehandelt werden. Der letzte Band wird KZ-ähnliche Lager darstellen, die unter verschiedensten Namen existierten. Ein Unternehmen von hohem Rang, dessen organisierender Mittelpunkt das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin ist.

Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 1, Die Organisation des Terrors. Hrsg. Wolfgang Benz/Barbara Distel, Redaktion: Angelika Königseder, C. H. Beck München, 395 S., 58,00 Euro.

Ossietzky, 9/2005, 30. April 2005, S. 331-332.

Absichtsvolles Verdunkeln

„Rassenideologischer Vernichtungskrieg“? Noch einmal: Zur Unangemessenheit eines konjunkturellen Begriffs

Seit Wochen ist hierzulande eine Debatte darüber in Gang gekommen, wie dieser achte Maitag des Jahres 1945 benannt werden soll. Die Skala umfasst Niederlage, Kapitulation, Kriegsende, Zusammenbruch, Untergang, Stunde null, Erlösung, Befreiung. In dieser Reihe handelt es sich nicht um einander ausschließende Bestimmungen. Beleuchtet werden verschiedene Seiten eines Ereignisses. Der Begriff Befreiung wertet und sagt, ohne es konkret zu bezeichnen, etwas über das Davor und Danach. Und er besitzt auch seine Tücke. Auf die Deutschen angewendet, suggeriert er, dass sie nicht anders als die Geschundenen in den vordem von ihnen besetzten, ausgebeuteten und ausgeraubten Ländern befreit worden seien. Er ermöglicht, die Deutschen allesamt als von der Naziherrschaft Unterdrückte, nun von ihr Befreite darzustellen und derart über ihre eigene Verantwortung für die faschistischen Verbrechen zu schweigen.

Über der Frage, wie das Kriegsende 1945 benannt werden soll, ist eine andere weithin ungestellt geblieben. Sie scheint geklärt zu sein. Gemeint ist die Frage, was für ein Krieg da eigentlich zu Ende ging. Auch auf diesem Felde konkurrieren verschiedene Bezeichnungen. Unumstritten ist die Kennzeichnung Zweiter Weltkrieg, in der sich nicht nur eine Zählung ausdrückt, sondern mit der eine Beziehung des Krieges von 1914 bis 1918 zu dem von 1939 bis 1945 hergestellt wird. In der Sowjetunion hatte der Krieg die Bezeichnung Großer Vaterländischer Krieg erhalten, womit das Geschehen Massen mobilisierend eine Gedankenbrücke zum Kampf des russischen Volkes gegen die Heere Napoleons bekam.

„Hitlers Krieg“?

In der Bundesrepublik wurde die Bezeichnung Hitlers Krieg gebräuchlich, die den „Führer“ zweckdienlich als alleinigen Urheber des Krieges erscheinen ließ. Dagegen stand in der DDR die verbreitete Kenntnis der Schriften des Georgi Plechanows über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Weithin bekannt war auch Bert Brechts Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ mit der auf Cäsars Zug nach Gallien gemünzten Verszeile „... hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?“ Da jedoch das politisch-ideologische und Klasseninteresse an der Verkürzung der Verantwortlichkeit für den Krieg sich in Bundesdeutschland erhalten hat, hilft kein Argument, diese Kennzeichnung dorthin zu befördern, wo sie hingehört.

Indessen: Höhere Ansprüche bleiben so doch unbefriedigt. Diese Kennzeichnung ist auch nicht exportfähig. In der Wissenschaft geboren, ist die Charakteristik jenes Teils des Zweiten Weltkrieges, der hauptsächlich auf das deutsche Konto geht – ein anderer gehört auf das japanische – als rassenideologischer Vernichtungskrieg inzwischen in die ein wenig anspruchsvollere Publizistik gelangt, wiewohl sie äußerste Anspruchslosigkeit bezeugt. Welche Unterscheidung wird damit vorgenommen? Hat es je einen Krieg gegeben, der nicht auf Vernichtung zielte? Vernichtungskrieg ist bei nur flüchtigem Hinsehen als weißer Schimmel oder schwarzer Rabe erkennbar. Denn stets ging es darum, den Gegner auf dem Schlachtfeld zu vernichten und ihn zur Aufgabe des Kampfes zu zwingen. Je stärker das Aufgebot, je „moderner“ die Mittel, je länger die Kriege, je rücksichtsloser die Kriegführung, umso größer die Masse und die Zahl des Vernichteten. Doch war bloße Vernichtung auch das Kriegsziel? Allenfalls als Ausnahme oder Zusatz. In der Mehrzahl aller Fälle ging es um Eroberung, Raub von Reichtümern, auch von Frauen und Kindern, Unterwerfung von Menschen zur Nutzbarmachung für die Sieger, Gewinnung von Positionen für den folgenden Krieg.

Der Begriff Vernichtungskrieg verdeckt, um welcher Ziele willen dieser Zweite Weltkrieg deutscherseits geführt wurde, mit einer Einschränkung allerdings. Es lässt sich in ihn hineinlesen, dass das erstrebte Imperium unter dem Hakenkreuz stets auch ein Regime der kontinuierlichen Menschenvernichtung geblieben wäre. Doch diese, wie grausam und barbarisch gedacht, wäre immer ein Herrschaftsmittel gewesen, eingesetzt nach dem Kalkül eigenen Nutzens und Nachteils und nicht – jedenfalls im generellen nicht – aus nackter Willkür, bloßem Vernichtungsdrang und sadistischer Mordlust.

Barbarisierung

Das attributive rassenideologisch – der Begriff, der dem weißen Schimmel aufgesattelt ist, soll diesen Krieg von anderen unterscheidbar, ihn unverwechselbar markieren. Er hebt ab auf die geistige und mentale Verfassung derer, die ihn führten. Rassenideologisch – damit sollen die Antriebe erfaßt und eine Erklärung für das barbarische Vorgehen der Einsatzgruppen, der Polizeibataillone, der Wehrmacht und der vielen Besatzer gegeben werden. Nun kann kein Streit darüber entstehen, dass ohne den antihumanen Gedanken- und Gefühlshaushalt, mit dem eine nicht zu bestimmende Zahl von Deutschen in den Krieg ging, in dessen Verlauf sich zudem ein Prozess vollzog, der sich Barbarisierung der Barbaren nennen lässt, die Verbrechen nicht hätten verübt werden können, die auf dem Geschichtskonto der Deutschen stehen. Fraglich hingegen ist, ob – hat man das Interesse der Regimeführer im Blick – die Rassenideologie das für ihre Entscheidungen ausschlaggebende Moment war, das sie auf ihrem Weg in den Krieg, im Kriege und bei der Formulierung und Verfolgung ihrer Kriegsziele leitete. Haben sie diesen Krieg vorbereitet und geführt, um ihren Rassismus zu befriedigen und auszutoben? Das sie das taten und wollten und darüber auch Befriedigung empfanden, ist ebenso sicher bezeugt wie kein Zweifel ist an ihrer Gnadenlosigkeit gegenüber den als „Untermenschen“ Abklassifizierten möglich ist. Sie meinten mit dieser Praxis die Brücken hinter sich abgebrochen zu haben. Es waren die Brücken zu allem, was von menschenfreundlicher Gesinnung war.

Imperialistische Ziele

Die ideologische Verfassung dieser, wie heute gesagt wird, Kriegsherren war unabdingbare Voraussetzung für Tötung oder Ermordung der Juden, von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, von Zivilisten in den eroberten Gebieten, die dem Hunger überlassen und dem Verhungern preisgegeben wurden. Erschöpfen sich aber die Antriebe im Ideologischen? Die das glauben, verfechten abenteuerliche Thesen wie: der Vorstoß in den Kaukasus habe nicht auf Ölvorkommen und weitere Reichtümer, sondern auf die Vernichtung der dort lebenden Juden gezielt. Die Formel von der Rassenideologie als dem Kriegsmotiv lässt die imperialistischen Eroberungsziele entweder ganz außer Betracht oder stellt deren Bedeutung und Rang auf eine Stufe, auf der sie als Charakteristik des Wesens dieses Krieges nicht benötigt werden. Sie dient als Blende vor der Frage nach den materiellen Zielen und den an ihnen Interessierten. Sie belässt die Antworten auf das Warum dieses Krieges im Bereich von Ideologie und Moral, wie das aktuell wieder im Falle des Krieges gegen den Irak geschieht, als dessen Antriebe ebenfalls ausschließlich ideologische (Schaffung der Demokratie) und moralische (Beseitigung des Bösen) angegeben werden.

Die Verwendung des Begriffs rassenideologischer Vernichtungskrieg, absichtsvoll gerichtet gegen die Markierung der gesamtgesellschaftlichen Ursprünge und der imperialistischen Ziele dieses Krieges, besitzt zwar eine geschichtspolitische Funktion: Er ist bestens geeignet, Geschichte so darzustellen, dass sie den – gegenwärtig Gesellschaft und den Staat – dominierenden Kräften keine Probleme macht. Wissenschaftlich taugt er wenig. Was sich aus ihm heraus- oder in ihn hineinlesen lässt, wiegt seine Nachteile für das Eindringen in Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge von Faschismus und Krieg bei weitem nicht auf. Und: Erst wenn dieser Kriegscharakter zutreffend bestimmt wird, lässt sich auch vollständig sagen, wovon die Deutschen am 8. Mai 1945 befreit wurden.

junge Welt, Sonnabend, 30.04.2005, S. 15.

Weitermachen

Eine vorläufige Bilanz des Gedenkens am 8. Mai

Die Kampagne 8. Mai 1945, denn zu ihr hatte sich das Gedenken und Erinnern an den Tag des Kriegsendes in Europa, wie in ähnlichen voraufgegangenen Fällen auch, unvermeidlich ausgeweitet, ist beendet. Künftige Jahrestage, die auf geschichtliche Ereignisse verweisen und sich wiederum mit der Zahl 60 verbinden, wie etwa die Potsdamer Konferenz, die Abwürfe der Atombomben auf japanische Städte und das Ende des Zweiten Weltkrieges auch in Asien, der Beginn des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, dürften hierzulande kaum annähernd die Aufmerksamkeit erregen, die diesem Maitag galt.

Was hat sie verursacht? Das lässt sich mit letzter Sicherheit nicht sagen. Gewiss ist, dass sie nicht einfach mediengemacht war, wenn Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und andere Instrumente der Weckung und Ausrichtung von Interessen auch zweifelsfrei als Auslöser und als effektvolle Verstärker gewirkt haben. Sicher ist, dass die Generation der überlebenden Zeitgenossen, die zumeist auch über die Muße des Zurückblickens verfügt, in besonderem Grad an dieser Kampagne Anteil genommen, ja sie zu einem Teil gestaltet hat. Das Bewusstsein, dass die altgewordenen Frauen und Männer, die sich allein im eigentlichen Wortsinn zu erinnern vermögen, bald schweigen werden, hat zusätzlich mobilisierend gewirkt. Gilt doch auch für sie, was Kurt Goldstein schon im Titel seines Buches von den Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager geschrieben hat: „Fragt uns, wir sind die letzten“.[1] Die von ihm Gemeinten haben über anderes zu berichten als die Mehrheit der Deutschen. Beides zusammen gibt das Panorama eines schaurigen Abschnitts deutscher Geschichte. Schaurig in den Verfolgungen der dem Faschismus Widerstehenden und schaurig auch im Verhalten der Gefolgschaft, aus der die damals Machthabenden erst die Möglichkeit schöpften, zu verwirklichen, was sie planten.

Ritual und Geste

Und die Nachgeborenen und die Jüngeren? Was kann eine Minderheit bewogen haben, sich den Kriegszeiten zuzuwenden, die unter einem Gesichtspunkt von ihrem Dasein so weit entfernt sind wie die Seeschlacht bei Salamis, insofern beides lange vor ihrer Geburt sich zutrug? Vielleicht war es das sich im letzten Jahrzehnt bildende Wissen oder auch nur eine Ahnung davon, dass wir jener Epoche nicht so weit entronnen sind, wie zuvor noch geglaubt wurde. Die Gedankenformel „Die Nachkriegszeit ist zu Ende“, mit welcher die Wende von 1989/90 und die ihr folgenden Ereignisse bezeichnet und gefeiert wurden, hat ihre Anziehungs- und Beruhigungskraft durch eine Entwicklung ziemlich eingebüßt, die mit den Worten Jugoslawien, Afghanistan, Irak bezeichnet ist. Die Leichtigkeit, mit der Kriege von Millionen und Abermillionen hingenommen werden, finden sie nur „weit in der Türkei“ statt, die Washingtoner Drohungen gegen „Böse“ und „Schurken“ haben andere nicht gleichgültig gelassen. Gefragt wird folglich, ob sich aus jenen Jahren von Faschismus und Krieg, die erst nach ungeheuren Anstrengungen beendet werden konnten, etwas Nützliches für die Gegenwart gewinnen lässt. In dieser Hinsicht war das Angebot vor und am 8. Mai freilich wenig hilfreich. Ritual und Geste vor Nachdenklichkeit, mehr Oberfläche als Tiefe, mehr Beschreibung als Analyse, Betroffenheit vor Erkenntnisgewinn. Was also kann bleiben? Bestenfalls. Was sollte festgehalten werden? Denn es wird nur bleiben, was weiterhin bewahrt und vermehrt wird.

Das bestätigen jene politischen Kräfte im Lande, die den Tag am liebsten ganz übergehen oder ihm gerade jene Inhalte nicht beimessen wollten, die sich mit den während der gesamten Kampagne umstrittenen Begriffen Befreiung und Befreier verbinden. Niemand erwartet, dass sie selbst in den vergangenen Wochen irgendetwas gelernt haben oder sich in Zukunft ein der Wirklichkeit gemäßes Geschichtsbild zu eigen machen werden, denn das spricht schlechthin gegen sie, und vor dessen Hintergrund können ihre Ideen und ihr Treiben Existenzberechtigung nicht beanspruchen.

---

[1] Kurt Julius Goldstein, Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Wir sind die Letzten – fragt uns. Reden und Schriften (1974-2004). Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, 2. Auflage Bonn 2005. 3. Auflage 2023 in Philosophie digital 2.0. Anmerkung des Hrsg.

Emotionswall

In den zurückliegenden Monaten sind über das Jahr 1945 durch Vorträge, Bücher, Ausstellungen, Filme mannigfache Kenntnisse über das Leben der Deutschen am Ende des Naziregimes, als der Krieg auch zu Lande nach Deutschland zurückkehrte, vermittelt worden. Es hat sich die Einsicht verbreitet, dass der weltgeschichtliche 8. Mai 1945 unter allen denkwürdigen Tagen deutscher Geschichte des vorigen Jahrhunderts der denkwürdigste ist. Ohne die Wende, die er brachte, wäre das Leben der Deutschen, wie es sich heute darstellt, undenkbar. Mancher hat sich klargemacht, was es für ihn selbst bedeutet haben würde, so der Titel eines Buches von Ralph Giordano, „wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte“. So ist eine gedankliche und emotionale Beziehung zu denen entstanden, die, indem sie den Deutschen die Waffen aus der Hand schlugen, diesen zugleich eine Chance für die Neugestaltung ihrer Verhältnisse erkämpften.

Gegen diese Einsicht in die Bedeutung jenes fernen Tages, aus der Verantwortung erwächst – von der viel gesprochen wurde, ohne sie zu konkretisieren –, ist bis in die offiziellen Äußerungen von Staatspolitikern Widerstand gesetzt worden. Er äußerte sich in dem im mecklenburgischen von den Christdemokraten entfachten Flaggenstreit, in Erörterungen darüber, ob die Deutschen einen Anlass zur Freude oder zum Feiern hätten und wenn doch, was sie dann zu feiern hätten – die Befreiung oder ihre Demokratie oder beides usw. Das Wesentliche zerreden und zerlabern, das war eine Methode, den Tag zu „begehen“. Die hauptsächliche, ihn ins Zwielicht zu rücken und die nie zugeschütteten Gräben des (ideologischen) Kalten Krieges wieder zu besetzen, bestand aber in der Verstärkung einer Geschichtssicht, die den stärksten Scheinwerfer auf die Leiden der Deutschen im letzten Kriegsjahr richtet. So wird ein Wall aus Emotionen aufgeworfen, der unübersteigbar ist und keinen Blick auf Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen mehr lässt. Das Resultat dieser „Aufarbeitung“ von Geschichte ist – neudeutsch – Betroffenheit. Die Praxis, das Grauen und die Grausamkeit jener Zeit ins Blickzentrum zu platzieren, wird obendrein als Vervollständigung unseres Geschichtsbildes und als antinazistische Tat ausgegeben. Es dürfte aus den Geschehnissen jener Tage nichts den (Neo)Nazis überlassen werden. Das aber läuft in vielen Fällen darauf hinaus, deren Arbeit zu besorgen.

Diese Zwischenbilanz ist vorläufig und sehr unvollständig. Zu reden wäre von den Begegnungen der Schülergeneration mit Teilnehmern des militärischen und des Widerstandskampfes. Gewürdigt werden müsste, was in den öffentlichen Räumen restauriert oder neugeschaffen wurde, das an jene Zeit erinnert und gemahnt. Hervorgehoben zu werden verdient eine nicht sehr große Zahl von Büchern, die Neuigkeitswert besitzen oder sonst aus der Masse des Gedruckten herausragen. Auf jedem dieser Felder wäre von Haben und Soll zu berichten. Diese Zeilen sollen einzig anregen, nach dieser Kampagne nicht so rasch zur Tagesordnung überzugehen. Die Reden der Politiker werden abgeheftet und später archiviert. Ausstellungen eines Tages abgebaut und in Magazine transportiert. Filme kommen zurück in feuersichere Räume. Den Antifaschisten bleibt die Aufgabe, ihre Erfahrungen durchzuarbeiten und – weiterzumachen. In Permanenz.

junge Welt, Mittwoch, 11.05.2005, S. 12.

Watching the krauts

Emigranten und internationale Beobachter schildern ihre Eindrücke aus Nachkriegsdeutschland.

Unter den Büchern, die anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung auf den Markt gelangten, waren einige, die über das Datum hinauswiesen. Auf vier soll hier aufmerksam gemacht werden. Sie stammen von Menschen, die es bei Kriegsende oder kurz darauf nach Deutschland verschlug, oder berichten von ihnen. Die einen kamen, um die Wehrmacht zu zwingen, die Waffen zu strecken, andere erst nach deren Kapitulation – sie sollten, zum Beispiel für die Regierung der USA, beschreiben, was sie vorfanden. Die Berichtenden kannten Deutschland zumeist bereits aus Vorkriegszeiten: Sie hatten entweder dort gelebt oder sich im Reich länger aufgehalten. Nur einer von ihnen, ein sowjetischer Offizier, kämpfte sich in ein ihm vollkommen fremdes Land. Er führte Tagebuch, sein Sohn fand es im Nachlass des Vaters.

Wer eine der Autobiographien oder die Lebenserinnerungen von Klaus Mann, Hans Habe, Stefan Heym, Walter Hasenclever oder Hanuš Burger gelesen hat, dem sind darin die Ritchie Boys begegnet, jene Soldaten der US-Armee, die eine zusätzliche spezielle Ausbildung erhalten hatten, um an und hinter der Front ihren Part in der psychologischen Kriegsführung zu spielen. Im Sommer 1942 hatte im Camp Ritchie, idyllisch gelegen an den Ausläufern der Blue Ridge Mountains in Maryland, das Military Intelligence Training Center seine Tätigkeit aufgenommen. Es schulte Kursanten für die Aufgabe, Angehörige der Wehrmacht von der Fortsetzung ihres Kampfes abzubringen und Gefangene auszufragen, um Angaben zu gewinnen, die für taktische militärische Entscheidungen genutzt werden konnten oder die das allgemeine Bild von der geistigen und mentalen Verfassung des Gegners konkretisierten, womit sich indirekt Möglichkeiten eröffneten, seine Kräfte zu schwächen.

Einige der Überlebenden, die schon in Nordafrika, dann in Italien und schließlich auf dem Weg von der Normandie bis ins Reichsgebiet auf diese Weise – mit Schreibmaschinen, Mikrofonen, Lautsprechern mehr als mit dem Gewehr – am Krieg teilnahmen, haben heute das neunte Lebensjahrzehnt erreicht. Sie bildeten die Hauptquelle für das Buch über die Ritchie-Boys, zumal die amtlichen Akten über diese Gruppe bei einem Archivband großenteils vernichtet wurden. Entstanden ist mehr als ein Nebenprodukt der Arbeit für einen Dokumentarfilm, der inzwischen in Sondervorführungen gezeigt worden ist.

In das Camp kam, wer Deutsch lesen und schreiben konnte, nach Möglichkeit außer dem Englischen noch eine weitere Fremdsprache beherrschte, die Staatsbürgerschaft der USA besaß oder in Kürze mit seiner Einbürgerung rechnen konnte. Das galt insbesondere für deutsche und österreichische Emigranten, Juden zumeist. Sie stammten in der Regel aus bürgerlichen Elternhäusern, hatten zum Teil schon studiert, waren geistig hochinteressiert und intelligent und hatten mit den deutschen Faschisten gleichsam eine eigene Rechnung zu begleichen. Geboren in Berlin, Wien, Budapest, Prag, im Schlesischen, Hessischen und in Ostpreußen, waren sie in den Jahren 1933 bis 1940, manche über Zwischenstationen, in die USA geflohen.

Nun schickten sie sich an, als Angehörige einer siegenden Armee nach Deutschland zurückzukehren, auf eine Weise, die sie sich noch wenige Jahre zuvor nicht hatten vorstellen können. Manche von ihnen landeten 1944 bereits mit den ersten Staffeln auf französischem Boden. Sie gaben deutschsprachige Frontzeitungen heraus, verfassten Flugblätter, die von Flugzeugen abgeworfen oder von der Artillerie verschossen wurden, betrieben über Radio Luxemburg weiße und schwarze Propaganda und richteten einen vorgeblich deutschen Soldatensender ein. Ihre Tätigkeit ähnelte in vielem, was die Autoren des spannungsreich erzählten Buches unerwähnt lassen, derjenigen, die einige Deutsche in der Roten Armee gemeinsam mit Sowjetsoldaten unternahmen. Das gilt u. a. für die Methode, mit Flugblättern „Passierscheine“ über den feindlichen Linien abzuwerfen, die von Überläufern vorgewiesen werden sollten, wenn sie die Front überschritten, wie auch für Texte von Flugblättern (wie das 1943 an der Ostfront verbreitete „Die Lehre von Stalingrad“ und das 1944 im Westen über die Frontlinien gebrachte „Die Lehre von Aachen“), mit denen Wehrmachtssoldaten über die tatsächliche Lage unterrichtet wurden. Ein bemerkenswertes Detail: Eine der Methoden, mit denen in Gefangen-

schaft geratene deutsche Offiziere, die Auskünfte verweigerten, zum Reden gebracht werden konnten, war die Drohung, sie an die Sowjetunion wegen Verbrechen auszuliefern, an denen sie bei früheren Kriegseinsätzen im Osten hätten beteiligt sein können.

Als die Waffen schwiegen, suchten die Ritchie Boys ihre Angehörigen, die aus Deutschland nicht hatten entkommen können. Wenige fanden sie lebend. Verfolgt werden die Lebenswege bis zu dem Zeitpunkt, da die Ideale der Ritchies durch die US-amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und die einsetzende feindliche Distanzierung gegenüber dem sowjetischen Verbündeten auf eine harte Probe gestellt wurden und die Vorstellungen darüber auseinanderdrifteten, für welches Deutschland sie eigentlich gekämpft hatten. Während Heym nach einigen Jahren in die DDR ging, der Regisseur Hanuš Burger nach Prag zurückkehrte und dort in seinem Beruf arbeitete, Hans Habe, nachdem er in Westdeutschland am Aufbau des Zeitungswesens teilgenommen hatte, in Österreich und der Schweiz lebte, machten die meisten nach Kriegsende Karrieren in den USA, wurden Universitätsprofessoren, Geschäftsleute, Richter und Rechtsanwälte. Manches leicht überprüfbare berichtete Detail ist allerdings unverlässlich. Das gilt für das Zeugnis, es seien in der Ardennenschlacht nach einer Wetterbesserung eine halbe Million (!) Flugzeuge am Himmel erschienen, ebenso wie für die Angabe, der US-amerikanische Kommandant von Weimar hätte Bürger der Stadt zur Besichtigung des KZ Buchenwald mit Lastwagen auf den Ettersberg fahren lassen. (Sie wurden ausdrücklich auf einen anstrengenden Fußmarsch hingewiesen.)

In anderer Mission begab sich nach dem Sieg der 1939 über die Schweiz und Kuba in die USA emigrierte Carl Zuckmayer (1896-1977) nach Europa. Er hatte sich um eine Stellung als ziviler „Kulturberater“ beim Kriegsministerium in Washington beworben und den Auftrag erhalten, über seine Eindrücke im besetzten Deutschland und Österreich zu berichten. Aus seinem Besuch von November 1946 bis März 1947, der ihn unter anderem nach Berlin, München, Stuttgart, Wiesbaden und Wien führte und auf ein Signal seiner Vorgesetzten hin vorzeitig abgebrochen wurde, so dass ein bereits genehmigter Aufenthalt in der sowjetisch besetzten Zone nicht zustande kam, ging ein umfängliches Papier hervor, das die „FAZ“ im August 2004 in Folgen zu drucken begann.

Zuckmayer beabsichtigte, seine Auftraggeber zu bewegen, sich von klischierten Vorstellungen über Deutschland und die Deutschen zu trennen, und zu überzeugen, dass namentlich die jüngeren deutschen Männer, aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, von der Naziideologie nicht so tief beeinflusst seien, wie vermutet wurde. Er hielt Ansatz und Methoden der „Entnazifizierung“ durch die US-Administration für verfehlt und meinte, dass sich die Hinwendung der Deutschen zur westlichen Demokratie in Abhängigkeit von der Unterstützung entwickeln werde, die ihnen beim Kampf gegen den Hunger zuteilwürde. Bei der Beurteilung des politischen Standortes Zuckmayers halten sich die Herausgeber, die den Band mit aufschlussreichen Anmerkungen versahen, auffallend zurück. Zuckmayer, zumindest angekränkelt von totalitarismustheoretischen Erwägungen, war überzeugt, dass ein Wandel Deutschlands zu einem friedlich-demokratischen Staat in Europa nicht nur ideologische, sondern auch materielle und soziale Voraussetzungen besitze. Eine Bedingung dafür, dass der weitere Weg in die allgemeine Barbarei verhindert werde, sah er in der Existenz stabiler internationaler Aktionsgemeinschaften. In einem der den Band abschließenden Artikel beschäftigten ihn auch die Aussichten der Nazis: „Nazis ... werden nie hochkommen, wenn man ihnen nicht den Nährboden schafft und wenn nicht Mächte hinter ihnen stehen, die sie stützen, benutzen, mobilisieren. Seid wachsam gegen solche Mächte ...“ Solchen Sätzen fehlt die Konkretisierung; sie erwecken den Eindruck, dass Zuckmayer diese unterließ, weil er wusste, wohin er in den USA sortiert werden würde, sobald er sie ausformulierte.

Mit ähnlichem Auftrag wie der deutsche Dichter begab sich 1945 der gebürtige Ire James Stern (1904-1993) in Diensten des US Strategic Bombing Survey aus den USA in das besetzte Deutschland. Danach schrieb der Autor und Übersetzer sein Buch *The Hidden Damage*, das 1947 in New York, 1990 auch in London gedruckt wurde und wohl nicht zufällig erst jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt. Stern wurde mit seinem Freund W. H. Auden im Offiziersrang Mitglied einer Gruppe, die durch systematische Befragungen ergründen sollte, wie nachhaltig der Bombenkrieg Bewusstsein und Gefühlswelt der Deutschen beeindruckt hatte. Zugleich sollte sie Informationen über deren Meinung zur

Besatzungspolitik einholen. Dazu reiste Stern unmittelbar nach Kriegsende (bis August 1945) nach Frankfurt a. M., Stuttgart, München, Kempten, Nürnberg. Sein Buch bezeugt jenes Kauderwelsch, eine Mixtur aus Naziideologie, unverstandenen alten und neuen Erfahrungen und Eindrücken, bloßen Einbildungen u. a., dass die Köpfe der Deutschen im ersten Nachkriegsjahr besetzt hielt. Repräsentative Ergebnisse werden nicht vorgelegt. Die aus der Tätigkeit des Teams hervorgegangenen amtlichen Dokumente dürften historisch belangvoller sein als diese Schilderung. Sie liest sich wie ein unterhaltsamer Reise- und Wiedersehensbericht und könnte – wäre es nicht anders ausgewiesen – dahin missdeutet werden, es sei ein Journalist für ein politisch leicht eingefärbtes Kleinbürgermagazin unterwegs gewesen.

Einen gänzlich anderen, auf Berlin und dessen nahe Umgebung begrenzten, Eindruck von Deutschland gewann zur gleichen Zeit einer der sowjetischen Eroberer der Reichshauptstadt, Wladimir Natanowitsch Gelfand, zweiundzwanzigjähriger Leutnant, Mitglied der kommunistischen Partei, Jude aus der Ostukraine, von dessen Familienangehörigen die deutschen Besatzer einen Großteil umgebracht hatten. In einer Auswahl – Notate aus der Zeit zwischen Januar 1945 (Eröffnung der Offensive an der Weichsel) und September 1946 (Rückkehr des Offiziers in seine Heimat), liegen Texte aus seinem Tagebuch nun vor. Es verdankt seinen besonderen Charakter zum einen der Tatsache, dass es das erste in deutscher Sprache lesbare geschlossene Zeitdokument dieser Art überhaupt ist, zum anderen, dass Rezensenten glauben, ihm vor allem eine Bestätigung ihres Horrorbildes der „Armee Stalins“ entnehmen zu können. Kaum Erwähnung fanden in Buchempfehlungen bürgerlicher Zeitungen Aussagen über die von Ort zu Ort wechselnde, mal erleichterte, mal ablehnende Begrüßung der sowjetischen Soldaten auf polnischem Boden oder über die Kämpfe, an denen die Soldaten der zur von Nikolai Bersarin befehligten 5. Armee gehörenden 301. Schützendivision teilnahmen, ausgetragen am Westufer der Oder, an den Seelower Höhen, dann in den Ostbezirken Berlins und bis ins Stadtzentrum, sowie die dabei erlittenen hohen Verluste. Übergangen werden zumeist auch die Kennzeichnung der Deutschen als Kolonialherren, die Bemerkungen über die Furcht der Deutschen vor dem „Zorn der Russen“ oder auch der Bericht von Kulturveranstaltungen hinter der Frontlinie, so einer Mozartaufführung. Rezenten lasen hingegen das Bild von „einem ungebildeten und groben, korrupten und diebischen, durch Missgunst sowie übermäßigen Genuss von Alkohol gefährlichen Haufen“ heraus, „einem chaotischen Heer, dessen Angehörige die Gewalt unbarmherzig auch gegeneinander kehren“. Auf diese Weise wird Gelfand als Außenseiter vorgeführt, naiv und intelligent, neugierig auf die Deutschen, die er mit dem geschlagenen Deutschland, auf das er „spuckt“, jedoch nicht gleichsetzt, sensibel und selbstverliebt, attraktiv und lebenshungrig, von Knechtsseligkeit gegenüber Vorgesetzten und Befehlen frei, sich in Berlin mit einem (nicht erbeuteten) Fahrrad bewegend, den Schwarzmarkt besuchend, obendrein deutsche Frauen nicht vergewaltigend, sondern „erobernd“ – nicht anders als, wenige Kilometer entfernt, seine US-amerikanischen Kampfgenossen von gestern, also unter Zuhilfenahme von mancherlei Geschenken.

Christian Bauer/Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Deutsche Emigranten beim US-Geheimdienst. Hoffmann und Campe, München 2005, 224 S., 19,95 Euro

Carl Zuckmayer: Deutschlandbericht für das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika. Wallstein, Göttingen 2004, 312 S., 28,00 Euro

James Stern: Die unsichtbaren Trümmer. Eine Reise im besetzten Deutschland 1945. Eichborn, Frankfurt a. M. 2004, 410 S., 24,90 Euro

Wladimir Gelfand: Deutschland-Tagebuch 1945-1946. Aufbau, Berlin 2005, 356 S., 22,90 Euro

konkret, 2005, Heft 6, S. 28.

Nachlese vom 8. Mai

„Es hat keine Tradition, dass man in Deutschland zum Jahrestag der Befreiung am 8. Mai auf die Straße geht," schrieb die *Stuttgarter Zeitung* vorausblickend am 13. April 2005, eine Feststellung, die – wie üblich geworden – die Geschichte des ostdeutschen Staates, sofern das nützlich erscheint, ignoriert und die Bundesrepublik mit Deutschland gleichsetzt. Dann fragte sie, woher der sich abzeichnende Wandel rühre, und antwortete: „[...] die Sorge vor einer Vereinnahmung des 60. Jahrestages durch die NPD hat Folgen."

Damit war, gewollt oder nicht, eingestanden, dass an der Staatsspitze und in den Führungsgarnituren der Großparteien zunächst niemand daran gedacht hatte, dem Tag eine besondere Prägung zu geben. Erst als die martialischen Marschierer in Aktion traten und das Brandenburger Tor als Ziel ihrer Demonstrationsroute in den Visieren hatten, erfolgte die Erinnerung an den kurzfristigen Aufstand der Anständigen im November 2002 und dessen Gewinn. Wieder einmal sollte dafür gesorgt werden, dass das Deutschlandbild im Ausland nicht verdorben würde. So kamen die Deutschen, wie die Zeitung treffend befand, „unverhofft zu einem Feiertag". Der erhielt das Etikett „Tag für die Demokratie".

Ungeachtet dieser Umwidmung, die von feinfühliger Rücksichtnahme auf alle zeugte, die sich mit den Begriffen Befreiung und Befreier nicht anzufreunden vermögen, unbeeinflusst von allen Beschwörungen, wonach die Bundesbürger ihre Geschichtslektion vorbildlich gelernt hätten, blieb der 8. Mai für die deutsche Rechte und die rechten Deutschen ein ungeliebter Tag – und das beträchtlich über die Anhängerschaft der NPD hinaus. Den einen stieß nach wie vor die „deutsche Niederlage" bitter auf, weil sie in ihr Nations- und Selbstbild nicht hineinpassen will. Anderen genügte, dass sich mit dem Tag eine Erinnerung an die Rote Armee, deren Verdienst und das eines ganzen Volkes verbindet, das damals – wie unvollkommen sie auch sein mochten – in gesellschaftlichen Zuständen ohne Kapitalisten und große Grundbesitzer gelebt hatte. Diese Erinnerung stört das bisher so erfolgreich auf Stalin, NKWD und Gulag reduzierte Bild der Sowjetunion.

Der im Verlauf der Kampagne vor dem Jahrestag unvermeidlich entstandene Schaden war daher auszubessern. Unverzüglich. Während die *Bild*-Zeitung am Tage danach mit „Jetzt spricht die 15jährige" über „Meine Nacht mit dem Party-König" aufmachte und noch einmal einen Wehrmachtsveteran sprechen ließ, der vom Zweiten Weltkrieg nicht mehr begriffen hatte, als dass „alles so sinnlos" war, druckte *Die Welt* einen Artikel „Komplizen des Krieges", als die sie Nazideutschland und die Sowjetunion in ihren Beziehungen nach dem August 1939 darstellte. Darüber platzierte sie großformatig das Foto, das Ribbentrop zeigt, vor Stalin und Molotow sitzend und den Nichtangriffsvertrag unterzeichnend. Selbstredend kein Wort über dessen Vorgeschichte.

Die *Welt am Sonntag* hielt diesen 8. Mai für den geeigneten Tag, den eben zum Papst erhobenen Bayern Joseph Ratzinger zu zitieren, der von den deutschen Soldaten geschrieben hatte, sie hätten „ganz einfach ihre Pflicht ... zu tun versucht". Diese Äußerung gefiel der Redaktion Politik so gut, dass sie daraus ihre Überschrift machte – mit einer kleinen, aber kennzeichnenden Korrektur: „Sie *haben* einfach ihre Pflicht *getan*". Das ist nicht weniger als die Zurücknahme aller Erkenntnisse, die in Jahrzehnten über die Rolle der Wehrmacht angehäuft wurden. Gleiches geschieht in derselben Ausgabe des Blattes hinsichtlich der erarbeiteten kritischen Positionen zur Rolle der Kirchen in Faschismus und Krieg; ihr Verhalten wird nun wieder auf Verzagtheit, Opportunismus und aufs Wegschauen von Geistlichen reduziert.

Die Wissenschaft setzt dieser Entwicklung jedenfalls auf offenem politischem Feld wenig entgegen. Wohl aber gewährt sie Beifall und Bestärkung. In derselben *WamS*-Ausgabe postuliert der an der Freien Universität Berlin lehrende Historiker Henning Köhler, den Gefühlshaushalt der Deutschen im Mai 1945 mit dem historischen Befund 2005 gleichsetzend: „Was die Deutschen fatalistisch als Zusammenbruch zu bezeichnen sich angewöhnt haben, war keine Befreiung".

Unzufrieden auch mit den geringen Anzeichen, die davon zeugen, dass sich eine womöglich wachsende Minderheit von Deutschen zur vorurteilsfreien Sicht auf den historischen Platz des Tages in

ihrer eigenen Geschichte durcharbeitet, beklagt er Wirkungen der Rede Richard von Weizsäckers aus dem Jahre 1985: Seitdem sei ein Weg in die Sackgasse beschritten worden, gekennzeichnet „durch die Beflissenheit“ – wo immer er die entdeckt haben mag – „zu feiern und sich auf die Seite der Sieger zu schlagen“ und „die deutsche Schuld zu pflegen“. Hier bekennt sich hochschulbeamtete geistige Nachbarschaft mit jenen, die an diesem 8. Mai 2005 die Transparente mit dem Kampfaufruf gegen den deutschen Schuldkult durch Berlin trugen. Eine Bilanz des Gedenktages, die diesen Posten auslässt, bediente die sprichwörtliche Augenauswischerei.

Ossietzky, 11/2005, 28. Mai 2005, S. 388-390.

Abgänge

Abgänge von Politikern, die für mehr oder weniger lange Zeit an der Spitze eines Staates oder einer Regierung standen, gehören zum Alltag. Kaum dass derartige Veränderungen auch nur von der Bevölkerung in einem Nachbarstaat noch beachtet werden. Ausgenommen, sie verlaufen besonders dramatisch. Dann, wie ein Blick in die Geschichte zeigt, besteht Aussicht, dass Historiker sie schildern und im Bewusstsein halten werden. In der Geschichte der seit 1871 aufeinander folgenden deutschen Reiche gilt das nur für einen Kanzler: Otto von Bismarck. Sein Abgang 1890 galt als besondere Ungerechtigkeit, wogegen sich alsbald die Erbauer von Bismarck-Türmen wandten, mit denen Berge und Hügel weithin bestückt wurden.

Wie der „eiserne Kanzler“ so haben nur die wenigsten Abgänger diesen Akt selbst zu inszenieren vermocht. Die einen raffte der Tod im Bett oder – ungleich seltener – auf dem Schlachtfeld dahin, andere endeten durch Mörderhand, dritte traf die Ungnade eines Monarchen, vierte der Beschluss einer Parlamentsmehrheit. Wiederholt waren Intrigen im Spiel. Am schlechtesten kamen die weg, die von einem mächtigen Fußtritt des Volkes getroffen wurden, gar auf dem Schafott oder am Galgen endeten. Am besten hingegen jene, die noch in der Lage waren, ihre letzten Tage im grellen Lampenlicht selbst – oder wenigstens mit – zu gestalten. Sie nutzten ihre Chance in aller Regel nicht, mit Anstand abzutreten. Zumeist ging es ihnen einzig um den Schritt von der politischen Bühne in die Weltgeschichtsbücher. Sie sorgten sich um den Sockel, auf dem sie künftig stehen wollten, sei er ehern oder papieren. Hauptsache: Die Mit- und Nachwelt würde hochschauen und wissen, wen und wie viel sie verloren hatte.

Gelungen ist das nur in seltenen Fällen. Dennoch: Der Versuchung des Versuchs lässt sich schwer widerstehen. Der Bundeskanzler liefert den jüngsten Beweis. Er hat die Regie seines Abgangs übernommen und ist, nein nicht in ein Schwert, sondern an den Vorderrand der bundespolitischen Theaterbühne gestürzt, um in den Zuschauerraum zu rufen: „Wollt ihr den dritten Akt noch sehen?“. Verlangt die Menge, was nach dem zweiten schwer zu glauben ist, ihr die Fortsetzung zu bieten, gibt er die Heldenrolle. Hat die Mehrheit genug und wendet sich buhend oder schweigend ab, wird er sie vor den Sitzenbleibern auch und anders spielen. Vorbilder dafür gibt es. An eines wurde eben vielfach erinnert, den Mann namens Hitler, der seinen Abgang zwar selbst nicht mehr inszenieren konnte, so dass dieser höchst kläglich ausfiel, der aber, bevor er zur Giftampulle griff, dem Volke noch mitteilen ließ, dass es seiner und des Segens nicht wert sei, den er ihm auf tausend Jahre hin hatte bereiten wollen. Nach dem Wahl-, nein nach dem Endsieg.

Ossietzky, 12/2005, 11. Juni 2005, S. 411-412.

„Da ist es einfach schön“

Erinnerungspolitik in der Berliner Republik: Klaus Leggewie und Erik Meyer über die Entstehungsgeschichte eines Denkmals

Der Streit um die Errichtung und die Gestaltung von Denkmälern begann häufig mit dem Tage, da die Idee oder Absicht geäußert wurde, ein Zeichen der Erinnerung und Mahnung zu schaffen. So geschehen nicht nur in deutscher Geschichte. Darauf weisen die Autoren eines Buches hin, das, kaum ist die Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas inmitten Berlins erfolgt, uns in extenso seine Vorgeschichte erzählt. Dieser gleichsam beruhigende Befund hätte sich an vielen Beispielen dartun lassen und dem Streit, der um das monumentale Zeichen, wenngleich es sich auf einzigartige Verbrechen und deren Opfer bezieht, entbrannte, geschichtliche Tiefenschärfe geben können. Es hätte sich zeigen lassen, wie die Fronten verliefen, als die – zum Teil restaurierten oder wieder errichteten (Koblenz) – Kaiser-Wilhelm-Denkmäler platziert wurden, auf die der Bau der trutzigen Bismarck-Türme folgte. Stoff zum Nachdenken konnte das unverwirklichte Projekt liefern, ein deutsches Zentraldenkmal zur Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges zu schaffen. So wäre in Umrissen ein Bild davon entstanden, wer warum welche Denkmäler mochte und wer nicht. Zu nicht wenigen dieser Denkmäler gingen die Deutschen dann doch, unabhängig von ihrem Verhältnis zum dort Erinnerten und Geehrten, tatsächlich gern hin. In einer Gruppe von etwa zwei Dutzend Studenten der DDR, befragt, wer das Denkmal auf dem Kyffhäuser besucht hatte, fand sich ein einziger, der nicht dort gewesen war. Auf die weitere Frage, was sie dort beeindruckt habe, lautete die Antwort: Da ist es einfach schön. Das wird nicht bestreiten, wer an einem lichthellen Tage dort war. Anders dürfte der Nachhall eines Aufenthalts am Koblenzer Eck oder am Niederwald-Denkmal von vielen Besuchern nicht beschrieben werden.

Dass die Deutschen „gern hingehen“, hat der derzeitige Bundeskanzler auch im Hinblick auf das verkürzt „Holocaust-Mahnmal“ genannte Bauwerk für wünschenswert gehalten. Doch liegen die Verhältnisse erheblich anders. Reitet dort ein längst vergessener Monarch („der mit dem Bart“) einher, blickt da trutzig eine beleibte Dame übers Flusstal westwärts, so steht der Besucher im Zentrum Berlins einem Stelenfeld gegenüber oder bewegt sich in ihm, das dem Blick nichts bietet, was der festhalten könnte, keinen seiner Gedanken lenkt, ausgenommen jenen, den er an den Ort schon mitgebracht hat, bezogen aus Schulzeit oder eigenem Antrieb. Die Buchautoren bieten eine freundliche Interpretation des Kanzlerwunschs an, den sie sich zum Titel ihres Werkes erkoren. Sie verweisen darauf, dass ja kein Schreckensbild entstehen sollte. Dagegen ließe sich freilich fragen, ob die Deutschen und nicht nur sie allein zu ihrem eigenen gegenwärtigen und künftigen Besten nicht den heilsamen Schrecken noch benötigten.

Doch die Polemik, die sich um das Denkmal entspann, wollten die Autoren nicht fortsetzen, sondern seine politische Entstehungsgeschichte in ihrem Dafür und Dawider, in ihrem Auf und Ab darstellen und wohl auch entschlüsseln. Das erste ist ihnen bestens gelungen. Sie haben vor allem auch die Verdienste bezeichnet, die sich mit dem Wachsen und Werden des Denkmals verbinden und Personen vorgestellt, die sie sich erwarben. Das zweite weniger gut, was möglicherweise in einem naiven Begriff von Politik wurzelt, der sie leitet: „Politik wird üblicherweise definiert als die verbindliche Durchsetzung kollektiver Entscheidungen“. Wirklich? Da fallen beispielsweise die Marschierer mit der auch und insbesondere gegen das Holocaust-Mahnmal gerichteten Parole gegen den „Schuldkult“ glatt heraus. Wohin? Von daher lässt sich der Streit um die „Erinnerungspolitik“, die dann ein Spezialfall der „verbindlichen Durchsetzung usw.“ wäre, schwer – um eine Lieblingsvokabel der Autoren zu benutzen – „erden“, einer Politik, die heute unter zunehmenden Druck der Rechten gerät. Diese fordern immer unverblümter, sich auf die von ihnen markierten Stärken der Deutschen zu besinnen, um daraus jene Kraft zu schöpfen, die der noch immer ausgebliebene „Ruck durch Deutschland“ braucht. Ein Blick mehr auf die Macht- und ökonomischen Interessen der Herrschenden in der Berliner Republik hätte der Analyse der offenen und der verkappten Gegnerschaft gegen die Aufrichtung des Denkmals gutgetan, das – dadurch wurde der wechselvolle Verlauf der Auseinandersetzung

größtenteils bestimmt – diese Interessen teils bedienen, sie teils beschädigen kann. In welchem Grad die Auseinandersetzung das eine oder das andere bewirkt, wird die weitere Geschichte erst noch zeigen.

PS: Als Leser ihres Buches wünschen die Autoren des Bandes sich u. a. eine Abiturientin des Jahrgangs 2005. Diese und ähnliche Adressaten könnten sich unter Besuchern des Denkmals finden und würden aus dem Text Gewinn ziehen, vorausgesetzt, er wäre in einem für Nichtspezialisten konsumierbaren Umfang und einer dieser angemessenen Sprache angeboten worden.

Claus Leggewie/Erik Meyer: „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. Carl Hanser Verlag, München 2005, 397 S., 23,50 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 15.06.2005, S. S. 3.

Von deutscher Zerstörungskraft

Häufiger begegnet dem Leser in hierzulande erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften verschiedenster Provenienz und Ausrichtung wieder die Wortwendung von den „deutschen Tugenden“, nicht selten verbunden mit der Aufforderung, ihrer sich ernst zu entsinnen. Da werden der Eigenschaften viele genannt: Arbeitsfleiß, Gemeinschaftsgeist, Opfersinn, Selbstlosigkeit, nicht zu vergessen: Treue. In älteren Aufzählungen fand sich dazu auch: eine Sache um ihrer selbst willen tun. So weit sind wir aber noch nicht wieder.

Die *Financial Times Deutschland* hat in ihrer Ausgabe vom 17. Juni 2005 an eine weitere kritisch erinnert: „Sie hat die deutschen Tugenden in ihr Gegenteil verkehrt: Sie kann jetzt nicht mehr zerstören ...“ Wer nicht und was nicht? Wenngleich das Datum die Vermutung nahelegt, stammt der Satz nicht aus einem Rückblick ins ostdeutsche Jahr 1953. Er ist auch nicht in eine lobende Erörterung der Rolle der Bundeswehr im Krieg gegen Jugoslawien oder mit anderen ähnlichen Bezügen geschrieben worden. Gemünzt wurde die Feststellung ebenso wenig auf Praktiken deutscher Großunternehmen, denen wahrlich nicht nachgesagt werden kann, dass sie das Zerstören verlernt hätten, namentlich das von Arbeitsplätzen. Geschrieben wurde die Kritik in einen Bericht über das Fußballspiel der deutschen Mannschaft mit der australischen. Drei Tore gegen Deutschland belegten dem Berichterstatter die verlorene teutonische Zerstörungskraft. Besonders der Spieler Huth war nicht immer auf der Hut. Nun sollen er und die anderen Herren das, was ihnen fehlt, bis zur Weltmeisterschaft 2006 noch lernen, um es Millionen deutscher Zuschauer in den Stadien und vor den Fernsehern vorzuführen. Zur Wiedervervollständigung deutscher Tugendhaftigkeit.

Ossietzky, 13/2005, 25. Juni 2005, S. 481-482.

Eine hochwillkommene Offerte zur „Lösung der Faschismusfrage“

Zu Götz Alys Buch „Hitlers Volksstaat“[1]

Der Historiker Götz Aly hat, sein Forschungsinteresse ausweitend, sich mit seinem neuen Buch auf das Feld der Wirtschafts- und Sozialhistoriker begeben. Er geht der Frage nach, wie Aufrüstung und Krieg im Deutschen Reich zwischen 193 3 und 194 5 finanziert wurden, und akzentuiert sie gleichzeitig, wobei er an seine bisherigen Arbeiten anknüpft. Vorrangig beschäftigt ihn, welchen Anteil der Raub des Eigentums der Juden, verübt zunächst innerhalb Deutschlands, seit 1939 fortgesetzt in den eroberten Gebieten und dann einhergehend mit Deportation und Massenmorden, an der Gesamtsumme der finanziellen Kriegsaufwendungen ausmachte. Und er fragt weiter, welche Bedeutung diesem Anteil für die Politik des Regimes zugemessen werden muss, insbesondere, welche Möglichkeiten der Herrschaftsgestaltung die faschistischen Machthaber auf diesem Wege gewannen.

Dass das Regime mit dem den Juden geraubten Eigentum die Staatskasse aufbesserte, dass dieser Raub bereits – als ihn Göring 1937 im großen Stil vorbereitete – genau darauf zielte und die prekäre Finanzlage des Reiches im Blick auf die horrenden Ausgaben für Aufrüstung und Militarisierung verbessern sollte, ist keine Neuentdeckung. Doch haben Alys Forschungen das von dieser Praxis existierende Gesamtbild erheblich bereichert. Gestützt auf weitläufige Studien in deutschen und ausländischen Archiven konnte er die Liste der an dem Raubzug beteiligten Institutionen und Personen vervollständigen. Ins grelle Licht gerät das Reichsfinanzministerium mit seinem glimpflich davongekommenen Minister Schwerin von Krosigk und dessen Staatssekretär Fritz Reinhardt. Gehandelt wird von der Rolle der Reichsbank, des Reichsrechnungshofes, der Vierjahresplanbehörde und weiteren Staatsorganen sowie von der Tätigkeit vieler in die besetzten Gebiete delegierter Beamten, die mit der Gründlichkeit der Bürokraten „ihre Pflicht“ taten. Nachgewiesen wird, dass· und wie sich Dienststellen der Wehrmacht, insbesondere deren Intendanturen, an dieser Räuberei beteiligten, deren unmittelbare Nutznießer sie waren. Selbstredend kommt die Rolle der Apparate der SS ins Visier. Klar gemacht wird, dass diese Besatzungspolitik Helfer brauchte und Kollaborateur fand.

Aly geht die besetzten Staaten und Länder durch, das Gemeinsame im Vorgehen der Eroberer herausarbeitend wie die Differenzen in den praktizierten Methoden. Er weist nach, wie mit Argusaugen darüber gewacht wurde, dass möglichst keine Reichsmark und kein Gegenstand, der sich in sie umwandeln ließ, dem räuberischen Zugriff entging, nichts in Nebenkanäle abfloss und irgendwo versickerte. Aly versucht die Teilbeträge wie die Gesamtsumme zu errechnen, die auf diese Weise in die Kriegskasse gelangten. Das vorgelegte Resultat ist auf Widerspruch gestoßen[2] und die darauf erteilte Antwort des Buchautors überzeugt nicht. Wünschenswert ist, dass Alys Arbeit weitere Untersuchungen anregt, zumal durch Historiker in den ehemals deutsch-besetzten Staaten, denn unter den einschlägigen Experten dürfte kein Polyglott sein, dem all die vielsprachigen Zeugnisse dieser Seite der deutschen Besatzungspolitik zugänglich wären.

Die Frage, ob Aly den Anteil des den Juden und anderen Menschen Geraubten an den Gesamtkosten des Krieges richtig bestimmt hat, verblasst indessen hinter der Tatsache, dass er den Raub (in seiner Terminologie „Massenraubmord“) zum Hauptmotiv der Verfolgung und Vernichtung der Juden erklärt An dieser ins Vulgärmaterialistische verrutschten Deutung dürfte die Forschung so souverän vorbeigehen wie der Autor am vorliegenden komplizierteren Geschichtsbild des Holocaust, das ideologisch-wahnhafte Motive mit kurz- und langfristigen Kalkülen als verursachende Faktoren in Ansatz bringt.

Mit Sicherheit hätten weder Alys verdienstvolle Untersuchungen zur Ausraubung der besetzten Länder noch die daran geknüpfte Interpretation dem Buch die außergewöhnliche Aufmerksamkeit beschert, die ihm in den Medien zuteilwurde. Was aber dann? Das tat die Darstellung der Möglichkeiten, die Aly zufolge dem Regime durch diese Praxis zuwuchsen, einem Staat, den er in Widerspruch

---

1 Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 2005, 464 S.

2 J. Adam Tooze, in: taz vom 12./13. und 16. März 2005.

zu allen vorliegenden Kennzeichnungen charakterisiert. Der Autor begibt sich unter die Faschismustheoretiker und, da das von ihm ausgebreitete und berücksichtigte Faktenmaterial für. eine Theoriebildung bei weitem nicht hinreicht, in ein blamables Abenteuer. Neues wird da nicht geboten. Alys Verständnis des deutschen Faschismus deckt sich weitgehend mit der Selbstdarstellung der Nazis. Deren Führer, das lasen wir schon von und über Hitler, seien Leute aus den Unterschichten der Gesellschaft gewesen,-aufgrund eigener Lebens- und politischer Erfahrungen dem Volke verbunden, bestrebt, die Masse seiner Angehörigen vor allem materiell zu heben, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu schaffen. Mit alledem seien sie vor und noch im Kriege weit vorangekommen. Hitler habe, so schon der Buchtitel, einen „Volksstaat", er und seine Mitführer hätten den „nationalen Sozialismus" geschaffen, eine „Gefälligkeits-", „Wohlfühl-", „Zustimmungs-" und „Jugenddiktatur" errichtet. Sie gingen daran, Massenbedürfnis zu befriedigen, nicht nur – das auch, aber nur in zweiter Linie – Gefolgschaftstreue zu sichern, sondern geleitet von einer „Beglückungsideologie". Politiker solchen Typs konnten das Rauben zu keinem anderen Zweck und Ziel planen und organisieren als zum Vorteil der kleinen Leute. Diese seien im Vorkrieg und Krieg, als ein „Kriegssozialismus" organisiert wurde, die Nutznießer dieses Regimes gewesen, das sich schwerverbrecherischer Mittel bediente. Doch die Krauses und nicht die Krupps wurden die eigentlichen Gewinner des Raubens und Mordens, an dem sie sich direkt und indirekt beteiligt und von dem sie auf die verschiedenste Weise profitiert hätten.

Hier eine Auswahl des Faktenmaterials, das dieses Bild vom „nationalen Sozialismus" glaubhaft machen soll: Übergang zur lateinischen Normalschrift, Auflösung der Eigentumsform der Fideikommisse, Besserstellung von Familien mit Kindern gegenüber Ledigen und Kinderlosen, Einführung des Urlaubs, Anfänge des Massentourismus, zugunsten von Schuldnern Beschränkung der Gläubigerrechte, Mietschuldnerschutz (zeitweilig im Kriege), Pfändungsfreiheit für Lohnanteile und gewisse Renten. Dann im „Kriegssozialismus": Feldpostpakete, Mitbringe der Soldatenurlauber, Ersparnisse von Steuern, Gleichbehandlung bei der Zuteilung von Lebensmitteln, üppige Ernährung, verbreiterte Aufstiegschancen in den Offiziersrang, Verteilung von in jüdischen Wohnungen geraubten Gebrauchsgütern an „arische" Luftkriegsgeschädigte („Ausgebombte") und andere Nutznießer usw.

Aly liefert seine Version des „Tätervolkes". Warum ist diese nicht auf ebenso entschiedene Ablehnung gestoßen wie ihre Vorgänger? Welche Interessen bedient sie? Die Antwort muss nicht gesucht werden. Der Autor liefert sie selbst mit seiner wiederholten Forderung, von den Regime- und Kriegsvorteilen der kleinen Leute zu reden und aufzuhören, die Rolle von Flick, Krupp, den IG-Farben und des großen deutschen Bank-, Industrie- und Agrarkapitals zu erörtern, wenn vom Faschismus die Rede ist. Wie sollte diesem Angebot einer „Lösung der Faschismusfrage" in einem Staat wie der Bundesrepublik kein Willkommen bezeugt werden? Freilich nicht in den Bezirken der Wissenschaft, in denen die bedrückenden Fragen, mit welchen Mitteln die NSDAP-Führer ihre Massengefolgschaft formierten, wie Terror, Demagogie und Erfolgsbestechung dabei zusammenwirkten, welche Phasen extremer Festigung des Regimes, welche partieller Krisenhaftigkeit existierten, seit langem untersucht werden. In diesem Prozess wurden monokausale und vulgärmaterialistische Vereinfachungen überwunden. Die Verwechslung von Herrschaftsinstrumenten mit Herrschaftszielen ist auch kein Thema, bei dem sich Fachleute lange werden aufhalten wollen.

Erwähnung verdient des Autors Umgang mit seinen Quellen, zumal dies in Rezensionen von Zeitungen und Zeitschriften kaum beachtet wurde. Dafür drei Beispiele: Für politisch besonders aussagekräftig erscheinen Aly die bis in die Zeit der Kriegsniederlagen zunehmenden Spareinlagen der Deutschen. Er interpretiert sie als Vertrauensbeweis für die Machthaber, denn er nimmt dieses Wachstum als Ausdruck „freiwilligen Sparens". Es belegt ihm erwartete Segnungen, die der Endsieg bringen werde, auf die mittels angehäufter Kaufkraft dann leicht zugegriffen werden könnte. Worin bestand diese Freiwilligkeit? Je länger der Krieg dauerte, umso mehr klafften kaufkräftige Nachfrage und schrumpfendes Warenangebot auseinander. Gelegenheit, verdientes Geld auszugeben, bot sich immer weniger und erwies sich wegen der sinkenden Qualität der Waren auch immer weniger verlockend. Wer Geld nicht für überteuerte Waren auf dem Schwarzmarkt ausgeben wollte, stand vor der Frage,

es in seinen vier Wänden bar zu behalten oder es „freiwillig“ auf die Sparkasse zu bringen. Städtern schien es zudem sicherer, ihre Sparbücher mit anderen Dokumenten im griffbereit gehaltenen Luftschutzkoffer zu deponieren, als darin Bargeldbeträge mit sich zu führen. Inwiefern sich in solchem Verhalten besonderes Vertrauen zum Regime äußerte, ist nicht erkennbar, zumal in Kreisen einfacher Leute – aber die Psychologie jener Generationen ist dem Autor noch fremder als die Vorstellung von deren tatsächlichem Lebensalltag – ein „Rückhalt“ für schlechte Zeiten nach den Erfahrungen aus Erstem Weltkrieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise zum Wünschbaren und Beruhigenden gehörte.

Um des Volkes und der Naziführung Einheit und Eintracht nachzuweisen, immer wieder erklärt zur direkten Folge „nationalsozialistischer“ Gefälligkeiten, greift Aly wiederholt auf die wichtige Quelle der Lage berichte des Sicherheitsdienstes der SS zu. Wer das tut, sollte wissen, dass deren Autoren, wollten sie nicht in den Geruch von Pessimisten, Miesmachern oder gar Defätisten geraten (dem sie dann doch nicht entgingen), der Obrigkeit beständig auch Erbauliches zu berichten trachteten und das umso farbiger, je mehr sie das Vorhandensein unwillkommener Stimmungen zu vermelden hatten. Am Beginn des vierten Kriegsjahres galt das durchaus, wiewohl das Desaster von Stalingrad noch bevorstand. Doch war schon klar, dass auch dieses Kalenderjahr zu Ende gehen werde, ohne dass der Zusammenbruch des Gegners im Osten, wo wiederum der gefürchtete Winter sich ankündigte, erreicht war. Aly verwertet den Bericht des SD vom 15. Oktober 1942. und schreibt, dass „die Deutschen mit ‚Begeisterung‘“ die Nachricht aufgenommen hätten, nun könnten auch junge Männer die Offizierslaufbahn einschlagen, die den bisher geforderten höheren Schulabschluss nicht besäßen. „Sie [die Deutschen]“, formuliert der Historiker weiter, ‚sahen darin die „Verwirklichung eines wesentlichen Punktes des Parteiprogramms“. Der SD-Bericht aber sprach nicht von „den Deutschen“, sondern davon, dass diese Regelung „in weiten Kreisen der Bevölkerung sehr großen Anklang gefunden“ habe. Begeisterung habe sich „besonders in der männlichen Jugend“ gezeigt. Und „vielfach habe man“ – wer das auch gewesen sein mag – darin die Verwirklichung des Parteiprogramms erblickt. Aus in der Quelle erwähnten „weiten Kreisen der Bevölkerung“ eine jener auf ihren Wahrheitsgehalt unüberprüfbaren Standardfloskeln der Berichterstatter, sind unter der Hand des Historikers einschränkungslos „die Deutschen“ geworden, die dann auch noch allesamt für begeistert erklärt werden. Äußert sich Aly über solchen Quellengebrauch in Texten anderer, ist er die helle Empörung.

Aly behauptet, dass die Deutschen in Massen, wie es ihnen Goebbels in seinen Propagandareden versprach, sich nach dem Endsieg ein Schlaraffenlandleben vorzustellen vermochten. Es hätten sich bei ihnen die im besetzten Land spottbillig eingekauften Waren und der Inhalt der Feldpostpakete mit der Vorstellung künftigen Daseins als wohl lebende Herrenmenschen verbunden: ‚‚Soldatenbräute träumten zu Hunderttausenden von Rittergütern in der Ukraine“ (S. 29), weiß der Autor und stützt diese Zahlenangabe auf zwei Quellen, eine Textstelle aus einem Brief des Wehrmachtsoldaten Heinrich Böll der von seinen Zukunftsgedanken spricht, und einige Sätze zweier Autorinnen aus einer gedachten Kinderfibel, über deren Erscheinen und Verbreitung er nichts mitteilen kann. Material so zu präparieren und einzusetzen, eine in den Massenmedien alltäglich geübte Praxis, mag Laien düpieren. Sie hat in der Wissenschaft keinen Platz.

Eine hochwillkommene Offerte zur „Lösung der Faschismusfrage“. Zu Götz Alys Buch „Hitlers Volksstaat“. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7/2005, S. 637-640.

Ein Heldenvergleich

Ost- und Westdeutschland hatten unterschiedliche Helden

In vielen Ländern sind Generationen mit Bildern von Helden aufgewachsen – in Deutschland aber war das Angebot besonders reichlich. Die ältesten der heute in der Bundesrepublik Lebenden sind in ihrer Jugend an Heldensagen und Heldengeschichten kaum vorbeigekommen. Den damals jüngsten „Stoff“ dafür gab der Erste Weltkrieg. „Helden zur See“, „Helden der Luft“, „Helden der Kolonien“ lauteten Buchtitel, die sich stoßweise auf Tischen von Kaufhäusern stapelten wie heute die Produkte von King oder Knopp. Wer von seinen Eltern vor solcher Lektüre geschützt wurde, entging ihr dennoch nicht, denn der Baron von Richthofen und der Graf Luckner gehörten in Schulbüchern zur Pflichtlektüre. Dazu kamen die Helden der braunen „Bewegung“ wie Albert Leo Schlageter und Horst Wessel.

Die wahre Heldenhausse brachte dann aber erst der 1939 von den Hitlerfaschisten begonnene Krieg. Bunte, in jedem Papierwarengeschäft ausliegende Hefte lockten: Willst du nicht auch so einer werden? Das zog, wie noch die Fotografien des Frühjahrs 1945 mit den Hitlerjungen unterm Stahlhelm, mit Gewehr oder Panzerfaust beweisen. Im Nachkriegselend, dessen Ausmaß diese „Helden“ ja mitbestimmt hatten, hatten die Deutschen von Helden erst einmal genug, wenn auch nur für kurze Zeit. Allerdings gingen beide deutsche Staaten auch bei der Heldenprüfung verschiedene, weit auseinanderführende Wege.

„Held der Arbeit“

Im Osten kam der Begriff Helden in zwei Bezügen wieder auf. Beide waren das Gegenteil des Heldenbildes der Nazizeit. Der eine betraf Leben, Leistung und Sterben derer, die Deutschland vor den Helden mit den Ritter- und den goldenen Kreuzen hatten bewahren wollen: die antifaschistischen Widerstandskämpfer. Der andere galt denen, die sich nicht auf mörderischen Schlachtfeldern hervorgetan hatten, sondern die das auf dem Feld der Arbeit taten und den Schutt beiseite räumten, den die schwarz-, feldgrau, marineblau- und braununiformierten Helden hinterlassen hatten. Erfunden wurde nach sowjetischem Vorbild der „Held der Arbeit“, ein Titel, der Männern und Frauen, die sich in der materiellen Produktion als Neuerer hervorgetan hatten, von Staats wegen verliehen wurde.

Im Weststaat hingegen begann die Schleichwerbung für die Helden von gestern, benannte oder unbenannt bleibende Landsknechte, vulgo „Frontschweine“. Sie erlebten in den Landserheften, aber auch in den „seriösen“ Memoiren der von Manstein, Guderian und Kesselring ihre Wiederauferstehung. Keine Rede davon, in wessen Diensten sie gestanden und was sie in Wahrheit angerichtet und verübt hatten. War das Hakenkreuz aus ihren Orden entfernt, konnten sie auch wieder getragen werden. Helden des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges standen in den Namen von Kasernen der Bundeswehr wieder auf. Ihrer wurde – wie auf der Festung Ehrenbreitstein in Gestalt des Denkmals für die Helden des Heeres – in öffentlichen Räumen gedacht, auch auf entsprechend gestalteten Tafeln in Kirchen. Parallel dazu wurden neben der Kommunistischen Partei auch Organisationen verboten, die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus gegründete hatten.

Auch in der DDR ging es beim Aufbau der Armee nicht ohne militärische Vorbilder ab. Gefunden wurden sie in den sogenannten Befreiungskriegen in Gestalt von Gneisenau und Scharnhorst, von Blücher und Schill und auch unter den republikanischen Teilnehmern am spanischen Bürgerkrieg. Die standen für Verdienste in „gerechten Kriegen“ gegen Eindringlinge und Faschisten und mehr noch für die Idee der nationalen Einheit. Das letzte verblasste mit der Länge der Zweistaatlichkeit und deren unabsehbarem Ende.

„Held der DDR“

Doch die eigentlichen Helden der jungen Generation wurden im Oststaat Menschen, die ihre Zeitgenossen waren: Martin Luther King, Angela Davis und Gladys Marin, Führer nationaler Befreiungskämpfe in Amerika, Asien und Afrika wie Patrice Lumumba, Ho Chi Minh und Che Guevara, (die auch in antifaschistischen, linken und demokratischen Kreisen des Westens geehrt wurden) In diesem

Ansehen standen – wegen anderer, ebenfalls in die Zukunft weisender Verdienste – Juri Gagarin und seine Nachfolger bis zu Sigmund Jähn, dem DDR-Kosmonauten. Mit dessen Namen verbindet sich die Verleihung des ebenfalls nach sowjetischem Vorbild benannten Titels „Held der DDR“, während sich an die drei anderen deutschen Träger dieser Auszeichnung nur Ordenssammler erinnern mögen.

Mehr Bürger des untergegangenen Staates behielten indessen die Verszeile im Gedächtnis, in der sich ihr Verständnis von Wiederbewaffnung ausdrückte: „... bewaffnet, doch als Friedensheld“. Wenige wissen, dass diese Worte der Schlusszeile eines Wilhelm-Busch-Gedichtes entstammen. Einer Minderheit der ostdeutschen Bevölkerung war aber auch Bert Brechts Diktum geläufig, wonach das Volk glücklich ist, das keine Helden braucht ...

Was konnte, was ist da zusammengewachsen? Hat sich auch der Begriff von den „Helden von Bern“ nicht als in die neuen Bundesländer exportierbar erwiesen (die Älteren sind bei Täve Schur und – horribile dictu – bei Jürgen Sparwasser geblieben), so wird an neu- und nunmehr gesamtdeutschen Helden und Heldentum bereits fleißig gebastelt, ohne dass dies auch so benannt würde. Spätestens 2006 sollen auf die Berner die Berliner Helden folgen und auf den Heldenvater Herberger der Heldenmacher Klinsmann. Inzwischen wird an den deutschen Tugenden gearbeitet – nicht nur auf sportlichen Trainingsplätzen. Verdrängt werden soll der Leichtsinn der Fun-Gesellschaft. Gefordert wird die Rückbesinnung auf Arbeitsfleiß („der Ruck“) und Ordnungssinn (auf, dass die ganze Nation „gut aufgestellt ist“ und sich den wahren Werten zumerkelt).

Manche sind schon weiter voraus. Die Deutsche Verlagsanstalt hat 2004 einen Band unter dem Titel „Heldenprüfung“ herausgebracht und mit ihm aufgerufen, sich nicht länger dem Erbe des Ersten Weltkriegs zu verweigern. Helden aus jenen Tagen bräuchten die Soldaten der Bundeswehr, um nicht heldenlos dazustehen, wenn sie gemeinsam mit US-Amerikanern, Briten, Franzosen und anderen in „Auslandseinsätze“ zögen. Offeriert werden unter anderem die Herren Ernst Udet, Erwin Rommel und der schon erwähnte Graf Luckner, der „Seeteufel“. Mit denen sind schon die Großväter aufgewachsen. Ein einziges Buch? Ein Vorbote? Nicht nur. Der Beifall der FAZ blieb nicht aus. Ihr Rezensent fragte: Und wie ist das mit dem Zweiten Weltkrieg? Waren da nur die Widerstandskämpfer Helden? Keine Sorge: Es werden sich hierzulande doch Leute finden, die darauf die alten Antworten zu geben vermögen.

junge Welt, Mittwoch, 06.07.2005, S. 7.

Zukunft der Besiegten

Mehr als die Ausfertigung einer Rechnung: Vor 60 Jahren unterzeichneten die Alliierten das Potsdamer Abkommen

Am 15. Juli 1945, der Krieg in Europa war gerade seit zehn Wochen beendet, setzte sich in Moskau früh ein Sonderzug Richtung Westen in Bewegung. Er sollte Josef W. Stalin nach Deutschland bringen. Der Mann an der Spitze der Sowjetunion mied das Fliegen, wie Reisen selbst im eigenen Lande überhaupt seine Sache nicht waren. Diesmal ließ sich der Aufbruch nicht vermeiden. In Deutschland, das soeben besiegt und besetzt worden war, sollte über dessen Zukunft und weitere Fragen der Nachkriegsordnung beraten und entschieden werden. Dort würde er auf die führenden Männer der Hauptverbündeten treffen. Auf Winston Churchill, den er im Februar in Jalta begrüßt hatte. Nicht mehr aber auf Franklin D. Roosevelt, der am 12. April 1945 verstorben war. An dessen Stelle war der bisherige Vizepräsident Harry S. Truman getreten, der noch im gleichen Jahr als der Präsident der USA in die Geschichte eingehen sollte, von dem der entscheidende Befehl zum Abwurf der Atombomben über Hiroschima und Nagasaki gegeben wurde. Offenbar unbewegt von den Eindrücken, die er schon vor Konferenzbeginn bei einem Ausflug nach Berlin gewonnen hatte. Darüber schrieb er in seinen Memoiren: „Noch deprimierender als der Anblick der zerstörten Gebäude wirkte jedoch die nie endende Kette von alten Männern, Frauen und Kindern, die ziellos auf der Autobahn und den Landstraßen umherwanderten. In dieser zweistündigen Fahrt wurde ich Zeuge einer großen Welttragödie, und ich war aus tiefstem Herzen dankbar, dass meinem Lande diese unvorstellbare Zerstörung erspart geblieben war.“

Ankunft in Potsdam

Am 16. Juli traf der Sonderzug aus Moskau in Potsdam ein. Zum ersten Mal betrat Stalin deutschen Boden und zum zweiten Mal in seinem Leben den eines ausländischen Staates. Nur 1943 hatte er zur ersten Konferenz „der großen Drei“ nach Teheran reisen müssen. Jetzt wurde er in eine Villa im nahen Babelsberg gebracht, die für die nächsten Tage sein Domizil bleiben sollte. Dort, in einem wenig vom Krieg gezeichneten, exklusiven Viertel, nahmen auch die anderen Regierungschefs mit ihren Delegationen in Villen Quartier, die den Blick auf den Griebnitzsee eröffneten.

Potsdam war bei der Bestimmung des Ortes für die weltgeschichtliche Konferenz gegenüber Berlin aus praktischen Gründen der Vorzug gegeben worden. Dass diese dennoch als Veranstaltung in die Geschichte eingehen sollte, die sich fest mit dem Namen der bisherigen deutschen, von der Sowjetarmee eroberten Hauptstadt verband, lässt sich an der sowjetischen Historiographie ablesen, die – anders als die deutsche – ihr den Namen Berliner Konferenz gegeben hat. Potsdam war dennoch ein Ort mit einem besonderen, aus der Vergangenheit herrührenden, Klang. Potsdam – das war Preußen und Preußentum. Und das wiederum verwob sich, wenn es darin auch nicht aufging, mit Großmachtstreben, Militär, Militarismus, Kriegen und Eroberungen. Hier hatten sich Faschisten und Militaristen am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“, verbündet, symbolisiert im durch Fotos wieder und wieder verbreiteten artigen Händedruck des einstigen Gefreiten Adolf Hitler, der nun Reichskanzler war und des ehemaligen kaiserlichen Feldmarschalls Paul von Hindenburg.

Doch diese Bezüge auf Vergangenes waren nicht ausschlaggebend für die Wahl Potsdams. Die Stadt lag nahe an Berlin und bot die Möglichkeit, für den Aufenthalt und die Tätigkeit der Politiker, Diplomaten und Militärs die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Die Hauptverantwortung dafür lag auf der sowjetischen Seite, zu deren Besatzungsgebiet die Stadt gehörte. Und sie wurde penibel wahrgenommen. Darüber hinaus besaß jede Delegation ihren eigenen motorisieren Begleitschutz. Die Strecke von den Wohnorten zur Beratungsstätte wurde durch den Bau einer Pontonbrücke über die Havel verkürzt und so geführt, dass der Weg durch das durch den Luftangriff im April 1945 schwer zerstörte Stadtzentrum mit seinen unübersichtlichen Trümmermassen vermieden werden konnte. Wie weit das sowjetische Sicherheitsdenken ausuferte, veranschaulichte dem Autor bei einem Potsdam-Besuch zwanzig Jahre später einer der Teilnehmer. Der erzählte: Habe Stalin sein Wohnhaus verlassen, so wurde das auf einer direkten Leitung nach Moskau mitgeteilt, und sobald er am Ziel angekommen war, sei auch dies wieder in die ferne Hauptstadt gemeldet worden ...

Als Konferenzort war das Schloss Cecilienhof gewählt worden, das eine angenehme Atmosphäre für die Arbeit und hinreichend Raum bot. Das galt im sowjetischen Fall mehr für die Hilfskräfte, nicht für Stalin. Der hat das Zimmer, das Besuchern als „Stalins Arbeitszimmer“ gezeigt wird, nie betreten, sondern sich nach seinem Eintreffen durch den Eingang von der Flussseite unverzüglich in den größten der Räume mit dem berühmt gewordenen runden Tisch begeben, an dem die Verhandlungen stattfanden. Bevor sich die Delegationen dort zum ersten Mal zusammensetzten, waren einige praktische, auch vertrauenbildende Schritte gegangen worden, in denen sich Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Kriegshandlungen hinaus deutlich äußerte. Zwischen dem 1. und 3. Juli hatten die Besatzungstruppen ihre vereinbarten Gebiete bezogen, was vor allem bedeutete, dass die US-amerikanischen Truppen Thüringen sowie Teile Sachsens und Sachsen-Anhalts räumten und dort sowjetische Einheiten einrückten und deren Dienststellen etabliert wurden. Und am 11. Juli hatte die Interalliierte Militärkommission die gemeinsame Verwaltung Berlins übernommen.

Die Politiker in Cecilienhof vertraten die Kräfte, die in ihren Heimatländern dominierten. Damit ist gesagt, dass die Interessen der Teilnehmer in vielen Punkten weit auseinandergingen und folglich ihre jeweiligen Vorstellungen über die Nachkriegsordnung. Dass dennoch eine als Abkommen bezeichnete Schlusserklärung der drei zustande kam, lag nicht daran, dass die einen sich anderen unterordneten. Vielmehr existierte zum damaligen Zeitpunkt noch ein gemeinsamer Bestand an Plänen. Unter ihnen stellte die Absicht, Deutschland für immer unfähig zu machen, Kriege anzuzetteln, die am stärksten einigende Kraft dar. Würden doch Kriege künftig noch verheerender sein, als der eben in Europa beendete. Und es herrschten auch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, dass dieses Deutschland einen Preis für das zahlen müsse, was es in Europa und über dessen Grenzen hinaus angerichtet hatte. Zu vielen Fragen wurden Kompromisse getroffen, die sich in unscharfen Formulierungen des Vereinbarten niederschlugen, wodurch später Möglichkeiten unterschiedlicher Auslegung begünstigt und Streitfelder eröffnet wurden.

In vielen Fällen aber war das Vereinbarte vollkommen unzweideutig. Das galt für den „Deutschland“ überschriebenen Teil der abschließenden Deklaration, dessen einleitender Satz besagte, das deutsche Volk habe während der Zeit der Besetzung des Landes eine Sühneleistung aufzubringen, weil es zur Zeit von dessen Erfolgen das verbrecherische Naziregime „offen gebilligt“ und „blind gehorcht“ hatte. Es bestätigte sich, dass die Geschichte ihre Zahltage kennt. Indessen ging es nicht um die Herbeiführung eines Bankrotts, sondern um einen Wandel. „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet“, und es werde dafür gesorgt werden, dass „Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“.

Es existieren hierzulande bis heute einige unschwer erkennbare Gründe, weshalb zwar auf das Potsdamer Abkommen immer wieder herabsetzend oder abfällig Bezug genommen, aber wenig getan wird, seinen Text – eines der wichtigsten Vertragswerke des 20. Jahrhunderts – wortgetreu bekannt zu machen. Die gesamte deutsche Industrie sollte künftig Zwecke der Kriegsproduktion nicht mehr bedienen können – eine Forderung, die angesichts anwachsender Waffenexporte der BRD zu denken gibt. Nazistische Organisationen und Einrichtungen sollten nicht nur aufgelöst werden, sondern es hieß weitergehend: „jeder nazistischen und militaristischen Betätigung ist vorzubeugen“. Ein Prinzip, das heute Fragen nach der Anwendung geeigneter präventiver Maßnahmen des Staates – beispielsweise an Schulen und Berufsschulen hierzulande – anregt. Die Festlegungen über Kriegsverbrecher, nazistische Führer, Einflussreiche Nazianhänger und andere Personen lassen nach der Geschichte der bundesrepublikanischen Justiz und deren Durcharbeitung fragen. Und an anderer Stelle wurde programmatisch verkündet: Das deutsche Volk müsse überzeugt werden, „dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst auf sich geladen“, dass es sich die Zerstörung der deutschen Wirtschaft und das Chaos und Elend, in das es geraten sei, selbst zuzuschreiben hat.

„Auf sich geladen“ – eine Formulierung, die jene widerlegt, die behaupten, dass die Sieger sich den Deutschen gegenüber ignorant oder gleichgültig gezeigt hätten. Das gilt auch für die in dem Abschnitt „Wirtschaftliche Grundsätze“ vorgesehenen Maßnahmen, die das Überleben der Deutschen gewähr-

leisten sollten. Es genügt, dies mit den Grundsätzen zu vergleichen, von denen sich die deutsche Besatzungspolitik in Polen, der UdSSR und in anderen ausgeplünderten Ländern leiten ließ. Solche Gegenüberstellungen sollten in deutsche Schulbücher aufgenommen werden. In wie vielen Geschichtsbüchern werden aber die Zusammenhänge derzeit so hergestellt? In wie vielen hingegen die Zustände in Deutschland bei Kriegsende Churchill, dem Luftmarschall Harris, der sowjetischen Armee angelastet? Kurzum, das Potsdamer Abkommen gibt eine nach wie vor brauchbare Messlatte, an der sich die heutige Wirklichkeit und die für sie in erster Linie verantwortlichen Politiker und Parteien messen lassen sollten. Doch wie viele werden sie sich am 60. Jahrestag des Abkommens anlegen lassen? Wie viele werden mogeln und sich auf die Zehenspitzen stellen? Wie viele um sie gar einen weiten Bogen machen?

Offerte an die Deutschen

Alles in allem ist den Deutschen in diesem Abkommen, ohne dass dies ausdrücklich an sie adressiert worden wäre, ein durchgreifender Wandel und eine völlige Neuordnung ihres Geistes- und Gefühlshaushalts angeraten worden, die definitive Aufgabe nazistischer Gesinnung und Mentalität. In Potsdam wurde ihnen der Weg zu Antinazismus und Antifaschismus verordnet. Freilich: So wenig ein Arzt bei seinen Verordnungen per Rezept und Rat sicher sein kann, dass sie auch befolgt werden, so wenig konnten das die Politiker der Siegermächte. Als Besatzer vermochten sie darauf allerdings einen gewissen praktischen Einfluss zu nehmen, und das setzten sie sich auch gemeinsam vor. Sie versahen ihre Verordnung zugleich mit dem Versprechen einer Belohnung. Für den Fall, dass sich die Deutschen entschließen würden, „ihr Leben im Weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wieder aufzubauen“ und „wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf dieses Ziel gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, mit der Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen“.

War in der BRD von der Potsdamer Konferenz die Rede, wurde nicht über deren auch den Deutschen zugutegekommenen Verdienste und Folgen gesprochen (denn Potsdam war kein „zweites Versailles“, wie oft das auch behauptet worden ist), sondern einzig von der dort getroffenen Entscheidung über die künftige deutsche Ostgrenze. Lange wurde diese als vorläufig charakterisiert, und das nutzten Parteien der BRD für ihre Wahlpropaganda. Genährt wurde die Hoffnung, es könnten die Geflohenen und Vertriebenen eines Tages wieder in ihre Städte oder Dörfer zurückkehren. Dazu hatte früh, gleichsam auf der Schwelle des Kalten Krieges, der US-amerikanische Außenstaatssekretär James F. Byrnes beigetragen, als er in öffentlicher Rede in Stuttgart am 6. September 1946 im Hinblick auf diese Grenzziehung den Eindruck eines Provisoriums erweckte und eine Revision in Aussicht stellte. In den in der BRD benutzten Schul- und anderen Atlanten blieben die Autoren dabei, das 1950 zwischen der DDR und Polen geschlossene Görlitzer Abkommen ignorierend, die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie als „unter polnischer Verwaltung“ stehend zu bezeichnen. Das entsprach dem Text des Abkommens, aber keineswegs mehr der geschichtlichen Realität.

Neue Grenzziehungen

Was war in Potsdam tatsächlich vereinbart und im Teil IX der Deklaration unter der Überschrift „Polen“ (also bezeichnenderweise nicht im Teil III „Deutschland“) formuliert worden? Erstens: Das Territorium östlich der Linie, „die von der Ostsee ein klein wenig westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze“ verläuft, wurde als „die früheren deutschen Gebiete“ bezeichnet. Von ihnen wurde der größte Teil unter die „Verwaltung des polnischen Staates“, ein Gebiet in Ostpreußen entlang der Ostsee mit Königsberg hingegen unter die „Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ gestellt. Zweitens: War schon die Formulierung von den „früheren deutschen Gebieten“ nicht misszuverstehen, so wurde jeder Zweifel darüber, wie die künftige, einem Friedensvertrag zugeschriebene endgültige Entscheidung aussehen würde, durch die Vereinbarungen im XIII. Teil der Deklaration beseitigt. Dort wurde unter der Überschrift „Geregelte Umsiedlung deutscher Bevölkerung“ erklärt, die drei Regierungen würden anerkennen, „dass die Umsiedlung deutscher Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

zurückgeblieben sind; nach Deutschland durchgeführt werden muss“. Das solle „in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen“. Nach Deutschland – damit war klar, wo im Verständnis der Verhandlungspartner von nun an Deutschland lag und wo es im Osten endete. Die Flucht vor dem Kriegsgeschehen westwärts, angetreten im Winter und zeitigen Frühjahr 1945 von Millionen Deutschen, mochte sich mit der Vorstellung der Rückkehr noch verbinden. Die von den Siegern beschlossene Umsiedlung des auch noch nach Millionen zählenden „Restes“ der Zurückgebliebenen ließ sich hingegen nicht als bloßer Zwischenaufenthalt denken.

Zu wem diese Texte und Tatsachen nicht klar sprachen, der konnte sie sich zudem durch einen Vergleich mit dem Verfahren hinsichtlich des Saargebiets verdeutlichen, das zwar auch für eine definitiv noch zu bestimmende Dauer zu Frankreich kam, dessen Bevölkerung aber blieb, wo sie war. Die offenen Revanchisten an der Spitze ihrer Landsmannschaften und die Politiker, die aus deren Existenz und Gunst politisches Kapital zu schlagen wussten, wollten die Abmachungen nicht verstehen, die in Potsdam getroffen worden waren.

Die Motive, aus denen diese Grenzziehung entstanden war und die Hoffnungen, die sich mit ihr verknüpft hatten, waren gewiss alles andere als identisch, namentlich, was die künftige politische Rolle Polens in Europa anging. Aber keiner der Alliierten hatte einem anderen am Potsdamer Konferenztisch ein Ja oder ein Nein abpressen können.

Die Grenze im Osten war unstreitig der höchste Preis, den die Deutschen im Zusammenhang mit dem Potsdamer Abkommen zu zahlen hatten, gleichgültig, ob sie in Königsberg als Nazis, in Stettin als Sozialdemokraten oder in Breslau als Kommunisten gelebt hatten. Sie wurden gemeinsam in Haftung genommen. Die Zahlung der Reparationen würde enden, die Besatzungszeit nicht ewig dauern: An die Änderung dieser Grenze aber konnten nur wahnwitzige Atomkriegspolitiker glauben. Dass sich die DDR-Regierung unter Otto Grotewohl, vieler ihrer Mitglieder schweren Herzens, 1950 entschloss, diplomatisch anzuerkennen, dass dies die Staatsgrenze sein und bleiben solle, war eine vernünftige Tat. 1990 folgte dem die Regierung Helmut Kohl, geleitet von einer anderen „Vernunft“, spät nach.

Die Konferenz in Potsdam dauerte bis zum 2. August. Sie erfuhr eine Unterbrechung, da in Großbritannien Unterhauswahlen stattgefunden hatten, deren Ergebnis Churchill das Regierungsmandat entzog. Die Konservativen unterlagen der Labourparty und mit ihnen der Premier. Der Mann, der nach der verheerenden militärischen Niederlage des Sommers 1940 auf Frankreichs Boden sein Land zur Fortsetzung des Krieges gegen Nazideutschland hochgerissen hatte, kehrte nicht nach Potsdam zurück. An seine Stelle trat Clement Attlee, der als stellvertretender Premier schon vor der Wahlentscheidung, die Labour die absolute Parlamentsmehrheit eintrug, an der Konferenz teilgenommen hatte. Mit Stalin und Truman unterzeichnete er die Schlussdokumente.

Bevor die letzte Sitzung der Konferenz gegen Mitternacht schloss, wurde eine Grußadresse an Churchill vereinbart. Truman, der den Vorsitz führte, drückte die Hoffnung aus, dass die nächste Sitzung der drei „bald stattfinden wird“. Stalin erklärte darauf laut sowjetischem Protokoll: „Gebe Gott!“ Der hat es jedoch nicht gegeben. Die drei Regierungsoberhäupter sahen einander allenfalls auf Fotos und in Filmen wieder. Stalin, der am 3. August als letzter auf dem Wege, auf dem er gekommen war, Potsdam verließ, ohne Berlin betreten zu haben, brauchte weder nach London noch nach Washington zu reisen. Die weitere Arbeit übernahmen – einer Vereinbarung gemäß – die Außenminister, die einen Rat bildeten, der sein Sekretariat in London hatte, jedoch mit der sich 1946 abzeichnenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen den einstigen Alliierten, die in den Kalten Krieg mündete, immer weniger Übereinstimmung herzustellen vermochte.

Die Tage von Potsdam haben in vielen Memoiren ihren Niederschlag gefunden, so in denen von Churchill, der ein sechsbändiges Werk über den Zweiten Weltkrieg vorlegte, in Autobiographien des britischen Außenministers Anthony Eden (drei Bände 1960 ff.) und von Attlee (As It Happened, 1954), in Erinnerungen Trumans (zwei Bände 1955 f.) und des Außenstaatssekretärs der USA, James F. Byrnes (All in one Lifetime, 1958). Viele weitere Teilnehmer, die an verschiedenen Plätzen arbei-

teten, haben sich ebenfalls an die Wochen in Potsdam erinnert. Unter den sowjetischen Publikationen sind vor allem die Gedanken und Erinnerungen des Marschalls Georgi K. Shukow zu erwähnen.

junge Welt, Montag, 18.07.2005, S. 10.

Ungebrochen produktiv

Der Historiker und Pionier der Faschismusforschung Dietrich Eichholtz feiert heute seinen 75. Geburtstag

Im Jahre 1969 brachte der Akademie-Verlag Berlin ein Buch auf den Markt mit dem Titel Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, deklariert als erster Band einer Reihe. Dargestellt wurden die Entwicklung von der wirtschaftlichen Ausgangssituation Deutschlands bei Kriegsbeginn bis zu den wirtschaftlichen Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion. Die Monographie machte ihren Autor in Kreisen bekannt, die seine vorangegangenen Arbeiten nicht zur Kenntnis genommen haben mochten. Sie gelangte, wozu ihr Preis beitrug, nicht nur in die Hände von Fachleuten und in die Regale von Spezialbibliotheken und war auch bald im Buchhandel vergriffen.

Dietrich Eichholtz, dessen Forschungen das Werk zu danken war, hatte sich mit ihm auf einen langen Weg gemacht. Der zweite Band lag 1984 vor, der dritte und abschließende, durch die veränderten Umstände in der Arbeit des Autors mit verursacht, folgte 1996. Für diese beiden hatte der Historiker zur Abhandlung von Spezialfragen auch Kollegen als Mitarbeiter gewonnen. Das Opus umfasste total nahezu 2.000 Druckseiten. Inzwischen liegt eine in fünf Bände gegliederte Neuauflage vor, ein schwerwiegendes Zeugnis wider die These von der DDR-Historikerschaft als Agitationstruppe des Politischen Büros an der SED-Spitze. Mit dem hat sich Eichholtz freilich nicht auf Kriegsfuß stellen müssen. Was seine aufgrund eigener weitläufiger Studien gewonnene Grundüberzeugung betrifft, dass die deutsche Politik vom Kaiser- bis ins Hitlerreich von Interessen des deutschen Großkapitals geprägt war, gab es unter Leuten, die Tatsachen gelten lassen und ohne apologetischen Antrieb sind, ohnehin keine Meinungsverschiedenheiten. Die von Eichholtz aus Archiven gehobenen Tatsachen belegen für die einzelnen Phasen des Krieges massenhaft, welchen Anteil die Eigner und Manager an der Spitze der deutschen Industrie- und Bankkonzerne daran hatten, dass das Deutsche Reich diesen Krieg überhaupt so und so lange führen konnte und von welchen akuten und langfristigen Zielen ihre Aktivitäten angetrieben wurden.

Mit dem Dreibänder ist indessen nur ein Teil der wissenschaftlichen Produktion von Eichholtz genannt Er schrieb die wirtschaftshistorischen Passagen im sechsbändigen Werk „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, einem der bedeutendsten Gemeinschaftsunternehmen von DDR-Historikern, das sein Zentrum im Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften besaß. Das war nach Jahren der Tätigkeit an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald auch Arbeitsmittelpunkt des Historikers geworden. Das Institut wurde mit anderen 1990 „abgewickelt“, da es das zum Programm des Anschlusses gehörende Vorhaben störte, in Deutschland keine wissenschaftlich-organisatorische Basis bestehen zu lassen, in der Gruppen von Spezialisten eine prinzipiell kapitalismuskritische Position verfochten. Eichholtz erhielt die Chance, für den Rest seines gleichsam offiziellen Arbeitslebens an der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg lehrend zu wirken und sich dort an der Ausbildung von künftigen Historikern zu beteiligen. Ungebrochene Produktivität des Forschenden bezeugt die eben im Leipziger Universitätsverlag erschienene Abhandlung „Deutsche Politik und rumänisches Erdöl“, ein Ergebnis weiter konzipierter Forschungen, deren gedanklicher Bezug zu gegenwärtigen imperialistischen Expansionen auf der Hand liegt.

Bis heute gehört Dietrich Eichholtz zu den Säulen der kleinen Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, in deren Tätigkeit er eine Seite seiner vielseitigen Fähigkeiten lebt: das freundliche, vollkommen gleichberechtigte Zusammenführen von „gestandenen“ Experten und jungen Beginnern zu beiderlei Nutzen. Denn der Mann, der die Einsamkeit des Langstreckenläufers kennt, will sagen: Das Alleinsein in und mit Aktenbergen, das Sich-Vertiefen in Zahlenreihen und Statistiken ist auch vom geselligen Typ. Den in Danzig Geborenen zieht es wieder und wieder nordwärts. So auch heute an seinem 75. Geburtstag. Freundesgruß und Glückwunsch an die Gestade der Ostsee.

junge Welt, Montag, 22.08.2005, S. 13.

Schuldig: die Strukturen?

Warum die Wehrmacht gekämpft hat, bis alles in Scherben fiel.

Warum dauerte dieser zweite Weltkrieg in Europa bis in den Mai 1945? Warum gaben sich die Deutschen nicht früher geschlagen? Die Frage richtet sich an die gesamte Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz, im Besonderen an die Soldaten der Wehrmacht und die Angehörigen anderer bewaffneter Formationen des Nazireiches, die mit dem Schießen, Töten und Zerstören auch inmitten des eigenen Landes nicht aufhörten.

Motive und Antriebe, die das Weitermachen und Aushalten im totalen Krieg bewirkten, seien für die deutschen Zivilpersonen vielfach untersucht und dabei differenziert worden. Für die Wehrmacht gelte das nicht. Von ihr existiere ein durch vorschnelle Verallgemeinerungen vereinfachtes Bild. Sie hat gekämpft, sei die zentrale Aussage. Die zieht der Autor dieses Buches in Zweifel. Es habe, setzt er entgegen, breitgefächerte Verhaltensweisen von den jüngst mobilisierten Soldaten bis in die militärische Führungsspitze gegeben.

Diese Feststellung ist nicht so neu, wie Andreas Kunz behauptet. Damit belegt er nur ein weiteres Mal, wie sehr es in der Geschichtspublizistik in Mode gekommen ist, eigene Arbeiten als von Grund auf originell, Legenden erledigend oder Tabus brechend darzubieten. Um an ein bekannteres Faktum zu erinnern: Schon Zeitgenossen wussten, dass der Widerstand, der 1945 den Truppen der Alliierten im Westen geleistet wurde, weniger stark war als der im Osten aufgebotene, Vorgesetzte und Untergebene mithin da und dort anders funktionierten, wiewohl sie unter wesensgleichen inneren Bedingungen handelten. Sind die Beweggründe, sich der Gefangenschaft zu entziehen, hier noch leicht unterscheidbar, so stößt die Geschichtswissenschaft in vielen Fällen auf besondere Hindernisse, wenn sie die Antriebe ermitteln will, die das Verhalten der Handelnden, seien es Einzelne oder Gruppen, bestimmten. Da fehlen oder versiegen die Quellen vielfach.

Das schwierige Thema wird von Kunz wieder erörtert. Seiner Zurückweisung jeder Überschätzung der Rolle der Ideologie als allein handlungsleitend ist zuzustimmen, nicht hingegen seiner Marginalisierung von Repression und Terror. Wie in verwandten Veröffentlichungen greift der Verweis auf die absoluten Zahlen derer, die „in Konflikt“ mit Normen und Befehlen gerieten, zu kurz. Die Schärfe der an Soldaten gerichteten Drohungen, die der Verfasser zitiert, in Verbindung mit Strafen bis hin zu Todesurteilen und deren Vollstreckung schufen eine Situation, die in den Geschichten von Kriegen mehrfach beschrieben wurde: Befehlsverweigerung brachte in bestimmten Situationen mit Gewissheit den Tod, Befehlsbefolgung ließ eine Chance des Überlebens. Zudem besagt die bloße Zahl an Bestrafungen wenig, wenn nicht von den Situationen gehandelt wird, in welchen sie ausgesprochen und vollstreckt wurden. Wenn, wie geschehen, der Bürgermeister Breslaus im Januar 1945 noch vor Beginn des Kampfes um die „Festung“ auf der Treppe des Rathauses nach kurzem Prozess erschossen wird, kann sicher geschlossen werden, dass sich aufgrund dieser Nachricht die Volkssturmeinheiten rascher und komplikationsloser formierten.

Die Krux des Bandes besteht im Versuch, den Befehlshabern von Heeresgruppen, Armeen und anderer großer Verbände, deren Entscheidungen die Fortdauer der Kämpfe bewirkten und das massenhafte Sterben deutscher und alliierter Soldaten zur Folge hatten, zu bescheinigen, sie hätten keine Chance besessen, wenigstens im Rahmen ihrer Befehlsgewalt anders zu handeln, als sie es taten, geschweige denn im OKW auf die generelle Beendigung des Krieges hinzuwirken. Es hätten sich, so Kunz’ Argumentation, nach 1933 schrittweise Strukturen entwickelt, durch deren Installation selbst höchstgestellten Militärs alle Möglichkeiten des politischen Einflusses entglitten wären. Diese Strukturen, selbst Menschenwerk, nicht Personen, werden derart zu „Schuldigen“ erklärt.

Jedoch haben sich in ihnen Generale höchst unterschiedlich bewegt. Warum blieben Rommel und Kluge, die Hitler nach dem Zusammenbruch des Versuchs, in der Normandie zu siegen, mit ihrem Vorstoß, dem Diktator zu erklären, dass das Militär am absoluten Ende seines Lateins und nun die Politik an der Reihe sei, Ausnahmeerscheinungen? Darauf lässt sich der Autor so wenig ein wie auf

eine konfrontierende Analyse der unidentischen Verhaltensweisen von Generalen und Offizieren in der Stunde der Agonie des Regimes.

General Otto Lasch, Festungskommandant in Königsberg, der spät kapitulierte und sich in Gefangenschaft begab, taucht im Text nicht auf, und der Autor beschränkt sich auf die Erwähnung seiner Erinnerungen im Literaturverzeichnis. Auch die Entscheidung des Feldmarschalls Model, der seinen Untergebenen die Verantwortung für die im Ruhrkessel eingeschlossenen Formationen überließ und sich mittels einer Kugel von der Truppe definitiv entfernte, wird kritischer Betrachtung nicht unterzogen.

Gleiches gilt für das Verhalten des gnadenlosen Generals Theodor Busse, des Architekten des riesigen deutschen Soldatenfriedhofs im brandenburgischen Halbe. Der Name des Obersten Rudolf Petershagen, der Greifswald gemeinsam mit Zivilpersonen der Roten Armee übergab und sorgte, dass die Universitätsstadt eine der wenigen deutschen Städte blieb, die bei Kriegsende nur geringe Zerstörungen aufwies, wird nicht erwähnt und auch nicht sein Memoirenband, ein Bestseller auf dem DDR-Büchermarkt. Hätte sich diese Entscheidung nicht mit jener vergleichen lassen, die von den Festungskommandanten in Breslau gefällt wurde und aus einer nahezu unversehrten Stadt eine der größten Trümmerwüsten Europas machte?

In dem Prozess, in dem sich unter den Schlägen der Alliierten das Regime auflöste, entstanden Handlungsmöglichkeiten. Die Antwort auf die Frage, warum die befreienden ungenutzt blieben – und die waren auf der Ebene der Befehlenden erheblicher als auf derjenigen der Befohlenen – verlangt, ideologische, geistige und mentale Befindlichkeiten mit Konsequenz in Betracht zu ziehen. Sie vor allem waren dafür verantwortlich, dass die Wehrmacht kämpfte, nicht in allen ihren Teilen gleichermaßen, aber doch bis nahezu alles in Scherben gefallen war.

Andreas Kunz: Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945. R. Oldenbourg, München 2005, 390 S., 34,80 Euro.

konkret, 9/2005, S. 61.

Auf Wiedersehen im Himmel

Die am meisten wussten, schwiegen am längsten: die Zugehörigen des Personals der St. Josephspflege in Mulfingen, katholische Schwestern, der Pfarrer, die Lehrerin und wer sonst zu der Kleingruppe gehörte, die im Mai 1944 Zeugen oder Mitwisser des Abtransports der 39 Kinder gewesen waren. Auf Verlangen hatten sie ihre Schützlinge der Gestapo ausgeliefert. Den Kindern haftete ein Fehler an. Ihre Eltern, von denen man sie getrennt hatte, waren Sinti, befanden sich in Konzentrationslagern; manche waren bereits umgebracht worden.

Bevor die Kinder – ältere von ihnen, die Unheil ahnten, zwangsweise – in den Bus gesetzt wurden, war allen unabhängig von ihrem Alter die Heilige Kommunion verabfolgt worden. Gesorgt wurde, dass sie ordentlich gekleidet und gekämmt auf die Fahrt gingen; die Schwestern täuschten ihnen vor, es handle sich um einen Ausflug. Die geringen Mark- und Pfennigbeträge, ihre Ersparnisse, ihnen vorher gegen Quittungen noch ausgehändigt, würden sie brauchen, damit sie sich unterwegs Erfrischungen kaufen könnten. Ordnung musste herrschen – in den Akten der St. Josephspflege. Das Ziel des „Ausflugs“ war Auschwitz. Vier der Kinder überlebten. Sie waren als arbeitsfähig eingestuft worden.

Vor 18 Jahren hat Johannes Meister an entlegenem Ort, in der heute nicht mehr existierenden Zeitschrift 1999, die Geschichte der Sintikinder aus Mulfingen erzählt. Dann fand Michael Krausnick Angela Reinhardt, die Tochter eines Sintis und einer „arischen“ Mutter, die in jener Kindergruppe gelebt hatte, dem Transport in das Vernichtungslager aber durch einen Zufall entging. Der in Heidelberg lebende Autor traf die damals 66jährige in Süddeutschland, wo sie am „Rande des Existenzminimums“ lebte. 2001 publizierte er ihre Geschichte. Der Band ist jetzt als Taschenbuch erschienen. Mag auch von manchem Detail schwer zu glauben sein, dass es bereits zum Wissen der Kinder gehört haben kann, an der Authentizität dieses Berichts ist nicht zu zweifeln. Er gehört in die Hand von Lehrern und in jede Schulbibliothek. Sein Titel ist einer Postkarte entnommen, die ein anderes Opfer, ein vierzehnjähriger Junge, zuvor in einem Kinderheim in Pirmasens aufgewachsen, noch auf dem Transport nach Auschwitz schrieb. Ihr Text schließt mit den Worten: „Grüße an alle Kameraden. Auf Wiedersehen im Himmel.“

Michael Krausnick: „Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt“, Arena Taschenbuch Verlag, 175 S., 6,50 Euro.

Ossietzky, H. 18/2005, 3. September 2005.

Nürnberg 1935

Vor siebzig Jahren wurden auf einer Sondersitzung des Reichstags die antijüdischen „Rassengesetze“ beschlossen

Mit der Stadt Nürnberg verband sich in Deutschland lange vor allem das Bild und der Geschmack einer besonderen Sorte von Lebkuchen und auch die von einem berühmen Herstellungsort und Markt für Spielzeuge. Historisch Interessierte wussten manches von der Geschichte der Kaiserburg, die eindrucksvoll über den Häusern thront, und vom Wirken Dürers, Peter Vischers, Veit Stoß’, Anselm Feuerbachs und Ludwig Feuerbachs und weiterer Berühmtheiten, die hier gewirkt hatten und begraben wurden. Nach 1933 verlor der Stadtname weithin seinen Wohlklang. In ihr residierte als Gauleiter Julius Streicher, der sich „Frankenführer“ nannte und mehr noch als Herausgeber der antijüdischen Zeitschrift *Der Stürmer* bekannt wurde. In den Mauern und am Rande Nürnbergs fand das sich alljährlich ausweitende Spektakel der Reichsparteitage der NSDAP statt, mit den Aufmärschen und Demonstrationen militärischer und paramilitärischer Formationen und den martialischen Ansprachen der obersten Naziführer.

Weit über die Reichsgrenzen hinaus wurde Nürnbergs Name bekannt, als am 15. September 1935, am Ende eines solchen Parteitages, der Reichstag, inzwischen eine Ansammlung von Männern, die zur politischen Elite des Regimes gehörten, auf einer Sondersitzung jene Gesetze beschloß, die als die Nürnberger Gesetze in die deutsche Geschichte eingingen. Hitler begründete sie vor der „Abstimmung“ selbst. Davon trennen uns nun sieben Jahrzehnte. Von den von diesen Beschlüssen betroffenen Menschen leben in Deutschland und weit verstreut über den Erdball nur noch sehr wenige hochbetagte Frauen und Männer. Die Untat hat an Denkwürdigkeit dennoch nichts verloren. Rassismus und Antisemitismus sind hierzulande wie auch in vielen anderen Staaten nicht beseitigt worden und, was die Bundesrepublik angeht, so darf eine ausgesprochene Kampforganisation der Rassisten, 70 Jahre, nachdem sie von der Bildfläche Europas gefegt wurde, nach höchstrichterlichem Urteil mit der Formel „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ öffentlich gefeiert werden.

Weg zum Massenmord

Der Kern der Nürnberger Gesetze, demagogisch genannt „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und „Reichsbürgergesetz“ dazu das Flaggengesetz, bestand darin, den im Reich lebenden Juden – Zehntausende waren seit 1933 angesichts der zunehmenden Verfolgungen bereits in das Ausland geflohen – die Lebensbedingungen in ihrem Heimatland, das zumeist auch ihr Geburtsland war, weiter so zu verschlechtern, dass sich der Strom der Exilanten verstärkte. Deutschland sollte „judenfrei“ werden. Diese Politik stieß eine Minderheit von Deutschen, deren Vorfahren im 19. Jahrhundert eine lange und schmerzhafte Strecke der Assimilation und zur Gleichberechtigung zurückgelegt hatten, weiter hinab auf einen Leidensweg, dessen damals noch nicht erkennbare, ja nicht einmal zu erahnende Endstation „Auschwitz“ hieß.

Waren die jüdischen Deutschen die hauptsächliche Zielgruppe der Untat, so betraf sie doch – ohne dass diese das zumeist wahrnahmen – auch die nichtjüdische Mehrheit. Mit dem in Gesetze gegossenen Rassismus – mit seinen Strafandrohungen, womit bestimmt war, wen ein „arischer“ Reichsbürger zu heiraten, ja mit wem er ins Bett zu gehen hatte und mit wem ihm das untersagt wurde, war zugleich beabsichtigt, gehorsame, bis ins Privatleben hinein disziplinierte Untertanen zu erziehen, die sich zudem als „Herrenmenschen“ fühlen sollten. Diesen „Ariern“, ohne dass ihnen das jetzt schon eröffnet worden wäre, hatten die Regierenden bestimmt, in absehbarer Zeit auszuziehen, um weiteste imperialistische Eroberungsziele zu erreichen. Die praktische Einübung des Rassismus im Innern bezweckte in dieser Perspektive eine ideologische und mentale Vorbereitung von Millionen auf ihre künftigen Aufgaben, namentlich auf ihre „Haltung“ als Besatzungssoldaten und -funktionäre.

„Herz verschließen“

Die Nürnberger Gesetze waren mithin so etwas wie eine Vorschule auf kommende Rollen. „Herz verschließen“, das war ein Stichwort, das Hitler selbst 1939 den höchstgestellten deutschen Generalen kurz vor dem Einfall in Polen auf ihren Eroberungsweg mitgab. Die Propagierung und Einübung

antihumaner Gesinnung und Verhaltensweise richtete sich indessen nicht nur auf die Bewaffneten. Den Deutschen in Ostpreußen wurde, als in ihre Dörfer die ersten Polen als Zwangsarbeiter gebracht wurden, auf Flugblättern gesagt, sie wüssten ja, wie sie sich gegenüber Juden einzustellen und mit ihnen umzugehen hätten. Diese „Grundsätze“ würden nun auch für die bei ihnen schuftenden Polen gelten. So habe man keine Mahlzeiten gemeinsam mit ihnen einzunehmen. In den folgenden Kriegsjahren sollte nach dem Willen der Machthaber im gesamten Reichsgebiet mit jenen Millionen Menschen genauso umgegangen werden, die aus nahezu allen eroberten Ländern, vor allem aber aus Osteuropa herbeigeschleppt wurden. Wer die Gebote verletzte, sah sich bestraft, öffentlich gedemütigt oder geschoren.

Die Schandtat von Nürnberg lässt in erster Linie an die Opfer denken. Sie ist aber nicht vollständig bedacht, wenn nicht die Rückwirkungen auf die Mehrheit der „Volksgenossen“ in Erinnerung gebracht werden. Die bezeugen: Eine Gesellschaft, die in ihrer Mitte Rassismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit in welcher Form auch immer duldet, wird davon bis in ihre Glieder beschädigt. Das heißt auch: Solidarität mit Menschen, die als „Andere“ und „Fremde“ benachteiligt, schikaniert und verfolgt, denen Schutz verweigert und „Abschiebung“ angetan wird, reicht weiter als vielfach angenommen. Solidarität ist nicht zuletzt ein Selbstschutz, und zwar seine menschengemäße Form. Sie ist Frontstellung gegen jene, die unter Selbstschutz nichts als Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes, Wahrung des privaten Ungestörtseins oder Fortdauer des persönlichen Wohllebens zu verstehen vermögen und – ohne dass sie von ihr je gehört haben – des „Führers“ Parole folgen: „Herz verschließen“.

Eingehender hat sich unser Autor zu Vorgeschichte und Folgen der Nürnberger Gesetze geäußert in seinem Buch: „Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung“, Berlin 1975, darin Kapitel VIII: Nürnberg: Auftakt für die zweite Etappe faschistischer Judenverfolgung

Quellentext: Raub jüdischen Vermögens durch das deutsche Großkapital

Aus einem Artikel der *Kölnischen Zeitung* vom 13. Oktober 1935, der von den wirtschaftlichen Folgen der verstärkten Judenverfolgung und deren Vorteilen und Gefahren für die Geschäfte der „Arier“ handelt und erkennen lässt, womit, während die Volksgenossen sich um ihren Ariernachweis und ihre künftige Rassereinheit kümmern sollten, Großbankiers und -industrielle derweil vorsorglich befasst waren.

Es mehren sich aber die Fälle, in denen größere die Kontrolle über das betreffende Unternehmen sichernde Aktienpakete angeboten werden, mit denen sich Juden von langjährigem Besitz und ihrer bisherigen Tätigkeit als Leiter von großen Unternehmungen trennen. Die letzte Woche verzeichnete drei bemerkenswerte Vorgänge solcher Art. Zunächst wurde bekannt, dass die überwiegende Mehrheit der Heliowatt Werke, Elektrizitäts-AG Berlin aus dem Besitz der Gründerfamilie in den Besitz der DD-Bank übergegangen sei, die ihn an die Siemensgruppe weiterleitete unter Aufteilung an die Siemens-Schuckert-Werke und die eng mit dem Konzern verbundene El. Licht- und Kraftanlagen AG. Das Gesamtkapital der Heliowatt beträgt 8 Mill. RM. [...] Zu fast derselben Zeit ist das gesamte Aktienkapital der Dr. Cassirer & Co. AG Berlin, seit längerer Zeit im Besitz der Familie Cassirer, die auch die Leitung des Werkes innehatte, auf die El. Licht- und Kraftanlagen AG übergegangen. Der Kaufpreis des 5-Mill.-Paketes dürfte sich um rund 140% bewegen. [...] Beide Mehrerwerbungen passen gut in den Rahmen des Siemenskonzerns [...] Bei dem dritten Fall von Besitzwechsel handelt es sich um die Orenstein und Koppel-AG, von deren Aktienkapital sich früher ein großer Teil im Besitz der Familie befand. Das Vorstandsmitglied Orenstein ist ausgeschieden und will sich von seinem Aktienbesitz trennen [...] In diesen Tagen ist auch der jüdische Einfluss bei der Gebrüder Ritter AG ausgeschaltet worden.

Auch von anderen Geschäften und Verhandlungen zu diesem Zweck ist die Rede. [...] Es erscheint aber wenig zweckmäßig, mit Überstürzung zu handeln, die Verlustgefahr nicht nur für die Verkäufer selbst, sondern auch für ihre Kreditgeber in sich birgt. Bei den Banken gibt es noch jüdische Debitoren mit hohen Schuldsummen, deren schnelle Ausmerzung sehr erhebliche Abschreibungen erfordern würde. Eine Auffanggesellschaft für jüdische Geschäfte, wie sie kürzlich in der „Deutschen Volkswirtschaft“ vorgeschlagen wurde, könne gute Dienste leisten, aber auch nur, wenn man nichts überstürzt.

junge Welt, Sonnabend, 10.09.2005, S. 19.

Entsagung, Mut, Treue

Frauen in der Résistance

Im Kleingedruckten einer Anmerkung hat die Herausgeberin die Information untergebracht, dass die Erklärung der ersten Informationskonferenz des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ für den Westen, im November 1944 in Paris verfasst und publiziert, einzig von Männern sprach, die am Widerstand gegen das Okkupationsregime teilgenommen und zur Befreiung Frankreichs beigetragen hatten. Dieses Bild ist inzwischen gründlich korrigiert worden. Teils durch die – wenigen – Erinnerungsbücher, die Teilnehmerinnen des Kampfes schrieben. 1973 erschien von Lore Wolf: „Ein Leben ist viel zu wenig“, wofür Anna Seghers ein Vorwort schrieb. 1984 folgte Lisa Gavric: „Die Straße der Wirklichkeit“, 1986 lag Lilli Segals „Vom Widerspruch zum Widerstand“ vor. Teils durch die von anderen Frauen verfassten, zumeist knappen Aufzeichnungen, die im SED-Archiv hinterlegt wurden und heute der Forschung zur Verfügung stehen. Dadurch und durch die Arbeit von Historikern wie Luitwin Bies, Andreas Herbst, Karlheinz Pech u. a. wissen wir, was Frauen, ab 1933 aus dem Reich geflohen, zum Sieg über das Naziregime beitrugen.

Sie waren an der Herstellung, dem Transport und der Verteilung von Flugblättern beteiligt, die sich an Wehrmachtsangehörige wandten, sie zum Nachdenken anregen, womöglich zur Desertion bewegen sollten. Sie überbrachten Waffen und Munition. Sie arbeiteten als technische Kräfte und Dolmetscherinnen bei Besatzungsstellen, beschafften von da Informationen, warnten vor Razzien und desorganisierten die Erfassung von Personen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert werden sollten. Manche Frauen versuchten, durch persönliche Kontakte mit Soldaten diese gegen ihre schandbare Rolle einzunehmen, eine Tätigkeit, die eine der Beteiligten knapp als „Scheißarbeit“ bezeichnete. Für jene, die Mütter waren, verband sich die lebensgefährliche Teilnahme am Widerstand mit der Trennung von ihren Kindern, die bei Freunden oder in Heimen untergebracht wurden. Andere Kinder, schon herangewachsene, nahmen selbst an illegalen Aktionen teil.

Was die nur wenige Monate nach der Besetzung des Landes einsetzende „Travail Allemand“ darüber hinaus an Entsagung, Mut und Überzeugungstreue verlangte, bezeugen die Biografien, die Ulla Plener vorgelegt hat, darunter die von ihr geschriebene über ihre Mutter Marie-Luise. Vom Volksgerichtshof und in einem Falle von einem Feldgericht zum Tode verurteilt, starben die Sozialdemokratin Johanne Kirchner, die zur Sozialistischen Arbeiterpartei gehörende Ruth Österreich und die Kommunistin Irene Woikowski in Plötzensee unter dem Fallbeil. Lisa Ost und Hedwig Rahmel-Robens wurden von der Gestapo in Ales/Lozre ermordet. Lenchen Weber ist in Ravensbrück drei Tage vor der Befreiung des Lagers von der SS erschossen worden.

Ulla Plener erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit. Die Chance aber, das Vorgelegte zu ergänzen, verringert sich fortlaufend. Umso schwerer wiegt diese Bilanz, deren Erscheinen durch Spenden von Vereinen, Fraktionen, Einzelpersonen ermöglicht wurde. Der Einband gibt eine Zeichnung Max Lingners wieder. Nicht zuletzt die Sorge um ihre Kinder war eines der leitenden Motive der Frauen, von denen dieses Buch erzählt.

Ulla Plener (Hrsg.): Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance. Edition Bodoni, Berlin 2005. 222 S., br., 19,80 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 10./11. September 2005, S. 21.

Kein Weißwäscherkongress

Notizen vom 75. Archivtag in Stuttgart

Erst in der letzten Sitzung wurde die Debatte auf den wunden Punkt gebracht – nämlich in einer Kontroverse zweier Gäste. Das Generalthema des 75. Archivtages der Bundesrepublik Deutschland lautete: „Archive und Archivare in der Zeit des Nationalsozialismus „. Der Ansicht eines Gastredners, und zwar des Medienwissenschaftlers Wolfgang Ernst von der Berliner Humboldt-Universität, der in den Jahren der Nazidiktatur einen modernisierenden Aufstieg der technisch-handwerklichen Entwicklung der Archivarbeit zu erkennen glaubte, trat Lorenz Mikoletzky, Chef des Österreichischen Staatsarchivs und derzeit auch Präsident des Internationalen Archivrates, entschieden entgegen. Er bestand darauf, dass fachliche Tätigkeit und deren Zwecke und Ziele eine dialektische Betrachtung erfordern und konsequenten Standpunkt einfordern. Der Wiener Wissenschaftler verwies während der Diskussion im Hegelsaal der Stuttgarter Liederhalle darauf, dass Archivare in der NS-Zeit mehr oder minder bereitwillig Auskunft über „arische“ oder „nichtarische“ Herkunft von Personen gaben. Damit wären sie Mittäter gewesen, hätten indirekt geholfen, Juden ihren Mördern auszuliefern. Ihre Schuld mehre auch, dass sich diese Fachleute eines Teils der Habe der Deportierten bemächtigten: der hinterlassenen privaten Familien- oder Geschäftsarchive. Auch im Handwerklichen, so wurde ergänzt, hätten sich Archivare nicht an ihren bis dahin geltenden Kodex gehalten. Die Archivstäbe, die der Wehrmacht in die eroberten Länder von den Niederlanden und Frankreich bis in die Ukraine folgten und im rückwärtigen Heeresgebiet operierten, scherten sich keineswegs um das sonst stets heilig gehaltene Provenienzprinzip. Unter dem Druck der Besatzungsmacht wurden Archive überfallener Staaten geplündert. Solche Feststellungen beendeten den mehrtägigen Archivtag, auf dem es jedoch auch Versuche gegeben hat, die Geschichte des Faches und der Zunft zu schönen, so im Vortrag des Archivars des Erzbistums München-Freising und seines Kollegen aus dem Mannesmann-Archiv. Doch waren solche Bemühungen nicht vorherrschend.

Aufgeräumt wurde vor allem mit der Legende, es hätte besonderen Anpassungsdrucks oder gar harter Drohungen der Machthaber bedurft, um die Mehrheit der Archivare zu eifrigen Dienern der 1933 an die Macht gelangten Faschisten umzumodeln. Nicht wenige deutsche Archivare beklagten die Niederlage im Ersten Weltkrieg, verdammten den Versailler Vertrag und lehnten die Weimarer Republik ab. Da fand sich viel Übereinstimmung mit den Nazis und deren Staat. Trotz partieller Einwände gegen NS-Ideologie und „braunen Plebs“ gab es unter deutschen Archivaren – wenn auch nicht durchweg – eine antisemitische und antislawische Gesinnung, die verband. So das Fazit der Tagung.

Die Zeiten, da Weißwäscher tonangebend waren, sind auch im Archivwesen vorbei. An diese erinnerte u. a. die Historikerin Astrid M. Eckert (Deutsches Historisches Institut in Washington), die sich mit dem Personal des 1952 gegründeten Bundesarchivs in Koblenz befasste. Sie illustrierte westdeutsche Restauration. Komplementär hierzu sprach Simone Walther (Bundesarchiv, Berlin) über die Anfänge des vier Jahre zuvor gegründeten (späteren) Zentralarchivs der DDR. Sie würdigte insbesondere die Verdienste eines seiner ersten Direktoren Otto Korfes, einstiger Wehrmachtsgeneral und später prominentes Mitglied des antifaschistischen Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Schwer tat sich der Archivtagmit einer Antwort auf die wiederholt gestellte Frage, warum die Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit so lange ausgeblieben war. Mit der Bemerkung „Besser spät als nie“ wurde ihr eher ausgewichen.

Letztlich jedoch werteten die Teilnehmer die Ergebnisse des 75. Archivtags positiv. Bleibt anzumerken, dass in Stuttgart der Blick vor allem auf die großen Archive gerichtet war. Zur Aufhellung der Geschichte der vielen kleineren Archive in Städten, Kreisen und Gemeinden ist noch viel zu tun.

Neues Deutschland, Mittwoch, 5. Oktober 2005, S. 9.

Der lange Weg nach Nürnberg

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Am 18. Oktober 1945 tagte der Internationale Militärgerichtshof in Berlin (1)

Am 20. November 1945 wurden in Nürnberg die Verhandlungen gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher eröffnet. Der Prozess schloss am 1. Oktober 1946 mit der Urteilsverkündung. junge Welt wird in einer losen Folge von Artikeln, die wir hiermit eröffnen, den herausragende Ereignisse und Tage im Verlauf dieses in der internationalen Rechtsgeschichte einzigartigen Prozesses verfolgen. Die Red.

Am 18. Oktober 1945 traf sich in Berlin ein Kollegium von Juristen, von ihren jeweiligen Regierungen ernannte Mitglieder des Militärgerichtshofes, der auf Beschluss der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gebildet worden war. Von dem internationalen Tribunal sollten führende Personen des faschistischen Deutschen Reiches, Zivilisten und Militärs, angeklagt und, wenn schuldig befunden, abgeurteilt werden. Eine vergleichbare Institution hatte es bisher nie gegeben. Die das Verfahren eröffnende Sitzung in Berlin besaß symbolischen Charakter, fand sie doch im einstigen Zentrum jener Macht statt, von der so viel Unheil über viele europäischeVölker gebracht worden war. Zwischen dem ehemaligen Regierungsviertel und dem Ort der Handlung lag nur eine Strecke, die sich zu Fuß zurücklegen ließ. Sie führte durch eine entsetzlich ruinierte Stadtlandschaft.

Der Gerichtshof traf sich im vom Kleistpark umgebenen Gebäude des Berliner Kammergerichtsim Berliner Bezirk Schöneberg, einem repräsentativen und weitläufigen, in den Jahren vor demersten Weltkrieg in neobarockem Stil errichteten Bau, in dessen Äußerem die Macht der Justizsichtbar gemacht werden sollte.

Die hatte sich in seinem Inneren noch kurz zuvor in brutaler Weise dokumentiert. 1944, als Berlin schon weithin in Trümmern lag, das Gerichtsgebäude von Zerstörungen aber insgesamt verschont geblieben war, hatten hier Prozesse gegen Beteiligte an der Verschwörung des 20. Juli stattgefunden, von denen so viele Angeklagte am Galgen endeten. Nun sollte über Männer um Hitler gerichtet werden, die vor wenig mehr als einem Jahr ihrem Führer, als dieser der Bombe Stauffenbergs knapp entging, Treue geschworen und sich mit ihm zur Fortsetzung eines bereits verlorenen Krieges erneut verbündet hatten. Das Geschehen am Berliner Ort verdeutlichte die Wendung plastisch, welche die Geschichte genommen hatte. Das einstige Kammergericht beherbergte jetzt den Alliierten Kontrollrat, der im besetzten Land die zentrale Regierungsgewalt ausübte.

Indessen war schon bestimmt worden, dass der eigentliche Ort der Tätigkeit des Gerichts Nürnberg sein würde, das zur US-amerikanischen Besatzungszone gehörte. Obwohl auch diese Stadtdurch den Luftkrieg weithin verwüstet worden war, hatte sich dort das ausgedehnte Justizgebäude erhalten, welches sich für das Vorhaben auch eignete, weil in seiner direkten Nachbarschaft sich ein Zellentrakt befand, in dem die Angeklagten untergebracht werden konnten. Dortwar zudem Platz für jene Zeugen, die sich wegen anderer zu erwartender Anklagen ebenfalls in Haft befanden oder als Kriegsgefangene galten. Die Zeremonie in Berlin, die das sowjetischeMitglied des Richterkollegiums Iona Timofejewitsch Nikitschenko leitete, bestand im Kern inder Übergabe der Anklageschrift an die Richter. Sie betraf insgesamt 24 Personen, denen sie wenig später ausgehändigt wurde (mit Ausnahme des Angeklagten Martin Bormann, dessen Aufenthalt als ungewiss galt und gegen den in Abwesenheit verhandelt werden sollte) und die auf der zweireihigen Angeklagten-Bank würden Platz nehmen müssen.

An ihrer Spitze wurde der einstige Reichsmarschall Hermann Göring und der Stellvertreter desFührers Rudolf Heß platziert, von denen der eine in den Alpen aufgegriffen, der andere aus Großbritannien an den Verhandlungsort gebracht worden war. Diesen beiden und in dieser Reihenfolge waren von Hitler in einer theatralischen Passage seiner Kriegseröffnungsrede am 1. September 1939 für den Fall, dass ihm etwas „zustoßen“ sollte, zu seinen Nachfolgern erklärt worden. Nun hatte sich der Diktator aus dem Leben und der Verantwortung gestohlen und diesebeiden aus der Schar seiner Paladine noch Herausragenden hatten ihn tatsächlich zu vertreten.

Der Weg nach Nürnberg, die Stadt, deren Name durch die in seinen Mauern und vor seinen Toren alljährlich (bis 1938) stattfindenden Reichsparteitage der NSDAP und die Nürnberger Gesetze (1935)

einen schrill-abstoßenden Klang erhalten hatte, war im doppelten Sinne lang. Das gilt für den Weg, den die Streitkräfte der Anti-Hitlerkoalition von Stalingrad und dem Kaukasus, vom nordafrikanischen El Alamein und aus der Normandie bis ins Zentrum des Deutschen Reiches zurückzulegen hatten, um die Hauptmacht des faschistischen Staatenbündnissesmilitärisch zu schlagen. Und es trifft auch für den Weg der Gedanken, des Abwägens und der Entschlüsse zu – samt der aus ihnen folgenden Vorarbeiten –, die zu dem Gerichtsverfahren hinführten und dessen Beginn nach einer sensationell kurz zu nennenden Zeitspanne schon einhalbes Jahr nach dem Ende der Kriegshandlungen in Europa ermöglichten.

Ungeahndete Verbrechen

Wie sich der Kriegsverlauf 1942/1943 zu wenden begann und der Sieg über Nazideutschland in wenn auch noch ferne Sicht kam, stellte sich die Frage, was mit den Führern dieses Verbrechen beladenen Regimes geschehen solle. So war schon einmal bei Ende des Ersten Weltkriegs gefragt worden. Gegen den bei Kriegsende in die Niederlande geflogenen deutschen Kaiser hatte der Versailler Vertrag einen Prozess angekündigt. Artikel 227 besagte: „Die alliierten und assoziierte Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaliger Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage ...“ Das war eine etwas wolkige Formulierung, die aber anzeigte, dass das deutsche Staatsoberhaupt wegen seiner (gewiss nicht alleinigen) Verantwortung für die Anzettelung eines Aggressionskrieges auf eine Anklagebank gebracht werden sollte. Freilich: dieses „Sittengesetz“ hatte noch nirgendwo eine international bindende juristische Fixierung gefunden. So galt noch immer das jus ad bellum, das Recht, Krieg zu führen, von dem die Herrschenden seit Jahrhunderten reichlich und ungestört, da die Völker nicht in Gegenaktion traten, Gebrauch gemacht hatten. Indessen bezeugte diese Festlegung, die wie andere Bestimmungen des Vertrages den deutschen Unterzeichnern abgezwungen wurde, immerhin zumindest das Vorhandensein einer Stimmung, die besagte, dass aggressiver Friedensbruch künftig nicht ungestraft hingenommen werden sollte. Der Artikel machte mehr auf eine bis dahin von den Mächtigen in den Staaten im internationalen Recht absichtsvoll gelassene Lücke aufmerksam. Bis dahin war nämlich in Verträgen wie der 1907 vertraglich geschlossenen Haager Landkriegsordnung und Abmachungen über den Seekrieg lediglich das Verhalten in Kriegen geregelt und Soldaten wie Zivilisten einen sehr begrenzten Schutz gegen Willkür versprochen worden.

Auf diese Regelungen bezogen sich die folgenden Versailler Vertragsartikel 228 bis 230, die bestimmten, dass Personen, die „wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges“ anzuklagen sind, den alliierten und assoziierten Mächten auf deren Verlangen auszuliefern seien. Das traf vor allem auf Angehörige des Kaiserheeres und der Flotte zu, die in Belgien und Frankreich im Jahre 1914 bzw. während des See- und namentlich während des uneingeschränkten U-Boot-Krieges Befehle gegeben oder ausgeführt oder auch ohne Befehl Handlungen begangen hatten, die nach internationalem Kriegsrecht zu ahnden waren.

Auf der Liste mit den verlangten Personen, die der deutschen Regierung überreicht wurde, standen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, Kronprinz Wilhelm und weitere hochgestellte Generale und Offiziere obenan, befanden sich aber auch untere Chargen bis zum einfachen Soldaten. Was folgte, wurde in der Literatur vielfach beschrieben.[1] Deutschland und die Niederlande verweigerten die Auslieferung der Begehrten. Die Sieger reduzierten daraufhin dieZahl der Beschuldigten mehrfach und erklärten sich schließlich – dieweil Wilhelm II. in seinemExilland unbehelligt blieb – mit Verhandlungen vor deutschen Gerichten einverstanden. Das ergab seit 1921 Farcen vor dem Leipziger Reichsgericht[2], begleitet von (nicht nur) nationalchauvinistischen Protesten Kundgebungen, während

---

[1] U. a. bei Friedrich Karl Kaul, Die Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher nach dem ersten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin/DDR), XIV Jg., 1960 H. 1, S. 19 ff. Am umfassendsten:
Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003. Neuerdings auch: John Horne und Alan Kramer, Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004. (Der Titel der dt. Übersetzung ist abgeschwächt. Er lautet in der englischen Originalausgabe von 2001: German Atrocities, 1914. A History of Denial.) Hier insb. S. 479-519.

denen Freigesprochen stürmisch gefeiert wurden. In Frankreich und Belgien erhoben sich hingen Proteste. Schließlich fanden in beidenStaaten ohne die Anwesenheit der Tatverdächtigen Prozesse statt, deren Strafauswürfe nur bewirkten, dass die Verurteilten diese Länder fortan besser mieden.

Dass die Militärpersonen des Kaiserheeres damals so glimpflich davonkamen, zeugte zum einendavon, dass die Novemberrevolution mit ihren Folgen an der deutschen Justiz gleichsam glatt vorbei gegangen war. Und ebenso wurde daran klar, dass die Siegermächte ihre Prioritäten, wasdie Durchführung des Versailler Vertrages anlangte, inzwischen anders geordnet hatten. Während sie auf die Einhaltung der Bestimmungen über Reparationszahlungen bestanden und auf deren Verletzungen mit militärischen Sanktionen antworteten (1923: Besetzung des Ruhrgebiets) ließen sie im Hinblick auf die Prozessverfahren Verweigerung und Sabotage hingehen. Schon dominierte das Grundinteresse, das Reich in die sich formierende neue Front antisowjetischer Politik einzubinden. Das sollte sich, wenn auch nicht auf die gleiche Weise und in gleichem Ausmaß, nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholen.

Die einmal durch die Geschichte des grauenvollen Krieges mit seinen Millionen Toten, Krüppeln, Witwen und Waisen aufgeworfene Frage, gestellt auch von Politikern und Juristen und vor allem in den nach Wegen zum Völkerfrieden suchenden Antikriegsströmungen und -bewegungen, verstummte aber nicht. Sie beschäftigte ebenso den neugegründeten Völkerbund, dessen Mitglieder in ihrer V. Vollversammlung 1924 in der Genfer Deklaration Angriffskriege als internationale Verbrechen kennzeichneten. Darauf folgte am 27. August 1928 unter der Teilnahme des Deutschen Reiches der Abschluss des bekannteren nach dem US-amerikanischen und dem französischen Außenminister genannten Briand-Kellogg-Paktes, eines internationalen Abkommens, das den Krieg ächtete. Feierlich erklärten die Vertragschließenden in Art. 1, „dass sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.“ Ende 1929 waren diesem Vertrag 54 Staaten beigetreten, deren Zahl sich bis 1939 auf 63 erhöht hatte.

Diese Verurteilung war jedoch mit Strafandrohungen nicht versehen. Insgesamt scheiterten in den zwanziger Jahren vor allem Initiativen, die sich auf eine weitere Begrenzung der Rechte der Kriegführenden richteten, die nach den Erfahrungen des erstmaligen Einsatzes von Unterseebooten und Flugapparaten (Zeppelinen und Flugzeugen) nahe lagen. 1925 kam es in Genf lediglich zur Unterzeichnung eines Protokolls gegen die Verwendung erstickender, giftiger undähnlicher Gase sowie gegen den Einsatz bakteriologischer Mittel. Aus den Erfahrungen der Verwendung neuartiger technischer Mittel zur Massenvernichtung und deren erkennbaren Weiterentwicklungen waren Schlussfolgerungen für das Völkerrecht nicht gezogen worden. Die Militärs hatten sie zum Scheitern gebracht.

An die Wand, den Galgen oder auf die Anklagebank?

Noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges, stellte sich den Alliierten im Hinblick auf die Führungsgruppe und weitere herausragende Zivil- und Militärpersonen des faschistischen deutschen Reiches zunächst die Frage: Gerichtsverfahren oder kurzer Prozess.[3] Bevor sie noch definitiv entschieden war, trafen mehrere Staaten bereits Vorkehrungen, die auf die Entscheidung zugunsten von Prozessen vor Gerichten hindeuteten. Die UdSSR tat das schon in Deklarationen und Noten, so in einer vom 14. Oktober 1942, gerichtet an in London tätige Exilregierungen okkupierter osteuropäischer Staaten. Mit ihren 1943 durchgeführten Prozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher und deren einheimische Kollaborateure, die in befreiten Städten derSowjetunion (Krasnodar, Charkow) stattfanden, machte sie zudem praktisch klar, welchen Weg sie generell zu beschreiten wünschte. Im gleichen Jahr verabschiedeten die Außenminister derdrei Hauptmächte der Koalition in Moskau am 30. Oktober eine Erklärung

---

2 Es fanden insgesamt 17 Gerichtsverfahren statt. Zehn endeten mit Verurteilungen und sieben mit einem Freispruch. Hunderte Verfahren wurden eingestellt. Die Liste der „Deutschen Kriegsgreuel 1914: Zwischenfälle mit zehn oder mehr getöteten Zivilisten“ und eine Zusammenstellung „Alliierte Forderungen nach einer Auslieferung von Kriegsverbrechern 1920, siehe in Horn/Kramer, Deutsche Kriegsgreuel S. 636-647 bzw.656-657.

3 Dazu und zum Folgenden S. Ariel J. Kochavi, Prelude to Nuremberg: Allied War Crimes Policy and the Question of Punishment, Chapel Hill 1998.

über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Gräueltaten, die jedoch die Frage offenließ, wiemit dem höchstgestellten Personal des Naziregimes verfahren werden solle. Mit der Veröffentlichung dieses Dokuments war auch den Hitler und seinen Feldmarschällen und Generalen klar, wenn sie sich das nicht schon vorher ausgerechnet hatten, dass sie anders als ihre Vorgänger nach 1918 der Strafverfolgung nicht entgehen würden. Goebbels kleidete das in seinem Tagebuch in die Formulierung, es sei für die rücksichtslos totale Weiterführung des Krieges doch gut, wenn man wisse, dass alle Brücken hinter einem abgebrochen wären. Er wie seinesgleichenbefanden sich keineswegs in einem Zustand fehlenden Unrechtsbewusstseins. Hitler sagte den Generalen schon vor dem Einfall in Polen unumwunden, der Sieger werde nach Recht oder Unrecht nicht gefragt.

Bereits 1942 hatte eine United Nations War Crimes Commission ihre Arbeit begonnen[4], die in London etabliert wurde und in der die USA und Großbritannien sowie die Exilregierungen arbeiteten. Es begann die Sammlung von Informationen, Dokumenten und weiteren Zeugnissen, die der Vorbereitung von späteren Anklagen dienen konnten. Am Beginn der Tätigkeit dieser Kommission stand die Formulierung einer geschichtlichen Erfahrung: „Was können wir aus Versailles und Leipzig lernen? Zuallererst: Die Vereinten Nationen dürfen nicht noch einmal darauf vertrauen, dass die Deutschen ihren Kriegsverbrechern gegenüber Gerechtigkeit walten lassen. In ihren Augen sind das ‚Helden'."[5]

Auch Juristen publizierten noch während des Krieges in den Staaten der Anti-Hitlerkoalition undin neutralen Ländern ihre Auffassungen zu den Fragen, auf welchen Rechtsgrundlagen, von wem und wo sich Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher durchführen ließen.[6] Wie schon im Zusammenhang mit den Verbrechen des Ersten Weltkrieges erwogen, sollten Täter in den Ländern abgeurteilt werden, in denen sie sich schuldig gemacht hatten oder. wenn ihre Handlungen sich so nicht lokalisieren ließen, sich vor einen internationalen Gerichtshof angeklagt sehen, Gegen diese Vorgehensweise und zugunsten anderer Lösungen wurde auch daran erinnert, wie mit Napoleon I. verfahren worden sei, den man auf die Atlantik-Insel St. Helena verbannt, so bestraft und außer Wirkung gesetzt habe.[7] Noch im August 1944, als sich Roosevelt und Churchill in Quebec trafen, ließen sie verlauten, dass sie Gerichtsverfahren für Schwerstverbrecher wie Hitler, Himmler, Göring und Goebbels nicht für geeignet hielten, und erklärten, dass das weitere Vorgehen sie betreffend zwischen den Regierungen der Alliierten noch entschieden werden müsse.[8]

Doch es setzte die Auffassung durch, dass solche Verfahren auch für die zivilen und militärischen Spitzen des Reiches ohne Prozess erfolgenden Exekutionen vorzuziehen wären. Meinungsverschiedenheiten darüber wurden in der Regierung der Vereinigten Staaten noch im September 1944 ausgetragen. In deren Verlauf obsiegte der Standpunkt des für ein prozessuales Vorgehen eintretenden Kriegsministers Henry L. Stimson über den gegenteiligen und vor allemvon Finanzminister Henry Morgenthau jun. vertretenen[9], den Roosevelt zeitweilig geteilt habensoll. Danach entstand im Kriegsministerium in Washington eine Ausarbeitung „Verfahren gegen europäische Kriegsverbrecher", verfasst von Oberst Murray C. Bernays.

---

4 History of the United Nations War Crimes Commission and the Development of the Laws of War, London1948.

5 Zitiert in: Hankel, Die Leipziger Prozesse, S. 11.

6 Sheldon Glueck, War Criminals. Their Prosecution and Punishment, New York 1944. (Später ders., Ist derNürnberger Prozess illegal. In: Die Amerikanische Rundschau (2) 1946, H. 9.) In der UdSSR verfasste derVölkerrechtler A. W. Trainin, der später die UdSSR bei den Verhandlungen in London über das Statut desInternationalen Gerichtshofes vertrat, eine 1944 in englischer, 1945 auch in französischer Sprache gedruckte Stellungnahme The Criminal Responsibility of the Hitlerites, die in Moskau erschien. S. a. Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von P. A. Steiniger, Bd. 1 u. 2, Berlin 1957 (3. Auflage 1961), Einleitung S. 9. fortan: Steiniger, Nürnberger Dokumente.

7 Steiniger, Nürnberger Dokumente. Einleitung, S. 53.

8 Leon Goldensohn, Die Nürnberger Interviews. Gespräche mit Angeklagten und Zeugen. Hg. und eingeleitet von Robert Gellately. Mit einem Vorwort von Wolfgang Benz. Aus dem Amerikanischen, Düsseldorf/Zürich 2005, Einleitung S. 21 (fortan: Goldensohn, Nürnberger Interviews).

9 S. dazu: Henry L. Stimson, and Bundy McGeorge, On Active Service in Peace and War, New York 1948, S. 580, 584 ff.

Auch damit waren Debatten über das Vorgehen nach Kriegsende nicht beendet. Noch als Robert H. Jackson, der bald darauf in Nürnberg zur herausragenden Gestalt im Kollegium der Ankläger werden sollte, im April 1945 vor der US-amerikanischen Gesellschaft für Völkerrecht einen Vortrag zum Thema „Die Rolle des Rechts unter den Völkern“ hielt, so berichtete später Telford Taylor, wurden Argumente gegen einen Prozess vorgetragen, die u. a. lauteten, niemand würde Hitler freisprechen, so dass ein Verfahren überflüssig und lächerlich wäre, und zudem wäre in ihm eine faire Verteidigung kaum zu erwarten. Dessen ungeachtet spielten gerade die USA bei der Vorbereitung des Prozesses eine hochaktive Rolle. Ihr Personal, das in Nürnberg agierte, stellte mit mehr als 200 Angehörigen die zahlreichste aller Delegationen.

Auf dem Wege nach Nürnberg gab es eine Reihe weiterer Hindernisse, die in den öffentlichen Debatten zuvor weniger erörtert wurden. Sie lagen nicht nur in der Tatsache, dass keine der Mächte, die ihre Juristen nach Nürnberg schickte, als unbescholten gelten konnte. Das galt nicht nur für die UdSSR, namentlich wegen ihres Einfalls in Polen im September 1939, womit sie sich zu einem Verbündeten des Aggressors gemacht hatte. Es traf auch auf die vielen Handlungen zu, mit denen die kapitalistischen Mächte geholfen hatten, das Naziregime zu stabilisieren, ihm internationale Autorität zu verleihen und es auf dem Weg in den Krieg in der Erwartung begünstigten, dass er ihnen nicht gelten werde. Und zur Geschichte gehörte auch, dass der Kriegsächtungspakt von 1928 selbst von seinen Unterzeichnern als ein nicht zu beachtendes Papier behandelt worden war, beispielsweise 1935, als Italien das souveräne Abessinien, ein Mitglied des Völkerbundes, überfiel und annektierte. Daran sollte im Nürnberger Gerichtssaal erinnert werden, von Angeklagten und ihren Verteidigern, die dazu die Möglichkeiten erhielten. Denn zu den dort befolgten Vorsätzen des Prozesses gehörte, den Angeklagten, anders als erwartet und sie es mit ihren Gegnern in Deutschland getan hatten, ein faires Verfahren zuzugestehen.

Zum Thema dieses Artikels und der folgenden Serie s. auch Pätzold, Kurt/Manfred Weißbecker (Hrsg.) Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass und den Hrsg., Leipzig 1996 (als Taschenbuchausgabe 2004).

junge Welt, Dienstag, 18. Oktober 2005, S. 10.

Ein Hauch von Kälte

Selbstverständigung, keine Abrechnung: Richard von Schirach über die gescheiterte Suche nach einem akzeptablen Vater

Sie saßen in den Startlöchern, als sich der Kalender 1966 dem Tage näherte, an dem die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess zu 20jähriger Haft Verurteilten in Freiheit gesetzt wurden. Sie – dies waren die Chefs der westdeutschen Illustrierten. Im Fokus ihrer Aufmerksamkeit standen Baldur von Schirach und Albert Speer, die ihre Strafen in Spandau verbüßt hatten. Im Falle Schirachs machte der Stern, der seinen Fotografen ausgeschickt hatte, die Szenen des ersten Wiedersehens festzuhalten, das Rennen. Der inzwischen nahezu sechzigjährige weißhaarige Mann, der noch als Gymnasiast Mitglied der NSDAP geworden war und als Münchner Germanistikstudent an Hitlers Seite in Werbefeldzügen Faschisten unter seinesgleichen zu gewinnen trachtete, hatte aus dem Gefängnis keine autobiografischen Aufzeichnungen mitgebracht. Doch verursachte das keine Verzögerung.

In Urfeld, dem Haus mit Blick auf das Karwendelgebirge, das die Schirachs in den zwanziger Jahren kauften und das 1945 der Enteignung verfallen, inzwischen aber von einem der Schirach-Söhne wieder erworben worden war, wurde flugs nicht nur der Freigelassene, sondern mit ihm auch ein Interviewer der Stern-Redaktion einquartiert. Dieser befragte den einstigen Reichsjugendführer, der von 1940 bis 1945 NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter und Reichverteidigungskommissar von Wien gewesen war und sich Anfang Juni 1945 den Siegern gestellt hatte, über dessen Leben. Eine im malerischen Ort ansässige Sekretärin schrieb die Tonbänder ab und übergab den Text einem Ghostwriter, der dem Ganzen jenen Schliff gab, der dies Zeugnis eines Dabeigewesenen den Bundesbürgern gefällig konsumierbar machte. Unter den Millionen – freiwilligen oder gezwungenen – Hitlerjungen, deren Führer Baldur gewesen war, fand sich Woche für Woche eine hinreichende Menge von Interessenten, was sich auf den Konten des Stern bemerkbar machte. Natürlich auch auf dem des „Autors“, der rasch so vermögend wurde, dass sein jüngster Sohn, der zur Finanzierung seines Studiums der Germanistik und Sinologie bisher ein Stipendium hatte in Anspruch nehmen dürfen, nun die Gewährungsbedingungen nicht mehr erfüllte und finanziell in die Abhängigkeit seines Vaters geriet. Nicht jedoch geistig.

Das Buch seines Vaters, das die Zeitschriftenartikel zusammenfasste erschien 1967. Sein Titel „Ich glaubte an Hitler“ ließ sich von Käufern und Lesern übersetzen in: Auch er war wie wir ein Betrogener, Getäuschter, Verführter. So werden Schulterschlüsse hergestellt. Richard von Schirach, der inzwischen 63jährige Sohn, erinnert sich seines Lebens seit den Tagen seiner frühesten Kindheit, als nach dem Vater auch seine Mutter inhaftiert wurde und er und seine drei älteren Geschwister schwere Zeiten durchlebten. Er habe, fasst er zusammen, einige Dorfschulen, Waisenhäuser und abbruchreife Internate durchlaufen. „Im Schatten meines Vaters“ meint aber mehr. Je eingehender sich der wissbegierige Sohn, der auf einer Fahrt nach Wien das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen besuchte, mit den Zeiten befasste, in denen sein Erzeuger zu den Größen des Reichs gehört hatte, um so zahlreicher wurden die Fragen, die er sich häufig quälend stellte. Richard von Schirach, der seinen Vater in Spandau nur einmal im Jahr hatte besuchen dürfen, mit ihm während dessen Haftzeit jedoch einen intensiven Briefwechsel pflegte, hoffte offenbar, dass ihm 1966 aus der ersten Begegnung mit dem Entlassenen so etwas wie eine Erlösung und ein stabiles Vater-Sohn-Verhältnis entstünde. Die Enttäuschung wurde komplett. Zuerst wollte er noch die „Schonfrist der ersten Tage“ ausdehnen. Was ihm an Bezeugungen von „Reue“ schon beim Lesen des Protokolls der Gerichtsverhandlungen in Nürnberg zweifelhaft vorgekommen war, spürte er nun noch deutlicher. Die „Geständnisse“ durchwehte ein „Hauch von Kälte“. Der Mann „wollte die kalte Wüste seiner Erinnerungen nicht aufsuchen“. Das galt insbesondere für seine Rolle bei der Deportation der Juden aus der Stadt „nach dem Osten“, in die Ghettos und den Tod.

Richard von Schirachs Buch ragt aus der langen Reihe der populär hergerichteten Publikationen heraus, die oberflächlich Unterhaltendes aus der „braunen Zeit“ liefern oder Bedürfnisse nach sensationellen Enthüllungen befriedigen. Es fesselt nicht zuletzt durch die um Generationen zurückreichende akribische u.a. in die USA führende Darstellung der Familiengeschichte. Es ist in seinen vielen

literarischen, musikalischen und anderen Bezügen anspruchsvoll und vermittelt nicht nur nebenbei ein Bild der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft.

Richard von Schirach: Der Schatten meines Vaters. Carl Hanser Verlag, München/Wien 2005, 380 S., 24,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 19.10.2005, S. 7.

Das Beispiel Balkan

Erdöl – Objekt der Begierde

Das schmale Bändchen hat es in mehrerlei Hinsicht in sich. Zum einen enthält es eine Fülle unbekannter Fakten, gehoben aus Beständen des Bundesarchivs, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes und des Militärarchivs. Sie bezeugen Spürsinn und Forscherfleiß des Autors, der als einer der besten deutschen Kenner der Wirtschaftsgeschichte des Faschismus und seiner imperialistischen Kriegsziele ausgewiesen ist. Zum anderen ist die Bloßlegung des Zusammenhangs von Politik, Öl und Krieg am historischen „Fall“ hochaktuell in einem Augenblick, da glaubhaft gemacht werden soll, heutzutage würden Kriege geführt, um Herde des Terrorismus zu beseitigen und Raum für den Export von Demokratie zu schaffen. Die Argumente haben sich gewandelt, die Lügen sind geblieben.

Als die von Joseph Goebbels dirigierte Propaganda in Zeitungen, über den Rundfunk und nicht zuletzt durch Bilder den Volksgenossen weiszumachen suchte, gegen Polen würde „zurückgeschossen“ und der Feldzug werde zur Rettung des Lebens der von Ausrottung bedrohten „Volksdeutschen“ unternommen – da notierte der Propagandaminister im September 1939 in sein Tagebuch die Hoffnung, dass „wir“ doch die in Galizien befindlichen Ölvorkommen in die Hand bekommen werden. Das Ziel wurde zwei Jahre später nach dem Überfall auf die UdSSR erreicht.

Dietrich Eichholtz legt zunächst die – Anfang der 30er Jahre angestellten naiven – Hochrechnungen deutscher Experten über den Ölverbrauch in einem kommenden Kriege dar. Dann wendet er sich seinem Thema zu: Rumäniens Erdöl als Ziel deutscher Begierde. Denn dort schien eine gegen Wechselfälle abschirmbare Basis. Das trieb Planungen deutscher Militärs früh zu der Alternative, sich den Zugriff auf die dortigen Ressourcen, wenn er sich mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln nicht erreichen ließe, militärisch zu sichern.

Eichholtz zeichnet nach, was ökonomisch und politisch getan wurde, um trotz Widerständen – etwa die herkömmlichen Beziehungen Rumäniens zu Frankreich und die dortigen Eigentumsverhältnisse – einen wachsenden Teil der rumänischen Produktion nach Deutschland zu lenken. 1940/41 war der Balkanstaat fest an das „Deutsche Reich“ gebunden. Die Lieferung von Waffen aus deutscher Produktion, später aus polnischem Beutegut für die rumänische Armee gehörte zu den probaten Verfahren, die permanente Devisenmisere des Reichs zu lindern. Eindrucksvoll werden die Methoden deutscher Banken hierbei geschildert, die nach dem Sieg im Westen billig an das Eigentum französischer, belgischer und niederländischer Konzerne gelangt waren. Die Untersuchung reicht bis zum Eintritt Rumäniens in den „heiligen“ Krieg gegen die Sowjetunion, womit sich das Regime in Bukarest 1941 auf Gedeih und Verderb an Deutschland ausgeliefert hatte. Rumäniens Erdöl blieb bis 1943 die wichtigste Importquelle, wenn auch infolge der synthetischen Produktion und von weiteren Eroberungen dessen Anteil am Verbrauch sank. Doch statt, Herr der Felder am Kaspisee zu werden, endete der Krieg der Deutschen 1944/1945 auf deutschem Boden – und für die deutsche Luftwaffe u. a. mit schlecht ausgebildeten Piloten, weil Treibstoff für Trainingsflüge fehlte. Ein Mangel, der im Heer auch Panzer und andere Militärfahrzeuge unbrauchbar werden ließ.

Der Band ist Auftakt einer breiter angelegten Forschungsarbeit, die Dietrich Eichholtz betreibt, der unlängst seinen 75. Geburtstag beging. Ein verspätetes „Glück auf!“ auch an dieser Stelle aus Anlass des Erscheinens dieser Studie, die von ausdauernder Kärrnerarbeit eines gewissenhaften und verantwortungsvollen Historikers zeugt.

Dietrich Eichholtz: Deutsche Politik und rumänisches Öl (1938-1941). Eine Studie über Erdölimperialismus. Leipziger Universitätsverlag. 68 S., geb., 15,00 Euro.

Neues Deutschland, 19. bis 25. Oktober 2005, S. 14.

Weißwäsche

Noch ein unwillkommener Jahrestag: Vor 60 Jahren begann der Nürnberger Prozess.

Der öffentliche Drang, sich des Tages zu erinnern, da am 14. November 1945 der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg begann, ist nicht eben groß. Das drückt sich auch in dem auf das Ereignis bezogenen Literaturangebot hiesiger Verlage aus. Es ist nicht mit dem vergleichbar, das uns im vergangenen Jahr der entsprechende Jahrestag des Attentats auf den „Führer“ bescherte.

Zu den wenigen Neuveröffentlichungen gehören Aufzeichnungen von Leon Goldensohn, einem der US-Army angehörenden Neurologen und Psychiater. Er war 1946 jener Spezialabteilung zugeteilt worden, die Anklage gegen 22 zivile und militärische Führer des Naziregimes erhob, und erhielt den Auftrag, sich als Arzt um die Gefangenen zu kümmern sowie ihren psychischen Zustand zu ermitteln und zu überwachen. Damit war vor ihm Major Douglas M. Kelley befasst gewesen, den er ablöste. Schon an dessen Seite war auch der Nachrichtenoffizier Captain Gustave M. Gilbert tätig gewesen, ein Psychologe, der lediglich dolmetschen sollte, diesen Auftrag aber auf seine Weise erweiterte. Beide legten 1947 Veröffentlichungen über ihr Zusammentreffen mit den Nazigrößen vor.

Auch Goldensohn, dessen Auftrag mit dem Ende der Verhandlungen erfüllt war und der noch im gleichen Jahr die Armee verließ, hatte das vor. Doch er starb, 1961, bevor er sein Vorhaben verwirklichen konnte. Nun ist unter maßgeblicher Beteiligung Robert Gellatelys, Geschichtsprofessor an der Florida State University und bekannt geworden durch Forschungen zur (von ihm erheblich überbewerteten) Bedeutung der Denunziation bei der Kontrolle und Repression der deutschen Bevölkerung im Nazistaat, eine Auswahl von Goldensohns Aufzeichnungen gedruckt worden, die sich im Familienbesitz erhalten haben. Teils entstanden sie während, teils unmittelbar nach den in den Zellen geführten Interviews und Gesprächen. Vieles ist nie durchgearbeitet worden. Der Herausgeber hat manche Textpassagen erst verständlich machen, Irrtümer korrigieren, Wiederholungen tilgen und – wegen des sonst ausufernden Umfangs – auch größere Passagen weglassen müssen. Im Buch sind die Eingriffe nicht gekennzeichnet.

Goldensohns Aufzeichnungen stammen aus Gesprächen mit 19 der verfügbaren 21 Angeklagten; es fehlen zwei Militärs, Großadmiral Erich Raeder und Generaloberst Alfred Jodl. Zudem wurden vier Zeugen befragt. Die thematische Spannweite der Unterhaltungen, von denen die einen locker geführt wurden, andere strengerer Absicht und Systematik folgten, war weit. Sie umfasste Jahrhunderte zurückreichende Familiengeschichten, Erziehung und Ausbildung der Befragten, die Lebenswege mit dem Schwerpunkt der jeweiligen Rollen im Naziregime, dazu deren rückblickende Beurteilung. Notiert wurden Ansichten über den Verlauf des Prozesses, die Richter, die Ankläger, Gedanken über Verhalten und Schuld von Mitangeklagten, schließlich Urteile über künftige weltpolitische Entwicklungen und persönliche Pläne nach Prozessende.

Ein starres Schema lag dem nicht zugrunde, immer erkennbar aber ist die Anstrengung Goldensohns, diesen ihm ganz und gar fremden Typus von Politikern und Militärs auf irgendeine Weise wenigstens gedanklich in der menschlichen Gesellschaft unterzubringen, da sie ihr doch zweifelsfrei zugehörten und ihre Absonderung als Monster nicht befriedigte. Das ist misslungen, nicht zuletzt deshalb, weil der Arzt im Offiziersrock keine hinreichende Vorstellung vom Wesen jenes Systems besaß, neben dessen Exponenten er Stunden zubrachte. Dieser Mangel, dazu Goldensohns Abneigung, die Zusammentreffen konfrontativ zu gestalten, hat seine Fragen begrenzt und den Interviewten nahezu alle Möglichkeiten für Ausflüchte in weitschweifende Erörterungen und zu glatten Lügen gelassen.

Aufschlüsse geben die Aufzeichnungen daher nicht über die Rolle dieser mit Verbrechen beladenen Führungsgruppe, sondern über Strategie und Taktik ihrer Rechtfertigungen. Dessen Gebrauchswert nahm nach Prozessschluss noch zu, wie die Geschichte der folgenden Jahrzehnte bezeugt, als die in Nürnberg erprobten Argumente der Angeklagten und ihrer Verteidiger auch unterhalb dieser Täterklasse vor deutschen Gerichten, in den Medien und anderswo mit Erfolg verwendet wurden: Wir haben nichts gewusst. Wir waren von unseren Pflichten vollständig in Anspruch genommen, so dass uns keine Zeit blieb, nach rechts und links zu blicken. Selbst wenn wir sie gehabt hätten, so wäre uns

das Geschehen bei der chaotischen Struktur dieses Staates und seiner Organe doch verborgen geblieben. Wir haben jetzt erst ... Hätten wir ... usw.

Goldensohn trat diesem Rollenspiel, mit dem seine Gegenüber zugleich ihr Auftreten vor Gericht einübten, nicht mit Fakten entgegen und sah das wohl auch nicht als seine Aufgabe an. Wer das Ausmaß an Verlogenheit ermessen will, auf das der Psychiater traf, dem hilft das vom Herausgeber Angemerkte nicht weiter. Er muss sich an das Verhandlungsprotokoll des Tribunals halten, eine Möglichkeit, die zu nutzen leichter geworden ist, seit es auf CD-ROM vorliegt.

Von Nutzen ist die Publikation hingegen, wo sie erkennbar macht, welcher Führung sich die Mehrheit der Deutschen, Millionen durch eigenes Zutun, weitere Millionen durch Anpassung und Gewährenlassen ausgeliefert hatten. Einen Eindruck geben u. a. die Gespräche mit dem Großadmiral und Hitler-Nachfolger Karl Dönitz, einem Angeklagten, und Generalfeldmarschall Ewald von Kleist, einem Zeugen, der, mit anderen Feldmarschällen und Generalen in einem besonderen Trakt untergebracht, in Nürnberg der Verteidigung für ihre Weißwäsche am Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und Generalstab zuarbeitete.

Präsentierte sich Dönitz als „unpolitische Gestalt“ und „Mann der See“, der sich im Staate seit 1933 um nichts als Unterseeboote und später die gesamte Flotte gekümmert hatte, im Krieg dann auch auf der Feindseite den „Ruf eines ehrlichen Seemanns“ erwarb, so Kleist als „einfacher Soldat“, der „ehrenhaft gekämpft“ habe, auch als Stratege, der schon während des Frankreichfeldzuges auf bestem Wege war, den ganzen Krieg zu gewinnen. Denn wäre ihm Hitler nicht mit dem „Haltbefehl“ dazwischengekommen, so hätte sich nach dem Sieg seiner Panzer bei Dünkirchen die Landung auf der britischen Insel als „ein Kinderspiel“ durchführen lassen. Bestand Dönitz darauf, „Krieg für sein Vaterland“ und für sonst nichts und niemanden geführt zu haben, so bekundete Kleist Stolz, dass er im Kriegsverlauf mehr als eine Million Kriegsgefangene gemacht habe, befand es als „edelmütigen Zug“, dass Hitlers in Nürnberg versammelte Militärs, frühere Meinungsverschiedenheiten hintansetzend, nun in der „Stunde der Krise zusammenhalten“, und lobte das dumpfe und stumpfe Weitermachen der Wehrmachtssoldaten als „echte deutsche Gesinnung“. Dönitz, der Goldensohn seine Memoiren ankündigte und sich später in der Bundesrepublik mit mehreren Publikationen als unbelehrt ausweisen konnte, wollte den Deutschen erklären, „was im Einzelnen geschehen ist“.

Eine Facette des Bandes bilden beiläufige Auskünfte der Befragten über ihr Verhältnis zu ihren Untergebenen, den „Volksgenossen im nationalsozialistischen Volksstaat“. Unbefangen berichtete Dönitz davon, dass ihm Albert Speer, sein einziger Freund im Gefängnis, als er in Berlin eine Wohnung suchte, ein „Herrenhaus“ aufgetan habe, in dem sie gemeinsam schöne Musikabende verbrachten. Das war 1943, als die von ihrem Befehlshaber auf „Feindfahrt“ in den Atlantik geschickten U-Boote immer häufiger Beute der Abwehr ihrer Jäger wurden und in den stählernen Särgen blutjunge Soldaten elend erstickten.

Natürlich fühlten sich der Admiral wie der Marschall frei von jeglicher Schuld. Dieses Selbstbild korrigierten die Richter. Für Dönitz die Nürnberger, die ihn zehn Jahre ins Gefängnis schickten. Für von Kleist ein Gerichtshof in Jugoslawien, wohin er aus britischer Gefangenschaft ausgeliefert worden war, da die Täter am Ort ihrer Verbrechen, sofern sich die auf einen Staat lokalisieren ließen, abgeurteilt werden sollten. Das Urteil der Jugoslawen lautete auf 15 Jahre Haft.

Leon Goldensohn: Die Nürnberger Interviews. Artemis & Winkler, Düsseldorf/Zürich 2005, 458 S., 29,90 Euro.

„Der Nürnberger Prozess. Das Protokoll des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof“. Digitale Bibliothek, Directmedia, Berlin 1999.

konkret, 11/2005, S. 25.

Gericht der Sieger und der Völker

Am 20. November 1945 begann der Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher

Fallen die Namen geografischer Orte, erzeugen sie häufig Gedankenverbindungen, die zu Ereignissen und Personen führen. Und diese ändern sich mit den Zeiten und Generationen. Zum Beispiel: Nürnberg. Einst ließ der Name an die Kaiserstadt, die Burg, an berühmte Kirchenbauten, an Peter Henlein und das „Nürnberger Ei“ denken. Von dem war vieles weithin ausgelöscht, als die malerische Stadt zum alljährlichen Versammlungsort von Zehntausenden von Faschisten wurde, die dort alljährlich (bis 1938) den Reichsparteitag der NSDAP begingen. Eine dieser martialischen Kundgebungen von SA, SS, weiteren paramilitärischen Formationen, der Reichswehr und des Arbeitsdienstes, die im Jahre 1935 endete mit der Annahme der berüchtigten antisemitischen Gesetze durch den braunen Reichstag, die als „Nürnberger Gesetze“ in die Geschichte eingingen. In unseren Tagen, ist von Nürnberg die Rede, denken viele zuerst an den dortigen Sitz jener Bundesanstalt, die in ihren Zahlenberichten mit der Schönung der sozialen Wirklichkeit befasst ist und dennoch allmonatlich das Scheitern aller Vorhaben (ihre eigenen, riesige Summen aus dem Staatshaushalt verschlingenden eingeschlossen) mitteilen muss, die Arbeitslosigkeit hierzulande zu senken.

Nun aber wird von Nürnberg, jedenfalls für eine gewisse Zeit, in anderer Weise die Rede sein. Am 20. November 1945, das Ereignis jährt sich demnächst zum 60. Male, fand die erste öffentliche Sitzung jenes Militärtribunals statt, vor dem sich die deutschen Hauptkriegsverbrecher für ihre Untaten zu verantworten hatten. Der Große Schwurgerichtssaal im Justizgebäude, das den Bombenkrieg mit nur geringen Schäden überstanden hatte, bildete die Szene. Hier tagte der Gerichtshof, zu dessen Richterkollegium und Anklägern die vier Hauptmächte der Antihitlerkoalition ihre Experten entsandt hatten. Das war ein einzigartiges Verfahren. Zum ersten Mal in der Geschichte der Staaten und Kriege wurde eine politische Führungsgruppe eines Regimes wegen der von ihr begangenen Verbrechen angeklagt: dem Bruch des Friedens durch eine Kette von Aggressionen, den Verbrechen im Kriege, begangen während der Kriegshandlungen und in den besetzten Gebieten, und so genannten Menschheitsverbrechen, von denen der Mord an den europäischen Juden unter allen grausamen Taten die scheußlichste war. Die ersten beiden Plätze der doppelreihigen Anklagebank hatten Göring und Heß zugewiesen bekommen. Diese beiden hatte Hitler am 1. September 1939 in seiner Kriegsrede zu seinen Nachfolgern erklärt, falls ihm etwas „zustoßen“ würde. Nun durften sie den Mann vertreten, der sich aus der Verantwortung gestohlen hatte. Die Zusammensetzung der hier Angeklagten gab ein Bild von der Sicht, welche die Alliierten auf die Verantwortlichen für das Unheil hatten, das diese Männer über Europa brachten. Vor Gericht gestellt wurden Zivilisten und Militärs, NSDAP-Führer und Reichsminister, Ideologen und Propagandisten.

Zu dieser Gruppe sollte auch ein Industrieller gehören, der Mann, der bis 1943 an der Spitze des Krupp-Konzerns gestanden hatte. Doch überzeugte sich das Gericht anhand verlässlicher medizinischer Gutachten davon, dass der Mann, der an seniler Gehirnerweichung litt, verhandlungsunfähig war. Das blieb er auch, bis er fünf Jahre später verstarb. Da war sein Schwiegersohn und Nachfolger zusammen mit anderen Direktoren der berüchtigten Essener Rüstungswerke und deren Dependancen in einem der sogenannten Nachfolgeprozesse, die (bis 1949) ebenfalls in Nürnberg vor ausschließlich US-amerikanischen Gerichtshöfen stattfanden, zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Anläufe, Aggressionen zu bestrafen, hatte es schon einmal nach dem Ersten Weltkrieg gegeben. Im Art 227 des Versailler Vertrages war vorgesehen, den deutsche Kaiser Wilhelm II. vor ein Gericht zu stellen. Doch weder lieferten ihn die Niederlande aus, wohin er geflohen war, noch entwickelten die Sieger auf das neutrale Land einen entsprechenden Druck. Der Monarch, der gewiss nicht der Einzige war, der 1914 in den Krieg getrieben hatte, blieb ungeschoren und starb erst, nachdem er 1940 Hitler seine Gratulation zum Sieg über Frankreich übermittelt hatte. Damals waren auch alle anderen Versuche gescheitert, Angehörige der kaiserlichen Armee, die begangener Kriegsverbrechen verdächtigt oder bezichtigt wurden, in den Staaten vor Gericht zu stellen, in deren Gebiet sie gegen Kriegsgesetze verstoßen hatten. Es kam nur zu Farcen vor dem Leipziger Reichsgericht und dabei zu nationalisti-

schen Kundgebungen, mit denen Freisprüche gefeiert wurden. Das war ein böses Omen für die Zukunft.

Diesmal, am Ende des Zweiten Weltkrieges, lagen die Verhältnisse anders, als Folge des Ausmaßes des Krieges und der begangenen Verbrechen und angesichts des weit verbreiteten Wunsches, es möge dieser Krieg der letzte sein, der in Europa geführt wurde und daher mit den Urteilen eine nachhaltige Warnung ausgesprochen werden. Seit 1942 sammelte eine Internationale Kommission, die in London etabliert war, Tatsachen, die von den Untaten zeugten und es wurde eine Liste der Personen zusammengestellt, die vor Gericht gestellt werden sollten. Deren Namen wurden auch publiziert. Die deutschen Führer wussten, wer in dieser Reihe figurierte. Manche zogen es vor, im Moment der Niederlage ihrem fluchwürdigen Leben selbst ein Ende zu setzen. Hitler, Goebbels und Himmler fehlten auf der Anklagebank. Die wurde mit 22 Männern besetzt (gegen Martin Bormann wurde in absentia verhandelt und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war für prozessunfähig befunden worden.)

Nach einem Marathon von Sitzungen, den Vorträgen der Anklage, den Vernehmungen der Angeklagten, den Befragungen von Zeugen der Anklage und Verteidigung, der Prüfung einer Masse von Dokumenten, den Plädoyers der Verteidiger fällten die Richter ihre Urteile. Sie wurden am 1. Oktober 1946 bekanntgegeben. Danach endeten die einen der einstigen „Größen des Dritten Reiches“ am Galgen, andere kamen in das Spandauer Gefängnis, die einen für 10 Jahre, der „Stellvertreter des Führers“ lebenslänglich, drei wurden (im Sinne der Anklage) freigesprochen. Auch das Strafmaß bezeugte, dass dieses „Gericht der Sieger“ kein justizförmiger Racheakt war. Es wurde ein bedeutsamer Schritt in der langen Geschichte zu einem Völkerrecht, das Frieden fordert und Friedensbrüche unter Strafe stellt. Ein Ende dieses Weges, hat man nicht nur die Formulierung von Prinzipien, sondern deren strikte Durchsetzung vor Augen, ist freilich nicht in Sicht.

Was aber ist von diesem herausragenden Ereignis der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte im Bewusstsein der Zeitgenossen und der nachfolgenden Generationen in Deutschland geblieben? Welches Interesse richtet sich überhaupt auf dieses Ereignis, nachdem von der Geschichte von Faschismus und Krieg während der kürzlichen Kampagne, die dem 60. Jahrestag der Befreiung galt, so viel geredet und geschrieben wurde? Darüber werden wir womöglich in den nächsten Monaten mehr wissen. Der Prozess selbst ist an den Deutschen, so viel sie sich mit ihrem Leben und Überleben in jenem ersten Jahr nach dem Kriege auch zu befassen hatten, nicht spurlos vorüber gegangen. Die Zeitungen, unter alliierter Aufsicht stehend und mancherorts auch von Antifaschisten herausgegeben und geschrieben, berichteten vom Prozessverlauf. Hielt sich auch die Aufmerksamkeit während des gesamten Geschehens nicht auf gleicher Höhe, so war sie doch durch die Urteile und deren Vollstreckung weithin in Anspruch genommen.

Die Besatzungsmächte sorgten auch dafür, dass der Text des Urteils gedruckt unter die Leute kamen. Freilich gehörte damals schon zu den Nebeneffekten des Gerichtsverfahrens, das ja den Deutschen vor allem eine Vorstellung von denen mit ihrer Mitwirkung oder zumindest Billigung oder Duldung begangenen Verbrechen geben sollte, auch, dass viele der „Volksgenossen“ von gestern die Angeklagten als die einzigen Schuldigen ansahen und sich als die Getäuschten, Betrogenen, Verführten, als Opfer bedauerten. Insofern lassen sich die aus der US-amerikanisch besetzten Zone vorliegenden Umfrageergebnisse, die von Zustimmung zum Prozess und seiner Beurteilung als fair zeugen, nicht kurzerhand auch als Beweise für die Bereitschaft der Deutschen lesen, sich kritisch mit ihrer jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Ein vollständiges Bild vom Gang des Prozesses vermochten sich die Deutschen seit 1947 zu machen, doch gewiss nur eine Minderheit, die sich in den wenigen Spezialbibliotheken belas. Diese Einrichtungen hatten die deutschsprachige Ausgabe des Protokolls erhalten, die 22 Bände umfasste. Darauf folgte mit einem Register-Doppelband der Druck der offiziell zugelassenen Prozessdokumente. So waren am Ende insgesamt 42 umfängliche Bücher entstanden. Wer konnte, wer wollte das konsumieren? Wer sollte das im westdeutschen Staat, in dem die Weißwäscher Hochkonjunktur hatten, seit die Restauration voranschritt und die Integration in das antisowjetische Militärbündnis erfolgte. Es vergingen Jahrzehnte bis zu einer Reprint-Ausgabe mit dem Text der Verhandlungen (nicht der Doku-

mente), die allerdings zu billigen Preisen in Buchhandlungen zu erwerben war. Inzwischen ist auch ein digitaler Zugriff möglich, mit dem die Orientierung und Arbeit ungemein erleichtert werden.

In der wegen ihres angeblich verordneten Antifaschismus viel gescholtenen DDR war es der Völkerrechtler Peter Alfons Steiniger, der in einer zweibändigen Ausgabe Anklageschrift und Urteil, Reden von Anklägern und Richtern sowie weitere Zeugnisse des Prozesses vorlegte und dazu eine Einleitung schieb, die sich mit den Versuchen auseinandersetzte, das Verfahren als willkürlich zu diffamieren. Das Werk erschien 1967 und erlebte in der papierarmen Zeit binnen kurzem mehrere Auflagen. Vordem schon war in Übersetzung der umfängliche Band eines polnischen Juristen und Völkerrechtlers erschienen, der mit anderen Experten seines Landes am Prozess teilgenommen hatte. Jerzy Sawicki hatte sein Buch „Als wäre Nürnberg nie gewesen“ genannt, und dieser Titel verwies auf die gewandelte internationale Situation und deren verheerende Folgen für das Geschichtsverständnis und die kursierenden Geschichtsbilder. Später wurden die Erinnerungen von Arkadi Poltorak, der Sekretär der sowjetischen Delegation gewesen war, in der DDR zu einem mehrfach aufgelegten Bestseller.

Heute existiert über Nürnberg eine nahezu unübersehbare internationale Literatur. Aus den Erinnerungen der Teilnehmer ragen wegen ihrer strikten Verteidigung der Nürnberger Prinzipien und ihrer bekenntnishaften Parteinahme die von Telford Taylor (Die Nürnberger Prozesse: Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994) und Robert M. W. Kempner (Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M. 1983) heraus. Nein, an Möglichkeiten, sich anhand historischer und juristischer Literatur über den Nürnberger Prozess zu informieren, mangelt es nicht mehr. Und sich ihrer zu bedienen, ist für Antifaschisten notwendig, nicht nur wegen der Verfälschungen des Geschehens durch (Neo-)Nazis, sondern mehr noch, weil der Kampf um die Bewahrung des Erbes von Nürnberg lange nicht durchgefochten ist.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS: 05.11.2005.

Vor dem ersten Verhandlungstag

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Am 14. November 1945 begann der Internationale Gerichtshof in Nürnberg seine Beratungen und sprach – über die Rolle der deutschen Großindustriellen (2)

In Nachschlagewerken ist der 20. November 1945 als der erste Verhandlungstag des internationalen Tribunals verzeichnet, vor dem die deutschen Hauptkriegsverbrecher angeklagt und abgeurteilt wurden. Das gilt indessen nur für jenen Hauptteil der Tätigkeit des Richterkollegiums, bei dem in Anwesenheit der Angeklagten zu Gericht gesessen wurde. Zuvor schon fanden mehrere Sitzungen statt und gleich die erste, sechs Tage vor Beginn der Verhandlungen, signalisierte ein Interesse der Anklage, das heute weitgehend in Vergessenheit geraten, nein auch gebracht worden ist. Sie begann mit einer Erklärung des Verteidigers des Angeklagten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der bis zum Jahre 1943 an der Spitze des bekanntesten deutschen Rüstungskonzerns gestanden hatte. Rechtsanwalt Theodor Kleefisch beantragte beim Gerichtshof, seinen Mandanten von der Liste der Angeklagten zu nehmen, da er aus gesundheitlichen Gründen nicht fähig sei, dem Prozess zu folgen oder gar sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorträge zu verteidigen.

Das war kein Manöver. Die Richter hatten sich durch einen Bericht einer Ärztekommission, bestehend aus hochrangigen Spezialisten aller am Prozess beteiligten Staaten, die eigens an das Krankenlager Krupps, der seit 1944 auf seinem Gut Blühnbach in Österreich lebte, gereist waren, davon unterrichten lassen, dass der 75jährige Angeklagte an „seniler Gehirnerweichung“ litt und sich in einem verhandlungsunfähigen Zustand befand. (Auch späterhin wurde der in ärztlicher und pflegerischer Obhut lebende einstige Chef des Unternehmens, der vier Jahre später verstarb, nicht verhandlungsfähig.)

Die Richter hatten nach der Rede des Verteidigers folglich nur zu entscheiden, ob gegen GustavKrupp in absentia verhandelt werden oder ob er nicht zu den Angeklagten dieses Prozesses gehören solle. Um es vorweg zu sagen, entschieden wurde, in diesem Falle zu verfahren wie in den meisten Ländern vor nationalen Gerichtshöfen in solchen Situationen auch: Die Richter strichen Krupp von der Liste derer, die sie unter Anklage gestellt hatten. Das geschah nach einerBefragung der Vertreter der Anklage. Die Episode ist denkwürdig, führte sie den Gerichtshof doch auf das weite Feld der Beziehungen, welche zwischen Politik und großer Industrie in denJahren des Naziregimes und des Krieges geherrscht hatten.

Zur Frage, wie angesichts des Krankheitsfalles weiter verfahren werden solle, nahm zuerst der Hauptankläger der USA, Robert H. Jackson, das Wort, der zugleich im Auftrag seines französischen und sowjetischen Kollegen sprechen konnte. Er sagte über die Erfahrungen, welche vonden drei Staaten und deren Bewohnern mit den Erzeugnissen der Essener Waffenschmiede gemacht worden waren: „Wir vertreten drei Nationen dieser Erde; eine von ihnen wurde dreimalmit Krupp’schen Waffen überfallen, eine andere hat im Verlauf des Krieges im Osten unter derWucht des Krieges gelitten wie nie ein Volk zuvor, und eine von ihnen hat zweimal den Atlantiküberquert, um, soweit es in ihren Kräften stand, Streitigkeiten zu beenden, die durch den deutschen Militarismus entfacht waren.“[1] Und weiter erinnerte der Ankläger daran, dass „die Krupp-Unternehmungen seit mehr als 130 Jahren blühten und gediehen, indem sie die deutsche Kriegsmaschine mit Kriegsmaterial versahen. [...] Die Tätigkeit der Krupp-Werke war nicht auf die Ausführung von Regierungsaufträgen beschränkt. Die Krupp-Werke waren auch an der Aufhetzung zum Kriege aktiv beteiligt, sowie – durch Deutschlands Ausscheiden – an dem Schiffbruch der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes, und schließlich nahmen die Krupp-Werke an der politischen Agitation zur Unterstützung des gesamten Nazi-Angriffsprogramms ebenfalls aktiven Anteil. Dies war nicht ohne Gewinn für die Krupp’schen Unternehmungen, und wir sprachen bereits von dem auffallenden Aufstieg ihrer Gewinne, der ihrer Mithilfe an den deutschen Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zuzuschreiben ist.“ Die Machthabendenhätten die Dienste dieses Unternehmens derart geschätzt, dass sie 1943 es eigens durch eine

---

1 NP Bd. 2, S. 11-13.

„Lex Krupp“ Hitlers ermöglicht hätten, die Krupp-Werke in ein Familienunternehmen umzuwandeln, worauf diese ganz in das Eigentum und unter das Kommando des Sohnes Alfried geriet.[2] Könne, so wurde im Namen der drei Anklagevertreter dem Gericht vorgeschlagen, derVater nicht vor Gericht erscheinen, so solle der Sohn dies tun, nicht als dessen Stellvertreter, sondern wegen seiner eigenen persönlichen Verantwortlichkeit für die Rolle des Konzerns.

Das Problem, das sich mit dieser gedachten Vorgehensweise freilich verband, ergab sich aus dem Grundsatz des Gerichts, jedem Angeklagten die gegen ihn erhobenen Vorwürfe 30 Tage vor Prozessbeginn schriftlich zuzustellen. Die Annahme des Vorschlags hätte eine Verschiebung der Prozesseröffnung zur Folge gehabt und dies wiederum war der einzige Grund, weswegen sich der britische Ankläger nicht angeschlossen hatte. Sir Hartley Shawcross versichertedem Gerichtshof, er sei wie die anderen drei Ankläger von der zu lösenden Aufgabe überzeugt, „vor dem Gerichtshof und vor der Welt die Rolle aufzudecken, die die Großindustriellen bei der Vorbereitung und Führung des Krieges gespielt haben.“ Und das werde „im Verlaufe dieses Prozesses geschehen, gleichgültig ob Gustav Krupp von Bohlen oder Alfried Krupp als Angeklagte in dem Prozess erscheinen oder nicht.“[3] Das Material, fuhr Shawcross fort, dass gegen Krupp vorliege und über die „allgemeine Rolle, die die Großindustriellen gespielt“ haben, werde im Prozess unterbreitet werden und zudem würden „je nach dem Ausgang des gegenwärtigen Prozesses andere Verfahren eröffnet werden, möglicherweise gegen Alfried Krupp, möglicherweise gegen andere Großindustrielle“.[4]

Dann ergriff auch der französische Ankläger das Wort und verwies zunächst darauf, dass seineDelegation bereits vorgeschlagen hatte, an den unmittelbar bevorstehenden gegen die Hauptkriegsverbrecher einen weiteren unverzüglich anzuschließen, der sich ausschließlich mit der Anklage und Aburteilung von Industriellen befassen solle. Damit aber wären sie nicht durchgedrungen. Weiter erklärte Charles M. Dubost, niemand würde begreifen können, „wenn von dieser großen deutschen Industrie, die zu den Hauptschuldigen am Kriege gehört, kein Vertreterhier vor Gericht gestellt werden sollte“.[5] Ob indessen Gustav oder Alfried Krupp in diesem jetzt Verfahren angeklagt würden oder nicht, fuhr er fort, es sei notwendig, die Vorwürfe gegen Krupp und andere Großindustrielle hier vorzubringen, von denen er sagte, dass diese „die Machtergreifung der Nazis, die Nazi-Regierung und die Nazi-Propaganda unterstützten, die Nazis finanzierten und schließlich die Wiederaufrüstung Deutschlands förderten, damit es seinen Angriff fortsetzen könnte.“[6]

Das blieben keine leeren Ankündigungen. Schon am 4. Verhandlungstag brachte im Verlauf seines Anklagevortrags der zur US-amerikanischen Vertretung gehörende Thomas J. Dodd die Sprache auf die aktive Teilnahme Gustav Krupps und des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Schritten zur Etablierung der Nazidiktatur. Die Entscheidung des Gerichtshofesnach dieser Anhörung des Verteidigers und der Ankläger lautete wie erwähnt: Gustav Krupp wird aus dem Prozess genommen, d. h. auch nicht in absentia angeklagt. Und eine zweite besagte; Alfried Krupp wird nicht in die Reihe der Angeklagten aufgenommen.

Das Bemerkenswerte an dieser Sitzung liegt zutage. Die Vertreter aller vier Mächte stimmten darin überein, dass das Spitzenpersonal deutscher Großkonzerne sich wegen seiner Tätigkeit auf dem Wege in den Krieg und im Kriege vor Gericht zu verantworten haben werde. Zu Anklagen vor einem internationalen Gerichtshof, wie der französische Vorschlag verlangte, ist es jedoch nicht mehr gekommen. Das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher blieb das einzige dieses Typs. Jedoch fanden 12 sogenannte Nachfolgeprozesse vor ausschließlich US-amerikanischen Gerichtshöfen statt. Das erste Urteil fiel am 22. Dezember 1947 im „Fall 5“ und sprach gegen drei der Angeklagten Haftstrafen zwischen 2, 5 und 7 Jahren aus, während die anderen drei freigesprochen wurden. Der Hauptangeklagte Friedrich Flick befand sich 1950 bereits wieder auf freiem Fuß. Das Verfahren gegen Alfried

---

2 NP Bd. 2, S. 12-13.
3 NP Bd. 2, S. 17.
4 NP Bd. 2, S. 18-19.
5 NP Bd. 2, S. 21-22.
6 NP Bd. 2, S. 23.

Krupp, 12 Direktoren und weitere leitende Personen des Konzerns („Fall 10) endete am 31. Juli 1948 mit Haftstrafen zwischen 2und 12 Jahren, auf die 1951 die Begnadigungen folgten, und mit einem Freispruch. Bereits einen Tag früher war das Urteil in einem Prozess gegen führende Personen der IG-Farben AG(Fall 10) ergangen. der mit 12 Zeitstrafen zwischen 1,5 und 8 Jahren sowie mit 10 Freisprüchen schloss.

Durch die Entscheidung der Richter, Krupp sen. betreffend, war die Zahl der ursprünglich zweiDutzend Angeklagten um einen weiteren reduziert. Zuvor bereits hatte sich die Liste dadurch verkürzt, dass Robert Ley sich am 25. Oktober in seiner Zelle erdrosselt hatte, ein Ereignis, das unmittelbar verschärfte Maßnahmen der Überwachung aller anderen Zelleninsassen bei Tage und während der Nacht bewirkte. Ley hatte wie alle seine Mitangeklagten die Anklageschrift ausgehändigt und bis zum Verhandlungsbeginn 30 Tage Zeit bekommen, sich mit deren Inhalt bekannt zu machen und die Strategie und die Schritte seines Auftretens mit seinem Verteidigerzu beraten. Auf diese Zustellung reagierten die Empfänger jedenfalls öffentlich ganz unterschiedlich, wie wir wissen, weil der Gerichtspsychologe Gustave M. Gilbert sie alle gebeten hatte, auf das ihm zur Verfügung stehende Exemplar in kurzen Worten ihren Kommentar zu schreiben. Da konnte er lesen – dies eine Auswahl –, dass von Ribbentrop sich darauf berief, in „Hitlers Schatten“ gestanden zu haben, Ernst Kaltenbrunner sich „keiner Kriegsverbrechen schuldig“ fühlte, Hjalmar Schacht überhaupt nicht verstand, warum er angeklagt sei, Streicher den Prozess als „Triumph des Weltjudentums“ betrachtete, während Dönitz auf dem Blatt die Worte „Ein amerikanischer Scherz“ notiert hatte. Ley las noch im ihm überreichten Text, dass er wegen seines Anteils an der Errichtung der Nazimacht, seiner Mitwirkung an der Kriegsvorbereitung sowie wegen der Teilnahme an Kriegsverbrechen angeklagt wurde, und so hatte er es vorgezogen, sich wie Hitler, von dem er als einer seiner engsten Gefolgsleute besonders geschätzt worden war, aus Leben und Verantwortung davonzustehlen.

Diesem Manne, dem nach Rudolf Heß höchstgestellten Funktionär in der Spitze des NSDAP-Apparates, der den Rang eines Reichsleiters bekleidet hatte, 1932/1934 zum Reichsorganisationsleiter der Partei aufgestiegen war, waren Gustav Krupp und mit ihm viele deutsche Industrielle zu besonderem Dank verpflichtet. Denn wichtiger noch als seine Parteiämter war für sie geworden, dass Ley in Personalunion auch an der Spitze der größten Massenorganisation des deutschen Faschismus, der Deutschen Arbeitsfront (DAF), gestanden hatte, die vor dem Kriegeetwa 20 Millionen Mitglieder zählte, weil es sich faktisch um eine Zwangsmitgliedschaft handelte. Auf diesen herausragenden Platz war Ley unmittelbar nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 von Hitler mit dem Auftrag gestellt worden, zu sorgen, dass in der Phase der Aufrüstung und später im Kriege die deutschen Arbeiter und Angestellten funktionierten, in regimekonformer Stimmung gehalten wurden und leisteten, was die zu Betriebsführern erklärten Eigentümer der Betriebe oder deren beauftragte Manager von ihnen verlangten. Zunächst hieß das vor allem, dass die Proletarier den verkündeten strikten Lohnstopp akzeptierten, also das Festhalten der Löhne auf dem niedrigen Niveau, auf das sie in der Weltwirtschaftskrise herabgesunken waren. Das war fraglos eine profitsteigernde Dienstleistung für die Bourgeois, zielte aber darüber hinaus. Denn niedrige Löhne waren die Voraussetzung dafür,dass mit der Kaufkraft auch der Massenkonsum niedrig gehalten wurde und dies wiederum ermöglichte den Einsatz der knappen Devisen für den Ankauf von Rüstungsrohstoffen und -materialien auf dem Weltmarkt und half, ein hohes Tempo der Aufrüstung zu sichern.

Als der Krieg dann angezettelt wurde, war aufgrund von Stellung und Anspruch niemand mehrfür die Ruhigstellung der Arbeitenden zuständig als Ley. Die beschwörend immer wiederholte Ankündigung, dass es einen zweiten 9. November in der deutschen Geschichte nicht geben werde, bezeichnete den Kern seiner Aufgabe, deren Lösung er – wie die gesamte Führung – sich lange durch eine relative Schonung der deutschen Arbeitskräfte in der Industrie erleichterte, die bis an die Wende des Krieges 1942/1943 beibehalten werden konnte. Das hatte zur Bedingung, dass Millionen herbeigelockter und -geschleppter Arbeiter aus besetzten Ländern und Gebieten und Kriegsgefangene ohne Rücksicht auf die Regeneration ihrer Kräfte ausgebeutet wurden. Je weniger sich diese Strategie jedoch mit der Veränderung der Kriegslage durchhalten ließ, umso mehr sahen sich die Deutschen auf Segnungen des Friedens vertröstet. Ley wurde, während immer mehr alle Menschen den Tod ihrer „gefallenen“ Söhne

betrauerten, Beauftragter für die Regelung der Altersversorgung und, während die deutschen Städte in Trümmer sanken, für den sozialen Wohnungsbau. Welcher Schuldspruch den Mann, der sich gern populär machte, bei Arbeitern aber Ansehen nie errang und seiner dahin gehenden Neigung wegen auch als „Schnapsflasche der Nation“ bezeichnet wurde, getroffen haben würde, blieb offen.

Jedenfalls war die Zahl der Angeklagten auf 22 reduziert. Bis auf einen würden diese Angeklagten ihre Plätze auf der doppelreihigen Bank im Gerichtssaal einzunehmen haben. Es fehlteMartin Bormann, gegen den aufgrund eines Gerichtsbeschlusses in absentia verhandelt werdensollte, nachdem noch einmal klargestellt worden war, dass es über seinen Tod bei dem Versuch, durch den sowjetischen Einschließungsring aus Berlin zu entkommen, keine Gewissheit gäbe,er also möglicherweise noch am Leben sei. (Erst viele Jahre später wurde es zur Gewissheit, dass Bormann bei seinem Vorhaben in der Nähe des Lehrter Bahnhofes umgekommen war.)

Das Gericht zeigte sich in den Vorverhandlungen fest entschlossen, sich vom vorgesehenen Termin des Prozessbeginn nicht abbringen zu lassen. Als ihm in einer weiteren Sitzung der Verteidiger Julius Streichers, des Gauleiters, der sich „Frankenführer“ nannte, und in seiner Eigenschaft als Herausgebers der antijüdischen Hetzwochenschrift „Der Stürmer“ einer der ideologischen Urheber des Judenmordens war, seine Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit seines Mandanten vortrug, wurde dessen psychiatrische Untersuchung anheimgestellt. Aufschiebende Wirkung für den Eintritt in die Verhandlungen würde das aber nicht haben. Eine wiederum international zusammengesetzte Ärztekommission überzeugte sich, dass Streicher zwar von einer fixenIdee besessen war – er hielt sich für den größten aller Kenner der „Judenfrage“ und berufen, die Welt über sein einzigartiges Wissen aufzuklären –, aber nicht geisteskrank sei. Schon dieses ihr Vorgehen und ihre Entscheidungen zeigten, dass es den Richtern vorkommen fern lag, sich auf irgendetwas wie einen „kurzen Prozess“ einzulassen. Sie waren sich bewusst, wie viele bereits in den Startlöchern saßen, um ihnen Vorurteile, Unkorrektheit, Willkür und Verstöße gegen international anerkannte Praktiken von Justizverfahren nachzuweisen und gedachten nicht, dafür Angriffsflächen zu bieten. Noch vor dem ersten Verhandlungstag wurden auch die Verteidiger in einer Sitzung über die dem Verfahren zugrunde liegenden Beschlüsse und deren Wirkungenunterrichtet und konnten ihre Fragen stellen, auf die sie Antworten erhielten.

Am 19. November wurden die Angeklagten in den noch leeren Verhandlungssaal geführt, wo man ihnen Plätze zuwies, so dass eine Reihenfolge zustande kam, die, wenn mit ihr auch den Urteilen nicht vorgegriffen wurde, doch klarmachte, welche Ansicht über ihre jeweilige Rolle bei der Planung und Ausführung der Verbrechen existierte, deren sie beschuldigt wurden. Neben Göring und Heß, die beiden eröffneten die erste Bankreihe, hatte der ehem. Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop Platz zu nehmen, dann folgte Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht und engste Mitarbeiter Hitlers im Führerhauptquartier. Neben ihm wurde der SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner platziert, der dem in Prag an den Folgen eines Attentats umgekommenen Reinhard Heydrich an der Spitze des Reichssicherheitshauptamtes gefolgt war. Am Ende der zweiten Bankreihe saß Hans Fritzsche, der Mitarbeiter von Goebbels und Rundfunkkommentar, der nach seinem Minister wohl bekannteste Durchhaltestratege an der ideologischen Front.

Nachtrag

Das Interesse, das Wissen über die Anklagen und Urteile gegen deutsche Großindustrielle wachzuhalten oder unter den Nachgeborenen zu verbreiten, war in der restaurierten Bundesrepublikgering. Die erhobenen Anschuldigungen insbesondere wegen schamloser Ausbeutung von Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen und auch Kriegsgefangenen sowie wegen Plünderung fremden Eigentums in besetzten Ländern wurden in Vergessenheit gebracht und wären es ohne denDruck des Auslandes auch zur Gänze geblieben. Hätten nicht Forderungen nach einer Entschädigung der überlebenden Zwangsarbeiter, es wurde nur eine Geste davon, das Thema in Politik und Publizistik in den neunziger Jahren noch einmal ans Tageslicht gebracht. Die Dokumente der drei Industriellen-Prozesse sind auch in Spezialbibliotheken nicht greifbar, denn es fand sich kein Institut und kein Autor, der daraus auch nur eine Auswahl präsentiert haben würde. Lediglich in der DDR wurde 1965 der Band: Fall 5.

Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente,Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen“ herausgegeben.

Die Zitate im Text siehe entstammen: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946 (amtlicher Text in deutscher Sprache), 42 Bde., veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland 1947-1949 Bd. 2, S. 11-23.

junge Welt, Montag, 14. November 2005, S. 10.

Anklage im Namen der Menschlichkeit

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46: Am 20. November 1945 begann der Prozess gegen die wichtigsten Funktionsträger der Nazidiktatur (3)

„Möge der stolze Bau recht lange in den auch wiederkehrenden friedlichen Zeiten seinen Zweck erfüllen“, sprach der bayerische Justizminister Heinrich von Thelemann am 11. September 1916 während der Eröffnungsfeier des Nürnberger Justizpalastes in der Fürther Straße, der neben einem schon existierenden Zellengefängnis entstanden war. Auch Bayernkönig Ludwig III. erschien zum Fest, das mitten im Krieg, wie im Kaiserreich üblich, mit gehörigem militaristischem Aufwand und Gepränge begangen wurde. Der Spruch des Ministers bildete nicht den einzigen hehren Wunsch, der an diesem Tag geäußert wurde. Wie in anderen Räumlichkeiten ähnlicher Bestimmung fehlte es auch hier nicht an Bekenntnissen und Schwüren, die künftigen Besuchern Respekt, besser noch Ehrfurcht vor dieser Einrichtung und den in ihr tätigen Personen einflößen sollten. Im Königssaal des Palastes war zu lesen: „Salus publica suprema lex esto“ („Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates“) und das unvermeidliche „Iustitia fundamentum regnorum“ („Das öffentliche Wohl sei das oberste Gesetz“). Wie es um die Beachtung dieser Grundsätze stand, haben Demokraten und Antifaschisten, unter ihnen Kurt Tucholsky, für die Jahre der Republik wiederholt beschrieben. Von 1933 an waren derlei Kommentatoren jedoch zum Schweigen gebracht.

Der Grundstein für das weitläufige Gebäude war im Jahr 1909, also noch vor dem Krieg, gelegt worden, an dessen Ende am Festtag seiner Einweihung freilich nicht zu denken war. Die Bauzeit hatte sich ausgedehnt. Noch war man am Ziel nicht angelangt, da interessierten sich 1915 bereits Militärs für die Kuppel, um sie für die Aufstellung von Maschinengewehren zu nutzen, mit denen Luftangriffe abgewehrt werden sollten. Und bevor die Juristen von ihrem Domizil Besitz ergriffen, war ein fertiggestellter Teil bereits als Lazarett eingerichtet und mit verwundeten Soldaten belegt worden. Das wiederholte sich 1939. Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren neben den Justizbehörden vor allem Dienststellen der Wehrmacht in dem Gebäude untergebracht. Am 21. Februar 1945 wurden Teile des Justizpalastes durch Bomben eines Luftangriffs der Alliierten zerstört. Das Gebäude blieb dennoch benutzbar und wurde nach Kriegsende für diesen und die nachfolgenden Prozesse für tauglich befunden, die dem Ort einen besonderen Bekanntheitsgrad verliehen.[1] Die letzte Verhandlung gegen Mitglieder und Staatssekretäre der Reichsregierung, auch unter Wilhelmstraßenprozess bekannt, endete am 14. April 1949.

Sitzungssaal 600

Am 20. November 1945 wandte sich das Interesse vieler Zeitgenossen den Geschehnissen zu, deren Zentrum der Große Schwurgerichtssaal bildete, der für etwa zehn Monate Tagungsort des Internationalen Militärgerichtshofes wurde. Heute kann der Raum bei Führungen wieder besichtigt werden. Doch befindet er sich nicht mehr vollkommen in jenem Zustand, in den er für die Zwecke des alliierten Gerichtshofes umgewandelt und erweitert worden war. Denn erst Umbauten ermöglichten hinreichende Arbeitsbedingungen für Delegationsstäbe, Wachmannschaften, Stenotypistinnen, Dolmetscher – der Prozess wurde in vier Sprachen geführt –, Filmregisseure und -operateure und die herandrängenden Vertreter der internationalen Presse. Wie Bilddokumente bezeugen, blieb die Enge dennoch beträchtlich, und häufig war der Raum stickig, was angesichts der verhandelten Tatsachen doppelt belastete.

Vor und während des Prozesses war eine enorme organisatorische Leistung gefordert. Einsetzend an jenem Novembertag wurde an 218 Tagen verhandelt. Das Gericht hörte 240 Zeugen, die, sofern sie nicht aus der Gefangenschaft vorgeführt wurden, anreisen und in der schwer zerstörten Stadt untergebracht werden mussten. Die Anklage legte 2360 Beweisdokumente vor. Eine Zahl, die von der Verteidigung, welche 2700 präsentierte, noch übertroffen wurde. Dazu kam eine Masse eidesstattli-

---

[1] Zur Geschichte des Nürnberger Justizpalastes siehe auch: Rede des Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg am 2. Mai 1977 anlässlich des Abschlusses des Wiedereinzugs der Justiz in das Justizgebäude Fürther Straße. Hrsg. Oberlandesgericht Nürnberg, Beiträge zur Rechtsgeschichte.

cher Erklärungen. Was als Beweismaterial dem Gericht vorgelegt wurde, musste auf Echtheit und Tauglichkeit überprüft und übersetzt werden, damit es allen Beteiligten zugänglich war. Um exakte Bezugnahmen auf Gesagtes zu ermöglichen, war das Sitzungsprotokoll fortlaufend ebenfalls viersprachig herzustellen. Es weitete sich auf 16.000 Seiten aus.

Richter, Ankläger und Angeklagte

Den Blickpunkt im Gerichtssaal bildete, wie üblich, natürlich der Platz des Richterkollegiums. Dem Statut entsprechend bestand es aus acht Mitgliedern, jeweils zwei benannt von den vier Staaten. Dabei war bestimmt worden, dass die Stellvertreter bei der Abstimmung am Ende des Verfahrens zur Festlegung der Urteile ohne Stimmrecht blieben. Entscheidend also waren die Entschlüsse des Briten Geoffrey Lawrence, der zugleich den Vorsitz des Kollegiums innehatte, des US-Amerikaners Francis Biddle, des Franzosen Henri Donnedieu de Vabres und des sowjetischen Mitglieds Iola Nikitschenko. Kam es nicht zu einstimmigen Urteilen, mussten sich mindestens drei Richter auf ein Strafmaß einigen.

Ähnlich setzte sich auch die Anklagevertretung zusammen; deren herausragende Personen waren der Brite Hartley Shawcross, der US-Amerikaner Robert Jackson, der Franzose François de Menthon, 1946 durch Auguste Champetier de Ribes abgelöst, und für die Sowjetunion Roman Rudenko. Auch diesen standen Stellvertreter zur Seite. Vor allem aber stützen sie sich auf hochqualifizierte Mitarbeiterstäbe, die sich auf bestimmte Aufgaben spezialisiert hatten und aus deren Reihen im Verlauf des Prozesses auch im Gerichtssaal Teile der Anklage begründet wurden.

Aus den Reihen der Journalisten und der wenigen anderen Zuhörer richteten sich die Blicke vor allem auf die beiden Bankreihen, auf denen die Angeklagten platziert worden waren. Dass sie einmal so geordnet zusammenhocken müssen, hatten sich die einstigen Größen des „Dritten Reiches“ sicher nicht vorstellen können. In dieser Zusammensetzung waren sie seit den zu Siegeszeiten der Nazis gehaltenen Reden Adolf Hitlers oder auch den letzten NSDAP-Reichsparteitagen nicht mehr an einem Orte versammelt gewesen. Damals hatten sie sich auch in Nürnberg befunden, aber in anderem Aufzug, residierend in den ersten Hotels der Stadt, von ihren Gefolgsleuten umjubelt, wo sie sich zeigten. Nun also in diesem Gerichtssaal, den bis dahin nur einer von ihnen als freier Mann betreten hatte: der NSDAP-Gauleiter Julius Streicher, zu jenen Zeiten, als er in der Stadt tonangebend war.

Der Blick auf die Anklagebank verriet als erstes, dass hier drei Personen der obersten Naziführung fehlten: Adolf Hitler und Joseph Goebbels, die in der Reichskanzlei Selbstmord begangen hatten, und Heinrich Himmler, „Reichsführer SS“ und Reichsinnenminister, der nach seiner Gefangennahme Gift genommen hatte. Die Angeklagten waren zumeist im Mai 1945 aufgespürt und aufgegriffen worden, manche nach dem Versuch, unterzutauchen und in die Anonymität zu fliehen. Andere hatten sich im Wissen um die Vergeblichkeit einer solchen Flucht selbst gestellt oder die Sieger an den Orten erwartet, wo die Gesuchten vor allem vermutet wurden. Wilhelm Frick, der einstige Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, der sich auf seinen Privatbesitz im bayerischen Kempfenhausen begeben hatte, wurde schon am 2. Mai verhaftet. Fünf Tage später geschah das gleiche mit Hermann Göring in Berchtesgaden, wohin er sich nach dem 20. April 1945 von Berlin aus begeben hatte. Dort stellte sich einen weiteren Tag später auch der aus seinem Herrschaftssitz Weimar geflohene Fritz Sauckel, ehemaliger Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz und NSDAP-Gauleiter von Thüringen. Am 12. Mai 1945 war Ernst Kaltenbrunner, Reinhard Heydrichs Nachfolger als Chef des Reichssicherheitshauptamtes, in einer Jagdhütte in den Bergen bei Alt-Aussee aufgegriffen worden. Tags darauf wurde Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, der seinen letzten öffentlichen Auftritt bei der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Berlin-Karlshorst hatte, in Flensburg inhaftiert. Eine weitere Woche später kam die Reihe an Alfred Rosenberg, den Reichsleiter der NSDAP und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, der sich nach einer leichten Verletzung in einem Lazarett in Flensburg-Mürwik befand. Am 23. Mai endete mit der Gefangennahme für den von Hitler zu seinem Nachfolger als Staatschef bestimmten Großadmiral Karl Dönitz sowie für Albert Speer und Alfred Jodl die Flensburger Episode der Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht. Anfang Juni stellte sich Baldur von Schirach, der Gauleiter und „Reichsstatthalter“ von

Wien. Vergleichsweise spät, am 14. Juni, erfolgte die Verhaftung des einstigen Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop in einer Privatwohnung in Hamburg. Julius Streicher, der in die Tiroler Alpen geflüchtet war und sich als Kunstmaler ausgab, wurde von einem US-amerikanischen Offizier erkannt und festgesetzt. So war die Naziführung nacheinander in Gewahrsam der britischen und US-amerikanischen Militärverwaltung gelangt, denn wie auch eine Vielzahl der deutschen Soldaten hatte es sie angesichts der Kriegsniederlage westwärts gezogen. Wiewohl sie wussten oder zumindest damit rechnen mussten, dass ihre Namen dort auch auf den Kriegsverbrecherlisten standen, wenn sie sich auch Illusionen darüber hingegeben haben mochten, was das praktisch bedeuten werde.

Robert Jackson übernimmt das Wort

Am Beginn des Prozesses richtete der Gerichtsvorsitzende Geoffrey Lawrence an jeden der 21 Angeklagten die immer gleichlautende Frage, ob er sich im Sinne der Anklage schuldig bekenne. Und jedes Mal lautete die Antwort „nicht schuldig“. Danach erhielt für die Anklage als erster Robert Jackson das Wort, dessen Rede zu den bedeutendsten gezählt werden kann, die jemals in einem Gerichtssaal vernommen wurden. Er beschrieb die Aufgabe des Gerichtshofs und ging auf zu erwartende, teils bereits geäußerte Einwände ein, die gegen seine Tätigkeit geltend gemacht werden konnten. Zur Unabdingbarkeit des Prozesses sagte er: „Die Untaten, die wir zu verurteilen und zu bestrafen suchen, waren so ausgeklügelt, so böse und von so verwüstender Wirkung, dass die menschliche Zivilisation es nicht dulden kann, sie unbeachtet zu lassen, sie würde sonst eine Wiederholung solchen Unheils nicht überleben.“ Es sei indessen nicht Rache, die diese Verhandlung zustande kommen ließ. Um sie auszuüben, wäre dieses Verfahren nicht nötig gewesen. Und zu dem Argument, dass es sich hierbei um „Siegerjustiz“ handele, eine in der Bundesrepublik bis heute abwertende Kennzeichnung des Prozesses, sagte er, dass Ankläger und Angeklagte sich zueinander gewiss „in einer sichtlich ungleichen Lage“ befänden. „Das könnte unsere Arbeit herabsetzen, wenn wir nicht bereit wären, selbst in unbedeutenden Dingen gerecht und gemäßigt zu sein. Leider bedingt die Art der hier verhandelten Verbrechen, dass in Anklage und Urteil siegreiche Nationen über geschlagene Feinde zu Gericht sitzen.“ Doch „die von diesen Männern verübten Angriffe, die eine ganze Welt umfassten, haben nur wenige wirklich Neutrale hinterlassen“. In der Tat, wollten die Alliierten die Aufgabe juristischer Ahndung der begangenen Untaten an Juristen neutraler Länder delegieren, an wen hätten sie sich dann in Europa wenden können? Jedenfalls nicht an Spanien oder Portugal, zwei Regime, die zwar nicht an der Seite der faschistischen Mächte am Krieg teilgenommen hatten, aber nach ihrer inneren Verfassung eine deutliche Verwandtschaft mit den Regimes aufwiesen, die nun in Deutschland und Italien beseitigt worden waren. Blieben, denkt man an Flächenstaaten und nicht an miniaturhafte Staatsgebilde auf Europas Landkarte, Schweden sowie die Schweiz und allenfalls die ferne Türkei, die – ohne eine praktische Bedeutung – am 23. Februar 1945 an Deutschland und auch an Japan eine Kriegserklärung gerichtet hatte. Gegen die Beteiligung von Juristen aus diesem an der äußersten Südostgrenze des Kontinents gelegenen Staat ließen sich zudem andere ernste Bedenken erheben. Jede Überweisung an die in Betracht kommenden Staaten hätte zudem unweigerlich bedeutet, dass dort Experten gefunden werden und sich in die Materie einarbeiten mussten, was wiederum auf eine Verschiebung der Prozesseröffnung hinausgelaufen wäre. Gerade im Hinblick auf dessen öffentliche Wirkung, nicht nur im besetzten Deutschland, hing viel davon ab, dass zwischen den Taten und deren Feststellung und Ahndung nicht mehr Zeit verstrich, als für ein ordentliches Gerichtsverfahren erforderlich war. Jede zeitliche Verschleppung konnte die Aufmerksamkeit nur mindern, die auf diese juristische Abrechnung gelenkt werden sollte.

Tatsachen und Ausflüchte

Der einzige Weg bestand mithin darin, den von den Siegermächten Angeklagten ein faires Verfahren und umfassende Möglichkeiten zu ihrer Verteidigung zu bieten, ungeachtet ihrer eigenen Praxis der Justizwillkür und des Terrors. Die Beschuldigten bekamen die Chance, ihre Verteidiger selbst zu wählen. Die akzeptierte das Gericht, sofern sie nur nicht zu den Blutrichtern des Nazistaates gehört hatten, ohne zu fordern, dass sie zwischen 1933 und 1945 in irgendeiner Weise ein demokratisches Rechtsverständnis bekundet hätten. Zu ihnen gehörte unter anderem Rudolf Aschenauer, bis 1945 Mitarbeiter des Gauverbandes München-Oberbayern des Vereins für das Deutschtum im Ausland

(VDA). Später, er verstarb 1983, veröffentlichte er als Aktivist in Organisationen und Zirkeln der Rechten in einer von deren Zeitschriften einen Beitrag unter dem Titel: „Ohne die totale Lüge wäre ein Nürnberger Prozess niemals möglich gewesen.“ Wie die folgenden Monate zeigten, erschienen den Angeklagten, unterstützt durch ihre Verteidiger, die Lügen wieder und wieder als Zuflucht, die sie angesichts der gegen sie vorgebrachten Beweise zu nehmen suchten. Die Geduld des Gerichtshofes, sich langatmige Reden der nach US-amerikanischem Rechtsverfahren in den Zeugenstand gerufenen Angeklagten anzuhören, war phasenweise beträchtlich. Den später in den Besatzungszonen vor Spruchkammern und anderen Gremien stehenden „kleinen Nazis“ wären mitunter so viele Minuten Aufmerksamkeit zu wünschen gewesen, wie diesen Führern, Göring voran, in Nürnberg an Stunden zugestanden wurde. Wo die Angeklagten „Geständnisse“ ablegten, geschah das unter dem Druck ihnen präsentierter Fakten und begleitet von dem Versuch, sich in ein „allgemeines Verschulden“, eine „Verstrickung“ durch Mitwirkung zu retten, die von den ungeheuren Verbrechen angeblich keine Kenntnis besaßen, sondern diese erst hier im Gerichtssaal gewonnen haben. Dem Beispiel der Ausreden und Ausflüchte, der Berufung auf Eid und Befehl, der Beteuerung von Unwissenheit folgten im Stil und bis in den Wortlaut viele der später wegen Naziverbrechen Angeklagten mit mehr Erfolg als die in Nürnberg vor Gericht Stehenden.

Dass die Wahrheit zutage kam und zum ersten Mal ein auf Tatsachen gestütztes Bild des deutschen Faschismus entstand, war ein Verdienst der Ankläger und ihrer Mitarbeiterstäbe und der vielen, die Naziakten auf prozessverwertbare Dokumente durchmustert hatten, nicht zuletzt auch der Zeugen der Anklage. Der Nürnberger Prozess, wiewohl das seine Hauptaufgabe nicht war, steht am Anfang einer langwierigen Erforschung des deutschen Faschismus, der Geschichte seiner Eroberungen und der dabei begangenen Verbrechen. Gäbe es einen speziellen Nobelpreis für Geschichte, die damals Mitwirkenden hätten ihn postum verdient. Es hätte auch der Friedensnobelpreis sein können.

Der Autor hat gemeinsam mit Manfred Weißbecker das Buch „Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen“ (Militzke Verlag Leipzig 1996, Taschenbuch-Ausgabe 2004) veröffentlicht. Eine weitere Auflage bereitet der Verlag vor.

junge Welt, Sonnabend, 19.11.2005, S. 12.

Die Deutschen und der Jahrhundertprozess

Am 20. November 1945 begann das Gerichtsverfahren gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa war wenig mehr als ein halbes Jahr vergangen, als in Nürnberg, nach einer vorbereitenden symbolischen Sitzung in Berlin, die Hauptverhandlung in jenem Gerichtsverfahren eröffnet wurde, das als Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher weltbekannt werden sollte. Dem waren seit der Wende des Krieges bereits Überlegungen und Verhandlungen der Alliierten vorausgegangen, die sich auf die Beantwortung der Frage richteten, wie mit jenen Personen verfahren werden sollte, die für das Verbrechen gegen den Frieden und die im Verlauf des Krieges verübten Untaten die hauptsächliche Verantwortung und mithin auch die Hauptschuld traf. Die Idee, mit ihnen einen kurzen Prozess zu machen und sie nach der bloßen Feststellung ihrer Identität hinzurichten, wurde zugunsten des Vorhabens aufgegeben, sie vor ein Internationales Militärtribunal zu stellen. Indem die Rolle der zivilen und militärischen Exponenten des Naziregimes gerichtsnotorisch gemacht wurde, sollte auch vermieden, dass sie nachträglich zu Märtyrern stilisiert werden konnten. Es galt, wie der US-amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson schon vor den Verhandlungen gesagt hatte und im Gerichtssaal dann wiederholte, „unglaubhafte Tatsachen durch glaubhafte Beweise“ zu fundieren.

Dieser Prozess sollte nach dem Willen seiner Initiatoren in mehrfacher Hinsicht eine Geschichtslektion und eine Warnung sein. Deren Adressaten waren in erster Linie die Deutschen in ihrer übergroßen Mehrheit, denn es konnte ihnen auf diese wie auf keine andere Weise vorgeführt werden, von wem sie sich hatten führen lassen, wem sie zu welchen Zwecken und mit welchen Zielen gefolgt waren, begeistert oder auch widerstrebend. An diese „Empfänger“ richtete sich auch die Warnung, keinen Gedanken mehr darauf zu wenden, Politikern und Militärs auf einem dritten Eroberungszug zu folgen. Dagegen sollten diesmal ohnehin tragfähigere Sicherungen geschaffen werden, als sie der Versailler Vertrag geboten hatte.

Doch die Warnung war auf eine weit über Deutschland und die Deutschen hinausgehende Wirkung berechnet. Sie sollte allen gelten, die künftighin noch internationale Streitfragen mit Waffen entscheiden wollten. Gewiss: Im Verfahren gegen Göring und andere würden Sieger urteilen, doch wie kaum je in ähnlicher Situation unter der Aufmerksamkeit, ja Aufsicht von Millionen, die unter der furchtbaren Macht des Faschismus gelitten hatten. Mehr als einmal wurde im Verlauf des Prozesses darauf verwiesen, dass die Völker nicht verstehen würden, wenn diejenigen un- oder nur milde gestraft davonkämen, die so viel Tod und Leid über sie gebracht hatten.

Dass der Prozess in einer deutschen Stadt anberaumt wurde, dem in der US-amerikanischen Besatzungszone gelegenen Nürnberg, begünstigte die Lösung der Aufgabe, diejenigen auch zu erreichen, deren Gedanken- und Gefühlshaushalt auf eine neue Grundlage gestellt werden sollte. Das setzte voraus, dass die Deutschen über das Ziel des Tribunals, seine juristischen Grundlagen, seinen Verlauf und schließlich über die Urteilsgründe aufgeklärt wurden. Dafür standen damals Zeitungen, die wegen des Mangels an Drucktechnik und Papier selbst in Großstädten noch keineswegs täglich erschienen, und die Rundfunkstationen zur Verfügung, jeweils überwacht von den dafür eingesetzten Besatzungsoffizieren. Jedoch war zunächst, das sollte sich später ändern, auch in den westlichen Besatzungszonen dafür gesorgt worden, dass in den Redaktionen nur Deutsche wirkten, die, wenn sie nicht Nazigegner gewesen waren, zumindest den geschlagenen Machthabern keine propagandistischen Dienste geleistet hatten.

Die Presseinformationen setzten bereits vor der ersten Sitzung des Gerichts ein, was am Beispiel der *„Stuttgarter Zeitung“* dargestellt werden soll, die in der nach Frankfurt und München drittgrößten Stadt in der US-amerikanischen Besatzungszone seit September 1945 zweimal wöchentlich erschien. Eine Woche vor Prozessbeginn begann die Redaktion den Lesern die Angeklagten mit Kurzbiografien vorzustellen. Das war nicht durchweg überflüssig. Und diese Vorstellung begann auch nicht mit den bekanntesten „Größen des Dritten Reiches“ wie Hermann Göring, Rudolf Heß und Joachim von Ribbentrop, dem Reichsaußenminister, sondern mit in der Öffentlichkeit weniger und womöglich nur

mit ihrem Namen bekannten Personen. An der Spitze stand der einstige Präsident der Reichsbank, kommissarische Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigte für die Aufrüstung Hjalmar Schacht, der 1944, ohne zu den Verschwörern des 20. Juli gehört zu haben, in Sonderhaft in Konzentrationslager verbracht worden war. Von ihm wurde unter der Dachzeile „Verhängnisvoller Ehrgeiz“ geschrieben: „Vielleicht ist Schacht der interessanteste Angeklagte“, sei er doch ein Wegbereiter und Berater Hitlers gewesen. Sodann folgte unter der Überschrift „Der gerissene Geschäftemacher“ die Vorstellung Franz von Papens, „der Hitler in den Sattel half“ und darauf die des Konstantin Freiherrn von Neurath, der schon Ende der Weimarer Republik Außenminister gewesen und das bis 1938 geblieben war.

Damit wurden die drei herausragenden Politiker aus deutschnational-konservativen Kreisen präsentiert. Denn es käme nicht nur, schrieb die Zeitung, auf die Verurteilung der „alten“ Nazis an, sondern es müsse der „ganze deutsche Hexensabbat bürgerlich-feudaler Vergangenheit“ getroffen und die Ansicht widerlegt werden, dass „bis 1933 bei uns alles in Ordnung gewesen sei“. An anderer Stelle war zu lesen: „Das Kriegsverbrechen von 1939, das ist im Grunde nichts anderes als die konsequent unmenschliche Fortführung des Kriegsverbrechens von 1914.“

In dieser Sicht auf die Anklagebank drückte sich gewiss die Meinung der Redaktion, aber nicht nur sie aus. Hier äußerte sich ein „Zeitgeist“, der um die tiefen historischen Wurzeln des Faschismus wusste, sie bloßlegen und ein für alle Mal ausrotten wollte. Derartige Betrachtungsweisen des vernichteten Regimes wurden in der Bundesrepublik schon seit dem Ende der 40er Jahre systematisch verdrängt und damit der gesellschaftliche und geschichtliche Panoramablick aufgegeben, den sie eröffneten. Es steht nicht zu erwarten, dass diese Perspektiven anlässlich des 60. Jahrestages des Prozesses auch nur in den gleichnamigen, bis heute existierenden Zeitungen in denen sie damals begründet und verbreitet wurden in Erinnerung gebracht werden. Und ebenso wenig, dass Autoren dieser Beiträge das Verdienst zugeschrieben wird, das sie sich damals erwarben. Das gilt auch für die Betonung, dass die Reihe der in Nürnberg Angeklagten die Zahl der Anzuklagenden nicht erschöpfte. Verwiesen wurde auf das Fehlen des Reichsarbeitsminister Franz Seldte, des (in der Frühphase des Regimes) Koalitionspartners Hitlers und Reichsministers für Wirtschaft und Landwirtschaft Alfred Hugenberg, und des Reichsministers Meissner, die sämtlich schon ihre Rolle bei der Zerstörung der Weimarer Republik gespielt hatten.

Eingehend informiert wurden die Leser über die juristischen Grundlagen des Prozesses, insbesondere über die vier Anklagepunkte Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (was in korrekterer Übersetzung wohl heißen sollte: Verbrechen gegen die Menschheit) und über die zur Anwendung gelangende Strafprozessordnung. Vorgestellt wurden mit ihren Kurzbiografien die Ankläger der vier Mächte, die den Prozess durch ihre Juristen ausrichteten. Den zu erwartenden Vorbehalten gegen den Prozess begegnend, wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass den in Nürnberg Angeklagten ein anderes Verfahren bevorstehe, als sie es jenen hatten bereiten lassen, die von ihnen in Gerichtssäle gebracht worden waren. Erinnert wurde an den Reichstagsbrandprozess 1933 und den politischen Mord an Marinus van der Lubbe und an die Tätigkeit des Volksgerichtshofes nach dem Attentat Stauffenbergs in der „Wolfsschanze“ und dem raschen Zusammenbruch der Verschwörung.

Mit dem Prozessbeginn setzte eine in den jeweiligen Zeitungsausgaben Seiten füllende Berichterstattung ein. Reden der Ankläger und von ihnen vorgelegte Belastungsdokumente wurden in vollem Wortlaut wiedergegeben, so dass auch ein Bild von dem schriftlichen Beutegut der Alliierten entstand, das in kurzer Zeit gesichtet worden war. Geschildert wurde die Atmosphäre im Gerichtssaal, das Verhalten der Angeklagten, die Initiativen ihrer Verteidiger, selbst die Haftbedingungen der Angeklagten, so u. a., dass sie sich selbst auch über das Echo des Verfahrens in der Presse informieren konnten, von Geistlichen besucht und medizinisch versorgt wurden.

Die Mächte, die den Prozess führten und auch die deutschen Antifaschisten in den Redaktionen sahen sich, sollten sich nicht Vor- und Fehlurteile ihrer Leser gegen diese Berichte geltend machen, vor der Aufgabe zu erklären, dass in Nürnberg nicht das deutsche Volk angeklagt wurde. Zugleich musste der Eindruck vermieden werden, dass da nicht auch von den Deutschen die Rede war und es die 21

vor ihren Richtern sitzenden Personen (Gustav Krupp war als verhandlungsunfähig aus dem Verfahren genommen worden, Robert Ley hatte vor dessen Beginn Selbstmord verübt und gegen Martin Bormann wurde in Abwesenheit verhandelt) allein gewesen waren, die Europa so zugerichtet hatten.

Wie es um die Beziehung zwischen Führern und Volk stand und folglich um die Tatbeteiligung von Millionen, um ihre Mitverantwortung und Mitschuld, das zu erörtern machte die meiste Schwierigkeit. Dass sie Deutschen in Massen diesen Führern gefolgt waren, ließ sich nicht bestreiten. Nicht zu umgehen war demnach die Frage nach dem Warum, auf die bis heute unterschiedliche und konkurrierende Antworten gegeben werden. Zudem sah sich eine nicht zu bestimmende, jedenfalls große Zahl von Deutschen ausschließlich als Opfer des Krieges, eine Haltung, gegen die in der Presse auch offensiv vorgegangen wurde: „Am schlimmsten aber treiben es jene, die nur das ‚deutsche' Leid, den ‚deutschen' Hunger, die ‚deutsche' Obdachlosigkeit der Welt zum Vorwurf machen [...] Erregt wird auf jene abgezehrten, wassersüchtigen Kriegsgefangenen hingewiesen, die aus dem Winter und der endlosen Verwüstung heimkehren, sie fragen nicht, wie leben in den von uns zerstörten und mit Krieg überzogenen Ländern die Millionen Frauen und Kinder der fremden Nationen."

Erklärungen aber, welche die Massengefolgschaft hinterm Hakenkreuz auf Schwäche, Gutgläubigkeit, Kritiklosigkeit reduzierten, auf Ahnungslosigkeit und Fügsamkeit, auch auf die Unfähigkeit, die Absichten der faschistischen Führer früher zu erkennen, verfehlen doch die Ursachen für die Wirksamkeit der Ideologie und Politik der „Nationalsozialisten" weit. Noch mehr galt das für die Deutung der Deutschen als der ersten Opfer dieses Regimes. Anders als in späteren Jahren spiegelten solche Erklärungen damals aber noch die verbreitete Hilflosigkeit gegenüber dem unabweisbaren Faktum, dass es nicht Terror allein gewesen war, der Millionen zu Werkzeugen dieses verbrechenbeladenen Staates und seiner Führer gemacht hatte.

Während des Nürnberger Prozesses wurde in den westlichen Besatzungszonen in Befragungen ermittelt, wie es um sein Echo unter den Deutschen stand. Eine Umfrage vom Oktober 1945 in der US-amerikanischen Besatzungszone ergab, dass 79 Prozent der Befragten den Prozess für fair und nur 4 Prozent ihn für unfair hielten. Bei weiteren Umfragen, angestellt zwischen Dezember 1945 und März 1946, hielten 75 Prozent die Angeklagten für schuldig, ein Anteil, der bis August 1946 jedoch auf 52 Prozent gesunken war Diese Zahlen sind nicht einfach zu deuten. Die überwiegende Zustimmung zur Anklage und später zur Verurteilung der Exponenten des Regimes kann nicht als Beweis für ein Interesse der Bevölkerungsmehrheit daran gewertet werden, sich kritisch mit dem Erlebten und Erfahrenen auseinander zu setzen. Der eigene Schuldanteil wurde gedanklich übergangen und beschwiegen.

In den sich formierenden antifaschistischen Kreise der Bevölkerung bestärkte der Prozessbeginn in allen Besatzungszonen die Hoffnung, dass die später „Bewältigung" genannte politische, geistige und eben auch juristische Auseinandersetzung mit den Jahren 1933 bis 1945 vorankommen werde. Dazu trugen auch zeitlich parallel geführte Verfahren bei. Als der Hauptkriegsverbrecher Prozess eröffnet wurde, endete der Bergen-Belsen-Prozess mit der Verkündung von 11 Todesurteilen und 19 Haftstrafen zwischen lebenslänglich und einem Jahr, sowie mit 14 Freisprüchen. Zur gleichen Zeit begann der Dachau-Prozess. Im württembergischen Ludwigsburg wurde von einem Militärgericht einem Volkssturmmann der Prozess gemacht, der auf Befehl des NSDAP-Kreisleiters drei US-amerikanische Flieger, die sich bei einem Absturz gerettet hatten und die nach Kriegsrecht einem Gefangenlager zu überführen waren, erschoss. Klargestellt wurde, dass die Berufung auf verbrecherische Befehle vor Gericht unwirksam war.

Und nicht nur die Mörder würden ihre Strafe erhalten. In der Nachkriegsgesellschaft werde zwischen Oder und Rhein niemand Einfluss ausüben können, der zu den aktiven Dienern des Regimes gehört hatte. Das versprach just zur Zeit des Beginns der Verhandlungen gegen Göring und andere auch der US-General Joseph T. McNarney, Nachfolger Eisenhowers als Oberkommandierender der US-amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, bei seinem Amtsantritt: „Das Programm der Säuberung vom Nationalsozialismus wird restlos ... durchgeführt werden... Kein ehemaliger Nazi wird eine verantwortliche Stellung einnehmen. Die Nazis werden bei allen Arten von Arbeit als letzte an die Reihe

kommen. Ich möchte jeden einzelnen von ihnen als gewöhnlichen Tagelöhner sehen.“ Dem Einwand begegnend, dass bei diesem Vorgehen die Industrie und die Verwaltung leiden würden, sagte der General militärisch knapp: „Niemand ist unentbehrlich.“

Neues Deutschland, 19./20. November 2005, S. 24.

Klatsch und Tratsch

Ein Bericht vom Rande des Nürnberger Prozesses

Wie die Ingeborg Gräfin Kálnoky, eine im thüringischen Ranis geborene Adlige, die auf ihrem Weg von Ungarn gen Westen eben erst von ihrem vierten Kind entbunden worden war, im Spätsommer 1945 in die Dienste und auf die Versorgungsliste des 26. Infanterieregiments der 3. US-Armee geriet, gehört in jene Kategorie von Fragen, auf die der Volksmund gelegentlich mit der Wendung antwortet: Das weiß Gott allein. Vielleicht aber auch noch ein Nachrichtenoffizier der militärischen Einheit, die in Nürnberg einen Teil der Vorbereitungen für jenes Gerichtsverfahren gegen deutsche Hauptkriegsverbrecher traf, was später als „Jahrhundertprozess“ bezeichnet worden ist.

Dazu gehörte, dass für die Unterbringung von Personen zu sorgen war, deren Anwesenheit vor Gericht von dessen Generalsekretariat auf Verlangen der Anklage oder der Verteidigung gewünscht wurde. So kam ein von der Militäradministration beschlagnahmtes Haus in der Nürnberger Novalisstraße, das die Bombardements wenig beschädigt überstanden hatte, zu neuer Funktion. Zusammen mit einem benachbarten Gebäude wurde es Pension für freiwillige und unfreiwillige Nürnberg-Besucher. Und es erhielt eine Hausdame, die Gräfin, der alsbald auch alle ihre Kinder sowie deren Erzieherin folgten.

Von der Existenz dieses Quartiers hatte die Autorin des vorliegenden Buches 1980 in einem Gespräch am Familientisch erfahren, und ihr war dabei auch ein Gästebuch vor Augen gekommen, das aus jenen Tagen stammte. Die Liste seiner Bewohner, von denen manche nur wenige Tage, andere mehrere Monate da untergekommen waren, war bunter kaum vorstellbar. Hohe Beamte, Diplomaten, Generale, Mitarbeiter von Geheimdiensten, Nazifunktionäre, Verteidiger und Ehefrauen der Angeklagten hatten auf vergleichsweise engem Raum gelebt. Manche erhielten später in Geschichtsbüchern ihren Platz: der sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, der ehemalige Reichskanzler und spätere deutsche Botschafter in den USA, Hans Luther, der erste Chef der Geheimen Staatspolizei, Rudolf Diels, der Mitarbeiter der militärischen Abwehr, General Erwin Lahousen Edler von Vivremont, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Franz Hayler, der Militärattaché in Moskau, General Ernst Köstring, Hitlers zu Reichtum gelangter Leibfotograf Heinrich Hoffmann, der schwedische Industrielle Birger Dahlerus und Niklas Horthy, Sohn des ungarischen Reichsverwesers. Andere waren wenig oder unbekannt – wie jener Reichsbankrat, der das den ermordeten Juden entrissene Zahngold verwaltet hatte, oder die Sekretärinnen Görings und Martin Bormanns.

Diese Liste hat eine Journalistin neugierig gemacht. Anfangen ließ sich mit ihr, sollten nicht der Phantasie die Zügel schießen, indessen nur dann etwas, wenn sich Personen fanden, die sich an das Haus und dessen Gäste erinnerten. Man kontaktierte auf kurzem Wege Robert M. W. Kempner, der nach seiner Rolle als Ankläger in den Nürnberger Prozessen in Deutschland geblieben war. Auf Long Island traf man Richard Sonnenfeldt, inzwischen 81 Jahr alt, der ebenso zur Gruppe der US-amerikanischen Ankläger gehört hatte wie der inzwischen 91jährige Drexel A. Sprecher, der in Washington gefunden wurde. Dazu ein Sohn der in die Kellerwohnung verwiesenen Hauseigentümerin, der sich aus jenen Tagen jedoch nicht mehr als Kindheitseindrücke bewahrt hatte. Gleiches galt für einen Sohn der Hausdame.

Dessen Mutter lebte, 87jährig, in Cleveland/Ohio und hatte schon dreißig Jahre zuvor, Schreibhilfe in Anspruch nehmend, von ihren Erlebnissen berichtet (*The Guest House*, New York 1975). Sie erwies sich als sprudelnde Quelle, sofern kein höheres Verlangen gestellt wurde, als dies die Autorin des hier vorgestellten Buches tat. Diese hatte ein Jahrzehnt in den Diensten des „Spiegel“ gestanden und mochte dort auf die gefällige Darbietung von politisch drapiertem Klatsch und Tratsch trainiert worden sein. Den bot die betagte Gräfin nun reichlich, und er wird auf den Seiten des Buches passagenweise genüsslich ausgebreitet: Wer ihr den Hof gemacht, sie mit Handkuss begrüßt, die dem Haus benachbarte Kneipe frequentiert, sich mit wem vertragen oder gestritten, womöglich mit wem geschlafen hatte. Auf derlei und ihre eigenen Auftritte schon spezialisiert, war die Hausdame an ernster Unterhaltung vollkommen desinteressiert gewesen.

Doch was sollten diese Gäste, zumeist eben noch Diener des verbrecherischen Regimes und womöglich in Erwartung einer gegen sie gerichteten Anklage, auch an Wissen und politischen Bekenntnissen von sich geben? Sie plauderten, als hätten sie diese wirklich gelebt, über ihre Wunschbiographien als Hitlergegner. Gut im Gedächtnis blieben Kálnoky auch Festlichkeiten, die im Jagdhaus der Grafen Faber-Castell nahe Nürnberg stattfanden und zu denen sich ein gemischtes Personal rund um den Prozess, darunter manche ihrer Hausgäste und -besucher hatten einfinden dürfen.

Zu den kurzzeitigen Bewohnern der Pension gehörten zwei ehemalige KZ-Häftlinge. Sie haben im Gästebuch keine Spur hinterlassen. Die Gräfin, die sich an die Namen der Prominenz unschwer erinnern konnte, hatte sich für die der beiden Opfer nicht interessiert. Der eine sei Bauer gewesen, der sich im Hause Strümpfe stopfend die Zeit vertrieben habe, der andere ein „Ingenieur ohne Zähne“. Das erschien der Verfasserin allzu kläglich, so dass sie an dieser Stelle Informationen über als Zeugen in Nürnberg aufgetretene Opfer des Regimes (etwa Marie-Claude Vaillant-Couturier) einflicht, die als Hausbewohner jedoch nicht nachgewiesen sind.

Über irgendein denkwürdiges „Zusammentreffen von Tätern und Opfern unter einem Dach“, mit dem der Verlag Reklame macht, ist nichts zu erfahren, ebenso wenig von Debatten, die zwischen ihnen über Erlebtes und Erlittenes stattgefunden hätten. Auch nicht für die Zeit, nachdem das Haus von der Gräfin, die nach Österreich zog, auf eine Baronin, Annemarie von Kleist, herabgekommen war. Da war der Hauptprozess schon Geschichte. Nun fanden sich vor Ort Zeugen ein, die für die Nachfolgeprozesse geladen waren. Zu den bekanntesten aus den Reihen des Widerstands gehörten Eugen Kogon, der Buchenwald überlebte, und Robert Havemann, den seine Fähigkeiten als Physiker vor der Vollstreckung eines gegen ihn ergangenen Todesurteils gerettet hatten.

Was in diesem Buche lesenswert ist, referiert Bekanntes aus Prozessprotokollen, Erinnerungen Telford Taylors und Sonnenfeldts, von Kempner und dessen Assistentin Jane Lester, des Gerichtspsychologen Gustave M. Gilbert und aus Monographien. Ich empfehle sehr den Griff nach den Originalen.

Christiane Kohl: Das Zeugenhaus. Nürnberg 1945: Als Täter und Opfer unter einem Dach zusammentrafen. Goldmann, München 2005, 255 S., 21,90 Euro.

konkret, 2005, Heft 12, S. 21.

Eine zeitgemäße Anregung

Steckt Ihnen noch der Schock vom vergangenen Jahr in den Gliedern, wie sie ihn kürzlich beim Blick auf den Jahreskalender spürten? Jener, den Sie am Weihnachtsabend erlitten, als Ihre sorgsam gewählten, den Enkeln überreichten Geschenke bei weitem nicht den Beifall fanden, den Sie sich erhofft hatten? Und nun haben Sie, weil Sie verbindliche Bestellungen trotz Mahnung wieder nicht erhielten, Ihre Entscheidung noch immer aufgeschoben?

Abhilfe könnte Ihnen aus unserem westlichen Nachbarlande kommen. Dort hat sich ein Mann, den Sie vermutlich noch nicht kennen, neue Weihnachtslieder ausgedacht, dazu die Musik geschrieben und sie dann auch noch gesungen. Der Name mag Ihnen nichts sagen. Aber wenn sie die „Chansons de Noël“ auch nur einmal gehört haben, werden Sie ihn schwerlich vergessen. Jean René erhält in Frankreich Einladungen von Kindergärten wie von Schulklassen, bei denen er eine Stimmung ganz eigener Art zu verbreiten versteht.

Von den ersten Liedern an – das abspielbare Angebot umfasst dreizehn und gibt die Lieder am Schluss zudem auch in der Instrumentalversion – stellt er sich mit seinem Publikum auf hochvertrauten Fuß. Er hat ihm gleichsam vordem schon ins Ohr geflüstert: Eigentlich kennen wir ja alle Geheimnisse um diesen Weihnachtsmann, um dann lachend mit ihm zu singen: „Wer kommt herein durch den Kamin?“

René macht Vorschläge, wie sich hinter Mutters Rücken ein Stück vom Teig für das Weihnachtsgebäck erwischen lässt, wie das Zimmer zu schmücken ist, wo sich Geschenke verstecken lassen, wie Pakete sorgsam ausgepackt werden und was nach dem Fest mit dem Weihnachtsbaum geschehen soll. Er singt vom Vogelhäuschen vor dem Fenster, von einer sausenden Schlittenfahrt und berichtet von einem weit entfernten Land, in dem nie Schnee fällt und doch Weihnachtszeit ist. Die Lieder erzählen einfache Geschichten. Die müssen einem so erst einfallen und teils übermütig, teils besinnlich vorgetragen werden. Eine ansteckende Einladung zum Mitsingen.

Ich verspreche schon in den Vorweihnachtstagen eine Versammlung mehrerer Generationen, sobald Sie Jean René in Ihrem Wohnzimmer singen lassen. Spätestens, wenn Sie bis zu Nummer 6 gekommen sind. Da erklingt „Juste une petit os“, die Bitte an den Weihnachtsmann, bei seinen Geschenken eine Gabe für den Hund nicht zu vergessen, dem nicht nachgetragen werden soll, dass er versehentlich einmal den Nachbarn gebissen hat, denn sonst war er doch das Jahr über gehorsam.

Diese CD als Ihr Präsent ist freilich auch mit einem Risiko verbunden: Möglicherweise bewirkt es eine relative Entwertung des bereits vorhandenen Tonmaterials, das mehr den Himmel und die Engel als die Erde und deren Kinder besingt.

Jean René, „Chansons de Noël! Weihnachtslieder! Ein Fest für die ganze Familie in Französisch und Deutsch“, 2 CDs, Jumbo Verlag, 22,95 Euro.

Ossietzky, 24/2005, 26. November 2005, S. 899 f.

Der erste Kronzeuge

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Erwin Lahousen vor dem Internationalen Militärtribunal (4)

Am Vormittag des 30. November 1945, des neunten Verhandlungstages, hatte der Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher seine erste Sensation. Während die US-amerikanische Vertretung ihre Argumente zu Punkt I der Anklageschrift „Verschwörung" vortrug, beantragte Oberst John Harland Amen, das Gericht möge das Verhör des Zeugen Erwin Lahousen, eines einstigen Generalmajors der Wehrmacht, zulassen. Dem Verteidiger des Angeklagten Wilhelm Keitel, des ehemaligen Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), schwante offenbar, was auf seinen Mandanten und ihn zukommen würde. Er monierte, dass eine zwischen Anklage und Verteidigung angeblich getroffene Abmachung nicht eingehalten worden sei, wonach die Verteidiger jeweils am Tage vorher davon unterrichtet werden sollten, welche Themen am folgenden zur Sprache kommen und wer vom Gericht gehört werden solle. Derlei sei keineswegs abgemacht gewesen, entgegnete der Chefankläger der USA Robert H. Jackson und verwies darauf, dass die Zeugen keineswegs alle aus der Haft vorgeführt würden, wo sie für Unbefugte vollkommen unerreichbar seien. In einer Stadt wie Nürnberg, einer „Hochburg des Nazitums", aber müsse die Sicherheit der Zeugen gewährleistet werden. Deshalb würde auch in Zukunft nicht immer bekanntgegeben werden können, wen die Anklage zu präsentieren beabsichtige.

Ein anderer Verteidiger versicherte, es handle sich um eine „zuverlässige Verteidigerbank", durchweg fest entschlossen, „dem Gericht bei der Findung des Rechtsspruchs zu helfen". Schließlich stimmten die Richter der Position der Anklage zu, dass von Fall zu Fall entschieden werden würde, wie es mit der vorherigen Unterrichtung zu halten sei. Dann betrat Erwin Lahousen de Vivrement den Raum, der aus einer Villa in einem noblen Vorort Nürnbergs, in der er mit anderen als Zeugen nach Nürnberg gebrachten Personen wohnte, zum Gerichtsgebäude geholt worden war. Lahousen war einer der etwa 1,2 Millionen Österreicher, die der Wehrmacht angehört hatten. Von ihnen war etwa jeder dritte im Krieg umgekommen.

Der Weg des Mannes, der es bis zum Generalsrang gebracht hatte, unterschied sich allerdings erheblich von den Kriegsbiographien der Masse seiner Landsleute erheblich. Als Berufssoldat in der k. u. k.-Armee hatte er bereits am Ersten Weltkrieg teilgenommen, war zum Oberleutnant befördert worden und nach einer Generalstabsausbildung in der Republik Österreich in die neugeschaffene, für die Abwehr zuständige Nachrichtenabteilung ihres Heeres aufgestiegen. Seine Karriere hatte ihn, bis der „Anschluss" 1938 vollzogen wurde, bis zum Oberstleutnant geführt. Von der Wehrmacht übernommen, kam er in deren Oberkommando zur Abteilung Ausland/Abwehr, die wenige Jahre später als ein Zentrum des militärischen Widerstandes bekannt werden sollte und von deren Offizieren eine erhebliche Zahl umgebracht wurde. Lahousen, der unter anderem für Sabotage zuständig war und dessen Abteilung auch das Regiment „Brandenburg" unterstand, war einer der Überlebenden, was er der Tatsache verdankte, dass er 1943 als Regimentskommandeur an die Ostfront befohlen worden war. Nach einer Verwundung im Lazarett, wurde er im Mai 1945 von britischen Truppen gefangengenommen. Der 48jährige war zudem herzkrank. Im Zeugenstand durfte er sitzend aussagen.

Was diesen Zeugen für die Anklage interessant machte, war vor allem die Tatsache, dass er sofort nach Kriegsbeginn mit seinem Chef, Admiral Wilhelm Canaris, oder in dessen Auftrag an Besprechungen im Führerhauptquartier und in anderen Führungszentralen teilgenommen hatte. Daher stand zu erwarten, dass er, der an der Vorbereitung von Widerstandsaktionen beteiligt gewesen war, von seinem Wissen, ohne jemanden zu schonen, Kenntnis geben würde. Lahousen, von Amen mehrere Stunden befragt, erfüllte diese Erwartungen. Seine Antworten waren präzise. Genau bezeichnete er beteiligte Personen und auch, wo sein Wissen endete oder unsicher wurde.

Bericht aus dem Führerhauptquartier

Schon Lahousens erste Antworten widerlegten die Legende, wonach Polen das Reichsgebiet angegriffen habe. Bezüglich des vorgetäuschten polnischen Angriffs auf den deutschen Radiosender

Gleiwitz bestätigte er, dass die Abwehr für die verbrecherische Aktion des Sicherheitsdienstes (SD), die er im Einzelnen nicht beschreiben konnte, polnische Uniformen und Ausrüstungen besorgt habe.

Kein Platz blieb allerdings für die später in der Bundesrepublik lange gepflegte Rechtfertigung, die Grausamkeit der deutschen Kriegsführung sei Resultat der Dauer und Härte des Krieges und eine Reaktion auf den Widerstand und andere Handlungen der Kriegsgegner gewesen. Lahousen hatte zum Zwecke der Berichterstattung mit Canaris am 12. September 1939 das Führerhauptquartier, das sich in einem Sonderzug befand, besucht und dort die Atmosphäre unvermittelt kennengelernt, in der über das bevorstehende Luftbombardement auf die polnische Hauptstadt und von Vernichtungsmaßnahmen gesprochen wurde, deren Opfer Angehörige der Intelligenz, der Geistlichkeit, des Adels und vor allem Juden Polens werden sollten. Dabei sei den beiden der Auftrag erteilt worden, in Südostpolen einen Aufstand der Ukrainer anzuzetteln, bei dem Gehöfte der Polen niedergebrannt werden und Pogrome gegen die Juden stattfinden sollten. Die Zeugenaussage belastete auf der Anklagebank vor allem Wilhelm Keitel und den einstigen Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, die bei den damaligen Besprechungen anwesend waren.

Von Keitel waren 1940 bzw. 1942 auch Weisungen an Canaris gegeben worden, den französischen General Maxime Weygand, der Minister in der Vichy-Regierung gewesen war, dann Befehlshaber der französischen Truppen in den nordwestfranzösischen Kolonien wurde und als Kollaborateur galt, und den aus der Gefangenschaft in der sächsischen Festung Königstein geflohenen General Henri-Honeré Giraud zu ermorden. Letzterer entkam jedoch aus dem noch unbesetzten Südfrankreich nach Nordafrika, wo er kurz vor deren Landung an der Atlantikküste Verbindung mit den Alliierten aufnehmen konnte. Die zwischen dem Amt Abwehr und der Zentrale des OKW wiederholt geführten Gespräche über die Mordaufträge führten zu nichts anderem als zur Anerkennung, dass für diese Aktionen nicht die Abwehr, sondern der Sicherheitsdienst zuständig sei. Lahousen belastete Keitel schwer als einen Militär, den international fixierte und von Deutschland anerkannte Grundsätze der Kriegführung nicht interessierten.

Gnadenlos

Welches Ausmaß an kalter Berechnung die Barbarei faschistischer Kriegführung im Jahre 1941 erreicht hatte, wurde an Lahousens Aussagen über eine Besprechung deutlich, die unter Vorsitz des – später im OKW-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilten – Generals Hermann Reinecke stattgefunden hatte, des ehemaligen Chefs des Allgemeinen Wehrmachtsamtes, das zugleich für das Kriegsgefangenenwesen zuständig gewesen war. Gegenstand der Unterredung war die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Aussonderung jener von ihnen – vor allem der sogenannten Kommissare der Roten Armee –, die erschossen wurden. Im Amt Abwehr waren die Massaker bekannt, und Lahousen war von Canaris mit der Instruktion in die Beratung geschickt worden, sich dort nicht durch moralische Argumente lächerlich zu machen, sondern „fachliche“ vorzutragen, zu denen aber offenbar völkerrechtliche nicht zählten. Dem kleinen Kreis, zu dem als Vertreter des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, dem die mordenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD unterstanden, Heinrich („Gestapo“) Müller gehörte, hatte Lahousen die Nachteile vorgetragen, die aus Sicht der Abwehr aus den Exekutionen entstünden. Es würden sich kaum noch Überläufer einstellen, auch keine Mitarbeiter für Spionage und ähnliche Zwecke gewinnen lassen, und insgesamt könnte sich dadurch der Widerstand des Gegners nur versteifen. Zudem, da die Erschießungen im Angesicht der deutschen Truppen geschähen, werde darunter deren Moral leiden. Das einzige Ergebnis dieser Vorstellungen war das „Zugeständnis“ Müllers, die zur Tötung bestimmten Gefangenen abseits umbringen zu lassen. Ein „Resultat“, räumte der Zeuge ein, könne man das nicht nennen. Nicht anders verliefen Erörterungen über die allgemeine Situation der Kriegsgefangenen im Osten, die massenhaft an Hunger, Seuchen und Krankheiten starben, was in diesem Kreis, wie Lahousen berichtete, billigend hingenommen wurde.

Es war schon später Nachmittag, und an die Befragung durch Amen hatte sich die durch weitere Vertreter der Anklage und durch das Gericht angeschlossen, als mehrere Verteidiger den Zeugen zu fragen wünschten. Indessen stand an diesem Tag noch die Entscheidung darüber an, ob der Angeklag-

te Rudolf Heß, einst Stellvertreter Hitlers für die Angelegenheiten der NSDAP und Reichsminister, der aus Großbritannien nach Nürnberg gebracht worden war, geistig zurechnungsfähig sei und weiter am Prozess teilnehmen müsse oder ob die gegen ihn erhobene Anklage abgesondert und er zu einer späteren Zeit vor ein Gericht gestellt werden würde, wenn sein angeblicher Gedächtnisschwund überwunden wäre. Bisher hatte der zweite, neben Hermann Göring platzierte Mann mit unbeteiligtem Blick in der Anklagebank gesessen, als ginge ihn das Geschehen im Gerichtssaal nichts an.

Heß' Verteidiger setzte sich in längeren Ausführungen dafür ein, seinen Mandanten aus diesem Verfahren zu nehmen, ihn auch nicht in absentia anzuklagen und, falls seine Anträge abgelehnt würden, ein psychiatrisches Obergutachten herbeizuziehen, denn das Urteil von nicht weniger als vier hochrangigen Ärzten bzw. Ärztekommissionen lag schon vor. An der Debatte beteiligten sich der US-amerikanische, der britische und der sowjetische Richter sowie Vertreter der Anklage, die schließlich bis zu Verweisen darauf führte, auf wie unterschiedliche Weise das menschliche Gedächtnis arbeite. Dann kam der Gerichtsvorsitzende auf den Gedanken, Heß selbst nach seiner Meinung zu befragen, woraufhin dieser erklärte, er habe, was er jetzt sagen werde, ursprünglich erst in einer späteren Phase des Prozesses bekanntmachen wollen. Und wörtlich: „Ab nunmehr steht mein Gedächtnis auch nach außen hin wieder zur Verfügung. Die Gründe für das Vortäuschen von Gedächtnisverlust sind taktischer Art. Tatsächlich ist lediglich meine Konzentrationsfähigkeit etwas herabgesetzt. Dadurch wird jedoch meine Fähigkeit, der Verhandlung zu folgen, mich zu verteidigen, Fragen an Zeugen zu stellen oder selbst Fragen zu beantworten, nicht beeinflusst.“ Er habe, fügte er ohne ein Wort der Entschuldigung hinzu, auch seinen Verteidiger bislang getäuscht, der folglich hier im guten Glauben aufgetreten sei. Der Gerichtsvorsitzende schloss daraufhin die Sitzung. Die Presseleute eilten an Telefone und Fernschreiber. Der Prozesstag hatte seine zweite Sensation.

Skrupelfreie Verteidiger

Tags darauf wurde Lahousen wieder in den Zeugenstand gerufen. Nun befragten ihn Verteidiger, darunter nicht nur jene, deren Mandanten durch die Aussagen des Vortages belastet worden waren. Auch die Anwälte von Hjalmar Schacht, Franz von Papen, Hans Fritzsche und Ernst Kaltenbrunner schalteten sich in das Kreuzverhör ein. Da Lahousen seine Antworten unter Berufung auf das Kriegstagebuch des Amtes Ausland und seinen darin enthaltenen eigenen Beitrag gegeben hatte, wurde vor allem der Beweiswert seiner Zeugnisse angezweifelt, das damals Geschriebene und jetzt Gesagte als subjektive Wahrnehmung von Gehörtem eingestuft und zudem sein Erinnerungsvermögen in Zweifel gezogen. Damit sollte das präzise Bild verwischt werden, das er von der Denkweise und den Handlungen mehrerer Angeklagter gegeben hatte. Dieses vervollständigte Lahousen nun durch die Erwähnung seiner einzigen Begegnung mit Kaltenbrunner, den er gemeinsam mit Canaris am Tag der Hinrichtung der Geschwister Sophie und Hans Scholl in München getroffen hatte. Dieser habe in einer Art gesprochen, „die als Zynismus zu bezeichnen noch sehr sachlich ist“. Kurzum: das Ziel der Verteidiger bestand, wie später bei der Vernehmung anderer Zeugen, stets darin, deren Aussagen mit allen denkbaren Zweifeln zu versehen und ihren juristischen Wert auf null zu setzen.

Damit nicht genug. Lahousen war der erste Zeuge der Anklage, der erlebte, dass diese Verteidiger, von denen ein erheblicher Teil Mitglied der NSDAP gewesen war, ihn und mit ihm die Gruppe der Widerständler im Amt Ausland ohne jeden Skrupel in den Augen der Richter moralisch ins Zwielicht zu stellen wünschten. Hatten nicht die Canaris, Oster und er – Lahousen – dem Regime mit ihrem militärischen und geheimdienstlichen Wissen sämtlich selbst gedient und sich damit schuldig gemacht? War von ihnen nicht auf den Sieg des Regimes hingewirkt worden? Das war für die Militärs, die jahrelang an der Spitze der Abwehr gestanden hatten, nicht zu bezweifeln. Am wenigsten für Lahousen, der noch am 1. Januar 1945, da befanden sich Canaris und Oster in der Gewalt der Gestapo, zum Generalmajor ernannt worden war. Nun hielt ihm ein Verteidiger vor, er habe sich 1938 gar in die Dienste der Wehrmacht gedrängt.

Doch was besagte das über Wahrheit oder Falschheit der Aussagen des Zeugen? Nach dem Eindruck von Gesprächspartnern, die ihn in Nürnberg in jener Zeit kennenlernten, durchlebte Lahousen eine schwere psychische Krise. Doch er war selbst keineswegs bis zu jenem Punkt von Selbsterkenntnis

vorgedrungen, von dem aus er diesen Angriffen hätte überlegen begegnen können. Die schon vor Gericht und später vielfach benutzte Formel, wonach man eben hätte auch mitmachen müssen, um dagegenhalten zu können (wobei das eine zu Resultaten führte, das andere aber meist in Absichten und Ansätzen steckengeblieben war), besaß wenig Überzeugungskraft. Einer Wendung unfähig, die von eigener Schuld sprach, erklärte Lahousen in einer seiner Antworten, dass er „nun mal unglücklicherweise drinnen stand“. So fiel es den Verteidigern nicht schwer, Lahousen wie später auch Friedrich Paulus auf eine eigene Anklagebank zu setzen und sie mit dem Etikett „Du auch“ zu versehen.

Dabei wurden selbst dümmste Argumente vorgetragen. Auf Lahousens Bericht von den an Canaris ergangenen Aufträgen, die französischen Generale Weygand und Giraud zu beseitigen, wurde vom Verteidiger Ribbentrops allen Ernstes gefragt, ob er in Kenntnis dieser Mordabsicht „irgendeiner Polizeibehörde die vorgeschriebene Anzeige erstattet“ habe, und darauf hingewiesen, „dass die Unterlassung einer direkten Strafanzeige nach deutschem Recht mit Gefängnis bestraft wird und in schweren Fällen Todesstrafe nach sich zieht“. Der Absurdität dieser Vorhaltung begegnete Lahousen mit der Bemerkung, dass dann „Herr Hitler“ hätte angezeigt werden müssen. Das Gericht ließ derartige Attacken gegen Zeugen – sie richteten sich später selbst gegen Widerstandskämpfer, die Auschwitz überlebt hatten – ohne einzugreifen zu. Das hat manchen Rechtsanwalt im Prozessverlauf nur dreister werden lassen. Lahousens Befragung war der Pilotversuch, wie weit sich gehen ließ.

Geburtsstätte von Legenden

In den Fragen der Verteidiger traten schon während dieser ersten Zeugenbefragung zwei apologetische Anliegen deutlich hervor, die – weit über ihren unmittelbaren Zweck vor Gericht – in der Bundesrepublik gesellschaftliche Bedeutung erlangten und lange auch die Geschichtsschreibung prägten. Eines bestand in dem Versuch, zwischen Wehrmacht, SS und SD nach ihrer Rolle und ihren Methoden einen absoluten Gegensatz zu konstruieren. Nürnberg wurde so zu einer der ersten Pflegestätten der im letzten OKW-Bericht verbreiteten Legende von der „sauberen Wehrmacht“. Lahousen hat dazu nicht nur nichts beigetragen, sondern ihr mit dem Hinweis auf die unter der Regie des Oberkommandos des Heeres verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen (er war auf einer seiner Reisen auch Augenzeuge des Elends und des Sterbens gewesen) gerade entgegengewirkt. In einer anderen Aussage wandte er sich dagegen, alle Angehörigen dieser Wehrmacht gleichermaßen der Verbrechen zu beschuldigen. Was er zugunsten der Wehrmacht sagte, wollte er aber nicht für Zwecke genutzt sehen, die Militärs an ihrer Spitze reinzuwaschen. Wenn er von „Wehrmacht“ spreche, erklärte er, rede er von der „Masse der Soldaten“, von der „Masse der einfach und natürlich denkenden Menschen“. Über deren Rolle war freilich mehr zu sagen.

Die zweite Rechtfertigung betraf gerade diese Masse, der Soldaten in erster Linie, aber auch der Zivilisten. Denn im Verlauf der Zeugenbefragung kam die Rede darauf, was die Deutschen von den hinter der Front verübten Verbrechen und den ihnen zugrunde liegenden Befehlen wussten. Gegenüber einem Verteidiger der SA, der selbst deren Führer als unwissend und ahnungslos kennzeichnen wollte, verwies Lahousen auf die alltäglichen Verbindungen zwischen der Front und dem Hinterland und darauf, dass Urlauber, darunter SA-Leute, die gesehen hatten, was geschah, „wenn sie zurückkamen, das erzählt haben, genau wie das alle anderen getan haben“. Trotz solcher frühen Zeugnisse vermochte sich die Legende von den unwissenden Deutschen über Jahrzehnte zu erhalten. Erst nach langwierigen Forschungen, anhand vieler Dokumente und auch von Fotos wurde sie nachhaltig erschüttert.

Der ehemalige Wehrmachtsgeneral Erwin Lahousen hatte in Nürnberg einen Beitrag zur Wahrheitsfindung geleistet. Das mochte er als eine Möglichkeit der Wiedergutmachung und der Selbstbefreiung gesehen haben. Er starb ein Jahrzehnt später in Tirol. Noch im Vorwort eines Buches, das in Wien 2004 erschien und an seine Rolle erinnert, wird mitgeteilt, dass sich das offizielle Österreich um ihn „bis zum heutigen Tag nicht gekümmert“ habe.

Literaturhinweis – Karl Glaubauf, Stefanie Lahousen: Generalmajor Erwin Lahousen Edler von Vivremont. Ein Linzer Abwehroffizier im militärischen Widerstand (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten. 2), 2004, 72 S., 9,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 30.11.2005, S. 10.

Recht, nicht Rache

Vor 60 Jahren begann am 20. November 1945 die öffentliche Hauptverhandlung gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher

Den Jahrhundertprozess und das gesprochene „Urteil von Nürnberg“ empfinden bis heute all jene wie einen Stachel an ihrem Leibe, die als Aggressoren in andere Staaten einfallen, deren Bewohnern ihr wie immer beschaffenes Leben in Frieden rauben und sie in Armut, Elend, Krankheiten und Tod stürzen. Diese Wirkung des Justizverfahrens war auch vorbedacht und gewollt, jedenfalls von den Richtern und Anwälten der vier Mächte, die auf der Basis einer im August 1945 in London getroffenen Vereinbarung, der sich viele weitere Kriegsgegner des Reiches anschlossen, die deutschen Hauptkriegsverbrecher anklagten und aburteilten.

In Nürnberg ist Völkerrecht praktiziert und gesetzt worden, das nach diesem Krieg ohne Beispiel helfen sollte, für die Zukunft friedliche internationale Beziehungen zwischen Staaten zu sichern. Rechtsprinzipien allein, wie wohl sie begründet, wie feierlich sie verkündet werden, vermögen das allein freilich nicht. Dass gegen sie verstoßen wird, und diese Verstöße, wie wir erleben, eine Ahndung nicht erfahren, spricht nicht gegen die Prinzipien. Es sollte als Aufruf verstanden werden, auf ihnen zu bestehen, sie zu verteidigen, ja zunächst vielleicht: sie in Erinnerung zu rufen. Denn es gab früh, nicht nur, aber zumal im deutschen Weststaat, ein massives und sich durchsetzendes Interesse, in Vergessenheit zu bringen oder auch herabzusetzen und zu diffamieren, was in Nürnberg und schon zur Vorbereitung dieses Gerichtsverfahrens geleistet wurde.

Kaum war ein Jahrzehnt nach dem Prozess vergangen, da schrieb der polnische Völkerrechtler Jerzy Sawicki, der in Nürnberg zur Delegation seines geschundenen Landes gehört hatte, ein in der DDR auch in deutscher Übersetzung erschienenes Buch unter dem Titel „Als wäre Nürnberg nie gewesen“. Seitdem sind die früh errichteten Barrieren und Blendwände, hinter denen das gemeinsam erworbene Verdienst der Juristen der Hauptmächte der Anti-Hitlerkoalition zum Verschwinden gebracht werden sollte, nie vollständig abgerissen worden. Und inzwischen existieren der schlechten Gründe mehr, davon zu schweigen. Umso mehr gute lassen sich ins Feld führen, die Antifaschisten bewegen können, in Erinnerung und im Bewusstsein zu halten, dass und wie sich Humanisten damals eine auch völkerrechtlich geordnete Welt des Friedens vorstellten und was und wen sie brandmarkten, verdammten, verurteilten.

Anfang 1945 war nach Auseinandersetzungen definitiv entschieden, den von mehreren Seiten unterbreiteten Vorschlag nicht länger zu verfolgen, der darauf hinausgelaufen war, sich mit den bereits hinreichend bekannten Verbrechern des Naziregimes nicht viele Umstände und ihnen einen kurzen Prozess zu machen, d. h. sie nach der Feststellung ihrer Identität an den Galgen zu bringen oder erschießen zu lassen. Dem Gerichtsverfahren wurde der Vorzug gegeben. Kriegsverbrecher sollten, woran schon im Hinblick auf deutsche Verbrechen im Ersten Weltkrieg, begangen in Belgien und Frankreich und auf hoher See, gedacht worden war, in den Staaten abgeurteilt werden, in denen die Untaten verübt worden waren, oder, wenn sich das Geschehene so nicht lokalisieren ließ, vor ein internationales Gericht gestellt werden.

Das war in mehrfacher Hinsicht eine weise Entscheidung. So wurde die Chance verkleinert, Märtyrer zu schaffen. Zweitens war auf diese Weise klarzustellen, dass hier nicht Rache geübt, sondern Recht gesucht, gesprochen und verwirklicht wurde. Und drittens gaben Prozesse wie sonst keine andere Vorgehensweise Gelegenheit, vor der breitesten Öffentlichkeit von den Tätern und ihren Taten zu reden und damit die Räume zu verengen, die künftig mit Sicherheit für die Verbreitung von Fälschungen, Legenden und Geschichtslügen genutzt werden würden. Freilich der Aufwand, den dieses Vorgehen erforderte, war bereits in der Phase der Vorbereitung riesig, und es gab dafür keine Erfahrungen.

Jedoch mussten die Arbeiten, als die Entscheidung schließlich in London am 8. August 1945 in Gestalt eines Abkommens der vier Mächte getroffen worden waren, das auch das Statut für das Gericht einschloss, nicht beim Punke Null begonnen werden. An der Sammlung von Beweisen für begangene Verbrechen während der Kriegsjahre waren die Regierungen mehrerer Staaten, darunter diejenigen

im Londoner Exil beteiligt gewesen. 1942 hatte eine Konferenz beschlossen, in London eine Kommission zu etablieren, die sich eigens mit der Feststellung und Untersuchung von Verbrechen der faschistischen Welteroberer befasste. Indessen war die wichtige Arbeit noch zu leisten, die diese Verbrechen auch einwandfrei namentlich zu erfassenden Tätern zuordnete, so dass deren Verurteilung auf einen festen Boden von Beweisen gestellt werden konnte.

Wer sich eine auch nur ungefähre Vorstellung von dem Umfang an Arbeiten macht, der auf dem Wege zu einer hieb- und stichfesten Anklageschrift zu bewältigen war, den kann nur wundern, dass der Prozess tatsächlich in der vorgesehenen kurzen Zeit – es war seit dem Ende der Kriegshandlungen und der Eroberung Berlins kaum mehr als ein halbes Jahr vergangen – eröffnet werden konnte. Zudem wurden schon dreißig Tage vor seinem Beginn den Beschuldigten die Anklageschrift zugestellt, damit sie sich mit ihren Verteidigern auf ihre Strategie verabreden und sich auf Erwiderungen auf die gegen sie erhobenen Anschuldigungen vorbereiten konnten.

Zuvor hatte zwischen den Vertretern der alliierten Mächte eine Verständigung darüber stattgefunden, wer in diesem ersten Prozess, – schon war an nachfolgende gedacht worden –, auf der Bank der Angeklagten Platz nehmen sollte. Die getroffene Entscheidung zeigte das Bestreben, in Gestalt der dort platzierten Personen auch ein Gesamtbild von jenen Gruppen an der Spitze des Naziregimes zu geben, die für den Krieg und die Verbrechen die hauptsächliche Verantwortung trugen. Das waren zum einen herausragende Politiker des Regimes wie Göring und die Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, und des Auswärtigen Joachim von Ribbentrop, der Reichswirtschaftsminister Walther Funk und sein Vorgänger Hjalmar Schacht, der Reichsminister für die Bewaffnung Albert Speer und der für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, der als Reichsleiter der NSDAP zugleich einer der ideologischen Wegbereiter von Krieg und Eroberung gewesen war. Das galt auch für Hans Frank, den faschistischen Juristen, der, residierend auf der Krakauer Burg, über das Generalgouvernement geherrscht hatte. Hier hinein war auch der Reichsminister ohne Geschäftsbereich Arthur Seyß-Inquart zu ordnen, bekannter als der Reichskommissar in den besetzten Niederlanden.

Ohne den Rang eines Reichsministers zu besitzen, hatte Reinhard Heydrichs Nachfolger Ernst Kaltenbrunner, SS-General und Chef des Reichssicherheitshauptamtes, als Herr über den Terror- und Vernichtungsapparat zu den mächtigsten Männern im Reich gehört. In diese Reihe war weiter der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, zu platzieren, zudem Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter in Thüringen. Diese Funktion hatte zuletzt Baldur Schirach im Reichsgau Wien gehabt, der vordem als Reichsjugendführer fungierte und für die ideologische und mentale Aufrüstung von Millionen Jugendlichen zuständig gewesen war. Schirachs Anklage und Verurteilung heftete sich dann jedoch weniger an seine Vorkriegsrolle als Führer der Hitlerjugend, sondern an seine Initiative, unternommen um Wien „judenfrei“ zu machen und die „Nichtarier“ auf den Weg in die Ghettos und zu ihren Mördern zu verschleppen. Das Judenmorden stand auch im Zentrum der Anklage gegen Julius Streicher, den Herausgeber der antisemitischen Wochenzeitschrift „Der Stürmer“ und NSDAP-Gauleiter in Franken, der wie kein zweiter fanatisch gegen die Juden gehetzt und deren Vernichtung propagiert und gerechtfertigt hatte.

Waren das, mit der Ausnahme von Schacht, durchweg frühe Gefolgsleute Hitlers, so bildeten die Militärs (zu denen in anderer Weise als Oberkommandierender der Luftwaffe auch Göring gezählt werden muss) eine nach ihren Biografien eigene Gruppe. Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl waren vom ersten Kriegstag an die engsten Mitarbeiter Hitlers im Führerhauptquartier gewesen, während der von Hitler noch zu seinem Nachfolger ernannte Großadmiral Karl Dönitz die Kriegsmarine kommandiert hatte wie vor ihm der ebenfalls angeklagte Großadmiral Erich Raeder, der das Kriegsende bereits als Pensionär erlebte.

Zwei der Angeklagten fielen in unterschiedlicher Weise aus dieser Versammlung heraus. Der eine war der kurzzeitige Vizekanzler im Hitlerkabinett Franz von Papen, später Botschafter in Wien und Ankara, der seinen wichtigsten Part bei der Etablierung der Diktatur gespielt hatte. Diese Rolle, so politisch schändlich sie auch genannt werden musste, weil durch sie ein verbrecherisches Regime an die Macht gebracht wurde, fiel jedoch nicht unter die Anklagepunkte dieses Prozesses. Der andere

war Hans Fritzsche, ehemals Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium und der Einzige, der auf dieser Bank erkennbar eine Stellvertreterstellung für seinen einstigen Chef zu beziehen hatte, denn was immer er selbst in Wort und Schrift für die Kriegsverlängerung geleistet hatte, er wäre doch nach Nürnberg nicht gekommen, hätten die Alliierten Goebbels oder einen seiner drei (aufeinander folgenden) Staatssekretären gehabt. Indessen war von diesen einer umgekommen und die beiden anderen konnten untertauchen und erst nach Jahren aufgespürt werden.

Das also waren die in den Gerichtssaal auf die Anklagebank geführten. Erkennbar fehlten da einige. Gegen Martin Bormann wurde in absentia verhandelt, da sein Verbleib ungeklärt war. Erst später wurde festgestellt, dass er bei dem Ausbruchsversuch aus dem sowjetischen Ring um die Berliner Innenstadt ums Leben gekommen war. Robert Ley, Reichsleiter der NSDAP und Führer der Arbeitsfront, hatte sich nach dem Lesen der Anklageschrift in seiner Zelle umgebracht. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, bis 1943 Chef des berühmtesten unter den berüchtigten deutschen Rüstungskonzernen, war für prozessunfähig erklärt worden, er litt an seniler Gehirnerweichung. Sieht man von dem Fehlen Krupps ab, so eröffnete diese Ansammlung doch so etwas wie einen Panoramablick auf die Mächtigen des geschlagenen Reiches.

Das Bild von deren Rolle, ihrer Ideologie, ihrer moralischen Verfassung, ihren Plänen und den skrupellosen Schritten, mit denen sie an ihr Ziel zu gelangen suchte, gewann Tiefenschärfe freilich erst in den Monaten des Prozesses. Nicht etwa durch das Zutun der Angeklagten oder von deren Verteidigern, die sie nach eigenem Gutdünken hatten wählen können Die Beschuldigten antworten dem Gerichtsvorsitzenden auf die eingangs an sie gestellte Frage, ob sie sich im Sinne der Anklage schuldig fühlten, allesamt „Nicht schuldig“. Sie logen, dass sich auch die stärksten Balken hätten biegen müssen. Wo sie „Geständnisse“ ablegten, geschah das unter dem Druck der ihnen präsentierten Fakten und begleitet von dem Versuch, sich in ein „allgemeines Verschulden“, eine „Verstrickung“ durch eine Mitwirkung zu retten, die von den ungeheuren Verbrechen Kenntnis angeblich nicht besaß, sondern diese erst hier im Gerichtssaal gewonnen habe. Das verfing zwar nicht, wirkte aber in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft lange nach. Dem Beispiel der Ausreden und Ausflüchte, der Berufung auf Eid und Befehl, der Beteuerung von Unwissenheit folgten viele und mit mehr Erfolg als die in Nürnberg vor Gericht Stehenden.

Dass die Wahrheit zutage kam und zum ersten Mal ein auf Tatsachenmassen gestütztes Bild des deutschen Faschismus entstand, war ein Verdienst der Ankläger und ihrer Mitarbeiterstäbe, und der vielen, die das Beutegut an Akten auf prozessverwertbare Dokumente durchmustert hatten, nicht zuletzt auch der Zeugen der Anklage. Der Nürnberger Prozess, wiewohl das seine Hauptaufgabe nicht war, steht am Anfang einer langwierigen Erforschung des deutschen Faschismus und der Geschichte seiner Eroberungen sowie der dabei begangenen Verbrechen. Gäbe es einen speziellen Nobelpreis für Geschichte, die damals Mitwirkenden hätten ihn posthum verdient. Es hätte auch der Friedensnobelpreis sein können.

Antifa, November/Dezember 2005, S. 22-23.

Zur Einführung: Von den Urteilen zur „Gnadenarie“

Versetzen wir uns heute 60 Jahre zurück, können wir konstatieren, dass die Gerichtsverhandlung gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher im Saal 600 des Nürnberger Justizpalastes bereits fünf Monate und fünf Tage dauerte. Diese Länge war nicht beabsichtigt. Die Juristen der Alliierten arbeiteten zügig und angestrengt. Am Jahreswechsel 1945/1946 hatten sie nur eine geringfügige Pause eingelegt und am 2. Januar wurde bereits wieder verhandelt, erstaunlich, wenn man die damaligen Verkehrszeiten vor Augen hat.

Es ist ein Zufall, dass wir unsere Tagung gleichsam auf den Tag genau in der Prozessmitte durchführen, denn es dauerte vom 25. April 1946 bis zur Verkündung der Urteile noch einmal exakt fünf Monate und 5 Tage. Dann war der „Jahrhundertprozess“, so eine seiner Kennzeichnungen, Geschichte, aber nicht vergessen. Die Auseinandersetzungen, die zwischen der Anklage und den Verteidigern um Verantwortung und Schuld der Angeklagten im Verlauf des Verfahrens stattgefunden haften, Sanden augenblicklich ihre Fortsetzung, wenn auch das Besatzungsrecht und die Kontrolle der Alliierten den Gegnern des Prozesses und den Urteilen noch Schranken auferlegten. In den ersten Jahren, inzwischen fanden viele weitere Prozesse vor Gerichten der Alliierten statt, publizierten in den Besatzungszonen der Westmächte vor allem die in Nürnberg tätig gewesenen deutschen Anwälte (unter ihnen war ein Osterreicher, der eine andere Position einnahm) Schriften, in denen sie mit juristischen Einwänden, die sie schon im Gerichtssaal vorgebracht hatten, an die Öffentlichkeit traten. Das war nicht verwunderlich. Die vier Mächte hatten, was die Zulassung und Auswahl der deutschen Juristen anlangte, welche die Angeklagten von Hermann Göring bis Hans Fritzsche vertraten, keine besonders hohen Schranken errichtet. Weder die Mitgliedschaft in der NSDAP noch die Tatsache, von einem Naziminister als Professor auf einen juristischen Lehrstuhl berufen worden zu sein, stellte einen Hinderungsgrund dar. Bald auch machten sich ausgesprochene Faschistenfreunde bemerkbar. Noch nicht Deutsche, aber Ausländer wie der Franzose Maurice Bardèche, dessen Elaborat *Die Politik der Zerstörung* dann auch in deutscher Sprache gedruckt und verbreitet werden konnte. Dieser Gründervater des französischen Nachkriegsfaschismus hatte Kommunisten und Marxisten als Urheber der Nürnberger Urteile ausgemacht.

Den Kritikern traten andere Juristen, namentlich Völkerrechtler, entgegen. In der DDR Rudolf Arzinger und wirkungsvoll Peter Alfons Steiniger, dem auch das Verdienst zukommt, wichtige Dokumente, die dem Gericht vorlagen, in Auswahl einem breiteren Publikum zugänglich gemacht zu haben, denn der amtliche Prozesstext samt aller vom Gericht zugelassenen Dokumente, in 42 Bänden veröffentlicht, gelangte nur in Spezialbibliotheken und war nicht dazu bestimmt, der allgemeinen Information zu dienen. Er ist auch von Historikern wenig herangezogen worden, denen er in Ost wie West reiches Material für die Darstellung der Geschichte von Faschismus und Krieg hätte bieten können.

Bis heute scheint mir das Verdienst der Juristen der vier Mächte und ihrer Stäbe durch die Geschichtsschreiber nicht angemessen gewürdigt. In Wahrheit aber, wenngleich das nicht seine Aufgabe war, funktionierte dieser Gerichtshof zugleich als ein einmaliges und hocheffektives historisches Forschungslabor. Keine spätere Forschergruppe von Historikern hat so zahlreich und so zielstrebig kooperiert, um ein Gesamtbild des verbrecherischen imperialistischen Systems zu gewinnen, das sich mit dem Namen Nationalsozialismus tarnte und als Staat der Volksgemeinschaft ausgab. Von diesem Verdienst ist noch weniger ins öffentliche Bewusstsein gelangt, ja, es ist auch verfälscht und ins Gegenteil verkehrt worden. Die kürzeste und demagogisch eingesetzte Formel zur Herabsetzung des Geleisteten lautete alsbald „Gericht der Sieger“. Dabei hatten die Juristen der vier Mächte nicht bestritten, dass sie als solches tätig wurden. Doch zum einen konnten sie rechtens beanspruchen, ein Gericht der Völker zu sein und – wichtiger noch – sie vermochten nachzuweisen, dass sie sich an Grundsätze, Maßstäbe und Richtlinien internationalen Rechts gebunden fühlten und dieses Recht sinngemäß (und nicht willkürlich) weiterentwickelten.

Lassen sie uns zur Einstimmung in unser Thema einen Blick in jenen Saal 600 im Gerichtsgebäude in der Fürther Straße in Nürnberg werfen und uns vor Augen führen, was dort an diesem 25. April 1946 geschah. Der als Zeuge der Verteidigung für den Reichsinnenminister Wilhelm Frick gerufene Hans Bernd Gisevius, Jurist und an maßgeblichem Platze in der Politischen Polizei und später der

Abwehr tätig gewesen sowie nach eigenen Aussagen ein Gegner des Systems seit dessen frühen Tagen, wurde von Dr. Dix, dem Verteidiger Hjalmar Schachts, nach seinem Wissen über die Rolle des einstigen Präsidenten der Reichsbank und kommissarischer Reichswirtschaftsministers befragt. Das Gericht hörte sich zunächst dessen Darstellung der Blomberg-Fritsch-Krise im Jahre 1938 an, von der Gisevius eine revolutionierende Wirkung in die militärischen und bürgerlich-zivilen Kreise des Widerstandes behauptete. Das treffe auch auf die Haltung Schachts zu, der von da an sich aus einem zeitweiligen Bewunderer zu einem Todfeind Hitlers entwickelte habe und dem „Führer“ gar nach dem Leben trachtete, sei der Angeklagte seit 1937 doch überzeugt gewesen, dass kein geringeres Mittel als Putsch und Tyrannenmord den Krieg abwenden oder nach dessen Beginn beenden könnte. Weitschweifend erzählte der Zeuge die Geschichte von Schachts fortgesetzter „Verschwörerarbeit“, seiner führenden Rolle in der „politischen Opposition“, seinem „unter schwersten Terrorverhältnissen“ geführten Kampf „gegen dieses System“, seinem nimmermüden Drängen auf die Vorbereitung von Militärputschen, seinen Kontakten zur Mobilisierung des Auslands, Englands, Frankreichs, der USA und des Vatikans. Alledem hätten „patriotische Erwägungen“, ja als beherrschender Gedanke die „Ideale der Menschheit“ zugrunde gelegen.

Das ließ der Gerichtsvorsitzende, Lord-Richter Geoffrey Lawrence, nahezu den ganzen Tag lang hingehen. Er unterbrach auch dann nicht, als Gisevius im Verlauf seiner Aussage ein verschwörerisch-strahlendes Bild seines Freundes Arthur Nebe, des SS-Gruppenführers und Chefs des Reichskriminalpolizeiamtes, zeichnete, der „ehrlich an die Sauberkeit und die Reinheit der nationalsozialistischen Ziele glaubte“. Dabei war das Gericht über dessen erfinderische Rolle als Massenmörder bereits durch mehrere Dokumente und andere Zeugnisse verlässlich unterrichtet. Nur Robert H. Jackson griff ein und erklärte, dass „falls wir recht viel Zeit hätten“, man sich diese Erzählung über „diese Putsche, drohenden Putsche, angeblichen Putsche“ weiter anhören könne. Jedoch, so der US-amerikanische Chefankläger nicht ohne Sarkasmus weiter: „Wir führen hier keinen Prozess gegen diese Generale wegen ihrer etwaigen Beteiligung oder Nichtbeteiligung an einem Putsch. Uns ist es ebenso recht, wenn sie an keinem Putsch teilgenommen haben.“

Soviel und nicht mehr über den 25. April 1946 in Nürnberg. Würden wir den Text dieser Zeugenschaft heute hier verlesen, es würde sich dieser Raum vermutlich rasch leeren. Der ist summarisch überhaupt nur erwähnt worden, um daran zu erinnern, welche Chancen den Verteidigern eingeräumt wurden, ihre Mandanten vor dem Gerichtshof zu vertreten. Und das wiederum scheint notwendig, angesichts der auch jüngst wieder erhobenen Behauptung, es habe sich um einen „Schauprozess“ gehandelt. Keine Frage, die Deutschen sollten auf diesen Prozess „schauen“, und das zu bewirken war wegen ihrer momentanen materiellen und geistigen Verfassung schwierig genug.

Ein Wort noch zu dem Bogen, der mit dem Thema unserer Tagung geschlagen wurde und das wir doch nicht als ein Zwangskorsett für Vortragende und Diskutierende verstehen. Die Kennzeichnung „Gnadenarie“, die von Robert M. W. Kempner stammt, der sich um den Prozess, die Nachfolgeprozesse und das Wachhalten einer in die jeweilige Gegenwart gerichteten Erinnerung an Nürnberg hohes Verdienst erwarb und der ihm verwandte Ausdruck „Gnadenfieber“, den der Historiker Norbert Frei benutzt hat, beziehen sich auf Vorgänge, die zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik gehören, also in Jahre zurückführen, die im allgemeinen Bewusstsein ihrer Zeitgenossen nur als die des Wirtschaftswunders existieren, ein Bild, das so auch gepflegt wird. Indessen wurde in jenem ersten Nachkriegsjahrzehnt ein Prozess vorangetrieben, der – weit über die damals getroffenen Entscheidungen, Personen betreffend, hinausreichend – eine deutliche Abwendung von jenem Blick auf Faschismus und Krieg bedeutete, den Nürnberg eröffnet hatte. An die am 30. September und 1. Oktober 1946 verkündeten und begründeten Urteile im Hauptprozess war freilich kein Herankommen. Nur die vier Mächte gemeinsam hätten deren Korrektur bewirken können. Dönitz, Speer, Schirach und Heß hatten ihre Strafen in Spandau abzusitzen. Von Neurath, er war der älteste der Gefangenen, im Jahre 1954, Raeder 1955 und Funk 1957 wurden aus Krankheitsgründen von weiterer Haft verschont und entlassen. Von den drei zu lebenslanger Haft Verurteilen hat folglich nur der einstige „Stellvertreter des Führers“ seine Strafe ganz verbüßt. Daran besaß sein Verhalten den entscheidenden Anteil. Er blieb bei dem faschistischen Bekenntnis, das er in seinem Schlusswort vor Gericht

hergesagt hatte, und distanzierte sich folglich mit keinem Wort von den Bestrebungen der bundesrepublikanischen Neofaschisten, die ihn zu ihrer Galionsfigur sich auserkoren.

Anders hingegen die Verfahren der Westalliierten im Hinblick auf die ausschließlich von ihnen Verurteilten. Noch vor Gründung der Bundesrepublik, 1948, hatten sich in den Westzonen Kräfte formiert, die eine Überprüfung der Urteile, Begnadigungen und Freilassungen der Verurteilten verlangten. Es verbündeten sich dazu „alte Kameraden“ und herausragende Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen. Sie verfügten über Geld und Einfluss genug, im Lande die ohnehin vorhandene Schlussstrichstimmung zu verstärken und übten Druck auf den Mann aus, dem die USA-Regierung das Gnadenrecht übertragen hatte. John McCloy, der Hochkommissar der USA in Deutschland, sah sich nach der Gründung des Weststaates nicht nur dem Drängen Konrad Adenauers und der Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) ausgesetzt, sondern er und seine Familie erhielten auch handfeste anonyme Drohungen, so dass besondere Bewachungs- und Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. In Landsberg fand eine Kundgebung zur Freilassung der dort gefangenen Kriegsverbrecher statt, gegen die eine entschlossene Gruppe von DPs demonstrierte, die mit den Rufen „Juden raus“ empfangen wurde.

Seit dem Ende des Prozesses waren noch keine fünf Jahre vergangen, als am 31. Januar 1951 McCloy für den ihm übertragenen Zuständigkeitsbereich, er betraf die von US-amerikanischen Militärgerichten Verurteilten, die in Landsberg einsaßen, und der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa, Thomas T. Handy, der das Begnadigungsrecht für die in den so genannten Dachau-Prozessen Abgeurteilten besaß, verlautbaren ließen, wie weiter verfahren werden sollte. Strafen wurden umgewandelt, darunter die Mehrheit noch nicht vollstreckter Todessurteile, Haftstrafen verkürzt oder als verbüßt erklärt. Anfang Februar 1951 waren ausnahmslos alle in den drei gegen Industrielle geführten Gerichtsverfahren verurteilte Personen, also die des Krupp-, des Flick- und des IG-Farben-Prozesses, soweit sie sich noch in Haft befunden hatten, wieder auf freiem Fuß. Alfried Krupp gab noch in Landsberg im ersten Hotel am Platze sogleich ein Frühstück und eine improvisierte Pressekonferenz. Nicht nur, dass er auf freien Fuß gelangt war, McCloy hatte auch den Teil des Urteils korrigiert, der die Vermögensbeschlagnahme betraf. Dabei bezog er sich darauf, dass dies ein Ausnahmeurteil gewesen sei, das in der US-amerikanischen Rechtsprechung keine Deckung besäße. Indessen darf diese Korrektur eher als ein Signal an die deutsche Industrie gewertet werden, sich unbekümmert an den nun erwünschten Initiativen zum Aufbau einer westdeutschen Armee zu beteiligen und nicht zu fürchten, dass Produktion für Rüstung und Krieg ein strafbarer Tatbestand sei. So war die Sache jedoch schon von den Richtern nicht gesehen worden, die Krupp, Flick und die Manager ja nicht deswegen, sondern wegen der schamlosen Ausbeutung der Zwangsarbeiter und der Plünderung von Industriegütern und Rohstoffen in den besetzten Gebieten abgeurteilt hatten.

Das Eintreten für den Schlussstrich, zu dem auch die Forderung gehörte, keinen Kriegsverbrecher mehr an die Staaten auszuliefern, von denen diese wegen ihrer Untaten gesucht und verlangt wurden, gehört zum Gründungskitt der politischen Kräfte, welche die Bundesrepublik schufen. Das Interesse der Westmächte an der Einbeziehung Westdeutschlands in das transatlantische Militärbündnis lieferte den kräftigsten Hebel zum Erfolg. Im Sommer 1951 fanden in Landsberg die letzten Hinrichtungen statt. Sie betrafen Schwerstverbrecher wie den Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, Oswald Pohl, und Kommandeure von Mörderschwadronen, die auf sowjetischem Boden gehaust hatten. Selbst aus dieser Gruppe aber gelangten nicht alle an den Galgen. Der Strafumwandlung folgte meist ein nicht mehr langer Weg in die Freiheit.

Die Urteile konnten vollstreckt werden oder nicht, die Strafen abgesessen, verkürzt und aufgehoben werden, die „Nürnberger Prinzipien“ hingegen blieben ein nicht zu versetzender Markstein in der Geschichte des Völkerrechts. Sie ließen sich praktisch ignorieren, wie es mit Rechtsetzungen vorher geschehen war. Tilgen ließen sie sich nicht. Noch jeder Krieg, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geführt wurde, hat die Erinnerung an Nürnberg provoziert, aufgefrischt und gemahnt, dass ein Weg nicht zu Ende gegangen worden ist. Das letztlich ist auch der Grund für unsere heutige Veranstaltung.

Von den Urteilen zur „Gnadenarie“. 60 Jahre nach dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Konferenzbeiträge, Pankower Vorträge, Heft 86, „Helle Panke“ e. V., Berlin 2006, S. 5-8.

Über die Produktion von Geschichtsbildern

„Es gibt Spiegel, welche so verschoben geschliffen sind, dass selbst ein Apollo sich als eine Karikatur abspiegeln muss.“ So Heinrich Heine in der Vorrede zu „Atta Troll“. Die Beobachtung des Dichters kann für viele Spiegel gelten, die heute benutzt werden. Nur dass sich dabei zumeist das Umgekehrte zuträgt: Es blickt eine Missgestalt hinein und ein Apollo, also ein Gott der Reinheit, des Lichtes und der Sonne, schaut heraus.

I.

Wiewohl der Begriff Geschichtsbild in der deutschen Sprache durchaus geläufig war, findet er sich im Brockhaus Konversations-Lexikon, Revidierte Jubiläumsausgabe des Jahres 1902, die den Begriff Geschichtsklitterung vermerkt, mit einem eigenen Beitrag nicht. Dabei existierten Geschichtsbilder im Sinne von weit verbreiteten Vorstellungen über Ereignisse und Prozesse und sich mit ihnen verbindende Personen im Deutschen Kaiserreich nicht nur in den sogenannten gebildeten Kreisen in erheblicher Zahl. Besonders beliebt waren die aus der Zeit der napoleonischen Besatzung und der Befreiungskriege überlieferten und die den anfänglichen Benutzern des Lexikons noch erinnerlichen des deutsch-französischen Krieges und der Reichseinigung.

Besagtes Lexikon enthielt aber unter dem Stichwort Historienmalerei (Verweis: von Geschichtsmalerei) eine längere Abhandlung (diese wiederum mit dem Verweis auf Schlachtenmalerei) und erklärte sie mit den Worten: „Im weiteren Sinne die malerische Vorführung thatsächlicher Ereignisse der Weltgeschichte, der biblischen Geschichte und Heiligenkunde, der Sage und des Märchens in einem monumentalen oder idealisierenden Stil.“ Im engeren und zugleich auch moderneren Sinne sei sie jedoch richtiger als Geschichtsmalerei zu bezeichnen. Und da behandle sie „geschichtliche Stoffe (aus der Staats- und Kriegsgeschichte) in erhabenster Auffassung und möglichster Treue“.

Am Ende des längeren Beitrags ist von der Notwendigkeit der Förderung der Historienmalerei auch durch Staat, Kirchen und Städte die Rede, und dann wird bedauert, dass deren Subventionen „zumeist nur den zur Vaterlandsliebe oder Religiosität anregenden bildlichen Darstellungen“ zuteilwürden. Mehr noch, den „Meistern der monumentalen Malerei“ werde „eine gewisse Einschränkung in Bezug auf Stoffwahl und Darstellungsweise auferlegt“. Da ist von Interessen die Rede, und das führt uns näher an unser Thema, lässt diese Erwähnung doch an die Situationen in Zeitungs-, Zeitschriften- und Fernsehredaktionen sowie in Filmgesellschaften denken, den wichtigsten heutigen Produktionsstätten von Geschichtsbildern. Ins Aktuelle weist auch die Erwähnung einer „Vorliebe dem Laienkreise für gemüthvolle Geschichtsdarstellungen“, die nach Befriedigung verlange.

II.

Geschichtsbilder sind so alt wie Kenntnisse und Vorstellungen der Menschen von sich und ihren Vorfahren. In ihrem Zentrum können einzelne Personen, Personengruppen, soziale, nationale und ethnische Gemeinschaften stehen, aber auch bestimmte Epochen. Geschichtsbilder werden in der wissenschaftlichen wie der politischen Literatur verbreitet, auch – und vielfach wirksamer noch – durch Romane und Filme und auf Theaterbühnen. Parteien, andere politische Organisationen, Gesellschaften und Vereine schaffen sich Geschichtsbilder von sich selbst und pflegen sie sorgsam.

Die historisch ältesten dieser Bilder waren bis zur Ununterscheidbarkeit mit Mythen verbunden oder bestanden ganz und gar aus ihnen. Sie wurden verbreitet, aufgenommen, von Generation zu Generation weitergegeben und dabei auf diese oder jene Weise verändert. Es wurde hinzugefügt und weggelassen, oft auch ausgeschmückt. Wer sich auf die Spur solcher Bilder setzt und zu ihren Ursprüngen und Urfassungen gelangen will, hat mitunter weite und gewundene Wege zurückzulegen. Was Geschichtsbilder über Denkweisen, Hoffnungen und Wünsche der jeweils Lebenden aussagen, bildet längst einen eigenen Gegenstand der Geschichtsforschung. In sozialen und politischen Kämpfen haben Geschichtsbilder stets eine Rolle gespielt.

Mit der Entwicklung der Geschichtsschreibung zu einer Wissenschaft begann sich nicht selten ein Widerspruch zwischen denjenigen Geschichtsbildern zu entwickeln, die mit Hilfe der sich qualifizie-

renden wissenschaftlichen Methoden gewonnen worden waren, und jenen anderen, mit denen sich aktuelle politische und ideologische Bedürfnisse der Herrschenden befriedigen ließen. Und dies umso mehr, je größer das Verlangen wurde, die eigene Innen- und Außenpolitik nicht nur mit dem Blick in die Gegenwart und auf die Zukunft zu begründen, sondern ihr gleichsam eine höhere Weihe dadurch zu geben, dass sie historisch gerechtfertigt und umgekehrt die der Gegner und Feinde als illegitim hingestellt wurde. Davon bekommen wir derzeit rund um den Erdball unausgesetzt Kostproben.

III.

Ist in unseren Tagen von Geschichtsbildern die Rede, sind ihrer Herkunft nach zwei Gruppen zu unterscheiden. Die einen entstehen in der Zunft, in Werkstätten der Historiker, vorwiegend an Akademien und Universitäten, und führen eine Vielzahl in langwierigen und weitläufigen Untersuchungen gewonnene Kenntnisse (gleichsam Puzzles) zu einem Gesamtbild eines Ereignisses oder einer Person zusammen. Die der anderen Gruppe zugehörenden sind von Publizisten gefertigt, von Redakteuren in den Medien, beruhen zumeist nicht auf eigenen Forschungen, sondern bedienen sich des von der Historiographie bereitgestellten Tatsachenmaterials. Historiker vermögen diese Verwertung ihrer meist unfreiwilligen Zuarbeit nicht zu verhindern. Zudem sind die Grenzen zwischen beiden Werkstätten und den dort Beschäftigten fließend, wie insbesondere am Abspann von Dokumentationsfilmen zu lesen ist. Da erscheinen als „Berater“ der Regie angesehene Historiker. Und die sogenannten Printmedien bieten Experten der Geschichtswissenschaft Raum, ihr Wissen allgemeinverständlich darzulegen. Herkunft wie Ort der Präsentation von Geschichtsbildern sagen nichts über wahr oder falsch. Sicher aber neigt die Publizistik nicht nur stärker zu unvermeidlichen Vereinfachungen, sondern bedient mit ihren Bildern direkter und unbekümmert politische Interessen.

Das kann zu weitem Auseinanderklaffen konkurrierender Geschichtsbilder führen. Bekanntes Beispiel aus jüngerer Zeit sind die von Feldmarschällen und Generälen in ihren Memoiren gelieferten Darstellungen der deutschen Wehrmacht, deren Heeresgruppen und Armeen, Luft- und Seekriegsflotten sie einst befehligt hatten. In der Zunft, vornehmlich durch Arbeiten, die im Institut für Militärgeschichte der DDR und im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, aber auch in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen geleistet worden waren, war längst ein reales, keine Fakten auslassendes Bild von den Kriegsverbrechen der Wehrmacht entstanden, die während des Zweiten Weltkrieges an und hinter den Fronten begangen worden waren, die Mithilfe beim Judenmorden eingeschlossen. In der Öffentlichkeit aber hatte sich das falsche Bild von der „sauberen Wehrmacht“ erhalten, ungeachtet der Tatsache, dass gegen sie schon während der Nürnberger Prozesse – dem gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher wie den beiden gegen das Oberkommando der Wehrmacht und die Südostgenerale – unabweisbares Faktenmaterial vorgelegt worden war. Es waren dann nicht Buchpublikationen, sondern es war 1995 und in den folgenden Jahren die vom Hamburger Institut für Sozialgeschichte veranstaltete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die das verfälschte Geschichtsbild bei Zehntausenden Besuchern zerstörte und die weithin einen Punkt des Geschichtsumdenkens bezeichnet, hinter den es kein Zurück mehr gibt.

Dies war eher ein Glücksfall, ein Fall mit Seltenheitswert, hervorgebracht auch aufgrund der Tatsache, dass innerhalb der Historikerschaft niemand mehr bezweifelt oder verschweigt was auf das Verbrechenskonto der Wehrmacht geht. Insofern ließe sich von einer „Einheitsfront“ der Fachleute sprechen. Dies aber ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme, wie sich an den weit voneinander abweichenden Urteilen der Historiker ausmachen lässt, die über die im Film „Der Untergang“ offerierte geschichtliche Momentaufnahme abgegeben wurden. Von diesen Differenzen, die in der Mehrzahl der Fälle nicht erkenntnisbedingt sind, und der Produktion abweichender Geschichtsbilder innerhalb der Historikerschaft profitiert die außerwissenschaftliche Publizistik. Sie vermag sich in einer Art Selbstbedienungsladen mit dem zu versorgen, was die jeweiligen politischen Interessen der Auftraggeber bedient.

Wiederum ein jüngeres Beispiel: Götz Alys Interpretation des faschistischen Regimes als „Hitlers Volksstaat“ und des Sozialstaates als Schöpfung der Nazis lässt dessen gegenwärtige Demontage als antinazistische Tat erscheinen. Sie bedient das Rechtfertigungsbedürfnis der Regierenden auf einzig-

artige Weise. Folglich fand diese Deutung in der bürgerlichen Presse weithin die wärmste Aufnahme. Gleiches gilt für die Erklärung der Gefolgschaftstreue der deutschen Volksgenossen unter und hinter dem Hakenkreuz, die auf schlichte materielle Korruption zurückgeführt wird, was wiederum nur geschehen kann, wenn die damalige soziale Wirklichkeit hochgradig verfälscht wird. Diese Darstellung der Bindungen zwischen Führern und Geführten besitzt den Vorzug, dass sie die Scheinwerfer auf die Massen ausrichtet und dass sie sich – ähnlich wie die zehn Jahre voraufgegangene und ebenfalls abwegige Interpretation dieses Verhältnisses durch Daniel Jonah Goldhagen – leicht merken lässt. Denn wie die „Laienkreise" einst mit „gemüthvollen Darstellungen" versehen werden sollten und wollten, so sind ihnen heute unterhaltende und vor allem leicht einzuprägende Bilder und deren Ausdeutung zugedacht und auch willkommen.

IV.

Zur Reklame für derlei Geschichtsbilder, für deren Verbreitung Autoren und Verlage werben, unterstützt von Rezensenten, gehört häufig, dass sie als Tabubruch ausgegeben werden, was besagen soll: Hier wird euch etwas vollkommen Neues, bisher absichtsvoll oder aus Nachlässigkeit Beschwiegenes geboten. So kam 1992 eine Gesamtdarstellung des Luftbombardements auf deutsche Städte daher, unbekümmert um die Tatsache, dass darüber eine umfängliche Literatur existierte bis hin in die Kapitel vieler Stadtgeschichten. Der Band bildete zusammen mit der Erinnerung an das damals gerade 60 Jahre zurückliegende Ereignis der Stalingrader Schlacht den Auftakt für eine Korrektur des Geschichtsbildes von den Deutschen im Kriege und insonderheit bei Kriegsende. Sie erschienen nun als die Opfer von Naziherrschaft und Krieg schlechthin. In der Opferhierarchie wurde allenfalls den Juden der Vortritt noch gelassen.

Diese Perspektive verfestigte sich 2005 in der Kampagne des Gedenkens an den 60. Jahrestag des Kriegsendes. Neu war auch das nicht und zum wenigsten ein Tabubruch. Diese von Selbstmitleid, wofür es unstreitig massenhaft Gründe gab, geprägte Sicht kam schon in der Endphase des Krieges auf, wovon die letzten Berichte des faschistischen Sicherheitsdienstes zeugen. Sie setzte sich in ersten Verlautbarungen der neuen Verwaltungen in der Nachkriegszeit fort. Nicht: „Was haben wir angerichtet?", sondern: „Wie sind wir zugerichtet?" lauteten die Fragen und die Klagen. Das Gerede, dass nun – am Beginn des neuen Jahrhunderts – von den Opfern der anderen genug geredet und dadurch das Recht erworben worden sei, von den eigenen zu sprechen, war vielleicht Selbst-, sicher aber Fremdbetrug. So bekam auch das Bild des 8. Mai 1945 eine neue Einfärbung. Befreit war die Masse der Deutschen an diesem Tage von der Gefahr, weiter Opfer im Luftkrieg oder an den Fronten zu werden – so hatte Richard von Weizsäcker schon 1985 den Begriff Befreiung gedeutet, und zu dieser Deutung bekannte er sich auch in einem Interview 2005, ungeachtet der Tatsache, dass seine eigene und die Biographie seiner Familie Fakten bietet, die zu einer realitätsnäheren Auffassung des Begriffs Befreiung mehrfach Anstoß geben könnten. Weit in den Hintergrund geraten ist die Grundtatsache, dass die Deutschen damals von der Rolle moderner Sklavenhalter befreit wurden, die sie in Europa weithin gespielt hatten.

Dieses Geschichtsbild vom Jahre 1945 ist ein Rückschritt um mehr als ein halbes Jahrhundert. Zum Beweis sei aus einem Artikel zitiert, der unter der Überschrift „Flucht aus der Wirklichkeit" am 5. Dezember 1945 in der *Stuttgarter Zeitung* gedruckt wurde: „Am schlimmsten aber treiben es jene, die nur das ‚deutsche' Leid, den ‚deutschen' Hunger, die ‚deutsche' Obdachlosigkeit der Welt zum Vorwurf machen und gleichgültig bleiben, wenn die Völker im Westen und Osten des Kontinents seit 12 Jahren dahinsterben. Erregt wird auf jene abgezehrten, wassersüchtigen Kriegsgefangenen hingewiesen, die aus dem Winter und der endlosen Verwüstung heimkehren, sie fragen nicht, wie leben in den von uns zerstörten und mit Krieg überzogenen Ländern die Millionen Frauen und Kinder der fremden Nationen."

Während die Deutschen als befreite Opfer in die Mitte des Geschichtsbildes vom Kriegsende 1945 gerückt wurden, sind einige Millionen von ihnen aus diesem Bild ganz verschwunden. Für die Ostdeutschen nämlich, so war bei Historikern und historisierenden Publizisten zu lesen, brachte der Maitag den Sturz von einer Diktatur in die andere, die zweite, und erst das Jahr 1990 spät die Befreiung.

Zudem und folglich: Weit in den Hintergrund gerückt ist die Rolle der Sowjetunion und ihrer Armee bei der Herbeiführung des Sieges. Schon anlässlich des 60. Jahrestages der Landung auf dem französischen Festland hieß es: Die Befreiung begann in der Normandie. Kurzum: In jüngster Zeit ist ein erheblich verändertes Geschichtsbild des Zweiten Weltkrieges und namentlich seiner Endphase produziert und verbreitet worden. Dieses Bild drängt in die Geschichtsbücher der Schulen. Nirgendwo sonst kann mit ihm eine größere Langzeitwirkung erreicht werden.

V.

Während uns Autoren, Verlage, Rezensenten immer wieder einmal glauben machen wollen, dass wir in einer Zeit der Tabubrüche angelangt seien und Zug um Zug der Schleier von geschichtlichen Ereignissen entfernt wird, die bisher verhüllt waren, redet und schreibt kaum jemand darüber, dass zur gleichen Zeit auch neue Tabus verhängt und in der Gesellschaft weithin respektiert werden. Zwei Beispiele dafür seien genannt, das eine betrifft die Frühgeschichte der Bundesrepublik, das andere charakterisiert die Situation nach dem Jahre 1990. Dabei wird sich zeigen, dass die Tabuisierung auch methodisch Fortschritte gemacht hat. Nicht mehr Antworten werden unter ein Tabu gestellt, sondern bereits das Fragen, gleichsam in einer Übersetzung des Rates: Wehret den Anfängen. Denn bekanntlich beginnt der Weg zur Wahrheit eben mit Fragen, nicht selten solchen, die zweifelnd im Hinblick auf vorliegende Antworten gestellt werden.

Beispiel 1: Je mehr Tatsachen die Geschichtswissenschaft über die politischen Kräfte zutage gebracht hat, die an der Wiege des westdeutschen Staates standen, je eingehender von den beteiligten Personen und deren Biographien in den Jahren zwischen 1933 und 1945 gehandelt worden ist, desto unrühmlicher stellt sich diese Nachkriegszeit dar, was wiederum die Frage aufdrängt, ob sich von diesem Geburtsvorgang her – etwa wie inzwischen unumstritten im Falle des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreiches – nicht manches bis in die Gegenwart tradiert habe. Dem wird seit längerem mit einer apologetischen Aussage begegnet, die alles Fragen blockieren soll und als abwegig, weil die vergangene historische Wirklichkeit verkennend qualifiziert. Sie besagt: Einen anderen geschichtlichen Weg als den nach dem Mai 1945 eingeschlagenen erfolgreichen gab es nicht. Die Nachkriegsgesellschaft hätte kein anderes Vorgehen ausgehalten, weil es Kräfte absorbiert hätte, die für die Überwindung von Elend, Not, Trümmern usw. unentbehrlich waren und ohne deren Mobilisierung das Wirtschaftswunder nicht hätte bewirkt werden können.

Dass in der ostdeutschen Gesellschaft und im Staate DDR ein anderer Weg gegangen wurde, der in eine Sackgasse führte, erscheint – gleich wird davon die Rede noch sein – als zusätzlicher Beweis für die Richtigkeit der These von der Alternativlosigkeit. Und dass es Kommunisten waren, die den Weg im Osten projektiert und zu verantworten hatten, erledigt die Frage ohnehin restlos. Freilich nur, wenn unterstellt wird, dass nicht auch andere Kräfte alternative Vorstellungen besaßen. Eine von vielen äußerte damals General Joseph T. McNarney, Nachfolger Eisenhowers als Oberkommandierender der US-amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, der bei seinem Amtsantritt sich so erklärte: „Das Programm der Säuberung vom Nationalsozialismus wird restlos durchgeführt werden. [...] Kein ehemaliger Nazi wird eine verantwortliche Stellung einnehmen. Die Nazis werden bei allen Arten von Arbeit als letzte an die Reihe kommen. Ich möchte jeden einzelnen von ihnen als gewöhnlichen Tagelöhner sehen.“ Und dem Einwand begegnend, dass bei diesem Vorgehen die Industrie und die Verwaltung leiden würden, sagte der General militärisch knapp: „Niemand ist unentbehrlich.“ Mit der These von der Alternativlosigkeit des Weges, der zur Restauration des Kapitalismus führte und in die gegenwärtigen Zustände mündete, wird – und das ist das Wesen der Sache – jede Erörterung gesellschaftlicher Möglichkeiten, die mit Brüchen einhergehen, zum Schweigen gebracht. Das war nicht immer so.

Beispiel 2 findet sich in einem westdeutschen Schulbuch, das am Beginn der siebziger Jahre in Gebrauch war. also benutzt wurde von Schülern, die inzwischen 45 bis 50 Jahre alt geworden sind. Ohne dass darin die Parteinahme der Autoren anders ausfallen könnte als zugunsten der Bundesrepublik, wird die Aufgabe gestellt, die beiden deutschen Staaten und ihre gesellschaftlichen Zustände zu vergleichen. Auf eine Gegenüberstellung Sebastian Haffners (aus: *Stern*, 19. September 1970) sich stüt-

zend, werden zunächst die in der Bundesrepublik vorhandenen Freiheiten aufgezählt, als da sind: die des Gewerbes, der öffentlichen Kritik, der Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Parteien, des Reisens und des Auswanderns, die Freiheit von Versorgungsschwierigkeiten und aufdringlicher Propaganda. Dann folgt die Reihung der DDR-Freiheiten, als die angesehen werden: die Freiheit von Furcht um den Arbeitsplatz, vor Mietwucher, vor Dauerinflation, vor beruflicher Benachteiligung von Frauen, die Freiheit von „Arbeitersöhnen“ (unerfindlich, warum hier die Töchter fehlen), studieren zu können, und schließlich die Freiheit von aufdringlicher Reklame. Danach werden die Schüler gefragt: „Welche Freiheit ist mehr wert: die Freiheit der öffentlichen Kritik oder die Freiheit von Mietwucher?“

Darauf zitieren die Autoren Ernst Bloch aus einem Interview, das er der *Zeit* am 10. Oktober 1969 gab, mit der Dachzeile: „Die beiden Staaten könnten manches voneinander lernen“. Auch der marxistische Philosoph, als der Bloch vorgestellt wird, zählt für die Bundesrepublik auf: offene Atmosphäre, keine Angst vor Apparatschiks, keine Mauer, keine Schüsse an der Mauer, Diskutierbarkeit von Problemen, das Vorhandensein einer unruhigen Jugend mit ihrem Kampf gegen Unmündigkeit, dem Streben nach aufrechtem Gang, die Möglichkeit des Wechsels in der Regierung. Zu den Positiva der DDR zählte Bloch auch: den gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die kostenlose ärztliche Betreuung, den kostenlosen Erhalt von Medikamenten, den geringen Prozentsatz von Kriminalität. Abschließend werden die Schüler aufgefordert: „Sammelt Ausschnitte, die über das Leben in der DDR berichten. Erst eine Vielzahl von Informationen kann ein sachgerechtes Urteil über das Leben in der DDR ermöglichen.“ Schwer denkbar, dass sich heute in einem Schullehrbuch eine ähnlich formulierte Aufgabe findet.

Was immer sich über diesen Leitfaden im Einzelnen sagen lässt, es handelt sich um die Gegenüberstellung von zwei Geschichtsbildern und die Aufforderung, dazu eine eigene Meinung und Position zu gewinnen. Das liegt dreißig Jahre und mehr zurück und verglichen mit diesem Stand kann die Reduzierung des einen Bildes auf Unrechtsstaat, Staatssicherheit, Stalinismus, Leistungsunfähigkeit, zweite deutsche Diktatur intellektuell nur ärmlich erscheinen, freilich auch politisch zweckvoll und moralisch unredlich. Die Vorzüge der DDR, ihr Sozial- und Arbeitsrecht zumal, sind nach ihrer Beseitigung längst zur geistigen Tabuzone erklärt.

VI.

Was verbindet diese beiden Tabus, das gegen Fragen nach Alternativen zur Frühgeschichte der BRD und das gegen Fragen nach der Geschichte der DDR und den widerspruchsvollen Qualitäten des untergegangen deutschen Staates? Beide richten sich darauf, das geschichtlich-politische Denken in den Bahnen der vom Kapital dominierten Gesellschaft zu fixieren, und beide argumentieren „historisch“ gegen alle Überlegungen, die sich auf eine mögliche Welt „nach dem Kapitalismus“ richten. Geschichtsbilder, verfestigt in den Köpfen von Millionen, können wie Felsblöcke wirken, die jeden Gedankenweg versperren. Nur wenn sie beiseite gewälzt werden, wird sich die zu konkretisierende Idee verbreiten lassen, die zu dem ermutigenden Aufruf gerann: „Eine andere Welt ist möglich.“

Eckart Spoo (Hrsg.), Tabus der bundesdeutschen Geschichte, Ossietzky Hannover 2006, S. 219-226.

„Wenn sie die Gräber in Polen finden ...“

Als Hitlers Generäle einmal fälschlicherweise glaubten, ganz unter sich zu sein.

Die ersten beiden Wehrmachtsoffiziere im Generalsrang fielen den Briten schon 1942 während der Kämpfe im Norden Afrikas in die Hände. Sie wurden nach England gebracht und dort, im Einklang mit den Bestimmungen des internationalen Kriegsrechts, in einem Sonderlager für deutsche Stabsoffiziere einquartiert. Sein Name: Trent Park. Die Räumlichkeiten des Gebäudes waren zuvor so präpariert und ausgestattet worden, dass die Bewacher den Unterhaltungen der beiden und den bald in größerer Zahl eintreffenden kriegsgefangenen Offizieren gut folgen konnten. In Erwartung kriegsverwertbarer Informationen trieb man dabei sowohl technisch als auch personell einen beachtlichen Aufwand. Direkt brauchbar allerdings war kaum etwas. Dennoch erhielten die Auftraggeber auf diese Weise zwischen Spätsommer 1942 und Herbst 1945 ein Bild von der Denkweise der Generäle des „Führers“, die – zwischen 1884 und 1902 geboren – ihre Karriere als Berufssoldaten meist noch vor oder im Ersten Weltkrieg begonnen hatten, sie in der Weimarer Republik in der Reichswehr, einige in der Polizei fortsetzen konnten und deren Aufstieg 1935 mit dem Übergang zum Massenheer und im folgenden Krieg kräftig an Dynamik gewann. Ungeschminkte Auskunft erhielt man insbesondere darüber, wie sich der Krieg, den diese Generäle bis dahin geführt hatten, und seine Fortsetzung, von der sie nun ausgeschlossen waren, in ihren Köpfen spiegelten.

Ein wenig, und gegen Kriegsende verstärkt, richtete das Interesse der Briten sich bereits darauf, ob einer der Herren womöglich für eine Verwendung nach dem Sieg taugte. Dabei dachte man noch nicht an so etwas wie die spätere Nato-verbündete Bundeswehr. (Nur einer der in diesem Lager Versammelten, Generalmajor Kurt Freiherr von Liebenstein, befehligte dann unter Beibehaltung des ihm von Hitler verliehenen Ranges eines Generalmajors in der westdeutschen Armee.) Ergründet werden sollte eher die Eignung für eine politische Rolle im besiegten Deutschland. Die erlangte, sieht man von dem Oberstleutnant Friedrich August Freiherr von der Heydte ab, der als Mitglied der CSU später Abgeordneter im Bayerischen Landtag wurde, nur einer der Gefangenen. Oberst Eberhard Wildermuth brachte es als Mitglied der FDP 1949 im ersten Kabinett Adenauers zum Minister für Wiederaufbau. Er hatte seine Eignung dafür u. a. mit einer Äußerung nachgewiesen, die er nach sieben Monaten Gefangenschaft Anfang April 1945 einem Mitgefangenen gegenüber machte: „Das Gewissen ist, glaube ich, so: Wir haben in zwei großen Kriegen – Sie und ich – unseren Mann gestanden im äußersten Einsatz und haben für den Sieg des Volkes gekämpft.“ Entsprechend fiel dann auch die staatsoffizielle „Bewältigung“ der Vergangenheit aus – auf Stabsoffiziersniveau.

Die erste größere Gruppe von Wehrmachtsgenerälen geriet im Mai 1943 in britische Gefangenschaft, als die Geschichte des deutschen „Afrikakorps“ in Tunesien mit der Kapitulation endete. Mitsamt einigen Adjutanten und Bediensteten wurde auch sie nach Trent Park verfrachtet. Erst mit ihr kam auf das unsichtbare Personal massenhaft Arbeit zu. Sie vermehrte sich mit dem Eintreffen jener Generäle, die nach der Landung in der Normandie 1944 im Kessel von Falaise und dann während des weiteren Vordringens ergriffen wurden. Heute profitieren die Historiker von der Arbeit der britischen Techniker, Maschinenschreiber, Übersetzer. *Heute*, d. h. seit 1996, denn erst ein halbes Jahrhundert nach ihrem Entstehen wurden die Niederschriften zur Benutzung für Forschungszwecke freigegeben. Und: *Die Historiker*, das meint jene Spezialisten unter ihnen, die sich ein Bild davon zu machen versuchen, was das für Leute waren, die Millionen Untergebene auf den Schlachtfeldern befehligten.

Bislang angewiesen auf Memoiren, Briefe und Tagebücher aus Nachlässen, auf Aussagen, gewonnen während der Verhöre in Gefangenschaft oder auch vor Gerichten der Alliierten, verfügen sie jetzt über einen Quellenbestand, der einen besonderen Rang beanspruchen kann. Darauf macht Sönke Neitzel, Professor an der Universität Mainz, aufmerksam, der die von ihm ausgewählten und in Auszügen in seine Publikation aufgenommenen Gesprächsmitschriften nach vier Themengruppen geordnet hat: Was dachten diese Generäle über das Naziregime, den Krieg, seinen Charakter und seine Perspektiven? Welche Rolle spielten die im Kriege verübten Verbrechen in ihren Gesprächen? Wie reagierten sie auf die Nachricht vom Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944? Was dachten sie, informiert über die Existenz des Nationalkomitees Freies Deutschland, dem in sowjetischer Gefangenschaft

befindliche Generale angehörten, über eine öffentliche Parteinahme gegen die deutsche Staats- und Militärführung und gegen die Fortsetzung des Krieges?

Es gab keine Einigkeit unter den Generälen und Obristen, in keiner Frage. Die Meinungen waren zweigeteilt. Die einen suchten kritisch Abstand zu gewinnen, leugneten die massenhaft begangenen Verbrechen nicht, gestanden sich, wenn sie sich auch der direkten Beteiligung an Untaten nicht bezichtigten, ihre Untätigkeit ein. Die anderen spielten jede Anklage gegen das Regime und die Kriegführung herunter und hofften noch lange auf den Sieg. Eine dritte Gruppe hielt sich jeder Konfrontation fern, verbrachte die Zeit lesend, malend, musizierend oder auf Spaziergängen, denn für derlei Annehmlichkeiten war gesorgt. Zeitungen aus Nazideutschland standen zur Verfügung. Filme konnten angesehen werden. Auch die Verbindung mit den Familien in der Heimat existierte, dazu eine „dienstliche“, die via Schweiz abgewickelt wurde, so dass selbst die Nachricht von einer Beförderung, die das Oberkommando einem der Gefangenen hatte zuteilwerden lassen, den Adressaten erreichte. Freilich, und das schmerzte nicht wenige, waren die Karrieren beendet und der nächsthöhere Orden nicht mehr erreichbar.

Das meiste Interesse können nach sechs Jahrzehnten jene Gespräche beanspruchen, die Verbrechen zum Gegenstand hatten. Die Frage, was die Generäle in Trent Park darüber wussten, lässt sich in einem Wort beantworten: alles. Nicht, dass jeder einzelne schon bei seinem Eintreffen im Lager vollständig über alle Details informiert gewesen wäre, die von der Barbarei der Welteroberer zeugten. Aber wer wissen wollte, konnte sich in diesem Kreis lückenlos informieren: über die Untaten an den Polen, begangen bereits mit Beginn des Krieges und während der Besatzungszeit, über die Ermordung der gefangenen Kommissare der Roten Armee, bis in die Details über die Blutspur der Mörderschwadronen im eroberten sowjetischen Gebiet, ebenso über die Geiselerschießungen, über das straffreie mörderische Vorgehen von Wehrmachtsoffizieren wie z. B. die Praxis, sowjetische Zivilisten über Minenfelder zu hetzen, die von der sowjetischen Armee angelegt worden waren, über die ungeahndeten Exzesse betrunkener Besatzer, über die Ermordung der Juden in den Gaskammern von Auschwitz, über die Tötung von Geisteskranken, die brutalen kriegsrechtswidrigen Zerstörungen im eroberten Land.

Doch das Sprechen über die Verbrechen wurde oft mit der Bemerkung verbunden, man wolle sich gedanklich und praktisch nicht weiter dabei aufhalten. So meinten Generalleutnant Otto Elfeldt, der bei seinem Eintreffen im Lager den Hitlergruß entboten hatte, und Generalleutnant Ferdinand Heim, der nach dem Debakel bei Stalingrad erst verhaftet und dann verabschiedet worden war, sich jedoch nach dem 20. Juli 1944 erfolgreich um Wiederverwendung beworben hatte, dass zu viel Aufhebens von der „Misshandlung“ der Juden gemacht werde. Die beiden waren sich einig: „Schließlich starben viel mehr Deutsche in diesem Krieg als Juden in den Gaskammern.“ Mehrfach wurde erörtert, wie man sich vor alliierten Gerichten verhalten solle, um sich nicht zu widersprechen. Immer wieder wurde der SS die Alleintäterschaft und -verantwortung für die Verbrechen zugeschoben. Wo dies nicht anging, zog man sich auf den erhaltenen Befehl und die Legende zurück, man habe, wollte man nicht sein Leben riskieren, ja „weitergeben“ müssen, was von oben befohlen worden sei.

Generalleutnant Georg Neuffer, der ins Nachdenken gekommen und nach den Beobachtungen der Briten unter allen Gefangenen der Einzige war, der sich „positiv über die Russen äußere“, fragte in einem Gespräch: „Was werden sie sagen, wenn sie unsere Gräber in Polen finden?“ Bei Kriegsende ist den Generälen der Film gezeigt worden, der von den entsetzlichen Zuständen in den befreiten Konzentrationslagern zeugte. Wirklich Neues hat er diesen Zuschauern nicht mitgeteilt. Noch unsere Kinder werden erröten, so eine der abgehörten Bemerkungen aus einer Gesprächsrunde, wenn sie davon erfahren.

Nur zwei Insassen von Trent Park kamen später vor Gerichte der Alliierten: der Fallschirmjägergeneral Bernhard Ramke vor ein französisches, das ihn wegen seiner alles Kriegsrecht missachtenden Rolle als Kampfkommandant der Festung Brest zu fünf Jahren Haft verurteilte, und der Generalmajor der Waffen-SS Kurt Meyer, gegen den ein kanadisches Militärgericht das Todesurteil aussprach. Dieser war 1954, jener schon 1951 wieder auf freiem Fuß.

Es würden sich die in diesem Buch veröffentlichten Zeugnisse eines argen Weges der Erkenntnis anders lesen, wenn er weiter beschritten worden wäre und auch nur einer derjenigen, die im Lager von Schande und Scham gesprochen hatten, in den Jahrzehnten, in denen die Mär von der „sauberen Wehrmacht“ in der Bundesrepublik nahezu unangefochten verbreitet werden konnte, seine Stimme erhoben und wenigstens einiges von seinem Wissen ausgebreitet hätte. Zeit dazu blieb den Herren genug, manchen dreißig, vierzig Jahre, denn sie wurden zumeist drei- bis viermal so alt wie die Soldaten, die sie in den „Heldentod“ befehligt hatten. Repatriiert und pensioniert war ihnen die ominöse Offiziersehre, von der sie in Trent Park so oft geredet hatten, bald wieder abhandengekommen.

Neitzel schließt die aufschlussreiche Einleitung seiner Dokumentation mit einer Behauptung, welche die Apologie dieser Generalskaste stützt und unwillkürlich an seine Tätigkeit als Fachberater der Redaktion Zeitgeschichte des ZDF denken lässt. Den Generälen habe es an Courage gefehlt. Aber führt man ihr Verhalten allein auf diesen Mangel zurück, unterstellt man, dass sie mit dem, was sie taten, innerlich und „eigentlich“ nicht einverstanden gewesen sind. Das aber lenkt ab von dem inzwischen erbrachten Nachweis, dass es, von Person zu Person unterschiedliche, im Ganzen aber ausgedehnte geistige und mentale Berührungsflächen waren, die diese Generäle mit den Führern des deutschen Faschismus verbanden und sie zu funktionierenden Figuren ihres „Führers“ machten. Auch dafür liefern diese Gesprächsaufzeichnungen Beweise die Menge.

Sönke Neitzel: Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942-1945. Propyläen, München 2005, 638 S., 26,00 Euro.

konkret, 2006, Heft 1, S. 28.

Massenmörder im Zeugenstand

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg 1945/46. Die Vernehmungen von Otto Ohlendorf, Dieter Wisliceny und Rudolf Höß (5)

Am Nachmittag des achten Prozesstages, am 29. November 1945, war der Vortrag der Anklage im Nürnberger Prozess nicht weiter als bis in das Jahr 1938 und zum „Anschluss" Österreichs vorangekommen. Der Einmarsch der Wehrmacht in den Nachbarstaat wurde als erste Angriffsphase des Deutschen Reiches auf dem Weg zum Weltkrieg bezeichnet. (Tags darauf sollten die Dokumente zur zweiten Angriffsphase vorgelegt werden; sie betrafen die Liquidierung der Tschechoslowakei in zwei Stufen, die Inbesitznahme der Randgebiete und die vollständige Besetzung des westlichen Teils des Staates sowie die Etablierung des klerikal-faschistischen Regimes in der Slowakei.)

Als der Vertreter der Anklage an diesem Punkt eine Unterbrechung vorschlug und die Vorführung eines Films als Bestandteil des von ihm vorgelegten Beweismaterials beantragte, mochte mancher im Saal während der zehnminütigen Pause, die für technische Vorkehrungen gebraucht wurde, noch glauben, nun würden Bilder über den triumphalen Einzug Hitlers in Wien gezeigt werden. Nicht so die Verteidiger der Angeklagten. Denen war der Film bereits am Abend zuvor auf eigenes Verlangen vorgeführt worden. Von den etwa zwei Dutzend Juristen waren dann jedoch nicht mehr als acht erschienen. Einer, der Verteidiger des Angeklagten Hjalmar Schacht hatte zu seinem Fernbleiben mitteilen lassen, er werde sich den Streifen nur ansehen, wenn er dazu gezwungen würde.

Bevor nach der eingetretenen Pause der etwa einstündige Film gezeigt wurde, gab der Vertreter der US-amerikanischen Anklagevertretung Thomas J. Dodd bekannt, dass er Einblick in die Konzentrationslager gebe, ohne das gesamte Material zu bieten, das dazu vorliege und noch unterbreitet werden würde: „Dieser Film gibt jedoch in kurzer und unvergesslicher Form eine Erklärung dessen, was das Wort ‚Konzentrationslager' bedeutet." Knapp charakterisierte Dodd die Funktion dieser Lager und deren Rolle im Hinblick auf den Weg in den Krieg und begründete damit zugleich, warum die Bilder gerade an dieser Stelle des Vortrags gezeigt wurden. Die Lager seien von den Führern des Regimes geschaffen worden, „um ihre Macht aufrechtzuerhalten und jede Opposition gegen ihre Politik, einschließlich natürlich ihrer Pläne für den Angriffskrieg, zu unterdrücken." Dann wurden die Lichter im Saal gelöscht. Einzig die Anklagebänke blieben beleuchtet, damit die Reaktionen der Angeklagten erkennbar waren. Nach dem Ende der Vorführung war im Saal 600 kein Wort zu hören. Der Gerichtsvorsitzende erklärte die Nachmittagssitzung für geschlossen.

Gezeigt wurde an jenem Tage der Zustand der Konzentrations- und Vernichtungslager, wie sie von den in das Reichsgebiet vordringenden alliierten Truppen vorgefunden worden waren. Die Bilder aus Dachau und Bergen-Belsen und weiteren Lagern, der Leichen und Leichenhaufen, der Überlebenden, viele unwiderruflich vom Tode gekennzeichnet, dazu die Aufnahmen von den Weimarer Bürgern, die aufgrund eines Befehls des US-amerikanischen Stadtkommandanten das befreite Buchenwald zu besichtigen hatten, sind später wiederholt gezeigt, manche in andere Dokumentarfilme montiert worden. In Gedenkstätten und während Ausstellungen werden diese Zeugnisse der Bestialität und der Barbarei Besuchern immer wieder vorgeführt. Gegen das Vergessen – und als eine Warnung. Keine der späteren Aufführungen mag je wieder die Wirkung hervorgerufen haben wie diese, als Richter, Anwälte, das vielfältige Personal des Gerichtshofes und Journalisten den Film sahen und nur wenige Meter von sich entfernt die Architekten dieser Todesmühlen zu sitzen wussten. Leute, die bald ihre Unwissenheit und Schuldlosigkeit, ja Abscheu beteuern würden. Das war der Auftakt eines Teils der Beweisführung zum Thema Terror und Massenmorde, die später Gegenstand des Verfahrens werden sollten.

Der Chef der Mörderschwadron

Inzwischen schrieb man das Jahr 1946. Die Pause, die sich der Gerichtshof über das Jahresende eingeräumt hatte, war kurz gewesen, namentlich wenn man die damaligen Reisezeiten bedenkt. Am 2. Januar wurde die Hauptverhandlung fortgesetzt. Tags darauf erschienen im Gerichtssaal, gerufen von der Anklagevertretung, die das Beweismaterial gegen SS und SD vortrug, der ehemalige SS-Ober-

sturmbannführer Otto Ohlendorf und der frühere SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny, die an vorderen Plätzen zu den Akteuren des beispiellosen Verbrechens gehört hatten. Noch waren sie nicht Angeklagte. Noch beschränkte sich ihre Rolle auf die von Zeugen, aber es konnte spätestens nach ihren Aussagen kein Zweifel mehr bestehen, dass auch auf sie ein Gerichtshof und ein Henker warteten.

Zuerst wurde Ohlendorf in den Saal geführt, der sich im Mai zum Zeitpunkt der Kapitulation in Norddeutschland befunden und dort noch die „Regierung Dönitz“ mit Vorschlägen für die Weiterführung jenes Inlanddienstes versehen hatte, der Teil des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) gewesen war und an dessen Spitze er selbst jahrelang gestanden hatte. Zu dessen Aufgaben gehörte die Beobachtung und Bewertung der Stimmung der Bevölkerung im Reichsgebiet und insbesondere deren Reaktion auf Maßnahmen der Staatsmacht. Die Menge an papierner Hinterlassenschaft dieser sogenannten Abteilung III umfasste auch die „Meldungen aus dem Reich“, die Woche für Woche mehrfach zusammengestellt wurden, als geheimes Material galten und zur Verwendung an der Führungsspitze des Regimes gedient hatten. Ihr Text ist seit 1984 in einer siebzehnbändigen Paperback-Ausgabe greifbar und eine vielgenutzte Quelle der Faschismusforschung.

Es war jedoch nicht die Tätigkeit an diesem Platz, die Ohlendorf in den Zeugenstand führte. Sein Vorgesetzter Reinhard Heydrich hatte ihn vor Beginn des Überfalls auf die UdSSR mit der Führung der Einsatzgruppe D des Sicherheitsdienstes beauftragt. Diese Spezialeinheit, eine von insgesamt vier, zog im Juni 1941 vom Boden Rumäniens aus hinter der 11. deutschen Armee, die Erich von Manstein befehligte, nordwärts des Schwarzen Meeres in den Süden der UdSSR, auf die Krim und gelangte im Jahresverlauf bis Charkow. Ihr Auftrag lautete, die kommunistischen Funktionäre und ausnahmslos alle jüdischen Bewohner des Landes zu liquidieren. Zu diesem Zweck gliederte sich die Gruppe in mehrere Kommandos, die im besetzten Gebiet stationiert wurden und, wo sie ihr Mordhandwerk beendet hatten, weiterzogen. Ohlendorf hatte seinen Platz am Schreibtisch der RSHA-Zentrale offenkundig ohne Schwierigkeiten mit diesem Befehlsposten vertauscht, den er ein Jahr lang ausübte, bis er wieder nach Berlin zurückgerufen wurde.

Auf die Fragen des US-amerikanischen Vertreters der Anklage schilderte er die Tätigkeit dieser Mörderschwadron. Niemand, der an diesem Tage als Richter, Anwalt oder Beobachter im Schwurgerichtssaal saß, hat diesen Auftritt je vergessen können. Und das nicht nur wegen des Inhalts, sondern nicht weniger wegen der Art, in der dieser Mann gesprochen hatte. Mit der Exaktheit eines Buchhalters, ungerührt, kaltherzig, in keinem Wort auch nur einen Anflug menschlicher Regung erkennen lassend, so sprach Ohlendorf; er hatte zu den Mitarbeitern Heydrichs gezählt, zu deren früher Biographie Universitätsstudien gehörten und denen es nicht an Intelligenz mangelte. Von der Einsatzgruppe unter seinem Befehl waren insgesamt mehr als 90.000 Menschen umgebracht worden, zumeist durch Erschießung unfern der Ortschaften, zu einem Teil auch durch Erstickung in den sogenannten Gaswagen, in deren mit Menschen vollgestopfte Aufbauten die Abgase des Motors geleitet wurden.

Ohlendorf berichtete von diesem Massenmord, angefangen von der Ermittlung und Erfassung der Juden, über deren Täuschung (man sprach ihnen gegenüber von einer „Umsiedlung“) bis zur Tötung der Opfer und schließlich über den Raub ihrer Habe und deren Verwendung. Er legte dem Gericht die Vorteile bzw. Nachteile der jeweiligen Mordpraxis dar und verwies auf die seelische Belastung der Mörder. Er bestätigte, dass weder Frauen noch Kinder, egal welchen Alters, verschont wurden. Er beschrieb die Kontakte, die es mit der Armeeführung gegeben habe, um das Vorgehen aufeinander abzustimmen, und legte dar, dass die Militärs unter anderem gefordert hatten, in einem bestimmten Umkreis vom Sitz des Armeestabes nicht in Aktion zu treten. Im Verlauf des Gerichtsverfahrens wurden Zeugen, die in verschiedenen Funktionen zur Gruppe der Täter gehörten, von den Vernehmenden gefragt, wie sie ihr eigenes Verhältnis zu den Untaten darstellen würden, an denen sie teilgenommen oder von denen sie mindestens Kenntnis erhalten hatten. Ohlendorf ist eine ähnliche Frage von niemandem vorgelegt worden. Seine Art zu reden, machte jede Frage nach seiner Gedanken- und Gefühlswelt überflüssig. So präzise und ungerührt hätten sich Erklärungen in einer Prüfung beispielsweise im Fach Elektrotechnik oder Gaschemie anhören können, ohne Verwunderung zu erregen. Natürlich hatte auch Ohlendorf sich auf die an ihn ergangenen Befehle berufen.

Das tat auch der unmittelbar danach gehörte Wisliceny, der mit Adolf Eichmann gut bekannt und wohl auch vertraut gewesen war. Beide hatten 1934 ihre Tätigkeit im Sicherheitsdienst begonnen. Die Karriere des Österreichers führte dann steiler nach oben, aber auch diejenige dieses Zeugen stand für die Möglichkeiten des Aufstiegs, die das faschistische Regime, insbesondere in seinem Terrorapparat, jungen ehrgeizigen und skrupellosen Männern eröffnete. Wisliceny war 1941 von Eichmann, der das sogenannte Judenreferat im Reichssicherheitshauptamt leitete, als Beauftragter nach Bratislava, der Hauptstadt des zwei Jahre zuvor geschaffenen Satellitenstaates Slowakei, geschickt worden, um mit der dortigen Regierung die Auslieferung und Deportation der Juden in den Gewaltbereich der deutschen Judenmörder zu vereinbaren und zu organisieren. Dabei wurde den Verbündeten erklärt, diese Weggeschafften würden als Arbeitskräfte verwendet. Praktisch bedeutete das die Verschleppung vereinbarter Kontingente von Juden über die Grenze in Ghettos und Vernichtungslager im eroberten polnischen Gebiet, insbesondere in das vergleichsweise nahe Auschwitz.

Wisliceny war mit diesem Auftrag nicht vollkommen ausgelastet. 1943 kam er auch nach Griechenland, wo er wiederum an der Organisation der Deportation der Juden zu ihren Mördern im Norden beteiligt war. Diesmal waren es Opfer aus Mazedonien und Saloniki. Ein Jahr darauf gehörte er zu dem in Budapest etablierten, von Eichmann kommandierten Stab. Der setzte gemeinsam mit einheimischen Polizeikräften die Juden auch dieses Landes – die letzte zwar verfolgte und bedrängte, aber bis dahin noch nicht dezimierte große Gruppe von Juden im deutschen Macht- oder Zugriffsbereich – nach Auschwitz in Marsch.

Gegen Ende seiner Vernehmung wurde Wisliceny gefragt, ob er Aussagen über die Gesamtzahl der jüdischen Opfer des Massenmordens machen könne. Sich auf Gespräche mit Eichmann berufend, nannte er die Zahl von vier oder fünf Millionen Toten. Er erzählte, dass der Chef des „Judenreferats“, den er zuletzt noch Anfang 1945 gesehen hatte, sich angesichts des herannahenden Endes des Krieges seiner Rolle bezüglich dieser Bilanz gerühmt habe. Von dieser Zahl ging das Nürnberger Tribunal in seinen Wertungen weiterhin auch aus, wiewohl es sich nur um eine Schätzung handelte. Exakte Zahlen hatten die Bürokraten im System der Judenvernichtung nicht hinterlassen. Später wurden voneinander abweichende Angaben und auch die falsche Zuordnung von Getöteten zu den Vernichtungsorten von Holocaustleugnern und Nazis genutzt, um das Verbrechen insgesamt zu bestreiten oder zumindest sein Ausmaß und seine Systematik in Zweifel zu ziehen. Jahrzehnte später ist nach langwierigen Forschungen, bei denen Hindernisse wie u. a. Lücken in den Dokumenten und auch die Unzuverlässigkeit von Einwohnerzählungen in den einst von der Wehrmacht eroberten Gebieten zu überwinden waren, eine quellengestützte Darlegung erschienen (Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer der Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang Benz, München 1991). Dieser Gemeinschaftsarbeit von Historikern zufolge lagen die in Nürnberg genannten Zahlen nicht weit von der grausigen Wahrheit. Als das Minimum an Ermordeten wurden 5,2 Millionen Opfer ermittelt, und es wurde aufgrund der bezeichneten Fehlerquellen für wahrscheinlich gehalten, dass ihre Zahl etwa sechs Millionen betragen könnte.

Strategie der Verteidigung

Erst dreieinhalb Monate nach dem Verhör von Ohlendorf und Wisliceny, am 15. April 1946, trat Rudolf Höß in den Zeugenstand. Dahin hatte ihn im Unterschied zu den beiden anderen SS-Offizieren jedoch nicht die Anklagevertretung gerufen, die ihn zehn Tage zuvor vernommen hatte und eine eingehende eidesstattliche Erklärung über sein Wissen besaß, sondern der Verteidiger des Angeklagten Ernst Kaltenbrunner, der Heydrich 1943 auf den Platz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes gefolgt war. Höß, ehemals mehrere Jahre Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und anschließend leitender Mitarbeiter in der Inspektion der Konzentrationslager in Oranienburg, war zunächst untergetaucht und erst am 11. März 1946 in der Nähe von Flensburg von britischen Besatzungskräften aufgegriffen worden. Er stellte sich dem Gericht als eine Einzig Befehle ausführende Figur dar. Auf eine Frage erklärte er prompt, er habe sogar Mitleid mit den Opfern des

Massenmordens empfunden, das Tag für Tag unweit des Hauses stattfand, in dem nicht nur er, sondern auch seine Frau und seine Kinder lebten.

Kaltenbrunners Anwalt versprach sich von diesem Zeugen Aussagen, die sich womöglich zum Vorteil seines Verteidigungsvorhabens verwerten lassen würden. Entsprechend formuliert waren seine Fragen. Er wollte bestätigt bekommen, dass sein Mandant Auschwitz nie betreten hatte, als wären dem Mann an der Spitze des Reichssicherheitshauptamtes nicht andere Quellen zugänglich gewesen, aus denen er seine Kenntnis darüber beziehen konnte, was hinter den Mauern und Stacheldrahtzäunen des Lagers geschah. Auf der gleichen Ebene lag der Versuch, das von Kaltenbrunner geleitete Hauptamt einzig für die Einlieferung in die Lager zuständig erscheinen zu lassen, während die Verantwortung für das Leben, die Misshandlung und das Sterben der Insassen bei einer anderen Stelle in Himmlers SS-Imperium gelegen habe, eben der Inspektion der Konzentrationslager.

Es wiederholte sich für alle Angeklagten: Sie hatten zwar, mit der Ausnahme von Hans Fritzsche, im Zentrum der Macht gesessen, gearbeitet, entschieden, angewiesen und befohlen, aber auf irgendeine rätselhafte Weise hatten die Dienstwege, soweit es Verbrechen betraf, um sie herum immer einen weiten Bogen gemacht. Wo sie entlang- und vorbeigeführt hatten, waren nur noch Tote: Hitler, Himmler, Heydrich und die nicht aufgefundenen Heinrich Müller („Gestapo-Müller“ – dessen Ende nie mit Sicherheit aufgeklärt werden konnte, der sich aber mit großer Wahrscheinlichkeit in Berlin umgebracht hat), Adolf Eichmann (der befand sich, untergetaucht, noch in Deutschland) und Martin Bormann (er war tot).

Zu dieser Strategie der Verteidigung gehörte weiter, dass die Verbrechen als Geschehnisse hingestellt wurden, die in tiefster Verborgenheit stattgefunden hätten, so dass, wer auf dem Dienstweg damit nichts zu tun hatte, schlechterdings nichts von ihnen erfahren konnte, folglich auch keinen Beweggrund besitzen konnte, seine Stellung zu nutzen, um sich gegen die Untaten zu stellen. Auf Befragen erklärte Höß also, wie streng das KZ Auschwitz, eine „Geheime Reichssache“, bewacht und das Geschehen in seinem Inneren gegen die Kenntnis Unbefugter abgeschirmt gewesen sei. Das Eisenbahnpersonal der Züge mit den Herbeigeschleppten sei ebenso wenig unterrichtet gewesen wie andere, die als Außenstehende mit dem Lager in Berührung kamen. Heute, da die Informationswege anhand vieler Dokumente rekonstruiert sind, kann diese Version als längst widerlegt gelten. Doch schon in Nürnberg wurde nicht bestritten, dass die Bevölkerung von Auschwitz Kenntnis davon hatte, dass in Auschwitz-Birkenau Massen von Menschen umgebracht und deren Leichen verbrannt wurden.

Keine Entlastung

Bewirkte auch Höß’ Auftritt nicht die gewünschte Entlastung Kaltenbrunners, so gab der ehemalige KZ-Kommandant, der vor seiner Verwendung in Auschwitz zum leitenden Personal in den Lagern Dachau und Sachsenhausen gehört hatte, doch ein vollständiges Bild vom Funktionieren des Vernichtungskomplexes, angefangen vom Eintreffen der Opfer, der „Selektion“ und der Täuschung der für die Gaskammern Bestimmten bis zur Ausbeutung ihrer Leichen und der Verschickung des Zahngoldes. Höß schilderte auch das Chaos und das Sterben der Insassen in der Endphase der Existenz der Lager und die Folgen des irrsinnigen Befehls, der die Überlebenden auf die Todesmärsche trieb. Niemand hätte darüber authentischere Auskunft geben können als dieser Mann, der offenbar wusste, dass es für ihn keinen Fluchtweg mehr gab. Und der, wenn er es sich sonst nicht ausrechnete, aus dem inzwischen vor einem US-amerikanischen Gericht abgeschlossenen Dachau-Prozess wusste, dass die Berufung auf Befehle nicht verfing. Waren diese verbrecherisch, verlangte auch der Verhaltenskodex, den deutsche Soldaten in ihren Soldbüchern lesen konnte, deren Verweigerung, nicht die Befolgung.

Höß' Weg aus dem Gerichtssaal führte zurück in die Gefangenschaft. Am 25. Mai 1946 wurde er an Polen ausgeliefert. Das geschah in Übereinstimmung mit der Vereinbarung der Alliierten, die Täter dort zu richten, wo sie ihre Verbrechen ganz oder hauptsächlich begangen hatten. In Kraków von einem Gericht am 2. April 1947 zum Tode verurteilt, wurde er im Lager Auschwitz I, dem Stammlager, am 16. April gehenkt. Dieter Wislicenys Galgen stand in Bratislava, daran endete er im Februar 1948, nachdem ein tschechoslowakischer Gerichtshof gegen ihn das Todesurteil gesprochen hatte. Otto Ohlendorf wurde der Hauptangeklagte im sogenannten Einsatzgruppen-Prozess vor einem US-

amerikanischen Militärtribunal, das ebenfalls in Nürnberg tagte, und am 10. April 1948 zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung erfolgte 1951 in Landsberg am Lech, dem Kriegsverbrechergefängnis Nummer eins der US-amerikanischen Besatzungszone.

junge Welt, Dienstag, 03.01.2006, S. 10.

Schminkmeister des Naziregimes

Die Legende vom üppigen Leben der Deutschen im „Nationalsozialismus“

Vortrag in Bochum, 14./15. Januar 2006

„Sie haben vor Gericht ausgesagt, dass Hitlers Regierung Deutschland zum Aufblühen gebracht hat?“ lautete eine Frage, die am 22. März 1946, also vor nahezu 60 Jahren an einen Angeklagten der Nürnberger Prozesse gestellt wurde. Seine Antwort: „Bis zum Kriegsbeginn unter allen Umständen.“[1] Der Fragende war der sowjetische Chefankläger Rudenko, der Befragte hieß Hermann Göring. Von diesem Mann, dem ehemals zweiten im Nazistaat, nun dem ersten auf der Anklagebank im Nürnberger Justizpalast, hatte ein von der Verteidigung herbeigerufener Zeuge, der Fliegergeneral Bodenschatz, ehemals Adjutant Görings und während des Krieges Verbindungsoffizier der Luftwaffe im Führerhauptquartier, zuvor schon ausgesagt: „Die soziale Einstellung von Hermann Göring war folgende: Sozial fühlend, denkend und handelnd war er ein Wohltäter aller Bedürftigen ... Die Fürsorge für die Arbeiterschaft lag ihm besonders am Herzen. [...] die Einführung des Bergmann-Treuegeldes, das jeder Bergmann nach 25jähriger treuer Arbeit in der Höhe von 20.000 Mark ausbezahlt erhielt, ist eines seiner bedeutendsten sozialen Werke.“[2] Göring selbst wiederum gab sich in dieser Haltung als so etwas wie ein Schüler Hitlers aus. Er erzählte dem Gericht über seine erste Begegnung mit dem „Führer“: „Er gab mir damals zum ersten Mal eine wundervolle und tiefe Erklärung des Begriffs Nationalsozialismus, der Vereinigung der beiden Begriffe, Nationalismus auf der einen, Sozialismus auf der anderen Seite, und dass wir unbedingt [...] eine neue Trägerschaft für diesen Gedanken schaffen müssten.“[3] Und im weiteren Verlauf des Verhörs durch seinen Anwalt konnte Göring ausführen: „Zum ersten Mal aber bekam der Arbeiter Recht auf Urlaub, und zwar bezahlten Urlaub [...] Es wurden für die Arbeiterschaft große Erholungsstätten gebaut. Es wurden gewaltige Summen für neue Arbeitersiedlungen ausgegeben, und der ganze Standard des Arbeiters wurde gehoben ... wir haben die Arbeiter von dem Elend der Arbeitslosigkeit befreit.“[4]

Die gleiche Version von der Sorge um die Arbeitenden als Ausgangs- und Zielpunkt des Hitlerfaschismus erzählte im Zeugenstand am 28. Mai 1946 auch der ehemalige NSDAP-Gauleiter und Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel entlang der Fragen seines Verteidigers. Er habe in den frühen zwanziger Jahren eine Rede Hitlers gehört, in der es um das Leben und den Aufstieg der Fabrik- und Handarbeiter gegangen wäre und unter deren Eindruck, zudem aufgrund seiner Erfahrungen als Seemann, habe er sein Leben der Herstellung einer Gemeinschaft, die „überbürgerlich und überproletarisch“ sei, geweiht. Sie alle präsentierten sich als Volksbeglücker, Glücksbringer vor allem für die in der Gesellschaft am meisten Benachteiligten. Der geduldige Vorsitzende des Gerichts hatte davon genug und intervenierte hier mit der Bemerkung, dass wir diese „Darstellung schon vom Angeklagten Göring gehört [...] und nicht im Sinne haben, es von den anderen 20 Angeklagten nochmals zu hören.“[5]

Von Göring zu Aly

Es scheint, dass wir 2005 auf diese Betrachtungsweise der Jahre 1933 ff., eine Geschichtsdeutung à la Göring, zurückgeworfen werden sollen, diesmal ohne Aussicht, dass ein Gerichtsvorsitzender eingreift. Die Version vom echten nationalen Sozialismus, die in der (neo)nazistischen Szene der Bundesrepublik beständig aufbewahrt blieb, kehrt aus Kreisen zurück, von denen dies nicht vermutet werden konnte. Die faschistischen Führer wären, lesen wir bei einem der Sympathie für die zeitgenössischen Nazis unverdächtigen Autor, von einer „völkisch-sozialstaatlichen Beglückungsideologie“ geleitet gewesen, sie hätten den „nationalen Sozialismus“ (353) etabliert, eine „soziale Aufwärtsmobilisierung“

---

1 IMT, IX, 720.

2 Ebenda, S. 21.

3 Ebenda, S. 271.

4 Ebenda, S. 301. Über die Antriebe, die den Mann an der Spitze der Vierjahresplanbehörde beispielsweise veranlassten, die Verordnung zur Erhöhung er Förderleistung und des Leistungslohnes im Bergbau vom 2. März 1939 zu erlassen, die auch die Bezeichnung „Göringverordnung“ erhielt, siehe Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969, S. 29 (fortan: Eichholtz).

5 IMT, XIV, S. 665.

und „nationale Homogenisierung“ bewirkt, ein „im zeitgenössischen Vergleich beispielloses soziales Appeasement“ herzustellen verstanden (360). Beabsichtigt gewesen sei und entstanden wäre eine „Wohlfühl- und Zustimmungsdiktatur“, eben „Hitler Volksstaat“.

Dass diese Interpretation nicht mit Kopfschütteln und Hohngelächter abgetan wird, charakterisiert den Stand des Geschichtsbewusstseins hierzulande auf einem Felde, das für das aktuelle politische Verhalten nicht als unwichtig gelten kann. Nur sind Vorstöße, dass „Göring-Bild“ von den „Friedensjahren“ neu zu beleben, nicht so neu, wie 2005 weithin angenommen wurde. In diesen oder jenen Ausprägungen begegnete es uns in Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch schon vordem, freilich ohne, dass sich die jüngst dafür durch die Medien erzeugte Aufmerksamkeit feststellen ließ. 1997 wurde ein Buch mit dem Titel „Die braune Gesellschaft“ vorgelegt, dessen Autor davon überzeugen wollte, dass die Jahre von 1933 bis 1945 als „Zeit der Volksgemeinschaft“ treffend gekennzeichnet wären.[6] Es heißt darin: „Die Klassengesellschaft hatte in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft ausgespielt.“ Denn „vor allem Urlaub und Reisen“ hätten die sozialen Trennlinien aufgebrochen: „Klassenkampf und Eigeninteressen hatten in der Freizeitgemeinschaft endgültig ausgespielt.“[7] An anderer Stelle: „Die Volksgemeinschaft war [...] tief in den Herzen des Volkes verankert.“[8] Bis 1940/41 sei „eine soziale Errungenschaft auf die andere“ gefolgt.[9] Und weiter: „Politik war [...] nichts als ein Instrument der Volksgemeinschaft.“[10] Die Kriegspolitik eingeschlossen, denn Sinn und Zweck des Überfalls auf Polen sei es gewesen, „der sich ausdehnenden deutschen Rasse im Osten einen neuen Lebensraum zu erschließen“.[11] Vom Ende der Naziherrschaft, als Zivilisten wie Soldaten dem Grundsatz folgten „Rette sich wer kann“, meint der Verfasser: „Selbst in der Stunde der Niederlage war die völkisch-gemeinschaftliche Gesinnung noch spürbar“ und belegt das mit dem phrasenhaften Text des letzten Wehrmachtsberichts.[12] In diesem agitatorischen Dauerfeuer geht dann nahezu unter, dass der Autor einräumt, dass nicht dieses soziale Sein, wohl aber das Bewusstsein von der Gesellschaft sich gewandelt habe.[13] Demnach sei es den deutschen Faschisten gelungen, die Bewusstseinsentwicklung von der Realität des täglichen Lebens und Erlebens – wovon auf den Seiten des Buches, sieht man von Urlaub, Reisen, Feiern, Fahrten, Ritualen und dergleichen ab, nichts zu lesen ist – gleichsam komplett abzukoppeln. Dies wird als Plädoyer für eine „neue Sichtweise des Nationalsozialismus“ offeriert.

Dieses Werk wiederum besaß Vorläufer, in denen schon dargetan wurde, dass die deutsche Gesellschaft und in ihr das Leben der Massen nach 1933 „revolutioniert“ oder „modernisiert“ worden wäre. Es fußt, ohne ihm im Grunde etwas hinzuzufügen, vor allem auf der drei Jahrzehnte zuvor erschienenen Monographie von David Schoenbaum, die in der deutschen Fassung unter dem Titel Die braune Revolution, im englischen Original als Hitler’s Social Revolution (Hitlers soziale Revolution) herausgegeben worden war.[14] Die Einwände, die dagegen vorgetragen wurden, hat Ian Kershaw 1988 zusammenfassend referiert und geteilt.[15] Die Nazibewegung habe „weder in der Theorie noch in der Praxis irgendeine realistische neue Gesellschaftsordnung hervorbringen“ können.[16] Auch die These von der „gefühlten Revolution“, „Volksgemeinschaft“ usw. beruhe weitgehend auf Vermutung, Spekulation und Übertreibung. Dahin, auf einen Wandel der Wertvorstellungen, der Einstellungen und Haltungen habe die Propaganda des Regimes und der Partei zwar gezielt, doch scheinen die Menschen unter den materiellen Bedingungen des Alltags „weiterhin intensiv die soziale Ungerechtigkeit empfunden, klassenbewusst die vorhandene Ungleichheit gesehen und mit dem ständigen Gefühl der

---

6 Franz Janka, Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert, Stuttgart 1997, S. 125 u. a. (fortan: Janka).
7 Janka, S. 380 ff.
8 Janka, S. 417.
9 Janka, S. 357.
10 Janka, S. 407.
11 Janka, S. 418.
12 Janka, S. 433 f.
13 Janka. S. 266.
14 David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968.
15 Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 262 ff.
16 Kershaw, S. 275.

Ausbeutung gelebt zu haben.“[17] Der an der Macht befindliche „Nationalsozialismus“, so lautet Kershaws Fazit, stellt „die bislang erbarmungsloseste und am stärksten ausbeuterische Form der industriellen Klassengesellschaft dar“.[18] Nun findet das Rollback statt. Und es ist ein Irrtum zu glauben, die Attacke würde sich allein gegen marxistische Interpretationen der Geschichte der faschistischen Diktatur richten.

Schwierigkeiten mit einem unerwarteten Wandel

In der marxistischen Geschichtsschreibung bildete die länger existierende Fixierung auf das materielle Lebensniveau der Massen, die Entwicklung der Löhne der Arbeiter und Gehälter der kleinen Angestellten und ihren durch sie begrenzten Zugriff auf Waren und Dienstleistungen, eine Barriere gegen das Verstehen der politischen Wandlungen, die nach 1933 eintraten. Diese waren von zeitgenössischen Gegnern des deutschen Faschismus so in keiner Weise erwartet worden. Die sichere Vorhersage auf den Kurs der Aufrüstung mit dem Ziel eines Revanche- und Eroberungskrieges verband sich mit der falschen Prognose, es werde dem Regime nicht gelingen, gleichzeitig Millionen eine Wendung ihres Lebens zum Besseren zu eröffnen. Erwartet wurde vielmehr, dass dieser Staat und seine Regierung unweigerlich in schwere Krisen geraten müssten, aus denen Chancen für die eigene Aktion der Sozialisten und Kommunisten erwartet wurden. Der Abschied von diesen Vorstellungen fiel schwer. Die Exilführung der Kommunistischen Partei Deutschlands hat es, wiewohl es ihr nicht an intellektueller Potenz mangelte, nie zu einer bestandsfesten Analyse der Entwicklungen gebracht. Schwer fiel es vor allem, die massenpsychologischen Faktoren zu erfassen, welche die dauerhafte Stabilität des Regimes zu einem wesentlichen Teil bestimmten.

Im Referat Georgi Dimitroffs auf dem VII. Komintern-Kongress 1935 gab es einen Abschnitt unter der Überschrift „Was bringt der Sieg des Faschismus den Massen?“ Und die Antwort, die zunächst die politische und gewerkschaftliche Entrechtung aufzählte und auf die Militarisierung verwies, lautete dann: Im Gegensatz zu seinen Versprechen verwandelt er „die Fabriken und Betriebe in Kasernen, in denen die zügellose Willkür der Kapitalisten herrscht.“ Der Jugend hätte er „Massenentlassungen aus den Betrieben gebracht“. Die Angestellten, kleinen Beamten und Intellektuellen, hieß es weiter, habe er „in noch größere Hoffnungslosigkeit und Ungewissheit über den morgigen Tag“ gestürzt.[19]

Dieses Bild von der totalen Verschlechterung der Lage der Werktätigen in den faschistischen Diktaturen war gleichsam die „analytische“ Vorgabe für die etwa einen Monat später stattfindende Parteikonferenz der KPD, die ebenfalls in Moskau tagte. Wilhelm Pieck, der den Bericht des Zentralkomitees gab, zielte zunächst auf eine kritische, indessen auf halbem Wege steckenbleibende Auseinandersetzung mit der Strategie und Taktik der Partei in den Kämpfen gegen den Faschismus und erwähnte dabei auch das falsche Bild, dass die KPD sich von der Arbeiterklasse gemacht habe. Er forderte eine Analyse nicht für den Tag, sondern für eine größere Zeitspanne. [20] Dass sich in der politischen Situation in Deutschland binnen kurzem einschneidende Veränderungen ergeben hatten, lag zutage: „Die Massen von heute sind anders als die Massen der legalen Zeit. Millionen von Menschen sind in den letzten Jahren in das politische Leben hineingezogen worden, der Nationalsozialismus packte sie mit seiner nationalistischen und antikapitalistischen Demagogie.“ In den Massen hätten sich „neue Vorstellungen“ gebildet.[21]

Eine marxistische Analyse?

Die Anschlussfrage lautete: Waren diese einzig im Ergebnis raffinierter und skrupelloser Demagogie erreicht worden oder besaßen sie ihre Stütze nicht auch in realen Veränderungen in der Lebenswelt der Arbeitenden? Zur Lage der Arbeiter aber wurde generalisierend festgestellt, sie habe sich

---

17 Kershaw, S. 281.
18 Kershaw, S. 285.
19 Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd. 2: 1921-1935, Berlin, 1958. S. 531.
20 Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, 3.-15. Oktober 1935. Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach, Berlin 1975, S. 85 f.
21 Ebenda, S. 113.

verschlechtert und in den Massen existierten „Anzeichen einer sehr starken [...] Gärung“.[22] Die Fortdauer dieser Verschlechterung wurde vorhergesagt.[23] Erst nach dieser Generalbewertung wird zusammenhängend die Frage gestellt: „Was geht in der Arbeiterklasse vor?“ und geantwortet: In ihr, im städtischen Kleinbürgertum und der werktätigen Bauernschaft breite sich Unzufriedenheit aus, die „sich in immer stärkerer Opposition gegen das Regime bemerkbar“ mache.[24] Keine Rede war von der Widersprüchlichkeit der sozialen und materiellen Entwicklung, von Vorteilen und Nachteilen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wurde erwähnt, 2,5 Millionen Menschen seien nicht mehr erwerbslos, so die Angabe, doch blieb dieser Prozess in seiner Rückwirkung auf die Stabilität der Massenbasis, deren Zersetzung als die zentrale Aufgabe angesehen wurde, nicht analysiert, sieht man davon ab, dass sich daraus für den Lohnkampf günstigere Bedingungen ergeben hätten.[25] Das Gleiche galt für die registrierte weitere Differenzierung innerhalb der abhängig Arbeitenden.

Als das Konfliktfeld zwischen der Regierungspolitik und den Interessen der Arbeitenden wurde, wie Walter Ulbricht in einem Referat darlegte, die sich auftuende Schere zwischen den niedrig gehaltenen Löhnen und der fortschreitenden Verteuerung der Waren des Massenbedarfs angesehen. Die Klagen über die Löhne würden sich zudem durch die Abzüge vom Lohn für das Winterhilfswerk (WHW), die Beiträge für die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und weitere Spenden verstärkten. Sie beträfen auch die gestiegene Zahl der Unfälle und die Verschlechterung der Leistungen bei Krankheit. Extrem schlecht seien die Arbeitsbedingungen für Notstandsarbeiter und im Straßenbau, weshalb sich Unmut und Protest vor allem in diesen Kreisen rühre. Die Forderungen von NS-Führern nach dem „gerechten Lohn“, die Losung „Wer leistet, soll fordern“ oder die Kampagne „Schönheit der Arbeit“ wurden als Zugeständnisse der faschistischen Arbeiterführer gewertet und zugleich als Anknüpfungspunkte zur Wiedergewinnung des eigenen Einflusses und zur Mobilisierung gegen die Diktatur.[26]

Im Hinblick auf die Jugend, in der sich das Regime ein „festes Bollwerk“ verschaffen wolle, wurde beobachtet, dass sich der Wandel nicht nur aus demagogischer Beeinflussung erkläre. Es seien auch „demagogische Maßnahmen“ ergriffen worden. Doch wären die nicht nur als Betrugsmanöver und Schritte zu verstehen, die Jugend einzufangen[27], was fraglos beabsichtigt sei. Wenn Forderungen der Hitlerjugend auch keineswegs in allen Betrieben durchgesetzt wurden, so hätten sich reale Verbesserungen der Lage von Teilen der Jugend ergeben. Aufgezählt wurden die Anrechnung der Berufsschulzeit auf die Arbeitszeit, das Verbot der Akkordarbeit und der Nachtarbeit für Lehrlinge, der Jugendschutz und die Bestrafung von Meistern, die gegen seine Bestimmungen verstoßen würden, das Verbot der Beschäftigung mit außerberuflichen Arbeiten, die Gewährung eines ausreichenden tariflich festgesetzten Kostgeldes, die Erhöhung der Urlaubstage für verschiedene Gruppen der Arbeiterjugend.[28] Angesichts solcher Tatsachen ließe sich, wie Robert Lehmann, ein Berliner Delegierter und Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation sagte, nicht einfach feststellen, dass die Jugend rechtlos sei.

Anton Ackermann verwies im gleichen Zusammenhang auf die Errichtung von Sommerlagern, Freizeitlagern, organisierte Urlaubsreisen und Kulturveranstaltungen für die Jugend, um wenig später unter Hinweis auf die Militarisierung zu sagen, der Faschismus nehme der Jugend praktisch die Ferien und habe „die Zukunft der Jugend in ein graues Nichts verwandelt“.[29] Selbst dort, wo die Einschätzung der Veränderungen noch am konkretesten war und auf Fakten verwiesen wurde, die den anwachsenden Einfluss der Führer auf die junge Generation beförderten und deren Verhaltensweisen erklärten, folgte postwendend oder gleichsam wie das Amen in der Kirche das Fazit, dass sich die

---

22 Ebenda, S. 142 f.
23 Ebenda, S. 164.
24 Ebenda, S. 137.
25 Ebenda, S. 141.
26 Walter Ulbricht, Die Arbeit in den Deutschen Arbeitsfront und der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, Ebenda, S. 287 und 266 f.
27 Diskussionsbeitrag von Robert Lehmann, S. 453.
28 Ebenda, S. 290
29 Diskussionsbeitrag von Anton Ackermann, S. 340-342.

materielle Lage der Werktätigen insgesamt zum Schlechteren entwickelt habe. Das ganze deutsche Volk, so ein Fazit, sei durch die wirtschaftliche Situation und die Aufrüstung „in Unruhe und Unsicherheit versetzt“.[30] Jedoch dürfe nicht geglaubt werden, dass die kommende Entwicklung notwendig der eigenen Arbeit beständig voran helfen werde.

Das Naziregime und die „Errungenschaften“ der Arbeiter

Die NS-Führung und insbesondere Hitler wussten natürlich am 30. Januar 1933, dass sie über Jahre Millionen ihrer Anhänger mit hohen Erwartungen aufgeladen hatten. Welche Bedeutung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit für die Festigung der Massenbasis des Regimes besaß, erklärte Hitler den Gauleitern in einer Rede am 6. Juli 1933 klar: „Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten.“[31] Das erste, was die Propagandisten des Regimes nach der „Machtergreifung“ von den NSDAP-Mitgliedern wie von allen „Volksgenossen“ forderten, war Geduld. Sie wurde sogar zeitlich begrenzt. Hitler verlangte am 10. Februar in seiner Wahlrede für die Abstimmung am 5. März 1933 „Gebt mir vier Jahre Zeit“ und zwar „für die Rettung des deutschen Arbeiters“ und „für die Rettung des deutschen Bauern“. Das ist oft zitiert worden, u. a. als Begleittext für Fotos, die Deutschland und die in ihm lebenden Deutschen in den Trümmern des Jahres 1945 zeigten. Wie aber stellte sich das Versprechen nach den erbetenen vier Jahren, also Anfang 1937, dar? So, dass es den Propagandisten des Faschismus beispielsweise möglich war, inmitten Berlins eine Ausstellung zu zeigen, welche die Ergebnisse dieses sogenannten ersten Vierjahresplans präsentierten.

Was war auf dem Felde sozialpolitischer Gesetzgebung und praktischer Maßnahmen, die das Leben der Arbeitenden in Betrieben und während der Freizeit zum Besseren veränderten, im Verlauf der sechs Vorkriegsjahre wirklich geschehen? Was hob die Autorität der Führer, namentlich die Hitlers, was trug zur Stabilität des Regimes bei?

1. Die Arbeitslosigkeit war als eine gesellschaftliche Erscheinung 1937/38 vollständig beseitigt. Das veränderte nicht nur das Leben der 5,6 Millionen amtlich statistisch als Erwerbslose ausgewiesenen Personen, sondern vielfach auch das ihrer Familien. 1937 war die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million gesunken, 1938 wurden weniger als eine halbe Million registriert. Die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen war von 18,7 Millionen im Jahre 1932 auf 24, 4 Millionen 1939, also um 6,1 Millionen gestiegen. Unter den Faktoren, die zugunsten des Regimes sprachen, war das der schwerwiegendste, zumal die Vollbeschäftigung immer wieder propagandistisch geschickt vor dem Hintergrund von Tatsachen und Entwicklungen im Ausland dargestellt werden konnten. Mit der Bemerkung: „... aber sie haben Arbeit geschaffen“ wurden viele Einwände gegen die Politik der Machthaber abgetan oder stark relativiert. Die vielfach kritisierten Methoden der Arbeitsbeschaffung, darunter insbesondere die 1937 einsetzenden Dienstverpflichtungen, und deren erkennbare Folgen traten demgegenüber insgesamt in den Hintergrund.

2. Trotz des Bestrebens der Regierung, die Löhne auf dem niedrigen Krisenniveau zu halten, was ihr in den ersten Jahren auch weitgehend gelang, stieg das Reallohniveau zwischen 1933 und 1939 allmählich an. Die Vollbeschäftigung ermöglichte entgegen der sich ausweitenden Arbeitsplatzbindung das Suchen nach besser bezahlter Arbeit, wobei sich ein Sog von den Klein- und Mittelbetrieben in die Großbetriebe ergab. Innerhalb von Betrieben öffnete die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Lohnkategorien. Die staatliche Lohnpolitik[32] lief den Machthabern zu einem Teil aus dem Ruder, da sich das Interesse an niedriger Massenkaufkraft und Ansporn zu höchsten Leistungen der Arbeitenden (und Ausnutzung aller sich bietenden Profitchancen durch die Kapitaleigner) nicht vereinbaren ließen. Vor allem stiegen die Löhne als Folge der verlängerten Arbeitszeit stiegen die Wochenlöhne (effektiv nominal von 1932 = 100 auf 131, real

---

30 Wilhelm Florin im Schlusswort, ebenda, S. 560.

31 Dokumente der deutschen Politik. Bd. 1: Die nationalsozialistische Revolution. Hrsg. Paul Meier-Benneckenstein, Berlin 1935, S. 59.

32 Siehe den Abschnitt Lohnpolitik Marie Luise Recker, Sozialpolitik, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hrsg. von Wolfgang Benz u. a. München 1997, S. 126 ff. (fortan: Recker)

von wiederum 1932 = 100 auf 123 an und infolge der zunehmenden Arbeitsaufnahme von Frauen[33] wuchsen verschiedentlich die Familieneinkommen an.

3. Den Arbeitern wurde ein gesetzlicher und bezahlter Urlaub von mindestens 6 maximal 12 Tagen garantiert, wobei das Maximum nach etwa 10 Urlaubsjahren erreicht werden konnte. Jugendliche Arbeiter erhielten durch das Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendschutzgesetzt) vom 30. April 1938 eine längere Spanne der Erholung zugebilligt, 15 Werktage für die unter 16, 12 für die älteren. Wer an Fahrten oder Lagern der Hitlerjugend teilnahm, bekam zudem einen Zuschlag. Der besserverdienende Teil der Arbeiter nutzte diese Zeit für Reisen mit der Organisation „Kraft durch Freude“.[34]

4. Auf Initiative von Werksleitungen, teils unter dem Druck der um Massenakzeptanz werbenden Deutschen Arbeitsfront wurden innerhalb der Betriebe Maßnahmen ergriffen, durch die sich die Arbeits- und auch die Arbeitspausenbedingungen verbesserten. Mit ihnen zielten die „Betriebsführer“ auch auf einen Vorteil bei der Anwerbung von Arbeitskräften. Dazu gehörte die Umgestaltung von Arbeitsplätzen (Kampagnen „Schönheit der Arbeit“, „Mehr Licht“ u. a.), die Einrichtung von Werkkantinen und die Ausgabe warmer Mahlzeiten, die Beseitigung unhygienischer („eines deutschen Arbeiters unwürdiger“) Verhältnisse, die Schaffung von Möglichkeiten für Erholung außerhalb von Werkhallen und -stätten und von Gelegenheiten für sportliche Betätigung. Jedoch sahen die Machthaber Aktionen und Kampagnen, die sich auf die Einführung und Mehrung „betriebliche Sozialleistungen“ richteten, durchaus ambivalent. Diese verhalfen zwar der Mär vom „nationalen Sozialismus“ auf, aber sie konnten auch zu Lasten von produktiven Investitionen gehen.[35]

An diese und eine Reihe weiterer Maßnahmen schließen sich zwei Fragten. Die eine: Verdienen diese Maßnahmen eigentlich die Kennzeichnung als „nationalsozialistisch“ oder das Prädikat „nationalsozialistische Errungenschaften“? Dagegen ist eingewendet worden, dass von den Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, die im letzten Jahr der Weimarer Republik freilich meist bereits in der Planungsphase stecken geblieben waren, bis zu den Schritten der Veränderungen des Binnenklimas in den Betrieben dem Bekannten nichts Neues hinzugefügt wurde. Ähnliche Entwicklungen hatten sich in Deutschland und in anderen Staaten angebahnt. Das Interesse des Regimes, die Millionen Arbeiter zu formieren und sie an ihren Arbeitsplätzen zu Höchstleistungen anzustacheln, hat die eingeleitete Entwicklung womöglich beschleunigt, aber sie nicht geboren oder verursacht.

Die zweite an diese Veränderungen zu knüpfende Frage betrifft die materiellen Lebensverhältnisse und – insgesamt – die Lebensweise der Arbeiterklasse. War hier ein Wandel erfolgt, der Vorstellungen von einem Wohlleben oder – wie formuliert worden ist – von einem „üppigen“ Dasein der Arbeiterklasse rechtfertigen könnte? Das soll für den am spätestens denkbaren Zeitpunkt, die Situation in jenen Monaten geprüft werden, die noch zum Vor-Krieg zählen.

Das letzte Jahr des Friedens

Wird in der Literatur auf das Leben der Massen in den Vorkriegsjahren eingegangen, dann lauten die Bezugspunkte in aller Regel: Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Gewährung von Urlaub und billige Urlaubsreisen mit KdF, Möglichkeit für Kinder von Arbeitern und Kleinbürgern zum Schulbesuch über die Volksschule hinaus. Dies und einige weitere Veränderungen waren Propagandaschlager des Regimes. Nähere und kritische Betrachtung unterbleibt, wiewohl Quellen zur Verfügung stehen. Eine unverdächtige Quelle ergibt sich aus den überlieferten Berichten des Sicherheitsdienstes, bei deren Benutzung allerdings zu berücksichtigen ist, dass es Aufgabe und Pflicht dieses Dienstes war, die Staatsführung auf Problem- und Konfliktfelder hinzuweisen, weshalb Tatsachen, die Kritik, Unruhe und Unzufriedenheit erzeugten, stärkere Berücksichtigung fanden als solche, die als Verdienste des

---

33 Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes, Band 3: Wirtschaft. In: Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, S. 186 u. 210 ff. (fortan: MadR). hier: 1938, S. 200.

34 Heinz Lampert, Staatliche Sozialpolitik im Dritten Reich. In: Karl Dietrich Bracher u. a., Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 192), S. 197. (fortan: Lampert).

35 Recker, S. 127.

„Nationalsozialismus“ angesehen wurden. Die SD-Berichte sind häufig zahlengestützt und beschränken sich nicht auf die Ermittlung von Meinungen und Stimmungen.

Im Folgenden werden die Berichte vom Jahresende 1938/Anfang 1939 auf Angaben durchgemustert, die sie über die Lage der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft – und die machten bei nahezu 25 Millionen Beschäftigten deren Mehrheit aus – enthalten. Nachdem in einem Bericht vom ersten Quartalsende 1939 einleitend vom „oft selbstverständlichen Vertrauen zur Führung“ berichtet wird, heißt es dann bürokratisch geschraubt, dass „ein vornehmlich auf der wirtschaftlichen Anspannung beruhender Materialismus ideeller Beeinflussung immer weniger Raum lässt“[36], was in den Klartext übersetzt werden kann, dass Sorgen des Alltags weithin Desinteresse an der ideologischen Ausrichtung durch die Machthaber bewirkten.

Ende 1938/Anfang 1939 war die Arbeitslosigkeit in Deutschland (mit Ausnahme Österreichs und des Sudetenlandes) faktisch völlig beseitigt.[37] Die Arbeitslosenquote betrug 1,3 Prozent.[38] Ende des ersten Quartals 1939 wurde die Arbeitslosenstatistik als überflüssig angesehen und weiterhin nicht mehr betrieben. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im letzten Vorkriegswinter war geringfügig gewesen. Die Beschäftigungszahl stieg insgesamt weiter. Das Reservoir an Arbeitskräften war faktisch erschöpft. Ein Mehr wurde nur noch durch den Eintritt von – bis dahin nichtberufstätigen – Frauen, durch die Rückkehr von Rentnern und den Eintritt von Jugendlichen in den Arbeitsprozess erzielt. Arbeitskräfte aus Italien (im Bauwesen und in der Landwirtschaft), aus Polen (im Bergbau und in der Landwirtschaft), aus den Niederlanden und Belgien (im westdeutschen Bergbau) waren gefragt.[39] Im Bergbau wurde die Arbeitszeit unter Tage per Gesetz auf 8 Stunden und 45 Minuten verlängert. Bergarbeiter, die mit dem Erreichen des 50. Lebensjahres als „bergfertig“ galten und Rente erhielten, wurden in die Gruben zurückgelockt, konnten sie ihr Einkommen dadurch doch erheblich erhöhen.[40] Die Zahl der Überstunden wuchs in mehreren Industriezweigen (Metallindustrie, Bauwesen) bedrohlich. Der Arbeitstag verlängerte sich für nicht wenige Arbeiter zusätzlich als Folge des unzuverlässigen Verkehrswesens, in dem notwendige Investitionen unterlassen worden waren. Unter dem Einfluss dieser Faktoren sank die Arbeitsleistung, während die Gefährdung der Gesundheit der Überanstrengten wuchs und sich in einem Anwachsen der Krankheitstage niederschlug. Vor allem fehlten trotz der auf dem Felde der Berufsausbildung und Umschulung unternommenen Anstrengungen Facharbeiter. Die Einrichtungen der Reichsanstalt hatten sich nicht mehr mit der Erfassung der Erwerbslosen und deren Vermittlung auf Arbeitsplätze zu befassen, sondern steuerten und kontrollierten Zwangsmaßnahmen, die meist der Forcierung der Rüstungswirtschaft dienten. Die gesetzlichen Grundlagen dafür waren seit 1934 schrittweise geschaffen worden und hatten am 22. Juni 1938 ihren Höhepunkt im Vor-Krieg mit der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von staatspolitischer Bedeutung erlangt, die nun für vorerst begrenzte Zeit Zwangsverpflichtungen zu Arbeitsplätzen ermöglichte. Eine folgende Verordnung vom 13. Februar 1939 hob die Bestimmung über die zeitliche Begrenzung faktisch auf.[41]

Dramatische Ausmaße hatte die Landflucht inzwischen angenommen, trotz der staatlichen Maßnahmen, die dem gegensteuern sollten. Das führte insbesondere zu einer Einschränkung der arbeitsintensiven Arbeiten und traf folglich vor allem die Großviehhaltung, in der insbesondere Schweizer fehlten. Von 1937 zu 1938 gingen die Schweine- wie die Rinderbestände zurück.[42] Es vergrößerte sich, so eine Feststellung über die Folgen, die Versorgungslücke bei Fleisch und Fett. Gefordert wurde „Esst mehr Fisch“. In mehreren Gegenden des Reiches wurde für Landarbeiter obligatorisch und also ohne Zuschläge der 11 Stundentag eingeführt. Der Mangel an Arbeitskräften belastete vor

---

36 1. Vierteljahresbericht 1939 des Sicherheitshauptamtes, Band 2, Übersicht. In: Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, S. 247 (fortan: 1939/1).

37 1938, S. 196 f.

38 Lampert, S. 185.

39 MadR 1938, S. 201.

40 MadR 1939/1, S. 323.

41 Lampert, S. 187 f.

42 MadR 1938, S. 160.

allem die sogenannten Landfrauen und verlangte den Bäuerinnen vermehrte Anstrengungen ab. Immer häufiger mussten, vor allem in der Erntezeit mit Aushilfen gearbeitet werden. Angehörige von NSDAP-Organisationen, des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht wurden als Nothelfer eingesetzt. Die Durchsetzung des sogenannten Landjahrs für weibliche Jugendliche stieß auf viele Hindernisse und Widerstände. Zusammenfassend hieß es Ende 1938: „Der Höhepunkt der Erzeugungsschlacht ist offenbar erreicht.“[43] Die in diesem Jahr verfügte Senkung der Preise für Landmaschinen und die Hebung der Aufkaufpreise für Fettschweine, Schlachtrind und Milch sollten den sich abzeichnenden bedrohlichen Prozess abstoppen oder abwenden. Jeder fünfte Deutsche wurde durch Einfuhren aus dem Ausland ernährt.[44] Von Autarkie konnte keine Rede sein.

Unter diesen Bedingungen des Arbeitsmarktes nahm die Konkurrenz der Industrie- und Agrarkapitalisten um die Arbeitskräfte zu und führte mit dem Angebot von Spitzenlöhnen, der Überstunden- und übertariflichen Zahlungen, Prämien und anderen außertariflichen Vergünstigungen sowie weiteren Zuschlägen zur unerwünschten Steigerung der Kaufkraft. Auch dagegen und gegen den durch die unterschiedlichen Anreize verursachten häufigen Wechsel der Arbeitsplätze[45] versuchte der Staat zu steuern und die „Reichstreuhänder der Arbeit“ zu mobilisieren. Sie sollten die Politik des Lohnstopps sichern, für die der Begriff der „Lohnstetigkeit“[46] erfunden wurde. Der Generalbefund lautete auch: „das starre Grundlohnsystem blieb nach wie vor das eherne Grundgesetz unserer Lohnpolitik“. Dennoch wuchs das Gesamteinkommen der Arbeitenden und zwar als Folge von Wechseln aus der Gruppe der ungelernten in die der gelernten Arbeiter, den Übergang vom Stunden zum Akkordlohn, die Entlohnung von Überstunden u. a.)[47]. Beibehalten ließ sich hingegen gegen alles Verlangen der Betroffenen die Höhe der Sozialrenten, die sich nach wie vor auf dem per Notverordnung gekürzten Stand des Sommers 1932 bewegte.[48] Auch lauter werdende Forderungen angesichts der Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Lohnabzüge zur Arbeitslosenversicherung einzustellen, wurden ignoriert. Die Möglichkeit, den Arbeitsplatz zu wechseln, ein Vorhaben vieler, angetrieben durch die Möglichkeit größeren Verdienstes, wurde weiter eingeschränkt. Das Verlassen einer Arbeitsstelle wie der Eintritt in eine neue wurde in einer erheblichen Zahl von Fällen genehmigungspflichtig.

Ein großer Teil der Arbeitenden lebte in jenen Jahren in Städten und Industrierevieren in schlechten und, wie die SD-Berichten unumwunden beschrieben, menschenunwürdigen Wohnverhältnissen. Für Berlin wurde die Kennzeichnung „Wohnungselend“ gebraucht. Katastrophal waren insbesondere die Behausungen, in denen ledige Landarbeiter und Landarbeiterfamilien leben mussten. Das trug zur Landflucht der jungen Leute bei. Der Wohnungsbau ging 1938 gegenüber 1937 weiter zurück[49] und kam nahezu zum Erliegen. Die öffentlichen Investitionen für den Wohnungsbau, die 1933 noch 5,8 Prozent der öffentlichen Investitionen ausgemacht hatten, waren 1938 auf 1,3 Prozent gesunken.[50] Arbeitskräfte und Rohstoffe wurden für den Westwallbau, für Vorhaben der Wehrmacht und für die Verwirklichung der verschiedensten repräsentativen Vorhaben (vor allem in Berlin, hier fraß der Bau der Reichskanzlei allein die gesamte Jahresproduktion von Granit) eingesetzt, so dass für zivile Zwecke kaum etwas zur Verfügung stand. Um den Abfluss von Baumaterial an die geringe Zahl von Eigenheimbauern zu verhindern, war eine Baukreditsperre erlassen worden, die über den 1. April 1939 hinaus verlängert wurde. Die Mieten der Kleinwohnungen seien hoch und betrügen ein Drittel und mehr des Verdienstes von Arbeitern.[51] Auch über die gesundheitlichen Folgen dieser Zustände gaben die Berichterstatter Auskunft. Sie begünstigten vor allem die Ausbreitung der Lungentuberkulose.

---

43 MadR 1938, S. 159 ff.

44 Die Angaben schwanken in der Literatur geringfügig. Eichholtz S. 232 gibt die Einfuhrabhängigkeit bei Nahrungsmitteln für 1938/39 mit 17 Prozent (1927/28) mit 32 Prozent) an.

45 Eichholtz betrachtet die Fluktuation unter den Bedingungen der Entrechtung in Staat und Betrieb als „wichtigste Form des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital“. Eichholtz, S. 28.

46 MadR 1939/1, S. 323.

47 MadR 1938, S. 203.

48 MadR 1939/1, S. 324.

49 MadR 1938, S. 186 u. 210 ff.

50 Lampert, S. 201.

51 MadR 1939/1, S. 270 u. 327 f.

Zu den bevorzugten Reklamebildern der Zeit, die heute in Filmen und Büchern wieder und wieder reproduziert werden, gehören Fotos kerngesunder Menschen, kräftige Hitlerjungen in Sportkleidung, fröhlich tanzende Maiden, Arbeitsdienstmänner, bestens ernährt und muskulös. Nicht reproduziert werden hingegen Texte wie dieser: „In der Berichtszeit mehrten sich im gesamten Reichsgebiet die Fälle der Überarbeitung und nervösen Erschöpfung der werktätigen Bevölkerung. Nicht zuletzt ist diese Tatsache zurückzuführen auf den starken Mangel an vitaminreicher Ernährung.“[52] Der wiederum war zu einem Teil ebenfalls durch das Fehlen von Arbeitskräften auf dem Lande im Obst- und Gemüsebau verursacht. Klein- und Schrebergärtner wurden deshalb aufgerufen, den Anbau von Obst zu vermehren. Die Fehlernährung ging zu einem besonderen Teil zu Lasten der Heranwachsenden.

Die Bilder der „Jugend des Führers“ verstellen auch den Blick auf die Folgen des Lebens der Kinder in überfüllten Arbeiterwohnungen, in Kellerwohnungen, in denen in der von Albert Speer umgestalteten Reichshauptstadt 1938 schätzungsweise 20.000 „Volksgenossen“, darunter Familien „mit bis zu 9 Köpfen“, vegetierten und auch die wiederum geschätzten 5.000 Berliner Kinder, die, während ihre Eltern arbeiten, „mehr oder weniger herumlungern“.[53] „Die Gefahr einer negativen Einstellung zum Nationalsozialismus“, konstatierten die Spezialisten Heydrichs, rühre in der Arbeiterschaft in erster Linie aus diesen Zuständen der Wohnungsnot her.

Ein Wort noch aus dem Material der Beamten des Sicherheitsdienstes als Kommentar zu den bis heute bevorzugt wiedergegebenen bunten Werbe-Plakaten mit den im Volkswagen (VW)-Cabriolet über die Autobahnen dahin sausenden Volksgenossen. Notiert wurde: „Die Bestellungen für den KdF-Wagen haben bis jetzt nicht den Erwartungen entsprochen, so dass die erste Jahresproduktion noch nicht abgesetzt werden konnte. Die Beteiligung der Arbeiterschaft wird mit nur 3-4% angegeben.“[54] Am stärksten beteiligt seien an den Bestellungen Angestellte und Beamte.[55] In den Betrieben wurde diskutiert, dass sich Facharbeiter die Anschaffung eines Autos womöglich noch leisten, aber die Betriebs- und Unterhaltungskosten kaum aufbringen könnten. Der Wagen, wurde gespottet, würde dann nicht weiterfahren, als der Empfang des Volksempfängers reiche.

Ein anderes aussagekräftiges Zeugnis über die interne Beurteilung der Lage der Arbeiter am Vorabend des Krieges stammt aus der Hinterlassenschaft des Stellvertreters des Führers. Es entstand, nachdem am 15. Juni 1939 in einer Chefbesprechung bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick entschieden worden war, Hitler einen Vorschlag zur Erhöhung der Beamtengehälter zu unterbreiten. Darauf reagierte Rudolf Heß, der mit seinen Einwänden gescheitert war, mit einer beschwörenden Denkschrift, die er an Hitler richtete. Sie trug die Überschrift „Rudolf Heß an den Führer“.[56] Seit 1933 habe er mit vielen Parteiführern unbeirrbar öffentlich den Regierungsbeschluss verfochten, weder die Löhne und Gehälter noch die Preise des Einzelhandels zu erhöhen. Auf diesem Wege seien die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Aufrüstung gesichert und gleichzeitig inflationäre Entwicklungen verhindert worden. Würde von ihm abgegangen, könne eine Lawine entstehen. Die Arbeiter hätten, entgegen der Behauptung der Verfechter der Erhöhung der Gehälter der Beamten, durch Arbeitsfront und „Kraft durch Freude“ keine indirekten Lohnvorteile genossen. Denn die Abzüge vom Lohn wären seit 1933 erheblich gewachsen. Die am schlechtesten verdienenden Arbeiter könnten nicht einmal die zusätzlichen Kosten aufbringen, die ein Urlaub trotz billiger Angebote erfordere. Lohnerhöhungen, Folge der Konkurrenz um die raren Facharbeiter, auf die sich die Verfechter der Anhebung der Beamtenbesoldung beriefen, hätten die Masse der Arbeiter nicht erreicht. Zudem sei im Unterschied zur Beamtenschaft für die Arbeiter und Bauern die Altersversorgung nicht gesichert. Die Existenz mancher Bauern würde durch die auf niedrigem Niveau festgehaltenen Aufkaufpreise gefährdet.[57]

---

52 MadR 1939/1, S. 271.
53 MadR 1938, S. 210 u. 212.
54 MadR 1938, S. 177.
55 MadR 1938, S. 206.
56 Mit dem Datum vom 17. Juni 1939. Heß befand sich damals zu einem Urlaub in Mecklenburg und schrieb aus Kalkhorst bei Grevesmühlen.
57 Mf 101 04882.

Der hier geschilderte Befund lässt sich auch in anderen Quellen antreffen, so etwa in den wirtschaftlichen Teilen der Berichte der Regierungspräsidenten oder in denen der Reichstreuhänder der Arbeit. Er wird aus anderer Perspektive bestätigt in den Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei.[58] Die verallgemeinerten Einschätzungen des Sicherheitshauptamtes finden darin ihre vielfarbige Illustration durch die Berichte aus einzelnen, meist namentlich genannten Regionen und Betrieben. Zum Teil stützen sie sich auf Zitate aus im Reich erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften sowie aus Reden von politischen und Wirtschaftsführern. Das in diesen Berichten ausgebreitete Faktenmaterial ist erheblich umfangreicher. Analytisch gehen sie tiefer als die Meldungen, die für die Staatsspitze bestimmt waren, um sie über die Wirkungen von Gesetzen und Verordnungen, über gewollte und spontane Entwicklungen zu unterrichten.

Von dieser Wirklichkeit im Naziregime ist in den Darstellungen der bundesdeutschen und anderer Historiographie wenig zu erfahren. Konkrete Fakten und Zahlen stören nur bei den allgemeinen Erörterungen über Wohnungsbaupolitik und Reisen der DAF.[59] Das in dem unter der Leitung Martin Broszat durch seine Forschungen über die Jahre 1933 bis 1945 renommierte Institut für Zeitgeschichte in München hat in ein Nachschlagewerk über das „Dritte Reich“ keinen Beitrag über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen aufgenommen, sondern präsentiert unter den Stichworten „organisierte Freizeit“ und „Arbeit im Dienste des Regimes“ (in dieser Reihenfolge) zwei Seiten Propagandabilder des Regimes, darunter – nahezu obligatorisch – ein Foto von einer „Norwegenfahrt“ eines KdF-Schiffes.[60] Eine 1.000 Seiten umfassende Gesamtdarstellung der „Zeit des Nationalsozialismus“ hat für die Erörterung des Themas Arbeit nicht ein Prozent des Platzes und füllt den zum erheblichen Teil mit Zitaten der Selbstdarstellung Hitlers über sein Verhältnis zur „Arbeit“.[61] In einem Standardwerk lauten die Dachzeilen kaum anders als Nazi-Parolen: „Arbeit und Brot“, „Autobahnbau“, „Kraft durch Freude“, „Anfänge des deutschen Tourismus“, „Der KdF-Wagen“, „Schönheit der Arbeit“, „Abbau der Arbeitslosigkeit und Steigerung des Lebensstandards“, „Beachtliche soziale Leistungen“.[62] Die tatsächlichen Lebensverhältnisse, charakterisiert durch Arbeitszeit, Arbeitshetze, Arbeitszwang mit Folgen für Gesundheit und das Anwachsen von Unfällen, erfahren keine eingehende Schilderung, zu schweigen von Angaben über Profite und Gewinne der Kapitalisten. Stattdessen wird der Eindruck eines permanenten Konflikts zwischen den Eigentümern der industriellen Betriebe und dem Regime hervorgerufen, von der Sozialpolitik hingegen gesagt: „Die sozialen Leistungen des Regimes sind nach dem Untergang des Dritten Reiches unter dem überwältigenden Eindruck seiner Verbrechen unterschätzt worden“ und „... unter dem Strich waren im letzten Friedensjahr die Beschäftigten insgesamt bessergestellt als 1933.“[63] Der von ihnen für diese Veränderungen gezahlte Preis kommt nicht in Betracht.

Keine der intern getroffenen Feststellungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen rechtfertigt die Feststellung von „Hitlers Volksstaat“. Keine ist geeignet, auch nur eine Entwicklungstendenz erkennen zu lassen, die auf ein derartiges Ziel hinweisen würde. Zwei Texte aus dem Bericht für das Jahr 1938 machen klar, wohin die Veränderungen zeigten. Die eine: „Die politische Entwicklung des Jahres brachte im Bankwesen eine weitere Verschiebung zugunsten der Großbanken, die im Gegensatz steht zu den jahrelang von Staats- und Parteistellen erhobenen Forderungen nach Stärkung

---

58 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE) 1934-1940. Sechster Jahrgang 1939, Frankfurt a. M. 1980.

59 Z. B. auch Ronald Smelseer, Eine „braune Revolution“? Robert Ley, deutsche Arbeitsfront und sozialrevolutionäre Konzepte. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz. Hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Wolfgang Michalka, München 1989, S. 419 f.

60 Ploetz. Das Dritte Reich. Ursachen – Ereignisse – Wirkungen, Hrsg. Von Martin Broszat und Norbert Frei in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte, Freiburg i. B. o. J. (Vorwort von 1983).

61 Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt a. M 2000. Saul Friedländer empfiehlt die Arbeit des britischen Historikers als „ein Meisterwerk“ und sagt ihm die Stellung eines „Klassikers“ voraus. Siehe: S. 280 ff.

62 Hans Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986, S. 470-513. (fortan: Thamer).

63 Thamer, S. 500 u. 512.

des Privatbankiersstandes und der Regionalbanken.“[64] Die andere: „Als Hauptnutznießer der [...] Entwicklung im Jahre 1938, die sich in Überbeschäftigung und risikolosen hohen Gewinnen der Industriewirtschaft ausdrückte, erscheinen die Großbetriebe und Konzerne.“ Dies sei „zwangsläufige Auswirkung“ der „Wehrwirtschaft“. Weiter und ungehindert habe sich die „Expansionsbewegung dieser wirtschaftlichen Gebilde aus eigenem Machtstreben“ vollzogen und die seit der „Machtübernahme“ zu konstatierende Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Mittel- und Kleinbetriebe fortgesetzt.[65] Derart begrifflich klare Einschätzungen, vorgenommen von den SS-Leuten des Reinhard Heydrich, sind nahezu ein halbes Jahrhundert später nicht Sache jedes bundesdeutschen Historikers. In einem Standardwerk verschwindet der Sachverhalt im Nebel der Aussage: „Das Regime verstärkte [...], was es zu bekämpfen versprochen hatte: den wirtschaftlichen Wandel von einer kleingewerblich-mittelständischen Ordnung zu einer großwirtschaftlichen Struktur.“[66]

* * *

Eine abschließende Bemerkung: Die Historiker leben nicht nur in ihren Quellen, sondern, der eine mehr, die andere weniger, zugleich auch inmitten ihrer Zeitgenossen. Die formen sich ihre Erfahrungen spontan und außerhalb jeder wissenschaftlichen Absicht zu Geschichtsbildern. Und von diesen bleibt auch die Zunft nicht vollständig unbeeinflusst. Sie steht vor der Aufgabe, diese Bilder zu prüfen, sie zu bestätigen, zu korrigieren oder auch zu verwerfen. Was unser Thema anlangt, so verbindet sich mit ihm die Beobachtung, dass sich den Zeitgenossen, manchen schon während des Krieges, vielen aber nach seinem Ende, unter dem Eindruck von Opfern, Trümmern und zerstörten Lebensplänen die Zeit vor dem Kriege verklärt. Das geschah schon nach dem Ersten Weltkrieg, als die Wortwendung von der „guten alten Zeit“ aufkam. Es wiederholte sich der Vorgang nach dem zweiten, wenn da auch so uneingeschränkt von einer guten Zeit nicht gesprochen werden konnte, so dass die Kennzeichnung nun meist zu allgemeineren, aber positiv gemeinten Zeitbestimmungen wie „das war doch vor dem Kriege“ oder zu Variationen des Ausdrucks von der „Friedenszeit“ gerannen. Das im Kern Gleiche geschah, sobald die Menschen dann das Empfinden hatten, dass das Schlimmste überstanden, annähernd normale Verhältnisse wieder erreicht wären. Bildhaft wurde von den „goldenen Zwanzigern“ und drei Jahrzehnte später vom „Wirtschaftswunder“ gesprochen. Derlei Charakteristika werden tradiert. Sie leben umso zäher fort, als sie sich vielfach mit Familiengeschichten verknüpfen, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. „Vor dem Kriege“? Da wurde geheiratet, da waren Kinder geboren worden, mit denen sich unbeschwerte Erwartungen verbanden, da wurde manches „gute Stück“ angeschafft usw. Diese Legenden bildende Erinnerung macht die Aufgabe der Geschichtswissenschaft nicht leichter und dies umso weniger in Zeiten, in denen die Publizistik und namentlich das Fernsehen diese Zeitzeugen aufruft und sie als Kronzeugen präsentiert. In manchen Fällen lässt sich damit leben. Im Falle der Nazizeit jedenfalls schlecht. Denn von ihrer Verklärung profitieren vor allem die Nazis von heute.

Eine gekürzte Fassung in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 29, 2007, S. 33-46.

64 MadR 1938, S. 182.
65 MadR 1938, S. 187 f.
66 Thamer, S. 521.

„Meine eigenen Gefangenen“

Die Wendung von den eigenen Kriegsgefangenen findet sich nicht in einer Meldung eines militärischen Führers, verfasst nach einer Schlacht. Gebraucht wird sie vielmehr vom Inhaber der Großtischlerei H. Rottschäfer, der im Kriege als Zulieferer die besten Geschäftsverbindungen zu namhaften Rüstungsbetrieben pflegt. Das ist für ihn umso einträglicher, als ihm schon in der ersten Phase der Eroberungen reichlich Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt worden sind. 1941, in Erwartung weiterer Arbeitskräfte aus besetztem Gebiet, stellt er einen Bauantrag, um sie in einer Baracke gleich neben seinem Fabrikgelände unterbringen zu können. Bauausführung: „durch meine eigenen Gefangenen“. Die hausen dann unter primitivsten und unhygienischen Verhältnissen, Mann, Frau, Heranwachsende, Kinder. Leider erzählt Wolfgang Müller in seinem Band über „Eichwalde unterm Hakenkreuz“ die Geschichte nicht zu Ende. Man erfährt, dass der Inhaber der Firma sich nach dem Mai 1945 zu verantworten hatte und Zeugen gegen und für ihn aussagten. Man ahnt nur, dass der Betrieb enteignet wurde. Gern würde man auch wissen, ob nach 1990 Rückgabeansprüche gestellt wurden.

Insgesamt aber gehört das Büchlein zu den Belegen für viele Fortschritte auf dem Felde der Erforschung der Lokalgeschichte in Ostdeutschland. Von ihnen profitiert niemand mehr als die Lehrer am jeweiligen Ort: Ihnen ermöglicht das gesammelte Material einen Geschichtsunterricht, der nicht im Staatsweiten verharrt. Der Band über Eichwalde – an der Bahnstrecke von Berlin nach Königswusterhausen – kann solchen Nutzen reichlich stiften. Er ist gründlich recherchiert, die Spannweite der an das Jahrzwölft gestellten Fragen breit gefächert. Dargestellt werden die politische und die kulturelle Entwicklung ebenso wie der Lebensalltag in Vorkrieg und Krieg. Wahlergebnisse, die Entwicklung und Tätigkeit von NS-Organisationen, die Emsigkeit der Häuslebauer, die schon vor 1939 allmählich zum Erliegen kommt, Vertreibung und Deportation der jüdischen Einwohner, das Leben von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die Folgen des Luftkrieges, Verfolgung und Widerstand werden dokumentengestützt dargestellt. Zu den Lücken gehört eine präzisere Beschreibung der sozialen und beruflichen Struktur des Ortes, in dem jeweils mehr als 40 Prozent der Einwohner Arbeiter und Angestellte oder Händler, Handwerker und Freiberufliche waren. Wer ein Leben abseits von Politik und Naziorganisationen bevorzugte, konnte es sich im Verband der Schäferhunde- oder Kaninchenzüchter oder im gleichgeschalteten Männerchor und unter den verbesserten materiellen Verhältnissen im Reich richten.

Zeitzeugen kommen mehrfach zu Wort. Manche Aussage verdeutlicht die Unverlässlichkeit ihres Gedächtnisses. So beispielsweise, wenn behauptet wird, dass die Werbung der Nazipartei in Eichwalde nach der „Machtergreifung“ wenig Erfolg gehabt habe. Die Quellen sagen anderes: Schon 1933 war die Zahl der NSDAP-Mitglieder von 51 auf 117 gestiegen, und mehr als 200 hatten sich als Anwärter für die Mitgliedschaft registrieren lassen. 1938 verzeichnete die Hitlerpartei bei 4660 Einwohnern im Wahlalter 588 Mitglieder. Sie kamen wie der ganze Ort vor den Toren Berlins und in der Nachbarschaft der kriegsindustriellen Werke von Wildau vergleichsweise glimpflich davon, auch in der Phase der sogenannten Endkämpfe, als für Eichwalde am 23./24. April 1945 mit der kampflosen Besetzung durch Truppen der sowjetischen Armee der Krieg beendet war. An ihn erinnert im öffentlichen Raum, wie Müller schreibt, nur noch im Innern der Kirche eine Tafel mit den Namen der „gefallenen“ Einwohner. Die der acht umgebrachten Juden aus dem Ort sind nirgendwo erkennbar verzeichnet. Und der einstige „Platz der Roten Armee“ ist – bis auf Weiteres – umgetauft worden.

Wolfgang Müller: „Eichwalde unterm Hakenkreuz. Zur Geschichte des Ortes von 1933 bis 1945“, Eichwalder Heimathefte III, 184 S., 10,00 Euro.

Ossietzky, 2/2006, 21. Januar 2006, S .75 f.

Der kleine und der böse Mann

Hannes Heer analysiert die Umdeutungsversuche, durch die Hitler zum einsamen Alleintäter gemacht werden soll

Die Betrachtungsweise, die Faschismus und Zweiten Weltkrieg einem Urheber und Alleinverantwortlichen zuordnet, kam in Deutschland auf, kaum dass die Waffen der Streitkräfte schwiegen. Nun wurden andere Instrumente für einen anderen Krieg in Stellung gebracht. Ein Kampffeld lag schon im Herbst 1945 im Nürnberger Justizpalast, in dem die angeklagten Hauptkriegsverbrecher erklärten, sie seien von Hitler getäuscht, irregeführt, hintergangen, für die Verwirklichung seiner einsamen Entschlüsse ausgenutzt worden. Sie versuchten, sich als Opfer darzustellen. Hannes Heers „Hitler war's" handelt von der aktuellen Rückkehr zu dieser Missdeutung der historischen Zusammenhänge, die ja nie ganz aus dem geistigen Felde der Deutschen geschlagen wurde.

Der Organisator der (ersten) Wehrmachtsausstellung legt eine aktuelle Bestandsaufnahme vor, von der freilich kein kritischer Zeitgenosse glauben wird, dass sie die Zentrierung aller geschichtlichen Verantwortung und Schuld um den „Teufel", „Dämon", „Verführer" namens Hitler beenden kann. Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Legende beschränkt sich allerdings nicht auf Zeitgenossen der Nazidiktatur. Es rührt nicht allein von deren Rechtfertigungsbedürfnis her. Mit der These von Hitlers alleiniger Urheberschaft an allen Verbrechen verbindet sich bis in die Gegenwart die Behauptung, man sei gegen diesen Unhold machtlos gewesen, man spricht von der Ohnmacht des „kleinen Mannes". Der Bedarf der heute Herrschenden an der Verbreitung von Stimmungen der Resignation und Alternativlosigkeit ist unstillbar. Jedes historische Argument, wie immer zurechtgeschustert, kommt da recht.

Heer inspiziert die Felder der einschlägigen Geschichtspublizistik. Er analysiert Erzeugnisse, die mit wissenschaftlichem Anspruch daherkommen, so die aus der Produktion des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, dessen Direktor sich bereits als Gegner der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" hervortat. Er durchmustert subtil die Sendungen des Fernsehens, vorwiegend der Mainzer Produktion. Er prüft die als „Familienroman" bezeichnete literarische Produktion jener Enkel, die sich dem Leben der Großväter und Großmütter im Nazireich zuwandten, und fragt auch da vor allem, welches Bild sie von den deutschfaschistischen Streitkräften vermitteln. Dabei kommt er zu einem sehr widersprüchlichen Befund.

Zu den Meisterstücken dieser kenntnisreichen Studien gehört der Nachweis der Methode, mit der das Zweite Deutsche Fernsehen sein Bild unter Millionen bringt, welches unterhalb von Hitler nahezu das gesamte Führungspersonal entlastet. Dargetan wird das am Beispiel der Sendereihe „Hitlers Krieger" und da wiederum im Detail an der Darstellung Alfred Jodls. Der Generaloberst stand als Berater Hitlers vom ersten bis nahezu letzten Kriegstag an der Seite des Obersten Befehlshabers. Was die deutschen Truppen in Europa anrichteten, wusste kaum jemand besser als er. Doch selbst als ihm dies alles anhand von Dokumenten, darunter den von ihm unterzeichneten, und von Zeugenaussagen, darunter solchen von Generalen der Wehrmacht und der SS-Truppen, im Prozess in Nürnberg in Erinnerung gebracht wurde, blieb er dabei, dass alles Kriegsgeschehen auf deutscher Seite Reaktion gewesen sei – auf den Bombenkrieg und den Partisanenkampf. Vor dem Galgen hat ihn diese Ausflucht nicht gerettet.

Heer zeigt, dass den Zuschauern via Bild und Ton zunächst eine falsche, am Wesen der Sache vorbeiführende Fragestellung aufgenötigt wird: Sie werden gedrängt, darüber nachzudenken, was Jodl gewusst, was er von seinem Wissen überhaupt durchdacht, was er innerlich gebilligt, was er mit seinem Gewissen vereinbart haben könnte usw. Der Tatbeitrag des Mannes verblasst dahinter, ja er verschwindet selbst als Frage. Aus dem so erzeugten Nebel taucht, ausgesprochen oder nicht, der Zweifel auf, ob dem Gehenkten Gerechtigkeit widerfahren oder Unrecht angetan worden ist. Und das ist, wie der Autor zeigt, das Muster der ganzen Reihe. Und wenn schon verurteilten Kriegsverbrechern Unrecht getan wurde, wieviel mehr dann dem „kleinen deutschen Volksgenossen" im Arbeits- und Internierungslager, in Kriegsgefangenschaft, vor Spruchkammern.

Nun gibt es ähnliche, wenn auch nicht immer gleichermaßen tiefgehende Analysen dieses vaterländischen Geschichtsunterrichts, und man fragt sich: Was bewirken sie? Wen erreichen sie überhaupt über den Kreis derer hinaus, die ohnehin schon zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind? Lässt sich dem, wenn schon kein Ende machen, so doch bis zu einem gewissen Grade Einhalt gebieten? Welche Chance besitzen um Wahrheit bemühte Vertreter der Historikerzunft im Alltag der geistigen Auseinandersetzung um die Vergangenheit? Was tun und was lassen die Spezialisten, deren Forschungsergebnisse im Geschichtslaboratorium der Fernseh- und Filmemacher ausgebeutet und zurechtgestutzt werden?

Auf dieses Untersuchungsfeld muss die Analyse wohl ausgedehnt werden. Nicht zuerst auf den Ausstoß an Monographien, die von Forschergeist und -fleiß zeugen, sondern auf den öffentlich gemachten Widerstand, geäußert nicht nur in dieser oder jener Rezension oder Glosse, sondern organisiert und unüberhörbar. Der Weg dahin mag weit sein. Vorerst herrscht auf diesem Felde nicht weniger Resignation, wie sie die Produzenten in der rheinpfälzischen Metropole für „Lieschen Müller und für Frau Dr. Elisabeth Müller“ (Knopp) hirngerecht verabreichen.

Hannes Heer: Hitler war’s – Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit. Aufbau Verlag, Berlin 2005, 349 S., 24,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 25.01.2006, S. 13.

Machthaber, Stützen und Büttel

Überflüssige Reklame für Ernst Klees unverzichtbares Nachschlagewerk

Ernst Klee, in der Geschichtswissenschaft und weit über deren Zunft hinaus geschätzt wegen seiner Veröffentlichungen zur „Deutschen Medizin im Dritten Reich“, insbesondere zu den Verbrechen der „Euthanasie“ und den an Insassen von Konzentrationslagern verübten Untaten, hat 2003 in der renommierten Schwarzen Reihe „Zeit des Nationalsozialismus“, herausgegeben vom Fischer Verlag, sein „Personenlexikon zum Dritten Reich“ vorgelegt. Soeben ist es in einer aktualisierten Ausgabe erschienen. Zwischen dem Rasse-Psychologen Emil Abderhalden und dem Sprachforscher und SA-Sanitätsführer Eberhard Zwirner findet der Benutzer biografische Eintragungen zu etwa 4300 Personen, die in dieser oder jener Weise zur „Prominenz“ des Nazireiches gehörten, als Politiker, Militärs, Partei- und Staatsbonzen, Bankiers und Industrielle, Juristen, Ärzte, Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler. Keine Profession ist da ausgelassen.

Schon bei seinem ersten Erscheinen hat das Buch hochverdiente Prädikate wie „zuverlässig“ und „konkurrenzlos“ erhalten. Vollbracht sei eine „herkulische Leistung“. In der Tat, von bloßem Fleiß zu reden, wäre eine Untertreibung. Klees Werk ist auch als ein „Who is who“ des Dritten Reiches empfohlen worden, was freilich nur mit der Einschränkung zutrifft, dass die gegen die Diktatur und den Krieg Ankämpfenden und auch des Landes Vertriebene ausgeklammert sind. Die Suche nach Thälmann, Eckstein oder Breitscheid geht ins Leere. (Nicht aber die nach Hans Scholl, dessen Schwester im Artikel über den Bruder erwähnt wird.) Das wird hier nur zur vollständigen Charakterisierung des Bandes angemerkt. Wer sich über Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg informieren will, muss zu anderen Wissensspeichern greifen, die freilich in vergleichbar wünschenswerter Vollständigkeit noch nicht vorliegen.

Auch ist die Auswahl nicht strikt auf Personen gerichtet, die erst in den Jahren nach dem 30. Januar 1933 als Machthabende, deren Stützen und Büttel hervortraten. Biografische Notizen finden sich ebenso zu Horst Wessel und anderen Ikonen der Nazibewegung, die deren Sieg nicht mehr erlebten. Mitunter wird das Denken, die ideologische Wirksamkeit oder auch die moralische Haltung der erwähnten Personen durch Zitierung eines einzigen treffenden Satzes aus deren Feder oder Munde charakterisiert. Platzgründe mögen den Verfasser in der Mehrzahl aller Fälle bewogen haben, sich selbst historisch-politischer Zuordnungen und Wertungen zu enthalten.

Wer ein solches Buch vorlegt, läuft unausweichlich Gefahr, dass ihm dieser oder jener Irrtum, die eine oder die andere Fehlstelle vorgehalten wird. Beckmesserei wäre daher völlig unangemessen. Wohl aber Anregungen, die dem Autor zu weiterer Qualifizierung seines Riesenunternehmens dienen könnten, zumal dem auch in Zukunft neue Auflagen sicher sein dürften.

Klees Personenlexikon hebt sich vor allem dadurch von anderen Veröffentlichungen ab, dass Klee auch Angaben über die Lebensläufe nach der Zerschlagung des faschistischen Reiches macht. Er illustriert an den Beispielen einer Vielzahl von Personen, dass auf Karrieren im Nazistaat deren Fortsetzung in der Bundesrepublik folgte. Leider ist dieses Prinzip, weitere Lebenswege zu markieren, nicht konsequent durchgehalten, auch dort nicht, wo die Daten und Fakten unschwer zur Hand wären. So wird beispielsweise die publizistische Produktion des einstigen Großadmirals Erich Raeder nach seiner Freilassung aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau nicht erwähnt, wohl aber die Verehrung, die er in den sich in Westdeutschland entstandenen militaristischen Traditionsverbänden genoß. Bei seinem Nachfolger Karl Dönitz hingegen, der nach zehnjähriger Strafverbüßung freikam, wird weder vermerkt, was er auf den Buchmarkt bringen konnte, noch, welche politische Rolle er in dem nahezu Vierteljahrhundert Lebenszeit spielte, die ihm noch verblieb.

Streiten ließe sich mit dem Autor freilich über die im Ganzen nützlichen, aber doch von Vorurteilen geprägten Verweise auf Literatur, die über die skizzierten Biografien hinausführt. Selbst dort, wo sie aus der Feder von Autoren der DDR konkurrenzlos vorliegt, wird sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht erwähnt. Das muss nicht an einer wie immer gearteten Vorliebe für den Geruch

des eigenen Stalls liegen. Es kann auch das ungewollte Resultat von Lese- und Studiengewohnheiten sein. Mancher nützliche Tipp entgeht den Benutzern des Werkes dadurch jedoch.

Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, Neuauflage 2005, 733 S., 16,95 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 15.02.2006, S. 2.

Bericht vom Hofe

Am 1. Januar 2006 waren auf den Tag genau 200 Jahre vergangen, seit Württemberg zum Königreich erhoben wurde. Die Herrlichkeit dauerte total 112 Jahre, dann leistete der vierte der Könige von Württemberg, der erste Wilhelm, nicht ganz freiwillig den Thronverzicht. Man schrieb den 30. November 1918. Vergessen ist er und seine drei Vorgänger indessen nicht. Das zeigt das Württembergische Landesmuseum in Stuttgart durch seine Direktorin Cornelia Ewigleben an. Sie wird im Spätsommer eine Ausstellung eröffnen, die den Titel „Monarchie und Moderne“ erhält. Der verrät die zu erwartende Sicht in die Geschichte, denn – so ist in der Ankündigung zu lesen – schon „zu Königszeiten“ seien „die Weichen für Württembergs Weg in die Moderne gestellt worden“.

So lange wollten die Nachfahren der Gekrönten nicht warten, um auf sich und ihre Existenz und das verflossene Familienverdienst aufmerksam zu machen. Sie luden eine erlesene Gesellschaft von 200 Württembergern Ende Januar in das Wilhelma-Theater. Dazu eine Klatsch- und Tratsch-Korrespondentin, deren Bericht die *Stuttgarter Zeitung* abdruckte, ein Blatt, das sich sonst vermutlich zu den eher republikanischen Einrichtungen der bundesdeutschen Presselandschaft rechnet. Einen Bericht vom Hofe. Überschrift „Der Herzog empfängt“. Wen? Natürlich die eigene weitläufige Verwandtschaft und die Bekannten, soweit sie eben noch als Angehörige des Hochadels weggehen. Dazu „Wirtschaftsbosse, Banker, Konsuln, Unirektoren und Professoren“. Und – handverlesen – Politiker des Landes, soweit deren Vorfahren an der Revolution des Jahres 1918 nicht beteiligt waren. Der aktuelle Ministerpräsident Günther Oettinger war ebenso zur Stelle wie einer seiner Vorgänger im Amte, das schwäbische Cleverle.

Karl Herzog von Württemberg, derzeit an der Spitze des Familienclans, begrüßte die Gekommenen und versicherte ihnen, wie stolz er auf die Tradition „seines Hauses“ sei. Dass er stolz sein könne und dürfe, bestätigte ihm Oettinger, der ihn wirklich wahrhaftig mit „Ihre Königliche Hoheit“ anredete und dann sagte: „Wir haben großen Respekt vor der Handschrift ihrer Familie, die unser Land geprägt hat und prägt.“ So kommentarlos berichtet im Jahre 2006, nicht in der Haus-und-Hof-Postille derer von Württemberg, sondern – siehe oben.

Soweit von der Geschichte faktisch die Rede war, fiel der Name Napoleon, dem nachgerufen wurde, er sei an allem schuld. Woran aber?

In der Tat ist es ohne den Kaiser der Franzosen schwer vorstellbar, dass es 2006 Anlass für eine Jubelfeier gäbe. Der Mann hat sich die in seinem Zugriffsbereich befindlichen Teile des eben für geschlossen erklärten Deutschen Reiches, das später das erste genannt werden wird, ein wenig so zurechtgemacht, wie er sie für seine Pläne brauchte. Württembergs gerade zum Kurfürsten erhobener Friedrich hat davon profitiert. Reich wurde er für Landesverluste links des Rheines entschädigt – auf Kosten wenigerwertiger Standesgenossen und auch auf die des 1805 kräftig geschlagenen Österreich. Napoleon wollte das Ganze übersichtlicher und wählte jene Praxis, die Hitler, als er auf Raubzüge ausging, später mit dem Bild vom „handlichen Kuchen“ bezeichnete.

Geschenke ohne Vor- und Gegenleistungen waren freilich Napoleons Sache nicht. Vielerlei Willigkeit zur Kollaboration wurde stillschweigend vorausgesetzt. Auch Friedrich der Württemberger ließ sich in diesem Punkte nicht lumpen. Er vermählte seine einzige Tochter dem jüngsten Bruder Napoleons, Jérôme, kaum dass dieser zum Monarchen im neu geschaffenen Satellitenstaat Westfalen gemacht worden war. So ward Katharina auch eine Königin – freilich nicht auf Lebenszeit, wie sich erweisen sollte. Zunächst aber kam zur politischen auch eine Familienbande mit den Emporkömmlingen namens Buonaparte.

Die Liaison wurde für die Landeskinder am Neckar weniger teuer als die Gefolgschaftstreue ihres Königs beim Zug Napoleons nach Moskau. Nicht dass Friedrich sich dem Heer des Eroberers angeschlossen oder seinen Sohn dazu bestimmt hätte – Entscheidungen, die möglicherweise zur Folge gehabt haben würden, dass 2006 in Stuttgart der Sippe nur noch als einer verblichenen hätte gedacht werden können. Eine verschiedentlich nur geschätzte und mit 12.000 bis 15.000 Männern angegebene Truppe von Württembergern wälzte sich in der Napoleonischen Armee ostwärts. Ein paar Hundert

von ihnen nur überlebten den Feldzug, die Schlachten, die Kälte und sahen die heimatlichen Gefilde wieder.

Soviel zur „Handschrift“ dieses „Hauses“ und den Erinnerungslücken des aktuellen Ministerpräsidenten. Der hatte nicht zu gewärtigen, geschweige zu fürchten, dass ihm ob seiner Lobhudelei vor denen von Württemberg einige südwestdeutsche Demokraten einen republikanischen Marsch blasen würden. So wenig wie die *Stuttgarter Zeitung* wegen ihres hirnlosen Berichts vom Hofe irgendeinen Abonnentenverlust wird beklagen müssen. In Deutschland wird noch mehr möglich, als es manchen vorerst in den gemütvollen Sinn kommen mag.

Ossietzky, 4/2006, 18. Februar 2006, S. 136-137.

Made in China

Straftatbestand: Irreführung Minderjähriger. Ein Ausflug an eine Kinder-Uni

In der Statistik der Arbeitslosenzahlen rangiert Baden-Württemberg auf einem der beiden hinteren Plätze. Doch dem Problem verschließt man sich in der Landeshauptstadt am Neckar nicht. Jüngst wurde Arbeitslosigkeit gar zum Thema einer Veranstaltung der Kinder-Uni in Hohenheim gemacht. Das Lokalblatt schrieb darüber einen fröhlichen Bericht, bebildert mit einem Foto, das aufgeregte und eifrige Zuhörer zeigt, die nicht nur lauschen, sondern ihr Wissen auch an den Mann bringen wollten. Der hieß Professor Harald Hagemann. Der Hohenheimer Universitätslehrer für Wirtschaftstheorie riet den Kindern zunächst, sich Arbeitslosigkeit wie eine Krankheit vorzustellen. Doch ließ er ungesagt, ob die ihm als eine der heilbaren oder als eine erschien, gegen die von der Wissenschaft ein Kraut noch nicht erfunden worden wäre, so dass man sich mit dem unabwendbaren vorerst abzufinden hätte.

Vom einfachen zum Komplizierten fortschreiend kam der Dozierende zuerst einmal auf die saisonale Arbeitslosigkeit zu sprechen, und seine Hörer verstanden natürlich, dass ein Skilehrer keine Arbeit findet, wenn der Schnee geschmolzen ist und die Urlauber abgereist sind. Dann ging es zu den Gründen jener Arbeitslosigkeit, die weder der liebe, noch irgendein Wettergott zu verantworten hat. Wer aber sonst?

Folgt man dem Berichterstatter, so hat Hagemann den Kindern drei Gründe für die in der Bundesrepublik existierende Arbeitslosigkeit genannt. Grund eins geben die Käufer, die sich urplötzlich entschließen, ein Produkt, im Klartext: eine Ware, nicht mehr zu kaufen, sondern sich einem anderen Angebot zuzuwenden. Schwupps und schon haben die Arbeiter, die das nun Ungefragte herstellen, ihren Arbeitsplatz verloren. Grund zwei ist im Ausland zu suchen, wo „Sachen“, gemeint sind wiederum Waren, von Billiglohnarbeitern hergestellt werden, die auch die fleißigsten Deutschen aus ihren Betrieben drängen. Hier lockerte der Pädagoge seinen Vortrag dadurch auf, dass er seine Zuhörer aufforderte ihm Bezeichnungen und Marken von Spielsachen zuzurufen, die jenseits der Grenzen hergestellt werden, und die Mädchen und Buben waren nicht in Verlegenheit, Playmobil und Lego zu nennen oder auf Stücke mit dem Zeichen „Made in China“ zu verweisen. Drittens erfuhren die Wissenshungrigen, seien da noch die Maschinen, durch deren Einsatz nicht mehr so viele Menschen gebraucht würden wie einst.

Da angekommen, wollte der Arzt ohne weißen Kittel doch nicht enden. Was tun? Seinen Gründen folgend hätte die dreifache Antwort des Professors lauten müssen: Markentreu kaufen, ausländische Produkte meiden, weniger Maschinen einsetzen. Nichts von alledem. Ihr könnt, riet er, die Gefahr, arbeitslos zu werden, selbst verringern, wenn ihr gut ausgebildet seid. Und – Ende gut, alles gut – ein bisschen findig müsse man natürlich auch sein, wie Donald und seine Kumpels in Entenhausen, die sich dem Dagobert auch nicht einfach unterwerfen.

Ja; man kann nicht früh genug damit beginnen, die Bürger von morgen unfähig zu machen, sich die gesellschaftliche Wirklichkeit zu entschlüsseln, und sie auf Bahnen zu drängen, in der jeder sein Heil auf eigenen Wegen zu suchen trachtet. Noch ist das vollends nicht gelungen. Zur gleichen Zeit bereiteten sich nämlich im Ländle Mütter und Väter schon auf jenen Streik vor, der noch ausgetragen wird und bei dem sie übrigens auch von anderen Vorstellungen von den Ursachen der Arbeitslosigkeit und den Methoden, sie zu bekämpfen, geleitet werden. Auf sie ist der Theoretiker zu sprechen nicht gekommen. Indessen: Die Eltern sollten die Hagemanns nicht gewähren lassen und ihren Kindern zu Hause erzählen, wie diese kapitalistische Gesellschaft funktioniert und dass gegen deren „Krankheiten“ manche Kräuter erfunden sind.

junge Welt, Freitag, 24.02.2006, S. 12.

Adel vernichtet

Ian Kershaw spürt Hitlers gescheiterten Komplizen jenseits des Kanals nach.

Ian Kershaw, der an der University of Sheffield lehrende Historiker, ist einer der produktivsten Erforscher der Geschichte des Faschismus, des deutschen zumal. Hierzulande wurde er weit über Fachkreise hinaus durch seine zweibändige Biographie Hitlers bekannt.

Nun hat Kershaw sich eines Themas angenommen, das in die Geschichtsbücher der Briten auf eine ihrer dunklen Seiten gehört und dort bislang nicht eben tiefschürfend behandelt worden ist: der Rolle jener Gruppe von Aristokraten, die in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf die Außenpolitik Londons einen wie immer zu gewichtenden, jedenfalls aber verhängnisvollen Einfluss auszuüben vermochten. Zu ihr gehörte der „Held“ dieses Buches, Lord Charles (der 7. Marquess of) Londonderry, einer der reichsten Männer im Inselreich, Eigentümer von ausgedehnten Ländereien in Nordirland und im Nordosten Englands und vor allem von lukrativen Bergwerken.

Was Kershaw bei der Beschäftigung mit dieser Figur, die er einen „archetypischen Vertreter der britischen Aristokratie“ nennt, herausfand, ist nicht sensationell, ja aufs Ganze gesehen nicht einmal neu, doch übertrifft es durch die Dichte der Nachweise alles Bekannte: Londonderry und mit ihm eine Anzahl weiterer Personen seines Standes und sozialen Gewichts verfochten nach 1933 jene strategische Richtung der britischen Europapolitik, die den deutschen Imperialisten half, nahezu komplikationslos den kürzesten Weg in den Zweiten Weltkrieg zu finden. In dessen erster Phase geriet Großbritannien 1940 in eine geschichtlich beispiellose Existenzkrise. Ohne einen Verbündeten sah es sich der Gefahr einer Invasion ausgesetzt. Die Geschwader der Luftwaffe zertrümmerten britische Städte. Londonderry und die weiteren Angehörigen des faschistenfreundlichen Klüngels hätten nach dem Sieg der Alliierten 1945 vor ein britisches Gericht gehört, vorausgesetzt, es wären in den Gesetzbüchern Strafandrohungen für einen Fall wie den ihren fixiert gewesen. Doch weder er noch Lord Allen of Hurtwood, David Lloyd George und Lord Lothian hatten derlei zu befürchten.

Kershaws Vorhaben, der Rolle Londonderrys und seines Umkreises, vor allem auch der der agilen Marchioness, auf die Fährte zu kommen, wurde durch eine umfängliche schriftliche Hinterlassenschaft ermöglicht. Die wiederum ist wesentlich Frucht der Geltungssucht und Eitelkeit der hohen Herrschaften, die jedes der von ihnen beschriebenen Papiere für aufbewahrenswert hielten und dazu über hinreichend Raum für Archive verfügten. Hinzu kommt die Unzahl ihrer Verbindungen zu privaten und amtlichen Personen, deren Hinterlassenschaft ähnlich umfangreich ist. So macht es kaum Schwierigkeiten, mit Forscherfleiß und Quellengespür beispielsweise ein Dutzend Äußerungen, von lobhudelnd bis vernichtend, zusammenzutragen, die über den Charakter dieses Lords, seine vorzüglichen Manieren, seine Gewohnheiten, sich zu kleiden, und seine nicht eben ausgeprägten intellektuellen Fähigkeiten Auskunft geben. Das gibt dann der Darstellung dieser Biographie jene kräftigen, vielfältig abgestuften Farben, die Leser von Kershaws Büchern kennen und schätzen.

Wichtiger natürlich ist die Analyse der Zusammenhänge. Merkwürdig, dass der Autor Londonderry und seine Gleichgesinnten „Hitlers Freunde“ nennt (der Originaltitel des Buches lautet *Making Friends with Hitler*) und es, wiederholt, als ihr Hauptziel bezeichnet, eine stabile Basis der „Freundschaft“ mit Deutschland zu schaffen. In Wahrheit handelte es sich doch darum, eine Komplizenschaft zu bewerkstelligen, die auf das Ziel hinauslief, die jeweiligen widerstreitenden Interessen an der Beherrschung weitester Teile der Welt zu versöhnen und dann, auf wessen Kosten auch immer, zu respektieren. Londonderry wollte, so eine Wendung vom November 1934, da bekleidete er das Amt des Luftfahrtministers, „die Deutschen in hilfreiche Partner im Weltenplan“ verwandeln.

Die Motive auf Seiten dieser Briten waren so stark, dass sie mit Blindheit geschlagen wurden und unfähig waren, zwischen den Absichten der deutschen Führung und ihrer Verschleierung zu unterscheiden. Die Friedensbotschaften, die ihnen der „Führer“ vortrug, wenn sie in der Berliner Reichskanzlei oder auf dem Berghof in Bayern seine hofierten Gäste waren, klangen ihnen durchaus ehrlich. Kershaw weist nach, dass die Vorliebe für den Weg der „Freundschaft“ mit Nazideutschland im Innern von einem Flirt mit den britischen Faschisten begleitet war. Das Ergebnis: Der Einfluss, den

diese Kleingruppe auf die Politik des Kabinetts in London auszuüben vermochte, trug dazu bei, Neville Chamberlain 1938 nach München reisen zu lassen. Kontrahenten und Warner, allen voran Londonderrys Cousin Winston Churchill, sahen sich für Jahre in einsamer und aussichtsloser Position.

Was aber trieb diese Aristokraten? Welches Interesse verfolgten sie? Zuvörderst den Plan, die Macht des Empire zu erhalten, auf der nicht zuletzt ihre eigene gründete. Dafür sahen sie in einem Weltkrieg keinen Gewinn, wohl aber, zusätzlich belehrt durch die Erfahrung der Jahre 1914 bis 1918, Gefährdungen. Sodann und gleichermaßen mussten sie fürchten, dass ein Krieg mit seinen sozialen Verwerfungen ihre privilegierte Stellung beschädigte. Zudem galt ihnen dieses „neue" Deutschland, das mit Kommunisten und Sozialisten so perfekt fertig geworden war, als der geeignete Stoßkeil gegen den Staat, von dem sie die hauptsächliche Gefahr für ihre Welt ausgehen sahen: die UdSSR. Anderes kam hinzu, war demgegenüber jedoch nicht sonderlich wichtig. So die in diesen Kreisen weitverbreitete Sucht nach Aufmerksamkeit, Geltung, Bedeutung bis hin zu dem unstillbaren Wunsch, sich schon zu Lebzeiten einen „Platz in der Geschichte" zu sichern (was ihnen ja auch gelang, wenngleich in anderer Qualität als beabsichtigt). Dabei standen ihr Reichtum und ihre sich darauf gründenden Beziehungen meist in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu ihren politischen und geistigen Fähigkeiten.

Kershaw schließt seine Abhandlung mit einer Erörterung der Alternativen, vor denen die britische Europapolitik nach 1933 stand. Dabei fragt er nach Chancen, den potentiellen Aggressor abzuschrecken, und hält sie für gering. Sein Urteil erleichtert er sich durch ein Verfahren, das hier umso mehr befremdet, als er damit überrascht: das Weglassen von Tatsachen. Eine sowjetische Außenpolitik, korrigiert unter dem Eindruck des faschistischen Sieges in Deutschland, scheint es nicht gegeben zu haben. Die Namen des sowjetischen Außenministers (bis 1939) Maxim Litwinow und des langjährigen sowjetischen Botschafters in London, Iwan Maiski, tauchen nicht auf. Der Versuch, eine Politik der friedlichen Koexistenz und mit ihr der Abschreckung des Aggressors auch mit militärischen Mitteln durch ein sowjetisch-französisch-tschechoslowakisches Bündnissystem durchzusetzen, den die britische Regierung unter anderem mit dem Kriegsflottenvertrag vom Juni 1935 torpedierte, ist keiner Erörterung wert. Diese Auslassungen, das mag zum wenigsten in des Autors Absicht liegen, entlasten faktisch diejenigen, die in Großbritannien dafür verantwortlich waren, das Land vor den Verheerungen eines neuen Krieges zu bewahren. Und sie sind dem Ruf Kershaws so wenig zuträglich wie seine in der „*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*" veröffentlichte, ganzseitige Lobrede auf Hirschbiegels Film „Der Untergang".

Ian Kershaw: Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005, 527 S., 39,90 Euro.

konkret, 2006, Heft 3, S. 72.

Lehren aus der Niederlage

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Zeuge der Anklage – Generalfeldmarschall Paulus (6)

Am 11. Februar 1946 wurde, während ein Vertreter der sowjetischen Anklagevertretung die Vorbereitung des Überfalls der Wehrmacht auf die UdSSR vortrug, der ehemalige Generalfeldmarschall Friedrich Paulus in den Gerichtssaal gerufen. Sein Name verbindet sich heute noch mit einem Schlachtort des Zweiten Weltkrieges: Stalingrad. Die Kämpfe um diese Stadt und die Blockade der Wolga, wodurch die kriegswichtige Erdölversorgung in die zentralrussischen Gebiete unterbrochen werden sollte, hatten 1942/43 weltweit größte Aufmerksamkeit erregt. Die Deutschen, insbesondere die Angehörigen der Soldaten der 6. Armee, bangten um deren Leben. Zugleich hofften viele Millionen Menschen in allen Teilen des von Wehrmachtstruppen besetzten Kontinents, im Reichsgebiet vor allem auch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter sowie Insassen von Konzentrationslagern und Zuchthäusern, dass der deutsche Vormarsch nach Osten endlich gestoppt werden könne, Stalingrad nicht preisgeben werden müsse und sich eine Wende im Krieg erreichen ließe. Diese Hoffnungen erfüllten sich. In den letzten Januar- und den ersten Februartagen des Jahres 1943 hatten die Reste der Stalingrad-Armee kapituliert. Mit etwa noch 90.000 Überlebenden waren ihr Befehlshaber Paulus und sein Stab in die Gefangenschaft gegangen. Kurz zuvor noch von Hitler zum Generalfeldmarschall befördert, hatte dieser dem „Führer“ nicht den Gefallen getan, im Angesicht der Niederlage Hand an sich zu legen.

Zwischen der Kapitulation und dem Tag, an dem Paulus in Nürnberg in den Zeugenstand trat, lagen drei Jahre. Der Gefangene hatte in deren Verlauf einen Wandel durchgemacht. Nicht sogleich, sondern langsamer als bei manchen seiner Untergebenen. Anfänglich noch hatte er sich von jenen distanziert, die gegen Hitler und die Fortsetzung des Eroberungskrieges ihre Stimme erhoben. Dann sprach auch er sich öffentlich für diese Kräfte aus – eine Minderheit der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR –, die sich im Nationalkomitee Freies Deutschland und dem Bund deutscher Offiziere, dem er nach dem Attentat auf Hitler (20.7.1944) beitrat, zusammengeschlossen hatten und zur Beendigung des Krieges aufriefen. Keine Frage, dass die Aussagen dieses Mannes von allen im Gerichtssaal mit höchster Spannung erwartet wurden. Denn, von den angeklagten Militärs abgesehen, besaß niemand über die nach der Kapitulation Frankreichs im Führerhauptquartier, in den Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) und des Heeres (OKH) betriebenen Pläne so intime Kenntnisse wie dieser ehemalige General.

Vom Studenten zum hohen Militär

Paulus’ Karriere hatte nach Jurastudien an der Universität Marburg vor dem Ersten Weltkrieg als Fahnenjunker begonnen. In dessen Verlauf brachte er es über den Generalstabsoffizier zum Hauptmannsrang. In der Weimarer Republik blieb er in der Reichswehr. Seine Verwendung wechselte mehrfach vom Generalstabs- in den Truppendienst. Er befasste sich mit einer Kriegsführung, die mehr und mehr durch die Motorisierung der Armeen geprägt wurde, und beteiligte sich maßgeblich am Aufbau der Schnellen Truppen und Panzerdivisionen. Anfang 1939 erhielt er den Rang eines Generalmajors.

An den Aggressionen gegen Polen und im Westen nahm er als Generalstabsoffizier verschiedener Armeen teil. Am 3. September 1940, die Wehrmacht befand sich auf dem Höhepunkt ihrer Triumphe, ernannte man ihn zum Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres und in dieser Eigenschaft zum 1. Stellvertreter des Heeresgeneralstabschefs Franz Halder. Seit August wurde bereits an dem Plan für einen Angriff auf die Sowjetunion gearbeitet. Paulus und seine Mitarbeiter stellten ihn bis November fertig. Der Plan wurde Grundlage mehrerer Kriegsübungen. Paulus nahm mehrfach an Besprechungen auf höchster Ebene teil, zuletzt an der von Hitler in die Reichskanzlei einberufenen am 14. Juni 1941, der abschließenden vor dem Überfall auf die UdSSR.

Am 20. Januar 1942 wurde Paulus, inzwischen General der Panzertruppen, Oberbefehlshaber der im Süden der Sowjetunion operierenden 6. Armee, die 1941 nahe Charkow von der Roten Armee zum

Stehen gebracht worden war. Man rüstete sie nun für den Vorstoß nach Stalingrad zur kampfstärksten militärischen Heereseinheit mit Mitteln auf, über welche die Wehrmacht nach den nicht mehr auszugleichenden Verlusten des Vorjahres noch verfügte. Paulus stand bei Hitler fraglos in hoher Gunst. Glaubt man einem in Nürnberg gegebenen Zeugnis des angeklagten ehemaligen Generalobersten Alfred Jodl, dann hatte der „Führer“ nach einem schweren Konflikt mit seinem engsten Berater bereits im August 1942 Paulus als dessen Nachfolger ins Auge gefasst – für die Zeit nach dem Sieg in Stalingrad.

Trotz der starken Mobilisierung zerschlug sich der Traum von der Einnahme Stalingrads; vielmehr wurde die Stadt für viele deutsche Soldaten zu einem Alptraum: in Eis und Schnee, ausgehungert, verlaust, in jeder Weise heruntergekommen. Ihre Angehörigen konnten sich nicht sicher darüber sein, ob sie sie nach dem Ende ihrer Gefangenschaft zurückerwarten konnten. Paulus wurde von nicht wenigen Deutschen über das Kriegsende hinaus gehasst, galt er ihnen doch nicht anders als Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner als der Prototyp jener Durchhaltegenerale, die den Tod von unzähligen Soldaten verschuldet hatten. Viel zitiert wird – schon im Gerichtssaal geschah das – Paulus' letzter aus Stalingrad an Hitler gerichteter Funkspruch vom 29. Januar 1943, in dem es – das unmittelbar bevorstehende Ende vor Augen – heroisierend hieß: „Noch weht die Hakenkreuzfahne über Stalingrad. Unser Kampf möge den lebenden und den kommenden Generationen ein Beispiel dafür sein, auch in der hoffnungslosesten Lage nie zu kapitulieren, dann wird Deutschland siegen.“

Verbrecherischer Überfall

Von solchem Heroismus hatte sich Paulus auf einem argen Weg der Erkenntnis inzwischen innerlich weit entfernt. Sein „zweites“ Leben vermochte freilich sein „erstes“ nie auszulöschen. Aber sein zweites hatte bereits für ihn begonnen, als er die Reise westwärts antrat.

Paulus lebte zu Zeiten des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in einem Kriegsgefangenenlager nahe Moskau. Nachdem er sich zu Aussagen für das Gerichtsverfahren bereitgefunden hatte, war er Anfang 1946 in Moskau vernommen worden. In einer eidesstattlichen Erklärung vom 8. Januar 1946 hatte er sein Wissen über solche Fragen zusammenfassend niedergelegt, die prozessrelevant sein konnten. Dann war er insgeheim zu einem Ort in der sowjetischen Besatzungszone nahe der Demarkationsgrenze gebracht worden, von dem aus er binnen kurzem in den Justizpalast nach Nürnberg geholt werden konnte. Sein Erscheinen als Zeuge vor dem Gerichtshof mobilisierte vor allem die Verteidiger Wilhelm Keitels, Alfred Jodls und die Verteidiger weiterer Angeklagter. Der Gerichtshof hatte das Verfahren so geregelt, dass das Fragerecht an einen Zeugen der Anklage nicht den auf der Anklagebank Sitzenden, sondern lediglich deren Verteidigern zukam.

Anhand der Fragen des sowjetischen Anklagevertreters stellte Paulus fest, dass die Vorbereitungen des Angriffs auf die UdSSR keineswegs vor dem Hintergrund eines vorhergehenden Angriffs der Sowjetunion betrieben worden waren. Auch habe bei ihm wie für die anderen Mitwirkenden je länger je weniger ein Zweifel aufkommen können, dass sie ihre damaligen Planungen nicht nur für einen Eventualfall geleistet hatten. Ohne Verzug sei der fertige Entwurf zur Grundlage der Arbeiten in der Operationsabteilung gemacht und alle Generalsoffiziere bis hinunter in die für den Einsatz bestimmten Divisionen seien darin einbezogen worden. Für die Ernsthaftigkeit des Vorhabens hätten zunehmend auch die Verhandlungen mit den Militärstäben der späteren rumänischen, ungarischen und finnischen Verbündeten gesprochen sowie die Entsendung von Militärberatern und einer Panzerdivision nach Rumänien.

Dem aus eigenem Erleben gewonnenen Wissen fügte Paulus hinzu, wie er die damalige Tätigkeit aus der Rückschau zu beurteilen gelernt hatte: Es handele sich „um einen verbrecherischen Überfall“, dessen Absicht durch eine vorgetäuschte Vorbereitung einer Landung auf den britischen Inseln verschleiert werden sollte. Klar kennzeichnete er auch das Ziel des Überfalls: „die Eroberung zwecks Kolonisierung der russischen Gebiete“, auf die gestützt sodann der Sieg auch im Westen erreicht werden sollte, damit der ganze Krieg mit „der endgültigen Aufrichtung der Herrschaft über Europa“ enden würde.

1940 und dann während seiner Tätigkeit als Heerführer im Osten, ergänzte er nach späterer Befragung, sei sein Denken selbst noch durch die Akzeptanz kriegerischer Machtpolitik und die Wertung eigener Beteiligung daran als Dienst für das Vaterland geprägt gewesen. Auch völkerrechtliche Überlegungen und Bedenken hätten sein Verhalten nicht bestimmt. Paulus hatte vor Gericht präzise wie in einer Lektion gesprochen und geantwortet. Von ihm war ein Sachverhalt dargestellt worden, ohne die Erhebung von Anklagen gegen Personen. Erst gegenüber dem Versuch eines Verteidigers, Hitler als den Alleinschuldigen hinzustellen, entgegnete er, der habe das alles allein nicht machen können und die „Mitarbeit der allernächsten Mitarbeiter" gebraucht. Zwei von ihnen, Keitel und Jodl, saßen nur wenige Meter von ihm entfernt.

Kein „Werkzeug Moskaus"

Die Verteidigung hatte mit Paulus einen „harten Brocken" vor sich. Sie beantragte, das Kreuzverhör auf den folgenden Tag zu verschieben. Das Gericht stimmte zu. Der dann vom Verteidiger des Oberkommandos der Wehrmacht unternommene Versuch, gegen Paulus' Offenlegung der Lüge von einer Bedrohung durch die UdSSR mit dem Verweis auf sowjetische Truppenkonzentrationen an der Westgrenze zu widerlegen, wurde nach kurzem aufgegeben. Da an den Tatsachen schwer zu deuteln war, verlegte sich die Verteidigung darauf, Paulus als Person herabzusetzen. Die Richter ließen sich davon nicht beeindrucken. Vielmehr bot die Verteidigung Auftritte, die zu den (stets verhängten) Fenstern des Gerichtssaals hinauswirken sollten. Ein Verteidiger bedeutete Paulus, mit dem Generalstab sei doch auch er angeklagt, da er sich zum Werkzeug einer Politik gemacht habe, die ihm selbst als verbrecherisch gelte. Ein anderer warf ihm vor, dass er gegen Hitlers Befehl mit der Stalingrad-Armee nicht den Ausbruch aus dem Kessel gewagt habe. Ein dritter suchte ihn noch nachträglich in der Gefangenschaft als gleichgültig gegenüber dem Leiden und Sterben seiner Untergebenen hinzustellen. Ein Vierter bezeichnete Paulus' Beförderung zum Generalfeldmarschall als Hitlers Dank für dessen befehlsgehorsame Ergebenheit. Nichts davon war für diesen Prozess in irgendeiner Weise bedeutsam. Paulus hatte dadurch Grund zurückzufragen, ob er hier als Zeuge oder als Angeklagter stünde. Die Absicht der Verteidigung wurde vollends sichtbar bei ihrer Frage, ob er nach dem Krieg Lehrer auf der sowjetischen Kriegsakademie gewesen sei oder sonst in militärischen Diensten der UdSSR gestanden habe oder stehe. Erst als ein Anwalt die Rede auf die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion bringen und wissen wollte, ob Paulus etwas über deren Arbeit in der Rüstungsindustrie wisse, schritt der Gerichtsvorsitzende ein.

Paulus indessen ließ sich nicht zum „Werkzeug Moskaus" stempeln. Er begründete demgegenüber, warum er sich entschlossen habe, in Aufrufen an die deutschen Soldaten zur Einstellung des Kampfes aufzufordern. Er habe sich „einer Bewegung deutscher Soldaten aller Dienstgrade und Schichten" angeschlossen, die es sich zur Aufgabe gestellt hätte, „das deutsche Volk in dem letzten Augenblick noch vor dem Abgrund zurückzurufen und zum Sturz dieser Hitler-Regierung, die alles dieses Elend über die Völker und über unser deutsches Volk vor allem gebracht hat, aufzurufen".

Ausnahme unter den Heerführern

Der Auftritt des einstigen Feldmarschalls in Nürnberg als Zeuge der Anklage wird in seiner Bedeutung für den Prozess noch immer herabgesetzt. Und gewiss hätte, was Paulus aus eigenem Wissen namentlich über die Aggressionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion sagte, auch auf anderem Wege bewiesen werden können. Doch seine Aussagen vor dem Gericht besitzen dar über hinaus eine wenig gewürdigte Bedeutung, die erkennbar wird, wenn man die Gruppe von höchstgestellten Militärs, der er angehörte, in den Blick nimmt.

Hitler hatte in seiner Eigenschaft als oberster Befehlshaber der Wehrmacht zwischen 1935 und 1945 insgesamt ein viertelhundert Generale zu Feldmarschällen befördert, beginnend mit dem Kriegsminister Werner von Blomberg und endend mit Ferdinand Schörner, dem Durchhaltefanatiker an der Spitze einer Heeresgruppe. Viele dieser Berufsmilitärs hatten die Marschallstäbe nach dem Sieg im Westen erhalten. So wurden von Hitler hauptsächlich Befehlshaber des Heeres herausgehoben, sechs weitere gehörten der Luftwaffe an. Von diesen 19 war ein einziger, eben Paulus, während des Krieges in Gefangenschaft geraten. Und keiner war im Verlauf von Kampfhandlungen umgekommen. Walter

von Reichenau erlag während eines Fluges einem Schlaganfall. Erwin von Witzleben war wegen seiner Rolle in der Verschwörung des 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichtet worden. Erwin Rommel, an der Peripherie der Verschwörer, wurde in den Selbstmord getrieben. Günther von Kluge, nach dem gescheiterten Attentat ins Hauptquartier befohlen und einer Anklage gewärtig, nahm sich auf der Fahrt dahin ebenfalls das Leben. Walter Model zog, als seine Heeresgruppe im Ruhrkessel am Ende war, der Gefangenschaft die Kugel vor. Fedor von Bock, 1942 außer Dienst gestellt und in Bayern lebend, wurde während einer Fahrt, die ihn in den letzten Kriegstagen zum Hitler-Nachfolger Karl Dönitz nach Norddeutschland führen sollte, durch einen Tiefflliegerangriff tödlich verletzt.

Bei Kriegsende lebten folglich noch 13 der ranghöchsten Offiziere des Heeres. Ernst Busch starb noch 1945 in Großbritannien, wo er sich in Kriegsgefangenschaft befand. Ein Dutzend Feldmarschälle hatte also mehr oder weniger lange Gelegenheit – am kürzesten war sie für Keitel bemessen, der zum Tod am Galgen verurteilt wurde –, über ihre Rolle als Berufssoldaten und ihren Verbrechensanteil an zwei von Deutschland angezettelten Weltkriegen nachzudenken und sich dazu öffentlich zu äußern. Einige erhielten dafür viel Lebenszeit, denn von diesem Dutzend verstarben Erich von Manstein und Friedrich Schörner erst 1973. Die Marschälle Georg von Küchler und Wilhelm Ritter von Leeb, durch das Urteil im OKW-Prozess vom 27. Oktober 1948 zu langjährigen, aber alsbald verkürzten Haftstrafen verurteilt, besaßen die Möglichkeit des Nachdenkens in der Gefängnisabgeschiedenheit. Das galt auch für den im Prozess gegen die sogenannten Südost-Generale (aus dem Maximilian Reichsfreiherr von Weichs aus gesundheitlichen Gründen herausgenommen worden war) verurteilten Generalfeldmarschall Wilhelm List – und ebenso für den von einem in Hamburg tagenden britischen Militärgericht verurteilten Erich von Manstein. In den 50er Jahren waren alle wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Von Manstein veröffentlichte „Verlorene Siege“, ein Buch, in dem er darstellte, wie er es besser gemacht hätte, wenn ihm Hitler im Osten nur freie Hand gelassen hätte, anstatt auch ihn außer Dienst zu stellen.

Ein einziger nahm kritisch und selbstkritisch das Wort: Friedrich Paulus. Von den Kreisen, in denen er sich die längste Zeit seines Lebens bewegt hatte, wurde er herabgesetzt oder verachtet: weil er sich in Stalingrad in Gefangenschaft begab, weil er sich deutlich von Hitler und diesem Krieg distanzierte, weil er in Nürnberg ohne Ansehen der Person aussagte, damit auch von seinem eigenen Beitrag zu einer Politik der beispiellosen Gewalt redend, von der er sich ein für alle Mal losgesagt hatte, weil er nach dem Ende seiner langen, zehn Jahre dauernden Gefangenschaft in Dresden, also in der DDR, lebte und weil er, als die Remilitarisierung der Bundesrepublik auf den Weg gebracht wurde, sich öffentlich gegen die Neubewaffnung stellte. Dies vor allem anderen ist ihm in der Bundesrepublik nie verziehen worden. Wie auch? Sein unmittelbarer Vorgesetzter in den Tagen der Stalingrader Schlacht, Erich von Manstein, der die Heeresgruppe oberbefehligte, zu der die 6. Armee gehörte, wurde, ungeachtet der 18jährigen Haft, die ein britisches Militärgericht 1949 gegen ihn verhängt hatte, zu einem Berater der Bundeswehr und von ihr mit militärischen Ehren begraben.

junge Welt, Montag, 27.02.2006, S. 10.

Einfache Einsichten

Ein Zahltag der Geschichte: Legenden und Schwindel um den Tag, da Dresden in Trümmer fiel

Vorzustellen ist die Schrift eines Zornigen. Gunnar Schubert ist verärgert darüber, dass sich hierzulande eine offenbar wachsende Zahl von Menschen vergleichsweise einfachen Einsichten in geschichtliche Zusammenhänge verweigert. Die Rede ist von Entwicklungen, die auch in jene Nacht mündeten, die unauslöschlich in die Geschichte der Stadt Dresden geschrieben ist: Vom 13. auf den 14.2.1945 erlebte die Bevölkerung der Stadt und mit ihr viele, die sich auf der Flucht vor der herannahenden Ostfront befanden, einen der schwersten Luftangriffe, der im Verlauf dieses Zweiten Weltkrieges eine europäische Stadt traf.

Der Krieg, das war ein früh gefundenes Sprachbild, schlug auf das Land und die Menschen zurück, von denen er ausgegangen war. Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage, und die dann zahlen müssen mit dem Verlust ihres Lebens, ihrer Gesundheit, ihrer nächsten oder ferneren Verwandten und Freunde, dem Verlust ihrer Habe, der Zerstörung ihrer Zukunftspläne, das sind zumeist nicht diejenigen, die jenen geschichtlichen Kurs bestimmten, der in die Katastrophe führte. Nicht, dass die Betroffenen am Gang der Ereignisse völlig unbeteiligt oder gänzlich schuldlos gewesen wären, doch, um im Bilde zu bleiben, sie sind es, die zumeist noch draufzahlen müssen.

„Schlimmer als wir“

Jener Blick in die Geschichte, der in den letzten Jahren Konjunktur erhielt und die deutschen Zeitgenossen von Faschismus und Zweiten Weltkrieg vor allem oder ausschließlich als Opfer sieht, hat in Ereignissen wie dem Luftbombardement auf Dresden und auf viele weitere deutsche Städte, die erst in der Endphase Ziel der Angriffe wurden, sein bevorzugtes Material. Doch die 60. Jahrestage mit den Rückblicken auf die Zertrümmerung von Würzburg, Hildesheim, Halberstadt und weiterer Mittelstädte standen nicht überall im Zeichen von Anklagen, die im milderen Falle, an die Adresse der Kriegsgegner gerichtet, behaupten „Du auch“ oder „Ihr wart schlimmer als wir“. In Pforzheim, der Stadt, die von allen in Trümmern gelegten, gemessen an der Zahl ihrer Einwohner, den höchsten Prozentsatz an Toten zu beklagen hatte, gab es in einer Veranstaltung des Stadtarchivs keine falschen Töne. Es wurde ebenso an die überdurchschnittliche Zahl an NSDAP-Wählern im Sommer 1932 erinnert, die erheblich über dem Durchschnitt Badens und des Reiches lag, wie an die Geschichte des Luftkriegs, von dessen brutaler Führung sich im Jahre 1940 ja zunächst das deutsche Oberkommando die Kapitulation Großbritanniens erhoffte.

In Dresden sind wie in anderen deutschen Städten vor dem Kriege und nach seinem Beginn Tausende Deutsche in Kinos geströmt, um sich Spielfilme vom Luftkrieg anzusehen, deren Personal mit populären Schauspielern gespickt war und die das ebenso abenteuerliche wie lustige Leben der fliegenden Besatzungen boten, die ihre tödliche Fracht auf die Behausungen „der Anderen“ warfen. Dazu Wochenschauen, welche die brennenden britischen Städte zeigten. Und das erzeugte weder Skrupel noch gar Mitleid. „Bomben auf Engelland“ war ein Hit der Kriegslieder mit der Zeile „alle Mädels müssen warten“, was hieß, bis wir, die Jungs, mit der Mörderei fertig sind. Schon diese Erinnerung allein hätte Millionen einstiger Volksgenossen, die der Barbarei Beifall gezollt hatten und sich von ihr den Endsieg erhofften, mindestens den Mund verschließen müssen, wenn es um die Antwort ging, die wenig später gegeben wurde.

Nicht so in Dresden, wo Bewohner allein mit dem Verweis auf das Datum des Angriffs noch immer glauben, besonderen Grund für Klage und Anklage zu besitzen. Der Krieg sei von den Alliierten doch bereits gewonnen gewesen, heißt es. Das ist unbestreitbar. Doch eben so wenig kann bezweifelt werden, dass er nicht zu Ende war und die Alliierten nicht wussten, wieviel sie, die endlich fertig werden wollten, noch vor sich hatten. Wie viele Tage, wie viele Kämpfe, wie viele Tote und Verwundete.

Gegen Wortgeprassel

Dieses wie die daran anschließenden Argumente, ein Gemisch aus Lügen und Legenden, nimmt sich Gunnar Schubert in seinem Buch „Die kollektive Unschuld“ vor. Er zerpflückt die Behauptung von der „unschuldigen Stadt“ ebenso wie die von den Tieffliegerangriffen und der Verwendung von Phosphor. Der Autor lässt sich sowohl auf die konkreten Argumente der, so nennt er seine Kontrahenten, „Negationisten“ ein, wie er sich den Phrasenschwall vornimmt, der in geschichtsphilosophischem Gewand daherkommt und mit Wortgeprassel (à la Dresdens Zertrümmerung als „das Werk der apokalyptischen Kräfte des Bösen“) vortäuscht, humane Anliegen zu verfechten.

Was die Schrift des Autors von gleichem oder eng verwandtem Anliegen unterscheidet, ist die genaue Beschreibung der politischen Atmosphäre, die in der sächsischen Landeshauptstadt nach 1990 entstand, der Kräfte, die den „Dresden-Schwindel“ verbreiten, resistent gegen jedes geschichtswissenschaftliche oder seriöse Tatsachenargument. Dabei kommen die Demagogen, die mit der Formel vom „Bomben-Holocaust“ operieren, nicht zu kurz. Dass man sie, sobald sie ihre Demagogie nur ein wenig frisieren, in der Öffentlichkeit gewähren lässt, rührt freilich nicht aus uneingeschränkter Sympathie her. Jedoch liefern diese Auftritte die Folie, vor der sich die eigene Geschichtsfälschung aus und in der Mitte der Gesellschaft als Streben nach Wahrheit und als Vehikel auf dem Wege der Versöhnung ausgeben lässt.

Gunnar Schubert bezeichnet es als sein Anliegen „für ein wenig Gedankenfreiheit zu sorgen“. Merkwürdig, dass ihm bei diesem Streben kaum Verbündete begegnet sind oder auch Forscher und Publizisten, die mit seinen Argumenten partiell übereinstimmen. Das lässt sich leichter hinnehmen, als der Grad wiederkehrender Vereinfachungen, die nicht der Absicht entsprungen sein können, kompliziertere Zusammenhängen verständlich zu machen. Ihre Quelle mag in der Absicht liegen, provokatorisch zu wirken, auf- oder wachzurütteln. Doch dieser Stil von Provokationen wirkt wie eine Barriere und schafft dort, wo Gedankenfreiheit erreicht werden soll, für die Gedanken eher neue Gehege. Von dieser Art ist das beiläufig unkritische Referieren der unsäglichen Losung „Keine Träne für Dresden“ ein Spitzenprodukt sektiererischer Absonderung. (Nicht in diesem Zusammenhang wird Hermann L. Gremlizas abgewogenes Urteil zitiert.) Nicht anders die Gegenüberstellung, die zur These von den Deutschen als Opfer gewählt wird und sie als ein „Mörderkollektiv“ bezeichnet. Und nicht anders auch die Entgegensetzung zur Behauptung vom „sinnlosen“ Angriff, die vom „notwendigen“ spricht. Es schadet nichts, sich gelegentlich zu fragen, wen man erreichen will.

Gunnar Schubert: Die kollektive Unschuld. Wie der Dresden-Schwindel zum nationalen Opfermythos wurde, Konkret Verlag, Hamburg 2006, 186 S. 13,00 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 04.03.2006, S. 13.

Kampfansage an Comrade Stalin

Churchills Eiserner-Vorhang-Rede in Fulton

Es wäre ein vergebliches und nutzloses Unterfangen, die Zahl der Reden ermitteln zu wollen, die von maßgebenden Politikern im vergangenen Jahrhundert gehalten wurden. Die davon denkwürdigen dürften jedoch kaum mehr als zweistellig sein. Sie wurden in dramatischen Situationen gehalten. Von diesen gehen gewiss zwei auf das Konto Winston Churchills, den vor kurzem eine Umfrage zum bedeutendsten Briten kürte.

Eine dieser Reden war seine Rundfunkansprache am Abend des 22. Juni 1941. Mit ihr reagierte Churchill auf den am Morgen gemeldeten Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion. Die faschistische Aggression hatte das Riesenreich objektiv zu einem Verbündeten Großbritanniens gemacht, das nach Frankreichs Kapitulation der einzige handlungsfähige Kriegsgegner Deutschlands blieb, Churchill war durch die Wendung in hohem Maße erleichtert. Mit ihm Millionen Inselbewohner, insbesondere jene, die in Städten und Industriezentren lebten und immer wieder Angriffsziel der deutschen Luftwaffe waren. Sie konnten hoffen, dass ein Teil der deutschen Kräfte nun an der Front im Osten gebraucht werden würde. Churchill gab ein deutliches Signal nach Moskau, das die Bereitschaft zu koordinierten Anstrengungen erkennen ließ. Dabei machte der konservative Antikommunist kein Hehl aus seiner lebenslang – er befand sich in seinem 67. Lebensjahr – bewahrten strikt ablehnenden Grundhaltung gegenüber dem Sowjetsystem. Doch die sei nun unbedeutsam geworden. Waffenbrüderschaft hieß das Ziel. Es zeichnete sich die Geburt der Antihitlerkoalition ab.

In ganz anderer Situation wurde die zweite Rede Churchills gehalten, die Denkwürdigkeit beanspruchen kann. Der Sieg war errungen und Deutschland ein besetztes Land. Die USA besaßen das Monopol der Atombombe. Auch Churchills persönliche Rolle hatte sich verändert. Der Politiker gehörte nach einer Wahlniederlage der Konservativen nun zur Opposition. Doch nach wie vor besaß seine Stimme Schwergewicht, als er am 5. März 1946 im Westminster College der Universität in Fulton/Missouri sprach. Harry S. Truman, Präsidenten der USA, führte ihn ein. Wieder rief Churchill zum Sammeln, doch diesmal ohne die Sowjetunion.

Wollte der Redner der Wahrheit die Ehre gegeben, hätte er etwa sagen müssen: Dieser Hitler hatte seit 1933 die Frontstellung verdorben, die von uns bald nach den Veränderungen des Jahres 1917 in Russland mit dem Ziel eingenommen worden war, das revolutionsgeborene Kind in der Wiege zu ersticken. Nun, nachdem der Störenfried, der zwar auch auf die Vernichtung der Sowjetunion aus gewesen war, zugleich aber die westeuropäischen Rivalen bekämpfte, zur Strecke gebracht sei, gelte es, die alte Frontlinie wieder zu beziehen. Dringend, denn der internationale Einfluss der UdSSR war gewachsen. So oder ähnlich hätte Churchills Rede lauten können, wäre sie mit offenem Visier gehalten worden.

Stattdessen griff er auf die Legende von der kommunistischen Bedrohung zurück, die auch Hitler gedient hatte. Demnach war es Moskau, das die gemeinsamen Kriegsziele preisgegeben habe, die „christliche Zivilisation“ gefährde und sich auf Unheilvolles vorbereite. Wörtlich sagte Churchill: „Ein Schatten ist auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist. Niemand weiß, was Sowjetrussland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein ‚Eiserner Vorhang‘ über den Kontinent gezogen.“ Zwar glaube er nicht, dass die UdSSR Krieg wolle. Doch forderte er, „Mittel zur dauernden Verhütung eines Krieges zu schaffen“, was den Aufruf zu neuer Hochrüstung bedeutete. Dass der Taktiker in seine Rede Worte tiefer Verbeugungen vor dem russischen Volk einfließen ließ und von „Comrade Stalin“ sprach, berücksichtigte die Stimmung, geschah im Wissen, dass es Zeit brauchen werde, bis Millionen die ideologische und politische Kehrtwendung von Kooperation zur Konfrontation vollzogen haben würden.

War Churchills Ansprache am 22. Juni 1941 der Aufruf zur Koalition gegen Hitler gewesen, so die in Fulton gehaltene Auftakt der Politik des Kalten Krieges. Doch sie war kein Widerruf. Der Konservative hatte, so viele Komplimente er der Leistung der UdSSR im Kriege auch gemacht hatte, seine Feindschaft gegen den Sozialismus nie in Abrede gestellt. An ihr würde auch eine weniger diktatorische Außenpolitik Stalins in Osteuropa nichts geändert haben. Churchill wünschte die Vorherrschaft, gegründet auf eine anglo-amerikanische Achse, zumal im Empire mehr als nur der Putz bröckelte. Und er wollte auf dieser seiner Linie die USA zu stärkstem Engagement mobilisieren.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. März 2006, S. 22.

Ausflüchte des „zweiten Mannes“

Ausflüchte des „zweiten Mannes“. Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46

Mehr als ein Jahrzehnt war Hermann Göring der unbestritten zweite Mann im Staate gewesen. Bis weit in den Krieg hinein genoss er die besondere Gunst Hitlers. Das mochte viele Gründe haben: die Bewunderung des einstigen Gefreiten für den hochdekorierten Offizier des Ersten Weltkrieges, den letzten Kommandeur der legendären Fliegertruppe des „roten Barons“ Manfred von Richthofen; das Wissen um das eigene Defizit verglichen mit dem weltmännischen Gehabe des Lebemannes; die Dankbezeugung dafür, dass Göring mit seinen Verbindungen zur Hochfinanz, zu Großindustriellen und Militärs großen Anteil an Hitlers Kanzlerschaft hatte; der Beitrag, den der hemdsärmelige Macher an der Spitze der Vierjahresplanbehörde zur Aufrüstung geleistet hatte – und wegen vieler weiterer Dienste.

Karriere des „Reichsmarschalls“

Nach 1933 war die Liste der Ämter dieses geltungs- und popularitätshungrigen Faschisten lang und länger geworden: Mitglied des Reichskabinetts, Ministerpräsident und Innenminister in Preußen, Reichstagspräsident, Reichsminister für Luftfahrt, Oberkommandierender der Luftwaffe, Reichsforst- und Reichsjägermeister, Beauftragter für den Vierjahresplan, zeitweilig zudem kommissarischer Reichswirtschaftsminister, Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung. Hindenburg hatte ihn noch 1933 zum General befördert, sein „Führer“ machte ihn fünf Jahre später zum Generalfeldmarschall.

Am ersten Kriegstag hob Hitler den Mann aus der Reihe seiner Paladine durch die feierliche Erklärung noch einmal deutlich heraus, dass dieser, sollte ihm selbst etwas zustoßen, sein Nachfolger werden solle. Und dem war nach dem Sieg über Frankreich 1940 die Ernennung zum Reichsmarschall gefolgt. Überhäuft mit Geld, Gütern, Orden und anderen Ehrungen, die Exklusivität seines Lebensstils wie kein anderer unter den NSDAP-Führern auch öffentlich zur Schau tragend, das war Hermann Göring, dessen Ansehen mit dem verheerenden alliierten Luftkrieg gegen Deutschland unaufhaltsam verfiel.

Der „Nachfolger“ hatte seinen „Führer“ am 20. April 1945 in der Berliner Reichskanzlei zum letzten Mal gesehen, als dieser sich zu seinem Geburtstag gratulieren ließ, und hatte sich dann in die „Alpenfestung“, sein Landhaus am Obersalzberg bei Berchtesgaden, aufgemacht, um dem sicher zu erwartenden Ende in Berlin zu entgehen. Aus Berchtesgaden hatte er am 23. April bei Hitler in Berlin angefragt, ob dieser – in der eingeschlossenen Stadt handlungsunfähig geworden – ihn nicht ermächtigen wolle, die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Der Vorschlag verband sich wohl mit dem Plan, das ruinierte Deutschland aus dem Krieg und sich selbst irgendwie ins Trockene zu manövrieren. Das war eine politische und persönliche Illusion, wollte doch keiner der Alliierten mit Göring oder einem anderen der zivilen oder militärischen Führer Nazideutschlands in Verhandlungen treten. Gefordert war die bedingungslose Kapitulation.

Göring täuschte sich aber auch in der Reaktion Hitlers auf seinen Vorschlag der Machtübertragung: Hitler enthob den Mann seiner Posten, schloss ihn aus der NSDAP aus, bestimmte Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger und setzte gegen den „alten Kämpfer“ eine SS-Wächtertruppe in Marsch, die ihn an eigenmächtigen Aktionen hindern sollte.

Noch im Gerichtssaal erklärte Göring, der sich bis 1941/42 als wichtigsten Ratgeber Hitlers bezeichnete, die ihn verdammenden Passagen im „Testament“ des „Führers“ zu „einem sehr bedauerlichen und mich tief schmerzenden Irrtum“. Nur Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, habe den Führer glauben machen können, dass er, Göring, ihm jemals die Treue brechen könne.

Bald nach seiner Ermächtigungsanfrage bei Hitler waren die US-amerikanischen Truppen zur Stelle und griffen den Verstoßenen am 8. Mai auf Schloss Fischhorn am Zeller See auf. Wie andere aus dem obersten Führerkreis wurde er nach Bad Mondorf in Luxemburg gebracht, wo er am 21. Mai eintraf.

Es begannen Verhöre. Schließlich brachte man ihn nach Nürnberg, um ihn, die Nummer eins im Hauptkriegsverbrecherprozess, ab dem 20. November 1945 zu verklagen.

Schon einmal hatte er in einem Gerichtssaal seinen Auftritt gehabt. Das lag zwölf Jahre zurück. Im Saal des Leipziger Reichsgerichts hatte er in seiner Eigenschaft als preußischer Innenminister versucht, den Kronzeugen gegen Georgi Dimitroff und zugunsten der Anklage zu geben, die zu beweisen suchte, der Bulgare und seine Mitangeklagten wären Akteure des Reichstagsbrandes gewesen.

Einer der Berichterstatter vom Nürnberger Prozess, Boris Polewoi, hatte vor den Verhandlungen Dimitroff in Bulgarien besucht. Ihr Gespräch war auch auf das bevorstehende Verfahren gekommen. Boris Polewoi, der sowjetische Schriftsteller, erhielt dabei den Rat, sich von den „Komsomolvorstellungen“, also von den aus der antifaschistischen Agitation und Propaganda stammenden Bildern über den deutschen Faschismus und dessen Führer, zu trennen. Wäre der Faschismus auch moralisch skrupellos, so wäre er doch weder geisteskrank noch dumm.

Göring versuchte vom ersten Tag der Anklage in Nürnberg an, allerdings vergeblich, sich als der geistige Führer der angeklagten Nazigrößen in Szene zu setzen. Das gelang im Gerichtssaal nicht und auch nicht während der Begegnungen der Inhaftierten im Zellenbau. Nicht wenige hielten es für besser, sich nicht mit ihm zusammenzutun, dessen Liste begangener, befohlener und gebilligter Verbrechen länger als die jedes anderen von ihnen war. Mit seiner missglückten „Machtübernahme“ hatte sich Göring in Wort und Tat als ein Politiker erwiesen, der vor keiner Gewalt- und Bluttat zurückschreckte. Er hetzte die SA und die Polizei rüde auf alle Gegner des sich etablierenden Regimes und stand an der Spitze der Initiativen zur Errichtung der ersten Konzentrationslager in Preußen. Die Anklage verfügte über unwiderlegbare Beweise dafür, dass dieser Mann, der sich je nach Bedarf weltmännisch-gesittet oder hemdsärmelig-revoluzzerhaft gab, von besonders brutaler, menschenverachtender Gesinnung war. Die hatte sich im Krieg vor allem auch in seinen Weisungen ausgedrückt, die besetzten Gebiete ohne jede Rücksicht auf das Leben der einheimischen Bevölkerung auszuplündern. Die Unterschrift des Reichsmarschalls fand sich auch unter jenem Papier, das den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, beauftragte, die „Endlösung der Judenfrage“ vorzubereiten.

Göring hatte im Gerichtssaal bis zum 13. März 1946 zu schweigen. Dann, nach den Vorträgen der Anklage, wurde er als erster der 21 auf der Anklagebank Harrenden in den Zeugenstand gerufen. Diese Praxis, die dem in den USA üblichen Strafprozessverfahren folgte, gab jedem Beschuldigten die Möglichkeit, als Zeuge in eigener Sache aufzutreten, zunächst antwortend auf die Fragen des Verteidigers, die vereinbart, um nicht zu sagen abgekartet, waren, Dann konfrontierte das Kreuzverhör den „Zeugen“ mit den Vorhaltungen der Anklagevertreter, womit für Göring und seine Mitangeklagten der brisante Teil des Verfahrens begann. Danach hatten die Verteidiger noch einmal die Möglichkeit, im Rückverhör zu versuchen, die erhobenen Vorwürfe zu entkräften und den Eindruck, den die Richter gewonnen haben mochten, zugunsten ihrer Mandanten zu verbessern. Die Verhöre des einstigen Reichsmarschalls dauerten bis zum 22. März. Keinem anderen Angeklagten wurde eine solche ausgedehnte Redezeit zugebilligt.

Göring war am Beginn seines Auftritts offenkundig noch der Meinung, dass er, seiner einstigen Stellung gemäß, eine Aufführung besonderer Art bieten und seinen Mitangeklagten ein Beispiel geben könne, wie mit diesem Gericht umzugehen sei, dem er jedes Recht absprach, über ihn und seinesgleichen zu urteilen. Damit hatte er auch wegen seines Erscheinungsbildes Schwierigkeiten. Markus Wolf, damals einer der Berichterstatter aus Nürnberg, erinnerte sich daran: „Göring hatte man mit seiner Körperfülle und seinem Bombast in Erinnerung, und jetzt hing ihm die Uniform des Reichsmarschalls ohne alle Orden am Leib herunter.“ Dieses Aussehen war zu einem Teil Resultat der Abmagerungs- und Entziehungskur (Göring war morphiumsüchtig), der er sich schon in Mondorf hatte unterziehen müssen.

Im Vordergrund standen aber selbstredend seine verbrecherischen Taten. Das Gericht ließ sich mit der Anhörung dieses Angeklagten Zeit, als wollten sich Richter wie Anklagevertreter von ihm erst noch über das Zustandekommen und die Funktionsweise dieses Staates unterrichten lassen, über dessen

Interna Göring mehr wusste als jeder andere auf der Anklagebank. Und so hörten sich die Befragungen des im Zeugenstand Sitzenden passagenweise an, als würde da ein Insider interessehalber nach Informationen ausgeforscht werden. In diesen Phasen des Verhörs fühlte sich der einstige Reichsmarschall erkennbar sicher und wohl, namentlich dann, wenn im Stil einer Unterhaltung Tatsachen zur Sprache kamen, von denen er aufgrund der Anklageschrift wusste, dass er mit ihnen in keiner direkten Verbindung stand und sie ihm nicht zur Last gelegt würden. So erklärte er, dass er sich Hitler und der NSDAP früh angeschlossen habe, weil dieser ihm als ein konsequenter Kämpfer gegen den Versailler Vertrag erschienen sei, unter dessen Diktat Deutschland nicht habe leben können. Er gab freimütig zu, dass er auf die Liquidierung der Weimarer Demokratie hingearbeitet habe, um „das Vaterland“ zu retten, und diese Zielsetzung habe sich bis zum Krieg tendenziell erfüllt: Die Kommunisten hätten in Konzentrationslager gemusst, um jene auszuschalten, die den Aufbau des NS-Staates behinderten. Für die Aufrüstung habe er sich eingesetzt, damit Deutschland wieder geachtet werde und seine Interessen durchzusetzen vermochte, nicht aber, damit es einen Angriffskrieg führe. Eine „sehr starke Rüstung“ habe er angestrebt, denn: „Wer ein scharfes Schwert besitzt, besitzt den Frieden.“ Kriegspläne gegen Nachbarn, die ihm vorgehalten wurden, seien Projekte für den Eventualfall eines Angriffs auf das eigene Land gewesen. Solche Kommentare hörte sich das Gericht stundenlang an.

Göring machte keine Anstalten, auch nur ein einziges Faktum zuzugeben, dessen er nicht überführt werden konnte. Doch die Ankläger waren nicht ohne ihn erdrückend belastendes Material nach Nürnberg gekommen. Wenn von allgemeinen Fragen zu solchen übergegangen wurde, die ausgehend von Dokumenten aus dem unmittelbaren Vorkrieg und den Kriegsjahren gestellt wurden, verließ der „Zeuge“ das Reich der Legenden und nahm Zuflucht zu nicht weniger verlogenen Ausreden. Von Bestialitäten in Konzentrationslagern und der Massenvernichtung von Menschen habe er nichts gewusst. Auch nichts von der Ausrottung der Juden; er sei für eine Politik der „Auswanderung“ eingetreten. Über den Dienstweg sei ihm keine Kenntnis über solche Verbrechen zu Gehör gekommen, da Himmler alles geheim gehalten habe. Nachrichten der Auslandssender habe er nicht gehört, die Auslandspresse nicht gelesen, da er sie für bloße Propaganda gehalten habe. Nur Einzelfälle von Vergehen habe er erfahren.

Auf die Fragen des sowjetischen Chefanklägers Roman Andrejewitsch Rudenko nach seiner Rolle bei der Vorbereitung und Führung des Krieges gegen die UdSSR antwortete Göring nicht anders. Er sei 1941 gegen diesen Krieg gewesen, weil anderes ihm dringender erschien und er – anders als Hitler – nicht an eine akute Bedrohung geglaubt habe. Den Krieg gegen die UdSSR habe er folglich für aufschiebbar gehalten. Von den verbrecherischen Befehlen, die für diesen Feldzug vor dem ersten Schuss erteilt worden waren, sei er nicht unterrichtet gewesen, und selbst von den sogleich einsetzenden mörderischen Zügen der Einsatzgruppen im eroberten Land habe er nichts erfahren. Kriegsziele? Er als ein Jäger habe sich auf den Standpunkt gestellt, dass der Bär zuerst erlegt sein müsse, bevor man sein Fell verteile. Zwar sei vom Führer über die Inbesitznahme der Krim und des Baltikums gesprochen worden, ihn selbst hingegen habe der unmittelbare Nutzen des Landes im Osten für die weitere Kriegsführung beschäftigt und nicht künftige Friedensregelungen.

Plünderungsfeldzug

Nun existierten selbstverständlich Protokolle und Niederschriften über Görings Reden und Entscheidungen aus jener Phase, die namentlich zwei Verstöße gegen das seit 1907 geltende internationale Kriegsrecht betrafen: die Ausplünderung des Landes ohne Rücksicht auf die dort lebende Bevölkerung und die Verschleppung von Millionen Arbeitskräften zur Zwangsarbeit ins Reichsgebiet. Über beide Praktiken hatte er sich als Reichsmarschall klar geäußert und Untergebene zu äußerster Rücksichtslosigkeit und unter Androhung von Strafen vorangetrieben. Vorgehalten wurde ihm von Rudenko u. a. das Protokoll einer Beratung, die er am 6. August 1942 mit den Reichskommissaren der besetzten Ostgebiete abgehalten hatte. Nachdem Göring sagte, so verzeichnet es der stenographische Bericht, dass in früheren Kriegen der Eroberer weggenommen habe, was ihm in die Hände fiel und offen von Plündern gesprochen worden sei, fuhr er fort: „Nun, die Formen sind humaner geworden. Ich gedenke trotzdem zu plündern, und zwar ausgiebig.“ Einige Seiten weiter wird seine Rede so

festgehalten: „Sie müssen geradezu wie ein Schweißhund hinterhersein, wo noch etwas ist, was das deutsche Volk brauchen kann, das müsste blitzartig aus den Lagern herauskommen und hierher ...“

Göring war es auch, der bei dieser Gelegenheit betonte, dass die deutschen Soldaten, die aus den überfallenen Ländern in Urlaub fuhren, mitnehmen sollten, was sie irgend tragen konnten. Das habe sich gegen eine vordem geltende Bestimmung gerichtet, wonach die Urlauber nur ein Paket bei sich haben durften. Noch vor Gericht erklärte er: „Nun schien mir das falsch, dass der Soldat, der gekämpft hat, am wenigsten vom Siege haben sollte.“ In der Tat: Warum sollte der Reichsmarschall, der sich im eroberten Land Kunstschätze für seine Sammlungen beschaffen und in Eisenbahnwaggons ins „Reich“ transportieren ließ, sich nicht dafür einsetzen, dass Soldaten wie Weihnachtsmänner bepackt ihre Familien besuchen konnten?

Auf den Stil dieser Reden angesprochen, verwies Göring auf sein Temperament und die Situation einer erregten Besprechungsrunde, um davon abzulenken, dass sich in ihnen in Wahrheit unverstellt der Geist des imperialistischen Barbaren, des Raffkes ausgedrückt hatte. Die Entlarvung ihrer Denkweise und ihres Charakters, ihrer abgrundtiefen Menschenfeindlichkeit fürchteten Göring und nicht wenige andere Angeklagte am meisten. Sie wünschten, das Gesicht von Patrioten und Eidgetreuen zu wahren – ein Vorhaben, das scheitern musste, auch wenn der Aufwand dafür groß war und mit Raffiniertheit eingesetzt wurde.

Er, so Göring, habe, wurde ihm ein dokumentarisches Zeugnis von Verbrechen vorgehalten, entweder nichts berichtet bekommen, das Schriftstück vor dem Prozess nie gesehen, an besagter Sitzung nicht teilgenommen, sei gerade im Urlaub oder mit etwas gänzlich anderem und Dringenderem befasst gewesen. Oder er habe von einem Geschehen erst erfahren, als es nicht mehr möglich gewesen sei einzugreifen. Wurden ihm Schriftstücke präsentiert, die ihn belasteten, dann enthielten sie angeblich nicht die Wiedergabe des wirklich Gesagten oder Beschlossenen.

Nachweis der Unglaubwürdigkeit

So redete sich Göring auch bei der Erörterung eines Ereignisses heraus, auf das im Verlauf des Verhörs mehrfach Bezug genommen wurde, da es zu den offenkundigsten Verstößen gegen geltendes Kriegsrecht gehörte. Im März 1943 waren etwa 50 Luftwaffenoffiziere, die über dem von Deutschen beherrschten Gebiet abgeschossen worden waren und sich in einem Lager in Sagan in Schlesien in Gefangenschaft befanden, ausgebrochen. Flucht und der Versuch, zur eigenen Armee zurückzukehren, war Kriegsgefangenen in der Haager Landkriegsordnung als Recht zugesichert. Auf einen Befehl Hitlers hin wurden die Ergriffenen jedoch erschossen. Das Verbrechen war bald ruchbar und wurde in der Presse außerhalb des deutschen Machtbereichs bekanntgemacht. Die Täter reagierten darauf mit verlogenen Verlautbarungen. Görings Zuständigkeit war unstrittig. Trotzdem erklärte er, er habe sich damals gerade auf einem Urlaub befunden und seine Adjutanz, was alsbald als falsch nachgewiesen werden konnte, sei von dem Geschehen nicht unterrichtet worden. Erst als die Offiziere bereits tot waren, habe er davon erfahren. Darauf sei es, wofür es keinen Zeugen gab, zwischen ihm und Hitler zu einer Auseinandersetzung gekommen, in deren Ergebnis seine Stellung beim „Führer“ weiter abgesunken wäre. Freilich, alle Meinungsverschiedenheiten mit Hitler hätten nicht zu einem Bruch geführt, sei er doch Soldat gewesen, und ein Soldat habe im Krieg, gleichgültig, ob er ihn gewollt habe oder nicht, eben seinem Vaterland zu dienen.

Auf diese Weise verlief Görings Haupt-, Kreuz- und Wiederverhör in der Hauptverhandlung. Der Chefankläger der Französischen Republik war dieses Verfahrens überdrüssig und verzichtete auf eine weitere Befragung, zumal die Antworten des Angeklagten kaum anderes als Propagandareden erbracht hätten. Die Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, seien jedoch unwiderlegt. Der Geduldsfaden des britischen Gerichtsvorsitzenden Geoffrey Lawrence riss, als der Verteidiger erneut ansetzte, seinem Mandanten im Wiederverhör Gelegenheit zu geben, bereits langatmig vorgetragene Erklärungen noch einmal herzusagen. Dem Angeklagten sei gestattet worden, ohne jede Unterbrechung „geradezu Reden zu halten“, und „er hat die gesamte Geschichte des nationalsozialistischen Regimes von Anfang bis zu Ende dargestellt.“ Das werde nicht erneut und auch keinem weiteren Angeklagten erlaubt werden, es sei denn zum direkten Zwecke der Verteidigung gegen ihn erhobene

Anwürfe. Was Göring immer hatte erreichen wollen, bewirkt hatte er den Nachweis seiner vollkommenen Unglaubwürdigkeit

Für den Gerichtshof, da zuvor niemand Erfahrungen darüber sammeln konnte, wie mit diesem Typus von faschistischen Rechtsbrechern umzugehen sei, war das Verhör Görings so etwas wie ein Schlüsselerlebnis. Die Anklage rechnete sich nach diesem Verhörauftakt aus, dass die Verhandlungen bis in den August dauern würden – was dann auch zutraf. Am 31. August 1946, nach den Schlussplädoyers der Anklage, erhielt Göring im Gerichtssaal noch einmal das Wort. Er bot nicht mehr als eine Zusammenfassung seiner früheren Ausführungen. Kein Wort der Einsicht, der Selbstkritik oder gar der Reue fiel. An Grausamkeiten sei er nicht beteiligt gewesen, von Massenmorden habe er erst in Nürnberg erfahren. Seine Reden, die von Menschenverachtung zeugten und ihm vorgehalten worden waren, seien der Erregung und der Situation zuzuschreiben. Kriegsziele habe Deutschland nicht besessen. Die Deutschen hätten in einem Existenzkampf gestanden. Und abschließend unter Anrufung des Allmächtigen: „Das einzigste Motiv, das mich leitete, war heiße Liebe zu meinem Volk, sein Glück, seine Freiheit und sein Leben.“ So wollte der zweite Mann des Regimes in die Geschichtsbücher eingehen. Wen sollte das nach allem, was in den Monaten zuvor erwiesen war, noch beeindrucken? Göring wurde zum Tod durch den Strang verurteilt, brachte sich aber wenige Stunden vor der Vollstreckung des Urteils am 16.10.1946 in seiner Zelle selbst um – mit Gift, das er auf noch immer ungeklärtem Weg erhalten hatte.

junge Welt, Dienstag, 14.03.2006, S. 10.

Langmut und Bedenken

Augenzeugenberichte für die Ohren: Die von Steffen Radlmaier herausgegebenen Texte von Beobachtern der Nürnberger Prozesse sind nun als Hörbuch erschienen.

Die gedruckte Vorlage dieses Hörbuchs ist vier Jahre alt, die Quellen, die es zusammenführt, entstanden vor sechs Jahrzehnten. 2001 veröffentlichte Steffen Radlmaier sein viel gelobtes Buch „Der Nürnberger Lernprozess. Von Kriegsverbrechern und Starreportern". Es vereinte Reportagen, Berichte und Glossen, die Beobachter des Gerichtsverfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher für Redaktionen von Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen 1945/1946 geschrieben hatten. Ausgewählt war das Überlieferte jedoch nicht nach inhaltlichen Qualitätskriterien, sondern nach dem Bekanntheitsgrad der Autoren und – nicht durchgängig – dem literarischen Niveau. Der Begriff „Starreporter" im Untertitel weist darauf hin, wiewohl diese Kennzeichnung keineswegs durchgehend zutrifft. Sie galt weder für Willy Brandt, der erst in den folgenden Jahrzehnten seinen Namen in die deutsche Geschichte eintrug, noch für jene namhaften Schriftsteller, deren Artikel Aufnahme fanden. Zu ihnen gehörten unter anderem John Dos Passos und Alfred Döblin. Mancher unbekannte Journalist hat in den mit Besatzungslizenz erscheinenden Zeitungen genauere Beobachtungen gemacht und treffendere Wertungen vorgenommen, darunter solche, die sich in den heutigen Schulbüchern der Bundesrepublik gut ausnehmen würden. Sie aus Archiven zu heben, ist eine noch bevorstehende Aufgabe.

Nichtsdestoweniger, der Band Radlmaiers ließ sich mit Gewinn lesen und das, im Vergleich zur Druckfassung leicht gekürzte, Hörbuch (zwei CDs) ist durchaus empfehlenswert. Aufgenommen sind nun u. a. Texte von Erika Mann, Janet Flanner, Elsa Triolet, William L. Shirer, Robert Jungk. Im Gerichtssaal, in dem für mehr als 200 Journalisten und Beobachter Platz geschaffen worden war, richteten sich die Blicke der Berichtenden wieder und wieder auf die Anklagebank. Beschrieben werden das Aussehen und Benehmen der Angeklagten, geschildert werden ihre Auftritte, namentlich die von Göring, Heß, Keitel und Schirach. Berichtet wird von dem als „Zweikampf" bezeichneten Duell, das sich Robert Jackson, der US-amerikanische Chefankläger, mit Hermann Göring lieferte, als er den einstigen Reichsmarschall ins Kreuzverhör nahm. Verglichen werden die Interventionen des britischen und des sowjetischen Chefanklägers. Besondere Aufmerksamkeit galt wiederholt den Auftritten der „Russen", die nicht in Roben, sondern in Uniform den Gerichtssaal betraten. Bemerkt wurde, dass, während die Juristen der anderen Mächte häufig von den „Deutschen" sprachen, die sowjetischen von „Hitlerfaschisten" redeten oder sonst Kennzeichnungen verwandten, um nicht alle Angehörigen des Kriegsgegners sprachlich über einen Kamm zu scheren. Janet Flanner entdeckte, dass die sowjetischen Anklagevertreter literarisch ausgefeilter und erfindungsreicher argumentierten. Manche Beobachter äußern Bedenken wegen des Langmuts der Gerichtsvorsitzenden gegenüber den Propagandareden der einstigen Führer.

Es gibt kein anderes Buch, das so viele, voneinander abweichende oder auch stark subjektiv gefärbte Einblicke in die Verhandlungen eröffnet. Gleiches gilt für das Bild, das vom Leben der am Prozess Beteiligten nach „Dienstschluss" entsteht – bis hin zu den abendlichen Ablenkungen, Entspannungen und Vergnügungen im Grand Hotel. Breit gefächert waren die Erwartungen bezüglich des Ausgangs des Prozesses, klar schien jedoch zu sein, dass es mit einem einzigen Prozess nicht erledigt sei, vielmehr müsse dafür gesorgt werden, dass die Welt keinen „zweiten Hitler" erlebe. Wichtig sei die Rekonstruktion der „Geschichte von gestern", wichtiger noch das Wirken in die Zukunft.

In die zitierten Texte der Berichterstatter sind andere eingefügt, die durchweg dem Nürnberger Tageblatt entstammen. Das referierte verschiedentlich auch das internationale Echo des Prozesses. Demnach charakterisierte eine einzige Zeitung des Auslands, eine italienische, postfaschistische, das Verfahren als Racheakt.

Die Texte können mit umso mehr Verständnis für Details und Feinheiten aufgenommen werden, je reicher die Vorkenntnisse sind. Das beiliegende Booklet liefert kaum zusätzliche Informationen. Doch selbst Kenner werden sich, wenn die Schauspieler, die das Geschriebene mitunter eindrucksvoll (z. B. Sascha Icks) vortragen und vorab den Namen des Autors nennen, fragen: Wer war denn das?

Oder sagt Ihnen der Name William E. Süskind etwas, dessen Beiträge die zu Recht am häufigsten zitierten des Hörbuchs sind?

Steffen Radlmaier (Hrsg.): Der Nürnberger Lernprozeß. Mit Beiträgen von Willy Brandt, Alfred Döblin, Erika Mann u. a. Inszenierte Lesung mit Wolf Frass, Sascha Icks und Josef Tratnik. Eichborn/Lido, Frankfurt/M. 2005, 19,95 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 16.03.2006, S. 2.

Manfred Wekwerth

Die Unerträglichkeit des folgenlosen Denkens Rezension in Ossietzky

Das Buch trägt einen Titel mit Anspruch: „Mein Brecht„. Bei den meisten, die heute über Brecht schreiben, würde ich ihn eine Privatisierung von Gemeineigentum nennen. Nicht so bei Ernst Schumacher, denn sein Buch unterscheidet sich durch etwas, das heute schon eine Sensation ist: Es enthält keine Sensationen, es hält sich an Fakten.

Das Jahr 2006 ist ja gerade wieder günstig, Brecht starb vor fünfzig Jahren, da rät der Markt, etwas über Brecht zu verfassen. Und natürlich rät der Markt zu schreiben, was noch nie jemand vorher geschrieben hat. Und da das viele machen, ist am Ende das Viele immer nur dasselbe: Es ist – in diametralem Gegensatz zu Schumachers Buch – die seit dem vorigen Jahrhundert beliebte und honorierte Zurücknahme Brechts, also seine Anpassung an die herrschende Meinung, die – nach dem ebenfalls nicht mehr ganz passenden Bärtigen aus Trier – immer die Meinung der Herrschenden ist. So entpuppen sich „Zeichen für neue Beweise“ einfach als neues Design und „Imagination neuester Sichten“ als altes Image, mit dem der Schreiber wieder ins Geschäft kommen will.

In diesem Sinne erreicht uns aus Karlsruhe die Verkündigung „eines ganz neuen Brecht“. Jan Knopf, einem deutschen Professor, der dafür ein ganzes Institut gründete, ist es gelungen, Bertolt Brecht, den er programmatisch im Internet den „Goethe des 21. Jahrhunderts“ nennt, von dem Verdacht zu reinigen, er sei Marxist gewesen. Er, der Professor, hat nämlich in Brechts Bibliothek im Berliner Brechthaus nachgeschaut und kann nun beweisen, dass es nur die Biografen und Deuter waren, die behaupteten, Brecht habe Marx gelesen. „Davon kann jedoch keine Rede sein, er hat Marx nie richtig gelesen. Die Lektüre des ‚Kapitals‘ ist lediglich als sporadische Urlaubslektüre überliefert“, so der Professor; bei dem „Büchernarren“ Brecht habe er nur eine weitgehend ungebraucht wirkende „Kapital“-Ausgabe von 1932 gefunden, obwohl Brechts angebliche Marx-Studien doch um Jahre zuvor datiert seien. Dass sich Brecht selbst als Marxismus-Kenner darstellt, ist für den Professor eher eine „typisch Brechtsche Selbstinszenierung, die im konkreten Fall einem speziellen Auftritt in Moskau geschuldet ist“.

Seine Konklusion: „Wir wollen mit unserer Arbeit eine Hilfestellung leisten, den ‚neuen Brecht‘ zu entdecken“, der bisher „als kommunistischer Dichter diskreditiert wurde“.

Das ist natürlich ein alter Hut, in unserem Falle ein Doktorhut, den sich heute niemand, der etwas auf sich hält, aufsetzt. Wenn ich diese Eintrübung Brechts zum politischen Analphabeten hier überhaupt erwähne, so um auf die treffenden Beschreibungen der TUIs in Schumachers Buch aufmerksam zu machen. TUIs sind Leute, die gegen Bezahlung ihren Verstand vermieten. Sie sind jederzeit bereit, Sätze zu beweisen wie „Der Regen fließt von unten nach oben“ oder „Bei Pflanzen kommt die Frucht vor der Blüte“. Für sie erfand Brecht den Namen TUI, das ist eine Umkehrung des Intellektuellen in den Tellekt-Uell-In. Untrügliches Kainsmal des TUI: Bei ihm weicht Wissen der Ware.

Denn natürlich weiß unser Professor aus Karlsruhe, dass der Satz „Brecht hat Marx nie gelesen“ gut passt zu dem Satz „Der Regen fließt von unten nach oben“, aber kaum zu Brecht. Denn Brecht, das schrieb derselbe deutsche Professor einige Jahre früher, habe seine „Große Methode“ ganz von der „marxistischen Dialektik“ abgeleitet und da vor allem von Lenin. Damals gab der Professor auch Bücher mit heraus, zum Beispiel die „Große kommentierte Frankfurter und Berliner Brecht-Ausgabe“. Und da kennt er natürlich, was er im Band 21, Seite 256 herausgegeben hat: „Als ich das ‚Kapital‘ von Marx las, verstand ich meine Stücke“ (Brecht 1928).

Ernst Schumacher ist demgegenüber natürlich im Vorteil: Er darf sagen, was er immer gesagt hat, denn er ist Kommunist geblieben. Er kann nach wie vor von Revolution sprechen und muss nicht „über den Kapitalismus hinausgehende Alternative“ sagen. Klassenkampf heißt bei ihm weiterhin Klassenkampf und nicht „sozialer Interessenhandlungsbedarf“. Und er sagt auch zu Arbeitern Arbeiter und nicht „Arbeitskraft-Unternehmer“. Und selbst wo „Linke“ von „Profit-Dominanz“ reden, die sie beseitigen wollen, bescheinigt ihnen Schumacher, dass es Kapitalismus ohne „Profit-Dominanz“ nicht gibt, da es keinen Regen ohne Nässe gibt.

So ist das Brecht-Buch von Schumacher, einem hervorragenden Theaterwissenschaftler, eben nicht nur ein Buch über Theater. Es ist ein Buch gegen den Kapitalismus. Damit ist es ein Buch für Brecht. Hier wird keine Frage gestellt, ohne die Frage nach dem Fortgang der Welt zu stellen. Keine Ästhetik gibt es hier ohne reale Gesellschaft, weil es keine Ästhetik ohne Menschen gibt.

Von Schumacher kann man erfahren, dass jene „Zurücknahme“ Brechts, seit langem ein beliebtes Spielchen der „westlichen Wertegemeinschaft“, keineswegs nur Sache des Theaters oder des Theaterspielens ist. Wenn man den Dichter vom Politiker abhackt, um ihn als „Dichter“ besser zu vereinnahmen, oder wenn man ihn zum politischen Analphabeten stempelt, um ihn als „Dichter und Denker“ der eigenen Folgenlosigkeit anzupassen, ist das für Schumacher nicht Sache nur der Literatur- oder Theatergeschichte, sondern der Geschichte, und zwar der Geschichte im Stadium der verordneten Restauration. Heiner Müller formulierte noch deutlicher, wenn er seine Stücke „proletarische Tragödien im Zeitalter der Konterrevolution“ nannte.

Schumachers Versuche zur Wiederherstellung des „ganzen“ Brecht, ob in seinen Theaterkritiken, Polemiken oder Essays oder eben in seinem Buch, sind wirksame Mittel, jene Restauration, die auch auf dem Theater das Ende aller Geschichte und die Zauberformel der „Alternativlosigkeit“ verkündet, als Konterrevolution großen Stils zu erkennen und das „Ende des Klassenkampfes“ als Beginn der Großoffensive des Kapitals im Klassenkampf gegen die Unteren, die den Klassenkampf gefälligst unterlassen sollen. Und Schumacher tut das nicht nur – was. sein Vorteil ist – mit der Konsequenz des Kommunisten, wirksam unterstützt wird er vom Dickschädel des Bayern.

Schumacher sucht, wo immer er über Brecht schreibt, spricht, denkt, den „ganzen“ Brecht. Das ist für ihn die Einheit des Dichters, Politikers, Philosophen, Theatermachers, Lyrikers, Dramatikers, DDR-Bürgers, Österreichers, Weltbürgers, Regisseurs, Sprachschöpfers, Lobenden, Fluchenden, Eingreifenden, Zögernden, Zweifelnden, Genießenden, Fröhlichen, Traurigen, des Clownesken wie des Tragischen, des Lehrers wie des Lernenden. Schumacher muss diese Widersprüche nicht zerhacken, um Brecht seinen Lesern verständlich zu machen, für ihn sind die Widersprüche das Verständnis, denn sie sind die Lebendigkeit Brechts.

Gegenüber den „Zerhackern“ und „Zurücknehmern“ hat Schumacher einen weiteren Vorteil: Er kannte Brecht. Er sprach mit ihm. Er stritt mit ihm. Er konnte ihn beobachten. Kurz: Brecht war für ihn nicht eine Meinung, sondern ein Vorgang.

Man weiß, wie sehr der Begriff „Vorgang“ zu den Sakramenten Brecht‘schen Denkens gehört: „Ich bin keine Person. Ich entstehe jeden Moment, bleibe in keinem.“ Brecht, will man ihn als Brecht verstehen, ist nicht Tatsache, sondern Tun. Denken ist Tätigkeit. So sieht Schumacher konsequent im „eingreifendes Denken“, besonders in Zeiten der DDR, den Schlüssel zum Verständnis des Werkes und der Person Brechts. Hier findet er die dialektische Einheit von allem, was Brecht dachte, dichtete, schrieb, inszenierte, kritisierte. Gleich ob er in Berliner Ensemble den „Kaukasischen Kreidekreis“ als Welttheater inszeniert oder Vorschläge machte zur Veränderung der Lehrpläne an den Grundschulen ob er die Weltöffentlichkeit aufrief zur Vermeidung des Atomtodes oder den Volkseigenem Betrieb Secura half, seine Planschulden zu verringern, ob er mit seinen „Barlach-Thesen“ die Kulturpolitik der Parteiführung zu Fall brachte oder der Parteiführung half, die Erste-Mai-Losungen 1954 zu verbessern.

Auch im Theater war für Brecht ein Stück erst geschrieben, wenn es aufgeführt war. Und auch dann noch wurde es weitergeschrieben. Jede Wirkung mal Brecht an der Veränderung, die sie bewirkte. Ein Gedanke über die Wirklichkeit existierte für ihn in seiner wirklichen Erprobung. Maß aller Tätigkeit aber war die „kritische Haltung“. „Nur was ich verändere, begreife ich.“ Aber das Verändern betraf nicht nur das Theater, es betraf vor allem die Welt. Brecht misstraut der Philosophie, er sprach lieber vom „Philosophieren“. Philosophie ohne praktische Tätigkeit war für ihn „Atmen, ohne Luft zu holen“. Es reiche eben nicht, dass das Theater zeigt, wie man den gefesselten Prometheus befreit, es müsse auch in der Lust schulen, ihn zu befreien, war ein Lieblingssatz Brechts aus der Zeit seiner Arbeit an Strittmatters „Katzgraben“, dem ersten Zeitstück auf der Bühne des Berliner Ensembles.

Hier folgt Schumacher Brecht auf den Fersen. Er zeigt folgenloses Denken das Grundübel unserer Zeit, nicht nur als falsches Denken, sondern als unerträgliches. Das Gefühl der Unerträglichkeit aber kann Impuls für etwas ganz anderes sein: Unerträgliches zu verändern. Denn Mut, lässt Brecht seinen Fatzer sagen beginnt mit Unmut, Veränderung mit der Lust zum Verändern. „Mein Brecht“ jedenfalls, und darin sehe ich sein Verdienst, vermittelt nicht nur Lust zum Lesen, sondern die Lust zum Handeln – und nicht nur im Theater.

Ernst Schumacher: „Mein Brecht“, Henschel Verlag, 560 Seiten, 19,90 Euro.

In: Ossietzky, 6/2006, S. 226-229.

Auf Hochtouren

Der Historiker Bogdan Musiał hat die Lüge vom präventiven Charakter des Überfalls der Deutschen auf die Sowjetunion aufgewärmt.

Als die deutsche Wehrmacht 1941 mit einer Streitmacht, wie sie bis dahin in der Geschichte der Kriege für einen Angriff auf ein Nachbarland noch nicht aufgeboten worden war, in die UdSSR einfiel, wurde die Lüge, mit der die Deutschen am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg begonnen hatten, gleichsam weiterentwickelt. Hatte es am Anfang des Feldzugs gegen Polen geheißen, nun werde „zurückgeschossen“, wurde diesmal behauptet, man schlage los, bevor der Gegner zum Losschlagen komme. Der Führer, so die Ausschmückung, habe die Absichten der Bolschewisten durchschaut und sein Vorauswissen habe ihn zu diesem Schritt veranlasst usw. Seitdem gehört die Präventivkriegsthese zu den Lieblingen deutscher Geschichtsfälscher. Sie passt in das Bild vom welteroberungshungrigen Bolschewismus, der sein klägliches Ende verdient habe. Lügen mit so hohem Gebrauchswert erweisen sich gegen Argumente als resistent.

Lange schon haben sich Historiker, darunter die des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, von dieser Lüge distanziert. Sie brauchten auf der Suche nach der wirklichen Vorgeschichte des Krieges gegen die UdSSR keine besonders gewundenen Forschungswege zurückzulegen. Das Thema war vor Jahrzehnten erledigt worden: am 11./12. Februar 1946, als der einstige Generalfeldmarschall Friedrich Paulus im Saal 600 des Nürnberger Justizpalastes als Zeuge der Anklage aufgerufen wurde. Paulus war Anfang September 1940 in den Generalstab des Heeres berufen worden. Dort fand er den Entwurf für einen Feldzug gegen die Sowjetunion vor. Seine Mitarbeiter und er vervollständigten ihn bis November des gleichen Jahres. Der Mann wusste also, von welcher Lagebeurteilung das Oberkommando ausgegangen war, als der zweite Krieg im Osten vorbereitet wurde. Sie lautete: Eine Angriffsabsicht des Gegners existiert nicht. Paulus bestätigte und bekräftigte, was sich aus Dokumenten entnehmen ließ, die dem Gericht vorgelegt wurden.

Seine Aussage quittierten die deutschen Juristen mit Schweigen, ehe sie am nächsten Tag Paulus zu attackieren begannen. Jedoch: Keiner der angeklagten Militärs vermochte zu sagen, wie sich die sie schwer belastende Aussage entkräften ließe. So legten es die Anwälte darauf an, den Zeugen moralisch zu desavouieren. Sie verwiesen auf seine Beteiligung am Verbrechen des Überfalls, auf sein den Tod auch vieler deutscher Soldaten mitverursachendes Verhalten während der Schlacht um Stalingrad und versuchten, gegen ihn den Verdacht des „Vaterlandsverrats“ zu erwecken, indem sie fragten, ob Paulus in sowjetischer Gefangenschaft nicht zum militärischen Ratgeber der Roten Armee geworden sei. Nur ein Anwalt wollte durch den Hinweis auf die Stärke der an der Westgrenze der UdSSR stationierten Sowjettruppen ein Bedrohungsszenario konstruieren, doch brach er den Vorstoß bald ab.

Den unternahmen später Geschichtsrevisionisten vielerlei Couleur. Personell reichten die in der Bundesrepublik daran beteiligten Figuren vom einstigen SS-Obersturmführer und Pressesprecher des Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop bis zu einem übergelaufenen ehemaligen sowjetischen Geheimdienstoffizier und von einem Mitarbeiter (bis 1995) des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr bis zu einem Hochschullehrer der Philosophie an der Grazer Universität.

Drei Argumente sollten die Lüge von Hitlers Präventivkrieg glaubhaft machen: Erstens der Hinweis auf die unbestrittene Tatsache der Konzentration von Truppen der Sowjetarmee an der Westgrenze der UdSSR, die als Reaktion auf den deutschen Aufmarsch erfolgte und so auch vom deutschen Geheimdienst gewertet wurde. Zweitens eine im Wortlaut nicht überlieferte Stalin-Rede, gehalten am 5. Mai 1941 vor Absolventen sowjetischer Militärakademien, mit der Erwähnung eines möglichen Kriegs mit Deutschland, die, wie immer sie formuliert war, keine Kriegsabsicht belegt, sondern lediglich die Tatsache, dass Stalin diese Möglichkeit nicht mehr ausschließen konnte. Drittens der an Stalin gerichtete Vorschlag des Generalstabschefs Shukow von Mitte Mai 1941, wonach die sowjetischen Truppen ihrerseits in den erkennbar aggressiven Aufmarsch der Wehrmacht hineinstoßen sollten. Unstrittig ist, dass dieser Vorschlag nicht gebilligt wurde und folgenlos blieb.

Angesichts dieser Faktenlage haben sich revisionistische Historiker auf eine Variante der Präventivkriegsthese verlegt. Sie behaupten, die UdSSR habe das Deutsche Reich zwar nicht im Sommer 1941, aber spätestens 1942 oder 1943 angreifen wollen. Auch hierfür gibt es keinerlei Beweise, denn die Tatsache, dass der Kreml seine Streitkräfte aufstockte und sie auf einen Krieg besser vorbereiten wollte, als sie das beim Überfall auf Finnland 1940 gewesen waren, besagt über deren künftige Verwendung nichts.

Davon ungerührt hat nun der Historiker Bogdan Musiał, dessen Vorwürfe gegen die erste „Wehrmachtsausstellung“ wesentlich zu ihrer Schließung beigetragen haben, diese Variante in einem Aufsatz für die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (1/06) wieder aufgewärmt. Neu an seiner „Präsentation“ ist, dass er sich zunächst von den Präventivkriegspropagandisten distanziert, jedoch nur, um ihnen sogleich wieder beizupflichten. Nicht anders als sie postuliert er, dass Stalin wegen des Zustands der eigenen Armee 1941 zwar nicht hatte planen können, Deutschland anzugreifen, dass es aber doch ein Indiz für die Absicht gebe, dies „in einem Zeitrahmen von zwei Jahren“ zu tun. Vielleicht, räumt er, eine weitere Rückzugslinie beziehend, ein, hatte der Sowjetführer gar „keinen konkreten Angriffstermin“ und wartete nur auf „eine günstige Gelegenheit“.

Was hat Musiał vorzuweisen? Er glaubt, wie dies Reklamefachleute empfehlen, man müsse eine Behauptung nur oft genug wiederholen, dann würde sie schließlich geglaubt. Das liest sich so: Neueste Forschungen zeigen, „dass sich die Sowjetunion spätestens seit Anfang der dreißiger Jahre ... auf ... einen Angriffskrieg vorbereitete“ (S. 44). „Es steht außer Zweifel, dass die sowjetische Führung im Jahr 1930 tatsächlich im Begriff war, die Rote Armee massiv aufzurüsten“ (S. 49) – dass „die sowjetische Führung Ende der zwanziger Jahre beschloß, mit der massiven Aufrüstung zu beginnen“ (S. 51) – dass sich „die Sowjetunion spätestens seit 1930 auf einen Angriffskrieg vorbereitete“ (S. 57). „Die sowjetische Führung setzte seit 1933 auf Waffengattungen ... zur Führung eines modernen Angriffskrieges“ (ebd.). Im folgenden Satz: dass sich „die Sowjetunion spätestens seit 1930 auf die Führung eines Angriffskrieges vorbereitete“ (ebd.). Aus der rückblickenden Perspektive von 1941: „dass sich die Sowjetunion seit Jahren auf einen ... Angriffskrieg vorbereitete“ (S. 60). Genug? Bei weitem nicht: „Stalin, der auf den Angriffskrieg setzte“ (S. 61). Es folgen: „die auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg“ (S. 62). Schließlich stellt Musiał fest, dass „die sowjetischen Vorbereitungen zum Angriffskrieg seit Jahren auf Hochtouren liefen“ (S. 63). Das ist die Art von Ideologen, die sich selbst zu überzeugen suchen.

Die Konsultation eines Militärhistorikers, auch eines Generalstabsoffiziers der Bundeswehr hätte Musiał darüber belehrt, dass aus Umfang und Bewaffnung einer Armee nicht ohne weiteres auf die Pläne derer geschlossen werden kann, die ihren Einsatz befehlen. Sie hätten ihm womöglich den Unterschied deutlich gemacht, der zwischen einem Aggressionskrieg besteht, den eine Staats- und Militärführung vorbereitet und im Sinn hat, und Projekten eines Generalstabs für die strategisch offensive bzw. defensive Verwendung der Streitkräfte eines Landes für den Notfall, in dem es sich einem Angriff ausgesetzt sieht. Diese Einsicht hätte ihm freilich das Konzept ebenso verdorben wie ein Blick auf die Außenpolitik der Sowjetunion.

Die konnte die Erfahrung der konterrevolutionären Interventionskriege schließlich nicht ignorieren und, nachdem die Hoffnung auf revolutionäre Veränderungen in Mitteleuropa zerschla gen war, Angriffe reaktionärer Regime nicht ausschließen, als deren Ausgangsbasis in den zwanziger Jahren Polen und Rumänien galten. Im Übrigen wurde, wie auch Musiał weiß, seit 1933 Nazideutschland als der Staat angesehen, von dem die Gefahr eines Krieges ausging. Doch Musiał unterlässt es, auch nur einen außenpolitischen Schritt der UdSSR vor dem August 1939 zu erwähnen, der auf die kollektive Sicherheit in Europa zielte, gewährleistet auch durch die militärische Abschreckung des deutschen Imperialismus. Er hätte ansonsten mitteilen müssen, dass die UdSSR die politischen Verträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei von 1935 durch militärische ergänzen und absichern wollte. Dann hätte Musiał auch von der Teilnahme von Militärexperten beider Staaten als Beobachter bei Manövern auf sowjetischem Territorium berichten müssen und von der Sabotage Großbritanniens und übrigens auch Polens, der beiden Gegner dieses Konzepts.

Musiał strapaziert, dabei von *„FAZ“* und *„Welt“* publizistisch begleitet, eine einzige neue Quelle, mit der er die Behauptung eines geplanten Angriffskriegs auf das Deutsche Reich zu stützen versucht: den Kurzbericht einer Besprechung, die am 4. Juni 1941 im sowjetischen Hauptkriegsrat abgehalten wurde. Darin wird allerdings keine Feldzugsplanung erörtert, sondern die Neubestimmung des Inhalts der politischen Propaganda innerhalb der Streitkräfte. Außer der Unfähigkeit des Protokollführers beweist der Text den Vorsatz, Offiziere und Soldaten darauf einzustellen, dass die Absicht, die UdSSR aus dem absehbaren Krieg herauszuhalten, scheitern könnte und sie sich auf die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland einzustellen hätten, der dann offensiv auf dem Territorium des Gegners geführt werden sollte. Obendrein glaubten die Teilnehmer noch, sie könnten sich mit der Fertigstellung dieser Weisung Zeit lassen.

Das meiste an Musiałs Aufsatz ist Beiwerk, das verdecken soll, wie elend dürftig sein Material ist, aufgeblasen durch Zitate von Hitler und aus Goebbels’ Tagebuch. Dass der Rezensent der „*Welt*“ den Autor, ihn lobend, auf einem schmalen Grat wandeln sieht, verwundert angesichts des Fazits, das das Blatt zieht – „Stalins Sowjetunion war ein aggressiver Staat“ –, nicht. Natürlich kommt auch die vermeintlich verwandte Ideologie der beiden „totalitären“ Staaten als Quelle des Krieges wieder zum Zuge. Das führt noch einmal zurück zum Zeugen Paulus, der seine spät gewonnene Einsicht über den Ort, den der Überfall auf die UdSSR im Gesamtkriegskonzept der NS-Führung besaß, in Nürnberg so formulierte: „Die gesamte Zielsetzung bedeutete die Eroberung zwecks Kolonisierung der russischen Gebiete, unter deren Ausnutzung und Ausbeutung und mit deren Hilfsmitteln der Krieg im Westen zu Ende geführt werden sollte, mit dem Ziele der endgültigen Aufrichtung der Herrschaft über Europa.“

Die Zeugnisse sämtlicher Militärs, die in den Monaten vor dem 22. Juni 1941 mit Stalin in Verbindung standen, besagen, dass es auch nicht den Hauch eines Vorsatzes gab, Deutschland zu bekriegen. Der Zeitpunkt, die strategischen Planungen Hitlers effektiv zu kontern und die deutsche Wehrmacht zu einem Zweifrontenkrieg zu zwingen, war ohnehin vertan worden. Er existierte, als die deutschen Streitkräfte im Mai 1940 gen Westen stürmten. Woher also hätte der Entschluss kommen sollen, jetzt, nach Hitlers Sieg im Westen, ein- und anzugreifen? Angesichts der Tatsache, dass sich der Gegner auf dem Höhepunkt seiner Macht befand und sich auf das Potential nahezu des gesamten Kontinents stützen konnte?

Stalin hatte sich in die Vorstellung verbohrt, dass er den Krieg noch für einige Zeit vermeiden könnte, und sperrte sich gegen Warnungen seiner Berater, die ihn als unmittelbar bevorstehend avisierten. Das haben Millionen Soldaten und Zivilisten mit dem Leben bezahlt. Und jene Deutschen, die sich das Denken noch nicht abgewöhnt hatten, konnten sich angesichts der ersten Filmaufnahmen, die sie in den Kinos vom Krieg im Osten sahen, fragen, ob Soldaten einer angriffsbereiten Armee sich hätten einsammeln lassen, wie das mit den sowjetischen Truppen an der Grenze geschah. Erschütternd berichten Simonows Kriegstagebücher von den Tragödien der ersten Kriegstage.

konkret, 2006, Heft 4, S. 46.

Hitlers Präventivkriegslüge – in Variation aufgewärmt

Als die deutsche Wehrmacht 1941 mit einer Streitmacht, wie sie bis dahin in der Geschichte der Kriege für einen Angriff auf ein Nachbarland noch nicht aufgeboten worden war, in die UdSSR einfiel, wurde die Lüge des 1. September 1939 gleichsam weiterentwickelt. Am Tage des Beginns des Feldzugs gegen Polen hatte es geheißen, nun werde „zurückgeschossen". Diesmal wurde behauptet, es werde geschossen, bevor der Gegner noch dazu komme, mit dem Schießen zu beginnen. Der Führer, so die Ausschmückung, hätte die Absichten der Bolschewisten seit längerem durchschaut und sein fürchterliches Vorauswissen hätte ihn sehr leiden lassen, bis er sich entschlossen habe usw. Seitdem gehört die Präventivkriegsthese zu den Lieblingskindern deutscher Geschichtsfälscher. Sie passt in das Bild vom welteroberungshungrigenBolschewismus, der sein klägliches Ende verdient habe. Lügen mit so hohem Gebrauchswert erweisen sich gegen alle Argumente als extrem resistent.

Lange schon haben sich Historiker, darunter die des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, von dieser Fälschung distanziert. Sie brauchten auf der Spur nach der wirklichen Vorgeschichte des Krieges gegen die UdSSR keine besonders gewundenen Forschungswege zurückzulegen. Das Thema war vor Jahrzehnten erledigt worden. Das geschah als am 11./12. Februar 1946 der einstige Generalfeldmarschall Friedrich Paulus im Saal 600 des Nürnberger Justizpalastes in den Zeugenstand gerufen wurde. Seine Vernehmung erfolgte als Zeugeder Anklage. Paulus war Anfang September 1940 in den Generalstab des Heeres berufen worden. Dort fand er den Entwurf für einen Kriegszug gegen die Sowjetunion vor. Er und seine Mitarbeiter stellten ihn bis November fertig. Der Mann wusste mithin, von welcher Lagebeurteilung das Oberkommando ausgegangen war, als der zweite Krieg im Osten vorbereitet wurde. Eine Angriffsabsicht des Gegners existierte nicht.

Nicht weniger wesentlich als seine Aussage war das verlegene Schweigen der deutschen Juristen und der Umstand, dass sie eine Nacht des Überlegens brauchten, um ihrerseits Paulus zu verhören, an dem Verhör teilnehmen zu können. Jedoch: Keiner der angeklagten Militärs – siehatten sämtlich an den Vorbereitungen des Krieges gegen die UdSSR teilgenommen, vermochte den Verteidigern zu raten, wie sich die sie schwer belastenden Aussagen hätten entkräften lassen. So versuchten die Anwälte die moralische Hinrichtung des Zeugen. Sie verwiesen auf dessen Beteiligung an dem Verbrechen des Überfalls, auf sein den Tod auch so vieler deutscher Soldaten mitverursachendes Verhalten während der Stalingrader Schlacht und suchten gegen ihn den Verdacht des „Vaterlandsverrats" mit der Frage zu erregen, ob Paulus als Gefangener nicht ein militärischer Ratgeber der Sowjetarmee gewesen sei. Nur ein Anwalt wollte durch den Hinweis auf die Stärke der an ihrer Westgrenze stationierten Sowjettruppen ein Bedrohungsszenario konstruieren, doch brach er den Vorstoß ab.

Den unternahmen später Geschichtsrevisionisten vielerlei Couleur. Personell reichten die in derBundesrepublik daran beteiligten Figuren vom einstigen SS-Obersturmführer und Pressesprecher des Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop bis zu einem übergelaufenen ehemaligen sowjetischen Geheimdienstoffizier und von einem Mitarbeiter (bis 1995) des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr bis zu einem Hochschullehrer der Philosophiean der Grazer Universität. Drei Argumente sollten die Lüge glaubhaft machen: Erstens die unbestrittene Tatsache der Konzentration von Truppen der Sowjetarmee an ihrer Westgrenze, dieals Reaktion auf den deutschen Aufmarsch erfolgte und so seinerzeit auch vom deutschen Geheimdienst gewertet wurde. Zweitens eine im Wortlaut nicht überliefert Stalin-Rede, gehalten am 5. Mai 1941 vor Absolventen sowjetischer Militärakademien, mit dem Verweis auf einen möglichen Krieg mit Deutschland, der, wie immer formuliert, keine eigene Kriegsabsicht belegen kann, sondern nur die Tatsache, dass Stalin diese Möglichkeit nicht mehr ausschließen konnte. Drittens der an Stalin gerichtete Vorschlag des Generalstabschefs Shukow von Mitte Mai 1941, wonach die sowjetischen Truppen ihrerseits in den in seiner aggressiven Absicht erkannten Aufmarsch der Wehrmacht hineinstoßen sollten. Unstrittig ist, dass dies keine Billigung fand, als Idee nicht weiterverfolgt wurde und folgenlos blieb.

Angesichts dieser Faktenlage, haben sich Revisionisten, um die Präventivkriegsthese zu retten,auf eine variierende Version verlegt. Sie behaupten, die UdSSR hätte das Reich zwar nicht imSommer 1941, aber spätestens 1942 oder 1943 angreifen wollen. Auch dafür kann kein Beweisangeboten wer-

den, denn die Tatsache, dass der Kreml seine Streitkräfte vermehrte und sie auf einen Krieg besser vorbereiten wollte, als sie das beim Überfall auf Finnland 1940 gewesen waren, besagt über deren künftige Verwendung aus eigenem Entschluss nichts. Davon ungerührt hat neuerdings Bogdan Musial dies Variante wieder aufgewärmt. („Wir werden den ganzen Kapitalismus am Kragen packen". Sowjetische Vorbereitungen zum Angriffskrieg in den dreißiger und Anfang der vierziger Jahre. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin) Heft 1/2006). Neu an seiner „Präsentation" ist, dass er sich verbal von der Präventivkriegspropagandisten distanziert, jedoch nur um ihnen sogleich wieder beizupflichten. Nicht anders als sie postuliert er, dass Stalin wegen des Zustands der eigenen Armee 1941 nicht planen konnte, Deutschland anzugreifen konnte, aber es doch ein Indiz gäbe, dies „in einem Zeitrahmen von zwei Jahren" zu tun. Vielleicht aber, räumt er, eine weitere Rückzugslinie beziehend, ein, hatteder Sowjetführer gar „keinen konkreten Angriffstermin" und wartete nur auf „eine günstige Gelegenheit". (61)

Was wird vorgewiesen? Musial glaubt, auf der Fährte von Reklamefachleuten, man müsse eineBehauptung nur oft genug wiederholen, dann würde sie schließlich geglaubt. Das liest sich so:Neueste Forschungen zeigen, „dass sich die Sowjetunion spätestens seit Anfang der dreißiger Jahre ... auf ... einen Angriffskrieg vorbereitete". (44) „Es steht außer Zweifel, dass die sowjetische Führung im Jahr 1930 tatsächlich im Begriff war, die Rote Armee massiv aufzurüsten." (49) Dass „die sowjetische Führung Ende der zwanziger Jahre beschloss, mit der massiven Aufrüstung zu beginnen". (51) Dass sich „die Sowjetunion spätestens seit 1930 auf einen Angriffskrieg vorbereitete." (S. 57) „Die sowjetische Führung setzte seit 1933 auf Waffengattungen ... zur Führung eines modernen Angriffskrieges". (S. 57) Im folgenden Satz: dass sich „die Sowjetunion spätestens seit 1930 auf die Führung eines Angriffskrieges vorbereitete." (S. 57) Aus der rückblickenden Perspektive von 1941: „dass sich die Sowjetunion seit Jahren auf einen ... Angriffskrieg vorbereitete". (S. 60) Genug? Bei weitem nicht: „Stalin, der auf den Angriffskrieg setzte" (S. 61) Sodann: „die auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg" (62) Schließlich mit den gleichen Worten, dass „die sowjetischen Vorbereitungen zum Angriffskrieg seit Jahren auf Hochtouren liefen". (63). Das ist die Art von Papageien, aber ebenso von Ideologen, die sich selbst zu überzeugen suchen.

Eine Konsultation bei einem Militärhistoriker, auch bei einem Generalstabsoffizier der Bundeswehr, hätte Musial darüber belehrt, dass aus Umfang und Bewaffnung einer Armee nicht direkt auf die Pläne derer geschlossen werden kann, die ihren Einsatz befehlen. Sie hätte ihm womöglich den Unterschied erkennen lassen, der zwischen einem Aggressionskrieg besteht, den eine Staats- und Militärführung vorbereitet und vorhat, und Projekten eines Generalstabs für die strategisch offensive bzw. defensive Verwendung der Streitkräfte eines Landes für denNotfall, in dem es sich einem Angriff ausgesetzt sieht. Das hätte ihm das Konzept verderben können, wie auch ein Blick in die Außenpolitik der Sowjetunion.

Die konnte die Erfahrung der Interventionskriege nicht ignorieren und, nachdem Hoffnungen auf revolutionäre Veränderungen in Mitteleuropa zerschlagen waren, Angriffe reaktionärer Regime nicht ausschließen, als deren Ausgangsbasis in den zwanziger Jahren Polen und Rumäniengalten. Doch, wie auch Musial weiß, seit 1933 wurde Nazideutschland als der Staat angesehen,von dem Kriegsgefahr heraufzog. Doch erwähnt er keinen außenpolitischen Schritt der UdSSRvor dem August 1939, der auf die kollektive Sicherheit in Europa zielte, gewährleistet auch durch die militärische Abschreckung des deutschen Imperialismus. Dann hätte mitgeteilt werden müssen, dass die UdSSR die politischen Verträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei von 1935 durch militärische ergänzen und stabilisieren wollte. Dann wäre von der Teilnahme von Militärexperten beider Staaten als Beobachter von Manövern auf sowjetischem Territoriumzu handeln gewesen. Zudem von der Sabotage Großbritanniens und übrigens auch Polens, derGegner dieses Konzepts.

Musials strapaziert im vollen Wortlaut in Übersetzung eine einzige neue Quelle, mit der er dieBehauptung vom geplanten Angriffskrieg auf das Reich zu stützen sucht: den Kurzbericht einerBesprechung, die am 4. Juni 1941 im sowjetischen Hauptkriegsrat abgehalten. Dieser erörtertekeine Feldzugsplanung, sondern die Neubestimmung des Inhalts der politischen Propaganda innerhalb der Streitkräfte. Außer der Unfähigkeit des Protokollführers beweist der Text den Vorsatz, Offiziere und

Soldaten darauf einzustellen, dass die Absicht; die UdSSR aus dem Kriege herauszuhalten, scheitern könnte und sie sich auf die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland einzustellen hätten, der dann offensiv auf dem Territorium des Gegners geführt werden sollte. Obendrein glaubten die Teilnehmer noch, sie könnten sich mit der Fertigstellungdieser Weisung Zeit lassen.

Das meiste an Musials Artikel ist Beiwerk, bestimmt zu verdecken, wie elend dürftig sein Material ist, aufgeblasen durch Zitate aus Hitlers Äußerungen und dem Tagebuch von Goebbels. Dass der Rezensent von Die Welt (Ausgabe 21.2.2006) den Autor, ihn lobend, auf einem schmalen Grat wandeln sieht, so diesen mit einem Morast verwechselnd, verwundert angesichtsder dort gezogenen Fazits nicht „Stalins Sowjetunion war ein aggressiver Staat“. Natürlich findet auch die Legende von der Ideologie der beiden „totalitären“ Staaten als Quelle des 1941 begonnenen Krieges wieder Beifall. Das führt noch einmal zurück zum Zeugen Paulus, der seine freilich spät gewonnene Einsicht über den Platz, den der Überfall auf die UdSSR im Gesamtkriegskonzept der faschistischen Führung besaß, in Nürnberg so formuliert hat: „Die gesamte Zielsetzung bedeutete die Eroberung zwecks Kolonisierung der russischen Gebiete, unterderen Ausnutzung und Ausbeutung und mit deren Hilfsmitteln der Krieg im Westen zu Ende geführt werden sollte, mit dem Ziele der endgültigen Aufrichtung der Herrschaft über Europa.“

Die Zeugnisse aller Militärs, die in den Monaten vor dem 22. Juni 1941 zu Stalin Verbindungenbesaßen, besagen, dass da auch nicht eine Gedankenspur aufzufinden war, Deutschland zu bekriegen. Der Moment, den strategischen Plänen Hitlers vorzeitig zu begegnen und die deutscheWehrmacht zu einem Zweifrontenkrieg zu zwingen, war ohnehin vertan worden. Er existierte,als die deutschen Streitkräfte im Mai 1940 im Westen zum Kanal stürmte. Woher also sollte der Entschluss kommen, jetzt ein- und anzugreifen? Angesichts der Tatsache, dass sich dieser Gegner auf dem Höhepunkt seiner Macht und Mittel befand und sich nahezu auf das Potentialdes gesamten Kontinents zu stützen vermochte?

Stalin hatte sich in die Idee verbohrt, dass er den Krieg jedenfalls noch für einige Zeit vermeidenkönnte und sperrte sich gegen Warnungen seiner Berater, die ihn als unmittelbar bevorstehendsignalisierten. Das haben Millionen Soldaten und Zivilisten mit dem Leben bezahlt. Und die Deutschen, die sich das Denken noch nicht abgewöhnt hatten, konnten sich bei den ersten Filmaufnahmen, die sie in den Kinos vom Krieg im Osten sahen, fragen, ob Soldaten einer angriffssprungbereiten Armee sich derart einsammeln ließen, wie das mit den Besatzungen an der Grenze geschah. Erschütternd berichten Simonows Kriegstagebücher von den Tragödien der ersten Kriegstage.

konkret, 4/2006, S. 46-47.

Und Rügen muss hessisch werden

Die von hessischen Landesbeamten formulierten Fragen an Menschen, die nicht durch Geburt Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland geworden sind, sondern diese merkwürdige Eigenschaft beantragen müssen, haben vielerlei Echo hervorgerufen. Das beifällige äußerte sich vergleichsweise leise und auch tückisch: Dem Anliegen sei zuzustimmen, die Details müssten diskutiert werden. Stärker waren Distanzierung und bestimmte Ablehnung zu vernehmen. Ihre Ausdrucksmittel reichten von Spott und Hohn bis zu mehr oder weniger ernstgemeinten Vorschlägen für Zusätze und Änderungen.

Vorhergesagt wurde mehrfach, dass mit deutscher Staatsbürgerschaft ausgestattete Schüler der Abiturstufe einer beliebigen Schule der BRD kaum fähig sein würden, all diese Fragehürden zu nehmen. Das ließ darüber nachsinnen, warum eigentlich kein Lehrer unter den Tausenden, die junge Leute zur Hochschulreife führen, am Tage nach dem Bekanntwerden der Liste Lehrplan Lehrplan sein ließ und die ihm Unterrichtsbefohlenen bat, sich dieser Prüfung freiwillig zu unterziehen, als Testpersonen und anonym. Angst vor scheelen Blicken der Berufskollegen? Furcht vorm Rüffel wegen nicht an- und ausgewiesener Gestaltung des Unterrichts? Besorgnis um den bisher unbefleckten Namen der Schule bei der Obrigkeit? Sympathie für die Autoren des Fragebogens? Schiss, sich öffentlich als wachsamer Demokrat mit Blickrichtungen zu exponieren, die nicht direkt ins Antikommunistische gehen? Solche Zusatzfragen infolge Quellenmangels müssen hier unbeantwortet bleiben.

Wer derlei Fragenliste in Auftrag gibt, anfertigt, für gut befindet, sendet Signale aus, die eine Vorstellung von Germanien verraten. Und die weist auf heraufziehendes Ungemach hin. Deutlich wird, dass die „Kernarier“ unter sich bleiben sollen, wenn schon nicht aus Blutsgründen, so doch wegen ihrer einzigartigen Seelenqualität, die aus ihnen vor jener Landschaft der Insel Rügen heraustropft, nach der allen Ernstes gefragt wird.

Doch ist es das nicht allein, was Auftraggebern und -nehmern anzukreiden wäre. Verraten wird auch, wohin der Geschichtsrevisionismus zielt und reicht, der nicht in überwachten Nazi-Zirkeln produziert wird, sondern uns aus den Zentren der politischen Herrschaft kommt. Dazu muss freilich jener Fragenlistenteil durchmustert werden, der sich auf deutsche Geschichte bezieht. Nicht jener, der die Deutsche Demokratische Republik betrifft – er enthält nichts Neues, Dogmen und Fakten wie Unrechtsstaat, Arbeiteraufstand und Mauerbau genügen. Nein, es geht um die Bereinigung der gesamtdeutschen Geschichte. In deren noch als neuere geltenden Zeiten gab es zwei Revolutionen. Beide endeten mit einer Niederlage, doch die von 1848 und die von 1918 haben nichtsdestoweniger tiefe Spuren in die deutsche Geschichte gezogen. Fragen, die sich darauf beziehen, umgehen beide Großereignisse. Die eine lautet: Welche Versammlung tagte im Jahre 1848 in der Frankfurter Paulskirche? Auch die andere, sich auf 1918 beziehende, nennt die Ausrufung einer Republik (es wurden zwei etwas verschiedene Republiken ausgerufen), ohne dass erwähnt würde, dass dies inmitten einer revolutionserschütterten Stadt geschah.

Merke: Ein deutsch-bundesrepublikanischer Staatsbürger, er sei es oder er wolle es erst noch werden, weiß nichts von Revolutionen in deutscher Vergangenheit. Und wenn dennoch, dann schämt er sich, sofern zu den Seinen Vorfahren zählen, die daran teilgenommen haben. Zum Ausgleich weiß er aber auch nichts von Konterrevolutionen, lautet doch die sich auf das Jahr 1933 beziehende Frage: „Wie ging die erste deutsche Republik zu Ende?“ Wahrlich: Sie ging zu Ende. Keine Republikabtöter. Keine Faschismusförderer. Schluss wie im Kinofilm oder in einer Zirkus-Vorstellung.

Geschichte läppert sich in deutschen Gefilden auf irgendeine Weise hin. Die Staaten enden oder sie brechen zusammen, wie jener eine, der, wenn im Fragebogen vom „Zusammenbruch des ‚Dritten Reiches‘“ die Rede ist, offenbar nicht stabil genug konstruiert war. Die Diskussion war, auch von Staats wegen, schon einmal weiter und bis zum Wort „Befreiung“ gelangt. Zu weit, meinen die hessischen Autoren. Dass Deutsche, gewiss nicht sie alle, eine faschistische Diktatur errichteten, und dass sie, wiederum gegen Widerstand aus den eigenen Reihen, die Welt mit Krieg überzogen, muss nicht wissen, wer an die edelstahlbewehrte Staatstür anklopft. Aber: Kennen muss er die Kreidefelsen von Rügen. Nicht die dort amtierende Landrätin der Linkspartei. Die schaffen wir auch noch ab, spätestens bei der nächsten Vogelgrippewelle – zugunsten hessischer Verhältnisse.

Ossietzky, 7/2006, 1. April 2006, S. 250-251.

Eine Schule in Kassel

Geert Platner hat seinen Forschungsband zur Schullektüre im „Dritten Reich“ überarbeitet und neu herausgegeben

Im Jahr 1980 begann ein Lehrer mit Schülern einer Kasseler Realschule ein Forschungsvorhaben besonderer Art. Sie vertieften sich in Bücher, die von ihren Eltern, bei anderen schon von den Großeltern benutzt worden waren, als diese Schulbänke in den Jahren der faschistischen Herrschaft drückten. Die Frage, die an die in den Fächern Geschichte, Deutsch, Biologie, Erdkunde und auch in der Mathematik benutzten Bände gestellt wurde, war denkbar einfach: Welchen Einfluss hatte diese Lektüre auf Denken und Haltung derer geübt, die dann in den Krieg zogen, die Welt zu erobern, und das als Dienst fürs Vaterland missdeuteten. Erfolgte in dieser Schule wirklich eine „Erziehung zum Tod“ (eine bei Heinrich Böll entlehnte Formulierung), dem Tod von Helden, die stolz, lachend, siegend ihr Leben auf Schlachtfeldern hingaben?

Kanonenfutter

Was da an Gedichten, Prosastücken, Liedern, Losungen und markigen Sprüchen aufgefunden und dargeboten wurde, macht heute noch gruseln. Am meisten die Elaborate der „Dichter“ von Dietrich Eckart und Werner Altendorf über Walter Flex und Will Vesper bis zu Baldur von Schirach und den unsäglichen Versen einer Maria Kahle, die eine „Heldenmutter“ sprechen lässt, sie werde ihren Sohn wieder „lassen“, also ihn, wenn er noch lebte, den Militaristen ein zweites Mal als Kanonenfutter hingeben.

Hat das so gewirkt, wie es da zu lesen stand? Das war die Anschlussfrage der Schülergruppe. Antwort darauf haben sie vor allem von bekannten Politikern und Schriftstellern zu erhalten gesucht. Zitiert werden Äußerungen zweier Bundespräsidenten, eines Bundeskanzlers, zweier Ministerpräsidenten der Länder, von Parteipolitikern. Dazu ein Bischof, ein Pfarrer, ein Richter und Loki Schmidt als Gattin, sowie jüdische Schüler, die rechtzeitig ins Ausland entkamen, und auch Widerstandskämpfer. Zu allen diesen ein DDR-Bürger namens Peter Hacks. Wenige Angesprochene (Rolf Hochhuth und Hans Magnus Enzensberger) haben sich den Bitten der Schüler verweigert. (Hilfreich gewesen wären ein paar Worte mehr über die Biographie der Zeitzeugen, insbesondere darüber, wo sie in welchen Jahren welche Schulen besucht hatten.)

Lehrerschaft

Welches Bild entstand? Unter den Lehrern gab es demnach „so’ne und so’ne“, verehrte und gehasste, Könner und Scharlatane, mehr Nationalkonservative als ausgesprochene oder gar uniformiert auftretende Nazis. Das Fazit, das indessen auf den Buchseiten nicht gezogen wird, liegt nahe: Ja, die Schule hat dazu beigetragen, die Jungen auf den verheerenden Lebensweg zu schicken, der für viele so kurz wurde. Aber sie war es nicht allein. In mancher Hinsicht hat sie nur Hilfestellung gegeben durch die Vermittlung eines nationalistischen und chauvinistischen Denkens, das den Krieg als normale Erscheinung im Leben der Völker darstellte. Eine erhebliche Zahl von Pädagogen hatte den Ersten Weltkrieg als Frontsoldat miterlebt, die einen sich glorreich erinnernd, andere ohne dazu je eine kritische Distanz zu gewinnen. Deren Wirken genügte in Kombination mit Hitlerjugend, dem Einfluss von Filmen, Literatur, Nazireden und -elternhäusern. Dass die Faschisten mit der Schule, die sie vorfanden, für ihre Zwecke und mit ihren Zielen leben konnten, hat Peter Hacks den Schülern in einem Satz erklärt: „Die Nazis betrachteten ihre Denkart zu Recht als eine Fortsetzung der bürgerlichen Denkart, und sie hatten keinen Grund, die Lehrerschaft auszuwechseln.“

Kaum ein Befragter, der Kabarettist Dieter Hildebrandt gehört zu den Ausnahmen, wollte begeisterter Jungnazi gewesen sein. Manche gaben zu erkennen, was sie von einst „behalten“ haben. So Christine Brückner, eine Schriftstellerin, die wissen ließ: „Der Geist des Nationalsozialismus war ja zunächst einmal sehr lebensbejahend.“ Oder Alfred Dregger, der der Antihitlerkoalition die „Zerschlagung Deutschlands“ als Ziel unterstellte. So im Lande, in und aus dem es fortgesetzt posaunt: Wir haben unsere Lektion gelernt – die in Antikommunismus unbestritten, wie das folgende zeigt.

Kommunist und Landrat

Eine wirklich andere Art von „Schule“ entdeckten die Schüler, als sie auf das Leben des Lehrers Wilhelm Hammann stießen, einen ehemaligen Häftling des KZ Buchenwald, dort verantwortlich für den Block 8, den der Kinder und Jugendlichen. Die Bekanntschaft mit diesem Retter vieler Kinder verschaffte den Forschenden (und denen, die diese Arbeit fortsetzten) zugleich eine neue Sicht auf die Bundesrepublik. Während Hammann, der im hessischen Groß-Gerau nach seiner Befreiung Landrat gewesen war, 1984 in Israel in die Reihe der „Gerechten der Völker“ gesetzt wurde, sperrten sich in seinem Geburts- wie in seinem Wirkungsort lokale Politiker und Parlamentarier (jedenfalls noch bis zum Erscheinen des Buches) dagegen, einer Straße oder einer Schule seinen Namen zu geben. Die Fotografie eines Kommunisten in der Bildergalerie der Landräte im Landratsamt? Unmöglich. Ein Volksschullehrer Namenspatron eines Gymnasiums? Deplatziert.

Zudem: Die Kasseler Schule existiert nicht mehr. Nationale wie internationale Anerkennungen ihrer Arbeit haben ihr so wenig zum Überleben geholfen wie Protestdemonstrationen. Und Lehrer Platner hat einen unfreiwilligen Schulwechsel und eine Überprüfung der Dienstfähigkeit hinter sich. Ralph Giordano, der das Projekt von Anbeginn begleitete, fragt im Vorwort mit Bezug darauf: „Was geht in Deutschland und seinem Hessenland eigentlich vor?“ Ja, was? Eben dieses. Und auch das: Vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde diese Auflage des Bandes gefördert. Dort weiß man, was Vorzeigeschüler im Ausland wert sind. Im Innern gelten Projekte, die Schüler auch auf die Lebensspur von Kommunisten führen, eher als unerwünscht.

Geert Platner/Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kassel (Hrsg.): Schule im Dritten Reich. Erziehung zum Tod. Eine Dokumentation. 4. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2005, 332 S., 24,90 Euro.

junge Welt, Freitag, 03.04.2006, S. 15.

„Ich frage die Deutschen ...“

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Frauen im Zeugenstand: Marie-Claude Vaillant-Couturier und Severina Schmaglewska (8)

Der Zweite Weltkrieg, wo er mit Gewehren, Panzern, Geschützen und Flugzeugen geführt wurde, war nahezu ausschließlich eine Sache der Männer wie die Kriege vorher auch. Frauen taten in allen Armeen, in denen der faschistischen wie der Anti-Hitler-Koalition, zwar an verschiedensten Plätzen Dienst, so als Krankenschwestern und Ärztinnen und in den Apparaten der Nachrichtenverbindungen. Doch nur wenige, wie die Pilotinnen in der Roten Armee, standen und kämpften an vorderster Front. In Deutschland bedienten Frauen gegen Kriegsende auch Fliegerabwehrgeschütze. Zahlreicher waren sie – setzt man ihre Teilnahme ins Verhältnis zu dem der Männer – in den Reihen der Partisanen und an den geheimen Fronten des Widerstandes. Das galt für viele Länder, insbesondere für Frankreich. Eine, die an diesem Platz gestanden hatte, war Marie-Claude Vaillant-Couturier. Als die Wehrmacht in ihr Land einfiel, war die Kommunistin 28 Jahre alt. Sie fiel in die Hände der Besatzer, an die sie von der Polizei des Petain-Regimes ausgeliefert worden war. Mit einem Transport von etwa 230 Frauen, die sich wie sie gegen die Versklavung ihres Landes gestellt hatten oder dessen auch nur verdächtigt wurden, wurde sie in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt. Sie hatte überlebt.

Am 28. Januar 1946 ließ der Gerichtsvorsitzende Mme. Vaillant-Couturier, die in ihrer Heimat inzwischen zum Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung gewählt worden war, in Nürnberg in den Saal 600 rufen, als Zeugin der Anklage. Sie war zurück in dieses Land gereist, in dem ihr der Tod bestimmt worden war, und sie kam aus einem Land, in dem ihr und ihrer Kameradinnen Eintreten gegen die Besatzungsherrschaft nach der Befreiung hohe Anerkennung gefunden hatte. Danielle Casanova, eine ihrer Gefährtinnen auch auf dem Wege nach Auschwitz, die im Lager umgekommen war, hatte schon im Oktober 1944 in Paris die Ehrung erfahren, dass eine Straße der Stadt ihren Namen erhielt. Vaillant-Couturier war im Palais Des Invalides zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden. Ob Gaullist oder Kommunist, in Frankreich, dem Land der klassischen bürgerlichen Revolution, wurde kein Unterschied gemacht, wer mit welcher Gesinnung und mit welchem Parteimitgliedsbuch gegen Eindringlinge und deren Kollaborateure gekämpft hatte.

An diesem Januartag war seit der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz im Verlauf der Weichsel-Oder-Operation der sowjetischen Armee nahezu genau ein Jahr vergangen. Die Französin hatte damals, im Januar 1945, jedoch noch nicht die Gewissheit gewonnen, das Martyrium lebend zu überstehen. Denn sie war mit wenigen ihrer Leidensgefährtinnen – die meisten waren in Auschwitz umgebracht worden und von ursprünglich 230 lebten noch 49 – in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück verlegt worden. Dorthin hatte die Inspektion der KZ-Lager inzwischen auch andere Auschwitz-Häftlinge gebracht, weil es im Reich an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften mangelte. Bei dem Entschluss zur Verlegung der Gruppe, der Vaillant-Couturier angehörte, mochte zudem auch eine Sendung im britischen Rundfunk mitgespielt haben, in der von mörderischen Schikanen berichtet worden war, denen die Gefangenen aus Frankreich ausgesetzt worden wären.

Im Zeugenstand sah sich Vaillant-Couturier ausschließlich Männern gegenüber, auf der Bank der Richter, in den Reihen der Ankläger wie auch auf den Plätzen der Verteidiger und auf der Anklagebank. Das letzte war noch das Verständlichste. Das „Dritte Reich“ war von seinen Führern auch als „zielbewusster Männerbund“ definiert, die „deutsche Frau“, ausgenommen die „Landfrau“, an Heim, Herd und in die Kinderstube abgeordnet worden, freilich nur, bis sie in der Rüstungsindustrie, an vielen Arbeitsplätzen zur Aufrechterhaltung von Verwaltung, Verkehr, verschiedensten Dienstleistungen und zu Hunderttausenden als Wehrmachtshelferin gebraucht wurde. Keine Frau hatte im Nazistaat eine herausragende Rolle gespielt, es sei denn, sie wurde – Filmdiva oder Sportlerin – als Vorzeigeobjekt „deutscher Art“ und „arischer Schönheit“ oder zum Zwecke ablenkender Unterhaltung präsentiert.

Ein abweichendes Bild bot im Saal 600 nur die Pressetribüne, auf der in Uniform und in Zivil zwischen männlichen Berichterstattern auch Frauen saßen. Unter denen hingegen, die diesen Prozess

führten und ihn außerhalb des Gerichtsaals ermöglichten, war nur ein geringer Anteil von Frauen. Sie gehörten fast durchweg zum Hilfspersonal und waren in Dolmetscher-, Organisations- und Schreibbüros tätig. An herausragendem Platz arbeitete im US-amerikanischen Stab, wie sich der stellvertretende Hauptankläger der USA im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess Robert M. W. Kempner erinnerte, eine einzige Frau, die mit einem Teil der Anklage befasst war. Doch nicht sie, sondern einer der Männer wurde schließlich beauftragt, im Gerichtssaal das Material vorzutragen.

Bericht über Auschwitz

Vaillant-Couturier wurde von dem französischen stellvertretenden Chefankläger Charles Dubost befragt, der dem Gericht das Beweismaterial über die Methoden des Terrors vortrug, die von den deutschen Besatzern in den 1940 eroberten westeuropäischen Ländern angewendet worden waren. Zunächst berichtete sie davon, wie es ihr noch vor der Deportation auf französischem Boden erging, nachdem sie den Deutschen übergeben worden war. Im Pariser Gefängnis La Santé gefangen gehalten, wo sich auch der Philosoph Georges Politzer und der Physiker Jacques Solomon, ein Schüler von Marie Curie, befanden, wurde ihr, nachdem sie die verlangten Aussagen verweigert hatte, die Deportation angedroht. Während der fünf Monate, die sie dort verbringen musste, erlebte sie das Wegführen der Gefangenen, die als Geiseln erschossen wurden. Dann hatte man sie zu ihrer nächsten Leidensstation, der Festung Romainville, verbracht, ein Geisellager, von wo sie im Januar 1943 mit 230 Frauen nach Auschwitz transportiert wurde, unter ihnen ein 16jähriges Mädchen und eine 67jährige Frau. Nicht alle waren Widerstandskämpferinnen. Manche ihrer Mitgefangenen waren mit ihren Männern verhaftet worden, ohne an deren Aktionen gegen die Besatzer beteiligt gewesen zu sein.

Was Vaillant-Couturier über Auschwitz sagte, gab davon nicht die erste Kunde. Aber allein Anlass und Ort, an dem sie Auskunft gab, sicherte ihren Worten weithin Aufmerksamkeit und mehr als nur dies. Ihr Zeugnis war knapp und präzise. Es ließ kaum etwas aus: angefangen mit dem schockierenden, ja lähmenden Moment des Eintritts in das Lager Auschwitz-Birkenau. Sie schilderte die Schikanen der Appelle, die Qual der Arbeit und den Ekel angesichts von Zuständen, die der Bezeichnung Hygiene nur spotteten. Sie berichtete von der Brutalität der Aufseherinnen und ihrer Helferinnen aus den Reihen verrohter Häftlinge. Sie schilderte das Grassieren der Seuchen, die Zustände im Revier, die Sterilisationsverbrechen, die Misshandlung und Tötung von Zwillingen, den Kindermord. Sie sprach über das System von Bestrafungen, das Bordell und das Mädchenorchester. Sie redete vom Elend des „Zigeunerlagers“, den Extraschikanen, denen nicht sogleich ermordete Juden ausgeliefert waren. Sie erinnerte sich der Selektionen, der Täuschung der Opfer und der Morde in den Gaskammern. Sie stellte die Verwertung und Beseitigung der Leichen dar, den Umgang mit dem Gepäck, den Kleidungsstücken und aller anderen Hinterlassenschaft.

Die Zeugin schloss mit den Worten: „Für Monate und Jahre hatten wir nur einen Willen, dass nämlich einige von uns lebend herauskommen möchten, um der Welt zu verkünden, was diese Zuchthäuser der Nazis waren.“ Ihre Aussage und dieser Schluss haben den Verteidiger des Angeklagten Julius Streicher, der sich „Antisemit Nr. 1“ genannt hatte, nicht gehindert, die Zeugin zu fragen, warum sie sich so gewandt auszudrücken vermöchte und „in so gutem Gesundheitszustand zurückgekommen“ sei. Der Gerichtsvorsitzende ließ die Unverschämtheit ungerügt durchgehen und die Gefragte sich nicht provozieren.

Naziverbrechen an Kindern

Zweieinhalb Monate nach der Französin, am 15. April 1946, während der sowjetische Oberjustizrat L. N. Smirnow die Anklage wegen der an der Zivilbevölkerung Osteuropas verübten Verbrechen vortrug, wurde Severina Schmaglewska in den Gerichtssaal gerufen, um zu einer einzigen Frage auszusagen: die Behandlung der Kinder im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Dorthin war sie im Oktober 1942 verschleppt worden. Zur Sprache kam das Abscheulichste unter den grausamen Verbrechen der deutschen Faschisten: Die Tötung der Kinder jeden Alters, die nach dem Eintreffen ihren zur Vernichtung durch Arbeit ausgesonderten Müttern entrissen worden waren, in den Gaskammern. Das Gericht hörte den Bericht von der Ansammlung von Kinderwagen im Magazin des Lagers, vom elenden Dasein der Jüngsten, die für irgendwelche Arbeiten oder Tätigkeiten bestimmt worden wa-

ren, bis die im Januar 1945 noch Lebenden wie die Erwachsenen in Evakuierungstransporte gepfercht oder auf Fußmärsche westwärts getrieben wurden. Schmaglewska bezeugte die vorsätzliche Misshandlung schwangerer Frauen, die zu Schwerarbeiten gezwungen wurden. Sie sprach von der Wegnahme und Tötung der Neugeborenen sofort nach der Geburt. Ihre Aussage mündete in den Satz: „Ich frage die Deutschen: Wo sind diese Kinder?“ Niemand im Saal hatte darauf eine Antwort. An diese Zeugin stellte auch kein Verteidiger noch eine Frage. Sogar sie schwiegen.

Seit dem ersten Prozesstag war beim Vortrag der Anklage wieder und wieder dargestellt worden, was in den Jahren des Krieges und der faschistischen Besatzung Kindern angetan wurde. Sie waren auf dem Territorium der Sowjetunion gemeinsam mit ihren jüdischen Eltern von den Mörderschwadronen der Einsatzgruppen und Spezialabteilungen der Polizei niedergeschossen, bei Ghettoräumungen kurzerhand niedergemacht, in Partisanengebieten, in denen Deutsche ganze Dörfer in Flammen aufgehen ließen, zugrunde gegangen oder weggeführt, andere in Kinderheimen und Heilanstalten ergriffen und getötet worden. Um die Männer, häufig Väter von Kindern, in den Kommandos, welche die Juden jagten und umbrachten, nicht psychisch zu sehr zu strapazieren, wurden Frauen und Kinder später, so erklärte der Chef einer Einsatzgruppe, Otto Ohlendorf, vor Gericht, nicht mehr vor deren Gewehrläufe gestellt, sondern in Gaswagen erstickt. Berichtet wurde von den verzweifelten Anstrengungen der Mütter, ihre Kinder vor den Gaskammern zu retten, indem sie diese unter ihren Kleidern zu verbergen suchten. Zur Sprache kam das triste, verwilderte Dasein von Kindern, die mit ihren Eltern zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren. Sie vegetierten ohne Betreuung und Unterricht in den „Ostarbeiterlagern“ dahin. Bezeugt wurde das elende Ende von Kindern, die mit den von Unterseebooten torpedierten Passagierdampfern, so am 17. September 1940 mit der „City of Benares“, untergingen. Dabei ertranken 258 Personen, unter ihnen auch 77 Kinder. Zitiert wurde ein zwei Jahre später an Kommandanten und Besatzungen deutscher U-Boote ergangener Befehl, nach erfolgreichen Torpedoangriffen Rettungsmaßnahmen zugunsten von Schiffbrüchigen zu unterlassen, sofern nicht ein eigenes Interesse damit verbunden sei. Um Hemmungen gegen diese jedem zivilen seemännischen Ehrenkodex widersprechende Verhaltensnorm abzubauen, verwies die Seekriegführung auf die gegen deutsche Städte gerichteten Bombenangriffe, die Frauen und Kinder nicht verschonen würden.

Mehrfach zitiert wurde im Verlauf des Prozesses jene Rede Heinrich Himmlers, am 4. Oktober 1943 gehalten vor SS-Generalen und -Offizieren, in der er davon gesprochen hatte, den Unterworfenen „wenn notwendig die Kinder zu rauben oder zu stehlen“, um, wie es in der wahnwitzigen Nazizerminologie hieß, „gutes Blut“ und die „rassisch guten Typen“ zu gewinnen und auf diesem Wege die Herrenrasse zu vermehren und zu stärken. So geschehen in Polen schon bald nach der Okkupation. Das war, wie dem Gericht bewiesen wurde, der deutschen Bevölkerung zudem bekannt, beispielsweise durch die Kölnische Zeitung, die 1940 schrieb, dass diese Kinder deutsch erzogen werden sollen, und „es wird ihnen auch der deutsche Geist eingeflößt, damit sie deutsche Mustermädel und Musterjungen werden!“ So praktiziert auch mit Kindern des tschechischen Dorfes Lidice, dessen Männer niedergeschossen und dessen Frauen in Konzentrationslager verschleppt wurden. Wo sich diese Kinder befanden, danach wurde zur Zeit des Prozesses und später noch lange gefahndet.

Das Fazit der Beweisaufnahme im Gerichtssaal war eindeutig. Es gab kein Verbrechen, das die deutschen Besatzer an Erwachsenen begingen, das nicht auch an Kindern verübt worden wäre. Sie litten in weiten Teilen Europas unter dem durch die Kriegsereignisse und die Ausplünderung ihrer Länder hervorgerufenen Hunger. Besonders erwähnt wurde die hohe Kindersterblichkeit in Griechenland und auf Inseln, die zeitweilig völlig von der Versorgung abgeschnitten waren. Mit den Erwachsenen wurden Kinder wie schon im Ersten Weltkrieg im Westen praktiziert, auf sowjetischem Gebiet als Schutzschilde benutzt und vor vorgehende Wehrmachtseinheiten getrieben, um eigene Verluste zu vermeiden. Kinder verbrannten unter der Devise des Kampfes gegen Partisanen und Widerstandskämpfer in Racheorgien in Scheunen wie in Kirchen. Eltern wurden vor ihren Kindern nicht nur weggeführt, sondern auch vor deren Augen erschossen. Kinder sahen, wie ihre Eltern gefoltert wurden, um von ihnen Aussagen zu erzwingen, und sie wurden auch selbst bedroht, um ihnen Informationen abzupressen. In Frankreichs Hauptstadt wurde, um vom Weg in den Widerstand abzuschre-

cken, in der Pariser Zeitung vom 14. Juli 1942 die offizielle Bekanntmachung veröffentlicht, dass unter 18 Jahre alte Kinder ergriffener Widerstandskämpfer in „Besserungsanstalten“ verbracht würden. All das gehörte noch zu den gleichsam „normalen“, befohlenen oder angewiesenen Methoden deutscher Kriegführung, Besatzungsherrschaft und Vernichtungspraxis. Zu schweigen von den Exzessen der Sadisten in den Uniformen der SS, der Polizei und der Wehrmacht.

Antisemitische Aufhetzung

Im Gerichtssaal war auch von den deutschen Kindern die Rede, davon, wie sie auf die ihnen auf Generationen hinaus zugedachte Rolle als die Beherrscher Europas und der Welt vorbereitet werden sollten. Das geschah im Zusammenhang mit dem Anklagevortrag gegen Julius Streicher und bei Erwähnung von dessen Rolle, schon Kinder in frühem Schulalter antijüdisch aufzuhetzen. Dem Gericht lagen als Dokumente die von Streicher herausgegebene Fibel mit dem Titel „Trau keinem Fuchs ...“ und das Buch „Der Giftpilz“ vor, die in Text und Bild eine einzige Hasstirade gegen Juden enthielten und Kinder zu „arisch-reinrassigem“ Verhalten anhalten sollten. Erinnert wurde an die Auftritte des fanatischen Antisemiten in Schulklassen und an die Verbreitung der Legenden von den angeblichen Ritualmorden der Juden an „arischen“ und Christenkindern. Dem Gericht wurde der Bericht von einer Veranstaltung vorgelegt über Streichers Weihnachtsansprache an 2.000 Kinder in Nürnberg im Jahre 1936: „Er fragt seine atemlos lauschenden Zuhörer: ‚Wisst Ihr, wer der Teufel ist?‘ ‚Der Jud, der Jud‘, so schallte es ihm aus tausend Kinderkehlen entgegen.“ Suchte Streicher im Reich unter deutschen Kindern blindwütigen Hass gegen die Juden zu bewirken, so strebten, wie die französische Anklagevertretung vortrug, deutsche Besatzungsorgane im Krieg auch im besetzten Frankreich danach, die einheimischen Kinder antijüdisch zu verhetzen, offenkundig in der Absicht, über den Antisemitismus ein der Kollaboration günstiges Klima hervorzurufen.

Was in der Gedanken- und Gefühlswelt der Kinder im Reich angerichtet wurde, kam auch in einem anderen Zusammenhang in Rede, als von der Vernichtung wirklich oder vorgeblich unheilbar kranker oder behinderter Menschen in Gaskammern von Pflegeanstalten gesprochen wurde. Nicht nur die in der Nähe von solchen Tötungsstätten lebenden Erwachsenen ahnten oder wussten, dass in ihnen Entsetzliches geschah. Dies war auch Kindern nicht verborgen geblieben. Zitiert wurde aus einem Brief des Bischofs von Limburg an den Reichsjustizminister vom 13. August 1941, in dem der geistliche Würdenträger sich zur ruchbar gewordenen Untat in der Anstalt im nahen Hadamar äußerte. Es würden sich in dieser Gegend Kinder in aller Öffentlichkeit gegenseitig mit Worten beschimpfen wie: „Du bist nicht recht gescheit, du kommst nach Hadamar ‚in den Backofen‘.“ Und aus der Stadt Wien wurde berichtet, dass dort Kinder mit der Drohung geschreckt würden, sie kämen nach Mauthausen.

So viel in jenen Monaten des Prozesses von Verbrechen an Kindern in den eroberten Ländern die Rede war, und das Thema kam in dieser oder jener Weise im Gerichtshof nahezu täglich zur Sprache, es war doch auch von Mitmenschlichkeit die Rede und von der Verteidigung und Rettung des Lebens von Kindern. So im anrührenden Bericht eines niederländischen Zeugen, der davon sprach, dass eine zur Deportation bestimmte jüdische Mutter ihren Säugling spontan noch einer ihr fremden Frau hatte übergeben können, die für ihn sorgte und ihn durchbrachte. Es lebten, sagte Jacobus Vorrink, Senator und Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Niederlande, in seiner Heimat noch viele solcher jüdischen Kinder, dem Tode entgangen, weil Verwandte, Bekannte und Freunde sie aufnahmen.

junge Welt, Sonnabend, 15.04.2006, S. 10.

WIR und SIE und 10 Fragen

Wenn hierzulande inmitten einer Stadt ein Mensch, weil er die falsche Hautfarbe hat und mit ihr nicht nach Deutschland gehört, zu Tode geprügelt oder zum Krüppel geschlagen wird, dannsind WIR betroffen. Zudem auch traurig, entsetzt, schockiert, erzürnt und selbst sprachlos. Letzteres allerdings nicht in solchem Grad, dass WIR es nicht in die UNS hingehaltenen Mikrophone und vor Fernsehkameras sagen könnten, damit es gedruckt und gesendet werden kannund das Ausland keinen falschen Eindruck von UNS bekommt. Gegen den lassen wir auch UNSERE Blumen sprechen, die wir am Orte des Verbrechens niederlegen.

WIR verabschieden zusätzlich und gemeinschaftlich auch Erklärungen, die WIR mit UNSEREN Bekenntnissen einleiten und die mit UNSEREN Vorsätzen enden. Da lassen und schließenWIR niemanden aus, auch nicht den Präsidenten eines Clubs, der sich Germania nennt. In UNSEREM Text machen WIR aus Betroffenheitsarien einen „deutschlandweiten Aufschrei“ und bekunden: WIR stehen auf und miteinander, WIR wenden uns, WIR verteidigen, WIR öffnen UNSERE Türen und UNSERE Herzen.

Dass WIR und das UNS schaffen nichts als verbale Distanz. Gegen wen? Gegen SIE. Die wederDeutsche, vor allem keine deutschen Patrioten, noch Brandenburger sind und es auch niemals sein werden. So werden SIE, zwei rassistische Fanatiker des barbarischen Typs, auf kurzem Gedankenweg exportiert, Das hatten wir schon zahlreicher, nämlich beim letzten großen Malheur. War dieser Hitler vielleicht einer von UNS und nicht ein Österreicher? Und der Kaltenbrunner? Und der Eichmann, der Judenmörder? Und der Seyß-Inquart, der die Niederländer knechtete. Das waren doch UNSERE auch nicht. WIR sind 21. Jahrhundert, was immer das besagen soll, aber nicht besagen kann, denn in diesem jungen Jahrhundert haben sich Mord undTotschlag, staatlich sanktioniert, weltweit schon ausgetobt bis auf diesen und den morgigen Tag. Nein, wie WIR den „Führer“ so einfach uns nicht vom Halse schaffen konnten, so einfachwerden WIR auch SIE nicht los, denn sie sind und bleiben die UNSRIGEN doch, in Freiheit wie hinter Gittern. Nicht in einem moralischen Sinne, versteht sich. Doch sie kommen aus derGesellschaft, in der WIR mit IHNEN zusammengelegt haben.

Könnten deshalb die Betroffenen sich nicht ein paar Fragen stellen? Und wenn die selbst nicht darauf kommen, sollten es dann nicht die Journalisten übernehmen, die sie umlagern und umlauern. Also ließe sich in der Potsdamer Zeppelinstraße und andernorts Passanten fragen: 1. Glauben sie, dass sie selbst etwas gegen das Umsichgreifen von Fremdenhass tun könnten, oderhaben sie gar dagegen schon etwas getan? 2. Waren sie je in einer Veranstaltung, in der Schrittegegen das Anwachsen menschenfeindlicher Ideologie und Praxis beraten wurden? 3. Haben sieje an einer Demonstration gegen die Nazis teilgenommen? 4. (Gerichtet an Ältere) Sprechen sie mit ihren Kindern oder Enkeln über politische und allgemein menschliche Moral und sorgensie gegen deren Abgleiten in die Naziszene vor? 5. (Gerichtet an Jüngere) Habt ihr in eurer Schulklasse oder in eurer Clique über euer eigenes Verhalten und Tun gegen Nazis und andereRechtsextremisten euch verständigt. 6. (Gerichtet an Alte wie Junge) Haben sie kollegiale oderfreundschaftliche Beziehungen zu Ausländern oder Deutschen anderer Herkunft als die der Bevölkerungsmehrheit? Pflegen sie mit ihnen einen ermutigenden oder auch demonstrativen Kontakt? 7. Halten sie die Zahl der in ihrer Lebens- und Wohngegend bestehender Jugendclubs fürausreichend? Kennen sie deren Programm und wie bewerten sie es? 8. Meinen sie, dass die Abgeordneten ihres Wahlkreises und die gewählten Staatsbediensteten hinreichend etwas tun, um Barrieren gegen Fremdenfeindlichkeit zu errichten? 9. Glauben sie, dass für diese Zwecke hinreichend Mittel, auch finanzielle, aufgewendet werden? Und wissen sie, wie viele Euro in ihrem Land und bundesweit dafür zur Verfügung stehen? Zusatzfrage: Können sie diese Summe mit der ver gleichen, die die Korvette gekostet hat, die soeben von der Bundesmarine in Dienst gestellt wurde? 10. Glauben sie, dass wir mit den Totschlägern leben müssen, dauernd oder wielange?

Warum stellen Journalisten an Tatorten solche Fragen nicht? Weil sie ihnen vor eigener Betroffenheit nicht einfallen? Weil sie die Antworten kennen und vermeinen, die Zuhörer und Zuschauer und Leser kennten sie auch? Oder weil sie auftragsgehorsam die Betroffenheitszudeckenicht von dieser Gesellschaft und diesem Staat ziehen wollen, in dem WIR und SIE leben? Merke deshalb: WIR sollen

UNS in punkto Betroffenheit nicht völlig verausgaben, sondern aufReserven bedacht bleiben. Wenn und damit WIR wieder gegen SIE aufstehen können.

Ossietzky, 9/2006, 29. April 2006, S. 324-326.

Strategie der Aufrüstung

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Der interessanteste Angeklagte: Hjalmar Schacht (9)

Wenige Tage vor der Eröffnung er Hauptverhandlung in Nürnberg am 20. November 1945 stellte die *Stuttgarter Zeitung* ihren Lesern die Männer vor, die von den Siegermächten auf die Anklagebank gesetzt werden würden. Sie begann diese Vorstellung nicht mit dem Mann auf Platz eins, nachdem das Verfahren auch als „gegen Göring und andere“ bezeichnet worden war, sondern mit jenem Angeklagten, der seinen Sitz am entgegengesetzten Ende der ersten Bankreihe zugewiesen erhalten hatte: Hjalmar Schacht. Der Autor des Beitrags nannte ihn den vielleicht interessantesten unter allen Angeklagten. Diese Kennzeichnung und Wertung hat er verloren. Sie sind, wie ein Blick in die aktuelle Produktion von Film und Fernsehen der Bundesrepublik zeigt, seit längerem schon an Albert Speer gegeben worden. Zu Recht? Zu Unrecht?

Während Speer für zwanzig Jahre in das Gefängnis kam, verließ Schacht den Nürnberger Gerichtssaal am 1. Oktober 1946 als ein freier Mann. Als der einstige Rüstungsminister 1966 Spandau verlassen durfte, war Schacht, nahezu neunzigjährig, noch am Leben und hatte sich wiederum als Finanzfachmann und auch als Buchautor betätigt. Während ihrer Zeit als Gefolgsleute und Paladine Hitlers waren sie kaum aufeinandergetroffen. Die Zeit, da Schacht an der Spitze der deutschen Wirtschaft und der Aufrüstung gestanden hatte, war vorbei, als Speer auf den Platz des Cheforganisators der Kriegsproduktion getreten war. Ihre gemeinsame Biographie beschränke sich auf die „Nürnberger Zeit“, während der beide sich in eigener Sache als geschickte Verteidiger erwiesen. Als sich die Angeklagten freiwillig einem Intelligenztest unterzogen, ragte Schacht heraus. Das erwies sich auch, als er in den Zeugenstand musste.

Bevor es Ende April 1946 so weit war und die Reihe an ihn kam, waren sein Name und seine Rolle nicht nur in der Anklageschrift und im begründenden Vortrag der Anklagevertretung gefallen. Von ihm war schon im Kreuzverhör Görings gesprochen worden, der nach einer kurzen Phase der Zusammenarbeit auf dem Feld der Rüstung und ihrer Finanzierung Schachts Nachfolger geworden war. Ihre Platzierung auf der Anklagebank – sie saßen so entfernt voneinander wie überhaupt dort nur möglich – symbolisierte, wohl unbeabsichtigt, dass sie füreinander nie besondere Sympathie empfunden haben mochten. Und auch, dass ihre Wege weit auseinander geführt hatten, bis sie sich am Ende des Naziregimes an verschiedenen Orten in der Gewalt der SS befanden und keiner sicher sein konnte, dass er überleben würde. Mit der Differenz allerdings, dass Göring seine von Hitler befohlene Isolierung als Folge eines Missverständnisses ansah und noch vor Gericht beteuerte, dass er dem „Führer“ bis zuletzt die Treue gehalten habe. So sah der einstige Reichsmarschall Schachts Haltung nicht. „Er war ein kluger Mann“, hatte er über seinen einstigen Ministerkollegen in einem frühen Verhör in Mondorf gesagt und weiter: „Schon ehe die Partei zur Macht kam, hat er für sie gearbeitet.“ Das bestritt Schacht im Gerichtssaal freilich entschieden.

Görings Aufstieg

Göring, nach dem Termin des Beginns der Aufrüstung befragt, suchte – wie später auch Schacht– die Entscheidung darüber als Reaktion auf die gescheiterte, in Wahrheit nur vorgetäuschte Abrüstungsbereitschaft Hitlers auszugeben. Doch bestätigte er, dass Schacht in seiner Eigenschaft als Reichsbankpräsident schon 1933 daran gegangen war, Geldquellen für die Rüstung zu erschließen und sprudeln zu lassen. Das sei gemeinsam mit dem Reichsminister der Finanzen geschehen – das war Lutz Graf Schwerin von Krosigk, der erst später im Fall IX („Wilhelmstraßenprozess“) von einem US-amerikanischen Gerichtshof angeklagt und 1949 zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde.

Tatsächlich hatte sich Schacht auf dem schwierigen Feld der Finanzpolitik seit März 1933 als Präsident des Reichsbankdirektoriums und seit August 1934 zudem als kommissarischer Reichswirtschaftsminister so bewährt, dass Hitler ihn – durch geheimen Erlass – am 21. Mai 1935 zusätzlich zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft ernannte. Zu diesem Zeitpunkt war die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, und Deutschland hatte auch einen Kriegsminister, den General-

feldmarschall Werner von Blomberg, erhalten, der in Nürnberg jedoch nur als Zeuge vernommen wurde. Er starb noch während des Prozesses in Internierungshaft.

Gemeinsam mit diesem Kriegsminister habe Schacht, so Göring, Hitler den Vorschlag gemacht, ihn – Göring – zum Rohstoff- und Devisenkommissar zu machen, was auch geschah. Damit wurde der engste Vertraute des „Führers“, zusätzlich zu seinen Ämtern als Reichsminister der Luftfahrt und Oberkommandierender der Luftwaffe, auf einen für das Tempo der Hochrüstung außerordentlich wichtigen Platz gesetzt.

So bestieg Göring auch die Karriereleiter ins Zentrum der materiellen Kriegsvorbereitung, die 1936 zur Etablierung einer Behörde für den Vierjahresplan führte, an deren Spitze wiederum er gestellt wurde. Mit dieser Konstruktion waren Streitfragen nach Über- und Unterordnung der staatlichen Wirtschaftsführer programmiert. Bei aller Zusammenarbeit entwickelte sich alsbald eine konfliktgeladene Beziehung. Sie führte 1937 zu einer Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche und Kompetenzen, endete aber 1938/39 damit, dass Schacht zuerst seine kommissarisch übernommene Aufgabe als Reichswirtschaftsminister und bald auch seinen Platz als Chef der Reichsbank verlor. Noch blieb ihm der Titel eines Reichsministers, jetzt ohne Geschäftsbereich, und zudem in einem Kabinett, das nicht mehr tagte. Aus der Staatsführung war Schacht somit noch vor Kriegsbeginn faktisch entfernt.

Lügen und Ausflüchte

Der US-amerikanische Chefankläger Robert H. Jackson, der Göring ins Kreuzverhör nahm, war wenig an der Aufklärung der persönlichen Beziehung der beiden Angeklagten zueinander interessiert. Er wollte nachweisen, dass die von beiden vorangetriebene Aufrüstung von vornherein der Absicht folgte, einen Angriffskrieg zu beginnen. Das ergab ein Interesse an der Aufklärung der Frage, welche voneinander abweichenden Auffassungen an der Staatsspitze über den Weg in den Krieg, die Gegner, den Zeitpunkt des Beginns eines Angriffskrieges, das zu akzeptierende Risiko geherrscht hatten. Doch Göring gedachte nicht, die Anklage mit Informationen zu bedienen, welche die geheimen Vorhaben bloßstellten und seine Lage als Angeklagter verschlechterten. Also reduzierte er die einstigen Differenzen zwischen Schacht und ihm auf Methoden der Wiederaufrüstung und auf die Verschiedenheit zweier „sehr starker und bewusster Persönlichkeiten“, deren Mit- und Nebeneinander nicht gelingen konnte. Aber, beteuerte Göring, „weder Herr Schacht noch ich haben für einen Angriffskrieg aufgerüstet“.

Als die Reihe an Schacht war, kam die Frage nach den Kriegsplänen selbstredend wieder. Zunächst erfolgte die „Vorstellung“ Schachts durch seinen Verteidiger, die ihn als Unschuldslamm erscheinen ließ. Ein Demokrat mit einschlägiger Familientradition, ein Patriot, der seine hochgradigen Kenntnisse als grundsolider Finanz- und Wirtschaftsfachmann in den Dienst seines Vaterlandes gestellt hatte, ein Pazifist und Antimilitarist, der jeden Krieg verabscheute, ein weit herumgekommener Kosmopolit, ein von christlichen Glaubensgrundsätzen geleiteter Humanist, so führte Dr. Rudolf Dix, der 1932/1933 den Vorsitz des Deutschen Anwaltvereins innegehabt hatte, seinen Mandanten den Richtern vor. Freilich musste der Anwalt, dem ein weiterer Jurist, der Göttinger Universitätsprofessor und Völkerrechtler Herbert Kraus, assistierte, auch auf Fakten aus Schachts Biographie zu reden kommen und zu den Interessen, die ihn an Hitlers Seite geführt hatten. Der Vorgang erschien in geheimnisvollem Licht, zumal Schacht, so seine Aussage, nach dem Lesen von „Mein Kampf“ überzeugt war, dass dessen Autor ein „fanatisierter und halbgebildeter Mann“ sei. Ein paar geistige und programmatische Berührungsflächen musste er indessen doch gefunden haben. Also wurde eingeräumt, dass Schacht der Meinung gewesen sei, Deutschland brauche in seiner Not einen Diktator, freilich einen, dem das Volk in Abständen das Mandat für die Gestaltung seiner Zukunft übertragen sollte. Erst nachdem, so die Darstellung des Angeklagten weiter, sein Versuch, Reichskanzler Heinrich Brüning zur Aufnahme der NSDAP und Hitlers in sein Kabinett zu bewegen gescheitert sei, Hitler den Wahlsieg vom 31. Juli 1932 errungen habe, sei dessen Kanzlerschaft unausweichlich gewesen. Und da habe er, darüber besaß die Anklage Dokumente, den NSDAP-Führer auch gedrängt, sich an die Spitze der Regierung zu stellen, einen Mann, an dem er Energie und die Fähigkeit geschätzt habe, Massen zu beeinflussen. Dass er, Schacht, sich zum Mitmachen entschloss, sei aus der Überlegung und dem Vorsatz entsprun-

gen, den wilden braunen Strom in ein geordnetes Bett zu lenken. Die Behauptung solch „edler“ Absicht sollte später noch von vielen Konservative verwendet werden, um zu erklären, warum sie sich dem Regime fleißig angedient hatten.

Schacht wusste, dass das bloße Geständnis seiner Gegnerschaft zur Republik nicht strafwürdig war. Auch nicht sein Eingeständnis, dass er zu den Anhängern der Lehre vom deutschen Volk ohne Raum gehörte und für die Wiederherstellung Deutschlands als Kolonialmacht und für die Schaffung Großdeutschlands (eines Staates unter Einschluss Österreichs) eingetreten war. Kriegspläne freilich hätten ihm ferngelegen, wie Göring schon behauptet hatte. Wo er bei Hitler entsprechende Gedanken ausgemacht habe, wie die Ausdehnung in den europäischen Osten, die Schacht als „theoretische Ausschweifungen“ bezeichnete, habe er versucht, sie ihm auszureden, und im Übrigen darauf vertraut, dass daraus wegen der Haltung Großbritanniens ohnehin nichts werden würde. Selbstberuhigung schien generell eine der besonderen Fähigkeiten des Angeklagten gewesen zu sein. Sie hatte ihm ebenso angesichts des antijüdischen Programms der NSDAP geholfen. Die Ausgrenzung der Juden habe ihn darin nicht gestört, sei ihnen doch ein gesicherter Sonderstatus unter Fremdenrecht zugesichert worden. Und was den Pogrom 1938 betreffe, behauptete Schacht allen Ernstes, würde der nicht stattgefunden haben, wenn er noch Minister gewesen wäre.

Ein Widerstandskämpfer?

Nur gelegentlich und auf Drängen Jacksons griff das Gericht in diese Märchenstunde ein, um sie zu verkürzen und den Anwalt zu ermahnen, er möge sein Verhör auf die Punkte richten, um deretwegen Schacht angeklagt sei. Nichtsdestoweniger konnte Rechtsanwalt Dix mehrere Tage lang Schacht immer wieder neue Stichworte und Anstöße geben, sich als Minister Hitlers darzustellen, der zur Politik des Diktators eine „gegensätzliche Einstellung“ bezogen und durch seine Finanzpolitik und andere Interventionen alle in Richtung Krieg weisenden Maßnahmen zu bremsen gesucht habe. Mehr noch, als der Angeklagte 1937/1938 den Verdacht zu schöpfen begann, dass sich dieser Führer auf den Krieg fixierte, was er übrigens als Wandel von dessen Gesinnung unter dem Einfluss der Massen darstellte, habe er sich zum Verschwörer entwickelt, einer Oppositionsgruppe angehört, gar einen Oppositionskampf zur „Beseitigung Hitlers“ geführt, über den – auch vom Versuch zu putschen war vage die Rede – faktisch aber nichts gesagt werden konnte. Denn kam die Rede auf Konkretes, wurden Gespräche und Kontakte mit Personen erwähnt, die tot waren wie die Generalfeldmarschälle Erwin von Witzleben und Günther von Kluge, Generaloberst Erich Hoepner und – später – General der Artillerie Fritz Lindemann. Mitwisser der Vorbereitung des Attentats auf Hitler sei er gewesen. Dass er irgend etwas zur Vorbereitung der Verschwörung getan hätte, ausgenommen, in Gesprächen andere Personen in deren Vorsatz zur Tat zu bestärken, behauptete Schacht nicht.

So blieb nur, dass er seine Funktionen als Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, letztere am 20. Januar 1939 an den neben ihm auf der Anklagebank platzierten Walther Funk verloren hatte. Im Krieg spielte er keinerlei führende Rolle mehr, er privatisierte zumeist im Brandenburgischen auf seinem Landbesitz. Am 22. Januar 1943, zur Zeit der totalen Niederlage der deutschen Stalingradarmee, büßte er – folgenlos – auch den bedeutungslosen Posten eines Reichsministers ohne Portefeuille ein. Schließlich war er, ohne dass ihm von den Untersuchungsgremien nach dem 20. Juli 1944 Beteiligung am Attentat oder auch nur Sympathie für die Verschwörer hätte nachgewiesen werden können, verhaftet und als Sondergefangener in Konzentrationslager, u. a. nach Flossenbürg gebracht worden.

Schacht, so wertete es Eberhard Schütz, seit Anfang Februar 1946 Prozessberichterstatter für BBC London, gab sich dem Gericht als eine Art trojanisches Pferd im Machtzentrum der Diktatur aus, und er beschwerte sich gleichsam noch nachträglich, dass er als solches von anderen nicht erkannt worden, sondern fälschlich als ein Zugpferd angesehen worden sei. Und er stand nicht an, sich als Opfer darzustellen, als Mann, der wie angeblich alle Deutschen von Hitler „im höchsten Maße ... getäuscht, belogen und betrogen“ worden sei, denn dieser, den er einen Verbrecher nannte, „hat alles, was er vorher dem deutschen Volk und damit auch mir versprochen hatte, hinterher nicht gehalten.“ Was er selbst zur Verbreitung der Naziphraseologie öffentlich gesagt hatte, interpretierte Schacht als Schutz

und Tarnung für sich selbst. Er legte Wert darauf, sich auch verbal von der NSDAP und seinen Kollegen weit zu distanzieren. Schon während einer Vernehmung vor dem Prozess hatte er, freilich ohne eine Antwort auf die Frage zu geben, warum er in dieser Gesellschaft von Kabinettskollegen verblieben war, sich über diese höchst abfällig und drastisch geäußert. Göring war dabei als „unmoralisch“ und „verbrecherisch veranlagt“ und im Hinblick auf die Anforderung einer Regierungstätigkeit als Null bezeichnet worden, Joachim von Ribbentrop erhielt die Benotung „ein durchaus hohler Kopf“ zu sein, und Funk wurde als „harmloses Männchen“ tituliert. Nur der tote Goebbels sei „der einzige wirkliche Kopf“ in diesem Gremium gewesen.[1] Im Gerichtssaal sprach er von NS-Funktionären als „Nazibonzen“ und charakterisierte das Reichskabinett, aus dem Frick, von Ribbentrop und andere Minister nur wenige Meter von ihm entfernt saßen und ihm zuhörten, als „eine untereinander unzusammenhängende Gruppe politisch impotenter und fachlich durchaus ungeeigneter Fachminister“.

Schacht und sein Verteidiger suchten mehrfach, den Vorwurf der Beihilfe zur Kriegsvorbereitung auch dadurch zu entkräften, dass sie auf Förderung und Unterstützung des Regimes verwiesen, die diesem aus Staaten zuteilgeworden war, welche nun das Gericht konstituiert hatten. So fehlte in ihrer Darstellung der Geschichte des Vorkriegs weder der Verweis auf den deutsch-britischen Flottenvertrag von 1935 und das Münchener Abkommen von 1938, weder die Erwähnung von ausländischen Diplomaten als Gäste auf der Tribüne der Nürnberger Parteitage noch die Lieferung von Kriegsmaterial aus den USA nach Deutschland. All das wurde zudem als entmutigende Maßnahmen zulasten der Politik gewertet, die Schacht habe betreiben wollen, und auch zuungunsten der Opposition, der Schacht angeblich angehört hatte.

Vom Ankläger belastet ...

Auf das von Dix entworfene Schacht-Bild folgte im Kreuzverhör Jackson, der vor allem vor der Aufgabe stand, durch zuvor absichtsvoll ausgelassene Tatsachen die Glaubwürdigkeit des geschickt operierenden Angeklagten aufzubrechen. Es gelang ihm nachzuweisen, dass Schacht sehr wohl von dem Druck auf von Hindenburg wusste, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen und dass er dieses Vorgehen guthieß, also an Hitlers Einzug in die Wilhelmstraße keineswegs so unbeteiligt war, wie er behauptet hatte. Jackson wies anhand der Unterschriften, die Schacht als Reichswirtschaftsminister geleistet hatte, exakt nach, dass er an der Vertreibung der Juden aus dem Wirtschaftsleben aktiv beteiligt gewesen war. Und er enthüllte anhand einer öffentlichen Rede, in der der Satz fiel „Die Juden müssen sich damit abfinden, dass ihr Einfluss bei uns ein für allemal vorbei ist“, dass Schacht unter Berufung auf den angeblich zu großen Einfluss der Juden in der Gesellschaft die Praxis des Antisemitismus im Vorkrieg mit dem Ziel der Vertreibung der Verfolgten nicht anders gerechtfertigt hatte als es Hitler, den er schon 1934 als „absolut unmoralisch und unmenschlich“ erkannt haben wollte, und andere „nationalsozialistische“ Führer taten. Jackson zeigte, dass Schacht, wiederum in öffentlicher Ansprache, Hitler in hellen Tönen und als Wundertäter gefeiert hatte und zitierte u. a. dessen Lob auf „das Wunder der Wiedererweckung deutschen Nationalbewusstseins und deutscher Disziplin, und dieses Wunder danken wir unserem Führer“. Ohne auf Details sich einzulassen, wies Jackson die Rolle der Reichsbank und Schachts bei der Inbesitznahme der Österreichischen Nationalbank und der Filialen der Tschechischen im Sudetenland nach. Gegen die vom Angeklagten behauptete Ablehnung von Gewaltpraxis bzw. -androhung, welche der deutschen Expansion die Wege nach Wien und in das tschechische Gebiet gebahnt hatten, hielt der Ankläger wiederum Lobpreisungen Schachts auf die Wehrmacht. Auch verwies er auf dessen Intervention während des Krieges in einem Streit der Dresdner und der Deutschen Bank um die Ausnutzung der neuen Position, die durch die Besetzung der Niederlande gewonnen worden war.

Ja, die Armee, die später Land für Land in Europa überfiel, sei zu einem Teil seine Schöpfung gewesen, gestand Schacht im Verhör und Kreuzverhör, aber diesen Einsatz habe er – anders als Göring – nie gewollt und unterstützt. Seinem Mitangeklagten auf Platz eins vergalt er dessen ihn schonendes

---

[1] Zit. n. „Geheim! Dokumentierte Tatsachen aus dem Nürnberger Prozess“. Ausgewählt und herausgegeben von Otto Pannenbecker, Düsseldorf 1947, S. 219 f. Die Zitate stammen aus einer Vernehmung Schachts vom 7. Juli 1945.

Auftreten nicht. Aus einem früheren Verhör wurde seine Charakteristik des einstigen Reichsmarschalls verlesen. Er hatte ihn als eitel, unmoralisch, verbrecherisch, extrem egoistisch, habsüchtig und kenntnislos bezeichnet. Nun nannte er ihn auf dem Felde der Wirtschaft einen Narren, der – wiederum anders als er – mit der Aufrüstung bei der erreichten „Gleichberechtigung“ nicht habe haltmachen wollen. Ihm selbst aber, so Schacht wieder und wieder, sei nie der Gedanke eines aggressiven Einsatzes dieses Instruments Wehrmacht in den Sinn gekommen.

Jackson scheiterte bei dem Versuch, den Gegenbeweis anzutreten. Er, Schacht, habe immer nur das Bestmögliche gewollt, wo ein anderer Eindruck entstand oder existiere, sei er falsch. Was er gegen die Juden unternommen habe, diente in Wahrheit dem friedlichen Zusammenleben von Juden und Christen. Kolonien habe er nicht gewollt, um sie auszubeuten, sondern um sie zu entwickeln. Was auch das Regime an Bösem plante, er habe sich dem widersetzt. „Ich wüsste nicht,“ erkläre er im Zeugenstand dreist, „wem dieser Ehrentitel des Neinsagers sonst noch zukäme, wenn nicht mir.“

Dass er zu seinen Zielen nicht gelangt sei, hätten andere bewirkt. Und um diese glaubhaft zu machen, berief sich Schacht selbst auf das Versagen des sozialen Klüngels, dem er entstammte und gedient hatte: „Ich habe leider in den Jahren 1935, 1936 und 1937 die Erfahrung gemacht, dass alle jene Kreise, auf die ich gehofft hatte, versagten. Das war die Wissenschaft, das gebildete Bürgertum, die Führer der Wirtschaft.“. Der Satz enthielt mehr als ein Körnchen Salz, nur dass die Genannten keineswegs politisch oder moralisch schlicht versagt hatten, sondern mit dem Regime hochzufrieden waren, das sich 1933 etabliert hatte, wie einige Jahre lang eben auch Schacht selbst. Die Äußerung war aber so etwas wie ein Ausrutscher. Der einstige Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister wurde nach seinen Beziehungen zu den führenden deutschen Bank- und Industriekreisen, nach Gesprächen mit ihren Exponenten und deren Haltung zur Politik des Regimes und zum Kurs auf den Krieg nicht weiter befragt. Und als Jackson angedeutet hatte, dass die deutschen Wirtschaftsführer die NSDAP doch auch als Dank für die Liquidierung der Gewerkschaften unterstützt hätten, stellte sich Schacht dumm und gab kund, dass er diesen Zusammenhang überhaupt nicht verstehe.

... und dennoch freigesprochen

Schachts Beitrag zum Aufstieg Hitlers zum Reichskanzler und zur Etablierung und Festigung der faschistischen Macht, seine herausragende finanz- und wirtschaftspolitische Rolle in der Phase der Aufrüstung, sein Anteil an der Verwirklichung der antijüdischen Vorkriegspolitik des Regimes, seine Tätigkeit während der frühen Expansionen des Regimes – all das wurde von der Mehrheit der Richter nach dem Maßstab der vier Anklagepunkte nicht als strafwürdig angesehen. Schacht wurde von der gegen ihn gerichteten Anklage der Verschwörung und der Vorbereitung eines Angriffskrieges freigesprochen. Am Ende des Prozesses kam er als nicht schuldig auf freien Fuß. Nur für kurze Zeit. Er wurde alsbald in Baden-Württemberg, wohin er sich gewandt hatte, verhaftet und in das Gefängnis in Ludwigsburg gebracht. Doch kam er auch in weiteren Untersuchungen und Verfahren letztlich glimpflich davon.

junge Welt, Sonnabend, 29.04.2006, S. 10.

Auf Gedeih und Verderb

Die Deutschen wurden von der größten Schande ihrer Geschichte befreit

Erinnerungsschlacht und weniger militant Gedächtnismarathon hat der seit kurzem an der Universität Jena lehrende Historiker Norbert Frei die Kampagne genannt, mit der hierzulande auf geschichtliche Ereignisse, die 60 Jahre zurückliegen, Bezug genommen wird. Das eine Sprachbild lässt an Sieger und Besiegte denken, das andere an eine Menschengruppe, die nach außergewöhnlicher Anstrengung an ein Ziel gelangen will. Beide Bilder regen zum Nachdenken darüber an, was eine Minderheit von Deutschen, die manchen als die geschichtsversessene gilt, unternimmt, wenn sie Bücher schreibt und liest, Filme dreht oder ansieht, debattiert, fragt, streitet und gar auf Straßen demonstriert.

Während einer Diskussion in Strausberg bei Berlin fragte, als die Rede von der Naziwehrmacht war, ein junger Mann aus einer Gruppe, die sich als „deutschnational“ verstand, was ein Deutscher auf einem Friedhof zu tun hätte, auf dem Soldaten der alliierten Armeen begraben sind, die in den Schlachten des Zweiten Weltkrieges umkamen. Einem Siebzigjährigen mag es nicht schwerfallen, darauf eine Antwort zu geben. Hätten diese Soldaten, damals kaum älter als er, den Faschismus nicht zerschlagen, wäre die Reihe auch an ihn gekommen. Er hätte dem Einberufungsbefehl zur Wehrmacht folgen müssen und wäre dann womöglich, irgendwann auf irgendeinem Friedhof beerdigt worden. Das mag einleuchten, ist für die Nachgeborenen, die an keinem Krieg gerade so vorbei geschrammt sind, aber kein Grund für Danksagung mehr. Was also kann der Mehrheit der Deutschen dieses Datum 8. Mai bedeuten? Welcher Platz gehört ihm in unserer Geschichte?

Mit dessen Bestimmung hat es nach wie vor mancherlei Schwierigkeit, das offenbart allein die anhaltende Kontroverse darüber, wie das Ereignis benannt werden soll. Kaum war es eingetreten, redeten die Zeitgenossen – treffend und mehrdeutig – vom „Zusammenbruch“. Zu Bruch gegangen waren nicht nur Häuser und Städte, sondern ebenso, wenn auch weniger sichtbar und noch weniger eingestanden, die im Nazireich gewonnenen Anschauungen und Illusionen. Alltagssprachlich lieferte die Wendung „Nach dem Zusammenbruch“ jahrelang eine jedermann geläufige Zeitdiagnose wie heute noch das bildärmere „Nach der Wende“. Weiter kamen Kennzeichnungen in Gebrauch wie Kriegsende, Niederlage, Kapitulation, Untergang, „Stunde null“ – wie an verschiedenen Orten aufgestellte Scheinwerfer beleuchten sie ein und denselben historischen Platz, das eine sichtbar machend, anderes im Schatten lassend.

Doch wie steht es mit dem Begriff „Befreiung“, der aus der Zeit deutscher Zweistaatlichkeit zudem mit einer konträren Geschichte befrachtet ist? Im ostdeutschen Staat seit dessen Gründung nicht nur offiziell gebräuchlich, vergingen im westdeutschen hingegen nahezu vier Jahrzehnte bis Richard von Weizsäcker ihn 1985 in einer Staatsrede verwandte und versuchte, den Bundesbürgern klar zu machen, dass sie allesamt – Zeitgenossen und Nachgeborene – aus jenem schon fernen Ereignis einen Gewinn gezogen hätten. Aber welchen, denkt man nicht allein an die aus Konzentrationslagern, aus der Gewalt der Machthaber und ihrer Büttel Befreiten?

Unstrittig ist, dass Hunderttausende deutscher Zivilisten vor 60 Jahren definitiv von ihren Ängsten vor Luftangriffen, vor Nächten in dumpfen Kellern, vor qualvollem Tod unter Trümmern befreit waren. Millionen Wehrmachtssoldaten mussten nicht länger fürchten, durch einen Befehl in Schlacht und Tod gehetzt zu werden. Das ist mitunter vergessen oder wird mit dem Verweis abgetan, die Masse der Deutschen hätte sich nicht befreit gefühlt. Wie auch sollte sich eine schlesische Bäuerin – mit ihren Kindern ins Bayerische verschlagen – befreit fühlen? Wie jene, denen eine ungewisse und ungewiss lange Gefangenschaft bevorstand? Wie Millionen kleiner und nicht so kleiner Nazis, die erwarten mussten, dass die Rede auf ihre Rolle kommen werde und das nicht ohne Folgen? Doch Todesfurcht gegen Zukunftsangst – das war bei allem kein so schlechter Tausch. Und die Gewissheit des Über- und Weiterlebens wuchs. Doch damit hat das Für und Wider kein Bewenden.

Wer sich dem Begriff Befreiung nicht nur von den teilweise illustrativen Lebensgeschichten der Zeitgenossen her nähert, ein Verfahren, dass derzeit in allen Medien praktiziert wird, sondern eine historische Perspektive gewinnen will, sollte tun, wovon ihn die gleichen Medien Tag für Tag weglenken.

Er sollte sich Ursprung, Charakter und Ziele dieses Krieges vor Augen führen und könnte erkennen, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen in jenem Mai von einer schandbaren Rolle befreit wurde, die keine Generation ihrer Vorfahren je gespielt hatte. Sie waren, freiwillig oder gezwungen, begeistert oder widerwillig an einem weithin verwirklichten Plan beteiligt, Europa unter das Hakenkreuz zu zwingen. Sie hatten nahezu den gesamten Kontinent mit Mordstätten überzogen. Durch sie waren Lebenspläne von Abermillionen zerstört worden. Und sie hatten mit wenigen Ausnahmen nichts getan, sich von dieser Rolle zu befreien, ja sie vielfach selbst bis in dieses Frühjahr 1945 hinein verlängert. Ihnen und den Nachfolgenden gab die Befreiung die Chance auf eine Zukunft, in der sie den Völkern keine Bedrohung mehr sein würden.

Dieses Verständnis von Befreiung ist in diesem Land bei weitem nicht durchgesetzt. Es bleibt ein Indiz dafür, ob und wie die Deutschen ihre Geschichte begriffen und aufgearbeitet haben. Nicht mehr zum Zwecke juristischer Anklagen von Personen, sondern zuallererst, um das Verdienst der Befreier nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Festgehalten werden soll daher eine Warnung, die in unseren Tagen ihr Verfallsdatum noch längst nicht erreicht hat. Sie zu verstehen, heißt danach zu forschen, wie sich die Deutschen in die Lage brachten, dass Europa von ihnen und sie selbst von ihrer Rolle befreit werden mussten.

Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung. 6. Mai 2006, S. 1.

Friedwillige vor dem Kadi

Wer die Masse des in jüngster Zeit ermittelten, geordneten und editierten geschichtlichen Materials vor Augen hat und es nicht anders und richtig weiß, möchte in Marburg eine komplette Werkstatt von Herausgebern historischer Dokumente vermuten, die alle auf ein Thema deutscher Vergangenheit konzentriert sind: die geistige und praktische Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dem Eintreten für – weltweit – menschenwürdige und friedliche Zustände. Indessen handelt es sich um die Früchte der Arbeit eines Mannes, des Pädagogen und Historikers Friedrich-Martin Balzer, der, eigene Kräfte und Mittel nicht schonend, mit Ausdauer und Leidenschaft sich wieder und wieder vor allem jener Hinterlassenschaft annimmt, von der er sicher ist, dass sie nicht in Vergessenheit geraten darf, zumal er weiß, dass es genügend Interesse gibt, eben das zu bewirken.

Für das Gerichtsverfahren gegen herausragende Persönlichkeiten der westdeutschen Friedensbewegung, das nach mehr als Siebenjähriger Vorbereitung 1959/1960 vor dem Landgericht in Düsseldorf stattfand, gilt das zweifelsfrei. Der Bundesgerichtshof, dessen Generalbundesanwalt Max Güde den Prozess verlangte, wollte, die Tücke des Objekts wohl abschätzend, in dem heiklen Verfahren selbst nicht tätig werden. Denn: Gefordert war nicht mehr und nicht weniger, als den Angeklagten anzuhängen, sie wären Agenten Moskaus und Pankows, heimtückisch darauf aus, das ganze herrliche Staatswesen Bundesrepublik zu unterminieren und zu beseitigen.

Wie Staatsanwälte und Gericht den Auftrag zu meistern suchten, wie sie die lahmsten Beweise und fragwürdigsten Zeugen einsetzten und zugleich den Angeklagten und ihren Verteidigern faire Aktionsmöglichkeiten zu beschneiden suchten, das liest sich spannender, als sich noch der raffinierteste Tatort anschauen mag. Zum Tatort wurde der Gerichtssaal. Während der 54 Prozesstage wurden ein paar Wahrheiten über eine Zeit gesagt, an deren Ende wir nicht gekommen sind. Ein Beispiel für viele: „Die Kommunisten von heute sind die Juden von gestern.“ Das meinte nicht anmaßend die Gleichsetzung der nazistischen Verfolgungen. Der Satz wies jedoch auf den Versuch hin, wie zuvor die Juden nun, nach Krieg und Holocaust, einzig die Kommunisten als „unser“, der Deutschen, Unglück zu markieren. (Unscharf ist der Satz nur insofern, als er die fernere Vergangenheit verschwimmen lässt, in der die Juden noch glauben konnten, sie würden in der deutschen Gesellschaft des Kaiserreiches und der Weimarer Republik unbehelligt leben können, während die konsequente politische Linke bereits benachteiligt und verfolgt wurde.)

Zu den unveralteten Einsichten, die sich aus diesem Band gewinnen lassen, tritt freilich auch ein Gefühl der Wehmut. Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges, der damals noch zum Erleben der Mehrheit der Europäer gehörte, im Bewusstsein des atomaren Wettrüstens und der aus ihm hervorwachsenden Gefahren, war der Widerstandswille gegen existentielle Drohungen noch lebendig und stark. Wie vielen Personen, die sich damals in der Friedensbewegung regten und hörbar machten, begegnet der Leser! Wie viel ist ihnen dafür zu danken, dass die Menschheit das 20. Jahrhundert ohne einen dritten Weltkrieg überstand! Und wieviel Denkanstöße lassen sich vergleichend für eine ungeschönte Wahrnehmung dieses Jahrhundertbeginns gewinnen, vorausgesetzt, dass da noch ein Rest von Bereitschaft bewahrt ist, sich zu beunruhigen.

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): „Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60“ mit einer Einleitung von Heinrich Hannover, Papy Rossa Verlag, 380 S., 24,00 Euro.

Ossietzky, 10/2006, 12. Mai 2006, S. 382-383.

Alles muss raus

Noch ein Hitler-Buch, und es geht immer noch etwas billiger.

Im Militärjargon heißt die Zielscheibe, die in Umrissen einen Menschen darstellt, Pappkamerad. Er wird im Einzel- oder Dauerfeuer bei infanteristischen Schießübungen ins Visier genommen und niedergestreckt, als Vorübung für den „Ernstfall“, wenn es auf Gegner geht, die vorerst nicht gesehen und getroffen werden können, vielleicht nicht einmal ausgemacht sind. Unter Publizisten ist derlei Praxis auch und immer häufiger anzutreffen. Hier erfüllt sie eine andere und absonderliche Funktion. Ein „Pappkamerad“ wird gefertigt, aufgebaut und niedergeschrieben, wiewohl der Gegner bereits bekriegt und besiegt ist. Die Attacke ist mithin als notwendig nur vorgetäuscht. Das macht dennoch Lärm, und Lärm macht Reklame.

So verfahren die Österreicherin Anna Maria Sigmund und ihr Verlag, die ein Buch über den weltbekannten Landsmann der Autorin publiziert haben. Die Journalistin stellte sich aus diesem Anlass den Fragen einer Kollegin, die das Gespräch anscheinend genervt, vielleicht auch hintersinnig so einleitete: „Warum noch ein Hitler-Buch?“ Auf Hilflosigkeit bei der Erklärung des – wieder einmal – „Phänomens“ sei sie gestoßen, antwortete die Befragte. Man, wer immer damit auch gemeint sein mochte, habe versucht, diesen Hitler „als schmutzigen, dummen Teppichbeißer, Landstreicher, kranken und besessenen Typ aus einer Inzestfamilie darzustellen“. Die Fälschungen wollte sie nicht weiter gelten lassen und Hilfestellung zur Abhilfe geben.

Wo, um Himmels willen, hat die Autorin sich verhockt? Wie viele Jahre zählt sie und kann sie zurückblicken? Wo und wann ist ihr derlei noch vorgekommen? Jetzt lebt und schafft sie in Wien. Doch stammt sie aus dem Waldviertel, jener Region, in der Hitlers unschuldige Vorfahren lebten. Dadurch, glaubt sie, wurde ihr ein „induktiver Zugang“ möglich, erwuchs ihr ein „Ortsvorteil“, sagt sie. Den hatten weder Alan Bullock noch Ian Kershaw, die beiden Hitler-Biographen jenseits des Kanals. Auch schrieben diese sich nicht durch die Beschäftigung mit den „Frauen der Nazis“ zu Hitler hin. Anna Maria hingegen, ihren Geschlechtsvorteil einsetzend, hatte darüber schon drei Bände verfasst, bevor sie auf den Kampfplatz trat. Eine, ich mag den Kerl und er mag mir vergeben, Donna Quichotte. Sie streitet – ohne Sancho Pansa und Rosinante – kapitellang gegen Berichte von der erbärmlichen Armut von Hitlers ländlichen Vorfahren, gegen die rührselige Erzählung vom Waisenknaben Adolf und seiner kümmerlichen und entbehrungsreichen Jugend, gegen die düstere Behauptung vom jüdischen Vorfahren des „Ariers“. Aber: Wer handelt diese Bildchen noch?

Indessen trägt die Verfasserin schon mit dem Titel und dann im ganzen ersten Kapitel ihres Buches dazu bei, die nach wie vor im Schwange befindliche Legende vom Parteiführer Hitler zu verbreiten, der mit dämonischen, magnetischen, allen Widerstand entwaffnenden Kräften seine Massengefolgschaft sich zusammengeredet habe. Angefangen von Göring bis Speer und hin zu den nach Millionen zählenden kleinen Leuten. Das gab 1945 die billige Ausflucht, die massenhaft beteuerte Story der Nazis, großer wie kleiner, die vor Gerichten, Spruchkammern, an Biertischen und im Familienkreis zusammenphantasierten, wie sie von dem Demagogen verführt und zu dessen Opfer wurden. Da musste von Prädisposition nicht die Rede sein, nicht von Elternhaus, Schule, Erziehung, Universität, Kirche, Militärdienst und unverdauter Weltkriegserfahrung, nicht von Nationalchauvinismus, Revanchegelüst und Antisemitismus, nicht von Gesellschaft und Staat, die für Hitler reif gemacht hatten, bevor seine Paladine und Parteigänger auch nur dessen Namen kannten oder ihn je hatten betteln, drohen, bellen und toben hören.

Was auf diese Introduktion folgt? Eine nichts Neues oder auch nur Ergänzendes bietende Darstellung von Hitlers Weg in die Reichskanzlei. Die wird unter dem beirrenden – weil die gestellte Frage im Text völlig beiseite bleibt – Titel geboten: „Wieso hat niemand Hitlers Machtergreifung verhindert?“ Die Autorin kommt nicht einmal auf die Frage, wer denn das ernstlich hatte tun wollen. Doch konterkariert sie ihre Frage mit der Entdeckung, dass die Blockierung des Weges in Faschismus und Krieg im Grunde unmöglich war. Denn da hielt am 16. Dezember 1932 im Berliner Herrenklub Franz von Papen, eben noch Reichskanzler, eine Rede und die – so die Autorin – „sollte den Lauf der Weltgeschichte ändern“. Dem folgt noch die Enthüllung des Antriebs dieses absichtsvollen oder unbe-

wussten Weltveränderers. Es war sein Rachebedürfnis, gerichtet gegen den General Kurt von Schleicher, seinen einstigen Kabinettskollegen und nunmehrigen Nachfolger. Die bittere Gefühlswallung eines deutschen Adligen als Anstoß eines Weltwandels! Was ist der Fernsehhistoriker in Mainz gegen diese Wiener Journalistin? Gemeinsam ist beiden hingegen die Verliebtheit ins Detail. Notfalls, wie bei Anna Maria, ins Selbsterfundene. Andächtig lässt sie viele Deutsche der ersten Hitler-Rede als Reichskanzler an ihren Volksempfängern lauschen. Was tut’s, dass das Gerät noch nicht auf dem Markt war?

Es sind die schlechtesten Bücher nicht, die ihren Lesern Fragen aufpacken. In diesem Falle reduziert sich die Gabe auf eine einzige, auch nicht neue: Wohin sind die Zeiten entschwunden, da Verlage sich ein Qualitätslimit setzten und es befolgten?

Anna Maria Sigmund: Diktator, Dämon, Demagoge. Fragen und Antworten zu Adolf Hitler. DTV, München 2006, 260 S., 12,50 Euro.

konkret, 2006, Heft 6, S. 64.

Hitlers Nachfolger im Kreuzverhör

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Karl Dönitz und die Verbrechen des Krieges der Unterseeboote (10)

In seiner Kriegsrede, mit der er am 1. September 1939 den Überfall auf Polen verlogen begründete und vom „Zurückschießen“ sprach, legte sich Hitler in einer theatralischen Passage auch auf seine Nachfolger fest. Sollte ihm, erklärte er, irgendetwas zustoßen, so solle der „Parteigenosse Hermann Göring“ an seine Stelle treten, und wenn auch dem ein Unheil geschehe, dann sei der „Parteigenosse Rudolf Heß“ an der Reihe. Nun, mehr als fünfeinhalb Jahre später, trat der gedachte Fall ein, wenn auch nicht überraschend in Gestalt einer Granate oder Bombe, eines Flugzeugabsturzes oder Schlaganfalls, sondern vollkommen und seit längerem absehbar. Der „Führer“ sah sich vor die Alternative gestellt: sowjetische Gefangenschaft und Gerichtshof oder Flucht in den Selbstmord. Mit den vorherbestimmten Nachfolgern hatte es in diesem Moment aber seine Schwierigkeiten. Göring, der ihm eben noch zum Geburtstag gratuliert und sich dann in die fiktive Alpenfestung abgesetzt hatte, war bei ihm in den Verdacht geraten, einen eigenen Fluchtweg gehen und mit den Gegnern im Westen in Verhandlungen treten zu wollen. Deshalb hatte Hitler ihn unter die Aufsicht der SS stellen lassen. Er fiel also aus. Und Heß befand sich bereits in britischem Gewahrsam, seit er am 10. Mai 1941 sich auf den Flug nach Schottland gemacht hatte. Goebbels saß mit Hitler im Berliner Bunker fest und konnte faktisch auch außer Betracht bleiben. So fiel des „Führers“ Wahl auf einen der Getreuesten, auf Karl Dönitz, den Oberkommandierenden der Kriegsmarine, der inzwischen im äußersten Norden des täglich schrumpfenden Restreiches etabliert war.

Der Großadmiral übernahm das Amt des „Reichspräsidenten“, das Oberkommando über die Wehrmacht und trat faktisch an die Spitze einer „geschäftsführenden Reichsregierung“ mit der Erklärung: „Im Bewusstsein der Verantwortung übernehme ich die Führung des deutschen Volkes in dieser schicksalsschweren Stunde. Meine erste Aufgabe ist es, deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den vordrängenden bolschewistischen Feind zu retten. Nur für dieses Ziel geht der militärische Kampf weiter.“ Das war das Angebot einer Teilkapitulation im Westen und zugleich das Todesurteil für viele deutsche Soldaten in den letzten Tagen und Stunden des noch einmal verlängerten Krieges.

Zu dieser Haltung sollte sich Dönitz auch im Gerichtssaal zu Nürnberg noch einmal ausdrücklich bekennen, wo ihm Gelegenheit gegeben wurde, seine antisowjetischen Antriebe erneut zu bekunden. Im Osten, so erklärte er, sei es um die „Erhaltung des deutschen Volkstums gegangen“, die Fortsetzung des Widerstandes habe „ein bis zwei Millionen Menschen“ gerettet, die sonst „verlorengegangen“ wären. Er verdächtigte die sowjetische Armee, im Falle eines Durchbruchs durch die Front nach der „Vernichtung des hinter der Front lebenden Volkes“ getrachtet zu haben. Schließlich vollends in Heinrich Himmlers Jargon verfallend, sagte der im Zeugenstand sitzende Großadmiral, der sich später als gegenüber dem „Nationalsozialismus“ distanziert vorführte, es sei an der Ostfront 1945 um die „möglichste Rettung deutschen Blutes“ gekämpft worden. Aus solchen Äußerungen grinste die Nazipropaganda und die von ihr wieder und wieder abschreckend gezeichnete Fratze vom blutsaufenden jüdisch-bolschewistischen Untermenschen.

Dann hatte sich dieser Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Trümmer der Wehrmacht mit einer letzten Verlautbarung verabschiedet, dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 9. Mai 1945, der die Linie für jene Geschichtsfälschung markierte, die über Jahre und Jahrzehnte in die (west)deutsche Nachkriegsgeschichte hinein fortwirken sollte. Nach der ruhmredigen Erwähnung von Kampfhandlungen vor allem an der Ostfront gab das OKW die Kapitulation bekannt. Danach aber fuhren die Autoren feierlich fort: Nun sei „ein fast sechs jähriges heldenhaftes Ringen zu Ende“ gegangen. Nach großen Siegen, aber auch schweren Niederlagen sei die Wehrmacht einer gewaltigen Übermacht erlegen. Der deutsche Soldat – und also selbstredend auch sie als seine Befehlshaber – habe für immer Unvergessliches geleistet. Die beiden wichtigsten Sätze gegen Ende des Berichts lauteten: „Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.“ Und: „Der deutsche Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen“. Der Text enthielt im Kern das gesamte sprachliche Material

für den erwünschten Rückblick auf den Krieg: Siege und Niederlagen, Übermacht, Eid, Treue, Gehorsam, Disziplin, Leistung, Ruhm, Ehre, Opfer, Stolz. Das, um es vorweg festzustellen, blieb die Betrachtungsweise von Dönitz Zeit seines langen Lebens.

In der zweiten Reihe

Nun also hatte die Szene gewechselt in den Saal 600 des Justizgebäudes in Nürnberg. Da saßen die beiden verhinderten und der tatsächliche Nachfolger gemeinsam, aber nicht nebeneinander aufgereiht, seit dem 20. November 1945 auf der Anklagebank. Für Göring und Heß waren die Plätze 1 und 2 bestimmt worden. Dönitz hingegen erhielt den ersten Platz in der zweiten Reihe zugewiesen. Sein Nachbar war sein Vorgänger, Erich Raeder, Chef der Kriegsmarine schon seit den Zeiten der Weimarer Republik. Der war Anfang 1943 nach Auseinandersetzungen mit Hitler über den Einsatz der See-, namentlich der Überwasserstreitkräfte auf eigenen Wunsch außer Dienst gestellt worden. Sowjetische Fahnder hatten ihn nach Ende der Kämpfe in Berlin in seiner Wohnung aufgegriffen. Auf dem Weg über Moskau war er nach Nürnberg gelangt.

Formal bedeutete die Platzierung von Dönitz so etwas wie eine Zurücksetzung. Doch mochte ihm die nicht unrecht sein. Sie besaß obendrein den Vorzug, dass sich der ehemalige Großadmiral über mehrere Monate hindurch im Verlauf des Prozesses zu orientieren vermochte und auch seinem Verteidiger, einem ehemaligen Flottenrichter der Wehrmacht, der sich selbst noch im Status einen britischen Kriegsgefangenen befand, viel Zeit blieb, sich auf seine Auftritte zugunsten des Mandanten vorzubereiten. Erst im Mai 1946 kam dann die Reihe an Dönitz. Er hatte, wie es die anglo-amerikanische Prozessordnung vorsah, als Zeuge in eigener Sache im Zeugenstand Platz zu nehmen. Wie üblich begann das Verhör mit der Schilderung des Lebensweges.

Dönitz war ein Berufssoldat, der seit seinem Eintritt in die kaiserliche Marine im Jahre 1910 seine Uniform nicht ausgezogen hatte. Dass er am Ende des Ersten Weltkriegs ein Unterseeboot kommandierte, wurde für seine weitere Verwendung wichtig, wenn nicht ausschlaggebend. Wenn auch nicht sogleich, denn der Versailler Vertrag hatte dem Deutschen Reich ausdrücklich den Besitz dieser Waffengattung verboten. Das änderte sich 1935, als Großbritannien, übrigens ohne Konsultation mit den anderen Unterzeichnerstaaten des Friedensdiktats, im deutsch-englischen Flottenvertrag diese Bestimmung preisgab und zugestand, dass sich die deutsche Kriegsmarine einen U-Boot-Bestand im Umfang des britischen zulegen dürfe. Das wurde als ein Schritt zur einvernehmlichen Begrenzung der deutschen Rüstungen ausgegeben.

Verklärte Helden

Alsbald wurde die Indienststellung der ersten Flottille gefeiert. Dönitz, damals Fregattenkapitän, wurde ihr Chef. Sie wurde auf den Namen „Weddigen“ getauft. Das war ein programmatischer Bezug auf die Geschichte des Ersten Weltkrieges, als U-Boote unter dem Kommando von Udo Weddigen spektakuläre Erfolge errangen, bis er und seine Besatzung im März 1915 den gefeierten „Heldentod“ im romantisierten „Seemannsgrab“ starben. Es war diese Waffe und deren Rolle im Krieg von 1914 bis 1918 schon in den Verbotsjahren in Deutschland in jeder Weise glorifiziert worden. Noch in der Stummfilmzeit kam 1927 „U9 – Weddigen“ in deutsche Kinos. Gegen Ende der Weimarer Republik war dann der Film „Morgenrot“ abgedreht, der wiederum die Geschichte einer untergehenden U-Boot-Besatzung erzählte. Sie gipfelte in dem wie ein Gebet gesprochenen Satz, dass die Deutschen zwar mitunter nicht gut gemeinsam leben, dass sie hingegen sehr gut gemeinsam sterben könnten. Darum sollte es alsbald gehen. Der Film war übrigens gerade vorführfertig, als das Naziregime errichtet wurde, und Hitler besuchte mit anderen Größen des neuen Reiches dessen Uraufführung.

Mit dem deutsch-britischen Vertrag erhielt Dönitz seine neue Aufgabe, er wurde Führer der U-Boote und blieb deren Befehlshaber im Krieg. Niemand wurde in der Anfangsphase der Siege mehr gefeiert, als die Angehörigen dieser Waffengattung. Beginnend mit dem Kapitänleutnant Prien begann 1939 die Reihe der hochdekorierten U-Boot-Kommandanten. Höhepunkte der Naziwochenschauen waren, namentlich in den Monaten, in denen keine Landkriegssiege gemeldet werden konnten, die Bilder von den sinkenden Schiffen der Gegner und die vom Eintreffen der bärtigen „blauen Jungs“ in deut-

schen Häfen, der Rückkehrer von den „Feindfahrten“ – wirksame Reklame für ahnungslose junge Burschen, die es nach derlei Abenteuern gelüstete.

Auf seinem Posten trug Dönitz die Verantwortung für die Art und Weise, in der die von ihm aus einer Zentrale nahe Berlin befehligten Unterwasserschiffe den Krieg befehlsgemäß führten. Die gegen ihn deswegen erhobene Anklage lautete: „er genehmigte und leitete Kriegsverbrechen, ... besonders Verbrechen gegen Personen und Eigentum auf hoher See, und nahm an diesen Verbrechen teil.“ Der Gefangene bewies seine Haltung zu seiner Rolle vor und im Kriege mit dem Kommentar, den er nach dem Lesen der Anklageschrift gab: „Keiner dieser Anklagepunkte betrifft mich letzten Endes. Typischer amerikanischer Humor.“ In Nürnberg wie auch später blieb Dönitz jeder Anflug von Mitleid und Trauer über das Unheil fremd, das der uneingeschränkt geführte Krieg der Unterseeboote nicht nur über Militärangehörige des Gegners gebracht hatte. Zu seinen Opfern zählen Tausende Zivilisten, Seeleute von Handelsschiffen auch neutraler Länder, Passagiere, Frauen und Kinder vielfach, die den Kriegsereignissen fern von Europa zu entkommen gesucht hatten. So eben sei der Krieg, lautete sein Kommentar vor Gericht.

Verantwortung abgestritten

Wiewohl an der Barbarei des Seekriegs kein Zweifel sein konnte, wurde ein erheblicher Teil dieser Anklage vom Gerichtshof jedoch nicht akzeptiert und also bei der Bestimmung des Urteils und des Strafmaßes nicht in Ansatz gebracht. Das geschah, weil die zwischen den beiden Weltkriegen, zuletzt 1936, getroffenen internationalen Vereinbarungen darüber, was im Seekrieg erlaubt und was untersagt sei, auch von seiten der deutschen Kriegsgegner nicht strikt eingehalten worden waren. Großbritannien hatte seine Handelsschiffe bewaffnet und sie in den militärischen Funkverkehr einbezogen, in dem vor georteten deutschen U-Booten gewarnt wurde, und die US-amerikanische Flotte hatte bei ihren Aktionen im Krieg im Pazifik gegen den japanischen Gegner keine andere Verfahrensweise angewendet als die deutsche im Atlantik. Daher erklärten die Richter in ihrem Urteil: „Auf Grund dieses Tatbestandes kann der Gerichtshof Dönitz für seine Unterseebootkriegsführung gegen bewaffnete britische Handelsschiffe nicht für schuldig erklären“ und die Verurteilung wurde daher auch „nicht auf seine Verstöße gegen die internationalen Bestimmungen für den U-Bootkrieg gestützt“. So blieb im Kern die Anklage wegen der Teilnahme an der Vorbereitung und vor allem der Führung eines Angriffskrieges an herausragendem Platz, als Befehlshaber des wichtigsten Teils der deutschen Kriegsmarine. Zugleich trug Dönitz die Verantwortung, wenn er auch Teilnahme und Wissen hartnäckig bestritt, für Kriegsverbrechen, die in seinem Verantwortungsbereich als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ungeahndet begangen worden waren, so u.a. für den Einsatz von nichtdeutschen Häftlingen von Konzentrationslagern in Werften zu Arbeiten, die Kriegszwecken dienten.

Vollkommen scheiterte Dönitz' Verteidigung bei dem Versuch, ihn bis zum 1. Mai 1945, als er Hitlers Nachfolge antrat, als einen Frontsoldaten darzustellen, der zur faschistischen Ideologie Distanz gehalten und sich nur um den Kampfgeist in der Truppe gekümmert habe. Zitiert wurde ihm eine Rede, die er am 12. März 1944, dem sogenannten Heldengedenktag, gehalten hatte. Damals sagte er: „Was wäre aus unserer Heimat heute [sic!], wenn der Führer uns nicht im Nationalsozialismus geeint hätte? Zerrissen in Parteien, durchsetzt von dem auflösenden Gift des Judentums und diesem zugänglich, da die Abwehr unserer jetzigen kompromisslosen Weltanschauung fehlte, wären wir längst der Belastung dieses Krieges erlegen und der erbarmungslosen Vernichtung unserer Gegner ausgeliefert worden.“ Wie ein Aal wand sich der einstige Großadmiral unter den Fragen des britischen Chefanklägers David Maxwell Fyfe, der verlangte, ihm zu erklären, was unter „dem auflösenden Gift des Judentums“ zu verstehen gewesen sei. Dann kam er nicht umhin zuzugestehen, dass er Deutschland ohne Juden als stärker angesehen habe. Und in der Tat waren die jüdischen Deutschen zu diesem Zeitpunkt, soweit sie nicht ins Ausland entkommen waren, schon nicht mehr am Leben. Davon hatte Dönitz natürlich auch nichts geahnt, geschweige denn gewusst, denn wie alle Angeklagten versäumte er nicht darauf zu verweisen, wie beansprucht er ständig durch seine spezielle Aufgabe im Regime gewesen sei, so dass das – obendrein angeblich tief geheim gehaltene – verbrecherische Geschehen an ihnen gleichsam glatt vorbeigegangen sei. Daher hatte der Großadmiral Hitlers auch eben nur gelegentlich von der Existenz von zwei Konzentrationslagern in Deutschland gehört, aber über die in ihnen herr-

schenden Zustände, wie er versicherte, nichts erfahren. Er nahm nur an, dass deren Häftlinge als Werftarbeiter besser verpflegt werden würden als andernorts.

Unbelehrbar bis zuletzt

Dönitz kam von allen Angeklagten, denen vom Gericht Zeitstrafen zugesprochen wurden, am glimpflichsten davon. Er wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt. Die verbüßte er in Spandau. Vor ihm waren nur der einstige Reichsaußenminister und Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Konstantin Freiherr von Neurath, und sein Vorgänger Raeder, die beide lebenslängliche Haft hätten absitzen sollen, aus Krankheitsgründen entlassen worden. 1956 frei, zeigte er bereits zwei Jahre später mit der Veröffentlichung seiner Erinnerungen „Zehn Jahre und zwanzig Tage“, dass er schlicht lernunwillig war. Das bestätigten auch seine öffentlichen Auftritte in der Bundesrepublik. Dönitz avancierte nichtsdestoweniger oder gerade deswegen in die Reihe der Vorbilder der Bundesmarine, wofür die Autoren des Deutschen Historischen Museums in ihrem Internet-Beitrag zur Biographie des Großadmirals die akademisch verbrämte Formulierung fanden: „In der Bundesrepublik wird Dönitz für den Rückbezug der Armee auf ihre Vergangenheit zu einer wichtigen Figur.“

Eine konkretere Vorstellung, wie das geschah, gibt eine Episode, die sich zufällig auf den Tag genau 13 Jahre nach dem Beginn des Nürnberger Prozesses auf einer „Rüstzeit für Offiziere“ der Bundesmarine ereignete. Dort hielt der Wehrbeauftragte der SPD, Friedrich Beermann, später Brigadegeneral der Bundeswehr, einen Vortrag über Unruhen bei der Kaiserlichen Marine im Jahr 1917 und bemerkte in der sich an seinen Vortrag anschließenden Diskussion, dass ihm die beiden jungen Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis, die wegen Meuterei hingerichtet worden waren, näher stünden als die Großadmirale Dönitz und Raeder. Darauf verließen die meisten der Offiziere den Saal. Auf den Skandal reagierte der Inspekteur der Bundesmarine, Friedrich Ruge, mit einem Rundschreiben, in dem er auf einen feinen Unterschied aufmerksam machte. Zwar könnten die beiden Großadmirale aufgrund ihrer Rolle im „Dritten Reich“ keine Vorbilder für die Marine sein. Für sich und andere Soldaten der Bundeswehr, die die Großadmirale noch persönlich als Vorgesetzte kannten, nahm er jedoch das Recht in Anspruch, deren menschliche Seite weiterhin zu schätzen. Er wolle die politische und menschliche Seite einer Person voneinander getrennt betrachtet wissen.

Zu diesem Zeitpunkt mochten ein paar zehntausend Deutsche auf Dönitz schon anders blicken. Zwar, wenn die Rede auf deutsche Oberbefehlshaber kam, welche ihre Soldaten „verheizt“ hatten, fielen zumeist die Namen so verschiedener Heerführer wie Friedrich Paulus, der die Verantwortung für den sinnlosen Tod deutscher Männer im Kessel von Stalingrad trug, oder Ferdinand Schörner, der noch bis in die Endphase des Krieges hinein die Feldgerichte drakonisch unter seinen Untergebenen wüten ließ. Doch an die Spitze der Reihe gehörte fraglos und messbar Karl Dönitz. Zwischen 1939 und 1945 waren 781 U-Boote verlorengegangen. Von den 41.000 Mann, die im Kriegsverlauf insgesamt zu ihren Besatzungen gehört hatten, waren 27.000 zu Tode gekommen. Keine andere Waffengattung der Wehrmacht wies solche Verlustanteile auf. Im Wissen um die Ungleichheit der Mittel hatte der Befehlshaber der U-Boote den Krieg gegen alle Einreden weiterführen lassen. Für Dönitz galt wie für alle, die in Nürnberg auf der Anklagebank saßen, was schon US-Chefankläger Robert H. Jackson in seiner Eröffnungsrede erklärt hatte: Auch das deutsche Volk hatte mit ihnen eine Rechnung zu begleichen. Die wurde dem Mann in der Bundesrepublik nie präsentiert. Er starb 1980 in seinem 90. Lebensjahr und war drei- bis viermal so alt geworden wie viele seiner einstigen „U-Bootmänner“.

junge Welt, Sonnabend, 27.05.2006, S. 10.

Ohnmächtiges Schreiben

Für die Rede, mit der Günter Grass kürzlich den Kongress des Internationalen PEN in Berlin eröffnete, hat er manches Lob geerntet – verdient allein durch die langen Passagen, die er aus Harold Pinters vorjähriger Nobelpreis-Rede zitierte. Darin fand sich eine vernichtende Kritik des britischen Dramatikers an der Politik nicht nur der USA, sondern mit ihr auch an der seines eigenen Landes und am heuchlerischen Verhalten des Westens insgesamt. Sätze, die mit ihren Tatsachenfeststellungen und den daran geknüpften Fragen in die Schulbücher der NATO-Staaten gehörten.

Das Grass zugesprochene Lob aber ist zugleich beredter Ausdruck deutscher Bescheidenheit, verbreitet und weiter um sich greifend namentlich in Kreisen der hierzulande tätigen Intelligenz. Hätte doch Pinter seinen Kollegen diesseits des Kanals darauf bringen können, selbst ein paar Worte zur Haltung seines Landes in dieser friedlosen Welt zu sagen und die Frage nicht zu scheuen, ob dessen Politik und Regierung einen Anteil an der beklagten Friedlosigkeit besitzen. Doch Grass hat sich, den Kollegen nur bekräftigend, darauf beschränkt, Bush und Blair als Männer zu nennen, denen die Heuchelei ins Gesicht geschrieben sei, ja, die ausgelacht werden sollten. Ansonsten zog er es vor, die Fürsprecher des Krieges, denen er widersprach, in der Anonymität zu lassen. Schröder und Fischer? Vergessen. Entschwunden auch alle Erinnerung an den Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Der Aufruf, sich an die Toten der Kriege zu erinnern, geht somit Verdrängung einher, im Falle, dass diese Toten, zu welchem nicht zu bemessenden Anteil auch immer, auf das eigene zeitgenössische Konto gehen und nicht mehr auf das archivierte eines gewissen Hitler.

Viele Ursachen habe der Krieg, lehrte der Redner. Geforscht werden müsse auch in seiner Zunft: „Wer hat ihn gewollt? Welche Lügen haben seinen Zweck verschleiert? Wem bringt er Gewinn? Welche Börsenwerte steigert der Krieg? Wer hat wem jene Waffen geliefert ...?“ Und schließlich, so Grass, sollte uns kümmern, „ab wann wir mitschuldig wurden“. Treffliche Fragen. Doch entweder ist der Redner mit Antworten auf sie nicht eben so weit gekommen, dass er sie seinem Publikum anbieten wollte, oder er meinte, dass es die seinen ohnehin alle kenne. Jedenfalls waren ihm die Kriege dieser Jahre kein analytisches Wort wert, nicht einmal, wie er seinen Kollegen anriet, „jenseits aller Parteinahme“. Ein Kunststück, das schon das Vorstellungsvermögen überfordert.

Hingegen: Wem es um die Sache geht, der müsse Partei ergreifen, hat einst Goethe für verpflichtend gehalten und hinzugefügt: sonst verdiene er nirgends zu wirken. Und der in mehreren deutschen Staaten geschmähte Brecht hat auf die Herkunft der Kriege präzise und unveraltete Antworten gegeben. Nicht allein er steht mit seinen Werken dafür, dass die deutsche Literatur über die denkwürdigen, anrührenden und herausfordernden Klagen der Andreas Gryphius und Martin Opitz, Matthias Claudius und Simon Dach doch hinausgekommen war. De Wissenschaften von der Gesellschaft sind es auch. Wer heute – wenn er nicht unbedarft ist – nur fragt, mag die Antworten nicht.

Ohnmacht sollten wir uns eingestehen, lautete der Aufruf am Ende der Rede. Doch deshalb sollten die Schriftsteller nicht schweigen. Klagen und ohnmächtig schreiben – nach dieser Devise kann die Mehrheit der deutschen Intellektuellen gut leben, denn nach ihr lebt sie schon. Deren Leib- und Magenblatt *Die Zeit* hat den Text umgehend leicht gekürzt verbreitet. Er verstört niemanden, namentlich in seinen Beziehungen zu deutscher Regierungspolitik.

Ossietzky, 12/2006, 10. Juni 2006, S. 446-447.

Joseph Wulf

In die Reihe „Jüdische Miniaturen“, die inzwischen bis zum 50. Bändchen vorangekommen ist, wurde eine Studie Gerhard Schoenberners über Joseph Wulf aufgenommen, dessen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten erworbene Verdienste heute weitgehend vergessen sind. In Chemnitz geboren, in Krakau aufgewachsen, im Widerstand gegen die deutschen Eroberer bewährt, in Auschwitz gequält, ein Überlebender unter den europäischen Juden, kam Wulf nach der Befreiung auf Umwegen 1955 nach Berlin, wurde hier ansässig und entfaltete als Historiker, der – von seiner frühen Zusammenarbeit mit dem Franzosen Léon Poliakov abgesehen – ein Alleingänger war, eine außergewöhnliche Produktivität. Bei der Bloßlegung von Charakter und Funktionsweise des Naziregimes ging er allen Fachwissenschaftlern in der Bundesrepublik voran.

Wulfs Bücher „Das Dritte Reich und die Juden“ (1955), „… und seine Diener“ (1956), „… und seine Denker“ (1959), „... und seine Vollstrecker“ (1961) sind reich an Argumenten gegen alle damals im Schwange befindlichen Verzeichnungen des Regimes. Sie stellten zugleich Anklageschriften gegen alle dar, die für die Wiederverwendung von Zehntausenden einstiger Täter – eben jener Diener, Denker und Vollstrecker – im bundesdeutschen Staate verantwortlich waren. Weitere Dokumentensammlungen beleuchteten die Rolle der Bildenden Künste, der Musik, der Literatur und Dichtung, des Theaters und des Films, der Presse und des Funks im Nazireich. Auch sie Früchte eines immensen Fleißes, entfaltet in Archiven. Und das alles zu einer Zeit, da die etablierte Geschichtsschreibung, wenn sie sich dem Thema nicht überhaupt verweigerte, den Weg zur Bildung leistungsfähiger Forschungsgruppen gerade betreten hatte. In diese ist Wulf nicht integriert worden. Bei dem Versuch, in der Villa am Wannsee, in der am 20. Januar 1942 der millionenfache Mord an den Juden Europas besprochen worden war, ein Internationales Forschungszentrum zu errichten, scheiterte er. Erst nach seinem Tode wurde der Plan in abgewandelter Form verwirklicht.

Schoenberner, der zu Wulfs Mitstreitern gehörte und später als erster Direktor der Gedenkstätte wirkte, hat seinem Freunde einen eindrucksvollen literarischen Gedenkstein gesetzt. Er erinnert sich ihrer beider Gespräche und berichtet von seinen Wahrnehmungen auch über Wulfs Haltung zu den Zeitereignissen namentlich in der Bundesrepublik und in Israel. In dieser Passage findet sich einer von vielen Sätzen, die zum Einhalten und Nachdenken herausfordern: „Seine (Wulfs) Reaktion, selbst bei aufkommenden Zweifeln, tapfer zum Staat der Juden zu stehen, Israel unbedingt zu verteidigen und niemals ein Wort der Kritik nach außen dringen zu lassen, die mich lange an die durch nichts zu erschütternde Treue der Kommunisten in aller Welt zur Sowjetunion erinnerte, war damals durchaus typisch.“

Wünschenswert wäre, dass das schmale Bändchen einen Doktoranden anregte, Joseph Wulf in der Historiografie über das faschistische Regime den Ehrenplatz einzuräumen, der ihm gebührt, einem Manne, der weder die Muße zur Ausbildung noch die Arbeitsbedingungen späterer Forscher besaß, doch mit seinen Arbeiten ungeschönte Geschichtsbilder in einer demokratischen Gesellschaft wirksam machen wollte. Von ihm schrieb 1963 die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, er habe als erster die Mistgabel ergriffen.

Gerhard Schoenberner: „Joseph Wulf. Aufklärer über den NS-Staat, Initiator der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz“, in: „Jüdische Miniaturen“, Hrsg. Hermann Simon, Hentrich & Hentrich Verlag, 61 S., 5,90 Euro.

Ossietzky, 12/2006. 10. Juni 2006.

Unsterbliche Idee

Biographien bekannter und vergessener Sozialisten herausgegeben von der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der auch publizistisch rührige thüringische Zweig der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat unter dem Titel „Gelebte Ideen“ biographische Skizzen von 66 Sozialisten, unter ihnen sind acht Sozialistinnen, vorgelegt, die mehr oder weniger lange in der Arbeiterbewegung des Landes und seiner Vorgänger tätig waren und dort Spuren ihres Wirkens hinterlassen haben. Mit dem Band wird ein Schritt hin zu einer ausstehenden Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung in dem durch Betriebe des Maschinenbaus, der Textil- und der optischen Industrie geprägten Gebiet inmitten Deutschlands getan. Er bietet viele Facetten, macht mit Menschen bekannt, die sich in verbündeten oder einander befehdenden Parteien und Lagern befanden. Erinnert wird an Personen, die im Gedächtnis der Nachfolgenden blieben und an andere, die vergessen wurden. So entsteht eine Vorstellung von dem Reichtum und der Vielfalt an Bestrebungen und der Masse an Opfern, gebracht im lebenslangen Einsatz für die Überwindung menschenunwürdiger, -verachtender und -vernichtender Zustände.

Der Älteste, dessen Lebensbild skizziert ist, Johann Georg Eccarius, wurde 1818 geboren, der jüngste, der Kulturwissenschaftler Dieter Strützel, 1935. Geschrieben wird nur über Tote. Die Biographien von Politikern und Funktionären der proletarischen Parteien, Bekannten, an anderen Stellen schon gewürdigten – Käthe und Hermann Duncker, Willi Münzenberg, August Fröhlich gehören dazu – und Unbekannten, die nur in regionaler und lokaler Erinnerung geblieben sein dürften, stehen im Vordergrund. Doch reicht die Spannweite der Aufgenommenen von Hochschullehrern (der Philosoph Georg Klaus, der Theologe Erich Hertzsch, der Jurist Gerhard Riege, die alle an der Universität Jena lehrten) bis hin zu Schriftstellern (Walther Victor, Bruno Apitz, Inge von Wangenheim).

Vollständigkeit konnte nicht erreicht werden, und umso mehr ist zu wünschen, dass die Initiative eine Fortsetzung findet. Dann sollten die Leistungen einiger Sozialisten dargestellt werden, die unter den „Aktivisten der ersten Stunde“ herausragen, Menschen, die Buchenwald und andere Marter- und Todesstätten des Nazireiches überlebt hatten und in Thüringen und da vor allem in Weimar gleichsam „hängen“ geblieben waren. Zu ihnen gehören der Mannheimer Stefan Heymann, ein Überlebender von Auschwitz, der später nach Berlin ging und Botschafter der DDR in Warschau war. Zu den Beginnern zählt Fritz Heilmann, ein Mann von einer besonderen Ausstrahlung und Popularität, der später in Berlin die Chefredaktion der Illustrierten *Freie Welt* übernahm. Von denen, die sich keine Phase der Erholung gönnten, sondern sich freiwillig Arbeit und Verantwortung aufbürdeten, lebt Kurt Goldstein noch, der von Weimar in seine Heimat, den Ruhrpott, wechselte.

In dem Band stehen Offenheit und Enge merkwürdig nebeneinander, drückt sich eine Scheu der Herausgeber vor der Aufgabe aus, Geschichte uneingeschränkt wahrzunehmen. Sie verständigten sich auf das Belassen „weißer Flecken“, denn es heißt über die Auswahlprinzipien: „Mit Bedacht nicht aufgenommen wurden Persönlichkeiten, die – an der Spitze größerer Organisationen stehend – in erster Linie sich der jeweiligen Parteitaktik und den von zentralen Vorständen vorgeschriebenen Argumentationslinien verpflichtet fühlten.“ Bezeugt das nur den verweigerten oder auch einen herabsetzenden Blick auf jene, die in Anspielung auf ihren unbedingten Befehlsgehorsam als Parteisoldaten bezeichnet wurden? Aus der Geschichte der Bewegung zu tilgen sind sie dennoch nicht. Jedenfalls fallen diesem Scharfrichter Walter Ulbricht (in der ersten Hälfte der 20er Jahre Leiter des KPD-Bezirks Großthüringen), Georg Dietrich (Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei), Werner Eggerath (Ministerpräsident in Thüringen 1947 bis 1952), Heinrich Hofmann (Landesvorsitzender der SPD und paritätischer Vorsitzender der vereinigten Partei), die ausdrücklich genannt und diesen Ausgegrenzten zugeordnet werden, zum Opfer. Wird ihnen nicht zugebilligt, eine Idee gelebt zu haben? Und wie steht es mit dem Rektor der Jenaer Universität Otto Schwarz? Mehrfach verweisen Autoren in ihren Texten darauf, wie heute in Thüringen in öffentlichen Räumen an Sozialisten erinnert wird und wo solche Denkanstöße nach 1990 getilgt wurden.

In den Jahrzehnten der Geschichte der deutschen und in ihr der thüringischen Arbeiterbewegung fehlt es nicht an Opfern der Reaktion, des Militarismus, der „zivilen“ Staatsgewalt, des Faschismus. Diese

rufen die Beiträge des Bandes ins Gedächtnis. Auch in der Geschichtsschreibung über die Bewegung fehlte es lange nicht an Opfern, dort von Ignoranz, Besserdünken, Feinddenken und schlichter Borniertheit. Eine Geschichte ohne die Opfer der ersten Art scheint undenkbar. Eine Geschichtsschreibung ohne die Opfer der zweiten hingegen ist möglich.

Gelebte Idee. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, hrsg. von Mario Hesselbarth, Eberhard Schulz und Manfred Weißbecker, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2006, 496 S., 15,00 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 21.06.2006, S. 4.

Die Veteranen und die Enkel

Der Zweite Weltkrieg im deutschen und russischen Gedächtnis

Seit längerem hat die Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg ihr Blickfeld erweitert und die Verengung auf Feldzüge, Schlachten, diplomatische Beziehungen und Biografien von Politikern und Heerführern überwunden. Sie hat die Geschichte der Zeitgenossen im weitesten Sinne zu ihrem Thema gemacht, der Soldaten wie der Zivilisten, der Kriegsgefangenen und der Zwangsarbeiter, der Einwohner in den besetzten Ländern und in den bombardierten Städten. Und auch die Art und Weise wie des weltgeschichtlichen Ereignisses gedacht wurde und in unseren Tagen daran erinnert wird, ist ins Visier der Forscher geraten.

Davon zeugt auch ein an der Viadrina betriebenes internationales Hochschulprojekt, das historische Bilder, die in Russland und Deutschland von diesem Krieg existieren, samt deren Zustandekommen, hinauf über viele Stufen und hinweg über viele Hindernisse, miteinander vergleicht. Beteiligt waren daran Partner-Universitäten in Kirov, Ivanovo und Moskau. Hinzugezogen wurden Experten anderer Einrichtungen. Nun liegen 29 Beiträge vor, zwei Drittel von Russen, Ukrainern, Litauern und Polen, die anderen steuerten deutsche Autoren bei. Nur einer von ihnen erlebte den Krieg als Erwachsener, drei besitzen an ihn Kindheitserinnerungen, alle anderen gehören zu den Nachgeborenen, die Mehrheit schon zur zweiten Nachkriegskriegsgeneration. Sie schreiben die Geschichte ihrer Großeltern. Die jüngste Teilnehmerin war noch nicht 20 Jahre, als sie die Ergebnisse ihrer Forschung aufzeichnete.

Das Themenfeld ist denkbar weit und reicht von einer Bilanz der Historiographie bis zur Geschichte einzelner Erinnerungsorte, der Analyse von Filmen bis zur Bestandsaufnahme früher Projekte der Baukunst. Jedoch ist es nicht gelungen, ein strikt konfrontatives, Vergleiche ermöglichendes Konzept zu verwirklichen, mit dem Gemeinsames, Ähnliches, Unterschiede und Gegensätze hätte deutlich gemacht werden können. Dabei dürfte es keine Schwierigkeiten bereiten, dem russischen Beitrag vom Kriegsbild der Veteranen einen Beitrag über das Bild deutscher Kriegsteilnehmer, etwa anhand ihrer Aussagen in TV-Dokumentationen, gegenüber zu stellen. Es gibt vier Beiträge zu sowjetischen Kriegsfilmen, aber kein einziger über Produktionen aus beiden deutschen Staaten. Auch dem Beitrag darüber, wie in der DDR (Eisenhüttenstadt) mit dem Gedenken an ein sowjetisches Kriegsgefangenenlager umgegangen wurde, hätte sich unschwer ein anderer, z. B. über das Lager Stukenbrock, auf dem Gebiet der (Alt-)BRD konfrontieren lassen.

Die Beiträge von Autoren aus den Nachfolgestaaten der UdSSR bezeugen mehrfach die quälend langdauernde Befreiung von Tabus der sowjetischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik, ein Prozess, der vollends erst abgeschlossen sein wird, wenn sich alle Archive der Forschung uneingeschränkt öffnen. Die Ungerechtigkeiten und Schmerzen, die Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen nach ihrer Befreiung und Rückkehr von den eigenen Leuten im eigenen Lande zugefügt worden sind, schmerzen – wie aus ihren Berichten hervorgeht – mehr und länger als alles, was ihnen von den Feinden angetan worden war.

Eindrucksvoll belegt der Band die Möglichkeiten regionaler und lokaler Forschungen, so wenn das Leben (und das anfängliche Massensterben) deutscher Kriegsgefangener im Winter 1942/43 und dann ihr Arbeitseinsatz in einem Rayon geschildert oder auch die Bedingungen der Kriegsgefangenschaft von deutschen, italienischen, rumänischen und japanischen Generalen im ersten, ausschließlich für sie bestimmten Lager dargestellt werden. Nicht nur Details aus der Geschichte jener Jahre bereichern den Wissensfundus, sondern auch Feststellungen wie die, dass die Durchgangs- und Stammlager für sowjetische Kriegsgefangene den Charakter von Vernichtungslagern besaßen.

Ärgerlich ist, dass Herausgeber, Redakteure und Übersetzer elementare Fehler aus Texten nicht getilgt haben, die den Verdacht der Unverlässlichkeit über das leicht erkennbare Falsche hinaus erwecken. So bleibt die bewundernde Bekundung einer Russin unkommentiert, dass die deutschen Ärzte so hervorragend ausgebildet gewesen seien, dass sie jede beliebige Augenoperation hätten durchführen können. Der Unsinn bedient Bilder wie die des BRD-Spielfilms „Der Arzt von Stalingrad“ nach

dem gleichnamigen unsäglichen Roman. Ein Eisernes Kreuz mit Brillanten hat es in der deutschen langen Kriegsordensliste ebenso wenig gegeben wie Tätowierungen an Fersen, an denen sich die Naziaktivisten unter den Kriegsgefangenen hätten erkennen lassen. Solche Unkorrektheiten nicht korrigiert zu haben, ist unprofessionell.

Olga Kurilo (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg im deutschen und russischen Gedächtnis. Avinus Verlag, Berlin 2006. 364 S., geb., 36,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 22. Juni 2006, S. 15.

Eine höhere Form des Tötens

Eine jüngst erschienene Doktorarbeit dokumentiert die Giftgasforschung des „Dritten Reiches“.

Die mehr als zwölf Millionen, die sich jüngst vor die Bildschirme setzten, um sich den Spielfilm „Dresden“ anzusehen, wussten, wie die „Stuttgarter Zeitung“ in ihrer Rezension meinte, über das Woher und das Warum des Krieges, zu dem die Tragödie der Nacht vom 13. Februar 1945 gehört, längst Bescheid. Es gehe nicht mehr „vorrangig um Aufklärung und um die Frage nach den Schuldigen“. Was einzig noch gezeigt werden musste sei der Irrsinn des Krieges. Eben das habe der Film geleistet. Und der Berliner Aufbau-Verlag, der um sein Renommee auch schon mal besorgter war, fand heraus, dass der Film, zu dem er jetzt das Buch nachliefert, in die „Zeiten der Unmenschlichkeit“ führt.

So wird im Lande der bewältigten Vergangenheit daher geschrieben. Jenseits der Grenzen, in der „Neuen Zürcher“, lautete der Befund: „Seifenoper“ und „Machwerk ohne sittlichen Ernst“. Der Film habe allenfalls den vom Kitsch, vor dem im Streifen kein Entkommen war, verführbaren Gemütern ein paar rührselige Tränen abgepresst. Das Fazit: „Etabliert sich die Masche, wird man auch Rückschlüsse auf den Wandel der deutschen Geschichtserinnerung daraus ziehen können.“ Dagegen treten unverdrossen Historiker der jüngeren Generation an. Mit Mitteln, die freilich sehr viel weniger weit reichen.

Zu berichten ist von einer Doktorarbeit, die unlängst in Bremen verteidigt wurde und jetzt in Gestalt eines Wälzers vorliegt, dem man die Kürzung gegenüber der Urschrift nicht recht glauben will, geschweige denn ansieht. Sie handelt davon, wen es nach den Instrumenten der praktizierten Barbarei verlangte, wer sie im Auftrag oder aus eigener Initiative schuf und vervollkommnete, wer schließlich an ihnen verdiente (auch wenn das nicht auf die Reichsmark vorgerechnet werden kann) und was diese Erfindungen bis zum heutigen Tag bedeuten.

Florian Schmaltz, der dieses Buch vorgelegt hat, ist einen selbst für Arbeiten dieser Bestimmung weiten Weg gegangen. Der hat ihn in Archive Londons, Washingtons und Moskaus geführt, vor allem aber in die einschlägigen Fundgruben hierzulande, in zentrale, regionale und städtische Archive, auch die von sechs Universitäten und in die der Werke von Bayer, BASF, Degussa und Merck. Entstanden ist ein tiefenscharfes Bild von dem, wofür der Name militärisch-industrieller Komplex geprägt wurde. In ihm – mitunter vergessen oder in zu geringen Ansatz gebracht – hat die Wissenschaft, betrieben an außeruniversitären Einrichtungen wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, aber auch an Instituten von Hochschulen eine unverzichtbare Rolle gespielt: als Lieferant von Spezialisten, von Ideen, von Lösungen für *höhere Formen des Tötens*. Die Formulierung ist der Überschrift eines Buches entlehnt, das sich mit der Geschichte biologischer und chemischer Waffen befaßt.

Beispielhaft nur kann hier gezeigt werden, wie der Autor Wege vom Laborversuch, dem von den Zwecken eine nur ungefähre Vorstellung zugrunde liegt, die sich freilich auf Verwendbarkeit und im pekuniären Sinne auch auf Verwertbarkeit richtet, über den technischen Großversuch bis zur Produktionsreife und Massenfertigung rekonstruiert hat. Herausgegriffen sei die Geschichte des Giftgases, das schließlich den Namen Tabun erhielt:

1934 wird Dr. Gerhard Schrader, der seit sechs Jahren bei der I. G. Farbenindustrie und inzwischen in der wissenschaftlichen Abteilung des Werkes in Leverkusen arbeitet, von seinem Vorgesetzten beauftragt, organische Fluor-Phosphor-Verbindungen im Hinblick auf deren mögliche Anwendung zur Schädlingsbekämpfung systematisch zu untersuchen. Am 23. Dezember 1936 synthetisiert Schrader erstmals Dimethylamino-Cyanphosphorsäure-Äthylester, eben jenes später Tabun genannte Nervengas.

Wenig später bemerkt der Forscher bei weiteren Versuchen an sich selbst, dass das Gas in geringen Mengen eine Verengung der Pupillen und asthmatische Beschwerden zu erzeugen vermag. In einem weiteren Labor des Konzerns wird die toxische Wirkung auf Tier und Mensch bestätigt und ein die Rechte der I. G. sicherndes Patent angemeldet.

Schon im Mai 1937 sind die Herren Offiziere des Heereswaffenamtes geladen, sich davon zu überzeugen, was ihnen da angeboten werden kann. Die ihrerseits setzen die Prüfung in ihren Laboratorien, nun freilich nicht mehr mit der Idee von Schädlingsbekämpfung, in der Zitadelle von Berlin Spandau fort. Augenblicklich beginnt auch die Arbeit, die sich auf die Möglichkeiten der technischen Herstellung richtet. Sie wird in der Versuchsanstalt in der Lüneburger Heide weiterbetrieben. Dort auch wird das Gas verschossen und bei den zum Versuch ausersehenen Tieren festgestellt: „Nach wenigen Minuten Krämpfe, tot häufig schon innerhalb von 10 Minuten, sofort eintretende Wirkung. Auffallende Erscheinung: Verengung der Pupille, daher bei Dämmerung und Nacht wahrscheinlich blind, sehr großes Ermüdungsgefühl schon bei ganz kleinen Mengen.“ Anfang 1940, seit Monaten wird wieder Krieg geführt, baut die I. G. Farbenindustrie die erste Nervengasfabrik, Standort: Dyhernfurth (Schlesien).

Schon am 10. Dezember 1938 hat Schrader auf seiner Forschungsstrecke eine weitere Erfindung gemacht, als er ein Nervengas herstellte, welches Tabun an toxischer Wirkung noch erheblich übertraf. Der Name, den es erhielt, bezeugt eindrucksvoll die Eintracht der Erfinder und Interessenten der neuen Möglichkeiten des Massenmordens auf Schlachtfeldern und nicht nur dort. Die Bezeichnung Sarin war aus den Anfangsbuchstaben jener Personen gebildet, die sich an der Erfindung und ihrer Entwicklung einen Anteil zumaßen: S für den I.-G.-Chemiker Schrader, A für Otto Ambros von der I. G. Ludwigshafen. R für Gerhard Ritter vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau, einer staatsmonopolistischen Zentrale, die sich speziell mit der Produktion modernen Kriegsgeräts und seinen Voraussetzungen befasste, und IN für Hans Jürgen von der Linde vom Heereswaffenamt.

Minutiös untersucht Schmaltz die Anteile der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für physikalische Chemie und Elektrochemie, für Arbeitsphysiologie, für Hirnforschung, für medizinische Forschung, für Lederforschung und für Strömungsforschung an den Arbeiten zur Erfindung und Herstellung chemischer Kampfstoffe. Die Zielvorgabe richtete sich zum einen auf die Tötung der Gegner, zum anderen auf den Schutz der eigenen Truppen. In den Blick kommen die Biographien der herausragenden Wissenschaftler und Organisatoren der Zusammenarbeit von Forschern aus den Einrichtungen der Gesellschaft mit denen in der Industrie und den Einrichtungen der Wehrmacht.

Auf vielen Seiten begegnet den Lesern die Frage, von welchen ideologischen Positionen und aus welchen politischen Überzeugungen heraus diese Kooperation erfolgte und welche moralischen Normen die Beteiligten leiteten. Tatsächlich gelang es deutschen Wissenschaftlern, auf diesem Feld gegenüber der ausländischen Konkurrenz und den späteren Kriegsgegnern einen Vorsprung zu gewinnen. Doch es war nicht ihr Verdienst, dass der Einsatz dieser Massenvernichtungsmittel schließlich nicht erfolgte. Anders als im Falle des Luftkriegs war zu offensichtlich, dass die Mittel, die eigenen Streitkräfte und die Zivilisten gegen eine Antwort der Gegner zu schützen, bei weitem nicht ausreichen würden. Es war dann insbesondere die Überlegenheit der anglo-amerikanischen Luftflotten, die den Himmel über Deutschland weitgehend und schließlich ganz beherrschten, die bei aller Gier nach kriegswendenden Wunderwaffen dazu führten, dass nicht auf die gehorteten Bestände für den Gaskrieg zugegriffen wurde.

Das Faktum führt dennoch nicht zu einem versöhnlichen und erleichternden Abschluss der Untersuchung. Wie andere deutsche Spezialisten wurden auch die an der Vorbereitung eines chemischen Krieges beteiligten Forscher, wo sie in die Hände der Alliierten gerieten, auf ihr Wissen befragt. Und wie auf anderen Feldern blieb es nicht brachliegen. Das Buch, das sechs bis acht Jahrzehnte zurückführt, beginnt mit den Sätzen: „Der angebliche Besitz chemischer Waffen diente in einem der ersten Kriege des 21. Jahrhunderts als Kriegsgrund.“ Doch die Fertigungsstätten zu deren Produktion existierten da im Irak schon nicht mehr. Übrigens waren sie unter Bruch von Gesetzesbestimmungen 1987 auch mit Hilfe der Lieferung technischer Anlagen aus der Bundesrepublik errichtet worden.

Der Autor schließt mit dem Verweis, dass der lange Weg zu einer chemischen Abrüstung nicht zu Ende gegangen ist. Zudem seien C-Waffen leichter herzustellen als etwa Raketen und folglich für den Einsatz in Kriegen und zu Terroraktionen rasch verfügbar. Die belastende Erbschaft, die aus den dreißiger Jahren und aus Deutschland stammt, kann nicht als liquidiert gelten.

Die Geschichte, die auf den Seiten dieses Buches erhellt wird, erinnert an einen frühen DDR-Film von Kurt Maetzig. Er hieß „Der Rat der Götter“, wurde am 12. Mai 1950 in Berlin uraufgeführt und erzählt nach Dokumenten der Nürnberger Prozesse eine Geschichte vom Zusammenspiel von Kapital und Politik, Großbourgeois und Faschisten. Was Schmaltz vorgelegt hat, könnte zu einem Spielfilm, basierend auf neuen und tieferen Kenntnissen, Material in Fülle hergeben, dazu Anregungen für Figuren, Situationen und Handlungsorten. Wer aber wird in der Bundesrepublik einen Film drehen, der von der einvernehmlichen Rolle von Industrieführern, Wissenschaftlern und Militärführern bei der Vorbereitung von Krieg und Massenvernichtung handelt? Der und sein Produkt wären nicht Deutschland.

Florian Schmaltz: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie. Wallstein, Göttingen 2005, 676 S., 39,00 Euro.

konkret, 2006, Heft 7, S. 26.

Langer Traum, kurzes Erwachen

Der Wirtschaftswissenschaftler Dietrich Eichholtz hat seiner Studie über die „Deutsche Politik und das rumänische Erdöl“ rasch eine weitergreifende folgen lassen, die „ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel“ im Zweiten Weltkrieg zum Gegenstand hat. Über die Bedeutung der Studie müssen angesichts der hierzulande durchgesetzten Lehrmeinung von „Hitlers rassenideologischem Vernichtungskrieg“ nicht viele Worte verloren werden. Nicht das Vernichten, sondern das Erobern, Inbesitznehmen und dauernde Behaupten von Reichtümern machten die Zielkoordinaten des erneuten Anlaufs aus, eine weltbeherrschende Stellung zu erlangen. Erdöl spielte auf dem Wege dahin eine entscheidende Rolle und stand zugleich im Zentrum der Endsiegvorstellungen, die ein „neugeordnetes“ Europa betrafen und über dessen Grenzen noch weit hinausreichten, in den Nahen und Mittleren Osten, zu den bis heute umkämpften Ressourcen des begehrten Rohstoffs.

Die faschistischen Führer haben in einer fortgeschrittenen Phase des Krieges, als sie ihren Sieg, wenn schon nicht als greifbar, so doch als gewiss erreichbar ansahen, öffentlich nicht mehr bestritten, dass es ihnen um das „Gesundstoßen“ zu tun war. Damit entlarvten sie ihre Lügen selbst. Rückblickend mag das gar als ehrlich erscheinen, gemessen an der Rechtfertigung gegenwärtiger imperialistischer Abenteuer, die als alternativlose Schritte der Gefahrenabwendung und als selbstlose Beiträge zur weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten ausgeben werden.

Auf der Basis umfassender Sichtung, Auswertung und Diskussion von Quellen, wie wir sie von diesem Autor gewohnt sind, werden Etappen der rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Planungen dargestellt und deren Auswirkungen auf das militärische Handeln nachgewiesen, das aus Vorsätzen Wirklichkeit machen sollte. Die Lektüre des Bandes gewinnt ihren Reiz nicht zuletzt daraus, dass Eichholtz dem Mit- wie dem Gegeneinander von Führungszentralen im Nazireich nachspürt, bedingt reale Konzepte von bodenlosen Träumereien unterscheidet, Fachkenntnisse und Dilettantismus konfrontiert. Auf diese Weise gibt er, über sein eigentliches Thema hinaus, eine plastische Vorstellung vom Funktionieren des Machtmechanismus, fernab von Klischees über die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft.

Überzeugend erklärt er die an der Spitze des Regimes existierenden Differenzen über die Weiterführung des Krieges nach dem Triumph im Westen 1940. Dabei wird deutlich, dass unvereinbare Positionen – Konzentration aller Kräfte gegen Großbritannien oder zuvor Zerschlagung der Sowjetunion und damit Verfügungsgewalt über als unerschöpflich angesehene Quellen für einen beliebig langen Krieg – nicht auf das Schema „richtig/falsch“ reduzierbar sind.

Eichholtz erörtert, welchen begrenzten Gewinn die Eroberer aus dem Zugriff auf das ostgalizische Erdöl und den baltischen Ölschiefer zogen. Er geht den organisatorischen Vorbereitungen auf die Inbetriebnahme der Erdölfelder im Vorkaukasus und am Kaspischen Meer nach, wobei überrascht, in welchem Umfang dafür Personal rekrutiert wurde, das freilich einen nicht zu behebenden Mangel besaß: Ihm fehlten Spezialkenntnisse, so dass sich nüchtern denkende Planer eingestehen mussten, es würde Jahre dauern, bis ins Gewicht fallende Mengen produziert werden könnten. Eingehend behandelt werden die Pläne, aus dem Kaukasus und der Türkei von Norden und über Ägypten und den Suezkanal von Süden in den Nahen Osten vorzustoßen. Sie schienen sich 1942 – als das „Afrikakorps“ entlang der Südküste des Mittelmeeres vordrang und eine Heeresgruppe zum Kaukasus gelangte – für einen kurzen trügerischen Moment zu verwirklichen. Als die Stalingrader Schlacht verloren gegangen war und Rommel bei El Alamein ostwärts nicht weiter vorankam, sondern in die Flucht getrieben wurde, dauerte das Erwachen noch einige Zeit. Dann hatten sich die Vorstellungen vom Erdölimperium erledigt.

Dietrich Eichholtz: „Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel (1938-1943)“, Leipziger Universitätsverlag, 141 S., 19,00 Euro.

Ossietzky 13/2006, 24. Juni 2006, S. 500-501.

Fahne vor dem Kopf
„Der Untergang“ in seiner Wirkung auf Schüler

Immer neue Korruptions- und Geheimdienstaffären, rasch aufeinander folgende Drohungen mit Sanktionen, Kriegen usw. – wer kommt noch hinterher in diesen schnelllebigen Zeiten? Wer dreht sich noch um, beispielsweise nach „Der Untergang“, der vor anderthalb Jahren fünf Millionen Deutsche in die Kinos lockte, danach millionenfach als DVD verkauft wurde? Wer fragt nach seiner Wirkung? Eine Dreiergruppe von Soziologen an der Universität Koblenz-Landau hat das getan. Sicher kommen die Erhebungen nicht weit über die Fachpresse hinaus, zumal nicht in diesen Tagen. (Sie können in extenso nachgelesen werden in der Zeitschrift für Medienpsychologie, 17 (N.F. 5) 4, Hogrefe Verlag Göttingen 2005).

Im November 2004 haben die Forscher an vier Gymnasien und zwei Hauptschulen 387 Schüler im Durchschnittsalter von etwa 15 Jahren einer ausführlichen Befragung unterzogen. 239 von ihnen hatten den Film „Der Untergang“ gesehen, davon 93 Prozent in ihrem Klassenverband, jedoch freiwillig, und sieben Prozent auf eigene Initiative. Zwischen dem Kinobesuch und der Befragung lagen etwa vier Wochen, in denen der Film im Unterricht besprochen wurde. Wie es da zuging, wird nicht mitgeteilt.

Die den Film nicht kannten, fungierten bei der Klärung, welche Wirkungen er auf das Denken und Fühlen hatte, als Kontrollgruppe. Anonym füllten die Schüler umfangreiche Fragebögen aus. Deren Auswertung sollte allen zu denken geben, die den Besuch des Films ab dem 12. Lebensjahr erlaubten, empfahlen und förderten, zum Beispiel bei den Landeszentralen für politische Bildung.

Drei wesentliche Ergebnisse: Der Film hat negative Emotionen gegenüber Hitler eindeutig gemindert. Die Absicht der Filmemacher, den „Gröfaz“ als Menschen, als einen von uns zu zeigen, wurde verwirklicht, bei Gymnasiasten mit größerem Erfolg als bei Hauptschülern. Zweitens wuchs unter dem Eindruck der vielen deutschen Opfer im Film offenkundig die Ablehnung für Nachkriegssanktionen gegen Deutschland. Und schließlich waren die Kinobesucher signifikant patriotischer gesinnt und gestimmt als die anderen Schüler.

Letzteres wurde durch Zustimmung oder Ablehnung etwa folgender Aussage ermittelt: „Ich freue mich, wenn ich die deutsche Fahne sehe“. Eine weitere Korrelation: Je mehr Neigung zum „Patriotismus“ (ein Begriff, den man von den Fragestellern gern erläutert bekommen hätte), desto weniger Verständnis für die Ansicht, dass sich die Deutschen intensiv mit der Zeit des Faschismus beschäftigen müssten. Dies wird, nach begründeter Aussonderung anderer Erklärungen, als Ausdruck dafür gewertet, dass schon diese jungen Deutschpatrioten ihre Gefühlslage nicht durch Informationen über die Rolle der Deutschen bei Krieg und Massenmord beeinträchtigt wissen möchten.

Kurzum, auch wenn die Soziologen dieses Fazit nicht in aller Schärfe ziehen: Dieser Film hat entgegen vielen Behauptungen die Aufklärung über deutsche Geschichte nicht gefördert, sondern den darauf gerichteten Bestrebungen entgegengewirkt. Zu überraschen vermag dieses Ergebnis nicht. Aber es ist gestützt auf eine soziologische Filigranarbeit, deren Resultate über das Untersuchungsobjekt hinausführen. Und dies in Wochen, in denen die „patriotische“ Trunkenheit der Nüchternen wie der Alkoholisierten Spitzenwerte erreicht. Millionen Deutsche bekunden nicht nur, wo sie in Sachen Fußball hinwollen. Blockaden in Schwarz-Rot-Gold werden gegen kritisches Denken getürmt. Es muss eben nicht immer das sprichwörtliche Brett, es kann auch eine Fahne vor dem Kopf sein.

junge Welt, Freitag, 30.06.2006, S. 13.

Julias Rache

Julia ist eben neun Jahre alt und sieht aus, dass ich bis vor kurzem glaubte, mindestens die Hälfte der Jungen in ihrer Klasse müssten sich in sie verliebt haben. Haben sie aber nicht. Am Tag, da die deutsche Fußballmannschaft ihr Halbfinalspiel gegen die italienische zu bestreiten hat, kommt sie aus der Schule und überrascht ihre Mutter mit der Mitteilung, am Abend wolle sie sich die Veranstaltung am Bildschirm ansehen. Bisher hat ihr Vater jeden Abend das TV-Gerät monopolisiert; Julia scherte sich nicht darum. Und nun? Auf Mutters forschende Frage nach den Gründen für den abrupten Wechsel des Interesses folgt die Antwort präzise: „Weil ich die Deutschem verlieren sehen möchte."

Das, so stellt sich heraus, ist ihre Art, auf einen Vorfall zu reagieren, der sich am Morgen zugetragen hat. Da wurde ihr von einigen Klassenkameraden, deutschen Jungpatrioten, zugerufen, die Kroaten, deren Vertretung nach der Vorrunde die Heimreise schon angetreten hatte, seien „Schwule und Looser". Warum das gerade ihr? Julia hat einen Fehler: Ihr Vater ist Kroate.

Und warum wird die Episode vom Rande des Supermegagroßevents hier berichtet? Weil sie zu denen gehört, die von unseren Schwerstarbeitern an der Meinungsbildungsfront hinter einem unausgesetzten Gelalle vom fröhlichen, neuen, positiven, unverkrampften, harmlosen, gesunden, friedlichen, internationalen Patriotismus „unserer" jungen Generation versteckt worden sind. Denn es erzähle mir keiner, dass „unseren" Journalisten, die in jenen Tagen die Finger am Puls der brodelnden Massen hatten, Gleiches und Ähnliches nicht begegnet wäre.

Ossietzky, 15/2006, 22. Juli 2006, S. 573 f.

Braun – Schwarz – Feldgrau

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Die Organisationen des Naziregimes im Urteil der Richter (Teil XI)

Als die Nachricht verbreitet wurde, dass der Bundesgerichtshof in Karlsruhe am 28. Juli 2005 als letzte Instanz entschieden habe, dass auf deutschen Straßen und Plätzen Wortbänder mit der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ straffrei gezeigt und Texte dieses Inhalts in das Internet gestellt werden dürfen, fragte ich mich: Was würde ein Ankläger oder Richter des Prozesses in Nürnberg gegen Göring u. a. wohl gesagt haben, hätte ihm derlei auf einem Gang des Gerichtsgebäudes in Nürnberg jemand vorausgesagt. Hätten sie den Propheten nicht schlicht für verrückt gehalten, so wäre ihm doch gesagt worden, dass gerade das verhindert werden solle. Das Schandurteil von Karlsruhe, vor nahezu einem Jahr ergangen, sprach drei Angehörige einer „Kameradschaft Karlsruhe“ frei, von denen einer vordem zu einer zur Bewährung ausgesetzten Gefängnisstrafe von einem halben Jahr, die anderen zu Geldstrafen verurteilt worden waren. Der Richterspruch und mehr noch das dürftige Echo, das er in der deutschen Öffentlichkeit hervorrief, verlangen einmal mehr hierzulande in Erinnerung zu rufen, was über die Organisationen des deutschen Faschismus vor 60 Jahren festgestellt wurde, wie sie charakterisiert und beurteilt worden sind.

Der Auftrag des Gerichtshofes

Schon am Ende des langen Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, der inzwischen bis in den Sommer 1946 dauerte, hatten sich die acht Richter, zwei von jedem der beteiligten Staaten – Sowjetunion, USA, Großbritannien, Frankreich –, ein Bild vom Charakter einer ausgewählten Zahl von Organisationen und Gruppen zu machen, die im faschistischen deutschen Staat eine herausragende Rolle gespielt hatten. Das sollte es ihnen dann ermöglichen, ein begründetes Urteil darüber zu fällen, welche von ihnen die Kennzeichnung „verbrecherisch“ verdienten. Die Auswirkung dieser Bestimmung reichte weiter als die Urteile über die angeklagten Personen von Hermann Göring bis Hans Fritzsche. Denn von dieser Charakteristik würden auf eine noch zu bestimmende Weise Millionen Deutsche betroffen sein, die einer oder mehreren dieser Organisationen als Mitglieder angehört hatten, etwa den Sturmabteilungen (SA) oder den Formationen der freiwilligen Schutzstaffeln (SS). Was würde aus einem Urteil „verbrecherisch“ folgen? Jedenfalls für alle „Ehemaligen“ ein schwerer Makel in ihren Biographien. Und mit welchen Konsequenzen für ihre weiteren Wege und Karrieren wäre der verbunden?

Um zu einem Urteil zu gelangen, wurde wie im Fall der angeklagten Personen auch gegen die in Rede stehenden Organisationen und Gruppen das Beweismaterial vorgetragen, das von ihrer Rolle und Tätigkeit zeugte. Vordem war, um die dem Gerichtshof laut Statut gestellte Aufgabe lösbar zu machen, ausgewählt worden, welche der sogenannten Gliederungen aus dem weitverzweigten Organisationsgefüge des Regimes außer Betracht bleiben sollten. Dazu gehörte die Partei, mit deren Gründung alles begonnen hatte, die 1920 unter der demagogischen Flagge gegründete Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP). Ihre Mitgliederzahl war nach dem 30. Januar 1933 rasch angestiegen, exakt zu dem Zeitpunkt, da sich das neue Regime fest in den Sattel setzte. Spöttisch hießen die dann in ihre Reihen strömenden Karrieristen und Opportunisten, unter ihnen befanden sich viele Staatsdiener, die „Märzgefallenen“. Einen weiteren erheblichen Mitgliederschub erhielt die Partei in Braun 1937/1938, als die Diktatur sozial- und außenpolitische Erfolge vorweisen konnte und der Druck in den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft zunahm, sich der NSDAP anzuschließen. Ihm gaben wiederum namentlich Angestellte und Angehörige der Intelligenz nach. Die Partei schwoll so auf mehr als acht Millionen Mitglieder an, überwiegend Männer. Etwa jeder zehnte Deutsche war im Altreich und in der angeschlossenen Ostmark, dem ehemaligen Österreich, und im neu gewonnenen Sudetenland „Parteigenosse“. Bei allem Drängen hatte sich jeder von ihnen doch freiwillig entschieden. Der Eintritt war mit einem persönlichen Antrag und einer Unterschrift verbunden, und so blieb es bis zum Ende der Naziherrschaft.

Einsichtiger war, dass zu den im Verfahren unberücksichtigt bleibenden Organisationen die Hitlerjugend (HJ) gehörte. Seit einem Gesetz aus dem Jahre 1939 hatte ihr jeder Junge und jedes Mädchen bei

Erreichung des zehnten Lebensjahres anzugehören. Hinderte ein Erwachsener seine eigenen oder andere Kinder an diesem „Dienst“, so war das mit Geld- und selbst mit Haftstrafen bedroht. Vor diesem Gesetz war nirgendwo ein Entkommen, ausgenommen, es attestierte ein Arzt einem Kind schwere körperliche oder geistige „Untauglichkeit“. Das wurde damit in der Hierarchie nazistischer Rassenlehre zu den Minderwertigen sortiert. Von einer charakterisierenden Beurteilung ausgenommen blieben auch die Nationalsozialistische Frauenorganisation (NSF), die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und die ebenfalls auf dem Prinzip des Zwangs basierende Deutsche Arbeitsfront (DAF), der alle Arbeiter und Angestellten angehören mussten und deren Beiträge von Lohn oder Gehalt nicht anders als Steuern automatisch einbehalten wurden. Sie alle hatten bei der Verbreitung der Naziideologie und der Befestigung des Regimes eine Rolle gespielt, ohne aber an Verbrechen direkt beteiligt gewesen zu sein.

Auf der Liste der zu beurteilenden Organisationen verblieben: die SA und die SS, die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und der Sicherheitsdienst (SD), deren Personal sich zu einem erheblichen Teil aus der SS rekrutiert hatte, das Korps der Politischen Leiter, also jene Gruppe von Führern der NSDAP, die das Parteigefüge regiert und kommandiert hatten, das Reichskabinett, das Oberkommando der Wehrmacht und der Generalstab. Die Aufzählung lässt auf einen Blick erkennen, dass es sich dabei um sehr unterschiedliche Formationen handelte, solche, denen Millionen angehörten und andere – wie das Reichskabinett – mit einer übersehbaren zweistelligen Zahl von Angehörigen, die ausnahmslos namentlich bekannt und deren Aufenthaltsorte ermittelt waren. Führer dieser Organisationen und Gruppen saßen leibhaftig auf der zweireihigen Anklagebank, und als über sie und ihre Taten verhandelt wurde, beispielsweise über die Rolle Ernst Kaltenbrunners, des Chefs der Gestapo wie der Einsatzgruppen, war die Rede bereits auf die Formationen und Einheiten gekommen, die sie geführt hatten oder in denen sie tätig geworden waren. Insofern war am Prozessende in vieler Hinsicht ein Fazit zu ziehen. Wie im Falle der angeklagten Personen, so traten auch zugunsten der Organisationen deutsche Verteidiger in Aktion, manche von ihnen hatten selbst der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört. Zudem fehlte es, auch unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft, nicht an Versuchen, die Entscheidung der Richter über die Organisationen von außen her und zugunsten ihrer früheren Mitglieder zu beeinflussen. Dem Gericht gingen allein mehr als 130.000 eidesstattliche Versicherungen zu, welche die Rolle der SS betrafen. Zudem ließ der Gerichtshof etwa 100 Zeugen durch Untersuchungsrichter verhören, um sich ein verlässliches Bild zu machen.

Verbrecherisch oder nicht?

Niemanden verwunderte, dass der Gerichtshof die SS, die Gestapo und den SD zu verbrecherischen Organisationen erklärte. Von der Exaktheit seines Vorgehens zeugte, dass er aus den Gliederungen der SS ausdrücklich die sogenannte Reiter-SS herausnahm, einen miniaturhaften Verband im weitverzweigten Gefüge des Schwarzen Korps, dessen Angehörige, zumeist Eigentümer von Renn- und anderen Reitpferden waren, darunter nicht wenige Gutsbesitzer. Mitglieder der SS, in den allgemeinen Formationen, den kasernierten Einheiten der Totenkopf-Verbände und der für Bürgerkriegssituationen aufgestellten Verfügungstruppe, ab 1939/1940 zusammengeschlossen unter der Bezeichnung Waffen-SS, hatten zunächst im Reich, dann seit 1938 in den okkupierten Gebieten, beginnend in der Tschechoslowakei, eine Blutspur hinterlassen, die beispiellos war, selbst wenn man an die gruseligsten Ereignisse längst vergangener Zeiten zurückdachte. Sie waren die Hauptakteure bei der Verfolgung der Arbeiterorganisationen und aller Widerstandskämpfer gewesen, sie hatten die Hauptrolle bei der Steigerung der Judenverfolgungen bis zum Massenmorden gespielt, sie waren an der Organisierung des Terrors im besetzten Europa hauptbeteiligt gewesen. Die Mitglieder dieses Korps hatten sich für die Edelsten der Nation gehalten, für die Elite der Herrenmenschen und sich so missachtend gegenüber allen, die ihnen als weniger- oder minderwertig galten, auch benommen. Den Richtern war bewusst, und sie vermerkten das in ihrem Urteil auch, dass sich gegen Ende des Regimes in der Waffen-SS nicht nur Freiwillige befanden. Schließlich mochte, so ihre Schätzung, ein Drittel von deren Angehörigen zwangsweise rekrutiert worden sein. (Was übrigens nicht bedeutete, dass dem nicht zu entkommen gewesen wäre, freilich auf dem riskanten Wege einer Meldung als Freiwilliger zur Kriegsmarine oder Luftwaffe, die beide über keine SS-Formationen verfügten.) Doch das Zahlen-

verhältnis von Freiwilligen und Verpflichteten veränderte den Charakter der Waffen-SS nicht. Und auf welche Weise einer in ihre Reihen gelangt war, das besagte nichts über die jeweilige Tätigkeit und lieferte so oder so eher einen Grund für eine Schuld- denn für eine Unschuldsvermutung.

Das Verdikt „verbrecherische Organisation“ wurde auch im Hinblick auf das Korps der Politischen Leiter ausgesprochen, dem insgesamt etwa eine halbe Million Männer angehört haben mochten. Es wurde eingegrenzt auf die Reichsleiter, von denen u. a. Alfred Rosenberg und Wilhelm Frick auf der Anklagebank saßen, die Gauleiter, zu denen die Angeklagten Julius Streicher (Franken) und Fritz Sauckel (Thüringen) zählten, und reichte über die Kreis- bis hinunter zu den Ortsgruppenleitern. Nur die untersten Funktionäre, zuständig für Straßen und Häuserblocks, wurden ausgenommen. Diese Gruppe, im Volksmund wegen ihrer bunt herausgeputzten Uniformen und ihre Bedeutung hervorkehrenden Gehabes auch „die Goldfasane“ genannt, hatte namentlich Verbrechen gegen Juden, an Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und abgeschossenen oder notgelandeten Flugzeugbesatzungen angestiftet, geleitet und organisiert. Ein Teil ihrer Angehörigen befand sich 1946 in Internierungslagern der Besatzungsmächte oder – das galt vor allem für Nazifunktionäre aus den ehemaligen Ostgebieten des Reiches – suchte unerkannt zu bleiben. Insgesamt aber ist diese Gruppe, gemessen an dem Unheil, das auf ihr Konto ging, nach dem Kriege glimpflich davongekommen. Das gilt schon für die Gauleiter, ihre Vertreter und Stäbe.

Ohne die Kennzeichnung „verbrecherisch“ endeten die Verhandlungen über die SA. Die Richter waren nicht im Zweifel, dass ihre Mitglieder in den politischen Kämpfen der Weimarer Republik Untaten begingen, die sich auch in die Phase der Machtbefestigung 1933/1934 fortgesetzt hatten. Da diese jedoch nicht eindeutig dem Plan der Vorbereitung eines Angriffskrieges zuzuordnen waren, fielen sie aus der Beurteilung durch den Gerichtshof heraus. Seit Mitte 1934, meinte der Gerichtshof, sei die SA zu einem unbedeutenden Teil des Regimes herabgesunken, eine Einschätzung, die weder dem Beitrag zur geistigen und körperlichen Konditionierung ihrer Mitglieder für einen Krieg noch ihrem Einsatz während des Pogroms 1938 gerecht wurde. Immerhin wurde nicht ausgeschlossen, dass Spezialeinheiten der SA im Kriege verbrecherisch tätig geworden seien.

Insbesondere dieses Urteil machte klar, dass das Gericht es nicht als seine Aufgabe ansah, Verbrechen, die von Deutschen an Deutschen begangen wurden, zu ahnden, sofern sie nicht auf jenen Krieg hinzielten, den die deutschen Machthaber am 1. September 1939 begonnen hatten. Diese Differenzierung durchzuhalten, glich freilich einem Drahtseilakt, denn es waren die Juristen der Siegermächte doch nicht im Zweifel, dass es der faschistischen Bewegung in Deutschland von vornherein darum gegangen war, die Voraussetzungen für einen Krieg zu schaffen und, so sie geschaffen waren, ihn auch zu führen.

Urteilssprüche und Legenden

Wie manches Urteil über die angeklagten Personen, so überraschten auch die Sprüche des Gerichts im Hinblick auf mehrere Organisationen. Das galt für die über das Reichskabinett, das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und den Generalstab. Namentlich diejenigen über die beiden Spitzengliederungen der Wehrmacht stießen vielerorts auf Unverständnis und Widerspruch. So auch bei Robert H. Jackson, dem Chefankläger der USA, der vor diesem Teil des Prozesses bereits in die USA zurückgereist war und den Rest der Arbeit seinen Kollegen überlassen hatte.

In der Begründung, die das Gericht für seine Entscheidungen gab, wurde zunächst formal argumentiert. Im Sinne des Statuts, das der Tätigkeit der Richter zugrunde lag, wären beide Gremien weder als Organisationen noch als Gruppen anzusehen, so dass sie aus dem Raster – der zu untersuchenden Zusammenschlüsse – herausfielen. In den Generalstab, so lautete ein Verweis, seien Offiziere nicht (wie im Fall der meisten NS-Organisationen) freiwillig eingetreten, sondern im Verlauf ihrer Karriere befohlen worden. Sodann, und das überzeugte noch weniger, wurde auf die geringfügige Zahl der Zugehörigen von OKW und Generalstab verwiesen. Die sei überschaubar, jeder Beteiligte bekannt und auf seine Tätigkeit hin überprüfbar. Dieses Urteil vermochte Missdeutungen – solche aus Unkenntnis und andere absichtsvolle – zu begünstigen, und die ließen auch nicht auf sich warten.

Was folgte aber aus der Unterscheidung „verbrecherisch“ – „nicht verbrecherisch“. In einer Hinsicht nichts, denn durch Befehle der Besatzungsmächte war gegen sie alle das Verbot der Weiterbetätigung bereits ergangen, und das ging über die sechs in Nürnberg verhandelten Fälle hinaus. Wider anfängliche Befürchtungen der Sieger ließ sich dieses Verbot ohne besondere Schwierigkeiten durchsetzen. Dazu trug nicht unwesentlich bei – und eben das (und nicht in erster Linie deren Bestrafung) war auch Zweck der in allen Besatzungsgebieten ergriffenen Maßnahmen –, dass Tausende faschistischer Funktionäre zunächst in Lagern interniert und damit von jedem Einfluss auf die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurden.

Mit seiner Entscheidung hatte der Internationale Gerichtshof nun aber einen Maßstab für die Beurteilung der Organisationen gegeben, der auch für die sich bildenden deutschen Behörden orientierend und für deren Beurteilung einzelner Personen verbindlich werden sollte. Zugleich aber lag den Richtern daran, Sicherheiten gegen den Missbrauch der Urteile zu schaffen. So folgte aus ihnen zwar, dass Zugehörigkeit zu einer der als verbrecherisch erklärten Formationen moralisch wie politisch einen Makel darstellte, nicht aber, dass jedes einzelne Mitglied auch faktisch verbrecherisch tätig geworden wäre. Die Juristen der vier Mächte wandten sich, wie ja auch ihre Prozesspraxis und die Urteile über die Personen eindringlich gezeigt hatten, gegen jedwede Vorverurteilung und Pauschalisierung und bestanden auf dem Grundsatz der „Einzelfallprüfung“. (Nebenbei: Der wurde nach 1990 Funktionären der DDR, eines Staates von ganz anderem Charakter, als es der faschistische gewesen war, verweigert.)

Auch einem weiteren Missbrauch des Urteils suchten die Richter in Nürnberg vorzubeugen. Sie stellten klar: Wie in den als „verbrecherisch“ qualifizierten Organisationen nicht jeder einzelne ein Verbrechen begangen haben oder indirekt an ihm beteiligt gewesen sein musste, so – umgekehrt – befanden sich in den Reihen von Formationen und Zusammenschlüssen, die dieser Kennzeichnung entgangen waren, durchaus Menschen, die schwerste Verbrechen verübt hatten. Diese Aussage hat nicht verhindern können, dass bis heute versucht wird, die Urteile namentlich über das Oberkommando der Wehrmacht und den Generalstab als Freisprüche zugunsten jedes ihrer früheren Angehörigen zu missdeuten und sie insgesamt als unbescholtene Gremien darzustellen. Auch im Streit um die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ ist das Nürnberger Urteil über die militärischen Spitzengremien, Unkenntnis über seinen vollständigen Wortlaut ausnutzend, demagogisch ins Feld geführt worden. Dass aber in beiden Fällen Verbrecher im Generalsrang befohlen hatten, war schon durch die Todesurteile gegen den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, und den Chef des Wehrmachtsgeneralstabes, Generaloberst Alfred Jodl, unzweifelhaft geworden. Der eine wie der andere bildeten zudem keine Ausnahmeerscheinung. US-amerikanische Ankläger und Richter wiesen das in zwei weiteren Prozessen in Nürnberg nach – dem gegen Angehörige des Oberkommandos der Wehrmacht und gegen die sogenannten Südost-Generale, deren kriegsrechtswidrige Befehle während der Besatzungszeit in Jugoslawien und Griechenland mit massenmörderischen Folgen ergangen waren. Nur wenn die Begründung für die Entscheidungen des Jahres 1946 unterschlagen oder verstümmelt wird, was geschieht, kann behauptet werden, die Kriegszentralen der deutschen Wehrmacht und in ihnen der engste Mitarbeiterkreis des Obersten Befehlshabers Hitler wären mit reinen Westen versehen worden.

Ein respektables Urteil?

Noch einmal zurück nach Karlsruhe und zu dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 28. Juli 2005 (3 StR 60/05). Die Richter haben in ihrer Begründung davon gesprochen, dass die Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ als eine Phantasieparole anzusehen sei. Und weiter: In den Jahren der Naziherrschaft habe eine vergleichbare Wendung nicht existiert. Jeder auch nur flüchtige Blick auf die Aufmachung von Büchern, von Broschüren und auf Plakate, die für diese Truppe warben, lässt erkennen, dass es exakt darum ging, den Dienst in der Waffen-SS als den ruhm- und ehrenvollsten zu zeigen, den ein deutscher Mann überhaupt antreten könnte. Doch ist diese – gelinde gesagt – Ähnlichkeit gar nicht die Frage. Es geht um die Beziehung dieser Parole zur geschichtlichen Wirklichkeit. Und da erfüllt sie den in der Bundesrepublik strafbaren Tatbestand der „Verherrlichung der NS-Herrschaft“ zweifelsfrei.

Das nach dem Bekanntwerden des Urteils lautwerdende Geschwätz von einer existierenden Gesetzeslücke lenkte vom Skandal ab, was bewiesen wurde durch den Mangel an Initiativen, dieses angebliche Loch zu schließen. Der unlängst verstorbene Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel und der Holocaust-Überlebende Kurt Goldstein, letzterer auch in den Spalten dieser Zeitung, haben protestiert. Doch ein Sturm der Entrüstung hat sich in diesem Lande, von dem behauptet wird, seine Bewohner hätten ihre geschichtliche Lektion gelernt, nicht erhoben. Wie auch? Die innenpolitischen Sprecher der beiden damals noch gemeinsam regierenden Parteien beeilten sich, für Ruhe zu sorgen. Dem Sozialdemokraten Dieter Wiefelspütz gefiel der Spruch zwar nicht (als handle es sich um eine Krawatte), aber „juristisch wird man ihn respektieren müssen“. Und die Grüne Silke Stokar hielt das Urteil zwar für schwer vermittelbar, aber für „dennoch richtig“. Wie einst in Weimarer Zeiten: Hände an die Hosen- oder Rocknaht, ein Richter hat gesprochen. Die Urteile von Nürnberg sind vergessen oder gelten als nichtig.

junge Welt, Dienstag, 25.07.2006, S. 10.

Chronik des Holocaust

Empfehlung für den Besuch einer Baustelle im Internet

Baustellen sind gewöhnlich keine besonders einladenden Orte. Wer da nichts zu tun hat, meidet sie. Anders verhält es sich mit einer Arbeit, die vor wenigen Monaten ins Internet gestellt wurde und die der Autor selbst als „Baustelle“ bezeichnete. Zu erreichen ist sie bequem und kostenfrei unter: holocaust-chronologie.de. Dort trifft der Benutzer auf eine Kette zeitlich geordneter Angaben zur Geschichte der deutsch-faschistischen Judenverfolgungen in den Jahren von 1933 bis 1945 und das in einem Umfang, der ähnlich Vorliegendes übertrifft und in Buchform etwa 400 Druckseiten ausmachen würde.

Wer sich angesichts der immer noch anschwellenden Flut vielsprachiger wissenschaftlicher Abhandlungen, prall gefüllt mit ungezählten Tatsachen-Informationen, an ein solches Unternehmen macht, muss auswählen – so er nicht scheitern will. Denn: Im Herrschafts- und Zugriffsgebiet der deutschen Machthaber, im sich seit 1935 ausdehnenden Reichsgebiet schon vor dem Krieg, folgte einer antijüdischen Aktion die nächste. Kein Tag, an dem Juden nicht diffamiert, bedrängt, von Arbeitsstellen entlassen oder dort hintangesetzt, aus Wohnungen und Schulen, aus Lokalen und Bädern, Kulturstätten und Parks gewiesen, aus Ortschaften oder außer Landes vertrieben, vor Gerichte gestellt, ihnen irgendetwas verboten wurde, sie beraubt und enteignet, zu Zwangsarbeit gezwungen, schließlich deportiert, ghettoisiert und ermordet wurden. Welche Ereignisse der zentralen staatlichen, der regionalen oder – wegen ihrer Bedeutung – gar lokalen Ebenen also aufnehmen? Auf welche verzichten?

Knut Mellenthin, der sich in dieses Abenteuer vor nahezu anderthalb Jahrzehnten gestürzt hat, begann mit der Erfassung von – im weitesten Sinne – Äußerungen der Judenverfolger an der Staatsspitze. Er erfasste Gesetze, Erlasse und Verordnungen, öffentliche und interne Reden Hitlers, Goebbels’, Himmlers und weiterer führender Politiker, dazu Tagebuch-Aufzeichnungen. Er durchforstete die diplomatische Korrespondenz mit verbündeten Staaten, welche die Praxis der Judenverfolgungen kopierten, mitunter sich als Satelliten dazu gedrängt sahen. Er folgte den blutigen Spuren der Judenfeinde in die besetzten Gebiete, die Ghettos, die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Hilfreich sind die allerdings nicht durchgängigen Verweise auf die Literatur, der die Angaben entnommen wurden. Dass sich darunter keine Veröffentlichungen aus Büchern befinden, die in DDR-Zeit entstanden, lässt den Eindruck entstehen, dass im ostdeutschen Staat auf diesem Felde nicht geforscht worden sei, weil unerwünscht. Und dieses Weglassen ostdeutscher Literatur hat Konsequenzen. Wer Suchbegriffe wie „Arisierungs“-Gewinne, Profiteure, Nutznießer und ähnliche eingibt, erhält Fehlmeldungen. Begriffe wie „Arisierung“ und Enteignung tauchen 1937 bzw. 1938 das erste Mal auf. Die „Entjudung“ von Aufsichtsräten und Vorständen von Bank- und industriellen Unternehmungen kommt nicht vor und Hjalmar Schacht viel zu gut weg. Der Autor ist noch bei der Arbeit. Das von ihm zugänglich gemachte Teilergebnis ist schwergewichtig und kann fraglos Nutzen schon stiften. Über die Eingabe von Suchbegriffen, für die eine Vorinformation natürlich benötigt wird, oder über das Anklicken von Jahreszahlen und Monaten gelangt man zu Mitteilungen über Ereignisse sowie häufig zu wörtlichen Zitaten aus Dokumenten. Eine noch höhere Stufe der Benutzbarkeit, die etwa die strategischen Linien der Judenverfolgung erkennen ließe, wäre durch Verweise von Datum zu Datum erreicht. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass sich eine derartige Datenfülle ohne Irrtum oder Fehler sammeln ließe. Bei der jetzigen Stufe des Entstehungsprozesses des Nachschlagewerkes schon einzelne Lücken einzuklagen, erübrigt sich. Einige Vorschläge für Richtungen der Weiterarbeit seien gegeben. Die eine betrifft die Entwicklung der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Situation der in Deutschland zeitweilig oder bis zu ihrer Deportation verbliebenen Juden, also Informationen, welche die Folgen der Gesetze und Verordnungen anschaulich machen. Eine andere könnte die Geschichte der Emigration und der Fluchtbewegung bilden, etwa durch Zahlen über die Emigrierten binnen eines Jahres, aber wichtiger noch durch Erwähnung der Rolle emigrierter Juden im Ausland und deren Anteil an der Aufklärung über und am Kampf gegen das Naziregime. Eine dritte wäre die Reaktion der jüdischen Organisationen und Religionsgemeinden auf die Etablierung des Nazistaates

und dessen Maßnahmen, die zum gegenwärtigen Stand beispielsweise 1933 nur marginal erwähnt werden.

Eine Chronologie ist keine Gesamtdarstellung. Sie dient knapper Information und erster Orientierung. Sie bildet gleichsam das Skelett. Wer den ganzen Körper aus Fleisch und Blut erfassen will, muss mehr aufwenden als einen raschen Blick. Zu fragen ist nach dem Warum des Geschehens, nach dem Interesse, das ein Gesetz hervorbrachte, eine Aktion auslöste usw. Sodann auch nach den Zielen, denen die jeweiligen Maßnahmen dienten. In einer kurzen, jedoch signalhaften Markierung von Motiven und Antrieben, Gründen und Ursachen, Nah- und Fernwirkungen läge die krönende Herausforderung des verdienstvollen Unternehmens.

Neues Deutschland, Dienstag, 5. August 2006, S. 11.

Hat Tucholsky das verdient?

Wenn eine Partei bei der letzten Wahl 22,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat und ihre Führer dann für die folgende, fünf Jahre später, als Erfolgsmarke „17 plus“ vorgeben, signalisieren sie damit ihre Bereitschaft, jeden vierten ihrer seinerzeitigen Wähler abzuschreiben, ohne das als Verlust anzusehen. Das ist der Fall der Partei der demokratischen Sozialisten in Berlin, die 2006 als „Die Linke“ im Kampf um die Stimmen antritt. Da stellen sich Fragen ein: Glauben ihre Lokalmatadoren, dass diese Zehntausende nicht mehr leben oder aus der Stadt verzogen sind und deswegen nicht an der Wahl teilnehmen? Dagegen sprechen Angaben der Statistiker, die sogar ein Anwachsen der Zahl der Stimmberechtigten ermittelt haben. Vermeinen die Kämpfer im Startloch, dass ihre Wähler von gestern sich inzwischen zu anderen Parteien bekennen? Das würde auf Unzufriedenheit mit der Politik hindeuten, die von dieser Partei mit zu verantworten ist. Womöglich auf mehr: Enttäuschung. „Die Linke“ danach zu befragen, wäre müßig, denn das kann sie nicht gut zugeben. Also dürfte, sofern Fragen überhaupt noch gestellt und einer Beantwortung für wertgehalten werden, wohl zu hören und zu lesen sein, was andere Parteien in Fällen ihrer Misserfolge – freilich erst nach deren Eintreten – schon vorgesagt haben: Wir hatten da ein kleines Vermittlungsproblem und müssen unsere Politik demnächst erfolgreicher „rüberbringen“. Das Sprachbild vom „wir hier“ und „ihr da drüben“ sagt alles. Es ist verräterisch, assoziiert es doch zudem: Hier diejenigen, die ihre frohe Botschaft aussenden, da die anderen, bei denen sie nicht angekommen ist, aus technischen oder Witterungsbedingungen oder wegen des Zusammentreffens beider.

Wer sich für den Wahltag im September ein solches reduziertes Ziel setzt, muss gleichwohl dafür sorgen, dass er es nicht verfehlt. Darum sucht er nach Helfern alias Rüberbringern. Am besten wären Zugpferde vom Typ Kaltblüter. Aber Klinsmann, Beckenbauer, Christiansen, Beckmann und die anderen auf vielen Feldern Eingeübten sind nicht zu kriegen oder zu teuer. Hingegen: Kurt Tucholsky kostet nichts. Seit seinem 70. Todestag kann sich jeder frei bei ihm bedienen. Diese Gelegenheit hat sich der Spitzenkandidat nicht entgehen lassen. Was er sich grabscht, kann man nicht einmal Schnäppchen-Artikel nennen, für die ja immer noch ein Restbetrag zu entrichten ist. Geklappert wird mit Worten, die Tucho unter seinem Pseudonym Ignaz Wrobel in der Weltbühne über Berlin und die Berliner drucken ließ. Er bescheinigte ihnen damals, dass in dieser Stadt „immerhin Bewegung ist und Kraft und pulsierendes rotes Blut“.

Ist Harald Wolf, um nun den Namen des Spitzenmannes zu nennen und Verwechslung auszuschließen, politisch suizidgefährdet? Sitzt und denkt in seinem Vorzimmer niemand, der bereit wäre, ihn zurückzuhalten, indem er ihm etwa des Meisters Spottlied vom kleinen Kompromiss vorlesen würde oder – besser noch – es ihm in der einfühlsamen Vertonung Hanns Eislers und dem unübertroffenen Gesangsvortrag Ernst Buschs zu Gehör brächte? Wahrscheinlich wäre dieses Gedicht um einige Strophen vermehrt worden, hätte sein Verfasser diesen Wirtschaftssenator erlebt. Aber vielleicht hätte Tucho abgewinkt: Olle Kamellen.

Das auf einem Werbeplakat bemühte Tucholsky-Zitat stammt übrigens aus dem Jahre 1927. Da stellten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung aufgrund des Stimmergebnisses von 1925 die Sozialdemokraten und die Kommunisten die Mehrheit der Abgeordneten. Es hätte für gemeinsames Regieren gut gereicht. Doch lagen die Ansichten der beiden ungleichen Brüder, die sich – das lässt von Bruderschaft sprechen – jeweils noch zum Ziel Sozialismus bekannten, über Politik in Deutschland und Kommunalpolitik in dessen Hauptstadt damals zu weit auseinander, als dass sie sich dazu gefunden hätten. Selten gingen sie bei Abstimmungen zusammen. Denkwürdig, dass sie es doch mehrfach taten – in der Grundstückspolitik. Sie mehrten zwischen 1924 und 1929 das Grundeigentum Berlins durch den Ankauf der Güter Britz, Düppel, Biesdorf, Neu-Cladow und Marienfelde, was teils nur durch die Zurückstellung der sonst gepflegten Feindschaft gelang. Die Bürgerlichen wetterten gegen diese Käufe als „sozialistische Vorratspolitik“. In die Reihe der erwähnten Tucholsky-Lieder aus der Eisler-Busch-Produktion gehört auch eines, das anhebt „Damals“.

Der Wahltag naht und dann wird sich erweisen, ob eine Beobachtung Tucholskys aus dem Text „Das Gesicht der Stadt“ (1920) noch Geltung besitzt; der vom sozialen Wandel in der Stadtbevölkerung

und dem Auseinanderdriften von Sehr-reich und Sehr-arm handelt, aber auch auf Gebliebenes kommt: „Und, soweit die Leute noch wirklich Berliner sind, die alte Eigenart ist noch da, sich nichts vormachen zu lassen, das Misstrauen gegen Schwindel, die Abneigung gegen die großen Worte. ‚Bei mir? – Ocke'. Und der andere kann abziehen."

Ossietzky 16/2006, 5. August 2006, S. 612-613.

Die ungestellte Frage

Ein deutscher Schriftsteller, vielgelesen, vielgerühmt, gar als moralische Instanz verehrt und auf den Sockel des Nobelpreisträgers erhoben, hat einbekannt, dass er als siebzehnjähriger Faschist sich in den Reihen der Waffen-SS befand, nicht – wie bis dahin bekannt – in jenen der Wehrmacht. Der Unterschied ist, seit den Tagen der sogenannten Wehrmachtsausstellung lässt sich das schwerer wegleugnen, nicht so groß wie bis dahin behauptet und verbreitet.

Nach vielen konkreten Fragen (wie: Warum erfolgt dieses „Geständnis so spät? Welches Kalkül ist jetzt in seinem Spiel? Vermarktet er geschickt sein eben in den Handel gelangendes Buch?) knüpften sich an den „Fall“ auch Erörterungen, die pseudophilosophisch gespreizt daherkamen: Was ist der Mensch doch für ein Problemhaufen! Hat er nicht das Recht auf Schwäche? Und das auf Irrtum? Ist er nicht geschlagen von Blindheit zu allen Zeiten? Begegnet uns da „etwas“ in uns, das völlig Unerklärliche? Soll man es folglich nicht unterlassen, von ihm Dinge zu verlangen, die er nicht leisten kann? Und, wie gehabt, sind wir nicht allzumal Sünder? Müssen wir nun nicht endlich lernen, wie dieses Millionen Jahre alte Lebewesen Mensch funktioniert? Diese Fragen sind Wegweiser in die Unverbindlichkeit, Intonationen jenes Klageliedchens, das Friedrich Engels mit den Worten verspottet hat: Was ist der Mensch, halb Tier halb Engel. Frei-Haus-Lieferung von Entschuldigungen für dieses und jenes eigene Versagen im Alltag. Angebote von faulen, aber hochtrabenden Ausreden für die hierzulande sich ausbreitende Gleichgültigkeit und Enthaltsamkeit gegenüber den Tatsachen und Herausforderungen unserer Tage. Auf diesem Parkett kann die Nation in schwarz-rot-gold gut tanzen.

Land der Ideen? Warum ist keiner dieser vor allem über den Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntmachung Grübelnden auf die Frage verfallen, warum sich der Mann nicht vor reichlicher Jahresfrist, Ende Juli 2005, zu Worte gemeldet hat, als Richter des obersten Gerichts in Karlsruhe beschlossen: In diesem Staat Bundesrepublik Deutschland kann auf Straßen und Plätzen die Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ straffrei präsentiert werden? Davon muss doch auch in norddeutschen Zeitungen zu lesen gewesen sein, obwohl sich die Berichterstatter und Kommentatoren dabei nicht halb so ausgiebig und nicht halb so lange aufgehalten haben wie nun bei der Zugehörigkeit dieses einen Mannes zur Waffen-SS. Da hätte Günter Grass doch hervortreten und rufen können: „Das nicht, denn ...“ Dann hätte seine Mitteilung eine Richtung in die Gesellschaft gehabt und einem Zweck gedient. Dann hätte er sich denen konfrontiert, die aus dem Kreis der seinerzeitigen Regierungskoalition und der Führungsgruppe seiner Partei augenblicklich und beflissen den Kotau vor diesen berobten Damen und Herren machten, Verfassern eines Skandalspruches. Dann wäre er an die Seite jener strikt antifaschistischen Minderheit getreten, der seit Jahrzehnten das Hauptverdienst daran zukommt, dass sich die Bundesrepublik von einem Teil der Lügen verabschiedet hat, die ihr in Wiege und Kinderstube gelegt worden sind.

Dieses Urteil vom 28. Juli 2005 bildet einen fortdauernden Skandal dieser bürgerlichen Gesellschaft, vor dem die Verschwiegenheit eines in ihr lebenden Dichters als Blendwand aufgerichtet werden kann. Die jetzt die trübe Tinte ihrer Federn auslaufen lassen, haben ihn entweder als solchen nicht empfunden oder wollen an ihn nicht erinnern. Ganz nebenbei erhalten wir eine weitere Anschauung von einem Journalismus, der sich in die Brust wirft und dabei ganz ohne ein Propagandaministerium funktioniert – wie eben der Mensch.

Ossietzky 17/2006, 20. August 2006, S. 626-627.

Imperialistisch

Der vergessene Krieg im Osten

Im letzten Jahrzehnt hat die Beschäftigung mit der Geschichte des Ersten Weltkriegs einen von vielen unerahnten Auftrieb erhalten. Der war nicht allein besonderen Jahrestagen geschuldet, wenn auch sie Anstoß für Forschungen, Publikationen und Ausstellungen in mehreren einst am Kriege beteiligten Staaten gaben.

Die deutsche Historiographie brachte diesem „verlorenen Krieg“ lange weniger Interesse entgegen als etwa den Kriegen von 1813/1815 und 1870/71, als deutsche Heere gesiegt hatten. Indessen fehlte es schon in der Weimarer Republik weder an amtlichen Werken noch an Romanen, die einzelne Schlachten und Feldherren verherrlichten und die Legende vom „im Felde unbesiegten“ Weltkriegskrieger verbreiteten. Erst 1931 wurde in Berlin ein zentraler Gedenkort für die im Kriege umgekommenen Soldaten errichtet, durch den Umbau der Neuen Wache durch Heinrich Tessenow. Der Plan, ein Nationaldenkmal zu schaffen, das an die Toten erinnerte, war endgültig aufgegeben, als der Faschismus an die Macht gelangte. Denn: Erinnerte man an den Krieg, richteten sich Gedanken auf Niederlage und Revolution.

In der DDR war zum Ersten Weltkrieg eine dreibändige Gesamtdarstellung erschienen. In der Bundesrepublik löste der Hamburger Historiker Fritz Fischer mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ und der Frage nach der Kontinuität vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg eine erbittert geführte Kontroverse aus, die sich besonders um die Frage nach Ursachen und Zielen des Krieges rankte. Vor zwei Jahren, anlässlich des 90. Wiederkehr des Kriegsbeginns, fand im Deutschen Historischen Museum in Berlin eine Ausstellung statt, die nicht nur dem Ereignis, sondern auch – einer neuen Tendenz folgend – der Art und Weise gewidmet war, in der daran erinnert wurde. Zu deren Begleitprogramm gehörte eine international besetzte Konferenz, deren Beiträge nun nachzulesen sind.

Das für Jahrzehnte zutreffende Wort vom „vergessenen Krieg“ gilt noch stärker für die „vergessene Front“, die blutigen Schlachten in Osteuropa, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Die hatten viel weniger Aufmerksamkeit erregt als jene „im Westen“. Zum einen war auf dem Territorium Frankreichs die Niederlage Deutschlands herbeigeführt worden, was die Blicke von Siegern und Besiegten anzog, und zum anderen hatte der Nachfolgestaat des Zarenreiches sich viel mehr der Geschichte seiner Entstehung und des Bürgerkrieges zugewandt als deren „Vorgeschichte“.

Besonderes Interesse können jene Passagen beanspruchen, die den Bogen von 1914 zu 1939 schlagen – entsprechend der Stellung des Bandes, der eine neue Reihe unter dem Titel „Zeitalter der Weltkriege“ eröffnet. Da ragt Hans-Erich Volkmanns Fazit heraus, wonach die deutschen Militärs, die als Offiziere am Ersten Weltkrieg teilgenommen und erlebt hatten, dass dieser Gegner von ihnen militärisch nicht besiegt werden konnte, aus dieser Erfahrung nichts zu lernen vermochten. Ein Vierteljahrhundert später kam es erneut und noch verheerender zur Unterschätzung von Raum und Gegner. Interessant sind die auch in mehreren Aufsätzen gegebenen Belege, wie der Gegner verteufelt und das eigene Volk propagandistisch aufgeputscht wurde (Barbaren, Mongolen, Hunnen, Kosaken, Asiaten, Halbasiaten, Horde). Die sich hartnäckig haltende Legende, die deutschen Militärbefehlshaber hätten sich um das Leben der deutschen Zivilisten gesorgt, widerlegt der Beitrag von Rüdiger Bergien, der überzeugend den Zusammenhang zwischen der Nichtachtung der Einwohner insbesondere Ostpreußens in den Kriegsplänen von 1914 und jener Praxis der Jahre 1944/45, der die eigene Bevölkerung mehr als Störfaktor denn als schutzbedürftig galt, aufzeigt.

Schwierigkeiten macht mehreren Autoren die Benutzung der Kennzeichnung „imperialistisch“, die an einer Stelle als „marxistisch-leninistisch“ abgetan wird. Und an anderer Stelle ist die Deutung der Kriegstoten als „Opfer imperialer Politik“ als „bolschewistische Perspektive“ markiert. Womit die Tendenz bedient wird, den Begriff „imperialistisch“ aus dem wissenschaftlichen Verkehr zu ziehen und ihn ins Abseits der politischen Agitation zu verweisen.

Gerhard P. Groß (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. F. Schöningh Verlag, Paderborn 2006. 415 S., geb., 38,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 31. August 2006, S. 15.

An der Schwelle des Kalten Krieges

Die Stuttgarter Rede des Außenministers James F. Byrnes vor 60 Jahren

wird in der Landeshauptstadt Baden-Württembergs so viel Reverenz erwiesen wie James F. Byrnes. Nach ihm wurden eine Straße und ein Institut benannt und DaimlerChrysler hat ein Stipendium mit seinem Namen versehen. Diese Hervorhebung geht auf einen Besuch zurück, den der damalige Außenminister am 6. September 1946 Stuttgart abstattete, der drittgrößten Stadt in der US-amerikanischen Besatzungszone und dem Sitz des Länderrats der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone.

Mit einer Stimme

Was Byrnes dort in einer öffentlichen Veranstaltung im Württembergischen Staatstheater sagte, erhielt die Bezeichnung „Rede der Hoffnung“. An sie wurde anlässlich von runden Jahrestagen mehrfach erinnert. Am 20. Jahrestag redete Genscher, am 40. der damalige USA-Botschafter in Bonn Richard R. Burt und unlängst vor dem 60. sein aktueller Nachfolger, William R. Timken jun., im Rahmen der „Talk at Byrnes“-Vortragsreihe. Sein Thema lautete: „Deutsch- Amerikanische Beziehungen in der Ära Merkel“. Im Stil jener unverfrorenen Heuchelei, auf den sich – freilich nicht nur – die Politiker der transatlantischen Supermacht verstehen, erklärte er: „Präsident Bush sieht Kanzlerin Merkel als starken Partner, wenn es darum geht, die Welt zu vereinen und mit einer Stimme zu sprechen.“ Anschauungsunterricht auf den Weg dieser Vereinigung liefert ein Blick auf die Rolle der USA im Nahen und Mittleren Osten, die dort, wo ihre Armee ihren Fuß hinsetzte, Chaos erzeugte, Gewalt entfesselte, Bürgerkriege auslöste.

Als Byrnes sprach, war die Schwelle zum Kalten Krieg bereits überschritten und er selbst hatte das Tor dahin weit öffnen geholfen. Das besetzte Deutschland war zu einem Kampffeld geworden, auf dem die Armeen, bestehend aus Politikern, Diplomaten, Wirtschaftsführern, Ideologen und Propagandafachleuten ihre Stellungen bezogen. Die Deutschen wurden in dieser Auseinandersetzung zwischen sich manifestierenden Weltsystemen unentbehrlich. Konnten sie auch als Folge ihrer Rolle in Faschismus und Krieg als direkte Verbündete noch nicht umworben werden, sollten sie doch darauf eingestellt werden. In diese strategische Absicht ordnete sich der Auftritt des Außenministers der Truman-Regierung in Deutschland ein, dem, wenige Monate zurückliegend, ein Treffen der Außenminister der Siegermächte in Paris vorausgegangen war, das zu keinem die Westmächte befriedigenden Resultat geführt hatte.

Byrnes kritisierte die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates, der es nicht zu Wege gebracht habe, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Ohne dafür Gründe zu benennen und Abhilfe zu weisen, entwickelte er die Alternative eines Zusammenschlusses der westlichen Besatzungszonen. Die Konzepte der Westmächte sollten abgestimmt, die Kräfte unter Führung der USA geordnet werden. Dieses Vorhaben, das eine Spaltung des Landes zur Folge haben musste, musste den Deutschen zunächst im eigenen Besatzungsgebiet verlockend dargestellt werden: Die USA seien der Meinung, dass die Zeit bereits gekommen wäre, in der die Deutschen unter der Aufsicht der Sieger ihre inneren Angelegenheiten selbst verwalten könnten. Er stelle sich, so Byrnes, einen Nationalrat vor (gebildet aus den Chefs der bereits bestehenden Regierungen der deutschen Länder), der eine Verfassung ausarbeiten würde. Vor allem solle den Deutschen die in Potsdam zugesagte Chance wirtschaftlichen Wiederaufstiegs gewährt werden, so dass sie sich auf das durchschnittliche europäische Lebensniveau hinaufarbeiten könnten.

Byrnes präsentierte sein Land als Garanten gegen alle Versuche, Herrschaft über andere Völker und Regierungen zu erlangen, und als Vorkämpfer für einen Frieden von Dauer, wozu die Rückkehr der Deutschen in die Welt der vereinten Nationen gehöre. Deutschland werde wie in Potsdam festgelegt worden sei, auf eine Generation hinaus entmilitarisiert bleiben und gehindert werden, Waffen zu produzieren und hätte Reparationen zu leisten, aber die sollten das festgelegte Maß nicht überschreiten. Das Land brauche auch nicht von großen ausländischen Soldaten- und Bürokratenheeren besetzt bleiben und reglementiert werden. Keine Frage, das war Werbetext.

In dessen ersten Teil blieb die Konfrontation mit der Politik der UdSSR zurückhaltend und war nur deutlich, wo sich der Redner gegen die in der sowjetischen Besatzungszone erfolgenden Reparations-Entnahmen aus der laufenden Produktion wandte. Anders, als Byrnes über die künftigen Grenzen Deutschlands sprach. Was Königsberg und das umliegende Gebiet anbelangte, das der Sowjetunion in einem abzuschließenden Friedensvertrag zugesprochen worden sei, stünden die USA dazu und auch zu der Zusage, dass Polen einen Gebietszuwachs nach Westen erhalten solle. Doch sei, und das waren die entscheidenden Sätze, dafür kein bestimmtes Gebiet bestimmt worden und über dessen Umfang würde erst noch entschieden werden.

In der Tat war in Potsdam die Frage der endgültigen Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz „zurückgestellt“ worden. Faktisch wurden jedoch Vorentscheidungen getroffen. Nicht nur solche im Vertragstext, in dem im Teil IX unter der Überschrift „Polen“ die „früheren deutschen Gebiete“ östlich jener Linie genannt wurden, die heute die Grenze zwischen der Bundesrepublik und Polen bildet, sondern auch ganz praktische. Die Großen Drei hatten sich verständigt, dass die Deutschen aus Polen wie der Tschechoslowakei und Ungarn auf die Besatzungsgebiete „gerecht“ verteilt werden. Dass die Praxis der Aussiedlungen, namentlich wo sie in Vertreibungen gipfelten, anders sich vollzog, als am Verhandlungstisch gedacht, besagt nichts über den Grundsatz, dass sie mit Billigung aller vier Mächte erfolgten. So war zu fragen, ob sich die US-amerikanische Seite dies nun als einen nur vorläufigen Umzug von Millionen Menschen, nicht nur Deutscher, sondern auch jener dachte, die in deren einstige Städte, Dörfer und Behausungen inzwischen eingezogen waren und vielfach begonnen hatten, sie wieder aufzubauen. Sollten die aus ihren einstigen Wohngegenden nach Breslau, aus dem Wroclaw wurde, gezogenen Polen mit ihrer Habe wieder abziehen und – wohin?

Dass Byrnes die Linie an Oder und Görlitzer Neiße als künftige deutsche Ostgrenze in Frage stellte, war gegenüber den Millionen von dieser Entscheidung Betroffenen hochgradig verantwortungslos, weckte er bei den einen doch Hoffnungen, bei anderen Ängste. Er lieferte vor allem Wasser für die Mühlen der sich formierenden Grenzrevisionisten.

Weltbeglückung?

Aus mehrerlei Sicht erschien die Kennzeichnung „Rede der Hoffnung“ als arge Vereinfachung. Später ist sie, etwa 1986 von Botschafter Burt, gar als Propagierung von Visionen ausgegeben worden, fernab aller Interessen der die USA beherrschenden Kreise, als Bekenntnis eines Mannes, den nichts als die demokratische Weltbeglückung geleitet hätte. Von Byrnes weiterem Lebensweg, den er als Journalist und Rechtanwalt begann und 1911 als Politiker der Demokratischen Partei fortsetzte, wird in Festreden kaum etwas gesagt. Viereinhalb Monate nach der Rede verlor er sein Amt als Außenminister. 72-jährig wurde er Gouverneur von South Carolina und bekannt als Fürsprecher der Rassentrennung. Er starb mit 92.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. September 2006, S. 22.

Der Gewinn der Niederlage

Aus dem Wahldesaster der Linkspartei/PDS in Berlin müssen jetzt die richtigen Schlüsse gezogen werden

Mit der Analyse von Niederlagen haben vor allem die deutschen Linken ihre Erfahrungen. Die Ergebnisse der Klassenkämpfe der Jahre 1918/19 und 1932/33 haben dazu ebenso herausgefordert, wie Ereignisse, die zur Geschichte der DDR gehören. In all diesen und anderen „Fällen“ gab es unterschiedliche Herangehensweisen. Die einen gingen den Ursachen des Scheiterns auf den Grund (oder versuchten es wenigstens), die anderen verweigerten sich aus unterschiedlichen Motiven heraus.

Für die ältere und die mittlere Generation deutscher, insbesondere ostdeutscher, Sozialisten wurde ihre weltgeschichtliche Niederlage des Jahres 1989/1990 zur stärksten Herausforderung, sich der Frage nach dem „Warum“ zu stellen. Darauf hat sie noch lange keine schlüssige Antwort, trotz vieler Diskussionen und quellengestützter Untersuchungen.

Handzahme Zugpferde

Nun müssen die deutschen Sozialisten ein vergleichsweise miniaturhaftes Debakel betrachten: die Niederlage in dem soeben in Berlin beendeten Wahlkampf. Die Linke hatte ein Wahlziel, das in der Geschichte vergleichbarer Wahlkämpfe offenbar einmalig ist: Nachdem sie 2001 mehr als 22 Prozent der abgegebenen Stimmen bekam, markierte sie nun „17 plus“ als Ziel, womit sie von vornherein eine fünfstellige Zahl von Wählern abgeschrieben hatte. Tatsächlich erreicht wurden „13 plus“. Das Ergebnis hätte sich wahrscheinlich sogar unter 13 Prozent bewegt, wären der Partei nicht Stimmen jener zugekommen, die sich knurrend entschlossen, das kleinere Übel zu wählen.

Diese Niederlage folgte auf Jahre der Beteiligung am Senat, in dem die PDS drei Senatoren stellte. Die Wähler haben am Sonntag ihr Urteil über die im Roten Rathaus betriebene Politik davon abhängig gemacht, welche Folgen sie für ihr eigenes Leben hatte. Zehntausende hatten sich nicht einreden lassen, diese Politik habe in ihrem Interesse gelegen.

Von Anfang an war die Frage umstritten, ob sich die Sozialisten an diesem Senat beteiligen sollten. Dass sie umstritten blieb, hatte jedoch immer weniger an prinzipiellen Einwänden gelegen, sondern schlicht daran, dass dieser Senat mit dem irreführenden Kennzeichen „Rot-Rot“ im Kommunalbereich als Exekutor der Bundespolitik auftrat. Die Senatoren der Linkspartei hatten sich ebenso wie die Fraktion im Abgeordnetenhaus als handzahme Zugpferde erwiesen.

Bürgerliche Deutungen

Und nun? Ausflüchte. Irgendwie seien die Verdienste der Linkspartei bei den Wählern nicht „angekommen“, meint die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann. Derartige Deutungen gehen auch bürgerlichen Politikern in ähnlicher Lage munter von den Lippen: Wir haben es nicht „rübergebracht“. Dieses Argument schloss schon immer ein, dass die Wähler zu einem eigenen Urteil nicht fähig sind, man muss ihnen die Zusammenhänge daher „richtig“ erklären. Wie dem auch sei: Geändert, korrigiert, intensiviert werden muss aus dieser Sicht immer nur die Reklame.

Der Versuch, sich um (Selbst-)Kritik zu drücken, wird am deutlichsten in dem Ruf: „Jetzt nach vorne blicken“. Er ertönt immer dann, wenn damit zu rechnen ist, dass der Blick des Parteivolks sich zurück richten könne und das womöglich im Zorn. Das SED-Politbüro hatte für dieses Manöver die Formel vom „Überwinden der Fehler im Vorwärtsschreiten“ erfunden.

Die famoseste aller Erklärungen für die massenhafte Abwendung einstiger Wähler in den Ostbezirken Berlins hat sich der Wahlkampfleiter der Linkspartei einfallen lassen. Demnach haben sich die Umworbenen, in SED-Zeiten auf den Wert der Einheit der Sozialisten orientiert, von dem Streit zwischen der Linkspartei und den widerspenstigen Funktionären der WASG abstoßen lassen und weder der einen noch der anderen Partei ihre Stimme gegeben. Woraus folgt: Wenn wir nur rasch und im Gleichschritt zur neuen gemeinsamen Partei vorankommen, wird Anziehungskraft zurückgewonnen. Notwendig sei „ein klarer Kurs“, ergänzt der vorwärtsblickende Parteivorsitzende. Sagt das etwas aus

über den Bisherigen? Über den künftigen jedenfalls nichts – aber danach werden die Wähler jetzt mehr fragen, als vor dem Wahltag.

Inhalte oder Stil und Form

In Erwartung unangenehmer Fragen und hitziger Debatten wird von der Führung auch ein anständiger Stil beim Austragen von Für und Wider verlangt. Dagegen ist nichts einzuwenden, doch ist hinzuzufügen, dass häufig, wenn über Inhalte nicht gesprochen werden soll, von Stil und Form gehandelt wird. Zur Sittenlehre gehört auch die Forderung, die eigenen Minister und Senatoren „nicht im Regen stehen zu lassen".

Was aber, wenn diese ihre Mitglieder und Wähler nicht nur im Regen stehen lassen, sondern sie auch noch nass zu machen helfen? Die Diskussion über den Kurs muss jedenfalls die Frage einschließen, wie das Kurshalten gesichert wird. Hierzu gehören die Regelung und Einhaltung permanenter Beziehungen zwischen Basis, Abgeordneten und Ministern und anderem regierenden Personal. Auch wenn auf dem Weg zur neuen Partei das Wort „demokratisch" im Organisationsnamen verloren gehen sollte – es darf nicht das Wissen darum abhandenkommen, dass den Sozialisten die feste Verankerung demokratischer Prinzipien erst noch bevorsteht.

junge Welt, Mittwoch, 20.09.2006, S. 3.

Sein Kampf

Oder: Die Legende vom ungelesenen Hitler-Buch

Seit 1936 wurde „Mein Kampf“ in den Standesämtern verteilt. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die Maximen, die Hitler hier in aller Breite dargelegt hat, kaum in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen sind. Hitlers Buch wurde vor und nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 in Deutschland kaum gelesen. Das Desinteresse an Hitlers politischen Vorstellungen rechtfertigte sich vielfach aus einem ästhetisch motivierten Überdruss an Hitlers „schlechtem Stil“, seinen „verworrenen Ansichten“, dem „langatmigen“ und „langweiligen“ Charakter von „Mein Kampf“. Der öffentliche Geist hat den „Gefreiten Hitler“ stets nur widerwillig und mit hochmütiger Verachtung zur Kenntnis nehmen wollen.

So informiert das Deutsche Historische Museum in einem Text falsch über jenes Buch, das – mitunter gegen den Protest von Christen – die „Bibel des Faschismus“ und das „Evangelium des Nationalsozialismus“ genannt worden ist. Ausgewiesen wird das Zitierte nach *Kindlers Neuem Literaturlexikon*. Die Quelle aber ist eine andere. Im Original geht die Version so: *Mein Kampf* war „ein in schlechtestem Deutsch geschriebenes Buch, die Propagandaschrift eines politisch stark interessierten, um nicht zu sagen eines fanatisierten, halbgebildeten Mannes, als der sich mir Hitler auch in der Folgezeit immer gezeigt hat“. So sprach der Angeklagte Hjalmar Schacht, als er, im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess 1945/46 angeklagt, im Zeugenstand verhört wurde. Hitlers einstiger Steigbügelhalter und Reichswirtschaftsminister gab an, das Buch mit seinen „törichten und weitschweifenden“ Passagen gelesen zu heben, aber nur um hinzuzufügen, dass er dem „Führer“ den Gedanken an einen Krieg gegen den Osten, den er dort vorgefunden habe, auszureden versucht hätte. Joachim von Ribbentrop, eben noch Reichsaußenminister, behauptete ganz ähnlich, er habe Hitler in Kenntnis der Lektüre vor allem von seinem starren Todfeind-Denken gegenüber Frankreich und den Franzosen abbringen wollen.

Vollständig wollten die meisten Angeklagten Hitlers Buch, das die Nazipropaganda als die bedeutendste Geistestat des Jahrhunderts gepriesen hatte, nie gelesen haben. Der Generalstabschef Jodl hatte es nur „stückweis“ getan, Julius Streicher nur die antisemitischen Passagen studiert und daraus gelernt. Albert Speer gestand seine Kenntnis in einer Voruntersuchung ein, widerrief das aber im Gerichtssaal, mit dem Bemerken, er habe sich geschämt, einzugestehen, dass er es nicht vollständig durchgelesen habe. Göring verlegte sich darauf, das Elaborat zu einem Buch ohne programmatische Bedeutung herabzustufen. Von der Verteidigung wurde behauptet, Hitler habe den Text als Privatmann und Oppositionspolitiker geschrieben. Angestrengt versuchte man, *Mein Kampf* – das Buch gehörte zu den vom Gericht akzeptierten Beweisdokumenten der Anklage – aus der Gerichtsverhandlung heraus zu bugsieren. Verwiesen wurde zu diesem Zweck auf demagogisch-versöhnliche Passagen des Textes an Englands Adresse und auf Hitlers an Frankreich gerichtete Erklärung, dass er Aussagen seines Buches in einer Neuausgabe zwar nicht korrigieren werde, seine Politik dadurch aber nicht gebunden sei.

Diesen Manövern stand jedoch die von der Anklage bewiesene Tatsache entgegen, dass die Politik der Gewalt und des Krieges, wie sie seit 1925, dem Erscheinen des ersten Bandes von „*Mein Kampf*“, von jedermann nachgelesen werden konnte, Richtschnur des Handelns der NS-Führer wurde. Das Buch enthielt den „Grundriss des Nazi-Angriffs“, wie der britische Anklagevertreter F. Elwyn Jones es formulierte. In ihm war die Politik des „siegreichen Schwertes“, der gewaltsamen Revision des Versailler Vertrages, der Schaffung Großdeutschlands, der Vorherrschaft in Europa, der Zerschlagung der Sowjetunion und der Errichtung eines riesigen Kolonialreiches im Osten entwickelt. Den Einwänden der Verteidigung, die auf Abweichungen der praktischen Politik von Aussagen des Buchtextes verwies, hielt die Anklage im Schlussplädoyer treffend entgegen: „*Mein Kampf* ist nicht lediglich als eine literarische Übung zu betrachten und ebenso wenig als starre Politik oder als unabänderlicher Plan. Seine Wichtigkeit liegt in der unmissverständlich aggressiven Haltung, die aus jeder Seite spricht.“ Der Versuch der Verteidiger und ihrer Mandanten, sich als zumindest anfänglich ahnungslose Gefolgsleute Hitlers hinzustellen, scheiterte kläglich, und dies – daher der Kampf um Wissen oder Nichtwissen – war für die Urteile von Bedeutung. Zudem wies das Gericht den Angeklagten nach, dass sie sich auch an Hitlers Ratschläge zur Durchsetzung der Ziele im eigenen Volke gehalten hatten, insbesondere an seine Aufforderung, die Lüge in den Dienst der Politik zu stellen.

Die Legende vom nicht, nur Teils und wenn, dann angewidert gelesenen Hitler-Buch zog aus dem Nürnberger Gerichtssaal ins deutsche Land. Sie wurde zum unentbehrlichen Baustein des Lügengebäudes von den ahnungslosen, betrogenen, geopferten Deutschen. Was ihnen politisch auch diktiert worden war, geistig konnte ihnen, den Angehörigen einer Nation, die Goethe und Schiller hervorgebracht hatte, dies doch nicht zugemutet werden. Dieses Selbstbild brauchten vor allem jene, die sich der Intelligenz zuzählten und die in Wahrheit um seine Verlogenheit wussten, beispielsweise Tausende von Deutschlehrern in den allgemeinbildenden Schulen des Nazireiches, die in ihren Unterrichtsstunden mit den Schülern die Auszüge aus „*Mein Kampf*“ gelesen hatten, die in die einschlägigen Schulbücher aufgenommen worden waren.

Dass sich nun ein Deutschlehrer, der an einem Gymnasium im österreichischen Salzburg auch Geschichte und Mathematik unterrichtet, darangemacht hat, in einer quellensatten Studie dieser Legende nachzuforschen, verdient alles Lob. Eine Erledigung wird wohl auch das nicht sein, denn es beleidigt die gerade auf neuen friedlich-fröhlichen Patriotismus verpflichtete Nation doch sehr, an Stunden der Verblödung und martialischen Aufhetzung, und sei es ihrer Vorfahren, erinnert zu werden.

Othmar Plöckingers Studie, deren Faktenreichtum hier nicht einmal angedeutet werden kann, führt von der Entstehungs- über die Publikations- zur Rezeptionsgeschichte von „*Mein Kampf*“. Dem dritten Teil sind zwei Drittel des Buches gewidmet, von denen wiederum etwa die Hälfte Wirkung und Echo des Buches in Deutschland vor 1933 zum Gegenstand haben. Dabei gliedert sich die Darstellung in Reaktionen, die von der christlichen evangelischen und katholischen sowie der jüdischen Publizistik bis zu denen der politischen Parteien, von der „Wirtschaft“ bis zu den Gewerkschaften reichen. Im Abschnitt für die Jahre 1933 bis 1945 wird deutlich, auf wie viele Weisen und über welche Kanäle diese – auch das ein Ausdruck aus den Verhandlungen in Nürnberg – „Dschungelphilosophie“ in die Köpfe der Deutschen gelangte. Auch untersucht der Autor die Wirkung des Buches in Großbritannien und den USA, in der Sowjetunion und der Komintern, in Frankreich und schließlich auch in Österreich.

Es gibt kein Fazit. So nahe es auch lag. Denn schon im Gerichtssaal ist 1946 versucht worden, freilich zum Zweck der Ablenkung, darauf hinzuweisen, dass man doch auch im Ausland habe lesen können, denn der Text lag in 16 Sprachen vor, was da geschrieben stand, angemessene Schlussfolgerungen von den Regierenden gleichwohl nicht gezogen wurden. Die Abhandlung weckt den Wunsch, dass sich zu ihr bald eine Fortsetzung über das Jahr 1945 hinausfinden möge. Denn es ist einfach nicht wahr, um noch einmal auf die Falschinformation des Deutschen Historischen Museums zurückzukommen, dass sich Hitlers Buch „allerdings nicht in eine Tradition abendländischen Staatsdenkens einordnen“ lässt. Aus einem ihrer Stränge kam nicht nur die hemmungslose Lust auf kriegerische Eroberung, sondern auch ihre speziellen, gewiss umgeprägten, in ihrem Wesen aber unveränderten Zielsetzungen „Made in Germany“.

Othmar Plöckinger: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922-1945. R. Oldenbourg, München 2006, 632 S., 49,80 Euro.

konkret, 2006, Heft 10, S. 27.

Schuldig – nicht schuldig

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Das Urteil des Internationalen Militärtribunals (Teil XII)

Am 30. September 1946 füllte sich der Sitzungssaal 600 im Nürnberger Justizgebäude noch einmal so dicht wie am Tage der Eröffnung des Hauptkriegsverbrecherprozesses, dem 20. November 1945. Das Richterkollegium hatte in den Wochen zuvor in Beratungen seine Urteile formuliert. Nun sollten sie bekanntgegeben werden. Die Entscheidungen der vier entscheidungsbefugten Richter, die die Siegermächte Sowjetunion, Frankreich, England und die USA stellten, waren einhellig oder, wenn Übereinstimmung sich nicht erzielen ließ, durch eine Abstimmung drei gegen eine Stimme gefallen. Wo sich zunächst jeweils zwei Voten gegenüberstanden, war erneutes Abwägen notwendig geworden. Das Abstimmungsverhältnis bei den Urteilen blieb geheim. Erst Jahre später wurde es durch das Studium von Aufzeichnungen eines der Beteiligten bekannt.

Zunächst verlasen die Richter die Begründungen für ihre Schuld- bzw. Freisprüche. Befunden worden war für jeden Angeklagten, unter welchem der vier Punkte der Anklage (Verschwörung, das Verbrechen der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen, Verbrechen im Krieg gegen das Kriegsrecht, Verbrechen gegen die Menschheit) er als schuldig oder nicht schuldig angesehen wurde. Sodann gab man die Entscheidung darüber bekannt, welche der faschistischen zivilen und militärischen Organisationen Deutschlands das Gericht als verbrecherisch charakterisiert hatte und welche von dieser Kennzeichnung ausgenommen worden waren. Dazu zwei Anmerkungen: Dass eine der in Rede stehenden Organisationen diese Kennzeichnung nicht erhielt – das traf für das Oberkommando der Wehrmacht ebenso zu wie für den Generalstab –, bedeutet nicht, dass von deren Angehörigen keine verbrecherischen Befehle erteilt oder befolgt worden waren. Damit berücksichtigte man lediglich, dass es sich bei beiden militärischen Führungszirkeln um diffuse organisatorische Strukturen handelte, die den Richtern ein eindeutiges Gesamturteil nicht ermöglichten. Und umgekehrt: Die Kennzeichnung als verbrecherische Organisation, als welche die Gestapo und die SS in allen ihren Teilen erfaßt wurden, besagt nicht, dass jeder einzelne ihrer Zugehörigen ohne weitere Prüfung als Verbrecher zu betrachten und zu behandeln war. Vielmehr wurde von Person zu Person geprüft und entschieden, ob und wie sich der einzelne schuldig gemacht hatte. Die Verlesung der Urteilsbegründungen erfolgte in Anwesenheit aller Angeklagten.

Tags darauf, am 1. Oktober, hatten die Angeklagten jeweils einzeln den Gerichtssaal zu betreten, um das ihnen bestimmte Strafmaß zu hören. Es lautete in elf Fällen auf "dead by hanging". Außerdem wurde dem in Abwesenheit verurteilten ehemaligen Reichsleiter Martin Bormann, dessen Verbleib während der Monate des Prozesses nicht hatte aufgeklärt werden können, diese Strafe bestimmt. Sieben Angeklagte erhielten Zeitstrafen von zehn Jahren bis zu lebenslänglicher Haft. Drei Angeklagte erhielten Freisprüche. Nicht alle Strafzumessungen waren einstimmig zustande gekommen. Das sowjetische Mitglied des Richterkollegiums gab öffentlich bekannt, in welchen Fällen er eine schärfere Ahndung als richtig ansah.

Mit den Urteilsverkündungen war die öffentliche Tätigkeit des Gerichtshofes definitiv beendet. Der Saal 600 leerte sich. Die Berichterstatter meldeten in alle Welt die Urteile und beschrieben, wie die Angeklagten sie entgegengenommen hatten.

Unerwartete Freisprüche

Die Vertreter der Nachrichtenbüros und der Presse umdrängten die drei Angeklagten, die für nicht schuldig befunden und sofort auf freien Fuß gesetzt worden waren: Franz von Papen, ein Architekt der Nazidiktatur und 1933/1934 Hitlers Vizekanzler, Hjalmar Schacht, seit 1933 Präsident des Direktoriums der Reichsbank, seit 1934 zudem kommissarischer Reichswirtschaftsminister und sodann Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung, und Hans Fritzsche, Leiter der Rundfunkabteilung im Reichspropagandaministerium, kehrten in das zivile Leben zurück. Sie stellten sich als völlig schuldlos an allem Unheil dar, dass der deutsche Faschismus über Europas Grenzen hinaus in die Welt gebracht hatte. Jedoch: Auf so viele „Fachleute“ die Bundesrepublik nach ihrer Gründung auch zu-

rückgriff, die drei waren politisch verbraucht, weshalb keiner von ihnen im Westen im Nachkriegsdeutschland noch eine politische Rolle zu spielen vermochte.

Ganz ungeschoren blieben die drei Exponenten des Naziregimes jedoch nicht. Von Papen wurde in ein Spruchkammerverfahren verwickelt und 1949 zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, kam jedoch nach zwei Jahren wieder frei. Es war ihm während dieser Zeit offenbar viel Muße geblieben, dass er schon 1952 als erster der „Nürnberger" einen Memoirenband erscheinen lassen konnte, dem er den Titel „Der Wahrheit eine Gasse" gab. Die damit formulierte Herausforderung schlug fehl. Ein Rezensent fand für das Machwerk die treffende Kennzeichnung: „Der Wahrheit eine Gosse". Hitlers Steigbügelhalter starb 1969 in seinem neunzigsten Lebensjahr.

Auch Schacht wurden von einer Spruchkammer acht Jahre Arbeitslager diktiert, doch hob eine Entscheidung einer Berufungskammer in Ludwigsburg das Urteil auf. Seine Kenntnisse und weitreichenden Beziehungen einsetzend, betätigte er sich erneut als Bankier und in mehreren Staaten als Finanzberater. Seine Erinnerungen „76 Jahre meines Lebens" können sich an historiographischem Wert mit denen Papens messen. Wie diese wurden sie keine Quelle der Geschichtswissenschaft, sieht man von jenem Zweig ab, der sich mit der wenig vergnüglichen Analyse und Entlarvung von Fälschungen und Beschönigungen von Personen, Ereignissen und Entwicklungen der Nazizeit sowie mit bloßen Rechtfertigungsschriften befasst.

Häftlinge als Biographen

An jenem 1. Oktober war die Arbeit des Gerichtshofes und des Kontrollrates, der über Gnadengesuche der Angeklagten oder von Personen, die solche zu deren Gunsten einreichen konnten, noch nicht vollständig beendet. Die zum Tode verurteilten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl wollten nicht am Galgen, sondern durch eine Kugel enden, was ihnen als ehrenvoll und ihrem militärischen Status angemessen erschien. Der einstige Großadmiral Erich Raeder, der von 1929 bis 1943 an der Spitze der Kriegsmarine gestanden hatte und zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, bat ebenfalls darum, erschossen zu werden. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Am 16. Oktober trat in einem dafür hergerichteten Nebengebäude des Justizkomplexes der Henker in Aktion. Hingerichtet wurden außer den beiden Militärs Hans Frank, Ernst Kaltenbrunner, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher. Hermann Göring hatte sich in der Nacht vor der Vollstreckung der Urteile in seiner Zelle töten können, ohne dass je aufgeklärt werden konnte, auf welchem Wege er in den Besitz des Giftes gelangt war. Deutsche Zeugen der Hinrichtung waren der bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Nürnberg Friedrich Leistner. Die Leichname wurden in einem Münchener Krematorium verbrannt und die Asche an einen geheim gehaltenen Ort gebracht. Dass und wo sie in einem kleinen Nebenfluss der Isar versenkt worden war, wurde später ruchbar. Das mit diesem Verfahren angestrebte Ziel, Verehrern der Hingerichteten keinen Wallfahrtsort zu liefern, war dennoch erreicht worden.

Die zu Zeitstrafen verurteilten sieben Angeklagten blieben zunächst im Zellenbau in Nürnberg. 1947 zogen sie in das ausschließlich für die Hauptkriegsverbrecher bestimmte Gefängnis in Berlin-Spandau um, das im US-amerikanischen Besatzungssektor der Stadt lag. Hier herrschte in den folgenden Jahrzehnten, ungeachtet der wechselvollen Geschichte des Verhältnisses der einstigen Alliierten zueinander, ein Viermächteregime. Die am Prozess beteiligten Siegermächte stellten, von Monat zu Monat einander ablösend, ihre Kontingente für die Leitung und Bewachung des Gefängnisses. Seine Insassen waren anfänglich die zu lebenslanger Haft bestimmten Rudolf Heß, Erich Raeder und Walther Funk, dazu der zu zehn Haftjahren verurteilte Karl Dönitz sowie Konstantin Freiherr von Neurath, der 15 Jahre zu verbüßen hatte, und Albert Speer und Baldur von Schirach, deren Strafen auf 20 Jahre lauteten. Für keinen dieser Insassen gab es in den folgenden Jahren eine Haftverkürzung auf dem Gnadenweg.

Dennoch leerte sich der Bau früher, als es die Höhe der Urteile erwarten ließ. Als erster gelangte Neurath, der Älteste der Einsitzenden, da er nicht länger als haftfähig angesehen wurde, wieder auf

freien Fuß. Er starb zwei Jahre darauf im Alter von 83 Jahren. 1955 bereits kam auch Raeder frei. Er profitierte von dem öffentlichen Druck maßgeblicher politischer und kirchlicher Kreise der Bundesrepublik, alle verurteilten deutschen Militärs freizulassen und damit den Weg für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und die Verwendung von einstigen Wehrmachtsgeneralen und -offizieren in der westdeutschen Armee freizumachen. Fünf Jahre später starb er 84jährig; zuvor schrieb er seine zweibändigen Memoiren, betitelt „Mein Leben".

Sein Nachfolger unter Hitler, Dönitz, kam 1956 nach dem Ende seiner Haftzeit frei. Schon zwei Jahre später brachte er als das erste seiner Bücher den Memoirenband „Zehn Jahre und zwanzig Tage" auf den Markt. Er erwies sich darin wie in seinen folgenden Publikationen und bei öffentlichen Auftritten bis an sein Lebensende – er erreichte das 90. Lebensjahr – als unbelehrt. 1957 wurde auch Funk nicht länger als haftfähig angesehen und entlassen. Er starb drei Jahre später mit 70 Jahren. Zuvor noch hatte ihn eine westdeutsche Spruchkammer zu einer Geldstrafe verurteilt, die als Sühne für seinen Anteil an der Judenverfolgung angesehen wurde.

Danach befanden sich nur noch drei der Verurteilten in Gewahrsam der Alliierten und unter Haftbedingungen, die sich manche der deutschen Kriegsgefangenen – die letzten waren 1955 nach Deutschland zurückgelangt – gewünscht hätten. Speer und von Schirach kamen nach Ende ihrer Haftzeit frei. Der einstige Reichsjugendführer, spätere Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien ging in der Illustrierten Stern sofort daran, seine Memoiren zu schreiben, wobei ihm ein Redakteur, eine Stenotypistin und ein Ghostwriter zur Seite standen. Alsbald, 1967, erschienen die Texte auch als Buch. Es erhielt den Titel „Ich glaubte an Hitler" und sollte den Autor als einen in jungen Jahren Verführten und so in das Regime Verstrickten erscheinen lassen. Jahrzehnte später gab einer von Schirachs Söhnen die Enttäuschung kund, die ihn erfaßt hatte, als die Begegnung mit seinem Vater nach dessen Freilassung ihn erkennen ließ, dass den auch zwei Jahrzehnte Zeit des Überlegens nicht zu einer kritischen Bewertung seiner Rolle gebracht hatte.

Speer verschwieg vieles

Speer ließ sich mit der Abfassung seiner Erinnerungen mehr Zeit. Sie erschienen 1969 und von da an in vielen Auflagen. Bei ihrer Abfassung hatte er mit dem Publizisten und Hitler-Biografen Joachim Fest einen gewieften Ratgeber zur Seite. Wie schon im Gerichtssaal verstand es der einstige Rüstungsminister, den Eindruck von Selbstkritik und Reue zu erwecken und gleichzeitig die Rolle, die er an der Seite Hitlers namentlich seit Anfang 1942 gespielt hatte, soweit sie sich mit verbrecherischen Handlungen verband, abzuschwächen. Indessen haben quellengestützte Untersuchungen von Historikern verdeutlicht, dass Speers Strafe hochwahrscheinlich anders ausgefallen wäre, wenn das Gericht alle jene Tatsachen gekannt hätte, die erst später ans Tageslicht kamen. Sicher ist, dass dann sein Entlassungsdatum aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis später gelegen haben dürfte. Möglicherweise wäre auch sein Todestag ein anderer geworden. Er starb 1981 auf einer Reise nach London.

Von diesem zusätzlichen Wissen über den Anteil Speers an verbrecherischen Handlungen ist jedoch kaum etwas zur Kenntnis der Zeitgenossen gelangt. Das verlogene Bild des Architekten, Künstlers und Technokraten bediente das Bedürfnis vieler Intellektueller, die sich, wie er, aktiv und aus freien Stücken in die Dienste des Faschismus begeben hatten. Speer, die Legende, nicht die reale Person, wurde daher auch zur bevorzugten Figur der Produzenten von Kino- und Fernsehfilmen. Es scheint im Umkreis von Hitler keine interessantere Person gegeben zu haben als diesen aus gutbürgerlichem Hause stammenden Architekten, der durch seine Praktiken als Rüstungsminister mehr zur Verlängerung des bereits verlorenen Krieges beigetragen hat als selbst der Fanatischste unter den Durchhalte-Feldmarschällen der Wehrmacht.

Die fortdauernde Vorliebe für Speer mag mehrere Gründe haben. Einer besteht darin, dass die Fokussierung auf seine Biografie ermöglicht, viele Themen auszulassen, die nach wie vor dringend der Aufklärung bedürfen. Speer hat, anders als Papen und Schacht, keine Rolle bei der Etablierung der Diktatur gespielt und war, anders als Raeder, Keitel und Jodl, unbeteiligt, als der Weg in den Krieg geplant, geebnet und beschritten wurde. Speer wurde von der faschistischen Führung in den ersten

Jahren vor keinem einzigen Überfall auf ein friedfertiges Land nach Meinung oder Mitwirkung gefragt. Erst der Zufall eines Flugzeugabsturzes, bei dem der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt, umgekommen war, hatte ihn als dessen Nachfolger an den herausragenden Platz im engsten Führungskreis gebracht. Zu dem Zeitpunkt, im Januar 1942, sah sich die Clique der Eroberer zum ersten Mal vor einem Scherbenhaufen ihrer Pläne. Der lag wenige Kilometer vor Moskau. Speer, nach Schirach der jüngste auf der Anklagebank, gehörte dem Datum seines Beitritts zur NSDAP im Jahr 1931 nach zwar noch zu den Frühchen, gemessen an seinen – Geschichte gestaltenden – Anteil aber war er der Spätling unter den Angeklagten.

Einzig der „Stellvertreter des Führers", Heß, verblieb nach 1966 weiter in Spandau und das noch für mehr als zwei Jahrzehnte. 93jährig nahm sich der Gefangene das Leben. Für ihn allein war das Urteil lebenslänglich uneingeschränkt wirksam geworden. Daran besaß Heß selbst einen doppelten Anteil. Der eine Teil bestand aus seiner Rolle in den Jahren seines Aufstiegs im Zeichen des Hakenkreuzes, der andere aus seiner Haltung im Gerichtssaal und während seiner Haft. In seinem Schlusswort während des Kriegsverbrecherprozesses hatte er erklärt, dass er, gäbe es für ihn eine zweite Chance, tun würde, was er getan hatte. Keine weitere Information, und schon die im Gerichtssaal erhaltenen hätten genügen können, veranlassten ihn zu einem Wort der Distanz oder gar des Bedauerns. Dies und die Bewegung, die sich nichtsdestoweniger in der Bundesrepublik für die Freilassung des letzten Gefangenen einsetzte, bewirkten mit, dass es ungeachtet des Alters des Gefängnisinsassen zu keiner Begnadigung kam. Heß war zu einer Galionsfigur der Unbeirrbaren und ihrer jungen Gefolgschaft geworden. Als er im pfälzischen Wunsiedel, unweit der Stätte seiner theatralischen Auftritte auf Aufmarschfeldern des Nürnberger Parteitages, beigesetzt worden war, wählten (Neo-)Nazis den Ort als Stätte ihrer alljährlichen Wallfahrten, deren (vorerst?) letzte 2004 mit richterlicher Genehmigung stattfinden konnte.

Hinterlassenschaft und Erbe

Nürnberg, Blickpunkt vieler Millionen, die den Prozess auch zu einem Gericht der Völker gemacht hatten, und Treffpunkt einer internationalen Gesellschaft, wie sie sich in den folgenden Jahren in keiner deutschen Stadt mehr einfinden sollte, leerte sich im Oktober 1946 nicht vollständig. Kam es auch nicht, wie ursprünglich gedacht, zu weiteren Prozessen vor internationalen Tribunalen, so blieb die Stadt und ihr Gerichtsgebäude dennoch der Ort, an dem US-amerikanische Gerichtshöfe weiter gegen führende Zivil- und Militärpersonen des Regimes und gegen mehrere Tätergruppen Anklage erhoben. Insgesamt fanden bis 1949 dort zwölf weitere Verfahren statt, die als Nürnberger Nachfolgeprozesse in die Geschichte der strafrechtlichen Verfolgung von Naziverbrechern eingingen und von denen Jedes Denkwürdigkeit besitzt. Dazu verblieben ein Teil des juristischen Personals und deren Helfer in der Stadt an der Pegnitz. Während Robert Jackson in die USA zurückkehrte, wo er 1954 starb, übernahm mit Telford Taylor ein Mann die Rolle eines Chefanklägers, der nicht weniger entschlossen war als sein Vorgänger, die Untaten aufzuklären und die Beteiligten zu bestrafen.

Nicht beendet war aber auch die Verarbeitung des Materials, das zur Hinterlassenschaft des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher gehörte. Gesichert werden musste dessen Erfassung, Ordnung und Archivierung. Zugleich beschlossen die Richter der vier Staaten, dass das Protokoll der Verhandlungen und die in deren Verlauf herangezogenen und vom Gericht zugelassenen Dokumente gedruckt werden sollten. 1947 erschien (bis 1949) eine deutschsprachige Ausgabe, die insgesamt 42 Bände umfasste und die freilich nur in wenige wissenschaftliche und andere Spezialbibliotheken gelangte. Deutsche Historiker, zunächst noch durchweg Angehörige der älteren Generation, die zumeist auch in den Jahren der Nazidiktatur beruflich tätig gewesen waren, zeigten wenig Interesse, sich forschend dieser Quellen zu bedienen. Soweit sie sich überhaupt zu den zwölf Jahren zwischen 1933 und 1945 äußerten, geschah das in sehr allgemeinen, von den Quellen fernen Betrachtungen, in denen nicht selten Zuflucht im Dunkel des Irrationalen gesucht wurde. Den Buchmarkt beherrschten in der Bundesrepublik die Erinnerungen und „Analysen" von Generalen und Admiralen der Wehrmacht. Auch nach den Vorstellungen der Adenauer-Regierung war Nürnberg, wie überhaupt die von Deutschen begangenen Verbrechen, kein Thema, das im gesellschaftlichen Bewusstsein gehalten werden sollte.

Im ostdeutschen Staat wurde ein – breiteren Kreisen zugänglicher – Einblick in die Tätigkeit des Internationalen Tribunals durch eine zweibändige Quellenedition möglich, die Peter Alfons Steiniger, ein an der Berliner Humboldt-Universität tätiger Völkerrechtler, 1957 im Staatsverlag herausbrachte. Er versah sie mit einer Einleitung, in der er sich mit den inzwischen von westdeutschen und anderen Juristen erhobenen Einwänden gegen den Prozess auseinandersetzte. Im gleichen Jahr erschien in deutscher Übersetzung ebenfalls in einem DDR-Verlag das Buch des polnischen Juristen Jerzy Sawicki, der an der Delegation seines Landes am Gerichtsverfahren teilgenommen hatte. Sein Titel lautete „Als wäre Nürnberg nie gewesen“.

Nürnberg hatte durch den Prozess einen neuen Beiklang erhalten. Der reihte sich an frühere: das „Nürnberger Ei“, die Lebkuchen und Würstchen, das Spielzeug, anders an als die Reichsparteitage und die berüchtigten Gesetze vom 15. September 1935. In der Geschichte des Völkerrechts standen fortan die Nürnberger Prinzipien. Zum ersten Mal war eine Führungsgruppe, die einen Erdteil in einen Krieg getrieben hatte, ergriffen, angeklagt, abgeurteilt und bestraft worden.

junge Welt, Sonnabend, 30.09.2006, S. 10.

Das Urteil der Völker

Der Bestrafung der deutschen Hauptkriegsverbrecher folgte alsbald eine Gnadenarie

Am 30. September/1. Oktober 1946 endete mit dem Urteilsspruch „der Jahrhundertprozess“, so eine seiner Kennzeichnungen. Doch die Auseinandersetzungen, die zwischen der Anklage und den Verteidigern um Verantwortung und Schuld der Angeklagten im Verlauf des Verfahrens stattgefunden hatten, fanden augenblicklich ihre Fortsetzung, wenn auch das Besatzungsrecht und die Kontrolle der Alliierten den Gegnern des Prozesses und der Urteile noch Schranken auferlegten.

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit fanden viele weitere Prozesse vor Gerichten der Alliierten statt. Zeitgleich publizierten in den Westzonen vor allem die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess tätig gewesenen deutschen Anwälte Schriften mit juristischen Einwänden, die sie schon im Gerichtssaal vorgebracht hatten. Das war nicht verwunderlich. Die vier Mächte hatten, was die Zulassung und Auswahl der deutschen Juristen anlangte, welche die Angeklagten von Hermann Göring bis Hans Fritzsche vertraten, keine besonders hohen Schranken errichtet. Weder die Mitgliedschaft in der NSDAP noch die Tatsache, von einem Nazi-Minister als Professor auf einen juristischen Lehrstuhl berufen worden zu sein, stellte einen Hinderungsgrund dar. Bald auch machten sich ausgesprochene Faschistenfreunde bemerkbar. Noch nicht Deutsche, aber Ausländer wie der Franzose Maurice Bardèche, dessen Elaborat „Die Politik der Zerstörung“ dann auch in deutscher Sprache gedruckt und verbreitet werden konnte. Dieser Gründervater des französischen Nachkriegsfaschismus hatte Kommunisten und Marxisten als Urheber der Nürnberger Urteile ausgemacht.

Den Kritikern traten andere Juristen, namentlich Völkerrechtler entgegen: in der DDR Rudolf Arzinger und wirkungsvoll Peter Alfons Steiniger, dem auch das Verdienst zukommt, wichtige Dokumente, die dem Gericht vorlagen, in Auswahl einem breiteren Publikum kompakt zugänglich gemacht zu haben, denn der amtliche Prozesstext samt aller vom Gericht zugelassenen Dokumente, in 42 Bänden publiziert, gelangte nur in Spezialbibliotheken.

Bis heute scheint mir das Verdienst der Juristen der vier Mächte und ihrer Stäbe durch die Geschichtsschreiber nicht angemessen gewürdigt. Wenngleich das nicht seine Aufgabe war, funktionierte dieser Gerichtshof auch als ein einmaliges historisches Forschungslabor. Keine spätere Forschergruppe von Historikern hat so zahlreich und so zielstrebig kooperiert, um ein Gesamtbild des verbrecherischen imperialistischen Systems zu gewinnen, das sich mit dem Namen Nationalsozialismus tarnte. Von diesem Verdienst ist noch weniger ins öffentliche Bewusstsein gelangt, ja, es ist auch verfälscht und ins Gegenteil verkehrt worden.

Die kürzeste Formel zur Herabsetzung des Geleisteten lautete alsbald „Gericht der Sieger“. Dabei hatten die Juristen der vier Mächte nicht bestritten, dass sie als solches tätig wurden. Doch zum einen konnten sie rechtens beanspruchen, ein Gericht der Völker zu sein, und sie vermochten, wichtiger noch, nachzuweisen, dass sie sich an Grundsätze, Maßstäbe und Richtlinien internationalen Rechts gebunden fühlten und dieses Recht auch sinngemäß (nicht willkürlich) weiterentwickelten.

Die Kennzeichnung „Gnadenarie“, die von Robert M. W. Kempner stammt, der sich um den Prozess, die Nachfolgeprozesse und das Wachhalten einer in die jeweilige Gegenwart gerichteten Erinnerung an Nürnberg hohes Verdienst erwarb, und der ihm verwandte Ausdruck „Gnadenfieber“, den der Historiker Norbert Frei benutzt hat, beziehen sich auf Vorgänge, die zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik gehören, also in Jahre zurückführen, die im allgemeinen Bewusstsein ihrer Zeitgenossen nur als die des Wirtschaftswunders existieren und dort so auch gepflegt werden. Indessen wurde in jenem ersten Nachkriegsjahrzehnt ein Prozess vorangetrieben, der – weit über die damals getroffenen Entscheidungen, Personen betreffend, hinausreichend – eine deutliche Abwendung von jenem Blick auf Faschismus und Krieg bedeutete, den Nürnberg eröffnet hatte.

An die am 30. September und 1. Oktober 1946 verkündeten und begründeten Urteile des Hauptprozesses war freilich kein Herankommen. Nur die vier Mächte gemeinsam hätten deren Korrektur bewirken können. Dönitz, Speer, Schirach und Heß hatten ihre Strafen in Spandau abzusitzen. Aus Krankheitsgründen von weiterer Haft verschont und entlassen wurden 1954 von Neurath, er war der

älteste der Gefangenen, 1955 Raeder und 1957 Funk. Von den drei zu lebenslanger Haft Verurteilten hat folglich nur der einstige „Stellvertreter des Führers“ seine Strafe ganz verbüßt. Daran hat sein Verhalten den entscheidenden Anteil. Er blieb bei seinem faschistischen Bekenntnis.

Noch vor Gründung der Bundesrepublik, 1948, hatten sich in den Westzonen Kräfte formiert, die eine Überprüfung der Urteile und Begnadigungen und Freilassungen der Verurteilten verlangten. Es verbündeten sich dazu „alte Kameraden“ und herausragende Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen. Sie besaßen Geld und Einfluss genug, im Lande die ohnehin vorhandene Schlussstrichstimmung zu verstärken und übten Druck auf den Mann aus, dem die USA-Regierung das Gnadenrecht übertragen hatte. John McCloy, der Hochkommissar der USA in Deutschland, sah sich nach der Gründung des Weststaates nicht nur dem Drängen Konrad Adenauers und der Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) ausgesetzt, sondern er und seine Familie erhielten auch handfeste anonyme Drohungen, so dass besondere Bewachungs- und Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. In Landsberg fand eine Kundgebung zur Freilassung der dort gefangenen Kriegsverbrecher statt, gegen die eine Gruppe von DPs demonstrierte, die mit den Rufen „Juden raus“ empfangen wurde.

Seit dem Ende des Prozesses waren noch keine fünf Jahre vergangen, als am 31. Januar 1951 McCloy für den ihm übertragenen Zuständigkeitsbereich und der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa, Thomas T. Handy verlautbaren ließen, wie weiter verfahren werden sollte. Strafen wurden umgewandelt, darunter die Mehrheit noch nicht vollstreckter Todesurteile, Haftstrafen verkürzt oder als verbüßt erklärt. Anfang Februar 1951 waren ausnahmslos alle Personen, die in den drei gegen Industrielle geführten Prozessen (Krupp, Flick-, IG-Farben) verurteilt worden sind, wieder auf freiem Fuß.

Alfried Krupp gab noch in Landsberg im ersten Hotel am Platze sogleich ein Frühstück und eine improvisierte Pressekonferenz. Nicht nur, dass er auf freien Fuß gelangt war, McCloy hatte auch den Teil des Urteils korrigiert, der die Vermögensbeschlagnahme betraf. Dabei bezog er sich darauf, dass dies ein Ausnahmeurteil gewesen sei, das auch in der US-amerikanischen Rechtsprechung keine Deckung besäße. Indessen durfte diese Korrektur eher als ein Signal an die deutsche Industrie gewertet werden, sich unbekümmert an den nun erwünschten Initiativen zum Aufbau einer westdeutschen Armee zu beteiligen und nicht zu fürchten, dass Produktion für Rüstung und Krieg ein strafbarer Tatbestand sei. Das Eintreten für den Schlussstrich, zu dem auch die Forderung gehörte, keine Kriegsverbrecher noch an die Staaten auszuliefern, von denen sie wegen ihrer Untaten gesucht und verlangt wurden, gehört zum Gründungskitt der politischen Kräfte, welche die Bundesrepublik schufen. Das Interesse der Westmächte an der Einbeziehung Westdeutschlands in das transatlantische Militärbündnis lieferte den kräftigsten Hebel zum Erfolg. Im Sommer fanden in Landsberg die letzten Hinrichtungen statt. Sie betrafen Schwerstverbrecher wie den Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, Oswald Pohl, und vor allem Kommandeure von Mörderschwadronen, die auf sowjetischem Boden gehaust hatten.

Zahlen und Fakten

Im Hauptkriegsverbrecherprozess vom 6. Oktober 1945 bis 1. Oktober 1946 ergingen die Urteile: zwölf Mal Todesstrafe (Bormann in Abwesenheit, Frank, Frick, Göring, Jodl, Kaltenbrunner, Keitel, Ribbentrop, Rosenberg, Sauckel, Seyß-Inquart, Streicher), drei Mal lebenslänglich (Funk, Heß, Raeder) und vier zeitlich begrenzte Haftstrafen (Dönitz, Neurath, Schirach, Speer), drei Freisprüche (Papen, Fritzsche, Schacht); die Todesurteile wurden am 16. Oktober 1946 vollstreckt.

In den folgenden Nürnberger Prozessen wurde gegen 185 Personen Anklage erhoben und gegen 177 verhandelt. Es kam zu 24 Todesurteilen, 20 lebenslänglichen, 98 zeitlich begrenzten Haftstrafen und 35 Freisprüchen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30. September/1. Oktober 2006, S. 24.

Die verweigerte Bilanz

Nach ihrer Niederlage vertraut die Spitze der Berliner Linkspartei auf die kollektive Weisheit der „Gremien“: Wortgeprassel statt Analyse und Diskussion

Propheten mussten nach diesem 17. September 2005 nicht befragt werden, um Klarheit darüber zu gewinnen, dass das Wahlergebnis der Berliner Linkspartei zu einem gehörigen Grummeln in der Basis der Organisation führen werde. Noch am Tage zuvor hatte ihr Spitzenkandidat in einem Interview selbstbewusst auf fünf Jahre erfolgreichen Kampf zurückgeblickt, in denen viel bewegt worden sei, die Menschen positive Erfahrungen vermittelt bekamen, das Interesse der sozial Schwachen verfochten, Berlin wieder auf die Füße gebracht und unglaublich viel Akzeptanz gewonnen wurde. Nun war zu hören, die Basis müsse ein Machtwort sprechen. Bevor sie aber den Mund auch nur aufmachen konnte, war er ihr verschlossen worden. Durch einen kräftigen und atemberaubenden Bruderkuss, verabreicht von den Führern. „Gemeinsam“, lautete der Worthauch, der folgte.

Einlullen und Zeitgewinn

Das meinte: Wir brauchen euch fürs Überlegen und Nachdenken, Sprechen und Reden, Analysieren und Wichten. Mit alledem haben wir zwar in den „Gremien“ schon begonnen, aber – die kollektive Weisheit muss her. Damit wir die Fehler überwinden, die nicht genannt werden. Auch die Defizite konstruktiv abstellen, die keine Erwähnung erfahren. Schließlich auf dem politischen Kurs vorankommen, der unbezeichnet bleibt. Wortgeprassel, statt auch nur eines bescheidenen Angebots einer Bilanz. Nachlesbar in einem drei Tage nach dem Desaster den Genossinnen und Genossen geschriebenen Brief des Berliner Parteivorsitzenden und auch – beispielsweise – in einer Erklärung der Parteioberen in Treptow-Köpenick, wo alle sechs Direktmandate, die Stellung als stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung und – wahrscheinlich – der Posten des Bürgermeisters verloren gegangen waren. Die Funktion von derlei Verlautbarungen ist, um mit Heine zu reden, das Einlullen. Die da erklären, sie hätten angefangen, das desaströse Wahlergebnis zu diskutierten, haben nichts Vorzeigefähiges zu Tage gefördert. Und sie setzen auf Zeitgewinn.

Wortreich präsentieren sie der Basis vor allem Listen mit Warnungen. Nr. 1: Die Niederlage dürfe nicht gerechtfertigt werden, als hätte jemand diese Absicht erkennen lassen. Sie sei auch nicht zu beschönigen, als wäre das Kunststück zu machen. Sie dürfe nicht zusätzlich legitimiert werden, wie immer und in wessen Interesse das angestellt werden könnte. Nr. 2: Jetzt helfe es nicht zu klagen oder zu resignieren oder sich fluchtartig zurückzuziehen. Nr. 3: Zu vermeiden sind einfache, eindimensionale und übereilte Antworten auf die Fragen nach den Ursachen der massenhaften Abwendung von der Linkspartei. Nr. 4: Nicht die Wähler und Nichtwähler sind für schuldig zu erklären, wenngleich die an ihrer Enttäuschung über das Wirken der Abgeordneten und Senatoren nicht völlig unbeteiligt sind, denn sie hatten sich die falschen Erwartungen gemacht. Wir haben es nur nicht vermocht, ihnen die berechtigten zu vermitteln. Es ist nicht vorstellbar, dass es unter den Abgeordneten und Senatoren der vergangenen Wahlperiode und den Mitarbeitern ihrer Büros niemanden gibt, der die Reihe der Entscheidungen, Handlungen und Unterlassungen hersagen könnte, durch die sich die Partei ihren Wählern, Mitglieder und Nichtmitgliedern, hochgradig entfremdet hat. Dann aber fehlt es am Willen, dann dominiert die Bilanzverweigerung. Dann ist der Ruf nach Analyse betrügerisch. Wo überhaupt auf die verflossenen Jahre Bezug genommen wurde, bestehen die Politiker darauf, dass das angeblich Alternativlose „sozial ausgewogen“ getan, die „soziale Balance“ gehalten wurde. Nur haben die Wähler das nicht bemerkt und wir, die Politiker, haben ihnen das „nicht genügend kommuniziert“.

Geistige Hungerrationen

„Nicht genügend“, nicht im Sinne der aus Schulzeiten bekannten Benotung, hat es in den jüngsten Erklärungen in den Rang eines Lieblingswortes gebracht und das aus Politbüro-Zeiten erinnerliche „noch besser“ abgelöst. „Nicht genügend“, heißt es daher, haben wir auch unser Profil geschärft. Beim Anrichten dieses Breis war nicht einmal Schmalhans Küchenmeister. Hier werden geistige Hungerrationen verabreicht. Die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin wirkte in den letzten Jahren wieder und wieder ähnlich wie der Pfropfen auf der Flasche. Sie be- und verhinderte das

öffentliche In-Aktion-treten von Massen, sie hat den außerparlamentarischen Kampf großer Gruppen, und das weder notwendig noch automatisch, weitgehend zum Erliegen gebracht. Das Personal der medizinischen Kliniken bildete eine rühmliche Ausnahme, dessen Erfahrungen zu verwerten niemandes Aufgabe mehr gewesen wäre als die linker Politiker. Es war ein Interview in dieser Zeitung, das – die Wahlniederlage war erlitten – nach der Haltung des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei zu derartigem Eingreifen fragte. Wo waren, wurde geforscht, die so sehr an einer verbesserten Schulbildung interessierten Abgeordneten denn, als die Schüler kürzlich auf die Straße gingen. Er könne seine Genossen dahin nicht befehlen. Eben. Das sollte er auch nicht. Dass dies aber nötig wäre, darin liegt das Problem und die Schande. Damit wären wir dann bei den Bilanzfragen, einer von vielen. Ihnen zu entkommen, böte ausschließliche Konzentration auf Koalitionsverhandlungen und Wiedereintritt in die Landesregierung einen Fluchtweg. Wird dieser Weg eingeschlagen, entstünden Folgen, für deren Vorhersage kein Prophet gebraucht wird.

junge Welt, Montag, 02.10.2006, S. 3.

Keine Kollektivschuld

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46. Das internationale Echo auf die Urteile (8)

Kaum war der letzte Angeklagte am 1. Oktober 1946 aus dem Gerichtssaal geführt und die abschließende Sitzung des Internationalen Tribunals vom Lordrichter Geoffrey Lawrence geschlossen worden, eilten die Beobachter an Fernschreiber und Telefone. Über den Erdball verbreitete sich die Nachricht von den Entscheidungen der vier verantwortlichen Richter der Alliierten. Über Rundfunksender und durch Sonderausgaben von Zeitungen erfuhren Millionen, was den Angeklagten von Nürnberg bevorstand. Zwölfmal war die Todesstrafe ausgesprochen worden, siebenmal Haftstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslang, drei Freisprüche waren ergangen. Das Echo auf die Urteile ließ weltweit nicht auf sich warten.

Im Zentrum Münchens, der einstigen „Hauptstadt der Bewegung", warteten Menschenschlangen auf die Auslieferung der damals wöchentlich in zwei Ausgaben erscheinenden Süddeutschen Zeitung. Für den 11. Oktober kündigte die Nymphenburger Verlagsanstalt eine Broschüre mit dem vollen Wortlaut des Urteils an, das in den folgenden Tagen Zeitungen in langen Auszügen druckten. Das Sekretariat des Gerichtshofes gab bekannt, dass der erste von insgesamt 20 (es wurden 22) Bänden in Druck gehe, in denen der gesamte Prozess wortgetreu dokumentiert sein werde. Schon nach flüchtigem Lesen der Nachricht begannen auf den Straßen Diskussionen. Die Zeitungsreporter hatten keine Schwierigkeiten, Meinungen einzuholen, die von Zustimmung bis Enttäuschung reichten. Kaum jemand schwieg, abgesehen von jenen, die ihre Sympathie für einen oder mehrere der Angeklagten verbargen oder sich still fragten, was die Urteile, namentlich die über die faschistischen Organisationen, für sie selbst an Konsequenzen bargen.

Gnadengesuche abgelehnt

Selbstverständlich galt das Interesse in den vom Krieg heimgesuchten Staaten vor allem den Schuldsprüchen, welche die ehemaligen politischen und militärischen Führer des Nazireiches betrafen. Doch richteten Kommentare von Politikern und Juristen die Aufmerksamkeit auch auf das für die Zukunft wichtigste Ergebnis des Verfahrens. Einhellig hatten die Richter den Angriffskrieg für völkerrechtswidrig und verbrecherisch erklärt und klargemacht, dass ein Verbrechen solchen Typs nicht einem Staat anzulasten sei, sondern, da es von Menschen ins Werk gesetzt werde, diese für ihr Tun einzustehen hätten. Mit diesem revolutionären Schritt in der Geschichte des Völkerrechts verband sich die Hoffnung, dass von ihm eine stark abschreckende Wirkung ausgehen werde, damit die Aussichten der Völker, in Friedenszeiten zu leben, wachsen können.

Was die Strafmaße der Verurteilungen anlangte, gingen die Meinungen häufig auseinander. Namentlich in Ländern, die unter der deutschen Besatzungsherrschaft schwer gelitten hatten, so in Frankreich und der Tschechoslowakei, wurden die Urteile unterhalb von Todesstrafe und lebenslänglicher Haft für zu milde gehalten. Dass über Konstantin von Neurath, einst Herr auf der Prager Burg, eine Haftstrafe von zwanzig Jahren ausgesprochen worden war, sahen Tschechoslowaken als verfehlt an. Einige Angeklagte, wurde gefordert, sollten nach dem Spruch des Internationalen Gerichtshofes nun nationalen Gerichten übergeben werden, damit die Verbrechen verhandelt werden konnten, die von ihnen im jeweiligen Land verübt worden waren. In Österreich verlangte man – auch der Justizminister machte sich das zu eigen – den freigesprochenen Franz von Papen wegen seiner Rolle beim „Anschluss" und Baldur von Schirach, einst Reichsstatthalter von Wien, ausgeliefert zu bekommen. Besorgt bezeichnete sich der frühere Außenminister der USA, Sumner Welles, dem der Freispruch Papens als „am meisten befremdend" erschien, das Urteil über den Generalstab als nicht verbrecherisch als „dem Weltfrieden der Zukunft entgegengesetzt".

Schon in den Abkommen, welche die Alliierten während des Krieges schlossen, war vereinbart worden, dass die deutschen Kriegsverbrecher verurteilt und die Urteile auch vollstreckt werden sollten. Das schloss das Recht der Verurteilten, Gnadengesuche einzureichen, nicht aus. Manche stellten die Anträge selbst, für andere traten Anwälte oder Angehörige ein. Über Gewährung oder Ablehnung

entschied der alliierte Kontrollrat. Der aber korrigierte kein Urteil. Die Zahl der Gesuche um Strafmilderung hielt sich in Grenzen. Vom Münchener Kardinal Michael von Faulhaber wurde berichtet, er habe den Papst gebeten, er möge sich für die Umwandlung der Todesstrafe für Hans Frank, der reuig in den Schoß des Alleinseligmachenden zurückgekehrt war, einsetzen. Doch aus dem Vatikan erging das Zeichen, der Heilige Vater werde nicht zugunsten Verurteilter tätig werden. Er hätte sich auch nur in einen Gegensatz zu Millionen katholischer Gläubiger bringen können. Nicht anders verhielt sich die auf eine Intervention zugunsten des ehemaligen Reichskommissars Arthur Seyß-Inquart angesprochene Wilhelmina, Königin der Niederlande. Auch sie ließ abwinken.

Umstrittene Freisprüche

Hart umstritten waren die zugunsten von Papen, Schacht und Fritzsche ergangenen Freisprüche. Viele sympathisierten mit den abweichenden Standpunkten des sowjetischen Mitglieds des Richterkollegiums. Auf schärfsten Widerspruch stieß das „Nicht schuldig“ für den Steigbügelhalter und Vizekanzler Hitlers. Das mag seine Ursache darin gehabt haben, dass von Papen stärker im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden hatte als Schacht, dessen Anteil an Hitlers Weg in die Berliner Wilhelmstraße kaum geringer war. Auch Dwight D. Eisenhower drückte Verwunderung über den Freispruch aus. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in den Westzonen, Kurt Schumacher, sah in diesem Freispruch eine „Ermutigung der kapitalistischen und politischen Reaktion“. Noch konnte niemand glauben, dass sozialdemokratische Führer vier Jahre später in den Chor derjenigen einstimmen würden, die dem Hohen Kommissar der USA die „Gnadenarie“ vorsangen. Die Pariser Zeitung *Combat* bemerkte, in von Papens und Schachts Handlungen hätten sich die „Sünden einer ganzen Gesellschaftsschicht“ ausgedrückt.

Von Papen, so lautete eine vielfach erhobene Forderung, solle vor ein deutsches Gericht gestellt und wegen Hochverrats angeklagt werden. Niemand glaubte, dass er und Schacht, wie beide behaupteten, je von ernstzunehmender Gegnerschaft gegen das Regime und den „Führer“ geleitet gewesen wären. Sie galten als skrupellos, einzig auf persönlichen Vorteil bedacht. In Deutschland wurden die Freisprüche vor allem als hochgradig ungerecht gegenüber den „kleinen“ Nazis angesehen, die sich in Arbeits- und Straflagern befanden, und auch gegenüber Soldaten, die kriegsgefangen in französischen Bergwerken Schwerstarbeit zu leisten hatten. Die drei Urteile schienen zu beweisen, dass wieder die Kleinen bestraft werden sollten, während man die Großen laufen lasse. Da Deutschen etwas über den Zusammenhang von Politik und Kapitalmacht zu dämmern begann, wurde vermutet, dass internationale Beziehungen der Finanzwelt sich zugunsten Schachts ausgewirkt hätten. Sein und von Papens Freispruch dämpften Hoffnungen, dass führende deutsche Bankiers und Industrielle zur Verantwortung gezogen werden würden.

Weitere nationale Verurteilungen

Die Wirklichkeit deckte diese Befürchtungen nicht. Während des Nürnberger Prozesses bezeugten viele Ereignisse, dass dem Recht unterschiedslos Geltung verschafft werden solle. Ein kanadisches Militärgericht verurteilte im Dezember 1945 den Kommandeur der SS-Division „Hitlerjugend“, Generalmajor Kurt Meyer, wegen von ihm befehligter Kriegsverbrechen in den Kämpfen in der Normandie zum Tode. Über den NSDAP-Gauleiter und Chef der Zivilverwaltung im okkupierten Elsass, Robert Wagner, sprach am 3. Mai 1946 ein französisches Militärgericht in Strasbourg die Todesstrafe aus, die – anders als im Fall Meyer – vollstreckt wurde. Am 13. Mai 1946 endete in Dachau der Mauthausen-Prozess, in dem 61 Angehörige des Personals des Konzentrationslagers angeklagt, verurteilt und, nach der Bestätigung der Mehrheit der Urteile, 49 hingerichtet wurden. Ein US-amerikanisches Militärgericht klagte Personen an, weil sie am 26. August 1944 in Rüsselsheim acht Piloten der US-Streitkräfte gelyncht und sechs von ihnen getötet hatten. Auch in diesem Prozess erhielten die Angeklagten als Verteidiger einen Angehörigen der Besatzungstruppe an ihre Seite gestellt, der ihre Interessen mit allen juristischen Argumenten vertrat. Fünf Todesurteile wurden gefällt.

Gleichzeitig begannen sogenannte Spruchkammern ihre Tätigkeit. Eine in Frankfurt/Main sprach Urteile gegen drei Denunzianten, die einen Bäckermeister vor den Volksgerichtshof und auf das Schafott gebracht hatten. In der britischen Besatzungszone wurden 33 Aufsichtsratsmitglieder und Direk-

toren deutscher Großbanken verhaftet, um sie bis zur Anklage in Gewahrsam zu halten. Zunächst unbehelligte Personen aus der Führung des Regimes wurden hinter Schloss und Riegel gesetzt. Die britische Militärregierung ließ am 5. Oktober 1946 Alfred Hugenberg, der mit Hitler 1933 die Koalitionsvereinbarung von NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei ausgehandelt hatte und einige Monate Mitglied im Hitlerkabinett gewesen war, auf seinem Gut in Westfalen verhaften.

Auch die Regierungen der Westmächte vertraten den Standpunkt, dass mit den Urteilen von Nürnberg die juristische Abrechnung nicht beendet sei. Ein US-amerikanischer Stab bereitete weitere Verfahren vor. Die Militärbehörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs machten klar, dass die drei Freigesprochenen ihnen keineswegs als unbescholten galten. Das sowjetische Sondervotum ließ es weder Schacht noch Fritzsche geraten erscheinen, sich in das Einflussgebiet der UdSSR zu begeben, wo sie gegen Kriegsende in Brandenburg bzw. Berlin gelebt hatten. Doch erwies sich auch ihr Verbleib „im Westen“ als schwierig. Britische Behörden beeilten sich nicht, beider Gesuche für Aufenthaltsgenehmigungen stattzugeben. Auch von Papens Antrag, in das französisch besetzte Gebiet einreisen zu dürfen, wurde abgelehnt.

So saßen von Papen, Schacht und Fritzsche, die versicherten, sie wollten sich abseits aller Politik halten, zunächst in Nürnberg fest. Papen verblieb im Justizgebäude, wo er aus seiner Zelle in einen anderen Raum verlegt wurde. Fritzsche kam unter Polizeiaufsicht in der Stadt unter. Schacht begab sich nach Württemberg, um vorerst auf einem Anwesen von Paul Reusch, bis 1942 Vorstandsvorsitzender der zum Haniel-Konzern gehörenden Gutehoffnungshütte, Unterschlupf zu finden. Dort wurde er kurz nach seinem Eintreffen verhaftet. Während der Militärgouverneur in Bayern die deutschen Behörden hinderte, von Papen und Fritzsche zu inhaftieren, hatte der in Württemberg ihnen freie Hand gelassen und dafür auch die Deckung durch General Lucius D. Clay erhalten. Der bezog den Standpunkt, es sei Sache der Deutschen, wie sie es mit den Freigesprochenen hielten. Die Besatzungsmacht gewähre ihnen Geleit bis zum Ort ihrer Wahl und habe dann einzig zu wachen, dass nach Gesetz verfahren werde.

Alle Besatzungsmächte waren auch mit öffentlichen Protesten gegen die milden Urteile einverstanden. Deutlich äußerte sich Unwille in Berlin, wo inmitten von Ruinen eine von 10.000 Teilnehmern besuchte Kundgebung auf dem August-Bebel-Platz stattfand, zu der die Sozialistische Einheitspartei aufgerufen hatte. Dort sprach Max Fechner, ein aus der Sozialdemokratie zur Einheitspartei gestoßener Funktionär, der im Naziregime mehrfach inhaftiert gewesen war. Am 4. Oktober heulten in der Vier-Sektoren-Stadt um 14 Uhr Sirenen und riefen zu einer zehnminütigen Arbeitsniederlegung zum Zeichen des Widerspruchs vor allem gegen die Freisprüche. Die Verkehrsmittel standen still. Es beteiligte sich etwa eine Viertelmillion Menschen. Mancherorts fanden Versammlungen statt. In einem Siemenswerk wurde eine Resolution angenommen, welche die Einwände gegen die Richterentscheidungen formulierte. Clay wertete die Proteste als „Ermutigung“ und nicht als „Ausdruck von Respektlosigkeit“ gegenüber dem Gericht.

Rolle des deutschen Volkes

Weniger Aufmerksamkeit als die Urteilssprüche gegen die 22 Angeklagten fanden die gegen die faschistischen Organisationen. Dabei waren diese es, die Millionen Menschen schwerwiegende Schicksale bereiteten. Schon im Prozess war von der Verteidigung versucht worden, die Anklage gegen Institutionen und Organisationen zu Fall zu bringen. Sie versuchten zu verhindern, dass einstige Parteigenossen, Mitglieder der SA und SS, dem Makel ausgesetzt würden, einer verbrecherischen Organisation angehört zu haben. Denn daraus mussten zumindest Nachteile für zukünftige Berufswege ehemaliger Nazis befürchtet werden. Die Stuttgarter Zeitung schrieb, als die Anklageerhebung gegen die Organisationen begonnen hatte, manche Deutsche würden einen größeren Schock über die Bestrafung von einer Million empfinden, die in deren Reihen marschierten, als über den Tod von fünf Millionen Unschuldigen. Noch war unvorstellbar, dass ein früheres Mitglied der NSDAP oder SA je einer deutschen Regierung angehören könnte. Aber es vergingen nur sieben Jahre, bis Gerhard Schröder, ein Mann mit einer Nazibiographie, im zweiten und dritten Kabinett Adenauers erst Innen- und dann Außenminister wurde.

Die Richter erteilten mit ihren Entscheidungen allen eine Absage, welche die These von der Kollektivschuld aller Deutschen verfochten. Wie sie selbst unterschieden hatten, verlangten sie das auch für alle weiteren Verfahren. Wie andere Politiker würdigte der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl das Urteil und dessen Differenzierung, die den Deutschen eine Chance für die eigene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit öffnete. In Kommentaren äußerten sich Journalisten und Politiker zum Verhältnis der Deutschen zu den Verurteilten und zu deren Rolle als Gefolgsleute des Regimes. Die *Stuttgarter Zeitung* schrieb, es dürfe nicht vergessen werden, dass „unser Volk es war, das diesen Führern hemmungslos und oft mit Jubel folgte". Im Gerichtssaal hätte stumm jemand gesessen, der dort nicht vorgesehen war: das deutsche Volk in Gestalt der von den Machthabern Verfolgten wie auch in Gestalt der missbrauchten Anhänger.

Von den gefolgstreuen Millionen, ohne die alle Pläne der Machthaber nichtig gewesen wären, war in den Reden der Ankläger nicht die Rede. So ergab sich ein Widerspruch zwischen der Aufzählung der Verbrechen und dem Beschweigen der Frage nach den Abertausenden Tätern außerhalb des Gerichtssaals. Das Thema klang jedoch schon in der Eröffnungsrede des US-amerikanischen Chefanklägers Robert H. Jackson an: „Wir möchten ebenfalls klarstellen, dass wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. Wir wissen, dass die Nazipartei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gelangt ist. Wir wissen, dass ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat, ein Bündnis, zu dem sich die Besessenen des wütenden Umsturzwillens unter den Nazirevolutionären mit der Hemmungslosigkeit unter den deutschen Reaktionären und der Angriffslust unter den deutschen Militaristen zusammengetan hatten. Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre in den früheren Zeiten der Partei die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht [...]." Der Jurist hatte sich die heute in deutschen Geschichtsbüchern selten anzutreffende Auffassung zu eigen gemacht, dass der 30. Januar 1933 aus einer Intrige aus Angehörigen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Elite des Reiches hervorging und nicht dem Willen der Volksmehrheit entsprang. Ungesagt blieb, dass die starke Minderheit, die Hitler als Reichskanzler wollte, die 1932 mehr als 37 Prozent der Wähler betrug, sich rasch in eine Mehrheit verwandelte. Jackson zeichnete ein idyllisches Bild von Deutschland vor Hitler: „Im Jahre 1933 sahen wir das deutsche Volk nach dem Rückschlag des letzten Krieges sein Ansehen in Handel, Industrie und Kunst zurückgewinnen." Und: „Das Naziregime hat diesen Aufstieg unterbrochen."

Aus der Geschichte herausmogeln

Dazu im Widerspruch stand, dass er die Deutschen ein „enttäuschtes und verwirrtes Volk" nannte. Das bezog sich auf die Nachwirkungen von Kriegsniederlage, Friedensvertrag und Nachkriegspolitik der Siegermächte. Er gab Kriegsgegnern des Reiches Mitschuld an der eingetretenen Entwicklung, eine Position, die er Jahre später uneingeschränkt kaum noch bezogen haben würde. Da hatten Revisionisten in der Bundesrepublik sich darauf verlegt, im Friedensvertrag von Versailles aus dem Jahr 1919 die Schuld am Aufkommen und am Sieg der Faschisten zu sehen. So lief Jacksons Geschichtsbild darauf hinaus, dass die Nazis die Deutschen überwältigt und ihren Zwecken gefügig gemacht hätten. Verweise auf die Kontrolle und Herrschaft über das Volk, Drill und Unterjochung, das Einimpfen der Ideologie und dazu die Bemerkung, dass die Konzentrationslager schlechthin gegen das Volk gerichtet gewesen wären, waren zu einseitig, als dass sie Wirklichkeit, Funktionsweise und Effektivität des Regimes hätten treffend charakterisieren können. So wurde den Deutschen letztlich die Rolle von Opfern zugebilligt. Der Faschismus, konstatierte Jackson, habe sie „auf die tiefste Stufe des Elends geworfen, von dem frei zu werden es sobald nicht hoffen darf". Dieser Teil der Anklagerede mündete in dem Satz: „Wahrlich, die Deutschen – nicht weniger als die Welt draußen – haben mit den Angeklagten eine Rechnung zu begleichen."

Das mochte den Deutschen, die den Prozessauftakt verfolgten, wohltun. Und es war nach allem, was wir von Jackson wissen, gewiss nicht berechnend, geäußert in der Absicht der Anbiederung oder gar des Einschmeichelns. Vielmehr stand die Erforschung des Regimes erst an ihrem Anfang. Doch seine Worte bedienten mit dem Ton auf Verführung das Interesse an Schuldabweisung, das viele Deutsche leitete und auch dazu führte, dass sie in dem freigesprochenen Demagogen Fritzsche, der nun vermut-

lich glimpflich davonkommen werde, einen ausmachten, der sie verführt und zum Opfer gemacht hatte. Eigenes Mittun wurde auf Beifall, Jubel und auf ein alternativloses Verhalten reduziert. Von der Mehrschichtigkeit der Faktoren, die Millionen unter das Hakenkreuz geführt hatte, war noch nicht die Rede.

Kollektivschuldgedanken stützten Versuche, sich aus der Geschichte heraus zu mogeln, weshalb mehrere Verurteilte in ihren letzten Worten vor Gericht – und das freilich berechnend – sich in Gesten vor das deutsche Volk gestellt hatten. Göring erklärte, das Volk sei frei von Schuld, Schirach beteuerte dasselbe für die Jugend. Doch bedeuteten solche Wendungen nicht, dass die einstigen Führer die Schuld wirklich auf sich nahmen. Noch unter dem Galgen, wo ihnen Gelegenheit zu letzten Äußerungen gegeben war, meinten sie, sich als Patrioten darstellen zu müssen. Niemand gestand, dass er sein Vaterland zugrunde gerichtet hatte. Von Ribbentrop appellierte an Gott, der Deutschland schützen solle, Keitel rief „Alles für Deutschland“, Kaltenbrunner sprach „Glückauf, Deutschland“, Frick äußerte „Lang lebe das ewige Deutschland“, Jodl, im Stil eines rückkehrenden Wanderers, „Ich grüße Dich, mein Deutschland“ und Seyß-Inquart beteuerte „Ich glaube an Deutschland“. Bis zur Aufhellung der Rolle der Volksmassen blieb der Weg noch weit, und vieles spricht dafür, dass die Geschichtswissenschaft damit auch sechs Jahrzehnte später nicht ans Ende der Erforschung dieser Phase deutscher Geschichte gelangt ist.

Jackson, der nach den Schlussplädoyers der Anklage aus Nürnberg abreiste, hob vorher in einer Pressekonferenz die ausgezeichnete Zusammenarbeit der vier Mächte während des Prozesses hervor. Als er in den USA vom Urteilsspruch erfuhr, bedauerte er die Entscheidungen zu von Papen und Schacht und ebenso die das Oberkommando der Wehrmacht und den Generalstab betreffenden. In vielen Kommentaren wurde jedoch hervorgehoben, dass, für die Zukunft gesehen, die Begründung der Urteile bedeutender sei als die ausgesprochenen Strafmaße. Diese, schrieb die Süddeutsche Zeitung, sei ein Stück Geschichtsschreibung. Und ihr Korrespondent meinte, der Text enthalte eine Darstellung „wie wir sie unseren Kindern ins Schulbuch schreiben müssen“.

junge Welt, Montag, 02.10.2006, S. 10.

Ein Schlaglicht aufs Ganze

Eine Festschrift für Konrad Kwiet: Wie weit hat es die (west-)deutsche Gesellschaft bei der „Bewältigung der Vergangenheit“ gebracht?

Im Sommer 1942 wurde eine Gruppe von 24 Angehörigen der SS und des SD, unter ihnen sieben Offiziere, in das faschistisch besetzte Athen kommandiert, wo sie sich in einer Wartestellung befand. Ihr Kommandeur, SS-Obersturmbannführer Walther Rauff, flog in das nordafrikanische Kriegsgebiet, um mit Offizieren aus dem Stab des von General Erwin Rommel geführten Afrikakorps zu verhandeln. In dessen Verband sollte die Einsatzgruppe operieren beim weiteren Vorstoß nach Alexandria, zum Suezkanal und nach Palästina. Ihr Auftrag: Organisierung des Judenmords nach dem Vorbild der in den besetzten Gebieten der UdSSR und in Polen verübten Praxis. War man einmal vor Ort, würde das, so die Planungen, eigenen Großaufwand nicht erfordern. Es galt dann, arabische Kollaborateure zu formieren, zu bewaffnen und loszulassen. Die Ausdehnung des später Holocaust genannten Verbrechens in den vorderen Osten ist nicht gelungen. Nichtsdestoweniger gehört das Vorhaben zum Vernichtungsplan ohne Grenzen, der sich gegen die Juden in aller Welt richtete und in den Köpfen von Hitler, Himmler und der Planer im Reichssicherheitshauptamt hauste.

Die Autoren dieses Beitrags verweisen auf das Verdienst der britischen und anderen Truppen, die das deutsche Afrika-Korps, das sich bis auf 100 Kilometer Alexandria genähert hatte, zur Umkehr zwangen und in die Flucht schlugen. Hätten sie das Verdienst der sowjetischen Armee erwähnt, wäre das nicht falsch gewesen, denn erst in Gemeinschaft alliierter Anstrengungen wurde die wahnwitzige Idee, dass sich die deutschen Truppen via Ägypten von Süden und via Kaukasus, Türkei von Norden kommend am Ostrand des Mittelmeeres treffen sollten, gänzlich zunichte gemacht. Rommel und die italienischen Truppen blieben ohne Verstärkung, weil das Oberkommando der Wehrmacht an der Ostfront Feld- und Luftwaffendivisionen nicht entbehren konnte, sondern die dort erlittenen Verluste auszugleichen versuchte. Auch die Erhellung von Ereignissen, die episodenhaften Charakter tragen, das beweist der Aufsatz von Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers ein weiteres Mal, kann ein Schlaglicht auf das Ganze werfen – Kriegsziele und Kriegsverbrechen. Und zugleich verleitet sie zu Einseitigkeiten, denn der Weg in den Orient war nicht nur der Weg zu den Zufluchtsstätten von Juden, sondern nicht weniger zum Erdöl, was Dietrich Eichholtz in neueren Untersuchungen en detail überzeugend nachgewiesen hat.

Prüfung ermöglichen

Im vorliegenden Band äußern sich 19 Autoren, vorwiegend deutsche Historiker, dazu zwei israelische und drei US-amerikanische Fachleute, ausgewiesene Spezialisten der Erforschung des Massenmords an den europäischen Juden, zum Generalthema. Unmöglich, den Inhalt aller Abhandlungen, die ihrem Kollegen Konrad Kwiet, einem deutschen Wahlaustralier, zum 65. gewidmet sind, zu erwähnen oder gar zu würdigen. Geweckt werden kann einzig Interesse, sich von dem in der Geschichtswissenschaft inzwischen erreichten Erkenntnis- und Forschungsstand, der sich darin spiegelnden Breite der Fragestellung und Vielfalt der Herangehensweisen zu überzeugen. Zugeordnet sind die Texte drei Kapiteln: Kontinuitäten und Zäsuren, Täter und Opfer, Wahrnehmungen und Wirkungen. Die dritte Gruppe macht, auch wenn in ihnen gleichsam nur Sehschlitze in die geistige und politische Wirklichkeit der Bundesrepublik geöffnet werden, eine Prüfung dessen möglich, wie weit es die (west-)deutsche Gesellschaft bei der „Bewältigung der Vergangenheit“ doch gebracht hat. In der Untersuchung zur Frühgeschichte der Wochenzeitung Die Zeit und der Rolle, die der einstige SS-Brigadeführer Erwin Ettel als deren außenpolitischer Redakteur gespielt hatte, trifft Frank Bajohr die Feststellung, dass „das Interesse der schreibenden Zunft an kritischer Auseinandersetzung in eigener Sache bis heute gering geblieben ist.“ Warum so spät selbst in der Max-Planck-Gesellschaft ein Interesse an der Durcharbeitung der Geschichte ihres Vorgängers, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, erwachte, schildert Reinhard Rürup. Wie sich eine Stadt wie Flensburg um das Eingeständnis unbestreitbarer Tatsachen aus ihrer NS-Vergangenheit herummogelte und ihre einstigen Naziaktivisten schützte, macht Gerhard Paul am Beispiel des Umgangs mit einem Foto deutlich, das eine Straßenszene des sogenannten

Boykott-Tages 1. April 1933 festhält. Dazu passt, dass der einstimmige Beschluss des Stadtrats zur Einrichtung eines lokalen Dokumentationszentrums über die Nazijahre bisher folgenlos geblieben war.

Nationale Besonderheiten

Gewiss haben die Herausgeber diesen Bildern aus Vergangenheit und Gegenwart der Bundesrepublik kein düsteres aus DDR-Zeit abschwächend zur Seite stellen wollen. Getan haben sie es aber doch durch die Aufnahme eines Beitrags über den Prozess, der in Dresden 1988 gegen den Gestapokommissar Henry Schmidt stattfand, einen Peiniger und Organisator der Deportation von Dresdener Juden in den Tod. Wie ausgerechnet dieses Verfahren und dessen Urteil, von dem die Autorin Beate Meyer schreibt, es habe 1992 der „juristischen Überprüfung“ standgehalten, die „Selbstdefinition der DDR von der besseren justitiellen Bewältigung des NS-Unrechtes“ widerlegen soll, mag nachlesen, wer von dieser Art Geschichtsschreibung nicht schon genug hat.

Aus der Reihe der Beiträge fällt thematisch eine Untersuchung über die Aufnahme und Wirkung der Nachricht vom Massenmorden im faschistisch besetzten Europa in den USA heraus. Wie die Meldungen von Politik und Presse verbreitet wurden und welche Befürchtungen und Kalküle, u. a. die Verhinderung der Förderung des Antisemitismus im eigenen Lande, dabei eine Rolle spielten, hat Robert Waite faktendicht geschildert. Der Aufsatz kann vor zu rascher Zuordnung von Tatsachen und Entwicklung in die Rubrik „nationale Besonderheiten“ warnen.

Jürgen Matthäus/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.): Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart. Eine Festschrift für Konrad Kwiet. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2006, 352 S., 59,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 04.10.2006.

Die zweite Schuld

Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Woran die deutsch-polnische Aussöhnung scheitern kann

Schwierige Geschichte, Irritationen, Missverständnisse, Verletzungen, Verdrängung, Gedächtnis, Anspruch auf Erinnerung, Versöhnung – das ist das Grundvokabular, mit dem Politik und Medien operieren, wenn es um das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihrem direkten Nachbarn im Osten geht. Und Klartext? Fehlanzeige. Klartext wurde jüngst auch im Eröffnungsvortrag des Bundestagspräsidenten auf dem 46. Historikertag in Konstanz nicht geredet. Dass der Vorsitzende des einladenden Verbandes diese Sammlung von Unverbindlichkeiten als einen Höhepunkt des Kongresses wertete, mag verdeutlichen, dass die Geschichtswissenschaftler der Bundesrepublik deren Politikern kaum auf die Sprünge helfen werden.

Die Darstellung der „Schwierigkeiten" im deutsch-polnischen Verhältnis erfolgt häufig aus einer Sicht, die dem fortdauernden Krach zweier Streithammel angemessen wäre, die endlich zu besserer Einsicht gelangen müssten – aber sie wird der geschichtlichen Last nicht gerecht, die den Beziehungen zu Polen durch die Deutschen nachhaltig aufgeladen wurde. Um das immer wieder aus dem Gedächtnis Geratende zu wiederholen: Ohne den zweiten Griff deutscher Imperialisten nach der Weltmacht würden Deutsche in Ostpreußen, Ostpommern, Schlesien und den anderen Gebieten wohnen oder begraben worden sein, die heute Teil des polnischen Staates sind. Denn bei allen Konflikten, die es bis dahin gab, erst der 1. September 1939 bezeichnet den Tag, von dem auszugehen ist, wenn wir über uns und diesen Nachbarn und unser beider Verhältnis reden. Die Sieger des Blitzfeldzuges wollten von Polen nichts übriglassen – anders als die Sieger von 1945 mit Deutschland verfuhren.

Kriege müssen von den Verlierern bezahlt werden, zumal dieser, wenn die Verlierer so beispiellos verbrechensbeladen dastehen. Das war die Auskunft des Vaters, eines Sozialdemokraten und praktizierenden Antimilitaristen, an einen damals 15jährigen Sohn während der Potsdamer Konferenz. Dass dabei in aller Regel die weniger Schuldigen mehr zahlen als die Hauptschuldigen, war schon aus früheren Zeiten bekannt. Was an den Zahltagen im Jahre '45 von Einzelnen wie vom Ganzen zu entrichten war, das haben zu einem erheblichen Teil die deutschen Generale bestimmt, die den Krieg bis in die Trümmer Berlins verlängerten. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten – später verfälscht und verherrlicht als Rettungstat – begannen Wehrmacht und Nazi-Organisationen in den letzten Kriegsmonaten, vor allem um Kampfraum zu gewinnen. Zwischen Frauen und Kindern, besonders den eigenen, ist schlecht schießen. Noch immer fehlt vielen Deutschen bis heute die Phantasie – und der wird kaum aufgeholfen –, sich einen Moment zu vergegenwärtigen, wie der Krieg zu Ende gegangen wäre, hätten sich die Militärs wie ihre Vorgänger 1918 entschieden, vor den Reichsgrenzen zu kapitulieren. Der kampflose Einzug der Sieger, die nicht mehr Tag für Tag Tote und Verwundete beklagen mussten, wäre in Pforzheim oder Breslau auch dann kein Vergnügen gewesen, aber anders verlaufen.

Doch die Last der Vergangenheit ist nicht mehr nur die bis ins Frühjahr 1945 aufgehäufte. Zu ihr kam in Jahrzehnten hinzu, was Ralph Giordano in seinem 1987 erschienenen Buch die zweite Schuld nannte: Vier Jahrzehnte lang weigerte sich die Bundesrepublik Deutschland, die von den Alliierten gezogene Grenze an Oder und Neiße als Westgrenze Polens anzuerkennen. Ob von Christ- oder Sozialdemokraten geführt, ob mit oder ohne Beteiligung der Freidemokraten, die Regierungen Konrad Adenauers, Ludwig Erhards, Kurt Georg Kiesingers, Willy Brandts, Helmut Schmidts und auch die Helmut Kohls (bis 1990) haben den Schritt nicht getan, den die Regierung Otto Grotewohl des ostdeutschen „Unrechtsstaates" im Jahre 1950 ging. Damit verbundene Unpopularität bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung nicht scheuend, aber in dem Bewusstsein, mit dem Görlitzer Abkommen zu Neuanfang und friedlichen Verhältnissen in Europa beizutragen. Dieser Schritt wird beschwiegen. Und auch das: Die Mehrheit der Polen, die unter deutscher Besatzungsherrschaft litten und sie überlebten, starb, ohne dass der deutsche Weststaat ihnen und ihren Kindern bekundet hätte, ihnen nichts streitig machen zu wollen. Freundliche Gesten nahmen nur in dem Maße zu, wie sich systemkritische und antisozialistische Kräfte in Polen regten.

Wer aufrichtig Verständigung sucht, kann über diese 45 Jahre und die zweite Schuld nicht schweigend hinweg gehen. Nicht über die Regierungspolitik und deren Antriebe, nicht über die Geschichte von Revisionismus und Revanchismus, deren Träger, Verbände, Traditionen und Erbe – auch nicht über die Verdienste jener, die sich gegen diesen Strom der Verweigerer stemmten. Wer in Polen glaubwürdig sein will, wird dazu ein offenes Wort sagen müssen. Es reicht nicht, nur die wohlfeile Distanz von der Politik der Kriegsjahre zu bekunden, sondern auch die Abkehr von jener der Nachkriegszeit zu erklären, anstatt auf Vergesslichkeit zu spekulieren.

Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung. 10. Oktober 2006, S. 6.

Die verlogenen „Führer“

Vor 60 Jahren wurden die Urteile des Internationalen Militärtribunals vollstreckt

[Mitautor Manfred Weißbecker]

Vor sechs Jahrzehnten hatten zehn Männer die dreizehn Stufen zum Galgen hinaufzusteigen. An jenem 16. Oktober 1946 hätte Hermann Göring vorangehen müssen, doch der hatte sich wenige Stunden zuvor mit Gift selbst umgebracht. Gegen den zwölften der zum Tode Verurteilten, Martin Bormann, war in Abwesenheit verhandelt worden, weil angenommen werden konnte, er würde sich verborgen halten. Sie alle besaßen einen besonderen Anteil am Aufkommen des Faschismus, an seinem Sieg über die Republik sowie daran, dass die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt und Millionen Menschen kaltblütig ermordet wurden.

Viele Fragen wurden von der Forschung bisher nur zu einem Teil und mitunter auch konträr beantwortet: Warum und wie wurden die erstrangigen Plätze in Staat und Gesellschaft gerade von diesen Personen besetzt? Wie waren sie an die Seite Adolf Hitlers geraten und was verband sie mit ihm? Auf welche Weise wirkten sie mit diesem „Führer“ zusammen? Welche Rolle spielten Herkunft und Erziehung, Erfahrungen, Vorstellungen und Charaktereigenschaften für die Entscheidungen, die sie trafen? Was trieb ihr Handeln bis zu jenem beispiellosen Verbrechertum? Und schließlich: Mussten ihre Biografien so verlaufen und derart schimpflich enden? Die meisten stammten aus gesicherten bürgerlichen Verhältnissen. Es standen ihnen andere Lebenswege offen. Mit zwei Ausnahmen – Wilhelm Keitel und Fritz Sauckel – kamen sie aus Familien des Besitz- oder Bildungsbürgertums. Der meisten Väter gehörten zur Beamtenschaft, waren Lehrer, Berufsoffiziere und einer in der Kolonialverwaltung tätig gewesen. Zwei arbeiteten als Rechtsanwälte und einer war ein erfolgreicher Kaufmann. Hatten Söhne, die in solchen Verhältnissen aufwuchsen, soziale Katastrophen zu fürchten? Acht besuchten Gymnasien bzw. eine Oberrealschule und sechs davon gelangten bis zum Abitur. Zwei weitere absolvierten Kadettenanstalten, einer erhielt seine Unterweisung auf einem Lehrerseminar. Während drei die Offizierslaufbahn einschlugen, immatrikulierten sich fünf an Universitäten. Von diesen brachten es wiederum vier bis zur Promotion und zum Doktor der Rechtswissenschaft. Nahezu jeder dieser späteren Führer besaß feste Grundlagen für den Aufbau einer soliden bürgerlichen Existenz. Niemand sah sich unter Zwang, eine Karriere an Hitlers Seite zu beginnen.

Das aber taten sie, zumeist lange vor 1933. Zu ihnen traten später Keitel und Alfred Jodl, Berufsoffiziere seit Kaiserzeit. Arthur Seyß-Inquart und Ernst Kaltenbrunner gelangten erst mit dem „Anschluss“ Österreichs in den Vordergrund der imperialistischen Politik im Zeichen des Hakenkreuzes. In nahezu allen Fällen wurden die Lebensentschlüsse bald nach der Niederlage des Kaiserreichs getroffen. Viele zogen 1914 begeistert auf Schlachtfelder, was sich für die drei Berufssoldaten Göring, Keitel und Jodl von selbst verstand. Drei weitere waren als Reserve-Offiziere Kriegsteilnehmer. Bei „Gedienten“ wie „Ungedienten“ schlug der Mordspatriotismus in Hass gegen Revolution und Republik um. Sie glaubten, „Marxisten“ und „Novemberverbrecher“ und diese anstiftenden Juden hätten ihr Lebensideal zerstört. Sie verachteten die Menge, den „Pöbel“ und ersehnten Zustände, da diese Massen unter ihrer Führung kriegerisch Revanche nehmen würden. Nach 1933 begann für alle ein neuer Lebensabschnitt.

Ihre Karrieren führten sie an die Spitze der Staatspyramide. Neun bekleideten 1945 das Amt von Ministern oder Leitern oberster Reichsbehörden. Als Reichsminister fungierten Frick und Göring seit 1933, Frank seit 1934, Ribbentrop seit 1938, Seyß-Inquart seit 1939 und Rosenberg seit 1941. Keitel war ihnen als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht gleichgestellt. Kaltenbrunner leitete das Reichssicherheitshauptamt, und Sauckel übte das Amt des Generalbevollmächtigen für den Arbeitseinsatz aus. Sie waren im wirklichen Sinne die „Mit“-Führer, obgleich sie in den Verhandlungen des Gerichtshofes immer wieder Hitler und Himmler für die nicht zu leugnenden Mordtaten verantwortlich machten. Sie wären Ge- und Verführte, Hintergangene, Getäuschte, Betrogene – mehr Opfer denn Täter gewesen.

Wortreich beriefen sie sich auf edel genannte nationale Ziele und Liebe zum Vaterlande. Beredt hoben sie auch soziale Motive hervor und die Not der Deutschen, die niemals größer gewesen sei, als im Augenblick dieses Prozesses. Keiner hätte den Krieg gewollt. Brutale Kriegführung sei durch die Gegenwehr der Feinde erzwungen worden. In allen Kriegen würden Verbrechen geschehen wie im jüngsten, begangen auch von Armeen der Sieger. Wie kläglich wirkte all das angesichts ihres Schuldkontos. Auf dem standen Millionen Tote: Ermordet in Vernichtungs- und Konzentrationslagern, umgebracht in „Heilanstalten“, erschossen als Partisanen und Widerstandskämpfer, gestorben an Fronten und im Hinterland, verhungert unter der Besatzungsherrschaft und umgekommen als Opfer von Seuchen. Wie weit musste man in der Geschichte Europas zurückdenken, um auch nur einige seiner Landstriche in einem ähnlichen Zustand sich vorzustellen? Bis zu den Napoleonischen Kriegen? Bis in die Jahrzehnte des Dreißigjährigen Krieges?

Der Nachkriegskontinent war angefüllt mit Obdachlosen, Waisen und Witwen, Krüppeln und Kranken, bis auf die unterste Stufe des Elends Herabgekommene. Weite Gebiete Europas waren Trümmerlandschaften. Was Generationen an Produktivkräften geschaffen hatten, war in Ruinen- und Schrotthaufen verwandelt. Und – nicht zu vergessen – die moralischen Schäden, die die europäischen Völker weithin genommen hatten, diejenigen der faschistischen Mächtekoalition am stärksten. Doch die Angeklagten wollten nichts gewusst haben.

Dies veranlasste den amerikanischen Ankläger zur Entgegnung: „Wenn wir nur die Erzählungen der vorderen Reihe der Angeklagten zusammenstellen, so bekommen wir folgendes lächerliches Gesamtbild von Hitlers Regierung; sie setzte sich zusammen aus: Einem Mann Nummer 2, der nichts von den Ausschreitungen der von ihm selbst eingerichteten Gestapo wusste und nie etwas vermutete von dem Ausrottungsprogramm gegen die Juden, obwohl er der Unterzeichner von über 20 Erlassen war, die die Verfolgung dieser Rasse ins Werk setzten. Einem Mann Nummer 3, der nur ein unschuldiger Mittelsmann war, der Hitlers Befehle weitergab, ohne sie überhaupt zu lesen, wie ein Briefträger oder ein Botenjunge. Einem Außenminister, der von auswärtigen Angelegenheiten wenig und von der auswärtigen Politik gar nichts wusste. Einem Feldmarschall, der der Wehrmacht Befehle erteilte, jedoch keine Ahnung hatte, zu welchen praktischen Ergebnissen diese führen würden. Einem Chef des Sicherheitswesens, der unter dem Eindruck war, dass die polizeiliche Tätigkeit seiner Gestapo und seines SD im Wesentlichen derjenigen der Verkehrspolizei gleichkam. Einem Parteiphilosophen, der an historischen Forschungen interessiert war und keinerlei Vorstellungen von den Gewalten hatte, zu denen im 20. Jahrhundert seine Philosophie anspornte. Einem Generalgouverneur von Polen, der regierte, aber nicht herrschte. Einem Gauleiter von Franken, der sich damit beschäftigte, unflätige Schriften über die Juden herauszugeben, der jedoch keine Ahnung hatte, dass sie irgendjemand jemals lesen würde. Einem Innenminister, der nicht wusste, was im Innern seines eigenen Amtes vor sich ging, noch viel weniger etwas wusste von seinem eigenen Ressort und nichts von den Zuständen im Innern Deutschlands. Einem Reichsbankpräsidenten, der nicht wusste, was in den Stahlkammern seiner Bank hinterlegt und was aus ihnen herausgeschafft wurde. Und einem Bevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, der geheim die ganze Wirtschaft für Rüstungszwecke leitete, jedoch keine Ahnung hatte, dass dies irgendetwas mit Krieg zu tun hätte.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. Oktober 2006, S. 22.

Braune Geschichtslügen

Immer dreister melden sich Neonazis bei linken Veranstaltungen zu Wort. Ihre Methode der Verbreitung von Un- und Halbwahrheiten gilt es zu entlarven

Mit nach den Ergebnissen von Landtags- und Kommunalwahlen geschwellter Brust und neuer Dreistigkeit erscheinen Nazis und ihre nahen Verwandten in Versammlungen demokratischer Parteien, Organisationen und Vereine. Sie suchen deren Zusammenkünfte zu nutzen, um ihre Parolen zu verbreiten, jede sachliche Verständigung zu stören und den Abend in einem Tohuwabohu enden zu lassen. Ein paar Worte über die Taktik, die dabei angewendet wird, scheinen nötig.

Erstens: In der Tradition der braunen Faschisten der zwanziger Jahre geben sich diese Nachfolger als Sucher und auch als Besitzer der Wahrheit aus und stellen alle, die anderer Auffassung sind als sie, im minderen Falle als Un- oder Halbwissende, zumeist aber als Lügner hin. Zu diesem Auftreten gehört, dass sie längst feststehende Tatsachen, die niemand außer ihnen mehr in Zweifel zieht, ignorieren und behaupten, die Wahrheit müsse erst noch herausgefunden werden. Um den Eindruck äußerster Gewissenhaftigkeit zu erwecken, wird entweder auf ältere Publikationen verwiesen, in denen über diese oder jene Tatsache irrtümlich falsche Angaben zu finden sind, oder auch auf aktuellere Veröffentlichungen, in denen Ungenauigkeiten oder auch Schludereien aufgespürt werden können. Die gelten dann, verallgemeinert, als Kennzeichen der Mehrheitsauffassung, die sie, die Minderheit, mutig bekämpfen. Wer sich in der in Rede stehenden Sache nicht auskennt, das trifft nicht nur für viele junge Adressaten dieser „Bekenntnisse“ zur Wahrheit zu, soll ins Rätseln darüber geraten, wer im Recht ist. Die Praxis wird mit Vorliebe auf Themen angewendet, die sich mit den Massenmorden der deutschen Faschisten, namentlich dem Holocaust, befassen.

Zweitens: Zum Repertoire ihrer Reden (und auch ihrer Schriften) gehört die Berufung auf „Tatsachen“, die im Moment niemand überprüfen kann, und auf Autoritäten mit und ohne Anführungszeichen, die dieses oder jenes herausgefunden, erforscht, erwiesen hätten. Dabei bieten sie nicht nur „Wahrheiten mäßig entstellt“ und für ihre Zwecke zurechtgebogen. Ein Beispiel: Die NPD Bayern nahm den 60. Jahrestag des Urteils im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess wiederum zum Anlass, die ergangenen Entscheide als die eines „Gerichts der Sieger“ und unrechtmäßig zu charakterisieren. Um den Prozess insgesamt als gescheitert hinzustellen, verbreiteten sie zudem die Lüge vom späteren Selbstmord des Chefanklägers der USA, Robert H. Jackson, der als Beweis für das Desaster des Verfahrens vorgeführt wird. In Wahrheit verstarb Jackson, kaum sechzigjährig, überraschend an einer Herzattacke. Doch wer von den Lesern besitzt oder verschafft sich darüber Klarheit?

Drittens: Um ihren Thesen Plausibilität und Glaubwürdigkeit zu geben, das gehört zu den besonders widerwärtigen Praktiken, wird als Kronzeuge für diese oder jene Behauptung ein wirklicher oder vorgeblicher Jude präsentiert, und auch das in der Gewissheit, dass im Augenblick keine Chance besteht, die Seriosität des „Zitats“ zu überprüfen. Die Methode ist von den Altfaschisten übernommen. Der in Nürnberg verurteilte und hingerichtete Julius Streicher, der „Antisemit Nummer eins“, wie er sich selbst titulierte, überschrieb seine Lügen über die Juden in dem Hetzblatt *Der Stürmer* vorzugsweise mit schreienden Titeln wie „Sie (die Juden – K. P.) sagen es selbst“.

Viertens: Die Nazis von heute präsentieren sich unverfroren als die Belesenen und Beschlagenen, während sie ihre Gegner als Leute hinstellen, denen es schlicht an Kenntnissen und Wissen fehle. „Haben Sie die Memoiren von Churchill gelesen?“ Aus denen aus dritter oder vierter Quelle der Fragesteller dann nichts anderes kennt als die Kritik, die der einstige britische Premier am Gerichtsverfahren des US-amerikanischen Tribunals gegen den Staatssekretär im Reichsaußenministerium Ernst von Weizsäcker äußerte. Oder: „Kennen Sie dieses Dokument nicht?“ wird in inquisitorischem Stil und mit Papieren fuchtelnd, in denen dieses oder jenes stehen mag oder soll, gefragt, ein Hervortreten, das in Schärfe und Unverschämtheit an den Vorsitzenden des Volksgerichtshofes Roland Freisler erinnert und von den überlieferten Aufnahmen aus den Prozessfarcen nach dem 20. Juli 1944 abgesehen sein könnte.

Fünftens: Mit dem Blick in die Vergangenheit wie mit Bezug auf die Gegenwart präsentieren sich die altbraunen Geschichtsforscher auch als die Verfechter „rechtsstaatlicher Grundsätze“. Wo sie deren Abwesenheit entdeckt haben, treten sie in die Kampfbahn. So wiederum bei einer Demonstration in Nürnberg, vor der sie in einem Rundbrief erklärten, dass sie „keinerlei Werturteile über die Angeklagten oder das Deutsche Reich abgeben“, sondern einzig daran erinnern wollten, dass damals nicht „rechtsstaatliche Grundsätze“ praktiziert wurden und die Urteile Death by hanging „eher den Gedanken der Rache als des Rechts nahelegen“ würden. Das wächst auch aus jener in die Weimarer Republik zurückweisenden Traditionslinie hervor, als Naziführer in ihren Auftritten sich durch ähnliche Erklärungen gegen Verbote und Auflösung ihrer Versammlungen sicherten. Die Akten der preußischen Polizei berichten davon die Menge, so von einer Redepassage Hermann Görings, der feixend sagte: „Wir erklären, wir lieben die Republik“, und jeder wisse doch, was gemeint sei.

Sechstens: Diese vorgeblichen Wahrheitssucher und -verfechter bevorzugen bei alledem die Pose der Verfolgten. Sie erscheinen als Leute, die den Leidensweg ihrer Vorgänger, anständiger, rechtsuchender Leute, fortzusetzen hätten. Auf dieser Linie wird behauptet, dass die Verteidiger der in Nürnberg Angeklagten vor dem Gericht rechtlos gewesen seien. Wer aber hat je die Stunden um Stunden dauernden Plädoyers der Anwälte zugunsten ihrer Mandanten gelesen? Wer weiß um die Großzügigkeit des Gerichtshofes, der unter den Anwälten sechs zuließ, die selbst Mitglied der NSDAP gewesen sind, und drei, die als Professoren während der Nazizeit an Hochschulen gelehrt hatten? Wer um die Privilegien, die sie genossen, nicht nur, was ihre materielle Versorgung während des Verfahrens anging? Wer, dass einer von ihnen aufgrund seiner Stellung seinen in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Sohn vorzeitig freibekam?

Siebtens: Wird derlei Lügen mit unabweisbaren Fakten begegnet, wechseln sie das Thema, haben sie nichts gesagt. Wie eine heiße Kartoffel wird fallengelassen, was eben noch so hochwichtig erschien. Dass sie sich „geirrt“ haben könnten, wird nie eingestanden, wie überhaupt Rede und Gegenrede, Argument und Gegenargument, ja schon das bloße Zuhören nicht zu ihrem Stil gehört. Wohl aber, sich zu beschweren, wird einer von ihnen nach langer Tirade unterbrochen, und empört Redefreiheit zu verlangen, sich selbst als Demokraten aufspielend und auf nichts Geringeres als auf die Freiheiten des Grundgesetzes sich berufend.

Es mag wichtig sein, dieses oder jenes einzelne Argument dieser braunen „Wahrheitsfanatiker“ zu widerlegen. Nicht weniger wichtig ist es, ihre Methode der Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten, die eben auch immer halbe Lügen sein können, bloßzustellen. Das hilft nicht nur für den Moment, sondern generell Distanz zu schaffen. Die Bloßstellung der Methode des Dummenfangs gehörte, wie die Zustände sich hierzulande entwickelt haben, in den Unterricht unserer Schulen, vorab auf die Themenliste von Lehrerweiterbildungen. Es müsste das weitläufige Thema nicht auf die (Neo-)Nazis beschränkt bleiben, aber ihnen gehörte doch der Vorzug.

junge Welt, Sonnabend, 28.10.2006, S. 15.

Auf undeutlicher Spur

Was dachten die Deutschen über die Nazis, das Regime und den Krieg?

Beim ersten Lesen oder Hören erscheinen die Reden von Naziführern als einzige Aneinanderreihung weltanschaulicher und politischer Phrasen. Wer eine gehört hat, kennt alle. Vermeintlich. Die Geschichtswissenschaft hat sie hingegen als ergiebige, wenn auch nicht verlässliche Quelle ausgemacht, in der sich Situationen spiegeln und aus denen sich herausfiltern lässt, was die Machthabenden von Stimmungen und Meinungen im Volke wahrnahmen und wie sie darauf reagierten. Das demonstriert Götz Aly mit der Analyse der Rede Hermann Görings, dessen Rolle als „Stimmungskanone" des Regimes häufig unterschätzt wird.

Jener sprach am 3. Oktober 1942 im Berliner Sportpalast zum „Erntedank". Zu diesem Zeitpunkt war unabweisbar, dass die Wehrmacht auch in diesem Jahr an der Ostfront mit dem Gegner nicht „fertig" werden würde und das Ende des Krieges in unbestimmbar weite Ferne gerückt war. Die befürchtete Atempause, die der Überfall auf die UdSSR für Großbritannien bedeutete, war samt Folgen eingetreten, spürbar im sich ausweitenden Luftkrieg über den deutschen Städten. Versprechungen, für eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln zu sorgen, Verheißungen des Sieges, Horrorbilder über die Zukunft der Deutschen im Fall einer Niederlage, Drohungen gegen „Feiglinge" – das war des Reichsmarschalls Repertoire. Rückschlüsse auf Meinungen und Stimmungen im Reich liegen nahe, werden bestätigt durch Berichte des Sicherheitsdienstes und weitere Quellen, zu denen Tagebücher gehören.

Dennoch: Das Bedürfnis, die jeweiligen Bindungskräfte zwischen der Führung und den Millionen der „Volksgenossen" nach ihrer Stärke und den sie ausmachenden Faktoren zu bestimmen, ist auf Seiten der Historiker ungestillt. Was an ihren Aussagen ist gesichert, was nur wahrscheinlich, was wird lediglich vermutet, was ist gar Fantasieprodukt?

Das vorliegende Buch prüft und will die Basis der Aussagen befestigen. Seine Autoren, Studierende der Universität Frankfurt (Main) und ihr Lehrer, der Herausgeber, nahmen sich dazu wenig oder unbeachtete Quellen vor. Wie viele Deutsche gaben ihren Kindern in der Mainmetropole Vornamen von Naziführern? Wie entwickelte sich das Sparen? Wie verlief die Kurve der Todesurteile des Volksgerichtshofes? Welche Texte wählten Familien für die Annoncen eines „Heldentodes" in Zeitungen der Stadt? Es zeigen sich Bekenntnisse, Meinungen, Stimmungen und Haltungen – in Kurven, ein Auf und ein Ab. Keine überraschenden Ergebnisse. Das gilt für die abnehmende Zahl der Adolf-Getauften ebenso wie für die absteigende Kurve der Texte, die den Tod eines Angehörigen nicht allein auf den Altar von Volk und Vaterland, sondern auch auf den des Führers schrieben. Dass Messergebnisse im zweiten Halbjahr 1942, als der Krieg ins vierte Jahr ging, auf ein Anwachsen von Zweifeln und Skepsis schließen lassen und dass nicht erst das Desaster von Stalingrad eine Wende hervorrief, ist einleuchtend.

Ein Aufwand vertan? Keineswegs. Der Initiator weiß auch, dass die Ergebnisse nicht leichthin verallgemeinerungsfähig sind. Merkwürdig dann aber seine beweislose Behauptung von der „anhaltenden innenpolitischen Schwäche" des Regimes im Sommer 1941. Doch eine Anregung ist gegeben, weiter nach Wegen zu fahnden, das Geheimnis der Stabilität des Regimes zu enthüllen. Aly hat das verdienstvolle Vorhaben jedoch nicht nur unter der Frage nach der Gefolgstreue zu einem verbrecherischen Regime unternommen. Er folgt – durch keine Kritik beeindruckt – dem Vorsatz, die These von der „Gefälligkeits-" und „Wohlfühldiktatur" zu erhärten, eine abstruse Fehldeutung des Wesens der faschistischen Diktatur, die er in seinem, im vergangenen Jahr erschienenen Buch „Hitlers Volksstaat" publik machte. Die Sprachbilder (von Begriffen lässt sich nicht reden) sind weder dem Denken noch der Praxis der Führungsgruppe um Hitler angemessen, die vor und nach 1933 einzig nach Methoden der Machtbefestigung fragte und, eingedenk der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, Zugeständnisse an die Massen als notwendige Bedingung ansahen, um sie funktionstüchtig zu halten – nicht anders, als würde ein Tier gefüttert oder eine Maschine geölt, die ihre Dienste wunschgemäß tun sollen. Zu dem Konstrukt gehört die Überbewertung materieller, obendrein einzig auf das Befinden der Mägen reduzierter Faktoren für das Verhalten der Deutschen; Starargument: „Fresspakete der Fronturlauber". Denn es soll auch in diesem Buch dabeibleiben: Die Deutschen waren ein „Volk

der kleinen Profiteure, Mitläufer und Schweiger“. Die Flick und Krupp und anderen Großverdiener hat der wendige Historiker nachträglich – mit Verlaub – „entvolkt“.

Abgeschoben ins Nirgendwo. Götz Aly (Hrsg.): Volksstimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus. Fischer, Frankfurt (Main) 2006. 224 S., geb., 12,95 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 2. November 2006, S. 15.

Zur Partei gezwungen

In der Historikerzunft gilt die Hinterlassenschaft des Nürnberger Prozesses als verwertet. Nicht vollständig, wie sich zum 60. Jahrestag erwies

Im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden: An Theodor W. Adornos Diktum wurde erinnert, wer im Oktober in Deutschland erscheinende Zeitungen daraufhin durchmusterte, wie sie mit dem 60. Jahrestag der Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher und – zwei Wochen darauf – dem der Hinrichtung der zum Tod durch den Strang Verurteilten verfuhren. Die Devise scheint mitunter auch im Nachbarhaus des Henkers befolgt zu werden, wenn zudem gute Beziehungen bestehen und erhalten bleiben sollen.

Nahezu ausnahmslos war die Aufmerksamkeit der Redaktionen im Oktober durch ein anderes Gedenken gebannt. Es richtete sich auf den ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Aufstand in Ungarn. Zurückhielten sich mit Völkerrechtlern und Rechtshistorikern auch jene „Großhistoriker“, die sonst kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihre Sicht in die Vergangenheit einem größeren Publikum nahezubringen. Der im September in Konstanz versammelte Historikertag, zu dem 3.000 Fachleute erschienen, der 300 Referate hörte und in 50 Sektionen beriet, verzichtete, auf Nürnberg und die Folgen Bezug zu nehmen. Das mag Ausdruck zunehmender politischer Enthaltsamkeit sein, im speziellen Fall dadurch verursacht, dass sich vom Nürnberger Tribunal und seinen von den Vereinten Nationen in den Rang von Völkerrecht erhobenen Prinzipien nicht gut sprechen lässt, ohne in die Gegenwart und deren Kriege zu gelangen. Das tut, während sich Hinweise sonst auf Pol Pot und Milošević, Ruanda, Kongo und den Sudan beziehen, der Jurist Klaus Kastner, ein Kenner der Materie von Rang. Er verweist in einem hochinformativen Bild-Text-Band bis zum zweiten Irak-Krieg der USA hin auf jene völkerrechtswidrigen Kriege und kriegerischen Aktionen, die nach Nürnberg folgten und auf das Konto der Mächte gehen, die 1945 Ankläger und Richterschaft stellten. Schweigsamkeit führt indessen für die Inhaber von Universitätslehrstühlen nicht zum Entzug der Lehrerlaubnis. So belassen es die meisten Historiker bei der Distanzierung von Göring und den anderen Gehenkten. Damit lässt sich nirgendwo anecken. Für die verwenden sich öffentlich selbst bayerische Nazis nicht mehr. In einer Aussendung, die sie ihrem Aufmarsch am 14. Oktober in Nürnberg vorausschickten, erklärten sie fromm, ihre Demonstration solle nicht falsch als Aktion zugunsten der damals Angeklagten missverstanden werden.

Die Jahrestage der Urteilsverkündung und -vollstreckung haben auch außerhalb der Tages- und Wochenpresse vergleichsweise wenig Echo gefunden. Dazu trug wohl bei, dass in der Historikerzunft die Hinterlassenschaft des Prozesses weitgehend als verwertet gilt. Nicht vollständig, wie sich erwies. Das gilt selbst für den Nachlass des Mannes nicht, der sich um Vorbereitung und Führung des Gerichtsverfahrens als Chefankläger der USA so großes Verdienst erwarb, dass er in den Rang einer geschichtlichen Persönlichkeit aufrückte: Robert H. Jackson. Gearbeitet wird an Tagebuchaufzeichnungen des Juristen, und herausgegeben wurde eine Auswahl von Briefen, die ihm auf dem Postweg während seiner Tätigkeit in Nürnberg zugingen. Die hat der Verlag ohne den sonst reklameüblichen Anspruch auf sensationellen Gehalt herausgebracht.

Eröffnet wird ein Blick in die Gedankenwelt der Schreibenden, Deutsche wie US-Amerikaner vor allem, aber auch Menschen, die in von Deutschen eroberten und neutralen Ländern gelebt hatten. Die einen schlagen vor, wie mit Deutschland, den Deutschen und insbesondere den Angeklagten verfahren werden solle, fordern einen raschen Prozess und die Angeklagten ausnahmslos an den Galgen oder zu lebenslanger Schwerstarbeit. Andere erbitten Beihilfe zur Fahndung nach einem vermissten Sohn, Unterstützung für die Eröffnung eines Kinderheims für eltern- oder vaterlos aufwachsende Kinder; ein Vogelzüchter aus Hessen bietet zwei singende Dompfaffen an, denen er noch die US-amerikanische Nationalhymne beibringen könnte. Wieder andere wünschen Jackson und seinen Mitarbeitern Gottes Hilfe, eine Dame möchte ein Christenkreuz auf der Richterbank, mehrere sind lediglich auf Autogramm oder Autograph des Anklägers aus. Unter den Briefschreibern sind komische Käuze und solche, deren Texte Mitarbeiter mit der Aufschrift „irre“ versehen und ablegen. Vieles fällt in die Kategorien Groteskes und Absurdes.

Doch spiegelt sich in vielen Texten, selbst wenn sie in toto nicht als repräsentativ angesehen werden können, die mentale Verfassung Millionen Deutscher. Zu dieser Auffassung berechtigt der Vergleich mit anderen Quellen wie Kommentare in Zeitungen und Zeitschriften, geschrieben von kritischen antifaschistischen Autoren, Briefe und Berichte von Besatzungssoldaten und ausländischen Besuchern der vier Zonen, Tagebuchblätter von Deutschen und anderes mehr.

Und das ist der Befund: 1. Die Mehrheit der Deutschen und namentlich der „kleinen Nazis“ wollten am Geschehen nicht beteiligt gewesen sein und hatten sich für ihr Selbstbild die Argumente bereits zurechtgelegt. Wir Süddeutschen haben Hitler nicht gewählt, schrieb eine Frau; er sei zur Partei gezwungen worden, ein Mann; er habe nichts getan als Beiträge kassiert, teilte ein ehemaliger Blockleiter mit; aus Idealismus sei er 1932 in die Partei eingetreten, versicherte ein vierter, der dazuschrieb, er bekenne sich noch immer zur Idee des Nationalsozialismus, die gut gewesen sei. 2. Nachdrücklich bestanden Briefschreiber darauf, dass Deutschland und die Deutschen nicht die Alleinschuld am Kriege treffe. Wie im Gerichtssaal von den Verteidigern, so wurde auch von ihnen das Diktat von Versailles ins Feld geführt, sodann ein gegen Deutschland gerichteter „Wirtschaftskrieg“. Die Westmächte, hieß es, hätten Hitler 1933 verhindern können und später den Krieg. 3. Die Sieger seien moralisch nicht besser als die Besiegten, lautete eine wiederkehrende These, die unter anderem der Verweis auf den Burenkrieg und die britischen Konzentrationslager (das erinnerte an den antienglischen Spielfilm „Ohm Krüger“ von 1941, einen der finanziell aufwendigsten der Nazijahre und mit dem eigens geschaffenen Titel „Film der Nation“ ausgezeichnet) und auf den Abwurf der Atombombe stützen sollte. Letzten Endes seien alle Erdenkinder keine Engel, seufzte ein Kleinbürger. 4. Vor allem präsentierten sich die Absender dem US-amerikanischen Ankläger als Opfer. Sie seien von Hitler betrogen, belogen und bestohlen worden, dann hätten sie in Krieg und Luftkrieg gelitten, dies – so ihre Ableitung – sei Buße und Strafe genug.

Nicht ein Brief lässt erkennen, dass sein Absender irgendeinen geschichtlichen Zusammenhang begriffen hätte. Die Führer des Regimes waren einfach „eine Clique, die in die Unterwelt gehört“, „Nazischweine“, „Verbrecher“, eine „Brut“, und Hitler der „hirnverbrannte Gefreite“. Dabei blieb es, wie erinnerlich, bis weit in die Jahre der Bundesrepublik. Interesse kann diese Post auch deshalb beanspruchen, weil zu jenem Zeitpunkt kaum ein zweiter Adressat so konzentriert anonyme Bekenntnisse von Nazis erhalten hat, verknüpft mit Beschimpfungen seiner Person und seines Stabes. Die Vorstellung von der raschen Ernüchterung der Deutschen aufgrund ihrer Schlusserfahrungen mit dem Regime, ausgenommen „ein paar“ sprichwörtlich Ewiggestrige, kann getrost verabschiedet werden zugunsten der – anhand von Quellen freilich schwer zu beantwortenden – Frage, welche Rolle diese im Morast von Antisemitismus, Antikommunismus und nazistischem „Antikapitalismus“ feststeckenden Leute im Nachkrieg gespielt haben, als sie frei herumliefen, kaum ihr Maul gehalten haben dürften, Kinder hatten und erzogen und noch immer glaubten, sie hätten Ansprüche an die Welt zu stellen.

Angesichts der Menge seiner Arbeit hat einer der letzten noch lebenden aktiven Teilnehmer des Prozesses in Nürnberg wenig Zeit gehabt, sich über die Stimmung der Deutschen zu informieren. Auf Anstoß aus seinem Familienkreis schrieb der 1923 im sachsen-anhaltinischen Gardelegen geborene, den Judenmördern entkommene Richard W. Sonnenfeldt Erinnerungen an die Monate nieder, da er, vom Armeedienst abkommandiert, Chefdolmetscher der US-amerikanischen Anklagevertretung war. Sein Bericht gibt Einblick in deren Büros, die Methodik der Ermittlungen und Verhöre und den Alltag des Prozessgeschehens. Was er darüber hinaus über geschichtliche Tatsachen und Zusammenhänge schreibt, steht mitunter auf wackligem Fuß, wie etwa, dass die meisten Deutschen, Zivilisten wie Soldaten, „nichts Genaues von den grausigen Taten der Nazis wussten“.

Wieviel sie in Wahrheit von dem wussten, was die Deutschen in der Welt angerichtet hatten, überliefert James Stern, der im Auftrag der US-amerikanischen Regierung Deutschland bereiste, um Wirkungen und Nachwirkungen der alliierten Bombenangriffe auf die deutsche Bevölkerung zu ergründen. Über seine Gespräche mit deutschen Frauen, die die Luftattacken in der nunmehrigen Stadt des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses erlebt hatten, schreibt er: „Wenn wir die Menschen hier fragten, warum Deutschland den Krieg verloren hatte, warfen sie uns einen schnellen schuldbewussten, abwehrenden Blick zu, wie schlecht gelaunte Kinder, die gelogen haben, es aber nicht zugeben wollten,

schlugen dann die Augen nieder und murmelten ‚Ich weiß nichts' oder ‚Deutschland hatte zu viele Feinde' oder ‚Auf sowas kann ich nit antworten'." Manche fügten hinzu, ihr Mann könnte dazu etwas sagen. Der war nicht zur Stelle, befand sich unter der Erde oder in Kriegsgefangenschaft.

Henry Bernhard (Hrsg.): Ich habe nur noch den Wunsch, Scharfrichter oder Henker zu werden. Briefe an Justice Jackson zum Nürnberger Prozess. Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2006, 336 S., 22,90 Euro.

Klaus Kastner: Die Völker klagen an. Der Nürnberger Prozess 1945-1946. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, 166 S., 29,90 Euro.

Richard W. Sonnenfeldt: Mehr als ein Leben. Vom jüdischen Flüchtlingsjungen zum Chefdolmetscher der Anklage bei den Nürnberger Prozessen. Fischer, Frankfurt a. M. 2004, 288 S., 8,90 Euro.

James Stern: Die unsichtbaren Trümmer. Eine Reise im besetzten Deutschland 1945. Heyne, München 2006, 410 S., 9,95 Euro.

konkret, 2006, Heft 12, S. 32.

Ulbricht, der Liedermacher

DDR-Geschichte im Schulunterricht – die Krux mit dem Wissen

Wiederholt haben Politiker, die sich um die richtige Sicht der nachwachsenden Generationen auf die deutsche Geschichte sorgen, beklagt, dass das Wissen über die DDR den Anforderungen nicht genügt, die sie daran knüpfen. Erhebungen von Medien bestärkten diese Kritik. Nun hat die Stiftung für „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ veranlasst, der Sache auf den Grund zu gehen. Wenn auch nahezu 70 Prozent der Gymnasiasten von der 9. Klasse an aufwärts ihr DDR-Bild vorwiegend oder ganz aus Filmen beziehen, sehen doch 60 Prozent ihre Vorstellung wesentlich auch durch den Schulunterricht geprägt. Grund zu fragen, was Schulbücher leisten. Dazu wurden 64 aktuelle Produkte aus zehn Verlagen durchgesehen.

Das Frageraster, nach dem Fakten und Deutungen analysiert wurden, besitzt eine Tendenz: Lässt das Vermittelte die DDR hinreichend als Unrechtsstaat erscheinen? Die Liste der Gravamina ist lang. Es werde keine Vorstellung vom UdSSR-Stalinismus gegeben, worunter auch die vom ostdeutschen Staat als einen stalinistischen leide. Dessen Machtsystem werde nicht komplex erfassbar, und es erfolge keine tiefgreifende Auseinandersetzung mit dessen Gesellschaftsmodell. Im Klartext: Der Sozialismus wird nicht eindringlich genug als indiskutable historische Alternative vorgeführt. Da hinein passt die Klage, dass in Lehrbüchern wenig Vergleiche mit dem „Dritten Reich“ angestellt würden. Ob von Bildung, Kunst, Literatur die Rede ist, vermerkt wird das Fehlen konkreter Vorstellungen von der Indoktrination.

Soweit die Verfasser eigene Herangehensweise erkennen lassen, wird sie schon in der Beschreibung der Vorgeschichte des Jahres 1945 deutlich. Demnach hat die 1871 in einen Staat zusammengefügte Nation „eine zerstörerische Hybris“ entwickelt, mit Mann und Maus sozusagen. Der folgende „Umbau“, wie die revolutionierende Veränderung der Eigentumsverhältnisse nach 1945 genannt wird, war von „erzwungenem Charakter“. Wenn überhaupt Kunst und Literatur in den Lehrbüchern Aufmerksamkeit geschenkt werde, so nur als Gegenstand überwachender Staatssicherheit (die nur die eine Aufgabe, Niederhaltung der eigenen Bevölkerung, gehabt hätte). Kunst und Literatur seien durchsetzt vom Marxismus-Leninismus und Objekt des Dirigismus der Staatspartei gewesen. Besondere Schwierigkeiten scheint die Darstellung des Alltags der ostdeutschen Bürger zu machen. Über sie lässt sich Konkretes nicht sagen, sieht man von der Charakteristik von Wohnung und Schrebergarten als „private Nische“ ab, die es in der Bundesrepublik ja auch geben soll und deren bevorzugte Nutzung als Rückzugsgebiet schwindende Wahlbeteiligungen in Bundesländern und Kommunen sichtbar machen.

Eine andere Perspektive wurde aus der Befragung von mehr als 5616 Schülern an 68 Gymnasien aller Bundesländer gewonnen, denen im zweiten Halbjahr 2005 insgesamt 41 Fragen vorgelegt wurden, die sich direkt auf die DDR-Geschichte bezogen. Dass sich das Forscherinteresse auf „höhere Schüler“ begrenzte, mag der Wunsch bestimmt haben, sich über die geistige Verfassung der künftigen Elite in diesem Punkte zu vergewissern, aber auch die Furcht, allzu blamable Ergebnisse zu erhalten. Einige davon hat die Tagespresse schon referiert. Insgesamt 20 Prozent der Befragten hielten Robert Havemann, Ludwig Erhard oder Wolf Biermann für den letzten SED-Generalsekretär. Nahezu jeder fünfte Befragte erkannte in Walter Ulbricht entweder einen Liedermacher, einen ostdeutschen Oppositionspolitiker oder den zweiten Kanzler der Bundesrepublik. Gefragt wurde nicht nach Gründen des Verhältnisses der Bürger zum DDR-Staat, sondern nach „Duldsamkeit“, wobei die Antwortvorgaben ausschlossen, dass ein Teil der Ostdeutschen mit dem Gesellschaftsmodell im Kern einverstanden gewesen sein könnte. Mehr als 80 Prozent meinten, es sei wohl oder gewiss der sichere Arbeitsplatz gewesen, der die duldende Haltung bewirkte. 20 Prozent neigten dazu, dass die Wiedererrichtung der „Mauer“ für die Entwicklung in Deutschland gut wäre. Da mögen verschiedene Erfahrungen und Belehrungen zusammengeflossen sein, auch jene, die alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bundesrepublik durch die Vereinigung verursacht sehen.

Welche Schlüsse aus den Befunden auch gezogen werden, dass die Glaubwürdigkeitslücke, die zwischen der Realgeschichte der DDR und ihrer Vermittlung klafft, geschlossen werden könnte, lässt der

Band, dem eine CD-ROM mit näheren Angaben über Analyse und Befragung beiliegt, nicht hoffen. Mehrfach wird für eine vergleichende Geschichte beider deutschen Staaten plädiert. Warum sie nicht vorankommt, bleibt ungesagt.

Ulrich Arnswald/Ulrich Bongertmann/Ulrich Mählert: DDR-Geschichte im Unterricht. Metropol Verlag, Berlin 2006. 235 S., br., 17,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 30. November 2006, S. 15.

Aufklärer und Mythenbildner

Was für ein Hitler-Bild haben die Deutschen heute? Notwendige Replik auf Fest & Co.

[Mitautor: Manfred Weißbecker]

Der Name des kürzlich verstorbenen Mitherausgebers der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Joachim C. Fest wurde 1973 und in den folgenden Jahren weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus bekannt. Das rührte vor allem von seinem Buch „Hitler. Eine Biographie“ her, das ein Weltbestseller geworden war. Seinem Erscheinen ging in der Zeitschrift „Stern“ ein Vorabdruck in 29 Folgen voraus. Durch keine andere seiner vielen Äußerungen in Büchern, Artikeln und Filmen hat der Publizist eine annähernd große Wirkung erzielt.

Stärker noch als dieses Werk erregte der 1977 in deutsche und ausländische Kinos gelangte Film „Hitler. Eine Karriere“ die Gemüter. Er verschärfte den Streit, den das Buch ausgelöst hatte. Die deutsche Filmbewertungsstelle bedachte den Streifen nach einer Kampfabstimmung (zwei gegen zwei) mit dem seiner Verbreitung förderlichen Prädikat „Besonders wertvoll“. Während der Berliner Festspiele gestartet, wurde er Schulen empfohlen, doch von Lehrern abgelehnt oder nur unter Vorbehalt als für den Unterricht geeignet angesehen. Wie lässt sich da Kritik an Fests Hitlerbild als „billiger linker Reflex“ abtun? (Hans-Dieter Schütt in ND, 13. September 2006).

Als der Film in die Kinos kam, hatte die Auflage der Biografie 500.000 Exemplare erreicht. Wie viele Käufer die 1200 Seiten des Wälzers gelesen haben, bleibt im Dunkeln. Die mehrere hunderttausend Besucher, die den Film sahen, bekamen den Extrakt. Die wenigsten dürften Erwin Leisers Dokumentarfilm „Mein Kampf“ gekannt haben, der 1960 in deutschen Kinos gezeigt worden war, und kaum jemand Michail Romms „Der gewöhnliche Faschismus“ von 1965, den die ARD drei Jahre später – mit einer Vorrede Eugen Kogons – ausstrahlte. Während Leisers Film mit Bildern über die Untaten beginnt, setzt der „Untergang“ mit Paraden und Aufmärschen ein. Daran und an weiteren Passagen hätte Goebbels Freude haben können, denn distanzierende Kommentare, an denen es nicht fehlt, können mit der Wucht des Materials der braunen Propagandakompanien nicht konkurrieren. Wim Wenders sprach von „einem unfassbaren Leichtsinn“, diese Reklame als „Kern der Sache“ auszugeben, seine einzige Empfehlung sei, nicht in den Film zu gehen. Hermann Graml, Mitarbeiter im Münchener Zeitgeschichtsinstitut, nannte den Film „überflüssig“. Andere, schärfer noch, sprachen von einem „gefährlichen Film“. Leiser konstatierte: „Die historischen und sozialen Zusammenhänge, die diese Karriere ermöglichten, werden nicht genannt.“

Diese und weitere Einwände erhoben nicht Personen, denen es angeblich noch immer schwergefallen wäre, „Größe und Konservatismus als Attribute der Qualität“ anzuerkennen. Sie sind weder „billiger linker Reflex“ noch „Kalkül“ zu nennen und als Praxis denunzierbar, die dem eben Verstorbenen „den abwertenden Stempel des Anrüchigen“ aufdrücke, wie Schütt schreibt. So lässt sich aber über ein Werk und seinen Einfluss hinwegschreiben und die Anschlussfrage meiden, was davon drei Jahrzehnte später fortwirkt. Es heißt, im Sinne Fests argumentieren, wenn der Autor Tags darauf von Auschwitz schreibt, es sei „das Unerklärlichste dieses Jahrhunderts, das unerklärlich bleibt – trotz aller Einsichten in politische, sozialökonomische Strukturen“ und das Großverbrechen ins Dunkel des vorgeblich Unerkennbaren taucht. Da wären wir wieder bei den Ausflüchten, die jene bald nach Kriegsende drucken ließen, welche die Wahrheit fürchten mussten.

Fest, der 1963 die biografischen Aufsätze „Profile einer totalitären Herrschaft“ vorgelegt hatte, ließ 1969 seinen Fernsehfilm „Adolf Hitler – Versuch eines Porträts“ folgen. Was ihn auch angestoßen haben mag, sich an die Biografie des Mannes zu setzen, das Buch war in eine politische Auseinandersetzung hineingeschrieben. Spät, Ende der sechziger Jahre, kam in der Bundesrepublik eine Diskussion über das Wesen der faschistischen Diktatur in Gang, die ihren kräftigsten Impuls von Angehörigen jener Generation erhielt, die als die 68er bezeichnet wird. Die zumeist jungen, studierenden Leute besaßen keine eigenen Erfahrungen mit der Diktatur, wohl aber genügte ihnen die vorherrschende Deutung „Hitlerzeit“ nicht. Auch innerhalb der Historiker-Zunft, nicht getragen von deren herausragenden Köpfen, jedoch von Angehörigen der ersten Historikergruppe, die nach Kriegsende

in der Bundesrepublik ausgebildet worden war und zumeist der Wehrmacht oder anderen Naziformationen noch angehört hatten, regten sich Bestrebungen, das hochgradig vereinfachte Bild der Naziherrschaft zu korrigieren, das Parteigänger und Mitmacher befriedigte, aber in keiner Weise eine kritische Analyse darstellte.

Es charakterisiert die Gedenkartikel bürgerlicher Zeitungen anlässlich des Todes von Fest vor wenigen Wochen, dass davon keine Rede ist. Ein „Schöngeist" sei verblichen, schrieb die „*Stuttgarter Zeitung*" und bezeichnete dessen Hitler-Biografie als „Standard setzend". Und entgegen aller Kritik sowie darauf spekulierend, dass ihre Leser sie entweder vergessen oder von ihr nie gehört haben, hieß es: „Wer, wenn nicht Fest hat das Reich in seinem verbrecherischen Wesen entlarvt." Als hätten das nicht – eben war an den 60. Jahrestag des Ereignisses zu denken – Juristen der vier Mächte im Prozess gegen Göring u. a. getan. Als wäre Fest nicht gerade, und zwar vor allem mit Bezug auf den seinem Buch folgenden Films angegriffen worden, weil er von Untaten einen zu schwachen und marginalisierten Bericht gegeben hatte.

Geistesverwandte Redaktionen hielten sich ebenfalls mit Klartext zurück; ein monatelang diskutiertes Buch, ein umstrittener Film, ungenannte akademische Kritiker, auch von Neid geleitet, eine Debatte, geführt nicht um der Sache willen usw. Das ließe sich hinnehmen, würde der seinerzeitige Streit, ein Teil der Hitler-Welle in der Bundesrepublik, einzig noch historiografisches Interesse beanspruchen können, hätten sich seine Gegenstände und Themen erledigt.

Das „Dritte Reich", so die Gesamtaussage Fests, der in Bildern den Mythos „Volksgemeinschaft" ausbreitet, war ein Regime für die Massen und von ihnen getragen, nur kam dann das Jahr 1939 und „Hitlers Krieg". Das war keine Neuverfälschung, doch niemand hat das Zerrbild – das sich jüngst wieder bei Götz Aly lesen ließ – so wortreich, elegant glaubhaft zu machen versucht. Hitlers verhunzte Psyche als Quelle alles Unheils. Dabei beanspruchte Fest in immer neuen Variationen, „sachlich, rational, und unvoreingenommen" vorgegangen zu sein, um die „schwer entschlüsselbare Korrespondenz" zwischen dem „Mann und der Epoche", der „Person und der Zeit" zu erhellen. In Wahrheit hat er die Figur weit aus der Gesellschaft gerückt, weg vor allem von den kursbestimmenden Eliten, hinein ins Zeitlose. Wem das nicht selbst aufgefallen war, der hätte es der Zeitung „Der Arbeitgeber" entnehmen können, die den Film „unangreifbar" nannte, ihn als gelungenen Schlag gegen die Linksintellektuellen begrüßte und als besten Geschichtsunterricht für Schüler empfahl. Nach dem Urteil von „Die Welt" befand sich das Opus auf der Höhe der Wissenschaft. In „*Bild am Sonntag*" hingegen, dem Sympathien mit diesen Intellektuellen unverdächtigen Blatt, wurde Fest entgegnet: „Ohne Hilfe des Großkapitals und der Militärs wäre Hitler nicht geworden, was er wurde." Das richtete sich gegen den Kommentar des Autors, Hitler sei „weder käuflich, noch im Bunde mit dem Großkapital" gewesen. Diese Aussage entsprach exakt dem Dementi, das Hitler selbst Anfang Januar 1933 in die Nazizeitung *„Völkischer Beobachter"* rücken ließ, nachdem Späher ihm auf die Spur seines Treffens mit Franz von Papen im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder gekommen waren.

Fest führte hinter Nürnberg zurück, wo die Rolle von Wirtschaftsführern bei der Errichtung der faschistischen Herrschaft, deren Befestigung, auf dem Weg in den Krieg und in der Phase der Eroberungen gerichtsnotorisch gemacht worden war. Eine Arbeit, die in drei Prozessen gegen Eigentümer und Manager des Flick-, Krupp- und IG-Farben-Konzerns von US-amerikanischen Juristen fortgesetzt wurde. So viele Figuren Fest im Film auch vorführte, Hjalmar Schacht – Bankier, mehrjähriger Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung – ließ er nicht auftreten. Fest agierte nicht, wie ihm oberflächliche Kritik nachsagte, als Hitlers Weißwäscher, wohl aber als Weißwäscher der bürgerlichen Gesellschaft.

Dass er vor einer Wiederholung faschistischen Unheil warnen wollte, sollte ihm niemand absprechen. Was aber ist eine Warnung wert, die Gefahren und deren Quellen falsch bezeichnet, in Hitler eine „anthropologische Möglichkeit" ND, 13. September) erblickt und nicht eine Möglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft? „Mythen und Legenden" würden geboten, schrieb „*Die Zeit*", gerichtet gegen jene, die dem Film aufklärerisches Verdienst zumaßen. In diese Kategorien gehört Hitlers Zuordnung

zu den Revolutionären, während er eine Bewegung führte, welche die Gegenrevolution des Jahres 1919 vollendete und auch Resultate bürgerlicher Revolutionen des 18., 19. Jahrhunderts liquidierte.

Kurzum: Fests Hitlerbild war Rückschritt und Barrikade auf dem langwierigen Weg, den Platz des Mannes in der deutschen Gesellschaft und ihrer Geschichte sicher zu verorten. Der Weg ist bei Weitem nicht zurückgelegt und weiter werden auf ihm Hindernisse getürmt. Davon zeugen ein auch nur flüchtiger Blick auf den Büchermarkt, nicht anders auf den Film „Der Untergang", der fern der Gesellschaft einen verbunkerten Greis vorführt. Davon zeugen ebenso einzig auf Personen fixierte, Nebensächliches ausbreitende Fernsehprogramme sowie Sprachbilder wie die von der „Wohlfühldiktatur" und vom „Volksstaat". Vieles davon findet sich schon in Fests Sicht auf den Führer als einer „allesbewegenden, unwiderstehlichen Kraft": Hitlerismus statt Faschismus, Hitler als entlastender Sündenbock. Und obendrein nichts anderes als ein Missverständnis der Geschichte.

Je mehr, so schrieb „Fest über Fest" 1990, er sich mit dem Thema befasst habe, desto „unbegreiflicher" sei ihm geworden, was da geschehen war: „... ein Aufstieg und Machtgewinn der ordinärsten Mittelmäßigkeit, die nicht einmal die Rechtfertigung durch eine große Leidenschaft für sich in Anspruch nehmen konnte, sondern ganz überwiegend von kleinen Egoismen, Affekten und Verstiegenheiten bewegt war, auch keiner übergreifenden Idee folgte, so dass am Ende alles, Krieg, Verbrechen und Weltherrschaftsphantasien den Charakter eines schrecklichen und dummen Missverständnisses annahm." Da lässt Lichtenberg grüßen: Mit größerer Majestät hat nie ein Verstand stillgestanden. Diese Betrachtungsweise befand sich – in West und Ost – in Widerspruch zu aller professionellen Geschichtsforschung, deren Reichweite in die Gesellschaft der Bundesrepublik freilich gering war.

Wenn alle mitmachen – ich nicht, sei die vom Vater übernommene Devise Fests gewesen. Eine Selbsttäuschung. Bei der Verkürzung des deutschen Faschismus auf den Hitler, sodann dessen Platzierung in ein reduziertes – politische Bedürfnisse befriedigendes – Zeitbild, hat der Publizist nichts erfunden, sondern „mitgemacht". Sein Buch über Hitler, später auch das über Albert Speer waren im Hauptstrom bundesdeutscher Geschichtspolitik ein Verstärker. Dem ordnete sich auch ein, dass Fest, womit er den Historikerstreit der 80er Jahre anstieß, Ernst Nolte Gelegenheit gab, den Ursprung des Massenmordes an den europäischen Juden nach Sowjetrussland zu exportieren versuchen. Auch das ist nicht aufgegeben. Hannes Heer ist zuzustimmen: Es gibt heute ein „Rollback zum Hitlerbild der 50er Jahre", und so muss in diesem Falle, so ermüdend es anmuten mag, auf alten Schlachtfeldern weiter gefochten werden.

Neues Deutschland, 2./3. Dezember 2006, S. 21.

Mörder in Weiß

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/47. Ärzte folgten dem Wahn vonVolksgesundheit, „Rassereinheit“ und Erbkrankheit

Den Hauptkriegsverbrecherprozessen in Nürnberg vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober1946 folgten zwölf Prozesse gegen verschiedene Berufsgruppen wie Ärzte und Juristen, gegenFirmen wie Krupp und I. G. Farben, gegen Generäle und verschiedene Institutionen des faschistischen Staates.

Mehr als vierzig Jahre waren seit dem Prozess gegen deutsche Ärzte vor US-amerikanischen Militärgerichten in Nürnberg vergangen, als im Jahr 1999 sein Verlauf, seine Vorgeschichte und seine Wirkungen in einzigartiger Weise dokumentiert sowie der Forschung und darüber hinaus der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Die insgesamt mehr als 37.000 Seiten umfassende papierene Hinterlassenschaft des sogenannten Ärzteprozesses von 1947, produziert oder benutzt von der Anklage, dem Gericht und der Verteidigung, wurde nach einer zu bewundernden editorischen Arbeit in einer Mikrofiche-Ausgabe, bestehend aus 381 Fiches, vorgelegt.[1] Zur Publikation gehört ein Einführungsband. Das Projekt hat schon bei seiner EntstehungKosten verursacht, die zu einem Teil nur durch Spenden – etwa 8.000 Ärzte beteiligten sich daran – aufgebracht werden konnten, und sein Resultat wiederum wurde zu einem Kaufpreis vorgelegt, der selbst bessergestellte wissenschaftliche Bibliotheksleiter ins Grübeln brachte. Über seinen Wert ist damit nichts gesagt – wohl aber mit der Feststellung, dass es keinen anderender insgesamt zwölf Nachfolgeprozesse gibt, dessen Dokumente auch nur annähernd in dieser Vollständigkeit zugänglich wären. Das gilt sogar für den Hauptprozess gegen Hermann Göring und andere nicht, dessen stenographisches Protokoll zwar digital vorliegt und erschwinglich ist, nicht aber für die vom Gericht akzeptierten Dokumente, die sich in Spezialbibliotheken lesen lassen.

Das Gericht

Dieses Verfahren lief unter der offiziellen Bezeichnung „die Vereinigten Staaten versus Karl Brandt u. a.“, so benannt nach dem ersten in der alphabetischen Reihenfolge der 23 Angeklagten. Unter den Beschuldigten befanden sich 20 Ärzte. Das Verfahren eröffnete die Serie der Prozesse vor Tribunalen, deren Richterkollegien ausschließlich aus Juristen der USA bestanden. Dass in seinem Mittelpunkt Ärzte standen, hatte nichts mit dem politischen Gewicht dieser Berufsgruppe im Nazistaat zu tun, deren Angehörige in der Anklageschrift der Täterschaft und Tatbeteiligung an schwersten Verbrechen beschuldigt wurden. Da wären vor der Ärzteschaft Minister, Staatssekretäre und andere hohe Würdenträger des Regimes an der Reihe gewesen. Ausschlaggebend war letztlich, in welchem Tempo das Beweismaterial zur Verfügung stand, dass die Anklage auf sicheren Grund stellte. Die vertrat Brigadegeneral Telford Taylor, der wie andere Juristen bereits im Hauptprozess tätig gewesen war. Wie dort erhielten die Beschuldigten, die sich in Haft befanden, die Anklageschrift vor der Hauptverhandlung am 5. November zugestellt. Die begann am 9. Dezember 1946. Wie Göring und Konsorten standen ihnen deutsche Verteidiger zur Seite – und wie jene erklärten sich bei Prozesseröffnung sämtliche Angeklagten für nicht schuldig.

Der verbrecherische Tatbestand, den das aus vier Richtern unter dem Vorsitz von Walter B. Beals, Oberster Richter am Supreme Court des Staates Washington, verhandelte, war schon im Hauptprozess wiederholt zur Sprache gekommen. In dessen Verlauf waren mehrere der nun Angeklagten auch namentlich genannt worden. Sie hatten alle Grundsätze ärztlicher Ethik und der Menschlichkeit missachtende medizinische Experimente an Menschen vorgenommen, an Häftlingen aus Konzentrationslagern, von denen viele die Torturen nicht überlebten, andere lebenslang körperlichen und seelischen Schaden erlitten. Zu den Vorwürfen der Anklage gehörte darüber hinaus die Ermordung von Juden für Zwecke der „Rasseforschung“.

Wie bereits vor dem Hauptprozess standen die Ankläger zunächst vor der Frage, wer auf die Anklagebank sollte. Wiederum war eine Auswahl zu treffen. Und auch diesmal ging es dem Gericht nicht

---

[1] Angelika Ebbinghaus/Klaus Dörner/Karsten Linne u. a. (Hrsg.), Der Nürnberger Ärzteprozess 1946/47. Wortprotokolle, Anklage- und Verteidigungsmaterial, hrsg. im Auftrag der Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Mikrofiche-Edition, München: K. G. Saur Verlag 1999, 381 Fiches mit Erschließungsband.

allein darum, einzelne Täter zu überführen und zu bestrafen, sondern zugleich ein Bild von der Organisation des zivilen und militärischen „Gesundheitswesens“ im Nazistaat zu gewinnen und zu geben. Es konnte helfen, die distanzschaffende Auseinandersetzung mit dem Regime auf einem Feld zu befördern, das in den Augen vieler Deutscher besonders verklärt war.

Denn die Nazipropaganda hatte in Wort, Bild und Film, so in den Spielfilmen „Robert Koch“ (1939) und „Paracelsus“ (1943), es als Anliegen und Ziel des „Nationalsozialismus“ ausgegeben, ein kern- und vor allem „erbgesundes“ Volk zu schaffen und zugleich die Weimarer Republik und die Siegermächte des Ersten Weltkrieges angeklagt, in Deutschland Armut und Hunger mit ihren Folgen, Krankheit und Elend, verursacht zu haben. Was aber zur „Hebung der Volksgesundheit“ in Schulen auf dem Gebiet des Sports und der Hygiene getan worden war, hatte – bei aller ideologischen Verklärung – hauptsächlich dazu gedient, die Massen, vor allem die jungen Jahrgänge der männlichen Bevölkerung, auf die Anforderungen und Strapazen des geplanten Krieges vorzubereiten. Dessen zählbares Resultat in Form von Millionen Kriegstoten, Verkrüppelten und Kranken trat 1945 zwar zutage. Das bedeutete aber nicht, dass unter den Deutschen, die Zehntausende zählenden Ärzte eingeschlossen, die Beziehung zwischen diesem „Nationalsozialismus“ und dem Krieg begriffen worden wäre.

Den Organisationen der Ärzte in den Westzonen ging es darum, dass auf ihre Mitglieder nicht ein kollektiver Schatten falle oder ihnen eine kollektive Schuld aufgebürdet würde. Die Halbgötter in Weiß mochten sich daran erinnern, manche mit dem Blick in die eigene Biographie, dass bereits 1938 30.000 Ärzte dem 1929 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund angehörten, der seine Mitglieder auf das faschistische Verständnis von Volksgesundheit, Rassereinheit, Erbkrankheit usw. ausgerichtet hatte. Das in der Ärzteschaft, die meist dem Bürgertum entstammte, verbreitete elitäre Bewusstsein und ein berufsständischer Hochmut machten bereit, die faschistischen Lehren von den höher- und den minderwertigen Menschen und vom unwerten Leben zu teilen.

Nicht, dass die Masse dieser deutschen Ärzte selbst verbrecherisch tätig und straffällig geworden wäre. Doch sie hatten sich zu Tausenden ehrenamtlich in den Dienst der paramilitärischen Formationen, namentlich der SA und der (allgemeinen) SS, zur Verfügung gestellt. Von vielen von ihnen waren immer großzügiger Männer als wehr- und kriegsverwendungsfähig beurteilt worden, womit sie halfen, den Nachschub für den Krieg zu sichern. Wie viele Ärzte hatten zugesehen, als ihre jüdischen Kollegen aus Krankenhäusern entlassen wurden oder ihre Praxen schließen mussten. Wie viele hatten von der Vernichtung dieser Konkurrenz profitiert, als deren „Nachfolger“ Karriere machten oder sonst Vorteile genießen können. Das fiel nicht unter die Kategorie von Verbrechen. Doch es passte auch nicht in das gepflegte Bild vom Arzt als Helfer und Heiler und Menschenfreund. Die in Berufskammern zusammengeschlossenen Ärzte taten sich schwer, diesen Prozess zu akzeptieren, in denen die ärztliche Ethik zur Sprache kommen würde.

Wie gering 1946 das Interesse war, kritisch mit sich zu Rate zu gehen, erwies sich an der Schwierigkeit, aus der eigenen Zunft prominente Prozessbeobachter nach Nürnberg zu entsenden. Niemand fand sich bereit. Die Aufgabe übernahm mit Alexander Mitscherlich ein Mann, der von den Nazis zweimal verhaftet worden war und nach der Befreiung zunächst ein Gesundheitsamt in der US-amerikanischen Zone geleitet hatte. Vor 1933 hatte er geplant, in Geschichte, Kunstgeschichte und Philosophie an der Universität München zu promovieren, brach aber das Ver fahren ab, da sein Doktorvater Paul Joachimsen, ein getaufter Jude, verstarb und dessen Nachfolger, Karl Alexander von Müller, sich weigerte, Arbeiten seines Vorgängers zu betreuen. Mitscherlich löste seine Aufgabe in einer Weise, die ihn bekannt, ja berühmt machte und ihm ebenso Anfeindungen eintrug.

Die Anklagebank

Wie im Hauptprozess so fehlten auch im Ärzteprozess auf der Anklagebank einige Personen. Das galt für den Reichsleiter Philipp Bouhler, Chef der „Kanzlei des Führers“, die zur Organisationszentrale des Behinderten- und Krankenmordes („Euthanasie-Aktion“) gehörte. In Gefangenschaft geraten, nahm er sich das Leben. Es traf auch für den Reichsgesundheitsführer Dr.med. Leonardo Conti zu, der in Personalunion Staatssekretär im Reichsinnenministerium gewesen war. Er brachte sich in seiner Zelle um, als ihm die Anklage vor Gericht bevorstand. Derhöchstgestellte Mediziner der SS,

Reichsarzt Dr. med. Ernst Robert Grawitz, tötete sich und seine Familie bei Kriegsende. Diese drei zogen den Selbstmord dem Galgen vor. Einige, die vor dieses Gericht gehört hätten, waren noch nicht ermittelt und ergriffen worden, wozu der Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe bis 1943, Prof. Erich Hippke, gehörte. Dennoch war dieBesetzung der Anklagebank, für die sich der Gerichtshof entschied, keine Verlegenheitslösung.

Durch ihre Stellung im Nazistaat ragten aus der Gruppe der Angeklagten heraus: SS-OberführerViktor Brack, Oberdienstleiter in der „Kanzlei des Führers“, SS-Standartenführer Dr. jur. Rudolf Brandt, persönlicher Referent des Reichsführers-SS und Leiter des Ministerbüros im Reichsinnenministerium. Diese beiden gehörten zu den drei Nichtärzten des Verfahrens. Sie waren für die Verbrechen leitend und organisierend verantwortlich. Exponierte Stellungen besaßen auch Prof. Dr. med. Kurt Blome, Stellvertreter des Reichsgesundheitsführers Leonardo Conti und stellvertretender Leiter der Reichsärztekammer, SS-Gruppenführer Prof. Dr. med. Karl Brandt, Begleitarzt Hitlers und Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der SS, Prof. Dr. med. Karl Gebhardt, Oberster Kliniker beim Reichsarzt SS und Leibarzt Heinrich Himmlers, Generaloberstabsarzt Prof. Dr. med. Siegfried Handloser, Chef des Wehrmachtssanitätswesens und Heeressanitätsinspekteur. Die einzige im Verfahren angeklagte Frau hieß Dr. med. Herta Oberheuser, Ärztin im KZ Ravensbrück.

Die Verbrechen

Welch ein Anfänger war jener Arzt in Büchners berühmtem Drama, der die finanzielle Notlage des Franz Woyzek nutzte und ihn auf Erbsendiät setzte, seine Versuchsperson Studenten vorführte und demütigte, der den armen Teufel zwar nicht tötete, aber mit seinem Vorgehen half, ihn zugrunde zu richten. Und doch weist die literarische Geschichte eine erkennbare Verwandtschaft mit jener Realgeschichte auf, mit der sich das Gericht in Nürnberg zu befassen hatte. Das Bindeglied gab die abgrundtiefe Menschenverachtung des einen wie der vielen anderen her.

Ziel der letztlich mörderischen Experimente war es, Erkenntnisse zu gewinnen, die im Krieg vor allem bei der Luftwaffe und beim Heer verwertbar waren. Die zu Versuchsobjekten herabgestuften Menschen, wehrlos in der Gewalt der Herren der Konzentrationslager, wurden in Druckkammern gesperrt, extremen Unterkühlungen ausgesetzt, mit Impfstoffen attackiert. Es wurden ihnen, um Gegenmittel zu erproben, schwere Verwundungen mit Verunreinigungen zugefügt wie sie im Landkrieg auf Schlachtfeldern tagtäglich mit Todesfolge vorkamen. Wie Soldaten den Absturz aus einem Flugzeug aus großer Höhe, wie sie einen längeren Aufenthalt in eiskaltem Meerwasser, die Aufnahme von Meer- statt normalem Trinkwasser, wie sie im Dreck, von einer Granate verwundet, überleben, wie sie Infektionen wie Fleckfieber überstehen und dann wieder kampffähig werden können, das waren die Fragen, die sich die Nazimediziner stellten. Die Opfer, die bei ihren Forschungen qualvoll und elend zugrunde gingen, interessierten sie nicht. Den absoluten Tiefpunkt der Barbarei stellte das Umbringen von 86 jüdischen Männern und Frauen dar, die in Auschwitz ausgewählt und im KZ Natzweiler-Struthof (Elsass) getötet worden waren. Ihre Skelette, namentlich ihre Köpfe, sollten an der Reichsuniversität im eroberten und angegliederten Straßburg eine Sammlung zu „rassebiologischen Zwecken“ abgeben.

Die Opfer

Die Opfer dieser Experimente waren Insassen von Konzentrationslagern, Männer und Frauen,Angehörige mehrerer Nationen, Juden, Sinti und Roma. Einige von ihnen traten im Gerichtssaalals Zeugen auf. Sie waren unter die Messer und anderen Gerätschaften dieser „Ärzte“ geraten,die sich nun als nichtsahnend hinstellten und behaupteten, sie hätten geglaubt, es mit Menschen zu tun gehabt zu haben, die entweder zum Tode verurteilte Verbrecher gewesen wären oder sich freiwillig zur Verfügung gestellt hätten. Den Eindruck, den das Verhalten der Angeklagten auf ihn machte, fasste Alexander Mitscherlich so zusammen: „Zuweilen war der Ekel vor so viel akademisch aufgezäumter Eloquenz zur Verharmlosung ihrer Rolle kaum erträglich.“

Die Absicht, die Experimente als normal dar- und in den Rahmen traditioneller medizinischer Forschung hineinzustellen, scheiterte freilich auch an den Zeugnissen derer, die sie erlitten hatten. Was

ihr geschehen war, schilderte Maria Halina Pietrzak dem Gericht: „Nach eineinhalbjähriger Haft im Lager Ravensbrück wurde ich in einer zehnköpfigen Gruppe am 29. September1942 ins Revier gebracht. Am nächsten Tag nahm man mich nach einer Dosis flüssigen Morphiums in den Operationssaal, wo ich durch Äthernarkose betäubt wurde. Als ich nach etwa vier Stunden auf meinem Bett erwachte, hatte ich starke Schmerzen im rechten Bein, das bis zum Knie in einem Verband steckte. Die Temperatur stieg bis auf 41 Grad. Acht Tage später wurde ich ein zweites Mal operiert. Schon am zweiten Tag nach der ersten Operation hat man mir die Nähte aus der Wunde entfernt und etwas ausgekratzt. Nach der zweiten Operation spürteich einen schmerzenden Druck auf der rückwärtigen Oberseite der rechten Wade, das Bein warbis zur Leistengegend in einem Gipsverband. An meinem Bett war eine Tafel angebracht mit der Bezeichnung ‚K2'. Nach einigen Tagen wurde der Gipsverband abgenommen und das Beingeschient. Nach etwa vier Wochen konnte ich zum ersten Mal die Wunde sehen. Wie ich damalsfeststellte, war sie handbreit und befand sich an der Außenseite der rechten Wade. Ein Drainageröhrchen ragte heraus. Dr. Schiedlausky, der dabei war, sagte höhnisch, auf die Wunde weisend: ‚Schön, nicht wahr?' Der Verband wurde jeden zweiten oder dritten Tag gewechselt. DieWunde heilte schnell und nach ungefähr acht Wochen war sie nur an einer kleinen Stelle nicht geschlossen. In dieser Zeit stieg die Temperatur, das rechte Bein schwoll an und wurde rot. Man legte eine Schiene an, bettete den Fuß hoch und machte mir Umschläge. Im Frühjahr 1943begann ich aus eigener Kraft, die ersten Schritte zu machen." Versuche von diesem Grad an Brutalität und Menschenverachtung waren auch in den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau und weiteren vorgenommen worden, so dass es einen großen Kreis vonBeteiligten, Mitwissenden und Beobachtern gab – nicht anders als im Falle der Tötungen in denKrankenanstalten, denen geistig und körperlich behinderte Menschen zum Opfer fielen.

Die Urteile

Im Juli endete das Verfahren nach 133 Prozesstagen. Es waren in seinem Verlauf 32 Zeugen der Anklage und 30 der Verteidigung angehört worden sowie die Verteidigungsreden der 23 Angeklagten selbst. Dazu kamen mehrere hundert eidesstattliche Erklärungen, die von der Anklage vorgelegt, und eine noch erheblich größere Zahl von Dokumenten, insgesamt mehr als 900, die von den Anwälten zugunsten ihrer Mandanten präsentiert worden waren. Über die Bewertung der Untaten hinaus hatten die Richter im Verlauf der Verhandlungen und als derenErgebnis klargemacht, was Medizinern und Ärzten auf dem Wege ihrer Forschungen und den damit einhergehenden Experimenten allenfalls erlaubt und was ihnen strikt verboten sei. So fixierte der Prozess wie schon der gegen die Hauptkriegsverbrecher Normen, die von nun an allen gelten sollten, die sich als zivilisiert und human ansahen.

Am 20. August 1947 wurden die Urteile gesprochen. Siebenmal lautete der Gerichtsspruch auf "death by hanging". Diese Todesurteile wurden am 2. Juni 1948 nach Zurückweisung von Gnadengesuchen im Gefängnis Landsberg in Bayern vollstreckt. Andere Strafen bewegten sichzwischen zehn Jahren und lebenslänglicher Haft. Die sie zu verbüßen hatten, erfuhren 1951 durch den Hohen Kommissar der USA in Deutschland, John Jay McCloy, Herabsetzungen derStrafzeit und kamen noch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sämtlich frei. Wichtiger alsdiese Urteile war jedoch, dass vor Gericht eine Medizin ohne Menschlichkeit entlarvt und damitdie Frage aufgeworfen worden war, was forschenden Ärzten auf der Suche nach der Mehrung medizinischer Erkenntnisse, der Mittel gegen Krankheiten und Verletzungen und, allgemein gesprochen, im Kampf gegen den Tod erlaubt und was ihnen strikt verboten sei.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 09./10. Dezember 2006, S. 10.

Kaltes Herz, erste Liebe

Ein seltener Blick in vergangene Zeit – Kinderfilme

Wer das vierte Lebensjahrzehnt schon erreicht hat, mag sich an jenen Auftakt erinnern, der heutige Darstellung des Lebens der Kinder in DDR-Zeit vorgab. Kaum dass der ostdeutsche Staat der Geschichte angehörte, wurde die Tristesse des Lebens in den militarisierten Kindergärten zwischen Erzgebirge und Ostsee beschrieben: beständiges und erzwungenes Malen von DDR-Fahnen, NVA-Soldaten und Panzern und insbesondere das befohlene „Töpfen“ der wehrlosen Kleinen. Kinderelend wurde ausgebreitet samt lebenslanger Folgen.

Diese Art der Betrachtung des Lebens der Anderen hält sich bis in unsere Tage. Und diejenigen unter den Jüngern der Clio, die Ansehen genug besitzen, ein Machtwort der Vernunft zugunsten von Objektivität zu sprechen, schweigen wie unlängst auf dem Historiker-Kongress in Konstanz am Bodensee. Dort freilich hätten sie einem Verlag Aufwartung machen können, der einer Autorin das Wort gegeben hat, die da nicht mitmacht.

Beate Völcker hat den Kinderfilm zum Gegenstand ihres Buches gemacht. Darin findet sich eine sehr knappe Darstellung seiner Geschichte, eingegrenzt auf deutsche Landen und Staaten. Auf die Abhandlung der Bundesrepublik folgt der Blick in DDR-Zeiten. Und da wird sich mancher schon nach den ersten Sätzen die Augen reiben oder die Brillengläser putzen. Denn nachdem das Minimum geleistet ist („unter der Herrschaft der SED zur ideologischen Erziehung im Sinne sozialistischer Maximen“), geht es zu den Fakten, denen das Fazit voransteht: „Es sind viele herausragende Kinderfilme entstanden, die auch heute noch den Test der Zeit bestehen.“

Die DEFA hat, so wird mitgeteilt, 180 Kinderfilme hergestellt, zu denen weitere des Fernsehens hinzukamen. Schon der dritte Film der DEFA, Anfang 1946 gedreht, wandte sich an Kinder und Jugendliche und erzählte die Geschichte junger Leute im Berlin der Nachkriegszeit („Irgendwo in Berlin“). Er steht am Anfang einer Reihe von Filmen, die ihren Stoff aus dem Alltag nahmen und sich oft durch genaue Milieuschilderungen auszeichnete, der Gegenwart wie Vergangenheit. Letztere folgten mehrfach berühmten Vorlagen aus der antifaschistischen Literatur. Dies reichte von „Sie nannten ihn Amigo“ (1959) bis zu „Jan auf der Zille“ (1986).

Die Verfasserin meint, es könne keine Rede davon sein, dass diese Produktionen von politisch missbilligender Ideologie geprägt worden wären. Behandelt würden hier Themen, die Kinder in aller Welt und zu verschiedensten Zeiten interessierten, sie gedanklich beschäftigten und emotional anrührten. Das Erwachsenwerden und die Rechte der Kinder seien ebenso thematisiert worden wie die Liebe zu Tieren, Freundschaft zu Gleichaltrigen und die „erste Liebe“.

Herausragend, so ihr Befund weiter, wären die Märchenfilme gewesen, von denen schon die frühen wie „Das kalte Herz“ (1950) oder die „Geschichte vom kleinen Muck“ (1953) sich besonderer Beliebtheit erfreuten. In ihnen wie in anderen Kinderfilmen wirkten erstrangige Schauspieler, viele des Berliner Ensembles und des Deutschen Theaters. Das Kino sei, konstatiert die Autorin, bis zum Ende der DDR „ein fester Bestandteil der Kinderkultur“ geblieben. Anschließend liest man: „Die staatlichen Strukturen, die dem Kinderfilm in der DDR eine gesicherte Basis verschafft hatten, wurden mit der Wiedervereinigung Deutschlands unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen abgeschafft. Die dazugehörigen Produktionsstätten und Einrichtungen wurden abgewickelt, die angestellten Filmemacher entlassen. Nur wenige von ihnen konnten unter den neuen Bedingungen ihre Arbeit fortsetzen.“ Lediglich das Festival „Goldner Spatz“ habe überlebt.

Die Autorin, die in den USA studiert hat, ist nostalgischer Überwältigungen völlig unverdächtig. Sie lässt Leistung als Leistung gelten. Die Hindernisse, die mancher Film und seine Schöpfer auf dem Wege von der Idee ins Atelier und von dort in die Kinos zu überwinden hatten, werden hier zwar festgestellt, aber nicht aufgeblasen.

Beate Völcker: Kinderfilm. Stoff- und Projektentwicklung. UVK-Verlagsgesellschaft, Konstanz. 254 S., br., 19,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 14. Dezember 2006, S. 13.

Nürnberg und die Deutschen im Jahre 1946 (und heute)

Der 60. Jahrestag der Verkündung des Urteils im Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, damit das Ende eines Gerichtsverfahrens, das später als „Jahrhundertprozess“ bezeichnet worden ist, hat in der Bundesrepublik nur gedämpfte und jedenfalls in den Medien weniger Aufmerksamkeit gefunden als Tage später der 50. Jahrestag des Aufstands in Ungarn.

Unter den Tageszeitungen stellte die *Märkische Allgemeine* einen Bezug zum Jahrestag der Hinrichtung der zum Tode Verurteilten her und publizierte ein Interview mit dem Sohne des Polenschlächters Hans Frank, Niklas, der sieben Jahre zählte, als sein Vater am Strick endete, und den sein Erzeuger bis heute zu verfolgen scheint.[1] *Der Spiegel* hat zu den Ereignisse in der Frankenstadt einen Beitrag über zwei Ausgaben veröffentlicht und sie als *Tribunal des Todes* aufgemacht[2] – eine feinsinnigen Entgegen-setzung zu jener Kennzeichnung des Gerichtsverfahrens, die schon Zeitgenossen gefunden hatten und die *Gericht der Völker* lautete. In der *Tageszeitung* (taz) erschien ein Kommentar, in dem gezeigt wurde, dass das „Versprechen von Nürnberg“ durch die Vereinten Nationen uneingelöst geblieben sei.[3]

Focus Online interviewte zwei heute in den USA lebende seinerzeitige Dolmetscher des Prozesses, Richard W. Sonnenfeldt[4] und Ernest W Mitchel, beide vom Geburtsjahrgang 1923 und Verfolgte des Naziregimes, der eine Vertriebener, der andere Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, auch mit Bezug auf Nürnberg und die Folgen, wobei von Pol Pot, Ruanda, Milosevic und Saddam Hussein die Rede war.

Das Thema des Angriffskrieges blieb unerwähnt.

Zu den hervorhebenswerten Initiativen gehörte die Fernseh-Ausstrahlung des Films *The Nazi Plan*, der 1945 in den USA vor allem auf der Grundlage deutschen Filmmaterials fertiggestellt und am 11. Dezember 1945 im Nürnberger Gerichtssaal auf Antrag der Anklage gezeigt wurde. Er war vom *US-Council for the Prosecution of the Axis Criminality* aus Dokumentarfilmen hergestellt worden und gab ein frühes, einzigartiges Zeugnis von den Verbrechen des faschistischen Regimes. Die Platzierung des 194-Minuten-Films im Programm und in einer Sendung, die übrigens den Titel *Recht und Rache* trug, schränkte den Zuschauerkreis ein.

In den an diesen Tagen – dem 30. September und 1. Oktober 2006 – erscheinenden Zeitungen findet sich kein Artikel eines jener „Großhistoriker“, die bei anderer Gelegenheit regelmäßig zu Worte kommen. Die Redaktionen haben sich vielfach einer wenig bis nichtssagenden Meldung von *dpa* bedient und es damit genug sein lassen. In ihr wurde obendrein die Legende wieder verbreitet, die UdSSR habe einen Schauprozess gewollt und sich gegen ein Gerichtsverfahren gewandt, wie es in Nürnberg stattfand.

Zur Belehrung für die Zukunft und für die Geschichte sei in Nürnberg geurteilt worden, so Erika Mann, eine der Beobachterinnen im Saal 600 des Justizpalastes.

Die Zukunft scheint sich um die Lehre nicht zu kümmern, die Historiker wenig. Die knapp skizzierte Situation ist vollständig erst bewertet, wenn berücksichtigt wird, dass aus diesem Anlass mit neuer Dreistigkeit die alten Angriffe der (Neo-)Nazis gegen das Verfahren, das Gericht und die Urteile wieder vorgetragen wurden.[5]

---

1 Ich habe ihn nie überwunden.“ Interview mit Niklas Frank, dem Sohn von Hans Frank. *Märkische Allgemeine*, 16. Oktober 2006.

2 Das Weltgericht, *Der Spiegel.* 42/2006, 16. Oktober 2006, S. 66 ff.

3 Christian Semler, Das Versprechen von Nürnberg. In: *taz.* 19. Oktober 2006, S. 11

4 S. auch dessen Erinnerungen Richard W Sonnenfeldt, Mehr als ein Leben. Vom jüdischen Flüchtlingsjungen zum Chefdolmetscher der Anklage bei den Nürnberger Prozessen. Frankfurt a. M. 2005.

5 U. a. auf offener Straße: In Nürnberg fand am 14. Oktober 2006 eine Demonstration „Freier Kräfte“ unter dem Motto „Recht statt Richter“ statt. Im Rundbrief der NPD-Bayern vom 9. Oktober 2006 wurde geschrieben, dass diese Demonstration „keinerlei Werturteile über die Angeklagten oder das Deutsche Reichs abgeben“ solle. Es

Es lässt sich fragen, warum in diesem – wie nicht ohne Recht geschrieben wurde – geschichtsversessenen Deutschland dieses Ereignis marginalisiert wurde. Wer vermutet, dass dies an der Tücke des Objekts liegt, dürfte kaum in die Irre gehen.

Das Hauptergebnis des Nürnberger Prozesses war die erstmalige Verurteilung von Politikern und Militärs eines Staates wegen der Führung eines Angriffskrieges, einer Tat, die als verbrecherisch – dazu war sie bereits lange vor dem 1. September 1939 erklärt worden – und strafbar qualifiziert wurde. Diese Sicht hat noch im Jahre 1945 durch Beschluss der Vereinten Nationen Eingang in das Völkerrecht gefunden.

Daran erinnern, heißt Fragen an die Gegenwart richten. Wenn und wo das geschieht, ist der Blick meist eingeschränkt. Fallen Namen von Personen, dann die von Pol Pot, Pinochet, Videla, Milosević. Eine Adressierung an die USA, Großbritannien und weitere Länder und deren Führer unterbleibt.

Anfang Oktober 2006 haben neun Organisationen, an ihrer alphabetischen Spitze die deutsche Sektion von *amnesty international* in Nürnberg eine Tagung zum Thema *Der Kampf gegen die Straflosigkeit vor neuen Herausforderungen* abgehalten. Durchmustert man die Themen der Referate des hochaktuellen Unternehmens, dann finden sich dort die folgenden politisch-geographischen Begriffe: Argentinien, Usbekistan, Jugoslawien, Darfur/Sudan, Uganda und Kongo.

Kein Bezug wurde demnach auf Irak, Afghanistan, Libanon genommen.

Eine erwähnenswerte Ausnahme macht der Bild-Text-Band, den der Jurist Klaus Kastner, ein Kenner der Materie von Rang, 2005 herausgab. Er verweist abschließend bis zum zweiten Irak-Krieg der USA hin auf jene völkerrechtswidrigen Kriege und kriegerischen Aktionen, die nach Nürnberg folgten und – ohne Ausnahme – auf das Konto der vier Mächte zu schreiben sind, die 1945 Anklage und Richterschaft stellten. – Das Bild rundet der Blick auf wissenschaftliche Kongresse im Frühherbst 2006 ab. In Konstanz tagten im September Historiker, nicht weniger als 3.000 Fachleute, zum Generalthema „Geschichtsbilder“, 300 Einzelvorträge anhörend und diskutierend in 50 Sektionen, von denen 27 Themen Fragen der Geschichte des 20. Jahrhunderts behandelten. Nürnberg und seine Bilder aus dem Jahre 1946 standen nicht auf dem Programm.

Gleiches gilt für die dort versammelten, in vier Sektionen debattierenden Geschichtslehrer. Auch Tagungen der Rechtshistoriker mieden das Thema.

In der Wissenschaft greift politische Abstinenz um sich. Doch ist derlei Schweigsamkeit für Inhaber von Universitätslehrstühlen nicht mit dem Entzug der Lehrerlaubnis bedroht. So können es auch die meisten Jünger der Clio getrost bei bloßer Distanznahme zu Göring und den anderen Gehenkten belassen. Sie schockiert niemanden. Für diese verwenden sich öffentlich selbst bayerische Nazis nicht mehr.

In einer Aussendung, die sie ihrem Aufmarsch am 14. Oktober in Nürnberg vorausschickten, erklärten sie fromm, ihre Demonstration solle nicht falsch als Aktion zugunsten der damals Angeklagten missverstanden werden.

*

Deutschland und die Deutschen im Jahre 1946? Davon lässt sich knapp durch die Aneinanderreihung von Signalwörtern Kenntnis und Bild geben: Ruinenlandschaften in Groß- und Mittelstädten, Hungerrationen, Mangel an nahezu allem Lebensnotwendigen, kalte, weil schlecht oder unbeheizte Wohnungen und Arbeitsplätze, Dunkelheit als Folge von Stromsperren, nächtliche Ausgangsverbote, Trümmerfrauen – an Zahl insgesamt etwa 67.000 im ganzen Gebiet der vier Zonen, also weniger als gemeinhin angenommen –, zerstörte Verkehrswege, vor allem von Ungewissheiten geplagte, geflüchtete und vertriebene Menschen, die eine neue Heimat suchten, Kriegsgefangene, Insassen von Isolations- und Straflagern, Besatzungsherrschaft und, im Kontrast dazu, neugebildete Parteien und Gewerkschaften, Aktivisten der ersten Stunde, wie die Beginner später genannt werden, eine noch schwache Auf-

---

ginge einzig darum, sich gegen die damals nicht praktizierten „rechtsstaatlichen Grundsätze“ zu wenden, die mit den Urteilen *Dead by hanging* „eher den Gedanken der Rache als des Rechts nahe legen.“

bruchsstimmung gegen Resignation, Suche nach einer neuen Gemeinsamkeit nach den Jahren der Volksgemeinschaft und im Moment des Regierens der Mentalität der Ellenbogen.

In diesen Zeiten fand der „Jahrhundertprozess“ statt, der am 20. November 1945 begonnen hatte. Wie viel Aufmerksamkeit konnte er unter den Deutschen erregen? Wie viel hat er gefunden?[6]

Die Quellenbasis, auf der Historiker diese Frage beantworten können, ist lückenhaft. Die Alliierten hatten kein Überwachungssystem installiert, das mit jenem der Faschisten hätte konkurrieren können, deren Hinterlassenschaft uns in den Meldungen aus dem Reich bis in das Frühjahr 1945 vorliegt. In der US-amerikanischen Besatzungszone sind jedoch einige Befragungen durchgeführt worden, deren Ergebnisse aber schon zu Zeiten ihres Stattfindens in Zweifel gezogen wurden, denn nicht zu Unrecht musste vermutet werden, dass die Deutschen den Siegern eher sagten, was diese erwarteten, als was sie wirklich dachten. Daher ist gegenüber der auf diese Weise gewonnene Aussage, wonach 70 bis 80 Prozent der Befragten das Verfahren verfolgen und als fair akzeptieren würden, durchaus Skepsis am Platze.

Die wird durch die Eindrücke ausländischer Beobachter von Deutschland und den Deutschen bestärkt, die sich im Auftrage von Zeitungen und Zeitschriften im besiegten Land aufhielten, von da berichteten und später darüber auch in Büchern schrieben. Ihre Beobachtungen besagen teils das gerade Gegenteil. James O’Donnell fasste sein Urteil in *Newsweek* knapp drei Wochen nach Prozessbeginn in die Feststellung zusammen, dass es wahrscheinlich keine vergleichbare Stadt in der Welt gäbe, wo der Mann auf der Straße über dieses Verfahren weniger diskutieren würde als in Nürnberg, kein Land, in dem darüber weniger bekannt sei als in Deutschland.[7]

Janet Flanner, Korrespondentin von *The New Yorker,* ließ sich von einem „deutschen Professor“, dessen Namen sie nicht nennt, die Reaktion der Deutschen auf das Gerichtsverfahren auseinandersetzen: Sie seien erdrückt von privaten Sorgen, nach Jahren der Nazipropaganda misstrauisch gegenüber Informationen von Zeitungen und Rundfunkstationen, apathisch und in Abwehrhaltung gegen die Mitteilung der Verbrechen des Regimes.

Heinz Schmidt, Kommentator des *Berliner Rundfunks,* leitete seine Betrachtung am Tage nach der Bekanntgabe der Urteile mit dem Satz ein: „Zehn Monate lang lief in Nürnberg der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, und zehn Monate lang gab es berechtigte Klagen über mangelndes Verständnis und Interesse für diesen Prozess beim deutschen Volke.“[8]

Karl Jaspers fasste seinen Befund über Denken und Mentalität der Masse der Deutschen in die Worte: „Man will einfach aufhören zu leiden, will heraus aus dem Elend, will leben, aber nicht nachdenken. Es ist eher eine Stimmung, als ob man nach so furchtbarem Leid gleichsam belohnt, jedenfalls getröstet werden müsste, aber nicht noch mit Schuld beladen werden dürfte.“[9]

Drastischer noch äußerte sich Emil Carlebach, Überlebender des KZ Buchenwald, nun für die *Frankfurter Rundschau* berichtend, deren Lizenzträger-Kollegium er angehörte, bereits bei Prozessbeginn. Mit Bezug auf das einhellige „Nicht schuldig“ der Angeklagten schrieb er: „... neben den zwanzig Feiglingen von Nürnberg sitzt auf der Anklagebank der innere Schweinehund eines jeden von uns, eines jeden Deutschen, und greint sein ‚nicht schuldig‘. Schluss damit!“[10] Doch wie viele Kommentare und Erinnerungen ausländischer und deutscher Zeitgenossen Historiker als Quellen auch heranziehen können, das gewonnene Bild ähnelt am Ende doch sehr einem Flickenteppich.

---

6 Das Thema bildete auch den Gegenstand eines Aufsatzes von Anneke de Rudder, „Warum das ganze Theater?“ Der Nürnberger Prozess in den Augen der Zeitgenossen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Hrsg. Technische Universität Berlin, Bd. 6. (1997), S. 218-241, von dessen Untersuchungen diese Arbeit profitieren konnte. Das wird in den weiteren Anmerkungen ausgewiesen.

7 Ebenda, S. 220.

8 Berichterstattung über den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46, hrsg. von Ansgar Diller und Wolfgang Mühl-Benninghaus, Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs Bd. 5, Potsdam 1998, S. 200.

9 Karl Jaspers, Die Schuldfrage. Heidelberg/Zürich, 1946, zugleich Jaspers erste Vorlesung an der mit seiner Unterstützung neu begründeten Universität Heidelberg

10 Emil Carlebach, Nicht schuldig? in: *Frankfurter Rundschau*, 23. November 1945.

Drei Feststellungen können dennoch als gesichert gelten:

(1.) Die Alliierten beabsichtigten, mit diesem Prozess, auf dessen baldiges Stattfinden nach Kriegsende gedrängt worden war, eine europaweite, ja über den Kontinent hinausreichende Wirkung und Nachwirkung zu erzielen und wollten gerade auch die Deutschen erreichen. Nürnberg war, der Begriff hat einen pejorativen Beiklang, ich weiß, ein Schauprozess, aber eben in jenem uneingeschränkt zu bejahenden Sinne, dass die Deutschen in den Saal 600 des Justizpalastes schauen und beginnen sollten, anhand gerichtsnotorisch gemachter Tatsachen nachzudenken. Alfred Döblin, damals französischer Kulturoffizier und einer der Beobachter, schrieb treffend vorn „Nürnberger Lehrprozess“.[11] Um ihm Grundlagen zu schaffen, wurde für intensive Informationen gesorgt, auf dem Wege der Presse, die anfänglich keine Tagespresse war, denn die Zeitungen erschienen infolge Papiermangels zwei- oder dreimal die Woche, und des Rundfunks, dessen Sender zweimal täglich über das Verfahren berichteten.

(2.) Für Millionen Deutsche war es nichts weniger als vergnüglich, ihre Blicke auf die Anklagebank zu richten. Wenn dort auch der Mann fehlte, den sie verehrt, angehimmelt, manche vergottet hatten, so brachten ihn seine dahockenden Paladine doch in Erinnerung und manchen von ihnen, so zu Zeiten Hermann Göring und dem Befehlshaber der U-Boote, hatte besondere Wertschätzung, ja Bewunderung gegolten. Fähigkeit, Neigung, gar Drang zur Selbstkritik gehören nicht zur biologischen Grundausstattung des Menschen.

(3.) Eine siebenstellige Zahl Deutscher hatte sich zu fragen, welche Folgen der Prozess und seine Urteile und Entscheidungen für sie selbst haben werde, denn in Nürnberg sollte nicht nur über die angeklagten Personen verhandelt werden, sondern auch über die Kennzeichnung faschistischer Organisationen. In zunächst unabsehbarer Weise würden die einstigen Mitglieder des Führerkorps der NSDAP, der SA, der SS von diesem Teil des Urteils betroffen sein.

Sollte unter diesen Voraussetzungen und Umständen die Mehrheit der Deutschen bewegt werden, das Gerichtsverfahren zu verfolgen, dann musste jedenfalls der Eindruck vermieden werden, dass auch sie selbst in Nürnberg angeklagt würden. Dass war gewiss eine taktische Frage, ja, eine radikale Änderung des Bildes von den Deutschen, das den Soldaten der US-amerikanischen Armee gegeben wurde, als sie kämpfend das Wohngebiet der Feinde erreicht hatten.

Zu den Spots der Soldatensender gehörten Texte wie „Jeder freundliche deutsche Zivilist ist ein getarnter Soldat des Hasses, bewaffnet mit der inneren Überzeugung, dass die Deutschen immer noch überlegen sind [...], dass es eines Tages ihre Bestimmung sein wird, dich zu vernichten.“

Oder: „Im Herzen, mit Leib und Seele [...] ist jeder Deutsche Hitler. Hitler ist der Mann, der den Glauben der Deutschen verkörpert [...] Schließ keine Freundschaft mit Hitler! Fraternisiere nicht!“[12]

Dann waren in der US-amerikanischen Zone beispielsweise Plakate ausgehängt worden mit der balkengroßen Überschrift „Diese Schandtaten: Eure Schuld!“, die Fotos mit den Bildern von den Leichenbergen in den Konzentrationslagern und von zu entsetzlichen Skeletten abgemagerten Überlebenden zeigten. Hervorgehoben darauf die Worte: „Ihr habt ruhig zugesehen und es stillschweigend geduldet.“[13]

Im August 1945 aber gab General Dwight D. Eisenhower bekannt: „Den meinem Kommando unterstehenden Truppen wird hiermit gestattet, normale menschliche Kontakte aufzunehmen.“[14] Kurz vor dem Beginn des Prozesses, am 1. Oktober 1945, war dann das Fraternisierungsverbot ausdrücklich aufgehoben worden, das praktisch ohnehin vielfach ignoriert worden war.

Doch lag der Wende nicht nur taktisches Kalkül zugrunde. Der Sieg war erfochten. Die Befürchtung, es mit Untergrundkämpfern zu tun zu bekommen, verflogen.

---

11 Unter dem Pseudonym Hans Fiedler, Der Nürnberger Lehrprozess, Baden-Baden 1946.

12 Zitiert in: James Stern, Die unsichtbaren Trümmer. Eine Reise im besetzten Deutschland 1945. Frankfurt a. M. 2004, S. 399.

13 Im Faksimile ebenda, S. 386 f.

14 Zitiert ebenda, S. 401.

Und: In der sowjetischen Besatzungszone ließ sich in der Propaganda ein differenzierterer Umgang mit den Deutschen beobachten.

Hinzu kam: Die Juristen der Siegermächte besaßen über die Geschichte ihrer eigenen Länder Kenntnis genug, die sie feite, ganze Völker und Nationen über einen Leisten zu schlagen. Dass es in Deutschland Hitlergegner und Widerstandskämpfer gegeben hatte, war ihnen bekannt. In der Anklageschrift[15] und im Anklagevortrag fielen die Namen von Rudolf Breitscheid, Ernst Thälmann und des Pastors Niemöller. Und als Jackson Göring ins Kreuzverhör nahm, erwähnte er, dass Thälmann nur zu dem Zweck nach Buchenwald transportiert worden war, ihn dort zu ermorden.

Dennoch standen Anwälte und Richter, kam das Thema auf die Deutschen als Volk oder Nation vor einer Aufgabe, die das Bild von einem Spagat – einem Spagat auf dem Drahtseil – als treffend erscheinen lässt. Die Politik, die diese Angeklagten geplant, betrieben und durchgesetzt hatten, für die sie die Hauptverantwortung trugen, wäre ohne die Millionenmasse von Tätern und Mittätern, Helfern und Helfershelfern nie zu verwirklichen gewesen.

Ließ sich das im Verfahren beschweigen?

Wer sechzig Jahre nach dem Prozess die in seinem Verlauf getroffenen Aussagen über Nazideutschland und die Deutschen liest, wird in Rechnung stellen müssen, dass die Erforschung der Geschichte, des Wesens, der Struktur, der Funktionsweise, der Organisationen des deutschen Faschismus sich damals im Anfangsstadium befand. Gewiss war das historische Feld, keine terra incognita. Deutsche Emigranten, herausragend Franz L. Neumann mit seinem Buch *The Dual State, Der Doppelstaat von* 1941, Ernst Fraenkel mit *Behemoth*, erschienen 1944, beide in den USA, der Publizist Sebastian Haffner in Großbritannien, der Kommunist Albert Schreiner mit seinen im französischen Exil verfassten Analysen der Kriegspolitik des Regimes, Ideologen und Theoretiker der Komintern, darunter Hans Günther mit der Publikation *Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus*, deutsch in Moskau 1935 erschienen, Autoren aus dem Umfeld der Sozialistischen Internationale hatten Bewertungen vorgelegt, von denen manche den Juristen bekannt waren und ihnen im Original oder vermittelt zur Orientierung gedient haben mögen.

Dass die Angeklagten, namentlich Göring, der als erster in den Zeugenstand gerufen und zunächst von seinem Verteidiger befragt wurde, solange und weitschweifend über die Geschichte der NSDAP reden durften, ist auch mit dem Interesse der Richter und Ankläger zu erklären, sich selbst aus einer so unverlässlichen Quelle über einen Staat und eine Partei informieren zu lassen, von denen sie eigene Anschauung und Erfahrung nicht besaßen.

Das Verfahren wurde in seinem weiteren Verlauf durch die Arbeit der Juristen und ihrer Stäbe, die Durchmusterung der erbeuteten Dokumente und die Bewertung von Zeugenaussagen zu einem einzigartigen Geschichtslabor. Bei allem Verdienst und Fortschritt war und blieb das an den Tag Geförderte, gemessen an dem Wissens- und Erkenntnisstand des beginnenden 21. Jahrhunderts, ein Anfang und zugleich ein Fundament, auf dem Historiker bis heute stehen.

Den Vortrag der Ankläger eröffnete Robert H. Jackson, vormals Justizminister der USA, dann Mitglied des Bundesgerichtshofes, der Mann, der den Auftrag des Präsidenten Harry S. Truman angenommen hatte, die USA an der Spitze einer Gruppe von Anwälten und weiteren Spezialisten in Nürnberg zu vertreten, und der wie kein zweiter sich um die Vorbereitung und dann den Gang des Prozesses Verdienst erwarb.

Schon sein Auftakt machte das Problem deutlich: „Wir möchten ebenfalls klarstellen, dass wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. Wir wissen, dass die Nazi-Partei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gelangt ist. Wir wissen, dass ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat, ein Bündnis, zu dem sich die Besessenen des wütenden Umsturzwillens unter den Nazi-Revolutionären mit der Hemmungslosigkeit unter den deutschen Reaktionären und der Angriffslust unter den deutschen Militaristen zusammengetan hatten. Wenn die breite Masse des

---

15 IMT, 1/72.

deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre in den früheren Zeiten der Partei die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht ...“ Jackson weiter: Weder Furcht noch Hass würden die Haltung des amerikanischen Volkes gegenüber den Deutschen bestimmen, denen er attestierte, dass sie doch die Schrecken der modernen Kriegführung ebenso beherrschten wie die Geschicklichkeit in den Künsten des Friedens.

Und dann wieder wörtlich: „Im Jahre 1933 sahen wir das deutsche Volk nach dem Rückschlag des letzten Krieges sein Ansehen in Handel, Industrie und Kunst zurückgewinnen. [...] Das Nazi-Regime hat diesen Aufstieg unterbrochen [...] Deutschland liegt in Trümmern [...] Der Albdruck der Nazi-Zeit hat dem deutschen Namen in der ganzen Welt einen neuen und düsteren Sinn gegeben, der Deutschland um ein Jahrhundert zurückwerfen wird. Wahrlich, die Deutschen – nicht weniger als die Welt draußen – haben mit den Angeklagten eine Rechnung zu begleichen.“[16]

Wenig später ging Jackson auf die Machtbefestigung des Regimes ein und auch da zeichnete er von den Deutschen das Bild des von den Machthabern unterjochten Volkes.[17]

Doch dabei konnte es der Ankläger der USA nicht belassen und ein anderer seiner Auftritte im Prozessverlauf beleuchtete die geschichtliche Szene anders: „Diese Verbrechen, mit denen wir uns hier befassen, sind ohne Beispiel in der Geschichte, und zwar in erster Linie wegen der erschütternden Anzahl der Opfer. Sie werden aber noch furchtbarer und beispielloser dadurch, dass sich eine solch große Anzahl von Menschen zu ihrer Begehung zusammengetan hat. Hemmungs- und gewissenlos überließ sich ein sehr großer Teil des deutschen Volkes der Betreuung durch diese Organisationen, und die Anhänger fühlten keine persönliche Schuld, als sie von einer radikalen Maßnahme zur anderen schritten. Noch mehr, sie wetteiferten in der Begehung von Grausamkeiten und Verbrechen.“[18]

Und in diesem Kontext fielen die vielzitierten Worte „Tausend kleine Führer diktierten, tausend Nachahmer Görings stolzierten umher, tausend Schirachs hetzten die Jugend auf, tausend Sauckels ließen Sklaven arbeiten, tausend Streichers und Rosenbergs schürten den Hass, tausend Kaltenbrunners und Franks folterten und töteten, tausend Schachts, Speers und Funks verwalteten, unterstützten und finanzierten die Bewegung.“[19]

Das wurde am 28. Februar 1946 gesagt, als sich der Anklagevortrag gegen die Organisationen des Faschismus richtete. Auch hier blieb das Bemühen um eine Differenzierung, wenn es auch erkennbar schwerfiel, sie zu formulieren: Jackson unterschied zwischen den „passiven, unorganisierten und nicht eingegliederten Deutschen“ und jenen, „die sich freiwillig in diesen mächtigen und berüchtigten Banden zusammengeschlossen hatten“. Beide seien nicht mit der gleichen Verantwortung zu belasten.[20]

Die Juristen der vier Mächte, Ankläger wie Richter, orientierten sich im gesamten Prozessverlauf an dieser von Jackson eingeschlagenen Linie orientiert. Das schloss ein, dass von den vielen Mittätern gesprochen und damit den zu erwartenden und schon unter Versuchen entgegengewirkt wurde, alle Verantwortung wenigen Führern anzulasten. Die Ankläger sprachen von den Deutschen; die einmarschierten, einbrachen, eroberten, verhafteten, folterten, töten, vernichteten usw., aber eher verkürzend denn verallgemeinernd. Mehrfach war von den Deutschen als Opfer die Rede, so wenn darauf verwiesen wurde, dass Deutsche durch Deutsche misshandelt wurden.[21]

Im Schlussplädoyer bemerkte Jackson, das Hauptverbrechen habe Hitler „gegen das Land begangen [...], das er beherrscht hatte.“[22]

---

16 Der Nürnberger Prozess: Zweiter Tag. Mittwoch, 21. November 1945, S. 20. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess. S. 1377-1379 (vgl. NP Bd. 2, S. 120-121)

17 Ebenda, S. 122.

18 IMT VIII, 389.

19 IMT, S. 388.

20 Ebenda.

21 IMT, II/150.

22 IMT, XIX, 476.

In der Diktion der sowjetischen Juristen, so in Ansprachen des stellvertretenden Hauptanklägers der UdSSR, Oberst Y. V. Pokrowky, und des Hilfsanklägers Oberjustizrat J. N. Smirnow fiel Beobachtern auf, dass sie es – wie schon im Kriege sowjetische Verlautbarungen – vermieden, von *den Deutschen* zu reden und stattdessen von den *deutschen Faschisten* sprachen und so in vielen Variationen wie *faschistisch-deutsche Eindringlinge, Offiziere, Soldaten oder Truppen, faschistisch-deutscher Terror*.[23]

Wurde auch unterlassen, eine Kollektivschuld zu behaupten, so ließen Ankläger wie Richter doch andererseits keinen Zweifel daran, dass das deutsche Volk für die Verbrechen insgesamt eine Haftung zu übernehmen hatte, sich moralisch nicht davon freisprechen konnte, diesem Regime gedient zu haben und auf viele Jahre hin an der Wiederherstellung seines Rufs und Ansehens würde arbeiten müssen.

Von *den Deutschen* ohne Unterschied war im Prozessverlauf dennoch die Rede, so in der Zeugenaussage der Severina Schmaglewska, einer Überlebenden von Auschwitz, die über den Mord an Säuglingen und Kleinkindern aussagte und schloss: „Im Namen aller Frauen, die im Konzentrationslager zu Müttern geworden sind, möchte ich heute die Deutschen fragen: Wo sind diese Kinder?“[24]

Die zitierte Passage seiner Rede trug Jackson unter anderem zustimmende und Dankesbriefe Deutscher ein, in einem von ihnen hieß es, das wäre „Balsam auf die Seele der Gequälten, die seinerzeit in die Partei gezwungen wurden, um ihr Leben zu retten“ gewesen. In einem anderen wurde geschrieben: „Kein Amerikaner hat uns Deutschen so viel Gerechtigkeit widerfahren lassen wie Sie.“

Diese im Nachlass Jacksons in der *Library of Congress* in Washington überlieferten Briefe, die erst jüngst publiziert wurden[25], hatten Absender die vom einstigen KZ-Insassen bis zum fanatischen Faschisten reichten.

Aus ihnen sprechen unterschiedliche Wünsche, Beobachtungen und Meinungen. Der Lesende trifft auf Dummheit ohne Maß. Es fehlt nicht an Groteskem und Irrsinnigem.

Ein Schreiber übersendet dem Ankläger einen Text unter der Überschrift „Der Weg zum Glück“, eine Schwedin formuliert ihre Überzeugung, dass bei „spirituellem Fortschritt“ die Deutschen zum „Retter der Welt“ werden könnten.

Ein Absender bittet für Heß, ein anderer für Göring, die schlechte Menschen nicht sein könnten, hätten sie doch dieses oder jenes Gute von dem einen oder dem anderen erfahren.

Kübel von Antisemitismus und Antikommunismus entleerten sich mit diesen Papieren im Büro des Juristen. Diese Post gibt keine repräsentative Auswahl der Stimmungen und Haltungen zum Prozess, wohl aber Einblick in Ansichten, die damals in Deutschland verbreitet anzutreffen waren.

(1.) Die Mehrheit der Deutschen und namentlich der „kleinen Nazis“ wollten am Geschehen nicht beteiligt gewesen sein und hatten sich für dieses ihr Selbstbild die Argumente bereits zurechtgelegt. *Wir Süddeutschen haben Hitler nicht gewählt,* schrieb eine Frau, *er sei zur Partei gezwungen worden,* ein Mann, *er habe nichts getan als Beiträge kassiert,* teilte ein ehemaliger Blockleiter mit, *aus Idealismus sei er 1932 in die Partei eingetreten,* versicherte ein vierter, der dazu schrieb, er bekenne sich noch immer zur Idee des Nationalsozialismus, die gut gewesen sei.

Die gleiche Beobachtung hat die US-amerikanische Reporterin Martha Gellhorn gemacht und sarkastisch so niedergeschrieben:

„Niemand ist ein Nazi. Niemand ist je einer gewesen. Es hat vielleicht ein paar Nazis im nächsten Dorf gegeben, und es stimmt schon, diese Stadt da, zwanzig Kilometer entfernt, war eine regelrechte Brutstätte des Nationalsozialismus.“[26]

---

23 IMT, VII, 213, 383, 385, 577, XVIII, 19.

24 IMT, VIII, 351.

25 Henry Bernhard (Hrsg.): „Ich habe nur noch den Wunsch, Scharfrichter oder Henker zu werden“ – Briefe an Justice Jackson zum Nürnberger Prozess, Mitteldeutscher Verlag, Halle a. d. Saale 2006, 335 Seiten. Ob Jackson diese Briefe gelesen tat und was er aus ihnen entnahm, wird sich möglicherweise aus seinem Tagebuch entnehmen lassen, das derzeit von Historikern durchmustert wird, wie *Der Spiegel*, a. a. O., S. 69, ohne weitere Angaben mitteilt.

26 Zitiert in: James Stern, a. a. O., S. 399.

(2.) Nachdrücklich bestanden Briefschreiber darauf, dass Deutschland und die Deutschen nicht die Alleinschuld am Kriege treffe. Wie im Gerichtssaal von den Verteidigern, so wurde auch von ihnen das Diktat von Versailles ins Feld geführt, sodann ein gegen Deutschland gerichteter „Wirtschaftskrieg". Die Westmächte, hieß es, hätten Hitler 1933 verhindern können und später den Krieg.

(3.) Die Sieger seien moralisch nicht besser als die Besiegten, lautete eine wiederkehrende These, die u. a. Verweise auf den Burenkrieg und britische Konzentrationslager (das erinnerte an den anti-englischen Spielfilm „Ohm Krüger" von 1941, einen der finanziell aufwendigsten der Nazijahre und mit dem eigens geschaffenen Titel „Film der Nation" ausgezeichnet), auf die französische Fremdenlegion, auf Stalin, die Lubjanka und Katyn und auf den Abwurf der Atombombe stützen sollte. Letzten Endes seien alle Erdenkinder keine Engel, seufzte ein Kleinbürger.

(4.) Vor allem präsentierten sich die Absender dem US-amerikanischen Ankläger als Opfer. Sie seien von Hitler betrogen, belogen und bestohlen worden, dann hätten sie in Krieg und Luftkrieg gelitten, das – so ihre Ableitung – sei Buße und Strafe genug.

Schon bei Prozessbeginn hatte die *Stuttgarter Zeitung* geschrieben, die Deutschen seien die ersten Opfer des Regimes gewesen. Das stimmte nur, wenn das Wörtchen *die* gestrichen wurde. Mit der Verallgemeinerung ließ sich aber gut leben, geriet diese Betrachtung doch mit dem verbreiteten Selbstmitleid nicht in Konflikt. Es existierte in allen Kreisen und gründete sich auf die als „Gefallene" beweinten Männer und Söhne, im Luftkrieg getötete Frauen und Kinder, verlorene Heimat oder Habe, vermisste Kriegsgefangene, zerstörte Lebenspläne.

Nur eben: Was waren die Deutschen, *bevor* auch sie zu Millionen Opfer wurden?

Die Aufmerksamkeit der Deutschen konzentrierte sich darauf, wie sie davonkommen würden und könnten. Kein einziger der Briefe lässt erkennen, dass sein Absender irgendeinen geschichtlichen Zusammenhang begriffen hatte. Die Führer des Regimes waren einfach „eine Clique, die in die Unterwelt gehört", „Nazischweine", „Verbrecher", eine „Brut" und Hitler der „hirnverbrannte Gefreite".

Die antijüdischen und antibolschewistischen Dogmen der Nazi-ideologie, der zu ihr gehörende demagogische Antikapitalismus, mehr noch Belege für faschistische Mentalität wie das Verlangen nach blutrünstiger Rache oder das vollkommene Unverständnis für Rechts- und Gesetzesnormen – all das findet sich in den Texten nicht nur bei jenen, die sich ausdrücklich als „Nationalsozialisten" bekannten oder kenntlich machten.

Der erwähnte, am 2. Oktober 1946 gesendete Rundfunkkommentar von Heinz Schmidt trug die Überschrift *Nürnberg kein Abschluss, sondern ein Anfang!*

Mit Bezug auf die Freisprüche hieß es in einer Darstellungsweise, die insbesondere in den frühen Jahren der DDR bei verschiedenen Gelegenheiten dann immer wiederkehrt und den Wunsch an die Stelle der Wirklichkeit setzt, es wachse „überall in Deutschland, in allen Schichten des gesamten deutschen Volkes, in seltener Einmütigkeit die Forderung: Jetzt ist es Zeit, dass wir Deutschen selbst mit den Kriegsverbrechern abrechnen, jetzt müssen deutsche Gerichte vollenden, was der Nürnberger Urteilsspruch begann."[27]

Die Ansicht, dass jetzt die Deutschen an der Reihe wären und ihrerseits eine juristische Durcharbeitung ihrer Vergangenheit in die Hand zu nehmen hätten, wurde von vielen Seiten ausgesprochen.

Das setzte voraus, dass die Alliierten deutschen Richtern zugestanden, das auch zu tun. Darüber war noch nicht überall befunden, und das ist Hintergrund einer Episode, die Markus Wolf, Prozessbeobachter des *Berliner Rundfunks* vor Ort, aus jenen Tagen erzählte.

Bevor er einen über alle deutschen Sender gehenden abschließenden Kommentar zu sprechen hatte, wies er dem stellvertretenden Richter der UdSSR sein Manuskript vor, der ihm daraus eben jene Passage mit der Aufforderung stricht, dass nun deutsche Gerichte in Aktion treten müssten.

---

[27] Berichterstattung über den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46, hrsg. von Ansgar Diller und Wolfgang Mühl-Benninghaus, Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs Bd. 5. Potsdam 1998, S. 200.

Im Rundfunkgebäude angekommen, sah sich ein US-amerikanischer Offizier den Text an und hob mit seinem Okay die sowjetische Tilgung auf. Wolf blieb bei seinem Manuskript. Folgenlos.[28]

Mit der Zustimmung und Duldung aller Kontrollmächte fanden in Berlin gegen die auf Freispruch lautenden Urteile kurzzeitige Proteststreiks statt. Die Sozialistische Einheitspartei rief zu einer Kundgebung auf dem Bebelplatz.

Das Echo auf den Prozess war insgesamt vielfältiger, als dass sich schlicht von „seltener Einmütigkeit“ hätte sprechen lassen. Es hatte sich im Verlauf des Verfahrens gewandelt. Denn wie immer es angelegt und geführt wurde, unausgesprochen blieb während aller zehn Monate die Frage im Gerichtssaal und drang aus seinen Mauern: Und ihr?

Die anfänglich verbreitete Zustimmung, durch die erwähnten Umfragen in der US-amerikanischen Zone festgestellt, dürfte ihren Ursprung vielfach einzig in dem Bedürfnis besessen haben, Schuldige für das eigene Unglück auszumachen und bestraft zu sehen. Mit ihm verband sich die Hoffnung, es werde dabeibleiben, „die da oben“ zu belangen. Sarkastisch hat dies Eric Reger, Mitherausgeber und Chefredakteur von *Der Tagesspiegel* im Dezember 1945 beschrieben: „Mit jedem Dokument, das der Ankläger vorlegt, schwindet ein Fleck mehr von der Seele des Durchschnittsdeutschen, und indem die Galerie von Göring bis Keitel so schwarz wie Tinte übergossen erscheint, strahlt der Durchschnittsdeutsche so blank wie ein romantischer Vollmond über dem Schloss von Heidelberg, Ja, er ist sogar stolz auf seine schlichte Dummheit, auf diese ach so typisch deutsche Reinheit eines Toren, der den Verbrechern von Nürnberg arglos in Garn ging. Was haben sie aus uns gemacht? Wenn wir das gewusst hätten!“[29]

Die Hoffnung, so davon zu kommen, verlor sich im Prozessverlauf. Es fanden zur gleichen Zeit Verfahren gegen weitere Täter statt, über die in Zeitungen berichtet wurde.

Die Prozesse gegen die Mörder von Dachau und Bergen-Belsen mochten als Sonderfall gelten. Das KZ-Personal, wenngleich nach Tausenden zählend, bildete eine begrenzte Gruppe. Doch es gab unmissverständliche Erklärungen der Besatzungsmächte und praktische Schritte, die von ihrer Entschlossenheit zeugten, Untaten gegen Völker- und Kriegsrecht strikt zu verfolgen.

Auf Anklagebänke von Militärgerichten kamen Täter der „Reichskristallnacht“, Denunzianten ihrer Nachbarn, Kollegen und Familienangehörigen, Schinder der Zwangsarbeiter in Industrie und Landwirtschaft, Teilnehmer an Lynchaktionen gegen feindliche Flieger, Richter und Staatsanwälte der Nazijustiz, die Zwangsarbeiter verurteilt hatten, Arzte, beteiligt an „Euthanasie“-Morden, begangen an Ausländern.

Vor einem amerikanischen Militärgericht fand schon im Oktober 1945 in Wiesbaden das Hadamar-Verfahren statt. Sieben Ärzte und Angestellte der Anstalt wurden wegen ihrer Rolle bei der Ermordung polnischer und sowjetischer Zwangsarbeiter zum Tode oder zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die drei Todesurteile wurden vollstreckt.

Noch im Verlauf des Nürnberger Verfahrens, was zugleich Zeugnis von deutschen Juristen gewährten Rechten ablegte, verurteilte am 25. März 1946 im ersten deutschen „Euthanasie“-Prozess das Landgericht Berlin die Angeklagten, die Ärztin Hilde Wernicke und die Krankenschwester Helene Wieczorek, wegen Ermordung von Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrawalde zum Tode. Mit diesem Urteil endete auch im Dezember 1946 ein Prozess vor dem Landgericht Frankfurt a. M. gegen die Ärzte Friedrich Mennecke und Walter Schmidt, die durch Giftinjektionen in der Heil- und Pflegeanstalt Eichberg Kranke ermordet hatten. Die Todesstrafe wurde nicht vollzogen. Im Verfahren erhielten zwei An-gehörige des Krankenhauspersonals Haftstrafen von mehreren Jahren, zwei weitere wurden freigesprochen. Wird in Rechnung gestellt, wie viele Deutsche in dieser oder jener Weise allein an diesen Verbrechen des Kranken- und Behindertenmordes direkt oder indirekt beteiligt waren, dann entsteht ein Bild von den Auswirkungen weit über den Kreis der Angeklagten hinaus.

---

28 Markus Wolf hat sich in einem Beitrag „Ein historisches Urteil“ an seine Erlebnisse als Sonderberichterstatter in Nürnberg erinnert, *junge Welt*, S. 16. November 2005, s. 10-11.

29 Eric Reger, Die schlechte Haltung, *Tagesspiegel*, 18. Dezember 1945.

Auch andere mochten sich fragen, ob die Reihe nicht an sie kommen könnte – bis hin zu: Dichtern und Schriftstellern, die Hitler auf einen gottähnlichen Platz gehoben hatten, dazu die Unzahl von Lobrednern des Regimes in Uniform, in Zivil oder unter Talaren und Priesterröcken. Gründe von Einzelnen sich zu wünschen, dass Lichter nicht auf sie und ihre Biographien gerichtet wurden, existierten massenhaft und überall.

Dies schuf eine kompakte Stimmungsgrundlage gegen die „Siegerjustiz", eine Kennzeichnung, die zunehmend an die Stelle der ursprünglichen Wahrnehmung eines in Nürnberg praktizierten fairen Verfahrens trat. Schon erhob sich auch das Verlangen nach dem „Schlussstrich", damals bezogen auf die juristische Ahndung, später gerichtet gegen die kritische Durcharbeitung deutscher Geschichte.

So bleibt die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis der Deutschen zum Nürnberger Prozess und seinen Urteilen mehrdeutig. Was den einen, einer Minderheit, Genugtuung und Ermutigung war, erschien anderen als bedrohlich und ließ dritte mehr oder weniger gleichgültig.

Dennoch erscheint mir das Fazit, dass der Prozess, gemessen an den Zielen der Siegermächte im Hinblick auf die Deutschen, gescheitert sei[30], nicht gerechtfertigt. Das lässt sich nicht allein aus der Momentaufnahme des Oktober 1946 sagen, denn auch die größten Optimisten in Moskau, London, Paris oder Washington dürften nicht geglaubt haben, dass die Deutschen in so kurzer Zeit einen Gesinnungs- und Mentalitätswandel durchleben würden.

Was Nürnberg unter den Deutschen bewirkte, hing nicht allein vom Verlauf und den Urteilen des Prozesses sowie dem Moment seines Stattfindens ab.

Ausschlaggebend wurde, wie stark sich in den Besatzungszonen jene antifaschistischen Kräfte entwickeln und betätigen konnten, die sich zu Erkenntnissen und Resultaten des Verfahrens bekannten und sie in Erinnerung hielten, in das Bewusstsein brachten, den Zeitgenossen wie den Nachgeborenen.[31] Hier lag eine Aufgabe, die Bedingungen und Zeit brauchte. Das war am letzten Prozesstag schon klar. Da schrieb ein Korrespondent in der *Süddeutsche Zeitung,* die Begründung des Urteils sei ein Stück Geschichtsdarstellung „wie wir sie unseren Kindern ins Schulbuch schreiben müssen".[32]

Was aus dem Vorschlag wurde, verdiente eine eigene Untersuchung. Die kann hier nicht geleistet werden und führt über unser Thema weit hinaus. Erwähnt sei, dass ein Kerncurriculum für die Behandlung der Geschichte der beiden deutschen Staaten von 1945 bis 1990 in Schulen, ausgearbeitet von einer Arbeitsgruppe im Geschichtslehrerverband der Bundesrepublik und vorgelegt im Jahre 2006, die juristische Auseinandersetzung mit Menschheits- und Kriegsverbrechen *nicht* erwähnt und der Begriff *Nürnberger Prozesse* oder *Prinzipien* im Text nicht fällt.[33]

*

Bei Gegenständen und Themen, wie sie meinen Forschungsgegenstand bilden und uns heute wieder beschäftigen werden, gibt es keine Chance, dem guten Rat zu folgen und lachend von der Geschichte Abschied zu nehmen. Nur manche Episode am Rande des prägenden Geschehens schafft dazu Gelegenheit und vermittelt momentane Erleichterung. So auch im Hinblick auf Nürnberg.

Im Büro Jacksons ging wenige Tage nach Beginn des Prozesses ein Brief ein, den der Betreiber einer Züchterei und Abrichtung von Dompfaffen – Versand nach allen Ländern – aus einem Ort bei Fulda

---

30 Anneke de Rudder, a. a, O., S. 237.

31 Da gingen die Wege der eben gegründeten beiden deutschen Staaten weit auseinander, wie u. a. dieser Auszug aus einer Rede des 1. Bundespräsidenten belegt: „Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat – und er hat uns viel angetan –, ist doch dies gewesen, dass er „uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen." Rede von Theodor Heuß am 7. Dezember 1949 im kleinen Kursaal zu Wiesbaden vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Von da an über Jahrzehnte waren die Verbrechen als solche „in deutschem Namen" gekennzeichnet und damit umschrieben und von den Tätern weggeschrieben worden. Heuß war übrigens zum Zeitpunkt des Prozesses Lizenzträger und Herausgeber der *Rhein-Neckar-Zeitung.*

32 *Süddeutsche Zeitung,* 4, Oktober 1946.

33 Der Text in: DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum. Hrsg. Ulrich Arnswald, Ulrich Bongertmann, Ulrich Mählert, Metropol Verlag Berlin. 2006, 235 S.

geschrieben hatte. Sein wenig gekürzter Text lautet: „Da all unsere Verbindungen mit dem Ausland durch den Krieg unterbrochen wurden, erlaube ich mir, Ihnen eine Rarität anzubieten, die sie nirgendwo in der Welt wiederfinden werden. Ich biete ihnen zwei wundervolle rotbrüstige Dompfaffen an, handzahm, zwei Volkslieder singend. Ich könnte ihnen auch die amerikanische Nationalhymne beibringen, was mein Vater schon gemacht hat, bevor unsere Verbindungen durch die wahnsinnige Politik der Nazis unterbrochen wurden. Die Dompfaffen würden ihnen viele schöne Stunden bescheren. Gern schicke ich ihnen ein detaillierteres Angebot."

Ein Deutscher im Jahre 1945, ein deutscher Vogelzüchter aus Hessen, und der Nürnberger Prozess ...

Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hrsg.), Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945, Edition Ost-Berlin 2007, S. 547-564.

Bericht und Kommentar

Zu den Neuerungen, die helfen sollten, der faschistischen Demagogie, die bis dahin die Zeitungen in Deutschland geprägt hatte, ein Ende zu setzen, gehörte im unmittelbaren Nachkrieg, so wird berichtet, eine Übernahme aus der britischen Presse: die saubere Trennung zwischen dem, was als Tatsache mitgeteilt wird, und dem Kommentar, mit dem die Redaktion diese ihre Mitteilung versieht. Objektivität wird so aber mitunter nur vorgetäuscht. Die Praxis, Tatsachen zu verschweigen oder sie in einer verfälschenden Verkürzung – sagen wir „mäßig entstellt" – zu berichten, bleibt davon unberührt.

Wie eine saubere Trennung von Nachricht und Kommentar aussieht, dafür gab jüngst eine Tageszeitung ein Beispiel: In einem Bericht über die bevorstehende Erhöhung der Tarife der Berliner Stadtreinigungsbetriebe war zu lesen: „Der BSR-Aufsichtsratsvorsitzende und Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) äußerte sich zufrieden über die neue Tarifstruktur. Die BSR erbringe im Vergleich zu anderen Großstädten qualitativ hochwertige Leistungen zu niedrigen Preisen, erklärte er." Drei Zeitungsspalten links davon wird der Kommentar des Berichterstatters unter den Überschriften „Meine Sicht. Der Griff an die Kehle" gesondert gedruckt. Darin ist zu lesen: „Besonders infam im Zusammenhang mit Preiserhöhungen ist, wenn Politiker und Unternehmer (vulgo: Kapitalisten; K. P.) dann Vergleiche mit anderen Städten bemühen, um so nachzuweisen, dass man eigentlich noch ganz gut dasteht. Die Berliner leben hier und müssen hier und heute mit dem Geld auskommen." Wie wahr und wie binsenwahr.

Damit hat das Thema sein Bewenden an diesem Tage in der sozialistischen Tageszeitung Neues Deutschland noch nicht. „Lässt Rot-Rot (das ist die verkleidende Bezeichnung für die Koalition, von der die Bundeshauptstadt regiert wird; K. P.) die Preise steigen?" wird gefragt und darauf dem Leser in einem Interview erläutert, dass es eine Alternative zum Griff in den Geldbeutel der kleinen Leute nicht gebe und dies zudem gerade den Kunden zugutekomme. Denn: „Wer öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge halten will, muss wirtschaftlich agieren."

So sprach der gelernte Jurist und Berliner Linkspartei-Vorsitzende. Ein Vorkämpfer für die von ihm apostrophierte Berliner „Solidarpreisgemeinschaft". Wer wollte sich dieser leichten Herzens und gar guten Gewissens verweigern?

Ossietzky, 1/2007, 1. Januar 2007.

Das kürzeste Verfahren

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48.

Generalfeldmarschall Erhard Milch vor Gericht (2)

Am 2. Januar 1947 begann der zweite der sogenannten Nachfolgeprozesse, eine Kennzeichnung, die auf den Hauptprozess gegen deutsche Kriegsverbrecher Bezug nahm, der ein Vierteljahr vorher zu Ende gegangen war. Das Verfahren wurde das kürzeste unter allen zwölf. Es war das einzige mit nur einem Angeklagten, dem Generalfeldmarschall Erhard Milch, einem Spezialisten des Flugwesens und des Luftkrieges, einem der engsten Mitarbeiter Hermann Görings in dessen Eigenschaft als Minister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe. Milch war ein Mann in der langen zweiten Reihe der militärischen Naziführer. Seinen ersten öffentlichen Auftritt nach Krieg und Niederlage hatte er in Nürnberg schon vor Beginn seines eigenen Prozesses gehabt.

Legende von der Harmlosigkeit

Er war am 8. und 11. März 1946 in den Zeugenstand gerufen worden, als das Internationale Militärtribunal die Rolle des Hauptangeklagten Göring untersuchte. Angefordert hatte ihn dessen Verteidiger in der Absicht, seinen Mandanten von Milchs Aussagen profitieren zu lassen. Spätestens seit diesen Tagen wussten die US-amerikanischen Juristen, dass sie es mit einem gewieften Lügner zu tun hatten und bekommen würden, wenn sie diesem Mann selbst den Prozess machen würden. Milch trat hochkonzentriert auf und nutzte jede Chance, den Anklägern zu entwischen. Entlang der Fragen, die zwischen ihm und dem Verteidiger zuvor abgesprochen worden waren, entwarf Milch zunächst ein Bild äußerster Harmlosigkeit von der 1933 begonnenen und rasch auf immer höhere Touren gebrachten Luftrüstung. Sie habe einzig auf den Aufbau eines für die Landesverteidigung verwendbaren Wehrmachtsteils gezielt.

Zum Beweis dessen wurden, nachdem 1935 die Existenz einer Luftwaffe auch eingestanden worden war, vor allem die Kontakte mit der britischen Royal Air Force angeführt. Höchste Offiziere hätten sich gegenseitig besucht, wobei jeweils bis hin zu neuesten Modellen Besuche von Produktionsstätten erfolgt und Informationen, auch solche über den Luftschutz, ausgetauscht worden wären. Solche Beziehungen zu Militärs, wenn auch nicht auf gleichhoher Ebene wie mit Großbritannien, deren Delegation der Vizemarschall der Royal Air Force Christopher Courtney angeführt hatte, seien ebenso zu Belgien, Frankreich und Schweden hergestellt worden. Auch auf einem Flugmeeting in Zürich wurden 1937 die neuesten Apparate ausgestellt. So harmlos waren wir, besagte das, und so arglos konnten unsere Partner sein. Vor allem: Milch wie sein Vorgesetzter Göring wären immer gegen einen Krieg gewesen, zumal im Jahre 1939, da die eigenen Luftstreitkräfte auf ihn in keiner Weise hinreichend vorbereitet waren. Hitler hingegen hätte ihn und seinen Chef mehrmals mit seinen Kriegsentschlüssen überrascht, so auch 1941 mit dem Befehl, die UdSSR anzugreifen. Da sei für einen Soldaten dann aber nichts zu machen gewesen, selbst wenn er das Schlimmste befürchtete. Der Gerichtshof hörte sich diese Legende lange geduldig an.

Taktische Erinnerungslücken

Der US-amerikanische Chefankläger Robert H. Jackson, der Milch dann ins Kreuzverhör nahm, erwartete danach nicht, dass dieser Zeuge auch nur ein Faktum anerkennen werde, das ihm nicht nachgewiesen wurde. Er legte es darauf an, vor dem Gerichtshof vor allem Milchs Unglaubwürdigkeit darzutun und benutzte deshalb die erbeuteten Unterlagen aus jenen zentralen Beratungen, an denen auch Albert Speer, Fritz Sauckel und weitere dafür zuständige Führer teilgenommen hatten und in denen es um die äußerste Steigerung der kriegswirtschaftlichen Leistungen gegangen war. Milch, der abgestritten hatte, dass er mit dem Arbeitseinsatz, namentlich der Rekrutierung von Zwangsarbeitern, etwas zu tun gehabt habe, sah sich der Wiedergabe seiner Vorschläge anhand von Protokollen gegenüber. Danach hatte er sich für die Überstellung von Arbeitsunwilligen („Bummelanten“) an Heinrich Himmler und die SS ausgesprochen. Er war für die Überführung aller seit 1940 nachgewachsenen Jahrgänge junger Franzosen, die im Kriege noch nicht wehrpflichtig gewesen waren und also nicht in Gefangenschaft sich befanden, in die deutsche Wirtschaft eingetreten. Dadurch sollte auch das

Reservoir des französischen Widerstands und der Partisanen getroffen werden. Und er hatte, als andere Quellen nahezu erschöpft waren, für die Herbeischaffung von Italienern durch Anwendung schärferer Methoden plädiert. Darüber hatte er sich, wie Mitschriften bezeugten, mit jenem rüden Vokabular geäußert, das zum bevorzugten sprachlichen Repertoire seines Chefs gehörte. In allen diesen Fällen war, seinen Erklärungen zufolge, das Protokoll falsch und für ihn unakzeptabel. Briefe, deren Inhalt ihm zur Last gelegt wurde, hatte er angeblich unterschrieben, ohne sie gelesen zu haben.

Doch blieb das Interesse an dem Zeugen und seiner eigenen Rolle in diesem Prozess noch gedämpft. Jackson verzichtete jedoch nicht darauf, auf die Vorteile zu verweisen, die Milch aus seinen treuen Diensten erwachsen waren: die rasche Karriere, die Dotation Hitlers, die dem Beschenkten den Ankauf eines Landgutes ermöglichte, und zuvor und als Voraussetzung von alledem das Entgegenkommen, das ihn trotz begründeter und nicht zu beseitigender Zweifel zum „Vollarier“ erklärte. Die Mutter Milchs war mit einem Juden verheiratet gewesen. Doch ließ sich in Fällen, in denen daran ein Interesse bestand, behaupten und akzeptieren, der gesetzlich notierte Vater sei nicht der Erzeuger. Bei Milch existierte dieses Interesse. Diese Praxis, kommentierte Robert M. W. Kempner, damals ein Mitglied der US-amerikanischen Anklagevertretung, war nicht schlimm, denn die Mütter waren meist bereits nicht mehr am Leben. Göring hatte im „Fall Milch“ selbst dafür gesorgt, dass nach dem Grundsatz verfahren wurde „Wer Jude ist, bestimme ich“ und damit den Startplatz für den Aufstieg des Mannes in die Militärführung freigemacht.

Nicht uneigennützig, denn von dessen Erfahrungen und Arbeit im Kriegs- wie im zivilen Luftwesen konnte er sich auch für sich selbst Ansehen und Erfolg versprechen. Als Danksagung allein muss Milchs Auftreten im Zeugenstand dennoch nicht verstanden werden. Dazu war ihm selbst zu viel daran gelegen, Göring und also auch sich selbst dem Zugriff von Anklägern und Richtern zu entziehen. Nur einen Moment lang erfuhr das Einvernehmen zwischen dem einstigen Reichsmarschall auf der Anklagebank und dem früheren Generalfeldmarschall im Zeugenstand eine Eintrübung. In einem Vorverhör hatte Milch davon gesprochen, dass sein Vorgesetzter von regelmäßiger Arbeit nicht eben viel gehalten habe. Jackson bezog sich später darauf, was Milch, der wie alle seines Typs als Ehrenmann erscheinen wollte, peinlich war. Nachdem auch der britische und sowjetische Ankläger auf ihre Fragen nur Ausflüchte in Unwissenheit und Ahnungslosigkeit gehört hätten, wurde er vom Gerichtsvorsitzenden entlassen. Nicht in die Freiheit, freilich. Auch er sollte noch an die Reihe kommen.

In eigener Sache

Am zweiten Tag des zweiten Friedensjahres saß Milch wieder vor Richtern. Diesmal auf der Anklagebank. Nun sah er sich ausschließlich US-amerikanischen Juristen gegenüber. Den Vorsitz im vierköpfigen Richtergremium hatte Robert M. Toms inne, Richter am Berufungsgericht in Detroit, Michigan. Verteidigt wurde der einstige Feldmarschall von Rechtsanwalt Friedrich Bergold, der bereits Erfahrungen aus dem Hauptprozess besaß, in dem sein Mandant der abwesende Martin Bormann gewesen war. Als sein Assistent arbeitete Dr. Werner Milch, ein Bruder des Angeklagten.

Vor dieses Tribunal musste der Lebensweg des Erhard Milch nicht zwingend führen. Ihn hatten nicht, was für viele „kleine“ Nazis zutraf, elende Lebensumstände und Perspektivlosigkeit auf den Weg unter dem Hakenkreuz getrieben. Die entscheidende Weichenstellung in seiner Biographie traf er 1933 und aus freien Stücken, als er den Rufen, ja dem Drängen Hermann Görings und Hitlers folgte, den Posten des Staatssekretärs im neugegründeten Luftfahrtministerium zu übernehmen. Die Chance, seine bürgerliche Karriere in einer höheren Etage und im Zentrum der Macht fortzusetzen, ließ er sich nicht entgehen.

Das waren die Stufen, die er bis dahin zurückgelegt hatte: Nach solider Schulausbildung, die ihn bis zum Abitur führte, entschied er sich für den Eintritt in die Kaiserliche Armee und die Ausbildung zum Berufsoffizier. 1911 war er Leutnant, 1914 zog er mit einem „Fußartillerie-Regiment“ in den Krieg. In dessen Verlauf wechselte er wie mancher seiner späteren Komplizen im Nazistaat – so Göring und auch Rudolf Heß – zur in den Anfängen steckenden Fliegertruppe, die damals noch ein Teil des Heeres war. Das Kriegsende erlebte er nach mehreren Verwendungen als Hauptmann und Kommandeur einer „Jagdgruppe“, ordengeschmückt.

So lange es noch möglich war, blieb Milch in Uniform, zuerst als Führer einer „Freiwilligen Fliegerabteilung“ beim Grenzschutz Ost, dann bei der „Polizeifliegerstaffel Königsberg“. Doch widersetzten sich die Siegermächte Versuchen, die Militärfliegerei fortzuführen, die sie dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag mit anderen Demilitarisierungsverpflichtungen ausdrücklich verboten hatten. Für Personen mit technischen und organisatorischen Kenntnissen und Führungsfähigkeiten, deren Laufbahn in Uniform zwangsweise beendet wurde, hatten indessen industrielle Unternehmen Verwendung. Milch ging, dies bot Zukunftsaussichten, zur im Aufbau befindlichen zivilen Luftfahrt. Er war zunächst Geschäftsführer der „Danziger Luftpost GmbH“. 1926, als aus dem Zusammenschluss der Junkers Luftverkehr AG und der Deutschen Aero Lloyd (DAL) die Luft Hansa AG entstand, wurde er Mitglied von deren Vorstand und alsbald technischer Direktor. Diese Position gab er Anfang 1933 auf. Bis dahin politisch nicht exponiert, wohl aber mit Personen der Führungsgruppe der NSDAP bekannt, trat er nun auch in diese Partei ein.

An seinem neuen Platz trug Milch maßgeblich zu jenem Tempo der Luftrüstung Deutschlands bei, das die Geschwader der Luftwaffe 1939 befähigte, verheerend – wie Göring bereits vor dem Krieg gefordert hatte, als ein „Chor der Rache“ – über Warschau, sodann Rotterdam, Belgrad und Städte in England herzufallen. Seine Erfahrungen und Beziehungen aus den Zeiten der Republik nutzend, mobilisierte er die Industriellen und Spezialisten der Flugzeugindustrie, denen sich vom ersten Jahr der Naziherrschaft an mit dem inländischen Rüstungsmarkt ein Riesengeschäft eröffnete. Görings Günstling machte wie dieser, beide hatten den Weltkrieg als Hauptleute beendet, auf der Leiter der Militärränge einen Riesensprung. 1934 in den Generalsrang katapultiert, wurde er 1938 zum Generaloberst befördert. Nicht anders als sein Chef sammelte er Funktionen und gewann dadurch zusehends an Einfluss.

Als der Krieg mit dem Angriff auf Polen begann, hatte er auch die Stellung eines Generalinspekteurs der Luftwaffe inne. Nur kurze Zeit befehligte er Luftstreitkräfte, das geschah beim Überfall auf Norwegen. Seine Hauptaufgabe blieb auf dem Feld der Entwicklung und Produktion von Kriegsflugzeugen. 1941 folgte er Ernst Udet, der sich das Leben genommen hatte, auf den Platz des Generalluftzeugmeisters und damit des Leiters der technischen Ausstattung dieses Wehrmachtsteils. Er wurde Mitglied der Zentralen Planung, eines am 23. Oktober 1943 errichteten Gremiums, das vor allem die umstrittene Verteilung der Rohstoffe für die konkurrierenden Rüstungsvorhaben und -betriebe regelte. Als Albert Speer auch die bis dahin separierte Luftrüstung unterstellt wurde, fungierte Milch als dessen Stellvertreter.

Ungeachtet der erheblichen Steigerung des Ausstoßes an Flugzeugen in den Jahren 1941 bis 1943 geriet die Luftwaffe, deren Kräfte seit dem Feldzug gegen die UdSSR mehr und mehr überdehnt waren, an Zahl und dann auch an Qualität gegenüber den gegnerischen Streitkräften in Nachteil. Die Luftherrschaft über dem Reich ging verloren. Verheerend wirkten die Angriffe der alliierten Bomberverbände auf deutsche Städte und alsbald auch auf Industrieanlagen. Wie Görings Stern sank auch der des nach dem Frankreich-Feldzug mit dem Titel eines Generalfeldmarschalls geschmückten Milch. Der konnte sich Anfang 1943 vor Ort überzeugen, dass die eigenen Streitkräfte sich bereits in einer aussichtslosen Lage befanden. Mit einem Sonderstab, der im ukrainischen Melitopol stationiert wurde, sollte er die Versorgung der bei Stalingrad eingeschlossenen 6. Armee aus der Luft organisieren, die Göring Hitler Monate zuvor großspurig versprochen hatte. Das Vorhaben scheiterte wie der ganze Feldzug zur Wolga. Doch zog Milch aus alledem nur eine Schlussfolgerung: die Mobilisierung aller Ressourcen für die Steigerung der Kriegsanstrengung – koste es, was es wolle. Und es kostete das Leben vieler.

Gegen die „kleinen Mittelchen“

Schon in seiner Rolle als Zeuge hatte Milch die Haltung des deutschen Patrioten eingenommen, wie er sie verstand. Die Not des Vaterlandes habe seine Handlungen bestimmt. Diese, über deren Selbstverschuldung er schwieg, rechtfertigte demnach alle Maßnahmen des Einsatzes von Zwangsarbeitern in Rüstungsbetrieben, namentlich denen der Luftwaffe. Die Rücksichtslosigkeit gegenüber Leib und Leben der über und unter Tage schuftenden Herbeigeschleppten nahm unausgesetzt zu. Sie erreichte

ihren barbarischen Tiefpunkt in den Stollen des Kohnsteins bei Nordhausen, wo die Produktion der V2-Raketen betrieben wurde, und an den vielen weiteren Orten, an denen Produktionsstätten für Kriegsgerät noch entstehen sollten.

Schon im Hauptprozess waren Milch Dokumente vorgelegt worden, die ihn als einen Einpeitscher dieser Menschen zugrunderichtenden Ausbeutung auswiesen. Derlei Zeugnisse gab es reichlich und seine Ausflüchte waren zu durchsichtig. Natürlich wusste er auch, wie die Menschen aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gelangten. In einer Sitzung am 4. Januar 1944 im „Führerhauptquartier", bei der er anwesend war, hatte Sauckel erklärt, dass er die Beschaffung der Arbeitskräfte nur mit Hilfe „deutscher Exekutivkräfte" schaffen könne, und der anwesende Himmler hatte versprochen, dafür sein Bestes zu tun. Hier zwei Auslassungen Milchs zum Thema: In einer Rede vor Militärs hatte er gesagt: „Diese Leute lassen sich nicht mit kleinen Mittelchen zu höheren Leistungen bringen. Sie werden eben nicht scharf genug angefasst ... Mit dem Völkerrecht kann man hier nicht arbeiten ... dann bringen wir die Brüder mit der Peitsche wieder zur Arbeit. Dann ist die Peitsche das Gesundheitsmittel." Und in einer Äußerung vor seinem Stab, als erörtert wurde, dass es in Frankreich im Falle der erwarteten Invasion zu Widerstandsaktionen und Streiks in für die deutsche Rüstung arbeitenden Betrieben komme könne: „Ich würde dann bitten, dass ich zum Militärbefehlshaber (in Frankreich, K. P.) ernannt würde. Dann würde ich die Belegschaft zusammentreiben und 50 Prozent erschießen lassen; diese Tatsache würde ich bekanntgeben, und die restlichen 50 Prozent, wenn nötig, mit Prügeln an die Arbeit bringen. Arbeiten sie nicht, würden sie auch zusammenschossen ... Das Wort ‚Streik' darf überhaupt nicht gebraucht werden. Für uns gibt es nur ‚leben oder sterben', aber nicht ‚streiken ... Das Wort ‚Streik' bedeutet Tod für den, der es gebraucht."

Grundsätze und Normen des festgeschriebenen Völkerrechts spielten für ihn keine Rolle, wiewohl er die – nicht anders als die Militärs seines Ranges generell – selbstredend kannte. Milch war ein Fürsprecher der engsten Zusammenarbeit mit der SS und dem System der Konzentrationslager, die er als eine geeignete Drohung ansah, aus Zwangsarbeitern die höchsten Leistungen herauszupressen. Die Zahl der Toten und lebenslang Geschädigten, der Opfer dieser Politik, die auf das Konto Milchs ging, war anders als im Falle der Befehlshaber der Juden tötenden Mörderschwadronen nicht zu ermitteln. Doch war kein Zweifel, dass der Prozess gegen ihn juristisch auf sicherem Grund stand. Das Kriegsrecht, international vereinbart, so viele Lücken es auch aufwies, besagte das Verbot der Verschleppung von Menschen, die bei einem Krieg einem Besatzer fremden Landes in die Hände fielen. Es verbot den Einsatz von Zivilisten wie Kriegsgefangenen für Zwecke, die sich gegen ihr eigenes Land richteten und das war fraglos der Fall, wenn sie gezwungen wurden, den Kriegsgegner aufzurüsten. Zu schweigen von Misshandlungen, Unterernährung und faktischer Vernichtung durch Arbeit. Dieses Gerichtsverfahren hatte einen einzigen Fehler: Der einstige Marschall saß allein auf der Anklagebank. Sie hätte unschwer durch eine Anzahl von Flugzeugindustriellen, seine engen Partner und direkten finanziellen Profiteure des Kriegsgeschäftes verlängert werden können. In oder bei deren Werken hatten sich die Lager der Zwangsarbeiter und die Außenlager mit KZ-Häftlingen befunden. Sie wussten um das Elend „ihrer" Arbeiter. Und sie waren dessen Nutznießer.

Lebenslänglich?

Am 17. April 1947 wurde das Urteil gesprochen. Es lautete auf lebenslängliche Haft. Milchs Verteidigung war mit dem Versuch, den Feldmarschall als unpolitischen Militär darzustellen, der Befehle ausgeführt habe, vor denen es für ihn kein Ausweichen gab, nicht durchgekommen. Auch dieses Richterkollegium blieb wie schon das im Verfahren gegen Göring und andere dabei, dass ein Befehl die persönliche Verantwortung für Handlungen und Unterlassungen und folglich Schuldhaftigkeit nicht aufhebt. Milch hat diese Strafe nicht verbüßen müssen. Auch ihn erfasste die Gnadenwelle, eine jener Eruptionen, die Folge des Kalten Krieges war. Am 31. Januar 1951 ordnete der Hochkommissar der USA John Jay McCloy, dem dieses Recht zustand, die Umwandlung der Strafe an. Nun hatte Milch 15 Jahre abzusitzen. Doch blieb es für den Strafgefangenen in Landsberg, dem Gefängnis Nummer eins der US-Besatzungsmacht, auch dabei nicht. Am 4. Juli 1954 gelangte er, zweiundsechzigjährig, auf freien Fuß. Gerechnet vom Moment seiner Gefangennahme an, hatte er keine zehn Jahre in Lagern und Gefängnissen verbracht. War Milch auch im Prozess des Aufbaus der Bundesluft-

waffe nicht verwendbar, so doch aufgrund seiner Erfahrungen – er nahm seinen Wohnsitz im rheinisch-westfälischen Industrierevier – als Berater in der Industrie. Als er 1972 in Wuppertal verstarb, hatte er das 80. Lebensjahr erreicht. Wie viele seinesgleichen war er viermal so alt geworden wie die jungen Soldaten, die „vom Feindflug nicht zurückgekehrt“ waren.

junge Welt, Donnerstag, 04.01.2007, S. 10.

Mein Name ist Hase

Zu Peter Longerichs Buch zum Holocaust „Davon haben wir nichts gewusst“

Als Julius Streicher, der „den Juden“ mit Vorliebe den Teufel nannte und allwöchentlich in der Zeitung *Der Stürmer* forderte, „der Jude“ müsse vernichtet werden, in Nürnberg vor den Richtern der vier Siegermächte stand, erklärte er, von der faktischen Ausrottung der Juden nichts gewusst zu haben. Die Vertreter der Anklage überführten ihn der Lüge, und er kam als ein ideologischer Urheber des Holocaust an den Galgen. Die gleiche Unkenntnis, ja Ahnungslosigkeit präsentierte sich den Juristen der Siegermächte mit jedem der Angeklagten. Der geschäftsführende Vizepräsident der Deutschen Reichsbank wusste nicht, dass sich in den Tresoren seines Hauses das Gold, herausgebrochen aus den Zähnen der ermordeten Juden, befand. Auch die Diplomaten aus der Spitze des Auswärtigen Amtes, im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess angeklagt, hatten vom Judenmorden nichts gewusst, was sich bei Leuten, die ausländische Zeitungen des Gegners und aus neutralen Staaten lasen, Genehmigungen für das Abhören von Feindsendern bekamen, Fremdsprachen beherrschten, zu schweigen von allem, was im normalen Dienstpostverkehr auf ihre Schreibtische kam, grotesk und besonders verlogen ausnahm. Und auch Franz Novak, einer der engsten Mitarbeiter Adolf Eichmanns, der tagaus tagein nichts anderes tat, als bei der Reichsbahn Züge für Deportationen in den Tod zu ordern, sagte Richtern in Österreich „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“.

Ausnahmen waren Verbrecher wie Rudolf Höß, Otto Ohlendorf, Erich von dem Bach-Zelewski, denen das Lügen angesichts ihrer bekannten Rolle an den Orten des Mordens aussichtslos erscheinen musste.

Vor Jahren sprach ich mit einer früheren Sekretärin, die als junges Mädchen aus Wien nach Berlin gekommen war und im gemeinsamen Vorzimmer von Eichmann und Novak in der Kurfürstenstraße gearbeitet hatte. Sie empfing mich mit den Worten „Ich fühle mich schuldig“. Als Zeugin hatte sie ihr Wissen vom Judenmorden eingestanden. Ihre ersten Informationen stammten allerdings nicht – wie man vermuten möchte – von der Arbeit in der Dienststelle her, sondern aus Gesprächen mit deutschen Wehrmachtsurlaubern, die „aus dem Osten“ kamen und die sie bei Geselligkeiten getroffen hatte. Man konnte also sehr wohl über die mörderischen Taten wissen.

Was die Position, die der Volksmund mit den Worten „Mein Name ist Hase“ charakterisiert, anlangt, fehlte es dem „kleinen Mann“ und der „einfachen Frau“ nach dem Mai 1945 also nicht an großen Vorbildern. Von denen manche damit weit gekommen waren, denn die Richter der Alliierten nahmen es auch in diesem Punkt, dem Nachweis des wissentlichen Handelns, genau. Bei diesen Überführungen verlängerte sich die Reihe derer, die sich aufs Leugnen verlegten. So beteuerte viel später Altbundeskanzler Helmut Schmidt, er habe als Soldat, stationiert in einer deutschen Großstadt, 1938 nichts von Bränden und Trümmern der „Reichskristallnacht“ bemerkt.

Was konnte man wissen?

Gegen dieses Bild von den unwissenden Generationen Deutscher wird von Historikern seit Jahrzehnten angeschrieben, gestützt auf weitläufige Forschungen. Deren jüngste Frucht ist ein Buch des in London lehrenden Peter Longerich, der einleitend der Behauptung „Davon haben wir nicht gewusst“ nachgeht, die zugleich auch den Titel seines Buches ausmacht. Was meint hier „davon“? Meint es den Judenboykott, den Pogrom, die Deportationen, Auschwitz? Und was besagt „wir“? Meint es alle Deutschen, die Bewohner eines Dorfes, die eigene Familie oder vertritt und verbirgt es das Ich? Der Autor sucht Antworten auf die beiden in diesem Zusammenhang zu stellende Fragen: Was konnten die Zeitgenossen der Judenverfolgung und des Judenmordens in Deutschland, namentlich die in den Grenzen des Reiches lebenden, vom Geschehen wahrnehmen, sei es durch Anschauung, Hörensagen, Nachrichten aus Presse und Rundfunk, dem nationalen wie den sogenannten Feindsendern. Dazu gehört: Welchen Wahrnehmungen und Informationen konnten sie sich – gleichsam „beim besten Willen“, der doch der schlechteste war – einfach nicht entziehen? Und: Wie haben sie auf dieses ihnen zugekommene Wissen reagiert? Schon die erste Frage führt auf ein weites Forschungsfeld. Auf ihm hat Longerich eine – das ist ein schwaches Wort – erstaunliche Quellenmasse durchgearbeitet. Ge-

schlossene Jahrgänge von Zeitungen, andere in Auswahl, darunter nicht nur die journalistischen Flaggschiffe der Nazipartei, sondern auch bürgerliche und katholische Blätter. Dieses Material wurde ergänzt durch das, was Filmen, Plakaten, Rundfunksendungen zu entnehmen war. Diese „Eingaben" zu ermitteln, zu periodisieren, sie auf die ihnen zugrunde liegenden Antriebe und die verfolgten Absichten zu analysieren, war langwierig und schwierig genug. Komplizierter noch aber die Auffindung und Sichtung von verlässlichem Material, das die Einstellung der Deutschen zu dem verrät, was sie sahen, hörten und lasen. Zeugnisse dafür geben verschiedenste Beobachtungen und Analysen, solche von Faschisten und Antifaschisten, von in Deutschland lebenden Ausländern, z. B. Diplomaten und Journalisten, Aufzeichnungen in Tagebüchern und Briefen, die Zeitgenossen, darunter Opfer der Judenverfolgungen. Der Umgang mit diesen Papieren erfordert hohen quellenkritischen Aufwand.

Akzeptanz im Volk?

Es ist unmöglich, auch nur die inhaltliche Struktur des chronologisch angelegten Werkes hier zu referieren. Longerichs profunde Studie zielt auf kein Geringeres als auf die Beantwortung der Frage, „welche Basis die Verfolgung der Juden innerhalb der deutschen Bevölkerung letztlich hatte". So allgemein gestellt ist sie, das weiß der Verfasser selbstredend, nicht zu klären. Von Maßnahmen und Etappen der Judenverfolgung muss die Rede sein. Welche Akzeptanz besaß die Vertreibung aus dem Staatsdienst, den Universitäten, aus der Wirtschaft, dem Kulturleben, aus Schulen und Wohnungen, aus Deutschland? Welche Zustimmung fanden die Misshandlungen während des Pogroms, die beständigen Demütigungen, die Pauperisierung, die Deportationen, gar die Massaker? Die darauf gefundenen Antworten sollten heute von vielen gelesen, die auf sie gegründeten Folgerungen weiter diskutiert werden.

Wer zur schrumpfenden Gruppe der Zeitgenossen gehört und sich der Lektüre stellt, wird fragen: Und ich? Und die Generationen der Jüngeren? Was mag ihnen beim Nachdenken über diese Geschichte von Manipulation, Mittun, Hinnehmen und Billigen, von Vorteilsnahme, Gleichgültigkeit, Abwesenheit bloßen Anstands und vom Fehlen aller Mitmenschlichkeit einfallen? Wird das Gelesene als Herausforderung angenommen? Geschrieben wurde ein Geschichtsbuch. Aber es ist nicht nur das.

Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, Siedler Verlag München 2006, 448 S. Der Autor stellt sein Buch am 9. Januar 2007, 20 Uhr im Martin-Gropius-Bau, Berlin, Niederkirchnerstr. 7, vor.

Quellentext: Staatssekretär Ernst von Weizsäcker im Verhör

Bevor Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1938 bis 1943, der Prozess gemacht wurde, ließ sich Robert M. W. Kempner, der zum Stab der US-amerikanischen Anklagevertretung gehörte, den Internierten zu einem Gespräch kommen. Kempner erinnerte sich:

K.: Wir wollen uns über etwas hier unterhalten, nämlich über die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes an irgendwelchen jüdischen Vorgängen.

v. W.: Herr Dr. Kempner, Sie wissen aus Ihrer früheren Berliner Tätigkeit vor 1933, dass das Auswärtige Amt mit Judensachen nichts zu tun hatte.

K.: Herr von Weizsäcker, was ist denn das hier für ein Papier? Da steht an einen gewissen Herrn Eichmann geschrieben, soundso viel Juden können nach dem Osten deportiert werden.

v. W.: Zeigen Sie mir das bitte, was habe ich damit zu tun?

K.: Herr von Weizsäcker, wenn Sie genau lesen, ich gebe Ihnen meine Lupe, schauen Sie doch mal. Was ist denn da oben rechts in der Ecke? Hier, Sie haben zugestimmt.

v. W.: Das kann mir so durch die Hände gegangen sein. Ich weiß gar nicht ...

K.: Das ist nicht nur durch Ihre Hände gegangen. Sie haben doch einige Änderungsvorschläge gemacht. [...] Sie haben eingefügt „näher polizeilich gekennzeichnete Juden". Die Nazipolizei in Paris sollte erst mal nur an gewisse Gruppen rangehen.

v. W.: Ich war gar nicht in Paris. Ich weiß das gar nicht.

K.: Aber ich weiß, dass man erst an die staatenlosen und deutschen Juden rangehen wollte und dann an die französischen Juden, um die Leute in Vichy nicht zu sehr aufzuregen.

v. W.: Tja, wenn ich so langsam nachdenke ...

K.: Erinnern Sie sich jetzt vielleicht, nachdem ich Ihnen das gezeigt habe?

v. W.: Ja, ich erinnere mich. Ich habe mich darüber sehr aufgeregt. Ich habe das abends zu Hause erzählt – diese furchtbare Sache.

K.: Ist das nun das Einzige, was Sie mitgezeichnet haben?

v. W.: Ich erinnere mich nur an das.

K.: Herr von Weizsäcker – aber hier und hier, mit den Holländern und Belgiern ...

Robert M. W. Kempner: Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt/Main 1983, S. 317 f.

junge Welt, Sonnabend, 06.01.2007, S. 15.

Ein Pionier

Den Dingen auf den Grund gehen: Zum Tod des Historikers Wolfgang Ruge

Verspätet erreichte Freunde und Kollegen die Nachricht, dass der Historiker Wolfgang Ruge am 25. Dezember 2006 verstorben ist. Im eben begonnenen Jahr hätte sich das neunte Jahrzehnt eines Mannes vollendet, dessen Leben mit dem Wort „außergewöhnlich“ nur schwach zu charakterisieren ist. Die längste Zeit haben die Leser seiner Bücher nur jenen Teil davon wahrgenommen, der von einer reichen wissenschaftlichen Produktion und weitläufigen Studien in Archiven zeugte. Ruge kam es zugute, dass der Weg des Forschers von seiner Wohnung in Potsdam-Babelsberg zu den Schätzen des Zentralarchivs der DDR kurz war.

Sein Interesse galt vor allem jenen Jahren deutscher Geschichte die er, 1917 geboren, als Kind noch erlebt hatte: der Weimarer Republik. In der DDR wurde er der Doyen dieser Forschungen, die sich auf die Rolle der politischen Parteien (insbesondere der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei), herausragender Personen (Gustav Stresemann, Matthias Erzberger, Paul von Hindenburg, Heinrich Brüning und weitere), des großen Kapitals und natürlich der faschistischen Bewegung und Hitlers richtete. Ruge war in der DDR damit der Pionier jener biographischen Forschungen, deren „Helden“ Personen aus jüngster Vergangenheit und Angehörige der herrschenden Klassen abgaben. Er hat eine bis in das Jahr 1933 geführte Teilbiographie Hitlers vorgelegt. Aus seiner Feder stammende Monographien konnten hohen wissenschaftlichen Ansprüchen ebenso genügen wie sie, weil allgemein verständlich geschrieben, auch das Interesse breiter historisch interessierter Kreise erregten. Ruges Bücher wurden übersetzt. Seine mehrfach aufgelegte als Lehrbuch konzipierte Geschichte der Weimarer Republik haben Generationen von Studenten in der DDR gelesen. Jenseits von deren Westgrenze wurde sie von Studierenden zur Rate gezogen, die sich mit einem historisch-materialistischen Bild von der „ersten deutschen Demokratie“ bekannt machen wollten.

Was Ruge nach weiteren Forschungen zur Geschichte des 1919 entstandenen Staates an früheren Urteilen zu korrigieren, was er zu ergänzen hatte, lässt sich in der Rede nachlesen, die er anlässlich der Verleihung eines Ehrendoktors in der Aula der Jenaer Universität hielt.

Er sprach nachdenklich – ein Stil, den er auch in Sitzungen beibehielt, wie kontrovers sie inhaltlich verlaufen mochten. Oder während des Internationalen Historiker-Kongresses in Moskau 1970, als er sich gegen eine Ansicht eines westdeutschen Kollegen wandte und seine Entgegnung nach wenigen Worten Deutsch mit der Bemerkung fortsetzte: „Und damit wir einander besser verstehen, werde ich nun russisch reden.“

Die Sprache hatte er als junger Bursche gelernt, als er, einer antifaschistischen Familie entstammend, nach Hitlers Sieg aus Deutschland in die Sowjetunion floh. Was folgte, waren eine Kette widersprüchlichster Eindrücke und Erlebnisse, sodann Enttäuschungen, Verfolgungen, Deportation, Verbannung, Jahre im Lager, Aufenthaltszwang – bis ihm spät genehmigt wurde, das Land zu verlassen. Was ihm in diesen mehr als zwei Jahrzehnten geschehen war, wie er überlebte, wussten nur ganz wenige, bis seine Erinnerungen erschienen. Das aufwühlende Buch erklärt seine in weiteren Publikationen nachzulesende Reaktion auf die weltgeschichtliche Niederlage des Sozialismus an der Wende zu den neunziger Jahren. Er bestand darauf, den Dingen diesmal bis auf den letzten Grund zu gehen. Wo der liegt und wie er beschaffen ist, damit sind die Sozialisten und nicht anders die Historiker, die ohne Vorbehalt, aber auch ohne Parteinahme für das Kapital und seine Weltordnung zu Werke gehen, bislang nicht zu überzeugenden Resultaten gekommen. Die Herausforderung, bei dieser Arbeit nicht nachzulassen, gehört zur geistigen und politischen Hinterlassenschaft eines der bedeutenden deutschen Geschichtswissenschaftler.

junge Welt, Montag, 08.01.2007, S. 12.

Profitabler Massenmord

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. Schreibtischtäter des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes bestimmten die wirtschaftliche Ausbeutung von KZ-Häftlingen (Teil III)

Die Mehrheit der Deutschen dürfte nicht einmal den Namen gehört, geschweige denn, mit ihm eine Vorstellung verbunden haben: Die Rede ist vom SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA). Hinter der harmlosen Bezeichnung verbarg sich eine der Einflussreichsten Terrorzentralen des Naziregimes. 18 ihrer einstigen leitenden Mitarbeiter sahen sich am 13. Januar 1947 von einem US-amerikanischen Gericht in Nürnberg wegen einer verbrecherischen Tätigkeit angeklagt, die geschichtlich ohne Beispiel war. Anders als der gleichzeitig durchgeführte Ärzte-Prozess (jW vom 9./10.12.2006) sind die Dokumente aus dem Verfahren gegen das WVHA vollständig nur in Archiven greifbar. Wesentliches wurde jedoch englischsprachig in der vielbändigen Reihe „Trials of War Criminals before the Nuremberg Tribunals“ gedruckt, die nach dem Ende der zwölf sogenannten Nachfolgeprozesse 1950 in Washington herausgegeben wurde.

Die Verfahrensbeteiligten

Den Vorsitz im Richterkollegium hatte Robert M. Toms inne, Richter am Berufungsgericht in Detroit im US-Bundesstaat Michigan. Die weiteren Mitglieder waren Richter aus North Carolina, Pennsylvania und Alabama. Unter ihnen erlangte Michael A. Musmanno einen gewissen Bekanntheitsgrad. Seine Arbeit war mit diesem Verfahren nicht beendet. Er gehörte zu den Richtern im Prozess gegen den einstigen Generalfeldmarschall Erhard Milch (jW vom 4.1.2007). Später übernahm er den Vorsitz im Prozess gegen Führer der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD). 1961 war Musmanno Zeuge im Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem. Zur Hinterlassenschaft des Mannes, der auf dem Nationalfriedhof der USA in Arlington beigesetzt wurde, gehören Bücher. Lange bevor der Film „Der Untergang“ gedreht und behauptet wurde, er biete Neues über das Naziregime, hatte der Jurist eine Darstellung der letzten Tage im Berliner Führerbunker (dt.: „In zehn Tagen kommt der Tod“) publiziert, in die Erkenntnisse aus seinen Nürnberger Tagen einflossen.

Die Anklageschrift gegen das WVHA trug die Unterschrift von Brigadegeneral Telford Taylor, der an der Seite Robert H. Jacksons schon im Hauptprozess zwischen 1945 und 1946 am Internationalen Gerichtshof in Nürnberg tätig gewesen war. Das galt auch für eine Reihe von Verteidigern. So war Alfred Seidl wieder beteiligt, der vordem Hans Frank und Rudolf Heß vertreten hatte und auch im Ärzte- und im Wilhelmstraßen-Prozess agierte. Auch Carl Haensel, der später seine Tagebuchnotizen zum Nürnberger Prozess veröffentlichte, gehörte erneut zur Gruppe der Verteidiger.

Hauptangeklagter war der ehemalige Obergruppenführer Oswald Pohl, unter dessen Leitung das WVHA im Jahre 1942 im Rahmen einer Neuorganisation der Führungszentralen der SS gebildet worden war. Aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie stammend, hatte ihn nach dem Abitur sein Weg in die Kriegsmarine und gegen Ende des Weltkrieges auf den Posten eines Zahlmeisters geführt. Die so gewonnenen Kenntnisse machten ihn, der über die SA (1925) und die NSDAP (1926) in die SS gelangte, für Heinrich Himmler und eine Verwendung im Verwaltungsapparat des „Schwarzen Korps“ geeignet. 1933 begann seine steile Karriere. Seit 1936 war er an der Verwaltung der Konzentrationslager maßgeblich beteiligt. Die von ihm geleitete Dienststelle wurde über Stufen zum WVHA, von dem die Divisionen der Waffen-SS verwaltet und versorgt wurden. Dem Hauptamt unterstanden auch Produktionsbetriebe im Reich und im besetzten Gebiet, die zum Eigentum der SS gemacht worden waren.

Vor die Schranken des Gerichts brachte Pohl vor allem anderen die Tatsache, dass in seiner Zuständigkeit auch das Amt D lag, die Zentrale der Konzentrationslager. Er besaß gegenüber den Kommandanten der Lager Weisungsbefugnis, trug mithin durch die menschenverachtenden Erlasse, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge bestimmten, die hauptsächliche Verantwortung für das Massensterben von Männern, Frauen und Kindern in den Zentral- und Außenlagern, mit denen das Reich überzogen war. Zu Pohls immer wieder beteuerter Schuldlosigkeit passte schlecht, dass er im Mai 1945 in Bayern, dann in Norddeutschland untergetaucht war. Die Briten spürten ihn 1946

dennoch auf. Pohls Name war bereits im Hauptprozess wiederholt genannt worden. Dort hatte die Anklage eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, die er bei Vernehmungen abgegeben hatte.

Neubestimmung der Rolle der KZ

Die im Frühjahr 1942 erfolgte Eingliederung der Inspektion der Konzentrationslager in das WVHA war Folge des Scheiterns des „Blitzkrieges" im Osten. Der Feldzug gegen die UdSSR konnte nicht wie geplant binnen weniger Monate beendet werden. Stattdessen musste die faschistische Führung von nun an mit einem langdauernden Krieg rechnen. Sie ergriff Maßnahmen, die Rüstungsproduktion aufs äußerste zu steigern. Da das mit Rücksicht auf die Kriegsstimmung und eingedenk von Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bei weitgehender Schonung der deutschen (namentlich der weiblichen) Arbeitskräfte geschehen sollte, wurde rücksichtslos auf Menschen zugegriffen, die sich in der Gewalt der Machthaber befanden oder in sie gebracht werden konnten: Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und vor allem Häftlinge der Konzentrationslager. In den KZ standen von nun an nicht mehr die bloße Isolierung ihrer Insassen von der Gesellschaft und deren vorgebliche Umerziehung im Vordergrund. Anknüpfend an vorliegende Erfahrungen bei der Ausbeutung der Häftlinge, galt nunmehr die Devise, die Gefangenen als billigste aller verfügbaren Arbeitskräfte zu verwenden. Arbeitsfähig oder nicht verwendbar, an diesem Urteil entschied sich für viele ihre Überlebenschance. Doch auch für die als brauchbar Angesehenen verlängerte sich in vielen Fällen die Lebenszeit nur um ein Geringes.

Die versierten, mit Fragen wirtschaftlicher Organisation vertrauten Spezialisten des WVHA der SS, ohnehin auf die Missachtung der „Minderrassigen" und „Untermenschen" fixiert, wiesen an, die Lagerinsassen effektiv auszubeuten – in Produktionsstätten innerhalb der Lager, in Industriebetrieben oder auf landwirtschaftlichen Gütern, die auf Antrag Häftlinge zugeteilt erhielten. Letztere wurden nun bei ihren Arbeitsstätten in sogenannten Außenlagern untergebracht. Mit diesen war das Reich bald buchstäblich überzogen – eine Veränderung, die spätestens von da an das Argument vollständig erledigte, die Deutschen hätten von der Existenz solcher Lager und dem Leben und der Ausbeutung der dort gefangengehaltenen Menschen nichts wissen können.

Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter und Angestellter, ebenso Bauern und Landarbeiter in Dörfern sahen tagaus und tagein, was die Anordnung praktisch bewirkte, die aus dem WVHA 1942 erging: „Der Lagerkommandant allein ist verantwortlich für den Einsatz der Arbeitskräfte. Dieser Arbeitseinsatz muss im wahren Sinne des Wortes erschöpfend sein, um ein Höchstmaß an Leistung zu erzielen. [...] Die Arbeitszeit ist an keine Grenzen gebunden." Zeitraubende Anmärsche zur Arbeit waren fortan verboten. Mittagspausen durften nicht länger dauern als zu Essenszwecken unerlässlich. Die Vernichtung durch Arbeit war so auf den Weg gebracht. Gleichzeitig sollten künftig Praktiken unterlassen werden, die unnötigen Verschleiß der Arbeitskräfte zur Folge hatten. Schikanen außerhalb des Arbeitsprozesses hatten zu unterbleiben. 1942 verfügten die Machthaber, die nahezu den gesamten europäischen Kontinent in ihre Gewalt gebracht hatten, über Möglichkeiten des Zugriffs auf fremde Arbeitskräfte. Das Reservoir schien unerschöpflich und jeder zugrunde gerichtete Mensch durch einen anderen herbeigeschafften ersetzbar. Doch sollte sich das mit dem Wandel im Kriegsverlauf ändern.

Wie in den anderen Gerichtsverfahren war auch im WVHA-Prozess die Anklagebank nicht mit allen Haupttätern besetzt. Es fehlte SS-Gruppenführer Richard Glücks, der Leiter des Amtes für das „Konzentrationslagerwesen". Noch zu Jahresbeginn 1945 mit einem hohen Orden, dem Deutschen Kreuz in Silber, dekoriert, hatte er sich, in britische Gefangenschaft geraten, zwei Tage nach der Kapitulation aus Leben und Verantwortung gestohlen. Aus der Begründung für seine Auszeichnung ließ sich ablesen, wessen das Hauptamt, dessen Amtsgruppe D und sein Leiter sich rühmten: Glücks, schon vordem Inspekteur aller KZ, habe „sich bedeutende Verdienste um die Kriegsrüstung erworben durch den laufenden Einsatz der Häftlinge in der Rüstungsindustrie. Wenn sich hier in den ganzen Kriegsjahren keinerlei Schwierigkeiten ergeben haben und die Kriegsindustrie in kürzester Zeit mit den angeforderten Arbeitskräften versorgt werden konnte, dann ist es das Verdienst des SS-Gruppenführers." Tatsächlich hatte kein deutscher Konzernchef auch nur annähernd so viele Menschen kommandiert wie Glücks.

Eine grausige Bilanz

Die Rolle des WVHA war bereits im Hauptprozess zur Sprache gekommen. Das geschah, als die Anklage gegen SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, vorgetragen wurde und die Entscheidung über den Charakter der SS gefällt werden musste, die im Urteil als verbrecherisch qualifiziert worden war. Die Anklageschrift, die Taylor und sein Stab nun vorlegten, gab einleitend einen Überblick über Entstehung und Wandel des vielgegliederten Spitzenapparates, über den Heinrich Himmler, der „Reichsführer SS", geboten hatte. Die Geschichte der Organisation und ihrer Führungseinrichtungen wurde dargestellt, eine Untersuchung, auf die sich später Historiker stützen konnten. Diese Arbeiten erwiesen sich auch in anderen Prozessen als unerlässlich, wollten sich Ankläger und Richter ein verlässliches Bild von Kompetenzen, Weisungs- und Befehlslinien, Über- und Unterordnung von Personen in einem Herrschaftssystem machen, das ihnen fremd war, weil es sich von dem in ihren Ländern existierenden erheblich unterschied.

Im Folgenden zählte der Text der Anklage unter Überschriften „Medizinische Experimente", „Euthanasie", „Sklavenarbeit" u. a. die Verbrechen auf, die an Militärangehörigen der Antihitlerkoalition ebenso wie an zivilen Bürgern besetzter Staaten und Gebiete, vor allem an Juden und Zigeunern, verübt worden waren. Er mündete in eine Charakteristik des Ausmaßes der zum Eigentum der SS gehörenden Betriebe im Reich und in eroberten Territorien, deren Profite als eine finanzielle Quelle auch von Terroraktionen qualifiziert wurde. Auf eine treffende Formel brachte die Schrift das seit 1942 geltende Prinzip der Ausbeutung der KZ-Insassen: Es sei darum gegangen, bei geringstem Aufwand für Ernährung, Bekleidung, Behausung, sanitäre und medizinische Versorgung die größte Arbeitsleistung herauszupressen. Nur geschätzt werden konnten die exakte Zahl der Lager, der in ihnen während der Kriegsjahre gefangengehaltenen Menschen und der in Gaskammern, Gaswagen, durch Vernichtung durch Arbeit und auf andere Weise Getöteten vieler Nationen. Die Präzisierung dieser Ermittlungen sollte Geschichtswissenschaftler in vielen Ländern noch auf Jahrzehnte hinaus beschäftigen. Für die Häftlinge, hieß es in der Anklage, habe das Wort Dantes gegolten: Die ihr hier eintretet, lasst alle Hoffnung fahren. So lebten nach einem Bericht der Amtsgruppe D vom 15. August 1944 zu Beginn desselben Monats in den KZ 379 167 männliche und 145119 weibliche Häftlinge. Zudem waren als Neuzugänge Juden, Polizeigefangene, Polen, darunter ehemalige Offiziere der Arme, Strafgefangene aus osteuropäischen Gefängnissen und weitere Inhaftierte aus Frankreich angekündigt, von denen ein Großteil bereits in den nächsten Tagen „zur Einlieferung" gelangte.

Telford Taylor ließ in seiner Anklagerede die für beide Seiten einträglichen Geschäftsbeziehungen zwischen der SS, vertreten durch das WVHA, und der Privatindustrie nicht aus. Das Amt hatte ihre Steuerung im eigenen festen Griff. Es wies die KZ-Kommandanten an, die Insassen der Lager als Arbeitskräfte nur an solche Betriebe zu vergeben und zu vermieten, die nach dem Urteil der Zentrale dafür wegen ihrer Stellung (oder: ihrer strategischen Bedeutung) in der Kriegswirtschaft in Frage kamen. Eigene Verhandlungen mit Betriebsinhabern, solche gehörten zum traditionellen Verfahren in den Geschäften zwischen Gefängnisdirektoren und kapitalistischen Unternehmer, waren KZ-Kommandanten untersagt. Erwähnt wurde die enge Zusammenarbeit des WVHA mit dem Apparat des Rüstungsministers Albert Speer, der im Hauptprozess glimpflich davongekommen war. Wenn auch auf die Situation der Häftlinge in den Außenlagern und an den Arbeitsstätten im Einzelnen nicht eingegangen wurde, schienen doch die Namen bekannter Firmen auf, so die IG Farben, Krupp und Flick, Messerschmitt und Siemens-Schuckert.

Das WVHA und die Reichsbank

Schon im Hauptprozess waren anhand einer eidesstattlichen Erklärung Pohls auch die Abmachungen seines Hauptamtes mit der Reichsbank zur Sprache gekommen. Daran gab es nichts zu verdecken und zu beschönigen. Das wusste auch der einstige Hauptamtschef, der sich schon 1946 darauf verlegte, sich auf Befehle zu berufen, die ihm Himmler erteilt hatte. Zugleich war er interessiert, auf die vielen Interessenten zu verweisen, die von der Ausbeutung der Häftlinge in dieser oder jener Weise und selbst noch vom Raubgut und der Ausplünderung der Leichname der Ermordeten profitierten. Pohl hatte in seinen Vernehmungen vor dem ersten Prozess von dieser Zusammenarbeit berichtet, die er einen „Ge-

schäftsvorgang“ nannte. Der betraf „die Ablieferung von Wertgegenständen von toten Juden an die Reichsbank“, von Juwelen, Goldringen, Goldfüllungen, Brillen, goldenen Uhren, Broschen, Nadeln, auch Devisen und anderen Wertgegenständen. Darüber habe er mit dem Reichsbankdirektor Emil Puhl verhandelt, wobei dieser nicht in Zweifel gelassen worden sei, „dass es sich bei den einzuliefernden Gegenständen um Schmuck- und Wertsachen von Insassen von Konzentrationslagern handelte, besonders Juden, die in den Vernichtungslagern getötet worden waren“. Die Lieferungen an die Bank seien über Jahre erfolgt. Pohl sagte, er habe das Geraubte und Geplünderte selbst gesehen, „als Reichsbankpräsident Funk und Vizepräsident Emil Puhl uns zu einer Besichtigung der Reichsbankgewölbe und zu einem anschließenden Mittagessen einlud“. Pohl, sich für seine Person auf Befehle Himmlers und Hitlers berufend, hatte offenkundig entschieden, dem Gericht zu helfen, die Herren der Bank nicht ungeschoren zu lassen. Mit Erfolg. Walther Funk war im Hauptprozess zu lebenslanger Haft verurteilt worden, gelangte aber aus Krankheitsgründen 1957 auf freien Fuß. Auch über die Rolle von Puhl, Funks Stellvertreter an der Reichsbankspitze, war im Hauptprozess schon gesprochen worden. Als Zeuge gehört, hatte er das Gericht glauben machen wollen, er sei zwar davon unterrichtet gewesen, dass die Reichsbank der SS gefällig sein und dieser „gute“ Dienste leisten wollte, auch habe er gewusst, dass es sich bei dem in den Tresoren Eingelagerten um Gold, Devisen, Schmucksachen „aus dem Osten“ handelte, doch hätte er davon weder gesehen noch gehört, dass sich darunter Zahngold und Brillengestelle befanden. Puhl folgte der Praxis, Kenntnis, Verantwortung und sodann Schuld auf Untergebene zu schieben. Es sei im Gerichtssaal längst klar gewesen, erinnerte sich Taylor des Auftritts des Vizepräsidenten, dass er nicht Funks, sondern seine eigene Haut habe retten wollen. Das gelang nicht vollständig. Puhl wurde im Wilhelmstraßen-Prozess angeklagt und 1949 zu fünf Jahren Haft verurteilt.

So wenig Zweifel es über die Handlungen der Angeklagten geben konnte, so wenig bestanden sie im Hinblick auf die Rechtsgrundlagen des Verfahrens gegen diese besondere Kategorie von Schreibtischtätern. Die Anklage stützte sich auf internationale Verträge und Abmachungen wie die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907, in der es klare Festlegungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen und Menschen gab, die sonst im Verlauf eines Krieges in die Gewalt einer fremden Macht gerieten. Nach dem Ersten Weltkrieg war 1929 eine weitere Konvention vereinbart worden. Beidem hatte sich das Deutsche Reich angeschlossen und zur Einhaltung des Vereinbarten verpflichtet. Zudem existierten in allen zivilisierten Staaten Gesetze, die eben jene Taten als Verbrechen markierten und unter Strafandrohung stellten, die von den Angeklagten begangen worden und zu verantworten waren.

Milde Strafen abgeschwächt

Am 3. November 1947 fällte das Gericht die Urteile. Drei der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, in drei Fällen erfolgten Freisprüche. Die Mehrheit der Angeklagten erhielt Strafen zwischen lebenslänglicher und zehn Jahren Haft zugesprochen. Wie in den anderen elf „Fällen“ verbüßten auch die Verurteilten dieses Prozesses ihre Strafen meist nur zu einem geringen Teil. Die Haftzeiten, die auf lebenslänglich lauteten, wurden 1951 oder schon vorher zunächst zeitlich begrenzt, worauf frühzeitige Entlassungen folgten. Von den Todesstrafen wurden zwei nicht vollstreckt, auch die gegen Karl Sommer ausgesprochene nicht, der im WVHA für die Lenkung des Arbeitseinsatzes der Häftlinge zuständig gewesen war. Sein Urteil wurde im Rahmen der Gnadenaktion in eine 20 Jahre betragende Haft umgewandelt, und am 11. Dezember 1953 befand er sich wieder auf freiem Fuß. Aus einer Todesstrafe war eine Haftzeit von wenig mehr als acht Jahren geworden.

Einzig Oswald Pohl endete in Landsberg am Lech, dem Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1 der USA auf westdeutschem Boden, am Galgen. Am 7. Juni 1951 gehörte er zu den letzten zur Höchststrafe Verurteilten, insgesamt sechs Faschisten, zumeist Kommandeure von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die gehenkt wurden. Pohl hatte sich in der Haft dem Katholizismus zugewandt und einen Text unter dem Titel „Credo. Mein Weg zu Gott“ verfasst. Er wurde mit Genehmigung der katholischen Kirche von einem Verlag in Landsberg herausgegeben und bezeugte einen Weg ohne jede sich auf seinen eigenen Anteil am Weg in den Faschismus und in die Verbrechen beziehende Bußfertigkeit. Dass die Leitung der bundesdeutschen Justizvollzugsanstalt dem nahe dem

einstigen Gefängnis gelegenen Spöttinger Friedhof mit den Gräbern der Hingerichteten ein halbes Jahrhundert später besondere Gestaltung und Pflege zuteilwerden ließ, hat Proteste hervorgerufen. Der Friedhof wurde 2003 entwidmet.

junge Welt, Montag, 15.01.2007, S. 10.

Jenseits aller Vorstellungskraft

Vor 65 Jahren wurde auf der Wannsee-Konferenz beraten, wie der Massenmord ausgeweitet werden könne

Das Gewässer am Rande Berlins, in dessen vornehmen Westen, wurde während des Gerichtsverfahrens mehrmals genannt. Zuerst erwähnte den Wannsee der frühere preußische Minister Carl Severing, als Zeuge in den Saal 600 des Nürnberger Justizpalastes gerufen: Er habe sich in dessen Nähe im Jahr der Errichtung der Nazidiktatur in einem kleinen jüdischen Sanatorium versteckt gehalten. Der Angeklagte Baldur von Schirach, ehemals Reichsjugendführer, kam auf den See zu sprechen, als er berichtete, dass dort Angehörige der Marine-Hitlerjugend ausgebildet worden sind. Und der Angeklagte Hans Fritzsche, einst Leiter der Rundfunkabteilung im Reichspropagandaministerium, sagte aus: Mit anderen Abteilungsleitern sei er am Abend des 21. Juni 1941 in die nahe dem See gelegene Villa von Joseph Goebbels gerufen worden, wo sie über den bevorstehenden Einfall in die Sowjetunion unterrichtet worden wären.

Die Namen der Täter

Von jenem Gebäude, das kurz Wannsee-Villa genannt wird und heute eine Gedenkstätte beherbergt, war die Rede nicht. Das Geschehen des 20. Januar 1942, später als „die Wannsee-Konferenz“ bezeichnet, lag da noch im Dunkeln. Niemand auf der Anklagebank des Hauptkriegsverbrecherprozesses gehörte zu ihren Teilnehmern. Und nur einer der Zeugen hatte zu den geladenen Staatssekretären gehört: Josef Bühler aus der „Regierung des Generalgouvernements“, der Mann, der jahrelang auf der Krakauer Burg an der Seite des Angeklagten Hans Frank, der am Galgen endete, geherrscht hatte. Indes gab es keinen Hinweis, der seine Befragung auf das Ereignis hätte richten können, das etwas mehr als vier Jahre zurücklag.

Jedoch fielen im Gerichtssaal in anderen Zusammenhängen die Namen nahezu aller Teilnehmer der Sitzung, die ihresgleichen nicht besitzt, am häufigsten der des Einladenden, Reinhard Heydrich. Den hatten Angehörige eines Kommandos tschechischer Widerstandskämpfer 1942 in den Straßen von Prag bei einem Anschlag tödlich verletzt. Sodann der von Adolf Eichmann, des Leiters jener Abteilung im Reichssicherheitshauptamt, deren spezieller Auftrag darin bestand, die Deportation der europäischen Juden zu ihren Mördern zu organisieren. Eichmann war zu diesem Zeitpunkt untergetaucht, unerkannt befand er sich noch in Deutschland. Über seine Rolle wurde mehrfach gesprochen. Sie war durch die Aussagen zweier SS-Offiziere, die ihn persönlich kannten, am 3. Januar 1946 exakt beschrieben worden. Genauer noch als der Amtsgruppenchef Otto Ohlendorf, den die US-Amerikaner mit der letzten Gruppe der zum Tode Verurteilten 1951 in Landsberg henkten, kannte ihn Dieter Wisliceny, Eichmanns Duzfreund und Untergebener, der an einem Galgen in Bratislava endete, wo er zuvor gemeinsam mit den dortigen Antisemiten über Jahre die Judendeportation vorangetrieben hatte.

Bevor diese beiden aussagten, war Eichmanns Name im Anklagevortrag des Majors Walsh aufgetaucht, der eine eidesstattliche Erklärung eines anderen Experten aus Heydrichs Apparat vorlegte. Wilhelm Höttl hatte von seinem Komplizen Angaben erfahren, die ihn die Zahl der getöteten Juden auf sechs Millionen schätzen ließ: vier Millionen in Lagern, zwei Millionen auf andere Weise, vor allem von Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei auf sowjetischem Boden. Wisliceny, sich ebenfalls auf Eichmann berufend, sprach von vier bis fünf Millionen Ermordeten.

Dass der Gerichtshof der vier Mächte das später Holocaust genannte Verbrechen marginal behandelt hätte, ist eine Legende, üble Nachrede. Dennoch ging der Nürnberger Prozess zu Ende, ohne dass jene Besprechung am Wannsee in den Blick kam, die aus den Geschehnissen auf der Ebene der Schreibtischtäter grausig herausragt. Wie auch? Anklage und Urteil gründeten sich vor allem anderen auf Dokumente, deren Masse aus dem Beutegut stammte, das den Alliierten in Deutschland in die Hände gefallen war. Auf die „Wannsee-Konferenz“ fehlte 1946 noch jeder Hinweis. Der und mehr war gefunden, als für die Anklagen in den sogenannten Nachfolge-Prozessen in Nürnberg weiter nach Beweisen gesucht wurde, die Aufschluss über den Tatanteil von Personen gaben, die der Kriegs- und Menschheitsverbrechen verdächtigt wurden.

Robert M. W. Kempner, der aus Deutschland geflohene jüdische Demokrat, nun in der Anklagevertretung der USA arbeitend, hat die Geschichte der Auffindung jenes Dokuments knapp geschildert, das häufig als Protokoll dieser Konferenz bezeichnet wird, bei dem es sich aber um eine Niederschrift über deren Verlauf handelt. Sie war von Eichmann aufgrund seiner Notizen erstellt worden, die er während der Sitzung angefertigt hatte. Nahezu zwei Jahrzehnte vergingen, bis deren Verfasser, in Israel angeklagt, seine Sicht auf die Entstehung des Dokuments schilderte und bestätigte, dass sein höchster Vorgesetzter, Heydrich, es autorisiert hatte. Als „Geheime Reichssache“ deklariert, hatten es die Teilnehmer erhalten. Wie viele Exemplare 1942 das Reichssicherheitshauptamt verließen, blieb unbekannt.

Das im März 1947 entdeckte Dokument stammte aus den Beständen des Auswärtigen Amtes, dessen Unterstaatssekretär Martin Luther an der Konferenz teilgenommen hatte. Als Kempner von dem Fund telefonisch erfuhr, ließ er ihn augenblicklich nach Nürnberg in sein Büro und auf seinen Schreibtisch bringen. Der Mann, der seit Jahren unglaubliche Nachrichten als wahr hatte erkennen müssen, bekannte in seinen Erinnerungen, dass er trotz alledem bis dahin eine Veranstaltung wie diese nicht für möglich gehalten hatte.

Am 20. Januar 1942 hatten in der Villa am See SS-Generale und -Offiziere mit anderen Staatsbeamten aus Reichsministerien und ihnen gleichgestellten Einrichtungen beraten, wie der bereits in Gang gebrachte Massenmord an den europäischen Juden ausgeweitet werden könnte, was dabei zu bedenken, was zu tun, was zu unterlassen wäre. Das erklärte Ziel war die restlose Ausrottung des europäischen Judentums. Ausgeschlossen, dass jemand den Ort verlassen hätte, ohne zu wissen, welchem Vorsatz er da zugestimmt hatte. Und doch hat jeder der nach 1945 verhörten Teilnehmer gerade das, seine ausdrückliche oder stillschweigende Billigung, also seine Mitwirkung, zu bestreiten gesucht.

Kempners Rat

Freilich: Nicht alle der einst Anwesenden standen noch zur Verfügung. Heydrich war tot, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, Eichmanns unmittelbarer Vorgesetzter als Amtschef der Geheimen Staatspolizei, blieb unauffindbar. Roland Freisler, Staatssekretär im Reichjustizministerium und bekannter noch als der Vorsitzende des Volksgerichtshofes, war bei einem Bombenangriff umgekommen. Alfred Meyer, Staatssekretär im Ministerium für die eroberten Gebiete der UdSSR, nahm sich das Leben. Luther, in Ungnade gefallen und in ein KZ gebracht, starb bei Kriegsende. Der Kommandeur von Mördergruppen auf sowjetischem Gebiet, Rudolf Erwin Lange, kam bei Kämpfen in Posen um. Doch die anderen Teilnehmer konnten befragt werden, und das taten Kempner und, soweit es zu Anklagen kam, Anwälte der Anklage und Richter. Davon existieren Wortprotokolle, aus denen die Jämmerlichkeit der Auftritte der Befragten spricht. Zuerst besaßen sie keinerlei Erinnerung. Dann, als ihnen die Niederschrift mit ihren Namen vorgehalten wurde, gaben sie vor, nicht verstanden zu haben, wovon die Rede war. An Aussiedlung und Ansiedlung hätten sie geglaubt. Judenmord, davon waren ihnen nur Gerüchte zu Ohren gekommen. Angewidert riet Kempner dem einen: „Gehen Sie mit sich zu Rate“ oder verabschiedete einen anderen mit den Worten: „Ein früherer preußischer Staatssekretär steht zu seinen Sachen.“

Von den Teilnehmern der Wannsee-Konferenz, die nach 1945 Anklagen vor Gerichten zu gewärtigen hatten, starb der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Friedrich Wilhelm Kritzinger, bevor es zu einem Prozess kam. Eberhardt Schöngarth, zuletzt Chef der Sicherheitspolizei in den besetzten Niederlanden, verurteilte ein britisches Militärgericht schon 1946 zum Tode und ließ die Strafe vollstrecken. Staatsekretär Bühler wurde nach Polen ausgeliefert, dort angeklagt, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Prozess, den die USA gegen Führer des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes der SS 1947 in Nürnberg durchführten, erhielt Otto Hofmann, dessen einstiger Chef, 25 Jahre Haft ausgesprochen, die später auf zehn Jahre verkürzt wurden, die er nicht vollständig verbüßen musste. Der Staatsekretär im Reichinnenministerium Wilhelm Stuckart gehörte zu den Angeklagten im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess; die geringe ihm zugesprochene Strafe von drei Jahren war mit der Untersuchungshaft abgesessen. Georg Leibbrandt, leitender Mitarbeiter im Ostministerium, entging der Bestrafung ganz; sein Verfahren wurde eingestellt.

Unbehelligt blieb Erich Neumann, Staatssekretär Görings in dessen Eigenschaft als Chef der Vierjahresplanbehörde. Auch Gerhard Klopfer, der für die NS-Parteikanzlei an der Sitzung teilnahm, wurde nie vor ein Gericht gestellt. Die späte Todesannonce in einer Zeitung, die ihn Wohltäter nannte, erregte Proteste.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 20./21. Januar 2007, S. 24.

„Denkwürdiges Datum“

Vor 75 Jahren hielt Adolf Hitler in Düsseldorf eine programmatische Rede vor 600 führenden Vertretern des Industrie- und Bankkapitals. Sie wurde beifällig aufgenommen

Dani Levy, der Regisseur des Hitler-Klamauks, der gegenwärtig hierzulande in Kinos zu sehen ist, hat in einem Interview sich erinnert, dass ihm dereinst von dem Mann und seinen Beziehungen zur Wirtschaft gesprochen wurde. Daran, so war seinen Worten zu entnehmen, entsann er sich wie an eine Einladung auf einen geistigen Abweg.

Seit langem schon gilt im Geschichtsbewusstsein hierzulande die Erörterung der Beziehungen zwischen der deutschen Bourgeoisie, namentlich der großen Herren der Banken und der Industrie, zur Hitlerpartei und zur faschistischen Diktatur als ein zu vernachlässigendes Thema. Eine Marotte der Marxisten. Es wurde weitgehend verdrängt von der Aufhellung des Verhaltens der Volksmassen zum Naziregime. Auch damit ist die Forschung nicht zu einem Ende gekommen. Doch bleibt es dabei, dass der NSDAP-Führer nicht durch ein Volksvotum in die Reichskanzlei gelangte, sondern durch eine Intrige. In ihr haben Mächtige der deutschen Wirtschaft eine entscheidende Rolle gespielt, und diese Tatsache bot 1945 kein Thema für einen Streit.

Helfer Hitler

Einer der an der Zerschlagung der Republik führend Beteiligten, der Bankier Kurt Freiherr von Schröder, das charakterisierte die Situation, verlegte sich in Internierungshaft gegenüber den ihn vernehmenden britischen und US-amerikanischen Fahndern, die im Kölner Bankhaus einschlägige Dokumente gefunden hatten, die später dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal vorgelegt wurden, gar nicht aufs Leugnen. Er suchte den Männern zu erklären, wie er und mit ihm andere seiner Kreise auf diesen Favoriten verfiel. Das hätten Kommunisten bewirkt, deren Diktatur drohte. Und also sei zum einzig verfügbaren Mittel gegriffen worden, dass Abhilfe schaffen konnte. Müssten die Sieger aus dem mächtigsten unter den kapitalistischen Staaten das nicht verstehen? Die Version war nicht neu und nicht nachträglich erfunden. Im Oktober 1931 hatte in New York vor einem Klub der Reichen der Großindustrielle Carl Friedrich von Siemens bei einem Frühstück einen Vortrag gehalten, in dem er Hitler als Schutz vor dem Kommunismus kennzeichnete und Befürchtungen seiner Gastgeber im Hinblick auf die Politik des NSDAP-Führers zu zerstreuen trachtete.

Verstanden hatte dieses ihm bezeugte Interesse vor allem Hitler selbst. Nicht ein Putsch, das war die Lehre aus dem gescheiterten Staatsstreich vom 8./9. November 1923, würde ihn an die Staatsmacht bringen und auch nicht die Masse seiner Anhänger. Die stellten sein politisches Kapital dar, mit dem sich wuchern ließ. Denn gesucht wurde ein Ersatz für die schwindende Massenbasis der kapitalistischen Gesellschaft. Hitler bot eine an. Das bewirkte die „Neugier“, die Führer der deutschen Wirtschaft – der herausragende war der Aufsichtsratsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke Fritz Thyssen – bewegte, Hitler am 26. Januar 1932 in ihren exklusiven Düsseldorfer Industriellen-Club im Parkhotel zu laden, damit er ihnen seine politischen und Wirtschaftspläne entwickelte, genauer als vor seiner Gefolgschaft, die mit Phrasen vom Nationalsozialismus abgefüttert und aufgepulvert wurde.

Das bedeutete nicht, dass in der zweieinhalbstündigen Rede ein Konzept entwickelt worden wäre, das geheim gehalten werden musste. Eine Veranstaltung mit Hunderten Teilnehmern war, anders als die voraufgegangenen und nachfolgenden Beratungen Hitlers mit Einflussstarken Kapitalisten, ohnehin nicht zu verbergen. Die Zusammenkunft war zudem bereits vorher bekanntgeworden und hatte vor dem Hotel zu Protestdemonstrationen von Kommunisten und anderen Gegnern geführt, gegen die Polizei einschritt und auch mit Verhaftungen eingriff. Der Münchener Verlag der NSDAP druckte die Rede Hitlers bald, wobei er darauf vertrauen konnte, dass die Braununiformierten ohnehin zumeist nicht zu den Lesern umfangreicherer Texte zählten. Doch selbst dann hätten sie nichts entdecken können, was sie gegen ihr Idol aufgebracht haben würde. Freilich: Vom Sozialismus der Deutschen war da nicht weitergeredet worden. Doch davon, dass die Demokratie, und d. h. die republikanische Staatsform, weg und ein anderer Staat hermüsse, der „Marxismus“ auszurotten sei und Deutschland

und seine Wirtschaft wieder aufsteigen sollen. Auch Formulierungen wie die vom Vorrecht der „weißen“ Rasse (nicht der „germanischen“ – sicher ein verbales Zugeständnis an das traditionelle Kolonialdenken seiner Zuhörer) und vom Lebensraum waren gefallen.

Kein seriöses Geschichtsbuch kann heute noch das Stattfinden dieses Treffens ignorieren und über seine Inhalte hinweggehen. Also: Alles geklärt? Mitnichten. Es wird, so etwa in der verbreiteten dickleibigen Reihe „Die Deutschen und ihre Nation“, beim Verweis auf die Übereinstimmung zwischen Hitler und seiner betuchten Zuhörerschaft einzig auf den Beifall verwiesen, den der Redner mit seiner Kampfansage gegen Gewerkschaften und „Marxisten“ erhielt. Wer wollte nicht verstehen, dass „Arbeitgeber“ nicht Freunde der Gewerkschaften sein konnten?

Doch ist das eine beschönigende Verkürzung. Hitler offerierte den Herren die Zerschlagung der Demokratie, die Liquidierung der Republik, die Errichtung eines „autoritären“ Staates. Und sie applaudierten. Das „denkwürdige Datum“ – so der Pressechef der NSDAP wenig später über die Bedeutung des Treffens für den Aufstieg seiner Partei – demonstrierte, dass das Verhältnis der wirtschaftlichen Elite zur Staatsform keine Frage von Überzeugung, sondern von Tauglichkeit war. 1919 taugte die bürgerliche Demokratie als Rettungsplattform, 1932 erschien die bürgerliche Diktatur als die geeignete. Und obwohl Hitler sich zu Fragen der Außenpolitik nicht konkret äußerte, aus Rücksicht auf die momentanen Interessen der Herrschenden, denn diplomatisch wurde um die weitere Demontage des Versailler Vertrages gekuhhandelt, war den Anwesenden bekannt, dass das neue Regime auch eine neue Etappe in der Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges eröffnen sollte.

Keine Sühne

Jedoch 1945: Tätigkeit und Beihilfe zur Liquidierung einer demokratischen Republik war nach den Grundsätzen der Siegermächte strafrechtlich nicht zu ahnden. Es sei denn, sie wären von vornherein in verschwörerischer Absicht geschehen, auf einen Krieg Deutschlands zur Korrektur der Ergebnisse von 1918/19 hinzusteuern. Das nachzuweisen, fiel dem Gerichtshof schon für „alte Kämpfer“ wie Hermann Göring nicht leicht. So kamen alle, abgesehen von mehr oder weniger langer Internierung, glimpflich davon. Der Bankier Hjalmar Schacht, aus der ersten Reihe der großbürgerlichen Steigbügelhalter Hitlers, Angeklagter im Hauptkriegsverbrecherprozess, wurde freigesprochen. Der Bankier von Schröder erhielt von einem Bielefelder Spruchgericht 1947 eine Haftstrafe von drei Monaten und eine Geldbuße zugesprochen, um deren Höhe danach lange gefeilscht wurde. Thyssen hatte sich mit den Naziführern überworfen, floh 1939 ins Ausland, wurde in Südfrankreich verhaftet, kam, die längste Zeit unter Sonderbedingungen, in deutsche Konzentrationslager, von da in Internierungshaft der Alliierten und wurde schließlich als minderbelastet eingestuft. Und an Carl Friedrich von Siemens, der als Gast am Hudson River für Hitler als verlässlichen Mann gesprochen hatte, erinnert u. a. der Name einer Schule im Berliner Westen. Und Robert Lehr, Oberbürgermeister Düsseldorfs, Politiker der Deutschnationalen Volkspartei und Clubmitglied, der Hitler an jenem Abend begrüßt hatte, ohne dass ihm das nach 1933 gelohnt worden wäre – zeitweilig kam er in ein KZ –, wurde im Kabinett Adenauer Bundesinnenminister.

Quellentext Das deutsche Großkapital – Hitlers Steigbügelhalter

Am 10. Januar 1946 trug Leutnant Brady O. Bryson, Hilfsankläger für die USA, im Nürnberger Justizpalast die Anklage gegen Hjalmar Schacht, den einstigen Präsidenten der Reichsbank und Reichswirtschaftsminister in der Hitlerregierung, vor. Zuerst zitierte er aus einer Aussage Schachts während eines Verhörs am 20. Juli 1945 über dessen erstes Zusammentreffen mit Hitler Anfang 1931 im Hause Hermann Görings. „Frage: Welchen Eindruck hatten Sie am Schluss des Abends? Antwort: Ich war der Ansicht, dass Hitler ein Mann wäre, mit dem man zusammenarbeiten könnte.“ Im Weiteren verwies Bryson auf einen Eintrag aus dem Tagebuch von Joseph Goebbels vom 21. November 1932: „In einer Unterredung mit Dr. Schacht stelle ich fest, dass er absolut unseren Standpunkt vertritt. Er ist einer der wenigen, die ganz konsequent zum Führer stehen.“ Dann wandte sich der Ankläger an Schacht: „Frage: Was ich sagen wollte, um es kurz zu machen, haben Sie das Prestige Ihres Namens hergegeben, um Hitler zur Machtübernahme zu verhelfen? Antwort: Ich habe öffentlich bekanntgegeben, dass meiner Ansicht nach Hitler zur Macht kommen würde, und zwar zum erstenmal, wenn ich mich recht erinnere, im November 1932. Frage: Und Sie wissen, oder Sie wissen es vielleicht nicht, dass Goebbels in seinem Tagebuch mit großer Anteilnahme berichtet über ... Antwort: Ja. Frage: Die Hilfe, die Sie ihm damals gewährt haben? Antwort: Ja, ich weiß das. Frage: November 1932? Antwort: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei und

zurück. Frage: Das ist richtig, haben Sie das gelesen? Antwort: Ja. Frage: Und Sie leugnen nicht ab, dass Goebbels recht hatte? Antwort: Ich glaube, sein Eindruck war damals richtig.“

Zitate aus: Der Nürnberger Prozess, Bd. 5, S. 139/140.

junge Welt, Sonnabend, 27.01.2007, S. 15.

Gehen oder bleiben

Die Tagebücher des jüdischen Lehrers Willy Cohn aus den Jahren 1933 bis 1941 sind ein außergewöhnliches Zeitdokument

Überrascht hat ihn, den Gymnasiallehrer, Sozialdemokraten und frommen Juden dieser 30. Januar 1933 nicht, wohl aber die Wucht, mit der die Ereignisse über ihn, seine Freunde und Kollegen am Breslauer Johannes Gymnasium hereinbrachen. Die das politische Klima bestimmen und die Straßen seiner Stadt beherrschen sind ihm „braune Horden“ oder „Halunken“, „Verbrecher“ und „Lumpenpack“, „verhasste Bürgerkriegssoldaten“ und „Nazioten“. Und was er erlebt, gilt ihm erst als der Anfang. Der schon bringt ihm die Trennung von seinem ältesten Sohn, der in Deutschland keine Chance auf ein Studium mehr hat, Beurlaubung und Entlassung aus dem Schuldienst, den Verlust öffentlicher Betätigungsmöglichkeiten und daraus hervorgehender Einkünfte, die Gefährdung seines bürgerlichen Lebens im besseren Süden der Stadt, dazu täglich neue Nachrichten von Drangsalierungen, Demütigungen, Selbstmorden, die Erfahrungen mit Fahnenflüchtigen und Wendehälsen, die Kunde vom Tod des linken Sozialdemokraten Eckstein als Folge der Martern in dem Konzentrationslager im Stadtteil Dürrgoy. Da ist erst die Jahresmitte 1933 erreicht. Diese Aufzeichnungen korrigieren alle Bilder von den anfänglich milden Formen des Antisemitismus, die nach der „Erfahrung Auschwitz“ entstanden sind. Das Unheil und die Leiden dieses Beginns machen sie deutlich.

Dann sind da die quälenden Fragen: Gehen oder Bleiben? Wird der Terror sich nicht doch abschwächen? Wie lange dauert das? Wohin mit der „Liebe zu Deutschland“? Ruhe bewahren, Zähne zusammenbeißen, sich ein dickes Fell zulegen – das sind Devisen, die sich Willy Cohn in diesen Wochen selbst und anderen gibt. Die Kinder will er auf den Weg nach Palästina vorbereiten. Und dann, es ist Sommer des Jahres eins der Nazidiktatur, keimen doch Hoffnungen auf den politischen Druck des Auslands, auf das Profitinteresse der Wirtschaft, die Linderung und Wandel schaffen könnten. Er vermag die Erscheinungen des Radauantisemitismus und die Strategie der rassistischen Judenfeinde an der Regimespitze lange nicht zusammen zu denken.

Das geht mit Fehleinschätzungen anderer Art einher, die man dem Historiker und Geschichtslehrer nicht zutrauen möchte. Wäre da nicht die Falle eines „doppelten“ (deutschen und jüdischen) Nationalismus in seinem Gedanken- und Gefühlshaushalt. Unter dem „Führer“, wie er Hitler in den Blättern später nennt, und den Faschisten, welche die „Gedanken der Zukunft“ hätten, sieht er die Deutschen einen Weg gehen, der auf das „Zeitalter der Demokratie“ folgt, welches er für „ziemlich abgelaufen“ hält. Er vermeint, das Land, das ihm mehr und mehr fremd wird, steige, vom nationalen Gedanken erfaßt, gar auf. Und der Zionist wünscht, dass sich die Juden daran ein Beispiel nähmen. Für deren Verhalten gilt ihm ein Dogma, das ihn schreiben lässt, die Nürnberger Gesetze hätten „ihn nicht erregt“. Ja, am Ende werde die eingetretene Entwicklung den Juden zum Segen gereichen. Das Ideengut der deutschen Sozialdemokratie, noch 1933 wollte er sich im Gedenkjahr für Karl Marx mit dessen Schriften eingehender befassen und darüber sprechen, scheint völlig verloren. Damit auch jede von ihren Theoretikern gegebene Analyse der Wurzeln des Antisemitismus. Wieder und wieder geht er mit den Juden ins Gericht, die, weil sozial und beruflich falsch geschichtet, Feindschaft hervorgerufen hätten, in Deutschland wie etwa auch in den völlig anderen Verhältnissen Rumäniens.

Wie viele Gedanken er wälzt, wie viele Zweifel ihn plagen, wie sehr er sich um die beiden ältesten Söhne sorgt, von denen der eine sich in Frankreich durchschlägt, der andere in einem Kibbuz in Palästina lebt, er bewältigt trotz unverlässlicher Kräfte ein unwahrscheinliches Pensum von Vorträgen zur Geschichte der Juden, ihrer Religion, den Zuständen und Perspektiven Palästinas, das ihn in Schlesien von Gemeinde zu Gemeinde führt und auch über dessen Grenzen weit hinaus. Er schreibt für die von immer mehr Einschränkungen betroffene jüdische Presse. So bessert er auch die Finanzen der Familie auf, die ihre Wohnung wechseln und sich auf verschiedene Weise einschränken muss. Er bewegt sich in einem erstaunlich großen Bekanntenkreis, den Glaubensgenossen, früheren Kollegen und Schülern, Lernenden, denen er Privatunterricht erteilt, Funktionären jüdischer Organisationen. Er berichtet von deren Leben und Denken, dazu dem seiner Verwandten. So entsteht ein weitwinkeliges Bild vom Dasein der Juden vor allem in der niederschlesischen Hauptstadt.

Wieder und wieder aber kreisen seine Gedanken um die Flucht aus Deutschland. Er trifft sich mit seinen Söhnen in der Schweiz, er reist mit seiner Frau nach Palästina, aber er kehrt dauernd zurück. Dass er die Vorstellung von einer „palästinensischen Zukunft“ nicht mit der gleichen Entschlossenheit zu verwirklichen trachtet, wie er das Überleben in Deutschland zu sichern sucht, hat tödliche Folgen. Schwer zu sagen, wie vielen Menschen er durch Gespräche und Vorträge geholfen hat, die lebensrettende Entscheidung zu treffen. Er selbst gehört mit seiner Frau und seiner jüngsten Tochter, die ältere entkommt noch rechtzeitig, zu den ersten Breslauer Opfern des Holocaust. Im Herbst 1941 werden sie „nach dem Osten“ deportiert, vor die Gewehrläufe der Mörderschwadronen.

Dieses außergewöhnliche Zeitdokument wurde bald nach seinem Erscheinen mit den Tagebüchern Victor Klemperers verglichen. Wie verschieden die Schreibenden, wie unterschiedlich ihre gesellschaftlichen Stellungen, wie weit auseinander ihr Verhältnis zur Religion ihrer Väter, wie fremd sie einander in vielem gewesen wären – was aus den Aufzeichnungen beider herausgelesen werden kann, ja herausschreit, ist der Ruf, gegen die Antisemiten unserer Tage aufzustehen.

Willy Cohn: Kein Recht, Nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941, Bd. 1 u. 2, hrsg. von Norbert Conrads, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 1121 S., 59,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 14.02.2007.

Loyal bis zuletzt

Wer danach fahndet, warum Menschen immer wieder gegen ihre eigenen Grundinteressen handeln, vielfach mit tödlichen Folgen, der wird hier keine umfassende oder gar abschließende Antwort, aber viel neuen Denkstoff finden. Das ist nicht die einzige, aber die gewichtigste Empfehlung, die sich für die eben erschienenen Tagebücher Willy Cohns aussprechen lässt, des promovierten Historikers, jüdischen Gymnasiallehrers, „Frontkämpfers“ des Ersten Weltkrieges, frommen Juden und überzeugten Zionisten, aktiven Mitglieds der Sozialdemokratischen Partei und – trotz alledem – deutschnationalen Mannes, der Deutschland auch dann noch liebt, als sein Geburtsland ihn immer schlechter behandelt und ihm fremd geworden ist. Wer würde zu einer Zeit, da antisemitische Gewalttaten schon begonnen haben und die Gesetzgebung den Juden ein Recht nach dem anderen entzieht, der Feder eines solchen Mannes den Satz zuschreiben: „Man muss loyal sein, um sich auch einer neuen Regierung zu fügen, die aus einem ganz anderen Lager kommt“? Wer von ihm die Feststellung erwarten, dass den Faschisten die „Gedanken der Zukunft“ gehören? Wer darauf gefasst sein, ein Lob auf die Rede zu lesen, in der Hitler nach dem leicht errungenen Sieg über Polen ein demagogisches „Friedensangebot“ unterbreitete?

Drei der Kinder Willy Cohns aus seinen beiden Ehen entkamen den Eichmännern durch rechtzeitige Emigration. Er, der seinen Palästina-Plan nie energisch betrieb, seine Ehefrau und die beiden jüngsten Töchter wurden 1941 mit dem ersten Transport von Breslauer Juden „nach dem Osten“ verschleppt und dort von den Mörderschwadronen der Einsatzgruppe A umgebracht.

Willy Cohn: „Kein Recht, Nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941“, zwei Bände, hrsg. von Norbert Conrads, Böhlau Verlag, 1121 S., 59,90 Euro.

Ossietzky, 4/2007, 14. Februar 2007.

Mörder in Roben

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. Der Juristenprozess (Teil IV)

Im Jahre 1961 war in den USA ein von Stanley Kramer hergestellter Film vorführfertig geworden, der in der Geschichte der historischen Spielfilme, die nach dem Zweiten Weltkrieg gedreht wurden, einen herausragenden Platz besetzt. Bald gelangte er auch in Kinos der beiden deutschen Staaten. Unter Verwendung von Tatsachenmaterial, das der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, vor allem aber der „Fall III“ der sogenannten Nachfolge-Prozesse, das Verfahren gegen nazistische Juristen, geliefert hatte, war die Filmerzählung „Judgment at Nuremberg“ (dt. Das Urteil von Nürnberg) entstanden. Bei aller künstlerischen Freiheit, die bei der Abfassung des Drehbuchs am Werk war: Das wirkliche Geschehen im Gerichtssaal der fränkischen Stadt wurde in keiner Szene verzerrt oder verfälscht. Vielmehr gab der Streifen in äußerster Dichte und ungeachtet einer über Passagen konstruierten Handlung Kenntnis nicht nur vom Geschehenen, sondern ließ aus einem Abstand von etwa anderthalb Jahrzehnten, in denen sich die Weltsituation verändert hatte und der Kalte Krieg entfacht worden war und andauerte, ein wenig hinter die Kulissen der Bühne sehen, auf der sich die Gerichtsverfahren abgespielt hatten.

Wider das Vergessen

Kramers Film war ein Plädoyer für die strikte Ahndung jener Verbrechen, die in Nürnberg Gegenstand der Anklage waren, und damit zugleich eine Ehrung für jene Juristen der Vereinigten Staaten von Amerika, die als Zivilisten oder Militärs in den Jahren von 1945 bis 1949 in das besiegte Deutschland gegangen waren und dort die juristische Abrechnung mit Tätern begonnen hatten, deren Biographien von der Beteiligung an geschichtlich beispiellosen Untaten geprägt waren. Und – wichtiger noch – er bezeugte die Ablehnung der Praxis, die im Zeichen antikommunistischer Neuformierung der Kräfte des Westens Nürnberg und seine Prinzipien weithin in Vergessenheit brachte. Am Schluss des Films erscheint ein knapper Text, der darauf verweist, dass die in den Verfahren Verurteilten vorzeitig wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren. Vordem, am Ende der Handlung, hatte der Vorsitzende Richter gesagt, es könne keinen vernünftigen Grund geben, das Völkerrecht aktuellen politischen Interessen zu opfern.

Kramers Arbeit war ein klassischer Dialogfilm, der von den scharf geführten und eindrucksvoll ins Bild gesetzten Kontroversen zwischen der Anklagevertretung und der Verteidigung der Angeklagten lebt. Sie verdankt ihre Wirkung einer Anzahl herausragender Schauspieler (Spencer Tracy, Burt Lancaster, Richard Widmark, Maximilian Schell, Marlene Dietrich u. a.) und ist bis heute unübertroffen geblieben. Die Ereignisse der Weltgeschichte haben ihr neue Aktualität verliehen. In Deutschland hat sich kein Produzent und Regisseur zu einem ähnlichen Unternehmen entschlossen, wiewohl das nahelag und es in den verflossenen Jahrzehnten an Gründen nicht mangelte, die ein Vorhaben dieser Art hochaktuell erscheinen ließen. Stattdessen hat das Interesse der Filmemacher in Erzeugnissen wie „Der Untergang“, „Speer und Er“ und ähnlichen seinen Ausdruck gefunden. Dokumentarfilme des Fernsehens öffneten zumeist nur Sehschlitze in den Nürnberger Gerichtssaal und boten Momentaufnahmen.

Das Gericht und die Angeklagten

Wie in den beiden bereits eröffneten und den noch folgenden neun Prozessen vor US-amerikanischen Gerichtshöfen wurde auch für das Verfahren gegen hochgestellte Juristen des Nazistaates, dessen Hauptverhandlung am 17. Februar 1947 begann, ein vierköpfiges Richterkollegium bestellt. Den Vorsitz hatte Carrington T. Marshall, früher Präsident am Obersten Gericht des Staates Ohio, inne, den später infolge einer Erkrankung James T. Brand, ein Mitglied des Gremiums, ablösen musste. Dem gehörten zwei weitere Juristen aus Ohio und einer aus Texas an. Die Anklagevertretung leitete Brigadegeneral Telford Taylor, erfahren bereits aus dem Hauptprozess gegen Hermann Göring u. a.

Für die Anklagebank wurden 16 Juristen bestimmt. Das war, zieht man die Zahl und die Rolle von Richtern und Staatsanwälten im Deutschen Reich in den Jahren von 1933 bis 1945 in Betracht, eine kleine Gruppe, eine Auswahl unter äußerster Begrenzung. Die verbrecherische Tätigkeit dieser nach

Tausenden zählenden Staatsdiener des faschistischen Regimes hatte 1933 begonnen, als sie sich für justizförmig eingekleidete Racheakte an Gegnern der Hitlerpartei zur Verfügung stellten. So geschehen im Prozess gegen vier Arbeiter, die 1932 in Hamburg-Altona an Straßenschlachten gegen die provokatorisch aufmarschierenden Sturmabteilungen Hitlers beteiligt gewesen waren, bei denen zwei SA-Leute erschossen wurden. Die Angeklagten waren am 1. August 1933 durch ein Urteil, das ein Gericht der Bundesrepublik 1992 aufhob, dem Scharfrichter ausgeliefert worden. Das Geschehen liegt Arnold Zweigs Roman „Das Beil von Wandsbek“ (1943/47) zugrunde.

Solche Dienste hatten ihre weltweit beachtete Fortsetzung im Reichstagsbrandprozess im Dezember 1933 gefunden. Marinus van der Lubbe wurde von Richtern zum Tode verurteilt, wofür erst ein Gesetz der Reichsregierung über die Verhängung und den Vollzug der Todesstrafe vom 29. März 1933 (Lex van der Lubbe) den Weg freigemacht hatte. Der Spruch ignorierte das Rückwirkungsverbot, wonach niemand für eine Tat verurteilt werden darf, die zum Zeitpunkt, da sie begangen wurde, nicht strafbewehrt war, und, wenn das der Fall war, auch das Strafmaß die angedrohte Höhe nicht überschreiten darf. Nun, 14 Jahre später, beriefen sich die Nazijuristen, als sie auf der Anklagebank saßen, ohne Scham und zu ihren Gunsten gerade auf dieses Prinzip, das ihnen – aber eben erst jetzt – als ein unverzichtbares Rechtsgut erschien. Hätte ein Gericht die Justizpraxis unter dem Hakenkreuz in ihrer Gänze auch nur zur Sprache bringen, sie historisch von ihren Anfängen an rekonstruieren wollen, es hätte dafür Jahre gebraucht, zu schweigen von der Zahl derer, die dann auf die Anklagebank gehörten.

Dort wurde eine Gruppe leitender Mitarbeiter des Reichsjustizministeriums platziert, an ihrer Spitze drei Staatssekretäre, von denen einer, Franz Schlegelberger, zugleich stellvertretender Minister gewesen war, sodann Juristen aus der Gruppe der Ministerialdirektoren, Ministerialdirigenten, Ministerialräte und Referenten, die in dieser Zentrale gewirkt hatten. Von ihnen waren die Gesetzentwürfe ausgearbeitet und jene Interpretationen und Weisungen erlassen worden, die Voraussetzungen dafür schufen, dass die Mörder in den Roben mit dem Reichsadler in Aktion treten konnten. Einige von ihnen waren im Verlauf ihrer Karrieren selbst an Gerichtsverfahren beteiligt gewesen. Eine zweite Gruppe bildeten Richter und Anwälte des Volksgerichtshofes und von Sondergerichten.

Wie im Haupt- und im Ärzteprozess fehlten auch in diesem Verfahren einige Personen, die, wären sie noch am Leben gewesen, unter Anklage gestellt worden wären. Das gilt für den 1941 verstorbenen Franz Gürtner, langjähriger Reichsjustizminister, der dieses Amt bereits in den Regierungen von Papen und von Schleicher am Ende der Weimarer Republik innegehabt hatte. Es trifft auf seinen Nachfolger zu, Otto Thierack, der sich, wie ein weiterer der Beschuldigten, in Gefangenschaft und der Anklage gewärtig, umbrachte, und ebenso sicher auf Roland Freisler, bekannt geworden vor allem durch seine Rolle als Vorsitzender des Volksgerichtshofes in den Verfahren gegen die Verschwörer des 20. Juli 1944. Er war kurz vor Kriegsende in Berlin bei einem Luftangriff in Berlin zu Tode gekommen. Durch Selbstmord hatte sich auch der Präsident des Reichsgerichts Erwin Konrad Bumke aus dem Leben gestohlen, als US-amerikanische Truppen Leipzig erreicht hatten und er seine Verhaftung fürchtete.

Es fehlten zudem Juristen aus dem verzweigten Bereich der Militärjustiz, was dem Grundsatz auch dieses Gerichts entsprach, sich nicht oder nur in Ausnahmefällen mit jenen Verbrechen zu befassen, die Deutsche an Deutschen begangen hatten. Zu diesen Ausnahmen gehörten die Untaten, deren Opfer jüdische Deutsche gewesen waren. Da die gleichen Delikte, die Angehörige von „Feindstaaten“ vor die Nazirichter gebracht hatten, auch Deutschen zur Last gelegt worden waren, kam im Verlauf der Verhandlungen notwendig das – Deutschen – zugefügte Unrecht zur Sprache.

Staatsbewusstes Denken

In seiner Eröffnungsrede charakterisierte Taylor die Besonderheit des Verfahrens: „Dieser Fall ist insofern einzig in seiner Art, als die Angeklagten solcher Verbrechen beschuldigt werden, die im Namen des Gesetzes begangen wurden. [...] Die meisten Angeklagten waren zu verschiedenen Zeiten Richter, Staatsanwälte und Beamte des Justizministeriums. Sie sind mit Gerichten und Gerichtssälen wohlvertraut, wenn auch ihre jetzige Rolle neu für sie sein mag.“

Wohin es diese Juristen mit der Rechtspraxis acht Jahre nach der Aufrichtung der Nazidiktatur gebracht hatten, davon gab ein Schreiben Roland Freislers an Hitler vom 10. März 1941 Auskunft, ausgefertigt zu einem Zeitpunkt, da die Machthaber noch nicht im Angesicht ihrer Niederlage immer barbarischer um sich schlugen, sondern in einem Moment, als sie voller Hoffnungen auf ihren Endsieg waren: „Daneben bleibt es erforderlich, die Richter immer mehr zu richtigem staatsbewussten Denken hinzuführen. Hierfür wäre es von unschätzbarem Wert, wenn Sie, mein Führer, sich entschließen könnten, falls ein Urteil Ihre Zustimmung nicht findet, dieses zu meiner Kenntnis zu bringen. Die Richter sind Ihnen, mein Führer, verantwortlich; sie sind sich dieser Verantwortung bewusst und haben den festen Willen, demgemäß ihres Amtes zu walten ... Heil mein Führer!“ Das war keine bloße devote Einladung geblieben. Es genügte, wie das Gericht nachwies, ein Anruf Hitlers, der über die Urteilspraxis der Gerichte sich u.a. durch die Veröffentlichungen in der Zeitung informierte, um aus einer gefällten Haftstrafe von zehn Jahren ohne Umstände eine Todesstrafe zu machen, die auch wunschgemäß vollstreckt wurde.

Zu der Denkweise, die den „Führerwillen“, ausgesprochen oder erahnt, der Praxis der Ankläger und Richter zugrunde legte, gehörte das Prinzip, mit den Mitteln des Terrors und seiner Androhung im Innern des Reiches jede Regung von Widersetzlichkeit oder planvollen Widerstands brutal und blutig zu unterdrücken und jenen Kadavergehorsam und jene Grabesstille zu erzwingen, welche die Kriegswirtschaft hochtourig funktionieren ließen. Das Militärtribunal erörterte mit Vorrang jene Verbrechen, dessen Opfer nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter und Juden waren. Unzufriedenheit mit deren Arbeitsleistungen, Diebstähle aus purer Not, Versuche, dem elenden Dasein fliehend zu entkommen, Aufnahme von sexuellen Beziehungen zu Deutschen, diffamiert als „Rassenschande“, konnten Menschen in die Fänge der Justiz geraten lassen. Deren Repräsentanten traten entweder selbst mörderisch in Aktion oder sie überstellten, gemäß Abmachungen, die zwischen dem Reichsjustizministerium und der SS-Führung getroffen worden waren, Inhaftierte in die Gewalt der Herren der Konzentrationslager.

Diese Juristen waren ausnahmslos an deutschen Universitäten, zumeist noch im Kaiserreich, ausgebildet worden. Viele von ihnen hatten bereits in der Weimarer Republik in Verwaltungen und an Gerichten gearbeitet. Sie waren zumeist keine alten faschistischen Kämpfer in den Reihen der Naziorganisationen gewesen. Und dennoch hatten sie keine Bedenken, im Reichsgebiet lebende Juden und Polen, die – in ihren Augen – „Untermenschen“, unter Sonderstrafrecht zu stellen. Sie kannten von ihrer Ausbildung her jene Bestimmungen des Völkerrechts gut, zu denen das Verbot der Verschleppung von Menschen gehörte, die im Verlauf eines Krieges Eindringlingen in die Hände fielen. Sie wussten um das Verbot der Erzwingung von Arbeit, namentlich für Kriegszwecke und also zum Schaden des eigenen Landes. Sie hätten allein aufgrund dieser Rechtslage die Pflicht gehabt, sich jedem Ansinnen zu widersetzen, diese Menschen anzuklagen und zu verurteilen. Unbedenklich und wiederum gegen völkerrechtliche Bestimmungen, zu deren Einhaltung sich Deutschland verpflichtet hatte, dehnten sie Rechtsbestimmungen, die im Reich galten, auf die Bevölkerung besetzter Gebiete aus. Sie verabschiedeten den „Nacht- und Nebel-Erlass“, der in eroberten Ländern den Weg zu Verhaftungen, Entführungen, Deportationen in Konzentrationslager öffnete und dessen Zweck es war, weithin Furcht und Schrecken zu verbreiten und gegenüber den Eroberern absolute Unterwürfigkeit herzustellen.

Das Gericht stellte jedoch nicht nur die generellen Schritte (Erlasse, Verordnungen, Weisungen usw.) fest, die der Perversion des Rechts Tür und Tore öffneten. Es rekonstruierte auch einzelne Verfahren, die von Angeklagten geführt oder beeinflusst wurden. Darunter befand sich der in Nürnberg abgehaltene Prozess gegen einen jüdischen Kaufmann, der zugleich Vorsitzender der jüdischen Gemeinde der Stadt war. Mit fadenscheinigen Argumenten wurde er als „Rassenschänder“ und „Volksschädling“ zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Zeugnisse der Willkür des Vorgehens dieser Juristen, die Blutspuren, die auch sie in die Geschichte der Nazizeit gezogen hatten, waren so zahlreich und deutlich, dass an der Schuldhaftigkeit der meisten Angeklagten kein Zweifel aufkommen konnte.

Kläglich fielen folglich auch ihre (und ihrer Verteidiger) Anstrengungen aus, doch ungeschoren davon zu kommen. Wie sich Feldmarschälle und Generale – freilich vergeblich – auf den Befehl des

Führers berufen hatten, so nun die höchstgestellten Juristen auf die sie angeblich bindenden Gesetze und den Willen des Führers. Davor, wollten sie glauben machen, hätte es kein Entfliehen gegeben. Im Falle von Weigerung oder Nichtbefolgung seien sie gar selbst von schlimmsten Bestrafungen bedroht gewesen. Nur konnte kein einziges Vorkommnis vorgewiesen werden, das bezeugt hätte, dass ein ungehorsamer Richter in Haft genommen oder gar in ein Konzentrationslager geraten wäre. Gewiss, wer es an „staatsbewusstem Denken" fehlen ließ und das in seinen Urteilen ausdrückte, konnte in seiner Karriere Schaden nehmen und sich zu wenig beliebter Tätigkeit im Justizapparat abgestellt sehen. Das war indessen das Maximum an „Strafe", die sich nachweisen ließ. Alles andere entsprang der Phantasie.

Vor allem beanspruchten die angeklagten Juristen, durch den Verbleib auf ihren Posten angeblich Schlimmeres verhindert zu haben, ein Argument, das später viele Nazibeamte aus verschiedensten Bereichen des Staatsapparates vortrugen, als sie sich vor deutschen Gerichten angeklagt fanden. Es mag wirklich Faschisten gegeben haben, die als „Nachfolger" am gleichen Platze noch rigoroser, brutaler und barbarischer gehandelt haben würden als deren Inhaber. Nur nahm das kein einziges von den Verbrechen weg, welche die Beschuldigten verübt hatten. So entgegnete der Ankläger auf die Ausflüchte auch mit Bezug auf die Verteidigungsstrategie Schlegelbergers: „Seine Verteidigung zerfällt im Wesentlichen in zwei in der ganzen Welt bekannte Kategorien; eine davon ist die Verteidigung, dass ‚dies ein braver Junge ist, der in schlechte Gesellschaft geriet', und die andere läuft auf das Folgende hinaus: Wenn er nicht Methoden ausgearbeitet hätte, bei denen nur fünf Leute getötet wurden, dann hätten Hitler, Himmler, Bormann und Goebbels 25 getötet."

Das Gericht hielt sich an die Wirklichkeit der scheußlichen Verbrechen und nicht an die mögliche Verhinderung noch grausigerer. Wie in anderen Prozessen verließ auch diese Angeklagten – was bei Personen, die auf die Speicherung von Fakten seit ihren Studentenzeiten geschult waren, sich besonders merkwürdig ausnahm – immer wieder auch das Erinnerungsvermögen. Das geschah natürlich gerade dann, wenn sie sich mit sie besonders schwer belastenden Tatsachen konfrontiert sahen.

Die Urteile

Seit der Verlesung der Anklageschrift waren neuneinhalb Monate vergangen, als das Gericht die Urteile sprach. Vordem waren 138 Zeugen befragt worden, unter anderem der ehemalige Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers, der später in einem Prozess selbst auf der Anklagebank gelandet war. Mehr als 2.000 Beweisdokumente hatten dem Gericht vorgelegen und waren ebenso wie mehrere hundert eidesstattliche Erklärungen gesichtet und erörtert worden. Das Protokoll des Prozesses, das heute im Bundesarchiv der Forschung zugänglich ist, erreicht einen Umfang von 106.65 Seiten. Einer der Angeklagten, der ehemalige Staatssekretär Curt Rothenberger, hatte im Verlauf des Prozesses einen Selbstmordversuch unternommen, allerdings überlebt.

Das Urteil, dessen Text allein 250 Druckseiten umfasst, wurde am 3./4. Dezember 1947 verlesen, und die Strafmaße wurden verkündet. Anders als im Haupt- und im Ärzteprozess befand sich darunter kein Todesurteil. Vier Angeklagte verurteilte das Gericht zu lebenslangem Zuchthaus. Das betraf die beiden Staatssekretäre Franz Schlegelberger und Herbert Klemm, den Reichsanwalt am Volksgerichtshof Oswald Rothaug sowie Rudolf Öschey, Landgerichtsrat am Sondergericht Nürnberg. Vier weitere Juristen wurden freigesprochen. Im Übrigen verhängte das Gericht Freiheitsstrafen von fünf bis zehn Jahren Zuchthaus. Unter diesen Sprüchen waren solche, die vielfach als zu milde angesehen wurden, so etwa im Fall des Staatssekretärs (bis zu seiner Entlassung 1943) Rothenberger, dem sieben Jahre Zuchthaus bestimmt wurden, obwohl es in der Begründung hieß, dass er sowohl dem „Programm rassischer Verfolgung Hilfe und Vorschub geleistet" wie auch zur Unterwerfung der Gerichte „unter die Willkür Hitlers, der Parteichargen und der Polizei beigetragen" habe. Gemessen an den Folgen seiner Handlungen war das Strafmaß deutlich unangemessen.

Doch schon am 31. Januar 1951 entschied – im Rahmen einer alle in den Nachfolgeprozessen zu Zeitstrafen Verurteilten betreffenden Gnadenaktion – der US-amerikanische Hochkommissar John Jay McCloy nach Empfehlung eines beratenden Ausschusses, die in Landsberg am Lech inhaftierten Juristen Günther Joel, Ernst Lautz, Wilhelm von Ammon und Franz Schlegelberger aus der Haft zu

entlassen. Die lebenslänglichen Strafen von Herbert Klemm, Rudolf Öschey und Oswald Rothaug wurden auf 20 Jahre Haft neu festgesetzt. Auch diese Strafzeit wurde nicht abgesessen. Der letzte der im Juristenprozess Verurteilten gelangte 1956 auf freien Fuß. Schlegelberger, der auf der Karriereleiter Höchstgestellte der Angeklagten, schon 1931 Staatssekretär im Reichsjustizministerium geworden, 1942 pensioniert mit einer Dotation Hitlers von 100.000 Reichsmark, war für haftunfähig erklärt worden. Er lebte nach seiner Freilassung noch 20 Jahre mit einer wohlerworbenen Pension der Bundesrepublik und starb 1970 im Alter von 94 Jahren.

junge Welt, Sonnabend, 17.02.2007, S. 10.

Oscar für Marianne Birthler?

„Auch wenn man den Film nicht für ein Meisterwerk halten muss: Ein starkes Stück ist er allemal," schrieb der Kommentator der Stuttgarter Zeitung zur Meldung, dass der Film „Das Leben der Anderen" die begehrte Auszeichnung erhalten habe. Der Satz schillert. Die Redewendung vom „starken Stück" charakterisiert in der deutschen Standardsprache, deren sich die Zeitung gemeinhin befleißigt, eine Unverschämtheit oder einen Skandal. Umgangssprachlich, verstärkt durch das Bedürfnis nach marktschreierischer Reklame, ist dieser Bedeutung eine andere, entgegengesetzte, positive hinzugefügt worden, die das „starke" als ein beachtenswertes, hochwertiges, außerordentliches Stück heraushebt. Gewollter Doppelsinn oder nicht, der Kontext macht klar und an anderer Stelle des Blattes wird es formuliert: Erneut ist uns Deutschen bestätigt worden, dass wir wieder wer sind. Nach unseren Siegen im Export und dem meisterlichen Abschneiden im Handball nun auch mit dem Film.

Die Bundesbeauftragte Birthler wird mit der Äußerung zitiert, dass viele Menschen durch diesen Film verstanden hätten, „welche katastrophalen Auswirkungen die SED-Diktatur auf das Leben in der DDR" gehabt habe? Hat sie nicht bemerkt und ist ihr von keinem ihrer vielen Mitarbeiter gesagt worden, dass sich die Filmhandlung in weiten Passagen, ja in ihrer Grundaussage quer zu allen Bestrebungen der Propaganda-Abteilung ihres Hauses entwickelt? Die sucht immerzu glaubhaft zu machen, dass die Leute im SED- und besonders im Staatssicherheitsapparat ideologisierte Fanatiker gewesen seien, die, koste es die anderen, was es wolle, eine Utopie, die des Kommunismus, verwirklichen und den Menschen ihre Weltvorstellung aufzwingen wollten. Wir sollen doch lernen: Utopie ist schlecht. Gut hingegen ist es, auf dem Teppich dieser Gesellschaft zu bleiben und den fleißigen Reformern zu vertrauen. Diese Version ergibt im heutigen Deutschland Sinn und lohnt die dafür aufgewendeten Gelder.

Was aber hat Graf Henckel von Donnersmarck aufgeschrieben und auf die Leinwand gebracht? Die Mitarbeiter der Staatssicherheit waren Leute ohne Überzeugung und Skrupel, bedacht einzig auf ihren persönlichen Vorteil, Neid und Karrieresucht beherrschten sie. Keine ideologische Kampftruppe à la Birthler also, sondern eine Mafia.

Das kann Abscheu gegen Methoden der Menschenüberwachung und -schikane erzeugen und lässt fragen, ob der Adelsspross nicht ein subversives Element sei. Hat er den Mächtigen der Bundesrepublik womöglich ein Kuckucksei gelegt? Denn die DDR ist als Staat mausetot, aber hierzulande vergeht keine Woche, ohne dass aus diesem oder jenem Anlass darüber gesprochen wird, wieviel Überwachung, öffentlich oder geheim, dem Bürger noch zugemutet, von ihm akzeptiert werden kann. Ist derlei Filmhandlung nicht zusätzlicher Anstoß zum Nachdenken oder, schlimmer noch, zur Gegenwehr? Und bleibt dieser Anstoß auf das Herkunftsland beschränkt? Wie der Film exportiert wird, erreicht die Botschaft die Anderen und lässt sie über ihr Leben ins Grübeln kommen. Solches wird inzwischen als Reaktion von Filmbesuchern aus den USA schon berichtet. Die Freude über den Film und die Auszeichnung könnte sich trüben.

Ossietzky, 5/2007, 10. März 2007, S. 188-189.

Und noch ein Adel

Von den Auswirkungen des Fernsehens auf die Geschichtsschreibung: Der Historiker Peter Steinbach hat eine Bevölkerungsgruppe erfunden

Kein deutscher Fernsehfilm war in den vergangenen zehn Jahren so erfolgreich wie der ARD-Zweiteiler „Die Flucht“ (4./5. März). Spätfolgen sind zu befürchten. Also lohnt es sich, darauf zurückzukommen. Da reitet, erfunden von der gräflichen Großnichte einer gräflichen Großtante eine adlige Filmheldin über Bildschirme, vor denen mehr als elf Millionen Deutsche sitzen. Und einige von ihnen, dazu Kritiker von Feuilletons, wache Zeitgenossen unserer Zivilgesellschaft, fragen sich: Musste das wieder eine Blaublütige sein? Der Freiburger Historiker Heinrich Schwendemann belässt es dabei nicht, sondern konstatiert, es sei der – in diesem Falle – ostpreußische Adel falsch und beschönigend dargestellt worden. Er verweist auf diejenigen, die zeitig an Hitler und seinen Mitführern Gefallen fanden, und auf den Einfluss, der aus diesen Kreisen Paul von Hindenburg, den Reichspräsidenten, zum Unterschreiben der Urkunde brachte, mit der Hitlers Einzug in die Wilhelmstraße besiegelt wurde. Das Bild wollte sein Karlsruhe Kollege Peter Steinbach so nicht stehenlassen. Dagegen anzugehen, forderte ihm einigen professoralen Aufwand ab. Unter der Erfindung einer neuen Adelsgruppe war es nicht zu machen. Um diese Neuheit würdigen zu können, verlangt es etwas Vorwissen und ein wenig Geduld.

Der Adel lebt in der deutschen Sprache, in Dokumenten, Geschichtsbüchern, Kampf- und Streitschriften, Romanen und Gedichten, auch in Filmtexten, in vielerlei Abwandlungen, verallgemeinernden und konkretisierenden, lobenden und herabsetzenden. Viele Unterscheidungen entstanden in Jahrhunderten und sind „im Angebot“. Hier ist eine unvollständige Auswahl: Gesondert wird der Hoch- vom mittleren und niederen Adel, der reiche und besitzende vom verarmten, heruntergekommenen (vollkommen oder ganz) und enteigneten, der kämpfende vom – horribile dictu – guillotinierten. Mehr oder weniger Verschiedenes bezeichnen Geld-, Land-, Gutsbesitzer- und junkerlicher Adel. Wieder anderes wird mit den Begriffen vom Geistes- und, dies neueren Datums, Kunstadel gemeint. Geprägt wurden die Kennzeichnungen Kriegsadel und die seltenere vom Tatenadel, während wohl niemand von einem Friedensadel spricht. Sorgfalt hat zu herrschen, damit Geschlechts- und Geblütsadel nicht mit jenem Adel durcheinandergebracht werden, der seinen unvererbbaren Titel bloßer Ernennung aufgrund eines wirklichen oder vermuteten oder zugeschriebenen Verdienstes zu verdanken hat.

Geht es in die Geschichte der Staaten und der Politik, begegnet dem Lesenden die Adelsherrschaft und die Adelsdiktatur, sowie der monarchistische (mit den Zusätzen klerikal-, feudal-, konstitutionell-), seltener der liberale, häufiger jedoch der (mitunter erz)konservative und reaktionäre Adel. Da tauchen zudem Adelscliquen und -kasten und -klüngel auf. Selbstredend ist zwischen dem preußischen, dem deutschen und vielen anderen Gruppen dieser Spezies zu differenzieren. Auf ganz anderen Ebenen liegen sodann Adelsspross, Adelsbastard, (der in vielen Variationen vorkommende) Adelsabkömmling oder gar die Adelsbrut. Von alledem ein wenig abseits finden sich Wortverbindungen vom Beamten-, Angestellten- und Arbeiteradel; eine bunte Reihe, in der von einer Schöpfung Kleinbürgeradel wohl zufällig nicht berichtet werden kann.

Genug, es hat dem Historiker Steinbach diese Offerte nicht gereicht, um die erhobenen Einwände zurückzuweisen. Er mahnt, gefälligst zwischen dem „Verpflichtungsadel“ und dem „Anspruchsadel“ zu unterscheiden. Den ersten kennt man zwar nicht aus der deutschen oder ostpreußischen Geschichte, wohl aber von jener Redewendung her, die in der französischen Urfassung „noblesse oblige“ heißt und Wahlspruch der Herzöge von Lévis gewesen sein soll. Im Deutschen ist das Bekenntnis „Adel verpflichtet“ zu einem geflügelten Wort geworden und wird längst vom gemeinen Volk in allerlei unernsten Zusammenhängen benutzt. Dieser besonderen Adelsgruppe nun rechnet der Hochschullehrer, der als Experte an der Entstehung des Films beteiligt war, dessen Heldin zu. Und damit sich diese Kennzeichnung auch deutlich und hehr abhebt, nun kommen wir endlich auf seine Entdeckung, hat er den „Anspruchsadel“ kreiert. Das, so geht aus der Gegenüberstellung hervor, muss irgendeine mindere Sorte sein, über die der Gelehrte näheres nicht verrät oder auch nicht zu sagen

weiß. Der Gutsbesitzeradel verfügt offenkundig über Eigentum an Grund und Boden und der Geldadel doch über Aktien und auch Bares. Der „Anspruchsadel“ indessen über Ansprüche, und so scheint er eher von wenig gefährlicher Natur, denn wer nichts anrichtet, als einzig Anspruch zu erheben, ist von der harmlosen Art, sofern er nicht, wie Ostdeutsche jüngst erlebten, eine Staatsmacht hinter sich hat, die sein Verlangen durchsetzt. Wer sich damit nicht zufriedengeben und näher kundig machen will, den lässt jedoch selbst Google im Stich. „Anspruchsadel“ wird da schlicht für ein Irrtum gehalten und neugierig und hilfsbereit gefragt, ob nicht etwa ein „Anspruchsmodell“ gemeint gewesen sein könnte.

junge Welt, Mittwoch, 14.03.2007, S. 12.

„Die Flucht“ – besonders vor einigen Wahrheiten*

Statt der Rothaut – der Rotarmist.
Zum Echo auf einen Fernsehfilm der ARD in Publizistik und Historikerzunft

Ein verlängertes Märzwochenende haben öffentlich-rechtliche Fernsehsender, nach einem Präludium von Arte, ihre Zuschauer erneut in jene Schlussphase des Zweiten Weltkrieges geführt, als dieser Krieg auf Deutschland und die Deutschen zurückschlug. Die ARD wartete mit dem Spielfilm *Die Flucht* auf und ließ *Die Flucht der Frauen* sowie eine Talkshow folgen, in deren Ankündigung das Wort „Versöhnung“ nicht fehlen durfte. Regionalsender waren in Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen mit Dokumentationen unter den Titeln *Flüchtlinge und Vertriebene an Rhein, Ruhr und Weser* (WDR) *Flucht und Vertreibung. Die Rechtlosen* und *Die Flucht. Reportage von den Dreharbeiten* (BR 3) beteiligt.

Reichlich die Reklame, selten kritische Einlassungen, vielstimmig und doch mit wenigen Ausnahmen lobend das Echo. „Sehenswert, lehrreich, politisch-historisch unanfechtbar“, so die Noten eines Urteilenden. Wer etwas auf sich hielt, merkte wenigstens an, dass der behauptete Tabubruch, den die Aufnahme des Themas angeblich bedeutete, ein Etikettenschwindel war. Daran änderten gegenteilige Behauptungen des Historikers Michael Stürmer in der ARD-Sendung *Christiansen* nichts. Seine Rolle des Jetzt-Endlich-Schwätzers bezeugte Missachtung der Arbeit vieler, die seiner Zunftkollegen eingeschlossen.

Indessen dienten die Legenden vom Tabubruch nicht allein Werbezwecken, sondern gleichfalls der Rechtfertigung dafür, wieder und wieder auf ein Kapitel der Geschichte zurückzukommen und dabei die stets gleiche Perspektive einzunehmen. Es ist seit Jahren die, aus der heraus die Deutschen als Opfer des Faschismus und des Krieges erscheinen und in einer Rangfolge der Opfer nach den Juden Platz zwei besetzen. So unbestritten sich Millionen Deutsche gegen Ende des Krieges in diesen Zustand gestürzt fanden – vordem waren sie freiwillig oder widerwillig Instrumente gewesen. Die Alliierten – nicht sie sich selbst – hatten die Deutschen aus der schändlichsten Rolle befreit, die sie bis dahin in ihrer Jahrhunderte alten Geschichte gespielt hatten – die der Welteroberer.

Sie ritten und sie litten

Vorab bescheinigten Auftraggeber und Produzenten dem Film *Die Flucht*, dass er den schmalen Grat einzuhalten verstand, der die authentische Darstellung der Geschichte vom Absturz in revisionistische Ausdeutung trennt. Das Werk habe einen „sorgsam austarierten Ansatz“ besessen und auch die anderen Angebote, gemeint waren die Dokumentationen, hätten verdeutlicht, dass die Ereignisse des Winters 1944/45 in Ostpreußen ihre Vorgeschichte hatten. Dass ein erheblicher Teil der Zeitgenossen und Nachgeborenen das anerkennt, haben Publikationen wie *Europa unterm Hakenkreuz*, die Ausstellung *Verbrechen der Wehrmacht* und unabweisbar Aufklärungen über das an den europäischen Juden verübte Massenmorden bewirkt. Nur wird die Erwähnung von elementaren Wahrheiten bereits als das Maximum des Nötigen und Erreichten angezeigt. Es soll deutsche Meisterschülerschaft bei der „Bewältigung“ eigener Vergangenheit beweisen. Doch ist es tatsächlich nicht mehr als das unerlässlich gewordene Minimum, soll Glaubwürdigkeit nicht von vornherein aufs Spiel gesetzt werden.

Was in den Feuilletons über *Die Flucht* zu lesen war, bezeugte mehrfach, wie weit die Ansprüche heruntergekommen sind. Ein Rezensent fand als einzigen Punkt der Kritik heraus, dass die Hauptdarstellerin für ihre Rolle eine Spur zu schön sei. Schon jene, die fragten, ob die Filmheldin wiederum eine Adlige sein musste, gerierten sich als Gesellschaftskritiker. Doch lief diese Wahl wie die gesamte

---

* Kurt Pätzold, „‚Die Flucht‘ – besonders vor einigen Wahrheiten“, Freitag, 16.3.2007:
Diesen Artikel kann ich nur zu 100 Prozent unterstützen. Zum Satz des Autors: „So unbestritten sich Millionen Deutsche gegen Ende des Krieges in diesen Zustand gestürzt fanden – vordem waren sie freiwillig oder widerwillig Instrumente gewesen“, möchte ich etwas ergänzen: Am 31. Juli 1932 wählten in Ostpreußen 47,2 Prozent die NSDAP, das heißt, zehn Prozent mehr als im Reichs-Durchschnitt. In den protestantischen Gebieten Ostpreußens erreichte die NSDAP sogar über 70 Prozent, natürlich ohne Zwang. Albert Kolnsberg, Krefeld (Freitag, 30. März 2007, S. 13)

Handlung darauf hinaus, das Verhältnis der ostpreußischen adligen Großagrarier zum Faschismus zu verfälschen. Das hat immerhin der Freiburger Universitätsprofessor Heinrich Schwendemann deutlich angemerkt. Nicht nur in diesen Passagen war der Film Gegenaufklärung.

Auch der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler formulierte da Einwände. Er fand, was er gesehen hatte, „aufs Ganze akzeptabel“ und verwies auf drei beteiligte Fachkollegen, die als Berater mitgewirkt hatten. Eher beiläufig meinte er, ohne Edelkitsch gehe es wohl nicht ab und benotete noch: „Daten, Einordnungen, Kesselbildungen, Ostpreußen, Durchbruch über das Haff und so, das stimmt alles.“ Unter Dienern der Clio fehlte auch Hans Mommsens Loblied nicht. Dieser Film stelle sicher eine wichtige Form der Vergangenheitsbewältigung dar, zumal es ihm gelungen sei, „das Gleichgewicht der verbrecherischen Handlungen herzustellen“, was sich getrost in jene These übersetzen lässt, dass wir doch quitt seien. Zudem dachte er an Polen, wo „immer noch hypertroph nationale Reaktionen ... teilweise vorherrschen“ würden.

Vom Karlsruher Professor Peter Steinbach, der zum Beraterstab gehörte, war Kritik nicht erwartet worden. Er zeigte sich vom Resultat im Großen und Ganzen – ein wenig akademische Distanz muss schon eingehalten sein – befriedigt. Zudem verteidigte er die Filmgräfin. Sie gehöre zum Verpflichtungs-, nicht zum Anspruchsadel. Während die erste Kategorie wegen des zum geflügelten Wort gewordenen Wahlspruchs eines französischen Geschlechts – Noblesse oblige – einen gewissen Bekanntheitsgrad aufweist, ist über den zweiten rundweg nichts bekannt geworden. Lexika und andere Handbücher verweigern jede Auskunft. Google versagt auch. Diese Adelssorte ist Steinbachs Erfindung.

Die Filmgräfin gab aber vor allem eine Führergestalt her und sicherte – wie ein Kritiker bemerkte – Bilder, die den Untergang des Reiches ins Heroische tauchten. Sie, die kämpferische Blaublütige, führte die „Parade der stolzen Ostpreußinnen“ an, die litten und ritten. Passagenweise wurden Rezensenten „an einen Frauenwestern mit seinen Planwagen und noblen Kämpferinnen erinnert“, in dem „statt der Rothaut ... der Rotarmist ... als Wilder an sich alles Zivilisatorische in Frage stellt.“ So eben waren wir Deutschen, und so wollen und sollen wir sein. Niemand hat nach uns wieder so gelitten, sagt eine Zeitzeugin einem Pressereporter, denn heute würden sich doch Psychologen um die Opfer von Kriegen kümmern. Welch eine Phantasie!

Wege übers Land

Bei Sabine Christiansen belehrte Egon Bahr einen polnischen Gast und die Runde, dass man Geschichte nicht ändern könne, sondern sie akzeptieren müsse. Muss man nicht. Aber die Geschichte ist wehrlos, sie lässt sich gefahr- und straflos vergewaltigen. Sie derart zuzurichten, kann freilich von Nachteil sein. Die Methode, die Geschichte – wie Brecht schrieb – mäßig zu entstellen, verspricht mehr Wirkung. Daher wird sie in der Regel auch bevorzugt. Zu dieser Methode gehört auch das Weglassen von Tatsachen und häufiger noch das Unterlassen von Fragen.

Ein Vorwurf, den der Film wie die nachfolgenden Kommentare erhoben, richtete sich an „die Wehrmacht“. Sie habe in ihrem blinden Hitlergehorsam versäumt, die Zivilbevölkerung aus Ostdeutschland Ende 1944 rechtzeitig zu evakuieren. Welche Sicht liegt dieser Kritik zugrunde? Die, dass der Krieg weitergeführt werden musste, aber bei Schonung der Zivilisten, der Greise, Frauen und Kinder. Eine wirklich kritische Haltung ist aber erst gewonnen, wenn davon ausgegangen wird, dass dieser Krieg zur Jahreswende 1944/45 beendet werden musste. Verantwortung und Schuld der deutschen Heeresführung lagen ja gerade darin, dass sie – anders als ihre Vorgänger im Ersten Weltkrieg – nicht willens war, das in Korona dem Führerhauptquartier ultimativ zu bestellen. Hätte man kapituliert, bevor die gegnerischen Armeen die Reichsgrenzen erreichten, wäre deren Einmarsch gewiss auch nicht vergnüglich geworden. Aber er wäre – soviel rückwärts gewandte Prophetie ist möglich – anders und jedenfalls glimpflicher verlaufen als die Begegnung mit erbitterten, weiter schwer blutenden Kampftruppen.

Wahr ist, dass die Evakuierungen in Ostpreußen erst stattfanden, als zwei Gesichtspunkte – keineswegs die immer wieder beanspruchte Rettung von Menschenleben – sich in den Vordergrund drängten: Gebraucht wurde Kampfraum, in dem nicht die „eigenen“ Frauen und Kinder herumirrten. Und

bei den vorhersehbaren Rückzügen und Fluchten der deutschen Truppen sollte der Gegner nur von Menschen entleertes, verwüstetes Gebiet vorfinden.

Ausgelassen wurde im Spielfilm wie in den Dokumentationen auch, dass die Räumung der Ostgebiete wesentlich das Werk mit der Wehrmacht kooperierender lokaler Nazifunktionäre, der Ortsgruppenleiter, Zellen- und Blockwarte der NSDAP, war. Die hatten leichtes Spiel, sich durchzusetzen. Nicht nur, weil sie wussten oder zumindest ahnten, dass es nach den in der Sowjetunion an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen ohne Exzesse der Rache nicht abgehen konnte. Die Bolschewisten-Furcht war den Deutschen lange vor dem 22. Juni 1941 eingegeben worden, schon in der Frühzeit der Weimarer Republik, als die Sowjetmacht gerade Fuß gefasst hatte. Was sich mit der Erzeugung derartiger Angstpsychosen bewirken lässt, inwieweit diese eine Investition der Herrschenden in die Zukunft darstellen – diese Fragen besitzen einen brisanten Gegenwartsbezug, wenn etwa an die Terroristen- oder Islam-Furcht gedacht wird, die heute zum Standardrepertoire politischer Psychologie gehört.

Ärger als alle Auslassungen, ärger als das Gut-Böse-Dogma des Films, ärger selbst als die Wahl der Opferperspektive ist allerdings die Tatsache, dass das tragische Geschehen europäischer und deutscher Geschichte in einen gedruckten und gesprochenen Wortschwall getaucht wird, dessen Teilnehmer sorgfältig jeden herausfordernden Bezug zur Gegenwart, namentlich zur Realität des Nahen und Mittleren Ostens meiden. Und bedrohlich auf andere Weise erscheint der weithin zu beobachtende, im Echo auf *Die Flucht* erneut sichtbar gewordene geringe Anspruch an die Künste.

In den sechziger Jahren sendete der Deutsche Fernsehfunk (DFF) in Berlin-Adlershof den Fernsehmehrteiler *Wege übers Land*, der mit seinem Rückgriff auf deutsche Geschichte, die sich während des Zweiten Weltkrieges im Osten Europas zugetragen hat, eine zeitliche Verwandtschaft zum Film *Die Flucht* aufweist. Die Handlung beginnt mit dem Einzug einfacher Leute, eines Bauern und seiner Frau, in einen polnischen Bauernhof, dessen Eigentümer gerade vertrieben worden sind. Er setzte so mit der „Germanisierung“ jenes Landes ein, von dem zuvor schon gesungen worden war *In den Ostwind hebt die Fahnen* und *Nach Ostland geht unser Ritt*. Zur Erinnerung: Die Handlung des ARD-Films eröffnet mit Geschehnissen auf einem seit 600 Jahren in Familienbesitz befindlichen Herrensitz samt Barockschloss. O, quae mutatio rerum!

Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung. 16. März 2007, S. 9.

Heute wenig die Rede

„Ich werde ein hübsches dummes Schwein sein“: Ein Buch über die DDR und ihre Filme

Unter den künstlerischen Hervorbringungen aus DDR-Zeit hat auch der Film rückblickend viel Aufmerksamkeit bei Historikern und Publizisten gefunden. Dabei zeigte sich, dass in den staatseigenen Studios von Potsdam-Babelsberg entstandene Spiel- und auch Dokumentarfilme in der Geschichte deutscher (und internationaler) Filmkunst einen Rang besetzen, der selbst Übelwollenden es geraten sein lässt, sie nicht schlicht herunterzumachen.

Das vorliegende Buch nun erinnert an Spielfilme ostdeutscher Produktion unter einem speziellen Aspekt. Gefragt wird, was (vor allem, aber nicht nur) die besten Produktionen jener Jahre über die liquidierte Gesellschaft und das Leben in ihr aussagen und inwiefern sie als eine Zeitquelle betrachtet werden können. Immerhin wird ihnen doch bescheinigt, dass Geschichten, die sie erzählen, der sozialen Wirklichkeit nahe sind. Das zu beurteilen, kann sich der Buchautor zutrauen, der im ostdeutschen Staat gelebt und sich dort forschend mit dem Film befasst hat. Und weiter wird analysiert, inwiefern sich in dieser Produktion Interessen der führenden Partei, ihre Politik, künftige Pläne, Inhalte und Methoden der Massenbeeinflussung widerspiegeln.

Diese Achsen der Abhandlung schließen den Blick auf die ästhetische Qualität der Filme, auf Leistungen von Drehbuchautoren, Regisseuren und Kameraleuten, auf das Können herausragender Darsteller nicht aus. Doch es geht nicht um den „Kunstwert“. Manchem Leser mag die Erörterung der Geschichte von Filmverboten, der langen Wege, die Filme bis in die Kinos zurückzulegen hatten, auch der Konzessionen, die das Eingreifen der Zensur erzwang, als Schlagseite des Unternehmens erscheinen. Indessen gelangt der Autor zu dem Fazit, dass das Spannungsverhältnis zwischen den Forderungen der Staatsoberen und den Ideen und Absichten der Künstler eine Herausforderung bildete. Dass man aus dem Gebäude des ZK der SED oder von einer Begegnung mit einem Funktionär von Partei und Staat, wie Künstler bezeugt haben, nicht immer entnervt und resigniert, sondern auch informiert und angeregt weggehen konnte, hat der Autor nicht bemerkt. Gleich mehr davon.

Diese Filme nahmen Widersprüche der ostdeutschen Gesellschaft auf, mitunter vereinfacht und häufiger noch auf zu einfache Lösungen verweisend. Sichtbar gemacht wurde der Wandel in den menschlichen Beziehungen und der Vorsatz und Wille, sie von Grund auf neu zu gestalten. Die Filme spiegelten eine Revolution und die Chancen, die sie Zeitgenossen eröffneten, wozu gehörte, dass die Eliten von unten kamen, „wovon heute wenig die Rede ist“. Sie gaben ein Bild von den Folgen der Teilung des Landes, deren Dramatik und tragische Folgen weniger ausgeleuchtet wurden als die wirklichen oder auch nur erhofften Vorzüge der eigenen Zustände vor den mehrfach klischeehaft gezeichneten westlichen. Wieder und wieder sei die Utopie eines sozialen Gegenentwurfs aufgeschienen, die „heute wünschbar“ wäre.

Nicht nur durch ihre frühen Filme, die Wahrheiten transportierten, die heute fast vergessen wären, hätte die DEFA eine Vorreiterrolle in der Auseinandersetzung mit deutscher Vergangenheit eingenommen. Gefordert worden sei die Abrechnung mit den Verbrechen des Faschismus. Staudtes berühmtes Opus „Die Mörder sind unter uns“ wurde in Berlin am Vorabend der Hinrichtung der Hauptkriegsverbrecher (Göring u. a.) uraufgeführt. Jedoch sei auch die Schuld der Gefolgsleute wie die Mitschuld der Untätigen thematisiert worden. Früh erfolgte die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, nicht allein mit dem der Nazis, sondern schon mit seinen unheilvollen Auswirkungen in Weimarer Republikzeiten.

Eher nebenher wird ein vergleichender Blick über die Zonen-, dann Staatsgrenze gerichtet. Erwähnt wird das Verbot von „Der Untertan“, nicht hingegen die beschneidende Veränderung, die „Sterne“ erlitt, bevor das Werk in der Bundesrepublik aufgeführt werden konnte. Hier werden Gerschs Formulierungen milde und beschönigen. So, wenn er konstatiert, der Westen sei wegen seines Umgangs mit der Vergangenheit leicht angreifbar gewesen oder von der in Westdeutschland unterlassenen Aufklärung schreibt, die für lange Gegenaufklärung blieb, in der Geschichtsverfälschung auf Geschichtslüge folgte. Insgesamt also das Werk eines Nostalgikers des Realsozialismus? Weit gefehlt.

Der Autor, 1935 in Schlesien geboren, dann westwärts verschlagen, hatte mit 25 in Babelsberg ein Teilstudium der Filmwissenschaft – er nennt die Anstalt eine lobenswerte Gründung – und der Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität hinter sich, begann im Rundfunk zu arbeiten, trat als Publizist in Fachzeitschriften hervor, dozierte an der Filmhochschule und genoss schließlich den Vorzug, als Mitarbeiter der Wissenschaftsakademie der DDR sich ganz geistiger Arbeit widmen zu können. Eine Karriere unter Tausenden. Seine Eindrücke und sein zeitgenössisches und sein nachträgliches Urteil, das ist am Text nicht immer zu unterscheiden, über jene Jahre lesen sich so: Er lebte in einem Lande, wo die Rote Armee „mit Besitzenden kurzen Prozess gemacht hatte“, das die UdSSR „kolonisierte“, wofür die sowjetischen Kulturoffiziere zuständig gewesen wären, das nach Haft und Exil verbitterte Antifaschisten beherrschten, die in ihm „Verderben verordneten und durchsetzten“, das so weit „hinter der Moderne“ zurückblieb, ein System, in dem das Individuum getötet wurde, selbstbestimmtes Leben nicht möglich war, in dem kleingeistige Kommunisten auf die Unmündigkeit der Gesellschaft erpicht gewesen seien, Leute, die in ihrer Selbstüberschätzung – hier wird der Text zum Tratsch – ihre künftigen Funktionen in Bayern untereinander bereits aufgeteilt hätten, kurzum: ein Land, in dem fahrlässig naiv sein musste, wer 1964 seine Hoffnungen noch in diese DDR setzte, wenn sich auch erst „dem heutigen Blick ... die Aussichtslosigkeit der ganzen Unternehmung“ erschließe. Wie muss der Mann gelitten, wie vieles heruntergewürgt haben. Nun hat er endlich erbrechen können – mit Verlagshilfe.

In einem Film, über dessen agitatorisches Format es keinen Streit geben mag, sagt eine Leipziger Studentin, die sich ihren Eltern, die gen Westen fliehen wollen, nicht anschließen mag, von ihren Aussichten dort: „Ich werde ein hübsches dummes Schwein sein.“ Auch in schlechten Filmen ist manch prophetisches Wort gesprochen worden, wie viele spät und erst nach ihrer Ankunft in einer planvoll verdummenden Gesellschaft erkannten.

Wolfgang Gersch: Szenen eines Landes. Die DDR und ihre Filme, Aufbau Verlag, Berlin 2006, 226 S., 22,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 21.03.2007.

Demokratie kommt erst noch

Lafontaine vor dem Marxistischen Forum der Linkspartei in Berlin

Vor einem Jahrzehnt wäre eine solche Begegnung undenkbar gewesen: Am Freitag sprach Oskar Lafontaine, bevor er nach Düsseldorf zum Parteitag der Linkspartei flog, vor dem Marxistischen Forum der Linkspartei im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Was macht die von ihm mitgeführte Fraktion im Bundestag? Was kann sie dort anrichten in Zeiten, in denen die Linkskräfte strategisch in die Defensive gedrängt sind? Können sie dort durch ihr Auftreten zeigen, dass in diesen Bundestag nicht Leute gehören, von denen zwei Drittel Beschlüsse fassen, die nachweisbar den in Befragungen ermittelten Wünschen von zwei Dritteln der Wähler entgegenstehen?

Der Weg zur Demokratie, so Lafontaine im Widerspruch zur täglich erhobenen Behauptung, stehe den Deutschen noch bevor. Das zeige ihm die ausgebliebene Reaktion auf einen Beschluss wie den, der die Einführung der Rente ab 67 festlegte. Der Mann aus dem Grenzland zu Frankreich ist überzeugt, dass die Nachbarn derlei Vorhaben glatt „weggestreikt“ hätten. Er verficht Vorstellungen eines demokratischen Gemeinwesens, zu dem der politische Streik ebenso gehöre wie Praktiken der direkten Demokratie, das Recht der Wähler, nicht nur alle vier Jahre Abgeordnete zu wählen, sondern Entscheidungen selbst durch ein unvermitteltes Votum treffen zu können. Wer sich als Partei dafür einsetze, wirke freilich wenig glaubwürdig, wenn er solche Elemente der Demokratie nicht schon in seiner eigenen Organisation gelten lasse. Eine Gelegenheit dafür habe sich in Berlin geboten, als nach der Niederlage bei den Abgeordnetenhauswahlen zu entscheiden war, ob die Regierungskoalition fortgesetzt werden solle. Dahin zu gelangen, steht der Linkspartei jedoch erst bevor und stößt in ihren Führungsgremien auf Widerstand.

Nicht nur mit dieser Haltung fand Lafontaine Unterstützung. Das galt, wie der Völkerrechtler Gregor Schirmer aussprach, auch für die Position der Bundestagsfraktion hinsichtlich der verschämt und falsch als Militärmissionen bezeichneten Kriegseinsätze. Dass sich Mitglieder der Fraktion der Stimme nur enthalten hatten, war für ihn mehr als ein Schönheitsfehler. Und die Eckpunkte für ein künftiges Programm der Partei, formulierten zudem Fragezeichen, wo klare Positionen längst erarbeitet wurden.

Das war nur eines der an diesem Abend diskutierten Beispiele dafür, wie die PDS auf ihrem Weg zum Zusammenschluss gravierenden Meinungsverschiedenheiten befrachtet ist. Werden sie nicht ausgetragen, werden Praktiker vom Typ der „Reformlinken“ weiter ihre Kreise ziehen. Denen musste der Fraktionschef gelegentlich schon mal sagen, sie könnten sich doch mit ihren Positionen, beispielsweise in der Frage gesellschaftlichen Wohnungseigentums, nicht rechts von der Münchener CSU platzieren, die den Ausverkauf dieses kommunalen Besitzes abgelehnt habe.

Die Partei, die im Entstehen begriffen ist, sucht den Aufwind, aber sie segelt nicht in ihm. Das ist für einen Moment der Vereinigung, von der gemeinhin Stärkung erwartet wird, ungewöhnlich. Eine Linkspartei ohne Vision, ohne Utopie, ohne die Kraft gesellschaftlicher Analyse, für die Marx unentbehrlich ist? Das erscheint dem Marxistischen Forum, 1995 mit dem in vielem aktuell gebliebenen Aufruf „In großer Sorge“ an die Öffentlichkeit getreten, nicht anders vorstellbar als ein lebender politischer Leichnam.

junge Welt, Montag, 26.03.2007, S. 13.

Achthundert Seiten Preußen

Gedanken zu Christopher Clarks Buch über die Geschichte eines gewesenen Staates

Ganz so mausetot wie es kürzlich bei der Buchvorstellung im Kommandantenhaus Unter den Linden inmitten Berlins schien, ist Preußen noch immer nicht. In Pritzwalk, um mit dem Erfrischenden zu beginnen, wird neuerdings „Preußen Pils“ gebraut, man gelangt von Potsdam dorthin auf einer Straße, die durch das schöne Dorf Kotzen führt. Dass sich ein Fanclub des Eishockeysports in der deutschen Hauptstadt „Preußens Gloria“ nennt, mag in die Kategorie harmloser Ulk gehören. Dort hinein ließe sich auch das Fortleben der Preußen versinnbildlichenden Frauengestalt Borussia in den Namen von Fußballvereinen in Dortmund und Mönchengladbach sortieren. Im einst zu Preußen gehörigen Arnsberg wird nach einer Stadtbesichtigung als Krönung zum „typisch preußischen Imbiss“ geladen. Preußen scheint auf einen Reklameartikel heruntergekommen. Das lässt sich hingegen nicht sagen, wenn manch Staatsmann, der hierzulande Visite macht, vom Stabsmusikkorps der Bundeswehr mit dem Marsch „Preußens Gloria“ begrüßt wird.

Musik der Piefkes

Es stammt das Gedröhn von einem preußischen Militärkapellmeister namens Gottfried Piefke, auf den übrigens gemeinsam mit seinem ebenfalls dirigierenden Bruder die noch immer gebräuchliche Wortwendung von den Piefkes zurückgehen soll. Der ältere der beiden komponierte den Parademarsch für Fußtruppen nach dem Sieg über Frankreich, weshalb die Klänge als Willkommensgruß für einen Gast aus unserem westlichen Nachbarland von besonderer Eignung sind. Für die in ihre Garnison in Frankfurt an der Oder zurückkehrenden Reichseiniger komponiert, machte das Stück vor dem Weltkrieg I seinen Weg zum Armee- und Heeresmarsch. Nach des Hohenzollern-Prinz Heinrich Willen, das war der mit der Mütze, die später nach ihm benannt wurde, sollte es auch bei den blauen Jungs populär werden. Heute – time is marching on – muss sich niemand zum Auftritt einer Militärkapelle einfinden, um die Glieder straffende Melodie zu hören. Er kann sich „Preußens Gloria“, eine ganze Sammlung einschlägiger Kunst, ins Haus holen, vulgo als CD kaufen. Das schmetternde Korps unserer uniformierten Staatsdiener hat sie für diesen Zweck produziert.

Preußens Lieder und Märsche sagen etwas über seine Geschichte, beleuchten Charakterseiten, die der Staat besessen. Nichts tut das eindrucksvoller als das „Preußenlied“, gedichtet 1832, als nach den Befreiungskriegen die Restaurationsperiode abgeschlossen und das Volk wieder fest im Griff der Krone war. Da hat ein Bäckersohn aus dem Unstrut-Tal, der es nach Studium in Königsberg zum Gymnasiallehrer in Halberstadt brachte, sechs Strophen dieses Liedes gereimt. Sie rühmten den thronenden Hohenzollern als Vater und erklärten die Untertanen zu umsorgten Söhnen. Die ließ Johann Bernhard Thiersch nicht zittern, wenn es um sie krachte, blitzte und selbst Fels zersprang. Dieses Bild konkretisierte ein gewisser Schneider 1851 durch eine hintan gefügte Strophe. Die huldigte dem siegenden Schwert. So konnte niemand das Lied dahin missverstehen, es werde in ihm nur von einem herkömmlichen natürlichen Gewitter gehandelt. Der Tondichter, ein preußischer Militärkapellmeister, stieg bis zum Chef des königlichen Hof- und Domchores in Berlin auf.

„Ich will ein Preuße sein“, das hörte sich nach 1871 ein wenig eigensinnig an, das Lied wurde zunehmend durch „Deutschland, über alles“ verdrängt. 1918 erledigte sich der Kotau vor dem König, als Wilhelm II. – zugleich deutscher Kaiser – in die Niederlande floh. Von Thron und Altar blieb nur noch der letztere. Dazu jedoch Preußen, nun Land in einer Republik. Die Leichenbestattung übernahm 1947 der Alliierte Kontrollrat, dessen Mitglieder, kritisiert ein Rezensent dieser Tage, hätten den Wert der „preußischen Tugenden“ nicht begriffen.

Mit dem Entscheid der Siegermächte war Preußens Vergangenheit und Rolle nicht schon durchleuchtet, die von daher kommende Ideologie nicht überwunden und seine Geschichte umwebenden Legenden nicht markiert. Wie dringend nötig das war, ergab sich allein schon aus dem Friedrich-II.-Kult, der in der Nazizeit blühte und mit dem Durchhaltefilm „Der große König“ seinen Höhepunkt erreichte. Verabschiedet hatte sich die Goebbels-UFA-Produktion mit einem weiteren Streifen dieses Zwecks, mit „Kolberg“.

Ein gewisser Mehring

Im Osten Deutschlands wurden, damit das geistige und emotionale Aufräumen in Gang kam, solange eigene Kräfte noch fehlten, frühere Kritiker des Preußentums zu Rate gezogen. Im Druck erschien des Rheinpreußen Friedrich Engels' Schrift „Deutsche Zustände", eine Sammlung weniger Aufsätze, in denen die glorifizierte Monarchie und die Verklärung der antinapoleonischen Kriege aufs Korn genommen wurden. Seit 1946 begannen Arbeiten des in Pommern geborenen Franz Mehring in mehreren Besatzungszonen wieder zu erscheinen. In manchen ostdeutschen Schulen nützten sie in der lehrbuchlosen Zeit Lehrern und Schülern als Stützen des Unterrichts. Mehrings Verdienst blieb dem britischen Historiker Christopher Clark, Professor in Cambridge, Autor einer schwergewichtigen Geschichte Preußens, verborgen. Der Name taucht weder in der Auswahlbiographie noch im Personenregister des Buches „Preußen. Aufstieg und Niedergang 1640-1947" auf. Im Text wird der Verfasser der „Lessing-Legende", die der Germanist Hans Mayer für die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte als so bedeutsam ansah, dass er sie 1946 in der Schweiz neu herausgab, mit einem eher beiläufigen journalistischen Kommentar zur Aktion des Schusters Wilhelm Voigt zitiert.

Schon beim Erscheinen des englischen Originals „Iron Kingdom" wurde das Werk hoch gelobt. Seine Übersetzung ins Deutsche beschäftigte augenblicklich Rezensenten und Feuilletons stark. „Lehrreich", „großartig eindrucksvoll", „ergreifend", „meisterhaft", „kunstvoll", „glänzend erzählt", „scharfsinnig", „analytisch" und ähnlich lauten Empfehlungen. Keine davon ist unzutreffend. Auch nicht die Feststellung eines Kritikers, dass Preußen als Beispiel für „die Leistungsfähigkeit eines gut organisierten Staates" dargestellt werde. Fragen und Streit beginnen seit langem dahinter: Welche Leistungen? Von ihnen wird in weiten Passagen ausgewogen berichtet. Den Autor mag indessen mancher Beifall nachdenklich gemacht haben. So wenn sein Buch ein „Befreiungsschlag" genannt wurde, den zu führen deutschsprachige Autoren seit Jahrzehnten nicht fähig gewesen seien, oder wenn er las, wie sehr diese Geschichte Preußens Staunen mache, „in manch Schlechtem, aber auch in vielem Guten". Letzteres war vor allem aus der Geschichte der Philosophie, der Wissenschaft, der Literatur und der Künste vorzustellen. Und das geschieht auch.

Der Grad freilich, in dem die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vernachlässigt wird, hat kritische Anmerkung bewirkt und verdient. Jedoch geht es nicht allein und in erster Linie darum, wie in Rezensionen erwähnt, dass derart das Geschichtsganze amputiert wird. Darin äußert sich eine methodologische Position, der Mehring die Forderung entgegenhielt, die Jahrhunderte auf „ihre ökonomischen Füße" zu stellen. Clarks Herangehensweise hingegen verweist ins 19. Jahrhundert und zu jenem gerade von preußisch-deutschen Geschichtsschreibern gepflegten Historismus, deren Darstellungen um Staat, Staatsmänner, Kriege und Diplomatie kreisten. Das breitmaschige Sachregister – nur wer Langenbielau kennt, kommt vom Ortsregister zur ausführlichen Schilderung des Aufstands der schlesischen Weber – signalisiert den Mangel. Es erfaßt drei Begriffe: Landadel, Junker und Bauern. Negativ endet die Suche bei Handwerker, Bürgertum, Bourgeoisie, Industrie und Proletariat. Ganz so trist sieht es im Text glücklicherweise nicht aus. Die Schwierigkeit, die Clark, der mit Sprache umzugehen versteht, die Arbeiterklasse bereitet, verrät sich, wenn er Preußen den „Tummelplatz der größten und bestorganisierten sozialistischen Bewegung Europas" nennt, nicht deren Kampfplatz. Merkwürdig oder nicht, dass dies Rezensenten kaum aufstieß. Traditionen der Arbeiterbewegung in Preußen sind offenkundig „mega-out".

1813–1871–1932 oder später?

Notwendig kommt die Abhandlung auf die vielstrapazierte Frage, wann Preußen unterging. Im Angebot ist seit längerem als frühestes Datum 1813, denn, so die Argumentation, mit dem Aufkommen eines deutschen Nationalismus habe das Sterbeglöcklein für Preußen zu läuten begonnen. Andere Vorschläge lauten 1871, 1932, mit Bezug auf den Staatsstreich des Reichskanzlers Franz von Papen, auch 1944, wofür das Massaker des Volksgerichtshofes unter einem Teil des preußischen Adels eine Begründung abgeben soll, und schließlich das erwähnte Jahr 1947. Clark plädiert für 1871, von da an sei Preußen im Reich „aufgegangen". Er schreibt: „Deutschland war nicht die Erfüllung Preußens,

sondern sein Verderben“, beschreibt aber auf den folgenden Seiten den herausragenden Einfluss Preußens und die Sonderstellung des Militärs im Reich – wie gehabt.

Die Bestimmung des Datums besitzt Gewicht. Wird Preußens Ende auf 1871 festgelegt, begünstigt das einen Freispruch, denn es sind sodann nur uncharakteristische Nachwirkungen, ja Deformationen, die diesen Staat mit Entstehung und Charakter zweier Weltkriege verbinden. So wenig – auf diese Missdeutung wird gern verwiesen – von Friedrich II. zu Hitler eine gerade Linie oder gar eine von Gesetzen diktierte, unausweichliche Entwicklung führt, so wenig lässt sich die nach Preußen zurückweisende, keinen anderen deutschen Staat gleichermaßen charakterisierende Geschichte von Gewaltanbetung, Militarismus, Abenteurertum, Eroberungs- und Großmachtgelüsten ausblenden. Hier liegt eine Tradition und hier ist eine partielle Urheberschaft verborgen, partiell deshalb, weil erst die im Reich sich vollziehende Entwicklung zum kapitalistischen Imperialismus die Aufgipfelungen von 1914 und 1939 zu erklären vermögen. Es gibt mithin viele und vielfach dargelegte Gründe, und nicht wenige davon, vor allem die Stellung von Militär und Staatsbürokratie in der Gesellschaft, zählt Clark selbst auf, das Reich als „verlängertes Preußen“ anzusehen.

Gegenüber dem seit Jahren erzielten internationalen Forschungsstand zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs bezieht Clark die Haltung des Ignoranten. Von den politischen, ökonomischen und ideologischen Antrieben zum „Griff nach der Weltmacht“ fällt kein Wort: Fritz Fischer wird nicht mit diesem, seinem berühmten Buch von 1961 erwähnt, sondern mit einer Publikation aus dem Jahre 1937! Wo Wilhelms II. berüchtigte „Hunnenrede“ angeführt und als ein Zeugnis der unbeherrschten Selbstdarstellungssucht des Kaisers in eine Kette von dessen Auftritten eingereiht wird, nennt Clark von der Presse publik gemachte Passagen dieser antihumanen Aufpulverung der Soldaten „hässliche Auszüge“. Des Kaisers Anteil am maritimen Wettrüsten gerät in den Satz „er förderte die deutsche Marine“. Das Expansionsstreben wird „nationale Erweiterung“ genannt, wofür es allgemeine Begeisterung gegeben habe. „Viele“ hätten mit der Flotte „das Versprechen einer imperialistischen deutschen Politik“ verbunden. Da fällt einem Brecht ein und die Wendung: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert. Also: Die „Krupps“ *oder* die „Krauses“? An dieser „Fehlstelle“ ist Anstoß in deutschen Feuilletons nicht genommen worden.

Und die Tugenden?

Grotesk ist Clarks These, die deutsche Rezensenten sofort zustimmend herausstellten, dass sich die preußischen Tugenden im Wirken der sozialdemokratischen Regierungen des Landes bis zu Otto Braun gezeigt und bewährt hätten. Unter diesen Politikern sei Preußen doch ein Bollwerk der Demokratie gewesen. Wie Leuten, die sich Verdienste um die Republik, namentlich deren sozialpolitische Maßnahmen, erwarben, zugleich in sozialdemokratischer Vorkriegstradition Kritiker Preußens waren, die Betätigung gerade dieser Tugenden zugeordnet werden kann, bleibt rätselhaft. Und mit Bollwerken verbinden sich gemeinhin auch andere Bilder als jenes, das die Preußenregierung am 20. Juli 1932 bei Papens Staatsstreich abgab.

Da Clark methodologische Schwierigkeiten hat, die Politik eines Staates aus seinen sozialökonomischen Strukturen und aus den daraus erwachsenden Interessen der Herrschenden zu erklären, die ihre Übersetzung in politische Entschlüsse und Handlungen freilich durch Politiker am Steuerruder finden, kann er sich vorliegenden Erklärungen der feudal und später kapitalistisch geprägten Expansionspolitik nicht anschließen. An deren Stelle setzt er die These, es sei das aus dem Dreißigjährigen, den Krisen des Siebenjährigen, den Katastrophen des Krieges von 1806/07 herrührende Gefühl des Bedrohtseins und der Zerbrechlichkeit gewesen, das zur Schaffung einer Streitmacht von beispiellosem Umfang im Verhältnis zur Bevölkerungszahl geführt habe. Das erfüllt den Tatbestand der Apologie und bedient, gewollt oder nicht, alle, die sich heute auf Bedrohungen berufen (oder sie auch nur zusammenphantasieren), um militärische Aufwendungen zu rechtfertigen, deren Folgen Menschen hungern, leiden und sterben lassen.

Clarks Werk schließt mit der Frage, was von Preußen in Bewusstsein und Empfinden von Deutschen zurückgeblieben ist. Nicht aus Rücksicht auf deren Bewohner betrachteten sich die vor und nach Ende des Zweiten Weltkrieges aus dem Osten nach Bayern oder Württemberg Verschlagenen als Schlesier

oder Pommern, jedoch nicht als Preußen. Der Begriff war vorwiegend negativ besetzt. Er wurde mehr denn je mit Militär und Militarismus gleichgesetzt. Davon hatten die Deutschen aller Lande die Nase gestrichen voll. „Zu den Preußen gehen“ (oder müssen) bezeichnete eine umgangssprachliche Kennzeichnung für die zwangsweise Verkleidung in eine Uniform, den Zwang zu ungeliebter, geisttötender Tätigkeit, Unterwerfung unter Befehle, Drill und Schikanen. Die Brandenburger oder – begrenzter noch – Uckermärker, andernorts Spreewälder oder Altmärker, hatten Preußen hinter sich. Der immer wieder einmal unternommene Versuch, die Deutschen allesamt auf „preußische Tugenden“ festzulegen, scheiterte regelmäßig. Kopfschütteln rief ein brandenburgischer Minister 2006 mit dem Vorschlag hervor, die Länder Berlin und Brandenburg nach einem Zusammenschluss Preußen zu nennen. Potsdam scheint ein besonderes Pflaster für derlei Einfälle abzugeben. Auch der dort amtierende Ministerpräsident, Sozialdemokrat, erinnerte im gleichen Jahr an diese Tugenden und apostrophierte „bewährte Grundeigenschaften wie Anständigkeit, Verlässlichkeit und Pflichterfüllung“.

„Wir sind nicht auf dieser Welt, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun“, schrieb Otto von Bismarck 1851 seiner Frau Johanna. Maximen wie diese gelten in der voreilig deklarierten Spaßgesellschaft nicht mehr, obgleich, sprachlich abgewandelt, der Bundesverband der Deutschen Industrie zu ihrer Befolgung „im deutschen Interesse“ aufruft: Preußens Tugenden waren vor dessen Untergang längst nicht mehr in erster Linie calvinistischem oder pietistischem Gedankengut verpflichtet, sondern auf „Befehl und Gehorsam“ eingeschrumpft. Das blieb in Erinnerung. Die „Kerls“ haben 250 Jahre nach der Schlacht bei Kolin auf die berühmte Frage Friedrichs II. an seine fliehenden Soldaten eine eindeutige Antwort: Sie wollen wirklich ewig leben.

Vom Umgang mit dem Erbe

Es waren vor allem Geschäftemacher, die nach 1990 den Namen Preußen und Erinnerungen an die Hohenzollern wieder in Ländereien des einstigen preußischen Staates einschleppten. Dafür waren nicht ideologische, sondern Reklamegründe ausschlaggebend. Nobelquartiere, um sie als solche kenntlich zu machen, wurden – so im Ostseebad Zinnowitz – auf „Prinz von Preußen“ getauft. Auch der Name „Kaiserbäder“ schien nun Anziehungskraft zu besitzen und tauchte auf der Insel Usedom wieder auf. Mancher Straßenname von Widerstandskämpfern verschwand hingegen. Von beidem wird in diesem Buch nichts angemerkt. Dass Preußen auch für größere politische Zwecke sich noch ausbeuten lässt, demonstrierte ein Rezensent mit dem Fazit „Was bleibt, ist die Erinnerung an ein Staatsexperiment, das scheiterte, weil es sich fälligen Reformen versagte.“ Da wird dem Leser etwas ausgerichtet. Preußens Geschichte, so verstanden, warnt und lehrt Gefolgschaftstreue hinter den postpreußischen Reformern unserer Tage.

Ärgerlich mag manchem Leser der Unsinn sein, den er in diesem Buch über den ostdeutschen Staat, in dem Mecklenburger, Thüringer, Sachsen, verschiedenste Preußen und dazu Sorben lebten, mitlesen muss. Die schon vor der DDR-Gründung einsetzende Auseinandersetzung mit jenem Teil preußisch-deutschen Erbes, der strikter Ablehnung verfiel, wird übergangen. Dass diese mit einseitiger Betrachtung einherging, die in späteren Jahren korrigiert wurde, ergab sich aus dem Wesen dieser Hinterlassenschaft, nicht, wie Clark meint, aus der „Preußenfeindlichkeit der älteren kommunistischen Kader“. Ebenso wenig gingen spätere Korrekturen zu holzschnittartigen Geschichtsbildern aus dem „Wohlwollen“ ostdeutscher Historiographen hervor, sondern zu einem Gutteil aus Forschungen. Jedenfalls sind Kommunisten mit der Vergangenheit Preußens zu allen Zeiten gerechter umgegangen als Antikommunisten gegenwärtig und seit Jahren schon mit der Vergangenheit DDR. Ins Lächerliche gleitet der Text ab, wenn vom Bemühen der (Ost)Berliner Regierung geschrieben wird, mit der Gründung der Bezirke die regionalen Identitäten „auszulöschen“. Clark wird auf diese Weise sogar die Behauptung der Thüringer Klöße zu einer Art von Widerstand gegen die sozialistische Staatspolitik. Diese Perspektive könnte deutsche Geschichtsschreiber noch anregen.

Christopher Clark: Preußen – Aufstieg und Niedergang 1600-1947. DVA, München 2007, 896 S., 39,95 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 04.04.2007, S. 10.

Wer Hindenburg wählt ...

Vor 75 Jahren: Eine Reichspräsidentenwahl und ihre Folgen

Am Abend des 10. April 1932 waren die Stimmen ausgezählt, die im Deutschen Reich im zweiten Wahlgang zur Bestimmung des Reichspräsidenten abgegeben worden waren. Gesiegt hatte Paul von Hindenburg (1847-1934), der von Deutschnationalen kultisch verehrte „greise Feldmarschall“ des Kaisers, der „Held von Tannenberg“, dem Ort in Ostpreußen, wohin aus propagandistischem Grund eine Schlacht verlegt worden war, die in dessen Nähe 1914 gegen die vorgedrungene Zarenarmee geschlagen wurde. Hindenburg hatte das Amt bereits sieben Jahre inne, das war die Zeitdauer für die nach Artikel 43 der Reichsverfassung der Reichspräsident gewählt wurde, dessen Wiederwahl zulässig war. 1925 hatte der Amtsinhaber die Nachfolge des im selben Jahr [28. Februar] verstorbenen Sozialdemokraten Friedrich Ebert angetreten. Erst im zweiten Wahlgang war er als Sammelkandidat der bürgerlichen Rechten aufgestellt worden und hatte sich gegen Wilhelm Marx, einen Politiker der katholischen Zentrumspartei, mit knappem Vorsprung von etwa 900.000 Stimmen durchsetzen können.

Diesmal war das rechte Lager tief gespalten. Hitler, der „Nationalsozialist“, war nach einigem Zögern gegen Hindenburg auf den Plan getreten. Eine Stichwahl machte sich notwendig, in der nicht mehr die absolute, sondern eine einfache Mehrheit entschied. Für Hindenburg hatten 19,3, für Hitler 13,4 Millionen Deutsche gestimmt. Dieses Ergebnis bedeutete für den Faschistenführer keine Niederlage. Millionen Wähler bestätigten das Anwachsen seiner Anhängerschaft. Das gab der NSDAP erneut Auftrieb und ließ die Marschierer der SA fest an ihren Sieg glauben. Der Wahlkampf war mit bis dahin ungekannten finanziellen und technischen Aufwand geführt worden. Hitler benutzte ein Flugzeug, um im Verlauf eines Tages an zwei oder drei Orten reden zu können. Die Parole hieß „Hitler über Deutschland“. Ein Retter, ja ein Erlöser erschien.

Das „kleinere Übel“

Hindenburgs Erfolg war diesmal mit Hilfe der Sozialdemokratie erreicht worden. Das verlangte von dem Herzensmonarchisten so etwas wie das Schlucken einer Kröte. Die war nicht weniger groß und würgend für das sozialdemokratische Wahlvolk, das der Führung weiter gefolgt war. Die Aktivisten wurden mit der Parole in den Wahlkampf geschickt: „Du musst es jedem Wähler sagen: Für Hindenburg heißt Hitler schlagen“. Der Marschall wurde zum Garanten der Republik erklärt. Das Trugbild sollte sich für jedermann erledigt haben, bevor ein Jahr verging.

Dass die Orientierung des Frühjahrs 1932 für die SPD nicht zur folgenschweren Zerreißprobe wurde, lag in ihrer Vorgeschichte begründet, die 1930 mit der Tolerierung des Brüning-Kabinetts begonnen hatte. Die Mitgliedschaft war bereits an die Politik des „kleineren Übels“ gewöhnt und der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe weitgehend entwöhnt, gleichsam demobilisiert worden. Kurzfristige Rechnungen über wirkliche oder vermutete Vor- oder Nachteile dieses oder jenes taktischen Schrittes ersetzten eine Strategie der Abwehrkämpfe gegen die großbürgerliche Offensive auf die Lebensgrundlagen der Werktätigen.

Die Entscheidung des SPD-Vorstands für Hindenburg zeitigte als negativste aller Folgen, dass in einem Moment, da die faschistische Gefahr sich drohend erhob, jene Kräfte sich weiter entfremdeten, die allein ihr im außerparlamentarischen Kampf mit Erfolg entgegenwirken konnten. Die Kommunisten traten der Hindenburg-Front mit der Losung entgegen, die von allen, die sie in den Jahren seit 1919 ausgab, die denkwürdigste blieb: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt Krieg.“ Keine andere Voraussage bewahrheitete sich so furchtbar wie diese.

Die Position der beiden großen Arbeiterparteien ließ für Wochen zu den zwischen ihnen ohnehin existierenden Trenn- und Kampflinien eine weitere entstehen, an der sie einander unversöhnlich gegenüberstanden. Das wurde der Hauptgewinn, den die herrschenden Kreise allesamt aus der Konstellation des Wahlkampfes zogen. Die Kommunistische Partei hatte, da sie sich doch vom Feld der Wahlschlacht nicht kampflos zurückziehen konnte, als Kandidaten ihren Vorsitzenden aufgestellt, wohl wissend, dass das eine Zählkandidatur war, die vor allem zur Mobilisierung ihrer Anhänger

diente. Für Thälmann hatten im ersten Wahlgang nahezu fünf Millionen gestimmt. Das bedeutete einen Gewinn, verglichen mit der Reichstagswahl 1930, als die Partei 4,6 Millionen Wähler rekrutiert hatte. Im zweiten schrumpfte diese Wählerschar auf 3,7 Millionen zusammen, was die Instabilität des Anhangs bezeugte. Nur wenige außerhalb der KPD und ihres traditionellen Anhangs hatten sich wie Carl von Ossietzky gesagt: „Linkspolitik heißt, die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampf steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Das erleichtert die Wahl."

Eine denkbare Alternative?

Der Blick auf die folgenschwere Wahl des Frühjahrs 1932 lässt fragen, worin angesichts des Kräfteverhältnisses eine Alternative gelegen haben könnte. Hätte sich die Führung der Sozialdemokratie zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten entschlossen, wären die Kommunisten im zweiten Wahlgang kaum umhingekommen, für ihn einzutreten. Das konnte eine Konstellation hervorbringen, die Anziehungskraft auf außerproletarische Schichten auszuüben vermochte, vielleicht einen Sog entstehen ließ. Ob der ausgereicht haben würde, die Gegnerschaft oder einen Einheitskandidaten der Rechten aus dem Felde zu schlagen, lässt sich nicht sagen und mit Gründen auch bezweifeln. Doch wichtiger: Es konnte sich aus solchem Zusammengehen eine gemeinsame antifaschistische Frontstellung ergeben, und die wäre von Vorteil geworden, selbst wenn im April der Sieger Hitler geheißen hätte. Denn in einem Moment, da die ökonomische Krise ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht, der Einigungsprozess großbürgerlicher Kräfte um die Faschistenführer noch nicht weit vorangeschritten war, wäre die Startsituation für die Etablierung der Diktatur erheblich schlechter gewesen als ein dreiviertel Jahr später. In den folgenden Monaten verbesserten sich hingegen die Bedingungen zugunsten der Akteure eines Staatsstreichs. Vor allem verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien, die in einer Kette weiterer Wahlkämpfe zu Landtagen und für den Reichstag wiederum gegeneinanderstanden und auf weitere Provokationen – den Preußenschlag Papens im Juli – keine gemeinsame Antwort fanden.

Die Erörterung ungeschehener Geschichte, die gedankliche Entfaltung von Möglichkeiten, die Wirklichkeit nicht wurden, gehört zu den ungeliebten Themen des Historikers. Doch wie jeder andere, der über geschichtliche Abläufe nachdenkt, fragen sich „Leute von der Zunft" auch „Was wäre wenn?" Zumeist zieht sich der Fachmann alsbald auf festen Boden und die Feststellung zurück: Als und weil Menschen sich so oder so verhalten haben, sind diese oder jene Folgen eingetreten. Für 1932 gilt: Als sich die Politik einer Arbeiterpartei (das war die Sozialdemokratie damals noch) auf das Erreichen taktischer Vorteile reduzierte, sich zum bloßen Anhängsel bürgerlicher Projekte machte und ihr großes Ziel gesellschaftlicher Veränderung preisgab, fiel die Initiative den Strategen der Gegenseite zu und – sie wurden geschichtsmächtig.

Quellentext zu „... ein verfassungstreuer Reichspräsident":

„Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann, den wir seit sieben Jahren als Reichspräsident kennengelernt haben, niemals sein. Seine Treue zu Brüning (Heinrich Brüning, Reichskanzler 1930/32, d. Red.) muss dafür letzter Beweis sein. Bei der Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie die Taktik vollkommen eindeutig vorgeschrieben: Sie hat alles zu tun, um die Wahl eines Nazireichspräsidenten zu verhindern, eine Wahl, die für Deutschland ebenso wie für seine Arbeiterklasse den Untergang bedeutete, und alles daranzusetzen, dass in der Wilhelmstraße ein verfassungstreuer Reichspräsident amtet. Das ist das Ziel, und alles andere ist Nebensache."

Aus dem Artikel „Eiserne Front" des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann, veröffentlicht in: Das Freie Wort, Heft 6 (1932). Heilmann wurde am 3.4.1940 von den Nazis im KZ Buchenwald ermordet.

junge Welt, Sonnabend, 07.04.2007, S. 15.

Du sollst nicht falsch Zeugnis geben

Vorab: Notizen zu einer Ausstellung über Antisemitismus in der DDR

„Der Staat aber erklärte die Bevölkerung zu Antifaschisten. Auch in den Familien oder Gemeinden fand in der Regel keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit statt. So blieb der Bodensatz des Antisemitismus unangetastet.“ Diese drei Sätze sind einer Einladung zu einer Ausstellung entnommen, die am 11. April in Berlin im Wappensaal des Roten Rathauses eröffnet und anschließend im Rathaus Lichtenberg zu sehen sein wird und Beweise für die weniger kühnen als dreisten Behauptungen liefern soll.

Die Aussagen der Einladung sind eindeutig. Sie bezeugen ein seit 1990 ungestilltes Bedürfnis. Der untergegangene ostdeutsche Staat soll seines Charakters als antifaschistisches Staatswesen entkleidet werden. Dass er sich so darstellte, wird als bloße Lüge zum Zwecke seiner Legitimation dargestellt. In Wahrheit habe er die Hinterlassenschaft des Naziregimes, hier Bodensatz genannt, „unangetastet“ belassen. Die Verfechter der These spekulieren womöglich auf jene Wirkung, auf die auch Joseph Goebbels vertraute, der meinte, eine Lüge müsse nur oft genug wiederholt werden, damit sie auch geglaubt würde. So verfuhren die Nazis mit der haltlosen Anschuldigung und Kampfansage „Die Juden sind unser Unglück“, formuliert von dem preußisch-deutschen Historiker Heinrich von Treitschke, der noch immer Namensgeber einer Straße in einem Westberliner Bezirk ist. Und wie der Propagandaminister mögen seine gelehrigen Schüler auf die Unwissenheit der Adressaten hoffen, zu der sie durch unterschlagene Informationen und verbreitete Falschinformationen kräftig beitragen. Dieses Verfahren ein wenig zu erschweren, kommen wir im Folgenden auf einige Fakten aus der Geschichte des Staates DDR, denn um ihn geht es, nicht um Familien und irgendeine oder eine Anzahl von nicht genannten Gemeinden zwischen Ostsee und Erzgebirge.

Im letzten Jahr vor dem Ende der DDR arbeiteten die aus dem Staatshaushalt finanzierten Studios der DEFA in Potsdam-Babelsberg und die ihnen verwandten Einrichtungen des Fernsehfunks in Berlin-Adlershof an einem künstlerischen und ideologischen Programm weiter, dem sie seit Langem folgten. Dazu gehörte, dass 1988/1989 insgesamt sieben Dokumentarfilme fertiggestellt wurden, deren Gegenstand oder Thema die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden waren. „Jeder konnte es sehen – Novembertage“ hieß der Film von Karl Gass, des Altmeisters des Dokumentarfilms in der DDR, der unlängst seinen 90. Geburtstag feierte. Seine Bilder widerlegten einmal mehr die hartnäckig verbreitete Lüge, dieses und jenes der massenhaft begangenen Verbrechen sei ganz geheim geschehen, eine Ausrede, der auch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler aufhalf, als er behauptete, in seiner Kieler Kaserne sei von dem Pogrom des November 1938 nichts zu erfahren gewesen. Über den größten jüdischen Friedhof in Mitteleuropa drehte Róza Berger-Fiedler den Streifen „Erinnern heißt leben – Weißenseer Friedhof“. Von den Schikanen, die Stuttgarter Juden erlitten, hatten sich Aufnahmen erhalten, die von der Gestapo gemacht worden waren. In der Bundesrepublik war der Fund unverwertet geblieben. Gerhard Scheumann und Walter Heynowski schufen in ihrem Studio „Die Lüge und der Tod“. Konrad Weiß’ Film „Ich bin klein aber wichtig – Janusz Korczak“ wandte sich besonders, aber natürlich nicht nur an junge Leute und Pädagogen. „Herr Schmidt von der Gestapo. Filmische Dokumentation einer Beamtenkarriere“ nannte wiederum Roza Berger-Fiedler jenen Dokumentarfilm, den sie vom Prozess gegen einen spät entdeckten, dann vor Gericht gestellten Gestapomann machen konnte. Und ein weiterer Streifen der gleichen Autorin und Regisseurin hatte „Die Nacht als die Synagogen brannten“ zum Thema. „Mann an der Rampe“ hieß ein Film aus der Werkstatt von Scheumann und Heynowski. Keine Frage, dass die Dichte dieser Filmreihe, die man sich auf einer in Schulen verwendbaren DVD wünschen könnte, durch den 50. Jahrestag jenes Verbrechens mitbestimmt war, das am 9. November 1938 und in der Folge verübt worden war.

Doch bedeutete diese Zuwendung keinen Wandel. Sie setzte eine schon in der „Zonen“-Zeit begonnene Arbeit fort. In der Erinnerung mehrerer Generationen von DDR-Bürgern blieb sie vor allem mit den Spielfilmen „Ehe im Schatten“ (Kurt Maetzig, 1947), „Affäre Blum“ (Erich Engel, 1948), „Sterne“ (Konrad Wolf, Angel Wagenstein, 1959), „Professor Mamlock“ (Konrad Wolf, 1961), „Nackt unter Wölfen“ (Frank Beyer, 1963), „Jakob der Lügner“ (Frank Beyer, 1974). Der unvollstän-

digen Aufzählung ließen sich Zahlen über die Besucher der Vorführungen anfügen, nicht zustande gekommen, weil Junge und Alte in Klassen oder Brigaden in die Kinos heilsam genötigt worden wären. Jede dieser Filmhandlungen forderte zu Parteinahme heraus und nicht wenige berichteten davon. So auch „Sterne“, dessen Geschichte in die Wandlung eines Wehrmachtssoldaten mündet, der in Bulgarien Zeuge des Abtransports griechischer Juden in den Tod von Auschwitz geworden war. Der Film gelangte zu einem Verleih in der Bundesrepublik und sollte in den Vorteil gebracht werden, den ein lobendes Prädikat ihm verschaffen konnte. Es wurde erteilt, jedoch an eine Bedingung geknüpft. Der Schluss, die einsetzende Wandlung, war als unglaubwürdig zu tilgen. Das geschah. Soviel zum Staat und seinen Filmproduktionsstätten.

Dem könnte eine Darstellung der einschlägigen Buchproduktion aus den zumeist volkseigenen Verlagen folgen, der voranzuschicken wäre, dass auch sie (wie sonst wären die Buchpreise zu halten gewesen) staatlich hochsubventioniert wurde. An ihr waren die Schriftsteller Friedrich Wolf, Lion Feuchtwanger, Stephan Hermlin, Jurij Brězan, Bruno Apitz, Franz Fühmann, Rolf Hochhuth, Peter Weiss, Jurek Becker, Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch und viele andere beteiligt. Zu ihr trugen Wissenschaftler bei, in deren Reihe Georg Lukács, der Ökonom Siegbert Kahn, der Jurist Karl-Friedrich Kaul, der Kirchenhistoriker Kurt Meier, der Philosoph Wolfgang Heise, der Romanist Victor Klemperer gehören. Schon in dieser Aufzählung scheinen die Namen verfolgter Juden auf. Opfer des antijüdischen Terrors erinnerten sich und schrieben eindrucksvolle und vielgelesene Bücher. Peter Edels „Wenn es ans Leben geht“ mag hier für sie alle stehen.

Welch Ignoranz und Missachtung gegenüber dem, was Menschen erlitten und leisteten, drücken sich in Texten wie dem zitierten aus, die auf den ersten Blick „nur“ der Diffamierung des ostdeutschen Staates dienen. Der hat auch auf diesem Felde Unterlassungen und Versagen aufzuweisen. In der Frühphase der DDR hat es zeitweilig eine politisch sektiererische, verständnislose und dumme Politik gegenüber jüdischen Gemeinden mit verheerenden, nicht wieder zu behebenden Folgen gegeben, die zu Flucht und Weggang von Juden „in den Westen“ führte. Lange mangelte es der Erinnerung in öffentlichen Räumen an Konkretheit, präzisen Angaben über Umstände und Personal, von dem Verbrechen verübt wurden, was die gedankliche und emotionale Provokation herabsetzte. Manchen Opfern wurde aus Gründen politischer Differenz das Gedenken verweigert. Auch davon soll nichts vergessen sein. Doch was die Bekämpfung der Ideologie des Rassismus und des rassistischen Antisemitismus betrifft, hat die DDR, ohne und nicht nur wegen der Nachbarschaft der Bundesrepublik einen Totalerfolg erzielen zu können, eine Hinterlassenschaft aufzuweisen, die ohne erkennbares Verfallsdatum ist und in ihren besten Hervorbringungen zum unverlierbaren Bestand nationaler und internationaler Kultur gehört. Das wird ungewollt eingestanden durch den Versuch, Antizionismus, eine nicht nur bei Sozialisten anzutreffende Haltung, und Antisemitismus gleichzusetzen. Über diese Brückenkonstruktion soll sonst fehlendes Beweismaterial für den ostdeutschen Antisemitismus herangeschafft werden – für Unbedarfte.

Nein, einen Staatssekretär Hans Maria Globke hat es bei uns wirklich nicht gegeben.

Neues Deutschland, 7./8. April 2007, S. 22.

Fehlurteile gegen Flick & Konsorten

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. Der erste von drei „Industriellenprozessen“ (Teil V)

Wie der Schiedsrichter und seine Assistenten auf einem Fußballplatz, so haben auch die Richter in einem Gerichtssaal, wenn sie sich über den Täter und dessen Handlung schlüssig geworden sind, bei der Zumessung der Strafe einen Spielraum. Da den nur drohenden Finger, Gelb, Gelb-Rot oder Rot, dort Freispruch oder Zeitstrafe, mitunter auf Bewährung oder mit anschließender Sicherheitsverwahrung usw. Betroffene wie Interessierte sprechen von angemessenen, milden oder harten Bestrafungen. Seltener lautet die Kritik: Fehlurteil. So aber sahen viele die Entscheidung jenes US-amerikanischen Gerichtshofes, der 1947 in Nürnberg gegen den Großindustriellen Friedrich Flick (1883-1972) und weitere Personen des Führungspersonals des gleichnamigen Konzerns verhandelt hatte.

Verfahren ohne Beispiel

In der Geschichte von Justizverfahren besetzt dieser Prozess einen außergewöhnlichen Platz. Noch nie war nach einem Krieg von einem Gericht gegen Eigentümer und Manager von Wirtschaftsunternehmen verhandelt worden, weil sie der Verletzung internationaler Kriegsgesetze, -normen und -bräuche angeklagt wurden. Kapitalisten vor dem Kadi – nicht wegen Steuerhinterziehung oder Verletzung anderer Wirtschaftsgesetze oder irgendwelcher Kavaliersdelikte. Beschuldigt wurden die Angeklagten der Gesundheit und Leben verachtenden Ausbeutung von Zwangsarbeitern, KZ-Insassen und Kriegsgefangenen und der Ausplünderung von Betrieben, die in von der Naziwehrmacht eroberten Gebieten lagen und der deutschen Konkurrenz als verlockende Beute gegolten hatten.

Dass ein solcher Prozess stattfinden sollte, war bereits vor Kriegsende ins Auge gefasst und zugleich umstritten. Gewiss: Dass deutsche Bankiers und Industrielle von Einfluss an der Aufrichtung der faschistischen Macht beteiligt gewesen waren, galt niemandem als Geheimnis. Dass sie an der Hochrüstung herausragenden Anteil besaßen, wurde ebenso wenig bezweifelt. Und dass sie sich in besetzten Ländern am Eigentum anderer bereichert hatten, war vielfach bezeugt. Aber sollte ihnen deswegen der Prozess gemacht werden? Zunächst schien es so, als könnten sich die vier Mächte einigen, auf den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher ein Gerichtsverfahren gegen deutsche Großkapitalisten folgen zu lassen. Darauf deutete der gemeinsam getroffene Entschluss hin, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach auf die Anklagebank zu setzen, auf der auch Hermann Göring, Albert Speer u. a. Platz nehmen mussten. Krankheit des Beschuldigten hatte den Vorsatz jedoch zunichtewerden lassen.

Die Richter Frankreichs und der Sowjetunion sprachen sich für ein solches Verfahren aus. Und es war nicht zufällig, dass dies Juristen aus Ländern taten, die sich ganz oder teilweise in der Gewalt der faschistischen Wehrmacht befunden hatten, auf deren Fersen Beauftragte deutscher Konzerne erschienen und zunächst als „Treuhänder“ an die Spitze lukrativer Unternehmen getreten waren. Doch war es Robert H. Jackson, der verdienstvolle Chef der US-amerikanischen Anklagevertretung im Hauptprozess, der sich schon vor dessen Beendigung und auch danach intern und gegenüber US-Präsident Harry S. Truman gegen ein solches gemeinsames Vorgehen ausgesprochen hatte. Die Begründung dafür war ebenso bezeichnend wie merkwürdig. Jackson hatte darauf hingewiesen, dass eine Anklage von Rüstungsindustriellen wegen ihres Beitrags zum Krieg durch die Herstellung von Waffen und anderem Kriegsgerät womöglich US-amerikanische Rüstungsindustrielle irritieren und deren Beziehung zu Staat und Regierung stören könne. Das würde die USA gegenüber der UdSSR in Nachteil bringen, da dort Ähnliches nicht zu erwarten sei. Die hier geäußerte Prämisse war haltlos. Niemand beabsichtigte, Rüstungsindustrielle wegen ihrer Geschäfte mit dem Staat anzuklagen, die durch kein internationales Gesetz oder Abkommen mit Strafe bedroht waren. Es ging um die Verletzung von allbekannten Rechtsnormen, die für die Art und Weise der Kriegführung existierten, insbesondere für die Behandlung von Militär- und Zivilpersonen, die in Feindeshand fielen, und auch für den Umgang mit dem Eigentum, das im eroberten Land von Besatzern vorgefunden wurde. Schwer denkbar, dass Jackson diese Differenz entgangen war.

Was dann dennoch dazu geführt hat, dass Flick & Konsorten und bald nach ihnen führende Personen aus dem IG-Farben- und dem Krupp-Konzern vor US-amerikanischen Gerichtshöfen angeklagt wurden, kann aus den Akten nicht sicher erschlossen werden. Letztlich mag ein Bündel von Interessen dafür ausschlaggebend gewesen sein. Zu ihm gehörte der Wille jener, die entschlossen waren, dem Recht ohne Rücksichten auf politische Kalküle zur Geltung zu verhelfen und wie im Hauptprozess ein Warnsignal für die Zukunft zu setzen. Dafür wirkten vor allem die Stäbe der jeweiligen Anklage und der Chefankläger der USA für die Nachfolgeprozesse, Brigadegeneral Telford Taylor. Andere dürften in solchen Verfahren vor allem wirkungsvolle Mittel gesehen haben, die deutsche Konkurrenz zu schwächen und ihr den Platz eines gehorsamen Partners zuzuweisen. Auch Berechnungen, die das Ansehen der USA in geschundenen Ländern Westeuropas betrafen, aus denen Arbeitskräfte nach Deutschland gelockt, zumeist aber gezwungen worden waren, mögen im Spiel gewesen sein.

Wie auch immer: Am 18. April wurde der Prozess „Die Vereinigten Staaten versus Flick et al." eröffnet. Angeklagt war der Eigentümer eines der größten deutschen Konzerne, zu dem Steinkohlegruben und Braunkohletagebaue, Eisen- und Stahlwerke, Fabriken des Maschinenbaus und weitere Produktionsstätten gehörten, gelegen im Westen Deutschlands, in Franken, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Schlesien. Dort waren bald nach 1933 die Auftraggeber der Reichswehr, dann der Wehrmacht ein- und ausgegangen und hatten Wünsche und Bestellungen hinterlassen. Manager und Militärs stellten sich auf „guten Fuß", lautete ein Befund der Anklage, wofür die Zugehörigkeit Friedrich Flicks zum „Freundeskreis des Reichsführers SS" beitrug. Mit ihm klagte das Gericht weitere Personen, zumeist Generalbevollmächtigte des Konzerns an, die jeweils für spezielle Bereiche leitend zuständig gewesen waren. Insgesamt wurde die Anklagebank mit sechs Beschuldigten besetzt, zu denen der Direktor der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte GmbH gehörte, die Betriebe in Sulzbach-Rosenberg, Haidhof und Unterwellenborn besaß. Verteidigt wurden die Herren von Juristen, die über Erfahrungen aus dem Hauptprozess verfügten, so von den Anwälten, die Hjalmar Schacht, Albert Speer, Erich Raeder, Karl Dönitz sowie die SS und den SD vertreten hatten. Das vierköpfige Richterkollegium stellten Juristen aus den US-Bundesstaaten New York, Minnesota, Indiana und North Carolina.

Die umfangreiche papierene Hinterlassenschaft des Verfahrens befindet sich zumeist unveröffentlicht in Archiven. Und es steht nicht zu erwarten, dass – wie im Fall des Ärzte-Prozesses – unter deutschen Industriellen eine Geldsammlung veranstaltet werden würde, mit deren Ertrag zunächst eine Historikergruppe für die Vorarbeiten und sodann die Drucklegung sich finanzieren ließen. Fachleuten der DDR und dem nicht mehr existierenden Deutschen Verlag der Wissenschaften in (Ost-) Berlin verdanken Interessenten die deutschsprachige Veröffentlichung des Anklagevortrags, des Schlussplädoyers der Anklage, der Urteilsbegründung und weiterer Dokumente des Verfahrens, die als Teil einer Reihe 1965 zu einem Spottpreis auf den ostdeutschen Buchmarkt kam.[1]

Im Zentrum der Anklage standen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in Betrieben des Flick-Konzerns. Anhand von Dokumenten entstand ein Bild der elenden Verhältnisse, in denen Zehntausende über Jahre hatten leben müssen. Befolgt wurden zentrale Weisungen wie jene, wonach es für sowjetische Zivilarbeitskräfte im Tagebau keine Begrenzung der Arbeitszeit gab oder serbische Kriegsgefangene primitiver untergebracht werden durften als belgische oder französische. Ein ärztlicher Bericht bezeugte den jämmerlichen körperlichen Zustand sowjetischer Kriegsgefangener und den Grad ihrer Gewichtsabnahme. Ein Vorschlag richtete sich darauf, den Arbeitern wenigstens minderwertige Feldfrüchte zu verabreichen, die keine deutschen Käufer fanden. Bezeugt wurden Meldungen an die Gestapo und, wo die nicht vor Ort, an die Polizei, damit die sich jene ausländischen Arbeiter vornahm, die sich der Plackerei verweigerten. Präsentiert wurde eine von einer Betriebsleitung an einen deutschen Arbeiter gerichtete

---

[1] Thieleke, Karl-Heinz (Hrsg.), Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierung" des Flick-Konzerns, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1965.

Verwarnung, der einem sowjetischen Kriegsgefangenen einen Laib Brot gegeben hatte. Nur weil er selbst gut arbeitete, wurde von härterer Bestrafung abgesehen als dem zeitweiligen Entzug der Schwerarbeiter-Lebensmittelkarte. Ein Bericht schilderte, dass und wie sowjetische Kriegsgefangene, verstorben oder bei Arbeitsunfällen zu Tode gekommen, in Papier gehüllt, von ihren Leidensgefährten auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde verscharrt werden mussten. Von alledem wollten die Herren an der Konzernspitze nichts gewusst haben. Vor allem waren sie aus ihrer Sicht dafür nicht verantwortlich zu machen.

Ausflüchte und Argumente

Um die grausigen Bilder zu entkräften, legte die Verteidigung Zeugnisse vor – das geschah auch später bei ähnlichen Anklagen mit Vorliebe –, in denen einstige Zwangsarbeiter bescheinigten, dass und wo sie anständig behandelt worden seien. Unzweifelhaft hatten manche von ihnen, die zuvor besonderer Schinderei und Schikanen ausgesetzt gewesen waren, einen Einsatz in einem Produktionsbetrieb als Verbesserung ihrer Lage empfunden, denn nun existierte ein gewisses Interesse an ihrer Arbeitsfähigkeit, das sich mehrte, als es mit dem „Nachschub“ schwierig wurde. Zudem sollten der Verteidigung Dokumente dienen, die aus dem Bestreben von Betriebsleitungen hervorgegangen waren, von staatlichen Stellen das unerlässliche Minimum zur Versorgung „ihrer“ Arbeiter zu erhalten. Sie wurden zu Beweisen für die Ablehnung des Zwangsarbeitersystems aufgewertet, während sie in Wirklichkeit dessen Funktionsweise sichern sollten. Vor allem aber verlegten sich Angeklagte wie Verteidigung darauf, die Mächtigen des Konzerns als Leute darzustellen, die – nicht anders als die Zwangsarbeiter – sich gleichsam in einem Schraubstock befunden hätten, der von Nazipolitikern betätigt wurde.

Das Schlussplädoyer der Anklage trug Taylor vor. Dessen Anlage zeigte, dass der Brigadegeneral es für nötig hielt, sowohl auf Einwände gegen das Verfahren in seinem eigenen Lande zu erwidern, wie auch auf Versuche der Verteidigung zu antworten, den Gegenstand der Anklage zu verfälschen. Er widersprach der verkürzenden Kennzeichnung, dass hier „Industrielle“ vor Gericht säßen – freilich auch à la longue vergeblich, denn von diesem wie von den beiden folgenden Verfahren ist bis heute zumeist als von „Industriellenprozessen“ die Rede. Hier würden nicht Industrielle wegen ihrer spezifischen Tätigkeit angeklagt, sondern wegen strafbarer Taten, die sich aus ihren Geschäften keineswegs notwendig ergaben. Nicht, dass diese Männer nach Profiten gestrebt hatten, werde ihnen vorgeworfen, sondern dass sie sich zu diesem Zweck der Sklavenarbeit bedient hatten und auf Raub ausgegangen waren. Geschäftszwecke aber könnten kein Verbrechen rechtfertigen. Damit reagierte Taylor auch auf den Versuch der Verteidiger und ihrer Mandanten, Flick und seine Manager als harmlose Berufskollegen ihrer Partner und Konkurrenten in den USA erscheinen zu lassen.

Dann setzte sich Taylor mit der Behauptung auseinander, die Beschuldigten hätten in einer extremen Zwangslage gehandelt und bei Verweigerungen schlimmste Verfolgungen fürchten müssen. Das war im Kern nur eine Variante der These vom „Befehlsnotstand“, auf den sich Militärs im Hauptprozess berufen hatten. Indessen wurde für die behauptete Bedrohung als Folge von Ungehorsam, wenn der überhaupt erwogen worden war, kein einziger Beleg erbracht. Als faul qualifizierte der Ankläger auch das Argument, hätten die auf der Anklagebank Sitzenden nicht mitgemacht, wären andere, noch rücksichtslosere Personen an ihren Platz gelangt, weshalb Märtyrertum nutzlos gewesen sei. Dieses Konstrukt hebe von der verübten Untat aber nichts auf. Auch ein gewöhnlicher Krimineller könne sich nicht darauf berufen, dass, hätte er das Opfer nicht umgebracht, dieses von einem anderen getötet worden wäre. Taylor argumentierte auch gegen die Behauptung, dass die Angeklagten von einer plötzlich eingetretenen Situation überfordert und überwältigt worden seien. Wahr sei vielmehr, dass sie sich in ihre Lage durch ihr eigenes Tun und Lassen selbst hineinmanövriert hatten.

Richter oder Verteidiger?

Am 22. Dezember 1947 ging das Verfahren nach achteinhalb Monaten zu Ende. Die von den Richtern im Wechsel verlesene Begründung ihrer Entscheidung besitzt Seltenheitswert. Sie liest sich in weiten Passagen wie das Schlussplädoyer der Verteidigung. Denn nicht mit deren Ausflüchten und Entlastungsargumenten setzte sich das Kollegium auseinander. Es referierte eine Folge von Entgegnungen

auf die Ausführungen der Anklage. Die These vom Notstand der Manager wurde uneingeschränkt übernommen. Für das Leben, Schuften und in vielen Fällen den Tod von Zwangsarbeitern waren demnach Rüstungsminister Speer und der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz" Fritz Sauckel und deren Mitarbeiter verantwortlich. Den Existenzbedingungen der militärischen und zivilen Ausländer in ihren Betrieben seien die Angeklagten weit entrückt gewesen. Beansprucht durch Arbeit in der Berliner Zentrale, hätten sie davon nichts gewusst oder wahrgenommen. Aus dem Terrorismus des Regimes wurde hergeleitet, dass Flick & Konsorten in der Mehrheit aller Fälle keine Handlungsalternative besessen hätten. Hätten sie nicht getan, was von ihnen gefordert wurde, wären sie Gefahr gelaufen, als Saboteure angeklagt zu werden.

Gewiss habe Flick beabsichtigt, sich in Betrieben in Frankreich und der UdSSR, die er und seine Beauftragten treuhänderisch leiteten, auf Dauer festzusetzen, aber an deren Verwaltung sei nichts Strafbares erkennbar, das mit Kriegsgesetzen in Widerspruch stehe. Diese Passage mündete in den Satz: „Etwas zu begehren ist eine Sünde gemäß den Zehn Geboten, aber weder eine Verletzung der Haager Bestimmungen noch ein Kriegsverbrechen." Aufgrund seiner Auftrags- und Rechtsgrundlage befand das Gericht sich vollkommen unzuständig, die Bereicherung Flicks im Vorkrieg zu verfolgen – der Konzern hatte vom Staat geraubtes jüdisches Eigentum an Produktionsmitteln erworben. Dadurch, erklärten die Richter, sei niemand an Leib und Leben geschädigt worden.

Dieser Urteilstext ließ zweifeln, dass es überhaupt zu Strafaussprüchen kommen werde. Soweit wollte und konnte das Richterkollegium aber nicht gehen. Friedrich Flick wurde zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, unter Anrechnung der Zeit, in der er sich – seit 13. Juni 1945 – in Haft befunden hatte. Der ehemalige Generalbevollmächtigte der Friedrich Flick KG und SS-Brigadeführer Otto Steinbrink musste für fünf Jahre ins Gefängnis, von denen ihm ebenfalls mehr als zwei Jahre als verbüßt zugestanden wurden. Gleiches galt für Bernhard Weiß, Flicks Stellvertreter, der zweieinhalb Jahre erhielt, von denen auch die Hälfte als abgesessen angesehen wurde. Die drei weiteren Angeklagten sprach das Gericht frei. Das Urteil im Flick-Prozess hat später dazu gedient, es mit den Strafaussprüchen im IG-Farben- und im Krupp-Prozess zu konfrontieren und zu begründen, dass, an ihm gemessen, Begnadigungen der in diesen beiden Verfahren Verurteilten vollends gerechtfertigt wären.

Es war natürlich ein Zufall, dass am Tag, da dieser Beitrag geschrieben wurde, die Presse von einem kollektiven Wutausbruch über ein Gerichtsurteil berichtete, das auf einen Prozess nach einem Kaufhausbrand gefolgt war, bei dem in Paraguay etwa 400 Menschen ums Leben gekommen waren. Empörte Angehörige von Opfern hatten sich eine Schlacht mit der Polizei geliefert. Derlei musste im Herbst 1947 in Nürnberg nicht befürchtet werden. Die überlebenden Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und auch die Kriegsgefangenen waren zumeist in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Die Angehörigen der zu Tode Gekommenen lebten fern. Doch an die Meldung ließe sich die Frage knüpfen, was geschehen wäre, wenn die ehemaligen Zwangsarbeiter des Flick-Konzerns – sie hatten dort zeitweilig nahezu die Hälfte der Beschäftigten ausgemacht, total etwa 60.000 von 130.000 –, am Gerichtsort dieses Urteil erfahren hätten. Wie würden sie auf den Satz in der Urteilsbegründung reagiert haben, dass die von der Anklage erhobene „Beschuldigung der Ausbeutung und Misshandlung der Arbeiter nicht bewiesen ist, die in den Betrieben eingesetzt waren, mit denen die Angeklagten in Verbindung standen". An derlei Wortdrechselei haben sich Zeitgenossen am Beginn des 21. Jahrhunderts gewöhnt. Doch die Kennzeichnung, dass der Konzernherr Flick mit seinen Betrieben „in Verbindung stand", formuliert in einem Gerichtsurteil, markiert auf der Skala der Vernebelungen einen gewissen Spitzenwert.

Gnadenakt, Aufstieg, Ehrungen

Flick und die beiden verurteilten Manager erfasste der Gnadenakt des US-amerikanischen Hochkommissars früh. 1950 wurde der Konzernchef begnadigt und konnte Landsberg am Lech verlassen. Noch dort einsitzend, hatte er – sein Eigentum war nicht enteignet worden – mit Besuchern aus der Führungsetage des Konzerns die Nachkriegsstrategie und -taktik besprechen können. Dann führte ihn der Weg wieder steil nach oben. Die Auflage, den Wirtschaftskoloss zu „entflechten" und die Bergbauunternehmen zu veräußern, ließ zusammen mit den erzielten Profiten aus dem verbliebenen Eigentum

Gelder verfügbar werden, die Mitte der fünfziger Jahre den Kauf leistungsstarker Stahlunternehmen in Frankreich und Belgien möglich machten. In Westdeutschland expandierte das Unternehmen in die chemische, Papier-, Maschinenbau- und Autoindustrie. Namentlich die Betriebe des Fahrzeugbaus erzielten Gewinne – bald auch durch Geschäfte mit der Bundeswehr. „Von ganzem Herzen“ gratulierte Bundeskanzler Konrad Adenauer dem einstigen Wehrwirtschaftsführer, ehemaligen Häftling im Kriegsverbrechergefängnis Nummer Eins der US-Army, der ein Pionier des Wirtschaftswunders geworden war, zu dessen 75. Geburtstag. Fünf Jahre später wurde Flick das Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen. Viel Verlorenes war da schon kompensiert. Abhandengekommen waren freilich – wie sich zeigen sollte, nicht unwiederbringlich – die Eisen und Stahl produzierenden Unternehmen in Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa, Gröditz, Lauchhammer, Freital, Pirna und Unterwellenborn sowie Braunkohletagebaue in Halle, Senftenberg, Klettwitz, Welzow und Zeitz. Gleiches galt für die Maschinenfabrik in Breslau, nunmehr Wrocław. 1972 starb Flick. Bis heute bewahren sein Andenken ein Gymnasium in seinem Geburtsort Kreuztal, das seinen Namen trägt, und der schmückt auch ein Sportstadion im bayerischen Sulzbach-Rosenberg.

junge Welt, Mittwoch, 18.04.2007, S. 10.

Knopps Kramkiste

Die „Redaktion Zeitgeschichte“ des ZDF Proudly Presents: „Hitlers nützliche Idole“

Es hat sich doch noch etwas gefunden in der bräunlich-verblichenen Kiste. Ganz unbesehen war der Fund schon vordem nicht geblieben und auch unter der schärferen Überschrift „Hitlers nützliche Idioten“ bereits präsentiert worden. Die Kennzeichnung traf im einen wie im anderen Fall nicht recht. Es handelt sich um eine besondere Spezies von Stützen der braunen Gesellschaft, die lange geholfen hatten, deren Bestand und Funktionieren zu sichern.

Aus dem Dreigestirn, über das sich Guido Knopps Werkstatt hergemacht hat, um es der schwelgenden Mit- und staunenden Nachwelt vorzuführen, leuchtet ein Stern heraus: Heinz Rühmann, der Schauspieler, an dessen Seite Max Schmeling und Leni Riefenstahl gerückt wurden. Das Angebot ist allerdings erheblich reicher. Schon im Buch zum Film umfasst es zudem Hans Albers, Heinrich George und Marika Rökk. Die ausgewählten drei verbindet über Nazizeiten hinaus, dass sie ihre Karrieren nach Kriegsende fortsetzen konnten, Schmeling freilich nicht mehr als Boxsportler. Weithin und lange schlug ihnen Verehrung entgegen, erreichten sie doch ein biblisches Alter. Rühmann wurde über 90 Jahre alt, Schmeling starb wenige Monate vor seinem 100. Geburtstag, die Riefenstahl wurde 101.

Im ZDF hätte man auch andere Personen dieser Kategorie wählen können, solche, die trotz ihrer Rolle in der Nazipropaganda sich für das Regime nicht derart hingebungsvoll verwendet haben. Im Angebot befand sich beispielsweise Rudolf Caracciola, dessen Popularität so groß war, dass sich Kinder bei ihren Rollerrennen stritten, wer Caracciola sein durfte. Dem Autorennfahrer gelang 1938 für Mercedes ein Geschwindigkeitsweltrekord in einem Wettstreit, der seinen Auto-Union-Konkurrenten Bernd Rosemeyer das Leben kostete. Der Mann hatte sich als Deutscher im Krieg in seine Wahlheimat, die Schweiz, zurückgezogen und schlug Einladungen ab, in das kriegführende Land zurückzukehren. Nützlich gewesen war er dennoch. Seine Biographie hätte allerdings kein vollkommenes, wenn auch ein Gegenbild ergeben, aus dem sich Denkstoff für die Beantwortung der Frage gewinnen ließe, welche Chancen alternativen Handelns Stars damals besaßen. Doch sollen die Zuschauer lieber rätseln, unter welchen Zwängen jene gelebt und welche Nachteile sie erlitten hätten, würden sie sich ihrer Verwendung für Staats- und Kriegszwecke versagt haben. Derart rücken sie „als Menschen wie du und ich“ einem Publikum nahe, das – nicht unter den Bedingungen einer brutalen Diktatur, sondern in zivilgesellschaftlichen Zuständen – in derlei Rechnungen auch längst geübt ist.

Rühmann wurde schon zu Lebzeiten auf einem Sockel für deutsche Nationalhelden postiert. Und als das ZDF 2006 den besten Mimen suchte, erreichte er den ersten Platz. Seine Filmkarriere, gegen Ende der Weimarer Republik begonnen, hatte Fahrt und dann Rasanz unterm Hakenkreuz gewonnen. Kaum ein Zeitgenosse, der den Namen des Mannes nicht mit mindestens drei Filmen verbindet, „Wunschkonzert“, „Quax, der Bruchpilot“ und „Die Feuerzangenbowle“. Der letzte hatte auf dem Weg in die Kinos ein paar Klippen zu nehmen, da, wo denn mehr als da, in der Diktatur auf Autorität geachtet wurde und gegen Kriegsende zunehmend auf die Unterordnung der jungen Leute unter die „alten Kämpfer“, denen, nicht allen, in dem Streifen von 1944 eine Haltung begünstigt zu werden schien, die sich solcher Ordnung widersetzte. Das war Gespensterseherei. Noch im Inferno des Kriegsendes gierten nicht wenige verdummte junge Kerle nach Kampf und Orden.

Die beiden anderen Filme passten unstrittig ins Konzept, und das sehr gut. Die Sendefolge mit dem Namen „Wunschkonzert“, aufgenommen im großen Sendesaal des Berliner Rundfunks in der Nalepastraße, war eingerichtet worden, um die „Brücke zwischen Front und Heimat“ herzustellen und die Männer „draußen“ und die Frauen drinnen bei bester Kriegslaune zu halten. So lange es nicht ans Massensterben ging, ließ sich das bewerkstelligen. Auch mit dem von einem Männertrio gesungenen Lied „Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern“, das, aus dem 1939 uraufgeführten Film „Paradies der Junggesellen“ stammend, nun erst seine Brauchbarkeit erwies. Vor Mikrophonen wie vor Kameras tat Rühmann als singender Pseudomatrose mit. Das war 1940.

Im Jahr darauf schloss sich „Hauptsache glücklich“ an, worüber nichts weiter zu sagen ist, als dass es mit dem Glück der Deutschen zunehmend kritischer wurde und das wörtliche wie das sprichwörtliche Schwein immer schwerer zu haben war. Den kräftigeren Mutmacher lieferte 1942 Zarah Leanders „Davon geht die Welt nicht unter“. Die Schwedin tönte von glücklosen und schweren Stunden, die indessen auch zu ertragen wären.

Schon Ende 1941, die Träume vom zweiten Blitzkrieg im Osten waren ausgeträumt, war „Quax, der Bruchpilot“ aufgeführt worden. Nun ließ sich Rühmann, wiewohl ein begeisterter Zivilflieger, schlecht in die Uniform eines Piloten der deutschen Luftwaffe stecken, eine Figur, an der es in Spielfilmen jener Jahre nicht fehlte. Zudem waren dafür hinreichend Visagen verfügbar, Gestalten mit kantigen Gesichtszügen oder Figuren der Marke „Frontschwein“. Doch war die Propagandaabteilung des Joseph Goebbels gar nicht darauf aus, dem Publikum stets mit nachgespielten Kriegsereignissen zu kommen. Gerade für die harmlose Filmgeschichte vom vergnügten und pfiffigen Männlein aber, das vom Angsthasen zum Helden wird, war Heinzelmann der Bestgeeignete. Der durchlebte die Erziehung zum deutschen Mann, lernte sich einfügen und gehorchen. Was war zeitgemäßer? Auch hier ein Liedchen, wenn auch nicht für Rühmanns Stimme geschrieben – „Heimat, deine Sterne“. Die strahlten, wie es hieß, selbst an fernem Ort, wohin inzwischen einige Millionen Soldaten befohlen waren. Der Dichter, der den Text im Ersten Weltkrieg schon geschrieben hatte, Verse vom Soldaten, der allein in dämmernder Nacht steht und die Geliebte anfleht, ihm nicht untreu zu werden, starb übrigens nach Denunziation und brutalem Urteil im Zuchthaus Brandenburg-Görden unter dem Fallbeil.

1940 war Rühmann zum Staatsschauspieler ernannt worden. Wie hätte er sich dagegen wehren können? Fünf Jahre darauf galt für ihn das Mitgegangen, jedoch nicht das Mitgefangen, geschweige denn das Mitgehangen. Als „Unbelasteter“ eingestuft, konnte er wie viele seinesgleichen nach vergleichsweise geringfügigen Wendeschwierigkeiten seine Karriere fortsetzen. Nahezu bis an sein Lebensende drehte er Filme. Der mit Ehrungen wie Bambis in Folge, weiteren Filmpreisen und Filmbändern Überhäufte wurde Professor honoris causa, erhielt das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik, Jahre später dazu den Stern und eine weitere Weile darauf das Schulterband und – nicht zu vergessen – von Franz Josef Strauß den Bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst.

Wie sich der Landesregent in München und vordem Hitler und seine Mitführer gern mit beliebten Schauspielern schmückten, so tat auch Edmund Stoiber, als er im Prinzregententheater, da war der Mime schon tot, eine Rede zu dessen 100. Geburtstag hielt. Was da gesagt wurde, war nicht bloßer Heranschmiss Der Schauspieler, der von sich behauptet hatte, nie politisch gewesen, sondern immer nur dem Beruf nachgegangen zu sein, den er für den schönsten unter allen ihm denkbaren hielt, passte in das Idealbild und folglich als Vorbild für die bundesrepublikanische Intelligenz. Von ihm war kein Wort erinnerlich, das auf eine Gesinnung schließen ließ, kein Laut des Widersprechens, was auch um ihn nahe oder fern an Unrecht oder Gemeinheit geschehen war. Es wäre weithin vernehmbar gewesen. Indessen: „Hauptsache glücklich“, als nützliches Idol.

Nur Hitlers? Die Frage lässt sich nicht anders an den Boxer und die Regisseurin stellen. Max Schmeling hat, solange er siegte, die Mär von der Überlegenheit der weißen Rasse gestützt und auf seine Weise geholfen, den nicht nur gegen die Schwarzen gerichteten Rassismus zu verbreiten. Er hat nach dem antijüdischen Boykott des Jahres 1933 und wieder nach dem Pogrom 1938 in den USA sich auftragsgemäß oder spontan vor Mikrophonen einmal als Gutsager des Regimes, dann auch als Ahnungsloser präsentiert, was Knopp und Helfer gegen eine Episode aufrechnen wollen, gegen zwei oder drei Tage, die er zwei jüdische Jungen eines Bekannten vor Nachstellungen schützte. Das lässt den Zuschauer rätseln, wer denn ein richtiger, gar ein Gesinnungs- und Herzensnazi war. Es bleiben nach der Mainzer Persilwäsche nicht viele übrig.

Jedoch im Moment, als der Rassenhass 1938 einen neuen Gipfelpunkt erreichte, wurde der auch privat in den Zirkel der Herrschenden aufgerückte Schmeling von Joe Louis, dem „braunen Bomber“, jämmerlich verprügelt. Das geschah in New York in einem Kampf um die Weltmeisterschaft, der nur

Sekunden dauerte. Schmelings Kurswert fiel, allerdings nicht ins Bodenlose. Der inzwischen auch pommerscher Gutsherr Gewordene meldete sich freiwillig zu den Fallschirmjägern, der nach den U-Boot-Besatzungen populärsten Wehrmachtsformation. Ohne besonderes Hervortun nahm er an der Eroberung Kretas teil. Für das Eiserne Kreuz beider Klassen reichte es. Was in seinem Kopfe vorging, lässt sein letzter Auftritt vor Kriegsgefangenen ahnen, die er als Mitkämpfer gegen den Bolschewismus werben wollte. Dummheit pur war das nicht. Wie sonst hätte auf diesen Misserfolg nach Kriegsende sein wirtschaftswunderlicher Aufstieg zum erfolgreichen Reklamefachmann und Produzenten von Coca-Cola folgen können?

Leni Riefenstahl ist in die Filmgeschichte vor allem mit drei Produktionen eingegangen, den Parteitagsfilmen „Sieg des Glaubens“ (1933) und „Triumph des Willens“ (1934), der eine im Titel die geistige Anspruchslosigkeit, der andere den abenteuerlichen Voluntarismus der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ ausdrückend, sowie und mehr noch mit ihrem Film über die Olympischen Sommerspiele 1936. Was immer der an revolutionierenden Ideen des Dokumentarfilms bot, er hat mehr noch als die Bildbände des Leibfotografen, die Huldigungen der Nazibarden und die Lobpreisungen der Paladine den Führerkult verbreitet. Hitler war Stargast der Uraufführung des Olympiafilms an seinem 49. Geburtstag.

Von den drei Vorgeführten hatte Riefenstahl bei aller Eitelkeit, die sie selbst zu befriedigen verstand, als Person nicht im Zentrum gestanden. Nicht sie agierte auf der Leinwand oder im Boxring. Ihre Hauptdarsteller waren weder die befehlsstarren SA-Männer noch die gewandtesten Sportler, sondern ER, der Diktator, ihr Idol. Sie fühlte wohl bis an ihr Ende, dass sie nach München, in die Hauptstadt der Bewegung, gehörte. Dort ließ sie sich begraben. Freilich – nicht an der Seite des Führers. In einem Lande, in dem von Putin bis Klar Entschuldigungen für Tun oder Lassen verlangt werden, bleibt anzumerken, dass derlei Ansinnen an diese drei weder von Regierenden noch Regierten der Bundesrepublik Deutschland je gestellt wurden.

Guido Knopp: Hitlers nützliche Idole. C. Bertelsmann, München 2007, 384 S., 19,95 Euro.

konkret, 2007, Heft 5, S. 54.

Die Glaubwürdigkeitslücke

Die Sage von den ungemeisterten Schwierigkeiten im Umgang mit den Ostdeutschen

Den Titel für ihre Veranstaltung hatten die Einladenden bei Bert Brecht entliehen. „Gedenkt ihrer mit Nachsicht? Die DDR in der deutschen Erinnerungskultur“ hieß es letzte Woche in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin. Das war eine Nachahmungstat. Neu an ihr war einzig, dass darauf nicht verwiesen wurde und auch nicht auf die Auswechslung eines Wortes. So hieß die Zeile aus dem 1939 im dänischen Exil geschriebenen Gedicht „An die Nachgeborenen“ nun „Gedenkt ihrer mit Nachsicht“. „Unsrer“, wie es im Original heißt, wäre auch unpassend gewesen, denn von den Unsrigen, die die Bitte zu ihren Gunsten hätten wiederholen können, war für die Runde der Diskutierenden niemand vorgesehen. Die stellten ein Vizepräsident des Bundestages, ein Minister aus den Zeiten des Abrisses der DDR, ein aktueller Regierungschef eines ostdeutschen Landes, ein FU-Professor und ein Tagesspiegel-Redakteur.

Von denen war angekündigt, sie würden über Erinnerungskultur im Hinblick auf den gewesenen ostdeutschen Staat sprechen. Das erwies sich als Etikettenschwindel. Sie erörterten, wie den einstigen DDR-Bürgern die richtige, d. h. ihrer Bindung an den aktuellen Staat dienliche Sicht zurück in die Jahre von 1945 bis 1990 beigebracht werden könne, die von den einen ganz, von anderen phasenweise erlebt worden waren.

Mit dem, was auf diesem Felde erreicht sei, zeigte niemand sich zufrieden. Gewiss, an Anstrengungen habe es nicht gefehlt. Die Geschichtswissenschaft hätte das Ihre getan. Die Mängel in Lehrplänen für die allgemeinbildenden Schulen seien überwunden. Auch der Journalistik könne Schelte nicht gelten. Und dennoch: Das störrische Volk zeige sich an alledem desinteressiert. Es diskutiere nicht, was ihm als Stoff angeboten werde. Es lasse sich auf die ihm offerierten Themen nicht ein. Es zeige Trotz und Trutz. Nur zu kläglichen 36 Prozent wolle es sich an einer Kommunalwahl beteiligen, da es doch vor Jahren noch nach freedom and democracy gelechzt und darum eine Revolution veranstaltet habe. Ein Mysterium?

Da war sie wieder, die Frage der Tschernyschewski und Lenin: Was tun? Verlegenheit konnte in diesem vielerfahrenen Kreis darob nicht aufkommen. Präzision sei gefragt. Zwar müsse man den Knüppel gegen die DDR weiter schwingen, aber ihn nicht fortgesetzt auf den Kopf der Mehrheit ihrer einstigen Bürger sausen lassen. Drei Millionen, eine Minderheit, errechnet aus der Mitgliederzahl der Parteien, dazu parteilose informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit und Verwandte, verdienten diese Behandlung. Auf die Mehrheit aber dürfe nicht länger eingedroschen oder auch nur dieser Eindruck erweckt werden. Das hülfe obendrein nur einer „gewissen Partei“.

Die Devise habe zu lauten: Differenzieren. Ja, selbst unter denen, die insgesamt keine Schonung verdienten, seien noch einmal jene wenigen herauszufinden, denen mildernde Umstände zuzubilligen wären. Vor allem müsse der Masse, den Schafen, die von den Böcken gesondert wären, mehr und vieles genauer erklärt werden. Fühlten sie Stolz auf frühere Leistungen ihrer Betriebe, könne der ihnen getrost belassen bleiben, nur müsse ergänzend gesagt werden, dass ihr Werk doch nach kapitalistischer Betriebswirtschaftslehre einfach bankrott gewesen sei, was der Unrechtsstaat ihnen verdeckt habe. Schmerzte jemandem noch immer seine Entlassung aus einem liquidierten Unternehmen wie dem der Interflug, müsse ihm gesagt werden, dass deren Flugmaschinen unbezahlt und Schrott gewesen wären (wobei auf die Schwierigkeit nicht eingegangen wurde, wie sich begreifbar machen ließe, welch Zauberkraft die Apparate sich dennoch in die Lüfte erheben ließ).

Dem Historiker, entgegen allen in seiner Zunft beständig beteuerten Grundsätzen, ging diese ganze Differenziererei samt daraus hergeleiteten Einreden zu weit, sah er als deren Ergebnisse doch eine Softausgabe eines DDR-Bildes. Ja, auch er ließe schon mit sich reden, aber doch erst, nachdem die Leute einmal bekannt hätten, dass „die DDR Mist war“. Das war ein Manneswort, das in Reih’ und Glied rief, aber nicht strikt befolgt wurde. Es dürfe nicht vergessen werden, dass es für die Menschen damals auch Schönes gab, dass sie geheiratet und Kinder bekommen hätten. Nur eben, und dabei beließen es alle, seien 1945 nach Ostdeutschland Kommunisten gekommen, welche die Weltrevoluti-

on voranbringen wollten, was sie den einen Weg suchenden, nach Nazijahren orientierungslosen Menschen aber verschwiegen hätten. So eben, mit einem Volksbetrug, begann das ganze Elend. Darüber müsse sich doch mit Alt und Jung in Gespräche kommen lassen. Zu deren Thematik und zugleich als einen die Verkrustung aufbrechenden Eröffnungszug steuerte der junge Mann vom Tagesspiegel eine pikante Idee bei. Die Enkel, Angehörige seiner Generation, müssten einfach mal fragen „Opa warst du nun IM oder nicht? Oder Abschnittsbevollmächtigter?“ oder ein sonst irgendwie willig Verstrickter? Und wenn der dann seine Rolle bekannt hätte und als Mitläufer eingestuft wäre, meinte die Runde, wäre Nachsicht am Platze, gespendet dem überprüften Individuum. Dem Staat aber komme sie in keiner Weise zu.

Damit zurück zu Brecht und dessen Gedicht, das die Veranstalter nicht verstanden haben können. Denn der Dichter sprach vom nachsichtigen Zurückdenken in vergangene Zeiten aus einer auf sie folgenden, ihm erwünschten Zeit, in der „der Mensch dem Menschen ein Helfer ist“. Die ist unstrittig nicht erreicht. Verstünde man das ganze Unternehmen als verfrüht, so könnte den Mitwirkenden auf dem Podium Nachsicht gespendet werden. In anderer Weise mag sie ihnen jedoch nicht verwehrt sein. Die Kundgebung fand im Haus der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt statt. Das war einmal ein von Künstlern besuchter Klub namens „Die Möwe“. Da ist in Jahren, von denen die Rede war, viel Kreuzgescheites gesagt worden. Der Geist des Ortes hatte an diesem Abend jedoch Ausgang.

junge Welt, Donnerstag, 03.05.2007, S. 13.

Diktat des Vergessens

Wie antisemitisch war die DDR?
Es sollte um Erinnerungen, nicht um Erinnerungsmythen gehen

Nicht nur über zurückliegende Ereignisse lässt sich umso länger streiten, je mehr Meinungen und Deutungen dabei in Rede gebracht und je weniger Tatsachen in ein Gespräch eingeführt werden. Tatsachen sind ein hartnäckig Ding – eine Redewendung, die in früheren Zeiten häufiger zitiert wurde, als das heute der Fall ist. Tägliche Erfahrung nährt die Kenntnis, dass Tatsachen sich auch vergessen oder unvergessen ignorieren lassen. Matthias Krauß hat das unlängst in seinem äußerst lesenswerten Buch *Völkermord statt Holocaust*[*] über Juden und Judentum im Literaturunterricht der DDR bekräftigt. Er hat der Dunkelheit des Vergessens entrissen, dass da Gedichte, Roman- und Novellentexte oder Dramen gelesen wurden, die dem Thema galten. Ob derlei zu vergessen, nun physiologischen Vorgängen geschuldet ist oder aus politischem Kalkül erwächst, kann hier nicht behandelt werden.

Auf jeden Fall sollte die Debatte über antisemitische Ansichten in der DDR-Bevölkerung nicht nur aus historischem Interesse geführt, sondern die Geschichte dieser zerstörten Gesellschaft auch dahingehend befragt werden: Was ergibt sie daraus an Anstößen für den aktuellen Kampf gegen Antisemitismus? Welche Warnungen und Orientierungen sind das? Von derartiger Fragestellung ist die gegenwärtige Betrachtung meilenweit entfernt. Sie folgt einer anderen politischen Zielvorgabe. Sie soll den Nachweis des „Antisemitismus in der DDR“, besser des „Antisemitismus als kommunistische Staatspolitik“ erbringen. Dafür muss viel vergessen werden. Vorrangig Ergebnisse von Befragungen, die zu Beginn der neunziger Jahre in den alten wie den neuen Bundesländern gleichzeitig und abgestimmt stattfanden und bei denen ermittelt wurde, wie weit in der Bevölkerung antisemitische Vorurteile verbreitet waren. Sie haben auf einem Teilgebiet eine Schlussbilanz aufklärerischer Anstrengungen in DDR-Zeiten hergestellt. „Bemerkenswert war dabei“, resümiert der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, Wolfgang Benz, „der große Vorsprung der Westdeutschen (16 Prozent) vor den Bürgern der DDR (4 Prozent).“

Wer sich über diese Erhebungen im Einzelnen informieren wollte, konnte das anhand einer Studie tun, die seit mehr als einem Jahrzehnt vorliegt. Sie stammt aus der Feder von Werner Bergmann und Rainer Erb, damals beide Mitarbeiter des erwähnten Berliner Zentrums (*Wie antisemitisch sind die Deutschen?* Meinungsumfragen 1945-1994. in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in Deutschland*, München 1995). Die Fragen, die sich aus diesem Befund ergeben, liegen klar zutage: Wie wurde in der ostdeutschen Gesellschaft eine so hochgradige Marginalisierung antijüdischer Stereotype und Vorurteile erreicht? Welchen Anteil besaßen daran Film, Literatur, Schule, Universität, Massenmedien? Und woran lag es, dass trotz dieser Beiträge und materiellen Aufwendungen, trotz aller gesellschaftlichen Ächtung des Antisemitismus, vier Prozent „Bodensatz“ blieben? War die Tilgung dieses Restes eine unlösbare Aufgabe? Was ist womöglich unterlassen oder falsch unternommen worden?

Aber wir sind leider noch mit der „Auswertung“ der DDR-Kindergärten beschäftigt, bei der mancher schmerzlich seine Lieblingsvorstellung aufgeben muss, dass die kleinen Ostbürger dort stundenlang Staatsfahnen und stahlbehelmte NVA-Soldaten malen mussten. Zum schwierigeren Thema Antisemitismus kommen wir womöglich noch. Vorausgesetzt, die Demagogen sind ins Abseits gedrängt und das Feld der Erörterung ist für Fragen frei, die sinn- und nutzenstiftend gestellt werden können. Neuere Befragungen erweisen nämlich, dass in „Deutschland, einig Vaterland“ die Ostdeutschen inzwischen aufgeholt haben. Das Gefälle ist nicht mehr so groß und die Aufgabe mithin gewachsen.

Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung. 22. Juni 2007, S. 8.

[*] Matthias Krauß, Völkermord statt Holocaust, Anderbeck-Verlag 2007.

Faschistische Kolonisatoren

Serie: Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. Der Prozess gegen das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (6)

Am 1. Juli 1947 setzte Brigadegeneral Telford Taylor seine Unterschrift unter die Anklage, die er dem Gericht und den Angeklagten im Prozess United States of America vs. Ulrich Greifelt et al präsentierte. In die Geschichte der Nürnberger Prozesse ging das Verfahren als Fall VIII ein, geläufig wurde die Bezeichnung „Prozess gegen das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RSHA)“. Wie die voraufgegangenen und folgenden Prozesse stützte sich auch dieser vor allem auf Berge von Dokumenten, die den alliierten Befreiern in die Hände gefallen waren. Das Gericht hörte 27 Zeugen, die von der Anklage, und 70, die von der Verteidigung gerufen worden waren. Das Verhandlungsprotokoll umfasst nahezu fünfeinhalbtausend Seiten. Insgesamt hatte das Tribunal 121 Sitzungen abgehalten. Zweimal wurde der Prozess tageweise unterbrochen, um vor allem der Verteidigung Zeit für die Vorbereitung ihrer Stellungnahmen zu geben.

Zentralen der „Germanisierung“

Die 14 Angeklagten waren in vier miteinander verbundenen Dienststellen der SS-Führungsbürokratie tätig gewesen: im Reichssicherheitshauptamt (RSHA, existierend seit 1932), im Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (RKFDV), das nach dem Feldzug gegen Polen 1939 geschaffen worden war, der ihm eingegliederten Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi) und dem 1935 gegründeten Lebensborn e. V. Diese vier Einrichtungen besaßen ihren festen Platz in jenem Plan, dessen Ziel ein „großgermanisches Reich“ war, zu dem im direkten geographischen Anschluss an das „Kernland“ ein riesiges osteuropäisches Kolonialgebiet gehören sollte. Nicht jedes dieser Ämter war an seiner Verwirklichung gleichermaßen verbrecherisch beteiligt gewesen.

Der SS-Obergruppenführer und Generalleutnant der Polizei Ulrich Greifelt war auf Platz Eins der Angeklagtenliste gesetzt worden, weil er, als Heinrich Himmler 1939 zu seinen anderen Funktionen die des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums erhielt, die Leitung von dessen Stabshauptamt übernommen hatte. Es trat in Aktion als Zentrale für die Vertreibung von Menschen aus dem Reich zugeschlagenen Gebieten Polens und deren Neubesiedlung mit Deutschen, die dafür nach Kriterien von Rassebiologen als geeignet angesehen wurden. Zu den herausragenden Figuren auf der Anklagebank gehörte SS-Obergruppenführer und Generalleutnant der Polizei Otto Hofmann, der 1923 zur NSDAP gestoßen und von 1940 bis 1943 Chef des RSHA gewesen war. Am 20. Januar 1942 hatte er an der sogenannten Wannsee-Konferenz teilgenommen, auf der die Durchführung des bereits begonnenen Massenmordens an den europäischen Juden und damit einhergehende Entscheidungen beraten wurden. Zu den durch ihre einstige Stellung exponierten Angeklagten zählte auch der SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Richard Hildebrandt, Mitglied der NSDAP seit 1922, der 1943/1944 Hofmann an die Spitze des RSHA gefolgt war. Gegenüber diesen Beschuldigten fielen Rolle und Einfluss ihrer Mitangeklagten zum Teil erheblich ab.

Vor den Richtern in Nürnberg saß nur eine Auswahl aus dem Führungspersonal des RSHA. Dessen erster Chef war Richard Walther Darré, der es schon 1933 in der Staatshierarchie bis zum Reichsbauernführer und Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung gebracht hatte, einen Posten, den er bis 1942 bekleidete. Er wurde im Wilhelmstraßen-Prozess (Fall XI) angeklagt und zu fünf Jahren Gefängnishaft verurteilt. 1944 hatte Harald Turner, ein promovierter Jurist, das RSHA zeitweilig geleitet. Er war zuvor als Chef der deutschen Militärverwaltung in Serbien Mitorganisator der Ausrottung der Juden gewesen. In britische Gefangenschaft geraten, wurde er an Jugoslawien ausgeliefert, wo ihm 1947 der Prozess gemacht wurde und dem Todesurteil die Hinrichtung durch den Strang folgte.

Ungeist und Untat

Die meisten Deutschen dürften von der Existenz der kooperierenden Einrichtungen, deren Zentralbüros sich in Berlin befanden, keine Notiz genommen oder Bekanntschaft mit ihnen gemacht haben. Deren Entstehung besaß einen gemeinsamen geistigen Ausgangspunkt: Rassenlehre und Rassenwahn

der deutschen Faschisten. In der für den Export bestimmten, harmlosen Version der Doktrin wurde erklärt, dass der Rassegedanke der „Nationalsozialisten“, der die Andersartigkeit von Menschenrassen betone, sich einzig gegen deren Vermischung wende, weil aus der für die „Bastarde“ wie für die Geschichte dieser Gruppen nur Unglück erwüchse. In Wahrheit lieferte das Dogma, dessen Kern die These von den höheren und den niederen Rassen, den Herren- und den Untermenschen bildete, mit der Verfälschung der Menschheitsgeschichte in einen einzigen Rassenkampf die Rechtfertigung für ein bestialisches Vorgehen der zu Herrenmenschen Erklärten. Es gab die Begründung für Kriege, deren Ziele nichts anderes sein könnten als Unterwerfung und Ausrottung.

Das RSHA, gegründet noch in der Weimarer Republik, war ein Zentrum für die Verbreitung der antihumanen Lehre. Es war dazu bestimmt, die „Nationalsozialisten“ und insbesondere die Angehörigen der SS dazu zu erziehen, sie auch im persönlichen Leben praktisch zu befolgen. Führer und Mitglieder des „Schwarzen Korps“ des Heinrich Himmler verstanden sich als die Edelsten der deutschen Nazis, die absolut Rassereinen, die – weiter zurück noch, als die Masse der Volksgenossen das tun sollte – nachweisen mussten, dass es unter ihren Vorfahren zurück bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts keinen Juden gab.

Die Fahndung nach den Dokumenten für den lückenlosen „Ariernachweis“, die in der SS ihren Ausgang nahm, breitete sich nach 1933 in die ganze braune Gesellschaft aus. In Papieren der Standesämter und, wenn die versagten, aus Kirchenbüchern wurden Belege für die „rein arische“ Abstammung gesucht, die bei verschiedensten Bewerbungen vorzulegen waren. Schon Volksschüler übten die Anlegung von Ahnentafeln. Die Ahnenforschung wurde zum Instrument der geistigen Disziplinierung, zur Einübung von Antisemitismus und Rassedünkel. Die zu Ahnen erklärten, auch als „Heldenahnen“ bedichteten und besungenen Vorfahren schwebten, was immer sie getan oder unterlassen hatten, gleichsam als Aufseher und Kontrolleure über den Lebenden. Ein mystischer Geschichtsbrei wurde angerichtet und erfüllte seine Zwecke.

Das war erst der Anfang. Die Scharlatane in Institutionen wie dem RSHA, das zeitweilig 500 Mitarbeiter zählte, und die Zuarbeiter und Helfer in deren Umfeld bereiteten mit ihrem Geschwätz, das von „deutschem“ zu „nordischem“, von „germanischem“ zu „arischem“ Blut wechselte, mit ihrer Unterscheidung von „rassisch wertvollen“, „gutrassigen“, „rassisch unerwünschten“, „rassisch minderwertigen“ usw. Menschen den Weg zu jener Eindeutschungs-, Vertreibungs- und Ausrottungspolitik, die begann, als die Tschechoslowakei 1939 liquidiert und das „Protektorat Böhmen und Mähren“ geschaffen wurde. In vielen Biographien dieser SS-Führer verband sich von nun an die Rolle des Schreibtischtäters mit der des praktischen Leiters und Organisators von Maßnahmen, die Menschen in besetzten Ländern in Verderben und Tod stürzten.

Grausame Unterwerfung

Wie die Eroberer außereuropäischer Kolonien in früheren Jahrhunderten beschäftigte auch die deutschen Faschisten während ihrer Kriegsvorbereitungen und mehr noch in der Zeit der ihnen gelungenen militärischen Eroberungen die Frage, wie sie die Ländereien und die dort Lebenden dauernd nutzen und beherrschen könnten. In den Antworten verbanden sich geschichtliche Erfahrungen der gleichsam klassischen spanischen, britischen und anderen Kolonisatoren, die sich vor allem in Mittel- und Südamerika, Afrika und Asien festgesetzt hatten, mit Prinzipien der Rassenlehre der Nazis. Dabei wurde in Rechnung gestellt, dass die Unterwerfung nicht auf „Wilde“, sondern auf Nationen und Völker zielte, die im 19. und 20. Jahrhundert soziale und nationale Befreiungskämpfe ausgetragen und in ihnen gesiegt hatten. Der allgemeinste Schluss lautete, dass das Ziel grausamere und brutalere Mittel erfordere als alle bisher in der Geschichte angewendeten.

Die deutschen Faschisten setzten nicht nur auf skrupellose Methoden der Niederhaltung. Sie waren darauf aus, die eigenen Volkskräfte rasch zu mehren, um das Potential an verwendbaren „Germanen“, die Masse der Herrenmenschen, zu vergrößern. Ihnen war die Rolle von Siedlern in ausgewählten Gebieten zugedacht, die sich im Laufe der Zeit ausdehnen sollten. Die „Fremdvölkischen“ hingegen würden, soweit man sie brauchte, lediglich geduldet, aber in ihrer Substanz entscheidend geschwächt werden. Dieses Programm der „Germanisierung“ und „Ausmerzung“ wurde 1939 auf dem Boden des

eroberten Polen in Angriff genommen. Aus den westlichen und nördlichen Gebieten des Nachbarlandes, das als Staat nicht wieder erstehen sollte, wurden die slawischen Bewohner und Juden nach Osten vertrieben und sogenannte Volksdeutsche aus dem Balkan und dem Baltikum – Gebieten, die Teil der Sowjetunion geworden waren – aber auch aus dem „Altreich“ eingesiedelt. Diese Praxis, die mit dem nackten Raub des Eigentums der Vertriebenen einherging, verklärte die Propaganda im „Nationalsozialistischen Jahrbuch 1941“ als „planvolle Völkerwanderung, die in der Geschichte kein Beispiel kennt“.

Gleichzeitig begann in den vorwiegend von Slawen bewohnten Gebieten des Westteils der Tschechoslowakei sowie in West- und Nordpolen die Fahndung nach „gutem Blut“, nach Personen, die als „eindeutschungsfähig“ galten. War das entdeckt, wurden dessen „Träger“ zur Arbeit nach Deutschland gebracht, dabei auch Familien zerrissen, Kinder von ihren Eltern getrennt. Mitglieder von Kommissionen, die diese Sonderung vornahmen, entschieden mit ihren Befunden vielfach über Leben und Tod. In Łódź, das die Okkupanten in Litzmannstadt umbenannten, und in Prag wurden, um das Unternehmen rascher voranzutreiben, Außenstellen von Himmlers Volkstumskommissariat errichtet.

Es waren diese Praktiken, die in einer Liste von Beschuldigungen erfaßt wurden, die man Angeklagten präsentierte. Auf ihr waren verzeichnet: Kindesraub, dessen Opfer auf ihre Fähigkeit der „Germanisierung“ geprüft und der „Eindeutschung“ zugeführt worden waren; Zwang von sogenannten Ostarbeiterinnen zur Abtreibung, um sie als Arbeitskräfte zu erhalten und die Vermehrung unerwünschter Nationen zu schwächen; Wegnahme von Kindern, die Ostarbeiterinnen geboren hatten, von denen die einen getötet, andere zur „Germanisierung“ bestimmt wurden; Exekution von Ostarbeitern oder deren Einlieferung in Konzentrationslager, weil sie mit Deutschen sexuelle Beziehungen gehabt hatten; Vertreibung von Angehörigen fremder Nationen von ihren Wohnsitzen oder Verschleppung zur Arbeit in Deutschland mit dem Ziel, sie „einzudeutschen“ und sie zu drängen, in die Wehrmacht, die SS oder ähnliche Organisationen einzutreten; Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums im okkupierten Gebiet, darunter des Eigentums von Kirchen, an Grundstücken und Krankenhäusern, sowie der Besitztümer von Insassen der Konzentrationslager; Teilnahme an der Verfolgung und Vernichtung der Juden.

Denkwürdige Zeugenaussagen

Unter den Anklagen lautete eine besonders schwerwiegende „Kidnapping“ – Kindesraub zum Zwecke der „Germanisierung“. Das Gericht lud, dem Antrag der Anklage folgend, am 30. Oktober 1947 die 15jährige Marie Doležalová als Zeugin vor, die ich etwa drei Jahrzehnte später während der Arbeit der Lidice-Initiative kennenlernte. Das war ein in Bremen beheimateter antifaschistischer Zusammenschluss, dessen Angehörige für die Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei eintraten, als diese noch immer von revanchistisch gesinnten Führern sogenannter Vertriebenenverbände mitbestimmt wurden. Da hatte sich Frau Doležalová, verheiratete Supikova, die stellvertretende Bürgermeisterin des neuen Lidice geworden war, um die Bewahrung des Gedächtnisses an jene Ereignisse hochverdient gemacht, die zu ihren Kindheitserlebnissen gehörten. Davon hatte sie in Nürnberg gesprochen.

Lidice, das tschechische Dorf, in dem sie aufwuchs, war nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich 1942 von einem blindwütigen Racheakt der SS heimgesucht worden (siehe jW-Thema v. 9.6.2007). Die Männer wurden getötet, die Frauen in Konzentrationslager verschleppt, die Kinder, Maria gehörte zu ihnen, auf ihre Eignung zur „Eindeutschung“ geprüft und bei positivem Entscheid in deutsche Familien gegeben. Nach Kriegsende wurde nach diesen Kindern gefahndet. Der Bericht der Zeugin zeigte die Rassisten in einer ihrer Aktionen, die – nicht vollständig – von den Faschisten selbst zum Zwecke der Abschreckung bekanntgemacht worden war und weltweit Proteste und die Forderung nach verstärkten Anstrengungen im Befreiungskampf hervorgerufen hatte.

Ein ganz anderer Zeuge der Anklage war SS-Obergruppenführer und Polizeigeneral Erich von dem Bach-Zelewski. Er war seit 1933 innerhalb und außerhalb des Reiches Mitorganisator des Terrors und von Vernichtungsfeldzügen gewesen. Er stieg bis zum Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Russland-Mitte und zum Inspekteur und Führer von „Bandenkampfverbänden“ auf. Wie der frühere

Chef einer Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei, Otto Ohlendorf, unter dessen Kommando nach seiner eigenen Angabe etwa 90.000 Juden umgebracht worden waren, gehörte Bach-Zelewski zu den wenigen, die, überzeugt von der Aussichtslosigkeit bloßen Lügens, nach seiner Gefangennahme bei Vernehmungen Rede und Antwort standen. Während des Hauptprozesses profitierte er als Zeuge davon, dass die Anklage mehr an Auskünften über die Rolle der Wehrmachtsbefehlshaber denn über seine eigene interessiert war. Er hatte dort berichtet, wie SS und Wehrmacht zusammenwirkten, was ihm von Angeklagten Hasserfüllte Blicke und Kommentare eintrug.

Die meistzitierte Äußerung des SS-Generals – Antwort auf die Frage eines Verteidigers – aus diesem Auftritt als Zeuge betraf das Verhältnis von Ideologie, Politik und Verbrechen. Das Thema war auch für die Beurteilung der Ursprünge und des Hergangs der Untaten wichtig, die nun im Fall VIII erörtert wurden: Bach-Zelewski hatte gesagt: „Wenn man jahrelang predigt, jahrzehntelang predigt, dass die slawische Rasse eine Unterrasse ist, dass die Juden überhaupt keine Menschen sind, dann muss es zu einer solchen Explosion (gemeint war das Massenmorden – K. P.) kommen.“ War die mörderische Ideologie hier auch als alleinige Quelle der mörderischen Tat aufgefasst, bekräftigte die Feststellung doch die Anklage gegen alle, die wie Rosenberg oder Streicher Ideologen und Propagandisten des Rassenwahns gewesen waren.

Anders als Ohlendorf, der im sogenannten Einsatzgruppenprozess am 10.4.1948 zum Tode verurteilt worden war, endete Bach-Zelewski übrigens nicht in Landsberg am Galgen, was er nicht weniger als dieser verdient haben würde. Weshalb er bei der Nominierung der Angeklagten für eines der Nürnberger Verfahren ausgelassen worden ist, lässt sich vermuten. Jedoch erwähnten weder Telford Taylor noch Robert M. W. Kempner, die im Anklägerteam eine herausragende Rolle einnahmen, in ihren Erinnerungen auch nur diese Tatsache. Entscheidungen bundesrepublikanischer Gremien brachten den Verbrecher dauerhaft hinter Gitter.

Anbiederungsversuche

Bevor der Gerichtshof sich zurückzog, um über Urteile und Strafmaße zu beraten, erhielten die Angeklagten wie üblich Gelegenheit, sich in letzten Worten an die Richter zu wenden. Am längsten sprachen die drei SS-Generale, denen die Beteiligung an schwersten Verbrechen nachgewiesen worden war: Greifelt, Hofmann und Hildebrandt. Keiner von ihnen gestand auch nur eine Teilschuld ein, keiner ging auch nur auf einen konkreten Vorwurf ein. Sie flohen in leere, angesichts ihrer Biographien geradezu groteske Beteuerungen. Greifelt stelle sich als Patriot und Menschenfreund dar und steigerte sich bis in die Aussage, er habe reinen Herzens gehandelt. Als frei von aller Schuld bezeichnete sich auch Hofmann, der sich zudem – Vorbildern im Hauptprozess folgend, in dem sich Baldur von Schirach zum Fürsprecher der von ihm geführten Hitlerjungen gemacht hatte – zum Verteidiger der „einfachen“ SS-Männer aufschwang. Die bemerkenswerteste Schlussrede hielt Hildebrandt. Wichtigtuerisch forderte er, Ereignisse und Taten im Zusammenhang zu sehen, was ohne historische Distanz schwerfalle. Den stellte er dann so her: Alles Unheil sei in das 20. Jahrhundert vor 30 Jahren durch den Sieg des Bolschewismus gekommen. Noch einmal erklärte er sich als Antikommunist, nun freilich mit dem modifizierenden Bekenntnis zur westlichen Welt, zum Pluralismus von Ideen und Meinungen und zum Frieden. Das war schlichte Spekulation auf die inzwischen erfolgte Entwicklung des Kalten Krieges. Er sah in den Richtern Leute, die im Kern von seiner Gesinnung wären. So trat er ihnen auch gegenüber: „Ich glaube nicht, dass die Soldaten der westlichen Demokratien für die Oder-Neiße-Linie oder für die Zerstörung der einfachsten Menschenrechte ostwärts der Linie Stettin-Triest gekämpft haben“ – eine Passage, die erkennen ließ, dass Hildebrandt sowohl die Eiserne-Vorhang-Rede Winston Churchills in Fulton/Missouri wie die Stuttgarter Rede des früheren Außenministers der USA James F. Byrnes, mit der Distanzierung von der in Potsdam vereinbarten deutschen Ostgrenze – beide 1946 gehalten – gelesen hatte. Unmittelbar anschließend und sich nun direkt an die Richter als USA-Bürger wendend, fuhr er fort: „Noch weniger glaube ich, dass diese Soldaten wünschten, den Westen, die Heimat ihrer Vorfahren, der tödlichen Gefahr zu überlassen, von Kräften des Antichristentums und der Unmenschlichkeit unterworfen zu werden.“ Indessen verfehlte dieses aus Antikommunismus gewirkte Lasso sein Ziel.

Am 10. März 1948 wurden die Urteile gesprochen. Die einzige weibliche Angeklagte, eine Mitarbeiterin des „Lebensborn e. V.“, erhielt einen Freispruch. Greifelts Urteil lautete lebenslänglich, er starb ein Jahr später. Die anderen Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen 25 und zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Hildebrandt, der 25 Jahre inhaftiert bleiben sollte, wurde aufgrund eines Verlangens an Polen überstellt. Dort klagte ihn ein Gericht wegen der Verbrechen, die er als ehemaliger Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) im 1939 geschaffenen und dem Reich angeschlossenen Reichsgau Danzig-Westpreußen zu verantworten hatte. Das gefällte Todesurteil wurde 1952 vollstreckt.

Um die anderen Inhaftierten des RSHA-Prozesses machte die Begnadigungs- und Entlassungswelle keinen Bogen. 1954 war selbst der zu 25 Haftjahren verurteilte Otto Hofmann, zuletzt HSSPF Südwest mit Sitz in Stuttgart und zuständig bis in das Gebiet des annektierten Elsass, wieder frei.

junge Welt, Sonnabend, 30.06.2007, S. 10.

Karteikartenspiel, Grundregeln

Mehr Kampagne als Zufall: Zum Fund dreier NSDAP-Dokumente im Bundesarchiv

Haben sie, haben sie nicht? Wussten sie, wussten sie nicht? Verheimlichten oder verdrängten „die drei“? Ihre Namen wurden auf Karteikarten gefunden, auf denen NSDAP-Bürokraten die einfachen Parteimitglieder verzeichnet hatten. Von diesen Dokumenten gibt es im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde elf Millionen. Unterzeichnete Anträge auf Mitgliedschaft in der Nazipartei sind gerade einmal 600.000 archiviert. Die übrigen gelten als verloren, wurden willentlich vernichtet oder sind in den Wirren des Kriegsendes und unmittelbaren Nachkriegs auf meist nicht mehr feststellbare Weise abhandengekommen.

Heute ist der Bestand für Recherchen leicht zugänglich. Eine Zeitschrift hat ausgeschickt und ist – welch schöner Zufall – auf drei Karteikarten mit Namen von Personen gestoßen, die zur Kulturgeschichte der BRD gehören: Siegfried Lenz, Martin Walser und Dieter Hildebrandt – drei Männer, die seit kurzem über die Schwelle zum neunten Lebensjahrzehnt sind. Sie waren zum Zeitpunkt, von dem die Karten ihren Parteieintritt vermerken, 16 und 17 Jahre alt. Wen interessiert das? Wen wollen Redaktionen von Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksendern seit Tagen dafür interessieren? Und in welcher Absicht?

Kaum war der Fund bekanntgemacht, schlug wieder die Stunde der Historiker. War ein unterschriebener Antrag auf Mitgliedschaft bis zum Ende des Regimes obligatorisch oder wurde darauf von einem zu bestimmenden Zeitpunkt an verzichtet? Gab es Parteiaufnahmen ohne jedes Einverständnis und Zutun insbesondere von Angehörigen der Jahrgänge 1926 und 1927, die gegen Kriegsende die vorgeschriebene Altersgrenze für eine Aufnahme überschritten oder gerade erreichten?

Die Spezialisten ließen sich nicht bitten. Es kam zu Worte, wer als kompetent gilt. Professoren der Geschichte zumal, emeritierte und noch aktiv im Staatsdienst stehende. Es sei „ganz unbezweifelbar“, dass es solche Aufnahmen ohne Initiative der Betroffenen gegeben habe, sagte der eine. Er habe keinen Zweifel, dass dem so gewesen sei, ein anderer. Der dritte erklärte, es müsse „solche Fälle gegeben“ haben und auch der vierte zweifelte an dieser Praxis nicht, wenngleich über sie „wenig oder nahezu nichts“ bekannt sei. Der fünfte hielt das Verfahren „für möglich“, ein sechster „für durchaus möglich“ und der siebente meinte, es gab derlei „ganz sicher“. Dem widersprachen der achte, neunte und zehnte, die entweder darauf bestanden, dass persönliche Anträge notwendig geblieben seien, oder meinten, ein Eintritt ohne sei „unwahrscheinlich“. Diese Historiker sind durchweg keine Greenhorns im Umgang mit den Medien. Aber sie spielten Nebenrollen in einem garstigen Politikstück, auf das sie besser angemessen reagiert hätten: mit der Verweigerung des Mittuns und der Forderung, es abzusetzen.

Stattdessen hat sich einer aus der Zunft der Clio zum Rat aufgerafft, um die Sache nicht zu viel Aufhebens zu machen. Das Stück soll nicht zu lange auf dem Spielplan bleiben. Wieviel Aufhebens hält der Mann für gerechtfertigt? Nicht anders Marcel Reich-Ranicki: Es solle die Sache nicht zu ernst genommen werden. Ernst aber doch, also wie ernst bitte?

Warum spricht niemand aus, was Leuten mit Verstand nicht verborgen geblieben sein kann: Hier sollen drei Leute in den Verdacht der Unaufrichtigkeit gesetzt, in ihrer Glaubwürdigkeit und ihrem Ansehen beschädigt werden, die zu verschiedenen Zeiten, mit verschiedenen Mitteln für eine kritische Sicht auf die braune und die bundesrepublikanische Gesellschaft eintraten und andere dazu anregten. Welch Zufall!

Welch Zufall auch, dass die „Enthüllung“ von einer Seite erfolgte, der eine kritische Sicht auf die BRD fernliegt. Dieter Hildebrandt hat recht, wenn er von Rufschädigung spricht, die auf das zielt, wofür die Person einsteht, aber er irrt sich – wie andere –, wenn er das Unternehmen als Füllmasse in das Sommerloch sortiert. Es passt zu genau in die tagtäglich und nicht erst seit Sommeranfang zu beobachtende Praxis, jeden mindestens in ein Zwielicht zu setzen, der die deutschen Zustände nicht für alternativlos und nicht für die besten aller hierzulande denkbaren hält.

Es geht um bloße Fakten? Um die Wahrheit? Die hat die Geschichtswissenschaft seit langem zutage befördert. Das Naziregime suchte bis in die Stunde seiner Agonie die deutsche Bevölkerung ideologisch an sich zu binden und setzte dazu jedes seiner schwindenden Mittel ein. Und da organisatorische Bande fester halten als ideologische allein, wurde ein möglichst großer Teil der „Volksgenossen“ in die NSDAP und deren Gliederungen geholt, durch Lockung oder auch Drohung. Dieses Bestreben richtete sich auf keine Gruppe von Deutschen mehr als auf die Jugendlichen und in keiner waren bis 1945 so große Erfolge zu erzielen, wie die Bilder der milchbärtigen Volkssturmkämpfer des Frühjahrs 1945 überliefern. Dass aus dieser großen Gruppe Menschen hervorgingen, die – ernüchtert, erschrocken und erwacht – das „Nie wieder“ zu ihrer Lebensmaxime machten, ist erwiesen und aller Ehren wert.

junge Welt, Sonnabend, 07. Juli 2007, S. 13.

Milde Urteile

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48.

Der Geiselmordprozess gegen Hitlers Generale in Südosteuropa (7)

Die Geschehnisse, mit denen sich in Nürnberg ein US-amerikanischer Gerichtshof in seinen Verhandlungen ab Juli 1947 befasste, hatten mehr als sechs Jahre zuvor ihren Anfang genommen: der Balkanfeldzug der Wehrmacht. Deutschland überfiel in den ersten Apriltagen 1941 Jugoslawien und Griechenland. Am Ende dieser Aggression befand sich das gesamte Gebiet zwischen der Adria und dem Westufer des Schwarzen Meeres, abgesehen von jenem auf dem europäischen Kontinent gelegenen Zipfel türkischen Gebiets, unter der Aufsicht oder im Zugriffsbereich der deutschen Machthaber. Ungarn, Rumänien und Bulgarien waren Verbündete. Ungarn hatte am Krieg gegen Jugoslawien, Bulgarien an dem gegen Griechenland teilgenommen. Beide durften sich als Beute ein Stück aus dem Nachbarland herausreißen, sich so noch fester an die faschistische Führungsmacht bindend. Jugoslawien, Albanien und Griechenland, einschließlich der dem Festland vorgelagerten Mittelmeerinseln, wurden von Deutschland, Teile auch von Italien besetzt. Die beiden Achsenmächte annektierten zudem jugoslawisches Territorium.

Ein nicht geplanter Feldzug

Diese Ausweitung des Krieges in den Südosten Europas war in den deutschen Plänen für das Jahr 1941 nicht vorgesehen worden. Die richteten sich, wie im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) im Dezember 1940 durch eine Weisung Hitlers bestimmt, ganz auf die Sowjetunion. Doch entstand zuvor auf dem Balkan eine missliche Lage, da Italien, das von Albanien aus in Griechenland eingefallen war, in Kampfhandlungen verwickelt wurde, aus denen es absehbar nicht als Sieger hervorgehen würde. Auf diesem Kriegsschauplatz traten Kräfte der britischen Armee auf. Der Landkrieg zwischen den Hauptmächten, im Sommer 1940 an der Kanalküste auf französischem Boden beendet, drohte auf den Kontinent zurückzukehren – nun an dessen südöstlichen Gestaden. Welche Weiterungen sich daraus ergeben konnten, war offen. Daher sollte das Gebiet rasch und vor Beginn des Einfalls in die UdSSR „befriedet“, also zu einem gesicherten Hinterland gemacht werden.

Tatsächlich dauerten die Kampfhandlungen bis zur Kapitulation Jugoslawiens und Griechenlands nicht länger als einen halben Monat, dann wehte die Hakenkreuzflagge auf der Akropolis. Wieder hatte es die Wehrmacht mit schwächeren und unvorbereiteten Gegnern zu tun. Fallschirmjäger nahmen unter unerwarteten Verlusten auch Kreta, wo sie gegen britische Truppen zu kämpfen hatten. Hitler hielt vor dem „Großdeutschen Reichstag“ eine triumphierende Rede, die in dem Satz gipfelte: „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.“ Das war schon mit dem Gedanken und dem Blick auf den Feldzug nach Moskau gesagt.

Doch entwickelten sich die Ereignisse in den nun zum deutschen Hinterland gehörenden Gebieten entlang von Adria und Mittelmeer anders als gedacht. In den unterworfenen Völkern lebte aus der langen Geschichte ihrer Kämpfe gegen die osmanische Herrschaft, die zu eigenen Staatenbildungen geführt hatte, ein ausgeprägter Freiheitswille. Für die Serben lag eine Zeit deutscher Eroberung und Besetzung zudem erst 25 Jahre zurück. Nachdem sie 1914 die Österreicher zurückgeschlagen hatten, waren es deutsche Truppen, die im Jahr darauf das Land unterwarfen. Nun, ein Vierteljahrhundert später, bekamen die faschistischen Eindringlinge das Land in keinem Moment fest in ihre Hände. Die Geographie des Landes begünstigte den Rückzug von Kämpfern der regulären Armee in schwer zugängliche Gegenden. Es begannen Widerstandsaktionen, die sich zum Partisanenkrieg steigerten. Und der Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion erforderte militärische Kräfte. Wehrmachtstruppen wurden vom Balkan abgezogen und im Süden der Ostfront zur Eroberung der Ukraine eingesetzt.

Missachtung der Landkriegsordnung

Was den Unterworfenen Ermutigung für Widerstands- und Partisanenkampf war, trieb die Besatzer zu grausamer Niederhaltung der Bevölkerung voran. Das war die geschichtliche Situation, in der jene Verbrechen verübt wurden, für die sich im Geiselmordprozess, auch bezeichnet als Verfahren gegen

die Südost-Generale, deutsche Militärführer verantworten mussten. Zu verschiedenen Zeiten hatten sie als Besatzungsherren in Jugoslawien, Albanien und Griechenland gehandelt, ohne die in der Haager Landkriegsordnung von 1907 vereinbarten Normen des Kriegsrechts zu respektieren. In ihr war der Bevölkerung eines besetzten Gebiets ausdrücklich das Recht zugestanden, sich gegen Eindringlinge zur Wehr zu setzen. Demnach waren Partisanen wie Kombattanten einer regulären Armee zu behandeln, sofern sie unter einem Kommando standen, sich als Gruppe auch äußerlich erkennbar machten, die Waffen offen trugen und sich selbst an die Kriegsgesetze hielten.

Zwei Bestimmungen aus der Ordnung über das Verhalten in Feindesland genügen, um zu verdeutlichen, dass und wie die Okkupanten internationalen Rechtsnormen zuwiderhandelten. Artikel 43 besagte: „Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“ Die Artikel 46 und 47 lauteten: „Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.“ Und: „Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.“ Den deutschen Wehrmachtsgeneralen aber hatte offenkundig schon bei Kriegsbeginn Hitlers Devise gegolten, dass Sieger nach Recht oder Unrecht nicht gefragt würden. Nur gehörten sie am Ende nicht zu den Siegern.

Auf der Nürnberger Anklagebank mussten zwölf hohe Wehrmachtsoffiziere Platz nehmen. Franz Böhme, Ernst Dehner, Hellmut Felmy, Hermann Foertsch, Curt Ritter von Geitner, Walter Kuntze, Hubert Lanz, Ernst von Leyser, Wilhelm List, Dr. Lothar Rendulic, Wilhelm Speidel und Maximilian von Weichs wurde am 17. Mai 1947 die Anklageschrift überreicht. Sie stützte sich wesentlich auf erbeutete Dokumente aus der Hinterlassenschaft von Wehrmachts- und zivilen Dienststellen, auf deren Tätigkeitsberichte und Tagebücher, also auf die bürokratischen Schriftstücke der Angeklagten selbst, sowie ihrer Vorgesetzten, Stäbe und Untergebenen. Der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt wurden die ehemaligen Generalfeldmarschälle List und von Weichs, der von Hitler hochgeschätzte Generaloberst Rendulic, der 1944 auch den Rückzug in Norwegen befehligte und dort die Politik der verbrannten Erde praktizieren ließ, und acht weitere Generale verschiedener Wehrmachtsteile und Waffengattungen von den Fliegern bis zu den Panzertruppen, weiterhin ein Generalmajor der Reserve. Bei Prozessbeginn zwischen 51 und 66 Jahre alt, hatten sie Karrieren als Berufssoldaten hinter sich, manche davon begannen bereits im Kaiserreich. Zu ihrer Ausbildung auf Kriegsschulen und -akademien gehörte auch damals schon die Unterweisung im Kriegsrecht. Zudem waren die Angeklagten Zeitzeugen der Ahndung deutscher Kriegsverbrechen gewesen, die im Ersten Weltkrieg in Belgien, Frankreich und Serbien begangen worden waren. Die wenigen zu Beginn der zwanziger Jahre unter internationalem Druck zustande gekommenen Anklagen vor dem Reichsgericht in Leipzig, die freilich mit Freisprüchen und geringfügigen Bestrafungen ausgegangen waren, hatten sie nicht als Warnung verstanden.

Brutal gegen Bevölkerung

Der Gerichtshof sah sich bei seinen Entscheidungen einer Rechtslage gegenüber, wonach nach normiertem wie nach Kriegsgewohnheitsrecht in bestimmten Situationen und in einem eingegrenzten Umfang Repressalien wie Geiselnahme und Geiselerschießungen, faktische Racheakte also, erlaubt waren, nicht jedoch Bestrafungen an Personen, die an Widerstands- bzw. Partisanenkämpfen nicht beteiligt waren. Die Haager Landkriegsordnung besagte in Artikel 50: „Keine Strafe [...] darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.“

Doch selbst wenn die Praxis, Geiseln für Taten büßen zu lassen, die sie nicht begangen hatten, ein Vorgehen, das mit Willkür einherging und der terroristischen Drohung diente, als zulässig angesehen wurde, blieben auf dem Kerbholz der Angeklagten genug ausdrücklich als Verbrechen gekennzeichnete Taten. Zum einen hatten die Racheakte ein Ausmaß angenommen, dass durch keine dieser –

ohnehin widerwärtigen – Normen noch gedeckt war. In Serbien waren, einem Befehl des 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilten und hingerichteten Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, folgend, für einen getöteten deutschen Soldaten 100 Geiseln erschossen worden. Doch dabei blieb es nicht. Zu den Verbrechen der Wehrmacht gehörte die Ausrottung der männlichen oder gar der gesamten Einwohnerschaft von Dörfern und deren Niederbrennen, die Verschleppung von Bewohnern zu Zwangsarbeit. Die Vergeltungsaktionen zogen eine blutige Spur mit Bergen von Toten in den serbischen Orten Topola, Kraljevo und Kragujevac.

Von allen Massakern unter der Zivilbevölkerung in Griechenland war das in der Stadt Kalavrita im Dezember 1943 nach Ausmaß an Opfer und an Zerstörungen besonders barbarisch. Es geschah in der Zeit, in der sich der Partisanenkampf in Teilen Griechenlands verstärkte und die Besatzer – nach den Rückzügen der Wehrmacht an der Ostfront, der Niederlage der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika, dem Übersetzen anglo-amerikanischer Streitkräfte auf das italienische Festland und dem Sturz Mussolinis – fürchten mussten, dass der Landkrieg alsbald auch auf den Balkan zurückkehren würde. Zugleich wuchs in der Bevölkerung die Wut dramatisch an, denn die sozialen Verhältnisse und die Versorgung mit Nahrungs- und anderen Lebensmitteln gestalteten sich immer chaotischer. Im Lagebericht des Militärbefehlshabers Griechenland, General Wilhelm Speidel, für November 1943 wurde eingestanden, dass die Stimmung der Einwohner zudem durch das Verhalten der deutschen Truppen „beeinträchtigt“ würde, „deren Moral nach den vorliegenden Berichten einzelner Feldkommandanten erschreckend abnimmt“. Es seien allein in Athen und dem benachbarten Piräus „48 Fälle festgestellt worden, in denen sich deutsche Soldaten Gewalttätigkeiten gegenüber der Bevölkerung (hauptsächlich Diebstahl und Erpressung) haben zuschulden kommen lassen“. Das betraf die unbefohlenen kleinen Taten, begangen aus eigenem Antrieb und auf eigene Rechnung.

Die Methode des planmäßigen, befohlenen Vorgehens der Besatzer bei Terrorfeldzügen und deren Rechtfertigung ließ sich an ihrer Sprache ablesen. Partisanen waren Banditen, ihre Aktionen Bandenüberfälle, die eigenen Unternehmen hingegen Säuberungs- und Sühnemaßnahmen. Der Feind, wiewohl organisiert, sollte als achtenswerter Gegner nicht anerkannt werden. Wo er hervortrat, wurde am besten alles menschliche Leben ausgelöscht und die Gegend unbewohnbar gemacht. Darauf zielte auch das „Unternehmen Kalavrita“ im Dezember 1943. Der Umkreis des Ortes wurde von Partisanen beherrscht, die etwa 75 deutsche Soldaten gefangengenommen hatten und anboten, sie gegen eigene Leute auszutauschen, die sich in deutscher Gewalt befanden. Dazu kam es aber nicht, weil Wehrmachtstruppen zu einer Befreiungsaktion antraten. Als sich die Partisanen vor der deutschen Übermacht zurückziehen mussten, erschossen sie ihre Gefangenen.

Von den vordringenden Formationen der 117. deutschen Jägerdivision unter Generalmajor Karl von Le Suire wurden, so die Angaben des abschließenden Berichts, 24 Dörfer sowie drei Klöster zerstört und 696 Geiseln erschossen – eine Bilanz, die nach späteren griechischen Ermittlungen unvollkommen war. Die Kunde und die Gerüchte vom Geschehen musste in der Bevölkerung umso mehr Erregung und Abscheu hervorrufen, als das Kloster Agia Lavra nahe Kalavrita in der Geschichte des griechischen Befreiungskampfes eine besondere Rolle gespielt hatte. Hier war am 25. März 1821 vom griechisch-orthodoxen Metropoliten Germanos von Patras die Fahne der Kämpfer gegen die osmanische Fremdherrschaft gesegnet worden. Der Ort galt als ein Nationalheiligtum.

Die Kette dieser blindwütigen Racheakte war gegen Ende 1943 immer länger geworden. Sie brachte auch die griechische Kollaborationsregierung unter Ioannis Rallis, die erst vor kurzem ins Amt lanciert worden war, in eine gegenüber der Landesbevölkerung hoffnungslose Lage. Von Hilflosigkeit zeugt ein Schreiben an General Speidel, in dem nur beklagt wurde, dass kein Unterschied zwischen Schuldigen und Unschuldigen gemacht worden sei und sich auch sehr viele Frauen und Kinder unter den Opfern befinden würden.

Verweigerte Wiedergutmachung

Am 19. Februar 1948 sprach der Gerichtshof unter dem Vorsitz von Charles F. Wennerstrum, Richter am Obersten Gericht des Staates Iowa, die Urteile. In zwei Fällen lauteten sie auf Freispruch. Zudem hatte im Prozessverlauf einer der Anklagten, der einstige bevollmächtigte kommandierende General

in Serbien, Franz Böhme, Selbstmord begangen. Feldmarschall von Weichs war aufgrund seines Gesundheitszustands aus dem Verfahren entlassen und auf freien Fuß gesetzt worden; er starb 1954. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits sämtliche acht Verurteilten wieder in Freiheit, obwohl ihre Strafen zwischen sieben Jahren und lebenslänglicher Haft betrugen. Wie andere Verurteilte aus den Nachfolgeprozessen waren auch sie von der Gnadenwelle des Jahres 1951 aus dem Gefängnis gespült worden; die letzten Inhaftierten 1952. So glimpflich waren andere an Kriegs- und Menschheitsverbrechen auf dem Balkan beteiligte deutsche Generale nicht davongekommen. Den in britische Gefangenschaft geratenen und an Jugoslawien ausgelieferten Generaloberst Alexander Löhr verurteilte ein jugoslawisches Gericht 1947 zum Tode durch Erschießen. Das Urteil wurde vollstreckt. Löhrs Schuldkonto reichte bis zum Tag des Beginns des faschistischen Südostfeldzugs, dem 6./7. April 1941, zurück, als eine unter seinem Kommando stehende Luftflotte die offene Stadt Belgrad bombardierte.

Angesichts der offenkundigen Tatsachen über die Grausamkeiten, für welche die deutschen Befehlshaber in Griechenland und Serbien die Verantwortung trugen und auch wegen des Unmuts, den die milden Urteile in der Öffentlichkeit der beiden Staaten schon bei ihrer Verkündung ausgelöst hatten, hielt es der US-amerikanische Hochkommissar John McCloy im Jahre 1950 – es waren seitdem wenig mehr als zwei Jahre vergangen – für nötig, seine Korrekturen an den Gerichtsentscheidungen und die Begnadigungen der im Geiselmordprozess Verurteilen eingehend zu kommentieren. Er gab bekannt, dass er keine mildernden Umstände angesichts des Terrorregimes der Besatzer zu erkennen vermöge. Die Befehle der später Verurteilten hätten eine Atmosphäre der Aufhetzung zu Exzessen geschaffen. Konnte man die einstigen Wehrmachtsbefehlshaber also ohne Gesichtsverlust nicht begnadigen, so wurden – einer Empfehlung des Ausschusses folgend, der die Prüfung der Urteile vorgenommen hatte – die zu lebenslanger Haft verurteilten List und Kuntze aus Krankheitsgründen von weiterer Strafverbüßung verschont. List lebte danach noch nahezu zwei Jahrzehnte.

Dem Geiselmordprozess ist in der deutschen Geschichtsliteratur lange Zeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Eine Ausnahme bildete die Dokumentensammlung, um deren Erscheinen in Berlin (Ost) 1965 sich Martin Zöller besonderes Verdienst erwarb. Zweimal bin ich mit ihm, dem in einem von Deutschen besiedelten Dorf nahe Belgrad geborenen und zweisprachig aufgewachsenen Kollegen zu Historikerkongressen nach Jugoslawien gereist. Jugoslawische Historiker betrachteten ihn als einen der ihren: „Den haben wir euch nur ausgeborgt.“ Das war so viel wie ein hoher Staatsorden, den Jugoslawiens Präsident Tito zu vergeben hatte, bei dessen Begegnungen mit seinem Amtskollegen Walter Ulbricht Zöller gedolmetscht hatte. 1992 erschien als Frucht der Arbeit ostdeutscher Historiker in der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ ein Band, der vor allem Dokumente der Okkupationspolitik in Jugoslawien und Griechenland enthält und um dessen Erscheinen sich der Historiker Martin Seckendorf verdient machte.

In der Bundesrepublik gehörten diese Kriegsverbrechen zu den langeverdrängten Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges. Gerichte in Westdeutschland haben die Geiselmorde als völkerrechtsmäßige Repressalie eingestuft und sich auch damit von der Nürnberger Rechtsprechung distanziert. Andere Gerichte gelangten nach sich hinziehenden Ermittlungen zu dem Ergebnis, die Taten seien verjährt, so dass es nicht zu Hauptverfahren kam.

Vereinzelt ist gegen das Rechtfertigen, Verdrängen und Vergessen Front gemacht worden. So von Wolfgang Staudte mit seinem Film „Herrenpartie“, einer westdeutsch-jugoslawischen Gemeinschaftsproduktion. Er erzählt die Geschichte eines Ausflugs, den ein ausgelassener und unternehmungslustiger westdeutscher Männergesangsverein in eine Gegend Serbiens unternimmt, in der Altersgenossen dieser Reisegesellschaft einst in Wehrmachtsuniform gewütet hatten. Zufällig gelangen die Touristen in ein Dorf, in dem einzig noch Frauen leben, schwarz gekleidet als Zeichen ihrer Trauer um ihre hingemordeten Männer. Der Film erschien 1963/64. Sein Produzent wurde als Nestbeschmutzer angefeindet. Drei Jahrzehnte waren vergangen, man schrieb 1995, als die sogenannte Wehrmachtsausstellung auch die Verbrechen im okkupierten Serbien in Erinnerung brachte. Wieder mobilisierte ein Teil der deutschen Gesellschaft bis in deren viel berufene Mitte gegen die geschichtlichen Wahrheiten.

Bis in unsere Tage wirken die Verbrechen aus der Besatzungszeit nach. Hartnäckig ignoriert bislang die Bundesregierung die Forderung nach finanzieller Wiedergutmachung zugunsten griechischer Überlebender der Massaker. Keines der Kabinette in Bonn und Berlin hat sich bisher bereitgefunden, auf dem Weg politischer Verhandlungen mit dem NATO-Verbündeten Griechenland zu einer abschließenden Regelung zu gelangen. Diese würde ohnehin nur symbolischen Wert besitzen, nicht anders, als der Besuch des Bundespräsidenten Johannes Rau in Kalavrita im Jahre 2003 es tat. So beschritten die Überlebenden den Weg der gerichtlichen Klage. Er begann in Griechenland und scheiterte an Entscheidungen deutscher Gerichte, des Landgerichts Bonn und des Oberlandesgerichts Köln. Endstation der juristischen Auseinandersetzung war im Europäische Gerichtshof. Der konstatierte, dass Privatpersonen einen Staat für derlei Forderungen nicht in Anspruch nehmen könnten.

Gegen die abweisenden Argumente bundesdeutscher Gerichte hat der Völkerrechtler Norman Paech seine juristische und politische Position entwickelt: Der Juristische Schatten der Wehrmachtsverbrechen in Griechenland (hwp-hamburg.de/fach/fg_jura/dozentinnen/paech/Wehrmachtsverbrechen.htm

junge Welt, Sonnabend, 14.07.2007, S. 10.

Vor dem Tor zur Macht

Vor 75 Jahren: Die denkwürdige Reichstagswahl des 31. Juli 1932

Am letzten Julitag des Jahres 1932 wurden die wahlberechtigten Deutschen wieder an die Urnen gerufen und sollen sich für die eine oder andere, der um ihre Stimmen streitenden Parteien entscheiden. Aus dem nahezu zwei Monate währenden Kampf, der mit Erbitterung und Hass ausgetragen worden war und in dessen Verlauf es bei politischen Kämpfen Dutzende Tote und ungezählte Verwundete gegeben hatte, ging die NSDAP, Hitlers Partei, vor allen anderen mit beeindruckendem Vorsprung als Sieger hervor. Dieses Ergebnis überraschte kaum jemanden.

Für die Mehrheit der Deutschen war das innerhalb von knapp vier Monaten schon der vierte Wahlgang. Zweimal waren sie aufgefordert zu bestimmen, wer in das Palais des Reichspräsidenten einziehen sollte. Der alte Hausherr wurde der neue. Hindenburg war nach siebenjähriger Amtszeit wiedergewählt worden. Danach mussten in Preußen, Württemberg, Bayern und auch in Hamburg die regionalen Parlamente gewählt werden. Diese Abstimmungen lagen im Turnus der jeweiligen Landesverfassung. Die nun erfolgte Wahl des Reichstags hingegen war außerordentlich zustande gekommen, endete dessen Legislaturperiode doch erst im Jahre 1934. Da aber wurde in Deutschland schon nicht mehr gewählt.

Geschenk für Hitler

Die vorgezogene Wahl war, wenn auch nicht als solches gedacht, ein Geschenk an die Nazipartei. Die befand sich im Aufwind. Hitler hatte, als er gegen von Hindenburg um das höchste Staatsamt stritt und unterlag, mehr als 13 Millionen Stimmen erhalten. Die Länderwahlen bestätigten den Zulauf zu den Faschisten. Nun rekrutierten sie 13,7 Millionen und das waren ein paar Hunderttausend mehr, als die gegeneinander angetretenen Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen hatten gewinnen können. Hitler vermochte so, dies war sein Wahlziel, den Anspruch auf die Reichskanzlerschaft zu bekräftigen.

Die lag seit Anfang Juni in den Händen des erzkonservativen Grund- und Zeitungsbesitzers Franz von Papen, der an der Spitze einer Ministerriege stand, die als Kabinett der Barone bezeichnet worden ist. Es hatte nicht die Spur einer Chance besessen, im Reichstag ein Misstrauensvotum zu überstehen. Also war – diesen Trick ließ die Verfassung, wenn man ihr einige Gewalt antat, gerade noch zu – das Parlament aufgelöst und dem Volk ein Wahlkampf beschert worden. Und dies ohne Aussicht, dass aus ihm zugunsten der Papen-Leute eine Mehrheit hervorgehen würde. Es ging einzig um Zeitgewinn für eine Innenpolitik, die inmitten einer verheerenden ökonomischen Krise deren Lasten ungehemmt den arbeitenden Massen aufbürdete. Für Hitler verband sich dieses Vorgehen mit den schönsten Aussichten für seinen weiteren Aufstieg und dem seiner Partei. Er versprach das Stillhalten. Der Lärm der Wahlschlacht und die Hoffnungen, die in der braunen Gefolgschaft mit ihr verknüpft wurden, verdeckten, dass die Nazipartei diese Regierung zunächst unbehelligt gewähren ließ.

Kulisse eines Erfolgs

Wie war es zu diesen nahezu 14 Millionen Stimmen für die NSDAP gekommen? Glaubt man dem US-amerikanischen Historiker Henry A. Turner, der sich darauf spezialisierte, die Nazibewegung und das deutsche Großkapital möglichst weit auseinanderzurücken, dann war das Resultat dadurch erreicht worden, dass ein raffinierter Demagoge und wandlungsfähiger Schauspieler, in geschickt arrangierten Kulissen auftretend, ein naives Publikum für sich einnahm. Nun ist unbestritten und in die Details aufgeklärt, mit welchem Einsatz an materiellen und personellen Mitteln, die alle eine finanzielle Basis erforderten, die NSDAP agierte. Was an technischen Neuerungen zu Gebot stand – Film, Schallplatte, Tonübertragung – wurde eingesetzt und die eigenen Leute zu immer neuer Aktion angetrieben. Hitler fuhr und flog von Ort zu Ort, von Kundgebungsplatz zu Versammlungshalle. Er war, so die Propaganda, „über Deutschland“. Das alles war berechnet, trainiert, bewährt.

Doch die „Kulisse“ war keine Eigenproduktion. Die hatte die von der deutschen großkapitalistischen und großagrarischen Oberschicht verfolgte, aus ihren klassenegoistischen Interessen geborene, gnadenlos durchgesetzte Wirtschafts- und Sozialpolitik seit 1930 geschaffen, deren Opfer, Erwerbslose,

Verelendete, Hungernde, Obdachlose, an Volksseuchen Erkrankte, vom sozialen Abstieg Bedrohte, in Millionenzahl existierten. Ohne diese verzweifelten Massen, die auch nicht gelernt hatten, auf sich selbst zu vertrauen, wäre Hitler ein Mann mit einem Häuflein geblieben, bald vergessen und heute nur in Spezialarbeiten von Historikern existierend. Mehr als die Finanzspritzen des Kapitals für die NSDAP, an denen es auch nicht fehlte, hat diese Politik den Nazierfolg ermöglicht. Und für sie tragen nicht einzelne, sondern die Klasse oder Schicht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als Ganze die Verantwortung, denn sie war es, die diese Richtung des Regierungshandelns mittels ihrer „Standesorganisationen“ projektiert und durchgesetzt hatte. So bot sich dem „Führer“ die Chance, sich als Retter, ja Erlöser zu präsentieren, als Wundertäter der Nation, der, ließe man ihn an das Staatsruder, Deutschland und die Deutschen zu Glanz und Größe zurückführen werde.

Sieg ohne Beute

Hitler ist nach diesem 31. Juli 1932 nicht Reichskanzler geworden. Die NSDAP hätte im Reichstag mit den beiden katholischen Parteien, Zentrum und Bayerischer Volkspartei, ein Kabinett auf parlamentarischer Mehrheitsgrundlage zustande bringen können. Aber sich mit Parteien verbinden, auf denen die Hauptverantwortung für die Unterstützung des Reichskanzlers Brüning lag, dessen Regierung die Not verordnenden Maßnahmen hatten aufeinanderfolgen lassen? Das wäre so etwas wie ein Fehlstart gewesen. Und Hindenburg, als er Hitler zwei Wochen nach dessen Wahlsieg empfing, war noch nicht bereit, diesem Mann die Regierungsbildung jenseits des Parlaments zuzugestehen, wie er sie Papen und vor dem Brüning ermöglicht hatte. Das Angebot des Reichspräsidenten an Hitler lautete, als Vizekanzler in das existierende Kabinett einzutreten. Das konnte sich für Hitler als Weg zum politischen Selbstmord herausstellen. Also ließ sich das Wahlresultat nicht in Staatsmünze umprägen, und dies stellte Hitler und die Führungsgruppe der NSDAP vor ein Problem. Nun war wieder ein Ansturm auf die Staatsmacht gescheitert und das, nachdem die Erfolgskurve zwar angehalten, sich jedoch erkennbar abgeflacht hatte. Mehr als 35 bis 40 Prozent der Deutschen konnte die Nazipartei unter den wenngleich reduzierten demokratischen Verhältnissen nicht mobilisieren. Analytiker meinen, sie habe ihr Reservoir ausgeschöpft. Und die Treuesten der Getreuen in den SA-Reihen wurden unruhig.

War der Schlüssel zum Tor der Macht nicht zu erhalten, sollte es aufgebrochen werden. Also zurück zur Taktik des Putsches, die 1923 in München gescheitert war und von der sich Hitler verabschiedet hatte? Es war die Ratlosigkeit der Herrschenden, die diese Republik loswerden wollten, aber keine perspektivreiche Alternative zum Angebot der Faschisten besaßen, die den Nazis ihre Chance ließ. Zunächst beendeten diese das Gspusi mit von Papen. Die braunen „Revolutionäre“ machten Front gegen den adligen „Reaktionär“.

Quellentext. „Kameradschaftlich die Hand reichen“

Auszug aus der Notiz des Staatssekretärs Meissner über den Empfang Adolf Hitlers durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zwei Wochen nach den Reichstagwahlen vom 31. Juli 1932, bei der Hitler erklärt hatte, dass er nur für die Übertragung des Amtes des Reichskanzlers zur Verfügung stehe.

Der Herr Reichspräsident erklärte hierauf mit Bestimmtheit, auf diese Forderung müsse er mit einem klaren, bestimmten „Nein“ antworten. Er könne es vor Gott, seinem Gewissen und dem Vaterlande nicht verantworten, einer Partei die gesamte Regierungsgewalt zu übertragen, noch dazu einer Partei, die einseitig gegen Andersdenkende eingestellt wäre. Es sprächen hiergegen auch eine Reihe anderer Gründe, die er nicht im Einzelnen ausführen wolle, wie die Besorgnis von größeren Unruhen, die Wirkung für das Ausland usw.

Herr Hitler wiederholte, dass für ihn jede andere Lösung ausgeschlossen wäre.

Der Herr Reichspräsident bemerkte hierauf: Sie werden also in die Opposition gehen?

Hitler: Es bleibt mir jetzt nichts anderes übrig.

Der Herr Reichspräsident: Dann richte ich an Sie noch die Mahnung, diese Opposition ritterlich zu führen und sich Ihrer Verantwortung und Ihrer Pflicht vor dem Vaterlande bewusst zu bleiben. Ich habe keinen Zweifel an Ihrer Vaterlandsliebe gehabt. Gegen etwaige Terror- und Gewaltakte, wie sie leider auch von Mitgliedern der SA-Abteilungen verübt worden sind, werde ich mit aller Schärfe einschreiten. Wir sind ja beide alte Kameraden und wollen es bleiben, da später uns der Weg wieder zusammenführen kann. So will ich Ihnen denn auch jetzt kameradschaftlich die Hand reichen.

junge Welt, Sonnabend, 28.07.2007, S. 15.

Die Masse Mensch

Groß-Edition geht zu Ende: Deutsches Reich und Zweiter Weltkrieg

Nun sei der letzte große weiße Fleck in der deutschen Militärgeschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg getilgt worden, hieß es bei der Buchvorstellung im Potsdamer Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Präsentiert wurde der achte Band von „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", der voluminöseste in der auf zehn Bände berechneten Reihe. Die nun an ihr Ziel gelangte Historikergruppe war inzwischen von den Verfassern des 9. Bandes (zwei Teilbände, 2004 bzw. 2005) überholt worden. Auch die Arbeiten am abschließenden Band sind weit gediehen.

Weißer Fleck – das meinte die Geschichte des Krieges an der deutsch-sowjetischen Front 1943/1944, also die Zeitspanne vom Ende der Schlacht bei Stalingrad bis zum Erreichen ostpreußischen Territoriums durch Verbände der Sowjetarmee. Das Wissen vom Geschehen in diesen dramatischen mehr als anderthalb Jahren sei von sich in den Vordergrund drängenden Ereignissen wie die Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 und die darauffolgende Aktion der Verschwörer des 20. Juli überdeckt worden, sagte der Chef des Amtes in seiner Einführung. Eingehender wollte sich zu den Gründen und Motiven der bislang verengten Sicht auch Stig Förster, Professor an der Universität Bern, der die Präsentation des Bandes übernommen hatte, nicht äußern. Eingeräumt wurde hingegen beiläufig, dass diese Bemerkung sich auf die „westliche" Geschichtsschreibung beziehe. Das DDR-Unternehmen „Deutschland im Zweiten Weltkrieg" blieb dennoch unerwähnt. In dessen Bänden 3 bis 6 (erschienen 1979 bis 1985) wurden, im Wechsel mit den Entwicklungen an anderen Fronten des Krieges, sehr wohl die Schlachten von Kursk bis an die Reichsgrenze dargestellt.

Zwei Vorteile besitzen die „Nachfolger" des ostdeutschen Unternehmens: Sie haben Zugang zu einer größeren Quellenmasse und ihre Texte werden nicht von sowjetischen Militärhistorikern mitgelesen. Die Sonderstellung des vorgestellten Bandes bestehe, wie betont wurde, auch in dessen operationsgeschichtlichem Blick. Diese Hervorhebung führte zur Frage, welchen Platz diese Betrachtungsweise in der modernen Militärgeschichtshistoriographie beanspruchen könne und ob man mit ihr nicht in frühere, als überwunden geltende Kriegsgeschichtsschreibung zurückfalle, wie sie etwa nach dem Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich – der Erhellung von Ursachen, Zusammenhängen und Zielen ausweichend – vorgelegt worden sei. Nein, Zusammenhänge würden hergestellt, behauptete Förster. Indessen war in seinem Vortrag weder von der deutschen Besatzungspolitik in der Phase der Niederlagen und Rückzüge die Rede – das Wort von der „verbrannten Erde" kam nicht vor – noch vom Platz des Geschehens an der deutsch-sowjetischen Front im Gesamtverlauf des Krieges.

Gefragt wurde hingegen (eine die Autoren besonders beschäftigende Frage), warum es nach der Stalingrader Schlacht noch so lange gedauert habe, bis der faschistische Gegner sich schließlich geschlagen geben musste. Verkürzt lautete die Antwort: Dies hätte seine Ursache in den Besonderheiten des sowjetischen Systems gehabt, das Schöpfertum und Eigeninitiative nicht zuließ. Da schaute sie wieder durch, die Schimäre aus der Frühzeit des ideologischen Kalten Krieges von der „Masse Mensch", der die deutsche Wehrmacht bei aller Intelligenz und allem kriegerischen Können schließlich unterlegen gewesen sei.

Der Band zeichne sich auch dadurch aus, dass er Legenden zerstöre, ohne die wohl keine Kriegsgeschichte auskommt. Ein gewisses Gewicht kommt dem – im Kern nicht neuen – Nachweis zu, dass die These, die sowjetische Führung habe die Kämpfer des Warschauer Aufstands im Stich gelassen und sie der deutschen Übermacht ausgeliefert, durch den Verlauf der Kriegshandlungen ostwärts von Warschau widerlegt werde.

Keine Darstellung des Zweiten Weltkrieges kommt ohne den deutschen Oberbefehlshaber aus, der auch hier wieder einmal als operativer Dilettant apostrophiert wurde. Was hat sich Hitler nach Stalingrad noch erhofft, wann hat er den Krieg als verloren angesehen? Dieser Zeitpunkt wird im Band früh angesetzt und mit der Behauptung verbunden, es wäre dem „Führer" einzig noch um die „Choreographie des Untergangs" und seinen heroischen Abschied von der Weltgeschichte gegangen. Diese Behauptung besitzt wenig Aussicht, zu bestehen. Es waren nicht nur Gedankenspiele, die nach

Stalingrad im „Führer“-Hauptquartier angestellt worden sind. Mörderische Befehle ergingen in der Hoffnung, der Niederlage doch noch zu entgehen. Verweigert wurde bis zum Schluss, sich auf das Unausweichliche, die bedingungslose Kapitulation einzustellen.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 8: Die Ostfront 1943/1944. Hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Karl-Heinz Frieser. DVA, München. 1319 S., 49,80 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 30. Juli 2007, S. 19.

Herausforderung Demokratie

Kolloquium zum 80. Geburtstag von Uwe Jens Heuer

Kein Thema hat Uwe-Jens Heuer in einem langen Gelehrtenleben mehr beschäftigt als das der Demokratie und deren Bedeutung in und für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Dass zu seinem 80. Geburtstag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin zum Kolloquium „Herausforderung Demokratie“ eingeladen wurde, schloss mithin an Leistung und Verdienst des Jubilars direkt an. Die sich mit dem Thema verbindenden Fragen sind ebenso einfach formuliert wie intellektuell und praktisch schwer zu beantworten. Worin eigentlich besteht diese Herausforderung heute? Wie ist die hierzulande, wie bei nahen und fernen Nachbarn zu formulieren? Und wer, wenn er das schon begriffen hat, nimmt die Herausforderung gedanklich und praktisch überhaupt an? Und wer ignoriert sie aus Gleichgültigkeit, Desinteresse oder weil er politische Zustände schon als demokratisch ansieht, während sie ihm doch nur so etikettiert werden? Dies letzte hatte der am weitesten gereiste Teilnehmer, der US-amerikanische Germanist *Duncan Smith* im Sinn mit seiner Bemerkung, im Lande, aus dem er herkomme, habe man bereits so viel Demokratie, dass man sie exportieren müsse. Wie also sei Menschen zu vermitteln, was die Bezeichnung wirklich verdiene und wie sie in Bewegung zu setzen, um sich Freiräume gesellschaftlichen Handelns zu erkämpfen, statt sie den Herrschenden und Besitzenden an der Spitze der Gemeinweisen zu überlassen?

So weit das Feld, so aspektreich die Vorträge und Bemerkungen. *Lothar Bisky*, für die neugegründete Partei gratulierend, widerredete der Entgegensetzung von Demokratie und Sozialismus, die in den Tagen der Neugeburt der linken Partei wiederum hoch in Mode kam. *Hermann Klenner* plädierte für ein demokratischen Grundsätzen, zu denen Toleranz gehöre, entsprechendes Begegnen von Wissenschaftlern und Politikern, von denen letztere von strategischen und taktischen Überlegungen geleitet würden, die ersten aber sich aufgäben, würden sie sich dies zum Leitfaden ihres Denkens machen.

Dieter Wiefelspütz, seit Jahrzehnten für die Sozialdemokratie im Bundestag, fragte, ob die Politik jene wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, die sich weltweit galoppierend vollzögen, noch im Griff habe und meinte, sie wäre nicht so machtlos, wie das häufig gesehen werde, ohne indessen weiter davon zu sprechen, wie die ihr verbliebene Macht einzusetzen oder womöglich zu vergrößern sei. *Christa Luft* machte darauf aufmerksam, dass nach langen Jahren, in denen er kaum noch im Verkehr sich befand, der Begriff Wirtschaftsdemokratie in wissenschaftlichen Arbeiten wieder aufscheine, eine Renaissance erlebe und als Alternative zum Weg des Neoliberalismus formuliert werde. Parteinahmen für öffentliche Unternehmen, genossenschaftliche Strukturen, Schritte zur wirtschaftlichen Gesamtregulation seien bei Autoren zu beobachten, ohne dass diese Fürsprecher des Sozialismus wären.

Dieter Seegert berichtete über Forschungen und Beobachtungen zur Entartung demokratischer Zustände in ehemals volksdemokratischen Staaten Osteuropas, die sich als tiefgespaltene Gesellschaften darstellen, in denen es eine „unkonsolidierte Demokratie“ gäbe. Nicht nur für diese politischen Räume dürfte gelten, dass es ohne eine Demokratie einfordernde, in ihren eigenen Reigen sie praktizierende Linke keine Verankerung und Behauptung von Volksrechten gibt. Die Tendenz, die Massen von der Mitstimmung der grundlegenden Fragen auszuschließen, tauchte in den abschließenden Bemerkungen Heuers wieder auf, der in die Bundesrepublik zurückführte. Nicht nur, dass Massenmeinungen, die sich in Befragungen zweifelsfrei ausdrückten, von Bundestagsmehrheiten glatt ignoriert werden. Sondern die derart gefassten Beschlüsse – wie jüngst der über die Auslandseinsätze der Bundeswehr – erhielten die Autorität eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Das laufe darauf hinaus, die öffentliche Diskussion von Grundfragen zu beenden, würden Widersprechende doch derart als Menschen markiert, die höchstrichterlichen Urteilen die geforderte Achtung verweigern.

Einen zweiten Themenkomplex bildeten Beiträge, die sich zustimmend, diskutierend und einwendend auf Heuers 2006 erschienene Arbeit „Marxismus und Glauben“ bezogen. *Herbert Hörz* äußerte sich zur Differenz von Offenbarungswissen, worunter er das Menschen als Offenbarung erscheinende, von ihnen ungeprüfte Wissen verstand, welches ihnen von wem auch immer vermittelt wird, und wissensbasiertem Glauben. Er sprach sich für die Behauptung und Entwicklung von Visionen

aus, die von Wissen untersetzt seien. *Reinhard Mocek* erörterte Probleme wie die Sinnstiftung und die Frage, ob der Marxismus derlei zu leisten vermöge und diskutierte die Differenz zwischen rationalem und irrationalem Glauben.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird sorgen, dass die Texte gedruckt werden, was auch ein Lesevergnügen ankündigt. Bezugnahmen in freier Rede wie im Zitat auf Gestalten des philosophischen und sozialen Denkens, der Geschichte und Literaturgeschichte, der Politik und Wissenschaft, solche auf Heinrich Heine, Rainer Maria Rilke, Bert Brecht, Thomas Mann, selbstredend auf Marx und Engels, Bebel und Kautsky, auch auf Otto von Bismarck, Walter Ulbricht und den Kernphysiker Max Steenbeck seien erwähnt, machten manche Beiträge zum Hör- und womöglich auch zu einem Lesegenuss. Und bei alledem blieb Zeit, dem Jubilar für das zu danken, was man bei ihm gelesen, von ihm gelernt, mit oder gegen ihn erstritten hatte. Davon sprachen nicht nur seine engeren oder weiteren Fachkollegen, sondern auch, um den Bogen zu beschreiben, *Manfred Wekwerth*, der Schauspieler *Rolf Becker* und die jüngste Rednerin, *Susanne Schaper*, die, in Chemnitz als OP-Schwester arbeitend, den Rechtshistoriker, Wirtschaftsjuristen, Hochschullehrer, Abgeordneten der Volkskammer wie des Bundestages Anfang der neunziger Jahre auf dem Programmparteitag der PSD kennen gelernt hatte und ihm früh gewonnene Antworten auf Fragen verdankt, die mit dem Ende der DDR auf sie eingestürzt waren.

Leibniz intern. Mitteilungen der Leibniz-Sozietät, Nr. 36 vom 10. August 2007, S. 11-12.

Großes Erbe

Zum Tod von Raul Hilberg

Nach einem Arbeitstag in Westberliner Bibliotheken machte ich mich Anfang der 80er Jahre auf den Weg zu jenem kleinen Verlag, der ein Buch, aus dem Englischen übersetzt, eben herausgegeben hatte. Dort angekommen, fragte ich, ob mir ein Rezensionsexemplar überlassen werden könne, und hörte, dass das über die Möglichkeiten des kleinen Unternehmens hinausginge. Doch zum halben Ladenpreis könnte mir ein Exemplar verkauft werden. Ich kratzte die Tagesgelder des Dienstreisenden zusammen. So kam Raul Hilbergs 1961 in den USA erschienenes Buch „Die Vernichtung der europäischen Juden“ in meine Bibliothek – ein Werk, das seinen Verfasser weltberühmt machen sollte. In der Bundesrepublik hat die Ausgabe von Olle & Wolter über Fachkreise hinaus kaum gewirkt, erst die spätere Fischer-Edition.

Nun ist Raul Hilberg in Burlington im USA-Bundesstaat Vermont verstorben (4.8.), der „Provinzstadt“, an deren Universität er gelehrt hatte und wo ihn kein Ruf an eine der renommierten Hochschulen erreicht zu haben scheint. Kollegen haben ihn den „Doyen der Holocaustforscher“ genannt, auch „Vater der Holocaustforschung“ ist er genannt worden. Der inzwischen auch in Deutschland für den Massenmord an den europäischen Juden eingebürgerte Begriff erschien ihm indes nicht den Realitäten gemäß.

Dass Hilberg, der als 13jähriger aus Wien den braunen Antisemiten 1939 eben noch rechtzeitig entkam, bei den deutschen Emigranten Hans Rosenberg und Franz Naumann Geschichte, Soziologie und Politik studierte, hat seine Fragen nachhaltig beeinflusst. Er fragte vor allem nach der Rolle des Staates, seiner zivilen und militärischen Institutionen, Apparate und Formationen bei der Judenverfolgung, Vertreibung, Deportation und Tötung. Für diese Arbeit hat er eine Quellenmasse herangezogen, wie wohl keiner seiner Kollegen, und darauf bestanden, dass nicht nur die Aktenbündel mit der Aufschrift „Juden“, „Judensachen“ und ähnliche durchmustert werden müssten. Er hat sich, besessen und verbissen, durch Dokumentenberge gearbeitet, der Hinterlassenschaft etwa von Reichsministerin wie von Dienststellen der Reichsbahn. So kam er zu umfassender Antwort, wie die Untat ohne geschichtliches Beispiel und mit dieser „Erfolgsquote“ verübt werden konnte, jenes Massenmorden, das Begriffe wie Jahrhundertverbrechen oder Zivilisationsbruch umschreiben.

Hilbergs Beitrag zur Geschichtswissenschaft besitzt kein Verfallsdatum.

Neues Deutschland, 11./12. August 2007, S. 22.

Geschäft mit dem Tod

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. Der Prozess gegen die Herren der Interessengemeinschaft Farben AG (8)

Wird aus dem Wort „der Tod“ der Sensenmann herausgelesen, ist die Überschrift missverstanden worden. Der Tod lässt mit sich keine Geschäfte machen. Die, von denen im Folgenden die Rede ist, wurden darum nicht mit ihm abgewickelt. Sie erwuchsen aus dem Interesse eigenen zählbaren Vorteils, koste seine Erreichung, was es wolle – Menschen in beliebiger Zahl eingeschlossen. Wie denkt jemand, der einen Teil seines Lebens dieses Interesse bedient hat? Das wurden die Manager der IG Farben AG, des deutschen Chemiegiganten, nicht gefragt, als sie sich, mehr als zwei Jahre nach Kriegsende, von einem US-amerikanischen Sondergericht in Nürnberg angeklagt sahen. Denn die Tatsache, dass sie die deutsche Kriegsmaschine durch die Lieferung von chemischen Produkten mitgeschaffen und dann auf Touren gehalten hatten, bildete nicht den Gegenstand der Anklage. An Rüstungsaufträgen von Regierungen reichlich zu profitieren, ergibt nach internationalem Recht bis heute kein strafbares Delikt, wiewohl Großmächte unter Berufung auf Verträge, die sie selbst nicht einhalten, anderen Staaten inzwischen vorschreiben, was sie an Waffen herstellen und besitzen dürfen. Dabei lässt der Weltsicherheitsrat den einen Vorzugsbehandlung zuteilwerden, andere bedrängt und bedroht er, so sie sich seinen Forderungen nicht beugen.

Das Geschäft mit dem Tod, bestätigt der einschlägige Jahresbericht 2006, blüht auch in der Bundesrepublik Deutschland. Kirchenmänner haben dagegen jüngst ihre Einwände erhoben. Jedoch die Arbeiter und Angestellten in den beteiligten Unternehmen brauchen um ihre Arbeitsplätze wenig zu fürchten. Niemand drängt sich in Deutschland mit der Forderung nach vorn, die Kriegsgeräteproduktion durch die Fertigung für friedliche Zwecke zu ersetzen. Schwerter zu Pflugscharen? Die Losung, dem Staat willkommen, als sie in Ostdeutschland erhoben wurde, ist weithin zum Verstummen gebracht, ersetzt durch das weihevolle Wort vom „Mehr Verantwortung übernehmen“ – z. B. am Hindukusch.

Kein Krieg ohne Chemieindustrie

Kein Ankläger oder Richter, kein Verteidiger oder Angeklagter der drei Nachkriegsprozesse gegen Krupp, Flick und die IG Farben AG bezweifelte einen Moment, dass ohne Zutun der Herren der deutschen Industrie der Krieg auch nur begonnen werden konnte. Dies hatte Georg von Schnitzler, Vorstandsmitglied der IG Farben, nun vor den Richtern sitzend, 1943 in einer Ansprache so ausgedrückt: „Aber erst im Kriege vermochte die deutsche Chemie die große Probe auf ihre Bewährung zu liefern. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass ein moderner Krieg ohne die Ergebnisse, die die deutsche chemische Industrie unter dem Vierjahresplan erzielte, unvorstellbar wäre.“ Die IG Farben hatte dem faschistischen Staat eine ganze Warenpalette für die Zwecke von Heer, Luftwaffe und Marine verkauft. Dazu waren drei Produktionsbereiche besonders entwickelt worden: 1. Betriebe zur synthetischen Benzinherstellung schufen die Basis für einen Krieg der motorisierten Fahr- und Flugzeuge und waren angesichts des begrenzten Zugriffs Hitlerdeutschlands auf nahe Erdölquellen (Rumänien, Ungarn, Österreich) unentbehrlich. 2. Anlagen zur synthetischen Kautschukproduktion, unter der Bezeichnung „Buna“, machten von Lieferungen des Naturkautschuks aus Übersee unabhängig. 3. Die Erzeugung von Sprengstoffen und deren Basischemikalien stillte den Massenbedarf von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine.

Doch nahmen die Anklagten für sich in Anspruch, nichts anderes getan zu haben als ihre „Kollegen“ von Schneider-Creuzot, Vickers Armstrong und in beliebigen anderen Rüstungswerken der „Feindseite“. Auch die hatten nicht nur in jenem, erst zwei Jahre zuvor zu Ende gegangenen Krieg Waffen hergestellt und geliefert, sondern schon in früheren Kriegen, so denen gegen Kolonialvölker, nicht gefragt, wofür und gegen wen das Kriegsgerät verwendet werden würde. Auch dieses habe also keineswegs immer ehrenwerten Zwecken gedient. Schließlich frage der Hersteller einer Wäscheleine nicht, ob der Käufer sie zum gedachten Zweck benutzt oder sich oder einen anderen daran aufzuknüpfen gedenkt.

Schon im Hauptprozess 1945/1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg war bei Erwähnung insbesondere der Krupp-Werke darauf verwiesen worden, zu welchem Gebrauch Rohstoffe und Fabrikate geliefert worden waren. Von juristischem Belang war jedoch erst die Frage, wer die Waffen oder das, was zu ihrer Produktion oder Anwendung nötig war, hatte produzieren müssen. Damit kam die Rede auf Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus eroberten Staaten und Gebieten, auf Insassen von Konzentrations- und Vernichtungslagern, auf Männer, Frauen und sogar Kinder, und mithin auf Kriegsverbrechen sowie Verbrechen an der Menschheit.

Die Rechtslage war den Juristen, über die jedes Unternehmen dieser Größenordnung in seiner Chefetage verfügte, vertraut. Von ihnen saßen nun, 1947, die einen als Angeklagte, andere als Verteidiger im Gerichtssaal. Das internationale Recht, niedergelegt in Verträgen, denen das Deutsche Reich schon vor und nach dem Ersten Weltkrieg beigetreten war, verlangte, Kriegsgefangene menschlich zu behandeln. Zugelassen war, sie – ausgenommen Offiziere – zur Arbeit heranzuziehen, wofür sie entlohnt werden sollten. Doch wurde eingeschränkt. dass dies nicht für Zwecke geschehen dürfe, die dem eigenen Lande schadeten. Also war unzulässig, sie zum Bau militärischer Anlagen oder zur Herstellung von Waffen und anderem Kriegsgerät zu zwingen.

Die vereinbarten Grundsätze des Völkerrechts verboten jedem Eindringling in ein anderes Land auch, die Bevölkerung zu verschleppen, geschweige denn, sie im Land ihres Feindes zu Zwangsarbeit zu nötigen. Hatten sich in den von der Wehrmacht eroberten Ländern auch Menschen für die Arbeit in Deutschland anwerben lassen, so war das doch vielfach unter dem Druck von Arbeits- und Erwerbslosigkeit im eigenen Land – Folgen der Okkupation zumeist –, also nicht aus freien Stücken und unter der Vortäuschung von Vorteilen geschehen. Massenhaft waren sie zwangsweise ins Reich verfrachtet worden. Selbst wenn diese Arbeitskräfte anständig behaust, verpflegt, entlohnt worden wären und für Erholung und medizinische Betreuung gesorgt worden wäre, fielen Verschleppung und der Einsatz in Rüstungswerken unter Verbotsbestimmungen. Wie wurden Polen, Russen, Ukrainer, Jugoslawen, Franzosen, Belgier und viele andere tatsächlich behandelt? Zu schweigen von den Insassen von Konzentrationslagern und Juden, die schufteten, um der Deportation in Ghettos zu entkommen.

Im Schatten des Kalten Krieges

Auf der Anklagebank im IG-Farben-Prozess saßen am 14. August 1947 24 Angehörige aus den Führungszentren des Chemietrusts. Carl Krauch war unter ihnen der Einflussreichste gewesen. Er war seit 1940 Aufsichtsratsvorsitzender und hatte zudem in Vorkrieg und Krieg zuerst in der von Hermann Göring geleiteten Vierjahresplanbehörde, dann in der vielgegliederten Organisation des Rüstungsministeriums unter Albert Speer Planung und Produktion der gesamten Chemieindustrie gelenkt.

Die zehnköpfige Gruppe der Anklagevertreter sah sich einem Stab von versierten Verteidigern gegenüber, die fest entschlossen waren, ihre Mandanten aus allen Vorwürfen herauszupauken. Dafür standen die Chancen nicht schlecht. Längst hatten die Angeklagten bemerkt, dass in den USA und in deren Besatzungsbehörden über die künftige Beschaffenheit der deutschen Großindustrie kein einheitlicher Standpunkt vertreten wurde, sondern sich widerstreitende politische und ökonomische Interessen geltend machten. Dessen waren sie bereits während ihrer Vernehmungen in Deutschland, Paris und in den USA gewahr geworden. Da war es keineswegs nur um die Rolle des Unternehmens in Faschismus und Krieg und um den jeweils eigenen Anteil an Rechtsverletzungen gegangen, sondern nach der Struktur des Trusts und dessen Eigentum im Ausland gefragt sowie nach wissenschaftlichen und technischen Ergebnissen und Erfahrungen geforscht worden, die für die Konkurrenz von Wert sein konnten. Zudem gab es aus Vorkriegs- und Kriegszeiten wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen der IG Farben zu US-amerikanischen Firmen, an deren öffentlicher Erörterung im Gerichtssaal allseits kein Interesse existierte. Von Vorteil für die Angeklagten war auch, dass seit drei Monaten der Flick-Prozess stattfand, aus dessen Beobachtung sich Schlüsse für ihr Vorgehen und das ihrer Verteidiger ableiten ließen. Wichtiger als all das war jedoch, dass die internationale Entwicklung weiter in den Kalten Krieg trieb, woraus Antriebe für die modifizierte Deutschlandpolitik der USA erwuchsen.

Dennoch: Die Anklägergruppe um den US-Juristen Telford Taylor war entschlossen, die Verurteilung derer zu erreichen, denen verbrecherisches Handeln nachzuweisen war. Auch für diesen Prozess waren Dokumente – manche schon vor Kriegsende – u. a. auf Initiative des Finanz- und des Justizministeriums in Washington gesammelt worden. Das meiste fiel Fahndern indessen erst in die Hände, als sie mit den US-Truppen Ende März 1945 Frankfurt am Main erreichten und dort die IG-Farben-Zentrale besetzten, einen vom Architekten Hans Poelzig errichteten Riesenbau, der alsbald dem US-amerikanischen Hauptquartier in Deutschland diente und heute von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität genutzt wird. Dort und an Stätten, an denen Archiv- und Schriftgut ausgelagert worden war, fanden die Ermittler – trotz der Vernichtung belastenden Materials – schriftliche Zeugnisse, die bestätigten, was der Bericht eines Ausschusses des US-Senats Ende September 1945 festhielt: Die IG Farben, „das größte und Einflussreichste Chemieunternehmen der Welt“, hat die NSDAP vor und bei der Aufrichtung der faschistischen Diktatur und in den folgenden Jahren finanziell unterstützt und bereits aus der Vorbereitung und Führung des Angriffskrieges Gewinne eingestrichen. Über ihre Aktivitäten im Krieg und auf den Fersen der vordringenden deutschen Armeen wurde geschrieben: „Ihre Konkurrenten auf dem Gebiet der Farbstoffherstellung in den eroberten Ländern schluckte oder eliminierte sie, bis kein einziger mehr übrig war.“ Verwiesen wurde auf bereits in der Phase der „Blitzsiege“ und der vermeintlich nahen Kapitulation Großbritanniens vorgelegte Nachkriegspläne der IG-Farben-Herren, die von einer unstillbaren Gier nach Einfluss, Macht, Geltung und Gewinnen zeugten.

Tatsachen und Ausflüchte

Was davon aber war strafbar? Was war nach geltenden Gesetzen, was „nur“ nach moralischen Maßstäben einer zivilisierten Welt zu verurteilen? Was war zu ahnden, angesichts der Tatsache, dass der Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, Generalbevollmächtigter für die deutsche Aufrüstung und in dieser Funktion Kooperationspartner auch der IG Farben, im Hauptprozess nicht verurteilt wurde? Josiah DuBois, der die Anklage zu Beginn des Prozesses begründete, entwarf eine Gesamtschau auf die IG Farben und deren angeklagten Manager. Er und seine Kollegen glaubten sicher, dass sie die Richter auch von der Mitschuld der Angeklagten an der Vorbereitung des Krieges (Verschwörung und Bruch des Friedens) überzeugen würden. Hier täuschten sie sich. Es blieben die Anklagen wegen Zwangsarbeit, Plünderung und Raub in den besetzten Gebieten.

In das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Anklage und Verteidigung rückten die Geschehnisse beim IG-Farben-Werk „Buna Auschwitz-Monowitz“ und in dem dort gelegenen KZ. Mehrere Beschuldigte hatten die Baustelle und dann den Betrieb des Buna-Werkes besichtigt, wobei ihnen der Zustand der dort schuftenden Häftlinge nicht entgangen sein konnte. Das Gericht akzeptierte jedoch, anders als die Richter im parallel verhandelten Krupp-Prozess, dass die Manager Sklavenarbeiter unter der Drohung der Machthaber eingesetzt hätten, weil es für sie keine Alternative gegeben habe. Sie wären im Falle ihrer Weigerung selbst an Leib und Leben bedroht gewesen. Demnach waren ihnen die Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge unverlangt aufgedrängt worden. Die Richter sahen es zudem als mildernden Umstand an, dass im Buna-Werk für die KZ-Arbeiter eine zusätzliche Suppe ausgegeben worden war, wiewohl dies Tausende nicht vor völliger Erschöpfung, Tod oder der Aussonderung zum Ersticktwerden im Gas geschützt hatte. Akzeptiert wurden auch Beteuerungen der Angeklagten, sie hätten von dem grausigen Geschehen in Auschwitz II (Birkenau) nicht gewusst.

Der Chefankläger im Hauptprozess, Robert H. Jackson, hatte gesagt, es käme darauf an, unglaubliche Tatsachen unwiderlegbar zu machen, womit nicht nur die Anklage gestützt, sondern auf Dauer der Legendenbildung entgegengewirkt werden sollte. Die Richter im IG-Farben-Prozess akzeptierten hingegen selbst unglaublichste Behauptungen der Angeklagten, die nichts als Ausflüchte waren, und zogen nicht zu rechtfertigende Zweifel in Betracht. Von den vier Richtern bezog einer eine abweichende Position. Paul M. Hebert von der Law School der Louisiana State University legte ein Sondervotum nieder. Er schrieb: „Das Beweismaterial hat klar ergeben, dass die Angeklagten nicht, wie sie behaupten, tatsächlich nur aus Zwang und unter dem Druck der bestehenden Regierungsverordnungen und Anweisungen Zwangsarbeiter beschäftigt haben; eine Tatsache, die als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Falle von nichtdeutschen Staatsangehörigen anzusehen

ist. Die Gerichtsverhandlung hat keinerlei glaubwürdige und wesentliche Beweise dafür ergeben, dass irgendeiner der Angeklagten wirklich hinsichtlich dieser Lösung des Arbeitsmarktproblems durch die Regierung, die sich in den Bestimmungen spiegelte, entgegengesetzter Meinung war. Im Gegenteil, die Verhandlung hat ergeben, dass die IG Farben ihre Mitarbeit zur Verfügung stellte und jede sich neu ergebende Quelle an Arbeitskräften gern verwandte. [...] Die gesamte Organisation von IG Farben war in ihrer Politik vom Geist der Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich hinsichtlich der Ausnützung der Zwangsarbeiter durchdrungen. Der Vorstand war für diese Politik verantwortlich. Aus diesem Grunde kann die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht nur auf die direkt an Auschwitz Beteiligten beschränkt werden."

Urteile und Karrieren

Aus den Prozesstagen existiert ein Foto, das die Gruppe der Ankläger mit Taylor und DuBois um einen Tisch gruppiert zeigt, unter ihnen zwei Frauen. Gesichter wie Körperhaltungen verraten Überanstrengung, Müdigkeit und wohl auch Enttäuschung. Die Aufnahme könnte während der Verlesung der Urteile und deren Begründung entstanden sein. Nichts spiegelt sich da, was auf Befriedigung oder gar Genugtuung und Erfolg schließen ließe. DuBois berichtet in seinen Erinnerungen "The Devil's Chemists. 25 Conspirators of the International Farben Cartel Who Manufacture War", die 1952 in Boston erschienen, dass während des Verfahrens geäußert worden sei, es wirkten in der Gruppe der Ankläger und Richter zu viele Juden, und von ihm behauptet worden wäre, er habe „die kommunistische Parteilehre sehr genau studiert". Das signalisierte die alsbald einsetzende hysterische antikommunistische Kampagne McCarthys gegen jene, die unamerikanischer Gesinnung beschuldigt wurden.

Urteilsbegründung und Strafmaße erschienen nicht nur den Anklägern als unangemessen und milde. Mit den Urteilen – 13 Haftstrafen zwischen einem und acht Jahren, zu erheblichen Teilen durch Internierung und Untersuchungshaft als verbüßt geltend, sowie zehn Freisprüchen – endete das Verfahren am 30. Juli 1948. Wer an das Lager „Buna Auschwitz-Monowitz" dachte, stand vor diesem Richterspruch sprach-, aber nicht fraglos. Das Bild, das die Richter ihrem Urteil zugrunde gelegt hatten, beschrieb DuBois folgendermaßen: "Yet the two judges accepted the fiction that Farben was the simple prototype of 'Western Capitalism'."* Dass die IG Farben nichts als ein ganz normales Unternehmen des „westlichen Kapitalismus" seien, eben davon hatten die Wehrwirtschafsführer der IG Farben das Gericht überzeugen wollen.

Seit das Gebäude in Frankfurt am Main, die einstige IG-Farben-Zentrale, Einrichtung der Universität wurde, befindet sich am Ort eine Gedenktafel. Ihr Text erwähnt auch das Konzentrationslager beim Buna-Werk, das zum Auschwitz-Komplex gehörte. Auf den Prozess und das Urteil gibt es keinen Verweis. Zitiert wird ein Satz Jean Amérys, der besagt, es könne niemand aus der Geschichte seines Volkes austreten. Das ist – fromm oder nicht – ein Wunsch. Denn gedanklich haben das Millionen Deutsche längst getan, die einen ganz, die meisten partiell. Sonst würde auch die Auseinandersetzung um die Namensgebung des Platzes vor dem Poelzig-Bau nicht andauern. Vorgeschlagen ist die Ehrung von Norbert Wollheim, eines Juden, der als Zwangsarbeiter für die IG Farben hatte schuften müssen und als einer der ersten dafür eine Zahlung erstritt.

Die 1948 zu längeren Haftstrafen verurteilten Manager kamen zwischen 1950 und 1952 wieder auf freien Fuß. Ihre weiteren Wege führte mehrere von ihnen erneut mit einstigen Kollegen aus der IG-Farben-Führung zusammen, die von Anklagen verschont geblieben waren. Sie besetzten Posten wie ehedem, wurden Vorsitzende oder Mitglieder von Aufsichtsräten oder Vorständen meist von Großunternehmen der Chemie, die sich als Nachfolger der IG Farben AG etabliert hatten. Andere wirkten in Führungsgremien der Deutschen Bank, von Stahlwerken und Unternehmen der Kernenergie. Die Jahre von Faschismus und Krieg galten in der Geschichte der Werke wie der Personen als Intermezzo, das am besten rasch vergessen wurde. In welchem Grad und Tempo das geschah, verdeutliche ein Skandal im Jahre 1964: Heinrich Bütefisch, einst SS-Obersturm- und Wehrwirtschaftsführer, Mitglied des „Freundeskreises Reichsführer SS", verantwortlich für die Treibstoffproduktion, 1948

* „Die zwei Richter akzeptierten jedoch die (juristische) Fiktion, dass I. G. Farben der einfache Prototyp von ‚westlichem Kapitalismus' war."

wegen Sklavenarbeit zu sechs Jahren Haft verurteilt, 1951 aus Landsberg entlassen, Mitglied des Aufsichtsrates der Ruhrchemie AG geworden, wurde das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik verliehen. Das ging, anders als die Ehrung Friedrich Flicks im Jahr zuvor mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, nicht durch. Proteste erzwangen die Rückgabe der staatlichen Dekoration.

Sinnbild der Weigerung, sich mit der Vergangenheit der deutschen Industrieführer auseinanderzusetzen, blieb das im Casino der Bayerwerke Leverkusen prangende Ölgemälde „Rat der Götter“, das die um Carl Duisberg, den ersten Vorsitzenden des Verwaltungs- und Aufsichtsrates, gruppierten Herren festhält, die 1925 die Interessengemeinschaft Farben Aktiengesellschaft gründeten. Der Titel des Bildes wurde 1950 in Ostdeutschland populär, als ihn ein Film übernahm, der in der DDR unter der Regie von Kurt Maetzig gedreht wurde und für den Hanns Eisler die Musik schrieb. Das Drehbuch, an dem der Dramatiker Friedrich Wolf mitgewirkt hatte, profitierte auch von dem 1947 in den USA erschienenen Buch Richard Sasulys (1952 in deutscher Übersetzung bei Volk und Welt, Berlin/DDR). Der Film gehört zu den frühen künstlerischen Arbeiten deutscher Nazigegner und ist mit seiner Besucherzahl ein sperriges Zeugnis gegen die Legende vom „verordneten Antifaschismus“.

junge Welt, Montag, 13.08.2007, S. 10.

Der Fund und der Feind

Das „missing link“ von Magdeburg: Warum sich Birthler-Behörde und Medien in einer zu allen Kriegen bereiten BRD auf einen Schießbefehl der DDR stürzen

Am Samstag war es noch der endlich gefundene Schießbefehl an die Grenztruppen der DDR, das „missing link“, erwartet und erhofft von den Autoren der einzig wahren Geschichte des ostdeutschen Staates. Die Sensation. Am Montag schon war der Fund der sogenannten Birthler-Behörde geschrumpft und verfilzt wie Wollsachen nach Behandlung im falschen Waschprogramm. Nun hieß das in Magdeburg gefundene Dokument schlicht Einsatzauftrag für einen Unterfeldwebel, der einer Spezialeinheit des Ministeriums für Staatssicherheit angehört hatte, ein Papier ohne Kopf, Absender und Unterschrift und – wie zugegeben wurde – ohne Folgen. Denn es sind weder Ereignisse noch Personen bisher bekannt geworden, die von einem diesem Auftrag gemäßen Handeln zeugen: Das macht niemandem den Sachverhalt sympathisch. Aus ihm spricht der eisige Atem des Kalten Krieges, als die DDR sich vor dem Ausbluten zu schützen suchte. Sie errichtete an ihren Westgrenzen ein Regime strikter Kontrolle. Es war bekanntgemacht, dass, wer sich ihr entziehen wollte, sich in Todesgefahr begab.

Dass Frau Birthler die eigene Dienststelle aufwerten und deren Existenz sichern will, überrascht umso weniger, als die Forderungen, deren Archivbestände dem Bundesarchiv zu übergeben, wo sie hingehören, nicht verstummen wollen. Geschähe das, wäre die Behörde auf ihre wirkliche Rolle reduziert, die eines Propagandainstruments, nicht anders als die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ähnliche Einrichtungen. Dass Zeitungen vom Aufmacher über die politischen Seiten bis in die Feuilletons sich auf die Nachricht aus Magdeburg stürzten, besitzt jedoch anderen Grund als den der Beihilfe. Auch erklärt sich die Gier zum wenigsten aus dem vielzitierten Sommerloch, das mit dem Mix von Meldungen über Überschwemmungen da und dort, südkoreanische Taliban-Geiseln und schmelzendes Arktis-Eis reichlich gefüllt werden konnte. Und selbst der Verweis auf den merkwürdigen Zufall, dass der Fund zeitgerecht zum Jahrestag der Schließung der DDR-Grenze vorgelegt wurde, dringt zum Kern der Blitzkampagne nicht vor.

Was dann? Staaten im Unruhezustand brauchen Feindbilder. Je mehr Unruhe, umso farbenkräftigere werden verlangt. Und Bilder vom inneren Feind sind nützlicher als die vom äußeren, wenn auch letztere die bessere Chance bieten, die Volksgemeinschaft herauszustellen und zu formieren. Woher den Feind aber nehmen? Das ist der Fall in der Bundesrepublik, die vor der eigenen Tür nichts ausmachen kann, was als Popanz dienen könnte. Der Feind am Hindukusch ist weit und allein deshalb nur bedingt tauglich. Russlands Präsident Wladimir Putin erscheint geeigneter, doch da sind der wirtschaftlichen Interessen und Rücksichten viele. Die polnischen Ultranationalisten? Rühren im Grunde doch niemanden ernstlich. Mit den „Polacken“ sind wir noch allemal fertig geworden.

Bleibt: Intra muros. Da fällt der Blick zuerst auf Oskar Lafontaine. Jedoch, den beständig zu markieren heißt auch, ihm Aufmerksamkeit und womöglich mehr noch zu verschaffen. Kostbar und von Nachteilen unbehaftet bleibt hingegen das Feindbild einer Toten namens DDR. Das eint, das steht für alles, was wir nicht wollen. Ärgerlich nur, dass es fortgesetzt und jüngst erheblich verblasst. Und das nicht als Folge nostalgischer Umtriebe. Es ist das vielmehr das Werk derer, die derzeit die Bundesrepublik landauf und landab reformieren und damit eine Folie anfertigen, durch die sich der Blick auf die ostdeutsche Vergangenheit verändert.

Was tun? Es müssen Schwarz- und Blutrotfarben her, mit denen das Bild zu restaurieren ist. Mehr Mauerschützen und Mauertote, mehr Schießbefehl und Mordschützen, mehr Todesstreifen und Todeszonen. Dazu Beschriftungen wie unmenschlich, grausam, gnadenlos, menschenverachtend und dann die Gedankenbrücke hinüber zu Holocaust und nach Auschwitz. Haben die braunen Diktatoren die Juden auch nicht im Reich „eingemauert“, sondern umgebracht, was macht da großen Unterschied? Befehl ist Befehl.

Nicht ganz. In der gleichen Ausgabe, in der eine Zeitung jene Befehle brandmarkt, die besagten, dass Grenzdurchbrüche bewaffnet zu verhindern sind, findet sich eine Annonce, die an den Tod eines

Hauptmanns der Naziwehrmacht erinnert, dessen Leben 1943 am Mius endete. Der hatte in die richtige Richtung und auf die richtigen Leute geschossen: Bolschewiken und andere Untermenschen. Und so wird ihm nach Walhalla ehrendes Andenken nachgerufen.

junge Welt, Mittwoch, 15.08.2007, S. 3.

Eine Unbeugsame

Vor 75 Jahren: Kampfruf gegen den Faschismus. Clara Zetkins denkwürdige Rede als Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags

In den höchsten parlamentarischen Versammlungen der Deutschen sind in den Jahren zwischen Kaiserreich und faschistischer Diktatur nicht viele denkwürdige Reden gehalten worden. An einige von ihnen ist später nicht nur in Geschichtsbüchern erinnert worden. Zwei hielten Sozialdemokraten. Die eine 1919 in der Nationalversammlung Ministerpräsidenten Philipp Scheidemann, als er seinen Protest gegen den eben bekanntgemachten Entwurf des Versailler Vertrages ausdrückte. Er fragte unter Rückgriff auf ein biblisches Bild pathetisch, welche Hand nicht verdorren müsste, die sich hergäbe, dieses Dokument zu unterzeichnen – die von den Siegern dem Verlierer präsentierte Rechnung. Die andere hörte der Rumpfreichstag, die Kommunisten waren schon ausgeschlossen und verfolgt, am 23. März 1933. Mit ihr lehnte Otto Wels, der Parteivorsitzende, die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ab, das zugleich das definitive Ende des bürgerlichen Parlamentarismus dieser Entwicklungsetappe bedeutete. Zwei weitere verdienen in unseren Tagen besonders in das Gedächtnis der Zeitgenossen gerufen zu werden. Die eine hielt der zur Zentrumspartei gehörende Reichskanzler Joseph Wirth am 25. Juni 1922 nach dem Mord an Walther Rathenau. Sie gipfelte in dem vielzitierten Satz: „Der Feind steht rechts!“ (siehe jW v. 23./24.6.) Wirths warnende Markierung hatte ein Jahrzehnt später an Gewicht noch gewonnen. Am 31. Juli hatte sich die NSDAP durch einen Wahlsieg, bei dem sie einen Anhang von 13 Millionen mobilisierte, als weitaus stärkste Partei ausgewiesen, und Hitler beanspruchte die Reichskanzlerschaft.

Gegen den Krieg

Einen Monat nach dieser Wahl, am 30. August 1932, trat der Reichstag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die Eröffnungsrede hielt wie üblich der oder die an Jahren älteste Abgeordnete. Das war Clara Zetkin, die der Fraktion der KPD angehörte, die mit 5,4 Millionen Wählern im Parlament 89 Sitze erkämpft hatte. Zetkin war eine legendäre Gestalt der deutschen Arbeiterbewegung. Der deutschen Sozialdemokratie hatte sie sich 1878, angeschlossen, dem Jahr, in dem das Sozialistengesetz erlassen wurde. Sie gehörte in deren Kämpfen zu den Unbeugsamen. Ihre Biographie bezeugt gelebten Internationalismus, hatte sie doch früh Verbindungen insbesondere zur französischen und russischen Arbeiterbewegung. Sie stand an der Spitze vieler Anstrengungen, die Arbeiterfrauen an den politischen und sozialen Auseinandersetzungen zu beteiligen und sie so auf den Weg der Emanzipation mitzunehmen. Sie gehörte zu den entschiedenen Gegnern des Krieges. Sie verkörperte die besten Traditionen der demokratischen, sozialistischen und der Friedensbewegung.

Wiewohl die 75jährige Frau nicht mehr an den Tageskämpfen der deutschen Kommunisten teilnehmen konnte, hatte sie sich für die Kandidatur zur Verfügung gestellt. Nun sah sie sich einer Versammlung von Gegnern der Arbeiterbewegung gegenüber. In den Bänken vor ihr räkelten sich siegesgewiss allein 230 Abgeordnete der Faschistenpartei. Wen sprach sie hier an? Gewiss die Genossen ihrer Fraktion, und vielleicht erreichte sie auch mehr als nur das Ohr eines sozialdemokratischen Abgeordneten. Doch was sie sagte, war in erster Linie an die gerichtet, die ihre Worte in der kommunistischen Presse lesen würden und aus ihnen Zuversicht und Kraft schöpfen sollten.

Zetkins Rede war Kampfruf gegen den Faschismus und jedwede ihm verbundene Reaktion. Sie wies alle Stärken und Schwächen auf, die der von der Kommunistischen Internationale beschlossenen, von ihrer deutschen Sektion befolgten antifaschistischen Strategie und Taktik anhafteten. Vor allem war sie Appell zum Zusammenschluss aller von Diktatur und Kriegsaussicht bedrohten Arbeitenden. Kein Zweifel blieb, dass die Kommunisten außerstande wären, die Gefahr allein abzuwehren. Sie wandte sich auch gegen die Illusion, es könnten die Ziele der *Ausgebeuteten* einzig in Parlamentskämpfen erreicht werden. Nur wenn die Massen außerhalb des Parlaments aufmarschierten und ihre Macht entfalteten, sei ein Richtungswechsel zu erreichen. Dem aber stünde, von ihr in einer Aufzählung der Hindernisse nur erwähnt, auch die „Passivität großer Teile des Proletariats“ im Wege. „Wenn heute das Parlament“, sagte sie, „innerhalb bestimmter Grenzen für den Kampf der Werktätigen ausgenutzt

werden kann, so nur dann, wenn es seine Stütze hat an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern“.

Was, aus dem Rückblick deutlich sichtbar, dieser Rede fehlte, war ein Zeichen ausgestreckter Hand in Richtung der Sozialdemokratie. Nach den Jahren der von ihren Führern konzipierten und propagierten Politik des „kleineren Übels“, nach der jüngsten Kapitulation der SPD vor dem Papen-Staatsstreich in Preußen vom 20.7.1932, mochten sich die Kommunisten von der verbürgerlichten Führungsgruppe nicht eine erneute Abweisung einhandeln wollen. Dennoch würde gerade ein unerwartetes – Verständigungsbereitschaft signalisierendes – Wort jene Anstrengung unterstützt haben, mit der Kommunisten eine breitere antifaschistische Front schaffen wollten.

„Volle Befreiung“

Doch stand solchem Schritt mehr entgegen als Vergangenes. Wiewohl die KPD den Kampf gegen die Nazis als dringendste Aufgabe ansah, vermochte sie sich als dessen positives Ziel nur ihren definitiven Sieg über das Kapital vorzustellen. Eine Zwischenstufe dahin lag jenseits ihrer Vorstellungen. Nazi- oder Sowjetdeutschland, so stellte sie die Frage und errichtete damit auch ihrerseits eine der Barrikaden, die sich zwischen den Strömen der Arbeiterbewegung türmten. Das nächste Ziel, so auch Zetkin, sei die „volle Befreiung“ der Massen durch die Überwindung des Kapitalismus. Dies erreichen zu können, war angesichts der Gegenkräfte, die sich auf dem Vormarsch befanden, während die Arbeiterbewegung sich in die Defensive gedrängt sah, eine Illusion. Nicht anders die am Ende der Rede von Zetkin ausgesprochenen Hoffnung, „trotz meiner Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands zu eröffnen.“

Die Geschichte nahm eine entgegengesetzte Richtung. Ein Jahr später war die Etablierung der Diktatur der Faschisten weit vorangekommen. Clara Zetkin hatte deren Anfänge aus der Ferne miterleben müssen. Sie starb am 20. Juni 1933 in Archangelskoje bei Moskau. Sich des Auftritts der von Altersschwäche gezeichneten Frau erinnern, erscheint in Tagen doppelt geboten, da hierzulande das Fehlen von Mut in unserer Gesellschaft beklagt wird. Die Erinnerung mag sich mit dem Bewusstsein ungetilgter Schande verbinden, dass in Berlin die auf das Gebäude des Reichstags stoßende Straße, die Clara Zetkins Namen erhalten hatte, ihn im Zeichen der „Wende“ auf Initiative von Historikern und Politikern verlor.

Quellentext. Aus Clara Zetkins Rede vom 30.8.1932

Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten. Alle Bedrohten, alle Leidenden, alle Befreiungssehnsüchtigen in die Einheitsfront gegen den Faschismus und seine Beauftragten in der Regierung! Die Selbstbehauptung der Werktätigen gegen den Faschismus ist die nächste unerlässliche Voraussetzung für die Einheitsfront im Kampfe gegen Krise, imperialistische Kriege und ihre Ursache, die kapitalistische Produktionsweise. Die Auflehnung von Millionen werktätiger Männer und Frauen in Deutschland gegen Hunger, Entrechtung, faschistischen Mord und imperialistische Kriege ist ein Ausdruck der unzerstörbaren Schicksalsgemeinschaft der Schaffenden der ganzen Welt. Diese internationale Schicksalsgemeinschaft muss ehern geschmiedete Kampfesgemeinschaft der Werktätigen in allen Herrschaftsgebieten des Kapitalismus werden, eine Kampfesgemeinschaft, die sie mit den vorausgestürmten befreiten Brüdern und Schwestern in der Sowjetunion verbindet.“[1]

junge Welt, Sonnabend, 01.09.2007, S. 15.

[1] Aus: Verhandlungen des Reichstages, VI. Wahlperiode, 1932, Bd. 454, S. 1 f.

Großdeutschland ohne Führer?

Was wäre, wenn ... Hitler 1938 gestorben wäre

Die Popularitätskurve des Naziregimes und vor allem des „Führers“ Adolf Hitler besitzt im Vorkrieg einen deutlich erkennbaren Höhe- und zugleich ihren Scheitelpunkt. Die liegen im Frühjahr 1938. Deutschland war zu diesem Zeitpunkt ein Land ohne Arbeitslose und Millionen hielten das Fortdauern des Wirtschaftswandels für ungefährdet, wenn sie auch mit ihrer eigenen Situation, der Höhe von Löhnen und Gehältern, der Lage auf dem Wohnungsmarkt und vielen anderen Lebensbedingungen nichts weniger denn zufrieden sein konnten. Am 13. März war den Machthabern ein Coup gelungen. Österreich wurde beseitigt und seine Bewohner unter der Bezeichnung Ostmärker „Heim ins Reich“ geführt. Das wurde den Deutschen als eine nationale Großtat dargestellt und viele empfanden das Ereignis auch so.

Hitler gelangte auf den Höhepunkt seines Ansehens. Selbst Menschen, die sich aus verschiedensten Gründen bis dahin gegen ihn zumindest Vorbehalte noch bewahrt hatten, gaben – erfolgsbestochen – ihre Haltung nun auf. Er wurde als der Vollender des Werkes von Bismarck dargestellt und gefeiert. Als wenige Wochen nach seinem triumphalen Einzug in Wien eine der Verlängerung des nationalistischen Taumels dienende Volksabstimmung über den „Anschluss“ stattfand, brauchten die Ergebnisse nicht geschönt zu werden.

Es war Joachim Fest, der in der Einleitung zu seiner Hitler-Biografie fragte, wie das Urteil über den Mann ausfiele, wenn er 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre. Und seine Antwort lautete – nicht rückblickend für die Zeitgenossen dieses gedachten Todesjahres, sondern bezeichnenderweise für seine eigenen in der Bundesrepublik – es würden nur wenige zögern, ihn einen „der größten Staatsmänner der Deutschen“ zu nennen.

Sebastian Haffner hat in „Anmerkungen zu Hitler“ den Faden weitergesponnen, aber einschränkend für die Volksgenossen von einst gemeint, sie würden „zunächst“ von dem Gefühl beherrscht worden sein, „einen ihrer größten Staatsmänner verloren zu haben“. Dann erörtert er weiter, was auf Hitlers Tod gefolgt wäre, und kommt zu dem Ergebnis, dass dessen Hinterlassenschaft ein Staatschaos gewesen wäre – ein bei dem scharfsichtigen Autor verwunderndes Urteil, das sich jedoch einfach daraus erklärt, dass Haffner nur ein bürgerlich-parlamentarisches Staatswesen als geordnet galt, eine Diktatur wie die unter Hitlers Dirigat geschaffene aber ihm als völlig regellos erschien.

Lässt sich über das Gedankenspiel von des toten Hitlers Rang in Geschichtsbüchern des Jahres 1939 hinaus eine Vorstellung begründen, von welchen Folgen der Wegfall des „Faktors Hitler“ für den weiteren Gang der deutschen und europäischen Geschichte gewesen wäre? Einige unmittelbare besitzen hohe Wahrscheinlichkeit, wobei sich mit Bestimmtheit eher benennen lässt, was nicht eingetreten wäre als was sich ereignet haben würde. In diesem Moment würde es zu keinen Erschütterungen des Regimes gekommen sein, das von hoher, von Herrschenden in anderen kapitalistischen Staaten beneideter Stabilität war. Weder existierte in Deutschland eine aktionsfähige illegale Widerstandsbewegung von Gewicht, noch gab es in den Eliten eine organisierte Opposition, die sich für eine innen- oder außenpolitische Richtungskorrektur eingesetzt haben würde.

Der Totenkult um den „Führer“ und das Interesse der Parteiführer, seiner Paladine, die Macht unbeeinträchtigt zu behaupten, hätten das Ihre getan, die Diktatur momentan zu befestigen. Kein Streit würde auch über die Nachfolge entstanden sein. Wiewohl Hitler Hermann Göring erst in seiner Kriegsrede am 1. September 1939 zum Erben designieren sollte, war der Reichsminister, preußische Ministerpräsident, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall, in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan zum Wirtschaftsdiktator aufgerückte alte Mitkämpfer und bedingungslose Gefolgsmann schon vordem zweifelsfrei zur Nummer zwei im Staate geworden. Er besaß unter Angehörigen der zivilen wie der militärischen Eliten Autorität. Und weit in die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land war der sich jovial gebende „dicke Hermann“ populär. Gewiss, das hat die Geschichte davor und danach erwiesen, lässt sich ein verherrlichter, ja vergotteter, zum Retter und Erlöser stilisierter Diktator nicht einfach ersetzen. Doch Göring würde sich nicht als bloße Aus-

hilfe präsentiert haben. So verschieden sein Erscheinungsbild verglichen mit dem Hitlers, so stark ihre Lebensstile voneinander abwichen, wesentlich war das Übereinstimmende, das sie zusammengeführt und -gehalten hatte: der Geist der Revanche, mit dem sie die Weltkriegsuniformen auszogen, die Verfechtung nationalistischer und rassistischer politischer Überzeugungen und Dogmen, die blutige Brutalität des Vorgehens gegen alle Gegner und Opponenten, die Skrupellosigkeit, mit der sie ihre Ziele im Inneren wie in der Außenpolitik verfolgten, darunter den Einsatz auch der dreistesten Lügen.

Die entscheidende Frage, die in dieser kontrafaktischen Konstruktion an den Nachfolger aber zu richten wäre, lautet: Wie hätte er sich auf dem vorgezeichneten Weg vom Großdeutschen zum Weltreich verhalten? Würde er Hitlers Erbe – und zu ihm gehörte der auch zeitlich bereits fixierte Kriegsplan – uneingeschränkt angetreten haben? Göring war der mächtigste Einpeitscher des Aufrüstungskurses gewesen, den keinerlei Verwerfungen oder sich abzeichnende Desaster in der deutschen Volkswirtschaft kümmerten. Gegen Bedenken von Kapitaleignern, welche die Einbuße von Weltmarktpositionen fürchteten und fragten, ob auf dem Wege zum Rüstungsvorsprung nicht Überkapazitäten entstünden, peitschte er sie zu Investitionen vorwärts. Man müsse etwas riskieren, bevor man reich werden könne. Göring, der redend häufig von hemdsärmeliger Offenheit war, bezeichnete vor Wirtschaftsführern Frankreich, England und die Sowjetunion als künftige Kriegsgegner und erklärte, dass zumindest auch die wirtschaftspolitische Gegnerschaft der USA auf der Negativseite einkalkuliert werden müsse. Mehrfach präsentierte er sich als Abenteurer von Graden, doch lässt sich daraus nicht sicher schließen, dass er, wenn es an den unwiderruflichen Schießbefehl gegangen wäre, wie Hitler oder auch nur zum gleichen Zeitpunkt wie dieser entschieden haben würde. Dies behaupten, hieße vom Gedankenexperiment in die Spekulation abgleiten. Hätte Göring Bedenken und Einwände der Generale und Admirale berücksichtigt, die nicht gegen den Kriegszug waren, ihn jedoch erst beginnen wollten, wenn sie noch besser gerüstet sein würden? Oder diese wie Hitler ignoriert? Wir wissen das nicht und gebieten über keine Methode, mit der sich darauf eine unanfechtbare Antwort finden ließe. Unvorstellbar ist nur ein deutscher Faschismus an der Macht ohne imperialistische Großmachtambitionen. Für die deutschen Eliten an der Spitze der Diktatur war der Krieg ein legitimes Mittel, ihre Interessen durchzusetzen. Und bei dessen Vorbereitung waren sie in einer Gemeinschaftsaktion weit vorangekommen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 1./2. September 2007, S. 22.

Das Korps der Mörder

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. (9): Das Urteil gegen die Kommandeure der „Einsatzgruppen“

Einsatzgruppen – eine Kennzeichnung, mit der sich bis in die dreißiger Jahre nichts anderes verbunden haben mag als die Vorstellung von gebündelten menschlichen Kräften, die im Falle von Katastrophen wie Bränden, Überschwemmungen oder Explosionen in Aktion traten, um Menschenleben und Güter zu retten. Das änderte sich, als 1938 das Wort für besondere militärische Formationen benutzt wurde, die bei den ersten expansiven Schritten des Nazireiches Verwendung fanden. Zuerst noch im Vorkrieg, 1938 und 1939, gegen Österreich und die Tschechoslowakei, sodann im Gefolge des kriegerisch nach Polen vordringenden Heeres. In dem östlichen Nachbarland hinterließen diese Spezialformationen eine breite Blutspur. Das war nur ein Auftakt. Dem folgte nach dem 22. Juni 1941 mit dem Einfall in die UdSSR jener Mordfeldzug der vier eigens gebildeten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), der in der Jahrtausende alten Geschichte von Eroberungskriegen, Gewaltaktionen aus religiösem und politischem Verfolgungs- und Ausrottungswahn, rasenden Gegenrevolutionen kein Beispiel findet und vor dem alle Vorbilder nahezu zu erblassen scheinen. Jedwedes Vorstellungsvermögen bleibt überfordert angesichts der geschätzten Zahl von bis zu 1,4 Millionen Menschen, vor allem Juden, die im eroberten Gebiet vor und in Gräben und Gruben niedergeschossen, in Ghettos bei deren Räumung niedergeknallt, in Gaswagen erstickt worden sind.

Einigende Verbrechen

24 Führer dieser Einsatzgruppen und ihrer Gliederungen, der Einsatzkommandos, sämtlich Offiziere der SS, wurden am 15. September 1947 in Nürnberg von einem US-amerikanischen Gericht – in der Zählung galt das Verfahren als Fall IX – wegen begangener Kriegs- und Menschheitsverbrechen und wegen der Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation angeklagt. Ihre und ihrer Mannschaften Rolle war bereits im Hauptprozess zur Sprache gekommen, als der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Ernst Kaltenbrunner, sich verantworten musste und den scheiternden Versuch unternahm, seine Rolle abzuleugnen und sich als einen Mann der international üblichen geheimdienstlichen Aufklärung hinzustellen. Schon dort hatte einer der höchstgestellten Funktionäre des RSHA, Dr. Otto Ohlendorf, als Zeuge ausgesagt. Er gehörte zu jenen Führungskräften des RSHA, die ihre Stelle im Berliner Prinz-Albrecht-Palais, dem Sitz des Hauptamtes, 1941 zeitweilig mit der Rolle des Befehlshabers einer der vier Einsatzgruppen vertauscht hatten. Die im äußersten Süden der UdSSR, nordwärts des Schwarzen Meeres, operierende Einsatzgruppe stand anfänglich unter Ohlendorfs Befehl.

Nun, 1947, wurde er auf Platz eins der Anklagebank gesetzt. Ohlendorf war der Einzige der bei Kriegsbeginn gegen die UdSSR eingesetzten Kommandeure der Einsatzgruppen mit den Bezeichnungen A bis D, der vor diesem Gericht stand und verurteilt wurde. Der Führer der Gruppe A, Walter Stahlecker, war im Kampf mit Partisanen 1942 umgekommen. Arthur Nebe, der an der Spitze der im Mittelabschnitt operierenden Gruppe B gestanden hatte, wurde im März 1945 wegen Verbindungen zu Verschwörern des 20. Juli 1944 hingerichtet. Der Kommandeur der Gruppe C, Dr. Dr. Otto Rasch, gehörte zwar zu den Angeklagten des Prozesses, wurde aber vor dessen Ende krankheitshalber aus dem Verfahren genommen und starb bald nach der Verurteilung seiner Mitangeklagten. Vor allem fehlte deren Vorgesetzter, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, der sie ausgewählt und mit den Führern ihnen unterstellter Kommandos in Pretzsch, Bad Düben und Bad Schmiedeberg vor dem Feldzug ihnen den mörderischen Auftrag erteilt und sie instruiert hatte. Heydrich, in Personalunion stellvertretender Reichsprotektor im okkupierten Westteil der Tschechoslowakei (Böhmen und Mähren) geworden, wurde 1942 von Widerstandskämpfern in den Straßen von Prag tödlich verletzt. Er hätte sich, das Kriegsende überlebend, zweifellos auf der Anklagebank des Hauptprozesses befunden. Dort saß 1945/1946 sein Nachfolger, Ernst Kaltenbrunner, den die Richter hängen ließen. Nicht greifbar war und blieb Heinrich Müller („Gestapo-Müller“), Amtschef im RSHA, dessen Lebensspur sich

bei Kriegsende verliert und trotz vieler Recherchen nicht verlässlich aufgeklärt werden konnte. Zudem entzog sich einer der Angeklagten dem Verfahren durch Selbstmord.

So stellen die Beschuldigten aus dem Führungspersonal, das an den Verbrechen beteiligt gewesen war oder dazu Beihilfe geleistet hatte, nur eine Minderheit der Täter dar, zumal die Personen auf den Führerposten an der Spitze der Gruppen und Kommandos gewechselt hatten. Während der Gesamtdauer des Einsatzes waren nicht selten und teils rasch vier oder fünf Kommandeure aufeinander gefolgt. Der Vorgang deutet darauf hin, dass Himmler, Heydrich, nach ihm Kaltenbrunner und der für den Personalbestand zuständige Amtschef Bruno Streckenbach– er befand sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, wurde 1955 entlassen und blieb danach in der Bundesrepublik unbehelligt – ein Interesse daran besaßen, die Arbeitsteilung zwischen Schreibtischtätern und Mördern vor Ort aufzuheben. Derart banden sie die Führerclique des Schwarzen Korps zusätzlich auf Gedeih und Verderb aneinander. So begannen nicht niedere Offiziersränge der SS und deren Untergebene das Ausrotten auf sowjetischem Gebiet. Das geschah unter dem Kommando der ersten Reihe von Führern des RSHA, so allen Zweifel beseitigend, es könne sich um Verbrechen handeln, die nicht planvoll erfolgten und nicht von höchster Stelle ausgingen. In der gleichen Weise wirkten Inspektionen Himmlers bei diesen Einsatzgruppen und seine Ansprachen an Führer und Mannschaften.

Belastende Dokumente

Die einstigen SS-Führer und deren Verteidiger befanden sich angesichts der in der Hand der Anklage befindlichen unabweisbaren Dokumente in aussichtsloser Lage. Der Stab von Telford Taylor verfügte u. a. über jene zusammenfassenden, regelmäßig erstatteten Berichte, in denen die Tätigkeit der Einsatzgruppen in Form von Erfolgsmeldungen an das RSHA berichtet worden war. Sie wurden einem sehr kleinen Kreis Auserwählter an der Spitze des Regimes zur Kenntnis gebracht. Die Orte der Verbrechen waren darin ebenso verzeichnet wie die Zahl der Opfer und die Methoden, mit denen sie zuerst unter Täuschungen zusammengetrieben, dann zu den Mordstätten gefahren und dort getötet worden waren. Die Authentizität dieses Materials war nicht zu bezweifeln. Sodann hatte Ohlendorf sich bereits im Hauptprozess bei seiner Aussage von der Einsicht bestimmen lassen, dass angesichts des Beweismaterials es sinnlos sei, sich aufs einfache Leugnen oder glatte Beschönigen zu verlegen. Während der Vernehmung im Zeugenstand, angefordert von der US-amerikanischen Anklagevertretung, hatte er am 3. Januar 1946 seine aus den Jahren 1941/1942 herrührende Kenntnisse über die Praxis der Ausrottung eidesstattlich zu Protokoll gegeben. Er sprach konzentriert, präzise und ungerührt von den Massenerschießungen an Gräben und Gruben, der Irreführung der Opfer und der jüdischen Ältestenräte durch die Ankündigung ihnen angeblich bestimmter Umsiedlung; des Weiteren über die Methode, das Morden möglichst ohne Zwischenfälle und unerwünschte Zeugen zu organisieren, den Einsatz der sogenannten Gaswagen und der – aus der Sicht der Mörder – Vorteile und Nachteile bei ihrer Verwendung, die Beraubung der Opfer, die Sammlung und Weitergabe von Wertgegenständen wie Edelmetallen, Uhren und Wertpapieren, die Verteilung und Versendung brauchbarer Kleidungsstücke. Er hatte über seinen eigenen Anteil erklärt: „[...] im Laufe des Jahres, während dessen ich Führer der Einsatzgruppe D war, liquidierte sie ungefähr 90.000 Männer, Frauen und Kinder. Die Mehrzahl der Liquidierten waren Juden, aber es waren unter ihnen auch einige kommunistische Funktionäre."

Ohlendorf ließ – hier war die Passage seines Berichts, die eigenes Interesse nahelegte – die Verbindungen zum Oberbefehlshaber und dem Stab der 11. Armee nicht aus, die zuerst von Ritter von Schobert, später von Erich von Manstein geführt worden war. Er erwähnte die Weisung, in einem Umkreis von 200 Kilometern vom Ort, an dem die Armeeführung sich befand, keine Exekutionen vorzunehmen und auch, dass in einem Falle gewünscht worden sei, die Liquidationen rascher vorzunehmen, um örtliche Versorgungsprobleme durch die Beseitigung von Essern zu verringern. Zudem lag den Richtern ein Bericht der Einsatzgruppe A vor, in dem es hieß: „Von vornherein kann betont werden, dass die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im Allgemeinen gut, in Einzelfällen, wie z. B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Hoepner, sehr eng, ja fast herzlich war." So machte schon der Hauptprozess unwiderlegbar, dass das Ausmaß des Mordens nur möglich war, weil – auf der Basis eines Abkommens, das die oberste SS-Führung und die Wehrmachtsspitze geschlossen hatten – die

Kommandeure der Mörderschwadronen einträchtig mit den Oberbefehlshabern jener Heeresgruppen und Armeen bzw. deren Stäben kooperierten, in deren rückwärtigem Gebiet die Verbrechen verübt wurden.

Kurzum: Die Grundtatsachen über die Tätigkeit der Einsatzgruppen lagen vor Beginn des RSHA-Verfahrens zutage, sie waren bereits gerichtsnotorisch gemacht. Es kam in diesem Prozess darauf an, den Tatanteil der Angeklagten zu bestimmen. Denen, unterstützt von ihren Verteidigern, blieb nur die Berufung auf Befehle, die sie aufgrund ihres Eids hätten befolgen müssen, eine Ausflucht, gegen die schon die Richter des internationalen Tribunals eine Barriere errichtet hatten, als sie darauf bestanden, dass ein Befehl, der die Ausführung eines Kriegsverbrechens verlange, den Untergebenen, der ihn ausführt, nicht vor Schuldhaftigkeit und Strafe zu schützen vermag.

Das also schon abgewiesene Argument sollte indessen durch die Weiterung Gewicht gewinnen, dass Nichtbefolgung eines Befehls für den sich Verweigernden schwerste Bestrafung bis zur Todesfolge nach sich gezogen haben würde. Jedoch konnte nicht an einem einzigen Fall – auch nicht, als diese Argumentation in späteren Prozessen vor westdeutschen Gerichten immer wieder vorgetragen wurde – nachgewiesen werden, dass mit Ungehorsamen so verfahren worden wäre. Vielmehr haben subtile Untersuchungen von Historikern gezeigt, dass Angehörige der Einsatzgruppen, die nicht schießen wollten, zu anderen Aufgaben kommandiert, aber nicht bestraft worden waren. Sie mochten von ihren Kameraden und Vorgesetzten schief angesehen, bei Urlaubsgewährungen, Beförderungen und Auszeichnungen ausgelassen worden sein, doch hatte ihnen nicht einmal „Frontbewährung“ in einem der gefürchteten sogenannten Himmelfahrtskommandos gedroht. Die Gefährdung von Leib und Leben im Falle der Verweigerung von Mordbefehlen war eine Erfindung.

„Ein Blick direkt in die Hölle“

Den Vorsitz im Richterkollegium des Einsatzgruppen-Prozesses hatte der bereits aus anderen Prozessen erfahrene Michael A. Musmanno, Richter in Pittsburgh/Pennsylvania, übernommen. Die Anklage vertrat Benjamin Ferencz, einer der jüngsten unter den jungen Juristen und deren Assistenten aus den USA, die in den Nachfolgeprozessen tätig wurden. Er war, als man ihm die Aufgabe übertrug, gerade siebenundzwanzig Jahre alt. Hinter ihm lag ein schon bis dahin außergewöhnlicher Lebensweg. Er hatte noch nicht Laufen gelernt, als seine ungarisch-jüdischen Eltern die transsilvanischen Karpaten verließen. In Manhattan in ärmlichen Verhältnissen aufwachsend, schaffte er es dennoch zur Harvard Law School. Dann kämpfte er in der US-Armee des Generals Patton in Europa. Er wurde zur War Crimes Branch kommandiert, einer speziellen Einheit, die sich auf die frische Spur der Naziverbrechen machte, um sie und deren Täter zu erfassen und zu dokumentieren. So sah er die Konzentrationslager Mauthausen, Buchenwald und Dachau, und von diesen Erlebnissen sagte Ferencz später, er habe „einen Blick direkt in die Hölle“ getan.

Wie andere an den Nürnberger Prozessen beteiligte Juristen blieb er der Sache, die er dort verfochten hatte, vollkommen treu. In Wort und Schrift setzte er sich für Wege zu einem stabilen Weltfrieden ein und für die Formulierung klarer internationaler Bestimmungen des Völker rechts, die sich auf die Nürnberger Prinzipien gründen sollten. Er plädierte für eine Reform der Vereinten Nationen, die sie in Krisen handlungsfähiger machen würde. Er gehört, hochbetagt, zu den Kritikern des gegenwärtigen Präsidenten der USA und setzte u. a. die Phrasen des Vaters über eine Neuordnung der Welt im Zeichen des Friedens gegen die Politik des Sohnes. Wenige Tage nach dem Anschlag auf die Twin Towers in Manhattan und dem Massaker an unschuldigen Menschen trat er, Professor für internationales Recht an der Pace University in New York, dafür ein, sich durch die Tränen der Trauer und der Wut nicht blind machen und für die Untaten nun nicht vollkommen Unbeteiligte in Afghanistan „büßen“ zu lassen. Der einstige Ankläger von Nürnberg wurde zu einem Vorkämpfer für einen Internationalen Strafgerichtshof und zum Kritiker seines eigenen Landes wegen der obstruktiven Haltung, welche die Administration in Washington gegenüber dem Projekt nach wie vor einnimmt. Anlässlich des 60. Jahrestages des Prozessbeginns gegen die Hauptkriegsverbrecher reiste Ferencz über den Atlantik nach Deutschland und verfocht auf Konferenzen, in Interviews und Gesprächen den Gedanken, dass Völkerrecht zu regieren habe, nicht die Willkür von Staaten und Politikern. Wieviel weniger

wäre im Gedächtnis der Völker über Nürnberg haften geblieben ohne die Ferencz, Telford Taylor, Robert M. W. Kempner und die anderen Juristen, die aus Nürnberg nicht nur eine Erfahrung, sondern auch Maximen für ihr Leben mitnahmen?

Gnadenarien und Grotesken

Der Gerichtsspruch vom 10. April 1948 verhängte vierzehn Todesurteile, zweimal lebenslange Haft und fünf Freiheitsstrafen zwischen zehn und 20 Jahren. Ein Strafmaß lautete auf drei Jahre. In diesem Verfahren kam niemand zu einem Freispruch. Jedoch vergingen nicht einmal drei Jahre, bis auch – und nicht nur die zu Zeitstrafen verurteilten – SS-Führer des Einsatzgruppen-Prozesses von jener Gnadenwelle erreicht wurden, erzeugt durch das vom Kalten Krieg diktierte Interesse, die deutsche Bundesrepublik in das sich formierende militärische Bündnis kapitalistischer Staaten einzubeziehen. Die Mehrzahl der Todesstrafen wurde in lebenslängliche, 20- oder zehnjährige Haft umgewandelt, wie jene des Martin Sandberger, eines Nazis seit jungen Jahren, Jurastudenten, faschistischen Studentenfunktionärs schon in der Weimarer Republik, der seine Karriere über SS und SD bis in das RSHA gemacht hatte, Kommandeur der Einsatzgruppe 1 a geworden war und, als die mobile Formation in das Besatzungsregime eingepasst wurde, die Sicherheitspolizei in Estland befehligte. Die Revision wurde als ein Skandal angesehen.

Doch nicht alle „Rotjacken“, so wurden die in Landsberg am Lech gefangengehaltenen Verbrecher genannt, denen Todesurteile ausgesprochen worden waren, kamen so davon. Am 7. Juni 1951 erfolgten im US-Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1 die letzten sechs Hinrichtungen, vollzogen ausnahmslos an früheren SS-Führern. Vier davon hatten die Richter im Einsatzgruppen-Prozess verurteilt. Am Galgen endeten Otto Ohlendorf, Erich Naumann, Paul Blobel und Werner Braune.

Auf die Entscheidungen des Jahres 1951 folgten permanent weitere Gnadenakte. 1958 befand sich auch der letzte der Verurteilten auf freiem Fuß. Damit aber war kein Schlussstrich unter das Thema gezogen. Während Sandberger und Genossen ihre Freilassung erwarteten, begann vor einem westdeutschen Gericht ein Verfahren, das nach dem Ort seines Stattfindens den Namen Ulmer Einsatzgruppen-Prozess erhielt. In ihm wurde gegen den früheren Polizeichef der Stadt Memel (heute Klaipeda) und neun Angehörige von Gestapo, SD und Polizei verhandelt. Wegen der Ermordung von etwa 4.000 Juden wurden Strafen zwischen drei und 15 Jahren ausgesprochen. Dieser Prozess machte die weithin verdrängte Tatsache bewusst, dass für die Bundesrepublik – für sie vor allem, denn die meisten Täter der Einsatzgruppen hatten es im Frühjahr 1945 vorgezogen, sich aus dem sowjetischen Einflussgebiet nach Westen zu entfernen – galt, was der erste Filmtitel der ostdeutschen DEFA 1946 besagte: „Die Mörder sind unter uns“. Auf den Ulmer Prozess folgten weitere, an deren Vorbereitung die Leiter und Mitarbeiter der daraufhin geschaffenen „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ im württembergischen Ludwigsburg sich besonderes Verdienst erwarben – freilich ohne verhindern zu können, dass ihre Anstrengungen unter den Bedingungen der Fortarbeit einstiger Nazijuristen mehrfach folgenlos blieben und auch in Grotesken mündeten.

* * *

Das Wort Einsatzgruppen, durch die Praxis der faschistischen Eroberer zum Begriff geworden, schien für lange Zeit für jede anderweitige Verwendung in der deutschen Sprache tabu zu sein. Es stand für staatlich organisierte Mörderschwadronen, deren Opfer Juden, Sinti und Roma, geistig und körperlich behinderte Patienten, Kriegsgefangene sowie sowjetische Partei- und Staatsfunktionäre und politische Offiziere der Roten Armee wurden, Menschen, die den Welteroberern als „Untermenschen“, überflüssig, unnütz oder gefährlich galten. Die Annahme, das Wort sei ein für alle Mal so besetzt, erwies sich ein halbes Jahrhundert nach dem RSHA-Prozess als Irrtum. Der westdeutsche Historiker Jörg Friedrich verwandte die Kennzeichnung für die Geschwader der britischen und US-amerikanischen Luftwaffe, die den Bombenkrieg gegen Deutschland führten („Der Brand“, 2002). Das war nicht die einzige der Geschichtsverfälschung dienende und sie ausdrückende Gleichsetzung, die der Publizist über Sprachbrücken herzustellen suchte. Dass das Buch, in dem dieses „Angebot“ unterbreitet wurde – es gehört zu jener ideologischen Kampagne, welche die Deutschen in Krieg und Nachkrieg vor allem als Opfer hinstellt –, in Medien weithin gelobt wurde, vervollständigte den skan-

dalösen Vorgang. Der schon in Nürnberg unternommene Versuch, die Relativierung der faschistischen Verbrechen über die These „Die anderen auch“ zu erreichen, ist bis in unsere Tage nicht aufgegeben.

junge Welt, Freitag, 14.09.2007, S. 10.

Verdienstvolle Kärrnerarbeit

Walter Nowojski besorgte eine digitale Ausgabe der Tagebücher Victor Klemperers

Als 1997 die Tagebücher des Romanisten, Literaturwissenschaftlers, Hochschullehrers und DDR-Kulturpolitikers Victor Klemperer für die Jahre von 1933 bis 1945, Zeugnisse vom Alltag eines Überlebenden der mörderischen Judenverfolgungen der deutschen Faschisten, auf den Buchmarkt gelangten, wurde sein Name in der Bundesrepublik weithin bekannt. Ostdeutsche hatten die Bekanntschaft des Mannes exakt ein halbes Jahrhundert früher gemacht. Da erschien sein Buch „LTI – Notizen eines Philologen“, eine Analyse der sprachlichen Hinterlassenschaft der „Nationalsozialisten“ und ein herausragender Beitrag zur kritischen Durcharbeitung der Nazizeiten. Das Buch war vor allem an die junge Generation adressiert, die in Schule und Hitlerjugend, beim Arbeitsdienst und Militär die Sprache der Rassisten und Militaristen gründlicher noch aufgenommen hatte als Ältere.

Walter Nowojski gehörte zu dieser Generation, zählte damals 16 Jahre und hatte sein Germanistik-Studium noch vor sich. Nun hat er der gedruckten Ausgabe des Teils der Tagebücher eine digitale folgen lassen, der weit über den Kreis von Spezialisten, Literaturwissenschaftlern, Historikern und Angehörigen der unterschiedlichsten geistigen Berufe hinaus, Aufmerksamkeit und Leser gefunden hatte. Wären auf der Scheibe allein Klemperers Texte vollständig zu lesen und mittels der bewährten technischen Einrichtung der Digitalen Bibliothek für verschiedenste Befragungen und Recherchen leicht zugänglich gemacht, so wäre dies Grund genug des Lobes. Es ist hier rascher Zugriff zur Beantwortung vieler Fragen eröffnet, die sich auf den Schreibenden, seine Lebens- und Denkweise, seine Urteile über die widerlichen Zeitumstände, in denen er lebte und litt, und über Personen, die ihn verfolgten, ignorierten oder auch unterstützten. Klemperers Gebrauch des Begriffs Faschismus (13 Fundstellen) oder sein Verhältnis zum Zionismus (67) und dessen Verfechtern, um zwei beliebige Beispiele zu nennen, lassen sich nun rasch abrufen.

Doch damit hat sich Nowojski nicht zufriedengegeben. Die Ausgabe beginnt er mit einem biografischen Abriss seines „Helden“, auf den eine Chronik von dessen Lebensdaten, die Zusammenstellung der im Handel auf CDs verfügbaren Lesungen aus den Tagebüchern, die Aufzählung der von und über Klemperer greifbaren Literatur und der Verweis auf Filme folgen, in deren Zentrum der Gelehrte steht. Dem Textteil, der mit der letzten Eintragung des Jahre 1932 einsetzt und bis zum Bericht über die Rückkehr nach Dresden im Juni 1945 reicht, folgt dessen Erschließung in einer Qualität, die Ergebnis einer inzwischen nahezu drei Jahrzehnte dauernden Kärrnerarbeit ist. Denn des Herausgebers Beschäftigung mit den Tagebüchern setzte 1978 ein, als eine Nebenarbeit, denn da war Nowojski noch Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“.

Der „Anhang“ beginnt mit Anmerkungen, die Auskunft über erwähnte Personen (Verwandte, Freunde, Bekannte, Kollegen, Politiker, Künstler u. a.), Vorkommnisse, Ereignisse, wissenschaftliche Werke, nahezu vergessene Strömungen oder Moden der Wissenschaft, Romane, Filme, Theateraufführungen, Zeitschriften, Organisationen geben und Anspielungen und Verschlüsselungen enträtseln. Dann folgen Informationen über die im Text genannten Personen, die den Kategorien „Kollegen“, „Leidensgefährten“ und „Dresdner Täter“ zugeordnet wurden, Angaben, die wiederum weitläufige Spurensuche voraussetzten und eine schwer zu überbietende Akribie erstrebten. Werden doch nicht nur Lebenswege erfasst, sondern Namen von Ehepartnern, Kindern, Orten.

Am Schluss findet sich eine Chronik der Judenverfolgungen in Dresden und eine Aufzählung der Adressen der „Judenhäuser“ in der Stadt. Dem Ganzen sind zudem 131 Bilder montiert, solche aus dem Privatbesitz und Nachlass Klemperers wie andere, die der Zeit und den Geschehnissen Kolorit geben und deren Auffindung und Auswahl wiederum von unermüdlichem Forscherfleiß zeugen. Darunter sind solche, deren Benutzung im Schulunterricht zu wünschen ist, beispielsweise, wenn vom Asylrecht gesprochen wird. Denn faksimiliert ist hier auch der Bescheid, den Klemperer vom Generalkonsulat der USA auf seinen dort vorgetragenen Emigrationswunsch erhielt. Der besagte, er und seine Frau wären am 13. Januar 1939 unter den Nummern 56.429 und 56.430 auf die Warteliste gesetzt worden und würden rechtzeitig benachrichtigt, wenn sie an der Reihe wären und in Berlin vorsprechen könnten.

Folgen soll übrigens eine analoge Ausgabe der Tagebücher 1918 bis 1932 und des Briefwechsels Klemperers. Dafür seien Walter Nowojski Kraft, die unerlässlichen materiellen Mittel und wiederum kompetente Helfer gewünscht.

Victor Klemperer, Die Tagebücher (1933-1945). Kommentierte Gesamtausgabe. Hrsg. Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser. Directmedia Berlin 2007. Digitale Bibliothek 150, 45,00 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. September 2007, S. 22.

Kinder ohne Gameboy

Das war der „Tag der deutschen Einheit“

Fünfhunderttausend in Berlin, hunderttausend in Schwerin – in derlei Haufen haben sich die eventsüchtigen und -trainierten Deutschen am 3. Oktober 2007 versammelt. Vorgestern Fußballweltmeisterschaft der Männer, gestern die der Frauen, kürzlich noch irgendein Marathonlauf, auch offene Türen, die danach ein Jahr lang verschlossen sind, usw. – das betäubt und verblödet. Aber noch nicht zur vollen Zufriedenheit der letzten Profiteure.

Mit einer besonderen Zielgruppe hat es seine eigenen Schwierigkeiten, mit den Brüdern und Schwestern in den neuen Bundesländern. Was die Älteren angeht, gilt manchem Hopfen und Malz verloren und so – das erscheint als das allerletzte der denkbaren Mittel – werden Anleihen selbst bei den Kommunisten aufgenommen, die mit ihrer ideologischen Indoktrinierung so früh wie möglich begannen. Das sagten sich, wie die Schweriner Volkszeitung in ihrer Prachtausgabe zum Nationalfeiertag mitteilte, die in der mecklenburgischen Hauptstadt arbeitenden staatsbewussten Pädagogen der Montessori-Schule. Sie riefen ihre Achtjährigen zusammen und ließen sie vom Ortsleiter der Birthler-Behörde darüber belehren, wie das nicht in, sondern „mit der DDR“ so gewesen sei. Und Theeske, notierte der Reporter, hatte gelernt: „In der DDR gab es keinen Gameboy“, womit die hinreichende Vorstellung von der Traurigkeit allen Kinderlebens in der Diktatur vermittelt war, jedenfalls den Schülern der „Blauen Klasse“, eine Kennzeichnung, die nur auf die Farbe des Raumes anspielt.

Anschließend kommen die kleinen Kerle und Kerlinnen nach Hause und begegnen Eltern und Großeltern, die zu jener Befragtengruppe gehörten, die sich zu 74 Prozent als im Osten Benachteiligte und als deutsche Bürger zweiter Klasse empfinden und erklärt haben. Schlimmer noch, wenn sie sich zu den nahezu 20 Prozent bekannten, die gar die Mauer wiederhaben wollen. Da möchte der Aufklärer nach 17 Jahren resignieren, will das aber doch nicht. Und so schlägt ein Jungschriftsteller im Radio Berlin-Brandenburg und ausgerechnet in dessen Info-Ausgabe den Ostdeutschen vor, „langsam ehrlicher zu werden“. Das Schweigen in den Familien müsse aufgegeben und dort am Kaffee- oder Abendbrottisch diskutiert werden, wer nun eigentlich von Vater, Mutter, Onkeln oder Tanten „bei der Stasi“ und ein IM gewesen ist. Es müsse aber nicht nur hinzugewusst, sondern auch abgestoßen werden. Zu den zu vergessenden Begriffen, meint der Literat, gehöre vor allem „soziale Gerechtigkeit“.

Zu den Lieblingsthemen derer, die sich doch nicht auf die biologische Lösung ihres Problems verlassen wollen, gehört die Schulunterweisung über die Geschichte der DDR. Fehlerhaft und einseitig sei die noch immer, sagt nicht nur die Stiftung Warentest, sondern bestätigt auch der Chef der Bundeszentrale für politische Bildung. Im Vordergrund habe die Erkenntnis zu stehen, dass „eine Hälfte Deutschlands unter der Vorherrschaft der Sowjetunion ohne Freiheit und Demokratie habe leben müssen“. Welche Vorstellung hat der Mann aber, von der DDR abgesehen, eigentlich von dem Begriff „eine Hälfte“?

Inzwischen ist von anderer Seite das Schulbuch als ein „Relikt aus den Gründerjahren der Aufklärung“ entdeckt und gemeint worden, es gehöre, weil Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Internet so viel Aufklärung bieten würden, abgeschafft. Der Autor wird mit diesem famosen Vorschlag die Entscheidenden nicht erreichen, hat er ihn doch in einer „sozialistischen Tageszeitung“ drucken lassen.

junge Welt, Freitag, 05.10.2007, S. 13.

Völkermord statt Holocaust

Dass das Erscheinen des hier zu empfehlenden Buches mit der Eröffnung der Ausstellung zeitlich zusammenfiel, die den DDR-Staat als antisemitisch diffamiert, war ein Zufall. Verursacht war er auch dadurch, dass sein in Brandenburg lebender Autor für sein Manuskript nicht auf Anhieb einen Verlag finden konnte. Kein Zufall hingegen war, dass sein den Urhebern der Ausstellung gemachtes Angebot, sich mit ihnen gemeinsam öffentlicher Diskussion zu stellen, unangenommen blieb. Denn die Ausstellung, die inzwischen in den neuen Bundesländern auf Wanderschaft geschickt wurde, profitiert wie die gesamte Antisemitismus-Anklage gegen den ostdeutschen Staat von einem Interesse, das keineswegs auf Wahrheitssuche zurückzuführen ist, und von massenhafter Unkenntnis. Das Interesse, das den Initiatoren der Schau Geld und andere Unterstützung verschaffte, bleibt wohl noch auf Dauer ungestillt, denn der angebliche Nachweis des Antisemitismus, der ärgste Vorwurf, der sich in Deutschland gegen Personen, Organisationen oder Institutionen erheben lässt, bildet gleichsam den Schlussstein im kunstvoll-demagogischen Nachbau einer DDR, die es nicht gegeben hat. Und Unkenntnis darf vorausgesetzt werden. In den alten Bundesländern ohnehin. In den neuen wächst die Zahl derer unausgesetzt, die auf fremde Urteile über den untergegangenen Staat angewiesen sind.

Die es anders und besser wissen, winken ab und schweigen weithin. Sie sind es zumeist überdrüssig geworden, alledem, was ihnen doch nur als üble Nachrede auch über sich selbst vorkommen kann, noch zu widersprechen. Zudem haben sie die Erfahrung gemacht, dass das Bestehen auf für jedermann nachprüfbaren Tatsachen Beschimpfungen wie Nostalgiker, Betonkopf oder Stalinist nach sich zieht. Auch mögen sie hoffen, die Korrektur des üblen Propagandabildes werde schließlich ähnlich leise erfolgen wie im Falle des einstigen über die Kindergärten in Ostdeutschland, wonach die Kleinen, wenn sie nicht gemeinsam auf Töpfe befohlen wurden und sich langweilten, NVA-Soldaten und allerlei Fahnen malen mussten. Die Hoffnung könnte sich als verfehlt erweisen. Der gebastelte DDR-Antisemitismus ist zu kostbar, als dass sich die Sache so erledigen würde.

Matthias Krauß nun hat, ohne die Absicht, eine Gegenschrift zu verfassen, die Autoren der Ausstellung der totalen Ignoranz gegenüber der Tatsache überführt, dass über Jahrzehnte von Rügen bis in das Erzgebirge in den allgemeinbildenden Schulen Literatur über Juden, Judenfeindschaft und Judenmord obligatorischer Gegenstand des Deutschunterrichts war. Dass darüber viel falsch Zeugnis abgelegt worden ist, erwähnt er einleitend, fußend auch auf eher beiläufigen Befragungen, die er bei ihm bekannten Absolventen dieser Schulen gemacht hat. Ob die einen sich nicht erinnern können, weil sie – was bei der Dichte der Behandlung des Gegenstandes schwer denkbar ist – in Schulzimmern vor sich hingedöst haben, oder andere sich auf die Texte von Lessing, Lion Feuchtwanger, Heinrich Heine, Anna Seghers, Bruno Apitz, Otto Gotsche, Friedrich Wolf, Johannes R. Becher, Arnold Zweig, Willi Bredel, Rolf Hochhuth, Egon Erwin Kisch, Jurek Becker, Sarah Kirsch, Johannes Bobrowski, Louis Fürnberg, F. C. Weiskopf, Stephan Hermlin aus anderem Grunde so wenig besinnen können wie auf den Satz des Thales oder des Pythagoras, sei dahingestellt. Krauß inspiziert diese Texte, ordnet sie Klassenstufen zu, prüft, welche Anregungen die Literatur für die Lehrer zu deren Behandlung gab, und greift auf Forderungen der verbindlichen Lehrpläne zurück. Diese Vorgehensweise verbindet sich mit dem Vorzug, dass er nicht nur Erlebnisse und Eindrücke seiner eigenen Schulzeit besitzt, sondern dass er auch ein aufmerksamer Schüler war, der sich im Literaturunterricht umfängliche Aufzeichnungen machte, die er bewahrt hat und nun illustrierend und bestätigend ebenso heranziehen konnte, wie er auf Interpretationen seiner Lehrer verweisen kann, darunter solche, die von Texten vordergründige, politisch gewollte Anwendungen herleiteten (vulgo: sie instrumentalisierten).

Krauß' verdienstvolles Buch wurde bei seiner Vorstellung im Potsdamer Studentenclub von Erardo Rautenberg, dem Generalstaatsanwalt in Brandenburg, empfohlen, der dabei ausdrücklich der Titelwahl zustimmte. Mit der Bevorzugung des Begriffs Völkermord und der Ablehnung des unangemessenen Begriffs Holocaust stehe es, sagte der Jurist, auf diesem Feld 1:0 für die DDR. Nun wäre, im Sinne jener vielzitierten Forderung, wonach die Deutschen sich ihre Geschichten erzählen sollen, zu wünschen, dass ein Autor anderer Herkunft, Absolvent einer bundesrepublikanischen Schule, seine

Erfahrungen und Recherchen beisteuerte. Ganz so könnte die Forderung aber auch wieder nicht gemeint gewesen sein.

Matthias Krauß: „Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR“, Anderbeck Verlag, 203 S., 14,80 Euro.

Ossietzky, H. 20, 6. Oktober 2007, S. 796-798.

Kurt Goldstein

Die Kette von Zufällen, die unserer ersten Begegnung vorausgingen, war lang und die seine länger als meine. Kurt Goldstein war den Faschisten entkommen, hatte Kämpfe des Spanischen Bürgerkriegs als Freiwilliger in den Internationalen Brigaden bestanden, die Lager in Frankreich und dann Auschwitz und Buchenwald überlebt. Wie viele Augenblicke, in denen sein Leben früh enden konnte! Ich war irgendeinem Himmelfahrtskommando in der Festung Breslau entkommen und nicht in einen der überfüllten Züge gelangt, die in die Dresdener Bombennacht fuhren. Nach alledem lernten wir einander zeitig im September im Jahr des Kriegsendes in Weimar kennen. Er war nach der Befreiung des Konzentrationslagers auf dem Ettersberg in der Stadt geblieben, mich hatte es in sie verschlagen. Er, Jugendsekretär der Landesleitung der Kommunistischen Partei, war auf der Suche nach jungen Leuten, die sich mit auf einen neuen Weg machten. So sei, erzählte er mir bei unserem Telefongespräch vor seiner letzten Reise nach Spanien, er auch auf mich „gestoßen“, einen Wegsuchenden. Damals bereitete er die erste Tagung der antifaschistischen Jugend Thüringens vor, die zwischen Weihnachten und Neujahr 1945 in Gera stattfand. Auf der Bühne des „Wintergartens“ trat er mit leidenschaftlichen Appellen ebenso hervor wie mit dem besonnenen Wort, gerichtet an uns Heißsporne unter den Neubekehrten.

Als wir in einer Internatsschule überlegten, wie wir unsere Wandzeitung nennen sollten, und dafür tief rot eingefärbte Titel vorschlugen, empfahl er uns bei einem Besuch *Die Funzel* als Kennzeichen, dass wir hinter die Dinge leuchten wollten. So unentwegt und unverdrossen er sich zu der Fahne bekannte, die er gewählt hatte, so sehr widerstrebte es ihm, bei jeder Gelegenheit mit ihr zu wedeln. Kurt Goldstein setzte auf das Wort, war ein Wortgewaltiger, der mit der Sprache – nicht nur seiner Muttersprache – umgehen konnte und die leisen Töne bevorzugte. Seine Empfehlung hieß: Nachdenken. Lärm störte dabei.

Traf ich damals wie später mit ihm zusammen, unsere Wege kreuzten sich bei verschiedensten Diskussionen, Ehrungen und Kundgebungen, konnte ich jede Wette auf seine erste Frage eingehen: „Was machst Du?“ Nicht, dass er den Verdacht der Untätigkeit gehegt hätte. So drückte er seine Teilnahme am Leben der Genossen aus, namentlich der jüngeren. Selten, dass der Antwort nicht weiteres Forschen folgte. Er war Meister in der Kunst, sein Gegenüber fragend zu neuer Überlegung anzuregen. Aufdringliche Belehrungen aus reicher Erfahrung waren seine Sache nicht.

Dieses Begegnen gehört nun der Vergangenheit an. Der Ehrenvorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees ist 92jährig in Berlin gestorben. Aber seine Frage „Was machst du?“ sollten wir nicht vergessen, auch wenn wir sie aus seinem Munde nicht mehr hören.

Ossietzky, Heft 20, 6. Oktober 2007, S. 827-828.

Nichts für die Doofen

Über Macht und Ohnmacht: Hermann Kant im Gespräch mit der Journalistin Irmtraud Gutschke

Etwa 50 Stunden haben sich die literaturbeflissene Redakteurin Irmtraud Gutschke und der Schriftsteller Hermann Kant im Verlauf eines Dreivierteljahres gegenübergesessen und miteinander von Vergangenem und Gegenwärtigem sowie über Denkbar-Zukünftiges gesprochen. Daraus ist ein „Interview-Buch“ geworden, dessen Lesen auf vielerlei Weise Vergnügen macht.

Das Gespräch ist in jenen Passagen am interessantesten, in denen sich Vertreter zweier Generationen begegnen, die an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlich verantwortlichen Funktionen in der DDR tätig waren und für deren Bestand eingetreten sind. Als Kant die Lebensstationen früher Kindheitsjahre in ärmlichen Verhältnissen in Hamburg, Umzug nach Parchim in Mecklenburg, Elektrikerlehre, Naziwehrmacht, vier Jahren Gefangenschaft, Rückkehr und Beginn seines Universitätsstudiums hinter sich hatte, wurde Irmtraud Gutschke gerade geboren. Als er sich 1965 mit der „Aula“ Ansehen und Rang eines bekannten, ja beliebten DDR-Schriftstellers erwarb, lernte sie wohlbehütet auf einer Internatsoberschule. Bekannt wurden beide miteinander, als sie Redakteurin für ausländische Literatur im Zentralorgan der SED war, jener Partei, der sich Kant, als Antifaschist aus polnischer Gefangenschaft zurückgekehrt, angeschlossen hatte.

Im Gespräch über Kants frühe Jahre, insbesondere den Leidensweg seiner „verfluchten Gefangenschaft“ , konfrontiert sie ihn ausdauernd mit Verweisen auf Völkerrecht und der von Siegern zu erwartenden Großmut gegenüber den Besiegten, von der sie im Verhalten der Polen nichts gefunden habe. Doch lässt er sich von seinem Urteil nicht abbringen. Er war Angehöriger dieser verbrecherischen Armee, die in das Nachbarland eingefallen war. Da hat er keine Rechnung offen, und das Jammern war und ist seine Sache ohnehin nicht, versichert er später. Durch das Gespräch zieht sich die Ablehnung gegenüber nachträglichen Idealisierungen des Geschichtsverlaufs, rückwärtsgewandten Illusionen und geschichtsfernen Urteilen. Auch an jenen Stellen, an denen es um aktuell angesagte Sichtweisen der DDR-Geschichte geht.

Kant gehörte in den acht hinter ihm liegenden Lebensjahrzehnten zu den Ohnmächtigen und das nicht nur hinter den Gittern des Warschauer Gefängnisses, sondern auch während der Jahre seiner Präsidentschaft im Schriftstellerverband, in denen er zwar Macht ausübte, gleichzeitig jedoch immer wieder mit den ungleich Mächtigeren in Staat und Staatspartei in Konflikt geriet. Wie hat er seine Macht gebraucht? Wie ist er mit jenen umgegangen, die ihn gewählt und wie mit jenen umgegangen, die ihm misstraut haben? Das hat sich Kant bei diesem Vis-a-vis nicht zum ersten Mal überlegt. Er bleibt dabei, dass der Verband in einem Staat, in dem sich die Konfliktscheu wie eine Seuche ausbreitete, eine Oase demokratischer Debatten blieb.

Über diese wird freimütig gesprochen. Die Beteiligten werden mit Namen genannt. Wen Kant als doof in Erinnerung hat, den heißt er auch so und besteht doch darauf, dass der Sozialismus nicht etwas für die Doofen war. Und der Mann, der seinen Ehrgeiz eingesteht, von seiner Großmäuligkeit spricht und Erfolge erwähnt, die er dank seiner Überheblichkeit erreicht hat, lässt auch die Situationen nicht aus, in denen er übertölpelt wurde oder ihm sein Engagement im Rückblick unzureichend erscheint. Kant verklärt die DDR nicht und er verteufelt sie nicht. Dieser Typ von einstigen Bürgern eines Staates, der einen großen Wurf anstrebte und scheiterte, war 1990 in Deutschland einig Vaterland nicht vorgesehen. Das macht diese Wiederbegegnung so außerordentlich spannend. Scheinbar gibt es doch noch Menschen, die das Ende der Geschichte nicht für gekommen halten. Fröhlichen Optimismus schließt das nicht ein. Dass den Sozialisten Kant auch Zweifel niederdrücken, lässt sich in und zwischen den Zeilen gegen Ende dieses Buches lesen. Doch es sind Zweifel, die Raum lassen für ein Weitermachen. Der Mann in Prälank schreibt wieder an einer größeren Geschichte und das nicht nur, um Zeit und Einsamkeit totzuschlagen.

Irmtraud Gutschke: Hermann Kant – Die Sache und die Sachen. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2007, 253 S., 14,90 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 10.10.2007.

Drohende Jahrestage

Mit dem November 2007 nahen die 75. Jahrestage einiger Ereignisse der deutschen Geschichte, die Denkwürdigkeit beanspruchen, aber als Stoff für Film, Theater oder Fernsehspiele nicht entdeckt sind. Die Darstellung der Intrige, die, in jenem November eingeleitet, am vorletzten Januartag des folgenden Jahres den gewünschten Erfolg brachte, die Berufung Hitlers zum Reichskanzler, würde freilich nicht in einen Bunker unter der zertrümmerten Reichskanzlei führen, sondern in Villen in Köln und Berlin-Dahlem. Vorzuführen wären Bankiers, Industrielle, Grundbesitzer von Adel, dazu ein paar weitere Personen, die später am Galgen endeten.

Dass die Geschehnisse überhaupt in das Bewusstsein von Deutschen gelangten, besorgten 1945/1946 Juristen der Siegermächte, die in Nürnberg gegen Hermann Göring u.a. zu Gericht saßen. Auf der Anklagebank hatten auch zwei Männer Platz zu nehmen, die zu den Akteuren jener Tage gehörten, die damals 13 Jahre zurücklagen, an die sie sich jedoch nur schwer zu erinnern vermochten. Zeitgenössische Papiere, darunter solche aus ihrer eigenen Produktion, halfen dem Gedächtnis Franz von Papens, Reichskanzler a. D., und Hjalmar Schachts, Präsident des Direktoriums der Deutschen Reichsbank a.D., ein wenig auf.

Über Schacht sagten die Richter abschließend: „Kein anderer als der Angeklagte Schacht war es, der eine entscheidende Rolle bei der Machtergreifung Hitlers spielte. Er war es, der die Industriekreise Deutschlands dazu bewegte, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu fordern.“ Diese Feststellung bezog sich auf die sogenannte Industriellen-Eingabe vom 19. November 1932 an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Doch nicht auf sie allein. Schacht hatte seit 1931 seine vielfachen Verbindungen eingesetzt, um den Führer der deutschen Faschisten als Regierungschef und Leiter der Totaldemontage der Weimarer Republik zu empfehlen. Ihm hatte er im Machtgerangel des zweiten Halbjahrs 1932, namentlich in Phasen der Rückschläge, den Rücken gestärkt.

Wer darüber Informationen sucht, wird zuerst nach Enzyklopädien, allgemeinen Lexika und speziellen Nachschlagewerken zur Geschichte der Weimarer Republik greifen. Was erfährt er dort über die Nürnberger Erkenntnisse? Bedienen wir uns im gut bestückten Handapparat der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin. Alle einschlägigen Bände verweisen auf Schacht als eine Brückenfigur zwischen den Kreisen der Industrie und des Bankwesens, die für einen Kanzler Hitler aktiviert werden sollten, und der Führungsgruppe der Nazipartei. So heißt es, Schacht suchte „die deutsche Industrie für den Nationalsozialismus zu gewinnen“, was offenlässt, ob und in welchem Umfange das gelang. Eine andere Formulierung lautet, er „trug wesentlich dazu bei, Hitler in Kreise des Großkapitals einzuführen“, womit unbeantwortet bleibt, mit welchem Resultat das geschah. Ganz ähnlich – Lexika-Autoren schreiben nicht selten voneinander ab – eine dritte Kennzeichnung: „Er trug wesentlich dazu bei, Hitler in Hochfinanzkreisen einzuführen.“ Nur wenig abwandelnd formuliert ein vierter Autor, Schacht habe Hitler „in den Kreisen der Schwerindustrie gesellschaftsfähig gemacht“, während ein Fünfter bemerkt, dass der Bankier half, „Vorbehalte gegenüber der NSDAP in der Wirtschaft abzubauen“, und anmerkt, dass dies allein aus eigennützigen Antrieben geschehen sei, denn Schacht habe unter Hitler ein „hohes Regierungsamt“ angestrebt. Mehrfach wird auf die Eingabe an Hindenburg verwiesen, an einer Stelle Schacht gemeinsam mit dem Bankier Kurt von Schröder auch als deren Initiator genannt.

Charakteristisch ist durchweg, dass die Autoren jede Aussage über das Gewicht der Initiativen Schachts, für die sie ohnehin milde und vage Formulierungen wählen, unterlassen. Dass es sich um eine erfolgreich agierende Gruppe handelte, der aus der gleichen sozialen Schicht keine Kräfte mit einem Gegenkonzept widerstrebten, muss hinzugedacht werden. Das Urteil der Nürnberger Richter, die Schacht eine „entscheidende Rolle“ auf Hitlers Weg in die Wilhelmstraße beimaßen, ist auf dem Wege der „Bewältigung“ deutscher Vergangenheit abhandengekommen. Schwer vorstellbar, dass demnächst danach gesucht werden wird. Und bis Filmemacher sich des dramatischen Stoffes hierzulande annehmen werden, wird es dauern. Denn er ist nicht „in“.

Ossietzky, H. 21, 20. Oktober 2007, S. 853-854.

Noch 100 Tage bis Hitler

Deutschland im Frühherbst 1932

Ließ sich das Unheil nicht kommen sehen, was in deutscher Geschichte mit dem 30. Januar 1933 markiert ist? Unbehagen herrschte im Lande weithin. Ein Zeugnis von vielen druckte am 23. Oktober 1932 die satirische Zeitschrift „Simplicissimus“, die ein „Herbstgedanken“ überschriebenes Gedicht veröffentlichte, dessen Schlussstrophe so lautete:

Der Zukunft freundlich Angesicht /Verbirgt sich noch in den Kulissen. / Ich kenn’ es nicht, du kennst es nicht. / Vielleicht ist’s besser, nicht zu wissen.

Mobilisierend wird sich dieser Text nicht nennen lassen. Aus ihm spricht gelassene Resignation. Am Tage des Erscheinens der Ausgabe waren es noch exakt „100 Tage bis Hitler“, errechnet freilich erst aus dem Rückblick. Doch dass Hitler durch die Abweisung seines Anspruchs auf die Kanzlerschaft, die er bei seinem Besuch Hindenburgs Mitte August 1932 hatte hinnehmen müssen, sich nicht erledigt hatte, war in diesem Moment unzweifelhaft. Erneut befand sich Deutschland inmitten eines Wahlkampfes. Viele mussten fürchten, dass dieser Führer und die Nazipartei dennoch zum Zuge kommen könnten. Dazu gehörten die deutschen Juden. Die verbreitete Zeitung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sah in dieser Partei der Antisemiten den Hauptgegner, sie erteilte Mitgliedern des Vereins und Lesern den Rat, am 6. November die Parteien der Mitte oder die Sozialdemokratie zu wählen. Die bezeugte Judenfeindschaft verböte es auch, für die Deutschnationalen zu stimmen. Die Kommunisten aber, denen Antisemitismus nicht vorzuhalten war, dürften Juden wegen deren Religionsfeindlichkeit nicht unterstützen. Jeder Jude möge „deutsch“ wählen und den Urnen nicht fernbleiben, bedeutete dies doch, die „Radikalen“ zu unterstützen. Sorgsam, ja ängstlich vermied die Führung des Vereins, parteilich zu erscheinen oder zu einheitlichem Verhalten aufzurufen. Keine Spur eines Gedankens, dass Addition und Kombination antinazistischer Kräfte Not tat. Die Ermahnungen und Appelle der CV-Oberen mögen gut gemeint gewesen sein, den Realitäten trugen sie ähnlich vieler aus dem bürgerlichen Lager der Hitlergegner nicht Rechnung.

Ohnmächtiger Reichstag

Zweierlei ließ sich für die Wahl voraussagen: Die traditionellen Weimarer Parteien der bürgerlichen Mitte, die der Situation konzeptionslos gegenüberstanden, würden weiter an Wählern einbüßen. Das war selbst für die katholischen Parteien absehbar, deren Verluste durch den Zusammenhalt des treuen Kirchenvolkes gebremst, aber nicht vollends verhindert werden konnten. Und: Der sozialdemokratischen Partei würde eine weitere bittere Quittung präsentiert werden, für die Preisgabe ihrer Regierungsämter in Preußen am 20. Juli, als Papen sie kurzerhand nach Hause schickte und die Führung darauf nicht mit einem Appell an die Massen antwortete, sondern mit einer Beschwerde beim Verfassungsgericht. Deren Resultat, Beweis für das Verhältnis der deutschen Richterelite zur Republik, lag am 25. Oktober 1932 vor und lautete, Papens Schlag sei verfassungskonform gewesen. Niemand konnte glauben, dass die Gründerparteien der Republik sich wie ein Recke wieder erheben und sie retten könnten.

Zudem war in diesen Tagen unschwer wahrzunehmen, dass immer mehr Menschen ihr Interesse am Parlament verloren. Es mochte, wie geschehen, der Regierung in einem beispiellosen Abstimmungsergebnis von 512 zu 42 Stimmen das Misstrauen aussprechen, bewirkt war damit nichts. Es war dafür gleichsam bestraft und mit der dreisten Begründung nach Hause geschickt worden, dass es Entscheidungen der Regierung hätte aufheben wollen. Was also war von der nächsten Versammlung der Parlamentarier zu erwarten? Dennoch riefen alle Parteien ihre Anhänger eindringlich zur Wahl. Lautstark auch die Faschisten um Hitler, zumal sich in ihren Reihen Zweifel daran breitmachten, dass sich mit dem Stimmzettel siegen ließe.

Kurzum: Das Deutsche Reich stand vor einer Wahl, von der vorab gesagt werden konnte, sie werde keinen Ausweg aus der Doppelkrise eröffnen, weder aus der politischen noch der andauernden wirtschaftlichen, deren Hauptkennzeichen die regierungsamtlich zugegebenen 5,1 Millionen Arbeitslosen waren. Die Papen-Regierung hatte denen wie den Arbeitenden noch einmal Daumenschrauben angelegt und die ohnehin kümmerlichen Leistungen für die aus dem Arbeitsprozess Entfernten ebenso verschlechtert wie den Kapitalisten weiteren Spielraum für Lohn- und Gehaltskürzungen gewährt.

Wohin Deutschland ging, entschied sich erkennbar nicht mehr im Parlament. Wie aber dann? Die es in eine Diktatur verwandeln und die unruhigen Arbeitermassen dauernd disziplinieren wollten, setzten auf eine Intrige. Doch waren sie über deren Ziel noch uneins. Weder auf die Staatsform, die auf die Republik folgen sollte, noch auf das Personal hatten sie sich verständigt. Die einen favorisierten Militärs, andere Hitler in einer Kombination mit anderen Reaktionären. Das schuf denen, die dieser Unterwerfung entgehen wollten, eine Frist, sich über ihr Handeln zu verständigen, und das konnte nur in Aktionen des außerparlamentarischen Kampfes bestehen. Rissen sie jetzt die Initiative nicht an sich, würden sie weiter in die Defensive gedrängt werden und ihre Aktionsmöglichkeiten schrumpfen.

An diesem 23. Oktober veröffentlichte *Die Rote Fahne*, die Zeitung der Kommunisten, den Wahlaufruf des Zentralkomitees der Partei für den 6. November. Auch in ihm fand sich eine Warnung vor der Wahlmüdigkeit. Geschrieben war da ein Appell zur Gegenwehr gegen das verordnete Massenelend, der sich an alle werktätigen Schichten wandte, ein Kampfruf gegen Faschismus und auch gegen den Krieg, der als eine nahe bevorstehende Möglichkeit angesehen wurde. Gerufen wurde nach der Einheitsfront, und die war fraglos das Gebot der Stunde. Doch über die Voraussetzungen und Bedingungen ihres Zustandekommens und ihrer Aktion hatte sich die Parteiführung nüchterne Rechenschaft nicht gegeben. Kein Angebot an denkbare Verbündete, sich über das Zusammengehen zu verständigen. Stattdessen gemeißelte Formulierungen zur Kennzeichnung des Sammelbeckens einer „revolutionären Freiheitsarmee“, die den Sozialismus erkämpfen werde. Unabdingbar auch das einschränkungslos ausgesprochene und verlangte Ja zur Sowjetunion. Aus diesem Text ließ sich kein Denken in Etappen des Kampfes erkennen, keine Bereitschaft, sich mit einem Partner auf einen Kompromiss einzulassen. Der Versuch, die Frage zu beantworten, ob eine dogmenfreie Offerte für kämpferisches Zusammengehen die starke antifaschistische Front bewirkt haben würde, welche die Kommunisten erstrebten, führt ins Spekulative. Dieses Angebot aber brauchte nicht zurückgewiesen zu werden, es ließ sich von jenen sozialdemokratischen Führern ignorieren, die auf ihre Weise an eine wundersame Auflösung der Drohung glaubten, deren Existenz ihnen doch nicht entgehen konnte.

So schritt die Intrige fort, mit der die Lösung der Krise zugunsten der Herrschenden gesucht und vorbereitet wurde. Im Vordergrund der deutschen Bühne entwickelte sich lärmend der Wahlkampf. Hinter den Kulissen reifte eine Entscheidung heran. Da saß nicht nur jener „Damenclub“ beisammen, den ein Karikaturist des Simplicissimus in der erwähnten Ausgabe vom 23. Oktober 1932 sich darauf verständigen lässt „Das Ideal wäre ja eine Monarchie mit Hitler, aber er müsste dann wegen eines Kronprinzen doch noch das Opfer bringen und heiraten“. Auf den ersten Blick eine absurde Szene, auf den zweiten ein Fingerzeig, dass die Streitfragen, über die sich die Gatten dieser Damen unterhielten, nicht mehr beträchtlich waren.

Quellentext: Aus dem Aufruf der KPD zur Reichstagswahl am 6. November 1932

[...] Die Reichstagswahl vom 6. November muss die Entschlossenheit aller Unterdrückten für den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Ausplünderung, muss den gemeinsamen Kampfwillen aller Notleidenden für den Sozialismus demonstrieren. Die Papen-Reaktion spekuliert auf eure Wahlmüdigkeit!

Wahlenthaltung aber heißt die Hilfe für Papen! Legt am 6. November ein Millionenbekenntnis ab für den Kommunismus! Kämpft in der Einheitsfrontaktion für den revolutionären Freiheitskampf unter dem Banner der KPD, für den Sieg der Liste 3!

Kampf der Papen-Regierung! Kampf den Notverordnungen! Nieder mit den imperialistischen Kriegstreibern! Kampf den sozialfaschistischen Streikbrechern! Nieder mit dem arbeitermordenden Faschismus!

Es lebe die Einheitsfrontaktion aller Arbeiter und Angestellten gegen Lohn-, Gehalts-, Unterstützungsraub und faschistische Diktatur! Es lebe die Antifaschistische Aktion! Es lebe die Sowjetunion! Es lebe der Sieg der Arbeiter und Bauern, es lebe der Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.[1]

junge Welt, Sonnabend, 20.10.2007, S. 15.

---

1 Aus: Die Rote Fahne vom 23. Oktober 1932.

Bekennender Optimist

Trauerrede zur Beisetzung von Kurt Julius Goldstein am 20. Oktober 2007

Am 24. September starb im Alter von 92 Jahren der Kommunist und Antifaschist Kurt Julius Goldstein. Zahlreiche Freunde, Weg- und Kampfgefährten erwiesen ihm am vergangenen Sonnabend auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde die letzte Ehre. Neben Christoph Heubner, dem Vizepräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees, erinnerten der Historiker Kurt Pätzold und Heinrich Fink, Bundessprecher der VVN-BdA, an den Verstorbenen. junge Welt dokumentiert die Trauerreden der beiden letztgenannten.

Der 28. Dezember 1945. Gera, Wintergarten. In ein paar Tagen beginnt ein neues Jahr. Für den Mann, der jetzt zum Rednerpult geht, ein Jahr in Freiheit, nach vielen, die er als Gefangener in Lagern verbracht hat. Nun sitzen vor ihm etwa 200 Zuhörer, zumeist junge Leute. Dass sie sich hier versammelt haben, ist Frucht seiner Arbeit, der Anstrengungen des Jugendsekretärs der Thüringer Landesleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Kurt Goldstein. Er spricht über „Fragen und Probleme der Jugend“, und im ersten Satz seiner Rede sagt er, dass an dem, was Deutsche in Europa angerichtet haben, auch die Jugend mitschuldig geworden ist. Er spricht wie einer von ihnen. Wer nicht wusste, welchen Weg er hinter sich hatte, der sich von dem der Mehrheit der Angehörigen seiner Generation weit entfernte, konnte ihn für einen aus dieser Mehrheit halten. Keine Erwähnung des Widerstands, kein Wort von Auschwitz, keines von Buchenwald. Als später eine Debatte entbrennt, in der ihm allzu einfaches Denken anklingt, mischt er sich noch einmal ein, Katholiken hätten, sagt er, in Spanien während des Bürgerkrieges auf beiden Seiten gekämpft. Das könne er sagen, denn er sei „zur Zeit der Bürgerkriege in Spanien gewesen“. Keine Andeutung mehr über sich, damals, als er – nach seinen Worten aus einem späteren Text – „die Reise von Deutschland nach Deutschland“ beendet hatte.

Liebe Margot, mit dir, deinen und Kurts Kindern und Enkelkindern, sind wir hier beisammen, um von deinem Lebensgefährten während nahezu sechs Jahrzehnten, von eurem Vater und Großvater Abschied zu nehmen. Wir bekunden euch unser Wissen um die Schwere des Verlustes dieses außergewöhnlichen Menschen, der euch und dem ihr am nächsten standet, und wir bezeugen euch unsere Anteilnahme. Wir – das sind Kampfgenossen und mancher Leidensgefährte aus Nazijahren, Kameraden, Weggefährten, Freunde, Schüler. Was ihm der liebste Platz auf der Welt sei, wurde Kurt vor einem Jahrzehnt gefragt, und seine Antwort war: „Bei meiner Frau und bei meinen Kindern.“ Mit euch wollen wir uns eines Menschenlebens erinnern, über das noch viel nachzudenken und mehr zu sagen sein wird, als in diesen Worten des Abschieds.

Lebensstationen

Der kaiserliche Heeresbericht meldete Kämpfe in Flandern, bei Ypern und Verdun, in den Vogesen. Man schrieb den 3. November 1914. Kurt Goldstein wurde in einen Krieg hineingeboren. Das geschah in Scharnhorst nahe Dortmund im Ruhrgebiet. Er war und blieb das jüngste von vier Geschwistern, die in einer begüterten jüdischen Kaufmannsfamilie umsorgt aufwuchsen. Kurt erlebte die Folgen des Krieges als noch nicht Sechsjähriger am Kranken-, alsbald am Sterbebett seines Vaters, der schwerstverletzt heimgekehrt war. Einer von 100.000 deutschen Juden, von denen viele glaubten, nun würden sie kämpfend das letzte Eintrittsbillett in die deutsche Nation gelöst haben.

Beim Blick in Kurt Goldsteins Kindheits-, Jünglings- und frühe Mannesjahre entstehen Bilder einer Reihe. Beginnend mit den Aufenthalten in einer Bergarbeiterfamilie in Scharnhorst, in deren Wänden, an deren Tisch und durch deren so ganz anders geordneten Tageslauf sich ihm eine fremde, ihn zugleich anziehende Welt erschließt. Der Oberrealschüler, dem Wissen zuzufliegen scheint, kommt in Hamm nach einer raschen Linkswanderung von der jüdischen über die sozialdemokratische Jugendorganisation im Kommunistischen Jugendverband an. Damit er eine Vorstellung vom Leben seiner Genossen erhält, fährt er in Herringen bei Hamm in die Grube de Wendel ein, eine Episode nur, die ihm etwa ein Jahrzehnt später helfen wird, sich als ein Püttmann (Bergmann) auszugeben, vis-à-vis den Herren des Außenlagers von Auschwitz. Dann begegnet uns der junge Kommunist, den Häschern Anfang April 1933 um Haaresbreite entkommen, im luxemburgischen Bad Mondorf. Im Hotel seiner Onkel weist ihn dessen Koch in die Künste der französischen Küche ein. Wenig später lebt und arbeitet er in einem Kibbuz in Frankreich, macht sich dann als Landarbeiter bei Bauern im

Süden des Landes und nahe Strasbourg mit dem Anbau von Wein und von Hopfen bekannt und bereitet sich so auf seinen Weg nach Palästina vor.

Dort kommt er 1935 an. Bald verdient er, was er zum Leben braucht, als Bauarbeiter bei der Errichtung einer Textilfabrik in der Bucht von Haifa. Jedoch: Ob Luxemburg, Frankreich, kurzzeitig die Schweiz oder nun Palästina, es sind ihm Länder seiner Zuflucht. Die Faschisten haben ihn nicht zu einem Auswanderer gemacht. Und dann sein Weg in das kämpfende Spanien, der ebenso in der Konsequenz der Haltung des Internationalisten wie des Vorsatzes liegt, sich Deutschland zurück zu erkämpfen. In den linken Jugendorganisationen haben sie gesungen „Nie, nie woll'n wir Waffen tragen, nie, nie zieh'n wir in den Krieg". Dass dieses Kampflied der Verweigerung des Befehls von imperialistischen Eroberern uneingeschränkt nicht gelten, nicht Kapitulation vor dem Faschismus bedeuten kann, muss ihm nicht beigebracht werden. Mehr als ein halbes Jahrhundert später wird er in Gesprächen junge Leute ebenso vor jeder Verherrlichung der Gewalt warnen wie vor deren grundsätzlicher Ablehnung in den Kämpfen unserer Zeit.

Kraftwagenfahrer einer Versorgungseinheit, Richtkanonier in einer Artillerieformation, Dolmetscher in vielen Situationen, Verwundeter in einem Lazarett, Politkommissar in einem anderen – das sind Stationen des Interbrigadisten, der – als einer der letzten – Spanien verlässt, das Land, das er im Herzen mitträgt, dessen Sprache er gelernt hat wie vordem das Französische – Spanien, dessen Ehrenbürger er 1996 wird und auf dessen Boden im Frühjahr dieses Jahres in Guernica seine unerschöpflich scheinenden Kräfte sich als endlich, als aufgebraucht erwiesen.

Was dann nahezu vier Jahre folgte, hat er rückblickend gesagt, gereichte den Töchtern und Söhnen der Großen Französischen Revolution nicht zur Ehre: die Lager von Saint Cyprien, Gurs und Le Vernet und seine und seiner jüdischen Kameraden Auslieferung an die deutschen Faschisten. Drancy ist Zwischenstation nach Auschwitz. Dass er dort – für das Schuften in der Grube Jaroschewitz als tauglich befunden, einer Stätte der Vernichtung durch Arbeit – überlebt, verdankt er seiner Geistesgegenwart, seiner aus eigenem Entschluss gewahrten Disziplin, der Solidarität, die er empfangen und die er gegeben hat, verdankt er Zufällen, und nicht zuletzt, dass ihm auch der Ort, an dem er für den Krieg malochen muss, zugleich eine Stätte des Kampfes für die Niederlage der Faschisten wird. Viel später ist er gefragt worden, was ihm als Lebenskunst gilt, und seine Antwort war: Wer unter den widrigsten Lebensbedingungen noch mit einem Lied auf den Lippen weitermacht.

Kurt überlebt auch, als die Häftlinge – die Rote Armee hat die Offensive an der Weichsel eröffnet – westwärts getrieben werden. Er ist einer jener knapp 500, die von eben noch 3.000 in Buchenwald ankommen, eher tot als lebendig. Dann im Moment des Herannahens der US-amerikanischen Armeen die genutzte Chance der Selbstbefreiung des Lagers, eine Tat, die er gegen deren Leugnung wieder und wieder verteidigt hat, wie er – ob in Deutschland oder in Israel – jeder Fälschung, er sprach von Rotbeseitigung der Geschichte, entgegentrat.

Als die Stunde der Befreiung schlug, war Kurt 30 Jahre alt. Was für Jahre, welche Erlebnisse, welche Prüfungen, welche Höhen und Tiefen lagen hinter ihm! Dann der Weg, den sie sich mit dem Schwur von Buchenwald gewiesen hatten. Auf ihm läuft er wie viele andere, so sein Bild, „mit dem historischen Gepäck aus dem Widerstand". 1946 von Thüringen zur Parteiarbeit in das Ruhrgebiet wechselnd, wird er der Organisator der Teilnahme von 25.000 westdeutschen Jugendlichen am Deutschlandtreffen der FDJ im Jahr 1950 in der Hauptstadt der DDR. Eure Begegnung dort führt ihn und dich, liebe Margot, zueinander und zu einem Beieinander auf Lebenszeit. Ein Jahr darauf Übersiedlung nach Berlin, später für viele Jahre nach Wien, dem Sitz der Fédération Internationale des Résistants (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer, FIR), am Ende wieder Berlin. An jeder Lebensstation ist Kurt ein unermüdlicher Arbeiter, der für Frieden und Völkerverständigung eintritt und für eine Umwälzung des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen aus dem Geist der Aufklärung. Kurt sah sich auf einem Weg, das ist sein Zeugnis aus einer Rede in Marseille exakt zwei Jahrhunderte nach dem epochalen Jahr, „den uns die Französische Revolution vorgezeichnet hat", deren Ideen in jenen großen sozialen und politischen Bewegungen fortleben, die durch niemanden einen stärkeren Anstoß erhielten als durch das Titanenwerk des Karl Marx.

Deutscher, Jude, Kommunist

Kurt Goldstein hat, seine Identität kennzeichnend, drei Begriffe benutzt: Deutscher, Jude und Kommunist. Diese Trias ist viel erwähnt worden, und die Reihenfolge, den politischen Geschmack der Zitierenden verratend, wechselte manchmal. In dieses Deutschsein ist er ohne eigenes Zutun hineingeboren worden. Für ihn galt des Juden Gabriel Rießers Wort: Deutschland ist unser Vaterland, wir haben kein anderes. Er hat den Deutschen – an Chancen dazu hat es ihm nicht gefehlt – nie abwerfen wollen, so wenig wie sein Judesein, das ihm auch in die Wiege gelegt worden war. Gewählt hat sich Kurt einzig das dritte, sein Kommunistsein, und diese Entscheidung, die Einzige, die rücknehmbar gewesen wäre, hat sein Leben bestimmt und auch sein Verständnis des Deutschen und des Jüdischen geprägt. Er wünschte sich ein Vaterland mit einem humanistischen Antlitz, nicht aufgeschminkt, sondern echt. Und er wünschte ein Vaterland und eine Welt ohne Antisemitismus und ein Judentum, von dem er mit Arnold Zweig hoffte, es möge aus den erlittenen mörderischen Verfolgungen ohne geschichtliches Beispiel den Impuls für die Ächtung aller Verfolgungen empfangen.

Seine Überzeugung, dass der Gedanke der Tat vorauszugehen hat, machte Kurt zu einem nimmermüden Aufklärer. Er, der über die Macht des Wortes gebot, hat wieder und wieder auf Kundgebungen und in großen Versammlungen gesprochen und häufiger noch vor Gruppen, in denen er Diskussionspartner suchte. Das hat seine Tätigkeit an wichtigen, zeitweilig an herausragenden Plätzen begleitet, so in der Westabteilung des Zentralkomitees der SED, so als Journalist, Chefredakteur und schließlich Intendant des Deutschlandsenders, später der Stimme der DDR. Den Platz räumte er im Alter von 63 Jahren; er hielt sich an keinem Arbeitsort für unersetzbar. Zudem hatte er deren mehrere. Sein Wirken ist von da an aus der Geschichte der internationalen wie der nationalen Bündnisse von Antifaschisten nicht wegzudenken. Viele Jahre war er, in Wien lebend, Sekretär der Fédération Internationale des Résistants, wirkte als Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, wurde dessen Ehrenpräsident. Wenn die Geschichte dieser Vereinigungen geschrieben werden wird, wird von seinem Wirken viel und an vielen Orten die Rede sein und davon, wie viele Ideen und Initiativen von seinen Vorschlägen herrührten.

Womit sich das letzte Drittel seines Lebens je länger je mehr ausfüllte, war sein Dialog mit jungen Leuten, solchen, die ihren Weg noch suchten, und anderen, die sich schon Mitkämpfende nennen konnten, den Mitgliedern antifaschistischer Jugendgruppen verschiedenster Couleur. Nachrufe, die ihm junge Leute in den letzten Tagen gewidmet haben, würdigen diese seine Arbeit und sprechen von deren Nachwirkung. Er habe, heißt es in einem von ihnen, die Fähigkeit besessen, „die Grenze der Generationen zu überwinden“. Wie wahr! Und welch eine Ehrung!

So anschaulich und spannend Kurt Geschichten erzählen konnte, es ging ihm niemals um sie allein. Was der Faschismus war, galt ihm als bleibende und in den letzten Lebensjahren auch als aktuell gewordene Warnung. Nicht, dass er sich Hitler ante portas ausgemalt hätte. Er war nur unfähig, den wohlfeilen Beteuerungen der Großmächtigen von Wirtschaft und Politik zu glauben, die sich als Demokraten von Geburt darstellen. Und das umso weniger, je mehr sie vor seinen Augen den Nazis unserer Tage Bewegungsräume ließen. Unter deren Umtrieben, sagte er 2005 am Ende seiner denkwürdigen Ansprache im Deutschen Theater für sich und seine Gefährten, leiden wir.

Kurt Goldstein hat sich und sein Leben als antifaschistischer Kommunist, als die Welt, an deren Bau er teilgenommen hatte, unterging, auf einem Prüfstand gesehen und sich nicht gescheut, darauf die Worte „gewogen und zu leicht befunden“ abzulesen. Wir – wenn er „wir“ sagte, meinte er sich uneingeschränkt – sind auch an unseren Fehlern, Irrtümern und unserem Versagen zugrunde gegangen. Denen nachzuspüren, erschien ihm befreiende Pflicht: der Einengung des Antifaschismus im Denken wie im Handeln, der Verkümmerung von Freiheit und Demokratie, dem Druck auf Andersdenkende, dem Unrecht, das Menschen zugefügt wurde, nicht zuletzt den eigenen Genossen, der Überschätzung des Errungenen, den Fluchten in die Phraseologie und den verschiedensten Versuchungen der Macht. Und er hat sich nicht eingeredet, dass ihm das alles Post festum eingefallen wäre, sondern gefragt: Warum haben wir geschwiegen? Nun, spät, müsse die eigene Geschichte mit kritischer Sonde untersucht werden. Und ebenso hat er, nicht als Gegenrechnung, verlangt, Verdienste – so die „gründliche

und überzeugende antifaschistische Arbeit“ in der DDR, wovon er sich nichts abhandeln ließ – nicht zu missachten oder zu verleugnen. Wo er darauf stieß, hat er sich mit Ablehnung, ja Verachtung geäußert. Auf einer Kundgebung auf dem Ettersberg nahm er ein Wort Pierre Durands auf: „Wir sind nicht die Klageweiber der Weltgeschichte!“ Solange er, dies ein Wort an anderer Stelle ausgesprochen, „auf der Welt herumtanze“, werde er bei den Ideen bleiben, die ihn seit Jugendjahren leiteten.

Was hat der Mann, der – bei allem, was er sich doch als Verdienst anrechnen konnte – drei geschichtliche Niederlagen erlebte, die deutsche des Jahres 1933, die spanische 1939 und die des Sozialismus 1989/1990, von der Zukunft erwartet? Er hat die Geduld der Völker gesehen, die sich von den Herrschenden zu seiner Verwunderung „auf der Nase herumtanzen lassen“, und der Menschheit doch zugetraut, dass sie ihre Zukunftsprobleme lösen werde. Er ist ein bekennender Optimist geblieben im Wissen seiner alten Tage, dass wir „von einer Welt des Friedens und der Freiheit“ weit entfernt sind. Er hat darauf bestanden: „Das Ziel bleibt, wenn es auch in weite Ferne gerückt ist“. Und unter dem Ziel verstand er nie etwas, was sich durch bloße Reparaturarbeiten an dieser Gesellschaft erreichen ließe. Er hielt eine andere Welt für möglich. Und wenn für diese Welt ein Name gesucht wurde, dann hielt er den des Sozialismus noch immer für den angemessenen.

So, liebe Margot, wollen wir deinem Mann, so, ihr Söhne und Schwiegertöchter, wollen wir eurem Vater, so, ihr Enkel, wollen wir euren Großvater im Gedächtnis bewahren. Als Kurt Goldstein am 22. Januar 1945 im KZ Buchenwald registriert wurde, verblüffte ihn ein seine Angaben notierender Mithäftling am Ende mit den Worten „J’ai compris, Julio“ (Ich habe verstanden, Julio). Kurt hatte ihn weder als einen Mitkämpfer aus Spanien erkannt, noch konnte er um dessen Vertrauenswürdigkeit wissen. War er, der sich als Franzose ausgegeben hatte, als Jude entdeckt und würde er verraten werden? Diese Ansprache mit dem Namen, mit dem er in Spanien gerufen worden war, bedeutete indessen ein Zeichen des Genossen, einen Gruß des Einvernehmens und der Verbundenheit. Nun, lasst uns daraus ein Abschiedswort des Verbundenseins über den Tod hinaus machen: „Nous t’avons compris.“ – „Wir haben Dich verstanden, Kurt.“

junge Welt, Donnerstag, 25.10.2007, S. 10.

Hier log Hans Fritzsche

**Wäre beim Nürnberger Prozess bekannt gewesen,
was nun eine Biographie über Goebbels' Mann beim Radio ausbreitet,
wäre der Demagoge nicht glimpflich davongekommen.**

Nahezu jeder, der 1945/46 auf der Anklagebank im Nürnberger Justizpalast Platz nehmen und dem Internationalen Militärtribunal Rede und Antwort stehen musste, hat in den letzten Jahrzehnten seinen Biographen gefunden. Einige aus dieser Gruppe hatten vordem schon der Mit- und Nachwelt ihr Selbstbild präsentiert. Hjalmar Schacht schrieb *76 Jahre meines Lebens* (1953), schon ein Jahr früher erschienen Franz von Papens Erinnerungen *Der Wahrheit eine Gasse*, was die Richtigstellung *Der Wahrheit eine Gosse* provozierte. Nach vorzeitiger Entlassung oder vollständiger Strafverbüßung ließen die einstigen Admirale Erich Raeder (2 Bde., 1956/57) und Karl Dönitz (1958 und ausführlicher 1968), dann Baldur von Schirach (1967) und Albert Speer (1969) ihre Memoiren auf westdeutsche Leser los. Inzwischen füllt biographische Literatur über Führer des Nazireiches Regalreihen. Kein anderes Genre der Geschichtsliteratur hat Bilder und Vorstellungen vom „Dritten Reich" stärker geprägt als dieses. Lückenlos ist das Angebot nicht. Es fehlt noch immer ein Lebensbild Fritz Sauckels, des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA), der für die Herbeischaffung von Millionen Zwangsarbeitern zuständig und zugleich Thüringens NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter war.

Als weniger störend wurde eine andere Lücke empfunden, die jetzt geschlossen ist. Es liegt eine Biographie des Hans Fritzsche vor, dem im Nürnberger Justizpalast in der zweiten Reihe einer der hinteren Plätze zugewiesen wurde und der im Fortgang der Verhöre auch erst gegen Prozessende an die Reihe kam. Fritzsche war Ersatzmann und eine Fehlbesetzung. Nicht, dass er unschuldig gewesen wäre. Hätte das Gericht die Kenntnis besessen, die nun ausgebreitet wird, wäre er nicht glimpflich davongekommen. In dieser Verbrechergruppe jedoch stach er ab, denn er war an politischen und militärischen Entscheidungen zum Kriege hin und in dessen Verlauf unbeteiligt geblieben. Doch gehörte er zu deren Einflussreichen Exekutoren. Er half das blinde Vertrauen der Deutschen zu Hitler und der Staatsführung lügnerisch sichern und stieg zu einem populären Propagandisten von Kriegsvorbereitung und Krieg auf. Die Rechnung, welche die von ihm verdummten Deutschen – die bei allem, was sie aus täglicher Erfahrung wissen mussten, zumindest ahnungsärmer als er waren – mit ihm zu begleichen hatten, war länger als die der Alliierten.

Dass die sich mit ihm aufhielten, hatte Gründe, die außerhalb seiner Person lagen. Vorgeführt werden sollte das Spektrum der Verantwortlichen für Krieg und Massenverbrechen, in das mit Politikern, Diplomaten, Militärführern auch Ideologen und Propagandisten gehörten. Propagandaminister Joseph Goebbels, der sich ins Jenseits gestohlen hatte, war nicht verfügbar. Gleiches galt für seine drei einander ablösenden Staatssekretäre. Einer blieb verschollen, die beiden anderen wurden erst später aufgegriffen. So erfolgte der Rückgriff auf den Leiter der Rundfunkabteilung des Ministeriums, der die Gefolgschaftstrommel im Rundfunk in einer wöchentlichen Sendung („Hier spricht Hans Fritzsche") gerührt hatte. Der befand sich im Gewahrsam der sowjetischen Sieger, die so zu dem von ihnen gefangengesetzten, 1943 in Pension geschickten Großadmiral Raeder einen zweiten Mann für die Anklage beisteuern konnten. Mehr als diese hatten die Sowjets nicht. „Go West" hatte die Devise nicht nur für das Fußvolk der Wehrmacht und Tausende „kleiner Nazis" geheißen, sondern mehr noch für die Führer.

Fritzsches Karriere begann in der Weimarer Republik, in der er im Hugenberg-Konzern diente. 1933 trat er in die NSDAP und das Propagandaministerium ein, wo er für die Presse-, seit 1942 für Rundfunkarbeit zuständig war. Sein Biograph Max Bonacker hat sich vor allem auf die Spur des Kommentators im „Großdeutschen Rundfunk mit den Richtstrahlern nach Übersee" gesetzt, ist dabei auf eigene Beiträge Fritzsches zur jeweiligen Propagandalinie aber nicht gestoßen. Die Legende vom „uns aufgezwungenen Krieg", die Entfachung wüster Hassgefühle gegen Politiker Großbritanniens und der USA, die antibolschewistische Hetze, das Geschwätz von der „Festung Europa", die Verteufelung des „Weltjudentums" sind als Grundelemente der NS-Propaganda gut bekannt und auf ihre

Zwecke und Wirkungsweise analysiert worden. Dennoch gelang es dem Mann, sich von bloßen Mit- oder Nachbetern, von denen er einer war, unterscheidbar zu machen. Relativ knapp werden die sprech- und rundfunktechnischen Methoden dargetan, mit denen er Aufmerksamkeit und Beifall seiner Hörer gewann und sich ihnen und seinem Vorgesetzten unentbehrlich machte. Dies umso mehr, je stärker demagogische Argumentationskünste verlangt waren. Fritzsche entwickelte einen Stil, der darauf zielte, in der guten Stube seiner Hörer gleichsam besuchsweise einen Ehrenplatz zu erhalten und ein munter-launiges Gespräch über Zeiten und Situationen zu beginnen. Der Techniker des Betrugs über das Ohr vermied das „Ich“ und schuf über die Sprachbrücke des „Wir“ eine Atmosphäre, als würde unter Vertrauten von Woche zu Woche ein Gedankenfaden weitergesponnen, der längst verabredet sei.

Freilich: Die Verbreitung launiger Kriegsstimmung wurde mit dem Ende der Siege schwierig, und als auch Fritzsche nichts anderes mehr bot als Durchhalteparolen, schwand das Interesse an seinen Sendungen rapide.

Unerörtert bleibt im Band, der aus einer Promotionsschrift an der Hamburger Universität hervorging, ob Praktiken von Fritzsche in der Bundesrepublik Erben fanden oder ob mit dem Aufkommen des Fernsehens und der Chance, Verdummung in Kombination über Auge und Ohr zu erreichen, das Verfallsdatum jener Methoden erreicht war, die der Mann an Goebbels’ Seite beherrschte und mit viel Wirkung eingesetzt hatte.

Max Bonacker: Goebbels’ Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900-1953). Oldenbourg, München 2007, 290 S., 24,80 Euro.

konkret, 2007, Heft 11, S. 27.

Nazis in Nadelstreifen

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. (10): Der Wilhelmstraßen-Prozess

Die Verfahren, die nach dem Hauptprozess in Nürnberg zwischen 1946 und 1949 vor US-amerikanischen Gerichtshöfen stattfanden, erhielten ihre Bezeichnungen nach den Namen von Gruppen, Organisationen oder Institutionen, deren Angehörige auf die Anklagebank gesetzt wurden. In einem Falle, da es nur einen einzigen Beschuldigten gab, wurde dessen Name (Milch) zur Kennzeichnung üblich. In einem – einzigen – anderen kam und blieb ein Ortsname in Gebrauch: Wilhelmstraßen-Prozess.

Eine Straße in Berlin

Mit der Berliner Straße, die da genannt wird, genauer: mit dem Teil davon, auf den Bezug genommen ist, verbinden sich heute nur noch wenige historische Vorstellungen. Ihr zwischen der Straße Unter den Linden und dem einstigen Wilhelmplatz gelegener Abschnitt wurde nach 1871 das politische Machtzentrum des neu entstandenen Staates. In ihm befanden sich die Reichskanzlei und darin die Räume, in denen Otto von Bismarck aus- und eingegangen war. In deren Nachbarschaft lagen das Außen- und das Justizministerium. Hier residierte nach 1919, der Kaiser war abgeschafft, in einem Palais das Staatsoberhaupt, der Reichspräsident, zuerst der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, nach ihm der einstige Feldmarschall Wilhelms II., Paul von Hindenburg. Mit dessen Unterschrift war Adolf Hitler 1933 in die Wilhelmstraße gelangt.

Der Straßenname war mit Downing Street konkurrenzfähig geworden, wenn auch das architektonische Bild, das die aneinandergrenzenden Häuser boten, für eine Großmacht nicht eben repräsentativ war. Die neuen Herren zerstörten es zwischen 1934 und 1939 mit dem Bau – südlicher gelegen – des Reichsluftfahrtministeriums, in das Hermann Göring einzog, dem Reichsministerium für Propaganda, das Joseph Goebbels bezog, und schließlich mit der protzigen Neuen Reichskanzlei, die, wenige Monate vor Kriegsbeginn 1939 eingeweiht, übrigens nach ihres Hausherrn Vorstellungen 1950 für diesen Zweck ausgedient haben sollte. Als dieses Jahr erreicht war, waren die Gebäude nach Luftbombardements und Bodenkämpfen großenteils ruiniert und ihre Trümmer zu Bergen gehäuft. Lange blieb die Wilhelmstraße in diesem Teil, der südlichste lag in den Westbezirken, eine öde Gegend vor der Sektoren-, dann vor einer zunächst offenen, seit 1961 streng überwachten Staatsgrenze. Dort, am Rande des Tiergartens, tummelten sich Kaninchen. In einem der wenigen erhalten gebliebenen Gebäude, in dem einst Rudolf Heß, der „Stellvertreter des Führers“ seine Berliner Dienststelle gehabt hatte, arbeitete das DDR-Staatssekretariat für das Hochschulwesen. Schließlich gaben Neubauten für Wohnzwecke der Gegend ihr jetziges Gesicht.

Als der Wilhelmstraßen-Prozess begann, waren die namhaftesten Herren, die dort regiert und befohlen hatten, tot. Hitler, Goebbels und Göring hatten, der letzte vor seiner Hinrichtung, Hand an sich gelegt. Rudolf Heß war Gefangener in Spandau. So kam es, dass die Anklagebank weniger bekannte Männer besetzten, nichtsdestoweniger Personal von einstiger Macht und teils europaweit reichendem Einfluss. Ihnen warf die Anklage Handlungen vor, die durch internationale Verträge, Normen und Gebräuche als Verbrechen gekennzeichnet waren und nach dem Londoner Statut der Viermächte von 1945 geahndet werden sollten.

Als dieses Verfahren von US-amerikanischen Juristen und deren Stäben um Chefankläger Telford Taylor vorbereitet wurde, war erkennbar, dass die Reihe der Prozesse zu einem Ende kommen würde. In den Regierungskreisen Washingtons war das Interesse an weiteren Verfahren erloschen. Im sich entwickelnden Kalten Krieg wurde die Strategie befolgt, sich Westdeutschland zum Verbündeten in der Auseinandersetzung mit „dem Osten“ zu machen und sich dazu auch des dort verfügbaren zivilen und militärisch geschulten Personals zu bedienen, das Erfahrungen im Kampf gegen den „Kommunismus“ besaß. Unter die juristische Abrechnung mit der Naziführung sollte ein Schlussstrich gezogen werden, wiewohl die mit ihr Beauftragten durchaus noch Personen auf ihren Listen hatten, die sie für strafwürdig ansahen.

In diesem Gegenwind stellte sich den Juristen die Frage, wer angesichts des gewünschten Endes gerichtlich noch zur Verantwortung gezogen werden sollte. Der Wilhelmstraßen-Prozess wurde, mit

einem umgangssprachlichen Wort, das die letzte vor der Nachtpause verkehrende Straßenbahn bezeichnet, ein Lumpensammler. Jetzt kamen Kabinettskollegen von Göring, Frick, Schacht, Ribbentrop und Speer und deren Stellvertreter an die Reihe. Insgesamt wies die Gruppe der 21 Angeklagten nach ihren Plätzen im Regime nicht jene Geschlossenheit auf, die andere Nachfolgeverfahren gekennzeichnet hatte. Doch ergab sich gerade infolge dieser Zusammensetzung noch einmal ein Bild vom Machtgefüge der Diktatur und dem gleichgerichteten, im Kern einträchtigen Handeln ihrer Repräsentanten.

Minister und Manager

Die Angeklagten ließen sich mehreren Gruppen zuordnen. Die erste bildeten Reichsminister und Staatssekretäre von Ministerien und Personen in entsprechenden Rängen und Institutionen. Zu ihnen gehörte der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, der bereits 1932 als Ministerialbeamter der Republik in die NSDAP eingetreten war. Er wurde einer der engsten zivilen Mitarbeiter Hitlers. Während der Kriegsjahre, als sich der „Führer“ lange und dann nahezu ausschließlich fern von Berlin in Hauptquartieren aufhielt, ordnete und koordinierte er die Arbeit von Ministerien und kooperierte mit Goebbels und anderen Organisatoren der „Heimatfront“, sie funktionstüchtig zu halten. Wie Lammers hatte auch der Reichsminister der Finanzen Lutz Graf Schwerin von Krosigk seit 1933 an einem wichtigen Staatsruder gestanden. Seinen Posten bezog er bereits vordem in den Regierungen Franz von Papen und Kurt von Schleicher, den beiden letzten Kanzlern der Weimarer Republik. Hitlers Nachfolger Dönitz machte ihn, was ohne Bedeutung blieb, gar noch zum Außenminister seiner „Regierung“.

Angeklagt wurde des Weiteren der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Richard Walther Darré, ein fanatischer Blut-und-Boden-Ideologe und -Politiker, der jedoch vor dem Ende des Regimes bereits aus seiner Stellung ausgeschieden war. Sein Staatssekretär und Nachfolger Herbert Backe, auch ein Minister aus der Dönitz-„Regierung“, fehlte indessen. Er hatte sich im April 1947 vor Eröffnung des Prozesses im Nürnberger Gefängnis umgebracht. Im Range eines Ministers stand auch der Chef jener besonderen Kanzlei des Führers, die früher das Reichspräsidialamt war und als Büroapparat des Staatsoberhauptes fungierte. Vordem war dessen Leiter Otto Meissner die rechte Hand des Sozialdemokraten Friedrich Ebert, sodann des einstigen kaiserlichen Feldmarschalls von Hindenburg gewesen.

Faktisch in der Rolle eines Ministers hatte sich auch der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums Wilhelm Stuckart befunden, dessen Einfluss als Folge der Abwesenheit und vieler Funktionen seiner Chefs wuchs; zuerst war das der in Nürnberg hingerichtete Wilhelm Frick gewesen, auf diesen folgend Heinrich Himmler. In die Gesellschaft ist auch Otto Dietrich, der Pressechef der Reichsregierung, zu rechnen, Staatsekretär im Propagandaministerium und ein „alter Kämpfer“, der sich beständig in der Umgebung Hitlers hielt, insbesondere während dessen Aufenthalten im militärischen Hauptquartier. Er hatte sich durch eine Reihe von weit verbreiteten Publikationen besonderes Verdienst um die Popularisierung des Hitlerkultes erworben. Durch Dietrich wurde der rascheste Transport der Ideen und Weisungen des „Führers“ zu den Redaktionen der Zeitungen und des Rundfunks gesichert. Für diese Gruppe war charakteristisch, dass sie die Mischung von Faschisten mit einer deutschnationalen und solchen mit einer „nationalsozialistischen“ Biographie verdeutlichte. Stuckart war der NSDAP 1922 beigetreten und hatte, nach zehn Jahren als Staatssekretär seine Karriere beendend, den Posten eines Ministers erst in der „Regierung“ des Großadmirals Dönitz im Mai 1945 erreicht. Andere waren zu Parteimitgliedschaft und Ehrenrängen der SS erst nach 1933 gekommen.

Eine zweite Gruppe der Angeklagten setzte sich aus Managern der Kriegs- und Rüstungswirtschaft zusammen, die auf verschiedenste Weise an der Programmatik und Praxis der Sklavenarbeit beteiligt gewesen waren. Paul Körner, Staatssekretär in der von Göring geleiteten Behörde für den Vierjahresplan, hatte im Januar 1942 an der Wannsee-Konferenz teilgenommen, die unter dem Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich über die praktische Umsetzung der „Endlösung der Judenfrage“ beriet. Durch den Judenmord, dieses Interesse hatte Körner dort vertreten, dürfe der Arbeitseinsatz unentbehrlicher Juden in Rüstungsbetrieben nicht gemindert werden. Hans

Kehrl war im Reichswirtschaftsministerium an Planungen und insbesondere an der Organisation der Rohstoffwirtschaft beteiligt gewesen und hatte gegen Ende des Regimes eng mit Albert Speer zusammengearbeitet. Paul Pleiger leitete als Generaldirektor die staatlichen „Reichswerke Hermann Göring“, die bei der Bereitstellung von Stahl und Eisen auch für private Rüstungswerke eine wichtige Rolle gespielt hatten und räuberisch in eroberte Gebiete in West- und Osteuropa expandierten. Im System der Kriegswirtschaft hatte er über die staatseigenen Betriebe hinaus lenkend gewirkt. Mehrere dieser großmächtigen Herren waren einst kleine private Unternehmer gewesen, die sich gegen Ende der Weimarer Republik den Naziführern zuwandten. Das galt auch für Wilhelm Keppler, der seine Tätigkeit in der Privatwirtschaft aufgegeben hatte, um unter seinesgleichen für die NSDAP zu werben und finanzstarke Förderer zu gewinnen, woraus schon 1932 der nach ihm benannte Keppler-Kreis gebildet worden war.

Diplomaten und Agenten

Kepplers Biographie führte in ihrem weiteren Verlauf hinein in eine dritte, sich deutlich abhebende Gruppe von Angeklagten, die der Außenpolitiker, Diplomaten und – in Tateinheit – Auslandsagenten des Regimes. Der Mann an ihrer Spitze, Joachim von Ribbentrop, war schon gehenkt. Nun hatten sich seine Stellvertreter, Leute im Rang von Staatssekretären, zu verantworten. Der bedeutendste war Ernst von Weizsäcker, Sohn eines württembergischen Ministerpräsidenten, Berufsdiplomat seit der Frühzeit des Weimarer Staates. In den Anfängen seiner diplomatischen Laufbahn konnte er im Sonderreferat Völkerbund bestens mit geltenden internationalen Verträgen vertraut werden. Doch das Prinzip Pacta sunt servanda (Verträge sind einzuhalten) schien ihm später nicht mehr gegenwärtig gewesen zu sein. Irgendwelcher Sympathien für die Republik unverdächtig, hatte er es 1938 auf den zweiten Platz im Auswärtigen Amt gebracht. 1943 war er auf den Posten eines Botschafters im Vatikan versetzt worden, fraglos ein Abstieg. Zu den Angeklagten gehörte auch sein Nachfolger Gustav Adolf Steengracht von Moyland, seit 1933 Mitglied der NSDAP. Staatssekretär im Auswärtigen war seit 1937 Ernst Wilhelm Bohle, 1932 der NSDAP beigetreten und mit dem Titel eines Gauleiters Führer der Auslandsorganisationen der Partei. Der erwähnte Keppler, in dieser Gruppe der älteste Gefolgsmann Hitlers, dem er sich 1927 angeschlossen hatte, besaß ebenfalls den Rang eines Staatssekretärs, mit dem Zusatz „für besondere Aufgaben“. Zum Personal Ribbentrops, das die Anklagebank zu besetzen hatte, gehörte Edmund Veesenmayer, auch er organisierter Nazi seit 1932.

Durch diese Besetzung ließ sich im Verlauf des Verfahrens die Rolle bloßlegen, die das Auswärtige Amt gespielt hatte. Enthüllt wurde der Beitrag seiner Mitarbeiter zu den friedlichen wie den kriegerischen Schurkenstreichen des Regimes, angefangen von der Liquidierung Österreichs und der Tschechoslowakei bis zu Schritten, mit denen 1944 verhindert wurde, dass das verbündete Ungarn aus der faschistischen Koalition herausbrach. Diplomatie, eingesetzt nicht zu Zwecken der Verständigung, des Friedens oder gewaltloser Krisenbewältigung, sondern zur Schaffung von „Großdeutschland“ und zur Eroberung von Weltgeltung und Weltherrschaft. Zum anderen konnte die Beteiligung am Verbrechen der Ausrottung der europäischen Juden nachgewiesen werden, die vor allem durch Verhandlungen mit den Regierungen von verbündeten und Satellitenstaaten erfolgte, dazu durch die Anwendung von Druckmitteln und Entsendung von „Judenberatern“, die in den deutschen Botschaften vor Ort etabliert wurden. Beides hatte darauf gezielt, die Juden der jeweiligen Länder deutscher Gewalt auszuliefern, um sie nach Auschwitz und in die Gaskammern zu bringen. Von Weizsäcker wollte wie vorher und nachher Angeklagte in anderen Prozessen mit dem Namen Auschwitz keine Vorstellung verbunden haben, die ihn veranlasst hätte, sich dieser Beteiligung zu verweigern. Ahnungslosigkeit nahm sich im Kreis von versierten Diplomaten, die hochgeheime Informationen auf dem Dienstweg erhielten, Zugang zur internationalen, einschließlich der sogenannten Feindpresse und Sondergenehmigungen für das Abhören von Feindsendern besaßen, Fremdsprachen beherrschten, in besonderem Maße unglaubwürdig aus. So sahen auch die Richter die Sache an.

Eine Sonderstellung nahmen zwei Angeklagte ein. Der eine war Gottlob Berger, dessen beruflicher Lebensweg als Lehrer begonnen hatte. Jedoch schloss er sich bereits 1923 den Faschisten an und begann eine auf und ab führende Karriere in SA und SS. In deren Verlauf brachte er es bis zum Chef des SS-Hauptamtes und zum Rang eines SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS. In der

Endphase des Regimes hatte Heinrich Himmler den vielerprobten Organisator mit dem Aufbau des Volkssturms beauftragt. Der andere war Walter Schellenberg, einer der engsten Vertrauten Himmlers, der im Reichssicherheitshauptamt das Amt geleitet hatte, das gemeinsam und auch in Konkurrenz mit der ähnlichen Einrichtung der Wehrmacht mit geheimdienstlicher Arbeit im Ausland befasst war. Schellenberg, anders als die ihm gleichgestellten Amtschefs, die zeitweilig Einsatzgruppen (siehe Teil IX) kommandiert hatten, nicht des Strangs gewärtig, hatte zu den Zeugen der Anklage im Hauptprozess gehört.

Strafmaße vom Jahrgang 1949

Die Strafen, die am Ende des Prozesses, am 14. April 1949, verhängt wurden, waren die letzten in der Serie von Urteilen, die US-amerikanische Richterkollegien nach dem Sieg über den Faschismus gegen deutsche Politiker, Militärs, Parteiführer und andere Exponenten des Naziregimes aussprachen. Das Strafmaß fiel „zeitgemäß“ aus und bewegte sich zwischen drei und fünfundzwanzig Jahren Haft. Freigesprochen wurde der einstige Staatssekretär Eberts, von Hindenburgs und Hitlers, Otto Meissner, der an der Inthronisierung der faschistischen Macht einen besonderen eigenen Anteil besaß. Doch bedeutete die Mitwirkung an diesem die Kette der Verbrechen eröffnenden Auftakt aus der Sicht der Richter und gemäß dem Londoner Viermächte-Statut keine zu bestrafende Handlung.

Einige Strafen galten durch die Haftzeit als verbüßt, andere wurden, kaum zugesprochen, noch im gleichen Jahr herabgesetzt. Niemand hat die längeren Strafen (zehn und mehr Jahre) vollständig abgesessen. 1951 befanden sich nahezu alle wieder auf freiem Fuß. Indessen war keiner dieser Verurteilten im Staate Bundesrepublik politisch wiederverwendbar. Die Chance jedoch, sich zu Wort zu melden und ihre verfälschenden Sichten auf die Nazijahre zu verbreiten, besaßen sie alle. Schon während seiner Haft hatte Walter Schellenberg begonnen, Erinnerungen zu schreiben, die nach seiner aus Krankheitsgründen erfolgten vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängnis 1956 in englischer Übersetzung veröffentlicht wurden (“The Labyrinth. Memoirs of Walter Schellenberg, Hitler’s Chief of Counterintelligence”). Vordem noch, jeweils 1950, erschienen die Bücher von Otto Meissner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler und Ernst von Weizsäckers Erinnerungen, herausgegeben von seinem Sohn Richard von Weizsäcker. Graf Schwerin von Krosigks Memoiren („Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts“) gelangten zwei Jahre später auf den Buchmarkt. Gemeinsam mit Feldmarschällen und Generalen prägten sie in der Bundesrepublik während der fünfziger Jahre das Angebot an Geschichtsliteratur. Später, 1973, folgte Hans Kehrls Buch „Krisenmanager im Dritten Reich. Sechs Jahre Frieden – sechs Jahre Krieg, Erinnerungen“. Schon Titel und Untertitel dieser Publikationen suchten den Eindruck zu erwecken, als hätten deren Autoren ihre Rollen gleichsam in normalsten Zeiten gespielt.

Sofern sich die Freigelassenen nicht aus jeder beruflichen und anderen Tätigkeit zurückzogen, kamen sie vor allem in der Wirtschaft unter. Der kurzzeitige Reichsinnenminister Stuckart, der von einer bundesdeutschen Kommission als Mitläufer eingestuft wurde und eine Geldstrafe von 50.000 DM zu entrichten hatte, betätigte sich im „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“. Kurz vor seinem Tode erwirkte er vor einem Gericht einen Anspruch auf Ruhegehalt für seine Jahrzehnte im Staatsdienst. Dem einstigen Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger, seit 1951 wieder in Freiheit, dem 25 Jahre Haft bestimmt worden waren und der 1975 in Stuttgart verstarb, erwiesen die „alten Kameraden“ der SS am Grabe demonstrativ ihre Verbundenheit. Dass das Karlsruher Gericht Jahrzehnte später den Ruf „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ legalisierte, hätte ihn, einen Schöpfer der faschistischen Organisation des „Schwarzen Korps“, mit Sicherheit hoch befriedigt.

Namen und Rolle der im Wilhelmstraßen-Prozess Verurteilten sind heute weithin vergessen, wiewohl sich die deutsche wie internationale Geschichtswissenschaft mit dieser Elite – vor allem mit dem diplomatischen Personal – des Nazireiches forschend beschäftigt hat. Sie gelangte dabei durchweg zu Resultaten, die das Tatsachenmaterial und die Erkenntnisse erweiterten, die 1949 der Anklagen und den Urteilen zugrunde gelegt worden waren. Die meiste rückblickende Aufmerksamkeit hat lange Zeit das Verfahren gegen Ernst von Weizsäcker gefunden, den Mann an Ribbentrops Seite. Dazu trug das besondere Interesse bei, das die Wandlung konservativer Politiker zu Gefolgsleuten und Partnern

Hitlers auf sich zog. Sie wurde verstärkt durch die herausragende Stellung, die seine Söhne gewannen, insbesondere Richard, der Bundespräsident wurde und es damit auf den ersten Platz im deutschen Weststaat brachte. Er hatte seinerzeit als Hilfsverteidiger am Prozess gegen seinen Vater teilgenommen. Dass er dem in diesem Augenblick beistand, steht außerhalb jeder Kritik, nicht aber, dass er später keine Distanz zu dessen Rolle einzunehmen vermochte. Die „Bewältigung“ der Vergangenheit einfordern und sie bis in die Geschichte der eigenen Familie rückhaltlos durcharbeiten, sind nicht nur in diesem Fall zwei Haltungen geblieben, die unterschiedlich schwere Herausforderungen bieten.

junge Welt, Donnerstag, 02.11.2007, S. 10.

Revolutionsfurchtlegende

6. November 1932. Wieder Wahlsonntag. Die Nazis im Tieffall?

Am 6. November 1932 waren die wahlberechtigten Deutschen wieder an die Urnen gerufen. Zum zweiten Mal in diesem Jahr sollten sie einen Reichstag wählen. Nicht wenige mochten sich fragen, was sie damit bewirken würden. Sie hatten erlebt, dass die Parlamente, die sie 1928, 1930 und erst jüngst am 31. Juli gewählt hatten, vorzeitig aufgelöst worden waren, kraft des Rechtes, das die Weimarer Verfassung dem Staatsoberhaupt zubilligte. Seit einem halben Jahr regierte in Deutschland ein Kabinett, das im Reichstag keinen Rückhalt besaß. Die Abgeordneten waren bloßes Dekor einer Präsidialdiktatur. Auflösung des Parlaments – Neuwahlen – Zusammentritt der gewählten Abgeordneten zum spätesten eben noch verfassungsgerechten Termin – dann wieder Auflösung – danach Anberaumung der Neuwahlen zum spätesten gerade noch mit dem Grundgesetz konformen Zeitpunkt. So wurde in der Republik seit Monaten regiert. Aber wie lange noch?

Auch die erneute Wahl, das war absehbar, würde keine Rückkehr zur Regierungsbildung mit dem Votum einer Parlamentsmehrheit bringen. Die gesellschaftlichen Kräfte und ihre politischen Parteien waren dermaßen zerstritten und verfeindet, dass eine Koalition, gestützt auf eine Majorität der Abgeordnetenstimmen, kaum gedacht werden, ja nicht einmal rechnerisch zustande kommen konnte. Dies bestätigte die Auszählung der Stimmen am Wahlsonntag. Ob die Parteien der äußersten Rechten, die der sogenannten Mitte oder die beiden Arbeiterparteien in Betracht kamen, sie konnten gemeinsam stets nur Minderheiten aufbieten und wären auf die (unerreichbare) Duldung durch Abgeordnete anderer Fraktionen angewiesen gewesen. Auch die nach den Juliwahlen einzig denkbare, von der NSDAP aber gemiedene parlamentarisch gestützte Regierungskoalition von Nazis und den beiden katholischen Parteien, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, war passé. Denn nun addierte sich deren Ergebnis nicht mehr zu einer Parlamentsmehrheit.

Minus zwei Millionen

Das Aufsehen erregende Ergebnis dieser Wahl – es wurde die letzte unter den Bedingungen der Republik – waren die Stimmenverluste der NSDAP. Prognosen des Hochsommers, die besagt hatten, die Nazipartei hätte ihr Wählerpotential ausgeschöpft und könne weiteren Zugewinn auf Kosten anderer Parteien nicht mehr erreichen, hatten sich als richtig erwiesen. Auch im Beschluss der Reichskonferenz der KPD, der im Oktober eine Situationsanalyse vornahm, war treffend gesagt worden, dass „der Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zum Stillstand gekommen“ sei und „einer rückläufigen Bewegung Platz gemacht“ habe.

Unerwartet war jedoch das Ausmaß des Rückgangs: Die NSDAP hatte mehr als zwei Millionen Anhänger verloren. Dieser Verlust stürzte die Hitlerleute noch nicht aus ihrer Stellung als bei weitem wählerstärkste Partei, sie zählte noch immer mehr als elf Millionen. Doch gemessen an der Sieghaftigkeit ihres Auftretens und ihrer bisherigen Erfolgskette musste das ernüchternde Ergebnis auf die Braununiformierten einen verheerenden Eindruck machen. Offenkundig waren viele der mit Verheißungen zusammengetrommelten NSDAP-Wähler des Wartens auf den Sieg überdrüssig geworden und nicht wieder an die Urnen gegangen.

In den Reihen der Hitlerleute wie in denen ihrer Gegner und Konkurrenten setzten Mutmaßungen ein, ob dieser Trend anhalten werde. Würde – wie gewonnen, so zerronnen – deren Millionenanhang nun auseinanderlaufen? Und, wenn ja, wohin würde er sich dann wenden? Darüber ließen die Ergebnisse des Wahltages keine gesicherte Prognose zu. Die Arbeiterparteien hatten nicht profitiert. Die Gesamtzahl der Wähler von Kommunisten und Sozialdemokaten war nahezu gleichgeblieben, doch die Linksverschiebung hatte sich fortgesetzt. Bei Verlusten der Sozialdemokratie zog die KPD erstmals mit 100 Abgeordneten in das Parlament.

Später, die faschistische Diktatur war militärisch zerschlagen worden, ist aus Kreisen der Großbourgeoisie, die Hitler zuvor schon favorisiert hatte, behauptet worden, mit diesem Wahlergebnis habe sich in Deutschland die Gefahr einer proletarischen Revolution nach russischem Vorbild abgezeich-

net. Deshalb hätten sie, da eine Alternative nicht existiert hätte, auf die härtesten Gegner der sich radikalisierenden Arbeiterbewegung setzen müssen.

NSDAP-Spitze uneins

Das war eine Ausflucht. Wie alle Wahlkämpfe vorher hatte auch dieser die Kluft zwischen den Arbeiterparteien zusätzlich vertieft. Weder die reformerische noch die revolutionäre Partei des Proletariats besaß ein strategisch-taktisches Konzept, das Aussicht bot, den Absturz in die Diktatur aufzuhalten oder ganz zu verhindern. Die Kommunisten warben zwar für die antifaschistische Aktion, doch sie blieben bei ihrer Zielsetzung Sowjetdeutschland und versperrten sich damit den Weg zu möglichen Bundesgenossen selbst. Und beim Blick auf die sozialdemokratischen Führer, die am 20. Juli 1932 kampflos ihre eigenen Minister aus deren Ämtern in Preußen hatte jagen lassen, waren alle Zweifel berechtigt, ob sie sich bei neuer Herausforderung zu außerparlamentarischen Aktionen entschließen würden.

Zudem: Die Hoffnung, dass nicht nur der Scheitelpunkt des Einflusses der Faschisten überschritten sei, sondern es mit ihnen von nun an weiter steil bergab gehen werde, war zu verlockend, als dass sie nicht gehegt und auch ausgesprochen worden wäre. Nahrung erhielt sie durch eine nicht zu verheimlichende Krise in der NSDAP-Führung. Das Wahlergebnis hatte viele Anhänger Hitlers und in dessen Führungsgruppe fragen lassen, ob dessen Strategie der Machtübernahme – die Reichskanzlerschaft zu fordern und sich unter keinen Umständen mit einer Rolle als zweiter Mann in einer Regierung zu begnügen – nicht verfehlt wäre. Befürchtet wurde, dass sein Alles-oder-Nichts im Nichts enden werde. Der Mann, der Hitler auf diesem Weg die weitere Gefolgschaft versagte, war Gregor Strasser, bisher Leiter des weitverzweigten Apparats der Partei und Organisator des Aufstiegs zur Millionenpartei. Strasser legte, da er eine Kursänderung nicht zu bewirken vermochte, Anfang Dezember seine Ämter nieder. Er verschwand von der politischen Bühne und tat nichts, seinen Schritt zur Sensation zu gestalten. So aber und als Zeichen einer inneren Parteikrise wurde er ohnehin gewertet. Der „Führer“ und dessen unwandelbar Getreue haben dem Mann nicht vergessen, dass er die mit seinem Namen bezeichnete „Strasser-Krise“ auslöste und sie in einer Situation verließ, da sie selbst von Zweifeln über ihre politische Zukunft gepeinigt wurden. Mit ihm wurde 1934 blutig abgerechnet.

Jedenfalls war nach dem 6. November 1932 klar, dass die Methode der Faschisten, die Regierungsmacht durch den überwältigenden Druck ihrer anschwellenden Wählermassen zu erzwingen, sich ohne das erhoffte Ergebnis erschöpft hatte. Nach weiteren Wahlen konnte es Hitler, Goebbels und andere Braununiformierte nicht verlangen. Worauf diese Führungsschicht um Hitler nach dem deprimierenden Wahlausgang jedoch hoffen konnte, war vor allem, dass er und seine zu befürchtenden Folgen Reaktionen jener Kreise wachrufen werde, die diese Partei gestützt, mit ihren Kräften gefördert und Hitler als Regierungschef favorisiert hatten. Würden sie ihr Unternehmen der Aufrichtung einer Diktatur mit diesem Personal nun aufgeben und als eine politische Fehlinvestition ersten Ranges abbuchen? Auf wen sonst hätten sie aber zugreifen können? Dann blieb nur eine Form der Militärdiktatur, doch deren Etablierung war mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Eine Minderheit führender Industrieller und Bankiers sowie von Großagrariern verstärkte, alarmiert, ihr Eintreten für eine Regierung Hitler. Die ihnen noch immer als greifbar geltende Chance, die für ihre Interessen zunehmend untauglich gewordene Republik mit Hitler loszuwerden, wollten sie nicht entschwinden lassen.

Quellentext: Wochenbericht des religiösen Sozialisten Emil Fuchs (5.-12.11. 1932)

„Bei den Wahlen haben die Nationalsozialisten zwei Millionen Stimmen verloren. Sie bleiben die größte Partei. Aber die Grenze der Möglichkeiten ist in einer für ihre ganze Agitationsmethode verhängnisvollen Weise deutlich. Sie werden bleiben, wenn sie verstehen, sich auf eine Politik umzustellen, die mit sachlichen Zielen arbeitet. Diese für ihre Wählergruppen entscheidenden sachlichen Ziele müssen sie aber erst finden. [...] Die Kommunistische Partei gewann so viel, wie die SPD verloren hat. Das bedeutet, dass viele von der SPD zur KPD übergingen, dass aber auch sehr viele, die früher SPD wählten, nicht wählten. Denn es ist in vielen Bezirken deutlich, dass auch Wähler von der NSDAP zur KPD gingen.

Die Lage bleibt also: Eine winzige aristokratische Reaktion, die eine Riesenbedeutung hat, weil neben ihr die faschistische Reaktion Massen kommandiert, dann eine ungebrochene Gruppe Parteien, die zurückgewinnen wollen, dann die Partei der kommunistischen Revolution, deren wachsende Bedeutung nicht nur in den Parlamentsstimmen deutlich wird.“[1]

junge Welt, Sonnabend, 10.11.2007, S. 15.

---

1 Aus: Blick in den Abgrund, hrsg. von F.-M. Balzer/M. Weißbecker, Bonn 2002, S. 549 f.

Die dringliche Bitte von Schacht & Co.

Vor 75 Jahren: Die Industrielleneingabe – Beweis- und Streitwert eines Dokuments

1945 wurde in den Trümmern Kölns auf dem Gelände des Bankhauses Stein in dessen papierner Hinterlassenschaft ein Schriftstück gefunden. Es besagte, dass sich eine Gruppe von nicht ganz zwei Dutzend Personen am 19. November 1932 an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg gewandt hatte, mit der Bitte, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Der hatte als Parteiführer zwei Wochen zuvor bei einer erneuten, auf eine wiederum verfassungswidrige Auflösung des Reichstages folgenden Wahl einen herben Rückschlag hinnehmen müssen. Der Nazipartei waren in kaum mehr als drei Monaten zwei Millionen Wähler davongelaufen. Noch immer folgten ihr jedoch elf Millionen und stellten damit die bei Weitem größte Gefolgschaft einer politischen Partei. Wenn aber der Mann, der ihnen als Retter, ja Erlöser präsentiert wurde, wieder nicht zum Zuge kam und ein Trommler blieb, wie lange würden auf ihm dann noch Hoffnungen ruhen? Nicht dass die Absender des Schriftstücks Hitler erst jetzt als „brauchbaren Mann“ erkannt, ihn manche nicht bereits seit Längerem als Regierungschefs favorisiert haben würden. Doch in diesem Moment entschlossen sie sich zu einem außergewöhnlichen Schritt.

Hitler den Weg nach Berlin geöffnet

Die Brisanz der Entdeckung von 1945 lag zutage. Die verheerenden Folgen der faschistischen Diktatur in Deutschland für nahezu den gesamten europäischen Kontinent und dessen Bewohner führten unabweisbar zu der Frage, wer die Menschenmassen an toten und überlebenden Opfern zu verantworten habe. Das lenkte die Gedanken auf jenen geschichtlichen Tag zurück, den 30. Januar 1933. Ohne ihn war das Geschehen der folgenden Jahre undenkbar. Mit ihm war Deutschland auf den Kriegspfad eingeschwenkt. Wer also hatte Hitler den Weg in die Berliner Wilhelmstraße geöffnet?

Hier sind die illustren Namen der Unterzeichner: Hjalmar Schacht (ehemaliger Reichsbankpräsident), Fritz Thyssen (Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke), Friedrich Reinhart (Direktor der Commerzbank), August Rosterg, (Generaldirektor der Wintershall AG), Kurt Freiherr von Schröder, (Privatbankier), Emil Helfferich (Aufsichtsratsvorsitzender der HAPAG). Mitgetan hatten weitere Aufsichtsratsmitglieder und Vorsitzende von Banken sowie aus den Kreisen der großen Grundeigentümer Eberhard Graf von Kalckreuth (Präsident des Reichslandbundes), Joachim von Oppen-Dannenwalde, Kurt Gustav Ernst von Rohr-Manze. Stellung und Geltung der Beteiligten hatten genügt, um unter Historikern und Publizisten einen Streit darüber entstehen zu lassen, welches tatsächliche Gewicht dem Papier zugemessen werden muss, ob es die beabsichtigte Wirkung zeitigte oder folgenlos blieb.

Schacht & Co. hatten dem Staatsoberhaupt ausdrücklich ihre Unterstützung für den gegen Geist und Wortlaut der Reichsverfassung verstoßenden Kurs versichert, vom Prinzip parlamentarisch gestützter Regierungen ab- und zur Präsidialdiktatur überzugehen. Doch könnte die Praxis des zweiten Halbjahrs 1932, einer verordneten Wahl die sofortige Reichstagsauflösung folgen zu lassen, nicht beliebig fortgesetzt werden. Auch vor offenem Verfassungsbruch wurde wegen der denkbaren Folgen abgeraten. Die Lösung bestände darin, einer von Hindenburg gestützten Regierung eine Massenbasis zu verschaffen. Dafür stünde nur Hitler mit seiner Gefolgschaft zur Verfügung, die „führend an der Regierung beteiligt“ werden müsste. Beruhigend wurde dem angefügt, dass „Schwächen und Fehler“, die notgedrungen jeder Massenbewegung anhafteten, sich nicht geltend machen würden, wenn Hitler Reichskanzler wäre. Die Wirtschaft brauche Ruhe und auf diese Weise könne sie geschaffen werden.

Die Quellenkritik vieler Fachleute wurde von Anbeginn von dem Interesse mit- und missgeleitet, dieses Papier als folgenarm und die Großmächtigen als am Einzug des Führers in die Reichskanzlei unbeteiligt erscheinen zu lassen. Es wurde gefragt: Hat das Schriftstück überhaupt das Amt des Reichspräsidenten erreicht? Und wenn es dahin gelangte, war es dann vor die Augen Hindenburgs geraten? Und wenn der alte Herr es gelesen hatte oder ihm sein Inhalt von Staatssekretär Meissner vorgetragen wurde, hat es dann den mehr als zwei Monate später erfolgten Entschluss beeinflusst? Die Fragen

wurden so formuliert, dass letzte Antworten sich nicht geben ließen. Hindenburg war 1934 gestorben, und er allein hätte klärend zu reden vermocht.

Andere Spezialisten der Geschichte des deutschen Imperialismus wie Joachim Petzold, Fritz Klein, Wolfgang Ruge sahen in der Initiative einen Beweis dafür, wer an der Wende von 1932/33 die „Königsmacher“ waren. Dass die Eingabe in das Palais in der Wilhelmstraße gelangt war, fanden Historiker der DDR im archivierten Bestand des Amtes des Reichspräsidenten heraus. Es war nicht gut denkbar, dass eine Äußerung von diesem Doppelgewicht – der Absender wie des Inhalts – Hindenburg vorenthalten worden wäre. Jedoch und immerhin: Zunächst war das Staatsoberhaupt dem Rat nicht gefolgt, sondern hatte den Reichswehrminister Kurt von Schleicher zum Kanzler ernannt, wie vor ihm Franz von Papen ein Mann ohne Massengefolgschaft, ein Platzhalter, wie eine Analyse von Kommunisten richtig besagte.

Die Industriellen-Eingabe ist nicht das einzige Dokument, das die Verantwortung eines Teils der deutschen Wirtschaftselite für die Aufrichtung der Diktatur bezeugt, aber das Wichtigste, das schwarz auf weiß eine „konzertierte“ Aktion zugunsten Hitlers bezeugt. Doch ist zur Entlastung des großen Kapitals darauf verwiesen worden, dass diese Schicht doch ungleich zahlreicher gewesen wäre als die Akteure dieses politischen Vorstoßes. Zudem fehlten unter dem Papier wichtige Namen und nachweislich Angesprochene hätten sich ihm auch versagt. Der Favorit der Mehrheit wäre von Papen, einer aus ihnen sozial verwandten Kreisen gewesen, nicht dieser Hitler.

Zugunsten dieser Deutung wird auf ein anderes Dokument verwiesen. Zur gleichen Zeit hatte sich eine Großgruppe von Kapitaleignern für von Papen und die ihn stützende Deutschnationale Volkspartei eingesetzt. Ihr Aufruf „Mit Hindenburg für Volk und Reich“ soll als Beweis für Antinazismus oder Antihitlertum der Mehrheit der Großbourgeoisie gelten. Doch erwiesen wird mit ihm vor allem, dass diese zahlenstärkere Aktion sich ebenfalls an die Seite des verfassungsbrechenden Staatsoberhauptes stellte und damit die parlamentarische Demokratie ablehnte. So eignet sich der pseudopatriotische Appell schlecht dafür, das eine Dokument durch das andere zu entkräften. Erstens hatte von Papen schon im Hochsommer seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, mit diesem Hitler gemeinsam zu regieren. Zweitens hat er nach dieser Verbindung geradezu gegiert und sie zuwege gebracht, wenn die Rollen auch vertauscht waren; denn nicht Hitler wurde von Papens Vizekanzler, sondern Papen der Hitlers. Und drittens lag dem Votum und der Aufhilfe für die Deutschnationalen kein prinzipielles, sondern ein taktisches Kalkül zu Grunde: Deren Minister sollten vor allem verhindern, dass die antikapitalistische Phraseologie der „Nationalsozialisten“ in Regierungspolitik übersetzt würde. Dass die Minderheit der sich uneingeschränkt erklärenden Parteigänger Hitlers schließlich erfolgreich war, bezeugt – darin liegt eine Warnung aus deutscher Geschichte –, dass in Krisenzeiten Minoritäten zum Zuge kommen, wenn die Rivalen über Gegenkonzepte nicht verfügen.

Herzensrepublikaner? Aber mitnichten!

Der Machtantritt der Faschisten geht nicht allein auf das Konto der Interpellierenden um Hjalmar Schacht. Fürsprecher und Förderer Hitlers in den deutschen Oberschichten von den Wirtschaftsführern bis zu einflussreichen Militärs, von den Universitätsprofessoren bis zu den höheren Beamten waren zahlreich, doch nicht alle waren angesichts des offenen Ausgangs der Entwicklung bereit, sich unwiderruflich festzulegen. Doch belegt das Ja zu den Parteien Hitlers und Hugenbergs, deren Koalition schließlich zustande kam, dass die Kräfte, die nach der Revolution die Republik als Fluchtburg akzeptiert hatten, sie nun preisgaben, da sie ihren Zwecken nicht mehr taugte. Ein Narr, wer in dieser Oberschicht nach Herzensrepublikanern suchte.

Die dominierende Richtung der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik hat spezielle Forschungen zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933 eingestellt. Das Feld gilt als bestellt. Zwar ließen sich die Schacht, Papen und Schröder vor historischer Kritik nicht retten, doch sollen sie als Ausnahmen und erfolglos erscheinen. Und zu Jahresanfang, als an die Auflösung des preußischen Staates durch den Alliierten Kontrollrat vor 60 Jahren erinnert wurde, war zu lesen: Es seien „Teile des Adels“ gewesen, die „auf einen aus der braunen Bewegung aufgestiegenen Diktator setzten“. Das ist

für viele Großagrarier unbestritten, doch ihr wirtschaftliches Gewicht war längst relativiert und ihr politischer Einfluss konnte sich an jenem der Großbankiers und -industriellen nicht messen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. November 2007, S. 24.

Denkzettel für Hindenburg

Vor 75 Jahren: Aus eigener Kraft gelangt Hitler nicht an die Macht. Eine schriftliche Eingabe von Unternehmern und Großagrariern an den Reichspräsidenten bahnt dem Faschistenführer den Weg ins Kanzleramt

Dass ihre Förderer nach dem Ausgang der Reichstagswahl des 6. November 1932 nicht untätig bleiben würden, gehörte zu den Hoffnungen der Naziführer. Letztere hatten die Lust an einem weiteren Kräftemessen an Wahlurnen verloren. Bisher war es der NSDAP gelungen, einen Sog zu erzeugen, in den mehr und mehr Menschen gerieten, die nicht länger bei den Erfolglosen stehen und nicht zu spät unter das Hakenkreuz treten wollten. Nun war der politische Kurswert der NSDAP gesunken, aber doch immer noch hoch. Ihr Anhang übertraf weit den der Sozialdemokratie, der zweitstärksten Partei. Der zählbare Abstand zwischen beiden betrug viereinhalb Millionen Wählerstimmen. Keine der regionalen Bastionen der Nazipartei war geschleift. Sie stellte Minister und selbst Ministerpräsidenten in einer Reihe – durchweg kleinerer – Länder des Reiches, so in Thüringen, den beiden Mecklenburg (Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz) und in Oldenburg (Land). Herrschten auch in SA-Stürmen Unruhe und Unzufriedenheit, so waren die doch intakt, wenn es gegen die „Kommune“ oder die „Sozis“ ging. Vor allem ließ sich für die Naziführer Hoffnung aus der Tatsache schöpfen, dass diese Wahl die Isoliertheit der Regierenden erneut erwiesen hatte. Erste Anzeichen deuteten im zweiten Halbjahr 1932 zwar auf das Abklingen der Wirtschaftskrise hin, von der politischen konnte das hingegen nicht gesagt werden. Darauf, dass sie sich im Selbstlauf beheben werde, war nicht zu setzen.

Intrigen nach einer Wahl

Am 12. November schrieb Hjalmar Schacht, Präsident des Reichsbankdirektoriums a. D. und Einflussreicher Intrigant wider die Republik, dem NSDAP-Führer einen Brief, der die Bezeichnung eines historischen Schlüsseldokuments verdient. Sein Text öffnet einen Zugang zum Verständnis jener nun einsetzenden Entwicklung, die in den 30. Januar 1933 mündete. Hitler, der nach dem Wahltag mit markigen Erklärungen die Enttäuschung seiner Anhänger zu mindern und Siegeshoffnungen zu nähren gesucht hatte, las einleitend den Glückwunsch zu seiner „festen Haltung“. Sodann wurde ihm ermutigend erklärt, dass „die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft“. Er sei, so Schacht, überzeugt, dass „dieses System“ sich totlaufen werde. Die stärkste Hoffnung spendende Mitteilung des Briefes besagte, dass der Absender mit namentlich nicht genannten Personen – er schrieb „unser Versuch“ – dabei war, Unterschriften unter eine Petition zu sammeln, die vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg Hitlers Ernennung zum Regierungschef fordern werde. Diese Initiative, auch das deutete Schacht an, habe bisher Erfolge wie Misserfolge gezeitigt, insbesondere Herren der Schwerindustrie wollten sich an ihr nicht beteiligen. Nichtsdestoweniger war Schacht ganz zuversichtlich.

Der Brief ist zu Zeiten der Nazidiktatur selbstredend nie veröffentlicht worden. Erst nach deren Zerschlagung gelangte er an das Licht der Öffentlichkeit. Denn weder Absender noch Empfänger hatten ein Interesse besessen, dass sein Inhalt publik wurde. Hitler hätte dessen Bekanntwerden die Verbreitung der Legende erschwert, wonach es „nur sein Glaube“ gewesen sei, der ihn schließlich zum Sieg geführt habe. Der Brieftext jedoch verriet, dass in Wahrheit diesem Glauben in entscheidenden Augenblicken von fremder Hand ein paar Stützen montiert worden waren. Und Schacht und die anderen, die sie einzogen, wünschten natürlich, ungenannt zu bleiben. Auch die nachfaschistische bürgerliche Geschichtsschreibung tat sich mit der Bewertung des Briefes schwer.

In Kreisen der deutschen Großbourgeoisie setzte nach der Novemberwahl ein Gedankenaustausch über die nun zu unternehmenden Schritte ein, dessen Zeugnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit nur zu einem Teil überliefert sind. Ein aufschlussreiches Schreiben, einen Tag früher verfasst als dasjenige Schachts, stammt aus der Feder des rheinischen Industriellen Fritz Thyssen, der später im Exil das Buch „I Paid Hitler“ verfassen sollte. Unter dem Eindruck des Misserfolgs der NSDAP drückten sich darin Befürchtungen im Hinblick auf Reaktionen aus, die das Wahlresultat in den Reihen der Partei hervorrufen könnte. Nach Thyssens Urteil war Hitlers Partei bisher einen „geraden, eindeutigen Weg“

gegangen. Jetzt aber sei zu befürchten, dass sie von ihm abgedrängt werde und die Entwicklung eine Richtung nehmen könnte – der Briefschreiber griff Jahrhunderte zurück –, „wie es in der Reformation geschah“. Da waren, wie weitergedacht werden sollte, die Kämpfe in den Bauernkrieg gemündet.

Thyssen wünschte, bevor derartige „Gefährnisse“ einträten, die Verständigung mit Hitler. Wäre mit ihm ein Einvernehmen erzielt, fuhr er fort, könne „man sich über die Ziele seiner Politik [...] einigen“, eine Äußerung, die wie selbstverständlich unterstellte, dass die Industrie über diese Ziele mitreden werde. Dabei, meinte er weiter, würde „nur die wirtschaftliche Seite einige Schwierigkeiten“ bieten. Dieses „nur“ kann als ein „ausschließlich“ gelesen werden; es besagte, dass die zu erwartende Innenpolitik des Aspiranten auf den Thron eines Diktators von Thyssen nicht als Streitpunkt gewertet wurden. Was nun „die wirtschaftliche Seite“ anlangte, so war das zu Klärende auch nichts weniger als unüblich. Es ging schlicht um die in allen bürgerlichen Staaten zu regelnde Beziehung zwischen der Regierung und der „Wirtschaft“, um deren Arbeitsteilung, der zufolge der Staat für günstigste Rahmenbedingungen der Geschäfte und Profite zu sorgen, sich sonst aber aus der Wirtschaft herauszuhalten habe, wenn und solange sie besondere Hilfe nicht verlangte.

Hitler auf den Platz des Reichskanzlers war mithin auch Thyssens Wahl. Zeit für Kompromisse existierte nach seinem Urteil nicht mehr, denn den Anhängern dieses Führers wäre dessen geringere Platzierung als die des Kanzlers nicht zumutbar. Zöge sich die Entscheidung hin und Weg und Ziel Hitlers würden zum dauernden Diskussionsthema in seiner Gefolgschaft – das hatte sich bereits nach dem August 1932 angebahnt –, müsse der ganze Plan Schaden nehmen. Hier war zwischen die Zeilen geschrieben, dass man auch deshalb nicht säumen dürfe, um die Basis der NSDAP zufriedenzustellen und zugleich zu überrumpeln. In den folgenden Tagen liefen die Verhandlungen über einen Vorstoß bei Hindenburg auf Hochtouren. Von Papen, noch Regierungschef, der sich offenbar klarmachte, dass seine Zeit als Kanzler nicht ein weiteres Mal verlängert werden könnte, aber von der politischen Bühne nicht abzutreten gedachte, galt wegen des Vertrauens, das er beim Reichspräsidenten genoss, als der geeignete, zu gewinnende Verbündete.

Totengräber der Republik

Am 19. November 1932 schlossen die Initiatoren der Eingabe ihre Suche nach Unterzeichnern vorerst ab und schickten ihre Petition jeweils gesondert auf den Weg. Die war vom ersten Satz an auf die Mentalität des „alten Herren“ abgestimmt und begann mit einem Kompliment für den von Hindenburg freigemachten und schon weit zurückgelegten Weg in die Präsidialdiktatur. Ausdrücklich bejahten die Unterzeichner, sich uneingeschränkt von der Verfassung abkehrend, die Bildung einer „vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigen Regierung“. Doch ließe sie sich mit der bisherigen Methode (Reichstagsauflösung, dann folgende Neuwahl usw.) nicht fortsetzen. Nötig sei eine „Verfassungsänderung“, die von „breitester Volksströmung getragen“ werden müsse. Empfohlen wurde eine „Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise [...], die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt“. Damit darüber, wie das sich allein erreichen ließ, kein Missverständnis blieb, hieß es am Ende, dass „die größte Gruppe der nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt“ werden müsse. Nach diesem „Rezept“ wurde am 30. Januar 1933 jene Politik eingeleitet, die sieben Wochen später zur Annahme der „Verfassung“ der Nazidiktatur führte, zu jenem Ermächtigungsgesetz, mit dem sich das Parlament verabschiedete.

Ohne dass der Name Hitler in dem Schreiben fiel, ohne dass die NSDAP erwähnt wurde, war klar, was dem Reichspräsidenten nahegelegt wurde: die konsequente Fortführung des eingeschlagenen Weges der Totaldemontage der Republik. Mit der Machtübergabe an die Faschistenführer, die sich auf eine „nationale Volksbewegung“ zu stützen vermöchten, sahen die Petitionisten den verheißungsvollen Beginn einer neuen Zeit voraus, „die durch Überwindung der Klassengegensätze die unerlässliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft“. So werde der Unruhe ein Ende gesetzt, welche durch die Aufeinanderfolge von Präsidialregierungen ohne Basis im Volk ausgelöst worden sei. Kein Wort also von Furcht vor Kommunisten und Revolution, die später als Antriebe des Votums für Hitler und seine Nazis ins Feld geführt wurde.

Wie unverfroren die Motive dieses Schrittes von seinen Initiatoren später umgelogen wurden, lässt sich in einer eidesstattlichen Erklärung nachlesen, die der Großbankier Kurt Freiherr von Schröder, ein Aktivist des Appells, 1947 abgab: „Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, dass die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden.“ In Wahrheit hatten die Verfasser in ihrem Brief die „staatsverneinende Kommunistische Partei“ nur nebenbei erwähnt, die sie mithin als zu vernachlässigende politische Größe erachteten. Kein einziger rückversichernder Gedanke war auf eine kurzfristige Not- oder Übergangslösung gerichtet worden. Stattdessen wurde das antidemokratische Programm direkt in Angriff genommen: Eintritt in eine neue Zeit – mit dem Führer Hitler.

Vom „Bekennermut“, mit dem die beteiligten Herren nach 1945 auf ihre Rolle zurückblickten, mag – pars pro toto – auch eine Äußerung Emil Helfferichs, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft (HAPAG), zeugen, die sich in seiner Autobiographie findet: „Mein Eindruck von Hitler? Enttäuschend. Ein Mann mittlerer Statur, gewöhnlichen Typs. Auffallend nur die Augen und die Stimme. Die lichten Augen mit dem harten, durchdringenden Blick; die Stimme rau mit der ungeschlachten Ausdrucksweise. An den Augen und der Stimme soll man den Charakter eines Menschen erkennen: ein Fanatiker und Grobian.“ Das also war die Empfehlung – allerdings aus dem Rückblick.

Fragen an eine Quelle

An der konzertierten Aktion hatten sich im November 1932 insgesamt 20 Personen beteiligt, zu denen wenige weitere hinzukamen, die verspätet gesondert ihre Zustimmung erklärten. Der Kreis der Unterzeichnenden bestand aus Industriellen, Bankiers, Großreedern, Großkaufleuten, Großagrariern und Funktionären von deren Interessenvertretungen. Verkürzend ist von dem Dokument, das sich zuerst im Archiv des Kölner Bankhauses des Freiherrn von Schröder und zwar in Form einer Durchschrift fand, meist als „Industrielleneingabe“ die Rede. Sie lag schon den Richtern im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor und wurde in die vielbändige Ausgabe des Verhandlungsprotokolls in den Dokumententeil aufgenommen (Internationales Militärtribunal, Bd. XXXIII, S. 521 ff.). So stand sie bereits seit den vierziger Jahren der Forschung zur Verfügung.

An das Schriftstück ließen sich quellenkritische Fragen knüpfen. Das geschah aus Aufklärungsbedürfnis, in das sich jedoch auch politisches Entlastungsinteresse der Unterzeichner mischte. War dieses Schreiben überhaupt abgeschickt worden? War es aus dessen Kanzlei je unter die Augen des Reichspräsidenten gekommen? Und, das wies partiell schon in das Reich der spekulativen Abwertung des Schriftstückes, wenn das geschehen war, hatte es dann die Entscheidung beeinflusst oder gar hervorgebracht, die Hindenburg schließlich Ende Januar 1933 zugunsten Hitlers traf?

Einige Fragen erledigten sich, als im Bestand des Reichspräsidenten, der im Archiv in Potsdam lag, von Historikern der DDR die Eingabe gefunden wurde und also bestätigt war, dass sie ihren Adressaten erreicht hatte. Es ließ sich nicht annehmen, dass der Bürochef dem Staatsoberhaupt einen Brief mit derlei Unterschriften vorenthalten haben würde. Blieb nur die Frage nach dem spezifischen Gewicht dieses Ratschlags. Das hätte sich nur ermitteln lassen, wenn Hindenburg befragt worden wäre, welche Überlegungen und Einflüsse ihn schließlich dahin gebracht hatten, seine Unterschrift unter die Berufungsurkunde für Adolf Hitler zu setzen und – kühne Annahme – er darauf ehrlich geantwortet haben würde. Der aber schwieg seit 1934 in seinem Sarg, der beim Herannahen der Sowjetarmee aus dem Reichsehrenmal im ostpreußischen Tannenberg evakuiert worden und auf Umwegen nach Marburg gelangt war.

Favorit nur einer Minderheit?

So blieb Raum für Spekulationen. Doch, dass herausragende deutsche Kapitalisten und Großagrarier sich für Hitlers Berufung zum Reichskanzler eingesetzt und mit anderen deren Vollzug verlangt und

bewirkt hatten, konnte länger glaubwürdig nicht mehr bestritten werden. Blieb das Argument, dass die Zahl der Unterschriften unter die „Industrielleneingabe“ sich, verglichen mit der Gesamtzahl deutscher Groß- und Monopolkapitalisten, gering ausnahm. Darum ließ sich die These verfechten, Hitler sei der Favorit nur dieser Minderheit von Unternehmern gewesen, weshalb deren Mehrheit von der Anklage freizusprechen sei, für die Wende des 30. Januar verantwortlich zu sein.

Wen aber unterstützte die Mehrheit? Jedenfalls nicht das Häuflein zusammengeschmolzener im Bürgertum beheimateter Anhänger der Republik. Soweit Einwände gegen die Faschistenführer nicht nur aus elitärem Geschmäcklertum erwuchsen, rührten sie von Unwägbarkeiten her, die sich mit der „nationalsozialistischen Bewegung“ verbanden. Zum einen schienen nicht alle Mitführer Hitlers frei von sozialistischen Ideen und manche als wirtschaftspolitische Abenteurer. Joseph Goebbels etwa gehörte zu den Hauptverdächtigten. Dieses Missurteil war entstanden, weil er sich der sozialen Demagogie, mit der er, der Berliner Gauleiter der NSDAP, Arbeitermassen in der Hauptstadt des Reiches zu gewinnen suchte, noch zügelloser bediente als andere braune Aspiranten auf die Teilhabe an der Staatsmacht. Noch ungewisser erschien, was geschehen werde, wenn Hitler und seine Führergruppe die mit Versprechen vollgestopften Anhänger enttäuschen würde, was er doch unvermeidlich tun müsste, hielte er sich an seine Zusagen an die Wirtschaftselite.

Die Zustimmung zum Projekt, Hitler an die Regierungsspitze zu lancieren, oder die Wahrung von Zurückhaltung hingen schlicht von der Bemessung des mit dem Wechsel verbundenen Risikos und der Bereitschaft ab, es einzugehen. Das gebar den Vorsatz, Sicherungen dagegen zu schaffen, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Hitler-Regierung unter dem Druck der braunen Gefolgschaft antikapitalistische Züge annahm. Daraus ging jene Konstellation hervor, die durch die Metapher der „Einrahmung“ Hitlers bezeichnet wurde. Für diese Rolle standen deutschnationale und konservative Politiker zur Verfügung, die sich im Kabinett von Papen und der darauffolgenden Übergangsregierung des Generals Kurt von Schleicher als hochverlässliche Interessenvertreter großer Kapital- und Grundeigner ausgewiesen hatten.

Kein Straftatbestand?

Das Bild vom „Rahmen“, in den Hitler hineingestellt werden sollte, war nicht falsch, nur wurde dessen Funktion nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur widerhistorisch gedeutet. Die ihn zimmern wollten und später behaupteten, es sei ihnen misslungen, unternahmen nichts, was die Beseitigung der Verfassung von Weimar auch nur behindert haben würde. Sie haben – was über ihrer späteren Verdrängung aus der ersten Reihe der Akteure mitunter vergessen wurde –, als sie in ihren exponierten Stellungen sich noch an Hitlers Seite befanden, ungehemmt beim Totalabriss der Republik Hand angelegt und so die Startdynamik des verbrecherischen Systems mitbewirkt. Auch deshalb kamen 1945 Franz von Papen, Hitlers zeitweiliger Vizekanzler Konstantin Freiherr von Neurath (schon in den letzten beiden Regierungen der Republik Außenminister und dann bis 1938 in diesem Amt) und Hjalmar Schacht (unter Hitler erneut Präsident des Reichsbankdirektoriums und kommissarisch Reichswirtschaftsminister) in Nürnberg auf die Anklagebank, von der sie nicht so glimpflich davongekommen wären, wäre die Beihilfe zur Vernichtung der Weimarer Demokratie in den Augen der Sieger ein strafbarer Tatbestand gewesen.

Die Herren, die zu den Totengräbern der Republik und den Geburtshelfern der faschistischen Diktatur gehörten, kamen auch später wenig geschoren davon. Hjalmar Schacht, der Aktivste, wurde von einer westdeutschen Spruchkammer 1947 zu acht Jahren Haft verurteilt, was Berufungsrichter korrigierten, er geriet in die Kategorie der „Entlasteten“. Kurt Freiherr von Schröder, der es bis zum SS-Brigadeführer gebracht hatte, tauchte 1945 in der Menge der Kriegsgefangenen unter, erhielt eine drei Monate währende Haft zugesprochen und ein Bußgeld auferlegt. Fritz Thyssen, von den Faschisten nach seiner Flucht aus Deutschland im Krieg in Frankreich ergriffen, Gefangener in Konzentrationslagern, blieb bis 1948 von den Alliierten interniert, dann stufte ihn eine Spruchkammer als minderbelastet ein. Emil Helfferich befand sich sechs Monate in britischer Haft, ein Prozess oder Verfahren wurde ihm nicht gemacht. Usw. usf., sofern die Herren, die sich an der Eingabe für Hitler beteiligt hatten, nicht – wie der Präsident des Reichslandbundes, Eberhard Graf Kalckreuth, und der Vorstandsspre-

cher der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhart, nach 1933 Preußischer Staatsrat und Mitglied im Generalrat der Wirtschaft – inzwischen verstorben waren.

junge Welt, Montag, 19.11.2007, S. 10.

Weg nach links

Rückblick aus weiter Entfernung: Heute wird der Dokumentarist Walter Heynowski 80 Jahre alt. In einem neuen Buch erinnert er sich an seine Jugend unter Hitler

Bücher brauchen Titel. Nein, das ist nicht der „Film eines Lebens“, wohl aber der eines Lebensbeginns, der nicht wie viele Zehntausende durch einen misslichen Zufall früh endete. Der Luftwaffenhelfer und Wehrmachtssoldat Walter Heynowski überlebt Krieg und Gefangenschaft. Er wurde 1927 geboren und schließt seinen autobiographischen Bericht „Der Film meines Lebens. Zerschossene Jugend“, der nun herausgekommen ist, im Jahr 1948. In der DDR wurde er erst Chefredakteur der Satirezeitschrift Frischer Wind, die dann zum Eulenspiegel wurde, ging Ende der 50er Jahre zum Fernsehen und wechselte 1963 zum DEFA-Studio für Dokumentarfilme. 1969 gründete er zusammen mit Gerhard Scheumann das unabhängige Filmstudio „H & S“. Mit DEFA- und Fernsehproduktionen wie „Der lachende Mann“ (1963), „Piloten im Pyjama“ (1968), „Der Krieg der Mumien“ (1974), „Psalm 18“ (1974) oder „Vietnam 4 – Die eiserne Festung“ (1977) setzten Heynowski/Scheumann international Maßstäbe für linke und antifaschistische Aufklärung.

Walter Heynowski wuchs in einem Elternhaus auf, in dem das Hitlerbild an der Wand hing und „Mein Kampf“ in Vaters Bücherschrank stand. Er hat sich zeitig zu neuen Ufern aufgemacht. Der Erinnerung an jene Jahre hat der Autor durch Gespräche mit Zeitgenossen, Besuche an Orten seiner Jugend sowie Anfragen und Recherchen in Archiven aufgeholfen. Seine Berichte darüber geben dem Buch eine zusätzliche Farbe.

Auch wenn die Geschichte seiner Kindheit und Jugend im Zentrum steht, so ist sein Buch doch von Beginn an durchsetzt mit Erzählungen über später Erlebtes. Der Autor weiß dem Leser Personen, Situationen, Vorkommnisse und Ereignisse vor das geistige Auge zu stellen, ohne die Feder lässig ausständeln zu lassen. Ausgenommen im sich hinziehenden Schlussteil, in dem private und politische Kabalen bis in deren ermüdende Details ausgebreitet werden, die für ihn selbst freilich die denkwürdige Folge eines ihm schuldlos zudiktierten dreimonatigen Gefängnisaufenthalts hatten.

Heynowski gelangt mit lebendigen Schilderungen und klugen Kommentaren wiederholt bis in jüngste Vergangenheit, so, wenn er unter dem Eindruck des Echos auf das späte Bekenntnis des Günter Grass, dessen Zugehörigkeit zur Waffen-SS betreffend, und seine eigene „Militärkarriere“ miteinander vergleicht und auch noch die des Flakhelfers Joseph Ratzinger einbezieht. Er erinnert sich eines Box-Schaukampfes gelegentlich eines Festes des Neuen Deutschland, ausgetragen mit Wolfgang Kohlhase, ebenso wie seiner weniger zurückliegenden Enttäuschung über Walter Jens’ Haltung, als dem die Dokumente seiner NSDAP-Mitgliedschaft präsentiert wurden.

Die Rückblicke auf die DDR und auf seine Arbeit mit Scheumann lassen keinen Zweifel daran, was der Autor über das offiziell konstruierte und in Umlauf befindliche Falschbild vom ostdeutschen Staat denkt. Sein Leben stellt er mit unaufdringlicher, aber bestimmter Parteinahme in die Zeiten, wozu Anlage und Aufmachung des Bandes beitragen. Die berichteten Geschehnisse werden illustriert und ergänzt durch Familienfotos, Postkarten, Plakate, geografische Skizzen, Faksimiles von Zeitungstexten und Personalpapieren u.a. All das verrät den versierten Dokumentaristen. Filmerfahrung und die Arbeit des Buchkünstlers Hans-Joachim Schauß haben einen außergewöhnlichen Band entstehen lassen.

Der zunächst in Bad Cannstadt und dann in Reutlingen aufgewachsene Heynowski vertauscht das umsorgte Leben im bürgerlichen Haus mit Kinderzimmer und Dienstmädchen auf Vaters Geheiß – eines EK-dekorierten Weltkrieg-I-Offiziers, der im Kriege Sonderführer im besetzten Stalino wird – , aber durchaus nicht widerwillig mit einer „Heimschule“ in Westfalen – ein harmloser Name für eine Drillanstalt der Nazis, dazu bestimmt, deren Nachwuchs zu sichern. Von da geht es als Luftwaffenhelfer in das Ruhrgebiet, dann zur Wehrmacht. Auf die ist er durch das Lesen der einschlägigen Literatur über zwei Weltkriege vorbereitet. Am Ende gerät er in eines der berüchtigten US-amerikanischen Gefangenenlager westwärts des Rheins, nach Bretzenheim, besser bekannt unter dem Namen des nahen Bad Kreuznach.

Jedoch gehört er zu den ersten, die es verlassen dürfen. Vorsichtshalber hat er sich in die US-amerikanische Zone verabschieden lassen. So entgeht er bei einer unvermeidlichen Meldung der Gefahr, von einer in die andere – die französische – Gefangenschaft zu geraten, denn da liegt das eigentliche Ziel, der Heimatort Reutlingen. Der Beginn des Studiums der katholischen Theologie in Tübingen bleibt Episode. Bald folgt der Wechsel zur Wirtschaftswissenschaft. Doch mehr und mehr nimmt ihn politisch-journalistische Arbeit in Anspruch, für die er zunächst Interesse, dann Leidenschaft entwickelt. Als Volontär, zuletzt als Redakteur arbeitet er mit Werner Steinberg und Iring Fetscher, dann auch mit Alfred Hausser zusammen, jungen Kommunisten und Sozialdemokraten, widerstandserfahren und teilweise aus antinazistischen Elternhäusern. Der Weg des Bürgersohns führt nach links.

Dort hat sich auch die auf Anhieb erfolgreiche Halbmonatsschrift *Die Zukunft* platziert, die jungen Leuten einen Weg in ein anderes, sozialistisch geprägtes Leben weisen will. Wer von diesen Anfängen liest, die jenen im Osten ähneln, lernt, dass die anfänglichen Bestrebungen vieler auch ganz ohne sowjetische Besatzungsmacht auf eingreifende gesellschaftliche Veränderungen zielten. Indessen: Mit der rasch fortschreitenden Restauration kommen sie im deutschen Westen zum Erliegen. Schon Ende 1947 verändert eine neue Redaktion den Kurs, was Die Zukunft nicht überlebt.

Es ist August 1948, als Heynowski nicht problemlos die Interzonengrenze auf dem Wege zu seinen Eltern nach Berlin-Steglitz passiert – in ein neues Leben, dessen Darstellung nicht weniger Interesse und Gewinn bieten würde als dieser Band. Glückwunsch und Glückauf, Walter Heynowski, zum Achtzigsten!

Walter Heynowski: Der Film meines Lebens – Zerschossene Jugend. Das Neue Berlin, Berlin 2007, 335 S., 19,90 Euro.

junge Welt, Dienstag, 20.11.2007, S. 13.

Alles in einem Band

Lexikon des Nationalsozialismus

Internet hin und Google her – die gedruckten Nachschlagewerke behaupten ihren Platz auf dem Buchmarkt. So auch diese Enzyklopädie, die jetzt in aktualisierter Neuauflage erschienen ist. Das Problem der Herausgeber war von Anbeginn nicht, sachkundige Autoren für den inzwischen auf etwa 1.000 Stichwortartikel angewachsenen lexikalischen Teil zu gewinnen. Abgefordert werden musste allen Beteiligten äußerste Konzentration, auch Beschränkung, sollte das Unterfangen nicht gleich mehrbändig auftreten. Und sollte ein Band entstehen, der erschwinglich ist und bleibt.

Das ist dieser. Ihn kann sich zum bevorstehenden Fest auch ein Schüler von Onkel oder Tante als Geschenk wünschen, ohne unverschämt zu erscheinen. Für diese Neuausgabe hatten die Herausgeber Opfer bringen müssen. Die Bebilderung ist aufgegeben. Und im Handbuch-Teil, der zwei Dutzend Artikel umfasst, vom „Führer“ und Hitlerkult (Ian Kershaw) bis zu Quellen zum Nationalsozialismus (Heinz Boberach), musste der Beitrag zur „Ideologie“ weichen, um Platz zu schaffen. Im Stichwort-Teil, der mit mehr als der Hälfte der Seiten den meisten Platz beansprucht, differiert die Länge der Beiträge zu Institutionen, Organisationen, Ereignissen, Begriffen, Fakten und Daten erheblich, doch waltet weitgehend „Gerechtigkeit“. Keinem Autor war erlaubt, Steckenpferde zu reiten. Einbezogen werden auch Stichworte, die sich vorwiegend oder teils auf die Vorgeschichte des Nazisystems beziehen. Über den 8. Mai 1945 hinaus greifen Stichworte wie Nachkriegsprozesse und (hinzugekommen) Wiedergutmachung.

Wer die Schwierigkeiten solcher Herausgeberschaft kennt, hat Hemmungen, dem im Vorwort geäußerten Wunsch nach Anregung und Kritik nachzukommen. Eine richtet sich an die Zunft im Ganzen. Die Herausgeber haben gleichsam viel Platz gelassen für ein eigenes Nachschlagewerk zur Wirtschaftsgeschichte des „Nationalsozialismus“. Nicht dass die ausgespart wäre. Aber die Lücken sind spürbar. Man vermisst die großen deutschen Banken; die Deutsche und die Dresdener wären das Minimum. Die Konzernherren Flick und Krupp werden in mehreren Stichworten erwähnt und mithin im Register, doch den beiden Konzernen gelten, anders als im Fall der IG Farben AG, keine eigenen Abrisse ihrer Rolle. Hermann Abs ist irgendwie vergessen. Das passiert in Nachschlagewerken. Da sollte niemand Vorsatz vermuten. Zu den Fehlstellen in anderem thematischem Zusammenhang gehört Georgi Dimitroff. Der Bulgare hätte jedenfalls in dem Band eher einen Platz beanspruchen können als die nach Bulgarien verheiratete, dem Boris III. angetraute, aus Italien importierte Giovanna. Was nur bestätigt: Kein Lexikon ohne Kuriositäten. Zu den unbemerkt Übersehenen gehört auch Ernst Thälmann und das signalisiert eine Leerstelle im Handbuch-Beitrag „Widerstand“ wie unter dem Stichwort „Kommunistische Partei Deutschlands“.

Das alles nimmt dem Band nichts von seinem Gesamtwert. Und das tut auch nicht die Crux, die manchen Autor befällt, sobald er schreibend in die Nähe von ostdeutscher und DDR-Geschichte gerät. Im Artikel „Wiedergutmachung“, der Entschädigung und Reparationen einbegreift, wird erwähnt, was die DDR nicht geleistet hat, aber unterschlagen, was deren Bevölkerung a conto Reparationen unter schwierigsten unmittelbaren Nachkriegsbedingungen hat erschuften müssen. Von rückkehrenden Emigranten, aus Deutschland aus so genannten rassischen oder politischen Gründen Vertriebenen, wird unterschiedslos gesagt, sie seien in allen Besatzungszonen „wenig willkommen“ gewesen. Noch gilt die Faustregel: Gleichsetzung oder Unterscheidung der Entwicklungen in Ost und West je nach Bedarf und immer nach dem Maßstab „Vorteil West“. Gut Ding will eben auch in der Wissenschaft Weile haben. Gratulation Herausgebern und der Redakteurin Claudia Curio.

Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Klett-Cotta/dtv. 991 S., geb., 29,50 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 24./25. November 2007, S. 14.

Auf den Grund gehen

Hinterlassenschaft – Gesammelte Schriften von Wolfgang Ruge

Des Historikers Wolfgang Ruge 90. Geburtstag gab den Anlass für ein Gedenk-Kolloquium der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. In dessen Verlauf wurde den Teilnehmern ein Buch vorgestellt, das die Arbeiten Ruges aus einem Schaffensjahrzehnt vereint, der Zeitspanne zwischen 1989 und 1999. Die von dem Marburger Pädagogen und Historiker Friedrich-Martin Balzer darin versammelten Beiträge, Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften (viele im „Neuen Deutschland“ erschienen), Rundfunkvorträge und Reden gelten zwei Themen:

Im Jahr der „Wende“ publizierte Ruge weiter zur Geschichte der Weimarer Republik, die ihn seit 1956 beschäftigte. Auf diesem Feld hatte er sich durch eine Vielzahl von Büchern und anderen Veröffentlichungen einen Namen gemacht und in der DDR und über deren Grenzen hinaus einen Leserkreis erreicht, der weit über die Zunft hinausreichte. Dazu trug bei, dass er weitab von aller aufgesetzten „Verwissenschaftlichung“ der Sprache sich Fachleuten ebenso unmissverständlich mitteilen konnte wie historisch Interessierten von ganz anderer Profession. Was er in diesem 40. Jahr der DDR schrieb, war nicht nur Bilanz einer Lebensarbeit, sondern bot – z. B. mit der Untersuchung der Außenpolitik der Weimarer Republik – neue Ergebnisse und Sichten.

Mehr Aufmerksamkeit dürfte dem zweiten und umfänglicheren Teil des Buches gelten, der sich mit Arbeiten zur Geschichte der Sowjetunion befasst, die Ruge, der Schutz suchende Emigrant, Schüler und Student in Moskau, sodann 15 Jahre lang als Gefangener und Verbannter erlebte. Von diesen Jahren hat er in einer Teilbiografie „Berlin-Moskau-Sosswa“ (2003) berichtet. Wer sie gelesen hat, dürfte ermessen können, wieviel Anstrengungen es den Autor gekostet haben mag, dem Gebot der Objektivität auch nun zu folgen, da er „Ursachen und Kern“ des Stalinismus zu erfassen suchte. Ruge gebot hier, anders als bei seinen Forschungen über Weimar, nur über ein begrenztes Quellenmaterial. Zudem hatte sich der Teil der internationalen Zunft, von dem nicht durch puren Antikommunismus geprägte Antworten zu erwarten sind, sich noch nicht zu einer Gemeinschaft von Forschenden konstituiert. Wie der sehr allmähliche Wandel des Schmäh- und Horrorbildes von der DDR – trotz der alltäglichen Anstrengungen seiner Propagandisten – bezeugt, reichen die besten individuellen Vorsätze allein nicht aus, zu Erkenntnisfortschritten zu gelangen. Unerlässlich sind auch veränderte gesellschaftliche Erfahrungen großer Menschengruppen.

Ruges Verdienst besteht darin, dass er konsequent alle Fragen formuliert hat, die sich nach dem Ende der UdSSR stellten oder auch da erst – und nicht in DDR-Zeit – öffentlich ausgesprochen werden konnten: Welche Perspektiven besaß der „Rote Oktober“? Welche Bedingungen schufen Bürgerkrieg und Intervention für den vorgedachten Aufbruch zu neuen Ufern der Menschheitsgeschichte? Welche Alternativen besaß der Führungskern der Bolschewiki, als das eben Begonnene tödlich bedroht war? Welche Folgen für die Ausprägung der revolutionären Macht hatte die Beantwortung des „weißen Terrors“ durch den „roten“? Was ist Lenins Anteil an der Installierung eines Regimes, von dem sich mit dem Dichter sagen lässt: „Das ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend Böses muss gebären.“ Wie verhalten sich Kontinuität und Bruch beim Übergang von Lenin zu Stalin?

Ruges Überzeugung war, dass sich ein Phänomen entschlüsseln lässt, wenn man seine Geschichte und namentlich seine Anfänge kennt. Die Veröffentlichungen dieser seiner zweiten Schaffensperiode haben Interesse und Nachdenklichkeit wachgerufen, jedoch, worin sich Unbeholfenheit und Ratlosigkeit vieler ausdrückten, nur wenige Diskussionen und kaum Rede und Gegenrede bewirkt, reichlich jedoch Ablehnung, Protest und selbst Verdächtigung. Indessen lässt sich das Nachdenken mit Wolfgang Ruge nachholen. Das ist erwiesen durch die Rede Eugen Ruges anlässlich der Beisetzung seines Vaters in Potsdam am 29. Januar 2007, die dem Band ebenso beigefügt ist wie eine analytische Studie des Marburger Historikers Joachim Hösler, der zustimmend und widersprechend diese Hinterlassenschaft durchmustert.

Ja, es gibt ein subjektives Moment, das in diese Arbeiten Ruges einging. Unter dem Eindruck seiner Erfahrungen und einer allmählich seine Möglichkeiten begrenzenden, ihn dann lähmenden Krankheit

war sein Geschichtsoptimismus aufgebraucht, den er bewahrt oder auch erst wiedergewonnen hatte, als er dem Gulag entronnen war. Aus diesem Wandel hat er keinen Hehl gemacht. Doch war er nichts weniger als ein Missionar. Er sprach von sich und für sich und beließ seinen Gesprächspartnern ihre Überzeugung. Das Ende der Geschichte hielt er dennoch nicht gekommen, nur die einst angesteuerten Ufer galten ihm jetzt als unerreichbar.

Wer eine andere Welt für möglich hält, sollte Ruge lesen, denn vor ihm steht doch in unseren Tagen und wohl auf längere Zeit die Aufgabe, ja der Zwang, sich Resignierenden zu stellen.

Wolfgang Ruge: Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1889-1999. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer. Verlag am Park, Berlin 2007. 597 S., br., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 29. November 2007, S. 15.

Unwillkommenes Wissen

„Wir waren nur dort schockiert, wo ein verklärtes Bild auf falschen Tatsachen beruht.“ Wem dieser Satz zugeschrieben wird, ohne dass er ihn gesagt oder geschrieben hat, der kann ihn schlechterdings nicht auf sich sitzen lassen. Welche Wortschöpfung! Bisher hörte man von falschen Behauptungen, falschen Aussagen, falschen Zeugnissen und dergleichen und war genug schon damit beschäftigt, diese von den richtigen und wahren zu sondern. Nun also „falsche Tatsachen“ und mithin auch richtige. Im Ernst: Derlei Rufschädigung, wenn nötig juristisch, zurückzuweisen, wäre für jede und jeden das mindeste, die oder der fälschlich so zitiert würde. Vorausgesetzt, es wäre Rufeinbuße zu besorgen. Das immerhin lässt sich bei Forschungsleiter Klaus Schröder nicht völlig ausschließen, der an der Freien Universität Berlin einen Forschungsverbund zum Thema SED-Diktatur dirigiert. Dieser hat nun, ob im Auftrag oder aus freien Stücken sei dahingestellt, untersucht, wie es um das Wissen von Berliner Schülern über den untergegangenen ostdeutschen Staat steht. Dazu wurden hinreichend viele Neunt- bis Elftklässler in Schulen von ehemals Berlin-Ost und ehedem Berlin-West mit Hilfe von Fragebogen ausgeforscht. Das Resultat der Arbeit ist in eine Studie von rund 300 Seiten geronnen und Presseleuten vorgestellt worden, die dann mit ihren Berichten prompt das Gedenken an den 9. Oktober 1989 versauten, den Tag, an dem die DDR-Obrigkeit die installierte und bis dahin strikt geübte Kontrolle des Personen- und Güterverkehrs mit der Bundesrepublik aufgab (vulgo: Mauerfall). Während ein Blatt mit der Überschrift „Schüler wissen fast nichts über die DDR“ aufstörte, meldete ein anderes schon im Titel, bei Berliner Schülern habe sich „fundiertes Nichtwissen über die deutsche Teilung“ offenbart. „Fundiertes Nichtwissen“ –, ja, Pressekonferenzen sind auch keine Veranstaltungen der Weiterbildung. Jedenfalls hatte Schröder Alarm geschlagen, wenngleich er und die Seinen, offenbar hart im Hinnehmen von auch sie betreffenden Misserfolgsdaten, nicht generell geschockt waren, sondern nur – s.o. – „wo ein verklärtes Bild auf falschen Tatsachen beruht“.

Das lassen wir uns noch einmal auf der Zunge zergehen. Entrüstung hätte ihn und seine Mitarbeiter demnach nicht erfaßt, wären ihnen zwar „verklärte“, jedoch auf Tatsachen beruhende Bilder begegnet. Und erschreckt hätte sie auch nicht, wenn sie auf unverklärte Bilder gestoßen wären. sofern diese nur auf „falschen Tatsachen“ fußten. Derlei Experten werden in Berliner Schulen eingelassen (was hat der zuständige Senator dazu zu sagen?), jedoch: Nicht überall. Schulleiter im West- wie im Ostteil, in letzterem mehr, haben sich dem Ansinnen, ihre Schüler da mittun zu lassen, verweigert. Diese sollten jenen das danken. Schröders Institution besitzt offenkundig doch einen Ruf.

Über die erzielten Daten ließe sich im Einzelnen viel sagen, wenig indessen aufs Ganze gesehen. Das staatsoffizielle Geschichtsbild ist unter den Heranwachsenden nicht im erwünschten Grad durchgesetzt worden. Hartnäckig halten sich Urteile über die DDR, die ihm direkt widersprechen. Einige davon müssen den Organisatoren der geistigen Ausrichtung besonders zeitwidrig erscheinen. So wenn in punkto Kinderbetreuung und Schulbildung der ostdeutsche Staat besser abschnitt als die Bundesrepublik, zumal auf beiden Feldern den Befragten Informiertheit und Sachverstand schwerlich abgesprochen werden kann. Dass nicht nur die ost-, sondern auch die Westberliner Schüler – und zwar jeweils deren Mehrheit – urteilten, das Leben der Menschen in der DDR sei durch größere Hilfsbereitschaft gekennzeichnet gewesen als das gegenwärtige im vereinten Deutschland, schlägt hart gegen die Legende, wonach zwischen Elbe und Oder jedermann rasch in seine Fluchtnische verschwand. So schlecht, wie die Journalisten das Wissen der Schüler in den Überschriften ihrer Berichte machten, ist es darum doch nicht bestellt. Was als „Nichtwissen“ erfaßt wurde, gehört vermutlich zu einem Teil zur Kategorie „Unwillkommenes Wissen“.

Wie das auszumerzen ist, dafür macht der Forschungsleiter Schulen und Lehrern Vorschläge. Der eine besteht darin, weniger über Themen zu sprechen, die am Klischee von der SED-Diktatur, dem Unrechtsstaat, der zweiten deutschen Diktatur und so weiter zweifeln lassen. Wörtlich lautet sein Rat: „Die Vermittlung des Alltags sollte nicht überbewertet werden.“ Sodann und nach dem Prinzip „Viel hilft viel“ sei die Unterweisung über die Zeitgeschichte auszudehnen, zum Beispiel auf Kosten des Unterrichtsanteils der Antike. Schließlich und vor allem: Die Universitäten haben zu sorgen, dass ihre Absolventen für ihre Aufgaben besser gerüstet sind. Denn ganz ohne Befragung hat Schröder festgestellt: „Viele Lehrer wissen genauso wenig wie ihre Schüler.“ Die Aussage schließt die Unter-

stellung (oder „falsche Tatsache“) ein, dass selbst Fachlehrer für Geschichte die einschlägigen Passagen der Schulgeschichtsbücher nicht zur Kenntnis nähmen. Was aus ihnen gelernt werden kann, darüber ein anderes Mal.

PS. Ohne beunruhigt zu sein, könnten Kapitaleigner die Studie aus der Hand legen. Sie dürften, wie eine der Fragen vermuten lässt, Mitauftraggeber der Studie gewesen sein. Sollten die Schüler doch erklären, ob sie bei einer Arbeitsplatzgarantie einen geringeren Lohn in Kauf nehmen würden. Und das hat die Mehrheit in Ost wie in West bejaht – eine Antwort, welche die Forscher wiederum auf den Gedanken verfallen ließ, in den Antworten begegne ihnen weniger das zu ermittelnde DDR-Bild der Schüler als deren „diffuse Zukunftsangst“. Stimmt das, müssten die Politiker beunruhigt sein, die sich für das Ende der Geschichte verantwortlich fühlen.

Ossietzky, Heft 24, 1. Dezember 2007, S. 972-973.

Installateure und Profiteure der braunen Macht

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. (11): Der Krupp-Prozess

Als die Liste mit den Namen derer, die vor einem Tribunal in Nürnberg angeklagt werden sollte, zwischen den beteiligen vier Mächten vereinbart worden war und veröffentlicht wurde, befand sich auf ihr auch der Name Gustav Krupp von Bohlen und Halbach. Sein Träger hatte seit seiner Verheiratung mit Bertha Krupp im Jahre 1906 mit Erlaubnis seiner Majestät vor den Adelstitel den Zusatznamen Krupp annehmen dürfen. Er war durch seine eheliche Liaison zum Chef eines der mächtigsten Konzerne der deutschen Schwerindustrie geworden, dessen Anfänge bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurückreichten. Krupp – das stand für Kohlegruben, Eisen- und Stahlwerke wie Fabriken des Maschinenbaus. Lange Zeit konnte sich kein Konkurrent einer ähnlichen Machtfülle und eines derartigen Bekanntheitsgrades rühmen. Niemand in Kreisen der deutschen Großindustrie besaß gleichermaßen enge Beziehungen zur Staatsspitze, damals verkörpert in Kaiser Wilhelm II. Mit dem Namen Krupp verbanden sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mächtige Kanonen, schwer zu durchdringende Panzerstahlplatten für Kriegsschiffe und vielerlei Kriegsgerät zur Ausstattung der „schimmernden Wehr“. Das bekannteste Geschütz des Weltkrieges in der deutschen Armee, ein 42-cm-Mörser, kam aus den Krupp-Werken und erlangte unter der Bezeichnung „Dicke Bertha“, so nach der Ehefrau Gustavs und Enkelin des Firmengründers genannt, eine über seine tatsächliche Bedeutung hinausgehende Berühmtheit.

Versehen mit Folgen

Dass Gustav Krupp von Bohlen und Halbach zu den Kriegsverbrechern gezählt wurde und mit Hermann Göring, Albert Speer und anderen auf die Anklagebank sollte, widerspiegelte die Überzeugung von Politikern und Juristen der Siegermächte, so verschieden ihre Sicht auf das Wesen des deutsch-faschistischen Staates sonst sein mochte, dass dieses Regime und seine verbrecherischen Handlungen aus einem Bündnis von Politikern, Militärs und Großindustriellen hervorgegangen war. Auch ein Mitglied der letztgenannten Gruppe gehörte mithin vor die Richter. Niemand schien dafür mehr in Betracht zu kommen als einer aus der Dynastie der Krupps. Gustav – das war freilich ein Fehlgriff. Nicht wegen seiner Biographie, die genügend Fakten der Beteiligung an der Installierung der Naziherrschaft und ihrer Ausprägung und Politik bot, aber wegen seiner gesundheitlichen Verfassung. Der inzwischen 75jährige, der 1943 von der Spitze des Konzerns abgetreten war, jedoch schon einige Zeit zuvor nicht mehr in der Lage war, ihn zu leiten, befand sich in geistig und körperlich hinfälligem Zustand, ein Pflegefall, in Österreich auf einem seiner Anwesen. Das hätte sich durch die in Essen stationierten und an der Vorbereitung des Prozesses beteiligten britischen Offiziere unschwer und rasch ermitteln lassen. Doch das unterblieb. Ebenso wenig war anderen Informationen nachgegangen worden, die von der Unfähigkeit des alten Mannes berichteten, einem Gerichtsverfahren zu folgen. Auch auf einer Liste mit den Namen von 42 deutschen Industriellen und Bankiers, deren Anteil an Faschismus und Krieg untersucht werden sollte – sie war vom nach ihrem Vorsitzenden Harley M. Kilgore benannten Ausschuss des US-Senats zusammengestellt worden –, figurierte Gustav Krupp, nicht aber dessen Sohn und Nachfolger Alfried.

Der Zeitdruck, unter dem der Prozess vorbereitet wurde, hatte das Versehen verursacht. Es zog eine Kette von Prüfungen und Verhandlungen nach sich, die bis in die Tage vor der Eröffnung des Gerichtsverfahrens reichte. Anfang November 1945 überzeugte sich eine Ärztegruppe der vier Mächte durch Augenschein von der Richtigkeit der Gutachten deutscher und US-amerikanischer Mediziner über den Zustand Krupps. Dann wurde das weitere Vorgehen erörtert. Sollte gegen den Mann in Abwesenheit prozessiert oder er zu einem späteren Termin angeklagt werden, wobei an die Herstellung der Verhandlungsfähigkeit des Mannes niemand glauben konnte? Oder sollte, was in der Vorbereitung unterlassen worden war, Alfried Krupp von Bohlen und Halbach auf die Anklagebank? Vor allem Robert H. Jackson, der Chefankläger der USA, bestand darauf, einen Großindustriellen auf der Anklagebank des Hauptprozesses zu sehen oder – wenn nicht anders möglich – in dessen Abwesenheit darzutun, worin sein Anteil an dem Verbrechenskomplex bestand, der das Gericht beschäftigen würde. In einer umfassenden Stellungnahme listete Jackson auf, was Krupp zur Last gelegt wurde.

Das Gericht lehnte jedoch die Anträge der Chefankläger ab. Weder sollte in absentia verhandelt werden, noch der Sohn sich verantworten müssen. Jacksons Vorgehen widersprach den juristischen Grundsätzen der Fairness und hätte den Beginn der Verhandlungen verzögert, denn laut Gerichtsstatut musste den Beschuldigten die Anklageschrift 30 Tage vor Prozesseröffnung zugestellt werden.

Mit oder ohne einen Krupp

Doch war bei dem Hin und Her, dem Dafür und Dawider von den Juristen erörtert worden, ob es nach diesem Prozess einen weiteren, gemeinsamen gegen führende deutsche Industrielle geben solle. Niemand hatte sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen. Jackson hielt die Frage für die USA durch die Erklärung offen, er und seine Gruppe seien von der Regierung nur zur Führung dieses einen Verfahrens beauftragt und weitere wären auch nicht vereinbart worden. Zudem machte er das künftige Vorgehen vom Verlauf und den Erfahrungen dieses gemeinsamen Prozesses abhängig. Es blieb bei dem einem internationalen Tribunal. Doch führten die USA 1947/1948 in Nürnberg drei Gerichtsverfahren gegen deutsche Industrielle, und die Republik Frankreich klagte in Rastatt den Saarindustriellen Hermann Röchling an. An der Überzeugung – dargelegt in den Vorkriegs- und Kriegsjahren in Publikationen, an denen deutsche Emigranten maßgeblich beteiligt waren –, dass Mächtige des Industriekapitals die faschistische Herrschaft gewollt, von deren Politik profitiert und mit den Naziführern einvernehmlich gehandelt hatten, war nichts abgestrichen worden. Mochten sie auch an Entscheidungen über den Krieg, den Beginn der Überfälle auf die Nachbarn nicht beteiligt gewesen sein, sie hatten durch Haltung und Handlungen diese Entschlüsse erst ermöglicht und sich dann auch selbst um Völker- und Menschenrecht nicht gekümmert. Es vergingen einige Jahre, bis Weißwäscher, deutsche und solche in den verbündeten NATO-Staaten, „herausfanden“, dass Hitler ein Geschöpf geschichtlichen Zufalls oder aber des Massenwillens gewesen sei. Einwände, wie jüngst die von Götz Aly geäußerten, der auf die kleinen Nutznießer zeigte, die als Wehrmachtsurlauber Beute in Rucksäcken für den Familienverbrauch heranschleppten, und sie als eigentliche Kriegsgewinnler präsentierte, hätten bei den Nürnberger Juristen und ihren Stäben nicht einmal das sprichwörtliche müde Lächeln erzeugen können.

Die Ankläger der vier Mächte hatten sich jedoch vor dem Beginn der Hauptverhandlung am 20. November 1945 darauf verständigt, dass das bereits gesammelte und in der Anklageschrift niedergelegte Tatsachenmaterial, das namentlich von der Rolle des Gustav Krupp zeugte, im Prozess weiter erörtert werden würde. Dem erteilten die Richter ihre Zustimmung. Dieses Vorgehen war schon deshalb geboten, weil die Taten, die auf dem Konto Krupps und seiner Beauftragten standen, von jenen nicht zu isolieren waren, für die sich der Rüstungsminister Speer und der Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel zu verantworten hatten. Und es lag gerade in der Absicht der Ankläger, diese Zusammenhänge aufzudecken.

Für Gustav Krupp ließen sie sich anhand von Dokumenten jedenfalls bis 1933 zurückverfolgen. Davor noch hatte er für die Verwertung der kriegstechnischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges in den Konzernbetrieben gesorgt, wozu die Verbote des Friedensvertrages von Versailles umgangen werden mussten. Jackson zitierte Ausführungen Krupps aus dem Jahre 1940, in denen er sich seines Anteils an der Wiederaufrüstung zwischen den Kriegen rühmte: „Ich wollte und musste Krupp trotz aller Gegnerschaft als Rüstungswerk für die spätere Zukunft erhalten, sogar in getarnter Form. Ich konnte nur in den kleinsten, intimsten Kreisen über die wirklichen Gründe sprechen, die mich veranlassten, die Werke auf bestimmte Produktionslinien umzustellen. [...] Sogar die alliierten Schnüffelbeauftragten wurden irregeführt [...].“ Dann ging der Chefankläger der USA auf die Rolle des Konzernchefs bei der Vorbereitung der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ein, als Krupp am 20. Februar bei einer Zusammenkunft von Großindustriellen mit Hitler diesem nicht nur für seine Rede gedankt, sondern sich führend an der Geldsammlung für den Wahlfonds von NSDAP und deren Partner, der Deutschnationalen Volkspartei Hugenbergs, beteiligt hatte. Im Weiteren wurden Dokumente über die Initiative beigebracht, die Krupp als Vorsitzender des Reichsverbandes der Industrie ergriff, um die Spitzenorganisation deutscher großindustrieller Unternehmer nach dem Führerprinzip zu strukturieren.

War Gustav unter den Rüstungsindustriellen schon ein Favorit des Kaisers gewesen, wurde er auch einer Hitlers. Nicht zuletzt auf den Stahl aus den Essener und anderen Konzernwerken baute der Faschistenführer seine Politik. Das galt nicht nur im materiell-kriegerischen, sondern auch im übertragenen Sinne, wie seine Forderung an die männliche Jugend verriet, sie wünsche er sich „hart wie Kruppstahl". So selten der „Volksführer" sich auch öffentlich in der Gesellschaft der ihm imponierenden großmächtigen Herren der Industrie zeigte – als Gustav 70 Jahre wurde, begab sich Hitler 1940 nach Essen, wo ihn jubelnde „Gefolgschafts"mitglieder empfingen. Krupp erhielt das Goldene Ehrenzeichen der NSDAP und das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse. Die Visite wahrte eine Tradition. 1912, anlässlich des 100. Gründungsjubiläums, das die Friedrich Krupp AG feierte, hatte sich der Kaiser zum Fest begeben. Keine Frage: Hitler fand an Wirtschaftsführern Gefallen, die mit ihm das Theaterstück vom gemeinsamen Dienst an der Nation aufführten, in dem Krupp seinen Stolz erklärte, dem Führer „melden zu können" – bescheiden und nicht anders, wie auch dem letzten „Volksgenossen" abverlangt. Hochgeschätzt wurden die Beträge, die aus dem Krupp-Unternehmen in die „Adolf-Hitler-Spende" und damit in die Kassen der NSDAP flossen, und nicht weniger die Reden, die Gustav und dann auch Alfried zum Ruhm der Politik gehalten hatten, die ihnen Konten und Kassen füllte.

Knapp nur charakterisierte Jackson die Ausbeutung von Menschen aus nahezu allen von der Wehrmacht besetzten Gebieten: „Es sind reichliche Beweise vorhanden, dass diese Arbeiter in Krupps Gewahrsam und in Krupps Diensten unterernährt und überanstrengt, missbraucht und unmenschlich behandelt wurden. Erbeutete Aufzeichnungen zeigen, dass im September 1944 54.990 ausländische Arbeiter und 18.902 Kriegsgefangene in den Krupp-Werken beschäftigt waren." Die Zahlen erwiesen sich später als zu niedrig. Eben nur erwähnt wurde die Aneignung und Ausplünderung von Produktionsanlagen in den besetzten Ländern. Schließlich verwies der Chefankläger auf die Entwicklung der Nettogewinne und als deren Folge auf die rasante Kapitalsteigerung des Konzerns.

Krupp und die Zwangsarbeiter

Das Thema der Ausbeutung der Zwangsarbeiter ohne Rücksicht auf deren Gesundheit und vielfach mit Todesfolgen wurde von der Anklage insbesondere vorgetragen, als Speer ins Kreuzverhör genommen wurde. Heute, nachdem in Geschichtsliteratur und Erinnerungen das elende Leben der herbeigeschleppten und -gelockten Zwangsarbeiter, von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in den Arbeitslagern innerhalb oder in der Nachbarschaft von Industriebetrieben massenhaft bezeugt ist, verwundert das geduldige, aber hartnäckige Fragen Jacksons mehr als das durchsichtige Leugnen und Lügen Speers. Doch mussten die Richter, die kein Bild vom Geschehenen besaßen, mit Tatsachen konfrontiert werden. Dazu war insbesondere das Archiv der Essener Kruppwerke gesichtet und waren am Ort auch deutsche Zeugen befragt worden, deren eidesstattliche Erklärungen vorgelegt wurden. Der Oberlagerarzt Dr. Wilhelm Jäger, der für die Kontrolle der gesundheitlichen und hygienischen Zustände in den Lagern in der Krupp-Stadt zuständig gewesen war, ein Eisenbahner, der Zwangsarbeiter nach Essen transportiert hatte, und weitere Personen hatten bis in Einzelheiten geschildert, wie die „Fremdarbeiter" gelebt und geschuftet hatten, wie sie ernährt und sonst versorgt und wie sie bestraft worden waren, wenn sie sich Anforderungen widersetzten.

Was trug darauf Speer vor? Worauf verlegten sich die Verteidiger? Der Rüstungsminister hatte von alledem nichts gewusst, und er war dafür weder zuständig noch verantwortlich gewesen. Was vorgetragen worden sei, wäre entweder übertrieben oder stünde nur für Einzelfälle oder Übergriffe einzelner Personen. Jede Finesse war den Verteidigern recht, um ihnen ungenehme Zeugen ins Zwielicht von Unglaubwürdigkeit zu rücken. Die ausländischen Arbeiter seien insgesamt nicht anders verpflegt worden als die deutschen. Einer der Verteidiger legte eine Kalorientabelle vor, die das beweisen sollte. Chaotische Zustände wären durch die alliierten Luftangriffe entstanden, doch hätten sie deutsche wie ausländische Arbeiter gleichermaßen betroffen.

Dennoch: Im Hauptprozess war – wie beabsichtigt – am Beispiel Krupps ein entlarvendes Bild von der Rolle deutscher Großindustrieller gegeben worden, denn niemand nahm an, dass es sich bei ihm und den Zuständen in seinem Wirtschaftsimperium um einen Sonderfall handelte. Zugleich war damit

klargemacht, was dem Sohn Alfried Krupp von Bohlen und Halbach vorgehalten werden würde, wenn ihm und Managern des Konzerns die Rechnung der Juristen präsentiert würde.

Das geschah ein Jahr später. Den Prozess leitete ein dreiköpfiges Kollegium, Richter aus den Staaten Tennessee, Connecticut und Washington. Auf der Anklagebank saßen mit Alfried Krupp elf weitere führende Personen aus dem Konzern. Alfried war 1935 in das Unternehmen eingetreten und hatte seit 1940 immer mehr Rolle und Aufgaben seines kränkelnden Vaters übernommen, bis der 1943 ganz abtrat und der Sohn, inzwischen ein Wehrwirtschaftsführer, Alleineigentümer und Führer des Unternehmens geworden war. Damals reichte sein Einfluss in staatsmonopolistischen Leitungsgremien um das Rüstungsministerium weit über den Konzern hinaus. 1931 als förderndes Mitglied in die SS eingetreten, schloss er sich 1935 dem NS-Fliegerkorps an und wurde 1938 auch Mitglied der Nazipartei.

Dieses Gericht befasste sich auch eingehend mit der Teilnahme der Krupp-Manager an den Beute- und Raubzügen in eroberten Ländern. Wo etwas zum Konzern Passendes zu holen war, stellten sich dessen Führungskräfte ein. So richteten sie, mit den IG Farben rivalisierend, 1940 ihr Interesse auf die Nickellager in Norwegen und Finnland. Sie agierten, als es 1941 um den Zugriff auf die Chrom- und Nickelgruben in Serbien bzw. Griechenland ging, wo sie auch auf italienische Konkurrenz trafen. Erhielten die Aktionen dieses wie anderer deutscher Konzerne auch ihre justizförmigen Verkleidungen, so waren sie doch nur durch das mit Kriegsgewalt veränderte Kräfteverhältnis gegenüber den ausländischen Rivalen möglich geworden. Die Selbstverständlichkeit, mit der die machtbewussten Wirtschaftsführer in Feindesland operierten, sprach aus der Aussage eines Krupp-Direktors, der als Zeuge auftrat: Der Hauptgesichtspunkt bei dem Bestreben der Firma Krupp auf dem Balkan sei gewesen, dass sie „eigene Erzgruben haben wollte, die dem unnatürlichen Zustand ein Ende bereiten würden, dass eine Firma von dem Ausmaße Krupps keine eigenen Gruben besaß. Die Erzanfälle aus diesen Gruben sollten verlässlich für Krupp zur Verfügung stehen.“ Einfacher noch wurde mit dem Beutegut in der Sowjetunion verfahren. Was an Industriebetrieben von Bedeutung war, wurde zum Sondervermögen des Reiches erklärt und erhielt zunächst „Paten“, die sie in Gang setzen und betreiben sollten. Dafür wurde ihnen spätere Berücksichtigung bei der endgültigen Regelung der Eigentumsverhältnisse in Aussicht gestellt. Krupp wurde „Pate“ für die Neue Maschinenfabrik in Kramatorsk und für Asowstahl I und II sowie das Röhrenwerk „Kuibyschew“ in Mariupol. Zum Krupp-Konzern gehörte auch eine Zünderfabrik im Umfeld von Auschwitz, für die das Konzentrations- und Vernichtungslager die Arbeitssklaven lieferte.

Welt ohne Empörung

Am 31. Juli 1948 wurden die Urteile gesprochen. Der Hauptangeklagte Alfried Krupp erhielt eine Gefängnisstrafe von zwölf Jahren zugesprochen, und zudem wurde – anders als im Prozess gegen Friedrich Flick – die Einziehung seines Gesamtvermögens bestimmt. Die anderen Urteile lauteten zwischen zwölf und zwei Jahren Haft, es erfolgte ein Freispruch. Die hauptsächliche Begründung des Urteils nahm auf die Verletzung des Völkerrechts Bezug, die in Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestand, begangen an Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen. Auch die Ausplünderung besetzter Gebiete wurde bestraft.

Alfried Krupp befand sich zweieinhalb Jahre später wieder auf freiem Fuß. Mit seiner Entscheidung korrigierte der US-amerikanische Hochkommissar in der BRD, John McCloy, auch das Urteil über die Einziehung des Vermögens. Es wird Krupp mit der Begründung, dass derartige Bestrafung in den USA unüblich sei, unter Auflagen der Umstrukturierung des Konzerns zurückgegeben.

Alfried Krupp bezieht wieder seinen Platz, einzig zu der Erklärung genötigt, nie wieder Waffen zu produzieren. Das Unternehmen mit den drei Ringen erlangt erneut Weltgeltung. Sein Eigentümer präsentiert sich, darauf einen Teil der Profite verwendend, als Wohltäter. 1961 wird ihm der Ehrenring der Stadt Essen, die höchste von ihr zu vergebende Auszeichnung, verliehen. 1963 erfolgt eine weitere Würdigung durch die Berufung in den Senat der Max-Planck-Gesellschaft, deren höchstes Gremium. 1967 stirbt Alfried Krupp. An ihn erinnern Namen von Einrichtungen wie ein Krankenhaus und eine Straße in Essen, an der Universität Bochum ein Schülerlabor, des Weiteren ein Schulmedien-

zentrum sowie der 1998 gestiftete alljährlich verliehene Wissenschaftspreis und – Folge der Wende – ein Alfried Krupp Wissenschaftskolleg an der Universität Greifswald.

Vergessen schien zu sein, was Robert H. Jackson im November 1945 in seinem an den Gerichtshof adressierten Memorandum geschrieben hatte: „Aber wir glauben, dass sowohl die zukünftige wie auch die gegenwärtige Welt empört sein muss, wenn in einem Prozess, in dem das Führen von Angriffskriegen verurteilt werden soll, die Industriemacht der Krupps überhaupt von Verurteilung verschont bleiben soll.“ Die Prognose war falsch. Die Welt empörte sich nicht, als auf das Urteil ein Gnadenakt, auf den Fall ein wirtschaftswunderlicher Aufstieg zu Lebzeiten und post mortem Ehrungen erfolgten. Sie war wieder ganz in Ordnung – für die Krupps.

junge Welt, Sonnabend, 08.12.2007, S. 10.

Knopps Generale

Nein, er wird damit nicht zu Ende kommen. Nun also wieder die Wehrmacht und – im vorletzten Beitrag einer Serie – die mühselige Suche nach Widerständlern in der deutschen Generalität. Die Reihe hieß „Die Wehrmacht – Eine Bilanz“ und wurde nicht nur mit der üblichen Reklame (neue Schriftdokumente, unerwartete Erkenntnisse, kürzlich aufgefundene Filmdokumente) gestartet. Es sei die Zeit gekommen, ließ ihr Autor verlauten, eine Bilanz zu ziehen. Als läge die nicht seit längerem vor. Oder erinnert sich – es ist zwölf Jahre her – niemand mehr an den Sturm, den die Ausstellung des Hamburger Instituts hervorrief? Die hieß deutlich „Die Verbrechen der Wehrmacht“ und verzichtete auf alles Beiwerk, was von ihrer zentralen Aussage auch nur um ein Grad weggeführt hätte.

Wäre das ZDF im Jahre 1995 der auch im Bundestag und in Länderparlamente attackierten Ausstellung beigetreten, es hätte sich ein Verdienst erworben; und das wäre ohne inzwischen Neuentdecktes möglich gewesen. Denn schon 1945/46 war gerichtsnotorisch festgestellt, dass die Wehrmacht an den Verbrechen gegen Kriegs- und Menschenrecht beteiligt war. Deswegen waren Generale an den Galgen gekommen, durch Urteilssprüche in Nürnberg und aufgrund von Gerichtsurteilen in Ländern, die von der Wehrmacht besetzt gewesen waren. Die bei Kriegsende vorliegenden Erkenntnisse, damals gegenwärtig durch die leidvollen und entsetzlichen Erfahrungen von Millionen Menschen, sind inzwischen durch Forschungen von drei Generationen Historikern bekräftigt. Es braucht die Verwechslung von Tatsachen und Erkenntnissen und dazu eine besondere Stirn, 2007 von „neuen Erkenntnissen“ daher zu schwafeln.

Die Suche nach Gegenkräften blieb mal wieder im Umfeld jener Minderheit von Militärpersonen stecken, die schon am gescheiterten Unternehmen des 20. Juli 1944 beteiligt gewesen waren. Nur hier fanden sich ein paar Offiziere mit den roten Generalsbiesen. Die von Stülpnagel, von Tresckow, von Kluge endeten mit weiteren Verschwörern am Galgen oder gaben sich selbst die Kugel. Warum nur diese wenigen? Zwei Gründe wurden herausgestellt: die an Hitler bindende Dankbarkeit dafür, dass er ihnen eine steile Karriere ermöglicht hatte, und der auf den Führer geleistete Eid, der sie an den Verbrecher geradezu gekettet habe. Dazu bis zum Überdruss die Verkürzung: Dieser Oberste Befehlshaber und nur er allein habe in ideologischem Wahn den „Vernichtungskrieg“ gewollt und befohlen. So wird an den inzwischen durchweg verblichenen Herren Generalen eine Wäsche besonderer Art vorgenommen. Gut beschreibbar in Abwandlung eines älteren Reklamespruchs für Waschmittel: Zwingt Ideologie raus, zwingt Knopp rein.

Waren die Befehlshaber der Heeresgruppen, Armeen, Armeekorps und Divisionen nicht selbst ein wenig Nazis? Waren ihre Vorstellungen, wie Deutschland und die Welt einzurichten seien, nicht mit jenen der faschistischen Ideologen mehr oder weniger verwandt? Dachten sie vom Recht auf Krieg nicht mindestens ähnlich wie dieser ihr oberster Feldherr? Darüber haben Historiker, auch die in dieser Sendung mitwirkenden, längst ergebnisreich geforscht. Sie hätten danach gefragt werden oder sich fragen lassen können. Der so auf die Fährte gebrachte Zuschauer könnte sich dann allerdings fragen: Wie schaut es in den Köpfen der Generale aus, die heute im Irak und in Afghanistan befehligen? Das lassen wir dann doch lieber.

Dann kamen Soldaten zu Wort. Den vom Kommentar bekräftigten Beteuerungen der einen, dass man eben nichts habe machen können, standen die Erinnerung und die Bekundung anderer entgegen, die sich an einem Punkt entschlossen hatten, nicht mehr mitzumachen, sondern den Dienst zu verweigern. Einige gaben ernüchtert die Waffe ab, wollten nicht mehr schießen und wurden erschossen. Andere kamen mit dem Leben davon. Ludwig Baumann, der desertierte, zum Tode verurteilt, in ein KZ verschleppt, schließlich via Militärgefängnis Torgau in eine Bewährungseinheit gepresst wurde, und Kurt Hälker, der zur Résistance stieß, sprachen über Erlebnisse und Motive. Ihre Namen sind denen als Mitstreiter vertraut, die heute imperialistischem Weltordnungswahn entgegentreten. Von ihrem Nachkriegsleben, des einen in der BRD, des anderen in der DDR, und ihrem Tun in der Gegenwart war keine Rede.

Soweit wird in Mainz das Geschichtsinteresse an diesem Thema nicht getrieben. 1945 wird abgeblendet. Sonst hätte auch vom Nachleben und den verlogenen Memoiren und den Pensionen der Generale

gesprochen werden müssen, die Hitler bis in die sprichwörtlichen fünf Minuten nach Zwölf gefolgt waren. Sonst hätte, wie der Titel erwarten ließ, die Bilanz dahin erweitert werden müssen, welches Geschichtsbild in den Köpfen der Deutschen und namentlich der Heranwachsenden zwölf Jahre nach der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht haust. Da warten wir mal die nächste PISA-Studie ab, die ihr Interesse vielleicht von der Physik und der Mathematik der Geschichte zuwendet. Der Vergleich wird da methodisch schwieriger als im Fall von Pythagoras und Thales, Differential und Integral, jedoch nicht unmöglich.

Vorerst aber sei bescheinigt: Knopp ist ein rücksichtsvoller Mann. Er will seine Zuschauer weder geistig überfordern noch ihnen die legendenumrankten Bilder von der Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik rauben.

Ossietzky, Heft 25, 15. Dezember 2007, S. 1007-1009.

Wahrsagerei oder Gedächtnisexperiment?

Was wäre, wenn ... – Vom Nutzen und von den Grenzen kontrafaktischen Geschichtsdenkens

Die Serie „Was wäre, wenn ...“ war auf den Weg gebracht, da erfolgte entschiedener Einspruch eines Lesers (20.8.2007) gegen die „Wahrsagerei“ und seine Aufforderung an die Historiker, sie sollten sich der Erforschung tatsächlicher geschichtlicher Vorgänge zuwenden. Keine Frage, dass dies unser Hauptgeschäft ist und bleibt. Die ferne wie die nahe Vergangenheit geben dafür hinreichend Fragen und Rätsel auf. Dass Historiker, befasst mit Gegenständen und Themen verschiedener Epochen, der Einladung des ND dennoch folgten und sich ohne Umschweife und Zierde zu denkbaren jähen Wenden äußerten, die in Wirklichkeit nicht stattgefunden haben, musste den Eindruck erwecken, dass sie nicht auch selbst Gefahren sähen, die aus derlei Beschäftigung erwachsen können. Daher ein paar Worte zu Nutzen, Grenzen und Fährnissen von Gedankenexperimenten, denn um sie handelt es sich. Nur mögen sie in der Geschichtswissenschaft merkwürdiger anmuten als in anderen wissenschaftlichen Disziplinen, denn hier werden sie rück- und nicht vorausblickend angestellt, anders also als beispielsweise in der Klimaforschung, in der die verschiedensten Möglichkeiten der natürlichen Entwicklung unter Menscheneinfluss erforscht und erörtert werden.

Denkbare Alternativen

Die ND-Serie begann mit konstruierten denkbaren Veränderungen eines historischen Prozesses dadurch, dass eine ihn prägende Person „ausfiel“, und gefragt wurde, welche Folgen dies gezeitigt haben würde. Darauf haben sich Überlegungen von Historikern unterschiedlichster theoretischer Schulen und nicht diese allein mehrfach bezogen. Ähnliche Überlegungen galten jedoch auch dem Eintreten oder Ausbleiben komplizierterer Ereignisse als es der Tod eines Menschen darstellt. Zwei in dieser Serie noch nicht erörterte Beispiele mögen das illustrieren:

Oft ist 1945 und in den folgenden Jahren gefragt worden: Wie wäre die deutsche Geschichte und dann auch die europäische verlaufen, wenn 1932/1933 noch „in letzter Minute“ die großen Arbeiterparteien zueinander gefunden hätten und so eine mächtige antifaschistische Aktion zustande gekommen wäre. Aus dieser Was-wäre-wenn-Frage wurde die schöne Vorstellung gebildet, dass es dann Hitler in der Wilhelmstraße nicht gegeben haben würde oder er jedenfalls nicht lange dort geblieben wäre. Das war, was hier im Einzelnen nicht erörtert werden soll, jedenfalls kurzschlüssig. Denn wie sich die politischen Kämpfe im gedachten Fall der Massenmobilisierung auf der einen Seite der Barrikade entwickelt haben würden, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen und erfordert unbedingt auch die Addition der Kräfte auf der anderen. Aber so viel kann als gesichert gelten: Es wäre der Hitlerfaschismus in Deutschland dann unter ungünstigeren Umständen an die Macht gelangt und was das bedeuten konnte, lässt sich am spanischen Fall erkennen.

In die gleiche Richtung geht eine ebenfalls wiederholt angestellte andere Überlegung. Wie wäre die europäische Geschichte verlaufen, wenn nach dem sowjetischen Vorschlag eine Politik der kollektiven Sicherheit zustande gekommen und die 1935 eingegangenen vertraglichen Verbindungen zwischen der UdSSR, Frankreich und der Tschechoslowakei, den drei Staaten mit den stärksten europäischen Landarmeen, zu einem stabilen Militärbündnis ausgeweitet worden wären? Ob eine solche abschreckende Front die Machthaber in Deutschland davon abgehalten haben würde, sich in ein Kriegsabenteuer zu stürzen, lässt sich definitiv nicht entscheiden, doch steht außer Frage, dass es, riskiert, erheblich anders verlaufen wäre als das tatsächliche, das die deutschen Imperialisten 1939 begannen. Dass beide Überlegungen ohne jeden Nutzen wären und einzig ins Bedauern über das Ungeschehene münden würden, wird sich nicht sagen lassen. Sie stellen vielmehr eine Herausforderung dar, über Geschichte gründlicher nachzudenken und eigenes Denken und Verhalten in der Gegenwart auf seine Tauglichkeit zu prüfen.

Und wie stellt sich diese Vorgehensweise dar, wenn sie sich auf eine Person fixiert und – wie erörtert – der „Faktor Bismarck“ und der „Faktor Hitler“ in einem entscheidungsvollen Moment aus der bekannten Ereignisfolge herausgenommen, gleichsam aus ihr weggedacht werden? Wenn eine Figur, in

der sich außergewöhnliche Machtfülle verkörpert, um das berühmte Bild von Friedrich Engels zu gebrauchen, aus dem Parallelogramm der Kräfte entfernt wird, die bis dahin einer Entwicklung die Richtung gaben und sie vorantrieben, und an seine Stelle eine andere reale substituiert, erfährt diese Richtung eine Veränderung. Denn niemand kann ernstlich annehmen, dass der „Nachfolger“ durchweg die gleichen Entscheidungen getroffen haben würde, wie es sein „Vorgänger“. So oder so, größer oder geringer, entsteht eine Abweichung vom Bisherigen.

Der Gewinn solchen Gedankenexperiments besteht mithin darin, dass die tatsächliche Rolle des Ersten wie die denkbare des Letzteren genauer unter die Lupe geraten. Das spezifische Gewicht des Agierenden kann klarer hervortreten, ebenso wie das dessen, der zum Zuge gekommen wäre, aber doch nicht an die Reihe kam. In der Konfrontation werden geistige und physische Fähigkeiten beider gründlicher analysiert und ebenso ihre Charaktereigenschaften. Zugleich aber ist die Durchmusterung aller im jeweiligen geschichtlichen Moment agierenden wesentlichen Kräfte verlangt, denn auch für die einzelne herausragende „neue“ Figur würde gelten, dass sie nicht aus freien Stücken und nach eigenem Gutdünken zu entscheiden vermag, sondern mit anderen Faktoren in Wechselbeziehung eintritt.

Kurzum: Die Überlegungen können sowohl einer Überschätzung wie auch einer Geringachtung einer Figur der Geschichte entgegenwirken. Dieses Vorgehen bringt keine grundsätzlich neuen Einsichten und Erkenntnisse zutage, aber es liefert eine eigenartige Ausleuchtung der realen historischen Szene, deren Konturen, mit einer fiktiven verglichen, deutlicher hervortreten können. Vor allem befördert es, mag es sich auf die Betrachtung hochverwickelter Konstellationen oder auf einen Personenwechsel richten, die Wahrnehmung von Alternativen.

Fragt der Historiker gewöhnlich, warum ein bestimmtes Ereignis eingetreten ist, wird dies nun durch die Frage ergänzt, warum andere Möglichkeiten sich nicht verwirklichten, sei es, dass sie von den an ihnen interessierten Kräften nicht erkannt wurden oder aber auch nicht durchgesetzt werden konnten. Ungeschehene Geschichte erörtern muss nicht heißen, sich Geschichte zu erträumen und vom Wirklichen und Möglichen ins Fantastische oder Romanhafte abzugleiten. Freilich bleibt immer zu entscheiden, wo befinde ich mich noch auf dem Boden überprüfbarer Tatsachen und faktengestützter Möglichkeiten und wo beginnt der Schritt aus dem Gedankenexperiment heraus ins Reich der bodenlosen Wünsche. Nötig ist, Aktionen und Reaktionen in Rechnung zu stellen, Konstante und Variable zu unterscheiden, und nicht zu glauben, dass eine Veränderung des Verhaltens einer Person, einer Schicht oder Klasse nicht auch Veränderungen des jeweiligen Widerparts erzeugen.

Aus- und Einwechseln

Wie sich auf einem Sportfeld, wird ein Spieler oder der Teil einer Mannschaft ausgewechselt, die eigene wie die fremde Gruppe auf den Wechsel einstellt, weil sie daraus Vorteil ziehen, jedenfalls keinen Nachteil erleiden will, so auch auf dem historischen Felde. Wie Anpassungen an die neue Situation verlaufen werden, lässt sich in Grenzen noch sagen. Ob und wie der Eingewechselte dann wirklich das Tor schießt oder den gegnerischen Torerfolg verhindert, ist schon nicht mehr vorhersagbar.

Neues Deutschland, 29.12.2007, S. 22.

„Gesundheitlich geht es mir soweit ...“

Des Gefreiten Herbert T. Briefe von Ostfront

Was ich von dem Manne weiß, birgt ein unansehnlicher alter Pappkarton, den einfache Metallklammern zusammenhalten, die mit den Jahrzehnten Rost an-gesetzt haben. Darinnen eine Sammlung von Briefen, die in einem Zeitraum von kaum zwei Jahren geschrieben wurden. An die Liebste in der sächsischen Heimat, ein Mädchen, das 1941, da setzen die Briefe ein, nicht älter ist als 17 Jahre war. Die Tochter eines Kohlenhändlers in Niederstrahwalde, einem Ort in der Nachbarschaft des ungleich bekannteren Herrnhuth, der, da der Handel mit Heizmaterial die Familie nicht ernährt, auch eine kleine Landwirtschaft betreibt. Sie ist Hausgehilfin und besucht eine berufliche Weiterbildung. Im Bund Deutscher Mädel hat sie es zu einer kleinen Führerstellung gebracht. Nach Haltung und Gesinnung gehört sie zu jener jungen ahnungsarmen Generation, die „der Führer“ formen lässt und liebt. Nun hat sie fern einen Geliebten, um den sie sich zunächst nicht zu sorgen braucht.

Der Gefreite Herbert T., der bald nach Kriegsbeginn, eben zwanzigjährig, zur Wehrmacht eingezogen wurde, ist mit seinem Infanterie-Regiment, dem 274., seit Februar 1941 in Nancy in Frankreich stationiert. Wohin er in den Monaten vorher befohlen worden war, ist ungewiss. Das zur 94. Infanterie-Division gehörende Regiment war im September 1939 in Zeithain und Königsbrück in Sachsen formiert und nach dem Frankreichfeldzug, an dem es teilgenommen hatte, aufgelöst worden. Seine Angehörigen wurden, mit Ausnahme des Stammpersonals, zeitweilig entlassen. Im Jahr darauf folgte im Februar die Neuaufstellung, die der Vorbereitung auf den Krieg gegen die UdSSR geschuldet war.

Blickt der Briefschreiber zurück, ist von alledem keine Rede, sondern nur von seiner Kaserne in Ostsachsen. Orden oder andere Auszeichnungen hat er sich bislang nicht verdient. Ob er sich nie in Frontnähe befand oder dies auf seine Tätigkeit zurückgeht, er gehört als Koch zum Küchenzug, lässt sich nicht aufklären. Jedenfalls sollte dieser Aufenthalt „an der Quelle“ ihm bald manches ersparen. Nun wird der Sitz eines Armeeoberkommandos bewacht (23.3.1941), müssen Nacht- und Gewaltmärsche absolviert, das Schießen geübt und der alltägliche Drill hingenommen werden. Von alledem hat er – eine sich wiederholende Wendung in seinen Texten – „den Kanal voll“. In nahezu jedem Brief wünscht er das Ende des Krieges herbei. Er langweilt sich, will „von diesem Haufen weg“ (19.3.1941), lässt sich aber auch „das Gebotene“ nicht entgehen, bekomme man das doch nicht gleich wieder. (26.2.1941) Sonntägliche Spaziergänge mit Kameraden am Rande der Stadt und Kinobesuche – „Bismarck“ (4.3.1941), „Sieg im Westen“ (12.3.1941) „Operette“ (16.3.1941), „Rosen in Tirol“ (30.3.1941), „Wunschkonzert“ (10.4.1941) – unterbrechen das Einerlei. Knapp formuliert er Eindrücke: „sehr nett“, „herrlich“, „sehr gut“ oder „schön“. „Der ewige Jude“ würde gezeigt, doch habe er gehört, dass damit „nicht viel los sein“ solle. (25.2.1941) Dass er sich für Bauten und Museen der Stadt interessiert, ein Buch gelesen oder auch nur Nachrichten von Presse oder Rundfunk intensiv verfolgt hätte, ist der Post nicht zu entnehmen. Der Soldat ist ein schlichter Mann und wie viele Millionen in die Wehrmacht Einberufener hat ihm am letzten Tage seines Schulbesuches nicht geschwant, dass er über Jahre Gedanken und Gefühle ihm nahestehenden Menschen auf Papier mitzuteilen haben würde.

Seine Briefe weisen, in welchen Situationen er sie auch schrieb, eine einfache Struktur auf. Sie beginnen mit der Bestätigung des Eingangs der Post, dann folgen häufig Klagen über deren Ausbleiben als Folge des Versagens der Feldpost, und wenn solche – umgekehrt – an ihn gelangen, versichert er Schreibfleiß und nennt die Daten, an denen seine Briefe verfasst wurden. Zur Einleitung gehört die Bestätigung empfangener und die Erwähnung abgesandter Päckchen. Er ist kein auf Einkäufe spezialisierter Mann, doch in den wenigen Monaten seiner Stationierung im eroberten Land geht in Sendungen Bohnenkaffee, Schokolade, Pralinen, Schreibpapier, Strümpfe nach Sachsen ab, auch Gardinenstoff, den die Schwiegermutter in spe erbeten hatte. Im Mittelteil gibt es knappe Informationen über seine wenigen Erlebnisse, gemischt mit Hoffnungen und Wünschen für die Zukunft, die baldige Rückkehr ins Zivilleben. Das Briefende wird formelhaft mit den Worten „Gesundheitlich geht es mir soweit gut“ oder auch „noch gut“ eingeleitet und dem Ausdruck der Hoffnung, dass das auch für die Empfängern gelten möge. Dann folgen Mitteilungen und Anfragen über das Ergehen von Verwandten und Freunden,

solchen zu Hause wie anderen, die wie er Soldat sind. Schließlich wird aufgezählt, wer Grüße übermittelt, denn viele kommen aus der gleichen Gegend her und also kennt man einander, und an wen solche ausgerichtet werden sollen, wobei eine Frau Oberlehrer artig nie vergessen wird. Nur wenn es der fernen Geliebten gesundheitlich schlecht geht, die sich arbeitend in der Küche der Herrnhuter Brüdergemeine, wohin sie dienstverpflichtet wurde, überanstrengt, wird von diesem Schema abgegangen. Dann werden Sorgen ausgedrückt und eindringliche Ratschläge niedergeschrieben.

Nichts deutet darauf hin, dass sich Herbert T. über das Woher und das Wohin des Krieges irgendwelche Gedanken gemacht hätte. Gelegentlich äußert er sich abfällig über „die Herrschaften“, doch präsentieren die nicht eine höhere Obrigkeit, gemeint sind vielmehr Offiziere im Regiment oder anonyme Vorgesetzte, die er für das Ausbleiben einer Urlaubsgewährung oder die Verpflichtung zu einer schikanösen Aufgabe verantwortlich hält. Die Nachricht, dass sein Schwiegervater in spe, der zum Geburtsjahrgang 1897 gehört, die Einberufung erhalten hat, kommentiert er mit der Bemerkung „der Fahne ist doch alles egal“. (19.3.1941) Doch zielt auch das nur auf vermutete Gedankenlosigkeit von Wehrmachtsbürokraten, nicht auf oder gegen ein System.

Kein Wort in einem der Briefe aus Nancy über das Leben der Einwohner, die sich diese „Gäste“ doch nicht herbeigewünscht haben. Es scheint sie für ihn nicht zu geben. Nach einem Besuch einer Aufführung geht ihm die Formulierung „unser Theater“ (12.3.1941) mühelos aufs Papier. Über den Film „Ohm Krüger“ schreibt er, dass der in die jetzige Zeit passe und durch ihn der Hass gegen die Engländer weiter angestachelt worden wäre. (3.6.1941) In seinem Verständnis muss noch weiter gesiegt werden, damit – auch die Kennzeichnung gerät ihm mal in die Feder – der „Schwindel“ zu Ende geht und das Kriegsende erreicht ist. (11.4.1941). Als die Wehrmacht in Jugoslawien und Griechenland einfällt, drückt er sein Bedauern aus, dass er der Eintönigkeit seines Daseins nicht entrinnen und dort nicht dabei sein kann, „wo es kracht“ (11.4.1941). Zumeist fällt er in die Apathie des „Landsers“, der schicksalsergeben tut, was verlangt wird, und erträgt, was „nicht zu ändern“ ist. „Ein Soldat darf sich nichts anmerken lassen“ (6.3.1941), darf den „Kopf nicht hängen lassen“, „Jeder muss seine Pflicht tun“, „Alles geht vorüber“, „Auch dieser Krieg findet sein Ende“, „Unkraut vergeht nicht“ – derlei Sprüche, mit denen er sich um das Erfragen des Wirklichen drückt und den Seinen den Mut des Ausharrens zuspricht, schreibt er mit Vorliebe, wie er, eigener Ausdrucksmittel ermangelnd, wieder und wieder in stereotype Wortwendungen flieht. In einem einzigen Brief findet sich ein Bezug zur Literatur. Er schreibt zwei Strophen eines Gedichts ab, die seine Liebe und Sehnsüchte ausdrücken sollen. (14.3.1941)

Dann darf er in Urlaub fahren, von dem er Mitte Mai 1941 wieder zurückkehrt. Er erlebt Fliegeralarm, erträgt eine Ausgangssperre wegen einer Scharlach-Epidemie, bedauert, dass sein Hauptmann bei einem Unfall mit einem Motorrad glimpflich davonkam und beteuert in seinen Briefen weiter, wie sehnlich er ein Ende herbeiwünscht. (14. Mai 1941). Und am 17. Juni 1941 befindet er knapp, dass „doch wieder überall Ruhe“ ist, meint aber vier Tage darauf, dass er und seine Kameraden froh wären „wenn wir noch einmal zum Einsatz kämen“. (21.6.1941) Da ist es keine 24 Stunden mehr bis zum Angriff auf die UdSSR, eine Nachricht, die ihn nicht zu schrecken vermag. Auch der Krieg werde nicht lange dauern und dann gehe es in die Heimat. (23. u. 24.6.1941) Am 6. Juli ist er in „Feindesland“, in der „Ukrayne“, wo er Dreck, Staub und freundliche Leute antrifft. Die Art, in der er beiläufig seine Beobachtungen des jüdischen Teils der einheimischen Bevölkerung niederschreibt, bezeugt, dass er die Vorurteile der Antisemiten uneingeschränkt teilt. (12.7.1941) Eine Vorstellung, auch nur eine geographische, vom überfallenen Riesenreich besitzt er nicht. Für „alte Leute“, urteilt er nach ersten Eindrücken mit dem Blick auf den Vater seiner Geliebten, sei das Land jedoch nichts, das er später in Briefen „Hundetürkei“ (20.8.1941) und „ein Sauland“ (20.2.1942) nennt. Er erwartet, „zum Einsatz“ und mit dem Feind in Berührung zu kommen, „vorausgesetzt, dass die nicht so schnell ausreißen“. (16.7.1941) Als er eine Woche darauf das Gerücht hört, die Regierung sei geflohen, meldet er nach Sachsen, dass er bis August wieder zu Hause sein wird. (13.7.1941) Da ist er am Dnjepr, wo er mit sowjetischen Luftangriffen und gegnerischem Artilleriefeuer bekannt wird. (3. u. 10.8.1941)

Es vergehen jedoch keine drei Wochen, gerechnet von seinem Eintreffen auf sowjetischem Boden, und er schreibt in die Heimat, dass er nur jedem gratulieren könne, der nicht hier in Russland ist.

Seine Lust, in Gefechte und Schlachten zu geraten, ist verflogen, und er fragt: „Was nützt mir jede Auszeichnung, wenn ich als ein Knüppel“ zurückkehre. (25.8.1941) Es beginnt kalt zu werden und ihm graut vor dem Winter (31.8. u. 6.9.1941). Dann geht es über den Fluss ostwärts (27. u. 28.9.1941), Doch am Tage seines Geburtstags, dem 6. Oktober, gibt Hitlers Aufruf ihm Optimismus, hat der Führer doch in einer Proklamation versprochen, dass in diesem Jahr noch Schluss sein werde. Er sieht sich im letzten Angriff. Dann folgen die ersten Briefe mit Angaben von Toten durch Luftattacken und die Vorhersage, wenn es so weiter gehe, werde „keiner mehr gesund nach Hause“ kommen (19.10.1941). Der „Haufe“, berichtet er Anfang November, da befinden sie sich nahe Kramatorsk, werde immer kleiner. (3.11.1941) Wenig später frieren er und seine Kameraden jämmerlich und müssen sich, da Winterbekleidung nicht ausgegeben wurde (20.11.1941), Handschuhe selber nähen. (3.11.1941) „Das Kriegsspielen macht jetzt keinen Spaß mehr“, schreibt er merkwürdigerweise‘ da doch aus keinem seinem früheren Briefe zu entnehmen ist, dass es ihm je Spaß gemacht hätte. (27.11.1941) Drei Tage vor „Heilig Abend“ betrachtet er es als „Geschenk des Himmels“, wenn er aus diesem Lande herauskommen würde. (21.12.1941) In seinem Bericht über den Weihnachtsabend sind als Geschenke der „Fahne“ ein Stollen, ½ Flasche Wein, 1½ Tafeln Schokolade und 35 Zigaretten vermerkt, wodurch er sich unerwartet reichlich beschenkt sieht. (24.12.1941) Immer häufiger träumt er sich in den Moment, da er nicht mehr Soldat und in der Heimat sein wird. Dann werde „etwas auf den Kopf gestellt“, eine Reise unternommen, auf Geld nicht gesehen, denn von seinem Sold, für den es keine Verwendung gibt, hat er dafür Ersparnisse gemacht. Regelmäßig gehen Geldsendungen nach Strahwalde.

Der Tiefwinter mit 40 Grad unter Null wird in rückwärtigen Quartieren verbracht. (27.12.1941) Schneestürme toben. (29.1.1942) An der Front müsse es grauenvoll sein. (21.1.1942) Ein Fronttheater kommt und geht. (18.1.1942) Das sich verbreitende Rheuma bleibt und, fürchtet er, sie alle werden wohl als Knüppel heimkehren. Viele haben sich Füße, er nur folgenlos die Nase erfroren. (20.2.1942) Gegen Ende Februar fühlt er den Winter zu Ende gehen. (27.2.1942) Immer wieder vermeldet er Gerüchte von einer Verlegung in den Balkan. (3.3.1942) Das bleibt Wunsch. In einem Brief erörtert er die Möglichkeit, in Gefangenschaft zu geraten. Dann werde man bei Kriegsende ausgetauscht. Doch wolle er sich das nicht vorstellen, sondern in einem solchen Falle lieber selber ein Ende machen. (4.3.1942) Als das Frühjahr erreicht ist, erwartet er die nächste Offensive und vermutet, dass die Lage sich vielleicht bald ändern werde. (1.6.1942) Doch, anders als im Jahr zuvor, dabei sein will er beim Ansturm nicht, sondern bevorzugt, was wieder eine Parole verspricht, mit seiner Formation zur Sicherung des Hinterlandes eingesetzt zu werden. Jedenfalls habe der Krieg die längste Zeit schon gedauert.

Vor allem aber hofft er auf Urlaub. Auf der Liste derer, die an die Reihe kommen, rückt er nach vorn. Im Juni ist es soweit. Er darf Wochen im Hause seiner Liebsten und mit ihr in dem seiner Eltern verbringen. Es werden seine letzten in Deutschland. Die Rückkehr zum Regiment dauert länger als gedacht. Der Angriff, dessen Ziel Stalingrad und die Wolga sind, hat begonnen. Suchend fährt er den ostwärts Vorgedrungenen nach. Während dieser Fahrt gewinnt er Eindrücke vom Elend, das über die Bevölkerung des Landes gekommen ist. Doch wieder keine Frage nach dem Woher. Denn „es ist halt Krieg“ und, teilt er mit, an das „Kriegspielen“ habe er sich nun doch gewöhnt. (17.8.1942) Sein Regiment findet er bei Woroschilowgrad, an dessen Eroberung es beteiligt war. (25. u. 27.7.1942) Inzwischen ist es Ende Juli. Die Wehrmachttruppen haben den Don erreicht. Da sind es bis in die Stadt an der Wolga für ihn noch etwa 120 Kilometer. Je häufiger es in den Formationen, die er überblickt, Tote gibt, umso konsequenter vermeidet er deren unumschriebene Erwähnung. Stattdessen bevorzugt er mit diesem oder jenem Zusatz die Wendung, es habe „reingerissen“. (5.8.1942) Am 8. August schreibt er: „Wir sind nun bald an der Wolga“ und glaubt, sie würden dort Besatzungsfunktionen erhalten. Erstaunt ist er über das, was der Gegner noch an Kräften und Waffen besitzt, doch ist ihm gewiss: Das ist dessen letztes Aufgebot. (11.8.1941) Er, dem vor einem zweiten Winter zu grauen beginnt, hofft zuversichtlich, dass noch in diesem Monat Stalingrad erreicht sein werde. (25.8.1942) Daran klammert er sich fest, wenn ihm Angriffe sowjetischer Flugzeuge auch da Zweifel aufkommen lassen. (28.8.1942) Sein Optimismus und seine Hoffnungen auf dieses und jenes werden ihm mehr und mehr zu einer unverlässlichen Krücke.

Auf dem Vormarsch nach Stalingrad – in jedem Brief gibt er die noch vor ihm liegenden Kilometer an, am 25. August seien es noch 45-50, drei Tage darauf noch 25 Kilometer – hat er im September den Krieg endgültig satt, Die Passagen, in denen er ihn verdammt, werden länger, die Bilder drastisch und die Ausdrücke kräftig. Tierisch und grausam gehe es in dieser Schlacht zu. Ruhepausen gäbe es nicht mehr, kaum sei man an einer Stelle aus der Frontlinie heraus, werde man an einem anderen Abschnitt wieder in die Scheiße, er schreibt das Wort nicht aus, kommandiert. Was an Ersatz für Tote und Verwundete herbeigeschafft werde, seien Schulkinder, Kanonenfutter. In diesen Zeilen verrät sich, wie ausgemergelt und ausgelaugt die deutschen Soldaten schon waren, bevor sie bis zur Stadt an der Wolga gelangten, den Winter hereinbrach und der Kampf um jede Ruine entbrannte. Als er am 12.9., wie er schreibt, nur noch Meter vor der zu erobernden Stadt steht, nachts nach wie vor sowjetische Flugzeuge angreifen, glaubt er sich im „schlechtesten Winkel des ganzen Krieges“, in einem Hexenkessel. Doch dass er in einem zusammengeschmolzenen „Haufen“ unverletzt überlebt hat, lässt ihn glauben, dass die Kugel, die ihn treffen könnte, für ihn noch nicht gegossen ist und dass dies in diesem Kriege nicht passieren werde. Stalingrad wird in den nächsten Tagen fallen, prophezeit er. (16.9.1942) Doch er irrt, erlebt den nächsten „schwarzen Tag“ für die Kompanie und wünscht, das „Menschenmorden“ möge endlich aufhören. Der Krieg hat von ihm beiläufig einen anderen Namen erhalten. (18.9.1942) Zwei Tage vergehen noch, da hat seine Division die Wolga erreicht, er blickt auf den Strom, der ihm das Endziel zu sein scheint. (20.9.1942)

Dann zerschlägt sich sein wieder gehegter Wunsch auf Ablösung und Ruhe im Hinterland, was ihn mitteilen lässt, dass sie alle das Vertrauen „zu unserer Führung verloren“ hätten. (25.9.1942) Offenbar kommen sie aber nur ein wenig aus der vordersten Schusslinie. Sie backen am Tage des „Erntedankfestes“ Plinsen, spielen Skat und erleben den nächsten Angriff von Bombenflugzeugen. (4.10.1942) Eintönig sei das Leben, der Tag verginge mit Skat und Würfelspiel und der Winter stehe nun bevor. (15.10.1942) Als der Oktober zu Ende geht schreibt er „Ich ahne jedenfalls Schreckliches“ (26.10.1942) und hofft dennoch, in ein Winterquartier hinter den Don zurückverlegt zu werden – 180 km weg von Stalingrad. (30.10.1942) Es folgt die Einschließung der 6. Armee. Pro Woche wird den Umringten die Absendung eines Luftpostbriefes erlaubt. (8.12.1942) Am 25. Dezember berichtet er, dass er und seine Kameraden „die traurigsten Weihnachten“ ihres Lebens verbracht hätten und wieder: Hoffentlich findet der Krieg bald sein Ende. Vor das letzte Wort hat er nachträglich „siegreiches“ gesetzt. Dann brechen seine seltener gewordenen Briefe ganz ab.

Ihnen sind zwei hinzugefügt, die aus der Feder der Empfängerin stammen. Sie hat sich mit dem Stempelvermerk zurückerhalten „Unzustellbar“. Geschrieben wurden sie am 9. und am 11. November 1942. Das können die letzten Briefe seiner Geliebten nicht sein. Andere sind möglicherweise bei Kriegshandlungen vernichtet oder der Sowjetarmee in die Hände gefallen. Und dann ist da noch ein umschlaglos aufbewahrter Brief vom 24. Januar 1943, die Antwort auf den Weihnachtsbrief von Herbert T., der zu ihr wie alle vorherigen lange unterwegs gewesen war. Sie werde am Abend an einer Großkundgebung der NSDAP teilnehmen und habe tags zuvor einen Vortrag der Arbeitsfront gehört. Kein weiteres Papier, keine Nachricht, wie und ob Kunde vom Tode des geliebten Mannes nach Strahwalde kam. Vom 274. Regiment war nichts mehr geblieben und es beschönigt sein Ende, wenn in Kriegsgeschichten davon geschrieben wird, es sei „in Gefangenschaft“ geraten. Wie für andere Formationen und die ganze 6. Armee wurde deren Neuaufstellung befohlen, die in Frankreich erfolgte.

Im Dorf in Ostsachsen aber ist Jahre später, als das Dach eines Hauses neugedeckt werden musste und bei dieser Gelegenheit dessen Boden durchmustert wurde, jener Karton gefunden worden, der die Briefe des Herbert T. enthält. Die Empfängerin, die nach dem Kriege sich verheiratete, hatte nie von deren Existenz und dem Manne gesprochen, den sie in jenen Jahren geliebt und mit dem sie auf ein gemeinsames Leben gehofft hatte.

Später ist nach Recherchen bestätigt worden, dass der Obergefreite Herbert T., geboren am 6. Oktober 1919 in Mulda in Sachsen, Angehöriger der 3. Kompanie des 274. Regiments, bei Stalingrad am 3. Januar des Jahres 1943 vermisst gemeldet wurde, was nach allem nur bedeuten konnte, dass er umgekommen war – „gefallen“ lautet die bis heute in Gebrauch gebliebene Formulierung, mit der die

tausenderlei elenden Tode, die in Kriegen gestorben werden, sanft und verlogen verschleiert werden.

Brief vom 4. September 1942:

Geschrieben aus der Schlacht der 6. Armee vor Stalingrad an die Geliebte in Strahwalde bei Herrnhuth:

„Bei uns ist es hier auch der Fall, die Leute überschnappen bald vor Nervösheit. Aber dagegen lässt sich nichts machen und so muss man sie nur reden lassen. Es ist aber auch kein Wunder, denn es wird uns aber auch für das Geld gemacht. Sind wir einmal einen Tag aus dem Kampf herausgezogen, so heißt es nur an einen anderen Abschnitt marschieren und dann liegen wir schon am anderen Tag wieder in der Sch ... bei uns hier herrscht nur dieser Ausdruck, Heute ist es bei uns hier wieder haarig zugegangen, ich glaube es (fehlt ein Wort) unser Einheit den Gnadenstoß gegeben. So was Hartes und Tierisches habe ich in meinem Leben noch nicht durchgemacht, wie hier der Russe kämpft, es geht hier um jeden Meter. Aber trotzdem sind wir schon ganz schön nahe an Stalingrad herangekommen, lange kann es hier nicht mehr dauern. Hoffentlich dauert es nicht mehr so lange, damit wir hier herauskommen. Wir sollen nämlich dann abgelöst werden, so heißt es jetzt wieder einmal. Ob wir nun dieser Parole Glauben schenken können, weiß ich nicht, denn sie haben uns schon zu sehr beschwindelt. Aber hoffen wir das Beste, dass wir in die Heimat kommen. Zwar ist schon wieder für uns Ersatz da. Aber für diese Ausfälle viel zu wenig. Es sind auch alles junge Kerle von 19 Jahren, man kann gleich sagen Schulkinder und Kanonenfutter, denn wenn diese zum Einsatz kommen, können sie ja gleich wieder abtransportiert werden. Was hierfür Blut fließt, davon kann sich kein Mensch ein Bild machen. Schade um jeden Menschen, der hierfür immer bleiben muss. Es ist nur gut, dass jeder einzelne nicht weiß, was ihm noch bevorsteht und was er noch durchmachen muss.

Ich werde mit diesen schaurigen Sachen nun aufhören, denn es hat keinen Zweck, dir den Kopf schwer zu machen. Vor allem sage niemand etwas davon, Was ich dir geschrieben habe. Damit keine dummen Dinger werden. Du weißt es ja, wie solche Sachen ausgelegt werden können.“

Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 5. September hieß es über den Tag, von dem der Obergefreite Herbert T. berichtete:

„Im Festungskampffeld von Stalingrad nahmen die deutschen Angriffstruppen zahlreiche zäh verteidigte und neuzeitlich ausgebaute Kampfanlagen. Feindliche Gegenangriffe wurden abgewiesen. Nördlich der Stadt führte der Feind mit starken Infanterie- und Panzerkräften Entlastungsangriffe, die unter Vernichtung von über 40 Panzern abgeschlagen wurden.“

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Heft 31/32, Thema: Paradigmenwechsel deutscher Geschichtspolitik und der „Antikapitalismus“ der NPD, Berlin 2008, S. 125-132.

Missbrauchtes Urteil

Die Nürnberger Nachfolgeprozesse 1946/48. Teil XII (und Schluss): Der OKW-Prozess

Am Ende des Hauptprozesses in Nürnberg hatten die Richter der vier Mächte auch zu entscheiden, ob das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und der Generalstab zu jenen Organisationen und Gruppen zu zählen seien, die als verbrecherisch anzusehen wären. Ihr Urteil bezog sich auf das Londoner Statut und dessen Artikel 9, der in diesem Zusammenhang von Mitgliedern solcher Zusammenschlüsse sprach. Im Unterschied zu SA oder SS aber, befand der Gerichtshof, sei bei beiden militärischen Einrichtungen von einer Organisation oder Gruppe nicht zu sprechen. So wurde auch die Frage, ob es sich bei ihnen um solche von verbrecherischer Natur handele, hinfällig. Es seien, erklärten die Juristen, OKW und Generalstab nicht anders als in jeglicher Armee sonst in der Welt zu betrachten als „eine Ansammlung von Militärs, eine Anzahl von Personen, die zufällig in einem gegebenen Zeitpunkt die hohen militärischen Stellungen bekleiden“.

Keine „saubere Wehrmacht“

Dieses Urteil und seine Begründung stießen auch auf Unverständnis und Widerspruch. Deutliche Bedenken drückte der Chefankläger der USA Robert H. Jackson aus. Wie vorherzusehen, diente der Spruch alsbald den früheren Angehörigen der Wehrmachtselite und deren Apologeten als Stütze ihrer Behauptung, es könne, wenn schon die Spitzengremien nicht als verbrecherisch angesehen worden wären, von den Millionen Angehörigen der Streitkräfte des Naziregimes – Ausnahmen unbestritten, die es allerorts gäbe und die angeblich in den eigenen Reihen strafverfolgt worden wären – nicht anders denn von „Soldaten wie anderen auch“ gesprochen werden. In Wahrheit jedoch war die „saubere Wehrmacht“ eine nur nachträglich verbal gesäuberte Wehrmacht.

Die Autoren dieser wirklichkeitsfernen Deutung übergingen wissentlich zweierlei. Zum einen, dass fünf Personen, die zu dieser „Ansammlung“ gehört hatten, der Chef des OKW (Wilhelm Keitel), der Oberbefehlshaber der Luftwaffe (Hermann Göring), die aufeinander folgenden Oberbefehlshaber der Kriegsmarine (Erich Raeder und Karl Dönitz) und der Chef des Wehrmachtsgeneralstabes (Alfred Jodl), von eben diesen Richtern begangener Verbrechen überführt, für schuldig befunden und verurteilt worden waren, drei von ihnen zur Höchststrafe. Zum anderen wurde absichtsvoll verschwiegen, was das Gericht am Ende seines generellen Befunds über OKW und Generalstab festgestellt hatte: Ihm sei „viel Beweisstoff über die Teilnahme dieser Offiziere (des OKW und Generalstabs – K. P.) an der Planung und Führung des Angriffskrieges und an der Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgelegt worden. Dieses Beweisergebnis ist gegen viele von ihnen klar und überzeugend.“ Dann hatten die Richter eine Charakteristik der Angehörigen dieser Elite gegeben: „Sie sind in großem Maße verantwortlich gewesen für die Leiden und Nöte, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind. Sie sind ein Schandfleck für das ehrenhafte Waffenhandwerk geworden. Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffsgelüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpane akademisch und ohne Folgen geblieben.“ Das Urteil mündete in die Feststellung: „Viele dieser Männer haben mit dem Soldateneid des Gehorsams gegenüber militärischen Befehlen ihren Spott getrieben. Wenn es ihrer Verteidigung zweckdienlich ist, so sagen sie, sie hatten zu gehorchen; hält man ihnen Hitlers brutale Verbrechen vor, deren allgemeine Kenntnis ihnen nachgewiesen wurde, so sagen sie, sie hätten den Gehorsam verweigert. Die Wahrheit ist, dass sie an all diesen Verbrechen rege teilgenommen haben oder in schweigender Zustimmung verharrten, wenn vor ihren Augen größer angelegte und empörendere Verbrechen begangen wurden, als die Welt je zu sehen das Unglück hatte. Dies musste gesagt werden.“ Das war gewiss alles andere als ein Freispruch. Und die Sätze werden hier – lassen wir den Bezug auf das ehrbare Handwerk unerörtert – so ausführlich zitiert, weil sie in Vergessenheit gebracht wurden. Künftig solle, lautete die Konsequenz dieser Feststellungen, über jene Militärs, die begangener Verbrechen verdächtig seien, auch zu Gericht gesessen werden.

Vergebliche Ausflüchte

Was die Richter über die Verteidigungstaktik der höchsten deutschen Militärbefehlshaber schrieben, stützte sich nicht nur auf die Beobachtung der Angeklagten. Nicht anders hatten sich die als Zeugen

geladenen Feldmarschälle verhalten. Walther von Brauchitsch z. B., bis Ende 1941 Oberbefehlshaber des Heeres, behauptete, noch nach einem halben Jahr des Mordens der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD (siehe Teil IX) keine Kenntnis davon besessen zu haben, was im Rücken der drei Heeresgruppen auf sowjetischem Territorium geschah. So ging es fort. Die Militärs hatten entweder nichts gewusst oder sich gegen Terrorpraktiken gewandt und Befehle, die völkerrechtswidriges Handeln forderten, unbefolgt gelassen.

Unbeeindruckt von derartigen Beteuerungen fahndete der in Nürnberg verbliebene Stab der Anklage um Brigadegeneral Telford Taylor im erbeuteten Dokumentenmaterial nach zusätzlichen Zeugnissen aus der Hinterlassenschaft der Wehrmacht, die deren tatsächliche Rolle belegten. Am 28. November 1947 war die Anklageschrift fertiggestellt, die den Beschuldigten überreicht wurde. Am 30. Dezember eröffnete der Gerichtshof der USA das Verfahren, das als OKW-Prozess bekannt wurde. Angeklagt sahen sich 14 Personen: drei ehemalige Generalfeldmarschälle, sechs einstige Generaloberste und fünf frühere Generale, von denen einer – Generaloberst Johannes Blaskowitz – sich am Tage der Eröffnung der Hauptverhandlung am 5. Februar 1948 umbrachte. Wiederum standen nicht alle, die der Beteiligung an dem in Rede stehenden Komplex von Verbrechen beteiligt waren, zur Verfügung. So fehlte der Generalquartiermeister im OKW, General Edmund Wagner, zuständig u. a. für das Kriegsgefangenenwesen, der auf einen der vorderen Plätze der Anklagebank gehört haben würde. Er hatte sich, in die Verschwörung des 20. Juli verwickelt, das Leben genommen.

Nur wenige Beschuldigte hatten sich im Oberkommando und an Hitlers Seite im Führerhauptquartier befunden. Die meisten hatten 1939/40 während der Feldzüge im Osten und Westen Heeresgruppen, Armeen und Armeekorps befehligt, bevor sie 1941 mit den ihnen unterstellten Truppen die Sowjetunion besiegen sollten. Die Feldmarschälle Wilhelm Ritter von Leeb und Georg von Küchler führten nacheinander die Heeresgruppe Nord, die Leningrad erobern sollte. Georg Hans Reinhardt hatte zeitweilig den Befehl über die Heeresgruppe Mitte inne, jedoch war deren vergeblicher Ansturm auf Moskau da schon Geschichte. Otto Wöhler stand an der Spitze der Heeresgruppe Süd, jedoch erst, als die aus der Sowjetunion westwärts vertrieben war. Zuvor, in der Zeit des deutschen Vordringens in Richtung Moskau, Stalingrad und Kaukasus, hatten Reinhardt und Wöhler Armeen und Armeekorps befehligt. Aus dieser Zeit rührten die Vorhaltungen vor allem her, die ihnen und weiteren Angeklagten gemacht wurden. In dieser Kriegsphase waren nach Zahl, Grad und Ausmaß die schlimmsten Verbrechen begangen worden. Sie trat notwendig in das Zentrum des Prozesses.

Das wurde auch durch die Rolle der drei Beschuldigten bewirkt, die im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), der 1938 an Stelle des Kriegsministeriums geschaffenen obersten Militärbehörde, tätig gewesen waren. Zu dieser Gruppe zählte der ehemalige Generaloberst Walter Warlimont, bis 15. November 1944 Stellvertretender Chef des Wehrmachtsführungsstabes und engster Mitarbeiter des im Hauptprozess zum Tode verurteilten und hingerichteten Alfred Jodl. Unter allen Angeklagten hatte er auf das Geschehen durch seine führende Mitwirkung an der Abfassung, Ausfertigung und Erteilung völkerrechtswidriger Befehle den stärksten Einfluss besessen. Bei Kriegsende in der „Führerreserve“, war er an seinem privaten Wohnort verhaftet worden. Als Zeuge wurde er dann schon während des Hauptprozesses in den Nürnberger Gefängnistrakt gebracht, ohne in dessen Verlauf in persona im Gerichtssaal erscheinen zu müssen. Gemeinsam mit vier anderen hochgestellten Wehrmachtsgeneralen, zu denen der frühere Oberbefehlshaber des Heeres Walther von Brauchitsch, der langjährige Chef des Heeresgeneralstabes Franz Halder und Generalfeldmarschall Erich von Manstein gehörten, fertigte er während dieser Zeit eine Denkschrift, deren Zweck die Verteidigung von Wehrmacht und Generalstab war. Deren Text ordnet sich in die frühe Entstehungsgeschichte der Legende von der sauberen Wehrmacht ein, deren Geburtsurkunde der letzte Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 8. Mai 1945 ist.

Das heute nur zur Charakteristik seiner Autoren, nicht jedoch für Zwecke der Wahrheitsfindung taugliche Papier hat Warlimont vor der Anklagebank nicht bewahren können. Gleiches geschah von Manstein, den sich die Briten für einen eigenen Prozess offenkundig reservierten und dem ein Militärgericht in Hamburg noch im August 1949 den Prozess machte. Und von Brauchitsch, sich ebenfalls in britischer Hand befindend, entging den Richtern und ihrem Spruch nur, weil er in Gefangenschaft

gestorben war. Ungeschoren kam einzig Franz Halder davon, der im Haupt- und dann wieder im OKW-Prozess als Zeuge auftrat, danach an die Spitze deutscher Militärexperten gesetzt wurde, die sich im Auftrag der USA mit der Auswertung ihrer Kriegserfahrungen befassten, namentlich den im „Ostkrieg“ erworbenen.

Gedreht und gewunden hatte sich schon bei seinen ersten Vernehmungen 1945 auch ein weiterer Angehöriger des OKW. General Hermann Reinecke, Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes, zu dessen Abteilungen die für Kriegsgefangene gehörte, war ein verlässlicher Träger der nationalsozialistischen Ideologie gewesen und erschien deshalb sowohl für die Berufung in den Volksgerichtshof als auch – er war schon im Hauptprozess als „Parteigeneral“ bezeichnet worden – als höchster Vorgesetzter der Nazi-Führungsoffiziere geeignet, jener Einrichtung, die zur fanatischen Aufpulverung der Soldaten geschaffen wurde, als die näher rückende Niederlage noch abgewendet werden sollte.

Mordbefehle

Gegen die Ausflüchte der Generale standen Berge von unabweisbaren schriftlichen Zeugnissen, die Kriegsverbrechen der Wehrmacht belegten, vor allem begangen in Ost- und Südosteuropa. Was geschehen war, ließ sich von der Idee, entwickelt vor den Überfällen auf Jugoslawien, Griechenland und die UdSSR, über die Formulierung und Ausfertigung der Befehle bis zu ihrer Durchführung rekonstruieren. Das galt beispielsweise für den Gerichtsbarkeitsbefehl, der Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches außer Kraft setzte, den Soldaten weitgehende Straffreiheit zusicherte, selbst und gerade, wenn sie gegen Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts verstoßen würden. Es traf des Weiteren auf den aus der gleichen Phase stammenden Kommissarbefehl zu, der die Tötung von kriegsgefangenen politischen Offizieren der Roten Armee bestimmte. Über ihn hieß es im Urteil: „Dieser Befehl gehört offenbar zu den böswilligsten, verwerflichsten und verbrecherischsten Anordnungen, die je von einer Armee ausgegeben worden sind.“

Dass die Haltung der Generale und Offiziere gegenüber diesem Befehl unterschiedlich war, mitunter auch wechselte, Offiziere seine Durchführung zu vermeiden suchten, bestritten die Richter den Angeklagten und Verteidigern nicht. Doch nichts wurde unternommen, die Annullierung dieses Befehls zu erzwingen. So sei er „in der ganzen Armee durchgeführt worden“. Und: „Die kalte, harte, unleugbare Tatsache, dass Menschen unter Verletzung der Gesetze des Krieges und der Menschlichkeit auf diese Weise hingerichtet wurden, bleibt jedoch bestehen.“ Nichts anderes bewirkte der Kommandobefehl, der bewirkte, dass sich im Kampf ergebende Soldaten, die an besonderen Unternehmungen, beispielsweise der Sabotage, teilgenommen hatten, kurzerhand niedergemacht oder zur Tötung der Sicherheitspolizei übergeben wurden. Keine Rede konnte also von Übergriffen einzelner Kommandeure und Soldaten sein, die es zudem gegeben hatte. Die verbrecherischen Praktiken großen Stils hatten ihren Ursprung an der Wehrmachtsspitze, waren gewollt und erschienen geeignet, die eigenen Feldzugs- und Kriegsziele zu erreichen. Dass Hitler sie gefordert hatte, änderte nichts an der Verantwortung derer, die seinen hemmungslosen Vernichtungswillen in Befehle gefasst und diese auf den Weg zu den Armeen gebracht hatten.

Eines der grausigsten Kapitel des Krieges und einen eigenen Teil von Anklage und Urteil im OKW-Prozess bildete die Behandlung der Kriegsgefangenen, insbesondere wieder der sowjetischen, die 1941 und 1942 zu Millionen in die Hand der Eroberer geraten waren. Bald nach ihrer Gefangennahme, vor allem im Winter 1941/1942, gingen sie massenhaft im rückwärtigen Heeresgebiet auf soeben erobertem Territorium elend zugrunde. In Lagern verhungerten, erfroren, starben sie infolge unterlassener medizinischer Versorgung. Dafür trugen nach Kriegsrecht die für diese Gebiete zuständigen Befehlshaber die volle Verantwortung. Sie hatten die Pflichten missachtet, die bereits 1907 in der Haager Landkriegsordnung (HLKO) und wiederum nach dem Ersten Weltkrieg in der Konvention über die Kriegsgefangenen aus dem Jahre 1929 vereinbart worden waren. Kriegsgefangene waren menschlich zu behandeln und im Hinblick auf Nahrung, Kleidung und Unterbringung nicht anders zu versorgen als die eigenen Soldaten.

Gegenüber den auf diese internationalen Verträge gründenden Vorhaltungen beriefen sich die Angeklagten auf von ihnen nicht zu beeinflussende Bedingungen und Zustände, deren Folge das Massen-

sterben gewesen sei: den angeblich schlechten Allgemeinzustand der sowjetischen Soldaten zum Zeitpunkt ihrer Gefangennahme, ihre mangelhafte Bekleidung, die Unbilden des Winters, Transportprobleme und dergleichen. Oder sie wiesen Papiere vor, mit denen sie vorgesetzte Personen oder Dienststellen auf die verheerenden Wirkungen der Unversorgtheit der Menschen hingewiesen hatten. Das Gericht ließ in seinem Urteil durchaus gelten, dass es im Verlauf von Kriegshandlungen Situationen gegeben habe, die den Tod von Gefangenen unverschuldet bewirkten. Doch auf das Ganze bezogen, sahen die Richter in den Erklärungen faule Ausreden und konstatierten: „Man kann auch nicht behaupten, dass das deutsche Heer keine Nahrungsmittel für diese Leute gehabt habe [...] und es gibt kein Beweismaterial, dass die deutschen Soldaten damals Hungers starben." Viele junge und zumeist kräftige Soldaten des Gegners waren noch in den Sommermonaten und – anders als die deutschen Soldaten nach der Winterschlacht bei und in Stalingrad – nach kurzen, keinesfalls auslaugenden Kampfhandlungen in deutsche Hand gefallen. Natürlich geschah das nicht mit Winterbekleidung. Wiewohl die deutsche Militärführung bei ihrer Feldzugsplanung von raschem Vordringen und den Gegner umfassenden Schlachten ausgegangen war, hatte sie nichts unternommen, sich auf diese „menschliche Beute" auch nur annähernd einzustellen.

In der Haltung gegenüber den Gefangenen drückte sich nicht nur Gleichgültigkeit, sondern ebenso der Dünkel von Rassisten und deren abgrundtiefe Verachtung gegenüber „Bolschewiken", „Untermenschen", „Asiaten" aus. Um Nichtachtung und Abscheu zu erzeugen, hatten Kriegsberichterstatter verstörte, ihres weiteren Schicksals ungewisse „Iwans" auch Besuchern der deutschen Filmwochenschauen präsentiert. Die Richter im OKW-Prozess zitierten Befehle, aus denen diese Gesinnung sprach, die auch auf diese Weise propagiert wurde. Sie bezeugten, dass die Hitler'sche Devise, wonach die sowjetischen Soldaten auch „keine Kameraden" seien, nachdem sie die Waffen gestreckt hatten, in Führungskreisen der Heeresgruppen und Armeen akzeptiert worden war. Und das Gericht verwies darauf, dass Generale von ihren Posten abgelöst worden waren, weil sie Feldzugsziele nicht erreicht, Konflikte über operatives Vorgehen und andere Meinungsverschiedenheiten ausgelöst hatten, dass sich indessen nicht ein Fall fand, der dafürstand, dass einer dieser Heerführer sich geweigert hätte, einen völkerrechtswidrigen Befehl von offenkundig verbrecherischer Natur zu befolgen.

Urteile und Gnadenakte

Am 28. Oktober 1948 wurden die Urteile gesprochen. In seiner Begründung beschrieb das Gericht das Ausmaß der Verbrechen und ihren einzigartigen geschichtlichen Platz so: „Die Akten im vorliegenden Fall sind mit Beweisen für Schreckenstaten überfüllt. Niemals in der Geschichte der unmenschlichen Handlungen, die ein Mensch gegen einen anderen begangen hat, haben so viele unschuldige Menschen in einem solchen Ausmaß gelitten, Millionen Menschen, deren einziges Verbrechen darin bestand, dass sie Juden oder Sowjet-Staatsbürger oder Zigeuner oder Polen waren und als asozial, Untermenschen oder als Tiere bezeichnet wurden, sind einem Verfahren zugeführt worden, das die Anhänger Hitlers entweder ‚Sonderbehandlung' oder ‚Liquidation' oder ‚Endlösung' nannten, und sind ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht vernichtet worden." Keine Armee habe in der Geschichte je solche Schuldlast auf sich geladen wie die Wehrmacht. Auch vor dem Hintergrund dieses Textes drängte sich später die Frage auf, was in nahezu einem halben Jahrhundert an Gegenaufklärung betrieben worden war, so dass ablehnende Reaktionen wie die 1995 von der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" im Gebiet der (Alt-)Bundesrepublik ausgelösten möglich wurden – ein politisches Echo, das sich deutlich von jenem in den neuen Bundesländern abhob, wiewohl sich nach der „Wende" deutscher Geschichte auch in ihnen ein politischer und geistiger „Rechtsruck" bemerken ließ.

In zwei Fällen, für Warlimont und Reinecke, lautete das Strafmaß lebenslänglich. Die anderen Angeklagten erhielten Zeitstrafen zwischen 20 und drei Jahren ausgesprochen. Von Leebs Haft galt mit der Zeit seiner Gefangenschaft als verbüßt. Zwei Freisprüche betrafen den vordem der Luftwaffe angehörenden ehemaligen Generalfeldmarschall Hugo Sperrle und den einstigen Generaladmiral Otto Schniewind. Was für die Verurteilten der anderen Nachfolgeprozesse gilt, trifft auch für die des OKW-Prozesses zu. Es folgten Strafminderungen, Begnadigungen, Freilassungen. 1954 waren auch die beiden Generale entlassen, die auf Lebenszeit in Haft bleiben sollten. Warlimont, bis an das Ende

seiner Tage ohne einen Anflug von Selbstkritik, betätigte sich danach als Autor militärhistorischer Abhandlungen. Von Leeb, der betagteste der Verurteilten, nach seiner Ablösung vom Oberbefehl der Heeresgruppe Nord Anfang 1942 nicht wieder verwendet, von Hitler mit hohen Geldzuwendungen bedacht, verstarb 1956, achtzigjährig. Die Bundeswehr ehrte des Führers Feldmarschall 1965. Eine Kaserne des Heeres in Landsberg am Lech, dem Geburtsort Leebs, erhielt seinen Namen und behielt ihn, bis sie 1992 aufgegeben wurde. In der DDR erschien 1961 in einer Reihe des Verlags der Wissenschaften das Buch „Fall 12“. Es ist bis heute die einzige deutschsprachige Publikation geblieben, in der Dokumente des Prozesses in Auswahl versammelt sind. Die umfängliche papierne Hinterlassenschaft des Verfahrens ist in Archiven zugänglich.

Angeklagte und Urteile im OKW-Prozess

Generalfeldmarschall Georg von Küchler (1881-1968), Armeechef in Polen, Frankreich und (ab 17.1.1942) Befehlshaber der gegen die UdSSR agierenden Heeresgruppe Nord – 20 Jahre, 1951 zu zwölf Jahren Haft umgewandelt, Entlassung Februar 1952 (aus einem Kriegstagebucheintrag Küchlers vom 20.9.1940: „Die völkische Endlösung dieses Volkskampfes, der an der Ostgrenze seit Jahrhunderten tobt, verlangt besonders strenge Maßnahmen.“)

Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb (1876-1956), Befehlshaber der Heeresgruppe Nord (bis Januar 1942) – drei Jahre, durch Untersuchungshaft abgegolten

Generalfeldmarschall Hugo Sperrle (1885-1953), ließ als Kommandeur der Legion Condor 1937 die Stadt Guernica bombardieren, später Kommandeur der Luftflotte 3 an der Westfront (England, Frankreich) – Freispruch

Generaladmiral Schniewind (1887-1963), Chef des Stabes der Seekriegsleitung, ab Juni 1941 Flottenchef – Freispruch

Generaloberst Johannes Blaskowitz (1883-1948), zeitweise Oberbefehlshaber in Polen, 1944/45 Chef der Heeresgruppen G bzw. H in Frankreich und Holland – Suizid am 5. Februar 1948

Generaloberst Karl-Adolf Hollidt (1891-1985), u. a. Oberbefehlshaber der nach Stalingrad neu aufgestellten 6. Armee – fünf Jahre, Entlassung Weihnachten 1949

Generaloberst Hermann Hoth (1885-1971), 1942/ 43 Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee – 15 Jahre, Entlassung im April 1954 (Hoth in einem Befehl vom 17.11.1941 über Juden: „Ihre Ausrottung ist ein Gebot der Selbsterhaltung.“)

Generaloberst Hans Reinhardt (1887-1963), 1941-44 Befehlshaber der 3. Panzerarmee und 1944 Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte in der Sowjetunion – 15 Jahre, Entlassung Juli 1952 (aus einer Einsatzgruppen-Meldung: „In Shitomir nahm General Reinhardt an einer Durchkämmung der Stadt teil.“)

Generaloberst Hans von Salmuth (1888-1962), Oberbefehlshaber mehrerer Armeen, u. a. ab August 1943 der 15. Armee in Nordfrankreich – 20 Jahre, 1951 zu zwölf Jahren Haft umgewandelt, Entlassung Juli 1953

General Rudolf Lehmann (1890-1955), Chef der Rechtsabteilung des OKW – sieben Jahre, Entlassung August 1950 (informierte auf der Tagung der höchsten Juristen des Reiches am 23./24.4.1941 in Berlin über die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ mit Gas)

General Karl von Roques (1880-1949), u. a. Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebietes der Heeresgruppe 103 (Süd) in der UdSSR – 20 Jahre, verstorben nach Operation in einem Nürnberger Krankenhaus

General Hermann Reinecke (1888-1973), Chef des NS-Führungsstabes im OKW – lebenslänglich, Entlassung Oktober 1954 (Schlüsselfigur des Kriegsgefangenenwesens mit 3,3 Millionen verhungerten oder ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen)

General Walter Warlimont (1894-1976), Stellvertretender Chef des Wehrmachtführungsstabes, beteiligt an völkerrechtswidrigen Befehlen beim Überfall auf die Sowjetunion – lebenslänglich, 1951 zu 18 Jahren Haft umgewandelt, Entlassung Juni 1954

General Otto Wöhler (1894-1987), u.a. Armeechef und zuletzt Befehlshaber der Heeresgruppe Süd in Ungarn, verurteilt u. a. wegen Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe D – acht Jahre, Entlassung Januar 1951

junge Welt, Donnerstag, 03.01.2008, S. 10.

Unheilvoller Pakt

4. Januar 1933: Das Komplott in der Bankiersvilla

Im politischen Kalendarium der deutschen Geschichte steht der 4. Januar 1933 als der Tag, an dem ein verhängnisvolles Komplott zweier Politiker zustande kam, die es an Skrupellosigkeit miteinander aufnehmen konnten. Nach vorbereitenden Besprechungen ihrer Beauftragten und von Mittelsmännern trafen sich der NSDAP-Führer Adolf Hitler und der gewesene Reichskanzler Franz von Papen in der Villa des Kölner Bankiers Kurt Freiherr von Schröder zu einem Gespräch. Die Antriebe beider, die zu dieser Begegnung geführt hatten, unterschieden sich nicht. Der eine wie der andere wollten auf die Hauptbühne der Staatspolitik, Papen dahin zurück und Hitler zu seinem Debüt. Verhandelt wurde folglich der Sturz der Regierung des Generals Kurt von Schleicher, die kaum einen Monat im Amt war, und deren Ersetzung durch ein Kabinett, dessen Schlüsselposten die beiden zusammentreffenden Politiker zu übernehmen gedachten. Tatsächlich wurde aus ihnen für begrenzte Zeit ein merkwürdig ungleiches Gespann.

Vereinbart und vorbereitet war die Geheimhaltung des Treffens, an dem die Intrigenspinner – wenn sich das abwägen lässt: Hitler ein wenig mehr als von Papen – interessiert waren. Die Verschwiegenheit besaß doppelten Grund. Vor allem sollte der amtierende Reichskanzler Schleicher, der keine vier Wochen später das Opfer des Komplotts wurde, über das Vorhaben in Unwissenheit gelassen werden. Und ebenso wenig war ratsam, die sich anbahnende Verbindung den Anhängern des Faschistenführers bekannt werden zu lassen. Hitler bei einem vertrauten Gespräch mit diesem Adligen, der schon äußerlich ein Bild elitären Hochmuts und äußerster Abgehobenheit vom Leben der Massen gab? Und das nach dem verfeindeten Verhältnis der beiden, das noch in frischer Erinnerung vieler lebte? Papen galt der Gefolgschaft Hitlers doch als Mann, der ihrem Führer den Platz streitig gemacht hatte, der dem nach ihrer Ansicht längst gebührte. Er war auf dem Sessel des Reichskanzlers kleben geblieben, als der Wahlsieg des Juli 1932 den SA-Leuten die schönsten Hoffnungen keimen ließ. Dann folgten Wochen und Monate der Regierung dieses deutschnationalen Katholiken und einstigen Mitglieds der Zentrumspartei, in denen sich in Notverordnungen eine Missachtung des ohnehin schon elenden Lebens von Millionen ausdrückte, die noch die des Vorgängers Heinrich Brüning übertraf. Seit August war die Nazipartei gegenüber dieser Regierung uneingeschränkt auf Konfrontationskurs. Ihre Agitatoren hatten den Kanzler des Kabinetts der Barone scharf und wütend angegriffen. Und nun? Ihr Führer mit diesem Mann aus dem Herren-Club im Hause eines Barons? Das konnte den „kleinen SA-Mann“ nur verwirren oder gar stutzig machen. Indessen und vorweg: Die Geheimhaltung misslang.

Nicht ohne Mitgift

Die im Arbeitszimmer Schröders einander gegenübersitzenden Politiker hatten eine beträchtliche Menge an Wunden und Narben zu vergessen, die aus jenen Kämpfen herrührten, die sie zwischen August und November 1932 ausgetragen hatten. Ganz gelang ihnen das nicht. Hitler hielt Papen vor, dass er während seiner Kanzlerschaft das Todesurteil gegen zwei SA-Leute – sie hatten einen Kommunisten ermordet – durch seinen Einfluss bei Hindenburg, dem das Begnadigungsrecht zustand, nicht hatte aufheben lassen. Jedenfalls würde nach allem Vorausgegangenen keiner den anderen als ersten Partner seiner Wahl bezeichnet haben. Es waren das politische Kräfteverhältnis im Reich, die von beiden daran geknüpften Kalküle und Wünsche sowie – nicht zuletzt – die bekannten dringenden Wünsche von Großkapital, Großgrundbesitz und Militärelite nach der Herrschaftsstabilisierung, die sie mit der Aussicht auf Verständigung dennoch zueinander führten.

Was hatte jeder in das Projekt einer „Nach-Schleicher-Regierung“ einzubringen? Was dem anderen anzubieten? Was wollte der eine, was der andere, das aus diesem politischen Handel für ihn selbst herausspringen sollte? Hitlers wichtigste Mitgift lag zutage, es war der auf ihn eingeschworene oder fixierte Massenanhang seiner Partei, ausgewiesen durch die vor zwei Monaten erzielten mehr als elf Millionen Wählerstimmen. Dem hatte Papen nichts annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen. Seine Regierung war zuletzt einzig von den Politikern der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) noch unterstützt worden. Hitler gebot zudem über eine durchexerzierte paramilitärische Großformation in Gestalt der Sturmabteilungen (SA), die bei einem Machtwechsel eine wichtige, die Gegner einschüchtern-

de und terrorisierende Rolle spielen konnte. Nichts dergleichen existierte auf Papens Seite. Doch konnte der darauf vertrauen, dass Hitler bewusst war, welches unersetzbare Gewicht seine Beziehungen in Oberschichten der Gesellschaft, andere als die des NSDAP-Führers, und vor allem sein vertrauter Umgang mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg besaß. Denn: Ohne dessen Unterschrift würde es keinen Reichskanzler Hitler und kein Kabinett unter dessen Führung geben.

Gerangel um die Kanzlerschaft

Zweimal schon hatte der groteskerweise zum Symbol der Republik gewordene Feldmarschall des Kaisers bei seinen Begegnungen mit Hitler dem die Übergabe der beanspruchten Machtbefugnisse verweigert. Zuletzt war das bei einem Gespräch nach den Novemberwahlen 1932 geschehen, als Hitler zwar die Kanzlerschaft in Aussicht gestellt worden war, aber nur unter der Bedingung, dass er sich die Zustimmung einer Parlamentsmehrheit verschaffte. Wie dort die Stimmverhältnisse sich gestaltet hatten, wäre das auf eine schwierige Koalition von NSDAP, Deutschnationalen und Zentrumspartei hinausgelaufen. Vor allem aber gedachte der NSDAP-Führer seinen Einstieg in die Macht nicht von einem Parlamentsvotum abhängig zu machen. Und so war er von Hindenburg wieder ohne Aussicht auf seinen Einzug in die Wilhelmstraße geschieden und hatte sodann erlebt, wie einem anderen, dem General von Schleicher, einem Mann ohne Basis im Volke, zugestanden wurde, was ihm verweigert worden war: ein Regiment ohne das Parlament.

Die Erfahrungen, die Hitler mit Hindenburg gemacht hatte, den er nach dem Wahlkampf um das Reichspräsidentenamt im zurückliegenden März und April – jedoch vergeblich – auf das Altenteil setzen wollte, waren nicht eben ermutigend. Er war dieses Mannes Wunschkandidat nicht. Die wenige Wochen später auf deutschen Straßen auftauchenden Plakate, welche die beiden – inzwischen war Hitler Regierungschef geworden – vereint als die getreuen Ekkeharte der Deutschen präsentierten, gehören in die endlos lange Reihe von Interessen hervorgebrachter und geleiteter politischer Verlogenheit. Doch zu Jahresanfang lag diese Wendung noch im Ungewissen. Gewiss jedoch, dass Hitler Kanzler werden wollte und Papen nicht mehr im Zweifel sein konnte, dass er im Rennen um Platz eins keine Aussicht mehr besaß. Ebenso klar war ihm auch, dass er seinem Gegenüber nicht noch einmal – wie im August 1932 geschehen – einzig mit dem Angebot des zweiten Platzes kommen konnte. Papen, der sich mit seinem ruhmlosen Abtritt nicht abfinden, sich nicht aus der Politik zurückziehen und bei dem nun zu inszenierenden Unternehmen nicht leer ausgehen wollte, hatte sich offenbar mit der Idee eines Rollentausches angefreundet. Nicht Hitler, sondern nun er würde den zweiten Platz, den des in seiner Stellung undefinierten Vizekanzlers, besetzen. Doch, so sein Kalkül, auf diesem werde er es sich schon einrichten und eine schwergewichtige Rolle spielen können, bedingt durch seinen unverlorenen Rückhalt bei Hindenburg. Die Einigung beider war so gleichsam programmiert. Jeder blieb auf den anderen angewiesen. Keiner besaß eine Aussicht versprechende Alternative zu ihrem Zusammengehen.

Das Zeugnis des Hausherrn

Die Begegnung hatte jedoch im Hausherrn einen Ohrenzeugen. Freiherr von Schröder saß als leibhaftige Verkörperung des Interesses dabei, das in seinen Kreisen am Zustandekommen einer stabilen Regierung der äußersten Rechten existierte: der Machtübergabe an eine Politikergruppe, die mit der Verfassung nicht viel Federlesens machen würde. Schröder hat später, auch dafür existierten Dokumente, bestätigen müssen, dass er an der Anbahnung des Gesprächs beteiligt war und sich vorher „mit einer Anzahl von Herrn der Wirtschaft“ besprochen und dabei erfahren habe, „wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte“. Seine Erkundungen seien auf den Wunsch nach einem „starken Führer“ und einer „langlebigen Regierung“ hinausgelaufen. Diese Äußerung gehört zu einer eidesstattlichen Erklärung Schröders aus dem Jahre 1947. Wer deren Text, gedruckt in der 1967 und dann in weiteren Auflagen erschienenen Dokumentensammlung von Eberhard Czichon unter dem Titel „Wer verhalf Hitler zur Macht. Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik“ zur Hand nimmt, wird ihn im Wissen lesen, dass hier nicht ein unbeteiligter Zeuge das Wort nahm, sondern ein Mann, der zu den Architekten der Nazidiktatur gehörte, für deren Politik aber nicht verantwortlich gemacht werden wollte.

Unverfänglich war, was Schröder über die Umstände des Treffens zu berichten wusste. Von Papen, zu jener Zeit ohne Staats- oder Parteifunktion, war von seinem nahe der französischen Grenze gelegenen Gut im saarländischen Wallerfangen angereist, Hitler von München nach Köln gekommen. Er befand sich auf dem Wege in eines der kleinsten Länder des Reiches, Lippe-Detmold, wo Mitte Januar Landtagswahlen bevorstanden. Deren Ausgang mit erneuten Stimmengewinnen für die NSDAP sollte den Eindruck der Niederlage bei der Reichstagswahl am 6. November auslöschen und das Bild vom Fall der Partei tilgen helfen. Deshalb wollte der „Führer“ selbst dort als Agitator in einer ihm ungewohnten, ihm miniaturhaft erscheinenden Kulisse auftreten. Der Gewinn eines Scharmützels sollte die verlorene Schlacht wettmachen. Begleitet wurde der NSDAP-Führer von Rudolf Heß, Heinrich Himmler und Wilhelm Keppler. Von denen hatte sich der letzte, einer der Wirtschaftsberater Hitlers mit engen Verbindungen in die Großbourgeoisie, um die Vorbereitung der Begegnung besonders verdient gemacht. Keiner der drei war jedoch ausersehen, am Gespräch im Arbeitszimmer des Freiherrn teilzunehmen. Das dauerte etwa zwei Stunden.

An Schröders Aussagen über den Inhalt des Gesprächs ist zweierlei von Interesse. Zum einen das sich in ihm ausdrückende Vertrauen der „Wirtschaft“ in den sie, ihre Geschäfte und Profite betreffenden Teil von Hitlers zu erwartendem Regierungsprogramm, das mit dem für sakrosankt erklärten 20-Punkte-Programm der Nazi-Partei aus dem Jahre 1920 nur eine aufgeschminkte Identität besitzen würde. Darüber musste nicht mehr diskutiert werden und, folgt man der Zeugenaussage, so hat es Hitler nur noch einmal durch sein Versprechen staatlicher Großaufträge und insbesondere solcher zur Aufrüstung der Armee und der Luftwaffe bekräftigt. Klartext ist von Hitler auch über den Kern seines innenpolitischen Vorgehens geredet worden, wonach die „Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland“ erfolgen solle, was auch in die Formel von „der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben“ gefasst wurde. Dass Hitler antijüdische Maßnahmen in diesem Kontext ankündigen konnte, sagt – dies nebenbei – etwas über die Verbreitung von Antisemitismus in den Oberschichten der deutschen Gesellschaft. In dieser Unterhaltung mag manches Thema ausgespart worden sein, aber nichts deutet darauf hin, dass Hitler seinem Partner über seine Vorhaben etwas hätte vorflunkern müssen. Schröder vermerkte schließlich, dass die Herren Einigkeit erzielt hätten. Von Meinungsverschiedenheiten wird nichts berichtet. Nur Einzelheiten blieben künftig noch zu klären.

Papen mag den Ort in der Illusion verlassen haben, dass die gedachte Regierung eine Art Doppelspitze haben werde, während Hitler kaum Zweifel gehegt haben dürfte, dass ihm und seinem Aufgebot dieser Mann nicht gewachsen sein würde. Doch sind dies Vermutungen. Jedenfalls war in Köln die Ausgangsbasis für den unheilvollen Pakt geschaffen worden, auf den sich „Nationalsozialisten“ und Deutschnationale in den folgenden Wochen unter Mitwirkung des Vorsitzenden der DNVP, Alfred Hugenberg, so weit verständigten, dass von Hindenburg in Aktion treten, Schleicher den Laufpass und Hitler die Ernennungsurkunde geben konnte.

Das Resultat des Treffens vom 4. Januar wird dadurch nicht verringert, dass die Liaison sich für einen ihrer Stifter mit einer bald offenbar werdenden Fehlrechnung verbinden sollte. Papen vermochte nach dem 30. Januar 1933 in der Hitlerregierung nicht die Rolle zu spielen, die er sich zugemessen hatte. Er wurde bald eine Dekoration. Und es dauerte keine anderthalb Jahre mehr, da war er aus ihr ganz und ohne sonderliches Aufsehen ausgebootet, Folge von Meinungsverschiedenheiten über die Ausgestaltung der Diktatur zwischen ihm und Hitler, die er obendrein öffentlich gemacht hatte. Doch ließ Hitler den Intriganten nicht ins Bodenlose fallen, sondern schickte ihn auf den Posten des Botschafters in die Hauptstadt Österreichs, wo er bei der Liquidierung des Staates per „Anschluss“ eine unheilvolle Rolle spielte. Mit der war jedoch auch sein Platz an der Donau erledigt. Er wurde an einen weiter entfernten in die Türkei abgeschoben, um deren Gunst sich das Nazireich ebenfalls aus strategischen Gründen bemühte. In Ankara war er ungleich weniger erfolgreich. Die Regierung der Türkei ließ sich anders als die Herrschenden im Osmanischen Reich nicht zum Parteigänger des deutschen Imperialismus machen, und Papen vermochte namentlich nach Stalingrad dort nichts mehr auszurichten. Ankara orientierte sich auf die Sieger und sprang in letzter Minute, was bedeutungslos war, noch

in das Lager der deutschen Kriegsgegner. Papen, in das Reich zurückgekehrt, fand sich im Gefängnistrakt des Nürnberger Gerichts wieder.

Rückblick im Gerichtssaal

Und vor dem Tribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher kam, als die Anklage gegen von Papen vorgetragen wurde, die Sprache auch auf jenes Treffen vom 4. Januar 1933, in dem die Anklage völlig zu Recht einen Markstein auf dem Weg in die faschistische Diktatur ausmachte. Sie war durch Dokumentenfunde einer anglo-amerikanischen Spezialgruppe auf dem Trümmergelände des Bankhauses Stein in Köln auf die dokumentarischen Spuren des Hitler-Papen-Komplotts gelangt. Zudem konnte sie sich auf die freilich verwirrenden Darstellungen stützen, die unmittelbar nach der Zusammenkunft in die Zeitungen gelangt waren. Denn, wie erwähnt, es war diese Begegnung ruchbar geworden. Schon am Tage danach erschienen in der Presse nicht nur Meldungen über ihr Stattfinden, sondern auch Mutmaßungen über die erörterten Gegenstände und Themen. Hitler und Papen erklärten daraufhin in einem gemeinsamen Kommuniqué, dass „die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen, politischen Einheitsfront befasst hat und dass insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind“. Keiner der beiden Gesprächspartner wollte zudem als Initiator des Treffens gelten, eine Rolle, die in einer weiteren Erklärung Hausherr Schröder übernahm. Hitler hielt es darüber hinaus für dringend, durch die Pressestelle der Parteiführung dementieren zu lassen, dass er die NSDAP bei dieser Gelegenheit an irgendjemanden verkauft habe. Und von Papen hatte Gelegenheit gesucht und erhalten, den Reichspräsidenten über dieses Gespräch zu unterrichten.

All das kam etwa 13 Jahre später im Nürnberger Gerichtssaal zur Sprache, wobei Papen seine herausragende Rolle bei der Beseitigung der Republik ebenso leugnen wollte, wie er sich um sein Bild als Ehrenmann bemüht zeigte, dem jede Intrige und insbesondere die gegen den amtierenden Regierungschef von Schleicher fremd gewesen sei und ferngelegen habe. Er suchte den Gerichtshof allen Ernstes davon zu überzeugen, dass im Hause des Bankiers ein „Meinungsaustausch über die eingetretene Lage“ stattgefunden und er, einen Ausweg suchend, Hitler gedrängt habe, nun den Schritt zu tun, dem sich der NSDAP-Führer im August 1932 verweigert hatte, nämlich in die Schleicher-Regierung als Vizekanzler einzutreten. Da war auf der Richterbank viel Glaube an Selbstlosigkeit, ja Selbstvergessenheit des Angeklagten beansprucht. Der einstige General auf dem Kanzlerstuhl, er hatte den Platz schließlich nicht mehr als acht Wochen besetzt gehalten, konnte diese Mär von Papens misslungenem Hilfsdienst hohnlachend nicht mehr quittieren. Hitler hatte ihn 1934 umbringen lassen. Wer sonst Papens Initiative bei Hitlers Aufstieg in Erklärungen vor den Alliierten bezeugte, der hatte, so der Angeklagte, falsch Zeugnis abgelegt.

Weder hatten Ankläger und Richter in Nürnberg die Möglichkeit noch ein durchschlagendes Interesse, aufzuklären, was hinter den verschlossenen Türen zu Köln einst erörtert worden war. Das Bild Papens als eines befrackten Intriganten war mehrfach belegt und wurde durch das eines dreisten Lügners nur vervollständigt. Das bekräftigte Papen – in Nürnberg freigesprochen – wenige Jahre später mit seinen 1952 in der Bundesrepublik erschienenen Memoiren, denen er den Titel „Der Wahrheit eine Gasse“ gegeben hatte, die aber bald nach ihrem Erscheinen von Rezensenten in den treffenden „Der Wahrheit eine Gosse“ umgetauft wurden. Der Weg des anderen der beiden Gesprächspartner ist gut bekannt. Er kam nicht in die Verlegenheit, sich über jenen 4. Januar 1933 vor Richtern zu äußern.

junge Welt, Freitag, 04.01.2008, S. 10.

Das Geschichtsbild der Sieger in Nürnberg und seine Erben

Vortrag am 19. Januar 2008 in der Hellen Panke

I.

Nach dem Statut, das dem Handeln des Gerichtshofes der Alliierten in Nürnberg 1945/1946 zugrunde lag, gehörte die Zerstörung der Republik Anfang 1933 nicht zu den Straftatbeständen. In einer Debatte mit einem Vertreter der Anklage erklärte der Gerichtsvorsitzende während der Verhandlungen am 11. Januar 1946 ausdrücklich: „Die Beihilfe zur Machtergreifung ist für sich allein kein Verbrechen, sondern nur ein Schritt dazu.“[1]

Natürlich bezweifelte niemand auf der Richterbank wie auf Seiten der Ankläger, dass mit dem 30. Januar 1933 die deutsche Geschichte auf jene Bahn gelangt war, die in den Zweiten Weltkrieg einmündete. Dennoch wurde die Vernichtung der Weimarer Republik, jener Mischfrucht aus Revolution und Gegenrevolution, von den Siegern als eine innere Angelegenheit Deutschlands und der Deutschen, als Frage angesehen, die nationalem, nicht internationalem Recht zugänglich war. Das war eine weise Entscheidung, die aus der Erkenntnis herrührte, dass ein anderer Standpunkt des Tribunals benutzt werden könnte, um künftig kriegerische Interventionen des einen Staates gegen einen anderen aufgrund von dessen innenpolitischen Entwicklungen zu rechtfertigen.

Dieses Rechtsverständnis führte, je länger der Prozess dauerte, auch zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Anklage und Gericht darüber, wie weit die Ereignisse vor dem 30. Januar 1933 aufgehellt werden müssten. Doch besagte es nicht, dass sich Richter und Ankläger an der Vorgeschichte der Nazidiktatur uninteressiert gezeigt hätten, an Ereignissen, die den Verbrechen vorausgegangen waren, die sie beurteilten und deren Täter sie aburteilten. Der Tag der Machtübergabe gehörte zudem in die Biographien aller Angeklagten und musste in Rede kommen, weil das Gericht sie auch für die Findung der individuellen Strafmaße porträtierte. Die meisten der Beschuldigten hatten im Kampf gegen das bürgerlich-demokratische Staatswesen eine besondere Rolle gespielt. Das galt namentlich für die Führer der NSDAP, die sich eben noch als „alte Kämpfer“ gefühlt hatten und geehrt wurden, insbesondere für Hermann Göring, Rudolf Heß, Julius Streicher, Fritz Sauckel, Wilhelm Frick, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Walther Funk und Baldur von Schirach. Andere hatten im Dschungel der Intrigen, in dem der letzte Akt der Zerstörung vor sich gegangen war, verdeckt gehandelt. Das galt neben Göring vor allem für zwei Angeklagte, Hjalmar Schacht und Franz von Papen, während deren Vernehmungen das Ereignis folglich besonders eingehend erörtert wurde. Auch in der Anklage gegen Konstantin Freiherr von Neurath, Reichsminister schon unter von Papen und von Schleicher, dann bis 1938 auch in der Hitler-Regierung, und gegen seinen Nachfolger Joachim von Ribbentrop wurde auf deren Anteil an der Förderung der Machtergreifung verwiesen. Vieles und zwar vieles Wesentliche, was heute über die Aufrichtung der faschistischen Diktatur bekannt ist und in Geschichtsbüchern steht, rührt aus der Arbeit der Nürnberger Ankläger und Richter und der Tätigkeit von deren Stäben her. Die bauten zu einem erheblichen Teil auf dem Fahndungserfolg von Spezialgruppen der Sieger auf.[2] Das ist wie manches andere Verdienst weithin vergessen. Auch deshalb wird heute und hier darüber gesprochen, und zugleich, weil auch da gilt, dass man eine Sache kennt, wenn man um ihre Geschichte weiß.

Die Anklageschrift beschuldigte die Angeklagten unter Punkt 1 wie folgt: „Alle Angeklagten haben mit verschiedenen anderen Personen während eines Zeitraumes von Jahren vor dem 8. Mai 1945 als Führer, Organisatoren, Anstifter und Mittäter an der Ausarbeitung oder Ausführung *eines gemeinsa-*

---

[1] Der Nürnberger Prozess: Zweiunddreißigster Tag. Freitag, 11. Januar 1946, S. 51. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 4995 – vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946 (1947), Bd. 5, S. 177 (Im Folg. NP Bd.).

[2] Im Prozessverlauf wurde ausdrücklich auf deren Anteil verwiesen und insbesondere auf die Gruppe bei der Durchsuchung „des Bankhauses Stein in Köln“, die sich mit den „Akten des Bankiers Baron Kurt von Schröder“ befasst hatte – „einer gemischt englisch-amerikanischen Einheit unter Oberst Kellam von britischer und Hauptmann Roth von amerikanischer Seite“. Der Nürnberger Prozess: Einundzwanzigster Tag. Montag, den 17. Dezember 1945, S. 30. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 3478 (vgl. NP Bd. 4, S. 22).

men Planes oder einer Verschwörung teilgenommen, die darauf abzielte oder mit sich brachte, die Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen das Kriegsrecht und gegen die Humanität, wie sie in dem Statut dieses Gerichthofes definiert sind."[3] Die These von dem gemeinsamen Plan und der Verschwörung, die von Anbeginn auf einen Eroberungskrieg gezielt habe, konnte im Prozessverlauf nicht schlüssig und überzeugend erwiesen werden. Dokumente, die für ihre Richtigkeit standen, waren nicht verfügbar, denn bei allen verbalen aggressiven Erklärungen aus der Zeit vor dem 30. Januar 1933 stand nichts zur Verfügung, was eine solche Verabredung einer Gruppe der Beschuldigten oder gar aller Angeklagten bezeugt hätte. Dreist erklärten sie selbst oder deren Verteidiger für diese, dass sie einzig von dem Plan, Deutschland frei und groß zu machen, beherrscht gewesen wären und ihnen jeder Gedanke an kriegerische Eroberungen fern gelegen habe. Selbst „alte Kämpfer" wie Julius Streicher wollten glaubhaft machen, dass sie von Krieg und Kriegszielen nicht gewusst hätten.

Mangels stich- und hiebfester Beweise trat das Bild von der Verschwörung, entlehnt dem US-amerikanischen Strafrecht und dort eingeführt zur angemessenen Bestrafung krimineller Diebes- und Betrügerbanden, mehr und mehr in den Hintergrund. Im Urteil hieß es schließlich, dass es nicht nötig sei, zu beweisen, ob es sich um eine „einzige Hauptverschwörung" gehandelt habe, die ihren Weg über den 30. Januar nahm. Bestanden wurde jedoch darauf, dass die „Machtergreifung" bei „der Betrachtung der späteren Kriegspläne in Betracht gezogen werden müsse". Das war gegenüber der Verschwörungs-These eine Rückzugslinie.

Anklage und Beweisführung konzentrierten sich auf den Nachweis des individuellen Anteils, den die Angeklagten an der Machtübergabe an die Faschistenführer besaßen. Der wurde in der Anklageschrift nicht nur für die bereits Genannten, sondern auch für Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der aus Krankheitsgründen dann aus der Angeklagtengruppe genommen wurde, für Robert Ley, der sich vor Prozessbeginn das Leben nahm, und auch für den abwesenden Martin Bormann festgestellt, sowie unter den Militärs auch für Alfred Jodl, wobei dessen Rede vom 7. November 1943 eine Rolle spielte, in der er u. a. über den Zusammenhang von „Machtergreifung", Aufrüstung und Krieg gesprochen hatte. Von Wilhelm Keitel wurde indessen ausdrücklich erwähnt, dass ein Nachweis seiner Beteiligung an der Vorbereitung des 30. Januar nicht erbracht sei. Neben der Rolle der Personen wurde auch die der Organisationen, von SS und SA, bei der Zerstörung der Republik bloßgelegt.

Wie ohne Kommentar schon mehrfach zitiert, wurde in Schriftstücken und Reden der Ankläger zumeist, wenn auf den Januartag Bezug genommen wurde, von der *Machtergreifung* (ohne, selten mit Anführungszeichen) geschrieben oder gesprochen. Der Begriff gehörte zu denen, die im Gerichtssaal am häufigsten fielen und diente vor allem zur Benennung jener Zäsur des 30. Januar 1933 (gesprochen wurde von der Zeit „vor" oder „nach der Machtergreifung"). Vielfach und sinngleich lässt sich auch der Begriff *Machtübernahme* antreffen, ebenso der von der *Nazi-Machtergreifung.* Als am 3. Prozesstag der Anklagevortrag fortgesetzt wurde, verlas Major Wallis, Mitglied der US-amerikanischen Anklagevertretung, ein eigenes „Machtergreifung" überschriebenes Kapitel und kündigte an, dass die „dramatischen und unheilvollen Ereignisse" im weiteren Verlauf noch aufgerollt werden würden.[4] Schon zu diesem frühen Zeitpunkt legte die Anklage Wert auf die Feststellung, dass der Schritt aus der Republik in die Diktatur nicht den Volkswillen ausdrückte. Wallis sagte, dass diejenigen, die in den „Besitz des Staates" gelangen wollten, „zu keiner Zeit ... die Mehrheit des Volkes darstellten".[5]

Der Begriff „Machtergreifung", der sich bis heute in deutschsprachigen Geschichtsbüchern und publizistischen Äußerungen findet, tauchte während des Prozesses in weiteren Variationen auf und wurde in dessen Verlauf auch problematisiert. Göring sprach vorwiegend von „unserer", dann auch von der „inneren" und der „weiteren" Machtergreifung und erklärte schließlich: „Das Wort ‚Machtergreifung' möchte ich als einen terminus technicus bezeichnen. Wir hätten genauso gut ein anderes Wort wählen

---

3 Der Nürnberger Prozess: Anklage, S. 5. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, 8. 283 (vgl. NP Bd. 1, S. 30-31).

4 Der Nürnberger Prozess: Dritter Tag. 22. November 1945, S. 66. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 1568 (vgl. NP Bd. 2, S. 216).

5 Der Nürnberger Prozess: Dritter Tag. 22. November 1945, S. 66. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 1568 (vgl. NP Bd. 2, S. 216).

können, aber dieses Wort drückt tatsächlich de facto am klarsten aus, was geschehen ist; das heißt, wir haben die Macht ergriffen.“ Das also war das Sprachbild der Faschistenführer, das längst verdient, aus geschichtlichen Darstellungen ausgemustert zu werden. Hans-Bernd Gisevius benutzte im Zeugenstand die distanzierende Wendung von der „sogenannten“ Machtergreifung, während die bei der Begründung der Anklage abwechselnden Juristen der vier Mächte sich der Kennzeichnungen „widerrechtliche“[6] oder – so der sowjetische Ankläger – „faschistische“[7] „Hitlers“ oder „Hitlersche“, auch „totale“[8] (im Sinne der stufenweisen Vervollkommnung) Machtergreifung bedienten. Nur ein Verteidiger sprach in seinem Schlussplädoyer von der „legalen Machtergreifung“.[9]

Die Anklage, als sie die Vorgeschichte des 30. Januar enthüllte, stützte sich nicht nur auf kürzlich aufgefundene, bisher geheim gehaltene Dokumente, sondern auch auf Bekenntnisse von Angeklagten aus für sie besseren Tagen. Franz von Papen wurde mit seiner Rede vom 2. November 1933 zitiert, in der er sich gerühmt hatte: „Wie ich damals bei der Übernahme der Kanzlerschaft dafür geworben habe, der jungen kämpfenden Freiheitsbewegung den Weg zur Macht zu ebnen, wie ich am 30. Januar durch ein gütiges Geschick dazu bestimmt war, die Hände unseres Kanzlers und Führers in die Hand des geliebten Feldmarschalls zu legen, so fühle ich heute wieder die Verpflichtung, dem deutschen Volk und allen, die mir ihr Vertrauen bewahrt haben, zu sagen: Der liebe Gott hat Deutschland gesegnet, dass er ihm in Zeiten tiefer Not einen Führer gab.“[10] Über die Rolle, die Hjalmar Schacht insbesondere im zweiten Halbjahr 1932 gespielt hatte, ließ sich Entlarvendes in Joseph Goebbels 1934 erschienenen, dann in Auflage nach Auflage herausgegebenen ruhmredigem Buch „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ nachlesen. Schacht bestritt bei einer Vernehmung vor Prozessbeginn nicht, dass diese Darstellung richtig war. Am 21. November 1932 hatte der spätere Propagandaminister sich notiert: „In einer Unterredung mit Dr. Schacht stelle ich fest, dass er absolut unseren Standpunkt vertritt. Er ist einer der wenigen, die ganz konsequent zum Führer stehen.“[11] Walther Funks Beitrag zum Aufstieg der NSDAP in die Staatsmachtzentrale konnte wiederum an einer Lebensbeschreibung eines gewissen Dr. Paul Ostreich dargetan werden, die der Zentralverlag der NSDAP unter dem Titel „Walter Funk, ein Leben für die Wirtschaft“ herausgegeben hatte.[12]

Schon aus diesen Zeugnissen ließen sich mehr als nur Fingerzeige auf Verbindungen entnehmen, die 1932 und im Januar 1933 zwischen den Faschistenführern und Exponenten der deutschen Industrie und weiterer sogenannter Wirtschaftskreise geknüpft wurden oder noch älteren Datums waren. Die Angeklagten, die sich natürlich nicht nur durch eigene Erfahrungen in den Beziehungen zwischen den Mächtigen der Wirtschaft und denen der Politik auskannten, sondern auch um analoge Vorgänge in anderen Staaten wussten, machten aus diesen Beziehungen im Gerichtssaal keinen Hehl. So sagte Göring im Zeugenstand mit dem Blick auf die Jahre des Endes der Republik wie selbstverständlich: „... wenn ich mit gewissen Wirtschaftskreisen sprach“[13]. Erst wenn es um die Gesprächsinhalte ging, wurden die Aussagen nebelhaft und verlogen.

Dokumentarisches Gewicht besaßen aber vor allem die „Neuigkeiten“, die aus dem Beutegut der Sieger stammten. Dazu gehörte jener Brief Schachts an Hitler vom 29. August 1932, in dem der

---

6 Der Nürnberger Prozess: Fünfzigster Tag. Montag, 4. Februar 1946, S. 8. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 6992 (vgl. NP Bd. 6, S. 559).

7 Der Nürnberger Prozess: Vierundfünfzigster Tag. Freitag, 8. Februar 1946, S. 111. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 7541 (vgl. NP Bd. 7, S. 223).

8 Der Nürnberger Prozess: Zweihundertfünfzehnter Tag. Freitag, 30. August 1946, S. 202. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 29101 (vgl. NP Bd. 22, S. 410).

9 Der Nürnberger Prozess: Zweihundertelfter Tag. Montag, 26. August 1946, S. 58. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 28069 (vgl. NP Bd. 21, S. 629).

10 Der Nürnberger Prozess: Urteil, S. 461. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 1100 (vgl. NPBd. 1, S. 394).

11 Der Nürnberger Prozess: Einhundertneunundachtzigster Tag. Montag, 29. Juli 1946, S. 186. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, 5. 25342 (vgl. NP Bd. 19, S. 689).

12 Der Nürnberger Prozess: Zweiunddreißigster Tag. Freitag, 11. Januar 1964, S. 48. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 4992 (vgl. NP Bd. 5, S. 176).

13 Der Nürnberger Prozess: Dreiundachtzigster Tag. Samstag, 16. März 1946, S. 36. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, 5. 10607 (vgl. NP Bd. 9, S. 425).

Bankier dem Parteiführer nach dessen Abweisung bei von Hindenburg den Rücken stärkte. Dem Gericht lagen auch die Dokumente vor, die auf Schachts Initiative nach den Novemberwahlen zurückgingen, darunter der Text der später so genannten Industriellen-Eingabe an Hindenburg vom 19. November 1932. Gleiches galt für eidesstattliche Erklärungen, die aus Vernehmungen stammten, die vor dem Prozess mit Personen durchgeführt worden waren, die nicht zu den Angeklagten gehörten, sich aber in Gefangenschaft befanden oder interniert worden waren. Die waren, ob unter dem Schock ihrer veränderten Lage oder weil sie fürchteten, beim Lügen ertappt und zusätzlich bestraft zu werden, vergleichsweise gesprächig, besonders dann, wenn das Gesagte sie selbst nicht auf strafwürdiges Terrain führte.

Das galt beispielsweise für den Freiherrn Kurt von Schröder von der Stein-Bank in Köln, der Gastgeber des Hitler-Papen-Treffens am 4. Januar 1933 gewesen war. Er, der es bis zum SS-Brigadeführer gebracht hatte, befand sich in Gefangenschaft, in der er versuchte, sich zu tarnen. Doch war seine Identität entdeckt und er vernommen worden. Die Tatsache der Zusammenkunft in seiner Villa bildete für sich genommen keine Neuentdeckung, denn sie war schon am Tage nach ihrem Stattfinden Inhalt einer Pressemeldung gewesen und inzwischen auch in der Literatur geschildert und gewertet worden. Das tat in einem Abschnitt von „Das Bündnis von Köln“ Konrad Heiden in seiner 1936 in Zürich erschienenen Hitler-Biographie, wobei er, sich auf die Darstellung von Hitlers Pressechef, Otto Dietrich, stützend[14], vor allem die Umstände der Begegnung schilderte, während er, was dessen Verlauf anlangte, doch auf Vermutungen angewiesen war. Er meinte, das Treffen habe auch aktuelle Bedeutung für die Aufbesserung der desolaten Finanzlage der überschuldeten NSDAP besessen. Heiden hatte Fritz Thyssen und Albert Vögler und die Gruppe der Kohle-, Eisen- und Stahlindustriellen als diejenigen ausgemacht, die Hitlers und der NSDAP Gönner und Geldgeber gewesen wären und mit diesen Bündnisse geschlossen hätten. Andere Großkapitalisten hingegen bezeichnete er beweislos als Kämpfer gegen Hitler.[15] Der Erwähnung der Aussagen Schröders und ebenso der von Hindenburgs Staatssekretär Otto Meissner begegnete die Verteidigung mit der Forderung, den einen wie den anderen in den Gerichtssaal und den Zeugenstand zu laden, weil sie glaubten, deren Bekundungen im Verhör entkräften zu können.

Das im Gerichtssaal entwickelte Bild vom Weg der Faschisten an die Staatsmacht lässt sich so zusammenfassen: Nach dem Wahlsieg der NSDAP am 31. Juli 1932 wurde Hitler von Hindenburg am 13. August der Platz des Vizekanzlers im Kabinett von Papen angeboten – ein Schritt, der ohne Papens Zustimmung schwer denkbar ist. Hitler lehnte ab. Von da an kam es zu einer scharfen Konfrontation der beiden Politiker und der Nazipartei mit den Deutschnationalen, der einzigen Partei, die das Kabinett noch unterstützte. Papen begründete in öffentlichen Reden, warum Hitler und seine Partei ungeeignet wären, die Regierung führend zu übernehmen. Und die Hitlerfaschisten attackierten das „Kabinett der Barone“ als reaktionär. Soweit waren die Ereignisse in der Öffentlichkeit bekannt.

Nach den erneuten Wahlen am 6. November 1932 mit den Wählerverlusten der NSDAP suchte Papen, noch für wenige Wochen Reichskanzler und in Unwissenheit über seine bevorstehende Ablösung durch Kurt von Schleicher, den Faden mit Hitler wieder zu knüpfen. Zur gleichen Zeit bestärkte Schacht Hitler erneut mit der Versicherung, die Entwicklung könne nur in dessen Kanzlerschaft münden und unterrichtete ihn von jener von ihm unternommenen Initiative, die zu der schon erwähnten Industriellen-Eingabe führte. Während diese geheim blieb und ebenso die Vorbereitungen jenes Treffens, das Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in Köln in der Villa des Freiherrn Kurt von Schröder zusammenführte, gelang das jedoch – wie erwähnt – für die Zusammenkunft selbst nicht.

Die Anklage in Nürnberg war überzeugt, dass dieser vierte Januartag eine wichtige, wenn nicht die entscheidende Wegmarke hin zum 30. Januar bezeichnete. Sie verwies auf die folgenden Beratungen, unter anderem auf das Treffen in der Villa des Angeklagten Joachim von Ribbentrop am 22. Januar,

---

14 Otto Dietrich, *Mit Hitler in die Macht* erschien 1933 und dann in vielen Auflagen. Der Autor konnte 1955 in der Bundesrepublik seine Darstellung *12 Jahre mit Hitler* folgen lassen, nachdem er 1949 im Wilhelmstraßen-Prozess durch einen US-amerikanischen Gerichtshof in Nürnberg (Fall IX) zu sieben Jahren Haft verurteilt, aber bereits im Jahr darauf begnadigt und in Freiheit gesetzt worden war.

15 Konrad Heiden, *Hitler. Das Leben eines Diktators. Eine Biographie*, Zürich 1936, S. 323 ff.

an dem Göring im Auftrage Hitlers, von Papen, der Sohn des Reichspräsidenten, Oskar von Hindenburg, und Staatsekretär Meissner teilgenommen hatten. Dort war en détail über die Konditionen geredet worden, zu denen der Reichspräsident Hitler die Reichskanzlerschaft übertragen würde. Nach jenem 4. Januar hatte es auf dem Weg zur Nazidiktatur keine kritische Phase mehr gegeben. Die Gleise, die in der Kölner Bankiersvilla gelegt worden waren, wurden dann befahren.

In diesem Bild erschienen Papen und Schacht als zwei gesondert agierende Architekten der Hitler-Regierung und als in dieser Sache Hauptbelastete. Konnten sie auch ihren Anteil an Hitlers Weg in die Reichskanzlei nicht leugnen, so bemühten sie sich doch offensiv um eine Interpretation, die ihren Schritten den Glanz der Selbstlosigkeit, nationaler Sorge und Zwanghaftigkeit geben sollte. Sie suchten ihr Handeln weit von den tatsächlichen, von ihnen angeblich ungewollten und nicht vorhersehbaren Folgen jener Wende der deutschen Geschichte abzusetzen. Diesem Vorhaben kam zweierlei zugute. Beider Rollen waren namentlich in der Schlussphase als eine Intrige angelegt gewesen und die davon sprechenden Dokumente folglich lückenhaft. Schacht konnte den Umstand nutzen, dass sich in den Händen der Anklage kein Dokument über seine Tätigkeit nach dem 19. November befand. An den Besprechungen, die der Kabinettsbildung vorangingen, war er unbeteiligt gewesen. Und Papen kam zugute, dass es über die Beratung am 4. Januar mit Hitler kein Protokoll oder eine nachträglich gefertigte Niederschrift gab. Das galt auch für seine dem Treffen folgenden Gespräche bei Besuchen, die er Schleicher und Hindenburg machte. So blieb viel Raum für Erfindungen und Ausflüchte, die vom Gericht nicht zu widerlegen waren.

Schacht erzählte im Gerichtssaal, dass er nicht wisse, ob die Eingabe, für die er sich eingesetzt hatte und von der er vage sagte, es wäre möglich, dass darin für Hitlers Ernennung plädiert wurde, dem Reichspräsidenten übersandt worden sei und was sie bewirkt haben könnte. Papen, über seine Rolle im Januar eingehender befragt, bestand darauf, dass das Treffen in Köln nicht auf sein, sondern auf Hitlers Bestreben zurück gegangen wäre[16] und er seinem Gegenüber nichts anderes vorgeschlagen habe, als den Eintritt in die Regierung Schleichers.[17] Er wies den Gedanken an eine Intrige gegen seinen Nachfolger ebenso zurück. Zudem habe er Schleicher zuerst schriftlich und dann mündlich und sodann Hindenburg vom Inhalt seines Gesprächs mit Hitler unterrichtet. Diese erreichten die „Aufklärungen“ freilich erst, nachdem die Geheimhaltung der Zusammenkunft geplatzt war. Auf diesen Einwand jedoch gefasst, operierte Papen, nun die Glaubenswilligkeit des Gerichts überstrapazierend, mit der Behauptung, er habe seinen Bericht an Reichskanzler Schleicher noch am 4. Januar geschrieben, mithin in Unwissenheit darüber, dass das Beisammensein am folgenden Tag ruchbar werden würde. Der erwähnte Brief existierte nicht und Schleicher war tot. Es war zu offenkundig, dass Papen seine Rolle auf dem Weg zum 30. Januar herunterzuspielen und vor allem sich als einen Mann von Ehre darzustellen suchte. Er behauptete, erst nachdem Schleicher aufgegeben hatte und bereit war, seinen Platz zu räumen, also in den letzten Januartagen, sich an Verhandlungen über eine Nachfolgeregierung beteiligt zu haben. Dem freilich standen Aussagen Görings im Gerichtssaal entgegen.

Nun hätten sich Papen ein paar Fragen stellen lassen. Hatte er es nicht für nötig erachtet, Reichskanzler Schleicher vorab zu fragen, ob der Hitler überhaupt in seiner Regierung platzieren wolle? Und weiter: Warum hatte er Schleicher nicht von dem Treffen unterrichtet? Der jedenfalls hatte, als er vom Geschehenen erfuhr, den Reichspräsidenten aufgefordert, von Papen nicht mehr zu empfangen, also ihn gleichsam kaltzustellen? Schließlich: Wie konnte er, Papen, überhaupt auf den Gedanken verfallen, dass Hitler sich nun zum Vizekanzler machen lassen würde? Doch begnügte sich die Anklage wie in vielen anderen ähnlichen Fällen im Vis-à-vis mit unverfrorenen Lügnern damit, deren Glaubwürdigkeit zu

---

16 Zur Verwirrung des Hergangs hatte beigetragen, dass, nachdem das Treffen ruchbar geworden war, der Freiherr von Schröder in einer Presseerklärung am 6. Januar mitgeteilt hatte, die Initiative für die Zusammenkunft „ist einzig und allein von mir ausgegangen“. Das war ein Dienst, den er offenbar seinen Gästen leistete, die sich dadurch – vor wem immer – entlastet fühlen konnten. In Schröders eidesstattlicher Erklärung von 1945 war davon nicht mehr die Rede. Siehe: Der Nürnberger Prozess: Einhundertsiebenundfünfzigster Tag. Dienstag, 18. Juni 1946, S. 79. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 20565 (vgl. NP Bd. 16, S. 381).

17 In extenso siehe Papens Darstellung in: Der Nürnberger Prozess: Einhundertfünfundfünfzigster Tag. Freitag, 14. Juni 1946, S. 133. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 20372 (vgl. NP Bd. 16, S. 288).

erschüttern. Das tat sie auch durch die Erinnerung an das gemeinsame Kommuniqué, das Hitler und Papen der Presse übergeben hatten, nachdem diese von ihrem Treffen berichtet hatte. Darin war über den Inhalt ihrer Gespräche mitgeteilt worden, „dass die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen, politischen Einheitsfront befasst hat und dass insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zurzeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind“[18]. Nationale Sorge – kein Machtgelüst. Jedoch: Wie, wenn über die Regierung nicht gesprochen worden war, sollte dann von Hitlers Eintritt in sie geredet worden sein? Es war ein Gespinst von Lügen, das die Angeklagten über die Ereignisse zu legen suchten, assistiert von ihren Anwälten. Im Schlussplädoyer entwarf Papens Verteidiger ein Bild von dessen Rolle, demzufolge dieser am 4. Januar und in den folgenden Tagen eine Regierung Hitler geradezu habe verhindern wollen. Erst der Ausgang der Wahlen in dem Ländchen Lippe am 15. Januar und folgende Ereignisse hätten ihn zu einer Sinnesänderung gezwungen.[19]

Gegenüber den Dokumenten, eidesstattlichen Erklärungen und Zeugenaussagen im Gerichtssaal verlegten sich Angeklagte, unterstützt von ihren Verteidigern, darauf, die Anklage der Mitwirkung an der Aufrichtung der Diktatur nicht nur – das stand im Vordergrund – juristisch zu entkräften, sondern ihr Verhalten auch historisch zu rechtfertigen. Die juristische Seite der Sache bildete indessen – wie erwähnt – keinen Gefahrenpunkt für die Angeklagten. Jedoch stand dahin, wie sich dazu ein deutsches Gericht verhalten würde. Der internationale Gerichtshof nahm auch die dreistesten Interpretationen hin, so die eines Verteidigers, der die These aufstellte, es habe sich am 30. Januar 1933 um einen „selbstverständlichen, verfassungsrechtlich begründeten Vorgang eines souveränen Staates“ gehandelt, der nicht unter Anklage zu stellen sei.[20] Die Gesamtstrategie der Verteidigung lief darauf hinaus, den Angeklagten Schacht und Papen gar ein Verdienst zuzuschreiben, das sie sich in der Endkrise der Weimarer Republik erworben hätten. Versucht wurde der Nachweis, dass es im 2. Halbjahr 1932 und namentlich seit der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 keine annehmbare Alternative zur Beauftragung Hitlers mit der Regierungsführung gegeben habe. Die einzig überhaupt denkbare wäre die Militärdiktatur gewesen. Sie zu installieren, hätte indessen die Gefahr des Bürgerkriegs heraufbeschworen. So wurde für Schacht ausdrücklich beansprucht, dass sein Eintreten für Hitler einen Bürgerkrieg verhindert habe. Dazu kam die Beteuerung, dass bei diesem Eintreten für Hitler kein Gedanke an einen Krieg gehegt worden sei. Papen äußerte sich in gleichem Sinne und behauptete, „dass die Koalition, die ich im Auftrage des Reichspräsidenten geformt habe, eine Zwangslösung war. Es entstand nicht die Frage, ob er besser oder schlechter war; wir mussten ihn (Hitler, K. P.) nehmen.“[21]

Die Entgegnung der Anklage im Schlussplädoyer war unmissverständlich: „Der Angeklagte von Papen versucht jetzt, seine Rolle bei dem Aufstieg der faschistischen Bewegung und bei der Machtergreifung Hitlers mit der damaligen politischen Lage des Landes zu erklären, die angeblich Hitlers Machtantritt unvermeidlich gemacht habe. Der wirkliche Beweggrund für von Papens Handlungen war ein anderer: Er besteht darin, dass er selbst ein überzeugter, hitlerergebener Faschist war.“[22] Und das in der Anklage formulierte Urteil über Schacht war nicht relativiert oder korrigiert worden: „Kein anderer als der Angeklagte Schacht war es, der eine entscheidende Rolle bei der Machtergreifung Hitlers spielte. Er war es, der die Industriekreise Deutschlands dazu bewegte, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu fordern.“[23]

---

18 Der Nürnberger Prozess: Einhundertsiebenundfünfzigster Tag. Dienstag, 18. Juni 1946, S. 87. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 20573 (vgl. NP Bd. 16, S. 385).

19 Der Nürnberger Prozess: Einhundertdreiundachtzigster Tag. Montag, 22. Juli 1946, S. 115. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 24238 (vgl. NP Bd. 19, S. 150-152).

20 Der Nürnberger Prozess: Einhundertdreiundachtzigster Tag. Montag, 22. Juli 1946, S. 112. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 24235 (vgl. NP Bd. 19, S. 150).

21 Der Nürnberger Prozess: Einhundertsiebenundfünfzigster Tag. Dienstag, 18. Juni 1946, S. 97. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 20583 (vgl. NP Bd. 16, S. 390).

22 Der Nürnberger Prozess: Einhundertneunzigster Tag. Dienstag, 30. Juli 1946, S. 11. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 25366 (vgl. NP Bd. 20, S. 12).

23 Der Nürnberger Prozess: Einhundertneunundachtzigster Tag. Montag, 29. Juli 1946, S. 185. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozess, S. 25341 (vgl. NP Bd. 19, S. 689).

Das Fazit unserer Analyse lautet: Im Gerichtssaal zu Nürnberg wurden zwei grundverschiedene Geschichtsbilder entwickelt und konfrontiert. Das der Anklage und des Gerichts besagte, dass die Vernichtung der Republik und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch ein Komplott erreicht wurde, an dem herausragende Angehörige der sozialen Oberschichten in Deutschland, der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes beteiligt waren, die nicht nur auf eigene Rechnung, sondern im ausdrücklichen Einverständnis oder mit stillschweigender Billigung ihrer Standesgenossen handelten. Diese zentrale Aussage vermochten Angeklagte und Verteidiger nicht zu entkräften, verfärbten das Bild aber dadurch total, dass sie die Alternativlosigkeit des Handelns ihrer Mandanten behaupteten und ihnen erfundene und verfälschte Antriebe und Ziele zuschrieben. Die Juristen der Siegermächte gingen indessen davon aus, dass dem Angriff auf die Republik sehr handfeste Interessen ihrer Gegner zugrundgelegen hatten.

II.

Historiker, denen sich der Autor zuzählt, mögen sich rückblickend gewünscht haben, dass den Angeklagten in Nürnberg (und auch denen der sogenannten 12 Nachfolge-Prozesse vor US-amerikanischen Gerichtshöfen) weitere Fragen vorgelegt worden wären. Doch das Forschen der Juristen richtete sich auf die Ermittlung strafbarer Tatbestände. Dabei und über dieses ihr unmittelbares Interesse hinaus haben sie Tatsachen unbezweifelbar gemacht und Zusammenhänge aufgedeckt. Sie waren keine Geschichtsschreiber im engeren Sinne, wenn sie auf ihre Weise auch Geschichte geschrieben haben. Zu ihrer Hinterlassenschaft gehört ein Erbteil, das von Historikern anzutreten war und das fragen lässt, wie mit ihm in den seitdem verflossenen Jahrzehnten umgegangen wurde. Dabei kann der Maßstab nicht lediglich durch die Frage gewonnen werden, ob das, was an Faktischem 1945/1946 gerichtsnotorisch gemacht wurde, im Bewusstsein gehalten wird. Zu fragen ist auch, ob der Kontext, den der Gerichtshof diesen Fakten gab, akzeptiert oder unterschlagen oder zurückgewiesen wird, kurzum: wie mit dem Geschichtsbild verfahren wird, das vor dem Tribunal entstand.

Papen und Schacht, die beiden Angeklagten, auf die sich unsere Analyse konzentrierte, waren aus den Ereignissen und ihrer Darstellung nicht oder nur schwer zu entfernen. Wie aber steht es um jene Sicht, die sie als *Exponenten einer sozialen Schicht* und in deren Interesse handelnd ansah und nicht als private Akteure, als Einzelkämpfer, geleitet einzig von persönlichen Interessen und individuellen Eigenschaften wie Geltungssucht, Ehrgeiz und dergleichen. Die Vorgehensweisen folgender Betrachter und Generationen waren nicht durch die Bindung an eine Geschichtstheorie bedingt, wie ja auch die Nürnberger Juristen der vier Mächte über den Gang der Geschichte verschiedene Vorstellungen besitzen mochten. Wer als Historiker oder Publizist etwas auf sich hielt, sah und beschrieb die Zusammenhänge mehr oder weniger scharf konturiert.

Nach Joachim C. Fest warf das Treffen in Schröders Villa „erneut ein Licht auf die Unternehmerkreise, die Hitlers Ambitionen unterstützten“. Er verwies – Konrad Heiden zustimmend und modifizierend – darauf, dass allein sein Stattfinden „die Kreditfähigkeit der Partei wiederhergestellt“ habe.[24] Auch die von Schacht „aufgesetzte Petition“ wird in einem Nebensatz erwähnt, in dessen Hauptsatz Baron von Schröder als deren Unterzeichner genannt ist.[25] Im Übrigen waren die Hauptakteure, als Fest schrieb, tot, Schröder verstarb 1966, von Papen 1969 und Schacht 1970. Noch zu deren Lebzeiten war freilich herausgearbeitet worden, wen sie da favorisiert hatten und welche Verbrechen sich schon auf dem Konto der deutschen Faschisten befanden, bevor sie an die Macht gebracht wurden. Schacht immerhin hatte die an Hitler gerichtete Botschaft, in der er ihm im August 1932 seiner Sympathie versicherte, geschrieben, als nur wenige Tage seit der Erklärung des NSDAP-Führers vergangen waren, in der er sich mit den SA-Männern solidarisiert hatte die im oberschlesischen Potempa einen Kommunisten bestialisch umgebracht hatten.[26]

---

24 Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 497.

25 Ebenda, S. 496.

26 Die Mordtat hatte sich in der Nacht vom 9. zum 10. August 1932 ereignet. Ein Sondergericht in Beuthen O/S. verurteilte die drei Täter am 22. August zum Tode, Hindenburg begnadigte sie. 1933, am Tage der Annahme des Ermächtigungsgesetzes, wurden sie freigelassen.

III.

Natürlich ist es ausgeschlossen, hier eine Geschichte der Geschichtsschreibung über das Ende der Weimarer Republik anzuschließen. Die Rede kann nur von wenigen Stationen und den Autoren sein, die sie untersuchten und schilderten. Wie umfangreich die Aufgabe einer Gesamtanalyse ist, mag vorab die Feststellung geben, dass sich nahezu ohne Ausnahme jeder namhafte Zeithistoriker in der Bundesrepublik verpflichtet fühlte, sich in einem mehr oder weniger tiefgehenden Überblick über die Jahre deutscher Geschichte von 1918 bis 1933 zu äußern. Der gleiche Drang ist übrigens im Hinblick auf die Jahre der Nazidiktatur nicht erkennbar.

Namen und Erscheinungsjahre ergeben eine Reihe, der zeitlich ein Nachdruck der Geschichte der Weimarer Republik von Arthur Rosenberg im Jahre 1955 voran steht. Seine Darstellung ist ein Klassiker, der 1980 die 20. Auflage erreichte. Rosenbergs zuerst 1935 in Karlsbad erschienene Geschichte der deutschen Republik war die umfassendste unter den im Exil verfassten Darstellungen, zu denen die ein Jahr darauf ebenfalls in Karlsbad erschienene Abhandlung „Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik“ des Sozialdemokraten Otto Stampfer gehörte, die 1953 in Hamburg in 3. Auflage herauskam. Früher noch als die Bücher der beiden Sozialdemokraten war ein in Deutschland bald nach dem Sieg der Faschisten geschriebener Text in Nachkriegsdeutschland (erstmals) gedruckt worden, der aus der Feder des bürgerlichen Republikaners Ferdinand Friedensburg stammte, der in der Weimarer Republik Regierungspräsident in Kassel gewesen war. Er wurde in Berlin bereits 1946 auf den kärglichen Buchmarkt gebracht.

Kurzum: die Erforschung der Weimarer Republik setzte nicht erst im Nachkrieg ein. Mit Rosenbergs wieder gedrucktem Werk nahezu gleichzeitig erschien 1955 Karl Dietrich Brachers Monographie, die erste Arbeit eines Autors einer anderen Generation. Der Autor war vom Geburtsjahrgang 1922. Um eben diese Zeit lag auch die Darstellung des Schweizers Erich Eyck – in zwei Bänden – 1954 und 1956 vor. Ferdinand Friedensburgs Werk erlebte 1957 eine Neuauflage. Dann befassten sich mit dem gleichen Gegenstand Albert Schwarz – 1958 (in Konstanz), Hans Herzfeld – 1960, Karl Buchheim – 1960 (auch als tb), Werner Conze – 1964, Helmut Heiber – 1966 (in dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts in 15 Bänden), Hans Herzfeld 1969 (tb), Karl Friedrich Erdmann – 1980 (in Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, auch als tb), Hagen Schulze – 1982 (in der Reihe: Die Deutschen und ihre Nation), Eberhard Kolb – 1984 (in der Reihe Grundriss der Geschichte), Horst Möller – 1985 (tb). Diese Reihe gibt übrigens einen Eindruck vom Kräfteverhältnis der beiden deutschen Staaten und ihrer Historiographien. In der DDR hatte einzig Wolfgang Ruge eine als Lehrbuch angelegte, mehrfach aufgelegte Geschichte der Weimarer Republik verfasst.

Die erste umfassende, von einem westdeutschen Historiker verfasste Monographie zum großen Thema legte Karl Dietrich Bracher 1955 unter dem Titel „Die Auflösung der Weimarer Republik“[27] vor und was immer gegen sie eingewendet wurde, beginnend mit der Kritik an ihrem Titel, es war ein allein schon durch seine Quellen- und Literaturgrundlage beeindruckendes Werk. Bracher hatte die Protokolle des Nürnberger Prozesses ausgewertet und dort weiter geforscht, wo die Ankläger und Richter aus Gründen des Zeitmangels, der fehlenden Dokumente oder Kenntnisse oder auch des Desinteresses ihre Ermittlungen abgeschlossen hatten. Etwa zehn Jahre waren vergangen, seit Brachers große Monographie auf den Buchmarkt gelangte, da erschien in einer renommierten Reihe des Münchner Taschenbuch Verlages Helmut Heibers Abriss der Weimarer Republik, der wegen seiner Verbreitung Beachtung verdient. Er war für ein breites Publikum gedacht wie auch Martin Broszats „Der Staat Hitlers“ in der gleichen Folge und erreichte es mit 10 Auflagen zweifelsfrei. Selbst wenn der ungleich beschränktere Platz berücksichtigt wird, verwundert im Text das Verschwinden Schachts im Jahre 1929 aus der Politik. Er wird im Augenblick, da er seinen Posten als Präsident des Direktoriums der Reichsbank verlässt, das letzte Mal genannt. Es bleibt der Baron von Schröder, vorgestellt als ein Mann des Kölner Herrenklubs, und auch die Gesellschaft, in der er sich bewegte

---

27 Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie,* Das Buch wurde in 5. Aufl., Düsseldorf 1971 vorgelegt. Der Autor hat sich in vielen weiteren Veröffentlichungen mit dem Gegenstand befasst.

wird nicht verschwiegen. Indessen wurden die „NS-freundlichen Wirtschaftskreise“, deren Zunahme um die Jahreswende 1932/1933 festgestellt wird, und die Großindustriellen von deren Interventionen bei Hindenburg die Rede ist, konsequent anonymisiert.[28]

Das Ende der Weimarer Republik hat in der Bundesrepublik, die sich als die zweite deutsche Republik verstand, immer wieder auch Darstellungen erfahren, deren erklärte Absicht es war, „Lehren aus Weimar“ zu ziehen.[29] Dafür war in besonderem Maße die Bundeszentrale für politische Bildung zuständig, die – vier Jahrzehnte nach dem Ereignis des Nürnberger Prozesses – das Heft „Die Weimarer Republik“ herausgab. Die Rolle der Großindustrie wird auf die des nicht zu umgehenden Kurt von Schröder eingeschränkt, der die Kontakte zwischen Papen und der NSDAP und Hitler wieder hergestellt haben soll. Bracher zitierend, wird das Treffen in Köln als „Geburtsstunde des Dritten Reiches“ bezeichnet. Die Mächtigen der Wirtschaft verschwinden im „Bürgertum“, dem wie der Intelligenz ein antidemokratisches Denken attestiert wird, das wiederum in der deutschen Geschichte begründet gewesen sei. Doch rangiert dieser Befund in der Reihung der Gründe für das Republikende an hinterer Stelle, denn es heißt: „Die Weimarer Republik ist *in erster Linie* zugrunde gegangen an den außerordentlichen Belastungen und Folgen des verlorenen Krieges.“[30] Und die Darlegung schließt mit einem Zitat von Friedrich Meinecke: „Das war nicht notwendig ... Hier hat nichts Allgemeines, sondern etwas Zufälliges, nämlich die Schwäche Hindenburgs den Ausschlag gegeben.“[31]

Wie weit sich die Geschichtswissenschaft – nicht nur in der Bundesrepublik – ein halbes Jahrhundert später vom Geschichtsbild der Nürnberger Sieger entfernt hatte, ließ sich an einer Publikation ablesen, die 1996 in den USA[32] und im Jahr darauf in deutscher Übersetzung erschien. Ihr Autor, Henry Ashby Turner, in der Zunft kein Nobody, der übrigens auch einer Delegation von USA-Historikern angehört hatte, die zu einem Kolloquium nach Berlin/DDR gekommen war, schrieb ein auch für Laien bestimmtes Buch unter dem Titel „Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933“. Turner, der sich vordem bereits als ein Anwalt der deutschen Großindustrie einen Namen gemacht und sie von jedwedem bedeutungsvollen Anteil am Weg in die faschistische Diktatur freigesprochen hatte,[33] löste die Vorgeschichte des 30. Januar aus allen gesellschaftlichen Bezügen und Interessen und schrieb sie in einen Ablauf von Handlungen und Unterlassungen weniger Personen um, denen er Unwissen, mangelnden politischen Verstand, Unvermögen, Blindheit, Fehlleistung und dergleichen attestierte und die er zu Schuldigen für die unheilschwangere Entwicklung erklärte. Zu seiner historischen Personage gehören der Hauptschuldige Paul von Hindenburg, der den zweiten Platz besetzende Franz von Papen, sodann Oskar von Hindenburg, Otto Meissner und Alfred Hugenberg sowie Kurt von Schleicher. In deren Händen hätte „die Disposition der Macht“ gelegen und bei deren Bestimmung wären „elementare menschliche Gefühle, persönliche Affinitäten und Aversionen, verletzter Stolz, enttäuschte Freundschaften und der Drang nach Rache“ ausschlaggebend gewesen.[34] In der Abhandlung fällt der Name Hjalmar Schacht nicht, auch keiner eines anderen deutschen Industriellen oder Bankiers, ausgenommen der Kurt von Schröders, um den sich nicht herumschreiben lässt, dessen Verbindung mit Papen aber als Zufallsprodukt eingeordnet wird. Mehrfach weist Turner die Rolle beziehungs- und einflussreicher Angehöriger der Kapitalistenklasse, über die Zeitgenossen nicht nur in der Links-, sondern auch in der republikanischen Presse geschrieben hatten, als Produkte der

---

28 Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1966 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3) S. 268 u. 272.

29 Diesen Zusammenhang zwischen Darstellung der Bundesrepublik und Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik hat Wolfgang Ruge in seinem Beitrag „Zur Geschichte der Weimarer Republik 1919 bis 1933“ untersucht in: Unbewältigte Vergangenheit, Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Hrsg. Gerhard Lozek u. a., 3. Auflage Berlin 1977, S. 317-333.

30 Die Weimarer Republik. Informationen zur politischen Bildung 109/110, Neudruck 1985, S. 41. Und die Betrachtung schließt mit einem Zitat Friedrich Meineckes.

31 Ebenda, S. 44.

32 Unter dem Originaltitel Hitler’s Thirty Days to Power, wobei der Autor natürlich mit dem willkürlich gewählten 1. Januar 1933 nicht einsetzen konnte, sondern weiter zurückgreifen musste.

33 Henry Ashby Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972 und Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

34 Henry Ashby Turner, Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1997, S. 222.

Phantasie zurück.[35] Er setzt dem sein Konstrukt von einer Verschwörung, an der nicht mehr als ein halbes Dutzend Männer beteiligt gewesen wären, entgegen, die aus eigenem Entschluss und, wenn überhaupt, auf eigene Rechnung gehandelt hätten.

Diese Interpretation konkurriert gegenwärtig mit den knappen Skizzen, die sich in biographischen Nachschlagewerken allgemeiner Natur finden und solchen, die auf die Weimarer Zeit oder die faschistische Diktatur spezialisiert sind. In ihnen wird auf Schacht als eine Brückenfigur zu Kreisen der Industrie und des Bankwesens verwiesen, die für einen Kanzler Hitler aktiviert werden sollten. Charakteristisch ist, dass für die Beschreibung des Gewichts seiner Initiativen die mildesten Formulierungen gewählt werden. So heißt es, Schacht suchte „die deutsche Industrie für den Nationalsozialismus zu gewinnen“[36], was offenlässt, ob und in welchem Umfange ihm das gelang. Eine andere Formulierung lautet, er „trug wesentlich dazu bei, Hitler in Kreise des Großkapitals einzuführen“[37], was wiederum fragen lässt, mit welchem Resultat das geschah. Ganz ähnlich, Lexika werden auch voneinander abgeschrieben, eine dritte Kennzeichnung: „Er trug wesentlich dazu bei, Hitler in Hochfinanzkreisen einzuführen.“[38] Und, wenig variiert, formuliert ein vierter Autor, Schacht habe Hitler „in den Kreisen der Schwerindustrie gesellschaftsfähig gemacht“,[39] während ein Fünfter bemerkt, dass der Bankier half, „Vorbehalte gegenüber der NSDAP in der Wirtschaft abzubauen“, und anmerkt dass das geschah, weil Schacht unter Hitler ein „hohes Regierungsamt“ anstrebte.[40] Mehrfach wird auf die Eingabe an Hindenburg verwiesen, an einer Stelle Schacht gemeinsam mit Kurt von Schröder auch als deren Initiator genannt.[41] Nur, wie erwähnt, dass es sich um eine erfolgreiche Gruppe handelte, der aus der gleichen sozialen Schicht keine Kräfte mit einem Gegenkonzept widerstrebten, und die auch deshalb zum Erfolg kam, muss hinzugedacht werden.

Dass sich das Geschichtsbild der „Nürnberger“ in diesen Darstellungen und Skizzen wiederfindet, wird sich nicht behaupten lassen. Die Juristen der Siegermächte hatten ohne Rücksichten auf das deutsche Großkapital ermittelt, geforscht und geurteilt. Die Zeiten gehören, hat man den Hauptstrom der Forschungen und Publikationen im Auge, der Vergangenheit an. Für wie lange?

Funktionsträger in Staat und Parteien. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien. Konferenzbeiträge, Teil I. In: Pankower Vorträge, Heft 114, Berlin 2008, S. 5-17.

35 Ebenda, S. 68/69.

36 Ronald Smelser u. a. (Hrsg.), Die braune Elite, Bd. 2, Darmstadt 1993 (2. Aufl. 1999). Es handelt sich um eine Sammlung biographischer Abrisse, den über Schacht schrieb der Brite Harold James, der Schacht auch einen der Wirtschaftsberater Hitler nennt.

37 Schacht in: Wolfgang Benz/Hermann Graml, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 283.

38 Schacht in: Robert Wistrich, Wer war wer im Dritten Reich, München 1983, zuerst London 1982.

39 Schacht in: Hermann Weiß, Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M 1998.

40 Schacht in: Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 8.

41 Schacht in: Hellmuth Rössler, Günther Franz, Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, Bd. 3., München 1975. Die Eingabe erwähnen auch die in Anm. 37 bis 39 genannten Beiträge, ohne die Nennung weiterer Beteiligter.

Im Reich der Legenden

„Machtergreifung“ oder gezielte Machtübergabe. Hitlers Weg in die Wilhelmstraße begann 1932

Wenn ein historisches Ereignis beispiellose Folgen hat wie jenes vom 30. Januar 1933 in Deutschland, dann entsteht um die Übernahme der Verantwortung kein Gedränge. Wer kann, macht sich – vulgo – dünne. Besser noch, er sucht und findet einen „Stellvertreter“. Genau der wird von einer einflussstarken Richtung in Publizistik und Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten präsentiert. Zugeeignet wird diese Rolle, wie manches unverlangt schon vorher, „dem deutschen Volk“. Das soll, befand in einer Feierrede anlässlich eines Jahrestages auch ein (west)deutscher Bundespräsident, Hitler gewählt haben.

Diese Version entsprach übrigens mit geringfügiger Abweichung der Legende, die Hitler von seinem Aufstieg selbst verbreitet hatte. Aus dem Volke sei er hervorgegangen, von ihm gefunden und auserwählt worden, wie er sich dieses Volk gewählt habe. So hat er das zum „Wunder“ erklärte Geschehen mehrfach in Massenversammlungen erzählt. Ich bin bis heute den Text aus meinem Kopfe nicht losgeworden, den ich dereinst im Deutschunterricht zu lernen hatte: „im Volke geboren, erstand uns ein Führer ...“

Revolution von oben

Schon die Nazis vertrauten darauf, dass die Volksgemeinschaft ein paar Zahlen rasch vergessen hatte, etwa die der Wahlergebnisse des Jahres 1932. Im Juli hatte die NSDAP, bei weitem stärkste Partei, 13 Millionen Wähler hinter sich gebracht, das entsprach einem Anteil von 37 Prozent oder – anders gewendet –, es fehlten ihr 14 Prozent, um im Reichstag durch einen Mehrheitsentscheid ihren Führer an die Spitze der Reichsregierung zu setzen. Kommentatoren schrieben, damit sei das Wählerpotential der Faschisten im Volke ausgeschöpft. Das bestätigte sich ein Vierteljahr später, als die NSDAP nicht nur nicht zugewann, sondern zwei Millionen ihre Anhänger einbüßte. Den Eindruck eines Niedergangs suchte deren Führung im kleinsten deutschen Flächenland, Lippe-Detmold, bei Landtagswahlen am 15. Januar 1933 wettzumachen. Sie bot ihre gewieftesten Agitatoren auf und kam dennoch nicht wieder auf das Ergebnis der Jahresmitte 1932.

Vom Volke gewählt? Die Geschichte vom Wahlentscheid des Volkes gehört ins vielbevölkerte Reich der Legenden, die sich um Hitlers Weg in die Wilhelmstraße ranken. Was indessen nicht bedeutet, dass diese Millionengefolgschaft Hitlers als eine zu vernachlässigende Größe aus der Geschichte gleichsam entlassen werden könnte und ihr für deren unheilvollen Verlauf keine Verantwortung zuzumessen wäre. Ohne diese seit 1929 zusammengetrommelten Massen wäre die Führungsgruppe der NSDAP mit Hitler, Göring und Goebbels für die deutschen Eliten eine völlig uninteressante politisierende Clique gewesen, keines Nachdenkens, keiner Begegnung, keines Gesprächs, keiner materiellen und moralischen Förderung wert. Mit ihnen aber bot sich die Hoffnung, die Republik zu begraben, ohne einen anderen Bürgerkrieg zu riskieren als den erwünschten „von oben“.

Wenn aber diese immense Gefolgschaft Hitler nicht an die Staatsspitze zu bringen vermochte, wie dann geriet er dahin? Wer sonst besaß den Schlüssel in das Zimmer, in dem einst Otto von Bismarck residiert hatte? In persona das Staatsoberhaupt, Reichspräsident Paul von Hindenburg und Beneckendorf. Der hatte ihn 1932 mehrfach nicht herausgerückt und tat es dann doch. Woher kam sein Sinneswandel? Er war in den Wochen vorher unter einen gewissen Druck geraten, dem er sich nicht hatte entziehen können. Nicht, dass dieser übermächtig geworden und ihn zu einer Marionette gemacht haben würde. Zudem war ihm dieser Hitler zwar nach Herkunft, Lebensweg und Gesittung fremd, nicht jedoch nach Gesinnung und Programmatik. Weder dass sie die Republik nicht mochten, noch dass sie es bei den Tatsachen des Versailler Friedensvertrags von 1919 nicht belassen wollten, brauchten sie sich ausdrücklich gegenseitig zu versichern. Eines sanften Drucks bedurfte es dennoch und dafür stehen Zeugnisse. Eines von ihnen, das in die Kategorie der Schlüsseldokumente gehört, ist unter der sachlich ungenauen Bezeichnung „Industriellen-Eingabe“ bekannt geworden. Die Unterzeichner der an den „alten Herrn“ gerichteten alleruntertänigsten Petition mit dem Datum vom 19.

November 1932 waren Großindustrielle, Großbankiers, Großgrundbesitzer und Führer von deren Interessenverbänden. Sie drängten, Hitler nun die Führung der Reichregierung zu übertragen, an deren Spitze Franz von Papen nach seinem erneuten Wahldebakel unhaltbar geworden war. Dem Ansinnen ist der Adressat nicht schon in der folgenden Woche nachgekommen – so schnell schießen die Preußen nicht –, sondern mit einer gewissen Zeitverzögerung von rund gerechnet 70 Tagen.

Natürlich lag es in keines Absenders Interesse, diesen Schritt öffentlich bekannt zu machen. Das Vorgehen, wie immer darüber gedacht wurde, verdient die Kennzeichnung als Intrige, und in der Tat war es der Auftakt einer Kette weiterer, auf das gleiche Ergebnis zielender Schritte, deren Initiatoren das Licht der Öffentlichkeit scheuten. Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident a. D. und in spe, hatte Hitler von der Initiative unterrichtet, wohl auch, um ihm nach dem Misserfolg der Reichstagswahl den „Glauben“ an seinen Sieg zu festigen.

Nacheilende Inschutznahme

Dass diese Intervention erfolgt war, wurde erst ruchbar, als Hindenburg und Hitler tot waren und Hjalmar Schacht sich als Gefangener der Sieger im Gefängnistrakt nahe dem Nürnberger Justizpalast befand. Damals lag, aufgefunden von US-amerikanischen Dokumentenfahndern, nur ein Exemplar dieser Eingabe vor, und das warf quellenkritische Fragen auf, deren Tendenz, als die Reihe an die bürgerliche Historiographie kam, augenblicklich dadurch bestimmt wurde, den Wert des Zeugnisses zu marginalisieren. Wie sah die vollständige Liste der Teilnehmenden aus? Hatten deren Adressen das Reichspräsidialamt überhaupt erreicht? Und wenn es dort angekommen war, wurde das Ansinnen dem Herrn Reichspräsidenten überhaupt vorgelegt? Und wenn es der zur Kenntnis genommen hatte, war es dann für seine Entscheidung überhaupt von Bedeutung gewesen oder hatten andere Motive und Einflüsse ihn bestimmt? Welche Neugier und welcher Einfallsreichtum!

Die DDR-Historiographie half ein wenig weiter. Sie legte aus dem in Potsdam im Archiv lagernden Beständen des Reichspräsidialamtes die dokumentarischen Beweise vor, die das Bild vervollständigten. Heute zweifelt niemand mehr ernsthaft, dass ein Schreiben mit diesen Unterschriften Hindenburg von seinem Staatssekretär nicht vorenthalten werden konnte, ja, dass Otto Meissner daran selbst auch gar kein Interesse besitzen konnte, gehörte er doch in den folgenden Wochen zu den Mitorganisatoren und Teilnehmern der geheimen Treffen und Beratungen, in denen es im Handeln und Kuhhandeln nur noch um die geeignete Weise von Hitlers Installierung an der Regierungsspitze ging.

Von da an wechselte die Strategie der Argumentation, mit der Apologeten dem unwillkommenen Fund mindere Bedeutung zuzuweisen suchen. Sie richtete sich nun darauf, die Unterzeichner zu einer sonderbaren und für die Haltung der wirtschaftlichen Eliten im kapitalistischen Deutschland untypischen Gruppe zu erklären und der Mehrheit zu attestieren, sie habe diesen Hitler als Kanzler nicht gewollt, sondern wäre für eine andere Lösung eingetreten. Zum Beweis dessen wird die viel größere Zahl von Großindustriellen vorgewiesen, die sich vor der Novemberwahl 1932 für die deutschnationalen Politiker um Franz von Papen und Alfred Hugenberg aussprachen, eben jene, die ein Vierteljahr später gemeinsam mit Hitler an die Staatsruder gelangten.

Anspruchsvolleren Apologeten, die die Rolle der deutschen Eliten bei der Aufrichtung der nationalsozialistischen Diktatur klein reden wollen, erscheint diese Ausflucht als ergänzungsbedürftig. Und wie ein Kleinkrimineller und sein Verteidiger, ist an der Tat schon nichts zu deuteln, sich darauf verlegen, das Tatmotiv in milderem Licht erscheinen zu lassen, ja dem Täter zu attestieren, dass er keine Handlungsalternative besessen habe, so verfahren auch die juristischen und nichtjuristischen Anwälte Schachts, des Bankiers, des Freiherrn Kurt von Schröder und deren Mitstreiter. Ihnen geht es eben nicht nur um die zwei Dutzend Personen, sondern um die sozialen Kräfte, die sie repräsentierten und vertraten. Also hinaus aus dem Reich der Wirklichkeit und des Überprüfbaren in das der Dichtung und des Glaubens. Abgewendet werden sollte, dies das behauptete Hauptmotiv, die bolschewistische Revolution in Deutschland.

Das glaubhaft zu machen, fällt angesichts der reformistischen Politik der Sozialdemokratie, die nach wie vor die Mehrheit der deutschen Arbeiter zu ihrem Anhang zählte, indessen schwer. Daher erfolgt

– zusätzlich – eine Unterscheidung zwischen der tatsächlichen (zugegeben nicht sonderlich bedrohlichen) Gefahr der Revolution und der gefühlten Gefährdung, denn diese sei es gewesen, die den Ausschlag für das Handeln der Großbürger gegeben habe.

Dass dies, so die weitere Argumentation, zugunsten Hitlers ausgefallen sei, wäre niemandem sonst zuzuschreiben als der Alternativlosigkeit der Situation. Ein anderer Retter sei nicht zur Hand gewesen, und, so wird es später einer der Beteiligten – en passant seinen Ekel vor den Nazis ausdrückend – formulieren, in der Not, wenn Wasser nicht zur Hand sei, lösche man einen Brand eben auch mit Jauche. Welcher Antikommunist würde das nicht verstehen? Wie gesagt, der Tatbeitrag ist nicht mehr bestreitbar, aber er ist doch verständlich und irgendwie auch akzeptabel zu machen. Dass dies die stillschweigende Vorabbilligung des auf den 30. Januar folgenden Umgangs mit den „Revolutionären" einschließt, das soll besser schon nicht hinzugedacht werden.

Der Triumph des Irrenhauses?

Diese Kette von Argumenten, in der sich Ausflüchte und Legenden mit Teilwahrheiten zu einem Geschichtsbild mischen, hat einen Nachteil. Sie ist zwar fein gearbeitet, aber doch kompliziert, und das wiederum bringt bis heute auf den Gedanken, ob sich das Problem nicht auf einfachere Weise lösen lasse. Wie, wenn man sich auf die Reihe der Fakten und Daten gar nicht erst einlässt? Mit den Jahrzehnten ist vieles, was einst auch nur zum Geschichtswissen einer beträchtlichen Minderheit gehörte, ohnehin verloren gegangen. Wer erinnert sich denn noch des Befunds der Ankläger und des Urteils der Richter von Nürnberg? Und der Einfluss der materialistischen Historiker, die das taten, wurde so weit zurückgedrängt, dass eine Polemik gegen ihr Geschichtsbild überflüssig gemacht worden ist.

Das könnten Überlegungen sein, von denen sich die Geschichtsschreiber des *Spiegel* bei der Produktion ihres jüngsten Heftes leiten ließen. Auf 16 Druckseiten haben sie vermieden, auch nur eine Initiative und deren Akteure zu erwähnen, die zur Intrige zu Hitlers Gunsten gehörte. Ganz ohne Personen ging es freilich nicht ab. Einige Politiker hätten auf eigene Rechnung und irrend Hitler auf den Reichskanzlerstuhl geholfen. Ein knappes halbes Dutzend: der Paul und der Oskar von Hindenburg, der Papen, der Hugenberg und der Meissner. Und so verwandelt sich der Triumph von sehr realen, im Wesen erfolgreich verflochtenen Interessen, die am 30. Januar 1933 obsiegten, in einen – laut Überschrift des Magazin-Berichts – Triumph des Wahns. Irgendwie hat sich das Unheil in einem Irrenhaus angebahnt.

Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung. 25. Januar 2008, S. 11.

Die DDR im Geschichtsbuch

Jungen Sächsinnen und Sachsen steht die Probe noch bevor. Zeigt her eure Köpfchen, wird auch ihnen von Forschern abverlangt werden, die den Kultusministern der Länder, den Funktionären in Schulverwaltungen und vor allem dem Heer von Lehrern in den allgemeinbildenden Schulen klarmachen wollen, dass sie das Kinkel'sche Programm der Delegitimierung der DDR endlich mit mehr Energie durchzusetzen haben. Anders steht dieser Staat Bundesrepublik nicht auf festem Grund. Dass es in Brandenburg, wie jüngst ermittelt, nicht gelungen ist, wenigstens die Hälfte der Schüler von zehnten und elften Klassen zum Verdammungsurteil über den Unrechtsstaat zu bewegen, in dem ihre Eltern und Großeltern hatten leben müssen, kann in der Tat nur Besorgnis bei allen erregen, die 1990 mit so schönen Hoffnungen in „Deutschland, einig Vaterland" aufgebrochen waren und nun sehen, dass es mit der Ausrichtung der Köpfe nicht klappt. Und das bei den Nachgewachsenen!

Ähnliche Forschungsergebnisse wie in Brandenburg waren zuvor schon in Berlin gewonnen worden. Jedes Mal folgte Ratlosigkeit, was die Resultate denn verursacht haben könne. Mündlich befragte Schüler bestätigten, dass ihnen die Lehrer zu wenig beigebracht hätten. Die vorurteilslosen Forscher beklagten sogleich, dass die Geschichtslehrer aus der DDR-Zeit nicht aus den Klassenzimmern auf die Arbeitsämter geschickt worden sind. Als wären in 17 Jahren nicht Junglehrer nachgerückt, die ihre Ausbildung nicht mehr im ostdeutschen Staat erhalten haben, so dass sich Vergleiche zwischen den pädagogischen Ergebnissen dieser jungen Lehrer und denen der alten, geradezu aufdrängen, die – horribile dictu – einst womöglich das Mitgliedsbuch der SED besaßen. Doch wird auch bemängelt, dass an Universitäten, zum Beispiel in Potsdam, bis heute zu wenig geschieht, um Absolventen für die dort auch per Landtagsbeschluss gewünschte „offensive Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur" zu konditionieren.

Eine Erleuchtung ist den Recherchierenden freilich gekommen. Noch stets haben gegenwärtige Erfahrungen den Blick in die Vergangenheit beeinflusst. Aus der Wirklichkeit der faschistischen Diktatur erfuhr die Weimarer Republik im Denken vieler ihrer einstigen Gegner eine Neubewertung, die fragen ließ, ob die „Spießerrepublik" nicht bewahrens- oder gar verteidigungswert gewesen sei. Und: Ähnlich hatte sich während der von Massenarmut gekennzeichneten Jahre dieser Republik die Erinnerung an die Vorkriegsjahre im Kaiserreich verändert, die nun als „die gute alte Zeit" erschienen. Und jetzt? Vor dem Hintergrund der im Elternhaus erfahrenen Arbeitslosigkeit, der Hilfsbedürftigkeit selbst der Arbeitenden, des Kampfes um Lehrstellen, die Aussicht auf Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung bieten, und der ebenso artigen wie wirkungslosen Ermahnungen der Kanzlerin an die Raffkes an der Spitze der Großkonzerne beginnt der Vergleich beider deutscher Staaten, des existierenden mit dem untergegangenen Staat, neue Resultate zu zeitigen. Mehr noch, und das ist das eigentliche Beunruhigende: Es hat ein Nachdenken über Werte eingesetzt, die als erstrebenswert gelten.

Nun also: Wie werden die Sachsen abschneiden? Hält man sich an eines der für die Mittelschulen in Sachsen, Klasse 9, zugelassenen Schulgeschichtsbücher und unterstellt, dass mit diesem gearbeitet wird, fällt eine Voraussage zwiespältig aus. Nehmen wir das bei den Forschern von der Freien Universität Berlin besonders beliebte Thema „Stasi". Darüber werden die Wissbegierigen auf zwei Seiten unterrichtet bis hin zum Umfang der papierenen Hinterlassenschaft der „Firma". Dazu werden sie aufgefordert, in Frau Birthlers Rolle zu schlüpfen und zu sagen, wie sie den Zugang zu den Aktenmassen handhaben würden. Seiten später wird ihnen von raffinierten Anstrengungen des DDR-Fernsehens berichtet, das Ansehen dieses Dienstes aufzuwerten. All das aber kann sie am Ende doch nicht zur Beantwortung der die Forscher interessierenden Frage befähigen, ob die Staatssicherheit der DDR als ein Geheimdienst wie jeder andere anzusehen sei, vor der schon die Brandenburger großenteils versagten. Dazu müsste ihnen im Lehrbuch wenigstens ein Bild von den Geheimdiensten in der Bundesrepublik gegeben werden oder auch vom US-amerikanischen, etwa von der Kampagne gegen die „unamerikanische Tätigkeit", deren Ziel und Opfer auch Emigranten aus Deutschland wurden. Die Forderung, die deutsche Geschichte in den Jahren der Zweistaatlichkeit derart konfrontativ zu behandeln, hat vor längerem der Willy-Brandt-Kreis schon erhoben.

Kein Versagen dürfte es hingegen in Sachsen bei Fragen zur „Mauer“ geben. Das 1945 (!) einsetzende Kapitel trägt die Überschrift „Die Mauer – ein Symbol für die Teilung Deutschlands“ und schließt mit dem Abschnitt „Die Berliner Mauer wird errichtet“. Dem Text dieses Kapitels, der chronologisch mit der Potsdamer Konferenz beginnt, sind prophylaktisch zwei Seiten zum Thema „Mauer“ vorangestellt, die mehrfarbig auch eine schematische Darstellung der Grenzanlage bieten. Kurzum, der Band beginnt mit Bildern und Fotos, die, bevor noch von der Entstehung der DDR gehandelt wird, Verurteilung und Abscheu erzeugen. Schon auf der dritten Seite, sie wissen über diesen Staat sonst nichts, wird sächsischen Schülern abverlangt, sie sollten sich vorstellen, in Berlin Reiseführer zu sein, und sich fragen: „Was würdest du deinen Gästen über die Mauer erzählen?“ Nun gut, mögen sie denken, das wäre immerhin ein – Job.

Ossietzky, H. 2, 26. Januar 2008, S. 54-55.

Nützliche Legenden

Der 30. Januar 1933: Hitler in der Reichskanzlei

Die Fotografien des Tages sind in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern wieder und wieder gedruckt und in Ausstellungen gezeigt, die Filmaufnahmen in historische Dokumentationen montiert worden, die in Kinos und im Fernsehen zu sehen waren. Vor allem das irritierende Foto, das Hitler „eingerahmt“ von Politikern des deutschen Nationalismus und Konservatismus zeigt, darunter allein vier Herren von Adel, zwischen denen sich nur zwei alte Mitkämpfer des Führers ausmachen lassen: Hermann Göring und Wilhelm Frick. Sämtlich zivil gekleidet. Kein Uniformierter unter ihnen. Der Reichswehrminister, der zwei Jahre später Reichskriegsminister heißen wird, ebenfalls ein Adelsspross, fehlt.

Kam so die „nationalsozialistische Revolution“ daher? Das und wie ließ sich anderen Bildern, denen des Abends ablesen, als die braunen Kolonnen, siegestrunken, singend und Fackeln tragend durch das Brandenburger Tor und von dort in die Wilhelmstraße zogen, vorbei an ihrem auf sie herabgrüßenden Führer. Mit denen „da unten“ würde der das Kapitel eins der Geschichte seiner Diktatur schreiben, die Vernichtung des Marxismus, die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung gleich welcher Richtung. Das hatte er denen fest zugesagt, die ihm die für ihn so lange verschlossene Pforte zur Reichskanzlei geöffnet hatten.

Die Geschichte des vorletzten Januartages im Jahr 1933 soll hier nicht wieder erzählt und auch nicht an die Erwartungen, Mutmaßungen und Spekulationen erinnert werden, die an ihn geknüpft wurden. Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ereignis existieren Meinungsverschiedenheiten, nicht über seinen Verlauf, wohl aber über die Deutung des Geschehens. Während manche Streitfragen als erledigt gelten können, haben sich andere erhalten.

In der Bundesrepublik dauerte es bis in die Jahre der Bundespräsidentschaft Richard von Weizsäckers (1984-1994), dass ein herausragender Politiker den Bürgern nahelegte, sie hätten, sprächen sie über den Weg Deutschlands in die Katastrophe, nicht mit dem 1. September 1939, sondern sechseinhalb Jahre vorher zu beginnen, eben mit dem Tag, an dem die Errichtung der faschistischen Diktatur begann. Eine neue Erkenntnis war das nicht. Zeitgenossen hatten das sich abzeichnende Ereignis schon als ein Desaster bewertet, bevor es eingetreten war. Aber im Westen Deutschlands besaß diese Sicht offenbar doch Neuigkeitswert, andernfalls würde der Rat aus der Rede des Staatsoberhauptes nicht derart oft zitiert worden sein. Im Osten hingegen war der Rückblick seit langem auf das Jahr 1933 fixiert und gefragt worden, was aus dem Machtantritt der Nazis für das eigene Verhalten zu Schlussfolgern sei. Schon in der Phase der Anbahnung der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien diskutiert, wurde der Weg zum Machtantritt der Nazis in der antifaschistischen Umwälzung zu einem Dauerthema, lange bevor sich Geschichtswissenschaftler in die Dokumente vertieften, sie veröffentlichten und an Universitäten die ersten Lehrveranstaltungen über die Jahre der faschistischen Diktatur angekündigt wurden.

Kein Streit konnte über die Folgen des Ereignisses aufkommen, die waren in Deutschland und weiten Gebieten Europas in Gestalt von Massengräbern, Ruinen, verwitweten, verwaisten und verkrüppelten Menschen allgegenwärtig. Umstritten aber waren vom Tage an, da die Waffen schwiegen, vor allem zwei Fragen: Wer hat den Tag, der das definitive Ende der Weimarer Republik bezeichnet, zu verantworten? Und: Welchen Platz nimmt der unheilschwangere Tag in der deutschen Geschichte während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein?

Verlogene Sprachbilder ...

Für die Beantwortung der zweiten waren Sprachbilder wegzuräumen, die von den Nazis hinterlassen worden waren. Zu denen gehörte die „nationalsozialistische Machtergreifung“, der „Tag der nationalen Erhebung“ oder des „erwachenden Deutschland“, und in Hitlers Reden, in denen er die Legende vom Aufstieg der NSDAP erzählte, fehlte die Wendung „Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm“ nie. Ganz ist die Überwindung der verfälschenden Kennzeichnungen bis heute nicht gelungen. Die Begriffe „Machtergreifung“ und „Machtübernahme“ erhielten sich in mancher Leute Gebrauch. Die

Marxisten machten mit dem Begriff „Machtübergabe“ früh klar, dass es an diesem Tag Gebende und Nehmende gegeben hatte. Wie stets vermag ein einziges Wort komplizierte Ereignisse nicht auszudrücken.

Mag im erörterten Fall Gedankenlosigkeit mitspielen, so lässt sich das von dem Begriff „nationalsozialistische Revolution“ nicht sagen. Der wird in Politik und Publizistik absichtsvoll eingesetzt, wiewohl Historiker unterschiedlicher methodologischer Strömungen exakt nachgewiesen haben, dass sich in den zwölf Jahren Naziherrschaft nichts ereignete, was an die Seite gesellschaftlicher Revolutionen gestellt werden könnte. Die soziale Struktur Deutschlands unterschied sich 1945 von der des Jahres 1933 nicht einen Deut. Enteignet und vertrieben und ermordet worden waren die Juden.

Erhalten sich Begriffe trotz aller von der Wissenschaft erhobenen Einwände, muss gefragt werden, wer aus ihrer Weiterverwendung Nutzen zieht. Der fortdauernde Gebrauch des Revolutionsbegriffs für den Wandel des Jahres 1933 bringt Geschehnisse gegensätzlichen Charakters auf einen Nenner und diskreditiert derart die Gesellschaften grundstürzend verändernde Revolutionen. Und: Mit der Verwendung des Begriffs wird gleichsam beiläufig festgemacht, dass die deutschnationalen, konservativen Politiker, die um Hitler postiert sich als Reichskabinett präsentieren, ebenso wie die beteiligten Großindustriellen und Großagrarier dem tatsächlich folgenden Geschehen die Richtung nicht gegeben haben können. Sie werden ihm per definitionem weit entrückt, denn Leute dieses Typs machen doch keine Revolutionen. Sie erscheinen als die ersten aller von Hitler und seinen Mitführern Betrogenen und Hintergangenen.

Diese Interpretation war für den Restaurationsprozess in der Bundesrepublik wichtig, notwendig insbesondere für die Rechtfertigung der Wiederverwendung eines Teils des Personals, das an Hitlers Seite tätig gewesen war. Später konnte die dreist fälschende Sicht auf die Geschichte schadlos aufgegeben werden. Sie besaß keinen politischen Tageswert mehr, die Lüge wurde nicht mehr gebraucht. Was als Fortschritt zur Wahrheit erscheint und herausgestellt wird, vollzog nur spät den Anschluss an längst Bekanntes. Dumm war ohnehin gewesen, dass gegen die Entlastung der politischen und wirtschaftlichen Eliten so viele Tatsachen sprachen, die von ihrer Mitwirkung bei der Vernichtung der Republik zeugten und bereits im Verlauf des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher und in weiteren Gerichtsverfahren der Siegermächte öffentlich gemacht worden waren.

... und deren Langlebigkeit

In der tonangebenden Publizistik der Bundesrepublik hat die Kennzeichnung des 30. Januar 1933 als Beginn der „nationalsozialistischen Revolution“ Konkurrenz einzig in bildhaften Ausdrücken wie der „schwärzeste Tag der deutschen Geschichte“ oder der Beginn ihres „dunkelsten Kapitels“. Beide leisten – absichtlich oder gedankenlos in Umlauf gesetzt – die sprachliche Vernebelung der realen Zusammenhänge auch, indem sie ins Schicksalhafte weisen. In Wahrheit bezeichnet der vorletzte Januartag 1933 den Abschluss einer Gegenrevolution, die sich seit 1919 anfänglich in dramatischen Etappen vollzog, dann schleichend und unspektakulär vorankam. In ihrem Verlauf war die Macht von Kapital und Militarismus vor dem Angriff der arbeitenden Massen gerettet und dann Zug um Zug befestigt worden. Die Republik, von Revolutionären erkämpft, war in ihrem Wesen jedoch von deren Gegnern gestaltet und so zu deren Zufluchtsort geworden. Diese haben den Ausgang der Kämpfe, die teils bewaffnet bis in das Jahr 1923 ausgetragen wurden, immer nur als ein Zwischenresultat angesehen, das ihren Zwecken und Plänen momentan diente. Zu einer perspektivischen Akzeptanz dieser Staatsorganisation kam es in den Kreisen der Herrschenden auch in den Jahren nicht, in denen sie ihre Kräfte vermehrten und bestens verdienten.

Das trat ab 1929 in der großen Weltwirtschaftskrise zutage, als in den Augen und Urteilen der Kapitaleigner diese Republik versagte, wiewohl deren von dem Zentrumskanzler Heinrich Brüning eingeschlagene Politik die Lasten auf die Arbeitenden und inzwischen zu Millionen Arbeitslosen abwälzte. Die Wirtschaftsführer trieben die Politiker zu immer aggressiveren antisozialen Maßnahmen vor sich her, mit denen Massennot verordnet wurde, und schufen damit unter Millionen Verelendenden oder den Absturz ins Bodenlose Fürchtenden die Grundlage für deren Ruf nach einem Erlöser. Hitler bot sich als solcher an. Und er versprach bei seinen Treffen mit den Großen der Industrie, dem

im Kaiserreich geltenden Herr-im-Hause-Grundsatz vollends wieder Geltung zu verschaffen. Im Staat wie in der Wirtschaft würde das Führerprinzip uneingeschränkt durchgesetzt werden. Dieses Programm lief darauf hinaus, alle Errungenschaften der Volksschichten, die in der Novemberrevolution 1918 erkämpft worden waren, wieder abzuschaffen. Wie sonst verdient dieses Programm genannt zu werden als das von Konterrevolutionären? Es sind nicht Fakten, die es erschweren, die angemessene Bezeichnung für den 30. Januar 1933 zu finden und zu gebrauchen.

Von Kälbern und Metzgern

Hatte Richard von Weizsäcker den Deutschen in der Bundesrepublik angeraten, zum wirklichen Beginn des Katastrophenweges zurückzudenken, so war ihnen von einem seiner Vorgänger schon bezeichnet worden, wie sie das tun sollten. In einer ebenfalls dem Gedenken gewidmeten Rede, die in der Schlosskirche zu Bonn gehalten wurde, hatte Walter Scheel (Bundespräsident von 1974-79), so seine Unvertrautheit mit den Tatsachen der Geschichte belegend, erklärt, Hitler sei durch einen Wahlentscheid in die Reichskanzlei gelangt. Dieser – sagen wir milde – Irrtum ließ sich anhand von Zahlen leicht widerlegen. Weder die Ergebnisse der beiden Wahlgänge zur Bestimmung des Reichspräsidenten im März und April 1932 noch die beiden Reichstagwahlen vom Juli und November 1932 hatten den Führer der NSDAP an die Staatsführung bringen können. In Zahlen drückte sich der Massenanhang der Nazipartei bei diesen vier Abstimmungen so aus: Für Hitler waren bei den beiden Urnengängen zur Bestimmung des Staatsoberhaupts 11,3 und dann 13,4 Millionen Stimmen abgegeben worden. Und die NSDAP hatte zuerst 13,7 und dann 11,7 Millionen Wähler für sich mobilisiert. Für die unter dem Hakenkreuz hatten jeweils zwischen 30 und 40 Prozent der Wähler gestimmt. Diese Ergebnisse belegen, dass das Wort von den allergrößten Kälbern, die ihre Metzger selber wählen, für die Mehrheit der Deutschen nicht gilt, ihnen folglich nicht angelastet werden kann, dass dieser Führer zum Reichskanzler aufstieg.

Jedoch: Kälber von besagtem Format gab es unter den Deutschen genug. Ohne sie wäre Hitler eine Figur geblieben, die in Kreisen der Wirtschafts- und der Militärelite allenfalls am Rande interessiert haben würde. Diese Millionen aber reichten als Mitgift Hitlers aus, sie bildeten sein Kapital, das keine der konkurrierenden bürgerlichen Parteien auch nur annähernd vorzuweisen hatte. Mit ihm ließ sich wuchern. Es wurde Argument dafür, dass, wer solche Gefolgschaft besaß, auf den Platz des Kanzlers gehöre. Als im November 1932 Industrielle, Bankiers und andere Wirtschaftsführer Hindenburg ersuchten, sich dieser Platzierung Hitlers nicht länger zu versagen, verwiesen sie darauf, dass eine Regierung notwendig sei, die eine „ausreichende Stütze im deutschen Volk“ besitzt, und eben die könne die Masse der NSDAP-Gefolgschaft stellen, die als die „größte nationale Gruppe“ bezeichnet wurde.

Vor diesem Kalkül entfällt das von Millionen nach 1945 beanspruchte Entlastungsargument, sie hätten Hitler „nur gewählt“. Die Mitglieder, Sympathisanten und Wähler der NSDAP spielten auf Hitlers Weg an das Staatsruder eine unverzichtbare Rolle. Gewiss wurden sie belogen und betrogen und in den Reihen der SA und sonst als Aktivisten für die Parteizwecke auch ausgebeutet. Doch gehört diese Kälbermasse deswegen nicht geradewegs in die Kategorie der Opfer. Selbst ein Analphabet, der nur die Hassgesänge dieser braunen Kolonnen gehört hätte, musste an dieser Bewegung genug Widerwärtiges finden, um sich zumindest von ihr abzuwenden. Dass sich Millionen im Gegenteil davon anziehen ließen, bestätigte ihre meist auf Vorprägungen zurückgehende Empfänglichkeit für reaktionäre, zutiefst antihumane Dogmen und Parolen. Diese und nicht schlichte Gutgläubigkeit, die auch im Spiel war, aber auf die sich die Parteinahme nicht reduzieren lässt, machten aus Millionen Instrumente der faschistischen Führer, lange bevor auch sie zu deren Opfern wurden.

Die erfundene Revolutionsdrohung

Jedoch: Hitlers Einzug in die Reichskanzlei war nicht Folge eines Wahlergebnisses, sondern das Ergebnis einer feingesponnenen Intrige von Politikern, Wirtschaftsführern und Militärs (siehe jW-Thema vom 4.1.2008). Die an ihr beteiligt waren und deren Namen nach dem Krieg auch anhand von Dokumenten bekannt wurden, suchten nach 1945 Ausflüchte, die ihr Verhalten erklären und zugleich als normal erscheinen lassen sollten. Ihr Hauptargument lautete: Um ihre revolutionsbedrohte Macht zu behaupten, hätten sie sich zu Hitler geflüchtet. Das war auf das Verständnis ihrer internationalen

Klassengenossen berechnet, denn welchen Bourgeois würde in ähnlicher Lage nicht die gleichen Sorgen umgetrieben haben, welcher hätte nicht auch nach Vorsorge und Abhilfe Ausschau gehalten? Hitler erschien als ein Zugriff aus Not, Verlegenheit und Alternativlosigkeit. Seine Favorisierung hatte, so die Darstellung, jedenfalls mit seinen kriegerischen Absichten nichts zu tun.

Diese Deutung schob die letzte Schuld für das Entstehen der Nazidiktatur den Kommunisten zu. Ohne ihren bedenklich wachsenden Einfluss, ohne ihr Programm „Sowjetdeutschland“ kein Hitler in der Wilhelmstraße. Und sie war in der – nun wirklichen – Notsituation des Jahres 1945 auch vorzüglich einzusetzen, um die eigene Haut und Existenz zu retten. Beihilfe zur Beseitigung einer Republik ergab im internationalen Recht keinen Straftatbestand, ausgenommen, sie wäre mit dem Ziel erfolgt, die inneren Voraussetzungen für einen Angriffskrieg zu schaffen. Diesen Nachweis hat kein Gericht erbringen können. In den Verhandlungen und während der Treffen in der Endphase der Weimarer Republik hatte Hitlers innenpolitisches Konzept und insonderheit die zu erwartende Wirtschaftspolitik der „Nationalsozialisten“ auf der Agenda gestanden. Davon, dem Nächstliegenden, sprachen die Dokumente im Beutegut der Alliierten.

Nun war die herannahende „bolschewistische Revolution“ ein Phantasieprodukt, ein nachträgliches der Helfer Hitlers und ein zeitgenössisches mancher Kommunisten, die mit dem Elend der Massen und der zeitweiligen Ratlosigkeit und Zerstrittenheit der Herrschenden ihre Stunde kommen sahen. Dabei diente das Zerrbild, das von den Antrieben für die Unterstützung der NSDAP und ihrer Führer gegeben wurde, nicht nur der Abwehr juristischer Anklagen, sondern mehr noch historisch-politischer Attacken, aus denen politische Folgen drohten. Wer Hitler in den Sattel geholfen, zu den Totengräbern eines bürgerlich-demokratischen Staatswesens zählte, galt 1945 im Verständnis vieler – keineswegs nur der Linken – als ungeeignet, gesellschaftliche Macht zu behaupten oder zu erhalten. Das erklärt den Aufwand und die Gerissenheit, mit dem die Abwehr aller Anklagen betrieben wurde.

Hilflose Rettungsversuche

Heute ist der Streit über die Rolle der Eliten der Weimarer Republik in deren letzten Jahren nahezu verstummt. Dass unter den Exponenten von Wirtschaft, Politik, Militär und auch im Geistesleben wehrhafte Republikaner nur mit der Lupe aufgefunden werden können, ist unbestritten. Doch wird die Durchmusterung der Handelnden hochgradig personalisiert und personifiziert. Hjalmar Schacht, der Baron Kurt von Schröder und einige weitere Figuren, die Hitler die letzte Wegstrecke vom Parteiführer zum Staatsmann ebnen halfen, sind im Grunde preisgegeben, denn an deren politischen Biographien war nichts mehr zu retten. Dieses Rettungswerk konzentriert sich stattdessen auf die soziale Schicht der Großbourgeoise und ist da nicht ohne Erfolg vorangebracht worden. Denn diese hat in toto niemals ein Papier zugunsten Hitlers verfasst, nie eine gemeinsame Initiative ergriffen, die sie bloßstellen würde. Die Parteinahme für die Faschisten und ihren Führer erscheint in dieser – auf einzelne gerichteten – Betrachtung als Folge individueller Überzeugung und Urteilsbildung, von Vorlieben und Geschmack, die sie auch war oder gewesen sein mochte. Jedoch, und darum geht es, bleibt verborgen, dass sie Ausfluss ins Politische übersetzter wirtschaftlicher Interessen einer Gruppe von Ausbeutern war.

Seit Jahren wird zudem an dem Nachweis gearbeitet, dass die Mehrheit Einflussreicher deutscher Bourgeois und Agrarier in der Schlussphase der Republik nicht auf Hitler und dessen Partei, sondern auf die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) gesetzt hätte. Dieser Partei habe insbesondere vor den Novemberwahlen 1932 die finanzielle und propagandistische Unterstützung aus Kreisen des Kapitals und des Grundbesitzes gegolten und zwar in weit größerer Zahl, als Förderer Hitlers existiert hätten. Das dem Verteidigungszweck bestimmte Argument, an dessen Stützung vor allem der US-amerikanische Historiker Henry Ashby Turner jun. gearbeitet hat, ist eher blamabel. Denn gemeinsam mit eben dieser Deutschnationalen Partei haben die Nazis der Republik doch das flackernde Lebenslicht ausgeblasen. Hitler – Reichskanzler, Franz von Papen – Vizekanzler, Alfred Hugenberg, der DNVP-Vorsitzende – Wirtschaftsdiktator: Diese Koalition zweier Parteien und diese Kombination ihrer Führer hat den Prozess, in dem das diktatorische Regime errichtet wurde, einträchtig gesteuert, Arbeiterparteien und freie Gewerkschaften illegalisiert, den Reichstag und alle parlamentarischen Körper-

schaften des Staates ausgeschaltet, die ersten judenfeindlichen Gesetze erlassen, demokratische Intellektuelle aus ihren Ämtern und ins Exil getrieben. Die Aufrichtung des verbrecherischen Regimes war eine Gemeinschaftsarbeit der braunen und schwarz-weiß-roten Faschisten.

Das Argument, man habe sich „nur“ für die Deutschnationalen eingesetzt, richtet sich so selbst. Es bestätigt nur, welchen Charakter das Verhältnis dieser sozialen Oberschicht zu Republik und Demokratie besaß, und steht als Beweis dafür, dass ihre Beziehung zu staatlicher Verfasstheit von ganz pragmatischer Natur war. Merke: Schwüre auf Demokratie, Freiheit und Menschenwürde sind aus derlei Mündern nicht nur mit Skepsis aufzunehmen. Sie können erfahrungsgemäß als Heuchelei gewertet werden.

junge Welt, Mittwoch, 30.01.2008, S. 10.

Blick auf einen Jahrestag

Gedanken zum 30. Januar aus heutiger Perspektive

Am 30. Januar 2008 trennen uns exakt 75 Jahre von jenem Ereignis, das zuerst in den deutschen, wegen seiner Folgen dann auch in den Annalen der europäischen Geschichte verzeichnet wurde. Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte Adolf Hitler zum Reichskanzler. Der trat an die Spitze einer Regierung, die von „nationalsozialistischen“ und weiteren Politikern der äußersten Rechten gebildet wurde, allesamt Gegner der 1919 entstandenen Republik und deren Totengräber. Mit dem vorletzten Januartag begann ein zeitlich kurzer Prozess, in dem die Konterrevolution, die 1919 einen Teilerfolg errang und 1923 gescheitert war, nun zu ihrem Ziel gelangte.

Heute ist dieses Datum aus der Zeitgeschichte gerückt, wenn man unter ihr jene Periode jüngster Vergangenheit versteht, an die sich Lebende zu erinnern vermögen. Denn dies kann nur noch ein verschwindender Rest von Deutschen, der unterdessen ein biblisches Alter erreicht hat. Und nicht alle standen damals inmitten des Geschehenen. Einige jedoch erinnern sich des Aufmarsches vom 25. Januar 1933, als Kommunisten und deren Sympathisanten in einer antifaschistischen Demonstration vor das Karl-Liebknecht-Haus am Bülow-Platz zogen, damals Sitz der Zentrale der KPD, und damit auf den provokatorischen Appell antworteten, den die SA und die SS drei Tage zuvor an gleicher Stelle inszeniert hatten. Der Massenaufmarsch bei bitterer Kälte war beeindruckend und irritierend zugleich. Er vermittelte ein Stärkegefühl und eine Kampfbereitschaft, die sich, als sie wenige Tage später auf die ernsteste Probe gestellt wurde, nicht in Aktion umsetzen ließen. Der deutsche Faschismus gelangte an das Staatsruder, ohne dass es zu einer offenen Feldschlacht gekommen wäre.

Diese Erfahrung macht den Tag für die Antifaschisten im begonnenen 21. Jahrhundert denkwürdig. Er lässt das Maß der eigenen Kräfte und deren Einsatz bedenken. Er enthält eine Warnung vor Selbstüberschätzung. Er erinnert uns daran, welche jähen Wenden die Geschichte nehmen kann, wenn gegen sie keine Vorkehrungen getroffen sind. Und er unterrichtet uns über den Wert handlungsbereiter Einheit, an der es damals unter den Antifaschisten fehlte.

Denkwürdig ist dieser Tag aber auch aus anderer Perspektive. Er verbindet sich mit trügerischen Erwartungen von Millionen, die in Hitler den Erlöser und Retter erblickten, als der er sich selbst präsentierte und als der er ihnen auf Kundgebungen, von Plakaten, in Zeitungen begegnete. Der Mann hatte nichts vorzuweisen, was ihn als einen Politiker auswies, der Masseninteressen praktisch vertreten hätte, und dennoch wurde ihm abgenommen, dass sein Programm auf die „Rettung des deutschen Arbeiters“ und die „Rettung des deutschen Bauern“ zielen würde, zu dessen Verwirklichung er sich vier Jahre Zeit vom Volke erbat. Die in Hitler gesetzten Erwartungen von Millionen entsprangen nicht tatsachengestütztem Urteil, sondern dem Glauben, genauer einem Irrglauben, und so lässt sich angesichts dieses bedrückenden Faktums fragen, woher diese Möglichkeit der Desorientierung von Menschenmassen rührt, wie sie genutzt wird und wie ihr zu begegnen ist. Denn sie ist doch auch eine Erscheinung unseres Alltags.

Über die Folgen des 30. Januar 1933 ließ sich unter Politikern und später unter Historikern nicht streiten. Wohl aber über dessen Verursachung. Die unvereinbaren Deutungen reichten von der These, die Mächte des Versailler Vertrags wären dafür verantwortlich zu machen, also vom Export der Schuldfrage, bis zu der These vom „Betriebsunfall“ deutscher Geschichte, also der Behauptung, es habe sich um ein Zufallsspiel geschichtlicher Kräfte gehandelt. Das Bild, das den herausragenden und letztlich ausschlaggebenden Anteil der deutschen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten am Ende der Weimarer Republik zeigt, wird als „marxistisch“ und dogmatisch denunziert. Es wurde quellensatt zuerst von den Anklägern des Nürnberger Prozesses 1945/1946 der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht. Und es wird umstritten bleiben, denn es beweist, dass die Kreise des Kapitals zu Demokratie und Republik ein pragmatisches Verhältnis besitzen.

Das Spektrum der Fragen, das sich mit dem 30. Januar verbindet, ist breit und in vielen Farben aktuell. Sie enthalten nach wie vor eine Herausforderung. Die Antifaschisten müssen sich ihr stellen, mit dem Blick auf die Erfahrungen ihrer Vorfahren und einem zweiten – in den Spiegel.

Antifa, Januar/Februar 2008, S. 3.

Bei den Generälen

Die Verschwörung des 3. Februar 1933. Hitlers Antrittsbesuch bei der Reichswehr

Die Geschichte der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verbindet sich während ihrer ersten Wochen mit einigen Haupt- und Staatsereignissen, an die vielfach erinnert wird: die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30.1.), der Reichstagsbrand (27.2.), die Reichstagswahl (5.3.), der Tag von Potsdam (21.3.) und die Annahme des Ermächtigungsgesetzes (23.3.). Von alledem existieren Fotos und Filme, sind zeitgenössische Berichte, Reden und Kommentare überliefert. Nicht so von einem Ereignis, das in diese Kette gehört, Hitlers Rede vor Spitzen der Reichswehrgeneralität am Abend des 3. Februar, dem fünften Tag seiner Kanzlerschaft.

In den Geschichtsbüchern figuriert der Auftritt seit längerem, doch in das Bewusstsein breiterer Kreise auch historisch Interessierter ist er nicht getreten. Dass davon in diesen Tagen in Zeitungen zu lesen war, ist Folge des Erscheinens eines Buches von Hans Magnus Enzensberger, mit dem sich Rezensenten befassten. Der Autor hat sich in eigenwilliger Darstellung der Geschichte der Familie von Hammerstein angenommen. Von deren „Oberhaupt“ war die Einladung zu dem Treffen am dritten Februartag ergangen. Es hatte im Dienstsitz des Generals Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1943) stattgefunden. Der war seit 1930 in steiler Karriere – erst 1929 hatte er den Posten des Chefs des Truppenamtes, eines Ersatz-Generalstabs bezogen – Chef der Heeresleitung, mithin Oberbefehlshaber der durch den Versailler Vertrag auf 100.000 Mann limitierten Landstreitkräfte, genannt Reichswehr.

Rede im Klartext

An diesem Tage hatten sich zuvor die hohen Befehlshaber und Kommandeure zu einer Instruktion über die durch den Regierungswechsel veränderten Lage zusammengefunden. Der Abend begann mit einem Essen in Gegenwart Hitlers, der dann das Wort zu einer Rede nahm, in der er sich keinerlei Zurückhaltung auferlegte. Er hielt diese Versammlung, nie zuvor hatte er vor einer ähnlichen gesprochen, offenbar für vollkommen „dicht“. Und darin täuschte er sich nicht. Von dem Zusammentreffen wurde berichtet, vom Inhalt der Hitler-Rede nichts ruchbar.

Als sich der Chefankläger der USA, Robert H. Jackson, 1945 auf den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg vorbereitete, war er auch auf dieses Datum und das Ereignis gestoßen. Eine Teilnehmerliste besaß er nicht, wohl aber befand sich im Gefängnistrakt zu Nürnberg ein Mann, von dem er annehmen konnte, dass er an jenem Tage zu den Hörern der Rede gezählt hatte. Doch die Befragung Erich Raeders (1876-1960), des damaligen Chefs der Marineleitung, also des Oberbefehlshabers der Seestreitkräfte, ergab vom Geschehen kein Bild. Der Mann war nicht daran interessiert, sich in irgendeiner Weise zu belasten und der Teilnahme an einer Verschwörung gegen den Frieden überführt zu werden. Dem ist er, dies nebenbei, dann doch nicht entgangen, was ihm 1946 die Verurteilung zu lebenslanger Haft eintrug, die er, aus gesundheitlichen Gründen auf freien Fuß gesetzt, nicht abzusitzen hatte.

Licht ins Dunkel kam 1954. Da veröffentlichten die Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (München) eine stichwortartige Aufzeichnung der Rede Hitlers, die der General Curt Liebmann (1881-1960) angefertigt hatte. Die konnte als verlässlich gelten, da kein Motiv erkennbar war, das für Veränderungen an den Ausführungen Hitlers gesprochen hätte. Für ihre Richtigkeit bürgte vor allem die Identität des vor den Militärs entwickelten Programms mit dem Folgenden. Um es vorweg zu sagen: Wer an diesem Abend den Bendlerblock verließ, konnte nicht mehr zweifeln, wohin die geschichtliche Reise führen sollte, und musste sich fragen, ob er sie mit diesem Manne antreten wollte. Denn was die Versammelten gehört hatten, drängte den Schluss geradezu auf, dass dieser Hitler ein Lügner von Graden war. Spätestens eine Woche darauf, als er den Wahlkampf im Sportpalast eröffnete, musste jedem klar sein, dass dieser Führer mit zwei Programmen operierte: dem demagogischen für die Öffentlichkeit und dem ihr verheimlichten, nach dem er zu verfahren gedachte.

Ausgeräumte Besorgnisse

Hitler wusste um die Besorgnisse der Militärs im Hinblick auf den eben begonnenen Weg, und er reagierte darauf. Er versicherte ihnen, dass sie für die innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht gebraucht werden würden. Liebmann notierte: „Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Naziorganisationen." Das war den Militärs nach den Erfahrungen von 1923 hoch willkommen, als Reichswehreinheiten gegen linke Landesregierungen eingesetzt worden waren. Solche Aktionen beschädigten nur das Ansehen der angeblich unpolitischen „schimmernden Wehr". Die „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel" überließen sie, die Mitnutznießer, den Schlägergarden gern. Gleichermaßen befriedigt wurden sie durch Hitlers Versicherung, dass es bei der Arbeitsteilung bleiben werde und ihnen die SA nicht als Konkurrent drohte. Wiederum Liebmann: „Anders wie in Italien keine Verquickung v. Heer u. SA beabsichtigt."

Hitler versprach sodann, dass im Innern des Reiches ein neuer Geist hergestellt und jeder Einfluss von Pazifisten beseitigt werden würde. Weder vor noch nach ihrer Militärzeit würden Deutsche künftig einer antimilitaristischen Beeinflussung ausgesetzt sein. Der Aufzeichnung zufolge: „Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur d. Kampf uns retten kann." Für Kampf ließ sich, wie das Weitere zeigt, getrost das Wort Krieg setzen. In Liebmanns Text tauchte zunächst mehrfach unerläutert der Begriff „Ziel" auf. Gegen Ende der Rede wurde der entschlüsselt. Hitler erklärte, was zunächst getan werden würde, um die wirtschaftliche Lage der Massen zu bessern, als Provisorium und ungeeignet, das Problem zu lösen. Dazu brauche es „Lebensraum". Wo der am besten zu gewinnen sei, blieb offen. Aber dass die Militärmacht für eben diesen Eroberungszweck eingesetzt werden würde, wurde unumwunden gesagt. Liebmann fasste so zusammen: „Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraumes im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung." Nach diesem Programm ist verfahren worden. Fünf Jahre später wird Hitler einem kleinen Kreis von Spitzenmilitärs die Jahre 1942 bis 1945 als Zeitraum bezeichnen, an dem dieser Krieg spätestens zu eröffnen sei. Das Dokument dieser Besprechung lag in Nürnberg vor und Raeder hatte auch an ihr, nun als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, teilgenommen. Der Zeitpunkt wurde, wie bekannt, dann vorverlegt.

Mitwisser in Moskau

Liebmanns Aufzeichnungen waren in vielem durch die ebenfalls bekanntgewordenen des Adjutanten Hammersteins, Horst von Mellenthin (1898-1977), bestätigt worden, der dieses Programm bis zur Rolle des Durchhaltegenerals mitgetragen hatte und noch am 4. April 1945 mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Später diente er der Bundesrepublik unter anderem als Diplomat in Washington. Aufsehen erregte erst, als nahezu ein halbes Jahrhundert nach der Veröffentlichung der Liebmann-Notizen in Moskau, wo sich der Zugang zu Archiven verbessert hatte, ein Papier entdeckt wurde, das offenkundig kurz nach dem Treffen Hitlers mit den Generalen über den Militärapparat der Kommunistischen Partei Deutschlands an die sowjetische Führung gelangt war. Seine „Absender" waren Töchter Hammersteins, die persönliche Beziehungen zu deutschen Kommunisten unterhielten, Menschen, deren Ideen und Ziele sie teilten oder mit denen sie sympathisierten. Der Fund erzwang keine Korrektur unseres Wissens. Er warf jedoch wiederum die Frage auf, was die sowjetische Führung mit derlei Information anzufangen wusste.

Fazit: Das Treffen am Abend des 3. Februars erfüllte wegen der schweigenden Hinnahme des vor ihnen entwickelten Programms durch die Militärs und dessen darauffolgende Billigung durch die Tat den Charakter einer Verschwörung. Es war eine gegen die auf das Sterbebett gebrachte Republik, auf die diese Herren vereidigt waren, und gegen den Frieden. Und: Es gab zum Zeitpunkt, da die faschistische Macht sich etablierte, keine Gruppe der deutschen Elite (die Vertrauten der Großindustrie eingeschlossen), die genauer und rückhaltloser über den Kriegsplan des Reichskanzlers informiert war als die Spitzen der Offizierskorps der Reichswehr. Sie haben wissend mitgemacht. Nicht so Hammerstein, der Ende 1933 um seinen Abschied bat und ihn Anfang 1934 erhielt und dann bei Kriegsbeginn nur für Wochen noch einmal aktiviert wurde. Ein Mann des Widerstands ist er nicht geworden.

Daran mag ihn auch eine seiner von vielen bestätigten Eigenschaften gehindert haben. Er war faul und besaß eine nahezu körperliche Abneigung gegen jede Form ausdauernder Kleinarbeit.

junge Welt, Sonnabend, 02.02.2008, S. 3.

Eine Nachlese.

Wie deutsche Zeitungen die Geschichte des 30. Januar 1933 zerrspiegelten

Keine deutsche Zeitung, die etwas auf sich hielt, versäumte es, am 30. Januar an den 75. Jahrestag der Aufrichtung der faschistischen Macht in Deutschland zu erinnern. Freilich auch keine, die „dem Kind“ einen angemessenen Namen gab. Es ereignete sich, war zu lesen, die „Aufrichtung der Schreckensherrschaft“, die Etablierung eines „Schreckensregiments“, der „Beginn des Unheils“, der „Sprung ins Dunkle“, „Deutschlands Schritt in den Abgrund“ oder schlicht und aktuell der „Beginn des Unrechtsstaates“. Die „*Stuttgarter Zeitung*“ überschrieb ihren Rückblick mit „Ein Versager an der Macht“.

Namhafte und Namenlose

Die einen präsentierten zum Thema umfängliche oder gar mehrere Artikel, andere publizierten Interviews. Diese griffen auf ihre Haushistoriker zurück, jene ließen Hochschullehrer der Geschichte, emeritierte und amtierende, zu Wort kommen. Zeitzeugen sollten nicht fehlen. Damen, die das 10. Lebensjahrzehnt erreicht hatten, äußerten sich ebenso wie Herren, die ihre Eindrücke, gewonnen als 11jährige, schilderten. Bemerkenswert war der vollständige Verzicht jeder Bezugnahme auf Dokumente, die als Schlüsseldokumente für das Verständnis des Geschehens angesehen werden und, teils als Beutegut von Spezialeinheiten der Alliierten aufgefunden, schon während des Nürnberger Prozesses 1945/1946 vorgelegt worden waren. Auch spätere Funde von gleicher Bedeutung blieben unbeachtet. Diese gelten allesamt offenbar als Altpapier.

Stattdessen erfolgte der Zugriff auf mitunter höchst unsicher überlieferte Bemerkungen, die gesprächsweise gemacht worden waren. Das erinnerte mich an einen ungeduldigen Einwand meines polnischen Kollegen Marian Wojciechowski während eines Symposiums in Straßburg. Stöhnend wandte er ein, er höre nun schon zwei Tage lang wer, wem, wann, was gesagt habe. Lohnend auch die Durchmusterung der Figuren, die in den Tagen vor dem 30. Januar als die Handelnden, die Weichensteller der deutschen Geschichte genannt werden. Der (seit November 1932) Ex-Reichskanzler Franz von Papen, der amtierende Kanzler Kurt von Schleicher, der Chef der Heeresleitung Kurt von Hammerstein, der Staatssekretär des Reichspräsidenten Otto Meissner, der Reichspräsident Paul von Hindenburg selbst und dessen Sohn Oskar, dazu der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenberg, Hitler und Göring – kaum mehr als ein halbes Dutzend Personen, die den vielerwähnten „Weg in die Katastrophe“ allein und auf eigene Rechnung gebahnt haben sollen.

Gewiss, dann gab es noch Konservative und Reaktionäre. Die gehören jedoch sämtlich zur Kategorie „Bruder namenlos“ und so kommt Erinnerung an die Wortwendung aus Brechts „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ auf: „Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert“. Jedenfalls sind, um die beiden bekanntesten Mitwirkenden zu nennen, die Bankiers Hjalmar Schacht und der Freiherr Kurt von Schröder aus der historischen Szene genommen und selbstredend auch die Zugehörigen des „Keppler-Kreises“ oder die anderen Unterzeichner der „Industriellen-.Eingabe“ an Hindenburg, mit der das Staatsoberhaupt ersucht wurde, den Führer der wählerstärksten Partei, also Hitler, zum Reichskanzler zu berufen.

Zwei Nazis weniger

Nicht gerade um deren Spuren zu verwischen, sondern wohl eher um der Erinnerung einen höheren Unterhaltungswert zu geben, hat „*Die Welt*“ sich erneut und ausführlich mit den Biographien zweier Künstler befasst, die der Besinnung ihrer Leser auf Vergangenes besonders nahe und wert sein mögen. Geschrieben wurde separat über die Dirigenten Wilhelm Furtwängler und Herbert von Karajan. Die besitzen den Vorzug, dass weder der eine noch der andere für das Geschehen des vorletzten Januartages besondere Verantwortung tragen. Immerhin gab der Jahrestag nun Anlass, durch das Zeugnis von Furtwänglers hochbetagter Witwe bekannt zu geben, wie entsetzt ihr Gatte gegen Kriegsende gewesen sei, als er bei einem Aufenthalt in der Schweiz davon hörte, dass es „unter den Deutschen solche Schweine gab“, die Juden umbrächten. Die Judenverfolgungen während der Jahre vorher haben ihm derlei Urteil selbst en famille nicht zu entlocken vermocht. Und Karajan? Dessen

zweimaliger Eintritt in die NSDAP sei aus Gründen des Opportunismus und der Karriere erfolgt, jedoch ohne innere Bindungen an deren Ideologie oder Politik. So sind wir also zu unserer Erleichterung wieder zwei Nazis los. Auf diesem Wege fortschreitend, wird sich bis zum 150. Jahrestag des in Rede stehenden Ereignisses die braune Gefolgschaft womöglich doch auf Hitler und Goebbels reduzieren lassen.

Müde Demokraten

Gewiss ist den Autoren und Interviewten, dass es in Deutschland 1932 eine hinreichende Zahl von Republikgegnern gegeben habe, ohne die Hitler nicht zum Zuge gekommen wäre. Die schärfste Formulierung dafür fand keine bundesdeutsche, aber eine österreichische Zeitung. Der Wiener *„Standard"* titelte fett, Hitler sei „die Macht zu Füßen gelegt" worden. Das hat ihrem Korrespondenten der Verleger und Historiker Erich Pieper gesagt, der derzeit auch an der Universität Potsdam lehrt. Mehr noch, die das taten, hätten den Mann, dessen Politik sich, wie der Rückgang der NSDAP-Wähler Ende 1932 zeigte, „festgefahren" hatte, gerettet, ihn und seine Partei vor dem Scheitern bewahrt. Diese Interpretation ist bemerkenswert, wenn auch nicht neu, nur wird sie sogleich durch die Betonung fragwürdig und in ihrer Bedeutung abgemildert, dass sich in dieser Rolle nicht programmatische Identität zwischen Hitler und seinen Steigbügelhaltern ausdrückte. Da ist sie wieder, die Legende vom Irrtum, dem Menschlichen-Allzumenschlichen, die seit Jahrzehnten zum kostbaren Grundbestand der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik gehört.

Nun hat kein ernstzunehmender Historiker je behauptet, dass die Politik der folgenden 12 Jahre auf einem zwischen Hitler und seinen Förderern vorab verabredeten Programm für alle sodann aufeinander folgenden Schritte beruhte. Doch und zunächst: Wie jedem rasenden Autolenker, der einen Unfall nicht vorausgesehen, nicht gewollt, aber eben doch verursacht hat, dafür Verantwortung und Schuld angelastet wird, so doch auch und zu recht Staatslenkern für die Folgen ihres Handelns. Indessen geht es darum nicht allein. Mit Geschick wird die Frage entschärft, in welchem Grade es, bevor Hitler einen Schritt über die Schwelle der Reichskanzlei tat, eine tatsächliche und verabredete programmatische Übereinstimmung gab. Da bevorzugen professorale wie nicht professorale Geschichtsschreiber allgemeinste Formulierungen. Ja, einig sei man sich schon gewesen und das im Hinblick auf die „Beseitigung der Demokratie". Die nichtnazistischen „konservativen und reaktionären Kräfte", versicherte der Jenaer Professor Norbert Frei der *„Neuen Züricher Zeitung"*, „waren Demokratie müde", ein von ihm nicht näher beschriebener kleiner Kreis war gar „mit der Demokratie fertig". Und warum waren sie das, mag sich der anspruchsvollere Leser fragen.

Die Antwort muss er sich selbst geben oder von anderer Seite einholen. Weil sie akut und auf ihrem weiteren Wege diese demokratische Republik störte, in ihr die linken Parteien, Kommunisten und Sozialdemokraten vor allem, und nicht weniger die Gewerkschaften. Dass ihr Partner Hitler diese „Marxisten" abzuschaffen, sie ihnen vom Halse schaffen würde, dessen konnten sie gewiss sein. Und nach der Art, wie die Sturmabteilungen sich deren Anhängern schon in der Republik blutig konfrontiert hatten, brauchten sie nicht zu zweifeln, wie und wie gründlich das geschehen würde. Dieser Grad der Übereinstimmung, der erkennbar einen verbrecherischen Regierungskurs einschloss, ist Demokraten des Jahres 2008 keine Erwähnung wert. Und folglich unterbleibt jeder Hinweis darauf, was schon in den folgenden Monaten entweder mit Billigung oder ohne Protest der konservativen Partner geschah, also unter einer Reichsregierung, die drei Nazifaschisten aufwies und deren Zweidrittelmehrheit aus diesen deutschnationalen Reaktionären bestand: die Errichtung der KZ, die Verfolgung und Vertreibung von Intellektuellen, jüdischen wie nichtjüdischen, die Attacken gegen jüdische Kaufleute, Ärzte, Juristen. Da betätigte sich eine „Demokratiemüdigkeit" besonderen Typs.

Irrtümer und Intriganten

Mit Vorliebe und wider Tatsachen wurde aufs Neue die Mär erzählt, es sei das Geschehen schließlich und letztlich auf eine Häufung von Irrtümern zurückzuführen. Im Untertitel teilt die *„Stuttgarter Zeitung"* mit: „Hitlers Aufstieg war eine Folge fataler Fehleinschätzungen". Der *„Welt"*-Haushistoriker befand, dass es ein „folgenreiches Missverständnis" war, „das Deutschlands Weg in die Katastrophe besiegelte". Und in der „Neuen Züricher" wird den Lesern erklärt, wie es dazu kam. Die Naziführer

waren überlegene und geschickte Intriganten. Sie beherrschten Täuschungsmanöver so perfekt, dass sie es – so soll hinzugedacht werden – den ehrlichen, aber naiven Partnern unmöglich machten, deren Absichten zu durchschauen.

In Wahrheit schätzten diejenigen, die Hitler favorisierten, ihn und seine Fähigkeiten im mindesten Fall kurz und mittelfristig richtig ein. Mit dem Mann und seiner Partei würde sich die Republik liquidieren lassen, ohne dass es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen käme. Die Millionen unter dem Hakenkreuz wären in der Lage, so das Kalkül, dem Schritt in die Diktatur das Risiko weitgehend zu nehmen und ihr von Anbeginn jene Stabilität zu geben, die gegnerischen Kräften Handlungsraum nahm. Auch diese Rechnung ist aufgegangen, freilich nur mithilfe derjenigen Teile der Linken, denen das pseudolegale Vorgehen der Zerstörer der Republik recht kam, um ihre Ablehnung einer politischen Feldschlacht zu rechtfertigen. Und übrigens: Irrtümer sind, wo Menschen entscheiden und handeln noch stets im Spiel gewesen, in deren Alltag wie in der „großen" Politik. Nur ist in Geschichtsbüchern zwischen den tatsächlichen Irrtümern und denen zu unterscheiden, die Handelnden nur angedichtet werden, um ihnen mildernde Umstände zuzuschanzen.

Wer hat sich nicht schon einmal geirrt? Wer ist nicht schon einmal über das Ohr gehauen worden? So wird, anknüpfend an alltäglichen Erfahrungen, dem „gesunden Menschenverstand", von dem Friedrich Engels schrieb, er sein „ein hausbackener Bursche", Geschichte ganz nahegebracht. Auf diesem Gleis fährt auch *„Die Welt"*, wenn sie den Schritt in die Nazidiktatur zur Folge eines bloßen Gerüchts erklärt, denn kaum jemand, der nicht schon einmal einem solchen aufgesessen wäre. Jedenfalls, so die als Vermutung gekennzeichnete, aber ausgewalzte Erzählung von Hindenburg, der schließlich unter dem Eindruck des Gerüchts von einem von der Reichswehr drohenden Staatsstreich den Widerstand gegen Hitlers Reichskanzlerschaft aufgegeben habe. Wer das in die Welt gesetzt habe? Die Antwort führt endgültig ins Mysteriöse. Niemand tat das absichtsvoll. Das Gerücht „es wuchs und gedieh in der verworrenen Lage der deutschen Politik von allein". Damit ist die Letztverantwortliche für Hitlers Berufung festgestellt: die verworrene Lage. Nicht zur Gänze, denn da war noch jemand – das deutsche Volk.

Vergessene Gegner

Da schwanken die Urteile. Während die *„Süddeutsche"* mit dem Blick auf die Zerstörung der Republik knapp feststellt, „das Volk hatte nichts dagegen", schreibt die „Stuttgarter Zeitung", es habe sich die Mehrheit der Deutschen an den Ereignissen des 30. Januar desinteressiert gezeigt. So äußert sich Ignoranz, Ereignisse vor der eigenen Haustür eingeschlossen. Von diesen Desinteressierten strömten am 1. Februar 1933 Zehntausende auf den Ruf der Sozialdemokratischen Partei hin auf dem Marktplatz in Stuttgart, wo ihnen einer ihrer Parteiführer, der Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher, eine mit Begeisterung aufgenommene Rede hielt. Wie viele Irrtümer sich in ihr auch finden lassen (z. B. „nach Hitler kommen wir"), dass nun die „Gegenrevolution" aufmarschierte, der „staats- und wirtschaftszerstörende Hochkapitalismus" ans Staatsruder gelangt war, eine „Welle ungeheuren Terrors gegen Personen und Organisationen der Sozialisten" losbrechen werde, war klar gesagt. Stillschweigen, Einverstandensein? Desinteresse? So urteilen Journalisten, die Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Nazigegner aus ihrem Rückblick in den Januar 1933 ausgeblendet haben.

Kommen die am Kulminationspunkt der Entwicklung nicht vor, so auf dem Wege dahin und da als diejenigen, die das Bürgertum dem Hitler in die Arme trieben. Das hat Heinrich August Winkler dem Korrespondenten der *„Süddeutschen"* wieder erzählt. Von den Revolutionären des Jahres 1918 traumatisiert, waren die Besitzenden 1932 wieder verängstigt durch den drohenden Bürgerkrieg und die „rote Revolution". Womit wir bei den Lehren jener Jahre angekommen wären. Wer die Wiederholung derlei Geschehens, in welcher Aus- und Umprägung auch immer, nicht wünscht, hat in seinem politischen Verhalten darauf zu achten, dass die Bourgeoisie nicht verängstigt wird, sie reagiert sonst panisch und in Teilen, wie an anderer Stelle zu lesen, „leichtfertig". Schon der falsche Eindruck müsse vermieden werden, denn schon die nur gefühlte Revolutionsdrohung könne von schlimmen Folgen sein.

Nur in einer Publikation wurde gefragt, ob es auf dem Weg zum 30. Januar Alternativen gegeben habe, ein Thema, das in öffentlichen Debatten und privaten Gesprächen seit Jahren immer wiederkehrt. Winkler, durch Forschungen zur Weimarer Republik ausgewiesen, hat das bejaht und entwickelt: Wenn Hindenburg 1932 den Reichstag nicht aufgelöst, stattdessen am äußersten Rande der Verfassung weiter regiert haben würde, hätten die Nazis nicht die Bedingungen ihres Aufstiegs vorgefunden und bis zur turnusmäßigen Wahl 1934 würden sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ihre Anhänger – wie, meint Winkler, auch die der Kommunisten – großenteils verlaufen haben. Geschickte Machtkombinationen jenseits des Parlaments und „die Wirtschaft" hätten es demnach richten können. Aus dem Manne spricht der Zeitgeist, der ihn anregt, jene mehrfache aktuelle Erfahrung zur Deutung der Vergangenheit einzusetzen, wonach sich ein „Problem" auch aussitzen lässt. Die abstrakte Möglichkeit, dass die Millionen linker Gegner der Nazis ihre gegeneinander erhobenen und geschwungenen Kriegsbeile begraben hätten, ließ er unerörtert. Auch da ist der Odem des Antikommunismus unserer Tage wahrnehmbar.

Unterlassene Nachfragen

Vermieden wurde zumeist gedankliche Brückenschläge in die Gegenwart und zu „unseren Nazis". Die *„Wiener Zeitung"* jedoch teilt den Österreichern die Meinung Hans Mommsens mit „Teile der deutschen Vergangenheit werden idealisiert, aber das sollte man nicht so ernst nehmen." Da fällt mir, leider nicht auch dem Journalisten aus dem Nachbarland, jener Urteilspruch des Karlsruher Gerichtshofes zur Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" ein, die von diesem als nicht strafwürdig gekennzeichnet wurde. Demokraten sollten, das hat ihnen vor Jahrzehnten schon Kurt Tucholsky beizubringen gesucht, die Urteile ihrer obersten Richter aber ernst nehmen.

Heinrich August Winkler ist von seinem Gesprächspartner in der *„Süddeutschen"* auch gefragt worden, was er denn über die „leider" immer wieder angestellten Vergleiche mit dem „Nationalsozialismus" halte und hat ihn darauf beschieden, dass man „törichte Vergleiche nicht verbieten könne Aus derlei „leichthin" gezogenen Linien ließen sich auch Lehren nicht gewinnen. Da hätte die Anschlussfrage nahe gelegen, wie dann der Historiker die beliebten Vergleiche zwischen „den zwei deutschen Diktaturen" bewerte. Doch ist in vieler Presse eine rücksichtsvolle Generation von Journalisten tätig, die sich ans Eingeübte hält, vorausgesetzt, sie hat es nicht gerade mit Leuten wie Oskar Lafontaine oder Hans Modrow zu tun.

Installateure und Nutznießer

Bleibt noch eine Wortmeldung in der *„Frankfurter Rundschau"* die von Götz Aly stammt und in dieser Zeitung schon erwähnt wurde (Ausgabe 31. Januar 2008, S. 1.) Dass sie irgendeinen erhellenden Gedanken zum Weg der Hitlerfaschisten an die Staatsmacht bieten könnte, war nicht zu erwarten, seitdem der inzwischen mit dem Bundesverdienstkreuz Geehrte den Führer und die Seinen als die Installateure einer „Wohlfühldiktatur" entdeckt hatte. Nun, die in Teilen der bürgerlichen Geschichtsschreibung aufgegebenen Begriffe „Machtergreifung" und „Machtübernahme" (Hitler: „Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm ...") benutzend, belehrt er die Leser des Blattes, das seine besseren Tage auch hinter sich hat, darüber, dass die „Machtergreifung" „als Generationenprojekt verstanden werden" müsse, „als der Beginn einer schrecklichen Jugenddiktatur". Zum Beweis dessen verweist er auf die Geburtsjahrgänge von Hitler bis zum Reichsjugendführer Baldur von Schirach und ruft zudem Goebbels an. Schon der hatte behauptet, dieses „nationalsozialistische" Deutschland werde von Jugend geführt.

Aly unterstellt, dass diese braunen Karrieristen ihrem Führer die Tür zur Wilhelmstraße aufgestoßen hätten. In Wirklichkeit hatte das nicht diese jüngere Mannschaft in Braun und Schwarz (Goebbels, Heydrich) bewirkt. Auch war die Macht, wie Aly sinnig formuliert, ihr nicht „zugefallen". Sie hat Karrieren gemacht, als andere entschieden hatten, so drückte sich einer der Akteure aus dem Nürnberger Rückblick aus, „Hitler zu nehmen". Die Abschlussarbeiten an dieser Installation leisteten nicht Hitlers Mitführer, sondern Paul von Hindenburg (85), dessen eben 50jähriger Sohn Oskar, des Reichspräsidenten im 53. Lebensjahr stehender Staatssekretär Meissner, der mit diesem gleichaltrige Vizekanzler Papen und der zum Wirtschaftsminister bestellte 67jährige Hugenberg. 45 Jahre alt war

der an Hitlers Seite ins Kabinett eintretende Reichswehr-, bald Reichskriegsminister Werner von Blomberg und 56 der Chef der Reichsmarine Erich Raeder. Der Bankier Schacht, der sich als einen der Kanzlermacher bezeichnen konnte, fiel mit 56 Jahren auch nicht aus dieser Altersgruppe. Mit diesem Personal begannen das „Generationenprojekt“ und die „Jugenddiktatur“ wirklich. Mitunter genügt die – im vorliegenden Fall schon erprobte – Fähigkeit in der geringen Kunst des Weglassens, verbunden mit Vertrauen in die Unkenntnis der Adressaten, um Zerrbilder der Geschichte unter die Leute zu bringen.

Gibt es aus der Medienlandschaft dieser Tage etwas, das auf Aufklärung hoffen lässt? Aus Mainz ließ der Chefhistoriker des Zweiten Öffentlichen melden, er werde sein Vorzugsthema nun verlassen. Indessen ändert das nichts an dem in dieser Gesellschaft fortlebenden Bedürfnis, die Nachwachsenden immer wieder zum „Sprung ins Dunkle“ aufzufordern. Der führt jedoch nicht in jenen Keller, in dem wohlverborgen die Leichen der aus dem Großkapital und anderen Angehörigen der Oberschichten stammenden Totengräber jener deutschen Republik abgelegt sind.

junge Welt, Mittwoch, 06.02.2008, S. 10.

Terror und Gegenwehr

Vor 75 Jahren: Vom Naziaufmarsch vorm Karl-Liebknecht-Haus zur illegalen KPD-Tagung in Ziegenhals

Unsere mustergültige SA und die mit imposanter Wucht aufmarschierende SS haben Deutschland und der Welt bewiesen, dass es keine besser disziplinierte Formation geben kann als die Braunhemden Adolf Hitlers“, schrieb die Berliner NSDAP-Zeitung *Der Angriff* vom 23. Januar 1933 über den tags zuvor unter Polizeigeleit inszenierten Aufmarsch paramilitärischer Formationen des deutschen Faschismus auf dem Berliner Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz) vor dem Zentralsitz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Autor des Beitrags war der Herausgeber des Blattes und NSDAP-Gauleiter von Berlin.

Aktion wie Kommentar besaßen Adressaten. Unter „Deutschland und der Welt“ machte es Joseph Goebbels nicht. In Wirklichkeit interessierte die Parteiführung nicht „die Welt“, wohl aber das Urteil jener, mit denen sie gerade über die Bildung einer Reichsregierung kuhhandelte. Diesen Politikern des großen Kapitals und Grundbesitzes sollte zweierlei dokumentiert werden. Erstens, dass der Feind, den die „Nationalsozialisten“ bekämpften, der sei, den sie am meisten fürchteten – die Kommunisten. Zweitens, dass ihre diesen Kampf austragende Gefolgschaft sich fest in den Händen der Kommandeure befände, also deren eigenmächtige Aktion nicht zu befürchten wäre. Der Sturm auf das Karl-Liebknecht-Haus war an diesem Tag nicht geplant. Für diesmal genügte die Drohung.

Zugleich war die Aktion in die Reihen der SA selbst gerichtet gewesen. Nach dem ernüchternden Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November 1932 (siehe jW vom 10./11.11.2007) war in den Nazireihen wieder debattiert worden, ob sich überhaupt die Macht im Staate gewaltlos gewinnen ließe. Wieder lebte die Idee eines Putsches auf. Ihr war am besten dadurch zu begegnen, dass die SA in Aktionen befohlen wurde. Damit aber stand es gegen Jahresende schlecht. Die Führung beschritt den Weg der Intrige. Eine rebellische Anhängerschaft konnte dabei nur stören. Im Dezember wurden die NSDAP-Funktionäre auf den ungewissen nächsten Wahlkampf orientiert, der der schwerste werden würde, aber gewiss den Sieg brächte. Bis dahin müsse sich die Partei vor allem als „Wall gegen den Bolschewismus“ hervortun. Hindenburg, wurde prophezeit, werde Hitler rufen, wenn die Gefahr des Bolschewismus am größten sei. Vorerst solle man sich zu Kameradschafts- Theater-, und Filmabenden zusammenfinden.

Machtpoker

Hitler und seinen Mitführern kam so der zu Weihnachten verkündete „Burgfriede“ gerade recht. Die SA sammelte für ihre Winterhilfe und traf sich zu Weihnachtsfeiern unterm Hakenkreuz. Am 3. Januar durfte sie wieder öffentlich hervortreten. Am Abend, bevor Hitler Franz von Papen in Köln traf, strömten Tausende Faschisten in die Große Messehalle der Stadt. Gauleiter Josef Grohé erklärte, die weitere Auseinandersetzung fände zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern statt, und sprach von einer „entscheidenden Gewaltoffensive“. Dann folgte die Aufputschung gegen die „unter jüdischem Einfluss stehende Politik“. Man lebe „nach wie vor in einer Judenrepublik“. Während Hitler sich in die Villa des Bankiers Freiherr Kurt von Schröder aufmachte, wetterte Kölns Gauleiter gegen „Banken, Börsen und Juden“. Während der Nazichef dabei war, die Bedingungen des Zusammengehens mit den bislang als Reaktionäre verschrienen Deutschnationalen auszuhandeln, tönte Grohé „Kein Kompromiss!“. SA und SS würden eingesetzt werden, zu gegebener Zeit werde man der Kraft der Idee „die Kraft anderer Mittel zur Seite stellen“. Ins gleiche Horn blies noch kräftiger der Gaupropagandaleiter: „Keine Versöhnung! Sieg oder Niederlage!“, „Endsturm“, „Generalsturm“.

Nicht anders verlief der Jahresauftakt der Nazis in Königsberg mit Gauleiter Erich Koch wenig später. Der hatte Schwierigkeiten mit den Zeichen der Zeit. Wiewohl das Treffen zwischen Hitler und Papen ruchbar geworden war, sprach er wie bisher verächtlich von „Fränzchen von Papen“. Man werde „dreinschlagen, wenn es notwendig geworden ist“. Und: „Wenn man uns die Türe (in das Regierungsviertel in Berlin – K. P.) nicht öffnet, dann treten wir sie ein.“ Das befriedigte die SA-Mannschaft, zweckdienlich war es nicht. Zumal die Drohungen in die Presse gelangten. So auch Kochs

Ankündigung, der Führer werde die „Korridorfrage“ lösen. Es war dringend, dass der Oberste Führer die Seinen instruierte. Zu diesem Zweck wurden sie Mitte Januar nach Weimar gerufen. Hitler kam dahin vom Wahlkampf im Ländchen Lippe, wo am 15. Januar ein Landtag gewählt worden war.

In diesem für das Ganze bedeutungslosen Territorium hatte die NSDAP der Deutschnationalen Partei einen erheblichen Teil ihrer Wähler abgejagt und gegenüber der letzten Reichstagswahl Stimmen gewonnen. Dafür hatte sie einen Riesenaufwand getrieben. So wollte sie die Schlappe des Novembers vergessen machen und nachweisen, sie befände sich wieder im Aufwind. Goebbels orakelte im Völkischen Beobachter, am 20. Januar 1933: „Es beginnt wieder das große Wandern unter den Massen, und zwar in Richtung auf uns hin.“ Man habe „den Sieg so gut wie sicher in der Tasche“. Das war zwei Tage vor der SA-Provokation am Bülowplatz.

Antwort der Kommunisten

Drei Tage später rief die Kommunistische Partei ihre Berliner Mitglieder zu einer Gegenkundgebung an gleichem Ort. In langen Zügen bewegten sich die Genossen in das Zentrum. Viele Teilnehmer erinnerten sich noch nach Jahrzehnten des Marsches bei schneidender Kälte, der warmen Getränke, die ihnen am Straßenrand Arbeiterfrauen reichten, und der sie alle beherrschende Stimmung: Den Faschisten werden wir nicht weichen. Am Ziel zogen sie an Ernst Thälmann, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, John Schehr und Walter Ulbricht vorbei. Der Wille entschiedener Kampfbereitschaft war ausgedrückt und bestärkt. Und zugleich können solche Demonstrationen das Bewusstsein von Macht vermitteln, die in Wirklichkeit nicht verfügbar ist.

Niemand unter den Demonstrierenden und auf der Tribüne am Liebknecht-Haus vermochte sich an diesem Abend vorzustellen, dass die Führung der Partei keine zwei Wochen später nicht mehr an ihrem Sitz, sondern nur illegal würde zusammenkommen können. Das geschah am 7. Februar in Ziegenhals im Weichbild Berlins. Dort hielt Thälmann seine letzte Rede vor Mitgliedern des ZK und Funktionären der KPD. Seit neun Tagen war Hitler Reichskanzler, die Preußische Polizei unterstand Göring. Das Kräfteverhältnis hatte sich entscheidend verändert. Nun ging es nicht mehr um Straßendemonstrationen. Der sich etablierenden Diktatur ließ sich mit Erfolgsaussicht nur mit der Waffe des Generalstreiks entgegentreten. Doch die Aussicht, zu wiederholen, was 13 Jahre zuvor die Putschisten unter Kapp und Lüttwitz zurückgeschlagen hatte, stand schlecht. Hitler hatte nicht geputscht und achtete peinlich, die Fassade des legalen Weges unbeschädigt zu lassen. Das hatte ihm vorab die Zusage der Führung der SPD eingetragen, sie werde, wenn er sich an die Regeln des Parlamentarismus halte, auch selbst sich an diese gebunden fühlen.

Durch nichts hatte die Clique, die erklärtermaßen die Demokratie liquidieren wollte, diesen „Bonus“ verdient. Damit war die sozialdemokratische Mitgliedschaft und die ihrer paramilitärischen Eisernen Front an die Kette gelegt und einzig auf Wahlkämpfe orientiert. Und die ebenfalls nach Zehntausenden zählenden Mitglieder der KPD und des Roten Frontkämpferbundes, viele zum Heer der Arbeitslosen gehörend, konnten nicht daran denken, auf sich gestellt und gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Arbeitenden in den Generalstreik zu führen. Die gegenseitigen Erklärungen von Politikern der Sozialdemokratie und der Kommunisten, dass Arbeitereinheit angesichts der Bedrohung von Gut und Blut, Leib und Leben das Gebot der Stunde sei, stießen jeweils ins Leere. Es fehlte dafür ein Aktionsprogramm und – wichtiger noch – eine Vertrauensbasis. In den Monaten vorher war die Zeit dafür ungenutzt verflossen. Keine Seite hatte den der Situation einzig angemessenen Ruf erhoben: Begraben wir unsere Kriegsbeile. Verlassen wir unsere seit 1914/18 verteidigten Schützengräben. Hat Thälmann um dieses „Zu spät“ gewusst, als er in Ziegenhals redete? Hat er an die Chance der Offensiven geglaubt, zu denen er aufrief? Oder hat ihn die Pflicht geleitet, Resignation zu bekämpfen und Mut zu stiften? Genau wissen wir das nicht.

junge Welt, Sonnabend, 09.02.2008, S. 15.

Flammendes Menetekel

Vor 75 Jahren: Der Reichstagsbrand in Berlin und die Aussetzung von Grundrechten

Kein einzelnes Ereignis aus der Vorkriegszeit der faschistischen Diktatur in Deutschland hat Historiker und vor ihnen schon Zeitgenossen so beschäftigt und seine Deutung sie derart entzweit wie der Brand des Reichstages in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933. Einvernehmen herrscht nur über die Nutznießer. Doch mit der Frage „Cui bono?“ allein, dies lernen künftige Kriminalisten und die Konsumenten der endlosen Folge von Krimis, die das Fernsehen sendet, wissen es inzwischen auch, lassen sich Täter zweifelsfrei nicht ermitteln.

Seit die 1945 entmachteten Faschisten nicht mehr verbreiten konnten, Kommunisten wären die Brandstifter gewesen, verlor diese Lüge an Einfluss. Umstritten blieb, ob der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe den Brand aus eigenem Entschluss gelegt hatte oder ob die Faschisten, im Wissen um diesen Feueranzünder und ihn lenkend, das Unternehmen selbst hochgeheim in Szene gesetzt hatten.

Marinus van der Lubbe allein? Nein.

Erbittert bekriegten sich in den 60er Jahren in der Bundesrepublik Historiker und Publizisten, die diesen oder jenen Hergang verfochten. Ehrgeiz, sich als bessere Quellenkenner und -kritiker öffentlich hervorzutun, spielten in die Dauerkontroverse erkennbar hinein, die in Vorwürfen der Quellenfälschung gipfelte. Inzwischen schlossen sich namhafte Spezialisten der Deutung an, die van der Lubbe als Alleintäter ansieht. Doch mit welcher Autorität das auch vorgetragen wird, die überlieferten Quellen bestätigen keine Version in einem Grad, der Einwände nicht mehr zuließe oder sie als konstruiert und völlig abwegig erscheinen lässt.

Dann nahmen Forscher aus einer anderen Generation sich dem Ereignis an – und das auf eine naheliegende und im Grunde längst überfällige Weise. Sie prüften im Experiment, ob die Brandlegung mit den von van der Lubbe benutzten Mitteln, und wie er sie geschildert hatte, hervorgerufen werden konnte. Das Ergebnis eines Großversuchs, von Leuten mit physikalischen und chemischen Spezialkenntnissen in Berlin-Neukölln in Kontakt mit Spezialisten des Landeskriminalamtes der Hauptstadt unternommen, besagte: Mit Kohlenanzündern und seiner entzündeten Jacke konnte der Täter, der schon bei Brandstiftungen in den Tagen zuvor gescheitert war, das Feuer nicht legen. Der Rest, das sind und bleiben Vermutungen oder Spekulationen.

Als es um Leben oder Tod ging

Denkwürdig bleibt das im Dafür und Dawider nahezu verloren gegangene Verdienst Georgi Dimitroffs, der in Leipzig die gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und gegen die Kommunistische Internationale erhobene Anschuldigung der Brandstiftung blamierte. Doch auch die im Gerichtssaal 1933 und im Zusammenhang mit dem sogenannten Reichstagsbrandprozess öffentlich vorgetragenen Argumente unterliegen der Quellenkritik. Und das umso mehr, als sie nicht in einem quasi akademischen Streit um die Wahrheit dargetan wurden, sondern im Ringen um Leben oder Tod von Gefährten des antifaschistischen Kampfes. Denn das Reichskabinett hatte mit rückwirkender Kraft ein Gesetz beschlossen, das die Brandstifter dem Scharfrichter ausliefern sollte. Daran wollten die beteiligten Minister Göring und Frick als Angeklagte in Nürnberg 1945/1946 nicht mehr erinnert werden, als sie glaubten, sich auf den Grundsatz „Nullum crimen sine lege“ berufen zu können. Sie hatten, indem sie beschlossen, Straftaten nach Gesetzen und Paragraphen zu bewerten, die erst nach der Tatzeit beschlossen und verkündet worden waren, van der Lubbe aufs Schafott gebracht.

Die Erinnerung an den Brand lässt an eine Serie ähnlicher Verbrechen denken, die, ob aus eigener oder fremder Inszenierung hervorgegangen, in politischen Kämpfen benutzt wurden. Dazu gehört, kaum noch erwähnt, der „Zwischenfall“, herbeigeführt um den Vietnamkrieg der USA zu rechtfertigen. So auch geschehen und in aller Erinnerung nach dem 11. September. Jedoch waren die Naziführer nicht die Erfinder dieser Praxis. Otto von Bismarck nutzte ein gegen ihn gerichtetes gescheitertes Attentat dazu, das Sozialistengesetz im Reichstag durchzusetzen.

Je weniger Menschen sich auf schockierende Ereignisse selbst einen Vers machen können, um so besser für jene, die ihnen ihre Interpretation vorsagen und erklären, die Untat verlange im Interesse aller Anständigen oder Friedfertigen eine Antwort. So auch geschehen nach dem Brand des Baus, der 1896 inmitten Berlins errichtet und nun in eine Ruine verwandelt worden war.

Schreckensbild: Linke an der Regierung

Auf den Straßen des Reiches erschienen – es waren noch vier Tage bis zur Wahl des Reichstags – Plakate, die den Aufruf, Hitler und die Liste der NSDAP zu wählen, mit dem Appell verbanden „Zerstampft den Kommunismus! Zerschmettert die Sozialdemokratie!“ Ein Schreckensbild wurde gemalt für den Fall, dass Deutschland eine Regierung der Linken erhielte. Von ihr würden „Bürger als Geiseln an die Wand gestellt“ und „den Bauern der rote Hahn aufs Dach gesetzt“ werden. Erzeugt werden sollten eine hysterische Stimmung gegen die Parteien der Linken und Ängste, die den Faschisten Schutz suchende Massen zutrieben. So hatten die Faschisten schon in vorausgegangenen Wahlkämpfen operiert, als sie behaupteten, nur einer rettet uns vor dem Bolschewismus – Hitler. Was die Bürgerschreck-Agitation in den ersten Märztagen 1933 noch bewirkte, ist nicht messbar. Victor Klemperer notierte: „Ich kann mir nicht denken, dass irgendjemand wirklich an kommunistische Täter glaubt statt an bezahlte Hakenkreuz-Arbeit.“

Die agitatorische Ausbeutung des Brandes war jedoch nur eine Seite der faschistischen Attacke. Er diente zur Begründung für eine präparierte Notverordnung, die die demagogische Bezeichnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ erhielt. Sie setzte Grundrechte der Bürger wie die persönliche Freiheit, die Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung, der Versammlung und Organisation, sowie das Brief-, Post- und Telefongeheimnis auf unbegrenzte Zeit außer Kraft. Die Reichsregierung erhielt das Recht, in Belange von Landesregierungen einzugreifen. Strafbestimmungen wurden verschärft und der Eindruck erweckt, als herrsche in Deutschland Bürgerkrieg, der insbesondere das Leben von Staatsmännern bedrohe. Die Verordnung verkleidete den nun einsetzenden Staatsterrorismus mit dem Mantel der Legalität um.

Die Regierung machte von ihren Ermächtigungen augenblicklich Gebrauch. Sie ließ politische Gegner verhaften, vornehmlich Politiker und Funktionäre der KP, und in Gefängnisse, SA-Treffpunkte und provisorisch errichtete KZ verschleppen, wo sie sadistische und mörderische Torturen erlitten. Die Machthaber, denen es um die Sicherung ihres Regimes auf lange Sicht zu tun war, ließen ihre Büttel sich austoben. Dauernd sollten auch diejenigen ihrer Gegner zum Schweigen gebracht werden, die ihnen als scharfe Widersacher in Wort und Schrift entgegengetreten waren. Der Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, der zur antifaschistischen Einheit gerufen hatte, der Schriftsteller Erich Mühsam, der Rechtsanwalt Hans Litten und andere wurden noch am Tage der Verkündung der Verordnung inhaftiert. Keiner von ihnen überlebte das Naziregime.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. Februar 2008, S. 22.

Familie im Geist

Mehr als Schall und Rauch: Der bundesdeutsche Straßennamenkampf im Ost-West-Vergleich

Dass die Deutschen Exportweltmeister sind, lässt sich anhand von Zahlen nachprüfen. Dass ihnen die Handballweltmeisterschaft gelang, können sie mit einem Pokal beweisen. Dass sie auch die Weltmeister in der sogenannten Bewältigung ihrer eigenen Geschichte wären, nehmen manche von ihnen gelegentlich in Anspruch. Da wird es mit Beweisen schwieriger, mit Behauptungen hingegen leichter.

Eine Antwort, wie es die Bewohner dieses Landes mit ihrer (und anderer) Vergangenheit halten, lässt sich jedoch gewinnen, wenn Namensgebungen im öffentlichen Raum durchmustert werden. Wie heißen Plätze und Straßen in den Städten? Welche Namen tragen herausragende Gebäude wie Versammlungs- und Sporthallen? Welcher Personen und Ereignisse werden durch Denkmäler oder Gedenktafeln gedacht? Welche Namen finden sich auf Erinnerungstafeln in Kirchen?

Auf diesem Sektor hapert es mit der sogenannten Bewältigung in deutschen Kommunen erheblich. Im Stuttgarter Stadtteil Obertürkheim heißt eine Straße nach Theodor Leutwein (1849-1921), der 1893 als Offizier zur „Schutztruppe“ nach Deutsch-Südwestafrika entsandt wurde, deren Kommando er wenig später erhielt. Seit 1896 regierte er das eroberte Land zugleich als „Gouverneur“. 1905 abgelöst, schied er als Generalmajor aus der kaiserlichen Armee aus. Die Stuttgarter Straßentaufe war 1937 vorgenommen worden. Zu einer Zeit also, da zwar die Expansionsrichtung europäischer Osten schon bestimmt, die Erinnerung an die 1919 verlorenen Kolonien aber durchaus aufrechterhalten werden sollte. Bei keinem Großaufmarsch der Nazis in jenen Vorkriegsjahren fehlten die „Kolonialkrieger“ in ihren exotisch anmutenden Uniformen, unter anderem zur Erinnerung daran, dass man glaubte, mit Großbritannien noch eine Rechnung offen zu haben.

Mit Leutweins Name und Wirken verbinden sich Versprechen und Betrug, Korruption und Gewalttat. Das waren die wenig originellen Instrumente seiner Kolonialpolitik. Ihre Exekutoren, welcher Staaten auch immer, unterschieden sich einzig durch den Grad, in dem sie dieses Instrumentarium mischten. Gouverneur Leutwein hat sich darüber unmissverständlich geäußert: „Das Endziel der Kolonisierung ist, von allem idealen und humanitären Beiwerk entkleidet, schließlich doch nur das Geschäft. Die kolonisierende Rasse will der Urbevölkerung des zu kolonisierenden Landes nicht das von dieser vielleicht erwartete Glück bringen, sie sucht vielmehr in erster Linie ihren eigenen Vorteil. Ein solches Streben entspricht nur dem menschlichen Egoismus und ist daher naturgemäß.“

Halten wir uns nicht dabei auf, dass hier der Menschennatur zugeschrieben wird, was der Absicht kapitalistischen Gewinnstrebens entspringt. Der Mann kannte seine Aufgabe und Rolle. Wodurch also hätte er verdient, dass an ihn öffentlich erinnert wird? Seit zwanzig Jahren weigern sich die lokalen Demokraten, der nach Leutwein benannten Straße in einem Akt konsequenter Neubesinnung den Namen Nelson Mandelas zu geben. Dafür tritt, folgt man einem Bericht der Stuttgarter Zeitung ein Einzelkämpfer ein, der sich gewiss hätte befragen lassen. Doch stellt das Blatt ihn schmallippig als „den Grünen Willi Schraffenberger“ vor, als wäre er ein stadtbekanntes Original. Nun wird ihm Unterstützung durch Historiker vor Ort zuteil, die an den „vergessenen Völkermord“ gegen das Volk der Nama erinnern. Die Fraktion der Grünen hat indessen schon den Rückzug angetreten. Sie will zufriedengestellt sein, wenn den Straßenschildern eine Erläuterung zur Person des Kolonialpolitikers beigegeben wird.

Das ist ein pikanter Vorschlag. Denn wenn ein solcher Text der Wahrheit verpflichtet sein sollte, wäre derlei Kommentar – nolens volens – von entlarvender Kraft. Ob dieser Vorschlag eines oberfaulen Kompromisses die Obertürkheimer Größen der Lokalpolitik anderen Sinnes machen wird, bleibt abzuwarten. Denn da sind als Argument noch die Bewohner der Straße. Die sind, glaubt man den Berichten, nicht eben Aktivisten der Bewältigung deutscher Geschichte. Von ihnen wird mitgeteilt, dass ihnen eine Umtaufe ziemlich gleichgültig ist.

Ein ganz anderer Straßennamenkampf wird in Rostock geführt. Im Neubaugebiet des Stadtteils Toitenwinkel wurden 1986 neue Straßen benannt. Erinnert wurde an Bertha von Suttner, Albert Schweit-

zer, an den Finnen Urho Kekkonen und den Grafen Claus von Stauffenberg, auch an Michail Kalinin und Ilja Ehrenburg. Während die Taufe auf den Namen des Staatsoberhauptes der UdSSR und Stalins Weggenossen 1990 widerrufen wurde und die Straße den Namen Martin Niemöllers erhielt, hatte die auf den Namen des sowjetischen Schriftstellers, Antifaschisten und Kommunisten Bestand. Den bestätigte auch eine 1998 erfolgte Umfrage bei Hausbewohnern der Straße.

Doch die Union der alten und jungen Schwarzen hat das nicht angefochten. Mit den bekannten Argumenten, die Ehrenburg auf den Deutschenhass reduzieren und ihn zum – erfundenen – gnadenlosen Prediger von Gewalttaten gegen die Besiegten verfälschen, sollte eine Umbenennung erzwungen werden. Da wollten die Nazis der Stadt nicht zurückbleiben und benannten die Straße schon einmal symbolisch in Rudolf-Heß-Allee um. Dagegen hat sich im Umfeld des Rostocker Friedensbündnisses eine „Initiative Ilja Ehrenburg“ gebildet, die in einem klugen, Widersprüche und Konflikte im Leben Ehrenburgs nicht auslassenden Faltblatt die Bürger sachlich informiert hat.

Da wie dort ist das letzte Wort nicht gesprochen. Da wie dort stehen sich Kontrahenten gegenüber, von denen die einen mit geschichtlichen Fakten argumentieren, die anderen mit Legenden. Der Vergleich drängt die Vermutung auf, dass die Verteidiger der Leutweinstraße in Stuttgart-Obertürkheim und die „Erneuerer“ in Rostock-Toitenwinkel eine Verwandtschaft aufweisen. Und damit diese Familie im Geiste nicht als die bloße Ausnahme angesehen wird, sei angefügt, dass es noch in neun Kommunen der Bundesrepublik Straßen gibt, die an Leutwein erinnern, was eine gewisse Gründlichkeit der Traditionspflege in Hitlerzeiten bezeugt. So in München, wo die Lokalpolitik auf halbem Wege stehenblieb und sich mit der Umtaufe der nach dem Leutwein-Nachfolger General Lothar von Trotha (1849-1920) benannten Straße begnügte. Und so auch in Düsseldorf, wo die Partei Die Linke sich für das längst Überfällige einsetzt. Könnte nicht der Herr Bundespräsident, der jüngst bei einem Besuch in Afrika so warme Worte für die Menschen und deren Sorgen und Probleme fand, die Initiativen in Stuttgart und Düsseldorf ein wenig ermutigend unterstützen? Das zu denken scheint noch möglich; dass er den Vernünftigen in Rostock beitrete, hingegen ein allzu verwegener Gedanke.

junge Welt, Montag, 25.02.2008, S. 12.

Betrügerische Farce

Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 im Konzept faschistischer Machtbefestigung

Am ersten Sonntag des März 1933 wurden die Deutschen wieder an die Wahlurnen gerufen. Der Reichstag, der erst vier Monate zuvor gewählt worden war, hatte, ohne irgendeine Spur in der Geschichte der Republik zu hinterlassen, ausgedient und den Reichskanzler General Kurt von Schleicher nur um Tage überlebt. Zwischen den Koalitionspartnern, den Hakenkreuzfaschisten und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot war vereinbart worden, die Etablierung ihres Regimes mit einer Neuwahl zu verbinden. Darin äußerte sich ein Wandel, der sich beim Schritt Hitlers vom Parteiführer zum Reichskanzler vollzogen hatte. Denn nach der Niederlage vom November 1932, als die NSDAP bei der Reichstagswahl zwei Millionen ihrer Stimmen verlor, war es den Nazis nicht nach weiteren Wahlgängen zumute gewesen. Die waren bisher Vehikel ihres Aufstiegs gewesen. Nun hatte eine Wahl bezeugt, was vorausgesagt worden war: Die Mehrheit der Deutschen als Wähler hinter die NSDAP zu bringen, war ein Traum. Obendrein waren die Kassen der NSDAP leer. Also hatte es im Dezember, anders als Monate zuvor gegen Franz von Papen, keinen Misstrauensantrag der Naziabgeordneten gegen von Schleicher gegeben, den Hindenburg Hitler vorgezogen hatte.

Legal kostümiert

Nun aber war eine neue Konstellation hergestellt. Auf der Woge des Sieges vom 30. Januar ließ sich ein anderes Wahlergebnis erhoffen. Nun trat der Reichskanzler Hitler an. Nun würde der Erfolg bestechen. Nun ließen sich den Kontrahenten die Bedingungen ihres Wahlkampfes verschlechtern. Und das hielt die NSDAP auf dem Weg, der Machtetablierung den Mantel der Legalität überzustülpen. Sie hoffte, Hitlers Kanzlerschaft, die parlamentarisch nicht durchzusetzen gewesen war, würde nachträglich von einer Mehrheit der Deutschen legitimiert werden und er sich rechtens „Volkskanzler“ nennen können. Auch ein Kassensturz in der NSDAP-Zentrale war überflüssig. Jetzt ließen sich unschwer neue Geldquellen erschließen und alte reichlich sprudeln machen.

Von einer Initiative, die darauf gerichtet war, existieren verlässliche Quellen. Am 20. Februar versammelte sich im Palais des Reichstagspräsidenten, eines der wenigen Gebäude, das den Luftkrieg später nur mit vergleichsweise geringen Beschädigungen überstand und wo Hermann Göring Hausherr war, eine Gruppe geladener Gäste, denen nach einer Rede Hitlers der Bankier Hjalmar Schacht zugerufen hatte: Und nun, meine Herren, zur Kasse, bitte. Darauf hatten diese nicht Geldbörsen, sondern Scheckbücher gezogen und sich als Wahlkostenspender umso großzügiger gezeigt, als ihnen Göring versicherte, das würde über ihre Lebzeiten hinaus die letzte Wahl sein. Investitionen zugunsten der Abschaffung der Demokratie auf Dauer also.

Dass diese Wahl als ein Schritt auf dem Weg in die Diktatur inszeniert wurde, konnte auch den beiden Parteien nicht verborgen bleiben, an deren unwandelbarer Gegnerschaft zum Faschismus Zweifel nicht sein konnten, der kommunistischen und der sozialdemokratischen. Folglich standen sie vor der Frage, teilnehmen oder die Mitwirkung an einer Farce verweigern, deren betrügerische Zwecke doch durchsichtig waren. Wahlboykott also? Beide entschieden sich, anzutreten und sich den siegestrunkenen Sturmabteilungen entgegenzustellen. Dazu gehörte der Mut jedes ihrer Aktivisten umso mehr, als inzwischen die Polizei, die in der Republik dem Terror der Hakenkreuzler mitunter noch Einhalt geboten hatte, diese Rolle diesmal nicht mehr spielte. Sie agierte – vor allem – in Preußen einträchtig mit inzwischen zu Hilfspolizisten erklärten ausgewählten SA-Leuten.

Terror und Taumel

Was also ließ sich für die Nazigegner erreichen? Das Bewusstsein, nicht kampflos aufgegeben zu haben. Das Wissen darum, wie viele sie noch waren und daraus Hoffnung für einen Wandel zu schöpfen, von dem schon niemand mehr wusste, wie er zu erreichen war. Hoffnungen ließen sich auch daran knüpfen, dass dieses Regime sich entlarven und scheitern würde. Und diese wurden gehegt und gleichsam als Hilfskräfte angesehen. So haben Kommunisten und Sozialdemokraten schon nicht mehr unter Bedingungen, die legal genannt werden können, Flugblätter verteilt, Plakate geklebt, Losungen an Wände gemalt. Und in den letzten Tagen vor der Wahl erlebt, wie ihre Genossen als an-

gebliche Reichstagsbrandstifter und Terroristen in die Konzentrationslager der SA geschleppt wurden. Keine Rede mehr von der Gleichheit der Bedingungen politischen Hervortretens. Das galt auch für jene Politiker bürgerlicher Parteien, die sich als unwandelbare Gegner einer Nazidiktatur kenntlich gemacht hatten.

Das Kennzeichen der Wahl war ein nationaler Rummel ohne Beispiel. Die Feier des 30. Januar als „nationale Erhebung", als „Aufbruch der Nation" verband sich mit Versprechungen, die Hoffnungen auf eine ganz neue Etappe deutscher Geschichte und Größe weckten, die die als „Systemzeit" verächtlich gemachte Republik, die zudem als Projekt der „Marxisten" bezeichnet wurde, und das Elend der Krise vergessen lassen werde. Neben Hindenburg erschien Hitler in der Werbung als Fortsetzer der Werke des Preußenkönigs Friedrich II. und Otto von Bismarcks. Er, der bis dahin als Staatslenker nichts fertiggebracht hatte, würde, wenn man ihn nur machen ließe, als Wundertäter wirken. Hitler präsentierte sich als Mann des Volkes und verkündete als einen Grundsatz seiner Politik: „Wir wollen nicht schwindeln, und wir wollen nicht lügen."

Als die Stimmen am Abend des 5. März ausgezählt waren, ergab sich, dass eine absolute Mehrheit für die Hitlerpartei nicht erreicht worden war. Sie verbuchte 44 Prozent der Stimmen. Das waren gerade einmal sieben Prozent mehr, als sie im Juli 1932 erreicht hatte. Über die 50-Prozent-Marge kam die Regierungskoalition jedoch knapp, da die Deutschnationalen die fehlenden Prozente beisteuerten. Deutschland hatte demnach eine Staatsführung, zu der sich mehr als die Hälfte der Abstimmenden in einer Wahl bekannte, die noch frei, jedoch nicht gleich genannt werden konnte. Das bedeutete für die Diktatoren eine Startsituation, die sie hoffen ließ. Indessen reichte dieses Ergebnis für sich genommen nicht, auch den nächsten Schritt zu gehen, ohne als Putschist zu erscheinen. Das Parlament selbst sollte nun jene Bestimmungen der Verfassung dauernd außer Kraft setzen, die das Regierungshandeln seiner Zustimmung und Kontrolle unterwarf. Dafür mussten zwei Drittel der Reichstagsabgeordneten mobilisiert werden.

Von den Kommunisten ließ sich ebenso wenig wie von den Sozialdemokraten erwarten, dass sie ihre Zustimmung einem Gesetz liehen, mit dem sich diese Regierung diktatorische Vollmachten verschaffte. Rechnerisch stellt sich das Vorhaben der Machthaber so dar: die Kommunisten hatten 4,8 Millionen Wähler mobilisiert und, faktisch schon illegalisiert, gegenüber den Novemberwahlen mehr als eine Million Stimmen verloren. Die Sozialdemokratie rekrutierte 7,2 Millionen Wähler und erzielte bei geringeren Einbußen als die KPD ein ebenfalls respektables Ergebnis. Gemeinsam hatten die beiden Parteien mehr als 30 Prozent der Wähler gewonnen, ein Resultat, mit dem sich eine bürgerliche pronazistische Zweidrittelmehrheit zugunsten der Hitlerregierung nicht verhindern ließ. Doch würden wenige Abgeordnete des bürgerlichen Lagers, von dem nur Reste geblieben waren, deren größte Teile die katholischen Parteien, Zentrum und Bayerische Volkspartei bildeten, schon ausreichen, den Plan, die Diktatur in einem parlamentarischen Akt segnen zu lassen, zum Scheitern zu bringen. Hitler und sein Kabinett hatten nicht die Absicht, es auf dieses Risiko ankommen zu lassen.

Quellentext: Schreiben von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Hitler

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Wir beehren uns, davon Kenntnis zu geben, dass das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24. März 1933 unter dem Vorsitz des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Sitzung zusammentrat, in der zu der politischen Entwicklung Stellung genommen wurde. Das Präsidium vertrat einmütig folgenden Standpunkt:

Durch die Wahlen ist die Grundlage für ein stabiles Regierungs-Fundament geschaffen, und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben, und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie – als die wirtschaftspolitische Vertretung – wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.

Reichsverband der Deutschen Industrie, 24. März 1933[1]

junge Welt, Sonnabend, 01.03.2008, S. 15.

---

[1] Zitiert nach Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975.

Der letzte Vortrag

Samuel Steinherz – ein Glück für die Zunft

Mit dem emeritierten Innsbrucker Universitätsprofessor und langjährigen Leiter des dortigen Archivs, dem Historiker Gerhard Oberkofler, hat sich einer der besten Kenner österreichischer Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der Biografie eines Mannes angenommen, der mehrfach verdient, dass seines Lebens und Wirkens gedacht wird – eines langen Weges, der im Hauptland der k. u. k. Monarchie begann, sich in dessen tschechischem Landesteil, dann in der Tschechoslowakischen Republik fortsetzte und im deutsch-faschistische Protektorat Böhmen und Mähren durch Mörderhände endete: Samuel Steinherz.

Die Verdienste, die sich der in Güssing im Südburgenland Geborene, der in Graz aufwuchs und studierte und dann seine ersten Forscherarbeiten am Institut für österreichische Geschichtsforschung in Wien betrieb, um die Historiographie des Landes erwarb, mögen in erster Linie für seine engeren Fachkollegen interessant sein.

Steinherz hat sich in der Zunft der Mediävisten und frühen Neuzeitler einen Namen vor allem durch die Bearbeitung der aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stammenden Nuntiaturberichte aus Deutschland gemacht, wovon er mehrere Bände vorlegte. Doch die beeindruckende Stärke der Studie Oberkoflers drückt sich darin aus, dass er den Werdegang des Gelehrten fest in den sozialen, politischen und geistigen Verhältnisse seiner Zeit und Umgebung wahrnimmt.

Wer frühere Arbeiten des Autors kennt, den überrascht nicht, dass er das in klarer Entgegensetzung zu Versuchen tut, die das Bild der reaktionären, konservativen, deutschnationalen Intelligenz der Monarchie schönen und dazu namentlich deren ganz und gar gesellschaftsfähigen Antisemitismus der Gesinnung und der Tat auslassen. Den bekam Steinherz schon beim Versuch zu spüren, nach seiner Promotion in Graz Fuß zu fassen und auch, als er sich in Wien eine wissenschaftliche Karriere durch Leistung zu eröffnen gedachte. Für die Geschichtsschreibung war es ein Glück, dass er, nachdem er auf das ihm aussichtsreicher erscheinende Feld der Rechtswissenschaft ausgewichen war und auch dort promoviert hatte, doch zur Historie zurückkehrte. Steinherz, ein unermüdlicher und ganz seinem Metier hingegebener Arbeiter, war nahezu 40 Jahre, als er sich finanziell soweit gesichert sah, dass er eine Familie gründete.

Bei einer Berufung in Innsbruck nicht berücksichtigt, war seine Qualifikation doch aus diesem Anlass so klar herausgearbeitet worden, dass er 1901 auf eine Lehrkanzel an die Karl-Ferdinands-Universität in Prag berufen wurde. Dort lehrte er weiter, als diese sich in die Deutsche Universität wandelte, bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden. Diese Lebensphase führt schon am Beginn der 20er Jahre in die Geschichte der Faschisierung zuerst eines zunehmenden Teils der Studenten, dann auch der Hochschullehrer und das in einem Grad, der fragen lässt, warum die Republik diese sich zu einer „fünften Kolonne“ formierenden Kräfte gewähren ließ.

Damit schlägt Oberkofler ein Kapitel auf, das in der Sudetendeutschen Landsmannschaft geflissentlich gemieden wird, denn es handelt von den Totengräbern einer Republik und bezeugt, wie jene politische Rechnung aufgemacht wurde, die 1945 auch von denen beglichen werden musste, die sie nicht verursacht hatten. 1922 beantworteten „deutsch-arische“ Studenten die Wahl von Steinherz zum Universitätsrektor mit einem skandalmachenden Streik. Sie besetzten Universitätsgebäude und räumten sie erst, als ihnen die Regierung die Streichung des Semesters androhte. Sinnesverwandte Studenten anderer Universitäten, so in Innsbruck, unterstützten die Aktion und die Argumente, die sie vortrugen. Steinherz hält dem Sturm stand, unterstützt von kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen Verbindungen und Organisationen. Doch der Rektor ist nicht der Mann, der dieser antisemitischen Hetze anders entgegentreten kann als durch die wiederholte Beteuerung, dass er ein Deutscher sei. Die Prager Regierung weigert sich, den Gewählten vorzeitig von seinem Amt zu entbinden und den „Deutschariern“ so ein Zugeständnis zu machen. Doch es erfolgt auch keine Relegierung der Anführer.

In Steinherz’ Biografie wie in der Geschichte der deutschen und tschechischen Juden Prags war das ein Vorspiel nur. Am 6. Juli 1942 wird er mit seiner Frau in das Ghetto-KZ Theresienstadt ver-

schleppt. Dort hat der fast Erblindete am Tage seines 85. Geburtstages und kurz vor seinem Tode noch einen Vortrag über die Geschichte der Juden in Böhmen gehalten.

Gerhard Oberkofler, Samuel Steinherz (1857-1942), Biographische Studie über einen altösterreichischen Juden in Prag. Studien Verlag, Innsbruck 2008. 187 S., geb., 24,90 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 6. März 2008, S. 15.

Bis zum bitteren Ende

Ein Buch zum Weiterdenken: Enzensbergers Geschichte der Familie des Kurt von Hammerstein-Equord

Im Personenlexikon des Nationalsozialismus findet sich sein Name nicht. Versehentlich oder Auslassung nach Prüfung? Der Mann war im Jahre 1 der faschistischen Diktatur in Deutschland Chef der Heeresleitung, also Oberbefehlshaber des Heeres, ein Titel, den sein ungleich bekannter gewordenen Nachfolger Freiherr von Fritsch dann auch wieder erhielt. Der wurde 1938 Opfer einer schäbigen Intrige, deren Ursache und Antrieb Meinungsverschiedenheiten bildeten, die sich zwischen ihm und Hitler über den Zeitpunkt kriegerischer Verwendung der im Aufbau befindlichen Wehrmacht ergeben hatten. Kurt von Hammerstein-Equord lebte da schon als ein Staatsrentner. Er hatte nach eigenem Ersuchen seinen Posten Anfang 1934 geräumt, ohne dass dies auch nur in der Militärkaste besonderes Aufsehen erregt haben würde. Dass er vier Jahre zuvor auf diesen herausragenden Platz gelangt war, rührte aus der Wahl des Reichswehrministers Wilhelm Groener und des Reichskanzlers Heinrich Brüning her. Nun hatte sich auch Groener vorzeitig ins Privatleben zurückziehen und Brüning gar ins Ausland fliehen müssen.

Auf die Zeit, da Hammerstein im Berliner Tiergarten im sogenannten Bendler-Block gearbeitet und mit seiner zahlreichen Familie gewohnt hatte, waren Historiker nur in einem Zusammenhang besonders aufmerksam geworden. Dort hatte er, den frisch ernannten Reichswehrminister vertretend, den Gastgeber für den ersten Auftritt Hitlers vor Reichswehrgeneralen gegeben (siehe jW vom 2./3. Februar 2008). Unter den zu Tische Geladenen hatte sich auch der Admiral und Chef der Reichsmarine Erich Raeder befunden, der als Angeklagter den Internationalen Militärgerichtshof 1946 glauben machen wollte, es sei dabei nur um die Rolle der Streitkräfte als Vaterlandsverteidiger gegangen. Später wurden Aufzeichnungen zweier Teilnehmer gefunden, die das als Lüge entlarvten. Über dieses Treffen hinaus gibt es kein Ereignis, keine Veränderung oder Entwicklung, die für den Namen und das Wirken des Berufssoldaten Hammerstein über den Kreis der Militärhistoriker hinaus Interesse erzeugt hätten.

Nun gelangt der Mann spät zu einem Bekanntheitsgrad, der viel weiter reicht und das durch ein Buch, das Hans Magnus Enzensberger schrieb. Der sagte in einem Interview, ihn habe die Person schon seit Jahrzehnten beschäftigt. Jedoch: Die Biographie des Generals allein hätte schwerlich einen Band wie diesen ergeben. Das machte erst seine und seiner Familie Geschichte zusammen, der Ehefrau, einer Tochter des Putsch-Generals Freiherr von Lüttwitz, die Mutter von sieben Kindern wurde. Deren Lebenswege unterscheiden sich ganz oder phasenweise von denen der Standesgenossen um erhebliche Grade. Und das gilt für einige von ihnen nicht erst in den Jahren der Nazidiktatur. Da sind zwei Töchter, die heranwachsend am Ende der Weimarer Republik feste politische und persönliche Beziehungen zu Kommunisten knüpften, von denen der eine zum illegalen Militärapparat der KPD gehörte und die Komintern und über sie die sowjetische Führung mit geheimen Nachrichten über die Politik der in Deutschland Herrschenden und Regierenden versorgte. Die Geschichte dieser beiden und ihrer Beziehungen allein hätten jede für sich einen Roman- oder Novellenstoff ergeben können. Denn das Leben der beiden Kommunisten endete jeweils früh und durch Mörderhand. Für Werner Scholem im Konzentrationslager Buchenwald, für Leo Roth im verbrecherischen Räderwerk der „Säuberungen“ Stalins. Während die mit Roth eng verbundene Helga von Hammerstein nach einer Eheschließung in bürgerlichen Verhältnissen lebte, blieb ihre Schwester Marie Luise über zwei standesgemäße Ehen hinweg ihren Überzeugungen aus Jugendzeit treu, übersiedelte 1949 in die DDR, schloss hier ihre Jurastudien ab und wurde eine angesehene Rechtsanwältin.

Doch derlei schriftstellerische Verwertung seiner Studien lag nicht im Plan Enzensbergers, dessen Buch reale Passagen, die sich wie die Abhandlung eines Historikers lesen, auf Quellenbelege aber verzichten, mit fiktiven mischt, in denen er mehrfach Totengespräche führt, Mitglieder der Familie und ihr nahestehende Verstorbene „interviewt“. So entsteht ein Bild von den Söhnen Ludwig und Kunrat, Offizieren der Wehrmacht, die, für den Frontdienst untauglich geworden, sich in Deutschland aufhalten, Universitätsstudien betreiben, zum weiteren Verschwörerkreis des 20. Juli stoßen und nach

dessen Scheitern untertauchen, bis sie durch den Sieg der Alliierten ihres Überlebens gewiss sein können. So kann der Leser die Leidens- und Schreckenswege der Witwe Hammersteins und ihrer beiden jüngsten Kinder Franz und Hildur verfolgen, die nach dem Attentat auf Hitler als „Sippenhäftlinge“ über die KZ Buchenwald und Dachau schließlich bis nach Südtirol verschleppt, dort aber befreit werden. Nur Maria Therese, deren Weg nach Japan führte, entging den Bedrohungen dieser Verfolgungswelle ganz.

Unmöglich sich diesem menschlich-anrührenden Bericht von dramatischen Lebenswegen zu entziehen, gewählten und erzwungenen. Hinter denen mehrerer seiner Kinder scheint der des Vaters nahezu zu verblassen. Der meint, es müssten die Deutschen den 1933 eingeschlagenen Weg bis zum bitteren Ende zurücklegen, gleichsam den Kelch bis auf den Grund leeren. Jedes Eingreifen, das den Ablauf hin zu Niederlage und Katastrophe verkürzte, würde das Volk nur um eine bleibende Lehre bringen und es erneut in Legenden fliehen lassen. So ließ sich auf dem Familiengut in Steinhorst bei Celle gut denken und eine Begründung dafür geben, den Aufforderungen zum Mittun gegen Hitler zu wehren. Der General, der nur für Wochen bei Kriegsbeginn noch einmal aktiviert wurde, hat da wie dort nicht mitgetan. Das hebt ihn aus der Schar derer heraus, ohne die der Oberste Befehlshaber nicht bis Stalingrad und in den Mai 1945 gelangt wäre. Das hebt ihn aber auch von jenen ab, die das Wagnis der Revolte eingingen. Er war, anders als Enzensberger meint, so kein Gegner und Widersacher. Die realen und fiktiven Urteile seiner Söhne über den Vater, beispielsweise das von Ludwig referierte „Er wollte nie etwas mit den Nazis zu tun haben“, kommen der Wahrheit nahe. Er hielt sich heraus und ging – jagen und fischen.

Dieses Buch macht nachdenklich in vielerlei Richtung. Man muss sich davon nicht durch jene Textstellen abbringen lassen, die den Autor als einen Mann zeigen, der dem adligen Konservativen mehr Sympathie entgegenbringt als denen, die auf einen Wandel gesellschaftlicher Zustände hinstrebten. Denen schreibt er die Parteinahme für eine „verlorene Sache“ zu. Darüber mag das letzte Wort nicht gesprochen sein.

Hans Magnus Enzensberger: Hammerstein oder der Eigensinn. Eine deutsche Geschichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 376 S., 22,90 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 13.03.2008.

Hitlers Diener

Der endgültige Akt der Machtübertragung am 21. März 1933.

Die Reichsverfassung räumte den am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten zwar 30 Tage für ihre Konstituierung ein, doch schon 16 Tagen nach der Wahl fand die erste Sitzung des neugewählten Reichstags statt (dazu jW v. 1.3.2008, S. 15). Nach dem Willen der Reichsregierung sollte er die einzige ihm zugedachte Aufgabe – die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes – rasch hinter sich bringen, und dann von der politischen Bühne abtreten.

Das Vorhaben bekam ein Vorspiel, als dessen Ort die Garnisonskirche in Potsdam gewählt wurde. Kein zweiter im Deutschen Reich verband gleichermaßen Herrscher- und Preußentum, Militär- und Kriegswesen. In dem 1734/35 auf Befehl des Soldatenkönigs errichteten Bau waren Generationen preußischer Soldaten auf das „Für Gott, König, Vaterland“ eingeschworen worden. Hier befand sich die Grabstätte des Preußenkönigs Friedrich Wilhelms I., an dessen Seite sein Sohn Friedrich II. gegen seinen Willen beigesetzt worden war. Hier standen einst Zar Alexander von Russland und vor ihm Napoleon I. In diesem Gemäuer hatte Johann Sebastian Bach die Orgel gespielt.

Potsdam, das war die glatte Entgegensetzung zur Klein- und Klassikerstadt an der Ilm, wohin sich – das noch unruhige, von nachrevolutionärem Beben erschütterte Berlin meidend – die Abgeordneten des konstituierenden Parlaments, der Nationalversammlung, im Frühjahr 1919 zurückgezogen hatten. In Weimar war von ihnen die Verfassung beschlossen worden, die wie die ganze Republik das Prädikat „die Weimarer“ bekam. Dieses Staatsgrundgesetz hatten in den jüngst verflossenen Jahren schon die Regierungen Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher zunehmend missachtet. Sie handelten an seinem äußersten Rand, wenn auch nicht den Wortlaut, so doch den Sinn der Verfassung in dessen Gegenteil verkehrend. Die sollte nun abgeschafft werden.

Pomphafter Auftakt

Also von Weimar nach Potsdam und zu einem pomphaften Auftakt. Das Drum und Dran der Inszenierung war wichtiger als das, was Hitler im Kircheninneren zu sagen hatte. Jeder Schritt besaß Symbolgehalt. Zunächst versammelten sich die Abgeordneten je nach Bekenntnis oder Gutdünken zu Gottesdiensten in einer evangelischen oder katholischen Kirche. Wenngleich Hitler ihnen fernblieb, war dennoch bekundet, dass Rechte und Autorität der Religionsgemeinschaften geachtet werden sollten. Hitler, edelschwarz gekleidet und sich so von den anderen Ministern nicht unterscheidend, empfing den kaiserlichen Generalfeldmarschall und Weltkriegshelden von Hindenburg vor dem Kirchenportal devot und mit einem schülerhaften Diener. So wurde ausgedrückt, welche Tradition respektiert, gepflegt und fortgesetzt werden sollte. Dann – und das bekräftigend – der Abstieg in die Gruft mit den Sarkophagen der Preußenkönige. Schließlich die Parade von Reichswehreinheiten und Formationen der SA. Sie sollte über eine Konkurrenz hinwegtäuschen und ein Bündnis demonstrieren, das tatsächlich nicht existierte. Erst mehr als ein Jahr später, am 30. Juni 1934, schuf Hitler mit dem blutigen Röhm-Putsch klare Verhältnisse.

Weder in Weimar noch in Potsdam waren unter den Abgeordneten Mitglieder der Kommunistischen Partei. 1919 hatte sie die Wahl noch boykottiert und besaß in der Nationalversammlung folglich keine Fraktion. 1933 war sie illegalisiert, viele ihrer Abgeordneten lebten im Untergrund, andere hatte die SA in Konzentrationslager verschleppt. Ihr Vorsitzender Ernst Thälmann war verhaftet, Ernst Torgler, bisher Vorsitzender ihrer Reichstagsfraktionen, hatte sich der Polizei aus eigenem Entschluss gestellt. Dem Spektakel zu Potsdam waren zudem die Sozialdemokraten ferngeblieben. Wer an die Rolle dachte, die den Abgeordneten dieses Reichstags zugedacht war, konnte durch den „Tag von Potsdam“ sich nur an ein schlechtes Theaterstück erinnert fühlen.

Mit dem Ermächtigungsgesetz zum Totengräber der Republik.

Zwei Tage später versammelte sich dieser Rumpfreichstag unweit der Reichstagsruine in der am Rande des Tiergartens gelegenen Kroll-Oper. Die Abgeordneten hatten sich den Weg teils durch versammelte Faschisten zu bahnen, die in der Umgebung des Hauses und noch im Sitzungssaal eine

Drohkulisse schufen. Der einzige Zweck der Veranstaltung bestand darin, den Entwurf des Ermächtigungsgesetzes zu verabschieden, was bedeutete, sich zum Totengräber der Republik zu machen. Daran änderte auch der demagogische Titel des Textes nichts, der den Akt zur patriotischen Tat stilisieren sollte: Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ umfasste nicht mehr als fünf Artikel und wurde am folgenden Tag, dem 24. März, im Gesetzblatt verkündet. Es trug die Unterschriften Paul von Hindenburgs und Hitlers, sowie der Reichsminister Wilhelm Frick (Inneres), Konstantin Freiherr von Neurath (Auswärtiges) und Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (Finanzen), mithin die von zwei Naziführern und drei adligen Herren, die sich den Deutschnationalen zugerechnet haben dürften. Das wird hier angemerkt, weil noch immer der falsche Eindruck verbreitet wird, es sei die Zerstörung der Republik das Werk von braununiformierten Horden junger Leute gewesen.

Das Gesetz billigte im Artikel eins der Reichsregierung das Recht zu, Reichsgesetze zu beschließen, wozu vermerkt wurde, dass sie auch den Haushaltsplan eigenmächtig verabschieden und Schulden machen dürfe. Artikel zwei ermächtigte die Regierung dann zur Gänze, Gesetze zu verabschieden, die der Reichsverfassung widersprächen. Die Bestimmung, dass davon die Existenz von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident nicht betroffen werden dürfe, besaß den Charakter eines Dekors. Gezielt war auf die Bürgerrechte, welche das Kabinett nach Belieben beschneiden oder ganz außer Kraft setzen wollte. Artikel 3 beseitigte ausdrücklich das Bürgerrecht auf Volksbegehren und Volksentscheide. Artikel 4 übertrug der Regierung jegliche Entscheidung in Fragen der Außenpolitik. Und der abschließende Artikel, der die Gültigkeit des Gesetzes auf vier Jahre festsetzte, war auch so etwas wie ein Nebelwerfer. Wann je hätten Diktatoren nach vier Jahren die Macht wieder hergegeben, die sie sich verschafft oder ihnen zugeschanzt worden war? Die Abgeordneten machten sich mit der Annahme dieses Entwurfs überflüssig. Sie konnten sich auf ihre Diäten zurückziehen.

Mittäter und Verweigerer

Der Verlauf der Sitzung, die mit der Annahme dieses Gesetzentwurfs endete, ist bekannt. Nach einer Rede Hitlers durften Sprecher der bürgerlichen Parteien ihre Zustimmungen erklären. Das taten die der beiden katholischen ebenso wie jene, die nur Trümmer einst großer Regierungsparteien darstellten. Nicht in allen Vorbesprechungen war über das Abstimmungsverhalten Einmütigkeit erzielt worden. Doch schließlich obsiegte überall die Fraktionsdisziplin. Nach der Kassierung der Mandate der Kommunisten ergab sich eine ungefährdete Zweidrittelmehrheit. Denn einzig die Sozialdemokraten, deren Fraktion als Folge des Terrors nicht mehr mit allen Abgeordneten vertreten war, stimmten gegen den Entwurf (dazu jW v. 19.3., S. 10/11). Ihr Vorsitzender Otto Wels begründete das in einem Auftritt der Mut erforderte. Seine Rede blieb doppelt denkwürdig. Zum einen, weil er mit dem Bekenntnis zur Demokratie das Gedenken an die Verfolgten verband, wobei er freilich jede Erwähnung der am ärgsten vom faschistischen Terror betroffenen Kommunisten unterließ. Zum anderen, weil seine Ansprache nicht frei war von merkwürdigen Passagen bis zur erwähnten partiellen Übereinstimmung mit dem Regierungsprogramm, die er in der gemeinsamen Ablehnung des Versailler Vertrages ausgemacht hatte. Merkwürdig, weil seine Partei niemals für dessen gewaltsame Korrektur eingetreten war, von dieser Regierungspartei hingegen eben dieser Kurs eingeschlagen werden würde.

junge Welt, Sonnabend, 22.03.2008, S. 15.

Antifaschistische Sisyphosarbeit

Aus den Erinnerungen eines Historikers

Kurt Pätzold, Jahrgang 1930, der den Lesern dieser Zeitung nicht vorgestellt werden muss, hat eine Autobiographie geschrieben: Erinnerungen an mehr als ein Dreiviertelja hrhundert Leben in Krieg und Frieden, in drei deutschen Staaten, als Schüler, Student und Hochschullehrer, Forscher und Publizist, in Hörsälen, Archiven, auf Konferenzen und zumeist am häuslichen Schreibtisch. In unserer Ladengalerie wird der Band morgen vorgestellt. Hier folgen daraus zwei Texte. Der erste aus dem Kapitel „Verschlagen nach Weimar“ berichtet von den Anfängen der antifaschistischen Jugend im Jahre 1945, der zweite aus dem Kapitel „Auf braunen Spuren“ von der Arbeit eines Geschichtswissenschaftlers in DDR-Zeit.

Bereits am Abend des Tages, an dem ich in Weimar angekommen war, brachte mich mein Vater, der sich in der Stadt schon ein wenig auskannte, vor die Tür des Hauses der Frau von Stein und verabschiedete sich dort mit dem Bemerken, da drinnen seien die Richtigen. Als ich eintrat, traf ich in einem Interieur, das ein einstiges HJ-Heim verriet, auf ein etwa zwölfköpfiges Häuflein jüngerer Leute, die sich zu eigenem Gesang eigenartig bewegten. Sie tanzten und trällerten von den Leinewebern, die dem Text zufolge eine saubere Zunft gehabt haben sollen. Das war die Antifa-Jugend Weimars. Ich wurde ohne Fragen und Umstände zum Mitmachen eingeladen. Bei dem „Harum, die scharum, die schrumm, schrumm, schrumm“ kam ich mir etwas blöd vor. Zudem hatte ich seit dem Besuch des Kindergartens nicht getanzt und die Aufforderung meiner Vettern in Staßfurt, sie zu Tanzvergnügen zu begleiten, strikt abgelehnt. Gegen Ende des Abends erfuhr ich zu meiner Erleichterung, dass meine neuen Bekannten auf diese Beschäftigung allein nicht spezialisiert waren.

An den folgenden Abenden traf ich die meisten von ihnen in einem Haus mit dem Namen „Erholung“ wieder. Dort hörten wir Vorträge von Kommunisten und anderen Nazigegnern. Manche von ihnen waren nach ihrer Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald in der Stadt geblieben, die sich zum neuen politischen Zentrum Thüringens entwickelte. Sie arbeiteten in Zentralen der im Aufbau befindlichen gesellschaftlichen Organisationen oder in der eben konstituierten Landesregierung. Wohl in keiner anderen thüringischen Stadt lebten so viele und so viele kluge Antifaschisten, Menschen, hinter denen abenteuerliche Lebenswege lagen. Über diese Biographien aber wurde nicht gesprochen, wiewohl jede für uns Jüngere eine Geschichtslektion bedeutet haben könnte. Ich hörte bei diesen Treffen über Geschichte und Literatur von Gott und der Welt sprechen wie nie zuvor. Fragen und Gegenfragen schlossen sich an. Tabus gab es nicht, wir kannten nicht einmal das Wort. Niemand musste fürchten, Unwissen zu verraten. Anfänger waren wir in unserer Gruppe alle, die nicht viel größer war als jene Schar, der ich am ersten Abend begegnete.

Auf der Suche

Aus jenen Wochen rührt meine Bekanntschaft mit Stefan Heymann (späterer Botschafter der DDR in der Volksrepublik Polen, d. Red.), mit der Schriftstellerin und bildenden Künstlerin Dora Wentscher, die aus sowjetischem Exil zurückgekehrt war. Auch mit Wilhelm Girnus, dem aus Ostpreußen stammenden Lehrer und Germanisten, zu dessen Biographie Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gehörten und mit dem ich mehrfach zu tun bekam, als er das Staatsekretariat für Hochschulwesen leitete. Und mit Walter Wolf, einem Lehrer, wie die anderen vor Monaten noch Häftling in Buchenwald, nun Landesdirektor für Volksbildung. Das waren meine ersten Lehrer in den Gesellschaftswissenschaften. Zu den diskutierten Fragen, über die Girnus bald darauf eine kleine Schrift veröffentlichte, gehörte „Wer macht Geschichte?“ Die Antwort lautete mit den Worten Brechts: „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“. Wir waren entschlossen, uns darauf einzulassen. Dass auf den „Führer“ kein Verlass war, brauchte uns nicht erklärt zu werden. Noch war keine Rede von neuen wundertätigen Führern. Wir schlossen uns in dem Bewusstsein zusammen: Jetzt sind einfach wir an der Reihe.

In unserem Häuflein stach der Anteil derer hervor, die wie ich aus den verlorenen Ostgebieten stammten. Von der Geschichte gebeutelt, aus vertrauter Umgebung gerissen und im wörtlichen wie übertragenen Sinne in Bewegung gesetzt, zählten sie früh zu den Suchenden. Sie ließen sich leichter auf Neues ein als Gleichaltrige, die bis dahin bodenständig gewesen waren und gleichsam am Rande des

Krieges gelebt hatten. Das bemerkte ich später wieder, als wir, selbst schon Studenten, zu Beginn der fünfziger Jahre junge Männer und Frauen aus Industriebetrieben im Kreis Eisenach zu überzeugen suchten, die Fabrik oder Werkstätte zu verlassen und sich an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät auf ein Fachstudium vorzubereiten. Mich führte eine Tour in das Autowerk und die Ringspinnerei der Wartburgstadt, in das Uhrenwerk in Ruhla und das Porzellanwerk Stadtlengsfeld. Zugereiste, Umsiedler, fürchteten auch das Risiko des Versagens weniger als Alteingesessene.

Manche aus unserer Gruppe wurden in DDR-Jahren durch besondere Verdienste bekannt. So Armin Müller und Harry Thürk, die in sehr unterschiedlichen Genres sich als Schriftsteller einen Namen machen sollten. Vieles, was sie schrieben, besaß Bezug zu ihren Jugend- und Kriegserlebnissen. Armin, der aus dem schlesischen Schweidnitz herkam, begann damals schon mit Schreibversuchen. Harry, ein Oberschlesier, war Soldat gewesen. Aus jenen Tagen steht er mir, da er andere nicht besaß, noch immer in seinen Militärklamotten vor Augen. Seine Romane erlebten Massenauflagen und Millionen sahen den Film „For eyes only“, für den er das Drehbuch verfasst hatte. Erst Jahrzehnte später schrieb er über seine Erlebnisse im letzten Kriegsjahr an der ostpreußischen Front. Nicht alle stammten wir aus Familien von Antifaschisten. Doch die Frage Woher spielte in unseren Gesprächen keine Rolle, wir redeten über unser Wohin.

Argumente statt Befehle

Zwei Aktionen aus jenen nicht mehr als zweieinhalb Monaten, die ich in Weimar blieb, haften besonders in meiner Erinnerung. Die eine sollte vor allem darauf aufmerksam machen, dass es uns gab. Wir beschlossen, eines Spätnachmittags, als die Straßen der Innenstadt sich belebten, die Denkmäler der Stadt zu reinigen, von denen einige bis Kriegsende zu ihrem Schutz mit Ziegelwänden ummauert gewesen waren. Unser wichtigstes Gerät wurden Luftschutzspritzen, die überall in Häusern noch leicht zu bekommen waren. Es gab am Goethe-Schiller-Denkmal und vor den Standbildern Wielands und Herders für uns ein Gaudium und dazu neugierige Passanten. Darüber schrieb ich ein paar Zeilen, die in der Tageszeitung gedruckt wurden. Es war mein erster „Artikel“. Ich las ihn mit gebührendem Stolz.

Die andere Unternehmung wurde ungleich schwieriger. Unter der Losung „Rettet die hungernden Kinder Berlins“ war die Aufforderung zu Spenden an Obstbauern in den Dörfern rund um Weimar ergangen. An einem Wochenende fuhren wir nach Oßmannstedt, einem Dorf nahe Apolda, das als vieljähriger Lebensort Wielands zu Berühmtheit gelangt war, von der ich freilich bis dahin nichts gehört hatte. An Toren von – verglichen mit den schlesischen, die ich kannte – stattlichen Gehöften wurden wir mehrfach mit verständnislosen oder versteinerten Mienen abgewiesen. Wir merkten, dass es nicht genügte, unsere Bitte vorzutragen. Es kam darauf an, mit den Dörflern über Zeiten und Nachkriegsnöte in ein Gespräch zu gelangen. Nachdem wir die Häuser, an denen wir klopften, unter uns neu verteilt hatten, unternahmen wir einen zweiten Anlauf. Groß war unsere „Ernte“ nicht, doch kehrten wir nicht mit leeren Händen zurück. Das hätten wir als Beweis unserer Unfähigkeit und eine Blamage empfunden. Andernorts, hörten wir von Freunden, waren sie freundlich aufgenommen und bewirtet worden.

Was sich in jener kleinen Antifa-Gruppe auch lernen ließ, war das Verhalten einer Minderheit. Nicht dass wir angefeindet worden wären. Doch wir waren Exoten. Die Mehrheit unserer Gleichaltrigen wollte von Politik so wenig wissen wie deren Eltern, die allesamt glaubten, völlig unverschuldet politischen Betrügern zum Opfer gefallen zu sein. Dennoch waren wir keine übliche Minderheit, wussten wir doch vor und mit uns Leute, die in den Nazijahren auf der richtigen Seite gestanden hatten. Die sprachen mit uns auf eine Weise vertrauensvoll, die wir allenfalls aus unseren Familien kannten. Nicht Gefolgschaftsappelle bekamen wir zu hören, sondern Argumente, nicht Befehle, aber Anregungen. In Schulen und HJ-Zügen herumkommandiert, empfanden wir dies als wohltuend. Es half, ein neues Selbstbewusstsein zu gewinnen. Heraus gegen uns, wer sich traut! Wir sangen von den rostenden Maschinen, die in Bewegung zu setzen waren, vom neuen Leben, das anders werden müsse, und von der neuen Zeit, die mit uns zöge.

Dass wir mehr als ein Häuflein waren, spürten wir zum ersten Mal, da war ich schon nicht mehr in Weimar, in den letzten Tagen des Jahres 1945. In Gera fand zwischen Weihnachten und Neujahr die erste Konferenz der antifaschistischen Jugend des Landes Thüringens statt. Sie begann mit der Taufe eines Jugendheims auf die Namen der Geschwister Sophie und Hans Scholl. Kurt Goldstein, in der KPD-Landesleitung zuständig für die Jugendarbeit, hatte die Tagung, die im großen Saal des Wintergartens stattfand, vorbereitet und war ihr Lenker. Er hielt das Hauptreferat und griff ein, wenn sich die temperamentvolle und auch streitbare Diskussion zu verzetteln drohte oder auf sektiererischen Abweg geriet. Die gewollte Breite der im Aufbau befindlichen Organisation der Freien Deutschen Jugend, den Namen gab es schon, kündigte sich in einem Referat des evangelischen Pfarrers Wolf an, der 1933 sein Studium der Theologie begonnen hatte. Soviel Zustimmung sein Plädoyer gegen eine Zersplitterung der Jugend in parteipolitische und andere Bünde fand, so vielstimmig der Widerspruch gegen sein einseitig geratenes Bild von den Kirchen. Sie und ihre Pfarrer stellte er insgesamt als weltanschaulich und politisch verfolgte Gegner des Naziregimes dar. Dem standen Erfahrungen vieler entgegen, auch manche der meinen. So kam es in einer phasenweise hitzig geführten Debatte zu meiner ersten Rede vor größerem Publikum. Ich hielt dem Redner zwei Fakten entgegen: Pfarrer hätten „von der Kanzel herab den Segen auf den ‚Führer' und den Sieg seiner imperialistischen Armeen" erbeten, und es sei „weder der Kirche noch einer Partei oder sonst jemandem gelungen, den Faschismus aus Deutschland heraus zu beseitigen". Und unmittelbar daran anschließend: „Die Brechung der Hitler-Tyrannei verdanken wir einzig und allein den Alliierten und an deren Spitze der Roten Armee."

Als gegen Ende der Tagung eine Entschließung zum in Nürnberg stattfindenden Prozess gegen deutsche Hauptkriegsverbrecher angenommen wurde, ahnte ich nicht, wie sehr mich das Ereignis aus historischer Sicht noch beschäftigen würde. Dieses Gerichtsverfahren verpflichte, hieß es in unserem Text, denn die Verbrechen der Führer hätten „niemals ein solches Maß annehmen können, hätte das deutsche Volk und die deutsche Jugend sich nicht unüberlegt und ohne eigenes Urteil für die Durchführung der Befehle jenen Verbrechern zu Verfügung gestellt". Über die angegebenen Voraussetzungen und Motive der Gefolgschaft ließ sich rechten, doch war die schmerzende Tatsache richtig benannt. Die moralische Pflicht zur „Wiedergutmachung" bezweifelte in unserer Minderheit niemand.

* * *

Bevor eine Biographie Ernst Thälmanns geschrieben und erschienen war, bestand geringe Aussicht, eine über Adolf Hitler zum Druck zu bringen. Kein Leiter hatte Lust, sich von einem Subalternen, der seinem Vorgesetzten nicht mit einer ungelegenen Idee kommen wollte, fragen zu lassen: Habt ihr nichts Besseres zu tun? 1979 aber lag die amtliche, mehr als 800 Druckseiten starke Darstellung des Lebens des ermordeten Führers der deutschen Kommunisten vor. Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann und ich verabredeten uns auf eine gemeinsam zu schreibende Hitler-Biographie. Der Vorschlag fand Aufnahme in einen Arbeitsplan des Akademie-Instituts. Nur Ruge verfügte jedoch vorerst über Zeit, sich an die Arbeit zu machen. Schumann kämpfte sich, von fortschreitender Krankheit gezeichnet, bis zum abschließenden sechsten Band von „Deutschland im Zweiten Weltkrieg" voran. Ich war noch mit der *Geschichte der NSDAP* befasst. Kurzum: das einzige Resultat auf dem gedachten Wege wurde Ruges Buch über Hitlers Weg zum 30. Januar 1933. Das erschien 1983, aber nicht unter einem angemessenen Titel, sondern „getarnt" als „Das Ende von Weimar" und mit dem ungelenken Untertitel „Monopolkapital und Hitler". Der Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag brachte den Mitdruck als „Hitler, die Weimarer Republik und die Machtergreifung" auf den westdeutschen Buchmarkt.

Ganz hatte ich den mir zugedachten Part nicht aus dem Visier. Ich bereitete mich wie in anderen Fällen vordem auf das Vorhaben dadurch vor, dass ich ihm thematisch verwandte Lehrveranstaltungen anbot. Eine Spezialvorlesung referierte vorliegende Darstellungen von Hitlers Leben und Wirken kritisch. Sie setzte mit den im Exil verfassten Biographien Rudolf Oldens und Konrad Heidens ein, die 1935 bzw. 1936/37 in Amsterdam und Zürich erschienen waren. Ein Seminar befasste sich mit der Darstellung historischer Personen in Spielfilmen. Vom staatlichen Filmarchiv unterstützt, sahen

wir Produktionen, deren Helden Friedrich II. („Der große König“, 1942) und Bismarck (1940, mit der Fortsetzung „Die Entlassung, 1942) waren. In deren Nachfolge, sie weit überragend, war Hitler von der Propaganda gestellt worden. Streifen, die Lebenswege von Wissenschaftlern schilderten, so der 1939 in die Kinos gelangte über Robert Koch, den „Bekämpfer des Todes“, waren von gleicher Machart: der einsame große Denker, der selbstlose, zunächst unverstandene Mann, der unbeirrt seinen Weg geht, ein Retter. Dem staunenden Volk wurde beim Blick hinauf zu den auf hohen Sockeln Postierten eigene Nichtigkeit und Unwissenheit bewusst gemacht, Ehrfurcht und Unterordnung anerzogen und das Bewusstsein der Führungsbedürftigkeit vermittelt.

Voraussetzungen des „Führer“-Kults

Es entstand eine Vorstellung davon, wie viele geistige und mentale Voraussetzungen für Akzeptanz und Wirkung des Kults um Hitler existierten, geschaffen lange bevor er „der Führer“ wurde. Und der zum Übermenschen Erhobene half dann kräftig mit, dieses Bild von sich zu pflegen. Das war ein Aspekt des einzigen Aufsatzes, den ich in DDR-Zeit über den Mann publizierte. Er erschien 1989 in einem Sammelband, den Dietrich Eichholtz und ich aus Anlass des 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs herausgaben, und befasste sich mit dem Geschehen am 50. Geburtstag Hitlers. Nach diesem 20. April 1939 vergingen keine 150 Tage, und Deutschland war von dem Gefeierten in einen Krieg gestürzt, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweitete. Das verblüffende am Tagesprogramm war, dass es nicht auf die Person zugeschnitten zu sein schien, die nur auf den ersten Blick sich in dessen Mittelpunkt befand. Das Ereignis wurde von seinen Regisseuren vielmehr ganz dem im November 1938 gefassten Vorsatz zugeordnet, das Volk in Kriegslaune zu versetzen. Keine Großkundgebung in der Sporthalle Berlins, keine Massenhuldigung an den Führer auf einem Kundgebungsplatz, wiewohl überschwängliche Bezeugungen von Dank, Verehrung und Gefolgschaftstreue nicht fehlten, keine erhaben-rührselige Antwortrede des Jubilars, auch keine Wagner-Aufführung in der Staatsoper. In das Zentrum gerückt war eine Parade der Wehrmacht, die in deutscher Militärgeschichte kein Beispiel hatte. Die „Musik“ des Tages machten Motoren und Ketten des Kriegsgeräts, das sich über die neuerbaute Ost-West-Achse durch das Brandenburger Tor wälzte, und die darüber hinbrausenden Flugzeuge der Luftwaffe. Stumm grüßte Hitler von der Ehrentribüne herab und hinauf. An den Straßenrändern bejubelten zur Verwunderung ausländischer Diplomaten und Journalisten Zehntausende den martialischen Aufzug, das Werk dieses Führers, seiner Militärs, Erfinder, Techniker, Ingenieure und Arbeiter, der Volksgemeinschaft. Die Inszenierung des Tages bewies, dass der Mann an der Regimespitze nach nüchternem Kalkül Hierarchien zu ordnen und Prämissen zu setzen verstand. Die eben noch nach dem überraschenden Einmarsch in Prag gestellte Frage, wohin das alles noch führen werde – denn dass die Stadt an der Moldau nicht von Deutschen bewohnt war, wussten auch weniger Geschulte –, schien verstummt.

„Was haben wir getan?“

Das Thema, wie die faschistische Vergangenheit durchzuarbeiten sei, eine Formulierung, welche die Mitscherlichs benutzt haben und die ich, weil sie die bildhaftere ist, dem vielzitierten Begriff „Bewältigung“ vorziehe, blieb bis zum Ende der DDR diskutiert und im Einzelnen auch umstritten. Das wurde ich auch gewahr, als mich ein Verlag bat, mir die Kriegsbriefe eines Wehrmachtssoldaten an seine Frau anzusehen, die veröffentlicht werden sollten. Das Unterfangen hatte im Osten keinen Vorgänger, denn der Briefschreiber war Nazi durch und durch. Die Adressatin, eine junge, schon kinderreiche Mutter, inzwischen Schriftstellerin geworden, wollte sich nicht zu erkennen geben, tat das aber, als das Buch vorlag, dann doch. Ich hatte an der Herausgabe mitgewirkt, nachdem ich mich davon überzeugen konnte, dass dieser Helmut N. schwerlich in besetzten Ländern verbrecherisch tätig gewesen sein konnte. Der Flaksoldat hatte sich im Reichsgebiet unter dem Befehl aufgehalten, westdeutsches Industriegebiet vor gegnerischen Luftflotten zu schützen. Bei Kriegsende war er in Erdkämpfen umgekommen. Vor seinem Lebensende hatte er gefragt: „Was haben wir getan?“ Ich schrieb ein Nachwort und Axel Klätte, ein Student höherer Semester, der sich bei mir spezialisiert hatte, schloss eine Vielzahl Textstellen durch Anmerkungen auf.

Der Soldat, wiewohl von höherer Schulbildung, hatte es nicht weiter als zum Unteroffizier gebracht, und war Durchschnitt und Prototyp all derer gewesen, die glaubten und befolgten. War, was er gedacht und geschrieben hatte, von Interesse und Bedeutung? Dazu stellten Rezensenten Fragen, denen eine breitere gesellschaftliche Debatte zu wünschen gewesen wäre. Frank Schumann schrieb in der jungen Welt, die Briefe gäben „weitere Auskunft auf die wohl nie vollständig zu klärende Frage, weshalb ein ganzes Volk bereitwillig bis in die Katastrophe marschierte“. Und in der Wochenzeitung Sonntag fragte Carsten Gansel: „Wie lange wirken Erfahrungen des Ein- und Unterordnens, ein Hang zum Funktionieren, Autoritätsgläubigkeit oder Angst vor dem Austragen von Konflikten prägend nach?“ Das Buch stelle, wurde unter Bezug auf Stephan Hermlin bemerkt, der „antifaschistischen Sisyphosarbeit neues Material zur Verfügung“.

Dass im ostdeutschen Staat ungeteilt die Stimmung von Siegern der Geschichte geherrscht habe und sich seine Bürger nach der Vergangenheit nicht umgedreht hätten, während im Westen die schmerzhafte Bewältigung des „dunkelsten Kapitel“ nach – zugegebenen – anfänglichen Schwierigkeiten erfolgt sei, gehört auch ins Legendenreich. Nach 1990 erwiesen Befragungen, dass die Bürger des untergegangenen Staates über Faschismus und Krieg kritischer und verständiger dachten als ihre westdeutschen Brüder und Schwestern. Auch nachdem mehr als anderthalb Jahrzehnte vergangen sind und ein neues Jahrhundert erreicht ist, lassen sich davon unter den Altbewohnern der neuen Bundesländer noch zählbare Zeugnisse ermitteln. Ich bin nicht so bescheiden, mir daran nicht einen Anteil zuzuschreiben.

Kurt Pätzold, Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers, 320 S., geb. edition ost, Berlin 2008, 19,90 Euro.

junge Welt, Dienstag, 25.03.2008, S. 10.

Diffamiert und entrechtet

Vor 75 Jahren: Jüdische Bürger werden in Deutschland zu „Volksfeinden“ erklärt. Antisemiten in Aktion – auf den Straßen, am Kabinettstisch, im Staatsapparat

Die Fotos, die an jenem 1. April 1933 in deutschen Städten, großen wie kleinen, gemacht worden sind, finden sich in unseren Schulgeschichtsbüchern und sind wieder und wieder in Zeitungen und Zeitschriften gedruckt worden. Vor Geschäften, deren Türen und Schaufensterscheiben mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden“ beschmiert wurden, sind Posten der nazistischen Sturmabteilungen (SA) aufgezogen, die Kaufinteressierte am Betreten der Räume hindern sollen. Viele Eigentümer haben darauf ihre Geschäfte selbst geschlossen. Die Aktion, für die es in der neueren deutschen Geschichte bis dahin kein Beispiel gab, war von der Nazipartei inszeniert worden. Für ihre Leitung wurde eigens ein „Zentralkomitee“ installiert, an dessen Spitze Julius Streicher trat, der sich selbst den Titel des „Antisemiten Nr. 1“ zulegte und der 1946 als einer der geistigen Urheber des zumeist Holocaust genannten Massenmordens in Nürnberg am Galgen enden wird.

Die „Boykott“ genannte Aktion war der – weltweit Aufmerksamkeit und auch Proteste auslösende – Auftakt der Judenverfolgungen der deutschen Faschisten, deren erstes Ziel die Vertreibung der Juden aus Deutschland war. Das wurde öffentlich noch nicht bekannt, doch stand das den Antisemiten unterm Hakenkreuz klar vor Augen. Nahm man den jüdischen Deutschen die Möglichkeiten, im Lande ihrer Geburt, ihrer Väter und Mütter und älteren Vorfahren durch ihre Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen, als Geschäftsleute, Ärzte, Rechtsanwälte, in den verschiedensten sogenannten geistigen Berufen, als Angestellte und Arbeiter, als Eigentümer von Betrieben und Banken, dann – so das Kalkül – würde ihnen keine Wahl bleiben, und sie müssten Deutschland verlassen. Diese Politik ist bis 1939 und noch in der Anfangsphase des Krieges strikt und mit sich steigernden terroristischen Maßnahmen verfolgt worden, die ihren Höhepunkt im November 1938 mit dem Pogrom, der Verschleppung und Ermordung von Juden in Konzentrationslager erreichten.

In Geiselhaft genommen

Die Aktion des 1. April aber wurde nicht als der erste Schritt im Rahmen einer Strategie ausgegeben, sondern als abwehrende „Antwort“ auf die vorgeblich von der „jüdischen Weltpresse“ verbreiteten Nachrichten über angebliche Gräueltaten der Nazis in Deutschland, als Maßnahme, die diese Berichterstattung zum Verstummen bringen sollte. Auf die eigene Untat wurde von den Nazis die Lüge gesetzt; die Lügner bezichtigten diejenigen, die – von diesen oder jenen Übertreibungen abgesehen, ohne die es im Nachrichtengeschäft nie abgeht – Tatsachen gemeldet hatten, der Lüge. Wer erinnerte sich in diesem Moment noch des von Hitler im Februar verkündeten Programmpunktes Nr. 1 seiner Regierung „Wir wollen nicht schwindeln und nicht lügen“?

In Wahrheit war in diesem sich konstituierenden Nazireich schon in den ersten Wochen Grauenhaftes verübt worden, zunächst an den politischen Gegnern, die in den „SA-Lokalen“ und den ersten „provisorischen“ Konzentrationslagern von den Schlägern Hitlers übel traktiert und auch ermordet wurden. Das geschah mit dem Ziel, die Aktivsten unter den Gegnern des Regimes in die Illegalität zu treiben und eine jener Bedingungen herzustellen, die den Machthabern eine Politik ermöglichte, die sich im eigenen Zugriffsbereich ohne jeden öffentlichen Widerspruch durchsetzen ließ. Über die Staatsgrenzen reichten ihre Arme freilich nicht. Der „Boykott“ am ersten Apriltag war dennoch ein demonstrativer Versuch, auch die Auslandspresse zum Schweigen zu bringen.

Nun hatten die jüdischen Deutschen mit diesen Meldungen als Informanten nichts, wohl aber als Betroffene zu tun, denn gewaltdrohende Aktionen hatten sich im März auch gegen jüdische Hochschullehrer, inszeniert von Nazistudenten, und in Gerichtsgebäuden gegen jüdische Richter und Rechtsanwälte gerichtet. Und: Es stand außerhalb der Macht der jüdischen Deutschen, die Presse jenseits der Grenzen dazu zu veranlassen, über den Terror in Deutschland zu schweigen. Doch sie wurden dennoch, und das war eine Vorübung für eine Methode, die später im Kriege von der deutschen Wehrmacht in besetzten Gebieten weithin praktiziert wurde, gleichsam in eine Art Geiselhaft genommen, d. h. bedroht und schikaniert, damit andere – dann die Widerstandskämpfer beispiels-

weise in Frankreich – von ihrem Kampf gegen die Eindringlinge abließen. Es gehörte nicht viel Phantasie dazu, dieser frühen Aktion abzulesen, wer da an die Macht gelangt war. Doch selbst dieser geringen Anstrengung verweigerten sich zu viele.

Dieser „Boykott“ war direkt gegen eine – zunächst noch – Minderheit der deutschen Juden gerichtet, doch er betraf indirekt alle, denn dieses Vorgehen fand seine verlogene Begründung darin, den Juden würden die „Gräuelmeldungen“ deshalb vergolten, weil sie verkappte Feinde der „Deutschen“ und ihres „nationalen „Aufbruchs“ wären und als Teil des internationalen Judentums Einfluss besäßen, den angeblich falschen Nachrichtengebern Einhalt zu gebieten. Das bedeutete, wie auch die Parolen an den Außenfronten der Geschäfte besagten, dass den Juden ihr Deutschsein abgesprochen und sie zu einer Sondergruppe erklärt wurden, denen in Deutschland nur ein Gaststatus zustände, die gleiche Rechte nicht beanspruchen könnte und gegenüber ihrem „Gastland“ zu besonderer Botmäßigkeit verpflichtet wäre.

Nach dieser Version waren sie Teil eines in den Hirnen und der Propaganda der Naziideologen herumgeisternden „internationalen Judentums“ mit eigenen, den Deutschen fremden, ja feindlichen Lebensvorstellungen, Interessen und Zielen. In Wahrheit hingegen waren die Juden in Deutschland, überwiegend verbunden zwar durch ihr Bekenntnis zum jüdischen Glauben, in einem Prozess der Assimilation, der mehr als ein Jahrhundert zurücklag, Deutsche geworden und Deutschland zu ihrem Vater- und Mutterland. Ein anderes besaßen und wünschten sie nicht. Ihre übergroße Mehrheit war unfähig, sich ein solches auch nur vorzustellen. Ihre Sonderexistenz als eine ethnische Gruppe lag weit in ihrer Vergangenheit. Sie hatten sich nicht nur der Lebensweise der Mehrheit längst angepasst, beherrschten und pflegten nicht nur deren Sprache (die ihrer Vorfahren hatten sie meist abgelegt und vergessen), feierten nicht nur deren Feste, sondern hatten im freilich falschen Glauben zu Tausenden auch dieses ihr Vaterland in den Jahren 1914 bis 1918 „verteidigt“.

Kurzum: Die Losungen „Kauft nicht bei Juden!“, „Meidet jüdische Ärzte!“, „Lasst euch in Rechtssachen nicht von jüdischen Anwälten vertreten!“, „Boykottiert die Vorlesungen jüdischer Hochschullehrer!“ – alle schon ausgegeben in jener Frühphase der Diktatur – erklärten eine Minderheit von Deutschen zu Feinden der Mehrheit und bedeuteten zugleich eine Herausforderung, gerichtet an eben diese Mehrheit nichtjüdischer Deutscher. Diese hatte zu entscheiden, ob sie die Herausforderung annahm, Sie stand vor der Wahl, ob sie sich den Forderungen der Nazis unterwarf oder an die Seite der Diffamierten und Verfolgten trat. Es gibt kein Foto oder ein anderes Zeugnis öffentlichen Protestes einer Menschenmenge vor einem jüdischen Geschäft, durch den eine SA-Postengruppe zum Abzug gezwungen worden wäre. Nur Aussagen, dass Käufer, als die jüdischen Geschäfte wieder öffneten, ihr Bedauern über das Geschehene ausdrückten und, indem sie ihre Einkäufe weiter in nun zu „jüdischen“ Läden erklärten Einrichtungen erledigten, ihre Sympathie bekundeten, sind überliefert. Doch die Nazis konnten die Aktion insgesamt als ihren Erfolg verbuchen, als ersten Schritt einer antijüdischen Disziplinierung der Mehrheit der Deutschen. Und das nicht mehr als zwei Monate nach dem Machtantritt.

Duldung durch Kabinett

Unzufrieden war freilich ein Teil der SA-Aktivisten und zwar über die Begrenzung der Aktion auf nur einen Tag. Manche von ihren hatten sich vorgestellt, es würde der Boykott sogleich mit dem Ziel der Liquidierung der Geschäfte in jüdischem Besitz betrieben werden. Dies stellten sie sich in ihren nebelhaften, dumpfen Vorstellungen als Bestandteil der „nationalsozialistischen Revolution“ vor, die ihnen versprochen worden war. Indessen verbot das Interesse der „arischen“ Geschäftsleute das liquidatorische Vorgehen vorerst, denn indirekt, aber durchaus spürbar hätte seine Fortsetzung Zwischenhändler und Erzeuger betroffen und Unruhe bis in das Bankwesen geschaffen, Folgen also, die auch das Regime politisch geschädigt hätte, das doch ökonomische und soziale Erfolge vorweisen musste, wenn es sich befestigen wollte. So hatten die Posten abzuziehen und zu warten auf einen anderen Tag mit einem neuen Befehl. Der war noch unbestimmt, aber er kam.

Dieser erste Apriltag war ein Menetekel auch aus einem anderen Aspekt. Was auf den Straßen und Plätzen deutscher Städte geschehen war, konnte sich ereignen, ohne dass sich in der am 30. Januar

1933 gebildeten Reichsregierung, bestehend aus einer Minderheit von Nazis und einer Mehrheit von Deutschnationalen und weiteren Konservativen, dagegen ein Einspruch erhoben hätte. Die Kabinettsmitglieder erfuhren von dem Vorhaben, und Hitler unterrichtete sie davon, dass der Boykott zeitlich begrenzt bleiben würde. Das nahmen sie zur Kenntnis und hin, was sich nur als Zeichen dafür werten ließ, dass sie selbst Antisemiten waren und keine Schandtat darin erblickten, dass der Antisemitismus als Herrschaftsinstrument eingesetzt wurde. Diese Herren von erblichem oder Geldadel, angeblich angetreten, Hitler „einzurahmen", also die Politik der Naziführer zu begrenzen, hatten das weder im Hinblick auf die Verfolgung der Kommunisten und Sozialdemokraten im Sinn, was nicht verwunderte, noch lag das in ihrer Absicht hinsichtlich der aggressiven Judenfeindschaft. Ihr „Rahmen" war von anderer Natur. Er wäre nur verlassen oder gesprengt worden, wenn sich irgendetwas ereignet hätte, was den Namen „Revolution" verdiente. Alle Befürchtungen dieser Art aber erledigten sich für sie auf schönste beruhigende Weise ...

Wes Geistes Kinder sich in der Regierung versammelt hatten, zugleich die Behauptung als verlogen bloßstellend, die jüdischen Geschäfte wären nur aus Gründen der akuten „Abwehr" einer Verleumdung des „neuen Deutschland" veranstaltet worden, zeigte sich sechs Tage nach der Boykottaktion. Das Kabinett begann den Angriff auf die Stellung der Juden in der deutschen Gesellschaft. Es nahm das erste Reichsgesetz an, das einen antijüdischen Paragraphen enthielt, also eine Minderheit der Deutschen unter ein Ausnahmerecht stellte. Derlei hatte es im Deutschen Reich seit seiner Gründung 1871 nicht gegeben. Gesetze, die Juden benachteiligten, waren in allen deutschen Ländern im Verlauf des 19. Jahrhunderts, in den einen früher, in anderen später, aber überall vor der Reichsgründung, aufgehoben worden.

Faschisierung des Staatsapparats

Am 7. April, auch das eine der ersten Früchte des wenige Tage zuvor im Reichstag angenommenen Ermächtigungsgesetztes, wurde im Reichsgesetzblatt das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" veröffentlicht, das die Regierung verabschiedet hatte und die Unterschriften Hitlers, des Reichsinnenministers Wilhelm Frick und des Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk trug. Wie andere Gesetze vor ihm war es mit einem irreführenden Titel und einer ebensolchen Einleitung versehen, die besagte, es solle das „nationale Beamtentum" wiederhergestellt und die Verwaltung vereinfacht werden. In Wahrheit ging es den Machthabern darum, aus dem gesamten Staatsapparat und allen ihm zugehörenden Einrichtungen demokratisch und republikanisch gesinnte Beamte zu entfernen und deren Plätze für Faschisten freizumachen. Die Bestimmungen trafen vom zentralen Staatsapparat bis in die Gemeinden vor allem Sozialdemokraten, Mitglieder anderer demokratischer Organisationen, wie beispielsweise Angehörige des republikanischen Richterbundes, aber auch Mitglieder der katholischen Parteien, die, unabhängig von ihrem aktuellen Verhalten, als verdächtig oder als Konkurrenz von ihren Plätzen entfernt werden sollten.

Im Paragraph 3 des Gesetzes hieß es dann: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen, soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen." Diese Bestimmung richtete sich gegen niemanden sonst, als gegen die Deutschen jüdischer Herkunft und jüdischen Glaubens, und sie traf nicht nur jene, die im engeren Sinne in staatlichen Verwaltungen des Reichs, der Länder oder von Kommunen tätig waren. Betroffen wurden Ärzte und Pfleger an städtischen Krankenhäusern, Angestellte städtischer Apotheken, Regisseure und Schauspieler an staatlichen oder städtischen Bühnen, aber auch dort beschäftigte Handwerker, Hochschullehrer und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, Forscher in staatlichen Anstalten, Ingenieur- und anderes Personal in Stadtwerken usw., und alsbald eben nicht nur Personen in beamteten Anstellungsverhältnissen, sondern auch viele andere. Denn es war mit diesem Paragraphen nun eine Norm vorgegeben, die ausgeweitet wurde, und natürlich fand sich niemand, der dem gewehrt hätte. Den Juden, so die Begründung, wäre in Deutschland im Staate wie in der Gesellschaft überhaupt zu viel Einfluss eingeräumt worden, der sei fremd, eben nicht „national" und müsse folglich reduziert werden.

Auch diese Begründung war tief verlogen. Doch entbehrte dieser Vertreibungsschritt nicht einer rationalen politischen Rechnung. Unter den jüdischen Deutschen und namentlich unter den Angehöri-

gen der Intelligenz gab es einen besonders großen Anteil von Menschen, die alles andere als faschistenfreundlich gesinnt waren. Wie hätten sie auch nur eine Spur von Sympathie für eine Partei aufbringen können, zu deren demagogischen Parolen seit Jahren die Verleumdung gehörte: „Die Juden sind unser Unglück“, die allwöchentlich von den Seiten der gegen die Juden hetzenden Zeitung Der Stürmer prangte? Die jüdischen Deutschen waren Wähler und Sympathisanten der bürgerlich-demokratischen Parteien und Organisationen gewesen, andere hatten für die Sozialdemokratie optiert, wenige für die Kommunisten, und in beiden Arbeiterparteien hatte es Funktionäre gegeben, die jüdischer Herkunft waren. Diese letzteren waren schon in den Wochen vorher verfolgt worden wie ihre nichtjüdischen Genossen.

Universeller Sündenbock

Nun ging es gegen alle Juden, die mit der Republik von Weimar sympathisiert hatten, in der ihnen Betätigungsmöglichkeiten eröffnet worden waren, die es vordem im Kaiserreich nicht gegeben hatte. Den jüdischen Deutschen wurde, anders als den Nichtjuden im Staatsapparat und seinen weit verzweigten Einrichtungen, die Chance der Anpassung nicht gegeben. Sie gehörten fortan zum unentbehrlichen inneren staatlichen Feindbild. Sie hatten Schuld an allem, was „Deutschen“ wirklich oder nur angedichteter Weise an Unheil widerfahren war. Sie hatten Klassenkampf und jedwede Zwietracht ins Leben der Deutschen getragen. Sie waren die Urheber des „jüdischen Marxismus“. Sie hatten den universellen Sündenbock abzugeben – bis ihnen bzw. ihren Genossen im Ausland dann auch die Schuld am Kriege gegen Deutschland demagogisch angelastet wurde.

Diese letzten Steigerungsstufen der Verleumdung waren 1933 noch nicht erreicht. Wider den Inhalt der Naziideologie, der die Juden samt und sonders zu Feinden der Deutschen und zwar von Bluts wegen, also zu unwandelbaren Feinden, erklärte, wurden im Gesetzestext des 7. April 1933 noch Ausnahmen zugelassen. Die Forderung, die Juden zu entlassen, galt „nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind“. Jeder nur halbwegs nachdenkliche Leser dieses zweiten Absatzes des „Arierparagraphen“ des Gesetzes musste sich eigentlich sagen, dass demnach das ganze Gebäude von den Juden als Deutschenfeinden grotesk und unsinnig sei. Denn wie war es möglich, dass 100.000 jüdische Soldaten und Offiziere ihr Leben im Kriege auf deutscher Seite eingesetzt und 12.000 von ihnen es dabei verloren hatten? Handelten sie gegen ihr „jüdisches Blut“? Zu wenige dachten nach. Und das Nachdenken konnte zudem, erwuchsen aus ihm Folgen, zunehmend gefährlich werden. Jedenfalls begann im nazistischen staatlichen Apparat der Judenverfolgung ein widerliches Feilschen darüber, wie diese Ausnahmebestimmung zu handhaben sei und wem die Eigenschaft als „Frontkämpfer“ zugebilligt werden könne. So beispielsweise ob ein jüdischer Arzt, der in einem Lazarett hinter der Frontlinie – wo sonst – Verwundete versorgt hatte, ein solcher „Frontkämpfer“ sei oder nicht.

Wer von dieser Ausnahmebestimmung profitierte, zu diesen gehörte beispielsweise der Romanist Victor Klemperer, sah und spürte bald, dass ihm im Plan der Judenfeinde nur eine Galgenfrist eingeräumt war. Der Dresdener Hochschullehrer bemerkte, wie sich der Hörsaal, in dem er noch vortrug, unter dem Eindruck der Parole, sich nicht von „undeutschem Geist“ beeinflussen zu lassen oder auch aus bloßer Furcht seiner Hörer vor Nachteilen, mehr und mehr leerte. Und ähnliche Erfahrungen machten viele der Verfolgten an ihren Arbeitsplätzen. Wie im Falle der drangsalierten jüdischen Geschäftsleute kam es auch anderswo nicht zu öffentlichen Solidarisierungen und Protesten. Chancen, sich dazu und zwar gefahrlos zu entschließen, existierten noch. Die besaßen beispielsweise die nichtjüdischen Kollegen der jüdischen Deutschen an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Deren Rektoren und Dekane erhielten von den Ministerien Fragebögen zugeschickt, die von allen Beamten auszufüllen waren und erkennbar dem einzigen Zweck dienten, die „Juden“ zu ermitteln. Dafür standen bis dahin Unterlagen im Staatsapparat nicht zur Verfügung; es war bei Volksbefragungen zwar erfasst worden, wer welchen Glaubens war, doch die neuen Machthaber wollten die Deutschen jüdischer Herkunft ausnahmslos ermitteln, unabhängig davon, ob sie sich zur Synagoge bekannten, zum Christentum übergetreten waren oder zu den Atheisten gehörten.

Wenn die Senate der Universitäten oder die Räte der Fakultäten beispielsweise in Preußen dem Kultusminister diese Fragebögen auch nur mit dem Bemerken zurückgeschickt hätten, dass sie an dieser Judensuche nicht teilzunehmen gedenken, es hätte die Staatsmacht dagegen nichts setzen können. Doch die nichtjüdischen Beamten haben mitgemacht, die einen, indem sie die Erhebung organisierten, die anderen, indem sie die ihnen vorgelegten Papiere ausfüllten und also angaben, dass sie keine „Nichtarier“ zum Vorfahren hätten. Ein Fragebogen, der dem Kultusminister von einem Hochschullehrer einer Universität in Preußen zuging, enthält als einzige Eintragung mit dem Namen quer über die erste Seite gesetzt: „Ich bin Jude, und das ist alles, was Sie wissen wollen.“ Wie, wenn in dem Ministerium 1933 ein Paket mit Fragebögen eingegangen wäre, auf denen jeder Befragte, Jude oder Nichtjude, eben das eingetragen hätte? Denkbar? Schon, und angesichts der geistigen Befindlichkeit der deutschen Professoren des Jahres 1933 doch undenkbar. Nichtsdestoweniger ergibt die Vorstellung ein Gedankenbild, das von der Flucht in jene andere Frage wegführt, die lautet: Was hätte man tun können, als die Juden 1941 deportiert wurden? Warum wird nach Handlungsmöglichkeiten erst für diese Phase geforscht und warum nicht für den Moment der Anfänge – und das nicht nur mit dem Blick auf gebildete Leute, die doch aus Schulzeiten alle das Wort ihres berühmten Landsmannes kannten: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.“

junge Welt, Dienstag, 01.04.2008, S. 10.

Arbeiten für den Krieg

Der 1. Mai 1933: die Nazidiktatur und ihre soziale Demagogie

Zu den Gründungslegenden der faschistischen Diktatur in Deutschland gehört nächst der Geschichte von der Machtergreifung durch die „nationalsozialistische Bewegung“ eine zweite. Sie besagt, es habe 1933 das Reich einen Kanzler, das Volk einen Führer erhalten, der aus einfachsten Verhältnissen hergekommen sei, Entbehrungen und Not aus Kindheits- und Jugendjahren gekannt, sich aus eigener Kraft sein Wissen angeeignet und sich „emporgearbeitet“ habe. Ein Mann also wie vordem keiner, der diesen Platz seit 1871 besetzt hatte. Einen von ganz unten, so gibt es Hitler in „Mein Kampf“ an, der auf dem Bau Schwerstarbeit geleistet habe. Diese Beschreibung war der zweckgerichteten Phantasie des „Führers“ entsprungen und schuf den gewünschten Kontrast zu allen seinen Vorgängern und gerade jenen während der Jahre der Republik. Der letzte in deren Reihe, Kurt von Schleicher, hatte standesgemäß auf einer Kadettenanstalt begonnen. Gleiches galt für dessen Vorgänger Franz von Papen, einen Grundbesitzer und Zeitungsaktionär. Denen war Heinrich Brüning vorausgegangen, ein Patriziersohn, der an mehreren Universitäten studiert hatte und zum Lehramt gelangt war. Er war auf den Sozialdemokraten Hermann Müller, den Sohn eines Fabrikdirektors, gefolgt. Und so ließ sich die Reihe der Reichskanzler bis 1919 rückwärts weiter verfolgen über einen Lehrer- und einen Beamtensohn, den Abkömmling einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie bis zu Philipp Scheidemann, der aus Handwerkerkreisen stammte und nach einer Berufsausbildung als Setzer gearbeitet hatte. Viele Kanzler waren studierte Leute und hatten es, wie Joseph Wirth und Gustav Stresemann, bis zur Promotion gebracht.

„Proletarier Hitler“

Hitler präsentierte sich den Deutschen als der erste Arbeiter am Regierungsruder, der die Nöte des Standes – der Begriff Klasse war so verpönt wie der angeblich von Marx erfundene Klassenkampf – am eigenen Leibe erfahren habe. Er war dieser Darstellung zufolge von einem „Arbeiter der Faust“ zu einem „Arbeiter der Stirn“ geworden. Vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 erschien ein Plakat, das mit der Aufschrift „Hitler baut auf“ ein Hochhaus mit dem Grundriss eines Hakenkreuzes zeigte. Vom Bauarbeiter zum Baumeister, zum Architekten und Künstler, so wurde den Deutschen in den Vorkriegsjahren ihr „Führer“ präsentiert. Auch derartige Bilder stützten die Vorstellung vom Friedenskanzler, dem jeder Gedanke an kriegerische Zerstörung fern läge, zumal er, der „einfache Frontsoldat des Weltkrieges“, das Grauen der Jahre 1914 bis 1918 durchlitten habe.

Dass er weniger durch seine Herkunft – er war der Sohn eines beamteten und gut situierten Zollinspektors – denn durch seinen Werdegang auch aus der Reihe seiner „alten Kämpfer“ hervorstach und im Hinblick auf Göring, Goebbels und Himmler gar nicht erst versucht wurde, auch diese auf „Arbeiter der Faust“ zu frisieren, bekräftigte die Heraushebung Hitlers als „Führer“ zusätzlich. Indessen hatte dieser Politiker mit vorgetäuschter Proletarier-Erfahrung – eine Bezeichnung, die der „nationale“ Mann selbstredend abgelehnt hätte, wiewohl die von ihm geführte Partei sich auch Arbeiterpartei nannte – unter den Angehörigen dieser Klasse nur Randschichten erreicht. Jedenfalls, solange er nicht an das Staatsruder gelangt war. Zu seinen frühen Gefolgsleuten, die in der Weltwirtschaftskrise gewonnen worden waren, gehörten Landarbeiter, Arbeiter, die in Kleinbetrieben beschäftigt waren und ihren Chefs in die NSDAP folgten, und auch junge Leute aus dem Arbeitermilieu, die keine Lehr- oder Arbeitsstelle erhalten hatten. Hitler wusste, wie es um diese seine „Arbeiterpartei“ stand und hatte sich und seiner Umgebung in der Parteispitze früh eingestanden, dass bei legaler Tätigkeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, freien und christlichen Gewerkschaften Arbeitermassen nicht unter das Hakenkreuz zu bekommen waren.

Das schloss Anstrengungen nicht aus, dennoch in deren Reihen einzubrechen. Diese Versuche hatten ihren Preis. Es musste dann dreist die sozial demagogische Karte gespielt, von „nationalem Sozialismus“ geredet und versprochen werden, man wolle in der Gesellschaft das Unterste zuoberst bringen. Goebbels, aus dem Westen des Reiches in die Hauptstadt geschickt, das „rote Berlin“ zu erobern, trieb diese Demagogie so weit, dass er in Kreisen des Kapitals – anders als Hitler – als „Nationalsozialist“ mit revolutionären Absichten angesehen wurde. Auch die Aktion „Hinein in die Betriebe“, getragen

von der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO), brachte nur geringen Erfolg. Gewonnen wurden unter anderem Werkmeister und Angestellte. Viele Belegschaften hielten sich etwas darauf zugute, dass sie „nazirein“ waren.

Zudem erwies sich die Gründung einer Naziorganisation in den Betrieben als zweischneidig. Das zeigte sich, wenn es – in der Krise selten genug – zu Streiks kam. Dann waren Hitler und seine Mitführer gezwungen, ihren bourgeoisen Förderern zu versichern, dass sie derlei Kämpfe nur aus taktischen Gründen mitmachten, wenn sie aber an der Staatsmacht wären, Gewerkschaften, Streiks und andere Arbeitskämpfe abgeschafft würden. Diese Versprechen hielten sie. Kurzum: Der Kampf um „den deutschen Arbeiter“ wurde auf die Zeit vertagt, da die Konkurrenz illegalisiert und deren Führer ausgeschaltet waren. Darauf zielten bereits die ersten Erklärungen des Reichskanzlers Hitler, der als das Ziel seiner Regierung die „Rettung des deutschen Arbeiters“ binnen vier Jahren ausgab.

Ein Danaergeschenk

Wiewohl Hitler sich in diesen frühen Reden des Jahres 1933 immer wieder an Arbeiter wandte und die Arbeit als den einzigen Weg aus der Katastrophe bezeichnet hatte, ließ er sich mit seinem Auftritt vor Betriebsarbeitern Zeit. Erst als die Regierung im November 1933 in einer Volksabstimmung das Ja zu dem erfolgten Austritt aus dem Völkerbund forderte, wurde im Berliner Siemens-Werk eine Kundgebung inszeniert. Die Presse der Nazis feierte sein „Erscheinen“ vor Hunderten dort in einer Halle dicht bei dicht Versammelten hymnisch: „... und in der zwölften Stunde kam Hitler zu den Arbeitern“. Auch diese Wendung nahm eine Anleihe im biblischen Text. Der „Führer“ – der Erlöser, noch nicht von der Arbeitslosigkeit, aber vom Wahn angeblich falscher Lehren vom Klassenkampf. Dass sich Hitler in dieser Weise aufführen konnte, besaß eine Voraussetzung: die tiefe Illegalisierung der Arbeiterbewegung und ihrer organisatorischen Hauptströme, der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Sie war von raffinierter Irreführung begleitet. Die hatte ihren Höhepunkt in dem Coup des ersten Maitags 1933.

Überraschend erklärten die Machthaber den in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung fest verankerten Tag, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts begangen als internationaler Kampftag, an dem Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Sozialismus erhoben wurden, zum arbeitsfreien Tag. Dafür hatten die Arbeiter seit langem vergeblich gekämpft. Nun machte ihnen die Hitler-Regierung ein Geschenk. Am 10. April beschloss sie das „Gesetz über die Einführung eines Feiertags der nationalen Arbeit“. Es bestand aus nur zwei Paragraphen. Sie erklärten den ersten Maitag ähnlich dem Neujahrstag zu einem Tag, an dem die Arbeit ruhte, die von nun an – geradezu beiläufig – in den Rang einer nationalen Tat erhoben wurde. Diese Kennzeichnung des Tages wurde übrigens bald wieder aus dem Verkehr gezogen und durch die total entschärfte Benennung als „nationaler Festtag des deutschen Volkes“ ersetzt.

Aus dem einstigen Kampftag war ein Tag gemacht, an dem sich die „Volksgemeinschaft“ feierte und eitel Eintracht zwischen Kapitalisten, Betriebsführern, Angestellten und Arbeitern demonstriert wurde. Den Auftakt dafür gab der 1. Mai 1933, der erste im Zeichen des Hakenkreuzes. Auf dieses politische Schurkenstück hatten Hitler und Goebbels sich bereits am 23. März verständigt, was sich dem Tagebuch des Mannes entnehmen lässt, der eben den neu geschaffenen Posten des Propagandaministers besetzt hatte und dem die Regie des Tages oblag. Auf ihn sollte die Liquidierung der freien Gewerkschaftsbewegung folgen. Vorbereitet wurde er als ein Tag der „Gleichschaltung“ der Volksmassen, ein verräterischer Begriff, der von einer Sicht auf Menschen zeugte, die sie als tote Materie ansah, die sich mittels eines Schalters in Funktion setzen lässt. Dabei war „Gleichschaltung“ noch eine beschönigende Kennzeichnung. Gemeint war Unterwerfung unter die Weisungen und Befehle der Machthaber.

Der Umtaufe des Tages waren Sinn und Absicht abzulesen. Statt Kampf für Interessen und Rechte der Ausgebeuteten – Feier der „Volksgemeinschaft“; statt Heerschau der eigenen Kräfte – Feier der „deutschen Arbeit“. Plakate kündeten an, es werde „der erste deutsche Mai“ begangen. Denen ließ sich die Absage an den Gedanken grenzüberschreitender internationaler Solidarität ablesen. Der Tag wurde von den Machthabern von nun an als ein Gemisch angerichtet, das aus politischer Ausrichtung durch

Führerreden und Volksfestrummel bestand. So hob es schon 1933 an. In Berlin fand eine Massenkundgebung auf dem Tempelhofer Feld statt, auf der Hitler sprach. Zum Programm gehörte in der Reichshauptstadt das Setzen einer Hindenburg-Eiche, und in mehreren deutschen Städten wurden Hitler-Eichen gepflanzt. In Nienburg an der Weser hatte der Land- und Schulrat die Schulen angewiesen, die Kinder zusammenzurufen, eine Rede des Schulleiters oder eines anderen Lehrers anzuhören und dazu noch die Rundfunkübertragung aus Berlin. Am Abend sollte in den Sälen der Stadt ein „deutscher Tanz" stattfinden.

Ein klägliches Ende

Der Rummel ist vergessen, nicht aber der Aufmarsch auf dem Flugfeld inmitten der Reichshauptstadt, zu dem sich endlose Kolonnen von Marschierenden bewegten, so dass Hunderttausende zusammenkamen. Kein Maitag vordem hatte eine derartige Menschenmenge versammelt. Das Geheimnis ihres Zustandekommens war nicht groß. Die Mitglieder und Anhänger der NSDAP und die Gefolgsleute der „nationalen" Regierung fanden sich dort ein, ihre Treue zum Regime und ihre Teilnahme am „Aufbruch der Nation" zu bekunden. Erschienen waren Leute, die der Tag vordem nie interessiert hatte und denen es nie in den Sinn gekommen wäre, sich für demokratische und sozialistische Forderungen einzusetzen. Zudem erschienen Kolonnen aus staatlichen und kommunalen Verwaltungen. Ja, es fand sich selbst das leitende Betriebspersonal ein. So ungewohnt ihnen die ganze Aufführung vorkommen mochte, sie trugen dazu bei, das Bild von der Überwindung des Klassenkampfes zu stützen und sich an der Seite „ihrer" Arbeiter einzureihen. Die Anstrengung war gering, der Gewinn groß.

Doch diese alle hätten die gewaltige Kulisse für die „Führerrede" allein nicht abgeben können. Die entstand erst dadurch, dass die Organisationen der freien Gewerkschaften und – was weniger verwunderte – auch die der christlichen dazu aufgerufen hatten, an der Veranstaltung teilzunehmen. Der Appell bezeugte die Illusionen, die in der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) existierten, deren größte die Hoffnung war, in irgendeiner Form auch in der Diktatur des Faschismus weiter existieren zu können. Zugleich offenbarte sich ein Grad von Anpassungsbereitschaft an das neue Regime, der umso mehr staunen macht, da inzwischen hinreichend Erfahrungen mit ihm vorlagen.

Reichsweit war der Angriff auf die Gewerkschaften am 22. April, an dem der Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung an die Mitglieder gerichtet wurde, noch nicht erfolgt. Doch lagen den Gewerkschaftsführern Meldungen aus vielen Städten vor, dass Funktionäre attackiert und verhaftet und Einrichtungen der Organisation besetzt, durchsucht und demoliert worden waren. Derlei hatte sich schon im Verlauf des März von Aachen und Ludwigshafen im Westen bis Breslau und Schneidemühl im Osten des Reiches, von Bremen im Norden bis Rosenheim im Süden ereignet. Das ließ ihre Deutung als Übergriffe von Lokalgrößen der Nazis nicht zu. Die Antwort der Führung des ADGB hatte dennoch einzig in einer Beschwerde bestanden, die an den Reichspräsidenten gerichtet worden war, von dem, da er den Führer dieser „Revolutionäre" doch eben zum Reichskanzler berufen hatte, am wenigsten Beistand erwartet werden konnte.

Am Tag nach dem Fest, das durch den Massenaufmarsch den neuen Machthabern auch vor dem Ausland als Argument ihrer Legitimation diente, erfolgte im gesamten Reichsgebiet der geplante Schlag gegen die freien Gewerkschaften. Die SA besetzte die Gewerkschaftshäuser und andere Einrichtungen des ADGB nun ohne Ausnahme, verhaftete Gewerkschaftsfunktionäre, verschleppte sie in Gefängnisse und Konzentrationslager, so nach Oranienburg bei Berlin. Das Eigentum der Organisation, von Generationen Arbeitender über deren Mitgliedsbeiträge und Spenden angehäuft, verfiel der Beschlagnahme, wurde ein Raub der Machthaber und lieferte den Grundstock für die Ausstattung der am 10. Mai gegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF), die ihr Vorbild in einer Organisation des italienischen Faschismus mit dem relativ unpolitischen Namen „Nach der Arbeit" besaß. In Deutschland musste es eine „Front" sein, und in dieser Namensgebung drückte sich nicht nur der Geist des Militarismus aus, den die NSDAP pflegte und auch der Führer dieser Organisation, Robert Ley, ein Freiwilliger des Weltkriegs. „Front" war hier durchaus wörtlich gemeint als Ort, an den „Soldaten der Arbeit" gehörten, bereit, der staatlichen Obrigkeit und „ihren Betriebsführern" zu folgen. Diese

Haltung wurde nicht binnen Monaten und wenigen Jahren hergestellt, aber sie war im Kriege erreicht, nicht zuletzt unter der Androhung von Strafen und angesichts der Furcht vieler, ihren Arbeitsplatz in einem Werk mit einer Kaserne und dann mit dem Weg auf ein Schlachtfeld vertauschen zu müssen. Die Ausrichtung auf dieses dem Kapital erwünschte und Profit bringende Verhalten begann 1933.

Repräsentation und Reklame

In der Propaganda der NSDAP gehörte die Heraushebung der Arbeit als Hauptweg zum Aufstieg Deutschlands und – mehr noch – als Kenn- und Markenzeichen der Nation zum festen Bestand. „Deutschland arbeitet" lautete eine Parole, „Arbeit adelt" eine andere; sie waren auch darauf berechnet, die „Volksgenossen" ebenso wie das Ausland von der Friedfertigkeit des Regimes zu überzeugen. Dem dienten ebenso Reklameprojekte, die alsbald in Angriff genommen wurden. Zu ihnen gehörten Eindeichungen an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste, die u. a. von Arbeitslosen aus Hamburg und Kiel vorgenommen wurden. Landwirtschaftlich waren sie bei einer Ausdehnung von insgesamt nicht mehr als etwa 13 Hektar ohne größere Bedeutung. Aber sie eigneten sich gut, um herauszustellen, dass das deutsche Volk ohne ausreichenden Raum und Ernährungsgrundlage sich dennoch zu behelfen wisse. Bilder aus Goethes „Faust", wie die dem Meere Land abringende glückliche Gemeinschaft, wurden aufgerufen. Die entstandenen Ansiedlungen erhielten die Namen „Adolf-Hitler-Koog" und „Hermann-Göring-Koog". Der auf den Namen des „Führers" getaufte wurde in dessen Anwesenheit am 29. August 1935 eingeweiht. Nazidichter halfen der Friedensdemagogie auf ihre Weise auf, so Hans Baumann mit seinem vor allem wegen der Zeile „... wenn alles in Scherben fällt" häufig zitierten und auch vertonten Gedichtes „Es zittern die morschen Knochen". Sein Text wies jeden Verdacht kriegerischer Absicht als verleumderisch zurück. Bezichtigt wurden dessen irgendwelche verachtenswürdige „Alte" und anonyme „Welten": „Sie wollen das Lied nicht begreifen, sie denken an Knechtschaft und Krieg, dieweil unsere Äcker reifen ..."

Der Propagandaschlager der Arbeitsbeschaffung schlechthin war der Beginn des Baus von Autobahnen, die bald „Straßen des Führers" hießen. Beim damaligen Stand der Bautechnik wurde dafür eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften mobilisiert, zum Teil zwangsverpflichtet. Das Leben in den Arbeiterlagern war primitiv und mitunter jämmerlich. Doch für viele dieser Straßenbauer galt, dass sie seit Jahren wieder Geld verdienten. Über die an den Trassen hinaus Beschäftigten erhielten Zement-, Eisen- und Stahlwerke, Kiesgruben und andere Baustofferzeuger Staatsaufträge; so entstanden zusätzlich Arbeitsplätze. Obwohl kaum jemand, der an diesem Großprojekt beteiligt war, damit rechnen konnte, dass er mit seiner Familie je im eigenen Auto über diese Straßen fahren werde, verbreitete sich mit ihnen das Bild eines erneuerten, modernen Deutschlands, eine Vorstellung von Tempo, Weite, Eleganz und Rationalisierung.

Andere Staatsaufträge ergingen, um dem Regime repräsentative Bauten zu schaffen. Auch sie sollten den Eindruck von Aufbruch, Macht und Dauer erwecken. In Berlin wurde mit dem Bau des Gebäudes für die Reichshauptbank, dann mit denen für das Luftfahrt-, das Propaganda- und das Innenministerium begonnen. Die NSDAP ließ in Städten ihre Verwaltungssitze und auf dem Lande Baukomplexe für Schulungszwecke errichten. Die Betriebe der Textil- und Lederindustrie und verwandte Produktionszweige und Handwerke erhielten umfangreiche Bestellungen an Uniformen für die sich aufblähenden Organisationen der SA und SS, des Kraftfahrer-, Marine- und Fliegerkorps bis hin zum männlichen und später auch weiblichen Reichsarbeitsdienst und zur Hitlerjugend.

Produktion für die Rüstung

Weniger in das Propagandabild gelangte in den frühen Jahren des Regimes die Arbeitsbeschaffung, die für die sukzessive und schließlich vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit ausschlaggebend war: die permanente Steigerung der Rüstungsproduktion zur Ausstattung der Reichswehr, seit 1935 der Wehrmacht. Deren Intendanturen wurden besonders mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zum gesuchten Auftraggeber. Die Soldaten waren zu behausen, zu bekleiden und zu bewaffnen, wozu in nahezu allen Industriezweigen wie in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft Bestellungen eingingen. Gebaut wurden Kasernen und Flugplätze, produziert wurde jegliches Kriegsgerät. Das ergab Beschäftigung für Produktionsarbeiter und erforderte Facharbeiter, an denen es bald zu

mangeln begann, so dass die Lehrlingsausbildung intensiviert werden musste. Für Architekten, Techniker, Ingenieure und Erfinder eröffneten sich Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, wie sie noch kurz zuvor nicht einmal gedacht worden waren. 1935 ließ zudem die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht junge Arbeitskräfte zeitweilig vom Arbeitsmarkt verschwinden.

In dem Maße, wie der Beschäftigungsgrad zunahm, vergrößerte sich die kaufkräftige Nachfrage nach Lebensmitteln und Bekleidung. Sie richtete sich auch auf langlebige Güter wie Wohnungseinrichtungen, deren Erwerb bis dahin vielen jungen Ehepaaren unmöglich gewesen war. Die Lebensverhältnisse der Bevölkerung besserten sich, ohne dass in den Kreisen der Arbeiter das Wohlleben ausgebrochen wäre. Denn dafür, dass die Entwicklung der zivilen Nachfrage aufs Ganze gesehen in Grenzen blieb, sorgte der verordnete Lohnstopp. Vollständig war der zwar, da die Betriebe um qualifizierte Arbeitskräfte konkurrierten, nicht durchzusetzen. Doch wirkte er insgesamt zugunsten der Profite des Kapitals, was verstärkt Investitionen ermöglichte, und nicht weniger zugunsten der Staatspolitik, die nicht unter den Druck geraten wollte, Devisen, die für den Kauf von Rüstungsrohstoffen bestimmt waren, für die Einfuhr von Nahrungsgütern abzweigen zu müssen.

Die psychologische Wirkung der Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nach den Jahren des Massenelends und des Hungerns kaum überschätzt werden. Antifaschisten, die sich davon nicht bestechen ließen und ihren Gesprächspartnern eine nüchterne und vollständige Sicht auf Taten und Wege des Regimes zu vermitteln suchten, stießen bei allem, was ihnen zugestanden wurde, am Ende wieder und wieder auf das Argument: „Aber sie haben Arbeit geschaffen“. Das Hemd war vielen Arbeitern näher als der Militärrock, den sie zu Millionen bald angezogen bekommen sollten. Die Propagandisten des Regimes wussten aus der Reduzierung und schließlich erreichten faktischen Beseitigung der Arbeitslosigkeit ihre Münze zu schlagen. Hitler wurde als der Kanzler dargestellt, der im Gegensatz zu allen seinen Vorgängern in der Weimarer Republik Wort gehalten habe. Der erste Vierjahresplan sei erfüllt, hieß es 1936. Mit ihm die Versprechen von 1933. Ausstellungen und Filme feierten das Erreichte. Es wurde Zuständen in Nachbarländern gegenübergestellt, in denen die Erholung der Wirtschaft nach der großen Krise ungleich langsamer eingesetzt hatte. Und: Das alles sei erst der Anfang. Für dieses Deutschland schien es keine unüberwindbaren Hindernisse zu geben. Der Führer wusste um Weg und Ziel. Es galt, ihm zu vertrauen und zu folgen. Diese soziale Demagogie der Faschisten schwebte nicht frei, da hätte sie bald ihre Kraft verloren. Sie besaß Bodenberührung. Erfolg konnte vorgewiesen werden und weiterer Erfolg wurde versprochen – und massenhaft an ihn geglaubt.

junge Welt, Sonnabend, 26.04.2008, S. 10.

Der Heuchler

Hitlers „Friedensrede“ vom 17. Mai 1933

Den Reichstag hatten die Deutschen am 5. März 1933 gewählt. Schon am 23. März, der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, hatte er sich selbst ausgeschaltet und war vollkommen verstummt (siehe jW vom 19.3.2008). Dass ihm einzig die Rolle eines Dekors des Regimes und einer Kulisse für die Auftritte Hitlers gelassen war, wurde zwei Monate später, am 17. Mai, offenkundig, als er in dieser Zusammensetzung noch einmal – und zwar zum letzten Mal – zusammengerufen wurde. Freilich waren die Lücken in den Reihen der Abgeordneten nun noch größer geworden. Nicht nur, dass die illegalisierten Kommunisten fehlten, deren Mandate kassiert worden waren. Auch die sozialdemokratische Fraktion war weiter geschrumpft. Es ließe sich fragen, warum Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sich an jenem Tage überhaupt noch in der Kroll-Oper im Tiergarten einfanden. Angekündigt war eine Erklärung Hitlers zur Außenpolitik der Regierung. Man musste kein Hellseher sein, um vorauszusagen, dass diese Veranstaltung nur eine weitere Bekundung und Bekräftigung des angeblichen Friedenswillens der Faschisten sein würde. Da dem Betrug am Ort nicht widersprochen werden konnte, ließ sich die den Sozialdemokraten zugedachte Rolle des Stimmviehs (und des Bürgen obendrein) ausrechnen. Und die spielten sie am 17. Mai 1933 denn auch.

Scheinheilige Versprechen

Das aktuelle Ziel, dass Hitler mit dem Auftritt verband, bestand darin, der fortschreitenden Isolation seines Regimes im Ausland entgegenzuwirken, die durch die Meldungen über den Terror gegen alle Gegner, die Einrichtung von Konzentrationslagern, die Aufhetzung gegen die Juden und andere hervorgerufen worden war. Nichts schien ihm dafür geeigneter und wohlfeiler als eine Rede über die friedlichen Absichten des „neuen“ Deutschland. Auf diesen Auftritt folgten noch viele nicht minder verlogene.

Doch schon bei der Uraufführung zog Hitler alle Register der Scheinheiligkeit, posierte als vollkommene Unschuld, wies beleidigt angeblich ungerechtfertigte Verdächtigungen der NSDAP und der Absichten der Regierung zurück. Er gab sich dreist als Apostel der Völkerverständigung: „Wenn ich in diesem Augenblicke bewusst als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten nationalen Erhebung bekunden, dass gerade uns und dieses junge Deutschland das tiefste Verständnis beseelt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker.“ Nicht nur Friede solle zwischen den Völkern herrschen, sondern die Deutschen wollten in Freundschaft mit ihnen leben: „Die Generation dieses jungen Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben nur die Not, das Elend und den Jammer des eigenen Volkes kennenlernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn (damit meinte Hitler nicht den Krieg, sondern die Nachkriegsregelungen des Versailler Vertrages, K. P.) gelitten, als dass sie beabsichtigen könnte, das gleiche anderen zuzufügen. Unser Nationalismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.“ Freilich seien da Wunden noch zu salben und Rechnungen noch zu begleichen: „Wir haben aber keinen sehnlicheren Wunsch als den, beizutragen, dass die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig geheilt werden, und Deutschland will dabei keinen anderen Weg gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt wird. Die deutsche Regierung wünscht, sich über alle schwierigen Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur mit den anderen Nationen friedlich und vertraglich auseinanderzusetzen. Sie weiß, dass jeder militärische Akt in Europa auch im Falle seines vollständigen Gelingens, gemessen an seinen Opfern, in keinem Verhältnis steht zum möglichen endgültigen Gewinn.“

Das tiefinnerste Herz, der sehnlichste Wunsch, die grenzenlose Liebe, Treue, Freundschaft, Friede. Der Wortschwall sollte glaubhaft machen, diese Regierung werde nicht nur von nüchternen Gedanken, nicht von bloßer Berechnung und kaltem Kalkül, nicht vom Kopf allein also geleitet, sondern

eben von durch und durch völker- und menschenfreundlichen Gefühlen. Dieses Vokabular wurde in den folgenden Jahren von Hitler und seinen Nachbetern permanent eingesetzt. Dabei hätte an diesem Maitag ein Redner genügt, der den Heuchler mit seinen Auslassungen aus „Mein Kampf" konfrontiert und ihn befragt haben würde, ob und wie er sich denn auf dem Wege vom Parteiführer zum Reichskanzler von einem Saulus zum Paulus gewandelt habe, und das Groteske der Szene wäre an den Tag gebracht worden. Doch konnten die Veranstalter dieses Auftritts sicher sein, dass das niemand wagen würde.

Adressaten der Friedensrhetorik

Und so ging es fort. Vor oder nach jedem Schritt, den das Naziregime näher zum Krieg hin machte, hielt der „Führer" eine Rede mit Beteuerungen seiner Friedenswilligkeit: 1933 nach dem Austritt aus dem Völkerbund, 1935, als die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden war, 1936, als die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes von der Wehrmacht besetzt und vor den Grenzen Frankreichs und Belgiens wieder Garnisonen eingerichtet und militärische Anlagen gebaut wurden. Eingedenk der Tatsache, dass Frankreich – mehr als Großbritannien – wegen seiner Weltkriegserfahrungen der deutschen Aufrüstung mit Misstrauen begegnete, war dieses Nachbarland der bevorzugte Adressat solcher Beteuerungen. Und es fanden sich ausländische Journalisten, die sich in Interviews von Hitler oder einem seiner Mitführer versichern ließen, dass von Deutschland her niemandem Gefahr drohe.

Einer dieser dienstbaren Schreiber war der britische Daily Mail-Korrespondent Ward Price, auf dessen Fragen Hitler wenige Tage nach der Abstimmung im Saargebiet im Januar 1935 antwortete. Als deren Folge hatte sich die deutsch-französische Grenze verlängert, von der das Kaiserheer 1914 tief nach Frankreich hineingestürmt war. Price durfte Hitler zunächst erklären, dass er mit einem französischen Politiker gesprochen habe, der die Meinung vertrat, der Nachbar im Osten werde nur so lange Reden und Gesten der Versöhnung zeigen, wie die Reichswehr noch nicht kriegsbereit sei. Auch die friedfertigen Begegnungen französischer Traditionsverbände der Weltkriegsteilnehmer mit ihren deutschen Partnern, habe dieser Ungenannte gemeint, würden deutscherseits nur der Tarnung dienen. Darauf nun Hitler: „Dieser Politiker hat noch nie ein Volk geführt. Oder könnte er sonst glauben, dass man ein Jahrzehnt lang vom Frieden reden kann, um dann plötzlich mit demselben Volk so mir nichts, dir nichts einen Krieg zu beginnen?"

Genau das aber glaubte Hitler bewerkstelligen zu können, was jedoch nicht ohne Schwierigkeiten ablief. Er selbst drücke, fuhr Hitler dann fort, wenn er vom Frieden rede, nichts anderes aus als den „tiefinnersten Wunsch des deutschen Volkes". Er kenne die Schrecken des Krieges und wisse – da war wieder die Floskel von 1933 –: „Gemessen an seinen Opfern sind alle Gewinne unbefriedigend." Mit der Sprache, die unter Pazifisten gebräuchlich war, nannte er einen künftigen Krieg mit seinen noch größeren Schrecken als jenen des Weltkrieges eine „europäische Schlächterei".

Und darauf folgt die Angel des Antikommunismus, ausgeworfen nach jenen französischen Politikern, die sich einer eben in Gang gekommenen Annäherung des eigenen Landes an die Sowjetunion zum Zwecke der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit widersetzten. „Ich glaube", so Hitler weiter, „dass der kommunistische Wahnsinn der einzige Gewinner wäre. Ich habe aber nicht 15 Jahre dagegen gekämpft, um ihn dann auf einem Umweg erst recht auf den Thron zu heben." Feierlich schloss er das Interview mit zwei Bekenntnissen: „1. Deutschland wird von sich aus niemals den Frieden brechen, und 2. wer uns angreift, greift in Dornen und Stacheln. Denn ebenso wie wir den Frieden lieben, lieben wir die Freiheit." Dann folgten noch eine Versicherung und ein Angebot: Deutschland habe keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich – was den Verzicht auf Elsass-Lothringen ausdrückte – und sei bereit, mit allen seinen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen, wie er es, das diente Hitler insbesondere zum Beweis seines Verständigungswillen, 1934 mit Polen getan habe. Wiederum: höchstes Glück der Friede – tiefstes Leid der Krieg, heilige Versicherung, ehrliebende Völker, ehrbewusste Regierungen, gegenseitiges Verstehen, Rücksichtnahme. Die Weltgeschichte kannte seit Jahrtausenden Lügner von außergewöhnlichem Format. Hitler konnte es mit jedem und allen aufnehmen.

In einem weiteren Interview, das er dem französischen Journalisten Bertrand de Jouvenel am 21. Februar 1936, also kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone, gab, beteuerte er wieder, dass ein Treffen der Nachbarn auf dem Schlachtfeld ein Ruin für beide wäre. Er habe den Deutschen klargemacht, „dass der Begriff der Erbfeindschaft ein Unsinn ist". Er präsentierte sich als Aufklärer und Erzieher der Nation, der durch seinen Appell doch schon erreicht habe, dass innerhalb Deutschlands der Klassenkampf als „Unsinn" abgetan werde. Ein ähnlicher Appell an die Vernunft ließe sich auch auf internationalem Gebiet und für die Beziehungen der Völker zueinander aussprechen. Diesmal kam die Rede, wie der Interviewer zurückhaltend sagte, auch auf die „sehr schlimmen Dinge über Frankreich", die Hitler in „Mein Kampf" geschrieben habe. In diesem Punkte, erklärte der Befragte, könne er sich angesichts der veränderten Zeiten korrigieren, und das tue er als Politiker nicht in einer künftigen Ausgabe seines Buches, sondern in dem der Geschichte. Dieser Führer war auch nicht um eine noch so faule Ausrede verlegen.

Die mit dem Blick auf den künftigen Kriegsgegner immer wieder zur Schau getragene Friedfertigkeit der Naziregierung hatte freilich einen Haken. Sie wirkte, da Inlands- und Auslandspropaganda nicht getrennt werden konnten, auf die Deutschen zurück.

Der Preis der Lüge

Derart war die Bevölkerung im Reich zwei ideologischen „Berieselungen" ausgesetzt. Die eine, der Naziideologie adäquate und dem wirklichen Kurs der Führung entsprechende, war darauf gerichtet, die „Nation" zu militarisieren, sie an den Gedanken des Krieges als eine unausweichliche Erscheinung im Leben der Völker zu gewöhnen und sie auf diesen „Fall" einzustellen – geistig, mental und auch ganz praktisch. Auf verschiedenste Weise wurde – weit über die Reichswehr, ab 1935 die Wehrmacht, hinaus – das Morden, Kriegshandwerk genannt, gelehrt und eingeübt. Die andere „Berieselung" erfolgte durch die Friedensheuchelei, die Millionen für bare Münze nahmen. Und das umso mehr, als die Mehrheit der Bevölkerung Erinnerungen an den Weltkrieg besaß und aus eigenem Erleben um dessen Folgen wusste. Doch statt ihren Augen zu trauen, trauten sie ihren Ohren, und in diese blies ihnen Hitler mit der Friedensschalmei. Zu sehen aber war doch, dass im Lande eine moderne Riesenarmee aufgebaut, Kriegsliteratur in Massen und billig verkauft, in Filmen und Bildern die „Heldentaten" der vorgeblichen Vaterlandsverteidiger verherrlicht, Kriegsspielzeuge angeboten wurden, die sich in vielen Kinderzimmern wiederfanden.

Als dann – ein halbes Jahr nach dem „Anschluss" Österreichs – im September 1938 die sogenannte Tschechei-Krise ausgelöst wurde und Hitler in einer Rede im Berliner Sportpalast den Ton wechselte und unüberhörbar mit dem Säbel rasselte, stieß das in der Masse der Deutschen nicht auf Beifall. Das hatte selbst eine über Wochen geführte Propagandakampagne, die den furor teutonicus wecken und gegen die angeblich die Deutschen ausrottenden Tschechen mobilisieren sollte, nicht zu bewirken vermocht. Hitler setzte sich in einer Rede, die er am 10. November 1938 in München vor einem ausgesuchten Kreis von Nazijournalisten hielt, mit diesen aktuellen Erfahrungen der Manipulation auseinander – auf seine Weise, das hieß, sie beschönigend. Er zollte den überzeugten oder angepassten Soldschreibern der Presse für ihre nationalchauvinistische Aufhetzung der Deutschen gegen den tschechischen Nachbarn ausdrücklich Beifall. Das Problem, vor dem er und die Machthaber standen, formulierte er dann so: „Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, dass eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat, denn es kann nur zu leicht dahinführen, dass sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, dass das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren." Wer aber so denke, fuhr er fort, beurteile die Ziele seiner Politik falsch. Und noch einmal bekräftigend: „Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete."

Dann stellte er, ohne sich um die wohlbekannten Tatsachen zu kümmern, die notwendige Wendung vom Friedensgerede zur Herstellung von Kriegswilligkeit als geglückt dar: „Es war nunmehr (um die territorialen Forderungen gegen die Tschechoslowakei durchzusetzen – K. P.) notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen." Diese Arbeit wäre seit Monaten planmäßig geleistet worden. Es seien bestimmte außenpolitische Vorgänge so beleuchtet worden, „dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach Gewalt zu schreien begann." Tatsächlich hatte die innere Stimme des Volkes geschwiegen, und wo sie sich äußerte, waren Hoffnungen auf eine friedliche Lösung ausgedrückt und auf deren Erfüllung gehofft und an sie geglaubt worden. Eine Ausnahme hatten im September 1938 die bestellten Schreihälse im Sportpalast gebildet.

Im Griff der Propaganda

Hitlers Ansprache in München war keine Analyse des Zurückliegenden, sondern eine Ausrichtung auf den nächsten „Fall". Die ist befolgt worden, als im folgenden Jahr die Krise mit Polen entfacht wurde, die in den deutschen Überfall mündete. Das Problem war jedoch nicht loszuwerden. Denn der Friedenswille sollte der internationalen Öffentlichkeit ja weiter und bis zum ersten Schuss vorgetäuscht werden. Darauf konnten die Machthaber nicht verzichten, Hitler und Co. also den Mantel des Friedensapostels nicht abwerfen. Von der Absicht geleitet, bei einem Angriff auf Polen nicht sogleich in einen Krieg mit den Westmächten zu geraten, machte Hitler in einer Reichstagsrede am 28. April 1939 den Engländern die nettesten Avancen: „Dieser Wunsch nach einer deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit deckt sich nicht nur mit meinen Gefühlen, die sich aus der Herkunft unserer beiden Völker ergeben, sondern auch mit meiner Einsicht in die im Interesse der ganzen Menschheit liegende Wichtigkeit der Existenz des britischen Weltreiches." Er lobte das kolonisatorische Verdienst, das er Großbritannien zuschrieb, und zielte darauf, dass dies als vollkommenes Desinteresse an der Beschädigung der britischen Weltmachtstellung verstanden werde. Das Verdienst, das sich „das angelsächsische Volk" um die Weltkultur auf diese Weise erworben habe, errege seine „aufrichtige Bewunderung", und es läge ihm völlig fern, das zu gefährden.

So wechselten in der Nazipropaganda bis in den August 1939 Erklärungen der Bereitschaft, Streitfragen friedlich zu lösen, mit Drohungen und Beschuldigungen gegen den Nachbarn im Osten. Wie schon gegen die Tschechoslowakei geschehen, wurde wieder behauptet, die im Nachbarland lebenden Deutschen seien von Ausrottung bedroht. Und wieder schlug der Versuch, die Mehrheit der Deutschen kriegswillig zu stimmen, fehl. Die hoffte auf eine Lösung in der Art eines „zweiten München", also auf die Wiederholung der Beihilfe der beiden großen Westmächte zur Durchsetzung der deutschen Forderungen, die bescheiden aufgemacht waren: Eingliederung Danzigs in das Reich und Bau einer exterritorialen Eisen- und Autobahn durch das polnische Pomorze (Westpreußen), um die Verbindung mit Ostpreußen unter eigene Regie zu nehmen. Doch die Polen waren gewarnt. Auf München und die erzwungene Preisgabe der Grenzgebiete waren nach kaum einem halben Jahr der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Prag und die Liquidierung des tschechoslowakischen Staates gefolgt. So wollte Polen nicht enden.

Die Deutschen, Hitlers Beteuerungen über Verständigungswillen noch immer ernst nehmend, erblickten in den hochgerüsteten Streitkräften vor allem ein politisches Druckmittel, eine Drohkulisse, vor der ihr „Führer" die Forderungen durchsetzen würde, die viele von ihnen für berechtigt und gemäßigt ansahen. Sie vertrauten darauf, dass das erneute Säbelrasseln genügen und Hitler seine Politik wieder am Rande des Krieges steuern werde. Das war eine Missdeutung der Erfahrungen vom Vorjahr. Diesmal war die Auslösung des Krieges fest ins Auge gefasst.

Während die führenden Militärs darauf durch Ansprachen des Oberbefehlshabers eingestellt waren, wurde die Masse der Deutschen am Morgen des 1. September 1939 von der Nachricht des Kriegsbeginns überrascht, ja überrumpelt. Sie hatten nicht nach Gewalt geschrien, trotz der wochenlangen Bearbeitung durch die Goebbels-Propaganda, die sich vor allem der Horrormeldungen über die Verfolgungen der in Polen lebenden Deutschen bediente. Nirgendwo ein Freuden- oder Begeisterungs-

ausbruch wie im August 1914. Die Machthaber wussten das und verzichteten, um sich nicht zu isolieren, auf jede Inszenierung, die solchen Volkswillen vorgetäuscht hätte. Der Kriegsbeginn wurde mit Molltönen begleitet. „Der uns aufgezwungene Krieg“ – die Wiederholung der Lüge von 1914. Doch auch kein Anzeichen für den Unwillen in der deutschen Bevölkerung. Nun, da der Krieg einmal begonnen war, stellte sie sich auf diese Tatsche ein. Die Deutschen wollten ihn vor allem nicht verlieren. Dieser Wunsch ließ sich in Verhalten verwandeln. Darauf verstanden sich die Machthaber. Sie nutzten ihn für die Mobilisierung der Millionen, der Soldaten wie der Zivilisten, zu äußersten Kriegsanstrengungen. Und aus dem Herold des europäischen Friedens, den Hitler gemimt hatte, wurde der „Größte Feldherr aller Zeiten“ – zeitweilig.

junge Welt, Freitag, Freitag, 16.05.2008, S. 10.

Mehr als eine Zwischenstation

Buchenwald: Barack Obama in der Gedenkstätte Buchenwald. Der Besuch macht Hoffnung, dass die USA zu den Prinzipien der alliierten Siegermacht von einst zurückfinden

Wie lange muss man zurückdenken, um auf einen Besuch in Buchenwald zu stoßen, der soviel Aufmerksamkeit erregte, wie der heutige? Dafür sorgen zum einen die Person des Besuchers, zum anderen die vielschichtigen und hochgespannten Erwartungen, die sich mit ihm und seiner Arbeit weltweit verbinden. An Barack Obama knüpfen sich seit seinem Amtsantritt Hoffnungen zuvörderst auf eine veränderte amerikanische Außenpolitik, aber mehr noch auf eine Rückkehr zu den Prinzipien der Politik, die im 18. Jahrhundert an der Wiege eben des Staates verkündet wurden, den der Besucher repräsentiert. Diese Prinzipien standen gleichsam auf den Fahnen der Armee, die 1943 den Atlantik überquerte und sich von Nordafrika nach Italien vorkämpfte, und jener anderen, die im Jahr darauf in der Normandie landete und im Verbund mit allen Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition ihren Beitrag zur militärischen Zerschlagung des faschistischen Mächteblocks leistete.

Ein vergleichender Blick

Barack Obama begibt sich auf eine Teilstrecke dieses opfervollen Weges, die er gleichsam in entgegen gesetzter Richtung zurücklegt, in der sie 1944/1945 von Offizieren und Soldaten der US-Army genommen wurde. Mit ihnen auf diesem Weg war aus Obamas Familie auch Charlie Payne, dessen Einheit in das Nebenlager Ohrdruf bei Gotha vordrang. Dessen umgekehrten Weg also ist nun Obamas Strecke – von Buchenwald westwärts nach Paris und weiter an die Küste der Normandie. Dort wurde am 6. Juni 1944, das liegt exakt 65 Jahre zurück, die „Zweite Front“ eröffnet. Es begann jene Offensive, in deren Verlauf die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau erreicht und befreit wurden. Der Historiker kann nur wünschen, dass der überflüssige Streit über das Verdienst an der Befreiung des Lagers auf dem Ettersberg vor den offenkundigen Tatsachen schweigt: Die Häftlinge hatten sich gegen ihre Peiniger erhoben und konnten erfolgreich sein, weil die US-Truppen nahten.

Barack Obama in der Gedenkstätte im Weichbild Weimars, das ist mehr als eine Zwischenstation. Mit seinem Kommen mögen sich persönliche Anliegen ebenso verbinden wie aktuelle politische Absichten. Zugleich vermittelt diese Visite Signale in ein Land, in dem seit Jahren in der Öffentlichkeit doch mehr und häufig unterschiedslos von den deutschen Opfern außerhalb dieser Lager geredet, geschrieben und gezeigt wird, als dass auf jene trauernd, gedenkend und mahnend Bezug genommen würde, die hinter den elektrischen Zäunen zugrunde gingen und hingemordet wurden. Und dieser Reiseort spricht auch wortlos über die Ideale und Ziele, von denen die Männer geleitet wurden, die Tausende von Kilometern von ihrer Heimat getrennt in Europa ihr Leben einsetzten, und das mag die Frage aufwerfen, ob sich ihre gegenwärtig in den Irak und nach Afghanistan befohlenen Nachfahren mit ihnen messen können. Der auf diese Weise gewonnene vergleichende Blick in die Kriegsgeschichte der USA könnte die von ihrem Präsidenten soeben während seiner Kairoer Rede angedeutete Kritik an der Politik seiner Vorgänger jedenfalls vertiefen helfen.

Die Macht der Medien, die Obamas Reise von Riad über Kairo nach Dresden und Buchenwald und von dort nach Frankreich so viel berechtigte Aufmerksamkeit schenken, wird nicht nur in den berührten Ländern über die Wirkung dieser Tour entscheiden. Die Denkanstöße, die von der außergewöhnlichen Weltroute des US-Präsidenten ausgehen könnten, sind zahlreich. Was Buchenwald anlangt, so sollte sein Besuch nicht, womit deutsche Interpreten rasch zur Hand waren, zur bloßen taktisch berechneten Ersatzhandlung für die von Kairo aus nicht unternommene Tour nach Tel Aviv herabgestuft werden.

der Freitag, Die Ost-West-Wochenzeitung. 05.06.2009.

Geben und Nehmen

Vor 75 Jahren: Geldsegen für die NSDAP. Von den heimlichen Förderern der Nazipartei zur „Adolf-Hitler-Spende“

Dass die politischen Parteien hierzulande heute ihre Existenz und ihre Tätigkeit nicht allein aus Beiträgen ihrer Mitglieder bestreiten, weiß jedes fortgeschrittene Schulkind. Was sie annehmen dürfen und wie sie die ihnen zufließenden Gelder offenzulegen haben, ist gesetzlich geregelt. So weit war die Weimarer Republik noch nicht. Das kam niemandem mehr entgegen als der NSDAP. Die Frage, woher sie in den Jahren ihres Aufstiegs zur wählerstärksten Partei der Weimarer Republik die finanziellen Mittel bezog, ohne die sie auf diesen Platz nicht hätte gelangen können, beschäftigte schon viele Zeitgenossen. Die waren sicher, dass die Gelder für die Häuser der Partei und andere Immobilien, die Gehälter für ihr hauptamtliches Personal, die Aufwendungen für die Führungsspitze (zu denen der Kauf und Betrieb eines Flugzeugs gehörte, mit der der „Führer“ – Parole „Hitler über Deutschland“ – an einem Tage mehrere weit auseinanderliegende Versammlungsorte erreichen konnte), die teuren Wahlkampagnen, die sich 1932 häuften, nicht aus den Taschen der Kleinbürger und Arbeiter stammen konnten, welche doch die Masse der Mitglieder ausmachten. Doch der Haushalt der Partei gehörte in deren Münchener Zentrale zu den bestgehüteten Geheimnissen. Weder Geldgeber noch Empfänger besaßen ein Interesse, ihre Beziehungen offenzulegen. Dass diese „Arbeiterpartei“ zahlungskräftige Förderer in Kreisen der Bourgeoisie besaß, kam dennoch öffentlich wiederholt zur Sprache und ließ sich in den Zeitungen ihrer Gegner und Widersacher lesen. Dabei fielen Namen einiger weniger „Bekenner“.

Verwischte Spuren

Wie es in Republikzeiten und auch später um die Buchführung darüber in der Parteizentrale stand und was sich ihr hätte entnehmen lassen, wurde auch nach dem Ende der Naziherrschaft nicht bekannt. Akten waren gründlich vernichtet worden, und jene, die – wie der seit 1925 als Reichsschatzmeister der NSDAP fungierende und zu höchsten SA- und SS-Ehrenrängen aufgestiegene Franz Xaver Schwarz – ihren Inhalt kannten, sind zum Sprechen nicht gebracht worden. Von US-Besatzungsbehörden interniert, starb der „alte Kämpfer“ und Putschist des Jahres 1923 im Lager.

Zudem war in der Bundesrepublik dafür gesorgt, dass das Interesse an der Aufklärung gerade dieser Seite der NSDAP-Geschichte sich in der Geschichtswissenschaft wenig entwickelte. Historiker in der DDR suchten den frühen finanziellen Beziehungen zwischen der faschistischen Führung und Kreisen des Kapitals auf die Spur zu kommen. Doch blieben ihre Ergebnisse im Bruchstückhaften. Mitunter wurden die Aufstiegsbedingungen der Hitlerpartei auch zu einseitig solcher Förderung durch „Hintermänner“ zugeschrieben und selten vermerkt, dass den kleinen Gefolgsleuten des Hakenkreuzes in der „Kampfzeit“ durchaus finanzielle „Opfer für die Bewegung“ abgefordert wurden, angefangen bei ihrer Einkleidung in die braune Parteitracht. Es waren nach dem Januar 1933 nicht zuletzt deren Opfer (gemeinsam mit denen an Zeit und Kräften), die den Anspruch der „einfachen“ SA-Männer rechtfertigten, nach dem Sieg belohnt zu werden.

Kapital und Politik

Wie der Anteil des Fußvolkes am Vormarsch der Faschisten an die Staatsspitze nicht auf Mark und Pfennige beschränkt war, so auch nicht der ihrer kapitalkräftigen Sponsoren im Hintergrund, die niemals hinter Hakenkreuzfahnen marschierten, nie eine Kundgebungstribüne mit den Parteioberen betraten oder sich im Wahlkampf exponierten. Ihr Beitrag war vielfältiger und mancher davon gewichtiger als ihre Zahlungen. Eine Minderheit von Angehörigen der Großbourgeoisie fungierte als Ratgeber der NSDAP-Führung, die so nicht nur die Wünsche nicht zu erraten brauchte, welche in diesen Kreisen im Hinblick auf die Innenpolitik gehegt wurden, sondern auch für die Bestimmung taktischer Orientierungen Hilfestellung bekam. Hjalmar Schacht, von 1930 bis 1932 Präsident des Direktoriums der Reichsbank a. D. und in spe, mit seinen Beziehungen in die höchsten Kapitalkreise war dabei mehrfach und in kritischen Situationen Ideenspender, Warner und zudem moralische Stütze gegen aufkommende Zweifel.

Werden Schachts auch nur durch wenige Quellen – durch diese aber zweifelsfrei belegte – Aktivitäten in Geschichtsbüchern noch genannt, so ist vom Hauptbeitrag des deutschen Monopol- und Großkapitals und ihrer Verbände am Aufstieg der NSDAP kaum die Rede. Der bestand in einer vom Reichsverband der deutschen Industrie geforderten und durchgesetzten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die das Massenelend der Krisenjahre zusätzlich verschärfte und derart Millionen, die auf dem Grunde der Gesellschaft angekommen waren oder dorthin abzustürzen drohten, nach dem Retter rufen ließ, den ihnen die Nazis in der Person Hitlers präsentierten. So wurde der Boden bereitet, auf dem die Demagogen säen und ernten konnten. Und das ist, so verschieden die heutigen Zeiten von jenen sein mögen, die am Beginn der dreißiger Jahre herrschten, der aktuell gewordene Aspekt, den der Rückblick aus einem Dreivierteljahrhundert hergibt.

Wenn die NSDAP, zur einzigen Regierungspartei der Diktatur geworden, 1933 nicht nur an das Staatsruder, sondern auch an die da nahegelegenen Futterkrippen herangekommen war, so war ihr Finanzbedarf damit doch keineswegs gestillt. Rasch hatte sie die kritische Situation, die sie an der Jahreswende 1932/33 einen neuen Wahlkampf auch wegen dessen Aufwendungen fürchten ließ, überwunden. In ihrer neuen Rolle ließ sich darauf vertrauen, dass die Spendenfreudigkeit der Kapitalkreise anwachsen werde. Davon profitierte sie und ihr kurzzeitiger Koalitionspartner augenblicklich. Schon im Februar 1933, als sie erneut Millionen für den Wahlkampf, den letzten, der diese Bezeichnung noch verdiente, brauchte, erhielt sie, was sie benötigte. Indessen ging es nicht um eine letztmalige Zahlung.

Teure Herrschaft

Der Platz, den die Führer der Partei im Regime einnehmen wollten. und mehr noch die Rolle, die ihr – unabhängig von persönlichem Ehrgeiz, Ansprüchen und Geltungssucht der Bonzokratie – als Stütze und Motor der faschistischen Herrschaft zugedacht war, erforderte den Ausbau der NSDAP. Herrschaftssysteme verursachten zu allen Zeiten Kosten, und das nazistische in Deutschland war nicht billig. Dies galt, um zwei bekannte und augenfällige Beispiele zu nennen, für die Herrichtung eines zweiten Regierungssitzes am Obersalzberg rund um Hitlers „Berghof“ ebenso wie für die von 1933 bis 1938 stattfindenden Reichsparteitage.

Was für die Zwecke der Machtbefestigung und -repräsentation aufgewendet wurde, holte die NSDAP teils aus der Staatskasse oder den Geldbörsen der Volksgenossen, die zu Spenden ohne Ende aufgerufen wurden, was – willkommener Nebeneffekt – deren Kaufkraft verminderte, die sonst auf Güter des zivilen Bedarfs gewendet worden wäre. Doch um den wachsenden Geldbedarf zu befriedigen, klopften schon bald nach der Machtübergabe nicht nur, wie vor der Reichstagswahl geschehen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und Schacht bei den Spitzen der deutschen Industrie um Beträge für die Parteikasse an. Gleiches taten die Führer der mittleren und niederen Ebene, die sich an die Angehörigen der mittleren und kleinen Bourgeoisie in ihrem Aktionsraum wandten. Das taten sie drängend und hartnäckig, wobei die Vertreter der Teilorganisationen einander ablösten und gegeneinander konkurrierten. Das ließ die Geldgeber nach einer Ordnung rufen, die sie von immer neuen Ansprachen befreite und der Entscheidungen enthob, für welche Einrichtung oder Organisation sie nun ihre Schecks ausstellen sollten. Und ebenso lag die Einbettung des Geldflusses in ein festes System im Interesse der Partei spitze, die wünschte, dass er in ihre Konten mündete und ihn für jene Aufgaben einsetzen wollte, die ihr als die vorrangigen galten.

Das war die Geburtsstunde der von den beiden größten Organisationen des deutschen Kapitals initiierten „Adolf-Hitler-Spende“, die am 1. Juni 1933 ins Leben gerufen wurde. Der Reichsverband der deutschen Industrie (bald umbenannt in: Reichsstand) und der Verband der sogenannten Arbeitgeber riefen ihre Mitglieder gemeinsam auf, einen Teil ihrer Gewinne – und die stiegen mit der Rüstungskonjunktur und der Militarisierung der Gesellschaft in vielen Branchen an – in einer gemeinsamen Aktion für die Zwecke der NSDAP direkt zur Verfügung zu stellen. Berechnet wurde die als angemessen geltende Zahlung nach der Gesamtlohn- und -gehaltssumme des voraufgegangenen Jahres. So kamen im Verlauf der Naziherrschaft insgesamt etwa 700 Millionen Reichsmark zusammen. Wer zahlte, erhielt eine Urkunde, mit der er sich auch öffentlich als Spender kenntlich machen konnte.

Mit dem Vorausblick ins „Tausendjährige Reich“ war Verschwiegenheit niemandes Anliegen mehr. Verteilt wurde das Spendenaufkommen zu einem Gutteil durch deren Namengeber selbst. Hitler konnte diese zusätzlichen Mittel für eigene Bedürfnisse, von ihm bevorzugte Organisationen sowie für Geschenke an seine Mit- und Unterführer einsetzen.

Es rundet unser Bild, dass, wer einem Link folgt, der zur Literatur zum Thema führen soll, bei amazon.de auf die Auskunft stößt: „Ihre Suche nach ‚Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft‘ ergab leider keine Produkttreffer.“

junge Welt, Sonnabend, 14.06.2008, S. 15.

Vom Umgang mit der Linkspartei

Die Ergebnisse von Kommunalwahlen im deutschen Norden haben bestätigt: Die Linkegewinnt in den alten Bundesländern an Sympathien für ihre Politik, an Glaubwürdigkeit und Vertrauen, was sich in Wählerstimmen ausdrückt. Das kann sich demnächst bei der Landtagswahl in Bayern fortsetzen. Konkurrenten und Gegner werden die Geister, die sie nicht gerufen haben, vorerst nicht los.

Die Zeiten, da die Widersacher der Partei des demokratischen Sozialismus sich darauf beschränken konnten, ihr nur mit souveräner Missachtung zu begegnen, sind dahin. Dazu haben sie freilich vor allem selbst beigetragen. Es setzt das eigene Verdienst der Gründer und Aktivisten der neuen Partei nicht herab, wenn man feststellt, dass ein Gutteil des Platzes, den sie zu besetzen doch erst begonnen hat, von jenen freigemacht wurde, die jetzt deutlich nervös geworden sind. Mit Nervosität ist deren Zustand noch milde bezeichnet. Auf den Gesichtern und mehr noch in den Gesten der Sprecher der „Volksparteien“ in jenen Fernsehdiskussionen, in denen Bürger dusselig geredet werden, spiegelt sich Hektik mit allen ihren Begleiterscheinungen.

Zwei Reaktionstypen lassen sich unterscheiden. Der eine, von Politikern der Sozialdemokratie bevorzugte, besteht in dem Versuch, das preisgegebene Terrain selbst wieder zu besetzen. Ihm ließe sich Erfolg prognostizieren, wenn er sich nicht in Versprechen erschöpfen, sondern mit einer Selbstkritik verbinden würde, die das Mea culpa, mea maxima culpa einschlösse. Denn es war die Regierung des Kanzlers Schröder, deren abgrundtief unsoziale Maßnahmen mit sozialdemokratischer Tradition brachen. Dieser Kurs hat seine Fortsetzung im Nachfolgekabinett der Großen Koalition gefunden. Mit bloßen Verheißungen künftiger Wohltaten und einigen Reparaturen, mit letztlich demagogischen Manövern und Brosamen werden sich Mitglieder und Wähler nicht zurückgewinnen lassen.

Einen anderen Reaktionstyp, gelegen in den Bahnen des Herkömmlichen, zeigen die Führer der Christdemokraten. Sie bleiben bei der Verleumdung der Partei Die Linke und steigern sie ins Hemmungslose. Die Linkspartei wird verdächtigt, Interessen zu vertreten und Ziele anzustreben, die ihr fremd sind. Ihre Repräsentanten, vorzugsweise Oskar Lafontaine, dann wieder Gregor Gysi, werden herabgesetzt und als eine Art politischer Gangster dargestellt. Minderheitsgruppen innerhalb der Partei. wie groß oder klein sie auch sein mögen und wie gering ihre Einflüsse auf den Parteikurs, werden als ihr Ganzes ausgegeben. Die verhasste Konkurrenz erhält immer wieder das Etikett „SED“ aufgeklebt. Es haftet jedoch auch mit dem Schaum nicht recht, der in besagten Fernsehrunden und in anderen Medien abgesondert wird. Kurzum: Dem Staat und der Gesellschaft droht das Schlimmste, wenn diese Partei sich hier weiter festsetzen würde. Diese Horrorszenarien haben nicht nur in der Partei Tradition, die sie ausmalt, sie lassen sich weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen.

Und wie wehren sich die zweifach Bekämpften? Die Kritik an den Manövern der sozialdemokratischen Politiker fällt gewöhnlich äußerst moderat, mitunter geradezu vornehm aus – als wäre es unschicklich, über die relativ bessere Vergangenheit dieses Nachbarn auf der Parteienskala zu reden, geschweige denn ihm und der Öffentlichkeit eine ungeschönte Rechnung zu präsentieren. Und gegen die christdemokratische Hetze – jedes andere Wort wäre eine Beschönigung? Ihr begegnet die Linkspartei mit dem immer wiederholten Nachweis, dass sie nicht ist, für wen sie hingestellt wird. Das reicht bis zu dem in den eigenen Reihen ungestillten Bedürfnis, sich davon auch selbst noch zu überzeugen. Auf diesem Wege wird, ist nicht gerade an einem besonderen Tage Marxens zu gedenken, mit der Distanzierung vom unrühmlichen und verachtenswerten Teil eigener Vorvergangenheit auch geopfert, was hochwahrscheinlich allein dem Unternehmen Die Linke eine geschichtliche Perspektive zu sichern vermöchte: das bedingungslose Eintreten für eine denkbare und mögliche andere Welt.

Die kürzlich veranstaltete Fragestunde im Bundestag, die nichts weniger als eine Fragestunde war, weil nach nichts geforscht wurde, sondern der Beschimpfung eines Mannes und der von ihm repräsentierten Partei diente, hat zudem gezeigt, dass die bevorzugten Reaktionen auf die Fortschritte eben dieser Partei nicht bedeuten, dass ihre Konkurrenten und Gegner nicht imstande wären, sich zu einem Chor zu vereinigen und einen Text und eine Melodie zu singen. Das könnte den Träumern an rotroten Kaminen Denkstoff bieten und sie und ihre Partei und vor allem deren Wähler vor herben Enttäuschungen bewahren.

Ossietzky, H. 12, 14. Juni 2008, S. 433-435.

Der Prozess in Ulm

Vor 50 Jahren wurde das Urteil gegen die Angehörigen der faschistischen Mordeinheit „Einsatzgruppe Tilsit“ gesprochen

Nach 60 Verhandlungstagen, in denen sie 184 Zeugen gehört hatten, sprachen die Richter im Landgericht Ulm am 19. August 1958 ihre Urteile gegen zehn Angeklagte. Sie lauteten auf Haftstrafen zwischen drei und 15 Jahren und wurden wegen eines Tatbestands verhängt, den das Gericht als „gemeinschaftliche Beihilfe zu gemeinschaftlichem Mord“ bewertete. Diese Strafen wurden, um es vorweg zu sagen, nur zu einem Bruchteil verbüßt. Inzwischen sind die Verurteilten längst verstorben, der letzte 1988. Die Akten dieses Prozesses, der unter der Bezeichnung Ulmer Einsatzgruppen-Prozess in der Justizgeschichte der Bundesrepublik einen besonderen Platz einnimmt, werden in Ludwigsburg verwahrt. Dort stehen sie der Forschung zur Verfügung. Kürzlich, als für eine Ausstellung, die anlässlich des 50. Jahrestages dieses Verfahrens stattfindet und derzeit noch im Stadthaus Ulm zu sehen ist, nach dafür geeignetem Material gesucht wurde, fanden sich auf dem Boden des dortigen Gerichtsgebäudes Tonbandaufnahmen von der vielstündigen Urteilsverkündung. Zur Überlieferung des Ereignisses gehört auch eine Filmsequenz von wenigen Minuten, die Teil eines „DEFA-Augenzeugen“ war, der nach Prozessende in den Kinos der DDR gezeigt wurde. Kameraleute hatten die Aufnahmen im Gerichtssaal ausnahmsweise machen können.

Kurzum: Es fehlt nicht an Quellen, mit denen Vorgeschichte und Verlauf des Gerichtsverfahrens rekonstruiert werden können. Das gilt auch für das Verbrechen, das sein Gegenstand war. Historiker und andere Publizisten haben beides mehrfach geschildert, jedoch dabei auch dazu beigetragen, dass mit den Jahren sich über das Geschehen ein leichter Schleier von silbernem Glanz gelegt hat. Das Ereignis in Ulm gilt als ein Wendepunkt im Umgang der Justiz des westdeutschen Staates mit der verbrecherischen Vergangenheit, die damals dreizehn Jahre zurücklag, eine Zeitspanne, die länger als die Diktatur im Zeichen des Hakenkreuzes gedauert hatte. Diese Jahre werden heute in einschlägiger Literatur auch als „Jahre des Verschweigens und Verdrängens“ bezeichnet. Es sei, heißt es, „versäumt“ worden, nach den Tätern zu fragen und zu fahnden. So sei nach dem Ende der von den Alliierten geführten Prozesse die strafrechtliche Ahndung der Naziverbrechen praktisch zum Erliegen gekommen.

Eine besondere Art Vergesslichkeit

Das ist eine offenkundig merkwürdige Art von „Vergesslichkeit“. Bis dahin hatte die „Ära Adenauer“ bereits nahezu ein Jahrzehnt gedauert. In Bonn, der Hauptstadt des neu gegründeten Staates, regierte ein CDU-geführtes Kabinett. Das war mit der Restauration der kapitalistischen Zustände vollauf beschäftigt. Wer dem Lande eine andere, eine alternative Entwicklungsrichtung geben wollte, wurde nicht nur politisch bekämpft, sondern juristisch als Verfassungsfeind behandelt. Die Kommunistische Partei Deutschlands war seit dem 17. August 1956 wieder verboten und mit ihr andere antinazistische Organisationen. Wer ihre Tätigkeit dennoch fortsetzte, der beschäftigte die Geheimdienste und die Justiz. Die waren, was ihre personelle Zusammensetzung anlangte, auf diese Tätigkeit auch weitaus besser eingestellt denn auf die Ermittlung und Ahndung von Naziverbrechen.

Das war der Boden, auf dem Vergesslichkeit wuchs. Zu seiner Entstehung hatte auch beigetragen, dass die US-Militärbehörden in Deutschland Personen, die von ihren Gerichten wegen schwerster Kriegs- und anderer Verbrechen zu Zeitstrafen verurteilt worden waren, vorzeitig freiließen. Im Mai 1958, da hatte der Prozess in Ulm gerade begonnen, konnten die letzten Insassen das Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1 der USA in Landsberg verlassen. Zu ihnen gehörte auch Martin Sandberger, Kommandeur eines SS-Einsatzkommandos, das im eroberten Gebiet der UdSSR die Juden ausgerottet hatte. Er war im Einsatzgruppen-Prozess (siehe „Das Korps der Mörder“, jW-Thema v. 14.9.2007) zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt worden, die mit einem weiteren „Gnadenakt“ endete. Nun, merkwürdiges zeitliches Zusammentreffen, wurde ein anderer Kommandeur einer Truppe vor Gericht gestellt, der des gleichen Verbrechens beschuldigt wurde. Der war obendrein zufällig hinter Gittern und vor die Gerichtsschranken gelangt. Jedoch besaß der Zufall auch seine Helfer. In diesem Falle gehörten dazu sowohl Zeitungsleute wie auch Juristen, ohne die das Verfahren

gegen „Fischer-Schweder und andere“ wohl kaum auf den Weg gebracht worden wäre. Und in einem gewissen Grad war es auch der Hauptangeklagte selbst, der das justitielle Geschehen in Gang setzte.

Bernhard Fischer-Schweder, so sein vollständiger Name, hatte im öffentlichen Dienst als Leiter eines Flüchtlingslagers bei Ulm gearbeitet. Diese Stellung war er nach der Entdeckung losgeworden, dass er zu seiner Person falsche Angaben gemacht hatte. Festgestellt wurde, dass der Mann im fernen Memel, jenem 1939 „heim ins Reich“ geholten Gebiet, einem schmalen Grenzstreifen zwischen Ostpreußen und Litauen, Polizeidirektor gewesen war und einen höheren SS-Offiziersrang bekleidet hatte. Die bloße Feststellung allein hätte die Justiz noch nicht in Bewegung gesetzt. Doch Fischer-Schweder glaubte erreichen zu können, was anderen seinesgleichen vordem schon problemlos gelungen war: in den Staatsdienst wiederaufgenommen zu werden. Um das zu bewirken, beschritt er dreist den Klageweg. Nun erst, nachdem auch öffentlich gemacht wurde, wie unverfroren ein Mann mit solcher Vergangenheit glaubte, an sein Ziel gelangen zu können, kam – wie man so sagt – eins zum anderen. Er wurde am 3. Mai 1956 verhaftet.

Die Ermittlungen, zunächst auf eine Person konzentriert, weiteten sich in dem Grad mehr und mehr aus, wie ein Bild von deren verbrecherischer Tätigkeit und seinen Komplizen entstand. Schließlich befanden sich zehn Männer hinter Schloss und Riegel, die in mehreren Bundesländern ermittelt und ergriffen worden waren. Gegenstand der Anklage war, dass sie 1941 unter dem Kommando des Memeler Polizeidirektors und weiterer Vorgesetzter gemeinsam eine tiefe Blutspur auf dem Boden Litauens gezogen hatten. Mit einer Ausnahme, der eines litauischen Kollaborateurs, der arbeitslos war und von der Fürsorge lebte, gingen alle Berufen nach, die ihnen ein geregeltes Auskommen im Lande des Wirtschaftswunders sicherten. Das waren ihre Tätigkeiten zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung: Handelsvertreter, Wirtschaftsjurist bei einer Versicherung, Verwaltungsangestellter in einem Landratsamt, Buchhalter, kaufmännischer Angestellter, dazu ein Optikermeister und ein Schuhmacher sowie ein Kriminalsekretär bei der Kripo in Nordrhein-Westfalen.

Bevor sie in jener speziellen Einheit, die den Namen „Einsatzkommando Tilsit“ erhalten hatte, über die Grenze nach Litauen zogen, hatten sie bereits mehrere Jahre Erfahrung im Dienst der Polizei, der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und des Sicherheitsdienstes der SS hinter sich und in diesen Organisationen, in die sie bis auf einen erst im Nazistaat eingetreten waren, Karrieren gemacht oder Beförderungen erfahren. Zumeist waren sie auch Mitglieder der NSDAP. Einer mit dem Eintrittsdatum 1925 gehörte zu den „alten Kämpfern“. Jeweils zwei hatten sich 1930 und 1931 bzw. 1933 der Hitlerpartei angeschlossen. Kurzum: Sie zählten alle zu jener Masse von Naziaktivisten, die dem System seine Stabilität verliehen und ohne deren Haltung und Aktion es in Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus nicht hätte anrichten können, was Millionen den Tod brachte und weitere Millionen in namenloses Elend stürzte. Diese Masse ist in der Bundesrepublik mit der Einordnung in die Kategorie der „Mitläufer“ oder der „Minderbelasteten“ davongekommen. Und das hätte auch für diese zehn gegolten, wäre in ihrer Tätigkeit im Juni 1941 nicht eine Wende eingetreten.

Garsden, 24. Juni 1941

In der Gestapostelle Tilsit traf am Tage des Überfalls auf die Sowjetunion der von Reinhard Heydrich mit dem Befehl über die Einsatzgruppe A betraute Dr. jur. Walter Stahlecker ein und forderte dessen Leiter Hans Joachim Böhme, einen Juristen, Regierungsrat und SS-Sturmbannführer, auf, einen Trupp zu bilden, der als Bestandteil dieser Einsatzgruppe und zu deren Entlastung und Ergänzung jenseits der Grenze einen Streifen eroberten Landes sichern, dort die Juden vernichten und Funktionäre der sowjetischen kommunistischen Partei und des Staates liquidieren sollte. So würde Stahleckers Großgruppe in der Lage sein, sich dort nicht aufzuhalten und der nordwärts vorstürmenden Heeresgruppe auf den Fersen zu bleiben. Dieser Auftrag und seine Annahme bildeten die Geburtsstunde der „Einsatzgruppe Tilsit“, die aus Angehörigen der Gestapo, des Sicherheitsdienstes und vor allem der Polizei im nahen Memel formiert wurde und die der Tilsiter Gestapo-Chef und der Memeler Polizeidirektor gemeinsam leiteten, jene beiden Männer, die 17 Jahre später in Ulm die Hauptangeklagten wurden.

Das Morden begann am 24. Juni in dem grenznahen Ort Garsden. Dort wurden 200 Männer, Juden, und eine Frau mit Infanteriewaffen niedergemacht. Das war der Beginn eines mehrere Monate dauernden Massakers, das die Einheit von Ort zu Ort verrichtete. Wie üblich wurde darüber in Erfolgsmeldungen exakt Rechenschaft abgelegt. Sie waren überliefert. Der Staatsanwaltschaft und den Richtern fehlte es nicht an dokumentarischem Material, wohl aber an Zeugen der Anklage, denn von den Verfolgten waren nur wenige den Mördern entkommen und noch geringer war die Zahl jener, die aus eigenem Wissen von den Untaten berichten konnten. Einige konnten dennoch aufgespürt werden. Durch ihre Aussagen wurde das Bild von den grausigen Ereignissen wiederbelebt, das schon ein Jahrzehnt vorher im Prozess eines US-amerikanischen Militärgerichtshofes und 1945/1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess – und dort ebenfalls anhand von Dokumenten und Zeugenaussagen – entrollt worden war: Männer, Frauen, Kinder werden aus ihren Behausungen gerissen, in Kolonnen außerhalb der Ortschaft auf eine Wiese oder an einen Waldrand getrieben, müssen Gruben ausheben, vor die sie sich dann, nachdem sie nach allem Verwertbaren gefleddert worden sind, gruppenweise aufzustellen haben, um niedergeschossen zu werden.

Das war das Hand- und Tagewerk dieser „Tilsiter“. Die Zahl ihrer Opfer wird vom Gericht mit mehr als 5000 beziffert, und für jeden der Angeklagten wird errechnet, an wie vielen Tötungen er beteiligt war. Zu den Umgebrachten gehören auch Juden, die sich erst kürzlich aus dem Reich über die Grenze begeben und so dem Zugriff der Judenverfolger entzogen hatten. Dieser 24. Juni 1941 wird zum Tag, an dem das geschichtlich beispiellose Verbrechen des Massenmords an den europäischen Juden begann, für das sich auch in Deutschland der verfremdende Begriff „Holocaust“ eingebürgert hat. Es setzte sich in Hunderten Städten und Dörfern der UdSSR, in Chelmno in Polen, das die Deutschen in Kulmhof umbenannt hatten, in Jugoslawien, in Auschwitz, Treblinka und an vielen weiteren Orten fort, und wenn seine Organisatoren an ihr Endziel nicht vollständig gelangten, so war das ein Verdienst der alliierten Befreier, an deren Tempo auf dem Weg zum Sieg die sowjetische Armee den Hauptanteil hatte.

Ausflüchte und Argumente

Angesichts der Beweislage konnte es im Gerichtssaal in Ulm nicht mehr um einen Streit um Fakten gehen, sondern einzig um deren juristische Bewertung. Die beteiligten Juristen bezogen dazu drei Standpunkte. Die Verteidiger reklamierten für ihre Mandanten den „Befehlsnotstand“. Das war keine neue Idee. Damit war bereits in den Nürnberger Prozessen vergeblich operiert worden. Dass es sich bei den erteilten Befehlen erkennbar um Solche verbrecherischen Charakters gehandelt hatte, gab den Ausschlag für die Zurückweisung dieser Ausflucht. Denn niemand, der sich an den Massakern beteiligte, konnte angesichts seines Vis-à-vis auch nur einen Moment daran zweifeln, dass sein Handeln durch kein Gesetz gerechtfertigt war, geschweige denn sich im Einklang mit internationalen Rechtsnormen befand.

Die Anklage erblickte in den Angehörigen des „Tilsiter Einsatzkommandos“ Täter und Mittäter und verlangte, das dafür vorgesehene Strafmaß – lebenslange Haft. Dem schlossen sich die Richter nicht an. Sie erklärten, die Angeklagten seien ohne eigenes Tatinteresse gewesen und kategorisierten sie als „Beihelfer“ derer, die dieses Interesse besessen hätten. Diese Einstufung stand auch in deutlichem Kontrast zu den Karrieren, welche vor allem die beiden Hauptangeklagten machten, nachdem die „Einsatzgruppe Tilsit“ ihren mörderischen Auftrag beendet hatte. Der Tilsiter Gestapo-Chef Böhme brachte es bis zum Kommandeur der Sicherheitspolizei (KdS) und des SD in Rowno und Shitomir in der Ukraine. Fischer-Schweder kam als SS-Polizei-Führer nach Charkow (Ukraine), wurde dann aber nach einem Disziplinarverfahren bis Kriegsende in die Waffen-SS kommandiert, wo er zuletzt Chef einer Kompanie in der SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ war.

Die vom Gericht vorgenommene Herabstufung von Tätern zu Gehilfen entsprach der in der Bundesrepublik vorherrschenden Sicht auf die Nazijahre, die auf die weithin akzeptierte Entlastungsformel „Ich bin’s nicht – Adolf Hitler ist es gewesen“ hinauslief. Auch die Ulmer Richter reduzierten die Tätergruppe auf drei Personen, Tote obendrein. Himmler, der sich nach seiner Gefangennahme das Leben genommen, Heydrich, den eine tschechische Widerstandsgruppe getötet, und natürlich Hitler,

der sich im Bunker der Reichskanzlei aus Leben und Verantwortung geschlichen hatte. Diese Urteilsbegründung kritisierten und karikierten schon Zeitgenossen mit dem Bemerken: Ein Täter und Millionen Helfer. Vor allem aber war die richterliche Missdeutung des Sachverhalts folgenreich für weitere Prozesse, in denen sich Gerichte diese Argumentation zu eigen machten, so dass die Angeklagten immer wieder glimpflich davonkamen.

Die Gründung in Ludwigsburg

Indessen zeitigte der Prozess in Ulm eine weitere Folge. Durch ihn war eine Feststellung erhärtet worden, die dem ersten DEFA-Film seinen Namen gegeben hatte: „Die Mörder sind unter uns" (1946). Das Verfahren wurde zum Anstoß für die Gründung einer denkwürdigen Einrichtung. Die Justizminister der Länder beschlossen auf eine Initiative Baden-Württembergs hin die Schaffung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen". Zu ihrem Sitz wurde Ludwigsburg bestimmt, eine Wahl, die von gut situierten Bürgern der Stadt, deren Bekanntheitsgrad sich auf das dort in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts errichtete Residenzschloss der württembergischen Herzöge gründet, nicht eben begrüßt wurde. Die Einrichtung, die ihre Arbeit noch vor Jahresende 1958 begann, erinnerte sie doch deutlich an eine Vergangenheit, deren Verdrängung auch hier weit gediehen war.

Das juristische Kernpersonal der Zentralen Stelle bildeten delegierte Juristen aus den Bundesländern. Ihr Auftrag war klar umrissen. Sie sollten dem Chaos der getrennten und unverbundenen Ermittlungen wegen Naziverbrechen ein Ende machen, einem Zustand, der vor allen denen zugutekam, die bis dahin den Anklägern entkommen waren. Ursprünglich war daran gedacht, der Einrichtung den Charakter einer eigenen Staatsanwaltschaft zu geben und sie dadurch zu ermächtigen, Anklageschriften zu verfertigen und sie den jeweils zuständigen Gerichten vorzulegen, damit diese das Hauptverfahren eröffneten, in dem dann Ludwigsburger Experten als Ankläger hätten agieren können. Dieser Gedanke wurde verworfen und die Zentrale Stelle darauf beschränkt, Vorermittlungen anzustellen und deren Ergebnisse dann den jeweiligen Staatsanwaltschaften zuzuleiten, die dieses Material dann erst beurteilen und entscheiden konnten, ob und wann sie ihrerseits in Aktion traten. Mithin war der Fortgang der Strafverfolgung dem Interesse und Eifer der Juristen am jeweiligen Ort anheimgegeben, unter Umständen auch von deren momentaner Arbeitsbelastung abhängig gemacht.

Diese Regelung wird heute in der Literatur als eine „Fehlkonstruktion" bezeichnet, was sich nicht bestreiten lässt, vergleicht man die Zahl der Ludwigsburger Ermittlungen mit jener der tatsächlich erhobenen Anklagen und diese dann womöglich noch mit den tatsächlich ausgesprochenen Verurteilungen. Nur ist mit der bloßen Feststellung einer missglückten Konstruktion wenig gesagt und nichts erklärt. An einen bloßen Zufall lässt sich angesichts der Kompetenz der entscheidenden Justizminister nicht glauben und ebenso wenig daran, dass sie einzig Ausfluss der Eitelkeit von Landesregierungen und des Interesses der regionalen Staatsanwaltschaften war, von ihren Claims nichts abzutreten. Wie es in den Gerichten und Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik damals personell aussah, war den entscheidenden Justizministern kaum verborgen. Sie vermochten sich darüber auch anhand von Forschungen und daraus hervorgegangenen Publikationen zu unterrichten, die in der DDR erschienen waren.

Unter diesen Bedingungen und angesichts ihres begrenzten Wirkungsgrades verdienen die in Ludwigsburg unternommenen ausdauernden Anstrengungen umso mehr Hervorhebung. Sie setzten schon in den frühen Jahren der Zentralen Stelle ein, zu deren erstem Leiter der in Ulm Anklage erhebende Oberstaatsanwalt Erwin Schüle bestellt worden war. Von dem war bekannt, dass er selbst der NSDAP als Mitglied angehört hatte, was weder für seine Rolle in Ulm noch für seine nachfolgende Ernennung eine Rolle gespielt und ihn auch nicht veranlasst hatte, im Moment seines Aufstiegs an die Spitze einer so herausragenden und auch befeindeten Institution seine Vergangenheit eingehender zu durchleuchten. Dann wurde doch bekannt, dass er sich dem Nazisystem tiefer verbunden hatte, als von ihm bis dahin eingestanden. Mit den verschwiegenen Tatsachen konfrontiert, erwies er sich als aus keinem anderen Holze denn die vielen Nazis, die allesamt keine „richtigen" gewesen sein wollten. Seine aus dem Jahre 1937 herrührende NSDAP-Mitgliedschaft sei angeblich auf der Stufe bloßer Anwartschaft

steckengeblieben und fiele in die Kategorie Jugendsünden. Doch blieb da seine Zugehörigkeit zur SA. So hatte der Mann, der es im Kriege bis zum Oberleutnant gebracht hatte und hinter dem Jahre sowjetischer Kriegsgefangenschaft lagen, seinen Posten freizumachen. Seinen Nachfolgern Adalbert Rückerl, der die Stelle mehr als zwei Jahrzehnte leitete, und Alfred Streim, der 1984 an deren Spitze trat, die auf ihrem Spezialgebiet auch mit Publikationen und in anderer Weise vielfach öffentlich aufklärend wirkten, gebührt Platz und Gedenken in der Geschichte der Justiz ebenso wie in jener der Geschichtswissenschaft. Ohne ihre und ihrer Mitarbeiter Arbeit wären Täter nicht ermittelt worden, manche Verfahren nicht in Gang gekommen.

Die Aussage, dass der Ulmer Prozess, mit dem zeitgleich auch Verfahren gegen andere NS-Täter, so wegen Tötungsverbrechen in Konzentrationslagern und an nach Deutschland verschleppten ausländischen Zwangsarbeitern stattfanden, jedoch eine generelle Wende hin zu Entschlossenheit und Konsequenz der Strafverfolgung von NS-Verbrechen bedeutet hätte, wird sich ohne erhebliche Einschränkungen nicht aufrechterhalten lassen – so sehr dieses Bild auch in das größere hineinpassen mag, dass die Bundesrepublik, frühe „Versäumnisse“ korrigierend und hinter sich lassend, ins Mannesalter geraten, nun ein richtiger und der einzige antinazistische deutsche Staat geworden sei. Dagegen spricht auch die weitere Lebensgeschichte der in Ulm 1958 Verurteilten. Der erste von ihnen wurde im Mai des darauffolgenden Jahres entlassen. 1960 wurden fünf auf freien Fuß gesetzt. 1961 kam ein weiterer frei, dem 1660 Hafttage, also mehr als viereinhalb Jahre, erlassen worden waren. Ein anderer wurde, nach dem Scheitern seines Berufungsverfahrens, erst 1961 gefangengesetzt und im Jahr darauf entlassen. Ein einziger, Hans-Joachim Böhme, verbrachte zehn Jahre im Gefängnis.

junge Welt, Mittwoch, 18.06.2008, S. 10.

Freuden und Pflichten

Soldaten und Studenten im ND

Gute Nachrichten aus der „großen“ und nicht so großen Politik sind rar und die schlechten nicht kostenlos, sondern in ihren Folgen zudem kostspielig. Eine vom letzteren Typ beherrschte die Aufmachung der Mittwochausgabe der „Sozialistischen Tageszeitung“. Sie stellt den Bürger darauf ein, dass die 1000 Bundeswehrsoldaten, deren angemessene Unterhaltung schon an ihren deutschen Standorten einen tiefen Griff in das Steuersäckel verursacht, uns nun als Nachschub für unsere Verteidigung im mittleren Osten noch ein wenig teurer kommen werden. Was kostet, um das Naheliegende zu erwähnen, allein ihr Transport ins ferne Afghanistan?

Da mag es erleichternd wirken, wenn man auf den Innenseiten das Thema wechselt. Und so macht die Ausgabe der gleichen Zeitung ihren Berlin-Teil mit einer Fotografie auf, die uns fröhliche junge Menschen zeigt. Nein, nicht wieder Jubelnde nach einem Sieg auf einem Sportfeld, sondern Absolventen eines Studiums. Angetan sind sie nach US-amerikanischer Manier mit Talaren. Gerade werfen sie ihre Barette in die Luft, blicken ihnen nach und entgegen – himmelwärts. Frauen in der ersten Reihe, so stehen sie, Weiße und Schwarze vereint, auf der Treppe des Roten Rathauses in Berlin, in dem ihnen die Zeugnisse feierlich überreicht wurden. Eine schöne Geste des Regierenden, diesen Erfolgreichen die Tür seines Amtssitzes so weit zu öffnen, eine Auszeichnung geradezu, die nicht jedem zuteilwird, der es bis zum Bachelor of Science gebracht hat. Doch ist der ihnen vom Touro College, laut ND die erste „amerikanisch-jüdische Hochschule in Deutschland“, zuerkannt worden.

Psychologie und Philosophie, kommentiert der Bildtext, wären bei den Studenten besonders beliebt gewesen. Doch gehörten die eher zu den Beigaben ihrer Ausbildung. Denn absolviert haben sie ein Studium, das sich Management – International Business nennt, und das zielt gemeinhin nicht darauf, Gewerkschaftsführer auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Die der Leser hier betrachten darf, werden morgen die Zahl der dienstbaren Geister des Kapitals in aller Welt vermehren und ihre Kenntnisse nutzen, dessen ökonomische und politische Herrschaft zu festigen.

Auf die Gefahr hin, ein Antiamerikaner geheißen zu werden, frage ich mich, ob dieses Foto von nicht eben zu den Großaktionären gehörenden Lesern der Zeitung mit besonderer und freudiger Anteilnahme angesehen werden kann. Denn dass deren Kinder und Enkel in die rechte Leistungspflicht genommen werden dafür haben die ausgelassenen Damen und Herren alsbald zu sorgen. Und weiter frage ich mich, was unter den Gästen aus der Politik eine Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke auf diesem Festakt verloren hatte? Wieviel Überwindung mag es sie gekostet haben, sich dieser Gesellschaft zuzugesellen?

junge Welt, Donnerstag, 26.06.2008, S. 13.

Goebbels' Wunschfilm

Eine Ausstellung in Stuttgart zeigt die Nazi-Produktion „Jud Süß"

In Europa war seit einem Jahr Krieg. Die deutsche Wehrmacht hatte sieben Nachbarstaaten von Deutschland besetzt oder erobert. Die Machthaber im Reich suchten den Eindruck zu erwecken, als liefe das Leben in vielem weiter wie in den trügerischen Friedensjahren zuvor. Ähnlich war es im verbündeten Italien, das in Venedig die seit 1932 stattfindenden Internationalen Filmfestspiele veranstaltete. In ihrem Rahmen wurde als ein deutscher Beitrag am 5. September 1940 der Film „Jud Süß" von Veit Harlan gezeigt. Am 24. September war im Berliner UFA-Palast die deutsche Uraufführung, zu der auch der Propagandaminister erschien. Im Tagebuch von Joseph Goebbels finden sich mehrfach Notizen zur Entstehungsgeschichte von „Jud Süß". Das Ergebnis nannte er einen Film „wie wir ihn uns nur wünschen können". Wir – das meinte die staatlichen Anführer und Antreiber immer neuer antijüdischer Maßnahmen.

Wer in einer deutschen Stadt und namentlich wer in Berlin lebte, dem konnte nicht entgehen, dass die zusammengeschmolzene jüdische Minderheit, gebildet von jenen, die keinen Fluchtweg ins Ausland gefunden hatten und die nun gleichsam in der Kriegsfalle saßen, in den Zustand von Paupers gedrängt war und ihre Angehörigen in äußerster Ungewissheit über ihre nahe Zukunft lebten. Der Mieterschutz war ihnen entzogen, und sie wurden in sogenannte Judenhäuser zusammengedrängt, was ihre Isolierung von der nichtjüdischen Bevölkerung weiter verstärkte. Die Juden waren auf niedrigste Lebensmittelrationen gesetzt und ihre Einkaufsmöglichkeiten eingeengt. Aus Berufen und Tätigkeiten gewiesen, lebten immer mehr Juden von Hilfsmaßnahmen der jüdischen Gemeinden, deren Möglichkeiten auch dahinschwanden. Was würde, was konnte ihnen noch angetan werden?

Sich in dieser Situation für die Herstellung eines Films zur Verfügung stellen, der Juden als das darstellte, was sie der nazistischen Rassenideologie zufolge sein sollten, bedeutete, die Aktivisten der Judenverfolgung anzuspornen und zu helfen, unter der Bevölkerung Zustimmung oder Gleichgültigkeit zu verbreiten und dafür das beruhigende Argument zu liefern: Das geschieht den Juden ganz recht. Eben das tat „Jud Süß", dessen Filmhandlung ein Ereignis und dessen Vorgeschichte aus dem 18. Jahrhundert zur entfernten Vorlage hatte. In Stuttgart war 1738 Joseph Süß Oppenheimer öffentlich hingerichtet worden. Er war Finanzberater des ein Jahr zuvor plötzlich verstorbenen württembergischen Herzogs, eines Verschwenders von Graden, der seine Landeskinder für seine Art der Haushaltsführung hatte schinden und bluten lassen. Nicht gegen den Auftraggeber, sondern gegen sein Instrument richtete sich der Hass der Ausgeplünderten. Der Jude musste mit seinem Leben einstehen und büßen. Die Geschichte hatte Wilhelm Hauff in einer Novelle erzählt, die er 1827 schrieb und auf die die Autoren des Drehbuches zurückgriffen.

Politische Pornografie

„Jud Süß" ist das Sujet einer vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg gezeigten Ausstellung, deren Bilder, Dokumente und Filmausschnitte eindrucksvoll bezeugen, wie mit den Mitteln der Schauspielkunst Judenfeindschaft erzeugt und die ekelerregende Propaganda Julius Streichers, des Antisemiten Nummer eins und Herausgebers der politisch-pornographischen Wochenzeitschrift *Der Stürmer*, auf die Filmleinwand gleichsam übersetzt worden ist. ist. Die Filmhandlung des Jahres 1940 häufte auf die jüdischen Akteure alles an negativen Fähigkeiten und Eigenschaften auch nur irgend Denkbare: Geldgier, Hinterlist, Betrügerei, Skrupellosigkeit, Machtgelüst. Juden waten durch Blut und gehen über Leichen. Das war die Kernaussage des Films, dargestellt in den kitschigen Szenen der Vergewaltigung eines christlich-arischen Mädchen aus dem Volke, die danach im Wasser den Tod sucht und findet.

Diese Geschichte setzten Fachleuten in bewegte Bilder, die ihr Metier und die freilich nicht sehr hohe Kunst beherrschten, die entsprechend vorverbildete Gefühlswelt des gemeinen Mannes und der gemeinen Frau aufzuwühlen und zu einer Entladung hinzulenken. Während und nach der Vorführung des Films kam es zu Äußerungen und Kundgebungen gegen Juden. In den ersten vier Wochen sahen mehr als 111.000 Berliner den Film, der mit der Vertreibung der Juden aus Stuttgart und dem Appell

an die Nachkommenden endet, sie nie wieder ins Land zu lassen. Die Gesamtzahl der Besucher wurde auf 19 bis 20 Millionen geschätzt. Von dem Film wurden synchronisierte Fassungen hergestellt, die in besetzten Ländern in die Filmhäuser gelangten. Dem Reichsführer SS Heinrich Himmler erschien „Jud Süß“ besonders geeignet als Schulungsmaterial und das hieß: als Aufputschmittel für die Angehörigen des Schwarzen Korps zu dienen, die den Vortrupp der Judenverfolgung bildeten.

Im Film spielten Darsteller von Namen und Rang, Männer vor allem, die auf Bühnen berühmter deutscher und österreichischer Schauspielhäuser gestanden hatten, allen voran Ferdinand Marian, mit dem die Rolle des Jud Süß besetzt wurde, und Werner Krauß, der auf eigenen Wunsch mehrere Juden, u.a. einen Rabbi, einen Sekretär und einen Schächter verkörperte. Aus dem Ensemble ragten Heinrich George als Herzog Karl Alexander von Württemberg, die Schwedin Kristina Söderbaum, Ehefrau des Regisseurs, als die geschändete Arierin, und deren Vater Eugen Klöpfer heraus. Der Propagandazweck, zu dem sie sich hergaben, lässt fragen: Waren diese Akteure antisemitisch aufgeladene Nazis? George jedenfalls hatte sich schon 1933 für den ersten Nazifilm zur Verfügung gestellt, der heranwachsende Burschen für das Regime warb – „Hitlerjunge Quex“ und der zu diesem Zweck vielen Jahrgängen vorgeführt wurde, die in die Nazi-Jugendorganisation eintraten. In ihm spielte er den abstoßend-brutalen kommunistischen Vater eines zu Hitler strebenden Sohnes.

Feuchtwanger irrt

Die Kunde dessen, was in Deutschland Schauspieler zur Propagierung einer infamen, Menschen zerstörenden Politik leisteten, drang weit. Auch in das ferne Kalifornien, wohin Lion Feuchtwanger auf seinem Fluchtweg gelangt war. Der glaubte, dass dem Filmdrehbuch sein 1925 erschienener Roman „Jud Süß“ zugrunde gelegt worden war und sah sich zum Protest herausgefordert. Er kündigte den Schauspielern in einem Brief an, sie würden für ihre Mitwirkung an diesem „wüst antisemitischen Film“ eines Tages zur Verantwortung gezogen werden und dann „nicht die bescheidenste Ausrede haben“. Wo der Wunsch der Vater des Gedankens ist, lauert der Irrtum. Die Ausreden waren nämlich, als die Rechnung präsentiert wurde, zur Hand und die, wenn auch nicht sie allein, halfen zum glimpflichen Davonkommen. Das galt nur nicht für Heinrich George, der in einem sowjetischen Internierungslager 1946 nach einer Blinddarmoperation starb.

Regisseur Harlan, übrigens in erster Ehe mit einer jüdischen Sängerin verheiratet, die 1936 in die Niederlande geflohen war und 1943 in Auschwitz umgebracht wurde, sah sich in Hamburg zweimal vor Gericht gestellt. Ein Schwurgericht, dessen Vorsitzender in Nazizeiten Staatsanwalt an einem Sondergericht gewesen war, klagte ihn wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ an. Es stellte jedoch seine Unschuld ebenso fest wie das darauf in Aktion tretende Landgericht der Hansestadt, vor dem er sich wegen der „Beihilfe“ zur Judenverfolgung zu verantworten hatte. Namhafte Kollegen waren als Entlastungszeugen aufgetreten. 1950 galt Harlan zwar juristisch als ein unbescholtener Mann, doch folgten in der Öffentlichkeit kurze Zeit noch Proteste und auch ein Boykottaufruf gegen sein erneutes Hervortreten als Regisseur. Ferdinand Marian wurde eine ähnliche Behandlung nicht zuteil. Nach einem ihm zunächst auferlegten Berufsverbot kam er 1946 bei einem Autounfall ums Leben.

Werner Krauß geriet nach drei Spruchkammerverfahren in die Kategorie der Minderbelasteten und stand 1948 wieder auf der Bühne des Burg-Theaters. Sein erster Auftritt in Deutschland während der Ruhrfestspiele in Recklinghausen war indessen von Protesten begleitet, die zum Abbruch der Aufführung zwangen. Aus Österreich in die Bundesrepublik gekommen, wurde er 1954 mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert. Im Jahr darauf erhielt er das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Der Kameramann und der Cutter des Filmes, zunächst in der sowjetisch besetzten Zone bei der DEFA beschäftigt, wandten sich in den fünfziger Jahren in die Bundesrepublik, wo sie in ihrem Fach weiterarbeiteten.

In der Tat konnte nicht ein selbstkritisches Zeugnis auch nur eines Mitwirkenden des „Jud Süß“-Film vorgewiesen werden. Wir sind es nicht – Hitler ist es gewesen, lauten die faulen Ausreden. In diesem Falle ersatzweise Goebbels. Über die Nachkriegskarrieren der Angehörigen dieses Ensembles und die manchem ihrer Angehörigen in der westdeutschen Gesellschaft gewordenen Ehren und Auszeichnungen schweigt die Ausstellung ganz.

junge Welt, Dienstag, 15. Juli 2008, S. 12.

Kreuz und Hakenkreuz

Vor 75 Jahren wurde das Reichskonkordat geschlossen

Am 20. Juli 1933 unterzeichneten im Vatikan der Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli – vordem mehrere Jahre Nuntius in Deutschland, ab 1939 Papst Pius XII. – und der deutsche Vizekanzler Franz von Papen, Hitlers Stellvertreter in dessen Eigenschaft als Regierungschef, ein Abkommen: das sogenannte Reichskonkordat, mit dem die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich auf eine vertragliche Basis gestellt wurden. Am 10. September erfolgte der Austausch der Ratifikationsurkunden, und der Vertrag trat in Kraft. Zwei Tage später wurde ein Reichsgesetz beschlossen, das den Innenminister ermächtigte, das Weitere zu regeln. Seit dem Ende des Kaiserreichs 1918 hatte die päpstliche Diplomatie versucht, mit den Regierungen der Weimarer Republik zu einer derartigen Abmachung zu gelangen, war dabei jedoch nicht an ihr Ziel gekommen. Jedoch hatten die Landesregierungen von Bayern (1924), von Preußen (1929) und von Baden (1932) mit dem Vatikan vertraglich geregelt, welche Rechte und Pflichten die jeweiligen Seiten gelten ließen und übernahmen.

Das aufgewertete Regime

Keine Frage, dass das Bekanntwerden dieses Schritts der katholischen Kirche, gegangen in einem Augenblick, da dem neuen Regime in Deutschland in vielen Staaten und namentlich in denen seiner unmittelbaren Nachbarn Misstrauen und Ablehnung entgegenschlug, weithin Aufsehen erregte. Das sollte er nach den Interessen der Hitler-Regierung auch, die schon kurz nach ihrem Antritt die Chance gesucht hatte, Reputation auf jede denkbare Weise zu gewinnen. Es lag in dieser Absicht, dass Hitler in seiner Regierungserklärung am 23. März in der Kroll-Oper u. a. versicherte, dass das Christentum das „unerschütterliche Fundament des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes“ bleiben werde. Zwei Tage zuvor, am „Tag von Potsdam“, hatten sich die Abgeordneten, je nach ihrem Bekenntnis vor dem Weg in die Garnisonkirche zu Gottesdiensten in eine der beiden christlichen Kirchen begeben und dort für ihr Ja zum Begräbnis der Weimarer Republik den Segen empfangen.

Keine Frage, Ansehen und Geltung der neuen Machthaber waren dadurch erheblich gehoben, dass der Vatikan mit seiner hohen Autorität ihnen bescheinigte, verlässliche Partner eines Abkommens zu sein, das den Schutz des Glaubens und die Bewegungsfreiheit der Kirche garantierte und gleichzeitig die Pflichten der Geistlichen gegenüber dem Staat fixierte. Ganz überraschend war diese Verständigung nicht gekommen. Schon am 12. April 1933 hatte Papst Pius XI. Vizekanzler Papen und mit diesem Hermann Göring, den Reichsminister und Mann auf dem Platz zwei in der Führerhierarchie der NSDAP, in Privataudienz empfangen. Zu derlei Beziehungen verstand sich bis dahin kein Staatsmann einer bedeutenden europäischen Macht.

Später, als der Zwang zur Rechtfertigung dieses Abkommens entstanden war, ist erklärt worden, es sei aus Sorge um die Zukunft der Kirche und die Glaubensfreiheit ihrer Anhänger geschehen. Doch ließ das nur fragen, was die Obrigkeit in Rom und ihre Berater in Deutschland von der Führungsgruppe eigentlich hielt, die in Berlin an das Staatsruder gelangt war. Dass der Heilige Stuhl über sie, ihre Ideologie und Praktiken unzureichend informiert gewesen sei, ließ sich zwar sagen und schreiben, aber schwer glaubwürdig machen. Die Kunde von den Verfolgungen, den Konzentrationslagern (offiziell befanden sich 27.000 Menschen zum Zeitpunkt des Abkommens in ihnen), den Drangsalierungen der Juden, den Fluchten der Nazigegner ins rettende Ausland, den Bücherverbrennungen war fraglos auch in die abgeschiedenen Gemächer des Vatikans und zu dessen Deutschland-Experten gedrungen. Und die Bischöfe von Breslau bis Trier konnten die Reden Görings, gespickt mit brutalen Drohungen gegen alle Widersacher**,** ebenso wenig überhört haben, wie ihnen die Praxis der durch sie angefeuerten Sturmabteilungen entgangen sein konnte, jene blutigen Orgien, die sich nicht wie später „im Osten“, sondern unfern ihrer Bischofssitze zutrugen.

Von aktuellem Schwergewicht war der Vertrag im Reichsinnern mit seiner Wirkung auf das nach Millionen zählende treukatholische Volk. Das hatte bislang und noch im März 1933 ohne schwerwiegende Einbußen die Parteien gewählt, die ihnen auch von ihren Priestern als die allein akzeptablen

und unterstützungswürdigen bezeichnet worden waren, das Zentrum und seine bayerische, sich als Volkspartei bezeichnende Schwester. Die beiden Organisationen des politischen Katholizismus, die in der Republik wiederholt Reichskanzler gestellt hatten, zuletzt den inzwischen ebenfalls außer Landes geflohenen Heinrich Brüning, und an der Mehrzahl ihrer Regierungen beteiligt gewesen waren, hatten sich wenige Tage vor der Unterzeichnung des Konkordats selbst aufgelöst und sich ruhmlos auch dadurch aus deutscher Geschichte verabschiedet, dass sie – in Übereinstimmung mit dem Text des Konkordats – ihre Anhänger dazu aufriefen, sich hinter die „nationale Regierung" zu stellen.

„Gebt dem Führer ..."

Nun waren die deutschen Katholiken also mehrfach und eben auch durch den Papst, dessen Platz damals Pius XI. besetzte, zur Befolgung des Grundsatzes gedrängt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist" (Matthäus 22,21), mithin zu striktem Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit verpflichtet. Katholiken, wenn sie sich nicht schon durch vorherige Winke ihrer Bischöfe oder eigene Entschlüsse dazu gefunden hatten, zum Kreuz auch das Hakenkreuz zu akzeptieren, wurden in die Reihen der rasch wachsenden Gefolgschaft des Regimes beordert. Was von ihnen erwartet wurde, ließ sich unmissverständlich im Artikel 16 des Vertrages lesen, der den Text für den Treueid enthielt, den Bischöfe „in die Hand des Reichsstatthalters bzw. des Reichspräsidenten" zu leisten hatten, bevor sie von ihrer Diözese Besitz ergriffen: „Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande [...] Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte."

Damit war eine Norm für das Verhältnis der Katholiken zur sich etablierenden Diktatur formuliert. Zu deren Einhaltung sollten die jüngsten Gläubigen bei Zeiten erzogen werden, wie Artikel 21 bestimmte, der vom Religionsunterricht an den allgemeinbildenden Schulen handelte: „Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewusstsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens [...] mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht." Nebenbei war in diesem Text den Machthabern um Hitler ein Dienst dadurch erwiesen, dass ihnen attestiert wurde, ihr Regiment sei „verfassungsmäßig gebildet" worden, und damit eines ihrer Trugbilder gestützt, auf dass sie bei allem Gerede von der „nationalsozialistischen Revolution" doch und namentlich für ihre Auslandspropaganda Wert legten. Diese Deutung, die sich in mancher Geschichtsliteratur bis heute finden lässt, verficht den grotesken Standpunkt, dass die Übergabe der Macht an eine Politikergruppe, die erklärtermaßen die existierende Verfassung beseitigen will, mit eben dieser Verfassung vereinbar wäre.

Es konnte kein Zweifel sein, dass die Machthaber die neue Situation unverzüglich und weidlich ausbeuten würden. Das geschah beispielsweise im November 1933, als nachträglich zur Zustimmung zum schon erfolgten Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Wahl eines neuen Reichstags gerufen wurde. Prompt plakatierte die NSDAP im „Traditionsgau" München-Oberbayern, einer Gegend des Reiches mit nahezu ausschließlich katholischer Bevölkerung, einen Text mit der Frage: Warum ein Christ Hitler wählen müsse und begründete das mit den Verweisen auf die Zusicherungen des Konkordats. Opposition oder gar der Schritt in den antinazistischen Widerstand bedeuteten eine Verletzung der Forderung nach Staatstreue und Unfolgsamkeit auch gegenüber der kirchlichen Obrigkeit.

Eine Wende mit Folgen

Die nun bezogene Haltung des Vatikans und der deutschen Bischöfe war eine Kehrtwende. Denn wenn Führer des politischen Katholizismus, Priester und höhere Autoritäten der Kirche, die selbst nichts weniger als eine demokratische Einrichtung darstellt, an manchen Seiten dieses „Nationalsozialismus" auch Gefallen gefunden hatten, in erster Linie an dessen Frontstellung gegen den „gottlosen Bolschewismus" und gegen alle Richtungen der emanzipatorischen Arbeiterbewegung, so lagen zwischen beiden doch Differenzen ernster Natur genug. Indessen: Frühere Warnungen und Abmah-

nungen, ja an die Gläubigen gerichtete Verbote der Kirchenführer, sich von der NSDAP und ihren Gliederungen fernzuhalten, waren widerrufen oder außer Kraft gesetzt.

Das höchste Gremium der Kirche in Deutschland, die Fuldaer Bischofskonferenz, hatte diesen Wandel eingeleitet und nach einer telegrafischen Verständigung zwischen ihren Angehörigen, deren Zeugnisse sich im Archiv ihres Vorsitzenden, des Kardinals und Breslauer Erzbischofs Adolf Bertram befinden, die dem Kirchenvolk bis dahin auferlegten Verbote zurückgenommen. Das war am 28. März 1933 geschehen, fünf Tage nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag, das mit den Stimmen der katholischen Zentrumspartei und ihrer bayerischen Schwester die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten hatte, die anders nicht zu erreichen gewesen wäre. Katholiken war von da an nicht mehr untersagt, sich einer der Organisationen der NSDAP anzuschließen, ausgenommen, was dem veröffentlichten Text bei aller Umschreibung unschwer entnehmen ließ, der Schutzstaffel (SS), die wegen des in ihr gepflegten Rassedünkels ausgenommen wurde. Diese Entscheidung machte nun auch für den kirchentreuen Volksteil den Weg frei, sich in die Reihen derer zu begeben, die wegen ihres frühen und berechnenden Hineindrängens in die Naziorganisationen als „Märzgefallene“ bezeichnet wurden.

Gemiedene Fragen

Heftig ist unter Geschichtsschreibern, deren Gegenstand die Geschichte der katholischen Kirche und des politischen Katholizismus bildet, darüber gestritten worden, ob die Zustimmung zur Liquidierung der Republik – denn das war Kern und Ziel dieser die Verfassung von 1919 auf den Müllhaufen der Geschichte befördernden Ermächtigung – durch die katholischen Abgeordneten nicht wie eine Planierraupe den Weg zum Reichskonkordat freigemacht habe oder eben die für dessen Abschluss zu entrichtende Anzahlung darstellte. Über diesen an den Akten nicht zu entscheidenden Streit und die Erörterung der Frage, wie diese Abmachung zustande gekommen sei, ist die Debatte darüber in den Hintergrund gelenkt worden, wie sich der Vatikan überhaupt darauf einlassen konnte, der sich im Prozess ihrer Etablierung befindlichen Nazimacht derart Verfestigungshilfe zu leisten und das allein aufgrund von deren doch eher zu bezweifelnden Versprechungen.

Warum und wie konnten die Vorbehalte und Ablehnungen, die auf Seiten der Kirche mit guten Gründen gegen die deutsch-faschistische Ideologie existierten und sich in scharfen und verwirklichten Drohungen gegen Katholiken äußerten, die in den Reihen der NSDAP als Aktivisten hervortraten, so rasch aufgegeben werden? Selbst noch 1932 war von jenen Theoretikern und Ideologen der katholischen Kirche, die einem Regierungsbündnis von Zentrum und Nazipartei Raum zu schaffen trachteten, es als conditio sine qua non angesehen worden, dass sich Hitler samt seiner Mitführer von der Rassenideologie lossagte, die dem Anspruch der Kirche schroff widersprach, Hirte aller Menschen zu sein, die jedenfalls vor Gott gleich seien. Vergangen? Vergessen? Jedenfalls – vorüber.

Sich auf Tatbestände einzulassen, die diese Fragen hervorrufen, macht in Deutschland noch immer Schwierigkeiten, wo der selbstkritische Umgang mit der Geschichte zwar Tag für Tag gefordert wird, freilich immer mehr nur hin in eine politische Richtung und von einem Adressaten: der und den Linken. Am besten, man lässt sich auf die heiklen Fragen nicht ein, mögen sich auch die beiden Autoren eines 2000 in Bamberg erschienenen, den Zeitraum der Weimarer Republik und die Nazijahre umfassenden Schulgeschichtsbuchs gesagt haben. Und das an einem Orte, an dem seit 1818 ein Erzbistum existiert und an dem 2007 das tausendjährige Bestehen des Bischofssitzes gefeiert werden konnte. Kurzum, das Reichskonkordat hat es diesem Lehrbuch zufolge nicht gegeben und – mehr noch – während der meist Deutschlands „dunkle Jahre“ genannten Nazizeit auch keine Kirchen, will man dafür nicht ersatzweise die Erwähnung zweier Ausnahmeerscheinungen, des Bischofs von Münster, Graf Galen, und des evangelischen Pastors Martin Niemöller, nehmen. So kann man lästige Fragen auch loswerden, solche zur Militärseelsorge beispielsweise oder zum „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“, deren Beantwortung auch das meist geschönte Bild des Kirchenfürsten aus westfälischem Adelsgeschlecht ins vergangene Wirkliche stellen würde. Denn von Galen, der allein als Verteidiger allen menschlichen Lebens erinnert wird, hat mit Erklärungen von 1939 und 1941 geholfen, junge Deutsche zum Kriegs- und Frontdienst zu rufen, um „das Vaterland zu schirmen“, und namentlich ihrem Kampf gegen „die Pest des Bolschewismus“ seinen Segen erteilt. Zudem hilft die

Tabuisierung von Fragen womöglich, verkaufshindernde Einsprüche gegen Schulbuchtexte seitens staatlicher oder auch kirchlicher Behörden zu vermeiden. So genießt, wo von der Kirche insgesamt gehandelt wird, jenes Verfahren den Vorzug, dass Konflikte von Kirchenoberen mit der Macht hochgespielt und insbesondere die Einschränkungen der Aktionsräume der Kirchen und die Verfolgungen von Gläubigen dargestellt werden.

Gegensätze, Konflikte

In der Tat waren Verletzungen des Abkommens durch kirchenpolitische Maßnahmen der Machthaber und durch eigene Aktionen von Führern auf mittlerer Ebene und durch das nazistische Fußvolk namentlich im Vorkrieg eine Alltagserscheinung. Die traten deutlich hervor, denn in seinem 34 Artikel und dazu mehrere Erläuterungen umfassenden Text war keine Tätigkeit und Interessen der Kirche oder einer ihrer Einrichtungen betreffende Frage ausgelassen, seien es die Gottesdienste, der Religionsunterricht an den Schulen, die Ausbildung an den katholisch-theologischen Fakultäten, das Leben der Orden, das kirchliche Eigentum, die Existenz katholischer Verbände, die Finanzierung der Kirche durch Steuern usw. Streitfragen in der Auslegung des Fixierten waren da kaum möglich. Selbst für den gedachten und von den päpstlichen Autoren des Textes offenbar erwarteten Fall der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, eine eklatante Verletzung des Versailler Vertrages von 1919, war vorgesorgt. Ein geheimer Zusatz regelte, wie es dann um den Wehrdienst von Geistlichen und speziell unter den Bedingungen einer Mobilisierung stehen werde, wer von ihm ausgenommen sei und wer ihn als Sanitätssoldat abzuleisten habe.

Es gehört viel Glaubensfähigkeit dazu anzunehmen, dass im Vatikan nicht vorhergesehen wurde, dass sich die Machthaber dieses Nazireiches an die Bestimmungen des feierlich geschlossenen Abkommens nicht halten würden, sobald sie ihre Positionen im Inland wie auf internationalem Feld gefestigt hatten. Am frühesten standen sich die Vorsätze und Inhalte bei der Erziehung und Ausrichtung der Jugend gegenüber, worauf die NSDAP mit dem 1933 zum Reichsjugendführer ernannten Baldur von Schirach ungeteilten Anspruch erhob. Folglich wurde die Tätigkeit der kirchlichen Verbände unter den Angehörigen der jungen Generation, zu der bis dahin vielerlei gemeinschaftliche Unternehmen und Erlebnisse gehört hatten, darunter Sport- und andere gesellige Veranstaltungen wie Wanderfahrten und Zeltlager, zunehmend eingeschränkt und behindert.

Hitlers und seiner Mitführer Vorstellungen von der geistigen, physischen und emotionalen Verfassung namentlich des männlichen Teils der Jugend wichen von den Zielen der Kirche nicht nur ab, sondern waren diesen entgegengesetzt. Der Diktator wollte eine Jugend, die keine höhere Autorität anerkannte als die seine, die jedem seiner Befehle bedingungslos folgte, die ihr Gewissen an ihn, den Gewissenlosen, abgetreten hatte, die bereit war, die Lebensrechte aller und jeder, die ihr auf dem geplanten Eroberungszug begegnen würden, zu missachten, und das ohne zu fürchten, dafür lebend oder tot je zur Verantwortung gezogen zu werden. Das vertrug sich mit den Dogmen der christlichen Morallehre nicht. Wer die vollkommen ernst nahm und jenen außergewöhnlichen Grad an Mut aufbrachte, der dazu notwendig war, ihnen gemäß zu handeln, zog nicht in diesen Krieg und endete unter dem Fallbeil.

Die katholische Kirche in Deutschland bekam ihre Märtyrer. Nur dürfte die Erinnerung an sie nicht dazu benutzt werden, die Vorgeschichte dieses Märtyrertums zu beschweigen. Sie begann nicht erst 1933, sondern schon vordem, mit der Herstellung der guten Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem an die Macht gelangten italienischen Faschismus. Sie wurden am 11. Februar 1929 in den Lateran-Verträgen fixiert, die zwischen dem Papst Pius XI. und dem italienischen König Viktor Emanuel III. durch dessen Bevollmächtigte, den Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri und den „Herrn Cavalliere Benito Mussolini“, abgeschlossen wurden. Mit ihnen war der seit 1870 existierende, als „römische Frage“ umschriebene Streit zwischen Italien und dem Vatikan beigelegt worden. Indessen und anders als das Reichskonkordat vier Jahre später vermied dieser Vertrag zur Kennzeichnung der beiderseitigen Beziehungen jede überschwängliche Formulierung. Im Text von 1933 aber war in der Präambel die Absicht erklärt, „die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern“.

junge Welt, Sonnabend, 19.07.2008, S. 10.

Eislinger Kompromiss

Eislingen, gelegen an der Mündung der Krumm in die Fils, ist eine jener Mittelstädte im Schwabenlande, die auf ihre bis ins erste Jahrtausend unserer Zeitrechnung zurückreichende Geschichte verweisen, freilich, ohne dass aus ihrer Vergangenheit Aufregendes oder gar Sensationelles zu berichten wäre. Gleiches gilt für ihre Gegenwart. Dennoch hat sie kürzlich eine gewisse Aufmerksamkeit zu erregen vermocht und das kam so.

Der Gemeinderat, dem Beispiel anderer Städte folgend, verfiel auf die Idee, zur Belebung des Stadtbildes und zur Information von Einwohnern wie Gästen Schilder mit Straßennamen, für die es geboten erscheint, mit einem aufklärenden Zusatz zu versehen. Wer war der Mann oder die Frau? Was sagt uns der Ortsname? Diesen Einfall bereicherten sie durch die weitere Idee, Schüler aufzufordern, für solcherlei Beschriftung Vorschläge zu machen. Das gefiel einem Geschichtslehrer am Orte, der sich davon eine Belebung seines Unterrichts durch vermehrtes Interesse seiner Schützlinge versprach, mit denen er im Stoff der neunten Klasse gerade beim Ersten Weltkrieg angekommen war. Der Pädagoge irrte sich nicht. Die Eleven der Schillerschule, einer von zwei Haupt- und Grundschulen in der Stadt, machten ihrem Namenspatron alle Ehre und folgten dessen Wort: „Frisch also, mutig ans Werk."

An Sachwissen fehle es ihnen nicht, denn auf der Liste der Straßennamen, für deren knappe Kommentierung sie sich zuständig halten konnten, standen Paul von Hindenburg und Karl Liebknecht, Tannenberg und Skagerrak, Personen und Orte also, die sämtlich auch oder ausschließlich in die Weltkrieg-I-Jahre wiesen. Was sie dann vorschlugen, traf Wesentliches. Karl Liebknecht, so sollte angemerkt werden, sei von Rechtsextremen ermordet worden, und von Hindenburg habe Hitler an die Macht gebracht. Vom ostpreußischen Tannenberg, meinten sie, sollte nicht nur geschrieben stehen, dass 1914 dort deutsche und russische Truppen mörderisch aufeinander losgegangen waren, sondern auch, dass sich an den Namen ein Mythos knüpfte, der wiederum in den Krieg gewiesen habe.

So indessen, erfuhren sie alsbald, hatten die im Rate der Stadt, in dem die CDU die stärkste Fraktion stellt, die Sache nicht gemeint. Zwar ließ sich am Text dieser Zusätze nichts bemängeln, aber Dr. Thullen, Rat und volksverbundener Christdemokrat, befand, dass derlei den Bürgern nicht zumutbar wäre, ein bemerkenswerter Befund, weil er die Eislinger aus der Bundesbürgerschaft herausnimmt, die doch, Aussagen bedeutender Parteifreunde des Doktors zufolge, ihre Meisterschaft in kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte immer wieder bewiesen hat.

Jedenfalls wurden die Schülervorschläge auf das Zumutbare heruntertransformiert. Hindenburgs Tat vom 30. Januar 1933 mit der Formulierung, er habe Hitler zum Reichskanzler ernannt, vom Staatsstreich auf eine verfassungskonforme Tat herabgestuft, Tannenberg als ein Schlachtort vermerkt, wie es in der Menschheitsgeschichte sie tausendfach gegeben hat. So etwas nennt der Gemeinderat dann einen Kompromiss. Wiewohl sich Lehrer und Schüler in der Sache als gescheitert ansehen mussten, hätten sie das Projekt doch als ein Erfolg gewertet, teilt die „Stuttgarter Zeitung" mit, seien sie doch unvermutet zu einem „Lehrstück politischer Meinungsbildung" gelangt. Was das besage, darüber wird geschwiegen und auch darüber, ob sich die Schillerschüler angesichts dieser Erfahrung nicht noch einmal bei ihrem Namenspatron bedient haben, wo des Marquis „Doch große Seelen dulden still" oder des Fürsten: „Die Mehrheit? Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen" gleichsam im Angebot sind.

Ossietzky, 16/2008, 9. August 2008, S. 599-600.

Mit geschulter Vorsicht

Kurt Finker zum Achtzigsten

Der Name des Potsdamer Historikers, der heute über die Schwelle in sein neuntes Lebensjahrzehnt tritt, ist durch seine Forschungen und Publikationen mit einem Datum verbunden, das vor allem ein Mann in die Annalen der deutschen Geschichte geschrieben hat, der Oberst der Wehrmacht Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Als Kurt Finker 1967 eine Biographie des Hitler-Attentäters vorlegte, hatte der Buchhandel der DDR nur deshalb nicht augenblicklich einen Bestseller, weil Papierkontingentierungen, begrenzte Druckkapazitäten und Weisungen an die Verlage der Produktion des Buches in einem die Nachfrage befriedigenden Umfang entgegenstanden. Von letzterer zeugt indessen, dass der Band dann doch Auflage nach Auflage erlebte. Um es über diesem Erfolg nicht zu vergessen: die Fragen, die sich an den 20. Juli 1944 und seine Akteure richten, waren nicht das erste Forschungsfeld des Historikers, der als Neulehrer begann und seine geschichtswissenschaftliche Ausbildung als „Externer“ absolvierte, dann aber in die Pädagogische Hochschule Potsdam als wissenschaftlicher Mitarbeiter eintrat, dort als Dozent und Professor wirkte, bis er 1992 vorzeitig seine Entlassung erhielt, als zwischen Ost und West ein „Elitenaustausch“ verordnet wurde, bei dem die einen auf die Lehrstühle gelangten, die anderen in Arbeitsämtern oder wegen ihrer Vor-Rente vorsprechen durften. Finker hatte sich zuerst mit Problemen der Kampfbünde der Arbeiterbewegung und ihrem Auftreten gegen Reaktion, Militarismus und Faschismus befasst. Eine Brücke zu dem Gegenstand, den er sich dann zum Lebensthema erkor, gab es da schon. Die Niederlage der einen hatte jene Situation erst heraufbeschworen, die andere dann zu wenden versuchten, wiederum unterliegend.

Als Finker sein Stauffenberg-Buch vorlegte, hatten sein Held und andere Personen aus dem geistig und politisch weitgefächerten Kreis der Verschwörer in der Bundesrepublik schon wissenschaftliche und literarische Würdigungen gefunden. Im Vergleich dazu, war ihnen von Historikern der DDR weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Eine Wende zeichnete sich mit dem Erscheinen von Daniil Melnikows Arbeit *20. Juli 1944 – Legende und Wirklichkeit* ab, die ein Jahr vor Finkers Monographie in den Buchhandel kam. Eine Veranstaltung, die 1964 zum 20. Jahrestag des Attentats in Berlin-Ost stattfand, hatte die Bereitschaft jedoch schon angekündigt, sich mit einem Ereignis auseinanderzusetzen, das eine mehrfache Herausforderung enthielt. Die eine bestand darin, sich davon nicht dadurch abhalten zu lassen, dass die Mutigen – Finker hat das mehrfach materialreich auseinandergesetzt – im Westen dazu benutzt wurden, den Widerstand herauszustellen und zur Vorgeschichte der Bundesrepublik zu stilisieren, ihn gleichzeitig aber um den der Arbeiterbewegung zu verkürzen. Die andere lag auf intellektuellem Feld, erforderte die Darstellung dieser Bewegung doch in hohem Grad die Fähigkeit zu Unterscheidung und des Hineindenkens in die Lebenswege der Hauptakteure und von ihren Biographen auch einen moralischen Antrieb, Menschen in ihrer Begrenztheit und mit ihren Irrtümern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Finker hat eben dieser Herangehensweise den Weg gebahnt. Mit diesem Buch und mit seinem 1979 folgenden über *Graf Moltke und den Kreisauer Kreis*. Der Durchbruch ist ihm nicht mit einem Schlag gelungen und auf dem Weg zu diesem Ergebnis sind dem Forscher Rosen auf den Weg nicht gestreut worden. Aber um den 40. Jahrestag der Aktion der Verschwörer war es doch erreicht. Es hatte sich eine einfache Überlegung durchgesetzt: Wie vielen Menschen wäre das Leben geblieben, wenn dieses Unternehmen zu einem Erfolg hätte geführt werden können, wie vielen Soldaten, wie vielen Juden, wie vielen KZ-Häftlingen, wie vielen Zivilisten? Was wäre selbst bei seinem nicht vollständigen Gelingen durch eine erhebliche Erschütterung des Regimes erreicht worden? Die Enge der Fragestellung, die gelautet hatte: Was wäre das für ein Deutschland geworden, das Carl Goerdeler und andere Konservative unter den Verschwörern erstrebten, war damit nicht verdrängt, aber sie hatte im Nachdenken über den 20. Juli ihren Platz zugewiesen erhalten. Finker konnte sich als Pionier dieses Wandels ansehen. In diesem Jahr, 1984, erhielt er den Nationalpreis der DDR.

Die ungeschehene Geschichte ist nicht das Lieblingskind der Historiker. Der Frage *Was wäre, wenn* können auch und gerade sie sich nicht entziehen. In einem Buch, das Finker zum 50 Jahrestag des gescheiterten Unternehmens vorgelegt hat, ist er, die ganze Geschichte der Verschwörung zum Sturz

Hitlers und seines Regimes erzählend, noch einmal den umstrittenen Themen nachgegangen bis hin zur begrifflichen Kennzeichnung des Geschehens. Sein Untertitel fragt provokatorisch: *Militärputsch oder Revolution?* Und mit der gebotenen und geschulten Vorsicht dessen, der sich mit den Wegen der Geschichte gründlich vertraut gemacht hat, schließt er seine Abhandlung: „Mit Sicherheit hätte es im Falle des Gelingens noch heftige politische und vielleicht auch militärische Auseinandersetzungen gegeben, von deren Ergebnis Inhalt und Umfang der Umgestaltungen bestimmt worden wären."

Grüße nach Potsdam, Gesundheit und Kraft auf dem Wege in das neue Lebensjahrzehnt, dem streitbaren Forscher, der mit dem kritischen Blick auf eigene und andere Arbeit sich doch von deren Verdiensten nichts abhandeln und weg lügen lässt. Das wird sich auch in einem Buch nachlesen lassen, das justament zum Festtage erscheinen wird.

„Kurt Finker, Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands 1945-1955", herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer. Mit einem Geleitwort von Otto Köhler, Pahl-Rugenstein Verlag, 24,95 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 27.08.2008, S. 15.

Hitler, mauselebendig

Wer wirkt wie Joseph Goebbels? Über die Zulässigkeit politischer Vergleiche

Vergleiche gehören so zu unserem Alltag, dass sie kaum noch als solche registriert werden. Größer – kleiner, dicker – dünner, klüger – dümmer, schneller – langsamer als – das wird von Kindesbeinen an benutzt und beherrscht. Etwas mehr Aufmerksamkeit erfahren die Benzin-, Strom-, Wasser-, Lebensmittel- und viele andere Preise, die mit denen aus früheren Zeiten konfrontiert werden.

Wie oft sind der Erste und der Zweite Weltkrieg miteinander im Ganzen und in einzelnen ihrer Erscheinungen verglichen worden. Wie häufig wurde der erste gegen den dritten Napoleon gestellt.

Auch in der Politik besitzen Vergleiche ihren angestammten Platz. In diesen Tagen werden im US-Wahlkampf die Figuren des noch amtierenden Präsidenten und der Bewerber um seine Nachfolge abwägend nebeneinandergestellt. Nun sind gehäuft Stimmen aufgetaucht, die dem Vergleichen eine Grenze ziehen wollen, hinter der eine Tabuzone beginnen soll. Den Anstoß dafür bildet die keineswegs neue Erscheinung, dass Vergleiche benutzt werden, um einen Politiker oder – seltener, weil es davon weniger gibt – eine Politikerin herabsetzen, ins Zwielicht zu stellen, Handlungen oder Vorgehensweisen einer Tradition zuzuschreiben, in die sie nicht gehören. Die ärgste Beziehung, die zu diesem Zwecke in Deutschland und Österreich konstruiert werden kann, ist die zu den Jahren der Nazidiktatur. Von da werden die Knüppel geholt, mit denen auf den politischen oder ideologischen Gegner eingedroschen wird.

Dagegen haben sich die Düsseldorfer Sprachexperten Thorsten Eitz und Georg Stötzel im „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung – die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch“ (vom Dezember 2007) und der Bochumer Geschichtsprofessor Lucian Hölscher mit seinem im Juli erschienenen Buch „Political Correctness – Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen“ gewandt.

Um die denkbare Vermutung ostdeutscher Leser sogleich zu erledigen: Die Wissenschaftler wurden zu ihrem Hervortreten nicht durch Vergleiche zwischen den „beiden deutschen Diktaturen“ und deren Institutionen erweckt, sondern durch Vorkommnisse, deren politische Absicht und Reichweite verglichen mit der ideologischen Strategie, in die das Bild über den Staat DDR gehört, als zwergenhaft gelten kann.

Dass Guido Knopp von Tom Cruise gesagt hat, er trete wie Joseph Goebbels auf, und Faruk Şen, Direktor des Zentrums für Türkei-Studien in Essen, die Behandlung der Türken in der Bundesrepublik mit jener der Juden in der Nazidiktatur verglich, lieferten – wie den Presse-Interviews entnommen werden kann – die Steine des Anstoßes, zusammen mit Wendungen wie die vom „Kinder-Holocaust“, mit der von der katholischen Kirchenobrigkeit gegen Schwangerschaftsunterbrechungen Stimmung gemacht wird, oder mit der Losung „Gorleben ist Holocaust“, von der sich Gegner der Atomnutzung auch für friedliche Zwecke eine besonders mobilisierende Wirkung versprechen.

Nun hat Geschichtsprofessor Hölscher auf die Frage, ob er generell von Vergleichen der deutschen Gegenwart mit der Nazizeit abrate, geantwortet: „Ja, denn das ist kein Mittel einer demokratischen Kultur ... Es lenkt außerdem von der Diskussion um die eigentliche Sache ab.“ Das ist für einen Mann der Wissenschaft eine merkwürdige Argumentation. Sie lässt die Frage, ob Vergleiche aktueller Erscheinungen und Vorkommnisse mit solchen aus der Zeit der Naziherrschaft erhellend sein können, gar nicht zu, sondern begibt sich vom Feld der Wahrheitsfindung sogleich auf das der nicht näher bezeichneten „demokratischen Kultur“. Sie schreibt dem in die Nazijahre zurückführenden Vergleich – ohne Erwähnung eines Beweises – eine von der Untersuchung und Bewertung der in Rede stehenden „Sache“ ablenkende Wirkung zu. Ein solcher Rat ließe sich nur unter einer Bedingung rechtfertigen, dann, wenn sich die Wirklichkeit unserer Tage sich so weit von jener der Jahre von 1933 bis 1945 entfernt hätte, dass alles Vergleichen auf die Aussage hinausliefe: Zwischen damals und heute existiert nichts, was die Bezeichnung gleich, ähnlich, verwandt usw. verdienen würde.

Nehmen wir zugunsten des Hochschullehrers an, dass er seinen Rat so apodiktisch nicht gemeint hat, also dass er mindestens bei der Betrachtung der (Neo)nazis von heute zulässt, sie mit ihren Vorfahren zu vergleichen, weil das doch hilft, deren Denkweise, politische Praktiken und programmatische Verlautbarungen zu verorten.

Gewichtiger ist jedoch der Einwand, dass das Befolgen von Hölschers Rat darauf hinliefe, die Hitler-Nazis und Hitler-Jahre aus dem Gang der deutschen Geschichte herauszunehmen. Wir dürften demnach unsere Zustände, was ja auch öfters geschieht, mit denen der Weimarer Republik vergleichen, auch noch mit jenen des 1871 gegründeten Kaiserreiches, aber eben nicht mit denen der faschistischen Jahre, als bildeten diese nicht eine Periode unserer Geschichte, die zu den voraufgegangenen in einer Beziehung von Kontinuität und Bruch steht wie die folgenden zu ihr.

Warum darf man ein aktuelles betrügerisches Kunststück der Massenverdummung eigentlich nicht mit jenen des Joseph Goebbels vergleichen? Warum darf man nicht daran erinnern, dass die heutigen Argumente, mit denen Lohnforderungen zurückgewiesen werden, wie ein Ei dem anderen denen ähneln, die von Nazis verwendet wurden, als sie erklärten, bevor über höhere Löhne geredet werden könne, müsse jeder Arbeit erhalten – als existierte zwischen der Lohnhöhe der Arbeitenden und der Zahl der Arbeitslosen ein gesetzmäßiger Zusammenhang? Warum soll beschwiegen werden, dass Bedrohungslügen, mit denen heute Militärausgaben und -politik gerechtfertigt werden, es an Phantasiereichtum mit jenen aufnehmen können, mit denen schon die Vorderen und Altvorderen geschreckt wurden? Würde die vorgeschlagene Tabuzone durchgesetzt, hätten jene davon den hauptsächlichen Nutzen, die – ohne Faschisten zu sein, ohne deren Ideologie anzuhängen, ohne den Fußtapfen von deren Politik zu folgen – doch, namentlich was die Methoden der Massenmanipulation angeht, ihre Nachfolger sind, keine bloßen Nachahmer, keine Kopisten, aber doch Fortsetzer.

Kurt Tucholsky jedenfalls zog in einem „Schulaufsatz“ von 1932 „zwischen dem mausetoten Goethe und dem mauselebendigen Hitler einen Vergleich“, der auch heute noch einleuchtet.

junge Welt, Mittwoch, 03.09.2008, S. 13.

„Erzeugungsschlacht“

Vor 75 Jahren: Die Schaffung des Reichsnährstands sollte „Nahrungsfreiheit erkämpfen“. Frühe Ausrichtung auf die Kriegslandwirtschaft

Zu den Versprechen, mit denen Hitler die Kanzlerschaft antrat, gehörte die „Rettung des deutschen Bauern“, wofür er sich, übermäßige Erwartungen sogleich dämpfend, ebenso vier Jahre Zeit erbat wie für die „Rettung des deutschen Arbeiters“. Zum Zeitpunkt ihres Machtantritts hatte die NSDAP auf dem platten Lande, namentlich in den evangelisch dominierten Gegenden Norddeutschlands, festen Fuß gefasst. Die Ankündigung, „den deutschen Bauern“ zu retten, täuschte auch in der sprachlichen Formulierung vor, es gehe dem Regierungschef um das Wohl und Wehe jedes einzelnen Bauern. Diese Ansprache fand offene Ohren angesichts der verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise, die massenhaft Betriebe in den Ruin oder an dessen Rand trieb. Die steil abgefallene Kaufkraft der städtischen Bevölkerung hatte den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse extrem verringert und deren Preise verfallen lassen. Zwangsvollstreckungen und -versteigerungen waren an der Tagesordnung.

Nun setzte ein erheblicher Teil der Landbevölkerung in das am 30. Januar 1933 berufene Kabinett hohe Erwartungen, wenn auch die Bestimmung Alfred Hugenbergs zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft diese nicht deckte. Er war Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die als Interessenvertreterin der Großgrundbesitzer galt. Doch Hugenbergs Zugehörigkeit zur Reichsregierung blieb Episode. Auf ihn folgte mit Richard Walther Darré ein studierter Landwirt, der sein Bekenntnis zu Blut, Boden und Rasse 1929 mit der Schrift „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ und weiter in dem Buch „Neuadel aus Blut und Boden“ präsentiert und dessen Weg 1930 in die NSDAP und deren SS geführt hatte. Dort wurde er Berater für landwirtschaftliche Fragen. Heinrich Himmler machte ihn 1932 zum Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes.

Striktes Regiment

Darré war erst wenige Wochen im Amt, als das Kabinett am 13. September 1933 das „Gesetz zum vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung“ beschloss. Auch auf den zweiten Blick war dessen Text nicht leicht zu entnehmen, wohin die Wege der Landwirtschaft gelenkt werden sollten. Der Minister wurde ermächtigt, die Landwirtschaft neu zu organisieren, in einem Reichsnährstand, der alle landwirtschaftlichen Betriebe, dazu die der Forstwirtschaft, des Gartenbaus, der Fischerei und der Jagd erfassen sollte, darüber hinaus die landwirtschaftlichen Genossenschaften, den großen und kleinen Landhandel und dazu landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitende Betriebe. Die Kleinbauern fanden sich mit Großgrundbesitzern und Eignern namhafter weiterverarbeitender Betriebe in einer Organisation zusammengeschlossen, die zudem als eine Form der „Selbstverwaltung“ deklariert wurde und an deren Spitze sich ein verzweigter bürokratischer Apparat etablierte.

Eine annähernd ähnliche staatlich verordnete Organisationsform hatte es bis dahin nicht gegeben. Der entscheidende Satz des Gesetzes lautete, dass der Reichsminister, diesen „Stand“ (ein Begriff, der zur Vermeidung von Klasse zeitweilig in der Sprache des „Nationalsozialismus“ inflationär gebraucht wurde) ermächtigen konnte, „die Erzeugung, den Absatz, sowie die Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln“, wobei er die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl zu würdigen habe. Was dies letzte besagte, davon wird die Rede noch sein. Schließlich wurde Darré das Recht erteilt, Produktions- und Handelsbetriebe zusammenzuschließen, wiederum unter Würdigung usw. Schon zwei Tage später erging ein Reichsgesetz „über den Zusammenschluss von Mühlen“. Danach konnte er über Gründung, Erweiterung oder Umfang der Ausnutzung bestehender Mühlen befinden und entscheiden. In diesen Ermächtigungen zeichnete sich ein Regiment ab, das in der Industrie seinesgleichen nicht hatte.

Ein knappes Vierteljahr später machte die „Erste Verordnung über den vorläufigen Reichsnährstand“ (8. Dezember 1933) klar, wie die Machthaber die Landwirtschaft fest in den Griff ihrer Politik nehmen wollten. Sie schufen eine bis in jedes Dorf reichende Organisation, deren – übrigens zahlendes

– Mitglied alle natürlichen und juristischen in diesem Bereich tätigen Personen zu sein hatten. Gleichzeitig wurden alle Organisationen, die bis dahin wirtschaftliche, fachliche oder geistige Interessen und Belange von Landwirten vertreten hatten, entweder dem Reichsnährstand ein- oder angegliedert oder liquidiert. Damit waren auch alle in den Vereinen, Vereinigungen und Verbänden geltenden demokratischen Prozeduren beseitigt. An deren Stelle trat das Führerprinzip. Der Reichskanzler ernannte einen Reichsbauernführer, dem Landes-, Kreis- und Ortsbauernführer unterstellt wurden. An die Spitze der Hierarchie setzte Hitler, was ebenso für den Willen zu äußerster Machtkonzentration wie vom Mangel an Spezialisten in den NSDAP-Reihen sprach, wiederum Darré. Der verlor beide Ämter 1942 wegen des ihm zugeschriebenen Versagens der Landwirtschaft unter Kriegsverhältnissen. 1934 hatte Darré Goslar in Niedersachsen, das ihm als „Kernland germanisch-deutschen Bauerntums“ galt, zum Sitz des Reichsnährstandes bestimmt. Der alten Stadt mit der Kaiserpfalz wurde der Beiname „Reichsbauernstadt“ verpasst.

Was war hinter der Propagandawand von Scholle, Blut und Boden und der Hofierung der Bauern als „Trägern der deutschen Art“, was hinter dem Wort Gemeinwohl, das wirkliche Interesse der Machthaber? Wohin steuerte die Gesamtwirtschaft, in die sich die Produktion, der Handel und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse einordnen sollten? Zunächst in eine Phase der Hochrüstung, die nicht zu verwirklichen war, wenn bei belebter kaufkräftiger Nachfrage der Industriearbeiterschaft für Lebensmittel des Massenbedarfs Devisen aufgewendet werden mussten. Die waren in erster Linie für die Einfuhr von Rüstungsrohstoffen bestimmt. Unter der Parole, es müsse „Nahrungsfreiheit erkämpft“ werden, sollte die landwirtschaftliche Produktion ein Niveau erreichen, das eine Wiederholung der Hungerjahre des Weltkriegs samt deren politischen Folgen ausschloss. Mit dem Begriff „Erzeugungsschlacht“ war ausgedrückt, welche nationalistisch-trutzige Mentalität – analog zur „Arbeitsschlacht“ in der Industrie – Bauern und Landarbeiter antreiben sollte. Das zentrale Interesse richtete sich vorrangig auf die Steigerung der Produktion von Waren, welche die Außenhandelsbilanz im gewünschten Sinne veränderten und beispielsweise ermöglichten, Baumwollimporte durch die Herstellung von Wollerzeugnissen aus der Schafhaltung zu ersetzen.

Verlogenes Idyll

Die Reglementierung der Struktur der landwirtschaftlichen Erzeugung hatte ein Ziel, die der Preise ein diesem verwandtes. An die Stelle der Preisbildung nach Angebot und Nachfrage traten staatlich erzwungene niedrige Erzeugerpreise, womit die grundlegende Voraussetzung dafür geschaffen war, dass auch die Löhne der Industriearbeiter niedrig gehalten werden konnten. Hatten viele Bauern auf Eingriffe des Staates in die Preispolitik zu ihren Gunsten gehofft, so dass sich jene Entwicklung umkehren werde, die sie in der Krise an den Rand ihrer Existenz gebracht hatte, so bemerkten sie bald, dass die diktierten Festpreise und weitere Vorschriften darüber, wie sie mit ihren Waren zu verfahren hatten, vielfach gegen sie schlugen.

Das paradiesische Leben der Bauern, von den auf den großen Gütern schuftenden Landarbeitern, Knechten und Mägden zu schweigen, existierte auf verlogenen Ölgemälden, die in Kunstausstellungen gezeigt, in Bauernkalendern und auf Postkarten gedruckt wurden und als billige Reproduktionen zu kaufen waren. Die Landflucht, die mit Gesetzen und Strafen bekämpft wurde, weil sie die Produktionssteigerung ernsthaft gefährdete, war von eigner Sprache. Wie dann erklären sich aber Fotos und Filme von den Reichserntedankfesten, die alljährlich auf dem Bückeberg bei Hameln, beginnend schon im Oktober 1933, stattfanden und zu denen in Sonderzügen Hunderttausende Bauern aus dem ganzen Reichsgebiet reisten und Hitler, der bis zum letzten dieser Feste 1937 nie fehlte, umjubelten? Zum einen und nicht anders wie ähnliche Zeugnisse, deren Jubelchöre Städter stellten, aus der Tatsache, dass die werktätigen Bauern ihre existentiellen Sorgen los und wenn auch vergleichsweise bescheidende, so doch Nutznießer der Rüstungskonjunktur geworden waren und glaubten, dass die eingetretenen Veränderungen erst der Anfang hin zum Besseren seien. Sie sahen sich von den Regierenden zudem als der „erste Stand“ umschmeichelt.

„Rettung des deutschen Bauern“? Die Bilanz lautete anders: Der Boden, ihr Hauptproduktionsmittel war ausgelaugt, die Viehbestände reduziert, der über Jahre nicht erneuerte Maschinen- und Geräte-

park weitgehend verschlissen. 1945 hatten Tausende Bauern jenseits von Oder und Neiße nahezu alles verloren, was sie an Produktionsmitteln besaßen und weitere Tausende wussten die Leichname ihrer Söhne, ihrer Erben, irgendwo in fernen Ländern unter der Erde, die diese hatten erobern sollen. Darré verbrachte übrigens die letzten drei Jahre der Nazidiktatur, für krank erklärt, in seinem Jagdhaus in der Schorfheide und kam auch im Wilhelmstraßenprozess vor dem US-amerikanischen Militärgericht glimpflich davon. 1950 befand er sich wieder auf freiem Fuß.

junge Welt, Sonnabend, 13.09.2008, S. 15.

Plattmacherei im Schwabenland

Nicht allein, dass das Projekt Westausdehnung der Partei des demokratischen Sozialismus auf dem Wege ihres Zusammenschlusses mit der WASG Fortschritte macht, es dringen aus dem Osten auch Sitten ins Westland, von denen bis dahin nur in Verbindung mit der SED-Diktatur und dem Unrechtsstaat die Rede sein musste. Wobei – horribile dictu – sich nicht einmal sagen lässt, dass die Gysi und Lafontaine die Herbeiträger solchen Imports wären. Das rote Gift schleicht, wovon dieser Tage im Schwabenlande berichtet wurde.

Dort steht die Emeritierung eines Professors bevor, der sich an der Universität Stuttgart und darüber hinaus hinreichend Verdienste erworben hat, dass er – wie aus solchem Anlass üblich – durch das Erscheinen einer ihm gewidmeten Festschrift geehrt werden soll. Die erhebliche Zahl seiner Schüler ließ bei der Suche nach Autoren Verlegenheit nicht aufkommen. Zu ihnen gehört Marlis Prinzing, Dozentin an mehreren Hochschulen, Publizistin und Journalistin, die mit dem nun aus dem Hochschuldienst Scheidenden als ihrem Doktorvater verbunden ist. Was sie ihm als Dissertation vorlegte, eine in Baden-Württemberg angesiedelte wirtschaftshistorische Arbeit, erhielt die Note summa cum laude und einen Preis dazu. Nun verstand sie sich zu einem Beitrag, in dem sie das Verhältnis der baden-württembergischen Ministerpräsidenten von Reinhold Maier bis zum jetzigen Inhaber des Amtes zur Geschichte darstellte. Damit ist sie durchgefallen – aufgrund eines Urteils eines Professors Gerhard Fritz, Lehrer an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd, der die Festschrift herausgibt.

Warum hat der Mann nicht von vornherein abgewinkt, als er hörte, was da als Beisteuer zur Aufsatzsammlung gedacht war? Was hat ihn glauben lassen, dass die Autorin in einer Art Harakiri-Anwandlung einen Text zu Lob und Preis der Filbinger und Oettinger vorlegen würde, deren Umgang insbesondere mit der jüngeren deutschen Geschichte sie weit über das Schwabenland hinaus bekannt machte? Jedenfalls nichts aus der Biographie der Verfasserin, die, der Wahrheit die Ehre gebend, eine „Geschichtsvergessenheit der Landesfürsten“ konstatierte, denen sie nachträglich und wohl auch gemünzt auf alle künftigen Amtsinhaber empfiehlt, sich von der Tradition des „Verdrängens, Verschweigens, Verharmlosens“ zu verabschieden und, äußern sie sich wieder einmal zur Geschichte, den „Rat beim Historiker“ zu suchen. Bei welchem, möchte man da mit dem Seitenblick auf den Herrn Fritz fragen.

So deutlich das Fazit und so zurückhaltend die Anregung von Marlis Prinzing, der Herausgeber konstatierte, eine Festschrift sei „kein Podium für Polemiken“, was, wie immer man zu der Meinung stehen mag, jedenfalls bezeugt, dass er sich mit diesem Genre der wissenschaftlichen Buchproduktion bisher kaum vertraut gemacht haben kann. Ausschlaggebend aber war, welche womöglich erfahrungssatte Befürchtung der Mann an eine Veröffentlichung dieses Textes knüpfte. Er schrieb: „Was glauben Sie wohl, wie die (für die Erhaltung des nun durch die Emeritierung freiwerdenden Lehrstuhls zuständigen Herren in der Landesregierung; K. P.) angesichts Ihres Beitrags entscheiden werden?“ Und er ist sich sicher: „Ohne Konformität kein Geld.“

Wie gesagt, von solcher Art Unterwürfigkeit, von derlei Der-Obrigkeit-zum-Munde-Reden, von einer nur auf den eigenen Vorteil ausgehenden Berechnung – Haltungen, die sämtlich auf die Preisgabe wissenschaftlicher Normen hinauslaufen – hatte man bisher aus dem Reich der Ulbricht und Honecker gehört. Freilich, Hoffnung ist noch. Dem Volkskundler Hermann Bausinger geht die Befürchtung des Fritz zu weit, er erblickt in ihr eine vorauseilende Unterstellung, ja eine „herbere Attacke“ gar, als sie die Autorin des Beitrags unternommen habe, den ihr Lehrer Franz Quarthal nun gedruckt und gebunden nicht zu lesen bekommen wird. Gegen die beruhigende Sicht Bausingers ließe sich freilich der Einwand vorbringen, dass er schon 1992 emeritiert wurde und womöglich nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand der Beziehungen zwischen Gesellschaftswissenschaft und Staatsmacht sich befinden kann. Die *Stuttgarter Zeitung* meint, dass hinter Fritzens Standpunkt „die Sorge einer ganzen Profession“ stecke, „plattgemacht zu werden“, bildeten die Geisteswissenschaften doch keine Ingenieure aus.

Ossietzky, 18/2008, 18. September 2008, S. 674-675.

NS-Gaue

Der Band vereint – durch weitere Texte ergänzt – Beiträge einer Tagung, die das Institut für Zeitgeschichte München veranstaltete und die im September 2005 in dessen Berliner Dependance stattfand. Als Grundidee für das Forschertreffen bezeichnen es die Herausgeber, „die Frage nach Gauprofilen, -funktionen, -netzwerken und -eliten mit der Frage nach den und zugleich nach ihren unterschiedlichen Ausprägungen in verschiedenen Politikbereichen zu fragen“ (S. 10). Was sie vorlegen konnten, gilt ihnen als Zwischenbilanz einer Arbeit, die Anstrengungen vieler noch verlangen wird und die in ein „nachschlagfähiges (?) Handbuch der NS-Gaue“ münden soll, von dem zu wünschen wäre, dass seine Autoren sich einer allgemein verständlichen Terminologie bedienten, die die Texte auch Nichthistorikern zugänglich macht.

Denen, die auf dem Weg weitergehen wollen, liefern die Herausgeber einleitend einen kurz gefassten kritischen Überblick über das Vorliegende, wobei sie auf die Notwendigkeit verweisen, regionales Geschehen nicht zu isolieren, sondern in den Zusammenhang gesamtstaatlicher Entwicklung zu stellen, und zudem raten, von jener eingefressenen Vorstellung Abschied zu nehmen, die im Nazistaat ein einziges Kompetenz- und Ämterchaos, einen Kampf jedes Bonzen gegen alle wirklichen und vermeintlichen Konkurrenten, einen Dauerstreit zwischen Partei- und Staatsfunktionären zu erblicken glaubt. Die wiederentdeckte Frage, woher die Wirkungsmacht dieses Regimes rührte, hat auf den Boden der unspektakulären Tatsache der – wie in jedem anderen Staat nicht widerspruchs- und spannungsfreien – Kooperation der Machtzentren auf allen Ebenen zurückgeführt. Darüber weiter zu forschen, dafür plädiert Rüdiger Hachtmann in einem der vier unter der Überschriften „Grundfragen“ genannten Beiträge, dem er den Titel „‚Neue Staatlichkeit‘ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue“ gibt. Neue Staatlichkeit, auch dies durch das Setzen von Anführungszeichen meist relativiert, meint eine Entgegensetzung zum Phantom der Nichtstaatlichkeit.

Dem einleitenden Teil folgen· unter der Überschrift „Politikfelder“ Beiträge zu „Rassenpolitik und ‚Euthanasie‘“ und „Wissenschaft, Bildung, Kultur“, woran sich – drittens – der Komplex „Die NS-Gaue – Gauverwaltung und Gau-Porträts“ anschließt, die Letzteren noch einmal untergliedert nach Gauen des „Altreichs“ und „Reichsgauen“. Auf die Beiträge zu jedem dieser Themenbereiche, insgesamt werden Texte von 23 Autoren vorgelegt, folgen jeweils Konklusionen. Unmöglich also, hier den referierten Arbeitsergebnissen auch nur annähernd gerecht zu werden. Was geleistet oder angegangen wurde, lässt sich umreißen, wenn die Gaue wenigstens genannt werden, von denen Gau-Porträts genannte Forschungsresultate vorgestellt werden konnten: Süd-Hannover-Braunschweig, Osthannover und Weser-Ems, Bayern und seine sechs Gaue, Brandenburg, Pommern, die beiden westfälischen Gaue, Köln-Aachen, Rheinpfalz-Saarpfalz-Westmark, Oberschlesien und – für die Reichsgaue – Steiermark, Salzburg, Tirol-Vorarlberg, Danzig-Westpreußen. Spiegelt diese Aufzählung auch nicht den gesamten Umfang regionaler Forschungen zur Geschichte der NSDAP wider, macht sie doch Lücken deutlich, zu denen die Gaustädte gehören, also Berlin, Hamburg, Wien. Dieses Bild kann sich vervollständigen, wer die eng bedruckten 40 Seiten Forschungsliteratur und Quellen (S. 415-455) durchmustert, mit denen der Textteil abschließt und die erfreulicherweise nur Literatur aufführen, die auch in den Beiträgen ausgewiesen ist.

Der Schwerpunkt des Fragens und des Antwortens der Autoren liegt in den meisten Beiträgen auf dem Wie und dem Wer des Regierens, Verwaltens, Kontrollierens, Agitierens und Propagierens, worüber – und das erscheint dem Rezensenten als Hauptmangel in der Ausrichtung der Forschungen – das Was, also der jeweilige konkrete Anteil der Gau-Parteiinstanzen am Weg zu Krieg und Eroberung weit in den Hintergrund gerät. Das ist schon signalisiert in den Titeln der 23 Beiträge, in denen Begriffe wie Kriegswirtschaft, Rüstung, Krieg nicht vorkommen. Die Rolle der Gauleitungen auf diesen Hauptfeldern wird weder in einem der Querschnitte noch für einen Einzelfall erörtert, ausgenommen in den Porträts jener beiden Gaue, deren Gebiet durch Annexion polnischen (1939) bzw. französischen (1940) Territoriums erweitert wurde. Nicht weniger verwundert, denkt man allein an die Errichtung der ersten Konzentrationslager 1933, dass Themen wie der Anteil der regionalen Parteiführer

an der Organisation von Terror und Repression der politischen Gegner unerfragt geblieben ist. Die Ankündigung der Herausgeber, es werde hier ein Beitrag zur Entschlüsselung eines „höchst dynamischen, auf Neuordnung Krieg, Gewalt und Vernichtung [und imperialistische Eroberung, wäre da hinzuzusetzen, K. P.] gerichteten Handlungssystems“ geleistet, bleibt weitgehend uneingelöst.

Der Rolle der Gaue in der Vorkriegs- und Kriegswirtschaft kommt der Beitrag des Geschichtsdidaktikers Gerhard Kratzsch „Das wirtschaftspolitische Gauamt: der Gauwirtschaftsberater“ noch am nächsten. Hier kann eindrucksvoll abgelesen werden, wie sich in einem hoch industrialisierten westdeutschen Gebiet Wirtschafts- und Parteimacht „verteilten“, ohne dass der Autor das selbst thematisiert. Indessen liest man darin Sätze wie: „Rudolf Heß wies die Gauleiter und Wirtschaftsberater [1938, K. P.] an, die vom Ministerium geleitete Wirtschaftspolitik zu respektieren“ (S. 221), eine Politik, die es ermöglichte, wie der Gauwirtschaftsberater in Sachsen 1939 klagte, „dass ein am Profit der Wirtschaftsteilnehmer [sie, K. P.] orientiertes Verhalten“ herrsche (S. 223). Das Fazit des Autors lautet denn auch: „Die Wirtschaftsberater waren nicht befugt, in den Ablauf des regulären Wirtschaftslebens einzugreifen, aber sie kritisierten die Verhältnisse in ihren Monatsberichten“, und er vermutet, dass sie das auch gesprächsweise gegenüber den Politischen Leitern taten (S. 223). Unkommentiert lässt Kratzsch hingegen die informativen Anlagen seines Beitrags, eine Liste der Gauwirtschaftsberater (Stand 1934) und eine weitere der Kreiswirtschaftsberater (Stand 1941) im von ihm vorzugsweise untersuchten Gau Westfalen-Süd (S. 231-233). Darin finden sich Präsidenten und Syndizi von Wirtschaftskammern, Fabrikdirektoren und Prokuristen, Wirtschaftsberater, Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften, ein Wirtschaftsminister und ein Ministerialrat und – in Ostpreußen – ein Bäckermeister. Das ist eine kostbare Illustration zum Thema „nationalsozialistische Revolution“ und zur Verteilung von Macht und Einfluss auf der Ebene der Gaue, für deren weitere Erforschung die Publikation der Tagungsbeiträge in und zwischen den Zeilen viele Anregungen zu geben vermag.

Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt: Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“ (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). R. Oldenbourg Verlag, München 2007, 483 S.

Jürgen John u. a., Die NS-Gaue. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 2008, Nr. 10, S. 872-874.

Achtung, Populist!

Alle Simpel hergehört: In Deutschland werden wieder Hauptfeinde gesucht

Feindbilder sind auch den Deutschen seit Generationen vertraut. Über Jahrhunderte besaßen sie einen Hauptfeind: „den Türken“. An dessen Stelle trat später als sogenannter Erbfeind „der Franzose“. Dann vermehrten sich die Feinde erheblich. Ein Nationalchauvinist dichtete 1914 am Beginn des Ersten Weltkriegs „Jeder Schuss – ein Russ’, jeder Tritt – ein Brit’, jeder Stoß – ein Franzos’“ So waren es schon drei geworden und dazu kamen 1915 die Italiener und 1917 die US-Amerikaner.

Als der Krieg verloren war, sahen sich die deutschen Diplomaten, die ihn durch einen Friedensvertrag zu liquidieren hatten, den Delegierten der Kriegsgegner gegenüber. Ihnen verging die Lust auf einen neuen Krieg. Ebenso der Bevölkerung.

So sah auch ein Weltkriegsteilnehmer namens Hitler die Sache, freilich in der Absicht, die Weltkriegsverlierer aus Stimmungen friedfertiger Resignation herauszuführen. So erklärte er mit seiner Partei den „Juden“ zum neuen Hauptfeind. Ein einziger Feind, das Bild überforderte das Volk nicht, es machte nicht erschrocken, mit nur einem ließ es sich aufnehmen, zumal er im Innern wie jenseits der Grenzen des Reiches existierte, sich damit sowohl Richtung und Schritte der Innen- wie der Außenpolitik begründen ließen. Dieser Hauptfeind, so wurde verkündet, existiere in zweierlei Gestalt: als „Bolschewik“ und als „Plutokrat“. Das faschistische Konstrukt schien geradezu bestätigt, als 1941 zuerst die „Bolschewiken“ überfallen und keine fünf Monate später den USA der Krieg erklärt wurde. Jetzt hatte sich angeblich erwiesen, dass es eben ein einziger Feind sei, der sich gegen die Deutschen verschworen haben sollte.

An diese Geschichte der Feindbilder mag erinnert werden, wer derzeit wahrnimmt, dass den Deutschen im Innern wieder ein Hauptfeind erstanden sein soll: „der Populist“. Wer sich in der Sache zunächst begrifflich informieren will und beispielsweise zu Liebknechts Volksfremdwörterbuch greift, trifft auf eine Leerstelle und kann darüber ins Grübeln geraten, ob dessen Autoren sich gesagt haben, den Schwamm brauchen wir nicht auszuquetschen? Später entstandene Nachschlagewerke lassen den Suchenden nicht im Stich. Die harmloseste Erklärung findet sich in einem in der Schweiz herausgegeben „Deutschen Wörterbuch“, dessen Autoren Populisten als Vertreter einer Politik beschreiben, „die bestrebt ist, Wählerstimmen dadurch zu gewinnen, dass populäre Themen in den Vordergrund gestellt werden.“ So verstanden, wäre Populist ein Synonym für Politiker überhaupt, wovon sich Bundesbürger zum Beispiel beim Auftreten von Beckstein und Huber überzeugen könnten, die beide natürlich derlei Kennzeichnung, weil ihre hehren Bestrebungen herabsetzend, weit von sich weisen würden.

Ein in Deutschland erschienenes, von Bertelsmann herausgegebenes und auch vom Deutschen Taschenbuch Verlag verbreitetes Fremdwörter-Lexikon baut hingegen solcher Gleichsetzung und Verwechslung vor. Es vermerkt, nachdem es den Ausdruck als „abwertend“ bestimmt hat, ein Populist sei „ein politischer Führer, der (ohne ein festes Programm zu vertreten) seine Haltungen und Forderungen opportunistisch nach den Ängsten und Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten ausrichtet, um sich beliebt zu machen und sich die Unterstützung der Wähler zu sichern“. Nicht anders, noch stärker ins Pejorative weisend, nennt der große Duden den Politiker einen Populisten, der opportunistisch und oft auch demagogisch vorgeht „mit dem Ziel, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“.

Das entspricht der kürzlichen Verwendung des Begriffs durch den einstigen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er hat sich der Reihe der aktuellen Hauptfeind-Entdecker zugesellt, die mit ihren Vorläufern eines gemein haben. Auch ihr Feind erscheint in zweierlei Gestalt, von denen die eine freilich als die weit gefährlichere ausgemacht ist, weil sie inzwischen jedenfalls jeden zehnten Deutschen, der zur Wahlurne gehen würde, zu ihren Anhängern zählen kann. Und früher oder später muss dieser Hauptfeind auch einen Personennamen haben, ehemals wurde er als „die Rothschilds“ markiert, nun heißt er „der Lafontaine“.

Wie vor Jahrzehnten sind solche Etikettierungen hilfreich. Mit ihnen erübrigt sich jede Notwendigkeit, sich mit dem vorgetäuschten oder wirklichen Gegner in der Sache auseinanderzusetzen. Der ist ein bis zur Skrupellosigkeit getriebener Egoist, ein Zerstörer, ein Chaot. Hört der Bayer, um bei unseren süddeutschen, vorwiegend katholischen Landsleuten zu bleiben, nur den Namen „Populist“, sieht er den „Gott sei bei uns“ vor sich und beichtet seine Begegnung am Sonntag beim Kirchgang.

Indessen mögen Helmut Schmidt Zweifel angefochten haben, ob mit der beabsichtigten Herabsetzung der Partei Die Linke und eines ihrer Fraktionsvorsitzenden im Bundestag erreicht werden kann, was gewollt ist. Und so hat er seinen einstigen Parteigenossen ein wenig in die Nähe Hitlers gerückt. Das ließ er zunächst in einem Boulevard-Blatt verbreiten, womit ausgedrückt war, auf wessen Geistes Kinder Zustimmung er vor allem rechnete. Doch konnte er zudem darauf vertrauen, dass sein Text in den Nachrichten des Fernsehens und Rundfunks verbreitet und dazu in weiteren Zeitungen gedruckt oder auf ihn wenigstens Bezug genommen werden würde. Nebenbei: Mit der nun auch von Schmidt praktizierten Form politischer Knüppelei geht ungewollt ein Eingeständnis einher: In Deutschland wirkt rot in der eigenartigen Tonfärbung, welche Die Linke der Farbe gibt, nicht mehr als Schock. Diese Wahrnehmung ergibt den Versuch, dieses Rot nazibraun zu übertünchen.

Das konnte ohne vielstimmiges Echo, berücksichtigt man zudem den Bekanntheitsgrad des Anstreichers, nicht abgehen. Zu ihm gehörte die Vermutung eines Mitbetroffenen, der frühere Bundeskanzler habe in einem Anfall von Senilität sich geäußert. Das wiederum wertete Schmidts Blatt in Großbuchstaben als Beschimpfung ihres Autors durch „Die Linke“. Diese Verallgemeinerung ist zum einen durch die Gesamtheit der Reaktionen keineswegs gedeckt. Zum anderen überging sie, dass die Interpretation hin auf gedankliche Altersschwäche doch wohlwollend, entschuldigend und nachsichtig verstanden werden kann, was von jeder anderen möglichen Erklärung sich gewiss schwerer sagen lassen würde.

Den Attackierten hingegen hat dieses Urteil kaltgelassen. Stattdessen wandte er sich einem Thema zu, das hierzulande als das Tabuisierte schlechthin gilt. Der Mann will, dass wir im Lande – auch einem denkwürdigen Rat Bert Brechts folgend – über das Eigentum sprechen. Das weist auf programmatischen Vorsatz hin und würde nach dem Maßstab von Bertelsmanns Lexikon, wonach (siehe oben) Populist ein Politiker ohne Programm ist, bedeuten, dass Oskar Lafontaine aus dieser Gruppe auch per definitionem herausfällt.

junge Welt, Mittwoch, 01.10.2008, S. 13.

Interessenwandel

Nachdem den Deutschen jahrelang erklärt worden war, dass der Krieg, den sie seit 1939 ausfochten, ein Judenwerk war, kamen sie – gewiss nicht alle –, als sie ihn verloren hatten, doch ins Grübeln und Denken darüber, woher Kriege in die Geschichte kommen und wie Zustände geschaffen werden könnten, in denen sie sich nicht mehr ereignen würden. Das beschäftigte eine Minderheit von Menschen, die dafür Gründe hatten, den nächstliegenden in ihrem Dasein: hungernd in Trümmern, verwaist oder krank und heimatlos geworden. Dieses Fragen hat seine Aktualität nahezu ein Menschenalter später nicht verloren, jedenfalls nicht für jene, deren Interesse weiter als nur in das eigene Lebensgebiet und dazu allenfalls noch in die Länder ihrer Urlaubsziele reicht. Dass indessen ein Historiker einen von diesem Interesse, das zumeist mit einer humanistischen Haltung verbunden ist, wegführenden Wandel nicht allein konstatiert, sondern ihn für gut und für einen Fortschritt hält, mag überraschen – selbst jene, denen die unter Geschichtswissenschaftlern verbreitete Distanz zu Ereignissen und Entwicklungen schon aufgefallen war, solange aus deren Asche auch nur ein dünner Qualmfaden noch aufsteigt.

Am Ende einer internationalen Historikertagung in Paris, deren Gegenstand Erinnerung und Erfahrung mit dem Blick auf den Zweiten Weltkrieg bildeten und deren Referate inzwischen gedruckt vorliegen, hat Henry Rousso, Professor an der Universität Paris X, von einer „Kultur der Erinnerung“ – die Zahl der Kulturen wächst inflationär – gesprochen, die „zu einer neuen Sicht des Zweiten Weltkriegs geführt“ habe („Eine neue Sicht des Krieges“ in: „Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung“, hrsg. von Jörg Echternkamp und Stefan Martens, Ferdinand Schöningh Verlag). Die erkennt er daran, dass sie sich auf dessen „todbringende Dimension“ und auf „das Schicksal von Individuen“ konzentriert. Da fallen Deutschen sogleich die Fernsehfilme ein, in denen einmal das Schicksal Hitlers und seiner Sekretärin, ein andermal das einer ostpreußischen Gräfin und weiterer Individuen in das Zentrum der Handlungen und der Bilder gerückt waren.

Jetzt finde das Ende der Kriege mehr Interesse, meint der Historiker. Im Kontext liest sich das bei ihm so: „In den zwanziger und dreißiger oder auch in den fünfziger und sechziger Jahren beschäftigte man sich vor allem mit den Ursachen des Krieges und den Gründen für seinen Ausbruch. Ein halbes Jahrhundert später findet der Beginn des Krieges weniger Interesse als sein Ende.“ Zum Unwert des Terminus Ausbruch, der an Vorgänge in der Natur erinnert, zur Charakteristik des Schrittes in den Krieg ist das Nötige schon mehrfach gesagt worden. Könnte es jedoch nicht sein, dass dieser Interessenwandel so wenig ausgebrochen ist wie die Kriege 1914 und 1939, sondern auch ihm ein Kalkül zugrunde liegt? Und ist vergessen, dass es schon immer Menschen und Menschengruppen gab, die sich an den Ursachen von Kriegen deshalb wenig interessiert zeigten, weil sie an ihrer Entstehung ein wenig oder ein wenig mehr beteiligt waren? So entstand früh die Version von „Hitlers Krieg“ und „Hitlers Kriegszielen“, die ihre außerordentliche Zählebigkeit bis in unsere Tage erweist. Personalisierung als Ablenkung.

Der Blick auf die „tödliche Dimension“, auf Gewalt und Tod oder, um es mit den Stichworten insbesondere der deutschen Fernsehsender zu sagen: auf „Bombenkrieg, Flucht, Vertreibung“ verengt das Fragen auf die Kriegshandlungen und deren Folgen. Die besitzen in der Historiographie ihren festen Platz, den ihnen kein Forscher streitig macht. Aus ihrer Aufzählung und der Beschreibung von Opfern und Leiden ist freilich für das Eindringen in den Komplex der Kriegsursachen nichts zu gewinnen. Eine Geschichtsforschung, die ihn auslässt oder an einen hinteren Platz ihrer Aufmerksamkeit setzt, bricht mit demokratischer Tradition. Sie kann selbstredend nichts zur Beantwortung der Frage beisteuern, ob es zwischen den Kriegen des 20. und des 21. Jahrhundert noch weitere Kontinuitätslinien gibt als die des Tötens, Mordens, Sterbens.

Der alternative Blick auf die Individuen, der Rousso als Fortschreiten der Wissenschaft erscheint, erweist sich jedenfalls in der von ihm bezeichneten Perspektive bei genauerem Hinsehen als ein Schritt in die Beliebigkeit. Unbenommen bleibt: Jedem seine Erinnerung. Indessen: Jedem seine Geschichte? Jedem sein Kriegsende? Der 8. Mai 1945 sei nicht für jeden „dessen passendes Datum“, meint der Propagandist der „neuen Sicht“. Dem einen gelte dafür der „Beginn des Kalten Krieges“

1947, dem anderen die „Währungsreform“ im Jahre 1948, dem dritten womöglich das Jahr 1989, und so rechtfertigt er eine Betrachtungsweise, die – en passant – aus dem Geschichtsbild das Verdienst jener entfernt, die dafür sorgten, dass eines Tages im Mai 1945 die Waffen schwiegen, und er blendet einen Moment aus, der bisher von Generationen von Menschen und auch von Historikern als das Ende von Kriegen angesehen und markiert wurde. Die von Rousso repräsentierte Strömung der Erinnerungskultur lässt sich mit dem russischen Sprichwort benennen: „Dem Herrgott keine Kerze und dem Teufel kein Schüreisen.“ Auf sie kann verlustlos verzichtet werden.

Ossietzky, 20/2008, 4. Oktober 2008, S. 751-753.

Lernen und vertrauen

Wie viel lässt sich binnen weniger Wochen, ja Tage lernen, wenn einem Helfer, wenn uns Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften, Nachrichtensprecher von Rundfunk und Fernsehen und selbst hochgestellte Persönlichkeiten wie Minister zur Seite springen und uns dolmetschen, was sie uns mit fremdem Vokabular sagen und auch verständlich machen wollen! Sie haben unseren verborgenen, vor sich hin rostenden aktiven Sprachschatz mobilisiert und – wichtiger noch – uns manche neue Wortwendung und Sprachbilder nahe- und beigebracht, die wir in unserer passiven Wortschatztruhe frisch halten wollen.

Um nicht zu übertreiben: Manches kannten wir schon, beispielsweise das Kompositum *Finanzmarkt.* Es war den Altbundesbürgern früher geläufig als ihren armen Brüdern und Schwestern, aber nach nahezu zwei Jahrzehnten Einheit verbinden auch die – um ein Beispiel zu nennen – Ostberliner Ossis mit dem Begriff Markt nicht mehr nur die legendäre Markthalle in der Ackerstraße. Auch dass zu Regierungen ein Finanzminister gehört, war bekannt. Nun aber: In welcher Vielfalt von Verbindungen begegnet den Gesamtdeutschen in diesen Tagen die Bezugnahme auf die Finanzen: Wir lesen von einer *Finanzbranch*e und von *Finanzinstituten*, vom *Finanzbedarf* und gar von einem *Finanzgipfel*, von *Finanzsystemen* und *Immobilienfinanzierern*. Wir, die wir froh sind, wenn wir die Sicherungen in unserem Hause oder in unserem – sagen wir – Mercedes finden, grübeln über *Sicherungsfonds, Hilfsfonds, Einlagensicherungsfonds* und *Mindestsicherungen*. Wir, die wir mit der Benachrichtigungskarte in der Hand die automatische Station suchen, in der unser Postpaket abholbereit liegt, sollen uns *Rettungspakete* und *Stabilisierungspakete* vorstellen. Wir, die wir zwischen einem Stein- und einem Holz-, einem Einfamilien- und einem Hochhaus zu unterscheiden wissen, sind von der Nachricht eines in San Francisco existierenden *Geldhauses* überrascht. Sonnen- und Regenschirme haben wir benutzt, an Fallschirmen schwebende Sportler gesehen, nun sollen wir uns einen *Risikoschirm* vors geistige Auge stellen. Nicht weniger Schwierigkeiten macht die *Zinslandschaft* selbst für jene Globetrotter, die außer den heimischen Küsten- und Berglandschaften auch Wüsteneien kennen.

Es sind seit Kindesbeinen wohlvertraute Wörter, die nun in neuer Kombination verwirrend wirken. Wir kannten einen angeschlagenen Boxer oder auch ein angeschlagenes Ei. Was aber ist eine *angeschlagene Bank*? Vertraut ist uns der unangenehme Geruch angebrannter Kartoffeln, wenn das Wasser, in dem sie nur garkochen sollten, verdampft ist. Nun wird uns gemeldet, dass elf Milliarden Euro *verdampft* seien, und wir blicken erschrocken in unsere Geldbörse und sehen beruhigt, dass die Scheine oder Münzen sich da noch befinden. Zu faulem Obst gehören schwirrende Insekten. Was aber gehört zu *faulen Krediten*? Wir sind schon vom Fahrrad gestiegen, wenn wir ein schleifendes Geräusch wahrnahmen. Wie aber hören sich *schleifende Defizite* an? Wir haben, als es die „Unplattbaren“ noch nicht gab, schon manches Loch im Fahrradschlauch geflickt. Wie aber flickt man ein *Liquiditätsloch?* Manch einer erinnert sich der Plage einer vollen Blase. Was aber ist eine *Spekulationsblase*, und wer füllt sie womit?

Und so geht es fort mit dem inflationären Angebot an Begriffen und Bildern: *Unternehmen in Schieflage, legitime Interessen der Konkurrenten, Anlegerschutz*. Genug! Eigentlich müssen wir uns mit alledem nicht aufhalten. Was wir sollen, sagen uns die Politiker *unisono* so, dass es sich ganz ohne irgendwelche speziellen Kenntnisse verstehen und beherzigen lässt. Rat Nr. 1: Empört euch, Bürger, über die menschliche Geldgier, Quelle der Bankenkrise, diese Sucht, die einigen – ohne eigenes Verschulden – in die Wiege gelegt wurde, während ihr anderen – unergründbares Schicksal – davon zu eurem Glück nichts oder nur geringe Rationen abbekommen habt. Rat Nr. 2: Schöpft, Bürger, Vertrauen in „unsere Banken“, helft ihnen nach Kräften, weiter ihre Geschäfte zu machen unter der bewährten staatlichen Bankaufsicht, die wir neugestalten, und freut euch auf die alsbald bevorstehende eintrittsfreie Besichtigung des Kapitalismus im Käfig.

Ossietzky, 21/2008, 18. Oktober 2008, S. 783-784.

Der Menschenverächter

Zum Erscheinen des abschließenden Bandes der Wilhelm II. -Biographie aus britischer Feder

Ein Forscherleben lang sich in die Biographie eines Mannes vertiefen? Das mag einleuchten für Napoleon, den Kaiser der Franzosen, für Leonardo da Vinci oder William Shakespeare. Aber für ein Format wie den letzten deutschen Kaiser? Einen Mann, mit dem die Mehrheit des Volkes 1918 absolut fertig war? Von dessen seligem Großvater zwar an Biertischen gelegentlich gesungen wurde „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben", mit der Fortsetzung „den mit dem Bart", damit es keine Verwechslung mit dem Sohn und schon gar nicht mit dem Enkel gab.[1] Dessen Lebensbild ist nun in vordem unerreichter Breite dargestellt worden. Das mag bei den einen Kopfschütteln hervorrufen, andere mögen das Präsentierte hingegen für eine bewundernswerte Leistung halten, dritte es mit bloßem Blick auf das kiloschwere Ergebnis als Zumutung ansehen. Die Beschwerde indessen erscheint ungerechtfertigt. Wer sich über Wilhelm II. von Hohenzollern informieren will, muss sich nicht durch die mehr als 4000 Seiten des Dreibänders quälen, den der britische Historiker John C. G. Röhl geschrieben hat und dessen letzter Teil mit dem Untertitel „Der Weg in den Abgrund 1900-1941" soeben erschienen ist. Der Abgrund befand sich in den Niederlanden, genauer in dem vom Kaiser erworbenen Schloss Doorn, und er war nicht gruselig. Davon später. Hier sei gegen die Kritik an der Buchstabenmasse zunächst angemerkt, dass sich die Bekanntschaft mit dem Leben des Monarchen seit langem auf weniger anstrengende Weise machen lässt, ohne auf die reichlich vorhandene apologetische Literatur zugreifen zu müssen. Denn es existieren der Wilhelm-II.-Biographien aus kundiger und kritischer Feder viele und solche für jeden Anspruch und Geschmack. Für Leser, die historisch-materialistischer Methodologie den Vorzug geben, liegt eine einschlägige Abhandlung des leider früh verstorbenen Erfurter Historikers Willibald Gutsche aus dem Jahr 1991 vor, die zeitlich auch bis in die Jahrzehnte hineinreicht, da der Kaiser ein Kaiser schon nicht mehr war.

Antisemit

Mit dem Hinweis ist angedeutet, dass nicht zu erwarten war, dass Röhls Forschungen das existierende Kaiserbild grundlegend verändern konnten. Faktenreich, quellensatt, minutiös dargelegt, exzellent und spannend geschrieben, lauten denn auch die Empfehlungen des Verlags. Dazu: schonungslos werde die Verantwortung des Monarchen „für die Deutsche Katastrophe in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts" nachgewiesen. Wer sich bis zur Seite 1326 des Buches durchgelesen hat, trifft auf diesen Schlusssatz: „So oder so brachte die Beisetzungsfeier im besetzten Holland mitten im Zweiten Weltkrieg (Wilhelm II. war am 4. Juni 1941 verstorben – K. P.) Vertreter der alten und neuen Führungselite zusammen – und veranschaulichte so unverkennbar Kontinuitäten zwischen der Wilhelminischen Ära und dem Dritten Reich, die das lange Leben Kaiser Wilhelms II. verkörperte." Dieser Befund könnte auch gegen die Renaissance jenes beliebten und anspruchslosen Bildes geschrieben sein, das sich in Floskeln wie „Hitlers Weltanschauung" „Hitlers Krieg", „Hitlers Ziele" als hierzulande besonders zählebig erweist.

Schon beim Lesen der Kapitel und Abschnitte, die sich mit den letzten reichlich zwei Jahrzehnten des Lebens des Kaisers befassen, also denen im Exil, es sind ihnen nicht mehr als 80 Druckseiten gewidmet, kann sich dem Leser eine Frage aufdrängen: Warum eigentlich sind so viele Historiker unterschiedlicher Zunge darauf gekommen, Hitler und Stalin miteinander in Beziehung zu setzen, aber kaum jemand hat einen Vergleich zwischen jenem und dem Hohenzollernkaiser angestellt und strikt durchgeführt? Röhl hat das unternommen und zwischen dem Preußen und dem Österreicher für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine Gesinnungsidentität nachgewiesen, die für Zufall halten mag, wer dafür die nötige Naivität besitzt.

---

[1] Wilhelm I. (1871-1888) war erster deutscher Kaiser nach der Reichsgründung 1871, dessen Sohn Friedrich III. starb nach nur 99tägiger Amtszeit im Jahr 1888, Nachfolger wurde sein 1859 geborener Sohn Wilhelm II., der mit dem Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918 zur Abdankung gezwungen wurde – d. Red.

Für beide waren Krieg, Kriegsniederlage und Revolution ein Werk vor allem der Juden. Wilhelm sah sie mit Katholiken (Jesuiten) und Freimaurern gegen die preußische christliche (welche Vorstellung mag sich dem Manne mit dem Begriff Christsein verbunden haben) Monarchie verbündet und auf deren Sturz verabredet, den ebenso Sozialisten und Republikaner herbeigeführt hatten. Von diesen allen sei das Volk aufgehetzt worden und im jüdisch-bolschewistischen Sumpf versunken. Dafür werde es, wenn er seinen ihm durch Gottes Gnade zustehenden Platz wieder eingenommen habe, auch zur Verantwortung gezogen werden. Die Juden hingegen, die dem Kaiser nicht anders als dem „Führer“ in zweierlei Gestalt, als „internationales Kapital“ und als „Bolschewik“, existierten, müssten nicht nur bestraft, sondern anders angepackt werden. In Deutschland dürften sie in der Politik, den (ohnehin abzuschaffenden) Parlamenten, der Beamtenschaft, der Presse und an den Hochschulen keinen Platz mehr haben, und sie müssten auch enteignet werden. Auf den Kampf gegen die „Verjudung“ Deutschlands, das von allem Nichtdeutschen freizumachen sei, müsse dann der gegen das Judentum in der Welt folgen.

Auch die Methoden seines künftigen Vorgehens beschrieb Wilhelm in Wendungen, die Zweifel nicht zulassen: Zielbewusst werde die Kaiserfaust eingesetzt werden, mit eisernem Besen sei das Land auszufegen, Köpfe würden fliegen, gehängt werden müsse usw. Die unverhohlene jubelnde Freude, die Wilhelm bei der Nachricht zeigte, dass der Reichsminister Matthias Erzberger ermordet worden war, seine Äußerungen über Walter Rathenau, Emil Ludwig, Maximilian Harden verrieten ein unstillbares Hassgelüst. Seine gegen die Juden hetzende Sprache unterschied sich nicht von der, die in Julius Streichers *Stürmer* zu lesen war. Die Juden seien eine „Pest“, sie waren ihm ein „Giftpilz“ und „Schmarotzer“, sie müssten „vom deutschen Boden vertilgt und ausgerottet“ werden. Röhls Fazit lautet: „Aus dieser frühen Zeit sind selbst von Hitler, Himmler, Göring und Goebbels derartig virulente Hasstiraden auf die Juden kaum überliefert.“

Komfortables Exil

Was also sollte ein Mann mit diesem Gedanken- und Gefühlshaushalt an dem Reichskanzler Hitler auszusetzen haben? Einzig, dass der ihn entgegen seinen Hoffnungen nicht ins Reich zurückrief, sondern jeden Gedanken daran Anfang 1934 auch dadurch demonstrativ verbannte, dass er die bis dahin noch legal existierenden monarchistischen Verbände, wen immer sie sich als ihren künftigen Herrn auserkoren, illegalisierte. Ansonsten hatte der Adlige am Emporkömmling nichts auszusetzen, als dass dieser die „Arbeit“ leistete, die jener sich eigentlich vorgenommen hatte und für sich reserviert glaubte. Auf Dauer, dafür enthalten die Schlussseiten des Bandes dichte Belege, hat das dem Führer den Beifall zu seinen außenpolitischen Schritten nicht entzogen, und zwar bis hinein in den Krieg, als die Genugtuung sich in Jubel über die Siege in Polen und im Westen steigerte. Zwischen dem Blaublütigen und dem Beamtensohn aus Braunau existierte eine weltanschauliche und politische Verwandtschaft, weist der britische Historiker nach. Die Menschenverachtung des einen wie die des anderen konnten es miteinander aufnehmen.

Röhl hat bei seinen akribischen Recherchen kein Wort des kaiserlichen Mitleids mit den toten und den überlebenden Opfern des Krieges entdecken können. Das führt zurück zum Wort „Abgrund“ im Buchtitel. Es charakterisiert nur den moralischen Ort, an dem der gewesene Monarch seinen Platz gefunden hatte, nicht seine Lebensumstände. Was schon 1919 dem vor Volk und Verantwortung Geflohenen von der deutschen und der preußischen Regierung unter maßgeblicher Mitwirkung des sozialdemokratischen Finanzministers Albert Südekum an Geldbeträgen und bald auch waggonweise an Sachwerten ins Exil überwiesen und nachgeschickt worden ist, damit sich der Hohe Herr in der Fremde ein wenig wie zu Hause fühlen konnte, das lässt vor dem geistigen Auge Bilder jener ihrer Glieder amputierten, blinden oder entsetzlich verunstalteten einstigen Soldaten des Kaisers entstehen, die in Deutschlands Städten an Straßenecken bettelten oder Leierkästen drehten.

John C. G. Röhl, Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900-1941. Bd. 3, C. J. Beck, München, 1696 S., 49,90 Euro. Band 1 (Die Jugend des Kaisers. 1859-1888) und Band 2 (Der Aufbau der persönlichen Monarchie. 1888-1900) waren 1993 bzw. 2001 erschienen.

junge Welt, Sonnabend, 18.10.2008, S. 15.

Rufschädigend für die Residenz?

Die Ermittler von Ludwigsburg

Als Ende 1958 die neue Institution in der Stadt ihren Sitz nahm und deren Mitarbeiter aus anderen Ländern der Bundesrepublik zuzogen, war ein Teil ihrer Altbürger von diesem Zuwachs nichts weniger als begeistert.

Das Interesse in den Mauern Ludwigsburg eine – so ihr vollständiger Titel – Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen für die Aufklärung der nationalsozialistischen Verbrechen zu erhalten, mochte die einen an die Gefolgschaft erinnern, die sie selbst dem Regime geleistet hatten, anderen einfach als eine Rufschädigung der Stadt gelten. Denn die Alteingesessenen, von den Folgen des Krieges mit dem Zuzug der Flüchtlinge mehr betroffen als vom Kriege selbst, hielten sich vor allem auf den Glanz etwas zugute, den das am Beginn des 18. Jahrhunderts erbaute Residenzschloss der württembergischen Herzöge der Stadt verlieh, eine Barockanlage, dessen Wert dadurch vermehrt war, dass sie zu den wenigen gehörte, die den Krieg unbeschädigt überdauert hatte. Manche sprachen von Ludwigsburg als dem „schwäbischen Potsdam“, ein Wort mit doppeltem, aber nicht mit falschem Klang. Von hier waren Landeskinder auch in Kriege ausgezogen, die nicht die ihren waren, so als Teil der Großen Armee Napoleons, als es nach Russland ging.

Nun also diese Justizverwaltung. Dass sie hierherkam, hatte eine Vorgeschichte auch im Württembergischen. Monate vorher fand in Ulm ein denkwürdiger Prozess statt, in dem Angehörige einer judenmordenden Einsatzgruppe unter Anklage gestellt worden waren. Die Ermittlungen hatten sich in mehrere Bundesländer ausgeweitet und deren Verlauf verhalf den schon zuvor unterbreiteten Vorschlägen mit Nachdruck zum Durchbruch, eine Stelle zu schaffen, die die Ermittlungen von Tatverdächtigen koordiniert und also den „Mördern unter uns“ auf die Spur kommt und sie vor die Schranken der Gerichte bringt. Dies allerdings ist dann oftmals mehr schlecht als recht gelungen.

Hans H. Pöschko (Hrsg.): Die Ermittler von Ludwigsburg. Deutschland und die Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Metropol. 192 S., geb., 19,00 Euro.

Neues Deutschland, 15. bis 19. Oktober 2008, S. 19.

Zerfetzt, erstickt

Die Lüge von den „Gefallenen“

In den Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts sind Millionen deutsche Männer, glaubt man den Nachrichten und Annoncen in Zeitungen und den Geschichtsbüchern, „gefallen“. Trifft das auch auf jene Bundeswehrsoldaten zu, deren Leichname nicht wie im Falle der meisten Weltkriegstoten „in fremder Erde“ beigesetzt, sondern begleitet von militärischem Zeremoniell „in der Heimat“ zu Grabe getragen werden? Sind auch sie „Gefallene“, wie Jung jüngst meinte? Nicht „für Kaiser und Reich“ oder „für Führer, Volk und Vaterland“, sondern – da beginnen die Schwierigkeiten – „bei einem Einsatz“, über den näher zu bestimmen bis in die Reihen derer Meinungsverschiedenheiten herrschen, die behaupten, genau zu wissen, was die Soldaten im fernen Afghanistan sollen und weshalb sie dort hinmüssten.

„Gefallen“ – das war (da auch schon mit Einschränkungen) ein noch akzeptables Bild für den Tod in Kriegen, wie sie bis in den Beginn des 19. Jahrhunderts geführt wurden, in deren Schlachten Soldatenreihen zu Trommelklang aufeinander zu stapften und sich niederschossen. Heute jedoch ist „gefallen“ unter den vielen Wörtern, mit denen das Geschehen in Kriegen verschleiert wird, wohl das Verlogenste von allen, konkurrenzfähig zu „von einer Feindfahrt“ oder von „einem Feindflug nicht zurückgekehrt“ oder gar „vor dem Feind geblieben“ – Wendungen, die für den Tod im See- oder Luftkrieg gebraucht wurden.

Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar. Die Verursacher und Führer der Kriege freilich waren und sind da anderer Meinung. „Gefallen“ – das ist milde und vermeidet Abschreckung und wirkt als Nachschubsicherung. „Gefallen“ besaß schon, bevor das Jahr 1914 geschrieben wurde, den Beiklang von „tapfer“ und „Held“. Kriegsmaler und -zeichner hatten die Lüge vom Fallen auf Leinwand und Papier zu bringen, Bildhauer auf Steine. Der dem Feind entgegenstürmende Mann, das Gewehr noch umklammert, von der Kugel schon getroffen und „fallend“. Wie aber wurde in Kriegen wirklich gestorben? Zerfetzt und zerrissen von Kugeln, Granaten und Bomben, verröchelt in Gasschwaden, ertrunken in eisigen Meereswellen, erstickt in zu Särgen gewordenen Unterseebooten.

„Gefallen“? Was für ein unverdächtiges Allerweltswort der deutschen Sprache. Mit und ohne Glatteis fallen zumeist Kleinkinder und Alte, Kurven von Fieberthermometern, Schneeflocken vom Himmel, im Herbst Blätter und Obst von Bäumen und – eben wieder – die Aktien an Börsen, aber nicht oder seltener die Preise. Es fallen Bemerkungen, Kleidungsstücke und – zurück zur Sprache der Krieger – Festungen und auch Städte. Und zu alledem gibt es die „gefallenen Mädchen“ und ebensolche „Engel“. Der Duden kennt das Wort „gefallen“ als Ausdruck für „im Kriege zu Tode gekommen“ nicht, sondern unterrichtet, die heutige Verwendung bedeute so viel wie „zusagen, anziehend wirken, angenehm oder hübsch sein“. Das ließe sich als unausgesprochenes Plädoyer gegen die Beschönigung des Soldatentodes lesen. Die deutsche Sprache besitzt Möglichkeiten, das Ende des Lebens auf Schlachtfeldern zu benennen.

In Kriegen kommen Menschen um ihr Leben und wenn sie wider ihren eigenen Willen in sie befohlen werden, dann steht der Tatbeitrag derjenigen, die das getan haben, außer Frage. „Gefallen“, das lässt sich in jenem Kontext verwenden, den Rosa Luxemburg hergestellt hat: „Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen.“

Neues Deutschland, 27. Oktober 2008, S. 20.

Reden wir vom Eigentum

Kein Bild wird zur Illustrierung der Finanzkrise häufiger gebraucht als das vom Flächenbrand.Es ist den meisten hierzulande wohl vertraut durch die Filmaufnahmen, die das Fernsehen regelmäßig sendet, wenn im fernen Kalifornien weite Regionen von Bränden heimgesucht werden, Wälder in Flammen stehen, Tiere auf der Flucht vor den Flammen sind und Menschen umihre Behausungen bangen. Feuerwehrleute am Boden und aus der Luft suchen die Flammenmeere einzudämmen und schließlich zu löschen. Kräfte von dieser Energie, wird Lesern und Hörern mitgeteilt, werden auch hier gebraucht, wenn sie auch versuchen müssen, der Katastrophe mit anderen Mitteln Herr zu werden. Mitunter wird dem die anonyme Warnung hinzugesetzt, man dürfe jedoch die Brandstifter nicht als Feuerwehrleute zulassen. Werden in der Sprache der Politiker (und nicht anders in der von Soziologen gebrauchten) Ereignisse und Prozessein der Gesellschaft mit Vokabeln aus den Naturwissenschaften beschrieben, dient das gelegentlich der Veranschaulichung, zumeist aber dem Versuch der Einnebelung.

Jetzt also, besagen die jüngsten Nachrichten, seien, jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland die rechten Feuerwehrleute am Werk, die sich ganz und gar auf ihre aktuelle Aufgabe konzentrieren. Seit der Regierung auf ihr Verlangen durch die Mehrheit des Bundestages eine de-facto-Ermächtigung ausgestellt wurde, Milliarden als Bürgschaften und andere Hilfen zugunsten von Banken auszugeben, erscheint alles auf besten, vor allem dem einzig gangbaren, also alternativlosen Wege. Keine Katastrophe, die in deutschen Reichen nicht auch ihren Helden hervorgebracht hätte, In der gegenwärtigen ist er schon markiert. Diesmal ist es kein General oder Feldmarschall, sondern ein Zivilist. Am Design für ein Ehrenkreuz mit Schlauch undSpritze am Banken-und-Börsen-Bande wird bereits gearbeitet. Die Verleihung erfolgt, wenn des Finanzministers „dicker Hals“ abgeschwollen sein wird.

Und die Bürgerinnen und Bürger? Sie sind aufgerufen, die Löscharbeiten nicht zu stören, sondern den Offizieren und Mannschaften des Feuerwehrkommandos mit ihren bescheidenen Mitteln zuzuarbeiten. Die Ansinnen und Aufträge lauten: Keine Panik! Keine Gelder in Strickstrümpfe und unter Matratzen! Keine Kaufzurückhaltung! Keine „überhöhten“ Lohnforderungen! Und vor allem und wichtiger als all das zusammengenommen: Keine Belästigung der Löschmannschaften durch Antwort heischende Fragen. Der Tag, da über dieses und jenes geredet werden müsse, werde kommen, wenn die Flammen erstickt sind und der Rauch sich verzogen hat. Wann das sein wird, lässt sich vorerst nicht sagen. Immerhin, dass Klärungsbedarfbesteht, wird von denen nicht bestritten, die eigentlich von Entscheidungsbedarf sprechen müssten. Z. B. die Managergehälter, z. B. die Bankenaufsicht, z. B. die Leerverkäufe usw.

Es gibt hingegen ein paar Themen von grundsätzlicher Natur. Allen voran steht die Frage nachden Ursachen dieser Krise, die nicht erst in diesem Jahrhundert sich bildeten, sondern zwei Jahrzehnte in das verflossene zurückreichen und an deren Entwicklung die Wirtschaftspolitik einer ganzen Anzahl von Regierungen, in Deutschland von Kohl über Schröder zu Merkel ihrenAnteil hat. Und dann ist da der Rat Brechts, wonach wir über das Eigentum reden sollen, in diesem Falle also über das der Banken. Damit ist gesagt, dass Aufklärung und auf Sicht Abhilfe und Wendung nicht auf dem Wege einer Verständigung von „unten und oben“ zustande kommen kann, sondern die Demokraten eigene Wege und Mittel finden, gehen und anwenden müssen, um sich darüber zu verständigen, was zu geschehen hat. Die Vorstellung davon, was am Ausgang dieser Krise stehen soll, gehen zwischen Krupp und Krause oder und aktuell zwischen Merkel, Ackermann und Steinbrück und den Krauses in Saarbrücken und Greifswald nicht nurweit auseinander, sie sind unvereinbar. Das, was jetzt geschieht, gleichermaßen im Interesse aller liegt, ist Köhlerglaube. Es gibt keine gemeinsame Verlustdrohung, sondern vielmehr schonin dieser Phase der Krise Gewinner und Verlierer. Der „Instrumentenkasten“ der Kanzlerin istfür die Reparatur von Wagen des Typs Mercedes ausgelegt und ungeeignet selbst für die von Kleinwagen, zu schweigen von den Fahrrädern.

Ossietzky, 22/2008, 1. November 2008, S. 818-819.

Neue Stufe des Terrors

Die deutschen „Reichsbürger“ und der antijüdische Pogrom des 9. November 1938

Keine Selbstdarstellung war nach dem Ende des Naziregimes unter Deutschen häufiger anzutreffen als die des Unwissenden. Namentlich vom Mord an den europäischen Juden und den verbrecherischen Geschehnissen, die dem im Vorkrieg in Deutschland vorausgingen, wollten die meisten „Reichsbürger“ – die Bezeichnung hatten sie zur Unterscheidung von den deutschen Juden 1935 offiziell erhalten – nichts gewusst und nichts bemerkt haben. Die Behauptung wurde bis zur Lächerlichkeit strapaziert. So beispielsweise noch Jahrzehnte nach den Ereignissen von dem Kanzler der Bundesrepublik Helmut Schmidt (SPD), der sich am Tage des Pogroms 1938 als Soldat in einer Kieler Kaserne befunden hatte. Ihm die Versicherung seiner Unkenntnis der Geschehnisse abzunehmen, dazu gehörte ein Übermaß an Glaubensfähigkeit ...

Wer lesen konnte, entnahm seiner Regionalzeitung am 11. November 1938, so beispielsweise die Württemberger dem Stuttgarter Neuen Tageblatt, das eine durchsichtige Mischung von Wahrheit und Lüge bot, was im Lande und über seine Grenzen hinaus in der Nacht vom 9. zum 10. November und bis in die Mittagsstunden des folgenden Tages in der Landeshauptstadt und weiteren Städten des „Gaus“ geschehen war. Schon am Tage zuvor war gemeldet worden, es hätten als Antwort auf den tödlichen Anschlag auf den Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath – den ein junger Jude erschossen hatte, womit er gegen die Verfolgung seiner Verwandten in Deutschland protestieren wollte – in der anhaltinischen Stadt Dessau am 9. November antijüdische Demonstrationen stattgefunden. Dabei habe die Polizei die Juden beschützt. Zu ernsteren Ausschreitungen sei es nicht gekommen.[1]

Im ausführlichen Bericht über die Gedenkfeier, die am selben Abend in der Stuttgarter Stadthalle zur Erinnerung an den Münchener Putsch von 1923 (siehe jW-Thema vom 7.11.) stattfand, wurde der Kreisleiter mit der Erklärung zitiert, der deutsche Diplomat sei dem „Hass des Bolschewismus und den Juden zum Opfer“ gefallen.[2] Kein Wort, wohin sich die Aktivisten der NSDAP und ihrer Gliederungen nach dem Ende ihrer Versammlung begaben. Keine Frage: Die Redaktion der Zeitung hatte die Information erreicht, dass sie über die Täter der auf die Feiern und Gelage folgenden Aktionen der SA und die Rolle der SS Stillschweigen zu wahren hatte. In einer Sechs-Zeilen-Meldung wurde, als wären beide Ereignisse voneinander völlig unabhängig, mitgeteilt, dass es im ganzen Reich zu judenfeindlichen Aktionen gekommen und in Stuttgart die beiden Synagogen niedergebrannt seien. Die Feuerwehr habe gesorgt, dass die Brände nicht auf benachbarte Gebäude übergriffen. Jüdische Geschäfte seien demoliert worden, Plünderungen hätten nicht stattgefunden. Die Ereignisse wurden als „Vorgehen des Volkes“ ausgegeben. Eine „Anzahl“ Juden sei zudem in Schutzhaft genommen worden.[3] Die Aufmachung der Hauptausgabe des 10. November bildete die Mitteilung vom Tode Kemal Atatürks. Im Innern war dann aufgezählt, dass außer den beiden Stuttgarter Synagogen die in Heilbronn, Göppingen, Ulm, Tübingen, Horb, Hall, Laupheim, Haigerloch und Rexingen „abgebrannt“ seien. Fotos oder Berichte von den Vorgängen im Lande wurden nicht veröffentlicht.

Verschwörungslügen

Deutlich erkennbar war das Interesse, den pogromähnlichen Ereignissen alles Außergewöhnliche zu nehmen und sie als einen Vorgang in einer „mitteleuropäischen Abwehrbewegung gegen die jüdische Machtpolitik“ zu stellen. Dazu dienten Meldungen über Initiativen und Umtriebe antisemitischer Kräfte in anderen Staaten.[4] In Deutschland seien die Aktionen inzwischen beendet. Ein Aufruf, den der Reichspropagandaminister zeichnete, forderte zur Disziplin und kündigte an, dass die Juden die Antwort auf die Bluttat von Paris auf gesetzlichem Wege erhalten würden. Zunächst hatte Heinrich Himmler als Polizeichef eine Verordnung erlassen, die Juden den Waffenbesitz verbot. Dann folgte

---

1 Ausgabe vom 10. November 1938.
2 Ebd.
3 Ebd.
4 Ausgabe vom 11. November 1938.

Goebbels mit der Verordnung über den Ausschluss der Juden von allen kulturellen Veranstaltungen mit der Begründung, ihr „art- und rassefremdes Wesen“ mache es ihnen ohnehin unmöglich, die Werte dieser Kultur zu erkennen und zu genießen.[5]

Am 12. November übernahm auch das Stuttgarter Blatt einen Artikel des Reichspropagandaministers vom gleichen Tage, der die staatsoffizielle Version des Geschehens noch einmal wiederholte und die Rechtfertigung für die nun betretene Stufe der Judenverfolgung und Judenvertreibung lieferte. Demnach verfolgte das „internationale Judentum“ gegen Deutschland seit langem einen Vernichtungsplan, den es in einem Weltkrieg zu verwirklichen hoffte. Dieser Plan sei aber vor wenigen Wochen in München mit den dort getroffenen Abmachungen der Regierungschefs der vier Mächte (gemeint war das „Münchener Abkommen“, Hitlers Diktat gegen die Tschechoslowakei vom 29.9.1938 – d. Red., siehe jW-Thema vom 27.9.2008) gescheitert. So erschien das Attentat auf vom Rath als ein von diesem Judentum und insbesondere von jüdischen deutschen Emigranten vorbereiteter Teil dieses nun modifizierten Plans. Darauf habe das deutsche Volk, die Gefahr erkennend, nun „ganz spontan“ geantwortet, es sei zur „instinktiven Abwehr der Nation“ und zu einem „eruptiven Ausbruch“ gekommen. Die Geduld des Volkes, die sich noch drei Jahre zuvor gezeigt habe, als der NSDAP-Gauleiter in der Schweiz erschossen worden war, sei erschöpft gewesen. Von Organisiertheit könne keine Rede sei, würde es sie gegeben haben, so die Argumentation von Propagandaminister Joseph Goebbels, hätte sich noch ganz anderes, also Schlimmeres, zugetragen. Die Staatsführung habe die Aktionen abgestoppt, und ihre Weisungen seien vom Volke dann auch gänzlich und diszipliniert befolgt worden. Und an das Ausland gewandt: Das deutsche Volk sei „ein antisemitisches Volk“ und ihm solle das Ausland auch die Lösung seiner Probleme überlassen.[6]

Die „Nation“ schweigt

Zweierlei ließ sich den Ausgaben dieser Zeitung entnehmen: Zum einen eine ungefähre Vorstellung von den gewalttätigen Aktionen gegen die Geschäfte von Juden und die Ruinierung der Synagogen und zum anderen die Verlogenheit der Darstellung des Hergangs als spontane Aktion. Selbst wer weder durch Augenschein noch vom Hörensagen informiert war, konnte sich fragen, wieso bei aller Unorganisiertheit die Täter mit solcher Einheitlichkeit vorgegangen waren. Vor allem aber hatten viele unbeteiligte Bürger in Groß-, Mittel- und Kleinstädten noch lange nach Tagesanbruch die SA bei ihren zerstörerischen Aktionen beobachtet, die nicht überall in den Nachtstunden beendet worden waren.

Kurzum: die Machthaber und Organisatoren des Pogroms setzten nicht nur voraus, dass die Mehrheit der Deutschen das Geschehen hinnahm, sondern dass sie auch zu dessen verlogener Darstellung schwieg, die sie doch selbst anging. Denn ihr – der „Nation“, dem „Volk“ – wurde zugeschrieben, die verbrecherische Tat begangen zu haben. Doch unter den Bedingungen der Überwachung und des Terrors erzeugte dies keinerlei öffentliche Widerrede oder Protest. Wie hätte sich, lässt sich fragen, ein Einzelner verhalten, wenn ihm eine Untat angehängt worden wäre, die er nicht begangen hatte? Er hätte seinen Anstand, seine Würde oder Ehre oder was immer verteidigt. Die Deutschen aber waren jedoch seit 1933 systematisch daran gewöhnt worden, für Denkweisen, Haltungen und Taten in toto in Anspruch genommen zu werden, die vielen von ihnen von der Nazipropaganda nur angedichtet wurden, und sie besaßen keine Chance, dagegen öffentlich ihren Einspruch zu erheben, ohne in den Geruch oder Verdacht zu geraten, sich zumindest außerhalb der Volksgemeinschaft zu stellen und als „volksfremd“ behandelt zu werden. Die Nation wurde, nachdem sich ihre Mehrheit nicht gegen die Etablierung der faschistischen Machthaber gewehrt hatte, von diesen politisch-moralisch heruntergebracht – auf deren Niveau.

Bis hierher war nur von offiziellen Informationen und den unvermeidlichen Beobachtungen an den Tatorten des Verbrechens die Rede, die jeder Passant machen musste, kam er an den noch rauchenden und qualmenden Synagogen oder deren Ruinen und an den verwüsteten Geschäften des Einzelhandels vorbei. Doch sickerten auf verschiedensten Wegen ungleich mehr unbezweifelbare Nachrichten in die Bevölkerung, so dass sie sich weithin – ohne Zeitungs- und Rundfunkmeldungen – ein ziemlich

---

5 Ausgabe vom 12./13. November 1938.

6 Ebd.

vollständiges Bild vom Geschehen der Nacht und den Folgen zu machen vermochte. Am Morgen des 10. November fehlten sowohl Juden wie SA-Leute an ihren Arbeitsplätzen. Letztere kamen verspätet, erstere blieben ganz aus. Von Ärzten mussten Verletzungen behandelt werden, die Täter erlitten hatten. Misshandelte Juden waren medizinisch zu versorgen. Umgebrachte Opfer kamen in die Pathologie oder in Leichenhäuser. Trupps verhafteter jüdischer Männer wurden von Polizeistationen und Gefängnissen am hellen Tage zu den Bahnhöfen geführt und abtransportiert. Undenkbar, dass SA-Leute, Polizisten, Feuerwehrmänner in Familien und Arbeitsstätten nicht erzählt hätten, woran sie beteiligt waren und was sie gesehen hatten. Zu schweigen von den schlafenden Bewohnern der den brennenden Synagogen benachbarten Häuser, die durch die auflodernden Flammen ebenso geweckt worden waren wie andere durch das zersplitternde Glas der Schaufenster.

Goebbels übernimmt

Was hat das Ereignis, das später den Namen „Reichspogromnacht“ erhielt und heute so in den Schulbüchern genannt wird, innenpolitisch bewirkt? Besaß es eine Bedeutung für die Stabilität des Regimes? Vermehrte es seine Massengefolgschaft? Wurde die Politik der Machthaber am Tage danach von noch mehr Deutschen gutgeheißen als am Tage zuvor? Überliefert ist vor allem eine verbreitete Kritik an den Zerstörungen von Waren und Werten, zumal an jenen, an denen vielfach seit langem spürbarer Mangel herrschte, und auch, weil unter dem Vernichteten vieles war, was sich der deutsche Durchschnittsbürger wegen mangelnder Zahlungskraft nicht zu leisten vermochte. Diese Kritik war relativ gefahrlos zu äußern und bedeutete zunächst nicht mehr als die Ablehnung des Zerstörungswerkes der agierenden SA-Leute. Sie besaß keinen Bezug zu den Opfern des Terrors. Sie reichte nicht zu den Auftraggebern und Befehlenden der oberen Stufen, die bei alledem im Hintergrund geblieben waren.

Die höheren Funktionäre der NSDAP aus Ländern und Provinzen befanden sich zum Zeitpunkt der Aktionen gar nicht am Orte. Sie waren in München um ihren „Führer“ versammelt, und der verlor zu den Brandstiftungen und Zerstörungen kein Wort. Als wären sie nicht geschehen, redete Hitler am Abend des 10. November in München vor 400 ausgewählten Journalisten der deutschen Presse. Der Oberste SA-Führer schien nicht im Reich gewesen zu sein, als ein in der neueren deutschen Geschichte beispielloser, an mittelalterliche Pogrome erinnernder Gewaltakt gegen die Juden verübt worden war. In den unmittelbar folgenden Tagen schien es so, als hieße der höchste Partei- und Staatsführer nicht Hitler, sondern Joseph Goebbels. Er rief auf zum Ende der Gewalttaten. Er kündigte die nächsten Schritte der antijüdischen Politik der Regierung an. Er erklärte den Deutschen, was sie und weshalb getan hatten.

Wer Berichte über die Reaktionen von Deutschen, dem Mann und der Frau „auf der Straße“, liest – seien es die in Gestapo-Berichten festgehaltenen oder die von Nazigegnern angefertigten –, wird berücksichtigen müssen, dass die Verurteilung des Verbrechens als Sympathiebekundung für die Juden gewertet worden wäre, die in Frankreichs Hauptstadt angeblich soeben auf „das deutsche Volk“ hatten schießen lassen. Also hüteten sich jene Deutschen, die an die Leiden der terrorisierten Menschen dachten, Mitgefühl für die Vernichtung ihrer Kultstätten aufbrachten, sich fragten, wieviel Lebensraum den Juden nun noch gelassen werden würde, dort von ihrer Anteilnahme zu reden, wo sie damit rechnen mussten, denunziert und dann belangt zu werden.

Nur Wochen nachdem sich die deutschen vom wochenlangen Schock eines drohenden Krieges erholt hatten, dürfte der Pogrom dem Regime kaum neue oder engere Gefolgsleute zugeführt haben. Mit einer für seine weiteren Pläne wesentlichen Ausnahme, und die betraf die Tatbeteiligten. Denn mit jeder Untat, an der die Aktivisten der paramilitärischen Formationen des Regimes, Mitglieder der SA und SS vor allem, beteiligt waren – und die Reihe hatte für manche schon in der „Kampfzeit“ begonnen und sich mit den Gewaltakten gegen die politischen Gegner 1933 fortgesetzt – banden diese sich fester an eben diesen Staat. Denn: Folgte dem ein anderer, dann konnte es nur einer sein, der sie zur Verantwortung und Rechenschaft ziehen würde. Ob sie selbst soweit dachten oder nicht, der Effekt blieb der gleiche. Sie sahen sich auf Gedeih und Verderb diesem ihrem Reich verbunden. Und sie wurden Jahre später auch zu den Fanatikern des „Endkampfes“ bis zu den sprichwörtlichen fünf Minuten nach zwölf.

„Herz verschließen“

Die Masse der Deutschen aber, die weder Brände gelegt noch einen Stein geworfen oder einen Hammer geschwungen hatte, mochte sich momentan auf ihr Unbeteiligtsein an einer Tat, die ihnen in unterschiedlichem Grad missbehagte, etwas zugutehalten. Das änderte nichts daran, dass sie Hilfsbedürftigen ihren Beistand verweigert hatte. Nicht nur das sollte sich in den folgenden Jahren massenhaft wiederholen. Rohheit und Rücksichtslosigkeit, mindestens aber Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben ihnen bezeichneter Feinde, das gehörte zu den Erziehungszielen des „Nationalsozialisten“. Der Pogrom, und eben das war mehr als sein bloßes Nebenprodukt, brachte sie diesem Ziel näher. In den Worten Hitlers, gesprochen ein knappes Jahr später vor den Spitzen der Generalität und mit dem Blick auf die unmittelbar bevorstehende Eröffnung des Krieges, hieß diese Ausrichtung „Herz verschließen“. Gefordert war die Verabschiedung jedes Gedankens und jedes Gefühls, das mit dem Wort Mitmenschlichkeit bezeichnet ist. Die Untaten in den Jahren des Vorkriegs erwiesen sich nun als eine Vorschule für das Verhalten, das von den Deutschen im Kriege erwartet und dann auch verlangt wurde. Spätere Zeugnisse, die davon sprächen, dass der 9. November der Tag gewesen sei, der einen definitiven Bruch von Menschen mit dem Regime ausgelöst hätte, die sich bis dahin ihm angenähert oder mit ihm ausgesöhnt hatten, sind Raritäten. Nichts spricht von einer Erschütterung einer erheblichen Zahl von „Reichsbürgern“, von einem Aufbäumen des Anstands. Dieser Befund hat eine Vorgeschichte. Sie beginnt in den ersten Wochen nach der „Machtergreifung“, und aus ihr lassen sich Antworten darauf beziehen, warum dieses Verbrechen 1938 so in Szene gesetzt werden und so ablaufen konnte, wie es geschah – in einem Lande, in dessen Sprache „Nathan der Weise“ geschrieben worden war.

Kurz gesagt: Die Deutschen waren im Herbst 1938 seit fünfeinhalb Jahren an die verschiedensten Formen der Benachteiligung und Schikanierung der Juden, an ihre fortgesetzte Herabsetzung und ihre fortschreitende Ausgrenzung gewöhnt worden. Sie waren darüber gewiss nicht, wie Goebbels von ihnen behauptete, ein Volk von Antisemiten geworden. Doch sie hatten Menschen in ihrer Mitte, die erkennbar ursachlos verfolgt wurden, Menschen ihrer Zunge und in vielem ihrer Denk- und Lebensweise, ihre Nachbarn und Arbeitskollegen und manche auch ihre einstigen Kriegskameraden schlicht im Stich gelassen. Und das nicht aus Unvermögen. Die Geschichte der Judenverfolgungen im Nazireich beginnt nicht nur, wovon in deutschen Geschäftsstraßen gemachte Fotografien zeugen, mit dem Aufzug von SA-Leuten vor jüdischen Einzelhandelsgeschäften, womit Käufer an deren Betreten gehindert wurden. Sie beginnt nahezu gleichzeitig an den deutschen Universitäten und Hochschulen und dort auch nicht nur mit dem Aufzug von SA-Studenten vor Hörsälen, die ihre Kommilitonen abhalten wollten, die Vorlesungen jüdischer Professoren zu besuchen. Sie beginnt in ungleich größerem und systematisiertem Stil damit, dass die Hochschullehrer die ihnen von ihren Rektoren auf Staatsverlangen vorgelegten Fragebogen ausfüllen, die einen einzigen Zweck hatten, die Juden zu ermitteln, damit sie aus den Lehranstalten entfernt würden, in denen sie angeblich „undeutschen Geist“ verbreiteten. Jeder, der einen solchen Fragebogen ausfüllte, wusste, was von ihm verlangt wurde, nicht anders als jener Jude, der über die ganze erste Seite mit seinem Namen geschrieben hatte: „Ich bin Jude, und das ist alles, was sie wissen wollen“. Alle nichtjüdischen Hochschullehrer, Staatsbeamte, die sie waren, die diesen Fragebogen ausfüllten, leisteten in jenem Frühjahr Beihilfe zur „Judensuche“. Sie machten sich zu Tatbeteiligten und hätten sich diesem Ansinnen doch ungefährdet widersetzen können. Denn was hätte der preußische Kultusminister, in dessen Bereich die Aktion vorangetrieben wurde, tun können, wenn er von den Dekanen der Fakultäten und den Rektoren der Hochschulen die Papiere unausgefüllt zurückerhalten hätte. Die Lehranstalten schließen? „Arische“ Rektoren entlassen? Absurde Gedanken angesichts des ungefestigten Regimes.

Täter und Nutznießer

Die Deutschen hätten nichts tun können? Die ersten, die von den braunen Antisemiten herausgefordert wurden, waren die Angehörigen der deutschen Intelligenz und zwar von diesen wieder deren Elite an den höchsten Lehranstalten und wissenschaftlichen Akademien. Dazu die Ärzte an Kliniken, die Juristen an Gerichten, die Intendanten von Theatern. Sie waren die ersten, die versagten, wobei diese Kennzeichnung nicht für alle gilt. Sie trifft nicht auf jene „Kollegen“ der jüdischen Professoren

zu, die entweder selbst in brauner Wolle gefärbte Antisemiten waren oder in anderer Form zu den bekennenden oder stillschweigenden Antisemiten gehörten. Doch die anderen waren kein „Rest“. Und sie konnten nicht im Zweifel sein, welche Folgen die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler von ihren Arbeitsstätten für diese selbst haben würden. Es gibt ein paar Petitionen, in denen sich nichtjüdische Gelehrte 1933 für namentlich genannte jüdische Kollegen eingesetzt haben. Aber mit welchen Argumenten der Anpassung an die Herrschenden! Sie wandten sich nicht gegen den Unsinn vom „undeutschen Geist“, sondern machten auf die Verluste aufmerksam, die Deutschland aus der Vertreibung unersetzlicher Spezialisten erwachsen würden. Sie präsentierten der Obrigkeit eine Nachteil-Vorteils-Rechnung.

Das waren die Anfänge einer Entwicklung, mit deren Fortgang die Zahl der an der Judenverfolgung in irgendeiner – meist unspektakulären – Form Beteiligten unausgesetzt wuchs. Manche leisteten nur eine Unterschrift unter eine im gegenseitigen Einvernehmen abgefasste Urkunde über die Aufhebung eines Arbeitsverhältnisses. Andere versahen diese nur mit dem noch fehlenden Stempel. Ohne einen Anflug von Unrechtsbewusstsein? Und in diesen fünfeinhalb Jahren wuchs die Zahl der Nutznießer dieser Verfolgungen, die teils mit den Tätern identisch, häufig aber an den Akten der Aussonderung unbeteiligt waren. Die einen besetzten die frei gekündigten Arbeitsplätze, anderen eröffnete sich eine Aufstiegsmöglichkeit, dritte konnten die leere Wohnung eines Emigranten beziehen oder eine Villa erwerben, die der hatte verlassen müssen, vierte sahen ihre Ladengeschäfte durch die Diffamierung der „jüdischen“ Konkurrenz begünstigt. Und das mochten vergleichsweise die kleinen unter den Nutznießern sein. Inzwischen kam, an Tempo gewinnend, die Arisierung von Bank-, Industrie-, Handels- und Versicherungsunternehmen voran, wechselten Aktienpakete und ganze Betriebe ihre Eigentümer.

Man kennt eine Sache erst ganz, wenn man ihre Vorgeschichte kennt. Das gilt auch für den Pogrom des 9. November 1938.

junge Welt, Sonnabend, 08.11.2008, S. 10.

Der ferne Erste Weltkrieg

Unmittelbar nach 1914 prägten die grauenvollen Erfahrungen und Leiden der Soldaten die kriegsverachtende Haltung der Bevölkerung. Mit den Jahren aber wurde sie von den politischen Interessen der Herrschenden umgeformt

In diesen Tagen jährt sich das Ende des Ersten Weltkrieges. Seit der Unterzeichnung der Kapitulation im Salonwagen des französischen Marschalls Ferdinand Foch sind neunzig Jahre vergangen. Wenige Monate später hatten Minister der eben gegründeten Weimarer Republik im Spiegelsaal des Versailler Schlosses den ihnen präsentierten Friedensvertrag zu unterzeichnen.

In den letzten Jahren waren in Zeitungen immer wieder kurze Meldungen zu lesen, nach denen in diesem oder jenem Land, das am Krieg teilgenommen hatte, der letzte Bürger, der noch zu dessen kämpfenden Teilnehmern gehört hatte, gestorben sei. Die Zeitzeugen sind unter den Toten. Was wir von dieser mörderischen Zeit der europäischen und Weltgeschichte heute wissen, haben wir aus Dokumentenbänden und verschiedensten Schriften, Tagebüchern und Regimentsgeschichten, Memoiren und Romanen – und natürlich auch aus der Lektüre wissenschaftlicher Abhandlungen bezogen. In den wichtigsten am Krieg beteiligten Ländern wurden vielbändige amtliche Kriegsgeschichten herausgegeben. Sie alle füllen Regale von Spezialbibliotheken. Mit Denkmälern und Gedenktafeln wird an öffentlichen Plätzen und auf Friedhöfen an das Ereignis erinnert, das häufig die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ genannt wird, eine Bezeichnung, die über dessen Herkommen und Charakter nichts aussagt, jedoch darauf verweist, dass dieser einen Katastrophe weitere folgten.

Eines dieser Denkmäler fällt aus dem üblichen Gedenken ganz heraus. Es befindet sich in der französischen Gemeinde Gentioux im Departement Creuse und zeigt die lebensgroße Figur eines Bauernjungen, eines Kriegswaisen, der auf eine Tafel mit den Namen der Männer jenes Ortes verweist, die im Krieg umkamen, und auf die darunter stehende Inschrift, die Anklage: Maudite soit la Guerre – Verflucht sei der Krieg.

Aufarbeitung des Krieges

Jenseits aller politischen Interessen, die zu allen Zeiten Kriegserinnerungen und -deutungen prägten, unterschieden sich die Bezugnahmen auf die Geschehnisse der Jahre 1914 bis 1918 von Land zu Land auch wegen der sich weit voneinander abhebenden Folgen. Im revolutionären Russland wurde im Krieg weithin nur das Präludium für die Februar- und Oktober-Ereignisse des Jahres 1917 gesehen. In Polen galt er vor allem als Vorgeschichte nationaler Neugeburt, die nach – der Generationen währenden – Teilung in einen eigenen Staat geführt hatte. Frankreich gehörte zu den Siegermächten, doch war es mit Belgien das Land, in dem die Kriegshandlungen am heftigsten getobt hatten und ganze Regionen in „Mondlandschaften“ verwandelt worden waren. Das unterschiedliche Befinden im Nachkrieg formte die Kriegsbilder in den Köpfen der Überlebenden und überlagerten jene, die aus eigener Erfahrung herrührten. Mit den Jahren aber wurden auch sie stark von politischen Interessen umgeprägt, von denen die jeweils Herrschenden geleitet waren.

Und Deutschland? Es war besiegt, ohne dass auf seinem Territorium, sieht man von einem schmalen Teil Ostpreußens ab, Schlachten getobt hatten. Erst als die Waffen schwiegen, musste es die militärische Besetzung von Landesteilen hinnehmen. Es wurde, durch seine Aufwendungen für den Krieg ohnehin verarmt, für die Zerstörungen, die seine Armeen jenseits der Grenzen angerichtet hatten, in die Pflicht genommen. Zur Hinterlassenschaft des Krieges gehörten massenhaft Witwen und Waisen, dazu verkrüppelte und dauernd von Krankheiten gezeichnete Männer, invalidisierte Veteranen. Die Bilanz des Krieges auch nur in ihren wichtigsten Posten hätte die Deutschen zu einem Schluss führen können, der sich in zwei Worten sagen ließ: „Nie wieder“. Sie drückten in der Tat eine von der See bis zu den Alpen verbreitete Stimmung aus. Die Kommunistische Partei Deutschlands, deren Kader gegen den Krieg kämpften, verlieh ihr in ihren „Leitsätzen für den Frieden“ Ausdruck. Es entstanden pazifistische Vereinigungen, die in Periodika und anderen Publikationen an die Exzesse der Gewalt, die Leiden, die Verluste und die Opfer erinnerten. Einige Bildbände zeigten verwüstete Landschaften, andere wiederum Menschen, deren Gesichter von Geschossen so entsetzlich entstellt waren, dass sie

nur noch verschleiert oder abgeschieden leben wollten, dritte bildeten endlose Gräberfelder in der Nähe von Schlachtorten ab.

Jahre später kamen Romane auf den Buchmarkt, die vom Krieg handelten und auf ihre Weise aufriefen, diesen zum letzten werden zu lassen. Manche von ihnen wurden Bestseller. Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ erschien 1929 und wurde im Jahr darauf in den USA verfilmt. Im gleichen Jahr kam Theodor Pliviers „Des Kaisers Kulis“, der in die Geschichte der Seeschlacht im Skagerrak zurückführte, auf den Buchmarkt, darauf fußte bald eine Bühnenfassung Erwin Piscators. Arnold Zweig publizierte schon 1927 seinen Roman „Der Streit um den Sergeanten Grischa“, dem 1931 „Junge Frau von 1914“ folgte. Alle drei Autoren hatten am Krieg teilgenommen, keiner freiwillig und jeder von ihnen kannte das „Heldenleben“ aus der Perspektive von unten.

Doch etablierte sich daneben und gegen die politisch, publizistisch und literarisch agierenden Kriegsgegner eine Strömung, die sich als die stärkere erwies. Traditionsverbände der Soldaten und Offiziere wurden gegründet, pflegten die Erinnerung an das geschönte Kriegserlebnis, an die verherrlichten Kriegstaten und die Frontkameraderie. Der Weltkrieg blieb ihnen „der uns aufgezwungene“, in dem das Vaterland verteidigt worden war. Gedacht wurde siegreicher Schlachten und unsterblicher Helden, mit Vorzug derjenigen, die zur neu geschaffenen Fliegertruppe oder zu den Besatzungen der Unterseeboote gehört hatten. Romane wie „Sperrfeuer um Deutschland“ oder „Die Gruppe Bosemüller. Der große Roman der Frontsoldaten“, die den Krieg heroisierten, fanden schon in der Republik nicht weniger Leser als die Literatur, in der vom elenden Sterben berichtet wurde. Später, bis in den neuen Weltkrieg hinein, erlebten sie wieder und wieder Nachauflagen, wurden zu billigen Preisen und in Jugendausgaben verkauft.

Reichswehr bestimmt Forschung

Wie es um das Verhältnis dieser Republik zu diesem Krieg stand, machte sechs Jahre nach seinem Ende die Wahl des einstigen Chefs der letzten Obersten Heeresleitung, des kaiserlichen Feldmarschalls Paul von Hindenburg, zu ihrem Staatsoberhaupt deutlich. Er stand als Schutzherr an der Spitze derer, die auf diesen Krieg keinen kritischen Gedanken verwandten, sondern jene Stimmung schürten, wonach die „im Felde unbesiegten“ Deutschen, ungerecht wie sie von ihnen behandelt worden waren, mit den Siegern eine Rechnung erst noch zu begleichen hätten. Das Kräfteverhältnis zwischen diesen beiden Gruppen wurde dadurch zusätzlich zuungunsten der Kriegsgegner verschlechtert, dass die deutsche Sozialdemokratie es nicht fertigbrachte, sich kritisch zu jener Entscheidung einzustellen, die sie im August 1914 an die Seite der „Vaterlandsverteidiger“ geführt hatte. Auch andere republikanisch gesinnte Kreise, so die in einem Reichsbund versammelten jüdischen Kriegsteilnehmer, vermochten nicht, Abstand von ihren einstigen hurrapatriotischen Positionen zu nehmen.

Zu den Fehlanzeigen gehörte, dass es die Republik nicht zu einer Geschichtsforschung über Vorgeschichte und Geschichte des Krieges brachte, die diesen Namen verdient hätte. Die Reichswehr – an ihrer Spitze Generale und Offiziere des Weltkriegsheeres – sorgte dafür, dass die Deutung des Geschehenen, betrieben im Potsdamer Reichsarchiv, streng unter ihrem Kommando gehalten wurde. Auch an deutschen Universitäten gab es kein Geschichtsinstitut, das sich dieses Themas nach den Normen der Wissenschaft angenommen hätte. Und unter den Lehrern an den allgemeinbildenden Schulen herrschten jene vor, die sich auf ihre Kriegsteilnahme viel zugutehielten und ahnungslosen Jungen und Mädchen davon erzählten.

In den öffentlichen Räumen landauf und landab wurde an die Kriegstoten erinnert, die, wenn sie nicht allesamt Helden genannt wurden, den Inschriften zufolge für das Vaterland gefallen waren. Kaum ein Dorf ohne ein Kriegerdenkmal. Kaum eine Kirche ohne eine Gedenktafel, auf welcher die Namen der Kriegstoten aus dem Sprengel aufgeführt waren. Kaum ein Friedhof ohne Gedenkstein, vornehmlich für jene, die es noch bis in ein heimatliches Lazarett geschafft hatten, dort dann verstorben waren. Und so in Schulen, Gebäuden von Behörden und auch in manchen privaten Betrieben.

Was bei alledem noch fehlte, war ein zentrales, ein Reichskriegerdenkmal. Das 1927 bei Hohenstein in Ostpreußen eingeweihte „Reichsehrenmal“, das an die Schlacht gegen die Zarenarmee 1914

erinnerte, war zu abgelegen, als dass es diese Rolle hätte spielen können. Mehrere Orte in Deutschland bewarben sich, dass ein solcher Gedenkklotz in ihrer Umgebung errichtet würde, versprach der doch einen Zustrom von Touristen. Zudem existierten Pläne, jeder Kriegerwitwe einmal im Jahr einen Freifahrtschein zur Benutzung der Reichsbahn zu schenken, damit sie diesen Ort des Gedenkens, des Trauerns und der Glorifizierung aufsuchen könnte. Dazu ist es nicht mehr gekommen. Inzwischen war die Republik liquidiert. Die neuen Machthaber mit dem Frontsoldaten und „einfachen Gefreiten" Adolf Hitler an der Staatsspitze gedachten, das Erinnern anders zu organisieren.

Nazideutschland: Alle waren Helden

1934 war der „Heldengedenktag" etabliert und dafür ein Tag im März bestimmt worden, weit genug von jenem Sonntag im November entfernt, an dem, zurückgehend auf einen Entscheid des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III., nicht nur Mitglieder der evangelischen Kirchen traditionell ihrer Toten gedachten. Zum Ort des Kriegsheldenspektakels wurde die Neue Wache in Berlin Unter den Linden bestimmt. Hitler war alljährlich zur Stelle und – wer den nächsten Krieg vorbereitet, muss sich um die Opfer des letzten kümmern – drückte Hände von Kriegsinvaliden, die ihm in ihren Selbstfahrern mit „deutschem Gruß" huldigten. Befürchtungen, dass das Ritual von Gegnern der Kriegsverherrlichung gestört werden könnte, brauchten nicht gehegt zu werden. Die waren samt und sonders illegalisiert, manche in Konzentrationslagern, andere hatten sich in die Emigration retten können. Die Bücher wider den Krieg waren öffentlich verbrannt worden und ihre Autoren im Ausland. Remarque hatte sich 1932 in die Schweiz begeben und wandte sich später in die USA. Pliviers Weg führte über die Tschechoslowakei, die Schweiz und Norwegen in die Sowjetunion. Arnold Zweig war über die Tschechoslowakei, die Schweiz und Frankreich nach Palästina entkommen. Die Autoren von Jugendbüchern wie „Helden der Luft", „der See" und „der Kolonien" waren im Reich unter sich.

Von einer geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Weltkrieg konnte nun vollends keine Rede sein. So begann als Fortsetzung des Ersten der Zweite Weltkrieg, ohne dass in den zwei Jahrzehnten dazwischen ein anderes Geschichtsbild unter die Masse der Deutschen gelangt war als das beschönigende, verfälschte, verlogene. Und so kamen junge Deutsche 1940 in den Armeen der Wehrmacht in Gegenden und an Orte, in denen ein Vierteljahrhundert zuvor ihre Väter waren, ohne zu wissen, warum diese einst und jetzt sie auf den Kriegspfad dahin befohlen worden waren. Auf die Frage aller Fragen: Woher diese Kriege rührten, wer sie gemacht hatte, wer an ihnen interessiert war, besaßen sie nicht einmal eine Teilantwort, die der Wahrheit nahegekommen wäre. Immer war ihnen beigebracht worden, irgendwelche Neider gönnten Deutschland den Aufstieg, seine Größe und seinen Platz an der Sonne nicht. Nach Naziversion waren das die Juden. Deutschland jedenfalls war an den Kriegen schuldlos. Die Lüge ließ sich umso leichter und mit dem Gestus des Verleumdeten verbreiten, als die Gegenthese der Sieger von der Alleinschuld Deutschlands am 1914 begonnenen Krieg, die sie im Text des Versailler Friedensvertrags hatten festschreiben lassen, ebenso wenig der Wahrheit entsprach.

Doch machten sich die Krieger des Jahres 1940 darüber umso weniger Gedanken, als sie, wo die Väter einst in Frankreichs Boden im Schützengräben jahrelang festlagen, nicht aufgehalten wurden, sondern in zwei Monaten erreicht hatten, was zuvor in vier Jahren nicht gelungen war: über den „Erbfeind" zu triumphieren. Die Nazipresse veröffentliche rührselige Berichte über die Begegnung der Jungen mit den Gräbern der Väter. Auch der „Führer" begab sich zu einer kurzen Visite an einen Ort, der ihm aus seiner Zeit als Soldat des Kaisers in Erinnerung war.

Aufklärung oder mystisches Dunkel

Nach der erneuten Niederlage Deutschlands war der Berg von offenen Fragen, die die Deutschen an ihre Geschichte und namentlich ihre Kriege zu stellen hatten, zum Gebirge getürmt. Historiker, die es unternehmen konnten, es abzutragen, gab es zunächst nicht. Doch das Thema, welcher Weg vom Ersten in den Zweiten Weltkrieg geführt und wer ihn bestimmt hatte, in welcher Beziehung die beiden gescheiterten Eroberungszüge der Deutschen zueinanderstanden, war unabweisbar. Es gab bei allem Mangel an Aufgeklärten jedoch auch einige Nazigegner, die in Deutschland überlebt hatten, davon nicht wenige in Konzentrationslagern, oder aus dem Exil zurückkehrten. Sie hatten – ohne dass sie

die Masse ihrer Landsleute erreicht hätten – schon in der Weimarer Republik gewarnt und den sich abzeichnenden nahen Krieg früh als Wiederaufnahme des ersten angesehen. Diese Antifaschisten, zumeist in Arbeiterparteien organisiert oder in deren geistig-politischer Nähe agierend, begannen, in Zeitungen und anderen bescheidenen Druckerzeugnissen ihre Sicht von der jüngsten deutschen Vergangenheit zu publizieren. Sie erklärten den Deutschen, wie und von wem ihre Kriege gemacht worden waren.

Diesen Bestrebungen traten Verfechter eines anderen Interesses früh entgegen, das jede Mitschuld an den Kriegen abwies. Demnach hatte es im „Dritten Reich“ nur einen Kriegstreiber gegeben, den „Führer“, und so war die Formel von „Hitlers Krieg“ geboren. Eine andere Version tauchte das Geschehen vollends in mystisches Dunkel und bot „Erklärungen“ wie Katastrophe und Schicksal. In Westdeutschland drängte sich eine Sicht in den Vordergrund, wonach der ganze „Nationalsozialismus“ einen Einbruch von geheimnisvollen, nicht identifizierbaren Kräften in die deutsche Geschichte darstellte, die es bis dahin in ihr nicht gegeben habe. Deren Herkunft blieb unbezeichnet.

In Ostdeutschland hingegen wurde begonnen, die Vorgeschichte des 1. September 1939 über den 4. August 1914 bis weit in die deutsche Vergangenheit zurückzuverfolgen, was unbeschadet mancher Überzeichnungen von Ursachen und Wirkungen jedenfalls dazu herausforderte, sich mit Hitlers Tod und dem Ende der Nazipartei nicht zufriedenzugeben, sondern stabile gesellschaftliche und politische Sicherungen dafür zu schaffen, dass Deutschland die Perspektive friedlichen Daseins gewann. Zunächst blieb die Aufmerksamkeit naturgemäß auf die jüngsten Ereignisse, den eben beendeten Krieg, gerichtet. Hinter den Leiden und Opfern der Jahre 1944 und 1945 verblassten jene des Ersten Weltkrieges.

Im Osten, nun in der DDR, änderte sich das mit dem Beginn der sechziger Jahre. Von den Bestrebungen, das Geschichtsbild der Weltkriege auf festen Grund zu stellen, zeugten die darauf gerichteten historiographischen Großunternehmen, die am Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften in Angriff genommenen wurden. Deutschland im Ersten bzw. im Zweiten Weltkrieg, so die Titel der Publikationen, zielten schon im Ansatz auf einen Bruch mit bisheriger Kriegsgeschichtsschreibung, die sich nahezu ausschließlich auf Kriegshandlungen konzentriert hatte. Dem wurde eine weitwinkelige Sicht entgegengesetzt, die ökonomische, politische und geistige Entwicklungen analysierte und von der Propaganda der Kriegswilligen, den Methoden des Terrors, dem Leben der Zivilisten, den Besatzungsherrschaften, aber auch den Bestrebungen der Kriegsgegner und deren Verfolgung handelte. Das erste der beiden Vorhaben, die Darstellung der Jahre von 1914 bis 1918, bewältigte ein von Fritz Klein geleitetes Kollektiv junger Historiker. Einige von ihnen hatten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges noch Soldat werden müssen, andere hatten diesen Krieg als Angehörige der sogenannten Hitlerjugend- oder Flakhelfergeneration erlebt. Ihre Forschungsarbeit erschien ab 1968 und umfasste drei Bände. Sie sind 2004 im Leipziger Universitätsverlag wieder gedruckt worden. Mehr Zeit nahm die Arbeit am zweiten Unternehmen in Anspruch, das Wolfgang Schumann leitete und einen noch größeren Forscherstab einbezog. 1985 lag der abschließende sechste Band vor.

Nahezu gleichzeitig mit dem Beginn der Forschungen zum Ersten Weltkrieg in der DDR hatte sich in der Bundesrepublik ein Historiker mit Fragen an dessen Geschichte zu befassen begonnen, der in Hamburg lehrende Fritz Fischer. Schon 1961 war seine Monographie „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918“ erschienen, die der These von Deutschlands Kriegsunschuld 1914 durch eine quellensatte Untersuchung den Garaus machte. Das Erscheinen löste in der westdeutschen Zunft und über sie hinaus eine erbittert geführte Kontroverse aus, die auch während des Historikerkongresses in Westberlin 1964 ausgetragen wurde. Sie verriet, wie weit in der Bundesrepublik Bedingungen und Bereitschaft zu kritischem Umgang mit der eigenen Nationalgeschichte entwickelt waren. Eine Benotung konnte nur lauten „ungenügend“. Dazu hatte beigetragen, dass die akademischen und universitären Platzhirsche der Geschichtswissenschaft ihre Reviere großenteils über das Jahr 1945 hinweg uneingeschränkt verteidigt hatten. Ihre harschen Zurückweisungen waren vor allem deshalb erfolgt, weil Fischer die Frage nach Kontinuität und Bruch in den Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen aufgeworfen hat. Es macht nachdenklich, dass in

einem 2007 publizierten Band „Der Zweite Weltkrieg – Erfahrung und Erinnerung“ deutsche Historiker Fritz Fischers Verdienst nicht einmal in ihrem Literaturverzeichnis erwähnt haben.

Fehlende Ursachenforschung

In den folgenden Jahrzehnten hat sich eine nach 1945 ausgebildete Historikergeneration vorwiegend mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges beschäftigt, Quellen gesichtet und Darstellungen verschiedenster Genres vorgelegt. Erst in den neunziger Jahren war eine erneute Hinwendung zu Gegenständen und Themen zu beobachten, die in der Erforschung des Ersten Weltkrieges nicht bzw. in einer ergänzungs- oder revisionsbedürftigen Weise dargestellt worden waren. Fragestellungen, die bei Forschungen zur Geschichte des 1939 begonnenen Krieges gewonnen wurden, ließen sich bei der erneuten Beschäftigung mit seinem „Vorgänger“ fruchtbar machen. Vor allem kann nun generell die Enge der auf Kriegshandlungen fokussierten Sicht als überwunden gelten. Die Forschungsfelder haben sich immer weiter ausgedehnt, zu einem bevorzugten wurden die vielfältigen Folgen der Kriege, von seiner materiellen Hinterlassenschaft und deren Liquidierung bis zu den Traumata, die manche ihrer Zeitgenossen zeitlebens nicht verlassen haben.

Neben den Gewinnen stehen Verluste, von denen – denkt man nur an die Kriege, die im letzten Jahrzehnt von und in Staaten und Ländern geführt wurden, die an den Weltkriegen beteiligt waren – die Vernachlässigung der Kriegsursachen- und der Kriegszielforschungen, Voraussetzungen wiederum für die Bestimmung des Charakters von Kriegen, besonders hervorsticht. Sie hätten, wurde jüngst auf einer internationalen Konferenz nahezu nebenbei bemerkt, Aufmerksamkeit in früheren Jahrzehnten gefunden. Indessen dominieren gerade auf diesem Feld hierzulande Be- und Umschreibungen. „Hitlers Krieg“ ist nach wie vor im Schwange. Mit „Vernichtungskrieg“, der beliebtesten Vokabel, die den Zweiten Weltkrieg meint, ist über sein Wesen nichts ausgesagt. Denn: Welcher Krieg wäre nicht mit Vernichtungen einhergegangen? Die Charakteristik „imperialistischer Krieg“ scheint nahezu ganz verlorengegangen zu sein. Womöglich nicht auf Dauer. Mit dem Blick auf die US-geführten Kriege in Afghanistan und im Irak tauchte der Terminus „Imperialismus“, der zeitweilig als Agitationsphrase von Marxisten-Leninisten abgetan wurde, in der Publizistik wieder auf. Das könnte Historiker ermutigen, jene insbesondere, die bis in ihre Wortwahl bedacht sind, mit den Herrschenden nicht in den geringsten Konflikt zu geraten.

junge Welt, Dienstag, 11.11.2008, S. 10.

Auf Kriegskurs

Vor 75 Jahren holte sich Hitler die Bestätigung für den Austritt aus dem Völkerbund

Ernst von Weizsäcker, Botschafter des Deutschen Reiches in der Schweiz, hatte im Frühherbst 1933 keinen leichten Stand. Der konservative Diplomat schrieb am 20. Oktober 1933 aus Bern: „Die Schweizer Presse, aber auch der einzelne Schweizer nehmen ganz gegen uns Partei. Ich habe die Mühe, in amtlichen und privaten Gesprächen darzutun und glaubhaft zu machen, dass die friedlichen Versicherungen und die den Franzosen hingehaltene Hand ehrlich zu nehmen sind.“ Schweizer Bürger gaben ihrem Unwillen über den neuen unerwünschten Nachbarn ungehemmt Ausdruck. Erkannten sie an seinem Kennzeichen ein deutsches Auto, umjubelten sie es mit dem spöttischen Ruf „Heil Adolf“. Sie lagen mit ihrem Misstrauen gegen den „originalen Friedenswillen“, den die deutsche Delegation in Genf vorgetäuscht hatte, vollständig richtig.

„Gleichberechtigung“ hatten schon die Außenpolitiker der Weimarer Republik verlangt. Im Munde der neuen Machthaber besagte die Parole „Freiheit zu unbegrenzter Aufrüstung“. Doch kamen sie damit, wie gewünscht, nicht durch. Hitler setzte die Miene des Enttäuschten auf und sagte: „Ich habe schon in meiner Friedensrede im Mai erklärt, dass unter solchen Voraussetzungen wir zu unserem Leidwesen auch nicht mehr in der Lage sein würden, dem Völkerbund anzugehören oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen.“

Frieden und Abrüstung

War die Begründung, die Behandlung Deutschlands wäre mit seiner Ehre nicht vereinbar, auch heuchlerisch, das Naziregime hatte mit ihr keinen so schlechten Stand. Es konnte sich auf die Weigerung der Mächte berufen, der 1919 eingegangenen Verpflichtung nicht nachgekommen zu sein. Denn Frieden und Abrüstung waren die Gelöbnisse an der Wiege des Völkerbundes gewesen. Im Artikel 8 der Satzung beauftragten die Bundesmitglieder den Rat, Maßnahmen gegen die Herstellung von Munition und Kriegsgerät zu schaffen. Artikel 18 besagte: Wenn ein Bundesmitglied „zum Krieg schreitet, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine kriegerische Handlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen“. Dann sollten alle anderen Maßnahmen gegen diesen Aggressor ergreifen und mit ihren Streitkräften den Frieden wieder herstellen.

Der Bund trat mit guten Vorsätzen auf die Weltbühne – und mit Geburtsfehlern. Dass Deutschland in ihm nicht zugelassen wurde, wollte zunächst wenig besagen. Doch war zur Friedenskonferenz jener Staat nicht geladen worden, der im Krieg als erster den Ruf nach Frieden nicht nur erhoben hatte, sondern auch aus der Reihe der kriegführenden Mächte ausgeschert war. Gegenüber Sowjetrussland befolgten die neuen Weltfriedensstifter den Kurs der Intervention und des Boykotts. In den USA setzten sich die Isolationisten durch, die ihre Beteiligung am Bund als Fessel für ihre Entschlüsse erblickten.

Es war jedoch nicht das Fernbleiben der USA und der UdSSR, sondern die Haltung seiner Einflussreichsten Mitglieder, die den Bund nie Autorität gewinnen ließ. Das Versprechen abzurüsten wurde nicht gehalten. Abmachungen über Seerüstungen betrafen niemals der Reduzierung des Vorhandenen. Ein Abkommen über die Begrenzung des Luftkrieges kam nicht zustande. Überall waren Militärs und Rüstungsindustrielle stark genug, Vereinbarungen zu verhindern, die ihre Profite schmälerten. Die Doktrin, dass Krieg ein legitimes Mittel der Politik sei, war nicht verabschiedet. Jedoch verbinden sich mit der Geschichte des Bundes Beschlüsse gegen den Einsatz massenvernichtender Waffen. Geächtet wurde 1925 in einer Konvention die Verwendung von Gas- und biologischen Waffen. 1929 wurde vereinbart, in künftigen Kriegen das Los der Kriegsgefangenen zu erleichtern, ein Vorhaben, das vor allem an das Leben und Sterben der Millionen sowjetischer Kriegsgefangener erinnert, die zwölf Jahre später in deutsche Hände fielen.

Bund versagte

Nach vergeblichen Anläufen wurde 1931 beim Völkerbund eine Abrüstungskonferenz installiert. Mehr als 60 Staaten beteiligten sich. Experten wurden aufgeboten. Namhafte Politiker erschienen am Ort und setzten sich als Verfechter des Friedensgedankens in Szene. Deutschland nutzte das Gremium

vor allem, um seine Forderung der Gleichberechtigung vorzutragen. Vom Format der deutschen Abgesandten zeugt die Teilnahme des Generals Werner von Blomberg, der in der Hitler-Regierung Reichswehrminister wurde und diesen Titel 1935 gegen den eines Kriegsministers eintauschte. Die Delegation der Reichsregierung brachte die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs angesichts deren Abrüstungsunwilligkeit in die Bredouille und in Konfliktsituationen, da die jeweilige Bereitschaft, Deutschland Zugeständnisse zu machen, unterschiedlich entwickelt war.

Die Probe auf Wert und Funktionsweise des Völkerbundes kam, als Japan 1931 in Nordchina einfiel und die Mandschurei zu seinem Marionettenstaat Mandschukuo machte. Die Reaktionen des Bundes waren schwächlich, demonstrativ und folgenlos. Dennoch reagierte Tokio am 28. März 1933 mit seinem Austritt. Deutschland folgte, wie beschrieben, nur sieben Monate später. Italien verließ den Bund 1937, nachdem der, wiederum ohne die für diesen Fall vorgesehenen Sanktionen zu ergreifen, dessen Eroberung Äthiopiens, ein Mitglied des Bundes, kritisiert hatte. Da war die Abrüstungskonferenz 1935 schon sanft und ruhmlos entschlafen.

Seit 1934 hatte der Bund ein neues Mitglied, die Sowjetunion. Deren Führung hatte nach der Errichtung der Diktatur in Deutschland die eigene Außenpolitik korrigiert und trat für den Zusammenschluss jener Mächte ein, die aktuell kein territoriales Expansionsinteresse besaßen. Der Aufbau einer Abwehrfront namentlich gegen die Gelüste der revisions- und revanchelüsternen Politiker in Deutschland sollte denen gleichsam die Trauben hochhängen. Die Idee und die aus ihr hervorgegangenen Initiativen, die sich vor allem mit dem Namen des sowjetischen Außenministers Maxim Litwinow verbinden, scheiterten jedoch an der Gegenstrategie vor allem Großbritanniens.

Was war für das Nazireich mit dem Austritt aus dem Völkerbund erreicht? Es hatte sich im Innern zweifelsfrei als kompromissloser Verfechter „deutscher Interessen“ dargestellt, die das Zerreißen der „Ketten von Versailles“ erforderten. Nationale Selbstachtung und Ehre seien hergestellt. Für den 12. November 1933 wurde eine Volksabstimmung anberaumt. „Für Friede und Gleichberechtigung“ stand auf den metallenen Abzeichen, mit denen die „Volksgenossen“ ihr Ja öffentlich an ihrer Kleidung zur Schau stellen sollten. Die Frage auf dem Abstimmungsschein lautete „Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik der Regierung?“ und stellte jeden ins nationale Abseits, der seine Zustimmung versagte. Zu den Unterstützern gehörte Kardinal Adolf Bertram, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz. Ein Appell verlangte: „Lasst den Führer nicht im Stich.“ Der sprach zwei Tage vor der Abstimmung im Berliner Siemenswerk. Seine Rede übertrug der Rundfunk. Gemeinschaftsempfänge wurden organisiert. Der Verkehr stand für eine Minute still. Das Ergebnis wurde mit 95 Prozent Ja-Stimmen angegeben. Für Nazi- und Kriegsgegner war dieses Resultat deprimierend.

Der Völkerbund in Daten

25. Januar 1919: Die in Paris tagende Friedenskonferenz beschließt die Schaffung eines Völkerbundes, dessen Mitglieder sich verpflichten sollen, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, ihre Rüstungen auf ein Minimum herabzusetzen sowie für die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit einzutreten und sie für alle Mitglieder des Bundes zu sichern.

10. Januar 1920: Der Bund nimmt seinen Sitz in Genf (Schweiz) und seine Arbeit auf.

29. September 1924: Das Deutsche Reich beantragt die Aufnahme als Mitglied und verbindet das mit der Forderung nach Wiederherstellung der Rüstungsgleichheit.

8. September 1926: Das Deutsche Reich wird in den Bund aufgenommen und erhält einen ständigen Sitz im Völkerbundrat.

28. März 1933: Japan tritt aus dem Völkerbund aus und beantwortet damit die halbherzige Verurteilung seiner Eroberungen auf dem asiatischen Festland durch den Völkerbund.

14. Oktober 1933: Das Deutsche Reich tritt aus dem Völkerbund aus mit der Begründung, dass ihm Rüstungsgleichheit verwehrt werde. Am 12. November lässt die Regierung Hitler in einer Volksabstimmung diesen Schritt billigen.

18. September 1934: Die Sowjetunion wird Mitglied des Völkerbundes.

12. September 1937: Italien tritt aus dem Völkerbund aus, nachdem es sich mit Deutschland 1936 zur aggressiven „Achse Berlin-Rom“ verbündet hat. Der Bund, der seine Unfähigkeit und Untätigkeit bei den Aggressionen Japans und Italiens erwiesen hat, ist vollends zu einem Torso geworden. Seine formale Auflösung erfolgt am 18. April 1946.

junge Welt, Sonnabend, 15.11.2008, S. 15.

Rote Karte aus Blois.

Ein Ordnungsruf von Historikern, adressiert nach Brüssel

Dass Klimaforscher, zusammengeschlossen in einem mehr oder weniger engen internationalen Verbund, öffentlich hervortreten und ihre Stimme zu Prozessen in der Natur erheben, die ihnen als gefahrdrohend gelten, wird nicht mehr als ein besonderes Vorkommnis wahrgenommen. Ihre Mahnung erhält ein paar Tage lang einen vorderen Platz in Nachrichtensendungen und Zeitungen, dann wechselt das Interesse. Die Experten selbst können von sich mit den „alten Römern“ sagen, sie hätten geredet und ihre Seele gerettet. Dass Historiker, auch nur die in einem Staate Lebenden, sich zusammentun, um sich zu einem geschichtlichen Ereignis, es mag drohen oder sich bereits zutragen, öffentlich erklären, wird hingegen selten berichtet. Beharrlich schweigt die sich gelegentlich als „scientific community“ bezeichnende Zunft seit Jahren zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak. Nicht, dass die ihr Angehörenden keine Meinung haben würden. Sie besitzen davon mehrere und in diesem Wissen unterlassen sie auch nur den Versuch, mit einer Stimme zu sprechen. Sie leben insgesamt mit einer weitgehend eingeschränkten Verantwortung.

Nun haben sich doch Geschichtsforscher mehrerer Länder zu gemeinsamem öffentlichem Hervortreten entschlossen. Was sie aufschrieben und publizieren ließen, hat indessen seinen ersten Adressaten nicht in den Volksmassen oder auch nur in jener Minderheit davon, die als geschichtsinteressiert gelten kann, sondern in den Regierungen der Staaten und den Politikern, die an deren Gesetzgebung beteiligt sind. Das an sie gerichtete Dokument wird als „Appell von Blois“ bezeichnet, nach dem zwischen Tours und Orléans gelegenen Ort an der Loire, in dem es jüngst verabschiedet wurde. Dass der Aufruf von daherkommt, ist durch dessen Vorgeschichte bedingt. Schon vor Jahren hat sich eine große Gruppe französischer Historiker dagegen gewandt, durch Staatsgesetze Aussagen über die geschichtliche Vergangenheit unter Strafandrohung zu stellen und – das geschah in einigen Fällen –, Gerichtsverfahren gegen Verfechter von eigenen Sichten auf geschichtliche Ereignisse durchzuführen. Es begann 1990, als – wie in Deutschland und anderen europäischen Staaten – die Leugnung des Massenmords an den europäischen Juden und anderer gegen die Menschheit gerichteter Verbrechen per Gesetz strafbelegt wurde. Darauf folgte 2001 ein Gesetz, das auch die Sklaverei solchen Verbrechen zuordnete und verlangte, dass sie in historischen Darstellungen bis in die Schulbücher eine entsprechende Beleuchtung zu erfahren hätte. Über Frankreichs Grenzen hinaus erregte eine weitere gesetzliche Bestimmung Aufmerksamkeit, die den Mord an den Armeniern als Genozid qualifizierte und dessen Leugnung strafbar machte. Der Gipfel in dieser Anhäufung war erreicht, als gar gesetzlich verordnet wurde, Frankreichs Rolle als Kolonialmacht in Übersee und namentlich in den nordafrikanischen Kolonien auch in positivem Lichte erscheinen zu lassen. Daraufhin hatte sich unter den französischen Historikern eine Gegeninitiative gebildet, die sich „Freiheit für Geschichte“ nennt und – wegen der doppelten Bedeutung des Wortes sei angefügt – deren Protagonisten die vollständige Wiederherstellung der Freiheit für die Geschichtswissenschaft und geschichtswissenschaftliche Diskussionen in der Gesellschaft verlangen.

Das Thema und die sich mit ihm verbindenden Befürchtungen sind in Europa auf unser westliches Nachbarland nicht beschränkt, denkt man allein daran, dass in der Türkei von der Justiz verfolgt wird, wer den Mord an den Armeniern nennt, was er war, während in der Schweiz gerade das gesetzlich verlangt wird. Und nun gar: Aus Brüssel wurden Bestrebungen bekannt, in einem Rahmengesetz, das von den Mitgliedstaaten der Union sodann in Landesgesetze transformiert werden soll, vorzugeben, wonach künftig bestraft wird, wer „Völkermord, Verbrechen wider die Menschheit oder Kriegsverbrechen“ öffentlich missachtet, leugnet oder grob fahrlässig bagatellisiert. Da, so die Entgegnung der Historiker, drohe die Gefahr „Staatswahrheiten“ zu fixieren und sie mit Gesetzen und Gerichten durchzusetzen. Dem wird die Forderung nach der Freiheit der Forschung und des Streits über deren Resultate in der Zunft wie in den Gesellschaften entgegengesetzt. Der Staat solle die Bedingungen für diesen Streit sichern und die Ermittlung der Wahrheit fördern, aber sich gefälligst aus der Entscheidung darüber heraushalten, was das Prädikat wahr beanspruchen könne. So weit, so gut, wird namentlich jeder sagen, der mit staatlichen Eingriffen in die Richtung der Forschungen, mit Vorgaben für deren Ergebnisse und der Bestimmung von Tabuzonen zu tun gehabt hat.

Zweierlei – sagen wir milde – Naivität im Hervortreten der in Blois Versammelten verwundert. Sie drückt sich zum einen in ihrer Beteuerung aus: „Der Historiker anerkennt kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt kein Tabu.“ Für jeden Beteiligten mag das hier ungeprüft gelten. Doch mit der fixierten Verallgemeinerung wird zu vielen Zunftkollegen die Berufsbezeichnung abgesprochen. Denn: Wie viele Historiker schreiben sich tagaus und tagein wissentlich um Tatsachen herum? Wie viele wirken – wieder tagtäglich – an Fernsehsendungen mit, in denen absichtsvoll Tatsachen „ausgelassen“ werden. Wie viele, um von der Bundesrepublik zu reden, akzeptieren das Dogma von der „zweiten deutschen Diktatur“? Und zum anderen: Wer glaubt ernsthaft, dass Staaten ablassen könnten, ihre Politik mit aus der Geschichte bezogenen Argumenten, wahr oder falsch, zu rechtfertigen, und dass sie fähig wären, sich auf eine Rolle zurückziehen, ähnlich der jener Pfeifenmänner, die auf Fußballplätzen für die Beachtung von Regeln beim Streit um den Ball sorgen?

Neues Deutschland, 15./16. November 2008, S. 22.

Freiheit gebracht, Uhren genommen

Vor 60 Jahren: Diskussionen um Rudolf Herrnstadts Artikel „Über ‚die Russen' und über uns"

Am 18. November 1948 erschien im „Neuen Deutschland" aus der Feder des Chefredakteurs der „Berliner Zeitung" Rudolf Herrnstadt ein Artikel, der wegen seines Themas und mehr noch wegen der Art, in der es erörtert wurde, in der Geschichte dieser Zeitung einen denkwürdigen Platz besetzt. Der Text wurde in der Zeitung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) „*Tägliche Rundschau*" nachgedruckt. Und er erschien zudem separat in einer Broschüre und wurde zum Anstoß für viele öffentliche und private Diskussionen. Überliefert ist die Beteiligung u. a. des Intendanten Wolfgang Langhoff, des Juristenprofessor Peter Alfons Steiniger, des Philosophen Wolfgang Harich sowie Alexander Abusch und Albert Norden.

Schon der Begriff „die Russen" war ungewöhnlich. Das Wort gehörte zur Alltagssprache der Deutschen, doch Veröffentlichungen in der Presse und Vorträge in der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion versuchten gerade in der Ostzone, das deutsche Unwissen über das Riesenland auf dem eurasischen Kontinent durch Kenntnisse abzubauen. Mit „die Russen" war signalisiert, dass der Autor aufs allgemeine Bewusstsein (und nicht auf das der Minderheit von ND-Lesern allein) zielte.

Der Fall des Schwagers und der Schwägerin

Im Zentrum seines Aufsatzes stand der Antisowjetismus, dessen sich der Imperialismus bediene, so Herrnstadt, um sich vor dem sicheren Untergang zu retten. Seine Ausgangsfrage: Warum werden mit ihm weithin Erfolge erzielt? Die Antwort lautete: Weil selbst von Teilen der SED der Komplex Sowjetunion als „eine Belastung" empfunden werde, selbst Kommunisten sich nicht entschlossen und ohne jede Einschränkung der antisowjetischen Hetze entgegenstellen würden. Sie verteidigten, das war das Alpha und Omega von Herrnstadts Aufsatz, die Sowjetunion nicht ohne Einschränkungen.

Als eine Ursache dieses Verhaltens machte der Verfasser das Unverständnis für die in der Sowjetunion existierenden Überbleibsel der Vergangenheit aus, von denen er Tagediebe, Bürokraten, Karrieristen, Gauner und, als Folge des Krieges das Wiederauftauchen auch von Mördern nannte. Einen anderen Grund sah er in unverstandenen Erlebnissen und Erfahrungen, die aus der Zeit stammten, da die Sowjetarmee kämpfend den Boden Ostdeutschlands erreicht hatte und dessen nicht westwärts geflohene Bewohner „Bekanntschaft" mit den Siegern machten. Damit war ein Thema angeschlagen, das bis dahin unter einem Tabu stand und schon wenig später wieder in den Bereich des zu Beschweigenden verwiesen wurde.

Herrnstadt stellte den Lesern einen solchen unentschlossenen Genossen vor, der gleichsam an dem Erleben „seines Schwagers" gedanklich festklebte, dem im Frühjahr 1945 ein Rotarmist „eins über den Schädel geschlagen" und zudem das Fahrrad weggenommen hatte. Das war erkennbar der mildere Fall, man hätte auch mit der Geschichte einer „Schwägerin" beginnen können. Herrnstadts Argumentation war zweigleisig. Zum einen berief er sich auf die unbestreitbare Tatsache, dass jeder Krieg immer Menschen verrohe und dass dies in Teilen der Sowjetarmee ebenso geschehen sei. Zum anderen, und das war sein Hauptargument, hätten die deutschen Werktätigen diesen anfänglichen Umgang mit ihnen vor allem selbst verschuldet, denn wie anders wäre die Begegnung von Deutschen und „Russen" verlaufen, wären jene hier auf Deutsche getroffen, die den Leidensweg der Soldaten der Sowjetarmee durch eigenes Aufbegehren verkürzt hätten. Auch dann, räumte er ein, „wären einzelne Übergriffe geschehen". Ein Satz Herrnstadts lautete: „Man soll nicht verniedlichen." Das Thema „die Russen" gehörte im Herbst 1948 keineswegs schon der Vergangenheit an. Nicht nur, dass die Erinnerungen frisch waren.

Zum Alltag in der Besatzungszone gehörten die Demontagen von Industrie- und Verkehrsanlagen mit ihren Folgen und die fortdauernden Leistungen auf Reparationskonten aus der so genannten laufenden Produktion, die das Leben der Menschen zusätzlich erschwerten. Und mehr als alles andere lasteten auf vielen Familien die Ungewissheit über die Rückkehr von Vätern und Söhnen aus sowjeti-

scher Kriegsgefangenschaft. „Die Russen“ – das waren die Sieger, die Besatzer, die Soldaten, die abgeschieden von den Deutschen sich in Kasernen und anderen militärischen Stützpunkten hinter endlos-öden grün gestrichenen Zäunen unsichtbar machten, Menschen aus einer fremden und unheimlichen Welt, Angehörige von Völkern, über deren Charakter, Lebensweise und Moral jahrelang und Tag für Tag Lügen und Zerrbilder verbreitet worden waren. Die Nazibilder von den kulturlosen „Asiaten“, den wilden „Mongolen“, die zwölf Jahre hindurch in die Köpfe der Deutschen gepresst worden war, unter diesen Bedingungen aus diesen Köpfen zu bringen, erforderte Berserkerkräfte und bedeutete eine Sysiphosarbeit. Zeitungsredaktionen, Verlage, Filmtheater, demokratische Organisationen hatten Anstrengungen nicht nur wider die Zerrbilder von der Sowjetunion, sondern auch gegen die über Wissenschaft und Kultur im Zarenreich unternommen. Dazu gehörte beispielsweise die Reihe „Deutsche sehen die Sowjetunion“, eine Entgegensetzung zu der von der Nazipropaganda herausgegebenen Folge „Deutsche Soldaten sehen die Sowjetunion“. In ihr schilderten Schriftsteller (Anna Seghers, Eduard Claudius, Stephan Hermlin u. a.), die ersten, die nach dem Ende des Krieges die UdSSR besuchen konnten, Begegnungen mit Bürgern des Landes und Eindrücke von seinem Alltagsleben wie von seinen Festtagen.

Herrnstadts Artikel war indirekt auch ein Eingeständnis von der Begrenztheit des Erfolgs dieser Bemühungen. Natürlich ging der so viel Aufsehen erregende Aufsatz nicht nur auf den eigenen Entschluss seines Verfassers zurück. Aus ihm lässt sich der Eiseshauch des Kalten Krieges ablesen, am stärksten dort, wo auf die Herabsetzung der Leistungen der Sowjetunion und ihrer Armee „im Westen“ mit einer ebensolchen der britischen und US-amerikanischen Soldaten reagiert wird (die bedenklichste unter den schwachen Passagen des Textes). In der neuen weltgeschichtlichen Frontstellung war Herrnstadt doppelt besorgt um die Parteinahme der ostdeutschen Werktätigen für die Sowjetunion, von deren Politik „im Prinzip“, wie er schrieb, „alles, alles, alles“ zu verteidigen sei. Das hatte ein Autor des „*Spiegels*“, der von der Absicht einer „Bagatellisierung des Russeneinmarsches“ schrieb, (wobei „Einmarsch“ eine entweder gedankenlose oder zynische Bezeichnung für jene Kämpfe darstellt, die am 12. April 1945 an der Oder begannen) noch 1990 so wenig verstanden wie der Schreiber der „Zeit“ 1948, der aus dem Text die Absicht der „Zwangsbefreundung“ herausgelesen hatte.

Im Kern ging es in der Diskussion des Jahre 1948 darum, Deutschen begreifbar zu machen, was ihnen im Mai 1945 als Volk geschehen war. In einer der auf die Publikation in Berlin folgenden Diskussionen sagte ein sowjetischer Offizier, die Deutschen hätten vergessen, dass ihnen damals die Freiheit gebracht worden sei, nicht aber, dass ihnen ihre Uhren abgenommen worden wären. Das war goldrichtig gemeint, aber falsch gesagt. Denn sie konnten doch nicht etwas vergessen, was sie vordem noch gar nicht begriffen hatten. Und das sollte lange dauern.

Viele von ihnen hörten und akzeptierten den Begriff „Befreiung“ in Westdeutschland erst vierzig Jahre später, nachdem ihn Bundespräsident Weizsäcker 1985 in einer Gedenkrede demonstrativ benutzt hatte. Und an der Nachhaltigkeit dieses Wandels bestehen zudem berechtigte Zweifel, die sich beispielsweise auch auf filmische Darstellungen wie im Streifen „Der Untergang“ richten. Und – zweitens – Befreiung bedeutete für die Mehrheit der Deutschen zunächst Befreiung von ihrer Rolle als Peiniger, Schinder und Mörder anderer Völker und nicht schon Freiheit. Die Befreiung vom Faschismus wurde den Deutschen gebracht (mit dem Zutun einer Minderheit von Antifaschisten aus dem eigenen Volk), freiheitliche Zustände und Praktiken mussten sie selbst sich gestalten.

Ein anderes, neues gemeinsames Erleben

Zwischen Herrnstadts Artikel wider den Antisowjetismus und dem Ende der DDR lagen etwa vier Jahrzehnte. Für eine unbestimmte, mit Sicherheit aber siebenstellige Zahl von einstigen DDR-Bürgern gehören vieljährige Aufenthalte in der UdSSR, Tätigkeiten als Diplomaten, Außenhändler, Militärs, Forscher oder Studenten, längere Arbeitseinsätze wie beim Bau der Erdöltrasse „Drushba“, Urlaubsreisen sowie für Sportler Wettkämpfe und Trainingslager. All das gehört zur Geschichte einer neu entstandenen Beziehung, deren Fundament ein neues, anderes gemeinsames Erleben war. Populär waren in der DDR Sowjetbürger wie die Kosmonauten Juri Gagarin und Walentina Tereschkowa, die

Primaballerinen Galina Uljanowa und Maja Plissezkaja, der Geiger David Oistrach und der Puppenspieler Sergej Obraszow, der Torwart des Fußballklubs Dynamo Moskau Lew Jaschin, die Clowns Karandasch und Oleg Popow sowie die Schauspieler Jelena Bystrizkaja („Der stille Don“), Tatjana Samoilowa („Die Kraniche ziehen“) und Michail Uljanow („Schlacht unterwegs“) – nicht zu vergessen Nikita Chruschtschow.

Das ist Vergangenheit. Zwischen ihr und der Gegenwart liegt das Russland Jelzins und Putins. Und die Veränderungen geben genug Gründe, über uns und unsere Nachbarn wieder und neu nachzudenken, also auch.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. November 2008, S. 24.

Mehr als ein Definitionsstreit

Vor 75 Jahren charakterisierte die Kommunistische Internationale den Faschismus an der Macht

Redaktionelle Vorbemerkung: Der Autor unseres Beitrags erhielt am 21. August 1992 von der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Frau Professor Dr. Marlis Dürkop, ein Schreiben, in dem sein Arbeitsverhältnis gekündigt wurde, in dem sich zu dessen Begründung u. a. der Satz findet: „Noch in den 70er Jahren gehen Sie in Ihren Arbeiten zum Faschismus ganz dogmatisch von der Faschismusformel der Kommunistischen Internationale vom Dezember 1933 aus ...“. (jW)

„Heute wird der Faschismusbegriff in der Geschichtswissenschaft kaum noch für geeignet gehalten, die jeweiligen Besonderheiten faschistischer Systeme und des Nationalsozialismus angemessen zu erfassen.“ Derlei Unsinn liefert das Internet 2008. Der Begriff Faschismus zielte, seit er über den „italienischen Fall“ hinaus Eingang in die Sprache von Politik und Gesellschaftswissenschaften fand, nie auf die Besonderheiten der neuartigen, nach dem Ersten Weltkrieg in mehreren europäischen Staaten entstandenen Bewegungen. Er abstrahierte gerade von deren Unterschieden und suchte das Gemeinsame, Charakteristische zu erfassen, das Wesen dieser Erscheinungen.

Dass der Begriff Faschismus heute in der Bundesrepublik in geschichtlichen Unterweisungen an Schulen und Hochschulen mit Bezug auf deutsche Zustände kaum benutzt wird, kommt einer stillschweigenden Leugnung solcher charakteristischen Gemeinsamkeiten gleich und besitzt seine Ursachen. Bevor davon zu reden ist, sei festgestellt, dass die Begriffe Faschismus und Faschisten für die sich „Nationalsozialisten“ nennende Gefolgschaft Hitlers in Deutschland bereits vor 1933 geläufig waren, vor allem bei deren linken Gegnern, doch nicht allein dort. Davon überzeugt ein Blick in die Weltbühne Carl von Ossietzkys. Umstrittener als die Verwendung des Begriffs war die Kennzeichnung der Bewegung. Wer bildete sie? Wessen Interessen vertrat sie?

Moskau, Ende 1933

Kein Versuch, darauf zu antworten, erfuhr weitere Verbreitung und zugleich vielstimmigeren Widerspruch als die in eine Definition geronnene Charakteristik, die während der XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im November/Dezember 1933 gegeben wurde: Der Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Sie wird meist Georgi Dimitroff zugeschrieben, auch als Dimitroff’sche Definition bezeichnet. In Wahrheit befand sich der bulgarische Kommunist zum Zeitpunkt der Moskauer Tagung in der Hand der deutschen Machthaber. Ihm, weiteren Kommunisten und Marinus van der Lubbe wurde in Leipzig ein Prozess gemacht, mit dem den Kommunisten die Urheberschaft des Reichstagsbrandes angehängt werden sollte. Wer im Stab der Komintern, anknüpfend an frühere Bestimmungen – unter anderem eine von 1923 stammende Clara Zetkins – diese Kennzeichnung formuliert hat, ist unbekannt. Doch hat Dimitroff, daher mag die erwähnte falsche Zuordnung rühren, sie sich zu eigen gemacht und durch seinen im August 1935 gegebenen Bericht an den VII. Komintern-Weltkongress, der die Definition enthielt, zu ihrer Popularisierung enorm beigetragen.

Bevor Werte und Mängel der Definition diskutiert werden sollen, sind ein paar Bemerkungen zu den gegen sie vorgetragenen Einwänden nötig. Manche rühren, wie der eingangs zitierte, aus bloßem Unverständnis dafür her, was die Definition eines Phänomens aus Natur oder Gesellschaft ist und allenfalls leisten kann. Niemand wird auf die Idee kommen, eine Definition der Unterfamilie der Pantherinea (deutsch: Großkatzen) deshalb zu bemängeln, weil sie die Verschiedenartigkeit der Lebensgebiete, der Jagdgewohnheiten oder der Fellfärbung von, sagen wir Leoparden und Tigern, nicht berücksichtigt. Von dieser Art aber ist ein nicht unerheblicher Teil der Kritiken. Sie gehen am Interesse der theoretischen Anstrengung vorbei und ignorieren, dass jede Definition mit wissenschaftlichem Anspruch stets ärmer ist als die Theorie und diese wieder ärmer als die Wirklichkeit. Mit dem Gewinn, der aus der Abstraktion erwächst, geht ein Verlust einher. Daher gilt: Wessen Wissen auf die Definition eines Phänomens reduziert ist, hat von ihm noch nicht viel verstanden. Sie kann im besten Fall einen Zugang zum Verständnis des Ganzen in seiner Vielfalt eröffnen, das erarbeitet wer-

den will, vor allem dadurch, dass der Gedankenweg, der zu solcher Begriffsbestimmung geführt hat, zurückgegangen wird – vom Allgemeinen zum Besonderen und von da zum Einzelnen.

Andere, nun inhaltliche Einwände gründen darauf, dass zwischen den Aspekten des Begriffs Faschismus nicht unterschieden wird. Er meint in einer Verwendung eine Ideologie, in einer anderen eine politische Bewegung, in der dritten eine Staatsform. Die Komintern-Definition zielte auf den an die (Staats)Macht gelangten Faschismus. Sie hätte anders gelautet, wäre unternommen worden, den Extrakt der faschistischen Ideologie herauszustellen oder die faschistischen Parteien zu kennzeichnen. Den Ideologen und Theoretikern der Komintern war es darum zu tun, in einer weltweiten Bewegung klarzumachen, was von den beiden neuartigen, erkennbar eng verwandten Staatsgebilden, dem 1922 in Italien und dem jüngst in Deutschland entstandenen, zu halten und zu erwarten sei. Formuliert wurden eine Warnung und eine Orientierung für den Kampf.

Kurzum: Die knappe Kennzeichnung der faschistischen Mächte – weitere dieses Typs zu schaffen, dafür wirkten Bewegungen in mehreren Ländern – erfolgte nicht in akademischer Absicht. Sie war bestimmt, Massen zu mobilisieren und falsche Frontstellungen zu meiden. Dazu musste sie allgemeinverständlich sein. Ihre äußerste Verkürzung schloss wie in ähnlichen Fällen das Risiko von Missverständnissen ein und erleichterte zudem absichtliche Missdeutungen. Diese Zusammenhänge zu berücksichtigen, mag Menschen schwerfallen, die sich einzig in wissenschaftlichen Laboratorien bewegt und nie an politischen Kämpfen teilgenommen haben. Davon gibt es unter den Gesellschaftswissenschaftlern unserer Tage viele.

Geschichtsferne Einwände

Zahlreich sind auch Einwände, die im Unhistorischen wurzeln. Die Erfahrungen, die Ende 1933 mit den faschistischen Staaten vorlagen, sind minimal, verglichen mit jenen, die zwölf Jahre später angehäuft waren. Das gilt nicht nur für Antisemitismus und Judenhass. Es betrifft ebenso die Herrschaftspraktiken der Machthaber in Rom und Berlin, und insbesondere die Methoden, mit denen die Regime ihre Massenbasis zu sichern wussten. Deren Beurteilung geschah 1933 unter dem Eindruck der Konzentrationslager, in denen gepeinigt, gefoltert und gemordet wurde, und einer sich radikalisierenden politischen Justiz.

Eine andere unhistorische Kritik sieht davon ab, dass die Autoren der Definition mit ihr in Konkurrenz zu anderen Bestimmungen des Faschismus traten, von denen sie sich abzugrenzen wünschten. Das geschah insbesondere gegenüber jener Fehldeutung, die zwischen dem Gefolge der Faschistenführer, vorwiegend Angehörige der Mittelschichten, und dem Wesen der etablierten Macht nicht zu unterscheiden vermochte und sie als Herrschaft des Kleinbürgertums ansah. Eine bis heute anzutreffende andere Deutung reduzierte den Faschismus gar auf die „Herrschaft der Primitiven“.

Die Kennzeichnung des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals, der ökonomisch mächtigsten und daher Einflussreichsten Kräfte des Industrie- und Bankkapitals, diente vor allem der Entlarvung der Faschistenführer, die in Deutschland und Italien mit dem Versprechen auftraten, eine ganz neue gesellschaftliche und staatliche Ordnung errichten zu wollen, in der es keine Klassenkämpfe geben und alle Glieder der Nation einträchtig zusammenleben würden, so dass alte Größe wiedergewonnen und zu neuer aufgestiegen werden könne. Dieser Kern der Charakteristik richtete sich gegen die These von der „nationalsozialistischen Revolution“ und zielte auf die Bloßlegung des Verhältnisses der Politiker um Hitler und Mussolini zum großen Kapital, da wie dort eines der am besten gehüteten Geheimnisse.

Damit war auch gesagt, dass die Machthaber nicht die Interessen aller Bourgeois gleichermaßen verfechten würden. Die Einschränkung – die reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente – drückte zudem aus, dass nicht alle Personen und Gruppen des Finanzkapitals die neue Staatsmacht unter dem Hakenkreuz favorisiert und beigetragen hatten, sie zu installieren. Führungsgruppen von Großkonzernen, wie beispielsweise die an der Spitze des Jenaer Zeiss-Unternehmens, die auch unter Krisenbedingungen wirtschaftsfriedlich mit Betriebsräten und Gewerkschafts-

führern zusammenarbeiteten und dabei ihre Interessen durchzusetzen vermochten, hatten keinen Antrieb, sich auf die Seite der faschistischen Gegner der Republik zu schlagen.

Erwiesenes und Prognostiziertes

Reaktionärste – das hieß, es waren jene Kreise zu entscheidendem Einfluss gelangt, die mit der revolutionären wie der reformistischen Arbeiterbewegung ein für alle Mal abrechnen und ebenso gründlich die bürgerlich-demokratischen Zustände beseitigen wollten. Wer die Entwicklung von elf Monaten Nazidiktatur vor Augen hatte, konnte dies nicht in Zweifel ziehen. Doch war dieser innenpolitische Feldzug keine Parteipolitik auf nur eigene Rechnung, kein Toben der Rache für erlittene Niederlagen während der Kämpfe in der Republik. Jeder Schritt gegen die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften, ausgegeben als Weg zur Volksgemeinschaft, wurde von Führungskreisen des Kapitals gebilligt, mitunter auch mit Beifall bedacht, entsprach er doch lang gehegten Wünschen, die unbeseitigten Folgen der Novemberrevolution zu liquidieren. Weit über die Zirkel des Kapitals hinaus, die den Weg zum 30. Januar bewusst ebnen halfen, schlossen sich die wirtschaftlichen Interessenorganisationen der Bourgeoisie nach der Wende um das sich etablierende Regime zusammen. Das Experiment, auf Initiative einer Minderheit einmal riskiert, sollte unter keinen Umständen scheitern. Man stellte sich, so die offiziellen Erklärungen, dienend „hinter die nationale Regierung“.

Extrem chauvinistisch – das besagte, es würde die Außenpolitik der an die Macht gelangten Faschistenführer sich in keinen anderen Bahnen vollziehen als in jenen, die in Verlautbarungen zuvor bezeichnet waren. Das ergab sich aus den weitgehend identischen Vorstellungen von künftiger deutscher Politik, die im faschistischen Führungszentrum ebenso wie in maßgeblichen Kapitalkreisen gepflegt wurden. Weder die einen noch die anderen hatten je die Ergebnisse des Weltkriegs akzeptiert. Sie beabsichtigten, die 1914 verfehlten Ziele in einem zweiten Anlauf zu erreichen. Diese Charakteristik kontrastierte mit im In- und Ausland angestellten Mutmaßungen, ob der Hitler in der Wilhelmstraße noch der Hitler von „Mein Kampf“ sei. Wer Selbstberuhigung suchte, verließ sich auf die wohlfeilen Beteuerungen des Friedenswillens, mit denen der „Führer“ vom Tage an, da er Reichskanzler war, nicht sparte. Die sich davon einlullen ließen, wurden fünf Jahre später wach, als die faschistischen Chauvinisten zuerst gegen die Tschechen, dann gegen die Polen hetzten, von denen behauptet wurde, sie wollten die in ihren Grenzen lebenden Deutschen ausrotten.

Aufs äußerste imperialistisch – diese Kennzeichnung heute noch zu diskutieren, heißt Eulen nach Athen tragen. Italiens Eroberung des souveränen Kaiserreiches Abessinien 1935, die Liquidierung Albaniens 1939 und der Angriff auf Griechenland 1940 illustrierten und bestätigten sie ebenso wie – deutscherseits – die Tilgung Österreichs und der Tschechoslowakei von Europas Staatenkarte 1938/1939, sodann die Eroberungen im Zweiten Weltkrieg und die sich mit dem einem „Endsieg“ verbindenden Vorhaben, formuliert u.a. im Generalplan Ost, und nicht anders die Absicht, die Hand auf die Ölquellen des Nahen und Mittleren Ostens zu legen.

Der seit 1939 beschrittene Weg, soweit er jener der deutschen Eroberer ist, wird heute indessen nicht der von Imperialisten genannt, sondern meist als Hitlers Vernichtungskrieg bezeichnet, als hätte das Ziel einzig im Ausrotten und Zerstören bestanden und nicht in Landraub, Rohstoffquellen, Auspowerung versklavter Einwohner, als wären Kriegszüge und -ziele allein Ausgeburten des Größenwahns eines Mannes gewesen. Das waren sie auch, aber eben nur – zu einem für sich genommen – zu vernachlässigendem Teil. In Wahrheit vollzog sich unter Hitlers Führung die Wiederaufnahme, Fortsetzung, Umprägung und Erweiterung traditioneller Pläne, die in Machteliten des Reiches nach dessen Gründung 1871 sukzessive formuliert und gehegt worden waren und schon in den Ersten Weltkrieg geführt hatten.

Es gehört ein beträchtliches Quantum an Vorurteilen dazu, den Bestimmungen des Faschismus an der Macht aus dem Jahre 1933 Erkenntnis- und Wahrheitswert abzusprechen, sie als dogmatische Formel oder als „reduktionistisch“ abzutun. Dennoch lassen sich derlei Etikettierungen massenhaft antreffen, argumentierende Einwände hingegen sind rar. Diese Art von „Auseinandersetzung“ ist in ihrem Vorfeld inzwischen schon dadurch erleichtert, dass Begriffe wie „reaktionär“ und „imperialistisch“, die nicht dadurch gegenstandslos geworden sind, dass sie in Wissenschaft und – mehr noch –

Politik mitunter inflationär und beliebig gebraucht worden waren, nahezu ganz aus dem gesellschaftswissenschaftlichen und publizistischen Verkehr entfernt sind. Das geschah, ohne dass je dargetan worden wäre, welcher Wandel diesen Verzicht rechtfertigen könnte. So scheinen die Imperialisten irgendwo im 20. Jahrhundert an einer historischen Weggabelung, die weit hinter uns liegt, sich verhockt zu haben ...

Der Platz des Terrors

Terroristische Diktatur – diese Hervorhebung entstand, wie erwähnt, unter dem unmittelbaren Eindruck der bestialischen Gewaltmethoden, die zum Zwecke raschester Etablierung der Nazimacht angewendet wurden. Kein Zeitgenosse, dem die Existenz der Konzentrationslager entgangen sein konnte, war davon 1933 doch in Zeitungsberichten zu erfahren. Kaum jemand, der die Drohung und Anwendung von Gewalt gegen Juden nicht bemerkt haben konnte. Niemand, der die Flucht von Verfolgten und Drangsalierten, darunter viele jüdische Angehörige der Intelligenz, ins Ausland nicht wahrgenommen hatte. Doch blieb ungehemmter und zur Schau gestellter Terror nicht der Alltag des Faschismus. Die Machthaber hatten sich nicht, wie angenommen wurde, permanent mit Widerständen auseinanderzusetzen und darauf mit gesteigerten Maßnahmen brutaler Unterdrückung zu antworten.

Die Entwicklung verlief anders. Sie ermöglichte dem Regime, sich ein gesittetes Äußeres aufzuschminken und das weniger mit Rücksicht auf das Inland denn auf den Ansehensverlust, den die Enthüllung der Bestialitäten im Ausland verursacht hatten. Etwa zur Zeit des Weltkongresses 1933 verkündete Göring als preußischer Innenminister eine sogenannte Weihnachtsamnestie. Häftlinge aus Konzentrationslagern kamen mit der Auflage der totalen Unterordnung frei. Die Propaganda der Nazis präsentierte Deutschland als friedliches Land, bevölkert von in Eintracht lebenden, strebsamen Menschen. Diesen idyllischen Bildern wurden solche von blutig verlaufenden Konflikten jenseits der Grenzen, etwa den innenpolitischen Kämpfen in Österreich im Februar 1934, gegenübergestellt.

Die größte Wirkung vermochte diese Reklame 1936 während der Olympia-Wochen zu erzielen. Keine Rede also von permanentem, öffentlich geübtem und erfahrbarem Terror. Dessen Hauptinstrument, die Konzentrationslager, wurden in der Wahrnehmung der Mehrheit der Deutschen wie des Auslands zu einer Randerscheinung, und was in ihren geschah, blieb weithin verborgen. In aller Öffentlichkeit und ungehemmt wurde der außerjustizielle Terror erst in der Endphase des Regimes wieder angewendet. Da kam es zu demonstrativen Hinrichtungen von Soldaten und Zivilisten, die den Krieg nicht länger mehr mitmachen wollten, zu den heute „Verbrechen der Endphase“ genannten Untaten. Täter knüpften daran Hoffnungen, glimpflich davonzukommen, und es tobten sich mörderisch Rasende aus, die das eigene Ende nahe und unvermeidlich auf sich zukommen sahen.

Die Formulierung von der terroristischen Diktatur bezeichnet in der kommunistischen Ideologie und Theorie jener Jahre zugleich einen gedanklichen Fortschritt. Sie differenziert zwischen den kapitalistischen Staatsformen, und diese Unterscheidung eröffnete einen Gedankenweg zur Neubewertung von bürgerlich-demokratischen, repressiven, aber nicht terroristischen Herrschaftspraktiken. Hier kündigte sich, denkt man an das Verhältnis der deutschen Kommunisten zur Republik von Weimar, das sich etwa in Devisen wie „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“ oder auch in Wendungen wie „Schwarz-Rot-Mostrich“ für die Farben der Republik ausgedrückt hatten, eine Neubewertung an.

Einwände, die sich gegen diesen Teil der Faschismus-Definition richten, treffen nicht die Aussage, sondern das Unberücksichtigte. Das Fehlen jeder Erwähnung der mit dem Terror einhergehenden, sich auf ihn gründenden und mit ihm kombinierten Methoden der Herrschaftssicherung, also die permanente Machtstabilisierung durch die Instrumente der Propaganda und durch Erfolgsbestechung, die von innenpolitischen Veränderungen ebenso ausging wie von den Geschehnissen auf dem Wege zu „Großdeutschland“. In diesem Punkte geht es nicht um eine Korrektur, sondern um eine Ergänzung. Sie betrifft die Autoren des Jahres 1933 nicht, denn weder der italienische noch der deutsche Faschismus hatten zu diesem Zeitpunkt Tatsachen geschaffen, die den Regimen jene Massen von Anhängern schufen, die sie seit der Mitte der dreißiger Jahre zu formieren verstanden und auf die gestützt sie in den Krieg zogen.

Die Erfahrungsmasse, die 1945 vorlag, hätte keinen Widerruf, wohl aber eine Überprüfung und Ergänzung der definitorischen Kennzeichnung des Faschismus an der Macht erfordert, die vor allem die Massengefolgschaft, den Platz und die Rolle der Ideologie, insbesondere von Rassismus und Antisemitismus, die Genozide an Juden, Sinti und Roma und die Massenmorde während des Krieges aufzunehmen hatten. Die materialistische Faschismusforschung war, wovon viele ihrer Publikationen zeugen, gleichsam über diese Definition hinausgelangt, ohne dass dies unter den Spezialisten in der DDR zu einer weiterführenden Bestimmung geführt hätte. Das wurde auch der kritischen Bewahrung dessen, was 1933 geleistet worden war, abträglich.

Im Februar erschien in der edition ost, Berlin, die Autobiographie von Kurt Pätzold: Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers, 320 S., geb., 19,90 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 11.12.2008, S. 10.

Wieviel Wahrheit?

Vor 45 Jahren wurde in Frankfurt am Main der Auschwitzprozess eröffnet

Aus der unrühmlichen bundesrepublikanischen Geschichte der juristischen Ahndung jener Verbrechen, die von den deutschen Faschisten in den Jahren zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und den eroberten Gebieten begangen wurden, ragen einige denkwürdige Ereignisse heraus: der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958, auf den die Gründung der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg folgte, die ungeachtet der ihr zugewiesenen begrenzten Möglichkeiten sich bleibende Verdienste erwarb, und sodann der (1.) Auschwitz-Prozess, der von 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main stattfand. Die damals 18 Jahre alt, also im letzten Kriegsjahr geboren waren, haben heute das offiziell festgelegte Rentenalter fast erreicht. Was wird ihren Enkeln, Schulkindern, von jenem Prozess im Geschichtsunterricht gesagt, von dem es heißt, er habe die Bundesrepublik aufgestört und eine Wende im Denken über und im Verhältnis zur – damals jüngsten – Vergangenheit eingeleitet. Was erfahren Schüler in Ost und West heute aus Schulbüchern über dieses „Wendeereignis“?

Schulbücher schweigen

Besucher der Oberstufe, die ein im Diesterweg Verlag herausgegebenes Werk benutzen, lesen unter der Überschrift „Die Bewältigung der Vergangenheit“, dass unter dem Eindruck des Auschwitz-Prozesses „besonders Teilen der nachrückenden Generation“ die „Passivität bei der personellen und juristischen Bewältigung der Vergangenheit [...] moralisch unerträglich erschienen“ sei (S. 488). Woher diese Untätigkeit rührte, mag der Lehrer wissen und erklären. Den Lesern eines Lehrbuches aus dem Westermann Verlag wird erklärt, dass mit diesem Prozess die Bundesbürger von der Vergangenheit eingeholt worden wären. Zu erhalten sind knappe Angaben über die Zahl der Angeklagten, die Verhandlungstage, die Anklage. Nichts jedoch über Zeugen, Strafmaße, Strafverbüßung. Und wieder der Hinweis auf dadurch ausgelöstes Fragen Jugendlicher (S. 202). Das von Cornelsen herausgegebene Geschichtsbuch, ebenfalls für die Oberstufe, nennt drei „große NS-Prozesse“, neben den genannten den Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem und bemerkt, sie hätten „die Mauer des Schweigens und Verdrängens“ durchbrochen und „die Schwere der nationalsozialistischen Verbrechen erkennen“ lassen (S. 304). Für Gymnasiasten der Sekundarstufe I ist das bei C. C. Buchner erschienene Werk mit dem Titel „Das waren Zeiten“ bestimmt. Dessen Autor urteilt, dass das Interesse der Öffentlichkeit an der Verfolgung von NS-Tätern in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht groß gewesen sei, und schreibt der Ludwigsburger Stelle den Beginn einer „neuen Phase“ zu. Dann wird auf die mühevolle Beschaffung des Anklagematerials im Frankfurter und im Düsseldorfer Majdanek-Prozess (1975-1981) verwiesen. Der Abschnitt endet: „Insgesamt wurden vor westdeutschen Gerichten bis 1994 rund 6500 Personen, von ostdeutschen Richtern bis 1978 etwa 13000 Personen wegen NS-Verbrechen verurteilt“ (S. 151). Mit einem lakonischen Satz und ohne auf einzelne Fakten einzugehen, macht ein anderes Diesterweg-Schulbuch, gedacht für die 9. Klassen der Mittelschulen in Sachsen, die Sache im Abschnitt über die Geschichte der Bundesrepublik bis 1969 ab: „Trotz einiger spektakulärer NS-Prozesse erfolgte eine breitere Auseinandersetzung mit der NS-Zeit erst viel später“ (S. 38).

Fassen wir zusammen und beginnen mit der guten Nachricht: Das Verfahren gegen eine Gruppe der Täter des Vernichtungslagers Auschwitz ist in allen genannten Lehrwerken vermerkt, freilich ohne auf jene zu verweisen, die es überhaupt dahin brachten, dass Auschwitz stattfand. Nur angedeutet werden Wirkungen, die von den Enthüllungen des Prozesses ausgingen. Und die schlechte: In jeder Hinsicht werden die Schüler mit Antworten auf die Frage allein gelassen, zu deren Beantwortung aller Geschichtsunterricht hinführen und befähigen sollte. Sie lautet: Warum? Warum zeigten sich die Deutschen an der Aufklärung über die Zusammenhänge ihrer Vergangenheit desinteressiert? Warum kam aus der Justiz nicht früher schon ein Impuls für die Durchsetzung dessen, was nach geltendem Recht notwendig und Aufgabe der Staatsanwaltschaften war? Warum war die Zahl der NS-Prozesse und der Verurteilten in der bevölkerungsärmeren DDR so viel größer als in der Bundesrepublik und das, obwohl eine erhebliche Zahl der mit Verbrechen Belasteten sich doch nach Westen gewandt hatten?

So zu fragen, das wird den Lesern des Buches von Cornelsen nahegelegt, sei überflüssig, denn der beschrittene Weg sei alternativlos gewesen, eine Behauptung, die bei dem Historiker und Totalitarismuserforscher Clemens Vollnhals entliehen wird, der doziert: „Auch wird man im historischen Rückblick nicht übersehen dürfen, dass eine großzügige Rehabilitierungspolitik, die vielfach Gnade vor Recht walten ließ, für die Bildung eines neuen konsensfähigen Gemeinwesens unumgänglich war“ (S. 333). Andernfalls nämlich, über ungeschehene Geschichte lässt sich gut orakeln, hätten die alten Nazis den Weg in die Bonner Demokratie versperrt. Der Satz selbst enthält zudem eine dreiste Beschönigung: Wer nicht angeklagt und verurteilt wurde, der brauchte gar nicht rehabilitiert zu werden.

Breite Öffentlichkeit

Zurück zum Ereignis. Der Prozess, der am 20. Dezember 1963 im Frankfurter Römer eröffnet wurde (das Gericht tagte sodann 1964 und bis zur Urteilsverkündung im Gallus-Haus) hatte seine Bezeichnung wie üblich nach dem Hauptangeklagten erhalten und hieß so „Strafsache gegen Mulka u. a.“. Mit dem SS-Hauptsturmführer Robert Mulka, Adjutant von Lagerkommandant Rudolf Höß, waren 22 weitere Personen angeklagt. Das Gericht hörte für das Verfahren 357 Zeugen, von denen 211 Überlebende des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz waren. Die Verhandlungen beanspruchten insgesamt 183 Tage und endeten mit der Urteilsverkündung am 20. August 1965. In ihrem Verlauf kamen Sachverständige zu Wort, deren Vorträge aufgrund eigener wissenschaftlicher Forschungen die geschichtlichen Zusammenhänge der Verbrechen klarmachten.

Das entsprach ganz dem Anliegen des Mannes, der um das Zustandekommen des Verfahrens sich das Hauptverdienst erworben hatte, des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer. Ihm ging es nicht um die Bestrafung der Täter allein. Er versprach sich von der juristischen Feststellung unabweisbarer Tatsachen und deren Bekanntmachung auch ein Umdenken in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft und hoffte, viele Deutsche würden begreifen, dass hier von ihnen und ihrer Geschichte und Rolle gehandelt wurde. Sein Vorhaben fand Unterstützung bei vielen Zeitgenossen. Unmittelbar durch Beobachter, die von ihren Redaktionen in den Gerichtssaal entsandt wurden und täglich Informationen in die Presse und an Rundfunksender gaben. Unter ihnen befanden sich Axel Eggebrecht, der, 1933 in einem Konzentrationslager inhaftiert, sich in Deutschland abseits der Propaganda in der Filmbranche durchgeschlagen hatte, die österreichische Publizistin und Schriftstellerin Professorin Elisabeth Freundlich, die 1938 ihr Land verlassen musste und in den USA überlebte, und aus der DDR Rudolf Hirsch, ein jüdischer Sozialist, der sich vor den Mördern durch die Flucht ins Exil gerettet hatte, das er nach weiten Wegen in Palästina verbrachte.

Sodann wurde der Prozess Anstoß für Schriftsteller, sich in Werken verschiedener Genres mit diesen Zeiten, Taten, Tätern und Opfern zu befassen. Das gilt für Peter Weiss, Peter Edel, Paul Celan, Marieluise Kaschnitz und weitere. Mit dem (1.) Auschwitz-Prozess lasse sich das „Ende des Schweigens“ markieren, eine Feststellung, die doch die Goldwaage nicht verträgt, denn weder war vor dem Verfahren das Schweigen total, noch sind nach ihm die ausgestorben, die Schweigen bewahren und auch offen dafür plädieren.

Literatur zum Thema

Wer sich heute über den Prozess, seine Voraussetzungen und seine Folgen informieren will, gerät nicht in Verlegenheit. 2004 erschien im Pahl-Rugenstein Verlag „Das Urteil im Frankfurter Auschwitzprozess“, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer und Werner Renz. Das nach Fritz Bauer benannte Frankfurter Institut schuf aus Anlass des 40. Jahrestages eine ihm geltende Ausstellung, die zuerst am Ort des Prozesses gezeigt wurde, dann auf Reisen nach Berlin und München ging und ab dem 27. Januar 2009, also dem Auschwitz-Tag, in Hannover zu sehen sein wird. Wer sie verpasst hat, kann zu ihrem Katalog greifen (erschienen bei Snoeck Köln: 2004, 872 S., 49,80 Euro). Wer eine Vorstellung von der in vielen Staaten geschehenen „Strafverfolgung der Angehörigen der SS-Besatzung des KL Auschwitz“, mit ihren Erfolgen, Misserfolgen und Versäumnissen gewinnen will, mag zu einem Aufsatz mit diesem Titel greifen, den der polnische Soziologe Aleksander Lasik veröffentlicht hat. (In: Auschwitz 1940-1945, Bd. V., Epilog, Verlag des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Oświęcim 1999, S. 87-108.)

junge Welt, Sonnabend, 20.12.2008, S. 15.

Churchill muss schuld gewesen sein

Schiffskatastrophen gehen immer. Ins Kalkül von Fernsehintendanten übersetzt heißt das: Sie finden ihre Zuschauer, die Quote stimmt. Das hatte sich schon an den Filmen über die „Titanic“ und die „Wilhelm Gustloff“ erwiesen und bestätigte sich an der „Lusitania“, einer britisch-deutschen Gemeinschaftsproduktion, die schon 2007 im Inselreich mehr als fünf Millionen Zuschauer fand. Kürzlich, zwischen den Festen des Friedens und der Vorfreude auf das Jahr mit den angekündigten schlechten Nachrichten, kam sie in das Programm der *ARD*. Annonciert und ursprünglich beabsichtigt war ein Dokumentarstreifen, zu sehen hingegen ein Katastrophenkrimi, fußend auf einem Ereignis aus der Geschichte des Ersten Weltkriegs, das Historiker, Völkerrechtler und vor allem Publizisten immer wieder beschäftigt und Stoff zu anhaltenden Kontroversen geliefert hat.

Die „Lusitania“, ein Passagierdampfer der britischen Cunard-Reederei, eines der größten, modernsten und schnellsten Schiffe seiner Zeit, 1907 in Dienst gestellt, wurde am 7. Mai 1915 auf seiner Überfahrt von New York nach Liverpool von dem deutschen Unterseeboot „U 20“ nahe der Südküste Irlands versenkt. Die Mehrzahl der Passagiere, insgesamt 1198 Männer, Frauen und Kinder, überlebten den Untergang nicht. Die Attacke war durch den wenige Monate zuvor ergangenen Befehl der kaiserlichen Marineleitung ermöglicht, der den U-Boot-Kommandanten die warnungslose Versenkung auch von Nichtkriegsschiffen durch Torpedos in dem von Deutschland zur Kriegszone erklärten Seegebiet um die britischen Inseln erlaubte. Das widersprach den bis dahin geltenden und respektierten Praktiken des Seekriegs und war daher auch nach den Maßstäben des Völkerrechts ein Kriegsverbrechen, doch wie auf Verabredung vermeiden Film wie Filmkritik diesen Begriff. Der Tatbestand des Kriegsverbrechens ist nicht dadurch aufgehoben, dass zur Ladung der „Lusitania“ für Großbritannien bestimmtes Kriegsmaterial (Munition und für die Herstellung von Munition bestimmte Rohstoffe) gehörte, ein Sachverhalt, den der Kommandant ohnehin nicht kannte, der später aber herangezogen wurde, die Schuld am Tode der Reisenden mindestens zu halbieren.

Die Tendenz der Filmhandlung hatten die britischen Partner vorgegeben, und die deutschen fanden daran nichts auszusetzen. Befriedigt konstatierte die *Berliner Morgenpost*: „Auch die britische Admiralität machte sich die Hände schmutzig.“ In der Tat spielten sich die Filmszenen, so sie nicht das Geschehen auf dem Unterseeboot und dem Passagierdampfer zeigten, vorwiegend in Räumen der britischen Marineführung ab, der das Drehbuch und die Regie eine Leporelloliste von Fehlern und Unterlassungen präsentierten: Fehl- oder Spätinformation des „Lusitania“-Kommandanten über die Gefahrenlage, Verweigerung militärischen Schutzes für den letzten Fahrtabschnitt, Abweisung der Idee, dem Schiff eine andere Route zuzuweisen, und so weiter. Gezeigt wurde, wie ein Rezensent der *Süddeutschen* meinte, eine „Riege eisenharter Realpolitiker“ mit dem Ersten Lord der Admiralität Winston Churchill an der Spitze. Je mehr US-Amerikaner, die eine Minderheit der Passagiere stellten, auf dem Meeresgrund landeten, desto früher werde sich Washington als Londons Verbündeter zum Kriegseintritt entschließen, sei Churchills Kalkül gewesen. Als wäre das eine unbestrittene Tatsache, schrieb der *Spiegel* in einer Überschrift „Churchill ließ die ‚Lusitania‘ ins Unglück fahren.“ Hauptangeklagt wird nicht der Täter, sondern derjenige, der die Tat nicht verhindert hat.

Auf deutscher Seite kommt anderes Personal in den Blick. Ein Matrose aus der Mannschaft, der den Befehl zum Torpedoschuss beim Gedanken an die Frauen und Kinder nicht weitergeben will, ein anderer, der den Angriff hingegen mit dem Argument rechtfertigt, die britische Blockade lasse in der Heimat seine Familie verhungern; dann, als die Detonation zu hören ist, sieht man Jubel, schließlich Offiziere, die sich beim Blick durch das Sehrohr wundern, wie schnell der Riese sinkt. Zudem der Kommandant, von „Feindfahrt“ diesmal noch zurückgekehrt, im Treppenaufgang der deutschen Marineleitung, wo er strafenden Blickes abgefertigt und, statt Lob und Orden zu ernten, gerügt wird, denn dieser Schiffsuntergang und die harsche, allerdings nur diplomatische Reaktion der Regierung in Washington passten nicht ins deutsche politische Kriegskonzept.

Der *Spiegel* meinte, gezeigt worden sei eine „Bruchstelle der Zivilisationsgeschichte“. Die lag etwas früher, genauer im August 1914, und der Riss tat sich nicht vor Irlands Küsten auf, sondern ging von Berlin aus.

Ossietzky, 1/2009, 10. Januar 2009, S. 23-24.

Papier ist geduldig – diplomatisches im Besonderen.

Vor 75 Jahren schlossen Deutschland und Polen einen Nichtangriffsvertrag

Deutschlands provokatorischer Austritt aus dem Völkerbund lag noch kein Vierteljahr zurück, da entschloss sich eines seiner Mitglieder, Polen, mit der Reichsregierung einen Vertrag zu schließen, in dem sich beide Staaten versicherten, unter keinen Umständen Streitfragen durch Anwendung von Gewalt auszutragen. Dem Naziregime wurde von seinem östlichen Nachbarn ein Bekenntnis zum „allgemeinen Frieden in Europa“ abgenommen. Beide beteuerten, eben dazu wollten sie beitragen, indem sie „eine neue Phase in ihren politischen Beziehungen“ einleiten. Der diplomatische Akt machte die deutschen Machthaber – wie vordem das Reichskonkordat von 1933 – salon- und hoffähig. Dabei diente er ihnen nur im Rahmen ihrer Taktik, den Weg in den Krieg einzunebeln. Ein Jahr zuvor hatte Hitler den Spitzen der Reichswehrgeneralität erklärt, dass der Osten das Ziel künftiger kriegerischer Eroberungen sein werde. Der Osten – das ließ sich in zwei Worte übersetzen: Polen und die UdSSR.

Das Interesse der Politiker des Deutschen Reiches an diesem Papier, das Hitler fünf Jahre später zuerst öffentlich aufkündigte und vier weitere Monate danach mit dem Befehl zum Angriff zerriss, lag zu tage. Wo aber lag ein polnischer Vorteil? Zu einem Zeitpunkt da der Nachbar im Westen unfähig war, eine Streitfrage militärisch „zu lösen“ und Warschau in Frankreich einen starken Verbündeten besaß? War der Vertrag, bildlich gesprochen, so etwas wie der Hosenträger, der dem Gürtel hinzugefügt wird, damit das Kleidungsstück unter keinen Umständen herabrutscht? Was dachten sich Polens Diplomaten beim Abschluss des Vertrages mit einem Staat, da sie im Hauptwerk von dessen Regierungschef lesen konnten, dass sie nach „Rasse“ und Volkstum minderwertig seien? Fragen, die eindeutig nicht zu beantworten sind.

Davon ausgenommen einzig die Absicht, Polens Handelsbeziehungen mit Deutschland auf sicheren Grund zu stellen und es für eine von Schutzzöllen unbehinderte Einfuhr zu öffnen. Auf diesen empfindlichen Punkt hatten die Regierungen der Weimarer Republik gezielt, als sie dem Nachbarn erpresserisch Zugeständnisse glaubten abhandeln zu können. Keine von ihnen hatte sich bemüht, mit Polen eine Verständigung zu suchen und frei getroffene Abmachungen an die Stelle der dem Reich in Versailles 1919 aufgezwungenen treten zu lassen. Dieser Weigerung lag auch innenpolitisches Kalkül zugrunde.

Deutsche Nationalisten bildeten für die bürgerlichen Parteien namentlich in den grenznahen Gebieten im Osten des Reiches ein sicheres Gefolge. Auf sie hatte, mit der Deutschnationalen Volkspartei konkurrierend, auch die NSDAP gesetzt und Erfolge erzielt. Veränderte es doch den Alltag für Millionen Deutsche einschneidend, dass sie seit 1919 an einer Grenze lebten, die mehr als ein Jahrhundert viel weiter ostwärts verlaufen war. Die Ostpreußen hatten durch polnisches Gebiet zu reisen, wollten sie nach Pommern oder weiter westwärts gelangen. Die Deutschen in Danzig waren Bürger einer Freien Stadt geworden, die unter dem Mandat des Völkerbundes stand und in der dem polnischen Staat weitgehende Rechte eingeräumt waren. In Oberschlesien, wo Abstimmungen stattgefunden hatten, bei denen für die Zughörigkeit zum einen oder anderen Staat optiert werden konnte, waren Familien auseinandergerissen und neue Lebensbedingungen für viele Bewohner entstanden. Zudem hatten Tausende ihre Arbeit als Folge von Schließungen deutscher staatlicher und anderer Einrichtungen verloren, waren aus polnischen Gebieten in das Reich übergesiedelt und mussten mitunter Einbußen an sozialer Geltung und materieller Stellung hinnehmen. Das antipolnisch aufzuputschende Potential war mithin groß und die Tatsache, dass die Interessen der Polen von den Großmächten Russland, Österreich-Ungarn und Preußen bzw. seit 1871 dem Deutschen Reich ignoriert und ihre Freiheitsbestrebungen unterdrückt und brutal bekämpft worden waren, spielte im Denken deutscher Nationalisten keine Rolle. Sie sahen durch Versailles ihr eigenes Nationalgefühl tief verletzt, das der „Polacken“ hatte für sie nie existiert.

Nichts hatte die Sonderstellung Polens in der deutschen Diplomatie und die Absicht, mit diesem Nachbarn eine „offene Rechnung“ noch zu begleichen, deutlicher gemacht als der Abschluss der nach dem Ort ihres Zustandekommens so genannten Locarno-Verträge von 1925. Mit Frankreich und

Belgien, zwei Kriegsgegnern im Westen, mit denen der Versailler Vertrag Grenzregelungen zu deren Gunsten fixiert hatte, wovon die Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich die wichtigste war, vereinbarte die Reichsregierung nun ohne den 1919 auf die Besiegten ausgeübten Druck, dass die deutschen Westgrenzen bleiben sollten, wie sie von den Siegermächten gezogen worden waren. Italien und Großbritannien waren dieser Abmachung als Garantiemächte beigetreten. Das Übereinkommen, mit dem die Reichsregierung ein Eintrittsbillett in den Völkerbund erwarb, das sie 1926 einlösen konnte und wodurch sie ihren diplomatischen Aktionsraum erweiterte, machte die deutschen Ostgrenzen zu Grenzen zweiter Klasse.

Daran änderten die mit den Locarno Verträgen geschlossenen Schiedsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei nichts, die ebenfalls die Anwendung militärischer Gewalt ausschlossen. Denn einer Anerkennung der Grenzen zu Polen war die deutsche Diplomatie mit Außenminister Gustav Stresemann strikt und erfolgreich ausgewichen. Stresemann sah das als Verdienst an. In einer Rede, die Locarno-Linie vor der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin“ (im Klartext also vor Verfechtern der Grenzrevision) verteidigend, erklärte er beruhigend, dem polnischen Außenminister sei klargemacht worden: „Deutschland lehnt eine Diskussion über die Anerkennung der Grenzen ab, Deutschland lehnt eine Diskussion über Verzicht auf Krieg ab und ist lediglich bereit, über andere Fragen zu diskutieren.“ Damit war intern eine Distanzierung von dem eben geschlossen Schiedsabkommen ausgesprochen, denn das fixierte einen Verzicht auf Krieg.

Die polnischen Politiker mussten keine Hellseher sein, um zu erkennen, woran sie mit den Regierenden im Nachbarstaat waren, auch wenn sie die Denkschrift des Truppenamtes (das war de facto der Generalstab) der Reichswehr von Anfang 1926 nicht kannten, in der als Ziel deutscher Politik unter Punkt 2 angegeben wurde: „Beseitigung des Korridors (also Rückgewinnung Westpreußens) und Wiedergewinnung Polnisch-Oberschlesiens“. In den politischen wie in den militärischen Führungskreisen der Republik war ausgemacht, dass die Frage der Ostgrenzen, diplomatisch gesprochen, „offengehalten“ wurde. Die Friedensbeteuerungen waren kostenlos und besaßen ihre vielen Vorläufer in der Geschichte der Diplomatie. Sie gehörten nicht erst zur Außenpolitik der Hitlerregierung. Ein Parteifreund Stresemanns hat das kurz und bündig ausgedrückt: „Gerade in unserer jetzigen Lage müssen wir den Mund voll nehmen mit Friedensphrasen, Völkerversöhnung usw., ohne deshalb wie die pazifistischen Phantasten an diesen Schwindel zu glauben.“

Kurzum, gegenüber dem Schiedsabkommen von 1925 hatten Polen 1934 nichts gewonnen. Die Staatsgrenze blieb auch in diesem Text unerwähnt, wiewohl sie in jedermanns Wissen die schwelende Streitfrage bildete. Gegenüber dem hochrüstenden Deutschland hatten die Regierenden in Warschau drei Möglichkeiten: Erstens konnten sie sich offen zum Verbündeten der antisowjetischen deutschen Außenpolitik machen, zum Satelliten des Reiches. Das wäre dem Land am Ende auch schlimm bekommen. Zweitens konnten sie strikt auf Frieden und Sicherheit Europas und damit des eigenen Landes setzen. Dann mussten sie 1935 den Bestrebungen der UdSSR, Frankreichs und der Tschechoslowakei nach kollektiver Sicherheit beitreten, wozu nach dem polnisch-sowjetrussischen Krieg vor allem ein neues Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten zu begründen gewesen wäre. Doch die großen Grundbesitzer und Kapitaleigner Polens hatten sich soeben vor der russischen Revolution und den Revolutionären im eigenen Lande in dieses neu erstandene Polen gerettet, in dem sie ihre ökonomische und politische Herrschaft gesichert sahen. Die dritte Möglichkeit war die verwirklichte. Sie hat Polen zum ersten Opfer des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg werden lassen und zur Zerschlagung des Staates und seiner Armee in etwa drei Wochen geführt. Davor lagen die Tage, da sich der Reichsjägermeister Hermann Göring in Polen als Staatsgast zur Jagd eingefunden hatte, der Mann, der 1939 die Luftwaffe den Bombenkrieg auf offene Städte eröffnen ließ. Davor lag ein Staatsbesuch des Propagandaministers Joseph Goebbels in Warschau, den eine weitsichtige Pressestimme des Landes so kommentierte: „Die Vegetarier gaben ein Bankett für den Menschenfresser.“

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 24.01.2009, S. 15.

Hitlers meistzitierter Satz

Die Androhung der Vernichtung des Judentums am 30. Januar 1939

Am vorletzten Januartag trat Hitler in der Berliner Kroll-Oper vor die „Männer des Großdeutschen Reichstages“, um seine obligatorische Rede zum Jahrestag – es war der sechste – der Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu halten. Der Tag galt als der höchste Feiertag des Regimes. Erinnert wurde an die „Machtergreifung“, den „Aufbruch der Nation“, die „nationale Erhebung“ oder welcher preisende Beiname auch immer jenem Ereignis beigelegt wurde, das die Gegenrevolution, die 1919 einen begrenzten Erfolg nur erreicht hatte, nun mit einem Totalsieg der reaktionärsten Kräfte zu Ende führte. Hitler sagte in dieser Rede, er wolle sich wieder einmal zum Propheten machen und fuhr dann fort: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Es werde, hieß es weiter über die jüdische Parole „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ eine höhere Erkenntnis siegen. An diese seine „Prophezeiung“ hat Hitler in den folgenden Jahren während des Krieges mehrfach selbst erinnert oder auf sie verwiesen. Dabei verlegte er sie in die Rede, die er am 1. September 1939, am Morgen des Überfalls auf Polen, ebenfalls vor dem Reichstag gehalten hatte. Wem der Wortlaut des Satzes in Erinnerung geblieben war, der wusste, dass sich der „Führer“ da immer wieder irrte.

So konnte er gegen den „jüdischen Bolschewismus“ da nicht hergezogen sein, hatte er mit ihm doch wenige Tage zuvor einen Nichtangriffsvertrag geschlossen, von dem er hoffte, er werde die Westmächte davon abhalten, auf den beabsichtigten Überfall auf Polen mit einer Kriegserklärung an Deutschland zu antworten. Dieses Abkommen war, und so empfanden es auch manche seiner Gefolgsleute, ein schwerer Schlag gegen das dogmatisierte Weltzerrbild, das die Ideologen des Faschismus bisher verfochten hatten und eben auch Hitler an jenem 30. Januar 1939. Was er da gesagt hatte, war erst wieder korrekt zitierfähig, als der Krieg gegen die UdSSR begonnen war. Hitlers wiederholte Rückgriffe, dienten zum einen der Verbreitung von Siegeszuversicht, denn er verkündete stets, dass nun vollzogen werde, was er vorhergesagt habe. Und zugleich waren sie darauf berechnet, das uneingestandene Massenmorden an den deutschen und europäischen Juden zu rechtfertigen, das mit dem 22. Juni 1941 in Gang gebracht wurde und sich in Chełmno, Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Belzec, Majdanek und vielen weiteren Orten im besetzten Osteuropa fortsetzte. Mehr noch wurde auf Hitlers Rede und seine späteren Bezugnahmen nach der Zerschlagung des Naziregimes und im Zusammenhang mit der Enthüllung seiner Untaten verwiesen. In der Tat und zweifelsfrei gehörte sie in die Vorgeschichte des meist Holocaust genannten Verbrechens. Sie bezeugt das mörderische Denken dieses Führers und seiner Clique über die Juden und damit das Vorhandensein einer notwendigen Bedingung dafür, dass die Massaker befohlen werden konnten, deren Ziel die vollständige Ausrottung der „jüdischen Rasse“ war.

Nur ist die Rede falsch verortet, wenn sie als Zeichen und Beweis dafür genommen wird, dass 1939 an der Spitze des Regimes bereits der Entschluss oder der Plan existiert habe, ins Werk zu setzen, was zweieinhalb Jahre später begonnen wurde. Noch folgte die Strategie der Judenverfolgung dem Ziel, die Juden restlos aus Deutschland zu vertreiben. Um sie ausnahmslos zur Flucht zu zwingen, wurde, wer Jude war oder als solcher galt, enteignet, ausgeplündert und aller Existenzgrundlagen beraubt. Und dabei war den Organisatoren dieses Plans klar, dass er vollends sich nicht verwirklichen ließ. Ein Rest werde bleiben, die Alten und Kranken. So beschäftigten sich die Spezialisten der Judenvertreibung mit der Frage, wer bis zu deren Ende dann für ihren Unterhalt sorgen solle. Doch nicht die „Arier“.

Hitlers Rede besaß am Beginn des Jahres 1939 jedoch eine zweite Dimension, der nicht weniger Bedeutung zukam als der vor allem oder ausschließlich erwähnten. Sie schloss sich den vielen Friedensbeteuerungen des Diktators an und zielte darauf, prophylaktisch einen Schuldigen an jenem Kriege zu markieren, den Hitler und seine Mitführer, Politiker und Militärs des deutschen Imperialismus, vorbereiteten. Bei Beginn des Krieges sollte es jedenfalls in Deutschland eine Kriegsschuldfrage nicht geben, mit der sich die Deutschen 1918 nach der Niederlage und unter dem Zwang des Versailler Vertrages wider Willen solange hatten auseinandersetzen müssen. Der Kriegsschuldige würde vorab markiert sein.

Der Mangel, den diese Bestimmung besaß, war freilich, dass ihr etwas Nebulöses anhaftete. Wer war dieses „internationale Judentum“? Wen hatte man sich darunter vorzustellen? Die verfolgten, geschundenen, verarmten, in Deutschland noch lebenden Juden taugten zur Auffüllung dieses Schreckensbildes wenig. Zum Zwecke seiner Personifizierung gingen die Demagogen daran, Führer dieses Judentums namhaft zu machen. Intensiv waren sie damit beschäftigt, Juden in den Regierungen in London, Paris und Moskau aufzuspüren, um sie den tumben Toren zwischen Bodensee und den ostpreußischen Haffs als Friedensfeinde zu präsentieren, welche die Völker gegeneinanderhetzten, damit sie, wären diese geschwächt, ihre Weltherrschaft aufrichten könnten. Fanden die Gesuchten sich in persona nicht, dann mussten aushilfsweise Nichtjuden her, die von Juden aus dem Dunkel inspiriert und dirigiert wurden – Judenknechte eben.

Die Nazipropaganda hielt sich in allen Kriegsjahren an dieses strategische Konzept, das Hitler Anfang 1939 vorgegeben hatte, um jeden Verdacht deutscher Kriegsschuld abzuweisen. Als 1941 infolge des deutschen Überfalls auf die UdSSR binnen kurzem ein Kriegsbündnis zwischen dem kapitalistischen Großbritannien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entstand, das wenig später nach der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten noch einmal und entscheidend erweitert wurde, wurde diese Koalition, ungeachtet der Tatsache, dass sie eine deutsche Schöpfung war, als Beweis für die Existenz und das Zusammenwirken des „internationalen Judentums“ ausgegeben, das in zweierlei Gestalt agieren würde: in seiner „bolschewistischen“ und in seiner „plutokratischen“. Die wären nun in Gemeinschaft darauf aus, das deutsche Volk zu vernichten. Warum gerade das deutsche? Weil es angeblich als ein „antisemitisches Volk“ – so Joseph Goebbels in einem Artikel vom 12. November 1938 – die „jüdische Gefahr“, die der Menschheit drohe, am frühesten und klarsten erkannt habe und zu deren Abwehr angetreten sei. War es auch Wahnsinn, hatte es doch Methode...

Dennoch und namentlich bei Kriegsbeginn 1939 haben die Machthaber ganz auf die Wirkung dieser strategischen Propagandalinie nicht vertraut und sie durch eine taktische ergänzt. Auf ihr wurde erklärt, der Krieg sei Antwort auf einen polnischen Angriff und müsse geführt werden, um die deutsche Minderheit in Polen vor der Ausrottung zu retten. Eine gewisse Zeit wurde darauf Wert gelegt, dieser Argumentation Glaubwürdigkeit zu verschaffen, wozu auch die Spielfilme „Feinde“ und „Heimat“ dienten, in denen in rührseligen Handlungen deutsche Opfer und ihre polnischen Peiniger und Mörder vorgeführt wurden. Doch war das Episode und mit der Aufteilung Polens, der Versklavung seiner Bewohner und der Verschleppung erbeuteter Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland erledigt. Der Hauptfeind war und blieben die Juden und deren „Führer“ im Kreml und an der Wallstreet. Für die Antwort auf die Frage, ob und inwieweit Deutsche dieses Propagandabild erreicht und ausgerichtet hat, das in den Städten sie von Plakaten anglotzte, auf denen bolschewistische Ungeheuer und höhnende jüdische Plutokraten zu sehen waren, dafür gibt es keine verlässlichen Quellen. Dass es aber die einen für die Teilnahme am „Kampf“ gegen die Juden motivierte und ihnen die letzten Skrupel nahm, andere die Barbarei billigten oder sie gleichgültig hinnahmen, ist nicht zu bezweifeln.

Aus Hitlers Rede vom 30. Januar 1939 und eine Reaktion darauf

„Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. [...] Die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, damit diese wurzellose internationale Rasse an den Geschäften des Krieges verdient und ihre alt-testamentarische Rachsucht befriedigt. Über die jüdische Parole ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch‘ wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich: ‚Schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!‘“

Zit. n. Kurt Pätzold: Verfolgung Vertreibung Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983, 217

„Politisch immer das gleiche. Deutschland allmächtig, mit Spanien geht es zu Ende. Judenhetze immer verstärkt: In seiner ‚Reichstagsrede‘ vom 30. Januar machte Hitler wieder aus allen Gegnern Juden und drohte mit der ‚Vernichtung‘ der Juden in Europa, wenn ‚sie‘ den Krieg gegen Deutschland heraufbeschwören würden. Er gab sich als Mann des Friedens, und in den nächsten Tagen wurde die Vermehrung der U-Boote und der Luftflotte angekündigt.“

Zit. n. Victor Klemperer, Tagebücher 1937-1939, Aufbau Verlag, Berlin 1999. Eintrag vom 5.2.1939.

junge Welt, Sonnabend, 31.01.2009, S. 15.

Kriegsidealismus

Kürzlich trafen sich Wissenschaftshistoriker, Vertreter einer nicht eben blühenden Wissenschaftsdisziplin, in Berlin zu einer Arbeitstagung, um das Thema „Feder und Schwert“ zu erörtern. Debattiert wurden die Beziehungen zwischen Militär und Wissenschaft. Ein Teilnehmer, der an der Berliner Freien Universität lehrende Historiker Rüdiger Hachtmann, ein Mann, der sich an den Grundsatz hält, dass ein Wissenschaftler, dem es um die Sache geht, auch Partei ergreifen müsse, kam in seinem Vortrag auf den Nationalismus zu sprechen, der deutsche Wissenschaftler im Kaiserreich auf dem Weg in den Weltkrieg leitete und dann ihr Verhältnis zum Völkermorden bestimmte. Er erinnerte an den Nobelpreisträger Walther Nernst, der bei Beginn des Krieges sogleich mit seinem privaten Automobil sich zum einschlägigen Korps begeben wollte, um am Kampfe teilzunehmen.

Die Schilderung löste allgemeine Heiterkeit aus. Die bewertete der Berichterstatter der Frankfurter Allgemeinen so: „Man muss sagen, dass dieses Lachen etwas Unappetitliches hatte.“ An die Rüge schloss er die Frage an: „Liegt darin denn keine Größe, dass jemand für seine Ideale, ohne zu zögern, mit seinem Leben einzustehen bereit ist?“

Wesen und Inhalte eines Ideals beiseite zu lassen, hilft dabei, eine lange Reihe von Gestalten deutscher Geschichte außer Kritik zu stellen, und auch bei der Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch hilft es über die fragende Betrachtung eigenen Tuns hinweg. Doch darf vermutet werden, dass die hier propagierte Haltung Ausnahmen kennt. Sozialistische Ideale dürften nicht einbegriffen sein.

Ossietzky, 3/2009, 7. Februar 2009.

Eine Losung fehlt noch

Erfahrenen Zeitungslesern ist es schon im eben zu Ende gegangenen Jahr klar geworden, den flüchtigen dämmert es nun, da sie die Schwelle zu 2009 hinter sich haben: Wir sind in ein gedenkreiches und jubiläumsträchtiges Jahr hineingetreten. Es hebt im Januar mit dem 90. Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an, einem Ereignis, an das zu erinnern jedoch hierzulande wie üblich Minderheiten überlassen werden soll. Die Volksgemeinschaft spart ihre Kräfte für ein anderes Datum. Bis dahin sind der neunzigsten, achtzigsten, fünfundsiebzigsten und siebzigsten Jahrestage viele zu passieren. Denkt man nur an jene, die nahezu ganz aus der Zeitgeschichte herausgerückt sind und in die Jahre 1919, 1929, 1934 und 1939 führen. Da ereigneten sich – es ist eine Auswahl – der Abschluss des Versailler Vertrages, der „schwarze Freitag", durch den die Weltwirtschaftskrise eingeleitet wurde, an die zu erinnern es schon seit längerem und fortdauernden Anlass und Ursache gibt, Hitlers Ernennung auch zum Staatsoberhaupt des Nazireiches, der Einmarsch der Wehrmacht in Prag (und der Francos in Madrid sowie der Mussolinis in Albanien), der Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall auf Polen. Die sich da ergebenden Themen und Gegenstände mögen Journalisten und Historiker in den Feuilletons von Zeitungen und durch Kommentare über Rundfunk- und Fernsehsender erörtern. Zudem lassen sich die letzten Zeitzeugen hervorholen. Nur der erste Septembertag wird von diesen allein nicht bewältigt werden können. Da müssen ein paar Politiker schon mit in Aktion treten. Nicht vergessen sei freilich, da die anderen Tage selbst wenig Vorwand bieten, gegen den Kommunismus in Stellung zu gehen, der „Hitler-Stalin-Pakt".

Doch, wenn sich der Sommer neigt, ist der Blick schon fest und diesmal freudig auf jenen Monat gerichtet, den Heinrich Heine den traurigen genannt hat. Diesmal soll er den Deutschen einen Freudentag bieten. Und der wird vorbereitet. Begangen, nein gefeiert werden wird der „Tag des Mauerfalls", das Ereignis, mit dem sich das Ende der DDR unwiderruflich ankündigte. Was die Nation bisher angestellt hat, ihre Feste zu feiern, soll verblassen. Staatskundgebungen und Dankgottesdienste selbstverständlich, Denkmäler, die errichtet oder projektiert werden, Wettbewerbe und Preisausschreiben, die schon in Gang gesetzt sind, und vieles, vieles mehr. Die beliebte Berliner Fanmeile ist gemietet. Die Leipziger Montagsdemonstranten von einst rüsten zum Gedenkmarsch.

Vorfreude ohne Ende? Nicht ganz. Es gibt auf dem Wege dahin ein paar Klippen und Barrieren, auf die Besorgte schon aufmerksam gemacht haben. Zum einen ist da die Schwierigkeit, ein Ereignis, dass den Osten und dessen Bewohner betraf, zu einem gesamtnationalen Heldengedenktag zu stilisieren und zu bewirken, dass Schwaben und die im Land der Lederhosen nicht anders und also ungehemmt in Jubel ausbrechen, wenn das Signal dazu gegeben wird. Gut oder nicht. Deren Zurückhaltung wird sich ertragen und verkraften lassen. Nicht aber die in Ländern, in denen „die Revolution" damals siegte. Die solchen Verhaltens Verdächtigen sind an Zahl durch Umfragen zwischen Ostsee und Erzgebirge und Thüringen Wald ermittelt. Und so besteht das Problem darin, soll das gewünschte Bild der glücklichen Nation keine Risse und Blindstellen aufweisen, jene zum Feiern zu bewegen, die nichts oder wenig zu feiern haben. Daher wurde von Veranstaltern schon zart angemerkt, es sollten die Festlichkeiten nicht so gestaltet werden, dass sie ins Gegenteil des Beabsichtigten umschlagen und Volk und Führung gar weiter voneinander entfremden. Das richtige Maß also ist verlangt, zumal es im Osten einen 40. Jahrestag gab, an dem das den Oberen schon einmal fehlte.

Nur in einer Richtung sind den Plänen und Anstrengungen schon im Stadium des Planens Grenzen nicht gesetzt: im Kampf gegen die Nostalgiker. Wer sich nicht zur Bekehrung säubert, mag dauernd in Deckung gehen. Das soll das letzte Gefecht werden. Auf die biologische Lösung wird nicht gewartet. Die nach Vergangenem Süchtigen richten – altersweise – womöglich noch mehr Unheil an, als sich jetzt schon in den Köpfen ihrer Enkel bei jeder Befragung oder Prüfung auffinden lässt. Was für den Kampf freilich noch fehlt, ist eine Losung, eine Parole wie „Gott strafe England!" oder „Zerstampft den Kommunismus." Neuerdings sind in Zeitungen und das bis in die Seiten der *New York Times* Fotos einer Wand gedruckt worden, auf der zu lesen ist: „Die DDR hat es nie gegeben." Das passt nicht gut. Zudem ist es verschieden verstehbar. Liegt die Betonung auf DDR, dann ist es schlicht unwahr. Wird sie hingegen auf das Die gelegt, kann der Satz gegen jene gewendet sein, die den Deut-

schen das DDR-Bild vermitteln, das auf dem Wege zum 9. November 2009 seinen Endsiegeszug antreten soll.

Ossietzky, 3/2009, 7. Februar 2009, S. 120-121.

.

Fall für die Schulaufsicht

Was deutsche Geschichtslehrer Schülern an Zahlen- und Datenwissen zumuten

Kam im vergangenen Jahr die Rede auf den Geschichtsunterricht an deutschen Schulen, schien es monatelang kein anderes Thema zu geben als das mangelnde Wissen über die DDR. Über jenes untergegangene Staatswesen, das mit Etiketten wie „Unrechtsstaat“ und „zweite deutsche Diktatur“ bezeichnet wird. Gefragt wurde, wer die Schuld an so viel Un- oder Falschwissen trage: die staatlichen Lehrpläne, die unterrichtenden Lehrer oder die sich einmischenden Eltern und Großeltern, die im häuslichen Kreis zunichtemachen, was Schulbücher über Mauer, Stacheldraht, Todeszone in Wort und Bild darbieten.

In die Stimmung des Jahres 2008 passte diese Schelte, über dessen Adressaten letzte Einigung nicht erzielt wurde. Für die jetzt anlaufenden Vorbereitungen auf den 9. November 2009, den 20. Jahrestag des Mauerfalls, erscheint sie den „Oberlehrern“ aber nicht angebracht. Denn nun sollen Mädchen und Knaben positiv gestimmt und zur Teilnahme an allerlei Wettbewerben angeregt werden, insbesondere Oma und Opa fragen, wie befreiend sie das Ende des Staates erlebten, in dem viele von ihnen kostenlos ausgebildet wurden und auf berufliche Wege gelangten, von denen ihre Vorfahren nicht einmal zu träumen wagten.

Kurzum: Ein Themenwechsel war dringend geworden. Niemand fragt mehr danach, wie die Erhebung in Brandenburg ausgegangen ist, bei der festgestellt werden sollte, wie viele Geschichtslehrer, die schon in DDR-Zeiten unterrichteten, noch immer nicht das Rentenalter erreicht oder sonst den Schuldienst nicht verlassen hatten, also des Verdachts verdächtig sind.

Diese Wende womöglich vorausahnend, hat sich schon im verflossenen Jahr Michael Sauer, Professor für Didaktik der Geschichte an der Universität Göttingen, selbst auch Autor von Schulgeschichtsbüchern, aufgemacht und Lehrkräfte von 13 Schulen aus Südniedersachsen, die einen gymnasialen Geschichtsunterricht geben, befragt. Er wollte wissen, über welche Geschichtsdaten ihre Schüler, wenn sie die 10. Klasse und damit den obligatorischen Geschichtskurs vollständig absolviert haben, verfügen sollten. Dafür wurden den 93 Lehrern, denen das Unternehmen nicht von vornherein zu fragwürdig vorkam, 248 Jahreszahlen aus der Weltgeschichte von deren Anfängen bis in unsere Tage angeboten. Diese Liste erschien den Pädagogen als viel zu umfangreich und sie reduzierten sie erheblich. Im Mittelwert wird den Schülern die Kenntnis von 104 Geschichtszahlen als angemessen zugemutet. Es überrascht wenig, dass die Ansprüche an das Wissen über das 20. Jahrhundert diejenigen weit übertreffen, die sich auf frühere Epochen und Perioden richten.

Kaiser und Adenauer

Schauen wir zunächst auf das 248 Positionen umfassende Angebot, aus dem die Auswahl erfolgen konnte und da wieder auf die Zahlen, die das jüngst vergangene, erst neun Jahre zurückliegende Jahrhundert betreffen und deren verbale Bezeichnung. Unter den zehn Daten, die sich auf die Geschichte des Ersten Weltkrieges beziehen, ist kein Ereignis vermerkt, das auf Aktivitäten von Kriegsgegnern hinweist. Der Begriff „Novemberrevolution“ taucht nicht auf. Vom Tage, da sie Berlin erreichte und siegte, wird die „Abdankung des Kaisers“ und die „Ausrufung der Republik“ vermerkt. So geht es durch die Jahrzehnte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fort. In dieser Offerte ist keine Jahreszahl zu entdecken, mit der sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Kampfes Bezug nehmen ließe. Dem entspricht die Liste der Personennamen, die mit den Jahreszahlen in Verbindung gebracht werden. Es sind das: Kaiser Wilhelm II., der namentlich nicht genannte österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, der US-Präsident Woodrow Wilson, Mussolini, Hitler, Paul von Hindenburg und – Friedrich Ebert im Zusammenhang mit seiner Wahl zum Reichspräsidenten 1920. Basta.

Schon in dieser Liste fällt auf, dass es, soweit nicht von Kriegsteilnahmen zu handeln ist, in der außereuropäischen Geschichte kein Ereignis gegeben haben soll, das einen Denk- und Merkwert

besessen hätte. Und so, und nun geradezu skandalös, geht es in die zweiten 50 Jahre des 20. Jahrhunderts weiter.

Weder die Gründung der Volksrepublik China noch die Entstehung des Staates Indien, weder Israel noch die Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent werden mit ihren Siegen als Geschichtszahlen auch nur zur Auswahl gestellt. Staaten und Länder anderer Kontinente kommen nur im Kontext mit Krisen und Kriegen vor (Koreakrieg, Vietnam-Krieg, Kuba-Krise). Da braucht man nach Chile nicht zu suchen.

Und eher grotesk sind die beiden einzigen Personennamen, die für die Zeitspanne von 1945 bis 2002 – da endet die Liste – mit Ereignissen genannt werden. Es sind das Konrad Adenauer und Helmut Kohl und die Daten ihrer Bundeskanzlerschaft. Im Grunde hätte dieses Angebot genügen können, wenn nicht müssen, dass die auf ihre Mitwirkung Angesprochenen sich der Befragung verweigerten, dass es antiquiert sei und nicht in Zeiten von Europäisierung und Globalisierung passe. Indessen mag es ihnen jedoch vertraut vorgekommen sein, denn diese Liste war nach Angaben aus Lehrplänen, Schulbüchern und Handreichungen für die Lehrer zusammengestellt. Einige der Befragten haben auch andere Jahreszahlen als die vorgegebenen für wichtig und merkenswert gehalten, doch sind deren Vorschläge nicht genannt.

Welchen Platz haben die 93 Lehrer nun den Ereignissen im Wissensbestand der Absolventen der 10. Gymnasialklassen zugewiesen? 90, das war der alleinige Spitzenwert, stimmten darin überein, dass die Zeitdauer des Ersten Weltkrieges gewusst werden müsse, 85 meinten das auch für den Zweiten. Weniger anspruchsvoll erwiesen sich die Befragten im Hinblick auf die Details. 62 wünschten, dass die Schüler den 1. Septembertag 1939 als „Deutscher Angriff auf Polen“ im Kopf hätten, 48 stellten diese Forderung auch für den auf die Sowjetunion. Einen feinen Unterschied in der Wortwahl machte die Fragestellung im Hinblick auf Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges. Aus dem Jahre 1944 sollten sich die Schüler die „Invasion der westlichen Alliierten in der Normandie“ einprägen, wie 39 Pädagogen verlangten. Dass dies für die „Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad“ – hier hätte es bei analoger Perspektive heißen müssen: „Sieg der sowjetischen Armee in der Stalingrader Schlacht – gelten solle, meinten 33 der Teilnehmer.

Schwierigkeit haben die Südniedersachsen mit manchen Revolutionen. 60 Prozent der Lehrer hielten die russische Oktoberrevolution für ein merkenswertes Datum. Das führt hinüber zu den grotesken Angeboten und deren Akzeptanz. Dem Vorschlag, dass sich die Schüler das Jahr 1848 als das Jahr der „Deutschen Revolution“ merken sollten, stimmten 73 Prozent zu. Wien? Paris? Fehlanzeige. Und als die „Zeit des Imperialismus“ wären nach der Ansicht von 75 Prozent der befragten Lehrer die Jahre von 1890 bis 1914 einzuprägen. Damit ist en passant geklärt, dass der Erste Weltkrieg, vom Zweiten nicht zu reden, mit Imperialismus und Imperialisten nichts zu tun hatte.

Geschichtliche Orientierung

Genug. Geschichtszahlen sind einer erheblichen Zahl von Schülern ein Gräuel. Wie sie einst gepaukt wurden, ist in der Verfilmung von Heinrich Manns „Der Untertan“ vor Jahrzehnten von der DEFA ins bewegte aussagestarke Bild gerückt worden. Eine Schulklasse in Preußen-Deutschland, die stehend die Jahreszahlen der Schlesischen Kriege im Sprechchor aufsagen musste. Doch ist geschichtliche Orientierung, und um sie geht es, ohne ein Gerüst an zeitlichen Vorstellungen nicht zu erlangen. Das hier angebotene aber wäre ein Fall für die Schulaufsichtsbehörden, hätten sie es nicht selbst zu verantworten. Und zudem: Diese Untersuchung war nicht für eine Schreibtischschublade in einer pädagogischen Hochschule bestimmt. Die vom Verband der Geschichtslehrer herausgegebene Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (Heft 11/2008, S. 612-630) hat die Ergebnisse der Umfrage bekanntgemacht. Dass die nicht repräsentativ genannt werden können, ändert nichts daran, dass sie – unbeabsichtigt – etwas über den Unterricht im Fach Geschichte hierzulande aussagt. Und da ist etwas mehr im Sinne eines zeitgemäßen demokratischen Geschichtsbildes zu richten als nur die Vermittlung eines realitätsnahen Bildes der DDR-Zeiten.

Quellentext. Der Historiker Horst Schneider fragt den Bundespräsidenten

Politiker äußern sich in Artikeln, Interviews und bei Besuchen in Lehranstalten permanent darüber, wie Geschichte gelehrt und den Schülern vermittelt werden soll, freilich nicht die Geschichte der Bundesrepublik, sondern die der DDR. Auf ein Interview, dass der Bundespräsident Horst Köhler dazu einer Zeitung gab, schrieb ihm der in Dresden lebende Historiker Horst Schneider einen längeren Brief, aus dem wir im Folgenden in Auszüge zitieren.

„Erstens behaupten Sie: ‚In der DDR gab es Leistungen und Lebensglück – und zwar nicht wegen, sondern vielfach trotz des SED-Regimes.' [...] Ob jemand trotz oder wegen des ‚SED-Regimes' sein ‚Lebensglück' gefunden hat, darf jeder DDR-Bürger selbst entscheiden. Meinen Sie nicht, dass die Order eines Präsidenten [...] deplatziert ist?

Zweitens urteilen Sie: ‚Die DDR war ein Unrechtssystem, die SED-Herrschaft war eine Diktatur – und es gibt keinen Grund, dem eine Träne nachzuweinen.' DDR-Bürger erinnern sich, dass Erich Honecker empfohlen hatte, Republikflüchtigen keine Träne nachzuweinen. Er hätte besser daran getan, wenn er analysiert hätte, warum viele Bürger der DDR ihr Vertrauen entzogen haben. Nun empfehlen Sie, unsere Tränen nicht für die DDR zu verschwenden

Es ist schon eigenartig, wenn Staatsoberhäupter bestimmen wollen, wann die Bürger weinen oder nicht."

Aus: Marxistisches Forum, Heft 59, S. 11 f.

junge Welt, Sonnabend, 28.02.2009, S. 15.

Die Guten und die Bösen

Kritische Anmerkungen zu Missdeutungen des deutschen Faschismus und historisierendes Moralisieren

[Mitautor Manfred Weißbecker]

Viel ist in den vergangenen Jahren von der Rolle der Wehrmacht, jedoch wenig von jener der NSDAP geschrieben worden. Deren Platz im Naziregime bleibt in den hierzulande verbreiteten Geschichtsbildern über die Jahre 1933 bis 1945 zu gering bemessen. Kriegsgeschehen und die Katastrophen des Jahres 1945 stehen im Vordergrund. Sie üben auf Geschichtsschreiber und ihre Leser offenbar hohe Attraktionskraft aus und verknüpfen sich vermeintlich mit denkwürdigerem Geschehen als die alltäglichen Aktivitäten der braunen Bonzen und ihrer Gefolgschaft. Doch kann die Darstellung der vielen menschlichen Tragödien, die aus dem Wirken von Hitlerleuten auf den untersten Ebenen des Regimes erwuchsen, womöglich mehr zum Verständnis der Funktionsweise der Diktatur beitragen als spektakuläre Ereignisse. Von ihnen in Worten oder Bildern zu berichten, würde freilich die momentane Renaissance jener absichtsvoll einfältigen Deutung blockieren, die alsbald nach 1945 Hitler und wenige Personen seiner Umgebung ein satanisches Wesen und dämonische Kräfte zuschrieb und Millionen und Abermillionen Deutsche einzig zu deren schuldlosen Opfern erklärte.

Die Millionen „kleinen Hitler“

Zweifellos, die Forschungen zur Geschichte des deutschen Faschismus und seiner Partei sind ein halbes Jahrhundert nach dessen Zerschlagung und dem von den Siegermächten ausgesprochenen Verbot der NSDAP weit getrieben. Neue Untersuchungen bekräftigten mehrfach bereits formulierte Ergebnisse. Sie vermochten aber auch Vorstellungen und Urteile zu korrigieren, eingeschlossen solche, die auf das Internationale Militärtribunal in Nürnberg zurückgehen, das zwischen den einzelnen Organisationen Unterscheidungen traf, die sich in dieser Form nicht aufrechterhalten lassen. Das trifft beispielsweise auf Einstufungen von Teilen des Organisationsgefüges als „unpolitisch“ und gleichsam als harmlos zu. So wurde für das Kraftfahrerkorps (NSKK) nachgewiesen, dass sich seine Rolle nicht im Wachrufen von Technikbegeisterung und in der Schulung von Fachkräften für den motorisierten Krieg erschöpfte, sondern dass Einheiten und Mitglieder des Korps an Judenverfolgungen ebenso beteiligt waren wie an Kriegsverbrechen. Das nun hinfällige Bild hatte zu milder Beurteilung der Zugehörigkeit zum NSKK geführt, zu dessen frühen Mitgliedern auch Personen gehörten, die später in der Bundesrepublik als Politiker an herausragenden Plätzen agierten.

Ebenso ist im Hinblick auf die älteren Angehörigen der Hitlerjugend die Frage nach Verantwortung und Schuld gestellt worden. Bereichert wurde durch die geschichtswissenschaftliche Forschung das Wissen über die Tätigkeit in den NSDAP-Kreisen, -Ortsgruppen und -Zellen. Die Hunderttausende Aktivisten der NSDAP mit Kennzeichnungen wie „Goldfasane“ und „Treppenterrier“ abzutun oder sie, wie 1945 und in den folgenden Jahren vorzugsweise geschehen, als Mitläufer einzustufen, verfehlt ihre tatsächliche Rolle weit. Sie stützten das Regime und waren für die Mobilisierung und Kontrolle der Masse der „Volksgenossen“ unentbehrlich.

Den Blockwarten, unterste Funktionäre des Systems, wurde für ein Wohngebiet mit etwa 40 bis 60 Haushalten die politische Zuständigkeit übertragen, für eine Menschengruppe, die sie überschauen konnten und der sie auch persönlich bekannt sein sollten. Sie hatten die Mitgliederkartei der NSDAP ebenso zu führen wie eine Kartei der Haushalte. Sie sammelten an Wohnungstüren Geld und Sachspenden für das Winterhilfswerk, verkauften Reklame und Propagandaartikel wie Abzeichen, Plaketten und Broschüren, ermahnten „Volksgenossen“, wenn nötig, ihre Fahnen an Festtagen aus den Fenstern zu hängen. Sie waren über vielerlei Verhalten der Menschen, deren Bekenntnis- und Spendenfreudigkeit, die Benutzung oder Vermeidung des Hitler-Grußes, das Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften, Teilnahme an Versammlungen, Zugehörigkeit zu NS-Gliederungen etc. informiert und so imstande, ihre Vorgesetzten reichlich mit Daten zu versorgen. Besonderes Augenmerk hatten sie auf die einstigen politischen Gegner, die nach Verbüßung von Haft aus Gefangenenanstalten und KZ Entlassenen, und ebenso auf die jüdischen Bewohner zu richten.

Mit dem Krieg wuchs der Aufgabenkatalog noch einmal an und gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung dieses unteren Funktionärskorps als Folge von Einziehungen zur Wehrmacht und anderen kriegsbedingten Verpflichtungen. Zu ihren bisherigen Pflichten kamen die Verteilung von Lebensmittel- und sogenannten Punktkarten für den Einkauf von Textilien, die Betreuung der Soldatenfrauen, die Pflege der Verbindungen zu eingezogenen „Partei- und Volksgenossen", Besuche in Lazaretten, „Heldengedenkfeiern" und Gefallenenehrungen sowie im Winter 1941/1942 die Sammlung von Pelzen, Wollsachen und Skiern für die Ostfront. Sodann die Maßnahmen für den Luftschutz und, als der Bombenkrieg entbrannte, Evakuierung oder Unterbringung der Ausgebombten usw.

Dieses untere Führerkorps, die vielen „kleinen Hitler" mussten seit 1943, als sich die Kriegsniederlage von Monat zu Monat klarer abzeichnete, auch damit rechnen, dass von deren Folgen auch sie betroffen sein würden. So stützten Millionen das Regime trotz eventuell nagender Zweifel weiter. Sie bekamen die unter dem Eindruck der Niederlage bei Stalingrad und Italiens Ausscheiden aus dem Kriege sinkenden Endsieghoffnungen in der Bevölkerung rapide zu spüren. Über diesen sich anbahnenden Wandel in der Haltung zur Partei berichtete der Sicherheitsdienst im Juli 1943, dass „viele Parteigenossen das Parteiabzeichen nicht mehr tragen". Geschäftsleute und Beamte hatten beobachtet, dass die „Anwendung des deutschen Grußes in den letzten Monaten ... auffallend zurückgegangen" sei. Sorgen bereitete Berichterstattern im Reichssicherheitshauptamt auch die Einstellung der Jugendlichen. Bei den alljährlichen Übernahmen der 18-Jährigen, die von der Hitlerjugend direkt in die NSDAP gelenkt werden sollten und dafür ihre Einwilligung schriftlich zu geben hatten, habe sich ergeben, dass die Wenigsten diesen Schritt aus ideellen Gründen täten. Die einen hofften so dem HJ-Drill zu entgehen, andere sahen Vorteile für ihre berufliche Entwicklung. Wie es ums Ansehen der NSDAP und Urteile über deren Zukunft zu dieser Zeit stand, verriet auch der Volkswitz: „Tausche Goldenes Ehrenzeichen gegen Siebenmeilenstiefel." Oder: „Wer der Partei fünf neue Mitglieder zuführt, darf selbst austreten. Wer zehn neue Mitglieder wirbt, bekommt sogar eine Bescheinigung, dass er nie in der Partei gewesen ist."

Es ist nicht in erster Linie die geschichtswissenschaftliche Literatur, welche die in der Bundesrepublik vorherrschenden Geschichtsbilder prägt. Die Mehrheit der Deutschen bezieht ihre Vorstellungen von den Jahren der faschistischen Herrschaft zu einem Teil „trivial-unterhaltsamen Aufbereitung des Katastrophenstoffes" sicher bedient und von den Produzenten zur Rechtfertigung eines intellektuell anspruchslosen, sich vor allem der Frage nach dem Warum und Woher verweigernden Blicks in die Vergangenheit benutzt wird. Und wo Filme wie „Hitlers Helfer" (1996 u. 1998), „Hitlers Krieger" (1998), „Hitlers Frauen" (2001), „Hitlers Idole" (2007) aus der Mainzer ZDF-Zeitgeschichtsredaktion nach Inhalt und Machart kritisch bewertet werden – wie 2006 auf dem Historikertag in Konstanz, dessen Generalthema „Geschichtsbilder" lautete – erreichen die Einwände von Historikern die Konsumenten der Sendungen und Leser der Begleitbücher kaum.

In den vergangenen Jahren hat sich ein zweifacher Wandel in der Darstellung der Nazijahre auf Leinwänden und Bildschirmen vollzogen, die bei allen Besonderheiten eines gemeinsam besitzt: Sie lösten Personen und Ereignisse aus ihren historischen Zusammenhängen. Von Vermittlung von Geschichte in aufklärendem Sinne kann daher nicht gesprochen werden. Zum einen wird im Hinblick auf die Deutschen jener Jahre nicht mehr gefragt: Was haben sie getan? Sondern stattdessen wird dargestellt: Wie haben sie gelitten. Die Fragen nach dem Tatbeitrag der verschiedenen Gruppen der deutschen Bevölkerung, Arbeiter und Kapitalisten, Zivilisten und Soldaten, Männer und Frauen, Alte und Junge, die das Regime stützten, ist weit an den Rand der Handlungen gedrängt. Die Deutschen treten als Opfer hervor, einer besonderen Kategorie zudem, in einem Falle als „Hitlers letzte Opfer", in einem anderen als die „der größten Schiffskatastrophe aller Zeiten". Geht es um die Hierarchisierung der Opfer, wird nur noch den Juden „der Vortritt" gelassen.

Jahr für Jahr wurde den Zuschauern eine meist zwei Abendprogramme füllende Filmgeschichte dieses Typs geboten: 2004 „Der Untergang", 2005 „Speer und Er", 2006 „Dresden", 2007 „Die Flucht", 2008 „Die Gustloff". Alle diese Produktionen sind mit Ehrungen und Preisen bedacht, teils überhäuft worden. In einigen von ihnen – dies der zweite Wandel – werden Führer des Regimes, angefangen bei Hitler und Speer, nicht als skrupelfreie Missetäter, Politiker, die sich zu Herren der Welt machen

wollten, gezeigt, sondern als Menschenmit ihren Schwächen und Ängsten, getrieben von Umständen, denen – so die erklärte Absicht des Hitler-Darstellers in „Der Untergang“ – auch Mitleid zugewandt werden könne und solle. In diesen Filmen spielen die NSDAP und ihre Gliederungen als Organisationen mit Millionen von Funktionären und Aktivisten, die bis in das Frühjahr 1945 die Deutschen zu sturem Aushalten und fortgesetzten Kriegsanstrengungen trieben, wenn überhaupt so nur eine untergeordnete Rolle.

Eine Ausnahme bildete der Spielfilm „Napola – Elite für den Führer“ nur insofern, als es in ihm um die Heranbildung des Nachwuchses für die Faschistenpartei an einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt geht. Die aber wird in Konflikten so dargestellt, dass man sich die „Helden“ des Streifens schwer als Nachfolger derer vorzustellen vermag, die zum Zeitpunkt der Filmhandlung in Deutschland und im besetzten Europa herrschten, ausbeuteten, mordeten. Über die tatsächliche Funktion und Rolle der Faschistenpartei war in dem Streifen wenig zu erfahren, wiewohl ein Schüler einen NSDAP-Gauleiter zum Vater hat, einen gnadenlos brutalen Mann, der – vergeblich – seinen Sohn nach seinem Bilde formen möchte. Die lobenden Urteile der Filmkritiker erwähnen, dass dem Zuschauer keine Erkenntnis vorgekaut wird und vermerken nur am Rande, dass die „Systemkritik manchmal zur Nebensache“ geraten sei und der Film nie zur Anklage werde. Derlei wird aber nicht als Mangel empfunden. Hervorgehoben wurde stattdessen in Rezensionen die „Selbstverständlichkeit“ und „Unbefangenheit“, mit der sich Filmemacher nun der Nazijahre annehmen würden. Diesen „Fortschritt“ schreiben Kritiker auch anderen Filmen zu, so dass sich summieren lässt: Sie sind samt und sonders nicht von aufklärendem, Erkenntnisse vermittelnden Wert. Sie erzählen ihrer Zeit entkleidete Geschichten von Guten und Bösen, ohne einen Bezug zur gesellschaftlichen Realität herzustellen, aus der die einen wie die anderen hervorgehen und in der sie handeln. Diese Beziehung wird durch Uniformen, Ordensschmuck, Fahnenwälder, Gesten und Kulissen nur vorgetäuscht.

Auch in den Filmen, deren Handlung – schon darin erweist sich die Flucht vor der ganzen Wirklichkeit – meist in der Schlussphase der faschistischen Diktatur angesiedelt ist, wird der NSDAP als einer die wankende Macht des Regimes, wenn auch mit rasch absinkendem Erfolg, stabilisierende Kraft – sofern überhaupt – nur eine Nebenrolle zugebilligt. Die Nazis verringern sich zu einer Minderheit und einer marginalen gesellschaftlichen Erscheinung. Dazu trägt bei, dass beispielsweise Speer als der erfolgreiche Rüstungsminister und -manager gezeigt wird, aber nicht als ein Nazi, der 1927 schon in das NSKK eingetreten und 1931 Mitglied der NSDAP und der SA geworden war, als Mann mit Funktionen in der Deutschen Arbeitsfront, in der Reichspropagandaleitung der Partei und im Stab des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß. Im Film „Der Untergang“ begegnet der Zuschauer dem SS-Gruppenführer Hermann Fegelein, einem Mitglied der SS seit 1931, der NSDAP und der SA seit 1932, wovon jedoch der Film-Fegelein, ein lebenshungriger, sturzbetrunkener Fahnenflüchtiger keine Vorstellung gibt. So ist die Millionen-Organisation der NSDAP mit ihren Gliederungen einzig in der Gestalt eines fanatisierten Hitlerjungen vertreten, der – wieder ein guter Mensch – Hitlers in Panik geratener Privatsekretärin aus der Gefahrenzone und zu den Westalliierten verhilft.

Folgenschwangere Tatenlosigkeit

Zur Personage von „Dresden“ gehören die Figur des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters von Sachsen, Martin Mutschmann, und einer der untersten Parteifunktionäre, ein Blockwart. In der Verfilmung der Tragödie der Tausenden von Flüchtlingen auf dem einstigen Vergnügungsschiff „Wilhelm Gustloff“ figuriert die Nazipartei in Gestalt eines karikierten Funktionärs, der sich, mit einem Hitler-Bild unter dem Arm, einen Platz in einem Rettungsboot erkämpft. Auch in diesem Film, wie das übrigens schon an seinem frühen Vorgänger aus dem Jahre 1959 „Nacht fiel über Gotenhafen“ kritisiert wurde, wird zwar die Grausamkeit des Krieges in Bilder gesetzt, dessen Ursachen und selbst die zum Dargestellten gehörenden Zusammenhänge bleiben unbeleuchtet. Die Handelnden teilen sich wieder in gute und schlechte Charaktere, von denen die ersteren auch in hoffnungslosen Situationen segensreich wirken. Aufklärung täuschen diese Produktionen nur vor.

Die Abscheu, die gegen das Naziregime und seinen Krieg erzeugt wird, bleibt hilflos. Am Ende steht die Trivialität, dass es in der Geschichte immer Gute und Böse gegeben habe. Woher die „bösen Nazis“

kamen, wer sie an die Macht brachte, wer sie dort hielt, wie ihre Wiederkehr in irgendeiner Art oder Abart verhindert werden könnte, das scheint nicht auf. Das moralisierende Herumstochern in der Geschichte, das noch immer Herrschaftsinteressen bedient hat, sollte alarmierend auf den Plan rufen, denn es zeitigt Tatenlosigkeit und auf die Dauer Folgen, die den unangemessenen Maßnahmen gegen sich anbahnende Naturkatastrophen vergleichbar sind.

Nicht nationalsozialistisch ...

Sie haben in den frühen 80er Jahren die erste umfassende Geschichte der NSDAP im deutschsprachigen Raum verfasst. Unter dem Titel konnte sie aber nicht erscheinen.

Weißbecker: Nein, sondern unter dem Titel „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“. In einer Lizenzausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag in Bonn erschien das Buch seinerzeit aber als „Geschichte der NSDAP“.

Und warum diese „Eierei“, Verschleierei, in der DDR?

Pätzold: Darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Im Grunde wurde eine Geschichte der Nazipartei wohl als zumindest nicht notwendiges Buch angesehen. Die Volksmassen, das war das Dogma, hatten ja gelernt und gesiegt.

Lag es nicht auch am Namen NSDAP? Die Selbstetikettierung als „nationalsozialistisch“ war ja demagogisch und verlogen.

Weißbecker: Ja, sie war weder sozialistisch noch national. Denn: Chauvinismus und Rassismus, expansive Großmachtambitionen und Kriegsabsichten sind nie im Interesse einer Nation, davon profitieren nur wenige. Und die Millionen Mitglieder der NSDAP waren auch nicht, wie die Goebbelssche Propaganda ihnen weismachen wollte, die Mächtigen in Deutschland. Die Partei war und blieb bis zuletzt eines der Instrumente der Herrschaft alter und neuer Eliten, sie agierte eng verbunden mit Staatsapparat, Wirtschaft und Militär.

Wie bewerten Sie heutige Enthüllungen über prominente Intellektuelle, die in der Hitlerjugend oder in anderen Gliederungen der NSDAP waren?

Pätzold: Diese Enthüllungen treffen Menschen, die sich in Ost oder West als selbstständige Denker erwiesen und Einfluss und Verdienst gewonnen haben. Erinnert sei an die ältere Kampagne gegen den Münchener Faschismusforscher Martin Broszat, die nicht so viel Aufmerksamkeit erregte wie die gegen Günter Grass und Erwin Strittmatter. Unterm Strich: Was kritisch zu deren Biografien sachlich und wertend auch immer nachzutragen ist, ihr Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit bleibt achtenswert und größer als der, den sie dem Regime mit dem Hakenkreuz in jungen Jahren geleistet haben. *Fragen: Karlen Vesper*

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker präsentieren auf der Leipziger Buchmesse die dritte Auflage ihrer „Geschichte der NSDAP. 1920 bis 1945“ (PapyRossa Verlag), 570 S., geb., 28,00 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28. Februar/1. März 2009, S. 24.

Gut verträglich

Zum Oscar-geehrten Kurzfilm „Spielzeugland“

Wir sind noch Papst, dazu Fußballvizewelt- und Exportweltmeister und nun auch Oscar. Nicht eben in jener Kategorie, in der wir auf den Spitzenplatz geschielt haben, aber in der für Kurzfilme. Als es am Tage, da die „Woche der Brüderlichkeit“ eröffnet wurde, auf Mitternacht zuging, hat die *ARD* den prämierten Streifen gezeigt. Die Geschichte geht so: Eine deutsche Mutter, die weiß oder ahnt, wohin die als Juden verfolgten Menschen transportiert werden, wird von ihrem Söhnchen gefragt, wohin sein in der Nachbarschaft wohnender Freund mit seinen Eltern denn verreise. Ausweichend und beruhigend zugleich erhält er zur Antwort: Sie fahren ins „Spielzeugland“ (so auch der Titel des Films). Das ist verlockend, dahin will er mit. Und so macht er sich nächtens unbemerkt auf, ihnen auf dem Weg zu folgen, auf dem sie verschleppt werden. Zu Tode erschrocken entdeckt die Mutter das leere Bett. Sie eilt zu den Schwarzuniformierten. Die bringen sie zu dem Eisenbahngleis vor einen schon verschlossenen Güterwaggon. Die Schiebetür wird geöffnet. Niemand meldet sich auf den Ruf nach Heinrich. Vor der Suchenden steht, an Mutter und Vater geklammert, dessen Freund. Den erklärt sie als ihren Sohn. Sie darf ihn, nachdem sein „arisches“ Aussehen geprüft ist, mitnehmen. Am Ende: Blick in eine Wohnküche, in der die Freunde sich wiedergefunden haben. Dann schaut die Kamera auf die Hände zweier alternder Männer, die vierhändig Klavier spielen.

Auf diese Weise oder ähnlich die Geschichte des Massenmords an den Juden, namentlich die von unmittelbaren Nachbarn, erzählt zu bekommen, daran sind die Deutschen schon gewöhnt worden. So ist sie gut verträglich. Nur eben zu schön, um wahr zu sein.

Ossietzky, 5/2009, 7. März 2009, S. 207.

Heroisierter Soldatentod

Vor 75 Jahren bekam Deutschland Heldengedenktag

Wer seine Soldaten in Kriege schickt, der kann es beim Trauern um die Toten der vorangegangenen nicht belassen, sich mit düsteren Gedanken im Volke darüber nicht abfinden, was aus den zumeist jungen Burschen geworden wäre, hätte sie nicht ein Geschoss getroffen, eine Granate zerrissen, ein Gasschwaden erstickt oder ein wunder Schiffsleib in Meerestiefen mitgerissen. Dann muss von Menschen, die getötet wurden, bevor sie noch recht zu leben begonnen hatten, verklärend als von den „Frühvollendeten“ geschwafelt werden. Dann hat „wehmutsvoller Schmerz“ zu weichen, an seine Stelle „stolze Ergriffenheit“ zu treten.

Das war die Sprache, die der Autor eines Artikels in der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ wählte, als – ein Jahr war seit der Errichtung der faschistischen Diktatur eben vergangen – beschlossen wurde, an die Stelle des „Volkstrauertages“ einen „Heldengedenktag“ zu setzen. Der Wandel war ein Signal, ein gefahrdrohendes, nicht anders als die gleichzeitige Vermehrung der Reichswehr, die sich auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorbereitete. Die Entscheidung der Regierung Hitler, einen Staatsfeiertag einzuführen, an dem der Helden des Weltkriegs und dieser gemeinsam mit den ebenfalls zu Helden stilisierten in den politischen Kämpfen der Weimarer umgekommenen SA-Leuten gedacht werden sollte, vollzog einen Schritt, den deutschnationale und andere mordspatriotische Kreise und selbstredend die Militaristen-Clique schon vor 1933 hatten gehen wollen, ohne dass sie jedoch an ihr Ziel gelangt wären.

Im Rahmen eines Volkstrauertages, der in den grauen Monat November gelegt worden war, wurde in Republikzeit an alle Toten und insbesondere auch an die des Krieges der Jahre 1914 bis 1918 erinnert. Das geschah auf sehr verschiedene Weise und in Abhängigkeit davon, was die jeweils Gedenkenden vom Krieg und dem Sterben der mehr als zwei Millionen Deutschen hielten. Drei Gruppen, die niemand zahlenmäßig erfasst hat, ließen sich deutlich unterscheiden. Da waren zum einen die strikten Gegner jener Stilisierung der „im Felde Gebliebenen“ – dies eine der vielen Umschreibungen und Beschönigungen des Geschehens, als hätten sie sich entschlossen, den Weg nach Hause nicht anzutreten – zu „Patrioten“ oder „Helden“. Für diese war der Tag Anlass, zum Eintreten für den Frieden zu rufen und sich jener anderen Gruppe zu konfrontieren, deren Angehörige es nach Rache und Revanche, also nach einem neuen Krieg gelüstete. Und dann war da jene dritte Gruppe von Menschen, deren Gedanken- und Gefühlswelt ganz oder nahezu vollständig ausgefüllt war von unstillbarem Schmerz über die unwiederbringlichen Verluste an Männern, Väter Söhnen, Brüdern, Enkeln und die aus ihrem persönlichen Erleben einen politischen Entschluss nicht hatten gewinnen können.

Nun also wurde ein Weg der Erinnerung beschritten, von dem es – wieder im Blatt des Vereines der Kriegsgräberfürsorge, die Wendung des Liedes von der uns voran flatternden Fahne aufnehmend – hieß: „Unsere Helden leuchten uns voran“. Der traurige Monat November wurde für derlei Blick in die Zukunft als ungeeignet angesehen und ein Tag auf der Schwelle zum Frühling bestimmt, Heldengedenktag zu sein. Gewählt wurde der zweite der fünf Fastensonntage in der Passionszeit mit dem Namen Reminiscere also Gedenke, an dem Prediger in den Kirchen auf jenen Vers im 25. Psalm Bezug nehmen, der lautet „Gedenke, Herr, an deine Barmherzigkeit und an deine Güte, die von Ewigkeit her gewesen sind“ und in dessen Text Gott um Güte, die Vergebung namentlich der Jugendsünden und Wegweisung auf einen Lebenspfad ohne Schuld gebeten wird.

Mit alledem hatte die Wahl des Tages nichts zu tun, ausgenommen, dass sie als geeignet erscheinen mochte, die christlichen Kirchen auch in die nun betriebene Politik der Erinnerung an den Krieg mitzunehmen. Das gelang schon im Februar 1933, als die Veranstaltung noch Volkstrauertag hieß und Paul von Hindenburg, von Hitler begrüßt, sich in die Lindenoper – da war der Reichstagsgebäude noch nicht ruiniert, wurde aber bereits gemieden – begaben und dort die letzte Ansprache eines Kirchenmannes, eines Divisionspfarrers a. D., aus diesem Anlass hörten.

Von da an wechselten die Redner des Tages. Hatten in der Weimarer Republik bei den alljährlichen Feiern zum Volkstrauertag im Plenarsaal des Reichstages, nach einem zweimaligen Auftritt des

Reichstagspräsidenten Paul Löbe (SPD), Geistliche die Hauptrede gehalten, Funktionäre des Bundes der Kriegsgräberfürsorge oder Pfarrer, die im Kriege Feldgeistliche gewesen waren, so ging diese Rolle nun an exponierteste Militärs über. In den ersten vier Jahren der Diktatur sprach der Reichswehr-(seit 1935: Reichskriegs-)Minister, 1938 folgte Hermann Göring, 1939 Erich Raeder, die Oberkommandierenden von Luftwaffe und Kriegsmarine. In den ersten vier Kriegsjahren sprach dann Hitler selbst und der Ort der Feier wurde aus der Staatsoper Unter den Linden auf die andere Straßenseite in den Lichthof des Zeughauses verlegt. Das Militärspektakel fand im Anschluss daran inmitten von Gaffern vor der Neuen Wache statt, neben der Kriegsverwundete, manche in so genannten Selbstfahrern, platziert waren, die Hitler begrüßten. Der überließ 1944 dem inzwischen zum Oberkommandierenden der Kriegsmarine aufgestiegenen Karl Dönitz die Ansprache.

Dann verordneten die alliierten Sieger den Deutschen, das Heldengedenken zu unterlassen und denen war es im besetzten Land auch elend genug, als dass sich so rasch wie nach dem Ersten Weltkrieg Kräfte hätten öffentlich rühren können, die aus den Kriegstoten wieder Helden machen wollten. Das freilich sollte sich in der Bundesrepublik ändern. In der DDR lebte der Name „Held“ fort jedoch in einer neuen Beziehung: zu Menschen, die dem Faschismus widerstanden hatten, zu Frieden und friedfertiger Arbeit. Tausende hörten von der Bühne am Schiffbauerdamm und in anderen Theatern des Ostens den von Bert Brecht am Vorabend des Krieges verfassten Dialog, in dem auf Andreas Bemerken „Unglücklich das Land, das keine Helden hat“ Galilei entgegnet „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.“ Man schrieb das Jahr 1957, als das Stück, an dessen Inszenierung Brecht noch mitgewirkt hatte, aufgeführt wurde.

Da war im Westen die Kriegstat im Zeichen des Hakenkreuzes von ihrem Zweck und Ziel schon abgelöst, das Töten und sich selbst in tödliche Gefahr begeben, als respektabel und ehrwürdig dargestellt. Die Genehmigung, Kriegsauszeichnungen, vom „Führer“ verliehen, öffentlich tragen zu dürfen, wenn sie nur das Nazisymbol nicht zeigten, trug dem Bedürfnis Rechnung, die eigenen Heldentaten zur Schau zu stellen. Im Titel des 1956 auf die westdeutschen Kinoleinwände gebrachten Spielfilms „Der Stern von Afrika“, dessen Drehbuch ein Mann mit einer NS-Propagandakarriere geschrieben hatte, der auch Kriegsberichterstatter in SS-Einheiten gewesen war, ließ sich das Wort Stern getrost durch „Held“ ersetzen. Als solcher war ein Flieger dargestellt, der „die Briten“ reihenweise vom Himmel holte.

Der Filmheld hatte sein reales Vorbild in Hans-Joachim Marseille, einem Fliegeroffizier, der von Hitler mit höchsten Auszeichnungen bedacht worden war und dessen Namen in Nazideutschland 1941/1942 jedes heranwachsende Kind kannte. Aber und eben: ein toter Held. Die Erinnerungen an derlei Helden werden mehr als ein halbes Jahrhundert später in Bundesdeutschland wachgehalten. In Straßennamen wird selbst noch an die aus dem Ersten Weltkrieg erinnert. Solche aus dem Zweiten haben Biographien erhalten, mache sind Namengeber von Waffen (Kriegsschiffen) oder militärischen Einrichtungen geworden, ein Gedenken, das sich gegen Proteste der Öffentlichkeit nicht immer behaupten ließ. Traditionsbildend, wird seit langem und immer wieder versichert, sei das alles nicht gemeint.

Inzwischen hat die Bundeswehr begonnen, für Heldennachschub zu sorgen. Noch wird darüber gestritten, ob sie in Kriegen umgekommen sind oder nur während irgendwelcher „Einsätze“ wie Feuerwehrleute und Blindgänger-Entschärfer, ob sie Gefallene genannt werden sollen oder wie sonst. Errichtet wird ihnen vorerst ein Ehrenmal. Das wird kein Schlusspunkt sein.

PS. Für weitere Informationen empfiehlt sich die an Humboldt-Universität zu Berlin angenommene Magisterarbeit von Jan-Henrik Meyer, Die Reden auf den zentralen Veranstaltungen zum Volkstrauertag bzw. zum Heldengedenktag (1922-1989), die im Internet abrufbar ist.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 14.03.2009, S. 15.

„Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“

Die alliierten Sieger verordneten 1945 den Deutschen, das Heldengedenken zu unterlassen, und denen war es im besetzten Land auch elend genug, als dass sich so rasch wie nach dem Ersten Weltkrieg Kräfte hätten öffentlich rühren können, die aus den Kriegstoten wieder Helden machen wollten. Das freilich sollte sich in der Bundesrepublik ändern.

In der DDR lebte der Name „Held“ fort, jedoch in einer neuen Beziehung: zu Menschen, die dem Faschismus widerstanden hatten, zu Frieden und friedfertiger Arbeit. Tausende hörten von der Bühne am Schiffbauerdamm und in anderen Theatern des Ostens den von Bert Brecht am Vorabend des Krieges verfassten Dialog, in dem auf die Bemerkung seines Schülers Andrea Sarti – „Unglücklich das Land, das keine Helden hat“ – Galilei entgegnet: „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“. Man schrieb das Jahr 1957, als das Stück, an dessen Inszenierung Brecht noch mitgewirkt hatte, aufgeführt wurde.

Da war im Westen die Kriegstat im Zeichen des Hakenkreuzes von ihrem Zweck und Ziel schon abgelöst, das Töten und sich selbst in tödliche Gefahr begeben, als respektabel und ehrwürdig dargestellt. Die Genehmigung, Kriegsauszeichnungen, vom „Führer“ verliehen, öffentlich tragen zu dürfen, wenn sie nur das Nazisymbol nicht zeigten, trug dem Bedürfnis Rechnung, die eigenen Heldentaten zur Schau zu stellen. Im Titel des 1956 auf die westdeutschen Kinoleinwände gebrachten Spielfilms „Der Stern von Afrika“, dessen Drehbuch Herbert Reinecker, ein Mann mit einer NS-Propagandakarriere, geschrieben hatte, der auch Kriegsberichterstatter in SS-Einheiten gewesen war, ließ sich das Wort „Stern“ getrost durch „Held“ ersetzen. Als solcher war ein Flieger dargestellt, der „die Briten“ reihenweise vom Himmel holte.

Der Filmheld hatte sein reales Vorbild in Hans-Joachim Marseille, einem Fliegeroffizier, der von Hitler mit höchsten Auszeichnungen bedacht worden war und dessen Namen in Nazideutschland 1941/1942 jedes heranwachsende Kind kannte. Aber und eben: ein toter Held.

Die Erinnerungen an derlei Helden werden mehr als ein halbes Jahrhundert später in Bundesdeutschland wachgehalten. In Straßennamen wird selbst noch an die aus dem Ersten Weltkrieg erinnert. Solche aus dem Zweiten haben Biographien erhalten, manche sind Namengeber von Kriegsschiffen oder militärischen Einrichtungen geworden, ein Gedenken, das sich gegen Proteste der Öffentlichkeit nicht immer behaupten ließ. Traditionsbildend, wird seit langem und immer wieder versichert, sei das alles nicht gemeint.

Inzwischen hat die Bundeswehr begonnen, für Heldennachschub zu sorgen. Noch wird darüber gestritten, ob sie in Kriegen umgekommen sein müssen oder nur während irgendwelcher „Einsätze“ wie Feuerwehrleute und Blindgängerentschärfer, ob sie „Gefallene“ genannt werden sollen oder wie sonst. Errichtet wird ihnen vorerst ein Ehrenmal. Das wird kein Schlusspunkt sein.

Literatur: Jan-Henrik Meyer, Die Reden auf den zentralen Veranstaltungen zum Volkstrauertag bzw. zum Heldengedenktag (1922-1989).

junge Welt, Sonnabend, 14.03.2009, S. 15.

Hakenkreuz über dem Hradschin

Am 15. März 1939 marschierte die deutsche Wehrmacht in Prag ein – eine Okkupation und ihre Folgen

Die Bildzeugnisse des Tages sind wieder und wieder gedruckt worden: An den Straßenrändern der tschechischen Hauptstadt stehen gedrängt deren Bürger, auf ihren Gesichtern der Ausdruck ohnmächtiger Wut und des Hasses, ihre Blicke gerichtet auf die Soldaten der deutschen Wehrmacht, die, in ihren Fahrzeugen hockend, dieses Willkommen nicht wahrnehmen wollen. Es unterscheidet sich von jenem „Blumenfeldzug“ vollkommen, mit dem sie ein Jahr zuvor nach Wien gelangt waren. Sie sind in Feindesland, einem Land, deren friedfertige Bewohner sie sich zu Feinden gemacht haben und in dem die Besatzer in den folgenden Jahren unterdrücken, ausbeuten, versklaven und morden.

Die Daten des Terrors

Drei Daten mögen für das Terrorregiment der Eroberer stehen: Am 28. Oktober 1939 wurde der Student der Medizin der Karls-Universität, Jan Opletal, bei einer gegen die Eindringlinge gerichteten Demonstration so schwer verletzt, dass er Wochen darauf starb. Sein Begräbnis machten Tausende seiner Kommilitonen zu einer erneuten Kundgebung gegen die deutschen Faschisten. Die reagierten mit Hinrichtungen, der Schließung der tschechischen Universitäten und der Verbringung von Hunderten von Studenten in Konzentrationslager. Ende November 1941 trafen die ersten Prager Juden in Theresienstadt ein. Die Eroberer haben es zu einem von der Umwelt strikt abgeschlossenen Ghetto bestimmt, das zu einer Stätte des Leidens und Sterbens tschechischer, deutscher und von Juden aus anderen Ländern wird, für viele eine Station auf dem Weg nach Auschwitz-Birkenau zum Tod in den Gaskammern. Am 10. Juni 1942 wurde in einem Akt blinder Rache das Bergarbeiterdorf Lidice nahe Kladno ruiniert, deren männliche Einwohner niedergemacht, Frauen und Kinder in KZ verschleppt. Wer über die Vertreibung der Deutschen aus dem tschechoslowakischen Staat redet, sollte wenigstens diese Daten im Kopfe haben. Sie gehören zu einer Kette von Verbrechen.

Aus der Sicht der deutschen Führung war mit dem Anschluss des tschechischen Territoriums an das Reich – vollzogen unter der euphemistischen Bezeichnung „Protektorat Böhmen und Mähren“ – ein Programm vollständig verwirklicht, das Hitler einem ganz engen Kreis seiner Mitführer am 5. November 1937 entwickelt hatte. Es sah vor: „Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Fall bei einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechoslowakei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen ...“. Deutschland würde dadurch eine „bessere Grenzziehung“ gewinnen, „Streitkräfte für andere Zwecke“ freimachen und durch die Mobilisierung von Männern in den neuen Reichsgebieten 12 weitere Divisionen aufstellen können. Keine Frage, die Liquidierung der beiden Staaten und deren Einverleibung waren als Schritt in den großen Krieg gedacht.

So sah auch der verbündete Mussolini die Lage, der in einer Denkschrift niederschrieb: „Durch die in Böhmen und Albanien (das Italien sich einverleibt hatte – K. P.) erreichten strategischen Stellungen haben die Achsenmächte in ihrer Hand einen grundsätzlichen Faktor des Erfolges.“ Doch wichen die zeitlichen Vorstellungen des Duces von denen des Führers noch ab, der Italiener glaubte, dass der Angriffskrieg mit Siegesgewissheit erst 1943 begonnen werden könne. Hitler hingegen war schon entschlossen, alsbald mit dem Angriff auf Polen auch den großen Krieg zu riskieren. Es ging dem Krieg mit Volldampf entgegen in der Hoffnung und Erwartung, dass der eigene Rüstungsvorsprung und eine Politik der Überrumpelung den Sieg eintragen müssten.

Der Marsch nach Prag hatte das ein knappes halbes Jahr zuvor in München geschlossene Abkommen zerrissen, das den tschechoslowakischen Staat amputierte und ihn seiner Verteidigungsfähigkeit gegenüber einem Eindringling beraubte. Neville Chamberlain und Édouard Daladier, die Regierungschefs in London und Paris, die dazu ihren Beistand gegeben hatten, waren blamiert, ihre Politik des Appeasements bankrott. Zögernd und tastend begann eine Umorientierung. Doch noch immer hofften maßgebliche Kreise in den beiden Westmächten, dass sich die militärische Auseinandersetzung mit Nazideutschland vermeiden ließe. Eine augenblickliche Reaktion kam hingegen aus Moskau und die besaß kräftige Gründe.

Litwinows Bemühen

Das Münchener Viermächte-Abkommen, das vor allem als die Vergewaltigung der Tschechoslowakei und Kapitulation vor dem kriegsdrohenden Deutschland angesehen wurde, hatte die Sowjetunion aus der europäischen Politik und Diplomatie verdrängt. Auf deren Bühnen war der Kreml unter dem maßgebenden Einfluss seines Außenministers Maxim Litwinow überhaupt erst gelangt, als sich Deutschland mit dem Sieg der Faschisten auf einen Weg begab, der seine Nachbarn erkennbar bedrohte und Eroberungen zum Ziel hatte. Die UdSSR war 1934 Mitglied des Völkerbundes geworden, den das Reich verlassen hatte. Sie suchte und gewann neue Beziehungen zu Frankreich. Sie erreichte 1935 den Abschluss von Beistandsverträgen mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Die Politik der kollektiven Sicherheit, also der Abschreckung und Bändigung eines potenziellen Aggressors, schien auf einen guten, wenn auch nicht gesicherten Weg gebracht.

München 1938 aber bezeichnete ihr definitives Scheitern. Der Kreml saß, was seine Europa-Politik anlangte, vor einem Scherbenhaufen. Aus Berlin tönten gen Osten pausenlos Hass- und Drohtiraden, die das „bolschewistische Judentum“ verteufelten. Und mit denen, die sie von sich gaben, hatten die Führer der „westlichen Demokratien“ sich schiedlich-friedlich auf Kosten eines Dritten vereinbart. An den außenpolitischen Passagen der Rede Stalins auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU, der in Moskau exakt in den Tagen stattfand, da die Wehrmacht die Tschechoslowakei besetzte, lässt sich bei allen wortstarken Passagen das Wissen um diese isolierte Lage ablesen. Für eine auf die Wahrung des Friedens gerichtete Außenpolitik gab es keinen staatlichen Adressaten. Gleichsam ersatzweise erwähnte Stalin die „Werktätigen aller Länder, die am Frieden und an der Freundschaft zwischen den Völkern interessiert sind“.

Nur wenige Tage nach dieser Rede schuf der 15. März 1939 eine neue Situation, auf die Großbritannien und Frankreich reagieren mussten. Der Kreml sah die Chance, sich mit allen nichtaggressiven, namentlich den bedrohten Staaten des Kontinents über eine Antwort auf die deutsche Aggression zu verständigen. Er unternahm den Versuch, die Politik der kollektiven Sicherheit zu reanimieren. Litwinow gab nicht auf. Am 18. März bestellte er spät abends den britischen Botschafter zu sich und erklärte ihm, dass „eine internationale Konsultation notwendig sei“. Doch die Anregung zu einer Konferenz europäischer Mächte, als deren Ort Moskau die rumänische Hauptstadt ins Gespräch brachte, wurde nicht aufgenommen.

Was folgte, ist bekannt. Die Kontakte zwischen Paris und London nach Moskau wurden nicht einmal auf das Niveau der Außenminister gebracht, geschweige denn – wie in München geschehen – auf die Ebene der Regierungschefs. An ihrer Ernsthaftigkeit und dem Willen der Regierungen der kapitalistischen Mächte war zu zweifeln, Deutschland nun unmissverständlich jene Schranken zu weisen, die es, würden sie überstiegen, in einen Zweifrontenkrieg führen würden. Litwinow war am Ende. Er verlor seinen Posten. Anfang Mai trat Wjatscheslaw Molotow an seine Stelle. Stalin nahm eine neue Option. Ließ sich der Krieg nicht vermeiden, wollte sich die Sowjetunion aus ihm heraushalten, solange es irgend ging. Jedenfalls sollte sie nicht Gefahr laufen, nachdem Polen überrannt wäre, sich allein in einen Krieg mit Deutschland gestürzt zu sehen. Und es entsprach der Prinzipien- und Skrupellosigkeit des Herrn im Kreml, dass er diesen Plan, wenn nötig, um jeden Preis verfolgen würde.

Lebensraum im Osten

Inzwischen erklärte Hitler einer Generals-Versammlung am 23. Mai 1939: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten ...“ Die Frage, wohin sich die deutsche Eroberungslust wenden würde, wäre Polen besiegt, war für den Diktator offen. Noch glaubte Hitler, es mit einem isolierten Polen zu tun zu bekommen. Doch vermied er, den Militärs diese Konstellation als gewiss darzustellen. Was, so lässt sich fragen, hätte Hitler den Generalen gesagt, wenn sie nicht an der Aussicht zweifeln konnten, dass ein Angriff auf Polen direkt in einen Krieg mit allen Großmächten Europas führen werde? So aber brauchten er und seine Mitführer kein grünes Licht für den Kriegsbeginn. Das schalteten sie eigenhändig, weil man ihnen die Betätigung der Ampel überließ.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 14./15. März 2009, S. 22.

Kein Spiel ohne Grenzen

Weltmachtambitionen

Geistige Vollkost. Anspruchsvoll und allgemeinverständlich. Dieses Willkommen gilt einem Buch, das zu einer Zeit, da sich historische Abhandlungen mehr und mehr spezialisieren, die Geschichte der bürgerlichen deutschen Gesellschaft während nahezu 140 Jahren, von der Reichsgründung bis fast in unsere Tage, darstellt. Und das nicht in einem Wälzer, sondern in einem handlichen Band. Da war Auswahl und Verzicht nötig. Wie sie von den beiden Soziologen getroffen worden ist, sagt der Untertitel.

Die fünf Kapitel gliedern den Text im Einklang mit staatlichen Umbrüchen, widmen sich also dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Nazireich, der Bundesrepublik in ihren ursprünglichen und in den 1990 entstandenen Grenzen. Die in ihnen herrschenden politischen Kräfteverhältnisse werden jeweils knapp charakterisiert, während den wirtschaftlichen und soziostrukturellen Prozessen der größere Raum zugemessen ist. Über weite Strecken bildet das Verhältnis von Staat und Wirtschaft die Achse der Abhandlung, zu deren Vorzügen die Vermittlung politökonomischer Aufschlüsse gehört, bis hin zu Erklärungen, die etwa für Begriffe wie Syndikate oder Trust dort gegeben werden, wo sie als neue Erscheinungen des Wirtschaftslebens auftauchen. Informativ und abgewogen zugleich auch das Angebot an Zahlen und Daten über Gewinne, Einkommen, Löhne, Arbeitszeiten, Beschäftigungszahlen, Exporte u. a. Gleiches gilt für in den Textverlauf montierte Zitate, zeitgenössische wie historiografische, wobei Forscher wie Jürgen Kuczynski, Ernst Engelberg, Hans Mottek, aber auch Nichtmarxisten zu Worte kommen. Nahezu nebenbei werden Legenden abgefertigt, wie die gegenwärtig wieder verbreitete, die Wirtschaft gedeihe am besten, wenn der Staat sich aus ihr weit heraushalte und nur als Nothelfer bereitstehe. Schon im Vorwort stellen die Autoren klar: „Großkapitalistische Interessen haben sich nie allein auf den Markt verlassen, sie haben stets auch den Staat zur Hilfe genommen, nicht zuletzt in seinen militärischen Fähigkeiten."

Die Realgeschichte ist dem Schluss dieser Darstellung freilich weit und schnell enteilt. Gegen Ende des Bandes wird Peer Steinbrück zitiert, der 2006 in einem Vortrag in New York Deutschland als „eine der am weitesten liberalisierten und deregulierten Volkswirtschaften Europas" rühmte. Seit die Verfasser ihr Manuskript beendeten, werden andere Lieder gesungen. Das legt eine Fortsetzung nahe. Inzwischen könnte das Vorliegende den Weg auch zu Studienanfängern finden, die sich nicht mit geistiger Diät begnügen.

Einzig auf den rätselhaften Haupttitel ließe sich gut verzichten, zumal das Geschehen die Kennzeichnung als Spiel verfehlt und zum wenigsten eines ohne Grenzen war. Die nämlich wurden deutschen Eindringlingen auf Märkten wie in Ländern ihrer zeitweiligen militärischen Eroberungen mehrfach gewiesen.

Werner Biermann/Arno Klönne: Ein Spiel ohne Grenzen. Wirtschaft, Politik und Weltmachtambitionen in Deutschland 1871 bis heute. PapyRossa. 293 S., 17,90 Euro.

Neues Deutschland, 12. bis 15. März 2009, S. 17.

Wer solche Gewerkschafter hat, braucht keine Gestapo

Eine Reminiszenz

Hatten wir das schon? Arbeiter demonstrierend in einer Straße in Deutschland, mit und über ihnen die Eigentümerin des Betriebes, in dem und für die sie malochen und der nun pleite zu gehen droht. Und aus der Versammlung ertönend ein einstimmiger Hilfeschrei, adressiert an den Staat, dessen Politiker die sogenannten Rahmenbedingungen gesetzt haben, mit denen zuerst die Schranken niedergerissen wurden, die Extraprofite und Expansion ohne Maß und Halt noch behinderten, und die sich nun als Schranken auch gegen zu Insolvenzen führende Abenteuer erweisen.

Wer die Bilder aus Herzogenaurach sah, dem fielen Vokabeln wie Betriebsgemeinschaft, Betriebsführer und Gefolgschaft ein. So hatte sich schon der „Führer“ das Verhältnis von Kapital und Arbeit gewünscht. So war es 1934 verordnet worden. Nun werden derlei Führer nicht mehr gebraucht. Die Gewerkschaften, damals verboten, weil vom Gedanken des Klassenkampfes nicht vollends abgekommen, haben die Sache in die Hand genommen. Sie halfen, die Tränen der Maria-Elisabeth zu trocknen, gaben ihr wieder Mut, die Geschäfte in die Hand zu nehmen.

Und nicht nur im Württembergischen waren Aktionäre, Manager und Arbeiter Seit’ an Seit’ zu sehen. Nicht, dass die Schwäche des Kapitals ausgenutzt würde, um ihm, kann es schon nicht abgeschafft werden, Bedingungen abzutrotzen, mit denen sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeitenden dauernd verbessern ließe. Stattdessen: Hinnahme von Zwangsferien und des Rates, sie zur Qualifikation zu nutzen, Sich-Abfinden mit Kurzarbeit und Lohneinbußen, Zustimmung zu verschiedensten Formen der Lohnkürzung, Desolidarisierung von den Zeitarbeitern. So verläuft heute der „Kampf“ um die Behauptung des Arbeitsplatzes, und so werden ihn dann auch die Enkel ausfechten müssen.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, dass wir in völlig neue Zustände gelangt wären. Dagegen sprechen Sätze aus dem Bericht eines sozialdemokratischen Arbeiters, geschrieben 1935 an die Leitung seiner Partei im Exil in der Tschechoslowakei: „Vor der Krise interessierte den Arbeiter am Arbeitsverhältnis in erster Linie der Lohn. Im Verlaufe der Krise aber änderte sich das allmählich. Immer weitere Schichten der Arbeitslosen und von Betriebsarbeitern wurden von der Vorstellung erfasst, dass das Wichtigste sei, überhaupt Arbeit zu haben. Das Interesse an den hohen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen wurde von der Sorge um den Arbeitsplatz zurückgedrängt. Die Nationalsozialisten haben sich diese Umstellung im Denken der Arbeiterschaft zunutze gemacht. Sie ermöglichte ihnen ebenso eine Arbeitsbeschaffung zu Hungerlöhnen wie die Herabdrückung der Nominal- und noch mehr der Reallöhne.“ Den Unterschied macht nur, dass das kapitalgehorsame Verhalten damals in Anwesenheit der Gestapo und bei Existenz von Konzentrationslagern praktiziert wurde. Time is marching on.

junge Welt, Freitag, 20.03.2009, S. 12.

Der Faschismus – eine Herrschaftserfahrung

Was Faschismus war, woher er kam, wer von ihm profitierte, wo er existierte – das ist die unvollständige Reihe von Fragen, die bis heute gestellt werden und vor allem eins bezeugen: Die Geschichte des Faschismus im 20. Jahrhundert und insbesondere die des deutschen gehört zu jenen historischen Ereignissen und Entwicklungen, von denen in einem Bilde, das die US-amerikanische Publizistin Barbara Tuchman verwendet hat, gesagt werden kann, dass sie noch qualmen. Der Gegenstand berührt bis heute gegeneinanderstehende Interessen, die auch auf geistigen Schlachtfeldern ausgetragen werden.

Unbestritten ist, dass der Begriff Faschismus für eine Ideologie steht (die populäre, zugkräftige Losung, er sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen, ist einfach falsch), für politische Parteien (in Deutschland vor allem, aber nicht nur für die NSDAP) und für einen Staat (in Deutschland für die Diktatur der Jahre 1933 bis 1945). Wer von Faschismus redet, muss folglich sagen, was er meint. Dass dies – Ideologie, Partei, Staat – zu trennen ist, nicht nur begrifflich, erweist die Geschichte: Der faschistische deutsche Staat wurde 1945 militärisch zerschlagen und in allen seinen Teilen liquidiert, die faschistische Partei wurde verboten und vermochte, bankrott wie sie war, auch illegal nicht weiter zu existieren, die Ideologie des Faschismus hingegen lebte, wenn auch insgesamt vernutzt, doch in vielen ihrer Elemente fort. Es bedurfte großer und langwieriger Anstrengungen, zu einer Generation zu gelangen, die – jedenfalls in ihrer übergroßen Mehrheit – nach Denken und Mentalität von diesen Elementen frei ist.

Hier wird vom Faschismus des 20. Jahrhunderts, namentlich dem deutschen, nur unter einem Aspekt die Rede sein: vom *Faschismus als Herrschaftserfahrung* und dies wiederum mit dem Blick auf jene, die herrschten, also unter Vernachlässigung derer, die beherrscht wurden. Die im „Dritten Reich“ Herrschaft ausübten, werden in Geschichtsschreibung und Publizistik der Bundesrepublik vorzugsweise als „die Eliten“ bezeichnet. Unerwähnt bleibt meist, dass viele, die diese Kennzeichnung verdienten, außer Landes oder in den Tod getrieben waren, jene, von denen im Wortsinn als von der „Auslese der Besten“ gesprochen werden konnte, also von Albert Einstein, den Gebrüdern Thomas und Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und vielen anderen. Indessen wird der Begriff Elite hierzulande immer häufiger wertfrei gebraucht, und zwar bis in die Bereiche der Wissenschaft mit dem Bedeutungsgehalt „Könner“ oder „Macher“. So lässt sich dann auch von Mitführern Hitlers, Politikern, Wirtschaftsführern (Kapitaleignern wie Managern) und Militärführern als von der „braunen“ Elite sprechen und schreiben. Denn Macher waren sie zweifelsfrei, ältere Herrschaftserfahrungen nutzend und neue gewinnend, als sie die Mobilisierung und Formierung von Massen zu ihrer verlässlichen Gefolgschaft mit erstaunlichem Erfolg betrieben.

Heute wird auf die verschiedenste Weise, absichtsvoll oder nicht, der Eindruck erweckt, als wäre diese Erfahrungsmasse vollkommen entwertet und befände sich irgendwo auf einem Abfallhaufen der Geschichte. Diesen Eindruck erwecken immer wieder präsentierte Bilder von Gestapo-Folterstätten, KZ-Lagern und umgebrachten Menschen und auch jene von uniformierten Massen, Riesenkundgebungen, Fahnenwäldern, nicht endenden Paraden. Sie alle scheinen eine Welt vorzuführen, die kaum weniger weit hinter uns liegt als die Seeschlacht bei Salamis. Es sind diese Bilder, die zu rechtfertigen scheinen, dass schon jede Bezugnahme von der Bundesrepublik zurück in die Jahre der faschistischen Diktatur, jeglicher Vergleich zwischen dieser und jener als ungerechtfertigt, übel und tabuverletzend gilt.

Das kann nur akzeptieren, wer Herrschaftsinstrumente und -praktiken fest und unauflösbar an nur *eine* spezifische gesellschaftliche und politische Struktur gebunden sieht. Dagegen aber spricht eine Jahrtausende alte Geschichte, in der sich im Hinblick auf dieses Instrumentarium Kontinuität und Bruch verfolgen lassen. Davon wissen nicht nur Experten der Geschichtswissenschaft. „Brot und Spiele“ ist eine Wortwendung in vieler Munde, ohne dass damit immer die Kenntnis verbunden wäre, dass der römische Satiriker Juvenal solche Praktiken „Panem et circenses“ nannte, die zu seinen Lebzeiten, im 1. und 2. Jahrhundert, angewendet wurden, um entwurzelte Menschengruppen ruhigzuhalten. Dieser Kombination haben sich seitdem Machthaber in den verschiedensten sozialen und politi-

schen Systemen bedient. Das taten auch die Faschisten. Sie vermochten Millionen unter ihren Zeichen und Fahnen zu sammeln und zu halten, indem sie die Arbeitslosigkeit beseitigten, so dass niemand hungern musste, und mit Festen und Feierlichkeiten, von denen die Olympischen Spiele 1936 nur die am stärksten in der Erinnerung haftenden waren, die Alltage beständig ablenkend unterbrachen. Kurzum: Hitler und seine Mitführer kannten bewährte Praktiken ihrer Vorläufer, und gegen alle Erklärungen, sie würden ein nie dagewesenes Staatswesen errichten, traten sie Erbschaften an und bedienten sich ihrer nicht anders, als das vor ihnen geschehen war.

Aber haben sie nicht, das ist unsere Frage, auch Eigenes hinterlassen oder Vorgefundenes so umgeprägt, dass, die dann auf sie folgten, auf dieses Erbe zurückgreifen konnten? Nehmen wir als Beispiel für Herrschaftspraktiken, die oft als spezifisch faschistisch genannt werden, die vor allem mit dem Namen Goebbels verbundene Propaganda. Der Reichspropagandaminister erscheint nicht als Figur in einer sehr langen Reihe von Demagogen und aus dieser herausragend, sondern als einzigartige Erscheinung, die per se keinen Vergleich zulasse. Inhaltlich wird das, was er geschickt, ja raffiniert propagierte und propagieren ließ, auf Rassismus, Antisemitismus und Nationalchauvinismus, also auf die Denk- und Verhaltensweisen reduziert, die heute verpönt, teils auch unter Strafandrohung gestellt sind. Diese Perspektive ist stark verengt, denn der Mann und die von ihm befehligten Zeitungen und Rundfunkstationen hatten es tagtäglich mit Fragen und Aufgaben zu tun, die uns keineswegs fremd geworden sind. Was da geschah, mag an wenigen Beispielen knapp gezeigt werden.

Die Propagierung der Solidarität

Zu den zentralen Begriffen der Goebbels-Propaganda gehört der von der „Volksgemeinschaft“, der einen Zusammenschluss der Deutschen im Inneren ebenso wie deren Abschottung und „Schutz“ nach außen forderte und gegenseitige Hilfe unter den Volksgenossen verlangte. Weniger bekannt als die Nazi-Parolen „Volkswohlfahrt“, „Winterhilfswerk“ und ähnliche ist die speziell an die Arbeiterklasse – in Hitlers Sprache an „den deutschen Arbeiter“ – gerichtete Solidaritätsforderung, die seit den frühesten Tagen des Regimes erhoben wurde und Lohnverzicht verlangte. Dies mit der Begründung, erst müsse jeder Deutsche Arbeit erhalten, dann, wenn das erreicht sei, würden auch die Löhne steigen können. Die Möglichkeit, dass sich dagegen Einspruch oder Protest erhob, war nach der Liquidierung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 beseitigt. Die Löhne waren und blieben gestoppt. Dadurch erhöhten sich die Profite der Kapitaleigner, und großen Nutzen hatte auch das Regime. Während die privaten Investitionen stiegen, blieben die Löhne auf dem Krisenniveau, und auch die Devisensumme, die aufgewendet wurde, um Lebensmittel für den Massenkonsum zu importieren, wurde in Grenzen gehalten. Worauf es hier ankommt, ist die verlogene These, dass es zwischen der Lohnhöhe der Beschäftigten und der Zahl der Arbeitslosen ein umgekehrt proportionales Verhältnis gebe und dass also, wer auf Lohn verzichte, einen Beitrag leiste, einem Klassengenossen den Wiedereintritt in den Arbeitsprozess zu ermöglichen. Nicht anders argumentieren die Führer der sogenannten Arbeitgeberverbände heute. Lohnerhöhungen, die nicht mehr bewirken als einen Inflationsausgleich, bedeuten de facto einen Reallohnstopp.

Die Propagierung des Retters

Hitler war, lange bevor er in die Wilhelmstraße einzog, den Massen seiner Anhänger als Retter, ja als ihr Erlöser präsentiert worden. Das geschah unter Rückgriff auf biblische Geschichten und Bilder. Zum Beispiel am Schluss des ersten Buches von „Mein Kampf“ in der frei erfundenen Szene, da Hitler in München einer Massenversammlung das „unabänderliche“ Parteiprogramm verkündet: da der Verkünder, dort die hinausziehenden Jünger, die seine Wahrheit, seine Lehre, sein Heilsversprechen hinaus ins Land zu den zu Bekehrenden tragen. So ging es fort, beispielsweise am 10. November 1933. Zwei Tage vor der Volksabstimmung sprach Hitler in der Turbinenhalle der Berliner Siemenswerke. Das war sein erster Auftritt in einem Betrieb überhaupt. Die Propaganda schrieb: „Und in der zwölften Stunde kam Hitler zu den Arbeitern.“ Sie nahm eine Anleihe bei jener Legende, die im Matthäus-Evangelium erzählt wird, wonach der Besitzer eines Weinbergs Arbeitern noch in der elften Stunde, der vor Sonnenuntergang, Arbeit gibt und ihnen sogar wie den früher Angeworbenen einen ganzen Tageslohn zahlt.

Solche Auftritte werden heute in anderen Kulissen, vor einem anderen Publikum, Angehörigen einer anderen Generation – nicht nur in Deutschland – permanent inszeniert. Sie haben mit den deutschen und zuvor den italienischen Faschisten nicht begonnen, aber sie sind von ihnen unter Nutzung neuer technischer Möglichkeiten perfektioniert worden. Kundgebungen wie jene auf den Parteitagen in Nürnberg und beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg im Weserbergland, um die bekanntesten zu nennen, hatte es bis dahin nicht gegeben. Das waren gleichsam die „Erlebnismeilen" der Nazijahre.

Daran wird erinnert, wer auf Fernsehschirmen in die Gesichter von Menschen blickt, die nach einer Kundgebung ihrer „Volkspartei" überzeugt, begeistert, mitunter verzückt erklären, jetzt sei die Frau oder der Mann gefunden, der alles wenden werde. Der oder die Gefundene sei entschlossen, zielstrebig, glaubwürdig und so weiter, ist da zu hören. Wie können solche Hoffnungen geweckt werden, für die jene, die sie hegen, vernünftige Gründe nicht anzugeben vermögen? Zum einen, weil auf verschiedenste Weise den Leuten das Selbstvertrauen, wenn sie es jemals hatten, genommen und ihnen stattdessen beigebracht worden ist, dass die Macher – früher „die großen Männer" geheißen – die Sache in die Hand nehmen und meistern werden. Zum anderen, weil es bequem ist, Arbeit und Anstrengung zu delegieren, vulgo abzuschieben. Das „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun" war und ist ungleich schwerer zu vermitteln.

Die Beteuerung eigener Friedwilligkeit

Hitler ist als der schärfste Kriegstreiber des vergangenen Jahrhunderts in die Geschichte eingegangen. Mit seinem Namen vor allen anderen – und es waren derer viele – verbindet sich der Zweite Weltkrieg mit seinen Millionen toten Soldaten und Zivilisten. Dahinter ist weitgehend verblasst, dass er zunächst und bis in den Krieg hinein auch ein unverfrorener Friedensdemagoge war, der auch auf diesem Felde Anleihen bei Vorläufern nahm und Erbschaften antrat. „Der uns aufgezwungene Krieg" – die von Göring am 1. September 1939 benutzte Formel stammte vom kaiserlichen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der sie am Anfang des ersten Weltkriegs benutzt hatte. Und „Wir wollen den Frieden, weil wir ihn lieben", das ist Hitler 1936 im Original. Er kenne als Frontsoldat die Leiden des Krieges, wie könne er dann auch nur einen Gedanken auf Krieg wenden? „Deutschland arbeitet", lautete eine der Parolen, und nur das wolle es weiter tun. Doch jede dieser Beteuerungen erhielt Einschränkungen unbestimmter Art: harmlose, wonach niemand den Deutschen an die Ehre gehen dürfe, denn ehrlos könnten sie nicht leben, oder auch drohende wie die These vom „Volk ohne Raum". Diese Praxis der eingeschränkten Versprechen, die auf die Preisgabe des Versprochenen zielt, sie schon vorbereitet und auch dem Überführtwerden als Lügner vorbeugt, gehört zum Repertoire heutiger Politiker und wird für die verschiedensten Zwecke eingesetzt.

Vom Nutzen des Feindbildes

Die deutschen Faschisten haben von ihren frühesten politischen Anfängen an Bilder von wirklichen oder behaupteten Feinden propagiert und damit Ängste ebenso wie ein Schutzbedürfnis erzeugt. Feinde erhielten in der NS-Propaganda eine geheimnisumwitterte, nebulose Gestalt. Von ihnen ging keine geringere als eine tödliche Gefahr aus, der nur begegnet werden konnte, wenn sie vernichtet, ausgemerzt, ausgerottet wurden. In der Republikzeit waren dies Marxisten, Juden und Pazifisten, häufig benannt als jüdische Bolschewisten oder „das bolschewistische Judentum". Nur zeitweilig wurde diese einzige amalgamierte Feindfigur erweitert. Das geschah in den ersten Wochen und Monaten nach der Regierungsübernahme 1933. Da wurde das Bild benutzt, „die Welt" stelle sich gegen das neue Deutschland, was selbstredend wieder ein Werk der Juden war. Es war „die Welt", wie es auch in der Verszeile des Nazibarden Hans Baumann hieß, die „uns nicht begreifen" wolle, die deutsche Erhebung, unseren Aufbruch. Dann wurde diese Klage durch eine andere ersetzt. Die Welt und namentlich Europa hätten dem neuen Deutschland dankbar dafür zu sein, dass es das Vordringen des „asiatischen Barbarentums" nach Westen verhindert habe. Diese Dankbarkeit werde dem Reich noch verweigert. Die Grundthese der Nazipropaganda in den Vorkriegsjahren lautete, in Deutschland würde alles zum Besten stehen oder sich auf dem besten Wege befinden, wenn man es nur in Ruhe lasse und die Kreise seiner Machthaber und ihrer Millionengefolgschaft nicht störe.

Das Feindbild wurde – mit Ausnahmen und Unterbrechungen – auf eines reduziert. Es zeigte „den Juden“, „das internationale Judentum“, und zwar in zweierlei Gestalt: als Plutokrat und als Bolschewik. Das war die Zwiegestalt des Hauptfeindes, eine Methode der Propaganda, die uns in unseren Tagen neu vertraut wird. Demnach gibt es im Innern wieder einen Hauptfeind, der einmal Extremist, dann auch Chaot und neuerdings mit Vorliebe Populist genannt wird und der wiederum in zweierlei Gestalt existiert, diesmal als Linker und als Rechter. Von beiden – nicht anders als von „Plutokrat und Bolschewik“ – wird behauptet, sie arbeiteten auf das gleiche Ziel hin. Ebenso schlicht gezeichnet ist auch das Bild des äußeren Feindes, des Terroristen. Das Volk wird durch Furcht, durch Dramatisierung oder auch durch die Erfindung von Gefahren diszipliniert. Mit deren Darstellung verbindet sich der Dauerappell, zusammenzustehen im Kampf um den Platz an der Sonne.

In diesen Tagen zeigte sich, dass mit dem Aufkommen ökonomischer und politischer Krisen der Bedarf an Feindbildern steigt. Sie zu präsentieren, ist zweischneidig, zumal dann, wenn die Zahl der Feinde sich zur Übermacht summiert. Doch sind derlei Rücksichten schon gefallen: Die Russen wollen uns den Öl- und Gashahn abdrehen, die mehr als eine Milliarde Chinesen bedrohen uns als Produzenten ebenso wie als Konsumenten und verpesten die Umwelt. Die „gelbe Gefahr“ und der „russische Bär“ sind auch älter als ihr Gebrauch im Nazireich. Sie werden wieder hervorgeholt, auf dass die Volksgemeinschaft in Verteidigungsstellungen einrückt.

Jeder weiß aus nahezu täglicher Erfahrung, dass geschichtliche Vergleiche benutzt werden können, um Personen oder Parteien zu diffamieren, dass sie der Knüppel sein können, einen Konkurrenten oder Rivalen niederzuschlagen. Das ist nicht unsere Absicht, wenn wir nachweisen, dass es auf dem Felde der Massenmanipulation (weniger vornehm-akademisch Massenbetrug genannt) Erfahrungen gibt, die von den Machthabern verschiedenster Zeiten und Couleurs, die braunen eingeschlossen, eingesetzt werden. Wir erwähnen es auch nicht zum Zwecke der Kennzeichnung, Bloßstellung oder Entlarvung der Machthaber, sondern mit dem Blick auf deren heutige Gefolgschaft. Ihr legen wir die Frage vor, die Tucholsky einer nicht mehr lebenden Generation stellte: Merkt ihr nischt?

Ossietzky, 6/2009, 21. März 2009, S. 228-233.

Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges

Meinungen, Stimmungen und Erwartungen
Vortrag in Potsdam am 27. März 2009

„Wir stehen schwereren Aufgaben gegenüber als andere Staaten und andere Länder: zu viele Menschen auf einem zu kleinen Lebensraum, es mangelt an Rohstoffen, mangelt an Anbaufläche, und trotzdem: Ist Deutschland nicht schön? Ist Deutschland nicht trotzdem wunderbar? Lebt unser Volk nicht trotzdem so anständig? Mögen Sie alle mit irgendetwas anderem tauschen?“ Die Fragen hatte Hitler im September 1935 an die Bauernmassen beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln gerichtet und, wie vorverabredet, antworteten ihm aus der Menge damals Rufe „Niemals“. Vier Jahre später trat an die Stelle der Devise „Deutschland arbeitet“ eine andere: „Deutschland kämpft“.

Am Morgen des 1. September 1939 gab es für alle ein bitteres Erwachen, die geglaubt hatten, der „Führer“ werde seine Außenpolitik wieder wie im Jahr zuvor am Rande des Krieges entlang steuern und sie zu einem „Zweiten München“ führen. An beruhigenden Erklärungen, mit denen diese Stimmung gestützt wurde, hatte es nicht gefehlt. Eine gab der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch am 10. August 1939 in eine Ansprache vor Rüstungsarbeitern, als er ihnen sagte, „dass der Führer niemals das Leben des deutschen Menschen leichtfertig aufs Spiel setzen“ werde.[1] Nun war Krieg. Angeblich mussten die Deutschen in Polen, wie schon von denen in der Tschechoslowakei 1938 behauptet, vor der Ausrottung gerettet und die Danziger „Heim ins Reich“ geholt werden. Zwei Tage später gingen in Berlin die Kriegserklärungen aus London und Paris ein, womit Hoffnungen auf einen kurzen, begrenzten Krieg eigentlich zerrinnen mussten. Dennoch waren viele Deutsche nicht bereit, sich der Tatsache zu stellen, dass eine militärische Auseinandersetzung begonnen hatte, die in den Zweiten Weltkrieg münden würde und bis zum vollständigen Sieg der einen oder anderen Seite ausgefochten und ertragen werden musste. Und die deutsche Propaganda half bis in die Sprachregelungen hinein, von dieser Perspektive zunächst wegzulenken. Der Gebrauch des Wortes Krieg wurde vermieden und stattdessen von einer „Auseinandersetzung“, einem „Kampf“ oder davon gesprochen, dass nun „Gewalt gegen Gewalt“ gesetzt würde. Krieg tauchte zunächst nur bei Erwähnung der Gegner auf, dort gab es Kriegsinteressenten und Kriegshetzer.

Millionen wurden am ersten Septembertag geistig und mental gleichsam überrumpelt, manche bis zur Erstarrung. Freilich: nicht ohne eigenes Verschulden. Vielerorts waren die Kriegsvorbereitungen in den Augusttagen durch Augenschein wahrzunehmen. „Reservisten mit Rucksack und Papierkarton drängen sich in den Straßen, auf den Bahnsteigen, in den Wartesälen.“ Und „Die Truppen rollen gen Osten.“ So lauten Tagebuch-Eintragungen von Ruth Andreas-Friedrich.[2] Selbst wer diese Vorbereitungen durch Augenschein nicht wahrgenommen hatte, dem ging bei einem auch nur flüchtigen Blick in die Zeitungen schon Wochen vor dem Ausbruch der unmittelbaren Vorkriegskrise auf, dass die Forderungen gegen den polnischen Nachbarn auf Seiten Deutschlands beständig erhöht wurden. Nicht nur an Stammtischen wurde spekuliert, ob die Westmächte sich mit der Durchsetzung von Ansprüchen an den östlichen Nachbarn einverstanden erklären würden und, wenn nicht, so die Erörterung weiter, würde dann Deutschland oder würden die Westmächte sich mit Russland verbünden. Doch das Fazit der Beobachtungen Victor Klemperers hatte im Juni 1939 und auch später noch gelautet: „Aber das Volk glaubt wirklich an Frieden. *Er* wird Polen nehmen (oder aufteilen), die ‚Demokratien‘ werden nicht einzugreifen wagen.“[3] Das erwies sich als ein Irrglaube.

In den letzten Augusttagen waren Unsicherheit und Unbehagen in der Bevölkerung dennoch erkennbar gewachsen. Zu den Beobachtungen William L. Shirers gehörte, dass das deutsche Volk „noch nicht wirksam auf einen Krieg vorbereitet worden“ ist und sich „unter den Massen keinerlei Kriegsbegeisterung registrieren“ lasse. Dann, nachdem die Rationierung von Nahrungsmitteln und weiteren Waren des täglichen Bedarfs bekannt gemacht worden war, schrieb der Korrespondent: „Der Durch-

---

1 Zitiert in Ruth Andreas-Friedrich, Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945, Berlin 1977, S. 52. Eintragung vom 17. August 1939.

2 Ebenda, Eintragung vom 26. u. 28. August 1939, S. 52 und 53.

3 Victor Klemperer, Tagebücher 1933-10941, Eintrag vom 7. Juni 1939, S. 473.

schnittsdeutsche macht heute einen entmutigten Eindruck.“[4] Der Schritt der deutschen Machthaber über die Schwelle des Krieges war bei der Mehrheit der Bevölkerung des Reiches unpopulär. Nach den Erfahrungen der Jahre von 1914 bis 1918 saß der Wunsch nach Frieden in den Deutschen tief. Das war den Faschisten an der Staatsspitze bewusst, wie ihnen am 3. September 1939 auch ein Blick aus der Reichskanzlei auf den Wilhelmplatz bestätigen konnte, wo sich nicht mehr als etwa 250 Personen an Lautsprechern versammelt hatten, aus denen die Mitteilung von Großbritanniens Kriegserklärung zu hören war. „Nach Beendigung der Durchsage gab es nicht einmal ein Murmeln. Sie standen unverändert dort. Betäubt. Die Leute können es noch nicht fassen, dass Hitler sie in den Weltkrieg geführt hat.“[5] So wieder der Augenzeuge William L. Shirer, der dem an anderer Stelle seiner Aufzeichnungen hinzusetzte, seine Beobachtungen mit Berichten vom August 1914 vergleichend: „Heute: keine Begeisterung, kein Hurrageschrei, keine Hochrufe, kein Blumenstreuen, kein Kriegsfieber, keine Kriegshysterie. Nicht einmal Hass auf Franzosen und Briten [...]“.[6]

In dieser Situation griff die Propaganda zu der schon 1914 von der deutschen Regierung benutzte Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg“.[7] Besonderer Wert wurde auf die Beteuerung gelegt „Der Führer hat diesen Krieg nicht gewollt.“[8] Englands angeblich von Juden gelenkte Regierung wurde, unter Aussparung des französischen Gegners, als der alleinige Kriegsinteressent hingestellt. Angewidert nahmen jene, die sich ein eigenes Urteil bewahrt hatten, diese permanenten Unschuldsbeteuerungen zur Kenntnis.[9] Diese besaßen freilich den Nachteil, dass ihnen ein Bedauern über den verlorenen Frieden beigemischt war, eine Stimmung, die dem Ziel der Machthaber, die Bevölkerung aufs äußerste zu Kriegsanstrengungen zu mobilisieren, nicht förderlich war. Doch ließ sich darauf vertrauen, dass Siege auf dem Schlachtfeld, zumal wenn sie ohne große Opfer gegen den hoffnungslos unterlegenen polnischen Gegner erreicht waren, die Stimmung wandeln und – nolens volens – eine Gewöhnung an das einschneidend veränderte Leben eintreten werde. Einmal im Krieg, würden die Deutschen ihn vor allem nicht verlieren wollen. Bei diesem Wunsch ließen sich die Massen packen und von der Führung gleichsam sicher an den Haken nehmen. Zudem hatten Sicherheitsdienst und Gestapo, die im Oktober 1939 im Reichsicherheitshauptamt (RSHA) unter dem Befehl Reinhard Heydrichs zu einem Instrument der Überwachung und des Terrors zusammengeführt wurden, zu sorgen, dass Kriegsgegner mit illegalen Aktionen nicht zum Zuge kamen.

Zunächst verzichteten die Machthaber auf jede Begeisterung demonstrierende Massenkundgebung ihrer Anhänger, die sie leicht zu Kriegsgeschrei hätten animieren können. Doch konnte eine derartige Kundgebung, die zu organisieren der Berliner NSDAP-Organisation keine Schwierigkeit gemacht haben würde, die Partei nur isolieren. Das war noch nicht die Stunde des Reichspropagandaministers, über dessen fehlende Wortmeldung sich auch Victor Klemperer wunderte, der am 10. Tag des Krieges in sein Tagebuch schrieb: „Wo ist Goebbels? Er schweigt seit Kriegsausbruch, nein, schon seit Russenbund.“[10] Die Töne wurden auf Moll gestimmt. Die Deutschen wüssten um die Schwere des Krieges, sie gingen in ihn ernst wie in ein Gebet.

Wenige Wochen darauf, als Truppen aus Polen wieder in ihre Garnisonen zurückkehrten und sie Einwohner mit Blumen empfingen, änderte sich jedoch das Bild. Vieler bemächtigte sich ein „Taumel über die Vernichtung Polens.“[11] Das waren auch Zeugnisse der Erleichterung, denn „es“ war so

---

4 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragungen vom 24. und 29. August 1939, S. 177 und 182.

5 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragung vom 3. September 1939, S. 191.

6 Ebenda, Eintragung vom 3. September 1939, S. 192.

7 Kurt Pätzold, Der uns aufgezwungene Krieg. In: ders./Manfred Weißbecker, Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 1, S. 118-124.

8 Rede von Joseph Goebbels am 17. April 190 im Berliner Sportpalast anlässlich der Rechenschaftslegung des 1. Kriegswinterhilfswerkes. Goebbels Reden, Bd. 2, 1939-1945. Hrsg. Von Helmut Heiber München 1972, S. 19.

9 Walter Tausk notierte zur Rede, die Hitler am Morgen des 1. September 1939 vor dem Großdeutschen Reichstag gehalten hatte: „Seit Jahren nichts Neues: kein Volk und kein Staatsmann ist so unschuldig, missverstanden, verraten und verlästert als ER und ‚sein Volk‘, kein Volk und Staatsmann so ausschließlich friedliebend usw. [...] Und an allem hat der Pole natürlich Schuld.“ Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933-1940, Hrsg. Von Ryszard Kincel, Berlin (DDR) 1975, Eintragung vom 1. September 1939, S. 230.

10 Victor Klemperer, Tagebuch 1933-1941, Eintragung vom 10. September 1939, S. 488.

11 Ebenda, Eintrag vom 22. September 1939, S. 492.

glimpflich abgegangen. Diese Feiern verbanden sich zudem mit falschen Hoffnungen. Der Krieg sei vielleicht gerade erst am Anfang, notierte William L. Shirer am 21. September, „wenn auch die Deutschen nach der Einnahme Polens ihn gern am Ende sähen“.[12] Und diesen Eindruck bestätigend, schrieb er am 5. Oktober 1939: „Die Menschen hier wollen gewiss Frieden.“[13] Dieser Stimmung trug das Zentralblatt der NSDAP Rechnung, als es nach dem Polenfeldzug schrieb: „Ganz Europa wartet auf das Wort des Friedens aus London. Wehe denen, die es verweigern. Sie werden eines Tages von ihrem eigenen Volk gesteinigt werden.“[14]

Die als Feldzug der 18 Tage gefeierte Niederwerfung Polens erzeugte in der Bevölkerung keinen Appetit auf mehr. Am 20. September notierte William L. Shirer: „Alle Deutschen, mit denen ich heute sprach, gehen felsenfest davon aus, dass wir innerhalb eines Monats Frieden haben werden.“[15] Wie Informationen des Sicherheitsdienstes besagten, rechneten viele mit einem Abbruch des Krieges und darauf, dass sich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit den geschaffenen Tatsachen abfinden würden. Dazu trug eine Rede Hitlers bei, die er am 6. Oktober vor dem Reichstag hielt und in der er den Westmächten ein Friedensangebot zu Bedingungen unterbreitete, die deren Kapitulation gleichkamen. Dennoch verstärkte sie, „den Glauben an ein Nachgeben Großbritanniens und Frankreichs“, wie die nun regelmäßig erscheinenden SD-Berichte über die innenpolitische Lage am 9. Oktober vermerkten.[16] Drei Tage später tauchte „fast schlagartig in allen Teilen des Reiches das Gerücht auf, die englische Regierung und der englische König hätten abgedankt und es sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden.“ Diese Nachricht – der Wunsch war der Vater des Gedankens – sei in allen Volkskreisen freudig und mancherorts mit Begeisterung aufgenommen worden, in Betrieben, auf Märkten, in der Berliner Universität. Auf dem Bahnhof Heinersdorf nahe Berlin wurde Soldaten, die den Ort mit einem Zug passierten, zugerufen: „Ihr könnt nach Hause fahren, der Krieg ist aus!“ Als sich die deutsche Seite darauf zu einem Dementi veranlasst sah, habe sich unter denen, die der Nachricht geglaubt hatten, „eine tiefe Niedergeschlagenheit“ verbreitet.[17]

Deutlicher als durch diese Episode konnte unter den Bedingungen sofort erlassener Kriegsgesetze und der verschärften Überwachung der Bevölkerung deren Haltung kaum erkennbar werden. Noch Tage später galt die Aufnahme des Gerüchts Sicherheitsexperten als Beweis dafür, „wie stark in der Allgemeinheit der Wunsch zum Frieden ist“, eine Feststellung, der beruhigend hinzugefügt wurde, dass von „einer ausgesprochenen Kriegsmüdigkeit (in der 6. Woche seit Kriegsbeginn! K. P.) nicht gesprochen werden“ könne.[18] Noch in der Meldung vom 16. Oktober, als die Zurückweisung von Hitlers „Friedensangebot“ durch die Regierungen in London und Paris nicht zu bezweifeln war, hieß es im Bericht zur innenpolitischen Lage: „Vollständig sind allerdings die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden noch nicht geschwunden.“[19]

Augenblicklich hatte sich das Abhören ausländischer Rundfunkstationen vermehrt, obwohl das sofort nach Kriegsbeginn mit Strafen bedroht worden war. Es begannen die ersten Verhaftungen Ertappter. Deren Zahl betrug Anfang Oktober binnen drei Tagen zusammen mit Personen, die gegen das Luftschutzgesetz verstoßen oder „Gräuelnachrichten“ verbreitet hatten.[20] Eine veränderte Stimmung meinten die Beobachter feststellen zu können, als sich im Kampf gegen Großbritanniens Flotte Erfolge der U-Boote unter Mitwirkung der Luftwaffe melden ließen.[21] Auch an sie knüpften sich durch Gerüchte zusätzlich genährte Friedenshoffnungen, nun eingeschränkt auf die Haltung Frankreichs, von dem angesichts des „komischen (d. h. faktisch nicht stattfindenden) Krieges“ an der Rheingrenze

---

12 William L. Shirer, Tagebuch, S. 210.
13 Shirer Tagebuch, S. 220
14 VB, 30. September 1939, zitiert auch in Shirer, S. 217, Notiz vom gleichen Tage.
15 William L. Shirer, Tagebuch, S. 207.
16 Meldungen, Nr. 1, 9. Oktober 1939, Bd. 2, S. 330/331.
17 Meldungen, Bd. 2, Nr. 2, 11. Oktober 1939, S. 339.
18 Meldungen, Bd. 2, Nr. 3, 13, Oktober 1939, S. 347.
19 Meldungen, Bd. 2, Nr. 3, S. 356.
20 Meldungen, Bd. 2, Nr. 2, 11. Oktober 1939, S. 140.
21 Zur Ausschlachtung dieser Seekriegserfolge s. Victor Klemperer, Tagebücher 1933-1941, Eintrag vom 29. November 1939, S. 501.

vermutet wurde, dass es nicht kämpfen wolle und aus dem Bündnis mit England ausscheren werde.[22] Vor allem vor Frankreichs Grenzen kursierten Tatarennachrichten von geheimen deutsch-französischen Verhandlungen und Übereinkommen.[23] Dann wieder wurden Hoffnungen auf angebliche Friedensvermittlungen nordeuropäischer Staaten gesetzt.[24]

Was zur Information der Staatsführer aufwendig ermittelt wurde, gehörte zur Alltagserfahrung des Victor Klemperer, der sich fragte, was dieser Krieg, wie immer er verlaufe und ausgehen würde, ihm wie allen Juden bringen werde. Als er auf einem seiner Wege bei Besorgungen die Übertragung der Rede hörte, die Hitler am 19. September 1939 in Danzig hielt, notierte er, dass alle Umstehenden „sogar des nahen Friedens gewiss“ gewesen wären.[25] Diese Erwartung hatten Sätze in der Ansprache in der dem Reich einverleibten Hansestadt kräftig bestärkt. Deutschland wolle keinen Krieg, hatte „der Führer“ wieder beteuert und von seinen sehr begrenzten Zielen gesprochen. Den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag präsentierte er zum Beleg, wie absurd es sei, ihm Gelüste auf die Ukraine oder hin zum Ural zu unterstellen. Kriegsinteressenten gab es demnach nur im Ausland, und die bestünden „aus ganz kleinen Cliquen“ und „fanatischen Kriegshetzern“, denen an „Profiten und irgendwelchen von Hitler nicht benannten „Interessen“ gelegen sei. „Wir brauchen keinen Hurrapatriotismus,“ lautete einer der Sätze, dem wieder hinzugefügt wurde: „Wir wissen, wie furchtbar der Krieg ist.“ Bald darauf rühmte sich der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht seiner Entscheidungen, den Feldzug gegen Polen so zu führen, dass er unter den deutschen Soldaten wie unter der polnischen Zivilbevölkerung möglichst wenig Opfer gefordert habe. Doch setzte er den Danzigern und den Millionen an den Rundfunkgeräten auch auseinander, dass das wieder „friderizianische Deutschland“ mit „ernster Begeisterung“ führen werde.[26]

Das Resultat solcher propagandistischer Bearbeitung fasste Victor Klemperer wenige Tage nach diesem demagogischen Auftritt in die Worte: „Alles denkt, England gibt nach.“27 Dass diese Beobachtungen des bedrängten und verfolgten jüdischen Wissenschaftlers in Dresdens Straßen, zumeist gewonnen während seiner Einkaufsgänge, und auch die Informationen, die er aus Gesprächen mit mehr oder weniger vertrauten Menschen gewann, Wesentliches trafen, bestätigen Vergleiche mit den Eindrücken anderer Zeitgenossen. Klemperer selbst hat die seinen permanent in Frage gestellt, so auch wieder wenig später mit dem Bemerken: „Keine Möglichkeit sich über die Volksstimmung klar zu werden.“28

Die Sehnsucht nach der Wiederherstellung des Friedens bedeutete indessen keine Kritik an der Politik der Machthaber oder gar an Entscheidungen des „Führers“. Den Krieg gegen Polen hielten viele Deutsche für gerechtfertigt.[29] Sie waren beeindruckt von den aktuellen Nachrichten über die Gräueltaten der Polen an den Volksdeutschen und gegen diesen ihren Nachbarn, der ihnen wie das gesamte Slawentum als unkultiviert galt, ohnehin aufgewiegelt. Die „Heimkehr“ Danzigs ebenso wie Korrekturen an der als ungerecht empfundenen Grenze zu Gunsten des Reiches hielten sie für selbstverständlich. Akzeptanz gewann daher die Propagandathese, Großbritannien hätte sich in diese Auseinandersetzung nicht einzumischen. Dennoch habe es Polen ermutigt, sich den berechtigten deutschen Forderungen zu widersetzen. London also wolle den Krieg, in den es die Franzosen mit hineingerissen habe. Dieses Zerrbild bedeutete, die Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg“ im Kern zu akzeptieren, die demagogisch mit der Forderung nach Bestrafung der Friedensbrecher verbunden wurde. Da

---

22 Meldungen, Bd. 2, Nr. 6, 20. Oktober 1939, S. 372.

23 Meldungen, Bd. 2, Nr. 7, 23. Oktober 1939, S. 381.

24 Meldungen, Bd. 2, Nr. 8, 25. Oktober 1939, S. 390.

25 Klemperer Tagebücher 1933-1941, Eintrag vom 20. September 1939, S. 491.

26 Rede Adolf Hitlers in Danzig am 19. September 1939.

27 Klemperer Tagebücher 1933-1941, Eintrag vom 22. September 1939, S. 491.

28 Ebenda, Eintrag vom 21. November 1939, S. 500.

29 Hier lag ein Irrtum mancher durchaus hellsichtiger Beobachter der Situation, die meinten, dass die Ablehnung des Krieges auch mit der Kritik an den von den Machthabern verfolgten Zielen einherging. Zu ihnen gehörte der in Breslau lebende jüdische Handelsvertreter Walter Tausk, der in sein Tagebuch nach den Erfahrungen der sogenannten Sudetenkrise von 1938 über das Verhältnis des Volkes zum Krieg schrieb: „Wohlgemerkt: das Volk will ihn nicht; es hat im Gegenteil diese Regierung und jedes weitere Abenteuer satt; aber es ‚hält die Schnauze’ [...]“. Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933-1940, Hrsg. Von Ryszard Kincel, Berlin (DDR) 1975, Eintragung vom 5. Oktober 1938, S. 161.

war es wieder das „Gott strafe England“ aus den Jahren des Weltkrieges eins. Diese Abstrafung schien durch eigene Hand vollziehbar, wofür vielen der überschätzte Sieg im Osten stand. Der stärkte die Erwartung, ja gebar die Gewissheit, diesmal werde es England heimgezahlt werden. Dazu trug bei, dass anders als 1914 ein Ein-Fronten-Krieg zu führen war.

In der Tat hatte die überraschende Wendung im Verhältnis der bis vor kurzem noch scharf befeindeten Sowjetunion unter den Deutschen Erleichterung ausgelöst. Hitler rühmte den am 23. August 1939 mit den bisher als Verbrechern bezeichneten Machthabern im Kreml unterzeichneten Nichtangriffsvertrag als einen und natürlich seinen großen diplomatischen Schachzug. Freilich wurde verschwiegen, dass sich an ihn weitergehende Erwartungen geknüpft hatten als die dann eingetretenen. Die gedachte Isolierung des Krieges gegen Polen war nicht gelungen. Doch da der binnen kurzem der Vergangenheit angehörte, trat der deutsche Gewinn aus dem Pakt deutlich hervor. Das Reich war nicht eingekreist. Unter anderen Umständen hätte der Schritt, der mit der bisherigen Außenpolitik des Regimes brach und der Naziideologie krass widersprach, stärkere Beunruhigung und Verunsicherung in der Bevölkerung und namentlich in der Parteimitgliedschaft ausgelöst. Nun galt allein der Vorteil und die sich an diese Wendung schließenden Fragen verstummten bald.

In die Hoffnungen auf einen Abbruch des Krieges und die Rückkehr des Friedens mischten sich aber schon in den ersten Kriegswochen andere Stimmungen, die der scharfen Beobachtungsgabe William L. Shirers nicht entgingen. Der Feldzug im Osten dauerte erst zehn Tage, als er sich fragte, ob die Mehrheit der Deutschen, „wenn sich Briten und Franzosen für einen langen Zermürbungskrieg entscheiden, ihre Aversionen gegen das Regime vergisst und es als ihre Pflicht ansieht, das Vaterland zu verteidigen“.[30] Nach dem „Blitzsieg“ in Polen notierte er: „Wenn dieser Krieg weitergeht, so frage ich mich, ob nicht die Masse der Bevölkerung sich hinter das Regime stellen wird.“ Und: „Seit zwei Wochen versammeln sich Menschen aller Klassen vor den Schaufenstern in Berlin, Frauen ebenso wie Männer, und starren anerkennend die Landkarten an, auf denen kleine Nadeln mit roten Köpfen den siegreichen Vormarsch der deutschen Truppen in Polen markieren. Solange die Deutschen erfolgreich bleiben und nicht so viele Verluste erleiden, wird dieser Krieg kein unpopulärer sein.“[31] Dieses Urteil verschärfte er ein halbes Jahr später: „Offensichtlich mögen sie den Krieg nicht, doch sie werden tun, was man ihnen sagt. Zum Beispiel sterben.“[32] Doch die Furcht vor einem lang dauernden Krieg blieb weit verbreitet, zumal schon in den ersten Wochen Versorgungsprobleme auftraten, von denen die Älteren sagten, derlei hätten sie im Weltkrieg erst in späteren Jahren erlebt.

Dass die Deutschen in so großer Zahl zwei Monate nach dem Beginn des Krieges sich noch immer nicht von dem Gedanken eines nahen Friedens verabschiedet hatten und der von vielen mit der Erwartung eines baldigen kriegsentscheidenden Angriffs im Westen verbunden wurde, konnte die Machthaber schwerlich reaktionslos hinnehmen. Es war Hitler selbst, der das Gremium seiner „alten Kämpfer“ wählte, um der Stimmung eine andere Richtung zu geben. Von nun an, erklärte er ihnen in seiner traditionellen Ansprache im Münchener Bürgerbräu-Saal, sich von seiner „Friedensrede“ einen Monat zuvor distanzierend, werde mit den britischen Politikern in der Sprache geredet werden, die sie offenbar einzig verstünden. In England sei von einem Krieg von drei Jahren die Rede gewesen, berichtete er und kommentierte prahlend, er habe dem „Feldmarschall“ am Tage der britisch-französischen Kriegserklärung die Weisung erteilt, sich auf einen fünfjährigen Krieg vorzubereiten, fügte dem er aber hinzu, er glaube nicht, dass er wirklich so lange dauern werde. Beruhigend versicherte Hitler weiter, Deutschland werde diesmal den „Kampf unter viel leichteren Bedingungen“ zu führen habe als in den Weltkriegsjahren. Es sei in jener Hinsicht stärker, seelisch, wirtschaftlich und militärisch und so wäre es „auf längste Zeit“ eingestellt. Sein Fazit war: „Es kann hier nur einer siegen, und das sind wir.“

Diese Einstimmung ging mit dem Bestreben einher, in Deutschland unter den Zivilisten die Illusion zu verbreiten, es gehe das Leben nahezu so weiter wie in den Friedensjahren vorher. Und diese Propaganda unterstützten die Deutschen in den ersten Wochen und Monaten auch selbst. Das „Stuttgarter

---

30 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragung 11. September 1939, S. 199.
31 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragung 20. September 1939, S. 208 f.
32 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragung 24. März 1940, S. 291.

Neue Tageblatt“ hatte über die Situation am ersten Kriegssonntag so berichtet: Der Schwabe, schon von Natur aus ruhig und gefasst, hätte diese Wesensart auch angesichts der Mitteilung vom Feldzugsbeginn gegen Polen gezeigt. Der Sonntagsbetrieb sei verlaufen wie üblich, die Lokale gut besetzt gewesen und die Sportveranstaltungen hätten ihre Besucher gehabt. Gleiches gelte für die Reichsgartenschau und auch für die Filmtheater. Der Autor fasste seine Beobachtungen so zusammen: „Nirgendwo aber ein Anzeichen von Nervosität und Hast.“ Dieser Bericht hatte die Dachzeile erhalten „Eiserne Entschlossenheit“.[33]

Auch Göring hatte in seiner Rede die Devise ausgegeben: „Nicht nervös werden!“ Damit sie befolgt werden könne, wurde nach Kräften für Ablenkung gesorgt. Artikel in Zeitungen begründeten gegen offenbar existierende Bedenken, warum die Theater nicht nur weiter geöffnet, sondern auch bei ihrem Programm blieben, so dass sich Besucher bei Lustspielen unterhalten und amüsieren könnten. Auf Leinwänden der Kinos agierte Heinz Rühmann im „Paradies der Junggesellen“, wurde der „Irrtum des Herzens“ gezeigt und eine „Hochzeit mit Hindernissen“ geboten. Der letztgenannte Filmtitel erhielt eine besondere Bedeutung, als per Verordnung staatlich-bürokratischen Hindernisse abgebaut wurden, die bis dahin einer rasch veranstalteten Hochzeit im Wege standen. Viele Paare entschlossen sich, wohl auch wegen der finanziellen Folgen, zu einer Heirat, bevor der Partner des Bundes als Soldat „ins Feld“ zog. Beziehungsreicher war angesichts der Tatsache, dass in Städten und Ortschaften auf Straßen und Plätzen Deutschlands die Lichter ausgingen, der Filmtitel „Flucht ins Dunkle“. In anderem Sinne galt das auch für den Streifen mit dem Titel „Morgen werde ich verhaftet“.

Einen Schub erhielt die englandfeindliche Kriegsstimmung durch das Hitler geltende Attentat des Arbeiters Georg Elser, das während der erwähnten Gedenkfeier für den Putsch 1923 Anfang November im Münchener Bürgerbräu-Saal gelungen war und von der Propaganda feindlichen Agenten zugeschrieben wurde. Niemand glaubte, dass der Anschlag das Werk eines Einzelnen gewesen sein konnte, der den Führer als den Treiber zum Kriege beseitigen wollte. Das gescheiterte Vorhaben verstärkte den Zusammenschluss um den Mann, der als Garant des Sieges angesehen wurde. SD-Beobachter meldeten, die „Einstellung zum Kriege“ sei „*noch positiver* geworden“.[34] Das war der Sprachstil, der Stimmungsmängel, sie zugleich minimierend, erst mitteilte, wenn sich daran die den Empfängern der Texte zusagende Nachricht über deren Beseitigung knüpfen ließ.

Zwei Befürchtungen waren allgemein. Die eine betraf den Bombenkrieg, über den phantastischen Nachrichten im Umlauf waren, sowohl über perfekte deutsche Abwehrmittel wie auch über furchtbare Waffen des Gegners. Die andere richtete sich, eingedenk der Erfahrungen der Weltkriegsjahre, auf eine Blockade Deutschlands und deren Folgen für die Ernährung der Bevölkerung. Schon in den ersten Kriegstagen war es, wiewohl die Propaganda sich gegen die „Hamsterer“ wandte und ihnen Strafen androhte, zu Angsteinkäufen gekommen. Wieder und wieder notierte Klemperer in diesen Wochen, wieviel Zeit er auf die Besorgung von Nahrungsmitteln zu verwenden hatte. Sofort setzte ein Sturm auf die noch nicht rationierten Waren ein. Jedoch: Das Volk begann, sich während der folgenden an Kriegshandlungen raren Wochen und Monate, wie sozialdemokratische Beobachter konstatierten, in „stumpfer Ergebenheit“[35] mit den Ereignissen abzufinden. Die Deutschen stellten sich auf die zunächst geringfügigen Entbehrungen und Belastungen des Krieges ein. Für die Regierung war diese Stimmungslage nicht ideal, aber ihren Ansprüchen an das praktische Verhalten der Bevölkerung auch nicht hinderlich. Wichtig war, dass Zivilisten und Soldaten ergangene Weisungen und Befehle befolgten. Und das taten sie. Nach dem Urteil eines Beobachters, der den sozialdemokratische Exilvorstand mit Informationen versorgte, war das Befinden großer Teile des Volkes durch „ein ewiges Schwanken zwischen Zustimmung und Kritik“ charakterisiert, wobei „schließlich doch immer wieder die Zustimmung die Oberhand behält“.[36]

---

33 Stuttgarter Neues Tageblatt vom 4. September 1939, Morgenausgabe.

34 Meldungen, Bd. 3, Nr. 15, 13. November 1939, S. 449. Hervorhebung K. P.

35 Sopade 1939, S. 1024.

36 Sopade 1939, S. 1027.

Die „geistig-seelische Bereitschaft“ des Volkes zum Kriege, von der Goebbels sprach[37], war indessen seine eigene Erfindung. Er und sein Propagandaapparat arbeiteten darauf hin, die Massen erst noch in die gewünschte Verfassung zu bringen. Dabei vermochten sie sich auf eine Millionenzahl von NSDAP-Mitgliedern und anderen Aktivisten des Regimes zu stützen, die, seit der erste Schuss gefallen war, auf den Kriegssieg hofften und sich selbst nach Kräften für ihn einsetzten. In dieser Masse, einer starken Minderheit der Deutschen, ließen sich mehrere Gruppen unterscheiden. Die aktivste wurde von den Faschisten gestellt, die hauptberuflich im verzweigten Apparat der NSDAP und in den Gliederungen das Führerkorps tätig waren, und denen, die Posten im Staatsapparat besetzten. Sie alle bedrohte eine Niederlage mit dem Ende ihrer Karrieren und einem gesellschaftlichen Absturz. Sie verteidigten, indem sie für den Kriegssieg wirkten, zugleich ihre Stellungen, auch wenn sie diese noch lange als ungefährdet ansehen mochten. Die zweite ebenfalls zahlenstarke Gruppe dieses Typs bildete das Offizierskorps der Wehrmacht, dazu viele Berufssoldaten im Rang militärischer Unterführer. Siege bedeuteten für sie Orden, Beförderungen uns höhere Besoldungen. Nicht wenige der Älteren trieb zusätzlich die Erinnerung an das Kaiserheer, dessen Niederlage 1918 und deren Folgen. Drittens war da die durch gleiche oder ähnliche Denkweisen und Moralgrundsätze verbundene Masse von Deutschen aus allen Schichten. Sie hatte seit dem Weltkriegsende Gedanken des Revanchismus und Revisionismus gehegt, Großmachtehrgeiz konserviert und sich dem Traum vom wiedergewonnenen Kolonialreich hingegeben. Viertens gehörte zu den Kriegsbegeisterten ein erheblicher Teil der jungen Generation, die. in Hitlerjugend und Schule mit Kampf- und Kriegsspielen, Gewehrübungen und anderem vormilitärischen Drill herangewachsen, Kriegshelden verehrte und selbst Held werden wollte. Es waren diese Ahnungslosen, die zur Aufführung des Dokumentarfilms „Feldzug in Polen“ in Kinos stürmten und sich von den verlockenden Bildern vom Kriege gefangen nehmen ließen.[38]

Und zu alledem existierten Sondergruppen, deren Angehörige sich im Fall von Sieg oder Niederlage ebenfalls direkte eigene Vor- oder Nachteile errechnen konnten. Das traf auf Deutsche in den „heimgekehrten“ Gebieten zu, die in der Tschechoslowakei und in Polen vor 1938 bzw. 1939 lautstark oder mitunter brutal im sogenannten Volkstumskampf hervorgetreten waren. Es galt alsbald für die in annektierte Territorien West- und Nordpolens eingesiedelten Deutschen aus dem Baltikum und aus Südosteuropa, die in Häusern lebten und Äcker bewirtschafteten, von denen ihre polnischen Besitzer ostwärts vertrieben worden waren. Dazu gehörten alle Büttel des Terrors in Deutschland, die Wachmannschaften in den Konzentrationslagern, Angehörige von Polizei und Justiz und jene SA- und SS-Leute, die 1933 Rachegelüste und Siegesphantasien an ihren Gegnern ausgetobt hatten, und auch jene, die im Besatzungsapparat des eroberten Polen dessen Bevölkerung knechteten und terrorisierten. Nicht, dass jeder und jede vom Zweifel am Kriegsausgang vorangetrieben worden wäre und sich um seine Zukunft nach einer Niederlage Besorgnisse gemacht hätte. Doch sie alle waren durch ihre Stellung oder ihren Platz in der Gesellschaft mit dem Regime in besonderer Weise verbunden und motiviert, für den Endsieg zu wirken. Diese millionenstarke Minorität übte ihren alltäglichen ideologischen und politischen Einfluss auf die Mehrheit der „Volksgenossen“ aus, in deren Mitte sie agierte. Es war dieser Gefolgschaftskern, der die Deutschen an der „Heimatfront“ anhielt, ihre „nationale Pflicht“ zu tun, der sie lenkte, kontrollierte und überwachte.

Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges. Meinungen, Stimmungen Erwartungen. In: Lothar Schröter (Hrsg.), Der 1. September 1939 und der Überfall auf Polen. Erinnerung – Mahnung – Verpflichtung (= Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik, 12) S. 109-121.

---

37 Rede von Joseph Goebbels am 17. April 1940 im Berliner Sportpalast anlässlich der Rechenschaftslegung des 1. Kriegswinterhilfswerkes. Goebbels Reden, Bd. 2, 1939-1945. Hrsg. Von Helmut Heiber, München 1972, S. 9.

38 Meldungen, Bd. 3, Nr. 62, 6. März 1940, S. 846.

Aufgewärmte Legenden

Nichts Neues von der Machtergreifungsfront. Zu einem ZDF-Dreiteiler

Ohne runden oder auch nur halbrunden Jahrestag hat das Zweite Deutsche Fernsehen soeben in dreiteiliger Folge „Die Machtergreifung“ auf die Bildschirme seiner Zuschauer gebracht. Dass die Sendung mit der Absicht verbunden war, aus dem Wissen über Vergangenes aktuelle Überlegungen zusätzlich zu speisen, wird sich nicht sagen lassen. Nur ein Bilderstreifen, der Hitler-Nazis auf Berlins Straßen im Schutz der Polizei zeigt, legt Gedanken an die kürzlich zu sehenden Szenen nahe, auf denen die Staatsmacht unlängst in Dresden und andernorts sich in gleicher Weise hervortat. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hätte für den Gedankenbogen in die Gegenwart Bezugsstoff in Menge geben können. Doch mag, als sie nicht mehr weggeredet werden konnte, die Arbeit schon im Kasten gewesen sein. So entgingen die Produzenten einer Verlegenheit, zumal sie sich auf dem Felde der Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik ohnehin erwiesenermaßen schlecht auskennen.

Die Machart des Films folgt dem Herkömmlichen. Den Hergang der Ereignisse „erzählen“ Zeitzeugen. Auf Stéphane Roussel, eine Journalistin, die 1933 in Berlin Leiterin des Büros der französischen Tageszeitung *Le Matin* war, folgte der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der sich Mitte 1933 aus Deutschland nach Österreich gerettet hatte und einen erhellenden Erinnerungsband hinterlassen hat, schließlich der Romanist Victor Klemperer, der als jüdischer „Frontkämpfer“ eben noch an der Technischen Hochschule in Dresden geduldet war und dessen Tagebücher ihn weltberühmt machten. Roussels gesprochene Erinnerungen, sie starb 1999 im Alter von 96 Jahren, waren als Konserve verfügbar, schriftlich liegen sie seit 1989 auch deutsch vor (Die Hügel von Berlin, Erinnerungen an Deutschland, erschienen bei Rowohlt, Reinbek). Was sie sagt, ist auf berührende Weise emotionsgeladen, weniger analytisch. Banal sodann deutsche „Zeitzeugen“, von denen einer mitteilt, dass er am Abend des 30. Januar 1933 auf den Schultern seines Nazi-Papas durch die Wilhelmstraße getragen wurde. Dann Spielszenen und Streifen aus Dokumentarfilmen, die schon von ihrer seinerzeitigen Bestimmung her kaum erhellend sein konnten.

Exkulpiertes Kapital

Der heikle Punkt aller bürgerlichen Darstellungen vom Aufstieg und Sieg der deutschen Faschisten betrifft die Rolle, die dabei Einflussreiche Personen und Gruppen aus den sogenannten Eliten spielten, namentlich solche aus Kreisen des großen Kapitals und Grundbesitzes. Zwar sind sie alle längst unter den Toten, aber der Makel, dass aus dieser Schicht eine Gruppe den Schritt in die Diktatur mit Hitler wollte und betrieb, lastet schwer auf den Nachfahren. Davon zeugen die Anstrengungen, ihn aus allem Gedächtnis zu tilgen, unternommen seit dem Nürnberger Prozess 1945/1946 unter Mithilfe von Juristen, dann zunehmend auch unter der von Historikern. Ja, Herzensdemokaten waren die Thyssen, Krupp etc. nicht, aber was dann kam, haben sie doch nicht gewollt. Ja, Republikaner können sie wahrlich nicht genannt werden, aber dass sie gegen die – halluzinierte – bolschewistische Revolution etwas unternehmen mussten, das sei doch verständlich usw.

Der Trick, sich um diesen „Punkt“ herum zu schwindeln, verblüfft. Guido Knopps Gesellen lassen die Ereignisse der Vorgeschichte der „Machtergreifung“ am Neujahrstag 1933 beginnen und sind damit die sogenannte Industriellen-Eingabe an Hindenburg vom November 1932 los, in der die Beauftragung Hitlers mit der Regierungsbildung gefordert wurde. Vor diesem „weißen Fleck“ darf der emeritierte Professor Heinrich August Winkler knapp mitteilen, die Behauptung vom Zusammenhang zwischen politischen Bestrebungen deutscher Großkapitalisten und Hitlers Einzug in die Wilhelmstraße und auch die von der besonderen finanziellen Förderung der NSDAP aus eben diesen Kreisen von der Wissenschaft sei widerlegt.

Gewiss, die sich mit Hjalmar Schacht für den Naziführer als Reichskanzler stark machten, waren nicht „das Monopolkapital“, sie handelten nicht im gemeinsam erteilten Auftrag des Industriellen- oder Arbeitgeberverbandes, aber sie stellten jene Fraktion, welche die Geschäfte aller in die Hand nahm. Keine zweite, die ihr als Widersacher mit einer antidiktatorischen Alternative entgegengetreten wäre, konnte je präsentiert werden. „Das Komplott“, so der Titel der ersten Folge, präsentiert, wie

gehabt, Akteure auf eigene Rechnung: Franz von Papen, Alfred Hugenberg, Oskar von Hindenburg usw. Ach so, da war noch der Bankier Baron von Schröder, auch so ein Einzelgänger...

Spät kommt ihr

Nun musste gerade bei reduzierter Darstellung der Vorgeschichte des 30. Januar Paul von Hindenburg mehrfach ins Bild gesetzt werden, ohne dessen Mithilfe Hitler Hotelgast im „Kaiserhof“ am Wilhelmplatz geblieben wäre. Und da – zum wievielten Male eigentlich – von dieser unrühmlichen, folgenschweren Rolle gehandelt wurde, haben sich, wie Zeitungen berichten, mehrere „bekannte Persönlichkeiten“ zusammengetan und dafür ausgesprochen, in der Bundesrepublik die Straßen umzubenennen, die noch immer seinen Namen tragen. Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern müssen sich davon nicht angesprochen fühlen. Hier ist das nach der Befreiung vom Faschismus erledigt worden. Doch gab es kaum eine deutsche Stadt, die nicht eine Straße, einen Platz, eine Schule oder andere öffentliche Einrichtung nach dem „Helden von Tannenberg“ benannt hätte. Der Kult um seine Person begann sogleich nach der Schlacht. Weitab vom mörderischen Geschehen wurde 1915 die oberschlesische Landgemeinde Zabrze in Hindenburg umbenannt.

Nun hat es auch in der Bundesrepublik nicht an Initiativen gefehlt, die verfehlte Ehrung zu tilgen. Die haben sich da – beispielsweise in Trier, wo ein nach ihm benanntes Gymnasium unbenannt wurde – durchgesetzt und sind dort – beispielsweise im bayerischen Deggendorf, wo eine Straße neu getauft werden sollte – gescheitert. Letzteres auch im Berliner Westen. Hier erstreckt sich von Steglitz nach Lichterfelde noch immer der Hindenburgdamm. Jetzt also rufen, um die Namen von drei der jüngst hervorgetreten Befürworter der Umbenennung zu erwähnen, Ralph Giordano, Michel Friedman und der emeritierte Geschichtsprofessor Hans-Ulrich Wehler auf, den Antirepublikaner nirgendwo länger zu würdigen. So willkommen diese Verstärkung den bisher mit ihrem Verlangen Gescheiterten sein mag, die Begründung, die der Historiker seiner späten Wortmeldung gibt, hat Beigeschmack. Es sei ihm, ließ Wehler verlauten, bekannt geworden, dass Hindenburg Hitler „aus voller Überzeugung“ auf den Kanzlerstuhl gesetzt habe und nicht – wie er bisher angenommen habe – unter Druck. Wir erfahren: Hindenburg irrte sich nicht in Hitler, aber Wehler in Hindenburg.

Die Begründung verrät eine für einen Hochschullehrer bedenkliche Unbelesenheit. Sein Neuwissen stamme, sagt Wehler, von der Hindenburg-Biographie des Stuttgarter Historikers Wolfram Pyta her, der im Film auch zu Worte kommt. Sie erschien, mehr als 1100 Seiten stark, im Oktober 2007. Da lag seit mehr als drei Jahrzehnten Wolfgang Ruges Lebensbild des kaiserlichen Feldmarschalls und Reichspräsidenten vor („Hindenburg. Porträt eines Militaristen“, Berlin 1974). Dem Autor hafteten freilich mehrere Mankos an. Er war DDR-Bürger, Marxist, kein Dissident und sein Buch in einer Wissenschaftswüste erschienen. (Der Begriff war in dieser Verwendung damals noch nicht aufgekommen, aber – siehe Wehler – die Denkweise.) Bei Ruge war nachgewiesen, wie wenig Hindenburg, nachdem andere Projekte zur Zerstörung der Republik gescheitert waren oder als nicht durchsetzbar galten, gedrängt werden musste, den „böhmischen Gefreiten“ zum Kanzler zu ernennen.

Wessen Machtgewinn?

Der ZDF-Film schlägt unter den Titeln „Der Brand“ und „Der Machtkampf“ den Zeitbogen bis in die Jahresmitte 1934. Da ging es schon nicht mehr um die „Ergreifung“ der Macht, sondern um die jeweiligen Anteile an ihr: den Hitlers, den konservativer Kreise, die einen Teil des eingebüßten Mitspracherechts glaubten zurückverlangen zu können, der Reichswehrgeneralität, der nach mehr Einfluss gierenden SA-Führer-Clique um Ernst Röhm, (denen der Film Revolutionsabsichten andichtet), und – das waren Statisten – der enttäuschten Marschierer im Braunhemd, die verschwommene Vorstellungen vom „nationalen Sozialismus“ hegten. In diesem Interessendschungel hat sich schon Klemperer nicht zu orientieren vermocht und das blutige Massaker an der SA-Führung als Zeichen gedeutet, dass sich sein Leben wieder „zum Besseren“ wende. Erheblich vor dem Filmende war auch jene Machtergreifung abgeschlossen, die aus Kapitaleignern und Managern Betriebsführer mit Gefolgschaft hatte werden lassen. Das blieb ausgespart, wurde als Machtgewinn offenkundig nicht angesehen, geschweige denn als ein beabsichtigter in den Plänen derer, die Hindenburg den Hitler anempfohlen hatten.

junge Welt, Sonnabend, 28.03.2009, S. 15.

Auf Heldensuche

Anmerkungen zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Auch 2008 hat der Bundespräsident, wie schon seine Vorgänger seit Gustav Heinemann, einen Schülerwettbewerb auf dem Feld der Geschichte ausgelobt. Er hat Jungen und Mädchen aller Schultypen angeregt, sich in der Geschichte auf Heldensuche zu begeben. Dagegen ließe sich hierzulande mit dem Blick auf die lange Geschichte einer Heldenverehrung, die nicht nur, aber vor allem Generationen von Jungen auf falsche Vorbilder fixierte, nichts einwenden. Hätte die Ausschreibung nicht einen politischen Kontext.

Nur wenige Monate zuvor kam aus den Kreisen des Reservistenverbandes der Bundeswehr die Anregung, den Orden „Eisernes Kreuz“ als Auszeichnung in den deutschen Streitkräften wieder einzuführen. Der war zuletzt und bis in die letzten Stunden des Naziregimes an Hitlers Wehrmachtssoldaten, Volkssturmmänner und Hitlerjungen verliehen worden. Wer hätte nicht das Foto des milchbärtigen Knaben vor Augen, dem „der Führer“ die Wange tätschelt, bevor er ihn wieder auf das Schlachtfeld befiehlt.

Neuer Tapferkeitsorden

Der zuständige Minister folgte der Anregung der alten Kameraden unverzüglich, und – da sind wir wieder beim Herrn des Preisausschreibens – der Bundespräsident stimmte dem Vorschlag zu, Krieger, die „außergewöhnlich tapfere Taten“ verübt haben, zu dekorieren. Freilich: nicht schon mit dem Eisernen Kreuz. Diese Zurückhaltung hat ihnen Kritik eingetragen, die sich in der Welt (6. März 2008) unter der Überschrift „Unsere Helden haben das Eiserne Kreuz verdient“ so las: „Über 60 Jahre nach dem Ende des Naziregimes und über 20 Jahre nach dem Ende des SED-Regimes können wir uns eingestehen, dass Deutschland ein glückliches Land ist, das Helden braucht, um dieses Glück zu verteidigen.“ Dem Satz ist abzulesen, dass er ein Jahr auf dem Buckel hat. Glückliches Land? Das würde auch den Volksoptimismus verbreitenden Journalisten heute schwer aus den Federn kommen. Und: Die Formulierung ist eine Entgegensetzung zu dem Satz, den Bert Brecht Galilei in seinem berühmten, 1938/1939 geschriebenen Drama in den Mund legt und der lautet: „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.“

Aber getrost: Vorerst keine Reanimierung des 1813 von Friedrich Wilhelm gestifteten Eisernen Kreuzes, jedoch die Anerkennung von Tapferkeit. Damit ist auch ein Bogen geschlagen. Auf die bezogen sich schon die Stifter des Ehrenmals für die Soldaten des kaiserlichen und des Hitler’schen Heeres, das hoch über Koblenz in der Festung Ehrenbreitstein eingerichtet wurde. Gedacht wird dort ihrer Opfer, ihrer Tapferkeit und ihren Leiden. Mit dem Blick auf die aktuelle Diskussion, zu der auch die Erörterung gehört, ob in Afghanistan umgekommene Soldaten Gefallene genannt werden sollen, ist ein Kontext des Wettbewerbs hergestellt. Auf den freilich müssen Schüler und Schülerinnen selbst kommen, denn auf den schwerlich als zufällig anzusehenden Zusammenhang verweist sie der Aufruf nicht. Vermögen sie das nicht allein, haben wir wieder einen Fall von vielen, dies nebenbei, da den viel gescholtenen Lehrern etwas aufgehalst wird, was doch als pädagogische Zuarbeit aus dem Bundespräsidialamt gut geleistet werden könnte.

Es ging um Freiheit

Vollends verortet ist das Thema des Wettbewerbs jedoch erst, wenn seine Geschichte betrachtet wird. Die führt zurück in die frühen siebziger Jahre der Bundesrepublik und zu zwei Personen, dem Hamburger Unternehmer Kurt A. Körber und dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Die besaßen beide ein kultiviertes Interesse für deutsche Geschichte und sahen sich durch die damals jüngsten Auseinandersetzungen um das, was gemeinhin „Umgang“ mit ihr genannt wird, angeregt. Körber hatte und spendete das Geld (das tut bis zum heutigen Tag die nach ihm benannte Stiftung), und Heinemann gab den Namen für die erste, 1973 erfolgende Ausschreibung eines Wettbewerbs, der den schon existierenden auf dem Feld der Naturwissenschaft „Jugend forscht“ ergänzte.

Das Unternehmen favorisierte eine Richtung der Beschäftigung mit deutscher Vergangenheit. Es hieß „Gustav-Heinemann-Preis für die Schuljugend zum Verständnis deutscher Freiheitsbewegungen“.

Angestiftet werden sollten junge Leute, sich an den Orten, an denen sie lebten und lernten, um die Geschichte der Revolution von 1848 zu kümmern. Es setzt das Verdienst der beiden Initiatoren nicht herab, wenn hier angemerkt wird, dass namentlich der Bundespräsident dabei auch von dem Vorsatz geleitet wurde, die Geschichte der Kämpfe von Volksmassen um Demokratie nicht der DDR zu überlassen, die sich in Geschichtsforschung und öffentlicher Erinnerung des Gegenstandes schon 1948, also ein Vierteljahrhundert zuvor, angenommen hatte. Das geschah unter der Devise, auch Deutschland habe seine revolutionären Traditionen. Ja, es mehrt das wenn auch späte Verdienst, dass das Vorhaben gegen Widerstände durchgesetzt wurde.

1977 erfolgte die Umtaufe des Preises. Seitdem heißt er „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“. Der Name Heinemann und die „Freiheitsbewegungen“ wurden gestrichen. Wie es hieß, sei dies nicht in politischer Absicht geschehen, aber doch mit ebensolcher Rücksicht. Dem Unternehmen sollte Dauer verliehen werden. Das ist gelungen. Der Rahmen für Gegenstände und Themen des Forschens war erweitert. Aber auch verengt. Während bei der ersten Ausschreibung noch auf eine Revolution Bezug genommen wurde, vermied eine spätere die Kennzeichnung „Novemberrevolution“ deutlich und lautete „Vom Kaiserreich zur Republik 1918/19“. Das ordnete sich jener Geschichtsbetrachtung ein, die von Revolution mit Vorliebe spricht, wenn sie von „Nationalsozialisten“ wie Hitler oder anderen Antisozialisten vollbracht sein sollen.

Zu den herausragenden Wettbewerben gehörten Anfang der achtziger Jahre zwei, deren verbindendes Thema „Alltag im Nationalsozialismus“ lautete. Das führte vor Ort noch immer in Konflikte, erzeugte Ablehnung und Gegenwehr und den Vorwurf von Nestbeschmutzung. Das bayerische Passau hat sich dabei besonders hervorgetan. Insgesamt waren an diesen beiden Wettbewerben 19000 Schüler im Alter von acht bis 21 Jahren beteiligt, die nahezu 3400 Arbeiten einreichten. Dann folgten Themen wie „Umwelt hat Geschichte“, und „Tempo, Tempo – Mensch und Verkehr in der Geschichte“. Diese und weitere wie „Arbeitswelt und Technik im Wandel“, „Wohnen im Wandel“ und „Feierabend und Freizeit im Wandel“ haben erst in späteren Jahren vollends oder neue Brisanz erhalten, so dass sich ihre Wiederholung anbot. Das gilt insbesondere für den Wettbewerb von 1988 „Unser Ort – Heimat für Fremde“, der zwei Jahrzehnte später die Modifikation verdiente „Unser Ort – keine Heimat für Fremde?“.

Presse macht mit

Nun also die Herausforderung zu „Helden – verehrt, verkannt, vergessen“. Den Ertrag der Beschäftigung mit dem weitläufigen Thema hat der Bundespräsident selbst so angegeben: Es würde den Forschenden dabei deutlich werden, „was im Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft wirklich zählt: Zivilcourage, Tapferkeit, uneigennütziges Handeln“. Vordem wären für ein paar Millionen Bundesbürger noch ein paar zählende Voraussetzungen, solche von sehr materieller Natur, zu nennen, über die hierzulande und gerade heutzutage zu reden wäre. Während der Präsident schon das Resultat zu benennen wusste, publizierten lokale Archive konkrete Anregungen und verwiesen auf ihre Bestände. Das in Münster hat auf einen des Heldentums Verdächtigen aufmerksam gemacht, der Bruder Theo Koening heißt, und dessen zu prüfendes Verdienst mit den Worten „‚Seelentröster‘ für die DDR“ angegeben ist.

Zu den Ideen und Tipps für Schüler in Essen gehört der Hinweis auf den Fußballer Helmut Rahn. Mancherorts wurde auch auf die Beschäftigung mit Zeugnissen einer verlogenen Heldenverehrung aufmerksam gemacht. Es fehlte nicht an Hilfestellung für den Auslobenden. Die Partei Die Linke wollte da nicht zurückstehen. Ihre kommunal- und sportpolitische Sprecherin im Bundestag schrieb in ihrer Pressemitteilung: „Jede Zeit hat ihre Helden. Doch welche Leistungen sind wirklich vorbildlich und finden noch heute unsere Anerkennung? Wen meinen wir, wenn wir von Helden sprechen? Unter welchen Umständen würden wir selbst etwas für andere Vorbildhaftes leisten? Fragen, die eine spannende Antwort liefern können.“ Hier ist nicht nur das volksgemeinschaftliche Wir kostbar, sondern auch die Aufzählung von Fragen, die selbst die Antworten schon mitliefern.

Nun ja, die Frist für die Einreichung der Arbeiten ist schon abgelaufen. Das Präsentierte ergibt eine unter dem Durchschnitt der Jahre liegende Zahl. Im September werden die Preise vergeben. Wir kommen wohl darauf zurück.

junge Welt, Sonnabend, 11.04.2009, S. 15.

Von Wegen, Abwegen und Irrwegen

Interview mit dem Historiker Kurt Pätzold im Mai 2009

Wir haben uns Ihr Erinnerungsbuch „Die Geschichte kennt kein Pardon“ bestellt und es gelesen. Dort stellen Sie sich die Frage: Warum ist der Staat untergegangen, an dessen Zielen und Politik ich mit meinem beruflichen Engagement beteiligt gewesen bin? Sie haben sich weiter gefragt: War ich ein Opfer dieser Propaganda? Da zitieren Sie den Bebel-Satz: Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf den Erich Honecker später auch benutzte, ohne dass allen diese Quelle bewusst war. Und Sie fragten sich auch, ob Sie zu den geistigen „Tätern“ gehören, letztlich waren Sie an leitender Stelle im Bereich der Geschichtswissenschaften tätig. Ihr Buch gibt Antworten auf diese Fragen. Wenn wir das auf die Begriffe Opfer/Täter reduzieren, wie beurteilen Sie da Ihren Stand?

Wer sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus forschend und publizierend beschäftigt hat, und zu dieser Gruppe gehörte ich in der DDR, hat mit den Begriffen Opfer/Täter in ihrer Anwendung auf die Geschichte der DDR seine Schwierigkeiten und das nicht deshalb, weil es das eine wie das andere nicht gegeben hätte, sondern weil damit über die Sprache eine Assoziation hergestellt wird, die auf der demagogischen Ebene von den „zwei deutschen Diktaturen“ liegt. Darin sehe ich die Tücke in der Verwendung der Begriffe und zugleich das Anziehende für die Verfechter der Totalitarismusdoktrin.

Sie haben diese Begriffe bei Ihrer Fragestellung in Ihrem Buch selbst benutzt.

Ja, schon. Ich sehe mich in keiner Weise als Opfer. Wie auch? Ich wäre nie auf eine Oberschule gekommen, hätte nie eine Universität von innen gesehen, wäre nie in geistige Arbeitsprozesse gelangt, die mir Schweiß, Freude und Genuss bereiteten ohne die Wende von 1945 und der folgenden Jahre. Mein Vater war Schlosser. Und meine Mutter Verkäuferin. Als sie mit mir schwanger war, hat sie ihren Beruf aufgegeben. Dann, in der anhaltenden Krise, die 1929 begann, ist sie eine Aufräumfrau geworden und hat in verschiedenen Breslauer Haushalten gearbeitet. 1945 sind wir von Schlesien nach Thüringen verschlagen worden. Zu den Opfern von Entwicklungen, die nach dem Kriege in Ostdeutschland sich vollzogen, gehöre ich nicht, das können wir getrost streichen.

Und „Täter“? Dazu habe ich meine Meinung in meinen Erinnerungen auch niedergeschrieben. Ich habe für diesen Staat und für diese Gesellschaft viel getan – Richtiges und Falsches, Arbeiten, die diese Gesellschaft zeitweilig gefestigt und ihr Ansehen und einen guten Ruf verschafft haben und andere, die ihr und mir abträglich waren oder wurden.

Haben Sie denn etwa die DDR mit Ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen destabilisiert?

Nein, nicht mit der wissenschaftlichen Arbeit. Doch war ich Akteur in einem System, das ich in dem Kapitel „Erziehungsdiktator“ grob dargestellt habe. Das betrifft unseren – und hier: meinen Umgang mit Studenten, die sich auf irgendeine Weise mit der Politik von Partei und Staat in Konflikt sahen. Wir haben manche dieser Studenten mit und ohne Disziplinarverfahren aus der Universität verwiesen

Relegiert?

Relegiert würde nach unserem Verständnis meinen, sie dauernd von jeglichem Studium an einer Hochschule auszuschließen. Wir haben sie zeitweilig von der Universität verwiesen und, das gilt für alle Entscheidungen, an denen ich beteiligt war, an der Humboldt-Universität nach ein oder zwei Jahren, in denen sie meist manuell gearbeitet hatten, wieder immatrikuliert. Sie haben ihre Studien abgeschlossen. Was ich in dem erwähnten Buch nicht schrieb: Es würden sich viele Absolventen von Universitäten heute freuen, erhielten sie Arbeitsplätze, die jene „Relegierten“ dann in der Gesellschaft einnahmen.

Zur Klarstellung: Von welcher Zeit reden wir?

Von 1968 und den als „Prager Frühling“ bekannten Ereignissen.

Kam der Anstoß für diese Bestrafungen von der Universitätsleitung, von der Partei oder von der Stasi?

Das war eine Auseinandersetzung, die sich in der Sektion Geschichte über längere Zeit hinzog und die in dem Augenblick kulminierte, als es in einer FDJ-Gruppe nicht bei Diskussionen blieb, sondern Protestresolutionen beschlossen werden sollten.

Haben die Studenten gegen den Einmarsch der sowjetischen Truppen in der ČSSR protestiert?

Nein, es ging um die Sprengung der Kirche in Potsdam.

Noch einmal: Welche Konsequenzen hatten diese Verweise für die betroffenen Studenten?

Ich kenne nicht alle Lebenswege. Einer dieser „Rückkehrer" bat mich, die Bürgschaft für seinen Eintritt in die SED zu übernehmen. Das habe ich gemacht, da ich ihn nicht für einen wendehalsigen Karrieristen hielt. Er war später selbst ein gewählter Funktionär an einem Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR und ist zum Professor berufen worden. In einem Gespräch nach 1990 hat er das mit der Bemerkung charakterisiert, er sei „glimpflich davongekommen". Ein anderer wurde wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Landesbibliothek in Dresden, ein Dritter an der Viadrina in Frankfurt an der Oder. Einen der Vier habe ich aus den Augen verloren. Er beschränkte seine Studien nach seinem Wiedereintritt in die Universität auf sein anfängliches Nebenfach Hungarologie.

Dass Leute, Bürger, die in politische Konflikte gerieten, in der Gesellschaft aber eine gewichtige Funktion besetzten oder später einnehmen sollten, in die Produktion geschickt wurden, geschah nach dem Motto: Guck dir mal die DDR-Welt von der anderen Seite an, vom Standpunkt der Produzenten materieller Güter. Dieser Weg galt als ein ideologisch-politisches Korrektiv, manchen auch als ein Allheilmittel. Über die Effektivität einer solchen Maßnahme lässt sich streiten. Fest steht: Unsere damaligen Entscheidungen haben die Atmosphäre des Gedankenaustausches und des Meinungsstreits an der Universität verdorben. Sie waren in ihren Wirkungen über den konkreten „Fall" hinaus tödlich.

Und dann bleibt da die Frage: Was hätten wir gemacht, wenn sich einer der Gemaßregelten das Leben genommen hätte? Wie konnten sie unserer Zusage „Rückkehr an die Universität" glauben? Sie konnten meinen, wir wollten sie um ihre Lebensperspektive bringen. Einzuklagen war unser Versprechen nicht, wir haben uns darangehalten, aber woher sollten sie das wissen?

Einerseits ist aus Ihrem Erzählen Reue herauszuhören, auch die Sorge, was wäre gewesen, wenn ... Mit Ihren Details und vor diesem Hintergrund klingt das anders als lebenslange Strafversetzung im Namen der Partei oder im Stasiauftrag.

Zum Zwecke der Rechtfertigung jenes Prozesses, der 1990 demagogisch „Reinigung" der Universität genannt wurde, sind die Dinge so dargestellt worden, als hätten wir junge Menschen in den Orkus gestoßen, wären über ihre Schicksale kaltherzig – sozusagen: gestiefelt – hinweggegangen. Unser Ziel war hingegen, und die Lebenswege stehen dafür, alle für unsere Sache zu gewinnen, der wir selbst zu unkritisch gegenüberstanden. Die Absolventen der Geschichte wurden bei uns zwar keine – wir kannten den Begriff nicht – „Staatsbeamte", aber ob Lehrer oder Angestellter in einem Museum oder einer Bibliothek, jeder gelangte doch in Staatsdienste. Am Ende eines Studiums, wenn es an die „Berufslenkung" ging, hatten wir nicht die Wahl, einem Absolventen zu sagen: „In eine staatliche Stellung würden wir Sie jetzt nicht so gern schicken, versuchen Sie es doch mal in einem privaten Verlag oder an einer Privatschule, da sind die Ansprüche andere." Derlei gab es nicht. Wir hatten eine Einbahnstraße gelegt, die sich als Falle erwies.

Hinzu kam, was ich pädagogische Narretei nenne, die mir nicht fremd ist. Wir glaubten, aus jedem Geschichtsstudenten einen überzeugten Sozialisten machen zu können. Da haben wir einem utopischen Menschenbild gehuldigt und unsere Chancen weit überschätzt. Auch Bertolt Brecht würde heute womöglich neu über die Frage nachdenken, was, wer und weil er ein Arbeiter ist, begreifen kann. Ich habe mir Welt und Menschen nicht einfach, aber partiell doch vereinfacht vorgestellt.

Es war, gesamtgesellschaftlich gesehen, ein großer Verlust, auf kritische Stimmen zu verzichten. Bei derartig ideologischer Verengung wurden selbst Leute, die – nennen wir es mal Zuneigung – die aus Zuneigung zu ihrem Land, zur DDR, Kritik anmeldeten, schnell in die Feindesecke gedrückt.

Die Feindesecke war einer geringfügigen Minderheit vorbehalten. Doch Ignoranz gegenüber jeglicher Kritik war verbreitet. Das war Resultat einer letztlich verhängnisvollen Entwicklung. Wenn in der zweiten Hälfte der 40er und dann in den 50er Jahren Fred Oelßner oder Kurt Hager nach Jena kamen, gab es Rede und Gegenrede. Es ging nicht um Verkündungen. Ein Beispiel: Fred Oelßner kommt zu einer Veranstaltung nach Jena. Der Parteisekretär soll sich abends im Hotel Schwarzer Bär, wo Oelßner übernachtet, zum Vorgespräch einfinden. Ich bin alle meine Sünden durchgegangen und bin, zu der Zeit 19 Jahre alt, zu dem Treffen mit dem damals für die Ideologie verantwortlichen ZK-Mitglied gegangen. Zu meiner Überraschung: Keine Rede über die Universität. Er begann mit mir ein Gespräch darüber, wie man den Überhang an Geld in der DDR-Gesellschaft minimieren könnte. Seine Idee war, da das nicht über die Steigerung der Produktion materieller Güter zu machen sei, das kulturelle Angebot zu erhöhen. Unter anderem dachte er daran, neben der DEFA eine zweite Filmgesellschaft zu gründen, die weniger anspruchsvolle Unterhaltung produzierte. Ökonomisch mochte das eine Schnapsidee sein, doch der Mann suchte einen Partner, der zwar von der ganzen Sache nichts verstand, aber zuhörte und dem er seine Gedanken entwickeln konnte.

Diese Art von Umgang zwischen „oben und unten“ hat sich nicht erhalten: Wenn wir in den 50er Jahren bei Tagungen im ZK-Gebäude saßen, sechs Parteisekretäre an einem Tisch, je einer von den fünf Universitäten und der von der Technischen Hochschule Dresden, dann waren das nicht Zusammenkünfte der Erfolgsberichterstattung. Kurt Hager hatte auf unsere Anliegen zu antworten oder zu sagen: Ich weiß es nicht, wir müssen noch einmal darüber beraten. Es wurde offen über eigene Schwächen und Misserfolge geredet.

Weil Sie Kurt Hager kennen gelernt haben: Dein konnte man vielleicht zutrauen, dass er die tatsächliche Lage kennt und erkennt. Und dennoch hat er nicht entsprechend agiert. Stand auch er unter dem Druck seiner Vorgesetzten?

Ich weiß es nicht. Eine Antwort könnte in den Auseinandersetzungen von 1956 liegen, das kann man im Protokoll der ZK-Sitzung über die Ereignisse in Polen nachlesen. Was sich dort an Disziplinierungen auf der obersten Ebene abgespielt hat, vermag ich im Einzelnen nicht zu sagen. Vielleicht wird die Geschichtswissenschaft in manches Dunkel eines Tages Licht bringen. Vorerst liegt das Interesse auf der Verteufelung der Machthabenden.

Wenn Sie als junger Mann mit diesen führenden SED-Genossen ungehemmt reden konnten, wäre es da nicht denkbar gewesen, Sie wären später als Sektionschef, wenn es irgendwo knirschte, schnell mal über den kurzen Weg direkt zu Hager gegangen, um ihm Bescheid zu geben oder um Rat zu bitten?

Diese kurzen Strecken gab es nicht mehr. Vor allem: der Rat der Wissenschaftler, die doch mit Anstrengungen und Aufwand herangebildet worden waren, war nur auswahlsweise gefragt. Bis in die Räte der Hochschulen wurde hineinkommandiert. Beispiel: Ehrenpromotion für den Schah von Persien. Konrad Naumann (Bezirkschef der SED Berlin), zu dem meine Ablehnung gedrungen war, ließ mir sagen, soll der Pätzold doch mal das Öl in der Bezirksleitung abliefern, das er hat. Auf diesem Niveau bewegst du dann nur noch Luft.

Kommen wir noch mal zu Ihrem Fachgebiet Geschichte. Von westlichen Medien, vielleicht auch von Kollegen, wird oft der Vorwurf laut, ihr wart doch a priori Geschichtspropagandisten, weil eben jede Wissenschaft in der DDR, außer vielleicht Medizin oder Zahnmedizin, mit dem gesellschaftlichen Ideal Sozialismus und dieser Ideologie verknüpft war. Was würden Sie denn heute einem Studenten sagen, der nüchtern feststellt: Sie waren Geschichtsprofessor, also Geschichtspropagandist?

Prinzipiell existiert zwischen Wissenschaft und Politik ein Spannungsverhältnis. Das ergibt sich daraus, dass die Wissenschaft nach Erkenntnis und Wahrheit sucht, und die Politik Erfolg und Zustimmung braucht und erstrebt – in Demokratien wie in Diktaturen übrigens. Beide, Politiker und Wissenschaftler, müssen sich auf dieses Spannungsverhältnis einstellen. Politiker sollten die Meinung und Kritik der Wissenschaft ertragen, Wissenschaftler sich in die Möglichkeiten der Politik hineindenken, ein Vorgang, der nicht in der Akzeptanz von Opportunismus enden muss. Ulbricht hatte

offenkundig ein gewisses Gespür für diese Crux. Er ließ sich auf das Gespräch ein, konnte reagieren und auch überzeugend argumentieren. Sebastian Haffner hatte meiner Meinung nach mit seiner Feststellung Recht, dass es nach 1945 zwei deutsche Politiker von Format gab. Der eine der beiden war Ulbricht.

Und wer war der andere?

Konrad Adenauer. Das waren Leute, die strategische Konzepte im Kopf hatten und sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten stringent verfolgten. Außerdem war Ulbricht ein eiserner Arbeiter.

Inzwischen hört man Ulbricht gelegentlich mit dieser lächerlichen und verlogenen Aussage „Keiner hat die Absicht, eine Mauer zu bauen". Dieser Satz, noch dazu in seinem sächsischen Dialekt, wirkt heute urkomisch. Oder man sieht ihn in Dokumentarfilmen beim Frühsport, eine etwas lächerliche Figur im Gegensatz zu Honecker, der diesen „tragischen" Abgang hatte. Sehen Sie in der Kapazität des politischen Regierens, in ihrem Handeln, einen großen Unterschied zwischen Ulbricht und Honecker?

Sie gehörten zwei Generationen der deutschen Arbeiterbewegung an. Ulbricht kam aus der Tradition jener deutschen sozialdemokratischen Bewegung, in der die Parole galt „Wissen ist Macht" oder wie es in einem Lied heißt „... den Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen". Aufklärung war die Devise.

Das haben Leute wie Wilhelm Pieck und auch Ulbricht in die ostdeutsche Gesellschaft tradiert. Im verbreiteten Verständnis ihrer Bürger war Bildung ein hohes Gut. Die Tore zu seinem Gewinn wurden aufgestoßen. Unlängst las ich eine Doktorarbeit, deren Autor sich um den Begriff „Brechung des Bildungsprivilegs" herumschwindelt – in einer Arbeit über die Arbeiter- und Bauernfakultäten im Osten. Doch es gab den Stolz von Hunderttausenden auf ihre Kinder und Enkel, die über die Arbeiter- und Bauernfakultäten in die Wissenschaft kamen. Unbildung wurde zu einem Makel. Die Schule war im Bewusstsein der Leute keine Einrichtung, in der es darum ging, wie qualifiziere ich mich so, dass ich einen möglichst krisensicheren und einträglichen Job kriege. Heute wird diskutiert, ob der Lehrplan oder die Lehrinhalte in der DDR nicht vielleicht doch partiell ganz gut waren. Doch der Erfolg der Schule lag in der Übereinkunft von Lehrern und Eltern und – gewiss nicht allen – Schülern, dass Schule etwas mit ernster Arbeit zu tun hat und das nicht nur für mich selbst und allein, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes.

Die Lernbereitschaft hat mit Motivation zu tun. Die Jugendlichen oder Absolventen heute wissen, dass sie nach Schul- oder Uni-Abschluss wahrscheinlich erst mal beim Punkt Null anfangen und sich eine Weile mit Praktika durchhangeln müssen. Das war in der DDR anders, da war ein Arbeitsplatz gemäß der Ausbildung normalerweise sicher

Was den Lernprozess angeht, so hat sich in der DDR vieles von ihren Anfängen erhalten. Die Pädagogen kümmerten sich – gegen alle heutigen Entstellungen – um den Einzelnen, das Individuum. Eine der frühesten Heldinnen der Arbeit war Edith Pempel aus der Ringspinnerei Schmalkalden. Diese Heldin musste nun natürlich gebildet werden. Sie kommt also an die ABF, lernt schwer, wird noch am Nachmittag gefördert und gefördert. Muss dazu auf allen möglichen Präsidien von Versammlungen und Konferenzen sitzen. Dann besteht sie ihr Abitur. Danach geht sie nicht zur Universität, sondern zur Fachschule für Textilingenieure, also an den richtigen Platz, und dann zurück in „ihren" Betrieb. Nun höre ich den Einwand: „Ja, das war doch immerhin eine Heldin." Indessen haben Abertausende in der DDR ähnliche, ihr Leben prägende Erfahrungen gemacht. Die lassen sich gegen eine Minderheit von Menschen, die mit diesem Staat ganz andere, schlechte und schlimme Erfahrungen machen mussten, nicht aufrechnen. Nur kann von den ersten nicht gut geschwiegen werden. Und deren Wege lassen sich auch nicht als solche in einer Nische einordnen. Es waren Wege, die von einer staatlichen Politik projektiert und geebnet, und also zu beschreiten waren.

Die DDR war kein reiches Land, in keiner Phase ihrer Existenz, aber es ließ sich in ihr sorgenfrei studieren, selbst – ich weiß das aus eigener Erfahrung – in einer Familie mit Kindern. Die lassen sich heute mit der Lupe suchen. Gut, mit einem reichen oder begüterten Ehepartner mag sich das machen lassen.

In unserem Jahrgang 1944/45 war im Allgemeinen die Reihenfolge so: Abitur, Facharbeiterausbildung, Studium, Berufseinstieg parallel mit Familiengründung. Da haben wir viel geleistet, bilden wir uns ein, und es ist wahrscheinlich auch so. Ob die jungen Leute, also zum Beispiel Ihre Enkel, mit uns tauschen möchten? Die leben als Single doch sicher auch glücklich.

Momentan gewiss.

Sie müssen darum kämpfen, sich selber zu ernähren, ohne von den Eltern oder vom Staat abhängig zu sein. Das gestaltet sich oft schwierig genug.

Unbestritten. Eine meiner Enkelinnen hat den Tag als Studentin in einer Fleischerei – nach meinem Empfinden: noch in der halben Nacht – begonnen, Brote bereitet, mit denen sie dann in Betrieben Automaten bestückte für die Pausenverpflegung der Arbeitenden. Solche Jobs suchen und leisten viele, bevor sie in die Hörsäle gehen oder wenn sie aus ihnen kommen. Doch es gibt und wirkt da ein Zweites: die Orientierung auf sich selbst, auf die eigene wirkliche oder vermeintliche Chance. Diese Konzentration ist durch die Umstände häufig erzwungen, aber darin verwirklicht sich auch eine Ideologie.

Auch die Finanzierung von Bildung spielt inzwischen eine Rolle. Nicht jeder kann das nötige Geld aufbringen. Da setzt also schon früh eine Auslese ein, wer noch das Gymnasium oder ein Studium bezahlen kann. Diese sozial bedingte Vorauswahl ist weit entfernt vom sozialdemokratischen Ideal: Jeder kann alles werden, wenn er genug Intelligenz und Willen mitbringt.

Gegenwärtig heißt die Parole der Sozialdemokratie: Jedem seine Chance. Ernst wird es indessen erst, wenn von den Voraussetzungen und Bedingungen geredet wird, die Chancen entstehen lassen und deren Nutzung ermöglichen.

Wir kommen noch mal auf das Jahr 1989. Von Gorbatschow kursierte der Satz: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Sie bezeichnen Gorbatschow als Träumer und Missionar, der in der Außenpolitik eine gute Figur machte und auf dem Feld der Entspannung agiert hat. Für die Innenpolitik aber hatte er keine Rezepte, sagen Sie. Es gab aber doch Perestroika und Glasnost als Programme. Gorbatschows Wirken wehte wie ein frischer Wind in die DDR, und die Hoffnung keimte auf: Ja, es geht doch, Veränderungen sind möglich. Gorbatschow kommt bei Ihnen nicht gut weg?

Als wir mitten in den Ereignissen waren, sagte einer meiner Schulfreunde, vor seiner Berentung Professor für Politische Ökonomie am Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften: Der Mann hat ökonomisch kein Konzept. Darin waren wir uns einig. Ich habe im Nebenfach Politische Ökonomie studiert, das konnte ich auch mit meinem bruchstückhaften Wissen seinen Reden entnehmen. Das waren Beschwörungen, die ihren Gipfel in der Forderung an seine Landsleute erreichten: Saufft nicht so viel Wodka. Hingegen keine Antwort auf die Frage: Wie ist aus dieser Gesellschaft eine produktive zu machen, so dass die Bevölkerung aus dem ewigen Mangel herauskommt und überhaupt von einem ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus die Rede sein kann – nicht nur auf dem Felde der Militärtechnik. Was sich zu Gorbatschow fragen lässt, betrifft nicht nur den konzeptionellen Mangel: Hatte er überhaupt eine Chance? Was musste geschehen, damit es zu einem revolutionierenden Aufbruch, denn um nicht weniger ging es, kommen konnte? War der ohne eine Massenbewegung von unten denkbar, die nicht nur die an Jahren alten Kader von der Macht entfernte?

Welche Massenbewegung meinen Sie jetzt?

Stellen wir uns doch mal für einen Moment vor, die DDR wäre ein selbstständiger Nationalstaat gewesen und hätte in ihrer Nachbarschaft nicht die Bundesrepublik gehabt, sondern Frankreich, Belgien und andere Staaten. Dann würde doch die 1989 in ihrem Inneren entstandene Bewegung erheblich anders verlaufen sein. Nun kann man sich fragen, wäre das dann ein Ablauf ähnlich jenem in Polen, Ungarn oder Rumänien geworden? Das wissen wir nicht. Doch dass der Untergang der realsozialistischen Staaten in kapitalistische Zustände, die manche gar an die frühkapitalistische erinnern, münden musste, scheint mir keine ausgemachte, geschweige denn eine gesetzmäßige Sache gewesen zu sein. Also noch einmal zu den ostdeutschen Zuständen und den erinnerlichen Bildern: Ohne die

Agitatoren Kohl in Dresden und Genscher in Halle, ohne die Treuhand – hätten wir dann aus unserer Mitte die Oligarchen bekommen, von denen jetzt in Russland geredet wird?

Gorbatschow hat doch trotzdem gewaltige Veränderungen angestoßen.

Ja, aber auf welchem Gebiet? Und mit welchen Resultaten?

Und mit welcher Naivität, die man einem Manne nicht zutrauen wollte, der die marxistisch-leninistische Ausbildung an einer sowjetischen Hochschule durchlaufen hat, und die war, verglichen mit der DDR, noch etwas anderes.

Er versuchte, die Konfrontation Ost-West aufzubrechen. Es wurden Entspannungsverträge abgeschlossen, das kann man doch nicht von der Hand weisen.

Auf den Punkt gebracht: Menschheitsfragen vor der Klassenfrage. Dummerweise haben sich die Kontrahenten darauf nicht eingelassen. Sie waren nicht einen Augenblick gewillt, sich – bei allen ihm anhaftenden Mängeln – mit der Existenz eines sozialistischen Systems abzufinden. Kurzzeitig ja: im Zweiten Weltkrieg. Aber auf Dauer? Ich hätte Gorbatschow empfohlen, die Biografie Winston Churchills zu lesen, sozusagen als Einführungslektüre.

Ist das nicht altes Blockdenken?

Wofür steht denn die weltgeschichtliche Entwicklung nach 1990? Die USA-geführte kapitalistische Welt hat die „Menschheitsfragen“ auf ihre Weise gelöst. Die Skepsis der Leute im SED-Politbüro gegenüber dieser Außenpolitik Gorbatschows war verständlich. Sie regierten einen Staat, der immer – mal mehr, mal weniger – die Hand „der anderen“ an der Gurgel hatte, von 1949 an!

War es Ihrer Meinung nach denn richtig, dass zum Beispiel der „Sputnik“ verboten wurde, aus Angst davor sowjetische Glasnost könnte auch in der DDR Sympathisanten finden?

Das ist ein neues Thema.

Sie sagen, Gorbatschow war naiv, und es ging geschichtlich deswegen so weit, dass sich das Projekt Sowjetunion von selbst erledigt hat. Das hieße in Ihrer Konsequenz, erstens: er war naiv, zweitens nicht kompetent, weil die Wirtschaft nicht umgekrempelt werden konnte, weil der Apparat zu verfestigt und der Westen zu stark war. Das hieße aber auch, es hätte alles so weiter gehen müssen, ohne Glasnost und Perestroika? In Ihrem Buch erklären Sie Gorbatschow zum Traumtänzer; weil er die Vision vom europäischen Haus hatte, ohne zu bedenken, dass andere das gar nicht so wollten.

Die wollten das wirklich nicht. Sie bauen heute ihr europäisches Haus bis vor Russlands Grenzen und lassen aus dessen nach dort gerichteten Fernstern ein paar Raketen herausragen – zur Abwehr von Angriffen aus dem Iran?

Und so kam in Ihrem Geschichtsverständnis dieses Fehlverhalten zustande: Die Hoffnung war auch bei Gorbatschow groß, aber die ostdeutschen Politiker, die mehr im Klasseninteresse dachten, gingen da nicht mit?

Die weltgeschichtlich bedeutsame Kernfrage war: Welches Bild mache ich mir von meinem Gegner? Wie verhält sich das zur Wirklichkeit. Die DDR-Politiker haben doch mit diesen Gegnern verhandelt und gehandelt. Nur haben sie nicht geglaubt, dass damit deren Wunsch und Wille ausgelöscht werden könnte, ihre Systemkonkurrenz auf Dauer loszuwerden.

Von dieser Kernfrage sind die anderen zu unterscheiden: Wie halte ich es mit der Demokratie in meinen eigenen vier Wänden. Das betrifft die unerlässliche permanente vollständige und rückhaltlose Verständigung mit den Massen über Weg und Ziel.

Wir können und wollen aber nicht mehr in Feindbildern denken.

Das machen Sie mal jenen klar, die im Augenblick DDR-Geschichte schreiben. Und außerdem: Es gibt nun wirklich Feinde und das mitten unter uns. Ich lehne doch jene, die nächtens Ausländer überfallen, nicht nur ab. Ich betrachte sie als einen Feind und zwar nicht nur als den der Opfer. Diese Nazis bieten mir doch das Feindbild, ich muss mir das nicht zusammenbasteln.

Aber dass die Konfrontation des Kalten Krieges nun endlich aufgehört hat, obwohl es weltweit noch Konfrontationsherde gibt, vor denen man nicht die Augen verschließen darf ist das nicht ein Gewinn?

Zu fragen bleibt, ob ein weltgeschichtlicher Gewinn erreicht wurde und ob es denkbar ist, dass das Jahr 1990 als ein Jahr des Heils in die Weltgeschichtsbücher gelangen wird. In den offiziellen deutschen ist es ja dort schon so platziert, mit einigen durch neueste Entwicklungen verursachten – um das Mindeste zu sagen – Irritationen. Der fehlende Wettbewerb der Systeme hat Kräfte des Kapitals entfesselt, von deren Bändigung unter den verschiedensten Vorzeichen, ökonomischen, klimatologischen und anderen geredet und geredet und geredet wird. Und was nach dem Zweiten Weltkrieg die Konfrontation der beiden Hauptmächte USA und UdSSR betrifft: Die Situation ihres atomaren Vis-à-vis war alles andere als wünschenswert. Nur und das habe ich von einem Atomphysiker, dem Jenaer Professor Max Steenbeck, in den 50er Jahren das erste Mal in einem Vortrag im Senatssaal der Universität so unumwunden gehört: Dieses Patt war im Moment und auf eine unbestimmbare Dauer die sicherste Garantie dafür, dass es nicht zu einem Dritten Weltkrieg kommen würde

Aber einen neuen gefährlicheren Krieg wollte Gorbatschow doch verhindern

Was er als Umbau deklariert hat, wurde ein Abriss mit dem Resultat, dass wir heute von der Begrenzung des Besitzes von Atomwaffen weiter entfernt sind als ehedem und vom Ostrand des Mittelmeers nach Osten hin sich Regime mit dieser Waffe ausgerüstet haben, die einen mit dem Segen der USA, die anderen ohne ihn. Und die USA haben einen Präsidenten, der die Verringerung der Atomwaffenbestände predigt. In manchen Kreisen, ich weiß nicht ob nur mit Bezug auf diese eine Beteuerung, hat er sich den Namen Michael Sergejewitsch Obama eingehandelt. Mit Befriedigung oder Häme kann man das nicht hören. Kurzum: Ich sehe die Segnungen des Jahres 1990 nicht und das nicht etwa aus einer engen autobiografischen Perspektive.

Was wäre denn für Sie die Alternative gewesen?

Die Alternative wäre gewesen: das Kunststück eines entschlossenen, aber kontrollierten Überganges zu mehr Demokratie. Die hätte mit einer schonungslosen Bestandsaufnahme beginnen müssen. Gewiss lauerte da die Gefahr von Resignation. Zugleich lässt sich fragen, ob dieser Neubeginn in einer DDR, an deren Bestand sich die Sowjetunion desinteressiert zeigte, weit geführt haben würde. Sie wäre dann aber anders untergegangen, und wie Staaten und Systeme untergehen, das hat mitunter weit reichende geschichtliche Folgen.

Wer hätte das aber überhaupt versuchen können?

Das Politbüro um Honecker schwerlich. Doch es gab selbst in dem verzweigten Apparat der SED und des Staates Leute, die sahen, so kann nicht weiter regiert werden und die auch nicht ganz ideenarm waren. Doch kamen die nicht oder zu spät und nur ansatzweise zum Zuge. Was unter ihrer Regie zustande gebracht worden wäre, ist fraglich. Jedenfalls aber doch der Versuch eines Aufbruchs, eines Aufbäumens, von dem sich nicht sagen lässt, wie weit er getragen haben würde. Die Politik der Führung unter Honecker, die sich immer auf die Rolle der Massen berief, das bildet doch wohl den Zentralpunkt sozialistischer Kritik an ihr, hat selbst die eigene Parteimitgliedschaft durch den Ausschluss von Informationen und von der Teilnahme an Entscheidungen in einem Grad demobilisiert, dass sie 1989 in Auseinandersetzungen um die Zukunft gar nicht mehr eintrat, sie waren neutralisiert.

Noch einmal zur Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft. Heute interessiert es die Mächtigen wenig, was Intellektuelle so reden. Können Sie erklären, warum in der DDR so empfindlich auf Kritik reagiert wurde und warum die nicht ausgehalten wurde?

Quellen werden dem Historiker da sicher wenig Aufschluss geben. Was die Gesellschaftswissenschaften betraf, so wurde auf einen ausgewählten Beraterkreis, meist aus den parteieigenen Instituten, zurückgegriffen, aber auf eine Einbeziehung auch nur der kompetenten Vertreter der jeweiligen Disziplinen kein Wert gelegt. Dass eine in der Arbeiterbewegung aufgrund ihrer Erfahrungen mit der bürgerlichen Wissenschaftselite zurückgehende misstrauische oder ablehnende Haltung fortwirkte und sich nun auch auf die „eigene“ Intelligenz übertrug, lässt sich vermuten. Und dann: Eine öffentliche Debatte mit den Stimmen der Wissenschaft hätte in die Gesellschaft hineingewirkt, sie wäre

nicht auf die Fachleute beschränkt geblieben. Letztlich geht es auch da um das Grundverständnis eines demokratischen Sozialismus. So ergab sich eine Situation, in der die Politiker die Wissenschaftler wegen irgendwelcher „Abweichungen“ kritisierten, nicht aber die Wissenschaftler die Politiker, wiewohl es da Abweichungen ohne Anführungszeichen gab.

Die SED als stärkste Partei in der DDR hatte nicht den Ruf kreativ zu sein. Bei den Beschlüssen mussten die Mitglieder den Mehrheitsbeschluss respektieren. Das Parteileben war in einem Maße verhärtet, dass diese Partei und ihre senile Spitze zunehmend abgelehnt wurden.

Die Frage war 1989 und früher schon, wie sich die immens angehäuften Probleme, die ökonomischen vor allem, lösen lassen würden. Jedenfalls nicht auf der Straße durch Demonstrationen. Da waren gesellschaftliche Kräfte anders in Gang zu setzen. Losungen gut und schön: Aber mit „Wir sind das Volk“ war noch nicht gesagt, wohin das Volk wollte und vor allem nicht, was es selbst zur Veränderung kritisierter und beklagter Zustände tun konnte und wollte. Hunderttausende, die im Oktober und November auf die Straßen der DDR zogen, an Zahl insgesamt eine Minderheit, wussten, was sie nicht mehr wollten, aber nicht, was an dessen Stelle gerückt werden sollte. Dieser „Revolution“ haben dann Einwanderer die gewünschte Richtung gegeben, denn die „Revolutionäre“ – die meisten hätten sich im Moment ihrer Aktion als solche gar nicht verstanden – waren ohne Programm. Dass der Mensch in seinem dunklen Drange sich des rechten Weges bewusst sei, ist eine schöne Wendung, sie liegt etwas jenseits von Geschichte.

Aber mit Blick auf den Leipziger Augustusplatz oder die eine Million Demonstranten auf dein Berliner Alex, kann man doch nicht wirklich von Minderheiten reden.

Das waren unübersehbare Massen. Im Verhältnis – nehmen wir die Demonstranten aus den Städten der DDR zusammen – zur erwachsenen DDR-Bevölkerung nichtsdestoweniger eine Minderheit. Entscheidender als Zahlen aber war: Für eine gewisse Zeit schien diese Demonstrantenmasse zu bestimmen, wohin die politische Reise gehen werde. Viele meinten: in eine erneuerte, wirklich demokratische DDR. Das war Sehnsucht, Wunsch, Vorstellung, Forderung, aber kein Programm. Dann aber setzten sich zielbewusste Richtungsweiser an die Spitze der Bewegung, und die hatten oder bekamen mächtige Förderer. Es kam nicht zu einer eigenen abwägenden Verständigung über Wege und Ziele. Stattdessen existierte nun aber ein Fix und fertiges Angebot, als Importware und wurde „eingeführt“. Für Historiker lieferte die Geschichte eine neue Studie zu Fragen, die sie schon an das Jahr 1918 oder 1933 gestellt hatten: Wann setzen sich Massen in Bewegung? Und: Wenn Massen sich in Bewegung setzen, wer oder was bestimmt dann die Richtung ihres Weges?

Meinen Sie, die Massen gehen immer in die falsche Richtung?

Keineswegs. Doch den Ausschlag gibt, wer sich als Führer oder führende Kraft durchzusetzen vermag, die entscheidenden populären Losungen gibt, die Fahne färbt. 1918 waren das die rechtesten Führer der Sozialdemokratie. 1933 Hitler und seine Clique. 1989 die Verfechter des Anschlusses, also des Abrisses der DDR. Aus sich heraus hatte die Bewegung 1989 keine Führung, kein Programm hervorgebracht. Sie nahm eine Anleihe.

Da muss man aber doch daran erinnern, dass es damals in der DDR gar nicht möglich war, andere Gesellschaftskonzepte zu entwickeln. Es gab – wie Sie selbst analysierten – keinerlei schöpferischen Austausch mehr zwischen Führung und Volk. Das fehlte völlig, es wurde unterdrückt.

Ja, das war systemimmanent. Diese „zweite Reihe“ sollte es nicht geben. Die Führung kannte den Weg. Wer unerbeten Korrekturen dachte und vorschlug, bekam es mit ihr zu tun. Nicht als Partner.

Sie sprechen in Ihrem Buch vom Gedankenstau in der DDR. Sicherlich wussten Viele, was im Argen liegt, aber sahen keine Möglichkeit der Veränderung innerhalb der Strukturen. Dafür, dass es nicht so weiter gehen konnte, gab es handfeste Signale: die zu Tausenden Flüchtenden, die Menge an Parteiaustritten und vieles mehr.

Das ist gar keine Frage, wiewohl diese Krisenzeichen ignoriert oder – wie in der Geschichte oft – schnöde klein geredet wurden.

Wie hätte es denn Ihrer Meinung nach weitergehen können?

Notwendig war eine Verständigung mit einer Eröffnungsbilanz. Die DDR musste auf einen Prüfstand. Wie diese Prüfung in den Augen derer ausgegangen wäre, die ihre Bürger waren, lässt sich nicht sagen. Jedenfalls konnte der notwendige Umbau in vielen Bereichen der Gesellschaft, von den Grundsätzen und Methoden der Wirtschaftsführung zum Zwecke höherer Effektivität bis zur Aufsprengung der Fesseln für geistige Arbeit, nicht damit beginnen, dass Türen und Tore für die sperrangelweit geöffnet wurden, die diesen Prozess gerade sabotieren wollten. Also nicht mit dem Verzicht auf jegliche Grenzkontrollen. Diese Kontrollmaßnahmen hatten 1961 den Staat vor dem Ausbluten gerettet. Notwendig war die Änderung des Regimes an der Staatsgrenze fraglos, jedoch nicht dessen totale Liquidierung, über deren Zustandekommen jetzt viel gerätselt und gemutmaßt wird.

Was meinen Sie war entscheidender für das Ende der DDR, der außenpolitische Faktor, dass die Sowjetunion als starker Beschützer und dominierende Kraft wegfiel, oder die moralische Dekadenz der SED-Führung, die das Ende beschleunigte?

Also es geht um das Gewicht der inneren wie der äußeren Faktoren. Der Historiker besitzt keine Waage, die derlei Aussagen vollkommen hieb- und stichfest machen würde. Ökonomisch fixiert auf die Sowjetunion, konnte die DDR-Wirtschaft eine abrupte Wende kaum überstehen. Doch war die Lossagung Moskaus von ihrem bis dahin verlässlichen Verbündeten in Europas Mitte uneingeschränkt. Die DDR wurde für Gorbatschow zu einem Gegenstand von Verhandlungen mit Dritten. Auch in einer innenpolitisch besseren, soliden Verfassung wäre das schwer zu überstehen gewesen.

Was die inneren Faktoren anlangt, wird vor allem auf das Fehlen der Demokratie verwiesen. Das hat Kräfte im Lande gefesselt, ja verkümmern lassen, Menschen entmutigt und verletzt, also Verluste auf vielen Feldern verursacht. Nur knüpft sich an dieses Thema auch eine Legende. Reden wir also mal über die Menschen und ihr Verhältnis zur Demokratie. Das beziehen sie über keine Nabelschnur. Dass der Mensch isst, trinkt, schläft, sich fortpflanzt, gehört zu seinen natürlichen Bedürfnissen. Die Demokratie gehört nicht dazu. Sie entwickelt sich als Bedürfnis erst im Verlauf eines Lebens – oder auch nicht. Meiner Generation war in Nazi-Zeiten das Maulhalten, Strammstehen und Befehlsgehorsam beigebracht worden. Ich habe die demokratischen Rechte an der Schule, die ich nach 1945 besuchte, genossen, aber doch dort schon gesehen, dass manche Mitschüler an ihnen nicht interessiert waren. Die gleiche Beobachtung lässt sich heute hierzulande staatsweit tagtäglich machen. Die bürgerliche Gesellschaft kann, bei Abstinenz eines hohen Anteils ihrer Bürger gegenüber der Wahrnehmung demokratischer Rechte, ganz gut existieren, auch wenn sie den mündigen Bürger gleichsam permanent vor sich herträgt wie ein Banner und beispielsweise die geringer werdende Wahlbeteiligung beklagt.

Die sozialistische Gesellschaft, der Versuch eine neue Welt zu schaffen, kann ohne das Mitdenken und Mittun von Massen hingegen nicht gelingen. Das ist je länger desto mehr in der DDR ignoriert worden. Es begann schon während ihrer Vorgeschichte mit der Abschaffung der Betriebsräte. Mein 1947 gestorbener Vater schrieb mir bald nach der Befreiung, er habe den Eindruck, dass das Verhältnis zu den Massen nicht im Lot sei. Das herzustellen war damals eine schwierige Aufgabe, denkt man an die geistige und emotionale Verfassung der Mehrheit der Deutschen nach zwölf Jahren Nazidiktatur. Die Volksmassen galten dennoch, und man möchte sagen verwunderlicherweise, als fortschrittlich und gleichzeitig auch immer als die zu Belehrenden.

Wir lasen übrigens in der Schule 1946 Schillers „Demetrius“ und darin die Sätze: Was ist Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, der Verstand ist stets bei wenigen noch gewesen. Diese Sätze lassen sich sehr verschieden auffassen. Man kann sich als Intellektueller eitel den wenigen mit dem Verstand zugehörig fühlen oder sich dafür einsetzen, dass aus den wenigen mehr werden. Das ist aber keine bloße Frage der Vorträge und Bücher, sondern des praktischen gesellschaftlichen Zusammenlebens und des Learning by doing.

Nur bleibe ich dabei, dass die DDR, wie sie konstruiert war, auf sich allein gestellt, nicht überlebensfähig war. Der Schlüssel für eine Zukunft des nichtkapitalistischen Teils der Welt lag bei der sozialis-

tischen Führungsmacht. Ohne ihren ökonomischen Durchbruch zu größerer Effektivität, fehlte das Kraftzentrum.

Wie sollte denn da die DDR überleben, wenn diese große Sowjetunion ...?

Nur, wenn die Menschen das Gefühl gewannen, dass der Zustand der Stagnation und das auf vielen Gebieten sichtbare Zurückbleiben gegenüber den Entwicklungen in den so genannten fortgeschrittenen Industriestaaten des Kapitals – da war der Maßstab immer und immer mehr die Bundesrepublik – überwunden werden konnte. So wie sie lebte, wollte eine erhebliche Zahl von Bürgern der DDR nicht weiterleben. Viele wussten, was ihnen fehlte, und nahmen als selbstverständlich hin, was sie hatten. Ob es 1989/1990 möglich gewesen wäre, der Gesellschaft einen neuen Impuls zu geben, einen nüchternen Blick für Realitäten, steht dahin. Der Zeitpunkt dafür war nach meinem Eindruck schon lange verpasst. Die Beschönigung der eigenen Zustände hatte sich immer wieder durchgesetzt. Inzwischen reisten Millionen DDR-Bürger in den Westen, nicht nur Rentner. Sie kamen zurück mit Beobachtungen, Erlebnissen und Eindrücken. Die Propaganda verhielt sich demgegenüber total ignorant.

Mein Schwiegervater, Gott hab ihn selig, Handwerker mit zwei erlernten Berufen, parteilos, Brigadier im Freileitungsbau in Sachsen, fährt mit 65 westwärts. Nach der Reise lautet sein Kommentar: Die Baugeschäfte mit den Werkzeugen und dem Material, die gefallen mir alle sehr. Zwei Dinge hatte er auszusetzen: Die reden beständig vom Geld und sie haben keine Zeit füreinander. Das war allerdings nicht der Maßstab anderer Reisender. Heute würde er möglicherweise zu jenen gehören, denen der wohlfeile Nostalgie-Vorwurf gemacht wird, mit dem so etwas wie ein Vergleichsverbot bezweckt wird.

Über manche Zusammenhänge des Untergangs der DDR werden wir mehr wissen, wenn durch soziologische und historische Forschungen aufgeklärt sein wird: Wer waren die Leute? – die wurden erfasst, so dass Archive zum Sprechen zu bringen wären – die via Prag und via Budapest 1989 „nach drüben“ gegangen sind? Wer war das nach Alter und Beruf? Wo kamen sie her? Aus Kleinstädten, vom Lande oder vorwiegend aus Großstädten? Sie wären zudem zu befragen: Wann habt ihr euch entschlossen zu gehen, wer oder was hat euch dabei beeinflusst oder getrieben? Und wie steht es mit euren Erwartungen und deren Erfüllung? Vorerst besteht – selbst mit dem Blick auf den viel berufenen 20. Jahrestag der Maueröffnung – wenig Aussicht, davon Verlässliches zu lesen. Da herrscht Genügsamkeit: Genschers Rede in der bundesrepublikanischen Botschaft in Prag. Jubel.

Es gab im Herbst ’89 eine Reportage im DDR-Fernsehen von dem Dok-Filmer Achim Tschirner: Der hatte bei „Elf 99“ durchgeboxt, dass er nach Prag fährt und Flüchtende interviewt. Also, da gibt es Material.

Festzustellen wäre, das war unser Ausgangspunkt, wen der Mangel an Demokratie westwärts gelockt und getrieben hat, und wen die Sehnsucht nach der so viel bunteren Warenwelt – die Ware „Urlaubsreise in die weite Welt“ eingeschlossen.

Demokratie interessiert die Massen nicht, meinen Sie?

Ich schlage vor festzustellen, was ihnen in der DDR gefehlt hat, auf quellenkritischem Wege. Gäbe man den zu Befragenden einen Bogen in die Hand, in dem sich ankreuzen lässt, dass sie ins Land der Demokratie wollten, werden sie das natürlich tun. Sie wissen inzwischen gut, was gewollt ist, haben sie doch nahezu zwei Jahrzehnte Ein- und Anpassung in die neue Welt hinter sich, in der sie sich vor allem einen materiellen Boden zu schaffen hatten. Und dann wäre mit denen zu reden, die westwärts erst zogen, als im Osten die Zahl der Arbeitsplätze schrumpfte. Was diese Wanderung für die Weggehenden und die Zurückbleibenden – meist Angehörige der älteren Generation bedeutet – und was das für die Gesamtgesellschaft auf Dauer für Folgen haben wird, davon existieren sehr schwache und dann auch noch verdrängte Vorstellungen. Was sich abzeichnet ist ein Grad des Alleinseins und der Vereinsamung von Menschen, und das nicht nur in den neuen Bundesländern, der in manchem an die deutsche Nachkriegssituation erinnert.

In vielen Gesprächen gibt es bis heute die Überlegung, wenn sich 1968 die sozialistischen Länder um Dubček mit seinem Konzept des demokratischen Sozialismus geschart hätten, wäre es vielleicht möglich gewesen, Grundsätzliches zu retten und die Verhärtungen und Verkrustungen aufzubrechen?

Das Fragen, wo in der Geschichte dieses Systems sich Wege eröffneten, die nicht beschritten wurden, aber ihm historischen Bestand und Perspektive vermittelt hätten, wird bei denen, die eine Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft schaffen wollten, nicht aufhören. Antworten können nur durch vorurteilsfreie Forschungen gefunden werden, und auch da bleibt wieder die Unsicherheit des Urteils über geschichtliche Möglichkeiten und deren nur denkbare Verwirklichungen. Vorerst dominiert jene Betrachtungsweise, die das als Prager Frühling bezeichnete Ereignis zum Beweis militärischer Intervention nutzt, unternommen zum Zwecke der Erdrosselung eines demokratischen Prozesses. Doch gehört viel Einfalt dazu, davon zu abstrahieren, dass jeder sich in einem sozialistischen Staat anbahnender Wandel, dessen Kontrahenten und Konkurrenten doch nur unter dem Gesichtswinkel tangierte und interessierte, ob sich da nicht die Aussicht auf eine Schwächung des gegnerischen „Lagers" bietet und sich Wege zurück in die Vergangenheit eröffnen könnten. Die Herren im anderen „Lager" wollten den Sozialismus weder in der stalinistischen, noch in einer post-stalinistischen, noch in einer Verfassung à la Luxemburg. Sie wollten immer den Sieg der Gegenrevolution.

Und da – 1968 – ist noch ein anderes in Rechnung zu stellen. Als ich in einem Vortrag in den 90er Jahren an der Bielefelder Universität über die DDR-Forschung zu den Themen Faschismus und Zweiter Weltkrieg sagte, westdeutsche Historiker und Historiker der DDR aus meiner Generation, Spezialisten dieses Gebiets, wären einander durch die Ablehnung des Krieges – wir hatten den bis dahin furchtbarsten selbst erlebt – nähergekommen, wurde mir entgegnet, dass wir im Osten wegen 1968 davon nicht sprechen könnten. Da hätten wir doch so etwas wie einen Krieg begonnen mit allen Gefährdungen seiner Ausweitung. Ich habe dort meine gegenteilige Sicht entwickelt: Die Kriegsgefahr entstand gerade durch den Versuch, einen Staat, die ČSSR, aus dem militärischen Pakt heraus zu brechen. Der Appetit wuchs den Imperialisten noch immer mit ihren Erfolgen.

Wollte denn Dubcek aus dem Warschauer Pakt herausbrechen?

Dazu gibt es Dokumente, die inzwischen veröffentlicht sind. Sie bezeugen das Vorhandensein von Kräften und deren Debatten über die erfolgreiche Taktik des „Zurück in bürgerlich-demokratische Zustände". Sie sollte so gewählt werden, dass sich beispielsweise die tschechischen Sozialdemokraten programmatisch und politisch zunächst zurückhielten, damit es mit der UdSSR zu keinem Konflikt käme. Verwunderlich ist nur, dass sich nach den Wandlungsprozessen von 1989/1990 noch immer eine selektive Vorstellung von den damaligen Ereignissen erhalten hat. Deren Kräfte und Tendenzen nüchtern zu sehen bedeutet jedoch nicht, die Intervention völkerrechtlich zu rechtfertigen. Und schon gar nicht, die Demokratisierungsbestrebungen zu verurteilen – die 1989 in der DDR in Gang gesetzten weisen zu ihnen eine Verwandtschaft auf.

Die letzte dramatische Begegnung Breschnew – Dubček ist dokumentiert, und die spricht eine andere Sprache.

Noch niemals ist die Verwirklichung eines eingreifenden Wandels in einem Staat damit eröffnet worden, dass seine Initiatoren sich die Situation durch außenpolitische Herausforderungen erschwerten. Gegenüber dem Ausland wird stets erklärt, es solle alles beim Alten bleiben. Insbesondere wenn man einen solchen „Mentor" hat wie die Tschechoslowakei, in Gestalt der Breschnewschen UdSSR.

Für sehr viele Zeitgenossen stellt es sich aber so dar, dass es offenbar noch einmal eine Chance gegeben hat, den Sozialismus zu reformieren und zu demokratisieren. So bleibt Prag 1968 im öffentlichen Bewusstsein. Wenn man die Zäsuren in den einzelnen Ländern rekapituliert, also 17. Juni '53 in der DDR, Ungarn '56, Prag '68, Solidarność in Polen – dass manches davon auch von außen gesteuert war, lassen wir mal beiseite – zeigt, dass es einen Nährboden dafür gab, Veränderungen wurden angestrebt. Diese Signale wurden einfach überhört. Stattdessen gab es stalinistische Prozesse gegen jede kritische Stimme. Erinnert sei nur an den Prozess Janka, Just, Zöger, Harich. Nicht hinnehmbar war, dass die eigenen Genossen zwei Mal ins selbe Gefängnis gesteckt wurden. Janka saß

bei den Nazis in Bautzen und bei der SED wieder. Wäre da nicht ein Aufschrei der Philosophen angemessen gewesen?

Wann die Chance bestand und vertan worden ist, die sozialistischen Gesellschaften zu demokratisieren, also, was von den humanistischen politischen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution brauchbar war, zu erkennen und zu verwerten, das wird, wie gesagt, Diskussions- und Streitpunkt bleiben. Eric Hobsbawm, ein wirklich kluges Haus und ein allseits geachteter marxistischer Historiker, hat in Interviews einmal das Jahr 1956 und ein anderes Mal das Jahr 1968 als die Zäsuren angegeben, in denen die Hoffnung auf Reformfähigkeit und damit auf einen dauernden Bestand verloren ging. Denkt man an die Rolle der Führungsmacht, dann gewinnt das Jahr 1956 entscheidendes Gewicht. Doch fixiert man sich darauf, stößt der Suchende auf ein Fragengebirge. Was hatte Chruschtschow eigentlich selber begriffen? Wie stand es um das Kräfteverhältnis in der KPDSU-Spitze? Wie stark waren die konservativen Gegenkräfte im Lande? Wie mächtig die retardierenden Faktoren an der Basis der Gesellschaft? Es ging um das rückhaltlose Aufdecken gravierender Misskonstruktionen und Missentwicklungen des Sozialismus und deren Überwindung und das in der nicht aufzulösenden Situation, in der seine unwandelbaren Gegner auf der Lauer lagen. Chruschtschow – das schien ein Anfang zu sein. Doch der Aufbruch blieb schon in der Analyse unvollkommen, oberflächlich. Ich mag die Vergleiche der geschichtlichen Prozesse mit denen der Medizin nicht sonderlich, aber: Kurieren sie mal eine Krankheit, wenn sie keine vollständige Diagnose haben. Die chinesische Partei, wie auch Palmiro Togliatti haben auf deren Mängel hingewiesen.

War Togliatti damit ein Vordenker für den Euro-Kommunismus?

Er war jedenfalls einer der klügsten Leute unter den Führern des Kommunismus im 20. Jahrhundert. Und er war ein hartnäckiger Mann, der schon erlebt hatte, wie seine treffende Analyse der internationalen Lage von 1935 im August 1939 von Stalin mit einem Federstrich weggewischt worden war.

Bei allen unseren Reaktionen auf erkannte Mängel, Fehlentwicklungen, ganz allgemein auf Korrektur- und Reformbedürftiges muss bedacht werden, dass die sozialistischen Staaten ökonomisch die Schwächeren waren. Die Angst, Einbußen an Macht im Innern zu erleben, spielte in den Führungen stets mit, und es dahin kommen zu lassen, wurde als der größte aller zu machenden Fehler angesehen. Solche Furcht regierte auch 1956 in der DDR und ich war nicht frei davon. Ich war Delegierter des SED-Parteitages 1956. Karl Schirdewan verlas den Chruschtschow-Bericht. Dann ging man auseinander. Kein befreiendes Wort derer, die dabei gewesen waren und dazu beigetragen hatten, dass Stalin zum Gott gemacht worden war. Brauchten sie Zeit, das Verdrängte hervorzuholen? Wollten sie einen politischen Autoritätsverlust vermeiden? Wie kann man sich dieses folgenschwere Schweigen erklären? Keiner, weder Wilhelm Pieck noch Walter Ulbricht, haben in ihren Nachlässen etwas Aufklärendes dazu hinterlassen. Es hätte in einen einzigen Appell münden müssen: der Diskussion über Weg, Methoden und Ziel unter allen Umständen die Freiheit unter den Sozialisten zu wahren und zu verteidigen. War die Last, die sich aus dem beteiligt Gewesensein summierte, so groß, dass die Kraft nicht ausreichte, sich zu bekennen und das vielberufene Prinzip von Kritik und Selbstkritik schonungslos auf den eigenen Lebensweg anzuwenden?

Die Frage, wann an eine an die Wurzel greifende Überwindung dessen noch gedacht werden konnte, was gemeinhin Stalinismus genannt wird, hat sich wohl doch auf die Chruschtschow-Jahre zu konzentrieren. Ihre Beantwortung erfordert Quellenstudien. Wie die Dinge liegen, wären sie von russischen Gesellschaftswissenschaftlern zu leisten. Noch sehe ich nicht, dass wir mit baldigen Resultaten rechnen können. Doch vielleicht irre ich mich da.

Über den Stalinismus ist Einiges veröffentlicht worden, Wolfgang Leonhard hat darübergeschrieben. Traurig ist immer wieder, dass die Pervertierung der Marxschen Ideen von den Marxisten selbst so ungern eingesehen und analysiert wird. Warum tun sie sich damit so schwer?

Wir haben mehr Beschreibungen und damit verbundene Verurteilungen als quellensatte Analysen. Der österreichische Marxist Otto Bauer hat in einer Veröffentlichung aus der Mitte der 30er Jahre entwickelt, dass die sozialistische Revolution nicht mit einer Demokratieveranstaltung beginnen kann. Aber wenn die Revolution gesiegt hat, und um sie zu stabilisieren und ihr Dauer zu verleihen,

muss das größtmögliche Mitbestimmungsrecht all derer gesichert werden, die diese Gesellschaft wollen und ohne deren „Ja“ sie nicht zustande kommen kann. Die Frage lautet mithin: Warum ist dies nach 1917 nicht geschehen? Fehlte die Erkenntnis überlebensnotwendiger Korrekturen? Und wenn es sie gab, warum ist auf den Gedanken die Tat nicht gefolgt, im Lande, das einmal die Hoffnung auf die Weltrevolution repräsentierte.

Damit sind Fragen formuliert, auf die Antworten gesucht werden müssen. Das ist wiederum nicht nur eine Frage der Wissenschaft und ihrer Potenzen. Am ehesten könnte das in Parteien der so genannten Linken geschehen. Das setzt die Überwindung jenes Verhältnisses zur eigenen Vergangenheit voraus, das ich als Distanzierungswut bezeichne. Und manche müssen sich von dem bequemen Gedanken verabschieden, dass der Untergang des Systems das Werk irgendwelcher fremden Unholde gewesen sei. Er war vor allem hausgemacht. Punkt.

Die Hauptstrecke Ihrer wissenschaftlichen Arbeit ist die Faschismusforschung. Die antifaschistische Aufklärung findet heute nicht so statt, wie Sie, die Sie so viel mehr wissen als die große Mehrheit, sich das wünschen. Wie beurteilen Sie die Behandlung der Faschismusthematik in den Medien heute?

Na ja, Land auf, Land ab wird die Frage diskutiert, ob die Deutschen sich jetzt nicht zu sehr oder nahezu ausschließlich als Opfer sehen. Nun gibt es gar keinen Zweifel daran, dass sie zu Millionen Opfer waren. Doch das ist die häufigste gedankliche Fehlstelle, bevor sie Opfer wurden, funktionierten sie als verlässliche Instrumente dieses verbrecherischen Systems. Ohne ihren Beitrag hätte Europa nicht so zugerichtet werden können, wie es 1945 aussah.

Ich habe mich jüngst in der „*Jungen Welt*“ zu einem Artikel des „*Spiegel*“ geäußert, der von den Kollaborateuren in den eroberten Staaten und Ländern handelte und behauptete, es haben schätzungsweise 200.000 Deutsche und 200.000 Ausländer an dem Judenmorden teilgenommen. Also fifty-fifty. So wird die Judenverfolgung zu einem europäischen Projekt erklärt. Wer aber hat denn diesen nichtdeutschen mitmordenden Antisemiten die Aktionschance eröffnet? Diesem Thema schließt sich, wie auch an weitere, der Versuch, die Verantwortung aus der deutschen Geschichte wenigstens partiell zu exportieren, an.

Inzwischen wird die Faschismus-Analyse hierzulande dominiert durch das beispiellose Verbrechen an den europäischen Juden. Es war und ist auch Gegenstand meiner Forschungen. Dahinter verblassen jedoch Fragen, die unter dem Gesichtspunkt von Schlüssen und Lehren nicht weniger schwerwiegend sind. Warum sind Millionen diesem System gefolgt und haben es zunächst nicht als Vergewaltigung ihrer selbst empfunden? Wie kommt es, dass Menschen wieder und wieder gegen ihre eigenen Interessen handeln?

Dargestellt werden die Leiden der Deutschen, denken Sie an die Filme „Die Flucht“ oder „Wilhelm Gustloff“. Wie sie in ihre Lage kamen, das kommt nicht vor. Überhaupt befassen wir uns lieber mit dem Ende als mit den Anfängen, denen zu wehren gewesen wäre. Lieber mit den Folgen als mit den Ursachen. Nächst der Frage nach Ursachen und Antrieben des Judenmords erscheint mir keine als so herausfordernd und auch quälend wie die, warum und wodurch es gelang, ein Volk, das gegen den Krieg war, denn die Deutschen wollten ihn in ihrer übergroßen Mehrheit 1939 nicht, dazu zu bringen, einen Kontinent und sich selbst – entschuldigen Sie das Wort – derart auf den Hund zu bringen.

Sie haben analysiert, wie zum Beispiel die Jugend von den Nazis durch geschickte Werbung gewonnen wurde, es wurde das Sportliche bedient, das Abenteuerelement, sie konnten sich technisch bilden, seemännisch, flugtechnisch. Es wurde der Wettbewerb angestachelt, wer ist der Beste. Die Arbeitslosigkeit wurde reduziert, dann abgeschafft, eine totalitäre Propaganda in Gang gesetzt. Und es gibt den von Ihnen verwendeten Begriff von der „Erfolgsbestechung“.

Das war ein Thema, mit dem ich mich 1980/82 intensiv beschäftigt habe. Es gehörte in der DDR zu den ungeliebten. Manche meinen, dies wäre so gewesen wegen der Ähnlichkeit der „totalitären“ Systeme. Eher war doch die Führungsgruppe in Partei und Staat der Meinung, dass diese Erörterung überflüssig geworden sei. Warum wollen wir Menschen, die jetzt ehrlich in sozialistischen Betrieben arbeiten, eigentlich noch mit der Vergangenheit kommen?

Also: Wieso konnte ein Volk über so viele Jahre dieser Nazi-Propaganda auf den Leim gehen und sich derart manipulieren lassen?

Nehmen wir das Beispiel Krieg. Hitler sagte im November 1938 nach den Beobachtungen des Verhaltens der Deutschen in der so genannten Tschechei-Krise: Mit diesen Deutschen lässt sich kein Krieg führen. Jetzt muss von der Friedensdemagogie so umgeschaltet werden, dass „die Seele des Volkes" nach Krieg zu schreien beginnt. Hat sie aber nicht im August 1939. Die Leute waren überrumpelt. Sie hatten geglaubt, Hitler werde wieder erfolgreich am Rande des Krieges operieren wie 1938. Und nun passiert Folgendes: Es wird ihnen gesagt, Krieg ist gar nicht. Das Wort Krieg wird vermieden. Es wird lediglich zurückgeschossen und: Wir klären bestimmte Fragen mit Polen, die sich auf dem Verhandlungsweg nicht haben klären lassen. Krieg wollen uns die anderen, England und Frankreich, aufzwingen. Dazu passte, dass es keinerlei Kundgebungen wie 1914 gab. Dabei hätte Goebbels doch am 1. September 1939 im Berliner Sportpalast leicht einen nationalchauvinistischen Riesenkrach inszenieren können mit einer Nazimenge. Nein, sie lassen den „Arbeiterführer" Robert Ley einen Leitartikel schreiben: Wir wissen, was Krieg bedeutet. Wir gehen in ihn ernst wie in ein Gebet. Und nachdem Polen besiegt ist, wird beteuert, dass dieser Krieg eigentlich abgebrochen werden könne. Hitler unterbreitet ein „Friedensangebot". Erst am 9. November in München redet er Klartext: Wir sind in der Lage, jahrelang Krieg zu führen. Behutsam geradezu, das passt gar nicht zu dem weit verbreiteten Bild von den damaligen Machthabern, wird das Volk in den Krieg hineingeführt und an ihn gewöhnt.

Die Leute sind im Krieg, aber sie wollen ihn für ihren Lebensalltag zunächst nicht akzeptieren. Wie ist dieser erste Kriegssonntag verlaufen? Die Städter gehen in die Lokale, zu ihren Vergnügungen usw. Es gibt wenig Aufregung. Jedoch in einem stimmen sie eingedenk der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges überein: Diesen Krieg wollen sie nicht verlieren. Das genügt der Führung vorerst. Denn wer sagt, er wolle ihn nicht verlieren, dem sagt sie: Dann musst du was tun, damit das nicht geschieht. Nur jene verschwindende Minderheit, die am 1. September 1939 sagt: Diesen Krieg muss Deutschland verlieren, bezieht wirklich eine Gegenposition.

Es gab die KPD-Losung: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Hat die KP das vorausgesehen?

So durchsichtig war für die Massen der Deutschen, und die waren keine Kommunisten und hörten diese nicht einmal, das Vorhaben nicht. Die Friedensdemagogie der Nazis war geschickt. Hitler versicherte in x Reden: Ich als Frontsoldat weiß doch, was Krieg ist. Also kann ich gar keinen wollen. Die Völker müssen miteinander auskommen, wir leben alle zusammen in Europa.

Hat er seine Reden selbst erfunden?

Er war nicht der erste, der vom Frieden redete und den Krieg vorbereitete, und er wusste, dass er die Täuschung nach innen wie nach außen brauchte.

Dass er eine Art Schauspieler war, wird immer wieder beschrieben, Brecht hat das in seinem „Arturo Ui" thematisiert. Hatte Hitler denn viele Berater?

Daran hat es nicht gefehlt, doch blieben sie meist im Hintergrund. Das war eine Bedingung für die Verbreitung des Führerkults. Nur so konnte er als der Schöpfer von allem und jedem erscheinen. Und was den Einfluss auf die Massen anlangte, so war er über deren Stimmungen gut informiert und fähig, geschickt auf sie einzugehen. Er brauchte keine Redenschreiber. Natürlich wandelte sich sein Einfluss. 1941 beginnt ein Glaubwürdigkeitsverfall der Führung, der sich 1943 verstärkt und auch um Hitler keinen Bogen macht.

Es gab 1942 schon Annoncen, die den Tod an der Front mit Worten anzeigten wie: „Sein innigster Wunsch war, die Heimat wiederzusehen." Eine Klage, die nicht gern gesehen wurde. Formulierungen wie: „Sein Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen" wurden nicht gedruckt. Was aber konnten Menschen unternehmen, wenn sie keinen organisatorischen Halt, keine Möglichkeit auch nur der gemeinsamen Verständigung, die doch der Aktion vorausgehen muss, besaßen? Die Kirchen waren legal, gewiss. Die haben anfänglich die Waffen gesegnet und dann mehr und mehr Trost gespendet.

Verwunderlich ist, dass nicht die Mütter über den Verlust der Söhne oder die Frauen über den Verlust ihrer Männer größeren Unmut und Wut herausschleuderten. Im Tschetschenienkrieg waren sie es ja gerade, die aktiv wurden.

Frauen im Krieg, das ist ein bei Weitem nicht ausgeschöpftes Forschungsthema. Da denke ich an das Leben meiner niederschlesischen Verwandten und die Frauen, die mit Männern im Rentenalter und ihnen zugeteilten Kriegsgefangenen Höfe bewirtschaften mussten. Wenn mich etwas empören konnte in letzter Zeit, dann waren es die Geschichten des Historikers Götz Aly über das schöne Leben der Kriegerfrauen, die sich an den Päckchen und den Mitbringseln ihrer Krieger-Männer erfreuen konnten. So schreiben Bürgersöhnchen Geschichte, die sich nie die Arbeit machten, sich in den Kriegsalltag der produzierenden Klassen auch nur hineinzudenken.

Was hat Götz Aly konkret über die Frauen geschrieben?

Er erzählt die Legende vom Nazifaschismus als einer Wohlfühldiktatur und von der Eintracht der deutschen Beutegemeinschaft.

Um noch mal zur gegenwärtig inflationären Darstellung des Themas Faschismus zu kommen, die Verstrickung zwischen Industrie und Nazipartei wird dabei ganz selten beleuchtet.

Darüber rede ich schon gar nicht mehr. Die Anstrengungen, es sind zumeist solche des Verschweigens der Zusammenhänge und mitunter selbst von elementaren Tatsachen, werden nicht enden. Es geht um die einfache Wahrheit, dass der faschistische deutsche Staat eine politische Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft, also eine ihrer möglichen Hervorbringungen war und damit kein Fremdkörper in dieser Gesellschaft. Mit den spitzfindigsten Argumenten wird versucht, den Nazistaat als eine widerkapitalistische Installation erscheinen zu lassen. Dazu dient selbst die Tatsache des Judenmassenmordens. Der Kapitalismus, heißt es – das wird eingeräumt – beutet Menschen aus, er sei daher an ihrem Leben interessiert. Das ist eine sehr fromme Beschönigung der Geschichte der kapitalistischen Kolonialeroberungen. Stets interessierte nur der kurz-, allenfalls mittelfristig brauchbare Teil der eroberten Völker und Stämme.

Und was die Beteiligung großer Industrieller an der mörderischen Aufrüstung anlangt, so wird nach wie vor behauptet, die konnten sich nicht anders verhalten, sie wären gegenüber der Staatsmacht in keiner anderen Situation gewesen als „ihre“ Arbeiter. Das haben schon die Richter in Nürnberg anhand von Dokumenten entkräftet. Unter denen, die eine Beteiligung einflussmächtiger Wirtschaftsführer an der Inthronisation Hitlers als Reichskanzler nicht bestreiten, findet sich des Weiteren die These, wonach sich die Kanzlermacher in Hitler geirrt hätten. Gewiss, sie mussten, das ist ein Bild nach Bertolt Brecht, den Faschismus nehmen, der gleichsam im Angebot war. Nicht in allen Teilen seiner Ideologie, seines Programms und auch seines Personals mochten sie von ihm angetan gewesen sein. In den entscheidenden Fragen waren sie das aber: Vernichtung der Republik, Liquidierung der revolutionären wie der reformistischen Arbeiterbewegung und in den Vorstellungen von Deutschlands Aufstieg zur Groß- und Weltmacht.

Schließlich, damit kann diese knappe Tour enden, wird das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Faschismus auf wenige Akteure hin personalisiert und damit zu einer Frage individueller Moral, des persönlichen Geschmacks gemacht. Kurzum, da soll ein „Fleck“ in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft retuschiert werden. Umgekehrt, das kann nicht unerwähnt bleiben, haben Darstellungen mit historisch-materialistischem Anspruch, vor allem in der Frühphase der einschlägigen Forschungen in der DDR, mit Generalisierungen und Verallgemeinerungen argumentiert, die eine angemessene Abbildung der Wirklichkeit der „Übersetzung“ von wirtschaftlichen Interessen in faschistische Politik auch partiell verfehlten.

Wir haben uns anfänglich manche Auseinandersetzungen zu leicht gemacht. Dazu gehörte die Anklage, alle Führungskräfte der Wirtschaft hätten sich gleichermaßen belastet. Das war undifferenziert und leicht zu widerlegen.

Antifaschismus in der DDR. Heute werfen die Medien der DDR vor, ihre Sicht auf den Faschismus war kurzschlüssig und propagandistisch. In der DDR hieß es: Wir machen antifaschistische Politik.

Dabei wurde nicht beachtet, dass auch hier noch Mitläufer lebten. Sie schreiben ebenfalls, dass die DDR vor allem propagandistisch auf die wirklichen Gegenspieler der Nazis, auf die Kommunisten gesetzt hat und dabei alles andere vernachlässigt oder außen vorgelassen hat. Es konnte ja nicht von heute auf morgen ein Volk von lauter Antifaschisten geben.

So habe ich das nicht geschrieben. Als wir im Dezember 1945 ein Jugendheim in Gera tauften, erhielt es nicht – wie vorgeschlagen – den Namen Ernst Thälmann, sondern den der Geschwister Scholl und das auf Vorschlag des Kommunisten, Spanienkämpfers und Auschwitz- und Buchenwaldhäftlings Kurt Goldstein. Der Unterschied zwischen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland Ost und West – da wie dort drängte sich die Mehrheit nicht danach – ergab sich aus der Tatsache, dass in der sowjetischen Besatzungszone, Kräfte maßgeblichen Einfluss gewannen, die das große Thema „Der Faschismus und seine Gegenspieler" auf die politische Tagesordnung setzten und es dort lange hielten. Dabei standen sie vor einem Problem, das mit dem Bilde vom Spagat gekennzeichnet werden kann. Sie wollten Menschen gewinnen und sagten ihnen aus dieser Überzeugung heraus Dinge, die diese nicht hören und – mehr noch – auch nicht wahrhaben wollten. Wie aber sollte man die scharfen und eingreifenden Demontagen zum Zwecke von Wiedergutmachung Arbeitern in den betroffenen Betrieben erklären, wenn nicht von Krieg und davon die Rede war, dass hier ein Volk, jedenfalls die Bevölkerung in Ostdeutschland, für das Angerichtete in Haftung genommen wurde und einen Teil der Rechnung zu bezahlen hatte. Nicht nur die Programmatik der Antifaschisten, auch die Wirklichkeit des Nachkriegs im Osten zwang, über Ursachen und Folgen, Schuld, Mitschuld und Verantwortung zu sprechen.

Sie meinen die Reparationskosten?

Die Reparationskosten und vieles andere. An vorderer Stelle die Aussiedlung. Zunächst hatte wohl die SED-Spitze mit anderen antifaschistischen Kräften auch selber noch die Hoffnung gehegt, im Friedensvertrag könnte die Potsdamer Grenzziehung geändert werden. 1948/49 wurde sie verabschiedet. Kurzum, wollte man ein von der Bevölkerung akzeptiertes neues Verhältnis zu den Völkern im Osten und kein Aufkommen von Feindschaft und Revanchismus, dann musste über Geschichte geredet werden. Populär war das nicht, aber es geschah.

Von einem bestimmten Zeitpunkt an, für meine Begriffe zu früh, ist – wir sprachen schon davon – dies dann als erledigt angesehen worden. 1985 „starb" ein Artikel, um den mich die Redaktion des „Neuen Deutschland" gebeten hatte, weil dort ein paar Sätze Klartext über die geistige und mentale Verfassung der Deutschen 1945 geschrieben standen. Er kratzte auch an den allzu lackierten Bildern von Begegnungen Wilhelm Piecks mit deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, weil darin eine Wendung aus einem Brief an seinen Sohn Artur zitiert war, die etwa lautete: „So sehen also unsere Landsleute aus. Schauderhaft!". Nun bin ich nicht der Meinung, dass man den Deutschen, und heute sind das mit weniger werdenden Ausnahmen Nachgeborene, permanent die Nazivergangenheit um die Ohren hauen muss. Es geht ohnehin nicht mehr um Schuld, die damals angehäuft wurde, sondern um eine Erfahrung, die so schwer erworben wurde, dass sich jeder leichtfertige und oberflächliche Umgang mit ihr verbietet.

Was erscheint Ihnen heute als der größte Mangel der verbreiteten Geschichtsbilder?

Wenn von Geschichte geredet wird, müssen materielle und ideelle Interessen und deren Ursprünge zur Sprache kommen. In Wahrheit aber wird zumeist – sehen Sie sich die Erläuterungen zur Geschichte der gegenwärtigen Wirtschaftskrise an – von menschlichen Eigenschaften gesprochen, von Geiz und Neid und Habsucht, die gezügelt werden müssen, als ließen sich die Interessen und Zustände, aus denen solches Verhalten hervorgeht, durch Staatsgesetze abschaffen. Schüler, mit denen ich darüber unlängst sprach, habe ich zunächst an ihre eigenen und höchst materiellen und auch immateriellen Interessen erinnert: Ihr steht doch morgens mit einem ganzen Bündel solcher Interessen auf. Der Lehrer soll euch keine unangenehmen Fragen stellen, Vater und Mutter sollen euch hinreichend Taschengeld geben, eure Freunde für euch Zeit haben usw. Das Thema war ihnen nicht fremd.

Geht es in die „große" Geschichte, ist zu fragen und zu erklären, wie gemeinsame Interessen entstehen, wo sie herrühren, wie sie sich bündeln, verfochten werden, vielleicht auch erst einmal als

gemeinsame erkannt werden müssen. Das zu erörtern, kann nicht früh genug geschehen, nämlich klarzustellen, warum Interessenlagen von Einzelnen wie von mehr oder weniger großen Gruppen so oft verkannt werden, die eigenen wie die der Anderen, und warum Menschen Führern nachlaufen, die zwar vorgehen ihre Interessen zu vertreten, in Wahrheit aber fremde verfolgen. Also, anders ausgedrückt: Es geht um die Bloßstellung der verlogenen Volksgemeinschaftsangebote in allen ihren Varianten, von denen die braune nur eine ist. Damit hätten Sie meinen Wunsch an die Geschichtslehrer von heute – einen.

Sie haben eine Hitlerbiografie geschrieben. Gab es zu DDR-Zeiten Kritik daran, dass sich ein kommunistischer Hochschulkader mit dem Thema beschäftigen und dazu forschen will?

Die Personengeschichte war nicht erst seit Nazizeiten vorbelastet. Dass die „großen Männer" Geschichte machen, dem wurde in den aufklärerischen Bemühungen im Osten nach 1945 heftig widersprochen und gleichzeitig – paradoxer- und groteskerweise – der Stalinkult sukzessiv importiert. Verwiesen wurde auf die fortschrittliche Rolle der Volksmassen, die diese in Deutschland nun gerade nicht gespielt hatten. Das war ein Geschichtsragout eigener Art.

Lange blieb in der DDR dann eine Geringschätzung der biografischen Forschung erhalten. Dann schrieb Ingrid Mittenzwei ihr viel beachtetes Buch über Friedrich II., Ernst Engelberg legte die große Bismarck-Biografie vor. Hitler blieb indessen eine „Größe" für sich. Die Lücke existierte fort und damit eine in unserer Geschichte und Analyse des Faschismus. Es gab zunächst eine lockere Verabredung zwischen Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann und mir gemeinsam eine Hitler-Biografie zu schreiben. Wolfgang Ruge war der Einzige, der frei verfügbare Zeit hatte. Er verfasste eine Teilbiografie. Schumann und ich steckten noch in anderen Vorhaben. Ich habe während der DDR-Zeit nur einen einzigen Aufsatz zu Hitler geschrieben, darüber wie sein 50. Geburtstag politisch inszeniert worden ist. Kurzum, es waren nicht staatsoffizielle Hindernisse, die es in der DDR nicht zu dieser Biografie kommen ließen. Dann machten Manfred Weißbecker und ich, vom Leipziger Militzke Verlag eingeladen, einen neuen Anlauf und kamen auch zum Ziel.

Da Sie so viel über Hitler wissen und das Phänomen, das sich mit ihm verknüpft, klingt es beinahe, als würden Sie ihn intellektuell größer machen, als er im allgemeinen Bewusstsein ist. Da wird er doch oft als Psychopath dargestellt, einer der zum gewünschten Studium nicht angenommen wurde ...

Das Hitlerbild, wie es Erich Weinert in einem Gedicht entwirft, von dem Führer, „der's nicht mal mit Weibern kann", vom Selterswasserfritzen usw., das haben wir als Jugendliche begeistert gelesen und aus freien Stücken auswendig gelernt. Dieses Bild stammte aus dem Zweiten Weltkrieg und, da kann man das amerikanische wie das sowjetische nebeneinanderhalten, es hatte da wie dort nur eine Funktion: zu vermitteln, dieser Mann und dieses System sind schlagbar. Plakate, Filme, Gedichte alles war dem untergeordnet. Aber dieser Mann hatte – ob nun Intuition oder Intellekt, wer will das entscheiden – lange ein ziemlich sicheres Gespür für die von ihm verfolgte imperialistische Politik als die Kunst des Möglichen. Er vermochte seine kalt berechnende Natur einzusetzen. Er kalkulierte skrupellos. Kein Verbrechen, vor dem er zurückgeschreckt wäre. Zudem und wie in ungezählten anderen Fällen auch: die Schwäche seiner Gegner war seine Stärke. Wenn die bei seiner Bewertung nicht in Ansatz gebracht wird, erscheint Hitler zusätzlich unter einem Vergrößerungsglas.

Wie haben Sie den Film „Der Untergang" gesehen?

Über Hitlers Platz in der deutschen und europäischen, ja der Weltgeschichte lassen sich aus der Bunkerendperspektive keine Erkenntnisse gewinnen. Und die Aussage von Bruno Ganz, der den Hitler spielte, in einem seiner Interviews, er hätte für diesen auch etwas Mitleid erwecken wollen, fand ich zum Kotzen.

Er wollte der Figur eine menschliche Dimension geben. Das ist u. a. eine Möglichkeit von Kunst, dass man selbst einem Verbrecher Menschlichkeit zugesteht.

Womit oder wodurch hätte der Mann darauf einen Anspruch geltend zu machen? Den erwarb er sich nur im Hinblick auf einen Gerichtshof und den Galgenstrick, vor denen er in den „Freitod" floh.

Im Film „Der Untergang“ wird ein vollkommen verzweifelter und – wie Sie auch andeuteten – realitätsferner Führer in seinen letzten Tagen dargestellt. Hatten Sie auch inhaltliche Kritik am Film?

Die betrifft nicht Details wie die Darstellung des Endes des Propagandaministers. Wenn eine Handlung vollständig in die Endphase, die Agonie des Systems, platziert wird, offenbar doch, weil das für besonders dramatisch und besucher-, also verkaufsträchtig angesehen wird, lässt sich über dessen Wesen, geschichtliche Rolle und Platz, seine Erfolge, seine Stabilität, ja selbst über die im Zentrum stehenden Personen wenig Erhellendes vermitteln. Warum kommt eigentlich niemand auf die Idee, die hochdramatischen Vorgänge um die Einsetzung des Kanzlers Hitler filmisch darzustellen? Da wären wir wieder beim – sagen wir es milde – Unerwünschten. Wer Filme wie „Ich war neunzehn“ von Konrad Wolf über den Schlussakt des Kampfes um Berlin gesehen hat, besitzt einen Vergleichsmaßstab, mit dem sich ermessen lässt, was packende Filmerzählungen an Aufklärung über Geschichte zu leisten vermögen. „Der Untergang“? Das war die Bebilderung eines ruchlosen Endes.

Die Verächtlichkeit der Nazis hat einen schon erreicht. Man bekam Wut für sinnlose Tode, insgesamt für diese Sinnlosigkeit von „T*apferkeit“.*

Der Film hat gewiss Abscheu erzeugt. Vor wem? Doch vor Personen, die dort in ihrer Kläglichkeit vorgeführt wurden, als ihnen der übergroße Teil ihrer Macht schon entrissen war. Wie viel Einsichten daraus zu gewinnen waren, mag jeder Zuschauer für sich entscheiden, sofern er durch den Filmbesuch überhaupt darauf gebracht wurde. Manche mochten sich schlicht unterhalten gefühlt haben, andere anschließend darüber ins Grübeln gekommen sein, wozu der Mensch fähig ist. Wie viele mögen sich auf dem Nachhauseweg die Frage gestellt haben: Warum? Auf deren Beantwortung zielt Geschichtswissenschaft, doch nicht sie allein. Anlässlich des 50. Jahrestages der Zerstörung Pforzheims durch einen verheerenden Luftangriff, wir schreiben 2005, erhielt ich von dort eine Einladung zur Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion. Teilnehmer, Herr Ullrich von der „*Zeit*“, mein Fachkollege Professor Jäckel aus Stuttgart, ein Gast aus Israel, ein Moderator. Pforzheim wies nach einem Angriff den größten Prozentsatz von Toten unter allen bombardierten deutschen Städten auf.

60.000 Einwohner, 20.000 Tote. Da lässt sich in Trauer, Empörung, auch Starre verharren und nachdenken. Darauf zielte mein Beitrag. 20.000 – das war auch die Zahl der Pforzheimer, die 1932 Hitler gewählt hatten. Die Toten waren mit diesen Parteigängern nicht – jedenfalls gewiss nicht total – identisch. Krieg trifft nicht nur häufig, sondern meist die „Falschen“. Aber, zwischen diesen beiden Zahlen gibt es eine Ursache-Folge-Beziehung. Sie besteht auch zwischen diesen Entscheidungen am Ende der Weimarer Republik und den Vergewaltigungen von Frauen, nachdem Pforzheim Wochen später von Truppen im Kampf erobert worden war.

Die Vergewaltigungen, das ist ein emotional sehr aufgeladenes Thema. Meinen Sie, dass in der öffentlichen Wahrnehmung ein Ungleichgewicht besteht zwischen den „Taten“ der Russen, siehe Film „Anonyma“, und denen der Westalliierten? Im Bewusstsein waren doch die Russen die schlimmsten Vergewaltiger.

Ich spreche mit Bezug auf Pforzheim nicht, um die dort geschehenen Gewalttaten zugunsten der „Russen“ ins Argumentationsfeld zu führen. Es gibt eine solide Untersuchung, die vor Jahren vom Münchener Institut für Zeitgeschichte publiziert wurde und deren Autor den Zustand der sowjetischen Armee bei ihrem Vordringen nach Polen und dann nach Ostdeutschland anhand von Quellen untersucht. Zunächst brachte das für die Masse der russischen Soldaten einen Kulturschock. Manche begannen, ihre Fahrzeuge und Panje-Wagen mit der verschiedensten Beute zu beladen. Sie kamen mit der Vorstellung ins Reich des Feindes, das ist ein Nazi-Land, hier hausen die Barbaren, und dann sahen sie nach ihren Maßstäben: Hier leben ja lauter Bourgeois. Das hat ihren Hass gegen diejenigen, die in ihr Land eingefallen waren und es ausgeplündert hatten, fraglos verstärkt. Dieser Hass äußerte sich am ärgsten, wenn noch Alkoholvorräte „erobert“ wurden und ganze Einheiten ihren Kommandeuren entglitten, manche nicht einmal mehr angriffsfähig waren. Krieg erzeugt Gleichgültigkeit, Mitleidsunfähigkeit und Verrohung. Das Thema war für die Geschichtsschreibung in der DDR, sofern es um die Armee der „Freunde“ ging, tabu. Nicht so in der Romanliteratur.

Christa Wolf hat in „Kindheitsmuster“ darübergeschrieben. Christoph Hein hat in einer Gesprächsrunde an der Evangelischen Akademie bei Schorlemmer in diesem Zusammenhang die Geschichte seiner Großmutter erzählt. Da Sie, Herr Pätzold, das so genau belegen, wie Faschismus wirken und entstehen kann und auch ein ganzes Volk in die Spur schickt, wie erklären Sie sich heute, 60 Jahre danach, das erneute Auftauchen neofaschistischer Gruppen? Wie kann es sein, dass Nazis unter rechtsstaatlichen Bedingungen agieren dürfen? Bekannt ist ja Brechts Ausspruch: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Das Brechtbild höre ich gelegentlich in Veranstaltungen. Der Schoß – das meint die Gesellschaft, nicht einzelne Menschen oder Gruppen. Zunächst: Nirgendwo ist Faschismus an die Macht gelangt, ohne dass ein gesellschaftliches Bedürfnis existierte und Kräfte, die es durchzusetzen vermochten. Mit ihnen muss die Antwort auf ihre Frage beginnen, nicht mit dem Fingerzeig auf die im Straßenbild agierenden Marschierer, Schläger und Großfressen. Die gab es 1932 in ungleich größerer Zahl, aber sie haben Hitler nicht in die Reichskanzlei zu bringen vermocht. Damals war eine Reihe von beabsichtigten Lösungen der wirtschaftlichen und politischen Krise mit negativem Ergebnis erprobt worden. Nicht dass Hitler gleichsam die allerletzte Wahl gewesen wäre, aber er war derjenige, der von einer Minderheit aus den Eliten der Gesellschaft favorisiert wurde, der die Mehrheit aus den gleichen sozialen Kreisen der Großbourgeoisie und des Großagrariertums kein Gegenkonzept entgegensetzen konnte, sie hatten nichts Überzeugendes im Angebot, und wollten es wohl auch nicht. Denn auch jene, für die der Nazifaschismus nicht erste Wahl war, die Vorbehalte besaßen und Befürchtungen über den Ausgang dieses „Experiments“ hegten, trachteten nach der Liquidierung der Republik, mit deren Existenz sie sich nie ausgesöhnt hatten.

Heute hingegen kann von einer politischen Krise keine Rede sein. Das macht den entscheidenden Unterschied. Dass es in Kreisen des Bürgertums und der bürgerlichen Intelligenz eine so offene Diskussion über den Kapitalismus gibt, wie wir sie im Augenblick erleben, bezeugt Stabilität der Herrschaftszustände, das Vorhandensein von Handlungsspielräumen, über die frank und frei gesprochen und geschrieben wird, im Grunde ohne eine irgendwie ins Gewicht fallende Einmischung der Massen. Denen wird gesagt, was jetzt und was demnächst in Ordnung gebracht werden muss, wird repariert. Der entfesselte Kapitalismus wird gefesselt und alles wird wieder gut, was irgendwie aus dem Ruder gelaufen ist. Und nirgendwo ein mächtiger Sprechchor, der protestiert:

Was schwatzt ihr da! Geglaubt wird an die staatliche Reparaturkolonne und deren definitiven Erfolg. Mit der Abwrackprämie sind doch Kompetenz und Handlungsfähigkeit dem Michel schon bewiesen. Und dann, lehren vornehmlich die Kirchen, müssen wir alle gemeinsam in uns gehen und ein wenig neu denken und fühlen. Wo wäre bei alledem unter den Mächtigen der Gesellschaft der Bedarf nach einem Hitler 2?

Dennoch ist es diese Gesellschaft, die mit ihren Widersprüchen und aus ihnen jene Minderheit von Nazis hervorbringt. Eine Minderheit von vorwiegend jungen Menschen, die glauben, in der Naziideologie ihre, mit Verlaub, geistige und mentale Heimat gefunden zu haben, aus ihr ihre Feindbilder beziehen, das Hochgefühl, die Besseren, die Ehrlichen, die Kämpfer für eine – natürlich deutsche – Zukunft zu sein.

Meinen Sie, dass der Nährboden dafür wächst?

Die Voraussetzungen und Bedingungen für einen Massenzulauf, einen Durchbruch à la 1929/1930, sehe ich nicht. Doch ist dieses Urteil für mich kein Grund, den Erscheinungen keine Beachtung zu schenken und ihnen nicht entgegenzutreten. Vor Jahren hatte ich so genannte Projekttage mit Schülern der 9. und 10. Klasse in einer Schule Berlins, in einer Gegend, in der es eine Konzentration von Nazis gibt. Die besaßen in einer der drei Klassen ihre jüngsten Parteigänger. Und eine Klasse – das hatte man mir signalisiert – war fest in der Hand dieser Typen. Die wollten mich da auflaufen lassen. Ich wollte ihnen diesen Erfolg aber nicht gönnen: Den haben wir mit seinen Antifa-Erklärungen fertig gemacht. Ich fragte in die Runde: Wenn ihr in der Regierung wärt und müsstet Gesetze schaffen, wie sich Ausländer in Deutschland zu benehmen hätten, wie würden die aussehen? Da hatte ich eine halbe

Stunde Pause. Erzählt wurden abenteuerlichste Geschichten über das Benehmen dieser Leute. Und: Was in der Nazipropaganda der Geldsack der Juden war, das war in diesen Schilderungen das goldene Kettchen der Araber und Türken. Geklagt wurde über das Anbaggern der Mädchen, allerdings nicht von denen selbst. Dann habe ich gefragt: Habe ich euch richtig verstanden? Ein Türke darf hierzulande eigentlich alles, nur nicht reich werden? Kein Widerspruch. Die 15-jährigen Jungen verfügten über das gesamte Repertoire: Die Türken kriegen Arbeit und mein Vater ist noch immer arbeitslos. Darauf ein Mädchen schüchtern und halblaut: Das stimmt doch nicht. Dann die Geschichte von der Zudringlichkeit der Zugewanderten in den Freibädern gegenüber den deutschen Mädchen. Keine von ihnen sagte ein Wort. Als ich sie beim Auseinandergehen direkt nach ihren Erfahrungen fragte, erhielt ich zur Antwort: Uns passiert das nicht, wir benehmen uns auch nicht so. In der Runde hatten sie geschwiegen. Sie hatten vor den Beherrschern ihrer Klassenszene kapituliert. So weit sind wir in der Gesellschaft insgesamt nicht. Wenn wir aber sicher sein wollen, dass wir dahin unter keinen Umständen kommen wollen, muss in den Schulen, dort vor allem, mehr geschehen. Dann müsste von den Problemen der Gesellschaft und ihren vernünftigen Lösungsmöglichkeiten gesprochen werden wider dieses verlogene, aber vor allem für schwache Geister attraktive Angebot.

Als die Neonazis in Dresden vom Bombenholocaust sprachen, kam automatisch in der Diskussion die Forderung nach dem Verbot der NPD hoch. Seit Jahrzehnten geht es darum. Sie haben unbestreitbar nazistisches Gedankengut als Ideologie, aber da sagt der Rechtsstaat, diese Partei sei legal und die Polizei muss sie auch schützen, wenn sie demonstrieren will. Finden Sie das richtig?

Nein, ich bin absolut für das Verbot. Es würde die Bedingung für die Demagogen und ihre Werbungen stark verschlechtern, denn es macht allein einen Unterschied, ob ich mich einer legalen Organisation oder einer illegalen Truppe anschließe. Doch im Kampf gegen diese Nazis geht es um mehr als um das Ja oder Nein zur Legalität ihrer Aktionen. Nach wie vor hat das Urteil des Obersten Gerichtshofes von 2005 Bestand, das die Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ legalisiert. Wer nimmt heutzutage daran Anstoß? Ein Verbot nazistischer Organisationen würde den Bürgern eine klare Norm bezeichnen, die besagt: Das dulden wir und das ist für uns politisch und moralisch in unserer Mitte unerträglich.

Noch mal zurück zum Begriff der Klassen. Die Klassenfrage ist heute allgemein kein Thema mehr. Dennoch kann man beobachten, dass die Polarisierung in der Gesellschaft unglaublich zunimmt. Sortiert sich das neu nach anderen Klassen?

Die Hauptklassen der Gesellschaft haben sich gegenüber den Zeiten von Marx unerwartet stark differenziert und soziale Schichten, deren Untergang er erwartet und vorausgesagt hat, haben sich erhalten oder transformiert. Die Industriearbeiterschaft ist drastisch geschrumpft, die Arbeiter im Dienstleistungsgeschäft an Zahl erheblich gewachsen. Ein nicht geringer Teil der so genannten Lohnabhängigen lebt heute in einer Waren- und Güterwelt, die vor 100 Jahren unvorstellbar war. Die Klassen sind, meiner Meinung nach, nicht abgeschafft, sie existieren in veränderter Gestalt und mit Folgen für ihre Denk- und Verhaltensweisen.

Sie bekennen sich ohne Umschweife zum marxistischen Denken?

Ja. Der historisch-materialistische Ansatz bleibt für mich der Schlüssel zum Verständnis von Geschichte und Gegenwart, was nicht bedeutet, dass er nicht ergänzungs- und entwicklungsfähig wäre. Das folgt aus manchem, was falsch bedacht wurde, aber mehr noch aus Veränderungen der Wirklichkeit.

Bei der marxistischen Analyse ist es doch entscheidend, dass sie nicht nur eine Analyse des Elends bietet, sondern auch die Vorstellung entwickelt, wie das Elend beendet werden kann. Marx' Vorstellung hieß: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Hat dieses Denken, in die Realität einzugreifen, heute noch eine Chance?

Das ist die Frage, die Viele bewegt, die Suche nach dem Subjekt mit dem Willen und der Kraft der Veränderung. Der schon einmal zitierte Eric Hobsbawm nennt sich einen Intelligenz-Pessimisten, aber einen Willensoptimisten. Das ist ein nachdenklich stimmendes Bild. Und Wolfgang Fritz Haug,

verdienstvoller Herausgeber des „Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“, ließ sich ähnlich vernehmen. Sie und andere halten – vergeblich – nach dem verändernden Subjekt Ausschau. Manche finden Trost beim Blick nach Südamerika. Das begegnete mir unlängst in einer Diskussion in Bremen und erinnerte mich an die hochgesteckten Erwartungen, die wir in den sechziger Jahren auf Afrika und dessen nichtkapitalistischen Weg setzten.

Dass dieser Erdball auf Dauer menschenmöglich eingerichtet, das heißt verändert werden muss, ist heute doch Gegenstand nicht nur in Kreisen politischer Revolutionäre. Die großen Warner vor dem „Weiter so“ sind Naturwissenschaftler. Deren Meinungen differieren nicht so sehr über den Ernst bedrohlicher Tendenzen, sondern über den Zeitraum, der bleibt, ihnen Einhalt zu gebieten. Doch noch bilden die Warner keinen Chor. Und ebenso wenig haben sie Massen erreicht und sich – ist der Gedanke so abwegig – zu ihren anerkannten intellektuellen Führern gemacht, jedenfalls dem Teil davon, der diese Wende durchzusetzen und zu leben fähig ist, denn die Hungernden und Verhungernden in der Welt gehören aufgrund ihrer Lage nicht zu den dazu Befähigten.

Allein auf die klassischen Formen der Organisiertheit, die wie das Parteiensystem aus der Mitte des 19. Jahrhunderts herrühren, werden wir uns nicht fixieren können, wiewohl ich sie nicht schlicht für überholt halte. Unter Verwendung ihrer Erfahrungen aber könnten sich neuartige Bewegungen bilden oder aus vorhandenen durch deren Zusammenschluss neue entstehen. Das würde die Überwindung nur partieller Ziele voraussetzen, die heute in geradezu inflationär anmutendem Maße verfochten werden. Die Einen sorgen sich um das Klima, die Anderen um hungernde Kinder in aller Welt, Dritte treten für die Gleichberechtigung der Homosexuellen ein, Vierte wollen die Blauwale retten, wieder andere solidarisieren sich mit den bedrohten Ureinwohnern in nicht mehr so entlegenen Gegenden der Welt und so weiter und so fort. So gerechtfertigt, nützlich und ehrenwert im Einzelnen, so unangemessen erscheint mir das insgesamt im Hinblick auf die Herausforderungen, denen sich die Menschheit gegenübersieht.

Wie aber kann das zusammengeführt werden, wo doch so Viele auf ihrem speziellen Feld Aufgabe, Arbeit, Befriedigung spüren und von sich sagen können, dass sie etwas Vernünftiges tun? Dafür scheint mir eine an die Wurzeln aller Übel greifende, die jetzigen Kapital geprägten Weltzustände kritisierende Theorie unerlässlich. Die wird sich ohne „Rückgriff“ auf Marx nicht entwickeln lassen. Kurzum: Es geht darum, das gemeinsame Interesse der Mehrheit der heutigen Generationen und der Nachkommenden zu erkennen, gegen die Tagesinteressen abzuwägen und zu verfechten. Das heißt: über das bedrängende Alltagsinteresse hinausdenken und handeln. Dieser Anspruch ist für alle hoch, die von Sorgen und Befürchtungen des heutigen und morgigen Tages schwer bedrückt sind. Wer interessiert sich da für das Thema, ob der Erdball in 40 oder 50 Jahren weithin irreparabel verdorben ist? Eine Minderheit besitzt Voraussetzungen das zu tun und voranzugehen, von der sich freilich zu Viele in dieser Welt bequem eingerichtet haben. Es käme nicht zuletzt auf die moralische Erziehung an den Hochschulen an, die für Viele nur der Weg zu einem Job sind, den sie gewiss oder ungewiss beschreiten.

Jedoch: Solange die Eigentumsverhältnisse bleiben, wie sie sind, die Gesellschaft unter dem Diktat der höchsten Profitrate steht, Natur und Mensch weithin hemmungslos ausgebeutet werden, wird sich an den Weltzuständen und ihrer Tendenz grundsätzlich nichts ändern lassen. Reparaturarbeiten sind denkbar und ebenso ihr Erfolg, sie besitzen aufschiebende Wirkung, nicht mehr. Wer dafür einen Beleg braucht, blicke auf den Jammer der internationalen Klimakonferenzen.

Ist Ihre Prognose unter dem Strich düster?

Da ist die alte Frage: Sozialismus oder Barbarei. Der Begriff und die Aktionslosung Sozialismus sind hochgradig diskreditiert durch Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, nicht weniger durch die seit Generationen betriebene antisozialistische Propaganda, sie besitzen folglich wenig Anziehungskraft. Und die Aussicht auf Barbarei wird verdrängt. Eric Hobsbawm hat eine ihrer Ausprägungen bedacht und ausgesprochen. Gigantische Verteilungskämpfe sind nicht auszuschließen. Ein Aufjaulen rief er hervor, als er kürzlich Zweifel daran äußerte, dass China und die USA auf Dauer friedlich nebeneinander existieren werden. Gewiss, in wem bäumen sich bei derlei Perspektiven nicht emotionale Widerstände auf?

Aber: Wir sind nicht ganz ohne Hoffnungen. Sie knüpfen sich an Menschen, an wen sonst. An jenen Franzosen, der um den Erdball fliegt, um Millionen in Bildern zu zeigen, was zu bewahren und wie stark es gefährdet ist. An jenen Österreicher, der den Film gedreht hat „We feed the World", Leute, die mit ihren Stimmen und Mitteln aufschreien. Vielleicht sind sie ja der Vortrupp, der eine heranwachsende junge Intelligenz – und das meint nicht nur die so genannte akademische – mobilisiert. Und dann glaube ich auch nicht, dass die Bewegung für Frieden und radikale Abrüstung weiter international so kümmerlich existieren wird wie heute.

Welche Kritik richten Sie an solchen Parteien wie die „Linke"? Warum bringt die nicht mehr zustande? Weil sie im Parlamentsgefüge ist?

Also, die Begrenztheit ihres Einflusses allein auf den Opportunismus von Politikern in ihren Reihen zuzuschreiben, obwohl es den unbestritten gibt, scheint mir verfehlt. Manche haben sich in die große Reparaturkolonne des Kapitalismus eingereiht, und andere wollen dort noch aufgenommen werden. Aber die Forderung nach unumstößlichen Prinzipien und gegen deren Preisgabe ist in letzter Zeit lauter geworden. Und in der Tat: Es gehört doch wohl mehr Glaubensfähigkeit zur Hoffnung, dass ein gewandelter Kapitalismus einen Ausweg bietet, als dazu, dass Kräfte zueinander finden, die über ihn hinausführen in neue gesellschaftliche Zustände, für die bisher kein besserer Name als der des Sozialismus gefunden ist, denn Nebelbegriffe wie „postkapitalistisch" bieten keine Alternative. Zudem hat es den Anschein, als würde die „Macht der Tatsachen" der Schärfung der Gedanken noch etwas nachhelfen können. Es muss in den Reihen der Partei „Die Linke" nicht bei der gebremsten Kapitalismuskritik bleiben.

Das ist kein Plädoyer für eine Abstinenz gegenüber Fragen und Entscheidungen der Tagespolitik, also etwa zu den derzeitigen antizyklischen Maßnahmen der Regierung zur kurzfristigen Dämpfung der Krisenfolgen unter Inkaufnahme absehbarer und unabsehbarer Folgen. Nur lässt sich doch auch klarstellen, was auch in der großbürgerlichen Presse nicht bestritten wird, dass die Banker, beispielsweise, bei der erstbesten Gelegenheit dort wieder weitermachen, wo sie eben ein wenig aufgehört hatten. Sich an deren Erziehung zu versuchen, ist aussichtslos, denn: Die Verhältnisse, die sind nicht so!

Gegen die Linken wird das Argument benutzt: Die haben gut reden, so lange sie nicht in der Regierung sind. Forderungen zu stellen, sei keine Kunst, aber handeln und diese Forderungen konkret umzusetzen, da scheiden sich die Wege. Vieles ist einfach nicht umsetzbar.

Das ist das sich wiederholende Argument ihrer Gegner im Hinblick auf die nächsten Wahlen. Der eigentliche Streitwert liegt einige Etagen höher. Er betrifft nicht mehr und nicht weniger als die Frage nach einer – ich stehe nicht an zu sagen: rettenden – Vision oder Utopie. Dass sich die in Kreisen der Linken behauptet hat, war 1990 in den Reihen der Sieger nicht vorgesehen. Hierzulande wird der Untergang der DDR als Beweis dafür bemüht, dass solche Visionen besser unterbleiben sollen. Das endet, und damit wird nicht nur eine Warnung ausgesprochen, sondern ein Knüppel geschwungen, bei Hitler, bei Stalin und Mielke. Jeder ein wenig in Logik unterrichtete Mensch wird das für einen gedanklichen Kurzschluss halten. Doch gehört Logik nicht zu den Unterrichtsfächern unserer allgemeinbildenden Schulen, worauf sich Politiker und Ideologen gern verlassen.

Gibt es für Sie persönlich, also in Ihrem Agieren als Historiker heute auch Vorteile, oder gibt es nur die etwas pessimistisch, traurige Einschätzung der Lage?

Freunde fragen mich mitunter: Warum machst du denn das noch? Unausgesprochen ist da mitgedacht: in deinem Alter. Zunächst aus einem wohl allgemein-menschlichen Bedürfnis nach Begegnungen und Gedankenaustausch, aus Neugier auf Mitmenschen. Das ist der meist uneingeschränkt vergnügliche Teil. Dann ist da ein Pflichtgefühl. Die Generation von Sozialisten, die gescheitert ist, hat über ihre Erfahrungen zu sprechen, soll sie kritisch vermitteln, wo nach ihnen verlangt wird. Zudem bin ich so etwas wie ein pädagogischer Narr geblieben, wenn auch nicht unangefochten von der Frage, die sich viele Meinesgleichen stellen: Müssen wir die Möglichkeiten und mithin die Grenzen von Aufklärung nicht neu durchdenken? Kürzer gesagt: Ich kann nicht aus meiner Haut. Dazu gehört ein Moment, über das – noch einmal Hobsbawm – der britische Historiker vor Jahren in Berlin vor einer

honorigen Gesellschaft gesprochen hat, als er auf die Frage antwortete, warum er sich noch immer Kommunist nenne. Er sagte: Aus Trotz.

Und das können Sie gut verstehen?

Ja. Wenn das auch nicht mehr das gleiche Verständnis des Begriffes Kommunist ist, das sich bei Marx und Engels findet. Zu meinen, in jungen Jahren gelesenen Schriften gehört Engels' „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft". Heute hätten wir vielleicht eine Fortsetzung nötig mit dem Titel: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie". Sie würde davon handeln, dass wir an einem weltgeschichtlichen Punkt angekommen sind, wo sich die Vorstellung vom Fortschreiten der Gesellschaft zum Kommunismus mit einer Utopie verbindet, weil sich ein Weg, den es zu Marx' Zeiten als eine von der Arbeiterklasse zu verwirklichende Möglichkeit gab, heute nicht ausmachen lässt.

Wir denken, wir werden dieses Zukunftsmodell von Marx und Engels nicht mehr erleben.

Doch. Wir junge Sozialisten waren in unserer Schulzeit nach Kriegsende sicher, dass am Ende des 20. Jahrhunderts dieser Erdball, von Resten abgesehen, dem Kapitalismus entkommen sein wird. Ich wollte dann wie viele mit mir, den Nachkommenden eine andere Welt hinterlassen. Das ist misslungen. Ob die Enkel das besser ausfechten werden? Sicher ist nur, dass die These vom Ende der Geschichte gelehrtes Geschwafel ist.

Von Wegen, Abwegen und Irrwegen. Interview. In: Heike Schneider/Adelheid Wedel (Hrsg.), Vom Privileg des Vergleichs. Erfahrungen ostdeutscher Prominenter vor und nach 1989, Leipzig 2009, S. 123-158.

Jüngst entdeckt

Die Vielzahl der herandrängenden runden Jahrestage hat einen von ihnen arg in den Hintergrund der Betrachtungen gedrängt. Im April waren exakt zwei Jahrhunderte seit dem antinapoleonischen Aufstand in Tirol vergangen – ein Ereignis, eine Episode nur, die zur nationalen Großtat aufgewertet wurde. Über Generationen lernten Kinder in deutschen Schulen das Lied auf die Taten und den Todesmut des Anführers der Bauern, die am 12. April 1809 Innsbruck besetzten und die dem Franzosenkaiser verbündete bayerische Armee vertrieben. Es hebt mit den Worten „Zu Mantua in Banden Andreas Hofer lag“ an und lässt den „Sandwirt“ schließlich seinem letzten Gegenüber, den Männern des Erschießungspelotons, zurufen: „Gebt Feuer, ach wie schießt ihr schlecht.“ So sterben Helden – im Lied.

Wo sich dennoch Erinnerung auf Feuilleton-Seiten meldete, wurde auf eine „Neuentdeckung“ verwiesen, die historische Forschung jüngst gezeitigt habe. Als „Freiheitskämpfer“ lasse sich von dem Hofer nicht gut berichten. Der Begriff und was sich mit ihm spätestens seit dem Pariser Kampfruf „Liberté“ verbindet, sei dem Manne in seiner Beschränktheit doch fremd gewesen.

Nun ist vor nahezu 164 Jahren in einer Zeitung mit dem Titel „The Northern Start“ ein Artikel eines „deutschen Korrespondenten“ erschienen, an dessen Schluss zu lesen war: „Immer, wenn in englischen Demokratenversammlungen ein Trinkspruch ausgebracht wird auf die ‚Patrioten aller Länder‘, ist gewiss Andreas Hofer unter ihnen. Nun wohl, nach allem, was ich über die Feinde Napoleons in Deutschland gesagt habe, ist Hofers Name wert, von Demokraten mit Hochrufen bedacht zu werden? Hofer war ein stupider, ignoranter, bigotter, fanatischer Bauer, dessen Enthusiasmus der Enthusiasmus der Vendée, der Enthusiasmus von ‚Kirche und Kaiser‘ war. Er kämpfte tapfer – aber das taten auch die Vendéer gegen die Republikaner. Er kämpfte für den väterlichen Despotismus Wiens und Roms. Demokraten Englands, um der Ehre des deutschen Volkes willen lasst den bigotten Andreas Hofer künftig außer Betracht!“

Was Leuten heutzutage so alles als Neuheit aufgeschwatzt wird, nicht nur in Kaufhäusern und auf anderen Märkten. Von Unwissenden oder aber von Spekulanten auf Unwissen. In diesem Falle darauf, dass Friedrich Engels’ Artikelserie „Deutsche Zustände“ nicht gelesen worden ist. Julius Mosen, der das Hofer-Lied 1831 dichtete, hat seinen Helden übrigens angemessen geschildert. Keine Rede von Freiheitskampf, stattdessen „Es leb’ mein guter Kaiser Franz“. Wenn schon nicht Engels-Lektüre, so wäre doch eine gewisse Vertrautheit mit der patriotischen Dichtkunst nützlich gewesen.

Ossietzky, 9/2009, 2. Mai 2009, S. 362-363.

Nachruf

J’avais un camarade

Wer sich im Saarland für die Geschichte der Arbeiter, der Antifaschisten und namentlich der Hitlergegner interessierte, kannte seinen Namen. Darüber hat er geschrieben und publiziert, ungezählte Vorträge gehalten, Dokumente gefunden, gesichtet, geordnet und Archive mit ihnen ebenso versorgt wie Radio- und Fernsehredaktionen. Kenntnisreich, uneitel, uneigennützig ist dieser Luitwin Bies gewesen. In den 60er Jahren war er wohl der fernste Fernstudent der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort promovierte er über die Geschichte des denkwürdigen Kampfes, der von 1933 bis 1935 gegen die „Heimkehr“ des Saarlandes ins Nazireich ausgetragen worden war. Die Schrift führte zurück in die besten Zeiten der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Davon hat er zeitlebens etwas in seine Gegenwart mitzunehmen gesucht – jenen folgend, die den Geist und die Erfahrungen dieses Kampfes in den Untergrund im Nazireich, in die Emigration und auf die Schlachtfelder der Spanischen Republik mitnahmen. Vielen Saarländern, die daran teilnahmen, setzte er in seinen Veröffentlichungen ein Denkmal.

Als nach der „Wende“ 1990 auch das Ende der Zentrale der Vereinigung der Naziverfolgten in Frankfurt am Main kam, wo er jahrelang tätig gewesen war, bezog der Historiker, angestellt bei der Stadt Völklingen, forschend und ordnend ein Stübchen im Turm des Rathauses. Das geschah gegen Widerstände Engstirniger und zeugte von einem Ansehen, das nur wenige mit seinem Parteibuch – dem der DKP – genossen. Dazu trug die Geradlinigkeit eines lebensfrohen Mannes bei, dem Falschheit und Gemeinheit in der Politik wie im persönlichen Leben so zuwider waren, dass sie ihm an die Gesundheit gingen. Am 4. Mai starb er 79jährig nach einer Operation. Er wird seiner Familie, seinen Genossen und vielen Freunden fehlen. Auch denen, mit denen er sich jenseits der nahen Grenze verbunden hatte, Menschen in Frankreich und in Luxemburg.

junge Welt, Mittwoch, 06.05.2009, S. 15.

Befehl: Maulhalten

Zum 75. Jahrestag der Goebbels-Kampagne gegen die „Kritikaster“

Nach der Propagandaversion des Regimes wurde seit nunmehr 15 Monaten am „nationalsozialistischen Deutschland“ gebaut, das aus der „Erhebung“, dem „Aufbruch“, gar der „Revolution“ des 30. Januar 1933 hervorgegangen sei. Mit den Ergebnissen konnten die zufrieden sein, die von der Illegalisierung der linken und marxistischen Parteien, der Liquidierung der Gewerkschaften und anderer für die sozialen Interessen der Massen eintretenden Organisationen und Verbände profitierten. Dazu die Kapitaleigner, die im Prozess der allmählichen Überwindung der Wirtschaftskrise ihre Gewinne durch den staatlich gesicherten Lohnstopp ansteigen sahen. Nicht zu vergessen all die Nutznießer der Neuorganisation der politischen Macht von den Reichszentralen bis in Kreise und Städte, die Angehörigen der neuformierten politischen Klasse, Männer, die gestern noch als Lehrer, Angestellte oder an anderen Plätzen des Mittelstandes gearbeitet hatten und nun zu Ministern, Landräten, Oberbürgermeistern aufgestiegen waren. Bevorteilt sahen sich auch die vielen, die jene Plätze hatten besetzen können, die jüdische Deutsche räumen mussten, von denen inzwischen Zehntausende emigriert waren.

Doch stand dieser Minderheit der Profiteure, Aufsteiger, Vorteilsnehmer und Nutznießer eine Mehrheit gegenüber, die mit der „Revolution“ und ihren Ergebnissen erheblich andere Vorstellungen verbunden hatten, sich nun enttäuscht sahen und diesem Befinden auch Ausdruck gaben.

Deren Vorhandensein gab einen Grund dafür, dass der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, der zugleich die Propaganda der NSDAP leitete, Anfang Mai 1934 die Anweisung gab, in einer Kampagne gegen „Miesmacher, Kritikaster und Hetzer“ vorzugehen, an der er sich schreibend und redend führend beteiligte, während der oberste Führer sich zurückhielt. Eben hatte er bei einer Kundgebung in Zweibrücken, die der Werbung der Saarländer für die „Heimkehr ins Reich“ galt, davon gesprochen, dass das „deutsche Volk sich einig und geschlossen zum Führer und seiner Idee bekennen“ würde, da eröffnete er eine Aktion, mit der ein politisch-psychologischer Druck auf alle ausgeübt werden sollte, die sich nicht zu strikt gehorchenden Volksgenossen machen lassen wollten. Mit ihr hat der Demagoge früh einen Bekanntheitsgrad erreicht, der später nur durch die auf die militärische Niederlage bei Stalingrad folgende „Wollt-ihr-den-totalen-Krieg“-Rede übertroffen wurde. Auch da schwieg der Führer, zu dessen Praxis es gehörte, wenn die Stimmung allzu tief absackte und zu ihrer Aufbesserung frohe Botschaften sich nicht verkünden ließen, das Personal vorzuschicken. Goebbels war dafür am besten geeignet und stets auf dem Sprung.

Vertuschen von Bonzentum

In beiden Fällen, 1934 wie 1943, war der Berliner Sportpalast der Ort seiner Auftritte. Dort markierte der Propagandaminister in einer Rede am 11. Mai, ohne sich auch nur mit den inneren Zuständen des Reiches sachlich auseinanderzusetzen, die Zielgruppen der Propagandaattacke. Das waren zum einen die Marxisten, von denen er dreist behauptete, es wäre mit ihnen „großzügig“ verfahren worden, und zum anderen „die Juden“, für die angeblich das gleiche galt und die das deutsche Volk frech wieder reizen und provozieren würden. Die dritten Attackierten waren jene Kreise der Kirchen, die sich nicht systemkonform verhielten und denen Goebbels, dies in Andeutungen, vor allem die Kritik an der Rassenideologie anlastete. Klar war demgegenüber die Drohung an die Kritiker, die nichts mehr scheuen würden als selbst zu arbeiten, die, den Menschen den Mut nähmen. Deren vorgebliche Haltung nannte Goebbels verbrecherisch und drohte: „Jetzt sollen sie uns kennenlernen“.

Warum, lässt sich fragen, wurden in einer Situation, in der es im Lande zu keinen Aktionen kam, es weder Streiks noch Demonstrationen gab, solche Töne angeschlagen? Zum einen, weil sich in der Wirtschaftspolitik Probleme wie der Mangel an Devisen für den Kauf von Lebensmitteln mit den Folgen für das Warenangebot und zur Tilgung der Staatsschulden so angehäuft hatten, dass Goebbels von einer zu überwindenden Krise sprach. Zum anderen, weil aufgrund der Erfahrung mit den Machthabern das Ansehen der NSDAP weithin gesunken war und die Kritik am Bonzentum deutlich lauter wurde, die sich beispielsweise in einem Bericht aus Harburg-Wilhelmsburg in der Feststellung äußerste, dass „große Teile der Bevölkerung [...] an der Bewegung irre werden, wenn SS-Führer, Amts-

walter und Vertrauensmänner der Arbeiterschaft (gemeint sind offenbar Arbeitsfrontführer – K. P.) Unterschlagungen verüben, mit dem Gelde um sich werfen und diese Tatsachen nach Entdeckung teilweise von vorgesetzten Stellen vertuscht werden, bis die Polizei von sich aus dahinterkommt."

Beunruhigend, ja bedrohlich erschien den Machthabern, dass Unzufriedenheit nicht nur in Kreisen angetroffen werden konnte, die erklärte Gegner der „Nationalsozialisten" gewesen waren und die zu gewinnen sich die neuen Herren am Staatsruder vorgenommen hatten. Sie reichte auch in die Reihen der Hunderttausende, die zu den Formationen der Sturm-Abteilungen (SA) des deutschen Faschismus gehörten und zu einem Teil bewaffnet waren. Die Lage komplizierte sich weiter dadurch, dass der Konsolidierungsprozess der neuen Macht noch keinen Abschluss gefunden hatte und an der Regimespitze über deren definitive Struktur Meinungsverschiedenheiten und unvereinbare Projekte existierten.

Kräftegewicht der Eliten

Im Reichskabinett, in dem sich seit dem Beschluss über das Ermächtigungsgesetz Legislative und Exekutive bündelten, hatten die Faschistenführer seit den Abmachungen zwischen ihnen und den Deutschnationalen vom Januar 1933 an Einfluss gewonnen. Goebbels als Propaganda-, Hermann Göring als Luftfahrt-, Richard Walter Darré als Landwirtschaftsminister und Rudolf Heß als Minister ohne Portefeuille waren zu Hitler und dem Reichinnenminister Wilhelm Frick hinzugekommen, bildeten in ihm aber weiter eine Minderheit. Wichtiger noch war, wie sich das Kräftegewicht der Eliten von Industrie und Landwirtschaft, der Reichswehrgeneralität, der Justiz zu den anderen Machtzentralen, der NSDAP, der SA und der SS, die im Polizeiapparat an Einfluss gewann, künftig gestalten würde.

Dahinein spielte auch die Entscheidung darüber, auf welche Weise die Nachfolge Paul von Hindenburgs gelöst werden würde. Sein Amt des Staatsoberhaupts mit der aus der Weimarer Verfassung herrührenden Bezeichnung „Reichspräsident" war neu zu besetzen. Konservative Kreise träumten von einer Konstruktion nach dem Vorbild des italienischen Monarchofaschismus. War auch die Rückkehr Kaiser Wilhelms II. aus dem niederländischen Exil an die Staatsspitze unwahrscheinlich, ließ sich doch eine weniger provozierende Lösung denken, die, wie immer sie ausfiel, jedenfalls Hitlers persönlichen Machtanteil verringert, den der traditionellen Eliten und der Reichswehr erhöht haben würde. Nichts lag weniger in dessen Interesse und dem seiner Mitführer, die an der italienischen Konstellation König – Duce nichts Anziehendes finden konnten und sich 1943 in ihrer Haltung vollends bestätigt sehen mussten, als angesichts der drohenden Niederlage Italiens diese Konstruktion zerbrach und Mussolini ein Gefangener der Opposition im eigenen Lande wurde.

Strikte Obrigkeitshörigkeit

Wenn es in obersten Etagen eines Regimes, sei es diktatorisch oder demokratisch, rumort und kriselt, dann verbindet deren Bewohner meist das Interesse, die Kontroversen und Konflikte unter sich auszumachen. Die Obrigkeit möge dazu neigen, das Volk jeweils für sich zu mobilisieren, doch wenn der Verdacht besteht, dass es, einmal auf den Plan gerufen, für eigene Belange eintreten werde, wird die Nachfrage nach derlei Verstärkung gedämpft. Das eben war der Fall des Frühjahrs 1934. Und so wurde den Massen der Befehl erteilt: Still- und Maulhalten, denn nichts anderes besagte und bezweckte die Kampagne gegen die „Kritikaster, Miesmacher und Hetzer". Sie waren es, die eingeschüchtert und geschreckt werden sollten und von denen strikte Obrigkeitshörigkeit verlangt wurde.

Wie die politische Operation, der Schlussakt der Konsolidierung der Nazidiktatur ausging, für die Goebbels' „Propagandafeldzug" eine Erfolgsbedingung herstellte, muss hier nicht ausgebreitet werden. Hitler folgte Hindenburg als Staatsoberhaupt. Franz von Papen verlor seinen Posten als Vizekanzler, wurde als Botschafter nach Wien, später nach Ankara beordert und trat erst als Angeklagter im Nürnberger Prozess wieder in das Rampenlicht der Öffentlichkeit. Eine Gruppe von SA-Führern, in der Stabschef Ernst Röhm der Prominenteste war, und weitere wirkliche oder vermeintliche Opponenten des Regimes, darunter zwei ehemalige Reichswehrgenerale, wurden in einer blutigen Aktion umgebracht, die in der deutschen Geschichte kein Beispiel kannte und keinen Zweifel an der politisch-moralischen Beschaffenheit der Hitler, Göring und Himmler ließ.

junge Welt, Sonnabend, 09.05.2009, S. 15.

„Ich danke Dir, Mutter! Vergib mir!“

Der schwere Weg des Daniel Klowski – durch Ghetto und Auschwitz

Daniel Klowski begegnete ich im Spätherbst des Jahres 1945 in einer kleinen Gruppe der sich formierenden antifaschistischen Jugend in Weimar. Niemand von uns wusste besser als er, was Faschismus bedeutete. Der Siebzehnjährige hatte drei Ghettos und drei Konzentrationslager (Stutthof, Auschwitz und Buchenwald) überlebt, mit ihm sein Vater. Von seiner Mutter und seinen drei Geschwistern musste er annehmen, was bald Gewissheit wurde: dass sie Opfer der Judenmörder geworden sind.

Im ersten Nachkriegswinter teilten wir ein Zimmer in einer Internatsschule im Thüringer Wald. Dann musste er in ein Sanatorium, um seine Knochentuberkulose auszuheilen. Später ging er in die Sowjetunion, studierte und wurde Professor für Physik an der Universität in Kuibyschew/Samara. Er schrieb seine Memoiren unter dem Titel „Der Weg von Grodno“. Grodno war seine Geburtsstadt. Das Buch erschien in russischer und später in englischer Übersetzung.

*

Den 13. August 1943 erlebte Daniel im Ghetto Białystok so: „Ich erinnere mich des Tages genau, denn es war mein Geburtstag. Tags zuvor war ein Befehl des Ghetto-Kommandanten bekannt gemacht worden, dass wir am Morgen unsere Quartiere zu verlassen und uns auf der Straße zu versammeln hätten, mit unserem Handgepäck und bereit zum Abmarsch: Wer sich dem Befehl widersetze – nun, es folgte das Übliche ...“ Das „Übliche“ waren Androhungen von Besatzergewalt. Also machten sich die Klowskis, wie ihnen geheißen, mit nur sehr leichtem Handgepäck auf den Weg. Sie waren ihrer sechs, Vater, Mutter und vier Geschwister. Jeder trug einen kleinen Koffer, eine Tasche oder einen Rucksack, darin nur einige Nahrungsmittel und leichte Kleidung. „Die Tage waren heiß.“

Die deutschen Okkupanten gruppierten die sich ansammelnden Menschen zu Kolonnen. „Und plötzlich waren Schüsse zu hören. Nein, sie schossen nicht auf uns, das Schießen kam von irgendwo anders her“, fährt der Erinnerungsbericht von Daniel fort. Es war kaum vorstellbar, dass sie von Einheiten der Roten Armee stammten, die waren weit weg, noch nicht durchgebrochen. Waren es Partisanen? Es sollten, so hörte man im Ghetto, einige polnische Partisanen in der Umgebung der Stadt operieren.

„Die Gendarmen pressten uns dicht zusammen und riefen: ‚Nieder mit euch, alle!‘ Wir warfen uns auf die Straße. Ich wandte meinen Kopf in die Richtung, aus der die Schüsse kamen und sah Rauchwolken und ein Feuer. Bald darauf hörte ich in der benachbarten Straße das Geräusch von Panzerketten. Möglicherweise war es nicht nur ein einzelnes Fahrzeug. Nun stießen Soldaten zu den Gendarmen in unserer Straße. Um mich herum und an anderen Stellen weinten kleine Kinder. Ein Erwachsener schrie in Angst. Auch mein Bruder Eliye begann zu wimmern. Mutter zischte ihm zu: ‚Du darfst nicht laut sein, Du darfst nicht!‘ So liegend verbrachten wir Stunden.“

Erst nach Ende des Krieges sollte Daniel erfahren, was geschehen war: „Es hatte im Ghetto einen Aufstand gegeben, im Fabrikbezirk, wo junge Juden arbeiteten. Und diese Fabriken brannten. Die Aufständischen wurden im Kampf getötet, zu ungleich waren die Kräfte.“ Daniel fügte hinzu: „Noch heute denke ich an diese Helden voller Bewunderung. Sie bewiesen, dass nicht alle Juden zur Schlachtbank gingen, geduldig wie die Schafe.“ Der Rückblickende fragte sich, warum es Ähnliches in Grodno nicht gegeben hatte. Später hörte er, dass es in Białystok Verbindung mit dem polnischen Untergrund gab und Waffen ins Ghetto geschmuggelt worden waren.

An jenem Augusttag 1943 nun, nach endlos erscheinender Tortur des stundenlangen Liegens auf heißer Straße, ertönte der Befehl: „Aufstehen!“ Daniel bemerkte, dass sich die Zahl der Bewacher erhöht hatte. „Plötzlich hörten wir, dass nicht weit von uns, nahe einem großen Haus, kleine Gruppen von Ghettobewohnern versammelt wurden. Irgendetwas wurde laut in Jiddisch weitergegeben. Mein Vater machte sich auf zu ergründen, was geschah. Als er zurückkehrte, sagte er uns, dass sie wieder nach Handwerkern mit ihren Familien verlangten. Wir nahmen unsere Sachen und begaben uns zu diesem Platz. Ganz plötzlich erschienen dann Gestapoleute. Die Gendarmen begannen jene, die sie

schon zusammen hatten, auf die andere Seite der Straße zu drängen. Ich bekam Angst, beruhigte mich aber, als ich sah, dass die Männer der Gestapo sich ziemlich friedlich benahmen. Sie schritten die Menge ab, begleitet von ihren Assistenten vom Judenrat, die riefen ‚Metallarbeiter, Zimmerleute, Schneider, Schuhmacher – vortreten!'"

Daniels düstere Vorahnung sollte sich bewahrheiten. Plötzlich hieß es: „Männer, vortreten!" Und die Gruppen wurden auseinander sortiert. „Das waren fürchterliche Minuten. Wir fühlten alle, dass wir diesmal für immer voneinander getrennt würden. Vater schaute bleich wie ein Geist auf Mama und auf uns, seine Kinder, mit leerem Blick. Und uns schmerzte zu sehen, wie leid es ihm tat, dass er sich, als die Aufforderung erging, als Arbeiter gemeldet hatte, wie sehr er sich schuldig vorkam. Doch da gab es keine Wahl mehr. Ein Gendarm näherte sich. Und meine Mutter sagte zu mir: ‚Daniel, gehe mit dem Vater. Du bist schon groß genug. Es wird für dich besser sein.' Mutter liebte uns Kinder sehr. Und ich liebte meine Mutter ebenso. Mein ganzes bisheriges Leben hatte ich mich immer eng an sie gehalten, mit dem Vater war ich nur zusammen, wenn er mich dazu aufforderte. Und wenn meine Mutter diese Worte nicht gesprochen hätte, wäre ich doch bei ihr geblieben. Mit ihr, meiner Schwester Hannes, mit meinen jüngeren Brüdern ... Aber sie bestand auf diesen Worten – und ich ging mit dem Vater."

Die Geschichte der Trennung von seiner Mutter und seinen Geschwistern hat Daniel unter der Überschrift „Ich danke Dir, Mutter! Vergib mir!" in seinen Memoiren wie folgt geschildert: „Die Frauen und Kinder, die wir hinter uns ließen, schauten uns nach, laut und ungehemmt weinend, stöhnend und kummervoll schreiend. An Vaters Seite in der Kolonne wandte ich mich noch zurück, als die Zurückbleibenden zu einer Menge verschmolzen waren."

Nach dem Kriege bemühte sich Daniel herauszufinden, was mit seiner Familie, mit all jenen geschehen war, die im Ghetto von Białystok zurückgeblieben waren. Er konnte mit Hilfe eines polnischen Eisenbahners in Erfahrung bringen, dass sie nach Majdanek oder nach Treblinka transportiert worden sind. „Wann aber waren sie dahin verschleppt worden? Was hatten diese Verurteilten durchzumachen? Kamen meine Mutter, die Schwester und die Brüder bis in eines dieser grausigen Todeslager oder ‚verschwanden' sie auf dem Wege dahin? Wie kamen sie um ihre Leben? Wer kann das heute noch erzählen?" Fragen, die ihn bis ans Lebensende schmerzten.

Sein Bericht von jenem Sommertag 1943, an dem er von seiner Mutter und den Geschwistern getrennt worden ist, endet mit der Erinnerung: „Meine Augen waren voller Tränen, mit allen meinen Kräften versuchte ich, nicht in ein Schluchzen auszubrechen. Voraus sahen wir dann eine Eisenbahnstation. Und wieder waren da Güterwaggons mit offenen Türen. In einen von ihnen wurden wir gedrängt, er war so schmutzig wie der, den ich von Grodno her kannte. Ich setzte mich auf den Boden und fühlte mich ganz schwach von allem Weinen, doch ich konnte damit nicht aufhören. Als der Zug schließlich anfuhr und die Räder auf den Schienen zu rattern begannen, stieg etwas aus der Tiefe meines Herzens auf. Aus irgendeinem Grund wurde mir in diesem Moment klar bewusst, dass ich meine Mutter niemals wieder sehen würde. Niemals! Niemals! Ich gehörte auf einmal zu den Erwachsenen. Ich habe niemals wieder geweint. Nicht ein einziges Mal. Wie schwer es auch war. Weder in der Haft noch in den Konzentrationslagern, Niemals, nirgends ..."

* * *

Als ich Daniel kennen lernte, spürte ich bei ihm keinen Hass auf die Deutschen. Das hatte seinen Grund darin, dass ihm vor allem deutsche politische Häftlinge geholfen hatten, auch das Vernichtungslager Auschwitz zu überleben. Und niemand mehr als der aus Mannheim stammende jüdische Kommunist Stefan Heymann. Sprach Daniel von ihm, nannte er ihn seinen „zweiten Vater". So auch, da sahen wir einander zum letzten Mal, als er in einer thüringischen Schule redete, die dessen Namen annahm. Sie hat ihn inzwischen abgelegt. Eine der Schandtaten der Gewendeten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. Mai 2009, S. 22.

Steigerungsfähig

Die Bundeswehr hat Rekrutierungsprobleme. Veranstaltungen zielen darauf, junge Frauen und Männer in ihre Dienste zu locken. Das geschieht möglichst harmlos, einladend und unterhaltend. Das frohe Leben im Zelt, der verträumte Blick ins Lagerfeuer, das Kraftgefühl, einen Lastwagen zu lenken, nicht gleich den Marschallstab im Tornister, aber Aussicht auf ein krisenfestes, auskömmliches Einkommen. Derlei besitzt Tradition, die hier aber nicht herausgestellt wird. Die ältesten Zeitgenossen erinnern sich noch. Begleitet vom Papa oder Opa, die schon beim Kaiser „gedient“ und fürs Vaterland geschossen hatten, sind sie in einer Wehrmachtskaserne einst an einem Sonntag auf allerlei Kriegsgerät herumgekrabbelt und haben davon geträumt, Abenteuer zu bestehen, ein richtiger Kerl oder gar Held zu werden.

Von solchem Tag, im Jahre 1941, da führte Deutschland, das damals das Reich hieß, auch Krieg, berichtete ein US-amerikanischer Augenzeuge, Harry Flannery, in seinem Buch „Mit dem letzten Zug ...“.

Nach Hitlers Kriegserklärung an sein Land mit dem letzten Zug in die Schweiz entkommen, beschrieb er den „Tag der Wehrmacht“, den er im März noch in Berlin erlebt hatte, so: „Zu diesem Anlass war der Waffenstillstandswagen von Compiègne im Lustgarten aufgestellt worden, und gegen Eintritt konnte man auf einer eigens errichteten Plattform an dem dunkellackierten Waggon entlanggehen und zu den Fenstern hineinschauen. Auf dem offenen Platz zwischen Staatsoper und Kronprinzenpalais standen leichte und schwere Panzer, Flugzeuge, Flugabwehrkanonen und andere Geschütze, auf denen die Jungen herumturnten, an deren Kurbeln sie herumdrehen und durch deren Visiergeräte sie schauen durften. Auf dem Grünstreifen Unter den Linden standen Feldküchen, an denen Essen verteilt wurde. Und überall im Reich waren Kasernen, Exerzierplätze, Marinestützpunkte und Fliegerhorste Schauplatz militärischer Vorführungen, von Spielen und Unterhaltung, an der Prominenz aus Film, Varieté und Oper teilnahm.“

Um eben diese Zeit wurde in der Stadt Münster, bei einem Sammeltag des Winterhilfswerkes, von der Polizei ein Turm aufgebaut, von dem herab die Kleinen gegen eine Spende „Bomben auf London“ werfen konnten.

Mit etwas Traditionsbewusstsein ist die aktuelle Werbung der Bundeswehr mithin steigerungsfähig, wenn auch das Zelt, in dem der Sieg am Hindukusch notifiziert worden ist, Unter den Linden noch nicht ausgestellt werden kann

Von Krieg ist ohnehin die Rede nicht. Krieg führen die anderen, wir ziehen in Einsätze.

Ossietzky, 10/2009 16. Mai 2009, S. 396.

Sozialdemokratische Zivilcourage

Vor 75 Jahren erschien der 1. Deutschlandbericht der SOPADE – Stimmen aus dem Reich

Mit dem Datum des 17. Mai 1934 erschien in Prag, herausgegeben vom Exilvorstand der deutschen Sozialdemokratie (SOPADE), ein vielseitiger gedruckter Bericht über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland und die Stimmung unter den Deutschen. Damit begann die Geschichte eines Periodikums, das die Vertreibung der Parteizentrale aus der Tschechoslowakei überstand und in Frankreichs Hauptstadt forterschien, bis die Eroberung des Landes durch die Wehrmacht im Mai/Juni 1940 dessen Einstellung erzwang. Zuständig für sein Erscheinen war Erich Rinner, ein promovierter Nationalökonom, der seine Fachkenntnisse in der Sozialdemokratie eingesetzt und in ihr Karriere gemacht hatte. Rinner entkam 1940 in die USA. Er trug dort im Office of War zum Kampf gegen Nazideutschland bei, sagte jedoch der Politik Valet und stieg als Mitarbeiter und Teilhaber einer Investmentbank auf.

Die Deutschland-Berichte, wegen der Farbe des Papiers, auf dem sie hergestellt wurden, auch „Grüne Berichte“ genannt, kamen anfangs im Abstand von zwei Monaten, später einmal im Monat heraus. Sie liegen seit 1980 in einer sieben kleinformatige Bände umfassenden Sammlung vor und bilden eine unentbehrliche, vergleichsweise zu wenig benutzte Quelle für die Geschichte der Nazidiktatur, vorzugsweise für die Beantwortung von Fragen, die sich auf die Beziehungen von Führung und Massen und deren konstitutive Faktoren richten. Der Blick der Beobachter und Informanten galt vor allem den gewandelten Lebensverhältnissen und deren Wirkungen auf das Denken und Verhalten der arbeitenden Klassen und Schichten.

Freilich, die SOPADE-Berichte fußten auf Mitteilungen, deren Herkunft heute im Einzelnen nicht überprüft werden können. Bei deren Verwendung in der Parteizentrale musste stets in Rechnung gestellt werden, dass keine eindeutigen Rückschlüsse auf ihren Ursprung zu ziehen sind. Manche eingehenden Texte wurden auch ausdrücklich mit dem Vermerk versehen, dass sich ihre öffentliche Nutzung verbot. Sodann ist zu bedenken, wie groß der gesellschaftliche Aktionsradius war, aus dem im Reich lebende Sozialdemokraten Eindrücke beziehen konnten. Noch im letzten Bericht aus dem ersten Kriegsjahr wurde geschrieben: „Es ist schwer, die wahre Meinung der Menschen zu erkennen, weil die Angst vor dem Zuchthaus oder dem Konzentrationslager den meisten den Mund verschließt.“

Jedoch: Vergleiche mit anderen Überlieferungen, mit Informationsberichten aus den Apparaten des Staates, der NSDAP und ihrer Gliederungen, Tagebüchern von Zeitgenossen, Aufzeichnungen in Deutschland akkreditierter ausländischer Korrespondenten u. a. lassen keinen Zweifel am hohen Quellenwert dieser Berichte. Sie geben über ihren eigentlichen Zweck hinaus ein Bild vom Dasein und dem gedanklichen und emotionalen Befinden von Sozialdemokraten im Reich, die ihren Ideen, Grundsätzen und ihrer Partei die Treue hielten. Das zeichnete bereits die erste Lieferung der Berichte aus, deren Basis Meldungen bildeten, die im zeitigen Frühjahr 1934 gesammelt worden waren, einer Zeitspanne, in der das Regime das erste Mal in eine vielgefächerte Krise geriet.

Die sich in die Gefahr begaben, den Exilvorstand mit Nachrichten zu beliefern, wünschten nichts mehr als die Kurzlebigkeit der Diktatur. Folglich interessierte sie vor allem der Grad der Stabilität, den das Regime im Volke besaß. Das Urteil aus den verschiedensten Gegenden des Reiches darüber war im April 1934 einhellig. Es vollziehe sich ein „allgemeiner Stimmungsumschwung“. Dessen Basis seien weit verbreitete Ernüchterung und Enttäuschung, die ihre Wurzel in den vielen, nun als leer erwiesenen Versprechen hätten, mit denen die NSDAP angetreten war. Dann äußerten sich die Autoren zu den Perspektiven dieses Wandels, hielten sich aber allesamt mit optimistischen Prognosen zurück. Zum einen erstrecke sich die inzwischen auch öffentlich geäußerte Kritik nicht auf Hitler, sondern nehme ihn ausdrücklich aus. Sie richte sich gegen unfähige Bonzen auf unteren und mittleren Ebenen des Nazistaates. Es fehle, wurde konstatiert, der Kritik an politischem Tiefgang. Sie verbinde sich mit keinerlei Vorstellung, was an die Stelle des Systems treten solle, das sich etabliert hatte, und welcher Weg in neue Zustände führen könnte.

Schon dieser erste, im Mai erschienene Bericht mit Abschnitten über die „Allgemeine Stimmung“, zur „Arbeitsschlacht“, „Aus den Betrieben“, zur „Sozialpolitik und Spendenwirtschaft“ sowie weite-

ren zur Lage der Gewerbetreibenden, der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie war für alle, die sich für die Situation im Reich interessierten, eine Fundgrube. Sie ließen Schlüsse darauf zu, was von diesem Deutschland unterm Hakenkreuz zu erwarten war. Und eben das sollten die Berichte, denn sie waren nach ihren Herausgebern bestimmt, „das Interesse der maßgebenden sozialistischen Kreise in der Welt an den Vorgängen in Deutschland und an unserer Arbeit dauernd wach zu halten“. Darauf zielte auch eine beigefügte Studie über Deutschlands Aufrüstung und Militarisierung.

Die Startausgabe war auch für die Lieferanten der Meldungen bestimmt. Sie konnten sich vom Nutzen ihrer Arbeit überzeugen und lasen im Abschnitt „Kritische Bemerkungen“ Vorschläge, auf welche Informationen der Exilvorstand Nachdruck legte. Gewünscht waren Sammlungen von „Einzeltatsachen“ und Beschreibungen von Situationen und Ereignissen mit exakten Angaben von Zeiten und Orten. Weniger Interesse bestand an allgemeinen Schlussfolgerungen und Kommentaren, mit denen die Autoren, häufig auf nur begrenzter Tatsachenbasis fußend, ihre Berichte versahen und manchmal spickten.

Und natürlich waren die Prager Endautoren, wollten sie ein Gesamtbild herstellen, darauf angewiesen, möglichst Nachrichten aus allen Teilen des Reiches zu erhalten. 1934 war die Dichte der Berichterstattung höchst ungleichmäßig. Die meisten Eingänge stammten aus Sachsen und Bayern, eine Tatsache, die auch der Nähe dieser Gebiete zur Tschechoslowakei geschuldet sein mochte. Daran schlossen sich dann die aus Berlin an.

Hatten die Berichterstatter sich von Ansichten über ein nahebevorstehendes Ende des Regimes auch distanziert, so dürfte doch kaum einer geglaubt haben, dass dieses sich noch sechs Jahre später in Europa behauptet haben würde und sie dann ihre Rolle als Informanten noch immer spielen würden. Die Urteile über den inneren Zustand Deutschlands, die sich im letzten SOPADE-Bericht vom April 1940 finden, sind treffend. Die übergroße Mehrheit der Deutschen, hieß es darin, ist vom eigenen militärischen Sieg fest überzeugt und hat zugleich keine Vorstellung davon, was ihr in diesem Krieg noch bevorstehen könnte. Auf Stimmungswandel sei nur zu hoffen, wenn es zu einer militärischen Schlappe käme, zum Angriff der Gegner über den Rhein oder zum Luftkrieg über deutsche Städte. Sonst hingegen werde es den Machthabern gelingen, die Deutschen wie bisher einigermaßen bei guter Laune zu halten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 16./17. Mai 2009, S. 22.

Verantwortung im Export

Der Spiegel macht den Holocaust zum „europäischen Projekt“. Ein Angebot, das im Ausland schwerlich Abnehmer finden wird

Das Eintreffen des von den USA ausgelieferten Iwan Demjanjuk in München, wo ihm der Prozess gemacht werden soll, hat den Spiegel (21/2009) zu einer Titelgeschichte über Kriegskollaborateure des faschistischen Deutschlands veranlasst, die insbesondere von jenen handelt, die an der Ausrottung der Juden beteiligt waren. Der Ukrainer Demjanjuk, der als sowjetischer Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und vor die Wahl gestellt war, in einem Lager zu verhungern oder sich seinen Herren anzudienen, entschied sich für letzteres. Er wurde, was er beharrlich abstreitet, ein Büttel der deutschen Massenmörder.

Der Ort seiner Verbrechen war Sobibor, eine der drei berüchtigten Vernichtungsstätten im Osten des eroberten Polen. In der Sprache der *Spiegel*-Journalisten war Demjanjuk einer von „Hitlers europäischen Helfern beim Judenmord“. Seine Biographie bildet den Ausgangspunkt für eine weitgespannte Betrachtung, mit der sich die Absicht verbindet, das gemeinhin Holocaust genannte Judenmorden in der europäischen Geschichte zu verorten. Gezielt wird im Land der Exportweltmeister diesmal also nicht auf den Export von Autos und anderen Maschinen, sondern auf den von Geschichte. Schwer vorstellbar, dass sich dafür Abnehmer finden werden.

Die Idee ist nicht neu. Der Historiker Götz Aly, ein Mann mit besseren Zeiten und bleibenden Verdiensten auf dem Felde der Erforschung von Judenverfolgung, seit Jahren aber auf Geschichtsdeutungen versessen, mit denen sich zeitweilig Aufsehen erringen lässt – von ihm stammt die Entdeckung der faschistischen Diktatur in Deutschland als „Volksstaat“ und „Wohlfühldiktatur“ – hat vor Jahren schon aus der „Endlösung“ der Judenfrage ein „europäisches Projekt“ machen wollen, „das sich nicht allein aus den speziellen Voraussetzungen der deutschen Geschichte klären lässt“. Das wurde nach der Methode vorgetragen: Man wird doch mal fragen dürfen. Dies zitierend, meint der Spiegel: „Ein endgültiges Urteil über die europäische Dimension des Holocaust [...] steht noch aus.“ Was heißt hier Dimension? Die geographische ist ermittelt. Sie reichte soweit wie der Einflussbereich der deutschen Eroberer. Die Zahl der Opfer? Die ist im Ganzen festgestellt, wenn da auch ein Bereich der Schätzungen geblieben ist und bleiben wird. Offenkundig soll bei allem modisch zur Schau gestellten Zweifel ein Teil der Verantwortung für das Massenmorden in die Geschichte anderer Völker abgeschoben werden: „Ohne die ausländischen Helfershelfer hätten zigtausende, vielleicht sogar Millionen von ungefähr sechs Millionen ermordeter Juden überlebt.“

Was *Spiegel*-Lesern hier angetragen wird, ist zunächst die Ignoranz gegenüber zwei Forschungslinien zur Frage „Judenmord – warum?“. Die eine ist darauf aus zu klären, warum das Verbrechen in Gang gesetzt wurde; die andere, warum es so weit getrieben werden konnte. Die erste fragt nach den Urhebern, deren Interessen und Zielen, die zweite nach der Formierung und den Untaten der Vollstrecker. Was die Urheber, also die „Projektanten“ angeht, so hat niemand eine ausländische Person namhaft gemacht, die wie und mit Hitler, Himmler, Heydrich und einigen wenigen weiteren Deutschen die Idee der Ausrottung der europäischen Juden gefasst und daraus einen Plan gemacht hätte. Dass sich Kollaborateure von Rang, Politiker an der Spitze verbündeter Staaten, die judenmörderische Politik der deutschen Führung zu eigen machten und sie auch eigene Interessen verfolgend, (mit)verwirklichten, ändert nichts daran, dass Deutschland das Ursprungsland dieses „Projekts“ war, dass in seinen einschlägigen Zentralen die Fäden zusammenliefen, dass von hier der Druck ausgeübt wurde, die Mordquoten zu steigern. Es genügt, an die Judenbeauftragten in deutschen Botschaften zu erinnern oder die Rolle des delegierten Judenmordspezialisten in Serbien oder an das Eichmann-Kommando in Ungarn. Der Versuch, diesen Grundtatbestand auf die Formel der „zentralen Verantwortung“ der Deutschen zu bringen, wird diesem Sachverhalt schon sprachlich nicht gerecht.

Das Holocaust genannte Verbrechen hat seinen Ursprung in der politischen Führung des Deutschen Reiches, und ohne deren Rolle und Interessen würde es nicht in den Annalen der Geschichte stehen. Und was die hier im Einzelnen nicht zu erörternden Antriebe und Interessen anbelangt, so sind sie nicht allein im rassistischen, antisemitischen Wahn Hitlers und seiner Konsorten zu finden. Mit dem

Wahn verband sich rationales Kalkül, die Vorstellung von der Beschaffenheit eines auf Dauer beherrschbaren Weltimperiums unter dem Hakenkreuz, dessen Bewohnern nach den pragmatischen Maßstäben ihrer Herren Lebensrecht gewährt oder entzogen werden sollte, in dem aber kein Jude ein solches Recht besitzen würde.

Wer den ersten Aspekt der Frage nach dem Warum klären will, kann die projektierten Vorstellungen vom Endsieg nicht auslassen. Dieses Zielbild des deutschen Imperialismus faschistischer Prägung ist in vielen Dokumenten überliefert. Indessen: Es ist unbeliebt. Stattdessen wird, wieder einmal, lieber gefragt, ob nicht am „Ende die Erkenntnis stehen" werde, „dass sich das Grauen in letzter Konsequenz einer Erklärung entzieht?" Was mag da mit Konsequenz gemeint sein?

Was den zweiten Aspekt anlangt, so bestreitet niemand, dass die „Erfolgsquote" der Judenmörder ohne die Mitwirkung von Kollaborateuren nicht erreicht worden wäre. (Doch ist es abwegig zu glauben, dass die Zahl der ermordeten Juden in Sobibor ohne den Einsatz dieser Hilfswilligen nicht hätte erreicht werden können. Die deutsche SS hatte das Personal dafür in ihren eigenen Reihen oder vermochte es zu rekrutieren.) Falsch ist, dass „Hitlers willige Helfer im Ausland", also in den eroberten Gebieten und den Territorien der Verbündeten, „weitgehend unbeachtet geblieben" seien. Nur begann dort die Auseinandersetzung mit ihnen im Nachkrieg von der Spitze her. Der Chef der norwegischen Koalitionsregierung Vidkun Quisling wurde in seinem Lande 1945 hingerichtet. Henri Petain, Staatschef des Vichy-Regimes, wurde in Frankreich zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft und Verbannung begnadigt. Der Ministerpräsident dieses Regimes, Pierre Laval, zuerst nach Spanien entkommen, dann ausgeliefert, wurde 1945 als Landesverräter erschossen. Der kroatische Marschall Slavko Kvaternik, in Österreich ergriffen und von den US-Behörden an Jugoslawien ausgeliefert, wurde 1947 nach Gerichtsurteil erschossen. So endete auch der rumänische Staatschef Ion Antonescu nach einem Prozess. Der slowakische Regierungschef und Priester Jozef Tiso, der sich in ein bayerisches Kloster gerettet hatte, aber von US-amerikanischen Behörden an die Tschechoslowakei ausgeliefert wurde, starb, zum Tode verurteilt, 1947 am Galgen. Die Reihe könnte verlängert werden. Alle diese Personen waren in irgendeiner Weise am Judenmord beteiligt. Sie trieben keinen Juden in eine Gaskammer, aber sie trieben ungezählte Juden den Demjanjuks zu, die sie in diese Kammern pferchten und in ihnen töteten. Doch auch die das taten, standen früh vor ihren Richtern. In Krasnodar, wo deutsche Truppen ab 1942/1943 mit Hilfe der sogenannten Gaswagen mordeten, wurden Kollaborateure noch im Jahr der Befreiung angeklagt und gerichtet. Erst durch dieses Verfahren wurde die Mordpraxis überhaupt international bekannt. Es zeugt mindestens von Unkenntnis, möglicherweise gemischt mit nationaler Großtuerei, wenn die Spiegel-Autoren 2009 schreiben, mit dem Prozess in München gerieten erstmals „die ausländischen Täter in den Fokus der Weltöffentlichkeit".

Wahr ist, dass in einer ganzen Reihe von Staaten, die einst zu den Verbündeten oder Satelliten Nazideutschlands zählten, die Rolle der Kollaborateure über Jahrzehnte heruntergespielt wurde (im offiziellen Geschichtsbild, nicht in dem von Organisationen der Widerstandskämpfer und Opfer). In unterschiedlichem Grad waren Bestrebungen zu beobachten, die „Schattenseiten" der Nationalgeschichte zu verschweigen, Sorgen um eine „Nestbeschmutzung" und deren Folgen wirkten mit. Auf internationalen Konferenzen der Historiker war, wenn das Generalthema erörtert wurde, mitunter zu beobachten, dass, ging es um die Kennzeichnung der Verbrechen jener Jahre, „den Deutschen" gleichsam der Vortritt gelassen wurde. Aber ich werde die Stunde nicht vergessen, da in den siebziger Jahren in Zagreb während einer solchen Tagung geschildert wurde, wie kroatische Faschisten vor angetretener Front ausgebildet wurden, einem Kind den Schädel zu zertrümmern.

Mit der Enthüllung der ganzen Wahrheit sind viele nicht am Ende. Und sie ist von denen nicht zu erwarten, die in einem baltischen NATO-Staat einstige SS-Leute ehren, Kollaborateure, Helden des Antikommunismus, denen die Judenmörderei offenkundig nachgesehen wird. Und dann ist da noch das Urteil des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 2005, das die Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" straffrei stellte (Bundesgerichtshof 3 StR 60/05). Ein Urteil, mit dem die Mehrheit der mündigen Bürger offenbar gut leben kann.

Denen brachten die Redakteure des *Spiegels* einen famosen Gedanken zur weiteren Bewältigung deutscher Geschichte nahe. Sie vermerken, dass „200.000 Nichtdeutsche" an den judenmörderischen

Aktionen mitgewirkt hätten, eine Schätzung, die ungefähr der ebenfalls geschätzten Zahl beteiligter deutscher und österreichischer Mörder entspricht. Da wäre doch ein Teilungsvorschlag, die Verantwortung für das „europäische Projekt“ betreffend, zur Hand. Machen wir ’nen kleinen Kompromiss. Fifty-fifty.

junge Welt, Sonnabend, 23.05.2009, S. 13.

Namenloses Gift

Von Anne Will zu Stuhle gebeten und vorzugsbehandelt, von Angela Merkel mit einem Extrabesuch beehrt: Hubertus Knabe. Muss Guido Knopp, der oberste Geschichtslehrer der Nation, da nicht um seinen Platz bangen? Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat Knabes jüngste publizistische Auslassung studiert und empfiehlt sie. Er richtet seine Empfehlung aber nicht an seine Genossen, die über historische Urteilskraft gebieten. Er bestimmt sie für zwei Gruppen. Die eine bezeichnet er als Leute, „die wissen wollen, welche Argumente dafürsprechen, die Linkspartei in Deutschland zu entsorgen". Als die andere Adressatengruppe nennt er jene „Mitglieder und Anhänger der Partei", die „zweifelsohne immer wieder verführt (sind), sich die Vergangenheit passend zurechtzubiegen". Beiden Gruppen aber würde, meint Rezensent Brie, die Lektüre nur dann hilfreich sein, wenn sie das Buch anders lesen würden, als sie das gewohnt seien. Es sei zu konsumieren „wie eine gering dosierte Menge Gift genossen wird".

An dieser Stelle angekommen, wird Weiterlesen schwierig. Wegen der Menge herandrängender Fragen. Wie lässt sich die Andeutung entschlüsseln, wie ein Buch nach diesem Rezept lesen? Sind Kapitel, Abschnitte, Sätze oder gar nur Buchstaben auszulassen? Soll das Lesen von Zeit zu Zeit unterbrochen werden und wenn ja, wie lange? Ist die Missachtung von Tages- oder Nachtzeiten folgenschwer? Und, denkt man an den Ratgeber: Welche Erfahrungen mit welchem Gift in welchen Dosen hat er gemacht, dass er gerade auf diesen Vergleich verfiel? Zuletzt: Mit Rücksicht auf welche hierzulande geltenden Gesetze schweigt er sich darüber aus? Der geheimnisvolle Rat des Rezensenten – ist das gar dessen uneinbekannte Absicht – wirkt wie eine doppelte Barriere. Zumal die Menschen mit Gift und Giftigem sich hinreichend versorgt sehen, in den Zeiten der „Schweinegrippe" zusätzlich.

Ossietzky, 11/2009, 30. Mai 2009, 432-433.

Noch Fragen?

Mit ARD und ZDF in Buchenwald: Von Geschichtskenntnissen ungetrübte Moral

Ein Nachrichtensprecher, der das Konzentrationslager auf dem Ettersberg bei Weimar nach Sachsen verlegt und im Verlauf der Sendung darauf aufmerksam gemacht wird, dass Barack Obama stattdessen nach Thüringen gereist ist. Eine Auslandskorrespondentin, die das Außenlager des KZ Buchenwald, an dessen Befreiung ein Großonkel Obamas teilnahm, in irgendein Ortrupp verlegt. Eine Berichterstattergruppe, in der niemand je gehört hat, dass das erste der von alliierten Truppen erreichte KZ- und Vernichtungslager nicht Buchenwald, auch nicht Auschwitz, sondern Majdanek bei Lublin war, obwohl die grausigen fotografischen Dokumente von dort die ersten erschütternden Zeugnisse des faschistischen Massenmordens waren, die um die Welt gingen. Eine weitere Fernsehstimme, die 11.000 als die Zahl der in Buchenwald Umgebrachten nennt ... Mit solch einem Expertenstab gerüstet gingen die Öffentlich-Rechtlichen am Freitag in das Unternehmen „Zweiter Besuch des Präsidenten der USA in Deutschland“. So bezeugten sie, was sie in ihren Kommentaren bis zum Überdruss wiederholten: Die deutsche Nation hat ihre Geschichtsaufgaben gemacht. Sie lernt und lernt. So hilft sie auch Elie Wiesel über seinen in einer Ansprache geäußerten Zweifel hinweg, ob die Menschheit denn das Wissen um die Ereignisse, die er, ein Kind noch, als Häftling in Buchenwald durchlitt, sich selbst zum Nutzen habe gereichen lassen.

Freilich, dieses deutsche Lernen, das war die zweite Kunde des Tages von der bewaldeten Höhe bei Weimar, konnte erst beginnen, als die Politiker der DDR dort nicht mehr das Sagen hatten. Bis zu ihrem Sturz nämlich wurde die Geschichte des Konzentrationslagers für politische Zwecke instrumentalisiert, vom Umfeld und Kontext des Lagers nicht gesprochen, Buchenwald isoliert als eine „Insel des Bösen“ dargestellt. Vom „jüdischen Schicksal“ wurde nicht berichtet, die Geschichte des „kleinen Lagers“ nicht gewürdigt, ja, die ganze Geschichte des Lagers mit „wenig Respekt vor den Opfern“ dargestellt. Und zu Tätern wurden „die Anderen“ gemacht. Überhaupt hätten die Kommunisten sich um diesen Ort nur gekümmert, weil hier einer ihrer Führer, Ernst Thälmann, ermordet worden war. Einer! Das kann nur verbreiten, wer – siehe oben – von historischen Kenntnissen unbeleckt ist und inzwischen darauf vertrauen darf, dass dies auch für die Mehrheit seiner Adressaten zutrifft. So schaut politisch desinteressierte Geschichtsbetrachtung aus. In einer Gedenkstätte, die ihren Besuchern, wie deren stellvertretender Leiter wiederholt in die Mikrofone sprach, keine Deutung aufdrängt, sondern sich abwartend zurückhält und nur deren Fragen beantwortet.

Etwa zweieinhalb Stunden waren die öffentlich-rechtlichen Anstalten auf Sendung. Zäh und quälend erteilten sie in den langen Pausen zwischen den Bildern vom Rundgang Obamas über das Gelände der Gedenkstätte ihren Geschichtsunterricht. Kann man in so viel Sendezeit schweigen über die Funktion des Konzentrationslagers in einem Regime, das Europa den furchtbarsten aller Kriege aufzwang? Man kann. Und lässt sich darüber schweigen, dass die Ersten, die in dieses Lager kamen, jene Deutschen waren, von denen die Machthaber sicher sein konnten, dass sie eben diesen Krieg verhindern wollten? Ja, fast. In genau einem Nebensatz war die Rede davon, dass hier „auch politische Gegner“ gefangen gehalten und umgebracht wurden.

Die überraschende neue Erkenntnis des Nachmittags lautete, dass Buchenwald vor allem in die Geschichte des „Holocaust“ einzuordnen und so etwas wie ein Außenlager von Auschwitz gewesen sei. Auch deshalb sei Obama angereist, nicht nur wegen seiner großfamiliären Beziehungen. Er habe an diesem geeigneten Platz seine Solidarität mit den Juden in Israel signalisiert. Ein Bild, das von keinem politischen Gedanken getrübt ist. In ihm ist der Widerstand gegen das Naziregime in allen seinen Formen nicht nur marginalisiert, sondern zum Verschwinden gebracht: der Kampf der deutschen Antifaschisten; der Patriotismus derer, die von den Nazis aus den besetzten Ländern in Lager wie Buchenwald verbracht wurden; die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich Befehlen der Eroberer widersetzten. Dieses Geschichtsbild mit den großen weißen Flecken erschöpft sich in der Wahrnehmung dessen, „was Menschen Menschen antun können“. Das freilich ist seit Jahrtausenden kein Geheimnis und hat, für sich genommen, über den „moralischen Blick in die Geschichte“ nicht hinausgeführt.

junge Welt, Montag, 08.06.2009, S. 13.

Einer, der Neugier weckt

Vielen Menschen verständlich: Der linke Historiker Eric Hobsbawm in Interviews und „kleineren Schriften“

Als Neugierigen stellen die Herausgeber, die Marburger Friedrich-Martin Balzer und Georg Fülberth, Eric Hobsbawm vor, der in einem seiner in diesem Band veröffentlichten Texte von der Neugier sagt, sie sei zwar die Haupttugend des Historikers, „aber neugierig könnte man auch sein, wenn man gänzlich unverantwortlich handeln würde.“ Wie der Geschichtsforscher seiner Verantwortung gerecht werde und es bei aller Parteinahme in den politischen Kämpfen seiner Zeit doch fertigbringe, das Regelwerk seiner Zunft strikt einzuhalten, das sind Fragen, die auf den Seiten dieses Bandes wieder und wieder erörtert werden. Zuvörderst also gehören diese Aufsätze, Reden und Interviews, die aus einer Zeitspanne stammen, die von 1965 bis in unser Jahr 2009 reicht, in die Hand derer, die sich des Studiums der Geschichte befleißigen. Ihnen steht da die Begegnung mit den Maximen, Gedanken und auch Zweifeln eines Forschers bevor, dessen Arbeiten ihn weltbekannt machten. Das passiert einem Mann, der sich theoretisch als Marxist und politisch als Linker verortet, nicht eben oft. Und sie werden mit einem Geschichtsschreiber bekannt werden, der es sich als Verdienst anrechnen kann, das, was er auf dem Felde der Wissenschaft herausfand, in einer Sprache zu Papier gebracht zu haben, die sich von jeglicher gestelzten sogenannten „Verwissenschaftlichung“ fernhält und darauf zielt, möglichst vielen und gerade den Menschen verständlich zu sein, die nicht ein Dutzend Schul- und ein halbes Dutzend und mehr Universitätsjahre absolviert haben.

Der Gedankenbogen dieser Arbeiten Hobsbawms, die auch als die der „kleinen Form“ bezeichnet werden können, ist weit gespannt. Ein erheblicher Teil des Gedruckten sind Interviews, die Hobsbawm Redakteuren verschiedenster Zeitschriften und Zeitungen zwischen 1996 und 2008 gegeben hat. In ihnen kommt das Gespräch auf Autobiographisches. Unvermeidlich gibt es da Wiederholungen. So musste der Befragte wieder und wieder auseinandersetzen, wie ihn seine frühe politische Entscheidung für die Linke – in Berlin wurde der Gymnasiast Mitglied des Sozialistischen Schülerbundes, einem der KPD nahestehenden Zusammenschluss – in die Kommunistische Partei Englands führte, der sich der Student kurz vor dem Beginn des spanischen Bürgerkrieges anschloss. Wiederholt wurde er gefragt, warum ihn seine undogmatische Haltung als Wissenschaftler nicht in Konflikt mit der Parteispitze brachte. Die Antworten beeindrucken durch Offenheit, wenn er unumwunden gesteht, Konflikten auch absichtlich aus dem Wege gegangen zu sein.

Doch ist es Hobsbawms Sache nicht, Fragen auszuweichen. Wo er keine Antworten hat, sagt er allerdings unumwunden „Ich weiß es nicht“ oder bekennt, dass er sich mit einer Frage nicht befasst hat. Da er sich darüber bewusst ist, selbst der eigenen Zeit sowie den eigenen Erlebnissen und Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verhaftet zu sein, weiß er auch, welche Vorurteile er mit sich trägt, die ihm Aussagen über künftige Entwicklungen erschweren oder unmöglich machen. Hinzukommt, dass dem Historiker nichts ferner liegt als die Rolle des Propheten. Dennoch drängten ihn Interviewer immer aufs Neue gerade dorthin und wollten wissen, wie er in dieses 21. Jahrhundert vorausblickt. Einen von ihnen hat er mit der Phrase abgespeist, das Einzige, was sich allgemein über die Geschichte sagen ließe, sei, dass sie fortgehen werde, eine Bemerkung, die angesichts denkbarer Katastrophen, die in seinem Kalkül auch existieren, sich weiter erörtern ließe. Doch hat es Hobsbawm dabei nicht belassen, sondern Überlegungen vorgetragen, die sich beispielsweise auf das zu erwartende, sich verändernde Gewicht von Regionen und Staaten oder auf die künftige Rolle der großen Religionen beziehen. Mehrfach betonte er, dass sich die USA definitiv von dem Gedanken zu verabschieden hätten, der Welt die Bewegungsgesetze vorzuschreiben. Eine Aussage, die sich ihm durchaus mit seiner wenig hoffnungsfrohen Vorstellung von aktuellen außenpolitischen Veränderungen verbindet, die der derzeitige Präsident der USA bewirken werde.

Natürlich hat sich Hobsbawm zu seiner Sicht auf das sozialistische Weltsystem und dessen Untergang äußern sollen. Dessen Reformchancen erschienen ihm fragwürdig und, von einem Zeitpunkt an, den er eindeutig nicht bestimmt hat, auch nicht mehr gegeben. Schade, dass spätere Gesprächspartner da nicht nachgehakt haben, so hinsichtlich der 1996 gegebenen Antworten, von denen die eine lautete,

das Jahr 1956 habe die „Endkrise“ der 1917 konzipierten kommunistischen Bewegung bezeichnet, von wo an es bergab gegangen sei und für die kommunistischen Bewegungen keine Zukunft mehr gegeben habe, während eine andere besagt, dass 1968 die entscheidende Zäsur darstelle, wonach es „eigentlich keinen Grund für Hoffnungen mehr“ gab.

Kurzum, dieser Band, für den der Name des Autors mehr wirbt als sein Titel, hat es in sich. An dessen Ende findet sich eine (vorläufige) Bibliografie, die alle deutschsprachig erschienenen Arbeiten Eric Hobsbawms aufführt, beginnend mit dem Jahr 1944 und einer Veröffentlichung in Die Zeitung, dem Londoner deutschen Wochenblatt. Von vielen wäre zu wünschen, dass sie ähnlich wie die Beiträge dieser Sammlung einem breiteren Leserkreis außerhalb von Spezialbibliotheken wieder zugänglich gemacht würden.

Eric Hobsbawm: Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Georg Fülberth. PapyRossa Verlag, Köln 2009, 240 S.

junge Welt, Mittwoch, 10.06.2009.

Führer und Gefolgschaft

Die Bindungskräfte von Massen an das Naziregime 1933-1945[1]

Zur Hinterlassenschaft der Geschichte gehören Tatsachen, die den Zeitgenossen wie den Nachfahren Fragen aufgeben. Die lassen sich erkennen und formulieren, zum Ausgangspunkt von Untersuchungen machen, aber auch marginalisieren oder ignorieren. Für die Jahre der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 sind zwei von diesen Fragen besonders beunruhigend geblieben. Die eine betrifft den gemeinhin Holocaust genannten Massenmord an den europäischen Juden, die andere jenen Prozess, der aus der Massengefolgschaft der NSDAP, entstanden am Ende der Weimarer Republik, die Massenbasis der Diktatur werden ließ, die sich bis gegen Kriegsende als stabil erwies. Den beiden Themen hat sich die internationale Historiographie mit sehr unterschiedlicher Intensität zugewandt. Freilich, es gibt kaum ein einschlägiges Buch über die Nazijahre, in denen nicht wenigstens auf diese Menschenmassenbasis hingewiesen würde. Doch fehlt bis heute eine Monographie, die Jahr für Jahr, Schritt für Schritt die Entstehung, Entwicklung, Stabilität und Rolle dieser Basis untersucht hätte. Übrigens, um diese Reminiszenz in gleichsam eigener Sache hier wenigstens zu erwähnen: Als 1983 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR in einer ihrer Sitzungen die „schöpferische" Rolle der Volksmassen durchaus streitbar erörterten, wurde das Thema Hitler und die Volksmassen schlicht ausgelassen.[2] Das könnte eine Widerspiegelung des geringen gesellschaftlichen Interesses gewesen sein, das damals, wie häufig noch immer gesagt wird, dieser „dunklen Seite" der deutschen Geschichte entgegengebracht wurde und zugleich ein Reflex des Zustands auch unserer Historiographie, jedenfalls was dieses Thema anlangte.

Heute sind die Forschungen zum Verhältnis von Führer und Gefolgschaft in den Jahren 1933 bis 1945 weit vorangekommen. Die vorliegenden Deutungen und Interpretationen gehen mehr oder weniger weit auseinander, nicht aber die Befunde. Dafür, dass die Mehrheit der Deutschen über Jahre hinweg mit dem Naziregime – bei Einwänden in vielen Details – im Ganzen einverstanden war, sind die Belege massenhaft: am eindrucksvollsten die überlieferten Fotografien und Filme, die in Bildbänden und Dokumentarfilmen immer wieder gezeigt werden, häufig in absichtsvoll politisch montierten Zusammenstellungen. Präsentiert werden Aufnahmen von der Siegesparade durch das Brandenburger Tor am vorletzten Januarabend 1933, von der 1. Mai.-Kundgebung in Berlin 1933, den Menschenansammlungen auf dem Wilhelmplatz vor der Reichskanzlei, den alljährlichen Parteitagen der NSDAP in Nürnberg, den Olympischen Spielen 1936, den Einfahrten Hitlers in deutsche Städte, dem Triumphzug Benito Mussolinis bei seinem Besuch in Deutschland 1937, der Kundgebung Hitlers auf dem Wiener Heldenplatz 1938, der Militärparade zu Hitlers Geburtstag 1939, schließlich der Rückkehr Hitlers „von der Front" nach dem Sieg über Frankreich 1940. Sie bezeugen allesamt eine Mischung von Inszenierung und Spontaneität. Wird der jeweilige geschichtliche Kontext den Bildern nicht beigefügt, erweist sich dieses Material als vorzüglich geeignet, Missinterpretationen des Regimes zu stützen. Der quellenkritische Aufwand für die geschichtliche Ein- und Zuordnung dieser Dokumente ist hoch. Sie sprechen keineswegs, wie häufig erklärt wird, „für sich". So sieht man beispielsweise Bildern, die Massen nach der Kapitulation Frankreichs den „Führer" feiernd zeigen, nicht an, dass sich in diesem Siegestaumel bei vielen weniger Kriegsbegeisterung und Eroberungsgelüst ausdrückten, denn die falsche Erwartung, dass England nun auch kapitulieren müsste, der Krieg beendet und der Friede wieder gewonnen wäre. Das entschlüsseln uns aber schriftliche Überlieferungen. Wie steht es um sie, das hauptsächliche Quellenmaterial des Historikers?

Für die Analyse der Bindungen der Deutschen an das Regime, für die Stimmungen, von denen die Massen beherrscht wurden, für Verhaltensweisen, die daraus folgten, existieren sehr verschiedene und verschieden wertige Quellengruppen. Die erste bilden Berichte aus staatlicher oder anderer amtlicher Provenienz, hervorgegangen aus dem Interesse der Führungen, über die Gedanken- und Ge-

---

1 Text eines Vortrags, den der Autor in einer Sitzung der Leibniz-Sozietät, Klasse Gesellschaftswissenschaften, am 11. Juni 2009 in Berlin hielt.

2 Jürgen Kuczynski, Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften 9 G 1983, Berlin 1984.

fühlswelt der „Volksgenossen“ informiert zu sein, um sie zweck- und zielsicher beeinflussen zu können. Einschlägige Berichte haben Dienststellen der NSDAP und des Staates in Menge verfasst, ihre Autoren waren Beamte in der Staatsbürokratie, Mitarbeiter der NSDAP-Zentralen und insbesondere ihrer Propagandastellen, Spezialisten des Sicherheitsdienstes, Parteigänger des Regimes vom Gendarmerie-Kommissar über den Landrat bis zum Regierungspräsidenten. Dieses Schriftgut ist von den lokalen bis zu den Reichsbehörden lückenhaft, aber reichlich überliefert und liegt teils gedruckt vor. Die wichtigste Sammlung ist die der SD-Berichte, die im Reichssicherheitshauptamt (seit 1939) angefertigt wurden und die für die Jahre 1938/1939 bis etwa 1945 vorliegen. Der quellenkritische Aufwand, den diese Überlieferung erfordert, ergibt sich aus der Tatsache, dass die Berichterstatter weder etwas Beunruhigendes oder Gefahrdrohendes auslassen durften, noch selbst in den Verdacht von Kleinmut, oder gar Resignation und Defätismus geraten wollten.

Die zweite Quellengruppe rührt von Aktivitäten der Regimegegner her und entstand aus deren Interesse, ihrerseits auf die Volksstimmung und das Verhalten von Menschen Einfluss zu gewinnen. Eine dichte geschlossene Überlieferung bilden die Berichte der SOPADE, hergestellt aufgrund von schriftlichen Informationen sozialdemokratischer Genossen, die im Exilparteivorstand zuerst in Prag, später in Paris zusammengestellt und gedruckt wurden. Sie reichen zeitlich von 1934 bis 1940. Der Einblick dieser Berichterstatter, die in allen Teilen des Reiches tätig waren, rührt aus ihrer Lebenswelt in Betrieben und von Alltagsbeobachtungen her, die vor allem in Städten gemacht worden waren. In diesen Texten finden sich häufig eigene Erwartungen, Hoffnungen, Prognosen und kritische Sichten und Enttäuschungen ausgedrückt, die mitunter die Art, in denen die Zustände dargestellt werden, erheblich beeinflussten.

Lange in ihrem Wert unterschätzt – dies drittens – wurden die Reden der Partei- und Staatsführer der Diktatur. Namentlich die Hitlers galten als die beständige Wiederholung der immer gleichen Phrasen, Parolen, Verdammungen, Vorhersagen usw. In Wahrheit bieten sie, wo sie gleichsam Bodenberührung haben, d. h. auf Stimmungen, Hoffnungen und Befürchtungen der Bevölkerung reagieren, ziemlich verlässliche Anzeiger dafür, was Mehrheiten oder beachtliche Minderheiten dachten, erwarteten oder was sie ängstigte. Das gilt besonders für die Kriegsjahre.

Eine vierte Gruppe bilden Tagebücher und Briefe, die Deutsche und Ausländer (Diplomaten, Journalisten, Dienstreisende) schrieben und in denen sie ihre Beobachtungen festhielten. Berühmtheit erlangten die spät entzifferten und gedruckten Aufzeichnungen des Romanisten Victor Klemperer. Vordem lagen in Buchform schort derlei Zeugnisse vor allem von US-amerikanischen Diplomaten und Publizisten vor. Sie versiegen 1941 mit der Ausweisung der Diplomaten als Folge der deutschen Kriegserklärung an die USA ganz, doch gibt es noch Notizen schwedischer und Schweizer Journalisten, sowie – weit weniger ergiebig – die von im Reich lebenden Journalisten der verbündeten Staaten. In diese Gruppe gehören – ganz anders akzentuiert – auch Tagebücher, Briefe und andere Aufzeichnungen des verbindungsreichen Ulrich von Hassell und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker.

Weitgehend ungenutzt, ja unbekannt sind die in ausländischen Zeitungen nahezu weltweit publizierten Berichte über die deutschen Zustände unter dem Hakenkreuz, die sich nur durch aufwändige Studien in Archiven von Zeitungen und Zeitschriften aufschließen lassen würden. Das gilt in noch höherem Grad für die für verschiedenste Geheimdienste angefertigten Dossiers aus der Feder von Ausländern, die sich länger oder kürzer im Reich aufhielten. Doch dürften davon überraschende neue Einsichten schwerlich zu erwarten sein.

Nur mit Skepsis kann vieles benutzt werden, was aus der Retrospektive über das Führer-und-Gefolgschafts-Verhältnis im Nazireich geschrieben wurde. Jedoch sind Historiker gerade dort auf derlei Erinnerungen angewiesen, wo zeitgenössische Informationen weitgehend fehlen. Das trifft namentlich für die Stimmungen in der Wehrmacht zu, über deren Entwicklung in erster Linie Feldpostbriefe, lückenhafte Überlieferungen der Feldpostzensur und wenige Informationen in den SD-Berichten über das Auftreten von Urlaubern und die Äußerungen von in die Heimat gebrachten Verwundeten, Aussagen zulassen. In Grenzen kann auch aus der Anzahl und Höhe der Kriegsgerichtsurteile auf die

Stimmung in den Wehrmachtsteilen geschlossen werden. Insgesamt aber gilt, dass die Soldaten in ihren Äußerungen zum Regime und zum Kriege ungleich schweigsamer waren als die Zivilisten im Reich. Was in der Heimat beim Bekanntwerden einer Meinungsäußerung noch folgenlos durchgehen mochte, etwa das Kundmachen eigenen Zweifels am Endsieg, konnte an der Front vor das Kriegsgericht führen. Es sind erst Feldpostbriefe, die im Angesicht des sicheren Todes, so solche aus Stalingrad, geschrieben wurden, in denen alle Rücksichten fallen.

Kurzum: Es existiert aufs Ganze gesehen kein Mangel an Quellen, der knappe Überblick mag eine ungefähre Vorstellung davon geben, welchen Aufwand ihre Sichtung verlangt. Wie aber steht es mit den geistigen und politischen Voraussetzungen, von den Quellen zu den bitteren Wahrheiten vorzustoßen. Um die handelt es sich nicht nur im Hinblick auf die Generationen, von denen für die Jahre 1933 bis 1945 die Rede sein muss. Darüber hinaus knüpfen sich an die Tatsache der Menschenmassenbasis dieses Regimes prinzipielle Fragen, so die nach der Aufklärungsfähigkeit des homo sapiens oder, in der Sprache der materialistischen Geschichtstheorie ausgedrückt, nach der Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Darüber existierten in den Kreisen der revolutionären wie der reformistischen deutschen Arbeiterbewegung 1933 Illusionen. Es wurde für unmöglich gehalten, dass ein Regime wie das sich mit dem Hakenkreuz ankündigende auch nur für eine kürzere Dauer innenpolitische Stabilität gewinnen könnte. Die etwa 38 Prozent NSDAP-Wähler bei den Reichstagswahlen des Juli 1932 wurden nicht als ein Menetekel verstanden. Ein Jahr später aber hatte das Regime die Mehrheit der Deutschen dahin gebracht, dass sie dessen Etablierung als Gewinn ansahen und mit hohen Erwartungen verknüpften. Der deutsche Faschismus hatte sich, wozu der italienische sechs Jahre brauchte, in sechs Monaten festgesetzt. Die nun in Kreisen der Hitlergegner gehegte Hoffnung, es werde auf die Stimmung des Aufbruchs zu neuen und rettenden Ufern, auf das erzeugte Hochgefühl wieder gewonnener nationaler Zusammengehörigkeit, Gemeinschaft und Kraft alsbald die Ausnüchterung und mit ihr eine Regimekrise folgen, erwies sich als verfehlt. Im Frühjahr 1934 stellte sich eine solche abwärts weisende Stimmungstendenz zwar ein, der die Machthaber jedoch u. a. mit der Kampagne gegen die „Meckerer und Miesmacher“ und – gleichsam daran anschließend – mit der Terroraktion des 30. Juni erfolgreich und an Einfluss gewinnend zu begegnen verstanden.

Zu diesem Zeitpunkt zeichneten sich unübersehbar zwei Faktoren der Herrschaftssicherung deutlich ab: die doppelte, d. h. ideologische und die terroristische Disziplinierung und Unterwerfung von Massen, galten den Führern des deutschen Faschismus als nichts denn als „Stoff“, aus und mit dem sie Weltgeschichte nach ihrem imperialistischen Generalplan zu machen gedachten. Nur, und das entging vielen kritischen Zeitgenossen: diese Unterwerfung wurde als Gewaltakt weithin nicht empfunden, sondern es herrschte das Gefühl vor, mit den Führern und namentlich mit dem obersten von ihnen, Hitler, übereinzustimmen. Diese Bindung von Führer und Gefolgschaft wäre nicht zustande gekommen ohne ein Drittes, ohne die in der antinazistischen Opposition im In- wie im Auslande unterschätzte Wirkung der Erfolgsbestechung, die auf das Erfolgsversprechen folgte.

In der Tat nimmt nichts so sehr für eine Person oder eine Sache ein, wie der mit ihr verbundene, ihr zugeschriebene wirkliche (oder selbst nur vermeintliche) Erfolg. Der stellte sich 1934/1935 auf zwei Linien ein. Materiell mit der zunehmenden Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die war 1937/1938 faktisch beseitigt. Vor dem Kriege wurde auf einem NSDAP-Kreisparteitag der Mangel an Arbeitskräften, der an Facharbeitern und selbst der Kampf um sie sind schon früher zu datieren, als das Hauptproblem im Staate bezeichnet. Dieser Wandel hob sich vor dem Hintergrund der Krisenjahre scharf und in der Propaganda als ein Sieg des Regimes in einer sozialpolitischen und Friedensschlacht ab. Die Antifaschisten und noch Historiker nach 1945 haben dieses Resultat unter Hinweis auf den, wenn auch nicht gänzlich durchgesetzten Lohnstopp mitunter als weniger effektvoll betrachtet als es doch war. Es wuchsen Familieneinkommen mit der Verlängerung des Arbeitstages und mit der gewachsenen Zahl berufstätiger Mitglieder. Und – mit den Erfahrungen von 2009 bedarf das keines Kommentars – die Stimmung im Proletariat wurde weithin durch die Tatsache bestimmt, dass Männer und Frauen Arbeitsplätze erhalten hatten, zudem ihrer auf Dauer sicher zu sein glaubten und nicht durch die vor allem aus Gründen der Kaufkraftsenkung und der vermehrten Investitionskraft in der Rüstungsindustrie niedrig gehaltenen Stundenlohnhöhe. Sozialdemokratische Informanten hielten in

ihren Berichten fest, dass ihre Bemühungen, Arbeitskollegen aufzuklären, auch bei denen, die selbst viele Einwände gegen das Regime erhoben, mit der Entgegnung endeten: „Aber sie haben Arbeit geschaffen."

Die zweite Schiene, auf der die Machthaber Massen durch Erfolgsbestechung gewannen, formierten, sie zeitweise in Hochstimmung und Begeisterung versetzten, war die ihrer Außenpolitik, die als Triumph wiederhergestellter Rechte der Nation dargestellt und weithin auch so bewertet wurde. Dieser Weg führte über den Austritt aus dem Völkerbund 1933, der als Organ der Versailles-Mächte galt, die „Heimkehr der Saar" 1935, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im gleichen Jahr, die militärische Wiederbesetzung der Rheinlandes 1936 bis zum Anschluss der „Ostmark" 1938. Eine Kurve der Massenzustimmung zum Regime und der Politik seiner Führer in den Vorkriegsjahren, für die Befragungen nicht zur Verfügung stehen, aber doch eine Vielzahl von Indizien, würde von 1933 bis 1938 ansteigend und zunehmend steiler verlaufen. Sie hätte ihren Kulminationspunkt im Frühjahr 1938: die Arbeitslosigkeit war beseitigt und „Großdeutschland" geschaffen. Hitler hatte angeblich Bismarcks Werk vollendet und übertroffen. Nur darf sich dieses Bild nicht mit den neuerdings offerierten vom „Volksstaat" und der „Wohlfühldiktatur" verbinden. Es sind die Berichte von Partei- und staatlichen Stellen des Regimes selbst, die vom bescheidenen und ärmlichen Leben vieler „Volksgenossen" sprechen.

Die Entstehung dieser Zustimmungskurve war an eine Bedingung gebunden, an einen Glauben, der sich freilich als Irrglaube bald erweisen sollte. Den Machthabern war es gelungen, so unwahrscheinlich das für jeden kritischen und namentlich für ausländische Beobachter erscheinen wollte, den Deutschen weiszumachen, dass „Deutschland" jetzt und in Zukunft arbeiten und nicht Krieg führen wolle. Der friedensdemagogische Aufwand, der dafür getrieben wurde, ist lange als Beiwerk der Nazipropaganda, als dünne und lückenhafte Nebelwand vor der Kriegsvorbereitung angesehen worden. Die Reaktion auf das erste Säbelrasseln des Regimes im September 1938, als die deutsche Führung die so genannte Sudetenkrise auslöste, beweist hingegen, dass die Massen auf die von Hitler immer wieder beteuerte Friedenswilligkeit gesetzt hatten. Der Spagat zwischen den Lügen über die eigene Friedfertigkeit und die gleichzeitige geistige und mentale Vorbereitung auf einen Angriffskrieg schien dem „Führer" misslungen und so forderte er als Reaktion auf die September-Beobachtungen eine Umsteuerung der Propaganda. Die blieb ebenfalls ohne den gewünschten Erfolg. Nach den Erfahrungen von München im Frühherbst 1938 und dem Handstreich zur Liquidierung der Tschechoslowakei am 15. Marz 1939 fohlten sich Millionen in dem Glauben bestärkt, dieser ihr Führer verfüge über ein absolut verlässliches Augenmaß für das Risiko vor dem Kriege. Er werde seine Außenpolitik hart, aber jedenfalls an dessen Rande entlangführen. Die Irritierungen des Spätsommers 1938 erwiesen sich nicht als nachhaltig. In der Vorkriegskrise des August 1939 entstand keine massenhafte Unruhe in der Bevölkerung, geschweige denn, dass sich eine spürbare Distanznahme gegenüber der Regierungspolitik entwickelt hätte. Am 1. September 1939 war die übergroße Zahl der Deutschen überrumpelt. Dass sie in einen Weltkrieg gestürzt worden waren, war ihnen nicht bewusst, und die Machthaber verzichteten vorerst berechnend darauf, ihnen das zu sagen.

Terror, Demagogie und Erfolgsbestechung bildeten die Konstanten, auf die sich die Stabilisierung und Festigkeit des deutschen Faschismus an der Macht gründeten. Die soziale Besserstellung von Millionen, verbunden mit der Vorstellung von deren Dauerhaftigkeit und Wachsen und das von der Propaganda zusätzlich genährte nationale Hochgefühl eines Aufstiegs aus angeblich tiefster Erniedrigung stellten die Bindungskräfte dar, die den Machthabern eine verlässliche Gefolgschaft sicherten. Mit der überschritten sie die Schwelle zum Krieg. Dieser Zustand wäre in diesem Grad schwerlich erreicht worden ohne die nahezu vollständige Ausschaltung jedweder Opposition. Zugleich hatten die Demagogen des Regimes seit 1933 Erfahrungen variablen Reagierens auf das momentane Abbröckeln an den Rändern ihrer Gefolgschaft erworben. Das betraf vor allem die Wirkung immer wieder eingesetzter hinhaltender Argumente. Es begann mit Hitlers erster Rede als Reichskanzler, in der er vier Jahre Zeit für die „Rettung des deutschen Arbeiters" und ebenso vier Jahr Zeit für die „Rettung des deutschen Bauern" verlangt hatte. Es setzte sich mit der Erklärung fort, alle müssten zuvor eine Arbeit finden, dann erst könne an Lohnerhöhungen gegangen werden. Jahr für Jahr folgte ein Solidaritätsappell dem

anderen. Wiederholt hat das Regime schon im Vorkrieg mit Versprechen seine Glaubwürdigkeit partiell aufs Spiel gesetzt, doch nie in jenem Maße, dass sich die Bevölkerung bestimmt von ihm abgewendet hätte. Und vor allem: Hitler war zum Garanten des Fortschreitens und der Siege auf dem „nationalsozialistischen Weg“ stilisiert worden. Die Führerbindung war und blieb in diesem Gefüge die Massen bindender, ja fesselnder Kräfte ein eigener und unersetzbarer Faktor. Hitler war in vielen Situationen, vor allem später während der Krisen in den Kriegsjahren, lange noch so etwas wie der Joker, von Goebbels in ungezählten Reden und Artikeln gleichsam aus dem Ärmel gezogen und mit den Worten eingesetzt: Mit ihm können wir gar nicht verlieren.

Der Krieg schuf für die Wahrung der bedingungslosen Gefolgschaft von Millionen bei höheren physischen und psychischen Ansprüchen, die nun an Millionen gestellt wurden, eine neue Situation. Die wurde anfänglich durch die weit verbreitete Stimmung charakterisiert, in der sich Bedauern über den Verlust des Friedens mit Ahnungslosigkeit darüber mischte, was den Deutschen bevorstand. Sogleich belebten sich auch Rückerinnerungen an den (nunmehr ersten) Weltkrieg und die Folgen der eigenen Niederlage. Im Grunde wollten viele zunächst nicht wahrhaben, dass Krieg war. Die politische Propaganda trug dem dadurch Rechnung, dass sie in den ersten Tagen und Wochen das Wort Krieg für das eigene Vorgehen glatt vermied. Von Krieg und Kriegshetzern war in Reden, Presse und Rundfunk nur im Zusammenhang mit London die Rede. Sie selbst, die deutschen Führer, hatten nur eine unerträgliche Lage bereinigen wollen und seien nach dem Versagen friedlicher, leider zum Einsatz militärischer Mittel gezwungen worden. Krieg konnten die Machthaber schon deshalb nicht wünschen, weil sie ihn und seine Leiden doch aus eigener Erfahrung kannten. Krieg war das Werk derer, die dem nationalsozialistischen Deutschland die Erfolge neideten, also vor allem der Juden.

Es gab am 1. September 1939 im Volke keine Kriegsbegeisterung und die NSDAP-Führung, der es leichtgefallen wäre, ihre verfügbaren Anhänger militant aufzuputschen, unterließ das im Wissen, dass sie sich damit nur isolieren konnte. Mehr noch, nachdem Polen geschlagen war, erklärte Hitler, Deutschland besitze gar keine Kriegsziele und er wisse nicht, warum dieser Kampf nun eigentlich weitergeführt werden solle, er unterbreite Großbritannien ein Friedensangebot auf der Basis: Ihr das Empire, wir die Ordnung im Osten. Das war abgrundtief verlogen, zielte aber auf die Gefolgschaft der „Volksgenossen“, denen die Fragen, woher dieser Krieg kam, wer ihn wollte und wer zu ihm gezwungen wurde, hochgradig verwirrt wurden. Deutschland kämpfte demnach nur um seine Existenz und wehre sich gegen die Vernichtungsabsicht der Politiker in London und Paris. Erst in seiner Rede am 9. November 1939 in München sprach Hitler Klartext, sagte den „Volksgenossen“, worauf sie sich einzurichten hätten und begegnete damit den Hoffnungen vieler, dass der „richtige“ Krieg vielleicht doch gar nicht stattfinden werde.

Nächst der Ablehnung jeder deutschen Schuld am Kriege und der Verleugnung aller eigenen Kriegsziele war die Propaganda in diesen ersten Wochen darauf gerichtet, den Menschen zu versichern, dass dies auch und gerade was seine Belastungen angehe, ein ganz anderer Krieg sein werde als der von 1914 bis 1918 geführte. Deutschland sei in jeder Weise vorbereitet, insbesondere könne es nicht blockiert werden, eine Behauptung, welche der offene Weg nach Osten und die Verträge mit der UdSSR glaubhaft machten. Die Vorbereitungen auf allen Gebieten, der Führer und die Volksgemeinschaft seien die Garanten des Sieges. Der überbewertete Erfolg im Polenfeldzug ließ viele auch das glauben.

Mit dieser Propaganda gingen von den ersten Kriegstagen Maßnahmen des Terrors einher. Sie richteten sich zum einen gegen bekannte Hitlergegner, die erneut in Konzentrationslager verbracht wurden. Gleichzeitig wurden die Kontrolle und Überwachung der gesamten Bevölkerung verstärkt. Die Schaffung weiterer Straftatbestände mit der Androhung von Strafen diente der abschreckenden Disziplinierung. Die ersten dieser „neuen“ Urteile wurden wegen Missachtung des Verbots ausgeworfen, Feindsender zu hören. Nur Tage nach Kriegsbeginn erfolgte im Konzentrationslager Sachsenhausen die erste Hinrichtung eines Arbeiters, der einen geforderten Kriegsdienst verweigert hatte. Unruhe schufen indessen vor allem die ersten Kriegswirtschaftsverordnungen, die mit ihrer Schärfe die Stimmung unter der Arbeiterschaft so negativ beeinflussten, dass sie schon nach wenigen Wochen zurückgenommen wurden.

Was den Massen zugemutet werden müsste und sollte, blieb in der Führung lange umstritten und in kaum jemandem lebte die Erinnerung an den Zerfall der Kriegsgefolgschaft aus den Jahren 1917 und 1918 warnender als in Hitler. Er war der entschiedene Verfechter des Prinzips, die Kriegslasten auf „die Anderen“ abzuwälzen, sie schuften, bluten und sterben zu lassen und im Reich den Eindruck von Normalität aufrecht zu erhalten, u. a. durch die Fortsetzung des Betriebs von Kinos, Theatern, Varietés, Tanzveranstaltungen, Kunstausstellungen und Sportwettkämpfen, vor allem aber auch durch hinreichende Lebensmittelrationen und im ersten Kriegswinter durch warme Wohnungen. Bei letzterem gab es die ersten schmerzlichen Einbrüche, welche die Vernachlässigung der Entwicklung des Transportwesens anzeigten.

Die Mehrheit der Deutschen, mit Ausnahme einer freilich nicht zu marginalisierenden Minderheit von fanatischen Faschisten, Militärs, ahnungslosen Heranwachsenden und unbelehrten Weltkrieg-I-Kämpfern, hatte den Krieg nicht gewollt, aber sie wurde an ihn gewöhnt und konnte sich dennoch nicht entraten, bei jeder Veränderung und nach jedem Sieg zu fragen, ob sein Ende nicht in Sicht wäre. So wieder geschehen nach dem Sieg im Westfeldzug, als sich eine die Machthaber beunruhigende Friedenserwartung ausbreitete, der sie bald aktiv propagandistisch entgegentraten. Diesem Befund ist neuerdings die These konfrontiert worden, dass die „Volksgenossen“ an diesem Kriege mit den Siegen Gefallen und sich zu einer „Beutegemeinschaft“ zusammengefunden hätten. Dieses Verhältnis der Massen zum Kriege haben nicht einmal die Faschistenführer behauptet. Sie blieben bei ihrer These vom „uns aufgezwungenen Krieg“, der sich die deutsche Politik schon 1914 bedient hatte. Sie verweigerten, wiewohl der Druck der Fragenden wuchs. Jede konkrete Antwort nach den deutschen Kriegszielen lange. Sie nahmen· die Kritik an den angeblich milden Bedingungen im Kapitulationstext von Compiègne hin. Erst als sie registrieren mussten, dass die Frage nach dem Sinn des Krieges vermehrt gestellt wurde, und sie glaubten, es müssten dem Volke schwerwiegende Motive für das Weiterkämpfen vermittelt werden, erst als auch die Rücksichten auf die Wirkung ihrer Bekenntnisse im Ausland fielen, rückten sie mit der Sprache heraus, beriefen sich lautstark auf das Dogma vom „Volk ohne Raum“ und Goebbels sprach im September 1942 von den Weizenfeldern im Kuban- und Kaukasus-Gebiet, von den Erdöl-, Mangan- und Eisenvorkommen im Osten, von Regionen, aus denen man niemals wieder weggehen werde, vom „gutgedeckten Tisch“ für alle Deutschen, die in den vergangenen Jahrhunderten es versäumt hätten, sich ein Weltreich zu erobern, diesmal aber den „Mantel der Geschichte“ nicht fahren lassen dürften.

Das war das Versprechen von reicher Endsiegbeute, an dessen Einlösung im Herbst 1942 und dann im Winter und namentlich angesichts der Niederlage bei Stalingrad immer mehr Menschen zu zweifeln begannen. Und die tatsächliche Kriegsbeute, die angeblich so gemeinschaftlich verbunden hatte? Von ihr hat Brecht in einem seiner Gedichte, dem von der Soldatenfrau, gesprochen, das in DDR-Zeit weithin bekannt gemacht worden ist. Der Tatbestand ist nicht neu. Die Beutemasse jedoch machten nicht die Päckchen und Pakete mit Seife, Damenstrümpfen, Parfüm, Tabakwaren, Lebensmitteln aus und auch nicht der Inhalt der Koffer und Rucksäcke, die Wehrmachtsurlauber zu ihren Familien schleppten. Die mochten momentan erleichterte oder freudige Stimmungen auslösen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie signalisierten, dass sich der Absender in einer sicheren Kriegszone befand. Doch sie zur Quelle von Kriegslaune oder gar Kriegsbegeisterung zu machen, geht am Alltag der besungenen „tapferen kleinen Soldatenfrau“ glatt vorbei, namentlich wenn sie eine Arbeiterin in der Kriegsindustrie oder in der von eigenen männlichen Arbeitskräften weitgehend entblößten Landwirtschaft war und sich zudem um Kinder zu sorgen hatte. Diese Beute zum Antrieb für ein Ja zum Kriege oder für den Einsatz zu seiner Fortdauer zu machen, heißt eine Legende stiften.

Noch wirklichkeitsferner ist die Zuschreibung dieser an das Regime bindenden Wirkung des Beutemachens, wenn sie auf das Juden im Reich wie in eroberten Gebieten geraubte Gut, Kleidungsstücke und Mobiliar, ausgedehnt wird, das Luftkriegsgeschädigten zugeteilt oder auf Auktionen versteigert wurde. Das Bild von der „Beutegemeinschaft“ der „Nutznießerchen“, das nicht nur als Erklärung für den Führer und Gefolgschaft verbindenden Kitt angeboten, sondern mehr noch zum Beweis präsentiert wird, dass das Ziel der „Nationalsozialisten“ das bessere Leben der Massen gewesen sei, ist – mit Tucholsky gesprochen – hochgradig des Verdachts verdächtig. Denn die Hauptbeute dieser

Eroberungszüge waren zunächst einmal Millionen Menschen, die in Deutschland in der Kriegsindustrie oder wo auch immer, jedenfalls für den Krieg, schuften mussten. Zu ihr gehörten sodann die geraubten Rohstoffe und industrielle Einrichtungen, die ins Reich verbracht wurden und die Produktion von Waffen und jeglichem Kriegsgerät in Werken der deutschen Monopol- und Großindustrie erst in dem Umfang möglich machten, in dem sie bis 1944 aufrechterhalten wurde. Zu ihr sind weiter die Unmengen von pflanzlichen Lebensmitteln und die Herden von Vieh zu zählen, ohne die dieser Krieg ebenfalls nicht hätte fortgesetzt werden können. Es scheint, dass das Bild von den „Nutznießerchen" die Profiteure dieser Großbeute und die sich in ihr ausdrückenden Ziele verschwinden lassen soll.

Nicht erst Stalingrad, sondern schon im Verlauf des Jahres 1942 vollzog sich unter erheblichen Teilen der deutschen Bevölkerung eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Dauer des Krieges, es verstärkte sich der Wunsch nach seinem Ende und es mehrten sich Zweifel am Sieg. Von Erfolgen und Erfolgsbestechung konnte ebenso wenig noch die Rede sein wie von einer durchschlagenden Wirkung der Propaganda. Deren Glaubwürdigkeitskurve sank, seit im Oktober 1941 behauptet worden war, vor den deutschen Truppen im Osten befänden sich nur noch Reste einer geschlagenen und in Auflösung befindlichen Armee. Der folgende lange Winter mit empfindlichem Kohlen- und Kartoffelmangel, die Meldungen der bis in das Frühjahr andauernden Angriffe der angeblich vernichteten „Bolschewiken", das zermürbende Warten auf die erneute deutsche Großoffensive in Russland, die Bombenangriffe auf deutsche Städte, von denen die auf Lübeck und Köln die schwersten waren, das Auskämmen von Industrie, Landwirtschaft und Verwaltungen nach wehrdiensttauglichen Männern des Jahrgangs 1910 und älter, auch die immer wieder beklagte ungleiche Verteilung der zunehmenden Kriegslasten ließen die Stimmung spürbar und reichsweit absacken.

Was hat dann bewirkt, dass dieser Krieg bis in den Mai 1945 dauerte und erst mit Kämpfen in den Straßen Berlins endete? In der veränderten Kriegslage zwischen dem Ende der Siege und dem Beginn spürbarer Niederlagen begann ein Moment im Denken der Massen erheblich an Gewicht zu gewinnen: Sie wollten, wie sehr sie immer mit dem Regime einig gehen oder es partiell kritisieren mochten, diesen Krieg jedenfalls nicht verlieren. Diese Haltung war so etwas wie ein Haken, an dem sie die Führerschaft nehmen konnte, denn: Wer den Krieg nicht verlieren wollte, der musste sich anstrengen, damit das vermieden und der eigene Sieg errungen werden konnte. Einen Gegner des Faschismus konnte man seit dem 1. September 1939 an dem Wunsch, der Hoffnung und vor allem an seinem Beitrag dazu erkennen, dass Deutschland diesen Krieg verliere.

Im ersten Kriegsjahr galt der Mehrheit der Deutschen angesichts der Erfolge in Ost-, Nord- und Westeuropa schon die Frage nach dem Ausgang des Krieges als deplatziert. Gefragt wurde nach dem Wann, nicht nach dem Wie. Als bald nach Kriegsbeginn die Parole auftauchte „Wir kapitulieren nie" wurde das nach den Beobachtungen der SD-Informanten als ein totaler propagandistischer Fehlgriff angesehen. Indessen hatten die Demagogen schon früh damit begonnen, den Deutschen die Kriegsziele ihrer Gegner in Schreckfarben auszumalen. Auf diesem Felde wurde nun kräftig zugelegt: Vernichtung der deutschen Nation, Ausrottung des deutschen Volkes, Deportation seiner Kinder u. a. m. Für diese Propagandamethode kam alsbald in Abwandlung der Parole „Kraft durch Freude (KdF)" die Kennzeichnung Kraft durch Furcht auf. Im Jahre 1942/1943 begannen sich langsam aber stetig Diskussionen darüber auszubreiten, was den Deutschen im Falle einer Niederlage geschehen werde, und die Antworten darauf orientierten sich nicht an den Vorgaben des Joseph Goebbels. Sie lauteten beispielsweise: Nur Parteimitglieder, SA- und SS-Angehörige würden belangt werden. Oder: Für den einfachen Arbeiter könne sich nicht viel ändern, er müsse jetzt und auch „danach" arbeiten. Ins Reich, in den Worten der Nazis in die „kämpfende Heimatfront", schlich sich die Sehnsucht, es möge dieser Krieg mit der wachsenden Zahl eigener Leiden und Toten zu einem Ende kommen, gleichgültig wie.

Mochte die neue KdF-Propaganda in ihren großflächigen Horrorszenarien auch nicht durchschlagen, es gab unter den Deutschen eine mit Sicherheit zunehmende, gewiss siebenstellige Zahl von – vor allem – Männern, die die Kriegsniederlage mit ihren Folgen fürchten mussten und das aus unterschiedlichen Gründen. Die einen waren schon an den Verbrechen im Vorkrieg beteiligt gewesen, an solchen gegen Hitlergegner, Juden, Sinti und Roma. Diese Gruppe der heute meist und undifferenziert als „Täter" Bezeichneten wuchs im Kriege von Jahr zu Jahr und deren Untaten, begangen im Reich

und in den eroberten Ländern, erstreckten sich ins Beispiellose. Da standen Brandstiftung, Raub, Plünderung, Verschleppung zur Zwangsarbeit, Deportation, Behinderten-, Geisel- und Gefangenenmorde, eine schier nicht endende· Kette von Verbrechen, zu Buche. Die Alliierten gaben 1943 öffentlich bekannt, dass sie in einer eigens dafür geschaffenen Stelle in London über Taten und Täter Buch zu führen begonnen hatten. Das betraf Generäle, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, das Korps der Politischen Leiter der NSDAP von den Reichsleitern bis zu den Blockwarten, Juristen und Mediziner, Schreibtischtäter auf allen Stufen des Staats- und Verwaltungsapparates im Reich und in den besetzten Ländern und Territorien. Diese starke Minderheit von Deutschen, die schon bis dahin die Stützen und Motore des Regimes: gewesen waren, bestimmten das innenpolitische Klima, dirigierten und kontrollierten die Mehrheit, in der sich weitere Gruppen ausrechnen konnten, dass sie in besonderem Grade zu den Verlierern des Krieges gehören würden, etwa die aus Osteuropa ins Reich geholten Deutschen aus dem Baltikum und vom Balkan. Die sich auf den Rechnungen wussten, welche die Sieger präsentieren würden, stellten jenen fanatisch-verzweifelten, rücksichtslos brutalen Kern von Leuten, die bis fünf Minuten nach zwölf kämpfen, die, das waren die gebräuchlichen Bilder, das letzte Bataillon auf dem Schlachtfeld stellen wollten. Vor ihnen, die noch in Deutschlands Mitte sich zu Kommandeuren des Volkssturms aufschwangen, Barrikaden bauen, Brücken zerstören, schießen, Deserteure aufhängen ließen, gab es für die Masse der Kriegsmüden und Friedenshungrigen kaum ein Entrinnen. Stumpf und dumpf, verängstigt oder gleichgültig machten sie weiter, und das bedeutete, funktionierten sie immer noch, verlängerten sie ihre eigenen Qualen und vergrößerten sie das Unglück, in das sie sich hatten stürzen lassen.

Dieser Druck einer Minderheit auf die disziplinierte, gehorsame, befehlsgewohnte Mehrheit war für die Fortdauer des Krieges ausschlaggebender als jene späten propagandistischen Aushilfen, der viel erwähnte Führer- und Wunderwaffenglaube oder die Wirkung der von der Propaganda genährten Hoffnungen auf den Zerfall der gegnerischen Koalition und eine Wende der Kriegskonstellation, die den letzten Gläubigen selbst noch als Folge des Todes von Franklin D. Roosevelt, er starb am 12. April 1945, vorgegaukelt wurde. Die Mehrheit hat sich für derlei Nachrichten und Prognosen schon nicht mehr interessiert. Sie wollte, da sie es bis dahin gebracht hatte, überleben und glimpflich davonkommen. Für die Angehörigen des Ostheeres bedeutete das, der sowjetischen Gefangenschaft zu entgehen, ein nicht zu unterschätzender Antrieb dafür, den Befehlen zum Weiterkämpfen auch noch an der Oder und Neiße und selbst an Spree und Havel Folge zu leisten.

In dieser Phase der Rückzüge und der Niederlagen, in der der Glaube an den Endsieg oder auch nur einen „guten Ausgang“ verloren ging, zeigte sich, wie weit Stimmungen und Haltungen auseinanderfallen. Die Stimmungen waren bereits denkbar schlecht und unterhalb aller Anforderungen derer, die für sie besonders zuständig waren, die Haltungen hingegen genügten den Machthabern und sie lobten sie in ihren Verlautbarungen noch lange mit Gründen. Das eigene Verhalten mit der eigenen Gedanken- und Gefühlswelt in Übereinstimmung zu bringen, verlangte einen Entschluss und bedeutete ein Risiko. Diese Aussicht wirkte lähmend und führte vielfach schon zum Verzicht, den einmal eingeschlagenen Gedankenweg konsequent weiter zu verfolgen. Wichtiger noch war ein anderes: Haltungen brauchen für ihre Betätigung zumeist einen Halt in einer Gemeinschaft. Die Georg Elsers sind selten. Und die Faschisten hatten dafür gesorgt, dass es anders als im Ersten Weltkrieg für die vielen, die das Kriegsende herbeiwünschten, keinen organisatorischen Sammelpunkt gab, es sei denn, Menschen schufen sich ihn in neuen illegalen Verbindungen. Die Kirchen, die einzigen Organisationsstrukturen außerhalb der von NSDAP und Staat geschaffenen, spendeten nun, nachdem sie zur Vaterlandsverteidigung und zum Kampf gegen den Bolschewismus gerufen hatten, in ihren Hallen und Häusern den Duldenden und Leidenden Trost. So ließ sich das Versprechen, es werde in Deutschland keinen zweiten 9. November geben, einlösen.

Erst als die lokalen Machtstrukturen sich schon im Zustand der Auflösung und des Erlahmens befanden und es bis zum Eintreffen der alliierten Truppen nur noch Stunden dauern konnte, fanden sich in Städten und Ortschaften Deutsche, die mitunter nur von dem Willen angetrieben wurden, dass nicht alles in Scherben fallen sollte, weiße Fahnen hissten, Brücken vor der Zerstörung retteten und – selten genug – Kapitulationsangebote signalisierten. Die Urteile der Historiker weichen über den Grad und

den Zeitpunkt des Zerfalls der. Gefolgschaft voneinander ab. Die Zeichen der Auflösung, des Verlustes des Glaubens an den Führer und des Zusammenbruchs der Kampf- und Widerstandsmoral lassen sich in dieser Endphase noch schwerer gewichten als für die vorauf gegangen Perioden und Phasen des Krieges. Nur das wenig differenzierte Bild, dass „viele Menschen“ sich die Ereignisse 1944/1945 noch immer „so optimistisch wie überhaupt nur möglich“ gedeutet und „größtenteils bis zuletzt Hitler unterstützt“ hätten[3], findet in den Quellen keine Stütze. Längst war der Optimismus des Sieges durch das Herbeisehnen des „guten Ausgangs“ ersetzt und die Vorstellung davon richtete sich immer weniger auf das Ganze, sondern stattdessen auf die eigene Person, Familie oder Kleingruppe und diese Art von „Optimismus“ knüpfte sich zum wenigsten noch an Hitler.

Führer und Gefolgschaft. Die Bindungskräfte von Massen an das Naziregime 1933-1945. Vortrag in der Leibniz Sozietät am 11.6.2009. In: Hans Mikosch/Anja Oberkofler (Hrsg.) Gegen üble Tradition für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler, Studien Verlag Innsbruck 2012, S. 187-198.

[3] Mit diesem Bild polemisiert Robert Gellately gegen Autoren, die ihm das „Negative“ übertreiben. Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk. Aus dem Amerikanischen von Holger Fliessbach, Stuttgart 2002, S. 350 u. 365; der Originaltitel lautet: Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany.

Von Dämonen und Historikern

Wer sich nach bald sechseinhalb Jahrzehnten ein Bild machen will, wie weit es Geschichtsschreibung und -publizistik in der Bundesrepublik bei der Durcharbeitung der Geschichte der Nazi-Diktatur gebracht haben, wird in diesem Buch eine erstrangige Hilfestellung finden. Es führt zurück zu den Anfängen, zu frühen Erkenntnissen, mehr noch aber zu Abwegen, von denen manche bis heute beschritten werden. Der Potsdamer Historiker Kurt Finker hat sich einer Kärrnerarbeit unterzogen, als er sich einer Literatur zuwandte, die den inzwischen Achtzigjährigen am Beginn seiner Forschungen schon einmal beschäftigt hatte. Dafür musste doppelte Überwindung aufbieten. Zum einen waren da Schriften zu lesen, die – nicht durchweg, aber größtenteils – zu Recht vergessen sind, in denen sich aber der Geist jener Zeiten entdecken lässt. Zum anderen waren Sichten in die damals jüngste Vergangenheit zu durchmustern, die mit dem Anspruch auf Entdeckungen daherkamen, jedoch in mystisches Dunkel führten. Viele Autoren suchten sich aus der eigenen Verantwortung in die Dämonisierung des Regimes zu retten.

Eine zentrale Frage war die nach der Rolle der Massen. Eine der frühesten Erörterungen dieses Gegenstandes, betitelt „Führer und Geführte“, stammt von Hans Windisch, der 1940 begonnen hatte, seine „Analyse deutschen Schicksals“ aufzuzeichnen. Ihm galten die „Massen als der einzige Ausgangspunkt, der eine Klärung verspricht“. Das wusste er, wiewohl ihm die Millionen als „düsteres Rätsel“ vorkamen. Nicht anders Bruno H. Bürgel, der meinte: „Die ungeheure, unberechenbare Masse, das ist das eigentliche Unglück der Welt.“ Nur hat keiner dieser Denker zeigen können, wie sich dieses Malheur abschaffen ließe, auf dass die Welt glücklich werde.

Finker lässt viele Autoren in langen Zitaten zu Worte kommen. Zu den Politikern gehören Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, zu den einstigen Parteigängern des Regimes Hjalmar Schacht, Ernst von Weizsäcker, Franz von Papen und Otto Dietrich, Hitlers Pressechef, zu den Militärs, die die größte Autorengruppe stellen, Franz Halder, Hans Speidel, Erich von Manstein. Bei den Historikern ragen Friedrich Meinecke und Hans Rothfels als damals besonders einflussreich heraus. Frühe Publikationen zum Widerstandskampf sind nicht ausgelassen, unter den Autoren finden sich auch dessen Teilnehmer Wolfgang Langhoff und Eugen Kogon. Einziger Ausländer ist der britische Militärhistoriker John W. Wheeler-Bennet mit der 1954 erschienenen Arbeit über die „Deutsche Armee in der Politik 1918-1945“.

Der Auswahl, die mit mehr als 900 Anmerkungen gespickt ist, lässt sich unschwer entnehmen, dass Finkers Forschungsspezialität jahrzehntelang die Geschichte des 20. Juli 1944 war. Auf dieses Ereignis ist er fokussiert, und zu dessen Würdigung an runden Jahrestagen schlägt er gegen Schluss seiner Arbeit mehrfach den Bogen. Die Kommentierung hätte ich mir weniger zurückhaltend gewünscht. Sie wird von Friedrich-Martin Balzer, ohne den der Weg vom Manuskript zum Druck nicht hätte geebnet werden können, aus der Sicht des unmittelbaren Zeitgenossen ergänzt. Er erinnert sich – und da sehen wir noch einmal eine westdeutsche Barriere gegen die unvoreingenommene Beschäftigung mit dem Nazi-System –, dass sein Klassenlehrer noch Ende der 1950er Jahre die Leute des 20. Juli 1944 als „Verräter“ brandmarkte.

Der Empfehlung dieses Buches sei angefügt, dass die Lösung, die für die Darbietung des umfänglichen Textes gefunden wurde, keine ist. Sondern eine Zumutung. Wer die Schrift längere Zeit lesen kann, ohne dass seine Augen Schaden nehmen, sei beglückwünscht. Für die hochgestellten Zahlen, die auf Anmerkungen hinweisen, braucht man ein Vergrößerungsglas.

Kurt Finker: „Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands 1945-1955“, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, mit einem Geleitwort von Otto Köhler, Verlag Pahl-Rugenstein, 400 S., 24.95 Euro.

Ossietzky, 13/2009, 27. Juni 2009, S. 501-502.

Gauck war schon getoppt

Wahrheit und Grusel im Bonner „Haus der Geschichte“

Wer glaubt, Pfarrer Gauck hätte mit seiner infamen Formulierung von den „sozialistischen Globkes“ das Nonplusultra zur Vorbereitung jenes 20. Jahrestages geleistet, auf den alles Geschichtsdenken der Deutschen derzeit ausgerichtet wird, dem ist eine besondere Bonner Ausstellung entgangen. Seit Mai ist sie im „Haus der Geschichte“ zu besichtigen und trägt den Titel „Bilder im Kopf – Ikonen der Zeitgeschichte“. Sie verschafft dem Besucher die Neu- oder Wiederbegegnung mit weithin bekannt gewordenen Fotos wie das aus dem Warschauer Ghetto, auf dem ein jüdisches Kind die Hände hochhält, während ein deutscher Soldat das Gewehr in Anschlag hält. Zu sehen ist auch jenes Foto, das bezeugt, dass den Nazis und Mördern ihre Waffen aus der Hand geschlagen wurden: Sowjetische Soldaten hissen die rote Fahne auf den Ruinen des Reichstagsgebäudes. Kommentare erzählen die Entstehungsgeschichte dieser Bilder und berichten von ihrer späteren Verwendung.

Und dann gibt es da, aber lassen wir darüber den unverdächtigen Rezensenten der Stuttgarter Zeitung (19. Juni 2009) berichten, der weiß, was er seiner Redaktion und seinen bürgerlichen Lesern an Einwand zumuten kann und wie er ihn zu verpacken hat, um nicht des Verdachts verdächtig zu werden, ein heimlicher Sympathisant der DDR zu sein: „Die Ausstellung ist sehenswert, weil sie das genaue Hinsehen lehrt. Das gilt – unfreiwillig – ebenso für den vollgestopften Raum, der versucht, den politischen Hintersinn der DDR-Ikonen aufzuspüren. Hier ist leider allzu sehr die Absicht spürbar, die DDR als Gruselkammer und Schreckensgeburt der Geschichte zu entlarven, was auf Kosten der historischen Wahrheit geht. Dass die DDR-Oberen unverschämt logen, steht außer Frage. Was soll es aber, dass Wilhelm Pieck und Erich Honecker in derselben Bildergalerie wie Adolf Eichmann, der Organisator der Judenvernichtung, zu sehen sind und das Ganze in einem Raum unter dem Schlagwort ‚Diktatur der schönen Bilder‘ versammelt wird? Diktatur einfach mit Diktatur gleichzusetzen, das ist zu simpel.“ Dem Autor ließe sich dosierter Respekt entgegenbringen, wären da nicht die drei Worte „leider allzu sehr“. Die verraten die hehre Bezugnahme auf die Wahrheit doch wieder nur als Verpackung der Frage: Müsst ihr denn so plump?

junge Welt, Mittwoch, 01.07.2009, S. 13.

Pakt ohne Alternative?

Vor 70 Jahren: Der kurzlebige Wechsel in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

Das Sonderflugzeug, das den deutschen Außenminister am 24. August 1939 von Moskau nach Berlin zurückbrachte, vermochte die Strecke nicht ohne Zwischenlandung zu bewältigen. Dafür war die ostpreußische Stadt Königsberg gewählt worden. Der NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident der Provinz, Erich Koch, hatte für den Empfang am Flugplatz und auf dem Weg in die Stadt für einige Schaulustige und Claqueure gesorgt. Dann war man bei einem Essen unter sich. Als der Aufbruch nahte, überreichte Koch dem flüchtigen Gast einen „Aufbewahrungsschrein aus Bernstein“ mit dem Bemerken, er sei für die wichtigen Dokumente bestimmt, die Joachim von Ribbentrop aus der sowjetischen Hauptstadt mitbrächte.

Die Presse berichtete am folgenden Tage von diesem Kurzaufenthalt und der Rede, die der Außenminister bei dieser Gelegenheit gehalten hatte. Deren entscheidender Satz hatte gelautet: „Was der Führer macht, ist richtig“. Der war vorbeugend auf das Erstaunen gemünzt, das der diplomatische Coup, von dem sie tags zuvor zu ihrer vollständigen Überraschung erfahren hatten, unter den Volksgenossen hervorrufen musste. In der Nacht vom 23. zum 24. August war im Kreml ein Nichtangriffs- und Konsultationspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterzeichnet worden. Das Ereignis kontrastierte mit der seit Jahren herrschenden ungehemmten antibolschewistischen Hetze der deutschen Machthaber auf das schärfste. Die hatten dem „jüdischen Bolschewismus“, so eine ihrer bevorzugten Bezeichnungen, Weltherrschaftsstreben zugeschrieben und sich selbst das Verdienst, dagegen inmitten Europas einen unübersteigbaren Wall errichtet zu haben. Nun erschienen deutsche Zeitungen mit der Großaufmachung „Die deutsch-russische Freundschaft“ und zitierten Ribbentrop in prangenden Lettern, der vor seinem Rückflug aus der Hauptstadt an der Moskwa der Presse gesagt hatte: „Der Führer und Stalin haben sich für Freundschaft“ entschieden.

Wider das antibolschewistische Abc

Kein Wort fiel mehr über die Gründe und Antriebe der feindseligen Erklärungen aus dem Munde Hitlers und seiner Mitführer auf den Reichsparteitagen in Nürnberg, vor dem faschistischen Reichstag und bei vielen anderen Gelegenheiten. Stattdessen die historische Reminiszenz, es sei beiden Völkern immer gut gegangen, wenn sie miteinander Freundschaft pflegten, und immer schlecht, wenn sie gegeneinander verfeindet waren. Zum Beweis dessen wurde an den antinapoleonischen Kampf erinnert und an die Schlachten des Weltkriegs, an die sich viele überlebende Soldaten des Kaiserheeres, manche noch an Jahre ihrer Gefangenschaft in den Weiten des Riesenreiches, zu erinnern vermochten.

Es sei ein „Wendepunkt in der Geschichte der Völker“ erreicht, ja ein „neues Kapitel der Weltgeschichte eingeleitet“ worden, jubilierte die deutsche Presse in den folgenden Tagen. Das konnte namentlich manch alten Parteigänger Hitlers schon verwirren, der das ABC des Antibolschewismus von der Pike auf gelernt und sich im Kampf gegen die deutschen Kommunisten, die doch diese moskowitische Pest nach Deutschland hatten importieren wollen, hervorgetan hatte. Aber: „Was der Führer macht ...“ Der sprach wenig später von einem „Sieg der Vernunft“. Die beiden Mächte würden einander nicht noch einmal wie im Weltkrieg bis zum „Weißbluten“ bekriegen.[1] Bald darauf bezeugte auch die Aufwartung, die Göring gemeinsam mit Ribbentrop am 7. November 1939, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, in der Berliner sowjetischen Botschaft machte, die neuen Beziehungen zueinander. Dennoch: Für manchen alten Kämpfer kam die verworrene ideologische Welt in seinem Schädel erst wieder in Ordnung, als der Führer entdeckte, dass er von Moskau immerfort nur hintergangen worden war und sich entschloss, dem geplanten Überfall des Kremlherrschers zuvorzukommen. Bis zu dieser Rückwende vergingen indessen nahezu 22 Monate. Dann schrieb man den 22. Juni 1941. Bis dahin also Freundschaft.

---

[1] Rede Adolf Hitlers am 8. November 1939 in München anlässlich des Jahrestages des gescheiterten Putsches von 1923. Im Wortlaut gedruckt in den deutschen Tageszeitungen, so in Stuttgarter Neues Tageblatt, S. 3 u. 4.

Die in Moskau abgeschlossenen Abkommen werden gewöhnlich als Molotow-Ribbentrop-Pakt oder auch und häufiger noch als der Hitler-Stalin-Pakt bezeichnet. Verträge erhalten seit Jahrhunderten ihre Kurznamen. Die werden, wenn ihnen nicht die Namen der Partner beigelegt werden, die sie schlossen, vielfach nach den Orten bezeichnet, an denen sie vereinbart wurden. Berühmt sind unter anderem der Westfälische Friede (1648), der den Dreißigjährigen Krieg beendete, oder die Konvention von Tauroggen (1812), die Vereinbarung über einen Waffenstillstand, getroffen von einem preußischen und einem zaristischen General. Bei dieser Praxis blieb es auch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts: der Versailler Vertrag (1919), der Vertrag von St. Germain (1919), die Locarno-Verträge (1925) usw. Eine Ausnahme machte die Benennung Briand-Kellogg-Pakt (1928), die den Außenminister der Republik Frankreich und seinen US-amerikanischen Amtskollegen ehrten, denen das Hauptverdienst am Zustandekommen jenes Abkommens zugeschrieben wurde, das den Krieg ächtete.

Falsche Verkürzungen

Nazideutschland hatte mit einer Anzahl von Staaten in den ersten Jahren seiner Existenz Verträge abgeschlossen, deren Bezeichnung sich in den traditionellen Bahnen hielt. Die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung (1934), das deutsch-britische Flottenabkommen (1935) und das bis heute vielerwähnte Münchener Abkommen (1938). Bei diesen Kurzkennzeichnungen blieb es auch in der Geschichtswissenschaft. Nicht so im Fall des in Moskau geschlossenen Abkommens vom August 1939. Auch Historiker bevorzugen dessen Benennung entweder – und meist – mit den Namen der beiden Staatsführer, von denen Stalin der Unterzeichnung beigewohnt hatte, oder mit denen der beiden Außenminister, von denen der deutsche in Nürnberg am Galgen endete und der sowjetische, ein getreuer Gehilfe Stalins, seine letzten Tage vergessen und fernab von jenem Zentrum verbrachte, in dem er einst in den höchsten Machtzirkel aufgestiegen war. Die Namen der vier erinnern an ihre geschichtlichen Rollen. Sie assoziieren, dieses diplomatische Papier könnte nur verwerflichen Charakter gehabt und Unheil gestiftet haben. Und das sollen sie auch. Sebastian Haffner, Emigrant in England, nannte das Abkommen 1940 indessen knapp „ein rein taktisches Manöver“.[2] Es besaß freilich schwerwiegende Folgen, und das keineswegs „gesetzmäßig“.

Die am weitesten verbreitete Interpretation von Absicht, Wirkung und Folge des Abkommens lautet noch immer: dadurch habe Hitler die Möglichkeit erhalten, grünes Licht für den Beginn des Zweiten Weltkriegs zu geben, und Stalin habe es gleichsam geliefert. Damit sind dann die beiden Urheber der Kriegskatastrophe markiert. Und damit wird eines jener gedanklichen Angebote unterbreitet – der US-amerikanische Historiker Raul Hilberg hat davon in anderem Zusammenhang verächtlich gesprochen –, das komplizierte geschichtliche Zusammenhänge in einen Merksatz verdichtet, der leicht einprägsam ist, jedoch den Nachteil hat, dass er die Wirklichkeit verfehlt. Im konkreten Fall wird hinter den mächtigen Gestalten des kommunistischen und des faschistischen Diktators verborgen, was mehr Aufwand und Kenntnisse erfordert, will es verstanden werden. Auch und gerade für das Zustandekommen von Kriegen gilt, dass ihr Geheimnis mit ihrer Vorgeschichte enthüllt werden kann.

Zwei Projekte

Im von Widersprüchen, Interessen und Rivalitäten der Mächte zerrissenen Europa konkurrierten in den dreißiger Jahren, nachdem in Deutschland die aggressivsten Politiker des deutschen Imperialismus an die Staatsmacht gelangt waren, zwei Projekte für die Gestaltung der internationalen Beziehungen. Das eine richtete sich auf die Schaffung von größtmöglichen Sicherheitsgarantien für alle Staaten des Kontinents. Verfochten wurde es seit 1934/1935 entschieden von der Sowjetunion und namentlich von deren Außenminister Maxim Litwinow. Dieses Konzept erhielt den Namen „Politik der kollektiven Sicherheit“. Da davon ausgegangen werden musste, dass die Hitler-Clique nicht durch Reden anderen Sinnes werden würde, war deren Kerngedanke, dass sich die nichtaggressiven Staaten politisch und militärisch zu einem so starken Abwehrblock zusammenschließen müssten, der jeden deutschen Angriff von Anbeginn aussichtslos werden ließ.

---

[2] Sebastian Haffner, Germany: Jekyll & Hyde, 1939 – Deutschland von innen gesehen, Knaur 1998, S. 102.

Das andere Konzept, entwickelt und durchgesetzt von Großbritannien, setzte darauf, Deutschlands Führung durch Zugeständnisse ruhigzustellen und Zeit zu gewinnen. Manche britischen Politiker hofften auf die Spannungen zwischen Deutschland und der UdSSR und versprachen sich aus daraus hervorgehenden Konflikten – womöglich – doppelten Vorteil, die Schwächung oder gar Lähmung des einen wie des anderen Konkurrenten. München im September 1938 war der Ausdruck des Sieges der britischen und der Niederlage der sowjetischen Diplomatie.

Die UdSSR war isoliert, und Hitler besaß die Chance, sich auf die Bahn zu machen, die er in seinem Buch „Mein Kampf" als den Hauptweg deutscher imperialer Expansion benannt hatte. Doch gedachte er nicht, um die strategische Stärke der Siegermächte des Weltkriegs im Westen wissend, die Wehrmacht mit dieser Konkurrenz im Rücken auf den Weg in die Ukraine, zum Kaukasus und in den Ural zu befehlen. Diese Vorgehensweise konnte ihn in die Hände der – in seinen Denkkategorien – jüdisch-plutokratischen Machthaber in London, Paris und Washington geben. Das war zu vermeiden, selbst wenn man über die politischen Gegner Chamberlain und Daladier so missachtend dachte, wie Hitler das nach München tat.

Zunächst ließ er im März 1939 die Wehrmacht nach Prag marschieren und überschritt damit eine unsichtbare Grenze, jene, bis zu der die herrschenden Kreise an Themse und Seine eben noch bereit waren, ihm um eines faulen Friedens und verfehlter Kalküle willen Zugeständnisse zu machen. Das Hakenkreuz auf dem Hradschin, der dreiste Bruch des soeben geschlossenen Münchener Abkommens, ließ im Hinblick auf die Beurteilung der Situation in den führenden Kreisen Großbritanniens und Frankreichs ein neues Kräfteverhältnis entstehen. Langsam setzte sich die unangenehme Erkenntnis durch, dass die versuchte Fernlenkung der Politikergruppe um Hitler gescheitert war. Was nun?

Im Debakel der „Appeaser" erblickte die Führung im Kreml eine Chance, einen Versuch der Wiederbelebung der Politik der kollektiven Sicherheit zu unternehmen. Diplomatische Fäden zu den Großmächten in Westeuropa wurden wieder aufgenommen, jedoch unter Voraussetzungen, die ungleich schlechter waren denn nahezu vier Jahre zuvor, als sich eine vielversprechende defensive Verbindung zwischen Frankreich, der UdSSR und der Tschechoslowakei angebahnt hatte. Jetzt drängte die Zeit, und jede der beteiligten Mächte hatte inzwischen im Angesicht der anderen an Glaubwürdigkeit verloren. Gegen sie sprach auf der einen Seite München und die Preisgabe der Tschechoslowakei und auf der anderen der Terror im Innern der UdSSR, der fragen ließ, ob der General der Roten Armee oder der Diplomat, mit dem heute verhandelt wurde, morgen noch am Leben sein werde. Niemand hat die dennoch zustande gekommenen diplomatischen Kontakte zwischen Moskau, Paris und London im Frühjahr und Sommer 1939 interessierter beobachtet und zu deuten gesucht als die Führer des Nazireiches. Und niemand war über ihr ergebnisloses Sich-Hinschleppen mehr befriedigt als sie.

Der vertagte Feldzug zum Ural

Inzwischen wurde immer klarer, dass Polen das nächste Opfer des deutschen Imperialismus sein werde. Dann stünde die Wehrmacht vor den Grenzen der UdSSR. Mit dieser Aussicht hat die sowjetische Politik einen Kurswechsel vollzogen. Das unerreichbare Maximalziel, ein funktionstüchtiges Militärbündnis mit den Westmächten, wurde aufgegeben und nach einer Sicherheit dafür gesucht, dass die deutsche Wehrmacht ihren Ostfeldzug begrenzte. Ihn zu verhindern, stand nicht in der Macht der sowjetischen Politik. Das Ziel des Kremls bestand nun darin, sich aus einem Krieg so lange wie möglich und am besten ganz herauszuhalten – durch eigenes Manövrieren und Taktieren. Dass der Kurswechsel möglich geworden war und überhaupt eine Alternative jenseits von Stillhalten und Abwarten zu der auch im zweiten Anlauf gescheiterten Politik kollektiver Sicherheit existierte, hatte eine – die schon erwähnte – Voraussetzung: Die Angriffsziele Ural und Kaukasus waren in den deutsch-faschistischen Plänen auf einen späteren Platz gesetzt.

Das führte zu jenem Pakt zweier ungleicher Partner, deren Motive weit auseinanderlagen. Wollte Stalin die Sowjetunion aus dem nahebevorstehenden europäischen Krieg heraushalten, so Hitler ihn unter den günstigsten Bedingungen beginnen. Schon die Anbahnung veränderter deutsch-sowjetischer Beziehungen im Verlauf des Augusts war darauf berechnet, das Restrisiko zu beseitigen, das für ein Bündnis London – Moskau – Paris bis dahin noch existieren mochte. Mit dem Vertrag glaubte

Hitler das Ziel erreicht und die Hoffnung gewonnen, dass der schon auf den Tag bestimmte Einfall in Polen einen isolierten Krieg eröffnen würde. Für diese Konstellation zu sorgen, hatte er der Generalität im Mai 1939 versprochen, doch zugleich und in späteren Erklärungen verdeutlicht, dass sie keine absolute Vorbedingung für den Kriegsbeginn darstelle. Auch das denkbare Eingreifen Frankreichs und Englands an Polens Seite könne ihn von seinem Vorsatz nicht abbringen.

Spekulationen und Folgen

Hitler kalkulierte, mit Polen so oder so militärisch rasch, d. h. bevor es am Rhein zu Kampfhandlungen kommen werde, fertig zu sein. Und gegen die Westmächte „anzutreten", das wollte er ohnehin folgen lassen. In diesem Punkte irrte er sich nicht. Nicht für den Start in den Krieg brauchte Hitler grünes Licht. Zu tun war ihm um dessen Bedingungen, nicht nur unter militärischen Gesichtspunkten, sondern auch unter wirtschaftlichen. Mit der Blockade der Seewege nach West würde die Warenzufuhr aus dem Osten, mithin der Handel mit der UdSSR, an Bedeutung gewinnen. Zu ihrer Verwunderung konnten die Deutschen, die bisher in ihren Zeitungen von Hunger und Chaos im sowjetischen Riesenreich gelesen hatten, nun Artikel über die Leistungskraft der sowjetischen Wirtschaft finden. Vor allem aber wurde des Führers geniale Diplomatie gerühmt, die einen Zweifrontenkrieg vermieden habe.

Während Hitler darauf vertrauen konnte, dass seine Millionengefolgschaft den Coup gegen die „Einkreisungsmächte" – als solche wurden Großbritannien und Frankreich in Meldungen und Kommentaren apostrophiert – billigen und würdigen würde, befand sich Stalin in einer erheblich anderen Situation. Zwar musste er nicht damit rechnen, dass sein Kurswechsel im eigenen Führungszirkel Opposition hervorrufen würde. Doch hatte die Sowjetunion, die weltweit – und namentlich in der kommunistischen Internationale – als unwandelbare Gegenmacht wider Faschismus und Krieg angesehen wurde, damit einen politischen Prestige- und Glaubwürdigkeitsverlust riskiert, den keine noch so begründete Darlegung eigener Friedwilligkeit wettzumachen imstande war. In vielen kommunistischen Parteien entbrannte über den Vertrag eine Auseinandersetzung, die bis zu schweren Zerwürfnissen und Spaltungen führte und auf Jahre hinaus unheilbare Wunden hinterließ.

Dazu trug mehr als der Vertrag selbst die Politik bei, die der Kreml in den folgenden Wochen einschlug. Ohne Not entschied Stalin nach den ersten Kriegstagen, die von der 1935 von der Komintern gegebenen treffenden Urteile über die Rolle der europäischen Staaten in den Auseinandersetzungen um Krieg oder Frieden umkehrend, dass die Westmächte am sich ausweitenden Kriegsbrand die Schuld trügen. Er zwang diese Version den Führern der Komintern auf. Molotow bezichtigte in Reden Ende Oktober vor dem Obersten Sowjet und am 7. November 1939 aus Anlass des Jahrestages der Revolution die Westmächte als Kriegsverlängerer und attestierte Deutschland das Recht, sich gegen ein neues Versailles zu wehren.[3] Eben das behauptete, jedes eigene weitere Kriegsziel von sich weisend, auch die Nazipropaganda.

Schon als am 17. September 1939 – die Reste der polnischen Armee setzten sich in hoffnungsloser Lage gegen die deutschen Aggressoren zur Wehr – die Rote Armee von Osten her in Polen eindrang und die beiden neuen Verbündeten eine offenkundig vereinbarte Demarkationslinie mitten durch das geschlagene Land bezogen, konnte kein Zweifel sein, dass in Moskau im August mehr vereinbart worden war als die publizierten Vertragsklauseln. Erst nach dem Sieg über den deutschen Faschismus und durch Funde in dessen diplomatischen Akten wurde dann zweifelsfrei erwiesen, dass Ribbentrop und Molotow auch ein geheimes Zusatzabkommen unterzeichnet hatten, wonach die UdSSR im Falle der Zerschlagung Polens weite Gebiete von dessen Osten zu freier Verfügung erhalten werde. Diesen Scheck löste die Kreml-Führung am 17. September 1939 ein, um den Preis eines Bruchs des Völkerrechts. Der trug ihr den Ausschluss aus dem Völkerbund ein, dessen Mitglieder freilich in anderen Fällen so konsequent nicht vorgegangen waren wie jetzt, da der Bund sich im Zustand seiner Agonie befand. Die Sowjetunion, die von einem Einmarsch sprach, wenngleich es bei der Besetzung Ostpo-

[3] Siehe die Wiedergabe wesentlicher Passagen seiner Rede vor der außerordentlichen Tagung in: Stuttgarter Neues Tageblatt, 1. November 1939.

lens Kämpfe mit der polnischen Armee gegeben hatte, suchte ihr Vorgehen durch die These zu rechtfertigen, sie bringe westukrainische und westbelorussische Regionen wieder in ihren Besitz. Doch änderte das nichts am Bild, dass sie Beute eines Krieges nahm, den sie nicht geführt hatte, und sich an der Seite des weithin verhassten Nazireiches an einem staatlichen Leichnam zu schaffen machte. Hitler sprach davon, Polen sei „halbiert“ worden.[4]

Finis Poloniae?

Dieses Bild konnte sich nur abschwächen, wenn die Politik gegenüber den Millionen Menschen, Ukrainern, Belorussen, Polen und Juden, die der Sowjetmacht nun auf Gedeih und Verderb in die Hände gefallen waren, jener total entgegengesetzt worden wäre, welche die Deutschen in dem von ihnen besetzten Teil Polens betrieben. Indessen: Nicht anders als Hitler, der Polen als eine Missgeburt des Versailler Vertrages ansah, betrachtete es auch Stalin, nur mit dem Unterschied, dass ihm dieser Nachbar als das zu liquidierende Ergebnis eines konterrevolutionären Krieges galt. In der Tat vereinbarten das Deutsche Reich und die UdSSR, in ihrem jeweiligen Gebiet jede nationalpolnische Bestrebung zu unterdrücken. Die sowjetische Erklärung vom 18. September 1939, in der noch von einem künftigen „staatlichen Dasein“ Polens geschrieben wurde, war Tarnung, die den Eindruck erwecken sollte, mit anderen polnischen Politikern als jenen, von denen erklärt wurde, sie hätten die jetzige Katastrophe des Landes verschuldet, würde irgendein Einvernehmen erzielt werden können.

Für das, was als sowjetische Politik aus dem Abkommen mit dem auf dem Sprung in den Krieg befindlichen Deutschland folgte, gilt nicht, dass der Kreml beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber Knecht gewesen sei. Er war beim ersten nicht frei, wenn er dem Lauf der Dinge nicht tatenlos zusehen wollte. Doch bei seinen weiteren Schritten besaß er Handlungsspielräume, denn da befand sich sein neuer Partner Deutschland in einem Krieg, der mit jedem Tag, den er dauerte, unwiderrufbar wurde. Zum Nichtangriffspakt mit dem Nazireich hätte sich in Moskau womöglich auch ein Politiker von kommunistischem Format entschließen müssen. Doch der hätte nicht nur zu sorgen gehabt, auch nur jeden falschen Eindruck von Komplizenschaft zu vermeiden. Er musste die erste sich bietende Chance zu nutzen trachten, diesen Pakt zu verlassen. Als die deutschen Armeen 1940 auf Paris marschierten, bot sie sich. Freilich nicht aus der Sicht Stalins. Und nicht im Wissen um den Zustand einer Armee, der sich soeben im Krieg gegen Finnland offenbart hatte.

junge Welt, Freitag, 21.08.2009, S. 10.

[4] Rede Adolf Hitlers am 8. November 1939 in München anlässlich des Jahrestages des gescheiterten Putsches von 1923, a. a. O.

Hinterlassenschaften

An keine anderen Ereignisse der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts erinnert in der Öffentlichkeit so viel wie an die Weltkriege, vorzugsweise in Kirchen oder auf Friedhöfen in deren unmittelbarer oder entfernterer Nachbarschaft. Viele dieser Stätten des Gedenkens wurden während der Jahre der Weimarer Republik erbaut. So auch in der Bodenseestadt Lindau. Dort steht ein auf das Jahr 1000 zurückgehendes Gotteshaus, die Peterskirche. In der Kunstgeschichte erlangte sie Berühmtheit durch Fresken Hans Holbeins des Älteren, die Ende des 15. Jahrhunderts entstanden. Später genügte der Bau den Ansprüchen der gewachsenen Christengemeinde in der Stadt nicht mehr. Er wurde als Lagerraum und Werkstatt genutzt. Bis, so berichtet ein Lindauer Wegweiser, für ihn endlich wieder eine würdige Verwendung gefunden war. Der Innenraum, man schrieb das Jahr 1928, und das später als der Erste Weltkrieg bezeichnete Ereignis lag exakt ein Jahrzehnt zurück, erhielt die Funktion einer Krieger-Gedenkstätte. Wer ihn betritt, blickt auf eine liegende Figur, die einen „unbekannten Soldaten“ symbolisiert, einen Kriegstoten. Da ist er entwaffnet hingestreckt, angetan mit einem wärmenden Mantel, das Koppel umgeschnallt, daran die Patronentaschen, den Stahlhelm vorschriftgerecht auf dem Kopfe. Ruhend, kein Zeichen von Schmerz. Er hat ausgekämpft. Eines der ungezählten tiefverlogenen Bildnisse, welche die tausendfach auf den Schlachtfeldern in Frankreich, Russland, Serbien, Italien und auf den Weltmeeren gestorbenen elenden Tode verbergen.

An den Wänden der einstigen Kirche lassen sich die Namen der Bürger Lindaus lesen, deren Leben auf dem ersten Eroberungszug des deutschen Imperialismus endete. Länger noch sind die Namenreihen auf den Holztafeln, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an drei Wänden angebracht wurden. Zwei von ihnen nennen unter der irritierenden Überschrift „Heimatvertriebene“ auch im Kriege umgekommene Angehörige von Menschen, die es erst als dessen Folge an den Bodensee verschlug. Ganz am Ende der Tafelreihe hängt eine mit besonderer Aufschrift: „Opfer des Nationalsozialismus“. Die Namen der dort Verzeichneten wurden nicht zum gleichen Zeitpunkt auf den hölzernen Untergrund geschrieben. Offenbar mussten sich die Einrichter erst klar werden, wen sie da zu benennen hatten. Hinter einem Namen ist ein Ort angegeben: „Auschwitz“. Die sich für diese „Lösung“ entschieden, folgten einer eigenen Vorstellung von bewältigter deutscher Geschichte. Berliner werden sie nicht für eine Lindauer Spezialität halten, sondern sich an einen Ort in ihrer Stadt, die Wache Unter den Linden, erinnern, in der sich ein gleicher Geschichtsmix besichtigen lässt.

Lindaus Krieger-Gedenkstätte, lernt der Wanderer am Bodensee, ist keine deutsche Spezialität. Von da ist es nur ein kurzer Weg über die Grenze nach Österreich und dann nicht weit bis Hohenems. Die Christengemeinde dort hat direkt neben der Kirche, durch eine der Außenwände begrenzt, eine Stätte des Gedenkens geschaffen. Der in einem kapellenähnlichen offenen Raum hingestreckte Soldat ähnelt seinem Lindauer Kameraden zum Verwechseln. Hier haben es die Gestalter bei Namenreihen nicht belassen. In unübersehbaren Lettern lässt sich lesen: „Tote des Krieges, ewige Wächter des Friedens. Opfer der Zwietracht, doch heilige Mahner der Liebe. Blutsaat der Völker, doch Gärten kommenden Lebens in Gott.“

Solange vor solchen Denkmälern und derartigen Sprüchen an besonderen Gedenktagen – wie dem eben bevorstehenden 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs – Menschen zusammenkommen, ohne sich kritisch aus dem Nebel zu befreien, der über die Geschichte gebreitet ist, solange derlei Hinterlassenschaft nicht als Herausforderung angenommen wird, mit ihr ins Gericht zu gehen, so lange sollten diese Stätten besser gemieden werden. Das ist kein Plädoyer für ihren Abriss, sondern für ihre zeitgemäße Nutzung.

Ossietzky, 17/2009, 22. August 2009, S. 613-614.

Wie der Wissensstand wächst

Je näher der Tag rückt, der unter anderem mit der Bezeichnung Mauerfalljubiläum gefeiert werden soll, und je unbefriedigter die Zwischenbilanzen ausfallen, mit denen die Demoskopen die Annahme oder Verweigerung der als die einzig wahre Geschichte der DDR angebotenen Schreckensszenarien erfassen, desto abenteuerlicher werden die Unternehmungen, die helfen sollen, die Schlussrechnung noch zu verbessern. Eine davon geht auf einen Geschichtslehrer im Otto-Hahn-Gymnasium im baden-württembergischen Ostfildern zurück, einer Stadt unfern der Landesmetropole. Der Mann beschloss, den Schülern einer 10. Klasse eine Vorstellung davon, was der ostdeutsche Staat war, in Form eines „haptischen Erlebnisses“ nahezubringen. Er regte sie an, in der Aula der Anstalt eine „Mauer“ zu bauen, die jene symbolisieren sollte, die am 9. November 1989 ihre Funktion verlor. Das geschah. Nun konnten, wie die Stuttgarter Zeitung zu berichten weiß, sich nicht nur die Erbauer, sondern auch die Schüler anderer Klassen in den Pausen im Todesstreifen „drängeln“ und ihre Geschichtskenntnisse anhand der dort zu lesenden Plakate und Sprüche aufbessern.

Der berichtende Journalist beließ es nicht bei der bloßen Inspektion des Pappgebildes. Er befragte Schüler: „Versteht Ihr jetzt besser, wie das Leben mit der Mauer war?“ Von allen Antworten, die er erhielt, muss ihm die des Knaben Jakub am besten gefallen haben, weshalb er mit ihr die Reihe der Zitate eröffnet: „Das war fast wie im Gefängnis. Im Westen Wohlstand, in der DDR Armut.“ Der Journalist ist zufrieden. Ihm scheint – so sein Generalbefund – der „Wissensstand gewachsen zu sein“.

Ossietzky, 17/2009, 22. August 2009.

Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges

Stimmungen, Erwartungen und die Reaktion der Machthaber

Vortrag auf der Tagung aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Veranstaltet von der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 28. August 2009

Dieser 1. September 1939 steht mit blutigen Lettern in den deutschen, den europäischen und den Geschichtsbüchern zur Weltgeschichte. Wie die Völker aus dem Krieg, der an diesem Tage begann, herauskamen, das ist über die Zeitgenossen hinaus in Erinnerung geblieben. Keine Losung war populärer als diese eine „Nie wieder Krieg!“ Sie wurde Kampfruf einer weltumspannenden Friedensbewegung. Wie aber kamen Millionen Angehörige der europäischen Völker in diesen Krieg hinein? Wie stand es da um ihren Gedanken- und Gefühlshaushalt? Davon soll mit dem Blick auf die Deutschen die Rede sein, also auf damals nahezu 80 Millionen Menschen, die in jenem Staate lebten, von dem der Krieg in Europa ausging. Bis auf den heutigen Tag finden sich in der Geschichtspublizistik über diesen Gegenstand verwegene Behauptungen, so kürzlich jene, der zufolge Hitlers „Untertanen“ den Beginn des Krieges bejubelt haben.[1] Autoren solcher Thesen geben sich in der Regel als Vertreter eines besonders kritischen Umgangs mit der Geschichte der Deutschen. Doch die zeitgenössischen Quellen bezeugen solchen Jubel nicht. Sie sollen im Folgenden für unsere Analyse herangezogen werden, unter Verzicht auf jene Unmassen späterer, folglich rückblickender Schilderungen eigener Befindlichkeiten, die sich in gedruckten und archivierten Erinnerungen finden. Dabei soll die Antwort auf unsere Frage nicht mit der Schilderung der Stimmungen ihr Bewenden haben. Der Focus wird auf die Reaktionen der Machthaber und ihre Taktik gerichtet, diese für ihre Zwecke und Ziele zu verändern.

Zu keinem anderen Tag – vielleicht mit der Ausnahme des 30. Januar 1933 – ist dieser 1. September 1939 so häufig in Beziehung gesetzt worden wie zu jenem im August 1914[2], an dem der Weltkrieg begann, der dann der erste hieß.[3] Der Vergleich hat vor allem Unterschiede scharf hervortreten lassen. Damals Kundgebungen der Kriegsbegeisterung, ein Vierteljahrhundert später nichts davon. Damals der „Geist von 1914“, später nie die Erfindung oder Beschwörung eines Geistes von 1939. Damals das feierlich-unfromme Gerede und Geschreibsel vom reinigenden oder erweckenden Erlebnis und vom Stahlbad, 1939 – jedenfalls zunächst – das Schweigen selbst der dienstbarsten Geister des Dritten Reiches in den Bezirken der Dichtung und Wissenschaft. Die Differenz liegt auf der Hand, ohne dass Gemeinsamkeiten bestritten werden könnten: die Angst und die Tränen von Menschen, die Sorge schon um den morgigen Tag, die Furcht vor dem Verlust der Nächsten und auch die Ablehnung und Verachtung des Krieges durch an Zahl sehr verschieden große Minderheiten zwischen Saar und Memel.

Was zu dem Geist, der vor nunmehr 95 Jahren durch das Deutsche Reich geschwebt sein soll, und zu seinen Folgen zu sagen war, hat Kurt Tucholsky 1924, am 10. Jahrestag des Kriegsbeginns, knapp geschrieben: „Die Woge von Betrunkenheit, die heute vor zehn Jahren durchs Land ging, hat eine Schar Verkaterter hinterlassen, die kein andres Mittel gegen ihren Katzenjammer kennen, als sich noch einmal zu betrinken. Sie haben nichts gelernt.“[4] Gewiss: Nationalismus in seiner Steigerungsform bis zum Nationalchauvinismus hat es damals nicht nur Deutschland gegeben. Und dennoch: existierten Differenzen von Land zu Land. Tucholsky hat sie mithilfe eines Zeitzeugenberichtes geschildert, gegeben von einem Deutschen, der die Tage des beginnenden Krieges zuerst jenseits und dann diesseits des Rheines erlebte. Von den Beobachtungen auf französischem Boden hieß es darin: „Durch Frankreich ging ein stummer Schrei. Keiner wollte es glauben. Die Leute hätten sich wie erstarrt angesehen, fuhr er fort – es kann ja nicht sein, es kann nicht sein, stand in den Gesichtern.

---

1 Jan Freitag, Aus der Sicht der Opfer. In: Neues Deutschland, 18. August 2009, S. 11.

2 Schon vor mehr als drei Jahrzehnten lag in Frankreich eine umfassende kritische Studie über die Stimmung der Volksmassen bei Kriegsbeginn 1914 vor: Jean-Jacques Becker, 1914. Comment les Français sont entrés dans la guerre. Contribution à l’étude de l’opinion publique printemps – été 1914, Paris 1977.

3 Beispielsweise: Hans Maier, Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 38 (1990), S. 525–542.

4 Kurt Tucholsky, Der Geist von 1914, In: Die Weltbühne, 7.8.1924, Nr. 32, S. 204.

Totenstill ging eine Nation ans Sterben. Dies war der Eindruck der allerersten Tage. Es ist selbstverständlich, dass, als der Apparat einsetzte, Spionen-Hetze, Tobsuchtsanfälle und Staatskoller genauso ausbrachen wie bei uns. Aber die Franzosen sagen das heute! Solange das Volk sprach, der kleine Mann, der einzelne, solange die große Kollektivität noch nicht richtig funktionierte – so lange sprach die Stimme der Menschlichkeit." Und in Deutschland? „Ich glaubte, ich sei auf ein Schützenfest geraten. Glockenläuten, Girlanden, Freibier, Juhu und Hurra – ein großer Rummelplatz war meine Heimat, und von dem Krieg, in den sie da ging, hatte sie nicht die leiseste Vorstellung. „Krieg ist, wenn die andern sterben. Helden – es waren nicht einmal Helden in dem Augenblick. Es waren die armen und rohen Geneppten einer Bauernkirchweih."[5] Zu diesen Bildern sind die von nationalistischen Geschichtsschreibern lange unterschlagenen hinzuzudenken, die uns Zehntausende von Kriegsgegnern, meist Arbeiter, Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie, in den letzten Julitagen 1914 in und vor überfüllten Kundgebungsstätten und bei Demonstrationen zeigen, die auch, so z. B. in Stuttgart zu Zusammenstößen mit der Polizei führten.

Selbst wenn, wie jüngst zu recht geschehen, darauf verwiesen wird, dass das verbreitete Bild von den Deutschen[6] bei Beginn des Weltkriegs absichtsvoll in grellen Farben gemalt wurde[7] und der „Geist von 1914" ein gehätscheltes Kind hurrapatriotischer Geschichtsschreiber der Weimarer Republik war, bleibt doch, dass Generationen, die im Kaiserreich mehr als vier Jahrzehnte im Frieden gelebt hatten oder in dieser Friedensperiode herangewachsen waren, den Kriegsbeginn 1914 anders aufnahmen, als es jene taten, die mit Erinnerungen an die folgenden vier Jahre lebten. Wer 35 Jahre und älter war, vermochte sich 1939 der Kriegseindrücke noch aus Eigenem zu erinnern. Die Jüngeren hatten Berichte in Familien gehört, von denen kaum eine ohne einen Kriegstoten oder -verwundeten war, sie hatten in Kirchen, Schulen und Betrieben auf ehrenden Tafeln die langen Namenreihen für die Gefallenen gelesen. Und zudem hatten Hitlers verlogene, Friedenswillen beteuernde Reden dazu beigetragen, den Widerwillen gegen den Krieg zu bestärken.

Über die Atmosphäre im Stadtzentrum Berlins am 1. August 1914 schrieb die *„Frankfurter Zeitung"*: „Unter den Linden und vor dem königlichen Schloss sammelten sich bald nach der Bekanntmachung der Mobilmachung viele Hunderttausende von Menschen. Jeder Wagenverkehr hörte auf. Der Lustgarten und der freie Platz vor dem Schloss waren dicht gefüllt von den Menschenmassen, die patriotische Lieder sangen. Gegen ½7 Uhr erschien der Kaiser, von einem unbeschreiblich starken Jubel und von Hurrarufen begrüßt. Patriotische Lieder wurden angestimmt. Nach einiger Zeit trat in der Menge Ruhe ein. Unter tiefstem Schweigen sprach der Kaiser dann ungefähr: ‚Wenn es zum Krieg kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen.' [...] An diese Worte des Kaisers schloss sich ein Jubel, wie er wohl noch niemals in Berlin erklungen ist."[8] Zuvor schon sollen nach einem anderen Bericht die versammelten Mordspatrioten, als sie gegen 17 Uhr von der

---

5 Ebenda.

6 Michael Stöcken, Augusterlebnis 1914 in Darmstadt Legende und Wirklichkeit, Darmstadt 1994 (Die Monographie ist aus einer Magisterarbeit an der Technischen Hochschule Darmstadt hervorgegangen.) Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15; Klartext Verlag, Essen 1994 (Der Publikation liegt eine Dissertation an der Fernuniversität Hagen zugrunde.) Christian Geinitz, Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914, Essen 1998 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 7). Der Prozess der Ernüchterung lässt sich verfolgen in: Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hrsg.): Frontalltag im Ersten Weltkrieg Wahn und Wirklichkeit. Quellen und Dokumente; Frankfurt am Main 1994. Auch zehn Jahre später setzte sich die Auseinandersetzung um das „Augusterlebnis" fort. Jochen Bölsche: Der Kriegsausbruch. „Ein Hammerschlag ...", in: Spiegel Spezial 1 (2004), 30. März 2004, S. 32. Indessen haben nicht nur Jahrestage die Beschäftigung mit dem Thema angeregt: Jeffrey Verhey, Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000. Ziemann, Benjamin: Front und Heimat, Essen 1997. S. auch: Wolfgang Pieroth, Eine Frage der Quellen. Das „Augusterlebnis" 1914. In: Praxis Geschichte 3/2007.

7 Wolfgang Mühl-Benninghaus, Der deutsche Film im 1. Weltkrieg. Vom Augusterlebnis zur Ufa-Gründung, Berlin 2004.

8 Zit. nach: Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II. Hrsg. v. E. Johann, München 1966, S. 125 f. Ganz andere Stimmen aus den Augusttagen lässt zu Worte kommen: Jochen Bölsche, „Ein Hammerschlag auf Herz und Hirn", in: Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe, Der Erste Weltkrieg, 2. Auflage, 2004, S. 54 ff.

Ablehnung des deutschen Ultimatums durch Russland unterrichtet worden waren, „Nun danket Alle Gott“ angestimmt haben. Solchem Text muss Parteinahme und Absicht nicht entrissen werden, er trägt sie gleichsam wie eine Fahne vor sich her. Nur an der Tatsache, dass es solche vorwiegend von Kreisen des Bürgertums und Kleinbürgertums und der „patriotischen“, meist wohl studierenden Jugend gebildete Menschansammlungen gegeben hat, daran ist nicht zu zweifeln. Vergleichbares hat sich in Deutschland am 1. oder am 3. September 1939 nicht zugetragen.

Millionen fühlten sich in diesen Septembertagen geistig und mental gleichsam überrumpelt, manche bis zur Erstarrung. Freilich: nicht vollends und nicht ohne eigenes Verschulden. Vielerorts hatten sich die unmittelbar auf den Beginn eines Feldzugs gerichteten Kriegsvorbereitungen in den Augusttagen durch Augenschein wahrnehmen lassen. „Reservisten mit Rucksack und Papierkarton drängen sich in den Straßen, auf den Bahnsteigen, in den Wartesälen.“ Und „Die Truppen rollen gen Osten.“ So lauten Tagebuch-Eintragungen von Ruth Andreas-Friedrich.[9] Selbst ein nur flüchtiger Blick in die Zeitungen machte schon Wochen vor dem Ausbruch der unmittelbaren Vorkriegskrise lesbar, dass die Forderungen an den polnischen Nachbarn deutscherseits beständig provokatorischer wurden. An Stammtischen fanden Erörterungen darüber statt, ob die Westmächte die Durchsetzung von Ansprüchen an den östlichen Nachbarn hinnehmen würden oder, geschähe das nicht, ob dann Deutschland sich mit Russland verbünden werde oder das die Westmächte tun würden. Doch das Fazit aller Beobachtungen Victor Klemperers hatte im Juni 1939 und auch später noch gelautet: „Aber das Volk glaubt wirklich an Frieden. Er wird Polen nehmen (oder aufteilen), die ‚Demokratien‘ werden nicht einzugreifen wagen.“[10] Das erwies sich als ein Irrtum.

Millionen Deutsche hatten an ihren Wunschtraum vom Frieden festgehalten. Sie erwiesen sich gegenüber dem Trommelfeuer der NS-Propaganda, die sie auf den Krieg einstellen und ihnen vom Kriege zugleich ein falsches, beruhigendes Bild geben wollte, als weitgehend unverletzlich. Das ist erstaunlich angesichts des Dauerbeschusses, den eine Auswahl von Überschriften verdeutlichen mag, die Zeitungslesern im Reich in der letzten Augustdekade vor Augen kamen: „Polnische Schreckensherrschaft in den Grenzgebieten“, „Volksdeutsche geschlagen und in die Gefängnisse geworfen“, Frauen und Kinder schwer misshandelt“, „Aus der polnischen Hölle entkommen.“, „Polen morden Säugling“[11], „Der Polenterror überschreitet jedes Maß“[12], „Deutsche in polnischen Kerkern grausam misshandelt“, „Flüchtlinge mit Hunden gehetzt“, „Auf der Flucht erschossen“[13], „Raubgier feiert Orgien. Viehische Ausschreitungen“[14], „Blutterror wächst“, „Massenmord an Wehrlosen“[15]. Die Texte entstammen Ausgaben des „Stuttgarter Neuen Tageblattes“ von fünf aufeinander folgenden Tagen und waren zumeist als Aufmacher platziert. Kommentare kennzeichneten den „wahren Charakter der Polen“ als brutal, grausam, hochmütig, eitel, hinterhältig, gemein[16] und bezeichneten sie als „Untermenschen“. Die Politik der polnischen Regierung und das Hervortreten von Nationalisten im Lande wurden als hemmungslos aggressiv und kriegshysterisch dargestellt. Das Ziel bestehe in der Eroberung Ostpreußens, Danzigs und Schlesiens. Für deutsche Städte würden Beschriftungen von Bahnhöfen in polnischer Sprache vorbereitet. Breslau solle dann Wroclaw heißen.[17] Auch ein Krieg gegen Litauen werde vorbereitet.

Die Masse der Deutschen verhielt sich in diesem zur Neige gehenden Sommer, den viele wie üblich genossen, als Verdrängungskünstler, denn deren Fähigkeit war nötig, um angesichts allein schon der offiziellen Nachrichten, Kommentare und Berichte sich zu beruhigen. So erschienen in Zeitungen Artikel über den „ehernen Westwall“, das in Eile errichtete System von Verteidigungsanlagen an der Grenze zu Frankreich, das als „das gewaltigste Verteidigungssystem aller Zeiten“ beschrieben

---

9 Ebenda, Eintragung 26. u. 28. August 1939, S. 52 u. 53.
10 Victor Klemperer, Tagebücher 1933-10941, Eintrag vom 7. Juni 1939, S. 473.
11 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 387 (Morgenausgabe), 21. August 1939.
12 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 388 (Abendausgabe), 21. August 1939.
13 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 389 (Morgenausgabe), 22. August 1939.
14 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 390 (Abendausgabe), 22. August 1939.
15 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 396 (Abendausgabe), 25. August 1939.
16 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 392 (Abendausgabe), 23. August 1939.
17 Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 397 (Morgenausgabe), 26. August 1939.

wurde. So stellte ihn auch ein in den Kinos zu sehender Dokumentarfilm dar. Ein Report über die „Luftverteidigungszone West“, mit dem der vor allem im Zusammenhang mit den intensivierten Luftschutzübungen sich ausbreitenden Furcht vor einem Bombenkrieg begegnet werden sollte, erschien unter der Überschrift „Hier kommt kein Angreifer durch“. In diese Propaganda reihte sich ein Interview des Landwirtschaftsministers, der versicherte, dass sich Hungerzustände wie die im Weltkrieg nicht wiederholen könnten. Doch gab es auch Erscheinungen von Unruhe und Vorsorge. Davon zeugte beispielsweise ein Aufruf an Eltern, die in diesen Tagen der Ungewissheit ihre Kinder um sich haben und sie daher aus Dörfern von ihren Einsätzen zur Ernte zurückriefen, sie bei ihrer Arbeit zu belassen, damit die erwarteten Erträge geborgen werden könnten. Solche und ähnliche Beobachtungen kommentierte wiederum William L. Shirer mit dem Bemerken, das deutsche Volk ist „noch nicht wirksam auf einen Krieg vorbereitet worden“ und es lasse sich „unter den Massen keinerlei Kriegsbegeisterung registrieren“. Nachdem am Morgen des 27. August Rundfunk und Zeitungen die Rationierung von Nahrungsmitteln und weiteren Waren des täglichen Bedarfs bekannt gemacht hatten, notierte er: „Der Durchschnittsdeutsche macht heute einen entmutigten Eindruck.“[18]

Diese Ablehnung des Krieges und vor allem die Furcht, dass er wieder Jahre dauern könne, waren den Faschisten an der Staatsspitze bewusst. Ein Blick aus den Fenstern der Reichskanzlei auf den Wilhelmplatz konnte ihnen das am 3. September 1939 bestätigen. Dort – das wäre die vergleichbare Szene zu der vor dem Schloss im August 1914 – hatten sich nur etwa 250 Personen um Lautsprecher versammelt und hörten die Mitteilung von Großbritanniens Kriegserklärung. „Nach Beendigung der Durchsage gab es nicht einmal ein Murmeln. Sie standen unverändert dort. Betäubt. Die Leute können es noch nicht fassen, dass Hitler sie in den Weltkrieg geführt hat.“[19] So wieder der Augenzeuge William L. Shirer, der auch seine Beobachtungen mit Berichten vom August 1914 verglich: „Heute: keine Begeisterung, kein Hurrageschrei, keine Hochrufe, kein Blumenstreuen, kein Kriegsfieber, keine Kriegshysterie. Nicht einmal Hass auf Franzosen und Briten [...]“.[20] Und die Analyse in den SOPADE-Berichten besagte, dass bei weitem nicht alle „verrückt“ wären. „O nein, Begeisterung gibt es überhaupt nirgends.“[21] Die verbreitete Ablehnung des Krieges hatten auch ganz unterschiedlich gesonnene britische Besucher im Reich festgestellt.[22]

Diese Volksstimmung konnten die Machthaber als Beweis für das Scheitern der Absicht ansehen, die Hitler den Spezialisten der NS-Presse vor knapper Jahresfrist in München am 10. November 1938 auseinandergesetzt hatte: dem Volke „die Vorgänge“ so darzustellen, dass dessen Seele schließlich nach Gewalt rufe. Nun suchten sie im Kriege nachzuholen, was ihnen im Vor-Krieg nicht gelungen war. Dabei reagierten sie nicht überstürzt, mit Geschick und Raffinesse und brauchten im Kern Neues nichts zu erfinden. Sie griffen zu der 1914 von der kaiserlichen Regierung benutzten Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg“.[23] Besonderer Wert wurde auf die Beteuerung gelegt „Der Führer hat diesen Krieg nicht gewollt.“[24] Englands angeblich von Juden gelenkte Regierung wurde, unter Aussparung des französischen Gegners[25], als der alleinige Kriegsinteressent hingestellt. Diese Version

---

18 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragungen vom 24. und 29. August 1939, S. 177 u. 182.

19 William L. Shirer, Tagebuch, Eintragung 3. September 1939, S. 191.

20 Ebenda. Eintragung 3. September 1939, S. 192. Das schloss nicht aus, dass sich Wehrmachtssoldaten auf ihrem Weg an die Front ähnlich artikulierten, wie es ihre Väter 1914 getan hatten. So existieren Fotos von Fahrzeugen mit der Aufschrift, man werde nun die „Polen versohlen“. Doch bildeten derlei Soldatenbelustigungen offenbar Ausnahmen.

21 SOPADE-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 8, S. 977.

22 Angela Schwarz. Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-1939). Göttingen 1993. S. 374-375 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 31, Hrsg. Adolf M. Birke).

23 Kurt Pätzold, Der uns aufgezwungene Krieg. In: Ders./Manfred Weißbecker, Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 1, S. 118-124. An dieser Formel wurde während aller Jahre festgehalten. Sie prangte in den Aufgängen er Häuser auch von der „Parole der Woche“ 1940, Nr. 16.

24 Rede von Joseph Goebbels am 17. April 190 im Berliner Sportpalast anlässlich der Rechenschaftslegung des 1. Kriegswinterhilfswerkes. Goebbels Reden, Bd. 2, 1939-1945. Hrsg. Von Helmut Heiber München 1972, S. 19.

25 Diese Differenzierung änderte sich in der Propaganda abrupt, als der Krieg im Mai und Juni 1940 in Frankreich geführt wurde. Dann hetzte eine im Juni herausgegebene „Parole der Woche“ gegen die „schwarzafrikanischen Soldaten“ und gegen das „verjudete und vernegerte Frankreich“ Parole der Woche, 1940, Nr. 24.

besaß freilich den Nachteil, dass ihr stillschweigend ein Bedauern über den verlorenen Frieden beigemischt war, eine Stimmung, die, jedenfalls wenn sie dauerte, dem Ziel der Machthaber, die Bevölkerung zu äußersten Kriegsanstrengungen zu mobilisieren, nicht förderlich sein konnte. Doch ließ sich darauf vertrauen, dass militärische Siege, zumal wenn sie ohne große Opfer gegen den hoffnungslos unterlegenen polnischen Gegner erreicht waren, die Stimmung wandeln und – nolens volens – eine Gewöhnung an das einschneidend veränderte Leben eintreten werde. Einmal im Krieg, würden die Deutschen ihn vor allem nicht verlieren wollen. Bei diesem Wunsch ließen sich die Massen packen und von der Führung gleichsam sicher an den Haken nehmen.

Zunächst verzichtete die deutsche Führung in den ersten Septembertagen auf jede Kriegsbegeisterung demonstrierende Massenkundgebung ihrer Anhänger, die Goebbels in seiner Eigenschaft als Berliner NSDAP-Gauleiter in der für derlei Spektakel mehrfach genutzten Sporthalle leicht hätte inszenieren können. Doch wären sie mit einer derartigen Kundgebung nur Gefahr gelaufen, die Partei von der Bevölkerungsmasse zu isolieren. Das war noch nicht die Stunde des Propagandaministers, über dessen fehlende Wortmeldung sich Victor Klemperer wunderte, der am 10. Tag des Krieges in sein Tagebuch schrieb: „Wo ist Goebbels? Er schweigt seit Kriegsausbruch, nein, schon seit Russenbund.“[26] Die Töne wurden auf Moll gestimmt: die Deutschen wüssten um die Schwere des Krieges, sie gingen in ihn ernst wie in ein Gebet.

Zur Demagogie vom unschuldig verlorenen Frieden gehörte die Befolgung der Devise: Im Hause des Henkers spricht man nicht vom Strick. Die Propaganda vermied allein schon das Schreckwort *Krieg*, jedenfalls sofern vom eigenen Haus gesprochen wurde. Die Vorgabe hatte Hitlers Rede am Tage des deutschen Einfalls in Polen geliefert.[27] Nicht, dass dem Nachbarstaat, der angeblich den Krieg wollte, deutscherseits Krieg erklärt wurde. Vielmehr wurde nun „zurückgeschossen“, „Gewalt gegen Gewalt“ gesetzt, dem Gegner „mit dem Schwert entgegengetreten“, der „Schutz des Reiches gewährleistet“ und ein „Abwehrkampf“ geführt. Dem ersten Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht zufolge hatten „Kampfhandlungen“ begonnen. Deutschland befand sich „im Kampf“, seine Bevölkerung lebte nun „in Zeiten des Kampfes“. So auch die Wortwahl im Aufruf des katholischen Feldbischofs Rarkowski, der von einer „Feuerprobe der Bewährung“, dem „Kampf um Lebensrechte“, vom „Schutz des Lebens der Nation“ und von „Sturmestagen“ sprach.[28]

Das Wort *Krieg* wurde nur im Hinblick auf die Politik der Gegner benutzt, so in der These „Polen zwingt und den Krieg auf“.[29] Als die Regierung in London am dritten Septembertag erklärte, Großbritannien befinde sich mit dem Deutschen Reich in Kriegszustand und aus Paris die entsprechende Nachricht in Frankreichs Namen einging, hieß es in der NS-Presse „Die Westmächte brechen den Frieden“. Britische Machtpolitiker hätten das eigene Volk in den Krieg getrieben und wollten das deutsche in ihn hineinziehen. Auf des Gegners Seite hatte eine „Kriegspartei“ gesiegt und war „Kriegshysterie“ entfacht worden, dort tagte ein „Kriegskabinett“ und agierten „Kriegshetzer“, dort wurden „Kriegskredite“ aufgelegt und ein „Kriegshaushalt“ beschlossen, dort lag die „Kriegsschuld“ und existierten „Kriegsgründe“. Großbritannien führe einen „Wirtschaftskrieg“, einen „Piratenkrieg“ und „Kaperkrieg“ zur See und den „Hungerkrieg gegen die Welt“.

Charakterisierte die deutsche Propaganda die eigene Politik, war und blieb Krieg zunächst ein Tabuwort. Einzig die deutsche Bürokratie vermochte sich weder in der Wehrmacht noch in Wirtschaft und Justiz dem anzuschließen. Dort existierten die „Kriegsrangliste“ und der „Kriegsstammrolle“. In der „Kriegswirtschaftsverordnung“, erlassen vom Ministerrat für die Reichsverteidigung gab es „Kriegsbeiträge“, „Kriegszuschläge“, „Kriegslöhne“ und „Kriegspreise“ und auch „kriegsschädliches Verhalten“. Im Versicherungsgewerbe ließen sich Bezeichnungen wie „Kriegsschäden“ infolge von „Kriegshandlungen“ nicht umgehen. Auch nicht zur Bestimmung weiterer Straftatbestände in der „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege“, die den Machthabern und ihren Richtern zusätzli-

---

26 Victor Klemperer, Tagebuch 1933-1941, Eintragung 10. September 1939, S. 488.

27 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, 3. Sitzung, 1. September 1939, S. 47.

28 Verordnungsblatt des katholischen Feldbischofs der Wehrmacht, 1939, S. 5.

29 So im Aufmacher in: Nordwestdeutsche Zeitung, Nr. 204, 1. September 1939.

che Instrumente zur Erzwingung von Gehorsam und Disziplin bot. Eine der ersten Verlautbarungen, die ihnen einen Wandel im Sprachgebrauch der Propaganda anzeigte, kam aus der Adjutantur des Führers, der wissen ließ, er wünsche nicht, auf seinen Reisen Blumen überreicht zu bekommen – während der unbestimmten „Dauer des Krieges".

Als Polen besiegt war, fielen diese Rücksichten mehr und mehr. Der Oberkommandierende der Kriegsmarine, Großadmiral Erich Raeder, gab einem holländischen Journalisten ein Interview, in dem er das Festhalten am internationalen Seekriegsrechts glaubhaft zu machen suchte. Es erschien unter der Überschrift „Deutschlands U-Bootkrieg". Herausgehoben wurde die Mehrung der eigenen „kriegswirtschaftlichen Kraft" durch den Zugriff auf Polens Schwerindustrie, gefeiert die „unübersehbare Kriegsbeute". Ein Leitartikel war überschrieben „Kriegsziel erreicht". Das war für diesen Moment, den 20. September 1939 die größte aller Lügen. Denn die Ziele in diesem sich zum Zweiten Weltkrieg ausweitenden Eroberungszug des deutschen Imperialismus erschöpften sich weder in Danzig noch mit der Liquidierung des Nachbarstaates. Das verbarg die Behauptung vom erreichten Kriegsziel. Indessen gewann der Krieg, der nach dem kurzen Feldzug in Polen praktisch nicht stattfand, unter den Deutschen eine begrenzte Popularität, zumal er ganz anders zu verlaufen schien, als der zwei Jahrzehnte zuvor verlorene.

Diesen Wandel beschrieb mit einem treffenden Bild aus geringem zeitlichen Abstand Howard K. Smith so: „Im Grunde hängen sie (die Deutschen K. P.) an den Nazis dran, wie ein Mann, der die überraschende Entdeckung gemacht hat, dass er den Schwanz eines Löwen in den Händen hält, und der sich einfach weiter daran festhält – nicht, weil er die Nähe des Löwen so toll findet, sondern weil er unsagbare Angst davor hat, was wohl passiert, wenn er loslässt. [...] Der Hauptgrund, weshalb sich die Deutschen am Schwanz des Löwen festklammern, ist folgende quälende Frage, die ihnen wie ein Alptraum im Nacken sitzt: Wie wird es ihnen ergehen, wenn sie den Krieg nicht gewinnen."[30] Und diese Furcht, wie Smith ebenfalls bemerkte, nahm mit jeder Untat und jedem an anderen Völkern begangenen Verbrechen zu. Zur Abwendung einer erneuten Kriegsniederlage mobilisierten Millionen ihre Willenskräfte, denen sie, von der faschistischen Propaganda missleitet, ohnehin einen übermäßigen Anteil an Erfolgen oder Misserfolgen zumaß. Als die Dänin Karen Blixen Deutschland im März 1940, von Beauftragten des Propagandaministeriums geleitet, Deutschland besuchte, stieß sie auf diese Erscheinung, die sie so beschrieb: „So beherrscht den Fremden in Berlin überall der Eindruck einer ungeheuren Willensanspannung. Die Willenskraft ist die Leistung des Dritten Reiches [...] und je nachdem, ob man an die Macht des Willens glaubt, kann man an dessen Evangelium glauben."[31]

Dabei befand sich der zunächst schweigende Goebbels gleichsam auf dem Sprung, die Deutschen mit den schrillen Tönen der Kriegsfanfaren anzufallen Er werde sorgen, warf er sich schon am 4. Kriegstag in seinen Tagebuchaufzeichnungen in die Brust, dass „das Volk halten wird". Es sei „ruhig und gefasst" und „voll einer erbitterten Entschlossenheit".[32] Der Feldzug gen Osten dauerte noch keine zehn Tage, da notierte auch er, die „Volksgenossen" würden noch nicht glauben, „dass es zum großen Krach kommt".[33] Als die Kriegshandlungen im Osten nahezu beendet waren, befand er die Stimmung im Lande zwar als ausgezeichnet, gestand sich aber doch ein. „Alles ist abwartend" und „Man hofft wohl insgeheim auf einen Frieden mit Frankreich."[34] So sahen das auch die Informanten des Exilvorstands der Sozialdemokratie, wie ein aus Bayern stammender Bericht besagte: „Ein wesentlicher Teil

---

30 Howard K. Smith, The Last Train from Berlin, 1942. Die dt. Ausgabe: Howard Kingsburry. Smith, Feind schreibt mit. Ein amerikanischer Korrespondent erlebt Nazi-Deutschland. Über setzt von Nils Kadritzke, Berlin 1982. Hier zitiert in: Reisen ins Reich 1933-1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland. Zusammengestellt und mit einer Einleitung von Oliver Lubrich, Frankfurt a. M. 2004 (= Die andere Bibliothek. Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger), S. 324-325.

31 Karen Blixen, Halbmond und Hakenkreuz. In: Briefe aus einem Land im Kriege (1948). Hier zitiert in: Reisen ins Reich 1933-1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland. Zusammengestellt und mit einer Einleitung von Oliver Lubrich, Frankfurt a. M. 2004 (= Die andere Bibliothek. Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger), S. 257.

32 Goebbels Tagebuch, S. 92 (Eintrag vom 4. September 1939).

33 Mit Bezug auf die Kriegsrede Hermann Görings in einem Rüstungsbetrieb, die er am 9. September 19939 gehalten hatte.

34 Gb. Tgb. 7, S. 114 u. 116 (Eintrag vom 21. September 1939).

der Bevölkerung hofft noch immer, dass die Franzosen doch nicht mitmachen werden und die Sache deshalb bald zu Ende gehe.“[35] Das Bild, wonach die Deutschen in einer Mischung von Loyalität, Vertrauen und Liebe zu ihrem bewunderten Führer, bangend zwar, in den Krieg gefolgt seien und seinen Krieg zu dem ihren gemacht hätten,[36] geht an der Tatsache vorbei, dass sie sich einer Wahlmöglichkeit längst begeben hatten. Sie mussten sich mit den Schritten ihrer Führung abfinden. Der Kriegsbeginn schuf keine Beziehungskrise zwischen den Massen und den Machthabern, geschweige, dass er Menschen gegen das Regime in Bewegung gesetzt hätte. Darauf hofften Sozialdemokraten, sich auf die Erfahrungen von 1917/1918 stützend erst nach einem gründlichen Wandel der Situation: „Erst wenn der Hunger noch mehr anklopft und die Nerven zermürbt hat und vor allen Dingen, wenn es den Westmächten gelingen würde, im Westen Erfolge zu erzielen und deutschen Boden in größerem Umfange zu besetzen, dürfte die Zeit zu einem Umsturz heranreifen.“[37]

Als ein Teil der Truppen aus Polen wieder in ihre Garnisonen zurückkehrte und sie Einwohner mit Blumen empfingen, modifizierte sich jedoch das Bild. Vieler bemächtigte sich ein „Taumel über die Vernichtung Polens.“[38] Das waren auch Zeugnisse der Erleichterung, denn „es“ war so glimpflich abgegangen. Diese Feiern verbanden sich zudem mit falschen Hoffnungen. Der Krieg sei vielleicht gerade erst am Anfang, notierte William L. Shirer am 21. September, „wenn auch die Deutschen nach der Einnahme Polens ihn gern am Ende sähen“.[39] Und diesen Eindruck bestätigend, schrieb er am 5. Oktober 1939: „Die Menschen hier wollen gewiss Frieden.“[40] Dieser Stimmung trug das Zentralblatt der NSDAP Rechnung, als es nach dem Polenfeldzug schrieb: „Ganz Europa wartet auf das Wort des Friedens aus London. Wehe denen, die es verweigern. Sie werden eines Tages von ihrem eigenen Volk gesteinigt werden.“[41]

Die als Feldzug der 18 Tage gefeierte Niederwerfung Polens erzeugte in der Bevölkerung keinen Appetit auf mehr. Am 20. September notierte William L. Shirer: „Alle Deutschen, mit denen ich heute sprach, gehen felsenfest davon aus, dass wir innerhalb eines Monats Frieden haben werden.“[42] Wie Informationen des Sicherheitsdienstes besagten, rechneten viele mit einem Abbruch des Krieges und darauf, dass sich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit den geschaffenen Tatsachen abfinden würden. Dazu trug eine Rede Hitlers bei, die er am 6. Oktober vor dem Reichstag hielt und in der er den Westmächten ein Friedensangebot zu Bedingungen unterbreitete, die deren Kapitulation gleichkamen. Dennoch verstärkte diese Rede, „den Glauben an ein Nachgeben Großbritanniens und Frankreichs“, wie die nun regelmäßig erscheinenden SD-Berichte über die innenpolitische Lage am 9. Oktober vermerkten.[43] Drei Tage später tauchte „fast schlagartig in allen Teilen des Reiches das Gerücht auf, die englische Regierung und der englische König hätten abgedankt und es sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden.“ Diese Nachricht – der Wunsch war der Vater des Gedankens – sei in allen Volkskreisen freudig und mancherorts mit Begeisterung aufgenommen worden, in Betrieben, auf Märkten, in der Berliner Universität. Auf dem Bahnhof Heinersdorf nahe Berlin wurde Soldaten, die den Ort mit einem Zug passierten, zugerufen: „Ihr könnt nach Hause fahren, der Krieg ist aus!“ Als sich die deutsche Seite darauf zu einem Dementi veranlasst sah, habe sich unter denen, die der Nachricht geglaubt hatten, „eine tiefe Niedergeschlagenheit“ verbreitet.[44]

Deutlicher als durch diese Episode konnte unter den Bedingungen sofort erlassener Kriegsgesetze und der verschärften Überwachung der Bevölkerung deren Haltung kaum erkennbar werden. Noch

---

35 SOPADE-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 8, S. 980.

36 Rafael Seligmann, Die Deutschen und ihr Führer, München 2004, S. 220-224.

37 SOPADE-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 8, S. 983.

38 Victor Klemperer, Tagebuch 1933-1941, Eintrag vom 22. September 1939, S. 492.

39 William L. Shirer Tagebuch, S. 210.

40 William L. Shirer Tagebuch, S. 220.

41 VB, 30. September 1939, zitiert auch in William L. Shirer, S. 217, Notiz vom gleichen Tage.

42 William L. Shirer, Tagebuch, S. 207.

43 Meldungen aus dem Reich, Nr. 1, 9. Oktober 1939, Bd. 2, S. 330/331.

44 Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Nr. 2. 11. Oktober 1939, S. 339. Die Episode erzählt, offenkundig vom Hörensagen, auch Howard K. Smith, a.a.O. S. 265-266, allerdings das Gerücht verfälscht wiedergebend, denn Winston Churchill war zu diesem Zeitpunkt noch nicht britischer Premierminister.

Tage später galt die Aufnahme des Gerüchts Sicherheitsexperten als Beweis dafür, „wie stark in der Allgemeinheit der Wunsch zum Frieden ist“, eine Feststellung, der beruhigend hinzugefügt wurde, dass von „einer ausgesprochenen Kriegsmüdigkeit (in der 6. Woche seit Kriegsbeginn! K. P.) nicht gesprochen werden“ könne.[45] Noch in der Meldung vom 16. Oktober, als die Zurückweisung von Hitlers „Friedensangebot“ durch die Regierungen in London und Paris nicht zu bezweifeln war, hieß es im Bericht zur innenpolitischen Lage: „Vollständig sind allerdings die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden noch nicht geschwunden.“[46] Illusionen nährte auch die Tatsache, dass nach dem Feldzug in Polen Bauern aus der Wehrmacht entlassen wurden, um die Einbringung der Herbsternte zu sichern.

Erst in seiner Rede am 9. November 1939 in München sprach Hitler Klartext und sagte den „Volksgenossen“, worauf sie sich einzurichten hätten und widersprach damit den Hoffnungen vieler, dass der „richtige“ Krieg vielleicht doch gar nicht stattfinden werde. Doch ging diese Ausrichtung der Massen auf einen Krieg von unbestimmter Dauer propagandistisch – nächst der Ablehnung jeder deutschen Schuld am Kriege und der Verleugnung aller eigenen Kriegsziele – weiter mit dem Bestreben einher, den Deutschen zu versichern, dass dies ein ganz anderer Krieg sein werde als der von 1914 bis 1918 geführte. Vor allem könne er nur mit dem Sieg des Reiches enden. Unruhe schufen jedoch die ersten Kriegswirtschaftsverordnungen, die mit ihrer Schärfe die Stimmung unter der Arbeiterschaft so negativ beeinflussten, dass sie schon nach wenigen Wochen zurückgenommen wurden. Was den Massen zugemutet werden müsste und sollte, blieb in der Führung mehrfach umstritten und in kaum jemandem lebte die Erinnerung an den Zerfall der Kriegsgefolgschaft aus den Jahren 1917 und 1918 warnender als in Hitler. Er war der entschiedene Verfechter des Prinzips, die Kriegslasten auf „die Anderen“ abzuwälzen, sie schuften, bluten und sterben zu lassen und im Reich den Eindruck von Normalität aufrecht zu erhalten, u. a. durch die Fortsetzung des Betriebs von Kinos, Theatern, Varietés, Tanzveranstaltungen, Kunstausstellungen und Sportwettkämpfen, vor allem aber auch durch hinreichende Lebensmittelrationen und im ersten Kriegswinter durch warme Wohnungen. Bei letzterem gab es die ersten schmerzlichen Einbrüche, welche die Vernachlässigung der Entwicklung des Transportwesens anzeigten.

Die Mehrheit der Deutschen, mit Ausnahme einer freilich nicht zu marginalisierenden Minderheit von fanatischen Faschisten, Militärs, ahnungslosen Heranwachsenden und unbelehrten Weltkrieg-I-Kämpfern, hatte den Krieg nicht gewollt, aber sie wurde an ihn gewöhnt und konnte sich dennoch nicht entraten, bei jeder Veränderung und nach jedem Sieg zu fragen, ob sein Ende nicht in Sicht wäre. So wieder geschehen nach dem Sieg im Westfeldzug, als sich erneut eine die Machthaber beunruhigende Friedenserwartung ausbreitete.

Symposium zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939. Veranstalter: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen, Rosa-Luxemburg e. V., Akademie für politische Bildung. Hrsg. durch die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Berlin 2009, S. 66-85.

---

45 Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Nr. 3, 13, Oktober 1939, S. 347.

46 Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Nr. 3, S. 356.

Nebelwand Deutschland

Wie *Der Spiegel* den Weg von Weltkrieg zu Weltkrieg verzerrte

Zwischen dem Tag, an dem der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde, der den Ersten Weltkrieg mit völkerrechtlich bindender Kraft beendete, und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges lagen wenig mehr als zwei Jahrzehnte. Beide Ereignisse stehen im Kalender des Jahres 2009 mit runden Jahrestagen. Die Konferenz im einstigen Schloss der Bourbonen verzeichnet den neunzigsten, der Einfall der deutschen Wehrmacht in Polen den siebzigsten. Das hat wieder Betrachtungen darüber angeregt, welche Beziehungen zwischen den beiden Ereignissen feststellbar sind, eine Frage, die inzwischen Generationen von Historikern in vielen Ländern beschäftigt hat. Und vordem und mit ihnen immer wieder auch Politiker. Unter den Deutschen auch solche auf der Nürnberger Anklagebank 1945/1946. Die bemühten sich um den Nachweis der – das war das mindeste – Mitschuld jener Mächte am Zweiten Weltkrieg, die 1919 die Architektur dieses Friedensvertrages geschaffen hatten und deren Richter nun über Göring und Genossen zu Gericht saßen. Gezielt wurde auf Großbritannien und Frankreich. In den USA hatte sich keine parlamentarische Mehrheit gefunden, die den Vertrag guthieß, und die Sowjetunion, damals noch Sowjetrussland, war von der Konferenz von den Regierungen der kapitalistischen Mächte ferngehalten worden.

Konkurrierende Vorschläge

An die Strategie der Verteidiger der einstigen Nazigrößen und ihrer Angeklagten erinnert ein Artikel in Der Spiegel über den Vertrag von 1919 (Nr. 28/2009, S. 44 ff.), der auch die Aufmachung des Heftes abgibt. Auf der Titelseite werden zwei Thesen verkündet. Die eine, die Seite beherrschend, lautet: „Der verschenkte Frieden“ und macht stutzen. Wer von den Politikern und Diplomaten, die von den Regierungen zu den Verhandlungen – nicht zu Dutzenden, sondern zu Hunderten – entsandt worden waren, befand sich im Besitze des „Friedens“ und wusste den so wenig zu schätzen, dass er ihn nicht behalten, sondern auf billige Weise loswerden wollte und also verschenkte? Wieviel Einfalt gehört dazu, sich die Wilson, Lloyd George, Clemenceau und die anderen Führer der Entente-Mächte als Leute vorzustellen, die, vom Elend des Krieges beeindruckt und bedrückt, einzig zum Verhandlungstisch gekommen wären, um in und für Europa Frieden stiftende und dann sichernde Zustände einzurichten? Wie geschichtsunkundig, ja naiv muss man sein, um zu glauben, dass dieses Friedensinteresse der regierende, nur auf irgendeine zufällige Weise entschwundene Antrieb gewesen sei, der dem Kommen und Verhandeln zugrunde gelegen habe?

Vor Versailles lag ein Krieg, dessen Teilnehmer ihn aus Interessen und mit Zielen begonnen und geführt hatten. Davon haben die Geschichtsspezialisten des Hamburger Blattes nie etwas gehört oder, wenn es je zu ihren Ohren kam, dann haben sie es vergessen. Wer auf dem Schlachtfeld gesiegt hatte, wollte die Ernte einfahren. Dass dieser Krieg um politische und militärische Herrschaft und Vorherrschaft, zum Zwecke der Realisierung expansiver wirtschaftlicher Strategien, zur Ausschaltung oder Minimierung der Konkurrenten geführt worden war – was sonst –, prägte die Verhandlungen bis hin zum Kuhhandel in offiziellen Sitzungen wie in einer Vielzahl von Runden, die im Dunkel und Halbdunkel stattfanden. Das Friedensinteresse der Politiker der Siegermächte hatte mit dem der geschundenen Massen nur vermittelt etwas zu tun. Während diese, furchtbar belehrt, das nicht nur momentane „Die Waffen nieder!“ verlangten, sondern einen Frieden für sich, ihre Kinder und Enkel, waren jene darauf aus, Deutschland und dessen Verbündete ein für alle Mal angriffsunfähig zu machen und zu halten. Sie suchten zu erreichen, was in der Weltgeschichte nie gelungen war, ein in einem Kriege hergestelltes neues Kräfteverhältnis zu verewigen, d. h. vor allem dem Deutschen Reich Bedingungen zu diktieren, die ihm dauernd den Status einer gefährlichen Großmacht nahmen. So sahen dann auch die Bestimmungen des Versailler Friedens aus.

Mit denen konkurrierten andere Vorschläge, beispielsweise in Gestalt der von den deutschen Kommunisten verfochtenen „Leitsätze für den Frieden“, deren Existenz auch zur Kenntnis der Autoren des Magazins nicht gelangt sind, die ihre Leser stattdessen darüber grübeln lassen wollen, ob der geschlossene Friede zu hart oder zu weich gewesen sei und die ihn vor allem als ein Produkt menschlicher Unvollkommenheit und von Irrtümern erscheinen lassen und nicht als das, was er war: das

Resultat der Widersprüche in einer vom Kapital dominierten Welt und den Versuch der Sieger, sich in ihnen zu eigenem Vorteil und dauernd einzurichten. Zu dieser Bewertung waren seit langem nicht nur die unwandelbaren Kritiker dieser Gesellschaft, sondern, um im Lande zu bleiben, auch Historiker wie der Hamburger Universitätsprofessor Fritz Fischer (1908-1999) gelangt, dessen aufsehenerregendes und erbittert befehdetes Werk „Griff nach der Weltmacht“ von 1961 seine westdeutschen Zunftgenossen einst aufscheuchte, heute aber ebenso in Vergessenheit gebracht ist wie sein Autor.

Die zweite der Spiegel-Thesen war in eine Quasi-Frageform gepackt: „Warum auf den Ersten Weltkrieg ein zweiter folgen musste“. Hier wird, ganz entgegen dem sonst Üblichen, die Unvermeidlichkeit der Entstehung eines Krieges behauptet, der seine konkrete Gestalt 1939 durch Nazideutschlands Überfall auf Polen annahm, und als dessen Keim der Vertrag von Versailles ausgemacht. Hitler erscheint als der Exekutor irgendeiner geheimnisvollen Gesetzmäßigkeit. So musste es kommen. Denn, dies der Schluss des Artikels: Als Frankreich 1919 den Frieden feierte, da schon lauerte Deutschland hingegen „auf eine Revanche“. Diese Behauptung verdient die Kennzeichnung: Unverfrorenheit. Sie bürgert eine nicht exakt zu ermittelnde Zahl von Menschen, jedenfalls Abermillionen, aus diesem ihrem Vater- oder Mutterland beiläufig aus. Die organisierten kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitermassen, die sich in pazifistischen Organisationen Sammelnden, die ohne derartige Bindungen Lebenden, die aber alle in einem Ruf übereinstimmten „Nie wieder Krieg!“. Sie mochten den Versailler Vertrag für ungerecht, für einen Willkürakt halten, seine Korrektur oder Liquidierung eher heute als morgen wünschen, aber sie waren sich darin einig, dass dafür kein Sohn, Bruder, Vater noch auf irgendeinem Schlachtfeld sterben sollte. „Deutschland lauerte auf eine Revanche“? Das ist die nochmalige Ausbürgerung der Arnold Zweig, Kurt Tucholsky und Tausender anderer, die in Wort und Schrift Völkeraussöhnung, Völkerverständigung, Völkerfrieden forderten und von denen darob viele schon in Zeiten der Republik staatliche und nichtstaatliche Nachstellungen erlebten und erlitten. Das also ist die eine Seite der intellektuellen Falschmünzerei. Die andere besteht in der Namenlosigkeit derer, die in Deutschland nun wirklich und schon als die Waffen gerade schwiegen, also sofort nach der Niederlage und noch in Unkenntnis der Bestimmungen des Friedensdiktats, nach Revanche sannen und trachteten.

Gepflegte Legende

Es ist eine gepflegte Legende, dass es erst die in das Leben der Deutschen lange abträglich eingreifenden Artikel des Vertrages waren, die in gemeinhin als Eliten bezeichneten Führungskreisen des Reiches, wirtschaftlichen, politischen, militärischen und geistigen, das Revanchegelüst entstehen ließen. Das hat den Aspiranten auf den „zweiten Gang“ – und in der Tat sahen sie den von ihnen vorgedachten Krieg als die Fortsetzung des eben beendeten an – die Stimmungsmache in der deutschen Bevölkerung, ihre „Anti-Versailles-Hetze“, erleichtert. Doch dass Deutschland auf die Revanche gelauert hätte, haben selbst die nicht zuwege gebracht, die am entschlossensten waren, den Furor teutonicus zu furchtbarem neuem Leben zu erwecken. Hitler hat das im November 1938 intern eingestanden und seine Agitatoren aufgerufen, die Massen so zu bearbeiten, dass „die Seele des Volkes“ schließlich nach Gewalt schreien würde. Das hat sie im August 1939 nicht getan.

Eine Zwangsläufigkeit des Weges von 1919 zu 1939 existiert auch deshalb nicht, weil es auf ihm eine Reihe von Kreuzungen gab, an denen die europäische Geschichte eine andere Richtung gewinnen konnte als jene, die sie tatsächlich nahm. Über die hinwegzuschreiben, heißt die Heutigen um schwer erworbene geschichtliche Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern betrügen. Deutschland – der Begriff hat verschiedensten Kräften und Personen als Nebelwand gedient, hinter der sie ihre eigenen Programme und Ziele verbargen, ein Sachverhalt, der sich bis in die Gegenwart fortsetzt. Damit ist auch gesagt, wem dieser im Gewande der Information daherkommende, intime Geschichtskenntnis nur vortäuschende Artikel zuarbeitet, eine freilich nicht einmalige „Bewältigung der deutschen Vergangenheit“.

junge Welt, Sonnabend, 29.08.2009, S. 15.

Im Hause des Henkers ...

Wie die Deutschen daran gewöhnt wurden, dass sie in einem Krieg standen

An Anstrengungen der „Schriftleiter“, ihrer Redakteure und Journalisten, den Auftrag zu erfüllen, den ihnen Hitler in einer Geheimrede am 10. November 1938 in München gab, hatte es nicht gefehlt. Er lautete: Es sollten dem offenkundig kriegsunwilligen deutschen Volk „die Dinge“ so dargestellt werden, dass „dessen Seele“ nach Gewalt zu verlangen beginne. „Die Dinge“ – dazu wurden im Sommer 1939 die Politik Polens und der „Schutz“ der im Nachbarstaat lebenden „Volksdeutschen“ bestimmt. Und so lauteten dann auch Überschriften von Artikeln in deutschen Zeitungen, mit denen die Zeitungsleser im Reich in der letzten Augustdekade eingestimmt werden sollten: *Polnische Schreckensherrschaft in den Grenzgebieten, Volksdeutsche geschlagen und in die Gefängnisse geworfen, Frauen und Kinder schwer misshandelt, Aus der polnischen Hölle entkommen, Polen morden Säugling, Der Polenterror überschreitet jedes Maß, Deutsche in polnischen Kerkern grausam misshandelt, Flüchtlinge mit Hunden gehetzt, Auf der Flucht erschossen, Raubgier feiert Orgien. Viehische Ausschreitungen, Massenmord an Wehrlosen.*

Diese Überschriften entstammen Ausgaben des „Stuttgarter Neuen Tageblattes“ von fünf aufeinander folgenden Tagen und waren zumeist als Aufmacher platziert. Kommentare kennzeichneten den „wahren Charakter der Polen“ als brutal, grausam, hochmütig, eitel, hinterhältig, gemein und bezeichneten sie als „Untermenschen“, eine Saat, die aufging, als kaum eine Woche vergangen war und die deutschen Heere in das Land einfielen. Die Politik der polnischen Regierung und der Nationalisten im Lande wurde als hemmungslos aggressiv und kriegshysterisch dargestellt. Sie ziele auf die Eroberung Ostpreußens, Danzigs und Schlesiens. Für deutsche Städte würden Beschriftungen von Bahnhöfen in polnischer Sprache vorbereitet. Breslau solle dann Wrocław heißen (einen Namen, der die Geschichte der Stadt seit ihrer slawischen Gründung stets begleitet hat). Auch ein Krieg gegen Litauen werde vorbereitet.

Dennoch: Die deutsche Volksseele begann nicht zu schreien. Sie erhielt einen Schock, als Rundfunk und Zeitungen am 27. August 1939, einem Sonntag, morgens bekanntmachten, ab sofort würden Lebensmittel und andere Artikel des Grundbedarfs rationiert verkauft werden. Die „Volksgenossen“ erfuhren, wie sie an Berechtigungsscheine für Seife, Lederwaren und weitere Artikel gelangen könnten. Soweit war es im Jahr zuvor während der „Tschechenkrise“, die ihre Auflösung im erpressten Münchener Abkommen gefunden hatte, nicht gekommen. Dennoch glaubten viele Deutsche weiter, der „Führer“ werde nur am Rand eines Krieges auf ein „zweites München“ steuern. Diese Deutungen bestärkte auch die Nachricht, Ribbentrop fliege nach Moskau, um dort einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Zudem erinnerten Berichte über die „Ausrottung“ der Deutschen in Polen an nahezu wortgleiche Meldungen, die vor knapper Jahresfrist den Tschechen dieselbe Absicht und Tat unterstellten.

Diese Selbstberuhigung vieler Deutscher konnte sich nur durch Verdrängung auch der offiziellen Nachrichten gewinnen lassen, mit denen die Deutschen über die Folgen eines nicht nur gegen Polen gerichteten Krieges getäuscht wurden. In Zeitungen erschienen Berichte über den „ehernen Westwall“, das in Eile errichtete System von Verteidigungsanlagen an der Grenze zu Frankreich, das als „das gewaltigste Verteidigungssystem aller Zeiten“ beschrieben wurde. Ein Report über die „Luftverteidigungszone West“, mit dem der vor allem im Zusammenhang mit den intensivierten Luftschutzübungen sich ausbreitenden Furcht vor einem Bombenkrieg begegnet werden sollte, erschien unter der Überschrift „Hier kommt kein Angreifer durch“. In diese Propaganda reihte sich ein Interview des Landwirtschaftsministers, der versicherte, dass sich Hungerzustände wie die im Weltkrieg nicht wiederholen könnten.

Bei alledem: Die Deutschen wollten ihre Väter und Söhne nicht auf Schlachtfelder ziehen sehen. In diesem Wissen ließen sich die Machthaber am 1. September 1939 von der Devise leiten: Im Hause des Henkers spricht man nicht vom Strick. Sie vermieden allein schon das Schreckwort Krieg, jedenfalls sofern sie vom eigenen Haus sprachen. Die Vorgabe lieferte Hitlers Rede am Tage des deutschen Einfalls in Polen. Nicht, dass dem Nachbarstaat, der angeblich den Krieg wollte, deutscherseits Krieg

erklärt wurde. Vielmehr wurde nun „zurückgeschossen“, „Gewalt gegen Gewalt“ gesetzt, dem Gegner „mit dem Schwert entgegengetreten“, der „Schutz des Reiches gewährleistet“ und ein „Abwehrkampf“ geführt. Dem ersten Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht zufolge hatten „Kampfhandlungen“ begonnen. Deutschland befand sich „im Kampf“, seine Bevölkerung lebte nun „in Zeiten des Kampfes“. Erst als die Regierung in London am dritten Septembertag erklärte, Großbritannien befinde sich mit dem Deutschen Reich in Kriegszustand und aus Paris die entsprechende Nachricht in Frankreichs Namen einging, hieß es in der NS-Presse „Die Westmächte brechen den Frieden“.

Krieg – den Begriff gab es in den folgenden Wochen nur mit Bezug auf diese Gegner. Britische Machtpolitiker hätten das eigene Volk in den Krieg getrieben und wollten das deutsche in ihn hineinziehen. Auf des Gegners Seite hatte eine „Kriegspartei“ gesiegt und war „Kriegshysterie“ entfacht worden, dort tagte ein „Kriegskabinett“ und agierten „Kriegshetzer“, dort wurden „Kriegskredite“ aufgelegt und ein „Kriegshaushalt“ beschlossen, dort lag die „Kriegsschuld“ und gab es die „Kriegsgründe“. Großbritannien führe einen „Wirtschaftskrieg“, einen „Piratenkrieg“ und „Kaperkrieg“ zur See und den „Hungerkrieg gegen die Welt“.

Charakterisierte die deutsche Propaganda die eigene Politik, war und blieb Krieg zunächst ein Tabuwort. Die deutsche Bürokratie vermochte sich jedoch weder in der Wehrmacht noch in Wirtschaft und Justiz dem anzuschließen. Dort existierten die „Kriegsrangliste“ und „Kriegsstammrolle“. In der „Kriegswirtschaftsverordnung“, erlassen vom Ministerrat für die Reichsverteidigung, gab es „Kriegsbeiträge“, „Kriegszuschläge“, „Kriegslöhne und Kriegspreise“ und auch „kriegsschädliches Verhalten“. Im Versicherungsgewerbe ließen sich Bezeichnungen wie „Kriegsschäden“ infolge von „Kriegshandlungen“ nicht umgehen. Auch nicht zur Bestimmung weiterer Straftatbestände in der „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege“, die den Machthabern und ihren Richtern zusätzliche Instrumente zur Erzwingung von Gehorsam und Disziplin bot. So erfuhren die Deutschen auf verschiedensten Wegen offiziell doch, dass sich das Reich und sie als seine Bürger wirklich in einem Krieg befanden. Eine der ersten Verlautbarungen, die ihnen das mitteilte, kam aus der Adjutantur des Führers, der wissen ließ, er wünsche nicht, auf seinen Reisen Blumen überreicht zu bekommen – während der unbestimmten „Dauer des Krieges“.

Als Polen militärisch besiegt war, fielen diese Rücksichten mehr und mehr. Der Oberkommandierende der Kriegsmarine, Großadmiral Erich Raeder, gab einem holländischen Journalisten ein Interview, in dem er das Festhalten am internationalen Seekriegsrecht glaubhaft zu machen suchte. Es erschien unter der Überschrift „Deutschlands U-Bootkrieg“. Herausgehoben wurde die Mehrung der eigenen „kriegswirtschaftlichen Kraft“ durch den Zugriff auf Polens Schwerindustrie, gefeiert die „unübersehbare Kriegsbeute“. Ein Leitartikel war überschrieben „Kriegsziel erreicht“.

Das war für diesen Moment, den 20. September 1939 die größte aller Lügen. Denn die Ziele in diesem sich zum Zweiten Weltkrieg ausweitenden Eroberungszug des deutschen Imperialismus erschöpften sich weder in Danzig noch mit der Liquidierung des Nachbarstaates. Indessen gewann der Krieg unter den Deutschen eine begrenzte Popularität, zumal er ganz anders zu verlaufen schien, als der zwei Jahrzehnte zuvor verlorene. Das wiederum sollte sich als der größte Irrtum erweisen, dem sich eine Mehrheit der Deutschen nach den ersten leicht errungenen Siegen auf den Schlachtfeldern im Osten hingab.

Neues Deutschland, 29./30. August 2009, S. 20.

Wie die Deutschen an den Krieg gewöhnt wurden

Geschichte. Vor 70 Jahren überfiel Nazideutschland Polen

Die Leser des Stuttgarter Neuen Tageblattes, einer Zeitung, nicht anders als alle anderen deutschen vom Goebbels-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda gelenkt, lasen in der Ausgabe vom 17. September 1939 „Zehn Gebote für die Heimatfront“. Das erste lautete: „Du sollst unter allen Umständen deine Ruhe bewahren.“ Wie las sich derlei Forderung beispielsweise für ein Elternpaar, das einen Sohn in der Wehrmacht beim Angriff auf Warschau wusste? Dennoch war der Satz wie die ganze Liste der Gebote nicht einem Einfall eines Journalisten entsprungen, der einen besonders originellen Beitrag zur Lage und mit diesem den Nachweis seiner Tauglichkeit an der „Heimatfront“ zu erbringen suchte. Was da stand, ordnete sich in die von der Führungsspitze des Reiches vorgegebene und strikt zu befolgende Taktik ein. Sie zielte darauf, den „Volksgenossen“ zu vernebeln, was die Entscheidung des 1. September 1939 mit dem Einfall der deutschen Wehrmachtstruppen ins Nachbarland Polen für sie, ihr Leib und Leben, ihr Hab und Gut bedeutete und welche Folgen sich aus dem Kriegsbeginn ergeben könnten. Sie würden, so das Kalkül, das peu à peu schon selbst bemerken und sich an den Alltag des Krieges gewöhnen.

Krieg? Nein. Auseinandersetzung

Zu dieser Taktik gehörte, dass von der Propaganda zunächst sogar das Wort Krieg vermieden wurde. Das gab Hitler selbst in seiner Rede am Morgen des 1. September vor, die er den „Männern des Deutschen Reichstags“ hielt. Mit der Lüge vom polnischen Angriff auf deutsches Staatsgebiet wurde die „Antwort“ verbunden, dass nun „Gewalt gegen Gewalt“ gesetzt und das Reich geschützt werde. Die Berichte in den Zeitungen und im Rundfunk sprachen auch in den folgenden Tagen noch von einer „Auseinandersetzung“ oder von einem „Kampf“. Kein Gedanke sollte aufkommen, dass es Deutschlands Staatsführung war, die in Europa eine mehr als zwanzig Jahre währende Friedensperiode beendet hatte. Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine waren demnach mit der Durchsetzung berechtigter eigener nationaler Ansprüche beschäftigt, wobei sie – bedauerlicherweise – Waffen einsetzen mussten. Sie hatten begonnen, Ordnung zu schaffen, die mit anderen Mitteln nicht zu erreichen gewesen sei, und – vollkommene Verkehrung des wirklichen Geschehens – Frieden zu stiften, den Polen störe und angeblich gerade hatte beenden wollen.

In diesem Sinne hatte die Stuttgarter Postille über die Situation am ersten Kriegssonntag so berichtet: Der Schwabe, schon von Natur aus ruhig und gefasst, habe diese Wesensart auch an diesem Tage gezeigt. Der Sonntagsbetrieb sei verlaufen wie üblich, die Lokale gut besetzt gewesen und die Sportveranstaltungen hätten ihre Besucher gehabt. Gleiches gelte für die Reichsgartenschau und auch für die Filmtheater. Der Autor fasste seine Beobachtungen so zusammen: „Nirgendwo aber ein Anzeichen von Nervosität und Hast.“ Dieser Bericht hatte die Dachzeile erhalten „Eiserne Entschlossenheit“.[1]

Die Wortwahl änderte sich, als der Kriegseintritt Großbritanniens und Frankreichs (3.9.1939) gemeldet und kommentiert wurde. Jetzt lautete die Aufmachung „Die Westmächte brechen den europäischen Frieden“, als hätte sich Deutschlands Überfall auf Polen auf einem anderen Kontinent zugetragen. England sei der „Weltfriedensbrecher“. In diesen Kontexten wurde nun von Krieg und Frieden geschrieben, der „Kriegspartei“ auf gegnerischer Seite und deren „brutaler Gewaltpolitik“. Ein aus diesem Anlass publizierter Aufruf Hitlers an das Volk brandmarkte die „britische Welteroberungspolitik“ und die „britischen Macht- und Geldpolitiker“. Im Appell des Führers an die Armee wurden nicht näher bezeichnete „kapitalistische Kriegshetzer“ und „plutokratische Gegner“ attackiert. England, so die für den einfältigen Michel bestimmten „Aufklärungen“, habe keinerlei Grund, sich in die Auseinandersetzungen in Osteuropa einzumischen, einer Region, in der es keine eigenen Interessen besitze. Mit Bezug auf das kürzlich geschlossene britisch-polnische Beistandsabkommen hieß es, das Verständnis der Naziführer verratend, ein Vertrag sei kein Grund für diesen Schritt.

---

1 *Stuttgarter Neues Tageblatt* vom 4. September 1939, Morgenausgabe.

Das Bild, das die Propaganda von den Ursachen des Zweiten Weltkriegs zeichnete, stellte England als den einzigen Kriegsinteressenten dar, der, um einen Vorwand für dessen Eröffnung zu erhalten, Polen zu seinem angeblich provokatorischen und aggressiven Kurs angefeuert habe. Die britische Politik, so wurde nun, einen kühnen Geschichtsbogen schlagend, behauptet, sei seit der Reichsgründung 1871 darauf gerichtet gewesen, Deutschland klein und ohnmächtig zu halten. Darauf sei bereits der Weltkrieg von 1914 englischerseits gerichtet gewesen. Und im Sinne der seit Jahren betriebenen Verteufelung der Juden wurde dem hinzugesetzt, im Inselreich sei es „die jüdisch-plutokratische Herrenschicht“ oder, dies war die Formulierung in Hitlers Aufruf an die NSDAP, „der jüdisch-demokratische Weltfeind“, die den Krieg wollten.

Arbeiten und schweigen

Deutschland hingegen müsse nun einen „Verteidigungskampf“ führen, der bald auch „Existenzkampf“ genannt wurde, denn England, sei von einem „Vernichtungswillen“ angetrieben. Schon wenig später war das sprachliche Horrorbild mit unübertrefflichem Vokabular ausgemalt: „Deutschland soll ausgerottet werden.“[2] Um den Verdacht eigener Kriegsinteressen vollends zurückzuweisen, wurde beteuert: Das deutsche Volk könne sich darauf verlassen, im eigenen Lande werde niemand an diesem Krieg etwas verdienen. „Ernst und entschlossen“, das waren fortan die am meisten benutzten Wörter, mit denen das gewünschte Verhalten der „Volksgenossen“ im Kriege bezeichnet und beschrieben wurde. Am besten täten die Deutschen, wenn sie über den Krieg nicht redeten. Zwei Wochen nach Kriegsbeginn sich gegen die „Flüsterer“ wendend, gab das schwäbische Blatt die Verhaltensdevise aus „Arbeiten, seine Pflicht tun und schweigen“. Letzteres müsse auch in der eigenen Familie gelten.[3]

An dieses in der Frühphase des Krieges geltende Propagandakonzept hielt sich auch Hermann Göring strikt, als er am 10. September 1939 vor der Belegschaft der Rheinmetall-Borsig-Werke in Berlin-Tegel sprach, und das auf seine nach Popularität heischende hemdsärmelige Weise. Eine dem gedruckten Text gegebene Überschrift lautete „Der Brite war immer gegen Deutschland“.[4] Diese Sprachwahl verkleinerte den Gegner zunächst durch die Benutzung des Singulars, wie bisher schon mit dem bevorzugten Ausdruck „der Jude“. Auf der gleichen Propagandalinie lag, dass vom britisch-französischen Bündnis und den sich summierenden Kräften der beiden Großmächte geschwiegen wurde. Konsequent erweckte die deutsche Propaganda der Eindruck, das Reich habe es nur mit einer Feindmacht zu tun. Die, mit der es eine gemeinsame Grenze von etwa 300 Kilometern gab, an der sich inzwischen Armeen gegenüberstanden, blieb unerwähnt.

Auf die Frage nach der Kriegsschuld antwortete Göring, der soeben zum Vorsitzenden eines Reichsverteidigungsrates ernannte Generalfeldmarschall, mit einem Wort: die Juden. Sie seien immer schon auch die Kriegsschieber gewesen, die diesmal – wie er zynisch bemerkte – im Reich aufgrund der gegen sie getroffenen Maßnahmen nicht zum Zuge kommen könnten. Die Deutschen kämpften hingegen vom Willen zum Frieden geleitet und der herrschte „am tiefsten in der Seele des Führers“. Dass dieser Staat der angeblich Friedwilligen in Polen schoss und bombte, erklärte Göring dem britischen Premierminister, „das hat mit Krieg gar nichts zu tun, Herr Chamberlain“. Die Wehrmacht wirkte demnach im Nachbarland als eine Art Löschkommando, das einen sich entwickelnden Brandherd bekämpfte, der Europa bedrohte.

Irreführung und Beruhigung

Derlei Bilder vom Geschehen waren ganz auf innenpolitische Wirkung berechnet, Ihre Glaubwürdigkeit sollte auch dadurch gesichert werden, dass bereits in den ersten Kriegstagen das Verbot des Abhörens „feindlicher“ Rundfunkstationen erging und Verstöße dagegen unter schwere Strafen gestellt wurden. Irreführung und Beruhigung, darauf war auch diese Göring-Kundgebung vor den Arbeiter und Angestellten des Schwermaschinenbaubetriebs berechnet. Dabei war den Führern durchaus bewusst, dass sie sich auf in der Bevölkerung verbreitete Befürchtungen einzustellen hatten, die aus Erfahrungen des Ersten Weltkriegs herrührten. Zu denen gehörte die Erinnerung an die quälende

---

2 Ebd., Ausgabe vom 9. November 1939, Leitartikel.
3 Ebd., 14. September 1939.
4 Ebd., 11. September 1939.

Dauer der Kriegsleiden. Daher nährte Göring an jenem zehnten Kriegstag die Hoffnung, dass der Krieg zu seinem Ende kommen könne, bevor er sich noch vollends entfaltet hätte. Witzelnd und auf seine Rolle als hochdekorierter Weltkriegsoffizier der Fliegertruppe verweisend, erklärte er, dass er sich selbst schon gern wieder mit den Gegnern im Kampf messen würde, doch auch von ihm ein baldiges Ende der „Auseinandersetzung“ vorgezogen werde.

Im Gedächtnis eines großen Teils der älteren Generation waren aus den Jahren von 1914 bis 1918 die Blockade, der Mangel an Nahrungsmitteln und die Hungersnot mit ihren Folgen für Gesundheit und Leben haften geblieben. Sie sollten in diesem Punkte ganz unbesorgt sein, versicherte der seit 1936 auch als Wirtschaftsdiktator agierende Vorsitzende der Vierjahresplanbehörde den Versammelten. Dagegen sei ebenso vorgesorgt wie für die Steigerung der Rüstungen. Und aller Ungewissheit über die Entwicklung des Luftkriegs, dessen Möglichkeiten sich am Einsatz der eigenen Luftwaffe in Polen abzeichneten, suchte Göring in der Borsig-Halle mit der Geste hin zu den dort produzierten Geschützrohren für Fliegerabwehrkanonen (Flak) zu begegnen. Wer dachte, der sah deren Beweiskraft freilich durch die in den Städten einsetzenden Luftschutzvorkehrungen und -übungen und die strikten Verdunklungsvorschriften geschmälert und auch durch die angedrohten Strafen gegen jene, die ihnen nicht nachkamen.

„Morgen werde ich verhaftet“

Die Propaganda sollte am Beginn dieses Krieges die Stimmung der Deutschen dadurch heben, dass sie unter ihnen zwei Überzeugungen verbreitete: Diesen Krieg könne nur Deutschland gewinnen, und er werde ganz anders verlaufen als der von 1914 bis 1918 geführte. Auch Göring hatte in seiner Rede die Devise ausgegeben: „Nicht nervös werden!“ Damit sie befolgt werden könne, wurde nach Kräften für Ablenkung gesorgt und der Eindruck erweckt, dass das Leben ohne schwerwiegende Eingriffe und Einbußen weitergehen werde. Artikel in Zeitungen begründeten gegen offenbar existierende Bedenken, warum die Theater nicht nur weiter geöffnet, sondern auch bei deren Programm blieben, so dass sich Besucher bei Lustspielen unterhalten und amüsieren könnten. Auf Leinwänden der Kinos agierte Heinz Rühmann im „Paradies der Junggesellen“, wurde der „Irrtum des Herzens“ gezeigt und eine „Hochzeit mit Hindernissen“ geboten. Der letztgenannte Filmtitel erhielt eine besondere Bedeutung, als per Verordnung staatlich-bürokratische Hindernisse abgebaut wurden, die bis dahin einer rasch veranstalteten Hochzeit im Wege gestanden hatten. Viele Paare entschlossen sich, wohl auch wegen der finanziellen Folgen, zu einer Heirat, bevor der Partner des Bundes als Soldat „ins Feld“ zog. Beziehungsreicher war angesichts der Tatsache, dass in Städten und Ortschaften auf Straßen und Plätzen Deutschlands die Lichter ausgingen, der Filmtitel „Flucht ins Dunkle“. In anderem Sinne galt das auch für den Streifen mit dem Titel „Morgen werde ich verhaftet“.

Die Beteuerung deutschen Friedenswillens, die für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung wahr, für die Machthaber und eine Minderheit ihrer nationalchauvinistisch gestimmten Gefolgsleute aber verlogen war, verband sich indirekt mit dem Eingeständnis der Führung, dass die nahezu vor Jahresfrist von Hitler vor 400 Presseleuten ausgesprochene Forderung sich nicht hatte erfüllen lassen. Die sollten den Deutschen die internationalen Verhältnisse so darstellen, dass sie sich von der Vorstellung lösten, alle Ziele könnten auf friedlichem Wege erreicht werden. Die sollten es dahin bringen, dass die Volksseele schließlich nach Gewalt zu schreien beginne.

Die Stimme hatte sich jedoch nicht erhoben. Die Massen wünschten weiter in Frieden zu leben, und bis in die Tage, da die Spitze der Staatsführung und der Streitkräfte kaum noch mit anderem befasst gewesen war als mit der Vorbereitung des Krieges gegen Polen, war ihnen ja auch versichert worden, dass eben dies erstrebt werde. Außenminister Joachim von Ribbentrop, um die Funktion des deutsch-sowjetischen Vertrages, den er eben in Moskau geschlossen hatte, wohl wissend, gab nach seiner Rückkehr in Königsberg während einer Zwischenlandung am 24. August die Versicherung, dass der „Führer“ die gegenwärtige Krise meistern werde, wie er so viele Krisen zuvor schon gemeistert habe. Und das war nur eines der vielen gleichlautenden Versprechen gewesen, die das Volk betrogen, das sich selbst freilich und – wider alle seit Jahren mögliche Anschauung – den Wunsch zum Vater des Gedankens an den fortdauernden Frieden gemacht hatte. Am 1. September 1939 war es überrumpelt

worden, aber nicht unverschuldet. Die antinazistische Losung des Jahres 1932 „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt Krieg“ hatte sich im ersten Schritt am 30. Januar 1933 und im zweiten am ersten Septembertag 1939 vollständig bewahrheitet. Wer an diese Warnung der Kommunisten und anderer Antifaschisten erinnerte, konnte freilich gewärtig sein, dass für ihn „Morgen werde ich verhaftet“ galt.

Lange noch blieb die Propaganda dabei, jedwedes Interesse Deutschlands am Kriege und jedes Kriegsziel zu bestreiten. „Die Alleinschuld Englands am Kriege“, lautete die permanent verbreitete Version über seinen Ursprung.[5] Frankreich erschien als ein bloßer Gefolgsmann des britischen Weltreiches. Schlagzeilen wie „Die französischen Kriegshetzer entlarven sich“ oder „Die Westmächte als Kriegsverlängerer entlarvt“[6] stellten Ausnahmen dar. Diese taktische „Rücksichtnahme“ zielte auf die pazifistische Stimmung in der Bevölkerung Frankreichs, die sich erneut von einem Krieg auf eigenem Boden bedroht sah. Zunächst aber existierte an der deutsch-französischen Grenze ein Zustand, der alsbald als der „komische Krieg“ (Drôle de guerre) bezeichnet wurde. Keine Seite schien bestrebt, den Gegner durch den Einsatz ihrer militärischen Möglichkeiten herauszufordern und eine Entscheidung zu suchen.

Drei oder fünf Jahre Krieg?

Inzwischen trachtete die deutsche Presse, ihren Lesern auf verschiedenste Weise Geschmack am Kriegsführen zu machen. Da sich dramatische Ereignisse, die sich dafür eigneten, momentan nicht zutrugen, wurde auf solche aus früheren Kriegen zurückgegriffen, auf die des Preußenkönigs Friedrich II. und auf den Weltkrieg und da vorzugsweise auf Seekriegshandlungen. Publizisten von Erzählungen aus Kriegen, Feldzügen und Schlachten erlebten ihre seit Jahren anhaltende Hochkonjunktur noch einmal gesteigert. Hauptadressat der Einstimmung war die männliche Jugend, die Soldaten von morgen. Anfang November begannen in den deutschen Kinos an Sonntagvormittagen die „Filmfeierstunden“ für die Angehörigen der Hitlerjugend. Reichspropagandaminister Goebbels eröffnete sie im Berliner Filmpalast am Zoo mit einer Rede, die in viele Säle im Reich übertragen wurde. Wieder stellte er den Ernst heraus, mit dem die Deutschen in diesen Krieg gingen. Den hätten sie auch dadurch erwiesen, dass sie „lärmende Siegesfeiern“ – eine Anspielung auf den Ersten Weltkrieg – ablehnten. Jedoch, begeistert führten sie den Krieg schon, den Goebbels vorfristig einen „totalen“ nannte. 251 HJ-Führer seien im Polenfeldzug „gefallen“. Das waren die aktuellen Vorbilder und dazu der Held, der ihnen dann in dem eben fertiggestellten Fliegerfilm „D III 88“ vorgeführt wurde, ein Streifen über Abenteuerlust, Heldenmut, Kameraderie und diese bis in den Tod.

Zwei Monate nach dem Beginn des Krieges, der zuerst so nicht genannt wurde, gab Hitler selbst einen neuen, alle anfänglichen Gemütsrücksichten fallenlassenden Propagandakurs vor. Das tat er vor seinen „alten Kameraden“, die sich wie alle Jahre zuvor zur Erinnerung an den Putsch des 9. November 1923, bierselig in Erinnerungen schwelgend, im Riesensaal des Münchener Bürgerbräu zusammengefunden hatten. Hier konnte er des Jubelgeschreis sicher sein, als er die unter Deutschen ohnehin nur noch schwache Hoffnung, dass es zum großen Kampf und einem langen Kriege nicht kommen werde, in nassforschen und höhnenden Wendungen vollends begrub. Mit den britischen Politikern würde nun in der Sprache geredet, die sie offenbar einzig verstünden. In England sei von einem Krieg von drei Jahren die Rede gewesen, berichtete er und kommentierte, er habe dem „Feldmarschall“ am Tage der britisch-französischen Kriegserklärung die Weisung erteilt, sich auf einen fünfjährigen Krieg vorzubereiten, fügte dem aber hinzu, er glaube nicht, dass er wirklich so lange dauern werde. Mit derlei Mätzchen stimmte der Oberste Befehlshaber die Deutschen auf das ein, was sie zu erwarten hätten. Beruhigend versicherte er zugleich, dass Deutschland diesmal den „Kampf unter viel leichteren Bedingungen“ zu führen habe als in den Weltkriegsjahren. Es sei in jener Hinsicht stärker, seelisch, wirtschaftlich und militärisch, und so sei es „auf längste Zeit“ eingestellt. Sein Fazit war: „Es kann hier nur einer siegen, und das sind wir.“

---

5 So die Aufmachung des Stuttgarter Neuen Tageblatts am 3. November 1939.

6 Ebenda, Ausgabe vom 1. November 1939.

Wer diese Ansprache hörte oder las, war von Illusionen, wenn er sie noch gehegt hatte, befreit. Dieser Krieg würde ausgetragen werden müssen. Noch suchte der „Führer“ zwar die Hoffnung von einem Krieg mit weniger Entbehrungen, Lasten und Ängsten aufrechtzuerhalten. Aber er hatte auch eingestanden, dass ihn keine Opferzahl schreckte. In der deutschen Geschichte, so endete seine Ansprache, wären während Jahrtausenden Millionen Menschen „gefallen“, und dieser Opfer müssten sich die Heutigen würdig erweisen.

Nicht ob, sondern wie und wann dieser Krieg sich nun weiter entwickeln würde, prägte das Fragen und Vermuten von nun an nicht nur an deutschen Biertischen. Das fragten sich vor allem die Militärbefehlshaber, deren Höchstgestellte ausnahmslos als Offiziere am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten und von denen sich viele lebhaft daran zu erinnern vermochten, wie der Ansturm des Jahres 1914 auf Frankreich in Schlachtfelder verwandeltem Boden verebbt und aus dem Bewegungs- ein zermürbender Stellungskrieg geworden war. Das wünschten sie kein zweites Mal zu erleben, und das Gelüst, den Westfeldzug noch 1939 zu eröffnen, hielt sich in Grenzen. Es trat eine Pause ein. Die Zahl der Toten, die bei Scharmützeln starben, blieb gering. Die Deutschen erhielten Zeit, sich an einen Krieg zu gewöhnen, der vorerst nur episodenhaft, vielfach fern auf den Weltmeeren, stattfand – an die Rationierung der Lebensmittel, den einsetzenden Mangel an Konsumgütern, den aufblühenden Schwarzmarkt, die Feldpost und deren Vorschriften, die Verdunklungen, die Einrichtung der Luftschutzkeller und die Entrümpelung der Häuserböden und an die sich häufenden Befehle, Weisungen und Vorschriften, die ihnen sagten, was sie zu tun, was zu lassen hätten.

junge Welt, Dienstag, 01.09.2009, S. 10.

Tiefer in den Krieg

Deutsches U-Boot versenkte vor 70 Jahren das britische Passagierschiff „Athenia“

Wenn ein Aufsehen erregendes Ereignis zu einem „Zwischenfall“ herabgestuft wird, haben seine Verursacher etwas zu verbergen. Das signalisierte auch die Nachricht vom „Athenia-Zwischenfall“ über die Versenkung des britischen Passagierdampfers am 3. September 1939, der sich bis heute in der Literatur hartnäckig erhalten hat. Erst am Morgen dieses Tages hatten Großbritannien und Frankreich in Berlin mitgeteilt, dass sich die beiden Staaten mit Deutschland im Kriegszustand befänden. Am Abend sank die „Athenia“ auf der Fahrt vom schottischen Glasgow in das kanadische Montreal 200 Seemeilen westlich der Nordküste Irlands, von einem Torpedo getroffen. An Bord befanden sich Zivilisten – Frauen, Kinder und viele Amerikaner –, die das kriegsschwangere Europa hinter sich lassen wollten. Herbeigerufene Schiffe retteten die Mehrheit der Passagiere. Ihre Hilfsaktionen begünstigte eine relativ ruhige See. Dennoch kamen von den 1102 Passagieren und 315 Besatzungsmitgliedern 112 ums Leben.

Nach dem damals geltenden, auch von Deutschland anerkannten Seekriegsrecht waren Passagierschiffe zu verschonen, sofern sie unbewaffnet waren und nicht im Geleit liefen. Auch Frachtschiffe, die nicht im bewachten Konvoi fuhren, durften demnach erst versenkt werden, nachdem ihre Ladung als „Konterbande“ identifiziert war. Geschah das, hatte der Angreifer für das Überleben der Besatzungen zu sorgen. Die Versenkung der „Athenia“ weckte Erinnerungen an den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“ der kaiserlichen Marine während des Ersten Weltkrieges. Folglich sah sich die deutsche Marineführung schärfsten Anklagen ausgesetzt.

Flucht in Lügen

Dass sie den Krieg zur See schon Stunden nach der Kriegserklärung beginnen konnte, hatte seine Vorgeschichte in Maßnahmen, die Wochen zuvor für den Fall getroffen worden waren, dass Deutschlands Angriff auf Polen einen Krieg mit Großbritannien auslösen würde. U-Boote hatten Befehl erhalten, in See zu gehen. U 30, eines von insgesamt 14 einsatzbereiten Fahrzeugen, hatte am 22. August seinen Stützpunkt verlassen. U30-Kommandant war der Sohn eines Weltkriegsoffiziers, noch in der Republik in die Reichsmarine eingetreten und dann zu jener Waffengattung gelangt, deren Angehörige als „Helden der See“ gefeiert wurden. In diesem Geiste waren Oberleutnant Fritz-Julius Lemp und seine Besatzung erzogen worden. Dass er den Befehl zum Beschuss der „Athenia“ ohne ausreichende Identifikation des Schiffes und auf den bloßen Verdacht hin gegeben hatte, er habe – so seine spätere Schutzbehauptung – einen Hilfskreuzer im Visier, war dem Kommandanten schon klar, bevor er mit seinem Boot vom Tatort ablief. Dafür sprach auch sein Entschluss, jede Funkmeldung über den „Erfolg“ zu unterlassen.

Der Befehlshaber der U-Boote, Karl Dönitz, erfuhr von der Torpedierung aus dem britischen Rundfunk. Er konnte in Kenntnis der Aufenthaltsgebiete seiner Boote leicht entschlüsseln, was geschehen war. Dennoch entschied sich die deutsche Führung dafür zu leugnen, dass der Untergang des Schiffes durch einen U-Boot-Angriff verursacht sein könnte. Es habe sich kein deutsches Boot in der Nähe des Katastrophenortes befunden. Wilde Ausflüchte wurden in die Welt gesetzt. Ein britisches Boot könne für die Torpedierung verantwortlich oder das Schiff auf eine Mine, gelegt von eigenen Streitkräften, gelaufen sein.

Seit dem 6. September verdächtigte die Nazipropaganda dann gar den „Ersten Lord der Admiralität“ Winston Churchill als Urheber des Schiffsuntergangs. Am 22. Oktober 1939 behauptete der Völkische Beobachter unverhohlen: „Churchill versenkt die ‚Athenia‘“. Auf seine Veranlassung sei in den Schiffsrumpf eine Höllenmaschine eingebaut worden, sie hätte die Katastrophe ausgelöst und alle Passagiere in den Tod reißen sollen. So wollte England sich die USA zum Kriegsverbündeten machen. Schon vordem hatten Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Erich Raeder als Oberkommandierende der Marine dem Geschäftsträger der USA und deren Marineattaché versichert, deutsche U-Boote wären an dem Ende der „Athenia“ unbeteiligt gewesen.

Am 27. September 1939 lief U 30 in Wilhelmshaven ein. Es hatte inzwischen zwei Frachter auf den Meeresgrund geschickt. Die Mitglieder der Besatzung wurden verpflichtet, über die Versenkung zu schweigen, das Bordtagebuch wurde gefälscht, und auch im Kriegstagebuch des Befehlshabers der U-Boote fanden nur die versenkten Handelsschiffe Erwähnung. Kommandant Lemp, der vor ein Kriegsgericht gehört hätte, wurde nicht angeklagt. Er behielt sein Kommando und erhielt das Eiserne Kreuz. Zum Kapitänleutnant befördert, ging er weiter auf Feindfahrt, ab November 1940 mit U 110. Seine letzte endete am 9. Mai 1941 im Nordatlantik. U 30, 1943 außer Dienst gestellt, wurde im Mai 1945 in der Flensburger Förde versenkt, später gehoben und verschrottet. Der „Athenia-Zwischenfall“ verblasste im Fortgang des Seekrieges, doch er geriet nicht in Vergessenheit.

Goebbels’ Tagebuch

Davon zeugte der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg 1945/1946 und die Anklage gegen Hitlers Großadmirale, Erich Raeder, der die Kriegsmarine bis 1943 befehligt hatte, und dessen Nachfolger Karl Dönitz, zuvor Befehlshaber der U-Boote. Beide versuchten, ihre persönlichen Anteile an der Verschleierung des Geschehens zu bestreiten. Der eine berief sich auf die Weisungen des Oberkommandos der Marine, der andere auf die Hitlers. Die Herren, auf ihre Reputation bedacht, zeigten sich gegenüber den moralischen Bewertungen ihrer Handlungen durch den britischen Ankläger sehr beleidigt.

Gegen die dem toten Joseph Goebbels angelasteten Lügen hätten sie aus Gründen der Staatsräson schweigen müssen. Was in ihrem Verantwortungsbereich gefälscht und gelogen wurde, sei auf allerhöchsten Befehl geschehen. Auf der Anklagebank saß mit Hans Fritzsche zudem ein enger Mitarbeiter des Reichspropagandaministers, der im Rundfunk verbreitet hatte, der Erste Lord der britischen Admiralität habe die Versenkung in provokatorischer Absicht angeordnet. Erst im Gefängnis in Nürnberg, so Fritzsche, habe er die Wahrheit erfahren. Wie der Krieg mit faustdicken Lügen – von der Ausrottung der deutschen Minderheit und dem polnischen Angriff auf Reichsgebiet bis zur Anstiftung Polens durch die Westmächte – gerechtfertigt wurde, so auch eine der ersten Seekriegshandlungen.

Historikern blieb die Frage, warum der Propagandaminister sieben Wochen nach der Versenkung in deutschen Zeitungen auf das Ereignis zurückkam, da er doch eher hoffen musste, dass es über anderen Geschehnissen in Vergessenheit geriet, und nicht glauben konnte, jenseits der Grenzen jemanden von der deutschen Unschuld an der „Athenia“-Versenkung überzeugen zu können. Die Antwort findet sich in Goebbels’ Tagebuchaufzeichnungen.

Nach Hitlers heuchlerischer Friedensrede vom 6. Oktober 1939, in der dieser behauptete, keinen Grund für einen Krieg mit Frankreich und Großbritannien zu sehen, war eine internationale Initiative zur Wiederherstellung des Friedens – wenn auch unwahrscheinlich – nicht ausgeschlossen. Hitler wollte, entsprechend unannehmbar lauteten seine „Friedensbedingungen“, die Fortsetzung, nicht den Abbruch des Krieges. Dessen konnte er sicher sein, als es Großbritannien und Frankreich ablehnten, Polens Zerschlagung hinzunehmen und zur Politik des Appeasements zurückzukehren. Der „Führer“, notierte Goebbels am 14. Oktober, sei froh, „dass es nun gegen England losgehen kann“. Und zehn Tage später lautete die Eintragung: „Er möchte England vor die Klinge bekommen.“ Zwischen diesen beiden Daten erschien der verlogene Artikel, der Churchill als skrupellosen Kriegstreiber verleugnete. Sein Inhalt war an jene Deutschen gerichtet, die noch darauf hofften, dass es zum „großen Krieg“ nicht kommen werde. Sie sollten von dessen Unausweichlichkeit überzeugt und – nach dem Vorbild von 1914 – gegen den stärksten Gegner aufgeputscht werden. „Gott strafe England.“

Quellentext. „Je brutaler, umso kürzer der Krieg“

In den Führungsspitzen der Kriegsmarine war man inzwischen so von der Notwendigkeit eines rücksichtslosen Einsatzes aller Waffen des Seekrieges überzeugt, dass der Oberbefehlshaber auf die Beseitigung der einschränkenden Befehle drängte. „Je früher (der) Beginn und je brutaler, umso früher die Wirkung, um so kürzer der Krieg“, erklärte Raeder Hitler am 10. Oktober 1939. [...] Ab August 1940 konnte im Operationsgebiet um die britischen Inseln jedes Schiff warnungslos versenkt werden. [...] Die „Technisierung des Krieges“ im 20. Jahrhundert und der besonders günstige Boden, den das Nazireich bot, bewirkten, dass in weniger als zwölf Monaten alle völkerrechtlichen Schranken für den U-Boot-Einsatz beiseitegeschoben wurden.

Aus: Richard Lakowski, Deutsche U-Boote geheim. 1935-1945, Berlin 1991, S. 29.

junge Welt, Donnerstag, 05.09.2009, S. 15.

Geschichtschirurgen

Seit Jahrhunderten zieht keine militärische Truppe auf ein Schlachtfeld, ohne dass sie wenigstens einen Feldscher, einen Sanitäter, in neuerer Zeit ein ganzes Feldlazarett in ihrem Tross hätte. Ähnlich wird, auch nicht erst seit gestern, auf die Streit- und Schlachtfelder der Geschichte gezogen. Mit dem Unterschied, dass die Geschichtschirurgen sich nicht hinter der Front, sondern in vorderster Linie aufhalten. So kürzlich wieder, als des Beginns des Zweiten Weltkrieges zu gedenken war. Es wurde einer ihrer Großkampftage. Die schärfsten ihrer Instrumente kamen zum Einsatz. Da schlugen die Stunden für die Doktoren mit den sicheren Händen und den sauberen Schnitten.

Das Urteil „Amputieren“ traf zuerst die Vorgeschichte des Krieges, sie wurde auf acht Tage verkürzt und beginnt nun am 23. August 1939. Da sei in Moskau der Weg in den Krieg freigegeben worden. (Mögen die Pathologen suchen, wer ihn bis dahin verbarrikadiert hatte und womit.) Schärfer noch der Schnitt, als die Kriegsursachen behandelt wurden. Nach der Operation stand da noch ein kümmerlicher Stumpf, der unansehnliche „Wahn des nationalsozialistischen Deutschlands“. Dann kamen die Kriegsziele auf den Operationstisch. Die hatte seinerzeit der Oberste Feldherr schon behandelt. Also Danzig und Liquidierung Polens. Das genügte. Da musste nur weg, was nachgewachsen war.

Das Resultat ist als Krieg kaum noch auszumachen, an dem sich sonst doch Kriegsinteressen, deren Verfechter auch Kriegstreiber genannt werden, erkennen lassen. An diesem nicht mehr. Die Operateure verstehen Auftrag und Handwerk.

Ossietzky, 19/2009, 19. September 2009, S. 732.

Es ist kein Zwang erkennbar

Der Deutsch-Sowjetische Freundschaftsvertrag vor 70 Jahren – Wahrheit, die nicht zu beschönigen ist

Wer sich auf dem Gefechtsfeld Geschichte einigermaßen auskennt, war nicht überrascht, als zum 70. Jahrestag des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages eine von der Wissenschaft ad acta gelegte Deutung wiederum unter das Publikum gebracht wurde. Die macht Hitler und Stalin als Schuldige am Zweiten Weltkrieg aus, dieser habe jenem den Weg in den Krieg freigemacht. Zweifel an deren Glaubwürdigkeit stellen sich allein schon ein, wenn gefragt wird, wer diesen Weg bis dahin denn eigentlich verbarrikadiert hatte. Auch die Verkürzung der Vorgeschichte des Krieges auf acht Tage, überzeugt nicht.

Schon bald nach Kriegsende 1918 waren geschlagene deutsche Generale entschlossen, ihre Niederlage zu korrigieren und Revanche zu üben. Seit dem vorletzten Januartag 1933 wurden im Innern des Deutschen Reiches die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass aus der Idee, ein Plan und dann ein Programm für den Weg in den Krieg werden konnte. Den hat den deutschen Imperialisten niemand innerhalb und außerhalb des Reiches mehr verlegt.

Für Deutschland bewirkte der Vertrag vom 23. August 1939 verbesserte Startbedingungen in den Krieg. Die Nazipropaganda schwelgte, diesmal müsse kein Zweifrontenkrieg geführt werden, und schrieb das der Genialität des „Führers“ zu. Der Kriegsschock war in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung gedämpft und die Deutschen wurden auch mit dem Hinweis auf die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen darüber beruhigt, es könnte erneut zu den verheerenden Folgen einer britischen Seeblockade kommen.

Und die sowjetische Seite? Dass die Führung eines Staates seinen Bürgern Krieg zu ersparen, ja ihnen Frieden auch nur für eine begrenzte Zeitspanne zu sichern sucht, bedarf keiner Rechtfertigung. Das gilt selbst im Hinblick auf den Eintrittspreis, den Moskau entrichtete: die Bereitschaft, mit dem betrügerischen Partner Handel zu treiben, der dessen Kriegführung nützt. Von dem aber die Sowjetunion wegen der dringend notwendigen Ausweitung und Modernisierung ihres industriellen Potenzials ebenso Nutzen zog. Hätte das Vertragswerk damit sein Bewenden gehabt, würde darüber später nicht mehr geschrieben worden sein als über den deutsch-britischen Flottenvertrag von 1935 und weniger noch als über das Münchener Abkommen von 1938, das die Tschechoslowakei zerschlug. Dass im Kreml jedoch mehr vereinbart worden war als die Regelung bilateraler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen, machte der 17. September 1939 klar. Da drang die Rote Armee in Ostpolen ein.

Der Kreml konzentrierte sich auf die historische Rechtfertigung der Inbesitznahme ostpolnischer Gebiete und die Behauptung von Vorteilen, die dem Lande daraus erwachsen seien. Es hätten zudem die Polen sich dieses Gebiet 1920 nach ihrem Kriegssieg angeeignet. Zunächst: Wer generell für rechtens hält, auf Kriege zurückgehende Grenzen mit militärischen Mitteln zu korrigieren, mag sich vorstellen, wie die Welt 2010 aussehen würde, nähmen alle betroffenen Staaten derlei Recht in Anspruch. Doch die deutsch-sowjetische Abmachung über den zwischen den beiden Großmächten gelegenen Staat ist darauf nicht reduzierbar. Denn sie besagte: Polen soll nicht wiedererstehen. Berlin und Moskau verständigten sich darüber, in ihren jeweiligen Gebieten nationalpolnische Bestrebungen zu unterdrücken. Stalins liquidatorischer Kurs gipfelte im Verbrechen von Katyn und vergiftete die Beziehung zwischen Polen und der Sowjetunion auf Jahrzehnte.

Was in Debatten über die Wirkung des August-Vertrages weitgehend ausgeblendet wird, sind seine Folgen für die Kommunisten außerhalb der UdSSR und unter den vielen Sympathisanten, die die Sowjetunion damals noch immer weltweit besaß. Das Land, das als unwandelbarer Gegner faschistischer Regime galt, im Völkerbund gegen deren Expansionspolitik aufgetreten und in Spanien dabei war, den Francofaschismus abzuwehren, machte sich über einen militärischen Leichnam – Werk der Naziwehrmacht – her.

Es folgte jene Tragödie, die sich unter Kommunisten wohl niemand auszudenken vermocht hatte: Als Polen zerschlagen und beseitigt war, erklärte Hitler heuchelnd, er sähe keinen Grund, weiter Krieg zu führen. London und Paris sollten auf sein „Friedensangebot“ – in der Sache eine Kapitulationsforderung – eingehen, sonst wären sie als Kriegsinteressenten überführt. Stalin hat aus diesem Solovortrag ein Duett gemacht und ebenfalls die imperialistischen Westmächte zu Kriegsschuldigen erklären lassen. Ohne Not! Und rücksichtslos gegenüber den Kommunisten in Großbritannien, dessen Dominien und Frankreich, die damit zu Kämpfern auf falscher Seite gestempelt wurden. Dieser „große Führer“ des internationalen Proletariats behandelte alle wohlbegründeten Analysen über Kriegsursachen und Kriegsinteressenten, die u. a. auf dem VII. Weltkongress 1935 vorgetragen worden waren, wie einen Wisch unnützen Papiers. Die Rollen hätten gewechselt, verkündete Molotow als Lautsprecher Stalins: Deutschland erstrebe das Kriegsende und den Frieden. Was Stalin sich daraus als Gewinn errechnet hat, steht dahin und lässt sich mangels verlässlicher Quellen nur mutmaßen. War das seine „Draufgabe“ zum Vertrag?

Goethes Wort, wonach man beim ersten Schritt frei, beim zweiten Knecht sei, gilt für diesen Fall nicht. Es war und ist kein Zwang erkennbar, der faschistischen Führung diesen „Überpreis“ zu zahlen. Das gilt auch für den Grenz- und Freundschaftsvertrag und die wiederum geheimen Zusätze, die Ribbentrop und Molotow am 28. September 1939 in Moskau unterzeichneten. In ihnen wurden Freundschaft zwischen den beiden „Völkern“ erklärt und der Entschluss zu deren Entwicklung beteuert. Es wurden hierin das definitive Ende Polens bekräftigt, die abgesteckten „Interessengebiete“ im Ganzen bestätigt, teils korrigiert und versichert, den in diesen lebenden Völkerschaften ein ihrer Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Festgestellt wurde von beiden Vertragsseiten, wenn Großbritannien und Frankreich den Krieg fortsetzen würden, seien sie auch dafür verantwortlich zu machen. Was bedeutet, sie hätten sich mit den gewaltsam veränderten Zuständen in Osteuropa stillschweigend abzufinden.

Einzig aus dem objektiven Interesse der Sowjetunion, sich aus dem Krieg heraus zu halten, vor allem nicht in einen separaten Krieg mit dem faschistischen Deutschland zu geraten, lässt sich diese Politik des Kremls am Vorabend und in den ersten Wochen des Krieges nur erklären, wenn sie (wie jüngst auch in Leserbriefen im ND auf einen Artikel von Karl-Heinz Gräfe) amputiert und beschönigt wird. Das indes wäre ein Rückfall in alte und falsche Geschichtsbilder.

Gemeinsam mit Prof. Günter Rosenfeld hat Prof. Kurt Pätzold 1990 im Berliner Akademie-Verlag die Dokumentation „Sowjetstern und Hakenkreuz (1938-1941)“ veröffentlicht.

Neues Deutschland, 26.09.2009.

Unentbehrlich

Man kennt das ja: Die Nachbarn im Hause und in der Straße reden seit langem darüber. Ihr Mitbewohner ist krank. Das lässt der bloße Augenschein erkennen. Er müsste zum Arzt, womöglich ins Krankenhaus, dann am besten zu einer Kur. Die ihm am nächsten stehen, sagen ihm das, behutsam, aber doch laut, denn er ist auch schwerhörig geworden. Vergebens. Der Eindruck trüge. Er fühle sich gut, ja von Tag zu Tag besser. Gewinne gar an Kräften. Bald werde niemand mehr daran zweifeln können. Gedrängt, nennt er gar einen Zeitpunkt, an dem er wieder ganz „der Alte“ sein werde. Starrsinnig und verwegen legt er sich dafür auf Tag und Stunde fest: am frühen Abend des Siebenundzwanzigsten. Nun sorgen sich manche Nachbarn nicht mehr nur um seinen körperlichen Zustand. Man kennt das ja, samt dem vorhersehbaren Ende. Vorwiegend bei Männern. Diesmal ist es eine Frau. Wegen ihres langen Namens nennen sie die meisten einfach Espede.

Dann kommt besagter Tag, wie er erwartet wurde. Nun liegt sie danieder, manche sagen: flach. Die Kraftmeierei war gestern. Heute wird die Patientin gewogen und gemessen: 23 Prozent. So abgemagert war sie nie. Einst rühmte sie sich nahezu des doppelten Gewichts. Die sie betreuen, möchten am liebsten nicht hinsehen und weniger noch hinhören. Sie phantasiert beständig und sich wiederholend: Bittere Stunde – bitterer Tag – bittere Niederlage – Krise – Tiefpunkt – Scherbenhaufen – Mist. Und dann und nahezu im gleichen Atemzug, denn bei Luft ist sie noch: Ich werde nicht abtreten oder, was immer das bedeuten mag, auseinanderlaufen. Ich werde mich wieder aufstellen. Und schließlich und nun doch leiser werdend: Ich werde aufpassen, dass die anderen jetzt nicht alles kaputtmachen, was ich in den letzten Jahren geflickschustert und zusammengehartzt habe. Das waren nicht exakt, aber dem Sinne nach ihre Worte. Doch ihre Stimme wurde undeutlicher. Aus dem Lallen ließ sich etwas wie Erneuerungs- und Verjüngungskur enträtseln, das gleich aber widerrufen zu werden schien. Also, man kennt das ja.

Verwunderlich nur, dass sich am Krankenlager sogleich Besucher drängten. Und unter den ersten befanden sich Personen, die vordem nicht zu den Besorgten gehört, ja, die sich ankündigende Katastrophe mit einer gewissen und unverhohlenen Genugtuung hatten kommen sehen, sie gar mit hämischen Reden konstatiert und kommentiert hatten. Nun standen sie bedrückt herum. Teilnahme und Ratlosigkeit zeichneten ihre Gesichter. Heuchelei war das nicht. Denn das hatten sie nun doch nicht wollen können. Gewünscht wurde, dass die Patientin begrenzt wieder zu Kräften käme. Denn sie besaß eine Fähigkeit, die ihnen abging und die zu erwerben sie sich außer Stande fühlten. Körpereigen produzierte sie selbst bei schlechtem Befinden ein Serum, dessen sie bedurften und das anders als jenes gegen die Schweinegrippe auch erfahrene Mediziner, Biologen und Pharmazeuten nicht herzustellen vermochten. Den Impfstoff gegen jene um sich greifende Erkrankung, für die seit kurzem und vorläufig die Hilfsbezeichnung „Die Linke“ kursiert. Also und deshalb: Der Espede muss wieder auf die Beine geholfen werden, mindestens so weit, dass sie am Stock gehen kann.

Ossietzky, 20/2009, 3. Oktober 2009, S. 768-769.

Nicht „bereuen“, aber nachdenken

Kurt Tucholskys Ratschläge für das Verhalten nach einer Niederlage. Eine Erinnerung aus Anlass des 20. Jahrestages des 9. November 1989

Der vorletzte Januartag 1933 mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die sofort einsetzende Festigung der faschistischen Diktatur bezeichnen nach dem August 1914 und der gescheiterten Novemberrevolution eine, die dritte schwere Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung in opferreichen Kämpfen, die wiederum von verheerenden Folgen für die Geschichte nicht nur des europäischen Kontinents wurde. Die diese Wende, das grundlegend veränderte Kräfteverhältnis zwischen Faschismus und Antifaschismus, sich eingestehen mussten, hatten damit ihre Schwierigkeiten. Zu lange noch richteten sich ihre Hoffnungen darauf, dass dieser Sieg und ihre Niederlage nur eine Episode darstellen würden. Geglaubt wurde, dass sich das Regime weder wirtschaftlich noch ökonomisch würde festigen können, es zu Zerwürfnissen und Rivalitäten unter den zunächst Triumphierenden kommen müsste und unter den Gefolgsleuten des Faschismus Ernüchterung und Enttäuschung um sich greifen würden. Auf diese Weise müssten für dessen Gegner gleichsam gesetzmäßig neue Handlungschancen entstehen. Diese Hoffnungen waren nicht Wunschträume pur, knüpften sich aber an eine Überbewertung der Widersprüche, die der sich etablierenden Macht der Diktatoren innewohnten.

Deutsche Hybris

Einer, der die Situation hingegen mit äußerster Nüchternheit betrachtete und Vor- wie Fehlurteile teils kopfschüttelnd zur Kenntnis nahm, teils in Notizen und Briefen beißend verspottete, war ein Mann, der sich dem Aufkommen der Reaktion seit den Tagen der Konterrevolution 1919 widersetzt und wieder und wieder zur Gegenwehr gerufen hatte: Kurt Tucholsky. Als die Republik unterging, hatte er Deutschland jedoch schon seit längerem verlassen. 1930 nahm er in Schweden seinen Hauptwohnsitz. 1932 war auch seine Stimme öffentlich verstummt. Wieder und wieder schrieb er, es gehe ihn das alles nichts mehr an. Gleichzeitig verfolgte er das deutsche und europäische Geschehen mit einer analytischen Kraft, die das sich momentan Ereignende samt dessen Tendenz im Kern treffend beurteilte und dies aufgrund der Informationen, die er der internationalen Presse entnahm und den wenigen, die ihm gesprächsweise oder brieflich zukamen.

Auch er sah, dass das Regime zunächst ungefestigt war, doch war er überzeugt, dass „wenn Hitler den kommenden Winter“ überstehe, auf lange Zeit mit ihm zu rechnen sei. Dass sich im Innern in absehbarer Zeit akzeptable Kräfte formieren würden, ihn zu stürzen, schloss er aus. Was ihm als schlimmer galt, war die Aussichtslosigkeit, dass dies in Europa geschehen werde. Überzeugt, dass Staaten und Völker noch Möglichkeiten besaßen, das verbrecherische Regime unkriegerisch zu bekämpfen, vor allem durch seinen wirtschaftlichen und politischen Boykott, erlebte er das gerade Gegenteil in vielerlei Versuchen, es sich mit ihm einzurichten. Die „außerdeutsche Umwelt“ benehme sich genau wie dies die „Republik gegen die aufstrebende Reaktion“ getan habe. Das, gestand er, hätte er „allerdings nicht geahnt“.

Vor Tucholskys Auge stand ein Bild Europas, in dem dieses Deutschland immer mehr an Macht und die beherrschende Stellung gewinnen werde. „Natürlich kommt der Krieg,“ hieß es in einem am 20. April 1933 geschriebenen Text. Zwar irrte er in der Annahme, Deutschland werde in „lokalisierten Kriegen“ siegen, wobei er im Hinblick auf Österreich die Möglichkeit sah, dass es „von innen her aufgerollt“ werden könnte. Doch war er mit der Annahme nahe an der Wahrheit, es werde ein „mehr oder minder“ begrenzter Krieg im Osten Europas stattfinden, den Deutschland „auch noch gewinnen“ könne. Richtig ebenso seine Vorhersage, Frankreich werde Deutschland freie Hand auf dem Balkan lassen.

Gegen seine Erwartung führte der Weg doch in „ein europäisches Generalmassaker“. Falsch sah er zudem die Reihenfolge, in der das größere Reich sich kriegerisch gegen die Sowjetunion und die Westmächte wenden werde, und falsch schätzte er auch die Widerstandsfähigkeit der „Russen“ ein. Doch dass die Westmächte dem Angriff Deutschlands nicht entgehen würden, galt ihm als sicher.

„Drückt dann diese im Osten stark gewordene Macht ... nach Westen, dann können sich die Franzosen gratulieren," schrieb er im März 1935. Denn: „Die deutsche Hybris kennt keine Grenzen".

Lehrtext

Tucholsky, der sich nicht mehr zu entschließen vermochte, öffentlich – d.h. in der Presse des deutschen Exils oder in ausländischen Zeitschriften – in die politischen Auseinandersetzungen wieder einzugreifen, begnügte sich jedoch nicht mit der Rolle der Kassandra in seinem privaten Umfeld. Er wünschte, aber besaß wenig Hoffnung, dass sich in Kreisen seiner einstigen Kampfgefährten Kräfte fänden, fähig, die erlittene Niederlage in ihren politischen und geistigen Ursachen schonungslos zu diagnostizieren. Das galt ihm als Voraussetzung dafür, eigenes Tun und Lassen sinn- und zweckvoll zu bestimmen. Was er sich darunter vorstellte, hat er Verwandten, seinem nach Prag geflohenen Bruder Fritz, dem Freunde Walter Hasenclever, der im Tessin lebte, Mitstreitern von einst, so dem Autor der Weltbühne Heinz Pohl, in Briefen mitgeteilt, und noch in seinem letzten an den im fernen Palästina lebenden Arnold Zweig niedergeschrieben. Und das ist zusammengenommen so etwas wie – das lag dem Schreibenden gewiss fern – ein Lehrtext für das „Verhalten nach einer Niederlage" geworden, geschrieben von einem, der die erfahrene nicht nur als die von ihm Nahestehenden, sondern als eigene ansah und empfand.

Zwei Sätze aus Briefen drücken pointiert aus, was Tucholsky als angemessene Reaktion auf den 30. Januar ansah: „Wer eine solche Niederlage erlitten hat, muss in sich gehen. Und nicht etwa ‚bereuen', aber nachdenken." Die deutschen Kommunisten müssten sich doch fragen, warum „die Massen nicht mitgegangen" sind. Anstatt darauf zu bestehen, dass ihr Parteivorstand immer recht gehabt habe, sollten sie von der „Realität" sprechen. Mit dem Blick auf die 65 Millionen Deutschen notierte er: „... hier ist, Himmeldonnerwetter, doch etwas geschehen", das in der Emigration zur Kenntnis genommen werden müsse. Dies war 1935 geschrieben, zu einem Zeitpunkt, da unverkennbar geworden war, dass sich das Regime eine zunehmend stabile Massenbasis hatte schaffen können, sowohl durch die fortschreitende Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit wie auch durch seinen ersten „nationalen Erfolg", der ihm mit der seit 1920 bestimmten Abstimmung über die Zukunft des Saargebiets gleichsam in den Schoß gefallen war. Er sah, dass allein mit dem Argument „schließlich sind wir alle Deutsche" die Bewohner des Grenzlandes ihre Einwände gegen die Diktatur weggewischt oder zweitplatziert hatten.

Es sei „der Wille der Generationen" und nicht eine abstrakte „gesellschaftliche Entwicklung" die den Fortgang der Geschichte bestimme. Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklung erschien ihm der in der Emigration geführte Streit um „das ‚Richtige'", ein Streit, der sich für „die Massen" nicht interessiere, als trostlos. Die alte Doktrin, womit er Geschichtsvorstellungen meinte, die ihm bei Marxisten begegnet waren, sei erledigt, würde lähmen, eine neue müsse sie ablösen. „Je eher die Arbeiter begreifen, dass sie von vorn anfangen müssen, ganz von vorn, umso eher werden sie vorwärtskommen." Dem in Prag lebenden Bruder Fritz, eine notwendige „innere Einkehr" verlangend, schrieb er: „Man kann unterliegen, das ist gewiss keine Schande. Aber man muss sich doch fragen: Warum ist das so gekommen? Haben wir nicht vielleicht dicke Fehler gemacht?" Enttäuscht erblickte er aber „Sturheit, Stumpfsinn, dummtrotzige Eitelkeit." Das setzte er bald darauf noch einmal auseinander: „Nein, es ist nicht unmenschlich viel verlangt, dass einer in sich gehen soll. Natürlich sollen die Leute nicht ihre ganze Vergangenheit desavouieren, das tue ich ja auch nicht. Aber lernen soll man. Und offen sagen: Das und das ist falsch gewesen. Man kann und soll auch noch vom Feinde lernen. Man braucht's ihm nicht zu sagen, aber lernen soll man doch."

Gedankliches Gepäck

Nicht anders seine Kritik am Umgang der ebenfalls emigrierten Weltbühne mit der Niederlage: „... keinen Augenblick stellen sie sich die Frage, woher sich denn das System in Deutschland rekrutiert, warum sie verloren haben, und ob das nicht vielleicht weniger ihre Schuld, was anzumerken billig wäre, aber doch die Schuld ihrer Gedankengänge ist." Dies letzte traf für alle, die sich als Schüler und Fortsetzer von Marx und Lenin sahen, den Kern, vulgo: das Eingemachte. Verlangt war nicht allein die kritische Beschäftigung mit dieser oder jener Maßnahme, der einen oder anderen Aktion,

den wechselnden Losungen, sondern die Durchmusterung des gesamten gedanklichen Gepäcks, mit dem die Kommunisten in die Kämpfe gezogen waren und das sie geleitet hatte. Später, 1935, schrieb er Arnold Zweig: „Sehn Sie sich Lenin In der Emigration an: Stahl und die äußerste Gedankenreinheit.“

Warum hat der Mann das alles nicht ein einziges Mal öffentlich bekannt gemacht? Nicht nur, weil er von Krankheiten und Schmerzen geplagt war und fürchtete, Kämpfe nicht mehr bestehen zu können. Nicht nur, weil er glaubte, nicht gehört zu werden. Sondern auch aus einem Grunde, den er sich und anderen eingestand: „Es ist schade, dass mein Format und mein Wissen nicht ausreichen, ich kann nicht ein Wort öffentlich sagen, weil jeder, mit vollem Recht, fragte: Also bitte – wie dann? Und das weiß ich nicht.“ Er meinte, dass eine neue, Massen ergreifende Gegenidee notwendig sei. Sie zu formulieren, das vermochte er nicht.

Tucholskys Schweigen, das als berechtigt angesehen werden mag oder nicht, aber zu respektieren ist, entwertet keinen später entdeckten und publizierten, vielfach erst noch zu durchdenkenden Ratschlag eines Menschen, der auf die Frage, was Tucholsky liebt, unter anderem antwortete: „Kampf“.

junge Welt, Mittwoch, 07.10.2009, S. 15.

Glücksbringerin Germania

„Jeder von euch weiß, worum es in diesen Sturmestagen unseres Volkes geht, und jeder sieht bei diesem Einsatz vor sich das leuchtende Vorbild eines wahrhaften Kämpfers, unseres Führers und Obersten Befehlshabers, des ersten und tapfersten Soldaten des Großdeutschen Reiches, der sich nunmehr bei euch an der Kampffront befindet.“ Der Satz entstammt dem Anfang September 1939 an die deutschen Wehrmachtssoldaten gerichteten Aufruf des katholischen Feldbischofs Franz Justus Rarkowski, den der apostolische Nuntius unter Assistenz der Bischöfe von Münster und Berlin, Clemens August Graf von Galen und Konrad Graf von Preysing, am 20. Februar 1939 in der Berliner Sankt-Hedwigs-Kathedrale zum Bischof geweiht hatte.

Vor wenigen Wochen, am 1. September, war es auf den Tag genau siebzig Jahre her, dass der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen begann. Die zeitliche Entfernung besagt, dass das Ereignis aus der Zeitgeschichte herausrückt. In wenigen Jahren wird niemand mehr am Leben sein, der sich des Tages, der zu den folgenschwersten des 20. Jahrhunderts gehört, aus Eigenem noch zu erinnern vermag. Die Tage des mehr als fünfjährigen Krieges sind gezählt, die Zahl der Millionen Toten annähernd ermittelt. Geschichtsforscher vieler Sprachen und mehrerer Generationen haben seinen Fährten nachgespürt, Geschichte und Vorgeschichte des Krieges untersucht. Die daraus hervorgegangene Literatur füllt Bibliotheken. Seit langem schon reicht ein Menschenleben nicht aus, auch nur die Resultate dieser Arbeit im Ganzen zur Kenntnis zu nehmen. Niemand vermag diesem Geschehen in allen seinen Verästelungen und Verzweigungen zu folgen, selbst wenn er alt würde wie Methusalem. Doch jedem Denkbegabten ist es gegeben, daraus Antworten auf die Kernfragen zu gewinnen, die noch an jeden Krieg zu stellen waren: Welchen Widersprüchen und daraus erwachsenen Konflikten ist er entsprungen? Wessen Interessen und Kräfte haben ihn hervorgebracht? Mit welchen Zielen wurde er geführt, und wie verhalten sich dazu seine Ergebnisse? Wie alle Beschäftigung mit der Geschichte, will sie nicht vernebeln oder bloß unterhalten, mündet auch diese in die Frage „Warum“.

Daran gemessen, könnte dieser 70. Jahrestag als Beweis dafür angesehen werden, dass Geschichtsforschung in Deutschland entweder nicht stattfindet oder, wenn doch, ihre Resultate nicht in jene (nicht nur Fernseh-)Kanäle gelangen, durch die sie hindurchmüssen, um beträchtliche Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Was den Deutschen am 1. September 2009 wieder angeboten wurde, verdient die Bezeichnung Schonkost, freilich in einem besonderen Sinne, denn es sollten nicht diejenigen geschont werden, denen sie verabreicht wurde, sondern jene gesellschaftlichen Zustände, aus denen der Krieg hervorgegangen war und denen wir bei aller Veränderung doch nicht entronnen sind. Im Angebot ist: Der Ursprung des Krieges lag in Hitlers (oder auch: im nationalsozialistischen) Wahn; von ihm gepackt, haben die Deutschen die Welt überfallen. Das gibt und präsentiert sich als nationale Selbstkritik: „Wir Deutsche“ lassen uns von niemanden in unserer von Generation zu Generation als Erbe weitergegebenen Betroffenheit übertreffen.

In diesem Jahr hat der 1. September freilich nicht so richtig in unser Erinnerungsprogramm hineinpassen wollen. Wir sind mit der Vorbereitung auf einen anderen Tag vollbeschäftigt. Da traf es sich gut, dass unsere neuen polnischen Freunde sich der Sache annahmen und das einstige Danzig zum zentralen Gedenkort erklärten. Und es traf sich doppelt gut, weil von ihnen und ihren Gästen schmerzende Analysen und Bezüge nicht zu erwarten waren. Die Annahme erwies sich als berechtigt: Wenn von Deutschland und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs geredet wurde, dann geschah das durch jedermann in einer gleichsam volksgemeinschaftlichen Perspektive, an der auch der Führer seine Freude gehabt hätte – wie auch an der dort erhobenen Forderung nach einer Geschichtsbetrachtung, „die gegen niemanden verwendet“ werden könne.

Veranstaltet wurde im Hinblick auf die Rolle des Naziregimes so etwas wie ein historischer Eintopfsonntag. Diese Geschichtsbetrachtung kennt, so sehr sich deren berufsmäßige Jünger darauf etwas zu Gute halten, keine Differenzierung. Das gipfelte in dem Stereotyp, das der *Spiegel* für seine Aufmachung wählte: „Der Krieg der Deutschen – 1939: Als ein Volk die Welt überfiel“. Einzig die Vor-

sitzenden der beiden katholischen Bischofskonferenzen in Deutschland und Polen bestanden auf einer Unterscheidung – zu ihren Gunsten. Sie erwähnten ihre Märtyrer. Und sie verschwiegen ihre strammen Parteigänger der deutschen Eroberer wie den katholischen Feldbischof Franz Justus Rarkowski, der die nach Osten einfallenden Heere segnete. So verfuhren sie in einer Erklärung, welche zudem „die geschichtliche Wahrheit in allen ihren Aspekten“ einfordert“, und das unter Berufung auf das in Johannes 8,32 den Juden gegebene Versprechen „... und die Wahrheit wird euch frei machen“. Indessen blieb es dabei: Kein Wort über das Schweigen des deutschen Episkopats zur Ausrottungspolitik gegenüber den nationalpolnisch gesinnten katholischen Geistlichen, Teil der Intelligenz des Landes.

Und ansonsten? Reden vieler von dunkler Zeit und dem tragischen Kapitel, von Gräueln und Leiden, vom Gedenken, Nichtvergessen und Verneigen, von Wahrheit und Wahrhaftigkeit, von Aufrichtigkeit und Versöhnung, vom nach vorn und in die Zukunft Schauen – Worte, über die sich, jedes für sich genommen, lange nachdenken lässt und die in ihrer Wiederholung und inflationären Häufung doch nur Speiübelkeit erzeugen können. Forderungen, die nicht eingelöst werden, Beteuerungen statt Erkenntnissen.

„Deutschlands Verantwortung“ stand „am Anfang von allem“, falls sich darunter jemand etwas Konkretes vorstellen kann. Dieses Bekenntnis stammt aus der Danziger Rede der Bundeskanzlerin.

Doch es wurde nicht nur geschwafelt und gesalbadert. Zwei Tendenzen treten aus der diesjährigen Geschichtskampagne zum 1. September 1939 hervor und sollten in Details nicht untergehen. Die eine äußerte sich in den konzentrierten Anstrengungen, der Sowjetunion die Hälfte der Kriegsschuld zuzuschreiben, ein Vorhaben, das durch die Verweigerung der russischen Politik und Historiographie erleichtert wird, sich von einer bloß moralischen Verurteilung von Stalins Außenpolitik, die obendrein mit Rechtfertigungen untermischt wird, zu einer uneingeschränkten historischen Kritik durchzuarbeiten. Daraus ziehen alle ihren Nutzen, die hierzulande bis auf den heutigen Tag leugnen, dass es im Jahre 1939 nur einen Kriegsinteressenten in Europa gab: den faschistischen deutschen Imperialismus.

Die andere Tendenz, und die sich in ihr ausdrückende Absicht reicht weit, betrifft eine neue Verortung des Endes der Zweiten Weltkriegs, des 8. Mai 1945, in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Tag wird zu einem Teilschritt in das Reich der Freiheit herabgestuft. Die Sprache der Bischöfe vom 25. August 2009 sagt das so: Das „Glück“, auch das der Deutschen, sei bei Kriegsende sehr unterschiedlich verteilt gewesen. Ganz sei es allen Europäern erst 1989 zu teil geworden. Sein Hereinbrechen wird auf den Moment datiert, da die DDR die Kontrolle ihrer Grenzen aufgab. Es fällt nicht schwer, diesen Ansatz weiterzudenken und jenes kontinentale Geschichtsbild sich vorzustellen, in dessen Zentrum Germania den Europäern nicht das Schwert zeigt, sondern ihnen die Freiheitsfahne voranträgt, Glücksbringerin mit Führungsanspruch. Das wird der Rest der nichtdeutschen Europäer so nicht akzeptieren? Gewiss nicht. Aber darauf kommt es auch nicht an. Gezielt wird auf den Bundesbürger und sein Selbstverständnis. „Und es mag am deutschen Wesen ...“ und so weiter (Emanuel Geibel).

Ossietzky, 21/2009, 17. Oktober 2009, S. 782-785.

Leben auf der Folter

Der heute im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde verwahrte Aktenbestand wäre ohne eine Personalentscheidung Konrad Adenauers nicht gebildet worden, wenngleich dem ersten Kanzler der Bundesrepublik diese Folge gewiss nicht vorgeschwebt hat. Aber wäre Hans Maria Globke nicht Staatssekretär im Kanzleramt geworden, sondern hätte der einstige Ministerialrat im Reichsinnenministerium seiner Tage Rest wie Hunderte und Tausende Staatsbeamte des Führers mit auskömmlicher Pension in einem größeren oder kleineren westdeutschen Nest verbracht, wer würde nach ihm noch gefragt oder gesehen haben? Öffentliches Interesse wurde dem Kommentator der Nürnberger Gesetze von 1935 erst durch seine zweite, die Bonner Karriere zuteil. Für weltweite Aufmerksamkeit sorgte – gleichsam vertretungsweise, denn der Weststaat unterließ die Strafverfolgung – der Generalstaatsanwalt der DDR, der ihn wegen seines Beitrags zur Judenverfolgung auf die Anklagebank setzte.

Bevor es – in absentia – zum Globke-Prozess vor dem Obersten Gericht des ostdeutschen Staates kam, wurden Opfer der rassistischen Politik, für die er den juristischen Rahmen geliefert hatte, nach ihrem Erleben und Erleiden während der Jahre 1935 bis 1945 befragt. Mehr als 600 Personen, die im Nazistaat in die Kategorien „Juden in Mischehen“ oder „Mischlinge“ (das waren Kinder aus solchen Ehen) einsortiert worden waren, erklärten sich bereit, sich von Staatsanwälten befragen zu lassen und damit einmal mehr sich die Last des Erinnerns an Schrecken aufzubürden, die damals anderthalb Jahrzehnte hinter ihnen lagen: Haussuchung, Inhaftierung, Deportation, der Hunger im Kriege, als sie auf niedrigste Lebensmittelrationen gesetzt waren, die Zwangsarbeit und vor allem der Verlust enger und ferner Verwandter, Freunde und Bekannter, die Opfer des Massenmordens geworden waren.

Die Existenz dieses Konvoluts von Akten war schon bekannt. Doch hatten Historiker sie nur selektiv unter ihren jeweiligen Fragestellungen benutzt. Nun hat sich Erika Schwarz durch den Gesamtbestand gearbeitet. Daraus ist ihr in diesen Tagen erschienenes Buch „Juden im Zeugenstand“ hervorgegangen, in dem vortrefflich erschlossene Dokumente zusammengestellt sind. Es bietet im Kern Auszüge aus den seinerzeit entstandenen Protokollen, stellt die Befragten mit knappen biografischen Angaben vor und bietet im Faksimile Papiere, die von ihnen zum Beweis für die Wahrhaftigkeit ihrer Berichte den Staatsanwälten übergeben wurden und sich in den Akten erhielten. Die Autorin hat dieses Material historisch geordnet und jeden Abschnitt sachkundig eingeleitet. So kann eine Vorstellung von den Phasen der Verfolgungen in Vorkrieg und Krieg entstehen, in denen die Spezialisten des Antisemitismus in Aktion unterschiedliche Ziele verfolgten, die sich bis zur Politik der Ausrottung steigerten. Es macht den besonderen Wert der Überlieferung aus, dass sie zu einer Zeit entstand, da es um die Literatur zur Judenverfolgung noch ärmlich bestellt war, so dass das Berichtete weitgehend das mit dem Fremden unvermischte Eigene war, sich meist ganz auf persönliches Erleben gründete. Zum anderen folgten die Aussagen einer den Gesprächen zugrunde liegenden, nicht starr gehandhabten Fragenkette. Sie erlaubt Vergleiche, die Gemeinsames wie Besonderes hervortreten lassen. Der Band räumt mit allen beruhigenden Vorstellungen davon auf, dass die als „privilegierte“ Juden oder als „Mischlinge“ Eingestuften doch glimpflich davongekommen wären. Was sie berichteten, lässt eine Vorstellung vom Leben auf der Folter und in totaler Ungewissheit schon über den morgigen Tag entstehen. Wir wissen es vor allem aus Victor Klemperers Tagebüchern. Auf den Seiten dieses Bandes wird es gedrängt von vielen anderen Menschen bezeugt.

Erika Schwarz: „Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Maria Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa“, Hentrich & Hentrich, 260 S., 32,00 Euro.

Ossietzky, 22/2009, 21. Oktober 2009, S. 851-852.

Kurt Tucholsky, die Massen und der deutsche Faschismus

Vortrag auf der Tagung der Tucholsky-Gesellschaft e.V. Berlin, 22. Oktober 2009

I.

Lebt Tucholsky? Hat Fritz J. Raddatz vor nahezu dreißig Jahren, anlässlich des 90. Geburtstages des Schriftstellers gefragt.[1] Das tat ganz ähnlich und früher schon Erich Kuby aus Anlass seines 75. Geburtstages, also im Jahre 1965, und stellte fest: Er sei der Wohlstandsgesellschaft anders als der, in der er lebte, teuer. Dem war jedoch angefügt: „Auf eine erstaunliche Weise ist er uns teuer geworden" und dazu gefragt worden, ob hier ein Missverständnis oder eine inzwischen gewonnene tiefere Einsicht vorliege. Kubys Antwort lautete, dass die Tucholsky zuteilwerdende Lobhudelei „auf ebenso geistig schlichten wie politisch durchsichtigen Schwindel zurückzuführen" sei und sprach von einer „gangsterhaften Weise" mit der Tucholsky in eine Gesellschaft integriert würde, die er „widerlich fände, wenn er unter uns lebte".[2] Und wie steht es nahe der Schwelle zum Jahr 2010, in dem wir uns an Kurt Tucholskys 75. Todestag erinnern werden?

Tucholskys öffentliche und viele Teile seiner privaten Hinterlassenschaft ist in Gesammelten Ausgaben greifbar, die umfassende, die der seit 1991 arbeitenden Kurt-Tucholsky-Forschungsstelle an der Universität Oldenburg zu danken ist, steht vor ihrem Abschluss.[3] Schon im ersten Jahr nach Kriegsende erschien in Deutschland, herausgegeben von Rowohlt, wieder ein Band mit einer Auswahl seiner Arbeiten. Bald – es folgten Auflage nach Auflage – erschienen „Rheinsberg. Ein Bilderbuch für Verliebte" (1912) und „Ein Pyrenäenbuch" (1927) „Schloss Gripsholm" (1931), wieder. Weite Verbreitung erreichte eine Auswahl, die Walther Victor in der DDR in der Reihe der Volkslesebücher 1952 herausgab und deren Erscheinen nach dessen Tode bis zur 10. Auflage 1990 fortgesetzt wurde. 1956 begann Fritz J. Raddatz in Berlin/Ost beim Verlag Volk und Welt die Herausgabe Ausgewählter Werke, eine Arbeit, die er bald in der Bundesrepublik bei Rowohlt fortsetzte. In den sechziger Jahren wurden die beiden berühmt gewordenen „Sommergeschichten" Tucholskys („Schloss Gripsholm, 1963, Rheinsberg, 1967) verfilmt; sie lassen sich heute ins Hauskino holen. 2000 kam ein Film „Gripsholm" in die Kinos, in dessen Handlung die Geschichte des Buches und die Biographie seines Autors verwegen verknüpft sind. Die Geschichte im schwedischen Schloss hat inzwischen auch eine Theaterfassung erhalten, mit der das Alte Schauspielhaus Stuttgart 2009 in Baden-Württemberg und über die Landesgrenze hinaus gastierte. Immer wieder und vielerorts finden Literaturabende statt, in denen aus Tucholskys Werken vorgetragen wird. Lokale Ausstellungen, wie die 2005 im Rathaus Kleinmachnow, erinnern an ihn. Zitate aus Tucholskys Schriften schmücken inzwischen die verschiedensten Texte, auch solchen, die den Zwecken der Warenwerbung dienen.

Die Tucholsky-Forschung, an der sich Literaturhistoriker, Geschichtswissenschaftler und Juristen beteiligen, dauert an. Eben erschien eine Tübinger Dissertation, im Titel das Zitat „... dieser Staat ist nicht mein Staat", die das Staats- und Verfassungsdenken Tucholskys zum Gegenstand hat.[4] Eine Vielzahl biographischer Arbeiten liegt vor, unter denen die Michael Hepps[5] herausragt.[6] In Marbach,

---

1 *Die Zeit*, 1980/3, 11. Januar 1980.

2 Der Vortrag Erich Kubys Tucholsky heute, gehalten im Februar 1965 an der Universität Hamburg ist gedruckt in: Erich Kuby: Mein ärgerliches Vaterland. München 1989 (auch Berlin 1990), S. 285-290.

3 Die Gesamtausgabe seiner Texte und Briefe begann 1996 zu erscheinen. Hrsg. Antje Bonitz, Dirk Grathoff, Michael Hepp, Gerhard Kraiker. Reinbek b. Hamburg 1966-2009. Ein Bericht über die Tätigkeit dieser Forschungsstelle, veröffentlicht in Die Welt, online-Ausgabe 13. Juli 2008 trug die Überschrift Kurt Tucholsky interessiert doch nicht mehr, die schwerlich ernstgemeint gewesen sein kann. Vordem: Gesammelte Werke in 10 Bänden. Herausgegeben von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz. *Reinbek 1975. Dazu:* Deutsches Tempo. Gesammelte Werke. Ergänzungsband 1. Herausgegeben von Mary Gerold-Tucholsky und J. Raddatz. Reinbek 1985, Republik wider Willen. Gesammelte Werke. Ergänzungsband 2. Herausgegeben von Fritz J. Raddatz. *Reinbek 1989.*

4 Ursula Blanke-Kießling, „dieser Staat ist nicht mein Staat". Über das Staats- und Verfassungsdenken Kurt Tucholskys, Baden-Baden 2009, zuvor, 2008, Diss. an der Universität Tübingen. Die Autorin war nicht die erste Wissenschaftlerin, die mit einer Arbeit über Tucholsky promovierte: Beate Porombka, Verspäteter Aufklärer oder Pionier einer neuen Aufklärung? Kurt Tucholsky (1918-1935), Frankfurt a. M. 1990.

5 Michael Hepp: Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen; Reinbek 1993.

6 Marianne Dörfel, Kurt Tucholsky als Politiker, Berlin Phil. Diss. an der FU Berlin 1971, Zwerenz, Gerhard: Kurt Tucholsky. Biographie eines guten Deutschen. München 1979, William John King, Kurt Tucholsky als politi-

wo 1990 anlässlich seines 100. Geburtstages eine Ausstellung zu sehen war, wird das Tucholsky-Archiv aufbewahrt und gepflegt. Schon seit 1969 existiert die Kurt-Tucholsky-Stiftung. An ihn erinnern Straßennamen in deutschen Städten, so in Dresden und Leipzig, in Frankfurt am Main und in Freiburg und in vielen kleineren Gemeinden. In Berlin/DDR hatte 1951 in der Stadtmitte die bis dahin Artilleriestraße genannte Häuserzeile seinen Namen erhalten[7], nachdem im Bezirk Pankow seit 1948 schon Namen von Straßen und Plätzen an Siegfried Jacobsohn und Carl von Ossietzky erinnerten. Nach ihm wurden eine Bibliothek unfern des Alexanderplatzes[8], eine Grundschule in Berlin-Mitte[9], ein Gymnasium in Berlin-Pankow, in dessen Nähe sich eine Büste Tucholskys entdecken lässt und auch eine Grundschule in Berlin-Moabit benannt, die sich unfern seines Geburtshauses[10] befindet. Seinen Namen tragen allgemeinbildende Schulen unterschiedlichen Typs auch in Flensburg, Hamburg-Altona, Köln-Neubrück, Krefeld, Minden. Und Tucholsky war und ist mit seinem Erbe seit Jahrzehnten Dauergast im Literaturunterricht. In Schulbüchern, die in den Jahren 1986, 1994, 1995, 1998, 1999, 2000, 2006 von einschlägigen Verlagen in Paderborn (Schöningh), Hannover (Schroedel), München (Oldenbourg), Frankfurt a. M. (Diesterweg) herausgegeben wurden und für den Gebrauch in den 8. bis 10. Klassen bestimmt sind, werden Schüler mit den Gedichten „Augen in der Großstadt“, „Wo kommen die Löcher im Käse her“, „Ehekrach“, mit der Anekdote „Der Floh“ sowie den Aufsätzen „Kreuzworträtsel mit Gewalt“, „Wo lesen wir unsere Bücher“ und „Herr Wendriner erzieht seine Kinder“ bekannt gemacht. In einer deutschen Literaturgeschichte findet sich der „Schulaufsatz“ Tucholskys „Hitler und Goethe“. Das ist eine bemerkenswerte Auswahl. Die Einordnungen, die der Schriftsteller in der Schulbuchliteratur erfährt, reichen von „linksliberal, pazifistisch“ bis zu „Pazifist und überzeugter Kommunist“ ohne Parteimitgliedschaft.

Die Unterrichtshilfe für die Klasse 9, 1987 für die Schulen in der DDR herausgegeben, deckt sich mit ihren Empfehlungen für die den Lehrern überlassene Gedichtauswahl teilweise mit den genannten, setzt auf die ersten Plätze aber „Der Graben“ und die „Fragen an eine Arbeiterfrau“ und schlägt vor, die beiden in Ostdeutschland populärsten Tucholsky-Interpreten, Gisela May und Ernst Busch, mit ihren Vorträgen in den Unterricht einzubeziehen. Und in der vom DDR-Schulbuchverlag Volk und Wissen herausgegebenen Reihe „Aus deutscher Dichtung“ (1968) findet sich „Jemand besucht etwas mit seinem Kind“, jene Geschichte des französischen Vaters, der mit seinem Sohn an den Ort zurückkehrt, wo er als Soldat zwischen den Gräben seinen besten Freund tagelang hat sterben hören, ein Text, der zu den großen Friedensbekenntnissen der deutschen Literatur gehört. Darauf wird hier auch verwiesen, weil zu den Entdeckungen neueren Datums auch die gehört, mit Tucholsky habe sich die DDR „schwergetan“[11] und die Ursache dafür darin gesehen wurde, dass er ein „Skeptiker“ war.[12] Das man es vor Tische anders las, so beispielsweise in einer 1986 herausgegeben filmwissenschaftlichen

---

scher Publizist. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1983, R. v. Soldenhoff (Hrsg.): Kurt Tucholsky – 1890-1935. Ein Lebensbild. Weinheim und Berlin 1987, Helga Bemmann, Von Rheinsberg nach Gripsholm. Kurt Tucholsky, ein Porträt, Rheinsberg 1987, dies., Kurt Tucholsky. Ein Lebensbild. Berlin 1990, dies., In mein Verein bin ich hineingetreten. Kurt Tucholsky als Chanson- und Liederdichter, Berlin 1989, Regina Scheer, es war ein bisschen laut“, Berlin 2008 (= Jüdische Miniaturen, 64), Daniel Wirsching, „das hat alles nichts mehr mit Ihnen und Ihrer Arbeit zu tun“. Kurt Tucholsky im Spiegel der zeitgenössischen Kritik (1927-1933). (= Innsbrucker Studien zur Alltagsrezeption, 3)

7 In deren Nachbarschaft gibt es seit 1993 auch eine Restauration [?]mit seinem Namen.

8 Zur inzwischen beendeten Geschichte dieser 1960 gegründeten und einer weiteren Bibliothek gleichen Namens im Berliner Bezirk Tiergarten, die ihre Arbeit 1965 begann, siehe die Homepage der Tucholsky-Gesellschaft.

9 Die in Berlin-Moabit, Rathenower Str. 18 gelegene 1. Gemeindeschule erhielt am 16. Mai 1968 den Namen Kurt Tucholsky,

10 Dort, Lübecker Str. 13, befindet sich eine Tafel, die daran erinnert. Das Gebäude wurde, nachdem anlässlich seines 80. Geburtstages Gerhard Zwerenz öffentlich auf das ausstehende Gedenken an Kurt Tucholsky aufmerksam gemacht hatte, restauriert. s. Der Spiegel 42/1979, 15, Oktober 1979, S. 230.

11 Die Unsinnigkeit der in eine Frage gekleideten Behauptung des Interviewers erhellt allein aus der Zahl der Buchausgaben mit Werken Tucholskys, an denen von 1946 bis 1990 beteiligt waren: der Mitteldeutsche Verlag Halle, der Enzyklopädie Verlag Leipzig, der Volksverlag Weimar, sowie die Verlage Henschel, Volk und Welt, Aufbau, Neues Berlin, Reclam.

12 So die Annahme des Leiters des Kurt-Tucholsky-Literatur-Museums Böthig in einem Interview mit der *Mitteldeutschen Zeitung*, Ausgabe vom 20. Dezember 2005.

Publikation, erschienen in München. Deren Autor schrieb lapidar: „Tucholsky war als Autor auch in der DDR geschätzt“.[13] Das will dagegen wenig besagen. Wohl aber tun das die benutzten Schulbücher, die noch stets verlässlich Auskunft auf die Frage gaben, was in einem Staat von seinen Schriftstellern gehalten wird.

In Ulm steht seit 2005 ein nach langen Kämpfen im öffentlichen Raum errichtetes Denkmal für die Deserteure des Zweiten Weltkriegs, das seinen Initiatoren und Förderern auch als die Verwirklichung einer Idee Tucholskys galt, die er in seinem Text „Uns fehlen andere Tafeln“ ausgedrückt hatte.[14] In Minden arbeitet eine Tucholsky-Bühne. Ein Tucholsky-Literaturmuseum entstand in Rheinsberg, der Stadt, von der es – der Dichter hat es bewirkt – eine Partnerschaft ins ferne schwedische Mariefred gibt, wo Tucholsky sich 1929 aufgehalten hatte und er 1935 auch begraben wurde. Vor allem: Die Gegner der Hochrüstung der Bundeswehr, der Teilnahme Deutschlands an dem dunkelsten aller Geschäfte, dem internationalen Waffenhandel, und an Kriegen ziehen mit Tucholsky auf Straßen und Plätze dieser Republik. Im Frühjahr 2009 fand im Theater im thüringischen Hildburghausen eine Tucholsky-Lesung statt, die ein Bündnis gegen Rechtsextremismus veranstaltete. Und dann lebt, wie unsere heutige Zusammenkunft zeigt, die Tucholsky-Gesellschaft, die seit 1995 einen Preis gleichen Namens vergibt.[15]

Der zweite Blick zielt auf die Beantwortung der Frage, welche konkrete Erinnerung sich mit Tucholskys Leben und Werk verbindet, des Mannes, den Arnold Zweig in seinem Nachruf „Linker“, „Geistiger“, „kassandrischer Prophet“ und einen Juden genannt hat. Und so liest sich die unvollständige Reihe der Apostrophierungen, die sich heute in Büchern und Artikeln finden: Autor, Journalist, Publizist, facettenreicher Literat, Linksliterat, sensibler Künstler, Kritiker, Pamphletist, Humorist, Polemiker, Erzähler, Dichter, Schriftsteller, Lyriker, Satiriker, Kabarettautor, Chansondichter, Liedtexter, Aufklärer, Justizanalytiker, Politmoralist und der dazu Kennzeichnungen wie verzweifelt Liebender, ironisch Wissender, heiter-ironischer Plauderer[16], überempfindliche Künstlerfigur erhielt. Auch – horribile dictu – politischer Mensch und heiter Kämpfender gehört in diese Reihe. Das gründet sich u.a. auf die Auskunft, die Tucholsky 1928 auf die Frage gab, was er liebe. Seine in der „Vossischen Zeitung“ gedruckte Antwort lautete: „Kampf“, nur lässt sich nicht erkennen, dass er seine Kämpfe vorwiegend in heiterer Verfassung hätte austragen können. Das verbot schon deren Gegenstand. So finden sich für ihn Kennzeichnungen wie „Friedenskämpfer“, „wirklicher Kämpfer für die ewigen Menschenrechte“, „gegen jegliche Reaktion“, „gegen jeden Blödsinn der Politiker“, „gegen jede spießige Gefühlsduselei“.

Nichtsdestoweniger: Alle diese Charakterisierungen besitzen ihre Berechtigung, geben jedoch zur Bestimmung des Platzes, den Tucholsky in Literatur und Gesellschaft der Weimarer Republik besetzte, nicht eben viel her. Keine macht ihn unverwechselbar. Das tun ebenso wenig Verortungen wie pazifistischer Publizist, pazifistischer Sozialist, Antimilitarist, Verfechter von Toleranz und Verständigung, Gesellschaftskritiker, Einzelkämpfer und Visionär. In die Reihe dieser Apostrophierungen gehört auch Pazifist, eine Verkürzung, hat er selbst sich doch einen „militaristischen Pazifisten“[17] genannt, die andere in den Begriff „Radikalpazifist“ übersetzt haben, mit dem sie Tucholsky von jenen unterscheiden lässt, die weder Ross und Reiter beim Namen nennen, noch Kriegern anders als betroffen, klagend und betend entgegentreten. Im politischen Spektrum, dass von Faschisten über Konservative, Libera-

---

13 Manfred Barthel, So war es wirklich. Der deutsche Nachkriegsfilm, München 1986, S. 334.

14 Uns fehlen andere Tafeln, Die Weltbühne 21. April 1925.

15 Ihre wissenschaftlichen Tagungen sind dokumentiert Eckart Rottka (Hrsg.), Tucholskys Berlin. „... ein wahnwitzig gewordenes Dorf“, St. Ingbert 2004 (= Schriftenreihe der Kurt Tucholsky-Gesellschaft, Bd. 2), Friedhelm Greis/Ian King, „ein Mahner scheitert“. Tucholsky und die Medien, St. Ingbert 2006 (= Schriftenreihe der Kurt Tucholsky-Gesellschaft, Bd. 3). Friedhelm Greis (Hrsg.), „der Krieg ist aber unter allen Umständen tief unsittlich“,

16 Das ist nur eine Auswahl zu der, in der nichtdeutschen Literatur auch zu zählen wären die Titel des 1998 in Italien erschienenen Buches Una Cassandra per l’Europa, saggio su Kurt Tucholsky von Giovanni D’Stefano und die an der Universität Tours 1988 angenommene Dissertation Kurt Tucholsky – mirroir d’une certaine Allemagne 1907 à 1933 von Manfred Eggert.

17 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930-1932, S. 446.

le, Demokraten, Sozialisten bis Kommunisten reicht, ist Tucholsky wiederholt den „linken Demokraten“ zugeordnet worden, – mitunter mit der Heraushebung „standhafter linker Demokrat“, eine verräterische Wendung, die andeutet, wie viel Wankelmut in dieser Gruppe angetroffen werden konnte. Wie weit diese Bestimmung trägt, ist unlängst noch im Wahlkampf der USA deutlich geworden, als sich auch Barack Obama so verortete. Zu alledem lässt sich in der Tucholsky-Literatur lesen, was er gewiss oder wirklich oder vermutlich nicht gewesen ist, so beispielsweise „kein Marxist, aber entschieden links“ (Erich Kuby). Diese Negativ-Bestimmung hat es Forschenden erleichtert, beispielsweise durch seine Feststellung „Ich bin kein Kommunist“, aber...

Dass von Tucholsky meist mitgeteilt wird, wogegen er anschrieb, besitzt seinen Ausgangspunkt in vielen seiner Texte. Doch kannte er auch das Pro, die Parteinahme für eine Sache, eine Zukunft, eine Idee und die erschöpfte sich nicht in allgemeinen Toleranz- und Freiheitsdevisen. Mitunter lässt sich so der Eindruck gewinnen, dass manche Annäherung an Tucholsky geschieht wie das Betreten eines verminten Feldes. So, wenn es in einem einführenden Text zur Herausgabe seiner Q-Tagebücher, die 1977 in Zürich geschrieben und dem im folgenden Jahr bei Rowohlt herausgegebenen Band vorangestellt wurde, heißt: „Die Veröffentlichung dieser Blätter bedeutet heute aber kein Eingreifen in politische oder weltanschauliche Kämpfe mehr ...“[18] Es bedarf wenig Phantasie, mit welchem Kommentar Tucholsky dies versehen haben würde. Als hätten sich die „weltanschaulichen Kämpfe“ erledigt, in denen er Partei ergriff. Er habe, hat 2009 ein Stadtrat vermutlich in bester Absicht, und erst die macht es erwähnenswert, in einer Ansprache gesagt, „Finanzmanagern, Wirtschaftsbossen und Börsenspekulanten den Spiegel vorgehalten“, als hätte Tucholsky auf deren Selbsterkenntnis samt Besserung gehofft und wäre für die Begrenzung von deren Gehältern und Prämien eingetreten.

Gerade dort, wo darüber zu reden wäre, wie Tucholsky die Welt und die Zeit, in die er hineingeboren worden war – nach seinem wiederholt geäußerten Empfinden zur „falschen Zeit“[19] –, betrachtete und kritisierte, wo er deren Gebrechen brandmarkt und analysiert hat, stößt der Suchende auf Leerstellen und Schweigen. So würde es wohl auch dem Manne selbst gehen, käme er in das ihm gewidmete Literaturmuseum in Rheinsberg.[20] Verblüfft würde er feststellen, dass es zu seinen Lebzeiten in Deutschland eine Revolution nicht gegeben und er sich zu ihr und den Folgen ihres Scheiterns nie geäußert hat. Vergeblich würde er eine Erinnerung an die vielen scharfen Kritiken aus seiner Feder suchen, die er gegen die sozialen Zustände der Republik, die materiellen und seelischen Nöte der Armen, das Wohnungselend zumal, gerichtet hatte. Und fragen würde er irritiert, ob er wirklich sich zu diesen aufkommenden Nazis und ihrem Führer nicht geäußert habe.

Vielfach erweisen sich Bezugnahmen als selektiv. Das könnte wie in anderen ähnlichen Fällen allein durch die Überfülle der Hinterlassenschaft bedingt sein, die zum Auswählen und d.h. immer auch zum Weglassen zwingt. Indessen scheint hier ein Prinzip zu walten, das Interesse geleitet ist und das Erbe absichtsvoll reduziert. Dafür spricht, dass, was unbeachtet bleibt, sich nicht als etwas erweist, woran gleichsam der Zahn der Zeit nagte, was also an Interesse – mit der Ausnahme der Literaturhistoriker – verloren hat. Jedoch lässt sich den existierenden Hindernissen bei der Annäherung an den „ganzen Tucholsky“ auf die Spur kommen, folgt man der Anregung, die der Titel einer Tucholsky-Ausstellung gab, die anlässlich seines 100. Geburtstages in München stattfand. Er lautete mit einem

---

18 Kurt Tucholsky, Die Q-Tagebücher 1934-1935. Hrsg. Mary Gerold-Tucholsky und Gustav Huonker, Reinbek b. Hamburg 1978, S. 16. (Die Einleitung schrieb Huonker).

19 So schon 1924 in dem Gedicht „Die Deplatzierten“, das mit der Verszeile einsetzt „Uns haben sie, glaub ich, falsch geboren“ und in dem dann gefragt wird, warum nicht fünfzig Jahre früher, nicht 1810 auf den „Sunda-Eiländchen“, nicht in Australien oder überhaupt erst „im Jahr zweitausend“. In: Zirkus des Lebens, Berlin 1976, S. 52. Und zehn Jahre später „Schade – mich haben sie falsch geboren.“ Brief an Hedwig Müller, 4. Mai 1934. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 347. Und so wieder in seinen letzten für Hedwig Müller bestimmten Notizen vom 19. Dezember 1935: „Mich haben sie falsch geboren.“ Die Q-Tagebücher, S. 353.

20 Es entstand nach einem Beschluss, den der Ministerrat der DDR mit dem Blick auf Tucholskys 100. Geburtstag im Jahre 1990 gefasst hatte. Damals wurde der Hauptteil des Schlosses noch von einem Diabetiker-Sanatorium genutzt. Seine Gestaltung und Eröffnung fielen bereits in die Nach-DDR-Zeit, s. auch den dpa-Bericht über das Museum vom 15, Juni 2009, den mehrere Zeitungen übernahmen u. a. die *Münsterische Zeitung*, Ausgabe vom 18. September 2009.

Zitat: „Ich habe den Eindruck hier zu stören“.[21] Kurzum: Die bundesrepublikanische Gesellschaft, die „öffentliche Meinung“ hat Tucholsky integriert, sie feiert ihn, wie Erich Kuby in einem immer noch lesenswerten Vortrag vor Studenten in Hamburg[22] gesagt hat. Er ist wirklich zu einem, so hat ihn Ernst Rowohlt schon 1948 angeredet, „Unvergessenen“ geworden, der uns in mancher Bezugnahme aber als ein Amputierter erscheint.

II.

Zur Sache: Wer nicht bei der Nachzeichnung von Tucholskys Beschreibung, Kritik und Analyse des Faschismus stehen bleiben, sondern auch in Betracht zieht, welche Vorstellung von seiner Bekämpfung er vertrat, stößt auf des Publizisten Antwort auf die Frage: Wer macht Geschichte? Oder wer kann, ja wer sollte Geschichte machen? Sie findet sich konzentriert in einem Satz, geschrieben 1921 und vielmals wiederholt und variiert: „Aber wenn wir nicht mehr wollen: dann gibt es nie wieder Krieg!“[23] So schreibt, wer überzeugt ist, dass Menschen ihre Geschichte selbst „machen“ können, ausnahmslos, denn wenn sie die Frieden-Krieg-Frage zu ihren Gunsten zu lösen imstande sein sollen, welche andere sollten sie dann nicht in ihrem ureigenen Interesse entscheiden können? Zweifelsfrei kann an Tucholskys Schriften auch bestimmt werden, wer nach seinem Urteil und Willen in Deutschland nicht mehr Geschichte machen, den Staat und das Staatsleben nicht mehr maßgeblich bestimmen sollte. Die Bezeichnungen für diese Auszuschaltenden wiederholen sich, sie variieren, aber sie wechseln nicht: die Herren von Stahl und Kohle, der großen Schifffahrtunternehmen, der Banken und vor allem der Rüstungsindustrie,[24] dazu die aus dem Kaiserreich unbeschadet in die Republik gelangten Militärs und die Beamten, die Richter zumal, die 1918 nicht „auf die Straße“ gesetzt worden waren.[25]

So klar, wie aus Tucholskys Werken die Stimme einer nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit verlangenden Menschheit spricht, so wenig gab er sich der Illusion hin, dass diese Menschheit dahin geschlossen, im Gleichschritt gar, gelangen könne. „Jede Klasse zimmert sich selber ihr Los.“ Mit diesen gesperrt gedruckten Worten schließt sein Gedicht „Start“, in dem er sich an ein in einem Arbeitermilieu eben geborenes Kind wendet, dem er zuvor wünscht „Du, mein Junge, sollst mal auf Erden ein anständiger Proletarier werden, der ein Herz hat für seiner Klasse Beschwerden –! Ein ganzer Mann.“[26] Und einem Unbekannten im Jahre 1982 gilt die Warnung, nicht zu vergessen: „... niemals beherrscht eine Idee die ganze Welt.“[27]

Tucholsky hatte als Soldat den Weltkrieg erlebt, und er beklagte das in vielen seiner Texte, dass es eine Minderheit von Generalen und Offizieren gewesen war, die Massen dirigierten und befehligten, so dass diese unter fremdem Regiment gegen ihr eigenes Lebensinteresse handelten. Diesen Zustand hielt er nicht für „gesetzmäßig“, sondern für veränderbar, ohne sich angesichts der Erfahrungen des

---

21 Siehe die gleichnamige Publikation von Sabine Kinder, hrsg. von der Stadtbibliothek München 1990. Der Titel zitiert eine undatierte Notiz Tucholskys, wohl von Anfang 1935, und meint eine europäische Gesellschaft, die den Faschismus groß werden lässt. Die Q-Tagebücher, S. 128.

22 Erich Kuby: Mein ärgerliches Vaterland. München 1989 (Lizenzausgabe Volk und Welt, Berlin 1990), S. 285-290.

23 „Schwarz-weiß-rote Erinnerungen“, in: „Hamburger Echo“, 30. Juli 1921, S. 1

24 Im Gedicht „Das Parlament“ konstatiert er: „Dein Geschick, Deutschland, machen Industrien, Banken und die Schifffahrtskompagnien“. Und in dem Beitrag „Die Küche in der Wilhelmstraße“ nennt er die Republik einen „Klassenstaat“ der „selbstherrlich tut, ist abhängig von der Rüstungsindustrie, von den chemischen Konzernen; von der Landwirtschaft – ...“. In: Deutschland, Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S. 139 bzw. 195. Was das war, dieser in Weimar geschaffene Staat, der „nicht viel to seggen“ habe, das bildete ein Thema, auf das er wieder und wieder zurückkam: „Der Staat aber ist ein Mischling: halb Selbstzweck, mit einem Beamtenkörper, der sich durch Zuwahl ergänzt, ohne jemand zu fragen – und halb unterworfen den wahren Mächtigen des Landes: der Rüstungsindustrie, den Kohlebaronen, den Stahlgrafen, den Großgrundbesitzern und der verarbeitenden Industrie.“ Die Tasse, ebenda, S. 57.

25 Deutsche Richter. In: Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S. 168.

26 Start. In: Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S. 117.

27 Dieses Bild. In. Ebenda, S. 183.

Kriegsendes und der Novemberrevolution über den Schwierigkeitsgrad zu täuschen, die dessen Überwindung aufwies. Denn ihm galten die Monate der Revolution als „die einzige Zeit, wo in Preußen so etwa wie frische Luft wehte“[28]. So erinnerte er sich nach einem Jahrzehnt an die Novembertage: „1918 hat einmal – ein einziges Mal – in Preußen die Erde gebebt. Einmal ist eine Luft durch die Straßen gezogen, die ihnen sonst fremd gewesen ist: einmal hat sich der Boden unter den Füßen der Gehenden bewegt, einmal ist hier ein Hauch von Freiheit vorübergezogen, eine Ahnung dessen, was das heißt: Volk.“ Und diese Reminiszenz schließt mit dem Satz: „Wir wollen die Melodie aufbewahren in unserm Herzen.“[29]

Das Jahr 1919, an das heute einseitig mit Bezug auf die Geburt der ersten deutschen Republik erinnert wird, sah er als Jahr der Niederlage der Massen. „Wenn die Regierung einen wie Liebknecht hätt!“, heißt es im 1919 geschriebenen Gedicht „Berliner Kämpfe“ 30, und Empörung spricht aus den jeweils drei Worten in den Strophen mit der Überschrift „Unser Militär!“, die lauten: „Liebknecht ist tot“, „Rosa Luxemburg verblutet“, woran sich die lapidare Feststellung schließt: „Solchen Mörder straft Deutschland nie.“[31] Glasklar drückte Tucholsky seine Ablehnung, ja Verurteilung der Politik der sozialdemokratischen Führer Noske und Ebert aus. Die hatten gesiegt, wenn auch nicht nach ihrer eigenen Rechnung. Tucholsky besaß ein sicheres Gespür dafür, wann eine Schlacht verloren und eine neue Orientierung der Kämpfenden notwendig war. „Die Barrikade und der Aufruhrschrei, das ist vorbei“, dichtete er Anfang 1922 und meinte, dass nun auch die Muse die rote Fahne einpacken könnte.[32] Bei dieser Devise und ihren hergeleiteten Folgerungen für sein eigenes praktisches Verhalten ist es nicht geblieben. Er hat sich an die Seite derer gestellt, die ungeachtet ihrer Verfolgungen unter dieser Fahne blieben. 1924 trat er, der ein Förderer der Roten Hilfe wurde, in einem „Gebet“ überschriebenem Gedicht für die „siebentausend Kommunisten in deutschen Gefängnissen“ ein.[33] Bei dieser Solidarität mit den Gefangenen der Linken blieb er, – ohne deswegen jede ihrer Aktionen gutzuheißen. Davon zeugte wiederum sein Aufruf zu Geldspenden „gegen diese Richter und für unsere Gesinnungsfreunde“, den er 1931 drucken ließ.[34]

In diese Republik wären die Deutschen, das war Tucholskys Überzeugung, ohne die Politik der SPD-Führer nicht geraten. Schon im Jahr zuvor lieh er einem sozialdemokratischen Genossen seine Stimme für die an einen aus ihrer Partei hervorgegangenen Bonzen gerichteten Klage darüber, dass dieser mit der Welt seinen „Frieden gemacht“ habe.[35] Und Tucholsky, der ein Gegner der Gewaltanwendung in jeder Hinsicht war und blieb, hat sich gegen die Hinnahme einer „Ruhe und Ordnung“ durch die Massen gewandt, die sie im Elend belässt und sie in noch größeres führt. Klar seine Wendung gegen jene Volksvertreter, die entdeckt hätten: „Alles bringt euch die Evolution.“[36] Gegen die Losung des deutschen Kapitals „Arbeit tut not“, das dabei war, die Weltmärkte gestützt auf die zu immer höheren Leistungen gehetzten Arbeiter zu erobern, dichtet er, dass es nottut, „den rasenden Kaufmann“ zu bezwingen, und er fragt, wer das vermöchte. Seine Antwort lautet: „Die Masse wird’s bringen.“[37] Im Rückblick auf die Revolution von 1918 war Tucholskys Perspektive unwandelbar. Deutschland sollte ein „reines“, das bedeutete ihm ein friedfertiges, vom Militarismus jeder Prägung befreites Land werden und das als das Ergebnis einer „ganz großen Volksbewegung“. „Macht Geschichte“, zwei Worte, in denen er 1920 seine Überzeugung ausdrücke, dass Massen das auch vermöchten.[38] Zehn Jahre später beharrte er darauf, dass da eine Rechnung zu begleichen wäre. Aus diesem Abstand schrieb er 1929: „Herauf ihr! Aus den Kohlenzechen. Baut in Betrieben Stein auf Stein! Es kommt der Tag, da wir uns

---

28 Das Gesicht der Stadt (1920). In: Ein Pyrenäenbuch. Auswahl 1920-1933, Berlin 1969, S. 313.

29 Schöne Zeiten. In: Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S. 34-35.

30 Kurt Tucholsky, Berliner Kämpfe. (1919) In: Zirkus des Lebens, S. 16.

31 Kurt Tucholsky, Unser Militär (1919). In: Zirkus des Lebens, S. 23.

32 Die Weltbühne, März 1922, GW, 3, S. 160 f.

33 Kurt Tucholsky, Gebet für die Gefangenen (1924). In: Zirkus des Lebens, S. 55.

34 Kurt Tucholsky, Im Gefängnis begreift man. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930-19332, S. 440.

35 Kurt Tucholsky, An einen Bonzen (1923), In: Zirkus des Lebens, S. 48.

36 Kurt Tucholsky, Ruhe und Ordnung (1925). In: Zirkus des Lebens, S. 57.

37 Kurt Tucholsky, Arbeit tut not –! (1925). In: Zirkus des Lebens, S. 61.

38 Kurt Tucholsky, Militärbilanz. *Die Weltbühne*, Nr. 17, 22. März 1920, S. 464. GW, 2, S. 309 f.

rächen: Da werdet ihr die Richter sein –!“[39] Sich diese Rolle zu erobern, dazu hat Tucholsky immer wieder gerufen: „Ihr seid das Volk und die Massen von der Etsch bis an den Rhein“ und anfeuernd „Fertig! Los! Los!“[40] Scharf benannte er die Voraussetzungen für den Erfolg eines zu bestehenden Kampfes: „Man kann aber keinen politischen Kampf ohne Klarheit führen, ohne ein dogmatisch starres Programm, das doch wieder biegsam und elastisch sein muss wie bester Eisenstahl – mit Gefühlen allein kann man keine Revolution machen. Aber ohne sie auch nicht.“[41]

Die Hoffnung auf einen solchen Tag war keineswegs blind oder Ausdruck eines Glaubensbekenntnisses. Tucholsky Wendung von den „unruhig quirlenden Massen“ verrät ein Bild von der Unbestimmtheit, in der sich deren Energie zu entladen vermochte.[42] Und er wusste um die Anstrengungen, die Massen zu irritieren und um deren fortgesetzten Erfolg seit den Tagen der Revolution. Weihnachten 1919 schlug er vor dem „deutschen Michel“ zum Feste „ein kleines Seifensieder Licht“ zu schenken.[43] Das war Ironie eins Mannes, der wusste, dass eine „ganze Industrie“ jene von ihm Agenten genannten Presse- und Filmleute bezahlte, die dafür sorgten, dass die angelogenen Massen „von der Welt nicht wissen“ können.[44] Und zu denen, die Millionen daran hinderten, zu einem Bewusstsein ihrer selbst, zum Selbstbewusstsein von Kämpfenden sich zu erheben, zähle er an vorderer Stelle die christlichen Kirchen. „Wir zähmen die Massen“ und erziehen die Proletarier zu geduldigen Arbeitstieren, hieß es im Gedicht vom „Gesang der englischen Chorknaben“.[45]

Tucholsky war sich nach dem Ende von Krieg und dem Scheitern der Revolution bewusst, dass er in einer ungewissen Zeit lebte, in einer Welt, die wankt. „Wohin treiben wir?“ Und weiter im gleichen Text von 1920: „Es dämmert, und wir wissen nicht, was das ist: eine Abenddämmerung oder eine Morgendämmerung.“[46] Dieses Gefühl, in einer Übergangszeit zu leben, ist Tucholsky lange geblieben. Für sich genommen, galt ihm diese Charakteristik freilich als Gemeinplatz, denn alle Zeiten seien Übergangszeiten.[47] Doch ihm verband sich damit die Hoffnung, sie werde in ein „befreiendes Menschentum“ einmünden.[48] Wo er sich in diesen Zuständen platziert hatte, darüber konnte er nicht in Zweifel geraten: „Lehnt einer diese deutsche Welt, so wie sie da ist, in Bausch und Bogen ab ..., dann steht er jenseits der ‚seriösen’ Leute. Mir macht das nichts ...“, schrieb er im Herbst 1929 an den bekannten Theaterkritiker Herbert Ihering, der zu Tucholskys Kritik an den sozialen Zuständen der Republik in „Deutschland, Deutschland über alles“ bemerkt hatte, es fehle da der Hinweis, dass es anderswo genauso sei. Das akzeptierend entgegnete der Kritisierte jedoch, er vermisse in Iherings Aufsätzen das „Gefühl für Blut und Tränen.“ Und fuhr fort: „Hören Sie das nicht? ... Immer wenn ich schreibe, denke ich an die Anonymen, an den Proletarier, den Angestellten, den Arbeiter, an ein Leid, von dem ich durch Stichproben weiß. ... ich will lieber den Vorwurf auf mir sitzen lassen, künstlerisch nicht befriedigt oder aus Empörung über das Ziel hinausgeschossen zu haben, als ein Indolenter zu sein.“ Dass er sich wiederhole? Das läge an den Zuständen. Man müsse das wohl.[49] Dass Wiederholungen, den, der sie schreibt, ermüden und ihn an einen Punkt bringen, an dem er fragt „Sollen wir noch?“ hatte er früher schon öffentlich einbekannt und dennoch: es müssten „gewisse Anschauungen in die deutschen Köpfe gehämmert werden.“[50]

---

39 Prolet vor Gericht. In: Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S, 179.

40 Deutschlands Richter von 1940. In: Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S. 19.

41 Schöne Zeiten. In: Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen. Montiert von John Heartfield, Berlin 1929, S. 33-34.

42 Kurt Tucholsky, Militärbilanz. *Die Weltbühne*, Nr. 17, 22. März 1920, S. 464. GW, 2, S. 309 f.

43 Kurt Tucholsky, Einkäufe (1919). In: Zirkus des Lebens, S. 29.

44 Kurt Tucholsky, Merkt ihr nischt (1922). In Zirkus des Lebens, S. 41-42.

45 Kurt Tucholsky, Gesang der englischen Chorknaben. In: AIZ, 1928, Nr. 35, S. 11.

46 Kurt Tucholsky, Die Dämmerung (1920). In:

47 Kurt Tucholsky Das Deutschland-Buch. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 299.

48 Theobald Tiger, Heute zwischen Gestern und Morgen. *Die Weltbühne*, Nr. 22, 31. 05. 1932, S. 831

49 Brief an Herbert Ihering, 18. Oktober 1929. In: Kurt Tucholsky, Briefe. Auswahl 1913-1935, S. 223.

50 GW, 3, S. 73.

Mit der Replik auf Ihering war ein Standpunkt beschrieben und eine Abgrenzung vorgenommen. Und jener Bezirk bezeichnet, in den die heutigen Verehrer Tucholskys ihm meist und lieber nicht folgen wollen. Und als die Kritik an dem gemeinsam mit Heartfield entstandenen Band in Boykottrufen gipfelte, schrieb Tucholsky in der „*Weltbühne*“: „Für die Unterdrückten, gegen diese vermufften deutschen Spießbürger, ist jedes Mittel recht, keines zu scharf und alle zu schade. Es wird weitergekämpft.“[51] Ohne Illusion über die Mittel, über die er gebot: „Im Rundfunk dürfen wir nicht, in der Presse sollen wir nicht, im Kino können wir nicht – bleibt das Buch.“[52] Und ohne Illusion über das momentan zu Verwirklichende. Es galt „die ökonomische Grundbedingung des Lebens zu verbessern, also ein Minimum für den Arbeitenden herauszuholen, das menschenwürdig ist“ oder mit anderen Worten „es soll nicht gehungert, nicht krepiert, nicht unnütz geblutet werden; die Leute sollen, wenn sie arbeiten, arbeiten können, sie sollen eine menschenwürdige Wohnung haben … eben jenes Minimum. Das können sie nicht haben, wenn man Güter so verteilt.“ Und dann in diesem an eine praktizierende Katholikin gerichteten Brief: „Diese Qual der Arbeitenden ist niedrig; wer sie deckt, ist mitschuldig.“. Linderung des Jammers sei „gut – bravo“. Doch nicht die „Lösung“, denn: „Aber wie nun, wenn einer weiterdenkt? Wenn einer sich überlegt: Woran liegt es, dass es so weit kommen kann und immer wieder kommen muss?“[53] Das war das Plädoyer für das Festhalten an der Idee, diese Zustände nicht von Fall zu Fall zu reparieren, sondern sie abzuschaffen und durch andere zu ersetzen. Doch Revolution à la Russland? „Die Welt ist dafür nicht reif.“[54] Noch nicht, meinte er für den „Proletarier-Staat mit Herz“[55], eine Formulierung, die an jene spätere vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ denken lässt.

III.

Und dann kam Ende 1929 die Weltwirtschaftskrise mit den Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten, den radikalen Kürzungen der Löhne, der Senkung der Kaufkraft im Innern und der Orientierung auf die Behauptung des Exports, als Politik des Kapitals wider die Arbeitenden bloßgestellt im Gedicht „Die Lösung“.[56] Darauf folgte jenes Jahr 1930 mit den Septemberwahlen, für die das Bild eines Erdrutsches gebraucht worden ist. Mehr als 18 Prozent der Stimmen – das waren die von nahezu 6, 4 Millionen Wählern und bedeutete den zweiten Platz hinter der Sozialdemokratie – für die Nazipartei bei den Reichstagswahlen, deren Führer, wenn auch vorerst aussichtslos, Anspruch auf den Eintritt in die Reichsregierung erhob. Nur wenige Wochen nach dem Wahltag mit dem Verhängnis drohenden Ergebnis veröffentlichte Tucholsky in der „*Weltbühne*“ einen bissigen Artikel gegen jene sich und andere beruhigenden Bürger, die alles nicht so schlimm fanden, in ihrer Straße „einen sehr netten SA-Mann“ kannten, begannen, Hitler, der für Ordnung sei und den eigenen Safe nicht bedrohe, akzeptabel zu finden, und schon, um Anpöbeleien oder Ärgerem zu entgehen, den Arm hoben, wenn an ihnen eine SA-Kolonne mit der Nazifahne vorbeimarschierte.[57]

In Literaturgeschichten und anderen Betrachtungen ist zu lesen, mitunter ist dem ein leiser Ton der Kritik beigemischt, dass sich der Dichter mit dieser äußersten Ausprägung der Reaktion zu wenig beschäftigt hätte. Lässt man als solche Äußerungen nur jene gelten, in denen Hitler, Goebbels, Röhm, die SA ausdrücklich und schon in den Überschriften erwähnt wurden, dann allenfalls kann dieses Urteil eine gewisse Berechtigung gewinnen. Doch ist es hinfällig, wenn in Rechnung gestellt wird, dass alles, was Tucholsky seit 1918/1919 gegen Nationalisten, Militaristen, Antirepublikaner aller Couleur geschrieben hatte, auch den rechtesten Aspirantenflügel auf ein autokratisches oder diktatorisches Regime traf. Und diese Kritik kann eigentlich nur vortragen, wer die vielen Nebenbei-Bemerkungen ignoriert, die sich in den verschiedensten Texten finden und in denen häufig in einem Nebensatz nur geschrieben wurde, was von dieser braunen Spezies deutscher Reaktionäre zu halten war.

---

51 *Die Weltbühne*, Nr. 39, 24. September 1929.

52 Brief an Herbert Ihering, 18. Oktober 1929, a. a. O.

53 Brief an Marierose Fuchs, 18. Februar 1930. In: Kurt Tucholsky, Briefe. Auswahl 1913-1935, S. 235-236.

54 Kurt Tucholsky, Die Augen der Welt. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 203.

55 Theobald Tiger, Heute zwischen Gestern und Morgen. Die Weltbühne, Nr. 22, 31.05.1932, S. 831

56 Theobald Tiger, Die Lösung. In: „*Die Weltbühne*“, Nr. 34, 25. August 1931, S. 293.

57 Kurt Tucholsky, Herr Wendriner steht unter der Diktatur. *Weltbühne*, N. 41, 7. Oktober 1930. GW, 8, S. 237. Werkausgabe, Bd. 13, 530 ff. ff.

Dabei hat Tucholsky den Begriff Faschismus, der heute in Wissenschaft und Publizistik für die deutschen Zustände aus dem Sprachverkehr gezogen ist, keineswegs nur für die deutschen Hitlergefolgschaft benutzt, sondern in denen wie auch Carl von Ossietzky eine spezielle Ausprägung einer allgemeinen und weiteren Erscheinung gesehen. 1932 schrieb er von in Deutschland „herrschenden faschistischen Mächten“[58], eine Kennzeichnung, die sich rückblickend als überzeugend lesen mag, jedenfalls aber die „Rechtsverschiebung“ dieses Staates bezeichnete, der die Charakteristika einer Republik zunehmend verlor.

Im Mai 1930 publizierte Tucholsky ein Gedicht mit der Überschrift „Das dritte Reich“, einer Losung, die von den Nazis bald monopolisiert wurde, aber nicht nur auf ihren Fahnen stand. Darin wird der ganze Nebel der Phraseologie – auch „nationale Mystik“ genannt – verhöhnt, mit der die Hitlerleute operierten: arisch, völkisch, heimatwolkig. Da wird vor ihrem Expansionismus und ihrem Kriegsvorsatz in einer Weise gewarnt, die prophetisch anmutet: „Wir holen unsre Brüder uns zurück: die Sudetendeutschen und die Saardeutschen und die Eupen-Deutschen und die Dänen-Deutschen ... Trutz dieser Welt! Wir pfeifen auf den Frieden. Wir brauchen Krieg.“ Und da wird den Arbeitern gesagt, was sie von diesen „Original-Befreiern“ zu erwarten hatten: sie würden „genau so arme Luder wie vorher, genau solch schuftendes und graues Heer, genau so arme Schelme ohne Halm und Haber“ sein und bleiben, wie sie es jetzt in der Republik waren.[59] Immer wieder hat Tucholsky die rassische, nationale und soziale Demagogie der NSDAP bloßgestellt und ihre Funktionen charakterisiert. Der barbarische Nationalismus, ein Feld auf dem sich verschiedenste politische Kräfte von Hitler nicht schlagen lassen wollten und deshalb mit ihm in Wettbewerb traten, mache im Ausland keinen Eindruck, aber seine Propaganda richte sich gegen „Arbeiter und Angestellte“, die Gegner im Innern, die niedergeknüppelt werden sollen.[60]

In einer knappen Notiz hat Tucholsky angemerkt, dass und wie Hitler auch seine eigene Gefolgschaft betrog. Unter der Überschrift, „Fackelzug vor dem Hitlerhof“ die auf des Führers Nobelquartier in Berlin, das Hotel „Kaiserhof“, anspielte, lautet sie so: „Eine Abordnung arbeitsloser Nationalsozialisten hat gestern ihrem Oberhaupt vor dem Hotel Hitlerhof einen Fackelzug dargebracht. Hitler, der bis vor kurzem selbst arbeitslos war, versprach jedem der Fackelträger eine Stellung bei der ostpreußischen Gesandtschaft in Braunschweig. Die herbeigeeilten amerikanischen Journalisten verließen unter dem Ruf „So blue!“ die Gaststätte.“[61] Eine ostpreußische Gesandtschaft gab es nirgendwo und in Braunschweig war dem Österreicher Hitler mit Hilfe eines Tricks zur deutschen Staatsbürgerschaft verholfen worden.

In die Reihe dieser Bloßstellungen des Programms und der Pläne derer mit dem Hakenkreuz gehört, das Gedicht mit dem Titel, der den von ihnen am meisten benutzten Schlachtruf „Deutschland erwache“ zitiert, dem dann meist noch das „Juda verrecke“ hinzugefügt wurde. Die Strophen schließen so: Die erste: „dass der Nazi dir einen Totenkranz flicht –: Deutschland, siehst du das nicht –?“ Die zweite: „dass der Nazi für die Ausbeuter ficht –: Deutschland, hörst du das nicht –?“ Und die dritte, wiederholend: „dass der Nazi dein Todesurteil spricht –: Deutschland, fühlst du das nicht –?“ Dagegen vertraut, und für die Leser der Arbeiter Illustrierten mochte das gelten, der Dichter auf Millionen Arbeiter, die das alles wüssten und deren Antwort lautet: „Wir sehen. Wir hören. Wir fühlen den kommenden Krach. Und wenn Deutschland schläft –: Wir sind wach!“[62] Das stammt aus dem Jahr 1930 und lässt keinen Zweifel, auf wen Tucholsky bei der Abwehr der Nazidiktatur setzte.

Ein Doppeltes freilich hat Tucholsky geleitet, wo es direkt gegen die Nazis ging: Ihm war das Hinuntersteigen auf das geistige Niveau, das die „Nationalsozialisten“ repräsentierten, zutiefst zuwider, und es lag ihm fern, sie durch übergroße Aufmerksamkeit aufzuwerten. Die Ideologie der Faschisten hat er in wenigen Worten und Sätzen abgetan wie „Über den Begriff Rasse wollen wir gar nicht erst

---

58 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 481.

59 *Die Weltbühne*, Nr. 19, 6. Mai 1930, S. 686.

60 Kurt Tucholsky, Die Kriegsschuldfrage, und Auf dem Nachttisch. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930-1932, S. 428 u. 439.

61 Kleine Nachrichten, *Die Weltbühne*, 1932.

62 Theobald Tiger, *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, 1930, Nr. 15, S. 290.

reden.“ Oder im Gedicht vom „Dritten Reich“ mit der Wendung von den „wendisch und kaschubisch reinen Ariern“. Und mit Bezug auf den nationalen Schmus von der Eintracht aller Deutschen, die von den Faschisten mit der Parole „Volksgemeinschaft“ propagierte wurde, schrieb er:: „Aber es ist ja nicht wahr, dass die sechzig Millionen immer ein einziges Ding sind; gespalten sind sie, durch den Klassenkampf zerrissen, in ihren Anschauungen, ihrem Herkommen, ihrer Abstammung so weit voneinander unterschieden, dass man schon auf das Heimatgefühl, das ganz und gar unpolitisch ist, zurückgreifen muss, um wirklich sagen zu dürfen: Deutschland.“. Und der Mystifizierung des Vaterlandsbegriffs durch die Faschisten hielt er entgegen: Ohne Heroismus ist noch keine Sache auf dieser Erde zu gutem Ende geführt worden – aber dann ist mir die Terminologie des Klassenkampfes lieber. Sie ist ehrlicher.“[63]

Tucholsky war daran beteiligt, dass die „*Weltbühne*“, wie er im Kommentar zu Ossietzkys Verurteilung schrieb, „etwas getan“ hatte, was den faschistischen Gegner bis aufs Blut gereizt hat: er ist hier ausgelacht worden. Hier ist gelacht worden, wenn andere gedonnert haben. Hier sind jene nicht ernst genommen worden.“ Mit ihnen sei nicht anders gesprochen worden „als von oben nach unten“, denn anders verdienten sie es nicht.[64] Dieses Verfahren spricht etwa aus der „Meldung“: „Chaplin hat Hitler um leihweise Hergabe seines Schnurrbartes gebeten. Die Verhandlungen dauern an.“[65] So verfuhr er auch mit dem sich in Berlin als Recke gebärdenden NSDAP-Führer Goebbels, der „ohnehin nicht bis drei zählen“ könne[66] und von dem „ein fauliges Gerüchlein“[67] ausgehe. In seinem Gedicht „Joebbels“ wird von dem Reichspropagandaleiter gesagt: „Du bist bloß laut – sonst biste jahnich wichtich!“[68] Und zugleich galt für Tucholsky, dass es eine Grenze der Satire nach unten gäbe, so dass die gegen die Faschisten nicht einzusetzen wäre, denn es lohnt nicht – so tief kann man nicht schießen.“[69]

Aus seiner Haltung sind nichtsdestoweniger Ratschläge für den Umgang mit diesem politischen Typus erwachsen, die an Wert solange nichts verloren haben werden, wie der nicht ganz und gar der Geschichte angehört. Als die linke Presse in Deutschland von der bürgerlichen die Attacke gegen den so genannten Stabschef der SA wegen dessen Homosexualität übernahm, schrieb Tucholsky unter der Überschrift „Röhm“ dazu einen Artikel in der „*Weltbühne*“. An seinem Beginn stehen die Sätze, die an seiner eigenen Kampfstellung keinen Zweifel lassen: „Gegen Hitler und seine Leute ist jedes Mittel gut genug. Wer so schonungslos mit andern umgeht, hat keinen Anspruch auf Schonung – immer gib ihm! Ich schreckte in diesem Fall auch nicht vor dem Privatleben der Beteiligten zurück – immer feste! Aber das da geht zu weit – es geht unsretwegen zu weit.“ Demnach hatte Selbstachtung die Grenze der Bekämpfung der Faschisten zu ziehen. Die erblickte er in dem Grundsatz „Zunächst soll man seinen Gegner nicht im Bett aufsuchen.“ Zweitens machte er geltend, dass man nicht den §175 des Strafgesetzbuches bekämpfen und gleichzeitig einen Angriff wie diesen vortragen könne. Und dass auch diskutiert worden war, ob Hitler diesen Röhm nun weiter in seiner Führerschaft belassen würde, wandte Tucholsky ein: „Sind wir die Wächter dieser Privatarmee? Von uns aus kann Hitler Einbrecher anstellen.“ Und er schloss mit dem Satz: „Im Übrigen aber ist das Empfindungsleben Röhms uns genauso gleichgültig wie der Patriotismus Hitlers.“

Damit war die Forderung formuliert, in jedem Gefecht, ja in jedem Scharmützel zu diesem politischen Gegner Distanz zu halten und sie zu verdeutlichen, auch dadurch, wie im gleichen Text bemerkt, dass man die „lächerlichen Titel“ ignoriert, die Hitler seinen Mitführern verleiht, denn „Titel, Auszeichnungen, Lob und Tadel dieses Anstreichers sind uns gleichgültig.“[70] Es hätten schon diese Beiträge

---

63 Kurt Tucholsky, Ein besserer Herr. Die Weltbühne, 25. Juni. 1929, Nr. 26, S. 935.

64 Kurt Tucholsky, Für Carl v. Ossietzky. Generalquittung. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 472.

65 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 482.

66 Kurt Tucholsky, Wann arbeiten die –? In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 384.

67 Theobald Tiger, Altes Lied 1794 *Die Weltbühne* Nr. 18, 03. Mai 1932, S. 680.

68 Es erschien in *Die Weltbühne* Nr. 8, 24. Februar 1931, S. 287. Hier zitiert in: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 370-371.

69 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 481.

70 Dieses Plädoyer für eine im eigenen Interesse, und nur in diesem, zu beachtende politische Hygiene in den Kämpfen mit den Faschisten, erschien in er Rubrik „Kleine Nachrichten“ mit der Zeichnung Ignaz Wrobel, gehört zu den letzten Publikationen Tucholskys. Sie erschien in: *Weltbühne,* 28. Jg., Nr. 17, 26. April 1932, S. 641.

genügt, dass die Nazis diesen ihren Gegner zu den von ihnen Bestgehassten sortiert und ihm Rache geschworen hätten. Wie aber erst jener, der das geistige Niveau ihres Führers explizit und dazu den ihm geltenden Kult aufs Korn nahm, Tucholskys Aufsatz „Hitler und Goethe“.[71] Nachdem der NSDAP-Führer soeben im Wahlkampf Hindenburg unterlegen war, nahm Tucholsky sich das Geschrei vor, den geschlagenen Kandidaten als den „allergrößten“ Deutschen zu präsentieren. Er spießte die Phrasen vom nordischen Menschen und vom schaffenden arischen und jüdischen Eigentum auf, er tat die „dreitausend Versprechungen“[72] der Nazipropaganda ab, er brandmarkte die Dumpfheit von Hitlers Gefolgschaft und verwies nebenbei auf die Investitionen der Industrie in diesen Mann und seine Partei. Im Grunde war in diesen wenigen Zeilen alles Nötige zur rassischen, nationalen und sozialen Demagogie gesagt und wer es las – aber wie viele lasen es –, konnte fragen, ob das Land, das sich auf seine Dichter und Denker so viel zugutehielt, diesem Manne Aufmerksamkeit zu schenken hätte. Jede Zeile dieses Gedichts spricht Tucholskys Urteil: Nein. Und so hat er ihn und die NSDAP meist kurz abgefertigt, wie etwa die auf die Volksgemeinschaft zielende Losung von den „Arbeitern der Stirn und der Faust“. Sein Kommentar: „Die Stirn, das ist der Kopfteil, mit dem die Ochsen ziehen, und eine Hand, die zur Faust geschlossen ist, kann überhaupt nicht arbeiten.“[73]

Indessen wuchs der Zulauf zur Nazipartei und, während in den Großstädten starke Organisationen der Kommunisten und der Sozialdemokraten sie noch in die Schranken wiesen, schrieb Tucholsky 1931, dass diese inzwischen ganze Kleinstädte terrorisieren“ würden. Worin lagen diese Erfolge jener „Schreihälse“ begründet? Nach seinem Urteil in der Grundtatsache, dass die Politiker dieser Republik von Scheidemann bis Brüning einen Staat geschaffen hatten, von dem er sagte, dass „der wirkliche Gehalt des Volkes, seine anonyme Energie, seine Liebe und sein Herz nicht auf dieser Seite sein können.“ Dass es dieser Demokratie an Demokraten fehlte, war nach seinem Befund nicht die Schuld des Volkes, das zwar das meiste falsch verstehe, aber das meiste richtig fühle. Nun würden die Nazis dieses Grundgefühl der Ablehnung und des Protestes zu ihren Gunsten missbrauchen. Doch sei es nicht so sehr deren eigenen Stärke, sondern die „Charakterlosigkeit ihrer Gegner“, von der „Kerle wie Mussolini oder der Gefreite Hitler leben“ würden.[74] Bestimmt wandte er sich gegen „diese dummen Bücher“, in denen „die Arbeiter abwechselnd als verhetzt und unschuldig oder als blöde Masse geschildert werden“.[75] Nicht, dass Tucholsky nicht auch und mehrfach gesagt hätte: Wenn ihr die Wahrheit nicht vertragen könnt, wenn ihr euch so oder so verhaltet, dann habt ihr es nicht besser verdient.[76] Doch ging das mit dem Wunsch und dreifachen Ruf am Ende eines 1929 geschriebenen Gedichts einher „Nimm ihnen die Geduld“[77], es war nicht wegwerfend, abwertend, anklagend, nicht sich abwendend gesprochen, sondern vielmehr ohne Preisgabe der Solidarität mit den immer wieder Betrogenen gesagt, es war Appell zu lernen, zu begreifen, zu handeln. Aus wie vielen seiner Texte klingt die Ermunterung der Kämpfenden, gerichtet an die noch Abseitsstehenden, mit denen schon das Gedicht „Rote Melodie“ von 1922 schließt: „Komm mit –!“[78]

Klare Erkenntnis der wirtschaftlichen und seelischen Lage, wirklicher Wille zur inneren und äußeren Revolution, dass seien die Voraussetzungen dafür, dass sich „der Deutsche“ selber helfen könne.[79] Dabei suchte Tucholsky mit seinen Mitteln Hilfestellung zu geben, gegen eine Mehrheit seiner Berufskollegen. Denn als Hitlers Anhängerschaft mehr und mehr wuchs, sah Tucholsky, wie in der deutschen Presselandschaft jene zunahmen, die sich als Wendehälse erwiesen, sich wie eine Wetterfahne nach dem Wind drehten, umfielen. Für diejenigen, die den Faschismus nun stützten, hatte er nur ein Wort „Gesindel“, dem dessen Haltung obendrein nichts eintragen werde. Denn, sei Adolf Hitler auch

---

71 Kaspar Hauser. In: *Die Weltbühne*, 17. Mai 1932, Nr. 20, S. 751.

72 Kurt Tucholsky, Auf dem Nachttisch. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 437.

73 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 447.

74 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 480.

75 Kurt Tucholsky, Bauern, Bonzen, Bomben. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 376, 379, 380.

76 Kurt Tucholsky, An das Publikum. Theobald Tiger, *Die Weltbühne*, 7. Juli 1931, Nr. 27, S. 32.

77 Kurt Tucholsky, Geduld. In: Zirkus des Lebens, S. 111.

78 Kurt Tucholsky, Rote Melodie. In: Zirkus des Lebens, S. 46

79 Kurt Tucholsky, Ein Deutschland-Buch, In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 298.

dumm – dass er die nun verleugnete Haltung nicht „krumm“ nehmen werde, so dumm sei er nicht.[80] Doch dieser Wandel war nicht auf Verleger von Zeitungen und ihr Personal beschränkt. 1932 notierte er: „Um mich herum verspüre ich ein leises Wandern. Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich.“[81]

Tucholsky hat sich über den Massenanhang dieser Partei nicht getäuscht, aber sich auch von ihm nicht täuschen lassen und die Gefolgschaftsleute nicht als Kern und Wesen dieses vorgeblichen „Nationalsozialismus“ betrachtet. Seine Verachtung, ja seinen Abscheu gegenüber den braunen Kohorten hat er mehrfach ausgedrückt, mit bitterem Spott ohnegleichen in dem 1931 geschriebenen Gedicht „Rosen auf den Weg gestreut“, dessen Strophen mit den Worten enden Refrain „Küsst die Faschisten, wo ihr sie trefft“.“[82] Damit war die von der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgegebene Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ abgewandelt, die auf Widerspruch und mehr noch später auf historische Kritik stieß, weil sie gegen die Auslegung nicht geschützt war, dass mit ihr zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den SA-Leuten aufgerufen wurde, eine terroristische Methode des politischen Kampfes, welche die Nazis unbedenklich einsetzten. Schon im Jahr zuvor hatte er in dem Gedicht „Aussage eines Nationalsozialisten vor Gericht“, das die Arbeiter Illustrierte Zeitung veröffentlichte, sowohl die Komödien, welche die Schläger der SA in Gerichtssälen aufführten, wie den Umgang der Justiz mit ihnen und – im Gegensatz dazu – mit den Kommunisten charakterisiert. In die Beteuerung „Wir sind die friedlichste und stillste Blase“ war das verlogene Auftreten der Braunhemden gefasst, die vom „russischen MG“ in den Händen der Kommunisten phantasierten. Das Fazit lautete: „Der Kommunist wird feste arretiert.“ In einem anderen Gedicht heißt es ganz ähnlich: „Für jene die Straße. Gegen uns das Reichsgericht.“[83] Die Richter, schrieb er 1931, trügen „die Hauptschuld an den blutigen Opfern der letzten Zeit.“ Denn: „Rechtsschutz gibt es nicht. Gleichheit vor dem Strafgesetz gibt es nicht. Kommunist sein, bedeutet Angeklagter sein“.[84] Indessen hat Tucholsky diese randalierende, schlagende, stechende und schießende nicht für das Wesen der Bewegung genommen und sie von ihren Führern unterschieden. „Mit Adolf Diktatur der Industrie und der Reichswehr“, schrieb er über die etablierte faschistische Macht, und als den hauptsächlichen Dienst, der NSDAP-Führer beiden geleistet habe, hieß es knapp: „Er hat ihnen die Arbeiter zerschlagen.“

Tucholsky hat sich inmitten der Kämpfe doch aber schon vorgestellt, wie sie enden könnten. Gleichsam nebenbei fällt 1931 in einem Text die Vokabel „eine Hitlerregierung“[85] und in anderen Beiträgen die Wendung „in der jetzigen Vorkriegszeit“[86] und der Satz „Wir werden uns im nächsten Krieg wiedersprechen.“[87] So schreibt, wer den unterschiedlichen Mobilisierungsgrad der Kontrahenten wahrnimmt. „Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten – wo bist du –?“ schließt sein Aufsatz „Rote Signale“, in dem wieder die schon vordem ausgesprochene Bedingung des Sieges der eigenen Sache ausgesprochen ist: „Es gibt keinen Erfolg ohne Frauen.“ Er sah, dass die Kommunisten im Stil ihrer politischen Arbeit zu sehr die „Bekehrten bekehren“, während der Schwerpunkt doch in der „politischen Beeinflussung der Schwankenden“ liegen müsse. Auf deren Seelenzustand sei Rücksicht zu nehmen, denn „mit Lateinisch bekehrt man keine Indianer.“ Und um ihr Elend wüssten Proletarier und Angestellte aus eigener Erfahrung, weshalb die „blanke Elendsschilderung“ aufzugeben sei: „Zu zeigen sind Auswege.“[88]

IV.

Erich Kästner hat von Tucholsky geschrieben „Ein kleiner dicker Berliner wollte mit einer Schreibmaschine eine Katastrophe aufhalten.“ Das wird gern zitiert, aber es ist falsch. Diese Kraft hat er sich

---

80 Theobald Tiger, Dreh dich hin, dreh dich her – Kleine Wetterfahne! *Die Weltbühne* Nr. 7, 16. Februar 1932, S. 239.

81 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 481.

82 Kurt Tucholsky, Zirkus des Lebens, S. 142.

83 Theobald Tiger, *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, 1930, Nr. 15, S. 290. Die AIZ war eine seit 1926 wöchentlich erscheinende Zeitung, die eine Massenauflage erreichte.

84 Kurt Tucholsky, Bauern, Bonzen, Bomben. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 380.

85 Kurt Tucholsky, Auf den Nachttisch. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 437.

86 Kurt Tucholsky, Schnipsel. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 446.

87 Kurt Tucholsky, Auf dem Nachttisch. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 439.

88 Kurt Tucholsky, Rote Signale. In: Schloss Gripsholm. Auswahl 1930 bis 1932, S. 443-445.

nicht zugetraut. Doch er glaubte lange, Menschen mit seinen Mitteln eine Orientierungshilfe in ihrer Zeit geben, ihnen die heraufziehenden Gefahren signalisieren, sie zur abwehrenden Tat alarmieren und ermutigen zu können. Menschen, und das hieß, sollten sie Wirkung erzielen und siegen können, *Menschenmassen*. Dass ist ihm und seinen Gefährten an der geistigen Front nicht gelungen. Stattdessen trat 1933 eine Situation ein, von der er schrieb: „... eine publizistische Wirkung auf einen ganzen Volkskörper haben wir nicht mehr".[89] Doch war das nicht nur aus dem Gesichtswinkel des Exils geschrieben. Nüchtern beurteilte er den rasch fortschreitenden Stimmungswandel in Deutschland. „Man kann aber nicht einem Volk das Gegenteil von dem predigen, was es in seiner Mehrheit will".[90] Scharf und augenblicklich vergegenwärtigte er sich auch das Ausmaß der Niederlage und deren Folgen. Am 7. April 1933, da hielten in den Reihen der Linken viele sie noch für bald korrigierbar, schrieb er Heinz Pol (1901-1972), dem in die Tschechoslowakei geflohenen Autor der „Weltbühne" und zeitweiligem Teilhaber des dort gegründeten Verlages: „Die Arbeiterbewegung hat die entscheidende Niederlage erlitten ..."[91] Und das war, wie vier Worten in einem vier Tage später an Walter Hasenclever (1890-1940), den aus Nazideutschland nach Nizza geflohenen Freund, gerichteten Brief besagen, nicht die der anderen: „... unsere Sache hat verloren". Und vordem heißt es im gleichen Text: „Dass unsere Welt in Deutschland zu existieren aufgehört hat, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Und daher: Werde ich erst amal das Maul halten. Gegen einen Ozean pfeift man nicht an."[92] Erst einmal – das meinte nicht nur momentan, sondern unter Umständen eine sehr lange Zeit, schrieb er dem in der Schweiz lebenden Freund doch wenig später: „Überlebt Hitler den nächsten Winter, dann werden mit ihm begraben."[93]

Diese Entscheidung Tucholskys lässt sich bedauern, zumal wenn man sich die vielen scharfsinnigen Analysen und Urteile vor Augen hält, die er, nur noch auf die Presse, den Rundfunk, Beobachtungen in seinem schwedischen Umfeld und Nachrichten angewiesen, die er durch Freunde in deren Briefen erhielt. Zum einen war und blieb er überzeugt, dass alle auf Aufklärung und Aufrüttelung zielenden Unternehmen nun vergeblich seien. Das meinte er sowohl im Hinblick auf die nichtfaschistischen Regierungen europäischer Mächte wie auch auf die Massen insbesondere auch in jenen der großen Staaten, deren Politik für die Zukunft des Kontinents entscheidend sein musste. Seine Urteile über die Politik Frankreichs und Großbritanniens sowie über den von beiden beherrschten Völkerbund waren ebenso verheerend wie treffend und wurden im Kern durch die Entwicklung der nächsten Jahre bestätigt. Englands Europapolitik sei „eine Schande", bemerkte er auch im Hinblick auf die „Entrüstung, ... mit der die englische Presse die Möglichkeit eines russisch-französischen Bündnisses aufnimmt."[94] Ebenso falsch und verhängnisvoll erschien ihm auch die von ihm wieder und wieder missbilligte Haltung kleinerer Staaten, so die der Schweiz und Schwedens, gegenüber dem Naziregime. Tucholsky war kein Phantast und wiederholt bekundete er seine Ablehnung eines Präventivkrieges. Doch die demokratischen Länder waren nach seinem Urteil nicht ohne die Chance, andere Mittel der Gegenwehr einzusetzen und das Regime in Deutschland an seiner Stabilisierung und der Verfolgung seiner Pläne zu behindern. Als solche galten ihm vor allem wirtschaftliche und andere Boykottmaßnahmen und auch die „innere Einmischung in diese Barbarei".[95] Und wenig später schreibt er: „Zum Beispiel ihre Mannschaft nicht zu den Olympischen Spielen schicken. Zum Beispiel eine moralische Haltung zeigen, die eines ‚freien Volkes' würdig wäre. Krieg führen – nein, dies verlangt kein Mensch ... Aber eine Gegnerschaft zeigen ...".[96]

Und auf Seiten der Massen in den nicht faschistischen Ländern sah er, so hat er notiert, vor allem eine Willensanstrengung auf Seiten der Gegner dieses Deutschland als nötig an, denn es würde sich „dieser Streit nämlich wie alle ähnlichen auf der Sphäre des *Willens* und nicht der Erkenntnis" abspielen.

---

89 Brief an Walter Hasenclever, 20. April 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 301.
90 Brief an Walter Hasenclever, 4. März 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 293.
91 Briefe Auswahl 1913-1935, S. 296.
92 Brief vom 11. April 1933. Briefe Auswahl 1913-1935, S. 298.
93 Brief an Walter Hasenclever, 17. Mai 1933. In: Briefe Auswahl 1913 bis 1935, S. 307.
94 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 30. November 1934, S. 86.
95 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 16. März 1935, S. 183-184.
96 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 28./29. März 1935, S. 199.

In den Ländern der Demokratie, die dort freilich nicht mehr glühe, fehle jedoch die „Erkenntnis der Lage“.

Tucholsky galt nicht nur die Abwehrschlacht gegen den Faschismus in Deutschland als verloren, sondern auch die gegen einen neuen Krieg, zu der er 1919 in seinem Gedicht „Krieg dem Kriege“[97] aufgerufen hatte, als er sich gegen den imperialistischen Frieden von Versailles wandte und warnte: „Und nach abermals zwanzig Jahren kommen neue Kanonen gefahren.“ Die waren noch nicht ganz verflossen, doch sein Urteil stand fest:

Diese Reaktion Europas auf den Sieg des Faschismus in Deutschland, dadurch gekennzeichnet, dass sich die „außerdeutsche Umwelt“ genauso benehme wie dies die „Republik gegen die aufstrebende Reaktion“ getan habe, das hätte er „allerdings nicht geahnt“.[98] „Natürlich kommt der Krieg,“ hieß es schon in einem am 20. April 1933 geschriebenen Text.[99] Richtig war auch seine Prognose, dass die Bourgeoisie außerhalb Deutschlands von dessen Aufrüstung profitieren wolle und ihr deshalb nichts in den Weg legen werde. Tucholsky irrte sich zwar in der Annahme, es werde in Europa durch Deutschland zu einer Kette von „lokalisierten Kriegen“ kommen[100], wobei er im Hinblick auf Österreich auch die Möglichkeit sah, dass es „von innen her aufgerollt“ werden könnte.[101] Doch war er nahe an der Wahrheit mit der Annahme, es werde ein solcher „mehr oder minder“ begrenzter Krieg im Osten Europas stattfinden und Deutschland könne ihn „auch noch gewinnen“.[102] Auch seine Vorhersage, Frankreich werde Deutschland freie Hand auf dem Balkan lassen, erwies sich als richtig.[103]

Gegen seine Erwartung führte der Weg doch in „ein europäisches Generalmassacre“.[104] Falsch sah er auch die Reihenfolge, in der das größere Reich sich kriegerisch gegen die Sowjetunion und die Westmächte wenden werde, die übrigens zum Zeitpunkt seiner Prognosen in der der politischen und militärischen Führung im Reich noch nicht definitiv bestimmt war. Falsch schätzte er auch die Widerstandsfähigkeit der „Russen“ ein.[105] Dass die Westmächte dem Angriff Deutschlands nicht entgehen würden, galt ihm als sicher. „Drückt dann diese im Osten stark gewordene Macht (120 Millionen) nach Westen, dann können sich die Franzosen gratulieren“, schrieb er wenige Tage nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Sein Urteil über die Unersättlichkeit Hitlerdeutschlands bestätigte sich vollständig: „Die deutsche Hybris kennt keine Grenzen“.[106]

Er sah – das distanzierte ihn von den Zentren und Kräften des deutschen Antifaschismus im Exil – den emigrierten Parteizentralen wie den Redaktionen der Zeitschriften, den Mangel, sich das entstandene Kräfteverhältnis einzugestehen, sowohl im Hinblick auf die Potentiale der eigenen wie der gegnerischen Seite. Zwei Sätze aus Briefen drücken diese Kritik knapp und pointiert aus: „Wer eine solche Niederlage erlitten hat, muss in sich gehen. Und nicht etwa 'bereuen', aber nachdenken.“ Die deutschen Kommunisten müssten sich doch fragen, warum „die Massen nicht mitgegangen“ sind, anstatt darauf zu bestehen, dass ihr Parteivorstand immer recht gehabt habe, sollten sie von der „Realität“ sprechen.[107] Mit dem Blick auf die 65 Millionen Deutschen notierte er: „... hier ist, Himmeldonnerwetter, doch etwas geschehen“, das in der Emigration zur Kenntnis genommen werden müsse.[108] Es sei „der Wille der Generationen“ und nicht eine abstrakte „gesellschaftliche Entwicklung“ die den Fortgang der Geschichte bestimme. Der von politischen Führern in der deutschen Emigration geführte Streit um

---

97 Kurt Tucholsky, Zirkus des Lebens, Berlin 1976, S. 24 – 25.
98 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 2. Februar 1935, S. 136.
99 Brief an Walter Hasenclever, 20. April 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 300.
100 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 2. Dezember 1934, S. 98.
101 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 18. oder 20. Januar 1935, S. 124.
102 Brief an Walter Hasenclever, 25. Juli 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 310.
103 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 10. Oktober 1934, S. 43.
104 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 23. Februar 1935, S. 151.
105 „Sie (die deutschen Aggressoren, K.P.) werden die Ostvölker und auch die Russen zu Kleinholz schlagen.“ Die Q-Tagebücher, Notiz vom 3. April 1935, S. 207.
106 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 21. März 1935, S. 189-190.
107 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 8. November 1934, S. 60.
108 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 9. März 1935, S. 174

„das ‚Richtige'", ein Streit, der sich für „die Massen" nicht interessiere, erschien ihm trostlos.[109] Die alte Doktrin, womit er vor allem die Geschichtsvorstellungen von Marxisten meinte, sei erledigt, würde lähmen, eine neue müsse sie ablösen. „Je eher die Arbeiter begreifen, dass sie von vorn anfangen müssen, ganz von vorn, umso eher werden sie vorwärtskommen."[110] In einem Brief an seinen in Prag lebenden Bruder Fritz, in dem er auch von notwendiger „innerer Einkehr" schreibt, heißt es: „Man kann unterliegen, das ist gewiss keine Schande. Aber man muss sich doch fragen: Warum ist das so gekommen? Haben wir nicht vielleicht dicke Fehler gemacht?" Enttäuscht erblickte er nur „Sturheit, Stumpfsinn, dummtrotzige Eitelkeit."[111] Diesen Gedanken setzt er ihm bald darauf noch einmal auseinander: „Nein, es ist nicht unmenschlich viel verlangt, dass einer in sich gehen soll Natürlich sollen die Leute nicht ihre ganze Vergangenheit desavouieren, das tue ich ja auch nicht. Aber *lernen* soll man. Und offen sagen: Das und das ist falsch gewesen. Man kann und soll auch noch vom Feinde lernen. Man brauchts ihm nicht zu sagen, aber lernen soll man doch."[112] Nicht anders seine Kritik am Umgang des „Blättchens" mit der Niederlage: „... keinen Augenblick stellen sie sich die Frage, woher sich denn das System in Deutschland rekrutiert, warum sie verloren haben, und ob das nicht vielleicht weniger ihre Schuld, was anzumerken billig wäre, aber doch die Schuld ihrer Gedankengänge ist."[113] Später, 1935, schrieb er Arnold Zweig: „Sehn Sie sich Lenin in der Emigration an: Stahl und die äußerste Gedankenreinheit."

So sah er Europa unaufhaltsam in eine Katastrophe steuern und kein ihm irgendwie vorstellbares Ende der faschistischen Macht: „Nun, also ich sehe keinen Lichtschimmer."[114] Es müsse „ein Mirakel" geschehen, wenn sich die Nazidiktatur nicht hielte, urteilte er nach deren Festigung durch die Morde der „Röhm-Affäre" im Juni 1934. Und selbst wenn es geschehe, was wäre erreicht, wenn „man sich wieder [...] in die Arme des alten Kapitalismus werfen" würde?[115] Dahin sei es gekommen, das war der eigentliche Kern seiner Analyse, weil es dem Kontinent an einer zündenden, mobilisierenden Idee fehle. Dieser Befund stand in einem nicht aufgelösten Widerspruch zu seiner Feststellung, dass Massen sich bei ihren Entscheidungen und in ihrem Verhalten gerade nicht von Ideen leiten ließen, sondern von Emotionen getrieben würden. Als Beweis dieser These galt ihm das Ergebnis der Wahlen an der Saar im Januar 1935, mit denen die Bewohner des 1919 vom Reich abgetrennten Gebiets sich für die „Heimkehr" entschieden hatten. Dabei wären vom Nationalgefühl („schließlich sind wir alle Deutsche"[116]) missleitet worden und hätten alles beiseitegeschoben, was ihnen an diesem Vaterlande nicht gefallen mochte.

Noch einmal: Tucholskys öffentliches Schweigen mag man angesichts der Klarheit seiner Urteile über das Geschehen und dessen Tendenz doppelt bedauern. Doch lässt sich über seinen Entschluss mit Gründen nicht rechten und streiten. Er fühlte sich, wie er in seinen Aufzeichnungen bekannte, weder physisch und psychisch dazu noch imstande. Und er, reich an Erfahrungen, belesen wie Wenige, schrieb von sich, es mangele ihm für den Wiedereintritt in die Auseinandersetzungen auch an Wissen. So sein Eingeständnis, geschrieben am 14. Oktober 1934: „Es ist schade, dass mein Format und mein Wissen nicht ausreichen, ich kann nicht ein Wort öffentlich sagen, weil jeder, mit vollem Recht, fragte: Also bitte – wie dann? Und das weiß ich nicht."[117] Im Grunde war er der internationalen Entwicklung gegenüber ratlos und gestand sich das nicht nur vor sich selbst ein. Seine Ehefrau bekannte er auf deren Bemerkung, dass die Zeit der negativen Kritik bald vorüber sei, schon im Frühjahr 1932: „Positive Vorschläge? Ich weiß keinen mehr."[118] Und an Hedwig Müller schrieb er 1934 „Eine

---

109 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 2. Dezember 1934, S. 95-96.
110 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 26. Februar 1935, S. 159.
111 Brief an Fritz Tucholsky, 21. Januar 1934. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 328.
112 Brief an Fritz Tucholsky, 24. Februar 1934. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 335.
113 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 24. Oktober 1934, S. 52.
114 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 27. September 1934, S. 35.
115 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 27. September 1934, S. 36.
116 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 18. oder 20. Januar, S. 123.
117 Die Q-Tagebücher, S. 53.
118 Kurt Tucholsky, Unser ungelebtes Leben. Briefe an Mary. Hrsg. von Fritz J. Raddatz, Reinbek 1982, S. 539. Zitiert bei Hepp, a. a. O., S. 328.

Lösung weiß ich nicht“[119] und nur Tage zuvor: „Was ich mache, ist dagegen (verglichen mit einer Analyse über die Vorkriegsjahre des Ersten Weltkriegs, die er gerade las, K.P.) chétif (dürftig): ich kombiniere mit Intuition.“[120] Das Bestreben auf Massen aufklärend einzuwirken, galt ihm auch angesichts von deren Verhalten in den nichtfaschistischen Ländern als gescheitert, ertrugen diese Millionen doch Regierungen, die den deutschen und italienischen Faschismus gewähren ließen. So gelangte er, Anfang 1935, dem Jahr, für das er weitere Erfolge des Naziregimes kommen sah, zu der bitteren Feststellung: „Diese Masse ist nie anders gewesen. Läuft mit ihr unsereiner zusammen, der eben nur einer andern, kleineren und weniger soziablen Masse angehört, dann gibt das einen schlechten Klang ... Der ist ewig. Man muss sich, so schwer es ist, damit abfinden.“[121] Wie in anderen Fällen auch, war die Formulierung seines Standpunktes, so apodiktisch, wie hingeschrieben, doch nicht gemeint. Immer wieder ist er in Notizen und Briefen zu der Frage zurückgekehrt, was Massen bei ihrem Handeln leitet und antreibt. Er hat Antworten in älteren und aktuellen Schriften von Psychologen und Soziologen gesucht, so bei – selbstverständlich – Freud, bei Sorel und Le Bon und geglaubt, in einer 1932 in Leipzig erschienenen Schrift gefunden zu haben, was er selbst gedacht, aber zu schreiben nicht gewagt hatte.[122] Intensiv befasste er sich mit den Ideologen des „dritten Weges“ um die französischen Zeitschriften „L’ordre nouveau“ und „Esprit“. Im Februar 1934 nach dem Lesen von „Révolution nécessaire“ schrieb er: „die Menschen leben nicht nach der ratio, leben nicht so, wie sie am glücklichsten sein könnten, sie wollen das gar nicht.“ Vorläufig taumele diese „Ordnung ... lauter falschen Christussen in die Arme.“ 123 Diese wie andere Früchte seines Studierens teilte er Hedwig Müller mit. Sie habe recht mit der Feststellung, „die Menschen ändern sich nicht“. Die augenblickliche deutsche Entwicklung sei viel weniger interessant als geglaubt werde: „Massen und Führer – das ist immer so gewesen“.[124] Marx hingegen habe „mit seiner Lehre unendlich mehr Unheil als Heil angerichtet“. Was er unter dessen Jüngern angetroffen zu haben glaubte, charakterisiert er so: „So viel Mangel an Psychologie, an einfachstem Verständnis für den Menschen ist verhängnisvoll.“[125] Doch dieses Generalverdikt gegen Marx hoben andere Urteile auf, in denen er die Antwort auf seine Fragen aus einer Synthese von Marxismus und Psychoanalyse erwachsen sah.

Tucholsky ist bei seinem verzweifelten Suchen wenigstens nach einer gedanklichen Vorstellung eines Auswegs nicht an ein Ziel gelangt. Ein selbst errichtetes Hindernis war ihm dabei die geschichtswidrige Vorstellung von einem ganz neuen Anfang und einer völlig neuen Idee. Mehrfach geriet dieses Nachdenken zur Klage: „Es ist eben keine feste, kräftige, lebensfähige Gegenidee da ... Kein Mut. Keine Courage. Und vor allem: kein Inhalt.“[126] Gebraucht würden „Ideale“, „Schwung“, selbst „wirkungsvolle Phrasen“, doch da sei nichts, was diese Länder „den Deutschen entgegensetzen können“.[127] Und später wieder: „Man siegt nicht mit negativen Ideen, die ja stets das Verneinte als Maß aller Dinge anerkennen – man siegt nur mit positiven Gedanken. Europa hat keine. Beharren ist nichts.“[128] Er war überzeugt: „Was wichtig ist, ist die Geisteshaltung der Deutschen, und was noch wichtiger und trauriger ist, ist die Geisteshaltung der andern.“[129]

---

119 Brief vom 26. April 1934. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 346. Und mit den gleichen Worten, kaum dass wenig mehr als ein Monat vergangen ist: „Ich weiß keine Lösung“, mit der unmittelbaren Fortsetzung Will auch keine, sondern möchte in Ruhe gelassen werden.“ Brief vom 29. Mai 1935, a. a. O., S. 352.

120 Brief vom 24. April 1934, In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 344-345.

121 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 26. Februar 1935, S. 158.

122 Richard Behrend(t), Politischer Aktivismus. Ein Versuch zur Soziologie und Psychologie der Politik, Leipzig 1932. Es handelt sich um die Schrift eines jungen, dreiundzwanzigjährigen, in Basel habilitierten Soziologen (1908-1973), der später in Amerika eine Karriere als Hochschullehrer machte und nach Faschismus und Krieg nach Deutschland zurückkehrte und zuletzt an der Freien Universität in Berlin (West) lehrte.

123 Brief an Hedwig Müller, 21. Februar 1934. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 334.

124 Brief an Hedwig Müller, 17. November 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 322-323.

125 Brief an Hedwig Müller, 10. Dezember 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 324-325.

126 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 15. Januar 1935, S. 119.

127 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 7. Februar 1935, S. 139-140.

128 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 16. März 1935, S. 184.

129 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 23. März 1935, S. 192.

Tucholskys früh getroffener Entschluss, nicht mehr mit zu tun, ist als einmalige Entscheidung missdeutet. Wäre er mit ihr ganz und gar fertig, mit sich vollkommen im Reinen gewesen, wäre er auf sie so häufig nicht zurückgekommen.[130] Dass „die Sache“ ihn nichts mehr anging, traf ohnehin nicht zu. Wer so denkt, macht sich nicht Gedanken darüber, was Leute seiner Profession jetzt zu tun hätten. Er sah für sie eine doppelte, aber voneinander zu unterscheidende Aufgabe: die eine habe sich auf die Erkenntnis zu richten („entweder man macht eine wissenschaftlich einwandfreie und fundierte Untersuchung“), die andere auf die Mobilisierung der Massen („oder man trommelt den Lesern ... durch ununterbrochene Wiederholung die Wahrheiten ein – bis man sie zum Handeln gezwungen hat“).[131] In der einen wie in der anderen Absicht erschien ihm übrigens die „Glossenform für etwas völlig Überholtes“.[132]

Doch: Wer in Kämpfen seine Kräfte bis zum letzten aufgebraucht hat, besitzt das Recht zur Aufgabe. Die Gefahr des Resignierens existiert nur für jene nicht, die niemals gekämpft haben. Die Fackel, die sturmentfachte, die er sich 1918 von Lukianos, dem Spötter, dem nichts heilig war und als dessen Kampfgenossen er sich sah, erbeten hatte,[133] schien dem Mann in seinem abgelegenen Dasein in Schweden ganz erloschen und er selbst außerstande, sie noch weiter zu tragen. Er hat Fackelträger in seinem Gesichtsfeld nicht mehr ausmachen können, auch nicht unter den „Jungen“, an die er sich wiederholt gewandt, an die er appelliert hatte, so 1922 in „Drei Minuten Gehör“ mit den Worten „An Euch hängt die Hoffnung.“[134]

Indessen ist das Ende seines Wirkens nicht auch das seines Nachwirkens. In einem 1926 publizierten Brief, dem er die Überschrift „Gruß nach vorn“ gab, gerichtet an einen Leser des Jahres 1985, der in einer Bibliothek auf seine – Tucholskys – Schriften stoßen könnte, schrieb er: „Wir verstehen einander gar nicht“ und an anderer Stelle: „Wir haben uns wohl nicht allzu viel mitzuteilen, wir Mittelmäßigen“.[135] Gewiss, mit dem Verstehen mag es – allein schon aus Gründen der Wortwahl – seine Schwierigkeiten haben, denn Tucholsky hat Imperialisten noch Imperialisten genannt, Monopolkapital noch Monopolkapital geheißen, Krieg auch mit diesem Wort bezeichnet, Kriegsgründe benannt, „die immer da sind, wenn Absatzgebiete geschaffen werden sollen“[136], zu seiner Charakteristik der Gesellschaft, in der er lebte, gehörten Begriffe wie Proletarier, Klassen und Klassenbewusstsein, Klassenkampf und Klassenkrieg, Ausbeuter und Ausgebeutete, gehörte die Unterscheidung zwischen Feind, Freund und Genosse, nie inflationär, immer treffsicher verwendet und eingesetzt. Jedoch, da Deutschland wieder an Kriegen beteiligt ist, ist Tucholsky gerade Angehörigen der jüngeren Generation zu einem Menschen geworden, dessen Gedankenwelt sie sich verbunden fühlen und in dessen Traditionslinie sie ihr eigenes Auftreten sehen. Und dann ist Tucholsky jenen Deutschen, einer Minderheit, die das Jahr 1989/1990 als Jahr ihrer Niederlage ansehen, mit der Hinterlassenschaft aus seiner letzten Lebensphase nahe gerückt, die sich als ein „Leitfaden für das Verhalten nach einer Niederlage“ lesen lässt. Und da ist da ein Wort Tucholsky, das als Warnung heute vor dem Hintergrund einer viele Gefahren bergenden Entwicklung gehört werden sollte: „Fragen werden ja von der Menschheit nicht gelöst, sondern liegen gelassen.“

Mit der Schreibmaschine gegen die Katastrophe. Literarische Publizistik wider den Nationalsozialismus. Dokumentation der Tagung 2009. (= Schriftenreihe der Kurt Tucholsky-Gesellschaft). St. Ingbert 2010, S. 13-40.

---

130 In einem einzigen Brieftext schrieb er: „... ich werde es nicht mitspielen“; „ich muss nicht meine Kraft und meine Arbeit an eine Sache setzen, die mir nicht einmal in der Negation wert ist, mich nach ihr herum zu drehn.“ „Mich geht das nichts an ... ohne mich“, Brief an Walter Hasenclever, 4. März 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 291-292. Und so vielmals an anderen Stellen von Briefen und Notizen. So wieder an den gleichen Adressaten am 29. August 1933: „Ich habe damit nichts mehr zu tun.“ a. a. O., S. 313.

131 Die Q-Tagebücher, Notiz vom 30. September. 1934, S. 40.

132 Brief an Walter Hasenclever vom 11. April 1933. In: Briefe Auswahl 1913-1935, S. 298.

133 An Lukianos (1918). In: Kurt Tucholsky, Zirkus des Lebens, S. 15.

134 Kurt Tucholsky, Zirkus des Lebens, S, 46.

135 Kurt Tucholsky, Gruß nach vorn. *Weltbühne*, 22, Jg., 1926, Nr. 14, S. 555-556.

136 Die ökonomischen Interessen waren ihm die erst zu nennenden, aber nicht die einzigen. Zu ihnen rechnete er auch Gründe im „Wesen der Menschen“, denen eine Staatsordnung jedoch entgegenwirken könne. Die Q-Tagebücher, Notiz vom 16. März 1935, S. 182.

Juden im Zeugenstand

Die Quellenbasis des anzuzeigenden Bandes bilden Überlieferungen aus Beständen der Generalstaatsanwaltschaft der DDR (1949-1990) im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde und des Globke-Prozesses im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Ihre Herkunft führt in das Jahr 1963. Damals bereitete die Generalstaatsanwaltschaft des ostdeutschen Staates einen Prozess gegen Hans Maria Globke wegen seines als Mitglied der hohen Staatsbürokratie des Nazistaates geleisteten Beitrags zur Judenverfolgung vor. Mit dem Ziel, das für die Anklageerhebung vorliegende Beweismaterial durch Zeugnisse der Opfer dieser Politik anzureichern, wurde eine staatsweite Befragung von Juden angestrengt, Personen, die vorwiegend als „Juden in Mischehen“ und „Mischlinge“ oder „Halbjuden“ zum Kreis der Verfolgten gehört hatten. Im Verlauf der Aktion wurden vom 2. Mai bis zum 7. Juli 1963 insgesamt 636 Personen zumeist von Staatsanwälten, in Ausnahmefällen von Angehörigen der Volkspolizei, nach ihrem Erleben und Erleiden in den Jahren 1933 bis 1945 befragt. Dabei interessierte man sich vor allem für die existenziellen Folgen der Nürnberger Gesetze vom September 1935. Die Aussagen der für diese Zeugenschaft Gewonnenen wurden in Protokollen festgehalten, deren Richtigkeit die Befragten durch Unterschrift bestätigten. Diese Überlieferung hat nun Erika Schwarz vollständig durchgesehen, nachdem vor ihr andere Forscher sie selektiv ihre Fragestellungen benutzt hatten.

Die Autorin hat sich auf die nicht gänzlich rekonstruierbare Spur der Vorgeschichte der Aktion gesetzt, sodann deren Ablauf untersucht und nach noch lebenden Beteiligten, Befragten wie Fragenden – gefahndet. Einige der Gefundenen konnte sie noch interviewen (und auch mit deren Nachfahren sprechen), Menschen, die anderthalb Jahrzehnte nach der Zerschlagung des Nazistaates die Last auf sich nahmen, sich wiederum an die schlimmsten Zeiten ihres Lebens zu erinnern. Damals waren sie schikaniert und drangsaliert, exmittiert, in ghettoähnliche Zustände abgedrängt und zur Zwangsarbeit gezwungen worden, seit 1941 beständig die Drohung auch ihrer Deportation vor Augen, sei es aufgrund eines Entschlusses der wütenden Rassisten, sei es als Folge des Todes des „arischen“ Lebensgefährten.

Den Kernbestand des Bandes bildet die Dokumentation von sorgfältig aufgeschlossenen Protokolltexten (mitunter in Auszügen), die aus der Befragung von 117 Personen stammen. Sie wurden chronologisch geordnet, sodass das Erlebte in den aufeinanderfolgenden Phasen der Verfolgungen deutlich werden kann. Vorangestellt sind jeweils knappe orientierende Einleitungen über die judenfeindlichen Maßnahmen des Staates. Im Faksimile können zudem Dokumente aus dem Privatbesitz der Befragten gelesen werden, die sie den DDR-Behörden im Original oder in Reproduktionen übergaben. Dazu gehören u. a. Kennkarten, Entlassungsscheine aus Sammel- und Konzentrationslagern, Pässe, Briefe und Fotos, Dokumente über die „Arisierung“ ihres Eigentums, auch in der Illegalität benutzte gefälschte Papiere. Auf diese Weise ist ein einzigartiger Band entstanden, in dem vielstimmig bezeugt ist, was zwar namentlich durch die Tagebücher Victor Klemperers an seinem und dem Dresdner „Fall“ weithin bekannt ist, nun aber in ungleich weiterer Perspektive erkennbar gemacht wird. Sie bietet die Möglichkeit des Vergleichs der Geschehnisse in einer Vielzahl von Orten, sodass Gemeinsames wie Besonderes in den Schicksalen der Verfolgten hervortreten. Dieser Blick lässt keinen Platz mehr für eine Betrachtung, die diese Minderheiten als die eben noch glimpflich Davongekommenen sieht. Das Leben derer, die von Verwandten, Freunden und Bekannten zuerst durch deren Flucht ins Ausland, dann durch die Deportation in die Ghettos und Vernichtungsstätten getrennt worden waren, wurde eine fortdauernde Qual, ein Leben in Ungewissheit, ausgeliefert den allmächtigen Herren der Gestapo vor Ort, die sich an der rassistischen Heimatfront zu bewähren trachteten.

Bevor ein Buch seine Geschichte bekommt, hat sie dessen Manuskript. Dieses weist Anmerkungswürdiges auf. Es ist zu einem Teil entstanden durch die Förderung, die der Autorin durch die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Zentrum Judaicum und deren Leiter Hermann Simon zuteilwurde, der ein Vorwort verfasst hat, und zu einem anderen, größeren Teil unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen seiner Autorin. Und es stellt eines der letzten Denkmäler dar, das der verdienstvolle

Seniorchef des Verlages, Gerhard Hentrich, sich gesetzt hat, der die Publikation förderte, jedoch verstarb, als die Druckmaschinen eben in Gang gesetzt waren.

Erika Schwarz: Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Maria Globke im Gedächtnis von überlebenden der Schoa (= Schriftenreihe des Centrum Judaicum. Hrsg. v. Hermann Simon, Bd. 8). Verlag Hentrich & Hentrich, Teetz 2009, 260 S.

Erika Schwarz, Juden im Zeugenstand. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (ZfG), 57. Jg., 11/2009, S. 956-957.

„Fügung der Vorsehung“

Am 8. November 1939 scheiterte Georg Elsers Attentat auf Adolf Hitler

„Der Führer wurde in München wie durch ein Wunder gerettet“, lautete die Aufmachung der deutschen Zeitungen am 9. November 1939. Dann folgte eine knappe Schilderung dessen, was sich am Abend zuvor im Saal des Münchner Bürgerbräukellers zugetragen hatte. Nach der traditionellen Rede Adolf Hitlers aus Anlass des Jahrestages des 1923 fehlgeschlagenen Putsches der Nazis, als „der Führer“ die Versammlungsstätte schon verlassen hatte und von München mit einem Sonderzug zurück nach Berlin fuhr, war inmitten der „alten Kämpfer“ eine Bombe explodiert. Und dies an jener Stelle, an der sich Hitler an diesem Abend noch wenige Minuten zuvor mit hoher Wahrscheinlichkeit befunden hätte, wäre die Kundgebung nicht früher begonnen worden, hätte er nicht kürzer als üblich gesprochen und sich nicht danach alsbald entfernt, die Parteigenossen sich selbst und ihren Getränken überlassend. Sieben von ihnen riss die Detonation in den Tod, dazu eine Bedienstete. Größer noch war die Zahl der Verletzten und Schwerverletzten.

Über den oder die Täter ließen sich keine Angaben machen. Für seine Ergreifung war eine Belohnung von 600.000 Reichsmark ausgesetzt worden. Die „Volksgenossen“ wurden aufgefordert, auch geringste Beobachtungen zu melden, die der Aufklärung dienen könnten. Es musste, dies passte in die seit Wochen betriebene Verteuflung des britischen Kriegsgegners, ein Werk des englischen Geheimdienstes gewesen sein. Und dass die Juden an ihm beteiligt gewesen waren, darauf lenkten Andeutungen hin, die eine Verbindung zwischen diesem Anschlag und dem jungen Herschel Grynszpan herstellten, der vor etwas mehr als Jahresfrist in der deutschen Botschaft in Paris den Diplomaten Ernst vom Rath tödlich verletzte.

Tat eines Einzelnen

Im Zentrum der Kommentare stand zunächst das behauptete Wunder, welches Hitler dem Tode entgehen ließ. Bewirkt hatte das eine „Macht des Schicksals“, ereignet hatte sich eine „Fügung der Vorsehung“, die ihre „Hand“ über den Auserwählten gehalten habe, deren „Walten“ und deren „Sieg“ sich erkennen ließen. Den Deutschen, vom Naziregime seit Jahren zum politischen Wunderglauben erzogen, hatte sich demnach jene Kraft offenbart, mit der sich „der Führer“, wie viele seiner Reden bezeugten, auf besten Fuß gestellt hatte und die soeben auch am deutschen Sieg über Polen beteiligt gewesen sein sollte. Gottes momentaner Stellvertreter Papst Pius XII. hat das nicht bestätigt, aber durch seinen Nuntius in Berlin, der zugleich Doyen des Diplomatischen Korps war, dem Davongekommenen seine besten Wünsche aussprechen lassen.

Wenn an dem Geschehen ein Gott beteiligt war, dann war es der für das Wetter zuständige; Hitler hatte für seine Rückreise in die Reichshauptstadt nicht das Flugzeug, sondern den Schienenweg nehmen müssen und war deshalb früher aufgebrochen. Das größere Wunder als Hitlers Unversehrtheit war freilich, dass es überhaupt gelungen war, an diesem Ort unbemerkt eine Bombe von solcher Wucht und Verlässlichkeit zu installieren.

In den folgenden Tagen wiederholte die deutsche Presse die Bezichtigungen gegen das „internationale Judentum“. Jedenfalls würden die Spuren ins Ausland führen, weshalb Heinrich Himmler in seiner Eigenschaft als Polizeichef weitere 300.000 Reichsmark Belohnung versprach, diesmal in ausländischer Währung. Am 12. November 1939 wurde mitgeteilt, es sei ein Mann verdächtig, der sich seit Ende August mehrfach als Handwerker ausgegeben und an der Galerie des Tatorts zu schaffen gemacht hätte. Es folgt eine Personenbeschreibung.

Seit 1959 die Vernehmungsakten des Täters aufgefunden wurden, ist über dessen Person, Vorleben, die Vorbereitung des Anschlags kein Zweifel mehr. Vordem freilich hatte sich, wie bei solch mysteriösen Ereignissen üblich, ein Nebel von Vermutungen und Legenden über den Hergang und die Beteiligten gelegt. Am wenigsten wurde an einen Einzeltäter geglaubt, der von der Idee über den Plan bis zu dessen Ausführung allein gehandelt hatte.

Das aber tat der Arbeiter Georg Elser, der sein Vorhaben, den Mann zu töten, den er als den Friedensbrecher in Europa ansah, ohne irgendeine Unterstützung durch eine weitere Person verwirklicht hatte. Seine Geschichte vom Umzug nach München im Sommer 1939, seiner geheimen „Einquartierung" im Bürgerbräu, die 30 Nächte beanspruchende Arbeit zum Einbau der Zeitbombe, sein gescheiterter Versuch in die Schweiz zu entkommen, sein Tatgeständnis, sodann seine Haft in den KZ Sachsenhausen und Dachau, schließlich seine Ermordung auf Befehl Hitlers am 9. April 1945 ist von Historikern und Publizisten vielfach geschildert worden. Sie gab den Stoff für einen Roman, war mehrfach Gegenstand von Dokumentarfilmen und Hörspielen und hat Karl Maria Brandauer zur Regie eines Spielfilms angeregt, der passagenweise mit dem Geschehen frei erfinderisch umgeht.

Streit um Gedenken

Vordem aber blieben Gestalt und Verdienst des Arbeiters Elser, eines Drehers und Schreiners aus Württemberg, der in Betrieben seiner Heimat und der Schweiz gearbeitet hatte, im westdeutschen Staat lange Zeit hinter der seines Landsmannes, des Grafen Claus von Stauffenberg, nahezu verschwunden. In der DDR hingegen gaben die in der Tradition der Arbeiterbewegung gründende Ablehnung des individuellen Terrors den politischen, die historisch-materialistische Sicht auf den Gang der Geschichte den ideologischen Grund dafür, Tat und Täter zu marginalisieren. Das begann sich erst in den letzten beiden Jahrzehnten und dann grundlegend zu verändern. Es existieren Gesprächs- und Arbeitskreise mit Elsers Namen, Gedenkorte wurden eingerichtet, Straßen haben seinen Namen erhalten, Gedenksteine, -büsten, -tafeln und -platten erinnern an ihn vor allem in den Orten seines Wirkens, so in München, jüngst auch in Berlin. Im Januar 2003, zum 100. Geburtstag Elsers, erschien eine Sonderbriefmarke.

Gegen diese Würdigung und den Elser spät zugestandenen Platz in der deutschen Geschichte hat 1998 in Sachsen eine dort um das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung tätige Kleingruppe von Historikern, bestehend aus in das neue Bundesland importierten Personen, mobil gemacht. Sie fochten das moralische Recht an, den Diktator auf diese Art auszuschalten und verwiesen auf die bei dem Versuch Umgekommenen. Dem ist bestimmt und harsch widersprochen worden. Damit war nicht generell die Frage nach dem historisch-moralischen Recht des „Tyrannenmords" aufgeworfen, sie jedoch für einen Sonderfall gestellt, für eine Situation, in der ein Verbrecher an die Spitze einer Großmacht gelangt war und über ein bis dahin ungekanntes Potential an menschlichen und materiellen Kräften gebot, dass er, Millionen mit dem Tod bedrohend, auch einzusetzen gewillt war.

Was wäre, wenn? Spekulationen über einen früheren Tod Hitlers

Gespräche um ungeschehene Geschichte gehören für Historiker zu den gemiedenen bis verpönten. Und dennoch sind gerade die Jünger der Clio, der Muse der Heldendichtung und Geschichtsschreibung, der Verleitung ausgesetzt, sich zu fragen „Was wäre, wenn?" Denn die Beschäftigung mit der Historie, je tiefer sie greift, stellt dem Forschenden immer wieder auch Alternativen vor das geistige Auge, lässt ihn unverwirklichte Möglichkeiten erkennen. Wohin hätte es geführt, wenn statt der eingetretenen Entwicklung sich eine denkbare vollzogen haben würde? Was wäre anders getan, was vermieden worden?

Es sind große soziale und politische Kämpfe, namentlich die gleichsam „knapp" ausgegangenen, die solche Überlegungen zeitigen. Gleichen Gedankenanstoß bewirkt auch das plötzliche Verschwinden einer Persönlichkeit, in deren Händen sich ein außergewöhnliches Maß von Einfluss auf den Gang der Geschichte konzentrierte.

Für Adolf Hitler trifft das zu; und so haben sich an fehlgeschlagene Attentate, die ihm galten, immer wieder Erwägungen angeschlossen, was sein früherer Tod als jener Selbstmord im Bunker der Reichskanzlei, der keine verändernde Wirkung auf das Danach mehr besaß, hätte in Gang setzen können. Würde Göring, der denkbare Nachfolger, die gleichen Entschlüsse gefasst haben, wie „der Führer", dessen Platz im Herrschaftsapparat er doch nicht ausfüllen konnte? Wie hätte sich im November 1939 die Generalität verhalten, die wegen der Unwägbarkeiten des Feldzugs zögerte, eine Offensive gegen Frankreich zu eröffnen? Das wissen wir nicht.

Sicher ist nur, dass die Ausschaltung Hitlers eine Schwächung des Regimes bedeutet haben würde, dass dadurch Kräfte des Widerstands ermutigt und auch die ausländischen militärischen Gegner des Aggressors in ihren Anstrengungen bestärkt worden wären. Doch jede darüberhinausgehende Erörterung führt direkt in den Sumpf der Mutmaßungen und Spekulationen.

junge Welt, Sonnabend, 07.11.2009, S. 15.

Schmerzhafte Spuren

Die Historikerin Erika Schwarz hat jüdische Zeugenaussagen gegen Globke gesichtet und ediert

Rechtzeitig zum Jahrestag der „Reichskristallnacht“ vom 9./10. November 1938 hat die Berliner Historikerin Erika Schwarz im Verlag Hentrich & Hentrich ihr neues Buch „Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa“ (260 S., 32 Euro) herausgegeben. Mit der bis Mitte der 90er Jahre an der Berliner Humboldt-Universität tätigen Autorin mehrerer Bücher zur Judenverfolgung in der Nazizeit sprach Kurt Pätzold.

Wie sind Sie auf den Bestand gestoßen, aus dem Sie jetzt geschöpft haben?

Vor sechs Jahren hatte das Bundesarchiv ein Findbuch zur Überlieferung der Generalstaatsanwaltschaft der DDR 1949 bis 1990 vorgelegt. Es verzeichnet auch Hunderte Vernehmungsprotokolle aus dem Jahr 1963, entstanden im Zusammenhang mit dem Prozess gegen den Staatssekretär im Bonner Bundeskanzleramt Hans Maria Globke. Nachdem ich mir einige dieser Dokumente angeschaut hatte, war mir klar, hier handelt sich um eine einmalige Quelle: Berichte Überlebender der Schoa über ihre Verfolgungsgeschichten. Ich konsultierte den inzwischen, zu früh verstorbenen Günther Wieland, der seinerzeit als Staatsanwalt aus über 600 vernommenen DDR-Bürgern 28 ausgewählt hatte, die im Hauptprozess gegen Globke aussagen sollten. Er kannte die Protokolle. Und er ermutigte mich, an deren historische Auswertung zu gehen.

Und da haben Sie sich sofort in die Arbeit gestürzt?

Naja, mit den Mitteln einer Hartz-IV-Empfängerin konnte ich das Forschungsvorhaben nicht verwirklichen. Auf meine bundesweit versandten Förderanträge reagierte einzig der Direktor der Stiftung Neue Synagoge Berlin Centrum-Judaicum Dr. Hermann Simon positiv und zeigte großes Interesse. Er gewann das Bundesministerium des Innern und den Verleger Gerhard Hentrich für die Realisierung des Projektes.

Ihre Quellen entstanden durch eine einzigartige Enquete. Wie sind deren Initiatoren zu den Personen gekommen, die sie befragten?

Letzte Gewissheit ließ sich darüber nicht gewinnen. Sicher ist, dass die Jüdischen Gemeinden in der DDR die Generalstaatsanwaltschaft unterstützten. So waren von den 253 in Berlin Befragten 224 in Karteien oder Listen der Jüdischen Gemeinde verzeichnet. Herangezogen wurden auch die nach dem Krieg angefertigten Anträge und Fragebögen zur Anerkennung als Opfer des Faschismus und Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Beteiligte berichteten, dass auch der von der Generalstaatsanwaltschaft veröffentlichte Steckbrief Betroffene veranlasste, sich als Zeugen zu melden. Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Bezirken der DDR.

Haben Sie, über 40 Jahren danach, noch Personen sprechen können, die an der damaligen Aktion – sei es fragend, berichtend, protokollierend oder organisierend – beteiligt waren?

Als ich meine Arbeit begann, lebten die meisten Befragten nicht mehr. Die jüngsten Zeugen waren 1963 zwischen 43 und 34 Jahre alt. Aus dieser Gruppe konnte ich einige sprechen. Das waren unvergessliche Begegnungen, so die mit dem Musikwissenschaftler Professor Eberhard Rebling und seiner Tochter Kathinka. Professor Hans Alfred Rosenthal, der mit seinen Eltern 1963 angehört worden ist, schilderte, wie sich seine Familie entschloss, sich als Zeugen zu melden. Mir gelang es auch, Kontakte zu Nachkommen herstellen, was den Zugang zu Familienarchiven öffnete. Sehr aufschlussreich waren ebenso die Gespräche mit den einst vernehmenden Staatsanwälten.

Verrät die Liste der Befragten etwas über Auswahlkriterien?

Nichts in den Akten lässt politische oder andere Auswahlkriterien Vernommenen war sehr breit. Auf ihr erscheinen bekannte Persönlichkeiten wie Lea Grundig, Peter Edel, Helmut Aris. Die Mehrzahl aber waren „Durchschnittsbürger“.

Das Verlangen der Staatsanwälte, die Ereignisse exakt und gerichtsverwertbar geschildert zu bekommen, zwang die Befragten, sich an furchtbare Stunden und Erlebnisse bis ins Einzelne zu

erinnern. Haben einige Menschen sich auch der Zeugenschaft verweigert? Und lässt sich aus den Akten ein Bild der Atmosphäre während dieser Befragungen gewinnen?

Dass sich einige der Mitwirkung verweigert hätten, kann ich dokumentarisch nicht belegen. Doch lässt sich vermuten, dass manche sich psychisch nicht imstande sahen auszusagen. Vorstellbar ist auch, dass Angesprochene aus ganz persönlichen oder politischen Gründen nicht befragt werden wollten. Wie schwer es einigen Zeugen während der Vernehmung fiel, sich an Todesangst und Qualen in den Konzentrationslagern, Ghettos oder Sammellagern zu erinnern, vermerkten die Staatsanwälte in Zusätzen zu den Protokollen.

Andererseits könnte es für die Befragten auch eine Befreiung gewesen sein auszusagen.

Die Motive derer, die berichteten, lagen in ihrem Rechtsverständnis und verbanden sich natürlich mit der Genugtuung darüber, dass nun ein Mann angeklagt werden sollte, der als Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium an der Schaffung jener juristisch-bürokratischen Grundlagen beteiligt gewesen war, die sie kategorisiert hatten. Die über Leben oder Tod von Familienmitgliedern, Bekannten und Freunden entschieden hatten. Wie sollten auch die Opfer verstehen, dass ausgerechnet der Mann, der dies mit zu verantworten hatte, Globke, vom ersten Bundeskanzler mit einem solch einflussreichen Posten betraut wurde?

Die Protokolle berichten vom Alltag jüdischer Deutscher inmitten einer Mehrheit von zu „Ariern" erklärten Deutschen. Lässt sich aus den vielen Einzelschicksalen so etwas wie eine Summe ziehen oder ein Gesamtbild zeichnen?

In den Quellen findet sich das Gemeinsame ebenso wie das Besondere. Die verschiedenen Schicksale waren bedingt durch lokale Verhältnisse und Situationen, soziale und familiäre Zustände, das jeweilige Orientierungs- und Reaktionsvermögen wie auch das physische und psychische Befinden. Und natürlich, inwieweit es Solidarität mit den Diskriminierten und Verfolgten gab oder nicht. Das lässt sich in den von mir ganz oder auszugsweise wiedergegebenen Dokumenten gut nachlesen.

Wie viele Befragte kommen bei Ihnen zu Wort?

Von den insgesamt 636 Befragten sind in meinem Buch 128.

Sie haben sich in früheren Veröffentlichungen mit den Tätern befasst. Kommen – außer Globke – diese in Ihrem neuen Buch ebenfalls in den Blick?

Ja. Aber während ich mich bisher mit den „prominenten" Organisatoren des Massenmords beschäftigt habe, wurde ich nun vor allem mit den „kleinen Tätern" konfrontiert. Es ist erstaunlich, wie sich die Befragten 18 Jahre nach der Befreiung noch sehr genau an ihre Peiniger und deren Untaten erinnern. Sie berichteten von der Gewalt der Aufseher in den Konzentrationslagern und Ghettos wie auch während ihrer Zwangsarbeit in der „Organisation Todt". Sie beschrieben Schikane und Diffamierungen durch die Beamten auf den Polizeistellen, in Gefängnissen und Sammellagern. In einigen Fällen war es mir möglich, Täter namentlich zu identifizieren.

Die DDR und die Juden – das ist ein Thema, bei dem der ostdeutsche Staat unter Dauerverdacht gestellt wird. Daher verwundert die These nicht, der Prozess gegen Globke, der ja in Ostberlin geführt wurde, habe einzig propagandistischen Zwecken gedient. Wurden die jüdischen Zeugen instrumentalisiert?

Ich glaube nicht, dass die Zeugen sich diese Funktionalisierung andichten lassen würden. Die Politik, die in den Massenmord mündete, an dem Globke als Schreibtischtäter seinen Anteil hatte, hinterließ in ihrem Leben tiefe, schmerzhafte Spuren. Sie erhofften sich eine Verurteilung aller Täter im Sinne der Nürnberger Prinzipien. Warum sollte Globke davon ausgenommen werden?

Die Bundesrepublik hatte die Chance, über ihn zu richten. Es gab verschiedentliche Initiativen. Auch für einen Prozess in Bonn oder München hätten sich viele Zeugen zur Verfügung gestellt. Weil jedoch dieser unterblieb, trat dann die DDR in Aktion. Von dieser Tatsache soll das Gerede vom „Propaganda-Prozess" nur ablenken.

Neues Deutschland, 10. November 2009, S. 3.

Streitobjekt DDR

Essay. Die Debatte über den sozialistischen Staat lädt zum Nachdenken über geschichtliche Alternativen ein. Sie wird aber als Sieg der Marktwirtschaft geführt

Seit Wochen vergeht kein Tag, da uns nicht auf diesem oder jenem Wege Nachricht von einer weiteren Tat zukommt, dem 20. Jahrestag des „Mauerfalls“ geltend, dem Datum, an dem die Regimespitze der DDR die Kontrolle über den Personen- und Warenverkehr an den Grenzen der DDR aufgab. Hier fand ein Vortrag oder eine Kundgebung statt, dort wurde eine Konferenz veranstaltet und andernorts eine Ausstellung eröffnet. Die einen haben einen Wettbewerb ausgeschrieben, sich in Wort und Bild an eigenes Erleben zu erinnern, das sich mit dem Tag verbindet. Andere forderten Nachgeborene auf, Oma und Opa auszuforschen, wie sie sich gefreut haben. Damals.

Ein wahres Fest des Volkes, auch „Geschichtsfest zum Themenjahr“ genannt, wurde zur Erinnerung an eine kurze Zeitspanne vorbereitet, in der die Bevölkerung der DDR glaubte, von nun an werde sie Herr seiner Geschicke werden, sein und bleiben. Die politische Propagandazentrale der Bundesrepublik veranstaltete in Berlin ein mehrtägiges internationales Geschichtsforum, zu dessen Eröffnung sich Joachim Gauck, der erste „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“, für die Objektivität der auch „Volksuniversität“ genannten 150 Veranstaltungen verbürgte. Am Ende der Feiertage bestritten Theaterensemble ein Festival unter dem originellen Motto „After the Fall“. Das Ausmaß der Betriebsamkeit mochte ehemalige DDR-Bürger an Zeiten erinnern, in denen im untergegangenen Staat Jubiläen vorbereitet wurden. Und auch daran, dass der Übereifer der Organisatoren solcher Feiern unweigerlich an einen Punkt führte, an dem das Thema bis zum Überdruss strapaziert worden war und der Staatsrummel auch bei dem eher naiven Teil der Bevölkerung Verdacht erregte.

Probleme mit dem DDR-Bild

Im Zentrum allen Treibens stand und steht der Versuch zu erreichen, was bisher nur partiell gelang und die Machthaber deshalb unbefriedigt ließ: die Akzeptanz eines Geschichtsbildes der DDR durch die ostdeutsche Bevölkerung, das überschrieben sein könnte mit „Blick zurück in Verachtung und Abscheu“. Über die Bedeutung solch einer Perspektive wird zwar gestritten, vom „Unrechtsstaat“ bis zur „zweiten deutschen Diktatur“. Doch gibt es keinen Bereich, auf den der Versuch, sich zum Hegemonen über die Perspektive zu machen, nicht ausgedehnt worden wäre.

Die Universitätsforschung leistet bis heute dazu Beiträge. Zum Beispiel an der Universität Halle-Wittenberg. Dort wurde kürzlich eine Habilitationsschrift angenommen, deren Autorin vor der Frage stand, wie sich bei Erörterung ihres Themas ein Begriff vermeiden ließe, der in Erinnerung und Wissen von Hunderttausenden positiv besetzt ist. Er lautet „Brechung des Bildungsprivilegs“ und meint die breite Öffnung von zum Abitur führenden Schulen und von Hochschulen für jene, denen und deren Vorfahren sie bis dahin verschlossen gewesen waren. Die Historikerin fand eine Lösung und schrieb, in Ostdeutschland sei eine „gegenprivilegierende Bildungspolitik“ betrieben worden. Würden jene, die permanent nach dem Unwort des Jahres forschen, nicht in den Verdacht von Sympathien geraten, deren sie nicht geziehen werden wollen, hier hätten sie einen Kandidaten entdecken können.

Indessen ist seit längerem unter DDR-Forschern ein Streit entbrannt, dessen Fronten sich auch auf dem Feld der Politik verfolgen lassen. Die Frage, an der sich die Geister scheiden, heißt „Wie sichere ich meinem DDR-Bild Glaubwürdigkeit“. Denn es ist mehrfach durch Befragungen erwiesen, dass das für den Massenkonsum angebotene DDR-Bild gerade die bevorzugten „Zielpersonen“ nicht erreicht. Die einstigen Bürger des sozialistischen Staates wenden ein, dass es von ihren eigenen Erfahrungen weit abweicht und sind verärgert, dass ihnen wieder und wieder erklärt wird, wie sie gelebt haben sollen. Die Jüngeren, nicht allein auf ihre Großeltern und deren Zeitzeugenschaft angewiesen, haben sich zum Teil ein Minimum an Kenntnissen aus der Geschichte von Staaten und Gesellschaften erworben, das sie durch aktuelle Beobachtungen des Weltgeschehens ergänzen und sie schlicht zu dem Resultat führt: So, wie es uns nahegebracht wird, kann es nicht gewesen sein. Denn wie sollte

ein Gemeinwesen dieses Typs vier Jahrzehnte ohne die jedenfalls zeitweilige Akzeptanz seiner Bürger existiert haben können?

Nicht gänzlich Herr der Lage

Wenn Waren Ladenhüter zu werden drohen, haben ihre Besitzer zwei Möglichkeiten: Sie können Käufer durch einen Preisnachlass anlocken oder – schweren Herzens – das Unverkäufliche aus dem Angebot nehmen, es abschreiben und ihre Regale für besser nachgefragte Erzeugnisse freimachen. Was das DDR-Bild anlangt, streiten die Anbieter noch darüber, ob ein Preisnachlass wirklich notwendig ist. Mehr noch: Von Staats wegen wird einem solchen Ansinnen Widerstand entgegengesetzt. Am heftigsten leisten ihn die lose verbundenen Häuser von Birthler und Knabe – die Bundesoberbehörde für Stasi-Unterlagen und die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen – für die das Festhalten an ihren Offerten eine Überlebensfrage ist. In Kreisen, die um ihre wissenschaftliche Reputation besorgt sein müssen, wird erwogen, das alte Horrorbild mit wenigen punktuellen Aufhellungen doch unter die Leute zu bringen.

Trotz aller Gegenwehr der Hardliner sind dieselben nicht gänzlich Herr der Lage. Vereinzelt ist die Preisgabe der groteskesten Verzerrungen der ostdeutschen Geschichte erfolgt. Bilder mit den ärgsten Verzeichnungen, soweit sie überprüfbare Details des Lebens in der DDR-Gesellschaft betreffen, wurden mancherorts stillschweigend aus dem Verkehr gezogen. Dazu gehören frühere Abbildungen der Kindergärten. Herumgesprochen hat sich, dass das Land mit Kinderkrippen und -horten, sobald seine materiellen Möglichkeiten anwuchsen, hinreichend versorgt war. Auch das Innenleben dieser Einrichtungen wird inzwischen so dargestellt, dass sie nicht mehr als Folterkammern erscheinen. Denn medizinische Untersuchungen haben nicht nachweisen können, dass durch das geschmähte Topfen (für Uninformierte: das gleichzeitige Verrichten der Notdurft der Kleinen in dafür aufgereihte Behältnisse) dauerhafte psychische Schäden oder andere Leiden entstanden wären. Stattdessen sollen unter – den dereinst Getopften sogar aktuelle – Wähler der CDU ermittelt worden sein.

Wie schwer die Korrekturen fallen, lässt sich u.a. an einem „Brandbrief“ ermessen, den Anfang des Jubiläumsjahres Leiterinnen von Berliner Kindertagesstätten an den zuständigen Senator richteten, in dem sie auf den Mangel an Personal und die katastrophale bauliche Substanz mancher Einrichtungen hinweisen (siehe jW vom 26.2.2009). Freilich bis zur Frage oder gar Prüfung, ob dieses untergegangene Land nicht als kinderfreundlich bezeichnet werden müsste, ist es noch weit, ganz zu schweigen von der sich im Fall der Bejahung anschließenden Frage „Wie und warum war die DDR kinderfreundlich geworden?“.

Korrigiert, wenn auch nicht wirklich gebessert, wurde auch ein anderes Bild, das der allgemeinbildenden Schulen im ostdeutschen Staat. Gegen Verzeichnungen dringt die Wahrheit durch, dass Generationen von Lehrern, beginnend mit den in Kurzlehrgängen ausgebildeten Neulehrern der ersten Nachkriegsjahre, dort – gemessen an den preußisch-deutschen Traditionen und der unmittelbar vorangegangenen faschistischen Praxis – eine neue Schule schufen. In ihr arbeiteten Lehrerinnen und Lehrer hingebungsvoll und aufopfernd, und das nicht in der Rolle von Schülerdompteuren, die in Klassenzimmern erst um die inneren Minimalbedingungen geistiger Arbeit kämpfen müssen. Sie hatten tätliche Angriffe von Schülern nicht zu fürchten. Dies und manches mehr beginnt aus Verkrustungen hervor zu sickern. Das Bild des Schulalltags hat sich auf Dauer nicht auf Klischees reduzieren lassen, nach denen sich auf Schulhöfen nur im Blauhemd angetretene Schülerschaften und uniformierte Knaben und Mädchen während ihrer Ausbildung für die Zivilverteidigung erkennen lassen – oder Lehrer, die vor der Klasse den jüngsten SED-Parteitag auswerten. Freilich gilt auch hier: Bis zur Erörterung der Frage, welchen Platz die Schule in der DDR-Gesellschaft einnahm, ist es noch weit. Zu schweigen von der Erkenntnis, dass in diesen pädagogischen Anstalten sich jene in der deutschen Arbeiterbewegung entwickelte und von der Mehrheit der Eltern akzeptierte Auffassung geltend machte, dass Bildung ein hohes gesellschaftliches sowie individuelles Gut ist, und die Schule nicht nur den Zweck erfüllt, ihren Besuchern Zugang zu gut bezahlten und vermeintlich krisensicheren Jobs zu verschaffen.

Korrekturen mit Nachtritt

Jedoch der Weg zu einem der Kritik der Tatsachen standhaltenden Geschichtsbild der DDR ist schon im Hinblick auf Details kaum betreten. Das gilt beispielsweise für Fragen des Arbeitsrechts oder die Praktiken zur Wiedereingliederung von Straffälligen in die Gesellschaft, also für Themen, mit denen ureigene Gebiete von Staat und Recht durch andere gedankliche Zugänge betreten werden als durch den mit der Überschrift „Stasi“. Dabei geht es nicht darum, das eine gegen das andere aufzuwiegen, ein Faktum zu benutzen, um ein anderes aus dem Blick zu nehmen oder zu beschönigen. Es geht um die Beachtung jener Kritik, die mit Recht gegen Historiker der DDR, Spezialisten des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts, gerichtet worden ist und sie des Respekts vor verordneten „weißen Flecken“ beschuldigte. Das betraf das Auslassen von Fragen und Forschungen, deren absehbare Resultate, kämen sie unter die Leute – nach Ansicht von Politikern oder auch nach eigener Überzeugung – , irgendwelche Schäden stiften oder dem Klassengegner Stoff liefern könnten. Exemplarisch sei hier eine an die Wurzel greifende Kritik der antifaschistischen Politik der KPD in der Endkrise der Weimarer Republik genannt, die über die bloße Erwähnung falscher taktischer Schritte hinausging. Eine Kritik also, die das Epochenverständnis einbezog und fragte, was damals schon so falsch gedacht worden ist, weshalb das Ziel verfehlt werden musste.

Wo inzwischen, beispielsweise in Schulbüchern, die in den neuen Bundesländern benutzt werden, der DDR eine Tatsache zugebilligt oder eine Eigenheit zugestanden wird, die nicht ins Negative weist, folgt wie das Amen in der Kirche ein abschließender Zusatz, der das Positive sogleich relativiert, es mindestens fragwürdig macht und insgesamt wieder in Zweifel setzt. Der Erwähnung der nicht anzutreffenden Arbeitslosigkeit ist der Hinweis auf die „marode Wirtschaft“ hinzugesetzt, den Angaben über den Beschäftigungsgrad von Frauen und deren Stellung in der Gesellschaft der Hinweis auf ihre Überlastung und so fort.

Mitunter stoßen aber die inzwischen in die Jahre gekommenen Zeitgenossen der DDR in Druckschriften auf irgendein Eingeständnis dieses oder jenes Faktums aus „ihrer“ Geschichte, das nicht sogleich mit pejorativem Beiklang versehen ist. Das wird dann mit Genugtuung oder auch mit Häme vermerkt. Von solcher Aufnahme zeugen privat Gespräche und öffentlich Leserbriefe, die an Zeitungsredaktionen gerichtet werden. Die Kommentare lauten: „Es muss zugegeben werden, dass in der DDR doch nicht alles schlecht war“ oder „Die Wahrheit lässt sich eben nicht auf Dauer verbiegen oder leugnen“ und ähnlich. Die so sprechen oder schreiben, möchte ich immer fragen „Habt ihr das nötig?“. Denn derlei Reaktionen belegen mir eine gewisse schon nicht mehr bemerkte Anspruchslosigkeit oder eine reduzierte Erwartung. Ja, vor dem Hintergrund der inzwischen vergessenen Anschuldigungen beispielsweise gegen DDR-Ärzte, die bezichtigt wurden, lebensfähige Frühgeborene dem Tod überlassen zu haben, scheint ein Wandel angebahnt. Doch inwiefern bezeugt ein Abschied von Horrorbildern schon den Schritt in Richtung auf die Wahrheit, zum vorurteilslosen Umgang mit der Geschichte der DDR? Ein Abschied eben, der sich an allgemein eingesetzten Methoden geschichtlichen Forschens orientieren will, also sich zunächst einmal an Tatsachen hält und keine erfundenen dazu dichtet. Ist das schon eine Absage an jede politisch diktierte „Sonderbehandlung“ des Themas DDR?

Sicht auf DDR und BRD

In Wahrheit wird der Weg dahin von Historikern und Politikern mit Barrikaden versperrt. Und das geschieht, weil allein schon die Kenntnis von Tatsachen aus der DDR Fragen hervorrufen kann. Zu ihnen gehört, wie bereits für Schulen oder Kinderkrippen gezeigt, auch diese: Welche Idee lag dem Bau der DDR zugrunde, der, 1945 begonnen, seit 1990 zwar als einzige Ruine dargestellt wird, eine Ruine aber doch selbst im Moment seines Abrisses so wenig war wie der Berliner Palast der Republik? Hat die Idee oder haben die Baumeister sich blamiert? Haben die Planenden wie die Ausführenden sich übernommen? Handelte es sich um eine Fehlkonstruktion von Anbeginn? Und: Von wem stammte die Idee eigentlich? Von Karl Marx? Wie war der auf sie gekommen? So fragend, würde ein anderes Niveau der Beschäftigung mit deutscher Geschichte erreicht als mit der Neugier, ob in Kindergärten im DDR-Staat die Kleinen Papier und Buntstifte nur erhielten, um schwerbewaffnete NVA-

Soldaten und ihre Fahnen schwenkenden älteren FDJ-Geschwister zu malen, oder ob es ungescholten auch Osterhasen und Weihnachtsmänner, das Sandmännchen und Pittiplatsch sein durften.

Wäre dieses Terrain des Fragens und Forschens einmal betreten, ließe sich geschultes Denken nicht anhalten und auf die Betrachtung des untergegangenen Staates begrenzen. Es würde dann auch die Sicht auf die Gegenwart der Bundesrepublik geschärft. Was an ihr zu verändern wäre, erschöpfte sich dann nicht in Erörterungen darüber, ob die Bankenaufsicht verbessert und Managern eine Obergrenze ihrer Bezüge diktiert werden soll bzw. ob Politiker sich als Bändiger des Raubtierkapitalismus qualifizieren können und der gefesselte Kapitalismus fähig sein wird, sich wieder zu entfesseln. Die DDR-Geschichte lädt zur Debatte über Alternativen menschlichen Handelns ein. Ist das gewollt? Offenkundig nicht. Der für die Herrschenden gut handhabbare Bürger zeichnet sich dadurch aus, dass er bestimmte Fragen nicht stellt. (In der DDR hieß der Slogan „So, Genosse, kannst du die Frage nicht stellen.“) Damit er das nicht tut, wird sein Denken rechtzeitig ausgerichtet. Das machen anfangs Lehrer, später Politiker und alltäglich die Moderatoren der verschiedensten Fernsehsendungen. Nicht, dass den Krauses das Fragen abgewöhnt werden könnte – sie dürfen in einem wohlpräparierten Fragedschungel herumirren, in dem ihnen die Illusion bleibt, mündige Bürger zu sein.

Reparaturkolonne des Kapitals

Die Gründe dafür, dass ein Geschichtsbild der DDR, das sich an wissenschaftlichen Maßstäben orientiert, blockiert wird, sind damit nicht erschöpft. An das Schreckensbild, das vom ostdeutschen sozialistischen Staat gegeben wird, schließt sich – mit dem Brückenschlag zum Nazifaschismus, hergestellt durch die in diffamierender Absicht vorgenommene Kennzeichnung als „zweite deutsche Diktatur“ – die Doktrin an: Wer eine soziale Utopie zum gedanklichen Ausgangspunkt für die Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen macht, landet entweder bei Hitler oder bei Stalin. Dies sei die größte aller Erfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Eine solche „Geschichtslehre“ wird bei niemandem fruchten, der auch nur ein Minimum logischer Operationen beherrscht. Doch jene, die sie der deutschen Bevölkerung in die Köpfe hämmern, vertrauen auf Unkenntnis und schaffen so Raum für ihre Doktrin: Diese meist als unvollkommen bezeichnete Gesellschaft verlangt zwar immer wieder gewisse Ausbesserungen und braucht dafür Reparaturkolonnen aus Politikern. Solche Truppen kann sie formieren. Davon wird der mehr staunende als verstehende Bürger gegenwärtig überzeugt: Das Land hat Staatsmänner und Staatsfrauen, die – samt ihren Vorgängern schuldlos an allem Geschehen, das eingetreten oder noch zu erwarten ist – fähig sind, Rettungspakete zu schnüren oder Rettungsschirme aufzuspannen. Es besitzt Bankiers und Banker, die – unschuldig wie die Politiker und durch die jüngste Krisenerfahrung belehrt wie diese – es an ihren Plätzen wieder richten werden. Es hat an der Spitze industrieller Unternehmen Vorstände, die Auswege kalkulieren und realisieren können. Es verfügt über einsichtige und kooperationsbereite Gewerkschaftsführer, die sich der Mitarbeit an der Seite der politischen und Wirtschaftsbosse nicht verweigern.

Und weiter. Soll das volksgemeinschaftliche Werk gelingen, braucht es jetzt jedoch auch die Mitwirkung der Massen. Sie sollen sich als Käufer vernünftig verhalten, auf ihrem Ersparten nicht sitzenbleiben, sondern den Konsum fördern. Sie sollen als Arbeiter und Angestellte Lohn- oder Gehaltseinbußen hinnehmen und als einen ihrer Beiträge zur Überwindung der Rezession und zur Abwendung von Insolvenzen ansehen. Sie sollen als aufgeklärte Mitbürger die Uneinsichtigen und Unmäßigen zur Vernunft mahnen. Etwa als Gewerkschafter dem Kollegen einer Nachbarbranche auseinanderzusetzen, der an einem Streik teilnehmen will, dass er damit nur sich und allen schadet. Sie sollen als Wähler, wenn es bald wieder an die Urnen geht, ihren Politikern danken, denn sie haben dafür gesorgt, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Und sie sollen in ihrer Familie und ihrer Umgebung Optimismus ausstrahlen, dieses unverzichtbare Pfund für den Wiederaufstieg, und ihn, einmal gewonnen, eisern gegen Anfechtungen verteidigen, die sich mit der Frage einstellen könnten, wer das Leben auf Pump wann wie bezahlen soll und kann. Und er soll als ein Aufgeklärter wissen, dass alles, was nur einen Gedanken an ökonomische, politische und juristische Praktiken und Maßnahmen der DDR aufkommen lässt, bereits das Betreten eines Holzweges ins Verderben bedeutet.

Es geht ums Vorwärts

Der Streitwert DDR ist hoch. Vierzig Jahre lang hat ein Teil der deutschen Bevölkerung, eine Minderheit im Osten des geteilten Landes, auf den Geschichtsweg einen Stein gesetzt, der für die einen zum bleibenden Stein des Anstoßes geworden ist und für die anderen ein Denkstein werden könnte. Die DDR könnten sich alle zu einem Denkstein werden lassen, die nicht an das Ende der Geschichte der Menschheit in bürgerlichen, kapitalistisch dominierten Zuständen glauben wollen. Sie alle sollten sich nicht durch die dümmliche Frage provozieren lassen, ob sie diesen Staat wiederhaben wollten, auf die in Beichtstühlen noch immer brav mit der zerknirscht vorgetragenen Beteuerung geantwortet wird „Nein, ich will nicht“. Es geht nicht um ein Zurück, sondern um das Vorwärts in einem Lernprozess, in dem diesen vier Jahrzehnten alles an Erkenntnissen abzupressen gesucht werden sollte, was sie irgend hergeben. Dieser Lernprozess konnte nicht auf den Rummelplätzen stattfinden, die für den 20. Jahrestag des Endes des ostdeutschen Staates präpariert worden waren. Sie dienten Zwecken der Betäubung. Allein sie zu meiden, war noch keine Alternative. Denkorte sind einzurichten, an denen permanent gesucht wird, die Lehren aus einer großen gemeinsamen, von Millionen aufgebrachten Anstrengung zu gewinnen, die im Scheitern endete, aber sich in ihm nicht erschöpfte, einem Scheitern, das wird sich mehr und mehr noch erweisen, nicht nur – das hat es mit 1918/1919 gemeinsam – eine Niederlage derer war, die sie unmittelbar erlitten.

junge Welt, Freitag, 13.11.2009, S. 10.

Tucholsky im Schulbuch

Als Anfang der sechziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts in der Bundesrepublik eine dreibändige Ausgabe von Texten Kurt Tucholskys auf den Buchmarkt kam, machte Walter Jens, der sie in einer Rezension begrüßte, darauf aufmerksam, dass dieser Autor in den Schulbüchern des Landes fehle, wie übrigens auch Rudolf Borchardt, Joseph Roth und andere Schriftsteller, die er zur den Klassikern der Moderne zählte. Daran knüpfte er den Vorschlag, der Verlag möge „den Verfassern unserer Schulliteraturgeschichten ein Exemplar dedizieren", damit die nicht sagen könnten, sie kennten den Mann und sein Erbe nicht. Ob Rowohlt so verfahren ist oder ob er es als sinnlos angesehen hat, weil die Verfasser der Lehrbücher 1960 nicht selten die gleichen waren wie 1940, sei dahingestellt. Inzwischen ist Tucholsky in Schulbüchern der Bundesrepublik und in Publikationen, die ergänzend für die Hand von Schülern bestimmt sind, angekommen.

Diese Nachricht hätte einen Mann wohl angenehm berührt, der im Verlauf seines Lebens mehr als 500 Buchkritiken schrieb und sich auch dieser Spezies der Literatur mehrfach kritisch zuwandte, weil er aus ihr stärker noch als aus anderen Gattungen Folgen erwachsen sah. Tucholsky erinnerte sich an „die bewusste Hetze zum Staatsmord in Schule, Universität und Kirche", die dem August 1914 vorausgegangen war. Er kritisierte in der Republik von Weimar: „Man sehe sich an, wie dieser Krieg in den deutschen Schulbüchern auf die junge Generation kommt; wie da mit klaren und eindeutigen Lügen gearbeitet wird; wie auch nicht in einem die schwere Mitschuld Deutschlands zugegeben wird. Nun ist das Schulbuch zwar nicht mehr das, was es uns in unsrer Jugend gewesen ist – aber seine Wirkung ist noch schrecklich genug. So ist der vorige Krieg vorbereitet worden; so wird der nächste vorbereitet."

Und auf einen Brief eines deutschen Studienrates antwortete er 1926 in der *Vossischen Zeitung* so: „Es gibt in Frankreich nationalistische Schulbücher: Lesebücher mit nationalistischen Erzählungen, Geschichtsbücher, die mehr als nötig den gesamten Plunder an Kriegstaten und Daten, bezopften Dynastiehistorien, von Geschichten vom bösen Feind und dem guten lieben Vaterland enthalten." Doch bildeten diese, soweit er das habe nachprüfen können, nicht die Mehrheit. Aber selbst, wenn an Frankreichs Schulen die nationalistische Verhetzung in größerem Ausmaß vor sich gehe, als ihm bekannt, müsste sie doch scheitern – „an dem durchaus friedlichen Gesamtgeist der Bourgeoisie". Kurzum: Dieser Mann trat für Schulbücher ein, die Verständigung und Friedfertigkeit lehrten. Und deshalb soll einmal gefragt werden, wie es unsere Schulen mit dem Radikalpazifisten halten, und dabei wollen wir uns mit der bloßen Feststellung seiner Anwesenheit nicht begnügen, sondern sehen, welcher Tucholsky sich dort antreffen lässt.

In Schulbüchern, herausgegeben in den Jahren 1986, 1994, 1995, 1998, 1999, 2000, 2006 von einschlägigen Verlagen in Paderborn (Schöningh), Hannover (Schroedel), München (Oldenbourg), Frankfurt am Main (Diesterweg) und bestimmt für den Gebrauch in den achten bis zehnte Klassen, lassen sich die Gedichte „Augen in der Großstadt", „Wo kommen die Löcher im Käse her", „Ehekrach", die Anekdote „Der Floh" sowie die Texte „Kreuzworträtsel mit Gewalt", „Wo lesen wir unsere Bücher" und „Herr Wendriner erzieht seine Kinder" lesen; in einer deutschen Literaturgeschichte für Schülerhand findet sich der den „Führer" entlarvende Vergleich „Hitler und Goethe". Die Durchmusterung dieser Auswahl lässt fragen: Wo ist da der „gefürchtete Sozialkritiker", der „Anwalt der Leidenden und Unterdrückten" geblieben, den Zeitgenossen in ihm sahen? Wo ein Wort des Mannes, der Kapitalismus noch Kapitalismus und Imperialismus bei eben diesem Namen nannte und Ausbeutung nicht in Wortnebeln verschwinden machte? Tucholskys Attacken hätten sich gegen „soziale Ungerechtigkeit" gerichtet, heißt es im „Schülerduden Literatur", 2008 vom Dudenverlag herausgegeben. Das liest sich heute so unverbindlich wie in den aktuellen Programmen politischer Parteien. Nicht anders, wenn im „Duden Literatur" des Bibliographischen Instituts geschrieben wird, Tucholskys Verse gemahnten „an die Verantwortung des Einzelnen vor der Geschichte aller". Das macht aus ihm eine Figur gleich jenen Talarträgern, die er unverbindlichen und folgenlosen Predigens zieh. Sprach Tucholsky von *Wir*, war das immer auch eine Entgegensetzung und enthielt nichts von Volksgemeinschaft.

Der Tucholsky, den die Reaktion von den Monarchisten bis zu den Faschisten Hasste, kommt gewöhnlich nicht zu Wort. Dass das nicht durch das Aufnahmevermögen Heranwachsender bedingt ist, sondern einem Konzept folgt, macht ein Vergleich mit pädagogischen Anleitungen und Schulbüchern aus DDR-Zeit deutlich, sofern man deren Autoren nicht eine Überforderung ihrer Schüler unterstellen will:

Die Unterrichtshilfe für Klasse 9, 1987 herausgegeben, empfahl den Lehrern zur Auswahl teilweise die gleichen Texte, die das westdeutsche Angebot enthält, setzte auf die ersten Plätze aber „Der Graben“ und die „Fragen an eine Arbeiterfrau“ und schlug vor, die beiden in Ostdeutschland populärsten Tucholsky-Interpreten, Gisela May und Ernst Busch, mit ihren Vorträgen in den Unterricht einzubeziehen. In der vom DDR-Schulbuchverlag Volk und Wissen herausgegebenen Reihe „Aus deutscher Dichtung“ (1968) findet sich „Jemand besucht etwas mit seinem Kind“, jene Geschichte des französischen Vaters, der mit seinem Sohn an den Ort zurückkehrt, an dem er als Soldat zwischen den Gräben seinen besten Freund tagelang hat sterben hören, ein Text, der zu den großen Friedensbekenntnissen deutscher Literatur gehört. Das mag ins klischierte DDR-Bild von den im Kindergarten beständig NVA-Soldaten malenden Kindern und in andere Klischees nicht passen. Jedenfalls wurde hier die Arbeit eines Mannes bezeugt, der einmal auf die Frage, wen oder was er liebe, geantwortet hat: „Jeden tapferen Friedenssoldaten.“

Es gibt keine sicherere Antwort auf die Frage, was ein Schriftsteller in einem Staat gilt, wie er gesehen und geachtet wird, als ein Blick in seine Schulbücher.

Übrigens: Jahr für Jahr kann gefahrlos darauf gewettet werden, dass in den dicken Sonderausgaben deutscher Tageszeitungen zu den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt am Main keine einzige Besprechung von Schulbüchern zu finden ist. Was also hätte Tucholsky mit seinen Schulbuch-Kritiken anfangen können?

Der Historiker Kurt Pätzold sprach auf der Tagung der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft im Oktober in Berlin. Den diesjährigen Tucholsky-Preis erhielt der FAZ-Redakteur Volker Weidermann für sein „Buch der verbrannten Bücher“, das unbedingt in den Schulunterricht gehört.

Ossietzky, 23/2009, 14. November 2009, S. 879-881.

Tucholsky in Rheinsberg

Irgendwie kam er sich in diesen Räumlichkeiten, den Zimmern eines einstigen preußischen Schlosses, doch fremd vor, selbst nachdem so viele Jahre vergangen waren, seit ein Blaublütiger aus der Familie der Hohenzollern hier Hausherr gewesen war. Was hatte seine Hinterlassenschaft hier eigentlich zu suchen? Der Schreibtisch, das praktische Drehkreuz für die Bücher, jetzt angefüllt mit der bis zum letzten, dem 22. Band geratenen Ausgabe seiner Werke. Dazu allerlei unbedeutende Gegenstände, die ihm einst diesen oder jenen Dienst erwiesen hatten. Und dann sein Leben an Wänden, in Vitrinen und Schubkästen: Fotografien, Papiere, entstanden aus verschiedensten Anlässen, Zeittafeln mit Daten seines Lebensweges, aufführend Ereignisse und Vorkommnisse. Eine Tafel: Er und die Frauen. Gut, die war nicht entbehrlich. Erstausgaben seiner Bücher und andere bemerkenswerte Drucke. An den Wänden Kopfhörer, mit denen sich Lieder hören ließen, deren Texte von ihm stammten, und ein Seh-Gerät, auf dem Bilder aus der Verfilmung jener Geschichte von den beiden Verliebten liefen, die für ein paar Stunden und eine einzige Nacht hierhergereist waren, nicht des Schlosses wegen.

Lästig war, die vielen Texte stehend zu lesen, zumal sich in der Enge der Zimmer Besucher zu drängen begannen. Er setzte sich auf den Stuhl, der neben dem Tischchen mit dem lieblosen Ordner stand, der das Besucherbuch ersetzte. War er das eigentlich? Ein Leben wie das Seine in einem großen und einem kleinen Zimmer und einem fensterlosen Kabuff.

Er griff zu den Seiten neben ihm. Die Eintragungen verdummter Schüler, deren Wortschatz sich zwischen „cool“ und „super“ bewegte, ließen sich überlesen. Darin hatte er Übung. Was aber meinten die sich wiederholenden Forderungen, dieses und jenes, was er geschrieben hatte, müsse der Regierung nach Berlin geschickt werden? Die solle das dann lesen. In einem Satz war ihr auch angeraten worden, wie sie seinen Text sich zu übersetzen hätte. Da stand „Raus aus Afghanistan!“ Merkwürdige Leute. Auf den Verstand von Regierenden hatte er zu seiner Zeit nie gesetzt. Bedingt auf den der Massen, dem es aufzuhelfen galt. Und auf deren Willen zur Tat.

Also ganz hatten die Leute, die ihn auf diesen Seiten lobten, nicht verstanden. Und kräftige Hilfestellung wurde ihnen an diesem Orte auch nicht. Gewiss, das Weglassen wäre ihm auch nicht erspart geblieben, hätte er – Gott behüte – hier selber den Einrichter geben müssen. Dennoch: Irgendwie kam er sich, wie er da saß, amputiert vor.

Kein Wort von den Hoffnungen, die ihm mit der Niederlage der Novemberrevolution zerschlagen worden waren, und von seinen Versuchen zu sorgen, dass deren „Melodie“ bewahrt würde.

Kein Zeugnis seiner leidenschaftlichen Anklagen gegen das Massenelend, namentlich das der Arbeiterfrauen und -kinder, denen er zugerufen hatte, sich den Kämpfenden zuzugesellen.

Und auf der Herreise war ihm beiläufig gesagt worden, dass auch und gerade hier in Rheinsberg die Braunen nicht ausgestorben seien, gegen deren Vorfahren er angeschrieben zu haben sich erinnerte. Doch hier war das kein Thema.

Gestört hatte er ja immer irgendjemanden. Wen aber diesmal? Jetzt würde er erst einmal sehen, ob es im Tucholsky-Café einen französischen Tropfen gäbe, am besten den von ihm bevorzugten Burgunder. Vielleicht träfe er dort einen Einheimischen, der ihm seine Frage beantworten könnte.

Ossietzky, 24/2009, 28. November 2009, S. 913-914.

Fliege über Berg und Tal

Friedenssymbol, Bibeltier, Nachrichtenbote und Kriegsteilnehmer: Die Taube im Wandel der Zeit

Lernen irgendwo in einem der ostdeutschen Länder noch die Vorschulkinder das Lied von der „kleinen weißen Friedenstaube“, die übers Land mit dem Auftrag ausgeschickt wird, allen Menschen Frieden zu bringen? „Fliege übers große Wasser, über Berg und Tal; bringe allen Menschen Frieden, grüß sie tausendmal“.

Gegen den Text der Kindergärtnerin Erika Schirmer, geborene Mertke, ihr Lied entstand in Jahr und Monat der DDR-Gründung, dem Oktober 1949, lässt sich auch von harten Antisozialisten wenig einwenden. In den Versen kommen weder die DDR noch der Sozialismus, weder Stalin noch „die Partei“ vor. Nur eben – sie wollen gerade deshalb in das Schreckensbild vom ostdeutschen Staat nicht passen.

In Paris 1949

Angeregt wurde die Autorin von Pablo Picassos berühmter Friedenstaube. Diese Lithographie prangte 1949 über dem I. Weltfriedenskongress in Paris. An der Stirnseite des Saales sahen mehr als 2000 Teilnehmer aus 71 Ländern Picassos Bild, das sie als Symbol mit in ihre Heimat nahmen.

Im April 2009 waren 60 Jahre seit jenem Treffen vergangen. Hierzulande ist kaum irgendwo seiner gedacht worden. Das mag an der Vielzahl von 90., 70., 60., und 20. Jahrestagen gelegen haben. Die Mehrheit der Deutschen gibt bei Umfragen ihre Ablehnung des Krieges in Afghanistan und der Teilnahme der „eigenen“ Truppen an ihm kund. Aber das ist ein Votum ohne Tat und daher folgenlos. Nicht anders im östlichen Nachbarstaat, wo 71 Prozent Polens Soldaten aus dem fernen Land zurückholen wollen.

Anders vor sechs Jahrzehnten. Die Erinnerung an den Krieg, dessen Ende mit dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki noch keine vier Jahre zurücklag, war frisch und die Verfestigung des Kalten Krieges spürbar. Es herrschte Furcht, ein 3. Weltkrieg könne mit eben jenen Waffen beginnen, mit denen der zweite geendet hatte. Die erkannte Gefahr alarmierte. In Gestalt mächtiger Parteien und Gewerkschaften, in wissenschaftlichen Gesellschaften, Zusammenschlüssen von Künstlern und in religiösen Institutionen existierten Kristallisationspunkte für die Sammlung von Menschen vieler Völker, Nationen und Hautfarben. Die Weltfriedensbewegung vereinte sie unter jener Fahne mit Abbild der Taube des spanischen Malers. Auf Fotografien, Plakaten und Fahnen wurde sie weltweit bekannt.

Mädchen mit der Taube

Im Schaffen des Künstlers besaß die Taube einen weltberühmt gewordenen Vorläufer, das aus dessen Blauer Periode stammende Bild „Mädchen mit Taube“, das 1901 entstanden war. Es zeigt ein in sich versunkenes Kind, selbst ebenso schutzbedürftig wie das weißgefiederte Tier, das es behutsam in seinen Händen birgt. Doch reicht die Geschichte der Beziehungen des Malers zu den Tauben weiter zurück. Der in Andalusien heranwachsende Knabe, Sohn eines Malers und Lehrers an einer Kunsthochschule in Malaga, lebte in einem Elternhaus, auf dessen Dach sich ein Taubenschlag befand. Dessen Bewohner waren ein bevorzugter Gegenstand der künstlerischen Arbeit des Vaters und wurden das auch, als der Sohn in seinem siebenten Lebensjahr mit seinen ersten Malübungen begann. Picasso und La Paloma, das blieb eine lebenslange Beziehung, ausgedrückt in Gemälden, Zeichnungen, Lithographien, Skulpturen und Keramiken des Künstlers, die sich auch in der Namenswahl für seine zweite Tochter ausdrückte, die Paloma geheißen wurde. So geschehen im Jahre ihrer Geburt 1949, als auch die „Friedenstaube“ entstand.

„Man braucht Symbole für die Zusammengehörigkeit“, lässt sich bei dem britischen Historiker Eric Hobsbawm lesen. Picassos Taube wurde und blieb ein solches Symbol für alle, die sich zusammenfinden, Frieden von Dauer zu schaffen. Die in den Jahren des aufkommenden Faschismus Deutschland gegen den Weg in einen neuen Weltkrieg angekämpft hatten, vermochten Picassos Bild in Beziehung zu jener Fotomontage John Heartfields zu setzen, die 1932 in der Arbeiter Illustrierten

Zeitung (Ausgabe vom 27. November 1932) erschienen war. Sie zeigte eine von einem Kriegsbajonett aufgespießte Taube, eine Darstellung, die in Publikationen der Friedensbewegung immer wieder reproduziert worden ist, als nicht mehr der zweite, sondern ein dritter Weltkrieg drohte.

Das Bild des in vielen Arten und Gattungen nahezu über den ganzen Erdball verbreiteten Vogels war auch vordem schon – nachweisbar im 14. Jahrhundert – als Friedenssymbol verwendet worden. Er ist auch in Märchen des Barocks über den „Krieg der Vögel“ als Friedensstifter anzutreffen. Doch der Siegeszug in dieser Rolle beginnt erst mit Picassos Lithographie. Sein Bild findet sich seitdem auf politischen Plakaten, Fahnen, Stickern und auch auf von der DDR herausgegebenen Briefmarken. Weitere Künstler ließen sich bei ihren Arbeiten durch den genialen Spanier anregen. Wer Brechts Ensemble am Berliner Schiffbauerdamm besuchte, blickte, bevor der Vorhang sich öffnete, auf dieses Symbol, das Sinn und Ziel der Arbeit dieses Hauses anzeigte. In der ostdeutschen Gesellschaft war in öffentlichen wie in privaten Räumen eine Reproduktion von Walter Womackas „Mädchen mit Taube und roter Blume“ zu sehen. Vom gleichen Künstler stammte der Wandfries mit Tauben und der Weltkugel am Gästehaus der DDR-Regierung in Berlin-Niederschönhausen. Als Ostberlin durch den Weltfriedensrat 1979 den Titel „Stadt des Friedens“ erhielt, wurde das mit einem Bild der Friedenstaube an einer Hauswand des wiedererrichteten Nikolai-Viertels in der Stadtmitte dokumentiert. Eisenhüttenstadt führt die Taube in seinem Stadtwappen.

Babylon und Bibel

Jahrtausende zurück reichen die Geschichten von der Taube und ihrem Leben in Legenden und Sagen. Die babylonische Liebesgöttin Ischtar hat eine Taube ebenso zu ihrer Begleiterin wie ihre griechischen und römischen Nachfolgerinnen Aphrodite und Venus. Früh galt die Taube, bezeugt unter anderem durch ein altsyrisches Rollsiegel, als Botin und auch als Signal der Liebe, eine Rolle, die ihr als Folge der Beobachtung zugedacht worden sein mag, dass Taubenpaare lange zusammenleben, sich ihre Zuneigung durch das als Kuss gedeutete Schnäbeln bekunden und einander beim Bebrüten der Eier ablösen. Mit der Taube verbanden sich vielerlei Vorstellungen, so die von Vertrautheit, Hingabe, Gnade, Glück und auch Arglosigkeit. Sie wurde als Heilige und Göttliche angesehen und verehrt und war Sinnbild für Friedfertigkeit, Unschuld, Frömmigkeit, Einfalt, weibliche Keuschheit und Kinderliebe.

Wieder und wieder wird von Tauben in der Bibel erzählt. So im Bericht von der Sintflut. Im Buch Moses lässt sich das Geschehene so lesen: „Dann ließ er eine Taube hinaus, um zu sehen, ob das Wasser auf der Erde abgenommen habe. Die Taube fand keinen Halt für ihre Füße und kehrte zu ihm in die Arche zurück, weil über der ganzen Erde noch Wasser stand. Er streckte seine Hand aus und nahm die Taube wieder zu sich in die Arche. Dann wartete er noch weitere sieben Tage und ließ wieder die Taube aus der Arche. Gegen Abend kam die Taube zu ihm zurück, und siehe da: In ihrem Schnabel hatte sie einen frischen Ölzweig. Jetzt wusste Noah, dass nur noch wenig Wasser auf der Erde stand. Er wartete weitere sieben Tage und ließ die Taube noch einmal hinaus. Nun kehrte sie nicht mehr zu ihm zurück.“ (Mos. 1. Buch 8, 8-12)

Als Sinnbild des Heiligen Geistes erscheint eine Taube in der allen Evangelien anzutreffenden Erzählung von der Taufe Jesus durch Johannes. („den Geist Gottes wie eine Taube herabfahren“ (Matt. 3, 16-17), „in lieblicher Gestalt wie eine Taube“. (Luk., 3,22, und Mark. 1, 10, Joh. 1, 32) Ein anderer Bibeltext wiederum lässt die Taube als Sinnbild der Flucht aus einer wildbewegten Welt erscheinen, so in einem klagenden Psalm: „Ich sprach: O hätte ich Flügel wie Tauben, dass ich wegflöge und Ruhe fände.“ (55, 7) Im Hohelied des Salomon ist Taube das Kosewort für die Geliebte, und Liebende versichern sich gegenseitig ihre Schönheit durch die Beteuerung, sie hätten Augen wie Tauben. Wiederholt kommen die Taubenvögel im Buch der Bücher auch als Opfertiere vor, die sterben müssen, damit Sünder sich reinigen. Doch ihre Verkäufer („die die Ochsen, Schafe und Tauben feilhielten“, Joh. 2, 14 und Matt. 5, 21, 12-13, Mark. 11, 16), auch „Taubenkrämer“ genannt, verjagt Jesus mit den Wechslern und anderen Händlern aus dem Tempel in Jerusalem. Und dann ist da der Rat Jesus an seine Jünger, in der feindlichen Umwelt „unter den Wölfen“ angesichts der zu erwartenden Verfolgungen „klug zu sein wie die Schlangen und ohne falsch wie die Tauben“. (Matth. 10, 16)

Mit dem Lamm ist die Taube das in der christlichen Ikonographie am meisten anzutreffende Tier. Zu ihren berühmten Darstellungen gehört die Heiliggeisttaube im Petersdom zu Rom. Ungezählt sind Rollen und Bedeutungen, die den Tieren zugeschrieben wurden, darunter die gegensätzlichsten. Im Aberglauben, figurieren sie zudem als Unglücks- und Totenvögel. Ungezählt auch das Vorkommen der Taube in den Dichtungen verschiedenster Zeiten und Völker. 1774 erschien Goethes Gedicht „Adler und Taube“, in dem eine Taube dem verletzten, darob nun unglücklichen Räuber mit Erfolg Genügsamkeit lehrt und von ihm darauf zu hören bekommt: „O Weisheit! Du redest wie eine Taube!“ Und später im „Dilettant und Kritiker“ warnte Goethe die Naiven mit der Geschichte vom Knaben („Es hat ein Knab’ eine Taube zart“), der glaubt, der Fuchs könne sich wie er an einer Taube erfreuen, vor den Gerissenen auf der Hut zu sein.

Eine Delikatesse

Schon seit frühen Zeiten werden Tauben zugleich zu ganz pragmatischen Zwecken gezüchtet und gehalten. Ihr Fleisch galt auf Speisekarten der Feinschmecker als Delikatesse. So war im alten Rom, was auch Plinius berichtet und kritisiert, das Züchten und Mästen der Tauben weit verbreitet. In anderer Verwendung dienten sie als Köder, der Raubvögel anlocken sollte, auf deren Fang die Taubenhalter aus waren. Taubenkot, der zunächst als Dünger gedient hatte, wurde später wegen dessen Salpetergehalt auf seine Verwendungsfähigkeit für die Herstellung von Schießpulver geprüft.

Wann entdeckt wurde, dass Tauben über weite Strecken zu Orten und Nestern zurückzufinden verstehen, in denen sie gleichsam ihr zu Hause haben, hat niemand vermerkt. Nachdem jedoch die außergewöhnliche Fähigkeit der friedfertigen Tiere einmal festgestellt war, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis Menschen auf den Gedanken kamen, dies für ihre Zwecke zu nutzen. Die Tauben wurden zu Botengängern, zu Transporteuren von Nachrichten auf dem Luftweg. In diesem Gebrauch sind sie schon in vorchristlicher Zeit in Griechenland und früh auch im Zweistromland und in Ägypten verwendet worden. Anfangs geschah das wohl zur Übermittlung von Nachrichten in Friedenszeiten, wie aus Griechenland überliefert ist. Dort hätten Teilnehmer der Spiele in Olympia, bevor sie sich selbst auf den Heimweg aufmachten, Tauben vorausgesandt, um von ihren Siegen in den Wettkämpfen zu künden. Doch auch in Kriegen wurden die Tiere benutzt, um Meldungen zu transportieren, auf arabischer Seite u. a. schon in Kämpfen während der Kreuzzüge. Als Mutina, heute: Namen Modena, von Marc Aurelius belagert wurde, brachten sie Kunde aus der Stadt. So auch ihre Verwendung im Krieg der Niederländer gegen die Spanier unter Alba und dessen Nachfolger 1573/1574, als die Tiere den Belagerten in Leiden und Haarlem dienten.

Meldegänger

In den beiden folgenden Jahrhunderten sind Tauben in Feudalkriegen zu derlei Zwecken nicht gebraucht worden. Verwendet wurden sie wieder im Jahrhundert des sich ausbreitenden Kapitalismus zum raschen Transport von Wirtschafts- und Finanznachrichten, so unter anderem zwischen Antwerpen und London, wobei sie eine Strecke von mehr als 300 Kilometern zurückzulegen hatten. Nachgewiesen ist ihre Botenrolle sodann im deutsch-französischen Krieg 1870/71 als Nachrichtenübermittler aus dem eingeschlossenen Paris. Von da an war es in den Stäben mehrerer Armeen eine ausgemachte Sache, dass der Vogel auch künftig Kriegszwecken dienen sollte, namentlich dort, wo „Meldegänger“ oder die in ihren Anfängen befindliche, unverlässliche verdrahtete Übermittlung versagten. Es entstanden spezielle militärische Abteilungen, die Tiere in dieser Absicht züchteten und trainierten. Wie in anderen Fällen auch das Wissen um die Existenz einer „Waffe“ das Fragen und Suchen nach Gegenmitteln, deren Entwicklung und Erprobung anstachelte, so auch in diesem. Was lag näher als einen natürlichen Feind dafür zu bestimmen, der ebenfalls seit Jahrtausenden von Menschen gehalten und dessen Zwecken dienstbar gemacht wurde, den gemeinhin als Jäger oder Jagdgehilfen eingesetzten Falken.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich parallel dazu die Haltung von Brieftauben auch zu einem in Deutschland weit verbreiteten Sport, mit dem der Begriff Sporttauben aufkam. Und wie hierzulande üblich, traten dessen Liebhager untereinander in Kontakt, tauschten die jeweiligen Erfahrungen aus, unterstützten sich bei der Zucht und trafen sich zu Wettkämpfen. In Köln wurde 1894

als Dachorganisation der „Verband deutscher Brieftaubenliebhabervereine“ gegründet und dessen Protektorat gehorsamst Seiner Majestät dem Kaiser angetragen. Wilhelm II. verweigerte sich nicht. In dem 1914 beginnenden Krieg, dessen Zustandekommen zu einem erheblichen Teil auf das Konto des Taubenzüchterfreundes auf dem Thron kam, wurden dann auch die dafür trainierten Tauben mobilisiert. Im jahrelangen Stellungskrieg entlang der deutschen Westfront auf französischem und belgischem Boden wurden die Tiere auf beiden Seiten der Front als Übermittler von Nachrichten in das Hinterland benutzt und von der jeweils gegnerischen Truppe bekämpft. Manche Taube erreichte als unfreiwilliger Kriegsteilnehmer Berühmtheit. Eine mit Namen „Cher Ami“, die vom US Army Signal Corps an der französisch-deutschen Front eingesetzt worden war und ihren gefährlichen Auftrag überlebt hatte, wurde mit dem französischen Orden „Croix de Guerre“ ausgezeichnet und in die Racing Pigeon Hall of Frame aufgenommen. Ihr wurde das Verdienst an der Rettung von Soldatenleben zugeschrieben.

In Deutschland erhielten diese „Frontkämpfer“ ein eigenes Kriegerdenkmal. Das wurde in Berlin-Spandau errichtet, wohin die Zucht- und Lehranstalt für kriegsverwendungsfähige Tauben von Koblenz verlegt worden war. Der 3,80 Meter hohe Gedenkstein, ein Findlingsblock, wurde elf Tage vor Beginn des Zweiten Weltkriegs am 20. August 1939 eingeweiht. Auf einem Steinblock saßen da 25 aus Metall nachgebildete auffliegende Tiere. Indessen fielen sie schon wenig später, 1942, die deutschen „Blitzsiege“ waren Geschichte, der rigorosen Metallsammlung zum Opfer, die diesen neuen Krieg verlängern helfen sollte. Die Nachbildung aus dem Jahre 1963, die bis heute an ihrem Platz, der Kreuzung Falkenseer Damm/Flankenschanze, zu besichtigen ist, zeigt eine reduzierte Vogelschar.

Biowaffe

Auch in diesem Zweiten Weltkrieg wurden Tauben als Nachrichtenübermittler noch an mehreren Fronten eingesetzt, so u. a. vom US-Army-Pigeon-Service während der Kriegshandlungen in Tunesien und dann in Italien, wobei sich wiederum eine Taube besonders auszeichnete. „G. I. Joe“, so ihr Name, überlebte und starb dann betagt in einem Zoo in Detroit. Ihr wurde, da sie an der Rettung englischer Soldaten beteiligt war, britische Ehrung zuteil. Indessen brachten alle nachrichtentechnischen Fortschritte, die im Zweiten Weltkrieg erreicht worden waren, nicht sofort die militärische Außerdienststellung der Tauben. Wenn auch am Rande, sie blieben zunächst, so in den USA, in auf künftige Kriege gerichtete Planungen noch einbezogen. Erst vor wenigen Jahren, als bis dahin geheim gehaltene Dokumente aus dem britischen Nationalarchiv zugänglich und bekannt gemacht wurden, ließ sich am Beginn unseres Jahrhunderts verfolgen, dass und wie der Einsatz von Tauben in einem Dritten Weltkrieg mit dem Angriffsziel Sowjetunion vorgedacht worden war. In mehreren deutschen Presseorganen wurde unter Berufung auf die britische Zeitung The Independent über eine Studie von William Rayner, eines Offiziers der Royal Air Force, berichtet. Beabsichtigt war demnach, die Tatsache auszunutzen, dass Tauben von Radargeräten nicht geortet werden können und sie als Träger biologischer Waffen einzusetzen. Rayner hatte geschrieben: „Tausend Tauben jeweils mit einer 60 Gramm schweren Explosiv-Kapsel, die in Intervallen in einem spezifischen Ziel landen, können für eine ernste und unschöne Überraschung sorgen.“ Eine besondere Kommission, die Großbritannien auch auf diesem Felde in einem unerklärten Wettbewerb um die wirkungsvollste Waffe vermutete, befasste sich mit dem Vorschlag. Dann aber galt die Idee doch als ebenso unausführbar wie durch andere Möglichkeiten überholt. Der Ausschuss wurde aufgelöst.

In wievielerlei Gestalt, auf wie vielen Bildern und bei wie vielen Gelegenheiten uns das Bild oder der Name der Taube auch begegnen – als Bezeichnung eines Sternbildes (Columba), als Name von Personen, eines Nebenflusses der Saale in Sachsen-Anhalt, einer Kirche in Heidelberg, auch eines Reisebüros, in Titeln von Märchen, Romanen, Novellen, Filmen und in Liedern ist keines bekannter als das 1863 zuerst im Teatro National in Mexiko erklungene und zum Lied des 20. Jahrhunderts gekürte La Paloma – ja selbst als Name von Orden, weltweit wird sie als das Symbol des Friedens Menschen gegenwärtig bleiben.

Und, dies nicht zu vergessen: Johann Wilhelm Ludwig Gleim hat uns die Taube der Venus in einer Fabel noch in einer anderen Rolle, als Wissbegierige, gezeigt. Er lässt sie die Eule der Pallas Athene, Göttin der Klugheit, fragen „Die Weisheit aber soll die Menschen fröhlich machen?“, worauf sie zur Antwort erhält: „Zwar fröhlich – aber nicht bis zu dem lauten Lachen.“

junge Welt, Donnerstag, 24.12.2009, S. 4.

Befehl? Denken Sie doch selber!

Das kommt selten vor: Die Journalisten von Presse-Agenturen und Zeitungen gerieten über einen Kriminalfilm in Schwierigkeiten, den das Erste Programm für einen Sonntagabend – es war der 29. November 2009 – angekündigt hatte. Wie sag ich meinen Lesern, was sie da 90 Minuten lang in einem in Bayern gedrehten Film erwartete? Wie, ohne mich auf die Seite der strikten Gegner des Einsatzes der Bundeswehr im fernen Afghanistan zu stellen? Die nachlesbare Antwort lautete: indem ich mehr oder weniger wortreich schon um die Handlung des Films – „Klick gemacht" war sein nichtssagender Titel – herumschreibe. Er gehöre, war im Fernsehtipp der Berliner Zeitung zu lesen, dem „jungen, aber schnell an Boden gewinnenden Genre des deutschen Afghanistankriegsfilms" an. Die Ankündigung schloss mit dem Fazit, der partiell verwirrende Streifen hinterlasse „insgesamt einen fast unangenehmen klaren Eindruck".

Mangels konkreter Information fiel es schwer, sich zu entscheiden, ob man sich fast unangenehm beeindrucken lassen wollte. Eine andere Annoncierung sprach von einer „im Militärmilieu um die deutschen Soldaten im Auslandseinsatz angesiedelten Entführungsgeschichte". Eine dritte schlicht von einem Film, der „ins Militärmilieu führt". Solcherlei Aviso könnte Leute, die sich den Abend des Adventstages nicht mit Bildern von Krieg und Sterben verderben wollten, zum konkurrierenden Melodrama „Lass es Liebe sein" abgedrängt und dazu beigetragen haben, dass der außergewöhnliche Film im Quotenkampf bei jeweils sechs Millionen Zuschauern doch knapp hinter die Rosamunde-Pilcher-Verfilmung geriet.

An anderer Stelle, in der Märkischen Oder-Zeitung, war der Ankündigung zu entnehmen, dass sich die Kriminalgeschichte um die Entführung eines Offiziers der Bundeswehr ranke und diese wiederum mit einem Vorgang in Zusammenhang stehe, der sich im fernen Afghanistan ereignet habe. Auf der Suche nach den denkbaren Tätern werde deutlich, dass der Vorfall lückenhaft aufgeklärt worden sei, aber ein Interesse an seiner Vertuschung existiert habe, und zwar „auf höherer Ebene". Wer ein wenig rechnete, konnte auf den Gedanken verfallen, dass der Buchautor eine Begabung für Vorahnungen besitzen müsse. Tatsächlich hatten die Dreharbeiten am 21. Oktober 2008 begonnen, mithin lange vor dem Massaker in Kundus und den auf ihn folgenden Falschmeldungen. Glaubt man einer Meldung der Bild-Zeitung, so sollte der Film schon am 20. September ins Programm gelangen. Ein Schelm, wer die Verspätung in Beziehung zu zwei Terminen setzte, dem 4. September, Tag des Massakers bei Kundus, und dem 27. September, an dem die Bundesbürger an die Wahlurnen gegangen waren.

Um in knappen Worten zu sagen, was da zu sehen war: ein Kriminalist, der sich gleich bei seinem ersten Auftritt so deutlich als Antimilitarist zu erkennen gibt, dass auch in den Besprechungen, die sich seinem Gegenstand mit höchster Vorsicht annähern, von ihm geschrieben wird, es agiere „ein Pazifist", „ein nicht obrigkeitshöriger Mensch mit pazifistischer Haltung". Eine Frau, die den Nebel der patriotischen Trauerzeremonie für die „Gefallenen" mit ihrem Aufschrei zerreißt. Eine ratlose Witwe, die ihre Kinder jeden Tag dem Briefträger entgegeneilen sieht, von dem sie einen Brief ihres Vaters erwarten, dessen Tod ihnen verschwiegen wurde oder den sie nicht zu begreifen vermochten. Ein Oberleutnant, der mit seiner karrierelüsternen Geilheit nach Heldentum seine Ehefrau so anwidert, dass sie sich von ihm trennen will. Eine Kommandeursclique, für die es kein höheres Gut gibt als die „Reinheit" des Ehrenschildes, das sie vor sich hertragen, und deren Arm selbstredend auch bis in die Kriminalpolizei reicht und mit Hilfe der dort arbeitenden Aufstiegshungrigen verhindert, dass ans Tageslicht gebracht wird, was sie zum Staatsgeheimnis erklärt haben. Und eben und immer wieder der Kriminalist, der dem Offizier, mit dem ihn seine Arbeit zusammengeführt hat, rät: „Befehl? Denken sie doch selber!" Ein Wort, das nicht nur in Kasernen, sondern in der ganzen Gesellschaft gelten sollte.

Und so las sich das Lob, das dem Film am Tage davor oder danach gespendet wurde: ein „in mehrfacher Hinsicht einzigartiger Krimi", ein Streifen, der sich „kritisch mit dem deutschen Militäreinsatz in Afghanistan" befasst, der „die Bundeswehr, aber auch die Medienberichterstattung" über deren

Einsatz „schlecht wegkommen lässt“, „alles andere als ein Routinekrimi“, er gehöre „dennoch zu den besseren Filmen des Genres“. Eine Besprechung, veröffentlicht in der Süddeutschen Zeitung, wurde deutlicher: Der im Film dargestellte „Fall vibriert unter der Last seiner ungewöhnlich politischen Brisanz. Stellt er doch höchst unangenehme Fragen nach dem Sinn und Unsinn des Einsatzes in Afghanistan.“ Das ist, was gewöhnlich eine halbe Wahrheit genannt wird und in diesem Falle auch eine halbe Lüge ist. Denn er stellt nicht nur Fragen, die nach der Meinung des Rezensenten irgendjemandem, den er nicht nennt, unangenehm sind. Vielmehr ergreift er Partei und das unmissverständlich: die der Gegner dieses Krieges. Da erst, so die Süddeutsche, erweist er sich „anders als die Medien, anders als die Politik“, eine Differenzierung, die einen Hauch von Selbstkritik verströmt. Vermutlich folgenlos.

Und dann sind da Rezensenten, die taz voran, die dem Film künstlerische Mängel testieren: In ihm verwandle sich „der Politdiskurs auf denkbar lärmige Weise in ein Antikriegsstatement“. Dies mit der herablassenden Anfügung, es erscheine ehrenwert, „dass sich der BR einen Fernsehfilm leistet, der die Forderung ‚Raus aus Afghanistan!‘ wie eine ‚Pace‘-Fahne vor sich herträgt“ und „trotzdem“ sehenswert sei. Gegen derlei Nörgelei könnten die Filmemacher einen ihnen in Sachen Krieg und Frieden Geistesverwandten zitieren, der von sich schrieb: „... ich will lieber den Vorwurf auf mir sitzen lassen, künstlerisch nicht befriedigt oder aus Empörung über das Ziel hinausgeschossen zu haben, als ein Indolenter zu sein.“ So reagierte Kurt Tucholsky.

Der Film handle von „unglaublichen Missständen in der Bundeswehr“, vermerkt die Berliner Morgenpost am Tage nach seiner Ausstrahlung und knüpft daran die Feststellung, er lasse ahnen, „welche gesellschaftskritischen und ambitionierten Stoffe aus dieser Ecke noch gekommen wären“, wenn, ja wenn der Hauptdarsteller Jörg Hube nicht nach den Dreharbeiten früh verstorben wäre. Wie anders lässt sich diese Bemerkung lesen denn als Eingeständnis geringer Hoffnung, dass wir hier einen Auftakt gesehen haben?

Aber warum nur einen Auftakt? Warum eigentlich nicht mehr?

Darum: Es hat sich niemand dazu entschlossen, diesen Film klar als das anzukündigen, was er ist: ein deutscher Antikriegsfilm. Niemand hat denen, die ihn herstellten, voran Christian Jentsch, der das Buch schrieb, und Stephan Wagner, der Regie führte, samt dem Ensemble der Schauspieler zugerufen: „Bravo!“, „Gratulation!“ Nirgendwo ein erleichtertes „Endlich“, kein ermutigendes „Weiter so“. Kein Klarzeichen der Solidarität. Das erinnert mich an das Urteil Victor Klemperers über die Journalisten, deren Texte er im Nazi-Reich las und analysierte. Nicht, dass die heutigen Generationen der Redakteure und Journalisten von jenem politischen Typus wären. Aber sie haben mit ihm etwas gemeinsam. Das ist der Zustand ihrer Wirbelsäule, vulgo ihres Rückgrates.

Ein Hauptmann, hier eine „Hauptfrau“, personifiziert von Stefanie Stappenbeck, quittiert am Ende ihren Dienst in der Bundeswehr, weil sie die Verlogenheit anwidert, der sie dort begegnet ist. Stattdessen möchte sie an der Seite eines Kriminalkommissars arbeiten, den sie als einen über seinen „Fall“ hinaus Wahrheitssuchenden, den Gebrechen der Gesellschaft Nachspürenden kennen gelernt hat, einen Menschen, der Hoffnung gibt, dass das im Film zitierte Wort Christian Morgensterns „Die zur Wahrheit wandern, wandern allein“ doch absolute Gültigkeit nicht besitzt.

Ossietzky, 25/2009, 27. Dezember 2009, S. 933-935.

Personenregister

A

Abderhalden, Emil 423
Abusch, Alexander 823
Ackermann, Anton 412
Ackermann, Josef 807
Adam, Uwe Dietrich 36
Adenauer, Konrad 257, 395, 401, 512, 517, 522, 573, 604, 842, 874, 919, 957
Adler, Hans Günther 173
Adorno, Theodor W. 530
Alba, Fernando Álvarez de Toledo, Herzog von 992
Albers, Hans 605
Alexander I. 127, 142, 748
Alighieri, Dante 566
Allende, Salvador 35
Altendorf, Werner 455
Aly, Götz 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 339, 340, 341, 397, 409, 528, 536, 685, 734, 885, 903
Ambros, Otto 484
Amen, John Harland 386, 387
Améry, Jean 633
Ammon, Wilhelm von 581
Andreas-Friedrich, Ruth 860
Annakin, Ken 94
Antonescu, Ion 904
Apitz, Bruno 479, 599, 649
Aquin, Thomas von 139
Arendt, Hannah 36, 978
Aris, Helmut 980
Arndt, Ernst Moritz 127, 142, 349
Arzinger, Rudolf 393, 511
Aschenauer, Rudolf 377
Attlee, Clement 347
Auden, Wystan Hugh 331
Aurelius, Marc 992

B

Bach, Johann Sebastian 748
Bach-Zelewski, Erich von dem 560, 613, 614
Backe, Herbert 663
Baeck, Leo 161
Baer, Rudolf 192, 285
Bagration, Pjotr Iwanowitsch 102
Bahnsen, Uwe 322
Baier, Jo 104
Bajohr, Frank 520
Bajohr, Stefan 35
Baldwin, Stanley 246
Ballard, Robert B. 150
Balzer, Friedrich-Martin 153, 470, 680, 908, 919
Barbusse, Henri 170
Barck, Simone 57
Barclay de Tolly, Michael Andreas 142
Bardèche, Maurice 393, 511
Barlach, Ernst 446
Barth, Karl 200, 217, 228, 289, 304
Bästlein, Bernhard 15
Bauer, Christian 384
Bauer, Fritz 16, 192, 228, 285, 832
Baumann, Hans 858
Baumann, Ludwig 689
Bausinger, Hermann 795
Beals, Walter B. 538
Bebel, August 35, 517, 628, 871
Becher, Johannes R. 117, 280, 649
Beckenbauer, Franz 496
Becker, Jurek 599, 649
Becker, Rolf 628
Beckett, Samuel 280, 288
Beckmann, Reinhold 496
Beermann, Friedrich 476
Beimler, Hans 116
Bentzien, Hans 16, 65, 66
Benz, Wolfgang 30, 406, 610
Berchtold, Leopold Graf 167
Berg, Nicolas 36, 37
Berger, Gottlob 664, 665
Berger-Fiedler, Róza 598
Berghahn, Volker 132
Bergien, Rüdiger 499
Bergmann, Werner 409, 610, 656
Bergold, Friedrich 556
Bernays, Murray C. 360
Bernhard, Henry 94, 130, 139, 402, 592, 603
Bersarin, Nikolai Erastowitsch 332
Berthold, Will 105
Bertram, Adolf 785, 819
Besymenski, Lew Alexandrowitsch 322
Bethmann Hollweg, Theobald von 70, 166, 858
Beyer, Frank 598
Biddle, Francis 376
Biermann, Wolf 533
Bies, Luitwin 355, 895
Birthler, Marianne 583, 635, 648
Bisky, Lothar 82, 627
Bismarck, Johanna 595
Bismarck, Otto von 105, 128, 143, 144, 210, 212, 335, 336, 595, 628, 639, 662, 691, 693, 717, 738, 743, 753, 887
Blair, Tony 112, 477
Blaskowitz, Johannes 699, 702
Blobel, Paul 644
Bloch, Ernst 400
Blomberg, Werner von 394, 432, 735, 819
Blome, Kurt 540
Blücher, Gebhard Leberecht von 127, 142, 342
Blum, Léon 162
Boberach, Heinz 679
Bobrowski, Johannes 649
Bock, Fedor von 145, 433
Bodenschatz, Karl 409
Boeselager, Philipp von 100
Bohle, Ernst Wilhelm 664
Böhme, Franz 619, 621
Böhme, Joachim 776, 777, 779

Boldt, Gerhard 322
Böll, Heinrich 341, 455
Bonacker, Max 660
Bonaparte, Jérôme 425
Boog, Horst 29
Borchardt, Rudolf 987
Boris III. (Bulgarien) 679
Bormann, Martin 184, 268, 357, 368, 373, 381, 383, 392, 407, 438, 506, 524, 556, 581
Bouhler, Philipp 539
Bracher, Karl Dietrich 714, 715
Brack, Viktor 540
Bradley, Omar N. 94, 130, 148
Brand, James T. 578
Brandauer, Karl Maria 978
Brandt, Karl 538, 540
Brandt, Richard 13
Brandt, Rudolf 540
Brandt, Willy 315, 443, 522, 720
Brauchitsch, Walther von 145, 699, 860
Braun, Eva 259, 290
Braun, Otto 594
Braune, Werner 644
Brecht, Bert 13, 105, 122, 131, 147, 165, 212, 216, 217, 227, 233, 280, 326, 343, 445, 446, 447, 587, 594, 608, 609, 628, 731, 750, 799, 807, 850, 851, 869, 884, 889, 915, 991
Brechts, Bert 445, 446
Bredel, Willi 649
Breitscheid, Rudolf 15, 423
Breker, Arno 146
Breschnew, Leonid Iljitsch 881
Brězan, Jurij 599
Briand, Aristide 218, 359, 922
Brie, Michael 906
Broszat, Martin 37, 48, 70, 71, 262, 418, 714, 847
Bruch, Max 161
Brückner, Christine 455
Brugsch, Theodor 13
Brühl, Reinhard 160
Bruhns, Wibke 106
Brüning, Heinrich 300, 310, 464, 563, 596, 624, 703, 723, 746, 748, 760, 784, 968
Buchheim, Karl 714
Büchner, Georg 540
Bühler, Josef 569, 570
Bullock, Alan 471
Bumke, Erwin Konrad 579
Buonaparte (d. i. Napoleon I.) 425
Bürgel, Bruno H. 919
Burger, Hanuš 330, 331
Burt, Richard R. 500, 501
Busch, Ernst 496, 959, 988
Busch, Ernst (Generalfeldmarschall) 102
Busch, Ulrich 433
Busch, Wilhelm 343
Bush, George W. 100, 112, 240, 477, 500
Busse, Theodor 206, 228, 290, 319, 351
Bütefisch, Heinrich 75, 633
Byrnes, James F. 346, 347, 500, 501, 614
Bystrizkaja, Jelena Awraamowna 825

C

Cademártori, José 35
Camus, Albert 33, 280, 288
Canaris, Wilhelm 386, 387, 388, 389
Caracciola, Rudolf 605
Cäsar, Gaius Iulius 326
Celan, Paul 832
Chamberlain, Neville 246, 429, 852, 923, 941
Che Guevara, Ernesto 342
Chirac, Jacques 112, 256
Choltitz, Dietrich von 148
Chrenko, Helma 35
Christiansen, Sabine 496, 586, 587
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 15, 68, 825, 882
Churchill, Winston 24, 27, 28, 34, 42, 61, 89, 131, 146, 193, 194, 196, 209, 228, 241, 247, 293, 294, 296, 344, 346, 347, 360, 429, 436, 437, 526, 614, 833, 876, 945, 946
Clark, Christopher 593, 594, 595
Claudius, Eduard 824
Claudius, Matthias 477
Clay, Lucius D. 517
Clemenceau, Georges 936
Cohn, Willy 575, 577
Connery, Sean 94
Conti, Leonardo 539, 540
Conze, Werner 714
Courtney, Christopher 555
Courtois, Stéphane 286
Crerar, Henry D. 94
Cruise, Tom 790
Cüppers, Martin 520
Curie, Marie 458
Czichon, Eberhard 704

D

Dach, Simon 477
Dahlem, Franz 737
Dahlerus, Birger 383
Daladier, Édouard 852, 923
Darré, Walther 611, 663, 792, 793, 794, 897
Davis, Angela 342
Davout, Louis Nicolas 127, 142
Dawes 160, 170
Dehm, Diether 82
Dehner, Ernst 619
Delcassé, Théophile 166
Demjanjuk, Iwan 903, 904
Demps, Laurenz 16, 25
Dempsey, Miles C. 94
Diels, Rudolf 383
Dietrich, Georg 479
Dietrich, Marlene 578
Dietrich, Otto 663, 710, 919
Dimitroff, Georgi 411, 439, 679, 826
Dißmann, Robert 162
Distel, Barbara 325
Dix, Rudolf 394, 464, 465, 466
Döblin, Alfred 443
Dodd, Martha 210
Dodd, Thomas J. 284, 371, 404

Dodd, William E. 247, 248, 249
Doernberg, Stefan 290, 312
Doležalová, Marie 613
Dollinger, Hans 286, 287
Dollmann, Friedrich 96
Dönitz, Karl 17, 72, 155, 209, 228, 312, 366, 372, 376, 391, 394, 405, 423, 433, 438, 473, 474, 475, 476, 507, 508, 511, 512, 601, 660, 663, 698, 850, 945, 946
Dregger, Alfred 455
Drobisch, Klaus 38
Dubček, Alexander 881
DuBois, Josiah 632, 633
Dubost, Charles M. 371, 458
Duisberg, Carl 634
Dülffer, Jost 44
Dulles, Allen Welsh 16
Duncker, Hermann 479
Duncker, Käthe 479
Durand, Pierre 659
Dürer, Albrecht 353
Düx, Heinz 153

E

Ebert, Friedrich 161, 596, 662, 663, 665, 841, 963
Eccarius, Johann Georg 479
Echternkamp, Jörg 800
Eckart, Dietrich 455
Eckert, Astrid M. 356
Eckstein, Emil 423
Eckstein, Ernst 175
Edel, Peter 599, 832, 980
Eden, Anthony 245, 251, 347
Eggebrecht, Axel 832
Eggerath, Werner 479
Ehrenburg, Ilja 741
Eichholtz, Dietrich 349, 364, 520, 753
Eichinger, Bernd 135, 259
Eichmann, Adolf 237, 406, 407, 461, 560, 564, 569, 570, 577, 831, 903, 920
Einstein, Albert 18, 856
Eisenhower, Dwight D. 15, 18, 79, 85, 86, 94, 99, 148, 202, 203, 208, 307, 308, 318, 321, 381, 399, 516
Eisler, Hanns 496, 634
Eitz, Thorsten 790
Elfeldt, Otto 402
Elser, Georg 865, 917, 978
Elwyn Jones, Baron Elwyn-Jones 504
Engel, Erich 598
Engelberg, Ernst 854, 887
Engels, Friedrich 14, 47, 82, 131, 168, 236, 498, 593, 628, 692, 893, 894
Enkelmann, Dagmar 502
Enzensberger, Hans Magnus 455, 728, 746, 747
Erb, Rainer 610
Erdmann, Karl Dietrich 132
Erdmann, Karl Friedrich 714
Erhard, Ludwig 522, 533
Erzberger, Matthias 563
Esterházy, Péter 221
Ettel, Erwin 520
Ewigleben, Cornelia 425
Eyck, Erich 714

F

Faber-Castell (Adelsgeschlecht) 384
Faulhaber, Michael von 516
Fechner, Max 517
Fegelein, Hermann 846
Feilen, Jean-Baptist 178
Felmy, Hellmut 619
Ferencz, Benjamin B. 643, 644
Ferguson, Niall 131
Fest, Joachim C. 100, 135, 257, 258, 259, 260, 375, 508, 535, 536, 537, 679, 686, 713, 982
Fetscher, Iring 678
Feuchtwanger, Lion 243, 280, 599, 649, 782
Feuerbach, Anselm 353
Feuerbach, Ludwig 353
Filbinger, Hans 795
Finker, Kurt 16, 66, 788, 919
Fischer, Ernst Rudolf 75
Fischer, Fritz 14, 43, 70, 71, 121, 125, 126, 137, 263, 499, 594, 816, 817, 937
Fischer, Joseph (Joschka) 477
Fischer-Schweder, Bernhard 776, 777
Flanner, Janet 443
Flannery, Harry 900
Flex, Walter 455
Flick, Friedrich 152, 340, 371, 374, 395, 512, 529, 536, 566, 600, 601, 602, 603, 604, 630, 631, 634, 679, 687
Florin, Wilhelm 737
Florstedt, Hermann 117
Foch, Ferdinand 145, 146, 813
Foertsch, Hermann 619
Fonda, Henry 94
Forster, Edward Morgan 246
Förster, Stig 625
Franco, Francisco 839, 949
Frank, Hans 391, 507, 512, 516, 524, 564, 569, 707
Franz Joseph I. 894
Frei, Bruno 129, 145
Frei, Norbert 37, 224, 291, 315, 394, 468, 511, 732
Freisler, Roland 201, 304, 526, 570, 579, 580
Freud, Sigmund 973
Freundlich, Elisabeth 832
Frey, Eric 286
Frick, Wilhelm 237, 298, 376, 393, 417, 491, 512, 519, 524, 663, 707, 722, 738, 749, 757, 897
Friedensburg, Ferdinand 714
Friedman, Michel 868
Friedrich II. 76, 105, 183, 210, 267, 592, 594, 595, 743, 748, 753, 887, 943
Friedrich Wilhelm I. 748
Friedrich Wilhelm III. 127, 142, 815, 869
Friedrich, Ernst 133, 163, 286
Friedrich, Jörg 24, 26, 27, 31, 69, 123, 124, 128, 139, 198, 199, 221, 223, 226, 233, 302, 644
Frisch, Max 280, 288
Fritsch, Werner 394
Fritz, Gerhard 795
Fritzsche, Franz 660

Fritzsche, Hans 373, 388, 392, 393, 407, 489, 506, 511, 512, 516, 517, 518, 569, 660, 661, 946
Fröbe, Gert 94
Fröhlich, August 479
Fühmann, Franz 599
Fülberth, Georg 908
Funk, Walther 391, 394, 465, 466, 507, 508, 512, 567, 707, 709
Fürnberg, Louis 77, 182, 266, 649
Furtwängler, Elisabeth 731
Furtwängler, Wilhelm 72, 731
Fyfe, David Maxwell 475

G

Gagarin, Juri Alexejewitsch 343, 824
Galen, Clemens August Graf von 785, 955
Galilei, Galileo 850, 851, 869
Galland, Adolf 74
Ganz, Bruno 887
Gasparri, Pietro 786
Gass, Karl 15, 16, 17, 18, 23, 598
Gauck, Joachim 920, 982
Gaulle, Charles de 95, 130, 143, 148
Gavric, Lisa 355
Gebhardt, Karl 540
Geibel, Emanuel 956
Geitner, Curt Ritter von 619
Gelfand, Wladimir Natanowitsch 332
Gellately, Robert 365
Genscher, Hans-Dietrich 500, 880
George V. 251
George, Heinrich 605, 782
George, Manfred 105
George, Stefan 16
Gerold, Mary 162
Gerow, Leonard T. 130, 148
Gersch, Wolfgang 589
Giesler, Hermann 146
Gilbert, Gustave M. 365, 372, 384
Gilde, Christian 73
Giordano, Ralph 29, 31, 221, 329, 456, 522, 868
Giraud, Henri-Honeré 387, 389
Girnus, Wilhelm 750
Gisevius, Hans Bernd 393, 394, 709
Gleim, Johann Wilhelm Ludwig 994
Globke, Hans Maria 599, 920, 957, 975, 980, 981
Glücks, Richard 565
Gneisenau, August Neidhardt von 142, 342
Goebbels, Joseph 22, 27, 29, 74, 75, 90, 98, 99, 103, 129, 130, 146, 147, 152, 183, 184, 188, 196, 229, 230, 233, 235, 236, 237, 262, 267, 268, 273, 274, 290, 295, 296, 322, 360, 364, 368, 373, 376, 392, 450, 453, 466, 473, 494, 535, 569, 581, 592, 598, 606, 660, 661, 662, 663, 668, 675, 709, 717, 732, 734, 736, 737, 760, 761, 768, 781, 782, 790, 791, 804, 809, 810, 811, 835, 837, 857, 861, 866, 896, 897, 914, 915, 916, 932, 933, 940, 943, 946, 965, 967
Goebbels, Magda 322
Goerdeler, Carl 15, 16, 115, 788
Goethe, Johann Wolfgang von 47, 445, 505, 632, 751, 763, 791, 950, 959, 968, 987, 992
Goldensohn, Leon 365, 366
Goldhagen, Daniel Jonah 29, 30, 36, 233, 398
Goldsmith, Edward 286
Goldstein, Kurt 328, 479, 493, 651, 656, 657, 658, 659, 752, 886
Goldstein, Margot 656, 657, 659
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 16, 875, 876, 877, 879
Göring, Hermann 23, 28, 34, 47, 70, 74, 75, 146, 152, 184, 216, 236, 237, 268, 339, 357, 360, 367, 373, 376, 378, 379, 381, 383, 388, 391, 393, 409, 410, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 463, 464, 465, 466, 471, 473, 474, 489, 504, 507, 511, 512, 519, 524, 527, 528, 530, 536, 538, 544, 546, 547, 549, 551, 555, 556, 557, 558, 571, 573, 578, 589, 600, 631, 639, 640, 653, 662, 663, 664, 684, 698, 707, 708, 709, 711, 717, 722, 731, 737, 738, 742, 760, 763, 783, 804, 829, 835, 850, 858, 865, 897, 921, 936, 941, 942, 978
Gotsche, Otto 649
Graf, Oskar Maria 286
Gräfe, Karl-Heinz 950
Graml, Hermann 290, 535
Granin, Daniil Alexandrowitsch 87, 88
Grass, Günter 477, 677
Grawitz, Ernst Robert 540
Greifelt, Ulrich 611, 614
Gremliza, Hermann L. 435
Grimm, Jacob 139
Grise, Friedrich 198, 302
Groehler, Olaf 16, 23, 322
Groener, Wilhelm 746
Grohé, Josef 736
Großmann, Stefan 170
Grotewohl, Otto 56, 347, 518, 522
Grundig, Lea 980
Grynszpan, Herschel 977
Gryphius, Andreas 477
Güde, Max 470
Guderian, Heinz 95
Günther, Hanno 15
Gürtner, Franz 579
Gustloff, Wilhelm 833, 845, 846, 883
Gutsche, Willibald 121, 137, 803
Gutschke, Irmtraud 652
Gysi, Gregor 774, 795

H

Habe, Hans 330, 331
Hachtmann, Rüdiger 796, 838
Hacks, Peter 66, 81, 136, 455
Haensel, Carl 564
Haffner, Sebastian 22, 258, 399, 639, 922
Hagemann, Harald 427
Hager, Kurt 873
Hahn, Otto 927
Haislip, Wade H. 148
Halder, Franz 87, 430, 699, 700
Hälker, Kurt 689
Hall, Alan 222
Hamann, Brigitte 133
Hamerow, Theodore S. 106

Hammann, Wilhelm 456
Hamm-Brücher, Hildegard 289
Hammerstein, Franz 747
Hammerstein, Helga von 729, 746
Hammerstein, Hildur 747
Hammerstein, Kunrat von 746
Hammerstein, Ludwig von 746, 747
Hammerstein, Maria Luise von (Mutter) 747
Hammerstein, Maria Therese 747
Hammerstein, Marie Luise von (Tochter) 729, 746
Hammerstein-Equord, Kurt Freiherr von 728, 729, 731, 746
Hampe, Karl 76, 133
Handloser, Siegfried 540
Handy, Thomas T. 395, 512
Harden, Maximilian 804
Hardenberg, Carl-Hans Graf von 106
Harich, Wolfgang 823, 881
Harlan, Veit 781, 782
Harris, Arthur (Bomber-Harris) 22, 24, 34, 42
Hasenclever, Walter 330, 953, 970
Hass, Gerhart 23
Hassell, Ulrich von 911
Haug, Wolfgang Fritz 890
Hausser, Alfred 678
Hautecloque, Philippe François Marie de (d. i. Jacques Leclerc) 148
Havemann, Robert 384, 533
Hayler, Franz 383
Heartfield, John 965, 990
Hebert, Paul M. 632
Hechler, Ken 202, 307
Heer, Hannes 69, 421, 537
Heiber, Helmut 714
Heiden, Konrad 710, 713, 752
Heilmann, Fritz 479
Hein, Christoph 889
Heine, Heinrich 396, 513, 628, 649, 839
Heinemann, Gustav 869, 870
Heinrici, Gotthard 206, 207, 319, 320
Heise, Wolfgang 599
Helfferich, Emil 669, 674, 675
Henckel von Donnersmarck, Florian 583
Henniger, Antje 286
Hentrich, Gerhard 976, 980
Hepp, Michael 958
Herberger, Sepp 343
Herbst, Andreas 355
Herder, Johann Gottfried 751
Hermlin, Stephan 13, 18, 599, 649, 754, 824
Herriot, Édouard 162
Herrmann, Ursula 35
Herrnstadt, Rudolf 823, 824
Hertzsch, Erich 91, 479
Herzfeld, Hans 714
Herzfeld, Renate 35
Heß, Rudolf 20, 21, 229, 237, 238, 298, 357, 367, 372, 373, 379, 388, 394, 417, 443, 473, 474, 507, 509, 511, 512, 549, 556, 564, 662, 705, 707, 741, 797, 846, 897
Heuer, Uwe-Jens 82, 627
Heusinger, Adolf 14, 87
Heydrich, Reinhard 190, 237, 282, 373, 376, 387, 405, 406, 407, 417, 419, 439, 569, 570, 613, 641, 642, 663, 734, 861, 903
Heydte, Friedrich August Freiherr von der 401
Heym, Stefan 330, 331
Heymann, Stefan 479, 750, 899
Heynowski, Walter 12, 18, 598, 677, 678
Hilberg, Raul 629, 922
Hildebrandt, Dieter 455, 616
Hildebrandt, Richard 611, 614, 615
Himmler, Heinrich 16, 103, 105, 116, 152, 179, 184, 190, 206, 230, 261, 268, 283, 319, 360, 368, 376, 407, 440, 459, 473, 494, 520, 524, 540, 555, 558, 564, 566, 567, 581, 611, 612, 613, 642, 663, 665, 705, 760, 782, 792, 804, 808, 897, 903
Hindenburg, Oskar von 711, 715, 731, 734, 868
Hindenburg, Paul von 123, 139, 212, 344, 358, 438, 466, 563, 584, 596, 623, 624, 653, 654, 662, 663, 665, 669, 670, 672, 673, 674, 703, 704, 705, 710, 711, 715, 716, 717, 718, 719, 724, 727, 731, 733, 734, 736, 742, 743, 748, 749, 762, 787, 814, 841, 849, 867, 868, 897, 943,968
Hipper, Franz Ritter von 139
Hippke, Erich 540
Hirsch, Carl 35
Hirsch, Rudolf 599, 832
Hitler, Adolf 14, 15, 17, 18, 20, 25, 27, 28, 29, 30, 34, 36, 37, 39, 43, 49, 50, 51, 52, 55, 65, 66, 67, 70, 71, 74, 75, 79, 80, 87, 89, 92, 93, 95, 96, 98, 99, 102, 104, 105, 106, 107, 111, 118, 121, 123, 128, 129, 130, 134, 135, 136, 145, 146, 147, 152, 155, 156, 157, 176, 182, 183, 184, 187, 188, 189, 193, 196, 197, 200, 201, 202, 203, 204, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 221, 222, 224, 225, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 249, 250, 251, 253, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 266, 267, 268, 272, 276, 277, 279, 280, 282, 288, 289, 290, 292, 293, 296, 298, 300, 301, 304, 306, 307, 308, 310, 311, 312, 315, 319, 320, 322, 323, 324, 326, 329, 335, 340, 342, 344, 349, 350, 353, 357, 358, 360, 361, 362, 366, 367, 368, 371, 372, 373, 376, 380, 383, 388, 389, 390, 391, 394, 397, 401, 407, 409, 410, 412, 413, 417, 418, 421, 422, 425, 428, 430, 431, 432, 433, 436, 437, 438, 440, 441, 443, 448, 450, 453, 455, 457, 461, 463, 464, 465, 466, 467, 471, 472, 473, 474, 475, 477, 486, 487, 492, 494, 504, 505, 506, 507, 508, 516, 517, 518, 520, 524, 525, 528, 531, 535, 536, 537, 540, 546, 548, 549, 550, 552, 555, 556, 557, 563, 567, 569, 572, 573, 575, 577, 579, 580, 581, 582, 584, 594, 596, 597, 605, 606, 607, 614, 618, 619, 623, 624, 625, 637, 639, 640, 646, 653, 654, 655, 658, 660, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 672, 673, 674, 675, 677, 685, 686, 689, 690, 691, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 722, 723, 724, 725, 727, 728, 729, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 739, 742, 743, 746, 747, 748, 749, 752, 753, 755, 757, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 777, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 798, 799, 800, 803, 804, 809,

810, 811, 815, 816, 817, 818, 819, 826, 827, 828, 834, 836, 837, 839, 841, 844, 845, 846, 849, 850, 851, 852, 853, 856, 857, 858, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 867, 868, 869, 870, 878, 884, 885, 887, 888, 889, 892, 897, 900, 901, 903, 904, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 918, 919, 921, 922, 923, 924, 925, 928, 929, 931, 932, 934, 935, 937, 938, 940, 941, 942, 943, 946, 949, 950, 952, 955, 959, 965, 966, 967, 968, 970, 977, 978, 979, 985, 987
Hitzfeld, Otto Maximilian 202, 306
Hobbes, Thomas 287
Hobsbawm, Eric 240, 253, 882, 890, 891, 892, 908, 990
Hochhuth, Rolf 455, 599, 649
Hoegner, Wilhelm 507, 867
Hoelz, Max 35
Hoepner, Erich 465, 642
Hofer, Andreas 894
Hofer, Walther 105
Hoffmann, Heinrich 383
Hoffmann, Peter 105
Hofmann, Heinrich 479
Hofmann, Otto 570, 611, 614, 615
Hohenberg, Ernst von 175
Hohenberg, Maximilian von 175
Holbeins der Ältere, Hans 926
Hollidt, Karl-Adolf 702
Hölscher, Lucian 790
Holzmann, Philipp 72
Honecker, Erich 17, 78, 81, 105, 795, 843, 871, 874, 877, 920
Höpcke, Klaus 81, 82, 83
Hopman, Albert 305
Horthy, Niklas 383
Hörz, Herbert 627
Hosenfeld, Wilm 114, 186, 271
Hösler, Joachim 680
Höß, Rudolf 190, 191, 192, 282, 283, 284, 285, 406, 407, 560, 832
Hoth, Hermann 702
Höttl, Wilhelm 569
Hötzendorf, Franz Conrad von 167
Hube, Jörg 996
Hugenberg, Alfred 380, 517, 660, 705, 715, 718, 719, 725, 731, 734, 792, 868
Hurtwood, Lord Allen of 428
Husemann, Walter 15
Huth, Robert 338

I

Icks, Sascha 443
Ihering, Herbert 964, 965
Iswolski, Alexander Petrowitsch 166, 167

J

Jäckel, Eberhard 888
Jackson, Robert H. 361, 370, 376, 377, 379, 386, 394, 443, 464, 465, 466, 467, 476, 491, 509, 518, 519, 526, 530, 555, 556, 564, 600, 632, 684, 685, 686, 688, 698, 728
Jacobsohn, Siegfried 959
Jäger, Wilhelm 686
Jahn, Peter 87, 88
Jähn, Sigmund 343
Janka, Walter 881
Jarausch, Konrad H. 126
Jaschin, Lew Iwanowitsch 825
Jaurès, Jean 162
Jelzin, Boris 825
Jens, Walter 39, 48, 70, 71, 677, 987
Jentsch, Christian 996
Jeschonnek, Hans 34
Joachimsen, Paul 539
Joachimsthaler, Anton 322
Jodl, Alfred 51, 228, 365, 376, 391, 421, 431, 432, 492, 504, 507, 508, 512, 519, 524, 698, 699, 708
Joel, Günther 581
Jouvenel, Bertrand de 767
Junge, Traudl 135, 260, 261
Jünger, Ernst 139, 154
Jungk, Robert 443
Jürgens, Curd 94
Jürgs, Michael 43
Just, Gustav 881

K

Kachel, Steffen 82
Kahle, Maria 455
Kahn, Siegbert 599
Kaiser, Gerd 297
Kalckreuth, Eberhard Graf von 669, 675
Kalinin, Michail Iwanowitsch 741
Kálnoky, Ingeborg Gräfin 383, 384
Kaltenbrunner, Ernst 190, 282, 283, 372, 373, 376, 388, 391, 406, 407, 461, 490, 507, 512, 519, 524, 566, 641, 642
Kaltmeier, Olaf 35
Kameke, Georg Arnold Karl von 128, 143
Kant, Hermann 81, 652
Kapelle, Heinz 15
Kapp, Wolfgang 737
Karajan, Herbert von 731
Karandasch (d. i. Michail Nikolajewitsch Rumjanzew) 825
Kardorff, Ursula von 25
Kaschnitz, Marieluise 832
Kästner, Erich 969
Kastner, Klaus 530
Kaul, Karl-Friedrich 599
Kaulisch, Baldur 137
Kautsky, Karl 628
Kazewa, Jewgenija 81, 82
Kehrl, Hans 664, 665
Keitel, Wilhelm 75, 130, 147, 156, 228, 373, 376, 386, 387, 391, 431, 432, 433, 443, 492, 507, 508, 512, 519, 524, 551, 620, 698, 708
Kekkonen, Urho 741
Kellerhoff, Sven Felix 322
Kelley, Douglas M. 365
Kellogg, Frank B. 359, 922
Kellogg, John Harvey 218
Kempner, Robert M. W. 369, 383, 384, 394, 458, 511, 556, 570, 614, 644

Kempowski, Walter 289
Kepel, Gilles 286
Keppler, Wilhelm 664, 705, 731
Kershaw, Ian 246, 258, 410, 411, 428, 429, 679
Khan, Dschingis 88
Kiesinger, Kurt Georg 522
Kilgore, Harley M. 684
King, Henry T. 342
King, Martin Luther 342
Kinkel, Klaus 59, 60, 720
Kirchhof, Paul 63
Kirchner, Johanne 355
Kirsch, Sarah 649
Kisch, Egon Erwin 649
Klammroth, Hans Georg 106
Klätte, Axel 753
Klaus, Georg 479
Klee, Ernst 423
Kleefisch, Theodor 370
Klein, Fritz 12, 44, 121, 137, 138, 670, 816
Kleist, Ewald von 366
Klemm, Herbert 581, 582
Klemperer, Victor 129, 147, 182, 183, 186, 187, 189, 245, 246, 266, 267, 272, 273, 576, 599, 646, 647, 739, 758, 860, 861, 863, 865, 867, 868, 911, 930, 975, 996
Klenner, Hermann 627
Klinsmann, Jürgen 343, 496
Klöpfer, Eugen 782
Klopfer, Gerhard 571
Klowski, Daniel 898, 899
Klowski, Eliye 898
Kluge, Günther von 433, 465
Klundt, Michael 201, 214
Knabe, Hubertus 215, 906
Knickerbocker, Hubert R. 265
Knopf, Jan 445
Knopp, Guido 39, 106, 111, 153, 290, 342, 422, 605, 606, 689, 690, 790, 867, 906
Köbis, Albin 476
Koch, Erich 736, 921
Koch, Karl 117
Koch, Robert 539, 753
Kocka, Jürgen 57, 58, 59, 60
Koegel, Max 117
Koening, Theo 870
Koeppen, Wolfgang 120
Kogon, Eugen 172, 178, 179, 180, 384, 535, 919
Kohl, Helmut 78, 112, 154, 228, 315, 347, 522, 807, 842
Köhler, Henning 333
Köhler, Horst 843
Kohlhase, Wolfgang 677
Kollwitz, Käthe 133
Konew, Iwan Stepanowitsch 186, 202, 206, 271, 307, 318
Konsalik, Heinz G. 12
Köppen, Edlef 133
Köppen, Wolfgang 125
Körber, Kurt A. 869
Korczak, Janusz 598
Korfes, Otto 356
Körner, Paul 663
Korsch, Karl 35
Köstring, Ernst 383
Kramer, Stanley 578
Kratzsch, Gerhard 797
Krauch, Carl 75, 631
Kraus, Herbert 464
Krausnick, Michael 352
Krauß, Matthias 610, 649
Krauß, Werner 782
Krebs, Gerhard 312
Kritzinger, Friedrich Wilhelm 570
Krockow, Christian Graf von 105
Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 463, 663, 665, 749, 757
Kruger, Ohm (d. i. Paul Krüger) 531
Krumeich, Gerd 133
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 371, 372, 395, 512, 630, 679, 684, 686, 687, 688
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 133, 152, 340, 367, 368, 370, 371, 372, 381, 529, 536, 566, 600, 603, 630, 679, 684, 685, 686, 687, 708, 743, 772, 807, 867
Krupp, Bertha 684
Krupp, Friedrich 686
Kuby, Erich 958, 961, 962
Küchler, Georg von 145, 433, 699, 702
Kuckhoff, Adam 15
Kuczynski, Jürgen 854
Kühnl, Reinhard 236
Kuljic, Todor 220
Kunert, Günter 290
Kuntze, Walter 619, 621
Kunz, Andreas 350
Kurz, Robert 286
Kvaternik, Slavko 904
Kwiet, Konrad 520

L

Lafontaine, Oskar 591, 635, 734, 774, 795, 798, 799
Lammers, Hans Heinrich 581, 663
Lammert, Will 47
Lancaster, Burt 578
Langbein, Hermann 172
Lange, Rudolf Erwin 570
Langhoff, Wolfgang 13, 116, 823, 919
Langsdorff, Hans 49, 50
Lanz, Hubert 619
Lasch, Otto 351
Lautz, Ernst 581
Laval, Pierre 904
Lawrence, Geoffrey 376, 377, 394, 441, 515
Le Bon, Gustave 973
Le Suire, Karl von 620
Leander, Zarah 606
Leclerc, Jacques (d. i. Philippe François Marie de Hautecloque) 148
Leclerc, Jacques Philippe Marie 130
Leeb, Wilhelm Ritter von 433, 699, 701, 702
Lehmann, Robert 412
Lehmann, Rudolf 702
Lehr, Robert 573
Leibbrandt, Georg 570

Leigh-Mallory, Trafford 94
Leiser, Erwin 535
Leistner, Friedrich 507
Lemp, Fritz-Julius 945, 946
Lenin, Wladimir Iljitsch 35, 137, 169, 608, 680, 953, 954
Lenz, Siegfried 616
Leonhard, Wolfgang 81, 882
Lessing, Gotthold Ephraim 649
Lester, Jane 384
Lettow-Vorbeck, Paul von 139, 154
Leuschner, Wilhelm 175
Leutwein, Theodor 740, 741
Levi, Primo 152, 191, 192, 264, 284
Lévis (Adelsgeschlecht) 584
Levy, Dani 572
Ley, Robert 236, 237, 372, 381, 392, 708, 762, 884
Leyser, Ernst von 619
Lichtenberg, Georg-Christoph 537
Liebehenschel, Arthur 117, 192, 285
Liebenstein, Kurt Freiherr von 401
Liebknecht, Karl 591, 727, 736, 737, 787, 839, 963
Liebknecht, Wilhelm 798
Liebmann, Curt 728, 729
Linde, Hans Jürgen von der 484
Lindemann, Fritz 465
Lingner, Max 355
List, Wilhelm 433, 619, 621
Litten, Hans 739
Litwinow, Maxim Maximowitsch 15, 250, 429, 819, 853, 922
Ljotic, Dimitrije 220
Lloyd George, David 165, 428, 936
Löbe, Paul 162, 850
Löhr, Alexander 621
Londonderry, Lord Charles (der 7. Marquess of) 428
Longerich, Peter 560
Lothian, Philip Kerr, 11. Marquess of 428
Löw, Konrad 286
Lubbe, Marinus van der 380, 579, 738, 826
Lucassen, Hanjo 299
Luckner, Felix Graf von 139, 154, 342, 343
Ludendorff, Erich 123, 306
Ludwig III. 375
Ludwig XVIII. 127
Ludwig, Emil 804
Luft, Christa 627
Lukács, Georg 599
Lukianos, Lucian von Saosata 974
Lumumba, Patrice 342
Lustiger, Arno 286
Luther, Hans 160, 383
Luther, Martin (Reformator) 30
Luther, Martin (Unterstaatssekretär) 570
Lüttwitz, Walther Freiherr von 737, 746
Luxemburg, Rosa 298, 479, 627, 628, 736, 806, 839, 906, 963

M

MacArthur, Douglas 85
MacDonald, James Ramsay 162
Maetzig, Kurt 13, 485, 598, 634
Mahle, Hans 108
Maier, Reinhold 795
Maiski, Iwan Michailowitsch 429
Mallmann, Klaus-Michael 520
Mander, Jerry 286
Mann, Erika 443
Mann, Heinrich 116, 142, 143, 145, 147, 280, 842, 856
Mann, Klaus 280, 330
Mann, Thomas 189, 280, 282, 628, 856
Manstein, Erich von 106, 193, 293, 405, 433, 642, 699
Marian, Ferdinand 782
Marin, Gladys 342
Markovits, Andrei Steven 100
Marmont, Auguste de 142
Marseille, Hans-Joachim 850, 851
Marshall, Carrington T. 578
Marshall, George C. 85
Martens, Stefan 800
Marton, Andrew 94
Marx, Karl 17, 47, 82, 109, 121, 127, 131, 142, 168, 236, 445, 575, 591, 628, 657, 760, 774, 890, 891, 893, 953, 973, 984
Marx, Wilhelm 160, 167, 596
May, Gisela 959, 988
Mayer, Hans 593
McCarthy, Joseph 633
McCloy, John Jay 395, 512, 541, 558, 581, 621, 687
McNarney, Joseph T. 381, 399
Mecklenburg, Cecilie zu 80
Mehring, Franz 593
Meier, Kurt 599
Meinecke, Friedrich 36, 715, 919
Meissner, Otto 663, 665, 669, 710, 711, 715, 718, 719, 731, 734
Meister, Johannes 352
Mellenthin, Horst von 729
Melnikow, Daniil J. 788
Mendelssohn, Moses 313, 314
Mengele, Josef 190
Mennecke, Friedrich 551
Mensing, Wilhelm 35
Menthon, François de 376
Merkel, Angela 500, 807, 906
Meyer, Alfred 570
Meyer, Beate 521
Meyer, Jan-Henrik 850
Meyer, Kurt 402, 516
Mielke, Erich 892
Mikoletzky, Lorenz 356
Milch, Erhard 555, 556, 557, 558, 564
Milošević, Slobodan 530
Minh, Ho Chi 342
Mitchum, Robert 94
Mitscherlich, Alexander 753
Mitscherlich, Margarete 753
Mittenzwei, Ingrid 887
Mitterand, François 78
Mocek, Reinhard 628
Model, Walter 102, 203, 204, 307, 308, 433
Modrow, Hans 82, 734
Möller, Horst 714

Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 15, 333, 853, 922, 924, 950
Moltke, Helmuth James Graf von 788
Mommsen, Hans 30, 32, 105, 258, 310, 311, 587, 734
Mommsen, Wolfgang J. 131, 132
Montgomery, Bernard L. 94, 130, 148
Morgenstern, Christian 996
Mosen, Julius 894
Mottek, Hans 854
Moyland, Gustav Adolf Steengracht von 664
Mühsam, Erich 739
Mulka, Robert 832
Müller, Armin 751
Müller, Christian 105, 422
Müller, Hedwig 972
Müller, Heiner 446
Müller, Heinrich (Gestapo-Müller) 387, 407, 570, 641
Müller, Hermann 760
Müller, Karl Alexander 539
Müller, Rolf-Dieter 215, 316, 324, 973
Müller, Siegfried (Kongo-Müller) 18
Müller, Vincenz 102
Müller, Wolfgang 420
Münzenberg, Willi 479
Musiał, Bogdan 449, 450, 452
Musmanno, Michael A. 290, 322, 564, 643
Mussolini, Benito 51, 241, 242, 248, 249, 261, 620, 786, 827, 839, 841
Mutschmann, Martin 201, 304, 846

N

Nansen, Odd 98
Napoleon I. 77, 97, 127, 142, 143, 146, 217, 425, 748, 805, 894
Napoleon III. 143
Naumann, Erich 644
Naumann, Franz 629
Naumann, Konrad 873
Nebe, Arthur 394, 641
Nedic, Milan 220
Neillands, Robin 32
Neitzel, Sönke 401, 403
Nernst, Walther 838
Neubauer, Theodor 35
Neuffer, Georg 402
Neumann, Erich 571
Neurath, Konstantin Freiherr von 380, 476, 507, 511, 512, 515, 675, 707, 749
Niemöller, Martin 741, 785
Niethammer, Lutz 34
Nikitschenko, Iona Timofejewitsch 357, 376
Nikolaus II. 194, 293
Noll, Dieter 12
Nolte, Ernst 537
Norden, Albert 823
Noske, Gustav 963
Nossack, Hans Erich 29
Novak, Franz 560
Nowojski, Walter 646, 647
Nyiszli, Miklós 192, 284

O

O'Donnell, James 322
O'Sullivan, Patrick 150
Obama, Barack 770, 877, 907, 961
Oberheuser, Herta 540
Oberkofler, Gerhard 744
Obraszow, Sergei Wladimirowitsch 825
Oelßner, Fred 56, 873
Oettinger, Günther 425, 795
Ohlendorf, Otto 405, 406, 407, 459, 560, 569, 614, 641, 642, 644
Oistrach, David Fjodorowitsch 825
Olden, Rudolf 752
Opitz, Martin 477
Opletal, Jan 852
Oppen-Dannenwalde, Joachim von 669
Oppenheimer, Joseph Süß 781
Oppenheimer, Robert 18
Öschey, Rudolf 581, 582
Ossietzky, Carl von 170, 597, 739, 826, 856, 959, 966, 967
Ost, Lisa 355
Oster, Hans 388
Österreich, Ruth 355
Österreich-Este, Franz Ferdinand von 120, 175, 841
Österreich-Teschen, Friedrich von 133
Österreich-Toskana, Joseph Ferdinand von 175
Ostreich, Paul 709
Overy, Richard 29, 32, 67, 68

P

Pacelli, Eugenio (d. i. Pius XII.) 783
Papen, Franz von 66, 210, 380, 388, 391, 471, 506, 507, 508, 512, 515, 516, 517, 519, 536, 579, 593, 594, 623, 624, 638, 653, 654, 655, 663, 670, 673, 675, 703, 704, 705, 706, 707, 709, 710, 711, 712, 713, 715, 718, 719, 725, 731, 734, 736, 742, 748, 760, 783, 868, 897, 919
Paracelsus (d. i. Theophrastus Bombast von Hohenheim) 539
Passos, John Dos 443
Patras, Germanos von 620
Patton, George S. 94, 130, 148, 643
Paul, Gerhard 520
Paulus, Friedrich 204, 308, 430, 431, 432, 433, 448, 450, 451, 453, 476
Payne, Charlie 770
Pech, Karlheinz 355
Pempel, Edith 874
Pétain, Henri Philippe 162
Petershagen, Rudolf 351
Petzold, Joachim 121, 137, 670
Picasso, Pablo 990, 991
Pieck, Wilhelm 56, 411, 874, 882, 886, 920
Piefke, Gottfried 592
Pieper, Erich 732
Pietrzak, Maria Halina 541
Pilcher, Rosamunde 995
Pinter, Harold 477
Piscator, Erwin 814
Pius XI. 783, 784, 786

Pius XII. (d. i. Eugenio Pacelli) 783, 977
Planck, Max 55, 520
Platner, Geert 456
Plechanow, Georgi 326
Pleiger, Paul 75, 664
Plener, Marie-Luise 355
Plener, Ulla 35, 355
Plinius 992
Plissezkaja, Maja Michailowna 825
Plivier, Theodor 120, 133, 814, 815
Plöckinger, Othmar 505
Pohl, Heinz 953
Pohl, Oswald 192, 285, 395, 512, 564, 565, 566, 567
Poincaré, Raymond 166, 167
Pol, Heinz 970
Polanski, Roman 114
Polewoi, Boris Nikolajewitsch 439
Poliakov, Léon 478
Politzer, Georges 458
Polowsky, Joseph (Joe) 208, 321
Poltorak, Arkadi 369
Popow, Oleg Konstantinowitsch 825
Pot, Pol 530
Preller, Hugo 104
Preston, Diana 150
Preußen, Heinrich von 592
Preußen, Wilhelm von (Kronprinz) 80, 358
Preysing, Konrad Graf von 955
Price, Ward 766
Prinzing, Marlis 795
Puhl, Emil 567
Punisher, John (d. i. Christian Riesen) 286
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 112, 635, 825
Pyta, Wolfram 868
Pythagoras von Samos 649, 690

Q

Quarthal, Franz 795
Quisling, Vidkun 33, 904

R

Raddatz, Fritz J. 958
Radlmaier, Steffen 443
Raeder, Erich 365, 394, 423, 474, 476, 507, 508, 512, 601, 660, 698, 728, 735, 746, 850, 933, 939, 945, 946
Rahmel-Robens, Hedwig 355
Rallis, Ioannis 620
Ramke, Bernhard 402
Ramsay, Bertram 79, 94
Ramsay, David 149
Rarkowski, Franz Justus 932, 955, 956
Rasch, Otto 641
Rath, Ernst vom 808, 809, 977
Rathenau, Walther 637, 804
Ratzinger, Joseph 333, 677
Rau, Johannes 622
Rauff, Walther 520
Rautenberg, Erardo Cristoforo 649
Rayner, William 993
Reagan, Ronald 18
Rebling, Eberhard 980
Rebling, Kathinka 980
Reger, Eric 551
Reichenau, Walter von 433
Reichpietsch, Max 476
Reich-Ranicki, Marcel 616
Reinecke, Hermann 387, 700, 701, 702
Reinecker, Herbert 851
Reinhardt, Angela 352
Reinhardt, Fritz 231, 235, 339
Reinhardt, Georg Hans 699, 702
Reinhardt, Hans 702
Reinhart, Friedrich 669, 676
Remarque, Erich Maria 120, 125, 133, 814, 815
Rendulic, Lothar 619
René, Jean 385
Renn, Ludwig (d. i. Arnold Friedrich Vieth von Golßenau) 120, 125, 133
Reusch, Paul 517
Reuter, Ernst 175
Ribbentrop, Joachim von 15, 261, 286, 333, 372, 373, 377, 379, 387, 448, 451, 466, 504, 507, 512, 519, 524, 663, 664, 665, 707, 710, 921, 922, 924, 938, 942, 950
Ribes, Auguste Champetier de 376
Richthofen, Manfred von 342, 438
Riefenstahl, Leni 605, 607
Riege, Gerhard 479
Riege, Katharina 108
Riesen, Christian (d. i. John Punisher) 286
Rießer, Gabriel 658
Rilke, Rainer Maria 628
Rinner, Erich 901
Ritter, Gerhard 16, 484
Robespierre, Maximilien de 115
Röhl, John C. G. 803, 804
Röhm, Ernst 748, 868, 897, 965, 967, 972
Rohr-Manze, Kurt Gustav Ernst von 669
Rökk, Marika 605
Rolland, Romain 240, 249
Romm, Michail Iljitsch 535
Rommel, Erwin 79, 90, 92, 93, 95, 96, 98, 139, 154, 228, 343, 433, 486, 520
Roosevelt, Franklin D. 61, 193, 194, 196, 197, 248, 249, 293, 294, 296, 344, 917
Roques, Karl von 702
Rosemeyer, Bernd 605
Rosenberg, Alfred 229, 376, 491, 507, 512, 524, 707, 714
Rosenberg, Hans 629
Rosenthal, Hans Alfred 980
Rosterg, August 669
Roth, Joseph 987
Roth, Leo 746
Rothaug, Oswald 581, 582
Rothenberger, Curt 581
Rothfels, Hans 919
Rottschäfer, Heinrich 420
Roussel, Stéphane 867
Rousso, Henry 800, 801
Rschewskaja, Jelena 290, 312
Rückerl, Adalbert 779
Rudenko, Roman Andrejewitsch 376, 409, 440

Ruge, Eugen 680
Ruge, Friedrich 476
Ruge, Wolfgang 563, 670, 680, 681, 714, 752, 868, 887
Ruge,Wolfgang 563
Rühmann, Heinz 605, 606, 865, 942
Rundstedt, Gerd von 93, 95, 96, 98, 183, 267
Rürup, Reinhard 520
Rüter, Christiaan F. 38

S

Saefkow, Anton 15
Salewski, Michael 132
Salmuth, Hans von 702
Samoilowa, Tatjana Jewgenjewna 825
Sandberger, Martin 644, 775
Sarti, Andrea 851
Sasuly, Richard 634
Sauckel, Fritz 376, 409, 491, 507, 512, 524, 555, 558, 603, 660, 685, 707
Sauerbruch, Ferdinand 72
Savoyen, Giovanna von (Ehefrau von Boris III. (Bulgarien)) 679
Sawicki, Diethard 390
Sawicki, Jerzy 510
Schacht, Hjalmar 210, 243, 372, 380, 388, 391, 394, 404, 463, 464, 465, 466, 467, 494, 504, 506, 507, 508, 512, 516, 517, 519, 536, 573, 601, 632, 653, 660, 663, 669, 670, 672, 675, 707, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 718, 725, 731, 735, 742, 771, 772, 867, 919
Schaper, Susanne 628
Scharnhorst, Gerhard von 49, 342, 656
Scharrer, Adam 120
Schauß, Hans-Joachim 677
Scheel, Walter 724
Schehr, John 737
Scheidemann, Philipp 168, 637, 760, 968
Schell, Maximilian 578
Schellenberg, Johanna 137
Schellenberg, Walter 665
Schenck, Ernst Günther 260
Scherstjanoi, Elke 118
Scheumann, Gerhard 12, 18, 598, 677
Scheurig, Bodo 106
Schiedlausky, Gerhard 541
Schill, Ferdinand Baptista von 342
Schiller, Friedrich 16, 104, 109, 139, 218, 505, 751, 787, 879
Schindler, Oskar 325
Schirach, Baldur von 261, 362, 376, 394, 443, 455, 507, 508, 509, 511, 512, 515, 519, 569, 614, 660, 707, 734, 786
Schirach, Richard von 362
Schirdewan, Karl 882
Schirmer, Erika 990
Schirmer, Gregor 591
Schlageter, Albert Leo 342
Schlegelberger, Franz 579, 581, 582
Schleicher, Kurt von 66, 472, 579, 663, 670, 703, 704, 705, 706, 707, 710, 711, 715, 742, 748, 760
Schlieffen, Alfred von 128, 144, 145, 166
Schmaglewska, Severina 281, 457, 458, 459, 549
Schmaltz, Florian 483, 484, 485
Schmeling, Max 605, 606
Schmid, Thomas 258
Schmidt, Heinz 277, 545, 550, 808
Schmidt, Helmut 522, 560, 798, 799
Schmidt, Henry 521, 598
Schmidt, Loki 455
Schmidt, Walter 551
Schneider, Horst 843
Schneider, Paul 15
Schniewind, Otto 701, 702
Schnitzler, Arthur 133
Schnitzler, Georg von 630
Schnitzler, Karl-Eduard von 15
Schnog, Karl 13
Schobert, Eugen Ritter von 642
Schoenbaum, David 410
Schoenberner, Gerhard 478
Scholem, Werner 746
Scholl, Hans 15, 388, 423, 752, 886
Scholl, Sophie 15, 388, 423, 752, 886
Schönbohm, Jörg 299
Schöngarth, Eberhardt 570
Schörner, Ferdinand 187, 228, 272, 431, 432, 433, 476
Schostakowitsch, Dimitri 208
Schrader, Gerhard 483, 484
Schraffenberger, Willi 740
Schröder, Gerhard (CDU) 517
Schröder, Gerhard (SPD) 73, 100, 112, 310, 315, 477, 774, 807
Schröder, Klaus 682
Schröder, Kurt Freiherr von 536, 572, 573, 653, 669, 670, 674, 675, 703, 704, 705, 706, 710, 713, 714, 715, 716, 718, 725, 731, 736, 868
Schubert, Gunnar 434, 435
Schücking, Walther 170
Schuder, Rosemarie 599
Schüle, Erwin 778
Schulenburg, Elisabeth von der 115
Schulenburg, Fritz-Dietlof von der 115
Schuller, Konrad 270
Schulze, Hagen 714
Schulze-Boysen, Harro 15
Schumacher, Elisabeth 15
Schumacher, Ernst 445, 446, 447
Schumacher, Ernst (Bildhauer) 15
Schumacher, Kurt 175, 516, 733, 919
Schumann, Wolfgang 121, 752, 754, 816, 887
Schur, Gustav Adolf (Täve) 343
Schuschnigg, Kurt von 175
Schütt, Hans-Dieter 535
Schütz, Eberhard 465
Schwarz, Albert 714
Schwarz, Erika 635, 742, 957, 975
Schwarz, Franz Xaver 771
Schwarz, Josef 35
Schwarz, Otto 479
Schweitzer, Albert 741
Schwendemann, Heinrich 584, 587
Schwieger, Walther 149
Seckendorf, Martin 621
Seeger, Gerhart 116

Seegert, Dieter 627
Seeßlen, Georg 260
Segal, Lilli 355
Segher, Anna 13
Seghers, Anna 13, 129, 145, 355, 649, 824
Seidl, Alfred 564
Seldte, Franz 380
Şen, Faruk 790
Sender, Toni 162
Severing, Carl 383, 569
Seydewitz, Max 23
Seydewitz, Ruth 23
Seyß-Inquart, Arthur 391, 461, 507, 512, 516, 519, 524
Shakespeare, William 139, 209, 803
Shaw, George Bernhard 139
Shawcross, Hartley 371, 376
Shirer, William L. 246, 443, 860, 861, 862, 864, 931, 934
Shukow, Georgi Konstantinowitsch 186, 206, 271, 318, 322, 348, 448, 451
Siemens, Carl Friedrich 572, 573
Siewert, Robert 178
Sigmund, Anna Maria 471
Silwaschko, Alexander 208
Simon, Herbert 975
Simon, Hermann 980
Simon, John 245, 251
Simonow, Konstantin Michailowitsch 77, 117, 185, 186, 271
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch 35
Smirnow, L. N. 458
Smith, Duncan 627
Smith, Howard Kingsbury 280, 288, 933
Smith, Walter Bedell 94
Söderbaum, Kristina 782
Solomon, Jacques 458
Sommer, Karl 567
Sonnenfeldt, Richard W. 383, 384, 531
Sorel, George 973
Spaatz, Carl A. 86
Spee, Maximilian von 49
Speer, Albert 74, 75, 93, 102, 146, 189, 261, 282, 362, 366, 376, 394, 417, 463, 471, 504, 507, 508, 509, 511, 512, 537, 555, 557, 566, 600, 601, 603, 631, 660, 663, 664, 684, 685, 686, 845, 846
Speidel, Hans 14, 146
Speidel, Wilhelm 619, 620
Sperrle, Hugo 701, 702
Spiegel, Paul 493
Sprecher, Drexel A. 383
Stahlecker, Walter 641, 776
Stalin, Josef 15, 28, 56, 61, 67, 68, 98, 102, 111, 123, 193, 194, 195, 215, 286, 290, 293, 294, 295, 310, 316, 333, 344, 345, 347, 436, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 680, 741, 746, 839, 853, 882, 887, 892, 921, 922, 923, 924, 925, 949, 950, 990
Stampfer, Otto 714
Stappenbeck, Stefanie 996
Staudte, Wolfgang 621
Stauffenberg, Alfred Schenk Graf von 65
Stauffenberg, Caroline Schenk Graf von 65
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 16, 65, 66, 104, 105, 106, 115, 183, 222, 267, 357, 380, 741, 788, 978
Stauffenberg, Nina Schenk Graf von 65
Steenbeck, Max 628, 877
Steinbach, Peter 106, 584, 587
Steinberg, Werner 678
Steinbrink, Otto 603
Steinbrück, Peer 807, 854
Steiner, Felix 208, 320
Steiner, Gusti 286
Steinherz, Samuel 744
Steiniger, Peter Alfons 369, 393, 510, 511, 823
Stern, James 331, 332, 362, 508, 531, 557, 605, 606, 634
Stieff, Hellmuth 88
Stoiber, Edmund 299, 300
Stokar, Silke 493
Stoß, Veit 353
Stötzel, Georg 790
Strachan, Hew 91, 126
Strasser, Gregor 668
Strauß, Franz Josef 606
Streckenbach, Bruno 642
Streicher, Julius 230, 237, 353, 372, 373, 376, 377, 458, 460, 491, 507, 512, 526, 560, 707, 708, 781, 804
Streim, Alfred 779
Streit, Christian 36
Stresemann, Gustav 160, 167, 563, 760, 835
Strittmatter, Erwin 446, 847
Struck, Peter 64
Strützel, Dieter 479
Stuckart, Wilhelm 570, 663, 665
Studnitz, Hans Georg von 25
Stülpnagel, Carl-Heinrich von 689
Stürmer, Michael 586
Südekum, Albert 804
Süskind, William E. 444
Suttner, Bertha von (d. i. Bertha Gräfin Kinsky von Chinic und Tettau) 740
Szillárd, Léo 18
Szpilman, Władisław 114

T

Talleyrand-Périgord, Charles-Maurice de 142
Taylor, Frederick 198, 199, 200, 302, 303
Taylor, Telford 369, 384, 509, 538, 564, 566, 567, 578, 579, 601, 602, 611, 614, 632, 633, 642, 644, 662, 699
Teleki, Pál Graf von 115
Tenner, Albin 35
Tereschkowa, Walentina Wladimirowna 824
Tessenow, Heinrich 499
Thales von Milet 649, 690
Thälmann, Ernst 423, 597, 679, 737, 748, 752, 886, 907
Thelemann, Heinrich von 375
Thierack, Otto 579
Thiers, Louis Adolphe 128
Thiersch, Johann Bernhard 592
Thierse, Wolfgang 60

Thorndike, Andrew 14, 15, 23
Thorndike, Annelie 14, 15, 23
Thullen, Dr. (Stadtrat der CDU in Eislingen) 787
Thürk, Harry 751
Thyssen, Fritz 572, 573, 669, 672, 673, 675, 710, 867
Timken, William R. jun. 500
Tirpitz, Alfred von 167
Tiso, Jozef 904
Tito, Josip Broz 621
Todt, Fritz 509
Togliatti, Palmiro 251, 252, 253, 882
Tolly, Michael Andreas Barclay de 127
Toms, Robert M. 556, 564
Torgler, Ernst 748
Tracy, Spencer 578
Treitschke, Heinrich von 598
Tresckow, Henning von 106, 689
Triolet, Elsa 443
Trochu, Louis Jules 143
Trotha, Lothar von 741
Truman, Harry S. 289, 344, 347, 436, 500, 600
Tschernyschewski, Nikolai Gawrilowitsch 608
Tschirner, Achim 880
Tschuikow, Wassili Iwanowitsch 290, 312
Tuchman, Barbara 856
Tucholsky, Fritz 953
Tucholsky, Kurt 162, 163, 164, 165, 169, 170, 223, 245, 249, 250, 251, 252, 253, 375, 496, 734, 791, 856, 859, 915, 928, 937, 952, 953, 954, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 987, 988, 989
Turner jr., Henry Ashby 623, 715, 725
Turner, Harald 611

U

Udet, Ernst 139, 154, 343, 557
Ueberschär, Gerd R. 106, 215, 316, 324
Ulbricht, Walter 17, 56, 78, 105, 412, 479, 533, 621, 628, 737, 795, 873, 874, 882
Uljanow, Michail Alexandrowitsch 825
Uljanowa, Galina Sergejewna 825
Ullrich, Volker 888

V

Vabres, Henri Donnedieu de 376
Vaillant-Couturier, Marie-Claude 190, 191, 281, 282, 283, 384, 457, 458
Veesenmayer, Edmund 664
Vesper, Karlen 847
Vesper, Will 455
Victor, Walther 479, 958
Viktor Emanuel III. 786
Vinci, Leonardo da 803
Vischer, Peter 353
Vivremont, Erwin Lahousen Edler von 383, 386, 387, 388, 389
Vogel, Thomas 114
Vögler, Albert 710
Völcker, Beate 542
Völklein, Ulrich 322
Volkmann, Hans-Erich 499
Vollnhals, Clemens 832
Vorrink, Jacobus 460

W

Wagenknecht, Sahra 81
Wagenstein, Angel 598
Wagner, Edmund 699
Wagner, Richard 753
Wagner, Robert 516
Wagner, Stephan 996
Waite, Robert 521
Wallis, Frank 708
Walser, Martin 29, 616
Walsh, William B. 569
Wangenheim, Inge von 479
Wardlow, Art 101
Warlimont, Walter 699, 701, 702
Wassiltschikow, Marie Illarionowna 25
Wayne, John 94
Weber, Hermann 57
Weber, Lenchen 355
Weddigen, Udo 474
Weddingen, Otto 139
Wegner, Bernd 84, 110
Wehler, Hans-Ulrich 132, 587, 868
Weichs, Maximilian Freiherr von 433, 619, 621
Weinert, Erich 887
Weiskopf, Franz Carl 649
Weiß, Bernhard 603
Weiß, Konrad 598
Weiß, Martin 117
Weiss, Peter 599, 832
Weißbecker, Manfred 298, 524, 535, 844, 847, 887
Weizsäcker, Ernst von 247, 383, 526, 664, 665, 818, 911, 919, 945
Weizsäcker, Richard von 16, 22, 151, 155, 214, 215, 228, 291, 315, 316, 334, 398, 468, 665, 666, 722, 724, 824
Wekwerth, Manfred 628
Welles, Sumner 515
Wels, Otto 637, 749
Wennerstrum, Charles F. 620
Wentscher, Dora 750
Wessel, Horst 342, 423
Wette, Wolfram 67, 114
Weygand, Maxime 145, 146
Wheeler-Bennet, John 919
Wicki, Bernhard 94
Widmark, Richard 578
Wiefelspütz, Dieter 493, 627
Wieland, Christoph Martin 751
Wieland, Günther 38
Wiener, Alfred 161
Wildermuth, Eberhard 401
Wilhelm I. 128, 144, 336
Wilhelm I. König von Württemberg 425
Wilhelm II. 43, 105, 132, 144, 154, 161, 305, 358, 483, 484, 592, 594, 662, 684, 803, 841, 897, 993
Wilhelm, Hans Heinrich 36
Will, Anne 906
Wilson, Woodrow 841, 936
Windisch, Hans 919

Winkler, Heinrich August 733, 734, 867
Wirth, Joseph 637, 760
Wischnewski, Klaus 16
Wisliceny, Dieter 405, 406, 407, 569
Witzleben, Erwin von 433, 465
Wöhler, Otto 699, 702
Woikowski, Irene 355
Wojciechowski, Marian 731
Wolf (Pfarrer) 752
Wolf, Christa 889
Wolf, Friedrich 13, 599, 634, 649
Wolf, Harald 104, 496, 554
Wolf, Konrad 152, 598, 888
Wolf, Lore 355
Wolf, Markus 439
Wolf, Theodor 166, 167
Wolf, Walter 750
Wolfe, Thomas 280, 288
Wollheim, Norbert 633
Womacka, Walter 991
Woyzek, Franz 540
Wrobel, Ignatz (d. i. Kurt Tucholsky) 170
Wulf, Joseph 36, 478
Württemberg, Friedrich Wilhelm Karl von 425
Württemberg, Karl Alexander Herzog von 425, 781, 782
Württemberg, Katharina von 425

Z

Zahrnt, Heinz 289
Zetkin, Clara 637, 638, 826
Zöger, Heinz 881
Zöller, Martin 621
Zuckermann, Moshe 299
Zuckmayer, Carl 331
Zweig, Arnold 120, 125, 133, 182, 243, 266, 280, 579, 649, 814, 815, 937, 953, 954, 960
Zwirner, Eberhard 423